



C/2024/3246

6.6.2024

Euro-Wechselkurs ⁽¹⁾

5. Juni 2024

(C/2024/3246)

1 Euro =

Währung			Kurs	Währung			Kurs
USD	US-Dollar		1,0872	CAD	Kanadischer Dollar		1,4867
JPY	Japanischer Yen		169,72	HKD	Hongkong-Dollar		8,4904
DKK	Dänische Krone		7,4592	NZD	Neuseeländischer Dollar		1,7577
GBP	Pfund Sterling		0,85048	SGD	Singapur-Dollar		1,4657
SEK	Schwedische Krone		11,3275	KRW	Südkoreanischer Won		1 491,34
CHF	Schweizer Franken		0,9704	ZAR	Südafrikanischer Rand		20,5868
ISK	Isländische Krone		149,50	CNY	Chinesischer Renminbi Yuan		7,8795
NOK	Norwegische Krone		11,4750	IDR	Indonesische Rupiah		17 762,62
BGN	Bulgarischer Lew		1,9558	MYR	Malaysischer Ringgit		5,1077
CZK	Tschechische Krone		24,654	PHP	Philippinischer Peso		63,938
HUF	Ungarischer Forint		391,73	RUB	Russischer Rubel		
PLN	Polnischer Zloty		4,3045	THB	Thailändischer Baht		39,906
RON	Rumänischer Leu		4,9755	BRL	Brasilianischer Real		5,7259
TRY	Türkische Lira		35,2316	MXN	Mexikanischer Peso		19,1919
AUD	Australischer Dollar		1,6353	INR	Indische Rupie		90,7080

⁽¹⁾ Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.



C/2024/3494

6.6.2024

Einheitlicher Abwicklungsausschuss

Ausschreibung der Stelle des/der stellvertretenden Vorsitzenden und Direktors/Direktorin, der/die den Bereich „Corporate Services“ des SRB leitet und den einheitlichen Abwicklungsfonds beaufsichtigt

(COM/2024/20104)

(C/2024/3494)

Der Einheitliche Abwicklungsausschuss

Der Einheitliche Abwicklungsausschuss (Single Resolution Board, SRB) ist die europäische Abwicklungsbehörde und beschäftigt knapp 500 Mitarbeitende. Zusammen mit den nationalen Abwicklungsbehörden der teilnehmenden Mitgliedstaaten bildet er den Einheitlichen Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism, SRM). Er arbeitet eng mit der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank (EZB) zusammen, um die Stabilität des Finanzsystems zu gewährleisten. Der SRB hat dafür zu sorgen, dass ausfallende Banken geordnet abgewickelt werden und dabei keine wesentlichen Auswirkungen auf die Realwirtschaft und die öffentlichen Finanzen der teilnehmenden Mitgliedstaaten und darüber hinaus entstehen. Er wurde daher mit spezifischen Aufgaben und Zuständigkeiten betraut, die es ihm ermöglichen, die Abwicklung von Banken, die von einem Ausfall betroffen oder bedroht sind, vorzubereiten und durchzuführen. Der SRB verwaltet außerdem den mit der Verordnung über den Einheitlichen Abwicklungsmechanismus eingerichteten einheitlichen Abwicklungsfonds (Single Resolution Fund, SRF), mithilfe dessen sichergestellt werden soll, dass während der Umstrukturierung und/oder Abwicklung einer Bank mittelfristige Finanzierungen verfügbar sind. Der SRB ist eine Agentur der Europäischen Union mit Eigenfinanzierung.

Stellenprofil

Die Europäische Kommission führt im Benehmen mit dem SRB ein Auswahlverfahren durch, um die Stelle des/der stellvertretenden Vorsitzenden und Direktors/Direktorin, der/die den Bereich „Corporate Services“ (interne Dienste) des SRB sowie horizontale Funktionen leitet und insbesondere den SRF beaufsichtigt, zu besetzen.

Der Ort der dienstlichen Verwendung ist Brüssel (Belgien), wo der SRB seinen Sitz hat.

Ist Ihre Bewerbung für die Stelle des/der Vorsitzenden erfolgreich, werden Sie Ihr Amt als i) stimmberechtigtes Mitglied der Beschlussorgane des SRB (Plenar- und Präsidiumssitzungen) und ii) Direktor/Direktorin mit Zuständigkeit für den Bereich „Corporate Services“ des SRB und die Beaufsichtigung des SRF ausüben. Sie werden im Einklang mit dem Mandat der Verordnung über den Einheitlichen Abwicklungsmechanismus⁽¹⁾ einen aktiven Beitrag zur Erfüllung der Aufgaben und Zuständigkeiten des Ausschusses leisten.

Bei Abwesenheit oder begründeter Verhinderung des/der Vorsitzenden des SRB werden Sie im Einklang mit der Verordnung (EU) Nr. 806/2014 dessen/deren Aufgaben wahrnehmen. Der/die stellvertretende Vorsitzende wird den Vorsitzenden/die Vorsitzende des SRB unterstützen und bei der Verwaltung des Tagesgeschäfts des SRB, insbesondere was den Bereich „Corporate Services“ angeht, als sein/ihr Stellvertreter fungieren.

Ist Ihre Bewerbung erfolgreich, so werden Sie in Ihrer Eigenschaft als Direktor/Direktorin insbesondere

- die Verantwortung für das Tagesgeschäft, die Aufstellung eines Entwurfs des Haushaltsplans des SRB und die Durchführung des Haushaltsplans des SRB übernehmen,
- den Bereich „Corporate Services“ beaufsichtigen, einschließlich der kontinuierlichen Unterstützung dieser internen Dienste für alle anderen Geschäftsbereiche des SRB, auch im IKT-Bereich,
- die angemessene Planung und Berichterstattung an den Vorsitzenden/die Vorsitzende des SRB über die finanziellen, administrativen und technischen Ressourcen und deren korrekte Zuweisung für die verschiedenen Tätigkeiten innerhalb des SRB sicherstellen,
- das reibungslose und effiziente Funktionieren des Einzugs der Verwaltungsbeiträge und ggf. der Beiträge zum SRF gewährleisten,
- in enger Zusammenarbeit mit externen Anlageverwaltern die ordnungsgemäße Verwaltung und Investition der Mittel des SRF sicherstellen,

⁽¹⁾ Verordnung (EU) Nr. 806/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Juli 2014 zur Festlegung einheitlicher Vorschriften und eines einheitlichen Verfahrens für die Abwicklung von Kreditinstituten und bestimmten Wertpapierfirmen im Rahmen eines einheitlichen Abwicklungsmechanismus und eines einheitlichen Abwicklungsfonds sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010 (ABl. L 225 vom 30.7.2014, S. 1), konsolidierter Text: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A02014R0806-20240513>.

- ggf. die Ausarbeitung von Maßnahmen leiten und steuern, die die Beteiligung des SRF im Rahmen der Abwicklungsbeschlüsse erfordern, die Vorbereitung und Durchführung von Tests und Probelaufen unter Verwendung des SRF steuern,
- im Einklang mit der Strategie für die SRM-Vision 2028 ^(?) die Ziele der Referate innerhalb der Direktion festlegen, die Erreichung dieser Ziele innerhalb der Fristen und entsprechend bestimmten Qualitätsstandards überwachen und bewerten, die Arbeit der Referate innerhalb der Direktion koordinieren, die mittlere Führungsebene unterstützen, um sicherzustellen, dass die Ziele erreicht werden und die Motivation der Mitarbeitenden aufrechterhalten wird,
- die reibungslose Zusammenarbeit und Kommunikation mit allen anderen Ausschussmitgliedern/Direktoren/Direktorinnen und den Direktionen innerhalb des SRB sicherstellen,
- in Angelegenheiten, die insbesondere in die Zuständigkeit des Bereichs „Corporate Services“ fallen oder die Aufgaben der Direktion im Zusammenhang mit dem SRF betreffen, die Kontakte und Beziehungen zu den Organen und Einrichtungen der EU sowie den einschlägigen nationalen Behörden, insbesondere der Europäischen Kommission, der EZB und den nationalen Abwicklungsbehörden, sowie zu anderen öffentlichen und privaten Einrichtungen, pflegen.

Sie können vom Vorsitz des SRB ferner direkt mit der Wahrnehmung anderer in den Zuständigkeitsbereich des SRB fallender Aufgaben betraut werden.

Ist Ihre Bewerbung erfolgreich, legen Sie in Ihrer Eigenschaft als Direktor/Direktorin, der/die den Bereich „Corporate Services“ des SRB leitet und den SRF beaufsichtigt, dem/der Vorsitzenden des SRB Rechenschaft über Ihre konkreten Beiträge ab.

Auswahlkriterien

Sie sollten folgende Auswahlkriterien erfüllen:

Managementkompetenzen

- hohes Maß an Führungskompetenz sowie Arbeitserfahrung in einem multikulturellen Umfeld sowie Erfahrung in der erfolgreichen Leitung großer multidisziplinärer (und idealerweise multikultureller) Teams auf einer höheren Führungsebene und in der Motivierung des Personals zu hohen Leistungen,
- nachgewiesene Fähigkeit, strategische und operative Entscheidungen zu treffen und umzusetzen,
- die Fähigkeit, praktikable Maßnahmen bzw. Lösungen zu entwickeln und rechtzeitig umzusetzen, insbesondere in Krisensituationen.

Fachkenntnisse und Erfahrung

- gründliche Kenntnis der Arbeitsweise der EU-Organe und -Einrichtungen, insbesondere in Bezug auf interne Dienste und Haushaltsaspekte, gute Kenntnis der Organe und Entscheidungsprozesse der EU sowie Erfahrung im Zusammenhang mit den Tätigkeiten des SRB,
- fundierte Kenntnisse im Bereich der Mittelverwaltung,
- gründliche Kenntnis des Banken- und Finanzsektors im Zusammenhang mit den Finanzierungsregelungen der EU und insbesondere in Bezug auf die Funktionsweise des SRF,
- fundierte Erfahrung in einem oder mehreren der folgenden Bereiche: Management des Tagesgeschäfts der horizontalen und internen Dienste öffentlicher oder privater Einrichtungen, Verwaltung der Haushaltsvorgänge öffentlicher oder privater Einrichtungen,
- gute Kenntnis von IKT-Instrumenten, Informations- und Datenverwaltung, Daten- und Wissensmanagement, insbesondere bei Banken und öffentlichen oder privaten Einrichtungen im Finanzbereich,
- gute rechtliche und verfahrenstechnische Kenntnisse des EU-Rahmens für die Abwicklung und dessen Governance.

^(?) <https://www.srb.europa.eu/en/content/srb-launches-its-srm-vision-2028-strategy-srb-conference>.

Persönliche Kompetenzen

- ausgezeichnete Koordinierungskompetenzen und analytische Fähigkeiten sowie Fähigkeit zum Aufbau solider Arbeitsbeziehungen mit hochrangigen Vertretern einschlägiger Interessenträger,
- Fähigkeit, kollegial zusammenzuarbeiten und im Interesse des Mandats des SRB aktiv im Ausschuss mitzuwirken,
- herausragendes Verantwortungsbewusstsein und Eigeninitiative, ausgezeichnetes Kommunikations- und Präsentationsgeschick und die Fähigkeit, gute Arbeitsbeziehungen aufzubauen.

Zulassungsbedingungen

Um zur Auswahlphase zugelassen zu werden, müssen Sie **vor Ablauf der Bewerbungsfrist** folgende formale Anforderungen erfüllen:

- *Staatsangehörigkeit*: Sie müssen die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats der Europäischen Union besitzen.
- *Hochschulabschluss oder gleichwertiger Bildungsabschluss*: Sie müssen Folgendes nachweisen:
 - entweder ein Bildungsniveau, das einem abgeschlossenen Hochschulstudium mit einer Regelstudienzeit von mindestens vier Jahren entspricht,
 - oder ein Bildungsniveau, das einem abgeschlossenen Hochschulstudium mit einer Regelstudienzeit von mindestens drei Jahren entspricht, und eine mindestens einjährige einschlägige Berufserfahrung (diese einjährige Berufserfahrung kann nicht auf die weiter unten geforderte nach dem Hochschulabschluss erworbene Berufserfahrung angerechnet werden).
- *Berufserfahrung*: Sie müssen nach Ihrem Hochschulabschluss mindestens 15 Jahre Berufserfahrung auf einer Ebene gesammelt haben, für die die vorstehend genannten Qualifikationen Voraussetzung sind; davon mindestens fünf Jahre in Bereichen, die für interne Dienste und/oder das Management von Finanzinstituten oder anderen einschlägigen privaten/öffentlichen Einrichtungen relevant sind ⁽³⁾.
- *Managementenerfahrung*: Zehn Jahre nach dem Hochschulabschluss erworbene Berufserfahrung in Führungspositionen, davon mindestens fünf Jahre in einer hochrangigen Funktion in einem für diese Position relevanten Bereich ⁽⁴⁾.
- *Sprachkenntnisse*: Sie müssen über gründliche Kenntnisse einer Amtssprache der Europäischen Union und ausreichende Kenntnisse einer weiteren Amtssprache verfügen. Die Auswahlausschüsse überprüfen während des Gesprächs, ob die geforderten ausreichenden Kenntnisse einer weiteren EU-Amtssprache vorhanden sind. Das Gespräch (oder ein Teil davon) kann deshalb in dieser weiteren Sprache geführt werden.
- Es gelten keine Altersbeschränkungen.

⁽³⁾ Berufserfahrung wird nur dann berücksichtigt, wenn sie im Rahmen eines tatsächlichen Arbeitsverhältnisses gesammelt wurde, das als reale, echte und bezahlte Arbeit eines Arbeitnehmers (jedes vertragliche Beschäftigungsverhältnis kann angerechnet werden) oder eines Dienstleistungserbringers definiert ist. Teilzeitarbeit wird anteilig auf der Grundlage des bescheinigten Prozentsatzes der geleisteten Vollzeitstunden angerechnet. Mutterschafts-, Eltern- oder Adoptionsurlaub wird berücksichtigt, falls dieser im Rahmen eines Arbeitsvertrags genommen wurde. Promotionen — auch unbezahlt — werden, sofern sie erfolgreich abgeschlossen wurden, der Berufserfahrung gleichgestellt (maximal drei Jahre). Ein und derselbe Zeitraum kann nur einmal angerechnet werden.

⁽⁴⁾ Im Lebenslauf sollten Sie für alle Jahre, in denen Sie Managementenerfahrung gesammelt haben, Folgendes genau angeben: 1) Bezeichnung der Führungspositionen und Zuständigkeitsbereich, 2) Zahl der Ihnen unterstellten Mitarbeitenden, 3) Höhe der verwalteten Haushaltsmittel, 4) Zahl der unter- und übergeordneten Hierarchie-Ebenen und 5) Zahl der Führungskräfte auf gleicher Ebene.

Auswahl und Ernennung

Der/die stellvertretende Vorsitzende und Direktor/Direktorin, der/die den Bereich „Corporate Services“ des SRB leitet und den einheitlichen Abwicklungsfonds beaufsichtigt, wird auf der Grundlage einer von der Europäischen Kommission erstellten Auswahlliste ernannt.

Zur Erstellung dieser Auswahlliste organisiert die Europäische Kommission eine Auswahl gemäß ihren Auswahl- und Einstellungsverfahren (siehe „Document on Senior Officials Policy“⁽⁵⁾) sowie der Verordnung über den einheitlichen Abwicklungsmechanismus.

Im Rahmen dieses Auswahlverfahrens setzt die Europäische Kommission einen Vorauswahlausschuss ein. Der Vorauswahlausschuss sichtet sämtliche Bewerbungen, prüft, ob die Zulassungskriterien erfüllt sind, und ermittelt die Personen, deren Anforderungsprofil den vorstehend genannten Auswahlkriterien am besten entspricht. Diese werden gegebenenfalls zu einem Gespräch mit dem Vorauswahlausschuss eingeladen.

Im Anschluss an diese Gespräche erstellt der Vorauswahlausschuss seine Schlussfolgerungen und eine Liste der Personen, die er für weitere Gespräche mit dem Beratenden Ausschuss für Ernennungen der Europäischen Kommission vorschlägt. Der Beratende Ausschuss wählt unter Berücksichtigung der Schlussfolgerungen des Vorauswahlausschusses die Personen aus, die zu einem Gespräch eingeladen werden.

Diese nehmen an einem ganztägigen, von einer externen Personalberatungsfirma durchgeführten Management-Assessment-Center teil. Anhand der Ergebnisse des Gesprächs und des Assessment-Center-Berichts erstellt der Beratende Ausschuss für Ernennungen eine Auswahlliste der seiner Meinung nach für das Amt geeigneten Personen.

Die auf der Auswahlliste des Beratenden Ausschusses aufgeführten Personen werden von dem Kommissionsmitglied befragt, das für die Generaldirektion zuständig ist, in deren Aufgabenbereich die Beziehungen zum SRB fallen.

Im Anschluss an diese Gespräche und nach Anhörung des Ausschusses in seiner Plenarsitzung nimmt die Europäische Kommission eine Auswahlliste der am besten geeigneten Personen an. Aus der Aufnahme in die Auswahlliste erwächst kein Anspruch auf eine Ernennung.

Diese Auswahlliste wird dem Europäischen Parlament zur Billigung vorgelegt. Gleichzeitig wird der Rat unterrichtet. Anschließend übermittelt die Europäische Kommission dem Europäischen Parlament einen Vorschlag für die Ernennung des/der stellvertretenden Vorsitzenden und Direktors/Direktorin, der/die den Bereich „Corporate Services“ des SRB leitet und den einheitlichen Abwicklungsfonds beaufsichtigt, zur Billigung. Nach Billigung dieses Vorschlags erlässt der Rat mit qualifizierter Mehrheit einen Durchführungsbeschluss zur Ernennung des/der stellvertretenden Vorsitzenden und Direktors/Direktorin, der/die den Bereich „Corporate Services“ des SRB leitet und den einheitlichen Abwicklungsfonds beaufsichtigt.

Nachdem Sie ausgewählt wurden, können Sie aufgefordert werden, noch weitere Gespräche und/oder Tests zu absolvieren.

Die Auswahlliste kann veröffentlicht werden, sobald sie von der Europäischen Kommission angenommen wurde.

Chancengleichheit

Die Europäische Kommission verfolgt das strategische Ziel, bis zum Ende des derzeitigen Mandats der Kommission die Gleichstellung der Geschlechter auf allen Managementebenen zu erreichen. Dazu verfolgt sie eine Politik der Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung gemäß Artikel 1d des Statuts⁽⁶⁾ und unterstützt Bewerbungen, die zu mehr Vielfalt, Geschlechtergleichstellung und einer allgemeinen geografischen Ausgewogenheit beitragen könnten.

⁽⁵⁾ https://commission.europa.eu/jobs-european-commission/job-opportunities/managers-european-commission_en#documents (nur in englischer Sprache).

⁽⁶⁾ ABl. 45 vom 14.6.1962, S. 1385, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/de/TXT/?uri=CELEX%3A01962R0031-20240101>.

Beschäftigungsbedingungen

Der/die stellvertretende Vorsitzende und Direktor/Direktorin, der/die den Bereich „Corporate Services“ des SRB leitet und den einheitlichen Abwicklungsfonds beaufsichtigt, wird für eine nicht verlängerbare Amtszeit von fünf Jahren ernannt. Als stellvertretender Vorsitzender/stellvertretende Vorsitzende und Direktor/Direktorin, der/die den Bereich „Corporate Services“ des SRB leitet und den einheitlichen Abwicklungsfonds beaufsichtigt, sind Sie einem Richter des Gerichtshofs der Europäischen Union hinsichtlich der Besoldung und des Ruhestandsalters gemäß der Verordnung (EU) 2016/300 des Rates ⁽⁷⁾ gleichgestellt. Die Dienstbezüge basieren auf der Besoldungsgruppe AD 16 Dienstaltersstufe 3, auf die ein Multiplikationsfaktor von 101 % der Dienstbezüge für diese Besoldungsgruppe und Dienstaltersstufe Anwendung findet ⁽⁸⁾. Hinsichtlich des Ruhestandsalters gilt keine Höchstgrenze. Für alle sonstigen Beschäftigungsbedingungen gelten analog das Statut und die Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten.

Der Ort der dienstlichen Verwendung ist Brüssel (Belgien), wo der SRB seinen Sitz hat.

Die Amtszeit beginnt voraussichtlich am 1. März 2025.

Wichtige Hinweise

Die Arbeiten der Auswahlausschüsse sind vertraulich. Wenn Sie sich bewerben, ist es Ihnen untersagt, sich persönlich oder über Dritte an einzelne Mitglieder dieser Ausschüsse zu wenden. Alle Anfragen sind an das Sekretariat des jeweiligen Ausschusses zu richten.

Schutz personenbezogener Daten

Die Kommission trägt dafür Sorge, dass alle personenbezogenen Daten gemäß der Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽⁹⁾ verarbeitet werden. Dies gilt insbesondere für die Vertraulichkeit und Sicherheit dieser Daten.

Unabhängigkeit und Erklärung zu etwaigen Interessenkonflikten

Die Mitglieder des Ausschusses müssen in den Plenar- und Präsidiumssitzungen unabhängig und ausschließlich im Interesse der EU handeln und dürfen Weisungen von Organen oder Einrichtungen der Europäischen Union, Regierungen der Mitgliedstaaten oder öffentlichen oder privaten Stellen weder einholen noch entgegennehmen. Mit der Ernennung zum/zur stellvertretenden Vorsitzenden und Direktor/Direktorin, der/die den Bereich „Corporate Services“ des SRB leitet und den einheitlichen Abwicklungsfonds beaufsichtigt, wird die Person zum Vollzeitbeschäftigten und darf keine anderen Ämter auf nationaler, Unions- oder internationaler Ebene innehaben.

Vor Aufnahme der Tätigkeit muss der/die stellvertretende Vorsitzende und Direktor/Direktorin, der/die den Bereich „Corporate Services“ des SRB leitet und den einheitlichen Abwicklungsfonds beaufsichtigt, sich in einer Erklärung verpflichten,

- unabhängig und im öffentlichen Interesse zu handeln und
- alle Interessen anzugeben, die seine/ihre Unabhängigkeit gefährden könnten.

Mit Ihrer Bewerbung für diese Stelle bestätigen Sie, dass Sie hierzu bereit sind. Der/die ernannte stellvertretende Vorsitzende unterliegt dem einschlägigen Verhaltenskodex, und als Direktor/Direktorin, der/die den Bereich „Corporate Services“ des SRB leitet und den SRF beaufsichtigt, unterliegen Sie zudem dem Statut und den Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten, insbesondere dem Titel II, sowie dem für die Ausschussmitarbeiter geltenden Kodex für Berufsethik und gute Verwaltungspraxis.

Bewerbungsverfahren

Bitte prüfen Sie vor Einreichung Ihrer Bewerbung sorgfältig, ob Sie sämtliche oben genannten Zulassungskriterien erfüllen, vor allem, ob Sie über den verlangten Hochschulabschluss, die geforderte Berufs- und Führungserfahrung und die geforderten Sprachkenntnisse verfügen. Ist eines der Zulassungskriterien nicht erfüllt, werden Sie automatisch vom Auswahlverfahren ausgeschlossen.

⁽⁷⁾ Verordnung (EU) 2016/300 des Rates vom 29. Februar 2016 über die Regelung der Amtsbezüge für hochrangige Amtsträger in der EU (ABL. L 58 vom 4.3.2016, S. 1).

⁽⁸⁾ Verordnung (EU) Nr. 806/2014, konsolidierter Text: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A02014R0806-20240513>

⁽⁹⁾ Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 und des Beschlusses Nr. 1247/2002/EG (ABL. L 295 vom 21.11.2018, S. 39).

Falls Sie sich bewerben möchten, müssen Sie sich zunächst im Internet auf folgender Seite anmelden und den dortigen Anleitungen zu den einzelnen Verfahrensschritten folgen:

<https://ec.europa.eu/dgs/human-resources/seniormanagementvacancies/>.

Sie benötigen eine gültige E-Mail-Adresse, über die Ihnen Ihre Bewerbung bestätigt werden kann und die für den weiteren Schriftwechsel während der verschiedenen Phasen des Auswahlverfahrens verwendet wird. Teilen Sie Änderungen Ihrer E-Mail-Adresse daher bitte der Europäischen Kommission unbedingt mit.

Ihre Bewerbung ist erst vollständig, wenn Sie Ihren Lebenslauf als PDF-Datei (vorzugsweise unter Verwendung des Europass-Formats⁽¹⁰⁾) hochgeladen und ein Bewerbungsschreiben (Online-Formular, höchstens 8 000 Zeichen) eingegeben haben. Lebenslauf und Bewerbungsschreiben können in jeder Amtssprache der Europäischen Union eingereicht werden.

Es liegt in Ihrem Interesse, dafür Sorge zu tragen, dass Ihre Bewerbung korrekt, aussagekräftig und wahrheitsgemäß ist.

Nach Abschluss der Online-Anmeldung erhalten Sie eine E-Mail, in der bestätigt wird, dass Ihre Bewerbung registriert wurde. **Wenn Sie keine Bestätigungsmail erhalten, wurde Ihre Bewerbung nicht registriert!**

Der Fortgang Ihrer Bewerbung lässt sich nicht online verfolgen. Sie werden direkt kontaktiert und über den Stand Ihrer Bewerbung informiert.

Per E-Mail übermittelte Bewerbungen werden nicht berücksichtigt. Für weitere Auskünfte und/oder bei technischen Problemen wenden Sie sich bitte per E-Mail an: HR-MANAGEMENT-ONLINE@ec.europa.eu.

Die Online-Bewerbung ist fristgerecht abzuschließen. Wir empfehlen dringend, mit der Bewerbung nicht bis zuletzt zu warten, da ein erhöhtes Datenaufkommen oder eine Störung Ihrer Internet-Verbindung dazu führen kann, dass die Online-Bewerbung vor der Fertigstellung abgebrochen wird und Sie den gesamten Vorgang wiederholen müssen. Nach Bewerbungsschluss können keine Daten mehr eingegeben werden. Verspätete Bewerbungen werden nicht berücksichtigt.

Bewerbungsschluss

Bewerbungsschluss ist der **8. Juli 2024, 12.00 Uhr (mittags) Brüsseler Zeit**. Danach ist keine Online-Bewerbung mehr möglich.

⁽¹⁰⁾ Informationen darüber, wie Sie Ihren Europass-Lebenslauf online erstellen können, finden Sie unter: <https://europa.eu/europass/de/create-europass-cv>



C/2024/3495

6.6.2024

Einheitlicher Abwicklungsausschuss

Ausschreibung von zwei Stellen: Mitglied des Einheitlichen Abwicklungsausschusses und Direktor/Direktorin für Abwicklungsplanung und -beschlüsse

(COM/2024/20105)

(C/2024/3495)

Der Einheitliche Abwicklungsausschuss

Der Einheitliche Abwicklungsausschuss (Single Resolution Board, SRB) ist die europäische Abwicklungsbehörde und beschäftigt knapp 500 Mitarbeitende. Zusammen mit den nationalen Abwicklungsbehörden der teilnehmenden Mitgliedstaaten bildet er den Einheitlichen Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism, SRM). Er arbeitet eng mit der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank (EZB) zusammen, um die Stabilität des Finanzsystems zu gewährleisten. Der SRB hat dafür zu sorgen, dass ausfallende Banken geordnet abgewickelt werden und dabei keine wesentlichen Auswirkungen auf die Realwirtschaft und die öffentlichen Finanzen der teilnehmenden Mitgliedstaaten und darüber hinaus entstehen. Er wurde daher mit spezifischen Aufgaben und Zuständigkeiten betraut, die es ihm ermöglichen, die Abwicklung von Banken, die von einem Ausfall betroffen oder bedroht sind, vorzubereiten und durchzuführen. Der SRB verwaltet außerdem den mit der Verordnung über den Einheitlichen Abwicklungsmechanismus eingerichteten einheitlichen Abwicklungsfonds (Single Resolution Fund, SRF), mithilfe dessen sichergestellt werden soll, dass während der Umstrukturierung und/oder Abwicklung einer Bank mittelfristige Finanzierungen verfügbar sind. Der SRB ist eine Agentur der Europäischen Union mit Eigenfinanzierung.

Stellenprofil

Die Europäische Kommission führt im Benehmen mit dem SRB ein Auswahlverfahren durch, um zwei Stellen von Mitgliedern des Ausschusses und Direktoren/Direktorinnen für Abwicklungsplanung und -beschlüsse zu besetzen.

Der Ort der dienstlichen Verwendung ist Brüssel (Belgien), wo der SRB seinen Sitz hat.

Ist Ihre Bewerbung erfolgreich, werden Sie innerhalb des Ausschusses Ihr Amt als i) stimmberechtigtes Mitglied der Beschlussorgane des Ausschusses (Plenar- und Exekutivsitzungen) und ii) Direktor/Direktorin für Abwicklungsplanung und -beschlüsse ausüben. Als stimmberechtigtes Mitglied des Ausschusses werden Sie in dessen Plenar- und Exekutivsitzungen im Einklang mit dem Mandat der Verordnung über den Einheitlichen Abwicklungsmechanismus einen aktiven Beitrag zur Erfüllung der Aufgaben und Zuständigkeiten des Ausschusses leisten⁽¹⁾.

Zudem werden Sie in Ihrer Eigenschaft als Direktor/Direktorin für Abwicklungsplanung und -beschlüsse eine für die Abwicklungsplanung und -beschlüsse zuständige Direktion leiten. Zu Ihren Aufgaben gehört insbesondere:

- die Leitung und Steuerung der Ausarbeitung der Abwicklungspläne für Einrichtungen im Zuständigkeitsbereich der Direktion,
- die Leitung und Steuerung der Ausarbeitung der Maßnahmen sowie gegebenenfalls der Abwicklungsbeschlüsse für Einrichtungen im Zuständigkeitsbereich der Direktion,
- die Verwaltung der Zusammenarbeit mit nationalen Abwicklungsbehörden für die Themen im Zuständigkeitsbereich der Direktion,
- die Aufsicht und Verwaltung der Zusammenarbeit mit der EZB bei Aufgaben der internen Abwicklungsteams und der gemeinsamen Aufsichtsteams für Einrichtungen im Zuständigkeitsbereich der Direktion,
- als Mitglied der höheren Führungsebene des SRB die Leistung eines Beitrags zur Festlegung der Strategie und Ziele des SRB,
- die Koordinierung des Arbeitsprogramms auf Direktionsebene, die Festlegung der Ziele und Prioritäten im Rahmen der allgemeinen strategischen Planung des SRB,

⁽¹⁾ Verordnung (EU) Nr. 806/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Juli 2014 zur Festlegung einheitlicher Vorschriften und eines einheitlichen Verfahrens für die Abwicklung von Kreditinstituten und bestimmten Wertpapierfirmen im Rahmen eines einheitlichen Abwicklungsmechanismus und eines einheitlichen Abwicklungsfonds sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010 (ABl. L 225 vom 30.7.2014, S. 1), konsolidierter Text: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A02014R0806-20240513>.

- die Verwaltung des Tagesgeschäfts der jeweiligen Direktion und die Gewährleistung ihrer reibungslosen und effizienten Arbeitsweise, einschließlich der engen Zusammenarbeit mit anderen Geschäftsbereichen des SRB und insbesondere zwischen den drei für Abwicklungsplanung und -beschlüsse zuständigen Direktionen,
- die Ausrichtung der Direktion auf die Erfüllung ihrer Ziele gemäß den vorgegebenen Fristen und Qualitätsnormen sowie die Überwachung und Evaluierung der Fortschritte,
- im Einklang mit der Strategie für die SRM-Vision 2028 ⁽²⁾ die Festlegung der Ziele der Referate innerhalb der Direktion, die Überwachung und Bewertung der Erreichung dieser Ziele innerhalb der Fristen und entsprechend bestimmten Qualitätsstandards, die Koordinierung der Arbeit der Referate innerhalb der Direktion, die Unterstützung der mittleren Führungsebene, um sicherzustellen, dass die Ziele erreicht werden und die Motivation der Mitarbeitenden aufrechterhalten wird,
- die Sicherstellung einer reibungslosen Zusammenarbeit und Kommunikation mit allen anderen Ausschussmitgliedern/Direktoren/Direktorinnen und den Direktionen innerhalb des SRB,
- die Förderung konstruktiver Arbeitsweisen in Bezug auf die internen und externen Interessenträger der Direktion und
- in Angelegenheiten, die in die Zuständigkeit ihrer Direktion fallen, die Pflege von Beziehungen zu den Organen und/oder Einrichtungen der EU sowie den einschlägigen nationalen Behörden, insbesondere der Europäischen Kommission, der EZB, den nationalen Abwicklungsbehörden und allen anderen öffentlichen/privaten Einrichtungen.

Die beiden erfolgreichen Bewerber/Bewerberinnen können vom Vorsitz des SRB ferner direkt mit der Wahrnehmung anderer in den Zuständigkeitsbereich des SRB fallender Aufgaben betraut werden.

Als Direktoren/Direktorinnen für Abwicklungsplanung und -beschlüsse werden sie dem Vorsitz des Einheitlichen Abwicklungsausschusses Rechenschaft über ihren konkreten Beitrag ablegen.

Auswahlkriterien

Sie sollten folgende Auswahlkriterien erfüllen:

Managementkompetenzen

- hohes Maß an Führungskompetenz sowie Arbeitserfahrung in einem multikulturellen Umfeld sowie Erfahrung in der erfolgreichen Leitung großer multidisziplinärer (und idealerweise multikultureller) Teams auf einer Führungsebene und in der Motivierung des Personals zu hohen Leistungen,
- nachgewiesene Fähigkeit, strategische und operative Entscheidungen zu treffen und umzusetzen,
- die Fähigkeit, praktikable Maßnahmen (oder Lösungen) zu entwickeln und rechtzeitig umzusetzen, insbesondere in Krisensituationen,

Fachkenntnisse und Erfahrung

- gründliche Kenntnis des Banken- und Finanzsektors,
- fundierte Erfahrung in einem oder mehreren der folgenden Bereiche: Aufsicht über die Abwicklung oder Sanierung von Finanzinstituten, Regulierung des Finanzsektors und insbesondere von Banken,
- Kenntnis der Organe und der Entscheidungsprozesse in der EU sowie Erfahrung mit anderen Prozessen auf europäischer und internationaler Ebene im Aufgabenbereich des Ausschusses, mindestens aber im Privatsektor auf internationaler Ebene,
- gute Kenntnis des EU-Rahmens für die Bankenabwicklung und seiner Governance,

Persönliche Kompetenzen

- ausgezeichnete Koordinierungs- und Organisationskompetenzen und analytische Fähigkeiten sowie Fähigkeit zum Aufbau solider Arbeitsbeziehungen mit hochrangigen Vertretern einschlägiger Interessenträger,

⁽²⁾ <https://www.srb.europa.eu/en/content/srb-launches-its-srm-vision-2028-strategy-srb-conference>.

- herausragendes Verantwortungsbewusstsein und Eigeninitiative, Fähigkeit, kollegial zusammenzuarbeiten und im Interesse des Mandats des SRB aktiv im Ausschuss mitzuwirken,
- ausgezeichnetes Kommunikations- und Präsentationsgeschick und die Fähigkeit, gute Arbeitsbeziehungen aufzubauen.

Zulassungsbedingungen

Um zur Auswahlphase zugelassen zu werden, müssen Sie **vor Ablauf der Bewerbungsfrist** folgende formale Anforderungen erfüllen:

- *Staatsangehörigkeit*: Sie müssen die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats der Europäischen Union besitzen.
- *Hochschulabschluss oder gleichwertiger Bildungsabschluss*: Sie müssen Folgendes nachweisen:
 - entweder ein Bildungsniveau, das einem abgeschlossenen Hochschulstudium mit einer Regelstudienzeit von mindestens vier Jahren entspricht,
 - oder ein Bildungsniveau, das einem abgeschlossenen Hochschulstudium mit einer Regelstudienzeit von mindestens drei Jahren entspricht, und eine mindestens einjährige einschlägige Berufserfahrung (diese einjährige Berufserfahrung kann nicht auf die weiter unten geforderte nach dem Hochschulabschluss erworbene Berufserfahrung angerechnet werden).
- *Berufserfahrung*: Sie müssen nach Ihrem Hochschulabschluss mindestens 15 Jahre Berufserfahrung auf einer Ebene gesammelt haben, für die die vorstehend genannten Qualifikationen Voraussetzung sind; davon mindestens fünf Jahre in Bereichen, die für die Beaufsichtigung, Sanierung oder Abwicklung von Finanzinstituten und die Regulierung des Finanzsektors relevant sind ⁽³⁾.
- *Managementenerfahrung*: Zehn Jahre nach dem Hochschulabschluss erworbene Berufserfahrung in Führungspositionen, davon mindestens fünf Jahre in einer hochrangigen Funktion in einem für diese Position relevanten Bereich ⁽⁴⁾.
- *Sprachkenntnisse*: Sie müssen über gründliche Kenntnisse einer Amtssprache der Europäischen Union und ausreichende Kenntnisse einer weiteren Amtssprache verfügen. Die Auswahlausschüsse überprüfen während des Gesprächs, ob die geforderten ausreichenden Kenntnisse einer weiteren EU-Amtssprache vorhanden sind. Das Gespräch (oder ein Teil davon) kann deshalb in dieser weiteren Sprache geführt werden.
- Es gelten keine Altersbeschränkungen.

Auswahl und Ernennung

Die Mitglieder des Ausschusses und Direktoren/Direktorinnen für Abwicklungsplanung und -beschlüsse werden auf der Grundlage einer von der Europäischen Kommission vorgelegten Auswahlliste ernannt.

Zur Erstellung dieser Auswahlliste organisiert die Europäische Kommission eine Auswahl gemäß ihren Auswahl- und Einstellungsverfahren (siehe „Document on Senior Officials Policy“) ⁽⁵⁾ sowie der Verordnung über den einheitlichen Abwicklungsmechanismus.

Im Rahmen dieses Auswahlverfahrens setzt die Europäische Kommission einen Vorauswahlausschuss ein. Der Vorauswahlausschuss sichtet sämtliche Bewerbungen, prüft, ob die Zulassungskriterien erfüllt sind, und ermittelt die Personen, deren Anforderungsprofil den vorstehend genannten Auswahlkriterien am besten entspricht. Diese werden gegebenenfalls zu einem Gespräch mit dem Vorauswahlausschuss eingeladen.

⁽³⁾ Berufserfahrung wird nur dann berücksichtigt, wenn sie im Rahmen eines tatsächlichen Arbeitsverhältnisses gesammelt wurde, das als reale, echte und bezahlte Arbeit eines Arbeitnehmers (jedes vertragliche Beschäftigungsverhältnis kann angerechnet werden) oder eines Dienstleistungserbringers definiert ist. Teilzeitarbeit wird anteilig auf der Grundlage des bescheinigten Prozentsatzes der geleisteten Vollzeitzstunden angerechnet. Mutterschafts-, Eltern- oder Adoptionsurlaub wird berücksichtigt, falls dieser im Rahmen eines Arbeitsvertrags genommen wurde. Promotionen — auch unbezahlt — werden, sofern sie erfolgreich abgeschlossen wurden, der Berufserfahrung gleichgestellt (maximal drei Jahre). Ein und derselbe Zeitraum kann nur einmal angerechnet werden.

⁽⁴⁾ Im Lebenslauf sollten Sie für alle Jahre, in denen Sie Managementenerfahrung gesammelt haben, Folgendes genau angeben: 1. Bezeichnung der Führungspositionen und Zuständigkeitsbereich, 2. Zahl der Ihnen unterstellten Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen, 3. Höhe der verwalteten Haushaltsmittel, 4. Zahl der unter- und übergeordneten Hierarchie-Ebenen und 5. Zahl der Führungskräfte auf gleicher Ebene.

⁽⁵⁾ https://commission.europa.eu/jobs-european-commission/job-opportunities/managers-european-commission_en#documents (nur in englischer Sprache).

Im Anschluss an diese Gespräche erstellt der Vorauswahlausschuss seine Schlussfolgerungen und eine Liste der Personen, die er für weitere Gespräche mit dem Beratenden Ausschuss für Ernennungen der Europäischen Kommission vorschlägt. Der Beratende Ausschuss wählt unter Berücksichtigung der Schlussfolgerungen des Vorauswahlausschusses die Personen aus, die zu einem Gespräch eingeladen werden.

Diese nehmen an einem ganztägigen, von einer externen Personalberatungsfirma durchgeführten Management-Assessment-Center teil. Anhand der Ergebnisse des Gesprächs und des Assessment-Center-Berichts erstellt der Beratende Ausschuss für Ernennungen eine Auswahlliste der seiner Meinung nach für das Amt geeigneten Personen.

Die auf der Auswahlliste des Beratenden Ausschusses aufgeführten Personen werden von dem Kommissionsmitglied befragt, das für die Generaldirektion zuständig ist, in deren Aufgabenbereich die Beziehungen zum SRB fallen.

Im Anschluss an diese Gespräche und nach Anhörung des Ausschusses in seiner Plenarsitzung nimmt die Europäische Kommission eine Auswahlliste der am besten geeigneten Personen an. Aus der Aufnahme in die Auswahlliste erwächst kein Anspruch auf eine Ernennung.

Diese Auswahlliste wird dem Europäischen Parlament zur Billigung vorgelegt. Gleichzeitig wird der Rat der Europäischen Union unterrichtet. Anschließend übermittelt die Europäische Kommission dem Europäischen Parlament einen Vorschlag für die Ernennung der beiden Mitglieder des Ausschusses und Direktoren/Direktorinnen für Abwicklungsplanung und -beschlüsse zur Billigung.

Nach Billigung dieses Vorschlags erlässt der Rat mit qualifizierter Mehrheit einen Durchführungsbeschluss zur Ernennung der beiden Mitglieder des Ausschusses und Direktoren/Direktorinnen für Abwicklungsplanung und -beschlüsse.

Nachdem Sie ausgewählt wurden, können Sie aufgefordert werden, noch weitere Gespräche und/oder Tests zu absolvieren.

Die Auswahlliste kann veröffentlicht werden, sobald sie von der Europäischen Kommission angenommen wurde.

Chancengleichheit

Die Europäische Kommission verfolgt das strategische Ziel, bis zum Ende des derzeitigen Mandats der Kommission die Gleichstellung der Geschlechter auf allen Managementebenen zu erreichen. Dazu verfolgt sie eine Politik der Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung gemäß Artikel 1d des Statuts ⁽⁶⁾ und unterstützt Bewerbungen, die zu mehr Vielfalt, Geschlechtergleichstellung und einer allgemeinen geografischen Ausgewogenheit beitragen könnten.

Beschäftigungsbedingungen

Als Mitglied des Ausschusses und Direktor/Direktorin für Abwicklungsplanung und -beschlüsse werden Sie für eine nicht verlängerbare Amtszeit von fünf Jahren ernannt. Als Mitglied des Ausschusses und Direktor/Direktorin für Abwicklungsplanung und -beschlüsse sind Sie einem Richter des Gerichtshofs der Europäischen Union hinsichtlich der Besoldung und des Ruhestandsalters gemäß der Verordnung (EU) 2016/300 des Rates ⁽⁷⁾ gleichgestellt. Die Dienstbezüge basieren auf der Besoldungsgruppe AD 16 Dienstaltersstufe 3, auf die ein Multiplikationsfaktor von 101 % der Dienstbezüge für diese Besoldungsgruppe und Dienstaltersstufe Anwendung findet ⁽⁸⁾. Hinsichtlich des Ruhestandsalters gilt keine Höchstgrenze. Für alle sonstigen Beschäftigungsbedingungen gelten analog das Statut und die Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten.

Der Ort der dienstlichen Verwendung ist Brüssel (Belgien), wo der SRB seinen Sitz hat.

Die Amtszeit beginnt voraussichtlich am 1. März 2025.

⁽⁶⁾ ABl. 45 vom 14.6.1962, S. 1385/62, konsolidierter Text: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A01962R0031-20240101>.

⁽⁷⁾ Verordnung (EU) 2016/300 des Rates vom 29. Februar 2016 über die Regelung der Amtsbezüge für hochrangige Amtsträger in der EU (ABl. L 58 vom 4.3.2016, S. 1).

⁽⁸⁾ Verordnung (EU) Nr. 806/2014, konsolidierter Text: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A02014R0806-20240513>.

Wichtige Hinweise

Die Arbeiten der Auswahlausschüsse sind vertraulich. Wenn Sie sich bewerben, ist es Ihnen untersagt, sich persönlich oder über Dritte an einzelne Mitglieder dieser Ausschüsse zu wenden. Alle Anfragen sind an das Sekretariat des jeweiligen Ausschusses zu richten.

Schutz personenbezogener Daten

Die Kommission trägt dafür Sorge, dass alle personenbezogenen Daten gemäß der Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽⁹⁾ verarbeitet werden. Dies gilt insbesondere für die Vertraulichkeit und Sicherheit dieser Daten.

Unabhängigkeit und Erklärung zu etwaigen Interessenkonflikten

Die Mitglieder des Ausschusses müssen in den Plenar- und Präsidiumssitzungen unabhängig und ausschließlich im Interesse der EU handeln und dürfen Weisungen von Organen oder Einrichtungen der Europäischen Union, Regierungen der Mitgliedstaaten oder öffentlichen oder privaten Stellen weder einholen noch entgegennehmen. Mit der Ernennung zum Mitglied des Ausschusses und zum Direktor/zur Direktorin für Abwicklungsplanung und -beschlüsse wird die Person zum Vollzeitbeschäftigten und darf keine anderen Ämter auf nationaler, Unions- oder internationaler Ebene innehaben.

Als Mitglied des Ausschusses und Direktor/Direktorin für Abwicklungsplanung und -beschlüsse müssen Sie vor Amtsantritt

- eine Erklärung abgeben, in der Sie sich verpflichten, unabhängig im öffentlichen Interesse zu handeln, und
- alle Interessen angeben, die Ihre Unabhängigkeit gefährden könnten.

Mit Ihrer Bewerbung für diese Stelle bestätigen Sie, dass Sie hierzu bereit sind. Als ernanntes Mitglied des Ausschusses unterliegen Sie dem einschlägigen Verhaltenskodex, und als Direktor/Direktorin für Abwicklungsplanung und -beschlüsse unterliegen Sie zudem dem Statut und den Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten, insbesondere dem Titel II, sowie dem für die Ausschussmitarbeitenden geltenden Kodex für Berufsethik und gute Verwaltungspraxis.

Bewerbungsverfahren

Bitte prüfen Sie vor Einreichung Ihrer Bewerbung sorgfältig, ob Sie sämtliche oben genannten Zulassungskriterien erfüllen, vor allem, ob Sie über den verlangten Hochschulabschluss, die geforderte Berufs- und Führungserfahrung und die geforderten Sprachkenntnisse verfügen. Ist eines der Zulassungskriterien nicht erfüllt, werden Sie automatisch vom Auswahlverfahren ausgeschlossen.

Falls Sie sich bewerben möchten, müssen Sie sich zunächst im Internet auf folgender Seite anmelden und den dortigen Anleitungen zu den einzelnen Verfahrensschritten folgen:

<https://ec.europa.eu/dgs/human-resources/seniormanagementvacancies/>.

Sie benötigen eine gültige E-Mail-Adresse, über die Ihnen Ihre Bewerbung bestätigt werden kann und die für den weiteren Schriftwechsel während der verschiedenen Phasen des Auswahlverfahrens verwendet wird. Teilen Sie Änderungen Ihrer E-Mail-Adresse daher bitte der Europäischen Kommission unbedingt mit.

Ihre Bewerbung ist erst vollständig, wenn Sie Ihren Lebenslauf als PDF-Datei (vorzugsweise unter Verwendung des Europass-Formats) ⁽¹⁰⁾ hochgeladen und ein Bewerbungsschreiben (Online-Formular, höchstens 8 000 Zeichen) eingegeben haben. Lebenslauf und Bewerbungsschreiben können in jeder Amtssprache der Europäischen Union eingereicht werden.

Es liegt in Ihrem Interesse, dafür Sorge zu tragen, dass Ihre Bewerbung korrekt, aussagekräftig und wahrheitsgemäß ist.

⁽⁹⁾ Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 und des Beschlusses Nr. 1247/2002/EG (ABl. L 295 vom 21.11.2018, S. 39).

⁽¹⁰⁾ Informationen darüber, wie Sie Ihren Europass-Lebenslauf online erstellen können, finden Sie unter: <https://europa.eu/europass/de/create-europass-cv>.

Nach Abschluss der Online-Anmeldung erhalten Sie eine E-Mail, in der bestätigt wird, dass Ihre Bewerbung registriert wurde. **Wenn Sie keine Bestätigungsmail erhalten, wurde Ihre Bewerbung nicht registriert!**

Der Fortgang Ihrer Bewerbung lässt sich nicht online verfolgen. Sie werden direkt kontaktiert und über den Stand Ihrer Bewerbung informiert.

Per E-Mail übermittelte Bewerbungen werden nicht berücksichtigt. Für weitere Auskünfte und/oder bei technischen Problemen wenden Sie sich bitte per E-Mail an: HR-MANAGEMENT-ONLINE@ec.europa.eu.

Die Online-Bewerbung ist fristgerecht abzuschließen. Wir empfehlen dringend, mit der Bewerbung nicht bis zuletzt zu warten, da ein erhöhtes Datenaufkommen oder eine Störung Ihrer Internetverbindung dazu führen kann, dass die Online-Bewerbung vor der Fertigstellung abgebrochen wird und Sie den gesamten Vorgang wiederholen müssen. Nach Bewerbungsschluss können keine Daten mehr eingegeben werden. Verspätete Bewerbungen werden nicht berücksichtigt.

Bewerbungsschluss

Bewerbungsschluss ist der **8. Juli 2024, 12.00 Uhr (mittags) Brüsseler Zeit**. Danach ist keine Online-Bewerbung mehr möglich.



AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 1. OKTOBER 2018

(C/2024/3517)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2018-2019

Sitzungen vom 1. bis 4. Oktober 2018

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode	3
2. Eröffnung der Sitzung	3
3. Erklärungen des Präsidenten	3
4. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll	5
5. Zusammensetzung der Fraktionen: siehe Protokoll	6
6. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll	6
7. Prüfung von Mandaten: siehe Protokoll	6
8. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll	6
9. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 69c GO): siehe Protokoll	6
10. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 78 GO): siehe Protokoll	6
11. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschlüsse des Parlaments: siehe Protokoll	6
12. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll	6

Inhalt	Seite
13. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	6
14. Arbeitsplan	6
15. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung	11
16. Bewertung von Gesundheitstechnologien (Aussprache)	11
17. Umsetzung der LGBTI-Leitlinien des Rates in Bezug auf die Situation in Tschetschenien	24
18. Internationale Rechnungslegungsstandards: IFRS 17 Versicherungsverträge (Aussprache)	31
19. Dezentrale Transaktionsnetzwerke und Blockkettensysteme: mehr Vertrauen durch verringerte Kreditmittlertätigkeit (Aussprache)	35
20. EU-Agenda für ländliche Gebiete, Bergregionen und entlegene Gebiete (Aussprache)	46
21. Ausführungen von einer Minute zu wichtigen politischen Fragen	58
22. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	64
23. Schluss der Sitzung	64

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 1. OKTOBER 2018

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Presidente

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Presidente. – La sessione, interrotta giovedì 13 settembre 2018, è ripresa.

2. Eröffnung der Sitzung

(La seduta è aperta alle 17.04)

3. Erklärungen des Präsidenten

Presidente. – Onorevoli parlamentari, prima di riprendere i nostri lavori, voglio rivolgere un pensiero alle vittime dei terremoti e dello tsunami che hanno provocato oltre 1 200 morti in Indonesia.

L'arcipelago di Sulawesi è stato colpito da forti scosse di terremoto che, oltre a provocare numerose vittime, hanno causato uno tsunami di vaste proporzioni. Onde alte fino a sei metri si sono abbattute sulla capitale dell'isola Palu, sulla città di Donggala e su altri villaggi costieri. Secondo le Nazioni Unite, nell'isola di Sulawesi 191 000 persone hanno bisogno di sostegno, tra loro anche 46 000 bambini e 14 000 anziani.

La Commissione europea ha sbloccato un primo aiuto di emergenza umanitaria di un milione e mezzo di euro per soccorrere i più vulnerabili e fornire beni di prima necessità come cibo, alloggi e acqua. È stato anche attivato il servizio comunitario di cartografia satellitare Copernicus. A nome di questo Parlamento, esprimo le più sentite condoglianze alle famiglie delle vittime, alle autorità indonesiane e vi chiedo un minuto di silenzio in memoria di coloro che hanno perso la vita in queste catastrofi.

(L'Assemblea, in piedi, osserva un minuto di silenzio)

Nelle ultime settimane mi sono stati segnalati vari casi di attacchi personali a colleghi membri di questo Parlamento, voglio ribadire con forza che tali atti sono inaccettabili.

La violenza, verbale o fisica che sia, e la mancanza di rispetto non sono giustificabili in alcun caso, tantomeno se hanno l'effetto di limitare il normale esercizio del mandato che i deputati hanno ricevuto dai cittadini.

Nel condannare fermamente questi atti, da qualsiasi parte essi provengano, voglio esprimere la nostra solidarietà alle colleghe Judith Sargentini, oggetto di una campagna di odio sui media, Eleonora Forenza che ha subito anche violenza fisica e al collega István Ujhelyi, la cui immagine è stata offesa nel corso di una manifestazione in Ungheria. Esprimo la nostra più ferma condanna e mi auguro che questi episodi inaccettabili non si ripetano più.

Sajjad Karim (ECR). – Mr President, I am obliged to make a very short representation. Last week, as we were launching – on the platform of the Anti-Racism and Diversity Intergroup within the European Parliament in Brussels – a toolkit designed to help Member States avoid any Islamophobic content in their messaging, outside the European Parliament there appeared a huge Islamophobic poster, officially sponsored on behalf of Parliament, giving a message about immigration. That poster is against the very toolkit that we were raising, in every way possible. I request that it be removed with immediate effect.

(Applause)

Presidente. – Verificheremo la Sua lamentela e vedremo di provvedere se ci sono gli estremi di una violazione delle nostre regole.

Ana Miranda (Verts/ALE). – Señor presidente, hoy hace un año que el pueblo hermano, el pueblo catalán, se pronunciaba en referéndum, en un referéndum democrático. ¿Y qué recibió a cambio? Exactamente violencia.

Queremos recordar ese pronunciamiento, en honor de todas las personas que sufrieron violencia. Y quisiera recordarle, señor presidente, que —tal como hizo la otra vez— se dirija al nuevo Gobierno del Estado español para solicitar información sobre la situación de dos ex diputados al Parlamento Europeo: el señor Junqueras y el señor Raül Romeva.

Benedek Jávör (Verts/ALE). – Köszönöm, elnök úr! Két hét múlva, október tizenhatodikán lesz egyéves évfordulója annak, hogy a máltai újságírónő, Galizia asszonyt Máltán tragikus körülmények között meggyilkolták. A Parlament – nagyon helyesen – rögtön reagált erre a szörnyű cselekményre, a sajtóterem átnevezésével például, de a Parlament döntést hozott arról is, hogy díjat hoz létre Daphne Caruana Galizia emlékére, az újságírói munka díjazására.

A tudomásom szerint a Parlament Bureau-ja rövidesen, akár már ma este tárgyalhatja a Caruana Galizia-díjnak a napirendi pontját. Azt szeretném, hogy ha két hét múlva, az egyéves évfordulón a Parlament úgy állhatna a választók, úgy állhatna a nyilvánosság elé, hogy birtokában van a döntés ennek a díjnak a létrehozataláról, hogy ezt a díjat el tudjuk indítani és méltóképpen meg tudunk emlékezni Daphne Caruana Galizia halálának egyéves évfordulójáról. Köszönöm szépen!

Presidente. – Lei sa, onorevole, quanto sono impegnato su questa vicenda, sono stato talmente duro che ho ricevuto anche qualche protesta ufficiale da parte del governo maltese, stasera comunque, per Sua informazione, l'argomento che Lei ha segnalato sarà in discussione al Bureau.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, θα ήθελα να αναφέρω ότι σήμερα η πατρίδα μου, η Κύπρος, γιορτάζει την Κυπριακή Ανεξαρτησία. Πριν ακριβώς από 58 χρόνια, ο Κυπριακός Ελληνισμός ξεσηκώθηκε και με αγώνες και θυσίες κατέκτησε την ανεξαρτησία του απαλλασσόμενος από τη βρετανική αποικιοκρατία. Αφενός μεν, σήμερα γιορτάζουμε αυτή τη μεγάλη επέτειο της Κυπριακής Δημοκρατίας, αφετέρου όμως, θλιβόμεθα γιατί, εδώ και 44 χρόνια, μια χώρα μέλος της Ευρωπαϊκής Ένωσης βρίσκεται κάτω από την τουρκική κατοχή, βρίσκεται κάτω από τα τουρκικά στρατεύματα.

Ο Πρόεδρος της Κυπριακής Δημοκρατίας διαμήνυσε και σήμερα προς όλους –και ιδιαίτερα προς την Ευρωπαϊκή Ένωση– ότι οφείλουμε να αγωνιστούμε με όλες μας τις δυνάμεις για την απελευθέρωση και επανένωση της Κύπρου, για να γίνει η Κύπρος επιτέλους κανονικό κράτος μέλος της Ευρωπαϊκής Ένωσης χωρίς κατοχικά στρατεύματα, χωρίς απαράδεκτες εγγυήσεις και χωρίς επεμβατικά δικαιώματα της Τουρκίας.

Πιστεύω ότι εσείς είστε ιδιαίτερα ευαίσθητος γι' αυτό το ζήτημα και θεωρώ ότι για μια ακόμη φορά η Ευρωπαϊκή Ένωση και το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο μπορούν να στείλουν το μήνυμα στην Τουρκία ότι είναι αδιανόητο και απαράδεκτο να συνεχίζει να κρατά μοιρασμένη μια χώρα της Ευρωπαϊκής Ένωσης, ένα πλήρες μέλος, ενταγμένο στην Ευρωπαϊκή Ένωση. Γιατί μόνο με αυτόν τον τρόπο πιστεύω ότι την επόμενη χρονιά θα γιορτάσουμε μια απελευθερωμένη και επανενωμένη Κύπρο.

(χειροκροτήματα)

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, είχα ζητήσει τον λόγο για το ίδιο θέμα, οπότε δεν θα επαναλάβω όσα έχει πει ο συνάδελφος. Είναι η ημέρα της Κυπριακής Ανεξαρτησίας. Και έχει σημασία να αναφερθεί αυτό εδώ, διότι αυτή η ανεξαρτησία απειλείται από την Τουρκία, μια χώρα η οποία ευρίσκεται –υποτίθεται– σε διαδικασία ένταξης.

Χρειάζεται η συμπαράσταση όλων. Χρειάζεται να το θυμόμαστε όλοι, γιατί πάνω απ' όλα η πεμπτούσια της αλληλεγγύης και της συνεργασίας των κρατών μελών αναδεικνύεται όταν υπερασπιζόμαστε την ανεξαρτησία των κρατών μελών.

(χειροκροτήματα)

Presidente. – Mi pare che la Plenaria abbia espresso sostegno alle vostre posizioni.

Bruno Gollnisch (NI). – Monsieur le Président, c'est à la fois un rappel au règlement et une protestation. Lors de la dernière session, nous nous sommes intéressés, comme régulièrement, à la question des droits de l'homme, et je voudrais vous parler, en me fondant sur le règlement et en me fondant sur les textes que notre Assemblée a adoptés, de la question des droits de l'homme au Parlement européen.

Tous les textes concordent pour dire qu'avant qu'une décision qui lui porte grief soit prise contre quelqu'un, cette personne doit être entendue. Je veux citer l'article 41 de la charte européenne des droits fondamentaux et l'article 68 des mesures d'application du statut, qui dit que toute décision en matière de recouvrement n'est prise qu'après que le député concerné ait été entendu préalablement par le Secrétaire général. Le Secrétaire général me spolie de 300 000 euros et il a refusé de m'entendre!

Mes chers collègues, nous avons voté un code européen de bonne conduite administrative qui dit que dans les cas où une décision affecte un particulier – et nous sommes aussi des citoyens –, il est nécessaire de lui permettre de soumettre non seulement des observations écrites mais aussi – et je cite: «si nécessaire, de présenter des observations orales». Ce droit m'a été dénié. Il résulte aussi d'une résolution de notre Parlement du 9 juin 2016.

Monsieur le Président, les juristes du Parlement qui sont sous vos ordres ou sous les ordres du Secrétaire général, M. Welle, s'efforcent en ce moment, devant la juridiction de Luxembourg, de réfuter ma réclamation légitime à, au moins, être entendu! Ils s'efforcent d'en minimiser la portée, de dire que ces résolutions n'ont pas de valeur obligatoire.

Mes chers collègues, quelle que soit la diversité de nos opinions, ce qui arrive aujourd'hui pourrait arriver à d'autres et je vous parlerai, Monsieur le Président, de la situation de mon assistant. Il y a une véritable forfaiture judiciaire! J'ai le texte que je vais communiquer demain en conférence de presse. Votre administration a fait croire faussement et mensongèrement à la Cour de justice européenne de Luxembourg que le Parlement n'avait aucune réclamation de nature judiciaire contre mon assistant. Or, M. Klethi, directeur général des finances, est venu directement devant la juridiction française pour se faire l'expression d'une plainte pénale dirigée contre lui.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Pane předsedající, já mám podle jednacího řádu dotaz k jednacímu řádu, zda se něco změnilo na pořadu jednání – v současné době jsou to spíše *One-minute speeches* podle článku 163 –, nebo jestli opět platí jednací řád této sněmovny a vždycky poslanec předtím, než chce vystoupit, musí uvést, k jakému je to bodu jednání.

Presidente. – Onorevole, un po' di flessibilità a volte serve.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, stimați colegi, aș vrea să vă rog ca astăzi, 1 octombrie, când ONU a declarat Ziua persoanelor în vârstă, să le aducem un omagiu, pentru că suntem aici și fiecare avem în țara noastră lucrurile pe care le avem, pentru că generația a treia, persoanele în vârstă au existat, au lucrat pentru noi.

Astăzi, ONU din 1991 a declarat Ziua persoanelor în vârstă și, domnule președinte, vă rog, în numele Parlamentului, să le adresăm un omagiu acestor oameni minunați.

4. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll

5. **Zusammensetzung der Fraktionen: siehe Protokoll**
6. **Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll**
7. **Prüfung von Mandaten: siehe Protokoll**
8. **Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll**
9. **Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 69c GO): siehe Protokoll**
10. **Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 78 GO): siehe Protokoll**
11. **Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschlüsse des Parlaments: siehe Protokoll**
12. **Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll**
13. **Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll**

14. Arbeitsplan

Presidente. – Il progetto definitivo di ordine del giorno, fissato dalla Conferenza dei presidenti, ai sensi dell'articolo 149 del regolamento, nella riunione del 27 settembre 2018 è stato distribuito. Sono state presentate le seguenti proposte di modifica:

Lunedì:

Ho ricevuto dal gruppo S&D la richiesta di iscrivere come primo punto all'ordine del giorno una dichiarazione del Presidente del Parlamento europeo sulla imminente demolizione del villaggio beduino di Khan al Ahmar. Alla dichiarazione dovrebbe far seguito un turno di interventi per ciascun gruppo politico.

Eider Gardiazabal Rubial, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, el pasado Pleno, este Parlamento ya aprobó una Resolución con un mensaje muy claro contra la demolición del poblado beduino de Jan al-Ahmar. El Grupo S&D vuelve a proponer esta cuestión en el orden del día porque las señales que llegan desde el terreno son alarmantes.

El Gobierno de Israel parece desoir todos los llamamientos. Sigue con sus planes y hoy, precisamente hoy, termina el plazo para que los habitantes tengan que destruir sus casas y huir de allí. Jan al-Ahmar está ahora mismo rodeado por la policía y no sabemos si el ejército va a entrar a demolerlo. Así que hoy este Pleno no puede estar en silencio.

Por eso pido a los grupos que apoyen nuestra petición para que el presidente haga una declaración, seguida de la ronda de grupos. Para que mostremos nuestro más absoluto rechazo a esta grave violación de los derechos humanos. Para que nos pronunciemos rotundamente contra este acoso y contra esta ilegalidad, porque nadie está por encima de la ley. Y para que exijamos a Netanyahu que no cruce esa línea roja. Porque Jan al-Ahmar no es una aldea cualquiera: es un enclave estratégico que, si es demolido, va a poner en jaque cualquier tentativa de paz en Oriente Medio.

Pero también les pido que apoyen esta petición para salvar el colegio de los 180 niños y niñas que lo consideran un sitio seguro y en el que poder estudiar. Para salvar ese símbolo de esperanza en el que se han convertido tan solo cuatro paredes de barro y neumáticos.

Redoblemos la presión porque todavía estamos a tiempo de evitar esta tragedia.

Presidente. – Prima di dare la parola a chi vuole intervenire contro la Sua proposta, devo dire che le dichiarazioni del Presidente non possono essere inserite all'ordine del giorno.

Io durante l'ultima riunione della Conferenza dei presidenti, visto che il problema era stato sottoposto all'attenzione dei presidenti dei gruppi e del sottoscritto da parte del gruppo S&D, ho chiesto se ci fosse unanimità perché io facessi un intervento del genere. Non c'è stata unanimità, la proposta è stata respinta dalla Conferenza dei presidenti. Quindi io non posso fare un intervento, anche se è mio dovere sostenere le posizioni del Parlamento, quindi sosterrò sempre la posizione del Parlamento, però se voi volete fare un dibattito, nulla osta, però non può essere messa all'ordine del giorno una dichiarazione del Presidente.

Cristian Dan Preda (PPE). – Monsieur le Président, la haute représentante s'est déjà prononcée sur cette question avant notre dernière session. Nous en avons déjà discuté et nous avons également adopté une résolution sur le sujet lors de la dernière session.

Je vois simplement dans cette demande une partie de la campagne électorale menée par les socialistes, qui font de l'opposition à Israël une attitude. Arrêtons cela, c'est une honte!

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, θα ήθελα να αναφερθώ στην επίσκεψη αντιπροσωπείας του Κοινοβουλίου στην Παλαιστίνη. Επισκεφθήκαμε πριν δέκα μέρες την Παλαιστίνη και αυτόν τον οικισμό. Η κατάσταση είναι πολύ κρίσιμη, σε τέτοιο βαθμό μάλιστα που, πέραν από την τοποθέτηση της κυρίας Mogherini, πέντε Υπουργοί Εξωτερικών από τα μεγάλα κράτη μέλη της Ευρωπαϊκής Ένωσης έχουν αποστείλει επιστολή στο Ισραήλ και ζητούν να μην κατεδαφιστεί ο οικισμός.

Δεν πρόκειται μόνο για την κατεδάφιση ενός οικισμού. Η κατάσταση είναι πολύ κρίσιμη. Ο οικισμός αυτός θεωρείται ότι είναι «κόκκινη γραμμή» για τους Παλαιστίνιους. Εάν κατεδαφιστεί, θα επεκταθούν οι οικισμοί των εποίκων και κινδυνεύει να διχοτομηθεί η Δυτική Όχθη σε Βορρά και Νότο. Άρα είναι ένα σοβαρό πολιτικό ζήτημα, πέραν του ότι το σχολείο, στο οποίο αναφέρθηκε η συνάδελφος, το οποίο βρίσκεται στον οικισμό και απειλείται τώρα να κατεδαφιστεί, οικοδομήθηκε με χρήματα της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Επειδή η πολιτική κατάσταση είναι πολύ κρίσιμη και για το ίδιο το Παλαιστινιακό, θεωρώ ότι η συζήτηση στην Ολομέλεια είναι αναγκαία.

Margrete Auken (Verts/ALE). – Hr. formand! Jeg var selv med i den delegation, og jeg kan fortælle jer, at der var meget stor glæde i landsbyen over, at Parlamentet var kommet med så stærk en udtalelse. Jeg har lidt svært ved at forstå, hvorfor Parlamentets leder ikke kan sige, at vi står bag ved det, vi har sagt, at vi mener det alvorligt, og at hvis Israel er ligeglad med, hvad ikke bare vi, men verdenssamfundet og international lov, siger, så er det en skandale, for at sige det pænt. Det er en skændsel fra dette Parlaments side, og jeg synes, at Cristian Dan Preda skulle holde sig for god til at misbruge lidende menneskers situation. Jeg synes, at formanden skal komme med en udtalelse.

Presidente. – Onorevole, però non è un dibattito questo. Onorevole, il dibattito lo fate dopo. Onorevole, il regolamento prevede – bisogna che Lei conosca il regolamento prima di protestare – il regolamento prevede che parli una persona per il gruppo che presenta la richiesta, e una persona che si oppone. Io ho fatto parlare, Lei era la terza persona del gruppo favorevole, mi pare che Lei non deve fare la polemica con l'on. Preda, Lei può dire quello che vuole, ma questo non è un dibattito, bisogna decidere se fare un dibattito o meno, immediatamente come primo punto all'ordine del giorno. Il dibattito deve ancora cominciare. Quindi, io siccome la votazione è abbastanza delicata direi di farla direttamente con il sistema elettronico, così vediamo.

Mettiamo a votazione, per appello nominale, la proposta del gruppo S&D per un dibattito immediato. Però senza dichiarazione del Presidente perché non essendoci stata unanimità in Conferenza dei presidenti io non intervengo pur rimanendo ferma la mia posizione a favore del documento approvato.

(Il Parlamento respinge la domanda di modifica del gruppo S&D)

Il gruppo EFDD ha chiesto di aggiungere un dibattito sulla relazione Verheyen e Kammerevert relativa alla fornitura di servizi di media audiovisivi come secondo punto all'ordine del giorno di questo pomeriggio, dopo la relazione Cabezón Ruiz sulla valutazione delle tecnologie sanitarie.

Attualmente la relazione è inclusa soltanto nelle votazioni di venerdì, quindi aggiungere un dibattito oggi, per poi votare domani.

John Stuart Agnew, on behalf of the EFDD Group. – Mr President, I propose that we have a full debate on the Audiovisual Media Services Directive, which is due to be voted on tomorrow. This directive is very important as it will regulate various aspects, from enforcing EU quotas to how many adverts can be on television in a day. Is there any aspect of our lives that the EU will not regulate?

On-demand services like Netflix and Amazon Prime will be obligated to ensure that 30% of their content is made up of European work. This legislation has also been extended to apply to video-sharing platforms, which will affect companies such as YouTube and, potentially, Twitch. They are also targeting social media services, such as Facebook, Instagram and Snapchat. Furthermore, it is creating an EU regime whereby any media service may be forced to financially contribute to another government.

This is an extremely broad piece of legislation that could be highly damaging to the audiovisual media sector. Therefore, I am requesting full parliamentary scrutiny by way of a debate this evening.

Petra Kammerevert (S&D). – Herr Präsident! Auch im Namen meiner Ko-Berichterstatterin Sabine Verheyen möchte ich hier sagen, dass wir eine solche Debatte für nicht mehr notwendig erachten. Wir haben jetzt zweieinhalb Jahre lang diese Richtlinie in allen ihren Einzelheiten diskutiert. Wir haben ein breites Verhandlungsmandat vom Parlament erhalten, um mit dem Rat in informelle Trilog-Verhandlungen zu gehen. Wir haben in diesen informellen Trilog-Verhandlungen weit auseinanderliegende Positionen zusammengebracht – in einem wohlausbalancierten Gesamtkunstwerk.

Und wir glauben, dass wir glauben, dass eine weitere Debatte hier im Europäischen Parlament nicht zu irgendeinem Mehrwert führt, zumal wir morgen die Entscheidung zu treffen haben, den Text in Gänze anzunehmen oder abzulehnen. Denn wenn man hier ein kleines Mosaiksteinchen rausbrechen würde, würde der gesamte Text in sich zusammenbrechen. Und ich bin schon ein bisschen erstaunt, dass ausgerechnet diejenigen den Antrag auf Debatte stellen, die sich nicht oder nur in Spurenelementen an den Verhandlungen im Trilog beteiligt haben.

(Il Parlamento respinge la richiesta di modifica del gruppo EFDD)

Presidente. – Possiamo ora alla giornata di martedì.

Martedì:

Il gruppo GUE/NGL ha chiesto che la discussione sull'interrogazione orale sul contributo dell'UE a uno strumento vincolante delle Nazioni Unite sulle società transnazionali con riferimento ai diritti umani termini con una risoluzione.

Lola Sánchez Caldentey, en nombre del Grupo GUE/NGL. – Señor presidente, las Naciones Unidas llevan cuatro años negociando un Tratado para acabar con los casos en que empresas transnacionales violan derechos humanos y quedan impunes.

Hemos repetido en nueve Resoluciones que apoyamos este proceso, y la Comisión de Desarrollo dio un paso más allá: aprobamos una Resolución que define los elementos que la Unión Europea puede aportar a este Tratado.

En dos semanas, el Tratado seguirá negociándose en las Naciones Unidas y la Resolución no ha sido ni debatida ni votada en la sesión plenaria. ¿No había sitio en la agenda?

No podemos aceptar que los derechos humanos no quepan en la agenda del Parlamento Europeo.

El martes, el Servicio Europeo de Acción Exterior nos va a explicar qué piensan ellos de este Tratado. Bien, pero insuficiente. Este Parlamento debe tener su propia opinión. Propongo que votemos la inclusión en el orden del día de la Resolución de las aportaciones de la Unión Europea al Tratado vinculante, aprobada por la Comisión DEVE en julio.

Colegas, la mayoría habéis votado a favor de estas nueve Resoluciones que apoyan este Tratado. Pido, por eso, vuestro voto a favor. Es una cuestión de coherencia y de respeto hacia el trabajo de la Comisión de Desarrollo. Y también de respeto a los valores europeos que tanto defendemos.

(Il Parlamento accoglie la richiesta di modifica del gruppo GUE/NGL)

Presidente. – Il gruppo ENF ha chiesto di aggiungere come primo punto all'ordine del giorno del pomeriggio di martedì le dichiarazioni del Consiglio e della Commissione sulla protezione delle società europee contro l'extraterritorialità del diritto degli Stati Uniti d'America.

Gilles Lebreton, au nom du groupe ENF. – Monsieur le Président, au cours des dernières années, les États-Unis ont instauré de multiples embargos vis-à-vis de différents États, comme le Soudan, Cuba, la Libye ou encore l'Iran. Dans ce cadre, des entreprises européennes ont été durement frappées. C'est ainsi, à titre d'exemple, que la banque française BNP Paribas a été condamnée en 2015 à payer près de 9 milliards de dollars d'amende par la justice américaine.

Or, cette année, les États-Unis ont récidivé: ils ont décrété un nouvel embargo contre l'Iran en prétendant lui donner un effet d'extraterritorialité. Certes, l'Union européenne a tenté de riposter, notamment par le règlement délégué de la Commission du 6 juin 2018, qui dénonce cette violation flagrante du droit international.

Néanmoins, les problèmes continuent pour nos entreprises européennes. À titre d'exemple, la banque française Société Générale vient d'annoncer qu'elle paierait un milliard d'euros d'amende pour avoir osé braver l'embargo visant l'Iran.

Le problème n'est donc pas réglé et j'estime que la moindre des choses vis-à-vis de nos entreprises européennes confrontées à des difficultés est d'organiser un débat ici-même dans ce Parlement.

Javier Nart (ALDE). – Señor presidente, que la proposición tiene sentido, pero creo que debería circunscribirse a cuál es el objeto concreto de la proposición.

En el mes de junio de este año varios diputados del Grupo ALDE presentamos a la Comisión una propuesta en la cual poníamos en evidencia que el importantísimo Plan de Acción Integral Conjunto —el PAIC— estaba en peligro por la actuación de los Estados Unidos.

Se nos dijo que había un mandato al Banco Europeo de Inversiones y que había una actualización del anexo del estatuto de bloque, y que incluso la Comisión se abría a otras medidas.

Yo lo que entiendo es que es importante que tomemos en consideración que el problema se llama como se llama, que es el Plan de Acción Integral Conjunto. Y, por lo tanto, lo que pediría es que el proceso —dijéramos, la resolución o el debate— fuera sobre la protección a las empresas europeas para preservar el Plan de Acción Integral Conjunto.

Ese es el problema y no la generalidad.

(Il Parlamento respinge la richiesta di modifica del gruppo ENF)

Presidente. – Il gruppo GUE/NGL ha chiesto che vengano aggiunte le dichiarazioni del Consiglio e della Commissione sull'ascesa della violenza neofascista in Europa come sesto punto all'ordine del giorno del pomeriggio di martedì.

Il dibattito dovrebbe concludersi con una risoluzione da votare durante la tornata di ottobre II.

Do la parola all'on. Forenza per formulare la richiesta a nome del suo gruppo.

Eleonora Forenza, a nome del gruppo GUE/NGL. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, colgo l'occasione per ringraziare quest'Aula e i tanti colleghi e le tante colleghe che mi hanno espresso solidarietà per quanto accaduto e colgo l'occasione anche per porgere la mia più viva solidarietà alla collega Sargentini, per le minacce che ha ricevuto.

Brevemente, noi siamo stati aggrediti da militanti di CasaPound, aggrediti e minacciati con mazze, tirapugni, catene. Il mio assistente parlamentare, in questo momento si trova a casa con nove punti di sutura alla testa, un altro ragazzo ha due vertebre rotte. Questo perché abbiamo partecipato a una manifestazione antirazzista. Questo perché abbiamo ritenuto necessario aspettare una ragazza cittadina italiana, ma di origine etiope e quindi con la pelle scura, che aveva paura di attraversare la strada di casa sua, perché occupata da esponenti di CasaPound, che poi hanno messo in atto l'aggressione di cui vi ho parlato.

Credo che quest'Aula debba sapere che solo in Italia, dal 2014 al 2018 sono avvenute oltre 100 aggressioni da parte di organizzazioni neofasciste. Eppure il governo italiano ha taciuto, forse perché un suo esponente, il ministro dell'Interno, non esita a farsi rappresentare a cena con quel Simone Di Stefano, di cui personalmente avevo chiesto pochi mesi fa, il 1° febbraio, che gli fosse negata una conferenza stampa in questo Parlamento, proprio perché fa parte di un partito di matrice neofascista.

Ora, io chiedo a nome del gruppo che ci sia una risoluzione sull'emergere della violenza neofascista in Europa. Lo chiedo perché l'antifascismo deve essere un valore fondativo dell'Unione europea. Lo chiedo perché la violenza neofascista sta avanzando in tutta Europa, insieme alle forze neofasciste ed esplicitamente razziste. Lo chiedo a maggior ragione e molto preoccupata di quanto accade in uno Stato fondatore dell'Unione europea, come l'Italia.

Bruno Gollnisch (NI). – Monsieur le Président, conformément à ce qui a toujours été mon attitude, je défends les droits de tous les députés, je le dis très clairement. J'ai notamment défendu les droits de M. Krivine, notre ancien collègue d'extrême-gauche, que j'avais trouvé saccageant mon université à coups de barre de fer, mais dont je déplorais en revanche qu'en tant que député, il ne fut pas admis dans la délégation de ce Parlement chargée des relations avec les États-Unis.

Je suis opposé à la violence et je condamne toute violence, d'où qu'elle vienne, dont mes collègues ont pu être l'objet. Mais je pense que ce qu'il faut, c'est ouvrir un débat sur la violence politique en général, parce que notre collègue nous a fait part de son expérience, mais je pourrais faire part de la mienne. À pratiquement toutes les réunions publiques que j'ai organisées, des agressions physiques ont été commises par des militants de gauche ou d'extrême-gauche déguisés en prétendus antifascistes – alors que je n'ai jamais eu de sympathie particulière pour cette famille politique – et je n'ai jamais eu droit à la solidarité du Parlement.

Par conséquent, je pense que nous ne pouvons pas voter l'organisation d'un débat qui comprend déjà, dans son intitulé, ce qu'en serait la conclusion nécessaire. Ouvrons un débat, mais sur la violence politique en général au sein de l'Union européenne.

(Il Parlamento approva la richiesta di modifica del gruppo GUE/NGL)

Presidente. – Possiamo ora alla giornata di mercoledì.

Mercoledì:

Il gruppo Verts/ALE ha chiesto che il titolo della dichiarazione del Consiglio e della Commissione su «Emergenza umanitaria nel Mediterraneo: sostegno alle autorità locali e regionali» sia modificato in «Emergenza umanitaria nel Mediterraneo: il caso Aquarius e il ruolo del sostegno alle autorità locali e regionali».

Philippe Lamberts, au nom du groupe Verts/ALE. – Monsieur le Président, chers collègues, notre Parlement a décidé de mettre à l'ordre du jour de nos travaux de mercredi la question du soutien à apporter aux collectivités locales qui s'engagent dans l'accueil des réfugiés.

Je pense que ce débat a tout son sens, mais il est un peu surréaliste de le tenir à l'heure où tout semble fait pour empêcher le moindre réfugié de mettre le pied sur le territoire de l'Union européenne. J'en veux pour preuve le fait que l'Aquarius, l'ultime navire affrété par des ONG qui, je pense, font honneur aux valeurs de l'Union européenne, soit mis hors-jeu et que, de toute évidence, les États membres ne se bousculent pas pour accueillir – tenez-vous bien – les 58 réfugiés qu'il héberge. Je pense donc qu'il est urgent d'en parler, car parler du soutien à apporter aux collectivités locales est certes nécessaire, mais n'a guère de sens si, en même temps, nous ne traitons pas l'urgence de la mise à l'arrêt des opérations humanitaires en Méditerranée. Je vous demande donc d'ajouter ce point, comme indiqué par le Président.

(Il Parlamento respinge la richiesta di modifica del gruppo Verts/ALE)

Presidente. – Passiamo ora alla giornata di giovedì.

Giovedì:

Il gruppo GUE/NGL ha chiesto di chiudere il dibattito sull'interrogazione relativa a benessere degli animali, uso di medicinali antimicrobici e impatto ambientale dell'allevamento industriale dei polli da carne con una risoluzione da votare nella tornata di ottobre II.

Anja Hazekamp, *namens de GUE/NGL-Fractie*. – Voorzitter, in 2007 heeft de Europese Unie regels opgesteld om vleeskippen, of beter gezegd vleeskuikens, te beschermen. Nu, 11 jaar later, is deze bescherming nog steeds ver te zoeken. Nog steeds worden deze dieren met tienduizenden tegelijk in kale schuren opgesloten, staan ze dag in dag uit op nat strooisel en zullen de meeste kuikens nooit buiten komen en daglicht zien.

Aanstaande donderdag, op Werelddierendag, is er om 15 uur een debat over de bescherming van vleeskuikens. De ervaring leert dat op dat tijdstip het aantal aanwezige Europarlementariërs te klein zal zijn om een lans te breken voor deze dieren. Daarom vraag ik uw steun om aan dit debat een resolutie toe te voegen. Zo laten we zien dat het Europees Parlement dierenwelzijn daadwerkelijk belangrijk vindt en serieus neemt. Ik stel voor om over deze resolutie te stemmen in de tweede plenaire zitting in oktober. Graag uw steun voor dit verzoek. Dank u wel.

(Il Parlamento accoglie la richiesta di modifica del gruppo GUE/NGL)

(L'ordine dei lavori è così fissato)

15. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung

Presidente. – Ultima procedura. Il processo verbale e i testi approvati nella seduta del 13 settembre sono stati distribuiti. Vi sono osservazioni?

Bruno Gollnisch (NI). – Monsieur le Président, j'ai une remarque. Dans ce procès-verbal, nous avons adopté un certain nombre de textes, notamment sur les droits de l'homme en Birmanie, par exemple, et sur les droits de l'homme dans ce village bédouin qui a été évoqué tout à l'heure, et dans d'autres endroits.

J'aimerais bien qu'un jour notre Parlement puisse débattre des droits de l'homme au Parlement européen.

(Il processo verbale della seduta precedente è approvato)

VORSITZ: EVELYNE GEBHARDT

Vizepräsidentin

16. Bewertung von Gesundheitstechnologien (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Soledad Cabezón Ruiz im Namen des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bewertung von Gesundheitstechnologien und zur Änderung der Richtlinie 2011/24/EU (COM(2018)0051 - C8-0024/2018 - 2018/0018(COD)) (A8-0289/2018).

Soledad Cabezón Ruiz, *ponente*. – Señora presidenta, quiero comenzar agradeciendo a los diferentes ponentes de los diferentes grupos la actitud constructiva que ha hecho posible un texto prácticamente consensuado, con sesenta y dos compromisos. La propuesta de la Comisión era una propuesta oportuna. Ya lo dije cuando la presentó, pero era necesario alinearla con los retos que realmente presentan las tecnologías sanitarias, su acceso y la sostenibilidad de los sistemas sanitarios.

Creo que el acuerdo que alcanzamos en la Comisión de Medio Ambiente, Salud Pública y Seguridad Alimentaria es un acuerdo bueno por lo equilibrado que es, porque se centra en el paciente y porque, a su vez, es respetuoso con los Estados miembros que, a través de los sistemas sanitarios, tienen que proveer del derecho al acceso a la salud, un derecho fundamental.

Quiero también comenzar diciendo que no es la primera vez que se lleva a cabo una armonización en este sector en el ámbito comunitario. Ya se hizo en el año 65 en torno a la seguridad, en el año 95 empezó a trabajar la EMA y en el año 2001 se sentaron las bases que hoy regulan el ámbito del medicamento a nivel europeo. Y creo que los resultados han sido positivos.

Pero hoy los retos son diferentes: hoy tenemos el reto de mejorar la calidad; las necesidades de la investigación tienen que alinearse mejor con las necesidades médicas, y los precios, los altos precios también tienen que ser regulados. Estas y otras preocupaciones ya las mostraron tanto el Consejo, en junio de 2016, como el Parlamento Europeo.

Soy también consciente de que los medicamentos y la tecnología sanitaria tienen una consideración en la normativa europea de bien de consumo, pero esta debe ser respetuosa y garantizar en todo momento, en última instancia, el derecho fundamental al acceso a la salud y, en definitiva, el acceso a la tecnología sanitaria.

Esta propuesta, sobre todo con las enmiendas y con la propuesta que hace el Parlamento, creo que viene a redundar en la mejora de la calidad, en la mejora y el alineamiento de las necesidades médicas con la investigación y, además, a contribuir a la sostenibilidad de los sistemas sanitarios; en definitiva, a mejorar el acceso de la ciudadanía europea a los medicamentos y a los nuevos productos sanitarios.

En concreto, y para ilustrar esta necesidad, quisiera solamente dar un dato, y es que en los últimos diez años, a pesar de un incremento de hasta diez veces el precio de los medicamentos oncológicos, solamente el 14 o el 15 % de ellos ha demostrado incrementar la supervivencia a cinco años. Y es que la autorización de la comercialización exige o evalúa la seguridad y la eficacia, pero no es su cometido valorar la efectividad o la eficacia comparada. Ya hubo un intento en el año 2004, a través del Reglamento (CE) n.º 726/2004, de establecer el valor terapéutico añadido de los medicamentos, pero no fue posible el acuerdo.

A día de hoy, la realidad es que los Estados miembros realizan este proceso de evaluación previo al proceso de establecimiento de precio y reembolso, lo que genera no solo duplicidades, sino, lo que es más importante aún, la pérdida de la oportunidad de mejorar la evidencia clínica disponible, de dirigir las prioridades de la investigación a las necesidades médicas de los pacientes, de mejorar esa calidad de la investigación y, en definitiva, el acceso a la misma.

Por lo tanto, como decía, creo que esta propuesta es oportuna y puede ser positiva. La Comisión nos la presentó justificada en el artículo 114 del TFUE —mercado interior para eliminar duplicidades—. Yo considero que este no es ni el único ni el más importante de los objetivos a alcanzar, sino que el artículo 168, apartado 4, del TFUE nos permite adoptar estas decisiones con base en la necesidad de garantizar la calidad, la seguridad y la eficacia de los medicamentos.

El carácter obligatorio de esta evaluación por parte de los Estados miembros requiere de la necesaria confianza que creo que otorga el texto, una confianza basada en una metodología de alta calidad científica que compare sobre la base de la mejor evidencia disponible, que sea transparente, independiente y pública, y que sea realizada por los grupos de coordinación, por los expertos a nivel nacional. Y, al mismo tiempo, que no pueda impedir que los propios Estados miembro adapten estas evaluaciones a las especificidades de su contexto nacional.

Quiero, además, incidir en un aspecto muy importante como es el acuerdo alcanzado en materia de productos sanitarios. Soy consciente de las dificultades y las diferencias que había, pero hemos llegado a un acuerdo que creo que es positivo, en un sector emergente que necesita de ese necesario incremento de la evidencia. La participación de todas las partes interesadas —pacientes, consumidores, profesionales— también está garantizada y son escuchadas.

Al mismo tiempo, se abre la puerta a la cooperación voluntaria en aspectos nuevos, como son la medicina de precisión, desincentivar aquellas tecnologías...

(La presidenta retira la palabra a la oradora.)

Christos Stylianides, *Member of the Commission*. – Madam President, I am very pleased to have the opportunity to discuss with you the Commission proposal for a regulation on health technology assessment (HTA), which we adopted last January. The European Parliament has shown very active and constructive engagement on this issue, leading to the adoption of the report by the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety (ENVI) on 13 September by an overwhelming majority.

First of all, I would like to congratulate Ms Cabezón Ruiz on her timely work as rapporteur, as well as the shadow rapporteurs in the ENVI Committee, and the Members of the Committee on Industry, Research and Energy (ITRE) and the Committee on the Internal Market and Consumer Protection (IMCO).

The Commission appreciates Parliament's overall support for its proposal, including a clear and ambitious product scope on medicinal products and medical devices. While time does not allow me to comment in detail on all the various amendments, I would at least like to mention briefly a few areas of modification.

First, on the issue of the national use of European joint clinical assessments, the Commission welcomes Parliament's strong support in ensuring that joint clinical assessments will be used by Member States – and will not be repeated. The approach suggested by Parliament, of adding some clarification as to the meaning of non-duplication, should address the concerns expressed by some Member States in the Council. This specifies that the legislation should not prevent Member States from conducting complementary clinical assessments outside the scope of the joint clinical assessments.

Other amendments were aimed at further clarifying the proposal, as they stress that Member States continue to be responsible for drawing their own conclusions on the added therapeutic value of health technologies in the context of their health system.

The second general area I would like to comment on concerns the respective roles of the Commission and the Member States in the cooperation process. In this area, the amendments follow the spirit of the text as they aim to clarify the Member States' responsibility for conducting the joint work, and the supporting role of the Commission.

The third important area relates to the quality and transparency of joint work produced through EU cooperation. The proposed amendment should ensure the submission of appropriate evidence by technology developers as well as providing for high scientific quality, independence and transparency in the joint work. These were important objectives of the Commission proposal.

Lastly, let me stress that the Commission has serious concerns when it comes to the removal of harmonisation of national rules related to clinical assessments. This was one of the essential elements of our proposal, notably to ensure a high level of human health protection. In proposing such a harmonisation of national HTA methodologies, we had actually responded to previous calls for action from the European Parliament, including to your resolution on access to medicines, which called for the harmonising of HTA tools and methodologies.

I would like to conclude by stressing that the Commission welcomes Parliament's constructive proposals and stands ready to continue to discuss and explore solutions to outstanding issues with the co-legislators. Patients are at the heart of this proposal, which aims to deliver more efficient, transparent and effective EU HTA, and this new model of EU cooperation has clear potential to facilitate better access to innovative health technologies. I therefore call on you to help make this initiative a success for the benefit of patients across Europe.

I now look forward to hearing your views.

Cristian-Silviu Buşoi, *rapporteur for the opinion of the Committee on the Internal Market and Consumer Protection*. – Madam President, dear colleagues, dear Commissioner, I welcome the new proposal aimed at strengthening EU cooperation on health and technology assessment, and I would like to thank the rapporteur and all my colleagues in the Committee on Internal Market and Consumer Protection (IMCO) for their close collaboration.

As the rapporteur for IMCO, I have given particular interest to the fact that patients across Europe are facing disparities and delays in accessing innovative treatments due to the fragmentation of HTA systems. The IMCO opinion concentrated on improving the text in the area of the involvement of stakeholders in HTA, and we underline that cooperation between HT authorities should be based on the principle of good governance, objectivity, independence and transparency. Health technology developers should have the possibility to request an update on the clinical assessment when additional evidence from clinical practice becomes available.

Finally, as regards the subsidiarity principle, while the decision on whether a drug can be reimbursed or not must remain a competency of the Member States, joint clinical assessments should be done at European level in order to shorten the HTA process, and it should not prevent a Member State from carrying out assessments on the added clinical value of the technologies as part of national or regional appraisal processes.

Lieve Wierinck, *rapporteur voor advies ITRE*. – Dank u, Voorzitter. Met de nieuwe wetgeving rond de evaluatie van gezondheidstechnologie zetten we een stap in de goede richting en wel om drie redenen.

Ten eerste gaat onze aandacht naar elke patiënt, onverschillig waar in de Europese Unie. Dankzij deze Europese samenwerking hebben patiënten met een zeldzame kanker of een zeldzame ziekte meer kans op de beschikbaarheid van een geneesmiddel dat werkt. Onder voorbehoud van de nodige privacybescherming voor de patiënt en het bedrijf zullen de lidstaten toegang krijgen tot grootschaliger onderzoeksgegevens die ze apart niet hadden kunnen verzamelen.

Ten tweede is deze Europese klinische beoordeling een goede ontwikkeling voor de producent. De farmaceutische sector hoeft maar één klinische test op Europees niveau af te nemen en geen 28. Zo hebben de landen waar er geen klinische evaluatie gebeurt, toch toegang tot de Europese beoordeling. De klinische evaluatie van nieuwe gezondheidstechnologie zorgt ervoor dat de lidstaten op de hoogte worden gehouden van de ontwikkelingen op de markt en vernemen of deze producten beter werken dan degene die reeds op de markt aanwezig zijn. Doordat wij innovatieve ontwikkelingen beter in de kijker zetten, stimuleren wij onze gezondheidssector op Europees niveau.

Ten derde ben ik er erg voor te vinden dat de flexibiliteit blijft bestaan, zowel voor de lidstaten als voor de coördinatiegroep die de evaluatie samenstelt. Het blijft aan de lidstaten zelf om te beslissen of er een terugbetalingssysteem voor de nieuwe technologie komt. Sommige lidstaten kunnen hun vrijwillige samenwerking nog verder uitbouwen, zoals vandaag de dag al gebeurt met EUnetHTA of BeNeLuxA. De coördinatiegroep behoudt het overzicht over welke nieuwe technologieën baanbrekend zijn.

Als we in Europa voluit de kaart van onderzoek en innovatie willen trekken en daarbij de patiënt centraal stellen, dan is een Europese evaluatie van gezondheidstechnologie de weg die we samen met de lidstaten moeten bewandelen.

First, Ms Gesine Meissner would like to thank the rapporteur, Soledad Cabezón Ruiz, for her good work and all the shadow rapporteurs for their collaboration. This is a very important file that will accelerate access to medicines for patients in the EU. Through simplifying procedures by doing them once for the EU market instead of once in every EU Member State, it will indeed reduce the workload of the administrative bodies in the Member States – the scientists, but also the manufacturers.

However, we are aware of Member States' reservations regarding their competences. That is why it was one of my key priorities to draw a clear distinction between EU and national competences. We have managed to negotiate overall compromises on all the paragraphs which ALDE supported in the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety (ENVI) vote and which it will support in the plenary vote as well. One of my key concerns was the inclusion of high-risk medical devices in the scope of an EU HTA. With the new Medical Devices Regulation we have just adopted new standards on the safety and performance of medical devices. Regardless of their class, medical devices must be proven to be safe and their performance must be verified. A new requirement of the clinical benefits, which is the added value of a medical device, will also have to be demonstrated.

I propose to focus on strong legislation for medical products and look at the medical devices at the second stage. Although my approach did not make it entirely into the final compromises, I was very pleased to see that the rapporteur agreed to further narrow the scope on medical devices. This is a good starting point for further negotiation. Generally speaking, I think we have reached a good and solid agreement that gives a good basis for the negotiations with the Council and the Commission.

Die Präsidentin. – Mir scheint, die Liberalen haben sich ein bisschen vorgeschmuggelt. Aber nun haben die Redner und Rednerinnen der Fraktionen das Wort, zunächst einmal für die Fraktion der europäischen Volkspartei Frau Grossetête.

Françoise Grossetête, au nom du groupe PPE. – Madame la Présidente, après la création de l'Agence européenne du médicament et après la procédure d'autorisation centralisée, qui ont fait leurs preuves, nous abordons une nouvelle étape qui me paraît indispensable dans la construction de l'Europe du médicament. J'en profite pour féliciter notre rapporteure, M^{me} Cabezon Ruiz, pour son travail véritablement mené de manière très collective.

Je rappellerai que les traités européens demandent à l'Europe, en matière de santé, de permettre à tous un égal accès à des soins de qualité et il est effectivement important de démontrer la valeur ajoutée de l'Union européenne dans le domaine de la santé. Je pourrais même dire que l'avenir de la santé, à mon avis, sera européen ou ne sera pas.

Comment comprendre que la valeur ajoutée clinique d'un médicament autorisé dans toute l'Europe diffère d'un pays à l'autre? Comment expliquer aux patients qu'un même traitement soit jugé innovant, utile et très efficace d'un côté de la frontière, alors qu'il est considéré comme ayant une moindre valeur ajoutée dans un autre État membre? Comment annoncer à un patient qu'il doit encore attendre pour obtenir ce nouveau médicament déjà disponible dans le pays voisin?

Il ne faut pas se tromper, on ne parle pas de décision concernant le prix ou le remboursement du médicament, tout ceci relève du contexte national. Il s'agit de conduire en commun une évaluation scientifique portant sur la valeur ajoutée thérapeutique d'une nouvelle technologie par rapport aux alternatives existantes. Ce travail-là va permettre de favoriser les traitements à forte valeur ajoutée et d'accélérer l'accès des patients aux innovations médicales. Comme l'a rappelé le commissaire, les autorités de santé nationales qui détiennent l'expertise vont rester responsables, bien sûr, mais il faut qu'elles apprennent à travailler ensemble et c'est pour cela que nous avons voulu renforcer la collégialité des travaux.

Un mot, enfin, sur les dispositifs médicaux. Ce secteur comprend beaucoup de petites et moyennes entreprises qui doivent déjà faire face à des bouleversements réglementaires majeurs. Il faut éviter un impact qui serait trop brutal sur ce secteur en mutation et c'est pourquoi nous avons décidé de restreindre un peu le champ d'application.

Tout ceci sera une réussite, si nous arrivons à combattre la réticence des États membres. Je suis certaine que ceux-ci auront à cœur de défendre les patients et de permettre ainsi une solidarité européenne accrue en matière de santé: cela ne peut être que bénéfique pour les patients.

Biljana Borzan, u ime kluba S&D. – Gospodo predsjedavajuća, reforma sustava procjene zdravstvenih tehnologija jedan je od glavnih zahtjeva o izvještaju o pristupu lijekovima koji smo donijeli 2016. godine. Drago mi je što je Komisija, unatoč negativnim signalima iz nekih država članica, prepoznala potencijal HTA sustava i što ćemo za par dana glasati o novoj regulativi. Koristi od tješnje suradnje nacionalnih i regionalnih HTA tijela će u konačnici imati svi: pacijenti, liječnici, farmaceuti, zdravstveni sustavi. Nova platforma državama članicama i njihovim tijelima uštedit će vrijeme i novac jer će se izbjeći nepotrebno ponavljanje procjene koje su druge države već napravile. To se, pogotovo, odnosi na zemlje koje trenutno imaju male HTA kapacitete. Ukoliko sustav zaživi onako kako je zamišljen, u konačnici bi cijene inovativnih lijekova i medicinskih uređaja trebale biti pristupačnije za pacijente i zdravstvene sustave. Smatram da Europska unija mora napraviti sve što je moguće u okviru svojih ovlasti kako bi pomogla državama članicama koje se suočavaju sa sve većim troškovima zdravstva. Zaključno, želim zahvaliti izvjestiteljici na izvrsno obavljenom poslu i nadam se da će države članice u Vijeću pronaći način da se u razumnom vremenu dogovore oko jedinstvenog stajališta.

Bolesław G. Piecha, w imieniu grupy ECR. – Pani Przewodnicząca! Chciałbym pogratulować pani posłance sprawozdawczyni przygotowania tego sprawozdania. Podchodzę do tego sprawozdania dualistycznie, z dwóch stron: z jednej strony jako polityk, z drugiej strony jako lekarz. Jako lekarz zdaję sobie sprawę, że HTA to dzisiaj podstawa optymalnych i najlepszych decyzji medycznych. Jako polityk mam już pewne wątpliwości, ponieważ świadczenia zdrowotne, ochrona zdrowia, jej organizacja i finansowanie to wyłączna domena państw członkowskich. W związku z tym zalecam tutaj pewną ostrożność, szczególnie ostrożność w formułowaniu bardzo silnej harmonizacji dotyczącej HTA. Zdaję sobie doskonale sprawę, że ocena technologii medycznych to wielodyscyplinarny proces, który podsumowuje informacje i

wiedzę z zakresu wykorzystania określonych technik medycznych w warunkach medycznych, społecznych, ekonomicznych czy etycznych, i jej wykorzystanie jest zawsze trudne.

Trzeba dążyć do tego, aby HTA miało na celu stworzenie podstawy do kształtowania bezpiecznej i skutecznej polityki zdrowotnej, i tutaj z całym szacunkiem mówię o tym, że pacjent powinien być w centrum tego dokumentu. Trzeba również pamiętać, żeby optymalnie wykorzystać środki finansowe przeznaczone na zdrowie.

Mam dwie uwagi. Pierwsza – wydaje mi się, że kompromis dotyczyćby możliwości konstruktywnego dialogu w obrębie wspólnych raportów europejskich do przeprowadzenia przez państwa członkowskie, a także dodatkowej oceny, i ewentualnie wykorzystania ich dotychczasowego zakresu prac i nakładów, bo to nie jest tak, że państwa członkowskie nie przygotowują swoich własnych raportów i nie prowadzą swoich własnych badań.

Druga sprawa – należy dążyć jednak do wydłużenia okresów przejściowych dla zastosowania ocen technologii medycznej głównie w zakresie wyrobów medycznych. To jest sprawa nowa, trudna, ogromna i tutaj sądzę, że najpierw trzeba by było dobrze się uporać z programami lekowymi, gdzie jest prościej, mamy większe doświadczenia. Gorzej jest z wyrobami medycznymi, tutaj powinien być większy okres przejściowy.

Na koniec trzeba pamiętać, że mimo wszystko nadal ochrona zdrowia będzie w kompetencji państw członkowskich, i musimy to brać pod uwagę.

Kateřina Konečná, za skupinu GUE/NGL. – Paní předsedající, návrh nařízení o hodnocení zdravotnických technologií má zlepšit spolupráci mezi členskými státy. Pouhá registrace léčiva či zdravotnického prostředku na základě posouzení jeho účinnosti a bezpečnosti nezaručuje, že nová léčba je krokem vpřed. Různorodé orgány, které dnes provádějí HTA v členských státech, dosahují často velmi odlišných rozhodnutí o stejných léčivých přípravcích a staví tak pacienty do nerovného postavení kromě toho, že je také velmi matou. Navíc tato rozhodnutí postrádají jakoukoliv transparentnost a jsou dílem úzké skupiny lidí.

Jak jsem již několikrát uvedla, jsem velmi zklamaná, že se návrh zaměřuje čistě jen na klinická hodnocení. Vyřazení ekonomických, sociálních a etických aspektů návrhu je chybou. Návrh ustavuje jako hlavní orgán koordinační skupinu členských států pro hodnocení zdravotnických technologií. V rámci výborových vyjednávání se mi bohužel nepodařilo prosadit, aby svého zástupce v této skupině měli i pacienti. Zkusím to tedy znovu. Předložím svůj výborový pozměňovací návrh na plénu a tímto bych Vás chtěla poprosit o jeho podporu. Taktéž se mi nelíbí navrhované extrémně dlouhé přechodné období, po které se členské státy nebudou muset systému vůbec účastnit. Je třeba si uvědomit, že pacienti čekají na tuto úpravu, aby došli rovnoprávnosti v jednotlivých členských státech.

A k dalším zklamáním patří řešení otázky společných hodnocení zdravotnických prostředků, kdy, řekněme si upřímně, výborem odhlasované znění v podstatě znamená jejich zastřené vyjmutí ze systému. Co se naopak povedlo, jsou určité výjimky pro rychlejší přístup pacientů k lékům na vzácná onemocnění, na což pacienti zoufale čekají, a díky bohu jim takto pomůžeme.

Piernicola Pedicini, a nome del gruppo EFDD. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, cercherò di rimanere nei tempi. Noi sisterremo questa proposta della Commissione nella sua linea generale, così come è stata modificata dal Parlamento, e per questo ringrazio in primo luogo la collega Cabezón, ma anche gli altri correlatori, perché crediamo in un approccio coordinato alla valutazione delle tecnologie sanitarie, perché vogliamo aumentare l'efficacia e la sicurezza dei farmaci e delle nuove tecnologie mediche, e perché al tempo stesso, vogliamo ridurre i costi e l'impatto sociale di queste nuove tecnologie, grazie ad una migliore allocazione delle risorse disponibili.

Ad oggi, per far entrare un farmaco nel mercato europeo, i produttori devono dimostrare prima la sua sicurezza, poi la sua non inferiorità alle terapie attualmente già consolidate e quindi la loro efficacia. Ma i pazienti non sapranno mai se un farmaco apporta un reale valore aggiunto rispetto ad altri, dal punto di vista clinico. Ed è per questo che ci siamo trovati a casi come quello del cetuximab, di fronte a casi come questi, che se usati per il trattamento del polmone costa circa ottomila euro a paziente per un aumento mediano della sopravvivenza di solo un mese. Oppure, come il caso di erlotinib, che se usato per il trattamento del tumore al pancreas costa 15000 euro a paziente per un aumento della sopravvivenza mediana di circa dieci giorni.

I nostri sistemi sanitari non si possono permettere questi sprechi di cui beneficiano soltanto le case farmaceutiche. La votazione clinica quindi deve essere fondata su chiare evidenze scientifiche, che da una parte, devono essere mirate a dimostrare l'esistenza di una reale svolta per la salute e per la qualità della vita dei pazienti, in modo da poter rinegoziare i prezzi con le case farmaceutiche e dall'altro, devono essere le stesse in ogni Stato membro, in modo da garantire a tutti i cittadini dell'Unione lo stesso diritto alla salute che è un diritto fondamentale del cittadino dell'Unione, senza sprechi di risorse e senza sovrapposizioni dei compiti che sono inutili e controproducenti.

Joëlle Mélin, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, ce rapport consacré au règlement sur l'évaluation des technologies de santé vise à synthétiser les informations sur les questions d'ordre médical, social, économique et éthique liées à l'utilisation des nouvelles technologies. Cela se conçoit, bien entendu, et il est clair qu'il vaut mieux anticiper toute dérive et, autant que faire se peut, utiliser ces avancées innovantes au mieux de leurs objectifs.

Hélas, cette démarche a déjà été appliquée en France concernant les médicaments. Ceux-ci ont fait l'objet d'une évaluation portant sur une dizaine d'années de services médicaux rendus, et le résultat ne s'est pas fait attendre! De nombreuses spécialités anciennes génériques, peu coûteuses et à l'efficacité avérée ont été balayées, et ce, bien entendu, parce qu'elles étaient non rentables. La pharmacopée française s'est ainsi trouvée amputée de véritables petits trésors. Les laboratoires qui les fabriquaient ont, eux aussi, disparu. Seul le facteur économique a prévalu.

Demain, dans le cadre de l'évaluation des médicaments à l'échelon européen, mais aussi des dispositifs médicaux, qui vont du sparadrap à l'appareillage de circulation extracorporelle, mais aussi de toutes les techniques cliniques et para-cliniques, ce seront tous les soignants qui seront contrôlés, invalidés, voire interdits, car il y a fort à penser que l'indépendance et la transparence seront sujettes à caution.

Alors, selon nous, le danger est grand que les seuls intérêts économiques conditionnent la santé en Europe. Cela est, bien sûr, fondamentalement inacceptable. Il en va aussi bien des patients que des soignants, comme des entreprises innovantes. Enfin, et surtout, la souveraineté des États membres doit continuer à prévaloir dans les décisions. Voilà pourquoi nous avons présenté en commission une opinion minoritaire et pourquoi nous nous opposerons à ce rapport.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κυρία Πρόεδρε, κάθε παρέμβαση στον τομέα της υγείας πρέπει να στοχεύει στη βελτίωση της διαθεσιμότητας, της ποιότητας και της τιμής των θεραπειών και επιλογών των πολιτών.

Με την παρούσα έκθεση προωθούνται υποχρεωτικές κοινές αξιολογήσεις και η ενοποίηση διαδικασιών με πρωταρχική –αν όχι αποκλειστική– στόχευση τη στείρα εμβάθυνση της Ενιαίας Αγοράς και τη διευκόλυνση βιομηχανιών. Η υγεία μετατρέπεται σε εργαλείο περαιτέρω ευρωπαϊκής ενσωμάτωσης και όχι σε μέσο προστιθέμενης αξίας υπέρ των ασθενών, βελτιώνοντας την πρόσβαση ή αίροντας στρεβλώσεις.

Τα φάρμακα και οι τεχνολογίες υγείας δεν αποτελούν καταναλωτικά αγαθά. Οφείλουν να υπακούν στο κανονιστικό πλαίσιο των αρμόδιων ρυθμιστικών αρχών και υφίστανται υπέρ των ιατρικών αναγκών, αποσκοπώντας στην προστασία της ανθρώπινης ζωής.

Όμως, απαιτούνται εχέγγυα πως η προστιθέμενη θεραπευτική αξία αποτελεί πραγματική προτεραιότητα υπεράνω των συμφερόντων της βιομηχανίας ή μικροπολιτικής εκμετάλλευσης, διότι σε αντίθετη περίπτωση οδηγούμαστε σε δηλώσεις, όπως αυτές του αριστερού Υπουργού της Ελλάδας κ. Τσακαλώτου για τη διάσωση του ασφαλιστικού συστήματος, ότι «αυτοί οι άνθρωποι θα πεθάνουν εκτός συστήματος με φυσικό τρόπο». Σύντομα «δεν θα βρίσκονται πια εδώ», δηλαδή θα έχουν πεθάνει.

Peter Liese (PPE). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Stellen wir uns einmal vor, es gäbe Lebewesen von einem anderen Planeten und die würden sich das System anschauen, wie Medikamente und andere Produkte in Europa auf den Markt gehen. Da haben wir eine Europäische Arzneimittelagentur – zurzeit noch in London, bald in Amsterdam –, die arbeitet sehr gut. Und da bekommt man als jemand, der ein neues Medikament auf den Markt bringen möchte, eine Zulassung für die gesamte Europäische Union, wenn man alle Daten, die notwendig sind, auf den Tisch gelegt hat. Dann möchte man dieses Medikament dem Patienten zur Verfügung stellen. Aber dann muss man in 28 Ländern 28 verschiedene Verfahren durchlaufen und zusätzliche Daten – wissenschaftliche Daten – erheben, um den jeweiligen Behörden die Fragen zu beantworten, die sie dann noch zu diesem Medikament haben. In einzelnen Mitgliedstaaten gibt es sogar regionale Verfahren zum HTA, dann wird das Ganze noch komplizierter. Ich glaube, das ist eine Vergeudung von Ressourcen, das erhöht die Kosten. Die hochqualifizierten Pharmazeuten, Mediziner, die zusätzliche Daten erheben, die sollten doch lieber an neuen Medikamenten forschen, die den Patienten besser helfen. Und es verzögert eben auch den Zugang zu Arzneimitteln.

Deswegen ist es sehr, sehr gut, dass der Umweltausschuss mit großer Mehrheit den Bericht angenommen hat. Danke an die Berichterstatlerin, Frau Cabezón Ruiz, danke an Frau Grossetête, die das für die EVP gemacht hat.

Und ich bin auch dankbar für einige Klarstellungen. Wir wollen, dass die wissenschaftliche Arbeit gemeinsam gemacht wird. Denn ob ein Krebsmedikament das Leben eines Patienten im Vergleich zur Standardtherapie um drei Jahre verlängert oder gar nicht oder nur drei Monate, das ist in Deutschland nicht anders als in Frankreich oder in Spanien. Wir sind ein bisschen verschieden, aber so verschieden sind wir nicht, dass Medikamente komplett anders wirken. Deswegen kann man das europäisch machen. Und die Frage, was erstattet wird, ist nationale Kompetenz. Das haben wir im Ausschussvotum auch nochmal klargestellt. Ich bin sehr dankbar dafür. Dadurch erreichen wir auch beim Ministerrat vielleicht eher die Zustimmung.

Die EVP hat noch einige Änderungsanträge, die sie vorlegen möchte, und da bitte ich um Unterstützung. Der Wichtigste ist aus meiner Sicht: Wie wird in dem Gremium, das die Nutzenbewertung durchführt, entschieden? Wir sind für die qualifizierte Mehrheit. Denn der Ministerrat hat sich lange darüber gestritten, wie man das macht. Und das ist ein ideales Instrument. Da wird nämlich jedes Land einzeln gewichtet, aber auch die Menschen, die in diesem Land wohnen. Und das ist das Prinzip der Demokratie in Europa. Das sollten wir auch hier anwenden. Es ist auch fachlich begründet, und das wird uns helfen, in Ländern wie Spanien und Frankreich und leider auch in meinem eigenen Land, die noch zögerlich sind, eine Zustimmung zu bekommen. Davon bin ich nach den Gesprächen überzeugt. Deswegen bitte ich um Unterstützung. Wir werden diesen Bericht unterstützen, auch weil es für uns als EVP wichtig ist, innovative Medikamente, zum Beispiel gegen Krebs, schneller auf den Markt zu bringen. Dafür kämpfen wir.

Tiemo Wölken (S&D). – Frau Präsidentin! Auch ich möchte mich zunächst bei meiner Kollegin Cabezón Ruiz für ihre wirklich sehr sehr gute Arbeit bedanken. Die Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union müssen sich darauf verlassen können, dass der neu auf den Markt gebrachte Blutdrucksenker oder das Hüftgelenk der nächsten Generation wirklich höchsten Standards genügen, und zwar in Frankreich genauso wie in den Niederlanden oder in Spanien.

Der vorliegende Vorschlag wird genau das sicherstellen. Wir werden mit dem Vorschlag sicherstellen, dass hohe Standards nicht aufgeweicht werden und gleichzeitig Vorteile einer europäischen Vereinheitlichung der Zulassung genutzt werden. Zwar gibt es seit Jahren eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf strategischer und technischer Ebene, jedoch ist deutlich geworden, dass die Zusammenarbeit auf freiwilliger Basis weder effektiv noch effizient ist. Es ist derzeit nicht sichergestellt, dass neue Gesundheitstechnologien innerhalb der Europäischen Union nach den gleichen Kriterien beurteilt werden. Das sollte aber der Fall sein! Ganz davon abgesehen, dass es viel Zeit und Geld kostet, aufwändige Studien mehrfach durchführen zu müssen.

Mit der Vereinheitlichung auf europäischer Ebene minimieren wir das Risiko fragmentierter und verspäteter Therapiezugänge innerhalb der Mitgliedstaaten und sichern einen besseren Zugang der Menschen in der Europäischen Union zu Medikamenten und medizinischen Produkten. Wir wollen Qualität und Effizienz der Interventionen im Gesundheitswesen steigern und die Nachhaltigkeit der Gesundheitssysteme verbessern. Hierbei wird ein europäisches HTA helfen.

Schlussendlich wird die Kooperation auf EU-Ebene gestärkt und die zuständigen Behörden werden dabei unterstützt, den wirklichen Zusatznutzen für die Patientinnen und Patienten neuer Therapiemöglichkeiten zu bewerten. Die Patientinnen, ihr Wohlergehen und vor allem der schnelle Zugang zu Arzneimitteln und zu neuen Therapien stehen im Mittelpunkt dieser Gesetzgebung und helfen allen Europäerinnen und Europäern unmittelbar. Damit sichern wir das Unionsgrundrecht auf Zugang zur medizinischen Versorgung.

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhora Presidente, Senhor Comissário, queria começar por felicitar a relatora, a minha colega Cabezón Ruiz, pelo excelente trabalho que desenvolveu ao densificar a boa proposta da Comissão Europeia.

A promoção da saúde é um desafio que exige cada vez mais intervenções integradas e transversais. As despesas de saúde representam 10% do Produto Interno Bruto na União Europeia e as despesas com medicamentos quase 1,5%. O aumento da esperança média de vida coloca uma enorme pressão sobre estes números. É uma excelente notícia, mas exige mais gestão e exige mais cooperação. A evolução tecnológica é uma grande oportunidade para melhorar o funcionamento do mercado interno, para tornar mais eficaz a despesa em saúde e para prestar melhores cuidados aos cidadãos.

Sou corresponsável de uma resolução sobre este tema e defendo 3 princípios fundamentais. É preciso salvaguardar a centralidade do paciente, é preciso garantir os direitos de privacidade no uso dos dados e é preciso promover a inclusão e o acesso tendencialmente universal a estes serviços. Mas também é verdade que a partilha transfronteiriça de dados na saúde é fundamental para melhorar o potencial das respostas, num pressuposto de qualificação de todos os intervenientes, de reforço da interoperabilidade e de proteção sistemática de dados sensíveis, que deve ser feita com ferramentas e com mecanismos desenvolvidos e fornecidos pelos sistemas públicos de saúde.

E, por isso, a proposta legislativa em debate contribui para desenvolver o mercado único digital, encoraja a inovação e a investigação, promove uma rede informática europeia na área da saúde e, sobretudo, contribui, ou pode contribuir, para melhorar os cuidados de saúde prestados aos cidadãos de forma generalizada e orçamentalmente sustentável.

Traça, por isso, um caminho que devemos prosseguir.

Karin Kadenbach (S&D). – Frau Präsidentin! Herr Kommissar! Ein herzliches Dankeschön der Kommission für diesen Vorschlag! Jedesmal, wenn wir hier im Europäischen Parlament über den Bereich Gesundheit sprechen, kommen natürlich immer wieder auch die Fragen der Subsidiarität und die Frage der Sorge auf, ob wir uns hier nicht in Angelegenheiten, in Kompetenzen der Mitgliedstaaten einmischen. Wenn wir uns den Artikel 168 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, der heute schon erwähnt wurde, genauer anschauen, so heißt es in Absatz 4c ganz klar, dass in der Frage der Medikamentenzulassungen, in der Frage der Medizinprodukte höchste Sicherheit, Qualität und Wirksamkeit dieser Produkte gemeinsam eine Aufgabe des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission mit den Mitgliedstaaten ist. Der vorliegende Entwurf spricht ja auch ganz klar von jenem Bereich der Bewertung der Gesundheitstechnologien, der sich auf die Wissenschaft, der sich auf die klinische Bewertung beschränkt.

Eines müssen wir hier ganz wesentlich erwähnen: Hier geht es nicht um die Frage der Kostenübernahme, hier geht es nicht um Fragen von ethischer Bedeutung, hier geht es nicht um Fragen der Preisgestaltung. Das wird auch in Zukunft weiter Aufgabe der Mitgliedstaaten sein. Womit wir uns befassen, ist die schnellstmögliche Zurverfügungstellung von neuen, innovativen Produkten im Medizin- und Medizinproduktebereich für die Patienten, für die Konsumentinnen und Konsumenten, die ein Anrecht darauf haben.

Die jetzige Situation ist so, dass manche Produkte in manchen Mitgliedstaaten schneller zugelassen werden. Das heißt, wir haben hier eine Verwerfung des Binnenmarkts in zweifacher Hinsicht, nämlich in wirtschaftlicher Hinsicht, aber auch in Fragen der Sicherheit und der Gesundheit der Patientinnen und Patienten in Europa.

Darum ein herzliches Dankeschön an meine Kollegin Cabezón Ruiz und ihre Schattenberichterstatterin für diesen sehr ausgewogenen Bericht, der ganz klar jene Bereiche aufzeigt, die auch in Zukunft in der Verantwortung der Mitgliedstaaten liegen, sowie den Bereich, den wir auf europäischer Ebene lösen müssen. Wir brauchen diese Beschleunigung des Zugangs, wir brauchen diese Sicherheit in der Zukunft, und ich hoffe sehr, dass wir morgen bei der Abstimmung auf ganz, ganz große Zustimmung stoßen und in der Beratung mit dem Rat zu einer schnellen Beschlussfassung kommen.

PRZEWODNICTWO: BOGUSŁAW LIBERADZKI*Wiceprzewodniczący*

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il regolamento sulla valutazione delle tecnologie sanitarie potrà determinare, a mio avviso, un importante passo in avanti nel settore sanitario europeo, migliorando la ricerca, la competitività e quindi la qualità dei medicinali in commercio.

Ad oggi, una percentuale molto elevata di nuovi farmaci immessi sul mercato non presenta un evidente miglioramento tecnologico rispetto ai medicinali già esistenti. La competizione gioca spesso più sul nome del farmaco che sulla sua composizione. Solo il 30% delle sperimentazioni cliniche approvate dall'Unione europea coinvolge più di mille pazienti e prevede un monitoraggio di oltre un anno, mentre sono sempre più frequenti le autorizzazioni precoci che sempre più spesso riguardano farmaci ritirati poi dal commercio. Abbiamo bisogno di un sistema permanente che garantisca il conseguimento degli obiettivi fissati rispettando al contempo il principio di sussidiarietà con una metodologia di valutazione comune.

Condivido pienamente, dunque, l'introduzione della valutazione europea del valore terapeutico aggiunto della tecnologia sanitaria e l'armonizzazione dei criteri di valutazione clinica dei medicinali, che potranno determinare una maggiore qualità della ricerca e dell'innovazione e l'eliminazione di inutili duplicazioni. Bisogna però evitare lungaggini ed inefficienze determinate dai criteri di valutazione supplementari per l'adattamento alle circostanze specifiche nazionali. In altre parole, evitare di approvare emendamenti che avrebbero l'effetto di annacquare gli obiettivi del regolamento per favorire alcuni sistemi di valutazione nazionali.

Un ruolo determinante sarà giocato dalla Commissione per garantire il corretto funzionamento della procedura, al fine di generare la fiducia sufficiente tra le parti a favore dell'interesse superiore dei pazienti. Per questo motivo, particolare rilievo assumono quegli emendamenti finalizzati alla massima trasparenza ed evitare ogni interferenza con il processo scientifico che deve rimanere indipendente.

Il diritto alla salute è un diritto fondamentale, importante non solo per l'integrità e lo sviluppo personale, ma anche in quanto fattore chiave per la coesione sociale e per la produttività.

Mireille D'Ornano (EFDD). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, je remercie également M^{me} Cabezón Ruiz pour le travail accompli.

Bien entendu, la santé de nos concitoyens est non négociable. Lutter contre les hausses déraisonnables des prix des médicaments et contre la résistance aux antimicrobiens est une nécessité. Bien sûr, on ne peut qu'approuver l'idée d'une évaluation clinique commune des technologies de la santé au niveau européen.

Pour autant, les enjeux communs de sécurité en matière de santé publique ne sont qu'une compétence partagée, et ce exclusivement pour les aspects définis dans le TFUE. Ce rapport reconnaît lui-même que la proposition de la Commission est – je cite – «un pas en avant dans la construction de l'Union». Mais peut-on honnêtement placer ces politiques sous l'égide de la Commission européenne, quand on sait combien notre santé est directement menacée par l'usage généralisé des pesticides, le productivisme agricole imposé par la PAC et les traités de libre-échange?

Oui aux coopérations entre États, et pas seulement les 27 de l'Union européenne.

Zgłoszenia z sali

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, antes de mais, quero congratular a Senhora Relatora pelo seu excelente trabalho. Os medicamentos ocupam uma enorme fatia do orçamento da saúde, mas a inovação que salva vidas tem custos. No entanto, não podemos continuar a pagar valores exorbitantes por uma baixa mais-valia terapêutica. Por isso, entendo que a avaliação das tecnologias da saúde tem de ser otimizada para termos um investimento inteligente na nossa saúde.

A decisão informada dos profissionais de saúde, dos doentes e dos financiadores tem de estar alicerçada em argumentos científicos sólidos, a bem da sustentabilidade futura dos sistemas de saúde. A cooperação no campo da ATS tem de extrapolar o medicamento como tecnologia e usar outros comparadores, como cirurgias e dispositivos médicos, e pode ainda ser uma ferramenta útil para avaliar a área de diagnóstico, prevenção, rastreio e programas de promoção de saúde, bem como a utilização de ferramentas de saúde eletrónica.

A abordagem integrada e o valor acrescentado da União são oportunidades imperdíveis no campo das doenças raras, dos tratamentos pediátricos, das terapias avançadas e da medicina de precisão. Com este regulamento, caminharemos para uma medicina cada vez mais baseada na evidência para não termos de pagar mais por falsos avanços e para privilegiar a verdadeira inovação em saúde.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, θα πρέπει κατ' αρχάς να επισημανθεί ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση διαθέτει μόνο αρμοδιότητες υποστήριξης, συντονισμού και συμπλήρωσης των ενεργειών των κρατών μελών στον τομέα της υγείας.

Φυσικά η πρόσβαση των ασθενών στο φάρμακο πρέπει να είναι καθολική και χωρίς διακρίσεις. Και αυτό ισχύει σε όλο το επίπεδο της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Αυτό σημαίνει ότι το φάρμακο και οι τεχνολογίες υγείας πρέπει να αντιμετωπίζονται ως δημόσια αγαθά και όχι ως εμπορεύματα, όχι ως καταναλωτικά αγαθά.

Βεβαίως η βίαιη δημοσιονομική προσαρμογή που έγινε στα κράτη μέλη της Ένωσης οδήγησε στη μείωση των δαπανών υγείας. Παρά ταύτα οι δαπάνες υγείας συνεχίζουν να είναι τεράστιες: 1,3 τρισεκατομμύρια ευρώ, δηλαδή το 10 % του ΑΕΠ της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Και στον τομέα αυτό έχουμε παρατηρήσει ότι γίνεται πάρτι από τις πολυεθνικές του φαρμάκου, οι οποίες κάνουν υπερτιμολογήσεις, με αποτέλεσμα φάρμακα αντικαρκινικά να είναι απλησίαστα. Χρειάζεται λοιπόν ο συντονισμός της Ευρωπαϊκής Ένωσης για να έχουμε ένα πολύ πιο θετικό αποτέλεσμα.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η υγεία είναι ένα πολύτιμο αγαθό για κάθε άνθρωπο και κάθε άνθρωπος έχει το δικαίωμα να έχει πρόσβαση σε όλα τα θέματα που αφορούν την υγεία. Για τον λόγο αυτό αποτελεί ευθύνη του κάθε κράτους η εξασφάλιση των προϋποθέσεων, ούτως ώστε να προστατεύεται η υγεία των υπηκόων του και να αντιμετωπίζει τα προβλήματά της όταν αυτά προκύψουν. Το κράτος λοιπόν πρέπει να έχει ενεργό ρόλο, να παρακολουθεί τις τεχνολογικές εξελίξεις στον τομέα της υγείας και να παρεμβαίνει όταν και όποτε χρειάζεται. Πρέπει να διαμορφώνει μία πολιτική υγείας με ανθρωποκεντρικό χαρακτήρα και κυρίως να έχει παρεμβάσεις στα θέματα των φαρμάκων.

Το φάρμακο είναι ένα αγαθό, δεν είναι ένα καταναλωτικό είδος. Δεν πρέπει λοιπόν να αντιμετωπίζεται με τη φιλοσοφία του εμπορίου, διότι κατ' αυτόν τον τρόπο είναι ανεξέλεγκτες οι πολυεθνικές των φαρμάκων, αυξάνουν τεράστια τα ποσά των φαρμάκων που είναι απαραίτητα για την υγεία των ανθρώπων, κυρίως αυτά των καρκινοπαθών, και πρέπει το κράτος να παρεμβαίνει, ούτως ώστε να προστατεύει τους υπηκόους του απ' αυτές τις αυθαιρεσίες.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Panie Przewodniczący! Przemysł farmaceutyczny to gigant, to wielkie środki finansowe, to wielkie możliwości. Z tego też powodu, przy okazji tej debaty, chcę zwrócić uwagę na dwie bardzo groźne grupy, które pojawiają się w obrębie tych wielkich pieniędzy.

Pierwsza grupa próbuje za wszelką cenę wcisnąć rozmaite medykamenty czy pseudomedykamenty, placebo, ludziom często ubogim, nieświadomym – po prostu ich oszukując. Druga grupa – skrajna grupa – stara się odciągnąć część społeczeństwa od, na przykład, obowiązkowych szczepień, od niektórych badań profilaktycznych.

Chcę zwrócić na to uwagę przy tej okazji, bo uważam, że obie te grupy rosną w siłę. A to jest obszar naszej wspólnej odpowiedzialności, aby z jednej strony nie nadużywać środków finansowych tkwiących w tym dużym przemyśle, ale z drugiej strony też chronić społeczeństwo przed zbędnymi fałszywymi przekazami i także reklamami.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, τις τελευταίες δεκαετίες έχουμε γίνει μάρτυρες πραγματικών αλμάτων στον τομέα της Ιατρικής γενικότερα, αλλά και των τεχνολογιών υγείας συγκεκριμένα. Παθήσεις οι οποίες για χρόνια αποτελούσαν απειλή, πλέον πρακτικά δεν υπάρχουν στην Ευρώπη, ενώ και όσον αφορά τις ακόμη ανίατες ασθένειες μπορούμε να είμαστε αισιόδοξοι πως σχετικά σύντομα θα αποτελέσουν και αυτές παρελθόν.

Δυστυχώς όμως την πρόοδο αυτή δεν την βιώνουν το ίδιο όλοι οι πολίτες της Ευρωπαϊκής Ενώσεως. Στην Ελλάδα, για παράδειγμα, ως άμεσο αποτέλεσμα και των πολιτικών λιτότητας που επέβαλαν οι θεσμοί, έχει περιοριστεί δραματικά η πρόσβαση σε υπηρεσίες υγείας υψηλής ποιότητας. Τα περισσότερα φάρμακα έχουν αντικατασταθεί με ύποπτα γενόσημα, που δεν πληρούν όλα τις υψηλές προδιαγραφές που ισχύουν στην Ευρώπη. Επιπλέον, ακόμη και με αυτά τα φάρμακα, η συμμετοχή που πρέπει να πληρώσει ο κάθε ασθενής είναι συχνά απαγορευτική με καταστροφικά αποτελέσματα, καθώς δεν ακολουθείται η θεραπεία για λόγους αδυναμίας πληρωμής.

Εύκολα συμπεραίνουμε λοιπόν πως παρά τις αναμφισβήτητες προόδους που έχουν συντελεστεί και συντελούνται ακόμη και σήμερα στις τεχνολογίες υγείας, η πρόσβαση σε αυτές κάθε άλλο παρά καθολική είναι, δημιουργώντας επικίνδυνες ανισότητες μεταξύ των Ευρωπαίων πολιτών. Ζητώ λοιπόν την άμεση εξαίρεση του τομέα υγείας από τις πολιτικές λιτότητας, δεδομένου ότι η υγεία και η ζωή του κάθε ανθρώπου οφείλει να είναι υπεράνω δημοσιονομικού κόστους.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Christos Stylianides, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members, I can assure you that the Commission will carefully analyse and consider all the points you raised during today's discussion – a very interesting discussion – and once again I would like to congratulate the rapporteur on this very balanced and excellent report. Let me reiterate that the Commission is ready to provide its expertise to the European Parliament and the Council, in order to support the negotiations of the co-legislators and facilitate possible compromise solutions.

As recognised by the European Parliament, the proposed regulation is expected to benefit a wide range of stakeholders, including Member States' authorities, health technology developers, healthcare providers and payers, and of course – most importantly – patients across the EU.

I can assure you of the full support of the Commission towards reaching agreement with Parliament and the Council on this important file as soon as possible. Once again, I thank you for your continued support and commitment in this very interesting and demanding issue for the healthcare system across Europe and for all of our Member States.

Soledad Cabezón Ruiz, *ponente*. – Señor presidente, el Eurobarómetro muestra que la salud es uno de los valores más importante para la ciudadanía europea, y este Reglamento puede contribuir en ese sentido, porque nos piden más acciones. Por lo tanto, es un Reglamento que puede tener un alto valor añadido europeo.

Soy consciente de que a la Comisión le gustaría que hubiésemos llegado incluso un poco más lejos, pero creo que una labor importante que hemos hecho en este Parlamento ha sido acercar posiciones para que este Reglamento sea posible, porque, efectivamente, lo creemos necesario.

En cuanto a los productos sanitarios, entiendo que algunos grupos quisieran llegar más lejos —como también mi primera propuesta—, pero creo que el punto de partida y el punto de encuentro han sido buenos. Creo que hay una implementación pendiente de una importante legislación al respecto y hay que darle tiempo, y creo que el ámbito de aplicación que se ha mantenido puede ser un primer paso interesante.

En cuanto a la participación por parte de los pacientes, creo que queda especialmente garantizada: todas las partes interesadas van a participar no solamente en la red, sino en el proceso, con las diferentes aportaciones.

Y, finalmente, mayoría cualificada. Entiendo el posicionamiento del señor Liese y comparto realmente aquella reflexión que hacen determinados Estados miembros, en los que existe esa experiencia —o larga experiencia— en cuanto a evaluación de medicamentos y que procede especialmente de aquellos países grandes. Pero no es un método habitual de aprobación —digamos— de estos informes cuando se trata de procedimientos científicos, y no existe precedente en otras agencias. Lo entiendo, pero, ... bueno.

En definitiva, gracias por todas las aportaciones: todas han sido positivas.

Y creo que lo que nos corresponde ahora es seguir trabajando para llegar a ese necesario consenso con el Consejo para que finalmente vea la luz este Reglamento que, como digo, es necesario para los pacientes de la Unión Europea.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się w środę 3 października 2018 r.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Manau, kad Europos Komisijos pateiktas pasiūlymas dėl sveikatos technologijų vertinimo reglamento yra tikslingas ir turi didelę pridėtinę vertę Europos Sąjungai. Juo žengiamas dar vienas žingsnis kuriant ES tokioje svarbioje srityje kaip sveikata. Iš esmės pasiūlymu siekiama atlikti bendrą klinikinį sveikatos technologijų vertinimą Europos lygmeniu. Sveikata – tai viena svarbiausių ES piliečių vertybių, kaip ne kartą yra nurodyta Eurobarometre. Kaip nustatyta SESV, sveikatos gerinimas turi būti ES politinis prioritetas įgyvendinant visus jos veiksmus, tačiau visų pirma veiksmus, susijusius su konkrečiais sveikatos srities klausimais. Teisė į sveikatą yra pagrindinė teisė – ji ne tik svarbi asmens neliečiamybei ir vystymuisi, bet ir yra lemiamas socialinės sanglaudos, taip pat našumo veiksnys. Taikant ES gerovės sistemą (joje sveikatos sistemos atlieka esminį vaidmenį), galima užtikrinti aukštus ES sveikatos standartus. Pastarąjį dešimtmetį vaistų nuo vėžio kaina padidėjo iki 10 kartų, neatsižvelgiant į jų gydomąją vertę. Europos rinkoje labai didelis procentas vaistų nėra pranašesni, palyginti su esamais vaistais. Be to, tai, kad vaistai laikomi vartojimo preke, kuriai taikomos rinkos taisyklės, padėjo pramonės sektoriui – vienam iš konkurencingiausių ekonomikos sektorių Europos Sąjungoje, nors vyksta akivaizdi konkurencija su Jungtinėmis Amerikos Valstijomis arba besiformuojančios rinkos ekonomikos šalimis. Vis dėlto politikos priemonės, kuriomis reguliuojama ši sritis, turi būti suderinamos su galutiniu tikslu užtikrinti, kad piliečiai galėtų gauti vaistų.

Ivan Jakovčić (ALDE), napisan. – Pravo na zdravlje temeljno je pravo, koje nije važno samo za osobni integritet i razvoj, već je i ključna odrednica za socijalnu koheziju i produktivnost. Stoga EU pokušava održavati ostvarivanje visokih zdravstvenih standarda u EU-u jer je upravo zdravlje jedna od najvažnijih vrijednosti za njene građane. Glavni je cilj Prijedloga provesti zajedničku kliničku procjenu zdravstvene tehnologije na europskoj razini. Rashodi za zdravstvo u EU-u čine 10 % BDP-a, odnosno ukupno 1300 milijardi eura godišnje, od čega se 220 milijardi troši na farmaceutske proizvode, a 110 milijardi na ulaganja u nove medicinske proizvode.

U Prijedlogu je izražena ozbiljna zabrinutost u vezi sa sve većim poteškoćama europskih građana u pristupu primjerenom liječenju u EU-u, bilo zbog visokih troškova liječenja, bilo zbog njegove nedostupnosti ili loše kvalitete novih proizvoda, što je Europski parlament također istaknuo u svojem izvješću o vlastitoj inicijativi o mogućnostima EU-a za poboljšanje pristupa lijekovima. U njemu su navedene brojne mjere iz kojih bi se dalo zaključiti da nam je potrebna direktiva za globalnu regulaciju kojom bi se postigla potrebna ravnoteža među svim dionicima i interesima, koja bi bila usredotočena na pacijenta i kojom bi se jamčio pristup lijekovima i održivost zdravstvenih sustava te bi se poticali kvalitetno istraživanje i razvoj.

Андрей Ковачев (PPE), в писмена форма. – Създаването на постоянно сътрудничество в областта на оценката на здравните технологии е стъпка към по-добър и бърз достъп за пациентите до качествено и модерно здравеопазване и намаляване на здравните неравенства. Европейската агенция за лекарствата издава едно разрешително за пускане на пазара, валидно на територията на целия Европейски съюз. Защо тогава е необходимо да оценяваме клиничните аспекти на здравните технологии двадесет и осем пъти?

Обединяването на ресурси и обмяната на експертиза ще са от особена полза за държавите членки с недостатъчен капацитет за осъществяване на самостоятелни оценки на добавената терапевтична стойност на иновативните здравни технологии. Сътрудничеството на европейско ниво обаче не трябва да измества националните органи. Точно обратното, необходима е подкрепа и финансиране за изграждането на капацитет в тази област във всяка една държава членка.

Смятам, че една прозрачна и независима от търговски интереси рамка за оценка на здравните технологии ще позволи осъществяването на публичен ресурс да се използва по-рационално и ще подобри достъпа на пациентите до доказано ефективни терапии.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D), *în scris*. – Evaluarea tehnologiilor medicale (ETM) reprezintă un proces multidisciplinar, care sintetizează informații despre aspecte medicale, sociale, economice și etice legate de utilizarea unei tehnologii medicale într-un mod sistematic, transparent, nepărtinitor și riguros. Acest proces, bazat pe dovezi care evaluează în mod independent și obiectiv o tehnologie nouă sau existentă, pe care o compară cu alte tehnologii medicale și/sau cu standardul actual de asistență medicală, va contribui la formularea unor politici sigure și eficace în domeniul sănătății, care să fie concentrate asupra pacienților și care să vizeze obținerea celui mai bun raport cost-eficiență. Tehnologiile medicale cuprind medicamente, dispozitive medicale și proceduri medicale, precum și măsuri pentru prevenirea, diagnosticarea sau tratamentul bolilor. Prezentul regulament va contribui la diversificarea opțiunilor UE pentru îmbunătățirea accesului la medicamente.

Suntem de acord cu faptul că prezenta inițiativă va genera economii în ceea ce privește costurile și optimizarea resurselor, specializarea organismelor din statele membre responsabile de ETM, creșterea implicării pacienților în procesele vizând ETM, precum și transparența procesului de luare a deciziilor în ceea ce privește disponibilitatea tehnologiilor medicale. În acest context, implementarea rapidă a regulamentului ar avea un impact major asupra pacienților, sănătății publice și sistemelor de asistență medicală.

17. Umsetzung der LGBTI-Leitlinien des Rates in Bezug auf die Situation in Tschetschenien

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dziennego jest debata nad pytaniem wymagającym odpowiedzi ustnej skierowanym do Komisji przez Malin Björk w imieniu grupy GUE/NGL, Tanję Fajon w imieniu grupy S&D, Petrasa Auštrevičiusa, Sophie in 't Veld, Marietje Schaake w imieniu grupy ALDE, Terry Reintke w imieniu grupy Verts/ALE w sprawie wdrożenia wytycznych Rady dotyczących osób LGBTI w związku z sytuacją w Czeczenii (O-000072/2018 - B8-0401/2018) (2018/2851(RSP)).

Daniele Viotti, *autore*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, un anno e mezzo fa il mondo veniva a scoprire della gravissima situazione e dell'orrore ceceno. Centinaia di uomini, presunti gay, forse gay, forse omosessuali venivano sistematicamente prelevati dalle loro case, portati in delle carceri non autorizzate e sottoposti a tortura.

Alcuni di loro sono riusciti a scappare e sono riusciti a liberarsi e a raccontare questa storia. La Cecenia è uno Stato della Federazione Russa, Presidente, e questo non gioca naturalmente a favore dei diritti civili di quel paese. Anche l'opinione pubblica russa si era scossa per questi eventi che erano stati scoperti ed erano stati denunciati ai giornali ed era stata promessa un'inchiesta indipendente su quanto scoperto e su quanto stava avvenendo.

Nulla di questo è avvenuto, ad oggi non c'è l'ombra di una sola inchiesta, di qualcosa che cerchi di fare chiarezza su quanto avvenuto. Io voglio dare atto e ringraziare ancora una volta la Vicepresidente e Alto commissario Federica Mogherini, per il lavoro che ha fatto, unica leader occidentale che ha avuto il coraggio in una dichiarazione pubblica con il ministro russo Lavrov di denunciare quanto successo e di chiedere chiarezza, ma oggi siamo ancora fermi qua.

Cosa deve fare l'Unione europea? L'Unione europea deve fare molto di più di quanto sta facendo, perché quanto l'azione esterna ha fatto, cioè dotarsi di una LGBTI guidelines, evidentemente non è sufficiente. L'Afghanistan, l'Arabia Saudita, il Brunei, l'Iran, la Mauritania, il Sudan, la Nigeria, lo Yemen, il Qatar, la Somalia, questi sono i paesi dove ancora vige la pena di morte per le persone omosessuali. A questi si aggiungono paesi come la Russia, come la Cecenia, come l'Azerbaijan, come l'Uganda, come la Giamaica, dove le persone omosessuali vengono incarcerate, vengono torturate e vengono minacciate, talvolta sono vittime di soprusi.

Con questi paesi, l'Unione europea ha delle relazioni; relazioni economiche, relazioni finanziarie, relazioni diplomatiche. Se noi vogliamo essere veramente il faro dei diritti umani e dei diritti civili nel mondo, non possiamo pensare di essere il faro soltanto nel nostro continente, ma dobbiamo esserlo anche quando abbiamo i rapporti con i paesi terzi. Deve anettere i diritti umani come preconditione per fare degli accordi con questi paesi, perché se non faremo così, e chiudo Presidente, rischieremo che anche nel nostro continente i diritti umani e i diritti civili non siano più il faro della guida dell'Unione europea.

Marietje Schaake, *author*. – Mr President, the Russian Federation, including Chechnya, has obligations it has taken on itself to respect universal human rights, and it is tragic that we need to remind Putin and Kadyrov of these obligations once more.

The extreme violence against LGBTI people in Chechnya must stop, and perpetrators must be held to account. Not only are there reports of concentration camp-type facilities, torture, extrajudicial killings and other severe violence, but in addition, honour killings take place and have even – very cynically – been welcomed by Chechen political leaders. It is appalling, sad and unacceptable.

Kadyrov first claimed that there are No LGBTI people in Chechnya, then urged families to kill their loved ones and now suggests that media and civil society organisations are making up, inventing, the notion of LGBTI rights violations in Chechnya.

We know that Russian LGBTIs and their experiences are not fake news. They are sons, daughters, brothers, sisters, mothers, fathers, friends and loved ones. No political or religious interpretation will ever change that.

A number of LGBTI people fleeing the violence in Chechnya have found safety and shelter as refugees in Europe. Not only do these individuals remind us of our obligations, but also of the need to see people on the run, refugees, as individuals. That is essential and a much-needed antidote to the violent soundbites about groups of refugees we so often hear in our societies, in Europe and even in this House.

We need to stand up for the people in Russia and their human rights, including LGBTIs in Chechnya. They are under threat and we need to fight for these people to be able to stay where they are in their communities, to be safe there and, if not, we need to welcome them here, now more than ever.

Terry Reintke, *author*. – Mr President, more than a year ago, reports of the persecution of members of the LGBTI community surfaced in Chechnya. Since then, a lot of time has passed. The call for an independent investigation has been ignored and ignored again. The strategy behind that is absolutely clear. All those who are trying to block an independent investigation are telling themselves that the more time passes, the more likely it is that the other side is going to get tired. The more time passes, the more likely it is there is actually never going to be an independent investigation, and the more time passes, the more likely it is the other side – we – will give up.

Well, this is to all those who are trying to block an independent investigation. The truth is pretty simple. In its history, the LGBTI community has faced rejection, persecution, intimidation and torture. You probably think that makes us weak, but the opposite is true. Over the years we have endured so much, we have suffered so much and we will not give up so easily, not on the streets, not the brave activists in Russia and elsewhere and not here in this Parliament. We are persistent. We will ask for an independent investigation over and over again, and we do not forget one single case.

But we will need support. We will need support from the Commission. We will need the Commission to stand side by side with the brave LGBTI activists. This is not only because we are calling for an independent investigation, but also because we need the Commission to stay credible to its commitment to international and universal human rights. So do not stay silent. Speak up in this case and defend human rights.

Christos Stylianides, *Member of the Commission*. – Mr President, I would like to thank all the authors of the question for their outstanding work. The European Union's LGBTI human rights guidelines from 2013 help address the human rights issues confronting lesbian, gay, bisexual, transgender and intersex (LGBTI) persons, in particular by setting out measures which can be used in the EU's relations with third countries.

The European Union's diplomatic efforts worldwide on LGBTI human rights focus on the following: firstly, combating discriminatory laws and policies and ensuring decriminalisation; secondly, promoting equality and non-discrimination; thirdly, combating state or individual violence against LGBTI persons; and, last but not least, supporting and protecting human rights defenders.

Depending on the country situation, the European Union is able to address the issue through a variety of means including high-level advocacy, quiet diplomacy, public statements, political and human rights dialogues with third countries, and financial support to civil society via the European Instrument for Democracy and Human Rights.

In April last year, the Russian media reported on the persecution, kidnappings, torture and killings of gay men in Chechnya. This was a serious deterioration in the already very worrying developments in the Chechen Republic. I shared my concerns with you on this matter at our last debate on this subject. In the immediate aftermath of these horrifying reports, High Representative Federica Mogherini met Foreign Minister Lavrov in Moscow, and she underlined that an immediate stop should be put to the persecution in Chechnya. The High Representative called for a full and thorough investigation into the reports, for accountability by the perpetrators, and for justice for the victims of the violence. On the same visit to Moscow, Federica met also with civil society representatives for a discussion on human rights developments.

The European Union and our Member States, as well as like-minded countries and human rights organisations around the world, were swift in condemning the brutality against LGBTI persons in Chechnya. All of us have urged a full investigation into the matter.

There was speculation that the Investigative Committee of the Russian Federation launched an investigation last year, in 2017, but unfortunately there has been no further news about this, or indeed of any progress in ensuring accountability and protecting victims.

Since the reports of violence became public, European Union officials and Member States' diplomats have liaised with local human rights defenders, international human rights organisations and the journalists who uncovered the persecution campaign, in order to be fully and accurately informed of the situation on the ground and to offer support to the victims. In addition, EU support has been offered to civil society organisations and human rights defenders. Such support is one of the cornerstones of our Russia policy, as set out in the five principles on EU-Russia relations confirmed at the 2016 Foreign Affairs Council. The European Union and Member State missions in Moscow discussed the issue of LGBTI persecution in Chechnya and coordinated their action. As a result, some Member States have granted visas to victims of the persecution who sought asylum.

During the current year, 2018, we have continued to issue statements regularly, outlining our concerns at the LGBTI situation in Chechnya. Most recently, two weeks ago at the Organisation for Security and Cooperation in Europe (OSCE) Human Dimension meeting in Warsaw, the European Union made an opening statement in which we expressed concern that the reports of arrests, unlawful or arbitrary detention, torture and killings of people in Chechnya, on the basis of their actual or alleged sexual orientation, remained unanswered.

The human rights situation continues to fall short of Russia's OSCE commitments and international human rights obligations. The European Union has also issued statements in the OSCE Permanent Council in Vienna, and at the Council of Europe in Strasbourg. We will continue to take every opportunity to call on Russia to ensure an effective and thorough investigation into the reports of abductions and killings of gay men in Chechnya, and justice for the victims of the persecution.

Thank you for your attention, and I look forward to our discussion, but be assured that for the Commission – for all of us in the College and especially for the High Representative – this issue is our top priority.

Elly Schlein, a nome del gruppo S&D. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, grazie Commissario, più di un anno fa, discutevamo proprio in quest'Aula delle violenze sistematiche e detenzioni illegali ai danni della comunità LGBTI in Cecenia e la situazione non sembra migliorata. Negli ultimi venti mesi si sono contate numerose testimonianze di arresti arbitrari, torture e persino esecuzioni e ci sono state minacce a giornalisti e attivisti per avere documentato queste violenze e aver fornito del sostegno, il tutto nel silenzio assordante del governo russo.

Finalmente in agosto 15 Stati membri dell'OSCE hanno chiesto a Mosca di riferire su quanto accade. Mi rincresce che non ne faccia parte l'Italia. Visto che la Russia non ha risposto entro i termini, invito tutti gli Stati membri ad attivare una missione di esperti indipendente per verificare le violazioni dei diritti umani.

Un'Unione che si fonda sui valori dell'uguaglianza e della non discriminazione deve condannare senza esitazioni questa deriva inaccettabile e senza dover nemmeno uscire dai confini, anche in Italia le aggressioni omofobe sono in aumento. Ero ieri in piazza, insieme a tanti con Angelo e Andrea, coppia veronese aggredita due volte, addirittura in casa dove hanno imbrattato muri e gli hanno buttato addosso della benzina.

La Commissione intervenga per tutelare i diritti fondamentali della comunità LGBTI, soprattutto visto che il governo italiano sembra non interessarsene e qualche ministro fomenta quotidianamente l'odio. Siete ossessionati dal tema della sicurezza e non vi rendete conto che è l'odio che dilaga la peggiore minaccia per la sicurezza delle nostre comunità.

Marek Jurek, w imieniu grupy ECR. – Panie Przewodniczący! Ludzie, którzy doświadczają nieludzkiego traktowania, mają zawsze prawo do naszego współczucia i do interwencji. To jest wymóg elementarnego człowieczeństwa. Jeżeli są samotni, tym bardziej, jeżeli są potępiani, jeszcze bardziej – to są rzeczy oczywiste. Natomiast zastanówmy się przez chwilę nad przyczynami tego zjawiska, o którym tutaj mówimy. Nasz kolega pan poseł Viotti wyliczył długą listę krajów muzułmańskich, gdzie widzi niebezpieczeństwo takiej samej sytuacji jak w Czeczenii. W Czeczenii od wielu lat panuje szariat, w Czeczenii przywraca się poligamię (nawiasem mówiąc, dziwi mnie to, że na naszej sali, gdzie tak bronimy praw kobiet, nie reagujemy na to, że ta fundamentalna instytucja gwarantująca równość kobiety i mężczyzny, jaką jest monogamia, jest kwestionowana) i my naprawdę nie wiemy, co się dzieje. Problem polega na tym, że elementarne dystynkcje znane w świecie naszej kultury, cywilizacji zachodniej, christianitas – rozróżnienie grzechu i grzesznika, dezaprobaty moralnej i dezaprobaty prawnej – nie funkcjonują w tym sensie w islamie, i widzimy rezultaty.

Jeszcze jedna rzecz: Jeżeli podejmujemy interwencje humanitarne w obronie ludzi, nie mieszajmy do tego ideologii – jak ją państwo nazywacie – LGBTI, bo w ogóle nie wiemy, czy ci mężczyźni, którzy padli ofiarą takich represji, tak się definiowali.

Linnéa Engström, för Verts/ALE-gruppen. – Herr talman! Herr kommissionär! Vi måste sluta buga för Putin. Nu står vi här ett år efter den senaste debatten om hbtq-personers utsatta situation i Tjetjenien, och vi konstaterar faktum: Fortfarande misshandlas, mördas, förföljs och tvingas hbtq-personer på flykt i Ryssland – endast på grund av sin sexuella läggning. Det är helt oacceptabelt!

Oskydliga människor samlas ihop, kastas i fängelse och utsätts för tortyr. Över 100 personer beräknas ha flytt från republiken i fruktan för sitt liv under president Kadyrovs skräckvälde. Nu måste president Putin göra allvar av den utredning av övergreppen i Tjetjenien som han utlovat omvärlden, och vi här i EU måste starta den oberoende, internationella utredning som vi krävt så länge.

Framför allt måste EU emellertid göra slut på sitt beroende av rysk gas och olja, så att vi fritt och oberoende kan stå upp för alla människors mänskliga rättigheter. Det handlar om liv nu. Alla hbtq-personer som under dessa omständigheter har sökt asyl till EU måste få stanna.

(Talaren godtog att besvara en fråga ("blått kort") i enlighet med artikel 162.8 i arbetsordningen.)

Marek Jurek (ECR), pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. – Pani Poseł, chciałbym prosić o sprecyzowanie stanowiska, dlatego że Pani powiedziała, że jedynym powodem prześladowań w Czeczenii jest tak zwana orientacja homoseksualna. Czy Pani uważa, że w Czeczenii polityczni przeciwnicy Ramzana Kadyrova – opozycja polityczna –, nie są prześladowani? Czy oni nie doświadczają prześladowań politycznych? Czy w tym kraju, który padł ofiarą brutalnej pacyfikacji, brutalnego najazdu, naprawdę nie ma innych represji? Mówię jeszcze raz: współczujemy ludziom, ale nie róbmy z tego ideologii, tylko współczujemy im dlatego, że są ludźmi.

Linnéa Engström (Verts/ALE), svar ("blått kort"). – Det vi diskuterar i dag är ju hur EU genomför sina riktlinjer vad gäller hbtq-personers rättigheter. Det är inget brott att vara homosexuell eller att ha en annan könsidentitet. Det är det vi diskuterar i dag, och det är därför mitt inlägg här i kammaren handlar om just hbtq-personers rättigheter i Tjetjenien.

Lynn Boylan, on behalf of the GUE/NGL Group. – Mr President, today we are discussing Chechnya one year on, and not as an historical event but as an ongoing atrocity. We do not know how many people are still detained in Chechnya; all we know is that their detention and torture continues for not only perceived gay men but also trans women. We know this because of the frontline responders and NGOs who are working on the ground. When news of the appalling situation of abduction, imprisonment and torture of LGBT people in Chechnya was made public, it was rightly met with strong international condemnation.

The EU High Representative for Foreign Affairs, Ms Mogherini, was part of the international chorus demanding that Russia take action on this dreadful situation.

Yet one year on it is clear that condemnation alone is not enough. The EU must act as a defender of LGBTI rights, as it is obliged to under international law.

To date, Russia has not conducted any meaningful investigations into these abuses, effectively allowing the perpetrators to carry on with impunity while victims continue to flee.

The EU and its Member States must put more pressure on the Chechen and Russian authorities. We need to put concrete action behind the LGBTI guidelines in EU policy. The guidelines state how the EU can uphold LGBTI rights by encouraging states to acknowledge LGBTI-phobic violence, to work with civil society and government, to prosecute perpetrators and, of course, the EU should offer sanctuary for those who feel the need to flee.

Mylène Troszczyński, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, la Tchétchénie est accusée d'avoir enlevé, torturé et tué des personnes homosexuelles. Ces informations ont donné lieu à deux types de réactions. Vladimir Poutine a demandé l'ouverture d'une enquête pénale, qui suit encore son cours, suite au démenti des autorités tchétchènes. Par ailleurs, de nombreux partis politiques européens représentés ici ont exprimé leur condamnation morale et politique dans ce contexte.

Sur le fond, il semble nécessaire et sage d'attendre les résultats de l'enquête avant de tirer des conclusions. Laissons la justice faire son travail. La violence, la torture et les meurtres sont des actes intolérables qu'il s'agit évidemment de condamner si les faits sont avérés. Mais, de grâce, évitez la caricature. N'érigez pas cette honorable assemblée en procureur de la bien-pensance. C'est contre-productif et tout à fait arrogant sur la forme. Vous réclamez des mesures devant être prises par la Commission européenne, mais vous oubliez simplement que la Commission européenne n'a aucune compétence en matière de diplomatie et qu'il vaut mieux, d'ailleurs, qu'elle n'en ait jamais.

Les leçons de morale que vous ne cessez de donner au monde entier deviennent particulièrement gênantes pour une partie grandissante des Européens qui aimeraient que vous regardiez un peu plus ce qui se passe chez eux. Ces exigences ne sont pas si farfelues puisque nous sommes tous élus grâce à eux.

Vos préoccupations sur le sort des LGBT en Tchétchénie sont très généreuses, mais votre générosité devrait concerner avant tout les citoyens européens, et notamment les femmes, qui subissent de plus en plus de violences. Qui s'est préoccupé du sort de ces jeunes Anglaises soumises à un esclavage sexuel par un gang de barbares pakistanais? Qui s'est indigné de la mort de Laura et Mauranne, assassinées par un islamiste à Marseille, il y a tout juste un an? Qui s'inquiète du racisme anti-blanc qui enfle dans nos sociétés? Les innombrables agressions dont sont victimes les femmes chaque jour dans nos villes sont insoutenables et devraient émouvoir vos belles âmes charitables.

L'intensité de vos réactions face à ces agressions présumées en Tchétchénie met simplement en relief le silence assourdissant dont vous vous rendez systématiquement coupables lorsqu'il s'agit de défendre les nôtres.

Brando Benifei (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, non è la prima volta che ci troviamo a dover discutere della preoccupante situazione delle persone LGBTQI in Cecenia. Da oltre un anno, infatti, ci arrivano notizie allarmanti di detenzioni arbitrarie, torture, uccisioni, fughe forzate, richieste d'asilo in Europa.

Questo Parlamento ha lanciato infatti l'allarme già in varie forme, con l'impegno anche di Federica Mogherini, accanto a istituzioni come il Consiglio d'Europa, l'OSCE, le principali ONG internazionali, così come ILGA, AllOut, Certi Diritti e altre organizzazioni. Non ci stanchiamo di chiedere al governo russo di avviare una vera e propria indagine indipendente, non lasceremo che si nasconda la vicenda sotto un tappeto, non posso non ricordare gli attivisti, a partire da Yuri Guaiana, che sono stati bloccati e trattenuti nel momento in cui portavano in Russia una petizione internazionale con due milioni di firme, che chiedeva proprio di avviare questa indagine.

Il Consiglio ha adottato nel 2013 le linee guida di azione in difesa delle persone LGBTQI nel mondo dove esistono ancora moltissimi casi di gravi violazioni. Allora, oggi, chiediamo alla Commissione, secondo le linee guida, di sollecitare nuovamente il governo di Mosca affinché gli esecutori di queste purghe non restino impuniti e il problema venga riconosciuto come tale.

Questo Parlamento proseguirà con la lotta in difesa dei diritti delle persone LGBTQI nel mondo, perché abbiamo visto, come le cose possono cambiare. L'abbiamo visto nel recente caso della depenalizzazione dell'omosessualità in India, ma continuerà questo Parlamento anche a combattere discriminazione e violenza all'interno dell'Unione.

Ci tengo a ricordare che proprio in questi minuti in Italia, a Milano, si sta tenendo un sit-in, per la pesante violenza fisica di stampo omofobico perpetrata nei confronti di un ragazzo di appena 21 anni, Samuele Vegna, che avrà danni fisici permanenti a cui, quindi, va la mia solidarietà e sono certo, quella di tutto il Parlamento.

Ulrike Trebesius (ECR). – Herr Präsident! Die tschetschenische Gesellschaft ist extrem konservativ, islamisch und gewalttätig. Einige der übelsten IS-Mörder sind Tschetschenen. In Westeuropa sind Tschetschenen neben vielfältigen Übergriffen eher für ihren Erfolg im Bereich der organisierten Kriminalität bekannt. Es ist naiv zu glauben, man könnte diese Gesellschaft von außen ändern. Präsident Kadyrow reagiert mit Gewalt und konservativer Politik. Nur auf Putin hört er, weil er vor Putin Angst hat. Und Putin hält an Kadyrow fest, weil er diesen Landstrich mühsam unter Kontrolle hält. Gerade vor einem Monat haben in Tschetschenien fünf islamistische Kinder, darunter ein Elfjähriger, eine Polizeistation angegriffen. Alle fünf Jungen sind den Märtyrertod gestorben.

Falls Russland von Kadyrow irgendwann die Nase voll hat, werden die Russen wieder gewalttätig intervenieren. Das können wir nicht wollen. Sicherlich hat es viele schlimme Übergriffe auf Homosexuelle gegeben, und natürlich ist das zu verurteilen. Es ist richtig, dass dies auf diplomatischer Ebene immer wieder thematisiert wird. Aber Veränderungen brauchen die Unterstützung der Zivilgesellschaft, und die kann ich nicht erkennen.

Wir sollten versuchen, möglichst viele tschetschenische Islamisten und Kriminelle auszuweisen, die aus Westeuropa heraus diese Strukturen daheim finanzieren. Wir sollten uns nicht mitschuldig machen, indem wir deren Verhalten hier tolerieren. Wir sollten außerdem islamistische Missionierung in Europa, wie beispielsweise durch die Ditib, nicht weiter unterstützen. Europa kann mit seinem fortschrittlichen Gesellschaftsmodell der Aufklärung und unserem erarbeiteten Wohlstand Vorbild für andere Gesellschaften sein. Zurzeit geben wir dies ohne Not auf.

Julie Ward (S&D). – Mr President, in 2017 the world learned of horrific persecution of gay men in Chechnya. 18 months later we must not forget their struggle. Sadly, the situation has not improved greatly and we should all be aware that civil society organisations are still working to evacuate people from the region.

Oyub Titiev, the Chechen director of the rights group Memorial, who first denounced the attacks on gay men in the region, is still in pre-trial detention. His case demonstrates how hostile the environment in Chechnya has become for human rights defenders. I urge the authorities to immediately and unconditionally release Titiev.

Ironically, the Chechen strongman leader, Ramzan Kadyrov, and officials at Russia's Justice Ministry have the audacity to say that the rights of the LGBT community were not violated in Chechnya because there were no gays there. More than one year after the Russian-backed purges, there has shamefully been no criminal prosecutions for the deadly violence. Meanwhile, the Russian-Chechen singer, Zelim Bakaev, a popular gay icon who disappeared on 8 August 2017, has still not been found alive or dead. He was a star on the rise and the world is a darker place for his disappearance and alleged torture.

We should also remember that it is not only gay men who face hostile environments and human rights violations in Russia and elsewhere. The situation of trans people, for example, worldwide, is appalling. These violations of LGBTIQ are happening in all countries, in many different faith communities, including European Christian societies and Members on the far right have failed to understand that the right-wing DUP in Northern Ireland, for example, is both a homophobic and anti-abortion party.

Mark Demesmaeker (ECR). – “We hebben niet zo’n soort mensen in ons land”, zo weerlegde president Kadyrov nog de beschuldigingen over de vervolging van holebi’s in Tsjetsjenië. Gruwelijk als je weet dat hij op dat moment al tientallen, honderden onschuldige homomannen systematisch liet oppakken en opsluiten in concentratiekampen. Er zijn rapporten over martelpraktijken en zelfs executies. Sinds zijn aanstelling voert Kadyrov een schrikbewind tegen de holebi-gemeenschap. In het Kremlin knijpt de president van de Russische Federatie, Vladimir Poetin, graag een oogje dicht in ruil voor de politieke steun vanuit Tsjetsjenië. Na de internationale verontwaardiging is het nu tijd voor actie. Hiervoor verwijs ik ook graag naar het verslag van mijn Vlaamse N-VA-collega Piet De Bruyn dat werd aangenomen in de Raad van Europa.

Commissaris, er mag geen straffeloosheid zijn voor dit soort mensenrechtenschendingen. Er moet een onafhankelijk onderzoek komen en uiteindelijk ook een vervolging van alle verantwoordelijken. Collega’s, de holebi-gemeenschap in Tsjetsjenië wordt gecriminaliseerd, vervolgd en gemarteld. De vragen die we aan de Commissie stellen, zijn pertinent. Wat doen we eraan? Hoe drijven we de druk op Kadyrov en Poetin op? Als ik het debat hier hoor, dan denk ik dat er in dit Parlement een breed draagvlak is om de druk daadwerkelijk op te voeren. Tot slot roep ik ook alle lidstaten op om naar het voorbeeld van onze Belgische staatssecretaris Theo Francken vervolgte Tsjetsjeense holebi-vluchtelingen op te vangen. Zij verdienen onze bescherming.

Michela Giuffrida (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, è ormai trascorso più di un anno da quando il giornale russo Novaja Gazeta riferì che almeno cento uomini erano detenuti in carceri non ufficiali in Cecenia, con l'accusa di essere persone LGBT sottoposte solo per questo a diverse torture ed umiliazioni. Un anno nel quale in Cecenia è successo di tutto. E qui, nulla. Si fa finta di niente? Siamo qui per denunciarlo perché le violazioni dei diritti sono chiare, lampanti, ripetute. La finalità di questa interrogazione è appunto intervenire e al più presto.

L'Unione non può più restare in silenzio, senza chiedere di avviare un'indagine indipendente e trasparente, mentre le autorità cecene continuano a incitare apertamente all'odio contro le persone LGBT. Anche in ragione degli obblighi internazionali sottoscritti, la Commissione deve instaurare un dialogo con le organizzazioni per i diritti umani e con la società civile russa, al fine di aiutare quanti sono fuggiti dalla Cecenia e portare così allo scoperto questa campagna di infinite violenze. E anche gli Stati membri devono fare la loro parte, semplificando le procedure di richiesta di asilo per queste vittime, conformemente a quello che è il diritto europeo e nazionale.

Zgłoszenia z sali

Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR). – Arvoisa puhemies, julkisuudessa esillä olleet tiedot Tšetšeniassa tapahtuvista homovainoista, kidutuksista ja salaisista vankiloista ovat kammottavia. On käsittämätöntä, että perimmäiset ihmisoikeudet eli oikeus elämään, henkilökohtaiseen vapauteen ja koskemattomuuteen riippuvat henkilön seksuaalisesta suuntautumisesta vielä 2000-luvulla. Toivon, että nämä julkisuudessa olleet väitteet tutkitaan perinpohjaisesti ja että syylliset pannaan teostaan vastuuseen. Olisi myös tärkeää, että uhrit ja heidän perheenjäsenensä saisivat kaiken tarvitsemansa tuen.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, σύσσωμο το Ευρωκοινοβούλιο θα καταδικάσει τις διώξεις των ομοφυλοφίλων στην Τσετσενία, προσθέτοντας βέβαια και την απαραίτητη δόση αντιρωσικής προπαγάνδας. Σαφώς καταδικάζουμε τις διώξεις και φυλακίσεις λόγω σεξουαλικών προτιμήσεων.

Βέβαια, αν και επιγραμματικά αναφέρεται η πραγματική αιτία των διώξεων αυτών, εσκεμμένα αποφεύγετε να θίξετε την πηγή του προβλήματος. Αντίθετα με το ό,τι θέλετε να πιστεύετε, το πρόβλημα δεν είναι η Ρωσία, αλλά το γεγονός πως στις περιοχές αυτές η συντριπτική πλειοψηφία των κατοίκων είναι μουσουλμάνοι, με παράδοση μάλιστα στη ριζοσπαστικοποίησή τους και στις ένοπλες απόπειρες εγκαθίδρυσης ισλαμικού εμιράτου στον Καύκασο.

Μεγάλο μέρος λοιπόν των μουσουλμάνων θεωρεί την ομοφυλοφιλία ως σοβαρότατο αμάρτημα και, πέρα από την πιθανή μελλοντική απώλεια του παραδείσου, οι αμαρτωλοί αντιμετωπίζουν και τον πολύ πιο άμεσο κίνδυνο της απώλειας της ζωής τους ή τουλάχιστον προπηλακισμούς. Σχετικά πρόσφατες είναι ακόμα οι εικόνες με τους ισλαμιστές του χαλιφάτου να ρίχνουν από τις ταρατσες κτηρίων ομοφυλόφιλους. Δυστυχώς, με την πολιτική της ισλαμοποίησης της Ευρώπης που ακολουθείτε, η άρρωστη αυτή νοοτροπία αφήνεται να αναπτυχθεί και εντός της Ευρωπαϊκής Ενώσεως.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Christos Stylianides, *Member of the Commission*. – Mr President, it has been a very useful exchange and I thank your colleagues for their interventions. From this debate, I conclude that we have a common concern about what has been happening in Chechnya. Violence against the LGBTI community has also disclosed the appalling situation of human rights in that Russian republic. This is the hard reality on the ground.

We will continue coordinating with Member States to support the victims and to put pressure on the Russian authorities to stop the violence and ensure justice for the victims. We will continue to pursue all the avenues open to us, and to look at how best to use all our available instruments in specific support of human rights and democracy.

Just a few words about our support under the European Instrument for Democracy and Human Rights (EIDHR). In 2017, several emergency grants were allocated under the EU's Human Rights Defenders mechanism to LGBTI persons' rights defenders from Russia at the time of the events affecting LGBTI persons in Chechnya. I hope that you will understand when I say that it is important to maintain discretion with regard to annual support when a vulnerable or at-risk community is concerned in order to be able to continue our work. It is also very important to bear in mind the complications that receiving funding from abroad can entail for Russian organisations in view of the foreign agents legislation.

I would like to close by signalling once again my appreciation of Parliament's role in keeping this, and other significant human rights issues, on the agenda.

Przewodniczący. – Dziękuję Panie Komisarzu Stylianides za te 2,5 godziny spędzone z nami.

Zamykam debatę.

18. Internationale Rechnungslegungsstandards: IFRS 17 Versicherungsverträge (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dziennego jest oświadczenie Komisji w sprawie międzynarodowych standardów sprawozdawczości finansowej: MSSF 17 Umowy ubezpieczeniowe (2018/2689(RSP)).

Andrus Ansip, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, honourable Members of the European Parliament, ladies and gentlemen, the insurance industry fulfils a central role in the European economy, and European insurers play an important role globally. Insurers are important long-term investors. This is why, in November 2017, the Commission asked the European Financial Reporting Advisory Group, or EFRAG, to carry out a comprehensive impact assessment to inform the EU's decision on a possible endorsement of the International Accounting Standards Board's International Financial Reporting Standard 17 for insurance contracts.

The Commission specifically requested an assessment of the consequences of the standard on financial stability, taking into account the joint implementation of International Financial Reporting Standard 9, on the competitiveness of the European insurance industry, on the impact on the insurance markets across Europe, and on long-term investment.

In the meantime, the Commission launched two separate initiatives on the consequences of IFRS 9 on long-term equity investments and possible alternative methods to the mark-to-market valuation of long-term equity investment portfolios.

In response to the Commission's request, EFRAG launched an impact assessment, including a field test of the IFRS 17 standard. The Commission acknowledges that the scope of the field test is limited. This is a necessary trade-off designed to secure a realistic implementation timeframe ahead of the implementation date of 1 January 2021, set by the IASB.

Constituents have raised technical issues. EFRAG is currently considering these issues in its endorsement advice and has referred six implementation concerns identified as part of its impact assessment on the IASB.

Furthermore, with a view to sustaining the implementation of IFRS 17, the IASB sets up a transitional resource group on insurance contracts, which is expected to channel the interpretation and implementation issues arising from the standard.

The IASB is expected to consider potential amendments to IFRS 17, as well as a request for deferral of the implementation date, at its October meeting. As part of the endorsement procedure laid down in the International Accounting Standards Regulation, the EU is only empowered to endorse, refuse or carve out parts of a standard.

The Commission therefore encourages the insurance industry to report this implementation challenges exhaustively to the IASB transitional resource group, and to actively develop realistic solutions, if necessary by devising targeted improvements to IFRS 17 when outstanding issues cannot be resolved through the interpretation of IFRS 17.

With a view to securing the consistent implementation of the standard following the endorsement decision, the European supervisory authorities and the European Central Bank participate in the endorsement process as observers.

Finally, as part of its fitness check on public reporting, the Commission will specifically consider the potential inconsistencies between IFRS 17 and the existing EU reporting framework applicable to the insurance industry, including the Insurance Accounting Directive and the introduction of the Solvency II prudential regime in 2016.

The Commission expects to report the findings from the fitness check by the second quarter of 2019, so as to secure its capacity to undertake any necessary action before the implementation date of IFRS 17 on 1 January 2021.

Theodor Dumitru Stolojan, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, this motion for a resolution is about International Financial Reporting Standards (IFRS) 17 for Insurance Contracts. These standards are a fundamental change in the accounting for insurance contracts, bringing the benefits of more consistency, transparency and comparability. This motion for a resolution is the result of the permanent teamwork set by the Committee on Economic and Monetary Affairs (ECON) after the financial crisis to focus on the reform of the IFRS. IFRS issues are no longer secondary business for ECON and Parliament.

I would like to thank all members of this permanent team and to the other members of ECON who contributed to this motion. In this motion for a resolution we underline the effort and costs needed in order to implement IFRS 17, which are significant. Unfortunately, the signals that we have received from insurance companies that have started to prepare the implementation of the IFRS 17 confirm the difficulties of this implementation. The effort, time and cost in human resources have been underestimated. Our technical adviser, the European Financial Reporting Advisory Group (EFRAG), has already identified several issues raised by IFRS 17 during the drafting of its endorsement advice, such as the level of aggregation, the contractual service margin, and reinsurance.

The final endorsement advice is expected in December 2019. We regret again that no field test has been developed to examine the potential effects that IFRS 17 might have on financial stability and competitiveness in the financial markets. We ask the Commission and EFRAG to consider carefully all the signals sent by the insurance sector and to deliver clear assurances in respect of these signals through the endorsement advice. The Commission and EFRAG should assess whether the current implementation timeline of IFRS 17 is appropriate.

Pervenche Berès, *au nom du groupe S&D*. – Monsieur le Président, Monsieur le Vice-président, en ce qui concerne la norme comptable 17, ce Parlement appelle votre vigilance.

Nous parlons d'expérience. Lorsque nous avons adopté la norme comptable équivalente pour le domaine bancaire, à savoir la fameuse IFRS 9, nous avons fini par découvrir – neuf mois après l'entrée en vigueur de cette norme, grâce à une étude du Comité européen des risques systémiques – que notre intuition, notre vision selon laquelle l'introduction d'une telle norme risquait peut-être de fragiliser l'investissement à long terme, était fondée. Nous appelons à la même vigilance en ce qui concerne le secteur de l'assurance et demandons donc de ne pas réitérer l'introduction d'une norme comptable, cette fois l'IFRS 17, qui risquerait elle aussi de fragiliser l'investissement à long terme dont nous savons que l'économie européenne a tant besoin.

Nous devons tirer une autre leçon de l'expérience, de ce que les compagnies d'assurances ont vécu à travers la mise en œuvre de la directive «solvabilité II». Tout le monde reconnaît qu'il s'agit aujourd'hui d'une législation utile, adaptée à l'activité de l'assurance, mais elle n'a pu entrer en vigueur qu'à travers un processus itératif long. Plus je considère les inquiétudes à propos de la norme comptable IFRS 17 pour le domaine de l'assurance, plus je me dis que la question du calendrier de mise en œuvre – au-delà de quelques ajustements sur lesquels il faudra peut-être demander à l'autorité internationale, l'IASB, de réviser sa copie – est essentielle.

Pour cela, il faut que la Commission tienne pleinement compte à la fois de la résolution que nous allons adopter mercredi prochain mais aussi, bien sûr, de l'EFRAG, qui travaille sous l'autorité éclairée de son président.

Permettez-moi, Monsieur le Vice-président, d'attirer votre attention sur un point essentiel tant de la question orale que nous posons que du projet de résolution que – je l'espère – nous allons voter: vérifier qu'au moins, cette norme comptable contribue bien sûr à la stabilité financière et à la compétitivité du secteur de l'assurance, mais aussi à des objectifs transversaux que l'Union européenne se doit désormais de poursuivre dans chacune de ses législations, c'est-à-dire que cette norme contribue à la définition du bien public, à la soutenabilité de nos économies, à l'investissement à long terme et à la réalisation de nos objectifs en matière de changement climatique.

Νότης Μαρτιάς, εξ ονόματος της ομάδας ECR. – Κύριε Πρόεδρε, οι ασφαλιστικές επιχειρήσεις διαδραματίζουν σημαντικό ρόλο στην πραγματική οικονομία. Ας λάβουμε υπόψη ότι οι μεγαλύτερες ασφαλιστικές επιχειρήσεις κατέγραψαν φέτος έσοδα 27,6 τρισεκατομμυρίων δολαρίων και κέρδη 1,5 τρισεκατομμυρίων δολαρίων. Αντιλαμβάνεται κανείς ότι διαδραματίζουν σημαντικό ρόλο και βεβαίως, αν κάτι δεν πάει καλά, αυτό δημιουργεί κινδύνους στη χρηματοπιστωτική σταθερότητα στην Ευρώπη και στις μακροπρόθεσμες επενδύσεις στην ίδια την οικονομία.

Το Διεθνές Πρότυπο Χρηματοδοτικής Αναφοράς (ΔΠΧΑ) 17, απ' ό,τι έχουμε δει, θα εφαρμοστεί σε δυόμισι χρόνια, από την 1η Ιανουαρίου 2021. Όμως υπάρχουν πάρα πολλές σκέψεις και κριτικές για το αν πραγματικά είναι έτοιμη η ίδια η ασφαλιστική αγορά, αν πράγματι οι ίδιες οι ασφαλιστικές επιχειρήσεις μπορούν να αντιμετωπίσουν τα προβλήματα που υπάρχουν.

Βεβαίως το Διεθνές Πρότυπο 17 θα συμβάλει σε μεγαλύτερη διαφάνεια και συγκρισιμότητα, όμως είναι περίπλοκο. Και οι ασφαλιστικές επιχειρήσεις, καθώς ενεργούν και δουλεύουν, βλέπουν ότι χρειάζεται σημαντική εκπαίδευση των στελεχών, χρειάζονται αλλαγές, χρειάζονται επενδύσεις, χρειάζεται η λήψη μέτρων. Απ' ό,τι φαίνεται, το 67 % των μεγάλων ασφαλιστικών επιχειρήσεων είναι έτοιμο, όμως όσον αφορά τις μικρές ασφαλιστικές επιχειρήσεις είναι έτοιμο μόνο το 10 %. Επομένως η όλη συζήτηση για το αν πρέπει να υπάρξει μια παράταση και μια προσαρμογή νομίζω ότι είναι ώριμη και ορθώς διεξάγεται εδώ στο Ευρωπαϊκό μας Κοινοβούλιο.

Caroline Nagtegaal, namens de ALDE-Fractie. – Voorzitter, internationale afspraken over hoe verslag te doen aan investeerders en andere belanghebbenden zijn cruciaal in een wereld waarin grenzen eigenlijk steeds meer vervagen. De verzekeringssector loopt daarbij een beetje achter. Ik juich het dan ook toe dat IFRS 17 de komende jaren internationaal zal worden ingevoerd. Dat zal onherroepelijk kosten met zich meebrengen. Harmonisatie en vooruitgang zijn namelijk helemaal niet gratis. Maar ik geloof dat het dat waard is, dat de baten zullen opwegen tegen de kosten en dat de inzichtelijkheid en vergelijkbaarheid zullen bijdragen aan een veel efficiëntere markt.

Is ISFR 17 perfect? Nee. Bestaan er standaarden die voor iedereen optimaal zijn? Nee. Maar dat neemt wat mij betreft niet weg dat we streven naar standaarden die werken voor de Europese markt en voor Europese bedrijven. Dat is ook de reden waarom de EFRAG op dit moment bezig is met een onderzoek naar de effecten van IFRS 17 in heel Europa. Op basis van dat advies kunnen de Commissie en de medewetgevers dan beslissen of uitstel gerechtvaardigd is en, zo ja, onder welke condities.

In de resolutie van het Parlement worden aan de EFRAG een aantal suggesties tot verder onderzoek gedaan. In het volste vertrouwen wachten we die resultaten af. Nieuwe afspraken zullen op het allerhoogste niveau, internationaal dus, moeten worden gemaakt. Daarbij neem ik aan dat rekening zal worden gehouden met de zorgen die nu al zijn gesignaleerd door de EFRAG en door de Europese marktpartijen. Mocht het inderdaad tot een substantiële aanpassing van de standaard op internationaal niveau komen, dan moeten we wat mij betreft ook bereid zijn om in Europa uitstel te verlenen om zo een hele zorgvuldige transitie mogelijk te maken.

Miguel Viegas, em nome do Grupo GUE/NGL. – Senhor Presidente, depois de uma Norma IFRS 4 realizada de forma precipitada e que deixou de fora a mensuração dos passivos, esta norma pretende colmatar esta brecha, impondo normas que deverão ser aplicadas a partir de 2021 pelas grandes companhias seguradoras.

De facto, esta norma toca num ponto sensível das empresas, na medida em que a avaliação das responsabilidades dos contratos de seguros, com especial destaque para os contratos de longo prazo, vai impactar não só o apuramento dos lucros das seguradoras, mas também os níveis de capitais necessários a uma gestão prudente que permita fazer face a qualquer imprevisto. Não é por acaso que os grandes lobistas já estão no terreno, criticando a norma pelos custos elevados da sua aplicação e pelos seus efeitos reduzidos.

Eles lá sabem do que estão a falar. Pela nossa parte, temos naturalmente, também, dúvidas sobre a capacidade destas normas, que não tocam no essencial, ou seja, não resolvem o problema do conflito entre o interesse privado e o interesse dos cidadãos.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η συγκεκριμένη μεταρρύθμιση των λογιστικών προτύπων στις ασφαλιστικές εταιρείες αφορά κυρίως τις ίδιες τις εταιρείες, αλλά πρωτίστως τους επενδυτές. Με τον όρο «επενδυτές» βέβαια δεν εννοούμε τους μικροεπενδυτές, οι οποίοι και δεν έχουν συνήθως ιδέα για το πού επενδύονται οι αποταμιεύσεις τους, αλλά τα μεγάλα διεθνή funds, των οποίων η ζωή θα γίνει σαφώς ευκολότερη με τα καινούργια αυτά πρότυπα.

Δεν αμφιβάλλω πως υπάρχουν πολύ συγκεκριμένα οφέλη από τη μεταρρύθμιση αυτή, αλλά ταυτόχρονα θεωρώ πως η υιοθέτηση των προτύπων αυτών από τα κράτη μέλη πρέπει να γίνει σε εθελοντική βάση, με δεδομένο πως το θέμα αυτό άπτεται της εθνικής κυριαρχίας και της δυνατότητας που θα πρέπει να έχουν τα κράτη να ορίζουν τους δικούς τους κανόνες στην εσωτερική τους αγορά.

Εάν και εφόσον εκτιμηθεί πως όντως τα πρότυπα αυτά θα συμβάλουν στην καλύτερη λειτουργία των αγορών, αλλά και ταυτόχρονα στην προστασία ασφαλισμένων και επενδυτών, τότε μπορούν να τα υιοθετήσουν, προσελκύοντας με τον τρόπο αυτό και ξένες επενδύσεις. Εάν όμως είναι υποχρεωτική η υιοθέτηση των προτύπων, χωρίς να λαμβάνονται υπόψη οι ιδιαιτερότητες της κάθε χώρας, το μέτρο αυτό θα δημιουργήσει σοβαρότερα προβλήματα από αυτά που προσδοκά να λύσει.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Vice-président, chers collègues, je voudrais commencer par saluer la résolution sur la norme internationale d'information financière IFRS 17, qui constitue une réponse aux contradictions potentielles entre celle-ci et la législation européenne sur les contrats d'assurance, et en particulier entre la nouvelle norme et le corpus législatif de l'Union en matière prudentielle.

D'une part, je partage l'opinion selon laquelle il est nécessaire de garantir que la norme IFRS 17 ne représente pas une contrainte pour les petites et moyennes entreprises, tout en défendant une information et une publication de grande qualité et en incluant la durabilité d'objectifs à long terme conformes à l'accord de Paris. D'autre part, j'estime que nous devons garantir et soutenir une norme IFRS 17 plus favorable au bien public européen, avec une implication accrue du Parlement européen dans sa mise en œuvre.

Par conséquent, je soutiens les appels lancés à la Commission, aux autorités européennes de surveillance, à la Banque centrale européenne, au Comité européen du risque systémique et au Groupe consultatif pour l'information financière en Europe, afin qu'ils suivent de près la mise en œuvre de la norme IFRS 17 dans l'Union européenne, préparent une analyse d'impact ex post au plus tard pour juin 2024, présentent cette évaluation du Parlement européen et agissent conformément aux opinions de ce dernier.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Panie Przewodniczący! Od razu na wstępie powiem, że nie jestem zwolennikiem poszerzania sprawozdań, nowych sprawozdań. Dlaczego? Dlatego że do tej pory nie potrafimy wykorzystać tych danych, które mamy już zgromadzone wcześniej. Z drugiej strony, jestem przeciwnikiem nadmiernych regulacji takich elementów rynku, które są związane z usługami, bo uważam, że się gorzej rozwijają. Natomiast rozumiem i podzielam tę uwagę ogólną, że trzeba podnosić standardy, przede wszystkim myśląc o ludziach, o odbiorcach – w tym wypadku usług ubezpieczeniowych. Uważam jednak, że trzeba robić to niezwykle delikatnie, aby ten rynek nie był uszkodzony, nie był poturbowany, także od strony biznesowej.

Miałbym dwa pytania. Na jedno pytanie pan komisarz Ansip odpowiedział, więc już nie będę do tego wracać. Drugie pytanie było skierowane do posła sprawozdawcy à propos harmonogramu. Niestety harmonogram, jak rozumiem, jest nieco zagrożony. Na to zwracałem uwagę w moim ostatnim wystąpieniu.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Andrus Ansip, Vice-President of the Commission. – Mr President, I would like to thank the honourable Members for their interest in International Financial Reporting Standards: IFRS 17. The Commission will continue to monitor closely the endorsement of the standards, taking into account the European Parliament's concerns, with a view to ensuring that IFRS 17 is conducive to the European public good and that its implementation does not put any undue strain on the European insurance industry.

Przewodniczący. – Bardzo dziękuję Panie Wiceprzewodniczący za tak kategoryczne, a jednocześnie krótkie stwierdzenie.

Otrzymałem jeden projekt rezolucji złożony zgodnie z art. 123 ust. 2 Regulaminu.

Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się w środę 3 października 2018 r.

19. Dezentrale Transaktionsnetzwerke und Blockkettensysteme: mehr Vertrauen durch verringerte Kreditmittlertätigkeit (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dziennego jest debata nad pytaniem wymagającym odpowiedzi ustnej skierowanym do Komisji przez Eva Kaili w imieniu Komisji Przemysłu, Badań Naukowych i Energii w sprawie technologii rozproszonego rejestru i łańcuchów bloków: budowanie zaufania do przepływów funduszy z pominięciem pośrednictwa bankowego (O-000092/2018 - B8-0405/2018) (2017/2772(RSP)).

Andrus Ansip, Vice-President of the Commission. – Mr President, I would like to thank Eva Kaili and the honourable Members of the European Parliament for this question about distributed ledger technologies and blockchains, as well as the motion for a resolution.

The European Commission shares the view that distributed ledger technologies and blockchain-based developments are an opportunity for industry and public services in Europe. This will allow rethinking of information systems and processes promoting user trust while ensuring compliance with the protection of personal data and transparency.

These technologies have the potential for more efficient delivery of products and service across organisational boundaries and borders. I had direct experience of that potential in June when I attended a blockathon where 11 teams of coders developed ways to fight counterfeiting.

Blockchain can provide an electronic chain of custody for each and every piece of intellectual property.

The Commission is working to seize the opportunities, address the limitations and define policies that will promote the uptake and development of blockchain based applications in Europe.

To reach scale, 26 EU countries and Norway have agreed to work together to set up the European Blockchain Partnership. Its aim is to develop a coordinated European response that guarantees interoperability and avoids fragmentation.

Another objective is to create a European blockchain services infrastructure to support cross-border public services with the highest standards of security, privacy and energy efficiency.

The partnership is now examining which cross-border digital public services could benefit most from such infrastructure. Examples include the exchange of data for moving goods, duty suspension, digital identity and VAT collection.

The first EU-wide services will be provided over the European blockchain services infrastructure by next year. Principles of governance and other conditions will be specified by the end of this year.

With the help of the European Parliament, we have also launched the EU blockchain observatory and forum to help us identify and overcome obstacles in blockchain innovation. They organise online community building, workshops and blockchain focused events across Europe. Their work aims to stimulate a competitive blockchain environment and the conditions of legal certainty that are needed to sustain investments in distributed ledger technologies and blockchain applications across the European Union.

Thank you for your attention, I am looking forward to the discussion.

(Applause)

Eva Kaili, *author*. – Mr President, I would like to thank Commission Vice-President Ansip very much. I am happy to present the resolution on distributed ledger technologies and blockchain, the first one on this promising technology. This resolution has already achieved important political goals. It has become a reference point for other reports related to blockchain technology in this House and it has provided guidelines to the Commission, along with policy directions, preparing the ground for further action. It also provides a solid framework for legal certainty, not only in Europe but also beyond, and of course it has received publicity worldwide.

Blockchain is a groundbreaking technology that promises to improve efficiency, reduce costs and friction, and increase transparency and trust in a wide range of sectors, such as supply chains, financial services, energy, transportation, health care, education, and even copyright and the creative industries, by giving citizens back control of their data. Blockchain also has strong potential to improve the quality of public services, and, as an instrument or indeed a platform, to increase efficiency between the state and the citizen in relation to smart contracts, public documents, avoiding duplication, certificates, licences, land registries and even voting. Blockchain-based applications could also potentially help to fight fraud and tax evasion.

I am pleased, too, to announce that blockchain has united this House, as all the parties in the Committee on Industry, Research and Energy (ITRE) voted in favour of the resolution under the principle of being technology neutral and innovation friendly in Europe.

One of the core messages of our text was to signify that the European Union aspires to become the global leader in the fourth industrial revolution. Here I must underscore the great contribution and work of Commissioner Gabriel in this direction, and thank her for supporting the funding of pilot schemes in a broad EU blockchain alliance of Member States. I would also like to thank Vice-President Ansip, since he is one of the people who have led by example in his country, making Estonia one of the most advanced countries in Europe in the digital era.

On behalf of the ITRE Committee, allow me to deliver the following oral question to you Vice-President. Distributed ledger technologies (DLTs) and blockchains have not only shown great potential in improving existing value chains, but also create new value chains that reduce intermediation costs and transactional friction, and that remedy trust issues, monitoring problems and transparency concerns. The applications of blockchain are numerous and encompass a wide range of sectors. Energy grids, health care, the financial sector, supply chains, transport, education, the creative industries and the public sector are just some of the possible fields. In terms merely of transaction fees, we have an OECD study to the effect that EUR 130 billion in hidden fees is the cost in Europe alone per year.

In order fully to grasp the potential of DLTs in the spirit of technological and business-model neutrality, we need a better understanding of their key underlying features, such as decentralised distributed databases, disintermediation, the immutability of data, ad permission and permission-less applications, as well as the technological possibilities they offer in areas such as smart contracts and funding for SMEs through Initial Coin Offerings (ICOs).

However, in addition to their potential, DLTs also raise concerns about data protection and in relation to the General Data Protection Regulation. Cybersecurity, interoperability, new sources of fraud and environmental issues are among these concerns. How is the Commission planning to provide the environment of legal certainty that is needed to boost DLTs and blockchains in Europe; and what initiatives would the Commissioner undertake to create a competitive blockchain ecosystem in the EU?

Let me just say that technology is neutral. How we use it depends on us. We are innovation friendly and I think this is demonstrated by this resolution and the great support it has received thus far.

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

Henna Virkkunen, PPE-ryhmän puolesta. – Arvoisa puhemies, kiitos Eva Kailille ja komissaari Ansipille, on ollut todella inspiroivaa työskennellä lohkoketjuja käsittelevän päätöslauselman parissa täällä parlamentissa. Oli hienoa, kuinka innostuneesti eri sidosryhmät ja parlamentin jäsenet osallistuivat tähän työhön. Eurooppa on selvästikin edelläkävijä lohkoketjuteknologiassa, ja tämä on selvästi sellainen alue, missä meillä on erittäin vahva pohja kehittyä myös maailman johtajaksi jatkossa.

On huomattava, että lohkoketju on edelleen kehittyvä teknologia, mutta siinä on erittäin paljon potentiaalia. Se, mistä hyvin paljon keskustelimme tuon työn aikana, oli, että meidän täytyy varmistaa, että Euroopassa olisi hyvin innovaatiomyönteinen lainsäädäntöympäristö – sellainen lainsäädäntö, joka kannustaisi alan innovaatioihin ja kannustaisi myös investointeihin.

Erityisesti pyrimme hakemaan niitä kohtia, missä meillä olisi lainsäädännöllisiä tarpeita. Usein tietenkin yritykset sanovat, että alkää vain ruvetko tekemään mitään lainsäädäntöä, mutta toisaalta on erittäin tärkeää, että meillä on alusta saakka eurooppalainen viitekehys, koska jos emme tee eurooppalaista viitekehystä, se johtaa usein siihen, että jäsenvaltiot saattavat alkaa tehdä omia toimiaan, ja se johtaisi taas digitaalisen sisämarkkinan fragmentoitumiseen.

Näin ollen on tärkeää, että meillä on heti Euroopan laajuinen ote tähän uuteen teknologiaan. Olen hyvin iloinen siitä, että kaikki jäsenvaltiot työskentelevät nyt asian eteen ja etsivät yhdessä kehittämiskohteita, joissa lohkoketjuja voitaisiin yhdessä hyödyntää. Samoin komissio on perustanut tämän *blockchain observatoryn*, jossa niin ikään asiantuntijat tekevät tätä samaa kartoitustyötä.

Nyt on tärkeää myös riittävästi investoida alan tutkimukseen ja tuotekehitykseen. Komissio on jo tähän mennessä sijoittanut 80 miljoonaa euroa, ja tarkoitus on investoida 300 miljoonaa lisää *blockchain*-teknologiaan muutaman seuraavan vuoden aikana. Se on erittäin tärkeä panos ilman muuta koko Euroopalle: tutkimukseen ja tuotekehitykseen investointi, ja se, että varmistamme, että meillä on innovaatioihin ja investointeihin kannustava lainsäädäntö.

Meidän pitää myös varmistaa se, että yrityksillä on tietty oikeusvarmuus, silloin kun ne lähtevät investoimaan tähän uuteen teknologiaan. Näistä sovelluksista muun muassa älysopimukset, *smart contracts*, ovat olleet esillä. Eli niiden osalta lainsäädäntöä täytyy myös arvioida, jotta niillä olisi riittävä oikeusvarmuus.

Erittäin paljon lohkoketjujen yhteydessä puhutaan kryptovaluutoista, mutta on huomattava, että meillä on erittäin paljon lupaavia muita sektoreita, joissa voidaan hyödyntää lohkoketjuja: liikenne, energia, terveydenhuolto ja erilaiset toimitusketjut, eli on kyse erittäin potentiaalisesta teknologiasta. Nyt meidän pitää varmistaa, että lainsäädäntömme on teknologianeutraalia ja innovaatioihin kannustavaa ja että yrityksillä on riittävä oikeusvarmuus, kun ne lähtevät alaan investoimaan.

Miapetra Kumpula-Natri, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, all technologies pose difficult question when they arise: how to take best advantage of the new tools, but avoid potential pitfalls that might come along?

Blockchain and DLTs are part of the great digital transformation, together with the development in the artificial intelligence, cloud computing, social media and very high connectivity, these new technologies will radically change the way we live.

Challenges are often debated here in the plenary, and they are many: security, privacy, trust and copyright, they are familiar to us MEPs. But some problems might have a straightforward solution. DLT will make sure that information moves at speed, but that it remains secure and that transactions cannot be manipulated as each party sees modifications.

One promising application is in the field of copyright. A distributed ledger can give both artist and art consumers a better, more transparent method of knowing who made which piece of digital art, and I want to see applications in Europe for example on renewable energies and electrical charging for cars.

But there are other more wicked problems: take for example trust in society. How will DLT increase trust if new financial instruments based on the technology are volatile and not very transparent? Moreover, how do we ensure that core functions of society, such as taxation or prevention of crimes, can still function in a world where data is not centralised?

Blockchain technology developers need to answer these questions when developing the technology and applying it, hopefully destroying some old thinking and models of the way of life today.

I'm also curious to see how old companies will find new ways to integrate this technology. Public sector and governments must also change and learn to do things better with the new technologies, and I'm very happy that the Commissioner took up these concrete ways in Europe as well.

So Madam President, I support the active role that the Commission has taken, and Parliament supported it in order to get involved in the possibilities offered by blockchain and DLTs. The EU Blockchain Observatory and Forum is now up and running. We as a society need to adopt a strong but soft approach to new technological possibilities. We must not curb innovation, but set the framework for a legal and trustworthy environment. We need to learn ourselves and be fast to recognise new situations and effects, and take corrective measures if need be.

(Applause)

Caroline Nagtegaal, *namens de ALDE-Fractie*. – Voorzitter, “distributed ledger” is een systeem dat ons in staat stelt om gegevens, geld en software te vertrouwen. Blockchain is een type daarvan en zal een enorme impact hebben op onze economie. Dat is heel positief want dat kan leiden tot efficiëntere markten, kostenbesparing en een betere weerbaarheid tegen cyberaanvallen. Aan de andere kant staat het systeem nog wel in de kinderschoenen. Het is daarom wat mij betreft ook belangrijk dat we heel goed kijken naar de uitdagingen die dit systeem met zich meebrengt.

Deze resolutie is denk ik een hele goede eerste stap. Daar ben ik ook blij mee. Deze technologie wordt ook door de financiële sector breed omarmd. We kunnen ons echter niet met name in deze sector simpelweg geen risico's permitteren. Er is wat mij betreft geen enkele ruimte voor een quick-and-dirty benadering. We mogen onze ogen namelijk niet sluiten voor de risico's van de nieuwe digitale systemen. Wanneer en hoe valt bijvoorbeeld te constateren of er misbruik van wordt gemaakt? Hoe gaan we onze inwoners van Europa hiertegen beschermen? Dat vraagt om regels om mogelijkheden tot witwassen van geld of belastingontduiking te voorkomen.

Begrijp me goed: ik ben enorm voorstander van deze technologie en geloof er ook echt in. Ik vind wel dat er Europese wetgeving nodig is om innovaties zoals blockchain op de juiste schaal mogelijk te maken. De wetgeving moet wat mij betreft faciliterend zijn. Ze mag niemand in de weg zitten en moet de juiste kansen bieden voor de Europese markt, want alleen zo kunnen we ons meten met de meest innovatieve continenten op deze aarde. Investeerders en consumenten hebben recht op veilige digitale systemen.

Nederland toont zich hier koploper in doordat het een omgeving creëert waarin experts van de overheid, het bedrijfsleven en de blockchainsector samenwerken. Daar ben ik trots op en ik wil de Commissie deze overweging dan ook meegeven als een soort aanmoediging. Het fundament van de toepassing van blockchain is gelegd. Nu moeten we op een veilige, verantwoordelijke manier hieraan verder werken.

Jakop Dalunde, för Verts/ALE-gruppen. – Fru talman! Tack till kommissionen och föredraganden för att man agerat så kraftfullt i denna fråga. Det är verkligen viktigt att Europa visar ledarskap här eftersom att *blockchain*, eller distribuerade databaser, är en teknologi med oerhörd potential och med en mängd möjliga tillämpningsområden.

Tekniken kan bli ett säkert och effektivt alternativ till kryptering för att skydda personlig data och någonting som kommer bli allt viktigare i framtiden. Med *blockchains* har vi också en potential att exempelvis demokratisera energimarknaderna. Enskilda hushåll kommer att kunna producera grön el och enkelt kunna sälja sitt överskott till elnätet.

Det finns också en potential att angripa korruption världen över. Genom att decentralisera system och data minskar vi möjligheterna för korrupta tjänstemän att utnyttja sin position för egen vinning. Systemet i sig gör det omöjligt.

Blockchain har potential att revolutionera många områden. Genom att vi nu lägger fram denna fråga ökar vi chanserna för att Europa inte ska hamna efter i denna omställning. Om vi ska kunna dra nytta av de möjligheter som *blockchain* medför, måste Europa ligga i framkant i den utvecklingen, vilket jag är glad över att vi nu agerar för.

Marisa Matias, em nome do Grupo GUE/NGL. – Senhora Presidente, eu quero começar também por agradecer à relatora. As cadeias de bloco e as DLT são uma promessa com mais de dez anos, mas até agora há muita discussão sobre as infinitas aplicações e aquelas que conhecemos melhor são as aplicações em moedas virtuais, por exemplo, as dos mercados financeiros e aí o que temos assistido, de certa forma, é desastroso, fraudes, flutuações extremas de um porto seguro para a evasão fiscal e lavagem de dinheiro. *Blockchain* e DLT, mais do que uma inovação tecnológica significativa são, na realidade, uma inovação social e organizacional porque se trata de dispensar intermediários, contrapartes e, muitas vezes, até o próprio Estado.

Agora que pensamos em aplicar a outros setores – como seja a energia, a educação e outros que já foram aqui referidos –, eu creio que nós devemos falar também das preocupações e porque é que nós pedimos que haja legislação e a necessidade de uma legislação a este respeito.

Desde logo, como garantir a transparência, como garantir a proteção de dados, como garantir a regulação, se queremos melhores serviços públicos? Como podemos ter melhores serviços públicos e garantir que não há eliminação daquilo que devem ser o propósito desses mesmos serviços públicos?

É por isso que a legislação é necessária, para garantir que não se repita nos outros setores e nas promessas que existem há mais de dez anos aquilo que aconteceu no sistema financeiro e com as moedas virtuais. Aí sim, podem ser uma ferramenta muito útil para a nossa sociedade.

Dario Tamburrano, a nome del gruppo EFDD. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, l'argomento di oggi, sicuramente, è particolarmente entusiasmante perché potremmo trovarci di fronte agli albori di un paradigma quantomeno diverso da quel che siamo abituati a vivere.

Siamo tutti consapevoli di quanto oggi l'informazione sia il nuovo oro, e di cosa significhi poterla controllare, gestire, trasformare ed utilizzare a seconda dello scopo da perseguire.

Il registro distribuito, ovvero più comunemente la blockchain e i suoi fratelli, rappresenta una bellissima tecnologia, che ha in sé una promessa di cambiamento assai positivo e la risoluzione che votiamo domani contiene numerosi elementi di analisi e di spinta.

Nessuno è in grado di dire oggi se questo protocollo che permette avanzamenti inimmaginabili in termini di tracciabilità, riconoscibilità, disintermediazione e quindi fiducia tra pari, potrà mai essere il nuovo paradigma sul quale basare una nuova forma di società: le DLT sono un terreno ancora da esplorare in tutte le sue dimensioni.

Oggi la catena del valore è spesso complicata, intricata da una globalizzazione che ha creato innumerevoli livelli, molte intermediazioni e quindi molte diverse forme di controllo di costi ed altri effetti sociali.

Tecnologie come queste, si chiamino blockchain o in altro modo, permettono sicuramente di immaginare nuovi modelli informativi, di controllo distribuito e di avvicinamento tra le fasi di produzione di beni e servizi e il loro uso e consumo.

Mi sento pertanto incoraggiato dall'esistenza di queste tecnologie di frontiera e del fatto che se ne parli qui, ma nello stesso tempo ne sono tremendamente sia affascinato quanto a volte spaventato, per questo non voglio mai chiudere gli occhi, nell'attesa acritica e passiva di vedere fin dove si arriva.

Credo fortemente che il legislatore moderno e scrupoloso debba essere maniacalmente curioso e attento affinché non si spenga mai in noi il desiderio di conoscere bene ciò che va affiorando di nuovo nel mondo, per essere pronti a legiferare in tempo e con cognizione.

Dobbiamo quindi essere in grado di condurre le tecnologie digitali con buon senso, senza soffocarle di troppe regole o normandole troppo in anticipo, ma anche senza mai perderne il controllo, per non essere noi stessi uomini vittime più o meno consapevoli. Vale per la blockchain oggi, ma vale per tutta quella tempesta di innovazioni tecnologiche all'orizzonte, l'intelligenza artificiale, l'internet delle cose, il bioprinting, il futuro che si sta spiegando in un domani che è assai prossimo.

Il testo di cui oggi discutiamo mette sicuramente l'accento su numerose dimensioni positive, come le potenzialità in termini di tracciabilità di ingredienti e componenti, di controllo della proprietà e dell'identità aprendo a modelli di partecipazione dal basso a decisioni e alla loro formazione o di scambio paritario di beni e servizi.

In questo ultimo settore sono anni che anch'io mi interrogo sul come poter contabilizzare gli scambi energetici in un modello di produzione decentralizzato e sono ben contento che la Commissione per il secondo anno abbia positivamente recepito una mia proposta di progetto pilota per studiare la fattibilità delle tecnologie blockchain nello scambio energetico tra pari.

Ma un altro terreno su cui mi piacerebbe davvero vedere un impegno di tutti è nell'indagare il potenziale utilizzo della DLT per il monitoraggio ambientale e quindi la possibilità per tutti i cittadini di partecipare a un sistema distribuito di controllo delle emissioni di tutti gli impianti che oggi caricano la nostra aria di particelle e sostanze inquinanti di varia natura, facendo strage dei nostri cari in maniera ormai ubiquitaria.

Lo sviluppo sostenibile ed equo passa sicuramente anche oggi per le tecnologie digitali, ma prima le mettiamo al nostro servizio, prima ne freniamo le potenziali derive. L'uomo deve essere sempre al centro evitando di mettere delle Ferrari tecnologiche in mano a una società senza patente.

Se queste tecnologie aiuteranno questi obiettivi, ed è nostro compito affinché ciò accada, allora ne sono il primo sostenitore, e per questo sono particolarmente orgoglioso che la settimana scorsa anche il governo del mio paese si sia unito alla partnership europea per la blockchain colmando un'assenza incomprensibile sul sipario del futuro.

Christelle Lechevalier, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, les registres distribués et les chaînes de blocs sont des technologies prometteuses, qui pourraient faire évoluer notre utilisation des registres et de leurs données.

Cependant, votre enthousiasme et l'engouement soudain des institutions européennes donnent l'impression d'un emballement irrationnel, propre aux nouvelles découvertes. Mon propos sera donc de vous inciter à plus de prudence et de tempérance. Beaucoup de parlementaires ne voient que les côtés positifs de cette technologie, sans en voir les limites, surtout en ce qui concerne les chaînes de blocs – car la véritable révolution dans le domaine des registres est bien l'utilisation des chaînes de blocs. Celles-ci permettent de certifier le registre et d'éviter de passer par des intermédiaires pour y accéder.

Or, cette technologie n'est pas exempte de critiques. Ainsi, l'utilisation de la preuve de travail dans le processus de minage implique de consommer une quantité gigantesque de ressources pour une utilité réelle très faible. Rien que le minage du bitcoin consomme autant d'énergie que l'Autriche; imaginez s'il fallait miner des centaines d'autres registres! À terme, la taille des registres a vocation à devenir exponentielle et imposera que les utilisateurs, ou «mineurs», possèdent des moyens techniques gigantesques pour que le système fonctionne.

Cela pose aussi le problème de la durée de conservation des données: une chaîne de blocs peut-elle conserver les données de façon éternelle sans avoir recours à un registre centralisé d'archivage?

L'indépendance des mineurs est aussi une contrainte car les chaînes de blocs ne peuvent être certifiées que si la majorité des mineurs ne forment pas de cartel. Comment pouvons-nous le contrôler? Enfin, si le nombre de mineurs est aujourd'hui important et permet le fonctionnement de cette technologie, c'est grâce à la rémunération de ceux-ci par le biais de cryptomonnaies. Comment donc se fera la rémunération des mineurs dans le cadre d'un service public? De nombreux autres exemples pourraient démontrer que la technologie des registres distribués, et surtout de la chaîne de blocs, sont encore peu matures.

Tant que les problèmes de l'efficacité énergétique et d'une alternative efficace à la preuve par le travail n'auront pas été résolus, il sera téméraire de vouloir déclinier ces technologies à tous les pans de la société. Ce que nous préconisons donc est d'investir dans la recherche, comme toujours et comme proposé, et de laisser les États membres légiférer sur leur territoire.

Offrons aux chercheurs et au temps le privilège de démontrer que ces technologies peuvent révolutionner notre monde.

Dobromir Sośnierz (NI). – Pani Przewodnicząca! To jest poniekąd fascynujące widzieć to zjawisko, jak państwo europosłowie, komisarze, biurokraci nie mogą spać spokojnie, kiedy coś powstaje bez ich nadzoru, jak ich świerzbią ręce, żeby wsadzić je w kolejną dziedzinę życia, która nie jest przez nich uregulowana. Ale nie i jeszcze raz nie – nie ma takiej potrzeby! Ta technologia rozwija się bardzo dobrze bez Was. Ja mam wrażenie, że niektórzy z Państwa jak rano wstają, to się zastanawiają, co by tu dzisiaj zepsuć. Nie ma takiej potrzeby. Jak będziecie grzebać przy czymś, co działa dobrze, to możecie to tylko zepsuć. Ta technologia powstała poniekąd właśnie po to, żeby nikt nie mógł w niej grzebać, żeby była niezależna od rządów, żeby była odporna na inwigilację, zapewniała anonimowość itd. Więc zajmijcie się Państwo swoimi sprawami, nie grzebcie w rzeczach, w których nikt Was nie prosi, żebyście grzebali.

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhora Presidente, Senhor Comissário, as tecnologias de cadeia de bloco e as aplicações de cifragem progressiva visam aumentar a confiança, o controlo e a transparência num conjunto de processos que são cada vez mais complexos e fundamentais na nova sociedade digital.

Mas este impacto não é automático. As implicações tecnológicas e as suas aplicações não são neutras e, por isso, nós temos um trabalho a fazer. Nós precisamos de garantir que as novas soluções baseadas na inovação digital incorporam os valores e os princípios civilizacionais que desenvolvemos e partilhamos no espaço comum europeu. É neste contexto que as questões colocadas pela relatora e pela minha colega Eva Kaili à Comissão Europeia fazem todo o sentido e exigem uma resposta ponderada e rápida.

Nós precisamos de ser competitivos à escala global, também nestas tecnologias, mas esta competitividade não pode ser conseguida a qualquer preço. Não, não é verdade que esteja tudo feito. Há muita coisa que nós temos que fazer. Tem que ser desenvolvida num quadro de segurança jurídica e de robustez em relação ao controlo dos processos e aos riscos de apropriação indevida de poder sem legitimação adequada.

O conceito de processo múltiplo e autorregulado não anula os riscos de centralização induzida ou de enviesamento. Estes riscos existem e têm que ser monitorados e combatidos de forma pró-ativa. A proteção de dados, a cibersegurança, a interoperabilidade ou a prevenção de fraudes são domínios em que o papel de regulação e de garante de uma governação múltipla e transparente também tem que ser assegurada pelas entidades públicas nos seus diversos patamares. A disseminação de protocolos de desenvolvimento que fomentam a descentralização e a verificação transparente, a criação do observatório europeu e a parceria recentemente assinada são sinais de que estamos a evoluir no sentido adequado. Um sentido que permita que a União Europeia seja competitiva e, ao mesmo tempo, capaz de usar estas novas plataformas para promover a inovação social de forma descentralizada, segura e conforme aos seus valores.

Lieve Wierinck (ALDE). – Voorzitter, allereerst wil ik de rapporteur en onze collega's bedanken voor dit mooie resultaat. Hun harde werk zal de basis zijn waarop we een kader voor blockchain kunnen bouwen. Maar hoe bouw je een kader voor iets dat zo abstract is, waarvan we de impact en de mogelijkheden niet kennen, een technologie die mogelijk oneindig veel praktische toepassingen kent? Net daarom is het belangrijk dat we niet de technologie zelf reguleren, maar de toepassingen die eruit ontwikkeld worden. Alleen zo kunnen we voorkomen dat we innovatie aan banden leggen. Dat zou zeer jammer zijn want de industrie die rond blockchain ontstaat, is vandaag reeds miljarden waard. Het is een kans die we met beide handen moeten grijpen. Laten we van Europa het "blockchain valley" van de toekomst maken.

Anne-Marie Mineur (GUE/NGL). – Voorzitter, ik heb drie vragen aan de Commissie. Ten eerste: de informatie die gekoppeld wordt aan een blockchain, is uiteindelijk terug te leiden tot personen. Dat maakt hen kwetsbaar, niet alleen voor hackers maar ook voor multinationals als Google, Microsoft en Amazon. Het systeem is inherent niet te controleren. Dat zit in het ontwerp. Hoe gaat de Commissie dit toch in de hand houden?

Ten tweede: volgens artikel 21 van de algemene verordening gegevensbescherming hebben mensen het absolute recht om vergeten te worden. Bij blockchain gaat de informatie het internet op en kan ze niet herroepen worden. Hoe gaat de Commissie de AVG toch handhaven?

En ten derde: het rekenwerk van blockchain kost heel veel energie. De twee grootste blockchains ter wereld, Bitcoin en Ethereum, gebruiken inmiddels evenveel elektriciteit als heel Oostenrijk. Die groei is exponentieel. Hoe is dit te verenigen met het klimaatakkoord van Parijs?

Paul Rübzig (PPE). – Frau Präsidentin! Ich möchte mich auch bei der Vorsitzenden des STOA-Ausschusses, Eva Kaili, recht herzlich bedanken. Die neuen Technologien treffen uns natürlich teilweise überraschend, auf der anderen Seite sind wir doch bereit, uns intensiv damit auseinanderzusetzen. Und so wie der Buchdruck die Welt verändert hat, wird auch Blockchain die Welt verändern, mit allen Chancen und Risiken. Wir haben die Chance, dass Vertrauenssysteme gebildet werden, und Vertrauen ist etwas, was uns im Internet teilweise verlorengegangen ist. Auch die Transparenz – welche Algorithmen werden angewandt, wie sieht es eigentlich mit den verschiedenen Algorithmen aus, welche gibt es hier, wie sind die Experten in diesem Gebiet weltweit zu finden, gibt es hier Geheimhaltungsverträge, dass Experten hier ihr Wissen nur einzelnen Großkonzernen zur Verfügung stehen dürfen, und wie können wir unsere Landschaft im Bildungsbereich fit machen für diese neue Zukunft?

Ich habe in Südkorea gesehen, dass Achtjährige dort schon *coding* lernen. Ich glaube, dass es für uns eine Herausforderung ist, hier auch die richtigen Strukturen zu finden. Auch in der Berufsausbildung, damit auch ältere, erfahrene Mitarbeiter in diesen Technologien bestehen können. Und natürlich auch die *foresight technology*, wo wir uns ansehen müssen, welche Auswirkungen das hat auf die Kultur, auf den Sport, auf die Ökonomie, auf die Umwelt. Ich glaube, diese Auswirkungenanalysen sind von besonderer Bedeutung. Und deshalb sind auch jetzt die Verhandlungen für das FP9 so wichtig, bei denen wir uns ansehen müssen, wie diese Technologien zum Beispiel in Private-Public-Partnership-Programmen neu aufgesetzt werden können und wie Universitäten mit kleinen und mittleren Betrieben diese Technologien vorantreiben können.

José Blanco López (S&D). – Señora presidenta, cuando pensamos en estas tecnologías lo primero que nos viene a la cabeza son monedas virtuales como el *bitcoin*, monedas que han estado en el ojo del huracán desde su nacimiento y especialmente en este año tras haber desaparecido, según informes recientes, hasta cuatrocientos mil millones de dólares de valor de mercado. Es una alerta.

Desde luego, debemos aprovechar todo el potencial que las tecnologías de registros distribuidos y las cadenas de bloques nos ofrecen para crear registros rápidos, baratos, seguros, transparentes e inmutables. Debemos ser capaces de desarrollar aplicaciones en redes de energía, asistencia sanitaria, educación, cadenas de suministro, industrias creativas, sector público.

Por ello, saludo la creación del observatorio europeo de cadena de bloques y la asociación europea, a la que se han unido ya veintiséis países. Es así, uniendo esfuerzos, como Europa puede allanar el camino para lograr posiciones de liderazgo en una tecnología que podría cambiar nuestras vidas en múltiples ámbitos. Pero hay que ser conscientes de los riesgos para poder combatirlos. La volatilidad del *bitcoin* es una advertencia.

No podemos apartar la vista de cuestiones trascendentales como la protección de datos, la ciberseguridad, las oportunidades para nuevas vías de fraude que ofrece y su impacto medioambiental. Estudios recientes señalan que el consumo eléctrico derivado de la red de minería del *bitcoin* equivale al 1 % del consumo de electricidad en todo el mundo. Esto no es viable. Necesitamos, por tanto, ser conscientes de las oportunidades y los riesgos para maximizar las primeras y minimizar los segundos.

Antanas Guoga (PPE). – Madam President, it is a pleasure to have the Vice-President here again. Just recently we had the #Switch Conference in Vilnius. This time 15 000 children turned up. I know you visited it once with me a few years ago. It was a conference about blockchain technology. It is here and it is here to stay. Let's not stop it. Eva Kaili is doing a great job with this resolution, which I think is very important. I also think it is very important to educate politicians that blockchain technology or DLT does differ significantly from cryptocurrencies and bitcoin and Ethereum, and then Ethereum differs a lot from bitcoin too as it was a main means of funding a lot great projects for which Europeans got money could have never come to them before. So there is a lot of great innovation where people have been contributing from all over the world. We will see how that pans out.

Over-regulating and being too nervous is not the way to go. The European Central Bank has been quite active, and a lot of reserve banks in Europe have been quite active, warning people of the risk – and there are risks when you speculate, and the bitcoin price does fluctuate significantly – but bitcoin is here to stay. Other parts of it, like decentralisation is here to stay too, and once these technologies are decentralised we will not have much say, unfortunately. This is something that we also have to live with, because once it is decentralised it runs on its own merit.

This is the current world and the current status for us all. Artificial intelligence we should not be afraid of either. We should be leading the world and we should be investing and educating ourselves to start with, our children and our great countries of Europe to lead the world forward with very liberal legislation, very open arms to create well-paid jobs for everybody, which we all need.

So I wish everyone good luck. Stay positive. This is one of the main technologies that can lead us forward.

(Applause)

Sirpa Pietikäinen (PPE). – Madam President, the pace of development of new technologies is going to speed up exponentially in the future, whether the EU is on board on this development or not. It is going to be led from the Asian countries and the USA. The EU has been lagging behind because we are disintegrated Member States, not putting our efforts effectively together. So I am welcoming the Commission's proposal and this report that sets out the importance of the EU countries and the EU as a unit working together. This means a better leveraging regulatory environment. We have to bear in mind that regulatory environments create markets. If they are badly done they prevent markets but they are precondition for the birth of markets in the future, to set the internal market. We need better research, a better venture capital approach in this area and we need a better speed up of university cooperation with entrepreneurs.

But then Madam President I would like to look on the other side of the story, and this is the risks – not because I would be against these technologies, but just because I'm in favour of these technologies. With this speeding pace of development, new kind of challenges and maybe threats are going to emerge. If we want to preserve a good technology environment, what we would need to have in the future in the EU is a special agency concentrating on new technology threats and how to combat these in a proactive manner instead of just reacting later on after a crisis has happened.

Cristian-Silviu Buşoi (PPE). – Madam President, I would first like to welcome this initiative, which has the potential to open new horizons in multiple European sectors and to thank Madam Kaili, whom I'm also collaborating with in another similar file. I am responsible for the opinion of the Committee on International Trade for the file on blockchain and forward-looking trade policy.

Blockchain and DLTs have definite potential and this has been shown via recent projects around the world. I really believe that the future will be better with the help of these technologies. But at the same time we need to be pragmatic and keep in mind also the vulnerabilities and imperfections of the system like the threat of hacking, risks to cybersecurity and the environmental impact.

Consequently, we need a more environmentally friendly system and a less energy consuming one, but also one that addresses technological risks and potential security challenges. The future competitiveness and capacity for innovation of European industry could be closely related to the adoption and implementation of distributed ledger technologies. Sectors such as energy, food, health, transport and manufacturing could be significantly reshaped by these emerging technologies.

What I consider crucial for these emerging promising technologies to flourish in the European Union is to adopt an innovation-friendly approach and not to rush prematurely into regulation and potentially hamper innovation. Further, to ensure companies and start-ups simplified access to, and enhance, financing within EU financial instruments. The EU needs to create an ecosystem where innovation by companies and start-ups are encouraged.

I highlight the major potential to integrate DLTs with other technologies such as the Internet of Things, artificial intelligence and quantum computing. Moreover DLTs, with enhanced cooperation between the Commission and Member States, have the potential to improve monitoring, security and verification mechanisms and to fight unlawful payments, facilitate anti-money laundering policies and detect misappropriations of assets.

As regards smart contracts, it is true that they can be a key enabler of decentralised applications, but at the moment my opinion is that this technology is not mature enough to be considered legally enforceable.

I close by reiterating how extremely important it is for the Member States to play an active role and strengthen the collaboration with the Commission within the recently-established European blockchain partnership which, from my perspective, is the cornerstone of the Union's future innovation capacity and global competitiveness.

Catch-the-eye procedure

Seán Kelly (PPE). – Madam President, I think if you asked citizens across the European Union what bitcoin and blockchain were, 99.9% would probably say: 'what?' They wouldn't know. I think, for that reason, it is good that the rapporteur, Eva Kaili, is ensuring that at least we, on behalf of European citizens, are aware of what is happening and are trying to keep to up to speed with developments and to regulate sensibly.

Nevertheless, the point made by my colleague, Sirpa Pietikäinen, is very valid. I think many people, especially nowadays, feel overwhelmed by all the new technologies that have been developed. It might be a good idea for the Commission to go on some kind of information campaign to inform citizens what these technologies actually mean to them and what opportunities there are. Otherwise the negative side regarding climate and energy use and so forth will take over and it could render it difficult. So that is a suggestion.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η ερώτηση που έδωσε η συνάδελφος, κυρία Καϊλή, για τις τεχνολογίες καταναμεμένου καθολικού και blockchain νομίζω ότι αναδεικνύουν τα βασικά προβλήματα τα οποία αντιμετωπίζουμε στη διάρκεια της τέταρτης βιομηχανικής επανάστασης. Μια διαδικασία που προχωρεί συνεχώς, καθώς υπάρχει πλέον ψηφιοποιημένος ευρωπαϊκός βιομηχανικός χώρος.

Είναι σίγουρο ότι οι εφαρμογές της αλυσίδας συστοιχιών (blockchain) καλύπτουν, όπως αναφέρθηκε, πάρα πολλούς τομείς: τα ενεργειακά δίκτυα, την υγειονομική περιθαλψη, τον χρηματοπιστωτικό τομέα, τις αλυσίδες εφοδιασμού, τις μεταφορές, την εκπαίδευση. Αφορούν βεβαίως και τον δημόσιο τομέα. Νομίζω ότι τα ζητήματα αυτά πρέπει να μας απασχολήσουν και πρέπει να δοθεί μεγάλη έμφαση στην κυβερνοασφάλεια, στην προστασία των δεδομένων αλλά φυσικά και στην αξιοποίηση όλου αυτού του συστήματος, όπως ειπώθηκε και από τον Επίτροπο, σε επίπεδο δημοσίων υπηρεσιών. Ταυτόχρονα πρέπει να προσέξουμε τα αρνητικά φαινόμενα, όπως είναι η δημιουργία καρτέλ και οι αμοιβές με κρυπτονομίσματα, όπως είναι το bitcoin.

(End of catch-the-eye procedure)

Andrus Ansip, Vice-President of the Commission. – Madam President, first of all, I would like to thank Eva Kaili and all those who worked on this resolution. I would like to thank the European Parliament for the opportunity to discuss distributed ledger technologies and blockchains, and for the interesting views expressed by its Members.

The resolution to be voted on during this plenary will provide additional impetus and support to the EU's vision for developing and promoting these technologies during the coming year. The Commission has already invested more than EUR 80 million in projects supporting the use of blockchain through Horizon 2020. The Connecting Europe Facility will support a first wave of deployment of cross-border public service use cases and engage the private sector, including cutting-edge start-ups. We are proposing more investments in the Digital Europe programme, including for European blockchain services infrastructure to ensure that Europe is at the global forefront of blockchain innovation.

The Commission is pleased that the European Parliament shares our view on the need to seize the opportunities offered by distributed ledger technology and blockchain technology, and acknowledges the importance it plays in the digital transformation of European industry and governments.

As we know, Europe is already host to more than 500 blockchain start-ups. I mentioned in my introduction that we organised the first ever 'Blockathon' in Europe. The aim of this 'Blockathon' was to better protect intellectual property rights. As we know, this is a real headache not only in the European Union, but globally. In the year 2017, 43 million European citizens bought some kind of pirated goods, and if we lost EUR 85 billion in this way, it means that we also lost 800 000 jobs in Europe. It is really good when young people would like to use this very innovative new technology to protect our jobs and intellectual property rights in the European Union.

Of course blockchain may not be the panacea that will solve all our challenges, but it is an opportunity that we cannot overlook – an opportunity for the EU to lead in new trusted business models and for public services to deliver better, more innovative services to people, in line with our legal principles and our European values.

President. – I have received one motion for a resolution tabled in accordance with Rule 128(5).

The debate is closed.

The vote will take place on Wednesday, 3 October 2018.

Written statements (Rule 162)

András Gyürk (PPE), írásban. – Az Egyesült Államok és Kína mögött Európa jelentősen le van maradva a modern digitális technológiák terén. Miközben egyre tisztábban látszik, hogy mik lesznek azok a technológiai irányok, amelyek meghatározzák a jövőnket, nem világos, hogy Európa miként tudná felvenni a versenyt a globális versenytársakkal. A mesterséges intelligencia és a „big data” területén már most jelentős lemaradásban vagyunk, és sajnos nem tudunk olyan különleges versenyelőnyt felmutatni, amivel vissza tudnánk kapaszkodni az élvonalba. Kínában az elképesztő adatmenyiség és a központi irányítás hatékonysága, az Egyesült Államokban pedig annak innovatív ipara nyújt olyan versenyelőnyt, amelynek hatékonyságával szemben nem tudunk mit felmutatni.

Márpedig Európa igenis különleges, és vannak olyan erőforrásai, amelyekkel egyedülálló a világon. A belső piac egysége, annak masszív vásárlóereje valamint a rugalmas és előremutató szabályozási környezet egy olyan alapot nyújt, amely nincs meg a versenytársaknak. A blokklánc alapú technológiák esetében pontosan ezek a feltételek a legszükségesebbek, ezért azt gondolom, hogy amennyiben megfelelően alakítjuk ki az innováció és az alkalmazhatóság keretrendszerét, úgy Európa a fejlesztés élvonalába kerülhet. Úgy gondolom, hogy ez egy kiváló lehetőség arra, hogy a nemrég életbe léptetett adatkezelési irányelv sikerei után, az Unió újra megmutassa, hogy igenis képes a megfelelni a kor kihívásainak és egy újabb területen szerezhethet vezető szerepet a világban.

Eva Maydell (PPE), *in writing*. – Technology gives opportunity to our citizens, businesses, and to the public administration in our Member States. However, we, the members of the European Parliament, must give opportunity for technology to thrive. We must make sure that we have legal certainty for European companies. We must create European legislative framework, otherwise we risk patch-work – a fragmentation of the Digital Single Market into 28 different blocks.

Blockchain technology is still developing, yet it can deliver higher efficiencies in providing services. Perhaps the best example of a sector that embraces blockchain is the financial services, but in the 'Resolution on Distributed ledger technologies and blockchains: building trust with disintermediation' we also look into how it can affect other areas and where it can have a greater impact – energy sector, health care sector, education and others.

I have been long-standing advocate for Regulation for Innovation and I see this resolution as a clear signal that Europe stand in support of blockchain and technology, and I very much welcome the commitment of the European Commission to invest up to 300 million euros by 2020.

20. EU-Agenda für ländliche Gebiete, Bergregionen und entlegene Gebiete (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the Commission statement on the EU Agenda for Rural, Mountainous and Remote Areas (2018/2720(RSP)).

Corina Crețu, *Member of the Commission*. – Madam President, thank you for the opportunity for this debate today. It gives me the opportunity and also the pleasure to discuss the needs of rural, mountainous and remote areas. As you know, one of my key priorities for future cohesion policy is a policy for all regions, with no region left behind – no rural region, no mountainous, no remote areas left behind.

I have read your report and I share your concerns about rural, mountainous and remote regions, but I think we are already putting in place the right tools to help them. These regions are a very diverse group. You know very well that, for instance, the Canary Islands are very different to the north of Sweden, to give you an example. Even within one type of region – a mountainous region – there is enormous diversity. Kardzhali in Bulgaria is one of the poorest regions, whereas Heidelberg in Germany is one of the richest. Because of this diversity we need a diversity of tools, and I believe we are providing these tools in our proposals for the future.

The first tool is the territorial agenda. Integrated investments, based on the specific needs of the territory – and this includes, of course, the local actions led by local communities. The territorial agenda includes synergies within the functional areas, because, of course, rural and remote areas do not exist in a vacuum. They are linked to urban areas, while urban areas need their hinterlands. An integrated strategy balance I think this needs.

The second tool is about the integrated investments themselves, promoting accessibility and digital connectivity, energy, education, small and medium-sized enterprises, migration, services, social exclusion. We are modernising and updating these actions and I believe post-2020 they will better tackle the needs of remote, rural and mountainous regions.

The third tool is about the Smart Village initiative, launched last year by Commissioners Hogan, Bulc and myself. We have now pilot actions already in place, improving rural services with ICT and making villages more sustainable, contributing to the diversification of the rural economy, which builds on the Cork 2.0 Declaration on a better life for rural areas. We are putting in place also the tools which will work for rural, mountainous and remote regions. As I mentioned, first the Territorial Agenda and integrated strategies for each region. Second, our range of investment tools which are being sharpened to tackle the needs of rural, mountainous and remote regions. Third, the Smart Village initiative, ICT at the service of rural and remote areas.

These are my first thoughts. I am looking forward to seeing your views and I know that at the end of the day we have the same goal – no region left behind.

Lambert van Nistelrooij, *namens de PPE-Fractie*. – Voorzitter, commissaris, beste collega's, de commissaris stelt zich terecht de vraag: zitten we op koers? Laat ik een paar dingen vaststellen.

Ten eerste vindt er een echte bevolkingsvlucht plaats uit vele plattelandsgebieden. Jonge, vitale mensen trekken voor studie en werk naar stadsgebieden in economisch sterkere regio's, maar velen keren daarna niet meer terug. Dorpen vergrijzen snel. De prognoses voor Polen en Roemenië zijn dat de bevolking met een kwart afneemt en in plattelandsgebieden met de helft. Daarom trekt de REGI-commissie, die dit debat heeft aangevraagd, vanuit het oogpunt van cohesie aan de bel.

Ten tweede staat Europa overal voor grote uitdagingen, op sociaal, economisch en technologisch gebied. Kijk maar naar het vorige debat over digitalisering, robotisering en de circulaire economie. Wie niet meekomt, raakt achterop. Wij vinden dat ook ver afgelegen gebieden mee moeten komen.

Ten derde: wat wil de REGI-commissie van u als Europese Commissie? In 2016 schonken we met het Pact van Amsterdam aandacht aan het stedenbeleid. De rol van de steden is nadien in velerlei innovatieve acties versterkt en valt nu niet meer weg te denken als speerpunt in uw beleid en dat van de EU-fondsen. Het is nu tijd om met een pact voor plattelandsgemeenschappen te komen. De basis daarvoor is in het Europees Parlement al gelegd door middel van proefprojecten die in 2017 zijn gestart. Nu is het zaak deze proefprojecten te verenigen en te komen tot één actie, deze keer niet het pact van Amsterdam maar misschien dat van Boekarest, of beter nog het pact van Sibiu onder het Roemeense voorzitterschap begin 2019. Dit pact zou niet tussen bestuurders moeten worden gesloten, maar net als bij het stedenpact met de belanghebbenden zelf, namelijk plattelandsgroeperingen.

Commissaris, het is tijd voor actie. In 2019 begint in de lidstaten immers de voorbereiding van de programma's voor de periode na 2020, integraal samen met de tweede pijler van het landbouwbeleid, namelijk het Europees fonds voor plattelandontwikkeling. Ervaring met Leader en de lokale initiatieven toont aan dat dit meer inhoudt dan de ontwikkeling van boerenbedrijven. Ook sociaal-economische sectoren profiteren ervan. Ook de dorpen op het platteland doen ertoe. Veel dorpen voelen zich vergeten. Anti-Europese geluiden krijgen er voet aan de grond.

In 2017 hebben de vertegenwoordigers van plattelandsgemeenten gevraagd om een andere koers. Het Europees Plattelandsparlement, gesteund door de Raad van Europa en uw Commissie, heeft op 29 november 2017 om een pact verzocht. Ik citeer: "We strive for a pact of rural communities and a European rule agenda to foster our contribution and participation on European scale, parallel to the pact of Amsterdam for the cities. We are ready to contribute to a stronger relation between citizens in our communities and the European goals".

Ik sluit af. Mevrouw Crețu, u heeft vorig jaar al positief gereageerd op dit verzoek. Ook de commissarissen Bulc en Hogan waren positief. De REGI-commissie en de PPE-Fractie zijn van oordeel dat het tijd is voor deze aanpak. Maak van verkiezingsjaar 2019 ook het jaar van een nieuw pact. Mag ik uw standpunt?

Mercedes Bresso, *a nome del gruppo S&D*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, grazie Commissario per la sua introduzione. Come ricordava anche il collega, noi in Europa siamo intervenuti, attraverso l'agenda urbana, su un'importante parte del nostro territorio, che però, lo ricordo, anche se comprende la maggior parte della popolazione, riguarda una piccola quantità del territorio.

Come Lei ben sa, oltre l'80% del nostro territorio è caratterizzato dalla ruralità e dalla montanità, molto spesso la montagna è anche rurale, ma non solo. Noi siamo convinti che questa parte del territorio meriti un'attenzione non residuale, ciò che non è urbano e montano è rurale, ma un'attenzione specifica.

E perché? Perché non è vero che le zone a popolamento rado sono destinate a restare per sempre più povere e soprattutto ad essere sempre e solo sostanzialmente zone rurali. Devono invece poter sviluppare appieno delle politiche innovative.

Lei ha ricordato gli Smart Village, ed effettivamente noi ci teniamo molto, come Parlamento a questa esperienza, a questa sperimentazione, perché è del tutto possibile che ci siano attività innovative in questa che è la maggior parte del territorio, quella tra l'altro su cui abbiamo anche un dovere, in momenti di climate change, di intervenire creando una serie di iniziative che evitino in questi posti, in particolare la montagna, il cambiamento climatico sia devastante. Allora, ricerca e innovazione non riguardano solo le aree urbane, riguardano anche le zone rurali, le zone montane, le zone ultraperiferiche dell'Unione europea.

Io sono stata tra quelli che hanno promosso il patto per le città e poi l'agenda urbana. Adesso noi crediamo che sia il momento per partire anche con un'agenda per le zone rurali e per le zone di montagna e per quelle ultraperiferiche in cui si declinino gli stessi obiettivi, perché gli obiettivi sono comuni. Il problema è che la maniera di raggiungerli cambia quando si interviene in territori a popolamento rado o con degli handicap strutturali.

Ecco questi sono i nostri obiettivi. Vogliamo che sia dato un segnale forte che i territori rurali, montani e ultraperiferici ci interessano davvero, in particolare che ci interessano davvero i loro abitanti, che hanno tutti i diritti, come quelli del resto dei cittadini dell'Unione europea e come i cittadini delle grandi città.

Ruža Tomašić, u ime kluba ECR. – Gospođa predsjedavajuća, program EU-a za ruralna, planinska i udaljena područja mora dati odgovore na najvažnije izazove s kojima se takva područja suočavaju, poput depopulacije i starenja stanovništva, otežane mobilnosti, ekonomske stagnacije, dostupnosti javnih usluga i dotrajale infrastrukture. Iako obuhvaćaju 80 % teritorija i 57 % stanovništva Unije, silazni ekonomski trendovi pokazuju da ruralna, planinska i udaljena područja danas stvaraju 46 % bruto dodane vrijednosti, a BDP po stanovniku u njima iznosi 70 % europskog prosjeka.

Mlade ljude privlače svjetla velikih gradova koji mogu pružiti životne prilike, standard i uzbuđenje, koje ruralne sredine često ne mogu. No, da bi Unija i u budućnosti bila funkcionalna i održiva zajednica, život na selu mora se očuvati. Niz je mjera koje tome mogu doprinijeti poput ulaganja u infrastrukturu, poreznog rasterećenja i smanjenja administrativnog tereta, primjene digitalnih rješenja u razvoju ruralnih sredina i boljeg iskorištavanja obnovljenih energetske potencijala. Ako život na selu bude jeftiniji, a kvalitetniji nego što je sad, ne moramo se bojati za demografsku sliku ruralnih sredina ni njihov ekonomski prosperitet. Život u velikim gradovima postaje sve skuplji i nekvalitetniji. Uspijemo li premostiti očite infrastrukturne nedostatke većeg dijela ruralnog prostora Unije i privući mlade ljude manjim porezima i jeftinijom energijom, ta će područja brzo živnuti i dobiti jednu novu perspektivu.

Program za ruralna, planinska i udaljena područja posebno se mora baviti dostupnošću i kvalitetom javnih usluga, kao i otvaranjem tržišta privatnom sektoru koji može sinergijski djelovati u podizanju kvalitete života na selu. Izazovi su veliki, a vremena je sve manje jer nepovoljne demografske trendove nije lako zaustaviti. I zato, očekujem da ovaj program bude vrlo ambiciozan i konkretan.

PRÉSIDENCE: Sylvie GUILLAUME

Vice-présidente

Jozo Radoš, u ime kluba ALDE. – Gospođa predsjedavajuća, gospođa povjerenice, kolegice i kolege, važnost ruralnih, planinskih i udaljenih područja pokazuje i ova rasprava, i izjava Komisije, ali i rezolucije Europskog parlamenta koje su na tu temu nedavno donesene.

S druge strane, kohezijska politika odnosno politika ravnomjernog razvoja jedna je od najvažnijih europskih politika. Ali, unatoč tome, iz podataka koji su prezentirani jasno je da ta politika zapravo nije postigla svoje ciljeve. Odnos bruto društvenog proizvoda na ruralnim, planinskim i udaljenim područjima je 70 % europskog prosjeka, a u gradu je 123 %. Naravno da ta velika razlika utječe na to da mladi ljudi napuštaju ta područja. Istovremeno ta područja stare i sve probleme koje susrećemo generalno u društvu u našim državama, ta područja osjećaju snažnije nego što je to slučaj s urbanim područjima. I ti razlozi dakle, neuspjeh te politike i pogoršanje stanja, i čak ovih zadnjih godina, govore o tome da je potreban program za ruralna, planinska i udaljena područja. Ne može se reći da te naše kohezijske politike nisu uspješne jer možda bi bez njih stanje bilo još gore nego što je sada, ali definitivno ovi podaci pokazuju da ciljevi nisu postignuti.

Elementarne stvari treba napraviti, treba omogućiti bolju prometnu povezanost ovih područja, treba im omogućiti dostupnost čiste energije i treba ih naravno pokriti brzim internetom, a onda će se unutar njih razvijati gospodarske djelatnosti – neke su spomenute kao što je ruralni turizam, ali i svaka druga gospodarska djelatnost kao što je proizvodnja energije, kao što su razni servisi, također dolaze u obzir. A tehnike kako se to treba napraviti organizacijski, koraci su decentralizacija i supsidijarnost. Za ta područja treba razviti posebne tipske jednostavne projekte zbog njihovog smanjenog administrativnog kapaciteta. Treba im olakšati pristup europskim fondovima, a negdje i izravan pristup jer ponegdje država, središnje vlasti, koče pristup tim područjima. I ako to učinimo, i ako povežemo program za urbana područja i program za ruralna područja kao jedan partnerski program tada ćemo vjerojatno biti uspješniji u provođenju te jedinstvene europske kohezijske politike.

Bronis Ropė, *Verts/ALE frakcijos vardu*. – Gerb. pirmininke, gerbiama komisare, kolegos. Kaimo kalnuotos vietovės Europos Sąjungoje sudaro ženkliai Europos Sąjungos teritorijos dalį, kurioje gyvena bemaž penkiasdešimt septyni procentai Europos Sąjungos piliečių. Taigi šių vietovių reikšmė subalansuotai ir tvariai Europos teritorinei plėtrai yra neabejotina. Dėl savo specifikos šios vietovės ir jų gyventojai susiduria su dideliais socialinio ir ekonominio vystymosi, klimato kaitos, demografijos iššūkiais, todėl Europos Sąjungos politikos priemonėse šių regionų atžvilgiu turi būti laikomasi ypatingos koncepcijos. Šiems regionams reikia papildomos paramos, kad jie įveiktų blogo prieinamumo, mažėjančių įsidarbinimo galimybių, senėjančios visuomenės, nepakankamos infrastruktūros bei kitas opias problemas. Mes tikrai turime daugiau dėmesio ir išteklių skirti kaimo vietovėms, didinti sinergiją koordinuojant įvairias Europos Sąjungos politikos priemones, strategijas ir programas. Reikia paminėti, kad naujoje Europos Komisijos daugiametėje finansinėje perspektyvoje pasiūlyta kaimo plėtros finansavimo schema, atskirta nuo sanglaudos politikos finansavimo instrumentų, kelia susirūpinimą. Šiandien daug kalbama apie Europos Sąjungos fondų finansavimo taisyklių supaprastinimą, biurokratizmo mažinimą, didesnę Europos Sąjungos finansavimo priemonių sąveiką, bet Europos Komisijos siūlomas naujas požiūris neatsižvelgia į sanglaudos dimensiją kaimo plėtros fonde ir tokiu būdu užkerta kelią paramos gavėjams šiose vietovėse turėti supaprastintą prieigą prie skirtingų finansavimo šaltinių. Kiek kaimo plėtros – tiek sanglaudos.

Ángela Vallina, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señora presidenta, señora comisaria, por desgracia, tenemos que denunciar, una vez más, que el medio rural está desatendido, de fondos, de servicios públicos de calidad, de comunicaciones, de políticas adecuadas para luchar contra la despoblación. Europa se está focalizando cada vez más en las ciudades, dejando de mano el medio rural.

Frente a una agenda urbana europea, deberíamos potenciar fuertemente la agenda rural europea, garantizando los fondos y, en especial, luchar contra esa despoblación que es un verdadero drama.

Las zonas rurales, montañosas y remotas se deben tener en cuenta en la reforma de la política de cohesión, para la fijación de la población, que debe constituir el objetivo principal, mediante la provisión de servicios públicos de calidad, la garantía de abastecimiento energético y de las infraestructuras o la dinamización socioeconómica de modo sostenible a todos los niveles. Se deben aplicar, además, políticas específicas en cuestión de igualdad de género.

Quiero recordar que el año pasado este Parlamento elaboró una Resolución sobre el papel de las mujeres en las áreas rurales en la que se dice que se debe hacer realidad la transversalidad de género en todas las políticas, también en el desarrollo rural. Se pide asimismo a la Comisión y a los Estados que prioricen el acceso al mercado de trabajo de las mujeres en el medio rural para garantizar el desarrollo socioeconómico de esos territorios.

Se deben garantizar los servicios públicos y los ingresos mínimos, también a los y las pensionistas, incluyendo los servicios adaptados para prevenir y combatir la violencia contra las mujeres.

Jacques Colombier, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, je suis particulièrement – et personnellement – sensible aux aides qui peuvent être apportées aux agriculteurs concernés par les indemnités compensatrices pour le handicap naturel.

Sachez qu'en France, plus de 60 000 exploitations entrent dans ce dispositif. Pour citer ma seule région de Nouvelle-Aquitaine, un tiers de la surface de la Creuse, les deux tiers de celle de la Corrèze et la moitié de celle des Pyrénées-Atlantiques sont concernés.

Certes, je ne nie pas que le rapport en question s'attache à mettre l'accent sur une question essentielle dans le domaine agricole, et plus largement pour ce qui concerne la sauvegarde de nos espaces, mais les agriculteurs concernés pâtissent également de handicaps majeurs qui ne sont pas générés, pour leur part, par l'environnement naturel, mais bien par l'Union européenne.

Après avoir imposé aux pays membres le démantèlement des services publics dans les territoires les plus fragiles, après avoir détruit la rentabilité d'une immense majorité d'exploitations agricoles européennes en dérégulant les marchés des matières premières, après avoir imposé en pleine crise agricole des traités de libre-échange mortels, la Commission européenne tente d'imposer une baisse sans précédent des aides de la PAC versées aux agriculteurs. Elle brandit ce genre de mesures afin d'expliquer que l'Union européenne agit en faveur des territoires qu'elle a en fin de compte ruinés. Elle supprime des milliards d'aides d'une main et fait l'aumône de quelques programmes de développement rural supplémentaires de l'autre.

Alors, s'intéresser aux agriculteurs concernés par les zones naturelles spécifiques, oui, bien sûr, mais pas sans changer complètement de logiciel et en finir avec la politique mortifère de la Commission européenne.

Herbert Dorfmann (PPE). – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es ist wichtig, dass wir uns hier im Plenum wieder mal mit dem Thema der ländlichen Gebiete und auch der Berggebiete beschäftigen. Sie sind nämlich von ganz zentraler und fundamentaler Bedeutung für die Weiterentwicklung und die Entwicklung der Europäischen Union insgesamt. Wie Sie, Frau Kommissarin, schon angesprochen haben, sagt die Statistik wenig. Statistik ist nämlich ein Durchschnitt. Und wenn man sich ländliche Räume in Europa anschaut, dann gibt es sehr, sehr erfolgreiche ländliche Räume. Ich komme zum Glück aus einer dieser erfolgreichen Regionen.

Es gibt neben diesen erfolgreichen Regionen auch Regionen und ländliche Räume mit einem enormen Entwicklungsrückstand. Gerade in dieser zweiten Gruppe sieht man, wie Menschen weggehen, wie Menschen also aus diesen Gebieten hinausgehen und in die Städte gehen. Wenn man sich dann anschaut, was die erfolgreichen von den weniger erfolgreichen unterscheidet, dann ist es letztendlich die Frage: Gibt es eine erfolgreiche vernünftige ländliche Entwicklung im Raum, eine wirkliche Politik der ländlichen Entwicklung? Eine wirkliche Politik der ländlichen Entwicklung bedeutet, dass man sich um Landwirtschaft kümmert, dass man sich um Tourismus kümmert, dass man sich aber auch um Arbeitsplätze in der Industrie und im Handwerk kümmert – denn nur dann können die Menschen vor Ort bleiben –, und dass man auch für Infrastrukturen sorgt. Ich denke an Straßen, an Verkehrswege, aber auch an moderne Straßen unserer Zeit, das sind digitale Straßen und Hochleistungsdatennetze. Und es braucht soziale Infrastrukturen, es braucht Krankenhäuser, Schulen, Kindergärten. Es braucht alles das, was Menschen eben brauchen, damit sie normal leben können und damit ihre Lebensqualität ungefähr mit der Lebensqualität in den Städten vergleichbar ist.

Genau das, so glaube ich, verstehen Menschen aus den Städten oft nicht, weil Menschen aus den Städten glauben, so ländliche Räume wären so eine Art romantisches Disneyland, so ein Raum, wo noch ein paar rückständige Menschen leben und wo man nur schützen muss und nicht nützen darf. Ich glaube, dass gerade in ländlichen Gebieten diese Verbindung zwischen schützen und nützen eine ganz, ganz wichtige ist. Ich denke zum Beispiel auch an die Debatte, die wir derzeit bei den Großraumbtieren haben. Da sieht man, wie eben manche Leute glauben, man brauche nur zu schützen, aber man versteht nicht, dass man im ländlichen Raum auch nützen muss. Und da gibt es halt unsere Politiken, die ganz wichtig sind; etwa die Gemeinsame Agrarpolitik. Ich denke, der Vorschlag, der jetzt auf dem Tisch liegt, die zweite Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik um 15 % zu kürzen, ist ein fataler Vorschlag für ländliche und vor allem für rückständigere ländliche Gebiete. Dies wird nämlich diesen Gebieten massiv schaden. Es braucht einen vernünftigen europäischen Sozialfonds, es braucht Strukturfonds, und auch der Vorschlag der Schaffung von *smart villages* ist sicher richtig.

Insgesamt denke ich, dass diese ländlichen Gebiete eine große Chance für Europa sind. Sie können aber auch zu einer großen Gefahr werden. Wenn wir diese ländlichen Gebiete nämlich vernachlässigen, dann verliert man nicht nur Kultur- und Biodiversität, man riskiert letztendlich auch Naturgefahren – Erdbeben, Wasser und so weiter. Das sollten wir nicht riskieren. Wir sollten auf unsere ländlichen Gebiete schauen.

Момчил Неков (S&D). – Много говорим за справедливо и равномерно развитие на всички европейски региони. Често говорим и за политика на сближаване. За съжаление обаче статистиката е коренно различна. Всяка година селища в селските райони изчезват от картите на Европа, разликите в доходите между икономическите центрове и другите региони расте. Младите хора напускат тези региони в търсене на нови възможности.

Всичко това се случва въпреки милиардите инвестиции и различните проекти и програми. Фрагментирането на европейските политики също допринася за фрагментиране на различните региони. Време е за общоевропейска стратегия за селските, планинските и отдалечените региони. Към европейските региони трябва да се подхожда цялостно. Само така може да се даде нов икономически модел за тези региони, които имат много ограничения и трудности.

Разбира се и държавите членки имат много важна роля, която трябва да изиграят в този процес. Крайно време е страни като моята – България, най-накрая да започне да прилага стратегии за планинските региони, като Родопите, Странджа, Стара планина. Тези региони имат огромен потенциал, но е крайно време да бъдат извадени пред скоба. Трябва да има гарантирано финансиране за планинските региони, например поне 10% от кохезионните фондове директно да се дистрибутират за планинските региони. Допълнително да има подпомагане за млади хора, тези, които произвеждат в тези региони и създават работни места. Това е правилният път.

Mirosław Piotrowski (ECR). – Pani Przewodnicząca! Unia Europejska stawia sobie za cel między innymi wyrównywanie poziomu rozwoju i dobrobytu obywateli. Chodzi przede wszystkim o podniesienie standardów życia mieszkańców Wspólnoty. Komisja w swoim oświadczeniu wyodrębnia regiony wiejskie, górskie i oddalone. Sądzę, że tę ostatnią kategorię należy rozszerzyć o regiony graniczne Unii Europejskiej, zwłaszcza na wschodzie, na przykład w Polsce, jak Lubelszczyzna, Podkarpacie, Podlasie. Notabene, ro również obszary wiejskie. Charakteryzują się niskim poziomem infrastruktury technicznej i transportowej oraz jakością życia ludności znacznie odbiegającą od bogatych regionów Unii Europejskiej. W związku z tą sytuacją mieszkańcy wyjeżdżają do Europy Zachodniej, a regiony się wyludniają. Dlatego tworząc instrument wsparcia dla regionów oddalonych sprawiedliwe jest włączenie także regionów granicznych Unii Europejskiej, a do takiego wniosku zachęca mnie między innymi dzisiejsza wypowiedź pani komisarz, w której stwierdziła ona, że zależy jej, aby żadne regiony nie zostały pominięte.

Thomas Waitz (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Werte Kommissarin, wert Kolleginnen und Kollegen! Das Leben in der Region hat Licht und Schattenseiten. Von meinem Bergbauernbetrieb sind es sieben Kilometer in den nächsten Ort, zum nächsten Arzt, zur nächsten Einkaufsmöglichkeit, zur nächsten Busstation oder zur nächsten Apotheke. Und dabei habe ich noch Glück. Ich und meine Familie leben in einer Region, wo es relativ viel Tourismus gibt, wo es diese Infrastruktur noch gibt. Wenn selbst diese Infrastruktur nicht mehr da ist, welche Familie mit drei Kindern bleibt dann in der Region? Wohl die allerwenigsten, die Leute ziehen in die Stadt.

Es geht aber nicht nur um die Infrastruktur, die wir auf dem Land brauchen. Es geht auch darum: Wie schätzen wir den Wert der ländlichen Regionen ein? Es wird in dem Papier viel von ökonomischem Beitrag gesprochen, davon, welchen ökonomischen Beitrag die Menschen auf dem Land leisten. Aber wie viel leisten die ländlichen Regionen dafür, dass unsere Stadtbevölkerung das leisten kann, was sie jeden Tag leistet, wenn sie dann an Wochenenden aufs Land hinausfahren, um ein bisschen Natur zu erleben, um ein bisschen frische Luft zu schnappen, um einen Sonnenuntergang zu sehen und um körperlich und geistig gesund zu bleiben? Die ländlichen Regionen sind auch ein wesentlicher Bestandteil der Leistungsfähigkeit unserer Bevölkerung in der Stadt.

Ein Hinweis noch zu der Ausgabe von Geld. Uns auf dem Land zu verkaufen, minus 15% wäre eine tolle Unterstützung – ich denke, das grenzt an Zynismus! Trotzdem geht es auch darum, wofür dieses Geld verwendet wird. Wird dieses Geld verwendet, um regionale Wirtschaftskreisläufe zu stärken? Oder wird es dafür verwendet, erst recht wieder Unternehmen von irgendwo hereinzuholen, die hier ihre Dinge bauen? Oder werden hier Landwirte im Direktvermarkten sowie darin unterstützt, selbst regionale Wertschöpfungskreisläufe aufzubauen? Oder wird einfach nur ein Supermarkt von einer Großkette in das Dorf gestellt?

Es geht also nicht nur um die Menge an Geld, sondern auch um die Qualität der Investitionen und ob man dabei wirklich den ländlichen Raum unterstützt oder nicht. Da gab es in der Vergangenheit leider viele negative Beispiele. Ich hoffe, Sie können das verbessern.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL). – Senhora Presidente, toda a sociedade beneficia da água doce que corre das montanhas, da sua biodiversidade, da paisagem e mesmo dos seus recursos, mas as administrações públicas apenas dedicam recursos para manter e para desenvolver estas áreas. Pelo contrário, consentem todo o tipo de agressões ambientais que contaminam, que agredem a paisagem e que expulsam as pessoas.

Só no meu país, na Galiza, pedreiras no Courel, a reflorestação com espécies inadequadas como eucaliptos em A Fonsagrada ou as obras do AVE em Laza são um exemplo do que acabo de descrever. O despovoamento destas zonas é alarmante. Por isso é urgente adotar políticas decididas que fomentem o desenvolvimento primando a atividade agrícola de base agroecológica com fortes apoios públicos para as pessoas que ali habitam e urge blindar serviços públicos de qualidade para todas as pessoas.

Assim, reclamo, Senhora Comissária, que se aplique a resolução que aprovámos neste Parlamento sobre a política de coesão em maio de 2016.

Daniel Buda (PPE). – Doamnă președintă, doamnelor și domnilor colegi, doamnă comisar, fără discuție, astăzi, Uniunea Europeană se confruntă cu numeroase provocări, fie că vorbim de efectele inegale ale procesului de dezvoltare între urban și rural, generate în special de diferența nivelului de trai între cele două zone, de diferența de digitalizare și automatizare, fie că vorbim de mișcările de populație din zonele rurale montane sau izolate, zone de altfel vulnerabile și din cauza pierderii continue a biodiversității și impactului schimbărilor climatice.

Infrastructura de acces, transportul, sănătatea publică și educația sunt însă elemente esențiale pentru orice comunitate, iar lipsa acestora din comunitățile rurale montane agravează și mai mult procesul ireversibil al depopulării. Astfel, consider că investițiile în asigurarea acestor servicii trebuie să fie o prioritate pentru orice autoritate publică.

Totodată, potențialul natural al zonelor rurale montane sau cu acces redus reprezintă o valoare adăugată inestimabilă. Prin urmare, încurajarea modelelor de dezvoltare a economiilor locale prin exploatarea resurselor naturale deținute sau prin sprijinirea lanțurilor scurte de alimente ar contribui semnificativ la dezvoltarea economică a acestor comunități.

Subliniez faptul că noua propunere a politicii agricole comune pune accent deosebit pe atragerea tinerilor în agricultură și dezvoltarea modelelor de sate inteligente. Trebuie însă să reținem faptul că tinerii sunt atrași de mediul rural numai dacă au cel puțin acces la rețelele de internet de mare viteză și la serviciile digitale adecvate care să le permită punerea în practică a proiectelor inovatoare, iar aici rolul politicilor de coeziune este unul hotărâtor și, aș putea spune, chiar unul determinant.

Inițiativele comunităților locale de implicare în proiecte de dezvoltare locală, trebuie să recunoaștem că au înregistrat rezultate remarcabile, parteneriatele autorităților locale cu mediul privat, societatea civilă, pentru înființarea grupurilor de acțiune locală au dus la elaborarea unor strategii integrate de dezvoltare comunitară responsabilă.

De asemenea, Programul LEADER pentru mediul rural s-a dovedit a fi un instrument extrem de eficace pentru dezvoltarea comunităților. Cu toate acestea, consider că se putea face mult mai mult, astfel încât apreciez că autoritățile locale trebuie să se implice activ în creșterea atractivității acestor zone și a capacității de integrare a noilor veniți, profitând de instrumentele puse la dispoziția lor, încurajând schimburile de experiență și implementând cât mai multe acțiuni pentru atragerea de noi locuitori.

Nu în ultimul rând, capacitatea de expertiză a grupurilor de acțiune locală trebuie să fie susținută cu finanțări mai cuprinzătoare. De asemenea, apreciez că se impune o sinergie mult mai substanțială între fondurile de coeziune și cele din politica agricolă comună, mai exact cele din Pilonul II. Consider că astăzi această sinergie este insuficient exploatată, impunându-se astfel eforturi crescute din partea autorităților în acest sens.

În finalul intervenției, aș sublinia încă odată importanța asigurării unei finanțări adecvate atât a politicii agricole comune, cât și a politicii de coeziune coroborată evident cu investițiile eficiente în aceste domenii și, bineînțeles, cu simplificarea procesului de absorbție a fondurilor.

Julie Ward (S&D). – Madam President, it has important ramifications when it comes to the situation of women in rural areas, such as Cumbria in my northwest England constituency. Indeed, the theme of this year's UN Conference on the Status of Women was precisely focused on this topic, as the situation of women in rural areas requires specific policy responses at all levels.

Our priority must be to uphold the rights of women, girls and LGBTIQ+ people in rural areas. Their role in crucial sectors, such as the fight against climate change, is extremely important. In many cases they are also at the forefront of economic and social innovation, yet their specific situation is not taken into account by many policy makers. In this respect, I'm proud of the 2014 European Parliament report on the Green Employment Initiative, which I worked on from a FEMM Committee perspective. We ignore the contribution and wisdom of 21st century rural women at our peril. Those who live and work in rural, mountainous and remote areas are often the problem solvers and the change makers, but they need equal access to resources, including the internet and finance.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, οι αγροτικές, οι ορεινές και οι απομακρυσμένες περιοχές πρέπει οπωσδήποτε να στηριχθούν από την Ευρωπαϊκή Ένωση τόσο με κονδύλια σε επίπεδο πολιτικής συνοχής όσο και με κονδύλια για την Κοινή Αγροτική Πολιτική.

Βεβαίως πρέπει να ληφθούν υπόψη ειδικοί παράγοντες, οι οποίοι θα βοηθήσουν να υπάρξει ένας λειτουργικός ορισμός του τι σημαίνει «ορεινή περιοχή». Γιατί γνωρίζουμε ότι υπάρχουν περιοχές όπου χρειάζεται να ληφθεί υπόψη ο μεγάλος περιορισμός της χρήσης γης λόγω της κλίσης, του εδάφους και του υψομέτρου. Χρειάζεται να ληφθεί υπόψη η παραγωγικότητα. Χρειάζεται να ληφθούν υπόψη οι δύσκολες καιρικές συνθήκες.

Ταυτόχρονα πρέπει να υπάρξει μια λύση στο θέμα της εξισωτικής αποζημίωσης που δίνεται στην Ελλάδα, διότι από το 2016 και μετά έχει μειωθεί κατά 50%. Η διαδικασία, μάλιστα, που εφαρμόζει η Ελληνική Κυβέρνηση στην οριοθέτηση περιοχών με φυσικούς περιορισμούς οδηγεί σε περιορισμό της εξισωτικής αποζημίωσης, πράγμα το οποίο αντικείται σε αυτό που θέλει η Ευρωπαϊκή Ένωση. Ας λάβουμε υπόψη επίσης το κόστος παραγωγής, το ακριβό αγροτικό πετρέλαιο που υπάρχει στην Ελλάδα, την έλλειψη αγροτικών πιστώσεων, την έλλειψη κατάρτισης και εκπαίδευσης, και κυρίως το πρόβλημα με τις ελληνοποιηθείσες αγροτικών προϊόντων και ελληνοποιηθείσες κτηνοτροφικών προϊόντων, ένα θέμα στο οποίο πρέπει να λάβει μέτρα και η Ευρωπαϊκή Ένωση και φυσικά και η Ελληνική Κυβέρνηση.

Απαιτούνται λοιπόν συγκεκριμένες παρεμβάσεις, για να στηρίξουμε τις ορεινές περιοχές, να στηρίξουμε τους κτηνοτρόφους μας, να στηρίξουμε τους αγρότες μας.

Marie-Pierre Vieu (GUE/NGL). – Madame la Présidente, je suis originaire des Pyrénées, où j'habite toujours. Je tiens à le dire car pour moi comme pour beaucoup, parmi lesquels des jeunes, la montagne est un choix de vie.

Mais aujourd'hui, on assiste de plus en plus à des ruptures d'égalité en matière d'emploi et en matière d'accès aux soins, à ce qu'on appelle la mobilité positive, au numérique, ainsi que, de plus en plus, à l'école, aux loisirs ou à la culture. Je ne crois pas que ce soit une fatalité mais c'est, finalement, le prix à payer pour des années de politique d'austérité, de mise en concurrence des territoires, de coupes sombres dans les budgets des services publics – comme le prouve d'ailleurs, ou comme en atteste plutôt, le futur cadre financier pluriannuel en matière de cohésion ou de PAC.

Selon moi, il s'agit maintenant de changer de programme, mais surtout de changer de logique pour que les zones rurales montagneuses et isolées ne soient pas des territoires de relégation et leurs populations, des sous-citoyens.

L'Union européenne doit en faire une priorité – dans ma région, on parle d'exception montagnarde: priorité dans sa politique de cohésion en termes de moyens, priorité en termes de soutien à l'emploi local et, comme l'ont dit mes collègues, priorité en termes d'égalité de droits – et je pense en particulier aux femmes.

Fernando Ruas (PPE). – Senhora Presidente, Senhora Comissária, começava por saudar a realização deste debate pois julgo que esta discussão não poderia ser mais oportuna, exatamente numa altura em que discutimos o enquadramento legislativo do próximo quadro financeiro plurianual e os seus instrumentos políticos.

Ainda este fim de semana, numa conferência em Portugal em que participei numa zona mais interior e com os mesmos problemas aqui descritos, aquilo em que os cidadãos mais interesse mostraram foi saber a forma como a União Europeia poderá adaptar a sua política de coesão ao desenvolvimento territorial, efetivo e permanente dos territórios sobre os quais hoje aqui falamos.

O diagnóstico está feito em todas as suas vertentes e é por nós bem conhecido. Aliás, este diagnóstico encontra-se bem resumido na resolução. Agora é preciso agir e fazê-lo enquanto união de povos e Estados, mas também através dos nossos Estados-Membros, das regiões, das autarquias locais ou mesmo com a ajuda de parceiros internacionais, como ainda aconteceu recentemente usando a assistência técnica do Banco Mundial em projetos-piloto destinados a ajudar as regiões menos desenvolvidas da União Europeia.

Já o afirmei – gostaria de o repetir – no caminho para a convergência intra e extra regional, dentro e fora das fronteiras, quer a agenda urbana quer o apoio a estes territórios, deverão sempre constituir as duas faces de uma mesma moeda, ou seja, os objetivos de desenvolvimento territorial apoiados em estratégias de crescimento inteligentes, sustentável inclusivo para os nossas cidades e em especial para as de média dimensão, para as nossas regiões, sub-regiões e municípios, deverão sempre ter em atenção as especificidades da realidade urbana mais central, da malha urbana envolvente e dos territórios mais remotos rurais e mais afastados destes mesmos centros. Isto parece-me óbvio.

Também poderemos partir das zonas mais remotas, mais rurais ou de montanha com uma baixa densidade urbana ou demográfica de modo a articular ou a desenhar políticas específicas para o desenvolvimento destes territórios, envolvendo os centros urbanos mais afastados, mas com serviço ou infraestruturas que serão inevitavelmente necessários para implementar estratégias funcionais e com sucesso.

É por isso que esta agenda tem obrigatoriamente que ganhar maior visibilidade institucional e também maior visibilidade política e o exemplo dado pela iniciativa para as regiões mais deprimidas, as chamadas *Lagging Regions Initiative*, mas agora também chamadas *Catching-Up Regions Initiative* - aliás um novo nome que considero mais feliz - poderá ser uma importante alavanca para esta importante agenda que urge implementar no terreno e isto tudo a bem do desenvolvimento equitativo de todas as nossas regiões.

Monika Smolková (S&D). – Vážená pani predsedajúca. Vítam dnešnú diskusiu, pretože v odľahlých regiónoch žije 57 % obyvateľov Únie a mestá sú od vidieka závislé najmä z hľadiska využívania pôdy, produkcie potravín či získavania surovín. Pozitívne príklady prístupu k najmenej rozvinutým regiónom v našich krajinách už existujú. Musíme im venovať viac pozornosti. Ak chceme mať konzistentnú agendu Európskej únie pre vidiecke, horské a vzdialené regióny, je zásadné, aby bola koordinovaná so stratégiami pre zaostávajúce a okrajové regióny. Komisia sa môže v tomto ohľade inšpirovať v kohéznych krajinách, ktoré takúto stratégiu úspešne zaviedli do praxe. Ako príklad dávam moju krajinu Slovensko. V akčných plánoch vieme popísať hlavné príčiny ich nepriaznivého stavu. Veľakrát ide o podobné faktory: nízka kvalifikácia pracovnej sily, nevyužívanie miestnych zdrojov, nedostatočná spolupráca na miestnej úrovni a pod. Domnievam sa, že Komisia by toto mala všetko vziať do úvahy.

Franc Bogovič (PPE). – Pozdravljena, spoštovana komisarka. Prav vesel sem, da danes govorimo o agendi za območja iz ruralnih območij, gorskih območij in pa oddaljenih območij in kot je bilo že danes rečeno, danes je pravi čas za to, kajti pred nami je obdobje nove finančne perspektive in veliko bo odvisno od tega, kaj bomo postorili v novi finančni perspektivi.

80 % ozemlja, 57 % prebivalcev živi v teh območjih, vemo da je BDP precej nižji in ključna posledica vsega tega je odseljevanje ljudi iz teh območij in to je potrebno na vsak način zaustaviti. Ne smejo se uresničiti napovedi demografov, da bo leta 2050 kar 80 % Evropejcev živel v metropolitanskih regijah. Kot ste že omenila, akcija za pametne vasi, s kolegom Tiborjem Šanijem tu v Parlamentu vodimo aktivnost, ki jo vodite trije komisarji tudi na območju Komisije in v tej aktivnosti želimo predvsem predstaviti, kaj je potrebno storiti. Na eni strani zagotoviti kvaliteta delovna mesta, na drugi strani pa kvalitete pogoje za bivanje. Ker je tako za mlade kot za starejše, se pravi za vse generacije, in brez pomoči kohezijskih sredstev, sredstev iz programa razvoja podeželja bo praktično nemogoče to izpolniti. Nekaj kar je v velikem mestu lahko *business case*, poslovni model, je na podeželju potrebno javne pomoči, predvsem v začetku. V tej aktivnosti govorimo tako o osnovnem področju kmetijstva, ki pa ga je vsekakor potrebno dopolniti z ostalimi stvarmi, kot je turizem, sociala, šolstvo, izobraževanje, drobno gospodarstvo, kajti danes je podeželje dosti več kot zgolj osnovna kmetijska dejavnost.

Sinergije med vsemi skladi, usklajena agenda na tem področju so porok za to, da bo tudi po naslednjih desetletjih poseljena celotna Evropa in da bomo lahko imeli kohezivnost v naši družbi.

Michela Giuffrida (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, grazie al Commissario per il suo contributo a questo dibattito. Quanto discutiamo oggi, infatti, assume un'importanza sempre più rilevante per le politiche di coesione e per l'Unione stessa.

Il PIL pro capite europeo nelle aree non urbane è pari al 70% della media dell'Unione, mentre gli abitanti di alcune zone urbane hanno un PIL pro capite pari al 123% della media. La disparità e il divario appaiono chiari a tutti, ed ecco perché non è più differibile il sostegno della Commissione alla richiesta del Parlamento di istituire un'agenda per le zone rurali, montane e periferiche.

Sono scelte obbligate, se vogliamo concretamente rispondere a quei cittadini che vivono in aree di importante impatto economico, ma magari ancora non sono neanche raggiunte da internet, e lo dico in quanto rappresentante di un'isola che è periferia sud dell'Europa e che vive la doppia condizione dell'insularità e avendo un'area rurale di proporzioni importanti, e allora urge un quadro strategico per lo sviluppo sostenibile di queste zone, e per la verifica di tutto quanto è negli obiettivi stessi dell'Unione.

Csaba Sógor (PPE). – Az Európai Unió egyik legfőbb kihívásaként tekinthetünk az egyenlőtlen területi fejlettség jelen-ségére, amely vidéki térségek népességmegtartó erejének és ezáltal tulajdonképpen ezen térségek jövőjének a kulcskérd-ése. Ma a fejlesztési pólusok egyértelműen a nagyvárosok, amelyek a globális versenyben szeretnének helytállni a világ más fejlett központjaival.

Eközben azonban különleges figyelmet kell fordítanunk a vidéki térségekre, amelyek a társadalom széles rétegei számára szolgálnak lakóhelyként, és ezeknek a polgároknak is ugyanolyan elvárásai vannak a fejlődés tekintetében, mint a nagyvárosban élő társaiknak.

Sok tagállamban okoz problémát az egyenlőtlenségeket felerősítő fejlesztési politika, amely a nagyvárosok kiugró statisztikai mutatói nélkül látni engedi a vidéki térségek fokozódó lemaradását. Olyan regionális fejlesztési politikára van szükség, amely külön figyelmet fordít a vidéki térségekbe való direkt befektetésekre, és a helyi szükségleteknek megfelelően egyensúlyozza ki a fennálló fejlettségbeli különbségeket.

Michel Dantin (PPE). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, s'occuper de ces zones, que le traité de Lisbonne a réunies dans un article, est effectivement un devoir.

Je vais plus particulièrement parler des zones de montagne. Aux yeux d'un certain nombre de nos concitoyens – les urbains –, la montagne, c'est un champ de neige, c'est une zone de tourisme, mais la vérité de la montagne, pour ceux qui y vivent, est bien différente.

Beaucoup ont mentionné ici, depuis tout à l'heure, le vieillissement de la population. Je voudrais insister sur le surcoût qui est entraîné par le seul fait de l'altitude. Construire un bâtiment, construire un équipement entraîne, du fait du froid et de la neige, des surcoûts significatifs, et c'est bien par des investissements porteurs d'avenir en matière économique que nous garantirons le devenir des zones de montagne. Il ne s'agit pas d'octroyer de quelconques aides au fonctionne-ment, il s'agit d'éviter une nouvelle fracture par rapport à ces territoires de montagne dont nous avons besoin. Nous avons besoin qu'ils soient vivants et entretenus parce qu'ils préservent l'environnement et parce qu'ils protègent les zones qui sont en contrebas.

Sans une montagne entretenue, la vie sera aussi impossible en bas, dans les vallées.

Florent Marcellesi (Verts/ALE). – Señora presidenta, comisaria, en España entre Teruel y Cuenca hay menos densidad de población que en Laponia. Esta es la cara oculta del desarrollo industrial y urbano actual. El campo, más mecanizado, desatendido y menospreciado que nunca, se vacía. Pierde riqueza, empleo, diversidad y vida.

Frente a ello necesitamos una estrategia europea ambiciosa, con un nuevo enfoque donde el cambio demográfico y la transición ecológica desempeñen un papel central. Y también necesitamos un análisis territorial adecuado para conocer los desafíos que conocen, sufren estas áreas rurales, montañosas y remotas.

Para mí está claro que el mundo rural puede ser la punta de lanza de una transición ecológica y justa, intensiva en empleo y baja en carbono, con menos agricultura industrial y macrogranjas y más agricultura ecológica, local y exten-siva, con menos carbón y más energías renovables, con menos monocultivos corporativos y más diversificación eco-nómica.

En febrero le envié unas propuestas para luchar contra la despoblación, y espero las tengan en cuenta.

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, je třeba si říct, že hovoříme o rozloze, která je zhruba 80 % území Evropské unie, jde tedy o velký potenciál, který v tomto území máme, například v České republice je to zhruba 73 % území, které počítáme mezi zemědělské, horské nebo vzdálené oblasti. Jde o potenciál zejména v zemědělství, zeměděls-kém podnikání, kvalitním životním prostředí, turistickém ruchu. Zkrátka kulturní a přírodní bohatství těchto oblastí je značné a jak už zde bylo řečeno, je třeba ho jednak chránit, ale také o něj pečovat a umožnit zde život, rozvoj podnikání, zaměstnanost. To můžeme podpořit jedině tím, že budeme budovat infrastrukturu, zajistíme investice, dopravu, služby a dnes také internet. Jasným programem, který Evropská unie má, je kohezní politika a také nástroj společné zemědělské politiky.

Krzysztof Hetman (PPE). – Pani Przewodnicząca! Obszary wiejskie, górskie i odległe stanowią większość terytorium Unii Europejskiej i są zamieszkane przez ponad połowę jej mieszkańców. Niestety jednak w dalszym ciągu są one na pozycji nieuprzywilejowanej – ich PKB jest systematycznie niższe niż w obszarach miejskich. Borykają się z problemem wyludnienia i odpływu osób młodych, mają nawet gorszy dostęp do internetu. Nie ulega zatem wątpliwości, że regiony te wymagają od nas szczególnego wsparcia i troski.

Uważam, że między innymi doskonałym narzędziem, aby takie wsparcie zapewnić, jest program Interreg, który w ciągu ponad dwudziestu pięciu lat swojego istnienia dowiódł już swojej skuteczności stawiania czoła wyzwaniom o charakterze ponadregionalnym, skutecznie znajdując wartość dodaną w różnicach pomiędzy obszarami. Uważam zatem, że w czasie negocjacji nad nowymi wieloletnimi ramami finansowymi należy zapewnić temu instrumentowi odpowiednio wysoki budżet, aby mógł on kontynuować efektywne wsparcie dla obszarów wiejskich, górskich i odległych.

Mairead McGuinness (PPE). – Madam President, the key to vibrant rural, mountainous and remote areas is to make sure people live there. People will live there if they have income and services and feel they have a future. My concern, in my own country for example, is that there is a huge uncertainty, particularly among beef farmers, because of the potential impact of Brexit, but also because of the low incomes that they are earning and a real fear that their farms will not be taken over by young people, despite our efforts in agriculture policy to make sure that we do have incentives for young people to take over their farms.

I welcome this debate, because I hope it will bring coordination between policies that are aimed at these regions that we want to serve, but the crisis at farm level is deep and farmers are beginning to question whether their work is valued. This is why, this evening in the Committee on Agriculture and Rural Development (AGRI), we voted through a report to tackle unfair trading practices in the food supply chain. It's a first step towards transparency and to try and get better returns back to farm level and back to the rural regions.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, paní komisařko, já jsem byl osm let ve vedení malé obce, takže vím o problémech, o kterých zde hovoříme, poměrně hodně. Jsme svědky skutečně velmi nerovného přístupu v rozvoji regionů, do roku 2024 má 80 % evropské populace žít ve městech. Já si tento vývoj nepřeji, na druhou stranu nejsem tak optimistický, že jej dokážeme zcela zastavit. To znamená: Jaká konkrétní opatření bychom měli přijmout pro to, aby tento vývoj v Evropě nenastal? Je důležité, aby tyto horské a venkovské oblasti měly dostatečnou infrastrukturu, ať je to silniční, ať je to samozřejmě i internet vysokorychlostní. Zrovna česká vláda v této otázce poměrně hodně selhává. To je skutečně špatné. Občanská vybavenost: musí tam být dostupné služby, školy, zdravotnictví. Nepochybně tam musí být sociální služby. A měli bychom vědět, že všechny tyto priority musíme promítnout do našeho dlouholetého finančního rámce, mluvíme nejenom o *smart cities*, ale i o *smart villages*.

Livia Járóka (PPE). – Elnök Asszony! Elnézést kérek, hogy a vita közben ki kellettennem egy másik vitára. Ehhez a vitához csak annyit szeretnék hozzátenni, hogy a romastratégia riportőre voltam korábban, és ebben az elmúlt két évben biztos asszonynak annyira jó riportok jöttek be innen, a Parlamentből. Korábban a mikrorégiós riport is volt, de ha már csak a diszkriminációs részét nézzük: egy szocialista képviselő társam csinált egy olyan jelentést, ami azt mutatta meg, hogy a legszegényebb vagy a legeldugottabb településeken az emberek diszkrimináltakabbak. Pont azok miatt a szervizeknek a csökkenése vagy megszűnése miatt a posztkommunista időben, például Kelet-Európában, amikről képviselőtársam beszélt.

És hogy talán ezeknek tényleg, ahogy van Nistelrooij úr is mondta, a következő évben egy ilyen Bukarest-paktum tulajdonképpen, egy ilyen szegénység-ellenes, összeurópai stratégiaként, ezt az öt területet, amit Ön megvizsgáltatott az elmúlt években, és a Parlament jelentéseket és javaslatokat adott rá, azokat egy ilyen összeurópai szegénységi stratégiában, a legeldugottabb régiókba – esetleg nézze meg azt a krízis-térképet, amit 2011-ben készítettünk.

(Fin des interventions à la demande)

Corina Crețu, Member of the Commission. – Madam President, thank you once again for this debate tonight. It has been very interesting for me. I have heard many different opinions and interventions, but with one common feature: our passion for the development of rural, mountainous and remote areas. You know very well that two years ago we were all desperate about Brexit, about the gap left by the second largest donor. We thought about the idea of having this cohesion policy just for the less-developed regions and it was my battle to defend this policy as a policy for all regions. As I said in the beginning, my motto has always been 'No region left behind'.

I share a lot of your views. Two weeks ago, I went to eastern Croatia. We made a plan for construction after the war. Last week I was in the Mezzogiorno, the less-developed region of Italy. This week I will be in Greece. So I know very well all these tragedies. I see them everywhere, especially in the old villages with ageing populations and people living in sparsely populated areas. I know very well that young people are leaving, in my own family also. This is also one side of the coin, the liberty we achieved in 1989 — to have the right to move and the right to choose where to work and where to live. But I think it is our duty at European level, and also at the national level, to do whatever it takes to encourage people to remain in their villages.

Your work is a very useful input for me and for us to discuss the post-2020 Territorial Agenda. You know that our proposal is now in your hands, in the hands of the European Parliament and the Council as co-legislators, and I am looking forward to the start of the trilogue. My wish, and I think it's very important for all of us, for all the countries, for all the regions, is to have an agreement during the Romanian Presidency, because it is very important to start implementing the programmes from day one of the programming period, from 1 January 2021. We have had a lot of delays, and we have to learn from the lessons of the past, as the main reason for the delays we have now is the late adoption of the legislation for 2014-2020.

I mentioned some of the tools. I think we have to have synergies between rural development, the ERDF and other instruments, an integrated approach to local development, the territorial tools of cohesion policy and, as I said, the Smart Villages initiative, which is very important to me and Commissioner Hogan. We know very well that we cannot encourage young people in the 21st century to go where there is no broadband, where we don't have water and where we don't have electricity, so it's very important to bridge this gap. We should also remember diversity. Some of you come from very rich rural areas, some of you live in very poor rural areas, so it is obvious that one size does not fit all, and we need a diversity of tools.

I don't think we should talk about money because it is not about money. The fact that we don't have an agenda for rural, mountainous and remote areas does not mean that we don't care about these areas. You know very well that in 2016 we had this core declaration to mainstream rural development and the new action for Smart Villages in 2017, which was a joint initiative by Commissioners Hogan, Bulc and I to develop a long-term vision and an integrated strategy for rural areas. Also under cohesion policy there is the possibility to modulate the EU core financing rate to take into account areas with natural or demographic handicaps such as mountains and, of course, the northern sparsely populated areas, which already benefit from higher aid intensity.

However, I very much encourage you to talk with your governments because we have national programmes and regional programmes, and it is up to the governments how much they will invest in the regions. In our Regulation that you have on the table, for 2014-2020, 75% of the money is going to the less-developed regions, and for 2021-2027, 80% – more than today – will go to less-developed regions. As I have stressed already, it's very important to fighting poverty and I think it was right to raise this point, because we aren't tackling migrants or nationalities, we are tackling human beings and their lives, and it is very important to have a special strategy for these vulnerable people and for fighting poverty.

Ms Ward and Ms Vallina raised an issue that is very close to my heart, that of gender equality. This is not only an issue only for rural areas. I have launched a campaign for more women in public administration in general, but especially in local administration, because everywhere it's a tragedy. You don't see women running to be mayors of villages or local councillors, so I think it's very important to raise awareness and to encourage women to run for local administration.

The idea from Mr van Nistelrooij is a very beautiful idea. I started my mandate with the adoption of the urban agenda under the Dutch Presidency and I have to pay tribute once again to the Mayor of Amsterdam, Mr van der Laan, for his passion to have this urban agenda in place. It will be very emotional and beautiful if we end our mandate with a pact for rural areas during the Romanian Presidency. Let's work together to put all our ideas in place, and see how we can adapt to all the diversity that we have in these areas. Thank you once again. It has been, as always, a pleasure to be with you tonight.

La Présidente. – J'ai reçu, conformément à l'article 123, paragraphe 2, du règlement une proposition de résolution pour clore ce débat.

Le débat est clos.

Le vote aura lieu mercredi 3 octobre 2018.

Déclarations écrites (article 162)

Andor Deli (PPE), írásban. – Tudjuk jól, hogy az Európai Unió területén igen nagyok a fejlettségbeli különbségek egyes régiók között, főképp nyugat-keleti és észak-déli viszonylatban. Hatványozottan igaz ez a vidéki, falusi jellegű és hegyvidéki régiókra. E területeket igen magas még mindig a munkanélküliség, és az egy főre jutó GDP tekintetében is egyre jobban leszakadnak az unió fejlettebb, urbánus részeitől. A vidéki és hegyvidéki háztartások negyedének nincs szélessávú internet-hozzáférése. Úgy gondolom, hogy ez elfogadhatatlan a 21. században. Ami még kifejezetten aggasztó: a demográfiai kihívások a vidéki és hegyvidéki területeken.

A lakosság átlagéletkora, a 65 év felettiek aránya és a fiatalok növekvő elvándorlása e területek elnéptelenedéshez vezet. Ha hozzátesszük, hogy az EU területének 80%-a nem városi régió, akkor látjuk milyen nagy kihívás ez, és nem egy marginális kérdés. Az Európai Bizottságnak külön stratégiával kell előállnia a nem városi régiók felzárkóztatását segítve. Olyan programokat kell felajánlani, amelyek figyelembe veszik e területek sajátosságait és az ott élők igényeit. Nincs idő halogatásra, minél előbb lépni kell ezzel kapcsolatban, ezért is fontos ez az állásfoglalási indítvány.

21. Ausführungen von einer Minute zu wichtigen politischen Fragen

La Présidente. – L'ordre du jour appelle les interventions d'une minute sur des questions politiques importantes (article 163 du règlement).

Daniel Buda (PPE). – Doamnă președintă, așa cum s-a arătat de altfel și în dezbaterile anterioare, iată că politica agricolă comună și politica de coeziune sunt pietrele de temelie ale Uniunii Europene. Solidaritatea, creșterea inteligenței, durabilă și inclusivă, înlăturarea disparităților sociale nu ar fi posibile fără ca cele două politici să fie puternic finanțate și susținute prin fapte și nu prin vorbe.

Preconizatele tăieri din aceste politici sunt o consecință a Brexitului. Mai mult însă, ele sunt generate și de incapacitatea unor state membre de a înțelege nevoia de a contribui la bugetul Uniunii Europene la un nivel care să îi permită acesteia să facă față noilor provocări, să asigure siguranța și securitatea cetățeanului, un pact sustenabil și o politică de coeziune eficientă. Fără resurse financiare, fermierii nu vor fi capabili să ofere o hrană ieftină și de calitate, mulți dintre aceștia fiind condamnați la faliment. În același timp, decalajele dintre regiunile Uniunii Europene se vor adânci semnificativ, iar depopularea anumitor zone ar fi masivă.

De aceea, țări precum Austria sau Olanda, și nu numai, trebuie să înțeleagă că Uniunea Europeană puternică nu poate exista fără o finanțare consistentă.

John Howarth (S&D). – Madam President, on 12 August, my former Reading Borough Council Park ward colleague, Christine Borgars, who had given great service to the community, died after a long illness. In April, when Christine and I last met, she said to me that if she lived in a civilised country, she could choose to end her own life when it became intolerable because it was, after all, her life. As her time approached, she expressed the same view.

Christine and many others have expressed this view to me over the years and, on their behalf, I raise this issue again in this House. Every day, terminally ill people face suffering that they would choose to end, but are denied the right to die with dignity by most Member States. The right to life is recognised as a human right. To live according to one's own beliefs is recognised as a human right. It is high time that the right to choose to die with dignity was recognised as a fundamental human right of every European.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospođo predsjedavajuća, Bosnu i Hercegovinu 7. listopada očekuju opći izbori. Budući da se održavaju prema postojećem izbornom zakonu ponovno postoji opasnost preglasavanja Hrvata kao konstitutivnog naroda koji, nažalost, u ovakvoj BiH nema pravo sam birati svoje političke predstavnike već mu ih biraju mnogobrojniji Bošnjaci. Sramotno je da usred Europe izbornim inženjeringom može razvlastiti cijeli jedan narod, a pogotovo je uznemirujuće što se to događa u Bosni i Hercegovini, državi vrlo delikatne strukture i narušenih međuetničkih odnosa.

Sarajevo opstrukcijom promjene izbornog zakona i željom da utiša sve glasove koji ne pristaju na unitarnu državu pod bošnjačkom dominacijom pokazuje da nije doraslo rješavanju političke krize. Europski parlament donosio je rezolucije o BiH u kojima se upozoravalo na unitarističke i separatističke opasnosti. Želimo li stabilnu BiH, trebamo podržati pravilan izborni zakon i održivo ustavno uređenje. Ovo sad to nije.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señora presidenta, me gustaría contribuir con este minuto a evitar tragedias como las que costaron la vida a Irune Fautsman, a Idurre, a Laura, a Jesús..., a las decenas de personas que fallecen cada año en pasos a nivel en el Estado español. La última, un menor, el pasado 11 de septiembre, en Gaintxurizketa.

Algunas de estas infraestructuras son puntos negros que esperan soluciones. Para propiciarlas, reclamo que las investigaciones sobre estos siniestros las realicen autoridades independientes -como exige la legislación europea para los accidentes graves-, porque algunas de las que he supervisado son tan parciales y deficientes que animan a la sospecha. Implican, además, una segunda victimización para las familias de los fallecidos. Y dificultan la elaboración de un mapa que permita identificar y priorizar obras urgentes para evitar los riesgos más evidentes.

Además, deben aplicarse tecnologías de control visual y frenado automático, ya disponibles, para detectar y evitar obstáculos en la vía. Solo podremos hablar de «accidentes» cuando hayamos tomado todas las medidas posibles para evitarlos.

Ana Miranda (Verts/ALE). – Senhora Presidente, gostaria de falar de um problema que preocupa muitos lares: a fatura da luz. O Eurostat diz que a Espanha tem a luz mais cara da Europa. Na Galiza é ainda muito mais cara. Os números assinalam que somos os consumidores europeus com a luz mais cara segundo o preço de mercado. O preço é fixado com base na cotação horária da eletricidade no mercado dos fornecedores energéticos. Dez anos de subidas nos quais a fatura aumentou 55 %. Tão cara como na Alemanha, com a diferença de que o nível de rendimentos é menor.

15 % dos consumidores não podem satisfazer as suas necessidades domésticas como ligar a luz, lavar-se com água quente ou pôr o aquecimento porque uma parte do seu rendimento é pagar a eletricidade. Isto é pobreza energética, frio e uma redução da qualidade de vida.

A energia é um bem comum básico em que há muito negócio e devia ser proibido cortar a luz. Devemos promover na Europa o acesso gratuito a um bem comum básico como a luz para os lares mais carenciados. Perante os cortes de luz e eletricidade a preço de ouro, continuaremos a lutar por uma tarifa elétrica justa a preços justos.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL). – Senhora Presidente, quero denunciar aqui e hoje a falta de pluralidade, a manipulação e o controlo que o Governo galego tem sobre a rádio e a televisão pública galega. Isto levou trabalhadoras e trabalhadores da companhia a mobilizarem-se. São já dezanove jornadas de *viernes negro*. Pedem o fim do controlo, por parte do Governo galego, da rádio e da televisão públicas, que se respeitem a imparcialidade e a pluralidade que devem ter todos os meios de comunicação e que se respeitem os direitos laborais das trabalhadoras e dos trabalhadores.

A Comissão Europeia e este Parlamento devem intervir com urgência para que o Governo galego ponha fim a anos de controlo e de manipulação que converteram a rádio e a televisão galega no gabinete de comunicação do Governo e do Partido Popular.

Gerard Batten (EFDD). – Madam President, however people voted in the 2016 referendum, they're entitled to know what's happening, but a withdrawal agreement is still nowhere near being agreed. There never was going to be the mythical good deal offered by the European Union. It has absolutely no incentive to offer one.

Some say that Ms May is totally incompetent, but maybe she knows exactly what she's doing. Ms May is a remainer who does not want to leave. She leads a political class that does not want to leave. At the last minute she will pull a withdrawal agreement from the hat whereby we leave in name, but not in reality, and it will be trumpeted as a great diplomatic triumph. Britain will have been betrayed. Brexit will have been betrayed. The real fight to free Britain from the European Union will then begin in earnest, and it will be led by the UK Independence Party.

Gilles Lebreton (ENF). – Madame la Présidente, l'Indonésie a été frappée le 28 septembre par un tsunami qui a fait plus de 1 200 morts. Des villes entières ont été détruites.

Face à l'ampleur de la catastrophe, la solidarité internationale doit s'organiser. Des États européens comme la France ont déjà proposé leur aide. Je me réjouis que l'Union européenne soit intervenue à son tour en débloquent un million et demi d'euros d'aide humanitaire. Le Parlement européen a lui-même manifesté sa compassion à l'égard des victimes en observant une minute de silence.

Cet événement doit nous faire prendre conscience de deux choses. La première, c'est que l'Union européenne ne survivra que si elle se transforme en Europe des nations en privilégiant le respect des États et des peuples, plutôt que la jungle du mondialisme ultralibéral. La seconde, c'est que les catastrophes climatiques comparables à celle qui vient de frapper l'Indonésie vont se multiplier.

Outre les considérations humanitaires, il est dans l'intérêt de l'Europe d'aider les États qui en seront victimes afin d'éviter de subir une nouvelle submersion migratoire, climatique celle-là.

Corina Crețu, Member of the Commission. – Madam President, I just want to respond that today in the daily news you can see that the Commission has already taken the decision to release EUR 1.5 million for the victims of the Indonesian earthquake. You can see this in today's daily news.

Dobromir Sośnierz (NI). – Pani Przewodnicząca! Chciałbym zwrócić uwagę na raport rzecznika praw obywatelskich Unii, który dopiero co ukazał się i który wskazuje na fatalny stan praworządności w Unii Europejskiej. Zwraca uwagę na to, że stanowisko sekretarza generalnego zostało obsadzone przy pogwałceniu wszelkich procedur. Wiedzieliśmy to już wcześniej. Raport wyraźnie to potwierdza, w dodatku jest tam smutna konstatacja, że nikt z komisarzy się temu nie przeciwstawił, zwłaszcza że wiemy, że chodzi o pana Selmayra, który już wcześniej znany był z makiawelicznego postępowania na granicy prawa. I co? I nikomu jakoś włos z głowy z tego powodu nie spada, mimo że pogwałcone zostało prawo. Pan Selmayr zostaje na swoim stanowisku, a tymczasem Unia poucza inne kraje jak Polskę na temat praworządności i legalności działań respektowania wyroków sądów. No to jest bardzo niedobrym prognozyk.

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, včera bylo 30. září a my jsme si v České republice připomněli 80 let od chvíle, kdy mladá Československá republika zažila velký šok, ponížení a zradu od svých spojenců. O nás a bez nás se rozhodlo tehdy v Mnichově. Pánové Chamberlain, Daladier a Mussolini uvěřili Hitlerovi, že ústupek zabráni válce. A nezabránil.

Dnes si můžeme toto smutné datum připomenout proto, abychom věděli, že mír a svoboda byly vykoupeny miliony obětí. Mladé generaci toto datum musíme připomínat, aby chápali, proč tolik bráníme Evropskou unii jako společenství, kde se nerozhoduje o nás a bez nás. Je důležité nezapomínat.

Eric Andrieu (S&D). – Madame la Présidente, je veux traiter ce soir de la question du chlordécone, ce pesticide qui a été utilisé pour éliminer le charançon du bananier et qui a été reconnu cancérigène en 1979 par l'OMS, mais utilisé dans les Antilles françaises jusqu'en 1993.

C'est certes un scandale d'État pour la France, mais c'est devenu un véritable problème mondial, tant il est vrai que, comme le glyphosate ou l'amiante, ce produit reste présent dans le sol et dans l'eau. Il reste présent également dans les poissons, les crustacés, les mollusques et autres produits de la mer ou d'eau douce. C'est devenu un problème mondial parce qu'il a été utilisé en Amérique du Sud, en plus des Antilles françaises, mais également en Afrique, et nous importons ici en Europe bon nombre de ces produits qui contiennent encore ce type de molécules.

Il est urgent de revoir la législation européenne pour baisser les seuils maximums de résidus de pesticides dans les aliments que nous consommons. Je m'adresse ici à la Commission européenne pour qu'elle le fasse en urgence, car il y a urgence pour la santé des 500 millions d'Européens.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, οι πολιτικές της τρόικας που εφαρμόστηκαν επί οκτώ χρόνια στην Ελλάδα δημιούργησαν ένα απέραντο κοινωνικό νεκροταφείο, με στρατιές ανέργων και με εκατομμύρια φτωχούς. Οι συνταξιούχοι έχασαν το 40% των συντάξεών τους. Ήδη 1.157.000 συνταξιούχοι, δηλαδή το ένα τέταρτο από αυτούς, ζουν με συντάξεις κάτω από 500 ευρώ μεικτά, ενώ συνεχίζεται η λεηλασία 80.000 συντάξεων χρειάς. Και σαν να μην έφτανε αυτό, οι δανειστές απαιτούν και νέα μείωση συντάξεων από 1ης Ιανουαρίου 2019.

Η κυβέρνηση ΣΥΡΙΖΑ-ΑΝΕΛ, αντί να καταργήσει τον νόμο για τις νέες περικοπές συντάξεων, συνεχίζει να εμπαίζει τους συνταξιούχους. Έτσι σήμερα κατέθεσε στη Βουλή προσχέδιο κρατικού προϋπολογισμού με δύο σενάρια: με περικοπές και χωρίς περικοπές συντάξεων. Και ως νέος Πόντιος Πιλάτος παραπέμπει η κυβέρνηση το ζήτημα της μείωσης ή μη των συντάξεων στο Eurogroup της 3ης Δεκεμβρίου. Οι Έλληνες συνταξιούχοι στέλνουν μήνυμα στην κυβέρνηση: «Κάτω τα χέρια απ' τις συντάξεις! Φτάνει πια!» Οι συνταξιούχοι απαιτούν αξιοπρέπεια, απαιτούν να στηριχθεί ο μόχθος τους!

João Pimenta Lopes (GUE/NGL). – Senhor Presidente, o salário mínimo em Portugal é dos mais baixos da União Europeia, uma realidade que não se desliga das imposições da troika e da política de direita, que impôs a perda de rendimentos e o aumento da pobreza, e das políticas de baixos salários que a União Europeia promove.

Se o salário mínimo está hoje fixado em 580 euros tal é indissociável da luta dos trabalhadores portugueses e da rejeição das políticas de direita. Mas além de insuficiente, a sua expressão na massa salarial tem vindo a aumentar sendo já auferido por um quarto dos trabalhadores em Portugal.

Os baixos salários continuam a ser a opção política predominante configurando uma das causas das enormes e gritantes desigualdades sociais, uma realidade que exige o aumento do salário mínimo para os 650 euros já em janeiro, contributo necessário à reposição do poder de compra perdido enquadrado em políticas de aumento geral de salários, seja no público, seja no privado.

László Tóké (PPE). – Elnök asszony! Dühös indulatokat kavart Romániában a december 6–7-ére kitűzött demokratikus alkotmánymódosító népszavazás, mely a család alapját egy férfi és egy nő szabad akaratnyilvánításából létrejött házasságban határozza meg. Az emberi és a kisebbségi jogokra hivatkozó balliberális, globalista támadásokkal szemben a kezdeményezők kiállnak a normalitás mellett. Az egyházak által is egyöntetűen támogatott kezdeményezés nem valaki vagy valami ellen, hanem a hagyományos keresztény házasság- és családmódel védelmére irányul. A nemzeti és vallási identitásában megingott Európában a házasság és a család sokrétű válságával is szembe kell szállnunk, és az isztambuli egyezmény genderszemléletével szemben természetes biológiai identitásunkat is meg kell védelmeznünk!

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D). – Doamnă președintă, stimați colegi, începând cu 1 ianuarie 2019, România va exercita președinția rotativă a Uniunii Europene. Astfel, sub președinția României va fi votat bugetul Uniunii Europene pentru perioada 2021-2027.

Remarc și apreciez că politica de coeziune este pentru prima dată în istoria Uniunii Europene portofoliul cu cea mai mare sumă alocată în viitorul buget, respectiv 373 de miliarde de euro, iar România, Bulgaria și Grecia au prevăzută o creștere de peste 10 % a fondurilor de coeziune alocate față de sumele actuale. Este un semnal important pentru cetățenii statelor care au aderat mai târziu și unde așa-zisul plan al Europei cu mai multe viteze nu a fost primit foarte bine.

Pe această cale, salut inițiativa Comisiei Europene, care dă un semnal pozitiv: acela că în pofida tuturor discuțiilor din ultimii ani privind viitorul Europei, suntem hotărâți să trăim și să ne dezvoltăm împreună, cu diferențe cât mai mici între statele membre.

Europa împreună este și trebuie să rămână obiectivul nostru.

Mirosław Piotrowski (ECR). – Pani Przewodnicząca! W bardzo wielu dokumentach poddawanych pod głosowanie w naszej izbie jak i obecnie znajdujących się w przygotowaniu występują zapisy o dekarbonizacji, i to całkowitej. Ich autorzy powołują się na porozumienie paryskie. Przypomnieć więc trzeba, że przewiduje ono dobrowolność, własną politykę surowcową i własną ścieżkę dojścia do celu, jakim jest redukcja emisji CO₂ dla krajów sygnatariuszy. Porozumienie paryskie nie może więc równać się całkowitemu odejściu od węgla, gdyż emisję dwutlenku węgla możemy redukować między innymi poprzez stosowanie najnowszych technologii przy budowie nowych bloków energetycznych. W transporcie na przykład możemy zwiększać udział wodoru jako paliwa alternatywnego, co również pozwoli dojść do tak zwanych ambitnych celów klimatycznych Unii Europejskiej. Wódor można pozyskiwać między innymi w procesie gazyfikacji węgla. W Polsce na przykład już wytwarza się z innych surowców milion ton wodoru rocznie, a zdaniem specjalistów wystarczy to na zasilenie około pięciu milionów samochodów w skali roku.

Marie-Pierre Vieu (GUE/NGL). – Madame la Présidente, voici un an que le traité de libre-échange entre le Canada et l'Union européenne est provisoirement entré en vigueur. Que constatons-nous? Dans nos assiettes, c'est l'arrivée du colza OGM, du saumon transgénique, de céréales produites avec de l'atrazine, herbicide interdit en Europe car jugé cancérigène, mais autorisé au Canada comme 41 autres pesticides.

La Commission s'en émeut-elle? Non, elle persiste et signe. Cet été, elle contractait avec le Japon un nouvel accord commercial de grande ampleur. Il y a quelques jours, elle décidait de revoir significativement à la hausse les quotas d'importation de bœuf américain, dans un contexte de réduction du budget PAC et de mise à mal des agriculteurs. Opacité des négociations, déni social et écologique, totale absence de démocratie alimentaire, justice d'exception pour les multinationales... Il faut vraiment entendre l'opposition des peuples au libre-échange.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já bych se chtěl vyjádřit k tématu, které je pro mě mimořádně důležité, a to je oslabování kohezní politiky zejména ve vazbě na přípravu nového víceletého finančního rámce. Je to skutečně citlivá otázka a vyjma toho, že je obecně kohezní politika oslabována krácením rozpočtového podílu, tak mají přijít i nové podmínky, které mají omezovat, respektive podmiňovat čerpání těchto peněz, které mají sloužit k odstraňování a vyrovnávání rozdílů mezi regiony. Mají přijít tedy podmínky, které jsou skutečně třeba politicky citlivé, musím zmínit přijímání uprchlíků.

Já bych chtěl říci, že s některými podmínkami souhlasím, ale u některých, jako je například ta již zmíněná, toto hledisko považuji za cestu skutečně do pekel. Pokud chceme zachovat roli kohezní politiky jako velmi dominantního nástroje z těch evropských politik, tak není možné přijímat podmínky, které podmiňují čerpání těchto prostředků vysoce politickým tématem, to si myslím, že skutečně nepatří do nového rámce a byl bych velmi rád, kdyby se nám to podařilo společně změnit.

Maria Gabriela Zoană (S&D). – Doamnă președintă, s-a cerut audierea premierului României în Parlamentul European, considerându-se că în România s-a încălcat statul de drept ca urmare a intervenției jandarmeriei la ultimul protest de la București, care, atenție, era neautorizat și unde o parte din protestatari au forțat intrarea în clădirea Guvernului.

Două evenimente similare au avut loc în acest week-end: vineri, 28 septembrie, în Bruxelles, Belgia, protestatarii au forțat intrarea în Parlament și au atacat forțele de ordine, acestea ripostând cu gaze lacrimogene, bastoane și tunuri de apă, iar al doilea, sâmbătă, 29 septembrie, în Barcelona, Spania, forțele de ordine folosind bastoanele pentru a liniști protestatarii care perturbau o manifestație autorizată. Nimeni nu va cere însă audierea premierilor celor două țări în Parlamentul European pe simplul motiv că astfel de acțiuni de restabilire a ordinii publice folosind bastoanele, gazele lacrimogene și tunurile de apă sunt legale, conform legislației europene și a celei naționale.

Opriți, doamnă președintă și stimați colegi, aplicarea dublului standard în Uniunea Europeană: ce este legal în Belgia și Spania este legal și în România. Nu mai vreau dublu limbaj în funcție doar de numele statului aflat în discuție.

Lynn Boylan (GUE/NGL). – Madam President, on Wednesday, a major rally will take place in Dublin to highlight the emergency housing crisis. Ten years after the banking crash in Ireland, the EU poster child of economic recovery is nothing more than a facade. Tonight at least 9527 people, of which 3700 are children, are homeless in Ireland. Children ashamed to tell their school friends that they have no home; children doing their homework in the toilet because there's nowhere else quiet to go; eating junk food because their parents have nowhere to cook.

A lack of security of tenure means thousands more are living in terror that they will be next to join the homeless numbers, and all the while the Irish government pays exorbitant subsidies to the private rental sector in place of building public housing. Now, as a final insult, they want to transfer public lands to private developers to build houses that low and middle income families will never afford. This human tragedy will leave a legacy for years to come, and it is brought to you courtesy of the so-called stable politics of Fine Gael and their pals in the EPP.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Paní předsedající, paní komisařko, já bych Vás chtěl upozornit na případ obyčejného člověka. Je to případ Jiřího Sagana, který byl nedávno odsouzen ve Francii za údajné pašování 15 Iráčanů. Člověk, který 15 let jezdí s kamionem, který v životě neměl žádný problém s policií. Jedná se o bezúhonného občana České republiky žijícího ve Španělsku, kde žije se svojí manželkou, která je vážně nemocná.

Francouzské úřady mu daly 18 měsíců natvrdo vězení za údajné pašeráctví lidí. Ti lidé potvrdili, že mu vlezli do kamionu, aniž by o tom věděli. Toto je právní stát? Toto je paní komisařko Evropská unie, za kterou já mám bojovat a kterou mám vysvětlovat lidem? Opravdu Vám přijde 18 měsíců člověku, který nic neudělal, za spravedlivé a ospravedlnitelné? Prosím Vás, abyste se tou věcí v rámci Komise zabývala a pomohla jste Emmanuelovi Macronovi pochopit, co to je právo a spravedlnost.

Julie Ward (S&D). – Madam President, in Liverpool, which was the 2010 European Capital of Culture, a poignant piece of artwork has been consistently damaged by racist vandals this summer. The artwork lists the names of 34 361 migrants who have died trying to reach safety in Europe. It stood as a reminder of the horrifying risks that people are forced to undertake in order to seek safety and a sustainable life. This memorial was desecrated by right-wing thugs. Since the referendum in June 2016, there has been a 57% increase in reports of hate crime in the UK. In Greater Manchester, in my constituency, a third of people recently surveyed have reported being the victims of hateful abuse based on their ethnicity.

Last week, however, at the Fundamental Rights Forum in Vienna, I met a successful young business student. He was one of the lucky ones: a Syrian refugee who did not drown as he crossed the Mediterranean. He is building a new life with the support of NGOs and the community which has welcomed him.

Răzvan Popa (S&D). – Doamnă președintă, stimată colegi, atrag atenția asupra unui fapt grav: este inacceptabilă tendința unor membri ai Parlamentului European de a face din România o țintă de campanie electorală, un mijloc către un scop politic personal, legat de alegerile europene viitoare.

România este o țară stabilă, în care legile sunt respectate, iar instituțiile funcționează. România este o țară cu o clasă politică și cu cetățeni profund atașați valorilor europene și proiectului european. Sunt realități indiscutabile.

Tocmai de aceea mă adresez colegilor din România, din toate grupurile politice, să nu accepte denigrarea țării lor, să nu participe la astfel de acțiuni ce pot afecta imaginea și credibilitatea țării în plan european și să reacționeze la atacurile nedrepte la adresa României.

Încetați să persecutați România, fiindcă acest lucru nu servește decât inamicilor proiectului european care își doresc să vadă Uniunea Europeană dezbinată!

La Présidente. – Monsieur Popa, pourriez-vous mettre vos écouteurs, s'il vous plaît?

J'aimerais juste vous signaler que la règle voudrait que, lors d'un débat en plénière sur une situation, les interventions d'une minute n'abordent pas ce sujet. Je vous le signale, je vous ai laissé parler mais en règle générale, ce n'est pas ainsi qu'il faut procéder.

Andrejs Mamikins (S&D). – Cienītā sēdes vadītāja! Komisāri, kolēģi! Viņu šeit nav daudz. Nelielā mazākumā mēs šeit esam, kā vienmēr plenārsēžu debatēs. Bet mums Latvijā ir nelaime. Mums ir bēdas. Esošais Latvijas izglītības ministrs faktiski slēdza minoritāšu skolas ar savu reformu, un tā ir vislielākā nelaime, kura nav saskaņā ar Eiropas Savienības garu, dabu un burtu. Un šobrīd mēs atzīmējam Latvijas brīvvalsts simtgadi.

Pirms simts gadiem Latvijas brīvvalsts bija tik demokrātiska, ka garantēja izglītību vidusskolās astoņās valodās, ieskaitot latviešu. Es tagad speciāli runāju latviski, nevis franciski vai angļiski, lai parādītu, ka mēs, Latvijas krievi, pārvaldām latviešu valodu. Bet lūdzu, Eiropas Savienība, deputāti, kolēģi, atbalstiet mūs! Tas ir vitāli svarīgi, jo mums ir slogans "Vienoti daudzveidībā!". Vienoti daudzveidībā nozīmē, ka tautu vairāk nekā valstu. Latvijas krievi ir daļa no Eiropas. Paldies!

La Présidente. – Chers collègues, nous avons terminé.

22. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll**23. Schluss der Sitzung**

(La séance est levée à 22 h 28)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 2. OKTOBER 2018

(C/2024/3518)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2018-2019

Sitzungen vom 1. bis 4. Oktober 2018

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	3
2. Berichtigung (Artikel 231 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll	3
3. Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 18./19. Oktober 2018 (Aussprache)	3
4. Feierliche Sitzung – Montenegro	31
5. Wiederaufnahme der Sitzung	36
6. Mitteilungen des Präsidenten	36
7. Abstimmungsstunde	38
7.1. Antrag auf Aufhebung der Immunität von Georgios Kyrtos (A8-0291/2018 - Laura Ferrara) (Abstimmung)	38
7.2. Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind (A8-0290/2018 - Lidia Joanna Geringer de Oedenberg) (Abstimmung)	38
7.3. Abkommen über wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit zwischen der EU und Marokko: Modalitäten und Bedingungen der Beteiligung Marokkos an der Partnerschaft für Forschung und Innovation im Mittelmeerraum (PRIMA) (A8-0281/2018 - Aldo Patriciello) (Abstimmung)	38
7.4. Luftverkehrsabkommen EU/Kanada (A8-0254/2018 - Francisco Assis) (Abstimmung)	38
7.5. Aufnahme der italienischen Gemeinde Campione d'Italia und des zum italienischen Gebiet gehörenden Teils des Luganer Sees in das Zollgebiet der Union (A8-0284/2018 - Roberto Gualtieri) (Abstimmung)	38

Inhalt	Seite
7.6. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung – EGF/2018/001 NL/Finanzdienstleistungen (A8-0294/2018 - Ivana Maletić) (Abstimmung)	39
7.7. Bereitstellung audiovisueller Mediendienste (A8-0192/2017 - Sabine Verheyen, Petra Kammerevert) (Abstimmung)	39
7.8. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 5/2018: Streichung der Reserve für die Unterstützung der Türkei aus dem Instrument für Heranführungshilfe und Aufstockung des Europäischen Nachbarschaftsinstruments und der Humanitären Hilfe für weitere dringende Maßnahmen (A8-0292/2018 - Siegfried Mureşan) (Abstimmung)	39
8. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll	39
9. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	39
10. Wiederaufnahme der Sitzung	40
11. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	40
12. Beitrag der EU zu einem verbindlichen Instrument der Vereinten Nationen betreffend transnationale Wirtschaftsunternehmen im Zusammenhang mit Menschenrechtsfragen (Aussprache)	40
13. Unterstützung der EU für das UNRWA nach der Einstellung der finanziellen Unterstützung für das UNRWA durch die USA (Aussprache)	55
14. Lage im Jemen (Aussprache)	68
15. Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen und für neue leichte Nutzfahrzeuge (Aussprache)	81
16. Harmonisierung und Vereinfachung bestimmter Regelungen des Mehrwertsteuersystems – Mehrwertsteuersätze (Aussprache)	102
17. Zunahme neofaschistischer Gewalttaten in Europa (Aussprache)	114
18. Entziehung von Wahlrechten in der EU (Aussprache)	124
19. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	132
20. Schluss der Sitzung	132

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 2. OKTOBER 2018

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Presidente

1. Eröffnung der Sitzung

(La seduta è aperta alle 9.02)

2. Berichtigung (Artikel 231 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll

3. Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 18./19. Oktober 2018 (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione sulle dichiarazioni del Consiglio e della Commissione sulla preparazione della riunione del Consiglio europeo del 18 e 19 ottobre 2018 (2018/2771(RSP)).

Juliane Bogner-Strauss, President-in-Office of the Council. – Mr President, when we meet in October, leaders will return to the key themes recently discussed at the informal summit in Salzburg: migration, security and Brexit.

First, the European Council will discuss migration. We should continue working on all aspects of our comprehensive approach. To start with, we must do better in taking the fight to people-smuggling networks, from monitoring and disrupting their communications online to supporting cooperation between our police forces. Protecting our external borders and facilitating returns are of course key. In addition to everything that has already been done in this respect, the discussions in Salzburg showed the sheer determination that the recent Commission proposals should be examined as a matter of priority.

Finally, we need to work more closely with countries of origin and transit by building new partnerships. This means, in particular, reaching out to African countries to expand and deepen our cooperation. In this context, Chancellor Kurz and the President of the European Council, President Tusk, recently met President Al-Sisi in Cairo and in New York to intensify cooperation. During the informal discussions in Salzburg, backing from the European Council was found for this and similar dialogues.

In the coming weeks, Chancellor Kurz, President Tusk, the Commission and a group of Member States will continue reaching out to other African partners. As agreed in Salzburg, there will be an EU-Arab League summit in February 2019 in this respect. The European Council in October will look into all these issues, and the Chancellor will report on the reform of the Common European Asylum System and on the prospect of progress on its various elements.

Second, the European Council will agree on immediate priorities to strengthen our internal security. In the past few years, we have achieved much collectively, including through important legislation agreed with this Parliament, from the passenger name record to the fight against terrorism financing, as well as better police, judicial and intelligence cooperation. We have certainly made headway.

We need to continue this work, while focusing on effective implementation. Fostering a strong sense of security in Europe is our collective responsibility and, indeed, a priority of the Presidency. Safeguarding our security also means being prepared for new types of threats, whether they take the form of cybercrime, disinformation or any type of manipulation. How we should adapt to this evolving environment was a central issue for the leaders in Salzburg.

One thing is clear: ahead of the next European elections, we need to protect our democratic processes. In the light of events, the European Council may also discuss international developments, but strengthening security is also about building up resilience to any kind of risks and being prepared when crises strike, be it as a result of hybrid attacks or natural disasters. Forest fires this summer demonstrated the importance of European cooperation in that field. The European Council will address these issues in October, but the leaders' reflections on the longer-term aspects will also feed into the preparation of the next strategic agenda.

Finally, on Brexit, the European Council will need an Article 50 format to review the state of negotiations with the United Kingdom. As President Tusk said in Salzburg, this European Council will be the moment of truth for the Brexit negotiations, where we expect maximum progress and results in the Brexit talks.

Jean-Claude Juncker, *Président de la Commission*. – Buongiorno Monsieur le Président, Madame la Présidente du Conseil, Mesdames et Messieurs les députés, je serai très bref ce matin puisque la Présidente du Conseil a résumé à la perfection les résultats ou quasi-résultats du sommet informel de Salzbourg. C'était une réunion informelle, par conséquent, aucune conclusion n'a été tirée. Néanmoins, je dois me féliciter du fait que d'une façon générale – pas en détail, mais sur les grands principes –, les propositions récemment et antérieurement soumises à l'attention et à la méditation du colégislateur ont reçu un appui assez large.

Il n'y a aucun accord, sur rien, sauf sur quelques points, notamment sur les propositions de la Commission visant à retirer de l'internet les messages à caractère terroriste dans un délai d'une heure, ou pour ce qui est de la protection des résultats des élections européennes et de la protection de la campagne électorale nous menant à cette date importante.

Sur les autres points, le Conseil européen a exprimé le point de vue selon lequel toutes les propositions soumises par la Commission méritent d'être traitées comme des priorités absolues lors du Conseil à venir et lors du Conseil du mois de décembre. Cela concerne à la fois la réforme du système de Dublin et la protection des frontières extérieures. À ce propos, j'ai tout de même été surpris que ceux qui n'ont cessé de réclamer une meilleure protection des frontières extérieures avancent aujourd'hui à pas hésitants vers la solution intégrale que la Commission a soumise.

Pour ce qui est de l'union de la sécurité, les propositions de la Commission ont fait l'objet d'un large accord entre les États membres.

Je voudrais que d'ici la fin de l'année, nous nous mettions d'accord sur la réforme du système de Dublin, qui ne peut plus attendre, et que nous nous accordions sur les contours exacts de la protection des frontières extérieures.

As far as Brexit is concerned, I don't want to add remarks to the remarks already made by the President of the Council. We will have an interesting meeting as far as Brexit is concerned.

Just two points: we want a deal. Those who think that a no deal would be the better solution are not aware of the difficulties such a scenario would imply. When it comes to the border between the Republic of Ireland and Northern Ireland, we are sticking to the point of view we have expressed so many times. Ireland first.

Manfred Weber, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, before we talk about the next European Council, it is really worth looking back to Salzburg, because there was something unique, namely unity on Brexit, and that was good to see. 27 Member States united in one main message, and this message was that when we talk about Brexit, we are not only always focusing about what is going on in Great Britain. We talk a lot about the Tory convention, we talk about how a majority in the House of Commons is possible. We first of all underline – when we talk about Brexit – what we believe in.

I want to mention one concrete example about the freedom of movement, which was so heavily discussed in the Brexit referendum campaign. The idea that millions of Europeans can freely decide where they want to earn their money and where they want to live with their families is a huge achievement in view of the history of Europe. I hope that the Brits can simply understand that we still believe in this idea and that we still want to defend it. That was a big achievement of Salzburg, that we clarified our position in this regard. This is not about punishment, it's simply about the question that we stick to the four principles of the single market, the four freedoms which we worked on during the last decades.

Brexit is a tragedy, that's clear, but it shows all those people what populism means, what populism brings – less growth, less certainty and less future. Now we experience a new level of populism when the Foreign Minister of Great Britain, Jeremy Hunt, is again comparing the European Union with the Soviet Union. I don't want to answer, I only want to quote the former Foreign Minister of Poland, Radosław Sikorski, he said 'Please, Mr Hunt, show us the Gulag. Please, Mr Hunt, show us the Soviet Union army troops in your country. Please show us the Stasi system in your country.' Sikorski is right; Mr Hunt, you should apologise for what you said.

(Loud applause)

Brexit means leaving the European Union and this means losing the advantages of this Union. That is the simple principle behind this. The biggest challenge for the politicians in Great Britain, like Hunt and Johnson, is probably that after March next year they have to take over responsibility. For the first time, they will have to explain to people what they did, what are the mistakes of their political engagement, and they cannot blame Brussels anymore for what is happening in Great Britain. That will be a big change for them.

For us, we will not answer to these provocations in the same way. We will simply define what is important for us and for the European People's Party (EPP) family. I want to clarify that the citizens are at the centre of the whole debate in two main questions. Firstly, about the Northern Ireland border: I fully support Jean Claude Juncker's 'Ireland first', since we don't accept a treaty that would lead to a hard border, put at risk the Good Friday Agreement, or put at risk the Peace Process. Secondly, on the millions of EU citizens in Great Britain and millions of British citizens in the European Union: we must find a way to guarantee the legal status of these citizens, even in the case of a hard Brexit. Even in the case of a hard Brexit, we need an idea for a ring-fencing agreement to guarantee the legal status of these citizens. Not money, markets or products are important; for us, citizens are important.

On Brexit, a never-ending story is going on. Our principles are clear: border protection, border control, ten thousand Frontex officers. I and my Group have no understanding why there is opposition to the idea that we share the burden of border protection between the European level and the national level, to do it together. Why is there is opposition to this? We cannot understand this.

A second point is that Europe must be still a continent that is ready to help people in need. We need a strong and an ambitious resettlement programme, and we should not reopen the dossiers which we have already agreed in this migration dossier. The third point: today we look to Syria, but tomorrow we will look more and more to Africa. That is why Europe cannot have a good future if our neighbour continent, Africa, is in a chaotic situation. That is why we have to care. We have to do our best to help.

Finally, one short remark on the EurAsia Summit, which is also taking place in two weeks' time. We are partners. The European People's Party is a party of free and fair trade. The US stopped the Trans-Pacific Partnership Agreement. The US wants to build up walls and, having this in mind, Europe must be the continent that wants to build bridges.

We want to work together with our Asian friends, but with the idea of a common level playing field. For example, on investment security we need a common understanding of what this means and we have to defend our critical infrastructure and our critical industry, so not all investments in the European Union are free-market based investments, and that's why we have to do more on this to guarantee really free and fair trade. We shouldn't be naive, we should defend our interests and we should be united on this.

Finally, because trade is also an issue, let me underline that the Americans have concluded with our Canadian friends a trade agreement. That shows us that Washington is still ready for a compromise, probably that is a good moment after the successful trip of Jean Claude Juncker to Washington. This is the moment to give a new mandate to the Commission to start real negotiations with our American friends. We would support a free trade area between Europe and the US without tariffs.

Udo Bullmann, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, colleagues, let me share in the criticism of the irresponsible leadership in the United Kingdom. But even more, Mr President of the Council, we have to make a difference, and here the questions are going to start. One month after Salzburg – and my Group was looking forward to Salzburg and to making progress in solidarity – there is no solidarity. It is stuck, and the Council is not delivering solutions; the Council is collecting failures. MEPs represent hard-working people, hard-working people who are looking for solutions to our major problems, but there is no delivery.

Look at the reform of the asylum system. We had an awkward summer where people started dying at sea again. Even the EU missions were in danger, because harbours were closed. What do you say to this? Where is the reaction? Where is the policy for better solidarity and new solutions? And let me ask you this: what gives you the right to push for the unpacking of the asylum package, which was voted in this House by an overwhelming majority?

Warum haben Sie das Recht, diese Form der Solidarität zu zerstören, die es hier gegeben hat? Und was versprechen Sie sich davon, wenn Sie weiter blockieren, dass es eine Asylreform gibt?

This is what I cannot understand, and this is what we are critical of. We have a common responsibility as Europeans to overcome the major challenges of our time. Migration is a global phenomenon, and we need to shoulder it if Europe is to be a credible project for our citizens. If Europe is humanity and dignity, as our Treaties say we are, Europe has to stand as the global player for the good. But we also have to tackle those domestic issues that are worries for our people. Let me ask...

Lassen Sie mich fragen, Frau Präsidentin: Wann ist sozialer Schutz, sind die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Kampf gegen die Kinderarmut zuletzt das Hauptthema eines Gipfels gewesen? Warum setzen Sie das nicht auf die Tagesordnung? Warum widmen wir uns nicht diesen Problemen, die die Menschen umtreiben und die dringend einer Antwort bedürfen? Wir müssen das zusammen angehen, aber ich sehe Blockaden. Bisher sind Sie nicht der ehrliche Broker, bisher ist diese Präsidentschaft nicht der Brückenbauer, bisher haben Sie keinen Durchbruch erzielt. Meine Botschaft an Sie ist heute: Sagen Sie doch bitte Herrn Strache und Herrn Kurz, dass sie auf dem falschen Weg sind, wenn sie versuchen, Europa weiter zu spalten. Wir haben das Recht, von dieser Präsidentschaft etwas Anderes zu erwarten.

Wir unterstützen Michel Barnier in seiner großartigen Arbeit, weil er deutlich macht, dass Europa zusammensteht, und weil er deutlich macht, dass Europa ein Konzept hat, gemeinsame Rechte, aber auch gemeinsame Pflichten. Ich glaube, dass die Mehrheit der Menschen im Vereinigten Königreich mittlerweile weiß, dass sie auf einen falschen Pfad geführt wurden und dass es ein großer Fehler war, diese Entscheidung zu treffen, die Gemeinschaft zu verlassen. Es ist ein großer Fehler, den die nächste Generation im Vereinigten Königreich am härtesten zu bezahlen hat, wenn es keine Korrekturen gibt. Und wenn diese Regierung scheitert – und danach sieht es aus – finde ich, dass die Briten ein Recht darauf haben, ihre Meinung direkt dazu zu äußern. Das ist die Botschaft, die wir in diese Verhandlungen zu geben haben.

Lassen Sie uns einen neuen Versuch wagen, europäische Solidarität zu leben. Aber dazu müssen Sie auch bereit sein, einen radikalen Wandel einzuleiten, einen radikalen Wandel in Ihrer Arbeitsmethode. Gehen Sie auf die Menschen in Europa zu, widmen Sie sich wirklich den Sorgen, die die Menschen haben. Unsere Unterstützung hätten Sie dann. Aber, *it needs change*. Der Status Quo kann so nicht weiter verwaltet werden.

Hans-Olaf Henkel, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, leaving the people to my left and some of the people in my own political group aside, I have not yet met one person in this Parliament who doesn't regret Brexit, and I haven't met one person in this Parliament, except me, who is trying to avoid it.

As Mr Bullmann said, Mr Barnier is indeed very active, but he seems to be very eloquent in describing the economic impact on Britain. He never says anything about the economic impact on Europe. Britain leaving the common market is equivalent to 19 small and medium-sized countries leaving the common market at the same time. To come up with a new trade deal with one country is one thing, but to disentangle the relationships of thousands of companies, which have grown over 40 years, is quite another.

Mr Juncker, had you at the time offered Britain a special deal on freedom of movement, Brexit would not have happened.

(Murmurs of disapproval)

Yes, it is absolutely true and, by the way, for those who moan here, I would like to remind you that Mr Schröder got a special deal in 2004 when Poland joined – against my opposition at that time – with a restriction on freedom of movement of Poles coming into Germany for seven years which was, by the way, a restriction the British Prime Minister did not want.

In order to end the confusion in London, we must end the ignorance here in Brussels. Mr Juncker, as a German I always felt that it was right that Britain won the Battle of Britain. Make sure you are not going to lose the battle for Britain.

(Applause)

Guy Verhofstadt, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, my proposal is that Mr Henkel repeat that speech at the Conservative Party Congress, not here in the European Parliament. He may deplore the situation, but it's there that they have made the wrong decision and not here.

Minister, I think that you have three priorities at the next European Council, after Salisbury. The first is to unblock the migration file and especially the migration file on Dublin because, let's be honest, the Commission has a proposal and Parliament has an opinion, but when will the Council have an opinion?

It's fantastic to find always ways and new proposals on migration, but you have to have a position. Take a position and we can start negotiations, because it is this broken Dublin system that really is the source of the rise of racism, problems with migrants, and also of nationalism and populism.

My second point to you is to put on the agenda in October the question of our values. We see it everywhere in Europe – and certainly in a number of countries: illiberalism is on the rise, and it will not be by being silent that it will go away. On the contrary, it will continue. I think that the time is here to put it on the agenda, because the Kaczyński government is continuing, they are now already abusing the SES system, the Schengen Information System, to stop democracy advocates and activists. Mr Orbán is even financing, I think with European money, a campaign against the European Parliament, Mr President. You spoke about that yesterday. My question to you, to the Presidency of the Council, is are you going to put Article 7 concerning Poland and Hungary on the agenda of the next European Council?

(Applause)

I want a clear answer from you. You are obliged to do so based on the Treaties and based on the fact that the Parliament has activated Article 7.

My third priority, colleagues, is naturally to keep and to reiterate unity on Brexit – unity between the Member States, unity between the institutions. This unity is absolutely needed when you see these insane notions of some Tory politicians the last days, like Boris Johnson whose latest invention, you've seen, is to build a bridge. He will solve the problem by building a bridge between the UK mainland and Ireland, when Mr Boris Johnson is more known for burning bridges than for building bridges!

Then there is Mr Rees Mogg who is saying, yeah I have the proposal for the future of Brexit and ordinary citizens can be secure that their savings will be secure after Brexit, and in the meanwhile he's opening himself an investment fund in Ireland to transfer his money to Ireland!

Manfred Weber has already talked about Jeremy Hunt comparing the European Union with the Soviet Union, but in his case I have to tell you that is not so abnormal for him, Manfred, as he once even confused Japan with China. So that is not the first time that this is happening. But that said, the previous time he was insulting his wife, but here he does something far more different. He is insulting not us, but millions of ordinary citizens who lived under Soviet rule for such a long time.

(Applause)

That is in fact a point on which he has to apologise, I think, because we cannot accept such a thing he said.

My proposal, Minister, is that you have three clear messages at this Council meeting. First, on the migration system, we will never accept discrimination based on skills and on nationality, as Javid this morning proposed. Secondly, that we will never accept – and I say it also very clearly to the British colleagues here – an extension of this whole procedure. Mr Boris Johnson this morning has said 'we want an extension of Article 50'. I think it's a very bad idea. Enough mess has been created by Brexit; enough uncertainty has been created by Brexit. Let's stop it. The third is that we will never give in and undermine the principles of our Union. We will never undermine the principles of the Union European project to rescue a political party in Britain which is not even capable to find a common line on the exit from the mess of Brexit.

(Applause)

Philippe Lamberts, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, a fortnight ago, the Heads of State and Government of the European Union met informally in Salzburg. First, they carefully ignored this Parliament's call to open an Article 7 procedure on Hungary, and then they focused on what they believe is their main topic, migration, as if this were the existential topic that our union is facing. Once again, they failed to reach any substantial agreement. I have only one thing to say about this: a year ago, the vast majority of this Parliament had the strength and the audacity to go beyond Dublin and to agree on how our union, by acting together, can fulfil its humanitarian duty in a responsible and effective way. The European Council would be well advised to follow in our footsteps.

However, one thing on which the EU 27 did agree, was their stance on the Brexit negotiation. I shall readily agree that some statements made after Salzburg were unnecessarily blunt, but they came nowhere close to what we heard from the British Foreign Secretary, who took over the now commonplace rhetoric of the far right, comparing the European Union with the Soviet Union. Let him be reminded that the United Kingdom decided freely to join the European Union. It also decided freely to hold a referendum on its membership in which the citizens voted freely. A majority chose to leave, and we respect that decision.

However, to those – especially in the United Kingdom – who blame the EU27 for lack of flexibility, I will say this: we cannot be held responsible for resolving intractable contradictions in the British position. Indeed, it is this Government's choice to interpret the referendum as a decision to leave both the single market and the customs union. It is also its choice to refuse any form of special status for Northern Ireland, and it was its free choice to be party to the Good Friday Agreement that brought peace to Ireland. These three constraints are incompatible with one another, and resolving this British contradiction can in no way justify the dilution of the single market, one of the Union's key pillars.

To both leavers and remainers, I will say that it is in no-one's best interest to have the United Kingdom crash out of the European Union. This would imperil peace in Ireland, it would jeopardise the prosperity of too many of our fellow citizens, and it would poison the relationship between the two sides for the foreseeable future. We should now focus on the only thing that matters, namely finding, in the next few weeks, an agreement on the terms of the withdrawal. This will then provide both sides with the time needed to build our future relationship and, in our view, no relationship between the UK and the EU surpasses EU membership. Who knows, there may come a day in the near, or distant, future when the majority of British citizens will assert that the only way for Britain to be global is to be part of the European Union. Our door will remain open to you. You will always be welcome where the United Kingdom really belongs.

(Applause)

Gabriele Zimmer, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sind jetzt in einer Phase der Brexit-Verhandlungen, wo es immer enger wird und wo ich den Eindruck habe, dass versucht wird, die Schuld für ein mögliches Scheitern immer möglichst weit von sich zu schieben. Ich rede hier insbesondere von der britischen Regierung. Ich gehöre bestimmt nicht zu denjenigen, die mit dem Ansatz in die Brexit-Gestaltung hineingegangen sind, die Briten für ihre demokratische Entscheidung bestrafen zu wollen oder eine Symbolentscheidung treffen zu wollen. Aber was wir erleben, ist doch, dass vor dem Hintergrund auch von Machtkämpfen, von unklaren Verhältnissen insbesondere in der Regierungspartei diese Regierung in Großbritannien nicht in der Lage ist, auch nur eine einzige klare Formulierung für die hauptsächlichen Probleme, die vor uns liegen, vorzulegen. Was wir bekommen, ist hü und hott und nein und ja und geht nicht, und es ist der Versuch, sich vor dem Scheitern der Verhandlungen – vor dem möglichen Scheitern und immer wahrscheinlicher werdenden Scheitern – zu profilieren und sich selbst eine neue Ausgangsbasis zu schaffen. Das führt bis hin zu äußerst peinlichen Erklärungen von britischen Ministern, die absolut nicht akzeptabel sind.

Worauf ich – auch mit Blick auf die Irlandfrage – aufmerksam machen möchte, ist, dass man der britischen Regierung gegenüber noch einmal ganz konkret Folgendes deutlich machen muss: Wenn sie keine Lösung will, wenn sie keine Akzeptanz des Karfreitagsabkommens will, wenn sie die Passage, die in der Erklärung vom Dezember vergangenen Jahres enthalten ist, ihr Zugeständnis, das sie dort gemacht hat, ihre Verpflichtung, die sie dort übernommen hat, wenn sie die nicht umsetzen will, soll sie es doch klar sagen. Dann erspart sie uns Zeit, Geld, Manpower, dann erspart sie uns, dass wir uns über Dinge zerrupfen, die überhaupt nicht gelöst werden sollen. Dann haben wir wenigstens eine klare Ansage.

Mein zweiter Punkt: Wir sind zwar noch lange nicht so weit, dass wir auch über das reden, was danach kommen sollte, zum Beispiel über Freihandelsabkommen. Da gilt aber auch meine Ansage an uns, an den Rat, an das Parlament, an die Kommission: Wir sollten nichts tun, was künftige Entwicklungsmöglichkeiten, auch demokratische Entscheidungsmöglichkeiten anderer Regierungen in Großbritannien, aber auch innerhalb der Europäischen Union von vornherein einschränkt, beispielsweise sich zu entscheiden, stärkere soziale Verpflichtungen zu übernehmen, mehr Demokratie zu entwickeln im jeweiligen Land. Das sollten wir auch nicht durch Verhandlungen zu einem *free trade* später irgendwo einschränken. Das möchte ich hier nochmal ganz klar sagen. Denn dann würden Sie beispielsweise auch die Unterstützung von meiner Fraktion verlieren für eine faire Lösung, die wir für die Gestaltung der gemeinsamen Zukunft brauchen.

Zum Rat. Also, ich muss noch mal ganz klar sagen: Der Rat hat unter der österreichischen Präsidentschaft bisher nichts eingelöst – nichts eingelöst! Ich denke da insbesondere auch an die Absage des Treffens der Sozialminister mit der Begründung, dass man noch nicht so weit wäre. Ich glaube, das hat es in den letzten Wochen und Monaten überhaupt nicht gegeben, dass man sich vor dem Hintergrund, dass vor einem Jahr in Göteborg ein Sozialgipfel stattfand, nicht mal in der Lage sieht, hier zu fordern, zu stärken und die sozialen Signale wirklich auch auszusenden.

Zur Migration haben meine Kollegen schon vieles gesagt. Das unterstütze ich voll und ganz. Die Frage der Dublin-Reform. Wer will denn aber von der österreichischen Präsidentschaft auch erwarten, dass da etwas kommt, wenn sich die entsprechenden Minister mit den italienischen Ministern, mit Salvini, mit anderen treffen und dort schon Lösungen diskutieren, dass man die Kontrolle beziehungsweise Asylentscheidung schon auf dem Meer treffen will. Haben Sie mal darüber nachgedacht, was das bedeutet, dass allein im Monat September jeder fünfte der aus Libyen Geflüchteten entweder tot oder verschwunden ist? Können Sie sich überhaupt ein Bild von dem machen, was da passiert? Haben Sie da nicht eine eigene Verantwortung, das endlich mal voranzutreiben, zu Lösungen zu kommen, die menschlich sind und die uns als Union weiterbringen und unsere gemeinsame Verantwortung stärken? Also ich kann nur sagen: Leider erfüllen Sie alle Vorbehalte, die wir mit Beginn der österreichischen Präsidentschaft gesehen haben. Ich verlange von Ihnen ein aktiveres Handeln, ein menschliches Handeln, ein demokratisches Handeln und nicht einfach,

dass Sie Leute, die letztendlich etwas ganz anderes im Blick haben, auch noch stützen.

Und ich bitte Sie da auch um Folgendes: Wenn wir über Ungarn und Polen reden, bitte schauen Sie auch auf Italien. Das Gesetz, das Dekret, das vorige Woche durchgewunken worden oder vorgelegt worden ist, einen Migrationsstopp zu machen – es sollte genau geprüft werden, inwieweit hier Werte der EU verletzt werden. Ich denke insbesondere an die Umkehrung der Unschuldsumutung für Migranten und Asylsuchende.

Nigel Farage, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, as the moment of truth approaches for the Brexit negotiations in a couple of weeks' time, I have to say that Brexiteers are dismayed at the way that our Prime Minister has acted. I've got to hand it to you, Mr Juncker: your negotiators are very much better than ours. The previously undiscussed issue of the Irish border, never a problem at any point during the referendum, has very effectively been weaponised by Barnier. But of course, this has got nothing to do with the Good Friday Agreement. Nothing to do with the peace process whatsoever. No, Barnier is much cleverer than that. This is all to do with making sure that the United Kingdom stays with the European regulatory framework. The one thing Barnier has been scared of from the start is us leaving and us becoming competitive. Sadly, the British Prime Minister has fallen hook, line and sinker for this, and we find ourselves now going into this next summit in a very weak position.

There is of course a better approach to all of this that would satisfy democratically both the Brexit vote and, I think, the demands of German industry and exporters. Don't forget what an important marketplace we are. Your exporters call us 'Treasure Island', so many motor cars and so much wine and Belgian chocolate do you sell us. We should go for a simple free-trade deal. For 20 years here, everybody from Commissioner Kinnock to Valéry Giscard d'Estaing has said to me: if you want to leave political union and have a free-trade deal, that's fine by us, we just need a prime minister who actually understands it.

I know the European Commission would not necessarily want this, because they're trying to use the Brexit vote as a means of saying that leaving this club comes at a price, but I do believe it would be possible. But we get to the heart of what this European Union is when we see the behaviour of the unelected bureaucrats, people like Mr Tusk, whose behaviour at Salzburg was arrogant, low-grade and pretty vulgar in every respect. But that is what you get when you design a form of government that gives power without accountability. Nobody voted for these guys, and nobody can get rid of these guys, they can do what the hell they like, and increasingly the nature of this club is authoritarian, taking away voting rights from Hungary, Poland and who knows next.

There is one little victory though that I'm pleased with. For a decade here I have noticed that that centralising authoritarian tone began to sound very like the old Soviet Union, with the concept of limited sovereignty of individual nation states. I have even talked in the past about the 'Volkerkerker', the old Austro-Hungarian prison of nations, and to see the British Foreign Secretary Jeremy Hunt now using that language means that we have shifted the centre of gravity, we have shifted this debate. I know many of you here still think that we're a hostage and that you're going to demand some extraordinary ransom from us. We are not. We are a free people. Under the right leadership we'd say to you: let's have a free-trade deal, or we would simply walk away.

(Applause)

Presidente. – Qualche differenza con l'Unione Sovietica c'è, visto che l'Unione Sovietica ha provocato anche milioni di morti. Non credo che l'Unione europea abbia provocato milioni di morti.

Gilles Lebreton, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, le Conseil européen d'octobre portera principalement sur les migrations. C'est une bonne chose, car rien n'est plus grave que la submersion migratoire dont l'Europe est victime depuis 2015. Et le plus dur est devant nous car l'Afrique va doubler sa population d'ici 2050, ce qui risque d'amener un afflux supplémentaire de migrants économiques, sans même parler du dérèglement climatique qui risque d'amplifier le phénomène.

Face à ce défi, l'Union européenne adopte, hélas, une position contradictoire, car elle fait preuve de fermeté dans les intentions, mais de faiblesse dans les actes. Dans ses discours, l'Union annonce sa volonté d'enrayer la submersion migratoire grâce, notamment, aux accords de coopération conclus avec la Turquie et d'autres pays. On aimerait la croire, mais le contenu catastrophique de l'accord conclu en 2015 avec la Turquie montre qu'elle est incapable de défendre les intérêts européens. Par comparaison, l'Italie a beaucoup mieux défendu ses intérêts et, par conséquent, nos intérêts en négociant directement avec les autorités libyennes.

Il y a pire: l'Union ruine de toute façon les efforts qu'elle prétend déployer en essayant d'imposer aux États européens sa folle politique de relocalisation des migrants. C'est un formidable appel d'air pour les millions d'étrangers qui rêvent de venir en Europe et pour les ONG irresponsables qui veulent les amener. Heureusement, des États courageux résistent, comme la Hongrie et la Pologne. Par leur fermeté, ces deux États nous montrent la seule voie à suivre si l'on veut sauver l'identité des peuples européens.

Pour arrêter l'immigration de masse, aider l'Afrique est nécessaire. Conclure des accords de réadmission est nécessaire aussi, mais l'essentiel est de donner un signe fort en refusant les relocalisations.

Diane Dodds (NI). – Mr President, as we approach the October Council, let me once again make some things clear to both Mr Barnier and the Member States who continue to use Northern Ireland and the impossible demands of the backstop as a sword hanging over the outcome of the negotiations. The idea, as proposed in the backstop, that we would allow Northern Ireland to become some sort of semi-detached part of the United Kingdom is both offensive and outrageous. Protecting the constitutional and economic integrity of the United Kingdom is a red line that cannot be broken or bent.

I say to the EU as well as my own government, that when it comes to the stability of the United Kingdom and the security of northern Ireland's place in it, mark my words, we are not bluffing. The Irish Sea checks proposed by Mr Barnier, would put in place customs and regulatory differences within the United Kingdom, cutting our province adrift and creating a border within the United Kingdom from day one. Mr Juncker, you may only be concerned about the Irish Republic and the Dublin government, with your 'Ireland first' comment, but I am concerned about the jobs and prosperity of families in Northern Ireland, whose economy is structurally linked to the rest of the United Kingdom. The sooner Brussels realises this, the sooner we can get to a place where a sensible trade negotiation is possible.

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

Angelika Niebler (PPE). – Frau Präsidentin! Herr Kommissionspräsident, Vertreterin des Rates, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Beim nächsten Ratgipfel muss neben dem Brexit die Migration weiterhin das Topthema Nummer eins bleiben. Ich gestehe, dass ich beim letzten Gipfel im Juni dachte, wir haben jetzt endlich einen Durchbruch erzielt, wir sind hinsichtlich der gemeinsamen Ansätze in Sachen Migration ein Stück weitergekommen, wir haben uns auf Grundzüge unter den Mitgliedstaaten geeinigt. Aber wenn ich jetzt das bewerte, was beim informellen Rat im September erreicht wurde, muss ich gestehen: Es ist sehr sehr, sehr enttäuschend! Was ist passiert? Die Aufstockung von Frontex auf 10.000 Mann: nicht vereinbart. Anlandeplattformen außerhalb der EU: Sie haben zwar über Ägypten gesprochen, aber auch hier ist zu wenig, viel zu wenig passiert. Ankerzentren in der EU: Ich stelle nicht fest, dass sich da etwas entwickelt hat. Lange Rede, kurzer Sinn: Ich hoffe sehr, dass die Ratspräsidentschaft bei ihrem nächsten Gipfel weiterhin ihre Bemühungen fortsetzt und nicht nachlässt, um auch in Sachen Migration einen substanziellen Schritt nach vorne zu machen.

Der zweite Punkt, den ich gerne ansprechen möchte, ist das, was mein Fraktionschef, Herr Weber, schon thematisiert hat, nämlich das Verhältnis zu den USA. Herr Kommissionspräsident, Sie haben ja mit Herrn Trump verhandelt. Ich möchte Ihnen nochmals ein großes Kompliment aussprechen. Vor der Sommerpause ist es Ihnen ja gelungen, hier mal unsere Beziehungen auf Halt zu stellen. Ich glaube, es wäre in der Tat jetzt an der Zeit, das transatlantische Verhältnis neu zu justieren. Ich würde Sie einfach auffordern, bitten, ermuntern, alle Anstrengungen zu unternehmen, um zu vernünftigen Beziehungen mit den USA zu kommen.

Tanja Fajon (S&D). – Gospa predsednicam, spoštovani, zelo kritična bom do avstrijskega predsedstva.

Pravite, da se moramo z izzivi migracij spopadati na vseh ravneh, žal pa delate ravno nasprotno. Vso energijo usmerjate izključno v varnost. Varnost Evropejcev je ključna, se strinjam, ampak varnosti ne bo, če gradimo trdnjavo Evrope, če ne bomo imeli učinkovite evropske migracijske in azilne politike in če bodo ljudje zunaj evropskih zidov še naprej umirali.

Upravljanje z migracijami ne pomeni krepitev varnosti. V Evropskem parlamentu smo pred poletjem sprejeli vso potrebno zakonodajo, pogajali smo se v dobri veri in dosegli dogovor z evropskimi vladami, vi pa želite zdaj to razbiti. To govorim kot poročevalka za uredbo o kriterijih za mednarodno zaščito in to ni edini dogovor, ki ga želite razbiti. Vaša država resno spodbija tudi schengen z neopravičenim podaljševanjem notranjih mejnih kontrol, tudi na meji z mojo državo Slovenijo in to težko pojasnim mojim državljanom, zato vas pozivam, da veliko bolj odgovorno in razumno vodite Unijo do konca leta, ker nam je mar, kaj se dogaja z Evropo.

Helga Stevens (ECR). – Voorzitter, beste collega's, we moeten de illegale migratie naar Europa stoppen. Dit kan enkel door ons te baseren op het Australische model. Het is onbegrijpelijk dat ngo-boten migranten oppikken tot vlak voor de kust van Noord-Afrika en vervolgens richting Europa varen in plaats van naar een veilige haven in de regio. Mensenlevens redden is nobel, maar clandestiene migratie naar Europa ondersteunen is dat niet. Op de Europese top van juni werd beslist om te onderzoeken of regionale ontschepingsplatformen een alternatief konden zijn. Deze centra in derde landen zouden dan de drenkelingen opvangen. Die praktijk is volledig in lijn met het internationaal recht. In één adem werd beslist dat alle boten die in de Middellandse Zee actief zijn de Libische kustwacht niet mogen hinderen. Dus ook niet wanneer Libië, die platformen indachtig, boten richting Europa tegenhoudt. De reddingsoperatie die niet meer automatisch resulteert in een asielaanvraag in Europa zal sterk ontradend werken. Net zoals in Australië zal dat de tragische verdrinking tot nul herleiden. Zo kunnen we de migratie terug onder controle krijgen wat het draagvlak bij de burger vergroot voor de echte behoeftigen en de mensensmokkelaars verliezen hun bron van inkomsten. Net als de Europese regeringsleiders, vraag ik aan de Commissie en alle bevoegde ministers in de Europese Unie om het Australische model over te nemen. Hopelijk komt de Europese top eindelijk tot concrete afspraken om de illegale migratie kordaat aan te pakken.

Sophia in 't Veld (ALDE). – Madam President, with regard to the previous speaker, I don't agree with her policy choices but I agree with one thing and that is that the attitude of the Council when it comes to migration is absolutely shameful. The Council has become the bottleneck for mainly all policies, but in particular migration, because the European Commission has made proposals for a common policy, the European Parliament has managed to agree, across the political groups on a policy. Even the Pope – and I am not known for praising the Pope – is supportive. NGOs are supportive. Opinion polls show that the vast majority of Europeans are very pragmatic and they expect us to act when it comes to migration.

Local authorities are taking a different attitude. There are 28 individuals, national government leaders, blocking any kind of decent and efficient asylum and migration policy. It is your responsibility in the Council to unblock that situation.

The same goes for the rule of law. I'm glad that the Council has at least twice discussed the situation in Poland, but I think you should take your responsibility and discuss the situation in other countries where there are reasons for concern, such as Romania, Hungary, Slovakia and Malta, but also finally agree to a broader mechanism that will treat all Member States equally and gives an annual assessment of the health of democracy, the rule of law and fundamental rights throughout the European Union and not dither any longer.

Finally, on Brexit, I can see that the biggest ego in this House, Mr Farage, after making his speech has left again, as he always does. He is literally playing Russian roulette with his Russian friends with the well-being of the British people, and now by criticising Mrs May he is trying to dodge responsibility for the mess that he has created and for which the British people are going to pay the price. I'm very glad, and with this I'll conclude Madam President, that the EU is united, because the real problem is not unity in the European Union. The real problem is the lack of unity in British politics.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Bill Etheridge (EFDD), *blue-card question*. – Thank you for accepting the question. You seem really outraged about a lot of things. Do you not understand that maybe the Heads of Government are reticent about taking on these noble ideas you have, because actually they have to be elected by the people in their countries, and these opinion polls you speak about are not relevant to those Heads of Government? Do you not see that?

Sophia in 't Veld (ALDE), *blue-card answer*. – Mr Etheridge, I come from a party that has actually won the elections – and we are in government now – with the noble rhetoric that you are talking about. Maybe if you were to adopt the same rhetoric, then you too would finally get elected in your own home country.

(Applause)

Molly Scott Cato (Verts/ALE). – Madam President, hearing Jeremy Hunt use the far right trope of associating the European Union with the Soviet Union is an abuse of history and an insult to those who suffered under Soviet repression. I'd like to offer my apology on behalf of the many British people who respect the brave struggle for freedom fought by our friends in Central Europe and the Baltic states.

For many countries, the EU has supported their path away from authoritarianism and towards prosperity. Our current cooperation in peace, democracy and human rights celebrates that achievement. Coming from a country that has always prided itself on diplomatic prowess, for me the speech was part of an unfolding national tragedy. This is where the ignorance of Brexit has led us. Insulting our friends, misrepresenting our history, indulging our fantasies of a return to the colonial past. But the Brexiteers are running out of steam. In an equally lacklustre speech yesterday Dominic Raab claimed that democracy is sacrosanct. So I'm waiting for him to join me in calling for a criminal inquiry into 'Vote Leave', of which he was a board member, and into Russian interference in the Brexit campaign. True democracy cannot be based on deceit and an empty prospectus; it requires that British people make a choice on the deal as negotiated so that they can decide whether this is the Brexit they voted for. When it comes to Brexit democracy demands a people's vote.

(Applause)

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8)).

James Carver (NI), *blue-card question*. – Thank you, Molly. You and I will of course disagree, but we have always had a courteous exchange going right back to Pembrokeshire back in 2001.

In your call for a second referendum, do you not realise, with respect, that the goalposts have moved? People like myself, who campaigned against the European institutions for the last 22 years, were warning about ever closer union, warning about qualified majority voting on taxation – as Mr Weber often calls for – and warning about EU militarisation. This has, of course, all been discussed since the referendum result. Is it not the case now that were Britain to change its mind, foolishly, we would actually be going towards a federal model?

Molly Scott Cato (Verts/ALE), *blue-card answer*. – I agree that times have moved on. We've learned that the Brexit referendum was fought on the basis of cheating, criminality, manipulation and psychological operations. The goalposts have definitely moved, because we now know that the people are waking up to the fact that they were lied to, the fact that this cannot be sorted out in an afternoon, that we haven't got trade deals, that we're heading for a calamity. Therefore, I completely agree with you. The goalposts have moved, and that is the biggest justification there can be for a new referendum.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL). – Señora presidenta, en la próxima reunión del Consejo volverán a debatir sobre migración, pero el debate no se centrará en qué hacer para que quien lo necesite pueda llegar de una forma segura a Europa o en cómo poner en marcha una operación en el Mediterráneo para que no muera ni una sola persona más. El debate será, una vez más, sobre cómo aumentar el control y proteger nuestras fronteras. Y la pregunta es, ¿protegerlos? ¿De quién? ¿Quiénes son los enemigos de los que hay que protegerse con vallas, deportaciones, palizas o, incluso, a tiros?

¿Personas como Hayat Belkacem, una chica de diecinueve años asesinada por la marina marroquí gracias al acuerdo por el cual Marruecos es el guardián de la frontera sur de Europa?

¿O más bien el enemigo es el chico de diecisiete años que tenían encerrado en un centro de internamiento para extranjeros en Murcia y que ha sido deportado saltándose toda la legislación internacional en materia de derechos humanos?

Como siempre, señalan a los de abajo para que no miremos hacia arriba.

Marco Valli (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, mi rivolgo al Presidente Juncker e al Consiglio.

Per quanto riguarda la posizione del governo italiano sull'immigrazione, abbiamo ricevuto una situazione esplosiva riguardo all'immigrazione, perché quello che è stato creato in Libia dalle bombe in passato, da governi che non erano rappresentati da noi, ha creato grossi problemi. È questo il punto fondamentale su cui si deve focalizzare anche la riunione del Consiglio: trovare una soluzione in Libia, Francia, Italia, Stati Uniti e Unione europea. Un tavolo per trovare una soluzione immediata, perché c'è un rischio ovviamente implosivo su una nazione che in questo momento è tutt'altro che stabile e i flussi saranno diminuiti ora, ma potrebbero anche peggiorare.

Il governo italiano cosa ha fatto? Nel momento in cui ci siamo ritrovati a ricevere questo problema, ha accolto e abbiamo accolto più degli altri paesi europei, perché abbiamo preso persone che molto spesso non avevano neanche i requisiti per avere richiesta d'asilo. L'Unione europea ci ha voltato totalmente le spalle e anche la revisione del regolamento di Dublino ci impone di fare delle procedure che renderebbero l'Italia il grande campo profughi dell'Europa. Su questo non c'è una presa di responsabilità da parte dell'Europa, e noi cosa abbiamo fatto? Abbiamo iniziato a sconfiggere il business dell'immigrazione, le ONG che portavano e traghettavano queste persone e facevano accordi molto probabilmente anche con il crimine organizzato in Italia, sono state sconfitte per ora da questo governo, ma una soluzione europea, ancora, non è sul tavolo e quindi per la Libia e per questo problema dovrebbe essere, appunto messa in primo in primo piano da parte del Consiglio.

Per quanto riguarda poi l'economia, mi scusi, ma se guardiamo anche ai conti e alle procedure del six pack, visto che ieri ha fatto delle dichiarazioni molto pesanti, vorrei capire come mai, Presidente Juncker, due anni fa, quando doveva essere messa sotto procedura la Francia, Lei, in un'intervista alla stessa domanda che ha ricevuto ieri, ha detto che la Francia non verrà mai messa sotto procedura e le regole non valgono per la Francia, perché la Francia è la Francia, mentre per l'Italia cos'è? Non è un governo che Le piace perché dice veramente quello che pensa e tende a difendere i diritti dei cittadini per una volta? Quindi cerchi di capire queste posizioni o nelle prossime elezioni europee del 26 maggio farà una brutta fine il suo partito.

Harald Vilimsky (ENF). – Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich verwahre mich mit Nachdrücklichkeit dagegen, dass hier mit schlechten Worten gegen die österreichische Ratspräsidentschaft agitiert wird. Im Gegenteil: Die österreichische Ratspräsidentschaft ist geradezu ein *Best-practice*-Modell, wie man so eine Ratspräsidentschaft abwickeln kann. Und die österreichische Regierung ist zudem auch noch getragen von einer zunehmenden Stärkung und von einem zunehmenden Vertrauen durch die Bevölkerung.

Zur eigentlichen Causa hier, der Brexit-Debatte, kann ich Ihnen nur sagen, dass Sie hier in der falschen Art und Weise unterwegs sind. Die Briten haben sich entschieden, die Europäische Union zu verlassen. Ich bedaure das, da ich die Briten gern als Reformpartner gehabt hätte. Aber ein demokratisches Votum ist zu respektieren. Ich kann Sie nur ersuchen, dem nicht mit einer Racheaktion hier zu begegnen, sondern den Briten mit Freundschaft zu begegnen, und ich hoffe, dass Sie endlich in der Lage sind, als europäische Nomenklatura mit den Briten ein geordnetes Ausstiegsszenario zu verhandeln, das für beide Seiten von Vorteil ist und nicht die Briten in eine Racheaktion hineinbringt. Und Sie müssen auch, wenn wir die Ratspräsidentschaft und den aktuellen Rat diskutieren, endlich in der Lage sein, hier die Antwort darauf zu geben, wohin sich dieses Europa entwickeln soll. Die Zukunft kann nur darin liegen: mehr Föderalismus, mehr Subsidiarität, mehr Kompetenzen zurück in die Heimatstaaten.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Maria Grapini (S&D), *întrebare adresată în conformitate cu procedura „cartonaşului albastru”*. – Doamna preşedintă, stimată coleg – dacă mă şi ascultaţi – aţi laudat preşedinţia austriacă. Puteţi să-mi spuneţi dacă dumneavoastră, de când s-a luat preşedinţia austriacă, aţi constatat că există vreun demers, vreo acţiune concretă legată de susţinerea principiilor Uniunii Europene: solidaritate, democraţie, unitate, o preocupare pentru a ţine Europa unită?

Harald Vilimsky (ENF), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte”*. – Selbstverständlich unterstützt die Ratspräsidentschaft die durch Sie angesprochenen Themen. Aber Solidarität – da ist auch immer die Frage, wie sie beurteilt wird, ob jene Staaten in mehr Verantwortung genommen werden, die ohnehin jetzt schon eine Bürde von Problemen tragen. Die österreichische Ratspräsidentschaft hat das Motto gewählt: „Ein Europa, das schützt“, und damit trifft die österreichische Ratspräsidentschaft auch genau den Nerv der europäischen Herausforderung unserer Zeit, nämlich die Migrationsfrage zu lösen. Und mittlerweile ist ja sogar durch eine Mehrheit dieses Hauses hier klar, dass diese Frage gelöst werden muss. Nur manche stecken dazu ihre Köpfe in den Sand.

Zoltán Balczó (NI). – Elnök Asszony! Köszönöm a szót! Az uniós csúcs napirendjén első helyen a migráció kérdése szerepel. Idézek a június 28-i következtetésekből: „Biztosítani kell az EU külső határainak hatékonyabb védelmét, ... a migránsok Unió belüli áttelepítése önkéntes alapon fog történni.” Ezzel szemben áll a Sargentini-jelentés, amelyik a magyar határvédelmi intézkedéseket bírálja, valamint számon kéri Magyarországon, hogy nem teljesítette a migránsok kötelező kvóta szerinti betelepítését.

A június 5-i döntések közül egyet lehet érteni azzal is, hogy növelni kell a migránsok visszaküldésének eredményességét, valamint a problémát a gyökerénél, az afrikai államokkal együttműködve kell megoldani. Most már a végrehajtáson a sor.

És egy gondolat a brexitről: a legrosszabb megoldás mindkét fél számára a megállapodás nélküli rendezetlen kilépés lenne, ezt kölcsönös kompromisszumokkal lehet elkerülni. És vegyük tekintetbe, hogy a brit miniszterelnök asszonyt a népakarat köti, mert volt egy népszavazás is ebben a kérdésben.

Esteban González Pons (PPE). – Señora presidenta, cuando el Reino Unido abandone la Unión Europea, España se convertirá en el único país europeo con una colonia extranjera en su propio suelo. Gibraltar no es solo un conflicto político entre España y el Reino Unido, es también una mancha en el proceso de integración europea, un anacronismo histórico que antes o después debe ser resuelto.

En estos momentos, hay en marcha una negociación entre Londres y Madrid de la que este Parlamento debería estar al tanto. Primero, para saber cómo quedan las condiciones laborales de los más de diez mil ciudadanos europeos españoles que viven en el Campo de Gibraltar y que todos los días cruzan la frontera con Gibraltar; segundo, para saber qué medidas se pondrán en marcha para evitar que Gibraltar siga siendo una lavadora de dinero ilegal y un centro de evasión de capitales —un paraíso fiscal—; tercero, para evitar que siga habiendo contrabando de tabaco y de otras mercancías —que no menciono— desde Gibraltar al mercado único todos los días; cuarto, para que cesen los vertidos tóxicos provenientes de la colonia que dañan el ecosistema de la bahía de Algeciras; quinto, para la gestión conjunta del aeropuerto. Y sexto: el acuerdo del Brexit, en nuestra opinión, debería incluir un calendario para reiniciar las negociaciones bilaterales sobre la cuestión de la soberanía, en cumplimiento de lo dispuesto por las Naciones Unidas y por el Proceso de Bruselas.

El Reino Unido se va; España se queda con los amigos. No encontraremos una oportunidad mejor para resolver la impresentable situación de la última colonia que queda en Europa.

Josef Weidenholzer (S&D). – Frau Präsidentin! Ein Zusammentreffen der Staats- und Regierungschefs jagt das andere. Diese hektische Betriebsamkeit steht im klaren Gegensatz zu den Ergebnissen. Seit Jahren sind es die gleichen Themen – meistens geht es um Migration – nach dem Motto, dass man jetzt endlich die Lösung parat hätte. Man will ja nur nachher den heimischen Medien erklären können, man hätte sich durchgesetzt.

Die Vorschläge des Parlaments bleiben weitgehend ignoriert, die Probleme sind ungelöst – wie etwa die Situation in den seinerzeit vollmundig angekündigten Hotspots auf den griechischen Inseln. Die Unterkünfte für Flüchtlinge sind heillos überfüllt, die hygienischen Zustände untragbar. Die Menschen sind zu monate- und jahrelangem Nichtstun verdammt und können nicht mit schnellen, rechtssicheren Verfahren rechnen. Kinder sind besonders stark betroffen. Suizid, Selbstverletzung und auffälliges Verhalten unter den Minderjährigen stehen auf der Tagesordnung. Hier, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, herrscht Handlungsbedarf. Wir brauchen eine reale Lösung der Probleme und keine Symbolpolitik.

Peter van Dalen (ECR). – Voorzitter, de brexit zal uitsluitend verliezers kennen aan beide zijden van het Kanaal. Dat bleek wel dit jaar uit een Brits rapport waarin aangetoond werd dat alle regio's in het Verenigd Koninkrijk klappen zullen gaan oplopen. En dat geldt niet alleen voor de regio's in het Verenigd Koninkrijk, ook Europese economieën zoals die van Nederland gaan miljarden schade oplopen. Ik hoop daarom van harte dat de brexit gekeerd kan worden. Misschien door nieuwe verkiezingen, wellicht door een tweede referendum. Mocht dat onverhoopt niet lukken dan hoop ik dat de Britse onderhandelaars dicht bij de huidige status-quo zullen blijven, zeker geen “no deal” en ook geen harde brexit, en evenmin het checkers-plan want dat is eigenlijk gewoon de krenten uit de pap halen. Ook na maart 2019 hebben we elkaar hard nodig en daarom vraag ik bijzondere aandacht voor de visserij. Al eeuwen delen we de visgronden van de Noordzee met elkaar en laten we die ook na maart 2019 gezamenlijk blijven beheren. Dus vooral niet elkaar het mes op de keel zetten, niet terug naar de oude visoorlogen, maar samenwerken. Want ook na maart 2019 moeten onze vissers aan beide zijden van het kanaal kunnen vissen in de Noordzee en moeten we onze vis en visproducten kunnen verhandelen.

Pavel Telička (ALDE). – Madam President, I also share the view of many colleagues that it is high time to unblock the Council on migration. Leadership of the Presidency here is needed, and many of the Members of the European Council are probably happy to have migration still on the agenda because it is a way to bash the EU all the time, and in fact the Czech Prime Minister says there is no other issue vis-à-vis the EU than migration.

But I am afraid migration is not the only issue, though it looks like that's the only problem. If we look at what our public says, 70 to 80% feel that the EU should have a higher role in trade policy. 70 to 80% want a European defence policy. Roughly the same number says that there are challenges in the economic area where Europe has a role to play. My question is, when are we going to close the gap on a number of those issues? When are we going to be delivering on those issues?

So migration, yes by all means, and let's finally settle it. However, we finally need to address these issues as well. One sentence on Brexit: I'm all in favour of unity, and it's great that we have it, but in terms of, for example, aviation safety, if EASA does not start technical talks with the CAA, we will be in a mess from next year on. That is my message to the Commission.

Reinhard Bütikofer (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum wiederholten Mal krallen wir uns an denselben Problemen fest. Zum wiederholten Mal beklagen wir dieselben Blockaden: Bei der Migration, bei der Frage der Flucht, beim Brexit oder wenn es darum geht, innerhalb unserer Europäischen Union die Rechtsstaatlichkeit generell verbindlich durchzusetzen. Mir geht es nicht darum, das nun auch noch einmal zu beklagen, sondern mir geht es darum, das Augenmerk darauf zu richten, dass wir währenddessen andere Fragen zu sehr aus dem Blick verlieren.

Über Handel ist gesprochen worden. Die USA haben jetzt mit Kanada und mit Mexiko einen neuen Vertrag zustande gebracht. Wir sollten uns nicht einreden, dass das nicht zusätzlichen Druck gegenüber der Europäischen Union bedeuten wird. Wir sind in einer Lage, in der wir uns wesentlich stärker zusammenschließen müssen, um in diesen Verhandlungen, die Herr Juncker wunderbar eingeleitet hat, auch ein gutes Ergebnis zu bekommen. Ich wundere mich, warum der Rat diese Frage nicht wesentlich weiter nach vorne bringt und warum der Rat nicht dafür sorgt, dass es endlich ein Mandat gibt, über das wir hier im Europäischen Parlament beraten können. Und ich wundere mich darüber, dass die Konnektivitätsstrategie, die vernünftigerweise von der Kommission und vom EAD vorgelegt worden ist, nicht auf der Tagesordnung steht. Denn auch da muss Zukunft gestaltet werden! Vergessen wir nicht, was um uns herum passiert, weil wir zu viel Bauchnabelschau betreiben.

Lynn Boylan (GUE/NGL). – Madam President, as we debate here this morning, the competing wings of British conservatism are battling it out in Birmingham about the meaning of Brexit. A carnival of reaction if ever I saw one. What's clear is that none of the Tories have any real concern about Ireland other than using us to score points in their internal party battle. None of them shows any commitment to previous agreements. They are so clueless that one thinks he can build a bridge between the islands, literally over a one million tonne unstable weapons dump, and another thinks he can currently spend sterling in Dublin.

So some selectively interpret the Good Friday Agreement to try to get privileged access to EU markets without having to follow any of the rules, while others would happily tear up that agreement along with the commitments they have already made in the Brexit negotiation.

And Mr Farage says the border was not an issue during the referendum. Well he's dead right it wasn't, because that just shows you the level of Brexiteer ignorance that there was during the referendum of the history of Ireland. So the Dublin government and the EU must hold firm and insist that the rights of people in Ireland are not up for negotiation and that Ireland will not be collateral damage.

Mara Bizzotto (ENF). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, negli ultimi anni l'Italia è stata invasa da 700 mila immigrati clandestini. E intanto la Commissione europea produceva aria fritta. Quello che voi non avete fatto in questi anni, noi lo stiamo facendo in pochi mesi, grazie al nostro leader Matteo Salvini: controllo delle frontiere, porti chiusi per le navi piene di immigrati illegali, pugno di ferro contro l'immigrazione clandestina.

Con il nuovo decreto Salvini finirà la pacchia per i clandestini e in Italia torneranno ad esserci sicurezza, rispetto delle leggi e giustizia. Gli immigrati irregolari che sono arrivati in Italia illegalmente si preparino a tornare in Africa. Noi andremo avanti con la rivoluzione del buon senso e difenderemo sempre gli interessi degli italiani, contro questa Europa complice dell'immigrazione di massa.

Macron e i falsi buonisti della sinistra sono avvisati. La smettano con le loro ridicole bugie e si sciacchino la bocca prima di parlare male dell'Italia e degli italiani.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κυρία Πρόεδρε, δυστυχώς τα τέσσερα τελευταία χρόνια η λαθρομετανάστευση και τα δίκτυα των διακινητών οργιάζουν, όσο η Ένωση συνεχίζει να χρησιμοποιεί αποτυχημένα εργαλεία και να εφαρμόζει λανθασμένες πολιτικές. Τα εξωτερικά σύνορα είναι διάτρητα, η εθνική κυριαρχία περιορίζεται, δεν υφίστανται αντικίνητρα κατά των λαθρομεταναστών, ενώ εσχάτως εφευρίσκονται τρόποι νομιμοποίησης και περαιτέρω διεύρυνσης των διόδων μετανάστευσης.

Πλέον καταγράφεται επισήμως πως 1 στους 13 είναι υπήκοος τρίτης, μη ευρωπαϊκής, χώρας. Φυσικά η πραγματικότητα είναι ακόμα πιο δυσόωνη.

Η λήψη δράσης δεν απαιτεί κάποια καινοτομία, διότι ξεκάθαρα οι παρανόμως διαμένοντες αποτελούν de facto εγκληματίες. Εισήλθαν παρανόμως στις χώρες μας και παραμένουν εντός της επικράτειάς μας δίχως διευθέτηση του καθεστώτος παραμονής τους. Αποτελεί ζητούμενο η επαναφορά της νομιμότητας και του αισθήματος ασφαλείας μεταξύ των πολιτών, αποτρέποντας την έξωση λαθρομεταναστών και απελαύνοντας όσους εισήλθαν και στερούνται νομιμοποιητικών εγγράφων και νόμιμης παραμονής. Τα αιτήματα είναι απλά: Όχι στην παράνομη μετανάστευση. Όχι στη δημιουργία παράλληλων κοινωνιών. Όχι στην αλλοίωση της έννοιας της ιδιγένειας.

(Ο ομιλητής αρνείται ερώτηση με γαλάζια κάρτα της Jaakonsaari)

Elmar Brok (PPE). – Frau Präsidentin, verehrte Ratspräsidentschaft, verehrter Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir einen Satz zu Beginn: Dieses Haus und die Kommission, die von diesem Haus bestätigt ist und deren Kommissionspräsident vom direkt gewählten Europäischen Parlament gewählt worden ist, sind voll und ganz demokratisch legitimiert. Und wir müssen festhalten, mehr legitimiert als die Premierministerin, die sich niemals einer Abstimmung im Haus ausgesetzt hat, sondern wo es ausreichte, den Ring der Königin zu küssen. Ich glaube, das sollten wir einmal festhalten. Wir müssen sehen, dass Herr Farage im Vereinigten Königreich ja auch noch nie für das nationale Parlament gewählt worden ist – trotz vieler Versuche.

Wir haben seit anderthalb Jahren auf den britischen Vorschlag gewartet. Dann kam Chequers. Dann hat Frau May erklärt: *Take it or leave it*. Das heißt: Wir warten anderthalb Jahre auf einen Vorschlag, der dann kommt und der dann von uns angenommen werden muss, und sonst sei es ein *insult*, wie gesagt worden ist.

Was wir jetzt machen sollen, ist eindeutig klar: Schnell den Austrittsvertrag machen. Da ist nur die irische Frage zu lösen. Bei gutem Willen geht das, es liegen genug Vorschläge der EU vor, um dieses Problem zu lösen. Und dann haben wir zwei Jahre Zeit, um einen anständigen Freihandelsvertrag auszuhandeln und auch die übrigen Verträge für die innere und äußere Sicherheit zu verhandeln. Lasst uns von der Rhetorik dieser Parteitage wegkommen, von den Beleidigungen von Herrn Hunt und anderen – wenn wir das machen sollten, wäre der Teufel los –, und endlich diesen Austrittsvertrag verhandeln, um daraus eine gute weitergehende Zusammenarbeit zu erreichen. Dies muss jetzt erreicht werden, und die Engländer müssen endlich zur Tagesordnung kommen.

(Der Redner ist damit einverstanden, zwei Fragen nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *blue-card question*. – Mr Brok, like it or not, the UK and the Republic of Ireland are going to have to get on and it's going to have to work out. However that happens, it's going to be difficult, but it's going to have to work out. For that to work out, we don't need MEPs like you coming in here – I'm no fan of Ms May, no fan of the Conservative Party – but it doesn't help you coming in here and questioning whether their Prime Minister is legitimate or not. It's up to them to decide.

I'll say it again: no time for her, but you are not helping, you're making it worse, Elmar. Stop it.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Herr Brok, ist Ihnen eigentlich klar, dass es Herr Barnier war, der am Anfang gesagt hat, dass man – bevor man eine Lösung für das Grenzregime hat – ein Handelsabkommen haben muss? Das ist völlig unmöglich gewesen. Ich kenne kein Grenzregime, ohne dass man weiß, was für ein Handelsabkommen man hat. Allein dadurch wurde ein Jahr vergeudet.

Elmar Brok (PPE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Frau Präsidentin! Ja, die verfassungsrechtliche Ordnung des Vereinigten Königreichs ist Angelegenheit des Vereinigten Königreichs. Aber bitte dann nicht uns angreifen, wir wären nicht demokratisch legitimiert! Das wollte ich zum Ausdruck bringen. Die Europäische Union ist demokratisch legitimiert durch nationale Parlamente und durch die Direktwahl des Europäischen Parlaments und daraus auch die Kommission. Und deswegen sollten Sie Schluss machen mit dieser Alibiveranstaltung mit der demokratischen Legitimierung.

Und ich muss sehen, dass 27 demokratisch gewählte Regierungschefs diesen Vorschlag Großbritanniens nicht akzeptiert haben. Es ist doch eine Normalität, dass so etwas passiert. Und aus diesem Grund muss man auch feststellen

(Die Präsidentin unterbricht den Redner.)

Und wir müssen feststellen, dass die Republik Irland als Mitglied der Europäischen Union möchte, dass wir uns auch um diese Angelegenheit kümmern. Und das werden wir tun auf Wunsch der Republik Irland.

Der Punkt, den Herr Henkel angesprochen hat: Dies ist einfach falsch! Dass die Irlandfrage mit im Austrittsvertrag steht, ist eine Vereinbarung am Beginn der Verhandlungen mit den *sequences*. Das ist völlig klar! Und es gibt klare Vorschläge, wie es gemacht werden soll.

Und wir wollen einen Freihandelsvertrag. Aber deswegen kann man die Grenzfrage vorher klären, damit es in anständiger Weise für die Iren läuft.

Kathleen Van Brempt (S&D). – Voorzitter, wat net gezegd is over de brexit kan net zo goed toegepast worden op het hele migratie-debat. De Commissie is twee jaar geleden met een agenda gekomen en dit Parlement heeft zich vaak kamerbreed uitgesproken voor de hervorming van dat beleid en wat doet de Raad – ook democratisch gelegitimeerd weliswaar – wat doet de Raad? Twee jaar kibbelen, het oneens zijn en met geen enkel deftig voorstel komen. Het enige wat er vandaag nog overschiet is het zogenaamde debat over de “disembarkation centers” en eerlijk gezegd: ik weet begot niet wat dat betekent. Wie bedenkt zulke namen in godsnaam? En tegelijkertijd, mevrouw de Voorzitter, tegelijkertijd is de Aquarius haar vlag kwijt, de Aquarius die sinds haar ontstaan dertigduizend levens heeft gered. Dat zijn dertigduizend glimlachen en zestigduizend handen, misschien wel honderdduizend dromen. Zijn er nog mensen vandaag in de Raad, in het politieke centrum, die bereid zijn om samen met ngo's de waarden van de Europese Unie hoog te houden?

James Nicholson (ECR). – Madam President, if I may take the opportunity. The Belfast Agreement, also often referred to as the Good Friday Agreement, states ‘it is hereby declared that Northern Ireland, in its entirety, remains part of the United Kingdom and shall not cease to be so without consent of a majority of the people of Northern Ireland’. This is the principle of consent that is the heart of the Belfast Agreement. Nothing can camouflage that.

Let me make it very clear to this House – and I have heard comments here this morning that I wished I would not have heard – the people of Northern Ireland, from all backgrounds, from all persuasions, do not want to ever, ever return to their past history. There has to be a solution found that ensures that that never happens in the future. That is the challenge. That is what politicians are here for. So I was very saddened this morning when I heard Mr Juncker say it is 'Ireland first'. I'm sorry, I am from Northern Ireland, and I say it is the United Kingdom and it is Northern Ireland that must be first.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL). – Madam President, I'd like to address this to Mr Juncker, because it is about an announcement he made in March 2017. They say if you fail to plan, you plan to fail. This is why I was happy to hear, in March 2017, Mr Juncker come here and talk about a plan for the future of Europe up until 2025. He spoke about five options, and basically the options were full fiscal, economic, monetary or military union on one end of the rainbow, and on the other end of the rainbow we go back to being a group of trading nations. We were meant to have a discussion about this, a debate, something that I think would have helped a couple of years ago in Britain and would have actually headed off Brexit. We also had a series of reflection papers, which we were meant to discuss. We were also in theory meant to have a series of debates around Europe. Mr Juncker came here and told us about varying numbers, they didn't add up.

On the Commission blurb, they talk about this process, and they said it would help decide on a course of action to be rolled out in time for the EP elections in 2019. I now ask the question: where is this white paper on the future of Europe? How is it sitting with the various parties here? What is happening in the European elections in relation to it? Where is it, Mr Juncker? Where are you? Could you not have stayed here for three hours? Do you not get paid enough to do your damn job?

Gerolf Annemans (ENF). – Voorzitter, dames en heren, hier aan de macht in de Europese Unie, in 2014 kwamen wij hier binnen met een nooit gezien aantal EU-kritische parlementsleden die door u uit de hoogte en met een zekere afkeer populistten werden genoemd. U nam zich voor om het anders te gaan doen, minder Europese Unie, minder federalisme, minder centralisme. Wat we hebben gezien vijf jaar lang is het omgekeerde, een explosie van federalisme, een verdere centralisering, "ever closer Union". Terwijl in geen enkele lidstaat een verkiezing heeft plaatsgevonden, inclusief de referenda in het Verenigd Koninkrijk, die niet het omgekeerde aantoonde, die niet de nieuwe tijd dichterbij bracht die wij hier vertegenwoordigen. Het ziet ernaar uit dat 2019 confrontatie wordt van die nieuwe en van die oude tijden. Vandaar mijn boodschap aan meneer Juncker en eigenlijk ook aan heel zijn Commissie en aan het nieuwe koppeltje Merkel en Macron die ons verder willen gijzelen in die strategie, en ik zeg het met de woorden van Aznavour: "*Il faut savoir quitter la table lorsque l'amour est desservi, sans s'accrocher, l'air pitoyable mais partir sans faire de bruit*".

"Il faut savoir quitter la table lorsque l'amour est desservi, sans s'accrocher l'air pitoyable, mais partir sans faire de bruit".

Kinga Gál (PPE). – Elnök Asszony! Az EIT visszatérő, központi témája a migráció-nyomás megfékezése. Ehhez meg kell végre védeni az Unió külső határait, szárazföldön és vízen egyaránt. Egyértelmű, hogy ez egy politikai akarat kérdése, az eszközök meglennének hozzá. A Frontex-nek ebben lehet fontos szerepe, de semmilyen körülmények között nem veheti ki a kezünkől saját határunk védelmét. Szét kell zúznunk az embercsempészek üzleti modelljét, és együtt kell működni azokkal az országokkal, amelyek képesek a migrációs útvonalak felszámolására. A tagállamok között az alapvető megoldási lehetőségekről és intézkedésekről nincs egyetértés, ezért elfogadhatatlannak tartom Avramopulosz biztos az ENSZ közgyűlésének egyik rendezvényén kifejtett nyílt bevándorlaspárti álláspontját, mint az illegális bevándorlás legalizálása vagy a migránsok európai munkavállalásának támogatása, amelyek messze túlterjeszkednek hatáskörén és felhatalmazásán.

Sem Magyarország, sem a visegrádi országok nem kívánnak bevándorló orszaggá válni. Mi az illegális migrációt nem legalizálni, sem menedzselni nem szeretnénk, hanem megállítani akarjuk. Meg akarjuk őrizni polgáraink biztonságát és gyermekeink számára Európát olyannak, amilyennek mi ismerjük.

(A felszólaló elutasítja Liisa Jaakonsaari és Sophia in 't Veld „kékkártyás” kérdését)

Roberto Gualtieri (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, io penso che i problemi complessi che stiamo affrontando richiederebbero meno propaganda e più serietà. Meno propaganda, lo dico alla collega Bizzotto della Lega, che ci ha fatto il suo solito comizio. Qui la clandestinità e l'illegalità in Italia l'ha alimentata la Lega con leggi come la Bossi-Fini e il decreto Salvini non farà che peggiorare le cose.

Quindi per favore, invece di fare propaganda, aiutateci a sostenere la riforma di Dublino, che i vostri alleati come Orban continuano a bloccare. Basta propaganda, collega Valli, che forse ignora persino, che quando Juncker ha detto quelle famose parole, la Francia era in procedura di deficit.

Qui il problema non è la Commissione europea, qui il problema è che ci state portando alla bancarotta con le vostre affermazioni irresponsabili che ci porteranno, alla fine, ad avere più tagli e più austerità, e naturalmente basta propaganda su Brexit. È tempo di avere un accordo ambizioso, serio, equilibrato, noi siamo pronti, ma ci sono due condizioni irrinunciabili e credo che dopo Salisburgo tutti l'abbiano capito.

Occorre un backstop operativo che non è una frontiera, ma dei controlli che già in gran parte esistono e una zona di libero scambio si può costruire, ma senza fare a pezzi il mercato unico. Noi siamo pronti, siamo aperti, ma siamo uniti.

Richard Sulík (ECR). – Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Timmermans! Es ist offensichtlich, dass die britische Regierung nach den völlig unnötigen Wahlen viele Probleme hat, schwach ist und dementsprechend auch sehr zögerlich verhandelt. Die EU sollte sich aber nicht zu früh freuen, denn eine Einigung ist für die EU wichtiger als für die Briten. Die Exporte nach Großbritannien sind doppelt so hoch wie die Importe aus Großbritannien. Die Europäische Union hat mit Kanada ein Freihandelsabkommen abgeschlossen, und das sollte doch auch mit Großbritannien möglich sein. Ich denke, es sollte möglich sein, dass man diese vier Freiheiten trennt. Wenn das mit anderen Ländern geht, warum nicht mit Großbritannien?

Ein weiteres Referendum wird es in Britannien nicht geben. Damit sollten wir uns endlich abfinden und viel mehr Entgegenkommen an den Tag legen. Es scheint mir nämlich, dass die EU bereit ist, sich selbst ins Knie zu schießen, nur um die Briten abzustrafen.

Paulo Rangel (PPE). – Senhora Presidente, Senhora Presidente do Conselho, Senhor Vice-Presidente Timmermans, em primeiro lugar eu queria deixar aqui claro que, sem dúvida, a questão principal a tratar no próximo Conselho será o Brexit e que aí eu acho que nós, como União Europeia, não devemos reagir de modo, eu diria, muito hipersensível e hiperativo a algumas provocações que vêm, seja do lado do Reino Unido e até do seu Governo, como vimos ontem com a declaração de Jeremy Hunt, seja do lado de forças populistas aqui no Parlamento Europeu e na União Europeia.

Eu penso que nós devemos ter uma atitude construtiva. Não devemos dar nenhum argumento para que o Reino Unido diga que nós estamos a bloquear qualquer processo de negociações. Firmes nos nossos princípios, mas abertos à cooperação. Só desta forma poderemos vir a ganhar esta batalha de conseguir um acordo com o Reino Unido e de eventualmente, se não conseguirmos, ficarmos perante o eleitorado e a opinião pública com a certeza de que fizemos tudo para que não houvesse um golpe ou um bloqueio nas negociações. É fundamental ter uma posição construtiva. Isto não significa abdicar das quatro liberdades, isso não significa abdicar da defesa de uma fronteira flexível e aberta na Irlanda e, portanto, sem abdicar de nenhum dos nossos princípios, nós devemos ser tão fleumáticos quanto os britânicos em tempos passados nos habituaram a ser.

Birgit Sippel (S&D). – Frau Präsidentin! Die Gründung der Europäischen Union war ein visionärer, mutiger Schritt. Etwas völlig Neues entstand: ein grenzenloses, friedliches Zusammenarbeiten von verschiedenen Staaten. Und heute? Der Europäische Rat trifft sich als Versammlung nationaler Politiker, die verzagt auf nationale Umfragen starren. Wir produzieren immer neue sogenannte Sicherheitsgesetze, von denen keines komplett umgesetzt ist, aber die Grundrechte und der Schutz der Privatsphäre geraten unter Druck. Migration und Asyl müssen innerhalb und außerhalb Europas gemeinsam gestaltet werden.

Und der Binnenmarkt? Die Menschen in Europa brauchen eine starke soziale Säule. Stellen Sie sich doch endlich diesen gemeinsamen Herausforderungen! Denn die Zukunft unseres demokratischen Kontinents, die Zukunft von mehr als 500 - Millionen Menschen ist jede Anstrengung wert. Sie sollten endlich damit beginnen!

Mirosław Piotrowski (ECR). – Pani Przewodnicząca! Pierwszym tematem obrad zbliżającego się posiedzenia Rady Europejskiej będzie migracja. Punktem odniesienia natomiast konkluzje z czerwcowego posiedzenia Rady, w których odnotowano między innymi, że Unia podjęła wiele wysiłków, aby zapobiec nawrotowi niekontrolowanego napływu ludzi z roku 2015. Lepiej późno niż wcale, chciałoby się rzec.

Dobrze byłoby, aby na zbliżającym się posiedzeniu Rada Europejska poszła o krok dalej i stwierdziła, że otwarcie drzwi dla uchodźców w 2015 r. przez panią Angelę Merkel było nielegalne, a w sprawie migracji rację miały rządy krajów, takich jak Węgry i Polska. Wprawdzie pośrednio wybrzmiewa to z konkluzji czerwcowego posiedzenia Rady, gdzie nie powraca się do mechanizmu obowiązkowej relokacji uchodźców, a mowa jest o dobrowolnych przesiedleniach.

Trzeba jednak pamiętać, że najważniejsza jest ochrona granic, co leży przede wszystkim w gestii poszczególnych państw członkowskich, a oddziały Frontexu powinny stanowić jedynie ich wzmocnienie. Nie możemy dopuścić do sytuacji, w której dany kraj członkowski utraci kontrolę nad swoją granicą na rzecz Frontexu.

(Mówca odmówił wysłuchania pytania zasygnalizowanego przez podniesienie niebieskiej kartki przez Liisę Jaakonsaari)

Andrey Kovatchev (PPE). – Madam President, in the UK and recently also in Macedonia, referendums have put countries in a dead-end street. It is very clear that Brexit cannot be a success story, either for the United Kingdom or for the European Union. We would warmly welcome the UK back in if they decide to ask their citizens again and this is the will of the people. Brexit is the most irrational step in recent history which, if it not changed, will have a negative impact for the decades. You cannot have all EU benefits without being a member of the European Union.

I would like also to say some words on Macedonia. I hope the Council will reconfirm that the door for Macedonia is open for the European integration of this country and I'd like also to wish a lot of success to our countrymen there, for their European Atlantic way. European Atlantic integration remains the only way to secure stability in the Western Balkan region and to achieve historical reconciliation. I hope that the political class in that country won't fall prey to populism and cheap PR in the days and months to come.

On migration. Migration will be one of the most crucial topics in the next European elections and we need to prove to the European citizens that more Europe means more security and prosperity. The European Parliament has put the proposals on the table already, and I hope that the national leaders in the Council will swallow their egoism and find a workable solution to the problem. Among the concrete steps to tackle the migration flow are security on the external borders, prevention against radicalisation and terror and a united foreign and security policy in the Middle East and Africa.

Knut Fleckenstein (S&D). – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir erwarten vom Rat konkrete Ergebnisse. Dazu gehört auch der Schutz unserer Außengrenzen. Es kann doch nicht sein, dass sich einige der Solidarität entziehen mit der Begründung, wir würden nicht genug für den Schutz der Außengrenzen tun, und wenn wir es dann vorschlagen, wieder zurückfallen in das Kleinklein der souveränen Staaten, die das lieber alleine lösen wollen. Und wir erwarten auch ein klares Wort von Ihnen, dass diejenigen Menschen, die andere im Mittelmeer retten, nicht mehr kriminalisiert werden.

In acht Monaten haben wir Europawahl. Acht Monate haben Sie noch Zeit, sozusagen ein Zeichen zu setzen, dass das, was Sie bisher abgeliefert haben, Ihnen selbst nicht ausreicht. Wer glaubt, dass er durch Nichthandeln irgendetwas retten kann, ist meiner Meinung nach auf dem Holzweg. Ich jedenfalls habe keine Lust mehr, mir hier die Sonntagsreden der Regierungschefs am Dienstag und Mittwoch anzuhören, wenn sie nicht endlich zur Arbeit kommen.

(Der Redner lehnt es ab, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung von Herrn Jurek zu beantworten.)

Michaela Šojdřová (PPE). – Paní ministryně, pane místopředsedo Timmermansi, Evropská rada má klíčovou odpovědnost a musí přicházet s řešením aktuálních problémů a těmi stále zůstávají bezpochyby migrace a bezpečnost. Kolegové a kolegyně, kteří voláte po řešení také dalších důležitých otázek, jako jsou otázky sociální, životní prostředí, tyto otázky jsou důležité, ale bez toho, že se navrátí důvěra občanům v této klíčové otázce bezpečnosti a migrace se nepohneme dál.

V Salcburku dosáhla Rada ministrů pokroku. Posilování evropské pohraniční a pobřežní stráže je nepochybně důležitý krok zejména formou navýšení lidských i materiálních kapacit. Je důležité, abychom také pokročili v otázce vytváření hotspotů mimo Evropu.

Neefektivní boj proti nelegální migraci a proti přílivu ekonomických migrantů totiž politicky znemožňuje pomoc těm, kteří ji skutečně potřebují. Lidem zranitelným nebo například dětským obětem válečných konfliktů. Hovořím z vlastní zkušenosti, neboť se již několik týdnů snažím přimět českou vládu, aby Česká republika dobrovolně, podtrhuji dobrovolně, přijala 50 nedoprovázených dětí z řeckých táborů, které nutně potřebují ochranu, péči a vzdělání. I takto symbolický návrh se setkává s nedůvěrou, kterou provokují populistické síly, které využívají strachu z ilegální migrace, kterou jsme v minulých letech bohužel zažili. Chci Vás ujistit, že Česká republika je solidární, přispívá finančně do fondu pomoci a na konkrétní humanitární projekty. Lidé v České republice chtějí pomáhat těm, kteří skutečně pomoc potřebují.

Cécile Kашetu Kyenge (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, sono mesi che i capi di Stato e di governo dibattono del fenomeno migratorio, giungendo ogni volta a soluzioni vaghe e irrealizzabili, peraltro su base volontaria. Alla Presidenza di turno vorrei chiedere: cos'è cambiato rispetto al vertice di giugno? È stato forse trovato un consenso sul regolamento di Dublino o la riforma è stata accantonata definitivamente?

Continuate ancora ad opporvi così tenacemente al sistema europeo centralizzato delle domande di asilo, basato sul principio di solidarietà e piena condivisione delle responsabilità, così come votato dal Parlamento lo scorso anno? Continuate ad essere intrappolati nella vostra logica emergenziale. Esultate per la riduzione degli sbarchi senza però mettere a punto strategie globali di gestione del fenomeno migratorio. Criminalizzate le ONG, rinnegando il principio della salvaguardia dei diritti umani.

Sì, ora mi rivolgo al collega Valli: le ONG diventano, ora, il capo espiatorio delle politiche fallimentari e disumane del governo italiano, sempre più populista e xenofobo, le triturate nel fango con accuse false e criminalizzando la loro attività umanitaria. Vergognatevi!

Eppure l'Italia è stata pioniera del sistema di ricerca e salvataggio nel Mediterraneo con l'operazione Mare Nostrum, e ricordo che domani ricorre il quinto anniversario della strage di Lampedusa.

Al Consiglio: inventate procedure legislative nuove pur di non assumervi le vostre responsabilità nel dibattere una proposta di regolamento già adottata dal Parlamento. Concentratevi su Dublino e non sulle vostre soluzioni alternative.

Dubravka Šuica (PPE). – Gospodo predsjedavajuća, tri su teme koje bi trebale dominirati Europskim vijećem.

Prije svega, neizostavni Brexit, za kojeg smatram da je bila ogromna pogreška, i sada kad smo već tu, zalažem se za to da se riješi pitanje s Irskom i da nam to bude prioritet, kao što smo već čuli.

Druga tema, koja je vrlo važna, zaštita je vanjskih granica i unutarnja sigurnost. Kad govorimo o vanjskim granicama, sigurna sam da dublinsko pravilo treba unaprijediti. Parlament je imao svoj stav, Komisija je imala svoj prijedlog i očekujemo od Vijeća da konačno donese odluku o Dublinskom sustavu. To bi bilo vrlo dobro. Govorim sada u ime Hrvatske koja ima najdužu granicu u Europskoj uniji, najdužu kopnenu granicu od 1350 km i strašno nam je važna zaštita vanjske granice. To je jedina zemlja koja je izvan Schengena s tako dugom granicom.

I treća tema sigurno je trgovina i trebalo bi govoriti o trgovačkim sporazumima. Nakon posjeta Jean-Claudea Junckera Sjedinjenim Američkim Državama, sigurna sam da treba unaprijediti transatlantske odnose, ali podržavam i Euroazijski samit.

Richard Corbett (S&D). – Madam President, chaos and confusion reign when it comes to Brexit. The British Government is torn apart by its internal divisions on the matter and is reverting to the tired old game of blaming Brussels for its own internal divisions. It is staggering, gradually zigzagging, towards a very damaging Brexit, a costly Brexit, a job-destroying Brexit, a rights-threatening Brexit, a Brexit that bears no resemblance whatsoever to what was promised by the leave campaign at the time of the referendum. In those circumstances, it is not surprising that more and more British citizens, especially those who voted leave, are saying ‘wait a minute, this is not what we were promised, this is not what we were told, and it’s damn well not what I voted for’.

The Labour Party at its congress last week decided that it will vote against any such damaging withdrawal agreement on a Brexit deal. If that doesn’t bring down this government and cause a general election, then we will support other options, including the possibility of a new referendum, a referendum on the actual Brexit deal.

People have a right to stand up for a proper democratic process. People have a right to say ‘this is not what we were told; this is not what we were promised’. The issue of Brexit in Britain is not settled, there is still a struggle going on to make sure we are not led over a cliff edge.

(Applause)

Othmar Karas (PPE). – Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Zeit drängt. Die Zeit drängt nicht nur beim Brexit. Ich muss den Bürgerinnen und Bürgern sagen: Für alle Vorschläge, für alle Probleme und Herausforderungen liegen Vorschläge der Kommission und Beschlüsse des Europäischen Parlaments auf dem Tisch. Wir warten ausschließlich darauf, dass der Rat seine Verhandlungsblockade beendet und einen Stil entwickelt, der sich an Lösungen orientiert statt an Blockaden.

Wer die Europäische Union handlungsfähiger, demokratischer und effizienter machen will, der muss entscheiden, statt den Außengrenzschutz, die Asylagentur, die legale Zuwanderung zu blockieren. Er muss sich entscheiden, die alte Rechts- und Wertegemeinschaft zu leben und das Artikel-7-Verfahren gegenüber Polen und Ungarn einzuleiten. Er muss zusammenhalten und europäische Verantwortung übernehmen, statt die Bürgerinnen und Bürger alleine zu lassen. Er sollte die Vorschläge der Kommission zur Beseitigung der Einstimmigkeit unterstützen und sich ohne Wenn und Aber für die liberale Demokratie und damit für die parlamentarische Demokratie einsetzen.

Das erwarten wir von der nächsten Ratssitzung. Öffnen Sie die Türe in die Zukunft und zum Umsetzen der vorgeschlagenen Lösungen!

Patrizia Toia (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, come sempre, il Consiglio promette momenti di verità – sono parole di Tusk – e decisioni forti, ma poi vive di rinvii. La storia più eclatante è quella della riforma di Dublino, la richiama la collega Kyenge, poteva già essere fatta e invece rischia di morire.

Il Consiglio così non smaschera le bugie degli euroscettici che sentiamo sempre anche in quest’Aula, non smaschera i loro inganni ai danni del popolo – l’ha detto il collega Corbett – il Consiglio copre soprattutto le proprie contraddizioni, le contraddizioni dei propri membri, cara Ministro, e fa anche il doppiogioco pur di proteggersi. Come chiamare diversamente se non doppiogioco quello che viene fatto, quando si dice, da un lato, si assicura una politica di solidarietà per l’immigrazione e poi si sancisce la base volontaria.

Qui il mio governo ha le sue grandissime responsabilità, anche in questo capitolo, come dire, se non è doppiogioco quello che fa il suo presidente Kurz, nonché Presidente del Consiglio, in questa fase, che da un lato parla di solidarietà e poi che fa, fortifica i confini nazionali. Doppiogioco è condannare Orban per le violazioni dello Stato di diritto e poi accettare la sua impostazione di egoismo nazionale sull’immigrazione.

Il Parlamento è molto solo, a volte con la Commissione, ma continuerà tuttavia con la consapevolezza di essere eletto direttamente dai cittadini europei a fare la sua parte.

Ivo Belet (PPE). – Voorzitter, de Europese Commissie heeft een concreet project op tafel gelegd. De versterking van de buitengrenzen van de Europese Unie met tienduizend extra grenswachten en kustwachten en ik denk dat we kunnen zeggen dat het Europees Parlement klaar staat om dat voorstel snel operationeel te maken, snel het groene licht te geven. Wij rekenen op u, mevrouw de Voorzitter, om binnen de Europese ministerraad ook dat voorstel vooruit te helpen. Sommigen in dit huis en ook daarbuiten zijn absoluut niet geïnteresseerd in een oplossing. Ze willen blijven roepen dat dit een continent is zonder grenzen, dat de achterdeur open staat enzoverder, die onzin blijven verkopen. Maar u, mevrouw de Minister, beschikt over een uitgelezen kans om nu een kordaat en helder en duidelijk signaal te geven aan

de Europeanen, een duidelijk signaal dat Europa de burgers en de mensen wel beschermt en duidelijk het vertrouwen van de burgers wel waard is.

Péter Niedermüller (S&D). – Elnök asszony! Miközben mi itt plenáris ülést tartunk, valahol kint, a Földközi-tengeren emberek hánykolódnak egy ócska csónakban Európa felé. Emberek, akiknek sejtelmük sincs arról, hogy ma Európában azon vetélkednek a kormányok, hogy ki tudja hatékonyabban lezárni a határait a menekültek előtt. Miközben mi itt plenáris ülést tartunk, Lesboszon, a görög szigeten, a Moria menekülttáborban közel 8000 ember várja borzalmas körülmények között, hogy szülessen végre valamilyen döntés az ügyükben, az életükről. De nem történik semmi, és nem történik semmi azért, mert a menekültek úgyge ma Európában politikai manipuláció tárgyává vált.

Avramopoulosz biztos nagyszerű beszédet mondott New York-ban, és világossá tette az európai menekültügyi politika alapelveit. Mindez azonban nem sokat ér, ha a Tanács, a miniszterelnökök nem a probléma megoldásával foglalkoznak, hanem saját politikai jövőjüket féltik. Politikai és morális bátorságot kellene végre mutatni, nem engedményeket tenni a szélsőjobboldalnak, mert így el fogjuk veszíteni azt az Európát, amit mindannyian közösen építettünk föl.

Maria João Rodrigues (S&D). – Madam President, the Austrian Presidency has launched its agenda under the motto ‘a Europe which protects’, but we fear that the understanding of a Europe which protects is being too limited. Starting with refugees and migration, it seems that most of all we need to protect ourselves from a kind of invasion coming from refugees. This is completely out of the reality. We need to ensure a proper way to rescue people drowning in the sea. We need to have a real European asylum system. We need to start discussing a legal corridor for migration in Europe and we need to have partnerships with the origin countries, which really helped these countries to provide a better life, for people to stay. This is the ambitious European policy we need to build up.

But then let me underline that if the motto is really ‘a Europe which protects’, the Austrian Presidency has a short time to deliver on key issues. The first one, I would say, is to protect fundamental rights and democracy, triggering Article 7 in the Polish and Hungarian case. Updating our law to protect us from cyber-manipulations. Then we have the need to protect people when it comes to social rights, delivering on the European pillar of social rights. Last but not least, we need to have the financial means and that’s why taxation, fair taxation, will be crucial to provide the means for us to sustain our welfare systems, our public services, but also the means to provide a community budget up to the level for the next years. Own resources are on the plate, and overall this is the short list of issues where the Austrian Presidency should be able to deliver until the end of the semester.

Catch-the-eye procedure

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, εμείς όλοι πιστεύουμε σε μια ισχυρή και ενωμένη Ευρώπη, μια Ευρώπη που να μπορεί να ανταποκρίνεται στις προκλήσεις. Για να μπορέσει να πετύχει αυτή η Ευρώπη, θεωρώ ότι πρέπει να παραμείνει σταθερή σε θέσεις, αρχές και αξίες, είτε για το θέμα του Brexit είτε για το ζήτημα του μεταναστευτικού είτε για το κράτος δικαίου. Η Ευρωπαϊκή Ένωση, είτε με τη Μεγάλη Βρετανία είτε χωρίς στη Μεγάλη Βρετανία, ενωμένη μπορεί να προχωρήσει και να είναι και πάλι ισχυρή και δυνατή, όπως την γνωρίσαμε και όπως την προσδοκούν τα 500 εκατομμύρια πολίτες.

Όμως η Ευρωπαϊκή Ένωση δεν μπορεί να πειραματίζεται και δεν μπορεί να κάνει εκπτώσεις στις αρχές και αξίες της. Και στο σημείο αυτό είναι η ευκαιρία: η ίδια η Ευρωπαϊκή Ένωση, η Ευρωπαϊκή Επιτροπή να ξεκαθαρίσει αν αυτή η ισχυρή Ευρώπη που θέλουμε υπερασπίζεται και διασφαλίζει τα εξωτερικά της σύνορα, υπερασπίζεται και διασφαλίζει την κυριαρχία των χωρών μελών. Και τα λέω αυτά, γιατί και πάλι χθες ο πρόεδρος της Τουρκίας εξαπέλυσε απειλές κατά της Ελλάδας και της Κύπρου, απειλές για τα ενεργειακά της αποθέματα, απειλές για τα κυριαρχικά της δικαιώματα.

Είσατε σε θέση, κύριε Αντιπρόεδρε της Ευρωπαϊκής Επιτροπής, να διακηρύξετε και να διαμηνύσετε ότι η Κύπρος και η Ελλάδα δεν έχουν να φοβηθούν τίποτα και να στείλετε ισχυρό μήνυμα στην Τουρκία;

Elly Schlein (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, al vertice di Salisburgo di nuovo un nulla di fatto, la solita ossessione securitaria di controllo delle frontiere rispetto a chi fugge da violenze e da fame, nulla su Dublino o sulla solidarietà interna. Qualcuno vorrebbe addirittura fare accordi con l'Egitto, quando sono 32 mesi che chiediamo verità per Giulio Regeni, cittadino europeo torturato e ucciso e ancora nessuna risposta da parte del regime di Al-Sisi. State svendendo così i diritti fondamentali che sono alla base della nostra Unione.

Macron ha detto a Salisburgo che bisogna riformare Dublino prima delle elezioni europee. Finalmente ve ne siete accorti. Basta che adottiate la posizione espressa a maggioranza dei due terzi da questo Parlamento che obbligherebbe ogni Stato membro a fare la sua parte sull'accoglienza. Se lascerete finire questa riforma nel cassetto vi prendete la responsabilità dell'avanzata dei nazionalismi xenofobi e di non aver dato ai cittadini europei le risposte comuni europee che chiedono.

Marek Jurek (ECR). – Pani Przewodnicząca! To zaskakujące, że przemówienie jednego byłego ministra na krajowej konferencji partyjnej jednej z kilkudziesięciu, czy może więcej partii politycznych w Europie wywołuje takie poruszenie – tak Państwa poruszyło porównanie Jeremiego Hunta do Związku Sowieckiego. Ja jestem przeciwnikiem ostrych porównań, ale chciałbym, żebyśmy ten standard stosowali w naszej Izbie. Pan przewodniczący Verhofstadt, który bardzo nie lubi kiedy ktoś nie chce słuchać jego przemówień, ale sam niechętnie słucha krytyki, bo jak widzimy nie ma go tutaj, porównał na tej sali, no wprowadzie implicit, ale porównał premiera Orbána do Goebbelsa, mówiąc o paleniu książek przed parlamentem, i to nie wywołało tak radykalnej reakcji.

Ja z ogromnym niepokojem słucham, że tutaj w naszej debacie nazywano wykonywanie rządów prawa w odniesieniu do nielegalnej imigracji ksenofobią, obsesją. Myślę, że pan przewodniczący Timmermans, znany obrońca rządów prawa, powinien na to zdecydowanie zareagować.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, η επικείμενη σύνοδος θα επανέλθει στην προσφυγική κρίση με έκθεση προόδου. Ευελπιστούμε ότι θα υπάρξει πραγματική εκτίμηση της προσφυγής κρίσης, χωρίς εφησυχασμό λόγω του μειωμένου αριθμού αφίξεων στην Ευρωπαϊκή Ένωση. Γιατί η τραγική πραγματικότητα, οι πνιγμοί ανθρώπων στη Μεσόγειο, δεν είναι μόνον αριθμοί. Η πρόσφατη συμφωνία των ηγετών στο Σάλτσμπουργκ για το προσφυγικό δυστυχώς κινείται προς λάθος κατεύθυνση. Οι συμφωνίες με τρίτες χώρες το μόνο που θα επιτύχουν είναι να αυξήσουν τους ελέγχους στα σύνορα, να ενισχύσουν τη λογική της Ευρώπης-φρούριο.

Εμείς επιμένουμε ότι χρειάζεται στρατηγική που να στηρίζεται στην αλληλεγγύη. Να καταργηθεί το Δουβλίνο II, να δημιουργηθεί ένα κοινό δίκαιο σύστημα ασύλου και μόνιμο δεσμευτικό και δίκαιο σύστημα μετεγκατάστασης των προσφύγων. Τα κράτη μέλη χρειάζονται έμπρακτη στήριξη. Για παράδειγμα, στην Κύπρο φτάνουν συνέχεια πλοίαρια με εξαθλιωμένους πρόσφυγες, μεταξύ των οποίων παιδιά και έγκυοι. Μπορεί ο αριθμός των προσφύγων να είναι μικρός· ωστόσο, κατ' αναλογία πληθυσμού της Κύπρου, οι ανάγκες που προκύπτουν είναι πολλές και η χώρα μας χρειάζεται στήριξη, για να ανταποκριθεί επαρκώς στη φιλοξενία των προσφύγων.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, η άτυπη Σύνοδος Κορυφής του Σάλτσμπουργκ δεν αφήνει και πολλά περιθώρια για ουσιαστική μεταβολή της πολιτικής της Ευρωπαϊκής Ενώσεως απέναντι στο σοβαρό θέμα της μεταναστεύσεως. Επαναλαμβάνονται τα ίδια επιχειρήματα: ότι πρέπει να προστατεύονται τα εξωτερικά σύνορα, που είναι σωστό· ότι δεν πρέπει να πεθαίνουν άνθρωποι, που κι αυτό είναι σωστό· πλην όμως εφαρμόζονται εσφαλμένες τακτικές και, επομένως, δεν μπορεί να δοθεί λύση στο πρόβλημα.

Πραγματική προστασία των εξωτερικών συνόρων επιτυγχάνεται μόνο αν την προστασία αυτή την αναλαμβάνουν οι ένοπλες δυνάμεις και τα Σώματα Ασφαλείας των κρατών. Δεν γίνεται από αποτυχημένους γραφειοκρατικούς οργανισμούς, όπως είναι ο Ευρωπαϊκός Οργανισμός Συνοριοφυλακής και Ακτοφυλακής, ο FRONTEX, και οι διεφθαρμένες ΜΚΟ. Επίσης δεν επιτυγχάνεται όταν η Ευρωπαϊκή Ένωση επιτρέπει στην Τουρκία να στέλνει κατά κύματα τους παράνομους μετανάστες και να έχει μετατρέψει την Ελλάδα σε ένα απέραντο στρατόπεδο δυστυχισμένων ψυχών. Επιπλέον δεν επιτυγχάνεται όταν αφήνουμε, όπως είπα και προηγουμένως, τους αποτυχημένους οργανισμούς να ενεργούν όπως ενεργούν.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, I think Michel Barnier must have the most unenviable job in the world, especially if he was watching the debate here this morning. He has called for dedramatisation of the issues and it was the exact opposite we got. We had total drama. People playing to the gallery, people playing to their audiences back home without taking the issues seriously. I think Mr Juncker is right in terms of saying the Irish question first, because too much has been invested in the Good Friday Agreement. We have peace, we want that to continue and that has to be guaranteed. It has been guaranteed up until now and it will have to be into the future in the withdrawal agreement.

Statements like comparing the European Union to Soviet Russia are so wide of the mark and so disrespectful as to be risible and probably, maybe, best ignored. They are coming from people who have no interest really in trying to get an agreement. But an agreement we must get and we all have to work together to do so, and if we do so we can get it.

Marita Ulvskog (S&D). – Fru talman! Vad gäller migrationen vet vi ju att de människor som flyr till EU är i en oerhört utsatt situation. De måste dock få rätt att söka asyl i hela EU. Den situation vi lever med nu är ohållbar. Fler måste vara med och dela ansvaret. Om vi inte delar ansvaret, kommer det att leda till en svår obalans i åtagandena i övrigt inom EU-samarbetet och bryta sönder alla andra samarbeten.

Vad gäller brexit vill jag bara säga att jag som svensk socialdemokrat är väldigt sorgsen över att britterna är på väg ut ur EU. Vi har haft väldigt mycket gemensamt från svensk sida, från nordisk sida, med britterna. Det hade vi kunnat fortsätta med och uppnå fantastiska resultat. Nu försvinner ni bort, det är sorgligt. Då får det inte bli en kapplöpning mot botten när det gäller till exempel arbetstagares rättigheter.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, κύριε Timmermans, νομίζω ότι έχει έρθει πλέον η ώρα για την κατάργηση του Δουβλίνου III και την αντικατάστασή του με ένα νέο σύστημα εξέτασης αιτήσεων ασύλου που θα καταργεί ολοσχερώς την έννοια του κράτους πρώτης εισόδου. Ένα σύστημα που θα διατηρεί την εθνική κυριαρχία των κρατών μελών στον τομέα του ασύλου. Κύριε Timmermans, το σύστημα του Δουβλίνου έχει αποτύχει, καθώς έχει μετατρέψει την Ελλάδα και την Ιταλία σε αποθήκες ψυχών.

Ta nησιά του Αιγαίου, και ιδίως η Λέσβος, κατακλύζονται από συνεχείς αυξημένες μεταναστευτικές ροές, κατακλύζονται από χιλιάδες υπηκόους τρίτων χωρών, που, παρότι επιθυμούν να πάνε στις χώρες του σκληρού πυρήνα, εντούτοις εγκλωβίζονται στην Ελλάδα, στη φτωχοποιημένη από τα μνημόνια Ελλάδα. Ο Frontex, αντί να προστατεύει τα ευρωπαϊκά σύνορα, έχει μετατραπεί σε tour operator. Η φύλαξη των συνόρων της Ελλάδας πρέπει να ανατεθεί στις ελληνικές ένοπλες δυνάμεις και η κυβέρνηση πρέπει να εφαρμόσει το άρθρο 72 της Συνθήκης λειτουργίας της Ευρωπαϊκής Ένωσης για λόγους εσωτερικής ασφάλειας και να αναστείλει τη Συμφωνία του Σένγκεν, το Δουβλίνο III και τις διατάξεις για το άσυλο και τη μετανάστευση.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhora Presidente, a crescente disseminação da retórica e de concessões próprias da extrema-direita no discurso e na prática da direita dita *tradicional* e da própria social-democracia fica bem à vista no debate sobre as migrações.

O conceito de *Europa fortaleza*, abertamente assumido e defendido, a explícita associação entre migrações e segurança, a visão seletiva instrumental das migrações com a gestão da força de trabalho imigrante feita unicamente em função dos interesses e das necessidades do grande capital, o apoio aos campos de concentração na vizinhança da União Europeia, a convergência na ideia de que o perigo vem de fora para esconder que o perigo para os trabalhadores e os povos está cá dentro na ação política que uns e outros levam a cabo.

Se juntarmos a tudo isto o profundo desrespeito pelos direitos de soberania dos povos e as políticas de retrocesso social aí temos o caldo de cultura criado para o ascenso da extrema-direita. Alguns dos que hipocritamente alertam para o perigo da serpente são dos mais velozes cuidadores dos seus ovos.

Maria Grapini (S&D). – Doamna președintă, domnule comisar, doamna ministru, sigur, vorbim de ce s-a întâmplat la Salzburg. Mă interesează ce veți face în viitor, în următorul Consiliu, pentru că s-au spus aici foarte multe lucruri din toate grupurile politice.

Europa este într-o criză. Nu putem ignora precedentul creat prin Brexit. Ce facem însă? Nu credeți, Comisia, Consiliul, că trebuie să resetați metodologia de lucru? Nu credeți că este deja percepția cetățenilor europeni în anumite țări că există o discriminare, că există definită democrația diferit, că nu există un tratament egal?

Iată, mâine nu putem vorbi la o dezbatere despre țara mea. Nu s-a mai întâmplat acest lucru. Deci, domnul comisar Timmermans, așeară, n-a răspuns la niciuna din întrebări. Ce democrație este asta? Ce să explicăm cetățenilor din țara noastră?

Stimată Comisie, stimat Consiliu, eu cred că trebuie să aduceți aici nu numai vorbe, ci fapte: cum faceți ca proiectul Uniunea Europeană să fie un proiect de viitor. Și cred, de asemenea, că trebuie să avem aceeași unitate de măsură și trebuie să ținem cont de sursele prin care ne informăm.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κυρία Πρόεδρε, σύμφωνα με την ενημέρωση που λάβαμε όλοι μας, τρία είναι τα θέματα που θα μονοπωλήσουν τις συζητήσεις στην επερχόμενη Σύνοδο Κορυφής: οι συνεχιζόμενες διαπραγματεύσεις για την έξοδο της Μεγάλης Βρετανίας από την Ένωση, η μετανάστευση και η ασφάλεια.

Κοινό γνώρισμα και των τριών θεμάτων είναι το γεγονός πως οι ηγέτες της Ένωσης αδυνατούν να βρουν λύση. Σχετικά με το θέμα της Μεγάλης Βρετανίας, οι δήθεν διαπραγματεύσεις έχουν εκφυλιστεί εδώ και καιρό σε μια σειρά εκβιασμών, που δεν σέβονται πρώτα από όλα τη βούληση των Βρετανών, όπως αυτή εκφράστηκε στο δημοψήφισμα. Επιπλέον, η στάση των διαπραγματευτών που εκπροσωπούν την Ένωση θυμίζει περισσότερο παιδιά που μαλώνουν στην αυλή του σχολείου παρά ενήλικους.

Η μετανάστευση παραδοσιακά παραμένει ένα τεράστιο ζήτημα παρά τις χρονίζουσες πλέον προσπάθειες επίλυσής του. Σας διαβεβαιώ πως όσο προσεγγίζετε το θέμα υπό το πρίσμα των ιδεολογικών σας συμπλεγμάτων και αρνείστε να αντικρίσετε την πραγματικότητα, το πρόβλημα δεν θα λυθεί.

Τέλος, όσον αφορά την ασφάλεια, ας ευχαριστούμε τον Θεό που το χαλιφάτο ηττάται στη Συρία και δεν έχει πλέον τα μέσα να οργανώσει μεγάλης κλίμακας επιθέσεις, διότι τα μέτρα που λάβατε είχαν μηδενικό αποτέλεσμα.

Κώστας Μαυρίδης (S&D). – Κυρία Πρόεδρε, το Brexit είναι μια αρνητική εξέλιξη, ωστόσο μπορούμε να αντλήσουμε ένα πολύ θετικό μάθημα. Η κυριότερη αιτία της απογοήτευσης των Ευρωπαίων πολιτών εντοπίζεται στη διάσταση ανάμεσα στις αξίες της Ευρωπαϊκής Ένωσης, τις οποίες όλοι έχουμε κατά νου και γνωρίζουμε, και στις πολιτικές που πολλές φορές ακολουθούμε. Και αν είναι κάτι –και απευθύνομε προς την Επιτροπή– το οποίο θα δώσει νόημα στην ελευθερία, ασφάλεια, δικαιοσύνη και αλληλεγγύη, ούτως ώστε οι Ευρωπαίοι πολίτες εν όψει και των ευρωεκλογών να κατανοήσουν τον ρόλο που διαδραματίζουμε, αυτό είναι: περισσότερη δημοκρατία.

Ξεκαθαρίζω: δεν υπάρχει δημοκρατία και ελευθερία, ενόσω η Τουρκία κατέχει μέρος της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Δεν υπάρχει ελευθερία και ασφάλεια, ενόσω δεν προασπιζόμαστε την Ευρωπαϊκή Ένωση και τα σύνορα, από τα μικρά έως τα μεγάλα κράτη. Οι Ευρωπαίοι πολίτες πρέπει να είναι στο κέντρο της Ευρωπαϊκής Ένωσης!

(End of catch-the-eye procedure)

Frans Timmermans, First Vice-President of the Commission. – Madam President, I have listened very carefully to the debate and on that basis I would like to react to two issues: migration and Brexit. To start with migration, it should be obvious to all of us that we can only find a sustainable solution to the challenge of migration if it is a comprehensive solution. Yes, we are working hard to strengthen our external border protection, but those who believe that we will solve this issue just by strengthening the external borders are delusional. We can only solve this issue in a European way – and I believe by now every Member State understands that this cannot be done just individually by Member States – but we can only find a comprehensive and sustainable solution if it comprises all elements linked to migration. Not just a stronger protection of our external borders, but also agreements with countries of origin for the return of people who do not have the right to asylum, as well as forms of internal solidarity in the European Union and the revision of the Dublin Agreement.

Why? Because frankly it boils down to a very simple truth: either we find a solution internally for that challenge that effectively shows the understanding that we cannot leave countries alone simply because of reasons of geography, because they are closest to where the migration flows come from. Either we understand that, or we condemn ourselves to reintroduce internal borders in the European Union. It is as simple as that.

That is why the Commission strongly believes that we need to revise the Dublin Regulation, but we need to do it in a way that expresses the new realities, which were not known when Dublin came into being, and expresses the future reality that we will only solve this issue on the basis of European-wide solidarity. Just imagine what would have happened in 2015 and 2016 if all nations in Europe had said we just close our borders and we will not let in anyone. What would have happened to Greece and Italy if everybody had taken that attitude, as some nations have? It would have been a tragedy of incredible proportions, a human tragedy. So leaders at that time took their responsibility, sometimes at incredible political cost, but on the basis of the values I hope we continue to share.

Let me end on one issue about migration. Our sister continent, Africa, is at the core of the problem and will have to be at the core of the solution. No other parts of the world will have to take a greater responsibility for the future of Africa than Europe. Only if we understand that the future of Africa is the future of Europe, will we be able to solve the issue. In that sense, I honestly believe the challenge we are facing – To bridge the Mediterranean – is of the same magnitude as the challenge our grandparents faced to bridge the Rhine after the Second World War, and the challenge we faced when we were younger, to bridge the Elbe after the fall of the Berlin Wall. That is the magnitude of the challenge, and the sooner we wake up to that challenge, the sooner we will find a comprehensive solution to an issue, migration, that will not go away simply by refusing entry, simply by building walls, simply by protecting better our external borders.

On the issue of Brexit, the British people have voted, and that means that for now, we are all under the obligation to do as little harm as possible. That is in the interest of all Europeans, whether they are in the United Kingdom or on the continent. And I believe this means trying to find solutions for the problem we face. But let me be very clear: carving out parts of the four liberties is not going to bring a solution. Let me also be very clear, if somebody says 'I want to leave your house but I'll take the key, and I'll come back in whenever I like, and take whatever I like from that house', that doesn't work. We have to make sure that we come to terms with the fact that the United Kingdom has expressed a wish to leave the European Union and that we negotiate in good faith to make this happen in a way that respects the integrity of the European Union, including its four freedoms, and respects the wish of the British people as it stands.

I want to make add two remarks. First of all, on the Good Friday Agreement.

How is it possible that people coming from the United Kingdom maintain that there is no link between the European Union and the Good Friday Agreement? The European Union is an integral part of the success of the Good Friday Agreement. It would not have been possible without the European Union. And you cannot just brush away that responsibility, which is a collective responsibility. The Good Friday Agreement was one of the most historic achievements of the United Kingdom, Ireland and the European Union, and we are all responsible for maintaining that legacy and for preventing the island of Ireland from going back to a past that I knew as a young man, and I hope I will never see again.

This Agreement was concluded 20 years ago, one month before I was elected to the Dutch parliament for the first time. And yes, Mr Farage, I was elected six times to a national parliament. I would like to see you try that in the United Kingdom at some stage – we'll see. But again, the issue of Ireland – I want to stress what Jean-Claude Juncker said – is central to our responsibility to do as little harm as possible in these negotiations, and just to brush us aside in London is completely irresponsible; the Commission will never take the responsibility to do the same thing, and that is why Michel Barnier is doing what he is doing.

Finally, of course, at this stage emotions run high on all sides. I have some understanding for that, and you have to sort of forget some of the things that are being said with all these emotions. But, I represent a college of Commissioners, where more than one third of its Members have personal experience with dictatorship, with oppression and with dictatorial communist rule inspired by the Soviet Union. They have all fought to liberate themselves from this. One of my colleagues, Vytenis Andriukaitis, was born in Siberia. Why? Because his parents, Lithuanians, were deported by the Soviet regime to the Gulag. Vytenis did not know sunlight, what it meant. He did not know what the length of a day was. He had never seen an orange as a child. All these things that he has told me over the years show clearly what the Soviet Union was. And any comparison to the EU is not just misleading. It is insulting to what the Union is, to what we have become.

(Applause)

Juliane Bogner-Strauss, *President-in-Office of the Council*. – Madam President, honorable Members, thank you for your remarks and for your comments. I will convey them, of course, also to President Tusk. In our endeavours, whether on migration or on security, we should be clear that there is no silver bullet. We can only achieve results through a comprehensive approach and cooperation at the European level.

One of your main criticisms was on Dublin. You are for sure aware of the fact that mandatory allocation, which is at the heart of Parliament's mandate, continues to be the main stumbling block in the negotiations in the Council and divides not only the Member States, but also the electorates which you represent. To make progress in finding a compromise, the Presidency, in particular Chancellor Kurz, has conducted bilateral talks with all Member States over the summer, in order to find a possible middle-ground. The issue was discussed at the informal meeting in Salzburg and we will have a discussion at the Justice and Home Affairs Council on 12 October. We aim to present the outcome of our efforts to Heads of State and Government at the European Council later this month. We are also working on the other files to find a solution to the whole package. For example, I would like to inform you about the Africa-Europe high-level forum on taking cooperation to the digital age, which will take place on 18 December in Vienna. Chancellor Kurz and the President of the Republic of Rwanda, Mr Kagame, will host this high level forum, which will bring together European and African Heads of State and Government, accompanied by relevant ministers and CEOs of highly innovative European and African companies to promote innovation and digitalisation as important enablers for our development and also for the future development of Africa.

There were also concerns with regard to Article 7 on Poland and Hungary. The Council is dealing with this issue, as it is on the agenda of the General Affairs Council on 16 October, as you might know.

Finally, when it comes to Brexit, there is still a high degree of uncertainty about the outcomes of the negotiations, but it is clear that the European Union will continue to strive for the best possible deal.

President. – Before I close this debate, and while it is obviously the Chair's duty to be impartial, the issues of Brexit and Ireland are sensitive to me and I welcome the comments made by Mr Timmermans. Perhaps I can close this debate with words from the grave of a famous Irish poet, Seamus Heaney, and make of them what you will: 'All throwing shapes, every one of them, convinced he's in the right. All of them glad to repeat themselves and their every last mistake, no matter what.'

(Applause)

The debate is closed.

Written statements (Rule 162)

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – Un mes después de la cumbre informal de Salzburgo no hay solidaridad. Mientras que los ciudadanos quieren soluciones a nuestros problemas, el Consejo Europeo no solo no aporta soluciones, sino que acumula fracaso tras fracaso. La reforma de la política común de asilo es un buen ejemplo. Es inaceptable que los jefes de Estado y de Gobierno no desbloqueen la reforma del paquete de asilo después de que el Parlamento Europeo la aprobara por mayoría. La migración es un fenómeno global y, si queremos que la gente deje de morir en el Mediterráneo, la UE debe actuar con humanidad, dignidad y credibilidad. Por otro lado, el Consejo Europeo tampoco aborda los problemas a nivel nacional. ¿Cuándo fue la última vez que la protección social, los derechos de los trabajadores y la pobreza infantil fueron los puntos principales del orden del día de un Consejo Europeo? Desafortunadamente, el Consejo Europeo está paralizado por los continuos vetos de los Estados miembros. Si no se tienden puentes para que emerja la solidaridad europea, el *statu quo* actual no es viable.

Agnes Jongerius (S&D), *schriftelijk*. – De Europese Top die komende maand plaatsvindt, is cruciaal voor de brexit-onderhandelingen. Bij die onderhandelingen gaat het er niet om dat “the winner takes all”. Belangrijk is wel dat er eindelijk een sociale deal komt. Want wanneer beide partijen blijven bluffen en voluit voor de winst gaan, racen zij blind richting de afgrond van 29 maart 2018. Zonder deal zal één partij het meest de dupe zijn van dit spel, namelijk de inwoners van de Europese Unie. Het is hun toekomst die wordt verspeeld.

Een harde brexit zal alleen al iedere Nederlander gemiddeld 300 euro per jaar kosten, laat staan de rekening die de Britten op hun mat krijgen. Daarom hebben we een handelsverdrag nodig. Een handelsverdrag waarbij sociale normen wederzijds worden gewaarborgd, de Europese normen en waarden worden gerespecteerd en alle werknemers op het continent bescherming genieten. In Salzburg leek een fatsoenlijke deal verder weg dan ooit. Ik verwacht dat bij de komende Europese Top de regeringsleiders eindelijk uitgedanst zijn en ter zake komen. Iedereen is winnaar met een sociale deal. Wordt wakker allemaal, het is geen spelletje. Het gaat om mensen en de daadwerkelijke consequenties van een slechte deal voor hun leven.

Evelyn Regner (S&D), *schriftlich*. – Die Halbzeitbilanz des österreichischen Ratsvorsitzes ist bescheiden. Anstatt Brücken zu bauen, werden diese jede Woche aufs Neue eingerissen. „It was a mess“ war der Tenor der internationalen Presse nach dem Gipfel in Salzburg. Präsident Juncker hat in seiner Rede zur Lage der Union einen klaren Auftrag an den österreichischen Ratsvorsitz erteilt: Solidarität in der Migrationsfrage dauerhaft zu organisieren. Das bedeutet, vernünftige Lösungen statt Hetze. Wir im Europaparlament haben unsere Position für die Asylreform verabschiedet. Das sind nachhaltige und realistische Lösungen: ein gemeinsames europäisches Asylsystem, rasche Verfahren in ganz Europa und legale Einreisewege.

Der zweite Punkt ist das Motto des österreichischen Ratsvorsitzes: Ein Europa, das schützt! Das bedeutet mehr als nur Zäune und Grenzschutz. Das bedeutet vor allem sozialer Schutz! Ein Bereich, den die Ratspräsidentschaft komplett vernachlässigt hat! Die österreichische Ratspräsidentschaft könnte ihren Beitrag zu einem sozialen Europa leisten! Die Work-Life-Balance oder transparente und zuverlässige Arbeitsbedingungen – um zwei davon zu nennen – sind aber absolut kein Thema! Im Gegenteil – auch sozialpolitische Entwicklungen in Österreich zeigen deutlich, dass der soziale Schutz, die Stärkung der ArbeitnehmerInnenrechte und auch der Kampf gegen Kinderarmut für die österreichische Regierung weder in Österreich noch in der EU zu ihrem Arbeitsprogramm zählen!

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Brexit je tragédiou. Vidíme, čo prináša nová forma populizmu. Je dôležité nájsť status pre Britov žijúcich v EÚ, hlavne v prípade hard-Brexitu. Čo sa týka Írska, EÚ nebude akceptovať takú dohodu, ktorá by určila fyzickú hranicu či narušila mierový proces. Európa musí byť kontinentom, ktorý pomáha ľuďom v núdzi. Veľké posuny v migračnej politike sú pozitívnym impulzom do budúcnosti. Trans-pacifická dohoda je o budovaní múrov zo strany USA, my chceme budovať mosty – rovnaké pravidlá pre všetkých, napr. pri investíciách a bezpečnosti či spoločnom zadefinovaní jednotlivých pojmov. Investície v EÚ nie vždy vychádzajú z trhových princípov, ale aj z toho, že EÚ chce garantovať slobodné a férové obchodovanie.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Az Európai Tanács mostani ülése előtt ismét – immár sokadik alkalommal – az a kihívás áll, hogy érdemi, minden tagállam elkötelezettségét szavatoló döntéseket hozzon az Unió migrációs politikájának tartós és humánus átalakításáról. Úgy vélem, hogy ezúttal már nincs helye további halogatásnak, a közösségi döntéshozatal blokkolásának az EU súlyos politikai hitelvesztése nélkül, ami együtt járna az Európa-ellenes, populistá, nacionalista erők befolyásának növekedésével az EP-választási kampányban és általában az európai politikai folyamatok alakításában.

A döntés alapfeltételei most megvannak: a migrációs nyomás – nagyrészt az eddigi uniós intézkedések hatására – a 2015 előtt szint alá, történelmi mélypontra csökkent, s az Európai Bizottság végre konkrét javaslatokkal rendelkezik az uniós határok hatékony, közös védelme, a Frontex megerősítése, a Földközi-tengeri válsághelyzetek kezelése tekintetében.

Az EP erős politikai támogatást kínál az EiT-nek az európai szolidaritáson alapuló közös felelősségvállalást rögzítő jogszabályok meghozatalához, ám a tagállami egység változatlanul hiányzik. Európa felelős vezetői nem tűrhetik tovább, hogy Orbán és néhány más populista követője saját hatalmi érdekből blokkolja a döntéshozatalt a közös migrációs politika reformjáról. A mostani EiT történelmi feladata, hogy meggyőzze idegengyűlölő nacionalisták „minél rosszabb, annál jobb” taktikáját, az EU előtt ugyanis ma már a migrációnál súlyosabb, távlatos gazdasági, szociális, fenntarthatósági és biztonsági kihívások állnak, s az EP-választási kampánynak is ezekről kellene szólnia.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE), *na piśmie*. – Na pierwszy rzut oka tematy poruszane podczas nadchodzącego szczytu Rady Europejskiej pozostają te same, jednak zawartość i szczegóły wskazują na pewien progres w każdej z podejmowanych spraw. Podczas nieformalnego spotkania liderów we wrześniu zawężono i określono dokładnie sfery wspólnego działania, które wydatnie zwiększą bezpieczeństwo wewnętrzne Unii.

To ważne, że kwestie poruszane od dłuższego czasu podczas obrad Parlamentu Europejskiego, jak współpraca sądownicza oraz wymiana doświadczeń w zakresie bezpieczeństwa cybernetycznego, znalazły się pośród priorytetów wspólnej agendy przywódców państw UE. Szczególnie w obliczu toczących się w Europie kampanii wyborczych ważne, byśmy dzielili się zarówno technologią, jak i strategiami zwalczania nieprawdziwych treści w sferze cybernetycznej. Czekamy także na kolejne namacalne rezultaty współpracy w ramach PESCO. Pierwsza grupa zatwierdzonych projektów była pozytywnym krokiem, ale potrzebujemy większego zaangażowania i ambicji przy okazji kolejnego wezwania do przedkładania projektów współpracy z zakresu bezpieczeństwa.

Kwestią, gdzie brakuje wyraźnego postępu, są negocjacje dotyczące wyjścia Wielkiej Brytanii z UE. Zarówno negatywny wydźwięk spotkania w Salzburgu, jak i słowa premier May o tym, że wyjście z UE bez jakiegokolwiek umowy jest możliwe, wskazują, że sytuacja jest poważna. Dla stabilności zarówno politycznej, jak prawnej po obu stronach konieczne jest ustalenie warunków wyjścia. W przeciwnym razie obie strony dryfują ku nieznanemu.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – A Presidência austríaca tem como mote a Europa que protege. Para dar conteúdo a esta ideia mobilizadora, é importante tomar medidas que façam os cidadãos sentir-se mais protegidos nos diversos planos, designadamente no acesso aos direitos sociais, ao emprego, à saúde, à educação, à segurança física e à proteção contra os novos riscos emergentes no plano ambiental e digital. Não é isso que tem acontecido. A cimeira informal de Salzburgo transmitiu, mais uma vez, uma imagem de desunião e incapacidade de resposta aos grandes desafios que se colocam à União Europeia.

O Conselho Europeu de 18 e 19 de outubro tem em agenda temas fundamentais de que são exemplo as migrações, a segurança e as relações externas. Para estar à altura do momento, o Conselho tem de avançar com políticas concretas em domínios como a reforma do acordo de Dublin e a dinamização das parcerias para o controlo e a gestão humanista das migrações. Passos importantes têm também de ser dados para assegurar que as próximas eleições europeias não serão afetadas por mecanismos digitais de instrumentalização e manipulação.

(The sitting was suspended at 11.25 pending the Formal sitting)

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Presidente

4. Feierliche Sitzung – Montenegro

Presidente. – Signor Presidente, benvenuto a Strasburgo e alla sessione plenaria del Parlamento europeo. Sono particolarmente felice di questa visita, perché Lei è il primo capo di Stato di un paese dei Balcani ad esprimersi davanti a questo Parlamento.

Sono lieto di accoglierla per la quarta volta in poco più di un anno, e la regolarità dei nostri incontri conferma una realtà ormai consolidata: il Montenegro fa parte dell'Europa, non solo geograficamente ma anche perché condividiamo l'eredità culturale, la storia e i valori che hanno forgiato la nostra identità europea. E come italiano non posso non ricordare come la storia del Montenegro e quella dell'Italia si siano intrecciate più volte.

Questi incontri permettono di ancorare il Montenegro e, più in generale, i Balcani all'Unione europea. È importante dare al vostro paese una prospettiva chiara. Bisogna affermare con forza che il vostro processo di adesione all'Unione è irreversibile. La Sua leadership è essenziale in questo processo perché è un percorso politico e non burocratico. Può contare sul mio appoggio e su quello del Parlamento europeo. Dobbiamo intensificare la nostra cooperazione per affrontare le sfide in materia di sicurezza e la minaccia del terrorismo. È nostra responsabilità lavorare insieme, anche per gestire i flussi migratori.

L'Unione deve essere al vostro fianco anche per opporci insieme all'influenza di chi vuole destabilizzarci. Le agende degli estremisti e dei fanatici, dei radicalisti islamici sono contrarie ai nostri valori. La vostra stabilità è la nostra stabilità. Siamo anche a vostra disposizione per aiutarvi a fare le necessarie riforme dell'amministrazione e della giustizia. Sono strumenti preziosi per consolidare un clima degli affari sano e per attirare ancor più investimenti europei nel vostro paese.

Ora, signor Presidente, La prego di prendere la parola per parlare con i nostri deputati europei, per informarli della situazione del Suo paese, ma anche per darci un'immagine di ciò che sta accadendo nei Balcani.

Signor Presidente, ha la parola.

Milo Đukanović, President of Montenegro. – *(The following is a transcript of the interpretation of the original speech from Montenegrin into English)* Mr President, esteemed MEPs, ladies and gentlemen, you have bestowed a great honour upon me by inviting me to address this highest house in European politics in my capacity as the President of Montenegro – one of the youngest and smallest European states. Thank you for giving me this opportunity to inform you of the achievements and plans for Montenegro, the country that is the frontrunner in the negotiating process with the EU, and the country that, since its independence referendum in 2006, has been approaching its strategic national goal in a determined, stable and dynamic way. That goal is full membership in contemporary Europe's system of values.

I would also like to present our views on the future of the Western Balkans and the European Union. I would like to understand your invitation as yet another confirmation of the European Parliament's commitment and support, not only to the EU prospects of Montenegro, but also to the EU accession of the region and the EU's enlargement policy. So the question is: where is Montenegro today, 12 years on, as a country whose renewed independence was met by scepticism by many in the country and neighbourhood, but also in Europe and the world?

I would like to draw your attention to two of our key achievements. We have strengthened our internal stability and ensured dynamic economic, institutional and democratic development. Internationally, we have been achieving – and over-achieving – our very ambitious goals. We have been a NATO member for a year and a half; we are a candidate country for EU membership, and there are only two remaining chapters to open. We are a responsible neighbour and an important contributor to regional stability and cooperation. And as a result of all of this, we are a destination for investments and an inspiration for many renowned foreign partners.

With the moral and political capital of an ex-Yugoslav republic that did not see a war on its territory in the 1990s, we are now developing a civic society of multi-ethnic and multi-religious harmony, without outstanding issues with our neighbours, which is confirmed by our border agreements with Bosnia and Herzegovina and Kosovo, the first such agreement among ex-Yugoslav countries. Despite being one of the least developed ex-Yugoslav republics, our economy is the leading one in the Balkans today. Last year, we registered real growth in GDP of 4.7%, which is one of the highest rates in Europe. Throughout the period since the independence referendum, we have had average annual rate of real growth of the economy of over 3%, and the living standards of our population are now among the highest in the region. Twelve years ago, we were at 34% of the EU average, and last year it was 46%. All the other Balkan countries are below 40% and some, unfortunately, are even below 30%. From 2006 to the end of last year, our GDP grew nominally by 100%.

Consequently, GDP per capita in current prices in 2017 was close to EUR 7 000, compared to close to EUR 3 500 in 2006. In August this year, the average rate was EUR 511, which is nominally around 80% higher than the previous year. The average wages in Montenegro are the highest in the region, but still, unfortunately, three times lower than the EU average. This is a consequence of the historical lagging behind of this part of Europe in terms of economic development.

An important impetus to economic growth has been given by foreign direct investment in this period, with net inflows of over EUR six billion, or close to 18% of annual average GDP. We have also been registering very good results in tourism, which accounts for 20% of GDP. We have a population of over 600 000, and last year we had around two million tourists in hotel and private accommodation. Of course, we should recall that throughout a good part of this period, we had a devastating financial and economic crisis in Europe and the world, which has logically adversely affected our economy as well.

Insufficient employment, especially of young people, is still the biggest challenge in terms of social development in Montenegro for the period to come. It is necessary to strengthen macroeconomic stability and improve our competitiveness internationally through further structural reforms.

We have made a major step forward in the Euro-Atlantic Accession processes. Last year we became a fully-fledged member of NATO and, as such, we participated in the NATO Summit in Brussels and confirmed our readiness to contribute to the policies of the alliance as a responsible and credible ally. NATO membership for us is the greatest recognition of our enormous efforts in implementing comprehensive reforms and our contribution to regional and global stability through developing cooperation among partners.

Our NATO membership has produced positive effects, not only in terms of security and political stability, but also in other areas. We have more direct investments from NATO countries, and the share of tourists from NATO countries this year grew by 25%. Our NATO accession testifies to an important reform-based step forward for our entire society, economically and politically speaking, and of the results of the continuous efforts we are investing in building rule of law.

As a candidate country, Montenegro has made much progress in the process of EU negotiations. In the six years of negotiations, we have opened 31 negotiating chapters and provisionally closed three. Montenegro has fulfilled all the opening benchmarks, in total 22 of them that were set for 13 areas, thus completing this demanding phase. We have also submitted 32 negotiating positions and we are preparing for Chapter VIII – Competition. We hope that the remaining two chapters will be opened in the near future. Apart from Competition, there is Chapter 27 – Environment. At the same time we are committed to fulfilling the closing benchmarks in all the areas in which these parameters have been defined.

One should not forget that the negotiating process with Montenegro started with the new approach in which Chapters 23 and 24 are opened at the beginning, and the whole process depends on the progress of these two chapters, which is the greatest challenge for the region. Already today, Montenegro behaves as a member of the European Union when it comes to the EU Common Foreign and Security Policy. We unequivocally adhere to the common EU positions, despite the frequent pressures we are subjected to because of this. Furthermore, Montenegro is continuously contributing to peace and security through the participation of the Army of Montenegro in NATO, EU and UN operations and missions.

When it comes to the issue of resolving the migrant crisis, Montenegro is in line with the principles of solidarity and humanity, expressing the wish to receive migrants from African countries within the limits of its capacities. That is an expression of our dedication to humanitarian goals forged in the time of wars in the former Yugoslavia, when refugees of all ethnic origins at times made up a fourth of our population.

Economic and social progress is directly linked to the results in the field of the rule of law. During the negotiations in this field, we have passed approximately 70 reform laws, strengthened the strategic framework and created institutions such as the Special Public Prosecutor's Office and the Agency for the Prevention of Corruption. We have made progress in the fight against high-level corruption and organised crime. We know the importance of the rule of law for society as a whole, not only for the negotiations. We are working hard on fulfilling the provisional benchmarks, and we hope they will be recognised in the positive report and the closing benchmarks.

We are committed to enhancing justice, creating conditions for a full guarantee of the freedom of expression in the media, and cooperation with civil society; we are supported in this by the European Commission, the Council of Europe and the OSCE.

We appreciate the financial, technical and any other form of assistance from the EU and its Member States. We also share our experiences with other candidate countries. We believe that the success of any Western Balkan country on the European path is the success of all, and we are convinced that the 'regatta approach', reconfirmed in the recent enlargement strategy, is a mechanism that represents a true incentive for the whole Western Balkans.

Integration of the countries of the region is a good strategy for the stability of the European continent. The enlargement process is important not only for the Balkans, but also for the stability and competitiveness of Europe. I underline this because it seems that the strong euro-enthusiasm, which was characteristic of Central and Eastern Europe and also of the Western Balkans, is losing momentum. There are two strong causes for this. It is the dissonant tones coming from different parts of Europe regarding the pace of the European enlargement, and also the unresolved problems and issues that have remained open in the regions since the Yugoslav crisis, such as the problems in the relations between Serbia and Kosovo, in Macedonia and in Bosnia and Herzegovina. These two causes are interdependent.

The confusion and uncertainty in Europe feed the illusions of the proponents of regressive politics in our region, who still dream of reshuffling the region and seek support for these ideas from some important international actors. They are counting on the short memory of the international community. That is why sometimes one has the impression that the destructive tones are louder today than in the 1990s. That is why I believe that the European prospects of the region in the certain and foreseeable future – which were implicitly announced at the Sofia Summit and in the last speech of President Juncker – will be wind in the sails of the pro-European elites.

Unfortunately, the results of the referendum in Macedonia are the best illustration of the problems I am referring to. Decades of neglecting the problem could not be overcome through the intensified Western support in the last few months. Also, the referendum was organised too soon and without enough preparation. Perhaps the domestic public should have been given more time to fully grasp the importance of such a decision.

However, one should not lose hope that, through a two-thirds majority vote in the parliament or through new elections, this outcome can be achieved. I hope that, in Brussels and in other capitals, this result will be understood as an alarm bell and a sign that it is necessary to take more decisive strategic policy steps.

What remains is the hope that this will not reflect negatively on the dialogue between Serbia and Kosovo, which is already very complicated even without this. Additional efforts are necessary to ensure that the result is achieved, even more so when knowing that there is enthusiasm, both in Pristina and in Belgrade. The most important thing is that the dialogue has been established and that it lasts, regardless of occasional incidents and the political temperature that has been raised on both sides.

I sincerely hope that all those involved in this process will take into account the traditionally fragile stability of the Western Balkans and strive for a solution that will be in favour of overcoming this historically burdensome gap between Belgrade and Pristina and, at the same time, not jeopardise broader regional security interests

Unfortunately, there also remains the unresolved issue of the functioning of Bosnia and Herzegovina. There is a strong feeling of dissatisfaction with the results of political players – both domestic and international – in the 25 years of implementation of the Dayton Agreement. Bosnia and Herzegovina will go to the polls soon, but regardless of the individual composition of the future three-member presidency, I do not expect either consensus to be reached or greater commitment of leading political structure and individuals to reforms that would take the country in the direction of adoption of the European system of values and integration.

It will take a new, broader international action to achieve that goal, with emphasis on the constructive consensus of all keen neighbouring countries and the most relevant international community players, who have a special role in that part of the country.

We understand very well the need of the EU to eliminate the causes of the crisis it is going through and to carry out the process of internal consolidation, but we do not think the answer to those problems is to stop or seriously slow down the missionary project of unifying Europe. On the contrary, I believe that full unification is the most important part of the answer to all problems that the EU is going through.

Of course, we are not trying to overlook the numerous weaknesses in the EU's architecture, but we do not want to fall into the despondency that suggests giving up on this vision. Therefore, I think it is necessary to consolidate the vision and fix the architecture. That is the road that will bring the best guarantees that Europe keeps its global competition. Everything else would lead to its weakening, and despite the differences in our views, primarily due to current differences in the level of development, it would lead to loss for all of us, the citizens of Europe.

In addition, if the European Union misses another opportunity to integrate the Western Balkans, this would bring a big threat of political involvement of other countries, third countries, which do not share the same strategic goals as the European Union. This would hold our region back within the zone of conflict and would make the European continent insufficiently stable and disunited.

The process of enlargement and full unification of the EU is therefore an optimal path for Montenegro, for the region and for Europe as a whole. However, whether this will happen certainly does not decisively depend on us. We will do what we can do, with or without enlargement policy. Whether it moves quickly or slowly, we will pursue the Europeanisation of Montenegrin society with even greater commitment. Besides, we are already well-advanced on the track that resembles a one-way street. We simply cannot go in the opposite direction. Montenegro does not want to have any other option.

When we speak critically of the European Union, it is because we believe that, as Europeans, we have the right to think and speak about a topic that is our common interest and responsibility, thus we also observe the deficiencies of European policy. We will certainly continue doing so in the future, because I believe that is how we contribute to the growth in support of the regional public for the European future of our states, not the stagnation or decline as is the case now.

We do not accept that we must speak of the EU uncritically, as if it were a new religion, but rather we see it as our joint home – the current one or the future one. In the worst case scenario, as the most important neighbour of all of us but without us being members. I am sometimes misunderstood myself, at home and in some European contexts, because of these statements that are tendentious or that are seen, due to lack of understanding, as euro-sceptical.

This is not Euroscepticism. On the contrary, I consider the idea of a united Europe to be absolutely superior, and I see the European path for the development of the Balkans as a path without an alternative, but we expect everybody to accept that we in the Balkans are partners in the negotiation process with the European Union, and not an experimental laboratory of its administration.

We in the region can complete this process of further unification with Europe much quicker and better if the vision is crystal clear and if the partnership is honest and in line with mutual respect. Everything that modern Montenegro has gone through is based on, and is fully in line with, the essential values that the European Union was founded on and continues to preserve, from preserving peace and multi-ethnic harmony in the 1990s, to the referendum on independence held in line with the highest European standards, and finally to the decisive and successful resistance to the brutal aggression in 2016, which aimed to take freedom away from Montenegro and divert it from the European and Euro-Atlantic path of development.

Therefore, we are right to emphasis Montenegro took a ground-breaking step forward after roaming the wastelands outside Europe, together with the region, throughout history. We have finally taken our ship of state into the direction of its natural European harbour, and we shall not give up on this intention of ours. The Western Balkans region is at a turning point too: it will complete its political and economic transition and join the club of European Union states, or it will continue to struggle with its interethnic and interreligious conflicts, complicated open issues, underdevelopment and low standard of living. Like a time bomb that can still jeopardise European security.

I believe I share the opinion of all of you when I say that all institutions and official authorities, as well as all individuals who are politically involved in any way at the national level or within the European framework, today have the responsibility to contemplate a better and safer future for a united Europe throughout the entire continent that is based on traditional values and embroidered with the spirit of the new times we live in.

It is very important that the forthcoming elections for the European Parliament are prepared and held in this positive atmosphere. The balance of power in Parliament will, to a great extent, define Europe's path and determine the future of European nations. I want to believe that this path will be a joint path for us from the Western Balkans too. With this, I would like to thank you all once again. I want to assure you that you will always have a reliable partner in the small country of Montenegro, which sees the EU as a lighthouse we are getting closer to.

(Loud and sustained applause)

Presidente. – Signor Presidente, caro Milo, come vede, l'applauso del Parlamento conferma il nostro sostegno al lavoro che il Montenegro sta compiendo per avvicinarsi all'Unione europea.

Noi, come ha annunciato più volte la Commissione, speriamo che questo percorso possa concludersi entro il 2025.

Grazie ancora per la partecipazione a questo incontro, grazie per aver illustrato la situazione in Montenegro e nei Balcani. Il Montenegro, ripeto, potrà contare sempre sul sostegno del Parlamento europeo.

(La seduta è sospesa per pochi istanti in attesa del turno di votazioni).

5. Wiederaufnahme der Sitzung

(La seduta è ripresa alle 12.04)

6. Mitteilungen des Präsidenten

Presidente. – Cari colleghi, desidero informarvi che in data odierna la Corte di giustizia dell'Unione europea ha stabilito che il Parlamento europeo ha la facoltà di esercitare una parte delle sue prerogative in materia di bilancio a Bruxelles anziché a Strasburgo, nel caso in cui ciò sia dettato da necessità di carattere imperativo relative ad una corretta implementazione della procedura di bilancio. Di conseguenza, la Corte ha riconosciuto che il Parlamento europeo era autorizzato ad adottare il bilancio annuale dell'Unione per l'anno 2017 a Bruxelles.

* * *

Il 10 settembre 2018 ho irrogato sanzioni nei confronti di Georges Bach, Guillaume Balas, José Bové, Edouard Martin, Claude Rolin, Maria Arena e Isabelle Thomas, per le azioni intraprese nel corso della sessione plenaria del 3 luglio 2018, che hanno disturbato gravemente i lavori del Parlamento e provocato l'interruzione della seduta.

L'11 settembre 2018 Maria Arena, Georges Bach, Guillaume Balas, Edouard Martin e Isabelle Thomas hanno presentato ricorso contro tale decisione. Nel corso della riunione di ieri l'Ufficio di presidenza ha esaminato i suddetti ricorsi e ha confermato le decisioni in merito alle sanzioni, che consistono, nel caso di George Bach, Guillaume Balas, Maria Arena e Isabelle Thomas, nella perdita del diritto all'indennità di soggiorno per una durata di cinque giorni e, fatto salvo l'esercizio del diritto di voto in sessione plenaria, nella sospensione dalla partecipazione a tutte le attività del Parlamento e dei suoi organi per un periodo di cinque giorni consecutivi in cui il Parlamento o uno qualsiasi dei suoi organi, commissioni e delegazioni si riuniscono e, nel caso di Edouard Martin, nella perdita del diritto all'indennità di soggiorno per una durata di otto giorni e, fatto salvo l'esercizio del diritto di voto in sessione plenaria, nella sospensione dalla partecipazione a tutte le attività del Parlamento e dei suoi organi per un periodo di otto giorni consecutivi in cui i

suoi organi si riuniscono.

Tali sanzioni, essendo state sospese nel momento in cui sono stati presentati i ricorsi, iniziano di nuovo ad applicarsi a decorrere da oggi.

* * *

A norma dell'articolo 166 del regolamento, in base alle conclusioni del Comitato consultivo competente per le denunce di molestie riguardanti assistenti parlamentari accreditati e deputati e avendo preso nota delle osservazioni scritte della deputata interessata, ho deciso di comminare una sanzione all'onorevole Giulia Moi per la sua condotta nei confronti degli assistenti parlamentari, qualificata come molestia psicologica. La sanzione consiste nella perdita del diritto all'indennità di soggiorno per un periodo di 12 giorni. La decisione è stata notificata alla deputata interessata, che può presentare un ricorso interno contro tale decisione dinanzi all'Ufficio di presidenza conformemente all'articolo 167 del regolamento. Tale ricorso ha carattere sospensivo della sanzione.

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID-MARIA SASSOLI

Vicepresidente

Bruno Gollnisch (NI). – Monsieur le Président, mon rappel au règlement se fonde sur les articles 166 et 167 de celui-ci.

Nous venons d'entendre un certain nombre de sanctions à l'encontre de nos collègues de gauche. Il paraîtra surprenant que je défende leurs droits. Je considère qu'il est extrêmement important qu'avant qu'un député ne soit sanctionné, il soit entendu personnellement par le Président et qu'il en aille de même dans l'exercice des recours internes.

Il est tout à fait anormal, pour ne pas dire scandaleux, que, dans un Parlement tel que le nôtre, ce droit d'être entendu – qui est prévu par les textes que nous avons votés, à savoir la charte européenne des droits fondamentaux et le texte sur une bonne administration européenne –, par écrit peut-être mais verbalement aussi – c'est explicitement précisé – et assisté de la personne de son choix comme...

(Le Président retire la parole à l'orateur)

Presidente. – Onorevole Gollnisch, abbiamo ascoltato, abbiamo capito. La devo anche informare che tutte le persone che hanno ricevuto sanzioni sono state ascoltate dal Presidente e dall'Ufficio di presidenza. Onorevole Forenza, prego.

Eleonora Forenza (GUE/NGL). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, domani quest'Aula discuterà dell'accoglienza nell'area del Mediterraneo. Io desidero informare quest'Aula che nel frattempo in Italia è stato istituito e praticato il reato di solidarietà. Il sindaco di Riace è stato arrestato stamattina con l'accusa di favoreggiamento dell'immigrazione. Io chiedo a quest'Aula di manifestare tutta la sua solidarietà verso un sindaco che accoglie anziché respingere. A Mimmo Lucano tutta la mia solidarietà.

Udo Bullmann (S&D). – Herr Präsident! Ich beziehe mich ebenfalls auf die Sanktionen, die von Herrn Präsident Tajani angesprochen worden sind. Ich kann nicht beurteilen, ob Gespräche stattgefunden haben. Wenn das versichert wird, dann ist das für mich so. Aber ich möchte als der Vorsitzende der S&D-Fraktion eines deutlich machen: Ich weiß, dass die Mitglieder insbesondere meiner Fraktion, die sanktioniert worden sind, weil sie die Seite der Dolmetscherinnen und Dolmetscher eingenommen haben und weil sie Aktionen befürwortet oder unterstützt haben, mit denen hier die Dolmetschleistungen für eine Zeit lang ausgefallen sind, das nicht deswegen getan haben, um diese Institution zu unterminieren, sondern es deswegen getan haben, um das Recht auf Streik, was ein europäisches Recht ist, zu verteidigen. Ich möchte das in Erwähnung bringen, damit das Haus würdigen kann, um was es sich gehandelt hat.

Presidente. – Grazie onorevole Bullmann, riporterò le Sue osservazioni all'Ufficio di presidenza.

Edouard Martin (S&D). – Monsieur le Président, puisqu'il s'agit de moi, en l'occurrence – mais pas uniquement, car nous sommes sept à avoir été sanctionnés –, je tenais simplement à informer cette institution que j'accepte avec honneur une décision déshonorante pour le Parlement européen.

(Applaudissements)

Cécile Kashetu Kyenge (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, volevo che si aggiungesse all'ordine del giorno che domani sarà il quinto anniversario dalla strage di Lampedusa e che si potesse fare un momento di silenzio anche per ricordare questo anniversario. Ne approfitto per esprimere solidarietà al sindaco di Riace, sostenendo la proposta della nostra collega.

7. Abstimmungsstunde

Presidente. – L'ordine del giorno reca il turno di votazioni.

(Per i risultati delle votazioni e altri dettagli che le riguardano: vedasi processo verbale)

7.1. Antrag auf Aufhebung der Immunität von Georgios Kyrtsos (A8-0291/2018 - Laura Ferrara) (Abstimmung)

7.2. Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind (A8-0290/2018 - Lidia Joanna Geringer de Oedenberg) (Abstimmung)

7.3. Abkommen über wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit zwischen der EU und Marokko: Modalitäten und Bedingungen der Beteiligung Marokkos an der Partnerschaft für Forschung und Innovation im Mittelmeerraum (PRIMA) (A8-0281/2018 - Aldo Patriciello) (Abstimmung)

7.4. Luftverkehrsabkommen EU/Kanada (A8-0254/2018 - Francisco Assis) (Abstimmung)

7.5. Aufnahme der italienischen Gemeinde Campione d'Italia und des zum italienischen Gebiet gehörenden Teils des Luganer Sees in das Zollgebiet der Union (A8-0284/2018 - Roberto Gualtieri) (Abstimmung)

— *Prima della votazione:*

David Coburn, on behalf of the EFDD Group. – Mr President, under Rule 190(4), I ask Members to adjourn this vote as there has, so far as I can tell, been no impact assessment on the need for a hard border in the middle of Lake Lugano. The proposal extends the EU's customs area but does not address the border, to police it.

We need to know if the Commission will apply its Northern Ireland approach and demand a hard border. Switzerland is, after all, neither in the customs union nor fully inside the single market.

(Applause)

Presidente. – Onorevole Coburn, ma Lei sta parlando a nome del Suo gruppo politico? Il suo gruppo politico è d'accordo?

David Coburn (EFDD). – Mr President, my political group are generally in agreement with everything I say, sir.

(Laughter)

(Applause)

Roberto Gualtieri, *Rapporteur*. – Presidente, con tutto l'affetto e l'amicizia verso il collega Coburn però evidentemente egli non sa di cosa sta parlando. E quindi invito a rigettare la sua bizzarra proposta.

(Il Parlamento respinge la richiesta di aggiornare la votazione)

David Coburn (EFDD). – Mr President, well sir, it seems there is one rule for Northern Ireland and one rule for Switzerland and Italy. How strange.

(The President cut off the speaker)

Presidente. – Però, scusi, onorevole Coburn, non è un dibattito, qui stiamo votando, Lei ha fatto una proposta e l'Aula si è espressa chiaramente.

7.6. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung – EGF/2018/001 NL/Finanzdienstleistungen (A8-0294/2018 - Ivana Maletić) (Abstimmung)

7.7. Bereitstellung audiovisueller Mediendienste (A8-0192/2017 - Sabine Verheyen, Petra Kammerevert) (Abstimmung)

— *Prima della votazione sull'accordo provvisorio:*

Isabella Adinolfi, a nome del gruppo EFDD. – Presidente, volevo chiedere, così come previsto dall'articolo 59 paragrafo 3, del regolamento, di porre in votazione gli emendamenti presentati per il prossimo dossier.

(Il Parlamento respinge la richiesta)

7.8. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 5/2018: Streichung der Reserve für die Unterstützung der Türkei aus dem Instrument für Heranführungshilfe und Aufstockung des Europäischen Nachbarschaftsinstruments und der Humanitären Hilfe für weitere dringende Maßnahmen (A8-0292/2018 - Siegfried Mureşan) (Abstimmung)

Presidente. – Con questo si conclude il turno di votazioni.

8. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll

9. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(La seduta è sospesa alle 12.23)

IN THE CHAIR: PAVEL TELIČKA

Vice-President

10. Wiederaufnahme der Sitzung*(The sitting resumed at 15.01)***11. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll****12. Beitrag der EU zu einem verbindlichen Instrument der Vereinten Nationen betreffend transnationale Wirtschaftsunternehmen im Zusammenhang mit Menschenrechtsfragen (Aussprache)****President.** – The next item is the debate on:

— the oral question to the Council on the EU's input on a UN binding instrument on transnational corporations with respect to human rights, tabled by Linda McAvan, on behalf of the Committee on Development, Bernd Lange, on behalf of the Committee on International Trade, Pier Antonio Panzeri, on behalf of the Committee on Foreign Affairs (O-000078/2018 – B8-0404/2018);

— the oral question to the Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy on the EU's input on a UN binding instrument on transnational corporations with respect to human rights, tabled by Linda McAvan, on behalf of the Committee on Development, Bernd Lange, on behalf of the Committee on International Trade, Pier Antonio Panzeri, on behalf of the Committee on Foreign Affairs (O-000074/2018 – B8-0402/2018); and

— the oral question to the Commission on the EU's input on a UN binding instrument on transnational corporations with respect to human rights tabled by Linda McAvan, on behalf of the Committee on Development, Bernd Lange, on behalf of the Committee on International Trade, Pier Antonio Panzeri, on behalf of the Committee on Foreign Affairs (O-000075/2018 – B8-0403/2018) (2018/2763(RSP)).

Mirja Vehkaperä, laatija. – Arvoisa puhemies, hyvät kollegat, pidän puheenvuoron tänään kehitysvaliokunnan puolesta, joka yhdessä kansainvälisen kaupan ja ihmisoikeuksien valiokuntien kanssa on esittänyt suullisen kysymyksen komission varapuheenjohtajalle, neuvostolle ja komissiolle. Kysymys koskee EU:n osallistumista YK:n välineen laatimiseen, jolla pyritään vaikuttamaan monikansallisten yhtiöiden vastuuseen ihmisoikeuksista.

YK toteuttaa parhaillaan hallitusten välistä prosessia kehittääkseen kansainvälisen ihmisoikeuslain puitteissa maailmanlaajuisia järjestelmää, jolla voidaan puuttua liiketoiminnasta johtuviin ihmisoikeusloukkauksiin. Tämä on tärkeä edistysaskel. EU:n tulee olla aktiivisesti mukana prosessissa.

Kolmen valiokunnan yhteinen kysymys on todiste parlamentin kiinnostuksesta aiheeseen. Sen avulla yritämme paremmin ymmärtää EU:n tämänhetkistä varauksellista suhtautumista meneillään oleviin YK-neuvotteluihin. Työskentelemme yhdessä muiden EU:n toimielinten kanssa ymmärtääksemme paremmin heidän näkökulmiaan ja huoliaan. Haluamme myös tiedustella, milloin ja millä ehdoilla voimme odottaa EU:n virallista valtuutusta osallistua neuvotteluihin. Minkä aseman EU aikoo ottaa ensi viikolla, kun seuraava hallitustenvälinen neuvottelukierros järjestetään Genevessä?

Haluan muistuttaa, että kehitysvaliokunta on myös hyväksynyt aiheesta päätöslauselman, jossa se peräänkuuluttaa EU:ta osallistumaan YK:n vetämiin neuvotteluihin. Tavoitteena on saada aikaan sopimus, joka saattaisi ihmisoikeusloukkauksia tekevät monikansalliset yhtiöt vastuuseen. Päätöslauselmasta äänestetään torstaina täällä istunnossa. Odotan mielenkiinnolla muiden kysymyksen laatijoiden näkemyksiä.

Bernd Lange, Verfasser. – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Ratsvertreter, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist völlig klar, dass wir im internationalen Handel mehr und mehr globale Wertschöpfungsketten haben. 70 % des internationalen Handels beziehen sich auf globale Wertschöpfungsketten. Da kann man natürlich nicht mit Verträgen mit einzelnen Ländern sicherstellen, dass diese globalen Wertschöpfungsketten fair ablaufen. Wir haben ja immer mehr die Situation, dass wir in unterschiedlichen Ländern dieser Erde eine Missachtung von Menschenrechten und Arbeitnehmerrechten festzustellen haben. Deswegen ist es umso wichtiger, dass wir diese globalen Wertschöpfungsketten in den Blick nehmen und die Verantwortung von Unternehmen für diese globalen Wertschöpfungsketten wirklich deutlich werden lassen, sei es beim Smartphone, sei es beim T-Shirt. Da müssen wir ran. Globale Verantwortung für Unternehmen muss das Ziel sein.

Nebenbei, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir haben ja im Bereich der Konfliktmineralien eine Gesetzgebung gemacht, die eine verbindliche Sorgfaltspflicht von der Mine über den Schmelzofen bis hin zum Produkt vorsieht. Und so gilt es in vielen Bereichen eine verbindliche Sorgfaltspflicht durchzusetzen. Deswegen begrüßen wir auch die Initiative von Ecuador und Südafrika, im Rahmen der Vereinten Nationen hier einen verbindlichen Kodex für die Sorgfaltspflicht durchzusetzen. Und deswegen haben wir auch Bedenken, wenn es aus der Kommission und aus dem Rat Stimmen gibt, dass sie sich aus dieser Diskussion zurückziehen wollen. Nein, die Europäische Union muss diese Diskussion proaktiv beeinflussen und nach vorne bringen, sodass wir letztendlich diesen Ansatz der Vereinten Nationen, der schon 40 Jahre alt ist, aufgreifen und eine klare Sorgfaltspflicht für Unternehmen durchsetzen.

Natürlich gibt es auch ein paar Schwächen bei den Ansätzen von Ecuador und Südafrika, z. B. warum nur multilaterale und multinationale Unternehmen berücksichtigt werden. Man kann auch Vorschläge machen, also proaktiv an die Sache herangehen.

Pier Antonio Panzeri, autore. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il rispetto dei diritti umani nel mondo delle imprese è per noi una questione decisiva, in particolar modo perché molte società operano in paesi in via di sviluppo. Eppure manca ancora un approccio globale al fine di regolare il rispetto dei diritti umani nelle società transnazionali.

Le Nazioni Unite nel 2014 con una risoluzione del Consiglio dei diritti umani hanno appositamente istituito un gruppo di lavoro intergovernativo, al fine di creare uno strumento giuridicamente vincolante sulle società transnazionali e soprattutto per riempire un vuoto tra il rispetto dei diritti umani e gli interessi commerciali. Sebbene la protezione dei diritti umani sia uno degli obiettivi principali dell'Unione europea nelle sue azioni esterne, in linea con il trattato sull'Unione europea, la stessa Unione europea è stata molto riluttante relativamente al trattato vincolante.

E va ricordato che diversi Stati membri hanno votato contro la risoluzione sulla creazione del gruppo di lavoro nel 2014. L'Unione europea e gli Stati membri devono impegnarsi a svolgere un ruolo chiave in questo processo, mantenendo una sola posizione chiara e un mandato negoziale comune che al momento mancano.

Io sottolineo positivamente che dopo molti dibattiti interni, siamo riusciti a mettere in votazione, giovedì, la risoluzione con la posizione del Parlamento europeo su questa questione. A quattro anni dalla creazione del gruppo di lavoro, vorrei che il Consiglio, il SEAE, la Commissione debbano in qualche modo giustificare l'assenza di un mandato negoziale, consentendo all'Unione europea di partecipare in modo efficace al processo.

Viste le divergenze di opinione tra gli Stati membri riguardo alla necessità di uno strumento vincolante a livello internazionale, chiediamo qui oggi, Commissario, quali sono le principali questioni che gli Stati membri dell'Unione europea considerano problematiche in questo campo, in un dibattito che deve essere molto chiaro e trasparente a tutti.

Juliane Bogner-Strauss, President-in-Office of the Council. – Mr President, honourable Members, thank you for this opportunity to exchange views on the issue of the EU's input into a possible international, legally-binding instrument on transnational corporations and other business enterprises with respect to human rights. I shall endeavour to give you briefly the broad EU view from the Council's perspective, and afterwards the Commission will be in a position to elaborate on the topics concerned.

I would first of all like to stress that advancing on business and human rights is an important priority of the EU's human rights agenda, as set out in the EU Action Plan on Human Rights and Democracy for the period 2015-2019, adopted by the Council on 20 July 2015. It should be noted that the recurrent element which is underpinning all our actions identified in the action plan is the United Nations Guiding Principles of 2011 as the first, and so far only authoritative global framework to address the impact of business on human rights.

In its 2016 conclusions on business and human rights, the Council recalled the global consensus reached on the UN Guiding Principles adopted in 2011 and stressed that any possible further steps regarding the international legal framework for business and human rights at UN level must be inclusive, firmly rooted in the UN Guiding Principles, and address all types of companies, not only transnational. These three principles have always constituted our barometers for engagement in the intergovernmental working group process.

President, honourable Members, I can reassure you that the Council, in particular through its Working Party on Human Rights, continues working on the business and human rights file, including on developing our common position on the process regarding a possible legally binding instrument. The EU is, at the same time, progressing on other tracks, notably the Working Group on Business and Human Rights and the Annual Forum on Business and Human Rights, specifically on efforts to achieve a coherent approach throughout the EU on access to remedy for victims of business-related human rights violations.

The EU continues to offer its support to the accountability and remedy project led by the Office of the High Commissioner on Human Rights, recognising that the initiative may provide best practices that can be implemented at EU and Member State level, including on improved cooperation between states in cross-border cases. I'm looking forward to the debate and to hearing the Commission's input.

Christos Stylianides, *Member of the Commission*. – Mr President, I would like to try to inform you of all aspects of this very challenging issue and to be constructive after the remarks on the Council side.

The European Union is fully engaged in the ongoing discussions on Business and Human Rights. We are not only exploring possible future initiatives, we are also intensively working both internally and with partners to implement the UN Guiding Principles on Business and Human Rights. Already, 14 EU Member States have adopted a national action plan on business and human rights. Our policy is based on a mix of voluntary and regulatory measures that provide for tangible protection against human rights abuses. The EU is therefore not opposed, as a matter of principle, to discussing a potential legally binding instrument, and this is why we have engaged in the process led by Ecuador.

Nonetheless, we insist that the scope of the discussion should include all companies, not only transnationals or multinationals, as many human rights violations are committed by domestic companies. The draft text submitted by Ecuador last July contains important elements, including on access to remedy by victims of corporate abuse. Yet its scope is still too restrictive.

Another prerequisite for the European Union is that the negotiations are based on the existing UN Guiding Principles. What is also clear at this moment is that the process is not yet fully ripe for negotiations. For the moment, the Human Rights Council is still divided on this issue. We nevertheless engaged in discussions in Geneva in the hope that process issues would be solved and a meaningful discussion possible.

What is, in our view, essential is a process that would be chaired in an impartial manner and that would be inclusive, transparent and predictable. We also ask that rules and established practice in Intergovernmental Working Groups are respected.

We hope that we can count on the European Parliament to also signal the need for a better process. As the European Union, we have engaged in in-depth discussions with Member States, industry and NGOs on these very complex issues. We have done extensive work on the principles for EU engagement and on the possible format and points of substance of a possible legally binding instrument, and we stand ready to debrief the European Parliament at any stage of this process.

We believe the added value of any possible legally binding instrument should be to ensure a level playing field for companies globally. Therefore, it is essential for a proposal to reach sufficient traction amongst UN member states. It is also important to ensure policy coherence and avoid the duplication of efforts. We are reflecting on which format of a legally binding instrument would stand better chances to achieve this level playing field.

These discussions are also a good opportunity to encourage others to upgrade their standards. The European Union can offer its experience on corporate due diligence in the field of human rights, including transparency requirements and public procurement rules. We need better prevention of abuses, and better access to remedy for victims when abuses occur.

The European Union has measures in place to ensure judicial and non-judicial access to remedy for victims, including access to justice and acknowledgement of victims' rights, with a focus on provisions to clarify issues of jurisdiction, and to make international judicial cooperation and mutual legal assistance more effective. In addition, on access to remedy, the Commission is conducting a study aimed at collecting information on existing judicial and non-judicial mechanisms in the EU Member States concerning access to remedy for victims of business-related abuses. The results are expected by the end of next year, 2019.

To conclude, the European Union is committed to continuing a discussion with a view to finding feasible and sustainable solutions to the existing protection gaps, on a basis that ensures a true level playing field for all.

José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor presidente, señor comisario, señora presidenta en ejercicio, señorías, como dice el artículo primero de la Resolución que será aprobada por el Parlamento mañana, la empresa juega un papel esencial en el proceso de globalización económica a través del comercio internacional de bienes y servicios.

Como le he oído decir muchas veces a su colega, la señora Malmström, hoy no podemos hablar simplemente de importaciones y exportaciones -y nos lo recordaba el señor Langen en su intervención- sino de cadenas de producción cada vez más complejas. Hoy, piezas y componentes, materias primas de diferentes países, se ensamblan en una línea de producción planetaria.

Además, señor presidente, está claro que las empresas deben ser un aliado del sector privado fundamental para la consecución de los objetivos del milenio y para ayudar a los países en desarrollo. Yo, personalmente, he tenido la oportunidad de ser testigo de muchas actividades en el ámbito de la responsabilidad social corporativa realizadas por empresas europeas.

Además, en el ámbito de los derechos humanos, en los recientes acuerdos que la Unión Europea ha concluido con países como Japón, Canadá, México, Vietnam y Singapur, o como los que estamos negociando con países como Australia, Nueva Zelanda o Chile, el elemento fundamental de estos acuerdos es una cláusula democrática. Y entiendo, señor presidente, que con esta cláusula democrática y con este espíritu deben actuar los agentes públicos y privados en el ámbito de las relaciones con otros países.

Evidentemente, esto no quiere decir que si en un contexto más amplio, como es el de las Naciones Unidas, se está negociando una actividad en la que la Unión Europea puede aportar su *expertise*, su compromiso y su experiencia en el ámbito de los derechos humanos, nosotros tenemos también que participar.

Por eso, señor comisario, me alegra saber que la Comisión está implicada y sigue de cerca este proceso negociador, pero creo que lo que se plantea en este debate es saber si existe un mandato formal para que la Unión Europea pueda participar en este ejercicio, y evidentemente se tiene que conseguir a través de los procedimientos legalmente establecidos.

David Martin, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, let me be unequivocal on behalf of my group. We are not against voluntary guidelines and we are not against guiding principles, but we don't think they are fit for purpose. We want binding instruments at the global level, because we have seen what happens to guiding principles, we have seen what has happened to the environment in Ecuador, we have seen what happens to workers in Bangladesh, we have seen how global companies still operate on the basis of corruption in many parts of the world, and we are not prepared to tolerate it.

We want to ensure that we have a system in place at the global level where we can protect workers, the environment and consumers against the power of transnational corporations. It trips off the tongue easily, doesn't it, when we say that Europe is a Europe of values. Well, if we're a Europe of values in Geneva, we should be leading the way, not being dragged, as we were, slowly into this negotiation, but leading the way. I welcome where the Commission has now got itself to, but we should have been there before.

I understand the problems we have with some of the Member States, but we should also acknowledge that some Member States are starting to unilaterally lead the way. The fact that France now has a corporate duty of vigilance law, the Netherlands has the Child Labour Due Diligence Law, and even the UK with its Modern Slavery Act, all show that countries are slowly coming round to the right way of thinking on this issue. As Bernd Lange rightly mentioned, at the EU level we are now in a position where we have the Conflict Minerals Regulation, which contains binding due diligence. This Parliament says that, even if nothing happens at the UN, we should be extending that to the garment sector to make sure we have due diligence in the whole garment chain.

I am pleased to say that we are also slowly making progress on our trade deals. The EU Japan FTA includes, for the first time, a chapter on corporate governance. In relation to investment, while I have supported investment protection for industry, I equally think it's time for us to ensure that investors meet their legitimate obligation to protect the folk that they meant to serve as institutions.

Joachim Starbatty, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Herr Präsident! Herr Kommissar! Ich habe mir mal angeschaut, wer für die Resolution des Menschenrechtsrats eingetreten ist. Das sind Länder wie China, Kuba, Russland, Vietnam. Wer war dagegen? Österreich, Tschechische Republik, Estland, Frankreich, Deutschland. Also diejenigen, die dafür gestimmt haben, die haben mit den Menschenrechten in ihren eigenen Ländern nicht so viel am Hut, während die Länder, die dagegen gestimmt haben, die Menschenrechte einhalten.

Man muss jetzt auch einmal sehen, wie die Praxis grenzüberschreitender Unternehmen ist. Was machen sie denn? Sie bieten höhere Löhne, sie haben bessere Arbeitsbedingungen, sie haben bessere Gesundheitsvorkehrungen und sie haben mehr soziale Leistungen als die lokalen Unternehmen. Warum ist das so? Nicht weil sie so nett sind, die großen Unternehmen, sondern weil sie daran verdienen, dass es ihren Arbeitern gut geht. Denn gesunde und zufriedene Arbeiter sind produktiver als unzufriedene Arbeiter.

Weiter muss man sehen, es gibt *spill-over*-Effekte. Grenzüberschreitende Unternehmen haben Beispielfunktionen in vielen Ländern. Das darf man nicht unter den Tisch fallen lassen, wie sie auf andere wirken und wie andere dann auch nachziehen. Und wenn ich mir jetzt hier anschau, was in den einzelnen Ländern ist, wenn in Deutschland ein großes Unternehmen etwas macht, das gegen die Menschenrechte verstößt – beispielsweise Kinderarbeit unterstützt –, dann wird dieses Unternehmen gewissermaßen jetzt oft zur Schlachtbank geführt. Das will man in Deutschland nicht! Es wäre der Welt gedient, wenn die lokalen Unternehmen sich an den Praktiken der grenzüberschreitenden Unternehmen orientieren würden. Das ist die Wirklichkeit!

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Olaf Stuger (ENF), *„blauwe kaart“-vraag*. – Ik zou graag de collega willen vragen naar aanleiding van zijn zeer terechte kritiek op de Mensenrechtenraad, om ook eens te kijken naar de Verenigde Staten die eruit zijn gestapt. Is de heer Starbatty ook niet van mening dat wij als EU onze steun moeten intrekken nu het zo gek is geworden?

Joachim Starbatty (ECR), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Ich habe nur davon gesprochen, dass mir aufgefallen ist, dass diejenigen Länder für diese Resolution gestimmt haben, die in ihren eigenen Ländern die Menschenrechte nicht achten, und dass diejenigen, die gegen die Resolution gestimmt haben, in ihren eigenen Ländern die Menschenrechte achten. Das ist der entscheidende Punkt, nicht ob die Amerikaner dies oder jenes machen.

Louis Michel, *au nom du groupe ALDE*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, Madame la Présidente, l'Union européenne martèle à longueur de discours qu'il faut respecter les droits humains.

Les travaux engagés par les Nations unies depuis quatre ans maintenant – il faut quand même le rappeler, Monsieur le Commissaire! –, visent à mettre en place un instrument contraignant pour réglementer les activités des sociétés transnationales et de toutes les entreprises en général. Je voudrais saluer les rapporteurs et ma collègue, Lola Sánchez Caldentey, qui ont insisté pour que le débat d'aujourd'hui se conclue par le vote d'une résolution.

La meilleure façon d'aider les Nations unies à faire avancer ce débat, c'est d'apporter notre soutien au caractère évidemment contraignant de ces règlements. C'est essentiel pour la crédibilité de l'Union européenne en tant qu'acteur global.

Dans le fond, chers collègues, la question est avant tout de nature politique. Nous devons être cohérents avec les modèles développés par le passé. Je rappelle que l'on a avancé fortement sur le dossier des minerais issus des conflits, le règlement sur le bois et les produits dérivés, le règlement concernant l'enregistrement, l'évaluation, l'autorisation de substances chimiques ainsi que les restrictions applicables à ces substances.

Alors, chers collègues, l'Union européenne est une puissance normative en même temps qu'elle est une puissance économique. À ce titre, elle doit se positionner en tant que leader dans la diffusion des bonnes pratiques et dans l'élaboration de normes mondiales.

La Commission et le Conseil n'ont pas le droit, Monsieur le Commissaire, Madame la Présidente, de se soustraire à ce débat, et c'est la raison pour laquelle j'aimerais que vous clarifiez votre position quant au mandat. L'absence de règles contraignantes permet trop souvent des dérives inacceptables sur le plan humain... (*le Président interrompt l'orateur*)... Je suis un ardent défenseur de l'économie de marché mais l'économie de marché n'est pas toujours spontanément vertueuse, je crois qu'il faudrait s'en souvenir.

Judith Sargentini, *namens de Verts/ALE-Fractie*. – Voorzitter, als een dochteronderneming van een westers bedrijf in een ver buitenland zich schuldig maakt aan dwangarbeid of kinderarbeid, waar haalt die arbeider, waar haalt dat kind dan zijn recht? Mensenrechtenschendingen in landen buiten de Unie gepleegd of oogluikend toegestaan of simpelweg genegeerd door Europese bedrijven worden veelal niet vervolgd en zeker niet in ontwikkelingslanden, waar burgers moeite hebben hun recht te halen of waar regeringen samenwerken met die bedrijven vanwege economische voordelen. De noodzaak voor een wereldwijd bindend verdrag, zodat bedrijven zich niet in een andere jurisdictie verschuilen, is al zo ontzettend vaak aangetoond. Het is daarom hartstikke goed dat de Verenigde Naties in 2014 een proces zijn gestart om zo'n bindend verdrag te krijgen. Dat die ontwerptekst er nu ligt is mooi, maar een beetje meer ambitie mag nog steeds wel. Dekt dit verdrag werkelijk alle mensenrechten of niet? En zullen misdrijven door staatsbedrijven en lokale bedrijven ook worden meegenomen? En hoe gaan we het verdrag eigenlijk handhaven? Wat gaat de Europese Unie doen in Genève? In het verleden was de Europese Commissie eigenlijk de rem op de onderhandelingen. Heeft de Europese Commissie nu eindelijk een mandaat van de Raad om onderhandelingen te beginnen? Ik zal er zijn in Genève, met mij nog meer Europarlementariërs, en ik hoop deze keer de Raad en de Commissie wel aan onze zijde te vinden.

Lola Sánchez Caldentey, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor presidente, Chevron, en Ecuador; Shell, en Nigeria; Bhopal, en la India... más de veinte mil muertos; Mango, Benetton, Primark y otros, en Bangladés.

Son solo algunos casos en los que empresas transnacionales violan derechos humanos y destroran el medio ambiente con total impunidad.

La globalización ha entrado como una apisonadora en los países en desarrollo y algunas empresas occidentales hacen allí lo que jamás se atreverían a hacer en territorio europeo, cosas que ya no permitimos que ocurran en territorio europeo.

¿Por qué dejamos que algunas de nuestras empresas se comporten de esa forma salvaje, allí donde no las vemos?

Además, hasta ahora ha sido imposible lograr que las víctimas encuentren acceso a la justicia y a la reparación a las que tienen derecho. Por eso, hoy estamos ante un momento histórico, porque tenemos la oportunidad de que la Unión dé un impulso decisivo al tratado vinculante que se negocia en las Naciones Unidas desde hace ya cuatro años.

Por eso les pido su apoyo a la Resolución, aprobada ya en la Comisión de Desarrollo de este Parlamento. Demostremos al mundo que somos defensores de los derechos humanos y no todo lo contrario. Eso se hace haciendo...

(El Presidente retira la palabra a la oradora)

Ignazio Corrao, a nome del gruppo EFDD. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, è inammissibile che nel 2018 la comunità internazionale continui ad assistere alla sistematica violazione dei diritti umani da parte di alcune imprese multinazionali in paesi in via di sviluppo. E ancora più grave è che alle vittime non sia garantito alcun vero strumento di tutela giurisdizionale: i diritti umani, l'ambiente, i diritti dei popoli indigeni, le condizioni di lavoro di uomini, donne e bambini, tutto ciò passa costantemente in secondo piano davanti al Dio denaro.

Questa complessa problematica e tutti i suoi corollari sono stati affrontati estensivamente nella relazione sul «Corporate liability for serious human rights abuses in third countries», di cui sono stato relatore e che è stata approvata a bassissima maggioranza da quest'Aula nel 2016. Successivamente però la Commissione, la quale è stata ripetutamente sollecitata, non ha dato seguito a nulla di quanto richiesto dal Parlamento.

Adesso che le Nazioni Unite si sono fatte promotrici di un trattato internazionale in materia, a vocazione universale, contenente norme per una responsabilità d'impresa a carattere vincolante, ci aspettiamo che la Commissione dia seguito alle ripetute istanze del Parlamento e supporti attivamente questa iniziativa.

Olaf Stuger, namens de ENF-Fractie. – Voorzitter, ja, wat zijn mensenrechten nog waard als we kijken naar de Mensenrechtenraad van de Verenigde Naties? Bijna de helft van de leden van die raad schendt de mensenrechten waar het maar kan en dat is kennelijk geen beperking om lid te worden of te blijven. Leden zoals Congo, Saudi-Arabië, Rwanda en Pakistan bepalen in hun sancties welke landen de mensenrechten zouden schenden en welke landen zich netjes gedragen. U voelt hem natuurlijk al aankomen. Israël is de allergrootste schender van de mensenrechten en de braafste landen zijn Congo, waar nog steeds dagelijks massagraven worden ontdekt, Saudi-Arabië, daar waar als je als vrouw even je boerka oplicht om te niezen, je meteen vier jaar in de gevangenis zit, en over Pakistan hoef ik het helemaal niet te hebben natuurlijk. Nee, Voorzitter, de Verenigde Naties heeft het begrip mensenrechten afgericht tot een rauw politiek machtsinstrument en daardoor heeft het alle waarde verloren. De EU is te laf om hiertegen op te treden en is dus medeverantwoordelijk voor deze degradatie en daarmee haar slachtoffers. De Verenigde Staten hebben met het verlaten van de Mensenrechtenraad gekozen voor een zuivere invulling van het begrip in plaats van het gecorrumpeerde aftreksel van de VN. De EU zou het voorbeeld moeten volgen.

Bogdan Brunon Wenta (PPE). – Panie Przewodniczący! Dzisiejsza debata dotyczy transnarodowych korporacji, biznesu i ochrony praw człowieka. Jak wiemy, sektor prywatny jest ważnym partnerem w osiągnięciu celów zrównoważonego rozwoju oraz w mobilizowaniu dodatkowych zasobów na rzecz współpracy rozwojowej, dlatego też podmioty tego sektora muszą dostosować się do zasad skuteczności rozwoju i przestrzegać zasad odpowiedzialności korporacyjnej.

Globalizacja dzisiaj dotyczy wszystkich dziedzin życia, również działalności gospodarczej i łańcucha dostaw. Dlatego też rola korporacji w zapewnieniu poszanowania praw człowieka zyskuje na znaczeniu i tworzy sytuację, w której międzynarodowe normy i zasady są kluczowe dla uniknięcia łamania praw człowieka w państwach trzecich.

Niestety nadal brakuje całościowego podejścia do odpowiedzialności korporacyjnej za łamanie tych praw, a osoby poszkodowane napotykają liczne przeszkody w dostępie do środków zaradczych, w tym sądowych.

Pomimo poparcia Parlamentu Europejskiego dla procesu IGWG oraz jego wniosku o zaangażowanie ze strony Unii Europejskiej wyraziła ona obawy dotyczące dotychczasowego przebiegu procesu i nadal wydaje się być zagrożona przez przeszkody, które uniemożliwiają mu zaangażowanie się w proces negocjacji, co skutkuje brakiem mandatu negocjacyjnego.

Zdaniem naszej grupy politycznej Unia i jej państwa członkowskie powinny przystąpić do nowego, potencjalnie prawnie wiążącego instrumentu, jeżeli ich postulaty zostaną odpowiednio włączone, a jego mandat nie powinien wykraczać poza to, co jest prawnie ustanowione w Unii Europejskiej.

Jak wiemy, są państwa, które nie uczestniczą w tym procesie. Skuteczność traktatu jest uwarunkowana tym, że znaczna większość państw musi go ratyfikować i respektować.

Obecna forma zaproponowanej rezolucji stoi w wielu punktach w sprzeczności z tymi postulatami, i dlatego nasza grupa nie może jej poprzeć i złożyć alternatywny projekt.

(Przewodniczący odebrał mówcy głos)

Enrique Guerrero Salom (S&D). – Señor presidente, no se puede negar que la globalización y su extensión han tenido efectos positivos. Por ejemplo, han sacado a centenares de millones de personas de la pobreza. Pero tampoco se puede ignorar que han tenido muchos efectos negativos, entre ellos, han dado un excesivo poder a las empresas transnacionales. Algunas se han comportado responsablemente, pero muchas otras, sobre todo las más grandes, no lo han hecho. Han ignorado frecuentemente los derechos laborales, han violado en algunos casos derechos humanos, han alterado o destruido el medio ambiente o se han aprovechado de la debilidad de la fuerza de trabajo, en algunos casos del trabajo infantil.

Para enmarcar la actuación de estas empresas se viene negociando en las Naciones Unidas un tratado vinculante que afecte a todas las empresas, que les obligue a actuar responsablemente y que permita también el acceso de las víctimas a reparación.

El problema que tenemos es que la Unión Europea no es parte negociadora dentro de las Naciones Unidas y que los Estados miembros, en muchos casos, no han apoyado este proceso. Algunos que lo han apoyado no han puesto en marcha todavía las estrategias nacionales.

Tenemos que implicarnos más como Unión Europea, y hacemos la propuesta de que la Comisión, el Servicio Europeo de Acción Exterior y las distintas comisiones implicadas de este Parlamento trabajemos conjuntamente para fortalecer la posición de la Unión Europea en las próximas negociaciones del 15 de octubre en Ginebra.

Este asunto merece nuestro respaldo. Se trata de defender a los más débiles cuando están sometidos al poder de los más fuertes.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedavajući, kršenje ljudskih prava od strane transnacionalnih kompanija jedan je od najvećih izazova ekonomske globalizacije. Potraga za jeftinijom radnom snagom i novim tržištima često završi tamo gdje ne postoji primjerena regulacija koja bi zaštitila radnike i potrošače.

Podizanje svijesti o važnosti etičkog i društveno odgovornog poslovanja proces je u kojem se Unija, pružajući prvenstveno stratešku podršku civilnom društvu, mora jače angažirati. Obvezujući instrument UN-a bio bi prihvatljivo rješenje kad bi ga prihvatile i dosljedno primjenjivale sve globalne ekonomske sile. Ali, znamo da to nije realno za očekivati. Bez globalne implementacije i učinkovitog okvira za nadzor i sankcije u slučaju kršenja instrument je besmislen i kao takav predstavljao bi tek omču oko vrata zapadnim kompanijama.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE). – Señor presidente, gracias, señor comisario, por estar aquí.

La defensa de los derechos humanos exige algo más que buenas palabras, exige eficacia. Y cuando hablamos de empresas transnacionales con centros en países de desarrollo, descubrimos que los instrumentos con los que contamos no han sido completa y realmente eficaces.

Necesitamos dotarnos de herramientas jurídicamente vinculantes. Así lo han establecido las Naciones Unidas desde 2014. Por ser el lugar de origen de muchas empresas transnacionales, la Unión Europea debería haber liderado la creación de estos mecanismos vinculantes.

Pero la Unión sigue sin contar con un mandato para participar en el proceso negociador, a pesar de que esta Cámara lo ha aprobado. Esta inacción, este desinterés no es aceptable desde ningún punto de vista, y sé que a algunos esto igual les suena a intervencionismo, que les parece poco liberal que la política se inmiscuya en el ámbito de los negocios privados.

Pero es justamente al revés: lo liberal es defender los derechos humanos en todo el mundo y no es aceptable que nuestras empresas hagan en el extranjero lo que aquí les está prohibido, lo que aquí nos parecería intolerable.

La globalización económica será un proceso beneficioso si viene acompañada de una globalización de los derechos y los deberes.

Heidi Hautala (Verts/ALE). – Mr President, it's self-evident that the EU must take the lead in responsible business conduct globally but, in order to be able to do so, it must implement at home, and that's why I need to emphasise the implementation at EU level of the universally agreed UN Guiding Principles on Business and Human Rights.

Where is our action? It's much too late now. We have to undertake to establish binding due diligence for companies operating in Europe. We must make sure that the victims of European companies acting abroad will get access to justice, and this is work that is long overdue.

So please Commission, please External Action Service, please let's finally do that because that's the only way we can be a global leader and take an active role in Geneva. There is no time to waste, because there's nothing more compelling in the political world today than the requirement on responsible business conduct.

Helmut Scholz (GUE/NGL). – Herr Präsident, Herr Kommissar! Wir haben in diesem Haus schon viel Zeit damit verbracht, über den Schutz von Investoren und ihren Profiten zu reden. Heute sprechen wir endlich auch über die Pflichten, die sich für Unternehmen ergeben. Wir können nicht länger Geschäftsmodelle akzeptieren, die Menschenrechte und Umweltschutz ignorieren. Michael Frost, der Sonderberichterstatter der UNO zur Lage der Verteidigung von Menschenrechten, beklagt so das weitere Ansteigen von einschüchternder Gewalt und Morden gegen Menschen, die gegen Verstöße von Firmen vor Ort protestieren.

Ich fordere deshalb die Mitgliedstaaten, die Kommission und die Hohe Vertreterin auf, sich im UN-Menschenrechtsrat bei den Verhandlungen in Genf aktiv einzubringen, diesen Vertrag endlich fertig zu verhandeln und verbindlich zu machen. Konzerne müssen haftbar gemacht werden können, wenn sie Verstöße gegen Menschenrechte begehen. Dabei dürfen wir auch keine Schlupflöcher für Subunternehmen und Zulieferer zulassen. Das Beispiel Chevron/Texaco gegen Ecuador zeigt bis heute, dass nur konkrete, transparente und verbindliche Regeln und Verträge diese nachhaltigen Ziele gewährleisten können.

Ich hätte gerne Herrn Starbatty, der

(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort.)

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD). – Mr President, as we all know, the EU is committed to using external trade as a weapon, a tool to further EU policy. But trade agreements are supposed to be about trade and to mutual advantage. Trade agreements are not there to signal virtue backed up by economic threats.

The recent agreement with Canada, took up to seven years to negotiate. It was dragged out by the EU's attempt to impose conditions that had little or nothing to do with trade. And in passing, I have to say, fortunately, the topic of the Athabasca oil sands was glossed over, otherwise the EU would still be negotiating today, and we'd be into eight years of negotiations. In the meantime, profit and jobs would suffer.

It's bad enough when the EU tries on this tactic with rich countries, but these tactics are especially damaging when used against poor countries, and we've seen this with Sri Lanka, a country that had suffered civil war followed by a tsunami. Nevertheless, Sri Lanka had its trade preferences removed, entirely for political reasons. Human rights is one thing, extraterritoriality and the politicisation of trade is quite another.

Jean-Luc Schaffhauser (ENF). – Monsieur le Président, chers collègues, rappelons-nous que l'Union européenne a obtenu la personnalité juridique internationale par le traité de Lisbonne. C'est pour ainsi dire par un coup d'État s'opposant au vote des peuples français et néerlandais que cette personnalité lui a été octroyée. L'Union européenne n'a donc pas sa place autour de la table de négociation des Nations unies.

La responsabilité sociale et environnementale des entreprises est un sujet important de l'ONU. Elle peut certes sembler insuffisante, mais par quoi la remplacer? En fait, les abus, les pratiques scandaleuses, les crimes tiennent à la pratique de la globalisation sans règle du libre-échange, sans protection, à cette logique intrinsèque de l'Union européenne, avec ses traités du marché unique ouvert. On dénonce les effets, on adore les causes... En outre, cette réglementation vous conférerait un droit d'ingérence que vous utiliseriez pour condamner nos États européens, nos entreprises européennes, alors que vous accepteriez les pratiques de la Chine ou de la Turquie.

Francisco Assis (S&D). – Senhor Presidente, a criação de um Tratado que vinculou legalmente as empresas multinacionais ao respeito pelos direitos humanos é uma velha aspiração da sociedade civil mundial que vem desde os anos setenta. Esta aspiração prende-se com a insuficiência das regras adotadas voluntariamente pelas empresas, por um lado, e com a dificuldade de determinar claramente o âmbito jurisdicional dos Estados no caso de empresas que desenvolvam as suas atividades em países terceiros, por outro.

A globalização tornou este sistema mais complexo ao enfraquecer as fronteiras tradicionais e ao favorecer a mobilidade geográfica das empresas. Os potenciais efeitos negativos das atividades das multinacionais são particularmente preocupantes junto das comunidades mais vulneráveis e desprotegidas, como é, por exemplo, o caso das comunidades indígenas e campesinas.

Em 2014, a constituição de um grupo de trabalho intergovernamental da ONU para redigir uma proposta de Tratado vinculativo liderado pelo Equador e pela África do Sul deu um novo alento a essa velha aspiração. As atividades deste grupo foram, porém, acompanhadas com bastante ceticismo. A verdade é que não houve, por parte de vários atores, o empenho e o entusiasmo que se esperaria, incluindo por parte dos países da União Europeia. Não obstante, essa iniciativa começa a dar os seus frutos com uma primeira proposta de Tratado preparada pelo Equador.

O grande desafio é que o Tratado abranja as múltiplas situações do potencial impacto negativo dos direitos humanos que decorrem da atividade empresarial de forma indireta, por via das suas ramificações, empresas subsidiárias e empresas ou contratadas. É nesta dimensão que a União Europeia deve concentrar os seus esforços e contributos.

Estamos convencidos de que este Tratado poderá levar-nos a um novo patamar no que diz respeito à regulação da globalização, poderá abrir caminho a uma globalização responsável e sustentável, desde logo com garantias de acesso à justiça e reparação.

É por isso que a União Europeia, em fidelidade aos valores que a inspiram, deve ambicionar ter aqui um papel determinante e até mesmo liderante. Nesse sentido, deveremos apelar a que todos os Estados-Membros ultrapassem as suas divisões em relação a este Tratado e desenvolvam um esforço comum tendo em vista a sua aprovação.

Marietje Schaake (ALDE). – Mr President, respect for universal human rights is in Europe's DNA and should be the foundation of everything we do, from trade to development cooperation, from the way we shelter refugees to the approach we take towards new technologies. European leadership, also in making sure EU-based companies respect human rights no matter where they do business, is important. We have many examples to illustrate that. The exports of digital surveillance systems to dictatorships, slavery in the garment and conflict minerals industry, and North Korean forced labourers working here in Europe. But too often accountability lacks and if that's true for Europe, imagine the disregard for human rights in the rest of the world.

So while we need to do what we can and show leadership, it is an illusion to imagine Europe policing the rest of the world. Governments in third countries need to be brought on board with ambitious human rights agendas and their companies should take responsibility too. I'm very interested to hear more about what our European position towards the UN efforts on a binding instrument should look like, knowing that bringing any topic to the UN can also lead to a watering down or a hijacking of our well-intentioned high standards.

We must be mindful of what the end result could be, also with an eye on the level playing field and watching out that it is not other markets without regard for human rights that will be happy to take over our position.

Anne-Marie Mineur (GUE/NGL). – Voorzitter, mensenrechten behoren tot de kernwaarden van de EU. Dat staat in artikel 2 van het Verdrag van de Europese Unie. Maar in de praktijk worden mensenrechten nog vaak geschonden, ook door bedrijven. Het is daarom dringend noodzakelijk dat we een verdrag sluiten dat bedrijven dwingt om mensenrechten te respecteren, ook als ze over de grens opereren en zo aan nationale wetgeving kunnen ontkomen. We hebben de richtlijnen van John Ruggie, maar die zijn niet bindend. Daarom is een wereldwijd VN-verdrag noodzakelijk. De Europese Commissie lijkt zich niet te realiseren dat ze geen partij is in dit proces. Het is een VN-verdrag tussen landen. De beste rol die de Commissie in dit verband zou kunnen spelen is het ondersteunen van de lidstaten en hen aanmoedigen om zich uit te spreken voor een bindend verdrag. Ik roep ook graag het Oostenrijks voorzitterschap op om zijn rol heel serieus te nemen.

Elly Schlein (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, in un mondo così interconnesso e devastato da disuguaglianze globali, ci sono enormi sfide che dobbiamo affrontare a livello internazionale. Per questo chiediamo all'UE e agli Stati membri di sostenere il processo ONU per stabilire uno strumento vincolante per il rispetto dei diritti umani da parte delle imprese transnazionali.

Strumenti volontari non sono sufficienti, le attività delle imprese, specie nei paesi in via di sviluppo possono portare a gravi violazioni dei diritti umani, per non parlare dei possibili effetti negativi sull'ambiente, per i quali spesso non sono previsti risarcimenti per le popolazioni colpite. Se vogliamo raggiungere gli obiettivi dello sviluppo sostenibile al 2030 anche le multinazionali devono allinearsi.

Alcune delle multinazionali che umiliano il lavoro sono le stesse che si oppongono alla transizione ecologica e che eludono il fisco per centinaia di miliardi di euro all'anno rubandoci il futuro. Ecco, non è solo una strategia industriale, ma il tentativo di imporre un modello di società che schiaccia i diritti e le persone, per questo dobbiamo stabilire standard comuni e rimedi effettivi che siano accessibili a tutte le persone che vedono violati i propri diritti.

Jude Kirton-Darling (S&D). – Mr President, today's questions on the UN binding treaty come down to a very simple point: is the EU serious about responsible business conduct? By putting sustainable development at the core of the EU's trade strategy in 2015, the Commission created high expectations, but what we've seen is the EU working actively for global rights for investors, but dragging its heels on binding human rights rules on multinationals.

Within this UN initiative lies an opportunity to deliver a real trade policy for all, but why wait for global rules? We could lead the field by introducing horizontal mandatory due diligence to clean up all of our global supply chains, guaranteeing that European consumers and businesses are not inadvertently supporting human rights violations here or elsewhere. Europe urgently needs a renewed mission to connect to voters. Let it be for decency. Let it be for rights for people and rules for business.

Cécile Kashetu Kyenge (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, dopo quattro anni dalla nascita del gruppo di lavoro intergovernativo dell'ONU sulle società transnazionali, è stata presentata una prima bozza del testo. Quest'ultima, nonostante stia mettendo le basi per un approccio realmente vicino alle vittime di violazione dei diritti umani e rispondendo alle istanze dei paesi del Sud del mondo, necessita ancora di un lavoro sostanziale.

Vorrei sottolineare che con questa interrogazione non cerchiamo solo risposte, ma vogliamo sottolineare quanto sia fondamentale un apporto dell'Unione nell'elaborazione di questo strumento vincolante. Ogni giorno, nelle nostre istituzioni, lavoriamo per combattere violazioni dei diritti dei lavoratori, accaparramento delle terre, inquinamento e danneggiamento ambientale, tutela dei diritti delle comunità; lavoriamo per ridurre le asimmetrie, per lottare contro la corruzione e contro ogni tipo di sfruttamento.

Ci auguriamo che l'impegno profuso quotidianamente dall'Unione sia messo al servizio del gruppo di lavoro intergovernativo attraverso una partecipazione attiva ai lavori per la stesura del testo finale.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D). – Señor presidente, señor comisario, la prosperidad de las empresas tiene un límite: la dignidad humana.

El respeto de los derechos humanos es un valor y un principio fundamental de la Unión Europea. El derecho a la vida y la integridad física, el acceso a la tierra, el trabajo digno son elementos fundamentales que no pueden confiarse al voluntarismo. Son demasiadas las lagunas jurídicas que permiten que las empresas que violan estos principios queden impunes. Y peor aún, son demasiadas las víctimas, la mayoría de ellas mujeres. Que lo pierden todo. Que no pueden acceder ni a la justicia ni a la reparación de daños que se merecen.

No podemos -la experiencia nos lo demuestra- seguir así. La Unión Europea tiene que liderar este proceso. Y por eso le pido, le exijo a la Unión Europea que tenga un mandato urgente para negociar un tratado internacional vinculante sobre empresas y derechos humanos.

Dejemos de mirar a otro lado. Miremos a las víctimas. Nos necesitan. La Unión Europea tiene que liderar este proceso.

Karoline Graswander-Hainz (S&D). – Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ausgangspunkt dieser Diskussion sind die häufigen Verletzungen von Standards im Bereich der Menschenrechte durch transnationale Unternehmen. Die Leitprinzipien für Menschenrechte und Unternehmen sind bereits ein erster richtiger Schritt in die richtige Richtung. Dennoch habe ich große Bedenken. Die Regeln sind nämlich weder verbindlich noch durchsetzbar.

Daher muss es in unser aller Interesse liegen, ein verbindliches Instrument im Rahmen der Vereinten Nationen zu entwickeln, um so viele Staaten wie möglich einzubinden. Nur so können wir das Argument der Konservativen entkräften, dass europäische Unternehmen Wettbewerbsnachteile erleiden würden. Da die EU aber leider formal kein Mandat hat, um aktiv an der Ausarbeitung teilzunehmen, fordere ich die Mitgliedstaaten auf, endlich eine einheitliche Linie zu verabschieden und sich mit großem Engagement und Ehrgeiz für ein verbindliches Instrument zum Schutz von Menschenrechten einzusetzen.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, chers collègues, malgré une sensibilisation et une compréhension accrues sur ce sujet, les atteintes aux droits de l'homme liées aux entreprises constituent un problème qui, malheureusement, garde toute son actualité.

Comme souligné dans la résolution accompagnant la question orale, l'internalisation croissante des activités commerciales et des chaînes d'approvisionnement renforce le rôle joué par les entreprises quant au respect des droits de l'homme, tout en conduisant à une situation dans laquelle la mise en place de règles et d'une coopération internationales est devenue nécessaire.

Je soutiens avec force l'élaboration d'un traité international contraignant concernant les entreprises et les droits de l'homme et j'insiste sur le fait qu'il faut continuer à inviter l'Union européenne et les États membres à participer de manière constructive à ce processus et à garantir une position cohérente sur ce sujet à tous les niveaux, dans toutes les politiques, les relations et les accords commerciaux, tout en incluant des règles concernant la responsabilité des entreprises au regard des violations des droits de l'homme dans le cadre d'accords commerciaux et d'investissement.

Julie Ward (S&D). – Mr President, putting in place binding rules that oblige companies to respect human rights is urgent. In many countries around the world transnational corporations take advantage of the soft legal framework that applies to their activities so as to favour their interests over human rights. This is also the direction of travel regarding Theresa May's hard Brexit. The land rights of indigenous people in particular are continuously violated and our own European companies are among the worst when it comes to human rights records in foreign countries.

I am saddened to see how difficult it is to reconcile the business world and human rights. It's urgent that we revise our business models and build a fairer and more inclusive paradigm, for instance through the development of social enterprises. Businesses should work for the common good, for the many and not for the interests of the few. I urge the European Union and the Member States to ensure the process for a binding treaty on business and human rights is kept alive, and to genuinely fight for the primacy of rights over private interests. Women, workers and indigenous peoples must be protected.

President. – The debate is closed.

I have a short announcement. When I chair the plenary, at least, I will not be giving space during the catch-the-eye procedure to anyone who has not been present for the debate. I think that colleagues know who I am talking about. I will make an exception today, but for me a debate is a debate and that means one has to be present.

Catch-the-eye procedure

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Panie Przewodniczący! Zawsze opowiadałem się za transparentnością, a więc kierunek debaty, gdzie ta transparentność jest uznawana za jeden z najważniejszych elementów, uważam za istotny i wartościowy. Z drugiej strony opowiadałem się zawsze za równymi szansami do prowadzenia działalności gospodarczej, także wobec tych firm, które nazywamy transnarodowymi czy ponadnarodowymi. Natomiast uważam, że część postulatów, które padły na tej sali, niestety kieruje ten wysiłek do kosza. Przede wszystkim nierealne oczekiwania – nierealne oczekiwania prawne, także te, które są związane z ewentualnymi prawami do odwołań, prawami do walki o prawa pracownicze – są tak sformułowane, jakby ich celem było wyrzucenie tych słusznie sformułowanych na początku postulatów do kosza. I na to zwracam uwagę.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor presidente, señor comisario, esta pregunta oral ha sido planteada desde las Comisiones parlamentarias de Comercio Internacional, Desarrollo y Asuntos Exteriores, pero también podría haber sido planteada perfectamente desde la Comisión de Libertades, Justicia y Asuntos de Interior porque afecta a un eje vertebral de la acción exterior y global de la Unión Europea —el compromiso con los derechos fundamentales—, y es una exigencia de responsabilidad de la Comisión para que obtenga del Consejo un mandato negociador de la Unión Europea que cubra el vacío de normativa internacional con el que las multinacionales explotan a personas indefensas — particularmente niños y mujeres vulnerables— en sus acciones comerciales, sea en Uzbekistán, sea en Bangladés —como ha puesto de manifiesto este Parlamento Europeo—, o en cualquier lugar del globo.

Por tanto, el mensaje es claro: Comisión, Unión Europea, derechos fundamentales, derechos humanos en todas partes, también exigibles a la responsabilidad social de las empresas multinacionales.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, το θέμα της καταπάτησης των θεμελιωδών δικαιωμάτων, και ιδίως των εργασιακών δικαιωμάτων, από την πλευρά των πολυεθνικών έχει συζητηθεί αρκετές φορές στην αίθουσα αυτή.

Γνωρίζουμε ότι οι πολυεθνικές, εφαρμόζοντας τη λογική του outsourcing, προκειμένου να μειώσουν το κόστος εργασίας και κυρίως να αποκομίσουν υπερκέρδη, μεταφέρουν τα κεφάλαιά τους σε αναπτυσσόμενες χώρες, όπου εκεί δεν τηρούν ούτε την εργασιακή νομοθεσία ούτε τη νομοθεσία για την ασφάλεια και την υγιεινή των εργαζομένων. Πολλές φορές, μάλιστα, έχουμε δει να υπάρχει παιδική εργασία και καταπάτηση των εργασιακών δικαιωμάτων.

Πιστεύω ότι ήρθε η ώρα να σταματήσει η ίδια η Ευρωπαϊκή Ένωση να υποκρίνεται στο ζήτημα αυτό, διότι εισάγονται αυτά τα πάμφθηνα προϊόντα από τον αναπτυσσόμενο κόσμο και οι πολυεθνικές συσσωρεύουν υπερκέρδη, τη στιγμή που δεν δίνουν καν σοβαρές αμοιβές στους εργαζόμενους.

Χρειάζονται λοιπόν συγκεκριμένα μέτρα και νομίζω ότι αυτό είναι και το αντικείμενο της συζήτησής μας: τα μέτρα που πρέπει να λάβει το Κοινοβούλιό μας και η Επιτροπή.

Linnéa Engström (Verts/ALE). – Herr talman! Herr kommissionär!

”Så trött på att bara duga ibland. Du vill ha lite kultur och sälja ditt land. Men i kulturen ingår vi och vårt blod. Att sälja landet till gruvbolag, det kallas folkmord.”

De här orden kommer från den samiska aktivisten Sofia Jannok, ur *Faller en, faller alla*. I mitt hemland Sverige förvägras ursprungsbefolkningen, samerna, sina mänskliga rättigheter. Det är ett solklart fall där skogsbolagens och gruvbolagens intressen går före människors och naturens rättigheter.

Så hur påverkas människor och miljö? Skogsbruket och gruvdriften omvandlar landskapet, utarmar den biologiska mångfalden och försvårar betet för renarna. Gruvindustrins enorma dagbrott påverkar mark och vatten och skapar enorma mängder farligt avfall. Sverige måste ratificera ILO-konventionen 169 om ursprungsbefolkningars rättigheter. Det är dags för rättvisa!

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, συζητάμε για τα δικαιώματα των εργαζομένων πολυεθνικών εταιρειών σε όλο τον κόσμο. Επειδή το Κοινοβούλιο δείχνει πολύ θετική στάση υπεράσπισης αυτών των δικαιωμάτων –πράγμα που χειροκροτώ– και έχουν λεχθεί όλα τα σημαντικά, θέλω να αναφερθώ σε κάποιες λεπτομέρειες που νομίζω ότι θα ολοκληρώσουν την εικόνα.

Η Apple, αγαπητοί συνάδελφοι, έχει 1.600.000 εργαζόμενους και πληρώνει γι' αυτό 2,6 % των εσόδων της. Οι εργαζόμενοι πληρώνονται 1,5 ευρώ την ώρα. Ο μηνιαίος μισθός τους ισοδυναμεί με το μισό της αξίας ενός iPhone: 600 περίπου ευρώ δια δύο, δηλαδή 300 ευρώ τον μήνα, που σημαίνει, όπως είπα και προηγουμένως, 1,5 ευρώ την ώρα. Εργάζονται 60 ώρες την εβδομάδα, έξι διαδοχικές μέρες και πάνω από δέκα ώρες την ημέρα. Τα καθαρά έσοδα 14 δισεκατομμυρίων δολαρίων, σύμφωνα με τα στοιχεία του 2010 –υποθέτω σήμερα πολύ περισσότερα–, που αποκομίζει η Apple μόνο μέσα σε ένα τρίμηνο ισοδυναμούν με τον μισθό 11 ετών 300.000 εργαζομένων.

(Ο Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή)

Eleonora Forenza (GUE/NGL). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il 5 luglio del 2016, quest'Aula ha approvato la relazione di cui ero relatrice e che aveva come oggetto proprio i diritti umani e la responsabilità sociale d'impresa. In quel testo si auspicava una caratteristica vincolante di quelle clausole che riguardano i diritti umani e si auspicava un maggior impegno della Commissione in sede di Nazioni Unite, proprio a sostegno del trattato.

Non posso di conseguenza che essere convintamente a favore della risoluzione già approvata in commissione DEVE e chiedere con forza, anche da parte mia, che ci sia un maggior impegno comunitario e degli Stati membri a favore di un carattere vincolante e di un trattato vincolante per la responsabilità sociale d'impresa e la responsabilità delle multinazionali. Da ultimo, il caso glifosato di cui, come sapete, abbiamo molto discusso e stiamo molto discutendo in commissione PEST ci ricorda quanto sia urgente.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, κανείς δεν μπορεί να αρνηθεί το γεγονός πως μεγάλες εταιρείες που δραστηριοποιούνται σε τρίτες χώρες παραβιάζουν συστηματικά τα ανθρώπινα δικαιώματα εργαζομένων. Όμως η λύση δεν θα δοθεί ούτε με τη δημιουργία νέων οργανισμών που θα απορροφούν επιπλέον κονδύλια ούτε με την αμφίβολης αξίας δικαστική συνδρομή, καθώς πολλές φορές το δικαστικό σύστημα των χωρών στις οποίες συμβαίνουν οι εν λόγω παραβιάσεις είναι ίσως περισσότερο διεφθαρμένο και από τις εταιρείες που καλείται να δικάσει.

Δύο μόνο ενέργειες μπορούν να δώσουν απάντηση στο σημαντικότερο αυτό πρόβλημα: μακροπρόθεσμα, πρέπει να επιδιώξουμε την ομαλοποίηση της λειτουργίας των κρατών αυτών, καθώς –για να λέμε τα πράγματα με το όνομά τους– τα περισσότερα από αυτά διοικούνται από διεφθαρμένους πολιτικούς που δεν υπολογίζουν καθόλου τους πολίτες τους, εξασφαλίζοντας με άλλους τρόπους την ψήφο τους, σε όσα βέβαια κράτη από αυτά διατηρούν έστω το προσωπείο μιας δημοκρατίας και δεν είναι απλά και ξεκάθαρα δικτατορίες.

Σε πιο άμεσο χρόνο όμως προτείνω την απαγόρευση λειτουργίας εντός της Ενώσεως όσων εταιριών παραβιάζουν τα ανθρώπινα δικαιώματα, καθώς και την απαγόρευση στις υπόλοιπες εταιρείες της οποιασδήποτε συναλλαγής μαζί τους. Μόνο εάν τις χτυπήσουμε οικονομικά, θα αναγκαστούν οι εταιρείες αυτές να αλλάξουν τις πρακτικές τους.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, δυστυχώς και στη σύγχρονη εποχή βλέπουμε να υπάρχουν περιπτώσεις παραβίασης των ανθρωπίνων δικαιωμάτων στον τομέα της εργασίας ως θυσία στον βώμο του κέρδους. Ένοχοι για αυτές τις παραβιάσεις είναι, ως επί το πλείστον, υπερεθνικές και πολυεθνικές εταιρείες οι οποίες εκμεταλλεύονται τις διασυνδέσεις τους με διεφθαρμένους πολιτικούς, καθώς επίσης και το χαλαρό νομικό πλαίσιο που επικρατεί στις χώρες στις οποίες δραστηριοποιούνται. Για τον λόγο αυτό, παριστάμεθα μάρτυρες της μεταφοράς της παραγωγής των εταιρειών, κυρίως της ενδύσεως, σε χώρες με χαμηλό εργατικό δυναμικό, ούτως ώστε να περιορίζουν τα εργατικά έξοδα και να κερδίζουν περισσότερα χρήματα.

Αυτές οι εταιρείες χρησιμοποιούν πολλές φορές στην εργασία και μικρά παιδιά και γενικώς υποχρεώνουν τους εργαζομένους να εργάζονται πολλές ώρες και κάτω από άσχημες συνθήκες. Για αυτό ακριβώς τον λόγο πρέπει τα κράτη, αλλά και η Ευρωπαϊκή Ένωση ως σύνολο, να θεσπίσουν αυστηρούς κανόνες, ώστε να εφαρμόζονται άμεσα, και επίσης να μην επιτρέπουν την εκμετάλλευση και πώληση των προϊόντων αυτών στις χώρες τους.

(End of catch-the-eye procedure)

Christos Stylianides, *Member of the Commission*. – Mr President, I would like to thank honourable Members for this very fruitful debate and for their contribution in this really challenging field. I would like to reply and make some remarks on some of the observations.

First of all, let me underline what I said in my opening remarks. The European Union is not opposed, as a matter of principle, to discussing a potential legally-binding instrument, and this is why we have engaged in the process led by Ecuador. The second point, also on your observations. We nonetheless insist that the scope of the discussions should include all companies, not only transnational or multinational, as many human rights violations are committed by domestic companies. Some of you raised this issue.

My third point is about the European Union's position on this specific legally-binding instrument. The European Union is a staunch supporter of the United Nations in a rules-based global order and we expect all EU Member States to comply with these obligations and implement them strictly. Full implementation of these existing human rights obligations would help to respond to the numerous cases documented by civil society organisations and human rights defenders. We believe that any possible further steps regarding the international legal framework for business and human rights at UN level must be inclusive, firmly rooted in the UN guiding principles, and address all types of companies whether international or domestic, as I have already said.

In the world of today, it is only within a multilateral framework that we can ensure that all the victims of human rights abuses resulting from companies' actions receive the same level of protection. The European Union has a strong track record in agreeing with and implementing the UN Guiding Principles. We need to acknowledge progress also by a number of European companies to implement these Principles, and expect others to follow. However, we should continue to explore options for filling the gaps in their implementation, for increasing respect of human rights by private operators and ensuring access to remedies both multilaterally and bilaterally. We should also see how we can best promote a global level playing field in line with international standards in this area.

Let me add that in the current challenging global context multilateral cooperation is more important than ever and it is essential that the European Union and the UN speak with one voice when it comes to upholding democratic values and the universality of human rights. This is the challenge.

President. – Commissioner, thank you very much also for responding to concrete elements that have been raised by colleagues.

Juliane Bogner-Strauss, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, as already mentioned by the Commissioner, the European Union is not opposed to discussing a potentially legally binding international instrument on business and human rights. I think I am also repeating what you have already said when I say that any possible further steps regarding the international legal framework for business and human rights at UN level must be inclusive, firmly rooted in the UN guiding principles, and address – as you have already mentioned – all types of companies, transnational as well as domestic.

Let me also reassure you that the EU will continue to cooperate with all stakeholders globally on initiatives to ensure implementation of the UN guiding principles on business and human rights, including through national action plans, and to promote accountability for human rights violations and the need for an effective remedy for all victims of human rights violations and abuses.

With regard to your question on the formal mandate for negotiations, the Council will take a formal decision on the opening of negotiations if, and when, it receives a relevant recommendation in accordance with Article 218.

To sum up, thank you for your fruitful statements. This has been a very useful debate, which demonstrates the high degree of convergence between the views of Parliament and of the Council on the importance of ensuring an effective level of protection for victims of human rights abuses resulting from companies' actions, and of improving their access to effective remedies. This much-needed progress must, in the first instance, be achieved through clear commitments from all states to implement a duty to protect human rights and to abide by their existing international obligations. Thank you again for your fruitful statements and for your attention.

President. – I have received one motion for a resolution tabled in accordance with Rule 123(2)).

The debate is closed.

The vote will take place on Thursday, 4 October 2018.

Written statements (Rule 162)

Andi Cristea (S&D), în scris. – Uniunea Europeană se întemeiază pe valorile respectării demnității umane, ale libertății, democrației, egalității, statului de drept și ale respectării drepturilor omului. Corporațiile, fiind unul dintre principalii actori ai mondializării economice și schimburilor comerciale internaționale, au obligația să respecte toate legile aplicabile și tratatele internaționale în vigoare, inclusiv drepturile omului.

Din păcate, nu există o abordare globală a răspunderii întreprinderilor pentru încălcările drepturilor omului, iar victimele încălcărilor drepturilor omului în care sunt implicate întreprinderi multinaționale se confruntă adesea cu numeroase obstacole în ceea ce privește accesul la căile de atac, inclusiv la căile de atac judiciare. Implicarea UE și a statelor membre, în colaborare cu partenerii, este majoră pentru transpunerea în practică a principiilor directe ale ONU privind activitățile întreprinderilor și drepturile omului.

Atât UE, cât și statele sale membre trebuie să contribuie activ și constructiv la elaborarea cât mai rapidă a unui instrument internațional obligatoriu din punct de vedere juridic care să reglementeze activitățile corporațiilor transnaționale și ale altor întreprinderi cu caracter transnațional, pentru a preveni și remedia încălcările drepturilor omului și a asigura căile de atac necesare.

Karol Karski (ECR), na piśmie. – W związku z postępującą globalizacją i umiędzynarodowieniem działalności gospodarczej oraz łańcuchów dostaw rola przedsiębiorstw w przestrzeganiu praw człowieka jest kluczowa oraz musi być bardziej zauważalna i uregulowana przez prawo.

Normy międzynarodowe mają nadrzędne znaczenie w zapobieganiu łamaniu praw człowieka w państwach trzecich, jednak pomimo tak wielu dyskusji i negocjacji w tej kwestii w dalszym ciągu nie wypracowano wspólnego podejścia do sposobu ich przestrzegania przez korporacje transnarodowe.

Chciałbym wyrazić poparcie dla prac międzyrządowej grupy roboczej ONZ mających na celu opracowanie wiążącego instrumentu regulującego przestrzeganie praw człowieka w ramach działalności przedsiębiorstw międzynarodowych. Poczynione do tej pory wysiłki to duży progres w kierunku ochrony i propagowania rzeczonych praw.

Ponadto uważam, że negocjacje w sprawie przyszłego traktatu muszą być prowadzone w sposób jak najbardziej przejrzysty oraz obejmować jasne cele i mierzalne wskaźniki dotyczące uczestnictwa Unii Europejskiej w kolejnych rundach negocjacyjnych. Apeluję o doprecyzowanie roli Parlamentu Europejskiego, aby wkład Unii w prace międzyrządowej grupy roboczej był jak najbardziej rzeczywisty i konstruktywny.

13. Unterstützung der EU für das UNRWA nach der Einstellung der finanziellen Unterstützung für das UNRWA durch die USA (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the statement by the Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy on EU support to UNRWA, following the US withdrawal of financial support to UNRWA (2018/2852(RSP)).

Johannes Hahn, Member of the Commission, on behalf of the Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Mr President, this plenary is taking place a few days after the High Representative co-chaired a ministerial meeting in New York on the UN Agency for Palestinian Refugees. At the meeting, which I also attended, the European Union reaffirmed once more its political and financial support.

UNRWA is essential to peace in the Holy Land. It is serving millions of Palestine refugees and preserving the very possibility of a Palestinian state. The ministerial meeting was an opportunity to underline the importance of guaranteeing full financial support to UNRWA, and we managed to mobilise very significant resources that reduce the funding gap enormously. This means that Palestine will continue to be assisted by the UN Agency. The Commission proposed additional support to UNRWA of EUR 40 million. The EU and its Member States collectively provide almost half of UNRWA's budget. We have all invested over EUR 1 billion in funding over the last three years.

We are, and we will continue to be, strong, reliable, and critical supporters of the Agency. Supporting UNRWA is, above all, a humanitarian responsibility, but it is also in our collective interest for the sake of peace in the Middle East. First, millions of people, many of them extremely young, rely on UNRWA for essential services such as education, health services and food assistance. This is true in the West Bank and Gaza, but also in countries such as Jordan, Lebanon and Syria that host a large number of Palestinian refugees. Thanks to these funds, half a million children can go to school every day, millions of patients receive health care, and thousands of people have access to jobs.

Second, UNRWA's activities are particularly important for the people in Gaza who face a complex political and humanitarian situation. At last week's ad hoc Liaison Committee meeting on Palestine in New York, we recalled that our priority must be to avoid another escalation and to restore a political horizon for the people of Gaza, but this will never be possible if we don't also address the humanitarian situation right now and remain committed to assisting the most vulnerable people in Gaza.

Finally, without UNRWA it would be even more difficult to reach a negotiated two-state solution. A just, fair, agreed and realistic solution for Palestine refugees is a final status issue that only the two parties can resolve through negotiations, with the support of the international community.

Today, the Agency is reforming itself to be more effective, efficient and to have a perspective for the future. UNRWA has expanded its donor base and taken internal management measures to increase efficiency and reduce costs. Next year will be an even tougher year for UNRWA. In this context, we need to stress once more the crucial importance for UNRWA to intensify its efforts to put in place cost saving measures and reforms, including refocusing UNRWA's activities on core services for the most vulnerable refugees. We are engaging with UNRWA to explore synergies with other potential service providers to safeguard key services to Palestinian refugees.

Precisely because we believe that UNRWA is essential, we want it to be more effective and efficient than it is today. We will do our utmost to ensure that UNRWA and its staff continue to operate until a just, fair, agreed and realistic solution to the plight of Palestinian refugees is finally reached. Without UNRWA and without the two-state perspective, there would just be chaos and violence for both the Israeli and the Palestinian people. We need a multilateral framework to support negotiations, we need a collective engagement to push for political progress and we need the region and the entire international community to continue to play their role. The European Union will double down on efforts to work with our partners – the US and other regional and international partners – towards our common goal of a negotiated two-state solution.

José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor presidente, en el mes de febrero discutimos este mismo asunto en el hemiciclo después de la decisión del Gobierno de los Estados Unidos de congelar 65 millones de su contribución al Fondo de las Naciones Unidas para los Refugiados. En esa ocasión, señor presidente, expresamos nuestra preocupación. Preocupación que se compartió con la expresada por el secretario general de las Naciones Unidas, recordando que esta agencia no es una agencia palestina sino una agencia de las Naciones Unidas.

El 31 de agosto el Gobierno de los Estados Unidos decidió retirar definitivamente 368 millones de 1 200 millones. Al día siguiente, el portavoz del Servicio Europeo de Acción Exterior de la Unión Europea recordó con satisfacción la apertura ese mismo fin de semana de varias escuelas en las que se educarán más de quinientos mil niños de Palestina, Siria, Líbano y Jordania.

Hoy, la Unión Europea corre con el principal esfuerzo presupuestario en necesidades básicas, ayuda humanitaria y desarrollo social, y nos sentimos verdaderamente orgullosos de ello, por lo que felicitamos a la Comisión.

Por eso, señor presidente, tenemos que lamentar esta decisión de los Estados Unidos, que se une a la larga lista de desencuentros con la Unión Europea, pero en este caso afecta a más de 5 500 000 personas, hombres, mujeres y niños a los que, sencillamente -como ha dicho el alto comisionado-, no podemos abandonar.

Evidentemente, esto no quiere decir que no se tengan que exigir las mayores medidas de control financiero, de control presupuestario y de rendición de cuentas a estos fondos, pero entendemos, señor presidente, que ese desistimiento por parte de los Estados Unidos de no unirse a ese esfuerzo internacional en favor de la población palestina no reduce, claramente, en beneficio de la influencia que este país ha venido ejerciendo en el proceso de la búsqueda de una solución justa y duradera para el conflicto en Palestina.

Y, por lo tanto, señor presidente, esperamos que los Estados Unidos, sobre la base de razones estrictamente humanitarias, reconsideren su decisión.

Elena Valenciano, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, en primer lugar, agradezco al comisario y también a la alta representante el esfuerzo que están llevando a cabo para tratar de equilibrar lo que es una gravísima crisis financiera de una organización que se ocupa, como ha dicho el comisario, de los más vulnerables —de los niños, de las niñas, de las personas enfermas, de las personas mayores— y de educar a los jóvenes y a las jóvenes.

La decisión de la Administración Trump va mucho más allá de abandonar a personas frágiles, a personas que necesitan ayuda. La decisión de la Administración Trump reincide justamente en esa idea de hacer crecer el odio —el odio y la desafección—.

Abandonar a las niñas que están yendo a las escuelas, que necesitan, más que nunca y más que nadie, de la educación como instrumento para poder sobrevivir, para poder mejorar, para poder soportar incluso la situación en la que viven, aislarlas del sistema educativo, sería prácticamente como poner minas antipersona.

Es muy grave la decisión, es muy profunda y es muy política. No es solamente financiera. Es una decisión que pretende avanzar en la senda de hacer imposible la solución de los dos Estados, haciendo que la juventud palestina se sienta cada vez más abandonada, cada vez más alejada de los valores de la solidaridad y de la justicia.

Por eso, además de apelar al esfuerzo financiero —que sé que la Comisión está haciendo, que este Parlamento tiene que hacer y también los Estados miembros—, quiero hacer un llamamiento para que los Estados Unidos vuelvan a la senda de la solidaridad y de la construcción de la paz.

Bas Belder, *namens de ECR-Fractie*. – Voorzitter, een strikte vergelijking tussen doelstellingen en werkwijze van de twee VN-organisaties voor vluchtelingen UNHCR en UNRWA legt het grote falen van UNRWA bloot. UNRWA bevordert niet, maar blokkeert een oplossing van het Palestijnse vluchtelingenvraagstuk en dat al bijna 70 jaar lang. Juist het Amerikaanse besluit UNRWA in haar huidige vorm niet langer te willen financieren, biedt de internationale gemeenschap een uitgelezen kans de onontbeerlijke hulp aan Palestijnse vluchtelingen op een verantwoorde wijze drastisch te veranderen. En dat vereist nieuwe rationele criteria voor Palestijnse vluchtelingen – geen automatisme meer – en legt voortaan ook de exclusieve verantwoordelijkheid voor de integratie van Palestijnse vluchtelingen in de Palestijnse gebieden bij de Palestijnse Autoriteit zelf. Vervang in Gaza UNRWA door UNHCR. Kijk eens wat er gebeurd is – ik heb er van de Commissaris geen woord over gehoord – wat er gebeurd is met de staf van UNRWA gisteren, gevlucht naar Israël. Geef, meneer de Voorzitter, UNHCR ook het mandaat over de Palestijnse vluchtelingen in Libanon en Syrië. Om zicht te houden op de Twee-statenoplossing voor het Israëlisch-Palestijns conflict, toch staand EU-beleid, dient Brussel Washington juist te steunen in deze wake up call aan het Palestijnse leiderschap. De Commissaris sprak net het over hervormingen van UNRWA. Insiders vertellen mij hoe hier misbruik wordt gemaakt. Welgestelde Palestijnse families houden hun hand op en UNRWA moet toch geen banenmachine zijn? Kweek eerlijkere werkplaatsen in plaats van [onverstaanbaar].

Hilde Vautmans, *namens de ALDE-Fractie*. – Voorzitter, dit debat gaat eigenlijk niet zozeer over Israël en ook niet zozeer over Palestina. Misschien ook niet zozeer over de Verenigde Staten. Wel gaat het over de beslissingen van één man, president Trump, diens unilaterale beslissingen en de negatieve gevolgen daarvan. Eerst, en we weten dat allemaal, was er de beslissing om de Amerikaanse ambassade naar Jeruzalem te verplaatsen. Vervolgens was er de beslissing om een deel van de financiële hulp aan UNRWA stop te zetten om ten slotte de algehele stopzetting door te voeren. Collega's, als je als staat één derde van een organisatie financiert en je beslist om dat eenzijdig stop te zetten, dan doe je dat niet, collega's en meneer De Belder, om hervormingen te stimuleren. Dat is bullshit. Dan doe je dat omdat je de organisatie wil opdoeken. En bij zijn aantreden – dat herinneren we ons allemaal nog – zei president Trump: "Ik wil werken aan de ultieme deal". Zijn acties daarentegen lijken eerder partijdig. Onlangs sprak hij zijn steun uit voor een twee-statenoplossing, maar hoe? De conclusies die ik uit zijn daden trek is dat hij door één partij te benadelen deze opnieuw aan de onderhandelingstafel wil krijgen. "Leverage", zoals je hem zou kunnen horen zeggen. Nu, als President Trump denkt dat hij op die manier de geschiedenis zal ingaan als de persoon die een twee-statenoplossing doorvoert, dan heeft hij het volledig mis. Want UNRWA, collega's, en de commissaris heeft het gezegd, is fundamenteel voor de toekomstige Palestijnse staat. Ze staat in voor het onderwijs van de kinderen, voor de voedselpakketten, voor de gezondheidszorg van de Palestijnse vluchtelingen. Daarom, Commissaris, ben ik blij dat Europa zijn verantwoordelijkheid neemt. Dat we een stuk van het gat hebben gedicht. Maar er zijn drie zaken die we moeten blijven doen. Eén, engagement blijven tonen ten aanzien van de Palestijnse vluchtelingen. Twee, UNRWA begeleiden bij de noodzakelijke hervormingen. En drie, natuurlijk on speaking terms blijven met de Verenigde Staten van Amerika. Zij moeten helpen die twee-statenoplossing

te verwezenlijken.

Margrete Auken, for Verts/ALE-Gruppen. – Hr. formand! Atter en gang takker min gruppe UNRWA for deres fantastiske arbejde. Det bliver katastrofalt for de palæstinensiske flygtninge, hvis denne hjælp ikke sikres. Men vi er nødt til at se det sammen med situationen i det besatte Palæstina, der nu er nået et nyt lavpunkt. Læs pressen: Palæstina er i brand, vejene flyder med blod. Bare nogle eksempler fra de sidste dage: I fredags blev 7 palæstinensere dræbt i Gaza; i søndags var der flere angreb fra bosættere mod palæstinensere i Østjerusalem; i går blev 93 palæstinensere såret i Gaza, 7 blev dræbt, her iblandt et barn; i går var der den hidtil største demonstration af israelske arabere mod Knessets nyligt vedtagne racistiske nationalstatslov; i dag er der generalstrejke overalt i Palæstina, ligeledes mod nationalstatsloven, men også til støtte for landsbyen Khan al-Amar, som Israel vil smadre trods protester fra hele verden, heriblandt en stærk beslutning fra dette Parlament i sidste måned.

Hvad er EU's svar? Et bekymret mumleri og nogle få ekstra euro. Men vi har endog meget tætte bånd til Israel. Vi kan ikke bare blæse på Israels systematiske krænkelser af såvel international lov, som EU's egne love, og krænkelserne bliver stadig værre. Hr. kommissær: Nu skal EU leve op til sin egen lovgivning og forlange den respekteret af dem, vi samarbejder med. Det skal vi for palæstinenserne skyld, men det skal vi også for EU's egen skyld. Når vi tilsidesætter vores egne love, underminerer vi os selv som retsstat.

Νεοκλής Σουλκιώτης, εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL. – Κύριε Πρόεδρε, η απόφαση των ΗΠΑ να διακόψουν τη χορήγηση χρηματοδότησης στην UNRWA προστίθεται σε μια σειρά εμπρηστικών ενεργειών της κυβέρνησης Trump με αποκορύφωμα την αναγνώριση της Ιερουσαλήμ ως πρωτεύουσας του ισραηλινού κράτους. Βαθύτερη επιδίωξη βέβαια είναι να εκτροχιαστούν οι προσπάθειες για τη λύση των δύο κρατών και να ακυρωθεί το δικαίωμα των Παλαιστινίων προσφύγων να επιστρέψουν σε ένα δικό τους ανεξάρτητο κράτος.

Σχολεία, νοσοκομεία, προσφυγικοί οικισμοί και προγράμματα ιατροφαρμακευτικής περίθαλψης που ανακουφίζουν 5 εκατομμύρια πρόσφυγες είναι πλέον υπό την απειλή της κατάρρευσης, εάν δεν βρεθεί άμεσα η απαιτούμενη χρηματοδότηση για την UNRWA, ενώ στην αποκλεισμένη Γάζα το 80% του πληθυσμού εξαρτάται πλήρως από τη στήριξη της UNRWA.

Καλούμε την Ευρωπαϊκή Ένωση και τα κράτη μέλη να αναλάβουν πρωτοβουλία και να κινητοποιήσουν επιπλέον χρηματοδότηση για την UNRWA, ώστε να μπορέσει να συνεχίσει απρόσκοπτα το έργο της. Την ίδια στιγμή, η Ένωση έχει χρέος να ασκήσει πιέσεις στο Ισραήλ για να τεθεί τέρμα στην πολιτική των εποίκισμών και να τερματιστεί ο απάνθρωπος αποκλεισμός της Γάζας.

(Ο Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή)

Rosa D'Amato, a nome del gruppo EFDD. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, oggi ci sono oltre 5 milioni di profughi palestinesi registrati nell'area UNRWA o in Medio Oriente.

L'UNRWA fu costituita nel '49 a seguito dell'esodo dei palestinesi cacciati dalle loro terre al fine di provvedere al loro aiuto. Essa ha contribuito anche grazie all'appoggio europeo al sostentamento di quattro generazioni di profughi palestinesi.

Nella governance dell'UNRWA ci sono certamente aspetti migliorabili, ma mi trovo in profondo disaccordo con il taglio dell'amministrazione Trump, che si conferma promotore di una linea politica del tutto controproducente alla pace in Medio Oriente e alla soluzione dei due Stati, come d'altra parte ha dimostrato anche la decisione di spostare l'ambasciata da Tel Aviv a Gerusalemme.

Il taglio di 300 milioni del contributo porterà a disastrose conseguenze pratiche: classi scolastiche di 60 bambini, privazione del sostentamento per migliaia di famiglie, perdita dell'assistenza sanitaria per le comunità beduine. E la nostra Europa, baluardo del rispetto universale dei diritti umani, non può chinare il capo e fare finta di nulla. Ora più che mai, servono azioni diplomatiche decise, forti e coraggiose.

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

Marcus Pretzell, im Namen der ENF-Fraktion. – Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Israels Sicherheit ist Teil deutscher Staatsräson – so sagte Angela Merkel. Und Herr Trump hat nicht nur die Hauptstadt Jerusalem anerkannt, jetzt hat er auch dem UNRWA die Mittel gestrichen. *Well done, Mister President!* Zum Vergleich: Das UNHCR kümmert sich mit 9 300 Mitarbeitern weltweit um alle Flüchtlinge bis auf die palästinensischen. Um die kümmert sich das UNRWA mit 30 000 Mitarbeitern. Es geht um 5,2 Millionen sogenannte palästinensische Flüchtlinge bei überhaupt nur 750 000 ursprünglich Vertriebenen. Der Rest hat seinen Status erbt.

Das hier ist ein 200-seitiger Bericht von UN Watch, der auf über 200 Seiten ein Dokument von Antisemitismus und Glorifizierung von Judenmördern durch Mitarbeiter des UNRWA ist. Aber das UNRWA propagiert auch ein Recht auf Rückkehr dieser sogenannten Flüchtlinge. Acht Millionen Kaschmiris wurden Flüchtlinge, als Indien gegründet wurde, 12 Millionen Deutsche wurden nach 1945 vertrieben, Millionen Polen. Jetzt stellen wir uns vor, wir hätten allen diesen Flüchtlingen und ihren Nachkommen über Jahrzehnte ein Recht auf Rückkehr eingebimt. Zum Glück haben wir das nicht getan, denn sonst hätten wir das Problem nicht gelöst, sondern wir hätten es perpetuiert. Genau das tut das UNRWA. Es ist eine Schande, dass ausgerechnet die deutsche Bundesregierung zugesagt hat, einen substanziellen Teil des amerikanischen Anteils am UNRWA zu übernehmen. Wir sollten uns den USA anschließen und ebenfalls alle Mittel streichen.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, ο διαβολικά καλός, κατά τον κύριο Τσίπρα, Αμερικάνος πρόεδρος Trump, με τη διακοπή χρηματοδότησης του προγράμματος βοήθειας στους Παλαιστίνιους επιδιώκει με βαρβαρότητα να τους εξαναγκάσει να δεχθούν τετελεσμένα στο πλαίσιο προωθούμενων ιμπεριαλιστικών διευθετήσεων στη Μέση Ανατολή και την Κύπρο, με τη μεταφορά της αμερικάνικης πρεσβείας στην Ιερουσαλήμ, με αναγνώριση της Ιερουσαλήμ σαν πρωτεύουσας του Ισραήλ, με νομιμοποίηση της κατοχής, των εποικισμών, της δολοφονικής ισραηλινής πολιτικής απαρχαίντ.

Η Ευρωπαϊκή Ένωση και οι κυβερνήσεις της και πάλι υποκριτικά ψελλίζουν κάποια λόγια. Δεν απαλλάσσονται από τις τεράστιες ευθύνες τους. Καμία κύρωση. Συνεχίζουν να αναπτύσσουν σχέσεις με το Ισραήλ, να του κάνουν πλάτες, να μην αναγνωρίζουν το παλαιστινιακό κράτος, παρά τις αποφάσεις των κοινοβουλίων τους, να αναγνωρίζουν το Ισραήλ σαν χωροφύλακα του ιμπεριαλισμού στη Μέση Ανατολή που φλέγεται.

Κλασικό παράδειγμα η κυβέρνηση ΣΥΡΙΖΑ-ΑΝΕΛ, που εκτοξεύει τις οικονομικές και στρατιωτικές σχέσεις με το Ισραήλ, με κοινούς ενεργειακούς και στρατιωτικούς σχεδιασμούς κατά των λαών της περιοχής, με στρατιωτικές βάσεις που παραχωρεί στους νατοϊκούς δολοφόνους. Οι σχεδιασμοί τους σκοντάφτουν στην αλύγιστη θέληση των Παλαιστίνιων, που αποτυπώθηκε στο πρόσωπο της Ahd Tamimi, της δεκαεφτάχρονης που φυλακίστηκε οχτώ μήνες, γιατί προστάτευσε τη ζωή της οικογένειάς της, όταν παραβρέθηκε στο φεστιβάλ της KNE, της νεολαίας του Κομμουνιστικού Κόμματος Ελλάδας στην Αθήνα.

Καταδίκη με συγκεκριμένα μέτρα του Ισραήλ, τέρμα στην κατοχή, στους εποικισμούς, λευτεριά στους Παλαιστίνιους πολιτικούς κρατούμενους, παλαιστινιακό κράτος στα σύνορα του '67 με πρωτεύουσα την Ανατολική Ιερουσαλήμ!

Michael Gahler (PPE). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Entscheidung von Präsident Trump, die amerikanischen Zahlungen für das UNRWA einzustellen, reiht sich ein in eine lange Liste von solchen einseitigen Beschlüssen, wo große Teile der internationalen Gemeinschaft kopfschüttelnd oder fassungslos danebenstehen. Dass diese US-Administration leider kein ehrlicher Makler zwischen Israelis und Palästinensern ist, wissen wir bereits. Aber diese Entscheidung ist meiner Meinung nach auch nicht im Interesse Israels. Oder glaubt irgendjemand, dass es Israel zum Vorteil wäre, wenn die jungen Palästinenser nicht in UN-Schulen, sondern in Hamas-Schulen unterrichtet würden? Der einzige Trost, den ich derzeit erkennen kann, besteht darin, dass offenbar die internationale Gemeinschaft, die anderen Geber sich in der letzten Woche am Donnerstag am Rande der UNO-Generalversammlung zusammengesetzt haben, um die finanzielle Lücke zu schließen. Angeblich ist das aktuelle Defizit dadurch von 446 Millionen auf 64 Millionen reduziert worden.

Natürlich muss man im Einzelnen schauen, welche Aufgaben das UNRWA zu erledigen hat. Natürlich kann auch eine solche Organisation effektiver werden. Aber von jetzt auf gleich eine wesentliche finanzielle Unterstützung zu entziehen, das hilft niemandem. Und deswegen hoffe ich, dass wir in den Debatten mit den Vereinigten Staaten vielleicht spätestens mit der nächsten Administration eine andere Beschlusslage erzielen können.

Knut Fleckenstein (S&D). – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon wichtig, dass wir weiterhin das UNRWA unterstützen, weil die Hilfe vor Ort – viele haben es schon im Detail ausgeführt – auch wirklich lebens- und überlebenswichtig ist. Es ist aber auch wichtig für uns selbst und für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger, die wir repräsentieren, dass wir deutlich zeigen: Wir stehen zu unserem Wort, wir stehen zu unserem Engagement und zu unseren Werten, auch wenn andere es plötzlich anders sehen. Wenn wir schon bei den Bemühungen um eine Verhandlungslösung im Nahen Osten nicht erfolgreich sind, dann sollten und werden wir uns wenigstens auf dem Feld der humanitären Hilfe nicht überbieten lassen. Und deshalb unser Dank an die Kommission und auch an die Mitgliedsstaaten, die in die Tasche gegriffen haben, um das plötzliche Loch, das die Vereinigten Staaten gerissen haben, auszugleichen.

Wir sollten unsere Partner in den USA bitten, ihre Entscheidung zu überdenken. Denn internationale Zusammenarbeit oder Zusammenarbeit in internationalen Gremien funktioniert ja nicht nur dann, wenn die Einen das Sagen haben und die Anderen dann gefälligst tun, was der große amerikanische Bruder will. Nein, es passiert eben auch mal, dass sich andere Mehrheiten in solchen internationalen Organisationen bilden. Und das muss man ertragen, das muss jeder mal ertragen.

Zweitens: Je mehr Geld Deutschland – weil ich aus Deutschland komme – oder die Kommission hineingeben muss, umso länger wird es dauern, bis dieses 2%-Ziel erreicht ist, weil Friedens

(Der Präsident unterbricht den Redner.)

Anders Primdahl Vistisen (ECR). – Hr. formand! Definitionen på sindssyge er at gøre det samme igen og igen og forvente et forskelligt resultat, og det er vel det, man kan sige, at Europas tilgang til Israel-Palæstina-spørgsmålet har været hele vejen igennem. Vi bliver ved med at sidde fast i den samme rille, og det er et eller andet sted bekymrende at høre den store opbakning, der er til en organisation som UNRWA her i salen – en organisation, der gang og igen er blevet taget for svindel, for korruption og for antisemitiske budskaber i forhold til deres ansatte medarbejdere; en FN-organisation, der nærmest har karakter af en stat i staten, hvor der er så eksorbitant mange på lønningslisten, at det nærmest udgør en helt fraktion i det palæstinensiske selvstyre.

Det kan man så sammenholde med at, det eneste sted i verden, hvor flygtningestatussen kan gå i arv, åbenbart er Palæstina. Derudover gør den store politiske interesse, der er for dette relativt begrænsede geografiske område i Mellemøsten, jo også, at alle debatter vedrørende Israel og Palæstina kommer til og handle om de samme temaer, de samme gamle konflikter, i stedet for at se på fakta omkring organisationen. Denne organisation har ikke gjort sig fortjent til fortsat vestlig støtte. Derfor synes jeg, det er godt, at præsident Trump har besluttet, at amerikanerne ikke længere ønsker at støtte UNRWA. Jeg håber, at den danske regering også vil stoppe sin støtte. Og man kunne også håbe, at det en dag ville komme til så meget fornuft, at EU stopper vores.

Javier Nart (ALDE). – Señor presidente, la suspensión de la financiación de los Estados Unidos al OOPS es un indecente chantaje de Trump en favor de la extrema derecha israelí.

Todos los informes de las Naciones Unidas son constantes respecto a las condiciones extremas en Palestina, pero el OOPS no sustituye las obligaciones de Israel en la Palestina ocupada conforme al Cuarto Convenio de Ginebra, que le responsabiliza de atender todas las necesidades de los palestinos. Gaza será inevitable en 2020, donde Israel, además, prohíbe el acceso a todos los miembros de este Parlamento.

La cláusula democrática del artículo 2 del Acuerdo de Asociación Unión Europea-Israel obliga a Israel a respetar los principios democráticos y los derechos humanos, siendo parte esencial del acuerdo. Así que, no basta con apoyar al OOPS. O aplicamos la cláusula democrática o la eliminamos de todos nuestros acuerdos.

Porque la Unión Europea pagará el chantaje de Trump para evitar un desastre humanitario, pero no estamos ante un desastre humanitario. Estamos ante un problema político.

(El orador acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento interno)

Arne Gericke (ECR), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Vielen Dank, lieber Kollege. Es ist immer schön, wie wir auf Trump eindreschen, weil er Mittel streicht. Warum haben wir nicht gehandelt, als in Syrien ein Flüchtlingslager mit Palästinensern so weit herabgewirtschaftet worden ist, dass dort Hunderte von Kindern verhungert sind? Da waren wir in der Bringpflicht und hätten die UN mit Mitteln ausstatten müssen. Ich denke, wir müssen immer Gleiches mit Gleichem vergleichen. Inwiefern würden Sie da auch in gleicher Weise...

(Der Präsident unterbricht den Redner.)

Javier Nart (ALDE), *respuesta de «tarjeta azul»*. – Señor Gericke, no hay nada desigual en determinar que un país debe cumplir la legalidad internacional y la legalidad internacional es el Cuarto Convenio de Ginebra.

Lo que dice de Siria lo comparto, pero un crimen en Siria no exime de un crimen en Israel.

Jordi Solé (Verts/ALE). – Mr President, two weeks ago, together with other MEPs, I was in Lebanon and we had the opportunity to visit one of the Palestinian refugee camps, the one in Beirut in Shatila. I can assure you, it is a terrible site. Thousands of people living in very poor conditions packed into just 0.4 square kilometres. We had the opportunity to talk to mothers and fathers of the school children in the only school to be found in the neighbourhood. We also talked to the doctors running the healthcare centre. They all implored us to keep UNRWA alive. Without UNRWA support these people, who are the last of the last in Lebanon, would be totally abandoned and left homeless. Let's not follow the argument of the Trump administration; UNRWA has no ideology other than human dignity and human rights and takes no sides in the conflict between Israel and Palestine. UNRWA just honours international commitments taken 70 years ago, and the European Union and its Members States cannot let UNRWA fall.

Σοφία Σακοράφα (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, κύριοι συνάδελφοι, 70 χρόνια τώρα η UNRWA δίνει ανάσα ζωής σε Παλαιστίνιους πρόσφυγες. Πριν 10 μέρες επισκέφθηκα την Παλαιστίνη και είδα σχολεία, νοσοκομεία και κοινωνικές υπηρεσίες να κλείνουν το ένα μετά το άλλο, τις προσφυγικές δομές υποστελεχωμένες, τις τραγικές συνέπειες από τη μείωση της ανθρωπιστικής βοήθειας. Αυτά είναι τα άμεσα αποτελέσματα της εγκληματικής απόφασης των ΗΠΑ, που υποστηρίζουν τα εγκλήματα του Ισραήλ και τον εκτοπισμό εκατομμυρίων Παλαιστίνιων, στερώντας τους και την ελάχιστη βοήθεια.

Κύριοι συνάδελφοι, η χρηματοδότηση της εκπαίδευσης είναι ίσως η ελάχιστη προσφορά της διεθνούς κοινότητας απέναντι στο καθεστώς μαζικού διωγμού που βιώνουν οι Παλαιστίνιοι πρόσφυγες· ελάχιστο αντίβαρο στην ακραία βία, τον πόνο και την αδικία που προκαλεί η κατοχή· ελάχιστο αντίβαρο, κύριοι συνάδελφοι, ώστε η επιβίωση να μην αποτελεί το μοναδικό τους όνειρο, για να μην είναι το μέλλον τους όμηρος της πολιτικής του Ισραήλ.

Η Ευρωπαϊκή Ένωση, κύριε Επίτροπε, έχει ιστορικό χρέος να αναπληρώσει το οικονομικό κενό της αποχώρησης των ΗΠΑ. Πολιτική βούληση χρειάζεται, όχι μόνο καμπάνιες εύρεσης δωρητών.

André Elissen (ENF). – Voorzitter, we spreken vandaag over de hoogte van de Europese bijdrage aan de Palestijnen. Nu de Verenigde Staten terecht besloten hebben de hulp op een laag pitje te zetten, moeten de zogenaamde vluchtelingen op zoek naar een nieuwe suikeroom en de Europese Unie is maar wat graag bereid om die rol te blijven vervullen. UNRWA beschikt over een budget van meer dan 1 miljard euro per jaar. Er zijn genoeg verhalen bekend over het inhuren van islamitische terroristen, het wegsluizen van Europese gelden naar de zakken van corrupte Palestijnse leiders en uitingen van extreme Jodenhaat. En wat doet de Europese Commissie? Die vindt het allemaal prima en blijft vele honderden miljoenen euro's per jaar uitdelen. Onverkoopbaar en onacceptabel. Helaas maakt ook mijn eigen land, Nederland, jaarlijks trouw vele tientallen miljoenen euro's over. Geld dat we veel beter in ons eigen land kunnen besteden. Voorzitter, het is duidelijk. Elke euro naar de Palestijnen is wat ons betreft een euro te veel. Stop met het financieren van haat richting Israël, stop met het in stand houden van een zogenaamd vluchtelingenprobleem en stop elke vorm van ondersteuning aan de Palestijnen.

Francisco José Millán Mon (PPE). – Señor presidente, Oriente Próximo en general y, en especial, la cuestión palestina requieren diálogo y acuerdos, no actos unilaterales. La situación creada por la supresión de la ayuda de los Estados Unidos al OOPS exige inevitablemente un aumento de la contribución de la Unión Europea y de sus Estados miembros. No tenemos otra solución. Celebro la posición que nos ha expresado el comisario. Los servicios de alimentación, salud, educación básica e infraestructuras no pueden ser desatendidos.

El Mediterráneo sur es nuestra vecindad. Lo que allí sucede repercute inmediatamente en Europa. Lo hemos visto con el conflicto sirio. Lo vemos, también, con la situación en Libia. La desestabilización en el Mediterráneo nos afecta directamente.

Además de los Estados miembros, espero que otros países, por ejemplo los países árabes con recursos, también aumenten su contribución al OOPS, que adolece de un déficit crónico, ahora agravado. Me preocupa que este tipo de decisiones de Washington pueda utilizarse para aumentar la radicalización entre los refugiados palestinos. También me preocupa que con estas y otras decisiones similares los Estados Unidos continúen en una línea de automarginación de una región en la que hasta hace poco eran el actor clave. Al final, Rusia e Irán podrían aumentar su papel en una zona en la que la influencia de los Estados Unidos no cesa de disminuir.

La Unión Europea, además de incrementar su contribución al OOPS, tiene que procurar intensificar el diálogo con Washington y hacerle ver los riesgos de estos actos unilaterales en una región tan volátil y al mismo tiempo tan importante para Europa y para Occidente.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D). – Señor presidente, en la Comisión de Presupuestos por estas fechas siempre hablamos de la financiación del OOPS, o más bien de la infrafinanciación de la agencia, porque todos los años recibimos sus informes financieros y vemos las penurias económicas a las que tienen que hacer frente.

El problema de los números es que son muy fríos y difícilmente se les ponen ojos y cara, y, para eso, es mejor ir sobre el terreno. Así que en este mandato hemos viajado a Palestina, al Líbano y a Jordania para verlo allí mismo, y allí sí que puedes ver sus ojos y sus caras.

Y ahí te das cuenta de que la negociación presupuestaria, que tanto nos costó sacar adelante, tenía un fin indiscutible: que los refugiados y, especialmente, los niños y niñas que son víctimas de guerras y de disputas políticas sin sentido tengan sus necesidades más básicas cubiertas: un techo, comida, educación y atención sanitaria.

Y eso, algo tan humanitario como eso, es lo que acaba de negar Trump. Y la verdad es que no se puede ser más miserable.

Y si Trump no tiene corazón, Europa debe demostrar que sí lo tiene y no solo con palabras, sino con sus presupuestos, y hacerlo sin fisuras, sin rebajas y sin miserias.

Branislav Škripek (ECR). – Mr President, I believe all of us can agree that we cannot fund an entity without scrutinising it thoroughly. We have obtained well-founded reports that UNRWA has been funding school textbooks full of incitement and full of hate, and even EU money is funding these school textbooks. They should meet the UN standards of education and promote peace. Regretfully, we have seen alarming changes in the Palestinian curricula, which are turning in the wrong direction.

Moreover, in your answer to the written question of the group of MEPs, Commissioner Hahn, you admitted that for the current result-oriented framework there are no specific targets linked to the curriculum reform process. Humanitarian efforts have become harmful to any kind of peace in the area. We need to make sure the UNRWA meets basic conditions in order that further EU funding can be justified. The US cut has made the EU the only major donor of the UNRWA. This fact will make the EU more accountable for the outcomes.

Jacques Colombier (ENF). – Monsieur le Président, la décision des États-Unis de se retirer du financement de l'UNRWA est un fait nouveau et un fait politique. Les réfugiés palestiniens ont des droits dans le cadre des conventions internationales: il s'agit de les garantir, mais pas à n'importe quel prix.

Leur sort ne s'améliorera vraiment que le jour où s'imposera, entre Israéliens et Palestiniens, une solution définitive à deux États. Dans ce cadre, ces réfugiés pourraient même bénéficier d'un droit au retour.

Mais nous ne devons pas faire preuve de naïveté. L'Union européenne en bailleur de fonds perpétuel, c'est loin d'être notre point de vue; cette question doit demeurer, à notre sens, du ressort essentiel des Nations unies. N'oublions pas que ces camps sont infestés par la propagande et les groupes islamistes, notamment au Liban, où l'armée a procédé récemment à des arrestations.

Aussi, la plus grande vigilance s'impose. Avant d'ouvrir les vannes du financement, j'invite les dirigeants européens à s'interroger très sérieusement sur les destinations d'éventuels fonds supplémentaires et à financer, bien entendu, d'autres priorités.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, izraelsko-palestinský konflikt považuji za jeden z nejtěživějších sporů novodobé historie. Zde v Evropském parlamentu před několika lety prohlásil izraelský prezident, že evropské smíření je inspirací pro Izrael a Palestinu.

Já věřím, že i tam bude jednou mír a že i tam nastane usmíření. K tomu úkolu potřebují tyto země pomoc dalších aktérů a jedním z nich je také agentura UNRWA, která má v řešení tohoto konfliktu nezastupitelné místo, zejména pokud jde o humanitární pomoc.

Spojené státy se rozhodly ukončit financování z důvodu neefektivity a já žádám Evropskou komisi, aby v případě navýšení příspěvku velmi důsledně, důrazně kontrolovala, na jaké účely je používán. Souhlasím s kolegou Škripkem, že je nepřijatelné, aby tyto prostředky byly využívány na jednostrannou propagandu.

Pier Antonio Panzeri (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il portavoce dell'UNRWA ha dichiarato che la scelta dell'amministrazione americana avrà un impatto devastante sulla vita di cinquecentomila minori che ricevono un'istruzione dall'agenzia, tre milioni e mezzo di malati che si recano alle sue strutture mediche e un milione e settecentomila persone in condizioni di insicurezza alimentare e decine di migliaia di donne, bambini e disabili rifugiati.

Questa agenzia negli ultimi settant'anni ha fornito un aiuto indispensabile a più di 5 milioni di rifugiati palestinesi. La decisione di Trump rappresenta una grave inversione di marcia rispetto al paradigma di Oslo, sostenuto anche dall'Unione europea. L'agenzia non è solo indispensabile per i rifugiati palestinesi, ma rappresenta anche il destino della soluzione dei due Stati. Sostenere e contribuire al suo finanziamento significa lavorare per la stabilità del Medio Oriente, regione determinante anche per il futuro dell'Europa.

Enrique Guerrero Salom (S&D). – Señor presidente, como ponente para ayuda humanitaria de este Parlamento he visitado campos de refugiados en Líbano, en Jordania y también en Palestina. Campos de refugiados en la tierra ocupada por otro país.

En todos ellos he visto la meritoria labor que desarrolla el OOPS, que está atendiendo una crisis que se prolonga ya más de siete décadas y que no tiene visos de solución en el inmediato futuro. Alguien ha señalado que estamos ante una crisis política y también humanitaria, pero es peor. Estamos ante la utilización de una crisis humanitaria para obtener réditos políticos.

Eso es lo que han hecho los Estados Unidos: cortar el apoyo a personas en situación de necesidad para imponer su política en Oriente Próximo, y eso es insostenible desde una perspectiva humanitaria.

Der Präsident. – Für das nun folgende Verfahren der spontanen Wortmeldungen habe ich doppelt so viele Wortmeldungen wie wir Zeit vorgesehen haben. Ich werde deshalb von jeder Fraktion einen Kollegen zu Wort kommen lassen und dabei berücksichtigen, wer schon einmal im Verfahren der spontanen Wortmeldungen gesprochen hat.

Spontane Wortmeldungen

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, o corte de trezentos milhões de dólares no financiamento dos Estados Unidos à agência da ONU de assistência aos refugiados da Palestina é lamentável e representa um golpe financeiro que põe em causa os cuidados de saúde primários, os serviços educativos e a ajuda de emergência aos mais de 4 milhões de refugiados palestinos que vivem na Faixa de Gaza, na Cisjordânia, na Jordânia, na Síria e no Líbano.

Os argumentos invocados por Washington sobre o peso do fardo financeiro das contribuições americanas para esta agência da ONU em 1.1 mil milhões de dólares, em 2017, pretendem camuflar o que constituiu uma politização da ajuda humanitária e são chocantes também pela dualidade de critérios de um país que, neste mesmo ano, alocou quase 4 mil milhões de dólares para a ajuda militar a Israel.

Por tudo isto, quero felicitar a Alta Representante Mogherini, quer pelo anúncio do reforço da contribuição financeira da União para esta agência quer pelo contínuo apoio político à solução assente na coexistência de dois Estados, para sanar o conflito israelo-palestiniano essencial à segurança no Médio Oriente e à paz no mundo.

Arne Lietz (S&D). – Herr Präsident! Ich begrüße den Vorschlag der Kommission außerordentlich, nun 40 Millionen Euro mehr an EU-Hilfen an das UNWRA zu gewährleisten. Vor allem die Unterstützung der Bildung von Kindern und Jugendlichen unter den palästinensischen Flüchtlingen ist wichtig, um Normalität, Stabilität und Frieden in der Region sicherzustellen. Dieses postulierte auch das israelische Militär. Bereits im Februar verhandelte ich eine Entschließung des Europäischen Parlaments, in dem es sich überparteilich gegen die UNWRA-Kürzungen der USA und für eine verstärkte finanzielle Unterstützung des UN-Flüchtlingshilfswerks durch die EU aussprach. Humanitäre Hilfe darf nicht für politische Forderungen missbraucht werden.

Ich fordere weiterhin, dass die EU nicht nachlässt, zusammen mit anderen Mitgliedstaaten andere Nationen dieser Welt anzusprechen, um diese Finanzlücke zu schließen. Deutschland hat bereits zugesagt, seine Beiträge in diesem Jahr von 81 auf 100 Millionen Euro zu erhöhen. Ich begrüße es, dass Deutschland hier politisch, aber auch finanziell klar hinter dem UNWRA steht.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η Υπηρεσία Αρωγής και Έργων του ΟΗΕ για τους Παλαιστίνιους στη Μέση Ανατολή επιτελεί ένα σημαντικό έργο τα τελευταία 70 χρόνια. Δραστηριοποιείται στον Λίβανο, στη Συρία, στη Δυτική Όχθη, στη Λωρίδα της Γάζας και ασφαλώς έχει προσφέρει σημαντικές υπηρεσίες. Στηρίζει ευάλωτα πρόσωπα, στηρίζει την παιδεία, τη μόρφωση και είναι σίγουρο ότι η μείωση της χρηματοδότησής της και τα προβλήματα στη λειτουργία της θα επηρεάσουν, όπως ακούστηκε, τουλάχιστον 500.000 μαθητές και 400.000 αρρώστους.

Αυτό βέβαια δεν σημαίνει ότι δεν πρέπει να υπάρξει έλεγχος, διαφάνεια, λογοδοσία στη λειτουργία της UNRWA, αλλά αυτά δεν μπορεί να είναι και η αιτιολογία για να σταματήσει η λειτουργία της. Θεωρώ ότι ορθώς η Ευρωπαϊκή Ένωση στηρίζει τη λειτουργία της UNRWA. Και καλό θα είναι και οι αραβικές χώρες, οι οποίες χρηματοδοτούν με δισεκατομμύρια ευρώ ποδοσφαιρικές ομάδες στο αγγλικό και γαλλικό πρωτάθλημα, να βάλουν το χέρι στην τσέπη και να ενισχύσουν την UNRWA.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señor presidente, quiero felicitar expresamente a la vicepresidenta Mogherini por el papel que ha desempeñado la Unión Europea en el proceso que ha llevado a ampliar la base de donantes y las aportaciones que mantienen la imprescindible actividad del Organismo de Obras Públicas y Socorro de las Naciones Unidas para los Refugiados de Palestina en el Cercano Oriente.

Los nuevos fondos conseguidos son la mejor respuesta a la irresponsable conducta del presidente Trump. Las decisiones unilaterales que ha adoptado en la zona, con las que justifica decisiones como el bloqueo de la mayor parte de los fondos con los que los Estados Unidos contribuían a financiar este organismo, son un arma de destrucción masiva de los delicados equilibrios y valores que tratan de construir paz y estabilidad, de las herramientas que permiten cumplir con obligaciones que la legislación asigna a la comunidad internacional para auxiliar a los refugiados palestinos.

Celebro que la Unión Europea haya respondido a este despropósito, al cortoplacismo miope, inconsciente y populista que caracteriza al presidente americano, con rapidez, eficacia y liderazgo.

Europa, *the best*. Trump —que no América ni los Estados Unidos—, *the worst*.

Ana Miranda (Verts/ALE). – Senhor Presidente, a agência da ONU de assistência aos refugiados palestinianos sofre a mais dramática crise da história. É uma situação dramática e cruel. Os cortes nas escolas, nos hospitais e na assistência alimentar de emergência têm implicações simbólicas políticas e materiais muito sérias. Significa que não vão ter acesso a serviços básicos, mas politicamente, como disse o Comissário, também significa fazer avançar a ideia de que estas pessoas se deveriam assimilar e esquecer o direito a regressar, significa retirar a cinco milhões o estatuto de refugiados, é uma decisão política. Em Gaza é muito pior. Ali 8 % dos habitantes dependem da ajuda humanitária. Falta água, eletricidade, serviços. Já era difícil viver em Gaza com a ocupação. Se se cortam os fundos ainda é pior.

Denunciamos a incapacidade da comunidade internacional e a cumplicidade com Trump e que a Europa não seja mais cúmplice porque isto não ajuda para a paz.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL). – Señor presidente, la decisión del presidente Trump de no financiar al OOPS no es solo una medida cruel para con los que fueron expulsados de sus legítimas tierras sino que supone un torpedo político contra el concierto internacional. Es pasar del indisimulado apoyo a la ocupación ilegal de Palestina a asumir abiertamente el proyecto racista del sionismo más extremista, ese que busca la desaparición de los palestinos.

La Unión Europea debe apoyar económicamente al OOPS para que no colapse, pero lo necesario es que terminen los motivos por los que se creó esta agencia. Hace falta firmeza con Israel, la potencia ocupante e irrespetuosa con el Derecho internacional. Esa firmeza que la Unión Europea emplea con otros países pequeños.

Hay que reconocer a Palestina como Estado y hay que pedir y exigir su viabilidad con las resoluciones de las Naciones Unidas, un Estado con las fronteras del 67, con Jerusalén Este como capital, y el regreso de los refugiados.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, oggi un milione di rifugiati palestinesi nella Striscia di Gaza rischia di restare senza cibo né acqua. Tre milioni e mezzo quelli che probabilmente si vedono negata l'assistenza sanitaria primaria. Questa è la vergogna che accade, colleghi, a poche ore di volo da noi, nonostante la clausola sui diritti umani, inserita nel nostro accordo con Israele, potenza occupante. E da quando gli Stati Uniti hanno tagliato i fondi dell'UNRWA, ben 364 milioni diventati 64 nel gennaio 2018 e totalmente sospesi dall'agosto scorso, la tragedia è ancora più grave.

Come Unione, abbiamo contribuito a tamponare la falla con 40 milioni, ma l'agenzia è ancora in deficit di altri 64 milioni e rischia di non poter terminare le attività previste per quest'anno. Non possiamo cedere a questo ricatto. Serve un ulteriore sforzo collettivo da parte dei donatori internazionali, ma serve dare soprattutto un'ancora di salvezza per quei rifugiati palestinesi che non vogliono rinunciare ai loro sogni, che non vogliono rinunciare al loro futuro.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, αποτελεί αναφαίρετο δικαίωμα των κρατών να επιλέγουν ελεύθερα, βάσει των δικών τους εσωτερικών δημοκρατικών διαδικασιών, πώς θα δαπανήσουν τους πόρους τους και πώς θα διαμορφώσουν τις εξωτερικές τους σχέσεις. Και αυτές οι τελικές αποφάσεις χρήζουν σεβασμού και αποδοχής από όλες τις πλευρές.

Υπερβαίνοντας την εντολή της και λειτουργώντας αυτόκριτα ως διεθνής διαιτητής, η Ένωση προβάλλει τα ανθρώπινα δικαιώματα, τη δημοκρατία και το κράτος δικαίου επιλεκτικά, ως μοχλό πίεσης, εξυπηρετώντας γεωστρατηγικά συμφέροντα συγκεκριμένων χωρών, δίχως διορατικότητα ή μακροπρόθεσμο σχεδιασμό.

Οι ενέργειές της, με τον μη σεβασμό της αρχής της μη ανάμειξης στα εσωτερικά ζητήματα και τις κυρίαρχες αποφάσεις τρίτων ανεξάρτητων κρατών, αποδεικνύουν για μια ακόμη φορά την αδυναμία αντίληψης και εκδήτουν την απουσία της από τις διεθνείς γεωστρατηγικές ισορροπίες. Αντιθέτως, συνεχίζει να εφελκείται από τις εξελίξεις, αμελώντας περαιτέρω τον κύριο λόγο ύπαρξής της ο οποίος είναι η σταθερή βελτίωση των όρων διαβίωσης των πολιτών της. Εκτός των άλλων, ποιος ζήτησε από την Ένωση να αντικαταστήσει τον ΟΗΕ;

(Ende der spontanen Wortmeldungen)

Johannes Hahn, *Member of the Commission, on behalf of the Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy*. – Mr President, this has been a very fruitful exchange and I would like to thank honourable Members for their interventions. From this debate I conclude that we all share a common interest in using the EU's diplomatic power and EU instruments to their full potential in support of ensuring the sustainability of the United Nations Relief and Works Agency (UNRWA) core services to vulnerable Palestinian refugees.

We will continue to look at how best to use all the instruments available to us in humanitarian relief, stabilisation and development assistance, and political dialogue but please allow me to make some clarifications due to one or other comments or statements by honourable Members.

First, UNRWA is not something which founded itself, nor is it an NGO. It was founded based on a UN General Assembly Decision from 8 December 1949 as a reaction to the Palestinian refugee disaster in the late 1940s. Its mandate is renewed every three years. So the whole construction is based on a UN General Assembly Decision, meaning a multilateral agreement.

There is, by the way, a clear mandate, a clear task and in that respect UNRWA is different from the tasks of UNHCR. UNRWA deals with providing necessary support, in particular of education and health treatment, and other things but in particular these two areas, for refugees, definitely in a medium-and long-term perspective as this has been continuing now for many decades, whereas UNHCR is dedicated to supporting, to helping the short-term challenge of certain refugee situations all around the world.

This was, by the way, clearly presented by the current UN Secretary-General, Mr Guterres, last week in New York, at this event I already mentioned in my introduction, and Mr Guterres is very well placed to speak about this because before he became Secretary General of the UN, he was for 10 years High Commissioner for Refugees and chairing UNHCR.

Having said all this, I think we should say what is happening. The US is breaching international agreements – international agreements – and, by the way, bilateral contracts between UNRWA and the US about the funding of UNRWA. Only in December last year, the administration signed a contract with UNRWA about further financing and only a few weeks later they decided to cut or to stop immediately payments to UNRWA. This is a decision which again does not respect multilateral agreements and contracts.

Finally, as was also said by some colleagues, some Members of this Parliament, on the textbook issue, here once again a clarification. Our support to UNRWA is the payment of salaries and pensions for teachers in the West Bank. We are already working to tackle the deficiencies in the Palestinian Authority (PA) education system with an EU-PA dialogue linked to EU financial cooperation. The EU insists that Palestinian textbooks meet UNESCO standards for peace and tolerance in school education. This was in the EU-UNRWA strategic dialogue.

The EU consistently requests clarification on UNRWA handling of non-neutrality buyers and non-violence issues in textbooks. In the recent review of support to the two-state solution, I proposed linking disbursement of funding to the implementation of agreed reforms, which could also be extended to curricula.

May I close by signalling once again my appreciation of Parliament's role in keeping this important file on the international agenda.

Der Präsident. – Vielen Dank, Herr Kommissar Hahn.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Aussprache ist zwar eigentlich geschlossen. Es gehört sich vielleicht nicht, aber ich will das jetzt doch einmal sagen: Es ist sehr dankenswert, dass der Herr Kommissar auf einzelne Wortmeldungen eingegangen ist. Aber ich empfinde es als absolut ungehörig – das mag im Einzelfall mal sein, dass von 30 Rednern, die jetzt hier in der Debatte angemeldet waren, am Schluss, wenn der Kommissar antwortet, weniger als zehn noch da sind. Weniger als zehn! Es sind alle Fraktionen betroffen. Da gibt es keine besonders edlen und keine weniger edlen. Wie gesagt, einzelne Fälle sind da. Aber es ist eine Missachtung derer, die draußen über Webstream zuhören. Es ist eine Missachtung derer, die aus Interesse oben auf der Tribüne sitzen, und es ist eine Unhöflichkeit gegenüber dem Kommissar, der antwortet.

Herr Kommissar Hahn, wenn Sie das mitnehmen: Ich persönlich als Parlamentarier hätte überhaupt kein Problem damit, wenn künftig Kommissare, die sich die Mühe machen, auf die Debatte einzugehen, am Schluss sagen: Ich will auf einzelne Fragen eingehen, aber ich werde nicht auf die Kollegen a, b, c, d, e eingehen, die eine Frage an mich gerichtet haben, aber die nicht mehr da sind.

Ich denke, wir sollten da durchaus ein bisschen Kultur herausbilden. Denn bestimmte Sachen haben nicht nur mit Respekt und Achtung zu tun, sondern schlicht und ergreifend mit Kinderstube.

Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Mario Borghesio (ENF), *per iscritto*. – L'UNRWA è un'agenzia delle Nazioni Unite incaricata di fornire assistenza e protezione a circa 5 milioni di rifugiati palestinesi. Nel 2016 e 2017 l'UE e i suoi Stati membri hanno complessivamente erogato 424 milioni di euro e 391 milioni di euro a favore all'UNRWA e ciò rende in assoluto l'Unione europea la principale fonte di aiuti per l'Agenzia. A marzo 2018, l'Agenzia ha raccolto nuovi contributi per circa 100 milioni di dollari. Soltanto l'UE, attraverso l'Alto rappresentante UE, Mogherini, ha annunciato un contributo di 82 milioni di euro per il bilancio operativo del 2018. Il Presidente Trump ha deciso di interrompere l'erogazione di oltre 300 milioni di dollari con cui finanziava l'UNRWA; le motivazioni dei tagli ai finanziamenti riguardano la sproporzione dei costi, un modello commerciale non sostenibile e politiche fiscali inadeguate. Quanti sono i profughi palestinesi assistiti? I criteri per lo status di rifugiato palestinese devono essere rivisti. Fra quei 5 milioni di assistiti dall'UNRWA, solo una parte possono essere considerati rifugiati. L'Agenzia non ha mai condannato l'ideologia delle organizzazioni islamiste. Non c'è motivo per cui l'ANP non debba prendersi cura di quei palestinesi che dovrebbero essere cittadini dello Stato di Palestina che Ramallah aspira di essere o diventare.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – La Agencia de Naciones Unidas para los Refugiados Palestinos, da servicios de primera necesidad a más de cinco millones de refugiados palestinos en Oriente Medio, y especialmente en Gaza. Tras el anuncio de la Administración Trump de recortar sus fondos, la UNWRA se encuentra en una crisis financiera sin precedentes. La decisión de los EE. UU. en septiembre pasado supone una reducción de 360 millones de USD para su presupuesto. Salvar la UNRWA debe ser una prioridad para aliviar las vidas de cientos de miles de familias de refugiados palestinos. En 2019, los donantes, especialmente la UE, tendrán adelantar y aumentar fondos para mantener las escuelas, clínicas y la ayuda alimentaria en Gaza. La mayoría de los Estados miembros de la UE ya se están comprometiendo a ello. Además de las limitaciones a la UNWRA, se debe de poner de manifiesto la grave situación humanitaria y específicamente sanitaria en la franja de Gaza. Los diputados europeos seguimos sin poder acceder a Gaza pues las autoridades israelíes impiden el paso de las delegaciones oficiales que van desde este Parlamento a interesarse por la situación y por el destino de nuestra ayuda humanitaria y de la cooperación de la UE.

Eugen Freund (S&D), *schriftlich*. – Ich habe mich bei meinen Besuchen in der Region selbst davon überzeugen können, dass die UNRWA hervorragende Arbeit in den Palästinensergebieten leistet. Die Organisation ist lebensnotwendig für die elementare Infrastruktur der Palästinenser im Gaza-Streifen und in der Westbank – Schulen, Krankenhäuser, Versorgung mit Lebensmitteln! Dazu kommt die finanzielle Unterstützung für 400 000 palästinensische Flüchtlinge in Syrien. Es ist deshalb notwendig, dass die Europäische Union sich weiterhin für die UNRWA und ihre angemessene Finanzierung einsetzt. Die Ankündigung, EU-Mittel aufzustocken, ist zu begrüßen: wenn die USA ausfallen, muss Europa umso stärker, umso entschiedener seine Unterstützung zusichern. Wie wir inzwischen wissen, kann sich die EU – vor allem aber auch können sich die betroffenen Menschen vor Ort – nicht auf die Rolle der USA als neutraler Vermittler im Friedensprozess verlassen. Diese Rolle muss die Europäische Union bereit sein zu übernehmen. Gelingen kann dies allerdings nur mit einer echten, gemeinsamen europäischen Außenpolitik.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – La Agencia de Naciones Unidas para los Refugiados Palestinos, da servicios de primera necesidad a más de cinco millones de refugiados palestinos en Oriente Medio, y especialmente en Gaza. Tras el anuncio de la Administración Trump de recortar sus fondos, la UNWRA se encuentra en una crisis financiera sin precedentes. La decisión de los EE. UU. en septiembre pasado supone una reducción de 360 millones de USD para su presupuesto. Salvar la UNRWA debe ser una prioridad para aliviar las vidas de cientos de miles de familias de refugiados palestinos. En 2019, los donantes, especialmente la UE, tendrán adelantar y aumentar fondos para mantener las escuelas, clínicas y la ayuda alimentaria en Gaza. La mayoría de los Estados miembros de la UE ya se están comprometiendo a ello. Además de las limitaciones a la UNWRA, se debe de poner de manifiesto la grave situación humanitaria y específicamente sanitaria en la franja de Gaza. Los diputados europeos seguimos sin poder acceder a Gaza pues las autoridades israelíes impiden el paso de las delegaciones oficiales que van desde este Parlamento a interesarse por la situación y por

el destino de nuestra ayuda humanitaria y de la cooperación de la UE.

Javi López (S&D), por escrito. – La Agencia de Naciones Unidas para los Refugiados Palestinos, da servicios de primera necesidad a más de cinco millones de refugiados palestinos en Oriente Medio, y especialmente en Gaza. Tras el anuncio de la Administración Trump de recortar sus fondos, la UNWRA se encuentra en una crisis financiera sin precedentes. La decisión de los EE. UU. en septiembre pasado supone una reducción de 360 millones de USD para su presupuesto. Salvar la UNRWA debe ser una prioridad para aliviar las vidas de cientos de miles de familias de refugiados palestinos. En 2019, los donantes, especialmente la UE, tendrán adelantar y aumentar fondos para mantener las escuelas, clínicas y la ayuda alimentaria en Gaza. La mayoría de los Estados miembros de la UE ya se están comprometiendo a ello. Además de las limitaciones a la UNWRA, se debe de poner de manifiesto la grave situación humanitaria y específicamente sanitaria en la franja de Gaza. Los diputados europeos seguimos sin poder acceder a Gaza pues las autoridades israelíes impiden el paso de las delegaciones oficiales que van desde este Parlamento a interesarse por la situación y por el destino de nuestra ayuda humanitaria y de la cooperación de la UE.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), por escrito. – La Agencia de Naciones Unidas para los Refugiados Palestinos, da servicios de primera necesidad a más de cinco millones de refugiados palestinos en Oriente Medio, y especialmente en Gaza. Tras el anuncio de la Administración Trump de recortar sus fondos, la UNWRA se encuentra en una crisis financiera sin precedentes. La decisión de los EE. UU. en septiembre pasado supone una reducción de 360 millones de USD para su presupuesto. Salvar la UNRWA debe ser una prioridad para aliviar las vidas de cientos de miles de familias de refugiados palestinos. En 2019, los donantes, especialmente la UE, tendrán adelantar y aumentar fondos para mantener las escuelas, clínicas y la ayuda alimentaria en Gaza. La mayoría de los Estados miembros de la UE ya se están comprometiendo a ello. Además de las limitaciones a la UNWRA, se debe de poner de manifiesto la grave situación humanitaria y específicamente sanitaria en la franja de Gaza. Los diputados europeos seguimos sin poder acceder a Gaza pues las autoridades israelíes impiden el paso de las delegaciones oficiales que van desde este Parlamento a interesarse por la situación y por el destino de nuestra ayuda humanitaria y de la cooperación de la UE.

Miguel Viegas (GUE/NGL), por escrito. – O corte de financiamento à UNRWA por parte dos Estados Unidos insere-se numa ampla manobra de apoio explícito deste país à política criminosa de Israel contra a população palestina e contra a legalidade internacional. Esta ofensiva dos EUA e Israel visa inviabilizar a solução dos dois Estados para a questão palestina, solução que há décadas é proclamada em resoluções da ONU. Visa impor pela força um único Estado, de natureza confessional e racista, em praticamente todo o território histórico da Palestina.

Perante esta situação, é inaceitável que a União Europeia, que se diz tão respeitadora dos direitos humanos, não ponha em causa o acordo de associação com Israel, que prevê a importação de produtos fabricados em territórios palestinos ocupados ilegalmente. É também inaceitável que a UE financie através do programa Horizonte 2020 programas de investigação conjuntos com empresas israelitas, cujos resultados são usados posteriormente na guerra e na tortura contra o povo palestino.

A luta do povo palestino pela criação de um Estado viável e soberano da Palestina é justa. A sua concretização implica que as grandes potências e a UE cessem o seu apoio explícito ou implícito à política de genocídio de Israel.

14. Lage im Jemen (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zur Lage im Jemen (2018/2853(RSP)).

Christos Stylianides, *Member of the Commission, on behalf of the Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy*. – Mr President, the war in Yemen has been raging for more than three years now. It has taken a tremendous toll on this country, where millions are suffering the consequences of the conflict. We see images of Yemenis eating tree leaves and parents forced to watch their babies starve to death. This is completely unacceptable. The figures are appalling: almost 18 million are literally starving. The UN recently warned that they may be unable to prevent a massive famine – unless the security situation improves.

The escalation of hostilities along the coast has worsened an already disastrous situation: civilians and civilian infrastructure continue to be targeted, in clear violation of international humanitarian law. More than half a million people have been displaced from Hodeidah, where several hundred thousand more remain trapped. Public salaries in the northern part of the country, controlled by the Houthi, have not been paid in years. Instead of going to school, children are being recruited to fight on the frontlines.

With the collapse of basic services, Yemenis have been deprived of health facilities and drinking water. This has led to the worst cholera epidemic ever recorded in the country. The war has also disrupted imports of basic commodities, driving prices up and pushing more and more Yemenis into poverty and destitution. Smuggling and war profiteering are thriving on the back of a suffering population. Lawlessness has allowed terrorist groups like al-Qaeda or Daesh to gain a foothold in the country.

The war has also had an impact in the region. Saudi Arabia has become a regular target of missiles coming from Houthi-controlled areas. Maritime traffic between the Red Sea and the Indian Ocean has been affected, as several ships have been targeted by rockets. But perhaps more importantly, the war has increased regional tensions. Indeed, Yemen remains a catalyst for instability and regional turmoil.

There is no easy fix for Yemen. A political settlement will require concessions from all sides, continued banking and diplomatic pressure from the international community. That is why we believe it is more crucial than ever at this time to lend as much support as possible to the United Nations and their Special Envoy, Martin Griffiths.

Let me thank him for his attempt to resume consultations in Geneva among the parties. It is unfortunate that the Houthi did not attend. As Griffiths put it, resumption of talks are always a delicate, fragile moment. Our support, from the EU and our Member States, is now truly essential. We will therefore continue to call on the parties to remain engaged in the UN-led process in view of achieving a comprehensive political settlement to this really unacceptable war.

We will not just 'declare' our political commitment. We are looking into ways to provide concrete support to the UN Special Envoy team in areas identified by Mr Griffiths. The idea is to add value to his ongoing work and complement his efforts where needed.

Furthermore, the European Union is already contributing EUR 173 million of development assistance to several projects in Yemen, ranging from rural resilience, health and nutrition, food security and support to displaced persons. These projects are meant to lay the groundwork for a stable Yemen by supporting crisis-affected communities and helping maintain the basic functions of local authorities.

Likewise, the EU has allocated EUR 233 million in humanitarian aid alone through our partner organisations since the beginning of this conflict in 2015. Our humanitarian aid has been directed to the areas most in need and we have continued our advocacy efforts in international fora, even last week during the UN General Assembly.

In this regard, we believe that the mandate of the Group of Eminent Experts set up by the UN High Commissioner for Human Rights should be renewed. Its last report points to violations of international humanitarian law committed by all sides. Accountability is crucial, not only to a real resolution of the conflict, but also to an effective and inclusive reconciliation process in Yemen.

The people of Yemen have suffered for too long. Building a more cooperative regional dynamic is in everyone's interest – and it is becoming more and more urgent. This is my view, dear colleagues, and thank you for your attention.

Ramona Nicole Mănescu, *on behalf of the PPE Group*. – The consequences of the ongoing conflict on Yemen have passed the critical level. Casualties amongst civilians, destruction of civil infrastructure, which includes schools, medical facilities, water systems and transport routes, and the horrific humanitarian situation can no longer be accepted.

We supported the efforts made by the Special Envoy, Mr Martin Griffiths, and we consider it essential for him to have access to all relevant parties in Yemen. The EU's intention is to help the Yemeni population, and this is why we need to support the efforts in identifying a political solution as soon as possible using dialogue and negotiations. We need to understand that all parties in the conflict must comply with their obligations under international law. All parties must attend the negotiation meeting; they need to end the recruitment of children; they need to seize the current escalation and effectively involve the United Nations. We can no longer accept the Iran-backed Houthi rebels' systematic refusal to engage in dialogue. You must strongly call on Iran to cease any military support and push Houthi rebels to an effective dialogue.

We must also strongly condemn the launch of ballistic missiles by the Houthi rebels against the Kingdom of Saudi Arabia and the use of sea mines. The European People's Party is deeply concerned by the reports of the denial of freedom of religion and aggression towards the Bahá'í faith by the Houthi rebels. We cannot endlessly repair the damage without understanding and addressing the causes, and we can no longer ignore the obligation to ensure effective, impartial and independent investigations into all alleged violations of human rights and humanitarian law. As the Commissioner has already said, the EU will continue to provide humanitarian aid and put pressure on all parties for a political solution.

Victor Boştinaru, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, Mr Commissioner, it was difficult to imagine in our debate in the first part of this year that the already dramatic humanitarian situation in Yemen could further deteriorate. Sadly, we are here today to remind the international community that Yemenis are dying every day under indiscriminate bombing and shelling, and our so-called economic partners on both sides are contributing to this violence. The brutal and bloody long-term conflict in Yemen is about to get even worse, as the violent and indiscriminate attacks and blockade on civilians continue.

As a consequence, today 75% of civilians are already completely dependent on humanitarian aid, and more than 17 million people are facing food insecurity. The Saudi-led blockade on all Houthi controlled territories since November 2017 prevents all other imports from entering the territory. The humanitarian aid is proving to be insufficient, and the Houthi rebels have themselves blocked the delivery of humanitarian aid.

Considering the dire humanitarian situation on the ground and the grave risk of further regional destabilisation, the S&D Group calls on all relevant actors to put pressure on the coalition to halt any further assaults and to allow humanitarian aid to reach the people in need in order to stop any further starvation and death. We condemn the violent attacks on all sides, condemn the belligerence and call on the proxies, including Saudi Arabia and Iran, to immediately stop all armed forces and militias under their control, as well as to prevent any indiscriminate attacks against the civilian population. Finally we call for an investigation into war crimes.

Ryszard Czarnecki, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Dyskutując o sytuacji w Jemenie warto pamiętać o paru podstawowych faktach. Po pierwsze, obecny konflikt zaczął się 3 lata temu od obalenia legalnie wybranego prezydenta przez szyickich Hutich wspieranych przez Iran. Po drugie, oczywiście przestępstwa wojenne popełniają obie strony, trzeba tu być uczciwym i obiektywnym, ale warto pamiętać, że była parę miesięcy temu w lutym rezolucja Rady Bezpieczeństwa ONZ, która potępiała udział Iranu i łamanie przez Iran embarga na dostawy broni i została ona zawetowana przez Federację Rosyjską. Wreszcie po trzecie, konflikt w Jemenie jest pożywką dla takich grup terrorystycznych jak Al-Kaida, a Hezbollah szkoli rebeliantów w Jemenie. Wreszcie, mówiąc w imieniu EKRu, my w projekcie naszej rezolucji wzywamy do negocjacji i pokojowego zakończenia konfliktu.

Marietje Schaake, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, why is it that in the face of the worst conflicts, whether it is the conflict in Syria or Yemen as we're discussing today, EU Member State governments fail to reach a common EU position. I would ask the Commissioner to also convey this question to the Austrian Presidency, because we need to solve the fragmentation – and therefore the lack of maximum EU efforts – as bloodshed on an unprecedented scale goes on and on.

Twenty-two million people need humanitarian assistance, and 8.4 million people are on the brink of starvation. It is 2018. Children are being bombed, recruited as soldiers, or facing all kinds of epidemics that can also kill them. Babies too weak to cry are dying, and this is all because of a man-made problem. It is a crying shame.

We should focus, of course, on reining in Iran as it helps the Houthi rebels. But just as we do not allow the sale of weapons to these militants, an embargo should finally be adopted vis-à-vis Saudi Arabia. When the Dutch Government, along with the Canadian Government, sought an independent investigation into what was happening in Yemen, Saudi Arabia pushed back. But the fact that France and the United Kingdom helped water down the work of allies is unacceptable.

The Saudis led, and Europeans followed. Frankly, it is an image I never wish to see. Instead, all focus should be on ending the bloodshed and the violence, so we support the UN Group of Eminent Experts, as well as the Special Envoy, Mr Griffiths. I believe that a referral to the ICC, or to other mechanisms for accountability, is very much needed for peace.

Bodil Valero, *för Verts/ALE-gruppen*. – Herr talman! FN menar att konflikten i Jemen är världens just nu värsta humanitära katastrof. Under det tre år långa inbördeskriget har tiotusentals människor dött, många har flytt och 22 miljoner är i behov av humanitärt stöd. Såväl regeringstrupperna som rebellerna har anklagats för krigsbrott av människorättsorganisationer.

Enligt EU:s gemensamma vapenexportregler får vi inte exportera till länder i krig. Ändå gör så gott som alla vapentillverkande EU-länder det, mer eller mindre, och i de länder som först beslutat att stoppa vapenexporten har man strax därefter återupptagit den. Den spanska regeringschefen uttryckte till och med i en tv-sändning att Spanien inte har något ansvar för vad som sker med de vapen som levereras när de lämnat Spanien. Han har fel.

I många EU länder driver civilsamhället på för att stoppa vapenexporten. Det har lett till en striktare vapenexportlagstiftning i mitt hemland men inte till stopp för exporten. Även Sverige fortsätter att exportera.

Parlamentet har många gånger uttalat sig för ett embargo. Det behövs nu.

Ofta används arbetstillfällena och europeiska bolags fortlevnad som ursäkt, helt i strid med det gemensamma regelverket. Hur kan europeiska arbetstillfällena vara viktigare än att få slut på den jemenitiska befolkningens lidande? Europa är i högsta grad delaktigt i detta krig.

Ángela Vallina, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor presidente, señor comisario, lamento de verdad la hipocresía de esta Unión. Por un lado, pide a los Estados miembros que aumenten la ayuda humanitaria, pero usted sabe muy bien que los refugiados los provocan las guerras, y, sin embargo, ustedes miran hacia otro lado y muchos Estados, como España —el mío—, siguen haciendo negocios con la venta de armas. Matar para seguir matando.

El informe del grupo de expertos de las Naciones Unidas confirma lo que ya temíamos: la coalición liderada por Arabia Saudí es responsable de los bombardeos indiscriminados sobre civiles e infraestructuras, hospitales, autobuses escolares, etc. Su bloqueo, *de facto*, retrasa deliberadamente la entrada de mercancías y medicamentos. Matar, además de con bombas, con hambre, con cólera a la población civil.

Escuchen a este Parlamento: inicien el procedimiento para aplicar un embargo sobre la venta de armas a los países implicados —a todos— en este conflicto.

Nuestro ministro de Asuntos Exteriores ha declarado que el próximo envío de armas de España a Arabia Saudí será de cuatrocientas bombas láser de precisión y que estas no provocan daños colaterales. No seamos cínicos: no hay bombas indoloras. Abramos los ojos de una vez.

Fabio Massimo Castaldo, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, parlando in quest'Aula del disastro umanitario in Yemen si fa spesso riferimento all'ipocrisia che sottende il sanguinoso conflitto. Oggi voglio darvene due esempi emblematici: venerdì scorso il Consiglio diritti umani dell'ONU ha votato in favore dell'estensione del mandato di un gruppo di eminenti esperti incaricati di investigare sulle violazioni di diritti umani in Yemen.

Questo gruppo di esperti aveva adottato una relazione accusando le parti nel conflitto, già il 28 agosto tra loro, Arabia Saudita ed Emirati Arabi, di possibili crimini di guerra. Non è sorprendente che Riad e Abu Dhabi abbiano espresso voto contrario, lo è molto di più che sia Arabia Saudita che Emirati Arabi siedano eletti nel Consiglio, il più importante organismo mondiale per il rispetto dei diritti umani.

Ancora più assurda è la situazione in casa nostra, come tutti sapete, l'Unione europea si è dotata di una posizione comune vincolante per l'esportazione di armi. Le vendite a Riad violerebbero quanto meno due degli otto criteri della posizione, ma se si viola non ci sono sanzioni e questo non sembra importare a nessuno. Recenti sono i casi e le polemiche in Spagna e in Germania, emblematico il reportage uscito venerdì in cui è documentata una storia di corruzione e vendita di carri armati Leclerc da parte della Francia verso gli Emirati. Quegli stessi carri armati sono oggi attivamente utilizzati nel conflitto per scopi difensivi, tuona il ministro della Difesa, evviva l'ipocrisia!

Altri paesi sono coinvolti, incluso il mio, spero ancora per poco, ma d'altra parte, nessuno Stato membro vuole rinunciare ai propri ricchi contratti, ben conscio che i suoi mancati export sarebbero semplicemente rimpiazzati con buona pace della posizione, anzi dell'ipocrisia comune. All'ombra di questa ipocrisia, più di 15 000 morti e 17 milioni di persone che fanno la fame, tra loro, più di 5 milioni di bambini e una nuova offensiva nella zona di Hodeida con oltre mezzo milione di persone in fuga.

Colleghi, ogni volta che muore un bambino muore tutta l'umanità e nello Yemen questo succede ogni dieci minuti. Non è più sufficiente continuare a ripetere le solite frasi trite e ritrite e non basta nemmeno il nostro ingente aiuto umanitario. Serve un segnale forte e ribadisco che l'Alto rappresentante deve avviare immediatamente un'iniziativa per imporre un embargo sulle armi nei confronti dell'Arabia Saudita.

Marie-Christine Arnautu, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, la sale guerre qui sévit au Yémen est l'une des facettes tragiques d'un Proche-Orient en proie à une dynamique du chaos largement attisée par les puissances occidentales.

Il ne nous appartient pas de prendre parti dans ce conflit qui oppose les tribus yéménites pour des raisons politiques, historiques ou religieuses, mais on ne peut pas non plus faire abstraction des choix diplomatiques des gouvernements occidentaux, notamment français, suivant aveuglément leur allié saoudien par crainte de voir de juteux contrats d'armement s'envoler.

Nos gouvernements savent se montrer de pointilleux défenseurs des droits de l'homme pour condamner la Syrie et ses alliés russe et iranien qui luttent sans états d'âme contre les mouvements islamistes. En revanche, ils gardent un silence gêné sur les centaines de milliers de bombes déversées au Yémen et sur l'embargo humanitaire imposé par la coalition arabe formée par l'Arabie saoudite. Sur les décombres du Proche-Orient prospèrent les djihadistes que nos gouvernements font ensuite mine de combattre.

Pour sortir de cette situation, mettons fin à cette hypocrisie aussi insupportable que dangereuse.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η κατάρα της Υεμένης –ας μου επιτραπεί αυτή η έκφραση– οφείλεται στο γεγονός ότι η χώρα αυτή έχει τεράστια στρατηγική σημασία και θέση. Βρίσκεται στο νότιο άκρο της Αραβικής Χερσονήσου, ελέγχει τα στενά του Bab-el-Mandeb, που είναι ένας διάυλος μέσω του οποίου διεξάγεται εμπόριο, αλλά και μεταφορά πετρελαίου από την Ερυθρά Θάλασσα μέσω του Κόλπου του Αδεν προς την Ευρώπη και την Ασία. Γι' αυτό ακριβώς τον λόγο είναι «λογικό» πολλές χώρες να θέλουν να ελέγξουν αυτή την περιοχή.

Μετά το 2009, η Σαουδική Αραβία επανεμφανίζεται το 2015 ως επικεφαλής ενός αραβικού συνασπισμού για να υποστηρίξει τον σουνίτη πρόεδρο Hadi εναντίον των σιιτών ανταρτών Χούτι, οι οποίοι υποστηρίζονται διακριτικά και με αποστολή όπλων από το Ιράν. Αυτή η προσπάθεια κυριαρχίας στην περιοχή δίνει τη δυνατότητα στους εμπολέμους να μάχονται. Οι Χούτι αυτή τη στιγμή έχουν ισορροπήσει την κατάσταση και έτσι μάχονται όλοι εναντίον όλων και μάχονται και με αντιπροσώπους.

Αυτή η κατάσταση όμως έχει επιπτώσεις στους μόνους χαμένους που είναι οι άμαχοι: 10.000 νεκροί, 40.000 τραυματίες, 2 εκατομμύρια έχουν εγκαταλείψει τα σπίτια τους, 7 εκατομμύρια διατρέχουν τον κίνδυνο να προσβληθούν από λιμό και άλλο 1 εκατομμύριο έχει προσβληθεί από χολέρα. Δεν μπορεί να λήξει αυτή η κατάσταση –και εδώ υπάρχει υποκρισία– διότι όλες οι μεγάλες δυνάμεις της Ευρώπης και της ...

(Ο Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή)

David McAllister (PPE). – Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! UNO-Generalsekretär António Guterres hat im April dieses Jahres die Situation im Jemen wie folgt beschrieben: „Der Jemen ist die weltweit schlimmste humanitäre Krise. Mehr als 22 Millionen Menschen, also drei Viertel der Bevölkerung, sind auf humanitäre Hilfe und Schutz angewiesen.“ In der Tat, die vom Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen eingesetzte Expertengruppe hat festgestellt, dass das humanitäre Völkerrecht im Jemen von allen Seiten verletzt wird. Wie die Vorrednerinnen und Vorredner bereits ausgeführt haben, teile auch ich die Auffassung: In diesem Konflikt, der über die Jahre immer mehr zu einem Stellvertreterkrieg regionaler Mächte geworden ist, kann es keine Gewinner geben.

Wie geht es nun weiter? Aus meiner Sicht drei kurze Anmerkungen. Erstens: Es ist bedauerlich, dass die Huthi-Delegation bei dem Versuch, die Friedensgespräche in Genf wieder aufzunehmen, nicht erschienen ist. Die Bemühungen des Sonderbeauftragten Martin Griffith, die Konfliktparteien noch im Oktober zu Gesprächen zusammenzubringen, gilt es auch hier zu unterstützen. Dieser Konflikt kann, wie gesagt, nur politisch gelöst werden.

Zweitens: Das erste Ziel auf dem Weg zur Befriedung des Landes sollten vertrauensbildende Maßnahmen zwischen den Konfliktparteien sein. Hierbei geht es insbesondere um den innerjemenitischen Dialog ohne Einbeziehung anderer regionaler Mächte.

Und drittens: Unabhängige Untersuchungen über Menschenrechtsverletzungen sind notwendig, und sie sind auch im nationalen Interesse. Denn schwerste Verletzungen der Menschenwürde, wie sie im Jemen leider tagtäglich geschehen, dürfen nicht ohne Folgen bleiben.

Pier Antonio Panzeri (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, basta guardare la cartina geografica per rendersi conto dell'importanza strategica dello Yemen e per capire come questa sporca guerra sia manovrata da interessi lontani, da quei territori che contrappongono gli Stati Uniti e il loro alleato saudita all'Iran e che arricchiscono i produttori di armi sparsi per il mondo.

Sono proprio questi interessi a condannare la popolazione a vivere ben al di sotto degli standard accettabili di vita. In uno stato di oltre 24 milioni di abitanti, infatti, il 75% degli yemeniti dipende dall'aiuto umanitario, fame ed epidemie sono utilizzate come armi di assedio, azioni che si possono identificare come crimini di guerra.

Io penso che dobbiamo squarciare il velo di indifferenza che nasconde tutto ciò. Bisogna essere netti nel giudizio politico verso i paesi vicini, sia nei confronti della coalizione, sia nei confronti dell'Iran e denunciare ad alta voce le responsabilità dei diversi paesi europei nei confronti di questo conflitto.

È qui che si svela l'ipocrisia europea ed è qui, io credo, che abbiamo una responsabilità in più, come Parlamento europeo per indicare una via di marcia per risolvere politicamente questo conflitto.

Sajjad Karim (ECR). – Mr President, Commissioner, I could not support your words more today. We really are, as a parliament, facing the grave danger that our text will leave us open to misrepresentation. Our intentions and actions must be to support international efforts for peace. The world's worst humanitarian crisis, according to the United Nations – Yemen is a theatre of conflict where almost every immediate neighbour has found itself drawn in due to remote interests sowing discord and destabilising not just Yemen itself, but the entire neighbourhood.

Saudi Arabia finds itself targeted with missiles, Houthis utilise public facilities to have cover; all the time remotely supported and directed. The propaganda machine seeks to distort and detract, so that the world is misinformed. Within that vacuum grows extremism. The ultimate agenda of which is to cause chaos. That should not be our agenda, and neither should we allow anybody to misrepresent our position.

Patricia Lalonde (ALDE). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, la seule solution pour mettre un terme au conflit est d'appuyer un règlement inclusif négocié et politique. Il est regrettable que le dernier cycle des consultations à Genève n'ait pas pu aboutir. Nous appuyons les efforts de M. Griffiths et appelons l'Union européenne à jouer un rôle de facilitateur. Nous avons raté une occasion ici au Parlement au mois de mai, avant l'assaut de Hodeïda et l'aggravation de la situation.

Il faut absolument mettre fin au blocus, qui a fait plus de morts que les combats. Une attention particulière doit être accordée aux causes indirectes de décès de civils, qui sont référencés et documentés. Selon l'UNICEF, plus de 247 000 enfants souffrant de malnutrition sont morts depuis 2016, et 200 000 autres vont mourir à cause du blocus. Le Yémen compte plus de trois millions de déplacés internes, plus ceux de Hodeïda. Malheureusement, le financement du programme de résilience dans les zones rurales a été retardé, faute de crédits suffisants. Nous parlons quand même de la pire crise humanitaire!

Il faut saluer la position honorable de l'Union européenne au Conseil des droits de l'homme et la résolution L21, qui vient d'être votée pour proroger le mandat du groupe d'experts. Nous devons aider ce groupe et contrer les campagnes d'intimidation qui sont lancées par la coalition contre ses membres, et en particulier contre Kamel al... *(le Président retire la parole à l'oratrice).*

Yannick Jadot (Verts/ALE). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, nous savons tout de l'horreur au Yémen: des crimes de guerre, des millions de personnes en risque de famine, des milliers de civils tués, des bus scolaires bombardés.

Évidemment, nous soutenons le processus onusien de paix, l'aide humanitaire et les couloirs humanitaires mais, Monsieur le Commissaire, pour que l'Union européenne soit crédible, pour que l'Union européenne soit un acteur de paix, il ne faut pas que ses États membres soient des acteurs de guerre! Quand l'Allemagne, l'Espagne, la Grande-Bretagne et la France sont des belligérants indirects de ce conflit, qu'elles fournissent des armes pour faciliter ces atrocités, nous perdons toute crédibilité – et ces États membres le font en violation à la fois du droit européen et du droit international.

Monsieur le Commissaire, nous devons, comme le dit le Parlement européen, défendre un embargo, aller devant les États membres, aller devant le Conseil, exiger publiquement un embargo sur les ventes d'armes et demander que l'Europe arrête de participer à ces atrocités!

Ignazio Corrao (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, continua in Yemen la guerra per procura dove nessuno vince e gli unici a perdere sono i civili, morendo a migliaia.

I civili yemeniti, infatti, sono i veri protagonisti di questa guerra, in un paese che ormai altro non è che un enorme campo di battaglia. Forse per alcuni è un gioco, forse per altri basta liquidare i danni collaterali e la morte di 6 600 civili e la distruzione di un paese intero per giustificare una catastrofe umanitaria di tale portata.

Nessuna delle parti in conflitto ha ottenuto o è vicina ad ottenere una vittoria militare, ma continuano a piovere bombe sulla testa della popolazione. Questa guerra ricorda il Vietnam per la sua totale inutilità, dove gli unici risultati alla fine saranno solo i morti da contare e le macerie di un paese da ricostruire. Una guerra in cui c'è un solo vincitore ed è l'industria bellica, anche la nostra purtroppo.

Alla luce della tragedia umanitaria in corso, esorto l'Unione ad esercitare pressione affinché la coalizione a guida saudita sospenda i bombardamenti e rimuova immediatamente l'embargo. Tale blocco, infatti, sta impedendo l'accesso alle forniture umanitarie e di altri beni assolutamente indispensabili per la popolazione, che è l'unica che sta pagando il prezzo di questa guerra.

James Carver (NI). – Mr President, ‘the state is not in control of its natural resources. The state is simply handcuffed and cannot do anything’. This statement was made by Ahmed Ghaleb, former head of the Yemeni tax authority two days ago. It sums up the disastrous situation in this benighted country.

Let’s be clear: this is a proxy war between Iran and the Saudi-Emirati alliance, with only the Yemeni people suffering from indiscriminate attacks. So many decisions on Yemen, yet few taken by Yemenis themselves. So little interest shown by the international community in local political groups, apart from the discredited Hadi regime, has seen the splintering of normally homogenous groups. The Southern Movement, which was a broad church, has been marginalised and split into so many groups that what could have been a stabilising force has become a group of warring factions. On Sunday, seven people were killed through intra-Houthi fighting. We must engage honestly with local political leaders, respecting their concerns. Peace can only be built up from the base of local society in Yemen and we should not prejudge political outcomes before genuine discussion.

Finally, the Yemeni rial is at an all-time low. Demonstrations are planned throughout the country as ordinary people rise up against this further disaster. The crash of the rial can be blamed firmly on the international community and particularly the Gulf alliance. If there is civil unrest, we can anticipate further loss of life, and the people to suffer will be the ordinary people of Yemen. Hence, all solutions should be on the table.

Cristian Dan Preda (PPE). – Monsieur le Président, je crois que quelques chiffres parlent très clairement: 22 millions de Yéménites ont besoin d’aide humanitaire et de protection, et 18 millions sont en situation d’insécurité alimentaire. Ils manquent de tout: nourriture, médicaments et éducation. De plus, cette situation d’impasse observée après l’échec des négociations de Genève, auxquelles les Houthis ont tout simplement refusé de prendre part, ne fait qu’augmenter le nombre de morts, de blessés et de déplacés. Dans ce contexte, l’Union européenne continue à apporter une aide au développement au Yémen en donnant la priorité aux interventions destinées à stabiliser le pays et je félicite le commissaire Stylianides pour son engagement et pour son action.

Cependant, il y a un autre plan important sur lequel on pourrait jouer un rôle essentiel: c’est le plan diplomatique. Je crois vraiment que l’Union européenne est particulièrement bien placée pour orienter les choses. Il faut donc continuer à appeler à un retour à la table des négociations et encourager toutes les parties à s’engager véritablement dans un dialogue politique sous l’égide, bien sûr, de l’Organisation des Nations unies.

En effet, aujourd’hui, il est d’une importance capitale que cet engagement se traduise par une désescalade dans les différentes zones de conflit, y compris Hodeïda, et par un accès sûr, rapide et sans entrave permettant l’acheminement des fournitures commerciales et humanitaires.

Enrique Guerrero Salom (S&D). – Señor presidente, en el mundo hay decenas de millones de personas que huyen del hambre y de la guerra. Y hay algunos países en los cuales las mismas personas huyen de las dos cosas, del hambre y de la guerra. Es el caso de Yemen, un país pobre entre los pobres, uno de los más pobres del mundo. Tres de cada cuatro yemeníes están en riesgo de desnutrición. La población que en estos momentos en Yemen corre el riesgo cierto de morir de hambre es equivalente a la población de Bélgica. Es equivalente a la población conjunta de Hungría, Letonia y Lituania.

Las prioridades que tenemos que atender son, en primer lugar, reducir el hambre y la desnutrición. En segundo lugar, evitar los continuos brotes de cólera. En tercer lugar, proteger a los civiles. Pero hay que hacer un esfuerzo diplomático inmediato para permitir el acceso de la ayuda humanitaria. Siete millones y medio de yemeníes no están disponibles para la llegada de esa ayuda.

Actualmente hay más de ciento cincuenta organizaciones no gubernamentales que están trabajando para ayudar a esta población en riesgo, pero no serán los actores humanitarios los que acaben con la guerra. Tendrá que ser una acción diplomática decidida que empuje a las dos partes a llegar al acuerdo que están promoviendo las Naciones Unidas.

Charles Tannock (ECR). – Mr President, this tragic war has been ‘escalating virtually on all fronts. The level of confidence is at its lowest and [the] human and humanitarian cost is ever rising’. These are the words of the UN Special Envoy for Yemen, Martin Griffiths, to the Security Council last month. They sum up the continuing disaster unfolding in Yemen in a war that has tragically claimed the lives of at least 10 000 people since fighting broke out in 2015. Furthermore it is estimated that a staggering 22 million – 75% of the population – are in urgent need of humanitarian aid often encompassing the most basic of needs such as access to food, water and medicine.

The Saudi-led offensive, particularly since its push this summer into Hodeidah region, has worsened the humanitarian crisis. According to estimates from the charity Save the Children, cases of cholera have increased by 170% since June, which in a country that has seen its public health facilities – largely as a result of bombing of hospitals – decimated, poses the real threat of a worse and more deadly epidemic. It is clear that talks must now resume urgently, not only to find a lasting resolution to the conflict but also ensure ways of alleviating the humanitarian disaster situation. In this regard, it is of paramount importance that the Houthi faction engages in the UN-led process in Geneva.

I will also re-echo my previous concerns regarding the conduct of the Saudi-led coalition in its air campaign offensive and also the use by Houthis of human shields, claiming so many lives of civilians. The incident that saw 40 children killed in a bus attack in Saada last month is in the...

(The President cut off the speaker)

Margot Parker (EFDD). – Mr President, the protracted civil war in Yemen has gone on for far too long. Internal conflict, exacerbated by regional powers, has had an unbearably high human cost. Only in August, 40 children were killed by a Saudi air strike using a bomb supplied by the United States. The UK Government continues to approve munitions knowing that they are being used in such crimes. It is brutality of the highest order that Saudi Arabia and Iran are using the people of Yemen as a field for their indirect proxy war. Both sides must stop their operations and use their influence to bring their proxies and allies around the negotiation table. As for the UK and US, we must seriously examine our role in such grave abuses of crimes of war. Our role cannot be ignored any longer.

PREȘEDINȚIA: IOAN MIRCEA PAȘCU

Vicepreședinte

Udo Voigt (NI). – Herr Präsident! Die Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* hat dem alliierten Militärbündnis der Saudis im Jemen mit der Bombardierung eines Schulbusses und der Tötung von 38 Kindern ein weiteres Kriegsverbrechen unterstellt und öffentlich angeklagt, dass die Allianz die grausame Serie fortsetzt, Zivilisten bei Hochzeiten, Zivilisten bei Beerdigungen, Zivilisten in Krankenhäusern und Zivilisten in Schulen zu töten. Perfider geht es kaum!

Eine der größten humanitären Katastrophen findet derzeit im Jemen statt. Wir alle hier wissen, wer die Täter sind, wir wissen, wer die Waffen liefert und, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir tun nichts. Unterstützt vom Westen, etwa durch die Waffen aus den USA, Frankreich, Spanien, Großbritannien oder Deutschland finanzieren Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate Milizen im Jemen, die Verbindungen zum IS und zu Al-Kaida haben.

In diesem Krieg geht es um die Vernichtung der ethnischen Gruppe der Huthi. Dieser Völkermord muss gestoppt werden! Die USA und die kriegführenden EU-Mitglieder – zum Beispiel Großbritannien, Frankreich, Deutschland – müssen die Waffenlieferungen einstellen, und die dort kämpfenden Truppen müssen aufhören, die Gräueltaten und den Völkermord zu unterstützen. Fremde Truppen raus aus dem Jemen! Dann wird es dort auch Frieden geben.

José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra (PPE). – Señor presidente, señor comisario, señorías, la dramática situación que se vive en Yemen ya la hemos debatido en este hemicycle en otras ocasiones.

El artículo primero del proyecto de Resolución que vamos a aprobar mañana expresa nuestra preocupación por la devastadora situación que se vive en este país, que nos ha presentado el comisario y que ha sido descrita por otros diputados: 22 millones de personas en situación de emergencia humanitaria —5 millones de niños— y 77 000 niños que mueren al año. Esta situación es realmente insostenible.

Por eso, señor presidente, aparte de expresar nuestra preocupación y de buscar culpables, lo que deberíamos hacer es buscar soluciones.

En primer lugar, hemos de atender la emergencia humanitaria. Por eso es importante reconocer los esfuerzos de las Naciones Unidas y de sus mesas de negociaciones para el país. En segundo lugar, señor comisario, agradecer el esfuerzo que está realizando la Unión Europea, y particularmente el comisario, que nos acompaña hoy en este debate. Y, en tercer lugar, agradecer también la ayuda de muchos socios regionales que han puesto importantes contribuciones a disposición de las Naciones Unidas para tratar de paliar esta situación.

Por otro lado, señor presidente, es importantísimo detener y poner fin a la violencia, garantizar que prevalezca el Derecho internacional humanitario y, al mismo tiempo, tratar de proteger a la población civil.

Y, por último —yo creo que el comisario lo ha explicado de una forma meridianamente clara—, hemos de apoyar los esfuerzos del enviado especial del secretario general de las Naciones Unidas para tratar de que las dos partes se sienten en la mesa de negociaciones, conseguir que los rebeldes hutíes formen parte de este proceso de Ginebra y, al mismo tiempo, señor presidente, prestar nuestro concurso como Unión Europea para tratar de alcanzar un Yemen que sea estable, que viva en paz y que se aleje todo lo posible del extremismo.

Neena Gill (S&D). – Mr President, it is high time that we debated Yemen given the neglect of this crisis politically and financially by the European Union and the Member States. This is extremely concerning given that it is one of the world's worst humanitarian crises. Two million people displaced, continued famine and cholera outbreaks exacerbate an already dire situation.

I believe Europe has been compromised because of the arms sales to Saudi Arabia, including by the UK's Tory government, and it risks being complicit in possible war crimes in Yemen. I believe we really have to stand up in a meaningful way and stop selling arms to Saudi Arabia.

Along with other colleagues, I deeply regret that the Geneva consultations had to be abandoned last Saturday, so I have some questions for the Commissioner. Three points. Firstly, we need a ceasefire to stop the killings and move from hostilities to negotiation. What has the EEAS done to find a political solution to the conflict? Secondly, what are the outcomes of the political consultations on regional issues with Iran on Yemen? And thirdly, any peace deal focusing on the north, and not the east and the south, will not succeed in the long term in finding a political solution. How will you ensure Yemen's future territorial integrity?

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, pane komisaři, jak už zde bylo řečeno, pokračuje třetím rokem nelítostná občanská válka v Jemenu, která je vlastně konfliktem mezi Saudskou Arábií podporovanou Západem a mezi Íránem na druhé straně. Vedle Sýrie je to nejkrvavější konflikt současného světa s tragickými humanitárními důsledky. Je tak nějak stranou hlavního světového dění, možná proto, že světové velmoci zde hrají své hry včetně USA, Velké Británie a Francie. Bohužel zde opravdu nevidíme žádnou skutečně efektivní politickou aktivitu ze strany OSN ani ze strany Evropské unie. Jediné, co můžeme a také musíme v tuto chvíli dělat, je záchrana lidských životů a já děkuji panu komisaři, že zde o tom hovořil. Hasíme požár, který druzí zapalují. EU se proměňuje vlastně v největší humanitární organizaci. To je samozřejmě dobře, že pomáháme, ale chybí zde prevence a jen zachraňovat nestačí.

Intervenții la cerere

Julie Ward (S&D). – Mr President, the humanitarian situation in Yemen continues to deteriorate and has now become one of the worst in the world. Recently, the UN Special Envoy for Yemen stated his concern about the possibility of an imminent famine. This extremely worrying situation must be urgently addressed by the European Union and the Member States.

France and my country, the UK, have consistently been called out in this Chamber for their arms sales to the Saudi-led coalition. Their complicity in this war is unacceptable. They must be held accountable for their contribution to the US extra-judicial killings programme through the sharing of intelligence.

The EU must continue to link up efforts with the United Nations and support a political solution achieved through multilateral diplomacy, with all parties involved sitting around the table. In the meantime, the EU must also put all its efforts into finding temporary humanitarian solutions for the people who are suffering on the ground from a war they did not choose.

Hilde Vautmans (ALDE). – Voorzitter, iedereen heeft het al gezegd: Jemen, vier jaar lang het toneel van een vreselijk conflict en de beelden die ons bereiken liegen er niet om. Uitgemergelde baby's, te zwak om te huilen. Officieel al 8,4 miljoen mensen die bedreigd worden door de hongersnood. Het is eigenlijk een echte humanitaire ramp, een echte "lost generation" die daar opgroeit, een verloren generatie. Jongere kinderen die eigenlijk gerekruteerd worden om kindsoldaten zijn, die vatbaar zijn voor misbruik. Eigenlijk is er in Jemen een echte voedingsbodem voor rekrutering door terroristische organisaties. Commissaris Hahn, we moeten onze stem verheffen, iedereen vraagt het hier, luid en duidelijk, eensgezind als Europa. Laten we de rekrutering van kindsoldaten stoppen. Waar blijft het wapenembargo tegen Saudi-Arabië? Waar blijft de Europese strategie voor Jemen? Waar blijft de Europese druk tegen de aanhoudende blokkade? Laat ons er samen werk van maken.

Ana Miranda (Verts/ALE). – Señor presidente, ¿cómo podemos ser tan hipócritas? Son las contradicciones del capitalismo, que primero habla de la tragedia, que ve fotos para compartir en Facebook de niños muertos y que después es capaz de exportar armas a Arabia Saudí. Como las que vendió España durante el Gobierno de Rajoy —el tercer exportador de la Unión Europea, con novecientos millones de euros— a la coalición internacional liderada por los saudíes. Incluso se hizo una foto el propio rey.

Hay un incumplimiento claro del Tratado sobre el Comercio de Armas. Se bombardea indiscriminadamente a civiles, y eso está prohibido.

También el señor ministro del actual Gobierno hizo una declaración en la que decía que las armas de precisión no causan efectos colaterales. Las armas siempre causan efectos colaterales. Siempre. Cuatrocientas bombas vendidas, en este pasado mes de septiembre, de precisión láser. Se bombardea indiscriminadamente a civiles. Es nuestra vergüenza: un desastre humanitario de hambre, de epidemias y de guerras.

Por eso, señor comisario, hagan un estudio y paren esta guerra. Hagan un estudio de la exportación de armas. Y paren. Y embarguen las armas que están matando a personas.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, αγαπητέ μου Επίτροπε, νομίζω ότι η διεκτραγώδηση της κατάστασης από τους Ευρωβουλευτές δεν χρειαζόταν για τα δικά σου αυτιά, γιατί είμαι σίγουρος ότι, ακόμη κι αν προστεθούν όλες οι πληροφορίες που πήρες από εδώ, οι πραγματικές πληροφορίες που έχεις εσύ είναι δυστυχώς περισσότερες.

Νομίζω όμως ότι υπάρχει κάτι που πρέπει να γίνει και έχει λεχθεί πολλάκις από τους συναδέλφους: Μπορούμε να πούμε καθαρά σε κράτη μέλη να παύσουν να στέλνουν όπλα στη Σαουδική Αραβία; Μπορούμε να πούμε καθαρά σε κράτη μέλη ότι αυτό το πράγμα πρέπει να σταματήσει; Εάν δεν μπορούμε να το κάνουμε αυτό, τότε εγώ αισθάνομαι μια ματαιότητα από την επανάληψη και τη διεκτραγώδηση εκ νέου όλων των κακών που επισυμβαίνουν στην Υεμένη.

11 εκατομμύρια παιδιά πεινούν...τι άλλο να πει κανείς; Βομβαρδίζονται σχολεία, γάμοι, χιλιάδες πρόσφυγες, η ζωή έχει μετατραπεί σε κόλαση. Η κατάσταση είναι σοκαριστική, κατά την έκφραση εκπροσώπου των Ηνωμένων Εθνών. Άρα εάν θέλετε να κάνετε κάτι, είναι να πείτε καθαρές κουβέντες προς τα κράτη μέλη που συμβάλλουν σε αυτό το κακό.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η Υεμένη αντιμετωπίζει σήμερα τη χειρότερη ανθρωπιστική κρίση στον κόσμο, όπως δήλωσε ο Γενικός Γραμματέας του ΟΗΕ António Guterres, προσθέτοντας ότι η κατάσταση στην Υεμένη είναι καταστροφική.

Δυστυχώς, κράτη μέλη της Ευρωπαϊκής Ένωσης συνεχίζουν να εγκρίνουν μεταφορές όπλων προς τη Σαουδική Αραβία, αγνοώντας τη βούληση του Συμβουλίου και της Ευρωπαϊκής Επιτροπής να επιβληθεί εμπάργκο στην πώληση όπλων από χώρες της Ευρωπαϊκής Ένωσης εναντίον της Σαουδικής Αραβίας.

Οι ευάλωτες ομάδες, οι γυναίκες και τα παιδιά πλήττονται ιδιαίτερα από τις συνεχιζόμενες εχθροπραξίες και την ανθρωπιστική κρίση και ο αριθμός των θυμάτων μεταξύ των αμάχων εξακολουθεί να αυξάνεται. Σύμφωνα με τον ΟΗΕ, 8,4 εκατομμύρια άνθρωποι βρίσκονται στα πρόθυρα της πείνας στην Υεμένη, ο πληθυσμός της οποίας εξαρτάται ως επί το πλείστον από τρόφιμα που με δυσκολία εισάγονται. Οι ανάγκες αυξήθηκαν κι άλλο και 13 εκατομμύρια άνθρωποι σήμερα λιμοκτονούν.

Εάν δεν επιστρέψουν οι εμπόλεμες πλευρές στο τραπέζι των διαπραγματεύσεων για να τερματιστεί ο πόλεμος σε αυτή την πιο φτωχή χώρα της Αραβικής Χερσονήσου, όπου οι υποστηριζόμενες από τη Σαουδική Αραβία κυβερνητικές δυνάμεις πολεμούν τους υποστηριζόμενους από το Ιράν αντάρτες Χούτι, όσα χρήματα και να δώσει ο ΟΗΕ και Ευρωπαϊκή Ένωση, η κατάσταση δεν πρόκειται να βελτιωθεί.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, στην Υεμένη η Σαουδική Αραβία και το Ιράν ξεκαθαρίζουν τις διαφορές τους. Μόνο που τις ξεκαθαρίζουν εις βάρος ενός λαού, σε μια περιοχή όπου πραγματικά πάνω από 23 εκατομμύρια άνθρωποι βρίσκονται σε ανθρωπιστική κρίση. Έχουμε χιλιάδες αθώους οι οποίοι έχουν σκοτωθεί. Και αυτό είναι το πρώτο δεδομένο που πρέπει να λάβουμε υπόψη.

Το δεύτερο είναι ότι γίνεται τεράστια εξαγωγή όπλων από πολεμικές βιομηχανίες των κρατών μελών της Ευρωπαϊκής Ένωσης προς τη Σαουδική Αραβία. Εάν λοιπόν θέλουμε να σταματήσει αυτό το ξεκαθάρισμα λογαριασμών του Ιράν με τη Σαουδική Αραβία που γίνεται στην Υεμένη, πρέπει να απαιτήσουμε να σταματήσει η πώληση όπλων σε οποιονδήποτε συμμετέχοντα σε αυτό τον πόλεμο και κυρίως να σταματήσει η εξαγωγή όπλων προς τη Σαουδική Αραβία από τα κράτη μέλη της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Τελεία και παύλα. Αυτή πρέπει να είναι η απόφασή μας.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL). – Senhor Presidente, são os crimes do capitalismo que impõem a barbárie. É a coligação militar liderada pela Arábia Saudita e apoiada pelos Estados Unidos, pelo Reino Unido e por França que tem bombardeado alvos civis, com a morte de centenas de pessoas e dezenas de crianças, como nos ataques de agosto passado.

São as armas produzidas naqueles países e noutros da União Europeia que mataram cerca de 16 mil pessoas, dois terços das quais civis, e feriram mais de 55 mil. Os iemenitas enfrentam a pior crise humanitária do mundo, 8,4 milhões severamente afetados pela fome, situação que se agrava com as restrições da Arábia Saudita à importação de alimentos e combustível.

São estes países que silenciam os crimes de guerra e a repressão dentro da própria Arábia Saudita, maquiilhando aquele tenebroso regime de uma pretensa modernização. É tempo de os povos se mobilizarem pela paz, pelo fim de um gigantesco crime contra o povo iemenita e contra o cinismo do imperialismo, da União Europeia e das suas potências militares.

(Încheierea intervențiilor la cerere)

Christos Stylianides, Member of the Commission, on behalf of the Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Mr President, as I underlined in my opening remarks, in Yemen, we face not a regular humanitarian crisis, but a real humanitarian catastrophe. As I have always said, unfortunately, in humanitarian problems and in humanitarian crises, we do not have humanitarian solutions – we have only political solutions. This is why, as the European Union, we focus on some initiatives, diplomatic initiatives, including behind the scenes, to promote a ceasefire across Yemen, and of course, above all, our strategy remains peace in this very painful situation in Yemen. We have made a lot of diplomatic efforts and taken a lot of initiatives, but up till now the situation remains as you describe.

I heard many suggestions from you regarding the situation, but you know that in such a situation, you have to be pragmatic. We have to see the situation on the ground and our role as the European Union, as a regional and global actor, in order to be and to stay result oriented. Frankly, what I see in Yemen, what I can handle every day, is a very painful experience, as my compatriot Takis Hadjigeorgiou said, but at the same time, I would like to remind you that in some critical decisions, including inside our institutions, especially within the European Council, we need unanimity. So you can imagine that it is not easy to find common European positions in many of our efforts, initiatives or decisions. We have to continue to provide humanitarian and development assistance. I already gave you specific figures about our contribution in this difficult situation. We remain the biggest humanitarian and development donor in Yemen, but we have to accept the hard reality: our efforts and our initiatives to change the situation on the ground, unfortunately, have limits.

Președintele. – Am primit șapte propuneri de rezoluție, depuse în conformitate cu articolul 123 alineatul (2) din Regulamentul de procedură.

Dezbaterile s-au încheiat.

Votul va avea loc joi, 4 octombrie 2018.

Declarații scrise (articolul 162)

Dominique Bilde (ENF), par écrit. – C'est l'une des plus grandes tragédies humanitaires mondiales qui se trame au Yémen, puisqu'entre mars 2015 et le début de l'année 2018, 9 245 personnes y avaient perdu la vie et 52 800 y avaient été blessées. Parmi les morts, dont le décès est largement imputable aux bombardements de la coalition saoudienne, au moins 5 558 étaient des civils au 14 décembre 2017. Les trois quarts de la population restent suspendus à l'aide humanitaire, dont huit millions de personnes dans une situation plus grave encore: «c'est-à-dire qu'elles ne savent pas quand elles prendront leur prochain repas», selon Mark Lowcock, le secrétaire général adjoint aux affaires humanitaires de l'ONU.

À ces circonstances dramatiques s'ajoutent des conditions sanitaires déplorables. Ainsi, 2 248 personnes ont été emportées par le choléra entre avril 2017 et janvier 2018.

Mais le plus sidérant est sans doute l'indifférence de la communauté internationale, alors même que l'aide humanitaire ne peut désormais plus être délivrée qu'au compte-gouttes face aux blocages. Il est donc urgent d'en garantir la livraison à ses bénéficiaires, au risque de porter une responsabilité historique dans l'alourdissement du bilan humain.

Krzysztof Hetman (PPE), na piśmie. – Wojna w Jemenie trwa od 2015 roku i niestety, wiele wskazuje na to, że szybkie zakończenie konfliktu będzie niezwykle trudne. Wojna pochłonęła już dziesiątki tysięcy ofiar śmiertelnych. Niestety, w znacznej mierze są to cywile, w tym także dzieci. Ostatnie doniesienia organizacji Save the Children są szczególnie niepokojące. Głoduje lub poważnie niedojada nawet pięć milionów dzieci, dziesiątek tysięcy najprawdopodobniej nie da się uratować i po prostu umrą one z głodu jeszcze w tym roku. To jedna z większych katastrof humanitarnych, z jaką mamy do czynienia dziś na świecie. Dlatego też jestem zdania, że działania polityczne mające na celu wznowienie procesu pokojowego, które zostały ostatnio podjęte przez ONZ, muszą iść w parze ze wzmożoną pomocą humanitarną. Mam nadzieję, że uda się skłonić rebeliantów do przystąpienia do rozmów, ale równie ważne jest, aby bez zbędnej zwłoki docierać z bieżącą pomocą do ludności cywilnej i zapewnić im niezbędną do przeżycia wsparcie.

Jaromír Kohlíček (GUE/NGL), písemně. – Jemen vznikl v roce 1990, po dlouholetém krvavém konfliktu, sloučením tradičních horských středisek z okolí hlavního města San'a v severní části a Jemenskou lidově demokratickou republikou, bývalou britskou kolonií Aden. Nejen dvě rozdílné části země, ale i rozdílný výklad muslimského náboženství: sunnité a šiité, dlouhodobě tuto zemi rozdělují. Politická nestabilita vyvrcholila před řadou měsíců dobytím hlavního města militantní šiitskou organizací al-Húthí a útekem prezidenta do Adenu. Sunnitské síly dostaly masivní vojenskou podporu armády Saudské Arábie a tato v těžkém bombardování řady míst ovládaných povstalci pomalu, ale jistě stále postupuje. Světová veřejnost se znepokojením sleduje zejména těžké boje v přístavu Al-Hudajdá, kudy do severní části země proudila humanitární pomoc. Celá věc má samozřejmě širší pozadí. Šiité mají podporu Íránu, sunnité Saudské Arábie kryté širší koalicí arabských zemí. Poněkud mimo pozornost světové veřejnosti, která akcentuje zejména problém nedostatku potravin a lékařské péče, zůstává hlavní důvod, proč se soupeři o Jemen již léta ucházejí, je jím totiž Bab-al-Mandab, průliv v úžině, který spojuje Rudé moře s Indickým oceánem. Ať již konflikt dopadne jakkoliv, miliony obyvatel této země budou opět chudší a hospodářsky závislejší na pomoci ze zahraničí. To, co však Jemen nyní nutně potřebuje, je okamžitá pomoc vedoucí k zastavení bojů.

Urmas Paet (ALDE), kirjalikult. – Kodusõda Jeemenis kestab juba neljandat aastat ning lisaks inimohvritele on riigis kohutav humanitaar- ja julgeolekuolukord. Lisaks sellele kestab ka poliitiline kriis. Sõjategevus ja vägivald ning tsiviiliskute ründamine Jeemenis tuleb viivitamatult lõpetada. Igasugune tsiviiliskute ründamine on vastuolus rahvusvahelise õigusega ning selliste rünnakute toimepanijad tuleb vastutusele võtta. On oluline toetada ÜRO eriesindajat, kes püüab tuua kõik osapooled läbirääkimislaua taha, sest konfliktid võimaliku lahenduseni saab jõuda vaid nii. Kohe on vaja tagada humanitaarabi jõudmine kriisiipiirkondadesse.

Marijana Petir (PPE), napisan. – Republika Jemen je jedna od najsiriomašnjih arapskih država na svijetu, a rat koji ne jenjava, nažalost, i dalje jača nestabilnost ne samo u Republici Jemen nego i u susjednim državama Bliskoga Istoka. Uzastopni zračni napadi u gradu Hodeidah ponovno su odnijeli desetke života, a mnogi su bili ozlijeđeni. Snažno osuđujem napade na civile. Europska unija očekuje od svih strana da osiguraju zaštitu civilnog stanovništva i da zaustave iskorištavanje nevine djece, kao nositelje buduće generacije, te smatram da je potreba brza reakcija cijele međunarodne zajednice radi njihove zaštite.

Pozivam na brzo rješavanje problema blokade humanitarne pomoći za žrtve rata. Izravne posljedice oružanog sukoba velikog su razmjera i ukoliko se nešto ne poduzme, izravna su prijetnja kompletom stanovništvu. Jemenci su prošle godine prolazili kroz najgoru koleru u modernoj povijesti, s više od milijun slučajeva (od kojih su polovica bila djeca). Smatram da je potrebno brzo djelovanje Europske unije kao predvodnice mira i dijaloga.

15. Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen und für neue leichte Nutzfahrzeuge (Aussprache)

Președintele. – Următorul punct de pe ordinea de zi este dezbateră privind raportul lui Miriam Dalli, în numele Comisiei pentru mediu, sănătate publică și siguranță alimentară, referitor la propunerea de regulament al Parlamentului European și al Consiliului de stabilire a standardelor de performanță privind emisiile pentru autoturismele noi și pentru vehiculele utilitare ușoare noi, ca parte a abordării integrate a Uniunii de reducere a emisiilor de CO₂ generate de vehiculele utilitare ușoare, și de modificare a Regulamentului (CE) nr. 715/2007 (reformare) (COM(2017)0676 – C8-0395/2017 – 2017/0293(COD)) (A8-0287/2018).

Miriam Dalli, Rapporteur. – Mr President, thank you, Commissioner Cañete, and all the shadow rapporteurs for the way we work together. I am proud to be standing here to defend the Committee on the Environment's position on legislation that respects our climate targets, the environment, public health, industry and competitiveness. I am proud because together we realised that the way forward is to ensure the environmental integrity of the industry as a whole. We agreed that real driving emissions are a necessity, and that any emission values that the European Commission bases itself on have to be measured values and not simply values declared by the car manufacturers.

We agreed that we have to move from measuring emissions at the tail pipe to analysing the whole life cycle of a vehicle. That, together with the well-to-wheels approach, can really promote cleaner technology and cleaner fuels. We agreed that investment in recharging infrastructure is to be promoted, and battery and battery cell manufacturing close to vehicle manufacturing sites should be supported.

I am for more ambition than what the European Commission is proposing. I am for more ambition, because we have studies that clearly show that we need to take decisive action. More ambition will stimulate innovation and investment in the European Union. It will create jobs in the years to come, particularly if the European Union embarks on a long-term strategy that seriously attracts battery production investments to the European Union. This is confirmed by the European Commission itself.

I did not want to speak about numbers, but I want to set the record straight. Let's take a 40% CO₂ reduction: we would be creating 69 000 jobs in the EU if we imported batteries from outside the European Union. If we had to produce batteries within the EU, we would be creating 92 000 jobs. With a 40% CO₂ reduction, there would be 12 000 fewer jobs in the automotive sector over a period of 12 years until 2030. However, at the same time, in its blueprint for cooperation on skills and the automotive sector, the Commission is saying that there will be 900 000 employees, who will retire or leave the sector between 2017 and 2025. Because workers are a priority, we are proposing a gradual transition complemented by targeted programmes to ensure that no one is impacted negatively.

An ambitious proposal is all about car manufacturers having the right incentive to invest and create quality jobs right here in the European Union. I ask two questions: why are car manufacturers investing seven times as much outside the European Union as they do within the European Union when it comes to cleaner cars? Why are car manufacturers, telling their workers' councils that they cannot invest in battery production in the EU because of high salary costs, but then Chinese companies open battery production sites in the EU paying EU salaries.

As far as I'm concerned, the answer is simple: there aren't the right incentives for the industry to invest in cleaner cars. And we have a choice: we have a choice between attracting investment to the European Union or letting other continents take the lead, with all the disruptive effects that this will have on our industry, on our companies and our small producers, our environment and our cities. This is the time to act. This is the time to show that, for us, it is not a question of industry versus the environment, but an issue of making sure that we address both the environment and industry together. We have the opportunity to act tomorrow in our vote in this plenary.

Miguel Arias Cañete, *Member of the Commission*. – Mr President, it is a pleasure to be here today for the debate on the Commission proposal setting CO₂ emissions standards for cars and vans for the period up to 2020. This is a key proposal to implement the 2030 climate and energy framework, to continue delivering on our commitments under the Paris Agreement and to contribute to the transition to a low carbon economy.

This is not just essential for the climate, but also for Europe's economic prosperity and global competitiveness. With the adoption of the legislative proposals on the 2030 climate and energy framework, thanks to the excellent work of all our institutions, the European Union is turning its global commitments into reality and is determined to continue as a world leader in the fight against climate change.

Under the Effort Sharing Regulation the Member States now have binding emission reduction targets up to 2030 in the sectors not included in the European Union Emissions Trading System – that is transport, buildings, agriculture and waste. Now it is time to make sure that at European level we have the right regulatory framework in place to contribute to meeting these targets. With almost a quarter of the European Union's total greenhouse gas emissions coming from transport, this sector has a vital role to play in this transition. While Europe has reduced its emissions by some 23% since 1990, road transport emissions have grown by about 20% and today, transport accounts for more than 20% of Europe's total emissions and this continues to grow.

The Commission's legislative proposal setting the new CO₂ standards for cars and vans for post-2020 is therefore an essential instrument to address this. Your vote tomorrow is instrumental to allow the adoption of the proposal during the current legislative term and we need to give a clear and stable regulatory signal to industry as soon as possible because this will stimulate the right investments in the transition towards zero emission mobility.

I want to thank the rapporteur, Ms Dalli, for her hard work on this proposal, putting together the position of this Parliament, as well as for our constructive discussions and cooperation. I would also like to thank the shadow rapporteurs for their work.

I want to underline that the Commission proposal, underpinned by a thorough impact assessment, is both ambitious and realistic. It strikes the right balance between the three main policy objectives that cannot be considered in isolation: firstly, achieving environmental benefits, secondly, bringing savings for consumers and finally, safeguarding employment and competitiveness in the European Union.

The Commission proposal allows for a smooth, gradual and realistic transition to zero emission vehicles. The pace of the transition is essential, as the automotive sector is crucial for Europe's prosperity, providing jobs for 12 million people in manufacturing, sales, maintenance and transport and accounting for 4% of gross domestic product.

We need to give sufficient time to achieve this reformation, to undertake the necessary investments and to reskill and upskill the workers in the current automotive supply chain. Our target will have positive impacts on the overall economy. At the same time, the number of jobs will remain stable in the automotive sector.

Our proposal will also bring significant environmental benefits. The proposal is projected to reduce greenhouse gas emissions from road transport by around 22% between 2005 and 2030, contributing to our necessary efforts to implement the Paris Agreement. We have already agreed, or proposed, additional policies which will further reduce emissions from this sector, including the recently agreed Renewable Energy Directive, as well as the proposal on CO₂ standards for heavy duty vehicles, the revised Eurovignette and the Clean Vehicles and Combined Transport Directives.

From the side of consumers, the 30% target will bring significant economic benefits. Consumers will save money – up to EUR 400 for the average new car bought in 2025 and more than EUR 1 400 in 2030.

Let me conclude by saying once again that the Commission remains fully supportive of the efforts of Parliament and the Council to conclude positive discussions on this proposal still this year. I look forward to continuing to work with you on the proposal and bringing it to a positive successful conclusion. This is what our citizens, our consumers, our companies and our workers expect from all of us.

Karima Delli, *rapporteure pour avis de la Commission des transports et du tourisme*. – Monsieur le Président, mes chers collègues, le transport représente plus de 20 % des émissions de CO₂ en Europe, et 70 % de ces émissions proviennent du transport routier. Résultat: la pollution de l'air provoque chaque année le décès prématuré de 500 000 personnes en Europe. Si on ne change pas, on va dans le mur.

Pour respecter les objectifs de la COP 21, il faudrait une baisse de 70 % des émissions d'ici 2030. Là, on propose une baisse de 45 % d'ici 2030. C'est mieux que la proposition de la Commission, mais c'est loin d'être assez. Et vous, qu'est-ce que vous nous dites? Que c'est trop ambitieux. Mais c'est trop ambitieux pour qui? Pour les gouvernements, pour le lobby automobile? Je vous le dis, nous, Parlement européen, nous ne pouvons pas compromettre le climat, ni la santé de nos concitoyens, ni les 12 millions d'emplois du secteur automobile en Europe qui sont déjà menacés par la concurrence internationale.

La mobilité propre, ce n'est pas une menace, mais bien une opportunité pour la santé et la reconversion du secteur automobile.

Jens Gieseke, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident! Lassen Sie mich gleich zu Beginn eines klarstellen: Es geht hier heute nicht um die Frage Klimaschutz ja oder nein. Alle Vorschläge, über die wir morgen abstimmen werden, werden dazu beitragen, unsere Klimaziele zu erreichen. Die Frage ist jedoch: Was passiert, wenn wir wieder einmal versuchen, über das Ziel hinauszuschießen? Mit anderen Worten: Was bedeuten die überzogenen Forderungen einiger Kollegen für Verbraucher, Volkswirtschaft und Arbeitsplätze? Die Antwort ist ganz klar: Sie wären verheerend. Daran wird auch die Aufweichung des 45%-Ziels aus dem Umweltausschuss auf das 40%-Ziel mit verbindlicher Elektroquote nicht viel ändern.

Allein das Bestrafungssystem für Fahrzeuge mit Null- und Niedrigemissionen wird uns teuer zu stehen kommen. Die Kommission hat berechnet, was der Vorschlag des Umweltausschusses bedeuten würde. Die Volkswirtschaft hätte bei einem Verkauf eines Fahrzeugs einen Verlust von 1 450 Euro, jeder Verbraucher müsste 1 000 Euro draufzahlen, und 60 000 Menschen würden ihren Arbeitsplatz verlieren. Gerne wird hier dann immer wieder gesagt, dass vielleicht auch neue Jobs entstehen und dass man die Leute einfach in eine Umschulung stecken könnte. Ich habe mich hierzu mit den Vertretern der Gewerkschaften und der Industrie getroffen, und für die steht ganz klar fest: Tausende Jobs werden verlorengehen. Das müssen wir verhindern. Nur im Europäischen Parlament ist diese Nachricht noch immer nicht richtig angekommen.

Ich bin fest davon überzeugt: Wir können ambitionierte Ziele definieren, das Klima schützen und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie stärken und damit Arbeitsplätze in Europa sichern. Wir brauchen keine Ideologie, keine Quote und keine Verbote, sondern Offenheit, Innovation und Technologieneutralität. Das wäre gut für das Klima, das wäre gut für den Verbraucher, und für die Beschäftigten wäre das auch gut.

Die EVP-Fraktion hat im Laufe der Verhandlungen große Zugeständnisse gemacht. Lassen Sie uns morgen für das 35%-Ziel stimmen und das Strafsystem zur E-Autoquote zurückweisen.

Kathleen Van Brempt, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, this is an absolutely crucial file and that's why, Mr Commissioner, we need more ambition than the Commission proposal offers – to make sure that we can get our climate goals, but also to make sure that we can reduce the cost for consumers and improve the air quality in our Member States. Some, like Mr Gieseke, argue that increased ambition will lead to a loss of jobs. Well, it's not the case. The Commission's own impact assessment states that with a 40% reduction, total EU employment will increase by 69 000 to 92 000 jobs. In any case, colleagues, regardless of electrification, if you look at what will go on in the sector on everything that is to do with automation and digitalisation, fundamental changes need to occur in the sector.

That's why I am so proud that, under the leadership of Ms Dalli, there are many issues on just transition within the proposal of the Committee on Environment, Public Health and Food Safety (ENVI) that we should all support. What workers should be really be afraid of is that we lose out in the automotive sector; we lose our leadership on technology. Ms Dalli mentioned it already. Why are European car manufacturers making so much effort in China to make electric cars and not do so within Europe? What do we want? To be left with all technology that is killing our people because of the effect on climate and air quality? That's why we need to have ambition.

It's encouraging to see that not just in the progressive forces in this Parliament, but also in the Council, there's an increasing amount of membership that wants to improve the targets in this regulation. That's why I'm really saddened that Ms Merkel, whom I respect a lot and who used to be a climate Chancellor, will now miss her national climate targets by 2020 and 2030 by putting the brakes on this ambitious legislation. So please, let's vote tomorrow on the ENVI proposal.

Mark Demesmaecker, *namens de ECR-Fractie*. – Voorzitter, de Vlaamse N-VA-delegatie stemt morgen voor ambitieuze normen. Wij steunen minstens 40 % minder CO₂ en 40 % nieuwe groene wagens tegen 2030. Dit is inderdaad essentieel in de strijd tegen de klimaatverandering, maar ook voor de luchtkwaliteit in onze steden en onze gemeenten. En toen u vorig jaar uw voorstel hier lanceerde heb ik mijn ontgoocheling hier in de plenaire zitting ook niet onder stoelen of banken gestoken en ik blijf bij mijn standpunt: zwakke CO₂-normen ondermijnen de klimaatdoelstellingen. Mijn eigen lidstaat moet tegen 2030 35 % minder CO₂ uitstoten. Zonder de nodige technologie om CO₂ aan de bron te vermindere zal dat dus niet lukken en we steunen ook voluit de vraag naar een technologie-neutrale vergroening van de nieuwe vloot. Dit vormt een belangrijke schakel in het aantrekken van investeringen, in het stimuleren van innovatie en van het verbeteren van luchtkwaliteit. Onze burgers hebben recht op schone lucht. Indien het de Europese Unie menens is om de concurrentie met China aan te gaan, dan moeten onze producenten voldoende emissie-arme en emissie-vrije wagens aanbieden. Daarin moeten we voluit investeren, niet in sjoemelsoftware om de normen te omzeilen. Ik hoop dat we na dieseltgate onze les hebben geleerd.

Nils Torvalds, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, after the COP21 meeting in Paris, we decided that we were going to stand for these principles, and therefore we created a framework which consisted of emissions trading, effort sharing and LUCF. That is the framework. When you speak about effort sharing, we know that effort sharing is also already included in a social manner; that Finland has 39%, Sweden has 40%, Denmark about 40%, and Bulgaria 0%. We took into account the different possibilities of the different countries. That, I think, is fair.

What we are now doing is trying to take a further step, and this step, if you look at the figures, is very important. If we fail in transport, then transport will kick back on effort sharing, on agriculture and on the budgets of the Member States if they are not able to reach the goals. That is what we are actually now deciding on; we are deciding on the way in which we will go forward.

Therefore, if you look at the figures, transport is the only part of CO₂ that is rising. All the other curves are going down, but transport is rising. We have to take measures, and the only way you can take measures is to have clear-cut and ambitious goals; that's the 40%. We also have to fix all the other things, and remember that when we speak about efforts sharing, it is running until 2030. To be able to look at effort sharing, we need something in between. That is 2025, which is in this year, so there is just one way to go, and that is forward.

Rebecca Harms, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident! Herr Kommissar Cañete, Sie haben behauptet, die Europäische Kommission würde ernsthaft und ehrgeizig an der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens arbeiten. Ich muss Ihnen sagen, ich kann das nicht erkennen. Sie haben erst in der letzten Woche erklärt, dass Sie nicht wie beabsichtigt das Klima-Gesamtziel der Europäischen Union an das Pariser Abkommen anpassen – also drei Jahre nach Paris. Die EU-Kommission hat es nicht geschafft, ihre eigenen Klimaziele anzupassen und fährt ohne angepasstes Ziel nach Kattowitz.

Es ist also überhaupt nicht erstaunlich, dass Sie auch in diesem wichtigen Bereich der Gesetzgebung, über den wir heute diskutieren, nicht ehrgeizig umsetzen. Ihre eigenen Gutachter haben ihnen gesagt, dass ein CO₂-Reduktionsziel für die Automobilindustrie bis 2030 mindestens 60 % sein muss. Sie haben 30 % bis 2030 vorgelegt. So weit haben die Empfehlungen der Wissenschaft und die Vorschläge der Kommission in der Zeit, in der ich hier Klimapolitik mitberate, nie auseinanderklafft.

Ich muss mich auch bedanken bei der Berichterstatterin Frau Dalli, die mit dem Kompromiss, den wir im Umweltausschuss gefunden haben, wirklich etwas Gutes erreicht hat. Aber dieser Kompromiss muss jetzt mindestens verteidigt werden, damit wir uns sehen lassen können, wenn wir aus diesem Haus heraus in der internationalen Debatte etwas Gutes vertreten wollen.

Die Autoindustrie steht zusammen mit einigen Regierungen auf der Bremse. Das ist nicht überraschend, das hat System, das haben wir oft erlebt. Aber die Gewerkschaften, Herr Kollege Gieseke, die diskutieren schon etwas anders. Von den Gewerkschaften haben wir gehört, dass sie genau wissen, dass unsere Industrie auf den internationalen Märkten abgehängt sein wird, wenn wir uns nicht ehrgeizig und konsequent auf Innovationen, Klimaschutz und umweltfreundliche Autos einlassen.

Das Arbeitsplatzargument hat die ganze Zeit eine ganz große Rolle gespielt. Und ich will Ihnen sagen: Ich habe selten in einer Debatte einen so manipulativen Umgang mit Zahlen wie diesen Arbeitsplatzverlustzahlen erlebt wie in den letzten Wochen. Es ist unverschämt, mit Zahlen über Arbeitsplatzverluste zu operieren, die eintreten, wenn wir Reduktionsziele wie 80 % bis 2030 diskutieren würden. Nie hat jemand in dieser Dimension diskutiert, und trotzdem argumentiert der Kollege Gieseke in dieser Art und Weise. Arbeitsplatzverluste, die in absehbarer Zeit die Industrie in der Europäischen Union betreffen werden, entstehen durch Digitalisierung und Produktivitätssteigerung, so wie immer. Und da gibt es überhaupt keine Einmischung von Ihnen, Herr Gieseke. Panikmache wegen Klimaschutz, das ist das, was Sie machen, und das führt am Ende dazu, dass die europäischen Märkte von chinesischen Herstellern übernommen werden.

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Peter Liese (PPE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Herr Präsident, verehrte Kollegin Harms! Sie haben den Kommissar kritisiert, weil er nicht schon jetzt vorgeschlagen hat, das Ziel von 40 % zu erhöhen. Ich war bei der Klimakonferenz in Bonn im letzten Jahr und habe alle Partner, mit denen wir gesprochen haben, systematisch gefragt: Gibt es überhaupt eine Debatte in den anderen Ländern – die USA wollen wir mal ganz weglassen, aber etwa in Japan, Russland, Südamerika, Brasilien? Es gibt nirgendwo eine Debatte. Und glauben Sie nicht auch, dass wir, bevor wir hier den Kommissar kritisieren, der da immerhin schon mal einen Weg beschrieben hat, uns mehr bemühen sollten, andere Länder einzubeziehen, dass sie diese Debatte überhaupt erst mal führen?

Rebecca Harms (Verts/ALE), *Antwort nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – EU-Kommissar Cañete ist es auch gewesen, der das Abkommen von Paris als einen großen Erfolg gefeiert hat. Wenn man drei Jahre später die wichtigste Gesetzgebung, die wir noch auf dem Tisch haben, zu verantworten hat und diese Gesetzgebung sich gar nicht an dem orientiert, wozu man sich in Paris verpflichtet hat, dann ist das meines Erachtens wirklich schlecht. Dazu kommt, dass wir, wenn wir über die Autoindustrie reden, über Technologien zum Klimaschutz reden, die verfügbar sind. Das ist der Bereich, wo wir die Technik haben, wo wir auch für Innovationen eintreten müssen und nicht Innovationen systematisch ausbremsen dürfen.

Merja Kyllönen, *GUE/NGL-ryhmän puolesta*. – Arvoisa puhemies, hyvät kollegat, täysi tuki ENVI-valiokunnan kannalle. Tässäkin lainsäädännössä on muistettava taakanjako: liikenteen on kannettava oma osansa tai muuten asumiseen ja maatalouteen syntyy liian suuri painolasti. Me emme voi antaa yhtään vapauksia autoteollisuudelle, elleimme ilmastopolitiikassa halua pissata omiin tai lastemme tai lastenlastemme muihin.

Avoimuus autoteollisuudelle johti dieselskandaaliin, joten on annettava piiskaa autoteollisuudelle nyt niin, että uudet prosessit menevät aidosti eteenpäin. Jos me haluamme säästää rahaa satoja miljoonia euroja eurooppalaisessa terveydenhuollossa, meidän täytyy viedä eteenpäin tätä lainsäädäntöä. Niitä säästettyjä rahoja voimme käyttää myös ilmasto-, ympäristö- ja terveydenhuollon alojen uusiin innovaatioihin, jotka myös luovat uutta työtä, jota täällä on kovasti kaivattu. Rohkenen väittää, että ilmastoedelläkävijät tulevat luomaan myös kaivattuja uusia työpaikkoja kotimaahan enemmän kuin ne, jotka vastustavat koko ajan.

Eleonora Evi, a nome del gruppo EFDD. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il voto di domani ha una valenza storica.

Le nostre scelte plasmeranno il futuro del trasporto stradale chiamato a fare la sua parte contro i cambiamenti climatici, per l'attuazione dell'accordo di Parigi. Ma non solo, domani chiariremo quale industria automobilistica vogliamo in Europa, a casa nostra, se rimarremo ancorati al dogma dei combustibili fossili e se importeremo tecnologie e sistemi di propulsione puliti dai paesi terzi, penso appunto alla Cina dove, ironia della sorte, gli stessi costruttori europei stanno investendo molti più miliardi rispetto che in Europa. Oppure, se vogliamo accompagnare il settore *automotive* in quella transizione verso una mobilità a zero emissioni, invocata, già oggi, dai cittadini e dalle imprese europee che denunciano la penuria di modelli puliti sul mercato.

Collegli, io concludo, ricordandovi che per cogliere i benefici sociali generati dai veicoli efficienti, tra cui un'aria più pulita e crescenti opportunità occupazionali nei settori dell'economia verde, è doveroso preservare il bilanciamento trovato in commissione ambiente. Il Movimento 5 Stelle si schiera dal lato dell'ambizione.

Danilo Oscar Lancini, a nome del gruppo ENF. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, è giusto puntare ad un piano ambizioso per una riduzione delle emissioni di CO₂ generate dal settore dei trasporti, ma tale piano deve avere obiettivi realistici e non produrre un aggravio di costi per le imprese e i cittadini europei.

Gli attuali target proposti forzano il mercato verso la sola opzione elettrica. L'auto elettrica non è di per sé una scelta sbagliata, ma il mercato e la tecnologia non sono pronti. Ci vuole un importante adeguamento della rete elettrica, la creazione di molti punti di ricarica, soluzioni alternative più efficienti per la realizzazione e lo smaltimento delle batterie e possibilmente in Europa e non oltre il confine, come sta avvenendo in questo momento.

Nonostante gli importanti incentivi all'acquisto, al momento, le auto elettriche rappresentano solo l'1,5% delle vendite e dal 2014 al 2017 la loro quota di mercato è aumentata solo dello 0,9%. Anche le micro, piccole e medie imprese hanno assolutamente bisogno di più flessibilità per attuare i nuovi target. Non dimentichiamo che i veicoli commerciali leggeri sono usati principalmente da queste realtà che già sono state provate da anni di crisi e non possono sempre permettersi di investire nel veicolo di ultima generazione.

Che senso ha l'auto elettrica in termini ambientali, se parte dell'energia per alimentarla, nella stessa Europa, è ancora prodotta con centrali a carbone? Serve una strategia che salvaguardi il principio di neutralità tecnologica e mantenga la strada aperta ad un giusto mix di tecnologie, che possa contribuire veramente alla riduzione di emissioni di CO₂ e ad un sistema di calcolo che tenga conto non solo della CO₂ emessa del veicolo, ma del bilancio complessivo del ciclo di vita dello stesso.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, θεωρώ πως όλοι μας συμφωνούμε πως είναι αναγκαία η μείωση των εκπομπών και μάλιστα όσο πιο άμεσα γίνεται. Θα πρέπει να προσέξουμε πάρα πολύ όμως μήπως προσπαθώντας να διορθώσουμε ένα πρόβλημα που εμείς οι ίδιοι δημιουργήσαμε, τελικά καταλήξουμε σε μία ακόμη χειρότερη κατάσταση.

Βλέπω πως υπάρχει μεγάλη στήριξη για τα ηλεκτρικά αυτοκίνητα. Έχουμε πραγματικά αναλογιστεί τι θα σήμαινε να έχουν όντως αντικατασταθεί όλα τα αυτοκίνητα που κυκλοφορούν σήμερα, και ειδικά τα φορτηγά, από ηλεκτρικά μέχρι το 2050; Έχουμε υπολογίσει τις τεράστιες ποσότητες ηλεκτρικής ενέργειας που θα χρειαζόνταν εάν επέλθει αυτή η μεταβολή; Πώς θα παραχθούν αυτές οι ποσότητες ηλεκτρικής ενέργειας; Σίγουρα όχι από την αιολική ή την ηλιακή ενέργεια, καθώς, για να γίνει κάτι τέτοιο, θα έπρεπε να στρώσουμε με πάνελ και γεννήτριες ολόκληρη την έκταση της Ευρώπης.

Πολλές χώρες σήμερα αντιμετωπίζουν ελλείψεις ενέργειας. Συνεπώς, είναι λογικό να υποθέσουμε πως στο μέλλον η κατάσταση θα γίνει ακόμα χειρότερη. Μήπως τελικά τις εκπομπές των αυτοκινήτων θα τις αντικαταστήσουν οι εκπομπές των εργοστασίων που θα παράγουν την ηλεκτρική ενέργεια;

Ανακεφαλαιώνοντας, πρέπει σαφώς να εργαστούμε ακόμη περισσότερο προς την κατεύθυνση της μείωσης των εκπομπών. Όμως αυτό θα πρέπει να γίνει ύστερα από προσεκτικές και αντικειμενικές μελέτες, ώστε να ελαχιστοποιήσουμε τους κινδύνους που μπορεί να προκύψουν. Κυρίως δε, οι μελέτες αυτές πρέπει να είναι ανεξάρτητες και το αποτέλεσμά τους να μην είναι προαποφασισμένο πριν από τη διεξαγωγή τους, μόνο και μόνο για να εξυπηρετηθούν πολιτικές σκοπιμότητες.

Peter Liese (PPE). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht ums Autofahren, und ich bin dafür, dass wir Gas geben – Gas geben bei Innovationen und Gas geben beim Klimaschutz. Ich bin dagegen, dass wir zu viel Gas geben in dieser Debatte. Denn wenn wir uns mal anschauen, von wo wir herkommen, dann müssen wir jetzt mal ein bisschen Gas wegnehmen. Wir hatten extreme Positionen auf dem Tisch. Frau Harms, Sie haben gesagt, es war nie von 80 % die Rede, aber Ihre Fraktion hat schon 75 % eingebracht. Das ist nicht so weit weg von 80 %, also wirklich nicht. Wir haben die Vorschläge von Miriam Dalli gehabt: 50 %. Wir haben den Ausschussvorschlag von 45 %. Und dann sagt eben schon die unabhängige Analyse der Europäischen Kommission, die ich sehr schätze: Dann werden wir in Europa Arbeitsplatzverluste haben und Verluste für die Volkswirtschaft. Deswegen ist es gut, dass wir uns jetzt noch ein weiteres Stück aufeinander zu bewegen und dass in vielen Fraktionen auch diese 45 % nicht mehr unterstützt werden.

Ich habe noch die dringende Bitte, dass wir uns auch nochmal die Änderungsanträge des Umweltausschusses zum Malus ansehen. Nach Analysen der Kommission macht das nochmal eine Belastung aus, die im Rahmen von etwa zusätzlichen 5 % liegt. Deswegen wäre ich dankbar, wenn da der Ausschussantrag auch nicht durchkommt mit den 40 % Benchmark. Das ist eine zusätzliche Verschärfung, und das ist nicht technologieneutral. Deswegen wäre es gut, wenn wir das morgen auch noch korrigieren.

Die Kommission hat ausgerechnet, dass das der Beitrag der Autoindustrie ist – wenn wir den Kommissionsvorschlag annehmen – zur Erreichung unseres 40%-Ziels. Man kann über andere Zahlen diskutieren, und wir sind ja auch als EVP bereit, höher zu gehen. Aber ich möchte nochmal sagen – und da hat Frau Harms eben nicht darauf geantwortet: Die Debatte, mehr zu machen als man in Paris beschlossen hat, die wird in keinem anderen Teil der Welt geführt. Und deswegen sollten wir unseren Kommissar nicht kritisieren, sondern er reist durch die Welt und stößt diese Debatte in den anderen Ländern überhaupt erstmal an. Dafür sollten wir Miguel Arias Cañete unterstützen und ihn nicht kritisieren. Vielen Dank, Miguel, lieber Kommissar, dass Sie das machen!

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Rebecca Harms (Verts/ALE), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“— Zum Thema Gas geben: Die Änderungsanträge, die Ihre Fraktion eingebracht hat, laufen ja darauf hinaus, dass durch Bonus und Malus und Anrechnungssysteme das sowieso schon sehr schwache Reduktionsziel für 2030 für konventionelle Antriebe nochmal abgesenkt werden wird, so dass nach unseren Einschätzungen die konventionellen Antriebe im Jahr 2030 auf der Grundlage Ihrer Vorschläge schlechter und klimaschädlicher sein könnten als heute im Jahr 2018. Nennen sie das Gas geben beim Klimaschutz?

Peter Liese (PPE), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Also zunächst einmal haben wir ja das Ziel erhöht auf 35 %. Das sollte man dann schon bitte berücksichtigen. Und wir möchten nicht den Vorschlag abschwächen, sondern wir möchten Innovationen unterstützen – genauso, wie ich das gesagt habe. Der Malus ist im Kommissionsvorschlag nicht vorgesehen. Deswegen möchten wir ihn auch nicht im endgültigen Text sehen. Das ist nicht technologieneutral. Die anderen Anträge bezwecken eben auch, dass wir die Übergangstechnologie Plug-in-Hybrid fördern. Nicht jeder kann ab morgen ein Elektroauto fahren, da braucht man einen Übergang, und den möchten wir eben auch mit fördern. Das ist der Sinn.

Răzvan Popa (S&D). – Domnule Președinte, stimați colegi, suntem cu toții de acord că trebuie să ne stabilim țintele astfel încât Uniunea să își atingă obiectivele asumate de reducere a emisiilor de gaze cu efect de seră. În același timp, este important să dăm posibilitatea și să creăm cadrul ca industria europeană să se inoveze și să își păstreze locul de lider mondial în acest domeniu.

Trebuie însă să ținem seama, în primul rând, de aspectul social, în așa fel încât acest proces să nu influențeze în mod negativ ocuparea forței de muncă, iar țintele și obiectivele pe care ni le propunem să fie unele realiste și, în același timp, să reflecte aspectele tehnologice și de dezvoltare reale.

Propunerile de reducere a emisiilor de dioxid de carbon prin impunerea unor ținte producătorilor auto sunt într-adevăr ambițioase, dar întrebarea care se pune este: sunt și realiste? Pentru că trebuie să luăm în considerare și felul în care piața se raportează la modificările pe care le impunem, la puterea de cumpărare a cetățenilor din Uniunea Europeană, dar nu trebuie să ignorăm nici infrastructura.

Consider că propunerea Comisiei de reducere a emisiilor de dioxid de carbon – care este una ambițioasă – poate fi, însă, îmbunătățită astfel încât, pe de o parte, să atingem obiectivele de mediu, iar, pe de altă parte, să vedem care este impactul negativ și să-l reducem asupra industriei auto.

Evžen Tošenovský (ECR). – Pane předsedající, automobilový sektor je bezpochyby hnacím motorem evropského průmyslu. Právě proto se dívám s velkou obavou na předložené cíle, které svými ambicemi velmi brutálně vstupují do automobilového trhu. Zákazníkově rozhodnutí nechávají stranou a výrobcům diktují, kolik čeho musí pod sankcí podat a jak má výrobek vypadat. Stanoví se krásné cíle, ale nepřemýšlí se, jak zajistit, aby pro jejich splnění bylo k dispozici dost elektřiny, kterou tato auta budou potřebovat.

Zároveň v této době chybí zásadní technologická změna v akumulaci dostatečného množství elektrické energie včetně skutečně rychlého dobíjení. Řešením nejsou silová politická gesta, se kterými máme své negativní historické zkušenosti. Rozumnější by byla mohutná razantní podpora výzkumu a vývoje v této oblasti. Zásadní obrat mohou přinést pouze nové technologie a inovace v dopravě. Všechny převratné technické vynálezy, které dnes používáme, se postupně prosazovaly na svobodném trhu. Úspěšnými na trhu se staly až tehdy, kdy na ně byli připraveni nejen zákazníci, ale i celá společnost. Chce-li Evropská unie tohle všechno přeskóčit, znamená to, že se vydáváme špatnou cestou politicky řízeného trhu, a to proti svobodné soutěži v otevřeném konkurenčním prostředí.

Gerben-Jan Gerbrandy (ALDE). – Mr President, in essence, this debate is about a question: what kind of car will the future consumer prefer? Will it be the high CO₂— and NO_x-emitting combustion engine vehicle with quite high maintenance costs and very high fuel costs, or a zero-emission car with almost no maintenance costs and very low fuel costs, if any? I think we all know the answer: the good old combustion-engine car that served us so well for 130 years is ready for its well-deserved retirement. That also means that if in Europe we want to build tomorrow's car, we have to develop it much more quickly than we are doing now. Market forces as we have seen are not sufficient, so the legislator should help. Therefore, highly ambitious CO₂ targets are essential for the survival of the European car industry, and that we get climate and clean air for free with that is a wonderful side effect.

Bas Eickhout (Verts/ALE). – Mr President, fascinating debate. Maybe just that everyone is aware, as we speak here in the plenary, in Korea people are discussing a report that will be published next week on 1.5 degrees. It will be very clear that our entire economy needs to go to zero emissions by 2050. The Commissioner agrees with that, I even see him nodding.

So that means that all the sectors need to deliver because not every sector can go to zero emissions. To my EPP friends I would say that one of these is agriculture. Once we are going to discuss agriculture I know pretty well the agriculture sector will say, not us. Okay, then we need to do it where it can be done. And the transport sector, within the transport sector, CO₂ standards on cars is the most cost-efficient measure we can take now.

So we should do that, and even the Commission did some studies on it. One of them was a study which showed that if you go to higher targets, with these being 6% emission reduction annually, then you have the highest societal savings. By the way, the Commission forgot to publish this one right away – later on corrected it, but forgot to publish it. That can happen of course – pure coincidence. Then last week's non-paper – even that paper showed that with the reduction target that the Committee on the Environment (ENVI) is proposing, 151 000 more jobs will be created. Even that politicised paper of the Commission showed more jobs when you go for higher ambition. So do we want the investments to go into the EU or out of the EU? That's the decision. Hopefully we will support the ENVI proposal.

Stefan Eck (GUE/NGL). – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Morgen sollten wir für eine 45-prozentige Reduzierung der CO₂-Emissionen von PKW bis 2030 und für eine verbindliche Elektroquote mit Strafsystem votieren. Es geht doch darum, die fortschreitende Klimaerwärmung zu stoppen, die die ganze Menschheit existenziell bedroht. Wenn wir nichts gegen die globale Erwärmung unternehmen, wird es schon sehr bald Millionen Menschenleben kosten. Den deutschen Parlamentariern der EVP sage ich: Gehen Sie nicht länger am Gängelband der Autokanzlerin Merkel und glauben Sie nicht länger den Lügenmärchen der Automobilindustrie! Die deutsche Regierung blockierte doch lange genug schärfere CO₂-Regeln, und zwar ganz gezielt im Interesse der deutschen Automobilindustrie. Haben Sie nichts aus der Diesel-Affäre und den Lippenbekenntnissen von Kanzlerin Merkel gelernt?

Viele Bürger sind zu Recht empört, dass dieses Haus zu oft im Sinne der Konzerne handelt. Und dann wundern Sie sich darüber, dass die Menschen dort draußen von einer gekauften Politelite in Brüssel sprechen? Wirklich, es ist an der Zeit, dass die EU konsequenten Klimaschutz betreibt und nicht länger Handlanger der Industrie ist.

Julia Reid (EFDD). – Mr President, I recognise and fully support all initiatives that aim at improving air quality and life for European citizens. However, I strongly oppose the content of Ms Dalli's report as, in order to combat climate change, it imposes extreme reductions in emissions standards for new cars and new commercial vehicles in Europe.

I would like to remind colleagues that EU measures to reduce CO₂ emissions, even if fully implemented, would have a trivial effect on the Earth's climate, and even if they are implemented, it is unlikely that other major emitters such as China and India will follow suit. Several global studies have shown that the costs of implementing policies to mitigate climate change significantly exceed any possible benefit.

For this, and several other scientific reasons, my colleagues and I refute anthropogenic climate change, and disagree with the current EU energy and climate policy.

Georg Mayer (ENF). – Herr Präsident! Es amüsiert mich schon auch bis zu einem gewissen Grad, wenn eine Grüne hier im Haus im Zusammenhang mit CO₂-Emissionen und Klimaschutz von Panikmache spricht. Die Panikmache, denke ich, liegt da wohl eher auf Ihrer Seite.

Aber kommen wir zurück zur Realpolitik. Diese Zielvorgaben hier sind mir realpolitisch unrealistisch. Bis zu einem gewissen Grad lassen wir uns auch treiben. Wir lassen uns treiben von einigen Grünen, wir lassen uns aber auch treiben von der Konkurrenz außerhalb Europas, die unseren Pkw-Markt sehr massiv angeht. Unstrittig ist jedenfalls, dass wir unseren Pkw-Markt und natürlich auch die Emissionen der Kraftwagen an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts anpassen müssen. Dafür müssen wir Rahmenbedingungen schaffen, faire Rahmenbedingungen schaffen. Nur das ist unsere Aufgabe. Alles andere können die Unternehmen selbst besser.

Es ist etwas kurzsichtig, sich hier auf eine Batterieinitiative festzulegen. Denn erstens kommt der Strom zwar aus der Steckdose, er wird dort aber nicht produziert. Das scheint an Ihnen vorüberzugehen. Und zweitens wird es am Ende des Tages dann sehr, sehr viele Batterien geben, die irgendjemand irgendwo auch entsorgen muss. Ich weiß nicht, ob Sie daran schon gedacht haben, ich denke nicht.

Es gibt auch zahlreiche andere alternative Energie- und Antriebsmöglichkeiten. Am Ende – das fürchte ich – wird die Kosten für dieses ganze Brimborium wieder der Verbraucher bezahlen.

In Österreich ist es so, im Speziellen in Graz, meiner Heimat, dass jeder neunte Arbeitsplatz im automotiven Sektor ist. Zerstören wir uns diesen nicht, lassen wir uns diesen nicht zerstören, und hören wir nicht auf die Feinde unseres eigenen automotiven Sektors.

Massimiliano Salini (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Commissario, penso che questa discussione stia raggiungendo il punto di equilibrio. È partita da un livello non particolarmente equilibrato, io sono stato relatore per quel che riguarda questo file, sia in commissione industria, che in commissione trasporti, e devo dire che, durante le discussioni si sono verificati momenti che definirei teatrali e pittoreschi è poco.

Ho avuto colleghi che rispetto alla proposta della Commissione al 30% ritenuta da noi equilibrata hanno avuto il coraggio di proporre target al 75% dicendo che forse era ancora poco. Oggi siamo arrivati a un punto in cui finalmente a tema c'è il futuro della mobilità pulita in Europa, accompagnato al futuro dell'industria europea. Noi dobbiamo discutere come politici non delle nostre ossessioni, ma di come trasferire dentro questo, che è un imperativo categorico di tipo ambientale, la possibile sfida industriale che ci compete.

Abbiamo un settore *automotive* che ci ha resi grandi nel mondo e che dà lavoro a tantissimi di noi europei, dobbiamo creare le condizioni perché quei posti di lavoro che verranno modificati a causa della inevitabile modifica dell'assetto della mobilità vedano un nuovo sbocco, ad esempio, si è parlato del tema delle batterie, quindi avere un'industria delle batterie europea sarà una sfida importante.

Queste cose si fanno con un approccio adeguato, moderato e competente. Chi ha da proporre sé stesso in queste discussioni, fa del male all'Unione europea. Chi parla di Unione, parla di processi gradualisti accompagnati con intelligenza e competenza. Mi pare che la vostra proposta vada in questa direzione.

Jo Leinen (S&D). – Herr Präsident! Der Transportsektor muss bis zur Mitte des Jahrhunderts klimaneutral werden, um die Ziele des Pariser Abkommens zu erreichen. Um die Autos der Zukunft gibt es einen weltweiten Wettbewerb zwischen Asien, Amerika und Europa, da besteht gar kein Zweifel. Und wer die besten Technologien anbietet, die besten Autos anbietet, der hat die Weltmärkte, der hat die Märkte der Zukunft. Ich will, dass wir auch in den kommenden Jahren und Jahrzehnten in Europa Autos produzieren, und ich will nicht, dass wir diese Autos aus Übersee importieren müssen.

Ich glaube, dass wir mit dieser Gesetzgebung den Verkehr der Zukunft in Europa prägen. Er wird andere Antriebsarten haben, er wird wesentlich umwelt- und klimaschonender werden und er wird auch neue Technologien und neue Arbeitsplätze bereitstellen. Weil hier immer von Elektroautos geredet wird, bin ich sicher, dass wir als Zwischenschritt auch die Hybrid- und die *Plug-in*-Autos mitnehmen und vielleicht in der kürzeren Zeit auch Autogas und Erdgas bedienen, was die Treibhausgasemissionen reduzieren kann.

Wir Sozialdemokraten haben natürlich den Klimaschutz im Auge, aber auch die Arbeitsplätze. Wir haben hochqualifizierte Arbeitsplätze in Europa. Die gilt es auch in neue Produktionen weiterzuentwickeln. Und wir denken auch an die Firmen, die vielleicht einen radikalen Umstieg machen müssen. Deswegen haben wir auch einen *Just Transition Fund* vorgeschlagen, damit wir den Städten und Regionen, aber auch gewissen Firmen helfen können.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der blauen Karte gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Bill Etheridge (EFDD), blue-card question. – Thank you for accepting the question. You speak about changes being made to the automotive sector and state control and provision to ensure this happens. In your vision of the future, do you see a situation where the countries outside of the EU that may not apply the same rigorous policies as yourself to the climate – are still using petrol and diesel and so on – will EU manufacturers have a loophole where they can manufacture to export to them or will your state control of this clamp down on those exports?

Jo Leinen (S&D), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Herr Kollege, ich bin hier im Haus Vorsitzender der China-Delegation. Ich beobachte seit Jahren, was allein dieses große Land tut, das wirklich von Jahr zu Jahr Quoten eingeführt hat und das die Weltmärkte bedienen will. Es wurde hier schon angesprochen: Südkorea und Japan bieten schon seit längerer Zeit Hybridautos an, wo die Europäer immer noch auf dem Diesel sitzengeblieben sind. Also die Gesetzgebung, die wir hier machen, Herr Kollege, gilt für alle Autos, die auf unseren Markt kommen, die hier hergestellt werden, wie natürlich auch für die Importe. Da gibt es keine Bevorzugung der Importe gegenüber den in Europa hergestellten Autos.

Peter van Dalen (ECR). – Voorzitter, ik ben blij dat de rapporteur verdergaande ambities toont dan de Commissie tot nu toe heeft laten zien. Ik denk dat het echt tijd is dat de transportsector verantwoordelijkheid neemt en substantieel werkt aan een CO₂-reductie en dat we daarmee ook voorkomen dat er heen en weer wordt geschoven met ambities tussen bijvoorbeeld de transportsector en de landbouwsector, zo van “wie pakt nou eens eindelijk de echte verantwoordelijkheid?” Dus ik vind dat we echt een stap naar voren moeten zetten om af te komen van fossiele motoren en ik zie ook dat autofabrikanten dat echt willen. Autofabrikanten denken ook na over de nabije toekomst en er is een wens bij autofabrikanten om een stap te gaan maken om te komen tot 0-emissievoertuigen of in ieder geval voertuigen die een aanzienlijk lagere emissie hebben dan waar we nu over spreken. Dus ook autofabrikanten kunnen we denk ik aan onze kant krijgen voor zo’n shift en zo’n verandering. Kortom, Voorzitter, ik steun de inzet van de rapporteur en ik denk dat het goed is voor ons allemaal en ook voor de luchtkwaliteit.

Jozo Radoš (ALDE). – Gospodine predsjedavajući, gospodine povjereniče, mnogo je otvorenih pitanja vezanih uz ovu Uredbu. Na primjer, da prijedloge ciljeva za smanjenje emisija često ne prate odgovarajuće mjere koje bi mogle ostvariti te ciljeve.

Kakva je pozicija ovoga Prijedloga uredbe u cijeloj mreži zakona Europske unije koji se tiču obnovljivih izvora i smanjenja emisija? Hoće li tehnološki uopće biti moguće dostići ove ciljeve u tako kratkom vremenu od pet odnosno deset godina? I na kraju, koliko to košta i kako će utjecati na konkurentnost europskog gospodarstva?

Ja podržavam kompromisne prijedloge moje grupe ALDE od 40 % smanjenja emisije CO₂ i 35 % udjela vozila s niskim i malim emisijama, ali smatram da je prijedlog Komisije odnosno mišljenje Odbora za promet s 30 % smanjenja i 30 % udjela vozila s niskim i nultim emisijama također korak u dobrom smjeru.

Jakop Dalunde (Verts/ALE). – Herr talman! EU ska vara koldioxidneutralt till år 2050 för att vi ska kunna begränsa jordens uppvärmning till maximalt 2 grader. Vägtransporter står i dag för 27 procent av utsläppen. Samtidigt väntas personbilstrafiken öka med 42 procent till år 2050. Det är klart att om vi ska kunna leva upp till Parisavtalet, måste vi kraftfullt få ner utsläppen från de nya bilar som kommer ut på marknaden.

Samtidigt verkar dock konservativa partier tro att kraftfulla klimatåtgärder skadar industrin, men i verkligheten gäller det motsatta. Det är ingen slump att Tesla är baserat i Kalifornien, som inte bara drabbas av klimatproblem i form av torka, utan också har en ambitiös klimatpolitik som i sin tur föder innovation och industriell utveckling. I Sverige ger vi exempelvis ett långsiktigt investeringsstöd till omställningen i energi- och industrisektorn. Det tror vi gynnar industriell utveckling.

Precis som varje industri behöver även bilindustrin tydliga politiska målsättningar om vi ska lyckas, och det är politiken som måste vägleda och ge starka incitament för grön omställning så att vi får ut nya elbilar på marknaden.

Nu är det dags – nu är det upp till bevis – för de konservativa partier som hävdar att EU ska agera på klimatområdet att visa att de menar allvar med att hålla sina löften. Vi kan inte längre släpa efter. Nu är det dags för EU att leda.

Νεοκλής Σουλικιώτης (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, πρώτα απ’ όλα θα ήθελα να συγχαρώ την εισηγήτρια, τη συνάδελφο Miriam Dalli, για την έκθεση που έχουμε ενώπιόν μας, η οποία θέτει φιλόδοξους στόχους για τη μείωση των εκπομπών CO₂ από τα καινούργια οχήματα. Χαιρετίζουμε λοιπόν αυτές τις προτάσεις, καθώς θα λειτουργήσουν καθοριστικά στον αγώνα μας για την αντιμετώπιση των κλιματικών αλλαγών και για την προστασία του περιβάλλοντος.

Ιδιαίτερα θετική είναι επίσης η πρόταση που προωθείται για αξιοποίηση της τεχνολογίας και μέτρηση των εκπομπών των αυτοκινήτων σε πραγματικές συνθήκες δρόμου, ώστε να αποφευχθούν στο μέλλον σκάνδαλα με τις αυτοκινητοβιομηχανίες, όπως το σκάνδαλο «dieselgate».

Εξίσου σημαντικό είναι να ληφθούν έγκαιρα τα κατάλληλα μέτρα, ώστε να αντιμετωπίσουμε τις επιπτώσεις που θα προκύψουν στην απασχόληση. Στηρίζουμε λοιπόν την πρόταση για προώθηση στοχοθετημένων προγραμμάτων, για επανεκπαίδευση και αναβάθμιση των δεξιοτήτων των εργαζομένων, ώστε να διατηρηθούν ποιοτικές και αξιοπρεπείς θέσεις εργασίας.

Ivo Belet (PPE). – Voorzitter, ik denk dat we het erover eens zijn dat de CO₂-uitstoot in de transportsector drastisch omlaag moet. We hebben het klimaatakkoord van Parijs onderschreven en ik denk dat we nu onze beloften moeten nakomen. Daarom is die reductie van 30 % die door de Commissie is voorgesteld een absoluut minimum. En wij zijn bereid als fractie daar een eind boven uit te gaan, die ambitie aanzienlijk op te trekken. We moeten de opwarming onder controle krijgen. We hebben geen keuze. Maar intussen, beste collega's, moeten we natuurlijk rijden en omzien, zoals dat heet. Met andere woorden erop toezien dat de prijs van auto's niet te snel oploopt want dat zou natuurlijk een averechts effect hebben. En zoals meneer Leinen terecht opmerkte, ervoor zorgen dat de negatieve effecten op de werkgelegenheid ook in ogenschouw worden genomen, dat die worden beperkt. Kortom, anders gezegd, beste collega's, een ambitieuzere reductie zou een zeer goede zaak zijn om het signaal te geven, ook aan andere continenten, dat wij de daad bij het woord willen voegen en ook de leiding willen blijven nemen in dat klimaatprobleem. Ik ga er dan vanuit dat dit haalbaar is, dat dit redelijk is en dat we op korte termijn, het Parlement, de Raad en de Commissie samen, hierover een goed akkoord kunnen sluiten.

Jytte Guteland (S&D). – Herr talman! Det är inte svårt att leva upp till eller sola sig i glansen av klimatavtal om man inte ämnar leva upp till dem. Det är därför nu i lagstiftningsarbetet som det är upp till bevis vilka partier och politiker som verkligen står för ambition.

Person- och skåpbilar står i dag för upp till en femtedel av Europas totala utsläpp av koldioxid. Klimatutsläppen måste minska i alla sektorer i samhället om vi ska nå både EU:s och Parisavtalets målsättningar om klimatet. Därför är detta regelverk en av de viktigaste klimatlagstiftningarna för EU just nu.

Sverige är ett av de länder i världen som är mest beroende i samhällsekonomin av bilindustrin. Vi har faktiskt flest anställda i denna industri per capita. Vi vet hur viktigt det är att skapa rätt förutsättningar för en livskraftig och grönare bilindustri, både i dag och i framtiden. Det är just därför som den svenska hållningen för socialdemokrater, både här och i rådet, har varit hög ambition. Vi driver på för att ge en tydlig signal till marknaden att det lönar sig att satsa på klimatsmarta fordon och gå före i utvecklingen. Allt annat – låga ambitioner – är faktiskt en återvändsgränd för bilindustrin. Man hamnar i bakvattnet i den globala konkurrensen, och där vill jag inte heller se EU:s bilindustri.

Vi har inför morgondagen en bra och möjlig omröstning med ett bra betänkande, som jag vill berömma föredragande Miriam Dalli för. Det är viktigt att rösta för ambition i morgon. Det är upp till bevis.

Dita Charanzová (ALDE). – Pane předsedající, pane komisaři, je nesporné, že Evropská unie má zásadním způsobem přispívat ke snižování celkových emisí a k boji s klimatickými změnami. Nemůžeme ale v tomto boji postupovat neuváženě, s vaničkou vylít i dítě. Naše cíle pro automobilový průmysl, který zaměstnává 13 milionů Evropanů, musí být realistické a proveditelné. Nesmíme dopustit, aby toto tradiční odvětví ztratilo svoji konkurenceschopnost na globálních trzích.

Podpořme inovace, dejme zelenou všem novým technologiím, které využívají bezfosilních paliv, nemějme ale přehnané požadavky a neupínejme své úsilí pouze jedním směrem. Směrem, který by z výrobců aut mohl udělat obětího beránka, byť v zájmu jistě ušlechtilých cílů.

Pilar Ayuso (PPE). – Señor presidente, señor comisario, como no se ven las cosas igual si uno viene de un país que produce automóviles o no, yo voy a hablar de España.

España es el segundo país fabricante de turismo y el primer fabricante de vehículos comerciales a nivel europeo y, hablando de cifras, tiene diecisiete fábricas de automóviles más la industria de proveedores, contribuye a la balanza comercial con el 10 % del PIB y es el de mayor peso en la exportación con más de 34 000 millones de euros.

Además, desde el año 2005 hasta la fecha, ningún otro sector ha realizado progresos medioambientales ni inversiones semejantes para ello como el sector del automóvil.

Los niveles de reducción que está planteando la Comisión Europea ya son muy ambiciosos. Por ese motivo, parece desproporcionado que se estén debatiendo niveles de reducción aún más altos que superan ampliamente el marco estratégico.

Por supuesto que hay que incentivar la venta de vehículos de cero emisiones, pero el alto precio de los vehículos y la falta de infraestructuras de recarga hace que el tanto por ciento de ventas de estos vehículos sea muy bajo: estamos en torno al 1 %, según datos de 2017.

En este sentido, el sistema para incentivar los vehículos de cero y bajas emisiones que propone la Comisión es positivo. Sin embargo, el establecimiento de un sistema de penalización *malus*, como ha aprobado la Comisión de Medio Ambiente, ni es adecuado ni está de acuerdo con el principio de neutralidad tecnológica.

Creo que la reducción del 35 % para 2030, como propone el PPE, junto con una serie de flexibilidades, es una posición ambiciosa y razonable.

Seb Dance (S&D). – Mr President, I would like to pay tribute to my good colleague, Ms Miriam Dalli, for her excellent work on this because it is very, very important that Parliament sends an extremely clear signal to the Commission that we want the highest ambition when it comes to CO₂ emissions from cars.

We have to get real. I listened with interest to the previous speaker saying that ambition has basically reached the point that it needs to. We have to get real about where this transition is going. It is inevitable that zero emissions transport will be the solution to the problems we face, not just on climate but also, of course, on air quality. At the moment our own car manufacturers here in the EU are investing seven times more in China than they are doing in production here when it comes to electric vehicles. If we decide to carry on with business as usual, if we decide to carry on with existing technology, we will effectively destroy our own domestic car industry.

Let me be clear, I am talking from a position where my own car industry is coming under existential threat in the form of Brexit, but of course when it comes to legislation on CO₂ the targets that we are talking about are not unachievable. Under a 40% reduction, we are looking at 10% penetration for electric vehicles across the EU – 10%. Are we really saying that 9 in 10 cars in 2030 will still be petrol and diesel driven and that this would somehow represent a success?

We have to be real. We have to go for the highest ambition because this is good not just for the environment but for consumers and our own industry and jobs.

Gesine Meissner (ALDE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die Klimaziele von Paris haben alle Länder unterschrieben, und jetzt müssen im Prinzip alle Länder das auch umsetzen. Wir wissen, dass der CO₂-Ausstoß im Verkehrsbereich ständig gewachsen ist, obwohl wir schon Reduktionsziele hatten. Jetzt tun sich – das merkt man auch in der Debatte – die Länder, die Autos produzieren, schwerer als die Länder, die keine Autos produzieren. Das liegt vielleicht in der Natur der Sache, das wird sich auch im Rat wahrscheinlich wieder zeigen. Es geht um Arbeitsplätze. Richtig. Da ist es so, dass viele sagen, Diesel braucht mehr Arbeitsplätze als E-Mobilität. Natürlich geht es auch darum im Wettbewerb mit China. Wir wollen nicht Arbeitsplätze verlieren, weil die Autos jetzt in China produziert werden. Wir haben eine Infrastruktur für alternative Energien im Aufbau. Viel zu langsam aus meiner Sicht. Wenn wir das nämlich schneller hätten, hätten wir eine Technologieneutralität, wie wir sie wollen, viel stärker und viel eher schon auf der Straße.

Ich bin gegen das Malussystem, ich halte das nicht für eine gute Sache. Im Grunde genommen sollte man sagen, da wir gemerkt haben, dass auch die Ziele, die wir haben, nichts nützen, wenn immer mehr Autos kommen, wäre es am besten, einen strengen Emissionshandel für den ganzen Sektor zu haben. Leider steht das nicht zur Debatte, aber das würde uns vielleicht weiterhelfen.

Andrzej Grzyb (PPE). – Panie Przewodniczący! Myślę, że w tej debacie przewija się jedno słowo, które jest niewypowiedziane, mianowicie „zaufanie”. Zaufanie nas jako parlamentarzystów, ale też klientów, do przemysłu. Myślę, że tutaj ta sprawa „Dieselgate” się ciągle odbija takim niedobrym echem. Należy dbać o środowisko i klimat, i tworzyć zachęty do produkcji i użytkowania samochodów nisko i zeroemisyjnych. Uważam, że również cele środowiskowe da się pogodzić z dbaniem o miejsca pracy i wzrost gospodarczy. Dotyczy to nie tylko producentów, ale całego szeroko rozumianego sektora motoryzacyjnego, którego dużą część stanowią małe i średnie przedsiębiorstwa – i o nich też nie powinniśmy zapominać.

Mamy tutaj dylemat, czy proponowany cel redukcji na poziomie 35-40% pozwoli na utrzymanie takiej synergii? Myślę, że to nie jest najważniejsze. Najważniejsza jest nasza wola, że chcemy to zrobić. Bowiem najbardziej skuteczne rozwiązania to takie, które są powszechnie akceptowane nie tyle przez producentów, co przede wszystkim przez konsumentów, również przez zasobność ich portfeli. Zbyt wysoki wskaźnik redukcyjny może zbyt rygorystycznie podnieść taką cenę, a w konsekwencji może w krajach, gdzie są niższe dochody, spowodować przejściowo nawet wzrost emisji CO₂, bo nie będzie pieniędzy na zakup nowych, relatywnie droższych samochodów. Myślę, że wszyscy zgadzamy się z tym, że najbardziej efektywne energetycznie są samochody elektryczne. Ale z drugiej strony nie mówmy, że inne technologie są gorsze. Wodór, biogaz – myślę, że w szczególności w generacjach kolejnych – drugiej, trzeciej i czwartej – też należy to akceptować.

Christel Schaldemose (S&D). – Hr. formand! I dag har den danske regering foreslået, at vi i Danmark i 2030 fuldstændigt stopper for salget af benzin- og dieslbiler. Se det er ambitiøst! Så når jeg lytter til debatten her i aften, så synes jeg godt nok, at det er ærgerligt, at der er nogen, der mener, at et 45 % reduktionsmål for CO₂-udledninger frem til 2030 er for ambitiøst. Vi bliver nødt til at sikre, at vi efterlever Parisaftalen på klimaområdet, og det kan vi ikke gøre, uden at transportsektoren bidrager. Vi skal være ambitiøse. Og vi skal også være ambitiøse, for hvis ikke vi stiller krav til vores egen bilindustri, så bliver vi overhalet af industrier andre steder fra i verden. Det mest ambitiøse er at stille krav. Det er ambitiøst at kræve en reduktion på 45 %. Jeg støtter fuldt ud Miljøudvalgets linje på dette område.

Annie Schreijer-Pierik (PPE). – Voorzitter, als CDA willen we dat de CO₂-uitstoot door personenauto's en bestelwagens tot 2030 fors afneemt. Alle sectoren moeten bijdragen aan de doelen van het Parijs-akkoord. Ook de heilige koe, de personenwagen, moet bijdragen aan het behalen van deze klimaatdoelen, zoals dit huis ook van de landbouw, de gewone koe, grote offers vraagt. Klimaatinnovatie levert de autobranche sector en andere hoge technologische bedrijven in Europa extra kansen en banen op. Economische groei en verstandige, ambitieuze klimaatdoelstellingen gaan gewoon hand in hand. Meer ambitie, in combinatie met het afdichten van achterdeurtjes in de wetgeving, zal leiden tot versterking van de kracht van onze Europese autobranche sector. Meer ambitie zal meer banen voor de Europese economie opleveren, zowel bij de autobouwers als bij de innovatieve bedrijven op het gebied van elektrische automobilitéit en waterstofproductie. Meer ambitie betekent ook minder afhankelijkheid van de olie-dictaturen en schonere lucht in de steden. Europese fabrikanten investeren al volop in elektrische autoproductie in China. Laten we niet achterblijven. Alle sectoren moeten bijdragen: bouwsector, industrie, landbouw en zeker ook de transportsector, zonder achterdeurtjes. Het zou niet goed zijn als de transportsector in 2030 zelfs nog meer uitstoot als nu gebeurt. Daarom stem ik morgen natuurlijk ook, samen met de hele CDA-fractie, voor mijn amendement van 40 % bij de ENVI-commissie, dat we samen met Peter Liese en Karl-Heinz Florenz hebben ingediend.

Damiano Zoffoli (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'Europa è in movimento verso un nuovo modello di sviluppo, un'economia a basse emissioni di carbonio. Questa è la sfida, mentre oggi il settore dei trasporti dipende ancora per il 94% dal petrolio ed è responsabile di oltre il 25% delle emissioni di gas a effetto serra. L'obiettivo di questo regolamento è di avere delle auto in circolazione meno inquinanti e che consumino meno carburante a tutto vantaggio della salute e delle tasche dei cittadini europei, oltre che dell'ambiente.

Ma non basta fissare nuovi e ambiziosi target di riduzione delle emissioni delle auto, è importante assicurarci che le emissioni certificate sulla carta corrispondano a quelle reali. E quindi sono d'accordo con l'articolo del regolamento che propone l'introduzione di una prova delle emissioni in condizioni reali di guida su strada, per evitare nuovi scandali tipo il *dieselgate*. È indispensabile, inoltre, come proposto, un'analisi delle emissioni sull'intero ciclo di vita dei veicoli. Non basta misurare gli inquinanti solo alla marmitta, allo scarico negli anni di esercizio, ma considerare anche le fasi della produzione e dello smaltimento.

Markus Pieper (PPE). – Herr Präsident! Strengere und verbindlichere CO₂-Ziele sind erforderlich. Der Vorschlag der Kommission gibt mit 30 % hier die Richtung für mehr Umweltschutz vor. Wir sollten aber die Kirche im Dorf lassen, sprich die Automobilindustrie in Europa halten.

Dazu zwei Punkte: Erstens: 45 oder gar 50 % bis 2030 sind Utopie. Das wird Arbeitsplätze zigtausendfach in ganz Europa vernichten. Und ein knappes Votum des Europäischen Parlaments mit diesen unrealistischen Zielvorgaben und ohne Folgenabschätzung schwächt uns gegenüber dem Rat. Ein Europäisches Parlament, das so in Verhandlungen geht, ohne dass es die eigenen Möglichkeiten für Folgenabschätzung genutzt hat, wird man im Trilog nicht ernst nehmen. Das haben wir wiederholt gemerkt. Ich frage mich, warum die Roten, die Grünen, die Gelben hier im Parlament das Angebot der Folgenabschätzung des Parlaments nicht wahrnehmen.

Zweiter Punkt: Die Einführung einer Elektroquote durch die Hintertür ist eine gefährliche Selbstbeschränkung. Anstatt den Markt agieren zu lassen, will linke Politik eine technische Richtung vorgeben, und wieder mal ohne Folgenabschätzung. Ausreichend Ladeinfrastruktur – Fragezeichen. Entsorgung – Fragezeichen. Seltene Erden – Fragezeichen. Offensichtlich Fremdworte für viele in der ALDE, in der S&D und bei den Grünen, nach dem Motto: warum Marktwirtschaft, wenn es auch mit dem Kopf durch die Wand geht?

Verantwortliche Umweltpolitik heißt, vom Ende her denken, die Folgen einer Gesetzgebung genau analysieren. Ideologie darf eben kein Kompass der Politik sein. Lasst uns deshalb gemeinsam nochmal an einem Kompromiss arbeiten.

PŘEDSEDNICTVÍ: PAN PAVEL TELIČKA

místopředseda

Massimo Paolucci (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, i nostri obiettivi sono chiari, entro il 2030 meno 45% di emissioni di CO₂, più 40% di auto a zero emissioni o a basso impatto ambientale, per raggiungere gli obiettivi di Parigi, per tutelare la nostra salute, per rendere più competitiva l'industria automobilistica europea.

Per noi socialisti e democratici, in questa fase di transizione di riconversione industriale, è indispensabile che a pagare il conto non siano operai e tecnici. Nel settore automobilistico mondiale sono in atto grandi trasformazioni. L'Europa non può stare ferma, può e deve diventare leader mondiale nella produzione di auto elettriche, di auto ibride a basse emissioni.

Senza coraggio e ambizione, l'Europa perderà la sfida mondiale nel settore automobilistico ed avremo più inquinamento e minore occupazione. Con le proposte votate dalla commissione ambiente, avremo un regolamento che tiene insieme sviluppo, lavoro e qualità ambientale.

György Hölvényi (PPE). – Tisztelt képviselők! Egy olyan országot képviselek, amely mindig is támogatta a kibocsátási követelmények kiszámítható fejlesztését, ugyanakkor stratégiai partnerként tekinti azokat a gazdasági tényezőket is, mint például az autógyárakat. Ebben kell eligazodni.

A Környezetvédelmi Bizottság tagjaként nincs kétsésem afelől, hogy a 0 és az alacsony kibocsátású járművek a jövő, ugyanakkor fontos a nemzetközi és globális folyamatokra is figyelni és nem csak a saját uniós klímacéljainkra. Prioritás a Párizsi Megállapodás végrehajtása, de az Uniónak, amely a globális kibocsátások körülbelül 10%-ért felel, nem egyedül és nem is tudja ezt egyedül megtenni.

A túlzott ambíciónövelés kizárólag az EU részéről nem eredményezi magában sem a 1,5°C elérését. USA-ban a közlekedési ágazat kibocsátása duplája az EU-n belüli kibocsátásnak, míg a világ egyes országaiban ez a szám több száz százalékkal nő.

Az Unió versenyképességének megőrzése érdekében olyan célokat kell kitűznünk, amelyek reálisan elérhetőek az autógyártók számára, de ésszerű kereteken belül csökkentik a környezetszennyezést.

Az uniós autóipar számos elvárással néz szembe jelenleg, mint a transzatlanti kereskedelmi akadályok, digitalizáció, dekarbonizáció. Lehetetlen! Akárki tudja, mindenki tudja, aki ért hozzá, hogy lehetetlen 40%-os kibocsátáscsökkentési célokhoz technológiailag alkalmazkodjanak a gyártók. A kibocsátáscsökkentési célt úgy kell meghatároznunk, hogy ösztönözzük az autógyártókat, és ne további terheket rójunk rájuk.

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhor Presidente, é preciso cumprir o objetivo da neutralidade carbónica em 2050 e melhorar, desde já, a qualidade de vida dos cidadãos. A forma como as instituições europeias, os governos nacionais e a indústria automóvel conseguirem lidar com o desafio das emissões será um barómetro da sua capacidade para assumir a liderança tecnológica e económica num setor que os nossos competidores nos disputam arduamente.

A indústria europeia tem de ser uma aliada da transição energética, se quiser ser globalmente competitiva. Não é sensato contrapor metas ambientais à competitividade da indústria e à sua capacidade de manter e criar postos de trabalho sustentáveis.

De facto, se a indústria europeia não se adaptar aos novos desafios ambientais, pode sobreviver no curto prazo, mas está condenada. Em contrapartida, se aproveitar o momento para liderar a transição para novos modelos industriais e dar resposta aos novos sistemas de mobilidade, assegurará a sua sobrevivência e competitividade a longo prazo, criando riqueza, emprego e melhores condições ambientais.

Este regulamento dá um contributo neste sentido. Saúdo a relatora pelo seu excelente trabalho e espero que este seja um marco de mudança essencial e positivo para a indústria automóvel europeia.

José Blanco López (S&D). – Señor presidente, la lucha contra el cambio climático no es una opción. Es una obligación. Y, por lo tanto, reducir las emisiones en un sector que produce una cuarta parte en la Unión Europea también es una obligación.

Y tenemos que buscar el justo equilibrio entre la industria que genera actividad económica y empleo —en países como España, muy importantes— y la obligación de esa reducción de emisiones. Ese es el debate que tenemos que producir.

Y tenemos que invitar a la industria a que haga los necesarios cambios tecnológicos para mantener un liderazgo también en la producción y en la industria europeas. ¿Por qué? Porque estamos hablando del futuro. Estamos hablando de nuestra salud. Y, por lo tanto, hacer esos cambios tecnológicos también va a significar mantener a medio y a largo plazo ese futuro y esa actividad.

Por lo tanto, tenemos que cumplir con París y tenemos que perseguir una reducción ambiciosa de las emisiones.

Francesc Gambús (PPE). – Señor presidente, señor comisario, siempre he creído en la necesidad de preservar los puestos de trabajo a la vez que garantizamos la mejora de la calidad del medio ambiente. Porque no hay lucha contra el cambio climático si se lucha contra la industria, a espaldas de la industria o sin la industria. Como no puede haber ya espacio para una industria que no contemple con firmeza que el camino es una economía baja en emisiones, o diría más, una economía desfosilizada. En este sentido, no hay jerarquía entre supervivencia del planeta y creación de puestos de trabajo.

Confiemos en la industria y en la sociedad europea, que está llevando a cabo una nueva revolución industrial transformando la economía europea en una economía baja en emisiones. Esto ya está pasando.

Confiemos en la sociedad europea, que está en la senda del cumplimiento de los objetivos de París bajo el liderazgo de la Comisión Europea.

Y sí, claro, debemos ser ambiciosos, ¡claro que sí!, pero sin poner en peligro ningún lugar de trabajo. Que no los creamos aquí, que los crea la industria.

Termino ya, presidente. Pocos de nosotros, creo yo, somos ingenieros de automoción y, en todo caso, hoy, somos diputados. Nuestra tarea como legisladores no es hacer de ingenieros sino marcar unos objetivos y garantizar una neutralidad tecnológica que dé libertad a los ingenieros para avanzar en la transición tecnológica de la forma más coherente posible.

Si no lo hacemos así, solo estaremos avanzando sobre el papel, y queremos avanzar en la realidad, como lo hace la propuesta de la Comisión.

Sirpa Pietikäinen (PPE). – Mr President, we've just had the latest news from the Trump administration in the USA: a forecast that the climate is going to warm up by four degrees, and the result is 'we are not going to do anything'. We are going to have the Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) report within one week. That will tell us how drastically different the world would be with the warming up of two degrees that we have already caught up with, without even talking about the future.

If you refer to science, CO₂ emissions should be reduced by more than 50% in new cars, maybe 70%. We should make a drastic change to electric cars and new ways of moving. So this is a wake-up call. How seriously we are taking climate change is an issue. It is not adequate that we talk about the Paris Agreement. It is not adequate that the Commission is coming up with new plans and commitments for 2030. It is a question of what we are doing here in Parliament and the Council right now and in different pieces of legislation. This is one of the key pieces of legislation, so I appeal for us to go for at least a 45% reduction in CO₂ emissions from cars.

Christophe Hansen (PPE). – Herr Präsident! Niemand stellt den Handlungsbedarf in puncto Klimawandel in Frage. Ich muss allerdings zugeben, dass der Bericht von Frau Dalli mir ziemlich viel Bauchschmerzen bereitet. Luxemburg zählt zu den zwei Mitgliedstaaten, die bis 2030 die höchsten Reduktionsziele in den Nicht-ETS-Sektoren leisten müssen. Wir reden hier von minus 40 %. Im Baubereich sind Passivhäuser in Luxemburg bereits Standard. Auch im Landwirtschaftsbereich sind wir Vorreiter für Agrarumweltmaßnahmen. Der Transportsektor steht für 64 % der Emissionen im Nicht-ETS-Bereich. Somit komme ich auch nicht daran vorbei, ein ambitionierteres Ziel zu fordern als die 30 %, die von der Kommission vorgegeben waren.

Was kurzfristig sinnvoll ist, muss langfristig nicht richtig sein. Einige in diesem Plenum fordern ein Reduktionsziel von minus 50 % oder noch mehr. Die einzige Möglichkeit, um dieses Ziel zu erreichen, wäre ein Switch auf Elektromobilität. Doch wo kommt dieser Strom her? 25 % des Stroms kommen aus Kohle, 24 % aus Nuklearenergie, und das erklärt sicherlich auch, wieso die Stromgiganten, die auf Atomkraft setzen, uns massiv zu beeinflussen versuchen.

Wir wollen hier auf keinen Fall einen neuen roten Teppich ausrollen, um der Kohlekraft und Atomkraft neue Möglichkeiten zu geben. Wir wollen hier auf jeden Fall eine technologieneutrale Diskussion führen. Wie meine Kollegen Belet, Leinen und Pieper fordere auch ich, dass wir den alternativen Hybridfahrzeugen eine Chance geben.

Es gibt eine Kurzsichtigkeit, die man durch eine Brille korrigieren kann. Lasst uns diesen Fehler ...

(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort.)

President. – Colleagues, I need to ask you all to respect your time slots. We are running behind and will have to catch up, and we also have the catch-the-eye procedure, so please respect the time that has been allocated to you.

Claudia Schmidt (PPE). – Herr Präsident! Herzlichen Dank für das Wort, ich werde ein wenig Zeit einsparen. Ich möchte entgegen dem Usus einmal unserem Schattenberichterstatter, Herrn Gieseke danken, dass er dem Bericht der Kollegin Dalli die scharfen Zähne gezogen hat. Meiner Meinung nach war es ja so, dass der Kommissionsvorschlag schon engagiert war und auch fundiert. Die unrealistischen Zahlen, die da in ins Gespräch geworfen wurden, sind – wie ich schon gesagt habe – unrealistisch. Das größte Problem daran ist meiner Meinung nach, dass wir die Bürger nicht mit auf den Weg genommen haben. Wir können draußen nicht erklären, warum wir hier in diesem Plenum über 30 %, 40 %, 50 % bis zu 80 % diskutieren. Ich glaube, wir müssen einen anderen Ansatz wählen.

Meiner Meinung nach ist die Elektromobilität nicht der Stein der Weisen, nicht der einzige Stein der Weisen. Ich glaube, wir müssen ganz intensiv auch über andere Antriebsformen nachdenken, Brennstoffzellen, synthetische Kraftstoffe. Nur als kleines Beispiel: Elektromobilität 0,7 % der verkauften Autos, SUV über 23 %. Also wo liegt der Wille des Bürgers? Ich glaube, da müssen wir hinschauen, damit wir wirklich gemeinsam das so wichtige Klimaziel erreichen können.

Henna Virkkunen (PPE). – Arvoisa puhemies, täällä on käyty viime viikot kovaa kiistaa siitä, kuinka paljon autoteollisuudelta voi vaatia. On ihan selvää, että autoteollisuuden on tehtävä oma osansa päästöjen vähentämiseksi. Euroopan on noustava puhtaan liikenteen edelläkävijäksi. Mutta silti on muistettava, että ei autoteollisuus voi yksin tätä ratkaista, varsinkin kun puhumme asioista, jotka tulevat voimaan kymmenien vuosien päästä. Meidän pitää pystyä leikkaamaan liikenteen päästöjä paljon nopeammin.

Tällä hetkellä yli neljännes Euroopan päästöistä tulee liikenteestä. Tiedämme, että liikennemäärät ennusteen mukaan tulevat vain kasvamaan ja liikenteen päästöt on ainoa sektori, missä myös päästöt ovat kasvaneet koko Euroopassa vuosikymmenten aikana. Eli haaste on erittäin iso ja siinä tarvitaan paljon muitakin kuin pelkästään autoteollisuuden ratkaisuja. Kaikkein nopein keino leikata päästöjä on käyttää uusiutuvia kestäviä polttoaineita nyt jo olemassa olevissa autoissa, koska autokannan uusiutumiseen menee vuosikymmeniä.

Se, mistä en tässä ehdotuksessa pidä, on se, että tämä niin voimakkaasti ajaa nimenomaan sähköautoja. Sähköistyksellä on erittäin iso rooli tulevaisuudessa ja jo nyt erityisesti kaupungeissa, mutta tällä hetkellä myöskään sähköautojen tuotanto ei ole kestävällä pohjalla. Tiedämme, että akkumetallien louhinnassa ja akkutuotannossa on paljon ympäristöön liittyviä ongelmia, jotka niin ikään on myös ratkaistava. Eli se, että haluamme leikata päästöjä Euroopassa ja maailmassa, on erittäin tärkeää, mutta siinä tarvitaan monia toimia. Tämä on vain yksi osa sitä, mutta totta kai tärkeä.

Catch-the-eye procedure

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, quero agradecer, em primeiro lugar, à relatora, Miriam Dalli, pelo excelente trabalho. Em Paris, comprometemo-nos a cortar, até 2030, 40% do total das emissões de gases de estufa em relação a 1990. Em 2015, todos os setores tinham reduzido as suas emissões, exceto o setor dos transportes, que, ao contrário, as subiu em 20%. Em 2015, só o transporte rodoviário foi responsável por 72% das emissões, sendo 44% provenientes dos veículos ligeiros.

A descarbonização dos transportes é urgente, e não esqueçamos que a autorregulação foi ineficaz e o controlo dos Estados foi insuficiente para um setor onde até se forjaram resultados de emissões. Mais, a persistência no investimento em motores de combustão tornou a economia automóvel europeia menos competitiva num quadro internacional de eletrificação do setor.

A indústria precisa de um sinal claro de que não pode fazer «business as usual». Para cumprir estes objetivos, é preciso mais medidas rigorosas, como a promoção de veículos de emissão zero, em detrimento dos movidos a combustíveis fósseis, a medição de emissões em condições reais e a sensibilização para um consumo responsável, bem como incentivos à mobilidade partilhada nas cidades.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, I had the privilege of representing Parliament, along with others, at COP21, and I remember that prior to that we were drafting a resolution, and finally we came to agreement with Peter Liese here, Karl-Heinz Florenz and Jerzy Buzek to add once sentence. We were in favour of increased ambition, provided other countries did the same, and we got the agreement in Paris – a global problem going to be solved globally.

That brings me to the point made by my colleague, Peter. I'm all in favour of pushing the car industry, and indeed every other industry, as far as we can in terms of reducing emissions, but not to push them over the edge. In other words, we do not want job losses, we do not want carbon leakage, but at the same time, we do not want to listen to them either saying they can't do anything. So we have a very important role here to try and find what is the maximum attainable in the interests of the environment and in the interests of jobs.

Werner Kuhn (PPE). – Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich bin sehr dafür, dass wir uns realistische Ziele stecken und festlegen, welche Emissionen bei Pkw und kleinen Nutzfahrzeugen auch erreichbar sind. Wir haben zurzeit in der Europäischen Union 250 Millionen Kfz angemeldet und laufen. Wenn wir uns überlegen, dass sie bei einer Laufleistung von 40 000 Kilometern 100 Gramm CO₂ pro Kilometer ausstoßen, wir das mal hochrechnen, dann sind wir insgesamt bei einer Milliarde Tonnen CO₂. Davon wollen wir in einem Zeitraum von zwölf Jahren 300 oder 350 Millionen Tonnen CO₂ reduzieren.

Es gilt erstmal nur für Neufahrzeuge. Aber die Flotte wird sich innerhalb dieser zwölf Jahre erneuern müssen. Das heißt, wir brauchen neue Verbrennungskraftmaschinen, die dreieinhalb oder vier Liter fossile Brennstoffe verbrauchen. Wir brauchen wirklich auch in der Elektromobilität neue Dimensionen. Das müssen wir erreichen. Ich will am Ende nicht dastehen und sagen: Ja, leider war das alles zu ambitioniert und hat nicht funktioniert. Dann werden wir

(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort.)

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il settore dei trasporti è l'unico che continua a far registrare un aumento delle emissioni di gas a effetto serra. Secondo l'OMS, l'inquinamento atmosferico ogni anno uccide 7 milioni di persone e nel mondo 9 cittadini su 10 respirano aria con livelli altissimi di sostanze inquinanti.

Maglia nera d'Europa è l'Italia, dove lo smog è causa di 91 000 morti l'anno. Il nuovo regolamento volto a ridurre le emissioni di CO₂ dei veicoli leggeri affronta la questione ambientale e industriale, per ridurre l'inquinamento attraverso la transizione verso modalità di trasporto elettriche e per garantire la competitività dell'industria automobilistica europea.

Concordo con la relatrice Dalli, che ringrazio, dobbiamo essere ambiziosi. Abbiamo bisogno di un quadro strategico comune per i veicoli, le infrastrutture, le reti elettriche, la produzione, la fornitura e il riciclaggio di batterie sostenibili in cui gli incentivi economici e gli incentivi all'occupazione vadano di pari passo a livello nazionale, unionale, regionale e locale.

Νότης Μαριιάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, νομίζω ότι η συζήτηση που διεξάγεται πάρα πολλή ώρα έχει αναδείξει τα κυριότερα προβλήματα τα οποία παρατηρούμε. Υπάρχουν οι φιλόδοξοι στόχοι, οι στόχοι για το κλίμα για το 2030, με δεσμεύσεις στην πράξη, με προσπάθεια για μείωση των εκπομπών. Υπάρχει φυσικά και μια ευκαιρία να ενισχυθεί η πράσινη οικονομία, να έχουμε προστασία του περιβάλλοντος και ταυτόχρονα επενδύσεις.

Ο τομέας των μεταφορών, όπως ειπώθηκε, ευθύνεται τουλάχιστον για το 20 % των εκπομπών του διοξειδίου του άνθρακα. Πρέπει να ληφθούν σοβαρά μέτρα. Προκρίνεται η λύση των ηλεκτρικών αυτοκινήτων, παρότι βέβαια πρέπει να γίνουν πάρα πολλές επενδύσεις, ιδίως στα θέματα των μπαταριών. Αυτό δεν σημαίνει ασφαλώς ότι έτσι θα ξεπεραστούν όλα τα προβλήματα. Από την άλλη, θα πρέπει να ληφθούν υπόψη και οι δυσκολίες που θα υπάρξουν στην ευρωπαϊκή βιομηχανία και ταυτόχρονα ότι δεν είναι δυνατόν να αντικατασταθούν όλα τα φορτηγά αυτοκίνητα. Θα υπάρχει μεγάλο κόστος και για τους μικροϊδιοκτήτες.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Gospod predsednik, torej Pariški sporazum ne sme biti samo skupek obvez, ki se nikoli ne bo uresničil, in za to smo odgovorni vsi, tudi Evropska unija, tudi največji onesnaževalci.

Onesnažen zrak pobije na milijone ljudi na celem svetu, tudi Evropa tu ni izjema in zato potrebujemo radikalne in ostre ukrepe. In tudi avtomobilska industrija nosi svoj pomemben delež. Pri tem sem prepričan, da z ukrepi, ki bi lahko bili veliko bolj ambiciozni, lahko zmanjšamo CO₂ v zraku, vendar bo to pomenilo tudi prestrukturiranje avtomobilske industrije in iskanje novih alternativ nafte, bencinu, tudi z električnimi vozili in drugimi oblikami energije. In tu seveda ne smemo iskati kompromisov, ker pri zdravju, seveda, ni kompromisov in zato moramo biti pri tem zelo odločni in neomajni.

In predvsem je dejstvo, da tu moramo zaščititi tudi potrošnika in ga ne zavajati, kar dostikrat počnemo.

Davor Škrlec (Verts/ALE). – Gospodine predsjedavajući, evo drugi zeleni po redu koji govori o ovoj problematici, ali prvo želim čestitati kolegici Dalli na izvrsnom izvješću i želim iznijeti nekoliko činjenica jer je ovdje diskusija vrlo interesantna, pa mislim da će biti interesantni ovi podaci i vama i gospodinu povjereniku.

Kada govorimo o inovacijama, Europa je bila prva u kojoj je izumljen i proizveden električni automobil, i u kojoj su proizvedene baterije za električne automobile. Kada gledamo današnjicu, vidimo da zapravo zaostajemo za našim globalnim konkurentima i zaostat ćemo još više ukoliko novac koji smo do sada uložili u inovacije kroz *Horizon 2020*, ono što ćemo uložiti kroz *Horizon Europe* i predviđeno je i kroz druge europske fondove.

Koliko milijardi je avtomobilska industrija Europske unije do sada uložila u inovacije što se tiče električnih automobila, a mi to ne vidimo kao rezultat na našim cestama? Ako govorimo o direktivi za alternativna goriva, svega osam država članica provelo je politiku koju je trebalo prema direktivi koju ona propisuje.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhor Presidente, a gestão da inovação e os ritmos da aplicação em larga escala das novas tecnologias devem ter como fatores determinantes a defesa do interesse público, a melhoria da qualidade de vida das populações e a preservação ambiental. Assim é também com as emissões dos automóveis. Defendemos neste, como noutros domínios, uma abordagem normativa, por contraponto às abordagens de mercado, que têm demonstrado não acautelar os interesses que referi.

As políticas públicas devem enquadrar esta abordagem com estratégias de defesa e promoção do emprego, nomeadamente nos setores industriais, combatendo desequilíbrios e assimetrias existentes e a lógica predadora das multinacionais. Mas importa não esquecer algo muito importante: por mais que o queiram iludir os arautos do capitalismo verde, o atual paradigma de utilização do automóvel individual, o insano protagonismo que adquiriu em especial nas cidades, é insustentável e deve ser questionado, reclamando uma nova e reforçada centralidade para os transportes coletivos, uma realidade que nem o mirífico carro elétrico pode alterar.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η κατασκευή νέων επιβατηγών και ελαφρών επαγγελματικών οχημάτων με κινητήρες υψηλών προδιαγραφών, ούτως ώστε να περιορίζονται οι εκπομπές διοξειδίου του άνθρακα και να προστατεύεται το περιβάλλον, είναι δυνατόν να επιτευχθεί. Η μηδενική εκπομπή διοξειδίου του άνθρακα βεβαίως είναι το ιδανικό, πρέπει όμως να περιμένουμε να γίνει αυτό εφικτό.

Μια ενδιάμεση λύση θα είναι η παραγωγή καυσίμων υψηλών προδιαγραφών που θα περιορίζουν τους ατμοσφαιρικούς ρύπους. Το όνειρο πολλών, που είναι το ηλεκτρικό όχημα, αυτή τη στιγμή είναι δέσμιο πολλών περιορισμών, π.χ. της διαθεσιμότητας ηλεκτρικής ενέργειας, συσσωρευτών, θέσεων φορτίσεως και ούτω καθεξής. Πρέπει να επικεντρώσουμε το ενδιαφέρον στο να μη μεταφερθεί το κόστος παραγωγής στον καταναλωτή, να μη χαθούν θέσεις εργασίας και παράλληλα να μην αγοράσουν οι ευρωπαϊκές βιομηχανίες από κινεζικές.

(Konec vystoupení na základě přihlášení se zvednutím ruky)

Miguel Arias Cañete, Member of the Commission. – Mr President, I have listened carefully to the debate today and I have heard a broad range of positions, in particular on the level of ambition, and that is also the situation in the debates that have taken place in the Council.

The transition to zero-emission mobility needs to happen during the next decades. However, this transition should happen at the right pace to allow sufficient time for the re-skilling of workers in the supply chain. And a smooth transition is particularly important for the many small and medium-sized enterprises operating in this sector, which are the backbone of the economy in many regions.

Some Members addressed the issue of the introduction of a malus in the zero and low-emission vehicles incentive mechanism, in particular Mr Liese and Ms Ayuso. The Commission proposal contains a new mechanism incentivising manufacturers to put more zero and low-emission vehicles on the European Union market. It leaves manufacturers the choice as to how they compose their fleet but provides this benefit for those choosing to go for zero and low-emission vehicles. Adding a malus would mean that manufacturers meeting their CO₂ targets could actually be penalised if they do not meet the benchmark, and analyses also show that the economic impacts depend on the combination of the target level and a possible bonus/malus benchmark for zero-emission or low-emission vehicles. With the increased penetration of zero and low-emission vehicles, driven by the high bonus/malus benchmark level, less effort will be needed in improving the efficiency of conventional vehicles to meet the fleet-wide CO₂ targets. And this results in a projected shift towards larger segments for conventional vehicles, leading to an increase in the net economic costs for consumers.

Some Members commented on the non-paper on assessment of higher ambition levels, produced by the Commission, and my friend Bas Eickhout actually said it was a political document. Well, I would point out that the Commission services have not manipulated any calculations and are not misleading the co-legislator: the non-paper clearly and objectively presents the results of recent analytical work and it aims to inform the ongoing decision-making process on the impact of options not considered in the impact assessments. The non-paper's analysis is therefore only factual. It is fully transparent and based on the same methodological approach: as in the impact assessments, we provided all the necessary underlying background. In particular, the non-paper confirms that the only impact on jobs up to 2030 is positive for more ambitious scenarios. However, it also points to the fact that the transition towards zero-emission mobility will lead to differences between sectors. While overall employment increases with the level of ambition, existing jobs in the automotive sector related to the combustion engine risk being lost if the transition is too fast. The non-paper also confirms the key role of plug-in hybrid electric vehicles in this respect, allowing a transition to zero-emission vehicles while limiting automotive job impacts.

In conclusion, I want to thank all of you for the very interesting debate tonight and I am looking forward to tomorrow's vote. I am also confident that the Council and the leadership of the Austrian Presidency will be able to reach an agreement on a general approach at the Environment Council next week and that a final positive political agreement among the co-legislators can be found before the end of the year.

President. – Thank you Commissioner. We are all looking forward to the vote tomorrow.

Madam rapporteur, Ms Dalli, your closing remarks.

Miriam Dalli, *Rapporteur*. – Mr President, there is one statement by a Member from the EPP that will remain imprinted in my mind tonight, saying that we need to take the venom out of the Dalli report. Seriously, is this the level of the debate about such important legislation? What I heard tonight is not necessarily always based on fact. To the MEPs who think that by going low on ambition they are doing the industry a favour, I ask you to look at what is going on around you. See what is happening in Japan, see what is happening in China, see what our cities are doing, and see what our governments are doing. Case in point: the Danish Government is saying that it will ban gasoline and diesel cars by 2030.

This is what is happening at this point in time, and not all EPP Members necessarily agree with this or are happy with this, but to come here tonight and say that having ambition going to 40% will be devastating really shows how much some people are out of touch. I will refer colleagues to what the chief of a major trade union in Germany said: that 40% is achievable. He said that infrastructure needs to move forward, and that is something we agree upon and that we also addressed in the environment position.

We also heard about the push towards one technology over the other. It is not true. If we are speaking about a 40% CO₂ reduction, let's be factual with people. We are talking about a 10% battery electric vehicle market share by 2030. It does not mean that we are going towards battery electric vehicles overnight. It means that there will be a large share of efficient internal combustion engines and a large share of plug-in hybrids, which are labour-intensive and which require more employees across the European Union. So yes, I urge colleagues to be united, at least on a 20% CO₂ reduction by 2025 and a 40% CO₂ reduction by 2030.

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Wednesday, 3 October 2018.

Written statements (Rule 162)

Monika Beňová (S&D), *písomne*. – Emisné škandály výrobcov automobilov z uplynulých rokov výrazne oslabili spotrebiteľskú dôveru, ktorú je v súčasnosti náročné získavať späť. Ekologizácia automobilového priemyslu je vzhľadom na jeho význam v európskych štátoch kľúčovým prostriedkom naplňovania existujúcich environmentálnych cieľov. Súvisí to s rozvojom nízkouhlíkovej ekonomiky a ďalším zvyšovaním konkurencieschopnosti európskych automobiliek. Potrebná je aj podpora efektívneho vývoja v prípade technológií akumulátorov a palivových článkov. Ide o súčasť komplexného prístupu, kde je okrem znižovania produkovaných emisií nevyhnutné sa zamerať aj na obmedzovanie využívania ťažkých kovov, a to predovšetkým olova. Vďaka výraznejšiemu zameraniu na využívanie elektromobilov či iných alternatívnych pohonov sa v budúcnosti očakáva postupný odklon od závislosti od dovážanej ropy smerom k elektrickej energii vyrábanej na domácom trhu. To by malo pomôcť v ďalšom ekonomickom raste a zvyšovaní zamestnanosti v odvetví výroby a dodávok elektriny.

Adam Gierek (S&D), *na pišmie*. – Samochody stanowią końcowe ogniwo łańcucha przepływu energii od pierwotnej po użyteczną energię kinetyczną. Dlatego ich szkodliwe oddziaływanie na środowisko winno być mierzone kompleksowym wskaźnikiem efektywności, liczonym jako iloraz efektywności poszczególnych ogniw tego łańcucha. Kompleksowy szacunkowy wskaźnik efektywności pojazdów z silnikami spalinowymi to wytwarzanie paliw w rafineriach (benzyny lub oleju) z ropy naftowej z efektywnością energetyczną równą np. średnio ok. 50%, a następnie wykorzystywanych w pojazdach z efektywnością dla napędu mechanicznego, tj. ok. 20%, co daje końcową efektywność ok. 10%. W przypadku napędu pojazdów z silnikami elektrycznymi możemy w łańcuchu energetycznym wychodzić z ok. 40% efektywności energetycznej wytwarzania prądu oraz z ok. 80% efektywności energetycznej jego użytkowania, co szacunkowo da końcową efektywność pojazdu równą ok. 30%. Jak widać, efektywność energetyczna „elektryków” byłaby tutaj ok. trzykrotnie wyższa od efektywności energetycznej pojazdów spalinowych. Przy założeniu, że 1% wzrostu efektywności to ok. dwuprocentowa obniżka emisji CO₂, widzimy, że całkowite przejście na elektro-mobilność zaowocowałaby spadkiem emisji CO₂ o ok. 40%. Przejście na elektro-mobilność wiąże się jednak z szeregiem trudności do pokonania. Należałoby zdecydowanie zwiększyć moc dyspozycyjną elektrowni i wybudować nowe elektrownie. Nadal istnieć będą problemy akumulowania energii elektrycznej. Sądzę, że w najbliższym czasie hybrydy będą jednak podstawą dla nowych rynkowych rozwiązań.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Köztudott tény, hogy az üvegházhatású gázok kibocsátása az Unió közlekedési szektorában továbbra is növekvő tendenciát mutat. Ugyanakkor annak érdekében, hogy az Európai Unió megőrizze az éghajlatváltozásról szóló Párizsi Megállapodásban vállalt kötelezettségeit elengedhetetlen a kibocsátási értékek uniós szintű csökkentése és a tiszta üzemű járművek terjedésének elősegítése. Véleményem szerint ugyanakkor a gazdaság dekarbonizációját úgy kell megvalósítani, hogy az európai gépjárműipar versenyképessége továbbra is biztosított legyen. A kőolajimport függőségétől való elmozdulás továbbá nem csak a villamosenergiára történő átállást, hanem a hazai foglalkoztatás növekedését is eredményezheti.

Az új személygépkocsikra és az új könnyű haszongépjárművekre vonatkozó, a CO₂-kibocsátásának csökkentésére irányuló javaslat az eddigi célértékeknél szigorúbb kibocsátási követelményeket határoz meg, melynek értelmében 2030-ra 40 százalékkal le kellene csökkenteni az új autók széndioxid-kibocsátását, továbbá az autógyártóknak a zéró és alacsony kibocsátású járművek piaci részesedését az új- és a kisteherautók esetében 2025-re 20 százalékra, 2030-ra pedig 35 százalékra kellene emelniük. Az elhangzottak fényében teljes mértékben támogatom ezt az ambiciózus javaslatot.

Carolina Punset (ALDE), *por escrito*. – Resulta paradójico discutir sobre si la industria debería reducir un 30, 40 o 45% las emisiones de los coches nuevos a partir de 2021, cuando la realidad es que en China hay casi 500 fabricantes de coches eléctricos y 9 de ellos producen cada uno más de los 7 000 vehículos semanales que fabrica Tesla, o cuando el Gobierno de la India tiene en su agenda un 100 % de vehículos eléctricos nuevos en 2030, que le supondrán un ahorro de más de 60 000 millones de dólares estadounidenses en importación de petróleo y 1 200 000 muertes menos por contaminación, y eso sin contar con los ingentes costes sanitarios que conlleva. Por nuestra parte, en Europa discutimos absurdamente sobre porcentajes sin ninguna ambición, mientras la industria es nuevamente sorprendida *in fraganti* manipulando las emisiones, pero esta vez al alza para que, como por arte de magia, las emisiones se redujeran más allá de 2021 tras la imposición de la normativa que hoy debatimos. La industria del automóvil europea tiene una venda en los ojos, o más bien una cortina de humos contaminantes, que no le deja ver que otras economías están apostando por el vehículo eléctrico, con riesgo de hacerlos desaparecer o, mejor dicho, deslocalizar.

Christine Revault d'Allonnes Bonnefoy (S&D), *par écrit*. – Il y a urgence à diminuer nos émissions de gaz à effet de serre, dans tous les domaines, mais plus particulièrement dans les transports, dont les émissions de CO₂ continuent de croître depuis 30 ans. La Terre étouffe, elle a trop chaud: nous ne pouvons pas nous permettre le luxe d'attendre 2030 pour réduire effectivement les émissions de CO₂ des voitures et camionnettes! Il faut porter une ambition forte, qui entre en application dès 2025, avec une incitation à aller vers les véhicules les moins émetteurs, mais aussi décourager ceux qui font le choix de rester cantonnés aux moteurs thermiques, polluants et moins compétitifs. L'Europe a tout à gagner à investir dans l'innovation, pour rester compétitive, et créer de nouveaux emplois, sans quoi elle sera submergée par la concurrence internationale – car les constructeurs asiatiques, par exemple, n'hésitent pas à opérer le virage technologique. Si nous entamons la transition maintenant, nous pourrons le faire progressivement, pour accompagner la mutation des territoires impactés, et garantir le maintien de l'emploi. Dans cinq ans, il sera trop tard, c'est aujourd'hui que nous devons entamer la transition vers la mobilité propre, partout en Europe!

16. Harmonisierung und Vereinfachung bestimmter Regelungen des Mehrwertsteuersystems – Mehrwertsteuersätze (Aussprache)

President. – The next item is the joint debate on:

— the report by Jeppe Kofod, on behalf of the Committee on Economic and Monetary Affairs, on harmonising and simplifying certain rules in the VAT system (COM(2017)0569 – C8-0363/2018 – 2017/0251(CNS)) (A8-0280/2018); and

— the report by Tibor Szanyi, on behalf of the Committee on Economic and Monetary Affairs, on rates of value added tax (COM(2018)0020 – C8-0023/2018 – 2018/0005 (CNS)) (A8-0279/2018).

Jeppe Kofod, *Rapporteur*. – Mr President, Mr Commissioner, we politicians are often, and sometimes deservedly so, criticised for being all talk and no action. When it comes to the supposedly temporary system for cross-border VAT in Europe, that criticism has surely been warranted. For 25 years, nothing really happened. Think about that: a quarter of a century has gone by with a patchwork of a system for cross-border VAT in Europe, full of loopholes, mismatches between 28 different systems of VAT and outright black holes where even authorities didn't know how to accurately assess VAT dues.

This system of compromises upon compromises and patchwork upon patchwork has been a contributing factor to the growing VAT gap in Europe. The problem has now reached a shocking and completely unacceptable scale, with an annual VAT gap of around EUR 150 billion every single year. Now VAT is of course short for value-added tax, but today I would propose that VAT might also be short for value-added talk, because now apparently the right politicians have started talking to each other and action has indeed followed.

Commissioner Moscovici has spearheaded a much-needed reform of the EU VAT system, and we have had many constructive and productive talks with the Commissioner and his team. In these talks, we have found workable solutions to a range of specific problems with the current VAT model in Europe. Now, with the adoption of these new measures, as proposed by the Commission and amended by Parliament, we can reduce the current VAT gap in Europe by upwards of EUR 41 billion a year, and at the same time ease the administrative burden for trusted companies who pay their fair taxes by an additional EUR 1 billion a year.

Now that is only the start, we have some way to go, but it's an ambitious and highly effective start. First of all, we will establish the legal cornerstone for a new and defined EU VAT system. Secondly, we will be adopting a number of urgently needed quick fixes to the current VAT system. And finally, we will introduce a new safeguard against cross-border VAT fraud in the form of certified taxable person status.

However, before a definitive new VAT system can be put in place, we need to address a number of urgent problems in the current system. These come in the form of four so-called quick fixes and will resolve long-standing issues related to the so-called call-off stock arrangements, where goods from one supplier are stored in the location of the customer but ownership of the goods is not transferred until the exact moment of use. Here regulation and interpretation of rules vary between Member States, which leads to legal uncertainty and to administrative burdens. Now we will ensure simplified administrative requirements that will clarify legal requirements and ease cross-border sales.

We will also introduce simplified procedures for so-called chain transactions, where again a problem of legal uncertainty as to where VAT is ascribed in transactions between two or more companies currently exists. And finally, we will add simplification in relation to the proof of transport between companies and clarify that VAT numbers must be duly recorded.

However, these quick fixes and simplifications cannot stand alone. This is very important. By introducing the status of a certified taxable person, we ensure that trustworthy companies who dutifully pay their fair taxes will be able to benefit from the simplified procedures for cross-border VAT, which will effectively cut down their administrative costs. It will also free up resources for Member States' authorities to more effectively scrutinise companies which have previously failed to pay their taxes. It will also give a clear incentive for businesses not only to obtain the status of a certified taxable person, but also to maintain that status.

As the European Parliament rapporteur, I urge Member States to fully implement the CTP provisions as proposed by the Commission and Parliament. I'm a little disappointed by the decision today by the Economic and Financial Affairs Council (Ecofin) in that regard. Talking frankly, the quick fixes and running – as some have been tempted to do on the Council side – are extremely ill-advised. This is a package and this must be adopted in its entirety. Let's not waste this opportunity by being reckless and throwing the door open to simplification of VAT requirements to all corners. That would undermine the very purpose of these new initiatives and risk opening a new avenue for VAT fraud in Europe, and that would be the responsibility of the Council if they did so.

I would like to commend the Commission, and Commissioner Moscovici and his team, for their dedication and excellent work in paving the way for a definitive VAT system. I would also like to thank the shadows from each political group for their constructive approach, their cooperation on this file and their support in ensuring a very large majority for the adoption of these new measures in the Committee on Economic and Monetary Affairs (ECON). I look forward to our ensuing debate on this topic, and hopefully to the swift adoption of these urgently needed improvements of the VAT system in Europe.

Tibor Szanyi, előadó. – Tisztelt elnök úr! Mindenekelőtt szeretném megköszönni az árnyékjelentéstevőknek az ilyen dossziék tárgyalásánál megszokottól is konstruktívabb együttműködést! Örömmre szolgál, hogy egy pártérdekeken túlnyúló szakmai munka eredményeként a Gazdasági és Monetáris Bizottságban szinte teljes konszenzussal elfogadott jelentésről tárgyalhatunk ma itt.

Bízom benne, hogy a holnapi szavazáson is szintén hasonló egyetértésben tudunk fellépni az áfacsalások elleni küzdelem és a hosszú évtizedek óta húzódó végleges áfarendszer kialakítása érdekében.

Az uniós áfarendszer az egységes belső piac fontos eszköze, és nagyban hozzájárult az Európai Unió belüli kereskedelem előmozdításához. Mivel azonban a tagállamok közötti kereskedelem adóztatásának jelenlegi rendszere már nem volt képes lépést tartani a gazdaság globalizációja és digitalizációjával, ezért az Európai Bizottság javaslatot tett az irányelv módosítására.

Az Európai Parlamenten belül nagy egyetértés van abban, hogy a jelenlegi áfarendszer szétaprózottsága komoly akadályt jelent az egységes belső piac megfelelő működése előtt. Nagy előrelépés viszont, hogy az új rendszerben megszűnik az egyes tagállamok korábbi privilégiumokon alapuló kivételezettsége, és mindenki azonos szabályok alapján dönthet a saját áfakulcs rendszeréről.

A jelentés által támogatott javaslat tehát nem korlátozza a tagállamok jelenlegi rugalmasságát az áfakulcs megállapításában, éppen ellenkezőleg: harmonizált és kevésbé korlátozó szabályokat vezet be, például azzal, hogy ahelyett, hogy kiegészítené azon áruk és szolgáltatások már így is hosszú jegyzékét, amelyekre kedvezményes adómértéket lehet alkalmazni, egy úgynevezett negatív listát vezet be. Tehát azt mondjuk csak meg, hogy mi nem kerülhet kedvezményes kulcs alá. Az új rendszer tehát nagyobb szabadságot garantál a tagállamoknak, hogy eldöntsék, mely termékeket kívánják kedvezményes kulccsal adóztatni.

Egyúttal viszont a költségvetési források biztosítása és a káros adóverseny elkerülése okán az összes áfakulcsot figyelembe véve egy 12%-os súlyozott átlag elérendő lesz minden tagállamban. Kimondásra kerül végre az a politikai szándék is, hogy az általános áfakulcs mértékének nemcsak alsó, de felső korlátja is kell legyen, nevezetesen 15 illetve 25%. Az általános kulcson túl minden tagországnak lehetősége lesz két kedvezményes kulcs, illetve egy a nulla és 5% közötti kulcs alkalmazásának lehetőségére, a már említett, tagállamok közti további diszkrimináció felszámolása jegyében.

Tudom, hogy néhány képviselőtársam még inkább szimpatizált volna azzal, amennyiben kevesebb kulcs lehetőség mellett tettük volna le a voksot, és talán ez lehet egy következő lépés majd a jövőben, azonban ezúton is szeretném megnyugtatni a kollégákat, hogy a jelentés külön is kéri egy EU-szintű információs portál létrehozását, amely pontos információkkal kell hogy szolgáljon az összes tagállam áfarendszeréről, ezzel is segítve elsősorban a kis- és középvállalkozásokat.

Előadóként kiemelten fontos volt az is számomra, hogy a kedvezményes adómérték alkalmazása a végső fogyasztók javára, illetve a kis- és középvállalkozások támogatására történjen. A Szocialisták és Demokraták frakció számára különösen fontos volt, hogy a kedvezményes adókulcsok alkalmazása esetén a szociális és környezetvédelmi szempontokat figyelembe kelljen venni a tagállamoknak, és hogy ne engedjük a káros vagy luxustermékek kedvezményezettségét.

Mindemellett itt kell aláhúznom, hogy a végleges áfarendszerrel kapcsolatos javaslat egyik kulcseleme, hogy a tagállamok közötti kereskedelem adóztatására vonatkozó áfarendszer a rendeltetési hely szerinti tagállam adóztatásán fog alapulni.

Köszönöm a figyelmet, és jelentéstevő társaimmal együtt várom az előremutató vitát!

Miguel Arias Cañete, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members, less than two weeks ago on 21 September, the Commission published the VAT gap study, which shows the difference between the expected VAT revenue and the amount actually collected. EUR 150 billion per year is lost every year at the level of the European Union.

We must recognise that Member States have been improving VAT collection throughout the European Union, but such a loss for national budgets remains unacceptable, especially when EUR 50 billion of this is lining the pockets of criminals and probably even terrorists.

These figures show that the reform of the current European Union VAT system, combined with better cooperation at European Union level, are needed so that Member States can make full use of VAT revenues in their budgets. In April 2016, the European Commission presented a communication on an action plan on VAT in which it set out the pathway to the creation of a single European Union VAT area. The Commission announced that it would present a number of proposals for the fundamental reform of the EU VAT system over the coming months with the objective of making the VAT system simpler, more fraud-proof and more business friendly.

This programme of reforms included the two proposals you will vote on tomorrow, namely the proposal adopted by the Commission on 4 October 2017, which introduces the cornerstones of the future definitive VAT system, together with four short-term improvements, or quick-fixes, to the current VAT rules in relation to cross-border trade in goods, and a proposal granting more flexibility for Member States to define reduced VAT rates.

Considering the complexity of the past, the major subjects have been addressed step-by-step in 2016, but they all contribute to the same objective: to create a single VAT area that provides for a level playing field for business; to create a single VAT area that is fraud-proof; and to treat Member States equally and grant them more freedom in setting VAT rates.

To start with the first objective, I would remind you that our current VAT system is fragmented and complex to apply for the growing number of businesses operating across borders in the European Union. Such businesses have VAT compliance costs 11% higher than businesses whose main activities are domestic. We have to open the borders of VAT and create a real single VAT area for European Union companies. The proposals adopted in October 2017 presented the cornerstone for a new definitive VAT system, based on the principle of taxation in the Member State of destination, which will result in taxing cross-border sales or goods in the same way as domestic sales.

These proposals also contain four so-called quick fixes, which have been requested by businesses, stakeholders and Member States. The quick fixes aim to address specific problems encountered by business and tax authorities within the current VAT system related to the lack of clear and simple rules, or even the absence of any rules at all. In this respect, the Commission welcomes the support of the European Parliament and the draft report on this proposal in relation to the quick fixes, but also the cornerstone of the definitive VAT system and the concept of certified taxable persons.

In May 2018, the Commission complimented these proposals by adopting a proposal on the detailed technical provisions for implementing the definitive VAT system. The Commission also adopted, in January 2018, measures to simplify VAT procedures for SMEs, which represent 99% of European Union business. We also welcome the support of the Parliament in this resolution, which was adopted on 11 September and we are confident that an agreement can be agreed soon in the Council. We have no time to lose. We estimate that this proposal will result in a compliance cost reduction of up to 11% for SMEs.

The second main objective of our VAT reform is to address the unacceptable problem of VAT cross-border fraud, which is estimated at around EU 50 billion per year. Before an agreement is concluded on the European Union definitive VAT regime, I am happy to say that – with the support of this Parliament – a first Commission proposal to address VAT fraud was already adopted in June 2018, only six months after its adoption by the Commission. It will enhance cooperation between tax administrations and law enforcement authorities and close loopholes in information sharing. It is the proof that, when there is political will, things can change quickly.

The last objective of the broad reform of the European Union VAT system is a full modernisation of the VAT rates policy. The VAT rates proposal is directly linked to the definitive VAT system in which Member States may be accorded greater freedom to apply reduced VAT rates, because it will be based on taxation at destination. The VAT rates proposal is also linked to the definitive VAT system, because it provides a solution to the current unequal VAT treatment of Member States. It will resolve the issue of over 150 temporary reduced VAT rates currently in place, which are due to expire with the entry into force of the definitive VAT system, and which are currently only available to some of the Member States.

In a nutshell, we are suggesting applying the subsidiarity principle to give more flexibility to Member States in a fair manner, in order to apply reduced rates in the sectors of their choice, according to their own national priorities.

On the other hand, our proposal sets a frame aiming to prevent both excessive revenue losses for Member States, and distortion of competition. Furthermore, in the future, reduced rates must clearly be of benefit to citizens, because they are the final consumers paying the VAT. Where common rules lead to a better outcome, we work together with the Member States. Where common rules are unnecessary, and rule-making can be achieved better at Member State level, the Commission steps back.

To conclude, let me say that behind the apparent complexity of some proposals, the reform of the European Union VAT system is a win-win situation for both Member States, revenues and European businesses. More money to spend for public services, and more money to invest for businesses. With the support of Parliament, the adoption of these proposals before the European elections will show citizens the added value of the European Union and the benefits of a real single market for VAT.

Ivana Maletić, u ime Kluba PPE-a. – Gospodine predsjedavajući, pozdravljam povjerenika i sve prisutne kolege i kolegice. Sustav PDV-a, i to se možemo svi složiti, moramo pojednostavniti, modernizirati, prilagoditi novom digitalnom dobu i pomoći, naravno, što kvalitetnijoj i jednostavnijoj prekograničnoj suradnji i trgovini.

Privremeno rješenje za sustav PDV-a u prekograničnom poslovanju doneseno je prije 25 godina i pravi je primjer kako privremena rješenja postaju dugotrajna. Ovim prijedlogom izmjena Direktive uvode se pojednostavljena koja su ujedno i priprema za uspostavu konačnog sustava PDV-a, što su prethodni govornici već istaknuli.

Poduzetnici upravo PDV i komplicirani obračun PDV-a ističu kao glavnu prepreku za prekogranično poslovanje i korištenje prednosti na jedinstvenom tržištu. Posebno navode dodatne troškove koje imaju radi usklađivanja s različitim pravilima u svakoj od država članica i naravno da to moramo promijeniti.

Upravo ovim izmjenama sustav želimo pojednostavniti i prilagoditi više potrebama samih poduzetnika. Definiraju se i ujednačavaju pravila za obračun PDV-a u slučajevima premještanja dobara i za lančane transakcije, a znamo da su upravo ova područja bila najčešća područja prijevara na području PDV-a. Isto tako, uvodi se koncept ovjerenog poreznog obveznika, ali ovdje moram istaknuti da Komisija treba dodatno razjasniti i utvrditi kriterije za utvrđivanje ovog statusa kako bi se ravnomjerno koristio na razini svih država članica i kako bi države međusobno priznavale taj status. Isto tako, važno je uspostaviti *One Stop Shop* za poduzetnike u sklopu kojeg će imati informacije o promjenama sustava i ažuriranju stopa PDV-a u državama članicama.

Za kraj, važno je istaknuti da ove gubitke zbog PDV-a i prijevara ovim izmjenama uspijevamo suzbiti.

Pervenche Berès, au nom du groupe S&D. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, nous allons voter demain deux textes importants sur la TVA, comme contribution à la mise en place de ce régime définitif de TVA que l'Europe attend depuis tant de temps – depuis tout le temps où elle a vécu sous le régime temporaire, dans lequel s'est glissée une fraude manifeste, dite du «carrousel».

Quels que soient les efforts des États membres, l'écart de TVA – c'est-à-dire la différence entre les recettes de TVA attendues et le montant effectivement collecté par les États – est de 150 milliards d'euros, dont 50 milliards dus à cette fameuse fraude du carrousel.

La réforme du système actuel est donc indispensable. Elle doit s'allier avec une meilleure coordination ou coopération entre les États membres à l'échelle européenne pour faciliter les échanges transfrontaliers et, surtout, pour rendre ce système plus résistant à la fraude afin que les recettes de TVA puissent effectivement être utilisées par les États membres dans leur budget. Plutôt que de taxer davantage le pouvoir d'achat des citoyens européens, c'est sans conteste la fraude que nous devons essayer de réduire.

Ce système doit être plus efficace et donc simplifié, et les socialistes soutiennent pleinement le principe de destination, principe entériné par la réforme proposée par la Commission. Mais dans la lutte contre la fraude, nous pensons qu'il ne faut pas non plus pénaliser les entreprises qui respectent les règles du jeu et c'est la raison pour laquelle nous avons soutenu, avec le rapport de mon collègue Jeppe Kofod... (*le Président interrompt l'oratrice*)... et nous regrettons que le Conseil n'ait pas, pour l'instant, repris la proposition qui figure dans le rapport de M. Kofod du statut d'assujetti certifié, qui leur permettrait de bénéficier de procédures simplifiées.

Stanisław Ożóg, *w imieniu grupy ECR*. – Szanowny Panie Przewodniczący! Delegacja polska grupy ECR zdecydowanie popiera podstawowe kierunki reformy systemu VAT na poziomie europejskim. Obie inicjatywy legislacyjne wpisują się w politykę obecnego rządu polskiego, który od samego początku podjął zdecydowane działania uszczelniające system podatkowy VAT w Polsce. Trzeba przyznać – odniósł na tym polu wręcz spektakularne sukcesy. Tym samym popieramy wszystkie tzw. cztery filary nowej regulacji.

Nie popieramy jednak lansowanej koncepcji podatnika certyfikowanego. Pragnę zwrócić uwagę, że Rada i Komisja porozumiały się już dawno co do zrezygnowania z tego projektu, a zatem nasza parlamentarna konsultacja nie nadąża za rozwojem wydarzeń. To nie jest co najmniej dziwne? Delegacja polska ECR w głosowaniu nad tym sprawozdaniem wstrzyma się z tego powodu od głosu.

W pełni natomiast popieramy projekt sprawozdania w sprawie harmonizacji stawek VAT. Polska przez ostatnie dwa lata zabiegała przecież o nadanie takiego kierunku przedmiotowej reformie. W mojej ocenie przedstawiony projekt sprawozdania dobrze wyważa dwa aspekty legislacji: elastyczność i niezbędną minimalną harmonizację, i zasługuje na uznanie i poparcie.

Thierry Cornillet, *au nom du groupe ALDE*. – Monsieur le Président, je tiens à remercier les deux rapporteurs pour le travail accompli dans cette procédure de consultation.

Ce n'est pas anodin, nous sommes unis et notre message aux ministres des finances est extrêmement clair: il faut sans tarder engager cette réforme, qui est guidée par deux maîtres mots, à savoir simplicité et efficacité.

La simplicité réside dans le choix d'un plancher à 15 % et d'un plafond à 25 %. C'est aussi une simplification qui se traduit par une procédure beaucoup plus flexible que l'unanimité pour définir les taux réduits. C'est encore une simplification par rapport à ce qui reste naturellement à créer, c'est-à-dire un système d'assujettis certifiés, qui permettra d'accéder à des procédures beaucoup moins lourdes et de faciliter le paiement de la TVA dans les opérations transfrontalières.

L'efficacité, quant à elle, tient à la mise en ligne d'un portail complet multilingue grâce auquel les entreprises et les citoyens pourront comprendre le système. L'efficacité passe aussi par un système de mécanisme de règlement des conflits entre États.

Il reste maintenant une autre étape, qui sera, elle aussi, guidée par l'efficacité et la simplicité, à savoir le principe de l'imposition dans l'État de destination, soit l'un des moyens de lutter contre la fraude estimée à 50 milliards d'euros en cette matière.

Par conséquent, un espace de TVA unique pour toute l'Union est dans l'intérêt de tous – tant des citoyens que des entreprises et des États membres – sauf des fraudeurs, ce qui est aussi le but recherché.

Molly Scott Cato, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, although I doubt many citizens will be glued to their screens watching this debate, we have done some important work in agreeing on a series of legislative proposals to update the VAT system, which we have been working with on a temporary basis since 1993.

This clear and streamlined tax-raising regime should play an important part in reducing VAT fraud, which currently costs the public purse around EUR 50 billion a year. So it's worth celebrating this unique, unified tax regime across our Union. It is also flexible, allowing Member States to choose how they use reduced rates to incentivise their own political preferences, while ensuring that, overall, rates are equal.

At a time when the EU27 are demonstrating unprecedented cooperation on VAT, it is a matter of sadness and concern to me, as a British Member, that there is still no clarity on the VAT regime for British businesses after March next year. This poses a serious risk to small businesses, and I would urge the Prime Minister to end this uncertainty by making a definitive decision to stay with the unified tax regime.

Miguel Viegas, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Senhor Presidente, nós acompanhamos a oportunidade de simplificar o regime do IVA e concordamos com o princípio da lista negativa que dá maior latitude aos Estados-Membros para poder determinar as diferentes taxas de IVA.

O que nós não compreendemos é a inclusão dos instrumentos musicais nesta lista negativa. A redução do IVA dos instrumentos musicais é uma velha reivindicação da comunidade artística. Em Portugal, com a ação dos deputados do PCP foi possível, em 2018, reduzir a taxa dos 23 para a taxa intermédia dos 13 % e faço, portanto, daqui um apelo para que amanhã esta Assembleia aprove a nossa proposta de retirar os instrumentos musicais do Anexo 3-A, permitindo assim aos países prosseguir com as suas políticas de apoio à criação e fruição cultural.

Bill Etheridge, on behalf of the EFDD Group. – Mr President, I am going to say a couple of things that won't normally be heard in this Chamber but I feel it's a good start: tax is theft and competition is good.

We have to accept that taxation is required in order to run a state and we have to have a minimum of taxation because that is the best way to get people to work for their money and for business to thrive. But if you wish to get the best out of businesses, give them a competitive environment instead of harmonising across the EU with one rate of tax.

Why not have localised tax, where different people have different sales taxes and people can compete to see which environment is best for business, which one entices people to set up companies, and what do the people in the area want: jobs or control and regulation?

The whole concept of harmonising taxes across the EU is entirely against business, against competition, totally undemocratic and totally against the nation-state and all its values.

Angelo Ciocca, a nome del gruppo ENF. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, saccheggiare tutti i giorni con una tassa ingiusta e pensare che il semplificare sia la soluzione non andiamo lontano. Io vorrei far vedere questo cartello, due miliardi è l'IVA italiana versata al carrozzone europeo. Mi sarebbe piaciuto ragionare su come spendere l'IVA e come ridurre questi sprechi. È impensabile che 2 miliardi di IVA italiana finanziano l'accoglienza, finanziano la doppia sede, questa, che ci ospita di Bruxelles, sede inutile.

Ecco, oggi quello che servirebbe è lasciare qualche soldo in più in tasca ai cittadini italiani e non qualche soldo in meno. Pensare di far digerire una tassa ingiusta con il termine semplificazione è un grande errore, come è un grande errore aver messo questo tetto del 25%. Poi pensate, si parla di un quarto del bene, cioè io compro un bene e per un quarto mi viene saccheggiato dallo Stato e dall'Europa e voi pensate che il popolo italiano e il popolo europeo debba essere contento di queste scelte.

Le famiglie italiane così si sentono punite. Così si sentono colpite da un'Europa che va cambiata.

Dobromir Sośnierz (NI). – Panie Przewodniczący! Przyznajcie państwo, że w tych sprawozdaniach obecny system VAT-owski od dziesięcioleci pozwala oszustom wyciągać z unijnego budżetu miliardy euro. Od dziesięcioleci to wiadomo i nic z tym nie zrobiliście. Dlaczego dopiero teraz tym się zajmujecie i kto odpowiada za stworzenie tak patologicznego systemu? Jeśli tyle lat zajmuje Państwu zauważenie słonia w pokoju, zrozumienie tak prostej rzeczy, to obawiam się, że podatnicy nie wytrzymają tempa edukacji ekonomicznej. Bo zanim zrozumiecie, że nie działają też unijne dotacje, że nie działa wasza komunistyczna polityka rolna, że cały system ubezpieczeń społecznych prowadzi do katastrofy, że cały ten socjalizm w ogóle to jedna wielka porażka, to tu kamień na kamieniu w tej Europie nie zostanie. I popieram kierunek, który pozwala uniknąć oszustw podatkowych, natomiast nie popieram zdecydowanie harmonizacji podatków, bo to oznacza dla większości z nas podwyżkę.

Werner Langen (PPE). – Herr Präsident! Ich möchte mich zuerst bei dem Berichterstatter für die Änderung der Mehrwertsteuersätze bedanken. Es sind ja insgesamt sieben Vorschläge bei Herrn Kollegen Szanyi. Wir haben mit 44 Ja-Stimmen und vier Nein-Stimmen ein gutes Ergebnis erzielt. Es ist eine entsprechende Richtlinie des Rates, wir können also nur Änderungswünsche äußern. Das haben wir getan, und einige Kollegen haben daran erinnert, dass seit den 90er-Jahren dieses vorläufige Mehrwertsteuersystem dazu geführt hat, dass der Betrug immer stärker angewachsen ist.

Im Jahre 2016, so hat der Rechnungshof festgestellt, waren es 147 Milliarden Euro, die durch Betrug oder durch Nichtzahlung der Mehrwertsteuer entstanden sind. Das ist eine gewaltige Summe, und die Reform ist dringend notwendig. Die Vorschläge zu den Mehrwertsteuersätzen geben den Mitgliedstaaten mehr Spielraum. Wir haben einen mittleren Satz von 12 % unterstützt, einen Höchstsatz von 25 % und einen Mindestsatz von 15 %, sowie Ausnahmen, die einzelne Mitgliedstaaten in Anspruch nehmen dürfen, die andere Mitgliedsstaaten auch verwirklichen, damit keine Wettbewerbsverzerrungen entstehen.

Der wichtigste Punkt ist allerdings, dass wir uns nicht auf ein System geeinigt haben, um das Übergangsregime abzulösen. Das einzige System, das erkennbar einen dauerhaften Mehrwertsteuerbetrug verhindert, wäre das *reverse-charge*-System. Das ist eine außerordentlich effektive und effiziente Maßnahme. Die Kommission war bisher dagegen, und ich kann den Kommissar nur bitten, dass sie die bisherige Zurückhaltung aufgibt. Deutschland, Österreich und Tschechien haben das beantragt. Hier sieht man, dass alle ergriffenen Maßnahmen nicht wirken, weil die Einstimmigkeit im Rat immer noch Voraussetzung für eine sinnvolle Harmonisierung ist. Deshalb bitte ich, dass wir gemeinsam diesen Bericht beschließen.

President. – Mr Langen, it is my understanding that Ecofin today adopted a decision on the reverse charge system. I would have to double check, but I understand there has been a development in that respect.

Arndt Kohn (S&D). – Herr Präsident! Herr Kommissar! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Vorschläge der Kommission zur Anpassung des Mehrwertsteuersystems sind grundsätzlich zu begrüßen. Aber warum ist es wichtig, dass wir diese Mehrwertsteuer endlich reformieren?

Das gegenwärtige Mehrwertsteuersystem ist in die Jahre gekommen. Für Unternehmen und die Steuerverwaltung ist es mittlerweile mehr als schwierig, durch den Dschungel von Steuersätzen, Regeln und Rechtsprechung den richtigen Weg zu finden. Betrüger wissen aber genau, wie sie das System ausnutzen. Allein im Jahr 2016 gingen dem EU-Haushalt durch Mehrwertsteuerbetrug 50 Milliarden Euro verloren, 100 Milliarden Euro gingen verloren durch Insolvenzen, fehlerhafte Berechnungen etc. 150 Milliarden insgesamt – das entspricht dem EU Haushalt des kompletten Jahres 2018. Dieses Geld fehlt an allen Ecken und Enden, in Schulen, Straßen, Rentenkassen.

Der Handlungsbedarf ist also mehr als deutlich. Es liegt auf der Hand, dass die neuen Regeln für alle Beteiligten möglichst einfach sein müssen. Ich komme aus einer Grenzregion, und Bürokratie darf den grenzüberschreitenden Handel in keinsten Weise behindern. Als Steuerprüfer weiß ich aus eigener Erfahrung, wie wichtig klare und konkrete Gesetze und Durchführungsbestimmungen sind, denn nur so können wir Mehrwertsteuerbetrug und Steuerausfälle in Milliardenhöhe wirksam bekämpfen. Mein Appell geht daher an die Mitgliedstaaten, sich schnell auf ein System zu einigen, das den Anforderungen, die ich gerade beschrieben habe, auch entspricht.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, ο εξορθολογισμός του συστήματος του ΦΠΑ θα συμβάλει πραγματικά στην αντιμετώπιση της απάτης τύπου καρουσέλ, που έφτασε στην Ευρωπαϊκή Ένωση μέχρι και τα 147 δισεκατομμύρια ευρώ. Πρέπει βεβαίως να ληφθούν μέτρα τα οποία να στηρίζουν τις μικρομεσαίες επιχειρήσεις και κυρίως πρέπει να υπάρξει μηδενικός ή ελάχιστος ΦΠΑ για τα είδη πρώτης ανάγκης και για τα τιμολόγια των Οργανισμών Κοινής Ωφέλειας, σε μια Ευρώπη η οποία πραγματικά έχει χιλιάδες φτωχούς και ανέργους.

Από την άλλη, πρέπει να αντιμετωπιστεί ο ανταγωνισμός των τρίτων χωρών. Και αναφέρομαι στα νησιά του Αιγαίου, τα οποία αντιμετωπίζουν τον ανταγωνισμό από την Τουρκία, που έχει ΦΠΑ 5%. Όμως η τρόικα έχει επιβάλει στα νησιά του Αιγαίου ΦΠΑ 24%. Δεν μπορεί να συνεχιστεί αυτή η κατάσταση, διότι τα νησιά αυτά πλήττονται πλέον, πέραν των άλλων, και από τεράστιες μεταναστευτικές ροές. Το μέτρο λοιπόν που πρέπει να ληφθεί είναι η επιβολή χαμηλού ΦΠΑ στα νησιά του Αιγαίου, όπως ίσχυε και στο παρελθόν.

Jean Arthuis (ALDE). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, votre proposition de directive TVA va dans la bonne direction pour au moins deux motifs.

Le premier, c'est qu'elle va permettre de lutter efficacement contre ce scandale qu'est la fraude à la TVA, avec des systèmes tels que le «carrousel». Le deuxième motif de satisfaction, c'est que vous permettez aux États de choisir des taux réduits par rapport au taux normal.

Vous indiquez, dans la réécriture que vous suggérez de l'article 98 et en ce qui concerne l'annexe III de la directive de 2006, que les taux réduits doivent servir le consommateur final et servent à poursuivre, de manière cohérente, un objectif d'intérêt général.

Je voudrais simplement vérifier auprès de vous qu'il en est ainsi de la filière «cheval». Celle-ci a une dimension socio-éco-environnementale – aménagement du territoire, développement rural, activité sanitaire, équithérapie et secteur créateur d'emplois non délocalisables. Il n'y a pas de risque de concurrence déloyale en cette matière. La semaine dernière, on a même assisté, ici au Parlement, à la présentation d'un petit cheval qui peut servir de guide d'aveugle. Je voudrais donc vérifier auprès de vous, Monsieur le Commissaire, que cette filière peut effectivement bénéficier, si tel est le souhait de l'État membre, d'un taux réduit. C'est la compréhension que j'ai de votre proposition, et je vous remercie pour la réponse que vous nous apporterez.

Δημήτριος Παπαδημούλης (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, η φορολογική απάτη στον τομέα του ΦΠΑ είναι κυριολεκτικά μια γάγγραινα. Χάνουμε περίπου 150 δισεκατομμύρια ευρώ τον χρόνο από φορολογική απάτη και από μη καταβολή ΦΠΑ.

Τα μέτρα που προτείνει το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο και τα οποία συγκλίνουν με τα μέτρα της Επιτροπής οδηγούν σε εναρμόνιση, απλούστευση, περισσότερη ευρωπαϊκή συνεργασία, με ενίσχυση της διαφάνειας, με ευρωπαϊκό σύστημα ανταλλαγής πληροφοριών και μπορούν, αν εφαρμοστούν, να εξασφαλίσουν έσοδα 45 δισεκατομμυρίων ευρώ ετησίως και να μειώσουν και το κόστος για τις επιχειρήσεις κατά 1 δισεκατομμύριο ευρώ ετησίως.

Πρέπει λοιπόν να προχωρήσουμε. Και ο λόγος που δεν προχωράμε είναι ότι αυτό στο οποίο συγκλίνουν το Ευρωκοινοβούλιο και η Επιτροπή αρνείται να το προωθήσει το Συμβούλιο, γιατί μερικά κράτη μέλη βάζουν φρένο σε αυτή την προσπάθεια. Αυτό πρέπει να αλλάξει.

David Coburn (EFDD). – Mr President, VAT is the greatest nightmare for any small business. It is an overcomplicated imposition on hardworking entrepreneurs trying to build their businesses and employ their fellow citizens in gainful employment.

We welcome these simplifications, but they are simply not enough. There should be less obsession by the EU with loss of revenue and more concern about the damage to businesses and employment caused by VAT. All I hear is whining about loss of revenue from politicians more interested in oiling the wheels of this place with other people's money. Tax should be decided by Member States, competition encouraged and taxes lowered. Britain should not stick with the unified tax regime after Brexit. The Brexit dividend should be to get rid of VAT – an EU tax – introduce a sales tax at 6%, like the United States of America, and leave the money in the pockets of the citizens.

Dariusz Rosati (PPE). – Mr President, the two reports we are discussing today represent an important step in the direction of completing the definitive VAT regime in the European Union. The report by Mr Szanyi makes progress in three crucial areas: firstly, Member States shall adopt a maximum of two reduced rates, which shall not be lower than 5%. These reduced rates would only be allowed for goods, the supply of which is in the genuine public interest. This will reduce dispersion in the VAT rates across the EU and benefit final consumers.

Secondly, the weighted average VAT rate should be at least 12%. Thirdly, while the derogations and the reduced rates will continue to be determined by individual Member States, they will also be available to exporters from all other Member States. Together, these changes will help achieve a level playing field in the single market, eliminate distortions and allow for a consistent application of the country of destination principle. At the same time, they will give more freedom to Member States in fixing the national VAT rates according to their priorities.

The other report by Mr Kofod aims at harmonising and simplifying certain rules in the VAT system. In particular, harmonising rules in VAT treatment of chain transactions will significantly reduce the scope for VAT fraud across the EU. This is especially true when it comes to so-called 'triangular transactions' or 'carousel schemes', which had been one of the most popular VAT fraud schemes in intra-Community trade.

Mr President, while acknowledging the progress achieved, I have to stress that the definitive VAT system is still a largely unfinished construction. I call on the Commission, and especially on the Member States, to show more resolve and determination in completing this important work.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, chers collègues, je voudrais tout d'abord féliciter le rapporteur pour son rapport.

Comme suite à la proposition de la Commission visant à modifier la directive TVA dans le but de donner plus de flexibilité aux États membres pour établir le taux de TVA, je salue les modifications proposées dans le rapport car elles soulignent que le taux réduit devrait bénéficier en premier lieu au consommateur final, tout en poursuivant des objectifs sociaux et environnementaux.

Par conséquent, je partage l'avis que le taux réduit et l'exception devraient s'appliquer seulement aux produits ayant un impact positif sur l'intérêt général présentant des avantages culturels, sociaux ou environnementaux évidents et ne devraient jamais être appliqués aux produits nocifs ou de luxe.

En ce qui concerne les petites et moyennes entreprises, je soutiens la proposition de la Commission visant à créer un portail d'information sur la TVA de l'Union, complet, multilingue et accessible au public, sur lequel les entreprises et les consommateurs pourront rapidement et efficacement obtenir des informations précises sur le taux de TVA dans les différents États membres, y compris les biens concernés ou les services bénéficiant de taux réduits ou d'exceptions.

Tom Vandenkendelaere (PPE). – Voorzitter, collega's, in theorie zijn fiscale principes niet zo moeilijk. Een bedrijf betaalt vennootschapsbelasting in het land waar het zijn winst maakt en indirecte belastingen zoals btw komen in de staatskas van het land waar er wordt geconsumeerd. Maar de realiteit zegt helaas iets helemaal anders. Die ogenschijnlijk simpele principes blijken in de praktijk helemaal niet zo vanzelfsprekend. Sterker nog: belastinginkomsten verdwijnen langs ramen en deuren. Winsten die in Europese lidstaten gemaakt worden, worden via niet eens zo'n ingenieuze constructies doorgesluisd naar belastingparadijzen. Via btw-carroussels gaat mijn btw aanrekenen aan derden om die dan in eigen zak te steken in plaats van deze door te storten naar de schatkist waar ze eigenlijk moesten aankomen. In het geval van btw-fraude kunnen we eigenlijk niet meer spreken van mazen in het net. Het komt zo veel voor en het komt op zo'n grote schaal voor dat we door de mazen gewoon het net niet meer zien. Elk jaar innen lidstaten van de Unie samen meer dan 1000 miljard euro aan btw-inkomsten, maar dat zou nog veel meer kunnen en moeten zijn. In 2016 bedroeg het verschil tussen de inkomsten en de uiteindelijk geïnde inkomsten zo'n 147 miljard euro, we hebben het cijfer vanavond al gehoord. Voor mijn land België komt dit neer op 3,3 miljard euro. Ik herhaal het nog eens: 3,3 miljard euro. Het aanpakken van btw-fraude, collega's, vergt politieke moed en Europese actie. Het valt niet uit te leggen dat we in Europa al 24 jaar met een soort overgangsregime aan het werken zijn voor grensoverschrijdende transacties tussen bedrijven. 24 jaar draaiden de btw-carroussels lustig door met een factuur voor de Europese lidstaten van 50 miljard euro. Elk jaar opnieuw. Het is dus geen 5 voor 12, het is geen 5 na 12, de lunch is eigenlijk al lang voorbij. Definitief btw-regime is daarvoor echt noodzakelijk, niet alleen omwille van de maatschappelijke verontwaardiging na de Panama en de Paradise papers, maar ook en vooral omwille van de morele onrechtvaardigheid. De kranten staan bol van kloven in Europa en verloren legitimiteit. Het is tijd voor actie.

Neena Gill (S&D). – Mr President, congratulations to both the rapporteurs, who are tackling VAT fraud and ensuring that Member States set VAT rates at a consistent level. Not only will this affect citizens' daily lives, but it will also reduce compliance costs for businesses by up to EUR 1 billion.

However, just a note of caution: this depends on how quickly the governments of the 28 Member States approve and implement this agreement. Large-scale VAT fraud means EUR 50 billion lost from national budgets each year because of the complexities with differing rules – money that could have been better spent on housing, better schools and improved health-care facilities. However, national tax authorities on their own have lacked the resources to tackle cross-border VAT fraud thoroughly. One big flaw is the system of VAT refund for exported goods. Far too often, this system has been abused, leading to carousel VAT fraud. This can be addressed only if we have a clear, automated, definitive and EU-wide VAT system. Particularly where there are disputes, a simple EU-wide VAT dispute resolution mechanism is urgently needed.

Therefore, I welcome today the fact that agreement has been reached in the Council to move towards a strong, harmonised, definitive VAT system. An important step that this report is proposing is to enable Member States to reduce rates up to 5%, and for one item they can reduce it to even lower than 5%. This is hugely important. The so-called tampon tax, whereby VAT on this product can now be zero percent, is an issue that this House has been fighting for and prioritising as a means of addressing poverty. It is therefore essential that the Council accelerates ...

(The President cut off the speaker)

President. – Colleague, I apologise. Seriously, I do understand, but we all have hugely important points to make, but we would still be sitting here at midnight if we were to address them all. My apologies. I am sure this is relevant but I had to take the floor away from you.

Theodor Dumitru Stolojan (PPE). – Domnule Președinte, în domeniul fiscal se pare că nimic din ceea ce este tranzitoriu nu rămâne tranzitoriu și ține vreme foarte lungă, iar regimul de TVA din Uniunea Europeană este de prea mulți ani tranzitoriu. Acest regim favorizează evaziunea fiscală și, totodată, constituie o birocrație imensă dacă statele membre trebuie și vor să facă acel schimb de informații ca să-i identifice pe cei care fac evaziune.

Iată de ce consider că propunerile făcute de Comisie și amendamentele aduse de către colegii noștri în ECON reprezintă un pas bun înainte. Asemenea propuneri, cum sunt, de pildă, noul concept de certificare a plătitorilor de TVA, ca și noile intervale propuse pentru variația cotelor de TVA în statele membre reprezintă nu numai o simplificare a regimului de TVA în Uniunea Europeană, dar și pași concreți spre acel regim definitiv pe care dorim să-l obținem pentru TVA în Uniunea Europeană.

Othmar Karas (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, meine Damen und Herren! Wir setzen mit diesen Berichten wichtige Schritte auf dem Weg zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Mehrwertsteuerraumes. Wir wollen statt einem System der Ausnahmen ein System der gemeinsamen Regeln schaffen.

Es ist richtig, dass wir so den Mehrwertsteuerbetrug bekämpfen. Denn wir haben eine Mehrwertsteuerlücke von 170 Milliarden und einen grenzüberschreitenden Mehrwertsteuerbetrug von 50 Milliarden. Es ist richtig, dass wir mit der Korridorlösung das System der Mehrwertsteuersätze harmonisieren, weil derzeit über 250 Ausnahmen in den Mitgliedstaaten zur Fragmentierung und zur Ungleichbehandlung führen. Es ist richtig, dass wir mit dem Konzept der zertifizierten Steuerpflichtigen Vereinfachungen einführen, weil Komplexität und Bürokratie beim aktuellen System Wachstum und Beschäftigung bremsen. Es ist richtig, dass wir ein gemeinsames Online-Informationsportal schaffen, weil die Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen ein Recht auf mehr Transparenz haben. Und es ist richtig, dass wir ein besseres System schaffen, denn die Mehrwertsteuer ist eine wachsende öffentliche Einnahme, auch für die Europäische Union.

Ich fordere den Rat auf, diese Maßnahmen raschest Realität werden zu lassen.

Sirpa Pietikäinen (PPE). – Mr President, this is once again a perfect example of why we need more harmonisation, better integration and 'more Europe'. We had noticed that the existing system cannot tackle tax fraud and tax evasion, nor is it easy or manageable for those operating it. The answer is what Parliament has been calling for and what the rapporteurs have talked about: a single, European, united VAT system which is clear and simple, in which issues are resolved at European level, and which is supervised at European level.

While this is being realised, I hope that, in the next review, the sustainable finance principles can be included in our VAT system. This will mean that products with a higher environmental and climate load should have higher VAT rates, while goods that are reused or recycled, or which impact less on climate change, should have a lower VAT rate – instead of the haphazard approach to lower rates, with percentage point differences here and there, which we see at the moment. Hopefully – and this is a message to the Commission – provisions to that effect can be included, especially now that we have the Commissioner responsible for climate change.

Miguel Arias Cañete, Member of the Commission. – Mr President, honourable Members of the European Parliament, I want to thank all of you for this debate which shows the high interest and need for deep reform of the European VAT system. There is significant progress that we have already made, because, since 2015, new rules for sales of e-services online came into force which allows Member States to collect VAT where the consumer is based, through a one-stop shop. Member States have also now agreed to extend this new system to services and goods online, delivering another boost for VAT collection in the European Union.

As I mentioned in the introduction, the European Union has also recently agreed on a ground-breaking new framework to exchange more information and boost cooperation between national tax authorities and law enforcement authorities.

However, after all the fundamental reform, a European Union VAT definitive system is still to be adopted by the Council. In his State of the Union speech, President Juncker called for an end of unanimity in taxation policy. Unanimity can block proposals that are in the interests of the majority and thus prevent companies and citizens from benefiting from a full single market.

The Commission will play its role in the reflection towards a chain of rules by presenting a communication in the coming months on qualified majority voting in the field of taxation. With your support, I am confident that the two proposals you will vote on will benefit from broad support and that progress can be achieved on all VAT proposals in the coming months.

Finally, in reply to the question from Mr Arthuis, yes, the horse sector can benefit from VAT reduced rates if the Member State so decides.

Commission Statement

(in writing)

The Commission and the Council are aware of a certain divergence in the VAT treatment of independent groups of persons that pool their services and share costs between their members. The Council and the Commission recognize the need to clarify such VAT rules on independent groups of persons. The Commission will analyse this matter in detail in a study to be launched shortly with a view, subject to its right of initiative, to a possible proposal.

PREȘEDINȚIA: IOAN MIRCEA PAȘCU

Vicepreședinte

Tibor Szanyi, *Rapporteur*. – Mr President, I do appreciate the very cooperative manner in which we have been able to discuss this whole issue. Thank you for that.

I would just like to come back to one single item in this debate, namely the praise, the acknowledgment and the sense of change towards the principle of 'place of destination'. This means that, from whenever this new system is introduced, there will be no possibility to issue invoices with so-called zero-VAT rates unless it prevails in the country of destination. But the proof of the pudding is in the eating, and we are longing to see whether or not it will function in practice. We believe that it will. We also believe that, ultimately, small and medium-sized enterprises and the final consumers will be the prime beneficiaries of this whole issue.

I would like especially to thank the Commission because I think that it was a good proposal and so Parliament had a fairly easy job.

Finally, I would say that now governments are going to be responsible for their own respective voters. They can't say 'it's Brussels'.

Președintele. – Dezbateră a fost închisă.

Votul va avea loc joi, 3 octombrie 2018.

Declarații scrise (articolul 162)

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Das derzeitige Mehrwertsteuersystem in der EU ist ein vorübergehendes System, das alle zwei Jahre verlängert wird. Es gilt ein Mindeststeuersatz von 15% mit einigen Ausnahmen, sodass Kürzungen möglich sind. Die zulässigen Kürzungen sind derzeit in einem Anhang aufgeführt. Das endgültige System bestätigt den Mindeststeuersatz von 15% und führt einen Höchstsatz von 25% ein. Der Anhang der zulässigen Ermäßigungen (bis 5%) wird durch eine Liste von Waren und Dienstleistungen ersetzt, für die keine Ermäßigungen zulässig sind. Dies gibt den Mitgliedstaaten mehr Freiheit, die Mehrwertsteuersätze für bestimmte Waren und Produkte zu senken, wobei der durchschnittlich gewichtete Steuersatz über 12% liegen sollte. Diese Vorgehensweise könnte sich in der Praxis als Einschränkung der fiskalischen Freiheit nationaler Parlamente erweisen. Darüberhinaus bietet die Einführung einer sogenannten „Certified Taxable Person“ (CTP) keine ausreichende Garantie gegen betrügerische Wirtschaftsakteure und sollte

deshalb vor einer endgültigen Festlegung des Mehrwertsteuersystems nicht erörtert werden. Grundsätzlich bin ich skeptisch gegenüber einer weiteren Harmonisierung der Mehrwertsteuer, insbesondere bei der Festlegung von Mindestsätzen. Ich begrüße zwar die anhaltende Flexibilität der Mitgliedstaaten bei der Festlegung ihrer eigenen Mehrwertsteuersätze, bin jedoch nicht davon überzeugt, dass die Flexibilität durch die neu zu setzenden Maßnahmen tatsächlich erhöht wird. Der Schwerpunkt sollte weiterhin auf fiskalischer Zusammenarbeit liegen.

Vladimír Maňka (S&D). – Podporujem návrh Komisie týkajúci sa smernice Rady, ktorá sa týka harmonizácie a zjednotenia určitých pravidiel v systéme dane z pridanej hodnoty a konečného systému zdaňovania obchodu medzi členskými štátmi. Európska únia môže týmto opatrením zabrániť daňovým únikom vo výške takmer 50 miliárd EUR ročne. Návrhom sa zavádza inštitút certifikovanej zdaniteľnej osoby, ktorý budú uznávať všetky členské štáty. Vnútroštátny daňový orgán na požiadanie udelí tento status osobe, ktorá preukáže riadne platenie daní, systém vnútornej kontroly a dôkaz o finančnej spôsobilosti. Tieto subjekty sa budú pokladať za spoľahlivého daňovníka, čo im umožní používať zjednodušené postupy priznania a zaplataenia cezhraničnej DPH. Vzájomná spolupráca členských krajín a kontrola spolu s navrhovanými opatreniami znížia administratívnu náročnosť podnikom a zlepšia výber DPH.

17. Zunahme neofaschistischer Gewalttaten in Europa (Aussprache)

Președintele. – Următorul punct de pe ordinea de zi este dezbaterea privind Declarații ale Comisiei și Consiliului referitoare la ascensiunea violenței cu caracter neofascist în Europa (2018/2869(RSP)).

Juliane Bogner-Strauss, President-in-Office of the Council. – Mr President, you have invited the Presidency to speak on behalf of the Council on a topic of common concern, namely how the EU can respond to politically motivated violence. I am grateful to have this opportunity.

First, I would like to express my sympathy to Ms Forenza, who was attacked in Bari a week ago, and who informed us on Monday at the opening session. Such attacks, especially against a Member of the European Parliament and her staff, have no place in Europe. It is our joint responsibility to safeguard the values on which the Union is founded. EU values are the backbone of the Union and encompass pluralism, tolerance, justice and fundamental rights. Among the fundamental rights, the Charter of Fundamental Rights includes freedom of expression and freedom of peaceful assembly. Any politically motivated attack on a peaceful demonstration is an attack on our common values.

The use of violence for political reasons to forbid others to express their ideas is unjustifiable in our open democratic societies. We are appalled by the most recent violent incidents in several Member States. Evidence from different sources, such as the EU Agency for Fundamental Rights and the Council of Europe, confirms an alarming increase in intolerance and hatred in Europe.

Whatever the source might be, let me be clear that there is no justification for this. At EU level, the Council attaches great importance to ensuring the effective transposition and implementation of the Framework Decision on Combating Racism and Xenophobia and other relevant hate crime laws at national level. The Council constantly calls upon Member States to develop effective methods to report and ensure proper recording of hate crimes. At national level, it is for law enforcement authorities and the national courts to protect fundamental rights when these are attacked by political extremists.

Let me also underline the important role of education and youth work. In my capacity as a Youth Minister, I want to stress the need to develop democratic resilience, media literacy, tolerance, critical thinking and conflict resolution skills in learning processes. I would like to conclude by stressing how important it is to prevent our societies from becoming dominated by hatred. We are therefore obliged to take all incidents of this kind seriously and never ignore them.

Věra Jourová, Member of the Commission. – Mr President, we have all seen shocking cases of neo-fascist violence in Europe in recent months, including the shooting of six people of immigrant background in Macerata, Italy, the violent far-right protests that followed, and a fatal stabbing which sparked racial tensions in the German city of Chemnitz. According to the latest data we have, there are roughly four anti-Semitic incidents per day in France, the United Kingdom and Germany.

We expect Member States to act forcefully against crimes committed by neo-Nazi groups – whether in the streets, in football arenas or in the targeting of places of worship or asylum shelters. However, we also have to look at where this violence comes from. Societal polarisation has increased, not least in the social media. We read and talk to the like-minded, and this increases the polarisation of our societies. As a society, we need to step up action against racism, intolerance and the toxic narratives which are shrinking the space for well-informed and democratic discussion in the public sphere and are polarising our societies.

We have our Charter of Fundamental Rights and we have to make clear that its basic principles really matter: that they are not negotiable. But we have to ensure that people in Europe can also relate to them. These principles should become an anchor in the fast-changing and sometimes confusing world. Simply, they should be the bedrock of our society. For me, I understand the key principles as follows: equality before the law; no tolerance for discrimination; freedom of speech, but with limits to exclude, for instance, speech calling for violence; freedom of religion within the limits of the legal order; and access to justice for all, not only the privileged or the rich. And finally, among the main principles, I want to mention the right of feeling secure, of feeling safe, but not at the expense of the safety of others. These principles can only work if they are applied and visible in people's everyday lives.

The Commission is leading the work on countering the increasingly worrying phenomenon of illegal online hate speech. We are working intensively with Member States to step up the implementation of EU law to combat racism and xenophobia and to ensure that prompt investigation, prosecution and proportionate sanctioning become a reality in the EU Member States. The intent is to be practical, and we are striving to make a difference on the ground.

Our work with Member States includes the compilation of promising practices and guiding principles on key issues such as hate-crime training and hate-crime victim support. We will also present a comprehensive guidance document on the practical application of the Framework Decision on Combating Racism. I consider these issues very important because they also send strong signals that hate crime and illegal hate speech are not tolerated and will be penalised.

We too, as individual politicians, have a role to play in avoiding divisive attitudes and in sticking to the norms. This is the moment to stand up for the principles of our Charter. And the independent media also have their role to play here: it is their responsibility to counter discourse that sows division, spreads disinformation and encourages exclusion. The media are also instrumental in holding politicians to account and in defining the limits of what is acceptable and what is unacceptable in society.

The Commission is also tackling the worrying rise of far-right violent extremism under its radicalisation policies. The Radicalisation Awareness Network has dedicated, and will continue to dedicate, its efforts, inter alia, to training frontline practitioners – police officers and prison staff – on how to address far-right extremism and all manifestations of polarisation.

Overall, I can assure you, honourable Members, that this is a priority issue for the Commission and that we are working with all the relevant actors, including in law enforcement, civil society and industry, especially the digital industry, to tackle all these problems not only through the law but also in our work to foster a more tolerant, safer and law-abiding society.

Róža Gräfin von Thun und Hohenstein, w imieniu grupy PPE. – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Ja przypominę słowo, które wszyscy znamy, słowo świętego Jana: „Na początku było słowo”. I wiemy wszyscy, że sprawy wielkie zaczynają się od słowa, ale rzeczy straszne i podłe też mogą mieć swój początek w słowie, i wszyscy wiemy, że słowo potrafi zmieniać się w czyn.

Niestety dziś jesteśmy świadkami agresji słownej w wielu miejscach w naszej Unii, dzielenia społeczeństwa na lepszy i na gorszy sort, na patriotów i na zdrajców. Przyzwolenie na hejt w mediach audiowizualnych, pisanych i w sieci. Opowieści o uchodźcach przynoszących pasożyty i choroby. To przypomina najohydniejszą propagandę z najczarniejszych momentów w historii Europy. A za tymi słowami idzie często przyzwolenie na marsze faszystowskie nawołujące do przemocy, do rasizmu, do homofobii. Dochodzi już do takich ekscesów jak spalenie kukły Żyda czy symboliczne wieszanie portretów polityków, którzy wyraźnie artykułują potrzebę ochrony słabszych, mniejszości i nawołują do przestrzegania wartości europejskich. Mamy przykłady tego w Czechach, w Polsce, na Węgrzech, na Malcie. W niektórych krajach media publiczne sięgają nienawiści do przeciwników politycznych rządu, w innych rząd robi to osobiście.

A słowa zaczynają przechodzić w czyny, czego przykładem jest to, co widzieliśmy ostatnio we Włoszech. Wspomnę też nieszczęsne ekscesy w Chemnitz. I nie możemy udawać, że nic się nie dzieje lub że to są problemy wewnętrzne kilku krajów, bo ta straszna zaraza się rozlewa. Walka z tą zarazą to jest przede wszystkim obowiązek państw członkowskich, a Komisja – dziękuję tu Pani Komisarz – musi z nimi bardzo blisko pracować, ciągle opracowywać plan działania oraz konsekwentnie go egzekwować.

I na koniec, Panie Przewodniczący, Auschwitz jest w moim okręgu wyborczym. Przy wejściu do bloku czwartego jest tablica, na której wyryte jest zdanie filozofa Santayany „Kto nie pamięta historii, skazany jest na ponowne jej przeżycie”. Proszę Państwa, wyciągajmy wnioski!

Cécile Kashetu Kyenge, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, un nuovo spettro si aggira per l'Europa, lo spettro del neofascismo. Troppo a lungo i parlamenti nazionali e l'Unione europea hanno ignorato il sorgere di una nuova e violenta ondata di nazionalismo. Diciamolo apertamente: le molteplici crisi economiche e istituzionali hanno portato al riaffiorare della macchia più nera della nostra storia.

Noi, come membri di un'istituzione democratica non possiamo accettare l'intolleranza. Per il bene e la libertà di tutti, dobbiamo opporci alla violenza nazionalista portando avanti i principi fondamentali sanciti dai trattati costitutivi dell'Unione europea.

Se non saremo in grado di farlo, troveremo nei parlamenti nazionali e anche qui, in questo europarlamento, i detrattori dei diritti umani che spalancheranno le porte, le nostre porte, sfaldando l'Unione.

Vediamo ogni giorno, nella nostra società, le ripercussioni dell'intolleranza e dell'odio: insulti, aggressioni, spedizioni punitive, raid contro le minoranze e blitz razzisti. Sono questi episodi quotidiani, alimentati dal vortice di odio esacerbato e dagli slogan propagandistici, in un clima di campagna elettorale senza fine.

Una propaganda contro i migranti, contro i rom, contro gli afro-discendenti, appunto la afrofobia, contro ebrei o musulmani, contro le minoranze. Le forze politiche populiste accusano dei loro fallimenti i più deboli, senza mai guardare al bene pubblico e mentendo spudoratamente.

I nuovi nazionalisti europei hanno scelto terminologie alquanto strane per nominarsi: Alba Dorata, Casa Pound, Forza Nuova, Front National, Jobbik, per citarne solo alcuni. Questi ed anche gli altri partiti che si fingono più moderati, non fanno altro che perpetuare la loro violenza. Sono addirittura disposti a stringere patti incoerenti pur di vendere un po' della loro propaganda disfattista. Ma le uniche cose che i partiti populistici e nazionalisti condividono sono il sentimento anti-europeo, la xenofobia e il razzismo.

Le forze democratiche devono quindi reagire, unite e forti. Dobbiamo difendere i nostri Stati e la nostra Unione per salvare la libertà, l'uguaglianza, i diritti umani, lo Stato di diritto, il pluralismo e la solidarietà.

Jussi Halla-aho, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, if you listen to the left or the mainstream media you easily get the impression that fascist and fascist violence are the top threats to public security in Europe. Of course, any kind of violence should be condemned, but it seems to me that Islamic and left-wing radicalism are much more relevant problems in today's Europe, including when we talk about anti-Jewish violence.

It is very unfortunate that whenever ordinary people express their concern over immigrant or Islamic violence, they are immediately labelled fascists, racists and Nazis. One very good example are the recent events in Chemnitz, Germany. Many nationalist politicians and parties are systematically terrorised by the extreme left in many European countries. I find it worrying how little attention and condemnation this phenomenon gets in the public debate.

Linnéa Engström, för Verts/ALE-gruppen. – Herr talman! Herr kommissionär! Det är inte stöveltrampet på våra gator som skrämmer mig. Det är inte heller gaphalsarna som vrålar ut slagord från förr som gör mig orolig. Mitt fokus är helt och hållet inställt på de människor som manipulerar och understödjer dessa människor.

Vår demokrati är inget stabilt system. Det måste försvaras. Våra förutsättningar är konstant under attack. Vetenskapliga rön förväxlas med åsikter. Erkända experter benämns som elitistiska besserwissrar som borde hålla käften. I dessa grumliga vatten gror faktaresistensen, rasismen och fascismen. Åsikter och ideologier som vi trodde hade försvunnit är nu på väg tillbaka och är här. Det som tidigare var osägbart får nu luftas fritt. Hatet och hoten mot journalister och politiker ökar. Antirasister och feminister är särskilt utsatta. Efter hat och hot följer våld, och våld föder mer våld.

Vi måste kämpa för demokratin i både små och stora gärningar. Vi får inte ge upp och lägga oss platta. Vi måste våga fortsätta måla upp den bild av det samhälle som vi vill se och kämpa för det varje dag. Där står människans okränkbara rättigheter i fokus.

Eleonora Forenza, a nome del gruppo GUE/NGL. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il mio intervento si potrebbe riassumere in due parole: Bella ciao. Due parole che dovrebbero invitare l'Unione europea e quest'Aula a svegliarsi perché i fascisti sono tornati a colpire. A colpire in Grecia, in Germania e in Italia e a colpire in tutta Europa, legittimati da culture razziste e xenofobe che spesso sono ormai culture di governo.

Due parole che ci ricordano che l'Europa è nata dalla sconfitta del nazifascismo e che oggi può rinascere soltanto raccogliendo il testimone dei partigiani e delle partigiane. Io vengo da uno Stato membro la cui Costituzione è antifascista e in cui, però, il ministro degli Interni si diverte ad andare a cena con gli esponenti di Casa Pound e a festeggiare per l'arresto di Mimmo Lucano. Di Casa Pound sono gli squadristi che hanno aggredito e minacciato me e altri militanti antirazzisti, venerdì 21 settembre a Bari, e tuttora sulla mia pagina Facebook ritrovo minacce di gente che esorta 7 negri a stuparmi perché il razzismo e il sessismo sono la matrice del fascismo.

Ricordo, infine, che dobbiamo chiedere che l'Unione europea sia antifascista, che l'antifascismo sia un valore fondativo dell'Unione e dobbiamo chiedere la chiusura di tutte le sedi fasciste e dedico questo mio intervento a Begni, Auro, Dax, Renato e a tutti i compagni e le compagne vittime della violenza neofascista.

David Coburn, on behalf of the EFDD Group. – Mr President, it is not just the rise in neofascism and neofascist violence that's the problem, it is political violence from both sides, including far left groups, such as Antifa, who are known for violent disturbances. Britain's own Labour Party has been accused of anti-Semitism, and, may I say, the SNP (Scottish National Party) has tried to close down many businesses in Scotland undemocratically because they didn't agree with them. So that wasn't particularly democratic.

The rise of extremist politics in the EU has been caused by the EU itself. The EU has ignored so-called populist parties like UKIP, the Five Star Movement and the Swedish Democrats, and has left the doors open to unlimited number of people competing for jobs with ordinary working people. What do you expect if the EU tries to replace the nationalistic working class with a homogeneous bunch of people from abroad who will support the EU? They believe a vote for them. Chancellor Merkel opens the doors to everyone. What do you expect?

People will defend their jobs and their homes, and they don't want their religions or anything else changed. They want their homes and their freedoms; you can't stop them defending that.

(The President cut off the speaker)

Mario Borghezio, *a nome del gruppo ENF*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, è veramente grottesco sentir parlare di pericolo fascista a 75, 73, 74 anni dalla fine della guerra e delle guerre civili e quindi anche del fascismo storico.

Ce l'avete proprio sempre in mente, dev'essere un fenomeno freudiano e grottesco, perché il fascismo non c'è più. Questo dibattito mi ricorda una frase illuminante di un grande intellettuale italiano sicuramente antifascista, Pier Paolo Pasolini, che mise in guardia contro quelli che sventolano il pericolo fascista, dice, non è forse «un'arma di distrazione di massa» per ignorare quello che è il vero fascismo, il fascismo finanziario contro cui quelli che si sbracciano contro quattro ragazzotti in camicia nera, magari violenti – in qualche caso che condanniamo, in questo specifico – e non si danno da fare per niente per combattere il fascismo finanziario, come invece fanno i populist, facciamo noi populist che non ci siamo dimenticati dei 5 milioni di poveri, ai quali i governi precedenti non davano niente, noi populist, nazionalisti, cosiddetti fascisti ci abbiamo pensato. E voi non avete mai fatto un cazzo!

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, podhoubím pro nárůst neofašistického násilí v Evropě je jednak úspěch krajně pravicových stran ve volbách, jednak samozřejmě různé formy šíření neonacismu a neofašismu. Příkladem je rozmach vzpomínkových akcí v Chorvatsku vyzývajících ustašovce jako hrdiny, na které poukázala a před kterými rovněž varovala nedávná zpráva Rady Evropy. Krajně pravicové násilí v německém Chemnitzu myslím, že máme ještě všichni dostatečně v paměti. Navzdory těmto incidentům není síla krajně pravicových stran v tuto chvíli podle mého názoru taková, aby mohla podkopat demokratické základy, na nichž stojí Evropský unie. Pokud ovšem demokratické strany nenajdou způsob, jak proti nim účinně bojovat v politické soutěži, může se tato situace snadno skutečně změnit k horšímu. Chci v této souvislosti upozornit také na to, že nebezpečí evropské demokracii hrozí nejenom z krajní pravice, ale také z krajní levice. Levicový extremismus považuji za neméně zhoubný jako ten pravicový. A v Evropě stále existuje množství komunistických stran, které jsou pravověrnými vyznavačkami marxismu-leninismu, tedy ideologie, která má na svědomí srovnatelný počet lidských životů. Každá demokracie je z povahy věci křehká a zranitelná, proto musíme o tu naši evropskou náležitě pečovat, aby se nestalo, že nám proteče mezi prsty. V praxi to znamená zvolit vhodnou kombinaci preventivních a represivních opatření proti všem druhům extremismu: jak toho pravicového, tak toho levicového. Jestli jste zaznamenali správně, jsem i pro represivní opatření. Útok na evropskou demokracii totiž může přijít z obou stran.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor presidente, comisaria, es verdad que hay un fantasma que recorre Europa: el fantasma del nacionalismo, que es la negación de Europa; el fantasma del populismo, que ofrece la respuesta simplona a quienes se sienten golpeados por la desigualdad y el empobrecimiento de señalarles un chivo expiatorio como si fueran enemigos del pueblo.

Pero es el fantasma de la extrema derecha, que excita el discurso del odio. El fascismo hizo un daño incalculable en el siglo XX, pero no se extinguió en el siglo XX. No solamente llega al siglo XXI, sino que está representado también en el Parlamento Europeo. Ese fascismo que propone el miedo y la explotación del miedo y del odio al diferente.

Pero para vencerle es imprescindible que la Unión Europea ofrezca algo más que un buen diagnóstico e incluso que un buen discurso. Tiene que ofrecer esperanza a quienes la han perdido. La esperanza de la integración en la diversidad, del respeto al diferente, de la capacidad de vencer los desafíos y los cambios sin oponer la respuesta reaccionaria de la estimulación del odio y del desprecio al diferente.

(El orador acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento interno))

David Coburn (EFDD), *blue-card question*. – What you said is very interesting, but would you perhaps not agree with me that it doesn't matter from which side violence comes, whether it be the left or the right, bearing in mind that the National Socialists in Germany in the 1930s were socialists? They came from socialism, as did Stalin's mob. So, quite frankly, in all this thing about fascism – they are always waving this word about – what about just making sure we don't have violence on any side and settle everything democratically? Wouldn't you agree with me that left-wing authoritarianism is just as bad as right wing authoritarianism? At the moment the Labour Party in Britain are having tremendous troubles.

President. – Stalin, as far as I remember, was a communist.

(Interjection from Mr Coburn: '... then so was Hitler and so was Mussolini!')

I know.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), blue-card answer. – I too listened carefully to what you said, but let me tell you that it is simply grotesque to maintain in the present day that there is a relationship between National Socialism and whatever socialism stands for throughout the history of Europe. Socialism is, first of all, democracy and respect for human rights, and National Socialism is pure fascism, which is the denial of democracy, human rights and the European ideal, the denial of civilisation and the instigation of hatred in a pure state of negative mind. So being a socialist in the 20th and 21st centuries means standing up against any form of fascism, whatever you call it. National Socialism is fascism, whatever you call it.

(Interjection from Mr Coburn: 'Tell that to Honecker')

President. – I wonder where he is.

Marek Jurek (ECR). – Panie Przewodniczący! Panie i Panowie Posłowie! Hans-Georg Maassen, prezes Federalnego Urzędu Ochrony Konstytucji, został odwołany ze stanowiska po deklaracji, że polowanie na ludzi w Chemnitz to był poprawny politycznie fake news, tak samo jak film publikowany w internecie, który miał tę tezę popierać. Do tej pory właściwie nie wiemy, co się stało w Chemnitz. Ja się dziwię, że tak mało pytań w tej sprawie pada. Ale jedno jest pewne – Niemcy mają kłopot z prawami podstawowymi, a władze Unii Europejskiej zachowują dziwne dyskretnie milczenie. Bo albo ze społeczeństwem niemieckim jest źle, albo na ulicach poluje się na ludzi, albo władze Republiki Federalnej wprowadzają w błąd swoje społeczeństwo, ukrywają prawdę i uprawiają manipulację opinią publiczną po prostu po to, żeby sprawować skutecznie władzę. *Out, out, tertium non datur.* Niemcy mają problem, a władze Unii Europejskiej twierdzące, że bronią praw podstawowych, właściwie w ogóle się tym nie interesują. Pora najwyższa, żebyśmy się tym zainteresowali, bo jedno jest pewne. Zachowujemy się tak, jakby Niemcy stały ponad prawem.

Cécile Kashetu Kyenge (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, non è una domanda proprio diretta all'onorevole Jurek, perché l'uso di alcune parole in quest'Aula è inammissibile. Io ho visto che non c'è stata nessuna reazione. Invito la Presidenza a riascoltare l'ultimo passaggio delle parole di Borghezio e a giudicare proprio quelle parole lì, perché ho aspettato tanto, ma non ho visto nessuna reazione e vi invito a poterle risentire per decidere sul caso.

President. – This should not require us to ask Mr Borghezio to repeat the phrase, but in any case I would appeal to you to mind your language and not to use bad language, if that was the case.

Romeo Franz (Verts/ALE). – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Alleine in Deutschland sind seit 1990 169 Menschen durch rechtsradikale und neofaschistische Gewalt ums Leben gekommen. Der Grund dafür sind rechte Parolen. Menschenverachtende Worte dürfen nicht verharmlost werden, so wie es heute schon passiert. Erst verändert sich die Sprache, und dann fallen die Hemmschwellen. Wir dürfen nicht weiter Neofaschismus relativieren oder sogar ignorieren, denn damit beleidigen wir die Opfer und die Hinterbliebenen dieser abscheulichen Gewalt.

Auch hier in diesem Haus sitzen Brandstifter, die mit dafür verantwortlich sind, dass Asylbewerberheime brennen und Menschen sterben. Und hinter Zahlen stehen Menschen und persönliche Schicksale. Das dürfen wir nicht vergessen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer von uns einen Funken Anstand besitzt, stellt sich gegen diesen aufkeimenden Neofaschismus.

Martin Schirdewan (GUE/NGL). – Herr Präsident! Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Erst gestern wurde in Deutschland eine Gruppe mutmaßlicher rechtsextremer Terroristen dingfest gemacht. Seit der letzten Woche wissen wir durch Recherchen renommierter Medien, dass in Deutschland seit 1990 mindestens 169 Menschen durch Neonazis ermordet worden sind. Vor ungefähr einem Monat fand in Chemnitz eine Demonstration von Neonazis gemeinsam mit AfD-Politikern statt, aus der heraus es zu Angriffen auf Migranten und Journalisten kam. Nur zur Erinnerung: Der Vorsitzende dieser Partei sitzt auch hier im Parlament.

Wir, die Linke, werden Europa nicht den Rechten und ihrer mörderischen Ideologie überlassen. Wir sind Teil einer starken Bewegung der Solidarität, der Demokratie und des Antirassismus. In Deutschland haben Hunderttausende in vielen Städten für grundlegende Menschenrechte demonstriert. In Berlin erwarten wir am 13. Oktober zu der „unteilbar“-Demonstration Hunderttausende, die sich unter dem Motto „Für eine freie und offene Gesellschaft, Solidarität statt Ausgrenzung“ der rechten Hetze widersetzen werden. *No pasarán!*

Julie Ward (S&D). – Mr President, during Ramadan, I attended a wonderful interfaith community event at Didsbury mosque in my constituency. Taste Ramadan was an example of the We Stand Together movement that has grown up in response to the attacks on our multicultural 21st century society. On 20 October, activists from Stand Up to Racism and Unite Against Fascism will stand in solidarity with the mosque community against an intimidating protest planned by the fascist English Defence League.

But this is not an isolated incident. We have seen similar neo-fascists targeting communities across Europe because of their religion, race, ethnicity or sexuality. We mustn't forget that the results of fascism in Europe are tragic. In 2016, a week before the UK referendum, a Nazi-inspired terrorist murdered the pro-EU Labour MP, Jo Cox, while shouting 'Britain first'. Jo was the mother of two young children and an inspiration to many. I was privileged last week to attend the naming of a square in Brussels in honour of her memory. So let's remember Jo's message as we continue her work: we have more in common.

(The speaker declined to take blue-card questions from Mr Coburn and Mr Sośnierz under Rule 162(8))

Ελένη Θεοχάρους (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, ο νεοφασισμός δεν είναι μόνο συμπεριφορές σύγχρονων κινημάτων παρεμφερών προς το κόμμα του Μουσολίνι. Αυτή η εμμονή προκαλεί λειτουργική τύφλωση απέναντι στον φασισμό της καθημερινότητας που βιώνουμε ως πολίτες σε κράτη ως επί το πλείστον ή κατ' επιφάνεια δημοκρατικά.

Σε μια Ευρωπαϊκή Ένωση αρχών και αξιών, σε κοινωνίες που μάχονται κατά του ολοκληρωτισμού, ο νεοφασισμός εκφράζεται και μέσα στη ρητορική μίσους, η οποία μετατρέπεται όλο και πιο συστηματικά και επικίνδυνα σε καθημερινή συστηματική βία κατά των πολιτών. Εκφράζεται όμως και με ανήθικες και ψευδείς ειδήσεις και επιθέσεις ανωνυμογράφων κατά πολιτικών μέσω των Μέσων Μαζικής Επικοινωνίας και του Διαδικτύου με στόχο την ηθική εξόντωση εντίμων πολιτικών. Φασισμός είναι η φίμωση κάθε αντίθετης φωνής.

Αυτός ο φασισμός είναι επικίνδυνος και ύπουλος και στρέφεται βάνανυσα και εξευτελιστικά εναντίον αδυνάτων, ξένων, μεταναστών, ομοφυλοφίλων, φτωχών, αλλοθρήσκων· τραυματίζει βαρύτατα τη Δημοκρατία και το κράτος δικαίου. Ευρωπαϊκή Ένωση σημαίνει ευθύνη και όσοι κατανοούμε αυτή την ευθύνη παλεύουμε κατά του φασισμού.

Στέλιος Κούλογλου (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, είναι ντροπή αυτό που γίνεται σήμερα εδώ με ορισμένους συναδέλφους. Μιλάμε για την αύξηση της νεοναζιστικής βίας στην Ευρώπη και αυτοί αναφέρονται στον κομμουνισμό και τον σοσιαλισμό. Στην πραγματικότητα με αυτό που κάνετε αθρώνετε τον φασισμό.

Η Χρυσή Αυγή, το νεοναζιστικό κόμμα που έχουμε στην Ελλάδα, θα χαιρέται που σας ακούει, θα τρίβει τα χέρια της που σας ακούει. Αυτοί στη χώρα μου σκότωσαν· σκότωσαν ένα τραγουδιστή, σκότωσαν ένα μετανάστη, χωρίς λόγο, εν ψυχρώ και εξακολουθούν και επιτίθενται στους πρόσφυγες στα νησιά, προχτές σ' έναν βουλευτή του ΣΥΡΙΖΑ, του κυβερνώντος κόμματος. Αυτοί είναι οι πραγματικοί φασίστες και σ' αυτούς κλείνετε τα μάτια και, όταν κλείνετε τα μάτια, είστε στην πραγματικότητα συνένοχοι.

Intervenții la cerere

Elly Schlein (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, c'è un pericoloso rigurgito nazionalista e fascista in tanti, troppi dei nostri paesi.

Lo stiamo vedendo in Italia, come ricordava Eleonora, oltre 100 aggressioni fasciste negli ultimi cinque anni. Oggi poi c'è una novità: c'è chi si riempie la bocca di sicurezza, ma con la sua propaganda di odio quotidiana sta legittimando la violenza e rendendo di fatto le nostre città meno sicure. L'abbiamo visto anche a Bari. Esprimo di nuovo la solidarietà e un sincero abbraccio ad Eleonora, Claudio, Antonio e Giacomo.

Caro Presidente, cara Commissaria questo succede oggi in Italia, le organizzazioni fasciste girano indisturbate con le mazze pronte e con il tirapugni in tasca e la copertura politica di qualche ministro che invece, secondo la Costituzione, dovrebbe scioglierle quelle organizzazioni, ma preferisce andarci a cena.

Ecco, nella nostra Unione basata sui valori della democrazia e del rispetto dei diritti fondamentali queste violenze e intimidazioni non possono essere tollerate. Resistenza!

Ana Miranda (Verts/ALE). – Senhora Comissária, eu venho de um país que sabe muito bem o que é o fascismo. Ainda temos uma fundação com o nome do ditador Franco, ainda temos a residência de verão, o *Pazo de Meirás*. Como esta camiseta, como esta t-shirt que eu visto que representa 19 pessoas que estiveram pacificamente na residência do ditador Franco e que agora estão na justiça, uma justiça que consente.

A Fundação faz a apologia do fascismo e deveria ser ilegalizada, repito, ilegalizada. Assim defendemos o grupo da memória histórica no Parlamento Europeu e também o Vale dos Caídos.

Senhora Comissária, como tantas perguntas que já fizemos, contra o fascismo: tolerância zero. Infelizmente há um bom número de fascistas que estão representados neste Parlamento.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL). – Senhor Presidente, não ignoramos as causas e o caldo em que se alimentam as forças de extrema direita e fascistas. A União Europeia, que invoca cinicamente a preocupação ante esse avanço, é a mesma que apoiou e continua a apoiar o golpe fascista na Ucrânia, que imprime uma natureza exploradora e xenófoba na sua política migratória, a mesma que promove e aprofunda as políticas que atacam direitos sociais, laborais e a soberania dos Estados, a mesma que impõe ameaças, chantagens e sanções contra os seus povos.

As políticas de direita da União Europeia, implementadas pela direita e social-democracia, não se distinguem nos objetivos do que defendem as forças reacionárias: aumentar a opressão, a exploração e a concentração da riqueza, garantir a manutenção de uma ordem social iníqua, a do capitalismo. O fascismo, criação do capitalismo, tem hoje uma inquietante expressão institucional em parlamentos e governos na União Europeia. O firme combate às forças de extrema-direita e fascizantes exige que não se branqueiem as políticas que lhes abrem caminho.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, κάποιοι εδώ μέσα βρήκαν την ευκαιρία της συζήτησης για τη φασιστική βία για να θυμηθούν τον κομμουνισμό. Με τη σειρά μας όμως θα τους θυμίσουμε ότι, αν δεν είχε καρφωθεί η κόκκινη σημαία στο Reichstag και αν δεν υπήρχαν οι 20 εκατομμύρια Σοβιετικοί νεκροί στον Δεύτερο Παγκόσμιο Πόλεμο, σήμερα ούτε εδώ θα ήταν, ούτε καν θα μιλούσαν.

Οι προσχεδιασμένες δολοφονικές επιθέσεις της ναζιστικής Χρυσής Αυγής στην Ελλάδα και αντίστοιχων ταγμάτων εφόδου σε όλη την Ευρώπη τεκμηριώνουν τον ναζιστικό, άρα εγκληματικό, χαρακτήρα τους, με χυδαίο αντικομμουνισμό, μίσος για τους εργάτες και τους κομμουνιστές· αποτελούν δύναμη κρούσης του κεφαλαίου.

Πέντε χρόνια μετά τη δολοφονία του αντιφασίστα Φύσσα και τα άλλα εγκλήματά τους, η δίκη της Χρυσής Αυγής ακόμα δεν ολοκληρώθηκε και οι φασίστες κυκλοφορούν ελεύθεροι. Αποθρασύνονται από την αντικομμουνιστική ιδεολογία της Ευρωπαϊκής Ένωσης, εκτρέφονται από την αντιλαϊκή πολιτική της, εκμεταλλευόμενοι τη δίκαιη λαϊκή αγανάκτηση, ενθαρρύνονται από τμήματα του κεφαλαίου και του κρατικού μηχανισμού. Απάντηση μοναδική είναι η απομόνωσή τους από τον λαό, η πάλη για την ανατροπή του συστήματος που τους τρέφει.

Ángela Vallina (GUE/NGL). – Señor presidente, en Asturias, mi región, hemos vivido en las últimas semanas una campaña de acoso a nuestros cargos públicos, agudizada y amplificada tras el asesinato de nuestro concejal en uno de nuestros municipios.

Quisiera expresar mi dolor ante este crimen salvaje: como no pudieron con los golpes en la cabeza, acabaron estrangulándolo. Ahora, otros cargos de mi partido en otro municipio, también de Asturias, han tenido que soportar amenazas a los tres días de este asesinato, también ha habido amenazas de muerte contra nuestra alcaldesa y, tres días después, a otro concejal nuestro le destruyeron el coche y le pintaron el acrónimo de «Descanse en paz».

Yo misma, durante mi etapa de alcaldesa, recibí anónimos y sufrí amenazas, e incluso me mataron al perro de un tiro dentro de mi casa. Nunca se descubrieron los culpables. Nunca se puso el empeño en ello. Por eso, ante esta situación que tantos y tantas compañeras sufrimos de mi partido —y también, hay que decir, de otras fuerzas políticas—, debemos tomar conciencia de que lo que está en juego es la misma democracia. Y hacer política no es posible bajo la amenaza, el chantaje o las coacciones.

Dobromir Sośnierz (NI). – Panie Przewodniczący! To charakterystyczne: pani Ward nie przyjęła od nas niebieskiej karty, zasłaniając się demokracją, a uciszając demokratyczną debatę. Po co chcieliście tej debaty? Po co chcieliście całej tej debaty? Jedyny element debaty, jaki tutaj jest, czyli możliwość zadawania pytań, odrzucacie. Po co to w ogóle było? Chcecie słuchać tylko własnego głosu odbitego od ściany. Jesteście fanatykami i nie chcecie rozmawiać o tym. Tytuł tej debaty jest skandaliczny, mówi tylko o neofaszystowskiej przemocy. A o Antifie nie chcecie porozmawiać? Libertarianie boją się zorganizować spotkanie z prezesem mojej partii, który nie ma nic wspólnego z faszyzmem. Więcej ma z faszyzmem wspólnego lewica, bo to byli narodowi socjaliści. A oni boją się zorganizować spotkanie, ponieważ boją się, że Antifa...

(Przewodniczący przerwał mówcy)

President. – Mr Sośnierz, please mind your speech. We should not launch accusations or anything like that. If you want to say something, say something about the subject, but do not say that the other side was not, because otherwise we will transform this important debate into an exchange between various different positions. We don't like that.

Marek Jurek (ECR). – *(początek wystąpienia poza mikrofonem)*... Pan za każdym razem, kiedy na tej sali wykorzystuje się tę debatę do usprawiedliwiania komunizmu. Pan poseł Zarianopoulos czy pani poseł Forenza mogą nadawać partiom, w których działają, dowolne nazwy. Ale przez pamięć ofiar nazizmu proszę tego nie robić. Panie Pośle! W tym dniu, kiedy wieszano tę czerwoną flagę, o której Pan mówił, to ministrowie polskiego rządu, którzy całą wojnę walczyli z Niemcami, gnili w bolszewickim więzieniu na Łubiance. I Pan powinien szanować pamięć tych ofiar komunizmu.

President. – Mr Jurek, I understand the positions of everybody here, but we have to address the topic at issue here. I would conclude with the reflection of a Soviet scientist, who said that history is very difficult to predict. So let's not get into that.

(End of catch-the-eye procedure)

Věra Jourová, Member of the Commission. – Mr President, honourable Members, I will do my best! I would like to thank you for the debate, which was emotional and included very strong declarations, which is needed because we have to have debates about this very serious problem, not only in the parliaments but in the many other fora where people are still able to speak to each other. This is one of our problems, that people are more and more divided into bubbles, and this is also due to the digital development in our communication.

I will try to bring a little bit of peace into that because before, at the beginning, I spoke about law enforcement reaction, about sanctioning and about the need to penalise these symptoms and aggressivity and violence.

I would like to pause a little while and consider the reasons why we are witnessing and living through increased violence and aggression in our society. We should speak more about the breeding ground, which is fear, which is poverty, which is uncertainty, which is confusion. People in Europe went through the financial crisis. Some Member States and some societies were more affected, some less. People are still stressed by the migration crisis of 2015 and 2016, which was unprecedented. We were not ready for that. We are stressed by terrorist attacks, we have a lot of uncertainty in our society due to something which sounds positive but which can have negative consequences on many people and that is the technological revolution. People have stopped understanding the world and they ask for more security and more certainty. My question is, why we as democrats, we who say clearly that aggression and violence is intolerable, that collective guilt is unacceptable, why are we not able to reach out to these people and to offer them more security and more certainty? Why do these people come and more and more believe the populist parties and the people who provide them with easy solutions, which might lead to another tragedy in Europe? I think that we should not only deal with the consequences – and this was the debate about the consequences here in Parliament – but we should speak more about the sources, about the breeding ground.

So I will do this, at least in my work, because I am in very frequent contact with normal citizens, with these people which have senior age. They have said to me: we fear, we are uncertain and we want our sons and our grandsons to have a peaceful life in Europe. We have to offer this to the people and we have to take lessons from history and consider seriously what the new elements are. I already touched upon this, it is the digital revolution. Just imagine if the totalitarian regimes of the past, and I will not name them because I don't want to get into the passionate debate again, but what if they had this digital highway for propaganda? It would be much more efficient, much more easy to capture societies and to come with very dangerous proposals which, as we know, were realised.

This digital world enables us to reach for very good things and bad things at the same time. Here, I would say, we should be able to alert society because the passive majority, if it remains passive, will enable the evil again to rule the EU. I think that this is our task: to alert people. You know that we have the Code of Conduct against hate crime and hate speech. We are doing a lot against disinformation and sometimes when I see the statistical figures showing the increase of aggressivity and violence, I ask myself, is it really true that evil is so automatic and so strong and the good must be organised? I think that we should ask ourselves these questions and ask ourselves what are the most efficient instruments, how to address the majority of people, the honest people who need to have the option for their electoral preferences, to vote for the people who offer something other than aggression and violence.

Ladies and gentlemen, thank you very much once again for this debate. I'm sure we will probably, unfortunately, have to debate these worrying phenomena and developments in the future, again.

President. – I was just wondering whether, if you do not communicate in the normal way, but only through gadgets, where you can be very loose with language, and you then meet the real people, is there not an extension of everything you allowed yourself to say to them in that space, which could be translated into physical violence? So there might be this too, but you have a point in that sense.

Juliane Bogner-Strauss, President-in-Office of the Council. – Mr President, the emotionality of this discussion and all the loudness clearly showed us how important this issue is.

There are many factors, as mentioned by the Commissioner before, that might be sources of political violence. However, in my opinion – and I think it is the opinion of most of us – there is no excuse for any kind of violence and the Presidency, and the Council as a whole, rejects any form of politically motivated violence and intolerance, no matter where it comes from.

We have a legal framework in place that needs to be effectively implemented in practice. We need to support it with targeted measures such as education, public debate and counter-narratives to prevent and tackle intolerance.

The Council will continue to follow this debate closely. I can assure Members that I have paid particular attention to the views expressed here today during this debate. In my opinion – and I think in the opinion of most of us – there has to be zero tolerance for any kind of political violence.

President. – The debate is closed.

The vote will take place during the next part-session in October in Strasbourg.

Written statements (Rule 162)

João Ferreira (GUE/NGL), por escrito. – Perante o aprofundamento da crise estrutural do capitalismo, os sectores mais reacionários e agressivos da classe dominante apostam crescentemente no fascismo e na guerra para salvar o sistema, para manter a todo o custo a ordem social iníqua que o caracteriza.

A luta contra o fascismo será inconsequente se não identificar o caldo de cultura que o alimenta: as injustiças e desigualdades geradas pelo capitalismo, a polarização da riqueza sem precedentes, o desemprego, a precariedade e o trabalho sem direitos generalizados, os salários estagnados ou tendo retrocedido para níveis anteriores a 2007/2008. O seu crescimento seria impossível sem um tratamento mediático esquizofrénico que tanto esconde como exagera graves manifestações de natureza reacionária e fascizante, num comportamento ideológico que tende a banalizar o fenómeno em lugar de o combater.

As dificuldades e as contradições do sistema de representação liberal burguês favorecem a demagogia e uma radicalização de extrema-direita apresentada como «antissistema», e em que – como na União Europeia – as ingerências e imposições que espezinham as soberanias nacionais são exploradas para fomentar o nacionalismo, alimento fundamental do racismo e do fascismo.

O fascismo não é uma fatalidade. Mas é um perigo real que é necessário combater com a maior energia. Um combate em que estaremos na primeira linha. Como sempre.

Soraya Post (S&D), in writing. – Nazis are allowed to march on our streets and spread their hate. These groups attack everyone that does not fit into their fascist view of society: ethnic and religious minorities, refugees, LGBTI-people, feminists, human rights activists and political opponents.

They attack our democracy and freedom.

Why and what are we as a society waiting for?

We have already seen in Europe what fascism can do.

When are we going to learn from the past?

We have to ban Nazi and fascist organisations in Europe. We have to stand together against hate and violence.

It is our duty to stop this growing neo-fascist violence and hate.

It is our duty to protect and revive our democracy before it is too late.

Ελισάβετ Βόζεμπεργκ-Βρυονίδη (PPE), γραπτώς. – Ο Ζαν Πωλ Σαρτρ έλεγε ότι ο φασισμός δεν ορίζεται από τον αριθμό των θυμάτων του, αλλά από τον τρόπο που τα σκοτώνει. Η έξαρση της νεοφασιστικής βίας ακολουθεί τη γενικότερη άνοδο ακροδεξιών κινημάτων, που αποδίδεται κυρίως στην οικονομική και τη μεταναστευτική κρίση. Στα κράτη μέλη που επλήγησαν περισσότερο από την οικονομική κρίση, η ανεργία, η λιτότητα, η κατάρρευση του κοινωνικού συμβολαίου και η περιθωριοποίηση σημαντικού τμήματος του πληθυσμού, το κατέστησαν επιρρεπές στον πολιτικό λόγο των άκρων. Ένα λόγο διχαστικό και λαϊκιστικό με προπαγανδιστική ρητορική, που στοχεύει στο θυμικό του αποδέκτη, παρακάμπτοντας κάθε λογική διεργασία. Σε ένα περιβάλλον ανασφάλειας και αβεβαιότητας, ακραίοι αντιευρωπαίοι κατάφεραν να ενσταλάξουν ένα νέο είδος κυνισμού στην πολιτική, έμπλεο ξενοφοβίας, μισαλλοδοξίας και εθνολαϊκισμού, καταφεύγοντας στην εργαλειοθήκη του φασισμού, που έμενε σφραγισμένη για 70 χρόνια. Το κλίμα εχθρότητας και η «νομιμοποίηση» της βίας ακολούθησαν ως συνέπειες, έχοντας οδηγήσει στην άνοδο της νεοφασιστικής και της ρατσιστικής βίας ακόμη και σε χώρες που δεν είχαν πληγεί ιδιαίτερα από την οικονομική ή την προσφυγική κρίση. Απάντησή μας σε κάθε ακραία φωνή και στους εθνολαϊκιστές: ένα νέο κοινό ευρωπαϊκό όραμα, στηριγμένο απόλυτα στις αρχές της αλληλεγγύης και της συνεργασίας. Η ευρωπαϊκή κυριαρχία πηγάζει από την εθνική κυριαρχία και δεν την αντικαθιστά.

18. Entziehung von Wahlrechten in der EU (Aussprache)

Președintele. – Următorul punct de pe ordinea de zi este dezbaterea privind:

— întrebarea cu solicitare de răspuns oral referitoare la privarea de drepturi de vot în UE, adresată Consiliului de Cecilia Wikström, în numele Comisiei pentru petiții (O-000069/2018 - B8-0039/2018) (2018/2676(RSP)) și

— întrebarea cu solicitare de răspuns oral referitoare la privarea de drepturi de vot în UE, adresată Comisiei de Cecilia Wikström, în numele Comisiei pentru petiții (O-000070/2018 - B8-0040/2018) (2018/2676(RSP)).

Cecilia Wikström, author. – Mr President, it's very interesting to be discussing this issue, which is of great importance to EU citizens, at this hour. However, I'm very pleased that this debate is taking place since voting rights is a key issue for the committee of which I am Chair, namely the Committee on Petitions, in this House.

Participation in the democratic life of the EU and the electoral rights of EU citizens living abroad in another Member State in the Union is frequently the subject of petitions to my committee. Six Member States – namely Cyprus, Denmark, Germany, Ireland, Malta and the United Kingdom – systematically deprive their nationals of the right to vote in national elections due to their residence in another Member State. The same Member States also disenfranchise their nationals in European elections if they live permanently in a third country.

However, the right to vote is a fundamental right. Therefore, depriving citizens of the right to vote once they move to another EU Member State is effectively equivalent to punishing these citizens for having exercised their right to free movement in the Union.

These persons very often feel like second-class citizens. These practices can change their whole lives without giving them the opportunity to participate, which was the case for all the British citizens who were not allowed to participate in the referendum about Brexit because they had lived in another Member State for some time. However, they were directly affected by the result when Brexit was a fact. It is therefore high time that the Member States in this Union address this very concrete concern because disenfranchisement has huge consequences for all the individuals concerned.

The loss of electoral rights for citizens moving to another Member State can be seen as an infringement upon freedom of movement under EU law. It could potentially stop EU citizens from exercising their right to free movement in the Union. Indeed, the discouraging effect in each individual case may be difficult to prove, but the violation of EU citizenship rights does not require statistical or other evidence. It's enough to read the petitions to our committee.

The main justification for disenfranchisement, that citizens living abroad no longer have sufficient links with their home country, seems completely outdated in the globalised world of today. We are interconnected with each other. The nationality bond with a state is still the main connecting factor for the rights and obligations of each citizen, but citizens resident abroad still have obligations deriving from their nationality so they should also be conferred their corresponding rights. In addition, there has been a Eurobarometer on electoral rights, where two-thirds of the respondents thought that it was not at all justified that people lose the right to vote in national elections in their country simply because they reside in another EU country.

The Committee on Petitions considers that EU citizens who move to reside in another Member State should have the possibility to exercise their right to vote in the national elections of their country of origin. The committee therefore calls on those Member States that disenfranchise nationals who choose to live for an extended period in another Member State to ease the conditions for these nationals and preserve their right to vote in national elections. The committee is aware of the fact that the decision on who is conferred the right to vote in national and European elections lies with the Member States. Nevertheless, we also know that the problem of the disenfranchisement of voting rights has been known for a long time. It is therefore high time to take action now.

We therefore urge the Commission to propose specific measures for removing any obstacles to free movement. Especially in view of the upcoming elections in May next year, we must safeguard the right of all EU citizens to choose to vote either in their Member State of origin or in the host Member State where they reside. I look forward to hearing your answers to the questions put forward by the Committee on Petitions.

Juliane Bogner-Strauss, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, the possibility for citizens to express their political will by exercising their right to vote is part of the very fabric of democracy. The Union itself is founded on the value of respect for democracy. For the Council, increasing and improving citizens' participation in the democratic life of the Union is a priority and all European institutions and Member States should join forces to achieve this objective.

The Presidency notes the concerns voiced by Ms Wikström, reflecting the concern of the authors of the petition regarding the consequences of the disenfranchisement of voting rights in national elections in some Member States in relation to the exercise of the freedom of movement. However, the Treaties do not confer any power to the Council to act in this regard, as this is a matter of national sovereignty, which in many Member States is regulated by the Constitution.

Concerning the facilitation of the exercise of the right to vote, I want to emphasise that in July, the Council adopted a revision of the 1976 electoral law act, encouraging the Member States *inter alia* to take the measures necessary to allow citizens residing in third countries to vote in elections to the European Parliament. This has been without any doubt an important move towards a more participative European election process.

Regarding the upcoming elections to the European Parliament, the Council supports the EU-wide information and awareness raising campaign on EU citizenship rights, including electoral rights to support turnout. In particular, last year the Council adopted conclusions where it invited Member States to enhance citizens' participation in the EU democratic process, for example, by better informing them of their rights to vote in local and European elections and by removing barriers to their participation.

In the discussion held last year in the Council on the EU citizenship report 2017, the Council asked the Commission to promote best practices implemented in the Member States to help citizens vote or stand in EU elections. The Council also considered as a positive measure the developments by the Commission of a multilingual standard form to facilitate the swift exchange of information between Member States to its contact points about the rights of citizens to stand as a candidate when residing in another Member State.

Věra Jourová, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members, first of all let me thank the Petitions Committee for tabling this question. In my answer I will summarise what the Commission has done up to now on this issue.

Already in the 2013 citizenship report, the Commission underlined that full participation of Union citizens in the democratic life of the Union at all levels is the very essence of Union citizenship. The right to vote is also clearly at the base of democracy. While most Member States allow their citizens to vote in national elections and referenda in their home countries, a few, enumerated by Madam Wikström today, set considerable restrictions on this right when citizens move to another EU Member State. Since no EU country currently awards foreign nationals the right to vote in national elections and referenda, it means that some EU citizens cannot vote in such elections in any of the EU Member States. The Commission recognises that Member States are solely competent to determine who can benefit from the right to vote in national elections. The EU Treaties only guarantee EU citizens the right to vote in their state of residence in municipal and European elections. However, the founding premise of Union citizenship is that it is additional to national citizenship and is meant to give additional rights. The fact that the exercise of the right to free movement may lead to losing the right of political participation is at odds with that principle.

The Commission has kept the situation under observation for a number of years and the Commission therefore issued a recommendation in 2014, in which Member States were asked that their nationals might apply to remain registered on the electoral roll and therefore retain their right to vote. In last year's 2017 report on EU citizenship the Commission referred to this issue of disenfranchisement in national elections. It noted that 67% of respondents to the 2015 Eurobarometer on EU citizenship felt it was unjustified that citizens should lose their right to vote in national elections in their country of origin.

In April this year the Commission included this issue in the discussion paper transmitted to Member States ahead of an exchange between national election authorities organised following the Commission recommendation of February 2018 on the efficient conduct of the European elections.

Let me assure you that the Commission continues to monitor developments and initiate specific actions within its competence. The annual fundamental rights colloquium to be held on 26 and 27 November this year in Brussels is dedicated to this issue and the title of this year's colloquium is 'democracy in the European Union'. You are warmly welcomed to this event.

The colloquium will include a session focused on the exercise of the right to vote when moving to another Member State. I am convinced that if we work together we can induce improvements. With regard to the question on the complaints received by the Commission, I would like to inform you that we analysed the ten complaints received in the past five years, but had to conclude that it was not possible to take further action, notably because of lack of competence.

Michaela Šojdrová, za skupinu PPE. – Pane předsedající, volební právo principiálně souvisí s právním státem a výkonem politických práv a také s volným pohybem občanů Evropské unie. Zaráží mě, že v 21. století některé členské státy odepírají v národních volbách volební právo občanům, kteří žijí v zahraničí. Právo volit je přeci jedním ze základních občanských práv a občané téhož státu by si měli být ve svých právech rovni. Pokud stát občanům v některých situacích neodůvodněně odepírá volební právo, fakticky tím vytváří druhořadé občanství. Provinil se snad občan tím, že pracuje, studuje nebo pobývá v jiné zemi? To přece ještě neznamená, že mu je osud jeho země lhostejný a že by neměl mít právo se vyjadřovat k jeho záležitostem. Členské státy by proto měly více dbát na doporučení Komise z roku 2014 a umožnit účast v národních volbách alespoň těm občanům žijícím v zahraničí, kteří o to požádají.

V institucích Evropské unie bychom se však měli zabývat především evropskými volbami. Za nešťastné považuji to, že některé členské země – a Česká republika mezi ně patří – neumožňují v evropských volbách svým občanům žijícím v zahraničí volit své národní kandidáty. Velmi podporuji aktuální návrh zákona, který byl v ČR předložen, na zavedení korespondenčního hlasování. V evropských volbách by totiž tento zákon vůbec poprvé umožnil českým občanům volit české kandidáty ze zahraničí. Považuji to za fér z hlediska rovného zacházení s občany žijícími v zahraničí. A věřím tomu, že by se tím i zvýšila volební účast. V návaznosti na tuto novou možnost vznikne samozřejmě i potřeba zamezit dvojímu uplatnění volebního práva. Věřím ale, že nám v tom pomůže dobrá spolupráce a výměna zkušeností s ostatními členskými státy stejně jako nedávno schválená novela volebního kodexu.

Jude Kirton-Darling, on behalf of the S&D Group. – Mr President, EU citizenship is fundamental for our millions of citizens. It is a shared identity in addition to our national or regional identities which unlocks the possibilities of exploring this great continent, allowing free movement and the opportunity to live, work and study in other EU countries. Political rights as basic as the right to vote or stand as a candidate sit at the very heart of our shared European values.

Since the EU referendum, we Brits are perhaps more aware than most of the value of EU citizenship, since we fear we will lose it. However, while we might share equal treatment protection in the workplace and in access to university places, we do not have equal treatment in that most fundamental bedrock of our societies: the right to democratic participation. Citizens who have taken advantage of the freedom of movement from five Member States, notably my own, often find themselves completely disenfranchised of national representation. They are unable to vote in national elections, both in their home country and in their adopted country.

While I have sympathy for those who argue the logic that citizens who live in another Member State may not be affected by domestic laws or taxes made in their home country, this complete lack of national voting rights for EU citizens who have moved using EU treaty rights is incompatible with our European values.

Moreover, today we have a further complication – in fact, we have lots of complications in relation to Brexit – as we will see EU citizens, either UK nationals in the rest of the EU or EU citizens in the UK, disenfranchised on purpose. These EU citizens, whether Brits abroad for longer than 15 years or EU nationals from our sister countries in the UK, are the most acutely affected by Brexit. Yet they had no say in 2016, and now their democratic rights are being disregarded again as there are no provisions in the draft withdrawal agreement on voting rights, no guarantee of existing rights and no provision for future rights. This is a moral dereliction of duty. What are you doing in the Commission and the Council to avoid this intentional disenfranchisement? Personally, I support a people's vote and a final say for all.

Νότης Μαρτιάς, εξ ονόματος της ομάδας ECR. – Κύριε Πρόεδρε, η πρωτοβουλία της Επιτροπής Αναφορών να φέρει προς συζήτηση τη στέρηση των εκλογικών δικαιωμάτων σε επίπεδο Ευρωπαϊκής Ένωσης νομίζω ότι είναι πάρα πολύ σημαντική. Και πρωτοβουλίες τέτοιου είδους πρέπει να αναλαμβάνουμε συχνά, καθώς θα προχωρούμε προς τις ευρωεκλογές, γιατί πρέπει να υπάρξει πλήρης διασφάλιση και άσκηση των εκλογικών δικαιωμάτων κατά τη διάρκεια των ευρωεκλογών, οι οποίες έρχονται σε πολύ σύντομο χρονικό διάστημα.

Θα πρέπει να υπάρξει πλήρης διασφάλιση και άσκηση των εκλογικών δικαιωμάτων για όσους έχουν φύγει από τα κράτη μέλη καταγωγής τους. Και αυτό ισχύει για πάνω από 400.000 Έλληνες πολίτες που έφυγαν από την Ελλάδα λόγω της κρίσης, οι οποίοι πρέπει να μπορούν να ασκήσουν τα εκλογικά δικαιώματά τους. Και όσο είναι στην Ευρωπαϊκή Ένωση, αυτό, τουλάχιστον από πλευράς Ελλάδας, είναι δυνατό. Έχουν δηλαδή τη δυνατότητα να ψηφίσουν με ελληνικό ψηφοδέλτιο, ακόμη και αν είναι π. χ. στη Γαλλία.

Θα πρέπει όμως αυτή η δυνατότητα, κατά την άποψή μας, να δοθεί και σε όσους Έλληνες πολίτες είναι εγγεγραμμένοι στους εκλογικούς καταλόγους και κατοικούν σε τρίτες χώρες, κατά κύριο λόγο στις Ηνωμένες Πολιτείες, στην Αυστραλία, στον Καναδά. Πρόκειται για την ελληνική ομογένεια η οποία, εφόσον είναι εγγεγραμμένη στους ελληνικούς εκλογικούς καταλόγους, θα πρέπει να μπορεί να ασκήσει το δικαίωμά της αυτό στις ευρωεκλογές, είτε με επιστολική ψήφο είτε στα προξενία και στις πρεσβείες της Ελλάδας στις χώρες αυτές. Μόνο με αυτό τον τρόπο μπορεί να υπάρξει πλήρης άσκηση των εκλογικών δικαιωμάτων.

Θεωρώ επίσης ότι πρέπει να επεκταθεί η συζήτηση για να εξετάσουμε τους όρους με τους οποίους τα μέσα μαζικής ενημέρωσης προβάλλουν τις ευρωεκλογές και τις απόψεις των πολιτικών κομμάτων.

Beatriz Becerra Basterrechea, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señor presidente, gracias señora Jourová por estar aquí hoy, porque hablamos de la libre circulación de personas, que ha sido una de las principales banderas históricas de la Unión Europea.

Sin embargo, esta libertad se pervierte cuando un ciudadano europeo se traslada a otro país de la Unión y pierde su derecho de votar en su país de origen. Esto es lo que ocurre en varios Estados miembros —entre ellos, el Reino Unido—, que retiran el derecho de voto a los ciudadanos cuando trasladan su residencia.

¿Qué habría pasado con el *Brexit* si el millón de británicos residentes en otros países de la Unión Europea hubieran podido votar en ese referéndum? Y también está el caso de países como España, que no retiran el derecho de voto, pero crean procedimientos tan complejos que en la práctica es imposible ejercerlo. Se llama «voto rogado».

Es profundamente antieuropeo que haya fronteras para los derechos fundamentales, que cuando un europeo cambie su residencia dentro de la Unión se convierta en ciudadano de segunda. Está en nuestras manos evitarlo.

Ángela Vallina, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor presidente, en los últimos años, efectivamente, hemos observado en la Comisión de Peticiones de este Parlamento una triste realidad, en la que el derecho al voto, un derecho político básico, es negado sistemáticamente a millones de ciudadanos y ciudadanas de la Unión. En mi país, por ejemplo, la reforma de la Ley Orgánica de Régimen Electoral ha ayudado a que el 95 % de las personas que vive en el extranjero no participe en las elecciones, por las barreras administrativas existentes.

Las técnicas utilizadas, vistas en otros países también, incluyen el voto rogado, plazos imposibles de cumplir, trámites consulares complejos, pagarse los propios gastos de envío del voto, pérdidas de la documentación para votar, falta de personal en los consulados, etcétera. Votar se ha convertido en un calvario para más de dos millones y medio de personas que viven fuera de España.

Así que, como representantes elegidos, exigimos que los Estados cumplan con los principios democráticos, eliminen todas las barreras posibles y que la Comisión haga una evaluación global del cumplimiento de las leyes electorales en base a sus competencias.

No tomar medidas supone robarle a la ciudadanía la posibilidad de expresarse, y robarle aún más al sistema la legitimidad que tiene.

David Coburn, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, every country has the right to establish its own rules on how to conduct elections. Countries like Great Britain, which has had a functioning parliament for over a thousand years, do not need, with due respect, advice from the European Parliament, which only allowed elections in 1979.

The rules in the UK are clear: a person cannot vote in a UK election if they are not on the electoral roll. This is a means by which we can ensure only people entitled to vote can do so. Without this very reasonable check, we could see elections in jeopardy. Already postal vote fraud perpetrated in some migrant communities has undermined the integrity of the vote in many constituencies. Over the last decade, an average of 282 complaints per election reached the Electoral Commission concerning electoral fraud. We have every right to maintain our strict system in the face of these challenges.

The EU complains about our system but fortunately, in March we won't be here so you won't have that problem. I would say to Ms Kirton-Darling and Ms Becerra Basterrechea regarding more Brits voting for the European Union if they're abroad that I lived abroad for many years and you don't get anybody more pro-Brexit than me.

Peter Jahr (PPE). – Herr Präsident! Das Hohe Haus sollte dem Petitionsausschuss sehr dankbar sein dafür, dass wir das Thema diskutieren. Allerdings ist es nicht gerade die beste Sende- und Sitzungszeit. Vielleicht sollte man das in Zukunft beachten, denn das Thema ist an sich viel zu ernst, als dass wir das so nebenbei als letzten Tagesordnungspunkt behandeln müssen.

An und für sich scheint ja alles eindeutig. Die Staatsbürgerschaft und die damit verbundenen Rechte werden durch die Mitgliedstaaten geregelt. Das Recht zu wählen gehört mit dazu und liegt in der Verantwortung der Mitgliedstaaten. Nun glaubt man ja als naiver Zeitgenosse, dass die Mitgliedstaaten sich bemühen, dass ihre Bürger auch lange dieses Recht behalten. Die Wahrheit ist aber teilweise anders oder, um es staatsmännisch zu formulieren: Die Mitgliedstaaten entscheiden in der Europäischen Union sehr unterschiedlich, wann und wie die Bürgerinnen und Bürger, die nicht mehr auf ihrem Staatsgebiet wohnen, ihr Wahlrecht ausüben können. Wir können nicht akzeptieren, dass ein Wahlrecht in der Europäischen Union de facto vom Geburtsort abhängig ist. Meine Vorrednerin hat es schon gesagt: Besonders spektakulär war die Situation ja beim Brexit, wenn man so will: Bürgerinnen und Bürger Großbritanniens, die im Auftrag ihres Landes in Brüssel gearbeitet haben, durften sich nicht mal am Votum über den Brexit beteiligen. Das ist an sich eine ziemlich groteske Situation.

Deshalb bitte ich – eindringlich – auch den Rat – wir wissen ja im Petitionsausschuss selber, wie die gesetzliche Lage ist –, über das Wahlrecht zu diskutieren, es zu harmonisieren und eine bessere Lösung zu finden. Denn das Wahlrecht ist ein Grundrecht, und das sollte man den Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union nicht nehmen und vor allen Dingen nicht vom Geburtsort abhängig machen.

Michela Giuffrida (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, è imminente la più importante, più decisiva consultazione elettorale della storia d'Europa. Eppure noi l'affronteremo in mancanza di un intervento che deve invece assolutamente arrivare, ancora una volta privando migliaia di cittadini europei del diritto di voto, assieme a quello della libera circolazione, se questi risiedono in un paese diverso da quello di appartenenza.

E questo accade in mancanza di una legislazione uniforme perché non tutti gli Stati eliminano le barriere burocratiche e consentono l'esercizio di voto in queste condizioni. Tutto questo è veramente assurdo e assolutamente anacronistico. Sappiamo bene quanto spesso le procedure di voto all'estero siano complicate, ma chiedo al Consiglio come si possa ancora oggi, a maggior ragione, in un momento in cui massima dovrebbe essere la coerenza rispetto ai valori fondanti di partecipazione e condivisione e comune progettualità, come sia possibile portare avanti una situazione del genere.

Grazie all'intervento della commissione per le petizioni, noi speriamo che si colmi quella che è una lacuna enorme per l'esercizio democratico di tutti i cittadini europei.

Martina Anderson (GUE/NGL). – Mr President, citizenship is supposed to be a community of equals, yet 1.8 million EU right holders in the North of Ireland could be disenfranchised from their democratic right to vote and to stand in the European elections post Brexit. LBC has reported that the DUP wants, I quote, 'as hard a border as possible' in Ireland and disenfranchised citizens, no matter the cost. It is against the very principle of democracy that the citizens be left without a voice in any decision-making process that affects them, but that is actually what the Democratic Unionist Party is saying.

Sinn Féin has legal advice that demonstrates there is no constitutional or legal impediment to (a) facilitate external voting for all Irish nationals and (b) create a new European constituency for the North of Ireland. It is the entitlement and birthright of everyone born on the island of Ireland to be part of the Irish nation and therefore the Irish Government needs to amend its national law to reflect this. Civil liberties for people in the North of Ireland cannot be allowed to evaporate before our very eyes, and I want to say that this Parliament and the EU are saying they are going to uphold the Good Friday Agreement in all of its parts, then that means upholding the civil liberties of the people in the North of Ireland too.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE). – Señor presidente, el derecho de sufragio es un derecho fundamental y está reconocido en los propios Tratados. Es más, cuando hablamos de ciudadanía europea es esencial garantizar el derecho a la participación política.

Votar es un derecho civil básico; no es, en ningún caso, un privilegio. Hemos recibido en la Comisión de Peticiones muchísimas peticiones alertando de la dificultad de poder ejercer ese derecho fundamental en algunos países de la Unión: en Alemania, en Dinamarca, en Chipre, en Malta, en Irlanda y en el Reino Unido; en España y Portugal, dificultades por los obstáculos existentes para poder ejercitar este derecho.

Es necesario garantizar esta participación política si queremos realmente conseguir el cumplimiento de los valores europeos. En este sentido, en España, parece que se van a eliminar obstáculos para poder ejercer este derecho al voto. Las últimas noticias es que se va a eliminar la petición del voto rogado para que pueda durar cuatro años; se van a ampliar los plazos para que la documentación llegue al elector; se van a habilitar, además de los consulados, los institutos Cervantes, las casas regionales, las casas de España y otros centros para poder facilitar el derecho al voto, y se intentará siempre que las garantías y la transparencia posibiliten al máximo esa participación política.

Es verdad que la problemática del voto exterior es más compleja porque hay más vulnerabilidad y es más difícil garantizar la transparencia, pero es imprescindible trabajar desde la Comisión, el Consejo y los Estados miembros para garantizar que la libre circulación de ciudadanos europeos, que es uno de los logros de la Unión, no impida nunca el derecho a la participación política.

Tenemos que lograr —y, en ese sentido, creo que pueden hacer mucho la Comisión y el Consejo— que la participación electoral de la diáspora deje de ser, de una vez por todas, la cenicienta de la democracia.

Catherine Stihler (S&D). – Mr President, thank you for giving me the opportunity to speak this evening. Firstly, I want to say how appalled I was today to hear the British Prime Minister boast about ending freedom of movement. This is denying every UK citizen the opportunity to live, work and study across 27 countries. On a personal level – I myself, my family, my friends, my constituents – we are all going to lose our EU citizenship. This is something we value and it is shameful to boast about denying individuals the rights they currently enjoy. With Brexit, far from creating a global Britain, my country is becoming Little Britain, smaller, insular and isolated.

On voting rights, the dreadful disenfranchisement of UK citizens living abroad during the EU referendum is one which the EU must never allow to happen again. How could those who have most to lose have been denied their rightful say? The terrible uncertainty hanging over UK citizens currently living in the EU is one which could have been avoided. The EU needs to act to protect all its citizens' rights.

John Howarth (S&D). – Mr President, can I first of all reiterate everything my colleague Catherine Stihler said just now. The right to vote is a fundamental right, and it is the fundamental right that itself protects democracy, because at the end of the day, it is democracy that protects the individual from the excesses of the state. That can only be protected by participation. However, instead of making it easier for people to vote now, we seem to be making it more difficult, either by rigging the register or making it more difficult for people to turn out to vote on the day.

It is vital that we give people who move the right to vote, because it's people who move in search of work, to discover, to learn, to export, to trade or to create wealth who are the people to whom we need to give a stake in the communities in which they choose to live. Those who have chosen to live in the European continent have been betrayed by the British Government in that referendum and betrayed in the withdrawal agreement. We are now seeing Brexit for what it is, namely the wholesale removal of rights from individuals by the state. They should get the right to reconsider the outcome.

(Applause)

Intervenții la cerere

Csaba Sógor (PPE). – Mr President, the fundamental right to be able to vote in elections is the most important of political participation rights. Democratic participation at elections confers legitimacy to those exercising public power and their decisions affecting citizens.

Democratic participation is also linked to the right of free movement in the European project. Nowhere was this more visible than in the Brexit referendum, in which more than 700 000 British expat citizens were not entitled to vote, although it was clear from the beginning that, out of all citizens, it was their lives that the referendum result would affect the most.

Citizens who move to and reside in another EU Member State should not be stripped of their democratic rights in their country of origin. The Council and the Member States are well advised to take steps to ease the conditions of disenfranchisement and to protect the right of EU nationals living in another EU Member State to vote in elections and referenda taking place in their home country.

(Applause)

Julie Ward (S&D). – Mr President, (*inaudible*) citizens in modern democracies and free movement of citizens is one of the founding principles of the EU, enshrined in the Treaties. Despite both these statements being facts, thousands of citizens are unable to exercise their right to vote because they've used the opportunity to live in another European country.

As an elected Member from the United Kingdom, I'm appalled at my national government's disregard for British citizens' freedom to exercise conjointly the right to vote and the right to move freely in other European countries. Another very urgent issue concerns the rights of UK citizens who, despite having lived in European countries for many years, may not be able to take part in the local political life of their host country. This is also a concern for European citizens living in the UK.

These voting rights are not merely abstract ideas, they have a concrete effect on national and European politics – one of them being the gerrymandered results of the 2016 British referendum. Now, less than one year away from the European elections, I hope colleagues realise what is at stake. The very survival of our citizens' faith in the European Union as a truly democratic project.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL). – Mr President, Ireland is one of six EU Member States which deprived their citizens of the right to vote in national parliamentary elections due to residence abroad. As I'm sure you probably know, there are a lot of Irish people abroad. If you're gone for longer than 18 months, you've given up your right to representation, it seems.

However, during both the marriage and abortion referendums, the 'Get the Boat to Vote' campaign demonstrated that thousands of Irish people abroad are deeply concerned about the future of their country and, if the property market would allow it, they would one day return. Last year our government made the tokenistic proposal to extend voting rights in the election of the president, a largely ceremonial role with no executive powers. Why not enact meaningful reform and allow every Irish citizen a say in how the country is actually run?

The answer, of course, is that these disenfranchised voters are also disenfranchised voters, and cannot be counted on for their support. By consistently refusing to act and privileging those voters who didn't have to resort to migration, Ireland is effectively gerrymandering the country and blocking those most affected by the catastrophic decisions of successive Irish governments. It's got to change.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, το δικαίωμα της ψήφου είναι θεμελιώδες, είναι αναφαίρετο και, για τον λόγο αυτό, είναι αυτονόητο για κάθε πολίτη κράτους της Ευρωπαϊκής Ενώσεως. Κάθε κράτος έχει την υποχρέωση να λαμβάνει τα απαιτούμενα μέτρα, ούτως ώστε να εξασφαλίζει τη δυνατότητα στους ψηφοφόρους του να ψηφίζουν, είτε κατοικούν στη χώρα τους είτε σε άλλη χώρα της Ευρωπαϊκής Ενώσεως, ακόμη και σε χώρα άλλης ηπείρου.

Ορισμένες χώρες όμως δυστυχώς δεν δίνουν το δικαίωμα αυτό στους πολίτες τους και δεν τους επιτρέπουν να ψηφίζουν στις ευρωεκλογές, όταν ζουν σε άλλη χώρα εκτός από τη δική τους. Το επιχείρημα το οποίο προβάλλουν ότι κάποιος ο οποίος ζει σε τρίτη χώρα –εννοώ σε άλλη χώρα της Ευρωπαϊκής Ενώσεως– δεν έχει καλή πληροφόρηση, άρα δεν μπορεί να έχει και ορθή κρίση για τα όσα συμβαίνουν στην πατρίδα του, είναι τουλάχιστον υποκριτικό. Η Ελλάδα εξασφαλίζει το δικαίωμα στους Έλληνες πολίτες που ζουν σε χώρες της Ευρωπαϊκής Ενώσεως να ψηφίζουν στις ευρωεκλογές. Δεν αναγνωρίζει όμως αυτό το δικαίωμα στην ομογένεια η οποία ζει εκτός Ευρωπαϊκής Ενώσεως.

(Încheierea intervențiilor la cerere)

Věra Jourová, *Member of the Commission*. – Mr President, as I said at the beginning of this very interesting debate, the Commission does not have the general power to intervene in electoral matters and it is primarily for the Member States to lay down the arrangements on national elections, including defining the composition of the electorate. As I also said, the Commission will continue to work in this area within its limited competences under the Treaty.

We have used and will continue to use all the tools at our disposal to address the issue of losing the right to vote in exercising the right of free movement. We look forward to continue working with Members of the European Parliament on this matter, and thank you for your attention.

Juliane Bogner-Strauss, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, the Council notes that, in accordance with Article 4, the Union must respect the national identities of Member States and that it belongs solely to the Member States to decide on the composition of the electorate for national elections. However, I want to thank you very much for raising awareness about these issues, which are important for those Union citizens who wish to move freely to another Member State and not to be penalised by such decisions.

As mentioned by Commissioner Jourová, there will be a Colloquium on Fundamental Rights, where this issue will certainly be discussed in more detail. I think that we will certainly have the opportunity at this event to deepen the exchange.

President. – The debate is closed.

19. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

20. Schluss der Sitzung

(The sitting closed at 22.42)

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



C/2024/3519

6.6.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 3. OKTOBER 2018

(C/2024/3519)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2018-2019

Sitzungen vom 1. bis 4. Oktober 2018

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	4
2. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll	4
3. Rechtsstaatlichkeit in Rumänien (Aussprache)	4
4. Aussprache mit dem estnischen Ministerpräsidenten Jüri Ratas über die Zukunft Europas (Aussprache)	22
5. Wiederaufnahme der Sitzung	42
6. Zusammensetzung des Parlaments	42
7. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 69c GO)	42
8. Berichtigung (Artikel 231 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll	42
9. Abstimmungsstunde	43
9.1. Harmonisierung und Vereinfachung bestimmter Regelungen des Mehrwertsteuersystems (A8-0280/2018 - Jeppe Kofod) (Abstimmung)	43
9.2. Mehrwertsteuer: Anwendungszeitraum der Umkehrung der Steuerschuldnerschaft und des Schnellreaktionsmechanismus (A8-0283/2018 - Sirpa Pietikäinen) (Abstimmung)	43
9.3. Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet der Verbrauchsteuern in Bezug auf den Inhalt elektronischer Verzeichnisse (A8-0285/2018 - Ivana Maletić) (Abstimmung)	43

Inhalt	Seite
9.4. Bewertung von Gesundheitstechnologien (A8-0289/2018 - Soledad Cabezón Ruiz) (Abstimmung)	43
9.5. Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen und für neue leichte Nutzfahrzeuge (A8-0287/2018 - Miriam Dalli) (Abstimmung)	43
9.6. Mehrwertsteuersätze (A8-0279/2018 - Tibor Szanyi) (Abstimmung)	43
9.7. Internationale Rechnungslegungsstandards: IFRS 17 Versicherungsverträge (B8-0442/2018) (Abstimmung)	43
9.8. Dezentrale Transaktionsnetzwerke und Blockkettensysteme: mehr Vertrauen durch verringerte Kreditmittlertätigkeit (B8-0397/2018) (Abstimmung)	44
9.9. EU-Agenda für ländliche Gebiete, Bergregionen und entlegene Gebiete (B8-0399/2018) (Abstimmung)	44
10. Stimmerkklärungen	44
10.1. Harmonisierung und Vereinfachung bestimmter Regelungen des Mehrwertsteuersystems (A8-0280/2018 - Jeppe Kofod)	44
10.2. Bewertung von Gesundheitstechnologien (A8-0289/2018 - Soledad Cabezón Ruiz)	45
10.3. Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen und für neue leichte Nutzfahrzeuge (A8-0287/2018 - Miriam Dalli)	46
10.4. Mehrwertsteuersätze (A8-0279/2018 - Tibor Szanyi)	49
10.5. Internationale Rechnungslegungsstandards: IFRS 17 Versicherungsverträge (B8-0442/2018)	49
10.6. Dezentrale Transaktionsnetzwerke und Blockkettensysteme: mehr Vertrauen durch verringerte Kreditmittlertätigkeit (B8-0397/2018)	50
10.7. EU-Agenda für ländliche Gebiete, Bergregionen und entlegene Gebiete (B8-0399/2018)	50
11. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	52
12. Wiederaufnahme der Sitzung	52
13. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	52
14. Mindesteinkommen für ein faires Europa: ein Bürgerrecht (Aussprache über ein aktuelles Thema)	52
15. EU-Agentur für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) (Aussprache)	71
16. Gegenseitige Anerkennung von Sicherstellungs- und Einziehungsentscheidungen (Aussprache)	80
17. Freier Verkehr nicht personenbezogener Daten in der Europäischen Union (Aussprache)	90

Inhalt	Seite
18. Geldwäscherisiken im EU-Bankensektor (Aussprache)	100
19. Zusammensetzung der Ausschüsse und der Delegationen: siehe Protokoll	113
20. Humanitärer Notstand im Mittelmeer: Unterstützung lokaler und regionaler Gebietskörperschaften (Aussprache)	113
21. Bekämpfung von Zollbetrug und Schutz der Eigenmittel der EU	133
22. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll	141
23. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	141
24. Mittelübertragungen und Haushaltsbeschlüsse: siehe Protokoll	141
25. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	141
26. Schluss der Sitzung	141

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 3. OKTOBER 2018

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Presidente

1. Eröffnung der Sitzung

(La seduta è aperta alle 9.05)

Cécile Kashetu Kyenge (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il 3 ottobre del 2013, 366 persone persero la vita al largo di Lampedusa, nel tentativo di raggiungere le nostre coste. Il governo di allora rispose lanciando la più grande missione umanitaria nel Mediterraneo, Mare Nostrum.

Il mio pensiero oggi non va solo alle vittime, ma anche a chi si impegna, ogni giorno, a salvare vite umane, alle donne e agli uomini della Guardia Costiera italiana, ai sindaci impegnati nell'accoglienza e integrazione, alle ONG, purtroppo sempre più criminalizzate per la loro attività umanitaria.

Vorrei che questa data fosse ricordata come Giornata della memoria per onorare tutti gli uomini, le donne e i bambini che hanno perso la vita perché costretti a lasciare il proprio paese.

2. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

3. Rechtsstaatlichkeit in Rumänien (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione sulla dichiarazione del Consiglio e della Commissione sullo Stato di diritto in Romania (2018/2844(RSP)).

Juliane Bogner-Strauss, President-in-Office of the Council. – Mr President, you have invited the Presidency to take part in this debate. To begin with, I would like to underline the importance of common values, such as democracy, the rule of law and human rights, as cornerstones of the European Union. It is crucial that every Member State respects, protects and promotes them. Values like the rule of law and the separation of powers are not negotiable and have to be at the heart of our attention. It is of great importance to stay in constant dialogue and to cooperate in order to ensure the best standards and conditions for all citizens.

The Council addressed the situation in Romania in its conclusions on the Cooperation and Verification Mechanism adopted on 12 December 2017. The Council reiterated the importance for Romania of focusing on further consolidation and fully addressing the concerns in the recommendations set out by the Commission in its report on progress achieved in Romania under the Cooperation and Verification Mechanism.

Of great value, too, are the widely acknowledged opinions of the Venice Commission. The Presidency is aware that the Romanian authorities are in constant contact with both the Venice Commission and the European Commission to find solutions to the issues raised. I trust that all sides are taking the issues raised in this dialogue seriously, as they go to the heart of our commitment to this Union. In this sense we hope that the ongoing exchange between the Romanian authorities and the Commission will continue to prove efficient in addressing these issues in a manner that leaves no doubt about our core values.

I will listen attentively to your debate and to the Romanian Prime Minister's intervention.

Frans Timmermans, *First Vice-President of the Commission*. – Mr President, we last discussed the state of the rule of law in Romania in February, and today is a useful opportunity to take stock of the developments which have taken place in the months since. I'll try to be as concise as I can.

We are all aware that the initiatives taken by the Romanian authorities since 2017 concerning the reform of the justice laws, the criminal procedure and criminal codes and the processes regarding the judiciary have led to concerns from a wide range of stakeholders, both inside and outside Romania and the EU. Many Romanians are worried that the proposed changes to these laws may undermine the longstanding efforts in the fight against corruption and the independence of the judiciary.

These are concerns that the Commission very much shares. As Guardian of the Treaties, when it comes to the application of EU law and respect for the EU's fundamental values, the Commission intervenes on the basis of accurate and thorough legal analysis. It focuses on concrete national measures and engages in a dialogue with the authorities. In these matters, the Commission is politically colour-blind and clinical in our approach. That is the case for Romania just as much as for any other Member State.

With your permission, I will set out the main developments in Romania. First, regarding the justice laws: the three justice laws, dating back to 2004, define the status of magistrates and organise the judicial system and the Superior Council of Magistracy. At the end of last year, the laws were amended by the Romanian Parliament. These amendments have been challenged several times before the Constitutional Court.

These laws have attracted criticism from institutions inside Romania and from outside. The Council of Europe anti-corruption watchdog, GRECO, adopted a very critical report in March. The Venice Commission's preliminary opinion, issued in July, was equally critical, raising serious concerns about the independence of the judiciary, its efficiency and its quality. It made a series of recommendations. The final opinion is expected to be adopted later this month. I know this House will pay as close attention to that opinion as we will at the Commission, but unfortunately the fact is that the Romanian Parliament has so far not shown signs of responding to the opinions and recommendations.

Secondly, as concerns the overhaul of the criminal codes and the code of criminal procedures, in May the Romanian Parliament launched a procedure to amend the criminal code and the code of criminal procedures. They were passed in the months of June and July. The Romanian law enforcement authorities, as well as other Member States, expressed their concerns. The amendments have been challenged before the Constitutional Court, and judgments are expected in mid-October. The Venice Commission is preparing another opinion on these amended codes, which is also expected to be adopted later in October. These laws are crucial for the capacity of prosecutors to investigate, and judges to sentence, high-level corruption, as well as for the ability of the judicial system to pursue crime effectively.

The climate needed for reform has deteriorated due to the secret protocols between the prosecution and the intelligence services. I call on the Romanian authorities to conduct full and impartial investigations into this issue. Romanians deserve a law enforcement order with all authorities properly supervised and full judicial independence. The reforms of the judicial laws and of the criminal codes are interlinked, and they must be prevented from having a negative impact on the independence of the judiciary and its effectiveness in combating corruption. That is why the Commission has discussed this issue regularly with the Romanian Government at the highest level and has made its concerns public. We have examined the texts passed by the Romanian Parliament to fully assess their impact. We are seeking further clarification on how specific elements of these laws should be interpreted.

Thirdly, as concerns a procedure to dismiss the chief anti-corruption prosecutor and the evaluation of the general prosecutor, I would like to recall that the track record of the anti-corruption prosecution, the so-called DNA, was a central reason for the more positive assessment of Romania that the Commission made back in our Cooperation and Verification Mechanism (CVM) report in January 2017.

(Applause)

Moreover, robust and independent procedures for the dismissal and appointment of top prosecutors have always been a key element in our recommendations. The Commission has also recommended that the Romanian authorities seek the help of the Venice Commission in this matter. This remains one of the outstanding recommendations under the Cooperation and Verification Mechanism.

We are following the latest developments in Romania with concern. The independence of Romania's judicial system and its capacity to fight corruption effectively are essential cornerstones of a strong Romania in the European Union. We have seen substantial progress in the past, but things are now moving backwards in a way that would be damaging for the place that Romania has built as an EU Member State in recent years.

The Commission has repeatedly called on the Romanian authorities to rethink their course of action, and to build a broad consensus on the way forward, and I want to reiterate that call today. I would stress once again that the Commission is always ready to cooperate with and support the Romanian authorities in this process. I trust this dialogue will continue, and we will be meticulous and precise in all the elements of the proposals that we would like to discuss with the Romanian authorities.

The latest developments are a source of growing concern for the Commission. If adopted without changes, the combined effect of the amended justice laws and the criminal codes would affect the capacity of the justice system, including the prosecution service, to effectively fight against corruption and other crimes. This means backtracking from the situation that led the Commission to make a positive assessment in our report of January 2017. We will report on the situation in our next CVM report next month. You can see what our CVM progress report stated in January 2017 and what it did in the last report in November 2017. The situation has deteriorated. Rest assured that all developments will be thoroughly assessed and reflected in our upcoming report.

President Juncker and I issued a joint statement in January this year, setting out our concerns on the direction of travel. We stated clearly at that point that the irreversibility of the progress achieved so far under the CVM is an essential precondition to phase out the mechanism. Without that, we cannot phase out the mechanism.

So, while we will continue pursuing our objective of a sustainably positive situation in a dialogue with the Romanian authorities, I wish also to be clear today that the Commission will draw the appropriate conclusions if the amendments to the justice law, criminal codes and laws on conflict of interest and corruption are promulgated without taking account of the concerns. Concretely, this means following up our recommendations from the January 2017 CVM report, and the recommendations expressed by the Venice Commission and GRECO.

As the Guardian of the Treaties, we will not hesitate to take action, where necessary, to ensure compatibility with the Treaties. Indeed, the Commission will use all the means at its disposal, be it under CVM or otherwise. The Commission urges Romania to put the reform process back on track immediately. This means going forwards, not backwards, and abstaining from any steps which reverse the progress accomplished over the past years.

I honestly think there is still an opportunity to turn things around. The laws are not yet promulgated, and therefore it is not yet too late for the Romanian institutions to act to turn the situation around. As always, we stand ready to help, but the responsibility and the power to deliver change lie firmly with the Romanian institutions. I call again on them to take the right steps now.

(Applause)

Viorica Dăncilă, prim-ministrul României. – Domnule președinte, domnule prim-vicepreședinte, stimați europarlamentari, în numele României vă mulțumesc pentru invitație. Spun de la început că nu am venit să dau socoteală. Am venit pentru că vă prețuiesc și vă respect. Cer însă aceeași prețuire și același respect pentru poporul român, pe care îl reprezint. Încep cu o întrebare esențială: pentru cine vrem să construim un sistem de justiție viabil în România? Pentru MCV? Pentru instituții? Pentru magistrați? Pentru politicieni? Evident că nu. Trebuie să facem o justiție corectă pentru cetățeni, ei sunt beneficiarii măsurilor din Parlamentul European sau din parlamentele naționale. De la cetățeni trebuie să începă orice discuție. Justiția trebuie să fie garanția că legile și drepturile cetățenești sunt respectate, iar cine le încalcă va fi sancționat.

Este legitim să ne întrebăm: în ce fel a apărut MCV cetățenii români de încălcarea gravă a drepturilor lor? În rapoartele MCV s-a vorbit mult despre instituții, despre numirile de magistrați, despre lupta anticorupție. Este foarte bine, dar nu am văzut nimic despre încălcările drepturilor omului, despre protocoalele secrete dintre serviciile de informații și instituțiile din justiție. În baza acestor protocoale, milioane de români s-au aflat sub monitorizarea serviciilor secrete, în numele luptei anticorupție. Există decizii judecătorești care arată cum s-au falsificat probe, cum s-au modificat transcrierile unor interceptări pentru a crea vinovății sau cum erau șantajați martorii pentru a depune mărturii mincinoase. Nimic despre aceste lucruri în rapoartele MCV. Asta nu înseamnă – sau asta înseamnă, mai bine spus, că acest mecanism și-a ratat menirea pentru care a fost creat și cer oficial să ni se spună cine a redactat rapoartele MCV, cine a furnizat datele și a omis, din neglijență sau din rea credință, aceste realități de neconceput în Uniunea Europeană. Dacă suntem sinceri, de la aceste abuzuri grave trebuie să începem, pentru că au loc pe teritoriul Uniunii Europene.

Comisia de la Veneția spunea că, în sistemul sovietic, Parchetul a reprezentat un mijloc puternic de a controla puterea judecătorească. În ultimii patru ani, peste trei mii de magistrați au fost cercetați de DNA. Practic, jumătate dintre magistrații din România au avut ani de zile dosare prin care, probabil, au fost influențați să dea soluții stabilite în afara sălii de judecată. Nu o spun doar eu. O spun cu multă îngrijorare asociațiile de magistrați din România. Prin astfel de dosare contrafăcute au fost înlăturați din funcție un judecător al Curții Constituționale, un vicepreședinte al Consiliului Superior al Magistraturii, patru judecători ai Înaltei Curți, mai mulți judecători de instanțe superioare, un procuror general, un șef de Parchet Superior. În final, toți au fost achitați sau dosarele au fost clasate, dar ei au fost înlăturați.

Noile legi ale justiției le redau judecătorilor independența. Niciun decident politic nu mai intervine în numirea și revocarea judecătorilor. Independența este totală, nicidecum restrânsă și vă asigur că avem bună credință și vom ține cont de recomandările Comisiei de la Veneția.

Există, totuși, și o parte bună a acestei întâlniri. Azi v-am informat pe toți, oficial, despre abuzurile din România. De acum, nu se mai pot ignora aceste lucruri, nu se va mai putea vorbi despre justiția din România fără a se vorbi și despre aceste abuzuri, doar dacă se face un joc politic fără nicio legătură cu justiția.

Întrebați-vă de ce vi s-au ascuns aceste lucruri. De ce nu v-au spus nimic, dacă totul era legitim și legal? Puneți-vă aceste întrebări, înainte de a ridica piatra împotriva României.

Despre mitingul din 10 august voi spune doar câteva cuvinte. Văd că este acuzată Jandarmeria română pentru că a intervenit la un miting neautorizat împotriva unor manifestanți violenți care au încercat să ocupe clădirea Guvernului. Nu am văzut aceeași poziție față de evenimentul de săptămîna trecută de la Bruxelles sau față de alte mitinguri din Franța, Spania, Germania, Marea Britanie, când forțele de ordine au intervenit cu exact aceleași mijloace și cu aceleași proceduri ca cele folosite în România. Nu pot accepta sub nicio formă ca Jandarmeria română să fie acuzată de acțiuni și proceduri practicate peste tot în Europa.

În final, vă cer următorul lucru: nu îi interziceți României ceea ce este permis în alte state ale Uniunii și nu permiteți ca în România să se întâmple lucruri de neacceptat în alte state membre. Vrem să vă fim parteneri, dar vrem să vă fim parteneri egali. Nimeni, niciodată, nu va putea întoarce România din parcursul său european. Vă mulțumesc.

Esteban González Pons, on behalf of the PPE Group. – Mr President, I would like to welcome Prime Minister Dăncilă to this Parliament, which is also the Parliament of the Romanian people. We are not here to be a court, that is not the role of Parliament, and it never should be. We are here to discuss issues that affect all of us, no matter where we come from – and the independence of the judicial power and the rule of law are indeed European issues of that kind.

When Romania joined the Union in 2007 Romanian judges became European judges. This means that they have to defend not only Romanian law but also European law, and that we have to defend them. Europe is not a single market only. We are also a community of shared values and, when our countries signed the Treaties, we signed up to those values too – to all of them. So this is not an east-west issue, this is a European issue.

I am telling you this as a representative for Spain, a southern country that has had its own democratic transition. We know how difficult the shift is from dictatorship to democracy. It takes time, it requires sacrifices, it causes pain, it is a difficult journey. That is why we cannot understand the changes proposed by your Government, which are putting in danger the balance of powers and the independence of justice in Romania. That is why we cannot understand the extreme reaction of your Government on that tragic day of 10 August, when thousands of Romanians from the diaspora were trying simply to be heard.

And it is why we cannot understand the silence and the complicity of those who are concerned about the rule of law in some countries but not in others.

Of course, you can ignore our criticism, but you should never ignore the voice of your own people. Romanians fought for their liberties against communism. They tore down a tyranny and built up a democracy. They are a brave and a decent people, Prime Minister, and you are ignoring them.

Tell me, why don't you want to listen to your people? Tell me, what interests are hidden behind the actions of your Government? Tell me, what are you afraid of? That's what this Parliament wants and needs to know.

Listen to the people's voice, Prime Minister. They just want integrity, transparency and justice. They just want to have a better future in their own country – not outside it. Nothing more, but nothing less.

Prime Minister, you have two options: you can listen to this Parliament, you can listen to the Commission, you can listen to the Romanian Parliament, you can listen to your people; or you can ignore all the democratic controls. But, with all due respect, this Parliament will remain and it will wait by the side of the noble and proud people of Romania. There is not another option for us. You should understand that.

(Applause)

Josef Weidenholzer, im Namen der S&D-Fraktion. – Herr Präsident, Frau Ministerpräsidentin! Für uns Sozialdemokraten stehen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Zentrum der Politik – unverrückbar! Diese Prinzipien sind universell und gelten für alle Mitgliedstaaten – egal ob im Osten oder im Westen und unbeschadet dessen, wer regiert! Wir begrüßen diese Debatte ausdrücklich und freuen uns, dass die Premierministerin anwesend ist. Wir sind besorgt über die Berichte, die uns aus Rumänien erreichen, und wir wollen eine detaillierte Aufarbeitung der Situation ohne Wenn und Aber. Nicht weil wir gegen Rumänien sind, sondern weil wir an einer positiven Entwicklung des Landes größtes Interesse haben. Das Land hat ein großes Zukunftspotenzial, das es nur dann ausschöpfen kann, wenn es den Weg der Liberaldemokratie nicht verlässt.

Der Ausgangspunkt Rumäniens war schwierig. Deswegen wurde der CVM-Mechanismus vereinbart. Wir hören genau hin, was der Vizepräsident der Kommission uns diesbezüglich zu sagen hat, und wir erwarten mit großem Interesse auch die Ergebnisse der Venedig-Kommission.

Es ist auch notwendig, mehr über die Rolle des Geheimdienstes in Erfahrung zu bringen, weil die Korruptionsbekämpfung eine Angelegenheit der unabhängigen Justizorgane sein muss.

Wir erwarten auch, dass der Präsident des Landes bei der nächsten Plenartagung darauf eingeht. Wir werden uns unseren Prinzipien folgend konstruktiv an der Ausarbeitung der geplanten Entschließung beteiligen, für die der LIBE-Ausschuss die entscheidenden Grundlagen liefern wird.

Monica Macovei, *în numele grupului ECR*. – Dragnea și Tăriceanu atacă acum Uniunea Europeană pentru că minciuna și impostura le-au fost descoperite, dar românii vor în Europa, în democrație și în libertate. Acum, românii suferă din cauza acestui guvern care lucrează împotriva lor. România nu este un grup de politicieni corupți, România este fiecare om cinstit, oriunde s-ar afla în lume – și mulți au plecat în lume tocmai din cauza corupției, dar vor acasă.

Guvernul a lovit cu bastoane și grenade propriii cetățeni. Imaginile din 10 august nu mint. Presa independentă este și ea amenințată la ordinul unui condamnat penal la zece ani de închisoare pentru spălare de bani. Dragnea a decis să pregătească legi ca să îngroape și presa independentă.

Justiția este primul dușman al PSD și ALDE. Au schimbat legile justiției ca să controleze magistrații, au schimbat codurile penale ca să scape de infracțiuni și să blocheze anchetele. PSD și ALDE se folosesc acum de niște protocoale între serviciile de informații și parchete ca să obțină revizuirea sentințelor de condamnare și să scape de pușcărie, pentru că o lege a amnistiei va scoate oamenii în stradă. Românii protestează, românii nu sunt inerți. Este un popor viu. România este un popor viu și va riposta întotdeauna să își apere democrația.

Guy Verhofstadt, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, Romania has, in my opinion, not one but two problems: yes, widespread corruption; and also, Mr Timmermans, a Secret Service out of hand, a state within the state. The nub of my message today is that both problems need to be tackled, and that Romania has to end the bad tradition of what was the *Securitate*, a Secret Service instrumentalised by one side of the political establishment to hit the other side.

This has to stop, Prime Minister. Also, a totally inappropriate reaction – weakening the fight against high-level corruption, undermining even the prosecution of it – is the way that Orbán and Kaczyński lead their countries. That is not the way that we liberals should govern. Not in our name and certainly not with our name!

So, may I give you one piece of advice, Prime Minister? Don't follow the bad Hungarian and Polish examples. Embrace fully the remarks and recommendations of the Venice Commission and let them systematically review your legislative proposals, because the fight against corruption must be strengthened and not weakened, and the independence of the courts must be guaranteed and not undermined. And, yes, the murky power of the new-old *Securitate* definitely needs to be broken. The one is not in contradiction with the other.

Ska Keller, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, Romania has a very long and proud tradition of fighting for freedom and civil liberties; overthrowing a dictatorship after 42 years. The efforts to move towards democracy and civil liberties cannot be overestimated. It's harsh but Romania did it. Democratic institutions have been developed and Romania has joined the European Union.

It is therefore even more worrying, Prime Minister, to see that there is a real backlash. With the reforms of the Romanian Criminal Code, your government is making it legal for officials to abuse their power. Your government will allow convicted criminals to get away with their stolen money and not have it confiscated. You are *de facto* legalising corruption with that reform.

Corruption makes people lose trust in the state and in democracy. Money is being diverted from the benefit of the many to the pockets of the few. Romanian citizens now lose five times more money to corruption than the state spends on hospitals and healthcare. Romanians do care. They took to the streets to ask for democracy, for good governance from you, Prime Minister, as is their right, as is the right of any European citizen. But, instead of listening to them, you actually sent the police in to attack them, tear-gassing an entire public square.

Even further, your government is now planning to reduce the freedom of assembly, making it obligatory to have an authorisation. Romania would be the first European Union Member State to require an authorisation. Do you really want to go that low?

Colleagues, Commissioner, Romanian citizens are asking for freedom, nothing else. Freedom from corruption, freedom of assembly, freedom from discrimination. Europe is built on that freedom. As someone who grew up in the Eastern bloc, I can testify to how important that freedom is.

That freedom, democracy and civil liberties are being called into question in more and more Member States. As European institutions, as European deputies, we have to defend the rights of Romanian citizens as well as the rights of every European citizen, be it in Hungary, be it in Poland, be it in Austria, be it anywhere. There is no second-class citizenship.

Let's not wait until it's too late. Let's not wait until we have to start yet another Article 7 procedure. Now is the time to change. Now is the time to act.

(Applause)

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

Barbara Spinelli, a nome del gruppo GUE/NGL. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, da anni la Romania scende in piazza.

Visto il tempo che ho mi concentrerò su alcuni punti. Primo, la lotta alla corruzione e per una giustizia indipendente è cruciale per la Rule of Law, ma dovremmo ricordare che la protesta è estremamente frammentata. Per alcuni la corruzione produce disuguaglianze, per altri, ostacola l'agenda neoliberale e giustifica più poteri dei servizi. Ne nasce una falsa unità, è la forza ma anche la debolezza del movimento.

Secondo, nel movimento ci sono lati oscuri. I sostenitori del PSD sono dileggiati come anziani, stupidi, rurali. In realtà, l'opposizione al presente governo non riesce a convincere l'elettorato più povero ed emarginato che vive nelle campagne. Non dimentichiamo, anche noi, gli emarginati del mercato unico.

Terzo, il movimento non combatte solo la corruzione, include anche battaglie contro la costituzionalizzazione della famiglia come unione esclusiva fra uomo e donna. La nostra Carta dei diritti non vieta né impone la concessione dello status matrimoniale a unioni tra persone dello stesso sesso.

Quarto, la difesa della Rule of Law è più che giusta, ma La invito, Vicepresidente, a usarla anche per paesi che regolarmente risparmia. L'ho ascoltata in questi giorni sulle manifestazioni di agosto a Bucarest. Ha parlato giustamente di immagini shock, di protestatari pacifici picchiati dalla polizia, di inchieste da aprire subito. Sono mancate parole così forti quando i pacifici elettori indipendentisti in Catalogna sono stati picchiati e i loro leader imprigionati. E mi chiedo perché la Romania sia severamente vagliata e condannata, mentre la Spagna no.

Ignazio Corrao, a nome del gruppo EFDD. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Primo ministro, fin dal nostro ingresso in Parlamento abbiamo ribadito la centralità dello Stato di diritto nell'Unione europea e chiesto che le istituzioni ne monitorassero costantemente il rispetto da parte degli Stati membri e potessero intervenire in caso riscontrassero violazioni.

Siamo preoccupati da quello che leggiamo su quanto sta accadendo in Romania. Temo che le riforme del Codice penale portate avanti dal governo in corso non solo possano minare l'indipendenza della magistratura nel paese e favorire la corruzione, ma anche indebolire la cooperazione giudiziaria in materia penale con gli altri paesi dell'Unione, potenzialmente facendo della Romania un porto sicuro per continuare i propri affari illeciti impunemente. Mi riferisco alla legge che accorcia la prescrizione a un anno, di fatto lasciando impuniti gli autori di reati gravi, quali corruzione e riciclaggio di denaro, ma anche i provvedimenti abrogativi e reato di abuso di ufficio, fino alla rimozione del divieto di ricoprire cariche pubbliche per i condannati di corruzione o di abuso di ufficio e la depenalizzazione del reato di corruzione.

Noi, ad esempio in Italia, vogliamo fare esattamente l'opposto. Non possiamo permettere che chi si macchia di reati così gravi rimanga impunito. Vogliamo una riforma della prescrizione con la sospensione al primo grado di giudizio o dal rinvio a giudizio per evitare che i criminali possano beneficiare delle lungaggini dei processi per garantirsi l'impunità. Anche la lotta alla corruzione nella pubblica amministrazione è una priorità del nostro governo.

Vogliamo istituire il «daspo» per i corrotti, il che significa che un condannato in via definitiva per corruzione non potrà più avere a che fare con la pubblica amministrazione. Nella direttiva per la lotta al riciclaggio di cui io sono stato relatore, siamo riusciti ad introdurre la sanzione accessoria al divieto di assumere cariche pubbliche e di candidarsi alle elezioni per coloro che hanno subito una condanna definitiva per reati di riciclaggio.

Questo è il nostro obiettivo: tenere lontani dalla pubblica amministrazione i criminali. Questo deve essere l'obiettivo, Primo ministro, della Romania e di tutta l'Unione europea. La Commissione deve vigilare affinché vengano rispettati i trattati dello Stato di diritto e gli Stati membri assicurino la corretta trasposizione di questi importanti strumenti normativi a livello dell'Unione europea, quali la direttiva sulla lotta al riciclaggio tramite il diritto penale, che ho citato, la quinta direttiva contro il riciclaggio che contiene importanti disposizioni sulle persone politicamente esposte, che mi risultano essere state scientemente omesse dal governo romeno, di cui spetterà alla Commissione valutarne la liceità.

Nicolas Bay, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, après la Hongrie et la Pologne, c'est maintenant la Roumanie qui est dans le viseur de la Commission.

Comme dans le cas de la Pologne, les eurocrates reprochent au gouvernement roumain sa réforme du système judiciaire qui, prétendument, menacerait l'État de droit mais, à chaque fois, ces arguties juridiques et techniques ne sont en réalité que des prétextes, comme j'ai eu l'occasion de m'en apercevoir lors de la récente mission de la commission LIBE à Varsovie.

En réalité, ce que la Commission ne supporte pas, c'est que les peuples prennent des décisions démocratiques et soient consultés sur des questions qu'elle voudrait trancher à leur place.

Le commissaire Timmermans a eu beau reconnaître lundi soir que les politiques familiales sont du ressort des États membres, pour cet ardent soutien du lobby LGBTI cucul, etc., on n'a pas le droit d'être contre le mariage pour les couples de même sexe.

Samedi et dimanche prochains, le peuple roumain pourra s'exprimer par référendum et valider ou non la proposition de constitutionnaliser le mariage entre un homme et une femme. Étant français, j'avais oublié que l'on pouvait être de gauche et refuser de céder aux revendications communautaristes ultraminoritaires.

Les institutions européennes doivent respecter la Roumanie, sa souveraineté et ses choix démocratiques, n'en déplaise à M. Timmermans. C'est au peuple roumain qu'il revient de décider de l'avenir qu'il souhaite pour ses enfants.

Steven Woolfe (NI). – Mr President, I would say to Madam Prime Minister, 20 years ago I worked in Romania, in Bucharest on the laws that became your anti-money laundering legislation. I worked with intelligent, smart and caring lawyers alongside me. We worked on the international rules that finally became your own legislation. What I also remember of my time in Romania was how proud they were of you becoming an independent country, how they can once again vote for their own Prime Minister, such as yourself. When you and your government stood and received over 45% of your nation states' votes only a few years ago, you became a leader of a country that was also proud.

Be in no doubt: today, you are here to be once more one of those Prime Ministers who are to be attacked, bullied and abused by those people on the front bench for having one simple thing: the audacity to actually stand up to them and their anti-democratic ways. You are a Prime Minister who has a vote. You are a Prime Minister that has received the backing of its people. You are standing up to those people in this room who have one vision and that is their own vision. Now you can go away from here understanding that they don't really want to support you. They're attacking you – the Hungarians, the Romanians, but you have a responsibility to your people first, not to this lot here.

Dan Nica (S&D). – Domnule președinte, domnule prim-vicepreședinte, doamnă prim-ministru, aș dori să fac o primă declarație care trebuie să fie foarte clară pentru toată lumea. România nu acceptă să fie monedă de schimb în niciun fel de condiții și cu nicio altă țară. Înțelegem că au fost îngrijorări în privința anumitor state membre, dar noi cerem -și acest lucru a fost subliniat și de către prim-vicepreședintele Comisiei Europene – ca fiecare țară să fie judecată în funcție de propriile merite.

Noi, în România, încercăm în acest moment ca toate lucrurile care au ținut de un trecut întunecos, de un sistem judiciar pervertit, de foști miniștri ai Justiției care au transformat procurorii în proprii servitori, de cei care au reușit astfel să transforme o instituție respectabilă a judecătorului în persoane timorate, în procurori care au fost forțați să facă dosare la comandă, să devină un sistem independent, controlat doar de către Consiliul Superior al Magistraturii și în care nimeni, niciodată, să nu fie șantajat.

Toată lumea, în România, trebuie să înțeleagă un singur lucru: justiția se face doar în sala de judecată și niciodată pe bază de protocoale, pe bază de servicii secrete și pe bază de înțelegeri oculte și salut această luare de poziție a Comisiei Europene. Toată lumea trebuie să știe că vremurile care au fost nu se mai pot întoarce, cu toate eforturile disperate pe care le fac acești români adevărați din sală, cum ar fi Preda și Macovei, și care au reușit să transforme justiția română într-o rușine. Noi aceste lucruri nu le tolerăm, le vom schimba și le vom schimba așa cum trebuie, în conformitate cu normele democratice.

(Vorbitorul a acceptat să răspundă unei întrebări adresate în conformitate cu procedura „cartonașului albastru” (articolul 162 alineatul (8) din Regulamentul de procedură))

Der Präsident. – Herr Kollege Boştinaru! Ich brauche von Ihnen keine Belehrungen. Ich achte sehr genau darauf, was dazwischengerufen wird. Zwischenrufe sind im parlamentarischen Betrieb möglich und erlaubt, solange sie sich hinsichtlich Form und Inhalt im vernünftigen Rahmen bewegen. Ich entscheide das. Dazu brauche ich keine Zurufe von der Seitenlinie von Ihnen. Damit das ein für allemal klar ist.

Gunnar Hökmark (PPE), blue-card question. – I am more and more surprised about the debate here. I heard the Socialists and Democrats (S&D) Group applaud the extremes up here when defending corruption in Romania, and the question I would like to raise is: aren't you concerned about a government that is not just not sufficiently fighting corruption, but is fighting those who are fighting corruption? Could I have an answer to that?

Dan Nica (S&D), Răspuns la o întrebare adresată în conformitate cu procedura „cartonașului albastru”. – Acest lucru face parte din ceea ce înseamnă campania de *fake news*. V-a spus cineva că în ultimii cinci ani, 98 % din cei trimiși, chipurile, pentru dosare de corupție în instanțe au fost achitați? Vi s-a spus că toți acești oameni care, chipurile, au fost raportați și către Comisia Europeană, au fost declarați nevinovați? Doar în aceste șase luni, peste 200 de achitări din partea Direcției Naționale Anticorupție.

Anticorupția înseamnă pentru noi ca acel vinovat să plătească și cel nevinovat să nu plătească. Injustiție pentru unul, înseamnă injustiție pentru toată lumea. Asta este deviza noastră.

Laurențiu Rebega (ECR). – Domnule președinte, stimați colegi, voi spune de la început că în România, în ultimii ani, s-au impus decizii politice care au încălcat unele standarde europene în privința statului de drept. Aceste decizii au fost luate însă de către liderul PSD, Liviu Dragnea, pentru rezolvarea problemelor sale personale și toți cei care îl susțin, aici și în țară, știu acest lucru foarte bine.

Este însă obligatoriu să subliniez, în fața Parlamentului European, că nu voi fi de acord ca românii să fie pedepsiți pentru ceea ce fac politicienii în țara lor. Nu, nu trebuie adoptate sancțiuni care vor afecta cetățenii nevinovați ai României, care nu au susținut niciodată sforăriile lui Liviu Dragnea. Dacă colegii săi din guvernare sunt complici, atunci măsurile trebuie luate contra lor și nu contra cetățenilor României.

Îi invit, deci, pe colegii social- democrați, ALDE, să ia atitudine față de colegii români care susțin demersul liderului lor politic. Să îi criticăm și să îi sancționăm pe politicienii vinovați, nu pe cetățenii României. România este o țară pro-europeană.

(Vorbitorul a acceptat să răspundă unei întrebări adresate în conformitate cu procedura „cartonașului albastru” (articolul 162 alineatul (8) din Regulamentul de procedură))

James Carver (NI), blue-card question. – Mr Rebega, thank you for taking my blue card. This is one of a series of debates that have been taking place in here concerning the rule of law in a particular EU Member State. Is it not an indication of the increasing authoritarian approach across the European Union and of the fact that the UK, which has always been a bastion of free speech and democracy, has made the correct choice by voting to leave this increasingly federalist and undemocratic organisation?

Laurențiu Rebega (ECR). – Care este întrebarea referitoare la România?

What is the question referring to Romania?

James Carver (NI), blue-card question. – We are seeing an increasingly authoritarian approach across the European Union. From the right and from the left – right-wing governments have been criticised, and now left-wing governments are being criticised. Surely it is an indication that my country has made the right choice, seeing what is happening in Hungary, in Poland and in Romania, and seeing how the European Union does not like what is happening?

Der Präsident. – Herr Kollege Carver! So wird das nichts. Ich war am Anfang nicht so streng. Aber Sie haben es jetzt auch beim zweiten Mal nicht geschafft, eine Frage zu formulieren. Deshalb brauchen wir auch keine Antwort.

Sophia in 't Veld (ALDE). – Mr President, I find it amazing how Brexiteers still feel the need to lecture the European Union about the internal affairs of the European Union.

(Applause)

Bye-bye.

Mrs Prime Minister, I'm very pleased that you're here today to debate with us, but I have to say that I am disappointed at your speech. The European Parliament is not the enemy. We are not attacking Romania – we are all in the same family, but we are expressing our concern about developments in your country, so I would suggest that you embrace that as a hand we're stretching out to you to help – because we're all in this together. Don't seek confrontation with the European Parliament. Don't be on the defensive, but see this as an attempt to create a culture of the rule of law and fundamental rights throughout the territory of the European Union. I'm not going to repeat what has been said about following the recommendations of the Venice Commission or investigate the claims of interference by the intelligence services, but I would urge you to repeal the laws, the anti-money laundering laws and the laws on the freedom of assembly that are going to severely and unduly restrict the freedom of NGOs. I would also call on all political parties – I know I cannot call on the government, but all political parties – to campaign against the anti-LGBTI referendum. I also officially asked the Presidency of this House to investigate claims that EU or EP funding has been used to fund the campaign against ...

(The President cut off the speaker)

Der Präsident. – Ich bekomme jetzt einige blaue Karten. Es scheint sich herumgesprochen zu haben, dass wir sehr viele Wortmeldungen zum Thema *catch-the-eye* haben. Ich kann nicht erlauben, dass das umgangen wird. Außerdem wollen Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass ich hier die generelle Linie habe, dass ich jemandem, dem ich das Wort wegen Redezeitüberschreitung entzogen habe, nicht noch eine weitere Redezeit durch eine blaue Karte zugestehen möchte.

Harald Vilimsky (ENF). – Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Um das vorab klarzustellen: Ich möchte Respekt und Wertschätzung gegenüber dem rumänischen Volk zum Ausdruck bringen. Ich möchte aber auch Schimpf und Schande für diese rumänische Regierung, für diese sozialistische rumänische Regierung deponieren, wo gegen den Chef wegen einer Korruptionssumme von mehr als 20 Millionen Euro ermittelt wird. Und als im August dieses Jahres über 100 000 Menschen auf die Straße gegangen sind und gegen die korrupte Regierung demonstrieren wollten, hat ein Regierungsberater dieser sozialistischen Regierung gefordert, man sollte auf diese Leute schießen. Und ein anderer hat behauptet, man wolle eine Gegendemonstration aufziehen und diese Menschen niedertreten.

Das sind Dinge, die schlichtweg inakzeptabel sind. Ich behaupte, dass sie ein Theater in Richtung Ungarn und in Richtung Polen hochgezogen haben, um ganz bewusst zu verdecken, was hier in diesen Bereichen in der sozialistischen Regierung in Rumänien passiert. Daher kann ich nur an Sie, meine Damen und Herren von den Sozialdemokraten, appellieren: Machen Sie Ordnung im eigenen Stall und ziehen sie nicht ein Theater hoch, wo kein Theater notwendig ist.

Marek Jurek (ECR). – Panie Przewodniczący! Uważam, że jeżeli chodzi o prawo do zadawania pytań, Pan nie powinien karać, odbierając prawo do zadania pytania, tych, którzy mają prawo z tego skorzystać, tylko co najwyżej posła, który przekroczył czas. To on może mieć skróconą odpowiedź o ten czas, o który to prawo do wypowiedzi przekroczył, a nie ci, którzy chcieliby zadać krytyczne pytanie. To zupełne nieporozumienie.

Der Präsident. – Herr Kollege! Vielen Dank für diese Sicht der Dinge. Sitzungsleitung ist keine Strafe, jedenfalls nicht für jene, die sprechen.

Ich bemühe mich, hier einigermaßen Ordnung reinzubekommen. Klar ist auf jeden Fall, dass man mit blauen Karten nicht eine unbestreitbar vorhandene Vielzahl von beantragten spontanen Wortmeldungen umgehen kann.

Ich verstehe sehr genau, dass sich sehr viele rumänische Kollegen in dieser Debatte zu Wort melden möchten. Aber die Redezeit im Plenum ist nicht dazu da, dass nur eine Sicht der Dinge transportiert wird und nicht nur die Sicht aus einem Land.

Ich habe weit über 30 Anträge für spontane Wortmeldungen erhalten. Ich werde nur wenig mehr als fünf zulassen und habe darauf geachtet, dass nicht aus jeder Fraktion ausschließlich rumänische Kollegen zu Wort kommen.

Spontane Wortmeldungen

Roberta Metsola (PPE). – Mr President, the attacks on anti-corruption and judicial bodies in Romania are worrying. The scenes of protesters being beaten are deeply disturbing. These are ordinary people on the receiving end of the baton. These were not terrorists, they were not provocateurs, they weren't even there illegally. These are the mothers, fathers, sons and daughters of Romania, Europeans whose only crime is to demand an end to corruption and abuse. That is all they want. They stood up for the Romania they were promised and for the rights guaranteed by the EU treaties. This should not be too much to ask. After all, modern Europe is built on the shoulders of the people who shaped history by speaking out with their lungs bursting with tear gas.

On 10 August, Romanians took to the streets, shouting 'justiție nu corupție' – 'justice not corruption'. If ever there were three words which articulate what the EU must stand for, those are they: 'justice, not corruption'.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor presidente, primera ministra, el Parlamento Europeo no es una potencia extranjera en Rumanía, porque representa a los ciudadanos rumanos y porque usted viene de este Parlamento Europeo. Por eso, entiende muy bien cuánto nos preocupa el Estado de Derecho y los derechos fundamentales.

La animamos en su lucha contra la corrupción, pero marque usted la diferencia con el comportamiento de los Gobiernos de Hungría y de Polonia. Siga usted los criterios de la Comisión de Venecia. Porque, en la lucha contra la corrupción, hace falta un poder judicial independiente y un ministerio fiscal libre de injerencia en el Gobierno.

Pero, además, este domingo tiene lugar en Rumanía un referéndum preceptuado por el que se acomete el objetivo manifiesto de impedir la mera posibilidad legal de matrimonio entre personas del mismo sexo.

La animo a que tenga el coraje de decirle a los ciudadanos rumanos que usted no quiere para su país ninguna discriminación en el disfrute de derechos en condiciones de igualdad.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedavajući, vladavina prava u državama koje su bile iza željezne zavjese još uvijek je iznimno krhka i zato naša nastojanja moraju ići u smjeru zaštite i jačanja demokratskih institucija.

Ne smijemo pritom smetnuti s uma da početna pozicija bivših komunističkih država nije jednaka onoj zapadnih demokracija i da su određene intervencije u pravosuđu vjerojatno nužne kako bi se one očistile od recidiva starih struktura koje ga podrivaju. Budući da je to vrlo sklizak teren, uvijek postoji opasnost da se iskoristi kao izlika za stavljanje sudbene vlasti pod kontrolu izvršne i daljnju eroziju sustava kao što se, prema svemu sudeći, događa ne samo Rumunjskoj nego u većini postkomunističkih država.

Stoga, držim da je nužno prepoznati i ojačati ulogu upravo onih pojedinaca i društvenih skupina koje mogu i žele dići glas protiv takvih nefunkcioniranja država, jednako kao što podržavam i borbu koju u ovim trenucima jedan dio hrvatskog društva vodi protiv neprocesuiranja ratnih zločina u Hrvatskoj.

Norica Nicolai (ALDE). – Domnule președinte, ca popor pro-european suntem foarte constructivi și vă propun, domnule Timmermans, să declarăm astăzi, în plenul Parlamentului de la Strasbourg, că nu este nevoie de nicio autorizatie și niciun respect față de lege ca să protestezi în Europa. Acesta este standardul democratic pe care îl impuneti la București.

Da, cu siguranță, poate n-am făcut foarte mult pentru a combate corupția la nivel înalt și v-aș propune, domnule Timmermans, să rugați anumite state membre să nu își mai prevadă în legislație posibilitatea de a da mită pentru a obține contracte în străinătate. Într-adevăr, oficiali care se presupune că ar fi dat mită la București nu am văzut niciodată a fi traduși în curțile noastre de judecată.

Sigur, stimați colegi, dublul standard devine astăzi, din punctul meu de vedere, o realitate în această dezbatere de la Strasbourg. Aceasta nu aduce nici mai multă coeziune, nu aduce nici mai multă Europă și este dovada unei lipse de analiză, a unei lipse de obiectivitate și a unei lipse de standard. Aș întreba Comisia Europeană, deși este obligatoriu: de ce în ultimii ani nu am avut niciun fel de analiză privind situația corupției în toate statele membre din Uniunea Europeană? Ori vă plac doar acestea trei?

Der Präsident. – Frau Kollegin Nicolai! Gestatten Sie eine Frage von Herrn Kollegen Bütikofer?

Norica Nicolai (ALDE). – Mr President, for the catch-the-eye procedure, it is not possible ...

Der Präsident. – Frau Kollegin Nicolai! Erstens spricht man im Stehen. Zweitens entscheide das ich.

Sie haben es in der Hand, zu sagen, Sie gestatten keine Frage. Ich entnehme Ihrer Antwort, dass das ein Nein ist. Deshalb spricht als nächstes Herr Kollege Agnew.

John Stuart Agnew (EFDD). – Mr President, this is a good opportunity. I think the Prime Minister was on the Committee on Agriculture and Rural Development with me a few years ago, and I would like to tell her that I have a constituent in my region, whose lighting company sold some materials to a firm in Romania, which then sold them on to another firm in Romania; it paid the original firm in Romania but that firm did not pay my constituent; he then went to court in Romania, and he believes that the official organising the timing of the hearings kept putting them off because he was being bribed to do so. In the end, my constituent went bankrupt. I tried to get the Commission interested because it is supposed to intervene in such cases but it did absolutely nothing. My constituent had thought the European Union would be on his side. He has ended up losing heavily.

Please, Prime Minister, can you have a look at your own country, and endeavour to ensure that British businesspeople can invest there with confidence.

Răzvan Popa (S&D). – Domnule președinte, cu tot respectul pentru dumneavoastră și pentru această instituție, mi-ar fi plăcut să fiți la fel de ferm și cu colegii de acolo, care au vociferat toată ședința, iar domnul Preda este o rușine pentru această instituție și pentru felul în care nu este în stare să îi respecte pe cei care sunt aici și instituția aceasta.

Der Präsident. – Herr Kollege Popa! Ich bin vorher darauf eingegangen, dass es zu einer lebendigen Debatte – jedenfalls in den Demokratien dieser Welt – gehört, dass auch Zwischenrufe zulässig sind. Solange diese sich im Blick auf die Form und den Inhalt im Rahmen halten, gedenke ich nicht, das zu unterbinden.

Wohl aber rufe ich Sie zur Ordnung dafür, dass Sie einen Kollegen hier im Saal als Schande für das Parlament bezeichnet haben.

Emilian Pavel (S&D). – Domnule președinte, nu pot să nu observ că aveți un comportament foarte părtinitor față de grupul dumneavoastră politic. Ați uitat că la *catch the eye* nu există posibilitatea *blue card*, dar ați ținut neapărat să o atenționați pe doamna Nicolai că se vorbește din picioare. Uitați, eu vorbesc în picioare și vă rog frumos, reprezentați acolo Parlamentul European și nu grupul dumneavoastră politic. Trebuie să fiți imparțial și să respectați toți deputații de aici, nu doar pe ai dumneavoastră.

Der Präsident. – Herr Kollege! Ich rate Ihnen erstens, sich zu informieren, welcher Fraktion ich angehöre. Zweitens habe ich vorhin gesagt, ich werde nicht zulassen, dass durch blaue Karten Wortmeldungen zum *Catch-the-eye* umgangen werden. Und ich habe gerade vorhin Frau Kollegin Nicolai gesagt, ob eine Zwischenfrage zugelassen wird, entscheiden zwei Leute: der Sitzungsleiter und derjenige, der gefragt werden soll. Ihre Antwort war „nein“. Meine Antwort wäre in diesem Fall „ja“ gewesen. Ich sage Ihnen auch, warum ich hier geneigt war, die Zwischenfrage zuzulassen. Weil es nämlich aus der Fraktion der Grünen keine einzige Wortmeldung zum Thema *Catch-the-eye* gab. Deshalb habe ich gedacht, ich lasse das zu. Die Geschäftsordnung gibt keine Regel vor, ob im *Catch-the-eye*-Verfahren blaue Karten möglich sind.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, dumneavoastră ați declarat în momentul în care am ridicat cartonașele, la *speaking time*, că nu puteți să dați și *catch the eye* și cartonaș. Eu am avut un cartonaș, nu mi l-ați oferit și nu mi-ați dat nici la *catch the eye*, spunând totuși că dumneavoastră decideți dacă (asta este democrația? să o înțelegem și noi!), dumneavoastră decideți dacă dați cartonașe la *catch the eye* și nu la *speaking time*. Nu mai înțeleg modul de conducere și voi face în scris o scrisoare Președintelui Parlamentului.

Der Präsident. – Frau Kollegin Grapini! Sie können gerne etwas schriftlich einreichen. Ich habe drei Dinge gesagt. Erstens, dass ich, wenn ich jemandem das Wort entziehe, weil er zu lange gesprochen hat, dann lasse ich von mir aus keine blaue Karte zu. Da hatten Sie sich unter anderem gemeldet.

Und zweitens habe ich darauf hingewiesen, dass einige Kollegen jetzt durch blaue Karten versuchen, ihre Meldung im *Catch-the-eye* sozusagen umzupolen. Das werde ich auch nicht zulassen. Ich habe zu keinem Zeitpunkt davon gesprochen, ob ich umgekehrt blaue Karten im *Catch-the-eye*-Verfahren zulasse.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η μεν Ρουμανία αποδέχθηκε την επικυριαρχία ως προαπαιτούμενο για την προσχώρηση στην Ένωση και με αντάλλαγμα την πρόσκαιρη και καιροσκοπική εισροή φθηνού χρήματος, ενώ η Ένωση επέλεξε την καταστρατήγηση των βασικών συστατικών της αρχών στον βωμό των ευκαιριακών πολιτικών συμβολισμών. Παρά τις σχετικές προειδοποιήσεις, τα λάθη ήταν αμοιβαία και η διαχείρισή τους βαραίνει εξίσου και τις δύο πλευρές. Πλέον έντεκα χρόνια μετά, η διαδικασία έχει παρεκτραπεί και κατέληξε σε συστάσεις ακόμη και για την αλλαγή διατάξεων του Συντάγματος της Ρουμανίας, γεγονός απαράδεκτο. Με στόχο την ταχύτερη απεμπλοκή, η Ένωση δεν έχει καμία άλλη επιλογή παρά την εποικοδομητική υποστηρικτική συμμετοχή και την εφαρμογή του εν λόγω μεταβατικού μέτρου παροχής βοήθειας.

Στόχος, με σαφή επιμέρους κριτήρια αναφοράς, παραμένει η εξάλειψη των αδυναμιών στους τομείς της δικαστικής μεταρρύθμισης και της καταπολέμησης της διαφθοράς, μέσω λελογισμένων και αναλογικών συστάσεων, της παροχής τεχνογνωσίας και στοχευμένης χρηματοδότησης, όπου αυτό κρίνεται αναγκαίο ή απαραίτητο.

Βέβαια και κάτι τελευταίο: Η υποκρισία εδώ περισσεύει. Μιλήσατε για δακρυγόνα στη Ρουμανία και, όταν ήρθε ο πρωθυπουργός της Ελλάδας Τσίπρας εδώ, που έκανε τα ίδια και χειρότερα στο Πισοδέρι και στη Θεσσαλονίκη, με την αστυνομία να δέρνει τους πολίτες, δεν είπατε κουβέντα.

Marek Jurek (ECR). – Ja krytycznie odniosłem się do interpretacji pana przewodniczącego, jeżeli chodzi o odbieranie prawa do zadawania pytań ze względu na przekroczenie czasu przez mówców, ale w tym wypadku chcę się odnieść krytycznie do krytyków przewodniczącego. *Catch-the-eye* jest zbiorem normalnych wypowiedzi w debacie. I do każdej z tych wypowiedzi można zadać pytanie. Istnieje praktyka, która tego odmawia, ale ona nie ma podstawy w regulaminie. I pan przewodniczący w tym wypadku ma całkowicie rację.

Der Präsident. – Vielen Dank für die Blumen, Herr Kollege Jurek.

Siegfried Mureșan (PPE). – Domnule președinte, stimați colegi, de doi ani de zile poporul român se manifestă în stradă pentru apărarea valorilor europene. Oamenii cer justiție, oamenii cer dreptate, oamenii cer stat de drept și oamenii cer bună guvernare și oamenii ies în stradă, împreună cu drapelul Uniunii Europene și oamenii întreabă: ce poate face Uniunea Europeană pentru noi? Iar răspunsul nostru, domnule prim-vicepreședinte Timmermans, stimați colegi, trebuie să fie un răspuns convingător. Trebuie să fim alături de poporul român, să apărăm împreună valorile europene, să apărăm împreună modul de viață european. Asta dorește poporul român și asta trebuie să facem și noi. Suntem alături de poporul român.

Trebuie să știm, totodată, că oamenii se manifestă împotriva unui guvern care este controlat de președintele Partidului Social Democrat, care este un infractor condamnat de mai multe ori, iar când infractorii fac legi, legile sunt bune pentru infractori, nu sunt bune pentru oameni. De aceea, domnule prim-vicepreședinte Timmermans, dumneavoastră, Comisia Europeană și noi, Parlamentul, suntem alături de popor, trebuie să fim alături de ei, să apărăm valorile europene și buna guvernare.

Ioan Mircea Pașcu (S&D). – Domnule președinte, dezbateră privind statul de drept în România a fost așteptată de români cu speranță. Ei se așteptau ca Uniunea Europeană să îi ajute să scape de sistemul odios expus aici de primul-ministru. Spre amara lor surpriză, în loc de ajutor, românii primesc apostrofări și amenințări că, dacă nu revin imediat la sistemul odios de care încearcă să scape acum, vor fi penalizați.

Românii, printre cei mai pro-europeni cetățeni, nu merită asta, pentru că românii adevărați sunt cei mulți, care prin votul masiv acordat coaliției în 2016 i-au cerut acestuia să le redea drepturile democratice furate de o justiție politizată, controlată de serviciile secrete, și nu cei puțini care dezinformează.

Der Präsident. – Vielen Dank, Herr Kollege Pașcu. Das Missverständnis geht auf meine Kappe. Ich sagte Pașcu, aber ich sagte auch Marinescu, als ich mich nämlich beim Kollegen Mureșan für seinen Beitrag bedankt habe.

(Ende der spontanen Wortmeldungen)

Viorica Dăncilă, prim-ministra României. – Domnule președinte, vă mulțumesc tuturor pentru poziția pe care ați avut-o. Am văzut lucruri pe care le-am luat în calcul, lucruri constructive. Am vrut un dialog constructiv, dar mi-am dat seama că există multă dezinformare și nu acuz pe cei care au spus aceste lucruri, ci pe cei care stau în spatele acestei dezinformări.

Domnule Pons – da, trebuie să apărăm cetățenii. Acest lucru îl cer și eu, și nu am să ignor vocea poporului, iar martoră este larga susținere populară pe care o avem în România. Ascult pe toată lumea de bună credință și vreau un dialog constructiv, dar un dialog care să fie corect pentru România și pentru Uniunea Europeană.

Doamna Macovei, știu despre dezinformările dumneavoastră. Acest guvern pe care îl criticați atât de des a adus o creștere economică de 7%, a crescut nivelul de trai al românilor și, de aceea, românii îl iubesc. Nu vă face cinste să aduceți lupta politică internă în Parlamentul European, este o lipsă de respect față de poporul român.

Nu am să pot răspunde la toată lumea, ar fi foarte mult timp, dar vreau să mai dau câteva răspunsuri. Da, România este divizată, iar eu vreau ca România să fie unită, dar trebuie să avem grijă de un lucru – și vă spune o țară pro-europeană: vrem și o Europă divizată? Da, avem dialog, dar să nu încercăm, indiferent de grupul politic, să ne învrăjbim unii pe alții. Împreună trebuie să desenăm, să creionăm viitorul Uniunii Europene, începând cu anul viitor. Haideți să vedem lucrurile care ne unesc și să lăsăm la o parte lucrurile care ne divizează. Ceea ce avem de îndreptat, vom îndrepta, vom avea dialog, sunt dispusă dialogului.

Domnule Corrao, reforma în ceea ce privește justiția, legile justiției este inițiată în Parlament. Parlamentul este cel ales în mod democratic, este expresia voinței poporului. Vedeți că și aici există dezinformare? Pentru că au arătat cu degetul spre guvern. Nu – în Parlament au fost inițiate aceste legi.

Domnule Rebega, nu aduceți lupta politică în Parlamentul European. Nu este corect față de români, poate ar trebui să vă gândiți că ați candidat pe listele Partidului Social Democrat, dar nu vă judec eu, pentru că nu am dreptul, vă vor judeca cei care v-au susținut și pe care acum i-ați dezamăgit.

Doamnă, in't Veld, mulțumesc mult pentru sugestii, voi ține cont de sugestiile dumneavoastră. Parlamentul European nu este inamicul meu, am fost europarlamentar nouă ani de zile și nu o să mă abat niciodată de la valorile europene. Poate nu toate lucrurile sunt corecte, poate nu toate lucrurile sunt așa cum trebuie să fie, dar sunt convinsă că un dialog constructiv și faptul că puteți să ascultați toate părțile și vom ține mai puțin cont de cei care nu vor să fie înțelegere și dialog în Parlamentul European, cei care vin cu dezinformări, cei care au dezinformat întotdeauna, nu numai acum – cred că lucrurile se pot îndrepta.

Domnule prim-vicepreședinte Timmermans, cu siguranță vom ține cont de recomandările Comisiei de la Veneția. Azi, ministrul justiției, prezent lângă mine, va merge la Comisia de la Veneția. România este o țară pro-europeană și cu siguranță nu se va abate de la drumul pro-european – și vă spune o fostă colegă de-a dumneavoastră. Vă rog să aveți încredere în România și să aveți încredere în parcursul european și în respectarea statului de drept în țara mea. Vă mulțumesc!

Frans Timmermans, *First Vice-President of the Commission*. – Mr President, in the course of my professional and political life over the past 30 years I have been a very close witness to everything that has happened in Romania and I remember vividly that 30 years ago, working on the issue, I saw that the Romanian people had inherited a thoroughly, thoroughly corrupt system.

It was not just corrupt because of the corruption, it was morally corrupt. The nation had been under the direction of a morally deeply corrupt dictator and his system. If you take that, 30 years ago, into account and then see where Romania is today, huge progress has clearly been made, apart from the party-political composition of the government. Over those decades, huge progress was made. So why am I so worried today?

Because, in the final stretch of this long and painful marathon, we now risk not reaching the finishing line to ensure that the fight against corruption cannot be reversed and that the rule of law is irreversible. To go in the other direction would be to undo some of the most important achievements by the Romanian people in ridding themselves of this horrible past.

Someone who comes from a country like mine cannot even begin to imagine how difficult this must have been for the Romanian people. So, if we now speak out and speak up, it is because we are doing it for the Romanian people, who want to fulfil their European destiny by being sure that the system they live in – the country they live in – is a democracy based on the rule of law, with full respect for human rights, and where corruption is combated effectively and rooted out of society.

I want to remind the Members of this House who have not made reference to the Cooperation and Verification Mechanism (CVM) report that, yes indeed, the recommendations of the Venice Commission are important and we will work on them, but please also look at the recommendations made in the Commission's CVM report of last year and the recommendations we will be making in the CVM report next month. I think they constitute a good road map for ensuring that reform is irreversible.

I will continue the dialogue with the Romanian Government. Because of time, I could not be precise on every question and critique we have on the proposed and already promulgated laws, but I will be very meticulous and precise in putting my questions to the Romanian Government, and in inviting them to answer those questions and to continue the dialogue so that we can resolve these issues.

Let me be very clear: what is at stake is of huge importance for the future of our European Union, but what is at stake is of even greater importance for the future of the Romanian people. So, if the Commission needs to be brutal in our assessment we will be brutal. If we need to use other instruments at our disposal, we will use them. This is not a threat. This is just the Commission setting out what our role is and pointing out that we are the guardian of the Treaty and we need to take this role very seriously indeed.

If I may make a political remark: sometimes I have the impression – to put it in the words of the immortal Yogi Berra – that it's 'déjà vu all over again'. In response to criticism, two things always emerge: firstly the cry of 'Double standards', which is a sort of knee jerk reaction; and secondly the assertion that 'It's not an attack on the government, it's an attack on the nation (or on the people).'

I hope I have made clear today that we have made a clinical assessment of the situation: that we have analysed precisely the proposed changes in the legislation, that we are doing this on behalf of the Romanian people, not against the Romanian people, and that we look at each and every Member State in exactly the same way.

(Applause)

We look at the facts, while also recognising that every situation is different. We are not putting Member States all in one batch, we are looking at every Member State on the basis of the specific issues in that Member State, and I really want us to be successful here. I urge the Romanian Government, once again: keep the dialogue open and listen to our recommendations – they have been put down on paper in a spirit of cooperation, and of keeping Romania on the right European track.

(Applause)

Juliane Bogner-Strauss, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, the emotionality of this discussion clearly shows how important this issue is. I also want to thank Commissioner Timmermans. The First Vice-President made the situation and the necessity for a dialogue very clear.

Let me assure you once again that the Austrian Presidency and the Council as a whole attaches great importance to upholding the rule of law and fundamental values within the European Union. I speak as Presidency of the Council and therefore in the name of all of its Member States. The Council will continue to follow this issue closely and the Presidency will pay particular attention to the views which were expressed during the dialogue and during this debate.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet während der November-I-Tagung statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162)

Cristian-Silviu Bușoi (PPE), *în scris*. – Trebuie să se facă distincția între un guvern rău și un popor bun. Este foarte important ca această dezbatere să îi țină pe români aproape de Uniunea Europeană, chiar dacă greșelile guvernului par să ne îndepărteze tot mai mult. Sunt greșeli mari, cea mai gravă fiind de departe gazarea și bătaia protestatarilor pașnici, pentru care guvernul trebuie să plece cât mai repede, prin moțiuni de cenzură.

Cu toate acestea, România nu trebuie ajutată să ajungă în situația Ungariei. Nu cred că se justifică în niciun fel discuțiile despre activarea articolului 7, deși unii dintre politicienii de la guvernare par interesați să încingă la maximum schimbul de replici cu Uniunea Europeană, pentru că în acest fel distrag atenția de la propriile erori.

România trebuia să fie în spațiul Schengen, îndeplinind deja toate condițiile tehnice, iar faptul că nu este membru dintr-o indecizie politică este un subiect care alimentează constant curentul critic față de Uniunea Europeană și, din păcate, este un subiect care a rămas nelămurit.

Aceasta este o realitate politică de care profită în special eurocinicii, adică euroscepticii din interes, cei care critică Uniunea Europeană pentru a distra atenția de la propria responsabilitate.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Während wir Ungarn und Polen wegen mangelnder Rechtsstaatlichkeit scharf kritisieren, wird von der rumänischen Regierung fast unbemerkt an einer radikalen Schwächung der Justiz gearbeitet. Die Änderungen des Strafrechts und der Strafverfahren und die Entlassung des obersten Staatsanwalts der Anti-Korruptionsbehörde werfen viele Fragen auf. Wir brauchen jetzt eine umfassende Analyse der EU-Kommission zu den Auswirkungen der geänderten Gesetze in den Bereichen Justiz und Strafverfolgung. Und dann müssen wir aus den Ergebnissen Konsequenzen ziehen. Rechtsstaatliche Grundsätze dürfen nicht eingeschränkt werden, Korruption darf nicht legalisiert werden. Wir müssen den Bürgern Rumäniens ein Zeichen senden und sie in ihrem Kampf gegen Korruption unterstützen.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *în scris*. – Dezbateră privind statul de drept în România a fost inclusă în programul PE la insistențele grupului PPE, într-un mod artificial, pentru a echilibra politic rezoluția Parlamentului pe Ungaria, prin care s-a votat în favoarea activării unor sancțiuni asupra acestei țări.

La 1 octombrie, în Comisia LIBE a PE, în luările de cuvânt ale unor deputați PPE, ECR, Verzi etc., s-au prezentat diverse situații din România – multe neconforme cu realitatea – privind independența justiției, a protestelor din 10 august și a referendumului ce va avea loc în România în 6-7 octombrie a.c. Au fost intervenții pro și contra României, dar este evident pentru orice observator avizat faptul că se urmărește un scop politic și anume slăbirea social-democrațiilor români și a guvernului condus de aceștia. Este un scenariu politic de lovire în Guvernul României și crearea pe plan internațional a unei imagini de instabilitate în România, ceea ce folosește forțelor de dreapta europene.

De ce dezbateri privind numai situația țărilor din Europa Centrală și de Est? Se urmărește crearea unei noi fracturi între vestul și estul Europei? Este în avantajul viitorului UE o Europă cu mai multe viteze? Categorie nu, pentru că discrepanțele dintre vestul și estul european se vor mări.

Maria Grapini (S&D), *în scris*. – În această dezbateră atipică organizată doar pentru România, constat că cei care critică statul de drept și justiția din România o fac pe principul „drobului de sare”. Dacă nu veți avea legi ale justiției bune?

Eu cer o analiză obiectivă și comparativă cu ceea ce se întâmplă în toate statele membre. Ați stărnit un val de reacții împotriva Europei! Asta doriți? România este un stat suveran și independent și respectă propria Constituție și voința cetățenilor români. Cum poate Comisia să justifice faptul că nici într-un raport MCV nu s-au menționat protocoalele între SRI și nici poziția Curții Constituționale și a Uniunii Naționale a Judecătorilor? Ce surse de informare folosește Comisia pentru a da verdicte despre România?

Ca să crească credibilitatea UE, trebuie să respectați toate statele și să nu folosiți dublul standard în aprecierea statelor membre. Solicit Comisiei să transmită în mod transparent cum analizați funcționarea statului de drept și corupția în toate statele membre. Veți avea surpriza că exportul de corupție din vest în est este consistent! Vrem o Românie curată, democratică, dar și o Românie cu statut egal în UE cu celelalte state.

Antanas Guoga (PPE), *in writing*. – Last plenary session we had Mr Orban, and now we have Mrs Dăncilă to discuss the same issue – a possible breach of the rule of law in an EU Member State. Poland, Hungary and now Romania – we see a ‘tendency’ which highly threatens the core values and the existence itself of the EU. It is very worrying, especially before the upcoming EP elections. What we see now in Romania is a clear sign of an illiberal democracy in the EU: the Social Democratic Party of Romania has embarked on a process of overhauling the judiciary and change legislation to decriminalise several graft offences. Several party members, including leader Liviu Dragnea, are under investigation or on trial for corruption. Justice Minister Tudorel Toader pushed through the dismissal of chief anti-corruption prosecutor Laura Codruța Kövesi earlier this year. We see a clear threat to transparent judiciary processes in Romania which also leads to direct threats to the democratic rights of Romanian people, which we have to protect. However, the Prime Minister herself calls this fake news. Do you see the current processes in Romania as a healthy democratic development of your country Prime Minister? If you think it's acceptable, then that is deeply worrying to me.

Eva Joly (Verts/ALE), *par écrit*. – Il y a deux semaines, j'intervenais ici-même pour dénoncer les graves dérives du gouvernement hongrois. Je pourrais reprendre quasiment point par point mon intervention d'alors pour m'adresser à vous, Madame la Première ministre.

Comme en Hongrie, votre gouvernement s'attaque à la justice pour tenter d'y soustraire des élus corrompus et condamnés, au risque de remettre en cause des progrès reconnus et soutenus dans la lutte contre la corruption. Comme en Hongrie, vous promulguez des lois pour entraver le travail des ONG et la mobilisation de la société civile. Comme en Hongrie, vous vous abritez derrière les résultats d'élections, oubliant que l'état de droit ne se limite pas aux échéances électorales. Il se fonde sur le pluralisme et repose sur un socle de valeurs. Comme la Hongrie, vous devez le relatif silence de l'UE au soutien d'un grand parti politique européen, ici le Parti socialiste. Comme les Hongrois, les Roumains ne doivent plus être instrumentalisés pour le profit de quelques-uns. Ils ont droit au respect de leurs droits fondamentaux et au soutien de l'UE dans leurs revendications pour une véritable démocratie. Je ne peux terminer mon intervention sans saluer le travail remarquable de ma consœur Laura Codruta Kovesi contre la corruption.

Marian-Jean Marinescu (PPE), *în scris*. – Doamnă Dăncilă, săptămâna trecută la Bruxelles v-am spus că reprezentați toți românii și că trebuie să informați corect despre ce se întâmplă în România. Nu ați procedat așa, nici la Bruxelles și nici astăzi. Din păcate pentru dumneavoastră, există suficiente surse de informare credibile și oneste pentru a afla realitatea.

Veți rămâne în istorie ca persoana care a ocupat funcția de prim ministru în timpul evenimentelor din 10 august. Ce s-a întâmplat atunci este un sumar al activității guvernului dumneavoastră: dispreț față de oameni, dispreț față de democrație, de valorile europene, atitudine de dictatură, neadevăr și manipulare.

Ați bătut și ați gazat oameni pașnici, nu drogați și plătiți cum ați susținut dumneavoastră, femeii și copii. Cei care sunt acum investigați pentru aceste fapte nu trebuie să rămână singuri. Trebuie să răspundeți pentru toate acestea, dumneavoastră și ministrul de interne, dar și conducătorul din umbră, Liviu Dragnea.

România este o țară europeană și românii vor continua să susțină UE indiferent de eforturile pe care le faceți dumneavoastră și colegii dumneavoastră, din interes sau din lipsă de competență, de a merge în direcția opusă.

Michaela Šojdrová (PPE), *písemně*. – Situace v Rumunsku je alarmující. Postup vlády ohledně tolerance korupce úředníků je nepřijatelný. Vláda by měla naslouchat svým občanům. Když nebere vážně ani sto tisícovou demonstraci, pak je nutná tato debata v EP. My zde nahrazujeme hlas rumunských občanů, kterým vláda nenaslouchá. Plně podporuji úsilí Komise monitorovat situaci v Rumunsku v rámci mechanismu pro spolupráci a ověřování. Nevyzývám ale k finančním sankcím vůči Rumunsku v podobě zastavení plateb z fondů EU, neboť ty by právě nejvíce poškodily občany.

Claudia Țăpădel (S&D), *în scris*. – Parlamentul European a dezbătut ieri cu privire la situația statului de drept în România. Consider că această dezbateră nu a prezentat situația reală din țara noastră, cea a unui guvern ales legitim care acționează pentru a asigura securitatea și siguranța cetățenilor săi și care luptă împotriva unui sistem de tipul „deep state”. Obiectivul Guvernului României este acela de a asigura respectarea drepturilor și libertăților civile ale cetățenilor români.

Tot acest proces de dezinformare și propagare de informații false este menit să discrediteze România în cea mai democratică instituție a Uniunii Europene. Intervențiile jandarmilor din cadrul protestelor de la București au fost intens criticate, dar nu au existat dezbateri pe această temă atunci când și jandarmii, de exemplu, de la Bruxelles sau de la Barcelona au acționat la fel ca cei de la București.

Îmi doresc ca pe viitor, în cadrul dezbaterilor, să se pună accentul pe aspecte esențiale precum creșterea economică a României de 7 % din ultimii patru ani și rolul acestora în realizarea obiectivelor de unitate și întărire a construcției europene.

În acest context, este clar că avem nevoie de o nouă abordare și un dialog constructiv și corect între România și Uniunea Europeană.

László Tótkés (PPE), *írásban*. – Elégtétellel üdvözölhetjük, hogy szakítva az eddigi kettős mércével, az Európai Parlament nem csupán a jobboldali kormányzatú Magyarországgal és Lengyelországgal, hanem a baloldali-liberális kormány vezette Romániával szemben is alkalmazza a jogállamisági mechanizmust. Mai felszólalásomban két olyan kisebbségi magyar ügyre szorítokozom, melyek nyilvánvaló módon durva sérelmét jelentik a romániai jogállamiságnak, sőt a Ceaușescu-korabeli kommunista diktatúra kisebbségellenes gyakorlatát idézik.

Miként a kommunizmus idején: ismét politikai foglyok ülnek börtönben Romániában. Köztudott, hogy az igazságszolgáltatás intézményei törvénytelen titkos megállapodások tucatjait közzétették a hírszerző szolgálatokkal. Ez történt a Román Hírszerző Szolgálat (SRI), valamint a Szervezett Bűnözés és a Terrorizmus elleni Ügyészség (DIICOT) között is, aminek következtében koholt vádak alapján, bizonyítékok nélkül, terrorizmus vádjával a titkosszolgálat befolyása alatt álló bíróság Beke István és Szűcs Zoltán magyar közéleti vezetőket ártatlanul öt-öt évi börtönnel sújtotta. A maga nemében hasonló eset a Marosvásárhelyi Orvosi és Gyógyszerészeti Egyetem (MOGYE) ügye.

A rangos magyar tanintézetet Ceaușescu diktátor idejében románosították el. Utóbb a román tanügyi törvény mindhiába írta elő a teljes körű magyar nyelvű képzés intézményes bevezetését, a sovinszta egyetemi vezetőség ezt mindmáig nem hajtotta végre. Most viszont az egyetem végleges beolvasztása, megszüntetése van folyamatban. Határozottan követeljük ezen diszkriminatív magyarellenességek haladéktalan orvoslását!

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Romunija je še ena država, kjer je na oblasti socialistična vlada in kjer je očitno, da vladavina prava ne deluje.

Iz razprav poslancev, posebej tistih iz vrst socialistov, je bilo jasno razbrati, da imajo pri obravnavi posameznih držav dvojna merila. Medtem, ko so bili pri razpravi o Madžarski zelo kritični, je bil tokrat njihov ton bolj spravljiv ali pa so bili kar tiho. Iz tega lahko sklepamo, da ne gre za iskreno zavzemanje za vladavino prava po enakih kriterijih in merilih za vse. V zadnjih desetih letih se je iz Romunije izselila skoraj petina njenega prebivalstva, to je zaskrbljujoče. Je pokazatelj stanja v družbi, s katerim se soočamo tudi v Sloveniji. Del tega je tudi apatija, ki se kaže v volilni abstinenci. Proti temu se moramo boriti in zahtevati, da se nepoštena in koruptivna politika odstrani iz političnega prostora. Ne s političnim preganjanjem, ampak na podlagi pravičnih in poštenih meril, ki bi morala veljati v državah, kjer se vladavina prava resnično spoštuje.

Apatiji na volitvah sledi tudi izseljevanje, ki je posledica izgube upanja, da lahko boljše prihodnost ljudje najdejo doma.

Monika Vana (Verts/ALE), *schriftlich*. – Nach den bekanntgewordenen Fällen von Korruption und Beeinflussung der Justiz durch die rumänische Regierung braucht es dringend eine Untersuchung der Rechtsstaatlichkeit. Die Europäische Union muss aus den Versäumnissen bei Polen und Ungarn lernen und diesmal schneller reagieren, um die Demokratie und die Unabhängigkeit der Justiz in einem Mitgliedsstaat zu schützen. Rumänien darf nicht den Weg in Richtung „illiberale Demokratie“ einschlagen.

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Presidente

4. Aussprache mit dem estnischen Ministerpräsidenten Jüri Ratas über die Zukunft Europas (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione con il Primo ministro dell'Estonia, Jüri Ratas, sul futuro dell'Europa (2018/2731(RSP)).

Ringrazio il Primo ministro dell'Estonia per aver accettato il nostro invito a partecipare al dibattito sul futuro dell'Europa. Noi stiamo ascoltando tutti i primi ministri, ma voglio ringraziare in modo particolare Jüri Ratas per avere sempre, durante la Presidenza estone, dato grande rilievo alla posizione del Parlamento. Non c'è stata riunione del Consiglio, anche informale, alla quale io non sia stato invitato e non abbia avuto un ruolo preminente. Per questo lo ringrazio e può contare certamente, in questa direzione, sul sostegno di un Parlamento che vuole anche avere il potere di iniziativa legislativa. Signor Primo ministro, ha la parola, benvenuto, ancora una volta, nell'Aula di Strasburgo.

Jüri Ratas, *Prime Minister of Estonia*. – Mr President, Vice-President of the Commission, distinguished leaders of the political groups and Members of the European Parliament, Europe is a thought that needs to become a feeling. I am honoured to be back in this great House. I would like to thank President Tajani for organising the debates on the future of Europe and for giving me the opportunity to participate.

Today, we can all together congratulate our German friends, and all Europeans on the occasion of German Unity Day. For my generation, this day symbolises not only the end of the division of Germany, but it also heralded the liberation of Eastern Europe and the start of the eastward enlargement of the European Union. It made possible the starting of accession talks 20 years ago. It has been an amazing journey for our country, for Estonia. The role of the European Parliament in it has been remarkable. I would like to thank you, honourable Members of the European Parliament, for your support.

This year, Estonia celebrates the hundredth anniversary of our statehood. Like Germans in the east of the country, we had to wait and dream for 50 years about freedom, rule of law and justice. I very clearly remember watching Finnish TV, as this was our only connection to the free world. This is why I, from the bottom of my heart, dislike borders in Europe: those still existing for Member States who have fulfilled all criteria to join Schengen; those that have been partly reintroduced following the migration crisis – although I understand the concerns back then – and those that still may be erected, should we collectively fail in Brexit negotiations, which I refuse to accept. Against this background, it is not hard to understand why Estonians have such a special emotional connection to Europe.

I can only agree with the Irish singer Bono that Europe is not only an idea, but also a feeling and a destiny, because, and I quote, our 'values and aspirations make Europe so much more than just a geography. They go to the core of who we are as human beings, and who we want to be'.

Compared to its share of territory and population in the world, Europe is small and diverse. But by sharing our sovereignty and pooling our strength, by having common policies, we have been able to make a difference in the world. I believe that we all have shared interests in rules-based and effective multilateral order, built on liberal values and democratic principles.

We also have common interests in open, free and fair global markets. It is what the world expects from us and it is what our citizens want. It is Europe that protects our values and freedoms from the turbulence of today's world. Europe's geographical ties and our global interdependence as the world's largest trader dictate that it is vital to have a world that functions. We Europeans are all stronger together, and I hope that we will spare no effort in securing our collective interests and the values in the world.

Europe's core strength is its diversity. Being European adds a rich layer to one's identity. Nothing represents this better than the fate of small nations in the European family. I would like to paraphrase former Estonian President Lennart Meri, who once said that small nations in Europe are the glue, the oil and the cement in the European construction. Therefore, allow me to express here modest enthusiasm when it comes to grand institutional designs in Europe, which could lead to a lesser role for smaller nations in our common institutions. Less diversity will also result in less Europe.

Today, in this limited timeframe, please allow me to focus on only some of the areas essential for Europe according to Estonia. Firstly, preserving unity within the EU. The key for our common future is our ability to keep the EU united and move forward with the EU's positive agenda. There is a saying that the best way to predict the future is to create it. Future is not something abstract or another Treaty-change. We are building our future every day. We are doing this by providing answers to the concrete concerns of our citizens, and, where possible, building connections that bring Europeans closer together – human, physical and professional connections.

Europeans also expect us to tackle transformational challenges that are too big for a single Member State, such as European defence, climate change and digital transformation. We will also have to find answers to global population growth and migration, triggered by these changes. I therefore hope for an ambitious Multiannual Financial Framework that reflects these challenges. A new Multiannual Financial Framework is actually the best indicator of how we will see our common future.

I agree with President Macron that the European Union depends on the feeling of unity. But as we know, unity does not have to mean uniformity. Sometimes we should simply recognise our different views, without compromising on the same values. I find different levels of direct taxes in Member States to be perfectly normal. I also feel that, with a European budget of the size of only 1% of GNI, fundamental decisions of a redistributive nature can be made at national or even local level through social dialogue.

At the same time, we must have a credible framework that is vital for our common future, like the spending of 2% of our GDP to keep Europe safe or aiming at an expenditure level of 3% of GDP on research and innovation. Also, we expect Europe to be big in big things, but at the same time it has to be excellent in details. Without standards and fine details, the Single Market or Capital Markets Union would simply not function.

We are now trying to find consensus when deciding on the core elements on how to manage migration. It is difficult, but we all realise that short-term measures will only bring short-term solutions. All of us need to show solidarity in the way that suits best our common purpose and each Member State's particularities. The key in decreasing irregular migration is to work with third countries. We must use all the instruments that our trade, visa and development policies offer.

The new Africa-EU alliance proposed by President Juncker to support jobs, skills and private investments in Africa definitely serves long-term effects. Estonia pulls its weight here. Last November I signed an e-government cooperation agreement between Estonia and the African Union. Estonia is geographically distant from Africa, but the digital world does not recognise distance.

Secondly, it is important to maintain and strengthen the EU's influence in the global economy. I cannot imagine a better example than the Single Market to prove that we are bigger and stronger together. But it still remains unfinished. Take, for example, the field of services: while the sector continues to grow unlike anything else, especially in the digital domain, we are far from using its full cross-border potential. For example, public services remain essentially national.

My good colleague, Mark Rutte, called the services market the 'elephant in the room' when standing in front of you here in June. I understand him well, and I always worry: when did talking about the completion of the Single Market, our economic engine, become a taboo? It is high time that we set ourselves new goals in building the Single Market.

'Success in creating effective artificial intelligence could be the biggest event in the history of our civilisation. Or the worst. We just don't know' – a famous quote by Stephen Hawking. In the field of artificial intelligence, the race is definitely on. Everybody is keen on exploring and developing strategies and reaping the benefits while we are still struggling to make it work. As it moves from the age of invention into the age of implementation of AI, Europe has to reinforce our values and lead technological change in the public and private sectors. We need progress in the areas of the free movement of data, the data economy and artificial intelligence.

In the world of hybrid warfare, cybercrime and fake news, security in cyberspace should come by design and go hand in hand with emerging technologies. We need to build data integrity into systems, to be able to guarantee that the sensors, inputs and computing of the robotic systems are not compromised. We need to develop strong digital identities, in order to be able to distinguish real persons from fake unfriendly bots. We need to establish practice with a strong professional spirit on keeping AI open and transparent.

I am very pleased with the Commission proposals resulting from the Tallinn Digital Summit last year, especially our commitment to invest in technological and social readiness throughout the new budget. It is time to adopt proposals to complete the Digital Single Market and enable digital transformation. The world will not wait.

Thirdly, it is important to maintain and enhance internal and external security. All Eurobarometer surveys have shown that our people are most concerned about security. Our long-term focus should be on prevention of crime and illegal activities at our borders. A high level of border and customs surveillance ensures security throughout Europe. Common standards and investments into both technical and operational features in border surveillance are required. Only then can we realistically assess what to expect from the 10 000 European border guards that President Juncker has proposed.

Also, effective control of people and goods at our external borders demands reliable databases that can communicate with each other. We do not need to collect the same data in different information systems, we just have to make them able to share the information. Interoperability of EU-wide databases by 2020 is the only way forward. We must also explore how to develop better synergies between the internal security, border control and customs information systems. Similarly, Romania and Bulgaria would also benefit from membership in the Schengen area.

The call for European nations to show that they take their security seriously has been around for a long time, and clearly it will not go away. This is not merely a question about maintaining or increasing our military capabilities. This is ultimately a question about how serious Europe is about its role in its immediate neighbourhood and in the world in general. How serious are we about our transatlantic partnership with the United States?

A Europe that protects has to maintain a strong relationship with our global partners. In addition to the European defence cooperation, it is vital that we preserve transatlantic unity. Europe cannot deal with global security risks alone.

For the European Union, this means going beyond its current role as a regulatory superpower and starting to support the development and deployment of more traditional instruments of foreign and security policy. Therefore, increased defence cooperation among the EU Member States is very welcome. This will lead to increased defence spending and to a larger number of commonly usable capabilities. At the same time, NATO will remain the bedrock of collective defence in Europe. Our aim should be a mutually reinforcing relationship between the EU and NATO.

The final point I would like to make is that we need to strengthen the European feeling and fight populism. We are working hard in the EU to make our citizens feel well. However, in a recent youth forum in Estonia, students said that even their teachers were not able to explain the European Union. Upcoming European Parliament elections give us politicians a perfect opportunity to explain our decisions. The European Union has brought so many opportunities that people nowadays seem to take for granted. We have to speak about the benefits of the Single Market and single currency to our businesses, of free movement to our people, and of ERASMUS to our students.

I very much appreciate the structured dialogues on the future of Europe, initiated by the French President, Emmanuel Macron; the President of the European Commission, Jean-Claude Juncker; and the President of this great House, Antonio Tajani. Working for a better Europe that benefits citizens is daily work. This also includes taking responsibility for the decisions and compromises made in the EU, and showing very clearly that we own these decisions.

The action taken after the Bratislava and Rome Summits already seems to have had positive results and to enjoy the support of the people. More than two-thirds of EU citizens feel that EU membership has been beneficial to their country – the best results since 1983.

To summarise, external pressure and crises have always pushed the EU forward and motivated Member States and institutions to cooperate. Our common response to the Russian aggression against Ukraine, to the Bataclan terrorist attack, or, if we will, to the eurozone crisis, is an example of solidarity and an example of common values.

The European Union as a community of values – and, of course, shared interests – has to have the means to stand up for the respect of individual freedoms and fundamental rights, for a multilateral and rules-based order and to tackle the challenges to our security, peace and wellbeing. I believe that our citizens understand this, as we engage in the negotiations over the next Multiannual Financial Framework.

The fundamentals of the European Union are constantly being disputed by the people, by the Member States, and by third states. Our Union is therefore politically fragile. This means that we need a self-confident, reassuring Union that protects its citizens and its members.

We also need citizens and Member States that are passionate about the Union and everything it stands for as a family of peoples and states. There must be more of us. I really hope that 10 years from now, I can listen to a colleague from any of the current candidate countries in the same capacity as I am standing here today.

I would now like to conclude in my mother tongue, Estonian.

Kallid parlamendiliikmed! Ma tahan teid tänada selle eest, et Euroopa olevik ja Euroopa tulevik ei jäta teid kedagi ükskõikseks. Alles täna siin, seistes teie ees, mõistan ma täielikult, milline privileeg ning vastutus oli Eestil ja minul eelmisel aastal, kui meil oli au ja võimalus juhtida Euroopa Liidu Nõukogu tööd.

Eesti kirjanik Anton Hansen Tammsaare on öelnud, et tööd tehes kasvab armastus. Nii see on. Euroopa oli, Euroopa on ja Euroopa jääb minu südamesse.

Presidente. – Grazie Signor Primo ministro. Prima di dare la parola alla Commissione, vi chiedo se tutti coloro che sono interessati a registrarsi per il *catch-the-eye* lo hanno fatto. Siete ancora in tempo, stiamo per chiudere ora il sistema. Se qualcuno si vuole registrare lo può ancora fare. Bisogna registrarsi con la carta di voto. Bene allora possiamo chiudere il sistema elettronico.

Do ora la parola alla Commissione europea, ad Andrus Ansip.

Andrus Ansip, Euroopa Komisjoni asepresident. – Austatud president Antonio Tajani, austatud peaminister Jüri Ratas, austatud Euroopa Parlamendi liikmed, head külalised, daamid ja härrad! Ma kõnelen täna Euroopa Komisjoni presidendi Jean-Claude Junckeri nimel. Ma loodan, et te mõistate – kui ma ei kõneleks president Junckeri nimel, siis ma oleksin kiitusega Eesti aadressil märksa mõõdukam. Aga ma kõnelen president Jean-Claude Junckeri nimel.

Mr President, speaking on behalf of President Juncker, let me start by thanking the Prime Minister for taking part in this debate and for his vision on the future of our Union.

As you know, this is a special year for Estonia. In February, we marked 100 years since independence. Today, Estonia is a modern country, flourishing at the heart of Europe. It may be one of the smaller Member States, but it is an example for others to follow. Estonia always fights to take its rightful place at the heart of our European Union, whether Schengen, the euro or on defence. It always seeks compromise and works for a unity. We saw this repeatedly during the first-ever Estonian EU Presidency last year. All of this shows that Estonia will continue to be a leader in the European Union in the future.

Nowhere is this more important than when it comes to making our people safe. Defence and security are not abstract terms for Estonians. They are daily and visible preoccupations. This is why we have invested so much in the EU's partnership with NATO, which remains the cornerstone of our defence.

Estonia knows first-hand the true value of this partnership. As I speak, Estonian troops are in Afghanistan, Mali, Kosovo, Lebanon and other countries, while the presence of NATO forces in Estonia continues to give us peace of my mind.

Estonia is also leading the way through its participation in permanent structured cooperation. Its planned project with Finland, Latvia and others to develop unmanned land systems is a perfect example of how we can achieve more by working together and how we can bring digital solutions to the battlefield to save lives. We need to back this up with the resources to match.

As part of our proposals for a new long-term European budget, we have designated EUR 13 billion for the European Defence Fund. I know we can rely on Estonia's full support for these proposals.

All of our proposals for the Multiannual Financial Framework focus on areas where we can achieve more together to build a stronger Europe. We have seen the potential of targeted investments. Rail Baltica is a good example. This project connects Europeans and creates new opportunities for people and businesses from Helsinki to Tallinn, through Riga and Vilnius, and eventually to Warsaw. This is the largest infrastructure project in the Baltics – EUR 5 billion invested in the region.

These projects cannot happen overnight or within one financial period. In that spirit, we have proposed to increase the funding for the Connecting Europe facility by 24%, to focus on transport, digital and energy infrastructure. This will allow major projects to become a reality, such as the synchronisation of the Baltic countries' electricity systems and the Baltic connector gas pipeline between Finland and Estonia.

The same applies to digital, which is in the DNA of Estonia. It now needs to become part of Europe's too, in digital infrastructure, e-government and digital skills. This is what the EU leaders endorsed at the Tallinn Digital Summit. This is why we are fully focused on building a true digital single market.

I rely on the support of this House, as well as the Council, to agree on the remaining proposals as quickly as possible. We need them urgently to build Europe's digital future.

The European Commission has proposed a new digital Europe programme worth EUR 9 billion to support Europe's digital transformation. This will be especially important when it comes to implementing the Tallinn Declaration on e-government.

All of this shows the importance of agreeing on the new long-term budget as quickly as possible. As President Juncker said in this very room only a few weeks ago, there would be no better message, no greater symbol to show Europeans that their Union will invest in the future and take its destiny into its own hands.

Honourable Members, Prime Minister, only a strong and united Europe can protect our citizens, make the most of the new digital world and create new opportunities for its people and businesses alike. But to do so, we will have to work together and work for a compromise. We will probably have to do less, be more focussed on the things that matter, and do things more efficiently. As ever, Estonia is showing the way. The motto for its Presidency „unity through balance“ shows us the way forward for our European Union. It is time to take it.

(Applause)

Manfred Weber, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, I would like to welcome Prime Minister Ratas to the debate on the future of Europe in this House.

Prime Minister, it is good to have you here because we can be inspired by the history of Estonia and by the strength of its people. In the PPE Group, we are lucky to have one of your compatriots within our family. He is only one but he counts for ten. I want to thank our friend Tunne Kelam, who is with us. He fought the Soviet occupation at first hand and was not afraid to stand up against injustice despite the great risks. Together, he and all the people of Estonia achieved a lot: a Europe that fights back for what is right, a Europe that is strongly together against all the odds and a Europe that sticks to its values. Europe can learn a lot from the Estonians' spirit.

Estonia is a small, innovative and courageous country. If there is No Europe which cares about the small Member States, there is No Europe at all. You said it, Prime Minister: diversity is what Europe is all about.

Estonia was reborn from the ashes. It was one of several victims of nationalism and brutality. The Hitler-Stalin Pact meant oppression for more than 50 years. For Estonia, a united Europe means, first of all, freedom and security. Today, with Vladimir Putin on one side, Estonia needs a strong Europe; and with Donald Trump on the other side, Estonia also needs a self-confident Europe, which cares about security. In the same way that Europe is sticking to NATO, we also have to strengthen our defence union. You mentioned this in your speech, Prime Minister. In the future it could probably be a fascinating idea to guarantee the future security of the Baltic states with European troops present there.

Sadly, Estonia was also one of the first countries to know a brand new type of warfare. Back in 2007 it withstood one of the first cyberattacks. Today Estonia is a leading nation in cybersecurity at European level and also globally. Its experience could also be a starting point from which to create in the future a cyber-rearguard, defending the whole European Union in response to these modern challenges.

Today I want to focus on the question of the digital revolution. The new technologies are improving dramatically and we can all see this. Estonia has done a great job: 99% of all public services are already e-services; and, when you bear in mind that it is a country with six times more start-ups per citizen than the EU average, we can only congratulate Estonia on what it has done in this regard.

(Applause)

Estonia's ambitions are a role model for Europe. Innovation is key and it is part of the European DNA. We now need to give a proper answer as to what our share is in this digitalisation, because it's obvious that the USA is more of a frontrunner than we are, as Europeans, in the digital revolution. That is why we need to consider and discuss how we can now organise and use the opportunity of the next wave in the digital transformation which is ahead of us.

Let me underline one important point for us. We don't think that creating legislation on copyright or data protection means creating a burden for the innovative sector. For us it's clear that this is about creating a level playing field for a modern innovation policy.

A second important point is that we have to take people's concerns people seriously. When a waiter feels that an iPad is taking over his job or a truck driver fears the self-driving vehicles which will be on our streets in the future, then we have to give an answer in terms of a digital social market economy. How we organise this is one of the big challenges ahead of us.

The third thing I want to underline is the gap between advanced regions and those which are still catching up. Improving the digital infrastructure in the European Union is a key issue for keeping Europe together. That's why I think we must invest a lot in the next EU Multiannual Financial Framework and especially in the idea of broadband for everyone. Because technology does not shape the people – it is the people who shape technology – our European way of life has all the ingredients for us to succeed: firm values, a fair social market economy, creative capacities, lively regions and stable democracies.

That is why we need to start now to build up this digital revolution with the European spirit. The future of Europe will not be written only through interinstitutional reforms. Investing in innovation and digital infrastructure to ultimately improve European citizens' quality of life is what matters most. The PPE Group is ready to stand with all those who want to go into the future.

(Applause)

Udo Bullmann, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, it is a pleasure to welcome the Prime Minister on behalf of the Social Democrats here in the House, together with my good friend Ivari Padar in the first row here. Let me say, Prime Minister, that it was a pleasure to listen to you. You gave us the impression that Estonia seems to be a great place to live. We can also congratulate you on the Presidency and the great results which you delivered for Europe.

Together with your coalition partners, especially with our sister party, the Social Democrats, you achieved a lot in your country. You have already made Estonia a fairer society and a better place for its citizens, and we would like to congratulate you on that. We share the same idea that Europe and our countries have to be locations for the best of the many and not only for the few. We are dreaming and we are working for a Europe that is sustainable: sustainable in its economy, in its environment and its social structures, where everybody – every woman and every man – regardless of their income can count on the support of their public institutions and where everybody can breathe fresh and clean air. You showed in a small country what can be done for instance in public transport. Public transport is free everywhere there, and I am dreaming of that in my home country and everywhere in the European Union.

Let us build on your experience and let us try to make that the common experience. You invested in children, you invested in teachers; this is the leading issue for what we have to follow in the European Union, and if you look at how much you spent on the well-being of families, many other countries could copy that.

Lassen Sie mich heute, an dem Tag, an dem wir in Deutschland den Tag der deutschen Einheit begehen, etwas Nachdenkliches sagen. Wir in Deutschland feiern den Fall der Mauer, wir in Europa feiern den Fall des Eisernen Vorhangs. Wir haben im Kopf und im Herzen, mit wieviel Freude die Menschen diese Ereignisse begleitet haben und welche Hoffnung auf Freiheit und auf Demokratie damit verbunden waren.

Wir müssen uns heute aber Sorgen machen. Wir müssen uns Sorgen machen über neue Mauern, über neue Grenzzäune in der Realität, im Herzen und im Kopf. Grenzen zwischen denen, die denken, dass sie alles erreichen können, und denen, die sich vergessen fühlen und glauben, dass sie nicht mitgenommen werden, die keine Chance haben; Grenzen zwischen denen, die sich wirklich anständig jeden Tag Mühe geben, zum Gemeinwohl beizutragen, und denen, die das schamlos ausnutzen; Grenzen zwischen denen, die völkisch hetzen und nationalistisch intrigieren, und denen, die als Flüchtlinge von Krieg und als Flüchtlinge von Gewalt davon Opfer werden.

Lassen Sie mich an einen großen Franzosen erinnern, an François Mitterrand, der 1995 in diesem Parlament gesagt hat, Nationalismus wird zu Krieg, wenn wir dem nicht entgegensteuern. Das ist die Botschaft für Europa, der wir folgen müssen. Und das ist der Auftrag auch für unsere heutige Diskussion. Ich habe Hoffnung. Das ist Ihre Erfahrung, das ist das, was Sie mitbringen, wenn sie aus dem Herzen Ihres Volkes sprechen. Ich habe die Hoffnung, dass Sie uns helfen werden, ein Europa ohne Mauern zu verteidigen, ein Europa ohne neue Grenzzäune, ein Europa des sozialen Zusammenhalts. Nur wenn unsere Gesellschaften sozial zusammenhalten, wird es die Freiheiten geben, die wir uns wünschen, und ein Europa, das Rechtsradikalismus, das Faschismus, das neue Grenzen zurückweist und die Demokratie schützt, auch in Ihren nächsten Wahlen, auch in der nächsten Europawahl.

Ich wünsche Ihnen Glück und Erfolg, und ich hoffe, dass dieses Land so blühen kann wie es angefangen hat zu blühen.

Peter Lundgren, för ECR-gruppen. – Herr talman! Välkommen hit, premiärminister Ratas. Det är trevligt att ni tar er tid att besöka oss.

Vi har hört många positiva röster om EU-medlemskapet. I det här huset tror ju vi på mångfald. Därför kommer jag att leverera en delvis annorlunda bild av medlemskapet. Jag är svensk och kommer från Sverige. År 1994 hade vi vår folkomröstning om medlemskapet då vi egentligen blev översköljda av ja-sidans kampanj eftersom de hade de ekonomiska musklerna att bedriva en riktig kampanj. Nej-sidan var mer en ideell förening. Vi blev översköljda av allting som skulle vara jättebra med EU. Det fanns inte en röst som pratade om det som skulle vara baksidan av ett medlemskap.

Vi blev medlemmar, och 1995 gick vi med i EU. Jag röstade faktiskt själv ja den gången. Jag såg klara fördelar med att kunna handla med hela Europa. Vad jag aldrig såg och inte kunde förutse var väl den utveckling som detta hus i sig självt skulle ta, där man mer och mer äter upp det nationella självbestämmandet. Vi har bekymmer i dag. Vi har en transportnäring som hotas av fuskande företag som opererar i skydd av EU:s regler. Vi kan inte själva kontrollera detta i Sverige eftersom EU:s regler per automatik överstiger våra egna regler. Just för stunden har vid en gränskontroll. Annars har vi obefintliga gränskontroller. Vi har inte längre kontroll över vilka människor som finns i vårt land. Vi har i mångt och mycket en okontrollerad immigration.

Tack gode gud att vi aldrig gick med i europrojektet! Alla experter förklarade att om inte Sverige gick med i eurosamarbetet så väntade en katastrof. Jag tror att vi, svenska folket, är glada i dag att vi aldrig lyssnade på experterna, eftersom det ju har varit bra för Sverige i mångt och mycket att stå utanför.

För Estland har medlemskapet fått en helt annan effekt. För er har det varit väldigt positivt. Estland är ett väldigt vackert land som jag har besökt flera gånger, och som i mångt och mycket också påminner om Sverige. Jag är glad för att ni har så många positiva erfarenheter av medlemskapet.

Som situationen är i dag för mitt land, Sverige, i detta samarbete skulle jag dock vilja omförhandla vårt avtal. Jag skulle vilja omförhandla det precis som jag och alla andra svenskar och européer omförhandlar sina avtal t.ex. med elleverantören, med banken, där man har sina huslån, eller med alla de institutioner eller föreningar som man har gått med i men inte längre är fullt nöjd med medlemskapet. Det är emellertid väldigt svårt att få till stånd en sådan omförhandling. Sverige är ett litet land – vi har bara 20 ledamöter här i huset och 14 röster av 340 i ministerrådet. Jag skulle dock önska att man skulle kunna få till stånd en sådan omförhandling för jag gillar inte tanken på att alla medlemsländer ska stöpas i exakt samma form inom Europa. Jag vill ha ett samarbete med våra vänner och grannar, och jag vill att det ska vara under en bibehållen nationell suveränitet.

Guy Verhofstadt, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, I would ask the Prime Minister just to look at the approval. Jüri, everybody praises you and finds Estonia fantastic, a magnificent country. I always say yes, that's normal, it's because the Liberals are always in power – naturally – in Estonia! You, with the Centre Party, you are even leading the opposition with the Reform Party. So I think the fact that everything is so good in Estonia has something to do with the strong position of our two liberal parties. But I don't have to say that as you are better aware of it than me.

I want to come to another point – and it is the last time that I will come back to this – which is what Mr Hunt said about the comparison between the European Union and the Soviet Union. You have to know that the two first reactions didn't come from us. The two first reactions came from the Lithuanian Commissioner, and came from the Latvian Ambassador, by the way, in the UK. I think that is not by accident. They explained how the Soviets killed, deported, exiled, imprisoned hundreds of thousands of Baltic citizens, especially also Estonian citizens. They both explained how, in contrast, the European Union brought their countries prosperity, equality, growth, respect. I think that both of them gave Mr Jeremy Hunt a stark lesson in history in 200 characters, so to speak.

That is exactly, also, what you said in your intervention, Jüri, here in Parliament: the Baltic States, more than anyone else, I should say, in the European Union, needs a united Europe, a strong Europe, more united than today and stronger than today. A Europe that is also capable – let's be very clear about this – to stand up against Vladimir Putin, because if you look a little bit at the last decade in the European Union, we have seen a decade of Russian aggression. The list is long – the partial occupation of Georgia, the annexation of Crimea, the war in eastern Ukraine, the shooting down of MH 17, the cyberattacks against our institutions, against the German Bundestag even, the money laundering through our banks, the chemical attacks in Salisbury. It's a long list in one decade. So what is next? Next may be to corrupt our ballot boxes in the elections in 2019.

That is the most important point that you have made, Jüri, in your intervention, for the moment, our only response is in fact sanctions, and then there are the counter measures by Putin, and everything goes on and on and on. I think that will be not enough in the future and certainly not enough also to defend the sovereignty of all our European countries.

I think that we need something more powerful, which is credibility in foreign policy and credibility in our defence policy, in our defence capabilities. A little bit in the words of Theodore Roosevelt who said 'speak softly but carry a big stick'. That was his opinion. We in Europe for the moment are doing exactly the opposite. We preach loudly on human rights, on democracy, but we carry no stick at all, in Europe, not even a small twig I should say.

So, my appeal to you – and in your intervention you have mentioned this – is that the first thing we do when we talk about the future of Europe, is to stop and abandon naivety and our self-imposed weakness and to show you have to build up a position of power. That means a lot of things. First of all to abolish the unanimity rule in the Council. Certainly in the field of foreign policy. You cannot have a foreign policy if you continue with the unanimity rule. Defence capabilities. Let's build a European defence community, with intelligence services that are capable and have the instruments and giving also, for example, to Europol a real mandate and not what it is today – a post box between Member States, but to make it a real federal police force that can conduct investigations on the whole European territory.

That's my conclusion. Peace through strength, you know this word. Peace through strength – that is how the West brought down the Soviet Union in 1991. Well peace through strength is what our Union needs again today. Thank you, Jüri, because in your interventions and proposals you have led the way.

Philippe Lamberts, *fraktsiooni Verts/ALE nimel*. – Dear Prime Minister Ratas, tere tulemast tagasi Euroopa Parlament!

Mr President, I would say to the Prime Minister that it is always a pleasure for us to engage in dialogue with representatives of the Baltic States. Estonia was the last of the three to complete its first Presidency of the Council.

Prime Minister, your work, like that of your predecessors, demonstrated not only your strong commitment to our common goals, but also that leadership qualities do not depend on the size of the Member State. Nowadays, it has become too commonplace to hear a parallel being drawn between the European Union and the defunct Soviet Union. Even though I was lucky enough not to have been born under Soviet rule, these comments are really outrageous to me. But not nearly as much though, as to those who had to endure occupation by the Red Army. I am thankful to all those that Guy mentioned in Central and Eastern Europe who are fiercely standing up against this malignant propaganda. No European Member State is immune against the rise of the logic of „us against them” and the drift away from pluralist democracy and the rule of law. Estonia is no exception, but we are with you in fighting against a polarisation of society and in defending the principles of equality and social inclusion.

Before being economic and monetary, our Union is one of values and giving up on them means giving up on the European dream. In that respect, the Council cannot ignore the European Parliament's call to launch Article 7 proceedings not against Hungary, but against measures taken by the current Hungarian Government. Beyond our shared fundamental values, the very idea of the European Union is to build the world's first transnational democracy, one in which we resolve all differences and find common ground through negotiation and compromise, rather than through conflict. And yes, Prime Minister, we have differences with you. We are disappointed that Estonia is still amongst the OECD's most carbon-intensive economies as it still produces the vast majority of its energy from shale oil, with disastrous results in terms of emissions and toxic waste. At the same time, a significant share of your country's forest resources have already been irresponsibly and unsustainably depleted, most often to get some quick cash. Sadly, we see similar developments elsewhere in Europe, like in Białowieża in Poland and Hambach in Germany.

You also like to highlight the potential of the digital revolution, or transformation as you call it, for future welfare, and I will agree with you that we should not shy away from innovation. However, we should keep in mind the significant risks this revolution carries in terms of civil liberties or, again, ecological impact. Indeed, far from being dematerialised, the digital universe is hungry for scarce resources whose extraction proves very damaging for the environment.

In our view, it is absolutely vital for the European Union to become a world leader in the ecologically and socially just transition of our economies. Of course, the fight against climate change demands it, but our jobs, our balance of payment, our strategic independence and our competitiveness depend on it. Giving up on this objective also means giving up on the European dream.

Νεοκλής Συλικιώτης, εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL. – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Πρωθυπουργέ, θα ήθελα και εγώ να σας καλωσορίσω εκ μέρους της Ομάδας της Ευρωπαϊκής Ενωτικής Αριστεράς/Αριστεράς των Πρασίνων των Βορείων Χωρών. Συζητάμε και πάλι για το μέλλον της Ευρώπης, αλλά δυστυχώς η εκτίμηση παραμένει η ίδια. Η κατάσταση στην Ένωση οξύνεται συνεχώς και καθημερινά βαθαίνει η οικονομική, πολιτική και θεσμική κρίση. Αυξάνεται δραματικά και το δημοκρατικό έλλειμμα της Ένωσης και δεν χρειάζεται να ωραιοποιείτε αυτή την κατάσταση.

Οι νεοφιλελεύθερες πολιτικές λιτότητας που εφαρμόστηκαν, αν και απέτυχαν, συνεχίζουν να προωθούνται και να θεσμοθετούνται, με αποτέλεσμα οι λαοί να οδηγούνται στην ανεργία και στη φτωχοποίηση. Αυτή είναι η πραγματικότητα σήμερα και για την Εσθονία που, παρά τις επιτυχίες στην ψηφιακή οικονομία, σημειώνει ανησυχητικά ποσοστά υψηλής ανεργίας και φτώχειας.

Το κοινωνικό κράτος διαλύεται, οι εργασιακές σχέσεις απορρυθμίζονται και οι οικονομικές, κοινωνικές και περιφερειακές ανισότητες στην Ένωση διευρύνονται συνεχώς. Κυριαρχεί πλέον η ασυδοσία της αγοράς και, προκειμένου να εξυπηρετηθούν τα συμφέροντα των πολυεθνικών και των μονοπωλίων, στον βωμό του κέρδους καταστρέφεται ανεπανόρθωτα το περιβάλλον και εντείνονται οι κλιματικές αλλαγές.

Έπειτα, η προσφυγική κρίση οξύνεται όλο και περισσότερο, όσο η Ένωση αρνείται να υιοθετήσει μια στρατηγική στηριγμένη στην αλληλεγγύη και τον ανθρωπισμό. Η πρόσφατη απόφαση των ηγετών στο Σάλτσμπουργκ δυστυχώς προμηνύει πως θα συνεχίσουν τα ίδια μέτρα καταστολής, οι αυξημένοι έλεγχοι στα εξωτερικά αλλά δυστυχώς και στα εσωτερικά σύνορα και η ενίσχυση της λογικής της Ευρώπης-φρούριο.

Αυτές οι νεοφιλελεύθερες πολιτικές είναι που λειαίνουν το έδαφος για την άνοδο της ακροδεξιάς και την υιοθέτηση ρατσιστικής και ξενοφοβικής ρητορικής και πολιτικής από αρκετές κυβερνήσεις κρατών μελών. Εάν η Ένωση συνεχίσει να προωθεί τις ίδιες πολιτικές, οι ακροδεξιές δυνάμεις θα ενδυναμωθούν ακόμη περισσότερο και ελλοχεύουν πολύ μεγάλοι κίνδυνοι για τους λαούς της Ευρώπης. Η άνοδος της ακροδεξιάς επιχειρεί ένα πιασάρικο παιχνίδι της Ένωσης στον σκοταδισμό και απειλεί βασικές ελευθερίες, δικαιώματα και κατακτήσεις των λαών και λυπούμαι να πω ότι είναι σχήμα οξύμωρο σήμερα με το κλίμα ανόδου του φασισμού και της ακροδεξιάς να μιλούμε για τη Σοβιετική Ένωση. Οι βίαιες επιθέσεις που σημειώθηκαν ακόμα και ενάντια σε ευρωβουλευτές στο Μπάρι της Ιταλίας, στο Κέμνιτς της Γερμανίας, αλλά και σε άλλα κράτη αποδεικνύουν πως η ακροδεξιά

αποθρασύνεται και επιβάλλεται η άμεση συνεργασία και συμμαχία των προοδευτικών δυνάμεων για την αναχαίτισή της. Είναι αδήριτη ανάγκη να συσπειρωθούν ευρύτερες δημοκρατικές και προοδευτικές δυνάμεις και όλοι μαζί να αντιπαλέψουμε την ακροδεξιά, τον φασισμό, τον ρατσισμό και την ξενοφοβία.

Η κατάσταση δε γίνεται ακόμα πιο επικίνδυνη με τη νέα στροφή της Ένωσης προς τη στρατιωτικοποίηση, την επένδυση στην άμυνα με το νέο ευρωπαϊκό ταμείο και την ενίσχυση της στρατιωτικής βιομηχανίας, σε συντονισμό με την επιθετικότητα του NATO. Η στροφή αυτή της Ένωσης στους πολέμους θα είναι καταστροφή για το μέλλον της Ένωσης.

Αγαπητέ κύριε Πρωθυπουργέ, αγαπητοί συνάδελφοι, ο κίνδυνος για την Ευρώπη δεν είναι οι πρόσφυγες και οι μετανάστες· είναι οι πόλεμοι και οι ιμπεριαλιστικές επεμβάσεις τις οποίες στηρίζουν έμπρακτα η Ευρωπαϊκή Ένωση και τα κράτη μέλη της· είναι οι αυξανόμενες οικονομικές και κοινωνικές ανισότητες· είναι ο ρατσισμός και η ξενοφοβία. Για να υπάρξει ελπίδα για το μέλλον των λαών της Ένωσης, πρέπει να ανατραπούν αυτές οι νεοφιλελεύθερες πολιτικές λιτότητας. Χρειάζεται ακόμα, πάνω απ' όλα, μια δίκαιη αναδιανομή του πλούτου, χρειάζεται στρατηγική ανάπτυξης, χρειάζονται δημόσιες επενδύσεις που θα δυναμώσουν το κοινωνικό κράτος. Ναι, χρειάζεται αναβάθμιση της ψηφιακής οικονομίας, αλλά παράλληλα να δημιουργηθούν αξιοπρεπείς, μόνιμες, ποιοτικές θέσεις εργασίας. Έτσι θα δημιουργήσουμε πραγματικά μια Ευρώπη των λαών, της κοινωνικής δικαιοσύνης και της ειρήνης.

Rolandas Paksas, EFDD frakcijos vardu. – Estija dažnai apdovanojama įvairiais epitetais, kurie dažniausiai išreiškia šalies veržlumą. Vienas iš jų anksčiau dažnai kartotas – Baltijos tigras. Tigro išminties, sumanumo ir ryžto kaip niekad šiandien reikia visai Europos Sąjungai. Gebėjimo laviruoti tarp bendrų Europos Sąjungos ir atskirų nacionalinių valstybių interesų, sumanumo variantis su didžiausiomis pasaulio valstybėmis, ryžto priimant valstybių, kurių politikai ir piliečiai pasisako už suverenumą, tautų Europą, nacionalines o ne internacionalines kultūros pariteto poziciją, kaip tiesioginės demokratijos išraiška. Juolab kad daugelis iš šių Rytų Europos ir Vyšegrado šalių išgyveno sovietinio federalizmo patirtį ir puikiai supranta kuo gali tapti globalistų siekis federalizuoti Europą. Dialogas, o ne konfrontacija. Tautų valstybių sąjunga, o ne federalizacija. Ekonominio augimas, socialinės atskirties mažinimas, o ne išlaidų karo pramonei didinimas. Santarvė, susitarimo paieškos, bet ne supriešinimas ar susipriešinimas. Tai dalykai, kurie turi tapti kertiniais naujos Europos Sąjungos pamato akmenimis. Nejaugi, ministre pirmininke, manot, kad turėtų būti kitaip? Tada Bendrijos šalyse surenkime referendumus dėl Europos Sąjungos ateities krypties. Ar žmonės nori stiprinti valstybių savarankiškumą ir nepriklausomybę? Ar nori naujos Europos federacijos be savarankiškų valstybių? Esu įsitikinęs, kad referendumo rezultatas būtų labai nepatogus šiandieninės Europos Sąjungos politikos architektams, kurie jos ateitį mato kaip unifikuotą Europos valstybių federaciją. Taip pat aš manau, kad naujos Europos Sąjungos ateities mes sulauksime gerokai greičiau, negu paskutinio Europos Sąjungos valstybės prezidento ar premjero pasisakymų šia tema. Ta ateitis prasidės po Didžiosios Britanijos pasitraukimo kitų metų kovą. Ir ne taip jau labai svarbu, ar sutars pusės dėl sąlygų, kuriomis išsiskiria, ar ne. Viršmas yra prasidėjęs. Mes dar turime laiko padaryti taip, kad tai netaptų visos Europos Sąjungos griūtimi, eidami konstruktyvaus dialogo, o ne primityvių įžeidinėjimų ar asmeniškumų keliu.

Marcel de Graaff, namens de ENF-Fractie. – Voorzitter, ik heet de minister-president van Estland, de heer Ratas, van harte welkom in dit Parlement om te debatteren over de toekomst van Europa. Estland kent een historie van vrijwel uitsluitend overheersing, eerst door Duitsland, vervolgens door Zweden en daarna door Rusland. Na een korte periode van onafhankelijkheid werd Estland vervolgens ingelijfd bij de Sovjet-Unie. Estland weet wat het is om overheerst te worden. Na het einde van de Sovjet-Unie heeft het uit angst voor de Russische buurman aansluiting gezocht bij de NAVO en de EU.

In 2004 leek de EU nog een vriendelijk, vriendschappelijk verbond. Maar inmiddels moeten bij de bevolking van Estland toch de schellen van de ogen zijn gevallen? De EU introduceerde de afgelopen jaren voorstellen voor een EU-leger, een EU-politiemacht en een Europese openbare aanklager, naast voorstellen voor internetcensuur en voor inperking van de vrijheid van meningsuiting. We horen de heer Verhofstadt, die het pand inmiddels verlaten heeft, zojuist pleiten voor een EU-KGB. Steeds meer kleinere lidstaten worden vervolgd vanwege hun EU-kritische beleid. Landen die hun bevolking willen beschermen tegen de verwoestende effecten van het opengrenzenbeleid.

Meneer Ratas, herkent u niet de contouren van een nieuwe Sovjet-Unie? Waar denkt u dat een EU-leger werkelijk voor nodig is? Niet voor het beschermen van de buitengrenzen, want daar hebben we de NAVO voor. De liberalen in dit Parlement zijn de grote voorvechters van een EU-leger en het waren de liberalen die de gewapende pro-EU-staatsgreep in de Oekraïne stonden toe te juichen. Straks zijn het de liberalen die de tanks opnieuw Hongarije laten binnenrijden.

U dacht dat alle landen in de EU vetorecht hadden? Wat een vergissing. Het is de oorspronkelijk Oost-Duitse communiste Angela Merkel die dicteert, en de EU volgt. Estland heeft in 2004 zijn soevereiniteit ingeleverd door te tekenen bij het kruisje. En u dacht dat de dreiging uit het oosten kwam? Nee, de dreiging komt uit het westen. De agressieve Ost-politiek van de EU is een terugkeer naar een oude Duitse doelstelling. U zou dat toch moeten herkennen? Daarom raad ik de heer Ratas aan aansluiting te zoeken bij de Visegrád 4, bij het Hongarije van Viktor Orbán, dat net als Estland diep gebukt is gegaan onder communistische overheersing, bij het Italië van Matteo Salvini en het Oostenrijk van Heinz-Christian Strache, want daar zijn de schellen inmiddels van de ogen gevallen.

U denkt wellicht nog dat een liberale democratie staat voor een democratie waarin de vrijheden gelden die ooit zo treffend zijn verwoord in de *Déclaration des droits de l'homme et du citoyen*. Nee, meneer Ratas, liberaal is hier slechts een ander woord voor communistisch. Wanneer in dit Parlement gesproken wordt over liberale democratie, dan bedoelt men de socialistische heilstaat, dan bedoelt men een nieuw Sovjet-imperium. En dat wil ik u in dit debat meegeven, minister-president Ratas, opdat u Estland kunt leiden op de weg naar echte vrijheid en echte soevereiniteit.

Kazimierz Michał Ujazdowski (NI). – Panie Przewodniczący! Ja chcę przede wszystkim wyrazić uznanie dla narodu estońskiego, który w sposób szczególny – tak jak wiele narodów ujarzmionych przez Związek Radziecki – objawił pragnienie wolności, wolę życia, wolę niezależności. Narodu szczególnie inteligentnego i mądrego. Mogę przyłączyć się do tych pochwał w stosunku do przemówienia pana premiera, przede wszystkim dlatego iż to przemówienie wyraża motywy istotne dla przyszłości Europy.

Uważam, że pan premier zaprezentował proeuropejski pragmatyzm. Proeuropejski pragmatyzm, a nie proeuropejski centralizm, bo proeuropejski pragmatyzm jest chyba najbardziej zasadną odpowiedzią na współczesne wyzwania stojące przed naszymi krajami i Unią Europejską jako całością. To jest stawka na bezpieczeństwo, na bezpieczeństwo Europejczyków, to jest stawka na wzmocnioną współpracę w zakresie polityki obronnej, ale jednocześnie kooperację z Paktem Północnoatlantyckim. Mogę podpisać się bardzo jednoznacznie pod tymi poglądami.

Jednocześnie pan premier wyraził sceptycyzm wobec tego, co prezentuje często na tej sali pan przewodniczący Verhofstadt, sceptycyzm wobec centralizmu unijnego, wobec takich reform, które postawią kraje mniejsze w gorszej pozycji. Bazą solidarności europejskiej jest partnerstwo, poszanowanie wszystkich, a więc i mniejszych krajów Unii Europejskiej. Absolutnie podzielałam obawy przed formalnymi reformami, przed nową formą rewizji traktatów, która by mogła skutkować tym niebezpieczeństwem: niebezpieczeństwem pomniejszenia europejskiego partnerstwa, europejskiej solidarności, pomniejszenia pozycji krajów mniejszych.

I wreszcie jeszcze jeden bardzo istotny element: to stawka na konkurencyjny rynek, na otwarty konkurencyjny rynek, na liberalizację usług. I trzeba powiedzieć, że nie tylko populizm, o którym pan premier mówił, jest siłą ograniczającą konkurencję gospodarczą w Europie. Protekcjonizm jest czymś znacznie szerszym, on jest obecny także w politykach unijnych partii głównego nurtu. Bardzo się cieszę, że pan premier postawił na ten motyw, na konkurencyjny rynek, który da siłę gospodarce europejskiej.

Presidente. – Ora il Primo ministro Ratas può rispondere alle prime domande, poi ci sarà il *catch-the-eye* e poi le risposte alle domande che verranno dal *catch-the-eye* sempre da parte del Primo ministro Ratas.

Jüri Ratas, Prime Minister of Estonia. – Mr President, Vice-President of the Commission and leaders of the political groups. First of all, I would like to thank you for your kind comments on Estonia and also on our Members of the European Parliament. It is important that we have diverse views, even if I cannot agree with some of them. Just as diversity of views is important, so is our ability to provide answers and solutions and, most importantly, to make compromises.

I would like to react to some of your comments and your views. First of all, Commission Vice-President Ansip, thank you for the kind references to our country – and our best wishes to you and also to Commission President Juncker! It is true that it is very important to have good connections with the centre of Europe. Connectivity is one of our priorities, and, if I am talking on a somewhat broader scale, I include here the Baltic countries and the Nordic ones. It is true that one of our targets will be the synchronisation of our energy market with the centre of Europe and, of course, digitalisation, which was a cornerstone during our Presidency, is still one of our most important themes in relation to unity and good cooperation between the Member States.

Our slogan during our Presidency was 'Unity through Balance', and I think it is so important today to achieve better cooperation, for example in the digital sphere. In terms of cooperation across borders, and in terms of concrete benefits for our citizens and for our businesses in doing business with different Member States, we must go forward and find a solution.

One very concrete wish is for free movement of data. I agree with those leaders who have mentioned artificial intelligence and self-driving cars, and, yes, it is true that in Estonia we have a lot of different e-services, more than 2 500. But our goal must also be to be very good and very active in talking to the private sector: this means the fourth industrial revolution.

During our Presidency we were really happy that today we have much closer cooperation in terms of defence and security, with Permanent Structured Cooperation (PESCO), for example. In relation to the digital world, or digital society, the first step must always be cybersecurity. It is true that more than ten years ago we had some very serious cyberattacks but now we have more skills and much better cooperation.

Some words about what Mr Bullmann said: I agree 100% about sustainable development. It is so important here to strike the balance between the environment, the economy and the social sphere. Thank you too, Mr Verhofstadt, for your kind words about Estonia and the Baltic states. I agree with you that this united Europe is, for us, 100% important.

Now, some more about our environment. Estonia has more than half of its territory covered by forest and we take sustainable forest management very seriously. Estonia is meeting all the European climate goals: that was a priority during the Presidency, and my Government has a 50% renewable energy target. I also would like to say that Estonia is a nature-loving society. We care deeply about the environment today and about what we leave for our children. We are on track with climate policy and energy efficiency goals and Estonia has already reached the renewable energy goals for 2030.

As regards the Soviet Union and the EU, I think they are at 180 degrees in terms of difference: having lived under the brutal Soviet regime, I strongly reject any comparison with today's or, for that matter, tomorrow's European Union.

Once more, I agree with Mr Weber on the importance of a level playing field and of creating the biggest digital market. It is also important that digital Europe works for the many and not the few – well said, Mr Bullmann!

As a member of the Liberal family, I can only agree again with Mr Verhofstadt and I can only say thank you to Sweden and the Swedish people for supporting Estonia and our fellow Estonians, for example during the 1940s and 1950s, and today as well.

I thank you all for your views and comments, and I would like to make some comments at the end of the debate.

Procedura «catch-the-eye»

Tunne Kelam (PPE). – Mr President, I would like to thank Prime Minister Ratas.

Prime Minister, *suur tänu*, you have brought the feeling of Europe from Estonia to Strasbourg and this unites us all. But, actually we are not debating Estonia today, but the future of Europe.

In 1992, just after Maastricht, which turned an economic community into a political union, the then President of the Commission, Jacques Delors, a great socialist, voiced his vision of the European future. He said that each of the 12 - Member States now faced a challenge to make the biggest polity leap in post-war history to make this political union successful. Delors said that, if we did not succeed in giving Europe a soul, spirituality and inner meaning in the next ten years, this battle would be lost.

Today, 26 years have passed since then and I wonder if many of our problems today have emerged from this void which is still haunting us. In other words, man does not live by bread alone. Member States do not live only by feeding their national interests and we need to agree on what really keeps us together. It's not only economic, social and security interests.

What is our European identity? It is not subsidies, consumption or social media, but a spirit of togetherness, rediscovering and revaluing our roots, and our spiritual and cultural continuity. Prime Minister Ratas has brought us this feeling of togetherness, of family and of solidarity. *Aitäh.*

Ramón Jáuregui Atondo (S&D). – Señor presidente, señor primer ministro, he escuchado con atención sus palabras y observo en su discurso una ausencia y una contradicción.

La ausencia que más me ha sorprendido es que no hablemos —cuando hablamos del futuro de Europa— de la Europa social, de la política social, del pilar social, porque hay muchos europeos que solo creen en Europa si hay una Europa social.

Y la contradicción es que todas las aspiraciones que usted señalaba para una Europa que protege, para una Europa que hace frente a la guerra cibernética, que avanza en el mercado digital, para esa Europa que resuelve los temas migratorios, etcétera, necesitan más recursos económicos, señor primer ministro, y, en el marco plurianual, en el marco de las aportaciones de los Estados, hay una voluntad de no aportar más dinero.

Mi preocupación es: ¿cuál es su opinión sobre un marco plurianual tan corto para lograr tantos objetivos tan importantes?

Urmas Paet (ALDE). – Mr President, first, I'd like to make one clarification, and it is that Estonia is not a small country – Estonia is a compact country.

I will continue in the beautiful Estonian language

Kõigepealt aitäh ettekande eest! Täielikult võib toetada plaane liikuda edasi kaitsepoliitikaga Euroopa Liidus. Oluline on teenuste siseturu areng ja palju muid asju, kuid Euroopa üks suuremaid muresid on tegelikult kehv demograafiline olukord paljudes riikides, kus inimesi sureb rohkem, kui neid sünnib. Elanikkond vananeb ja väheneb. Sellises olukorras on järjest keerulisem tagada ka majanduskasvu ja inimeste elatustaseme tõusu. Seega ka meie siin Euroopa Liidus peame väga tähelepanelikult vaatama, millised on need poliitikameetmed, mis saaksid seda olukorda parandada, sest ilma demograafilise olukorra paranemiseta pole suurt mõtet ka paljudel teistel toredatel asjadel.

Samas pean ma ütlema, et selle olukorra parandamisel on kõige olulisem muidugi inimeste endi käitumine ja isiklik panus. Seetõttu on meie tänane esineja, Eesti peaminister Jüri Ratas, hea eeskuju, kelle perre sündis kolm nädalat tagasi neljas laps. Palju õnne!

Reinhard Bütikofer (Verts/ALE). – Mr President, I would like to thank the Prime Minister for the remarks he made with regard to our foreign and security policy. I was very happy to hear what I considered an extremely realistic approach.

I have two questions on the basis of what you said, Prime Minister. Number one: when you emphasise the necessity for Europeans to take a shared initiative, to carry a bigger part of the burden of making sure that we can contribute to our own security, then we should also look to the fact that we're not spending too little at the moment, but we are spending in a very ineffective way. We're duplicating, triplicating and quadruplicating all our defence expenditure. The focus should be on making effective measures our number one priority and not just raising expenditure, without being more effective.

The second question I have for you, Prime Minister, is very simple: are you in favour of abandoning the unanimity rule on foreign policy?

Δημήτριος Παπαδημούλης (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Ratas, άκουσα με πολύ ενδιαφέρον την ομιλία σας. Συμφωνώ μαζί σας ότι χρειαζόμαστε περισσότερη Ευρώπη και καλύτερη Ευρώπη. Και τώρα κινδυνεύει αυτό το ιστορικό εγχείρημα από όσους ανιστόρητα και ανόητα παρομοιάζουν την Ευρωπαϊκή Ένωση με τη Σοβιετική Ένωση. Είναι οι ακροδεξιοί αντευρωπαϊοί εθνικιστές και λαϊκιστές που θέλουν να γυρίσουμε πίσω στα σύννορα, τον εθνικισμό και τον πόλεμο.

Αλλά, αν θέλουμε να αντιμετωπίσουμε τον κίνδυνο της ανερχόμενης άκρας δεξιάς που θέλει να μας γυρίσει πίσω σε ένα εφιαλτικό παρελθόν, οφείλουμε να καταπολεμήσουμε και τις ανισότητες, γιατί οι ανισότητες τρέφουν τον λαϊκίστικο ακροδεξιό εθνικισμό.

Γι' αυτό χρειαζόμαστε όχι μόνο περισσότερη Ευρώπη, αλλά και καλύτερη Ευρώπη, με ισχυρότερες πολιτικές κοινωνικής συνοχής, με περισσότερη ανάπτυξη για τους πολλούς και όχι για τους λίγους. Ανήκετε σε μια νέα γενιά πολιτικών και πιστεύω ότι αυτή η νέα γενιά οφείλει να αναλάβει ακόμη πιο ισχυρές ηγετικές πρωτοβουλίες για μια καλύτερη, δημοκρατικότερη, κοινωνική Ευρώπη.

Jiří Payne (EFDD). – Pane předsedající, pane premiére Ratasí, bavíme se o budoucnosti Evropské unie a Vy moc dobře víte, že Evropská unie se ruský řekne „Европейский союз“. To zní velmi podobně jako Sovětský svaz a já bych se chtěl teď omezit na jednu podobnost v právní oblasti.

Dobře víte, že všechny komunistické státy měly ve svých ústavách článek, který hovoří o vedoucí úloze komunistické strany, podle kterého nemohla existovat žádná legální opozice, podle kterého nemohla existovat férová soutěž politických stran. A my máme podobné ustanovení v Lisabonské smlouvě. V čl. 17 odst. 3 se říká, že členové Komise jsou vybíráni na základě požadavků evropanství, to znamená, že v Evropské unii nikdy nemůže existovat férová soutěž politických stran. To znamená, že v Evropské unii vždycky bude diskriminována opozice, která si myslí jenom trochu něco jiného, než je ten hlavní proud. A já Vás chci poprosit: tento příklad, který jsem tady citoval, je jedním z mnoha desítek příkladů demokratického deficitu v Evropské unii. Hrozného demokratického deficitu. Já Vás chci poprosit, aby Estonsko se přičinilo o to, abychom okamžitě, důsledně a definitivně odstranili demokratický deficit z evropského kontinentu.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Καλώς ήρθατε, κύριε Πρωθυπουργέ. Έχω τρία ερωτήματα: αναφέρατε ότι οι χώρες της Ευρωπαϊκής Ενώσεως θα πρέπει να διαθέτουν το 2% του ΑΕΠ για την άμυνα, προκειμένου να αισθάνονται ασφαλείς. Με εξαίρεση την Ελλάδα και την Κύπρο, οι οποίες δέχονται άμεσες και συνεχείς απειλές κατά της εδαφικής ακεραιότητάς τους από την Τουρκία. Καμία άλλη χώρα της Ευρωπαϊκής Ενώσεως δεν δέχεται τέτοια απειλή. Παράλληλα, λόγω του ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση συνεργάζεται με το ΝΑΤΟ, ο οποίος είναι αμυντικός οργανισμός, ποιος ο λόγος να υποβληθούν τα κράτη σε αυτή την οικονομική θυσία σε μια περίοδο άγριας λιτότητας;

Σε ό,τι αφορά το μεταναστευτικό, η πολιτική της Ευρωπαϊκής Ενώσεως έχει αποτύχει παταγωδώς, με αποτέλεσμα η Ιταλία και η Ελλάδα να έχουν κατακλυστεί από εκατοντάδες χιλιάδων παράνομους μετανάστες. Ειδικότερα η Ελλάδα προορίζεται να γίνει μόνιμος καταυλισμός αυτών των ανθρώπων. Συμφωνείτε ότι τα hotspot θα πρέπει να δημιουργηθούν στις χώρες που προωθούν παράνομους μετανάστες στην Ευρώπη, και κυρίως στην Τουρκία;

Τέλος, θεωρείτε ότι η κατάργηση της αρχής της ομοφωνίας στη λήψη αποφάσεων στην Ευρωπαϊκή Ένωση με τη δημιουργία Ευρώπης δύο ή και τριών ταχυτήτων προάγει την ενότητα της Ευρώπης και εξυπηρετεί τα συμφέροντα των μικρών κρατών, όπως είναι και η χώρα σας;

Ева Майдел (PPE). – Г-н Премиер, Европа е в трудна глобална ситуация. Традиционните партньори променят политиката си и заплахите за благоденствието и мира в света стават все повече, като миграцията към Европа или промяната на производствата и търговските войни.

Много хора смятат, че ние можем да променим тези глобални процеси, като се опитваме да върнем крачка назад историята. Аз смятам, че за да успокоим нашите граждани, за да гарантираме техния живот и благоденствие, няма смисъл да гледаме назад. Вместо да опитваме да контролираме нещата, които не могат да се контролират, ние трябва да се обърнем към други цели.

Трябва да изградим силна икономика, която да ни гарантира висока добавена стойност, за да имаме ресурси да създаваме нови политики или партньорства. Трябва ни икономика, която да отваря нови достъпни работни места на нашите граждани, които са загубили работата си. Трябва ни икономика, която да ни прави независими в случай на глобални кризи.

За мен отговорът е налагането на технологиите и засилването на цифровата икономика. Естония е един от символите на този подход и затова Ви поздравявам и се надявам, че Европа все повече ще приема този модел на развитие.

Zigmantas Balčytis (S&D). – Aš labai trumpai norėčiau paklausti apie energetinę nepriklausomybę. Aš esu iš Lietuvos ir kartu su kitais savo kolegomis iš Baltijos šalių ir kitų valstybių per devynis metus sukūrėme gana nemažai įvairių dokumentų, kurie lygtai apibrėžtų mūsų Europos Sąjungos energetinę nepriklausomybę nuo trečių šalių, tame tarpe ir nuo Rusijos. Tačiau realybė, aš manau ir Jūs sutiksite, yra kita. Todėl, kad mes prieš keletą metų visiškai nesusitarėm – trys Baltijos šalys – dėl bendro projekto, atominės elektrinės statybos. Labai bijojome, kad mus užters, kad mes patys užtersim ir per tuos metus dabar, kai mes nesusitarėm, iškilo Astravo atominė elektrinė. Taip pat mes labai daug išnaudojom savo politinio potencialo ginčydamiesi dėl Nord Stream 1 projekto, bet jis yra šiandien pastatytas. Taip pat Nord Stream 2 projektas jau bus praktiškai įgyvendintas. Todėl energetinė nepriklausomybė susideda ne iš to, kiek mes dokumentų sukuriame, o priklauso nuo to, kokie yra generavimo pajėgumai. Todėl aš norėčiau Jūsų vizijos, jūsų išsakytos minties, kaip mes ateityje gyvensime būdami dar labiau priklausomi nuo vieno tiekėjo – Rusijos tiek dėl elektros energijos, tiek dėl dujų.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, cuirim fáilte roimh Phríomh-Aire na hEastóine agus, a Phríomh-Aire, comhghairdeas as ucht an aithisc bhreá a thug tú dúinn agus go háirithe gur úsáid tú do theanga dhúchais féin san aitheasc sin.

Estonia has played a very important role in the European Union since it joined. We've had many fine Members, and none more so than my great friend and EPP colleague, the Estonian hero Tunne Kelam. It is a joy to work with him. In your speech, Prime Minister, you made some very interesting points. You said that unity doesn't have to mean uniformity. Well said. By way of illustration, you said that different levels of taxes in different Member States are normal for you. Well said again. My question to you is: have you found pressure to harmonise taxes? How would you deal with that? How should countries like Ireland and Estonia deal with that pressure if it were to come up again in the future?

Evelyn Regner (S&D). – Herr Präsident! Sehr geehrter Premierminister! Wer an Estland denkt, denkt an Digitalisierung, und wer an Digitalisierung denkt, denkt an Estland. Das ist ein wunderschönes Image, das Sie haben, das aber auch mit viel Verantwortung verbunden ist. Denn wir brauchen Rechtssicherheit, wenn wir uns für einen offenen Binnenmarkt in dieser Hinsicht einsetzen.

Wie schaut aber die Realität aus? Die ist oftmals sehr schwierig. Wenn man per Mausklick ganz schnell ein Unternehmen gründen kann, passiert es auch sehr flott, dass vielleicht Steuerrecht, Sozialrecht umgangen wird. Hier passiert sehr viel Schindluder.

Und daher ist jetzt meine Frage an Sie: Was machen Sie ganz aktiv? Wie schaut Ihr estnischer Beitrag aus, aktiv gegen Briefkastenfirmen, aktiv gegen Geldwäsche vorzugehen, in einem Land, das sehr positiv offen ist, aber natürlich auch aufpassen muss, dass im Rahmen dieser Offenheit nicht auch diejenigen, die es mit den positiven Dingen nicht so gut meinen, entsprechend agieren? Daher, setzen Sie sich in dieser Hinsicht ein, dass mehr Rechtssicherheit besteht, online wie offline!

Indrek Tarand (Verts/ALE). – Mr President, just to save my colleagues time, I will not start to repeat my proposals about the future of Europe and how to reform its institutions, etc. I will send them to you, Prime Minister, in written form. I hope you will take them into your campaigning platform, and I can guarantee with those proposals you can win the elections.

Thank you for coming here and for your good speech, and I wish you all the best. Just a final remark to the colleagues who have amused me by comparing the European Union to the Soviet Union: it's an insult to all the people who suffered in the Soviet Union. Let me tell you that the difference is clear: if you had made that kind of remark in the Soviet Union, if the EU were the Soviet Union, you'd been in a Gulag or, in the worst case, shot extrajudicially. So please stop making such comparisons. You will also save our time.

Νικόλαος Χουντής (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Πρωθυπουργέ, η χώρα σας είναι από τα αγαπημένα παιδιά της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Θεωρείται χώρα-υπόδειγμα, γιατί έχετε ευθυγραμμιστεί τελικά με τις νεοφιλελεύθερες απαιτήσεις της Ευρωπαϊκής Ένωσης και με τα επιθετικά σχέδια του NATO. Κύριε Πρωθυπουργέ, δεν μπορεί να συνδέεται το μέλλον της Ευρώπης με μοντέλα ανάπτυξης που συνθλίβουν το κοινωνικό κράτος, οδηγούν στην ανεργία, ελαστικοποιούν τις εργασιακές σχέσεις και οδηγούν χιλιάδες νέους στο εξωτερικό της χώρας, ενώ στοχεύουν στην υπερσυγκέντρωση του πλούτου.

Δεν μπορούμε να μιλάμε για χώρες-υπόδειγμα όπου το ένα τέταρτο του πληθυσμού είναι κάτω από το όριο της φτώχειας και ο κατώτατος μισθός δεν ξεπερνάει τα 500 ευρώ. Δεν μπορούμε να μιλάμε για χώρες-υπόδειγμα που, για να περάσουν αυτή την πολιτική, χρησιμοποιούν και αυταρχικές πολιτικές και διώξεις αντιφασιστών αγωνιστών.

Κύριε Πρωθυπουργέ, η συνέχιση αυτής της πολιτικής, η εμμονή σε αυτή την πολιτική, η στήριξη αυτών των νεοφιλελεύθερων πολιτικών και των επιθετικών σχεδίων του NATO δεν θα έχουν καλά αποτελέσματα για τις νέες γενιές, για τη δημοκρατία σήμερα και για την ασφάλεια της Ευρώπης.

Patrick O'Flynn (EFDD). – Mr President, Mr Ratat, your country has adapted well to EU membership, but I hope you will acknowledge the problems afflicting larger countries in Europe. European citizens in their millions wish to protect their social and cultural values and their stable communities, yet the ideology of the EU treats human beings as just another factor of production. Hence the unlimited commitment to free movement as part of the single market. EU leaders are also insensitive to the way that allowing millions of young men from Africa and Asia to migrate under the guise of refugees is putting those values and those communities under strain.

This may not affect you much in Tallinn, but it does affect people in Toulon, Turin and many other cities and towns across Europe. If the EU is to convince populations that it will protect their communities and their way of life, it will have to place strict limits both on internal migration between Member States and migration from outside the bloc. It shows no sign of stepping up to the mark on either, so I'm afraid we must all stand by for a bumpy ride.

Lara Comi (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Primo ministro, ho ascoltato il Suo discorso e volevo porre l'attenzione su quel concetto al quale si è rivolto per l'aspetto fiscale. Nel mercato interno, il mercato unico per noi è la chiave dell'Europa, un'Europa che vogliamo come unione politica, come unione fiscale. Ecco, da questo volevo capire da Lei se veramente ci crede in un'unione fiscale e perché, ad esempio, dai costi dell'energia noi abbiamo una non competitività all'interno dei vari Stati membri, quindi all'interno del mercato unico, a differenza invece di altre realtà.

Io arrivo dall'Italia, dove il costo dell'energia è molto alto e questo non ci permette di essere competitivi e di avere, tra virgolette, dei nemici all'interno dell'Unione europea. Lei crede in un'armonizzazione del sistema o in un'Europa a due velocità?

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL). – Señor presidente, usted ha hablado de la cuarta revolución industrial y a mí me gustaría saber qué propuestas tiene encima de la mesa para combatir el enorme desempleo que ya se ha dicho, ya se ha reconocido que va a generar, o que está generando.

Me gustaría también que me contestara si tiene algún proyecto para trabajar en cultura de paz. He oído hablar mucho de reforzar el militarismo, de reforzar la seguridad, pero no ha hablado nada de qué va a hacer para generar la cultura de paz.

Y, finalmente, me gustaría preguntarle qué proyecto tiene para combatir la desigualdad de las mujeres, para combatir la brecha —enorme brecha— de género, para luchar contra la violencia machista y, también, contra la pobreza, y si va a hacer alguna propuesta para repartir la riqueza.

Κώστας Μαυρίδης (S&D). – Κύριε Πρωθυπουργέ, καλωσορίσατε. Συζητάμε για το μέλλον της Ευρωπαϊκής Ένωσης και θα επικεντρωθώ σε αυτό. Η κυριότερη αιτία της αποστασιοποίησης των Ευρωπαίων πολιτών, που έχει πολιτικό νόημα και βάση, είναι το γεγονός ότι υπάρχει χάσμα ανάμεσα στις αξίες που δηλώνουμε ότι μας δεσμεύουν και στις πολιτικές που ακολουθούμε. Αυτό αφορά και την ίδια την Επιτροπή. Μπορεί λοιπόν ο Ευρωπαίος πολίτης να βρεθεί στο κέντρο της λήψης των αποφάσεων με την καθιέρωση άμεσης δημοκρατικής εκλογής των Επιτρόπων από τους λαούς της Ευρώπης ανά κράτος μέλος; Θα ήθελα να ακούσω την τοποθέτησή σας.

Δεύτερον –και απευθύνομαι και στην Επιτροπή–, χτες ψηφίσαμε αποκοπή κονδυλίων προς την Τουρκία και πριν μερικούς μήνες διαπιστώσαμε ότι κράτος δικαίου δεν υπάρχει στη χώρα αυτή. Δεν υπάρχει κράτος δικαίου και ανθρώπινα δικαιώματα, αλλά υπήρξαν δημοκρατικές εκλογές, κύριε Επίτροπε; Απαντήστε μας, σας παρακαλώ.

Gunnar Hökmark (PPE). – Mr President, Mr Prime Minister, Tallinn is the capital in Europe closest to Stockholm, yet for decades it was still very far away. The first time I arrived in Tallinn I met KGB police border patrols. I had to pay with roubles, there was surveillance and – I can confess today – I did smuggle three Ericsson mobile phones.

(Laughter and applause)

I confess to that criminal act.

I met with dissidents and heroes under the dictatorship.

Today, we are closer than ever thanks to the European Union – open markets, freedom of movement, freedom of expression. Those who compare this European Union, which Estonia is an outstanding example and part of, to the Soviet Union, don't know what the Soviet Union was.

(Applause)

But, worse than that, they don't know what freedom is and I want you, Prime Minister, to show, with strength, how we can develop our Union with digitalisation, open markets, the dynamic economies making Europe strong versus Russia, versus China and versus all those who would like to undermine the international order of law and justice.

(Applause)

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Mr President, I would like to say the following to Prime Minister Ratas.

Prime Minister, you started your speech this morning with a reminder of former times in which the Baltics were under someone else's influence. But then came the day when when Estonians were eager to embrace the values of the European Union: the rule of law, democracy and unity in diversity. You made a case for the future – the digital single market, foreign policy, defence – but the near future is the upcoming elections of 2019. Let us face it, the European Union is more divided than ever: north, south, east and west; and winners and losers.

So we urge you, Prime Minister Ratas, to make the case to uphold the political will for Estonians to be part of the enhanced cooperation to make a better Europe than this, to make it better, to make it right, to push the European Union forward in the coming elections of 2019, and to fight populism, just as you said.

Alojz Peterle (PPE). – Gospod predsednik vlade, hvala za vaše jasne in odločne proevropske besede in čestitke k odličnemu predsedovanju.

Kot človek, ki se posebej posveča vprašanjem zdravja, bi vas rad vprašal, če ima Estonija tudi kakšne posebne nove ideje, kako bi izboljšali zdravje v Evropski zvezi, mi ne moremo narediti več Evrope z več bolniki.

In zdravje je eden od ključnih izzivov in jaz bi želel, da Evropa tudi tu pokaže več enotnosti.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, complimenti al Primo ministro estone per quanto sta facendo.

Tra poco più di 7 mesi i cittadini europei si recheranno alle urne per esprimere un giudizio sull'Europa, sarà un vero e proprio referendum e anche se il sogno europeo è l'unico orizzonte politico di lungo respiro, il vento della paura e dell'incertezza potrebbe condizionare l'esito delle elezioni.

«*Primum vivere deinde philosophari*» diceva Hobbes. In questa legislatura i progressi si sono avuti in materia ambientale e in pochi altri settori, ma se in periodi di crisi non prestiamo la dovuta attenzione alla costruzione di un welfare effettivo, vuol dire decidere intenzionalmente di creare un'Europa a più velocità, non capendo che è un errore lasciare qualcuno indietro. O camminiamo fianco a fianco, o il progetto europeo non esisterà più.

Non so se le elezioni europee rifletteranno gli esiti delle elezioni nazionali, ma il vento non lo si può fermare a mani nude, occorrono proposte concrete per il lavoro, l'economia e l'immigrazione.

Primo ministro Ratas, Lei cosa ne pensa?

Arne Lietz (S&D). – Herr Präsident, sehr geehrter Herr Premierminister! Ich bin Visegrád-Deutscher, ich bin Ost-deutscher. Dieser Tag heute ist ein besonderer Tag, denn wir haben heute den Tag der deutschen Wiedervereinigung.

Estland hat durch die singende Revolution mit dazu beigetragen, dass wir in diesem freien Europa leben können und dass wir Europa jetzt gestalten können. Estland ist Vorreiter der digitalen Revolution, im Handhaben der Situation, dass wir die Bürgerinnen und Bürger in einer ganz anderen Art und Weise mit dem E-Government, aber auch mit Internet-sicherheit betreuen können.

Mich würde interessieren, wie Sie den Europäischen Verteidigungsfonds sehen. Sehen Sie es ähnlich, wie es oft und auch bei Ihnen in Estland bei einer Diskussion der Münchner Sicherheitskonferenz diskutiert wurde, dass wir den Fonds nutzen sollten für mehr digitale Sicherheit, dass wir ein europäisches Netzwerk aufbauen und dort sozusagen die Sicherheitsinfrastruktur in Richtung Digitales verstärken, und nicht auf konventionelle Waffen?

(Fine della procedura catch-the-eye)

Jüri Ratas, Prime Minister of Estonia. – Mr President, first of all, thank you for all the kind words and comments, especially from my Estonian colleagues. I will try to focus and give as many concrete answers as I can. Tunne, I really appreciate what you said about Estonia, our country. I would like to thank you especially for your personal commitment and support.

Regarding the social pillar, I am proud that we agreed the proclamation of the European Pillar of Social Rights during the Estonian Presidency. We did so in Gothenburg in Sweden. It was a very important achievement and now is the time to move on with the implementation of the pillar principles.

Regarding the question about the Baltic States and our energy market, it is so important today that we have good connections between Finland and Estonia – I mean two Estlinks. It is very good that we will have the Balticconnector and of course we need good cooperation if we are adopting the LNG. As I said before, for all three Baltic States it is very important to synchronise our energy market with the rest of Europe and with the middle of Europe.

As regards defence, both quality and quantity are important. Efficiency is important, but we also must spend to percentages. Regarding EU defence cooperation, we have taken big steps forward with European defence initiatives and I am proud that during the Estonian Presidency we achieved a lot in this area. Now is the time to implement the decisions taken, for example, the PESCO projects. In this way, we can deliver more security for our citizens. In addition, I cannot stress enough the importance of preserving transatlantic unity and the need to advance EU and NATO cooperation.

As for foreign policy, the proposal on the table is worth exploring, but we remain cautious. Regarding different speeds, when it comes to the question about one, two or three speeds, we always answer with a sense of unity and the same direction. I do not like a divided Europe and more divisions. Regarding taxation, I can only repeat that it is a national matter, but in digital tax, I think that we really need global solutions.

Regarding energy security, our views on Nord Stream 2 are well known. In our opinion, the interconnections between the Union and third countries must be subject to the rules covering the Energy Union. The interconnectors with third countries should seek to diversify the Union's energy sources and increase the Union's security of supply. Nord Stream 2 does not meet those criteria. It is a political project of the Russian Federation. This opinion is shared by a number of EU Member States.

As I said, the Energy Union is the key to Estonia's connections. The Nordic energy market has brought down energy prices and provided more services and opportunities. I would like to thank Mr Hökmark for his support. I am one hundred percent in agreement with you. We believe in digital solutions in health issues as well. We introduced our ideas during our Presidency and stand ready to discuss them.

We are not in denial regarding the debate over taxes. It is important that we fight tax evasion, cooperate closely and have similar tax bases. I know that your next discussion here in Parliament, in the afternoon session, will be about the risks of money laundering. If I may, I would like to share my views about money laundering. There was a question about this as well. Estonia has zero tolerance for money laundering. Combating these kinds of crimes is a clear priority for us and it is important that the Estonian financial supervision authority discovered suspicious transactions in the Estonian branch, for example, of Danske Bank. As a result, in 2015 the branch had to close its high-risk non-resident portfolio. However, since Danske Bank is a Danish credit institution, its banking supervision is primarily carried out by the Danish authorities. In recent years, we have significantly broadened the fight against money laundering in Estonia. However, this is a continuous process and a major challenge for the European Union as well. Currently, the Estonian authorities are working with Denmark and other countries to investigate whether the requirements for combating money laundering in 2009 to 2014 were fulfilled or were not met at the Estonian branch of Danske Bank. The prosecutor's office has commenced criminal proceedings.

In conclusion, as I said at the beginning of my speech, we are building a future every day. What unites us in the EU is much more than what divides us. By having common policies, we have been able to make a difference. We Europeans are stronger together and I hope we will spare no efforts in securing our collective interests and values in the world. I am very appreciative of all the Members of the European Parliament and the President of Parliament, Mr Antonio Tajani.

(Applause)

Presidente. – Grazie Signor Primo ministro. Ancora una volta il Parlamento è stato al centro del dibattito sul futuro dell'Europa, andiamo avanti in questa direzione. Grazie ancora.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Krystyna Łybacka (S&D), na piśmie. – Szanowny panie premierze! Zwracam się do pana, aby w dyskusji na nowych ramach finansowych spróbował pan przekonać szefów państw i rządów o konieczności potrojenia finansowania programu Erasmus+ na lata 2021-2027. Program ten jest najbardziej popularną i cenioną inicjatywą unijną, która wspiera działania w dziedzinie edukacji, szkoleń, młodzieży i sportu. Miliony obywateli mogło dzięki Erasmusowi zarówno uczyć się i szkolić za granicą, jak również pracować nad wspólnymi międzynarodowymi oraz międzysektorowymi projektami na rzecz nowych, innowacyjnych rozwiązań w obszarze kształcenia i szkolenia.

Program ten w znaczący sposób przyczynia się do rozwoju osobistego oraz podnoszenia wiedzy i umiejętności jego uczestników i przez to stanowi ważne narzędzie w walce z bezrobociem młodych. Dzięki wymianie dobrych praktyk oraz doskonaleniu pracowników szkolnictwa i osób pracujących z młodzieżą Erasmus jest także motorem podnoszenia jakości edukacji w państwach członkowskich.

Panie premierze! Kształcenie i szkolenie to najlepsza inwestycja w przyszłość Unii Europejskiej. Erasmus funkcjonuje już od 30 lat, a popyt na wzięcie w nim udziału znacznie przekracza jego możliwości budżetowe. Dlatego co najmniej trzykrotne zwiększenie jego budżetu jest niezbędne, abyśmy mogli utrzymać sukces Erasmusa i zwiększać poparcie obywateli dla naszych działań.

(La seduta è sospesa per alcuni istanti in attesa del turno di votazioni)

PRESIDE: RAMÓN LUIS VALCÁRCEL SISO*Vicepresidente***5. Wiederaufnahme der Sitzung***(Se reanuda la sesión a las 12.33 horas).***6. Zusammensetzung des Parlaments**

El presidente. – Las autoridades competentes de Suecia han comunicado al presidente la elección del señor Sellström como diputado al Parlamento Europeo en sustitución del señor Adaktusson, con efectos a partir del 3 de octubre del presente 2018.

Doy pues la bienvenida al nuevo compañero y recuerdo que tomará posesión de su escaño en el Parlamento y en sus órganos con plenitud de derechos en las condiciones establecidas en el Reglamento interno.

Angelo Ciocca (ENF). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, mi appello a tutta la sensibilità dell'Aula parlamentare per immedesimarsi nei panni di una madre e di un padre che hanno visto un figlio di 33 anni, Alessandro Fiori, perdere la vita ad Istanbul e chiediamo davvero alle autorità europee di interessarsi presso le autorità turche per capire come questo ragazzo di trentatré anni ha perso la vita.

Inizialmente si è detto per suicidio, poi si è detto per un malore, adesso si è scoperto che è stato assassinato. Penso che sia un dovere del Parlamento europeo nei confronti dei nostri popoli, delle nostre famiglie, di questa madre e di questo padre chiedere alle autorità turche di scoprire realmente chi ha assassinato questo trentatreenne.

7. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 69c GO)

El presidente. – Señorías, en relación con las decisiones de la Comisión ECON de entablar negociaciones interinstitucionales, anunciadas en la apertura de la sesión del lunes 1 de octubre, no he recibido ninguna solicitud de votación al respecto en el Parlamento con arreglo al artículo 69 quater, apartado 2.

Por consiguiente, la Comisión ECON puede iniciar las negociaciones.

Giulia Moi (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io vorrei chiedere ufficialmente come mai questo Parlamento non mi ha mai permesso di licenziare 2 assistenti nei quali non ho più fiducia da molto tempo e che ora sono costretta a mantenere e strapagare per non fare niente a causa di un intervento improprio ...

(Il Presidente toglie la parola all'oratrice)

El presidente. – Señora Moi, no ha lugar al uso de la palabra para abordar este asunto.

8. Berichtigung (Artikel 231 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll

9. Abstimmungsstunde

El presidente. – Pasamos ahora al turno de votaciones.

(Para los resultados y otros detalles de la votación: véase el Acta).

9.1. Harmonisierung und Vereinfachung bestimmter Regelungen des Mehrwertsteuersystems (A8-0280/2018 - Jeppe Kofod) (Abstimmung)

9.2. Mehrwertsteuer: Anwendungszeitraum der Umkehrung der Steuerschuldnerschaft und des Schnellreaktionsmechanismus (A8-0283/2018 - Sirpa Pietikäinen) (Abstimmung)

9.3. Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet der Verbrauchsteuern in Bezug auf den Inhalt elektronischer Verzeichnisse (A8-0285/2018 - Ivana Maletić) (Abstimmung)

9.4. Bewertung von Gesundheitstechnologien (A8-0289/2018 - Soledad Cabezón Ruiz) (Abstimmung)

— *Después de la votación:*

Soledad Cabezón Ruiz, ponente. – Señor presidente, gracias al Pleno por el apoyo que ha dado al informe, y me gustaría solicitar su remisión a la Comisión de Medio Ambiente para comenzar las negociaciones interinstitucionales.

(El Parlamento aprueba la devolución del asunto a la comisión competente con vistas a la celebración de negociaciones interinstitucionales).

9.5. Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen und für neue leichte Nutzfahrzeuge (A8-0287/2018 - Miriam Dalli) (Abstimmung)

— *Después de la votación:*

Miriam Dalli, Rapporteur. – Grazzi Chair, ippermettili, l-ewwelnett nixtieq nerringrazzja lix-Shadow Rapporteurs ghaliex hija bl-attitudni taghhom li qeghdin hawnhekk illum, u grazzi lil din il-Kamra li fehmet li din hija ligi fejn verament irridu nkunu ambizzjużi. F'dan ir-rigward, nixtieq ghalhekk nitlob il-mandat biex, abbażi tal-Artikolu 59, paragrafu 4, subparagrafu 4, tar-Regoli ta' Proċedura, inkunu nistghu naghtu bidu ghan-negożjati interistituzzjonali.

Grazzi

(El Parlamento aprueba la devolución del asunto a la comisión competente con vistas a la celebración de negociaciones interinstitucionales).

9.6. Mehrwertsteuersätze (A8-0279/2018 - Tibor Szanyi) (Abstimmung)

9.7. Internationale Rechnungslegungsstandards: IFRS 17 Versicherungsverträge (B8-0442/2018) (Abstimmung)

9.8. Dezentrale Transaktionsnetzwerke und Blockkettensysteme: mehr Vertrauen durch verringerte Kreditmittlertätigkeit (B8-0397/2018) (Abstimmung)

9.9. EU-Agenda für ländliche Gebiete, Bergregionen und entlegene Gebiete (B8-0399/2018) (Abstimmung)

El presidente. – Con esto concluimos el turno de votaciones.

10. Stimmerklärungen

10.1. Harmonisierung und Vereinfachung bestimmter Regelungen des Mehrwertsteuersystems (A8-0280/2018 - Jeppe Kofod)

Explicaciones de voto orales

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Panie Przewodniczący! Mamy sytuację dość prostą, jeżeli chodzi o głosowanie. Przyjęto ambitne zadanie ujednolicenia podatku VAT w obszarze gospodarek rozwijających się, nowych technologii, ale także ze szczegółowymi zadaniami. Chcę podkreślić trzy szczególnie: konieczność obniżenia kosztu przestrzegania przepisów i złożoności procedur dla firm, obniżenia strat w przychodach państw członkowskich związanych z nieprzestrzeganiem przepisów oraz, po trzecie, zapewnienie, że przedsiębiorstwa w Unii Europejskiej nie są w niekorzystnej sytuacji wobec przedsiębiorstw spoza Unii Europejskiej. Na te trzy elementy chciałem zwrócić szczególną uwagę.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, τα νησιά του Αιγαίου ανέκαθεν είχαν χαμηλό φόρο προστιθέμενης αξίας. Και αυτό διότι έπρεπε, λόγω του ότι ήταν απομακρυσμένα, να έχουν στήριξη για την οικονομική τους ανάπτυξη. Ταυτόχρονα αντιμετώπιζαν και αντιμετώπιζουν ανταγωνισμό από την Τουρκία, όπου ο ΦΠΑ είναι 5%. Δυστυχώς η τρόικα και η κυβέρνηση Τσίπρα έχουν πλέον δώσει τη δυνατότητα να αυξηθεί ο ΦΠΑ, δηλαδή επί της ουσίας επέβαλαν αυξημένο ΦΠΑ 24% στα νησιά του Αιγαίου, με αποτέλεσμα να καταστρέφεται οικονομικά όλη περιοχή, η οποία πλήττεται αυτή τη στιγμή και από αθρόες, τεράστιες ροές παρανόμων μεταναστών και προσφύγων.

Ζητούμε να ισχύσει ό,τι ψήφισε χθες το Κοινοβούλιο μας: ειδικό καθεστώς για τα νησιά του Αιγαίου, όπως ισχύει για τον ΦΠΑ στον ιταλικό δήμο Καμπιόνε ντ' Ιτάλια και στα ιταλικά ύδατα της λίμνης του Λουγκάνο. Εκεί επιτρέπεται να έχουν χαμηλό ΦΠΑ, διότι έχουν ανταγωνισμό από την Ελβετία. Τελικά τα νησιά του Αιγαίου, τα οποία είναι απομακρυσμένα, δεν πρέπει να έχουν χαμηλό φόρο προστιθέμενης αξίας;

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já jsem podpořil tento návrh, který byl schválen. Já podporuji obecně veškeré harmonizační a zjednodušující postupy v oblasti nepřímých daní, to bych chtěl zdůraznit. Zde je důležité učinit harmonizační kroky takové, aby nedopadaly na evropské podniky, aby neoslabovaly jejich konkurenceschopnost, a to si myslím, že se i tímto návrhem podařilo.

Odlišuji tento návrh od přímých daní, kde si myslím, že je zase výrazná ingerence členských států. Já v přímých daních nepodporuji přílišný aktivismus Evropského parlamentu nebo institucí obecně.

Ale chtěl bych upozornit, že se DPH bude měnit, zdá se ještě několikrát do roku 2022. Už včera byla na český návrh schválena další změna novely u DPH, je to tzv. *reverse charge*. Český premiér označuje tuto změnu za bombastickou. Já si naopak myslím, že dopadne velmi nepříjemně právě na administrativní náročnost pro plátce daně a chtěl bych vyzvat členské státy, aby se nad tím ještě skutečně zamyslely, protože neustálé změny v oblasti nepřímých daní nepochybně nesvědčí o dobrých postupech v oblasti harmonizace.

Zoltán Balczó (NI). – Elnök Úr! Az áfa a tagállamok meghatározó bevételi forrása, jelentős probléma, hogy a megállapított áfa és a befizetett áfa nem egyezik, a különbség folyamatosan növekszik. Mindez megköveteli, hogy egységes szabályozást vezessünk be, ami segíti a határokon átnyúló áfacsalások kockázatának a mérséklését, valamint az egységes piac kialakítását. Lényeges változás, hogy a termékek egyik tagállamból a másikba történő értékesítését úgy adóztassák meg, mintha terméket ugyanabban a tagállamban vásárolnák meg, ahonnan származik. Ehhez harmonizált, határokon átnyúló informatikai rendszert kell működtetni. A módosításokkal együtt az irányelv segítséget nyújthat az adórendszer harmonizációjában, miközben a nemzeti adóhatóságok szerepét továbbra is fontosnak tartja. Mindezekre tekintettel igennel szavaztam.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, I voted in favour of this report, which seeks to introduce important measures that will simplify cross-border trade, reduce VAT fraud and minimise compliance costs for businesses. This update to the current EU VAT system will be particularly needed in years to come, as fraud continues to increase and to become an even more pressing issue.

It is crucial for businesses across the EU that excessive compliance costs be reduced, and I welcome the fact that this is reflected. Additionally, it is extremely important that the heavy administrative burden on Member States, due to lack of harmonisation, is eased, and this text will help to ensure that this is the case. I also welcome the text in relation to the new status for certifiable taxable persons, which, once effectively harmonised across the EU, should be a significant step in simplifying the VAT system across the Union.

I was also pleased to vote in favour of musical instruments being able to qualify for reduced rates of VAT should a Member State choose to make provision to that effect. It is important that we recognise and help the creative industries.

10.2. Bewertung von Gesundheitstechnologien (A8-0289/2018 - Soledad Cabezón Ruiz)

Explicaciones de voto orales

Petras Auštrevičius (ALDE). – Mr President, there are well-grounded concerns about the functioning of the EU medicines system, as new medicines are very expensive and a large proportion of them do not bring better results than the ones previously circulating in the market. The EU-wide health technology assessments will be an evidence-based and uniform criteria-based process of evaluation and comparison of health standards and technologies in the Member States. This assessment should speed up access to medicines for patients, provide guarantees on medicines' quality and reduce the bureaucratic burden, as only one assessment would be needed instead of one assessment per Member State.

Finally, I also supported proposals for the text to include the necessary additional flexibility so that Member States can meet certain national requirements, thus respecting Member States' subsidiarity.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Panie Przewodniczący! Parlament Europejski w sprawozdaniu wskazuje na liczne działania sugerujące, że nie tylko jest potrzebna nowa dyrektywa umożliwiająca harmonizację czy też dodatkowe uregulowania pomiędzy różnymi stronami w tym wielkim biznesie farmaceutycznym. Zwracam na to uwagę dlatego, że według mojej oceny to, co przegłosowaliśmy, nie daje nam gwarancji na satysfakcjonujący postęp. Natomiast uznaję, że podjęcie tego wyzwania było konieczne, choć następuje zbyt późno.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η τρόικα έχει φτωχοποιήσει τον ελληνικό λαό, με αποτέλεσμα να υπάρχει αδυναμία των Ελλήνων για σοβαρή ιατροφαρμακευτική περίθαλψη. Έχουμε τεράστιες τιμές πλέον ακριβών φαρμάκων. Τα αντικαρκινικά φάρμακα είναι απλησίαστα. Δεν μπορούν οι ασθενείς να αγοράσουν αυτά τα φάρμακα. Αντιλαμβάνεστε λοιπόν ότι έχει αφείλει η Ελλάδα σε αυτό το μεγάλο πάρτι των πολυεθνικών του φαρμάκου, με ακριβά φάρμακα, με φάρμακα τα οποία είναι ιδιαίτερα προβληματικά. Και αναγκάζονται πλέον οι ασθενείς να προσφεύγουν σε αυτά τα ακριβά φάρμακα χωρίς να έχουν τα χρήματα. Πρέπει λοιπόν να υπάρξει παρέμβαση για να σταματήσει το πάρτι των πολυεθνικών του φαρμάκου, να σταματήσουν οι υπερτιμολογήσεις και φυσικά να σταματήσει η πολιτική της βίαιης δημοσιονομικής προσαρμογής, που έχει διαλύσει τον τομέα της υγείας στην Ελλάδα.

Zoltán Balczó (NI). – Elnök Úr! A javaslat alapvető célkitűzése az egészségügyi technológia európai szintű, közös klinikai értékelése. Az egészség az európai polgárok számára a legfontosabb értéket jelenti, amint arra az Eurobarométer felmérés több ízben is rámutatott. Egyébként az egészségügyi kiadások az unióban az össz-GDP 10 százalékát teszik ki. A javasolt intézkedések közé tartozik az egészségügyi technológia terápiás értékének vizsgálata és a gyógyszerek klinikai vizsgálati szempontjainak összehangolása. Ez növeli a megbízhatóságot, ösztönzi a minőségi innovációt, és lehetővé teszi a technológiák megkülönböztetését. Így a sürgősen átfedések megszüntetésével is növeli az európai gyógyszeripar versenyképességét. Mindezekre tekintettel a jelentés elfogadását támogattam.

Adam Szejnfeld (PPE). – Panie Przewodniczący! Od ponad sześćdziesięciu lat budujemy wspólnotę. Wydaje się więc, że jest już najwyższy czas na harmonizację wielu dziedzin, branż i sektorów, także jeżeli chodzi o technologie medyczne. No zwłaszcza, że dotyczy chyba wartości najważniejszej dla człowieka, a więc jego zdrowia. Tak, jak było to już mówione, zdrowie często jest uzależnione od leczenia, od stosowania technologii medycznych, a więc i leków, wyrobów medycznych, a te niekiedy są mało efektywne. Najczęściej są bardzo drogie. Harmonizacja oceny skutków, nie tylko działania, ale także efektywności wyrobów medycznych i leków może doprowadzić do tego, że zmniejszymy biurokrację, jeżeli chodzi o dopuszczanie do rynku nowych leków, a z drugiej strony zwiększamy być może efektywność ich działania. I o to chodzi.

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, votei a favor deste relatório porque considero que a avaliação das tecnologias da saúde é um ponto fulcral da promoção e da inovação, que pode disponibilizar verdadeiros ganhos em saúde para os doentes e para a sociedade como um todo.

É com base nesta avaliação que se podem vir a estabelecer preços e comparticipações, ponto de suma importância para a sustentabilidade dos sistemas de saúde. Esta proposta é equilibrada e assenta no espírito colaborativo entre os Estados-Membros que compõem a União, mas deixa ainda espaço de manobra para as decisões nacionais. A centralização evita duplicações de avaliações, com poupanças de recursos, e criará uma Europa menos assimétrica no acesso aos cuidados de saúde.

Apesar de se tratar da reunião de esforços técnico-científicos combinados das agências nacionais, saúdo a inclusão de representantes de doentes no processo de avaliação no sentido de se considerar a mais valia de uma terapêutica como indo além de meras estatísticas clínicas ou farmacológicas, podendo ser considerada a contribuição da tecnologia para a facilidade de tratamento ou para a qualidade de vida do doente.

Para tanto, é essencial que o processo seja o mais transparente possível para transmitir confiança a toda a cadeia de valor do medicamento.

10.3. Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen und für neue leichte Nutzfahrzeuge (A8-0287/2018 - Miriam Dalli)

Explicaciones de voto orales

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, já bych chtěla vysvětlit, proč jsem v konečném hlasování nehlasovala pro změnu emisních norem pro nová osobní auta. Snížení emisí CO₂ je důležité v boji proti změnám klimatu a Evropská unie je v tomto lídrem. Komise navrhla změnu emisní normy na snížení emisí CO₂ do roku 2030 o 30 %.

Já se domnívám, že to bylo rozumné rozhodnutí. Byla jsem ochotna hlasovat i pro kompromis 35 % a i to je již velmi ambiciózní plán. Ovšem přesto, že jsme řada z nás z PPE hlasovali proti pozměňovacímu návrhu, tak nakonec Parlament schválil závazek na 40% snížení emisí, a to je již pro mě nepřijatelná ambice, kontraproduktivní, protože evropský automobilový průmysl bude méně konkurenceschopný, vyklidíme prostor čínské konkurenci. Já doufám, že toto rozhodnutí bude napraveno v jednání s členskými státy.

Petras Auštrevičius (ALDE). – Mr President, Parliament today has pushed further on the Commission's proposal to reduce CO₂ emissions from new cars in the EU market by at least 40% by 2030. I am really happy with the political will and ambition shown by Parliament in this regard. I fully support the aim of the proposal to help Member States to reach the EU climate commitments under the Paris Agreement for the transport sector by incentivising the best use in production of new technologies such as electric vehicles.

The vote was motivated in part by a reading of the impact assessment which estimated that this proposal could possibly create up to 70 000 new jobs in the European Union and that it will allow our citizens to save up to EUR 17 billion a year on fuel.

Lastly, the decision to reduce environmental pollution will also significantly reduce the EU's geopolitical dependence on transport fuel imports, and it carries a very clear geopolitical message.

Tania González Peñas (GUE/NGL). – Señor presidente, quiero manifestar mi alegría por la aprobación del informe Dalli sobre el control de emisiones, que es un hito en la contribución de la industria del transporte por carretera a la lucha contra el cambio climático.

Quiero destacar la importancia de que se ponga fin a las trampas en las mediciones de emisión de CO₂, porque las mediciones no se circunscribían solamente al laboratorio, y espero que no vuelva a haber, en ese sentido, ningún *dieselgate* más.

Y, en ese sentido, es positivo que hayamos aprobado premios para quienes cumplen con creces los objetivos mínimos de venta de vehículos con cero o bajas emisiones, y castigos, también, para quienes no lo hagan.

Por otro lado, es importante que esta transición sea gradual, sea realista y que evitemos que nuestros constructores vivan ese temible efecto Nokia o momento Nokia, por el que una industria, o bien da un salto hacia adelante, o bien se condena irremisiblemente a morir.

Y querría destacar, en último lugar, la importancia para la creación de empleo verde. Esta transición supone una reducción del 1 % de los puestos de trabajo en este sector, pero supone la creación de decenas de miles de nuevos puestos en la industria, más sostenibles.

Morten Messerschmidt (ECR). – Hr. formand! Det var lidt af en skønhedskonkurrence at se, hvad der foregik i Miljøudvalget her i løbet af processen op til afstemningen i dag, med alle de utrolig ambitiøse forslag, som de forskellige grupper fremsatte. Vi endte med et godt kompromis, og det har vi også i vores delegation og gruppe kunnet tilslutte os, dels fordi det selvfølgelig er vigtigt at gøre noget for klimaet, men det handler jo også om vores strategiske og storpolitiske uafhængighed, hvilket er et overset tema i denne debat. Når vi importerer store mængder af kul og gas og olie, så sker det fra regimer og stater, som vi i almindelighed ikke ønsker at være forbundet med og slet ikke være i lommen på – i Mellemøsten, Rusland osv. Jeg synes, det er vigtigt, at vi også taler om denne dimension af hele energiforsyningsvirksomheden, at det i virkeligheden også handler om, hvem vi allierer os med – og det skal selvfølgelig være den vestlige alliance med USA i spidsen, Nato osv. Ikke diverse regimer i Mellemøsten.

Dobromir Sośnierz (NI). – Panie Przewodniczący! To kolejna nieodpowiedzialna uchwała tego Parlamentu. Po raz kolejny uchwalacie prawo, nie znając się na rzeczy, a potem inni muszą się martwić, jak się z tego wywiązać. Jeśli celem tego Parlamentu jest doprowadzenie do sytuacji, w której tylko posłów i urzędników europejskich będzie stać na jeżdżenie samochodem, to chyba właśnie zmierzamy w tym kierunku. Jeśli to jest wasz pomysł na rozwiązanie problemu korków na moście w Strasburgu, to naprawdę serdecznie gratuluję. Głosowałem przeciwko.

Adam Szejnfeld (PPE). – Panie Przewodniczący! Ochrona środowiska naturalnego, w tym powietrza, to chyba jeden z najważniejszych celów naszej cywilizacji. Warto poświęcić więc tak ważnemu zadaniu bardzo dużo uwagi i działań, także i środków finansowych. Wszystko jednak musi być podejmowane w odpowiednich przedziałach czasowych, racjonalnie, rozsądnie, tak aby jedno dobro nie godziło w inne dobro. Jednym z tych dóbr, o którym wspomniałem na początku, jest właśnie środowisko naturalne, czyste, zdrowe środowisko naturalne, ale drugim równie ważnym dobrem jest człowiek, jego rodzina, jego praca, jego życie, możliwości rozwoju. Tym dobrem jest także państwo i wspólnota międzynarodowa, dlatego też cele, które sobie wyznaczamy, jeżeli chodzi o ochronę środowiska, powinny uwzględniać potrzeby człowieka, społeczeństwa, państw wspólnoty międzynarodowej. Mnie się wydaje, że mielibyśmy tutaj szansę na to, gdybyśmy przyjęli kompromisowe rozwiązanie, natomiast poszliśmy jako Parlament dużo dalej i to nie jest rozwiązanie racjonalne i rozsądne.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já jsem tento návrh nakonec nemohl podpořit, ten původní návrh Evropské komise snížit emise u nových automobilů a dodávek o 30 % do roku 2030 ve srovnání tedy s rokem 2021 jsem považoval za realistický, i ten zostřený návrh – 35 % –, společný návrh ECR a naší skupiny jsem pokládal za rozumný a akceptovatelný. Nicméně já bych si už nechtěl dávat ambiciózní cíle, od kterých se stejně bude ustupovat, a toto je myslím, že jeden z těch cílů, který byl schválen. 40% snížení je jeden z těch cílů, který je velmi ambiciózní, ale není realistický.

Stanovení těchto limitů musí reflektovat podle mého názoru jak potřebu těch změn, které vyvolává tedy klima a jsou dány v Pařížské úmluvě, tak i možnosti automobilového sektoru, který nejen v České republice, ale i v celé EU zajišťuje tisíce pracovních míst. Musíme automobilky motivovat k investicím do vývoje nízkoemisních a elektrických automobilů, zároveň se nesmíme uchýlovat k opatřením, která by se měla ve výsledku dramaticky projevovat v ceně automobilu a dopadat tak výrazně na koncového spotřebitele.

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, votei a favor deste relatório porque o ambiente não pode esperar mais. As metas de emissões têm de ser ambiciosas para conseguirmos, até 2030, reverter a situação calamitosa do aquecimento global causado pelos casos de efeitos de estufa. Temos de estabelecer um valor pelo menos superior a 40 %.

As metas apresentadas no texto da Comissão são insuficientes e preveem um cenário excessivamente positivo. A história mostra que o setor automóvel tem estado sistematicamente em incumprimento das metas traçadas com o abuso de exceções e subterfúgios. É altura de darmos um forte sinal político que indique claramente uma trajetória de fim aos combustíveis fósseis, uma aposta nas tecnologias elétricas das fontes de energia renováveis e exigir uma maior transparência nas medições de gases emitidos. Carros eficientes trazem enormes benefícios. Além das emissões reduzidas, trazem mais competitividade à indústria europeia, trazem mais emprego e trazem menos dependência das importações de petróleo.

Ao privilegiar cotas de veículos ligeiros de baixas emissões e de emissões zero e, por outro lado, ao penalizar os restantes, estamos a permitir uma maior acessibilidade deste tipo de veículos com poupanças óbvias para o consumidor e para a qualidade do ar.

Caros Colegas, só há futuro com ar puro.

John Howarth (S&D). – Mr President, I am delighted to support this report today, particularly the 40% reduction target for 2030 for both cars and light vans. It's a big step forward in the ambition of the European Union and everyone who has, as I have, dealt with transport policy and looked at emissions from transport, knows that without serious action on emissions from vehicles, you will not meet climate targets and you will not address key problems of air quality in urban areas.

Every time we've had a step forward on this we've had to have the automotive industry dragged, kicking and screaming, in the direction of reform. But they have nothing to fear, because this will make the industry more competitive in the future and it is essential that we have just transition funding for workers who would otherwise, potentially, be thrown out of work because of these changes. I believe they have nothing to fear if we do this properly.

10.4. Mehrwertsteuersätze (A8-0279/2018 - Tibor Szanyi)

Explicaciones de voto orales

Morten Messerschmidt (ECR). – Hr. formand! Det er fuldstændigt centralt for en nations selvstændighed at have styr på det økonomiske, dvs. på skatteopkrævninger, på finansloven og også på den måde, som vi skattebelægger handlen på. Derfor stemte vi imod denne betænkning. Vi vil ikke være med til, at man fra EU's side lægger en top-grænse på momsbetalinger. Helt grundlæggende bør det være sådan, at det er et medlemsstatsanliggende, hvordan man finansierer sine budgetter – og når EU skal have finansieret sine budgetter, så bør det være medlemslandene, som opkræver skatterne, og ikke EU selv. Så hele den linje, som denne betænkning lægger, er vi grundlæggende imod, fordi den fører til en øget føderalisering af hele finansieringssystemet, hele finanslovssystemet i Europa. Jeg tror ærligt talt ikke, at det er det, europæerne ønsker. Derfor stemmer vi nej.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Panie Przewodniczący! Korekty techniczne do dyrektywy VAT są niezbędne. Obserwuję tę dyrektywę przez pryzmat ogromnych kłopotów dotyczących e-publikacji. Trzeba pamiętać, że ponad dziesięć lat temu w różnych krajach usługi świadczone drogą elektroniczną zostały objęte bardzo różnymi stawkami: stawką zero, 5 %, 22 %, a nawet 23 %. Kilka dni temu Rada zgodziła się, aby właśnie na usługi świadczone drogą elektroniczną, w tym wypadku e-booki, obowiązywały stawki obniżone. Natomiast ta debata obejmująca właśnie tę dyrektywę pokazuje, jak wiele mamy do zrobienia w tym temacie. I bardzo się cieszę, że to zadanie zostało podjęte. Poparłem dyrektywę, poparłem sprawozdanie i mam nadzieję, że tempo reagowania na zmieniające się warunki prowadzenia działalności gospodarczej w przypadku VAT będzie szybsze i lepsze.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, οι χαμηλοί συντελεστές του φόρου προστιθέμενης αξίας συμβάλλουν στην ενίσχυση της ανταγωνιστικότητας, στην αντιστάθμιση του προβλήματος που υπάρχει λόγω της γεωγραφικής απομάκρυνσης των περιοχών, καθώς και του μεταφορικού κόστους. Και ενώ στα νησιά του Αιγαίου θα έπρεπε να υπάρχει χαμηλός συντελεστής φόρου προστιθέμενης αξίας, την ώρα που στην Τουρκία ο ΦΠΑ είναι μόνο 5%, όπως είπα και σε προηγούμενες παρεμβάσεις μου, η κυβέρνηση και η τρόικα επέβαλαν τον πιο υψηλό συντελεστή ΦΠΑ 24%, τη στιγμή που τα νησιά του Αιγαίου έχουν κατακλυστεί από χιλιάδες πρόσφυγες και παράνομους μετανάστες και διαλύεται ο τουρισμός.

Ζητούμε ειδικό καθεστώς ΦΠΑ για τα νησιά του Αιγαίου, όπως αποφάσισε το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο για την περίπτωση του ιταλικού Δήμου Καμπιόνε ντ' Ιταλία και των ιταλικών υδάτων της λίμνης του Λουγκάνο, που έχουν εξαιρεθεί και έχουν χαμηλό ΦΠΑ, διότι χαμηλό ΦΠΑ έχει και η Ελβετία με την οποία γειτνιάζουν. Ζητούμε ειδικό καθεστώς ΦΠΑ για τα νησιά του Αιγαίου, για να μπορέσουν να σταθούν τα νησιά, να μπορέσουν να επιβιώσουν. Είναι η έκκληση την οποία απευθύνουμε.

10.5. Internationale Rechnungslegungsstandards: IFRS 17 Versicherungsverträge (B8-0442/2018)

Explicaciones de voto orales

Morten Messerschmidt (ECR). – Hr. formand! Et af de områder, hvor globaliseringen for alvor er slået igennem, det er selvfølgelig den finansielle sektor. Det tror jeg, vi alle er opmærksomme på og har været gennem de seneste ti år, begyndende med finanskrisen, som var noget af en øjenåbner, og hvad der er sket efterfølgende. Derfor giver det også god mening at lave disse nye regler, at få forsikringsaftaler, som sikrer et mere gennemskueligt og sammenligneligt system. I takt med den internationale udvikling og den finansielle globalisering vil stadig flere forbrugere have behov for instrumenter, som giver mulighed for nemt at sammenligne de ydelser, der bliver tilbudt på tværs af landegrænser. Her tror jeg på, at det, som ECON-udvalget er kommet op med i forhold til forsikringsaftaler, er noget, som vil være til gavn for rigtig mange forbrugere. Derfor har vi stemt for.

Zoltán Balczó (NI). – Elnök úr! Az indítvány az IFRS nemzetközi számviteli sztenderd kibővítését kezdeményezi a biztosítási szerződésekre. Jelenleg ezt a számviteli sztenderdet az EU-ban használják olyan vállalatok esetében, amelynek értékpapírai az EU szabályozott piacán, a tőzsdén megjelentek. A jelentés kiemeli, hogy a biztosítási számvitelben jelentős különbségek vannak, többek között a bevételek és a nyereség megjelenítésében. Az indítvány több olyan pontot is tartalmaz, amelyek harmonizálják a biztosítási szerződésekre vonatkozó számviteli szabályokat a különböző országcsoportok között. A cél a biztosítási ágazaton belül, a pénzügyi kimutatások valósághű leírása, és jobb összehasonlíthatósága. Ezek alapján támogattam a jelentés elfogadását.

10.6. Dezentrale Transaktionsnetzwerke und Blockkettensysteme: mehr Vertrauen durch verringerte Kreditmittlertätigkeit (B8-0397/2018)

Explicaciones de voto orales

Jan Zahradil (ECR). – Pane předsedající, je velmi dobře, že se Evropský parlament začal zabývat novými fenomény v digitálním prostoru, ať už jsou to blockchainy nebo technologie sdílení, replikace a synchronizace dat. To jsou všechno fenomény nové, jsou to fenomény, které opravdu mají přeshraniční globální charakter, a tudíž svým způsobem patří do agendy minimálně Evropského parlamentu a jsou to také fenomény, které zcela jistě ovlivní digitální prostor v budoucnu. Budou mít vliv na tok informací, a tudíž i na ekonomiku.

Já jsem tuto zprávu podpořil, jenom bych se přimlouval za to, abychom při jakýchkoliv úvahách o kontrole nebo vytváření legislativy v případě těchto nových fenoménů byli opatrní a abychom se nepustili na tenký led. Jsou to citlivé věci a jak jsme viděli v několika minulých případech, když jsme zacházeli s internetem, s pokusy o regulace nejrůznějších záležitostí s tím spojených, tak to nebylo vždy dobře uchopeno.

10.7. EU-Agenda für ländliche Gebiete, Bergregionen und entlegene Gebiete (B8-0399/2018)

Explicaciones de voto orales

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, já bych chtěla vysvětlit, proč jsem podpořila zprávu o agendě Evropské unie pro venkovské, horské a vzdálené oblasti. Tato zpráva se zabývá územím, které je většinové v Evropské unii, 70 až 80 %, ale žije tady v tomto porovnání mnohem méně obyvatel, zhruba 20 %. Přesto, že se tedy jedná o tak velké území, týká se menšího počtu obyvatel. I tak je to území velmi důležité z hlediska zabezpečení potravin, svojí zemědělskou produkcí, z hlediska kvality životního prostředí, z hlediska produkce kyslíku, zadržování vody.

To všechno jsou velmi důležité funkce, které tyto oblasti mají a zaslouží si naši pozornost, naši ochranu. Také lidé, kteří v těchto oblastech žijí, potřebují stejně kvalitní služby. Proto považuji za důležité, aby Evropská unie neoslabovala politiky, které se týkají právě zajištění infrastruktury a kvality služeb v těchto územích, ať už je to společná zemědělská politika a další specifické programy.

Момчил Неков (S&D). – Уважаеми г-н Председател, уважаеми колеги, селските, планинските и отдалечените райони съставляват 80% от територията на Европейския съюз, като повече от половината от населението на Съюза живее в тях. Същевременно обаче голяма част от тях са лишени от редица услуги, като например социални услуги, качествена физическа или дигитална инфраструктура.

Не е тайна за никого, че населението, особено в планинските региони, е застаряващо поради липсата на перспективи и възможности за икономическо развитие. За това обаче трябва да се търси вина у правителствата на тези държави, които не предприемат необходимите мерки нашите препоръки да достигнат до хората.

В България преди близо две години беше изготвена целенасочена инвестиционна програма в подкрепа на развитието на Северозападна България, Родопите, Странджа и Сакар. За съжаление, явно тази стратегия остана в нечие бюро. Затова призовавам в най-кратки срокове българското правителство да предприеме конкретни мерки, насочени към създаването на икономически възможности за развитието на тези български региони. Хората от Смолянско, Странджа–Сакар и Северозападна България са също толкова европейци колкото всички останали в Европа.

Miguel Viegas (GUE/NGL). – Portugal, com a situação dos incêndios vivida recentemente, é o exemplo acabado do fracasso da política de coesão da União Europeia que, objetivamente, promoveu a desertificação do mundo rural com o encerramento de serviços públicos e com uma destruição em massa de milhares de explorações agrícolas e agora, lamentavelmente, a proposta de quadro financeiro plurianual, com menos verbas para a coesão, menos verbas para a Política Agrícola Comum e mais verbas para a Segurança e Defesa mantém as orientações políticas fundamentais da União Europeia, o que irá agravar a anemia social e económica vivida pelas zonas rurais e montanhosas.

Mas, sejamos sérios, pela parte do PCP, o combate às assimetrias regionais vai muito para além da política de coesão. Implica romper com os constrangimentos que decorrem das políticas da União Europeia, ao nível do euro, ao nível do mercado único. Só então será possível implementar em Portugal uma política de desenvolvimento regional equilibrada e ao serviço das populações.

Dobromir Sośnierz (NI). – Panie Przewodniczący! To sprawozdanie to jest po prostu koncert życzeń. Chcecie dofinansowywać wszystko na koszt podatnika. Nie ma rzeczy, których byście ludziom nie obiecali, ludziom, którzy mieszkają daleko od innych ludzi. Nie wiadomo w imię czego, bo przecież jeśli mieszkanie na jakimś odludnym terenie się nie opłaca, to niech ludzie przeprowadzą się tam, gdzie się to opłaca, a nie siedzą nadal na odludziu, gdzie na koszt podatnika będziecie wysyłać im teraz transport miejski. Dopiero co uchwaliliśmy na tej samej sesji ograniczanie emisji, a teraz będziecie tam puszczać autobusy, żeby zamiast po mieście jeździły po górach i emitowały dwutlenek węgla. Po prostu sami nie wiecie, czego chcecie. Zastanówcie się ludzie, do czego tak naprawdę zmierzacie. Głosowałem przeciwko.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já jsem tento návrh usnesení podpořil, já se na rozdíl od svého kolegy a předřečníka, pana Sośnierze, domnívám, že je velmi podstatné těm lidem, kteří žijí v těchto oblastech, ukázat naši pomocnou ruku. Já si rozhodně nepřeji, aby 80 % evropské populace do 10 let bydlelo v těch největších aglomeračních centrech. Představuje to velké riziko pro naši budoucnost. Pokud se skutečně sestěhují obyvatelé pouze do aglomerací a jejich prstenců.

My bychom měli investovat i do těchto horských oblastí právě proto, že tato krajina si to zaslouhuje, že si to zaslouhuje zemědělská výroba, která se tam provádí, a musíme investovat do infrastruktury, to znamená do dopravní obslužnosti toho území, ale i do služeb. Tam musí být dostupné zdravotnické, školské služby, služby sociální péče. Myslím si, že to území, o kterém hovořila kolegyně Šojdřová, je poměrně rozsáhlé a vypustit jej tak, jak naznačoval můj kolega, pan Sośnierz, to si myslím, že skutečně není žádný respekt k těm lidem, kteří tam žijí.

Jan Zahradil (ECR). – Pane předsedající, já jsem tuto zprávu podpořil, myslím, že je částečnou starostí a zdůrazňuji částečnou starostí Evropské unie také péče o odlehlé, hornaté a zemědělské oblasti.

Na druhou stranu víme, že Evropský rozpočet je omezen, že v budoucnu určitě neporoste, a proto celá tato problematika musí být spojena také s revizí a reformou společné zemědělské politiky, která je doposud založena stále na podpoře produkce. A my ji musíme přetvářet na podporu všestranného rozvoje právě těchto oblastí, to znamená tak, aby tam se rozvíjela infrastruktura, sítě, rostla kvalita života, také aby byla chráněna příroda, vodní hospodářství. To všechno spolu souvisí, a proto to musí jít ruku v ruce s restrukturalizací rozpočtu a s reformou společné zemědělské politiky. Já doufám, že v této zprávě se vydáváme právě tímto směrem.

Adam Szejnfeld (PPE). – Panie Przewodniczący! Wiele uwagi poświęcamy w Parlamencie Europejskim, ale nie tylko, polityce miejskiej. I trudno się dziwić – absolutna większość ludzi, zwłaszcza w państwach rozwiniętych, żyje w miastach. Także udział terenów wiejskich czy górskich w PKB w poszczególnych państwach jest minimalny, śladowy. Ale równość, równouprawienie, zrównoważony rozwój – te wartości wymagają od nas odpowiedniego traktowania terenów wiejskich, górskich, oddalonych oraz ludzi, którzy tam żyją, społeczności lokalnych.

Chciałbym tylko zaznaczyć jedną kwestię, żeby z naszej dyskusji nie wynikało, że nie uwzględniamy potrzeb tych terenów i tych ludzi. Proszę spojrzeć, ile pieniędzy każdego roku i w każdej perspektywie finansowej zabezpieczane jest, czy to w ramach polityki spójności, czy to w ramach wspólnej polityki rolnej, właśnie na te cele, właśnie na te tereny, właśnie na te społeczności.

El presidente. – Con esto concluimos las explicaciones de voto.

11. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(Se suspende la sesión a las 13.46 horas).

Puhetta johti HEIDI HAUTALA

varapuhemies

12. Wiederaufnahme der Sitzung

(Istuntoa jatkettiin klo 15.00.)

13. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

14. Mindesteinkommen für ein faires Europa: ein Bürgerrecht (Aussprache über ein aktuelles Thema)

Puhemies. – Esityslistalla on seuraavana työjärjestyksen 153 a artiklan mukainen ajankohtainen keskustelu vähimmäistulosta: kansalaisten oikeus oikeudenmukaisessa Euroopassa (2018/2864(RSP)).

Laura Agea, autore. – Signora Presidente, Commissaria Thyssen, onorevoli colleghi, siamo molto soddisfatti che in questo Parlamento si discuta su nostra richiesta di reddito di cittadinanza. Già qualche mese fa, grazie al nostro lavoro, quest'Aula approvò un nostro testo sul reddito minimo come misura per ridurre la povertà.

Collegli, per noi questo è un tema molto caro per due motivi. Uno, siamo italiani e in Italia non esiste il reddito di cittadinanza. È presente in 26 paesi europei su 28 ma non nel nostro. Due, siamo espressione di una forza politica, il Movimento 5 Stelle, che oggi è al governo del paese, una forza giovane fondata soltanto il 4 ottobre 2009.

Il reddito di cittadinanza è nel nostro DNA, da quel 4 ottobre del 2009. È stato fin da subito il sogno di Beppe Grillo e di Gian Roberto Casaleggio. C'è rimasto in tutti questi anni, è entrato nel nostro programma, lo abbiamo portato in tutte le piazze. Abbiamo fatto più volte a piedi il cammino da Perugia ad Assisi, e lo abbiamo fatto diventare un tema al centro del dibattito politico.

Ricordo ancora quei primi anni, si trattava di un'idea semplice, ma è anche vero che le cose semplici sono le più straordinarie. Non ci sembrava neppure qualcosa di nuovo, togliere dalla disperazione e dalla povertà milioni di poveri. In tutti questi anni lo abbiamo vissuto come un obbligo morale, e vi dirò di più, ci sembrava una battaglia di civiltà in cui le appartenenze politiche dovevano scomparire. Pensavamo che chi si oppone al reddito di cittadinanza si oppone agli italiani, non al Movimento 5 Stelle, e invece in Italia è stata fatta una stupida, devastante guerra ideologica alla nostra proposta. Credevano di colpire noi, ma non si accorgevano di fare del male ai milioni di poveri che le loro politiche sociali continuavano a far aumentare.

In quegli anni, noi lo continuavamo a dire «state tranquilli, quando andremo al governo faremo il reddito di cittadinanza», lo voglio dire a tutti i cittadini che vivono in povertà assoluta, come Anna che qualche anno fa mi scrisse per raccontarmi la sua storia. La sua è una storia come tante, moglie e marito con un'attività lavorativa fallita per colpa della crisi, la ricerca di un lavoro che non si trova, la disperazione, il dramma infinito di non sapere come arrivare a fine giornata e la vigliaccheria di uno Stato che non dava risposte, che girava la testa dall'altra parte, perché ad alcuni politici le tabelle e i numeri scaldano il cuore più che la sofferenza di una persona.

La tua storia, Anna, l'ho portata con me al Parlamento europeo, la tua esperienza di vita è stata la mia agenda di lavoro. Te l'avevo promesso, anzi te l'avevo giurato, a te e a tutte le persone che non riescono a trovare un posto di lavoro. A tutte le Anna figlie e vittime di una devastante crisi economica. In questi anni ho desiderato che arrivasse questo momento come nulla al mondo per abbracciarti e poterti dire «non ti abbiamo lasciato sola, abbiamo mantenuto la promessa».

Con il governo del cambiamento, in Italia ci sarà il reddito di cittadinanza per più di sei milioni di cittadini. È una misura epocale, stiamo cancellando la povertà in Italia, ridando stimolo ai consumi e rilanciando l'economia. Non si può vincere con chi non si arrende mai, diceva Gian Roberto Casaleggio, noi non ci siamo mai arresi, e il sogno che nove anni fa era di pochi, oggi è il sogno di tutti. In alto i cuori dei più deboli.

Juliane Bogner-Strauss, *President-in-Office of the Council*. – Madam President, thank you for the invitation and the opportunity to contribute to your debate on minimum income. Our joint commitments to the European people are to protect those most vulnerable, to create adequate jobs and to lift up those who have fallen behind. Less than a year ago, we reaffirmed the basic principles – the European Pillar of Social Rights, Principle 14 states that everyone lacking sufficient resources has the right to adequate minimum income benefits, ensuring a life with dignity at all stages of life.

In 2008, the banking crisis and the ensuing sovereign debt crisis tested our economies, shocked our labour markets and put a strain on our social protection system. Unemployment rates and at-risk-of-poverty rates soared throughout the EU. In the past decade, we have had to tackle manifold emergency situations. However, with determination and hard work and by taking difficult decisions, we have managed to restore our economies. In 2017, the EU average unemployment rate stood at 7.3% and employment exceeded its pre-crisis peak. Albeit with some delay, youth unemployment and long-term unemployment also continue to decline.

Today, thanks to our combined efforts, the Europe 2020 strategy target of 75% employment rate for men and women seems again to be within reach.

While the picture looks positive from certain angles, there is no place for complacency. The total number of people at risk of poverty or social exclusion remains very high. In 2016, 118 million European citizens, 23.5% of the total population, were at risk of poverty, even after social transfers. It is clear we still have a long way to go before we reach the Europe 2020 target of lifting at least 20 million people out of poverty.

Ladies and gentlemen, we are all increasingly aware that economic growth must be to the benefit of all and must be socially sustainable. This is clearly demonstrated by the fact that almost all Member States have made a real effort and have established schemes for minimum income or benefit in one form or another. Furthermore, Member States are making good use of the open method of coordination (OMC), to cooperate and to exchange best practices.

The European Semester equally has provided an excellent platform for cooperation in this area. However, minimum income schemes do not exist in a vacuum. The real challenge is to establish inclusive labour markets to make sure that people don't fall through the social net and, at the same time, to ensure that national social security systems remain sustainable. Balancing these elements is not an easy task, especially if we look at the wider context of an ageing population and increased digitalisation and robotisation.

Again, I am grateful for your invitation to contribute to this debate. It was with great interest that we took note of Parliament's latest resolution on minimum income policies as a tool for fighting poverty. I'm looking forward to hearing your input on this important matter.

Marianne Thyssen, *Member of the Commission*. – Madam President, I am very glad that this House keeps social issues high on its agenda and debates them regularly. As President Juncker said in his State of the Union address, Europe has largely turned a page on the economic and financial crisis, and this is well reflected in the employment and social situation in Europe.

Employment has indeed been growing for more than five years in a row and there are now 239 million people at work in the European Union. This is more than ever before. The unemployment rate has dropped to 6.8%. These are the figures from Eurostat for August 2018. In 2016, there were 5.6 million fewer people at risk of poverty or social exclusion than at the peak of 2012, and there are clear signs that the situation has further improved since. For instance, severe material deprivation declined in almost all Member States, falling to an all-time low of 33.4 million in 2017. This is a reduction of 16 million people since 2012.

Having said this, we should not be complacent. Thirty-three million materially deprived people is still too many, and we know that income inequality has stabilised in the last few years, but at higher levels in the European Union than before the crisis. Moreover, the overall number of people at risk of poverty or social exclusion, albeit reduced relative to 2012, is still higher now in 2018. This is, as we all know, far from the Europe 2020 target of taking 20 million people out of risk of poverty and social exclusion, and that is why the Commission has proposed to act.

A year ago we all proclaimed the European Pillar of Social Rights, which recognises that everyone lacking sufficient resources has the right to adequate minimum income benefits ensuring a life in dignity at all stages of life, and effective access to enabling goods and services. For those who can work, minimum income benefits should be combined with incentives to integrate or reintegrate into the labour market. That is what the Pillar says. In other words, the provision of adequate minimum income schemes is non-discriminatory and should go hand-in-hand with access to services, with employment in line with the active inclusion approach.

However, I would like to recall that the setting-up of minimum income benefits is the responsibility of Member States. Since the introduction of minimum income schemes in Greece and Italy in the last two years, now all Member States have some form of minimum income scheme. However, their design and implementation vary greatly.

For this reason, the Commission and Member States have decided to deepen the analysis. A benchmarking framework has been agreed with Member States for minimum income schemes supporting a thorough across-country comparison of national practices. It looks in particular at adequacy, coverage and activation and it will feed into the country-specific analysis in the 2019 European Semester.

The European Semester has proved to be an effective framework to monitor and provide guidance to Member States. It is now the main instrument for monitoring the implementation of the Pillar. In 2018, some Member States received country-specific recommendations addressing minimum income. And, of course, the European Semester framework allows us to have a comprehensive view, including the availability of fiscal space to expand social provision.

In addition, the Commission has already put forward proposals and initiatives that want to make sure no one is left behind. To ensure the rights for the most vulnerable workers we presented the proposal for a directive on transparent and predictable working conditions to tackle women's under-representation in employment and to create a more balanced distribution of caring responsibilities between women and men we put forward the work-life balance for parents and carers initiative.

So this is just to mention a few of our initiatives on the table. They now need to be adopted and implemented and, honourable Members, I count on your support to make sure that they will be adopted within the current mandate of this Parliament.

Sofia Ribeiro, *em nome do Grupo PPE*. – Senhora Presidente, Senhora Comissária, este é, de facto, um assunto que tem de envolver toda a União Europeia. Nós estamos a falar de cerca de 120 milhões de cidadãos europeus que estão em risco de pobreza e de exclusão social. Estamos a falar de 25 % de cidadãos europeus nesta situação, o que é inadmissível e que urge corrigir de imediato.

Se queremos prosseguir o modelo social europeu, este sonho de que possa haver progressão social, temos efetivamente que dirigir-nos a esta questão, que é absolutamente emergente. É, sim, é um facto que há diferenças substanciais entre os vários Estados-Membros, mas temos que garantir, temos de orientar as políticas públicas em toda a União para que os apoios sociais, o rendimento mínimo possa ser, de facto, um rendimento, um apoio, que seja devidamente adequado às situações sociais dos vários Estados-Membros.

No meu caso, em especial, nos Açores, a situação é dramática, nós falamos de cerca de 25 % dos beneficiários em idade ativa estarem dependentes de rendimentos sociais de inserção, que é assim que eles são se chamam no meu país. Mas no último ano, pasmemo-nos, já não estamos em crise económica e social, e os números de beneficiários do rendimento social de inserção dos Açores e em Portugal têm vindo a aumentar dramaticamente e, portanto, alguma coisa não está a correr bem quando nos dirigimos às questões dos apoios públicos e aqui há que trabalhar em várias dimensões, há que trabalhar numa dimensão da prevenção que, obviamente, tem que estar munida dos devidos apoios a nível do mercado de trabalho para que estas pessoas possam estar devidamente colocadas e, obviamente, terem a formação e educação necessária para não estarem nestes regimes de dependência e é preciso, obviamente, que o rendimento mínimo seja essencialmente uma política de inserção e não uma política de subsidiodependência e é aqui que nós temos que melhorar as respostas públicas que nós damos com equipas multidisciplinares para que, efetivamente, não estejamos apenas a dar um apoio social às nossas sociedades mas a garantir a tal progressão social, este tal sonho europeu que todos nós almejamos e que possa efetivamente ter sucesso, garantindo que estas pessoas, efetivamente, passam por uma situação melhor.

O pilar europeu dos direitos sociais é um bom instrumento para que isso aconteça, mas é preciso que o implementemos nos nossos Estados-Membros de forma a que, efetivamente, as pessoas sintam que têm uma Europa melhor.

Mercedes Bresso, *a nome del gruppo S&D*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, come gruppo dei Socialisti e democratici abbiamo voluto fortemente il pilastro europeo dei diritti sociali, che prevede, tra l'altro, misure di sostegno al reddito per le persone in difficoltà e a rischio di povertà, perché crediamo che nessuno debba essere lasciato indietro e che tutti i cittadini abbiano diritto a condizioni di vita, sociali ed economiche dignitose.

Abbiamo sostenuto, in particolare, proposte per i più deboli come la Youth Guarantee per i nostri giovani, la Child Guarantee per i nostri bambini, e abbiamo promosso concreti aiuti alle famiglie, in particolare a quelle monogenitoriali con a capo una donna che sono quelle che hanno quasi il 50% di rischio di cadere nella povertà.

Crediamo, tuttavia, che il primo diritto di una persona sia quello di un lavoro, un lavoro dignitoso, sicuro, stabile e tutelato, un lavoro che consenta a ciascuno di essere parte attiva della società e contribuire alla sua crescita. Crediamo che il lavoro vada pagato e pagato il giusto. Per questo il nostro gruppo ha lanciato per primo la proposta di un salario minimo garantito a livello europeo. E parliamo di salario minimo garantito, non solo di reddito.

Crediamo che un salario minimo per tutti i lavoratori consenta di condurre una vita serena con un lavoro vero per tutti, ed è questo il nostro principale obiettivo. Tutto questo, ovviamente, nel quadro di investimenti capaci di far crescere l'economia e stimolare la partecipazione delle persone alla società, soprattutto con forti politiche attive del lavoro, di formazione e un supporto continuo.

Tutele e diritti non devono però trasformarsi in forme di assistenzialismo che guarda al passato, ma devono fare in modo che tutti abbiano l'opportunità di contribuire alla crescita della società e di non esserne esclusi. Il dibattito in corso è però molto legato a un dibattito politico interno italiano che sta predisponendo una misura che ci pare discriminatoria e punitiva, visto che ad esempio sarebbe riservato solo ai cittadini italiani, contro le regole europee, che dicono invece che deve essere riservato a tutte le persone a rischio di povertà che vivono nei paesi.

Bernd Lucke, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Diese Debatte, die wir hier führen, ist wieder ein Beispiel dafür, wie die Kommission und wie der Rat mit Begriffsbildungen die Bürger irreführen. Denn wir sprechen hier jetzt plötzlich über ein Mindesteinkommen. Aber das ist falsch, meine Damen und Herren. Frau Bresso hat darauf eben schon hingewiesen. Wir sprechen nicht über ein Einkommen, wir sprechen über eine Mindestsozialunterstützung.

Ein Einkommen ist etwas, das mit Erwerbsarbeit verbunden ist. Ein Einkommen ist etwas, das mit Anstrengung und auch mit Erfüllung verbunden ist, weil man eben arbeiten kann und weil man arbeiten darf. Wer hier von einem Mindesteinkommen gesprochen hat – die Vertreterin der Kommission, die Vertreterin des Rates, die Vertreter bestimmter politischer Parteien –, hat die Bürger irregeführt, weil sie den Eindruck erwecken, dass ein Problem gelöst wird, das tatsächlich dadurch verdauert wird, dass man eine Mindestsozialunterstützung zahlt und damit die Menschen in der Beschäftigungslosigkeit zu halten versucht. Oder zumindest besteht die Gefahr, dass sie in der Beschäftigungslosigkeit bleiben, eben weil sie diese Art von Unterstützung bekommen.

Es ist ja eine Selbstverständlichkeit, dass wir ein Mindestniveau an sozialer Unterstützung für diejenigen leisten, die arbeitslos sind. Ganz klar, das bestreitet niemand. Ich finde es eigentlich geradezu lächerlich, dass wir darüber heute noch einmal sprechen müssen. Das eigentliche Problem ist doch aber: Wie bekommen wir denn die Menschen, die eine soziale Unterstützung kriegen, weil sie keine Arbeit haben, in die Arbeit hinein? D. h. wir müssen noch darüber reden, welche Anreize wir den Menschen setzen, in die Arbeit zu wechseln, wenn sie soziale Unterstützung bekommen.

Da gibt es dann beispielsweise diese Vorstellung von einem bedingungslosen Grundeinkommen, die durchaus eine interessante Vorstellung ist, die aber natürlich immer die Frage beantworten muss, wie groß die Verlockungen sind, sich auf diesem Grundeinkommen dann irgendwie auszuruhen und gerade nicht in die Erwerbstätigkeit hineinzuwechseln, und die auch die Frage beantworten muss, wer das denn eigentlich finanzieren soll und wann die Steuerpflicht einsetzt. Diejenigen, die nur über die soziale Unterstützung reden und nicht darüber reden, welche Anreize für Erwerbstätigkeit geschaffen werden, die führen die Bürger in die Irre, weil sie nicht die richtigen Fragen stellen.

Enrique Calvet Chambon, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señora presidenta, señora Thyssen, muchas gracias por hablar de nuestros asuntos. La renta mínima o renta mínima de inserción, o algún modelo de renta mínima, que hay muchos, ya está reconocida en el pilar de los derechos sociales y hace un año, casi todos los días, el Parlamento dijo que es un instrumento fundamental para luchar contra la pobreza. Por tanto, ahí hay poco de lo que hablar. Lo que hay que hacer es ponerse manos a la obra.

Por supuesto que la Comisión ha hecho cosas, pero a lo mejor, dentro de todo lo que hay que desarrollar del pilar social, debe intensificar sus esfuerzos, y debe intensificarlos porque lo que hace la renta mínima es atacar un problema muy duro, que es la pobreza. Es inadmisibles que las zonas ricas del mundo seamos capaces de mantener todavía bolsas de pobreza. Y hay que atacar esto. Se demuestra, por los estudios, que los sistemas de renta mínima son eficaces en eso.

Y dicho esto, y que el Grupo ALDE apoya totalmente ese derecho y la puesta en práctica inteligente de ese derecho, sí es menester hablar precisamente de que eso está en manos de los países y de qué puede hacer la Comisión, y yo diría que de manera urgente. En ese campo, es evidente que la renta mínima es solo una medida más para ayudar a la inclusión de las personas. ¿Por qué?

Porque el segundo punto que le digo es evidente para el Grupo ALDE: no creemos en las sociedades asistidas. Son indignas. No creemos en las personas asistidas. Tiene que ser transitorio y todo tiene que ir a sacarlas de ahí.

Segundo punto. Evidentemente, las rentas mínimas tienen que estar al servicio de la cohesión de las naciones y de Europa porque, si no, económicamente es un desastre. Ha hecho usted muy bien en señalar en el Semestre Europeo para España cómo la regionalización, por ejemplo, de las rentas mínimas es un factor de exclusión y desigualdad brutal. Y eso tiene que estar sometido a la vigilancia de la Comisión.

Y, finalmente, la financiación. No hay que temer hablar de una financiación solidaria europea en estos temas.

Jean Lambert, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, we're coming up to the International Day for the Eradication of Poverty on 17 October, so this is a very timely debate, and I thank my colleagues for proposing it. The minimum income scheme that we've been talking about in Parliament is about the last resort income so that people are not left destitute. We should also be aware in this that we're not talking here about unemployment benefit, because not everybody is in a position to be able to work.

This is, as people have said, an ongoing problem for the European Union. It's really disturbing to hear the Commissioner remind us about the stabilising of income inequality. Even in my own region, London, which is just about the richest region in the European Union, we have over one-in-three children who are living below the poverty line. So when we're looking at questions about minimum income, adequacy is a key point. Many of our Member States' systems don't ensure adequacy; they don't keep up with the rising cost of living; they cap systems; they have harsh criteria in many cases, and they certainly have an increasingly harsh public perception of people who are on these schemes.

When we're looking at what else the European Union can do, we should come back to an idea that was floated some time ago by the Anti-Poverty Network, which is about putting in place a directive setting out the principles upon which minimum income schemes should be based within our Member States.

Tania González Peñas, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señora presidenta, señorías, parece que queremos producir, producir y producir más, y luego no le damos a nadie los medios para que consuma lo que producimos. Parece que estamos atrapados en una especie de chiste de los Hermanos Marx.

Queremos proteger y proteger nuestras fronteras, pero luego no nos protegemos entre nosotros y entre nosotras.

Hay mucha gente a nuestro alrededor, hay mucha gente en Europa —decenas de millones de personas— que no puede pagar una vivienda digna, que no puede permitirse una alimentación adecuada, que no puede pagar los libros de texto de sus hijos, o que no puede pagar la calefacción en invierno.

La renta mínima no es ningún privilegio, es una urgencia. Desde luego, no debe ser una limosna, sino que es un derecho.

Porque, señorías, seamos conscientes: Europa solamente tiene futuro si no nos vamos dejando por el camino a millones de personas. Garantizar el derecho a la vida, que nuestra gente tenga la existencia garantizada, debe ser la columna vertebral de la Unión, de nuestra Unión.

Laura Ferrara, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la richiesta di dignità e giustizia sociale proveniente da milioni di cittadini che vivono il dramma della povertà, della mancanza di lavoro e dell'esclusione sociale ha bisogno di immediate risposte, non si può più attendere di fronte ai fallimenti, agli alti costi sociali delle politiche di austerità per le quali a pagare il prezzo più alto è sempre la parte più debole della società.

Abbiamo alimentato economie di cui non beneficiano tutti, ma pochi, che tendono a smantellare il sistema di tutele dei lavoratori e delle categorie più vulnerabili, lasciando insoddisfatti i bisogni di chi vive situazioni di estremo disagio sociale, economie che consentono lo sfruttamento del lavoro, sconfinante in forme di neoschiavismo, ad esempio il caporalato.

La ricchezza continua a concentrarsi nelle mani di pochi e non riesce ad arginare la diffusione dell'indigenza, della mancanza di opportunità lavorative, di disuguaglianze prodotte in nome di manovre che devono tener conto di riduzione del debito, di pareggio del bilancio, di fiducia dei mercati. È arrivato il momento per l'Europa di cambiare rotta e di rimediare alle politiche sbagliate che hanno prodotto tutto ciò.

È in questo contesto che si inserisce la concessione di un reddito minimo, accompagnato da misure dirette all'inserimento nel mondo del lavoro, a programmi di istruzione e formazione e che facciano ripartire l'economia reale. Ne è un esempio il reddito di cittadinanza che il governo italiano vuole realizzare attraverso la manovra del popolo.

Non stiamo parlando di forme di carità o di assistenzialismo, ma di uno strumento di riscatto sociale, di inclusione e di partecipazione alla società, che assicuri il pieno esercizio dei diritti fondamentali, uno strumento che servirà anche a contrastare l'azione di mafie e di corruzione, che si alimentano della condizione di ricattabilità economica per colpire e limitare le libertà individuali, i diritti e per attrarre nel mondo dell'illegalità chi versa in stato di bisogno.

Il reddito minimo di cui ha bisogno un'Europa che vuole essere più equa e giusta deve essere uno strumento di civiltà, che dia pari dignità e pari opportunità a tutti i cittadini e non faccia rimanere nessuno indietro.

Joëlle Mélin, au nom du groupe ENF. – Madame la Présidente, le revenu de citoyen·neté ou le revenu minimum, tel que présenté aujourd'hui, est un essai de réponse à un des aspects les plus flagrants de l'échec de soixante ans de construction européenne. Celle-ci n'a en aucun cas apporté de suite au mouvement de prospérité issu des années fastes de la reconstruction d'après-guerre. Elle n'a pas non plus empêché ni amorti la grande crise de 2008.

Aujourd'hui, il ne suffit plus de travailler pour échapper à la pauvreté. Cela est bien sûr inacceptable. De plus, presque tous les pays européens ont un salaire minimum et/ou un minimum vieillesse et/ou des minima sociaux. Pourtant, tous ces minima sont eux-mêmes en dessous du seuil de pauvreté.

C'est donc une politique globale européenne de relance économique formant les individus et libérant les entreprises qui devient urgente, mais aussi de grandes politiques globales de responsabilité directe des États membres, qui devraient permettre de préserver leur système social.

Cessons donc de traiter les conséquences et attaquons-nous enfin aux causes!

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, το ελάχιστο εγγυημένο εισόδημα, καύχημα της Ευρωπαϊκής Ένωσης, ακροδεξιών, φιλελεύθερων, σοσιαλδημοκρατών, νεοαριστερών και ομορτιστών, που ομόθυμα το στηρίζουν, είναι κοροϊδία και παγίδα. Μοιράζει φτώχεια. Το πληρώνουν με φόρους οι λιγότερο φτωχοί, ποτέ όμως οι επιχειρήσεις που φοροαπαλλάσσονται, εισφοροαπαλλάσσονται και επιδοτούνται. Προβάλλεται σαν δίχτυ ασφάλειας για τα θέματα των απελευθερωμένων πλέον απολύσεων, της υψηλής ανεργίας, της ακραίας φτώχειας, για να προληφθούν κοινωνικές εκρήξεις, κυρίως για να συμπίεστούν προς τα κάτω όλοι οι μισθοί, να καταργηθούν κοινωνικά επιδόματα. Χτυπά τις συλλογικές συμβάσεις: βλέπε Γαλλία του Μακρόν, Ελλάδα του Τσίπρα, που δίδεν βγαίνει από τα μνημόνια, αλλά ξαναψηφίζει και εφαρμόζει μνημονιακό νόμο για ουσιαστική κατάργηση των συλλογικών συμβάσεων, ορισμό του κατώτερου μισθού από το κράτος με κριτήριο τα κέρδη και την ανταγωνιστικότητα των επιχειρήσεων· ό,τι απαιτούν οι καπιταλιστές.

Οι εργαζόμενοι πρέπει να απορρίψουν αυτό τον δούρειο ίππο, τις ελεημοσύνες και το μικρότερο κακό που αποδεικνύεται πάντα μεγαλύτερο. Με την πανελλαδική απεργία τον Νοέμβρη στην Ελλάδα, να διεκδικήσουν συλλογικές συμβάσεις, αναπλήρωση των απωλειών, αυξημένα επιδόματα σε όλη τη διάρκεια της ανεργίας για όλους τους ανέργους.

Romana Tomc (PPE). – Hvala lepa za besedo, gospa predsedujoča.

Ideja o minimalnem dohodku seveda ni nova. V mnogih državah jo že uspešno izvajajo in tudi sama jo zagovarjam, pri čemer pa naj takoj povem, da ne govorim o univerzalnem temeljnem dohodku niti o minimalni plači, kajti ti pojmi se med seboj prepegosto mešajo. In to moramo razčistiti, da ne bomo imeli napačnih predstav, kajti tudi danes v tej dvorani je bilo kar nekaj zmešnjave. Govorim o tem, da bi morali imeti vsi državljani možnost, da dobijo pomoč, ki lahko rečemo tudi minimalni dohodek ali pa socialni transfer, kadar to pomoč utemeljeno potrebujejo. Ko pa se o tem pogovarjamo na evropski ravni, moramo biti seveda pozorni na subsidiarnost, upoštevati moramo različno ekonomsko razvitost med državami in ne moremo izvajati prisile, lahko pa spodbudimo države članice k temu, da določijo primeren minimalni dohodek v svojih nacionalnih zakonodajah. Vendar minimalni dohodek ne sme biti le pravica, ki je samoumevna. Ta pravica mora biti povezana tudi z obveznostmi in odgovornostjo in velikokrat sprejemamo tudi tu v Parlamentu predpise, kjer pozabljamo na to vzajemnost. V Evropi želimo ohraniti socialni standard, ki smo ga navajeni, in naš standard je najvišji na svetu. To je dobro. Hkrati pa moramo biti pozorni na to, da na račun visokih socialnih pravic ne razvrednotimo pomen dela in dostojnega plačila za delo, razmerja med minimalnim plačilom za delo in minimalnim dohodkom, ki je, kakor lahko razumemo tudi iz te razprave, pravzaprav socialna pomoč.

To razmerje je v nekaterih državah, med drugim tudi v moji državi, povsem neprimerno

in to seveda ne spodbuja ljudi, da aktivno iščejo delo, ampak jih spodbuja v pasivnost. Pri naših politikah moramo biti na to pozorni.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D). – Señora presidenta, señora comisaria, al hilo del debate, ¿pretendemos crear una ayuda universal para las personas por el hecho de ser ciudadanos? No.

¿Qué pretendemos? Pretendemos crear una nueva red de seguridad que proteja a la gente ante la adversidad; que, cuando una persona ha perdido el empleo y toda ayuda económica, mediante la redistribución de la riqueza a través de los poderes públicos creamos una nueva red de seguridad para evitar que caigan en la pobreza.

Pretendemos eso, ¿desde cuándo? Precisamente desde que se crea una situación de vulnerabilidad cercana a la pobreza. ¿Hasta cuándo? Hasta que se es capaz de encontrar un puesto de trabajo y, por supuesto, vinculado a la voluntad de encontrar un puesto de trabajo.

Pero yo creo que tenemos que ser conscientes de que crear una renta mínima es un nuevo instrumento -que es verdad que hemos consagrado en el pilar social- que lo que hace es dar más dignidad a las sociedades democráticas, porque no solo es una medida de justicia social, también es una medida de eficiencia económica y una medida que impide que mucha gente se desvincule de los sistemas democráticos precisamente porque la democracia les ha quitado la última oportunidad, les ha dejado caer por el barranco de las crisis económicas o de las recesiones económicas.

Pero, señora Thyssen, comparto sus buenas palabras, pero necesitamos no solo buenas palabras. Necesitamos actividad política, iniciativa política. Hemos creado y consagrado la renta mínima dentro del pilar social y eso nos permite, también, consagrarla como una política europea pidiendo una directiva que regule, que obligue a los Estados miembros a desarrollar los sistemas de rentas mínimas.

No podemos consagrar el pilar social, la renta mínima dentro del pilar social y abocarlo a la inactividad política en la Unión Europea. Tenemos la posibilidad de crear una directiva que permita el desarrollo en toda la Unión Europea, en el conjunto de los Estados miembros, de sistemas de rentas con cierta homogeneidad.

Porque, señora comisaria, necesitamos corresponsabilidad. Todos estamos de acuerdo en que es un buen instrumento para promover la justicia social y la eficiencia económica. Si todos estamos de acuerdo, hagamos entre todos que las palabras se conviertan en hechos.

Bernd Kölme (ECR). – Frau Präsidentin! Egal, wie wir den Gegenstand dieser Debatte nennen, ob wir es Bürgereinkommen nennen oder bedingungsloses Grundeinkommen oder Mindesteinkommen: Wir reden stets über Umverteilung, und Umverteilung führt regelmäßig nicht dazu, dass die armen Menschen reicher werden, sondern dass die Reichen ärmer werden. Das heißt, es ist der völlig falsche Weg, um hier irgendetwas Vernünftiges, Nachhaltiges erzielen zu können. Denn bei einem bedingungslosen Grundeinkommen wird man immer die Frage beantworten müssen, in welcher Höhe dieses gezahlt werden soll. Soll es tatsächlich jeder erhalten, auch ein Millionär? Oder muss ich Bürokratie dafür einführen?

All das sind ungeklärte Fragen, die man aber vorher beantworten muss. Aber ganz entscheidend ist daneben auch noch: Diese Frage gehört nicht im Europäischen Parlament beantwortet, denn das ist eine Frage, die die Staaten der EU in souveräner Entscheidung für sich definieren müssen. Und dabei müssen sie entscheiden, was sie sich an sozialen Wohltaten leisten können und wollen. Das darf jedes Land für sich entscheiden.

Man darf doch aber hier nicht die Augen verschließen, dass speziell die Staaten der Eurozone hier ganz besondere Verpflichtungen haben. Wer an einer gemeinsamen Währung partizipiert, muss sich auch an die gemeinsamen Regeln halten, z. B. an die Verschuldungsgrenzen. Wenn wir jetzt zum Beispiel Italien nehmen, weil nun mal die Begründung dieses Antrags von einer Vertreterin Italiens kommt, da haben wir 134 % Verschuldungsgrad bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt. Wenn also Italien sich so etwas leisten will, dann ist es ja wunderbar. Aber die Frage muss doch dann in Italien gestellt werden: Kann man sich das leisten?

Deshalb meine ich, dass wir nicht auf europäischer Ebene solche Maßnahmen beschließen können, die dann dazu führen, dass im Ergebnis die Solidarität beschädigt wird, weil wir ansonsten Transfers einführen, die in keinsten Weise gerechtfertigt sind.

Jasenko Selimovic (ALDE). – Madam President, coming from Sweden, I can only reassure my colleagues that I am very committed to keeping a strong safety net that can alleviate the impacts of poverty and social exclusion. However, listening to this debate, I have a feeling that some of you are proposing the basic income guarantee, which is a completely different thing. There, I have to say the basic income guarantee undermines the incentive to participate in society.

The help and minimum income connected to it should be designed to help overcome unemployment and find work for those able to work. Help can never be an unconditional free ride for healthy adult people to live off other people's incomes. On the contrary, if you design it that way, you are likely to lead to high rates of inequality and poverty. Reallocating welfare payments from targeted transfers, those for unemployment, housing disability, etc. to a generalised transfer for everyone, means that the amount that goes to the most deserving will be lower. Do we really want less for everybody? Do we really want less for those who need more?

Therefore, I urge you, we have to have a minimum income in a certain way, designed to help overcoming the troubles and the poverty that exist, but if you design it as an income guarantee you will end up stripping people of the incentive to participate in society and make it worse for the needy.

Florent Marcellesi (Verts/ALE). – Señora presidenta, Europa es una de las sociedades más ricas del mundo; por eso, no podemos permitir que haya gente que aquí viva en la pobreza.

Para terminar con este escándalo social, Europa tendría que dar un paso adelante, a la altura del que dio con la seguridad social después de la Segunda Guerra Mundial. ¡Pues sí! Apostemos a nivel europeo por una renta básica universal como señal de identidad de la Europa del siglo XXI.

Hay personas en situación de pobreza que no tienen trabajo, y trabajos, como los cuidados, que no son reconocidos. Además, hay profundos cambios tecnológicos que cambian el concepto de trabajo, y también otras formas de aportar a la sociedad que van más allá de la producción y del consumo.

La renta básica universal es una respuesta a estos desafíos y, sobre todo, es una gran oportunidad para cohesionar nuestro continente después de la crisis de 2008, darle un nuevo impulso justo y sostenible y ser, de nuevo, un ejemplo para este mundo.

Espero que la Comisión Europea, señora comisaria, lo estudie.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL). – Madame la Présidente, plus de 120 millions de pauvres, dont des travailleurs, c'est une profonde balafre au fronton de l'Union européenne.

Nous devrions agir pour que tout citoyen vivant au sein de l'Union européenne bénéficie d'un revenu minimum décent, c'est-à-dire bien au-dessus du seuil de pauvreté, combiné à un droit effectif à la santé, au logement et à une formation débouchant sur la garantie d'un travail pour lequel il ne devrait plus y avoir de salaire en deçà de 60 % du salaire médian européen.

Mais la question principale est celle du travail et de sa rémunération. Madame la Commissaire, vous devriez lancer une directive-cadre pour une sécurité sociale professionnelle combinant une garantie du travail et de la formation tout au long de la vie pour chacune et chacun des citoyens européens ainsi que le droit à la santé et au logement. Les moyens financiers des grandes entreprises aujourd'hui, ceux des banques, les crédits de la Banque centrale donnés aux banques privées, existent aujourd'hui pour cela. Bref, il est urgent de créer une Europe du travail.

Michał Marusik (ENF). – Pani Przewodnicząca! Proszę Państwa! Musimy popatrzeć na nieuchronną zależność przyczyn i skutków w gospodarce. Jeżeli w dobrowolnie zawarte kontrakty zaingerujemy w ten sposób, że ktoś jest zmuszony do wypłaty większych kwot, niż wynegocjował na rynku, to niektóre kontrakty nie zostaną zrealizowane. Będą zerwane niektóre umowy i ludzie przejdą na utrzymanie tych nielicznych, którzy zostaną w pracy. Ale w wypadku tych kontraktów, które zostaną utrzymane po wyższych cenach wymuszonych, po prostu zwiększą się koszty wytwarzania i zwiększą się ceny towarów i usług. Będziemy mogli mniej kupić. Będziemy ubożsi. A jeżeli będziemy mogli mniej kupić, spada popyt konsumpcyjny, to spadnie i produkcja, więc, proszę państwa, apeluję o rozsądek, bo ignorancja w ekonomii prowadzi do sabotażu. No nie bądźmy tym miejscem, które powoduje katastrofę gospodarczą całej Europy. Myślmy trochę rozsądniej. Niektóre demagogiczne słowa pięknie brzmią, ale tym się nikt nie naje.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κυρία Πρόεδρε, το ελάχιστο εισόδημα δεν είναι παρά ένα ευχολόγιο που χρησιμοποιείται, διότι ακούγεται όμορφα στα αυτιά όσων δεν έχουν τα μέσα για να επιβιώσουν ή να συντηρήσουν τις οικογένειές τους. Η πραγματικότητα όμως είναι πολύ πιο διαφορετική από τις εξαγγελίες σας.

Αρχικά ο στόχος θα έπρεπε να είναι η δημιουργία και η εξασφάλιση αξιοπρεπώς αμειβόμενων θέσεων απασχόλησης σε όσους επιθυμούν να εργαστούν και όχι αόριστα η εξασφάλιση κάποιου εισοδήματος. Πώς όμως αποφεύγεται ο κίνδυνος να ενισχυθούν περιπτώσεις εκμετάλλευσης των κρατικών επιδομάτων, κυρίως από μετανάστες, οι οποίοι γιατί να εργαστούν, αφού το ελάχιστο εγγυημένο εισόδημα τους εξασφαλίζει εύκολα τα προς το ζην; Η λογική των επιδομάτων και των ευέλικτων μορφών απασχόλησης με μισθούς πολύ χαμηλούς δεν εξασφαλίζει την αξιοπρεπή διαβίωση των εργαζομένων, εξαιρουμένων βέβαια των ΑΜΕΑ, τα οποία δικαιούνται προστασία αυτοδικαίως.

Προστατεύστε την εργασία, δημιουργήστε νέες θέσεις πλήρους απασχόλησης και τότε δεν θα χρειαστεί κανένα θεσμοθετημένο ελάχιστο εισόδημα. Όσοι επιθυμούν πράγματι ενιαία αγορά θα πρέπει να μας εξηγήσουν γιατί δεν υπάρχει και ενιαίος βασικός μισθός σε ολόκληρη την Ευρωπαϊκή Ένωση. Μήπως για να εξυπηρετηθούν τα συμφέροντα της Γερμανίας, άλλων μεγάλων κρατών και των πολυεθνικών;

Geoffroy Didier (PPE). – Madame la Présidente, on parle beaucoup aujourd'hui des revenus de l'inactivité. J'aimerais aussi vous parler des revenus de l'activité. En Europe, nous le savons, les écarts entre les différents revenus minimums peuvent varier d'un facteur allant de 1 à 8. Il est par exemple de 2 000 euros au Luxembourg, alors qu'il est de 260 euros seulement en Bulgarie.

De telles différences constituent un terreau idéal pour les adeptes du repli, les adeptes de l'europhobie, car les conséquences économiques et sociales de tels écarts salariaux peuvent être désastreuses pour les usines, qui sont toujours plus nombreuses à fermer, comme pour les travailleurs qui subissent, malheureusement, la concurrence déloyale de travailleurs détachés. Et ce sont en effet les moins avantagés qui paient le prix des dysfonctionnements du marché intérieur. Ils sont ainsi des millions à penser que l'Europe est non seulement responsable de certaines faillites de nos tissus industriels, mais aussi responsable du chômage et de la précarité.

Une première étape a ainsi été franchie grâce à l'apport décisif de notre collègue du PPE, Élisabeth Morin-Chartier qui, en révisant la directive sur les travailleurs détachés, a imposé ce principe fondamental: «à travail égal, salaire égal».

Mais moi, je propose que nous allions plus loin, et concernant les écarts de salaire minimum, je souhaite proposer aujourd'hui quelque chose de très concret. Au même titre que nous envisageons de conditionner l'attribution des fonds structurels au respect de l'état de droit, je propose de conditionner l'attribution de ces mêmes fonds au respect de certains critères salariaux comme, par exemple, la mise en place d'un salaire minimum suffisamment élevé pour donner de la dignité et pour combattre la concurrence déloyale et le dumping social.

Mes chers collègues, si nous ne voulons pas que les différences entre les salaires nourrissent les différends entre les peuples, nous devons impérativement harmoniser nos régimes sociaux. Il en va là de la crédibilité du projet européen.

Brando Benifei (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, è fondamentale insistere per strumenti europei per combattere la povertà e l'esclusione sociale più forti.

La povertà e l'esclusione sociale sono ancora a livelli allarmanti oggi in Europa. Il Partito Democratico, il gruppo dei Socialisti e Democratici sono da anni in prima linea su questa battaglia con proposte come l'assicurazione europea contro la disoccupazione, la direttiva quadro per le misure di sostegno al reddito.

Speravo, però, devo dire di avere con questo dibattito promosso dai colleghi del Movimento 5 Stelle una maggiore specificità nelle proposte che riguardano il cosiddetto reddito di cittadinanza, perché non ho ancora mai visto un testo, non c'è un decreto, non abbiamo nemmeno il documento di economia e finanza, oggi, disponibile.

Ho sentito dalla collega Ferrara parole chiare sull'inserimento lavorativo, misure contro un assistenzialismo privo di sbocchi invece per una misura che vada a inserire le persone nel mondo del lavoro, ma per oggi invece abbiamo sentito parlare di «card» sociali per comprare pane e latte, di lavori socialmente utili, abbiamo visto bruciare milioni di euro di risparmi degli italiani con la confusione di questi giorni e abbiamo sentito l'idea di escludere i cittadini europei non cittadini italiani, cittadini europei residenti da questa misura. A me sembra che rispetto all'Italia si stia nascondendo, con questo dibattito sul reddito di cittadinanza, invece, misure di destra molto chiare: la flat tax, il condono fiscale, su cui si sono impegnati gli alleati dei 5 Stelle, Salvini e la Lega.

Allora io dico, oggi, noi abbiamo in Italia il reddito d'inclusione, il REI, che ci diano un supporto per mettere i fondi anche del Fondo sociale europeo plus per sostenere con quella dotazione finanziaria questa misura.

Zbigniew Kuźmiuk (ECR). – Pani Przewodnicząca! Zabierając głos w tej dyskusji, chcę zwrócić uwagę, że skuteczność prowadzonych w Europie i na świecie eksperymentów polegających na wypłacaniu bezwarunkowego dochodu podstawowego czy innych form dochodu gwarantowanego nie została do tej pory dostatecznie pozytywnie zweryfikowana. Eksperymenty prowadzone w Finlandii, we Francji, także przez nowy rząd włoski, który chce wypłacać od 1 stycznia każdemu bezrobotnemu czy też osobie żyjącej w ubóstwie kwotę 780 euro miesięcznie, nie zostały do tej pory ocenione pozytywnie.

Należy także przypomnieć, że 2016 roku Szwajcarzy w referendum w sposób zdecydowany odrzucili koncepcję wypłat gwarantowanego dochodu, uznając ten pomysł za zbyt kosztowny i szkodliwy dla gospodarki. Eksperti zwracają uwagę na negatywne cechy tej koncepcji: silną presję płacową ze strony już zatrudnionych oraz mniejszą motywację do pracy i poszukiwania zatrudnienia, a także mocną zachętę do nasilenia się procesów imigracyjnych do Europy. Co więcej, żeby tego rodzaju programy sfinansować, należałoby wprowadzić zdecydowanie większą niż do tej pory progresję podatku dochodowego, bo ten podatek wskazuje się powszechnie jako źródło...

(Przewodnicząca odebrała mówcy głos)

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señora presidenta, la mejor respuesta contra los populismos que desintegran Europa es convertir nuestra Unión en un proyecto útil para las personas, poner a las personas en el centro de las políticas públicas. Y eso significa desarrollar el pilar social, combatir el riesgo de exclusión y pobreza y mantener la cohesión social. En definitiva, valores que están desde el principio en el proyecto europeo.

Principios que el partido al que pertenezco patrocinó como seña de identidad de este proyecto, como lo certifican nuestras aportaciones en el Congreso de la Haya y en los Nuevos Equipos Internacionales. Los defendió un político, el lehendakari Aguirre, represaliado por el franquismo, que predicaba política social con el ejemplo. Convirtió en referencia de gestión social avanzada en la década de los treinta del siglo XX su propia empresa, Chocolates Bilbaínos.

Hoy, si queremos ser fieles a esa seña de identidad del proyecto europeo, hay que apostar por las rentas de inserción. Son programas que ayudan a rescatar a las personas con la misma determinación con que se ha rescatado a los bancos. Así lo describió el actual lehendakari del País Vasco. Euskadi, fiel a esa vocación social, invierte anualmente casi el 40 % de la cantidad total que se gasta en el Estado español en programas de este tipo cuando apenas representamos el 4 % de la población total.

La experiencia de más de veinticinco años de funcionamiento de nuestra renta de garantía de ingresos demuestra que ofrecer este apoyo a las personas sin ningún recurso, a trabajadores con empleos precarios o pensionistas con bajos ingresos reduce al mínimo la exclusión, la marginación y el riesgo de pobreza. Incentiva el acceso o la inserción en el mercado laboral y mitiga la quiebra social y protege la integración. Por eso, apoyamos que haya un proyecto europeo.

Puhemies. – Kiitos edustaja, Te olette nyt käyttänyt puheenvuoronne. Te ylititte puheaikanne melkein puolella minuutilla, ja se on tietysti joltain muulta pois.

Bronis Ropé (Verts/ALE). – Skurdas ir socialinė atskirtis yra viena opiausių didelės dalies Europos Sąjungos šalių problemų. Nepaisant ekonominio augimo ir toliau skursta atskiri žmonės, šeimos ir net ištisi regionai. Socialinė politika neretai aukojama sprendžiant kitas problemas, o kalbos apie gyvenimo ir gerovės standartus dažnai pamiršamos. Nors neseniai Europos Parlamentas priėmė rezoliuciją dėl politikos, kuria užtikrinamos minimalios pajamos kaip kovos su skurdu priemonė, susirūpinimą kelia nacionalinių valdžių išipareigojimo ir atsakomybės prieš pažeidžiamiausius visuomenės narius klausimas. Pavyzdžiui, Lietuvoje dabar baigiamos taisyti skaudžios prieš dešimtmetį padarytos neatsakingų socialinių karpymų problemos. Sakome: „Neatsakingus politikus nubaus rinkėjai“. Tačiau jau dabar turime ieškoti būdų, kaip padaryti, kad socialinės politikos ir socialinių investicijų klausimai užimtų deramą vietą Europoje tiek nacionalinių valstybių, tiek Parlamento darbotvarkėje.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL). – Senhora Presidente, entendemos que os Estados-Membros devem ter a capacidade soberana de definir os seus instrumentos de resposta às crescentes desigualdades económicas e sociais, à pobreza e à exclusão, entre outras. O rendimento mínimo deve ser condicionado a uma medida temporária, transitória, de dignificação da condição daqueles que se encontram em situação de maior privação e vulnerabilidade. Uma resposta que exige medidas complementares de inclusão, através de políticas públicas de emprego, de apoio e de promoção da capacidade produtiva nacional com vista à criação de emprego, respostas que não podem comprometer outros instrumentos já em vigor e que não devem ser confundidas com propostas de aparente modernidade, como o salário de disponibilidade ou o rendimento mínimo universal. Falsas soluções que rejeitamos.

O reconhecimento das causas que justificam tais instrumentos e o aumento da exploração e da pobreza e de ruturas com constrangimentos impostos pela União Europeia são determinantes para a definição de políticas alternativas que determinem uma mais equitativa redistribuição da riqueza, a promoção do trabalho digno com direitos, a valorização salarial e a garantia de serviços públicos gratuitos, universais e de qualidade.

Auke Zijlstra (ENF). – Voorzitter, voor economen is er geen discussie. Minimumlonen zijn fijn voor mensen met werk en slecht voor mensen zonder werk. Het “insider-outsider”-effect is een duivels dilemma. Het vrij verkeer van personen heeft echter een extra dimensie aan deze discussie toegevoegd. Doordat volledige werkgelegenheid in de Europese Unie een illusie is, onder andere omdat de euro niet functioneert, zijn er nu eindeloze hoeveelheden mensen beschikbaar die de lokale arbeidsmarkt ontwrichten door tegen hongerloontjes te willen werken in een andere lidstaat.

De Europese Unie grijpt niet in door dit probleem aan te pakken, maar door de sociale agenda van de lidstaten te kapen en minimumlonen op te dringen. Fundamenteel is dat echter geen antwoord. Immers, het minimumloon in Nederland is een miljonairslosgeld in Slowakije. Bovendien tast de Europese sociale agenda de wettelijke onderhandelingsvrijheid van vakbonden en werkgeversorganisaties aan. Het moet dus anders, tenzij het een Europese waarde is om de armoede gelijkelijk te verdelen. Want het zijn niet de werkgevers die hier de lagere lonen veroorzaken. Lagere en dalende lonen zijn inherent aan de interne markt en het vrije verkeer van personen.

Voorzitter, van werk moet je kunnen leven. De arbeidsmarkt moet dus toegankelijk zijn voor lokale werknemers en ontwrichting moet worden bestreden. Ik kan dan geen andere conclusie trekken dan dat het vrije verkeer van personen ter discussie moet worden gesteld.

Dobromir Sośnierz (NI). – Pani Przewodnicząca! Jeśli ktoś ma prawo do jakiegoś dowodu, to ktoś inny ma obowiązek mu ten dowód zapewnić. Obiecywanie pomocy na cudzy koszt, pani Agea, to nie jest dobroczynność, tylko złodziejstwo. I gdyby to szło z Pani wynagrodzeń, to ja rozumiem. Ale jeśli Pani obiecuje na koszt podatnika, to jest po prostu wstyd, że Pani znajduje się we frakcji, która w nazwie ma wolność. Jaka to jest wolność? Jeśli jeden człowiek musi pracować przymusowo na drugiego człowieka, to jest niewolnictwo, a nie wolność. To jest niewolnictwo. Jednocześnie przyznajecie się, że 23 % ludzi w Europie nadal jest zagrożonych ubóstwem. To znaczy, że wasze polityki społeczne nie działają, tylko zachęcają ludzi do tego, żeby byli ubodzy, albo przynajmniej się takimi wydawali. Bo jeśli nagradzamy jakieś postępowanie, to mamy tego więcej w społeczeństwie. Jeśli nagradzamy ludzi za bezczynność, za nieróbstwo, za lenistwo, za udawanie biednych, to będziemy mieli więcej takich ludzi. A jednocześnie karzemy ich za rzetelną pracę, bo wtedy zabieramy im pieniądze dla tych, którzy nie pracują rzetelnie.

Ádám Kósa (PPE). – Elnök Asszony! A gyors technológiai változásoknak, illetve az automatizálásnak köszönhetően komoly kihívásokat láthatunk a foglalkoztatás területén. Több becslés alapján, globálisan 75 és 375 millió közötti személynek kell majd 2030-ra szakmát váltania az automatizálásnak köszönhetően. Csak az én országomban, Magyarországon, körülbelül ötszázezer munkahelyet veszélyeztethet az automatizáció, különösen az alacsony képzettségű személyek körében.

A feltétel nélküli alapjövedelem zsákutca. A nemes szándék ellenére a bevezetésre irányuló kísérleti projektek megbuktak, mert költségesek, mert inaktivitásra ösztönöznek, és mert igazságtalanok. Meggyőződésem, hogy a feltételes, tanulásra és munkára ösztönző támogatási rendszer a megfelelő válasz ezekre a kihívásokra. Felelős gazdaságpolitika csakis feltételekhez kötődő támogatási formákat választhat, amelyek figyelembe veszik az adott ország sajátosságait is. Éppen ezért személyesen azt sem támogatom, hogy kötelező uniós szabályok szülessenek a megfelelő minimumjövedelem fogalmára, annak ellenére, hogy Magyarországon már van minimálbér. Egy egységes és kötelező uniós szabály a tagállamok foglalkoztatáspolitikáját rugalmatlanná teszi, illetve hosszú távon éppen ellenkező hatásokat ér el, hiszen nem vehetők figyelembe ezentúl a sajátos nemzeti körülmények és helyzetek sem.

Evelyn Regner (S&D). – Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Kommissarin, sehr geehrte Frau Ministerin! Zum Thema Mindesteinkommen kurz und klar von mir: Menschen sollen von ihrer Arbeit leben können. Darum geht es. Egal, ob sie Klickarbeiter sind, ob sie Lkw-Fahrer sind, ob sie in einem Büro arbeiten, ob sie im Norden, Süden, Osten oder Westen Europas leben.

Der beste Garant dafür sind starke Gewerkschaften, eine funktionierende Sozialpartnerschaft, ein Nationalstaat und eine Europäische Union, die die Rahmenbedingungen dazu schaffen. Und dazu gehören soziale Mindeststandards, dazu gehören Mindesteinkommensschemata und die Unterbindung von Lohn- und Sozialdumping, die Kindergarantie, die Jugendgarantie. Also ein soziales Netz, an dem wir hier alle arbeiten sollen.

Das ist es, was letztlich die Basis bietet, um den Menschen auch wirklich zu ermöglichen, dass sie von ihrer Arbeit leben können. Und im Übrigen brauchen wir jetzt sogar eine Lohnerhöhung, denn die Wirtschaft brummt.

Joachim Starbatty (ECR). – Frau Präsidentin! Ich höre hier zum Grundeinkommen, zum Mindestlohn immer nur normative Sätze. Das können Sie so lange wiederholen wie Sie wollen: Die Welt ändert sich nicht! Mindesteinkommen sind von der Produktivität der Volkswirtschaft abhängig. Entscheidend ist, ob Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden. Und dann möchte ich mir mal die Zahlen von Frau Thyssen anschauen. Das sind die Zahlen, die ich ja immer habe. Sagen Sie doch bitte mal ihrem Stab, dass er richtige Zahlen präsentiert. Wenn Sie aus der Arbeitslosenziffer für Europa die Nordländer herausnehmen, dann sehen Sie, wie dramatisch die Situation immer noch ist.

Und schauen Sie sich doch mal an, wo Arbeitsplätze entstanden sind. Das haben wir hier in diesem Haus diskutiert. Das sind prekäre Arbeitsplätze. Wir haben mehr Arbeit für weniger Geld. Schauen Sie sich das bitte einmal an, dann sehen Sie, dass ein Riss durch Europa geht, dass der Norden gut dasteht, weil er einen unterbewerteten Euro hat, und wir haben mit einem überbewerteten Euro zu tun. Solange Sie dieses Grundphänomen nicht beseitigen, werden wir immer wieder sagen, was wir brauchen, und werden nichts ändern.

Ivo Vajgl (ALDE). – Spoštovani, današnja razprava je zgodba o ljudeh, ki jim evropski steber socialnih pravic in resolucija Evropskega parlamenta iz oktobra lanskega leta

ponujata zaščitno mrežo, takšno kot jo uporabljajo akrobati, le da gre za mrežo, ki naj ljudi obvaruje pred padcem v globino revščine. Da, revščine. Kajti tudi danes se moramo spomniti podatka Evropske komisije, da 119 milijonov državljanov Unije ali četrtna vseh njenih državljanov tudi po prejemu socialnih podpor živi na pragu revščine in socialne izključenosti.

Pretirana dohodkovna neenakost škoduje socialni koheziji in tudi ovira trajnostno gospodarsko rast. Sama rast ne rešuje problema socialne izključenosti. V času kriz bodo osebe z najnižjimi dohodki veliko bolj prizadete kot tisti, ki jim je gospodarska rast omogočila materialno varnost in bogastvo. Različna stopnja razvitosti držav Evropske unije se kaže tudi v kritičnem položaju dohodkovno najbolj prikrajšanih državljanov. Problemov ni mogoče reševati s politikami na ravni Evropske unije, to vemo, jasno pa je, da za človeka vredno in dostojno življenje potrebujemo bolj usklajene in državljanom razumljive opredelitve pojmov in usmeritev.

Te naj bodo Uniji, in ne samo posameznim državam, opomin, da je dostojno življenje, tudi z minimalnimi dohodki, človekova temeljna pravica.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL). – Senhora Presidente, os números estão claros, há riqueza no mundo suficiente para garantir a dignidade das pessoas, só há que reparti-la melhor. Eu apoio o rendimento básico, universal, europeu, para que nenhuma pessoa seja condenada a viver na pobreza ou a aceitar empregos em condições cada vez mais precárias, apoio serviços públicos gratuitos, universais, de qualidade para todos e para todas, políticas para fornecer habitação a preços acessíveis, pôr fim à fraude fiscal e à evasão fiscal, pensões de reforma decentes garantidas pelos orçamentos públicos, a redução da jornada laboral e uma melhor repartição do trabalho, salários dignos e preços agrícolas decentes para os agricultores e para as agricultoras também.

Assim, conseguiremos combater a pobreza a nível europeu porque a pobreza também, Senhora Comissária, tem um rosto de mulher, de pessoas desempregadas, jovens, crianças ou pessoas reformadas.

Steeve Briois (ENF). – Madame la Présidente, chers collègues, c'est bien connu, à chaque fois qu'elle craint la montée de la contestation, l'Union européenne s'aventure sur un terrain qu'elle n'affectionne guère: le terrain social. Car incapable d'apporter la prospérité et le plein emploi dans tous ses États membres, l'Union européenne tente de se donner bonne conscience en ressortant cette vieille chimère du revenu minimum européen.

Mais plusieurs questions se posent: comment imposer un revenu minimum alors que la politique sociale relève de la compétence exclusive des États membres? Et quand bien même, comment le calculer? Doit-on le fixer à 60 % du revenu médian, comme indiqué dans le rapport d'initiative voté il y a un an? S'il est trop bas, cela ne changera rien et cela ne réduira en rien la pauvreté, ni les inégalités sociales. S'il est trop élevé, cela provoquera à court terme une hausse des déficits publics et une baisse de la compétitivité des entreprises, en totale contradiction d'ailleurs avec les injonctions de Bruxelles en matière d'assainissement des finances publiques.

Comme d'habitude, l'Union européenne tente de résoudre en vain des problèmes dont elle est pourtant à l'origine.

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz (PPE). – Pani Przewodnicząca! Gwarantowany dochód minimalny to taka koncepcja, zgodnie z którą każdy obywatel w wieku produkcyjnym, niezależnie od tego, czy pracuje, czy nie pracuje, powinien mieć zagwarantowany i, jeśli trzeba, wypłacony przez państwo minimalny dochód, który zapewni mu bezpieczeństwo socjalne, pewne minimum potrzebne do przeżycia.

Minimalny dochód gwarantowany jest to więc taka koncepcja społeczna i polityczna, która ma przeciwdziałać ubóstwu, i de facto w różnych formach w większości krajów Unii Europejskiej takie minimalne bezpieczeństwo socjalne jest zapewnione. Ono nie ma charakteru uniwersalnego – zazwyczaj różnego rodzaju świadczenia socjalne, mieszkania socjalne, zasiłki wymagają spełnienia określonych warunków. System jest często skomplikowany, ale jest, i pojawia się pytanie, czy w związku z tym trzeba iść w kierunku dochodu gwarantowanego.

Dostrzegam oczywiście pozytywne, pragmatyczne cechy tego rozwiązania, prostotę tej koncepcji. Jednak to rozwiązanie, wychodzące naprzeciw postulatowi sprawiedliwości społecznej i europejskiego filaru socjalnego, ma swoje wady. Zagwarantowanie minimalnego dochodu każdemu niezależnie od statusu zatrudnienia może działać demotywująco i zniechęcać do wchodzenia i pozostawania na rynku pracy całe grupy społeczne. Pytanie, kto za to zapłaci. W związku z tym uważam, że w pierwszej kolejności należy rozmawiać o minimalnych standardach zatrudnienia i wynagrodzenia, zaś politykę społeczną odnoszącą się do niepracujących obywateli pozostawić w gestii państw członkowskich.

Julie Ward (S&D). – Madam President, with robotisation and digitisation, the labour market and work environment as we know it will change sooner than people realise, so we should explore the possibilities of a minimum European income as a matter of urgency. As a champion of social justice, I think that adopting a minimum income is an issue of fairness that would solve many issues, including child poverty, which is unacceptable in the 21st century.

In order to efficiently fight inequalities, poverty and social exclusion, we must take a rights-based approach, and minimum income is one of the key tools we could have at our disposal. It is also time that we had a collective discussion on the possibility of having a universal basic income. To consider income that is not linked to work is often perceived as undermining the value of work but I believe, on the contrary, that we must change our traditional mindset so as to realistically address the existing and future revolutions affecting the labour market. This would allow us to approach social and economic policies from the perspective that individuals are not only workers but also rights holders and active citizens.

Richard Sulík (ECR). – Vážená pani predsedajúca. Ctení kolegovia. Musíme bojovať proti chudobe. Jedno, čo to stojí. Navrhujem, aby sme každému obyvateľovi Európy vrátane miliónov migrantov sľúbili minimálny príjem vo výške 100 % priemernej mzdy. 60 % je rozhodne málo na dôstojný život. Garantujeme tento príjem bez ohľadu na to, či pracuje alebo nepracuje. Prestaňme skúmať, či je niekto lenivý, neschopný, pracovitý. Garantujeme každému minimálny príjem vo výške 100 % priemernej mzdy. Takto zrušíme chudobu priamo v ústave. Dosiahneme sociálnu spravodlivosť. A zrušíme sociálnu exklúziu. Konečne budeme mať skutočný komunizmus. Budeme sa učiť od severnej Kórey. Čína, Kambodža nám budú závidieť. Toľkoto môj príspevok k tejto jalovej, nezmyselnej a utopistickej debate.

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, já jsem se nepřipojila k potlesku pana Sulíka, protože myslím, že nepochopil, o čem ta debata měla být. Pokud čteme název dnešního bodu jednání, tak je o minimálním příjmu. Minimální příjem tak, jak ho tady představila paní Ageaová, má být v Itálii zaveden jako forma sociální podpory. Již to tady také mnozí řekli.

Já nebudu hovořit o zaručeném minimálním příjmu, tedy o té plošné dávce, o které tady možná někteří také hovořili. Evropská unie je založena na konceptu sociálně-tržního hospodářství. Tento koncept počítá se sociální podporou jako výrazem solidarity pro ty, kteří nemohou pracovat nebo přišli o práci. Pro ty, kteří jsou nemocní nebo pečují o osobu blízkou.

Sociální podpora musí být odvozena od životních nákladů a musí být podmíněna aktivitou, protože cílem je důstojný život a ten počítá s prací. Proto sociální politika musí být solidární, ale také motivační samozřejmě a myslím, že o tom tady paní komisařka velmi důrazně hovořila. Rozhodující je samozřejmě činnost členských států, které rozhodují o míře té solidarity, o míře sociální podpory, o míře minimální mzdy, o té se tady dnes nemělo hovořit. Skutečně se má hovořit o sociální podpoře. Evropská unie má pouze roli doplňkovou a tu plní formou Evropského sociálního fondu. Pomáhá tam, kde je vysoká nezaměstnanost, protože jediné řešení nezaměstnanosti umožňuje skutečně důstojný život pro všechny.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D). – Mes, socialdemokratai, ne kartą raginame Komisiją, valstybes nares nustatyti Europos Sąjungos minimalių pajamų standartus, nes tai tikrai būtų konkreti priemonė kovoti su skurdu. Pirmiausia su moterų skurdu, vaikų skurdu, vyresnio amžiaus žmonių skurdu, pensininkų skurdu ir tikrai tai būtų suteikta tiems mūsų Europos Sąjungos gyventojams bent jau šiokia tokia galimybė patenkinti savo minimalius gyvenimiškus poreikius. Tačiau ar ne pernelyg dažnai mes sulaukiame atsakymo „ne, tai yra valstybių narių reikalas, tai mūsų neliečia“? Bet gi taip būti negali. Tai mūsų visų, tai mūsų Europos Sąjungos bendros šeimos reikalas ir mūsų politikų, ir mūsų komisarų, ir valstybių narių yra bendra atsakomybė už mūsų Europos Sąjungos piliečius, už mūsų Europos Sąjungos gyventojus. Pažiūrėkim realybei į akis – kiek žmonių gauna minimalų atlyginimą? Kiek žmonių gauna mažas pensijas? Kaip šeimos su vaikais sunkiai išgyvena. Todėl tikrai reikalinga bendra Europos Sąjungos direktyva dėl minimalių pajamų ir europinė vaiko garantija.

Ангел Джамбазки (ECR). – Уважаема г-жо Председател, уважаеми представители на Комисията, моите уважения – нека никога не се засяга, но обсъждането на безусловен базов доход е един вид комунистическа утопия. То е напълно неосъществимо, неприложимо и неразумно.

Далеч по-големият проблем на Европейския съюз в момента е огромната разлика в стандарта на живот между източната и западната част на Европейския съюз. С това трябва да се борим ние, а не да си говорим за утопии. И е много странно и необяснимо, когато точно социалистите, левите в тази зала, които подкрепят кражбата на бизнес, които подкрепят нарушаването на свободния пазар, които подкрепят въвеждането на рестриктивни мерки в сферата на автомобилния транспорт, които ще откраднат бизнес от стотици хиляди хора в Източна Европа, да искат безусловен базов доход.

Това, което трябва да правим в тази зала, е да не позволяваме да бъде нарушавана идеята за общ пазар, която би позволила на хората от Източна Европа да работят на общия пазар и да живеят нормално и достойно. А не да си говорим утопии, не да си говорим несъществуващи и невъзможни неща.

Deirdre Clune (PPE). – Madam President, minimum income was a floor below which income should not fall and it can vary for different countries. It could be a wage supplemented by state support; state-provided targeted benefits, such as those for persons with disabilities; unemployment support in housing, or indeed schooling and education; or it could be for carers. Child poverty is one of the real targets in this area to address to ensure that we bring all children out of that. In my own country, it is still the case that child poverty levels are quite high, and they are not keeping pace with the growth in the economy and growth in employment. Nevertheless, the way to address child poverty is to help parents, through employment and through support that can ensure adequate living standards.

Today, we had a report published in my country on the minimum wage. Whilst I know that's not a solution to everything, the study said today that of those on minimum wages one-in-three would move on to a higher wage in a matter of nine months. It acts as a stepping stone to jobs with better pay. However, those on minimum wage are most likely to lose their jobs; they are more likely to have poor education, be part-time employees and be on temporary contracts. That all ties in with the Commission's pillar of social rights and, indeed, transparent and predictable working conditions, which I fully support. I hope we see progress through this Parliament.

So, income guarantee is not a guaranteed minimum income, but it's certainly at a level below which we should recognise income should not fall, particularly for those with families.

Michael Detjen (S&D). – Frau Präsidentin! Arbeit ist ein sinnstiftendes Element im Leben. Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe umzubenennen in Grundsicherung, ist wenig sinnvoll. Ein gerechter Lohn muss Ziel für die Politik in Europa sein. Lohnpolitik ist ein zentrales Element zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Europa. Die Aushandlung von Löhnen ist Aufgabe von Arbeitgebern und Gewerkschaften. Dort, wo es keine starken Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände gibt, muss der Staat für einen fairen Mindestlohn sorgen und Tarifverträge und die Vertragsfreiheit schützen.

Hohe Lohnunterschiede in Europa sind ein Spaltpilz für die Gesellschaft. Deshalb brauchen wir einen europäischen Mindestlohn, der sich am Lebensstandard und an den mittleren Einkommen der europäischen Regionen orientiert.

Auch Deutschland ist hier kein Vorbild. Mit dem deutschen Mindestlohn von 8,84 EUR bekommt der Arbeiter nur etwa 47 % des mittleren Einkommens. Im europäischen Vergleich liegt der deutsche Mindestlohn gemessen am mittleren Einkommen auf Platz 14. Dabei liegt die Armutsgrenze beim Mindestlohn bei 60 % des mittleren Einkommens. Der niedrige Mindestlohn trägt zu Altersarmut und Kinderarmut bei.

Wir müssen in Deutschland weiter dafür kämpfen, dass wir mindestens 12 EUR Mindestlohn haben. Wir möchten, dass alle Menschen in Europa gut von ihrer Arbeit leben können.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospođo predsjedavajuća, zajamčeni minimalni dohodak riješio bi onoliko problema koliko bi stvorio novih.

Političari bi teže socijalnim transferima kupovali glasove kad bi svi od države dobivali isti iznos. Birokracija bi bila manja i, što je još važnije, manje utjecajna. Radnici bi imali bolju pregovaračku poziciju prema poslodavcima i određenu materijalnu sigurnost koja bi im omogućila da traže posao u kojem su najsretniji i najproduktivniji, ali ne nužno i najbolje plaćeni. Siromaštva bi bilo manje, kao i nezadovoljnih radnika, a ljudi bi se više posvećivali obitelji.

S druge strane, zajamčeni minimalni dohodak predstavlja neizdrživo financijsko opterećenje za državu. Negativno bi utjecao na radne navike, a u državama koje muku s radom na crno stvorio bi i manjak radne snage, koji bi u ovim demografskim okolnostima bio katastrofalan po gospodarstvo i javne usluge koje se financiraju iz poreza na rad.

Danuta Jazłowiecka (PPE). – Pani Przewodnicząca! Od paru lat dyskutujemy o dochodzie minimalnym, który przysługiwałby wszystkim obywatelom niezależnie od tego, czy pracują, czy też znajdują się poza rynkiem pracy. O doniosłości tego pomysłu świadczy fakt, iż mówią o nim także szefowie takich firm jak Tesla czy Google.

Jeden z argumentów przemawiających za tym rozwiązaniem sprowadza się do przekonania, że robotyzacja i automatyzacja gospodarki doprowadzą do sytuacji, w której nie będzie miejsc pracy dla wszystkich. O ile idea wydaje się szczytna i podyktowana troską o obywateli, to jednak dotychczasowe doświadczenia z gwarantowanym dochodem minimalnym nie nastrajają optymistycznie.

W Finlandii w minionych latach przeprowadzono eksperyment na grupie osób bezrobotnych zamieszkujących wybrane obszary kraju. Projekt niespodziewanie zakończył się w tym roku. Chociaż nie ma jeszcze oficjalnych wyników, to jednak pierwsze informacje wskazują, że był porażką. Przede wszystkim nie przełożył się na wzrost aktywności zawodowej bezrobotnych. Niedobrze, bo tym samym potwierdził argument, że gwarantowany dochód minimalny raczej doprowadzi do trwałego wycofania się z rynku pracy niż do zwiększenia proaktywnego nastawienia. Z podobnymi doświadczeniami mieliśmy do czynienia we Francji i w Szwajcarii.

Zalecam więc rozagę i ostrożność w dyskusji na ten temat. Minimalny dochód gwarantowany nie zlikwiduje korupcji, prekariatu, nielegalnego zatrudnienia czy bezrobocia przyczyniających się do biedy. Naszą energię powinniśmy skupić na działaniach aktywizujących i włączających osoby bezrobotne, działaniach wymuszających zapewnienie godnych warunków pracy dla każdego, działaniach wspierających szczególnie kobiety, by mogły z powodzeniem godzić obowiązki rodzinne z pracą. Wydaje mi się, że taki pomysł byłby lepszy, gdyby był adresowany do emerytów, którzy przez całe swoje życie pracowali.

PRÉSIDENCE: Sylvie GUILLAUME*Vice-présidente*

Sergio Gaetano Cofferati (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, è da molti anni che sono convinto dell'utilità, della necessità di uno strumento universale di protezione delle persone quando non hanno un lavoro o perdono un lavoro e dunque sono esposte a dei pericoli, a dei rischi per loro e per la loro famiglia molto consistenti. Per questo serve un reddito minimo garantito.

C'è bisogno di una direttiva europea che generalizzi le esperienze che oggi esistono in alcuni paesi dell'Europa e che le renda praticabili. L'abbiamo proposto nel 2010 e questo Parlamento si oppose, sia pure per poche decine di voti. Bisogna ritornare a proporlo e deve essere universale questo strumento, perché nel momento del bisogno non si possono fare differenze tra chi ha uno strumento che lo protegge e chi non ha nulla e bisogna che le risorse vengano ricercate in primo luogo appunto in questi strumenti diversi e non sempre efficaci, che pure esistono nel mercato del lavoro.

Infine, è chiaro che il reddito minimo garantito deve essere collocato in un quadro generale, dove c'è una politica di welfare che protegge le persone, diversamente diventa solo compensazione, e dove c'è una politica attiva per il lavoro. Il reddito non è in alternativa al lavoro, deve accompagnare il passaggio da un'attività all'altra e coprire il momento del bisogno.

Adam Szejnfeld (PPE). – Pani Przewodnicząca! W minionym tygodniu, idąc ulicą w Brukseli, spotkałem młodego człowieka, który zbierał pieniądze. Żebrał. Ale miał karteczkę informującą, na co zbiera te pieniądze. On mianowicie zbierał na piwo. Parę dni później w Krakowie, idąc ulicą, spotkałem młodego człowieka, który przepięknie grał na skrzypcach. Zbierał pieniądze. Miał też karteczkę, na której było napisane, że zbiera pieniądze na konserwatorium, na studia wyższe, na to, żeby się uczyć. Jeden i drugi przypadek, można by powiedzieć, podobny. Jeden zbierał pieniądze. Chciał, żeby ktoś dał mu datek i drugi chciał takiej darowizny. Tylko jeden w zamian za tę darowiznę nie oferował nic. Po prostu sobie leżał i czekał na pieniądze, by napić się alkoholu. Drugi oferował za tę darowiznę piękną grę, a ponadto zbierał na szczytny cel – na to, żeby się kształcić, na to, żeby się rozwijać, na to, żeby potem może wszystkim nam dać coś wspaniałego, pięknego, swoje umiejętności artystyczne. Ja się pytam, czy jednemu i drugiemu należało do puszek wrzucić pieniądze? Moim zdaniem nie. Pomoc nie może być ślepa. Pomoc musi być imiennie adresowana, wtedy będzie prawdziwą pomocą. Pomoc musi być też sprawiedliwa i musi być sprawiedliwa tak dla beneficjentów, a więc tych którzy potrzebują tej pomocy. Ja myślę, że równo nie powinni dostać i ci, co leżą na chodniku i chcą na piwo, na alkohol, na wino, i ci, którzy chcą się kształcić, chcą się rozwijać, chcą mieć dzieci i potem pracować na rozwój tych swoich dzieci. Ale także musi być sprawiedliwa wobec tych, którzy te pieniądze dają, a więc tych, którzy pracują.

Bogusław Liberadzki (S&D). – Pani Przewodnicząca! Muszę przyznać, że jestem trochę zaskoczony tą debatą, bo mówimy tutaj – niektórzy mówią – o rynku, o płacy minimalnej i o sprawiedliwości. My po prostu mówimy w tym momencie o ludzkiej godności i to jest przedmiotem naszej debaty. Ludzka godność, czyli ci, którzy z różnych powodów losowych, życiowych, nieszczęść, kalectwa nie są w stanie uzyskiwać dochodów z pracy, i chcemy im powiedzieć, czy mają zostać pod tym przysłowiowym mostem, czy wydatki typu jedzenie, mieszkanie, odzież mogą być finansowane z tego minimalnego dochodu, który, jak się wydaje, może to minimum godności zapewnić.

Ja rozumiem, że jest to nasze wspólne zadanie. Poziom europejski to są reguły, zasady, a poziom krajowy, narodowy to jest kwota – bo inna jest wartość jednego euro w Luksemburgu, a inna w Bułgarii – i adresaci. Sądzę, że razem możemy ten problem rozwiązać.

Miapetra Kumpula-Natri (S&D). – Arvoisa puhemies, yhteiskunnan vahvuus mitataan sen kyvyllä pitää huolta kaikkein heikoimmista. Eheys, tasa-arvo ja elintasokuilun välttäminen takaavat myös turvallisemman ja kilpailukykyisemmän yhteiskunnan. Euroopassa kuitenkin 120 miljoonaa ihmistä on vaarassa luisua köyhyteen. Lapset, työttömät, yksinhuoltajat ja vammaiset ovat suurimmassa hädässä. Oman ryhmäni ajama lapsitakuu olisi askel kohti jokaisen Eurooppaa, ja toivon tälle aloitteelle tukea rahoituskehysneuvotteluissa. Riskiryhmään kuuluvia tulee tukea asumiseen, terveydenhuoltoon ja koulutukseen liittyvissä asioissa – köyhyys on periytyvää, halusimme tai emme. Nuoret pääsisivät tällä lailla parhaiten itse huolehtimaan itsestään ja tulevasta perheestään.

Eri eurooppalaiset mallit eivät estä tarvetta vaatia toimeentuloa, jolla tulla toimeen. Nykyjärjestelmä on hyvin pystynyt huomioimaan erilaisia maita, pohjoismaisen mallin sekä minimipalkkamaat. Tulee kuitenkin muistaa, että kestävä järjestelmä vaatii valtion talouden kunnossapitoa. Taloudellinen romahdus tai pankkikriisi ei ole auttanut ainoatakaan köyhää.

Meillä on Suomessa ollut käytössä perusturvakokeilu, joka ei ketään juuri innosta: 560 euroa 2000 henkilölle, mutta me tarvitsemme järjestelmän, joka estää putoamisen reikiin eri sosiaaliturvajärjestelmien välissä.

Elena Gentile (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la povertà esiste, la povertà esiste perché esistono i poveri, ma chi sono i poveri e perché lo sono. Hanno volti e storie diverse di deprivazione e pongono domande differenti di presente e di futuro. Interrogativi complicati, a cui non possiamo rispondere con la retorica della povertà e della propaganda, capace solo di individuare soluzioni le più semplici, le meno faticose, utili solo a far crescere le percentuali di consenso elettorale.

La scorciatoia della monetizzazione del bisogno non può essere l'unica strada da percorrere. In un contesto nel quale alto è il rischio che una nuova moltitudine di poveri vada ad aggiungersi a quella che bussa, già oggi, alle nostre porte, è necessario che la politica si mostri responsabile e che sia sobria. L'Europa ha già indicato il suo orizzonte, il pilastro sociale e la programmazione del Fondo sociale europeo siano l'occasione per definire strategie e risorse per promuovere gli strumenti di contrasto alla povertà.

Il reddito minimo, il reddito di cittadinanza è utile sicuramente nell'emergenza, ma servono politiche orientate alla crescita e allo sviluppo per il futuro, ma questo passaggio non è ricompreso nell'agenda del governo italiano, la declinazione infatti spetta dunque a ciascuno Stato membro. Coloro i quali inneggiano al principio della sovranità popolare non credo siano in grado di compiere scelte giuste con oculatezza, serietà ed equilibrio. Le scelte, figlie di quel populismo che stiamo imparando a conoscere, condanneranno i poveri a rimanere poveri e trascineranno sotto la soglia di povertà migliaia di nuovi poveri, e non sarà colpa dell'Europa.

Marianne Thyssen, Member of the Commission. – Madam President, today's debate has proven how important it is to ensure that the social dimension is well integrated in all EU policy areas and why the European Pillar of social rights is so relevant. The principles enshrined in the Pillar underline the importance to invest in people and to support them through changes stemming from new and emerging challenges. As President Juncker said, Europe's social dimension should be given the Cinderella treatment no more but should instead be geared towards the future.

Poverty and inequality are not only detrimental to social cohesion, but also to sustainable economic growth. This is why we believe that fit-for-purpose social protection systems can contribute both to the smooth functioning of the labour market and to inclusive growth. This includes, indeed, that minimum income provision has to be accompanied by activation measures and enabling services. An adequate income will always be important for maintaining human dignity and full participation in society and economy. It is important, however, to note that minimum income provisions are only one element in the whole policy mix that is needed to guarantee a decent life for the most vulnerable people in society.

Now on Italy. Italy was one of the few countries not to have a minimum income provision for a long time. We recommended its introduction in country-specific recommendations for many years, and finally the previous government introduced it in 2017. We understand that the current government would like to modify the measure, including by extending its coverage. We will judge it, within the framework of the European Semester and the analysis of the draft budgetary plan, according to the well-established procedures you all know.

Last but not least, Madam President, about the requests for new legislation, for instance on a minimum income directive or the other suggestions made during the debate, I can tell you that right now our focus is on the important legislative initiatives already proposed to implement the Social Pillar. Our goal is to see this completed within this mandate of the current Parliament. In parallel, there are important initiatives underway to ensuring upwards convergence in these areas, and here I am referring in particular to the recently agreed framework for minimum income benchmarking which includes indicators for defining adequacy of benefits. This will for sure be of great help to developing adequate minimum income schemes in all our Member States.

Thank you very much for this debate.

Juliane Bogner-Strauss, President-in-Office of the Council. – Madam President, I want to thank you for the vibrant but incoherent discussion we are having now. We have to combat poverty, we have to leave no one behind, but I think next time it would be helpful to clarify in advance what we are talking about. In my opening speech I was talking about minimum income as a social system to bridge difficult times.

Nevertheless, thank you once again for inviting me here and allowing me to could contribute to this fruitful and lively discussion. I think though that next time we should decide on whether we are talking about minimum income or minimum wages.

La Présidente. – Le débat est clos.

Déclarations écrites (article 162)

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), por escrito. – Los socialistas reiteramos nuestra demanda a la Comisión y a los Gobiernos de la UE para la puesta en marcha de una Directiva que regule y obligue a los Estados miembros a desarrollar los sistemas de renta mínima. Es una obligación moral y legal en Europa el asistir a las personas en riesgo de pobreza y un imperativo el implementar el punto 14 del pilar social que recoge esta propuesta. Reclamamos una nueva red de seguridad que proteja a las y los europeos ante la adversidad, y que se aplique en situación de pérdida de desempleo o de toda ayuda económica. Es esencial el desarrollo de un sistema de rentas homogéneo en toda la UE, por ser una medida de justicia social y también de eficiencia económica. Además, conseguiría frenar la desvinculación de la ciudadanía de los sistemas democráticos porque evitaríamos a través de los poderes públicos que la ciudadanía caiga en la pobreza. La renta mínima debe estar vinculada a la voluntad de incorporación en el mercado laboral, debe ser aplicable desde que se entra en los límites de la pobreza y hasta que se encuentra un puesto de trabajo.

José Blanco López (S&D), por escrito. – Los socialistas reiteramos nuestra demanda a la Comisión y a los Estados miembros para la puesta en marcha de una Directiva que regule y obligue a estos a desarrollar los sistemas de renta mínima. Es una obligación moral y legal en Europa asistir a las personas en riesgo de pobreza y un imperativo el implementar el punto 14 del pilar social que recoge esta propuesta. Reclamamos una nueva red de seguridad que proteja a las y los europeos ante la adversidad, y que se aplique en situación de pérdida de desempleo o de toda ayuda económica. Es esencial el desarrollo de un sistema homogéneo en toda la UE, por ser una medida de justicia social y también de eficiencia económica. Además, conseguiría frenar la desvinculación de la ciudadanía de los sistemas democráticos porque evitaríamos que la ciudadanía caiga en la pobreza. La renta mínima debe estar vinculada a la voluntad de incorporación en el mercado laboral, debe ser aplicable desde que se entra en los límites de la pobreza y hasta que se encuentra un empleo. Las políticas de renta mínima han de combinarse además con sistemas de protección social universales y de calidad. Esta combinación ha de estar en el centro de las políticas europeas.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), por escrito. – Los socialistas reiteramos nuestra demanda a la Comisión y a los Gobiernos de la UE para la puesta en marcha de una Directiva que regule y obligue a los Estados miembros a desarrollar los sistemas de renta mínima. Es una obligación moral y legal en Europa el asistir a las personas en riesgo de pobreza y un imperativo el implementar el punto 14 del pilar social que recoge esta propuesta. Reclamamos una nueva red de seguridad que proteja a las y los europeos ante la adversidad, y que se aplique en situación de pérdida de desempleo o de toda ayuda económica. Es esencial el desarrollo de un sistema de rentas homogéneo en toda la UE, por ser una medida de justicia social y también de eficiencia económica. La renta mínima debe estar vinculada a la voluntad de incorporación en el mercado laboral, debe ser aplicable desde que se entra en los límites de la pobreza y hasta que se encuentra un puesto de trabajo. Las políticas de renta mínima han de combinarse además con sistemas de protección social universales y de calidad. Esta combinación de protección social y garantía de ingresos adecuados ha de estar en el centro de las políticas europeas.

Alfred Sant (S&D), *in writing*. – Private consumption has grown. Exports and investment have increased. Unemployment continues to fall and it has gotten closer to pre-crisis levels. Profits of corporations have increased. Public deficit and debt levels have been largely brought under control. Not so the share of the economic cake being enjoyed by the working and middle classes; there the deficit has continued to grow. In most cases where a national minimum wage exists in Europe, it still falls short of what a living wage should be. Meanwhile, the divergences between the highest income earners and the lowest have continued to increase. This is not fair. At best, Minimum Income schemes play the role of safety nets for the most vulnerable workers and for individuals unable to guarantee an adequate standard of living through their own efforts. They are hardly doing so. The time has come, however, for such schemes to go beyond this minimum. We need to push for the adoption EU-wide of a national minimum wage adapted to the conditions of each Member State. And we need to propose that where this national minimum wage exists, all over the EU, in the current favourable economic context, the minimum wage levels are increased across the board by at least 5 per cent.

15. EU-Agentur für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) (Aussprache)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le débat sur le rapport d'Axel Voss, au nom de la commission des libertés civiles, de la justice et des affaires intérieures, sur la proposition de règlement du Parlement européen et du Conseil relatif à l'Agence de l'Union européenne pour la coopération judiciaire en matière pénale (Eurojust) (COM(2013)0535 — C7-240/2013 — 2013/0256(COD)) (A8-0320/2017).

Axel Voss, *Berichterstatter*. – Frau Präsidentin! Frau Kommissarin! Sehr verehrte Vertreterin der Ratspräsidentschaft! Seit der Gründung von Eurojust am 6. März 2002 unterstützen wir Eurojust und auch die Mitgliedstaaten entsprechend bei der justiziellen Koordinierung ihrer nationalen Behörden. Das Ziel liegt auf der Hand: eine effektivere Bekämpfung von Terrorismus und schwerer organisierter Kriminalität innerhalb der Europäischen Union.

Allein das erste Halbjahr 2018 unterstrich wieder die positive Wirkung von Eurojust. Im April wurde ein Ring von Menschenschmugglern durch Verhaftung in Österreich und Rumänien ausgehoben, im Mai führte die Zusammenarbeit von Belgien, Spanien und Deutschland zu Verhaftungen in Fällen von organisiertem systematischen Betrug bei der Mehrwertsteuer, und im Juni wurde schließlich auch eine deutsch-dänische Gruppe überführt, die Aufenthaltsgenehmigungen im Rahmen von Scheinehen an Migranten verkaufte. Aufgrund dieser neuen Bedrohungslage, aber auch des technischen Fortschritts und der institutionellen Änderungen seit 2002 waren nun die Regelungen aus dem Gründungsakt allerdings so nicht mehr länger adäquat und sollten und mussten auch erneuert werden.

Die Kommission veröffentlichte daher im Juli 2013 einen entsprechenden Verordnungsentwurf. Wir haben als Europäisches Parlament diesen Entwurf natürlich in das ordentliche Gesetzgebungsverfahren gegeben und konnten das aber auch nur in Gänze bewerten. Und das wiederum war deshalb etwas langwierig, weil wir natürlich den Berichtsentwurf über die europäische Staatsanwaltschaft bis zur Aussprache des Rates abwarten mussten, sodass wir eigentlich erst 2017 den Entwurf im Parlament vorstellen konnten und im Oktober dann auch vom Parlament das Mandat bekommen haben, in die Trilog-Verhandlungen einzutreten.

Die Zusammenarbeit mit der estnischen und der bulgarischen Präsidentschaft, aber auch mit der Kommission und mit den Schattenberichterstattern möchte ich hier ausdrücklich loben. Alle Akteure waren hier sehr engagiert, sehr professionell, weswegen der Trilog auch dann am 19. Juni dieses Jahres erfolgreich abgeschlossen werden konnte – mit einem für alle Seiten befriedigenden Ergebnis, würde ich sagen. Wir haben deshalb auch ein *Executive Board* zur Entlastung des Kollegiums geschaffen, das administrative Aufgaben übernehmen soll. Das *College* soll sich dann auf die rein operativen Geschäfte konzentrieren.

Wir haben klare Zuständigkeiten und prozessuale Abläufe festgelegt, und zudem werden die Kommission durch einen Vertreter im *College* und im *Executive Board* sowie das Parlament bei der Anhörung des Eurojust-Präsidenten oder auch die nationalen Parlamente bei den interparlamentarischen Sitzungen in die Arbeit dieser Agentur mit einbezogen. Die Aufgaben und der Zuständigkeitsbereich von Eurojust sind im Verhältnis zur Europäischen Staatsanwaltschaft EUStA klar geregelt, Lücken und Überschneidungen werden dadurch vermieden. Zudem werden ja auch der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und das Subsidiaritätsprinzip berücksichtigt. Ferner wird auch sichergestellt, dass die Strafverfolgung weiter auf der nationalen Ebene erfolgen muss.

Ein größeres Problem war noch die Schaffung der Datenschutzrichtlinien. Nunmehr haben wir die sogenannten operativen Daten in den Gründungsakt von Eurojust integriert, während alle weiteren datenschutzrechtlichen Fragen in der Verordnung 45 (EG) Nr. 2001 von der Kollegin Ernst aufgenommen wurden. Somit können auch die Mitgliedstaaten sicher sein, dass ihre Daten bei Eurojust nicht ohne ihre Zustimmung weitergegeben werden.

Věra Jourová, *Member of the Commission*. – Madam President, Eurojust makes an essential contribution to judicial cooperation in the European Union. It helps Member States to combat serious cross-border crime and to protect our citizens. In recent years, Eurojust has further increased its role in the fight against cybercrime, terrorism and trafficking in human beings. Last year alone, Eurojust supported Member States in more than 2 500 criminal cases and organised 200 joint investigative teams. Eurojust also supports the execution of European arrest warrants as well as judicial cooperation with third countries.

Given this changing and ever more challenging operational environment, the reform of Eurojust was necessary. We had to make sure Eurojust stays fit for purpose in the future. The revision you are about to adopt will, among other things, ensure that the national members of Eurojust can focus more on operational work. It will also allow the European Parliament and national parliaments to be more involved in assessing Eurojust activities.

We also needed to clarify Eurojust's future relationship with the European Public Prosecutor's Office, the so-called EPPO. The EPPO will be a specialised body with investigatory powers dedicated to the fight against crimes against the EU's financial interests. It will need to cooperate closely with Eurojust. Moreover, Eurojust will continue to be responsible for judicial cooperation in relation to crimes against EU financial interests in respect of those Member States that do not yet participate in the EPPO.

The EPPO will be operational by the end of 2020 and I am pleased that it will have a stronger Eurojust as its partner. In this context, let me also highlight the importance of sufficient resources for Eurojust to do its important work in the forthcoming financial period.

In the meantime, I would like to thank the rapporteur and the shadow rapporteurs for the excellent cooperation on this proposal. I would like to highlight three points on which Parliament's support was decisive in the negotiations. First, Parliament obtained agreement that the regulation on access to documents should be applicable to all Eurojust documents, including those related to operational matters. This will ensure more transparency for citizens. Secondly, Parliament ensured that the harmonised data protection laws for EU institutions and bodies would also apply to Eurojust. Thirdly, Parliament allowed the Commission to have a representative on the management board of Eurojust.

I am convinced that, with this revision, Eurojust will be even more efficient in making the EU a safer place.

The Commission regrets, however, that on several points the co-legislators have decided to deviate from the approach agreed in the joint statement on decentralised agencies. A written statement on this issue has been provided for inclusion in the record of this session.

Honourable Members, thank you once again for your work. I look forward to the vote tomorrow.

Commission statement

(in writing)

'The Commission regrets that on several points, the co-legislators have decided to deviate from the approach agreed in the Joint Statement of the European Parliament, the Council of the EU and the European Commission on decentralised agencies of 19 July 2012, without providing the necessary justification. This relates in particular to the number of Commission representatives in the College/Management Board and the procedure for appointing and dismissing the Administrative Director of Eurojust. The Commission will assess the impact of those deviations on the functioning of the Agency at the appropriate opportunity. They should not be considered as a precedent for other agencies.'

Ingeborg Gräffle, *Verfasserin der Stellungnahme des mitberatenden Haushaltskontrollausschusses*. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zuerst dem Berichterstatter für die Arbeit, die gemacht wurde, gratulieren. Es ist wichtig, dass wir überhaupt ein Ergebnis bekommen. Aber andererseits eröffnet die jetzige Verordnung natürlich den Schönheitswettbewerb auf der Ebene „wer macht was“ zwischen dem OLAF, dem EPPO und Eurojust. Deswegen bedauere ich manche Ergebnisse außerordentlich. Zum Beispiel ist es für mich völlig unverständlich, warum der Zugang des EPPO zum *Case management*-System von Eurojust in Artikel 23 gestrichen wurde und stattdessen nur ein indirekter Zugriff vorgesehen ist. Auch der automatische *Cross checking*-Mechanismus wurde gestrichen. Ich glaube, das wird uns noch leidtun hier im Haus. Ich möchte auch negativ bewerten, dass OLAF in Artikel 51 Absatz 2 an die Kandare genommen wird. Wir werden sehen, wie die Bestimmung sich in der Praxis auswirkt. Wir sind froh, dass sich die Haushaltsentlastung für Eurojust im endgültigen Text auch wiederfindet. Und ich möchte Ihnen sagen, dass wir natürlich die Arbeit von Eurojust und die Frage der Effizienz begleiten werden und auf das eine oder andere sicherlich gerne noch zurückkommen.

Unterm Strich: Gut, dass wir es haben, aber schade, dass wir doch eine unvollständige Arbeit haben und eine Arbeit, die nicht so effizient ist, wie sie eigentlich sein sollte, um der europäischen Ebene zu dem Durchbruch zu verhelfen, den die Bürger von uns erwarten.

António Marinho e Pinto, *relator do parecer da Comissão dos Assuntos Jurídicos*. – Senhora Presidente, Senhora Comissária, é preciso evitar que o Eurojust se transforme em mais um ninho de burocratas na União Europeia, ou então em mais uma prateleira dourada para premiar, com reformas de luxo, certos magistrados obsequiosos para o poder político dos seus países. Por isso, urge coragem política para reformar a justiça na União, começando por transformar o Eurojust no embrião de uma verdadeira Procuradoria da União Europeia, com competência exclusiva para investigar um catálogo de crimes que deve ser, também, rapidamente definido.

Sra. Comissária, a justiça não é igual em todos os Estados-Membros da União Europeia. É um pouco como o colesterol humano: há uma justiça boa que respeita, valoriza e prestigia o Estado de Direito, mas há outra justiça que faz exatamente o contrário.

É, pois, urgente levar a cabo uma reforma das instituições judiciais que nivele por cima os padrões de administração da justiça. Esta reforma constituirá também uma forma de ultrapassar o impasse no processo de integração europeia e será um passo decisivo nessa integração.

Agustín Díaz de Mera García Consuegra, *en nombre del Grupo PPE*. – Señora presidenta... ¡Felicidades, Axel!

Eurojust es fundamental para responder eficazmente al reto de la delincuencia organizada transfronteriza, el terrorismo, el tráfico ilícito de migrantes o la ciberdelincuencia. Gracias a esta reforma, Eurojust ganará eficiencia y podrá reforzar la cooperación entre los Estados miembros en materia de justicia penal.

Eurojust ha facilitado la coordinación y la cooperación entre las autoridades fiscales y de investigación de ámbito nacional a la hora de gestionar casos que afectan a varios Estados miembros. Asimismo, ha ayudado a generar confianza mutua y a conectar toda la gama de instrumentos jurídicos existentes en la Unión Europea.

La adaptación de Eurojust a la creación de la nueva Fiscalía, así como a los nuevos reglamentos en materia de protección de datos para las instituciones debe ser plena. El informe sobre el crimen organizado SOCTA 2017 identificó cinco mil grupos de crimen organizado actuando y bajo investigación en la Unión Europea, un incremento de mil cuatrocientos grupos más con respecto al año 2013.

Esto indica que hay que mejorar y dar una respuesta coordinada para la Unión, tanto a nivel policial como judicial, para hacer frente a la amenaza terrorista, el narcotráfico, la ciberdelincuencia, el tráfico de migrantes o la pornografía infantil.

Eurojust es una herramienta fundamental a la hora de la cooperación y de la coordinación mejorada entre las autoridades judiciales de los Estados miembros, la nueva Fiscalía y también con otras agencias —como Europol—, así como con países terceros. Es importante que se realicen acuerdos de trabajo entre Europol y Eurojust para que ambas agencias puedan compartir información y datos, especialmente ahora que entraremos en la etapa de la interoperabilidad y del portal europeo de búsqueda.

Finalmente, Eurojust tiene que seguir siendo una agencia fundamental en la lucha contra todas las formas de crimen organizado y delincuencia.

Sylvia-Yvonne Kaufmann, im Namen der S&D-Fraktion. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin Jourová, liebe Kolleginnen und Kollegen! Grenzüberschreitende Kriminalität lässt sich nicht nur national bekämpfen. Nein, wir müssen ihr mit grenzüberschreitender Kooperation der Mitgliedstaaten und ihrer Justizbehörden begegnen. Da wir kein wirklich europäisches Strafrecht haben, bedarf es einer Brücke zwischen den Behörden der Mitgliedstaaten, um Straftäter erfolgreich vor Gericht stellen zu können. Diese Brücke ist Eurojust. Die Agentur hat 2002 ihre Arbeit aufgenommen, und die steigende Zahl an Fällen, in denen nationale Behörden Eurojust hinzuziehen, ist ein Beleg dafür, wie notwendig und wichtig die Europäische Agentur für justizielle Zusammenarbeit ist.

Die Bandbreite der Fälle, in denen Eurojust Unterstützung leistet, ist vielfältig – sei es die Aufdeckung von Betrug an Bankkunden mit gefälschten E-Mails in Rumänien und Italien, sei es die Aufdeckung von Überfällen auf Frachttransporter in Frankreich und Polen oder etwa die Aufdeckung von Drogenschmuggel zwischen den Niederlanden und Finnland, um hier nur einige Beispiele aus den letzten Monaten zu nennen. Eines haben all diese Fälle gemeinsam: Die grenzüberschreitende Kriminalität wurde mit grenzüberschreitender Kooperation bekämpft.

Damit Eurojust ihre Aufgaben in Zukunft noch effizienter ausführen kann, ist es gut, dass wir mit unserer Abstimmung morgen die neue Eurojust-Verordnung entsprechend dem Lissabon-Vertrag auf den Weg bringen. Um welche Neuerungen geht es vor allem? Erstens wird die Struktur von Eurojust modernisiert, und dies ermöglicht es den nationalen Mitgliedern von Eurojust nun, sich stärker auf operationelle Aufgaben zu konzentrieren. Ein Exekutivausschuss wird sich federführend um die Verwaltungsarbeiten kümmern.

Zweitens wird bekanntlich ab 2020 die Europäische Staatsanwaltschaft Straftaten zu Lasten des EU-Haushalts ermitteln und anklagen können. Hier war es wichtig, jede Form von Kompetenzlücken oder auch Doppelarbeit zu vermeiden. Damit die Staatsanwaltschaft effizient mit Eurojust zusammenarbeiten kann, sind die Leitlinien der Kompetenzaufteilung klar abgesteckt.

Drittens: Bei der Verbesserung der justiziellen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten gibt es selbstverständlich noch viel zu tun. Um diesen Prozess zu unterstützen, kann Eurojust künftig schriftliche Stellungnahmen verfassen, um die Behörden eines Mitgliedstaats auf bestehende Probleme hinzuweisen.

Viertens: Wir stärken Transparenz und Rechenschaftspflicht. Die parlamentarische Kontrolle von Eurojust wird dadurch gestärkt, dass die zuständigen Ausschüsse des Europäischen Parlaments und auch der nationalen Parlamente hier zusammenarbeiten.

Und fünftens – der Berichterstatter hat darauf hingewiesen: Der Datenschutz wird an die neuen Regeln auf europäischer Ebene angepasst, und dies ist bei sensiblen Daten im Zusammenhang mit der Strafverfolgung enorm wichtig.

Alles in allem: Eurojust wird durch diese Reform handlungsfähiger, und Eurojust wird die Möglichkeit haben, in Zukunft effizienter zu arbeiten. Ich bedanke mich bei allen, insbesondere bei Herrn Voss, für die gute Zusammenarbeit.

Nathalie Griesbeck, au nom du groupe ALDE. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, mes chers collègues, discuter aujourd'hui – ce soir – d'Eurojust, c'est évoquer cet acteur devenu central et indispensable en matière de coopération judiciaire et qui participe directement au renforcement de notre espace de liberté, de sécurité et de justice.

Par cette réforme, nous avançons d'un pas certain vers une véritable agence européenne pour la coopération judiciaire, une agence modernisée, grâce à cette révision, pour être plus efficace dans la lutte contre ces multiples et différents types de criminalité transfrontalière.

Les discussions relatives à la réforme d'Eurojust ont été longtemps dépendantes de, puis liées à, l'accord sur la création du Parquet européen, création qui constitue une véritable avancée pour notre Union. Dès lors, c'est évidemment en suivant de près les développements relatifs à la mise en place du Parquet européen que nous avons travaillé.

En tant que rapporteure pour mon groupe, l'ADLE, nous avons insisté tout particulièrement sur la relation, justement, entre Eurojust et le Parquet, car cette future coopération est indispensable au renforcement des droits. L'accord final sur notre texte clarifie et améliore les liens avec le Parquet dans le cadre administratif, institutionnel et surtout opérationnel. C'est d'autant plus important que nous étions nombreux à appeler de nos vœux le renforcement du rôle du Parquet européen en étendant sa compétence à la criminalité transfrontalière et au terrorisme, ce qui a été repris par le président Juncker dans son discours sur l'état de l'Union, il y a quelques semaines.

En ce qui concerne plus particulièrement la réforme d'Eurojust, je voudrais saluer le travail fluide de notre collègue rapporteur, Axel Voss, qui s'est montré patient durant les négociations, notamment sur la question du régime de protection des données. Je pense sincèrement que nous avons obtenu un bon équilibre qui respecte la protection des données. Mon groupe soutiendra évidemment cet accord.

Eva Joly, au nom du groupe Verts/ALE. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, chers collègues, la criminalité ne connaît pas de frontières, surtout la criminalité financière, qui les utilise pour frauder la TVA, pour échapper au fisc et pour blanchir de l'argent sale. C'est pourquoi le travail de notre justice ne peut s'arrêter aux frontières nationales. Nous avons besoin de l'agence Eurojust et du Parquet européen.

La coopération judiciaire au sein de l'Union européenne est essentielle pour mieux combattre la criminalité et le terrorisme. Eurojust facilite l'échange d'informations et contribue au renforcement d'une culture juridique européenne.

Je salue donc l'adoption du nouveau cadre réglementaire pour Eurojust qui clarifie notamment les relations entre cette agence et le nouveau parquet. Ces deux organes devront travailler main dans la main pour combattre efficacement la criminalité transfrontalière. Leur efficacité dépendra aussi des moyens humains et financiers qui leur seront alloués.

Faisons en sorte que l'impunité ne soit plus une option. Donnons-nous les moyens d'avoir une justice européenne digne de ce nom.

Gerard Batten, on behalf of the EFDD Group. – Madam President, this is the first reading of legislation that seeks to update and enhance the powers of Eurojust. Eurojust has a presence in every Member State, with an unprecedented concentration of judicial and police powers and with no separation of powers between judges, prosecutors and police. It has enormous power and enormous potential for the abuse of power. Eurojust is just one element of the EU's own evolving system of criminal law, which is superseding the legal systems of Member States.

This legislation will enhance its powers to incorporate cooperation with the European Public Prosecutor's Office. It will permit Eurojust to exercise its powers not only at the request of the so-called 'competent authorities', but on its own initiative and at the request of the Prosecutor's Office. This legislation is a step on the way to absorbing Eurojust into the European Public Prosecutor's office. The UK is a participant in Eurojust but has supposedly opted out of the jurisdiction of the Prosecutor's Office. However, this opt-out is illusory. The European Public Prosecutor can easily circumvent that opt-out in the UK by using the other legal institutions and instruments to achieve its objectives. The evolving EU system of criminal law may not be alien to some Member States, but it is completely alien to the English legal system. Our freedoms and liberties under our constitution, the common law and statute law, have evolved over centuries. They are being swept away by measures such as these.

It has not been possible to ascertain Her Majesty's Government's position on this legislation, but UKIP has proposed a rejection amendment, and we urge every UK MEP to vote for it if they have any desire to protect the freedoms and liberties of British citizens.

Diane James (NI). – Madam President, well this siren call that I hear so often here in this Chamber of 'more Europe' couldn't be better exemplified by what we have before us in terms of the evolution of Eurojust.

The European Union federal state, mission creep, removes nation control of legal matters – we've heard about the European Public Prosecutor, data exchange, etc. – and that is a key pillar and foundation of nation sovereignty. Therefore, when it comes to the vote tomorrow I will be absolutely astounded if any MEP here in this Chamber feels they have been given a mandate to sacrifice their national judicial control, in the manner that this report sets out, away to the European Union.

I only hope that everyone who opposes Brexit in the United Kingdom will watch this debate to see what European Union judicial control means.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Paní předsedající, paní komisařko, nejdřív mně dovoluji se trochu pousmát nad vystoupením mých britských kolegů, kteří tady volají po tom, že má být svrchované právo členských států rozhodovat o trestních věcech, a pak na druhé straně vidět Velkou Británii, která nejvíc využívá agenturu Eurojust a nejvíc volá po spolupráci, protože samozřejmě potřebuje nejvíc koordinovat boj proti trestné činnosti nebo v případě terorismu.

Ale občas tomu tak je. Prostě někdo musí projít brexitem tak, aby si uvědomil, kde a v jaké rodině byl, a já osobně vidím roli Eurojustu především v úrovni koordinační a tam myslím, že musí být posilována. Myslím si, že jste správně ve svém úvodním projevu řekla, že je důležité rozdělit kompetence mezi veřejného žalobce a agenturu Eurojust tak, aby se ty kompetence nepřekrývaly, aby ty úřady byly efektivní a aby spolu dokázaly lépe spolupracovat.

Já si myslím, že to je i smysl této zprávy a to je i smysl našeho jednání, které se tady čtyři roky nebo více než čtyři roky snažíme prosazovat. Myslím si, že agentura Eurojust má v oblasti spolupráce velikánský význam a samozřejmě na rozdíl od kolegů vím, že nebude nikterak zasahovat do národní suverenity jednotlivých členských států. Já si myslím, že k tomu, co jste tady ještě říkala, je také důležité říci, že Eurojust se osvědčil a že je potřeba tuto agenturu, která patří mezi výkladní skříň Evropské unie, neustále chválit a neustále ukazovat výsledky její skvělé práce.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señora presidenta, comisaria Jourová, desde el surgimiento de Eurojust en 2002, era evidente que esta agencia estaba llamada a ser una de las grandes promesas del espacio de libertad, seguridad y justicia que consagró de manera decisiva el Tratado de Lisboa en 2009. Por tanto, era hora de que tuviésemos un nuevo Reglamento, que impulsó la Comisión en 2013 para reforzar su eficacia operativa, su modelo de gobierno, pero también la incardinación de los miembros nacionales de Eurojust.

Pero el objetivo es lo que no puede perderse de vista. El objetivo es reforzar la confianza mutua, el reconocimiento mutuo de las resoluciones judiciales en la persecución de la criminalidad grave y, particularmente, de la transnacional.

Y para mantener viva la confianza mutua es muy importante que exista respeto mutuo entre los poderes judiciales de los Estados miembros. Que no se examinen mutuamente en lo que respecta a la calidad de sus resoluciones sino, exactamente, que confíen, salvo razones muy excepcionales, para asegurar el objetivo de la lucha contra la criminalidad grave que mandata el artículo 83. Pornografía infantil, cibercriminalidad, drogas. El objetivo no puede perderse de vista.

Pero añadido, además, que la gran importancia de que Eurojust tenga este nuevo Reglamento que lo relanza como una verdadera agencia de cooperación judicial en materia penal de la Unión Europea la pone de manifiesto el hecho de que, incluso los Estados miembros que han decidido excluirse del instrumento, como el Reino Unido y Dinamarca, están compelidos a firmar acuerdos de cooperación, porque el objetivo ya no puede ser alcanzado por ningún Estado miembro, tiene que ser alcanzado mostrando voluntad política a nivel europeo.

Cecilia Wikström (ALDE). – Fru talman! Fri rörlighet är en av grundpelarna i EU, men tyvärr är det inte bara arbets-sökande, studerande och företag som drar nytta av den. Enligt Europol finns det tusentals brottsyndikat som opererar inom EU, med narkotikahandel, människohandel, barnsexhandel, penningtvätt, bedrägerier, IT-brott. Detta gör att det är en skyldighet för EU och för alla medlemsländer att göra mer för brottsbekämpandet och lagföringen och därmed medborgarnas säkerhet och trygghet.

En Eurobarometer förra året visar att 92 procent av medborgarna i EU vill att vi ska arbeta strategiskt för att bekämpa grov gränsöverskridande brottslighet. Medborgarna runtom i våra medlemsländer förväntar sig med andra ord att vi ska leverera svar på de utmaningar som vi står inför. Problemet är att samarbetet mellan medlemsländerna när det gäller att dela och tolka information inte fungerar särskilt väl – detta bland annat för att man använder olika system. Eurojust-lagstiftningen som vi nu röstar om är därför ett väldigt, väldigt viktigt steg i rätt riktning.

Ett annat viktigt framsteg vi lyckats med är Europeiska åklagarmyndigheten. Jag beklagar i detta sammanhang att medlemsländer, bland annat Polen, Ungern och Sverige, har valt att stå utanför detta samarbete mot brott och korruption. Vi kan fortfarande gå med, och det vore viktigt.

Det som vi röstar om i morgon är dock ett stort steg framåt i förbättrandet och effektiviseringen av brottsbekämpandet, så låt oss se positivt på möjligheterna att den fria rörligheten också ska fungera när det gäller brottsbekämpningen och lagföringen.

Caterina Chinnici (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissario, l'aggiornamento del regolamento dell'agenzia Eurojust ne modernizza la struttura organizzativa, cosa ormai indispensabile per far fronte alla preoccupante evoluzione della criminalità organizzata transfrontaliera, ma è funzionale anche al nuovo assetto istituzionale che si delinea con l'imminente istituzione della Procura europea, responsabile per i reati a danno degli interessi finanziari dell'Unione.

Direi che il cuore della riforma è rappresentato proprio dalle disposizioni necessarie per disciplinare le relazioni tra Eurojust e la nuova Procura europea. Le competenze di ciascuna istituzione infatti vanno definite in modo chiaro, al fine di assicurare la certezza del diritto, di evitare lacune eventuali nell'applicazione della legge penale e duplicazioni dei procedimenti.

Sono convinta fermamente che l'istituzione della Procura europea non depotenzierà Eurojust ma, al contrario, proprio perché la Procura europea si basa sul principio di cooperazione rafforzata, l'agenzia Eurojust avrà un ruolo di primo piano sia nel coordinamento con gli Stati membri che non hanno ancora aderito, sia per tutti quei reati che non sono previsti nella direttiva PIF, e penso al terrorismo, al traffico di stupefacenti, ai reati informatici o alla pedopornografia, reati tutti di natura transfrontaliera.

Apprezzo poi che la modernizzazione di Eurojust, che ci apprestiamo a votare, rafforzi le tutele in materia di protezione dei dati, oltre ad accentuare la separazione fra attività amministrative e operative, e che si concentri pienamente sulla cooperazione giudiziaria e sul coordinamento tra autorità competenti degli Stati membri.

Ringrazio l'onorevole Voss e i colleghi relatori ombra per il loro lavoro.

Iris Hoffmann (S&D). – Frau Präsidentin! Die grenzüberschreitende Vernetzung von Strafverfolgungsbehörden innerhalb der Europäischen Union ist wichtig. Eurojust schafft gegenseitiges Vertrauen, wo es traditionell Unterschiede gibt, und baut Brücken zwischen den Rechtssystemen der Europäischen Union. Mit der Schaffung der Europäischen Staatsanwaltschaft ist es notwendig geworden, eine klare und deutliche Abgrenzung vorzunehmen. Es ist schade, dass sich nicht alle Mitgliedstaaten zu einem gemeinsamen Vorgehen durchringen konnten, denn das macht es uns nicht einfacher, innerhalb der EU konsequent gegen Kriminalität vorzugehen.

Mit der Reform soll sich Eurojust nun auf ihre wesentlichen Aufgaben konzentrieren, nämlich die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Justizbehörden bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität zu fördern. Die klare Trennung von operativen und administrativen Aufgaben finde ich hier durchaus sinnvoll. Ich finde es wichtig, dass Eurojust weiterhin die Mitgliedstaaten unterstützt und koordiniert, die sich nicht an der Europäischen Staatsanwaltschaft beteiligen wollen.

Maria Grapini (S&D). – Doamna președintă, doamna comisar, stimați colegi, cred că reformarea Eurojust era necesară. Dacă ne gândim la datele statistice și la rezultatele pe care le avem privind lupta împotriva criminalității organizate și anihilarea organizațiilor criminale, cred că rămâne o provocare și cred că prin reformarea și votarea regulamentului nou legat de organizarea Eurojust, Comisia va avea un instrument mult mai bun de lucru și cred că statele membre ar trebui toate să adere.

Pe mine mă surprinde că avem aici colegi care spun că nu ar trebui să existe un asemenea regulament. Nu îmi imaginez cum se poate, transfrontalier, ca un singur stat să poată să rezolve rețelele criminale și știm bine că – eu, în calitate de membru al LIBE, dar și al IMCO - știm bine că aceste rețele afectează foarte mult piața internă, competiția loială și foarte multe lucruri și până la urmă viața cetățenilor. Nu cred că este normal să ne ceară mandat colega noastră, pentru că eu nu cred că vreun cetățean sau vreo companie este fericită că există aceste rețele de crimă organizată.

Interventions à la demande

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Pani Przewodnicząca! Prawdopodobnie chodzi o mnie. Pan Zdechovský mówił przed chwilą. Zabierał głos w debacie. Tak, dziękuję bardzo. Działając w Komisji ds. terroryzmu, wielokrotnie natrafiam na podstawowy problem współpracy między służbami, a zwłaszcza pomiędzy państwami. Można powiedzieć, że jest to najbardziej wrażliwy, by nie powiedzieć niewystarczający, fragment współpracy związanej z walką z terroryzmem w Europie. Patrząc na przyrost spraw w ciągu 15 lat, ponad dziesięciokrotny, niewątpliwie – podkreślam niewątpliwie – ta debata jest potrzebna, a sam dokument przygotowany związany z reformą tej podstawowej instytucji niezbędny. Tak to bym określił. Chciałem podziękować inicjatorom, jak również powiedzieć, że nie tylko wspieram te aktywności, które reformują instytucje, ale żałuję, że mój kraj, moje państwo – Polska nie podpisała się pod zbudowaniem Prokuratury Europejskiej. Uważam, że wraz z Węgrami i Szwedami powinniśmy zmienić to zdanie.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, negli ultimi anni la criminalità organizzata transfrontaliera è aumentata in modo esponenziale per terrorismo, traffico di stupefacenti, criminalità informatica e pedopornografia. Queste forme di criminalità si esplicano in reati commessi da gruppi estremamente mobili e flessibili, che operano in molteplici giurisdizioni unionali e settori criminali.

È di tutta evidenza che un'azione di contrasto non può essere condotta efficacemente senza adeguati strumenti a livello internazionale. Va implementata sotto la guida di Europol la rete operativa per lo scambio di informazioni tra le forze dell'ordine per superare le difficoltà attuali.

E dico questo anche alla luce delle indagini transnazionali seguite agli attentati di Parigi e Bruxelles, che hanno evidenziato gravi carenze nella capacità di collaborare tra le diverse autorità di contrasto nazionali. La cooperazione amministrativa giudiziaria e di polizia su tutto il territorio dell'Unione europea deve essere valorizzata su più livelli, puntando ad una sinergia efficace tra la rete giudiziaria europea Europol ed Eurojust. Il tutto in attesa di capire il ruolo che si ritaglierà la Procura europea di recente istituzione.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, οι πολλές και ποικίλες δραστηριότητες του οργανωμένου εγκλήματος, σε συνδυασμό με τη δράση των τρομοκρατών, τη διασυνοριακή απάτη, αλλά και τις επιθέσεις στον κυβερνοχώρο, επιβάλλουν τη συνεργασία των δικαστικών αρχών κάθε χώρας με τον Οργανισμό της Ευρωπαϊκής Ένωσης στον τομέα της ποινικής δικαιοσύνης, την γνωστό Eurojust, προκειμένου να αντιμετωπιστούν όλες αυτές οι περιπτώσεις.

Πρέπει όμως η Eurojust να λειτουργεί κατά τρόπο ο οποίος δεν θα παραβιάζει την κυριαρχία των κρατών. Γι' αυτό πρέπει να καθοριστεί η αποστολή της και να οριοθετηθούν τα όρια των δραστηριοτήτων της. Ένα άλλο ζήτημα που είναι ιδιαίτερα ευαίσθητο είναι ότι στα πλαίσια της αντιμετώπισης του οργανωμένου εγκλήματος δεν πρέπει να παραβιάζονται τα ανθρώπινα δικαιώματα. Τέλος, είναι αυτονόητο ότι η λειτουργία της Eurojust δεν πρέπει να υποκύπτει σε πολιτικές σκοπιμότητες.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κυρία Πρόεδρε, σήμερα στην Ευρώπη δραστηριοποιούνται εγκληματικές οργανώσεις, που αποτελούν σοβαρό κίνδυνο για τις κοινωνίες των κρατών μελών. Την τελευταία μάλιστα δεκαετία έχει παρατηρηθεί πως οι οργανώσεις αυτές δεν περιορίζονται σε ένα κράτος, αλλά εκμεταλλεύόμενες την ελεύθερη κυκλοφορία προσώπων αναπτύσσονται πανευρωπαϊκά. Ταυτόχρονα δε παρατηρείται και αυξανόμενη συνεργασία μεταξύ εγκληματικών ομάδων των διαφόρων κρατών. Δίκτυα τρομοκρατικά, δίκτυα λαθρεμπορίας, εμπορίας ανθρώπων, αλλά και οικονομικού εγκλήματος εκμεταλλεύονται στο έπακρο την καθυστέρηση που επιδεικνύουν οι εθνικές αρχές.

Δυστυχώς όμως, αντί η Επιτροπή να παρουσιάσει μια ολοκληρωμένη πρόταση με σκοπό τη δημιουργία ενός οργάνου που θα συντονίζει αποτελεσματικά τις διωκτικές αρχές των κρατών, αναλώνεται περισσότερο στη δημιουργία μιας Ευρωπαϊκής δήθεν Εισαγγελίας με περιορισμένες δυνατότητες, με αρμοδιότητες που συγκρούονται με αυτές της Eurojust και ταυτόχρονα με κάποιες δικαστικές εξουσίες. Επιπλέον, επιδεικνύοντας πρωτοφανή αδιαφορία για την αρχή της διάκρισης των εξουσιών, η Επιτροπή επιδιώκει ουσιαστικά να ελέγχει τον διορισμό των προέδρων και αντιπροέδρων της Eurojust. Τελικά η Επιτροπή μάλλον ενδιαφέρεται περισσότερο για τη δημιουργία νέων θέσεων διορισμού ημετέρων και την απορρόφηση κονδυλίων.

(Fin des interventions à la demande)

Věra Jourová, Member of the Commission. – Madam President, honourable Members, thank you very much for your valuable contributions in this debate. I would like to respond on several of the comments made. It is true that criminals have no borders. Also, criminal creativity has no limits, and criminals are using and abusing several new factors.

Firstly, they abuse the loopholes which we leave in the system. They are abusing new technological tools and possibilities because – while a number of speakers mentioned the Schengen area, which enables free movement – the digital sphere, in fact, has no borders, and we have the statistics from the national police and prosecutors' offices which show that criminality is shifting to the digital sphere and cybercrime is on the rise. Sadly, another aspect widely abused by international organised criminal networks is the fact that national police and prosecutors have limited powers in relation to cases with cross-border scope. These are the cases which we need to address. We need to reorganise powers and redistribute tasks and competences among the institutions which the EU has established, in order to prosecute these big cross-border cases.

In relation to Europol, and now the reform of Eurojust and the new EPPO, of course I have to mention OLAF, which also needs reconstruction – and all these institutions will need to work without overlap. There must be very strong synergies and it is our duty to fine-tune the tasks and competences of these institutions to work as one in a well-orchestrated way, because if we fail to do that the criminals will be celebrating.

Axel Voss, Berichterstatter. – Frau Präsidentin! Frau Kommissarin! Zunächst auch mal hier eingehend auf die einzelnen Beiträge, gerade die Beiträge, die ich von dieser Seite eben gehört habe. Da habe ich das Gefühl, da hat man das System und die Plattform Eurojust überhaupt nicht verstanden. Großbritannien ist bislang nicht untergegangen, weil sie eben auch schon seit 2002 an der Arbeit teilnehmen, und sie werden das auch in Zukunft tun. Es geht eben von den einzelnen Mitgliedstaaten aus, dass hier eine Kooperation gewünscht wird. Es ist nicht so, dass man hier einfach wahllos irgendwie zugreift. Da müsste man schon sehr die Augen vor den Realitäten verschließen.

Ich danke für die Beiträge insgesamt, und ich glaube, wir bringen jetzt das ganze System hier auch an die aktuellen Herausforderungen einer globalen Verbrechensbekämpfung heran. Organisierte Kriminalität effektiv bekämpfen und die Mitgliedstaaten unterstützen ist eines der wesentlichen Dinge, die wir hier haben – auch wenn die Kollegin Inge Grässle es jetzt sehr bedauert, dass man vielleicht die eine oder andere Chance verpasst hat. So negativ wie sie es sieht, würde ich es allerdings nicht sehen. Wir haben hier eine sehr explizite Zusammenarbeit in den Artikeln 3, 13 und 50 geschaffen, zu OLAF in Artikel 75. Wir haben das dort auch hinsichtlich des Datenaustausches vorgenommen. Wir unterliegen natürlich auch gewissen datenschutzrechtlichen Regelungen, die wir nun allgemein diskutiert haben. Sowohl OLAF als auch die EUSTA können mit Eurojust im weiteren Vergleich interne Abkommen abschließen, um die Arbeit effektiver zu gestalten. Von daher sehe ich es nicht ganz so negativ. Vielleicht hätte man es direkt regeln können, ja. Aber ich glaube, das Ganze wird sich einspielen, wenn denn erstmal alle auch ihre Arbeit entsprechend aufgenommen haben und in diesem Rahmen und auf dieser Grundlage zusammenarbeiten können.

La Présidente. – Le débat est clos.

Le vote aura lieu jeudi 4 octobre 2018.

16. Gegenseitige Anerkennung von Sicherstellungs- und Einziehungsentscheidungen (Aussprache)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le débat sur le rapport de Nathalie Griesbeck, au nom de la commission des libertés civiles, de la justice et des affaires intérieures, sur la proposition de règlement du Parlement européen et du Conseil concernant la reconnaissance mutuelle des décisions de gel et de confiscation (COM(2016)0819 — C8-0002/2017 — 2016/0412(COD)) (A8-0001/2018).

Nathalie Griesbeck, rapporteure. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, chers collègues, je suis très heureuse de vous présenter ce soir, enfin, notre accord final, après les négociations sur le règlement relatif à la reconnaissance mutuelle des décisions de gel et de confiscation.

C'est vrai que l'Union disposait déjà de règles minimales ainsi que de règles de reconnaissance mutuelle, mais elles étaient largement dépassées. En particulier, elles permettaient aux criminels et aux terroristes d'utiliser très facilement les failles. C'est pourquoi il était important de revenir sur la législation et de travailler assez vite.

Le gel et la confiscation des biens et des avoirs des criminels constituent aussi un outil de lutte contre la criminalité et le terrorisme, en particulier du fait qu'en privant les terroristes des produits de leurs activités illégales, on les empêche d'organiser des attentats. Or, dans ce domaine, notre marge de progression est très large puisque, depuis que nous travaillons sur ce dossier très important actuellement, 98,9 % des profits d'origine criminelle estimés ne sont pas confisqués et restent aux mains des criminels. Autrement dit, on ne confisque que 1 % des profits d'origine criminelle. Ce n'est pas acceptable et on ne peut pas continuer de cette manière. Par ailleurs, n'oublions pas que la confiscation des biens du crime est également un instrument très important lorsqu'il s'agit d'indemniser les victimes.

Nos outils doivent donc être pensés à l'échelle européenne et pour les Européens. J'étais contente lorsque la Commission a immédiatement proposé de travailler sur un règlement, et non une directive. Même si quelques États membres, à cet égard, traînaient un peu les pieds, c'est finalement cet outil juridique qui a été accepté et sur lequel nous voterons demain.

Le Parlement a bien sûr adopté en janvier, à une très large majorité, une position ambitieuse qui simplifie et normalise les procédures, et qui améliore la rapidité et l'efficacité des décisions de gel et de confiscation en resserrant les délais. Évidemment, c'est une position qui donne une place majeure aux victimes et qui a été défendue bec et ongles dans les négociations interinstitutionnelles avec le soutien des rapporteurs fictifs, que je remercie tout particulièrement de leur confiance et pour la bonne ambiance de travail qui a été la nôtre.

Face à l'importance de cet outil, nos partenaires institutionnels ont répondu et œuvré rapidement et minutieusement. À l'issue des négociations, nous avons obtenu un outil équilibré, respectueux des droits fondamentaux et opérationnel. L'accord final repose sur de meilleures garanties procédurales avec une définition du terme «personne concernée» (*affected person*, en anglais). C'était un point très important puisqu'on ne pouvait pas ignorer qu'il arrive que des personnes innocentes soient affectées par des décisions de gel et de confiscation. Puis, nous avons eu aussi, au sein des négociations, un consensus – c'est important de le dire, quand cela existe, même avec le Conseil – sur la place accordée aux victimes et, en particulier, à l'indemnisation de ces dernières puisque celles-ci, pour nous, doivent être au cœur de notre système judiciaire.

Nous nous sommes battus et nous avons obtenu la réutilisation à des fins sociales des biens confisqués et, enfin, dans un des objectifs clés, le Parlement a été particulièrement uni sur l'objectif de créer un outil qui soit rapide pour être efficace. Les États membres ont été difficiles à convaincre, mais on a instauré un délai de 45 jours pour la reconnaissance et l'exécution des décisions de confiscation.

Enfin, nous avons lutté d'arrache-pied pour renforcer et encore mieux prendre en compte les droits fondamentaux. Outre l'obligation de respecter les principes clés de nécessité et de proportionnalité, nous nous sommes battus avec succès pour insérer une clause de non-reconnaissance basée sur les droits fondamentaux pour les décisions de gel et de confiscation. Après des semaines de blocage, nous sommes parvenus à un accord et nous avons obtenu une telle clause pour les décisions de gel ainsi que pour la confiscation – ce qui était plus difficile –, avec une mention cruciale faite à la charte européenne des droits de l'homme.

Pour tous ces éléments, je remercie mes collègues pour leur patience, leur détermination et la bonne ambiance et, en conclusion, je remercie évidemment aussi Věra Jourová et ses équipes grâce à qui cet accord a pu être présenté au vote de demain.

Věra Jourová, *Member of the Commission*. – Madam President, honourable Members, tomorrow you will vote on the regulation on the mutual recognition of freezing and confiscation orders. The Commission attaches high importance to the adoption of this regulation as it is part of the action plan to strengthen the fight against terrorism and contributes to completing the Security Union.

First, I would like to congratulate and thank the rapporteur, Ms Nathalie Griesbeck, for her excellent work and strong dedication on this file. For instance, her determination to maintain this piece of legislation as a regulation was very impressive. Thank you for this. We all understand that it has to be a coherent, reliable and swiftly functioning instrument and with the directive maybe this coherence would not have been as perfect as we need for the practical use of this tool.

With this regulation, we take a big step in the EU criminal justice system. It is the first regulation in the area of judicial cooperation in criminal matters. The rules will apply directly in all Member States. Secondly, the instrument will be an important step to facilitate cross-border recovery of criminal assets and lead to more efficient freezing and confiscation of funds from illicit origin in the EU.

As we already heard, at this moment, quite shockingly, 99% of criminal proceeds remain in the hands of criminals and terrorists. This is clearly not acceptable. The regulation will contribute to ensure that criminals and terrorists cannot use loopholes to fund further operations. National authorities will cooperate better and faster, with clear deadlines and standard documents. In cross-border cases, the victims' rights to restitution and compensation will have priority over the state's claims. That is also why I like this proposal – because it contains elementary fairness for the victims of crime.

The text includes safeguards ensuring that the mutual recognition of freezing or confiscation orders is, in line with fundamental rights, protected by the EU Charter. It finds the right balance between the need to ensure mutual recognition and the respect of fundamental rights at the same time.

Pavel Svoboda, *zpravodaj Výboru pro právní záležitosti*. – Paní předsedající, paní komisařko, předložený návrh Komise o vzájemném uznávání příkazů k zajištění a konfiskaci je typickým příkladem evropské legislativy, která přináší všem občanům Evropské unie nezpochybnitelnou přidanou hodnotu. Proti kriminalitě nadnárodní povahy můžeme efektivně bojovat pouze nástroji nadnárodní povahy. Je třeba si uvědomit, že současná situace a neexistence dostatečné harmonizace ulehčuje financování trestné činnosti.

Je naší odpovědností jakožto unijních zákonodárců neulehčovat zločinu život a přijmout takové procesní předpisy, které umožní konfiskaci výnosů z trestné činnosti přeshraniční povahy. Výbor pro právní záležitosti vypracoval k tomuto návrhu stanovisko, ve kterém především navrhuje upřesnit některé formulace tak, aby výsledný text byl skutečně dostatečně precizní.

Innocenzo Leontini, *a nome del gruppo PPE*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, anch'io mi associo ai complimenti nei confronti della collega Griesbeck per il lavoro svolto come relatrice e io, nella funzione di relatore ombra, successore del collega pugliese, al cui posto sono subentrato, sottolineo che la percentuale del 98,9% di proventi derivanti da attività criminali non confiscate è una percentuale esagerata. La confisca dei proventi da reato e i congelamenti di questi beni è una misura fondamentale nella lotta alla criminalità organizzata e all'attività terroristica.

Fino ad oggi, gli Stati membri hanno attuato in modo carente o raramente le minime misure vigenti negli Stati membri. Il 21 dicembre del 2016, la Commissione ha adottato una proposta di regolamento che disciplina il riconoscimento reciproco da parte degli Stati membri dei provvedimenti di confisca e di congelamento dei beni provenienti da attività criminali. Da oggi un provvedimento emesso dall'autorità di uno Stato membro può essere riconosciuto ed eseguito celermente in tutti gli altri Stati membri. L'ambito di applicazione di questo regolamento si estende a nuovi tipi di confisca, in linea con la direttiva 2014/42/UE, ma andando oltre essa, specie laddove prevede forme meno limitate di confisca non basata sulla condanna.

L'attuazione di questo regolamento consente di utilizzare delle risorse per il risarcimento delle famiglie delle vittime, per attività di contrasto alla criminalità organizzata e per iniziative a scopo sociale, prevedendo l'istituzione di uffici competenti per ogni singolo Stato membro. Il Consiglio e il Parlamento hanno stabilito un testo che prevede 45 giorni per l'esecuzione di provvedimenti di confisca e 96 ore per l'esecuzione dei provvedimenti di congelamento. Il regolamento rende il riconoscimento reciproco degli ordini di confisca di congelamento più efficiente, più veloce e più omogeneo.

Emilian Pavel, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, first of all, I would like to thank Ms Griesbeck for her work. Ms Griesbeck, you were tough and you were efficient when it came to defending Parliament's position, especially when we fought together to protect human rights. I thank you especially for that because, as you know, it was my number one priority.

This regulation is one of the three measures intended to strengthen the EU's capacity to fight organised crime and terrorism and to cut off the sources of financing for criminals and terrorists across the Union. It is important that this is a regulation and not a directive. We must deprive criminals of the proceeds of their crime. Moreover, confiscation allows victims to be compensated and provides additional funds to invest in law enforcement activities or other crime prevention initiatives.

In June, the Council, following a provisional agreement with Parliament, agreed on new rules. The general principle of recognition means that all judicial decisions in criminal matters taken in one Member State shall be – and normally will be – directly recognised and enforced by another Member State. The regulation sets out a number of grounds for non-recognition and non-execution based on fundamental rights, which we fought for together and we were successful. I would also like to thank the shadows.

In the final text, thanks to our work, many safeguards have been added and fundamental rights will be fully protected. We asked, and achieved, standards, certificates and procedures to allow speedy and efficient freezing and confiscation actions – a deadline of 45 days for the recognition of a confiscation order and, in urgent cases, a deadline of 44 hours for the recognition, and 44 hours for the execution, of freezing orders. Those limits can be postponed only under the strict conditions detailed in this regulation. Finally, yet importantly, there are provisions to ensure that victims' rights to compensation and restitution are respected in cross-border cases.

This legislative instrument is the first regulation based on the principle of mutual recognition concerning criminal law proceedings. I encourage you to support it and to vote in favour tomorrow.

Monica Macovei, *în numele grupului ECR*. – Doamna președintă, cum stăm cu confiscarea și punerea sub sechestru? Doar 1% din bunurile care provin din infracțiuni sunt confiscate astăzi. Trilioane de euro sunt generate de infracțiuni, dar recuperăm numai 1,2 miliarde de euro pe an, restul le rămân infractorilor. Tocmai de aceea sunt dezamăgită de pașii înapoi făcuți de acest regulament. Deci, eu voi fi partea critică, se pare, a ceea ce vom vota. Sigur că are multe părți bune, dar mă voi referi la cele care pe mine mă dezamăgesc.

În noul text al regulamentului, noțiunea de „terți de bună credință” este înlocuită cu cea de „persoane afectate” - asta îi include și pe cei împotriva cărora au fost emise mandate de sechestru sau de confiscare. Limitele de timp pentru recunoașterea reciprocă și executarea creanțelor, a ordinelor de sechestru sau confiscare cresc, în loc să scadă. Trei – protejarea confidențialității investigațiilor în curs este mult diluată față de propunerea Comisiei și patru – sunt introduse noi motive de neregnoaștere a ordinelor de confiscare și sechestru.

Ca atare, va fi mai greu să confiscăm și mai greu să punem sub sechestru.

Lieve Wierinck, *namens de ALDE-Fractie*. – Voorzitter, commissaris, beste collega's, in Europa spreken we vaak over de toegevoegde waarde van samenwerking, vanuit het besef dat we sommige problemen alleen maar op het niveau van de Unie kunnen oplossen. Wel, dit dossier is daar een mooi voorbeeld van. In 2010 vloede er zo'n 110 miljard euro of bijna één procent van het Europese bbp naar criminele activiteiten. Tussen 2010 en 2014 konden we daarvan slechts 2,2 % bevroren en amper 1,1 % confisqueren. De reden hiervoor is niet dat de bevoegde autoriteiten onvoldoende inspanningen zouden leveren en al zeker niet dat we het geld niet kunnen gebruiken. De echte reden is duidelijk: een gebrek aan samenwerking. Terrorisme en georganiseerde criminaliteit opereren over de grenzen heen. Dankzij deze wetgeving doet onze rechtspraak dat binnenkort ook. Beste collega's morgen sluiten we het net.

Eva Joly, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, comme cela a été rappelé, la criminalité prive chaque année nos États de 110 milliards d'euros et 99 % de ces profits illégaux ne sont jamais récupérés et restent bien au chaud dans les poches des criminels. Ne laissons pas l'argent du crime prospérer: confisquons-le par-delà les frontières.

Ce règlement sur la reconnaissance mutuelle des décisions de gel et de confiscation des avoirs est le bienvenu. Grâce à lui, un État membre reconnaîtra et exécutera directement sur son territoire une décision de gel ou de confiscation rendue par un autre État membre dans le cadre d'une procédure pénale. Il s'agit d'un progrès important vers un véritable espace européen de liberté, de sécurité et de justice.

Lutter ensemble contre la criminalité ne doit pas se faire au détriment des droits des citoyens. J'apprécie donc que nous soyons arrivés à un compromis avec le Conseil sur la possibilité de refuser la reconnaissance d'une décision de confiscation dans le cas où les droits fondamentaux n'auraient pas été respectés, comme le droit à un procès équitable. Ces précautions sont indispensables à l'heure où plusieurs gouvernements européens portent gravement atteinte aux fondamentaux de la justice.

Gerard Batten, *on behalf of the EFDD Group*. – Madam President, the UK's adoption of the European Union system of criminal law is destroying our freedoms and liberties under English law.

Magna Carta said that the English could not be arrested or imprisoned without evidence laid against them in an English court. The European Union has swept away that ancient liberty. We can now be imprisoned in a foreign jail on the basis of unsubstantiated accusations on a piece of paper.

Under the Bill of Rights 1689, we could not be fined or have our property confiscated without a criminal conviction in an English court. That liberty was swept away under the EU Directive that allows our assets to be frozen or confiscated on the say-so of a foreign court. Now the EU wants to turn this directive into a regulation so that Member States will have no leeway in its application, and it even allows for non-conviction-based confiscation orders.

For centuries the English could not be imprisoned or have their property taken away without a criminal conviction under their own laws in their own courts. Now a court in any corrupt EU Member State can judicially kidnap our citizens and freeze or confiscate their property. Our governments tell us that we have to surrender our liberties so that they can protect us from cross-border crime and terrorism. The same governments open their borders to any organised criminal from around the world that wants to launder their money in our banking systems. They open our borders to any thief or fraudster that can come purely because they are EU citizens and we cannot deny them entry.

Her Majesty's Government wants to opt into this regulation and Mrs May no doubt intends to incorporate it into her proposed security treaty with the EU after Brexit. UKIP MEPs will vote against this. We protect British liberties and freedoms, not betray them.

Georg Mayer, *im Namen der ENF-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Das ist ein wichtiger Schritt, um illegal erworbenes Vermögen zu bekämpfen. Ich möchte einen Fall etwas ins Licht rücken, der zufälligerweise wirklich auch mit Großbritannien zu tun hat. Da geht es um den Ex-Banker Abjasow aus Kasachstan, der in der Bank, in der er gearbeitet hat, angeblich zehn Milliarden Euro veruntreut hat und dann nach Großbritannien geflogen ist. Ein britisches Gericht hat ihn dann auch verurteilt und hat gesagt: Wir machen hier eine Sicherstellungsentscheidung und lassen dieses Vermögen sicherstellen. Zusätzlich wurde er zu 22 Monaten Haft verurteilt.

Und was macht dieser Ex-Banker dann? Er flieht nach Frankreich. Auch in Frankreich hat er dann eine Haftstrafe bekommen, nach drei Jahren, im Jahr 2016, wurde er allerdings in einer Nacht-und-Nebel-Aktion enthaftet. Seitdem ist er nicht mehr aufzufinden. Man weiß nicht, was mit diesen zehn Milliarden Euro passiert ist. Dies herauszufinden ist natürlich im Interesse dieser Bank, die da massiv dahinter ist. Aber es ist auch, denke ich, in unserem Interesse, dass man dieses illegale Geld auftreibt und dem rechtmäßigen Besitzer wieder zurückgibt.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κυρία Πρόεδρε, το ισχύον καθεστώς είναι αναποτελεσματικό και πρακτικά ανεφάρμοστο. Η δέσμευση των περιουσιακών στοιχείων εγκληματικών οργανώσεων είναι μηδαμινή, το μήνυμα πως το έγκλημα δεν ανταμείβει ανύπαρκτο και η επιστροφή του προϊόντος και των κερδών εγκλήματος άπιαστο όνειρο. Είναι πέρα από απαράδεκτο να παραμένουν τα κέρδη από παράνομες δραστηριότητες στη διάθεση των εγκληματιών.

Απαιτείται σαφήνεια και ασφάλεια δικαίου με την απλούστευση και αποσαφήνιση του συνολικού πλαισίου της αμοιβαίας αναγνώρισης δικαστικών αποφάσεων και με την ενίσχυση του ρόλου των αρμοδίων εθνικών αρχών.

Όμως κάθε δράση εναντίον των εγκληματιών εν τέλει πρέπει να υπηρετείται υπέρ του συνόλου των πολιτών, δηλαδή με σεβασμό στα θεμελιώδη δικαιώματα, ισχυρές δικονομικές εγγυήσεις, πρόνοιες αποζημίωσης, ουσιαστική και αποτελεσματική πρόσβαση σε κατάλληλα ένδικα μέσα και πράξεις δέσμευσης και δημεύσης από διωκτικές, εισαγγελικές ή δικαστικές αρχές έναντι επαρκών ενδείξεων. Διότι διαδικασίες που δεν φέρουν εγγύα ανεξαρτησίας, διαφάνειας, αμεροληψίας και αναλογικότητας δύνανται, στα λάθος χέρια, να καταδυναστεύσουν καταχρηστικά και κακόβουλα μεμονωμένους πολίτες.

Jeroen Lenaers (PPE). – Voorzitter, beste collega's, het is een mooie dag wat mij betreft. Ik herinner me nog hoe ik drie jaar geleden bij mij in Zuid-Limburg op werkbezoek ging bij politie- en justitiediensten. Ik bezocht er mannen en vrouwen die zich dagelijks inzetten om onze veiligheid in de grensregio te waarborgen. Dat is niet makkelijk, zeker niet in een provincie als de mijne waar we meer grenzen hebben met België en Duitsland dan met ons eigen Nederland. Wat me altijd is bijgebleven van dat werkbezoek, is de frustratie die er leefde over hoe moeizaam het soms is om criminele bezittingen over de grens te bevriezen of te confisqueren. Wanneer een drugsdealer in Nederland opgepakt en vervolgd wordt maar zijn geld of zijn Ferrari aan de andere kant van de grens geparkeerd staat, dan is daar heel moeilijk aan te komen.

Dit is niet alleen een probleem in de grensregio. De commissaris heeft al gezegd dat de illegale markten in de EU een omvang van ongeveer 110 miljard euro hebben. We slagen er niet in om daar meer dan één procent van te confisqueren. Een groot deel daarvan blijft dus gewoon in handen van criminelen. We kunnen die criminelen maar op één manier pijn doen en dat is in hun portemonnee.

Criminelen laten zich niet leiden of tegenhouden door landsgrenzen, dus kunnen politie en justitie zich dat ook niet veroorloven. Dankzij deze nieuwe wetgeving wordt het in de toekomst makkelijker om ook aan de andere kant van de grens beslag te laten leggen op het geld en de middelen van criminelen. Dat is heel slecht nieuws voor criminelen en daarmee heel goed nieuws voor ons allemaal. Het laat vooral ook zien dat de EU dit soort vraagstukken kan aanpakken, dat EU-regels in de praktijk een meerwaarde kunnen hebben en dat wij in staat zijn om de zorgen van burgers in de grensregio te vertalen naar dit soort beleid. Dat is onze belangrijkste opdracht in dit Parlement en ik ben heel blij dat we daar vandaag in geslaagd zijn.

Caterina Chinnici (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissario, ringrazio l'onorevole Griesbeck e i relatori ombra per l'eccellente lavoro svolto su una proposta di regolamento che pone un altro essenziale tassello per il contrasto alla criminalità transnazionale.

Colpire le organizzazioni criminali laddove fa più male, cioè negli interessi economici: il congelamento e la confisca dei beni rappresentano infatti i principali strumenti per privare i gruppi criminali organizzati dei profitti e delle risorse necessarie al loro illecito operare.

Il regolamento completa e rafforza il quadro normativo europeo, garantirà un più efficace e celere riconoscimento degli ordini di congelamento e confisca fra gli Stati membri, permettendo di colpire tali profitti criminosi attraverso l'intero territorio dell'Unione, ed è particolarmente importante la previsione del mutuo riconoscimento dei cosiddetti provvedimenti di confisca in assenza di condanna, che con le giuste garanzie e nel rispetto dei diritti fondamentali, rappresentano un significativo passo in avanti nell'azione di contrasto alle organizzazioni criminali.

Ed è importante ancora la previsione del reimpiego dei beni confiscati a fini sociali, misura quest'ultima che promuove il valore e direi il senso della legalità.

Helga Stevens (ECR). – Voorzitter, collega's, terroristen en criminelen kunnen vandaag nog al te gemakkelijk hun opbrengsten door de EU versluizen, met als resultaat dat nauwelijks één procent van het misdaadgeld uit criminele handen kan worden genomen. Dit is een erg bedroevend cijfer. Om terrorisme uit te roeien is het cruciaal dat we de financieringsbronnen droogleggen. Dit is een terrein waarop de EU echt haar meerwaarde kan en moet bewijzen. De strijd tegen terreur kunnen we alleen maar winnen als we samen een vuist maken. De golf van aanslagen heeft heel duidelijk aangetoond dat er behoefte is aan verdere Europese samenwerking op dit terrein. Ik steun dan ook ten volle deze nieuwe Europese maatregel, die de lidstaten dwingt beter samen te werken om criminele goederen te bevriezen en te confisqueren. Dit is een positieve evolutie in het Europees wetgevend kader die bijdraagt aan de uitbouw van een veiligheidscultuur in Europa.

Agustín Díaz de Mera García Consuegra (PPE). – Señora presidenta... ¡Felicidades, Nathalie!

El decomiso de bienes producto de actividades delictivas es un instrumento eficaz para combatir la delincuencia y el terrorismo; pero es que no se decomisa nada, casi nada. Por eso resulta esencial asegurar la eficacia, en toda la Unión, del embargo y el decomiso de los bienes de origen delictivo, así como evitar que los delincuentes puedan aprovechar las lagunas existentes en la Unión para trasladar sus bienes y eludir así las órdenes al respecto.

El embargo y el decomiso de los bienes del delito se encuentran entre los medios más eficaces de lucha contra la delincuencia organizada. Sin embargo, es necesario profundizar en una mejora de la coordinación entre Estados miembros. Es imprescindible bloquear con celeridad los flujos de dinero con origen y destino en organizaciones delictivas, así como mejorar la rapidez y la eficacia de los procedimientos de reconocimiento de las resoluciones de embargo y decomiso.

Por eso, el refuerzo de principios propuestos en este Reglamento, como el de reconocimiento y ejecución de resoluciones judiciales en materia penal, resultan fundamentales para mermar la lacra que supone cualquier forma de crimen organizado.

Lo que acabo de decir es la piedra angular de la cooperación penal judicial.

Es importante también mencionar la posibilidad de realizar un decomiso de manera preventiva cuando se tenga seguridad de que existe algún vínculo con una actividad delictiva; y, además, la noción de necesidad y proporcionalidad debe ser una constante, tal y como se incluye en el texto, en las resoluciones que hoy comentamos.

Finalmente, el reconocimiento mutuo de procedimientos y la mejora de la eficiencia en las labores de embargo y decomiso son, junto con la lucha contra el blanqueo y la detección de movimientos ilícitos de dinero en efectivo, los instrumentos esenciales para combatir la financiación del crimen y el terror.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señora presidenta, comisaria, un reglamento, una ley europea directamente vinculante en este paquete de medidas dirigidas a fortalecer a la Unión Europea en su lucha contra la criminalidad en clave transnacional y contra el terrorismo. Me sumo al reconocimiento del trabajo de nuestra ponente Nathalie.

Pero me centro en la incardinación de esta iniciativa junto a la que antes discutíamos, Eurojust. Y la Fiscalía europea. Y la Directiva de protección de intereses financieros de la Unión, de la que tuve el honor de ser ponente. Pero subrayo, de nuevo, la exigencia de que esto base su eficacia en el reconocimiento mutuo de resoluciones judiciales de decomiso, de confiscación y de embargo de bienes procedentes de la actividad delictiva y de la criminalidad.

Y ese reconocimiento debe tener lugar sobre la base de la confianza mutua con carácter general de modo que las excepciones sean tasadas, basadas exclusivamente en la excepcionalidad, en la ponderación del caso concreto, en el impacto sobre los derechos fundamentales y en la consulta con el Estado requirente.

Y subrayo, además, la importancia de una gestión eficiente de esos bienes en la indemnización de las víctimas y en la protección de los familiares de las víctimas y la reutilización con fines sociales del decomiso de todos los bienes y activos procedentes de la lucha contra la delincuencia y contra la criminalidad organizada.

Емил Радев (PPE). – Уважаема г-жо Председател, уважаема г-жо Комисар, уважаеми колеги, приветствам постигнатото споразумение по Регламента относно взаимното признаване на решения за обезпечаване и конфискация. Правната уредба на Съюза в тази област беше доста изостанала и не отразяваше съвременното развитие на европейското и националните законодателства.

Понастоящем 99% от възможните печалби от престъпна дейност не се конфискуват и остават на разположение на престъпниците. Ето защо осъвременяването на законовата уредба за конфискуването на активи, придобити от престъпна дейност, е много нужен и ефективен инструмент за борба с престъпността и тероризма на ниво на целия Европейски съюз.

Чрез новите разпоредби ще се улесни взаимното признаване, което означава, че всички съдебни решения по наказателно-правни въпроси, постановени в една държава от Европейския съюз, ще бъдат по принцип пряко признавани и изпълнявани в друга държава членка. Страните от Европейския съюз по искане на друга държава членка вече ще могат да конфискуват активи, които не са преки приходи от престъпление, както и активи, които принадлежат на трето лице.

Считам, че така конфискацията на имущество в други държави членки вече ще бъде по-бърза и ефикасна. Освен това ще може да се конфискува имущество, дори ако все още няма осъдителна присъда, например, ако заподозреният е избягал. Въвеждането на стандартни сертификати и процедури, както и общи за целия Европейски съюз крайни срокове, като краен срок от 45 дни за признаване на решение за конфискация, а в спешни случаи краен срок от 48 часа за признаване и 48 часа за изпълнение на решения за обезпечаване, ще позволят бърза реакция от страна на компетентните органи.

Вярвам, че този европейски инструмент за сътрудничество ще гарантира именно ефективното обезпечаване и конфискация на престъпни активи в целия Европейски съюз. Това ще допринесе за повишаване на сигурността на Съюза чрез борба с финансирането на престъпността, включително на терористични дейности.

Maria Grapini (S&D). – Doamna președintă, doamna comisar, iată, în această după-amiază am dezbătut două regulamente: regulamentul prin care se reorganizează Eurojust, foarte important, și acest regulament. Vreau și eu să subliniez, cum a spus colegul Pavel, că este bine că nu este directivă și este regulament, pentru că nu va mai exista diferență în asimilarea, în implementarea acestui instrument extrem de important, Regulamentul privind recunoașterea reciprocă a ordinelor de înghețare și confiscare. Sunt convinsă că va fi un instrument extrem de important în piața internă a Uniunii Europene. Avem nevoie de mecanisme de supraveghere și cred că regulamentul va fi principalul mecanism.

Prin acest regulament și prevederile lui putem combate, evident, infracționalitatea, așa cum s-a spus, dar putem întrerupe finanțarea terorismului. Există piețe ilegale, s-au dat cifre aici, statistica cred că încă nu cuprinde chiar tot ce înseamnă piață ilegală. Este, de asemenea, alarmant că, de atât timp, nu reușim să recuperăm un procent foarte mare din profiturile care se estimează a fi obținute prin infracțiuni.

Justiția europeană înseamnă cooperare judiciară atât în materie civilă, cât și în materie penală. Eu cred în acest regulament și sper să fie votat mâine.

PRZEWODNICTWO: BOGUSŁAW LIBERADZKI

Wiceprzewodniczący

Elly Schlein (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la mafia fa affari con disinvoltura attraverso i confini nazionali e sfrutta le debolezze legislative dei diversi paesi e anche la loro mancanza di cooperazione, quindi anche su questo se siamo un'Unione, ha senso cercare di prendere le buone pratiche sviluppate in uno Stato e renderle patrimonio comune europeo.

È fondamentale, quindi, prevedere misure forti come quella di cui discutiamo oggi, il mutuo riconoscimento degli ordini di confisca anche in assenza di condanna, perché proprio questo aspetto si è rivelato cruciale nel contesto italiano per il contrasto alle organizzazioni mafiose. Tra l'altro, è uno strumento che può essere anche molto deterrente.

L'Unione fa quindi oggi un passo molto importante verso l'armonizzazione delle norme per il contrasto alle mafie, scegliendo di attaccare i forti per tutelare i deboli. Infatti i beni congelati alle organizzazioni criminali potranno essere utilizzati per compensare le vittime e le loro famiglie o per rafforzare la lotta alla criminalità.

Quindi siamo molto felici che questo strumento arrivi finalmente in porto.

Zgłoszenia z sali

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – (początek wystąpienia poza mikrofonem) 99 % majątków przestępców nie jest konfiskowanych, nawet nie jest zabezpieczanych. To absolutnie dramatyczna sytuacja, która pokazuje, jak wymiar sprawiedliwości Unii Europejskiej jest nieskuteczny i nie radzi sobie z tym problemem. Dodam, że grupy terrorystyczne na same ataki terrorystyczne wydają zaledwie kilka procent uzyskiwanych dochodów. Całość jest konsumowana w kompletnie inny sposób.

To, że dzisiaj podejmujemy się tej decyzji i tej debaty, jest świadectwem naszej determinacji, ale od razu podkreślę – późnej determinacji. Mam nadzieję, że zaakceptowanie jutro w drodze głosowania tego rozporządzenia sprawę ułatwi, że szybciej i sprawniej będzie można po pierwsze – zabezpieczać, po drugie – konfiskować majątek pochodzący z przestępstw.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedavajući, izvjestiteljica je odradila sjajan posao i doista unaprijedila prijedlog Komisije te joj ovim putem na tome zahvaljujem. Napredak koji je postignut oko postupovnih garancija važan je kako bi osobe kojima je imovina zamrznuta imale priliku osporiti te naloge pred nadležnim sudovima.

Iako je borba protiv terorizma i organiziranog kriminala iznimno važna, a jedna od ključnih sastavnica te borbe je i zaustavljanje prekograničnog financiranja ilegalnih radnji, ne smijemo zaboraviti presumpciju nevinosti te s tim u skladu moramo stvoriti učinkovit i brz okvir za sudske rješavanje sporova u ovakvim slučajevima.

Kao bivša policijska službenica, čestitam izvjestiteljici na prijedlogu da se iz oduzete imovine financira nadoknada štete obiteljima policajaca i drugih javnih djelatnika koji su preminuli ili teško stradali na dužnosti.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, εάν θέλουμε να αποκτήσουν οι λαοί της Ευρώπης εμπιστοσύνη στις κυβερνήσεις, αλλά κυρίως στα πολιτειακά συστήματα που ισχύουν στα κράτη μέλη, ένα εξαιρετικό πρώτο βήμα θα ήταν η πάταξη του οργανωμένου εγκλήματος, ιδιαίτερος δε του οικονομικού.

Η αμοιβαία αναγνώριση των αποφάσεων δέσμευσης και δήμευσης μεταξύ των κρατών έχει ήδη καθυστερήσει σε μεγάλο βαθμό. Πρέπει να διαβεβαιώσουμε τους πολίτες πως οποιοσδήποτε πλουτίζει παραβιάζοντας τους νόμους όχι απλά δεν θα απολαμβάνει τα παράνομα κέρδη του, αλλά αυτά θα κατάσχονται άμεσα και χωρίς εκπτώσεις. Ιδιαίτερος δε θα επιθυμούσα να επικεντρωθούμε στις δημεύσεις περιουσιών που αποκτήθηκαν μέσω διαφθοράς κρατικών λειτουργών και πολιτικών. Δεν είναι λίγες οι περιπτώσεις που βλέπουμε πολιτικούς να διάγουν βίο πολυτελέστατο, δυσανάλογο με τα εισοδήματά τους.

Τέλος, θα ήθελα τα μέτρα που θα ληφθούν να είναι πολύ πιο άμεσα και αποτελεσματικά, καθώς θεωρώ πως οι δικαιολογημένες μέχρι ενός σημείου πρόνοιες υπέρ των κατηγορουμένων αποβαίνουν εις βάρος του δημοσίου συμφέροντος, όταν ξεπερνούν το μέτρο.

Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR). – Arvoisa puhemies, järjestytyneen rikollisuuden ja terrorismin rahoituksen torjunta on ala, jossa tarvitaan unionin tasolla toimia, sillä toiminta on luonteeltaan rajat ylittävää. EU-valtioiden tulee tunnustaa vastavuoroisesti jäädyttämistä ja menetetyksi tuomitsemista koskevat päätökset, jotka on tehty toisessa jäsenvaltiossa. Rikoksella saadun omaisuuden jäädyttäminen ja menetetyksi tuomitseminen ovat tehokkaita keinoja järjestäytyneen rikollisuuden torjunnassa. Tällä hetkellä kuitenkin vain 1,1 prosenttia laittomin keinoin saaduista varoista takavarikoidaan.

Käsitteltävän asetusehdotuksen tarkoitus on helpottaa jäsenvaltioiden välistä yhteistyötä rikoshyödyn takaisin saamiseksi siten, että varoja saadaan tuomituksi valtiolle nykyistä tehokkaammin. Pidän erittäin hyvänä sitä, että jäädytetyillä ja takavarikoidulla varoilla voidaan maksaa korvauksia järjestäytyneen rikollisuuden uhreiksi joutuneille sekä ohjata varoja myös järjestäytyneen rikollisuuden torjuntaan.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, μια αποτελεσματική μέθοδος αντιμετώπισης του οργανωμένου εγκλήματος και της τρομοκρατίας είναι η δέσμευση και η δήμευση των περιουσιακών στοιχείων τα οποία προέρχονται από παράνομες δραστηριότητες. Η επιβεβλημένη συνεργασία των χωρών, προκειμένου να έχει επιτυχία αυτή η πολιτική, διευκολύνεται από την αμοιβαία αναγνώριση των ενταλμάτων δεσμεύσεως και δημεύσεως τα οποία εκδίδει ένα κράτος. Με τον τρόπο αυτό, όπως είπα και προηγουμένως, δεν θα επιτρέψουμε στους εγκληματίες να χρησιμοποιούν τα παρανόμως αποκτηθέντα χρήματα.

Από την άλλη πλευρά, πρέπει να δοθεί ιδιαίτερη σημασία στο πώς πρέπει να υλοποιείται και να εφαρμόζεται αυτή η αρχή. Είναι ανεπίτρεπτο να παραβιάζονται τα ανθρώπινα δικαιώματα και να υπάρχει προληπτική δέσμευση και δήμευση. Για να γίνει αυτό, πρέπει να έχει οπωσδήποτε προηγηθεί καταδικαστική και τελεσίδικη απόφαση που να έχει σχέση με κάποιο ποινικό αδίκημα. Σε διαφορετική περίπτωση, είναι απαράδεκτο να δεχόμαστε μια τέτοια κατάσταση. Επιπλέον τα χρήματα που δεσμεύονται πρέπει να επιστρέφονται στο ακέραιο στα θύματα.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η δέσμευση περιουσιακών στοιχείων και η δήμευση των προϊόντων εγκλήματος είναι απαραίτητα, προκειμένου να χτυπηθούν η τρομοκρατία, η διαφθορά κρατικών λειτουργών και πολιτικών, οι κάθε είδους εγκληματικές οργανώσεις, όπως είναι η μαφία, αλλά και οι δουλέμποροι οι οποίοι κυριολεκτικά γεμίζουν την Ευρώπη με παράνομους μετανάστες.

Θα πρέπει λοιπόν να υπάρχει η δυνατότητα επιβολής των αποφάσεων σε άλλο κράτος μέλος, διασυνοριακά, διότι οι περισσότεροι από αυτούς διαπράττουν το έγκλημα σε ένα κράτος και τα προϊόντα του εγκλήματος τα πάνε σε άλλο κράτος. Θα πρέπει φυσικά να υπάρχει κανονισμός, όπως αναφέρθηκε, για να είναι άμεση η εφαρμογή, να πραγματοποιείται η ανάκτηση των παρανόμων εσόδων και να τηρείται η αρχή της προστασίας θεμελιωδών δικαιωμάτων και δικονομικών εγγυήσεων.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Věra Jourová, Member of the Commission. – Mr President, honourable Members, thank you very much for this very interesting debate about the regulation on the confiscation and freezing of assets or income from criminal activities. Debating this topic, I am aware that it has a much wider context. I am sure that you also hear from EU citizens that there is decreasing trust among the people in the EU institutions. One of the sources of this distrust is that the people do not see justice delivering enough justice – the justice system delivering fairness. This is something we have to stop, and we have to be much better, and in the EU being better means co-operating better. This is what we are discussing about today.

We spoke before about Eurojust, now we are speaking about freezing and confiscation orders. Later today we will speak about the fight against money laundering. In all these cases we speak about combating organised crime, which has a cross-border scope and which requires perfect and well-orchestrated cooperation at EU level. Of course, as many of you mentioned here, a very efficient way to stop the criminals is to cut them off from the money. That this is exactly what we are trying to do in this proposal.

Back to cooperation, I would have wished to have a good debate. For instance with Mr Batten, who spoke here about the issue of sovereignty. I don't share this opinion. I think that cooperation is not contradicting national sovereignty. It's a big misunderstanding, and I am sure that everything that we do in criminal justice cooperation is to create proposals and plans which fully respect the sovereignty of Member States, which fully respect fundamental rights and individual freedoms of people, and which respond to security threats to the extent which is necessary and proportionate from the side of law enforcement authorities.

Also, this proposal which we are debating today is, as I said before, well balanced, balancing the need to deliver more security and, at the same time, more justice and full respect for fundamental rights.

This is my comment on what we heard from the British Member. On this topic, I would like to mention that we have very good cooperation with the British authorities. We speak about future cooperation in the fields of security and justice, because this is of vital importance, both for the EU and the United Kingdom. I would wish for very intensive cooperation in the future, not only within the EU itself and among the Member States, but also between the EU and the United Kingdom.

Nathalie Griesbeck, *rapporteure*. – Monsieur le Président, je serai très brève et mentionnerai juste quelques points.

Le premier, c'est de dire combien je partage l'analyse que vient de faire Věra Jourová par rapport à la qualité du débat de cet après-midi. Nous avons entendu des positions qui, pour certaines, étaient très différentes, voire opposées, notamment l'une des positions opposées au règlement qui consiste à mélanger – peut-être de manière cynique ou peut-être de manière candide – l'idée de coopération pour lutter contre la criminalité organisée transfrontalière et la possession de la souveraineté des États. Lors du débat cet après-midi, il y avait les tenants de cette position, notamment nos amis et collègues britanniques, et les autres, ceux qui ont envie de tout faire pour que la coopération permette de traquer et de bousculer, tout en leur compliquant la tâche, les organisations criminelles transfrontalières et notamment les terroristes.

Par rapport aux collègues qui ont regretté que cela ne vienne pas suffisamment tôt, je répondrai juste par l'adage «mieux vaut tard que jamais». Il est vrai que cela aurait peut-être pu venir plus tôt, mais ce point de vue fait peut-être fi, aussi, de la difficulté à se mettre d'accord à 27 États membres, donc avec des collègues dont les positions sont distinctes.

Dernier ou avant-dernier point, je pense que nous serons nombreux demain, pour le vote, à nous trouver unis sur cette problématique et ce règlement, cet outil juridique qui permettra d'être efficace et rapide.

En conclusion – je suis dans les temps –, je tiens à remercier Madame la Commissaire, ses équipes et le Conseil, et à remercier chaleureusement aussi et surtout les rapporteurs, les corapporteurs, avec lesquels nous avons passé des heures denses et eu parfois des discussions âpres: je les remercie vraiment du fond du cœur et vous dis à demain pour le vote.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się w czwartek 4 października 2018 r.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Il regolamento sul riconoscimento reciproco dei provvedimenti di congelamento e di confisca è parte del pacchetto di tre proposte legislative (insieme a regolamento sul controllo sui trasferimenti di denaro e direttiva antiriciclaggio), presentato dalla Commissione nel dicembre del 2016 e volto a consolidare la capacità dell'UE di contrastare il finanziamento della criminalità organizzata e del terrorismo. Come dimostra anche l'esperienza italiana, aggredire gli aspetti patrimoniali delle attività delle organizzazioni criminali è uno dei metodi più efficaci per contrastarle, e, dato il carattere ormai intrinsecamente transfrontaliero delle azioni criminose e terroristiche, la cooperazione a livello UE in questi ambiti è assolutamente necessaria.

Beata Gosiewska (ECR), *na piśmie*. – Przyjęcie nowego rozporządzenia w sprawie wzajemnego uznawania nakazów zabezpieczenia i nakazów konfiskaty ułatwi władzom krajowym przejęcie i zebranie aktywów na szczeblu krajowym i usprawni transgraniczne egzekwowanie nakazów zabezpieczenia i nakazów konfiskaty. Rozporządzenie to wprowadza zasadę wzajemnego uznawania, która oznacza, że wszystkie decyzje sądowe w sprawach karnych w jednym kraju UE będą zwykle bezpośrednio uznawane i egzekwowane przez inne państwo członkowskie. Uniemożliwi to przestępcom przenoszenie ich aktywów w UE. Zabezpieczenie i konfiskata mienia pochodzącego z działalności przestępczej są bardzo skutecznymi narzędziami w walce z przestępczością i finansowaniem terroryzmu, ponieważ pozbawiają przestępców dochodów z ich przestępstw i uniemożliwiają wykorzystanie tych funduszy na finansowanie nowej działalności przestępczej, w tym terroryzmu. Ponadto konfiskata umożliwia kompensację ofiar i poszanowanie praw ofiar do odszkodowania. Zapewnia także dodatkowe fundusze na inwestycje w działania organów ścigania lub inne inicjatywy prewencyjne. Z tych powodów będę głosować za tym sprawozdaniem.

Theodor Dumitru Stolojan (PPE), *în scris*. – În fine, în cele din urmă, Comisia Europeană a venit cu o reglementare europeană pentru a facilita înghețarea și confiscarea averilor ascunse în străinătate de către persoane condamnate penal. Poate că acum nu va mai fi așa de ușor ca persoane condamnate penal să se refugieze în alte țări, unde să trăiască consumând averile transferate și sfidând cetățenii din țările unde au făcut aceste averi prin infracțiuni.

Janusz Zemke (S&D), *na piśmie*. – Uważam, że w pełni zasadny jest wniosek, by PE i Rada przygotowały w trybie pilnym projekt rozporządzenia o wzajemnym uznawaniu nakazów zabezpieczenia i konfiskaty. Projekt musi być odpowiadający na działalność przestępców w Europie, którzy osiągają korzyści materialne, wykorzystując różne luki w prawie europejskim. Praktyka dowodzi, że twarde odbieranie korzyści z działalności przestępczej stanowi najskuteczniejszy sposób zwalczania przestępczości, w tym przestępczości zorganizowanej. Według oceny Europolu różne nielegalne rynki działające w Unii Europejskiej generują rocznie około 110 mld euro, czyli 1 % PKB Unii. Policjanci praktycy wskazują, że z tej puli odzyskuje się tylko ułamek procenta, a zdecydowana większość zysków pozostaje w dyspozycji przestępców. Trzeba z tym oczywiście walczyć. Istotne jest to, że te metody walki zostaną ujęte w rozporządzeniu, które jako akt prawny UE o najwyższej mocy będzie musiało być bezpośrednio stosowane przez wszystkie państwa unijne. Proponowane rozporządzenie nie powinno się odnosić li tylko bezpośrednio do przestępców, ale powinno także obejmować konfiskatę w stosunku do osób trzecich, jeżeli nie ma wątpliwości, że to one dysponują dochodami z działalności przestępczej.

Tadeusz Zwiefka (PPE), *na piśmie*. – Współpraca między wymiarami sprawiedliwości i wzajemne zaufanie są nieodzownym elementem skutecznej walki z przestępczością, która coraz częściej przenika granice Unii Europejskiej. Dlatego cieszę się, że ta współpraca wspierana jest także solidnymi ramami prawnymi i kolejnymi instrumentami, które utrudnią działalność przestępczą na terenie Unii. Obecnie ocenia się, że 98,9% ewentualnych zysków przestępczych nie jest konfiskowanych i pozostaje do dyspozycji przestępców. Dzięki nowym rozwiązaniom łatwiej będzie zamrażać aktywa i konfiskować mienie pochodzące z przestępstw w całej Unii. Z jednej strony zabezpieczy to te środki przed wykorzystaniem w dalszej działalności przestępczej, z drugiej pozwoli zapewnić poszanowanie praw ofiar do otrzymania odszkodowania i zwrotu mienia w sprawach transgranicznych. W praktyce nakaz konfiskaty wydany przez sąd w jednym z krajów członkowskich będzie w ciągu maksymalnie dwóch dni uznany i wykonany w innym kraju Unii. W ten sposób znacząco przyspieszone zostaną procedury w prawie karnym także w zakresie konfiskaty prewencyjnej.

17. Freier Verkehr nicht personenbezogener Daten in der Europäischen Union (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dziennego jest sprawozdanie sporządzone przez Annę Marię Corazzę Bildt w imieniu Komisji Rynku Wewnętrznego i Ochrony Konsumentów w sprawie wniosku dotyczącego rozporządzenia Parlamentu Europejskiego i Rady w sprawie ram swobodnego przepływu danych nieosobowych w Unii Europejskiej (COM(2017)0495 – C8-0312/2017 – 2017/0228(COD)) (A8-0201/2018).

Anna Maria Corazza Bildt, Rapporteur. – Mr President, the digital revolution is changing all parts of our lives, and we are still only at the beginning of this exciting development. Movement of data will grow in volume and importance, and my vision is for an open, safe and global internet for all. With this regulation we will remove barriers, borders and burdens impeding the free flow of non-personal data. We have, de facto, established the fifth freedom in the internal market – data – next to freedom of movement of people, goods, services and capital. It is a game changer for the digital economy.

The Free Flow of Data (FFoD) Regulation is a regulation to deregulate. We are removing national data localisation requirements and facilitating portability of cloud service providers. Step by step, we are creating a legal framework for the future digital economy. We are creating a level playing field for companies to compete globally. With the USA and China moving fast – as you always point out, Vice-President Ansip – and with much more data available than in Europe, access to data for companies and especially for SMEs is crucial. FFoD has the potential to create efficiency throughout the value chain, to enable economies of scale and to boost innovation, paving the way for artificial intelligence, cloud computing and big data analysis. It is a good example of better regulation, with the clear added value of a Europe that delivers concrete results. The estimated associated GDP growth is EUR 8 billion per year – equal to the two free-trade agreements between the European Union and South Korea and Canada.

So what have we achieved? With the new rules, any data that is non-personal can be stored and processed anywhere in the EU – sales data, revenues, profits, stock prices, balance sheets, product design, price lists – to name but a few. We have succeeded in keeping just one exception: in the case of a threat to public security, the Member States may still allow restriction of data localisation. Companies and public administration will have the possibility to outsource data processes anywhere in the EU, but it is not an obligation. We have clarified that this applies at all levels of government – national, regional and local. Also, public administrations which run in-house cloud service systems, like the Bundescloud in Germany, will be able to use them, and we have succeeded in ensuring that the public procurement of cloud services by Member States will be open to operators from throughout the European Union.

We have also facilitated portability of cloud service providers. It has to be as simple for companies, especially for SMEs, to move, for example, from iCloud to Tieto as it is to change telephone operators from Vodafone to Telia. The market players, which are the ones best suited, will have 18 months to develop and implement codes of conduct to ensure easy switching between cloud service providers.

The new law will not affect citizens' privacy. The General Data Protection Regulation (GDPR) will remain untouched. In cases where personal and non-personal data are inextricably linked in a mixed data set, FFoD will not prejudice GDPR. We have clarified the concept and added safeguards to ensure that the rules afford legal certainty and are up to date and fit for purpose, including in the future. We have asked the Commission to present guidelines on how the regulation will apply to mixed data sets, before its entry into force, and we have shortened the review time to four years.

Lastly, competent authorities with a legitimate reason can access company data stored in another Member State via a simplified procedure and a point of single contact. I am proud that we can deliver rules that are simple, net neutral and easy to apply in real life. The time has come to stand up against the data protectionism that is threatening our digital economy and society. And in this case, if I may dare to say so: mission accomplished!

(Applause)

Andrus Ansip, Vice-President of the Commission. – Mr President, a digital society cannot exist without data. If Europe is to get the best from the opportunities offered by digital progress, data has to flow freely with no obstacles and no constraints. Data feeds into innovation. In turn that makes the kind of technologies possible which bring new jobs and improve our environment and daily lives: the 'internet of things', artificial intelligence, fintech, 'smart cities' and electronic health systems, to mention just a few.

The new regulation complements the principle of free movement of personal data that is enshrined in the General Data Protection Regulation. It guarantees the free movement of all data and does so by leaving the General Data Protection Regulation completely untouched. This regulation does not cover personal data, but it does for non-personal data what the General Data Protection Regulation has already done for personal data, namely free movement across the European Union.

It has three important elements. Firstly, it prohibits unjustified requirements about where data should be localised. These restrictions are only allowed in exceptional circumstances where this is justified by public security. Secondly, there will be a mechanism to make sure that regulatory authorities still have access to data stored in another Member State. They may also impose penalties on users that do not provide access to data, but they may not deviate from the free flow principle by relocating the data for a long period without the Commission first giving its permission. Thirdly, the regulation will make the EU market for cloud services more fluid. It allows the industry to develop self-regulatory codes of conduct so that users will be able to move data more easily between IT systems and switch between cloud service providers. This should be done within the next two years.

The Regulation on the Free Flow of non-personal Data has gone through the legislative process at record speed. The Commission only proposed it last September so the time taken to reach this point of conclusion has been a little more than a year. We have been helped enormously by the political will to conclude quickly both in Parliament and the Council, which have been calling for this initiative since the beginning of this Commission's mandate in office.

Zdzisław Krasnodębski, autor projektu opinii Komisji Przemysłu, Badań Naukowych i Energii. – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzy! Drodzy Koledzy! Bariery w dostępie do danych i w wymianie danych – jak wszyscy wiemy – mogą uniemożliwiać tworzenie innowacyjnych produktów, usług i rozwiązań. Takie praktyki osłabiają wykorzystanie pełnego potencjału gospodarki opartej na danych i tym samym są czynnikiem hamującym wzrost gospodarczy Unii Europejskiej. Dlatego z takim zadowoleniem przyjąłem propozycję Komisji Europejskiej dotyczącą projektu rozporządzenia w sprawie swobodnego przepływu danych nieosobowych, oczekując zdecydowanych kroków mających przeciwdziałać tendencjom zmierzającym do przyjmowania krajowych przepisów zmuszających dostawców do lokowania danych na konkretnym terytorium. Intensywne prace, które prowadziliśmy w Parlamencie Europejskim, to wyraz naszego poparcia dla konieczności szybkiego podjęcia działań legislacyjnych przez Unię, które miały przeciwdziałać nieuzasadnionym przeszkodom dla swobodnego przepływu danych nieosobowych, a także takich jak wymogi lokalizacyjne, oraz popierać samoregulację z określeniem jej ramowych wytycznych w zakresie przenoszenia danych. Dzięki temu projekt rozporządzenia powinien stwarzać bodźce do prowadzenia innowacyjnych rozwiązań, a tym samym zachęcić większą liczbę użytkowników do korzystania z usług dostarczanych przez nowe i małe przedsiębiorstwa wchodzące na nowe rynki.

Andreas Schwab, im Namen der PPE-Fraktion. – Herr Präsident! Herr Kommissar! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal freue mich sehr, dass es meiner Kollegin Anna Corazza Bildt gelungen ist, tatsächlich mit großer Geschwindigkeit diesen für den digitalen Binnenmarkt wichtigen Vorschlag im Parlament mehrheitsfähig zu machen und eben auch mit dem Rat die notwendigen Trilog-Verhandlungen zügig abzuschließen. Dafür ihr und allen Schattenberichterstattern ein wirklich großes Dankeschön.

Denn es ist richtig – und Vizepräsident Ansip darauf hingewiesen –, dass wir in der Europäischen Union eben nach wie vor das Problem haben, dass Datenlokalisierungsvorschriften es schwer machen, die wirklich volle Wucht des Binnenmarkts für digitale Anbieter nutzbar zu machen. Mit diesem Vorschlag gelingt es uns, im digitalen Binnenmarkt einen großen Schritt nach vorne zu machen. Wir haben ja in den vergangenen Wochen und Monaten eine ganze Reihe von weiteren Richtlinien beschlossen. Ich glaube, dass wir mit diesem Vorschlag deutlich machen, dass der digitale Binnenmarkt allen gutmeinenden, allen seriös arbeitenden Anbietern eine Chance bietet, noch effizienter zu arbeiten.

Die Datenschutzgrundverordnung, die Grundprinzipien des Datenschutzes werden durch diese Richtlinie nicht etwa geschwächt, sondern gestärkt. Sie bleiben unangetastet. Aber wir fördern eben gleichzeitig den freien Datenverkehr in Europa in einer Weise, die es den Mitgliedstaaten ermöglicht, selbst zu entscheiden, welche übernationalen, welche grenzüberschreitenden Dienste sie in Anspruch nehmen wollen. Aber das Prinzip ist eben, dass grundsätzlich europaweit der Markt abgefragt wird. Und das ist eine sehr, sehr gute Nachricht.

Zum Zweiten halte ich es für wichtig, dass wir diese Vorschläge ergänzen. Die Bürgerinnen und Bürger in Europa sehen natürlich mit wachsender Sorge, dass viele der Daten, die sie in öffentlichen Verzeichnissen einstellen, nicht überall so benutzt werden können, wie dies wünschenswert ist. Deswegen ist es wichtig, dass wir in den kommenden Monaten auch den Vorschlag zur Plattformregulierung noch abschließen, damit das Bild insgesamt für den Bürger in Europa verständlich ist.

Christel Schaldemose, for S&D-Gruppen. – Hr. formand! Hr. kommissær, fru Corazza Bildt, kollegaer. Det er faktisk en stor ting, at vi står her i dag og skal diskutere denne lovgivning om frit flow af ikke-personlige data rundt i EU. Det er et stort skridt fremad, at vi får etableret dette på EU's indre marked. Det er en del af bestræbelserne på at sikre, at vi også får et digitalt indre marked. Derfor er jeg glad for, at det lykkedes os at finde nogle gode løsninger, der har bred opbakning fra de politiske grupper. Det vil give gode muligheder for rigtig mange virksomheder, og dermed vil det også i sidste ende betyde, at forbrugeren vil få langt bedre valgmuligheder.

Jeg kan nævne, at i mit eget land bygger Apple, Google og Facebook datacentre til den helt store guldmedalje. Der bliver bygget rigtig mange, og det er dejligt, at vi nu også skaber en lovgivning, som gør muligt at tiltrække data til lande, der gerne vil have det – og ikke mindst til lande, som producerer grøn energi. Så jeg er tilfreds. Men jeg vil også gerne sige, at det er vigtigt, at vi i arbejdet med frit flow af ikke-personlige data er meget opmærksomme på at overholde de regler, vi har aftalt. Det er vigtigt, at vi sørger for, at hvor der overhovedet er nogen personlige data involveret, så gælder GDPR. Vi skal også være opmærksomme på – men det har vi også skrevet ind i lovgivningen – at der i stigende grad er mulighed for med teknologi at omdanne ikke-personlige data til personlige data, og her skal vi også sikre os, at GDPR

er den lovgivning, der gælder. Men når vi får sikret det, så er jeg meget tilfreds.

Jeg er sikker på, at vi får et bedre velfungerende indre marked, vi får god gang i cloud services, og vi kan være sikre på, at forbrugerne ender med at få bedre tilbud, bedre produkter, fordi de med denne konkurrence også kan få billigere tilbud. Så jeg er vældig tilfreds og takker for det gode samarbejde, ikke mindst til fru Corazza Bildt.

Daniel Dalton, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, I want to thank the rapporteur for her work in driving this dossier forward. This was critical in ensuring that we reached a swift agreement.

Ensuring the free flow of data is vital to create a competitive data economy. Without genuine competition in the data processing market, we will all continue to pay more than we should do for slower quality services. A healthy data market is the first requirement for a successful digital single market. At the moment, the free flow of data is hindered by a series of obstacles. Many public authorities and branches of government have unjustifiable data localisation requirements. Their data sets were huge parts of the market and we need them to lead by example.

There's also a lot of legal uncertainty about what laws apply in storing data across borders. We know that many customers have difficulties in switching providers for cloud storage and that there are some questionable practices in that market. Underpinning all of these obstacles to free flow of data is a lack of trust, a fear that if you store your data across borders you may have difficulties getting it when you need it.

This regulation should be a game changer for the economy. It creates a clear and unambiguous legal regime for the storage of data across borders. It prohibits data localisation except in specific justified cases of a risk to national security, and it gives legal certainty that data can be accessed across borders. It also fosters a cloud market where switching is easy, encouraging competitiveness of cloud service providers.

Let's make no mistake, this is the biggest success in the digital single market so far and I very much hope that we can use this as a benchmark also for agreements on the free flow of data in future with third countries.

Dita Charanzová, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, Commissioner, this is a regulation that I believe the whole Parliament should support. It is a regulation that I personally fought for, sending a letter with my colleagues to the President of the Commission asking the Commission to act and make a proposal.

I am happy today to see the result that we can confirm the new fifth freedom in the European Union: the free movement of data. The free flow of data is vital to the digital economy and the single market as a whole. The free flow of data is what makes cloud computing services work. Everything from email to accountancy software needs the free flow of data to work. Everything from traffic to weather information needs the free flow of data to work. It was clear that at the European level, we needed to prevent actions which would have put our digital future at risk, including ill-advised national measures restricting this free flow.

This regulation is an example of what the European Union is all about. It is about removing barriers and preventing new ones from arising. It is about making the single market work for everyone – businesses and citizens alike. It is about agreeing common European rules and then treating every Member State equally – rules that allow data to be stored anywhere in Europe without discrimination. It is about adopting simple rules and simple legislation that solve real life problems so consumers and taxpayers can get the best value for their money while facing less red tape and pointless barriers in their daily lives. This is why I was proud to be part of the team and I want to say thank the rapporteur, Maria Corazza Bildt, for her work on this file.

Marco Zullo, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, grazie alla relatrice per l'ottimo lavoro e la celerità dei lavori portati avanti.

Dopo il regolamento sulla protezione dei dati personali, il regolamento sul libero flusso dei dati non personali rappresenta un altro importante passo verso il completamento di un mercato europeo dei dati, dati sempre più trasparenti, accessibili e allo stesso tempo più tutelati.

Oggi le imprese non possono scegliere i luoghi meno costosi dove archiviare o elaborare i propri dati. I numerosi ostacoli amministrativi presenti rendono difficile cambiare fornitore di servizi o ritrasferire i dati sui propri sistemi informatici. Grazie a questa normativa, le imprese potranno invece evitare la duplicazione dei dati in più luoghi, potranno entrare in nuovi mercati e potenziare le loro attività. I dati circoleranno liberamente in tutta l'Unione europea e verranno abbattute le barriere sui servizi di archiviazione, quei servizi che rappresentano la base di partenza per lo sviluppo di una pubblica amministrazione sempre più aperta e digitale, dove i servizi e i documenti sono a disposizione dei cittadini con un solo click.

Per cogliere l'importanza del fenomeno, basta ricordare che in dieci anni la portata dell'economia dei dati crescerà di quasi venti volte e quindi dopo le persone, le merci, i servizi e i capitali, si aprono le porte alla quinta libertà nel mercato unico digitale, quella dei dati, che favorirà settori come l'internet delle cose, la blockchain, l'assistenza sanitaria, la chirurgia a distanza e le soluzioni di mobilità intelligente, come per esempio le auto a guida autonoma.

Tutto questo, però, avverrà senza indebolire il controllo delle autorità nazionali che potranno esercitare il diritto di accesso ai dati in tutta Europa. Questo controllo sarà fondamentale perché un mondo sempre più digitalizzato è un mondo più vulnerabile ed è nostro dovere adoperarci per tutelare le parti più esposte, ovvero i cittadini, i privati e le imprese.

Mylène Troszczynski, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, encore une fois avec cette proposition, vous anéantissez toutes les chances d'obtenir un texte équilibré qui respecterait les intérêts des États membres et leur indépendance.

L'abolition des frontières numériques est une erreur majeure dans des proportions équivalentes à l'abolition des frontières physiques. La fin du géoblocage, exigée une fois de plus, et l'exigence de localisation des données sont des mesures qui viennent encore limiter la souveraineté numérique des États membres.

Les points positifs et importants du texte sont ainsi relayés au second plan, destin tragique de la plupart des textes débattus ici dans cette assemblée. Les enjeux législatifs réels sont pris en otage par des dispositions idéologiques désastreuses. Par exemple, la question de la protection des données mixtes, qui présentent un caractère à la fois personnel et non personnel, méritait d'être réellement défendue de manière pragmatique et ne méritait certainement pas d'être instrumentalisée au profit d'un projet ultralibéral, comme le fait ici le rapporteur qui manque, encore une fois, l'occasion de se montrer raisonnable.

Róża Gräfin von Thun und Hohenstein (PPE). – Panie Przewodniczący! Ja już ponad dziesięć lat żyję w Schengen, jeżdżę sobie po całej Unii Europejskiej, granic nie zauważam, bo one są niewidoczne, ale dalej są. I to właśnie te bariery sprawiają, że rozwijamy się wolniej, niż byśmy mogli, i dlatego musimy je ciągle, systematycznie, krok po kroku znosić. I dziś właśnie stawiamy kolejny dobry krok w kierunku osiągnięcia prawdziwego jednolitego rynku cyfrowego w Unii Europejskiej.

Usunięcie ograniczeń dotyczących lokalizacji danych przyczyni się nie tylko do wzrostu gospodarczego, ale będzie kolejnym elementem łączącym obywateli w bardzo konkretny i odczuwalny sposób w obrębie naszej Unii. Te nowe przepisy, a w szczególności zasada transgranicznego swobodnego przepływu danych nieosobowych, zapewni przedsiębiorcom ułatwienia w prowadzeniu działalności gospodarczej. Tak, przedsiębiorcy będą mogli efektywniej, łatwiej i taniej prowadzić działalność w różnych krajach i nie będzie im już towarzyszył obowiązek powielania systemów informatycznych i magazynowania ich w różnych miejscach.

Tą regulacją sprawimy więc, że przedsiębiorcy będą czuli się pewniej, wchodząc na nowe rynki, i będą coraz częściej korzystać z usług w chmurze, a badania wykazują, że nowe przepisy dotyczące swobodnego przepływu danych nieosobowych sprawią, że unijna gospodarka będzie generować dodatkowo 8 miliardów euro rocznie.

Więc chciałabym tu skorzystać jeszcze z okazji, żeby podziękować sprawozdawczyni Annie Marii Corazzy Bildt za jej nieustające wysiłki na rzecz harmonizowania jednolitego rynku, za niezwykle efektywną pracę nad tym sprawozdaniem razem z kontrsprawozdawcami, z Komisją Europejską, również z Radą, że w tym rekordowym tempie tak efektywnie została ta sprawa załatwiona. To jest naprawdę wielki krok na wspólnym rynku. A wszystkich kolegów i koleżanki proszę, żebyśmy jutro głosowali za tą regulacją.

Nicola Danti (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, in apertura fatemi ringraziare la relatrice Maria Corazza Bildt e la nostra relatrice ombra Christel Schaldemose per il lavoro che è stato fatto.

Noi sappiamo che la gestione dei dati, le regole con le quali vengono elaborati, trasferiti, commercializzati e conservati rappresenta una delle sfide più importanti dell'economia digitale. La creazione di uno spazio unico di dati non personali all'interno dell'Unione crea nuove opportunità in termini di occupazione, in particolare per start-up e piccole imprese e, al contempo, aumenta la concorrenza nel settore, accrescendo l'offerta finale a beneficio dei consumatori.

Inoltre, signor Presidente, un quadro giuridico comune renderà più semplice per le autorità pubbliche esercitare controlli di vigilanza a tutela dei cittadini e rafforzerà la disciplina complessiva a protezione dei dati, affiancandosi al regolamento generale sulla protezione dei dati personali, che è già in vigore.

Ritengo che l'approvazione di questo regolamento rappresenti un ulteriore passo avanti verso la realizzazione di un mercato unico digitale europeo, necessario per competere a livello globale.

Jasenko Selimovic (ALDE). – Mr President, there have always been many obstacles for movement of data across systems in Europe. Businesses were not able to choose the most cost effective locations for IT resources; it was complicated and it was bureaucratic.

Thanks to this regulation we have improved the mobility of non-personal data and made it possible for professional users to choose and switch service providers while, at the same time, ensuring the security of such data. It shows, once again, that the EU can deliver and can make a difference. Removing data localisation restrictions can make our economy grow by EUR 700 million in 2020. This also means that we treat the freedom of establishment very seriously by allowing companies and public administrations to store and process non-personal data wherever they choose in the EU. This regulation is therefore a small, but very crucial victory, for the citizens and businesses of Europe.

Jean-Luc Schaffhauser (ENF). – Monsieur le Président, chers collègues, ce projet de règlement veut empêcher nos États de réglementer la localisation des données. Il nous soumet au contrôle de la Commission pour savoir quelles données relèvent de la sécurité du pays ou non.

La Commission, cette Commission à la solde des lobbies et de l'oligarchie cosmopolite, va une fois de plus mettre nos États sous domination étrangère, extra-européenne en plus! Elle ne connaît que le coup de force, prétendant vouloir notre bien et, au nom du bien, détruisant de manière systématique notre souveraineté. Les technologies numériques sont non seulement des technologies de souveraineté, mais aussi de domination.

Libre concurrence et marché sans entraves transforment nos États en colonies numériques de multinationales étrangères. La Chine est indépendante, par exemple, car elle a interdit les sociétés étrangères dans ce domaine sur son territoire. Les technologies numériques sont de la coopération libre des États, un point c'est tout!

(L'orateur refuse une question «carton bleu» d'Anna Maria Corazza Bildt)

Catherine Stihler (S&D). – Mr President, I welcome this proposal on the free flow of non-personal data, which is essential for the success of the digital economy. With this in mind, just a few weeks ago, the UK Government issued a notice to companies to start drawing up standard contractual clauses for data transfers in the case of a no-deal Brexit. Just hours ago, at the Conservative Party conference, the British Prime Minister is still talking of a no deal.

I think this is irresponsible. UK companies doing business in Europe in the new data economy we want to encourage would be the hardest hit with a no deal because data from the EU would not be able to flow into the UK until adequacy arrangements were put in place. This can only lead to higher costs and more uncertainty in an area of the economy which has the greatest chance of growth.

Brexit is nothing about the national interest, but everything about the Tory party interest. I don't want my country to leave the EU, but if it does, it needs to remain part of the single market and customs union for certainty, stability and security.

Adam Szejnfeld (PPE). – Panie Przewodniczący! Żyjemy w czasach, w których musimy zwiększać siłę Unii Europejskiej – siłę, która daje podstawy rozwoju, a więc i dobrobytu państw członkowskich i ich obywateli. Swoboda przepływu osób, kapitału czy usług stała się fundamentem wspólnego rynku, ale 60 lat temu i kilka dekad później wszyscy ci, którzy działali na rzecz Wspólnoty, nie mogli przypuszczać, że taką wagę dla rozwoju będą miały dane. Dzisiaj do tego katalogu wspólnego rynku powinniśmy właśnie dołożyć swobodę przepływu danych. Ona jest w dzisiejszych czasach, w czasach gospodarki cyfrowej, właściwie warunkiem sine qua non rozwoju. Rozwój natomiast buduje dobrobyt obywateli Unii Europejskiej. Bariery, które funkcjonują na rynku europejskim do tej pory, nie mają już swojego uzasadnienia. Mało tego, są barierami rozwoju firm europejskich już nie tylko cyfrowych, ale właściwie wszystkich, które funkcjonują w gospodarce. Są także barierą ograniczającą naszą konkurencyjność w skali globalnej. Dlatego, po pierwsze, popieram to dossier. Po drugie, oczywiście serdecznie gratuluję sprawozdawczyni, a po trzecie, uważam, że potrzebujemy dalszych właśnie tego typu rozwiązań, które będą pogłębiały integrację Unii Europejskiej.

Virginie Rozière (S&D). – Monsieur le Président, je voudrais remercier la rapporteure ainsi que notre négociatrice pour leur travail sur ce dossier important.

L'économie de la donnée est un secteur qui se développe et qui pèse de plus en plus dans notre économie. J'en veux pour preuve qu'en 2020, dans l'Union européenne, plus de 30 milliards de machines connectées seront en circulation.

L'objet de ce texte, c'est de prendre acte de cette situation et de définir le juste équilibre entre deux préoccupations. D'un côté, la libre circulation – en l'occurrence, ici, la libre circulation des données non personnelles – et de l'autre, la protection des intérêts des citoyens européens. Dans ce cas particulier, on parle bien sûr de la protection des données personnelles.

Dans la proposition initiale du texte, il existait des zones d'ombre quant au champ d'application de ce texte et à celui du règlement général sur la protection des données personnelles. Aussi, je me satisfais vraiment du compromis qui a pu être trouvé sur ce texte. Celui-ci grave dans le marbre l'obligation de toujours appliquer un haut niveau de protection des données personnelles dans les situations où la vie privée des citoyens européens est en jeu.

C'est une question sur laquelle, aujourd'hui, l'Union est leader dans le monde, et je pense qu'elle a tout intérêt à le rester.

Antanas Guoga (PPE). – Mr President, it is always a pleasure to see the Vice-President on the floor – a voice of reason and forward-looking. I would also like to thank the rapporteur for the great work that you are doing. In fact, you have driven it through like a Ferrari, to quote you. I have heard that language being used before.

So we are all European here today, and we've got the fifth freedom in the EU. I am hoping that this will really allow free movement of non-personal data, which is a cornerstone of the digital single market that the Vice-President of the Commission is pushing so well. This regulation gives a chance to European businesses to actually experience the opportunities and advantages of the digital economy in Europe. A Lithuanian start-up working with data analytics now has the same opportunities to scale up and reach bigger markets, like Germany or France, as a German start-up, for example.

We have got some fairness. It has been calculated – we've heard EUR 8 billion and I'm hoping it's more, but we'll take EUR 8 billion – and it brings an enormous boost to European businesses, especially the ones that are working in an artificial intelligence space. AI is a field where this regulation can really push Europe forward. In the artificial intelligence race with the US, and especially with China, we should really take note and action.

We all agree that AI is the future and can create a lot of good, well-paid jobs in Europe. However, we need to invest in research, education and development, and give funding to European companies working in the AI area. These are the key drivers, and it's crucial for European SMEs and start-ups, which don't have access to huge streams of data, like big tech companies do – Google or Facebook for example. The free flow of non-personal data regulation gives this opportunity. It unlocks a huge amount of non-personal data, especially from mixed data sets, which have been like a grey zone. It brings legal certainty, which is a business need. AI technology is already here, and it won't go away. The regulation of the free flow of non-personal data is a great example of such an approach.

Sergio Gaetano Cofferati (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Anna Maria Corazza Bildt e i relatori ombra, a cominciare da Christel Schaldemose, hanno lavorato con grande rapidità e soprattutto con estrema sagacia, la materia che dovevano regolare non era semplice, molto delicata, complessa e lo hanno fatto nel modo migliore. Io sono molto contento di quali sono state poi alla fine le soluzioni e i compromessi raggiunti, in particolare per quanto concerne la privacy dei dati personali dei cittadini europei.

L'aver garantito e riconosciuto che hanno questo diritto a priorità rispetto laddove esiste un rapporto di legame con l'insieme dei dati a un diritto di priorità è cosa che dà un senso compiuto al lavoro che è stato fatto, è un po' il cuore della proposta, ma ne esemplifica anche le intenzioni e la capacità conclusiva.

Vorrei dire una cosa da ultimo al signor Commissario, c'è un tema che riguarda la privacy sul posto di lavoro. La raccolta dei dati che avvengono lì e il loro uso non era argomento da affrontare e risolvere in questo contesto, però è molto importante che la Commissione se ne faccia carico e lo affronti rapidamente.

Eva Maydell (PPE). – Mr President, despite data being one of the most important assets today for a progressive economy, it is only now we are granting the free movement of non-personal data beyond national borders. To be honest, it took us quite some time. Two years ago what was being discussed was non legislative; a cornerstone of the DSM was put into question. For some, the growth generated by the EU data market, which amounts to 7% per year and up to EUR 84 billion by 2020 was not a good enough reason to grant the free movement of non-personal data within the EU. This is why I would like to congratulate Vice-President Ansip for standing firm behind some of us Members of this House, as well as stakeholders, in delivering a very good proposal. My congratulations goes also to the rapporteur and the Estonian and Bulgarian Presidency for their excellent work.

This morning, during the Future of Europe debate, I said something that I want to repeat now: we cannot address people's concerns and challenges by looking back in time, but only by looking forward. Forward-looking legislation and regulation is what will drive change in Europe and this legislation is one of them – a regulation that will bring innovation to Europe and show that Europe is open for business, for cloud computing and for big data analytics. So stay tuned and watch this space.

Zgłoszenia z sali

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, Senhor Vice-Presidente Ansip, as exigências territoriais da União determinadas por disposições nacionais, regionais ou locais têm levado a um viés concorrencial entre prestadores de serviços de armazenamento na «cloud».

Estas políticas de localização têm também comprometido a capacidade de partilha e colaboração de investigadores e cientistas, perdendo-se um potencial inovador na Europa. Para tanto, entendo que será necessário garantir que haja uma harmonização nos critérios mínimos de segurança dos sistemas de alojamento de dados em todos os Estados-Membros.

Por outro lado, o mercado concorrencial tem de salvaguardar a possibilidade de os cidadãos poderem mudar de prestador de forma fácil e transparente e requisitar a portabilidade estruturada dos dados. Para isto, devem ser estabelecidas boas práticas e requisitos de informação aos cidadãos para evitar negócios fraudulentos.

Por isso, quero saudar a relatora Anna Corazza Bildt, por ter conseguido consagrar na legislação os dados mistos, que abrangem dados pessoais e não pessoais, e a forma como se articula com o regulamento geral sobre proteção de dados para uma clara e devida defesa do direito à privacidade dos cidadãos europeus.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedavajući, obveza lokalizacije podataka nekompatibilna je s idejom jedinstvenog digitalnog tržišta, pa je liberalizacija koju predlaže Komisija, a podržava izvjestiteljica, jedini logičan potez. Cilj mora biti potrošačima iz cijele Unije ponuditi bolje usluge za manje novca, što je izravna posljedica povećanja konkurencije uslijed liberalizacije tržišta. Zadovoljna sam što prijedlog nudi i mogućnost izuzeća u iznimnim situacijama ili kad su podaci potrebni javnim tijelima. Pozdravljam i uvođenje kodeksa ponašanja u području prijenosa podataka, ali pod uvjetom da preporuke koje donosi budu obvezujuće, a njihovo kršenje sankcionirano.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η ελεύθερη επεξεργασία και διακίνηση των δεδομένων που δεν είναι προσωπικού χαρακτήρα είναι γεγονός ότι συμβάλλει στην ανάπτυξη του εμπορίου, διότι επιτρέπει την ταχεία κίνηση και εκμετάλλευση των πληροφοριών. Αυτή όμως η εξέλιξη πρέπει να τοποθετηθεί και να εξεταστεί υπό το πρίσμα του εάν και κατά πόσον παραβιάζεται η εθνική κυριαρχία ενός κράτους. Ο προτεινόμενος κανονισμός βεβαίως αφήνει το περιθώριο της μη ροής των πληροφοριών που δεν έχουν προσωπικό χαρακτήρα, πλην όμως παραβιάζουν ή θέτουν σε κίνδυνο τη δημόσια ασφάλεια.

Εκείνο το οποίο προβληματίζει επίσης είναι το γεγονός ότι, εφόσον αναπτυχθεί η τεχνητή νοημοσύνη, δεν γνωρίζουμε με ποιον τρόπο αυτή θα χρησιμοποιηθεί. Τέλος, θα πρέπει να λάβουμε υπόψη ότι ο βασικός ανταγωνιστής μας, η Κίνα, δεν επιτρέπει στη χώρα της την εφαρμογή τέτοιων διαδικασιών.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, firstly, allow me to thank Commissioner Ansip and especially my good colleague and friend Anna Maria Corazza Bildt for her good work on this file. Having been involved as a rapporteur in the Data Protection Regulation (GDPR), I know that time and effort and expertise, indeed, is required to bring a file to this level. Well done to Anna Maria and her colleagues.

One of the things about the GDPR which was very interesting was that initially people didn't want it, but it was interesting that when Mark Zuckerberg came here to the European Parliament he said that it was setting a global standard. The same will apply to Anna Maria's work in the non-personal data sector. Obviously, things are moving at a rapid pace. We do, as Mr Guoga said, have to allow for artificial intelligence to develop, data analytics, big data of all sorts.

I think this is a very balanced proposal and that it will serve the European Union and our citizens and services very well, so well done to you all.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, είναι δεδομένο ότι οι νέες τεχνολογίες εξελίσσονται. Έχουμε το υπολογιστικό νέφος, τα μαζικά δεδομένα, την τεχνητή νοημοσύνη και είναι προφανές ότι όλα αυτά συμβάλλουν στην ανάπτυξη της οικονομίας. Γι' αυτό πλέον μιλούμε για την «πέμπτη ελευθερία», που συμπληρώνει την ελεύθερη διακίνηση προσώπων, υπηρεσιών, κεφαλαίων και εμπορευμάτων.

Τι μέτρα πρέπει να ληφθούν σε σχέση με αυτό; Μα νομίζω ό,τι ισχύει και για τις «τέσσερις ελευθερίες», δηλαδή να υπάρχουν οι δυνατότητες παρέμβασης του κράτους για λόγους δημοσίας τάξεως και δημοσίας ασφάλειας, όπως η ρύθμιση αυτή έχει διαμορφωθεί από τη νομολογία του Δικαστηρίου της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Τίποτε λιγότερο, τίποτε περισσότερο.

Ταυτόχρονα, είναι προφανές ότι και ο κανονισμός για την προστασία των προσωπικών δεδομένων πρέπει να ισχύσει. Δεν συμφωνώ με το να υπάρχει κώδικας δεοντολογίας για τον έλεγχο που θα κάνουν οι ίδιες οι επιχειρήσεις. Νομίζω ότι η νομολογία του Δικαστηρίου της Ευρωπαϊκής Ένωσης για τις «τέσσερις ελευθερίες» επαρκεί για να εφαρμοστεί και στην «πέμπτη ελευθερία».

József Nagy (PPE). – Elnök Úr! Gratulálok először is a jelentéstevőnek, Anna Maria, szép munka volt. A személyes adatok védelme mindig nagyon érzékeny téma, ezért is örülök a sikernek, és támogatom az adatok szabad mozgását az Európai Unión belül is. Úgy gondolom, hogy a felesleges és túlzott korlátozások nemcsak rengeteg munkahelyet, de a polgárok szabadságjogát is sérti, és korlátozza, bízom benne, hogy ezen az úton tovább fogunk haladni, és a geoblocking, azaz a médiális tartalmak blokkolását is sikerül eltörölnünk. Ez ugyanis nemcsak a turisták, a külföldi munkavállalók, de a nemzeti kisebbségek érdeke is egyúttal.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Andrus Ansip, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, this regulation is a key pillar of the digital single market. It will bring benefits and immediate business efficiencies, particularly for SMEs, start-ups and scale-ups. It means that there will be no more need to duplicate IT resources across different Member States, a heavy burden for smaller companies. It will be easier for them to enter new markets and scale up. There will be no more constraints on cross-border scaling of innovative technologies that require data storage.

I believe the proposal will have three important effects: legal certainty on the free flow of data in Europe; a higher level of trust between public authorities; and more competitive EU cloud markets. It will lead us closer to a European common data space, in which data is shared, reused and flows freely. However, we still need to update the rules on public-sector information and encourage businesses to share private-sector data. All these elements are necessary to build a strong European data economy. As we all know, the data economy – including artificial intelligence, which was mentioned many times here today – is nonsense without data.

We have to look at the bigger picture. China and global service providers were also mentioned many times today. In China they have huge data sets, they have 1.3 billion images and, of course, it's much easier for them to create face recognition systems based on artificial intelligence. In the United States they have global service providers. They have Google, Amazon and Facebook. They have huge data sets and they can teach computers.

Even when looking at cloud service providers here in Europe, we have to remember that 50% of those services are provided by Amazon, Microsoft and IBM. They have access to this data and they can teach their computers. Even when thinking about our hospitals or local municipalities, too often global service providers are able to provide services with higher quality at lower prices. The question is about what happens when data is cut off. If they do not get access to a certain data set, that is just another data set for them. The question is how our start-ups and small and medium-sized enterprises will get access to data. In the European Union we already have 56 different rules on data localisation in 21 EU Member States.

Free flow of data is about our jobs. This is about the salaries of our people. It's a very practical issue. We have to provide access to data, including to our start-ups and our small and medium-sized businesses. I would like to thank Parliament and the Council for their constructive comments and contributions during the negotiation phase of this regulation.

Anna Maria Corazza Bildt, *Rapporteur*. – Mr President, I am touched and grateful for the amazing support that I received from colleagues, cross-political groups. Let me tell you, Vice-President Ansip, how much I truly appreciate your commitment and cooperation, together with Commissioner Gabriel and Director-General Viola.

I noticed, Mr President, that only the extreme right populists have been against. They want the next generation to live in the past, instead of the future. They have not given us the answer on how France, for example, under the *Front National*, would compete alone by closing digital borders with China or the US. As usual, they are attacking without giving any answers. Let me tell you instead that I am proud that we have managed to keep the national exceptions restricted to just one. I am proud that we have succeeded in overcoming the Member States' concerns that data process outside of the territory would be less safe and accessible.

Tell us please, dear colleagues from the extreme right: how would data be safer in a box in a cellar within a national border instead of in the cloud with the most efficient and safe cloud service providers? If they are not efficient, they are out of a job. And let me tell you that we have seen attacks, Mr President, against central government systems, and it is actually decentralisation more than centralisation of data storage and processing that can provide more security at a time when hackers are proliferating. Wake up to the digital realities.

Many sectors directly benefit from the free data flows. Some colleagues mentioned e-health. The transport sector is a good example. The truck industry, from Scania to Volvo, are depending on the free flow of data to deliver environmentally friendly and innovative solutions and to speed up maintenance at a distance. Mr President, we are only at the beginning of seeing the advantages for public authorities and companies. There is already more efficiency, fewer cars and more climate-friendliness in the use of a cloud provider located in another Member State.

Let me finish by telling you how much I have appreciated the cooperation with the Estonian Presidency, which managed to find a common solution quickly in the Council and the precedent set by Bulgaria for good cooperation in quickly finding a final agreement. A warm thank you to all the shadows: Christian, Daniel, Dita, Julie and Marco, the Commission, Mark from the ENCA secretariat, Silva from the EPP, the legal and policy department and stakeholders for their invaluable contribution. Mr President, together we have truly delivered a Volvo and a Ferrari, ready to drive into the new digital area.

Przewodniczący. – Jeżeli państwo pozwolą na taką nietypową refleksję: z dużą przyjemnością przewodniczyłem tej debacie. Rzadko, naprawdę rzadko się zdarza, żeby były tak jednomyślne wyrazy uznania pod adresem posła sprawozdawcy, tak wysoka ocena przez posła sprawozdawcę współpracy z kontrsprawozdawcami, żeby konserwatyści oklaskiwali socjaldemokratów, a liberałowie oklaskiwali wystąpienia GUE, żeby pan przewodniczący Komisji Europejskiej oklaskiwał – a zdarzyło się, widziałem przynajmniej dwa razy – wystąpienia poszczególnych posłów i żeby pana wystąpienie było tak gorąco przyjęte oklaskami na tej sali. Bardzo dziękuję! Jednak można coś zrobić razem, można coś robić efektywnie i to nam się udaje.

Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się w czwartek 4 października 2018 r.

18. Geldwäscherisiken im EU-Bankensektor (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dziennego są oświadczenia Rady i Komisji w sprawie ryzyka prania pieniędzy w sektorze bankowym UE (2018/2860(RSP)).

Juliane Bogner-Strauss, President-in-Office of the Council. – Mr President, the issue of money laundering in the EU banking sector is extremely topical at the present time. The Presidency and the Council as a whole fully share the sense of urgency and the commitment of Parliament and the Commission to addressing this issue. Our three institutions have worked together closely in recent years in a common endeavour to establish an effective regime to counter money laundering and the financing of terrorism. The amendment adopted earlier this year to the Anti-Money Laundering Directive is just the latest example of our good cooperation.

Turning to the issue at hand, the recent cases involving money laundering in some EU banks have shown that, unfortunately, anti-money laundering rules are not always supervised and enforced effectively across the European Union. This is a great cause of concern, and I can therefore only support the Commission's push towards ensuring that anti-money laundering rules are effectively supervised and that authorities cooperate closely with each other.

Ministers at yesterday's meeting of the Ecofin Council heard a presentation by the Commission on its proposal of 12 September, an important contribution that the Council is ready to consider very thoughtfully. Beyond that proposal, we also need to consider a longer term solution and improvements to the current system. With this in mind, the Council will be considering setting out comprehensive and long-term measures in this area by December. This is something that the Council's Financial Services Committee is discussing today.

The Presidency is, of course, fully committed to maintaining and promoting the existing cooperation between the institutions. I am therefore naturally very interested in Parliament's views on the content of this latest proposal, as well as in the legislative approach that Parliament will take. I look forward to hearing your views.

Věra Jourová, *Member of the Commission*. – Mr President, like you, the Commission has been shocked by the recent money laundering scandals in European banks and also by the failings that have come to light regarding the quality of national supervision and information sharing. These scandals endanger the reputation and integrity of Europe's financial system.

While Europe has the strongest anti-money laundering rules in the world, they need to be better enforced. The Commission firmly believes that we need to enhance supervision in the EU. We are using existing powers and have asked the European Banking Authority to immediately investigate whether other supervisors in the Member States concerned have breached EU law. Some investigations have already been concluded, while others are still ongoing. At the same time, we cannot wait for further scandals to emerge. We must ensure the integrity of the EU's financial system and we need to do so urgently. That is why, on 12 September, the Commission tabled a legislative proposal to strengthen the powers of the EU supervisory authorities in anti-money laundering issues.

As President Juncker made clear in his State of the Union address on the same day, we need to strengthen the enforcement of our anti-money laundering rules. Our legislative proposal is part of a broader strategy to strengthen the EU's framework for prudential and anti-money laundering supervision for financial institutions. Through our amendments to our European supervisory authorities review proposal, which Parliament is currently considering, we are proposing to concentrate tasks and resources within the European Banking Authority for anti-money laundering purposes, reinforce the tools for carrying out anti-money laundering tasks and strengthen the coordinating role of the European Banking Authority in international anti-money laundering issues.

Our accompanying policy communication also sets out improvements in the way that prudential supervisors reflect anti-money laundering considerations in their work and includes recommendations to the European Central Bank. We are also advocating further enhancement of the prudential framework for banks by improving information exchange and reinforcing the duty of cooperation between prudential and anti-money laundering authorities and bodies. The Capital Requirements Directive is currently under negotiation between the Council and Parliament, and Parliament has tabled useful amendments to that end. Finally, the communication touches on longer term considerations as to whether a greater degree of harmonisation of anti-money laundering rules will be needed and whether we need a centralised anti-money laundering authority at EU level. Alternatives could also be considered in order to ensure seamless information exchange and optimal cooperation between all relevant authorities in the EU, including those in the field of taxation. But, for now, I would again like to stress the need to move rapidly and decisively. In particular we need to quickly agree on the legislative proposal so that it can be adopted before the end of this term and the European Banking Authority (EBA) can quickly assume its new tasks, which means that we have no time to lose.

Finally, I would like to take this opportunity to commend Parliament for its persistent efforts, especially the work of the PANA and TAXE committees, to highlight the critical importance of the fight against financial crime, including tax evasion and money laundering, and to call to account all actors from both the private and the public sector. It is clear that collectively more can – and must – be done to address these failings and repair the damage that has been done to the EU's international reputation.

Luděk Niedermayer, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, we have now less than one hour to discuss a very serious problem – the problem worth billions of dirty money. So let me try to illustrate, in the following 100 seconds, how serious the issue is, starting with some names: ABLV Latvia, Versobank Estonia, Pilatus Bank Malta, Danske Bank branch Estonia, and ING bank.

These are just a few names of banks that showed serious weaknesses in the area of money laundering, and some of them collapsed and some of them suffered significant losses and have had to pay significant fines. But that is not enough: we all remember the 'Azerbaijani laundromat' and the problems related to the use of crypto-assets for the financing of corruption or terrorism. Money laundering is a very serious issue that is closely related to the crime, corruption, tax evasion and other acts that are seriously damaging our society – and we have to act.

So far, it doesn't seem that we are doing so sufficiently. Take the example of insufficient regulation of crypto-asset exchanges, or the fact that the US authorities have to help us to find certain weaknesses in our financial sector. The protection of our financial sector against money laundering is clearly only as strong as the weakest point, and the weakest point seems to be very weak.

In terms of improvement, I guess the focus should not be on approving new legislation, as it often has been. Also, I am not sure that we should establish a powerful new institution. We should focus instead on enforcement and on strengthening the weakest spots in our system. The European Supervisory Authority (ESA) review provides a good opportunity to find the right balance between the responsibility of supervisors and that of other branches of governments, including the police. We should not miss this opportunity, as clocks are ticking and the problem is very serious.

Jeppe Kofod, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, Europe has a huge money-laundering problem, from Denmark to Estonia, Latvia, the Netherlands, Malta, Germany and France. Scandal after scandal has been uncovered, each one bigger than the last. In the Danske Bank case alone, upwards of EUR 200 billion has been laundered through a single branch, in Estonia, and at least some of these funds have been actively used to bribe European politicians to corrupt our institution and to whitewash authoritarian regimes.

EUR 200 billion: that is about ten times the size of Estonia's GDP.

We have long known that these banks have grown 'too big to fail', but now, apparently, what has happened in these banks is that the people supposedly responsible have become too rich to jail – or at least impunity is more the rule than the exception. Take the case of Danske Bank: not one member of the board has been kicked out. Not a single executive has been fired, not even the CEO who was responsible for the Estonian branch. No, they have been stepping down of their own accord, with full pay and a golden parachute.

So, I ask you colleagues, Commission and Council: how is this justice, in the eyes of the people? What message does it send to would-be whistle-blowers who have inside information on illegal activities in European banks but fear to come forward?

In the Danske Bank scandal, the whistleblower wasn't even contacted by the Danish financial supervisory authority, despite the fact they had his contact information. So, supervision of European banks seem to rely on a trust and honour system, and this clearly isn't working. Too many banks have abused our trust.

Therefore, we need a dedicated EU authority to supervise and assist national supervisory authorities in these complex money-laundering cases. We need drastically to improve protection of whistle-blowers in Europe and we need to force national authorities to cooperate loyally, effectively and systematically because they are simply not doing that today and they are not implementing the anti-money-laundering legislation.

Bank fines in money laundering cases must no longer be counted in millions, but in billions. And we need to strengthen fit and proper requirements to ensure that those responsible never set foot in a bank boardroom again. We have a lot to do. I look forward to this debate.

Pirkko Ruohonen-Lerner, *ECR-ryhmän puolesta*. – Arvoisa puhemies, vuonna 2009 pankeille tuli velvollisuus ottaa selvää asiakkaistaan ja pankin kautta kulkevien rahojen alkuperästä, mutta kyseisen lain täytäntöönpano ontuu edelleen.

On kulunut yli 10 vuotta siitä, kun Viron ja Venäjän viranomaiset varoittivat ensimmäisen kerran Danske Bankin tuotoisan Viron tytäryksikön epäilyttävistä asiakkaista. Viisi vuotta sitten Danske Bank sai sisäisen ilmiannon. Neljä vuotta sitten Viron rahoitusvalvonta ryhtyi toimiin, ja kaksi vuotta sitten Tanskan rahoitusvalvonta määräsi pankille sanktioita. Nyt vasta keskustellaan Danske Bankin mahdollisista jättisakoista.

Tänään Viron pääministeri Jüri Ratas vakuutti omassa unionin tulevaisuutta käsittelevässä puheenvuorossaan, kuinka heillä Virossa on nollatoleranssi rahanpesuun. Jos näin on, niin toivottavasti kaikki EU-valtiot alkavat noudattaa vastaavanlaista nollatoleranssia rahanpesun suhteen.

Petr Ježek, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, some unbelievably large money-laundering cases have been revealed. At the same time, in hearings and missions of our TAXE 3 Committee, also dealing with money laundering, it was pointed out that some countries, especially smaller ones, are not capable of coping fully with this problem.

Therefore I welcome the Commission proposal to reinforce the role of the European Banking Authority (EBA) in anti-money laundering supervision of the financial sector. Parliament has called a number of times for a more centralised anti-money laundering supervisory architecture. We can see that Parliament is always a step ahead. However, we must get it right. These new tasks need to be followed by reinforced human and other resources. Can we ensure that the EBA will be given sufficient human resources to conduct its new tasks? The numbers I read seem modest to me: from two persons to slightly less than ten. Could the Commission tell us how many more persons should be allocated to these new tasks?

Finally, with this proposal, the EU is obviously putting a lot of effort into fighting money laundering in the banking sector, but we must not forget that money laundering also affects other sectors, for example real estate and gambling services. How will the Commission ensure that we do not lose sight of the rest of the actors?

PRESIDENZA DELL'ON. FABIO MASSIMO CASTALDO

Vicepresidente

Sven Giegold, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident, Frau Kommissarin! Das Ausmaß der Geldwäsche im Finanzsektor ist ein Sicherheitsrisiko. Es ist auch eine Gefahr für fairen Wettbewerb in der Europäischen Union, und es schadet der Reputation unserer gemeinsamen Währung. Es ist also höchste Zeit, dass wir hier eine andere Härte an den Tag legen. Ich danke Ihnen für Ihre Vorschläge bezüglich der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde. Ich danke Ihnen auch für die konkreten Maßnahmen, die Sie jetzt – wie in der Financial Times zu lesen war – gegenüber Malta angewiesen haben. Das ist sinnvoll, das ist richtig.

Wir brauchen in der Umsetzung Ihrer Beschlüsse jetzt ein schnelles Handeln der Ko-Gesetzgeber. Deshalb möchte ich gerne vom Rat wissen: Wie wollen Sie dafür sorgen, dass dieser Beschluss in einem Eilverfahren, was der Sache angemessen ist, jetzt tatsächlich die Institution passiert? Und umgekehrt haben wir die Verantwortung, in einem schnellen Verfahren zu einem Beschluss zu kommen.

Wir wissen aber darüber hinaus, dass außer in Malta wir auch schwere Defizite mindestens in Lettland, Estland und Zypern haben. Ich frage mich: Wann, Frau Kommissarin, leiten Sie Vertragsverletzungsverfahren ein? Die Informationen dazu finden sich fast im Tagesrhythmus in der Finanzpresse.

Zudem findet natürlich Geldwäsche nicht nur im Finanzsektor statt. Wir wissen, dass zum Beispiel im Immobilienmarkt systematisch Schwarzgeld in großem Maße die Preise nach oben treibt. Die Verdachtsmeldungen, die von Verpflichteten wie Immobilienmaklern oder auch Rechtsanwälten, Notaren und so weiter abgegeben werden, sind völlig unter den gesetzlichen Vorschriften. Deshalb frage ich Sie, Frau Kommissarin: Wann werden Sie europaweit dafür sorgen, dass das europäische Recht auch im Immobiliensektor bezüglich Schwarzgeld durchgesetzt wird?

Es ist klar: Sie können das nicht alles auf einmal machen mit so wenig Personal. Herr Juncker hatte uns versprochen, das Personal aufzustocken. Wann stocken Sie in Ihrer eigenen Behörde das Personal deutlich auf? Ich rede hier nicht von ein, zwei Stellen, sondern schaffen Sie eine wirkliche Arbeitseinheit!

Und zu guter Letzt: Diese Sofortmaßnahmen ersetzen natürlich nicht das, was wir langfristig brauchen: eine europäische Institution zur Kontrolle von Geldwäsche.

Rina Ronja Kari, *før GUE/NGL-Gruppen*. – Hr. formand! Først og fremmest tak fordi vi tager denne debat. Problemer er der rigtig mange af. Flere store banker har igennem de sidste mange år været skyld i stor elendighed. Først kaster de os ud i en finanskriser, der koster hundredtusindvis af arbejdspladser, sender mennesker ud i fattigdom og i det hele taget koster vores samfund dyrt. Derudover har flere af dem aktivt hjulpet skumle personer og virksomheder med at hvidvaske penge og snyde i skat. Bankerne har med andre ord svindlet og bedraget os alle sammen, alt imens de har udbetalt svimlende beløb til den ene direktør efter den anden. For at gøre det endnu værre har vi som samfund hældt milliarder af kroner i lommen på netop de banker. Hvorfor? Jo fordi vi er bange for, at vores samfund ikke kan overleve, hvis bankerne går ned.

Men det er da skammeligt – skammeligt for bankerne, skammeligt for os, og ikke mindst for det system, som tillader det. Et system, som vender det blinde øje til og ser igennem fingre med skatteunddragelse, og oven i købet med, at nogle landes myndigheder har hjulpet til med at omgå reglerne. Nu står vi så her igen med endnu et eksempel på en stor bank, som endnu en gang på alle måder har bedraget os alle sammen. Og svaret? Svaret er nogle vage formuleringer om at stramme lidt op med tilsyn og efterretninger. Men helt ærligt: hvis vi skal kunne se os selv i øjnene, så er vi nødt til at gøre mere end det. Vi er nødt til at tage fat, hvor det gør ondt.

Og løsningen? Løsningen er sjovt nok heller ikke denne gang, at vi bare skal have mere EU. Nej løsningen er derimod at give medlemslandene flere rettigheder, retten til at opdele de største banker, så vi ikke længere behøver at acceptere »too big to fail«-banker, og vi skal give landene mulighed for at oprette fornuftige statsbanker, så almindelige borgere kan vælge en bank, der ikke spekulerer i profit. Ikke mindst vil jeg lade landene begrænse bankernes uregulerede bevægelighed over grænserne. Det er de store, der vinder på den uhemmede frie bevægelighed for kapital. Vores samfund står som taber.

David Coburn, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, I have an interesting tale to tell you, so you can all sit up and listen to this one. We've all read with concern the substantial allegations against Danske Bank: the long-term, large-scale laundering of Russian funny money – billions of it, apparently. But these are the actions of a regulated bank. Imagine what an unregulated European Investment Bank could get up to in London, where Theresa May's Withdrawal Agreement will grant it immunity from UK financial services regulation.

Did you notice that, anyone? I don't suppose you did. It's in Articles 105 and 119. Imagine unregulated European bankers let loose in London. Your worst nightmare, I should think!

Of course, this is what the Commission wants. That's why they snuck it into the Withdrawal Agreement. They want a lawless European Investment Bank in order to pursue and finance their foreign policy, in particular busting American sanctions against the totalitarian, theocratic regime in Tehran. The Commission wants to use the City of London as its own personal Wild West financial centre. Is that what you want, especially you, Mr Giegold: is that what you want? I should think not.

The Withdrawal Agreement is being used to avoid democratic accountability – not just the European Investment Bank's accountability to UK law, but also its accountability to the European Parliament. The European Investment Bank will be operating large parts of its EUR 500 billion of assets in a post-Brexit London, out of sight and out of mind. This should worry all those here who support democratic accountability and the rule of law.

Mario Borghezio, *a nome del gruppo ENF*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, c'è una grande discrasia fra gli impegni formali e anche il reiterarsi di queste importanti discussioni al Parlamento europeo e i dati concreti.

Questa Commissione, presieduta dall'ineffabile signor Juncker, che rappresenta, direi in maniera addirittura palese, gli interessi di uno Stato paradiso fiscale, sulla trasparenza delle cui banche, diciamo, tutti possiamo facilmente avere contezza, rappresenta in maniera plastica, direi quasi evidente, direi addirittura arrogante il disinteresse totale di questa Commissione nei confronti di un impegno che dovrebbe essere prioritario, perché è chiesto da coloro che combattono in prima fila, a cominciare dalle forze dell'ordine, le varie *Gendarmerie* e la Guardia di Finanza italiana.

Vi offro un dato, quello degli accertamenti fatti nel sistema bancario italiano da Bankitalia, la Banca centrale del mio paese, 43 000 segnalazioni, delle quali oltre 41 000 ritenute molto interessanti, cioè l'83% sono gravi e nei confronti dell'entità di questa situazione, che cosa fa la Commissione? Ci propone parole, parole, parole, parole, parole.

Brian Hayes (PPE). – Mr President, listening to Mr Coburn, I thought he was making the point that the UK should remain in the European Union, given the outcome of his logic that all of this dirty money would be sloshing around the City of London, brought about by European oligarchs. Quite extraordinary!

I have a number of points. We have existing law: let's implement it. I commend the fact that the Commission is taking action against some Member States – little known action that I think will make a difference. We have a huge difference when it comes to the reporting of information by banks to Member States, and on to Europe-wide authorities. We need to improve data exchange. We need to recognise that we have a policing regime which, in some Member States, is not fit for purpose when it comes to investigating and resolving all these issues. And chiefly, we give policing authorities first responsibility here.

So there are weaknesses that we have to resolve. Can they be resolved by a new super-agency? My view is no. If anything, we need to increase the powers of the European Banking Authority and certainly to increase its resources. This is an organisation of fewer than 200 people: if they are really going to tackle this, they need to be brought up to a standard and a number and a level of resources that will have application. The essential point is that, if we don't tackle this, it is another potential undermining of financial stability in the European Union.

We've got to move quickly. We've done that with anti-money laundering legislation, in terms of many of the directives there – I think we are up to five at the moment, and I also believe we need a consistency of approach right across the European Union.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

David Coburn (EFDD), blue-card question. – Thank you, Brian, very kind of you. I think you misunderstood me. I wasn't saying that it is a good idea for us to stay in the European Union. What I am explaining to you is that there is nothing wrong with banks if they are regulated by the City of London – a great and ancient institution, much older than any other institution in Europe – but the problem I was putting forward was not that of European oligarchs mucking about with money in London. I'm talking about the European Investment Bank, run by this place.

That's what I'm concerned about. What the European Union wants to do is to have the European Investment Bank using London as a base to do all sorts of strange things, but basically undermining American foreign policy. That's what I'm trying to get through to you. Do you now understand me or agree with me?

Brian Hayes (PPE), blue-card answer. – No, I profoundly disagree with you. The European Investment Bank is the bank of the European Union. It lends money right across the European Union and into our neighbourhood. It lends significant amounts of money to the United Kingdom and it gets that money back. That's the job of the European Investment Bank. It invests in housing projects and commercial projects right across the United Kingdom. That's the reality of the European Investment Bank, and it has a very strict mandate in terms of what it can and cannot do. If you're trying to take cheap pots at the EIB, go ahead, but it really doesn't add up to much in relation to the scrutiny you are arguing for.

Pervenche Berès (S&D). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, lutter contre le blanchiment d'argent et l'évasion fiscale, lutter contre le financement de la criminalité organisée et contre le terrorisme sont des priorités absolues pour tout démocrate.

Des milliards d'euros sont blanchis en Europe chaque année, ce qui fragilise l'intégrité et la stabilité du système financier. Ces derniers mois, notre actualité a été surdéterminée par des cas de blanchiment d'argent impliquant des banques européennes. Les agissements d'ABLV en Lettonie, de Versobank en Estonie, de Danske Bank et d'ING aux Pays-Bas ont ainsi été révélés, tandis que Pilatus Bank à Malte vient seulement de perdre sa licence bancaire. Cela révèle de graves lacunes inacceptables dans la réglementation de l'Union européenne contre le blanchiment d'argent.

D'abord, certains États et leurs autorités de régulation bancaire et financière ne disposent manifestement pas des ressources nécessaires pour mener l'enquête et sanctionner les pratiques frauduleuses, comme on a pu le voir en Lettonie. D'autres autorités compétentes d'États membres ne parviennent pas à coopérer entre elles de façon suffisamment efficace et rapide, comme on l'a vu dans le cas des Pays-Bas et de la Lettonie à propos de Danske Bank.

Nous avons ainsi besoin d'une supervision des autorités européennes renforcée. Le Parlement européen, dans sa commission ECON, avec les travaux autour de Danièle Nouy, mais aussi dans sa commission TAXE, avec les auditions sur la lutte contre le blanchiment d'argent dans le secteur bancaire, a démontré son engagement à favoriser une architecture de supervision européenne plus adaptée afin de parvenir à une meilleure application du cadre juridique dans la lutte contre le blanchiment d'argent. Mais cela ne suffit pas. Des efforts supplémentaires sont encore nécessaires dans ce domaine et la directive sur les fonds propres réglementaires, actuellement en négociation, doit permettre de compléter cet arsenal.

Nous avons également besoin d'une réforme générale qui s'attaquera à la racine du problème en proposant un cadre européen harmonisé et efficace, dans lequel une autorité européenne serait dotée de véritables pouvoirs de lutte contre le blanchiment d'argent.

Vous avez proposé que l'Autorité bancaire européenne devienne le pilier de la supervision et de la lutte contre le blanchiment d'argent. Soyez certaine qu'en tant que corapporteuse de la réforme des autorités de supervision européenne, je ferai preuve d'un engagement plein et entier pour faire aboutir cette réforme avant la fin de ce mandat.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, συζητούμε σήμερα τη νομιμοποίηση εσόδων από παράνομες δραστηριότητες στον τραπεζικό τομέα, που πλέον έχει γίνει καθεστώς στην Ευρωπαϊκή Ένωση. Και είναι δεδομένο ότι πρέπει να ληφθούν μέτρα για να αντιμετωπιστεί όλη αυτή η κατάσταση.

Από πού προκύπτουν αυτά τα τεράστια ποσά; Πρώτα απ' όλα, από εγκληματικές δραστηριότητες, αλλά και από φοροδιαφυγή και φοροαποφυγή. Και εδώ πρέπει να προσέξουμε. Τα θέματα αυτά πρέπει να ρυθμιστούν, προκειμένου να μην μπορεί να γίνεται αυτή η φοροδιαφυγή, η φοροαποφυγή, κυρίως με τις τριγωνικές σχέσεις που κάνουν οι πολυεθνικές.

Θεωρούμε λοιπόν ότι πρέπει να ληφθούν συγκεκριμένα μέτρα, διότι οι τράπεζες –συγκεκριμένες από αυτές, γνωρίζουμε ποιες είναι– με τη λειτουργία τους συμβάλλουν στο ξέπλυμα αυτών των παράνομων εσόδων. Απαιτούνται λοιπόν μέτρα αποφασιστικά. Και φυσικά τα κράτη μέλη τα οποία δεν τηρούν τη νομοθεσία πρέπει να παραπεμφθούν στο Δικαστήριο της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Molly Scott Cato (Verts/ALE). – Mr President, the sheer volume of dirty money flowing into Europe is turning our continent into a playground for kleptocrats and crime bosses while pricing ordinary citizens out of their homes. While people from outside the EU need to have passports to move around our continent, their money can flow freely and often too rapidly to be monitored and controlled.

I represent the beautiful city of Salisbury, where Russian agents poisoned three of my constituents and a fourth woman, who died. We also know that Putin's regime is deliberately undermining European democracy, including involvement in the Brexit referendum and I'm just back from a TAX3 mission to Latvia where we heard first hand of the vast scale of Russian money flowing into the EU through that country.

What I'm asking myself is why are we allowing the money of Putin's cronies to flow through our banks, bringing with it crime and undermining the rule of law? We agree with the Commission that there need to be far more resources and powers at the European level to detect and deter money laundering, so we welcome their proposals.

The Council must now show that it also is serious about fighting transfers of illegal money and treat these new proposals with the utmost urgency.

But beyond that it is surely time to end the double standards with regard to Russia where on the one hand we impose sanctions, but on the other we allow the free flow of money from this kleptocratic and hostile state.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

David Coburn (EFDD), *blue-card question*. – Are you not concerned, Molly, about the situation with the EIB? I mean that the office of the EIB may be able to do all sorts of things without regulation in London and do it outside the EU's view as well. Don't you think this is rather concerning? It's all part of the agreement that the Prime Minister seems to have come to.

Also, I understand what you're saying about Russian money and am as concerned as next man about what the Russians are up to London and in your beautiful city of Salisbury, but you should also realise that we have to do business with Russia. If we don't do business with Russia there will be enormous trouble. It's better to do business with them than to fight them, would you not agree?

Le Président. – Madame Berès, pour votre information, j'accepte toutes les questions «carton bleu». Je ne les refuse jamais. Ce n'est pas à moi de les refuser, c'est plutôt à l'orateur de le faire s'il ne souhaite pas y répondre.

Maintenant, j'accepte la question «carton bleu» demandée par M. Brok, mais après la réponse de M^{me} Cato.

Molly Scott Cato (Verts/ALE), *blue-card answer*. – With regard to Putin, I do have a lot of concerns. I'm not sure how well I can treat your words there, because obviously we see a lot of retweeting by you and other Brexiteers of a lot of Russian disinformation, and maybe this is also what we've heard during this debate, from your side.

In terms of the EIB, my main concern is that if Britain leaves the EU and therefore ceases to have the opportunity to have investment from the EIB, we will lose investment in some of the most important sectors, particularly renewables, where Britain has done very well from EIB investment in recent years.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Elmar Brok (PPE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Frau Kollegin! Würden Sie mir den Gefallen tun, dem Kollegen der UKIP zu erklären, dass die Europäische Investitionsbank die größte staatliche Investitionsbank im Vereinigten Königreich ist, weil die keine eigene nationale Investitionsbank haben? Das Vereinigte Königreich nutzt die EIB als ihre nationale Investitionsbank. Das wird ein großes Problem für Sie nach dem Brexit, weil Sie dann dieses Finanzierungsinstrument für Ihre öffentlichen Investitionen verlieren. Und deswegen würde ich Ihnen einfach vorschlagen, dass die Frau Kollegin Ihnen mal ein Seminar darüber gibt, in welcher Weise Sie endlich mal Ihr Grundwissen über Europa verbessern können.

Molly Scott Cato (Verts/ALE), *blue-card answer*. – Thank you very much, Mr Brok, for explaining very clearly yourself to our UKIP colleague the true role and function of the EIB. As colleagues will know, I'm a great fan of the German banking system and I've actually invited a German banker, Thorsten Höche, who runs the German public banking association, to Plymouth. I'm hoping we will be able to follow your example of public banks, and I absolutely agree that we could do with a national public investment bank – and that is indeed Green party policy.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL). – Señor presidente, una vez más los bancos se revelan como uno de los eslabones débiles de la economía europea: los mismos bancos que han sido rescatados con el dinero público; bancos a los que se les permiten impuestos de sociedades cercanos a cero y a los que los discursos públicos consideran prioritario ayudar y proteger.

Estos mismos bancos son los que organizan masivamente la evasión fiscal y el lavado de dinero, amparándose en una estructura de paraísos fiscales que son el verdadero agujero negro de las finanzas europeas. A pesar de ello, la Comisión Europea se ha negado a incluir a ningún país de la Unión Europea —como Malta o Luxemburgo, que actúan sistemáticamente a favor de las grandes fortunas con la opacidad— en la lista negra de paraísos fiscales.

Señorías: sin una voluntad clara de enfrentarse a esta realidad, cualquier intento de lucha contra la evasión fiscal y el lavado de dinero es papel mojado. Señorías: papel mojado.

Barbara Kappel (ENF). – Herr Präsident! Frau Kommissarin! Frau Ministerin! Es gibt in der EU strenge Regeln zur Bekämpfung der Geldwäsche, und diese Regeln wurden im Rahmen der fünften AMLD, welche im April dieses Jahres in diesem Haus beschlossen wurde, noch verschärft. Nur: Nicht alle haben die vierte Geldwäscherichtlinie bis jetzt umgesetzt. Insgesamt haben acht Mitgliedstaaten der Europäischen Union die vierte nur teilweise oder unzureichend oder gar nicht umgesetzt.

Die jüngsten Fälle von Geldwäsche in einigen EU-Banken – Beispiele wurden von den Kollegen genannt – haben natürlich Bedenken ausgelöst, dass die EU-Vorschriften zur Bekämpfung der Geldwäsche nicht wirksam überwacht und durchgesetzt werden. Ein Versäumnis, das fatale Folgen hat für die Integrität und die Reputation des europäischen Finanzsektors und auch für die Finanzstabilität bestimmter Banken. Kritik kommt dabei auch von den Aufsehern. Die Vorsitzende des SSM, Frau Nouy sagt, dass die derzeitigen Aufsichtsinstrumente nicht ausreichen, um Geldwäscherichtlinien ausreichend zu versorgen. In dieselbe Richtung stößt Präsident Draghi, der jetzt in einer ECON-Sitzung im September gesagt hat, dass auch er sich für eine zentrale Aufsichtsbehörde einsetzt.

Die Kommission geht einen anderen Weg. Sie sagt, die EBA, die Europäische Bankenaufsichtsbehörde, soll gestärkt werden, die Zusammenarbeit mit den nationalen Aufsichtsbehörden muss stärker werden, und die Konvergenz der Aufsichtsstandards muss sichergestellt werden. Die EBA hat derzeit zwei Mitarbeiter, die sich mit AML beschäftigen. Ich denke, dass das sicherlich zu wenig sein wird.

Die Qualität der Aufsicht soll durch die gemeinsamen Standards, regelmäßige Überprüfungen der nationalen Aufsichtsbehörden und Risikobewertungen verbessert werden, auch der Informationsaustausch zwischen den Aufsehern und der Informationsaustausch mit nicht EU-Ländern.

Gestern wurde im ECOFIN eine Verschärfung der potenziellen Anti-Geldwäsche-Aufsicht beschlossen. Die österreichische Ratspräsidentschaft wird bis Jahresende einen Vorschlag vorlegen, um den Informationsaustausch und die Konvergenz zu verbessern.

Othmar Karas (PPE). – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir hören es von allen Rednern: Wir haben zwar strenge Vorschriften zur Geldwäschebekämpfung, aber die jüngsten Beispiele in Banken der Mitgliedstaaten, aber auch außerhalb des Bankensektors und außerhalb der Europäischen Union, die in engster Verbindung mit der Europäischen Union sind, zeigen, dass unsere Regeln nicht überall wirksam überwacht und durchgesetzt werden, und dass es zu einem mehrstelligen Milliardenbetrag an Geldwäsche innerhalb der Europäischen Union kommt.

Ich verstehe daher den Unmut des Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker, den Unmut vieler Bürgerinnen und Bürger, dass wir unsere Regeln verschärfen müssen, die Kontrolle verbessern müssen und die Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden stärken müssen. Und wir brauchen wahrscheinlich – wie das schon gesagt wurde – eine zentrale Agentur, eine zentrale Behörde, die für die Kontrolle und für Sanktionen sorgt, aber auch die Verbindung zwischen Geheimdiensten, Polizei und dem Finanzmarkt erhöht.

Wir müssen daher die Frage stellen: Ist die EBA dafür geeignet, oder brauchen wir nicht mehr? Wir müssen uns natürlich die Fragen stellen: Wie beseitigen wir die unterschiedlichen Aufsichtsbefugnisse und -pflichten innerhalb der Bankunion, wie beseitigen wir die ungleichen Professionalitätslevel bei den nationalen Behörden, und wie sorgen wir für eine höhere Verzahnung zwischen den Aufsichts- und den Anti-Geldwäsche-Vorschriften für Banken? Das werden wir im Ausschuss tun.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Sven Giegold (Verts/ALE), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Geschätzter Othmar, lieber Kollege Karas! Sie wissen, wie sehr ich Ihr Engagement hier im Europäischen Parlament schätze. Ich würde deshalb gerne wissen, ob Ihnen bekannt ist, dass Ihr Heimatland ein Doppelbesteuerungsabkommen mit Zypern hat, das zu einer Doppel-Nichtbesteuerung führt und regelrecht dazu einlädt, dass russisches Geld aus Zypern dann letztlich mal in Österreich doppelt nicht besteuert wird. Und ist Ihnen bekannt, dass Österreich gegenüber Liechtenstein darauf verzichtet, die Informationen über steuerliche Daten zu bekommen, die sonst überall auf der Welt zwischen den Finanzverwaltungen ausgetauscht werden? Und ich frage Sie: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass sich das irgendwann mal ändert, lieber Kollege Karas?

Othmar Karas (PPE), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. Herr Kollege Giegold! Sie wissen, dass die Frau Kollegin Berès und ich selbst Ko-Berichterstatter beim ESA-Review sind, dass wir gemeinsam mit dem ESA-Review die Vorschläge der Kommission behandeln werden. Und ich habe soeben auch angedeutet, dass wir wahrscheinlich über diese Vorschläge hinausgehen müssen, um die bestehenden offenen Fragen anzugehen, nicht nur im Bankenbereich, in den Mitgliedstaaten, im Finanzsektor und außerhalb des Finanzsektors – wir selbst waren bei dem Hearing und haben einiges über die Schweiz gehört. Es geht jetzt nicht, dass wir jedem erklären, was er falsch macht. Sondern es geht darum, dass wir alles, was falsch läuft, auf den Tisch bringen und dass wir dem endlich ein Ende setzen. Denn es kann nicht sein, dass wir uns auf der einen Seite loben, wie starke Regeln wir haben, und uns auf der anderen Seite die Geldwäsche davonläuft.

Evelyn Regner (S&D). – Herr Präsident! Wir brauchen bei der Bekämpfung der Geldwäsche mehr Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten, mehr europäische Kontrolle. Wir haben das ja schon in Panama-Bericht gefordert, und insofern ist ein klarer roter Faden drin.

Wir haben auch die Kommission dringend aufgefordert, zu prüfen und zu berichten, ob gerade zur Bekämpfung der Geldwäsche nicht ein einheitlicher Rechtsraum geschaffen werden sollte. Hier läuft trotz vieler Überarbeitungen vieles schief. Zum einen setzen die Mitgliedstaaten die Richtlinie nur teilweise um und zum anderen gibt es nach wie vor massiv Schlupflöcher – wie im Fall des berüchtigten und jetzt schon vielfach erwähnten Falls der Zusammenarbeit zwischen der Danske-Bank und der estnischen Finanzaufsicht. Die Umsetzung der Regeln muss sichergestellt werden, egal ob mit einer Ausweitung der Kompetenzen der Bankenaufsicht oder mit einer eigenen Anti-Geldwäsche-Verordnung. Diese dreckigen Geschäfte sollen endlich ein Ende haben.

Ernest Urtasun (Verts/ALE). – Señor presidente, dos billones de dólares al año se blanquean en el mundo, y Europa es un grandísimo agujero negro. 2018 ha sido el año de los escándalos ABLV, Versobank, Pilatus, Danske Bank, que han reflejado una deficiencia inmensa en el régimen europeo de control y regulación. Tenemos un sistema de control totalmente fragmentado y sin coordinación a escala de la Unión Europea.

Las medidas que ha presentado la Comisión son un paso adelante: dotar de más competencias a la ABE y, en la revisión de la Directiva sobre requerimientos de capital, que la supervisión en materia de requerimientos de capital se vincule también a la lucha contra el blanqueo, pero debemos ir mucho más allá.

Y es muy importante tener, efectivamente, una agencia especializada que investigue, que recaude información, que se coordine con los servicios secretos para poder combatir este fenómeno, como lo es también que vayamos hasta el final y controlemos también no solo el sector financiero, sino también otras actividades que tienen que ver con el blanqueo: los contables, los despachos de abogados, etcétera, etcétera. Y, finalmente, hay que dotar de más recursos a la ABE y a la propia Comisión para poder afrontar este problema.

Martin Schirdewan (GUE/NGL). – Herr Präsident! Die jüngsten Geldwäscheskandale zeigen ja, wie löchrig die europäische Gesetzgebung in diesem Bereich noch immer ist. Laut Financial Times sind seit 2007 bis zu 200 Milliarden Euro illegal erwirtschafteter Gelder über die estnische Filiale der Danske Bank gewaschen worden. Kriminellen wird es immer noch viel zu leicht gemacht, ihr schmutziges Geld ins europäische Finanzsystem einzuspeisen. Der volkswirtschaftliche Schaden, der dadurch entsteht, ist enorm – und das angesichts einer Union, die sich nur langsam von ihrer wirtschaftlichen Krise erholt, deren verheerende soziale Folgen noch überall in Europa brutal sichtbar sind.

Die im Frühling überarbeitete Geldwäscherichtlinie bringt zwar Verbesserungen, bleibt aber in einigen zentralen Punkten viel zu schwach. So wird das Ziel umfassender Transparenz weder für Trusts und Stiftungen noch im Immobiliensektor, einem der Geldwäsche-Hotspots, erreicht. Und auch auf härtere Strafen bei Verstößen gegen die Richtlinie hat man sich leider nicht einigen können. Hier, Frau Kommissarin, gilt es, dringend nachzubessern, auch weil einige nationale Regierungen bereits überlegen, wie sie die Richtlinie bei der Implementierung untergraben können. All das zeigt: Der Kampf gegen das schmutzige Geld ist noch lange nicht gewonnen.

Емил Радев (PPE). – Г-н Председател, дами и господа, Европейският съюз разполага с едно от най-строгите законодателства относно борбата срещу изпирането на пари и прилага изключително високи стандарти за превенция на този вид престъпление. В последните шест месеца обаче няколко европейски банки в различни страни ясно демонстрираха как съществуващите правила невинаги се прилагат на практика и дори понякога биват игнорирани целенасочено в името на финансова печалба.

Нека бъде ясен – никакъв ръст в печалбите за банките не може да бъде въз основа на нарушаване на което и да било законодателство. Случаите от последните месеци доказаха още, че борбата срещу изпирането на пари не се води единствено във и от частния сектор. Нужни са също постоянни координирани усилия от надзорните органи на държавите членки, както и непрекъснат и безпрепятствен обмен на информация между компетентните органи, така че борбата срещу този вид престъпление да бъде по-ефективна.

Имайки предвид начина, по който функционират банките в Европейския съюз чрез техните паспортни права за различните държави членки, е логично да се замислим за по-засилен европейски контрол. Но каквито и промени да бъдат предприемани, те трябва да са вследствие на внимателен анализ и обсъждане. Освен това трябва да се намери подходящ баланс между координираните действия и суверенитета на държавите членки.

Дами и господа, борбата срещу изпирането на пари е непрекъснат процес, който изисква непрекъснати усилия и смели приложими на практика решения. Крайният резултат следва да бъде милиардите евро, които в момента губим годишно вследствие на това престъпление, да бъдат пренасочени в полза на обществото.

Ramón Jáuregui Atondo (S&D). – Señor presidente, yo creo que es importante recordar que el dinero negro es el origen, o la consecuencia, de muchos más males o peligros que la simple amenaza a la estabilidad financiera. Es el origen de problemas para nuestra salud, para nuestra democracia, inclusive para la paz. El origen de la lucha contra el lavado de dinero viene fundamentalmente de la lucha contra el narcotráfico y el terrorismo, y hay que aprovechar esa oportunidad para abordar otros sectores a los que está afectando el dinero negro.

Yo hoy quiero hacer dos sugerencias a la señora comisaria. En primer lugar, todos los bancos europeos tienen ya potentes servicios de investigación sobre el origen del dinero, y esas experiencias, esas mejores prácticas, hay que incorporarlas a la agencia europea para que haga mejor su trabajo. Y, en segundo lugar, hay que ponerse en contacto con la agencia norteamericana de lucha contra el lavado de dinero, porque esta experiencia norteamericana es el origen de la eficacia en la lucha contra el dinero negro en todo el mundo. Es una lucha global que hay que abordar globalmente.

Jordi Solé (Verts/ALE). – Mr President, money laundering is a huge economic problem but also a risk for security and financial stability in the European Union. The huge amount of dirty money flowing into Europe is a scandal and has to be urgently tackled. What we can see in recent money laundering cases around Europe is that often, even if the legislation is in place, the rules are not properly supervised and implemented. Enforcement is carried out by different national authorities that often have different standards and sometimes do not cooperate enough. Thus the Commission must ensure that anti-money laundering rules are timely and consistently transposed, implemented and enforced in the EU Member States.

I welcome the new anti-money laundering responsibilities that are to be entrusted to the European Banking Authority, but I believe we should move towards centralised enforcement with a separate EU authority – a kind of European financial intelligence unit. This would definitely improve the consistency and effectiveness of the legislation.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, paní komisařko, navzdory posílenému legislativnímu rámci přijatému v posledních letech jsme byli v poslední době svědky skutečně vážných problémů spojených s praním špinavých peněz, a proto je namístě obava, zdali náš právní rámec je skutečně dostatečný a nejsou v něm mezery či nedostatky.

Případ kolapsu lotyšské banky, zmrazení aktiv maltské banky z důvodu podezřelých transakcí jejího iránského vlastníka ukazují, že dnešní evropský právní rámec boje proti praní špinavých peněz skutečně postrádá potřebnou odolnost vůči selhání vlastníků či manažerů bank, či dokonce tedy národních dohledových orgánů.

O varovně nízké přeshraniční spolupráci národních dohledových orgánů svědčí také odhalení v souvislosti s kauzou *Panama Papers*, že do různých bank v EU přiteklo z Ruska 21 miliard kapitálu nelegálního původu. Jsem proto toho názoru, že situace vyžaduje rozhodnou reakci Komise, a děkuji Vám, paní komisařko, za to, že jste v této iniciativě v čele. Účinný boj proti praní špinavých peněz by měl být naší prioritou. Výhrady, které můžeme mít k současné podobě pravidel: nedostatečná či opožděná činnost dohledových orgánů, nedostatky v oblasti spolupráce a sdílení informací dohledových orgánů na vnitrostátní úrovni nebo dokonce mezi orgány v různých členských státech nebo s orgány třetích zemí v bojích právě proti praní špinavých peněz. Proto vítám, že Komise přistoupila k akci a že přišla s návrhem příslušné legislativní změny, zejména té upravující bankovní unii. Je třeba, aby evropský orgán byl vybaven dnes silnějším mandátem v boji proti praní špinavých peněz.

(Procedura «catch the eye»)

Seán Kelly (PPE). – Mr President, I must say I am appalled at the extent of money laundering that is taking place in the European Union. I listened to the debate carefully. One message that we need to send out from here is that no individual should be too big to jail, no bank too big to fail, and No Member State too big to nail. If we do that we will make a good effort at solving this ridiculous situation that is denying citizens so much in terms of jobs and wealth.

I agree with my colleague, Mr Hayes, that rather than creating a new agency, we should give increased resources to the EBA to apply the rules that are there and, if the rules are not sufficiently strong, to introduce more draconian rules and penalties. The best deterrent for this is a huge draconian penalty.

Finally, I do not like the EIB being associated with this discussion. From my knowledge of them, they do tremendous work for Europe and EFSI especially is there for all to see.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor presidente, señora comisaria Jourová, hemos compartido esta tarde algunos de nosotros con usted debates importantes: Eurojust, decomiso de dinero procedente de negocios ilícitos y, ahora, lavado de dinero a través del sistema bancario en la Unión Europea. Todo esto requiere cooperación para hacer frente a la criminalidad organizada y a los beneficios de los delitos que se cometen.

Billones de euros se lavan a través de casos notorios en bancos europeos —procedentes, a menudo, de Rusia, de las antiguas repúblicas soviéticas—, pero, en todo caso, enseñando lecciones muy claras: ausencia de mecanismos eficaces, de acuerdos de cooperación con terceros países y, sobre todo, retraso en la gestión del problema y escala nacional de la respuesta, que ponen de manifiesto que nos hace falta un mecanismo europeo, eficaz y de calidad, de supervisión bancaria para que emitamos un mensaje muy claro al que tienen derecho los ciudadanos europeos.

Ningún banco puede ser demasiado grande para caer —lo ha demostrado la crisis económica—, pero tampoco ningún banco puede permitirse ser demasiado poderoso como para no ser supervisado.

(Fine della procedura «catch the eye»)

Věra Jourová, Member of the Commission. – Mr President, I agree with all honourable Members who declared here that it must be our common priority to fight money laundering. There are at least two serious reasons. Many of you mentioned here that we have to stop the reputational risk to the European banking and financial sector. The second thing has been mentioned many times here, the illicit money – the money which comes to Europe to be laundered – serves in many cases to finance organised crime, trafficking in human beings, drugs trafficking and terrorism. So this is indeed connected with the previous discussions we had here today which concerned the need to be better in ensuring security in Europe.

I would like to answer the direct question of Mr Giegold, there were two questions: when will I guarantee that there will be no money laundering in Europe and the second was about when the Commission will do something. Maybe it's not exact but you asked about the activities and actions of the Commission, the current ones and what are the plans. The second question was on the capacities, so let me briefly answer. While the role of the Commission is clear, we have in fact four roles here: set the rules, enforce the rules in the Member States, monitor the application of the rules, and then the forth role, which I call a fireman role, to act in case there is an incident, which are the cases we are talking about today here.

First on the rules, as I said before, I think that the EU has the best system compared with the global systems, or the systems which work outside Europe. They cover prevention, which cover very thorough due diligence, checking of further suspicious transactions, detection, investigation, penalisation.

In our European rules, the roles and obligations of different players and different institutions and also concrete people are very precisely described.

There are roles for the European Union, Commission, Member States, institutions at the level of the Member States, be it supervisory body, be it law enforcement level, be it financial intelligence unit and, of course, the banking sector and other sectors which are concerned.

There is also a role for individuals, and it will be very interesting after the investigation in Denmark and Estonia is be finalised – which I hope will be next year, because the investigations already started – to understand better who failed, what failed. Were there rules which allowed these failures, by leaving some gaps and loopholes, or was it the failure at the level of the institutions? Was it the supervisor or were there concrete people working in the banks who committed some wrongdoing by negligence or intentional wrongdoing? We will know more, hopefully, as I said, next year.

On enforcement, you know that we do a lot to enforce and to guarantee the proper implementation of the 4th Anti-Money Laundering Directive (AML) and also that we are helping the Member States to prepare for the 5th - Anti-Money Laundering Directive. Both pieces of legislation are dramatically increasing transparency; they are covering other sectors than the banking sector. You asked about the real estate sector; it is being covered now. We are covering cryptocurrencies, which pose a new kind of risk, also for our financial sector. We have issued new standards for financial intelligence units, where we see the gaps in cooperation.

Coming back to the enforcement of the implementation of the 4th AML, we have launched infringements in the case of 16 Member States, we have referred two Member States for the lack of notification to the Court. So we are pushing very intensively, and I must say that the Member States take it seriously and we are in constant dialogue.

Now a little bit on the monitoring role. We are of course monitoring the situation in all the Member States, but the enhanced monitoring, of course, is in the States where we see problems. You know that I am working very intensively on the Maltese situation. Very probably we will issue an opinion – following the European Banking Authority's (EBA) findings – on the Maltese case in the middle of November. We are monitoring the situation in Latvia, and of course now in Denmark, Estonia, in Cyprus and in Germany. The detection of problematic places is quite precise thanks to the continuous risk analysis we are doing, and we are monitoring very precisely.

The last thing which I wanted to mention is the role of the fireman. The Commission acts when something wrong is happening. I think that it shouldn't be the role of the Commission, because we have quite limited competences here. You know that in the case of Malta, in the case now of Denmark, I asked the European Banking Authority to go to the country and to run the investigation. This is the core principle which we introduce in the new legislation, that the European Banking Authority should be equipped with the competences to collect the data, to coordinate and to act in case of first alert that there is something wrong happening. I am sure that if the EBA had had the competence before the Danske Bank problem, there would have been some action between 2007 and 2015 when money laundering in the scope of EUR 200 billion was up and running. It would have been a solution. I believe that we are proposing something which will be very practical for these emergency situations.

Why have such a competence on a European level? Well, because if one Member State fails, it is a problem for the whole of Europe. We have to improve shared management and by taking part of the power we are also taking part of the responsibility, speaking about the European Banking Authority. I want to urge you to support these proposals because this is based on bad lessons and on our very strong effort and will to improve the situation and not to let these situations and scandals happen again.

A last comment on the capacities. For the European Banking Authority it is foreseen that by 2020 they should have 12 people, but in case of need I am sure that the capacities will be enlarged. What if not this? This is a cardinal and key issue and problem we face in Europe, as I said at the beginning, connected with endangering our security. I'm sure that the capacities will be deployed on the necessary level and the same applies for the Commission. You know that Mr Juncker promised to enlarge the capacities in my DG. We have now a very well-working unit dealing with the matters connected with financial crime. We will increase the capacities. The experts who are in my team are now intensively working on the European list of high-risk third countries. Everything we promised the Committee of

Inquiry into Money laundering, tax avoidance and tax evasion (PANA) and the Special Committee on Financial Crimes, Tax Evasion and Tax Avoidance (TAX3) would happen, we are now doing, because this is a very serious situation and this is a very big task ahead of us.

Thank you very much for your attention, sorry to be a little bit longer, but I wanted to explain the context and to express my personal strong determination to solve the problems we are facing now.

Juliane Bogner-Strauss, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, thank you again for giving me the floor. I have followed Members' valuable contributions with great interest. I have also heard the input from the Commission.

There is definitely a problem with money laundering that we need to understand and that we have to solve. The various investigations taking place will add much needed clarity. It is indeed very damaging if the information on money laundering and financing of terrorism does not flow where it should and if no action is taken in good time to remedy the situation.

The avenue proposed by the Commission could be very helpful in this respect by ensuring that AML rules are effectively supervised across the EU and that different authorities cooperate closely with each other. Yesterday, the proposal was presented in the Ecofin Council and it will now be examined at technical level. As already mentioned, the Council will also set out comprehensive and long term measures in this area by December. The Presidency will remain available for exchanges on the subject as needed.

Presidente. – La discussione è chiusa.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Dariusz Rosati (PPE), *in writing*. – First, I would like to thank the Commissioner for acknowledging our work in the PANA and TAX3 Committees when it comes to the fight against money laundering issues. Still, the recent months have shown that despite the EU's tireless efforts, money laundering in the European Union's banking sector is still an issue costing us billions of euros. The money laundering scandals connected to Danske Bank, ING, Pilatus Bank and ABLV have shocked many Europeans. I do not want to get into the examples of terrorist financing or the laundromat cases... If our rules and the cooperation between Member States are so strong, why in some cases did we need the US authorities to help us in finding our own – European – weaknesses? From our PANA and TAX3 observations hitherto, we know that, for the time being, we probably might not need new institutions, but it is improving Member States' cooperation and information exchange which can facilitate the fight against money laundering. What we need in the era of populism is trust – trust in the institutions and what we do in the EU. Fighting against money laundering will bring that. We need to do it.

19. Zusammensetzung der Ausschüsse und der Delegationen: siehe Protokoll

20. Humanitärer Notstand im Mittelmeer: Unterstützung lokaler und regionaler Gebietskörperschaften (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione sulle dichiarazioni del Consiglio e della Commissione sull'emergenza umanitaria nel Mediterraneo: sostegno alle autorità locali e regionali (2018/2854(RSP)).

Juliane Bogner-Strauss, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, honourable Members, thank you for the opportunity to participate in this debate on the situation in the Mediterranean and the role of local and regional authorities in receiving and supporting migrants and refugees at local level. Indeed, many actors at local level have made great efforts to welcome and ensure access to services such as housing, healthcare and education and enabling long-term integration of migrants and refugees.

As I already mentioned yesterday morning, during more than two years the Commission proposal on the Dublin reform has been on the table. Many options have been considered by the Council. However, none of the solutions proposed by successive presidencies have gained the required support. Based on the work of the Bulgarian Presidency and previous presidencies, the Austrian Presidency has continued to work with you to find a consensus to reform it, based on a balance of responsibility and solidarity.

Mandatory allocation, which is at the heart of Parliament's mandate, continues to be the main stumbling block in the negotiations in the Council, and this divides not only the Member States, but also the populations of the Member States.

We conducted bilateral talks with all Member States in August, in order to find possible middle ground. This issue was also discussed at the informal summit in Salzburg, and we will have a discussion at the Justice and Home Affairs Council on 12 October. The aim is to present the outcome to Heads of State and Government at the European Council on 18 October. We are also working on the other files to find a solution to the whole package.

This morning we were reminded of the tragedy of Lampedusa. I want to underline that we have to ensure that no more lives are lost at sea. The objective remains to remove the incentive to undertake risky journeys by sea.

I would also like to mention that in December 2016 the Council adopted conclusions on the integration of third country nationals. On this occasion, Member States recognised the important role of regional and local authorities, civil society and social partners, as well as local partners and communities in the integration process. Member States were notably invited to focus their efforts on early integration measures in order to enable early access to education, vocational training and to the labour market. We all know that local and regional authorities play a key part in ensuring the reception of asylum seekers' access to services and long-term integration into host communities.

On the question of direct funding for cities and regions and granting them direct access to relevant funding, I can say the following. The Multiannual Financial Framework provides long-term predictability for all policy areas covered by the Union, including integration measures. The integration of third country nationals is explicitly mentioned in the AMIF Regulation. Local and regional authorities are eligible entities, the funds being channelled through the respective administrations of Member States. In order to achieve the greatest added value, AMIF pursues strategies designed to promote the integration of third country nationals at national, local and/or regional level, where appropriate.

In view of the next programming period 2021-2027, the long-term integration measures are proposed by the Commission to be included in the European Social Fund+. This Fund should focus on integration in the labour market, leaving early integration measures to the new Asylum and Migration Fund (AMF). The Asylum and Migration Fund, which is part of the MFF post-2020 package, should facilitate even more access to Union funding. It should, as proposed by the Commission, take into consideration the crucial role played by local and regional authorities and civil society organisations in the field of integration.

In general, the AMF should promote early integration measures for the social and economic inclusion of third country nationals preparing their active participation in, and their acceptance by, the receiving society, in particular with the involvement of local or regional authorities and civil society organisations. These actions should benefit from a higher cofinancing rate. Long-term integration measures should be covered by the European Social Fund+ in the MFF post 2020.

Thank you very much for raising these important questions and for your attention. I would be happy if needed to complement these introductory elements at the close of the debate.

Günther Oettinger, *Mitglied der Kommission*. – Herr Präsident, Damen und Herren Abgeordnete, Frau Ministerin für die Ratspräsidenten, meine Damen und Herren! In Vertretung meines Kollegen Avramopoulos, der heute bei der EU-Westbalkan-Konferenz in Tirana die Kommission vertreten muss, darf ich auf Ihre Fragen wie folgt eingehen, und zwar auf der Grundlage, dass wir bemüht sind, als Kommission eine ausgewogene Migrationspolitik zu formulieren, dabei Solidarität, Nachhaltigkeit und kluge Lösungen auch und gerade auf lokaler und regionaler Ebene zu erreichen. Die Kommunen und die Regionen sind für viele Themen der Migration und der Flüchtlingsaufgabe entscheidende Partner vor Ort. Deswegen ist uns die Unterstützung unserer Kommunen sehr wichtig.

Ich bin dem Parlament dankbar für das Interesse, für Ihre Ratschläge und auch für Ihre Unterstützung auf dem Weg zu einer Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylrechts. Wir sollten alles tun, um noch vor der europäischen Wahl hier nicht nur Fortschritte, sondern auch Entscheidungen zu erzielen. Von sieben Gesetzgebungsvorschlägen der Kommission ist bei fünf eigentlich die Einigung absehbar, und die jetzt zu erreichen und zu verabschieden, scheint ein gemeinsames Ziel der Ratspräsidiierenden und aller Beteiligten zu sein.

Die Reform des Dublin-Systems. Machen wir uns nichts vor: Das war ein System, das bei 30 000, 40 000 Flüchtlingen pro Jahr eine zumutbare Aufgabe für die am stärksten betroffenen Länder Bulgarien, Griechenland, Italien, Spanien, Malta und Zypern dargestellt hat. Bei einer größeren Zahl war es eine Überforderung. Deswegen ist meine erste Frage an uns alle – übrigens abweichend von meinem Text: Ist nicht jeder Flüchtling, der Europa erreicht, eine Aufgabe für ganz Europa, für die gemeinsame Union?

Wir haben als Kommission im Sommer einige Einzelfälle bewältigt – Schiffe im Mittelmeer, Valencia, Barcelona, Napoli, Valetta –, um zu erreichen, dass die Flüchtlinge auf diesen Booten sicheren europäischen Grund erreichten. Und deswegen waren wir dankbar, dass es Mitgliedstaaten gab, die sich angeboten haben, dies auch zu bewerkstelligen. Überlegen wir: Was wäre, wenn in den nächsten Wochen auf hoher See ein Boot unterginge, eine Katastrophe käme? Wir wären alle zu Recht peinlich berührt. Und ich glaube – dies will ich hier einmal sehr deutlich sagen als erfahrener Kommissar –, die Europäische Union sollte bereit sein, jegliche Pflichten aus dem Völkerrecht, dem Seerecht, der Genfer Flüchtlingskonvention, der Menschenrechtskonvention und der *rule of law* unbedingt einzuhalten, auf jeder europäischen Ebene. Europa darf nicht mit der Frage konfrontiert werden: Ist euch Völkerrecht, ist euch die Flüchtlingskonvention, ist euch Seerecht nur noch eingeschränkt von Bedeutung? Es muss unabdingbar unsere Rechtsgrundlage bleiben.

Wir sollten eine nachhaltige Lösung finden und nicht nur für jeden einzelnen Fall, für jedes einzelne Schiff. Wir bauen als Kommission darauf, dass der Europäische Rat dies nicht nur berät, sondern auch zu klugen, solidarischen Lösungen kommen kann. Dabei spielt der Schutz der Außengrenzen eine Rolle, dabei spielen Rückführungsvereinbarungen in Drittstaaten eine Rolle. Aber es geht auch um kluge Solidarität innerhalb der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Hier eine Einigung über die Dublin-Verordnung zu erreichen, wäre ein ehrgeiziges Ziel, das man vor Jahresende oder spätestens vor der europäischen Wahl erreichen sollte. Die Kommission ist zu jeder Hilfeleistung dazu bereit.

Wenn Regionen und Kommunen fragen, was die Europäische Union und das Budget Europas tun kann: Der neue Asyl- und Migrationsfonds für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen, den wir im Juni vorgestellt haben, sieht weit mehr Mittel, einen besseren Zugang und unbürokratische Bestimmungen dafür für lokale und regionale Behörden vor. Je eher wir den nächsten Haushaltsrahmen verabschieden, desto mehr haben Kommunen frühzeitig Klarheit über die Finanzpartnerschaft Europas mit den Aufgaben der Integration, der Unterbringung, der Verfahrensdurchführung, die auf kommunaler und regionaler Ebene bestehen.

Es geht auch um mehr Anreize für Mitgliedstaaten, zum Beispiel um einen höheren EU-Beitrag für die Finanzierung von Integrationsmaßnahmen. Es geht um eine Programmplanungsbehörde, die über sieben Jahre hinweg tätig ist. Wir wollen auch in Kommunen, die in besonderem Maße berührt sind – ich darf ein Beispiel nennen: Samos, dort haben wir einen sogenannten Hotspot – die Infrastruktur verbessern – Wasser, Abwasser, Infrastruktur generell – und können hier europäische Mittel anbieten, damit Gemeinden und Städte, die mehr tun, die auch geografisch mehr tun sollten, entlastet werden von dem, was auf sie zukommt, um für Menschen, die in Europa ankommen, ein menschenwürdiges Leben zu organisieren.

Wir unterstützen die Entwicklung von angemessenen Notfallplänen und haben auch hierfür Mittel im europäischen Haushalt vorgesehen. Die Europäische Unterstützungsgesellschaft, die wir jetzt entwickeln, hat einen Leitfaden zur Notfallplanung im Aufnahmesystem erarbeitet und bietet Hilfen für alle regionalen Partner an. Wir machen Konferenzen zu *best practice*, Sätzeakademien zwischen Praktikern und der Politik auf lokaler Ebene und wollen hier Hilfestellung leisten, so gut es uns als Kommission möglich ist.

Ich darf das Europäische Migrationsforum erwähnen – eine Plattform für die Zivilgesellschaft und die Kommunen –, wo wir die Fragen der Migrationssteuerung vor Ort erörtern und Lösungen versuchen. Wir haben im Kontext des Netzes der mitgliedstaatlichen Behörden, die im Bereich der Immigration tätig sind, Maßnahmen zum Ausbau der Kooperation zwischen allen Ebenen vorgesehen und haben auch dafür Finanzmittel in den Haushalten 2018, 2019 und 2020, die wir anbieten können.

Studienaufenthalte für Fachleute, die wir organisieren: Wir rufen die Kommunen auf, auf die Kommission zuzukommen, damit wir unser Netzwerk, unseren Rat, unsere Erfahrungen und auch gewisse bescheidene Finanzmittel anbieten können.

Und klar ist: Es geht auch um Fragen der legalen Zuwanderung nach Europa, in den Arbeitsmarkt. Es geht darum, dass wir die irreguläre Migration durch geordnete Tore verringern. Wir haben vorgeschlagen, eine Reform der blauen Karte EU, um qualifizierten Migranten den Weg zu uns attraktiver zu machen und auch unbürokratisch, flexibler und einfacher den Weg in die europäischen Arbeitsmärkte zu ermöglichen. Hierfür brauchen wir die Sozialpartner – die Arbeitgeber, die Gewerkschaften –, und wir organisieren hier deswegen gemeinsame Plattformen zwischen den Akteuren des Arbeitsmarktes und der Europäischen Union.

Zusammengefasst: Natürlich spielt die Europäische Union eine entscheidende Rolle, aber die Integration und die rechtliche Prüfung finden vor Ort statt. Deswegen kann man die Arbeit von Bürgermeistern und kommunalen Sozialarbeitern, Experten der Integration gar nicht genügend hoch einschätzen. Sie finanziell zu unterstützen, ein Netzwerk aufzubauen und ihnen die Arbeit zu erleichtern, ist uns Verpflichtung. Wir können schon jetzt im jetzigen Haushaltsrahmen einiges tun und könnten und können mit einem früh verabschiedeten nächsten Haushaltsrahmen noch weit flexibler als bisher diese Arbeit erleichtern und auch finanziell ermöglichen.

Ελισάβετ Βόζεμπεργκ-Βρυονίδη, εξ ονόματος της ομάδας PPE. – Κύριε Πρόεδρε, κυρίες και κύριοι συνάδελφοι, το ζήτημα που συζητούμε σήμερα έχει ειδικό βάρος για τη χώρα μου, την Ελλάδα. Μεγάλες περιφέρειες της νησιωτικής και ηπειρωτικής χώρας φιλοξενούν τα τελευταία χρόνια δυσανάλογα μεγάλο αριθμό μεταναστών και προσφύγων.

Κύριε Επίτροπε, αναφερθήκατε στη Σάμο. Είναι και η Λέσβος και η Χίος και άλλες περιοχές της χώρας μου. Ειδικά στα νησιά του βορειοανατολικού Αιγαίου υπάρχει ανθρωπιστική κρίση λόγω της υπερσυσώρευσης στα κέντρα ταυτοποίησης αλλοδαπών. Το πρόβλημα λαμβάνει ανεξέλεγκτες διαστάσεις και οι τοπικές αρχές βρίσκονται ουσιαστικά, με δεμένα χέρια, να δίνουν άνισο αγώνα διαχείρισης του προβλήματος, χωρίς τα απαραίτητα μέσα.

Οι περιφέρειες συχνά εκπέμπουν σήμα κινδύνου και προβάλλουν επιτακτικά το αίτημα να μπορούν να ενεργούν αυτόνομα σε θέματα υποδοχής και φροντίδας προσφύγων, χαράσσοντας αντίστοιχα σχετικές πολιτικές σε περιφερειακό επίπεδο. Μην ξεχνάμε ότι βρίσκονται στην πρώτη γραμμή για την παροχή βοήθειας στους πρόσφυγες. Σε πολλές περιπτώσεις υπάρχουν γραφειοκρατικές καθυστερήσεις που δυσχεραίνουν δραματικά τη διαχείριση του προβλήματος.

Ως εκ τούτου, πρέπει να εξετάσουμε τη δυνατότητα πρόσβασης των δήμων και των περιφερειών σε μέρος των ευρωπαϊκών κονδυλίων, σε συνάρτηση πάντοτε με τον εθνικό σχεδιασμό των κρατών μελών για το μεταναστευτικό. Η αλλαγή του νομικού πλαισίου με την παροχή θεσμικών αρμοδιοτήτων σε περιφερειακό επίπεδο θα μπορούσε να συνδυαστεί σε αυτό το πλαίσιο. Αντίστοιχα πρέπει να στηριχθούν και οι τοπικές κοινωνίες που σηκώνουν δυσανάλογο βάρος στη διαχείριση του προσφυγικού.

Η συνεργασία της Ευρωπαϊκής Ένωσης με τις τοπικές αρχές θα συμβάλει αποφασιστικά και στην καταπολέμηση της εκμετάλλευσης και λαθρεμπορίας μεταναστών, που ανθεί δυστυχώς τα τελευταία χρόνια στη Μεσόγειο. Πάνω απ' όλα, σε κάθε κράτος μέλος, απαιτείται ουσιαστική συμμετοχή των περιφερειακών αρχών στον κεντρικό σχεδιασμό και την εφαρμογή της μεταναστευτικής πολιτικής. Μόνο έτσι εξασφαλίζεται αποτελεσματικά η διαχείριση όλων των πτυχών της ανθρωπιστικής κρίσης.

Claude Moraes, on behalf of the S&D Group. – Mr President, I would like to thank the Commissioner for the introduction. Like the previous speaker, I want to concentrate, on behalf of my Group, immediately on the point raised by the oral question, which is the heart of the matter: the matter of how local and regional authorities are dealing with the crisis.

I make no apology for looking at the issue of Greece. I know many other regions will be spoken about by other Members too, because this is about the immediate problems. For example, many of us have been to those regions: Moria, for example, is now dangerously overcrowded. Its current population reaches more than 9 000, while it has the capacity for so much more. There are significant gaps in the provision of basic needs and urgent health care. Approximately 4 000 people are living in tents or shelters made from plastic sheeting. We know, colleagues, what this means, not only for those people, but for the European Union. We know the risks that refugees and migrants, vulnerable to ruthless exploitation and to economic and social subjugation by criminal organisations, will submit to.

We know what the problems are, so here we must concentrate very much on what you were saying in your introduction, Commissioner, and I have some questions about this. How are we to deal with the issue? You spoke about more money, better practice and better access. The role of local authorities in the management of these integration policies must be strengthened.

I want your view on the call made in our Committee by the Mayor of Athens – and which many other local authority leaders have also made – for direct access to the Asylum, Migration and Integration Fund (AMIF) and technical assistance. What do you think of that? In the negotiations for the next Multiannual Financial Framework (MFF), will we keep the long-term perspective of integration and the key issue of direct funding in mind and push for effective and sustainable solutions?

We have a crisis. We have the ability to solve that crisis. It's particularly good that you are here today to go more in depth on what you talked about in your introduction and tell us what the solutions really are.

Helga Stevens, *namens de ECR-Fractie*. – Voorzitter, collega's, de titel van dit debat zegt alles. Zo lijkt er geen sprake te zijn van een vluchtelingencrisis in Europa, wat niet klopt. Waar zijn we in godsnaam mee bezig, collega's? Sluiten we de ogen voor het feit dat oorlogsvluchtelingen – waaronder talloze vrouwen, kinderen, ouderen en gewonden – achterblijven en moeten bedelen in de straten van Beiroet of zich moeten prostitueren in Jordanië?

En wat doet u? U spant zich in om de ongecontroleerde en continue instroom van vooral ongeschoolde economische migranten te faciliteren. Het is onbegrijpelijk dat ngo-boten migranten blijven oppikken tot vlak voor de kust van Noord-Afrika en vervolgens richting Europa varen in plaats van naar een veilige haven in de regio. Op die manier zullen mensen risico's blijven nemen, met tragische verdrinkingen tot gevolg. We moeten de ongecontroleerde economische migratie naar Europa stoppen. We moeten ons baseren op het Australische model.

Ik hoop dat de Europese Raad vaart maakt met het idee van ontschepingsplatformen buiten de Unie, want een reddingsoperatie die niet meer automatisch resulteert in een asielaanvraag in Europa, zal sterk ontradend werken. Mensen zullen dan wel twee keer nadenken. Tegelijkertijd verliezen de mensensmokkelaars hun bron van inkomsten. Alleen zo kunnen we de migratie weer onder controle krijgen, wat het draagvlak bij de burger vergroot voor de echte vluchtelingen.

Sophia in 't Veld, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, local and regional authorities across the European Union are struggling with the challenges of migration. That is not because of the massive influx, because there are not millions of people arriving, it is because national governments have completely failed time and time again to take decisions, to adopt a proper asylum and migration policy.

Local and regional authorities unlike the Council, cannot afford the luxury to fail, to dither, hesitate, postpone, turn a blind eye, play to the gallery, play into the long grass, so local and regional authorities do what government leaders fail to do, they act. Local and regional authorities, but also NGOs and churches, are taking their responsibility. National governments, instead of thanking those people, are criminalising them and punishing them for doing what any decent human being would do.

Courageous local and regional politicians get punished, like a mayor in Italy who has been put under house arrest for helping refugees. But that is the world on its head. You know what I think colleagues? I think it is the 28 government leaders who should be under house arrest. Maybe we should criminalise them for a criminal failure to act at great human cost.

I don't need to speak about all the shameful and despicable situations that we are facing, not just on EU territory but also outside the EU's borders. I think it is deeply, deeply shameful. We are the richest continent in the world and we pretend that we are not able to welcome these people; refugees but also labour migrants.

Parliament has done its homework, and what we have done is we have bridged the political differences across the political groups, which is the responsibility of politicians. The Commission has done its homework. Now I expect the Council next week at the JHA Council to show the same responsibility and finally agree on the asylum package, because that is what it has to do.

Bodil Valero, för Verts/ALE-gruppen. — Herr talman! Jag vill också tala om den italienska borgmästare som arresterades för att ha underlättat illegal invandring. Han kommer från en ort som är omskriven för hur han har lyckats ta emot många migranter. Han har integrerat dem, och han har också lyckats skapa jobb. Denna vinna-vinna-modell för samlevnad mellan invånarna och flyktingarna som byggts upp har varit positiv för hela samhällets ekonomi.

Jag ville egentligen också prata om *Aquarius* och om *Proactiva Open Arms* och om den kriminalisering som sker i dag också för dem som räddar liv, men det är kort om tid.

Sedan den stora flyktingströmmen till EU 2015 har vi tyvärr sett en ökande trend runtom i Europa att medlemsstaterna på olika sätt försöker kriminalisera hjälp till flyktingar och att hjälpen likställs med människosmuggling. Då, 2015, visade vissa medlemsstater en total brist på solidaritet, både med flyktingarna och med de övriga medlemsstaterna. Där staterna inte klarade av att ta sitt ansvar tog emellertid kommunala och regionala myndigheter över, och tillsammans med civilsamhällesorganisationer så lyckades de gemensamt klara av att ge tak över huvudet, mat, hälsovård och skola till de nyanlända – ofta utan något som helst ekonomiskt stöd av de nationella myndigheterna och ibland raka motsatsen.

Vi gröna menar därför att det är nödvändigt att kommuner, regioner och organisationer, som tar sitt humanitära ansvar för de migranter som kommer, ska ges både rättsligt stöd och resurser att göra det. Det finns nämligen så många goda exempel att hämta från olika kommuner i Europa där integrationen mellan den ursprungliga befolkningen och de nyanlända fungerar oerhört bra. Inte minst i orter med minskande befolkning kan befolkningstillskottet vara det som gör att orten får det ekonomiska uppsving som den så väl behöver.

För oss gröna är det också helt uteslutet att humanitärt stöd till flyktingar ska kunna kriminaliseras. Parlamentet antog den 5 april i år en resolution med riktlinjer för att undvika just de situationer som vi sett i Italien i dag och som flera andra kan vilja ta efter. Vi vill att kommissionen utarbetar riktlinjer i linje med vår resolution.

Marie-Christine Vergiat, au nom du groupe GUE/NGL. – Monsieur le Président, il y a cinq ans jour pour jour, un bateau coulait près de Lampedusa faisant 368 morts: ils étaient somaliens, érythréens, soudanais. Dans la foulée, l'Italie lançait l'opération «Mare Nostrum». Un an plus tard cette opération était stoppée, l'Italie ne pouvant la poursuivre seule. «Triton» ne l'a pas remplacée, ni par son périmètre, ni par les moyens mis en œuvre.

Près de 20 000 personnes sont mortes depuis 2014 en Méditerranée. Le nombre de traversées a aujourd'hui diminué de 90 % par rapport au pic de 2015, mais le nombre de morts augmente proportionnellement: 1 mort pour 5 traversées en septembre (20 %) contre 1 pour 47 en 2017. C'est 9 morts par jour! Et on ne les bloquera pas.

L'Union européenne bafoue le droit international, le droit de la mer et le droit d'asile, c'est une honte! C'est cette incapacité de l'Union et de ses États membres à remplir leurs obligations internationales qui a conduit des ONG à affréter des navires pour sauver ces hommes, ces femmes, ces enfants tentant de traverser la Méditerranée au péril de leur vie. L'*Aquarius* est désormais le seul bateau en mer. Nous devons agir pour qu'il retrouve un pavillon, et je souhaite vivement qu'il soit français et que tous les bateaux qui veulent sauver des vies puissent prendre la mer.

Non, il ne faut criminaliser ni les ONG, ni les citoyens, ni les élus, et je veux dénoncer moi aussi la situation faite à Domenico Lucano, le maire de Riace. Il faut donner à tous ceux qui le souhaitent les moyens d'aider les réfugiés et pour cela, oui, nous devons leur ouvrir directement l'accès aux fonds européens, sans bureaucratie inutile.

Mario Borghezio, a nome del gruppo ENF. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la Commissione ha svolto una relazione dettagliatissima su tutte le cose non importanti o non così importanti, come l'evidenza dei casi, dei problemi che questo dibattito ha dimostrato. E sul problema veramente importante e cioè la riforma di Dublino è di una vaghezza sconcertante. Ci dicono: speriamo fine anno, forse il prossimo, sicuramente prima della fine di questa legislatura europea, non ne sono troppo convinto.

Continuate a non riformare Dublino, che è uno dei punti fondamentali, che è un accordo che la stessa Commissione riconosce essere superato, quindi è una presa in giro di coloro che invece seriamente hanno denunciato da una parte o dall'altra. Noi abbiamo denunciato le storture di questa falsa solidarietà e forse l'episodio di questo comune, di questo sindaco italiano è una conferma.

Quello che vi posso dire è che la tragedia di Lampedusa oggi non si ripeterebbe per merito di una decisione coraggiosa del governo italiano, che è quella di bloccare e i porti e quindi di mettere una barriera nei confronti delle organizzazioni criminali che hanno sfruttato, con il commercio di carne umana, i poveri del mondo.

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento))

Eleonora Forenza (GUE/NGL), domanda «cartellino blu». – Volevo chiedere all'onorevole Borghezio perché il governo italiano, della cui maggioranza fa parte, non ha sostenuto la proposta del Parlamento europeo sulla riforma di Dublino, e se reputa il caso della nave Diciotti un modello che l'Italia può addurre come esempio per l'Europa, dato che, ricordo, il ministro degli Interni è sotto inchiesta giudiziaria per sequestro di persona.

Mario Borghezio (ENF), risposta a una domanda «cartellino blu». – Certamente la pseudo riforma proposta non andava nel senso che il buon senso e direi la realtà della situazione impone. Nel frattempo, è continuato anche perché questa riforma proposta da chi ha scaricato sull'Italia centinaia di migliaia di immigrati nel disinteresse omertoso degli altri paesi e dell'Unione europea non induceva certamente all'ottimismo e a una valutazione serena della proposta.

E per quanto riguarda gli attacchi, le critiche all'operato del ministro Salvini sulla questione Aquarius, io mi permetto di dire che l'Unione europea e tutti quelli che hanno a cuore la salute e la sicurezza delle persone che si affidavano e oggi non si affidano più, grazie a Dio, in gran parte ai mercanti di morte, dovrebbero fare un monumento al ministro Salvini a cui bisognerebbe attribuire un grande premio come a un personaggio rilevante dell'azione umanitaria, perché ha iniziato l'operazione più importante, quella di tagliare le gambe agli sfruttatori della povera gente e dei poveri immigrati.

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento))

Ana Miranda (Verts/ALE), pregunta de «tarjeta azul». – Mire, señor Borghezio, me sabe mal intervenir, pero voy a hacerlo porque yo estaba en un barco con la señora Forenza, con el señor Urbán y con el señor López cuando el Gobierno fascista del señor Salvini no nos permitió atracar en un puerto. Y, por lo tanto, me permito, como persona, miembro de este Parlamento, con la suficiente dignidad para haber estado en el Mediterráneo, decirle que las declaraciones que acaba de hacer de no permitir que el Gobierno dejara atracar a un barco humanitario dejándolo vagando durante varios días lo dejan en una deshonra tremenda.

Mario Borghezio (ENF), risposta a una domanda «cartellino blu». – Credo che l'onorevole che mi ha rivolto, con la consueta cortesia e garbo, queste osservazioni non consideri adeguatamente il fatto che, con questa coraggiosa decisione, il ministro ha dato un segnale importante a tutti quelli che fino adesso hanno speculato senza interventi e senza controlli veri nei confronti di chi sfrutta queste situazioni.

Bisogna fare chiarezza e distinguere nettamente le azioni di vera solidarietà da quelle, e sono molte e finanziate da personaggi limpidi come il grande magnate e speculatore internazionale Soros, che con la solidarietà e l'amore per il i cittadini del Terzo mondo non hanno niente a che vedere.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η Ευρωπαϊκή Ένωση, οι κυβερνήσεις, ο ΣΥΡΙΖΑ και η Νέα Δημοκρατία στην Ελλάδα χαιρέτισαν, προώθησαν και στήριξαν την απαράδεκτη συμφωνία Ευρωπαϊκής Ένωσης-Τουρκίας, που μετατρέπει τα νησιά σε χώρους διπλού εγκλωβισμού των προσφύγων και μεταναστών. Δική τους πολιτική είναι ο κανονισμός του Δουβλίνου, που ζει και βασιλεύει, στέλνοντας πρόσφυγες στις πύλες εισόδου της Ευρωπαϊκής Ένωσης, όπως είναι η Ελλάδα. Έργο δικό τους είναι η αυξανόμενη δύναμη της ευρωπαϊκής συνοριοφυλακής, η καταστολή, οι fast-track απελάσεις. Δική τους αθλιότητα είναι τα hotspots τύπου Μόριας, τόσο ως σχεδιασμός όσο και ως υλοποίηση, και έπονται νέα κλειστά κέντρα και τρίτες χώρες «αποθήκες» ψυχών.

Τα ευρωπαϊκά κονδύλια, και μέσα από την τοπική διοίκηση, στηρίζουν αυτές ακριβώς τις αντιδραστικές συμφωνίες και τους ευρωκανονισμούς, ταΐζουν ΜΚΟ και κυκλώματα. Γι' αυτό ούτε ανακούφιση στους πρόσφυγες ούτε ανάσα στους νησιώτες μπορούν να δώσουν. Αντίθετα, όλοι τους βιώνουν τις συνέπειες μιας άδλιας και επικίνδυνης κατάστασης, με τον χειμώνα να είναι μπροστά.

Πρέπει να κλείσουν εδώ και τώρα τα hotspots στα νησιά, να μεταφερθούν οι υπηρεσίες ασύλου στην ηπειρωτική Ελλάδα, να γίνει γρήγορη μεταφορά των προσφύγων και μεταναστών στις χώρες προορισμού τους.

Teresa Jiménez-Becerril Barrio (PPE). – Señor presidente, hoy debatimos cómo ayudar a las autoridades locales y regionales, que son las que afrontan en primer lugar la llegada masiva de inmigrantes que desbordan las comunidades del sur de Europa.

He sido testigo de tres realidades y visto a miles de personas engañadas por traficantes sin escrúpulos. En Lesbos (Grecia), he visto el dolor en las caras de muchos menores no acompañados y de mujeres y niñas víctimas de trata; lo he visto en Mineo (Italia), donde miles de inmigrantes pasan meses esperando una solicitud de asilo que nunca llega — como esa joven madre con su bebé «Milagro», al que llamé así porque había sobrevivido—. Y lo he visto, señor comisario, en España —en mi región, Andalucía, en Algeciras—, donde he comprobado el esfuerzo que el alcalde y los vecinos llevan a cabo junto a Salvamento Marítimo, las fuerzas de seguridad del Estado y Cruz Roja, quienes trabajan sin descanso para salvar vidas y atender a los inmigrantes que llegan a miles a nuestras costas y a Ceuta y Melilla.

Por eso exijo una mayor coordinación y distribución de los fondos europeos, para que puedan ayudar a las autoridades locales y regionales, que son quienes reciben y dan servicio a los inmigrantes.

Necesitamos una política común europea, que no deje espacio a las decisiones erráticas de los gobiernos nacionales, que cierran y abren fronteras a su antojo y que pierden de vista el objetivo de combatir a las mafias.

Solo cooperando con los países de origen y tránsito podemos frenar la tragedia que me avergüenza como europea. Ni toda África cabe en Europa, como quieren algunos, ni tampoco hay que cerrar las fronteras, como quieren otros: las dos afirmaciones son populistas. Y yo no lo soy.

Yo tengo corazón, pero también tengo cabeza, y pido voluntad política para resolver el reto migratorio con la responsabilidad que los ciudadanos nos piden. Y yo no quiero darle a los populistas y nacionalistas el martillo de la inmigración, porque con el destrozarán Europa y, sobre todo, sus cimientos y sus valores.

(La oradora acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento interno))

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID-MARIA SASSOLI

Vicepresidente

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *pregunta de «tarjeta azul»*. – Aun estando de acuerdo con parte de lo que has dicho, Teresa, creo que hay que manejar bien el lenguaje. Hemos hablado de que las regiones del sur de Europa están desbordadas por las llegadas de inmigrantes a nuestras costas. Los datos dicen que este es el año en el que menos inmigrantes han llegado de los últimos cinco años. De hecho, es justamente una cuestión que nos parece importante. Y hemos dicho también que no podemos albergar a toda África en Europa.

¿Me podrías decir el dato de los que han llegado a España o de los que han llegado a Europa por mar este año?

Teresa Jiménez-Becerril Barrio (PPE), *respuesta de «tarjeta azul»*. – Sí, Miguel, te podría decir que a España han llegado más de treinta mil; Miguel, te podría decir que yo he estado en Algeciras y hay muchísimos, y tú lo sabes.

Te podría decir que solo en Andalucía, en España, hay más de once mil menores no acompañados. No hay en Andalucía centros para alojarlos; no los hay, y no podemos tenerlos.

Te podría decir que he estado en Lesbos, que he visto cómo en Moria están hacinados —están incluso tentando el suicidio— y te lo podría decir Elisabeth, que es de allí. Te podría decir cómo he visto en Mineo a más de dos mil personas desesperadas. Y como lo he visto en muchos sitios, yo no quiero eso, y tampoco lo quieren los ciudadanos europeos.

Si es lo que vosotros queréis, que los de África vengan aquí, yo lo que quiero es que puedan vivir en sus países y que vengan los que de verdad podemos integrar.

Cécile Kashetu Kyenge (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la memoria del passato è indispensabile per costruire il nostro futuro e, proprio oggi, la nostra memoria va alle 368 vittime che il 3 ottobre di cinque anni fa persero la vita al largo di Lampedusa nel tentativo di raggiungere le nostre coste.

Che cosa è cambiato da allora? Il 3 ottobre 2018 il Mediterraneo continua ad essere un'emergenza e le politiche di integrazione e di inclusione sono ancora molto ostacolate.

Si continua a morire nel Mediterraneo, nell'indifferenza di coloro che in questi anni sono stati attenti ad erigere muri e salvaguardare le frontiere, piuttosto che salvare le vite umane, nella complicità di chi ha speculato sulla pelle dei più deboli facendo credere all'Europa di poter fermare gli sbarchi chiudendo i porti; di coloro che hanno fatto naufragare Mare Nostrum, la prima operazione umanitaria nel Mediterraneo, fortemente voluta dal governo italiano di allora; di chi si è opposto al sistema di ricerca e salvataggio in mare attraverso campagne di diffamazione vergognose contro le ONG impegnate nella solidarietà e salvaguardia dei diritti umani.

A tutto questo si aggiungono campagne denigratorie contro chi, tra mille difficoltà, cerca di mettere in piedi un sistema di accoglienza e di integrazione. Reitero qui la mia solidarietà al sindaco di Riace, Mimmo Lucano. Gli amministratori locali vanno sostenuti, sono loro che, offrendo servizi essenziali ai migranti, creando opportunità di istruzione e di lavoro, sviluppano un ambiente favorevole alla loro ulteriore integrazione. Basta campagne denigratorie contro chi lavora per la coesione sociale, formando i nuovi cittadini di domani.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedavajući, jedinice lokalne i regionalne samouprave nedvojbeno su najizloženije negativnim posljedicama migracijske krize na Sredozemlju. Unatoč vrlo ograničenim resursima, moraju nositi teret tuđih promašenih politika, a često ih se uopće ne konzultira u procesu donošenja važnih odluka.

Nije dovoljno povećati finansijsku pomoć jedinicama lokalne i regionalne samouprave, koje su prve na udaru, jer migracijska kriza njima nije samo finansijski nego i kulturološki te sigurnosni izazov. Migracijska politika i politika azila moraju doživjeti promjene, a glavni savjetnici u tom procesu moraju nam biti upravo lokalni dionici. Nemamo pravo donositi odluke koje značajno utječu na njihove živote daleko od njihovih očiju i bez njihova znanja.

Ono što je također nužno napraviti je pozabaviti se migracijskom krizom daleko od europskih obala. Moramo pojačati suradnju s nizom trećih zemalja i zajedničkim se snagama boriti protiv krijumčara te zaustavljati ilegalnu migraciju u začetku. Sve drugo je puka kozmetika koja može samo odgoditi, ali ne i zaustaviti nove političke turbulencije i sigurnosne izazove u Europskoj uniji.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señor presidente, comisario, las políticas europeas de inmigración y asilo son tan insatisfactorias porque los Estados, que tienen la responsabilidad sobre fronteras y visados, monopolizan las relaciones con la Comisión para determinar las políticas de inmigración y el uso del Fondo de Asilo, Migración e Integración.

La Comisión no se preocupa de saber si los Estados representan adecuadamente la posición de ciudades y regiones, el ámbito en el que vive la gente, el nivel desde el que se prestan los servicios y se fragua la integración, persona a persona, de los nuevos europeos. Un aporte demográfico, de talento y de energía vital que necesita nuestro envejecido continente. Así se desaprovechan posibilidades y recursos disponibles.

Por eso, muchas regiones y ciudades pedimos aquí, y en todos los foros disponibles, que escuchen a estas regiones y ciudades. El lehendakari vasco trasladó esta inquietud y propuestas concretas al presidente Juncker en su último encuentro.

Euskadi presentará la próxima semana en el Comité de las Regiones la iniciativa SHARE (compartir). Un mecanismo concreto a nivel estatal, regional y local para que la responsabilidad de la acogida se comparta atendiendo a tres parámetros: los ingresos fiscales, con un peso del 50 %, la población, con un 30 %, y el desempleo, con un 20 %.

Pedimos y ofrecemos un compromiso. Impulsamos un pacto social por la inmigración. Aspiramos a que la solidaridad que percibimos a pie de calle llegue directamente a despachos situados bastante más arriba y demasiado sensibles a la presión populista y la manipulación de las estadísticas.

Por favor, escuchen este clamor de la Europa de las personas, de la proximidad, de la que quiere construir este proyecto sumando de abajo hacia arriba. Propone una respuesta mucho más humana que la que estamos ofreciendo en este momento.

Josep-Maria Terricabras (Verts/ALE). – Señor presidente, el duradero escándalo de la ineficiencia de la Unión Europea en la acogida de refugiados y peticionarios de asilo se ha concentrado, desde hace muchos meses, en el Mediterráneo, donde han muerto miles de personas, donde sabemos que van a morir todavía cientos, miles.

Autoridades locales, regionales, ONG e iniciativas humanitarias han contribuido a salvar muchas vidas. Lo racional, lo humanitario, sería aumentar los presupuestos y ayudas a instituciones y grupos, y una implicación mucho mayor de los Estados trabajando en red y combatiendo a quienes negocian con la desesperación.

En vez de eso, las organizaciones humanitarias son criminalizadas, paralizadas y perseguidas y se les impide de actuar. La detención ayer mismo del alcalde de Riace pone claramente de manifiesto que la emergencia humanitaria se retuerce contra nosotros y deviene también la emergencia de nuestra propia responsabilidad.

Si seguimos por este camino, muchos van a perder la vida y, nosotros, la dignidad.

Barbara Spinelli (GUE/NGL). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la Commissione si allarma per il *deficit spending* in Italia, ricordo che i poveri assoluti sono da noi 5 milioni, ma approva una legge sulla sicurezza che decurta permessi umanitari, toglie certezza legale ai richiedenti asilo, elimina fondi per le strutture municipali di accoglienza.

Dice Draghi che ci sono parole dannose per le imprese, ma le parole di Salvini sul sindaco di Riace, arrestato per favoreggiamento dell'immigrazione sono benevolmente ignorate. «Sei uno zero» ha detto il ministro di chi ha salvato un intero villaggio dallo spopolamento, integrando i profughi e con fondi in diminuzione.

Non parlo solo dell'Italia, arresti e violenze contro chi facilita accoglienza e integrazione si moltiplicano. Cédric Herrou, Diego Dumont, il sindaco Mimmo Lucano, la lista si allunga, Commissario Oettinger, e mi piacerebbe sapere se questo allarma anche Lei.

Udo Voigt (NI). – Herr Präsident! Werte Kollegen! Wie lange brauchen Sie noch Erfahrungen, um zu wissen, dass die bisherige Migrationspolitik nicht funktioniert? Da kommen Menschen unter Vortäuschung einer Straftat nach Europa, indem sie vortäuschen in, Seenot zu sein, sich bewusst in diese Situation begeben. Bei schweren Wetterbedingungen gefährden sie auch die Leute, die als Retter kommen. Wir wissen aufgrund von jahrelangen Erfahrungen, dass die Mehrzahl hier überhaupt nicht integriert werden will. Und wir machen jetzt wieder Integrationsmaßnahmen bis zum Jahre 2027. Da fasst sich in der Tat die Welt an den Kopf.

Nehmen wir uns das Beispiel Australien, nehmen wir die USA. In Australien ist es so, dass jeder zurückgeschickt wird, der dort unangemeldet ankommt. Da gibt es gar keine Schlepper, da kann überhaupt niemand daran verdienen. Wir brauchen keine Integrationsmaßnahmen, wir brauchen die Rückführung derer, die sich bei uns befinden. Ansonsten braucht Europa eine Mauer, eine Festung von Schiffen aus Stahl, die verhindern, dass dieses Europa weiterhin von Fremden überschwemmt wird.

Innocenzo Leontini (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'emergenza umanitaria, ancora in corso nel Mediterraneo, ci impone di riformare quanto prima il sistema comune di asilo e, nello specifico, il sistema di Dublino, al fine di alleviare l'onere dell'accoglienza, sostenuto dai paesi soprattutto di primo approdo quali l'Italia, per esempio.

Ed è proprio nell'ambito di questi Stati, in particolare in regioni quali la Sicilia da cui io provengo, che le autorità locali e regionali svolgono un ruolo fondamentale pesante nell'accoglienza di rifugiati e migranti. Non possiamo lasciare da soli sindaci e amministratori locali, i quali fanno il possibile, con le poche risorse che hanno a disposizione, ma il loro lavoro deve essere inserito all'interno di una più decisa azione sia di livello nazionale che supportata dall'Unione europea.

Per questo motivo non sono contrario all'idea di concedere contributi più cospicui agli enti locali, nell'ambito dei finanziamenti europei rientranti nel fondo asilo e nel quadro finanziario pluriennale. Ritengo sia necessario aiutare gli sforzi degli Stati membri, seguendo un approccio condiviso ed evitando di sostenere criteri differenti all'interno delle diverse comunità territoriali.

La crescita dei flussi migratori verso l'Europa potrebbe durare ancora per decenni a causa delle varie dinamiche geopolitiche in Medio Oriente, Nord Africa, Corno d'Africa e della perdurante situazione di indigenza in cui versano alcune regioni subsahariane. Alla luce di ciò, e concludo, sono convinto che il lavoro del Parlamento europeo debba essere volto principalmente a favorire una più corretta gestione dei flussi migratori, incentrata sì sull'accoglienza solidale, sul potenziamento dei servizi, ma anche sul rispetto della legalità e sul mantenimento dell'equilibrio socioeconomico all'interno delle comunità locali, chiamate a sostenere lo sforzo dell'accoglienza e dell'integrazione.

Sylvie Guillaume (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, tous les chiffres sont là pour en attester: les arrivées via la Méditerranée sont en baisse. Certes, elles ne vont pas s'arrêter net, en particulier si on considère les bouleversements climatiques à venir.

Alors, on peut essayer de se concentrer sur la manière de repousser les migrants hors de nos frontières, mais l'Union européenne doit également travailler sur l'accueil et l'intégration. Pour ce faire, les pouvoirs publics locaux doivent être au cœur de la réflexion. L'arrivée des migrants a avant tout des effets au niveau local. C'est là qu'il faut loger, scolariser, employer les nouveaux venus.

Le défi de l'Union est donc d'appuyer les collectivités locales pour qu'elles transforment ces arrivées en atouts. Les moyens budgétaires existent dans le Fonds européen «Asile, migration et intégration». Ils doivent être augmentés, orientés vers les collectivités locales et facilités, parce que, contrairement à ce que vous avez indiqué, Monsieur le Commissaire, il ne s'agit pas de s'adresser à la Commission pour que cela fonctionne. C'est infiniment plus compliqué que cela.

Dans ce court message, je veux rendre hommage à l'engagement des collectivités locales, en dépit du manque de soutien des États. Elles sont la clé du succès des politiques d'intégration.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, το Δουβλίνο III έχει αποτύχει –αυτό νομίζω ότι το παραδέχονται όλοι– και έχει μετατρέψει την Ελλάδα και την Ιταλία σε «αποθήκες» ψυχών. Εκεί πλέον είναι εγκλωβισμένοι χιλιάδες πρόσφυγες αλλά και χιλιάδες παράνομοι μετανάστες.

Τι πρέπει να γίνει; Να συνεχιστεί κατ' αρχάς το πρόγραμμα μετεγκαταστάσεων –το έχουμε ξεχάσει. Το πρόγραμμα αυτό εκτελέστηκε μόνο κατά 30% από τη Γερμανία, κατά 25% από τη Γαλλία και από άλλες χώρες ελάχιστα. Και όμως υπήρχε υπόσχεση για μετεγκαταστάσεις 66.400 προσφύγων από την Ελλάδα. Αυτή τη στιγμή υπάρχουν 70.000 πρόσφυγες και παράνομοι μετανάστες στην Ελλάδα.

Είναι προφανές ότι τα κονδύλια τα οποία δόθηκαν –και δόθηκαν αρκετά– πήγαν στις ΜΚΟ. Και οι ΜΚΟ έκαναν πάρτι και δεν αξιοποίησαν αυτά τα κονδύλια σωστά, με αποτέλεσμα να έχουμε την κατάντια στη Μόρια. Τα έχω καταγγείλει αυτά, κύριε Oettinger, εδώ και ενάμιση-δύο χρόνια και έχω ζητήσει να παρέμβει η OLAF για να γίνει έλεγχος. Δεν θα σταματήσω να κάνω αυτές τις καταγγελίες.

Από την άλλη πλευρά, πρέπει να δοθούν κονδύλια στην τοπική και περιφερειακή αυτοδιοίκηση, για να μπορέσουν να στηρίζουν αυτούς τους ανθρώπους και να τους φιλοξενήσουν σε πραγματικές συνθήκες, σε συνθήκες ανθρώπινες.

Ernest Urtasun (Verts/ALE). – Señor presidente, en la crisis de acogida en Europa ha habido dos grandes héroes: las ONG y los voluntarios —los que han operado en el Mediterráneo— y las autoridades locales. Y parece que molesten. A las ONG en el Mediterráneo las hemos ido apartando y ahora lo último es la persecución de un alcalde como Domenico Lucano, al que queremos mandar toda nuestra solidaridad y para el que pedimos su liberación inmediata, porque es un ejemplo de persona comprometida con la acogida y debería ser un ejemplo para todos en Europa.

Las autoridades locales están, en estos momentos, en la primera línea de la acogida. Si cogemos el ejemplo de la ciudad de Barcelona —mi ciudad—, la atención ha crecido este año un 69 %, y los menores no acompañados atendidos, un 87 %. Son unos datos inmensos. Y no tienen los instrumentos.

El Fondo de Asilo, Migración e Integración, señor comisario, en estos momentos, por ejemplo en el caso de España, se destina en mayor medida a financiar, por ejemplo, Frontex y concertinas que a financiar y a ayudar a las autoridades locales, porque ese dinero no está llegando.

Por lo tanto, hay que revisar el apoyo financiero a las comunidades locales, el uso del Fondo de Asilo, Migración e Integración, y también, en el nuevo marco financiero plurianual, hay que introducir nuevos instrumentos de apoyo a las comunidades locales.

Eleonora Forenza (GUE/NGL). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, svolgiamo questo dibattito, come già è stato ricordato, il 3 ottobre ovvero nell'anniversario del tragico naufragio di Lampedusa, in cui persero la vita oltre 360 persone. In quell'occasione dicemmo «mai più», e invece continuiamo, l'Unione europea continua a fare sempre peggio.

Per venire al merito di questo dibattito, per quanto riguarda l'accoglienza umanitaria agli enti locali, ricordo – lo diceva prima la collega Miranda – che quando ero sulla Open Arms – una delle ONG tanto criminalizzate – insieme ad alcuni miei colleghi, la città di Napoli voleva accogliere e tenere aperto il suo porto mentre invece il governo italiano twittava «chiudiamo i porti» e inibiva l'intervento di quella ONG dicendo che appunto doveva intervenire la Guardia Costiera libica.

È stato, l'altro giorno, arrestato il sindaco di Riace. Riace è un modello di accoglienza ed integrazione e invece il sindaco viene arrestato per favoreggiamento dell'immigrazione clandestina. Un sindaco che dal 2001 praticava l'accoglienza SPRAR e che dal 2018 era in sciopero della fame per i tagli dei fondi da parte del ministero dell'Interno.

Infine, il decreto immigrazione e sicurezza smantella esattamente quell'accoglienza SPRAR gestita dai comuni in cui erano fissati degli standard di accoglienza, un sistema unico di integrazione. Ecco, io credo che il mio paese, l'Italia, stia facendo sempre peggio e voglio qui rinnovare la mia piena solidarietà al sindaco di Riace. Riace è un modello e non si arresta.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, από ανθρωπιστικής απόψεως, η κατάσταση που επικρατεί στην Ανατολική Μεσόγειο είναι ομολογουμένως τραγική. Παρά τα όσα αντιθέτως λέγονται και υποστηρίζονται, η Τουρκία καθημερινώς στέλνει δεκάδες παρανόμων μεταναστών στην Ελλάδα και αυτούς ο FRONTEX, αντί να τους απωθήσει, τους οδηγεί με ασφάλεια στα ελληνικά νησιά όπου τους υποχρεώνει να παραμείνουν κάτω από άθλιες συνθήκες. Διότι το πρόβλημα δεν είναι μόνο οικονομικό, είναι κυρίως πρόβλημα χώρου. Δεν υπάρχει μέρος για να μείνει κάποιος παράνομος μετανάστης εκεί.

Και ποιος έδωσε το δικαίωμα στην Ευρωπαϊκή Ένωση να μετατρέψει την Ελλάδα σε ένα διαρκή καταυλισμό δυστυχισμένων ανθρώπων; Αν πραγματικά ενδιαφέρεται γι' αυτούς τους ανθρώπους, θα πρέπει να πιέσει την Τουρκία να σταματήσει να τους προωθεί προς την Ελλάδα· θα πρέπει να πιέσει την Τουρκία να δημιουργήσει τα hotspots εκεί και εκεί να διαθέσει τα κονδύλια για την κατασκευή και τη συντήρησή τους.

Ο πόλεμος στη Συρία έχει λήξει. Άρα λοιπόν δεν ισχύει το επιχείρημα ότι έχουμε πρόσφυγες για να αποφύγουν τις πολεμικές επιχειρήσεις και τον κίνδυνο. Αυτοί είναι παράνομοι μετανάστες. Πρέπει επίσης να απαιτήσει να αναμορφωθεί και να καταργηθεί ο κανονισμός Δουβλίνο III. Τέλος, εάν όλα αυτά δεν γίνουν, η ελληνική κυβέρνηση πρέπει να αναθέσει τη φρούρηση των συνόρων στην αστυνομία, στην ακτοφυλακή και στις ένοπλες δυνάμεις. Θα πρέπει να παύσει να παίζει με την αξιοπρέπεια των Ελλήνων και να ανέχεται να γίνεται δούλος και καρπαζοεισπράκτορας της Ευρώπης.

Jeroen Lenaers (PPE). – Voorzitter, op lokale en regionale autoriteiten rust een grote verantwoordelijkheid. Los van alle reguliere uitdagingen moeten zij immers vaak ervoor zorgen dat grote groepen migranten en vluchtelingen op een fatsoenlijke manier worden opgevangen. We moeten hen daarbij helpen. De manier waarop we die hulp uiteindelijk aanbieden, zal in het kader van het AMF besproken worden.

Maar we moeten ook eerlijk en realistisch zijn. De uitdaging voor veel lokale en regionale autoriteiten is mede zo groot, omdat er de afgelopen jaren veel mensen naar Europa gekomen zijn die eigenlijk niet in aanmerking komen voor asiel. Deze migranten zijn niet gevlucht voor oorlog of vervolging, maar zijn op zoek naar een betere toekomst. De energie en de middelen die op lokaal en regionaal niveau nodig zijn om voor die mensen voorzieningen te treffen, gaan uiteindelijk ten koste van de broodnodige energie en middelen die we nodig hebben om voor echte vluchtelingen bescherming te vinden. Dus daar ligt een echte uitdaging voor de Europese Unie.

Als we de druk op regionale autoriteiten echt willen verlagen, dan moeten we voorkomen dat duizenden mensen zonder perspectief op asiel toch de kas van criminele mensensmokkelaars spekken en hun eigen leven wagen door op een gammel bootje naar Europa proberen te komen. We moeten ervoor zorgen dat uitgeprocedeerde asielzoekers ook daadwerkelijk terugkeren naar het land van herkomst. Het is absurd dat we er maar in 30 % van de gevallen in slagen een terugkeerbesluit daadwerkelijk uit te voeren.

Veel collega's hebben opgemerkt dat volgens de statistieken de instroom verlaagd is en de crisis eigenlijk voorbij is. Maar laten we niet vergeten dat er op dit moment in Europa nog steeds honderdduizenden asielprocedures lopen en dat de crisis in dat opzicht nog verre van voorbij is. We moeten die achterstand wegwerken en ervoor zorgen dat de procedures kort, snel en duidelijk zijn. Als we daarin slagen, dan kunnen wij de uitdaging waar lokale en regionale autoriteiten mee te maken hebben, ook echt verlichten.

Péter Niedermüller (S&D). – Elnök Úr! Az ENSZ Menekültügyi Főbiztossága néhány hete jelentette meg azt a jelentését, amiben bemutatta, hogy ebben az évben már több mint ezerötszázan haltak meg vagy tűntek el a Földközi-tengeren. Az adatok drámaiak, 2017-ben még csak minden negyvenkettedik menekültre jutott egy haláleset, 2018-ban már minden tizennyolcadik menekültre jut egy haláleset. A traumatizált, Líbiában esetenként borzalmasan megkínzott menekültek, Európa partjaira érkezve azzal szembesülnek, hogy a kormányok lezárják a határokat és a kikötőket. Nem törődve azzal, hogy ennek milyen következményei vannak.

Nem hiszem, hogy tétlenül nézhetjük ezeket a történeteket. A közös európai menekültügyi politikának lényege kell, hogy legyen a menekültek megsegítése, a humanitárius segítség, az orvosi ellátás, a pszichológiai ellátás. Ehhez pedig pénzre és szakemberekre van szükség, és ez az, amit az európai menekültügyi ügynökség tenni tudna. Tenni tudna abban az esetben, hogyha a kormányok hajlandók lennének végre foglalkozni azzal a jelentéssel, amit már 2017 nyarán lezártunk a máltai elnökséggel, de azóta sem történik semmi. Azt gondolom, hogy anélkül, hogy ezen a helyzeten ne változtatnánk, csak rosszabbodni fog napról napra a helyzet, és ennek a helyi közösségek, a helyi polgármesterek, a regionális közösségek is kárát fogják látni. Azt gondolom, muszáj az eddigieknél sokkal több pénzt fordítanunk a menekültek ellátására, beillesztésére, az EASO-ra és a társadalmi integrációra.

Ελένη Θεοχάρους (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, είχα την τύχη να μεταβώ πριν από λίγο καιρό με αποστολή του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στα νησιά του ανατολικού Αιγαίου, όπου διαπίστωσα την τραγικότητα της κατάστασης, την αδυναμία των συγκροτημένων πολιτειών να επιλύσουν το πρόβλημα και την ανεπαρκή αρωγή της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Σήμερα συζητάμε ξανά το ίδιο ζήτημα, αλλά νομίζω πως ελάχιστα έχουμε κάνει για να το αντιμετωπίσουμε. Απλώς δίνουμε τεράστια κονδύλια στην Τουρκία. Η αλληλεγγύη μεταξύ των κρατών μελών της Ευρωπαϊκής Ένωσης δεν έχει εκδηλωθεί προς τα κράτη του Νότου που δέχονται και το μεγαλύτερο βάρος.

Θα αναφερθώ στην περίπτωση της Κυπριακής Δημοκρατίας, που τη γνωρίζω καλά, αλλά φαίνεται πως το πρόβλημά της είναι ελάχιστα γνωστό στην υπόλοιπη Ευρώπη. Η Κύπρος αποτελεί ένα μικρό και απομακρυσμένο κομμάτι της Ευρωπαϊκής Ένωσης, ημικατεχόμενο, με χιλιάδες Κύπριους εκτοπισμένους που ζουν σε προσφυγικούς οικισμούς. Βρίσκεται εκτός των ορίων της Συνθήκης του Σένγκεν. Αυτό την προστάτευσε ίσως για κάποιο χρονικό διάστημα, μιας και η προτεραιότητα της Τουρκίας ήταν να προκαλεί προβλήματα στην Ελλάδα.

Η Τουρκία δεν έχει υπογράψει τη συμφωνία επανεισδοχής με την Κυπριακή Δημοκρατία, αφού δεν την αναγνωρίζει, και δεν υπήρξε καμία αντίδραση από μέρους της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Γι' αυτό δεν πιστεύω ότι όλοι όσοι έρχονται στην Κύπρο είναι πραγματικοί πρόσφυγες. Δεν έχουν λόγο να έρθουν.

Ωστόσο, τα τελευταία δύο χρόνια φθάνουν σχεδόν καθημερινά πλοία με «πρόσφυγες» στη βορειοδυτική Κύπρο, στο ελεύθερο κομμάτι, με τη βοήθεια διακινητών, ή φθάνουν κανονικά μέσω των κατεχομένων λιμανιών και αεροδρομίων και διοχετεύονται μέσω της διατήρησης και αφυλάκτης γραμμής καταπαύσεως του πυρός στις ελεύθερες περιοχές. Άγνωστος αριθμός προσφύγων πνίγηκε στις κατεχόμενες ακτές, αλλά δεν έχουμε ακριβή στοιχεία γι' αυτούς.

Σας θυμίζω τις άμεσες απειλές του δικτάτορα Ερντογάν, ο οποίος κάθε λίγο δηλώνει ότι θα εξισώσει τον μουσουλμανικό πληθυσμό της Κύπρου με τον χριστιανικό. Αυτό συνιστά τεράστιο κίνδυνο για τον κυπριακό λαό. Η Κύπρος δεν μπορεί να μετατραπεί σε μια νέα Μόρια, και λόγω μεγέθους και λόγω συνθηκών, ούτε να εξισλαμιστεί.

Ως εκ τούτου, σε καμιά περίπτωση δεν αποτελεί λύση η πρόταση Γιούνκερ να δίνονται κονδύλια στην Κύπρο με αντάλλαγμα τη μόνιμη παραμονή των αγνώστου προελεύσεως μεταναστών. Οι Κύπριοι δεν έχουν να αποδείξουν ότι δεν είναι ρατσιστές ή ξενοφοβικοί. Είμαστε ένας φιλειρηνικός λαός που σέβεται και βοηθά τον ξένο, τον φυγά, τον κυνηγημένο. Γι' αυτό η Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει να φροντίσει για την ασφαλή μετάβαση αυτών των ανθρώπων σε άλλο σημείο.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL). – Señor presidente, hoy, 3 de octubre, se cumplen cinco años de la tragedia de Lampedusa, una tragedia que nos dejó a cientos de muertos. Cinco años después y catorce mil ahogados —se dice rápido: catorce mil ahogados—, seguimos debatiendo en este Parlamento sobre la tragedia en el Mediterráneo, sobre la emergencia en el Mediterráneo. Solo son palabras.

Mientras tanto, ha desaparecido la única operación pública de rescate: Mare Nostrum. Ya no existe. Mientras tanto, el Gobierno fascista de Salvini cierra sus puertos a las ONG de búsqueda y rescate. Mientras tanto, la Unión Europea criminaliza a estas ONG. Hay que decir que, a pesar de esa criminalización, Mayday Mediterráneo y Proactiva Open Arms siguen ahora mismo en la zona SAR.

Y ayer mismo supimos que ese Gobierno italiano encarcelaba al alcalde de Riace: todo un ejemplo de acogida. Desde aquí, nuestra solidaridad.

Todo esto, con catorce mil muertes sobre nuestras espaldas. Mientras tanto, seguimos hablando, pero lo que hace falta es cambiar nuestras políticas, es darle la vuelta a Europa, es decir basta, basta.

No sé cómo pueden dormir por la noche.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, každý, kdo z nás navštívil hotspot na pobřeží v Řecku nebo v Itálii, ví velmi dobře, že tato místa potřebují řešení a potřebují pomoc. Pan komisař Oettinger řekl, že potřebujeme řešení chytré a solidární. Pane komisaři, já si myslím, že především bezpečné a solidární. Prosím nezapomínejme na to. My nemůžeme přijímat tisíce ilegálních uprchlíků, ilegálních migrantů, protože to není ani chytré, ani bezpečné a vede to k nedůvěře občanů, k nedůvěře obyvatel, kteří potom odmítají pomoci i těm, kteří potřebují nutně tuto pomoc a jsou to uprchlíci, kteří prchají před válkou, před politickým, náboženským útlakem, a lidé nemají prostě důvěru. Čili my potřebujeme řešení, které je bezpečné a solidární.

Navštívila jsem osobně Lesbos a chci ocenit práci starosty města Mytiléné, který čelí obrovskému tlaku dalších a nových uprchlíků, kteří na ostrov přicházejí. Tady ty řeči, které vedeme, nikomu teď nepomohou a já se cítím naprosto bezmocná. Proto jsem iniciovala aktivitu u české vlády, aby Česká republika přijala z Řecka 50 nedoprovázených dětí, nezletilých dětí, které potřebují tuto pomoc. Já věřím, že Česká republika tuto solidární pomoc nabídne. Kolegové a kolegyně, řešení, které má být solidární a bezpečné, pomůže nakonec i těmto místním orgánům.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor presidente, de nuevo enésimo debate en el Parlamento Europeo sobre la emergencia humanitaria en el Mediterráneo, solo que esta vez no estamos hablando de la tragedia, de ese balance de muertos del que se conmemoran ahora cinco años, de la gran mortandad en Lampedusa. No. Estamos hablando simplemente de cómo ayudar, de cómo apoyar a las autoridades locales y regionales, que están dando de sí en el primer frente de respuesta ante la ausencia, el fracaso de la Unión Europea y, sobre todo, ante la vergüenza del comportamiento de algunos Gobiernos de Estados miembros instalados en el modo pánico.

Por eso, tenemos la obligación de hablar de cómo establecer un capítulo en el marco financiero plurianual para ayudar a las corporaciones locales y regionales. De cómo coordinarlas, de cómo elegir las mejores prácticas entre esas autoridades locales. Como la del alcalde de Riace, infamemente encarcelado —y que merece la solidaridad de este Parlamento Europeo— exactamente por dar una respuesta humanitaria en un momento necesario.

Estamos hablando también de cómo ayudar a las corporaciones locales a mantener integración, educación, asistencia social, primera respuesta, incluso sanitaria, ante esta tragedia. Pero, sobre todo, estamos hablando de que esto pone de manifiesto que tomaremos medidas paliativas en tanto los Estados no decidan acatar el Derecho europeo que suscribieron en el Tratado de Lisboa, con una gestión integrada de las fronteras exteriores y con solidaridad y responsabilidad compartida en la atención a los inmigrantes y a los demandantes de asilo y refugio.

Pero lo que esto pone claramente de manifiesto es que las autoridades locales y regionales nos dicen que los ciudadanos van muy por delante de sus Gobiernos en la respuesta ante la emergencia humanitaria.

Marisa Matias (GUE/NGL). – Senhor Presidente, a indiferença está a matar pessoas, 14 mil só nos últimos cinco anos. Mas a indiferença tem cúmplices ativos. As políticas adotadas pelo Conselho Europeu, que atacam os mais frágeis, enquanto alimentam o medo e a indústria do armamento, são o combustível dessa cumplicidade.

O coordenador do *Aquarius* disse ontem ao *Le Monde* que as maiores ameaças para os migrantes no mar deixaram de ser os ventos ou as grandes ondas. As maiores ameaças são as políticas. Não há outra forma de dizê-lo. A indiferença que vivemos é criminosa. Há que ajudar a resolver conflitos. Há que pôr as vidas à frente do negócio do armamento e há que ter uma verdadeira política de cooperação. Mas aqui e agora, há que impedir que mais gente morra no Mediterrâneo. Há que impedir que se criminalize quem salva.

Esta semana, cidadãos e cidadãs de Portugal, lançaram uma petição para que o Governo português atribua a bandeira nacional ao *Aquarius*. Não é apenas um gesto. É o que é necessário para começar a inverter o caminho e a resgatar a humanidade. Espero sinceramente que o Governo do meu país não seja mais um a virar as costas.

Senhor Comissário, a União Europeia recebeu em tempos o Prémio Nobel da Paz. Não está na altura devolvê-lo?

Brando Benifei (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, è assolutamente urgente che l'Unione europea multiplichi il suo sostegno alle autorità locali e regionali sul tema migranti.

Come relatore della relazione sull'inclusione sociale e lavorativa dei rifugiati approvata qui nel luglio 2016, avevo sottolineato l'insufficienza dei fondi disponibili e la necessità di risorse aggiuntive per fornire alle autorità locali, ai sindacati, alle imprese, alla società civile, un sostegno finanziario diretto per i progetti in questo campo. Concetto che ho ribadito nel mio parere in commissione occupazione sulla relazione ad interim del bilancio pluriennale e anche nel nuovo Fondo sociale europeo Plus su cui ho presentato emendamenti per finanziare direttamente progetti nel campo dell'inclusione dei migranti, sviluppati da città e organizzazioni locali.

Esistono sindaci in Italia a cui oggi è richiesta una missione impossibile da svolgere senza strumenti adeguati. Penso al mio amico sindaco di Ventimiglia Enrico Ioculano, oltre al caso del sindaco di Riace, Mimmo Lucano, la cui vicenda giudiziaria è stata vergognosamente strumentalizzata da Matteo Salvini, nel momento in cui vuole cancellare lo SPRAR, eccellenza europea per l'integrazione, con il cinico obiettivo di guadagnare consensi colpendo l'Europa, dando la colpa di ogni problema all'Europa. Reagiamo insieme sostenendo i nostri amministratori locali.

Procedura «catch the eye»

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, perante a falta de solidariedade de alguns Estados-Membros e face à nossa incapacidade de reformar o Sistema de Dublin, têm sido muitas vezes as autoridades locais e regionais a tomarem a dianteira no acolhimento e na integração dos refugiados imigrantes que procuram proteção dentro da União Europeia.

Também no meu país, Portugal, muitos municípios têm sido um exemplo de solidariedade e precursores de boas práticas no acolhimento de requerentes de asilo e uma região em especial, a Região Autónoma da Madeira, enfrenta neste momento constrangimentos orçamentais importantes ao lidar com uma emergência humanitária que, embora extrapolando as fronteiras do Mediterrâneo, não podemos ignorar a este propósito, os milhares de imigrantes portugueses e lusodescendentes que fogem da catástrofe da situação económica e humanitária que se vive na Venezuela.

A União Europeia precisa de apoiar os municípios e as regiões que estão na linha da frente da gestão da migração com mais financiamento direto, mais formação e mais apoio técnico para incrementar estruturas de cooperação e fazer face à gestão dos pedidos de asilo, bem como eventuais tensões sociais e o aumento da despesa com a integração destas pessoas no ensino, no emprego e na habitação.

Ana Miranda (Verts/ALE). – Señor presidente, señor comisario, usted hablaba de humanidad. Humanidad es la que le ha faltado a Europa en Lampedusa, en Ceuta, en el mar de Alborán, la que le ha faltado en Idomeni, la que le ha faltado en Lesbos, en El Pireo, en Calais. La vergüenza de Europa, un acuerdo de la vergüenza con Turquía.

Precisamos más humanidad, no palabras. Llevamos muchos años hablando.

Las personas llegan en una huida por la vida. Los Estados han fracasado, no se han ocupado de ellas; lo que han hecho es poner vallas y muros, y las autoridades locales son las que tienen que darles comida, vivienda, escuelas, medicamentos... por humanidad, por esa humanidad, como ha hecho el alcalde de Riace, salvando vidas y estando al lado de quien sufre.

Y, por eso, los fondos europeos tienen que tener el destino adecuado, y por ello nuestro Grupo ha presentado enmiendas al futuro programa del Fondo Social Europeo, enmiendas para que quien recibe a las personas migrantes pueda gestionar directamente esa casa, esa comida, esa vivienda, esa escuela y esas posibilidades de vivir en la huida por la vida.

Hoy, en el Mediterráneo, quedan pocos barcos, y los que quedaban los han echado, y los ha echado también la Unión Europea con su silencio, como cuando le escribimos desde allí y no tuvieron la decencia de contestarnos porque Italia no nos permitió atracar el Open Arms.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL). – Senhor Presidente, 17 088 mortos no Mediterrâneo desde 2014, 1 741 só este ano, números conservadores. É o cariz xenófobo e explorador, seletivo e desumano das políticas migratórias da UE que determinam a dimensão criminosa desta realidade. Opções que limitaram as operações de resgate e de salvamento, quer condicionando a operação de guardas costeiras de Estados-Membros, quer de outras embarcações envolvidas direta ou indiretamente nessas operações. A negação de acostagem para desembarque das pessoas resgatadas do mar representa uma grave violação de convenções internacionais e do Direito do Mar.

A dramática situação que se vive e que se agrava no Mediterrâneo é indissociável de uma política migratória assente no conceito de «UE-fortaleza» que externaliza fronteiras e celebra acordos com países terceiros para a retenção e expulsão de migrantes e refugiados. A morte silenciosa no Mediterrâneo ou o inferno na Líbia, esta é a realidade que a UE impõe a milhares de pessoas que procuram refúgio e que a história, mais cedo que tarde, tratará de julgar.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já jsem si vědom právního rámce a také základu této diskuze. Má to být diskuze o podpoře místních a regionálních orgánů, na druhou stranu musím říci, že skutečně Středozeří je naše černé svědomí. Je to takové pohřebiště Evropy a je nepochybné, že bychom s tím měli urychleně něco dělat. Zaznamenal jsem zprávu před několika dny, že jedna loď s uprchlíky nedostala více než celý den vůbec žádnou pomoc a několik desítek z nich včetně dětí zahynuli. To zjištění mně skutečně trhá srdce na kusy.

Já jsem se zájmem vyslechl prohlášení jak Rady, tak Komise a chtěl bych se skutečně zeptat, zdali jsou pan komisař a Rada přesvědčeni, že místní a regionální orgány získávají od Evropské unie dostatečnou pomoc v jazykové integraci, při školských potřebách těchto lidí, jejich sociálních a zdravotních potřebách. To opravdu vyžaduje vysokou míru koordinace i s těmito místními a regionálními orgány a já o podpoře Evropské unie zatím docela pochybuji.

Jordi Solé (Verts/ALE). – Señor presidente, en materia de acogida e integración de inmigrantes, algunas ciudades y Gobiernos subestatales afortunadamente han dado una lección a algunos, no todos, pero sí a muchos Gobiernos de Estados miembros. Lección de solidaridad, pero también lección de eficacia.

En Cataluña, por ejemplo, hicimos el año pasado la mayor manifestación de Europa a favor de acoger refugiados. «Casa nostra é casa vostra» (Nuestra casa es vuestra casa), les decíamos. Pero los refugiados no llegaron a nuestras ciudades, porque el Gobierno español no cumplió con sus compromisos. Más recientemente, el Gobierno de Cataluña ha ofrecido sus puertos para el desembarque de refugiados, y ahora mismo, conjuntamente con los ayuntamientos, se está llevando a cabo un importante esfuerzo para acoger e integrar a personas inmigrantes menores de edad y no acompañadas, que representan una problemática muy grave.

Ante estos esfuerzos, señor comisario, creo que es necesario y justo que las autoridades locales y subestatales puedan acceder directamente a fondos europeos en materia de asilo e integración de las personas que vienen a vivir con nosotros.

Julie Ward (S&D). – Mr President, people crossing the Mediterranean to seek safety in Europe continue to die in horrific circumstances. Those in the front line who do crucial humanitarian work are for the most part ordinary citizens. Many NGOs, such as Care4Calais, the refugee support platform in Belgium, and SOS Méditerranée are amazing examples of how citizens can save lives.

Despite the appalling situation that refugees and migrants face, humanitarian relief is still not being treated as a priority. I am proud that my political group has proposed to give the Sakharov Prize to the NGOs saving lives in the Mediterranean. It's important for this Parliament to acknowledge their crucial contribution and awarding them this prize would force the EU and Member States to take a hard look at themselves and recognise that they are failing to uphold their own values and fulfil their international obligations. The very worrying political situation at national level in several countries, and in particular Italy, makes it all the more necessary to support regional and local authorities who need to fill in for the state's failure. It's our common responsibility as Europeans to urgently address this humanitarian crisis and to open safe and legal migration paths to Europe.

(Fine della procedura «catch the eye»)

Günther Oettinger, *Mitglied der Kommission*. – Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich habe mir Ihre Wortmeldungen mit großem Respekt sehr genau angehört und stelle eine sehr breite und vielfältige Position hier im hohen Hause fest.

Zunächst: Wir versuchen, mit dem Haushaltsrahmen, den wir haben, zu helfen, mit unseren begrenzten Mitteln – wir haben nur 1 % des europäischen Sozialprodukts im europäischen Haushalt, 49 % sind in den Mitgliedstaaten, Regionen und Kommunen. Ein Fünftel verantworten wir gemeinsam. Versuchen wir dort, wo Aufgaben neu entstehen, im Rahmen der begrenzten Flexibilität zu helfen. Wir haben durch Umschichtungen seit drei Jahren in diesem Jahr in besonderem Maße versucht, Mittel frei zu machen für Kommunen, Regionen und Mitgliedstaaten, die von der Migrationsaufgabe in besonderem Maße berührt sind. Wir tun alles, was geht, mehr nicht. Unsere Mittel sind begrenzt.

Zweitens: Unser erster Partner ist der Mitgliedstaat, nicht die Kommune. Das ist ein Prinzip Europas. Wir arbeiten mit den 28 Mitgliedstaaten, diese arbeiten mit den Kommunen. In Sachen ESF und Kohäsion arbeiten wir mit den Regionen, und die arbeiten mit Kommunen. Wir vertrauen den Mitgliedstaaten. Wir können OLAF einsetzen, wenn wir begründete Verdachtsmomente für Missbrauch, Fehlverwendung oder Korruption haben. Aber unser Prinzip muss sein: Grundvertrauen in die ordnungsgemäße Mittelverwendung seitens der Regierungen und Verwaltungen unserer Mitgliedstaaten. Die kennen die Kommunen noch besser als wir. Brüssel kann in Süds Spanien, in Italien die Kommune nicht besser kennen als die Regierungen in Madrid oder Rom. Trotzdem sind wir für alle Hinweise dankbar. Aber klar ist: Debatten, die in der nationalen Politik geführt werden müssen, oder Fehlentwicklungen in der nationalen Politik, sind nicht unsere Sache. Wir sind nicht die Oberlehrer für nationale Wahlen und Entwicklungen danach.

Ich will nicht vertiefen, welche Mitgliedstaaten ich meine. Da geht es um *rule of law*, da schreiten wir ein, wenn es geht. Und wenn heute Abend eine relativ breite italienische Debatte im Haus war: Die muss zuallererst in Rom geführt werden. Ich frage mich als EVP-Mitglied, ob nicht Berlusconi versagt hat? Und ich frage die Sozialdemokraten, ob nicht auch die Sozialdemokraten in Italien nicht genügend gemacht haben und deswegen die Entwicklung so gekommen ist, wie sie gekommen ist?

Wir geben uns Mühe, unsere Mittel sind begrenzt. Im nächsten Haushaltsrahmen haben wir, wenn das im Hohen Haus angenommen wird, mehr Mittel. Wir wollen die Mittel für Migration deutlich erhöhen und wir wollen uns um Flüchtlinge bis 2025 kümmern, denn sie sind alle geboren. Mir ist die Debatte viel zu stark in die Gegenwart und Vergangenheit gerichtet. Wir werden im nächsten Jahrzehnt Flüchtlinge haben, die heute 8, 10, 12, 14 Jahre alt sind, die in Mali, Kongo, Niger, Nigeria leben. Denen müssen wir im Sinne einer fairen Partnerschaft eine Perspektive geben. Und die kann nicht nur – ich zitiere – aus einer „Festung aus Stahl und Schiffen“ im Mittelmeer bestehen.

Ich will mich ausdrücklich dazu bekennen: Europa muss auf allen Ebenen die Verpflichtungen des internationalen Rechts, des Seerechts, des Völkerrechts, der Genfer Flüchtlingskonvention, der Menschenrechtskonvention, die wir unterschrieben haben, einhalten, und zwar nicht nur in Sonntagsreden, sondern auch jeden Tag in der operativen Praxis. Oder aber – lasst es uns besprechen: Wenn jemand in der europäischen Politik diese internationalen Verpflichtungen aufkündigen will, dann soll er es hier sagen und nicht in der täglichen Praxis die Regeln verletzen, wie es zunehmend im Graubereich versucht oder zumindest öffentlich angekündigt wird. Ich halte hier einen Ethos, einen Kodex für entscheidend. Halten wir uns an die Verpflichtungen, die wir unterschrieben haben, ja oder nein?

Plattformen außerhalb der EU: Es war der Europäische Rat in Juni. Ägypten, Marokko: Sie wollen nicht. Unsere Diplomaten sind überall da. Es gibt bisher keinen Staat, keine Regierung, weder im Maghreb noch in der Sahelzone, noch in der Subsahelzone, die bereit sind oder gar interessiert wären, Zentren für Menschen in Not zu gründen. Wir tun alles, um dies weiter abzufragen, aber bisher ist es eher eine Illusion als eine praktische Lösung.

Wir mögen Druck auf die Türkei ausüben. Grüß Gott, das kann ich gerade brauchen! Entschuldigung, Erdoğan ist kein Typ, der auf Druck konstruktiv reagiert. Dort, wo wir Flüchtlingslager haben, geben Sie uns Geld, die zweite Tranche wird in diesen Tagen in Rat und Parlament verhandelt, um 1,2 Millionen Menschen ein menschenwürdiges Leben zu finanzieren, Obdach, Kälte, Wärme, Strom, Kleidung, Nahrung, und für 300 000 Kinder 8000 Lehrer für grundständigen Unterricht. Das könnte man in Jordanien, Libanon, Marokko ausbauen.

Sind wir bereit, neben den jetzt sechs Milliarden deutlich mehr Milliarden zu investieren? Das ginge nur, indem entweder die Mitgliedsstaaten uns mehr Geld geben oder indem wir Agrarmittel oder Kohäsionsmittel umschichten. Ich bin offen dafür. Sind wir bereit, statt der Umgehungsstraße und der Direktförderung pro Hektar für mehr Menschen im Nachbarkontinent Afrika für Menschenwürde Geld auszugeben? Schon die zweite Tranche von drei Milliarden fällt uns allen – den Mitgliedstaaten und der EU – sehr, sehr schwer. Werden wir die Kunst des Teilens noch lernen? Wollen wir es? Das wird für den nächsten Haushaltsrahmen exemplarisch zu beraten sein.

OLAF – ich biete dies an – ist eine unabhängige Behörde innerhalb der Europäischen Kommission. Ich bin nicht weisungsbefugt. Wenn Sie aber Indizien haben für Mittelfehlgebrauch und OLAF dies erfährt oder ich es erfahre und weiterleite: Gehen Sie davon aus, dass OLAF dann jedem Fall nachgeht und Fehlgebrauch für europäische Finanzmittel entsprechend untersucht und es auch einem konsequenten und gerechten Ergebnis zuführt.

Wir sollten die örtlichen Gebietskörperschaften fördern und Frontex kein Geld geben: Nicht entweder-oder, sowohl als auch. Wir brauchen eine Unterstützung für den Außengrenzschutz der hauptberührten Länder Bulgarien, Malta, Zypern, Griechenland, Italien, Spanien durch Frontex, und trotzdem die finanzielle Kraft, den hauptberührten Gebietskörperschaften über ihre Mitgliedstaaten und deren Regierungen genügend Geld zu geben.

Ich versichere Ihnen: Die Kommission wird alles tun, um dort, wo neue Aufgaben entstehen – für Integration, für Rechtsprüfung, auch für Rückführung – dies im Rahmen unserer rechtlichen und haushaltswirtschaftlichen Möglichkeiten zu unterstützen.

Juliane Bogner-Strauss, President-in-Office of the Council. – Mr President, in June the European Council underlined, and confirmed at its meeting in Salzburg, that, in addition to a strong internal dimension of migration policy, a reinforced focus on effective external border protection, the elimination of smugglers' business models and stronger cooperation with third countries is greatly needed. We believe that, in order to find sustainable solutions to all pending questions, we need to continue our work on the basis of such a comprehensive approach. I can assure you that the Austrian Presidency is working hard on all strands of the migration agenda – external borders as well as internal and external policies in parallel – and will do its utmost to achieve progress on all these strands.

I also want to thank the Commissioner for his thoughts and to thank Members for this fruitful discussion.

Presidente. – La discussione sul punto è chiusa.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Laura Ferrara (EFDD), per iscritto. – In occasioni di tragedie nel Mediterraneo e di dolorosi anniversari, come quello ricorrente il 3 ottobre, in cui si commemorano le 368 morti del naufragio di Lampedusa, più volte si è discusso dello stesso tema, più volte è stato manifestato lo sdegno per le vittime del mare e per i trafficanti di morte, più volte l'Unione europea ha annunciato misure ed azioni, ma nulla è cambiato. Nel Mediterraneo si continua a morire e sui paesi di primo approdo continuano a ricadere gli oneri maggiori per salvare ed accogliere. Dall'inizio del 2018 gli oltre 80 mila migranti arrivati in Europa, attraverso le rotte del Mediterraneo, sono stati accolti principalmente da Italia, Spagna e Grecia. Per fronteggiare le criticità del fenomeno migratorio, le risorse dell'Unione europea che dovrebbero contribuire a sostenere l'azione delle autorità regionali e locali del mio Paese, rappresentano briciole rispetto alle risorse nazionali utilizzate. Nella gestione europea dei flussi emergono disunione ed egoismi degli Stati membri che disattendono i principi di solidarietà, di equa ripartizione delle responsabilità, anche sul piano finanziario, sanciti dai trattati e che paralizzano la riforma del sistema europeo comune di asilo la quale dovrebbe, invece, applicare quegli stessi principi.

Kinga Gál (PPE), írásban. – A baloldal és liberálisok által kezdeményezett mai vita nem más, mint legújabb migránspári megnyilvánulásuk, amellyel újra nyomást próbálnak gyakorolni a kötelező kvótát ellenző tagállamokra. A balliberálisok úgy állítják be, mintha a tagországok helyi hatóságai egyetértenének, és támogatnák a migránsok kötelező betelepítését a településeikre, és mintha az egyetlen akadályt csak a tagállamok kormányai jelentenék erre, ezért követelnek hozzáférést ezen hatóságok számára a megfelelő finanszírozási eszközökhöz, hogy azok végre tudják hajtani a betelepítéseket. Fel szeretném hívni a baloldali és liberális képviselők figyelmét, hogy csak Magyarországon több mint 2000 magyar település önkormányzata hozott határozatot a kényszerbetelepítés ellen. Továbbá emlékeztetném képviselőtársaimat, hogy a megoldás nem az önkormányzatok migránsbetelepítésre szánt finanszírozásának növelése, hiszen az illegális migrációt nem „menedzselni”, hanem megállítani kell.

Semmilyen nemű kötelező betelepítési kvóta nem lenne képes enyhíteni vagy megoldani a migrációs válságot, hanem épp ellenkezőleg, a szétszítás reményében egyre több migráns kelne útra Európa felé. Hasonló húzófényt (pull-faktor) képviselnek a Földközi-tengeren migránsokat „mentő”, majd Európába szállító NGO-hajók is, ezek az embercsempészek üzleti modelljét erősítik csupán, ezért ennek véget kell vetni. Az unió forrásait a hatékonyabb határőrizetre, illetve a migrációs válság gyökereinek kezelésére kellene használni, hogy a migránsok ne kockáztassák főlöslegesen saját és gyermekeik életét.

Czesław Hoc (ECR), na piśmie. – Obecnie jesteśmy świadkami dramatycznej sytuacji, jaka ma miejsce na południu Europy, szczególnie w basenie Morza Śródziemnego. Bezprecedensowy napływ imigrantów na teren UE z miesiąca na miesiąc nasila się, zamiast słabnąć. To już swoisty przemyt ludzi, według wielu ekspertów bardziej dochodowy niż handel narkotykami! To najwyższy czas, by wezwać Komisję Europejską oraz wszystkie państwa członkowskie do solidarnej współpracy na rzecz pomocy tam, gdzie te problemy się rodzą: u ich źródła, głównie na terytoriach państw afrykańskich i arabskich. Tylko takie działania mają szansę odnieść pozytywny skutek, zapewnić stabilizację na terenach zagrożonych konfliktami i skrajnym ubóstwem, czyli tym, co najczęściej zmusza tysiące ludzi do migracji do Europy.

Kilkudziesięcioletnie doświadczenia i obserwacje krajów, w których osiedliła się znaczna liczba imigrantów, często pokazują bardzo poważne problemy z ich asymilacją i włączeniem się w europejskie społeczności. Pamiętajmy, że integracja bez asymilacji to czysta utopia i pobożne życzenia! Często zamiast asymilacji obserwujemy radykalizację i akty terroru, czego tyle razy byliśmy świadkami w ostatnich latach.

Reasumując, działajmy wspólnie, solidarnie, lecz bardzo rozważnie, ze szczególnym naciskiem na pomoc i rozwiązywanie konfliktów u ich źródła, zamiast ślepo polegać na takich mechanizmach, jak np. przymusowa relokacja.

Dietmar Köster (S&D), schriftlich. – Die Situation im Mittelmeer ist unerträglich. Private Seenotrettungsorganisationen, die gegen die humanitäre Katastrophe kämpfen, werden nicht unterstützt, sondern kriminalisiert. Unter anderem dürfen „Sea-Watch“ und „Mission Lifeline“ nicht mehr Leben retten, obwohl sie jederzeit bereit wären. Ein Aufklärungsflugzeug und ein Seenotrettungsschiff werden von den maltesischen Behörden widerrechtlich festgehalten, ein Kapitän ist vor Gericht angeklagt. Gleichzeitig ertrinken Menschen im Mittelmeer. Um symbolisch Unterstützung zu signalisieren, hat die S&D-Fraktion deshalb die Seenotrettungsorganisationen für den Sacharow-Preis vorgeschlagen.

Europa muss endlich umschwenken. Zivile Seenotrettung muss unterstützt anstatt behindert werden. Wir dürfen nicht weiter unfaire Migrationsdeals abschließen, Flüchtlinge in nicht-sichere Länder abschieben und Lager inner- und außerhalb Europas aufbauen. Stattdessen muss endlich die Dublin-Verordnung gemäß dem Beschluss des Europäischen Parlaments vom Rat angenommen werden. Es müssen legale und sichere Flucht- und Zugangswege nach Europa geschaffen und das Grundrecht auf Asyl muss gestärkt werden. Letzteres darf nicht immer weiter ausgehöhlt werden. Und wir müssen umgehend ein ziviles Seenotrettungsprogramm unter der Leitung der EU auflegen.

Wir dürfen nicht weiter unsere humanitäre Verantwortung leugnen. Es wird Zeit, in Europa für eine menschenrechtsfundierte und nachhaltige Flüchtlingspolitik einzustehen. Nur so zeigen wir, dass die europäischen Werte mehr sind als Vorlagen für Sonntagsreden und dass sie auch für Menschen außerhalb der EU gelten.

Louis-Joseph Manscour (S&D), *par écrit*. – Jusqu'à présent de nombreux États-Membres se sont montrés inaptes à gérer les flux migratoires aux portes de notre espace commun. Face à leur passivité, à leur inaction voire à leur déni de ce qui constitue une véritable urgence humanitaire, la Commission doit trouver des solutions efficaces, en accord avec nos valeurs.

Ceci peut se traduire par la mise en œuvre d'un budget pour les collectivités régionales afin de les aider à gérer l'accueil et l'intégration des migrants. L'élaboration d'un tel dispositif répondrait non seulement au principe de subsidiarité mais permettrait également de lutter avec efficacité et pragmatisme contre la xénophobie et le populisme. Je suis donc favorable au soutien des pouvoirs publics locaux et régionaux, dès lors que celui-ci garantit les droits fondamentaux des migrants et nous permet de mettre en œuvre une gestion des migrations ordonnée, sûre et respectueuse de la dignité humaine.

Josef Weidenholzer (S&D), *schriftlich*. – Ich bin den Kolleginnen und Kollegen, die diese Anfrage gestellt haben, sehr dankbar. Sie berührt einen wichtigen Aspekt, der leider in der öffentlichen Diskussion über Migration und Flüchtlinge immer übersehen wird. Die Diskussion ist zumeist an symbolischen Aktivitäten ausgerichtet. Vorurteile sind überall präsent. Je weiter von den Geschehnissen entfernt, desto verzerrter sind sie. Eine solche Fehlinformation ist beispielsweise, dass die Menschen in jenen Regionen, wo die Geflüchteten zuerst europäischen Boden betreten, feindselig und abweisend wären. Ich konnte mich persönlich vor Ort überzeugen, dass es große Empathie und Hilfsbereitschaft gibt. Das Problem ist allerdings, dass die Menschen, die zumeist auch nicht zu den Begüterten gehören, oftmals überfordert sind. Es ist daher unbedingt notwendig, im Sinne des Subsidiaritätsprinzips die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften und zivilgesellschaftlichen Strukturen zu stärken. Ich habe häufig den Eindruck gewonnen, dass die europäischen Mittel eher in den Hauptstädten stecken bleiben. Eine Verbesserung der Hilfe vor Ort würde auch dazu beitragen, ein effizienteres Management der weiteren Abläufe sicherzustellen. Häufig führt die lokale Überforderung auch zu unerwünschten Reaktionen und ruft Akteure auf den Plan, die nicht unbedingt im Interesse der Betroffenen handeln. Die europäische Ebene ist daher gefordert und hätte schon früher agieren müssen.

Kristina Winberg (ECR), *skriftlig*. – Det är oerhört angeläget att förhindra ytterligare dödsfall på Medelhavet, men det innebär inte att de nödställda måste föras till Europa. Det bästa stöd EU kan ge myndigheter som hittills har påverkats av illegal migration är att se till att migrationsflödet regleras från platser utanför EU. Vi vet att huvuddelen av de migranter som korsar Medelhavet är ekonomiska migranter, inte flyktingar eller skyddsbehövande. När man söker arbete och inkomst går det mycket bra att ansöka om arbetstillstånd via ett lands beskickning, dvs. i sökandens hemland. Det svåra tycks vara för många politiker att inse att det är detta som legal migration och det sätt som våra väljare och medborgare en gång gett oss i uppdrag att förvalta.

Den mindre del som verkligen behöver skydd ska förstås få det, men för dem är det sekundärt var detta skydd tillhandahålls. Vi bör – i samarbete med FN och UNHCR – se närmare på Australiens modell att förhindra dödsfall och illegal migration i Medelhavet. Om bara viljan finns, kommer en anpassning av denna modell till europeiska och afrikanska förhållanden att rädda liv och vara del av en långsiktig lösning på många av de problem som vi ser i dag.

21. Bekämpfung von Zollbetrug und Schutz der Eigenmittel der EU

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione sulla dichiarazione della Commissione sulla lotta alle frodi doganali e protezione delle risorse proprie dell'UE (2018/2747(RSP)).

Günther Oettinger, *Mitglied der Kommission*. – Herr Präsident, verehrte Damen und Herren Abgeordnete, Frau Ministerin für die Ratspräsidiierenden! Ich bin dankbar, dass das Parlament diesem Thema heute Abend Nachdruck verleiht und damit die Arbeit der Kommission und von OLAF und anderen Diensten der Kommission unterstützt.

Wir nehmen die Betrugsbekämpfung ernst, wir nehmen den Schutz des europäischen Haushalts ernst. Das gilt für die Ausgabenseite, aber es gilt genauso für die Einnahmenseite. Auf beiden Seiten haben wir viel zu verteidigen, zu verlieren und zu schützen. Nach der ständigen Rechtsprechung müssen die Mitgliedstaaten die finanziellen Einbußen, wenn sie bei der Erhebung von Eigenmitteln Fehler machen, ausgleichen. Das gilt auch für Verzugszinsen, sofern sie anfallen. Und wir sind verpflichtet, wenn die Mitgliedstaaten ihren Pflichten nicht nachkommen, rechtliche Schritte gegen die Mitgliedstaaten einzuleiten. OLAF hat in den letzten Jahren das Vereinigte Königreich wiederholt angesprochen, gemahnt, verwarnet, weil bis Oktober letzten Jahres keine wirklich wirksamen Maßnahmen ergriffen wurden, um Zollbetrug – es geht um die Einfuhr von Textilien und Schuhen aus der Volksrepublik China, die unterbewertet worden sind, die in ihrem materiellen Wert nicht genügend abgebildet wurden – zu beenden. Das Versäumnis hat zu Verlusten an Eigenmit-

teln von etwa 2,7 Milliarden Euro geführt. Nach dem geltenden Haushaltsrecht würden davon für die Verwaltungsaufwendungen und Erhebungen dem Vereinigten Königreich 20 % zustehen, aber 80 % stünden dem europäischen Haushalt zu. Nachdem unsere Gespräche und Ermahnungen zunächst zu keiner Änderung geführt haben, haben wir im März des Jahres 2018 ein Vertragsverletzungsverfahren gegen das Vereinigte Königreich angestrengt. Um es gleich zu sagen: Dies hat mit dem Brexit gar nichts zu tun. Es ist unsere Pflicht, und wir tun dies auch bei anderen Mitgliedstaaten. Wir müssen darauf Wert legen, dass die Mitgliedstaaten bei Importen den korrekten Wert ansetzen und darauf die entsprechenden Zölle erheben. Wo dies nicht geschieht, egal bei welchem der 28 Mitgliedstaaten, werden wir tätig, müssen wir tätig werden und müssen dies auch zu entsprechenden Verfahren bringen.

Das Vereinigte Königreich hat in Abrede gestellt, dafür verantwortlich zu sein und hat sich geweigert, die entsprechenden Beträge – ich habe die 2,7 Milliarden Euro erwähnt – zu leisten. Deswegen hat die Kommission am 24. September dieses Jahres beschlossen, das Verfahren auf die nächste Stufe zu bringen und eine mit Gründen versehene Stellungnahme zu beschließen und zu versenden.

Wir üben nach den entsprechenden Bestimmungen des Eigenmittelsystems der EU als Kommission eine Kontrollfunktion über die Verwaltung der Eigenmittel aus. Dafür führen wir auch in den Mitgliedstaaten regelmäßige Kontrollen durch. Allein in diesem Jahr führen wir 16 Kontrollen im Zusammenhang mit Unterbewertungen bei Einfuhren durch. Wir nehmen OLAF-Berichte regelmäßig zur Grundlage, um entsprechende Folgerungen und Maßnahmen zu ergreifen. Wir stimmen uns mit OLAF hier auch regelmäßig im Vorgehen ab.

Wir sind als Kommission fest entschlossen, in enger Kooperation mit den Mitgliedstaaten und der Wirtschaft für die korrekte Umsetzung der EU-Zollkodexverordnungen und -regeln des Pakets zu sorgen. Zurzeit erarbeiten wir mit den Mitgliedstaaten eine Strategie, wie die Überwachung, die Bewertung und die Überprüfung der Wirksamkeit der Kohärenz am besten durchgeführt werden können und in welchen Bereichen des Unionszollkodex eine erste Runde von Bewertungsmaßnahmen durchzuführen ist.

Was die Forderung des Parlaments angeht, wonach die Kommission ihre Vorschläge für ein endgültiges Mehrwertsteuersystem vorlegen solle, um so Verluste bei den Steuereinnahmen in der EU und den Mitgliedstaaten zu vermeiden, weisen wir darauf hin, dass die Kommission inzwischen Ihre Forderungen aufgegriffen und alle relevanten Vorschläge verabschiedet hat.

Wir haben ferner eine Reihe von Initiativen zur Bekämpfung von Umsatzsteuerbetrug ergriffen. Die Kommission hat im Juli einen Vorschlag für eine Richtlinie über die strafrechtliche Bekämpfung von gegen die finanziellen Interessen der EU gerichtetem Betrug angenommen. Da geht es um schweren Umsatzsteuerbetrug, der auch in das Mandat der künftigen Europäischen Staatsanwaltschaft fällt.

Im November letzten Jahres hat die Kommission für Einfuhren im Wege des Zollverfahrens 42 einen automatischen Informationsaustausch zwischen den Einfuhrmitgliedstaaten und den Bestimmungsmitgliedstaaten der gekauften Waren vorgeschlagen. Ich bin dankbar, dass gestern der Vorschlag angenommen wurde und dass damit der Rat diese entsprechende Grundlage geschaffen hat. Der neue Rechtstext adressiert explizit wichtige Aspekte des grenzübergreifenden Betrugs im Binnenmarkt wie zum Beispiel den *Missing-Trader*-Mehrwertsteuerbetrug.

Was die Kommission und unsere europäischen Informationssysteme angeht, beteiligen wir uns durch unsere Finanzierungsprogramme für die gemeinsamen und auch die nationalen Komponenten, denn es bleibt weiterhin eine nationale Hauptzuständigkeit.

All diese Maßnahmen und andere mehr werden die Fähigkeit der Kommission und auch der nationalen Behörden zur Betrugsbekämpfung und damit zum Schutz des europäischen Haushalts erheblich stärken. Diese Rechtsakte stehen im Einklang mit Ihren Erwartungen und denen des Europäischen Rechnungshofs.

Wir sind in dem Zusammenhang dankbar, dass die Zahl der Mitgliedstaaten, die sich an der Europäischen Staatsanwaltschaft beteiligen, auf ein hohes Niveau gestiegen ist, und wir appellieren an die noch nicht daran Mitwirkenden, sich dementsprechend anzuschließen.

Abschließend: Der Kampf gegen Zollbetrug und damit der Schutz des europäischen Haushalts und seiner Einnahmenseite sind für uns von größter Bedeutung. Bei einer ineffizienten oder falschen Durchsetzung der zollrechtlichen Vorschriften und mangelnden Zollkontrollen besteht die Gefahr, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union und damit auch die Grundlagen unserer europäischen Programme Schaden nehmen könnten.

Wenn wir – wie jetzt hier geschehen – Maßnahmen gegen einen Mitgliedstaat einleiten, soll dies die finanziellen Interessen aller Mitgliedstaaten und damit unserer Steuerzahler schützen. Dies soll verhindern, dass andere Mitgliedstaaten und deren Steuerzahler für Versäumnisse eines Mitgliedstaats aufkommen müssen. Es geht um Gerechtigkeit zwischen den Mitgliedstaaten und damit den europäischen Bürgern in allen Mitgliedstaaten.

Der jüngste Unterbewertungsfall im Vereinigten Königreich hat gezeigt, dass Betrüger ohne wirksame Zollkontrollen den europäischen Haushalt um beträchtliche Summen bringen können, die wir aber für unsere Aufgaben täglich dringend benötigen. Deswegen haben wir konsequent, gründlich und entschlossen agiert und reagiert, und wir werden den Fall – falls notwendig – schnellstmöglich vor Gericht bringen, damit wir die entsprechenden Beträge auch realisieren können.

Ich bin Ihnen dankbar. Mit Ihrer Debatte und mit Ihrem Katalog von Forderungen unterstützen Sie die Arbeit der Kommission. Wir sind gerne bereit, Ihnen auch in den nächsten Wochen Schritt für Schritt über den weiteren Fortgang Bericht zu erstatten.

Ingeborg Gräßle, im Namen der PPE-Fraktion. – Herr Präsident, Herr Kommissar, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Herr Kommissar, danke für Ihr Statement. Die Worte hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Mir fehlt der Glaube deswegen, weil die andere Seite dieses Hauses, der Rat – die Mitgliedstaaten –, an den sich diese Botschaft eigentlich wendet, nicht anwesend ist. Die Mitgliedstaaten haben die ausschließliche Kompetenz zur Durchführung der EU-Kompetenzen in diesem Bereich. Deswegen ist es doch außerordentlich bedauerlich, dass die Mitgliedstaaten es nicht für notwendig erachtet haben, an dieser Debatte teilzunehmen.

14 % des EU-Haushalts werden über Zölle finanziert. Das heißt, es ist keine Kleinigkeit. Und deswegen wäre es schon notwendig, dass wir uns zusammensetzen und uns überlegen, wie wir die Sache besser machen. Wir hören, dass der Fall Großbritannien gar kein Einzelfall ist, dass wir das, was wir in Großbritannien sehen, in vielen Mitgliedstaaten sehen. Wenn es so wäre, wäre das ausgesprochen bedauerlich.

Es gibt keine einheitlichen Zollkontrollen. Das bietet Betrugern die Möglichkeit, bei der Einfuhr von Waren in die EU das schwächste Glied in der Kette zu wählen. Ein beliebter Anlass für Risikoanalysen. So ertappt OLAF natürlich auch die problematischen Fälle. Wir glauben, dass der Rechtsrahmen für das Zollwesen große Mängel aufweist – hier befinden wir uns in guter Gesellschaft mit dem Europäischen Rechnungshof – und dass es keine ausreichenden finanziellen Anreize für die Mitgliedstaaten gibt, Zollkontrollen durchzuführen. Auch hier wäre es gut, wenn wir diese Frage lösen könnten.

Deswegen: Die Forderungen, die wir darlegen, sind klar, und die stehen auch in unserer Entschließung drin, nämlich eine Harmonisierung und Standardisierung der Zollkontrollen in den Mitgliedstaaten, einheitliche Sanktionen in allen Mitgliedstaaten bei Zollbetrug. Wir wollen ein einheitliches Mehrwertsteuersystem; das wäre eine kolossale Erleichterung. Und wir wollen eine Übertragung von Zuständigkeiten der nationalen Zollbehörden auf die EU-Ebene für einen einheitlichen Umgang an allen EU-Grenzübergangsstellen. Das ist ein umstrittener Paragraf, dazu gibt es morgen auch ein *split vote*. Deswegen möchte ich die Kolleginnen und Kollegen hier wirklich dringend bitten, dieser Forderung in der Entschließung zuzustimmen.

Inés Ayala Sender, en nombre del Grupo S&D. – Señor presidente, la verdad es que yo le agradezco, señor Oettinger, que al menos estemos debatiendo, aunque sea con nocturnidad y alevosía, sobre el IVA como recurso propio de la Unión. Y lo reivindicamos aquí, una vez más.

Y sabemos, a través del Tribunal de Cuentas, que, al menos —por lo menos, desde el informe de 2015—, los Estados miembros pierden anualmente en torno a 50 000 millones de euros en relación con el fraude del IVA.

Y aunque, esta noche, es verdad que el tema relacionado con el Reino Unido y el fraude, que puede alcanzar entre dos mil y tres mil y pico millones, aparte de derechos no percibidos por productos textiles, por parte de textiles y de calzados importados de China, no es el elemento fundamental —incluso creo que los Comunes se han dado cuenta de que, aunque salgan del *Brexit*, el problema ya no será solamente un fraude europeo, sino que puede resultar en un fraude incluso al propio Tesoro del Reino Unido; y es bueno que se hayan enterado—, sin embargo, necesitamos absolutamente que la Comisión tome cartas en el asunto.

Aún recuerdo a los aduaneros y autoridades del puerto de Hamburgo que reconocieron las dificultades que tenían precisamente para poder luchar contra este tipo de fraude, el que viene de la importación desde terceros países lejanos, pero que, parando en algún puerto, consigue llegar a nuestros grandes macropuertos y consigue pasar a través de los filtros aduaneros.

De ahí que nosotros pidamos esa armonización de controles aduaneros, que no hagan falta diez años para recuperar los fondos y, finalmente, que también los Estados miembros —todos— participen en la fiscalidad europea y que la Comisión transfiera las responsabilidades aduaneras nacionales a la Unión Europea.

Le apoyamos en eso, señor Oettinger. Sea usted valiente para ello.

Ryszard Czarnecki, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Walka z oszustwami celnymi to walka o zagwarantowanie środków finansowych dla budżetu unijnego. To jest rzecz ważna i starania na rzecz zwalczania tych przestępstw trzeba popierać, ale... Tak, jest „ale”. Wszelkie tego typu działania, żeby ukrócić ten proceder, są słuszne, byleby tylko ograniczały się do tego. Ja mam wrażenie, że my wychodzimy ponad to, co powinniśmy przyjąć. Unijne ramy prawne odnośnie do naruszeń prawa celnego wraz z sankcjami, ujednolicenie sankcji czy przyniesienie obowiązków organów celnych ze szczebla krajowego na szczebel Unii Europejskiej, czy też nadzorowanie wszystkich administracji celnych państw członkowskich to w rzeczywistości krok do utworzenia Europy federalistycznej. To zbyt duża centralizacja na poziomie Brukseli. A więc, potępiając wszelkiego rodzaju oszustwa celne i wspierając zwalczanie ich, trudno zrozumieć, dlaczego tak daleko idące propozycje znalazły się w tym projekcie.

Molly Scott Cato, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, this evening we are debating the very serious issue of customs and VAT fraud relating to Chinese textiles and shoes imported into the EU through the UK. The European Anti-Fraud Office (OLAF) has calculated a loss to the EU own resources budget of EUR 2 billion in terms of lost customs duties between 2013 and 2016.

The UK's wilfully ignorant response to the EU's request to intervene in this tax fraud has meant the loss of this vast sum, I regret to say, and it's an indication of poor cooperation by the UK government as is the UK's refusal to support the creation of a European public prosecutor.

At a time when the UK is suggesting that, after Brexit, we should collect customs due for the whole of the EU, this sets a worrying precedent. It clearly undermines trust in the strength of the UK customs system and suggests that rather than maximum facilitation and trusted traders, we need to get the basics of customs control right. I'm sure that British tax customs officials at Her Majesty's Revenue and Customs (HMRC) are as professional as ever, but I fear that, in spite of what the Commissioner said, there may be a Brexit connection here, in that there is a suggestion that the political masters of the tax policy in the UK may be using negotiation over this fraud as a bargaining chip in the negotiations.

The UK government announced last week that it expects to have respect in the EU. Perhaps that government should respect our neighbours by supporting the process of reclaiming money through lost customs fraud and make the necessary changes to stop organised criminals from cheating the system.

Younous Omarjee, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, vous venez ici nous dire que, pour la Commission, la lutte contre la fraude douanière est une priorité. Très bien, mais qu'attendez-vous pour vous attaquer vraiment à l'industrie du tabac, qui alimente le marché parallèle et fait perdre chaque année aux États européens plus de 10 milliards d'euros?

Comment accepter quand même que des milliards soient ainsi perdus, alors que l'Union européenne réclame sans cesse des efforts budgétaires intenable pour les peuples européens? En fait, la question, c'est: qu'attendez-vous pour vous attaquer vraiment au lobby du tabac? La réalité, la triste réalité, je le crains, c'est que, même dans la lutte contre la fraude douanière, vous demeurez pieds et poings liés avec le lobby du tabac, à qui vous avez confié des tâches essentielles dans le traçage des cigarettes et ce, alors même – et vous le savez – que les cigarettes vendues sur le marché parallèle sortent tout droit de leurs usines et favorisent la contrebande.

Si vous êtes sincère dans votre volonté de lutte contre la fraude douanière, mettez sans tarder la directive sur le tabac en conformité avec le protocole de l'OMS et coupez définitivement tous ces biens toxiques.

Jonathan Bullock, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, what we are discussing here is a non-legislative, non-binding resolution, the title of which sounds rather innocuous. The reality, of course, is that this resolution is a patchwork of ideas, seeking to take away power from elected governments and hand it to unaccountable institutions in Brussels. For example, the resolution calls for an EU legal framework for customs infringements and sanctions, in order to harmonise the way VAT is collected and paid across the EU and to transfer customs responsibilities from national authorities to an EU level.

But at the heart of this, of course, is an attack on the UK. The EU is seeking to take infringement procedures against the UK based on some rather dodgy and conflicting figures and dates amounting to EUR 2.9 billion. Fraud is a widespread problem in the UK, and no doubt we are doing our best to make sure importers pay the correct duties, but this is about squeezing every penny from the UK to fill the EU's coffers before Brexit. Theresa May has already agreed to hand over EUR 40 billion to the EU as a penalty for leaving, but the EU is now inventing any trumped-up reason to come after the UK. I urge you to reject this resolution and let due process take its course without this obvious political interference.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Inés Ayala Sender (S&D), *pregunta de «tarjeta azul»*. – Solamente quería preguntarle si es usted consciente de que en la Cámara de los Comunes ha habido un debate en el que precisamente se ha hablado de este fraude y en el que sus homólogos británicos en dicha Cámara han descubierto que el día en que, si se da el caso, haya *Brexit*, el problema lo tendrán ustedes, porque el fraude del IVA afectará al Tesoro de su Majestad.

¿Es usted consciente de ello?

Jonathan Bullock (EFDD), *blue-card answer*. – No, I'm afraid the British Government rejects this. What this is obviously doing is raising something when Brexit is happening; it's a way of the EU chasing money of us. This doesn't work; this organisation doesn't work. It's a disgrace that we are being punished simply because we have voted to leave, and it's not surprising that even British Government ministers now are saying that this is like the Soviet Union. It's a disgrace.

Petri Sarvamaa (PPE). – Mr President, customs duties as traditional own resources make up a significant share of the EU budget, hence the consequences of large-scale fraud can be devastating. The fraud case in the United Kingdom brought exceptional sums to our awareness, and new cases have shown that there is a pattern of deficiencies in our customs system, particularly in our ability to fight against fraud. The system not being harmonised leaves a variety of tempting options for criminals. They get to choose the weakest link. We indeed need a more harmonised administrative procedure and sanctions to the whole of the Union. Treatment should be the same throughout the EU. As long as we don't have a harmonised system, the crooks continue to exploit the weaknesses.

Regarding the UK case and the EUR 2.7 billion to be recovered, this has to be taken care of efficiently and effectively. I warmly welcome the Commission's infringement procedure and expect it will execute the European Anti-Fraud Office (OLAF) recommendations fully and swiftly.

On top of recovering all of the fraudulently uncollected EU revenue, we need to prevent this from happening again. We have to break the pattern and dissolve the deficiencies. I expect the Commission and the Member States to step up and do everything in their power to enhance our framework for the fight against fraud in this regard. But, having said what I have just said, I cannot but wonder why it is that almost every time we discuss budgetary control issues – protecting European taxpayers' money – we do it close to midnight. It's a shame, and I don't think it's just a coincidence.

Presidente. – Magari su questo ognuno si rivolga ai propri gruppi politici, visto che i dibattiti vengono decisi dagli uffici di presidenza. Ma è un invito a rivolgersi, naturalmente, a tutti i presidenti dei gruppi.

Arndt Kohn (S&D). – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Ausmaß des Zollbetrugs in Großbritannien, über das wir heute Abend sprechen, ist erschreckend. Über welche Summe reden wir? Wir reden über mehr als zwei Milliarden Euro, die hier nicht nur dem EU-Haushalt, sondern auch in Teilen dem Haushalt des Vereinigten Königreichs entgangen sind. Zwei Milliarden Euro! Das ist nahezu der Betrag, den wir 2018 für Erasmus+ aufgewendet haben – um nur ein Beispiel zu nennen –, ganz zu schweigen von der Mehrwertsteuer, die sich anschließt, über die wir heute Abend noch gar nicht in den Tiefen gesprochen haben.

Wie konnte es passieren, dass Großbritannien hier diesen Zollbetrug nicht entdeckt, nicht aufgegriffen hat? In Zeiten einer zunehmenden Globalisierung, zunehmender Warenströme ist es ganz klar, dass der Zoll vor ganz neue Herausforderungen gestellt wird. Und wenn der Zoll nicht nur damit beauftragt wird, fiskalische Aufgaben wahrzunehmen, also Zölle einzutreiben, sondern auch den Binnenmarkt vor Produktpiraterie zu schützen oder auch die innere Sicherheit zu schützen, ist es ganz klar, dass der Zoll hier an seine Grenzen gerät. Die nationalen Zollbehörden sind nicht in der Lage, all diese Aufgaben alleine zu bewältigen. Wir brauchen eine engere Kooperation, eine bessere Zusammenarbeit, einen besseren Informationsaustausch.

Ich begrüße an der Stelle ausdrücklich, dass sich im Rahmen des Zollverfahrens 42 offensichtlich im Rat schon Einigungen abzeichnen. Aber das kann doch nicht alles sein! Die international tätigen Banden sind bestens vernetzt. Warum schaffen wir das nicht unter unseren Zollbehörden? Deswegen fordern wir als Sozialdemokraten – und das machen wir nicht alleine –, dass hier die Mitgliedstaaten alle ehrlichen Anstrengungen unternehmen, um die Eigenmittel der EU, aber letztendlich auch ihre eigenen Mittel wirksam zu generieren, um Zollbetrug auch in Zukunft zu verhindern.

Martina Anderson (GUE/NGL). – Mr President, once again today, Theresa May had nothing to say. There was not a single credible or viable proposal. Just more fantasy-Disney-Brexit. Theresa May's Chequers plan demands the EU to 'trust Britain' to follow EU customs rules. They cannot even be trusted when they are a Member State! As the Commission said, the British Government allowed a Chinese fraud network to evade paying customs duties worth EUR 2.7 billion. The Tories are still negotiating with themselves, and the 'Dancing Queen' is twirling on the head of a pin to the fairytale tune of Boris and Rees-Mogg – the Brothers Grimm – with their 'supercalifragilisticexpialidocious' Mary Poppins Brexit plan. That is something quite atrocious.

We need legally binding proposals that protect the Good Friday Agreement in all of its parts – not faith, trust and a little pixie dust. This is no fairytale, and the British Brexit proposals won't give Ireland a 'happily every after'. The Good Friday Agreement is sacrosanct. Damn right it is, Arlene Foster of the DUP, who said that it was not.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, pane komisaři, i já se musím vyjádřit k absenci Rady, myslím si, že u takto závažné otázky, jako je několikamiliardová ztráta v rozpočtu Evropské unie, Rada měla být účastna dnešního jednání. A to, že je to poslední bod jednání, to už jsme si zvykli u takto důležitých bodů. Ale chtěl bych říci, že je skutečně velkou realitou, že se celní podvody dějí, netýká se to pouze Velké Británie, ale bohužel i Řecka a těch případů je nepochybně asi více.

Úřad OLAF vyčíslil, že ztráta vzniklá celkovému rozpočtu Unie v letech 2013-2016 v důsledku ušlých cel na textilní výrobky a obuv dovážené z Číny přes Spojené království přesahuje 2 miliardy EUR. Je to skutečně obří částka, když zvažíme, že v roce 2016 úřad OLAF v návaznosti na skoro 300 provedených šetření doporučil vymáhání celkové částky 631 milionů EUR, takže ty 2 miliardy jsou skutečně velmi významná částka.

Jiné šetření navíc odhalilo značné úniky v oblasti DPH v souvislosti s dovozem přes Spojené království, kdy bylo v nadměrné míře využíváno osvobození od DPH, a jenom tyto dva případy z Velké Británie způsobily rozpočtu EU odhadovanou ztrátu 3 miliardy EUR. Aktuálně úřad OLAF také prošetřuje nový případ podhodnocení, který se týká přístavu Pireus v Řecku a představuje závažnou ztrátu prostředků EU. Odhadem stál Itálii několik desítek milionů EUR na nezaplacené DPH.

Měli bychom se tedy skutečně zamyslet, jak případy celních podvodů účinně řešit. V první řadě je třeba, aby vnitrostátní orgány důsledně postupovaly proti těm, kteří byli zapojeni do podvodného vyhýbání se celním poplatkům, a proti těm, kteří byli vědomě zapojeni do praní výnosů z této trestné činnosti. Neměli bychom také pasivně přihlížet tomu, že vymáhání dlužných prostředků trvá běžně až 10 let. Komise by měla zajistit, aby členské státy plně dodržovaly ustanovení celního kodexu Unie, a provádět pravidelné odhady výše nezaplaceného cla.

Caterina Chinnici (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, le più recenti indagini condotte dall'OLAF hanno portato alla luce casi di frodi doganali verificatesi in paesi europei. Uno di questi, come è stato detto, è appunto il Regno Unito, ma si tratta purtroppo di casi che non sono circoscritti ad alcuni paesi, ma sono pratiche illecite diffuse in molta parte degli Stati membri. Si tratta di frodi che sottraggono indebitamente risorse al bilancio dell'Unione europea, che turbano la regolare concorrenza fra le imprese e che in taluni casi, addirittura, alimentano le attività della criminalità organizzata.

Allora occorre contrastarle e per contrastarle sono necessarie procedure di controllo doganale standardizzate e armonizzate fra gli Stati membri, così da evitare che per effettuare importazioni fraudolente venga scelto lo Stato membro che attua una sorveglianza meno rigorosa. E in tal senso, la Commissione deve vigilare affinché le autorità degli Stati membri diano piena attuazione alle disposizioni contenute nel codice doganale dell'Unione.

Ma io credo sia ormai anche necessario per prevenire tale tipo di frodi che si delinei al più presto un regime definitivo dell'IVA, che preveda regole uniformi in materia di raccolta e pagamento dell'imposta su tutto il territorio dell'Unione, così da garantire una più efficace protezione del bilancio comunitario.

Jens Geier (S&D). – Herr Präsident! Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der letzte Redner in der letzten Debatte des Tages zu sein, ist, glaube ich, eine besondere Ehre. Das muss man auch in seiner Karriere als Mitglied des Europäischen Parlaments mal hinter sich gebracht haben. Das ist also jetzt für mich erledigt, Haken dran.

Herr Kommissar Oettinger, schönen Dank für Ihren Überblick. Wir diskutieren einen Fall, wo sich nationale Zuständigkeiten, nämlich die Steuerhoheit und die Zollaufsicht, mit EU-Ansprüchen, nämlich den Einnahmen der Europäischen Union und dem Schutz des gemeinsamen Marktes, beißen, wo sie kollidieren. Wir stellen immer wieder fest, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass Mitgliedstaaten dabei nicht sonderlich sorgfältig sind, ihre Pflichten gegenüber der Europäischen Union einzuhalten, und dass sie lieber Rechtsbrüche ertragen als Kompetenzen abzugeben.

Ich will in dem Zusammenhang kurz auf den MFR zu sprechen kommen, denn wir benötigen in der EU zusätzliche Mittel für die gestiegenen Ausgaben der EU. Aber nicht alle Mitgliedstaaten sehen das so, dass zusätzliche Mittel mobilisiert werden müssen. Gleichzeitig erleben wir aber auch, dass die Mitgliedstaaten zu wenig tun, um die Eigenmittel der EU einzutreiben und die finanziellen Interessen der EU zu schützen. Ich glaube, wir sollten im Rahmen der MFR-Verhandlungen auf diesen Widerspruch hinweisen. Ich finde, diese Lässigkeit ist nicht weiter hinnehmbar.

Procedura «catch the eye»

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, είναι δεδομένο ότι η δράση της Ευρωπαϊκής Ένωσης για την καταπολέμηση της τελωνειακής απάτης πρέπει να είναι αποφασιστική. Επιτρέψτε μου, κύριε Oettinger, να αναφερθώ σε ένα κλασικό παράδειγμα τελωνειακής απάτης που είναι οι ελληνοποιήσεις αγροτικών και κτηνοτροφικών προϊόντων. Δηλαδή, προϊόντα εισάγονται από τρίτες χώρες και εμφανίζονται ως ελληνικά. Έχουμε ελληνοποίηση γάλακτος και γαλακτοκομικών προϊόντων, με αποτέλεσμα να έχουμε πτώση της τιμής του γάλακτος. Έχουμε αδρόες εισαγωγές από τη Ρουμανία, από την Αλβανία, από τα Σκόπια. Οι εταιρείες φέρνουν αυτά τα προϊόντα και τα βαφτίζουν ελληνικά, με αποτέλεσμα να έχουμε κατάρρευση των τιμών των καταναλωτών. Τώρα έχουμε και εισαγωγή γαλλικής πατάτας που ονομάστηκε ελληνική πατάτα. Οι παραγωγοί ντομάτας στο Τυμπάκι της Κρήτης διαμαρτύρονται, διότι πλέον εμφανίστηκαν διάφορες εισαγόμενες ντομάτες ως ελληνικές.

Είναι μια κλασική περίπτωση τελωνειακής απάτης η οποία, πέραν των προβλημάτων που δημιουργεί, νομίζω ότι έχει διαλύσει και την ίδια την αγροτική οικονομία. Πρέπει να δούμε το θέμα αυτό σοβαρά. Και εσείς ως Επιτροπή. Σας ερωτώ αν έχετε σχετική ενημέρωση από τις ελληνικές αρχές για το θέμα αυτό και αν θα πρέπει, επιτέλους, να αναλάβει η OLAF να ελέγξει τι συμβαίνει με τη μαφία των ελληνοποιήσεων των αγροτικών και κτηνοτροφικών προϊόντων.

(Fine della procedura «catch the eye»)

Günther Oettinger, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich will eingangs versichern: Es geht um keinerlei Bestrafungsaktion. Es geht schlichtweg darum, dass wir Missständen nachgehen müssen, und zwar überall. Auch in anderen Mitgliedstaaten gibt es entsprechende Verdachtsmomente, Untersuchungen, Erhebungen, Ergebnisse. Es geht auch nicht um Zentralisierung, im Gegenteil! Zölle sind eine seit Gründung der Europäischen Union gewollte Einnahmequelle – früher mit weit mehr, heute mit etwa 14 % unserer Gesamteinnahmen. Mit Zöllen entlasten wir die Mitgliedstaaten, indem sie nationale Beiträge in der Höhe nicht erbringen müssen.

Für die Zolldurchführung sind die Behörden der Mitgliedstaaten verantwortlich – ein dezentrales System. Einige Abgeordnete beklagen dies ja und stellen Missstände bei der Durchführung der entsprechenden Verpflichtungen durch Behörden vor Ort fest. Wir wollen keine Kommissionsbeamten vor Ort. Wir wollen aber, dass die Beamten vor Ort, die nationalen Beamten, ihre Verpflichtungen erfüllen, im Interesse ihres Haushalts – sie bekommen 20 % –, im Interesse der Zolleinnahmen, der darauf entfallenden indirekten Umsatzsteuereinnahmen und im Interesse des europäischen Haushalts.

Wenn ein Abgeordneter, der sich jetzt aber auch schon verabschiedet hat und in den verdienten Feierabend ging, von Maßnahmen wie in der Sowjetunion sprach, dann weise ich dies als schlichtweg abwegig – schlichtweg abwegig – zurück! Ich stelle generell fest, dass jene, die uns hier kritisieren, von diesem Teil des Parlaments sich in den Feierabend verabschiedet haben. Aber mit „Sowjetunion“ lasse ich die Europäische Union nicht beschimpfen und schon gar nicht vergleichen.

Dem Tabaksmuggel gehen wir nach. Sie wissen sehr wohl: Wir haben die Abkommen mit der Tabakindustrie gekündigt und tun alles, um die Einfuhr von Tabakwaren, die nicht unseren Rechtsgrundlagen entsprechen, aus Ländern wie Weißrussland, der Ukraine und anderen Ländern so gut es geht mit unseren beschränkten Möglichkeiten zu vermindern oder zu unterbinden.

Wir haben in dem UK-Fall, der heute im Mittelpunkt steht, nicht nur mit bester Untersuchung die Betragshöhe ermittelt, wir haben auch Schuldzinsen darauf erhoben, sodass am Ende, wenn der Betrag eingebracht werden kann, dem europäischen Haushalt gar kein Nachteil entsteht.

Ich finde, das Gute an dem Fall ist: Er zeigt, dass unsere Betrugsbekämpfung Ergebnisse bringt. Und deswegen kann ich Sie nur ermuntern: OLAF ist Ihre und meine Behörde, und wann immer Sie Verdachtsmomente haben, konkrete Missstände sehen, geben Sie Nachricht! Dann ist OLAF berechtigt und verpflichtet, daraus einen Fall zu machen, Erkundigungen einzuholen und Schaden auf der Ausgabenseite und der Einnahmenseite vom europäischen Haushalt abzuwenden. Deswegen: Wenn Sie, Herr Abgeordneter Marias, beim Thema Umdeklarierung von Nahrungsmitteln, Agrarprodukten dartun, dass hier indirekter Betrug entsteht, geben Sie mir konkrete Hinweise! Ich gehe denen nach und gebe Ihnen dann auch durch einen Schriftsatz einen entsprechenden Bericht, ob und wie wir dies rechtlich sehen. Ich bin an Ihren Erhebungen interessiert.

Guten Abend!

Presidente. – Comunico di aver ricevuto una proposta di risoluzione conformemente all'articolo 128, paragrafo 5, del regolamento.

La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà domani, giovedì 4 ottobre 2018.

22. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll

23. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

24. Mittelübertragungen und Haushaltsbeschlüsse: siehe Protokoll

25. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

Presidente. – La prossima seduta si svolgerà domani, giovedì 4 ottobre 2018, dalle ore 9 alle ore 14 e dalle ore 15 alle ore 16.

L'ordine del giorno è stato pubblicato ed è disponibile sul sito web del Parlamento europeo.

La seduta è tolta.

26. Schluss der Sitzung

(La seduta è tolta alle 22.42)

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



C/2024/3520

6.6.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 4. OKTOBER 2018

(C/2024/3520)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2018-2019

Sitzungen vom 1. bis 4. Oktober 2018

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	4
2. Beitrag der EU zu einem verbindlichen Instrument der Vereinten Nationen betreffend transnationale Wirtschaftsunternehmen im Zusammenhang mit Menschenrechtsfragen (eingereichte Entschließungsanträge)	4
3. Lage im Jemen (eingereichte Entschließungsanträge)	4
4. Strategiepaket für die öffentliche Auftragsvergabe (Aussprache)	4
5. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)	17
5.1. Einschränkung der Medienfreiheit in Belarus, insbesondere der Fall der Charta 97	17
5.2. VAE, insbesondere die Lage des Menschenrechtsverteidigers Ahmad Mansur	23
5.3. Willkürliche Massenfestnahmen von Uiguren und Kasachen im Uigurischen Autonomen Gebiet Xinjiang	29
6. Wiederaufnahme der Sitzung	36
7. Abstimmungsstunde	36
7.1. Einschränkung der Medienfreiheit in Belarus, insbesondere der Fall der Charta 97 (RC-B8-0451/2018, B8-0451/2018, B8-0452/2018, B8-0453/2018, B8-0454/2018, B8-0455/2018, B8-0457/2018) (Abstimmung)	36
7.2. VAE, insbesondere die Lage des Menschenrechtsverteidigers Ahmad Mansur (RC-B8-0456/2018, B8-0456/2018, B8-0458/2018, B8-0459/2018, B8-0462/2018, B8-0467/2018, B8-0469/2018) (Abstimmung)	36

Inhalt	Seite
7.3. Willkürliche Massenfestnahmen von Uiguren und Kasachen im Uigurischen Autonomen Gebiet Xinjiang (RC-B8-0460/2018, B8-0460/2018, B8-0461/2018, B8-0463/2018, B8-0464/2018, B8-0465/2018, B8-0466/2018, B8-0468/2018) (Abstimmung)	36
7.4. Strategiepaket für die öffentliche Auftragsvergabe (A8-0229/2018 - Carlos Coelho) (Abstimmung)	36
7.5. EU-Agentur für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) (A8-0320/2017 - Axel Voss) (Abstimmung)	37
7.6. Gegenseitige Anerkennung von Sicherstellungs- und Einziehungsentscheidungen (A8-0001/2018 - Nathalie Griesbeck) (Abstimmung)	37
7.7. Freier Verkehr nicht personenbezogener Daten in der Europäischen Union (A8-0201/2018 - Anna Maria Corazza Bildt) (Abstimmung)	37
7.8. Beitrag der EU zu einem verbindlichen Instrument der Vereinten Nationen betreffend transnationale Wirtschaftsunternehmen im Zusammenhang mit Menschenrechtsfragen (B8-0443/2018, B8-0472/2018, B8-0473/2018, B8-0474/2018) (Abstimmung)	37
7.9. Lage im Jemen (RC-B8-0444/2018, B8-0444/2018, B8-0445/2018, B8-0446/2018, B8-0447/2018, B8-0448/2018, B8-0449/2018, B8-0450/2018) (Abstimmung)	37
7.10. Bekämpfung von Zollbetrug und Schutz der Eigenmittel der EU (B8-0400/2018) (Abstimmung)	37
8. Stimmerklärungen	37
8.1. Strategiepaket für die öffentliche Auftragsvergabe (A8-0229/2018 - Carlos Coelho)	37
8.2. EU-Agentur für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) (A8-0320/2017 - Axel Voss)	39
8.3. Freier Verkehr nicht personenbezogener Daten in der Europäischen Union (A8-0201/2018 - Anna Maria Corazza Bildt)	39
8.4. Beitrag der EU zu einem verbindlichen Instrument der Vereinten Nationen betreffend transnationale Wirtschaftsunternehmen im Zusammenhang mit Menschenrechtsfragen (B8-0443/2018, B8-0472/2018, B8-0473/2018, B8-0474/2018)	40
8.5. Lage im Jemen (RC-B8-0444/2018, B8-0444/2018, B8-0445/2018, B8-0446/2018, B8-0447/2018, B8-0448/2018, B8-0449/2018, B8-0450/2018)	41
9. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	42
10. Wiederaufnahme der Sitzung	42
11. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	42
12. Tierschutz, Einsatz von Antibiotika und die Auswirkungen der industriellen Masthähnchenzucht auf die Umwelt (Aussprache)	42
13. Petitionen: siehe Protokoll	50
14. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	50
15. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll	50

Inhalt	Seite
16. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll	50
17. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll	50
18. Schluss der Sitzung	50
19. Unterbrechung der Sitzungsperiode	50

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 4. OKTOBER 2018

ΠΡΟΕΔΡΙΑ: ΔΗΜΗΤΡΙΟΣ ΠΑΠΑΔΗΜΟΥΛΗΣ

Αντιπρόεδρος

1. Eröffnung der Sitzung

(Η συνεδρίαση αρχίζει στις 9.13)

2. Beitrag der EU zu einem verbindlichen Instrument der Vereinten Nationen betreffend transnationale Wirtschaftsunternehmen im Zusammenhang mit Menschenrechtsfragen (eingereichte Entschließungsanträge)

3. Lage im Jemen (eingereichte Entschließungsanträge)

4. Strategiepaket für die öffentliche Auftragsvergabe (Aussprache)

Πρόεδρος. – Το πρώτο σημείο στην ημερήσια διάταξη είναι η συζήτηση επί της εκθέσεως του κ. Carlos Coelho, εξ ονόματος της Επιτροπής Εσωτερικής Αγοράς και Προστασίας των Καταναλωτών, σχετικά με τη δέσμη μέτρων στρατηγικής για τις δημόσιες συμβάσεις (2017/2278(INI) (A8-0229/2018).

Carlos Coelho, Relator. – Senhor Presidente, Senhora Comissária Bienkowska, passaram 4 anos sobre a reforma sobre a legislação relativa à contratação pública. É altura de fazer um balanço da sua implementação pelos Estados-Membros. Do que está a correr bem e a correr mal na aplicação das regras europeias.

Concordamos que, para o bom funcionamento do mercado interno, é crucial definir um quadro político global e estratégico para a contratação pública que promova o crescimento, o emprego e a inovação.

A contratação pública representa, na nossa economia, uma parte substancial do investimento público. Mais de 2 biliões de euros por ano. Isto significa que 250 mil autoridades públicas usam cerca de 14 % do PIB da União na aquisição de serviços, obras e fornecimentos através de contratos públicos. Sabemos que a prestação de serviços públicos de elevada qualidade depende, em larga medida, de processos de contratação pública modernos, eficientes e transparentes.

O relatório hoje em debate vem responder precisamente a essa necessidade. Concordamos com a estratégia da Comissão Europeia de propor um pacote de medidas não legislativas, duas comunicações e uma recomendação sobre a profissionalização da contratação pública.

Não precisamos de mais leis, mas de uma boa implementação das leis que temos. Por isso, aprovámos um conjunto de recomendações que a Comissão do Mercado Interno pretende ver implementadas.

Caros Colegas, as diretivas aprovadas em 2014 não são apenas um instrumento para regulamentar a aquisição pública de bens, serviços e obras. Elas devem contribuir para os Estados-Membros promoverem políticas de inovação, de economia ecológica e circular, de crescimento sustentável e inclusivo. Lamentamos, porém, o ritmo dececionante, com que muitos Estados-Membros transpuseram as diretivas, levando mesmo a processos de infração, e temos consciência de que muitas das críticas apontam um cariz protecionista, o difícil acesso e compreensão para as pequenas e médias empresas, o compadrio e a pouca transparência e o facto de o único critério de adjudicação parecer ser o preço mais baixo, em vez de, por exemplo, critérios sociais e ambientais estratégicos para as comunidades.

Por isso, o meu relatório propõe, entre outras medidas que, sempre que possível, e se justifique, se adotem critérios de qualidade em substituição do critério do preço mais baixo, parágrafos 12 e 13. Se apoie a participação das pequenas e médias empresas nos concursos públicos através, por exemplo, do estímulo à divisão em lotes, parágrafo 38. Se introduzam instrumentos de transparência, tais como registos de contratos, parágrafos 29, 33 e 41. Se invista e acelere a digitalização em todas as fases do processo de contratação pública, parágrafos 26 a 33, e se promova a inovação, parágrafos 4, 23 e 24. Se desenvolvam estratégias nacionais de contratação pública, a análise sistemática dos dados e planos de profissionalização para os agentes que lidam com contratos públicos, parágrafos 53 a 57. Se combata a concorrência desleal nos procedimentos de contratação pública transfronteiriços e que se melhore o acesso aos mercados de contratos públicos em países terceiros, parágrafos 45 a 49. Se apliquem elevados padrões de ética e deontologia em todas as fases do processo, parágrafos 15 e 20.

Para concluir, Senhor Presidente, agradeço sinceramente aos relatores-sombra que colaboraram tão empenhadamente neste relatório e os pareceres elaborados pelas comissões ENVI e INTRA. Creio que chegámos a um bom relatório, que estabelece a abordagem correta para contratos públicos eficientes, eficazes e competitivos, que responde aos desafios que hoje se colocam ao setor e que dá um contributo estratégico para atingir objetivos como a inovação, a inclusão social e a sustentabilidade económica e ambiental.

Conto com o apoio de todos os colegas para a aprovação final deste relatório que promove o bom funcionamento do mercado único, do crescimento das empresas e do emprego e protege os interesses dos cidadãos.

Garantir que o dinheiro dos contribuintes é gasto de forma eficiente e eficaz é do interesse comum e é uma exigência legítima dos nossos cidadãos.

Elżbieta Bieńkowska, *Member of the Commission*. – Mr President, I would like to thank honourable Members very much for the discussion on this subject.

Public procurement is a very important subject. You have heard the data and you have heard the numbers, but at the same time, besides the data and the numbers, this is a powerful tool which can help carry out policy. We are not using the full potential of public procurement at the moment. Taxpayers are often still not getting the best value for money and do not see results that provide them with the best public services.

That's why we decided last year – almost a year ago, in November last year – to adopt a public procurement package because we feel that we need a major shift in the culture of public procurement (PP). But at the same time it is also important, as you have heard, that this package is not new legislation. It is made up of voluntary measures, recommendations, suggestions, some new ideas and best practices. It calls for a wide partnership, but also for political ownership of this topic. The package is our attempt to jointly steer the political discussion on PP, to identify priorities and to offer tools for implementing them. We also underlined the role that public procurement can play in responding to European competitiveness and to societal environmental innovation challenges because we know that, for example, it can encourage energy and resource efficiency investment. It can foster innovation and facilitate social inclusion.

We specifically addressed the importance of selecting the most economically advantageous tenders based on a cost effectiveness approach to get the best value for public money for all our citizens, but – as was said before – the most economically advantageous is not always the cheapest. It can never be underlined and repeated enough that EU law does not require the lowest price as the only award criteria.

The package shows how the possibilities offered by the Public Procurement Directives can be used to support wider EU policy objectives. It contains practical measures and guidance along with implementation support from the Commission. So we recommend some actions and offer assistance at the same time.

We organised the package around six priorities. Let me briefly list them. The first one is ensuring wider use of innovative, green and social procurement, then professionalising public buyers – there we need the right competencies and skills of the people who are dealing with this topic – increasing access to procurement markets for SMEs and all EU businesses, though of course SMEs are at the centre of our interest, improving transparency and integrity, delivering better data, boosting the digital transformation of procurement, using technologies to simplify and to reorganise procedures, and cooperating more between authorities at different levels, to procure together.

In March the Council endorsed the package and underlined its importance for European competitiveness. In February we also discussed this package in the Ecofin Council to show the importance of good procurement for public budgets. We definitely know that improving the way procurement is carried out and focusing on the professionalisation of public buyers can really generate important savings in Member States' budgets.

The Economic and Social Committee and the Committee of the Regions have also adopted their opinions so I am very glad that today Parliament will complete this interinstitutional cycle and adopt the own initiative report. I appreciate that this has been done after a thorough debate with contributions from many of you, under the really valuable leadership of Mr Coelho, together with the shadow rapporteurs. You have prepared a good report, which largely supports the Commission's proposed approach, while at the same time giving us food for thought for the future. I am also happy to see that there is a large degree of consensus within Parliament and substantial agreement with the Commission's view on some specific issues.

I will mention just three or four of them. First SMEs, as was underlined before. I would caution against too much pessimism. There is not a big share of SMEs participating in the public procurement market, and as the directive has only been recently transposed I think it will take some time before the simplification really takes effect. We have launched a recent study to identify the possible remaining barriers to SME participation in procurement.

The second point is on quality criteria – what else? – and strategic procurement. Here the situation varies enormously between the Member States. In many there is still a lot of scope to increase the use of quality criteria. We believe that spreading the word that clarifying the lowest price is not mandatory at all, and obtaining high-level commitment to that principle is extremely important. I also think that we should make it easier to apply green, innovative and social procurement. That's why we are updating existing guidance and compiling best practices to assist authorities incurring tenders. I would also like to stress that we fully share the views of the report when pointing at the huge benefits that digitisation of procurement could bring.

The last point is on the professionalisation of public services, first through more cooperation and exchange of good practices. On this point I couldn't agree more. We have launched an e-competence centre and a web page bringing together all guidance and good practice from different Member States. We are developing a European competence framework for public buyers to make sure that the skills competences they require are clearly identified.

These are the main points. Thank you very much for taking this subject on board.

Reimer Böge, *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für internationalen Handel*. – Herr Präsident, Frau Kommissarin! In der Tat, die öffentliche Dimension der öffentlichen Auftragsvergabe wird oftmals nur eher beiläufig erwähnt oder analysiert. Aber das wäre ein Fehler. Wir sind heute in der Tat noch in der Situation, dass für Wettbewerber aus der Europäischen Union öffentliche Beschaffungsmärkte in Drittstaaten oftmals de jure und de facto geschlossen sind. Hier müssen wir auf einen besseren Zugang dringen. Die Frau Kommissarin hat es angesprochen: Ja, die Herausforderungen und Probleme gerade für KMU, wenn es um die internationale Dimension geht, müssen ernst- und wahrgenommen werden.

Ein zentrales Problem auf dem Weg zu einem besseren Marktzugang sind einerseits multilaterale Abkommen, allen voran das *government procurement agreement*. Aber unabhängig davon bleibt ein besserer Marktzugang als Kerninteresse der Europäischen Union auch weiterhin ein wichtiges Element unserer bilateralen Handelsgespräche. Und das Abkommen CETA, aber auch das WPA mit Japan sind hierfür eigentlich erfolgreiche Beispiele, die man auch in Zukunft als Pilotprojekte, als wichtiges Element für die weiteren Verhandlungen mit einbringen sollte.

Schlusspunkt: Gerade die internationale Dimension der öffentlichen Auftragsvergabe hat ein Potenzial, als Wachstumstreiber für mehr Wachstum und neue Arbeitsplätze in Europa einen wichtigen Beitrag zu leisten.

Andreas Schwab, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident! Frau Kommissarin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich zunächst mal, dass der Kollege Böge aus dem Ausschuss für internationalen Handel nochmals die globale Dimension des europäischen Vergaberechts deutlich gemacht hat. Und es ist ein guter Moment für mich, darauf hinzuweisen, dass die Schwellenwerte, die wir in der Europäischen Union haben, die auch in Deutschland festgesetzt werden, nicht von der Europäischen Union festgelegt werden, sondern aus dem *Global Procurement Agreement* abgeleitet werden, und deshalb bestehen und deutlich machen sollen, dass die europäische Wirtschaft – anders als mancher Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika – eben nicht *Europe first* alleine als Mittelpunkt sieht, sondern eine gewisse Offenheit der Märkte sicherstellen will, damit eben gerade unsere Firmen auch in anderen Märkten auf die gleiche Offenheit hoffen dürfen. Und da sollten sie auf Dauer nicht nur darauf hoffen dürfen, Frau Kommissarin, sondern da müssen wir noch mehr Druck dahinter bringen, dass tatsächlich auch andere Länder ihre Märkte genauso stark öffnen, wie wir unsere Märkte geöffnet haben.

Der Bericht des Kollegen Coelho, den ich außerordentlich begrüße, stellt meiner Ansicht nach deutlich dar, dass es in den Mitgliedstaaten eigentlich keinen Grund gibt, dass nach wie vor immer noch 55 % der Aufträge allein auf der Basis des niedrigsten Preises vergeben werden, weil wir mit der Vergaberechtsrichtlinie und der Reform 2014 eigentlich ganz viele Möglichkeiten für die Vergabebehörden, egal auf welcher staatlichen Ebene, geschaffen haben, das beste Angebot am Ende zuschlagsfähig zu machen. Deswegen mein dringender Appell an alle Vergabebehörden – nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa –, sich genau zu überlegen, welche Bedingungen in die Ausschreibung aufgenommen werden, um am Ende tatsächlich das beste Angebot zu bekommen und nicht hinterher darüber zu klagen, dass wieder das billigste Angebot genommen wurde, und bestimmte rechtliche Schwierigkeiten im Nachgang bestehen.

Ich glaube, Frau Kommissarin – Sie haben zu Recht darauf hingewiesen –, dass wir mit der Digitalisierung im Bereich des Vergaberechts – und da ist Portugal ein leuchtendes Beispiel – noch viel Flexibilisierung und Transparenz schaffen können. Das sollte allen europäischen Unternehmen, gerade auch den kleinen und mittleren Unternehmen, noch erheblich helfen.

Nicola Danti, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, signora Commissario, onorevoli colleghi, con la revisione del quadro normativo relativo agli appalti pubblici del 2014, l'Europa si è dotata di una buona legislazione, le cui potenzialità non sono ancora state sfruttate appieno da gran parte degli Stati membri.

La relazione, per la quale ringrazio il collega Coelho e il nostro relatore Marc Tarabella, offre una panoramica completa sullo stato del recepimento e attuazione di tali norme, ma anche sulle problematiche più urgenti da affrontare a livello europeo e nazionale.

Io vorrei soffermarmi su tre punti, il primo: dobbiamo proseguire con l'applicazione dei criteri di qualità nell'aggiudicazione degli appalti. Troppo spesso dietro a un prezzo basso si celano concorrenza sleale, scarsa attenzione a sostenibilità, inclusione sociale e disabilità.

Secondo punto: dobbiamo prendere atto che le PMI europee e le imprese dell'economia sociale si aggiudicano solamente il 45% del valore degli appalti, in evidente contraddizione con il loro peso reale nell'economia. Su questo tema sarà necessario adottare misure concrete tra cui, ad esempio, la suddivisione obbligatoria in lotti, unita ad una migliore assistenza e formazione per le piccole e medie imprese.

Terzo punto: in parallelo alla costruzione del mercato unico digitale dobbiamo anche cambiare passo sul processo di digitalizzazione degli appalti pubblici. Abbiamo bisogno di procedure semplificate, di meno burocrazia e di maggiore trasparenza. Infine, vorrei citare anche il tema della reciprocità nel campo degli appalti pubblici internazionali. L'apertura dei nostri mercati pubblici non deve farci scordare quanto sia difficile, se non impossibile, per gli offerenti europei accedere ai mercati dei paesi terzi.

Uno squilibrio insopportabile a cui la Commissione e gli Stati membri devono rapidamente porre rimedio, ad esempio attraverso l'approvazione del cosiddetto strumento per gli appalti internazionali, ancora ostaggio di veti interni al Consiglio.

Jasenکو Selimovic, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, I would like to thank Mr Coelho and the shadow rapporteurs for their smooth and good work. The potential of public procurement is obviously enormous. 250 000 public authorities in the Union spend around 14% every year of our GDP – nearly EUR 2 000 billion each year on purchasing services, work and supplies – and still, this enormous potential is not fully achieved. There are three reasons for that. Firstly, because Member States have been very late in transposing the 2014 directives on public procurement – so late that the Commission had to initiate infringement procedures against some of them, and, unfortunately, I do suspect they will again be late transposing for the next round of deadlines, notably regarding e-procurement.

Secondly, Member States' authorities on a national, regional and local level are not using public procurement strategically. That's why I urge them to not consider public procurement as an administrative burden, but a way to promote a smart, sustainable and inclusive growth, to force innovation to help SMEs to gain new markets, create new jobs.

Thirdly, because the practitioners of public procurement need further education. Those directives are indeed complicated and Member States should therefore organise training in order to get it right in public procurement and open university courses to develop public procurement studies and public procurement law.

That's why I welcome all the action proposed here, all the strategies taken by the Commission, and I wish to remind everybody that an effective public procurement will lead to taxpayers' money being better spent in the Union.

Igor Šoltes, *v imenu skupine Verts/ALE*. – Gospod predsednik, hvala za besedo. Prvo, seveda, čestitke poročevalcu za odlično poročilo.

Res je, javna naročila so lahko odlično orodje za dosego številnih politik in to je bil tudi namen javnih naročil, ne samo na gospodarskem, pač pa tudi na socialnem, delovno-pravnem, tudi okoljskem, tudi na področju zdravja, na področju gerontologije, na področju demografskih sprememb. In seveda so javna naročila pokazala veliko dobrih stvari, hkrati pa tudi nekaj negativnih. Tisto, kar je slabo, je to, da tudi Evropska komisija ocenjuje kar 2 milijardi evrov korupcije na področju javnih naročil, kar je odločno preveč in tukaj morajo državni organi odločno ukrepati. In tudi na nekaterih področjih so se javna naročila prej pokazala kot breme ali pa ovira kot pa velika prednost in ena takih stvari je hrana, zlasti hrana za naše najranljivejše skupine prebivalstva, kot so otroci, starostniki in pa bolniki. In v tem delu mislim, da bi morali narediti korak naprej, biti bolj drzni, ker če zagotovimo zdravo, lokalno pridelano hrano za te najranljivejše skupine prebivalstva, dosežemo velike učinke. Prvič, izjemno poboljšamo zdravstveno sliko našega prebivalstva, manj zavržene hrane, omejimo nepošteno prakse, skrajšamo pot od vil do vilic, ohranjamo in razvijamo podeželje in ustvarjamo višjo samooskrbo in pa seveda tudi nova delovna mesta. Gre za učinke, ki so lahko merljivi, in ki pravzaprav govorijo o tem, da če pri javnem naročanju upoštevamo samo najnižjo ceno ali pa predvsem po tem postavimo na tehtnico zdravje in ceno, potem je jasno, da moramo dati prvo mesto ali pa prednost seveda zdravju.

Zato mislim, da je treba v tem paketu javnih naročil resno premisliti, ali bi ravno za področje veljalo upoštevati to, da hrano izvezamo iz sistema javnih naročil, ker mislim, da smo to tudi dolžni našim prebivalcem zagotoviti višjo kakovost in zdravje.

Πρόεδρος. – Θα ήθελα να ενημερώσω τους συναδέλφους ότι, εξαιτίας ενός τεχνικού προβλήματος, στον κατάλογο των ομιλητών, όπως φαίνεται στους ηλεκτρονικούς πίνακες, δεν αναγράφονται τα ονόματα με τη σωστή σειρά. Οι τεχνικοί προσπαθούν να ρυθμίσουν το πρόβλημα. Απλώς σας ενημερώνω για να μην παρασυρθείτε σε λάθη.

João Ferreira, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Senhor Presidente, a contratação pública é – deve ser – um importante instrumento ao dispor dos Estados para defender e promover o respetivo tecido produtivo, o emprego de qualidade e com direitos, a preservação ambiental, entre outros objetivos estratégicos.

Ora, sendo certo que o quadro legislativo vigente na União Europeia teoricamente abre a porta à consideração muito parcelar de algumas destas preocupações, na realidade há uma impossibilidade prática de explorar todo o potencial deste instrumento, uma vez que este quadro legislativo está submetido e constrangido pela sacrossanta lógica da livre concorrência no mercado único. Ou seja, a legislação está toda feita à medida dos interesses das grandes empresas, das grandes corporações transnacionais que, efetivamente, dominam o mercado único e que há muito fazem convergir sobre o mercado da contratação pública o seu apetite voraz ainda não inteiramente satisfeito.

Isto conjuga-se com o avanço do mercado sobre áreas que dele deviam estar resguardadas, nomeadamente no que se refere aos serviços públicos que foram progressivamente desmantelados, e privatizados, graças também à ação, à legislação e à pressão da União Europeia, precisamente para alargar o negócio da contratação pública.

(O orador oradora aceita responder a uma pergunta formulada ao abrigo do procedimento «cartão azul» (artigo 162.º, n.º 8, do Regimento))

Andreas Schwab (PPE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Herr Präsident! Der Kollege Ferreira hat ja die lustige Geschichte erzählt, dass hier alles irgendwie um multinationale Konzerne geht, das hört man immer wieder. Deswegen habe ich zwei Fragen an ihn.

Erstens: Haben Sie die Vergaberechtsreform von 2014 wirklich gelesen und gesehen, was für kleine und mittlere Unternehmen dort alles gemacht wurde? Zweitens: Was wollen Sie denn als weitere Auswahlkriterien wählen, wenn es nicht der Wettbewerb sein soll? Vielleicht haben Sie da ja gute Ideen, die ich noch nicht kenne.

João Ferreira (GUE/NGL), *Resposta segundo o procedimento «cartão azul»*. – Muito rapidamente, caro colega, efetivamente tenho presente na apreciação que aqui fiz, o conjunto de legislação que foi aprovado em 2014. Pese embora toda a retórica que a perpassa em defesa das pequenas e médias empresas, como de resto acontece com muitas outras legislações da União Europeia, a verdade é que toda ela, toda ela, precisamente por se submeter a essa lógica da livre concorrência no mercado único, está feita à medida dos interesses das grandes empresas, porque são essas que na livre concorrência no Mercado Único, efetivamente vão dominando esse mercado e não esquecer, não esquecer, porque é muito importante, esta ação conjuga-se com o desmantelamento que foi feito dos serviços públicos nas águas, nos correios, na energia, como agora também se quer fazer na saúde e se vai fazendo na saúde para abrir essas áreas precisamente à contratação pública.

Tim Aker, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, there needs to be a new way to look at procurement to make sure taxpayers' money stays within the local area, creating jobs and ensuring local investment. Traditional rules meant big business swooped in and took huge local government contracts. The legal complications and expense in placing tender bids has squeezed out local competition. In my own borough of Thurrock in South Essex, residents were surprised to see the new gas maintenance provider had its head office in Liverpool. It's as if there are no good quality local providers anymore, and big businesses consume all and leave nothing in their wake.

Procurement rules need to change to stop this, and Preston Council is showing just how to do it. It is prioritising contracts based on localism and keeping money in the local economy. Research from the Federation of Small Businesses has shown that, for every pound spent with a small or medium sized firm, 63 pence is spent locally – that drops to 40 pence or less with a large or multinational company.

Before Preston changed the way it looked at procurement, only one pound in twenty stayed in Preston. Surely we would be better off with local solutions to contracts and tendering wherever possible. From my own experience as a councillor, we would be better off with local maintenance contracts: people who live in the same community they look after making repairs.

The government may well say that austerity is over, but there are choppy waters ahead. Councils can prepare for this now by thinking differently about procurement, keeping money local in dividing up contracts to ensure money stays with local firms, and small businesses can help prepare for uncertain times ahead.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Maria Grapini (S&D), *întrebare adresată conform procedurii „cartonașului albastru”*. – Domnule președinte, stimate coleg, sunt de acord cu ce ați prezentat dumneavoastră, dar nu credeți că achizițiile publice care sunt alocate unor companii mari – așa cum spuneți dumneavoastră – de fapt, folosesc un truc: pun un preț mic și ulterior adaugă la preț prin acte adiționale? Este o procedură pe care am întâlnit-o. Puteți să confirmați că aveți cunoștință de așa ceva?

Tim Aker (EFDD), *blue-card answer*. – Yes, that's a very good point, and what you see is a race to the bottom in contracts. But the experience in Preston is that if they keep contracts local and give to small and local businesses, the money is spent and reinvested, and local people are employed, which in the medium term will reduce expenditure at local government level. So I quite agree; I think it's time that the rules were changed to keep money as local as possible to help the local economy.

Mylène Troszczynski, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, la transparence et le respect d'une certaine déontologie dans les passations de marchés publics sont des objectifs naturels, du simple bon sens, qui n'a pas attendu ce texte pour s'exprimer, mais qui exige toutefois un soutien logique de notre part.

Toutefois, le texte ne se cantonne pas à ces objectifs. Ces exigences de transparence et d'honnêteté sont associées à d'autres dispositions beaucoup moins évidentes. L'ouverture systématique et non négociable des marchés publics aux pays tiers pose de réels problèmes de souveraineté et d'indépendance. Les pouvoirs publics nationaux doivent pouvoir élaborer de manière indépendante les critères applicables pour le choix des entreprises qui remporteront ces marchés.

Cette différence de fond marque une fracture capitale entre les ultralibéraux qui gèrent l'Union européenne et les nationaux qui entendent protéger leur pays. Pour nous, les objectifs économiques, sociaux et environnementaux sont des objectifs sincères que vous ne cessez d'instrumentaliser au profit de votre projet sans frontières. Le localisme et la préférence nationale pour les marchés publics, dans la mesure des capacités, relèvent pour nous des intérêts stratégiques. Cette préférence nationale, nous l'assumons, c'est pourquoi nous voterons contre ce texte.

Dobromir Sośnierz (NI). – Panie Przewodniczący! Trudno słuchać tych opowieści o tym, jak to zamówienia publiczne są po prostu jakimś wspaniałym oceanem niesamowitych możliwości, które się przed nami otwierają. Nie, zamówienia publiczne są złem koniecznym. Zamówienia publiczne są sytuacją, w której urzędnicy wydają cudze pieniądze na cudze potrzeby. Jest to najgorszy możliwy sposób wydawania pieniędzy, bo kiedy człowiek wydaje własne pieniądze na własne potrzeby, to wydaje je efektywnie i oszczędnie, a jak wydaje cudze pieniądze na cudze potrzeby, to wydaje je nieefektywnie i nieoszczędnie. W związku z tym to, co należy przede wszystkim robić, to wycofać państwo ze wszystkiego, gdzie nie jest ono absolutnie niezbędne. Jeśli się wycofamy, nie będziemy musieli stosować zamówień publicznych i męczyć się z nieuczciwymi urzędnikami. Nie da się wyplenić korupcji. Nie da się wyplenić wszystkich wad zamówień publicznych. Jeśli stosujemy kryterium najniższej ceny, to ono ma tę zaletę, że jest obiektywne i zawsze da się sprawdzić, która cena była najniższa. Jeśli stosujemy inne kryteria, kryteria społeczne, zaraz może się okazać, że to właśnie kolega urzędnika, nikt tak świetnie nie spełnia tych kryteriów społecznych jak właśnie on. Wkłamy się więc w prawdopodobieństwo korupcji. Ani tak, ani tak nie jest dobrze, więc to, co należy robić, to wycofywać państwo ze wszystkiego, gdzie nie jest ono niezbędne.

Angelika Niebler (PPE). – Herr Präsident, verehrte Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde gerne einen Punkt aus dem exzellenten Bericht des Kollegen Coelho herausgreifen, den ich sehr wichtig finde. Und zwar ist in dem Bericht festgehalten, dass die Zahl der Ausschreibungen mit nur einem Angebot im Zeitraum von 2006 bis 2016 von 14 % auf 29 % gestiegen ist. Also, um es nochmal auf den Punkt zu bringen: Ein Drittel aller Ausschreibungen führen dazu, dass es einen Anbieter gibt. Ich finde das als Zahl, ehrlich gesagt, sehr, sehr alarmierend. Und wenn man sich überlegt, woran das liegt, dann muss man schon auch mal zur Kenntnis nehmen, dass es auch für KMU, für mittelständische Unternehmen vielleicht zu viel Aufwand verursacht, sich an Ausschreibungen zu beteiligen.

Wir haben jetzt in meiner Heimatgemeinde eine neue Schule errichtet. Auch da waren wir über dem Schwellenwert von fünf Millionen. Das heißt, wir haben europaweit ausgeschrieben und wir hatten auch nur einen Anbieter. Und ich kann Ihnen sagen, der Verdruss bei den öffentlichen Stellen ist natürlich immens. Man schreibt europaweit aus, ein Riesenaufwand ohne Ende, und dann bewirbt sich einer oder aus der Region bewerben sich zwei. Da fragt man sich schon: Muss man alles europaweit ausschreiben?

Was will ich damit sagen? Ich möchte zum einen betonen, dass man bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen eben auch die Interessen der öffentlichen Stellen und den Aufwand berücksichtigen muss. Und mich würde es sehr freuen, wenn wir – nicht jetzt, nicht in der nächsten Zeit, aber bei der nächsten Revision der Regeln zur öffentlichen Auftragsvergabe – auch nochmal über die Schwellenwerte diskutieren würden. Ich finde das Instrument sehr gut. Wir brauchen Transparenz. Wir müssen einen fairen Wettbewerb bei den öffentlichen Ausschreibungen zulassen. Aber es kann nicht sein, dass ein Drittel aller Ausschreibungen letztlich komplett ins Leere läuft. Da müssen wir uns überlegen, woran das liegt. Ich glaube, gerade im Baubereich ist da eben noch entsprechend Bedarf, dort zu korrigieren, weil es nicht sinnvoll ist, für den Schulbau in meiner Heimatregion Bayern aus Portugal oder aus Zypern oder von sonstwo anzureisen. Also das bitte ich einfach dann für die nächste Revision mitzunehmen.

Virginie Rozière (S&D). – Monsieur le Président, je voudrais d'abord remercier le rapporteur ainsi que notre rapporteur fictif, Marc Tarabella, pour leur travail sur ce rapport.

Les chiffres ont été rappelés, on connaît l'importance des marchés publics dans l'économie européenne: 14 % du PIB, 2 000 milliards d'euros. C'est donc un outil puissant pour transformer nos économies et imprimer à l'activité économique des valeurs autres que la simple maximisation du profit financier.

En particulier, le dernier paquet législatif, qui date de 2014, reste malheureusement sous-utilisé par les acheteurs publics européens. Je pense bien sûr à l'utilisation des souplesses qu'il prévoit pour permettre de mettre en avant des critères autres que ceux du moins-disant financier et de prendre en compte des questions comme l'inclusion sociale ou la qualité environnementale dans la sélection des offres.

Ce nouveau paquet est un outil supplémentaire pour, justement, mieux faire connaître ces possibilités, mieux former les acheteurs publics et faire en sorte que les marchés publics jouent pleinement leur rôle en faveur d'une activité économique qui serait plus vertueuse et plus durable.

Bernd Kölmel (ECR). – Herr Präsident! Die Vergabe öffentlicher Aufträge ist eine wirklich sehr sensible Tätigkeit, wo der Staat zeigen muss, dass er sorgfältig mit dem Geld der Bürger umgeht. Das heißt, wir müssen hier mehrere Punkte beachten. Zum einen muss alles ordnungsgemäß verlaufen, andererseits müssen wir Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit in eine vernünftige Balance bringen. Damit die Bürger das nachvollziehen können, was der Staat mit ihrem Geld macht, muss entsprechende Transparenz herrschen. Das heißt, ganz wichtig ist: Diese Verfahren müssen so aufgestellt sein, dass wirklich jeder Bürger, jede Firma das nachvollziehen kann.

Gleichzeitig können wir hier nur erfolgreich sein, wenn diese Verfahren möglichst unbürokratisch sind. Das heißt – wie auch Frau Niebler gesagt hat: Wir können hier nicht alles über einen Kamm scheren. Wir müssen darauf achten, dass die Verfahren für Bieter möglichst effizient durchgeführt werden können. Ansonsten haben wir zwar theoretisch tolle Regelungen, aber praktisch laufen die ins Leere, weil dann die Firmen nicht in der Lage sind, die ganzen Bedingungen zu erfüllen. Deshalb sollten wir unbedingt überlegen, ob wir nicht in einzelnen Bereichen die Schwellenwerte so verändern, dass wir nicht unnötige Bürokratie erzeugen.

Bas Eickhout (Verts/ALE). – Voorzitter, allereerst dank aan de rapporteur voor dit rapport. Ik denk inderdaad dat wij erkennen dat in er 2014, in de herziening voor openbare aanbestedingen flinke verbeteringen zijn aangebracht, dat we ook niet meer alleen naar de prijs hoeven te kijken, maar ook naar de kwaliteit. Dat is een belangrijke verbetering. Echter in Nederland heeft dit ook al weer geleid tot wat nieuwe problemen. Met name in zorg en lokale zorg, omdat dat in Nederland naar gemeentelijk niveau is gebracht. Dat heeft er in de praktijk toe geleid dat men in vele gemeentes bij de inkoop van zorg meer bezig is met de aanbestedingsregels en dat er ongelooflijk veel bureaucratie omheen is gekomen om te zorgen dat ze voldoen aan die regels van 2014. Die problemen zouden een zorg moeten zijn voor de Commissie, zeker een Commissie die zegt dat betere regelgeving belangrijk is. Commissaris, twee van mijn nationale collega's hebben al vragen gesteld uit het nationale parlement aan de Europese Commissie en die hebben de problemen ook al bekendgemaakt. Maar ik zou toch graag van u antwoorden willen hebben op twee vragen. Allereerst, bent u bereid om lidstaten meer ruimte te bieden om onbedoelde negatieve effecten van deze wetgeving op de kwaliteit van

lokale zorg te voorkomen? En twee, gaat u bij de evaluatie van de richtlijn specifiek kijken welk effect het onderbrengen van de sociale diensten onder deze richtlijn heeft?

Πρόεδρος. – Έχω μια ευχάριστη είδηση για τους συναδέλφους. Η ακρίβεια όσον αφορά τη σειρά των ομιλητών που αναγράφονται στους ηλεκτρονικούς πίνακες αποκαταστάθηκε.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, οι δημόσιες συμβάσεις, δηλαδή η ιδιωτική εκμετάλλευση δημόσιας περιουσίας, αποτελούν τεράστια αγορά, πεδίο κερδοφορίας τρισεκατομμυρίων και ανταγωνισμού των μονοπωλίων σε ευρωενωσιακό και παγκόσμιο επίπεδο και, βέβαια, θερμοκήπιο σκανδάλων. Γι' αυτό και η ανησυχία και η επιθετική στρατηγική της Ένωσης για διασυνورياκό άνοιγμα συμβάσεων ευρωπαϊκών και τρίτων χωρών, αλλά και προστατευτισμός της απέναντι στις τελευταίες, ακόμα και με προσαρμογή των κριτηρίων ανάθεσης στα μονοπωλιακά συμφέροντα.

Στην Ελλάδα με όλες τις κυβερνήσεις, δημόσιες συμβάσεις με ιδιώτες σημαίνει τσουνάμι fast-track ιδιωτικοποιήσεων των πάντων. Παραδόθηκαν δρόμοι, αεροδρόμια, λιμάνια, ακτοπλοία, συγκοινωνίες, ορυκτός πλούτος, ενέργεια, τηλεπικοινωνίες, νερό, βουνά, παραλίες, στρατιωτικές παραγωγικές υποδομές, υδρογονάνθρακες, ανακύκλωση, υγεία, παιδεία – τα πάντα. Αποκορύφωμα η παράδοση όλης της δημόσιας περιουσίας της χώρας για 99 χρόνια από την κυβέρνηση ΣΥΡΙΖΑ-ΑΝΕΛ στους δανειστές.

Φυσικό πλούτο και πλούτο βγαλμένο από τους φόρους και τον ιδρώτα του λαού καλείται ο ίδιος να τον ξαναπληρώσει στα ταμεία των ιδιωτών με διόδια, αύξηση τιμολογίων, δάνεια και ευρωενωσιακές επιδοτήσεις που φορτώνεται. Μόνος δρόμος να βγει από τη μιζέρια και να ικανοποιήσει τις ανάγκες του: όλος αυτός ο πλούτος να γίνει λαϊκή περιουσία με κεντρικό σχεδιασμό, εργατικό έλεγχο και λαϊκή εξουσία.

Adam Szejnfeld (PPE). – Panie Przewodniczący! Rozmawiamy na temat fundamentalnie ważny i nie tylko ze względu na ogromny rynek pracy, ale także ogromne pieniądze, które wchodzą w grę. Dlatego też musi smuć bardzo słabe tempo wdrażania dyrektywy z 2014 r. Dzisiaj chciałbym wskazać na kilka istotnych spraw związanych z zamówieniami publicznymi.

Po pierwsze, występuje absolutna konieczność wzmocnienia kryteriów jakości w stosunku do kryteriów ceny, była o tym mowa. I to dotyczących całego cyklu życia produktu czy usługi, a nie tylko jakości na starcie, gdy dokonujemy zamówienia. W dzisiejszych czasach koniecznością staje się także uwzględnienie tempa zmian w technice i technologiach. Mało tego – powiedziałbym, że zamówienia publiczne powinny nie tylko odpowiadać na zmiany w technologiach, ale także stymulować nowe zmiany.

I to, co jest chyba najważniejsze – powinniśmy zmniejszyć biurokrację zamówień publicznych, a zwiększyć elastyczność zamówień publicznych. Zamawiający, ale także wykonawcy muszą mieć szansę na zareagowanie na zmianę warunków wykonania zamówienia, a często mamy do czynienia z sytuacją – właśnie teraz, kiedy jest na przykład duży rozwój, a spadek podaży siły pracy – że następuje wzrost kosztów pracy, wzrost cen surowców, półproduktów etc., natomiast elastyczności nie ma i nie można dokonać żadnych zmian. Bardzo wielu wykonawców po prostu schodzi z budów. Te kwestie są, moim zdaniem, fundamentalnie ważne, oprócz takich jak zwiększenie symetrii dostępu do rynku unijnego i unijnych przedsiębiorców do rynków państw trzecich czy wzmocnienie roli i udziału małych i średnich przedsiębiorstw.

Marlene Mizzi (S&D). – Grazzi Sur President, dan ir-Rapport jipprezenta strategija li l-Istati Membri għandhom jintroduċu biex niżguraw sistema ta' public procurement [li] tkun konformi mal-iżvilupp teknoloġiku. B'hekk nemmen li r-rapport, kif inhu mfassal, u li fuqu ha jittiehed vot, għandu jidhol fis-sehh. B'dan il-mod inkunu qegħdin niżguraw strategija ta' akkwist pubbliku li hija ferm aktar aċċessibbli għaċ-ċittadini, għall-entitajiet ta' gvernijiet u entitajiet privati, filwaqt li nżidu wkoll it-trasparenza.

Dan ir-rapport huwa importanti għax permezz tiegħu ha tinholq sistema ta' e-procurement li ha tiffacilita l-applikazzjoni tat-trasparenza tagħhom, kif ukoll ha tohloq pjattaforma li biha kumpaniji pubbliċi ha jkollhom iżommu ma' standards tal-Unjoni Ewropea b'mod aktar korrett.

Punt li dan ir-rapport jishaq fuqu: l-implimentazzjoni unanima bejn l-Istati Membri tal-Unjoni. Nixtieq ngħid li Malta diġà implimentat il-ligijiet Ewropej dwar l-akkwist pubbliku, qabel bosta Stati Membri oħra. B'hekk nappella lill-Istati Membri biex jappoġġjaw sistemi bħal din li qed tiġi proposta fl-interess taċ-ċittadini u fl-interess tat-trasparenza.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, οι δημόσιες συμβάσεις, ειδικά σε ορισμένα κράτη μέλη, αποτελούν χρονίζουσα πηγή και πηγή διαφθοράς. Δυστυχώς όμως έχουν υπάρξει περιπτώσεις στις οποίες και ευρωπαϊκοί θεσμοί δεν είχαν και την καλύτερη διαγωγή. Είναι θεμιτή η εξεύρεση νέων μεθόδων ανάθεσης των δημοσίων συμβάσεων και βελτιστοποίηση των υφισταμένων, με γνώμονα πάντα τη μεγαλύτερη διαφάνεια, τη μεγαλύτερη αποτελεσματικότητα και λιγότερη γραφειοκρατία, για το δημόσιο συμφέρον.

Προσωπικά όμως θεωρώ πως η χαμηλότερη τιμή θα πρέπει να εξακολουθήσει να διαδραματίζει σημαντικό ρόλο στην ανάθεση συμβάσεων, με την παράλληλη εισαγωγή νέων κριτηρίων. Σε κάθε περίπτωση, θα πρέπει να μην παραβιάζεται η κυριαρχία των κρατών μελών, τα οποία και πρέπει να έχουν τον τελικό λόγο σε κάθε δημόσια σύμβαση. Ταυτόχρονα όμως πρέπει να παρακολουθούνται στενά οι διαγωνισμοί, ώστε να μην επαναληφθούν φαινόμενα εκτεταμένης διαφθοράς, όπως έχουν παρατηρηθεί σε πολλές χώρες της Ενώσεως. Βασικός σκοπός πρέπει να είναι πρώτα απ' όλα η πάταξη τέτοιων φαινομένων. Δεν μπορούμε πλέον να επιτρέψουμε σε ορισμένους να πλουτίζουν εις βάρος των πολιτών.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, doamnă comisar, stimați colegi, este foarte bine că avem un raport din proprie inițiativă a Parlamentului pe acest subiect, este foarte bine că reanalizăm pachetul legislativ privind achizițiile publice. De altfel, în 2014, când a fost modificată directiva, eu am avut nemulțumirile mele și, iată, s-a dovedit că am avut dreptate. În primul rând, directiva din 2014, din punctul meu de vedere, este extrem de generală, evazivă și dă voie ca în statele membre să existe o diferență foarte mare din punct de vedere al legislației naționale la achiziții publice.

Și acum ne confruntăm cu câteva lucruri foarte mari și nu știu, doamnă comisar, cum le putem rezolva cu noul pachet. De exemplu, contestațiile. Contestațiile prelungesc foarte mult cheltuirea banilor pe care se presupune că vrem să-i cheltuim pentru a avea un efect al investiției respective imediat. Nu există o definiție foarte clară – cine poate și când să facă contestație, cum definim persoana interesată, pentru că nu poate un butic să conteste o licitație pentru o infrastructură rutieră.

Apoi, prețul cel mai mic – s-a discutat aici – nu se aplică și Comisia a făcut această analiză: peste șaiszeci la sută din achiziții nu sunt la prețul cel mai mic. Și mai este o problemă: cercetarea – mai ales cercetarea medicală. Din punctul meu de vedere, achizițiile pentru cercetarea medicală ar trebui să fie excluse.

Διαδικασία «Catch the Eye»

Herbert Dorfmann (PPE). – Herr Präsident! Ich war in der Tat Berichterstatter für die Stellungnahme im ENVI-Ausschuss. Da scheint offiziell die Ausschussvorsitzende auf, aber in Wirklichkeit habe ich den Bericht gemacht. Ich habe mich in meinem Bericht vor allem darauf fokussiert, was die Beschaffung von Lebensmitteln für öffentliche Aufgaben angeht, zum Beispiel für die Mensen, in Kindergärten, in Schulen oder auch in Krankenhäusern. Ich denke, dass gerade dort die Kunden und vor allem auch die Eltern der Schüler zum Beispiel lokale Lebensmittel möchten und dass es manchmal etwas absurd ist, wenn die öffentlichen Verwaltungen dann gezwungen sind, über öffentliche Ausschreibungen Produkte zu kaufen, die von weit her gekarrt werden.

Ich habe jedes Verständnis für den europäischen Binnenmarkt. Ich denke, dass er gut und vernünftig ist. Aber ich denke auch, dass wir gerade in solchen Fällen doch auch Vernunft walten lassen müssen und dem Wunsch der öffentlichen Verwaltungen und dem Wunsch der Kunden, der Nutzer dieser öffentlichen Mensen nach lokalen Lebensmitteln auch eine Antwort geben müssen. Deswegen, denke ich, müssen wir bei den öffentlichen Ausschreibungen eine Lösung finden, so dass gerade in diesem Bereich die Auftraggeber die Chance haben, lokale Lebensmittel zu kaufen.

Rory Palmer (S&D). – Mr President, I agree with much of what has been said this morning in the debate about the need to make procurement processes more accessible to SMEs, and indeed charities and local voluntary organisations as well, but the issue I want to highlight specifically is the scandal that is modern slavery.

Cases of modern slavery are increasing across the European Union. In my own country, 136 000 people are estimated to have been victims of modern slavery in 2017. It would be a scandal if modern slavery is being propped up and supported by the spending of public money through procurement and the supply chains of organisations winning public contracts.

So I endorse – and I hope this Parliament can endorse this morning – action to tackle modern slavery through procurement. One specific example is the Co-operative Party's Charter Against Modern Slavery, which local and public authorities are signing in the UK. When it comes to modern slavery in public procurement, there can be nowhere to hide.

Rupert Matthews (ECR). – Mr President, thank you for calling me to speak on this important issue. When it comes to government procurement, big is convenient. Big companies and big contracts are beloved by far too many who award government contracts. But small is beautiful. Small companies can be more effective, more efficient and very often cheaper than their large rivals.

Unfortunately, however, smaller companies are very often excluded from tendering for contracts, and I'm very pleased to be supporting this report, which seeks to address that.

But we need to go further. In my region, smaller companies suffer very often from late payments, from convoluted bureaucracy, from all sorts of bureaucratic hoops that they have to jump through in order to get the contracts and in order to be paid after they have done the work.

Small is beautiful. Small companies offer a good deal to government, a good deal for local workers. We must do more to encourage them.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, κάθε κράτος συνάπτει, έναντι αμοιβής, συμβάσεις με διάφορες εταιρείες και εγχώριες και εταιρείες του εξωτερικού. Οι συμβάσεις αυτές διαδραματίζουν σημαντικό ρόλο για την ανάπτυξη της οικονομίας του κράτους, διότι συνήθως γίνονται σε τομείς με μεγάλη στρατηγική σημασία, όπως είναι η βαριά βιομηχανία, τα δημόσια έργα, οι κατασκευές, η ενέργεια, οι τηλεπικοινωνίες και άλλα. Με τις συμβάσεις λοιπόν αυτές το κράτος προσπαθεί να προωθήσει την οικονομική –και όχι μόνο– πολιτική του, αρκεί βεβαίως να μην έχει εκχωρήσει όλες τις παραγωγικές του πηγές στους ξένους, όπως έχουν κάνει οι τελευταίες κυβερνήσεις στην Ελλάδα λόγω της εφαρμογής των μνημονίων.

Εν πάση περιπτώσει, για να έχει επιτυχία αυτή η προσπάθεια, εκείνο που έχει σημασία είναι να υπάρχει δυνατότητα προσβάσεως και σε αγορές τρίτων χωρών. Οι χώρες αυτές έχουν, λόγω προστατευτισμού, δημιουργήσει δυσχέρειες στην πρόσβαση και στις προσφορές από ευρωπαϊκές εταιρείες. Γι' αυτό λοιπόν το λόγο και για να υπάρχει ισορροπία στα μέτρα του θεμιτού ανταγωνισμού, οι ευρωπαϊκές χώρες θα πρέπει να εκμεταλλευτούν τις οδηγίες που έχουν δοθεί με τη μεταρρύθμιση του νομοθετικού πλαισίου για τις συμβάσεις.

Krzysztof Hetman (PPE). – Panie Przewodniczący! Szanowna pani komisarz! Koleżanki i koledzy! Zamówienia publiczne i prawo je regulujące są niezwykle ważnym elementem prawidłowego funkcjonowania nie tylko na poziomie krajowym, ale przede wszystkim wśród władz i jednostek lokalnych i regionalnych. Dlatego cieszę się, że Komisja podjęła inicjatywę opracowania strategii, która koncentruje się na sześciu jasno sformułowanych priorytetach. Procedury związane z zamówieniami publicznymi muszą być przede wszystkim przejrzyste i zrozumiałe, dlatego popieram postulat ich maksymalnego możliwego uproszczenia. Duży potencjał w tym kierunku leży w wykorzystaniu nowych technologii, aby stworzyć tzw. e-zamówienia publiczne, całościowo realizowane online. Chciałbym także podkreślić, jak ważne jest, aby kryteria rozstrzygania przetargów zostały wzbogacone o inne wskaźniki niż tylko najniższa cena. Instytucje kontraktujące muszą zwracać uwagę na jakość i zrównoważony charakter projektów.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, 250.000 δημόσιοι φορείς αναθέτουν δημόσιες συμβάσεις για έργα, για προμήθειες, για υπηρεσίες. Το κόστος είναι 2 τρισεκατομμύρια ευρώ, δηλαδή το 14% του ΑΕΠ. Αντιλαμβάνεται κανείς ότι πρόκειται για τεράστια, για σημαντικά ποσά των φορολογουμένων και έχει αποδειχθεί ότι στον χώρο των δημοσίων συμβάσεων επί της ουσίας έχουν γίνει πάρα πολλά σκάνδαλα.

Ταυτόχρονα, οι δημόσιες συμβάσεις θα μπορούσαν να στηρίξουν την ανάπτυξη, να δημιουργήσουν θέσεις εργασίας, να συμβάλουν στην ενίσχυση της στρατηγικής του ίδιου του κράτους, λαμβάνοντας υπόψη κοινωνικά και περιβαλλοντικά κριτήρια. Βλέπουμε ότι οι μικρομεσαίες επιχειρήσεις έχουν πάρει μόνο το 45% των αναθέσεων, ενώ το 55% των αναθέσεων έχει γίνει με βάση την αρχή της χαμηλής τιμής, δηλαδή του μειοδότη, που δεν σημαίνει ότι πάντοτε υπάρχει μια εγγύηση ότι τα έργα είναι αποδοτικά.

Ταυτόχρονα, η διεθνοποίηση δημιουργεί προβλήματα στην Ευρωπαϊκή Ένωση, καθώς ανοίγει την αγορά, όπως έγινε με τις συμφωνίες CETA και TTIP, ενώ άλλες τρίτες χώρες κρατούν κλειστές τις δικές τους αγορές. Ας εξετάσουμε λοιπόν ορισμένα στοιχεία, είτε την τοπικότητα είτε την εθνική προτίμηση, ως στοιχεία ενίσχυσης της ανταγωνιστικότητας των ευρωπαϊκών επιχειρήσεων.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Panie Przewodniczący! Przyznam, że jestem zwolennikiem ograniczania ilości środków finansowych wydawanych przez podmioty publiczne w zamówieniach publicznych, ale jeszcze bardziej jestem przeciwnikiem prowadzenia działalności gospodarczej przez podmioty publiczne, zwłaszcza przez samorządy. Mam wrażenie, że w ostatnim czasie właśnie ten drugi element niestety umyka kontroli rozmaitych instytucji i powinien być objęty specjalnym monitoringiem.

Natomiast zwrócę uwagę na dwa elementy, chcąc pochwalić kolegę Carlosa Coelho, dlatego że wykonał, według mnie, dobrą pracę. Mamy dwa elementy, które decydują o jakości przetargu. Z jednej strony – ustawodawstwo, czyli te zewnętrzne ramy finansowe, ale z drugiej strony – także precyzja samego zamówienia. Wydaje mi się, że w ostatnim czasie, na podstawie obserwacji wielu rozmaitych postępowań przetargowych, zwłaszcza ten drugi element pozostawia wiele do życzenia. I na to zwracam uwagę na koniec swojego wystąpienia.

(Λήξη της διαδικασίας «catch the eye»)

Elżbieta Bieńkowska, Member of the Commission. – Mr President, even from this discussion it is clear how important this subject is. I want to reiterate that the reason we decided to adopt this packet is not because we have bad legislation. The legislation is new, the legislation is fresh, and we think this is good legislation. What is bad is the implementation. This is in response to those of you who are saying that there is not enough flexibility: the legislation gives a lot of flexibility and room to manoeuvre. Of course, laws must be obeyed, but it gives quite a lot of room for manoeuvre, for example, for social services, from the possibility of exclusion via a light regime to integration of all of the social criteria in tendering. For this specific topic, we are preparing some guidelines on social public procurement to help Member States.

We also share with you the opinion that the digitisation of public procurement is extremely important. On the one hand, it will substantially improve transparency, for example, regarding late payments. On the other hand, we see in the Member States that have implemented e-procurement, that it has increased the participation of small and medium-sized enterprises in the process. Only a few Member States have introduced such an option, but the Commission advocates for the full cycle of public procurement.

Concerning the local level. Many of you mentioned this, and I fully understand it. I had a lot of personal experience with public procurement. Let me tell you, it is not European legislation that is a huge burden for them. The burden is the gold-plating: these are additional things added to the legislation during the transposition process. This is a problem. This is a serious problem everywhere in Europe, and that's why we decided that this is not the moment for thinking about any changes in the legislation. But in this partnership that we want to create, this exchange of views and guidance, it's sometimes fear that really stops people from taking the right decision. They just don't know, they do not have enough skills and they just don't know how to do it.

Some of you mentioned the late transposition of the directive: the largest deficit in such statistics that we have is in Germany, because the state of transposition is very late. Therefore, we do not have statistics on how it works on the ground.

Let me just add that since the adoption, we have implemented an ex-ante tool for large investment projects. This has already launched a very concrete service to help public buyers to apply the rules and to avoid problems while tendering for really big sums on infrastructure projects. We have disseminated several hundred examples of good practices on professionalisation. We have published our innovation guidance document, but as I said, the next one will be on the social topic and social public procurement.

I'm strongly committed, both to the subject and to the topic, and I am strongly committed to maintaining this discussion with you, because this topic is really worthwhile.

Carlos Coelho, Relator. – Senhor Presidente, queria agradecer à Comissária Bieńkowska as referências que fez e aquilo que disse. Começar exatamente por sublinhar o que ela referiu agora. Nós estamos perante um caso evidente em que a Europa esteve bem, em que aprovamos o nosso quadro legislativo a tempo e onde os problemas resultam da lenta e às vezes errada transposição de legislação pelos Estados-Membros. Não podemos pedir mais a nós próprios. Temos é que pedir aos Estados-Membros para não prejudicarem aquilo que fomos capazes de fazer a nível europeu.

Queria agradecer a todos os colegas os contributos que deram e sublinhar três pontos: primeiro, acho que há um grande consenso relativamente aos grandes objetivos desta iniciativa, a ideia de que, com este instrumento, vamos promover mais transparência e combater a corrupção, vamos garantir uma competição justa e vamos ter instrumentos para prosseguir objetivos de inovação, de economia ecológica e circular e de crescimento sustentável e inclusivo, a ideia de que aqui também temos de ter critérios sociais.

A segunda ideia, a preocupação com as pequenas e médias empresas. Creio que foi geral à maior parte das intervenções que ouvimos durante esta manhã, e em terceiro e último lugar, a ideia da digitalização, não apenas como uma ferramenta para a simplificação dos processos, mas também para assegurar uma melhor transparência.

Senhor Presidente, creio que esta é uma preocupação de todos, garantir que o dinheiro dos contribuintes é bem gasto, é uma exigência que todos os nossos cidadãos fazem e espero que no voto de hoje haja um sinal claro do Parlamento Europeu à volta das recomendações que propomos.

Πρόεδρος. – Η συζήτηση έληξε.

Η ψηφοφορία θα διεξαχθεί την Πέμπτη 4 Οκτωβρίου 2018.

Γραπτές δηλώσεις (άρθρο 162 του Κανονισμού)

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), *na piśmie.* – Dyrektywy z 2014 r. były nie tylko przeglądem ram prawnych Unii w zakresie zamówień publicznych, ale również modernizowały prawa za nie odpowiedzialne. Ta szeroka reforma miała bezpośrednio służyć realizacji strategii „Europa 2020” i znacznie przyczynić się do wzrostu i konkurencyjności Unii Europejskiej. Wymogiem dyrektyw była między innymi cyfryzacja zamówień publicznych.

Cztery lata po formalnym przyjęciu dyrektyw nie ma pełnego wglądu w sytuację, jak dyrektywy zostały transponowane i jak są wdrażane w poszczególnych krajach UE. W wielu państwach członkowskich wystąpiły znaczne opóźnienia w transpozycji, zmuszające Komisję do wszczęcia postępowania w sprawie uchybienia zobowiązaniom państwa członkowskiego.

Ważnym krokiem przyjętym w powyższym sprawozdaniu jest wprowadzenie zestawu miękkich środków mających na celu zwiększenie skuteczności wdrażania zasad dotyczących zamówień publicznych w państwach członkowskich oraz przyspieszenie reform krajowych. Niemniej jednak Parlament Europejski zastrzega sobie prawo do złożenia w każdej chwili wniosku do Komisji Europejskiej o zaproponowanie środków legislacyjnych w celu udoskonalenia ram dotyczących zamówień publicznych.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu.* – Viešųjų pirkimų sistema turi būti skaidri ir sąžininga. Tai yra svarbi priemonė, kuri padeda spręsti viešosios politikos klausimus, tokius kaip socialinės atskirties mažinimas, darbo vietų kūrimas, aplinkos tvarumo didinimas. Efektyvus viešųjų pirkimų vykdymas turi būti užtikrinamas visoje ES. Labai svarbu, kad būtų tinkamai panaudojamos viešųjų pirkimų efektyvumą skatinančios priemonės. Turi būti didinamas viešųjų pirkimų administravimo efektyvumas. Pati viešųjų pirkimų procedūra turi būti aiški, nesukurianti nereikalingos administracinės naštos. Ypatingas dėmesį reikia skirti MVĮ. Joms turi būti sudarytos tinkamos sąlygos dalyvauti konkursuose. Taip pat manau, kad reikia skatinti spartesnį skaitmeninimą, kas, savo ruožtu, prisidėtų prie skaidrumo didinimo, padėtų užkirsti kelią sukčiavimui ir korupcijai viešųjų pirkimų procese.

Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR), kirjallinen. – Euroopan unionissa käytetään vuosittain jopa kaksi biljoonaa euroa julkisiin rakennusurakoihin sekä palvelu- ja tavarahankintoihin. Kysymyksessä on valtava määrä veronmaksajien rahaa, minkä johdosta hankinnat olisi toteutettava mahdollisimman tehokkaasti, eettisesti ja avoimesti. Olen tyytyväinen siihen, että hankintamarkkinoille pääsyn helpottaminen on yksi komission painopistealueista julkisissa hankinnoissa. Pidän erittäin tärkeänä sitä, että tarjouskilpailut toteutetaan siten, että myös pienet ja keskisuuret yritykset voivat niihin osallistua. Ei ole oikein, jos tarjouskilpailut räätälöidään sopiviksi vain tietyille yrityksille. Mietinnössä mainitut kehotukset esimerkiksi julkisten hankintasopimusten osiin jakamisesta ja liikevaihtorajasta ovat kannatettavia, jotta voidaan tarjota reilut kilpailuedellytykset myös pienemmille toimijoille. Pienten ja keskisuurten yritysten tukemisen lisäksi julkisten hankintojen avulla voidaan edistää esimerkiksi ympäristöystävällisyyttä ja kiertotaloutta, innovaatioita ja sosiaalisia tavoitteita, kuten ikäihmisten ja vammaisten parempaa hoivaa. Pidän huolestuttavana tietoa siitä, että kilpailu unionin julkisten hankintojen yhteydessä on viime vuosina heikentynyt. Joissain jäsenmaissa tarjouskilpailuista suuri osa on sellaisia, joissa tarjouksia tulee vain yksi. Tällainen tilanne ei voi taata parhaita mahdollisia palveluja ja hankintoja parhaaseen mahdolliseen hintaan.

Algirdas Saudargas (PPE), raštu. – Ar viešieji pirkimai, kur vienintelis kriterijus yra mažiausioji kaina, tikrai skatina ekonomiką, mažina socialinę atskirtį, yra ekologiškai tvarūs ir padeda atsirasti inovacijoms? Ar pakanka skaidrumo ir paprastumo Europos Sąjungos valstybėse narėse, suprantama, ir Lietuvoje, vykdomiems viešiesiems pirkimams? Ar mažos ir vidutinės įmonės (MVĮ) sulaukia pakankamai valstybės dėmesio, turint omeny jų galimybes dalyvauti viešuosiuose pirkimuose? Viešieji pirkimai yra svarbi rinkos dalis, o norėdami įgyvendinti socialios rinkos principus, turėtume siekti, kad viešieji pirkimai būtų socialiai atsakingi. Pritariu, kad Europos Parlamentas bent rezoliucijos forma paragintų valstybes nares vertinti viešuosius pirkimus kaip galimybę skatinti tvarią, socialiai atsakingą ekonomiką, atverti kelius inovacijoms, įgalinti augti ir stiprėti konkurencinėje aplinkoje MVĮ. Mažiausia kaina ir ekonomiškai naudingiausias pasiūlymas ne visada sutampa. Išties svarbu atsižvelgti į visą produktų gyvavimo ciklą, į aplinkosauginius reikalavimus, socialinius aspektus. Labai aktualus yra ir viešųjų pirkimų skaitmeninimo aspektas, inovatyvių technologijų diegimas padėtų spręsti kalbos barjero klausimus bei skatinti tarpvalstybinius viešuosius pirkimus.

5. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)

5.1. Einschränkung der Medienfreiheit in Belarus, insbesondere der Fall der Charta 97

Πρόεδρος. – Το επόμενο σημείο στην ημερήσια διάταξη είναι η συζήτηση επί έξι προτάσεων ψηφίσματος σχετικά με την επιδείνωση της ελευθερίας των μέσων ενημέρωσης στη Λευκορωσία, ιδίως την περίπτωση του Χάρτη 97 (2018/2861(RSP)).

Charles Tannock, author. – Mr President, I cautiously welcomed the 2016 decision to ease some of the restrictive measures against Belarusian officials as part of an EU broader strategy of engagement with that isolated country. But now, given the annexation of Crimea by Russia and its offensive in the east of Ukraine, there is a belief that Lukashenko, the President of Belarus, may have somehow welcomed warmer relations with the European Union as a counterweight to Russia's dominance of the country, fearing that he too could go the way of President Yanukovich of Ukraine. Such an approach, it was hoped, might yield results in terms of greater freedom and democratic and human rights within Belarus and opening up the country to the west.

As the case of the website Charter 97 however illustrates, such thinking was far too optimistic. As our resolution today makes clear, journalists are being targeted by police in a systematic and deliberate policy of harassment and intimidation. Death threats to the editor-in-chief, Natalya Radina, being a particularly concerning example. Hopes of President Lukashenko changing his stripes were perhaps premature, but we can remain certain that the continued support for organisations such as Charter 97 will be vital to ensuring, one day, a democratic, free and successful Belarus in the future.

Petras Auštrevičius, *Autorius*. – Pone pirmininke, eilinė rezolucija dėl demokratinių teisių padėties Baltarusijoje. Šiandien kalbame apie spaudos laisvę, tai yra spaudos nelaisvę ir nesiliaujančių laisvų žmonių persekiojimą Baltarusijoje. – Dabar imamasi interneto – bus suregistruoti visi interneto komentatoriai, o jų duomenys perduoti KGB. Šios kontoros fantazijai ir veiklai ribų nėra. Tą puikiai žinome iš istorijos.

Noriu pasakyti labai aiškiai. Pirma, nepakanka portalui „Chartija 97“ vėl ir vėl išsakyti mūsų žodinę paramą. Komisija ir Išorės veiksmų tarnyba turi pasiekti, kad portalo blokavimas būtų netrukus nutrauktas. Portalui reikalinga konkreti finansinė parama ir ji turi ateiti iš Europos Sąjungos.

Antra, politinis monstras Lukašenka kuria sau branduolinį monstrą – Astravo atominę elektrinę. Bus paminta esminė Baltarusijos ir visos Europos žmonių teisė – teisė į saugumą. Europos Sąjungos veiksmai turi būti grindžiami griežtomis sąlygomis ir aiškiais reikalavimais, o ne bandymais įsiteikti. Komisija ir Išorės veiksmų tarnyba turi nustoti elgtis naiviai. Gana ignoruoti tai, kad Minskas nesistengia net imituoti pokyčių. Aš kviečiu nutraukti derybas dėl partnerystės prioritetų ir imtis rimtų veiksmų.

Bronis Ropė, *Autorius*. – Pone pirmininke, iš tiesų, šių dienų Baltarusija yra iškalbingas pavyzdys, kaip laisvos spaudos suvaržymas ir žmogaus teisių pažeidimai kelia tiesioginę grėsmę šalies, regiono ir viso kontinento saugumui. Išgyvenusi vieną didžiausių žmonijos istorijoje atominių katastrofų Baltarusija neseniai ėmėsi atominės avantiūros, kurios pasekmės gali būti kur kas skaudesnės negu Černobylio avarija. Suvaržiusi pilietinę visuomenę ir nepriklausomą žiniasklaidą, kaip, pavyzdžiui, portalą „Chartija 97“, Baltarusija leido Rusijos Putino režimui statyti Europos Sąjungos pasienyje atominę baidyklę. Net sovietai, įvykus Černobylio avarijai, užšaldė tokio tipo reaktoriaus statybos projektus Baltarusijoje. Astravo atominės elektrinės statybos jau matosi iš Lietuvos teritorijos. Nuolat gaunu klausimus iš piliečių – ką Europos Sąjunga daro, kad būtų užtikrintas atominis saugumas? Noriu paklausti Komisijos – kaipgi bus garantuotas Europos Sąjungos streso testų atominėje Astravo elektrinėje rezultatų visiškas įgyvendinimas? Ar keliaujantys į Baltarusiją Europos Sąjungos mokesčių mokėtojų milijonai nėra tiesiog Astravo atominės statybų, įskaitant su tuo susijusių spaudos režimų, rėmimas?

Clare Moody, *author*. – Mr President, a free and independent press is a fundamental European value, and it must be an essential part of the EU's relationship with Belarus. Charter 97 provides a clear example of where our values are being undermined. Their news website was blocked in Belarus, and more recently in Russia, in an attempt to stamp out informed public debate. Other websites and social media are also being tracked, preventing anonymity in order to prevent free speech.

This highlights a worrying trend of a wider clampdown on civil society in an already oppressive environment. Belarus is acting against free association too, most worryingly with the case against independent trade unionists.

In 2016, the EU lifted most sanctions that were in place against Belarusian officials and companies in a spirit of engagement, hoping that better relations would lead to better fundamental freedoms. It is now clear that this is not working. The case of Charter 97 and that of the trade unionists most recently make this failure clear.

Now is the time for action. The EEAS needs to get funding in place for organisations such as Charter 97 and Belsat-TV, which provide independent broadcasting. This funding needs to be direct and it needs to be swift. The EU's support for Belarus must have conditions and there must be consequences for not meeting those conditions. Harassment, death threats and the imprisonment of journalists, human rights defenders, trade unionists and others are surely the sort of violations that should cost Belarus its EU financial support.

Miguel Urbán Crespo, *autor*. – Señor presidente, ante esta declaración nos enfrentamos otra vez a la doble vara de medir o el doble rasero de esta Cámara. La Resolución subraya adecuadamente la represión que se vive en Bielorrusia y que esta represión obstaculiza cualquier relación más estrecha con la Unión Europea y una participación más amplia en la Asociación Oriental. Sin embargo, entre 2014 y 2017 el paquete de asistencia de la Unión Europea a Bielorrusia en virtud del Instrumento Europeo de Vecindad ascendió a 91,5 millones de euros.

El acuerdo se centra especialmente en movilidad humana —qué casualidad— y busca la externalización del control fronterizo de la Unión Europea para reducir los flujos migratorios apoyando, por ejemplo, el desarrollo de centros de internamiento de migrantes. Es decir, reconocemos que se están violando los derechos humanos en Bielorrusia pero cerramos los ojos y les pagamos, y pagamos mucho dinero para que ese Estado que decimos que viola los derechos humanos nos haga de policía de fronteras. Todo muy coherente, señorías.

Tenemos que recordar que Bielorrusia carece de un sistema de asilo y ha entregado a personas que buscan protección internacional a los países en los que corrían riesgo real de persecución. Bielorrusia es un ejemplo más de cómo todo vale con tal de reducir los flujos migratorios de la Unión. Es verdaderamente alarmante el doble rasero que tienen muchos grupos políticos de esta Cámara que se han negado a incluir esta circunstancia en la Resolución.

Jaromír Štětina, Autor. – Pane předsedající, svobodná média a nezávislí novináři. To jsou úhlavní Lukašenkovi nepřátelé. Novináři nezávislých médií jsou cílem neutuchajícího procesu zastrahování. Informační webový portál Charta 97 je už skoro rok blokován. V roce 2010 byl její spoluzakladatel zavražděn, Chartu vyhnali z Běloruska a vysílá od roku 2011 z Polska. Bloky jejich stránek ji ekonomicky drtí. V srpnu tohoto roku došlo k vlně zatýkání a zabavování majetku v několika redakcích. Novináři čelí trestněprávním obviněním a hrozí jim tresty odnětí svobody. V loňském roce bylo zatčeno více než sto novinářů.

Téměř před dvěma roky jsme zrušili restriktivní opatření vůči Bělorusku. Běloruská strana profituje z evropských peněz. Apeluji proto na podmíněnost naší spolupráce, na dodržování základních práv a svobod běloruských občanů. Lukašenko nám ukazuje, že místo demokratizace utahuje šrouby a pronásleduje ty, kteří se snaží svobodně spoluobčany informovat o dění v zemi. Nevěřme diktátorům, dámy a pánové.

Webový portál Charta 97 vznikl na základě běloruského hnutí Charta 97, hnutí inspirovaného československou Chartou 77. Další důležitý důvod, dámy a pánové, proč cítím já, proč cítím jako Čech povinnost bojovat proti porušování lidských práv v Bělorusku. Svoboda je nedělitelná. Běloruská svoboda je i naší svobodou.

Bogdan Andrzej Zdrojewski, w imieniu grupy PPE. – Panie Przewodniczący! Jako przewodniczący Delegacji do spraw stosunków z Białorusią powinienem dbać o kompletność tego typu opinii, kompletność dyskusji, dlatego też nie będę wracać do wystąpienia kolegi štětina czy kolegi Tannocka, czy kolegi Auštrevičiusa.

Dodam do swojej opinii, do swojego wystąpienia jeden bardzo ważny element. Element związany z kulturą. Bez wątpienia Białoruś mogłaby być dumna z artystów, ze swojej twórczości, z kultury ludowej. Mają przecież także laureatkę Nagrody Nobla w dziedzinie literatury. Natomiast szykanowany jest teatr. W tym wypadku chcę dokładnie powiedzieć o białoruskim wolnym teatrze, który szykanowany jest na wiele sposobów. Szykanowani są artyści, szykanowani są profesorowie, którzy pomagają temu teatrowi, ale nawet publiczność. Zwracam na to uwagę, bo zależy mi na tym, aby opinia, która wychodzi z Parlamentu Europejskiego, była rzeczywiście kompletna, była pełna i uwzględniała nie tylko losy, problemy Karty'97 czy też Bielsatu, ale także samych artystów.

Julie Ward, on behalf of the S&D Group. – Mr President, the EU must take action on Belarus. The passivity of the Commission and the European External Action Service has now emboldened Lukashenko's government. The human rights situation, in particular when it comes to press freedom, is deteriorating quickly, and the treatment of political prisoners is horrific in a country where the death penalty remains a shameful option.

The case of human rights defender Mikhail Zhamchuzhny is particularly horrific. He has been kept in solitary confinement for most of the time since the last week of July and this, ladies and gentlemen, is in Europe. Dmitry Bobryk, a journalist arrested in August in a vicious attack on press freedom, has reported that – whilst in detention – he was forced to sign a cooperation agreement with the KGB, and the case of Charter 97, as already described, is very concerning. I have worked with that organisation over the past few months, and they feel totally betrayed by the EU. I therefore urge Commissioner Hahn and the High Representative to take action and demand improvements in Belarus' human rights record.

Marek Jurek, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Białoruś to ważny, bliski nam naród, państwo graniczące z trzema, a więc z ponad jedną dziesiątą państw Unii Europejskiej. Ten naród dzisiaj pracuje nad swoją pamięcią, walczy o swoją pamięć.

W Kuropatach pod Mińskiem zamordowano według szacunków polsko-brytyjskiego historyka Normana Daviesa ćwierć miliona ludzi. Na szczęście to miejsce zaczęło być otaczane szacunkiem i pamięcią. Dziś grozi mu desakralizacja. Trwają protesty społeczne. Arcybiskup Tadeusz Kondrusiewicz, metropolita mińsko-mohylewski, powiedział, że pamięć ofiar Kuropat, szacunek dla tego cmentarzyska (na którym stoi niewiele krzyży, bo większość ofiar jest nieznaną) to jest test człowieczeństwa, test świadomości tego narodu.

Apeluję do władz białoruskich: zapobiegajcie desakralizacji tego miejsca, włączcie się do kultywowania pamięci o tej wielkiej tragedii ludzkości, która powinna łączyć nas wszystkich. Czas potępić wszystkie zbrodnie komunizmu!

Jasenka Selimovic, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, the situation of the press in Belarus has continued to worsen. Belarus now ranks 155 out of 180 in the World Press Freedom Index. Harassment, intimidation, threats now form part of the daily life of independent journalists in Belarus. In early August 2018, Belarusian authorities carried out raids in the newsroom of the independent Belarusian outlets Tut.by and BelaPAN.

At the same time, the government recently extended its control over media outlets by compelling everybody to register with the authorities before even being able to publish. This is beyond what anybody even in this Chamber could imagine. Therefore, Belarusian authorities have to lift the ban of the Charter 97 and all the other independent media and I ask this Chamber to continue our support to the Belarus NGOs. We owe it to the citizens of Belarus to defend their freedom of expression.

Marie-Christine Vergiat, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Monsieur le Président, la Biélorussie est souvent considérée comme la dernière dictature d'Europe, le seul pays européen à ne pas être au Conseil de l'Europe. La peine de mort y sévit toujours. Aucune élection n'a été jugée conforme aux normes internationales depuis 2001. M. Loukachenko a été réélu en 2015 avec 83,5 % des voix.

Alors, oui, la liberté d'expression y est un leurre: la fermeture du site Charter 97 n'est qu'un exemple. Or, l'Union européenne est de plus en plus complaisante. On négocie même un accord de libéralisation des visas. Pourquoi? Par naïveté? Non. Dans une tentative de reproduire un scénario à l'ukrainienne? Peut-être, mais aussi parce que la Biélorussie est un gendarme de l'Union européenne. L'essentiel des 91 millions au titre de l'instrument de voisinage est consacré non pas à la mobilité, mais à la fermeture des frontières, pour le plus grand intérêt du gouvernement polonais.

Des centaines de personnes originaires de Tchétchénie, mais aussi du Tadjikistan et même de Syrie, ont été bloquées à Brest, près de la frontière biélorusse. La Pologne a refusé d'examiner leurs demandes d'asile et certaines ont été renvoyées, notamment vers la Russie. C'est un comble! La Pologne est plus complaisante avec les travailleurs ukrainiens et a beau jeu de dénoncer les invasions migratoires venant du Sud, refusant de participer à toute solidarité européenne.

On ferme les yeux sur ce qui se passe à cette frontière et on procède à des refoulements vers des pays où l'on dénonce des violations des droits de l'homme: incohérence totale! Deux poids, deux mesures, comme toujours, en fonction de l'intérêt des États membres.

Michaela Šojdřová (PPE). – Pane předsedající, společnost je tak svobodná, jak svobodná jsou její média. Já jsem velmi ráda, že Evropský parlament se shoduje na podpoře svobodných médií. Novináři v Bělorusku zažívají novou vlnu represí. Zaměstnanci médií, kteří kritizují režim Alexandra Lukašenk, jsou zatýkáni, biti nebo jsou nuceni platit pokuty. Vláda blokuje přístup k nezávislým médiím na internetu. Zablokovala i stránky zpravodajského portálu Charta 97, který sloužil jako platforma pro ty, kteří se v Bělorusku snaží podporovat demokracii.

V červnu tohoto roku schválil běloruský parlament novelu mediálního zákona. Záminkou byl boj proti dezinformacím, ale znamená to jen další novou cenzuru. Za svobodu slova, nezávislá média a demokracii v Bělorusku se musíme postavit. Zatýkáni a fyzické útoky na novináře jsou nepřijatelné, stejně jako je nepřijatelná cenzura. Svoboda shromažďování a další svobody by měly být naší podmínkou pro spolupráci s Běloruskem.

Mark Demesmaeker (ECR). – Voorzitter, intimidatie, arrestaties en censuur. Het levert Wit-Rusland een schamele 155e plaats op op de World Press Freedom Index. Als laatste dictator van Europa houdt Loekasjenko de media stevig in zijn greep, nog altijd na 24 jaar, en hij duldt geen kritische journalistiek. Zo ook in de nasleep van de vreedzame massaprotesten die in februari 2017 uitbraken. 700 mensen werden opgesloten van wie 100 journalisten en de intimidatie van onafhankelijke media gaat tot op de dag van vandaag voort. Laten we niet naïef zijn. Loekasjenko is niet geïnteresseerd in hervormingen. De toenadering die hij tot het Westen zoekt, houdt verband met zijn hebzucht naar meer geld, meer macht, meer erkenning. Hij kiest gewoon eieren voor zijn geld. Loekasjenko verstaat alleen klare taal. Zolang de persvrijheid niet wordt gerespecteerd, kan er geen sprake zijn van toenadering.

Διαδικασία «Catch-the-Eye»

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, na minha intervenção nesta Casa em abril do ano passado sobre a violenta repressão da marcha opositora de 25 de março referi que a liberdade não era uma palavra cara ao regime do presidente Lukashenko. Infelizmente esta constatação é hoje mais verdadeira do que nunca. As agressões, as apreensões, as detenções e os processos judiciais contra jornalistas, editores e bloggers independentes e o bloqueio de sites noticiosos, como o conceituado *Charter 97*, constituem um verdadeiro atentado à liberdade de imprensa, aos valores democráticos que para nós, europeus, são tão caros e tornaram-se um *modus operandi* de um regime autoritário que tudo faz para silenciar as vozes críticas.

Mas a verdade é que já nada nos deveria espantar de um regime que governa o único país europeu que ainda se orgulha de ter como cartaz de visita condenados à pena de morte e que, ao contrário do que vai acontecendo pela Europa fora, teimosamente persiste na construção da central nuclear de Ostrovets.

Entendo que, por tudo isto, que a União Europeia deve continuar a condicionar a normalização das suas relações com a Bielorrússia ao respeito pelos direitos humanos, incluindo a liberdade de expressão e esta Casa, que em 2004 entregou o Prémio Sakharov à Associação dos Jornalistas de Bielorrússia, deve condenar de forma categórica a imposição de mordidas às vozes livres da sociedade civil.

PRZEWODNICTWO: ZDZISŁAW KRASNODEBSKI

Wiceprzewodniczący

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já bych chtěl co nejostřeji odsoudit postupy Lukašenkovy vlády, které potlačují svobodu, potlačují pluralitu názorů, samozřejmě svobodu tisku, jak zde probíráme. Chtěl bych zdůraznit, že my se zde občas zabýváme případy, které se dějí velmi daleko od nás, třeba v jiných civilizačních okruzích, a mnohdy právě pomíjíme takto křiklavé případy porušování těch základních hodnot, na kterých stojí Evropská unie a které se dějí přímo v našem sousedství. Myslím si, že bychom měli zejména řešit případy, které se skutečně dějí jak v prostoru Evropské unie, tak samozřejmě i v našem bezprostředním sousedství. Tím nechci podceňovat roli i těch případů vzdálených, které řešíme.

Svoboda médií je skutečně klíčovou hodnotou demokracie a já bych chtěl tímto podpořit dotčené médium a svobodu médií obecně v Bělorusku nejen touto svojí řečí, ale i následně svým hlasováním za chvíli.

Eduard Kukan (PPE). – Mr President, I quote, 'If we're supposed to become the nails in the coffin of a tyrant, I'd like to become one of those nails'. These are the words of Oleg Sentsov, the Ukrainian film director jailed in Siberia, but they fully apply in their scope to the work of Charter 97 and other independent journalists in Belarus. They have become uncomfortable nails for the political establishment.

The EU made the first sign of goodwill towards Belarus in 2016. It's now time to firmly remind the Belarusian authorities to make good on their promise to move forward on human rights issues. One sign of positive development from the Belarusian side would be to unblock Charter 97, end the intimidation of independent media and journalists, drop the fabricated charges and move towards the enabling of an independent media environment. This is all part of the international and regional human rights instruments adopted by Belarus. Failure to respect these commitments should result in the EU's resolute action in Belarus.

Carlos Iturgaiz (PPE). – Señor presidente, como todos sabemos, Bielorrusia es una dictadura del siglo XXI, enclavada en Europa, y de la misma manera que hay represión y amenazas a los ciudadanos que defienden las libertades y los derechos humanos en Bielorrusia, también hay represión y amenazas a los medios de comunicación que quieren informar libremente sobre lo que está ocurriendo en aquel país europeo.

Hay un refrán, señor presidente, que dice que Dios los crea y ellos se juntan, y el dictador Lukashenko, curiosamente, es íntimo amigo de otro dictador —Maduro, en Venezuela— y sigue las mismas pautas que Maduro, en Venezuela, con los medios de comunicación: detiene a periodistas, ataca a los medios de comunicación y los persigue, como a Carta 97.

Las instituciones europeas deben actuar y advertir a Bielorrusia que está pasando todas las líneas rojas, y esa gravedad debe llevar a imponer sanciones al Gobierno del dictador Lukashenko en Bielorrusia.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Elżbieta Bieńkowska, Member of the Commission. – Mr President, honourable Members, EU-Belarus relations continue to be driven by the policy of critical engagement on the EU side. As always, we remain very attentive to the human rights situation in that country. At the same time, we believe that progress in a variety of fields can be better achieved by means of enhanced cooperation.

In this context, EU-Belarus relations have come a long way over the last two or three years. We have witnessed the proactive participation of Belarus in the Eastern Partnership. Here we see, of course, the resumption of the EU-Belarus sectoral dialogues and the signature of the Mobility Partnership in October 2016. People-to-people contacts, including youth exchanges, are also developing through the EU programmes, such as Erasmus+ and Horizon 2020, as well as Belarus' accession to the Bologna process. We are now close to finalising the joint Partnership Priorities – which will be the first document of this kind between the EU and Belarus – an important building block in our relations, setting the strategic frame for our cooperation in the coming years and in which human rights and freedom of media issues play an important role.

We have recently observed an increased willingness by the Belarusian authorities to engage constructively with the EU on the human rights dialogue, including during our last meeting on 17 July in Minsk. Our support for an involvement of civil society will remain an essential part of our policy. The extensive agenda of this dialogue covered also the concerns on the freelance journalists in Belarus and the lack of legislation in this field.

However, this increased willingness for debate has unfortunately not yet led to measurable legislative improvements in the human rights situation, notably on the freedom of media. In response to the new draft law on the media, the EU used the opportunity of the human rights dialogue to reiterate again the importance of freedom of expression and independence of the media. We called for unrestricted access to the internet. We are very much aware that several independent media organisations are working hard to achieve meaningful results in promoting critical thinking and democratic values, and we value their work very much. The EU at the highest political level has underlined to the Belarusian authorities that repressive actions against independent media, including the Charter 97 website, are contrary to the international commitments made by Belarus. We have equally called for the introduction without delay of a moratorium on the death penalty and the need to strengthen the independence of the judiciary.

As we further pursue our policy of critical engagement, we will continue to follow closely developments in Belarus with regard to fundamental freedoms. The EU stands ready to assist Belarus in meeting its obligation in the area of democratisation and full respect for human rights. In addition, the EU will continue to provide financial support for civil society through the relevant EU programmes and initiatives. Steps taken by Belarus to respect fundamental freedoms, the rule of law and human rights will remain key for the shaping of EU policy towards Belarus.

Let me also add one sentence. We are discussing today the human rights issues, but of course nuclear safety issues are also an overall EU concern. The EU is putting pressure for full transparency on the construction process of the new nuclear power plant in Ostrovets and we are also financing experts who are assisting in the new Belarusian national regulation on this.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się po zakończeniu debat.

5.2. VAE, insbesondere die Lage des Menschenrechtsverteidigers Ahmad Mansur

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dziennego jest debata nad sześcioma projektami rezolucji w sprawie Zjednoczonych Emiratów Arabskich, w szczególności sytuacji obrońcy praw człowieka Ahmeda Mansoor (2018/2862(RSP)).

Barbara Lochbihler, Verfasserin. – Herr Präsident! Ich möchte zur *urgency* reden zu den Vereinigten Arabischen Staaten. Gut, jetzt ist es korrigiert worden, das war vorher falsch angezeigt.

Also nochmal: In den Vereinigten Arabischen Emiraten werden fundamentale Menschenrechte verletzt. Regierungskritiker werden verhaftet und in unfairen Prozessen zu Haftstrafen verurteilt. Amnesty International zufolge werden Gefangene unter Bedingungen festgehalten, die Folter gleichkommen. Folturvorfürfe werden aber von den Behörden ignoriert.

Im Mai wurde der prominente Menschenrechtsverteidiger Ahmad Mansur in Abu Dhabi zu einer zehnjährigen Haftstrafe verurteilt, dabei wurden ihm Straftatbestände vorgeworfen, die nichts anderes sind als legitime Meinungsäußerungen. Aufgrund seiner Menschenrechtsarbeit ist Ahmad Mansur bereits seit Jahren Repressionen ausgesetzt. UN-Menschenrechtsexperten fordern nach seiner Inhaftierung im März 2017 seine unverzügliche Freilassung. Neben ihm verbüßen eine Reihe weiterer gewaltloser politischer Gefangener lange Haftstrafen, darunter auch Dr. Mohammed al-Roken. Wir fordern in unserer Entschließung die sofortige und bedingungslose Freilassung von Ahmad Mansur sowie aller anderen inhaftierten gewaltlosen politischen Gefangenen in den Vereinigten Arabischen Emiraten.

Ich finde es sehr befremdlich, dass die konservativen Fraktionen, die EKR und die EVP, diese fundamentalen menschenrechtlichen Forderungen nicht mittragen wollen, und appelliere daher an alle Kollegen und Kolleginnen, sich für die Freilassung von Ahmad Mansur einzusetzen und klar für diese Entschließung zu stimmen.

Przewodniczący. – Przepraszam, rzeczywiście jest omyłka. Przypominam: debatujemy na temat Zjednoczonych Emiratów Arabskich, w szczególności sytuacji obrońcy praw człowieka Ahmeda Mansoor. Co innego jest wyświetlane na ekranach, ale to jest pomyłka.

Amjad Bashir, author. – Mr President, the United Arab Emirates is a key ally of the European Union in the Arabian Gulf, but we ought to remind ourselves that, when the UAE cut ties with Qatar last year, the Emirati Attorney General warned that citizens expressing sympathy for Qatar could face heavy fines and prison sentences of up to 15 years. In this respect, this House must be crystal clear that freedom of expression and the respect of freedoms for individuals is not just a mere human rights issue. It is profoundly about lasting peace and prosperity in the region. Rule of law is essentially about protecting the citizen from the unjust acts of the government and the state, not the other way round. I can only, therefore, hope that, if the UAE complies with the United Nations Declaration on human rights defenders, we may then have a chance of seeing brotherly nations united again in promoting peace, security and prosperity in the Middle East.

Soraya Post, author. – Mr President, at a time when we see an increasing number of human rights defenders harassed for doing their legitimate work, we also see that the situation in the United Arab Emirates is extremely concerning. Human rights defender Ahmed Mansoor is in prison for allegedly publishing false information to damage the UAE's reputation abroad. What is actually damaging the Emirates' reputation abroad is the violation of the right to freedom of expression.

We demand the immediate and unconditional release of Ahmed Mansoor and all other human rights defenders and prisoners of conscience. How can EU Member States continue trading arms and security equipment with UAE? How can the EU maintain its visa waiver programme with UAE when they clearly violate the human rights clause it is based on? I call on the EU to condemn the treatment of Mansoor and clearly and loudly call for his release. I say again that the EU must uphold human rights clauses in our international agreements and trade policies.

Marietje Schaake, author. – Mr President, the ambitions of the United Arab Emirates (UAE) seem endless. They praise themselves as young and high tech, and a country that has realised extraordinary growth. It hosts many international conferences and seeks a more active role on the global stage. Reputation is key for the UAE and I'm convinced that the arrest of Ahmed Mansoor, over tweets he sent, and the way he has been treated since, have not helped at all in this respect.

But of course we're not here to give the UAE any PR advice. We are here to condemn human rights violations when they occur. Mr Mansoor has been recognised as a courageous human rights defender. He was the winner of the Martin Ennals Award and served as an adviser to Human Rights Watch. He is now in solitary confinement in secret detention. He is not allowed to contact family, has not been able to appoint an independent lawyer and has seen his passport revoked. Around USD 1 million have been invested in an Israeli-made digital surveillance system to track Mr Mansoor and his communications. I believe that it is essential that such systems, that are also made in Europe, are not exported to authorities that violate human rights and that we set a new high standard in updating our own export control rules.

In the case of Mr Mansoor, we see his actions as falling within the rights to freedom of expression and call on the UAE authorities to release him. We also urge a review of the federal law combating cybercrimes to ensure that it is actually in line with international standards. I think it is essential that High Representative Mogherini also speak out, in unequivocal terms, about the case of Ahmed Mansoor, including during the next human rights dialogue with the Gulf States. To anyone in Europe considering a holiday in the UAE, it is important to know what can happen after you send a tweet or when you ask for democratic elections. I find it hardly an invitation.

Marie-Christine Vergiat, auteure. – Monsieur le Président, il y a longtemps que nous n'avions pas réussi à mettre à l'ordre du jour la question des droits de l'homme dans les Émirats arabes unis. Dans cette maison, les pays du Golfe ont beaucoup d'amis, et c'est particulièrement vrai pour les Émirats, seul pays de la région à bénéficier d'une libéralisation des visas.

Les Émirats sont l'un des pays du monde qui acceptent le plus d'immigrés. Ainsi, Dubaï ne compte que 5 % d'Émiratis. Il y a bien quelques exemples «d'Occidentaux» travaillant dans les multinationales (y compris des jeunes victimes de discriminations ici, malgré leurs diplômes, et accueillis là-bas avec des ponts d'or), mais la majorité sont des ouvriers embauchés pour de grands travaux pharaoniques et des domestiques – surtout des femmes – victimes du système de la Kafala, qui en fait des esclaves des temps modernes.

Mais, on le sait, les Émirats sont de bons clients. La France et l'Allemagne, mais également Israël, leur ont fourni des logiciels d'espionnage pour surveiller leurs citoyens, notamment les défenseurs des droits de l'homme, comme Ahmed Mansour, Ossama Al-Najjar et Nasser Bin Ghaith.

Pire, la France est l'un de leurs principaux fournisseurs d'armes via un système de corruption qui vient récemment d'être révélé par les médias français. Ces armes sont utilisées au Yémen, au mépris du traité sur le commerce des armes et avec la crise humanitaire que l'on sait.

Alors, oui, il faut mettre en place d'urgence un embargo sur les ventes d'armes, exiger des Émiratis qu'ils respectent leurs engagements internationaux et qu'ils libèrent tous les prisonniers d'opinion, et il nous faut exiger de nos États qu'ils respectent aussi leurs engagements.

Tomáš Zdechovský, Autor. – Pane předsedající, myslím si, že Evropská lidová strana vždycky byla na straně těch, kteří jsou ve světě pronásledováni. Proto nám nebyl ani vzdálen případ Ahmada Mansúra, bojovníka za lidská práva, který byl odsouzen za pomluvu, dezinformace a porušování veřejného pořádku, což jsou věci, které my v Evropské unii rozhodně nestíháme.

Ahmad byl odsouzen na 10 let do vězení a já se ztotožňuji s tím, že je potřeba vést s tamní vládou dialog, zda toto rozhodnutí neporušuje zásady právního státu. Bohužel ale nejsme spokojeni jako Evropská lidová strana s finálním textem této rezoluce. Namísto toho, abychom se drželi faktů, jsme tam uvedli spoustu ideologických a nesmyslných věcí, které můžete vyvrátit za pět minut studia celého případu na Googlu. Myslím si, že bychom měli jako Evropský parlament být více důvěryhodní a snažit se opravdu v našich rezolucích držet se faktů a ne domněnek a ideologických frází.

Julie Ward, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, the human rights situation continues to deteriorate in the Gulf. The EU and its Member States must therefore take a serious stand against attacks perpetrated against human rights defenders by all our partners. The arrest and sentencing of Ahmed Mansoor earlier this year was already of great concern. Unfortunately, our fears have been confirmed by reports of ill-treatment that he was subjected to whilst in detention. This is not unusual. Information suggesting he has had no access to his family or to legal counsel has also been reported.

The United Arab Emirates (UAE) government must immediately and unconditionally release Ahmed Mansoor and drop all charges against him. He is a political prisoner who has been detained solely for expressing his views on social media.

Discriminations against women also continue to be part of daily life in UAE. There are severe restrictions in their freedom of movement, as women are still dependent on male guardians. As in many places in the Gulf, women's rights defenders are unfairly attacked, harassed and prevented from conducting peaceful human rights activities.

The situation of labour rights is also very problematic, with widespread abusive practices by employers.

The EU must continue to demand significant progress on human rights in the Emirates. As European governments and companies continue to conduct billions worth of trade and investment, we have all the more responsibility to demand that the highest human rights standards be upheld.

Miguel Urbán Crespo, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor presidente, en 2015 Ahmed Mansur ya denunciaba que las autoridades de los Emiratos Árabes Unidos detenían a personas críticas con el Gobierno. Las hacían desaparecer durante meses, empleaban violencia sexual y torturas para obtener confesiones, y las condenaban en juicios sin ningún tipo de garantías. Hoy, por sus denuncias y publicaciones en redes sociales, este defensor de los derechos humanos está encarcelado y ha sufrido torturas.

Rara vez se abordan las violaciones de derechos humanos que se cometen en este supuesto país aliado de la Unión Europea. Un país donde bajo el paraguas de la lucha contra el terrorismo se violan los derechos más básicos; donde las autoridades restringen arbitrariamente la libertad de expresión y penalizan las críticas pacíficas a políticos o a funcionarios del Estado; un lugar donde se están utilizando armas y tecnologías de vigilancia cibernéticas proporcionadas por empresas europeas para llevar a cabo esta represión. Sin nuestras armas no sería posible gran parte de la represión que se da allí.

El propio Mansur fue espiado con estos programas. De hecho, sostiene que la causa de gran parte de la violencia en la región es la desesperación. Y el extremismo crece cuando la esperanza de un cambio pacífico se desvanece. No podemos seguir impulsando esta desesperanza. Tenemos que exigir la libertad de los presos políticos, el cese inmediato de las torturas, así como un verdadero embargo de armas y de equipos de vigilancia, porque no podemos ser cómplices de los actos de represión y tortura que se cometen en los Emiratos Árabes Unidos.

Más allá de declaraciones, hay que tomar partido. Hay que hacer un embargo de armas.

Ignazio Corrao, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, anche l'ultima voce libera degli Emirati Arabi è stata messa a tacere. Ahmed Mansoor era l'ultimo attivista rimasto negli Emirati che ha osato criticare pubblicamente le autorità, pagando questo grave affronto con una condanna a dieci anni di prigione.

Possiamo ancora tollerare questo atteggiamento degli Emirati Arabi verso i diritti umani e verso coloro i quali osano anche nominarli? D'altronde, mi chiedo cosa possiamo aspettarci da un paese che si posiziona al 116° posto nell'indice di libertà umana e dove chi esprime simpatia per il Qatar rischia fino a quindici anni di carcere.

In un paese campione per la limitazione dei diritti fondamentali, merita una menzione particolare la legge antiterrorismo, che contiene un'ampia e volutamente vaga definizione del reato e fornisce alle autorità ampi poteri per perseguire dissidenti e attivisti. Ritengo pertanto doveroso, da parte nostra, esortare gli Stati membri a vigilare affinché dal Vecchio continente non arrivino negli Emirati strumenti di sorveglianza, che poi vengono sistematicamente usati per controllare gli oppositori politici.

Vorrei esortare infine l'Alto rappresentante a prendere una posizione chiara e decisa sul caso Mansoor richiedendone il rilascio immediato e incondizionato.

Jean-Luc Schaffhauser, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, chers collègues, certains États musulmans ont, contrairement à nos pays, compris le danger mortel des Frères musulmans pour les libertés. Les Émirats, avec d'autres pays, ont classé cette organisation comme terroriste. Ils font preuve de lucidité et protègent leur population, alors que l'Occident est souvent aveuglé par le double langage et la séduction des Frères.

Les Émirats sont victimes, depuis 2011, de manipulation et de l'ingérence du Qatar qui se sert des Frères musulmans à cette fin. M. Mansour est, consciemment ou non, un agent de ce complot. Il est affilié aux Frères musulmans, il participe au Gulf Center for Human Rights, organisation financée en grande partie par M. Soros, maître de l'alliance de la finance, du crime et du terrorisme pour déstabiliser nos États et les États.

Chers collègues, nous devons absolument soutenir les Émirats dans leur lutte contre le terrorisme, il y va de notre intérêt. J'ajoute que le roi avait accordé sa grâce à ce délinquant et que nous sommes en face d'un récidiviste.

Wajid Khan (S&D). – Mr President, Ahmed Mansoor has become a symbol of the ongoing crackdown on freedom of expression and association in the UAE. He has been harassed and persecuted by the Emirati authorities for many years since his first arrest in 2011, when he openly called for political reforms in the country. Last May, Ahmed was sentenced to 10 years in prison for expressing his views on Twitter.

The UAE is trying to project an image of openness and modernism as part of its Vision 2021 Agenda. Dissenting voices are silenced through repressive laws, and human rights defenders have no space to carry out their legitimate activities without fear of retaliation. The Emirates' poor record on fundamental freedoms was remarked on by the UN Commissioner on Human Rights in his periodical review only a few months ago.

We urge the UAE Government to free Ahmed Mansoor immediately and bring its legislation in line with international human rights standards. We would expect nothing less from a country that is part of the UN Human Rights Council.

Neena Gill (S&D). – Mr President, we've already heard about the human rights defender, Ahmed Mansoor, who has been incarcerated for ten years because he exercised his right to express his views online. Mansoor's only crime was peacefully promoting freedom of expression and strengthening the role of the MPs in his country. Not only did he face repeated death threats, physical assaults and detention, but he has been denied access to a lawyer, his visitation rights have been suspended and he has allegedly been subjected to torture. The ruling highlights an unabashed and blatant use of over-the-top state security to target human rights defenders in the UAE.

Many Emirati and other activists face repression, arbitrary arrests and abductions by security authorities, who are unaccountable for their actions. So my question to the Commission is: what has the EU done to address forced disappearances while negotiating the recent Cooperation Agreement with the UAE? Secondly, Ahmed Mansoor has filed a Supreme Court appeal against his sentence. How can the EU ensure a timely and fair appeal trial? Thirdly, the UAE's repressive cybercrime law was amended this week, introducing harsher penalties and sanctions. Will the Commission raise this issue and that of the electronic surveillance of human rights activists in its annual counterterrorism dialogue?

José Inácio Faria (PPE). – Ahmed Mansoor era, até ao passado mês de maio, uma das últimas vozes abertamente críticas das violações dos direitos humanos nos Emirados Árabes Unidos que ainda permanecia em liberdade. Depois de anos de agressões e de ameaças de morte foi, em março de 2017, detido arbitrariamente e, agora, condenado a dez anos de prisão e a uma pesada pena pecuniária. O crime deste eminente ativista que, de forma pacífica, reivindicava nas redes sociais o respeito pelos direitos humanos e pelos princípios do Estado de Direito, incluindo a possibilidade de realização de eleições por sufrágio universal direto, chama-se, na verdade, *exercício de liberdade de expressão* e não *uma tentativa de perturbação da harmonia social e da unidade do país*, como pretende acusar o regime.

A União Europeia não pode, pois, deixar de condenar veementemente a prisão de Ahmed Mansoor, de exigir a libertação imediata e incondicional deste e de todos os outros presos políticos de consciência e de instar a Federação dos Sete Emirados a cumprir as suas obrigações internacionais em matéria de direitos humanos, incluindo a abolição da tortura e da pena de morte e a implementar as reformas constitucionais que garantam o respeito pelas liberdades individuais e uma efetiva separação de poderes.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, tá gaol tábhachtach againn le AEA agus tá dul chun cinn an-mhaith á dhéanamh acu maidir le cúrsaí geilleagair agus mar sin de. Ach, ag an am céanna, ní maith an rud é nach bhfuil saoirse ag chuile dhuine sa tír agus is eiseamláir é Ahmed Mansoor den chás seo. Tá sé i bpríosún toisc gur nocht sé a smaointe go hoscailte sna meáin sóisialta. Níor aontaigh sé leis an rialtas agus ní raibh an rialtas sásta agus anois tá sé i bpríosún le fada gan a phas aige agus rudaí mar sin.

Dá bhrí sin, is ceart go bpléifimis a chás anseo ar maidin, go gcuirfimis brú ar AEA é a ligean saor, agus daoine nach é chomh maith, i dtreo is – má tá dul chun cinn á dhéanamh acu ó thaobh cúrsaí eacnamaíochta agus mar sin de – go mbeadh saoirsí bunúsacha ag chuile dhuine agus, go háirithe, Ahmed Mansoor.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, στα Ηνωμένα Αραβικά Εμιράτα, όπως και στις υπόλοιπες χώρες της Αραβικής Χερσονήσου, δεν υπάρχει καν η έννοια της δημοκρατίας, διότι εκεί υπάρχει πλήρης καταπίεση των ανθρωπίνων δικαιωμάτων. Οι ακτιβιστές βασανίζονται, οι bloggers διώκονται, υπάρχουν ταξιδιωτικοί περιορισμοί για τους αντιφρονούντες. Στα Ηνωμένα Αραβικά Εμιράτα συνεχίζονται οι διακρίσεις κατά των γυναικών και δεν τηρούνται οποιαδήποτε εργασιακά δικαιώματα, συνεχίζει δε να υπάρχει η θανατική ποινή.

Νομίζω λοιπόν ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει να στείλει ένα αποφασιστικό μήνυμα προς τα Ηνωμένα Αραβικά Εμιράτα, τα οποία συμμετέχουν στη σφαγή που γίνεται στην Υεμένη και στα οποία πωλούν όπλα οι ευρωπαϊκές εταιρείες παραγωγής και πώλησης όπλων. Θεωρώ ότι πρέπει να ληφθούν συγκεκριμένα μέτρα προς τα Ηνωμένα Αραβικά Εμιράτα, όχι χαϊδέματα πλέον προς αυτούς από την Ευρωπαϊκή Ένωση.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, finalmente riusciamo a parlare di Ahmed Mansoor, noto blogger emiratino, fino a più di un anno fa l'unica voce indipendente, non ancora in prigione, a denunciare le numerose violazioni dei diritti umani negli Emirati.

Mansoor è stato condannato a dieci anni di carcere per aver pubblicato sui social media informazioni false e promosso settarismo e odio. In realtà, a noi sembra che abbia solo esercitato pacificamente i suoi diritti in un paese che, lo ricordo, siede eletto nel Consiglio dei diritti umani delle Nazioni Unite, per quanto assurdo possa sembrare, ma quel che più sorprende in questa situazione è come sempre il nostro atteggiamento come Unione, abbastanza ambiguo e ipocrita.

Da una parte, ci definiamo campioni per eccellenza della protezione dei diritti umani, dall'altra, continuiamo imperterriti a fornire software spia a regimi con dubbia democraticità che li useranno per perseguitare e ridurre al silenzio tutte le voci critiche. A gran voce, chiediamo la liberazione immediata e incondizionata di Mansoor e di tutti gli altri prigionieri di coscienza. L'UE deve prendere una posizione forte e chiara quando si tratta di diritti umani, dobbiamo sospendere le licenze di export di tecnologie e sorveglianza e di armi verso questi paesi, non possiamo più renderci complici silenziosi, privilegiando i profitti a scapito delle persone.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já se chci zastat pana Ahmada Mansúra a volat po jeho propuštění, ale nemohu nechat bez reakce jedno vyjádření našeho kolegy, pana Schaffhausera, ten jako jediný v tomto plénu řekl, že pan Mansúr má zůstat ve vězení. Já toto vyjádření pokládám za maximálně pobuřující. Pan Schaffhauser už zde tedy nesedí, nicméně si myslím, že je skutečně pobuřující, aby se člen Parlamentu vyjadřoval tímto způsobem.

Pro mě je důležité zde sdělit, že v Perském zálivu se situace obecně zhoršuje, pokud jde o porušování lidských práv, a nemůžeme mlčet ani v případě Spojených arabských emirátů. Pokud pan Mansúr je vězněn v podmínkách, které se podobají mučení, nemá kontakt s advokátem, myslím si, že v takovou chvíli my musíme zvednout náš hlas. Samozřejmě je otázkou volba konkrétního znění toho návrhu usnesení. I já zde nejsem spokojen s určitými věťmi, nicméně chci požádat o to, aby pan Mansúr byl propuštěn.

Paul Rübig (PPE). – Herr Präsident! Für mich steht fest, dass die Meinungsfreiheit eine der Errungenschaften insbesondere in der Europäischen Union ist. Trotzdem haben wir eine Debatte über den Brexit, über Personenfreizügigkeit. Ich glaube, dass wir auch in den Vereinigten Arabischen Emiraten sehr kompetente Politiker haben. In vielen Gesprächen, die wir dort geführt haben, haben wir gesehen, dass es auch in der Politik dort viele gibt, die mit unseren europäischen Werten leben wollen und die sehr wohl zu schätzen wissen, was Europa seinen Bürgern dementsprechend bietet. Deshalb glaube ich, dass wir die Zusammenarbeit vor allem auch mit dem Schura-Rat verstärken sollten, und damit wir bei Reisen in die Vereinigten Arabischen Emirate und natürlich auch hier an den Sitz des Europäischen Parlaments diese prinzipiellen Themen der Meinungsfreiheit, auch die journalistische Freiheit, als eine Bereicherung für die gesamte Kultur dementsprechend anbieten können. Aus unseren praktischen Erfahrungen haben wir gelernt, dass es die beste Methode ist, miteinander zu reden.

(Konec zgłoszeń z sali)

Elżbieta Bieńkowska, Member of the Commission. – Mr President, the United Arab Emirates (UAE) was the first Gulf country with which the EU started a comprehensive dialogue on human rights, with the most recent eighth meeting taking place at beginning of July in Abu Dhabi. Since the first meeting in 2013, we have addressed several areas of concern and have seen improvements, for example, with regard to gender issues and religious tolerance.

Nevertheless, of course, concerns remain in a number of areas: freedom of expression and association, the right to a fair trial, and the situation of human rights defenders, including individual cases, are among the points we have raised consistently during our dialogue. We continue to advocate a cooperative and transparent engagement in which the EU can support the UAE in its endeavours to fulfil its international human rights commitments.

As a first concrete step, we have been insisting on the need for enhanced information exchange. Despite challenges, there is no alternative to continued engagement in this domain.

In the EU, through our delegation in Abu Dhabi, we actively follow the overall human rights situation in the country, including individual cases. The case of Ahmed Mansoor is one case we have been actively following. Mr Mansoor, who was awarded the Martin Ennals Award for Human Rights Defenders in 2015, was sentenced in May this year to ten years' imprisonment on charges related to the publication of false information and the spreading of hatred and sectarianism.

We are regularly seeking clarification from the Emirati authorities on his situation, his whereabouts and his health, as well as details on the judicial process and the appeal procedure. In doing so, we have constantly reiterated the EU's principled position on human rights defenders and on freedom of expressions, in line with existing EU guidelines.

Let me also assure you that we will remain actively engaged in this individual case. We will also continue to raise the general human rights situation with the Emirati institutions. We are of course aware of countries' concerns over their stability and security, but we are quite convinced that one cannot have long-term stability without respect for human rights and fundamental freedoms.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się po zakończeniu debat.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Monica Macovei (ECR), *in writing*. – The Belarusian media is faced with numerous challenges brought about by repressive and restrictive laws. In recent years, the nation has seen a deterioration of media freedom, notably targeting independent journalists and news outlets.

In 2017, 100 journalists were arrested or detained, many of whom were covering opposition protests or reporting on issues considered unfavourable to the presidential administration. In recent months, new restrictions have led to increasing arrests, surveillance, libels, and fines against journalists. These National Media Laws create a system of extreme government censorship that directly contradicts the fundamental freedoms protected by the Belarusian constitution. Access to Charter97.org, a news site calling for democracy and pro-human rights, was arbitrarily blocked by the Ministry of Information, displaying an excessive restriction on the right to freedom of expression.

Furthermore, in August, two independent news outlets were raided by Belarusian authorities, leading to the arrests of nine journalists. It is actions like this that have resulted in Belarus being placed at 155 out of 180 countries in the Reporters Without Borders World Press Freedom Index. Belarusian authorities need to strengthen respect for democratic principles and the right for truthful and unbiased journalism to prevent the climate for independent media from worsening.

5.3. Willkürliche Massenfestnahmen von Uiguren und Kasachen im Uigurischen Autonomen Gebiet Xinjiang

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest debata nad siedmioma projektami rezolucji w sprawie masowych arbitralnych zatrzymań Ujgurów i Kazachów w Regionie Autonomicznym Sinciang-Ujgur (2018/2863(RSP)).

Reinhard Bütikofer, *Verfasser*. – Herr Präsident! Frau Kommissarin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Chinas kommunistische Führung errichtet in Xinjiang einen extremen Polizeistaat, in dem Hunderttausende, wenn nicht mehr als eine Million chinesische Bürger uigurischer und kasachischer Nationalität inhaftiert werden. Als Begründung wird angeführt, man müsse Terror bekämpfen. Ich sage, wer meint, er könne durch allgemeine Unterdrückung Terror bekämpfen, sorgt in Wirklichkeit nur dafür, dass genug Wasser da ist, in dem die Terroristen als Fische schwimmen können. Wer Terrorismus bekämpfen will, muss sich die Erfahrung Südtirols ansehen oder die Erfahrung Nordirlands.

Ich finde es bemerkenswert, dass sich die KP Chinas, während China als Land an Stärke gewinnt, so schwach fühlt, dass sie noch nicht einmal gegenüber ihren eigenen Bürgern die eigenen Gesetze einhält und Religionsfreiheit respektiert. Ich finde es bemerkenswert, dass Chinas Führung, während sie den chinesischen Traum propagiert, die aktuellen Träume ihrer Bürger unterdrückt, jedenfalls dann, wenn sie nicht nach dem Taktstock der KP Chinas im Gleichschritt träumen wollen.

Ich finde es schlimm, dass China diese Unterdrückung auch noch exportiert. Deswegen stellen wir uns dagegen. Und ich möchte zuletzt an den Namen von Ilham Tohti erinnern, einem Wissenschaftler uigurischer Nationalität, der seit langem in einem chinesischen Gefängnis sitzt, weil er seine Meinungsfreiheit wahrgenommen hat. Auch an ihn werden wir immer wieder erinnern.

Bas Belder, *Auteur*. – Voorzitter, ik kan me volledig voorstellen dat buitenlandse journalisten deze dagen zeer ongewenst zijn in Xinjiang. Want de Chinese partijstaat test in deze westelijke regio de surveillancesamenleving uit met de inheemse bevolking van Oeigoeren als menselijke pionnen-figuranten. Toch slagen westerse correspondenten er van tijd tot tijd in een indringend sfeerbeeld te schetsen van Xinjiang. Zo antwoordt een Oeigoer op de vraag of “veiligheid” soms ook onveiligheid kan betekenen voor de mensen daar: “Ja, ik heb angst”, is zijn antwoord. Want ruim 100 familieleden, burens en kennissen “studeren”, dat wil zeggen verblijven al meer dan een jaar in heropvoedingskampen. En passant brengen Chinese functionarissen momenteel verplichte “vriendschappelijke bezoeken” aan Oeigoerse gezinnen die intussen al op gedwongen overnachtingen uitdraaien. Met deze wrede antireligieuze assimilatiepolitiek vestigt Peking de wereldaandacht nota bene op een bepaalde draaischijf in haar ambitieuze “belt and road”-initiatief. Over pure anti-propaganda, zelfbeschadiging gesproken.

Ignazio Corrao, *author*. – Mr President, concentration camps are back. There are no other words to describe what is happening in Xinjiang. On paper, the ongoing Chinese ‘strike hard’ campaign in Xinjiang aims to eradicate terrorist threats. In reality, it is used to justify massive abuses, including the establishment of re-education camps or ‘education through labour’ camps. We are talking about up to a million people arbitrarily detained in camps and exposed to torture, forced indoctrination and collective punishment without, of course, the right to due process. Therefore, the answer is simple: these people are guilty of not being Han Chinese.

Colleagues, what else do we have to witness before taking concrete actions – gas chambers? Mass executions? China has no boundaries on its gross human rights violations, simply because nobody dares to enforce such boundaries. Therefore, in light of the overwhelming evidence of grave abuses in Xinjiang, I call on the European Union to take appropriate measure that match the gravity of the situation. In this respect, targeted sanctions against Party Secretary Chen Quanguo can no longer be delayed.

Jo Leinen, *Verfasser*. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! China hat in den letzten Jahren und Jahrzehnten eine erstaunliche wirtschaftliche Entwicklung durchgemacht. Aber dieser Fortschritt auf ökonomischem Gebiet ist leider nicht begleitet worden von einem Fortschritt bei den Menschenrechten und der persönlichen Freiheit. Im Gegenteil: Wir notieren hier erhebliche Rückschritte.

Dieses Parlament hat sich schon oft mit Menschenrechtsverletzungen in China auseinandergesetzt und dazu auch Entschließungen gemacht. Heute legen sieben Fraktionen eine Entschließung zu den Menschenrechtsverletzungen in der Provinz Xinjiang vor. Was wir von dort hören, mag man kaum glauben: Eine Million Menschen in sogenannten Umerziehungslagern, die totale Kontrolle der Menschen über moderne technologische Systeme und die Drangsalierung von Uiguren, die im Ausland leben.

Wir fordern die chinesische Seite auf, diese Praktiken abzustellen. Es wird uns gesagt: Das hat Gründe der Sicherheit, es gibt Terrorismus und Separatismus. Jeder Staat kann natürlich die öffentliche Ordnung garantieren, aber exzessive und kollektive Maßnahmen gegen Minderheiten und Religionsgemeinschaften sind nicht zu akzeptieren. China verliert damit auch viel Glaubwürdigkeit in der Welt.

Wir sehen, dass Deutschland und Schweden begonnen haben, Uiguren und Kasachen nicht mehr abzuschieben, weil sie Gefahr laufen, dass sie dort schwere Nachteile haben. Wir fordern andere Staaten auf, das ähnlich zu tun. Auch wir sagen: Die EU muss auf höchster Ebene – es fahren ja alle Staatenlenker unserer Mitgliedstaaten nach China – diese Menschenrechtsverletzungen ansprechen. Das darf nicht sozusagen scheu und konservativ behandelt werden. Also, diese Entschließung stößt hier im Parlament auf große Zustimmung, und ich hoffe, die chinesische Seite reagiert darauf.

Ilhan Kyuchyuk, *author*. – Mr President, Madam Commissioner, colleagues, sadly Muslim ethnic minorities of Uyghurs and Kazakhs in Xinjiang, China, are subject to arbitrary detention, torture, restrictions on religious practice and culture. Nothing can justify the arbitrary detention and forced disappearance of one million human beings. Innocent people, mothers, fathers, brothers, sisters and friends have all disappeared. Where are all those people? What is happening inside the so-called re-education camps? Children are reportedly being separated from their families. We cannot be silent as human rights violations are committed on such a massive scale. I call for the immediate release of all those who are held in arbitrary detention in the internment camps and of arbitrarily detained political prisoners, such as Ilham Tohti. Starting from this resolution, there is a need for more concrete action. We need answers. We need an independent investigation in the region.

João Pimenta Lopes, *Autor*. – Senhor Presidente, a resolução, baseada em alegações, dados por confirmar ou informações de entidades tão parciais como a Comissão Executiva do Congresso norte-americano, alinha-se com a estratégia dos Estados Unidos e da União Europeia e das suas principais potências de afronta aos países que defendem e afirmam a sua soberania, direito ao desenvolvimento e independência.

Uma resolução que assume a forma sobranceira de quem inaceitavelmente se arroga a intervir, de se ingerir em países terceiros, uma resolução hipócrita dos que se arvoram arautos defensores dos direitos humanos, os manipulam e espezinham nas agressões e guerras que promovem, nomeadamente no Médio Oriente e no Norte de África, branqueando, alimentando e instrumentalizando as hordas terroristas que cinicamente dizem combater.

A União Europeia e este Parlamento não têm legitimidade para dar lições sobre direitos humanos. O desenvolvimento económico e social da China e a sua projeção e papel nas relações económicas e políticas internacionais tornam-na no principal alvo estratégico do imperialismo. É essa a real razão desta resolução e debate.

László Tőkés, *author*. – Mr President, as an introduction, let me greet amongst us on the balcony Mr Dolkun Isa, the President of the World Uyghur Congress and a tireless fighter for his people. Welcome amongst us.

(Applause)

Elnök Úr! Szeptember tizenkettedikén, az EU és Kína közötti kapcsolatok helyzetéről szóló EP jelentést az Európai Parlament nagy többséggel fogadta el. A dokumentum azt hangsúlyozza, hogy a két fél közötti átfogó stratégiai partnerség olyan elveken alapszik, mint a jogállamiság, az emberi jogok és a demokrácia, célja pedig az, hogy a kölcsönös bizalmat és a megértést erősítse a két fél között. Ennek értelmében emelem fel a szavam a több mint egymillió ujjur és kazah, tömeges és önkényes fogva tartása ellen a Hszincsiang Ujjur Autonóm Területen létesített átnevelő táborokban. A kínai kommunista állam cinikus módon továbbra is tagadja ezeknek a modern koncentrációs táboroknak a létezését.

Az önálló népnek is beillő, 10 millióra tehető ujjur közösség minden egyes tagját szigorú megfigyelés alatt tartják, lábbal tiporva a kínai alkotmányban is rögzített alapvető emberi és közösségi, etnikai és vallási jogait. Felszólítom a kínai hatóságokat, hogy haladéktalanul és feltétel nélkül vessenek véget az ujjurok identitásának megsemmisítésére irányuló politikának. Valódi stratégiai partnerségről és kölcsönös bizalomról csupán akkor beszélhetünk, hogyha Kína valamennyi állampolgárának, köztük kisebbségeinek is, az alapvető jogait biztosítja, és emberi méltóságát tiszteletben tartja. Lépünk fel egységesen Kínával szemben! A stratégiai partnerséghez fűződő gazdasági érdekeink nem képezhetik akadályát az őszinte párbeszédnek, legitim emberi jogi követelményeink kimondásának.

Tunne Kelam, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, China has nothing to fear from its minorities, because the Han nation is the biggest in the world. Therefore, it's most illogical and outrageous to see the Uyghur minority – only 11 million – subjected to systematic oppression, which, in practice, deprives them of their national culture, identity and religion. Up to one million Uyghurs are supposedly being treated in the centres of indoctrination.

Therefore, we call on the Beijing government to immediately end the practice of mass arbitrary detentions for members of the Uyghur and Kazakh minorities. We call specifically on the Commission and EU Member States' governments to raise systematically the issue of human rights violations in the Xinjiang Province at the highest level, and we ask EU Member States' governments to prevent harassment of the Uyghur and Kazakh diaspora in EU countries, especially as regards preventing them from being returned to China against their will.

Michela Giuffrida, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, parliamo purtroppo di circostanze ripetute e conclamate, denunciate non solo dal migliore giornalismo internazionale, ma anche da autorevoli esponenti della Commissione europea, e sempre più spesso noi denunciando in quest'Aula delle pesantissime violazioni di quelli che sono poi diritti umani.

Gli abitanti dello Xi'an sono sottoposti a controlli di polizia quotidiani, a procedure di riconoscimento facciale, a intercettazioni telefoniche di massa, è ormai accertata l'esistenza di campi di detenzione di massa, e l'obiettivo è evidente, la cancellazione dell'identità della minoranza degli uiguri. E sappiamo, perché da tempo, i rischi che corrono sono noti, la Cina applica ancora la pena di morte, la sua legge antiterrorismo definisce questo in modo vago, consentendo spesso un'applicazione appunto arbitraria della legge.

L'Unione europea deve porsi come baluardo in difesa dei diritti delle minoranze, e dunque anche di questi diritti, dei diritti degli Uiguri, esortare i paesi terzi a considerare attentamente le richieste di protezione internazionale, anche quelle di altre minoranze come quelle nella regione dei Cazari.

Mark Demesmaeker, *namens de ECR-Fractie*. – Voorzitter, de gedachten zijn vrij. Wie kan ze beletten? Het beginvers van één van de oudste Duitse protestliederen tegen onderdrukking van de vrijheid. De Chinese leiders zouden moeten weten dat gedachten niet opgedrongen kunnen worden en toch is het net dat wat ze proberen in de regio Xinjiang met hun heksenjacht op al wat niet Chinees is. Oeigoeren en Kazakken worden er massaal en willekeurig opgesloten in politieke heropvoedingskampen. Ze worden gehersenspoeld tot ze genezen zijn van hun ideologische ziekte en hun gedachten gezuiverd zijn. Ook buiten de muren van de kampen worden de mensen geïntimideerd, geïsoleerd, bespioneerd. Achter het China dat zich openstelt voor de wereld gaat een meedogenloos staatsapparaat schuil. Ondanks de vele akkoorden

en dialogen en bijeenkomsten bungelt het land nog altijd onderaan de Human Freedom Index. De EU heeft de plicht om de Chinese autoriteiten in duidelijke taal te vragen de vervolging te stoppen, de gevangenen vrij te laten, de kampen te sluiten. Want, Voorzitter, de gedachten zijn vrij en geen overheid die dat kan beletten.

Urmas Paet, on behalf of the ALDE Group. – Mr President, lately the focus of the international community has tended to fade away from the human rights violations in China for certain pragmatic reasons, but a country wishing to be an economic superpower should not be allowed to violate the rights of its people. According to the UN, up to one million Uyghurs are being held in detention camps without any access to legal process. Their family members don't know where they are, or whether they are alive at all. Collection of DNA samples, GPS tracking systems being installed in vehicles and cell phones, cameras installed in their homes – these are just some of the examples of how they are being harassed.

The Chinese Government must release all those held arbitrarily in those detention camps and release the names, whereabouts and status of those that have disappeared. China must stop the systematic repression and uphold the commitments it has made by adhering to international human rights treaties, and the EU must address this issue in its meetings with the Chinese Government at all levels.

Fabio Massimo Castaldo, a nome del gruppo EFDD. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, «nessuno usava proferire una sola parola, restavano in silenzio come muti, avevano paura di dire accidentalmente qualcosa di sbagliato», sono le parole di terrore di Sayragul Sauytbay, ex insegnante della propaganda cinese in uno di quei centri di rieducazione, alias campi di concentramento nascosti nelle montagne della Cina occidentale, lo Xi'an, dove circa un milione di uiguri, kazaki e altre minoranze sono oggi arbitrariamente detenuti.

Una cifra della quale non siamo nemmeno certi perché non esistono nemmeno registri pubblici dei prigionieri. Purtroppo, però, queste strutture esistono fin troppo bene, così come le numerose violazioni di diritti umani delle minoranze, comprese le sparizioni forzate di dissidenti politici, proprio come Ilam Tohti, e le intimidazioni contro la diaspora presenti anche nei nostri Stati membri, addirittura parenti dei rifugiati all'estero vengono molestati dalle autorità cinesi per farli ritornare e punire così la loro ribellione.

Abbiamo l'obbligo giuridico e morale di pretendere il rilascio immediato di tutti i prigionieri di questi centri illegali che devono essere smantellati. L'Europa non può e non deve piegarsi alla vergognosa logica del *business as usual* con la Cina.

Jean-Luc Schaffhauser, au nom du groupe ENF. – Monsieur le Président, la province du Xinjiang, dans laquelle je m'étais rendu il y a une vingtaine d'années, est depuis très longtemps le théâtre d'un mouvement séparatiste armé, qui a perpétré de nombreux attentats et qui est alimenté par un islamisme militant. Dans ces conditions, quel État ne surveillerait pas les mosquées extrémistes ou les extrémistes? C'est ce que fait la Chine.

Mais ceux qui parlent de camps de concentration avec deux millions de détenus, comme l'a fait, sans aucune preuve de cette information, un membre du Comité pour l'élimination de la discrimination raciale de l'ONU, à Genève, le 13 août 2018, se ridiculisent. Deux millions, ou un million, comme je l'ai entendu ici, c'est la population ou la moitié de la population de Paris. Pourtant, c'est de là que provient le mythe des détentions arbitraires massives. C'est une fausse nouvelle que vous devriez combattre au lieu de la valider par votre résolution.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, we are here today concerning the deterioration in the protection of human rights by the Chinese authorities, in particular with regard to the rights of ethnic minorities. I strongly condemn the arbitrary detention of Uyghurs and other minorities, as well as the mass surveillance of their daily lives through the collection and use of data which they cannot object to. Such issues must be raised by the EU with the Chinese authorities at every political level, in order to reflect a strong, unified voice in its approach to China and to prevent a further deterioration of the situation.

I call for the immediate release of those detained arbitrarily. The fundamental rights to freedom of expression and religion, in addition to the right to peaceful assembly and association, must be reinstated and firmly protected. The promotion of, and respect for, universal human rights, democracy and the rule of law is at the core of the longstanding relationship between the EU and China. The EU's commitment to upholding these values and China's expressed interest in adhering to them require a strong condemnation of the situation in Xinjiang province.

Przewodniczący. – Bardzo przepraszam, bo widziałem, że pan Polčák zgłaszał się do *blue card*, ale to było do poprzedniego mówcy, jak rozumiem, więc już nie będziemy do tego wracać. Przepraszam, nie zauważyłem.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE). – Mr President, I welcome this resolution on the mass arbitrary detention of Uyghurs and Kazakhs in the Xinjiang Uyghur Autonomous Region. I also want to salute Mr Dolkun Isa, President of the World Uyghur Congress. Respect for universal human rights, democracy and the rule of law should remain at the centre of relations between the EU and China.

This resolution condemns the increasingly suppressive regime that minorities, in particular Uyghurs and Kazakhs, face in China today. We call on the Chinese Government immediately to end the practice of mass arbitrary detentions, and to close all the camps in which one million people are arbitrarily imprisoned. An independent investigation mission should be allowed to visit Xinjiang and Tibet. Our resolution also calls on the Chinese Government immediately to release Uyghur scholar Ilham Tohti, and all other detainees.

Dear colleagues, China is a big country. It is also rich in ethnic and cultural minorities, from Tibetans to Uyghurs. It should not be scared of them. It should recognise and respect them. This would make China an even greater country. Free Uyghurs, free Tibet, free China.

Margot Parker (EFDD). – Mr President, China is a critically important international player, and its significance will only increase in the coming decades. Being such an important actor and a member of the Security Council brings with it certain responsibilities. Whilst flawed, the current international system has brought with it increasing security and prosperity for citizens around the globe. But far too many countries do not respect human rights. For such an important player to show such blatant disregard only erodes the efforts that have been made globally.

Whilst we can all understand and sympathise with the fight against radical Islamic terrorism, Chinese actions in Xinjiang appear to have crossed the line. Dealing with terrorist groups must not slip into the general persecution of the people of Xinjiang. China must decide what kind of future we are all going to share. The application of basic human rights must be amongst them.

Csaba Sógor (PPE). – Mr President, grave human rights concerns have long been common in China. Recent developments, however, show a turn towards the worst. Emboldened by the silence of Western democracies, China has been stepping up its efforts against religious minorities and ethnic groups it deems unreliable, such as Uyghurs, Tibetans, and Kazakhs.

Some of the most significant and disturbing developments currently happen in the Uyghur Autonomous Region, with the massive-scale development of re-education camps. Human Rights Watch has rightly compared these re-education camps to black holes to which people are added and from which they do not get out. This is why it is so difficult to estimate how many thousands of people have already been sucked into them now. What we know is that today nearly every family in the Uyghur diaspora has a missing relative or loved one.

If it is to prove effective, the EU-China Human Rights Dialogue cannot avoid thoroughly investigating such issues.

Krzysztof Hetman (PPE). – Panie Przewodniczący! Sytuacja mniejszości Ujgurów i Kazachów w północno-zachodniej chińskiej prowincji Sinciang słusznie określana jest przez badaczy mianem ludobójstwa kulturowego. W ramach tych działań dorośli Ujgurzy umieszczani są w obozach reedukacji, zaś ich dzieci są oddzielane od rodzin i umieszczane w sierocińcach. Cel jest jeden – zniszczenie ich tożsamości narodowej.

Skalę zjawiska doskonale obrazuje poziom inwestycji: w samym tylko 2017 roku na budowę 45 nowych sierocińców dla 5 tysięcy dzieci rząd Chin przeznaczył 30 milionów dolarów. Prerażająca jest też skala stosowania technologii do szczegółowego kontrolowania życia mniejszości etnicznych, na którą wskazuje ostatni raport Human Rights Watch. Uważam zatem, iż należy w sposób zdecydowany domagać się od rządu chińskiego natychmiastowego zamknięcia obozów, uwolnienia niesłusznie zatrzymanych osób oraz zaprzestania łamania praw mniejszości etnicznych. Ważne jest również zapewnienie swobodnego dostępu dziennikarzy oraz obserwatorów międzynarodowych do monitorowania sytuacji w tej prowincji.

Zgłoszenia z sali

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedo, já jsem chtěl opět reagovat na vyjádření pana Schaffhausera, který se opět vyjádřil velmi pobuřujícím způsobem, protože vlastně popřel jakýkoliv nátlak čínské vlády na ujgurskou menšinu. Musím říci, že se zachoval vlastně úplně stejně jako pan Lopes ze Spojené levice, který vůbec popřel legitimitu Parlamentu se k těmto otázkám vyjadřovat. Ono to ukazuje, že vlastně východiska některých radikálních členů krajní levice a pravice jsou bohužel stejná a možná by měli sedět vedle sebe, a nikoliv takhle přes sál.

Já bych se chtěl zastat skutečně práv této menšiny, protože jejich útlak má nepochybně etnický původ a je zřejmé, že Čína pouze tímto maskuje svůj údajný boj s terorismem. Měli bychom se zastat této menšiny i při našich návštěvách v Číně, jak řekl pan kolega Paet, protože my můžeme mluvit a neměli bychom při našich delegacích jen mlčet.

Wajid Khan (S&D). – Mr President, if any other country detained one million people in camps and forced 11 million people to live in a repressive police state, we would be calling for a referral to the ICC on the grounds of ethnic cleansing. At the very least, sanctions would be imposed. Yet, most governments have declined to criticise Beijing or even ask for more transparency about the situation in Xinjiang out of fear of economic retaliation from China.

This Parliament has always been at the forefront in defending human rights worldwide. Sadly, this time our resolution does not represent a breakthrough, but merely an expression of concern. Therefore, I urge you and the Parliament to take all measures necessary to persuade the Chinese government to close the camps and end all human rights violations in Xinjiang against the Uyghur people.

The EU must stand ready to adopt targeted sanctions against all responsible for the persecution of Uyghur, victims of 21st century concentration camps. It is our obligation to acknowledge the Uyghur's existence as a global community and act now in order to prevent the world's next disaster.

Petras Auštrevičius (ALDE). – Mr President, the inhuman treatment of Uyghur and Kazakh minorities in China has been taking place without adequate attention from the international community for too long. Hundreds of thousands of people from these Muslim minorities have been detained in camps under horrible conditions, including torture and restriction of their religious practice and culture, with a view to re-educating them out of their religious beliefs. It is still hard to believe that such camps can exist in the 21st century.

Uyghurs and Kazakhs must have the right to freely choose their way of life and propagate their traditions, culture and beliefs while staying in China. Therefore, I call on the European Union to bring up this issue and demand the closure of those camps in all future political dialogues and negotiations with China as a matter of primary importance.

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, Senhora Comissária, já começa a ser norma que cada vez que nesta Casa se aborda o tema China raramente o seja por bons motivos. Se fizermos as contas ao número de declarações, resoluções e moções que este Parlamento tem feito sobre a violação dos direitos humanos, da liberdade de culto, da liberdade de expressão e de processos judiciais arbitrários e contra as regras democráticas praticadas pela República chinesa durante o reinado do Presidente chinês, facilmente chegaríamos à conclusão de que a China é um dos campeões mundiais da opressão e do autoritarismo, lado a lado com a Rússia de Putin e a Venezuela de Nicolas Maduro.

A verdade é que, desde que Xi Jinping chegou ao poder em 2003, a situação dos direitos humanos na China tem-se deteriorado ainda mais à medida que o Governo chinês intensifica a sua hostilidade à oposição pacífica, às liberdades de expressão e religião e ao Estado de Direito.

Caros Colegas, face a tantas evidências e aos recentes relatos que referem que uígures, cazaques e outras minorias étnicas, maioritariamente muçulmanas, na região autónoma Uigur do Xinjiang, têm sido sujeitas a detenções arbitrárias e a torturas e a graves restrições em matéria de práticas religiosas e culturais, a União tem que exigir energeticamente e condenar estas práticas e pressionar o Governo chinês a pôr um fim às suas atividades e ações punitivas.

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, jak už zde bylo řečeno, tak situace v ujgurské autonomní oblasti je více než alarmující. V převýchovných zařízeních je držen až jeden milion obyvatel. Dovolím si říct, že takto vyjádřeno je Sin-ťiang největším vězením na světě. Hlavní obvinění vůči nim je často velmi vážné jako podpora terorismu. Na případu Sin-ťiang je exemplárně vidět, jak se boj proti terorismu může zneužít vůči obyvatelstvu, a měli bychom vědět, že je aktuální informace o tom, že 1. října byly zaznamenány masové přesuny Ujgurů v uzavřených vagonech se zaslepenými okny z jihu na sever. Tento způsob masového přesunu vězňů připomíná dobu stalinismu v Sovětském svazu a jeho represe.

Plně podporuji proto výzvu Evropského parlamentu vůči Číně, aby ukončila tento represivní postup vůči Ujgurům, a souhlasím s tím, aby také EU zvážila cílené sankce vůči osobám odpovědným za tyto represe.

Dubravka Šuica (PPE). – Gospodine predsjedavajući, pozdravljam ovu Rezoluciju koja je izraz naše zabrinutosti oko stanja ljudskih prava u Kini.

Ljudska prava trebaju biti u fokusu odnosa Europske unije i Kine. U svakom slučaju, Ujgure i Kazahe treba osloboditi i ja osuđujem i situaciju koja se događa sa stranim novinarima. Njima nije dopušteno izvješćivati iz tih koncentracijskih kampova. Mislim, kad bi se radilo o nekoj drugoj zemlji, o milijun ljudi koji su zatočeni, itekako bi se svi zabrinuli, ali kad se radi o Kini, onda to nije baš u fokusu i stoga je dobro da Europski parlament razmatra ovu Rezoluciju i da na ovaj način izražavamo svoje nezadovoljstvo oko stanja ljudskih prava u Kini.

U svakom slučaju, pozdravljam Rezoluciju i nadam se da će ona bar malo doprinijeti da se ti jadni ljudi oslobode.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Elżbieta Bieńkowska, Member of the Commission. – Mr President, the EU is closely following the situation in Xinjiang. We are deeply concerned about credible reports pointing to a serious deterioration of the human rights situation there. In addition, the recent concluding observation of the EU Committee on the Elimination of Racial Discrimination merits close attention. This expresses alarm about reports of mass detention, political re-education camps affecting Uyghurs and other minorities, mass surveillance, travel restrictions, and Uyghurs abroad being returned to China involuntarily.

These findings present serious grounds for concern. The EU calls on China to engage constructively with the Committee recommendations. We have received accounts from EU citizens of Uyghur origin in the EU, who report being pressurised to return to China or to provide information about their relatives there. Travel documents of family members in China have reportedly been confiscated or not issued to prevent people from leaving. There are legitimate concerns about the security of Uyghurs and other people belonging to minorities if returned to China.

The EU urges all countries to consider carefully requests for international protection from such people and, where applicable, to ensure respect of the non-refoulement principle. The EU repeatedly raised this concern with the authorities during the last EU-China Human Rights Dialogue in July 2018. The situation in Xinjiang, freedom of religion and belief, and the rights of persons belonging to minorities, especially Tibetans and Uyghurs, were addressed. The EU reiterated its request for a fact-finding visit to Xinjiang, including access to the camps and the need to implement recommendations from international human rights bodies. The EU supports the request made by the UN High Commissioner for Human Rights for her office to have access to all regions of the country.

Respect for fundamental human rights requires that all human rights, including freedom of expression, freedom of religion or belief, freedom of movement, assembly and association, the right to due process and the right to non-discrimination, are respected in Xinjiang, as they should be anywhere in the country, in line with China's international obligations and national legislation. The upcoming Universal Periodic Review provides an opportunity for open dialogue between China and its international partners on the full range of human rights issues.

Przewodniczący. – Chciałbym bardzo przeprosić Panią Komisarz za zachowanie moich kolegów. No czasami jest łatwiej wygłaszać górnolotne oświadczenia niż zachować elementarne zasady grzeczności.

Zamykam debatę.

Przechodzimy do głosowania.

(Posiedzenie zostało zawieszone w oczekiwaniu na głosowanie)

Puhetta johti HEIDI HAUTALA

varapuhemies

6. Wiederaufnahme der Sitzung

(The sitting resumed at 12.02)

Daniele Viotti (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, chiedo la parola per denunciare un fatto disgustoso che è avvenuto questa mattina in Italia. Un giornale, questa mattina, ha pubblicato questo titolo: «Torna il colera a Napoli, lo portano i migranti».

Allora questa è una notizia totalmente falsa e il titolo è un titolo disgustoso. Noi stiamo combattendo giustamente contro le *fake news* sui social, ma questo Parlamento deve combattere anche contro quei giornali che fomentano l'odio e fomentano il razzismo nel nostro continente. È una vergogna questo titolo! È una vergogna questa notizia!

Dobromir Sośnierz (NI). – Pani Przewodnicząca! Ja chciałem się powołać na artykuł 162 Regulaminu. W czasie debaty na temat przemocy neofaszystowskiej przewodniczący Paşcu odebrał mi głos po pół minuty, w połowie mojego czasu wystąpienia, i mi go nie zwrócił, dlatego że krytykowałem jego koleżankę partyjną. Jeśli przewodniczący Paşcu nie potrafi zachować neutralności, nie powinien prowadzić obrad.

President. – Thank you, that is noted.

The next item is the vote.

7. Abstimmungsstunde

7.1. Einschränkung der Medienfreiheit in Belarus, insbesondere der Fall der Charta 97 (RC-B8-0451/2018, B8-0451/2018, B8-0452/2018, B8-0453/2018, B8-0454/2018, B8-0455/2018, B8-0457/2018) (Abstimmung)

7.2. VAE, insbesondere die Lage des Menschenrechtsverteidigers Ahmad Mansur (RC-B8-0456/2018, B8-0456/2018, B8-0458/2018, B8-0459/2018, B8-0462/2018, B8-0467/2018, B8-0469/2018) (Abstimmung)

7.3. Willkürliche Massenfestnahmen von Uiguren und Kasachen im Uigurischen Autonomen Gebiet Xinjiang (RC-B8-0460/2018, B8-0460/2018, B8-0461/2018, B8-0463/2018, B8-0464/2018, B8-0465/2018, B8-0466/2018, B8-0468/2018) (Abstimmung)

7.4. Strategiepaket für die öffentliche Auftragsvergabe (A8-0229/2018 - Carlos Coelho) (Abstimmung)

7.5. EU-Agentur für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) (A8-0320/2017 - Axel Voss) (Abstimmung)

7.6. Gegenseitige Anerkennung von Sicherstellungs- und Einziehungsentscheidungen (A8-0001/2018 - Nathalie Griesbeck) (Abstimmung)

7.7. Freier Verkehr nicht personenbezogener Daten in der Europäischen Union (A8-0201/2018 - Anna Maria Corazza Bildt) (Abstimmung)

— *Before the vote:*

Anna Maria Corazza Bildt, Rapporteur. – Madam President, we have removed the barriers to the free flow of data within the European Union. The fact that we are establishing the fifth freedom within the internal market is a game changer for the European digital economy. I would like to say it's a good example of a Europe that delivers and I want to thank all of you warmly for great cooperation and support.

7.8. Beitrag der EU zu einem verbindlichen Instrument der Vereinten Nationen betreffend transnationale Wirtschaftsunternehmen im Zusammenhang mit Menschenrechtsfragen (B8-0443/2018, B8-0472/2018, B8-0473/2018, B8-0474/2018) (Abstimmung)

7.9. Lage im Jemen (RC-B8-0444/2018, B8-0444/2018, B8-0445/2018, B8-0446/2018, B8-0447/2018, B8-0448/2018, B8-0449/2018, B8-0450/2018) (Abstimmung)

— *Before the vote on paragraph 3:*

Charles Tannock (ECR). – Madam President, I wish to insert the following after paragraph 3: 'Condemns the launch of Iranian-built ballistic missiles by the Houthis against targets in Saudi Arabia, including civilian areas, and their indiscriminate use of sea mines and internationally banned anti-personnel landmines.'

(As more than 40 Members had objected to the oral amendment, it was not incorporated.)

7.10. Bekämpfung von Zollbetrug und Schutz der Eigenmittel der EU (B8-0400/2018) (Abstimmung)

8. Stimmerklärungen

8.1. Strategiepaket für die öffentliche Auftragsvergabe (A8-0229/2018 - Carlos Coelho)

Oral explanations of vote

Monica Macovei (ECR). – Doamnă președintă, licitațiile trucate, conflictele de interese generează pierderi de peste două miliarde de euro pe an. Toți acești bani sunt din buzunarele cetățenilor europeni. De asemenea, există achiziții publice trucate, pentru că despre asta vorbim în acest raport.

Digitalizarea sistemului de achiziții publice a întârziat. Abia din iulie toate statele membre trebuie să folosească platforme digitale pentru achiziții publice. Platformele trebuie să detecteze practicile frauduloase și corupția, iar statele membre trebuie să pună în aplicare cât mai repede și formularele electronice.

Comisia trebuie să asigure conectarea registrelor naționale de contracte cu registrul european. Achizițiile publice electronice sunt mai transparente, reduc birocrăția, simplifică și scurtează procesele, asigură cheltuirea corectă a banilor.

Ангел Джамбазки (ECR). – Уважаема г-жо Председател, уважаеми колеги, гласувах в подкрепа на доклада на колегата Куелю относно пакета от мерки във връзка със стратегията за обществените поръчки.

Комисията прие последния си пакет подобни мерки през 2014 г., като за редица държави членки беше трудно да приложат мерките в националните си законодателства в заложения срок, а срещу цели четири от тях Комисията започна наказателна процедура поради неприлагане на правилата. Това показва, че е време за нови мерки, които да са съобразени с административните особености на всяка държава – членка на Европейския съюз, но и също така да имат ясни и гъвкави системи за прилагане.

Настоящият пакет от мерки предоставя на държавите членки възможност за модернизация на обществените поръчки. Подкрепих доклада, тъй като основните препоръки, които той прави, са подобряване на прозрачността на договорите и наддаванията чрез увеличаване на онлайн публикуването, подобряването на достъпа на малките и средните предприятия до договорите за обществени поръчки.

Смятам, че всички те са в основата на добро функциониране на системата за обществените поръчки и изразходването на средства по целесъобразен начин с видими и полезни резултати за гражданите на държавите.

José Inácio Faria (PPE). – Senhora Presidente, gostaria de saudar o meu colega Carlos Coelho pelo brilhante trabalho sobre a estratégia de contratação pública e realce que o gasto de uma quantia considerável de dinheiro dos contribuintes tem de cumprir com valores éticos, de transparência e integridade para, de forma eficiente, fornecer bens e serviços de qualidade aos cidadãos.

Segundo a Comissão, 55 % dos procedimentos de contratação pública ainda utilizam o preço mais baixo como único critério de adjudicação, sem pesarem nestas decisões quaisquer critérios sociais, de sustentabilidade económica ou de proteção ambiental. A seriedade dos processos de contratação exige que se acabe com o amadorismo e com a gestão empírica de aquisições por entidades públicas.

Finalmente, ao fim de quatro anos, após a revisão do quadro legislativo, a Comissão exorta à modernização e simplificação dos sistemas de contratação pública com recurso às tecnologias de governação eletrónica e uso de economias de escala, com uma contratação conjunta transfronteiriça, fazendo pleno uso do mercado único europeu.

Não posso, no entanto, deixar de referir as consequências que advêm de uma gestão pública irresponsável, como foi o caso das parcerias público-privadas rodoviárias, em Portugal, que lesaram e lesam o Estado em milhões de euros.

Saúdo as organizações da sociedade civil que têm sabido, no meu país, denunciar estas situações e tentar obter a devida justiça. A bem dos contribuintes espero que os Estados-Membros saibam acolher este relatório e usá-lo para operar a mudança necessária na gestão pública.

Момчил Неков (S&D). – Уважаеми колеги, обществените поръчки играят много важна роля в изграждането на социалната и физическата инфраструктура във всяка държава. Споделям критиката, че при близо 55% от обществените поръчки в Европейския съюз най-важният критерий за избор е факторът „най-ниска цена“. Това създава предпоставки за нелоялна или несправедлива конкуренция от по-големи и платежоспособни участници. От това пък най-често страдат местните представители.

Липсата на качество също съпътства феномена „най-ниска цена“, както за съжаление стана видно от инцидента в Своге в България, при който загинаха 18 души. Злоупотреби и завишени цени има при изпълнението на редица обществени поръчки в моята страна, като например „Училищен плод“ и „Училишно мляко“. Време е това да спре.

Подкрепям доклада относно мерките във връзка със стратегията за обществени поръчки, защото смятам, че процедурите трябва да станат по-прозрачни, по-лесно проследяеми чрез въвеждането на електронни услуги най-късно до края на 2018 г. и нарушителите и техните попечители да бъдат бързо и пропорционално наказвани.

8.2. EU-Agentur für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) (A8-0320/2017 - Axel Voss)

Oral explanations of vote

Monica Macovei (ECR). – Doamna președintă, traficul de droguri, traficul de ființe umane, terorismul, criminalitatea informatică sunt comise la nivel transfrontalier de grupuri care își desfășoară activitatea în mai multe state. De aceea, Eurojust are un rol esențial pentru o reală cooperare și coordonare dintre autoritățile judiciare din statele membre și, de asemenea, în sprijinirea anchetelor în care sunt implicate state terțe.

Noul regulament trebuie să sporească eficiența Europol și să clarifice limitele dintre Europol și Parchetul European, creat așa încât să asigure o bună cooperare între cele două.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, I welcome the support and the steps being taken to secure criminal justice cooperation across the EU and I thank my colleague, Axel Voss, for his good work, as always.

As criminals continue to use more and more sophisticated methods, so too must our criminal justice actors, and to this end, I'm encouraged by the reinforcement of Eurojust's role in fighting transnational crime. Should crimes such as terrorism, cybercrime, human trafficking and money laundering, continue to rise across our borders, it will be essential that Eurojust can exchange more information with Member States and provide sufficient data protection.

I support the introduction of a new executive board, which will enable increased efficiency for Eurojust, and plans for regular reporting to European and national parliaments. These efforts will be increasingly important to my constituents in Ireland and constituents right across the European Union, so I am very glad to see this progress in the EU's criminal justice cooperation.

8.3. Freier Verkehr nicht personenbezogener Daten in der Europäischen Union (A8-0201/2018 - Anna Maria Corazza Bildt)

Oral explanations of vote

Monica Macovei (ECR). – Doamnă președintă, am votat pentru acest regulament pentru că păstrează echilibrul între accesul la datele fără caracter personal din sectorul public sau privat și aspecte ce țin de securitatea națională în anumite zone ale sectorului public.

Regulamentul înlătură barierele privind accesul la informații, de exemplu: restricțiile nejustificate impuse de autoritățile publice din statele membre cu privire la localizarea datelor – acestea sunt semne de protecționism care nu își au locul pe piața unică; de asemenea, neclaritățile cu privire la legislația aplicabilă în cazul procesării datelor în regim transfrontalier sau al schimbării furnizorilor de servicii, cum ar fi *cloud*, în cazul unor practici abuzive ale acestora.

De aceea, facem un pas important pentru deschiderea pieței către noi modele de afaceri și oportunități de inovare.

Mirosław Piotrowski (ECR). – Pani Przewodnicząca! Dzisiaj głosowaliśmy nad dokumentem w sprawie wniosku dotyczącego rozporządzenia Parlamentu Europejskiego i Rady w sprawie ram swobodnego przepływu danych nieosobowych w Unii Europejskiej. To niewątpliwie istotna kwestia, zważywszy na postępującą coraz szybciej cyfryzację gospodarki. W uzgodnionym tekście wprowadzono zasadę umożliwiającą umieszczanie i przetwarzanie danych nieosobowych w dowolnym miejscu w Unii Europejskiej bez nieuzasadnionych ograniczeń.

Wyjątek od tej reguły, co moim zdaniem jest kwestią kluczową, stanowią względy bezpieczeństwa publicznego, co zostało uwzględnione w dokumencie, dlatego podobnie jak inni posłowie z mojej grupy poparłem ostateczny tekst.

Момчил Неков (S&D). – Г-жо Председател, в съвременния свят на нови технологии и предвид скоростта, с която те навлизат в ежедневието ни, трябва да предприемем необходимото информацията да бъде използвана разумно и по начин, който не застрашава процесите, в които тя бива използвана. Подкрепям предложенията за забрана на изискванията за локализиране на данни с изключение на случаите, когато има императивни съображения, свързани с обществената сигурност.

Свободното движение на данни в рамките на Европейския съюз ще има важна роля в развойната дейност и въвеждането на иновации и ще играе значителна роля за постигането на основан на данните растеж и иновации. Публичните органи и структури на държавите членки ще извличат полза от по-голямата свобода на избор по отношение на доставчиците на свързани с данни услуги, от по-конкурентните цени и от по-ефикасното предоставяне на услуги на гражданите.

Поради тази причина аз подкрепих доклада.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, I had the pleasure of attending and taking part in the debate on this topic last night. I commend Anna Maria Corazza Bildt on her good work and agree with her that this is a game changer. I very much welcome the significant step to protect the free flow of data, removing any unjustified national laws that limit data storage to that Member State. I welcome the exemption for restrictions for reasons of public security and the harmonisation of this regulation with the GDPR, of which I was a rapporteur.

The removal of technical, legislative and economic barriers to data flow between cloud services will be a great advantage for SMEs across the European Union. This will encourage competition in the data storage market and will prove particularly helpful for organisations looking to store and process data in different Member States considering the challenges posed when trying to change service provider.

The Irish economy will benefit significantly from the removal of unjustified data localisation restrictions so I am happy to be voting in favour of this report. It's a good job and will help especially when you go to the internet of things and connected cars in due course.

8.4. Beitrag der EU zu einem verbindlichen Instrument der Vereinten Nationen betreffend transnationale Wirtschaftsunternehmen im Zusammenhang mit Menschenrechtsfragen (B8-0443/2018, B8-0472/2018, B8-0473/2018, B8-0474/2018)

Oral explanations of vote

Miapetra Kumpula-Natri (S&D). – Arvoisa puhemies, globaalin ihmisoikeuden perimmäinen ongelma on ehkä tänään se, että kansallinen lainsäädäntöjärjestelmä ei ole pysynyt mukana globaalitalouden haasteissa. Monet yritykset harjoittavat yritys vastuutoimintaa vapaaehtoisesti, ja se on vaikkapa osa maineen hallintaa, mutta niin kauan kuin yritys vastuu perustuu vain vapaaehtoisuuteen, löytyy yrityksiä, jotka menevät sieltä, missä aita on matalin ja kustannukset pienimmät mahdolliset, ja hyödyntävät näin väärää kilpailuetua, joka saattaa riskeerata ihmisten hengen, terveyden tai ympäristön.

On hyvä, että yritys vastuu elää monella tasolla. Pää tavoitteena oli tämän päivän tiukassa äänestyksessä kansainvälisiä yrityksiä ja ihmisoikeuksia koskeva YK-sopimus. Euroopan pitää tietenkin näyttää esimerkkiä ja johtaa prosessia, jotta tällainen kansainvälinen sopimus saadaan aikaiseksi. Kiitos tämän puolesta äänestäneille meppien enemmistölle!

Kansainvälistä sopimusta tai eurooppalaista puitekehystä odotellessa kotimaassani Suomessa on käynnistynyt #ykköskettuun-kampanja, joka tavoittelee kansallista lainsäädäntöä, yritys vastuulakia, joka velvoittaisi yritykset selvittämään, millaiset vaikutukset sen toiminnalla on ihmisoikeuksien toteutumiseen.

Lola Sánchez Caldentey, en nombre del Grupo GUE/NGL. – Señora presidenta, hoy hemos aprobado en este Parlamento una Resolución que supone un paso histórico, una Resolución en la que pedimos algo urgente, y lo hacemos de forma más explícita que nunca: que la Unión Europea lidere en las Naciones Unidas la creación de un tratado que obligue a respetar los derechos humanos a las empresas, concretamente a las transnacionales.

Desde ahora, cada vez que en las Naciones Unidas la delegación de la Unión Europea o alguno de sus Estados miembros obstaculicen el avance hacia el tratado, cada vez que pongan peros a los derechos humanos, les recordaremos que hoy, 4 de octubre, el Parlamento Europeo lo ha dicho claramente: las iniciativas voluntarias de responsabilidad corporativa no funcionan, hay que ir más allá y crear una legislación y debe haber sanciones para quienes no cumplan. Ya no hay peros que valgan.

Me dirijo también a los Estados miembros. El Parlamento Europeo, es decir, los representantes que han elegido vuestra ciudadanía, os están pidiendo que apoyéis el tratado. Si no lo hacéis, estaréis fallando a esta misma ciudadanía porque no la estáis representando.

España, como miembro del Consejo de Derechos Humanos, tiene una oportunidad para marcar la diferencia. Por eso, confío en que el Gobierno de Pedro Sánchez participe activamente en Ginebra, que tenga voz propia para defender el tratado y que no se esconda tras la delegación de la Unión Europea, como hizo el Gobierno del PP.

Y quiero agradecer al Grupo socialdemócrata su apoyo sin fisuras.

Me dirijo, por último, a quienes han votado en contra, a los que hoy se han quedado solos por no querer dar su apoyo a los derechos humanos. ¿Han preguntado a sus votantes qué piensan de un tratado como este? Por favor, ¡si hasta la Santa Sede lo apoya!

A pesar de llevar ya cuatro años en este Parlamento viendo lo que ustedes votan, todavía creo en el sentido común, todavía creo en la gente, en toda —también en la que vota por ustedes— y sé que hoy estarían del lado de los derechos humanos.

Hoy es un triunfo de los vulnerables del mundo.

8.5. Lage im Jemen (RC-B8-0444/2018, B8-0444/2018, B8-0445/2018, B8-0446/2018, B8-0447/2018, B8-0448/2018, B8-0449/2018, B8-0450/2018)

Oral explanations of vote

Younous Omarjee (GUE/NGL). – Madame la Présidente, sous des yeux qui ne veulent plus voir se déroule au Yémen, selon l'ONU, la plus grave crise humanitaire au monde. Un peuple se meurt dans l'indifférence et avec la complicité – il faut bien le dire – des capitales occidentales, plus occupées à leurs petites affaires et aux grandes compromissions avec l'infâme régime saoudien.

Honte aux gouvernements des États-Unis, de la France, de l'Espagne, du Royaume-Uni, qui vendent des armes qui tuent des enfants au Yémen! Honte à l'Europe, confortablement installée dans son impuissance! Honte à tous ceux qui continuent de donner des leçons au monde entier et font commerce sur le sang des innocents!

J'espère que l'appel lancé par le Parlement européen contre la vente d'armes sera entendu par les États et en particulier par la France.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL). – Señora presidenta, la situación de emergencia humanitaria en Yemen es insostenible. Tres cuartas partes de la población yemení —veinte millones de personas— están en riesgo de muerte por desnutrición.

Y esta no es la primera Resolución que hemos aprobado en el Parlamento Europeo sobre Yemen, pero la situación sigue igual. Porque al final el papel es solo papel. Porque la realidad es que algunos Estados miembros siguen vendiendo armas a Arabia Saudí, violando la Posición Común sobre el control de exportaciones de armas que hemos votado en este Parlamento.

Entre los Gobiernos que tienen las manos manchadas de sangre está el Gobierno español. El Gobierno de Rajoy, pero también el de Sánchez. España es uno de los principales exportadores de armas a Arabia Saudí. No se puede prometer una cosa en la oposición y hacer lo contrario en el gobierno. Los derechos humanos no son negociables.

Es fundamental impulsar un cambio de modelo productivo para que el trabajo de muchas familias no dependa de la economía de la guerra. Que no sea más papel mojado lo que votamos en este Parlamento.

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, já bych chtěla vysvětlit, proč jsem podpořila usnesení o situaci v Jemenu, a to i přesto, že levice zablokovala ústní pozměňovací návrh kolegy Tannocka, který chtěl zmínit íránské ostřelování cílů v Saúdské Arábii.

Toto naše usnesení vypočítává fakta o tragickém konfliktu, o jeho příšerných humanitárních důsledcích a utrpení civilního obyvatelstva. Evropský parlament vyzývá k humanitární pomoci. Ta musí být ještě intenzivnější. Navzdory válečnému konfliktu, který nedokážeme nyní v tuto chvíli efektivně řešit, je potřeba pomoci lidem. Zpráva také vnímá širší geopolitický kontext i to, že Jemen je velmi nestabilní částí Blízkého východu, kde se střetávají dlouhodobé zájmy různých teroristických skupin.

Mirosław Piotrowski (ECR). – Pani Przewodnicząca! W tym dotkniętym wojną kraju zamieszkuje bardzo wielu chrześcijan. W światowym indeksie prześladowań 2018 opublikowanym przez organizację Open Doors Jemen uplasował się na dziewiątym miejscu. We wspólnym projekcie rezolucji już w ustępie 1 czytamy, że Parlament Europejski „potępia z całą surowością utrzymującą się w Jemenie przemoc i wszelkie ataki na cywilną ludność i infrastrukturę”.

W przedłożonym dokumencie brak niestety zapisów mówiących wprost o prześladowaniach chrześcijan. Podzielam opinię, że Parlament Europejski powinien – jak zapisano w naszej rezolucji – domagać się od wszystkich stron konfliktu w Jemenie wywiązywania się ze zobowiązań wynikających z prawa międzynarodowego oraz dotyczących dostępu do pomocy humanitarnej i ochrony ludności cywilnej.

President. – That concludes the vote.

9. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(The sitting was suspended at 12.42)

VORSITZ: EVELYNE GEBHARDT

Vizepräsidentin

10. Wiederaufnahme der Sitzung

(Die Sitzung wird um 15.00 Uhr wieder aufgenommen.)

11. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

12. Tierschutz, Einsatz von Antibiotika und die Auswirkungen der industriellen Masthähnchenzucht auf die Umwelt (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die große Anfrage zur schriftlichen Beantwortung mit Aussprache von Karin Kadenbach, Georges Bach, Catherine Bearder, Dominique Bilde, Richard Corbett, Miriam Dalli, Isabella De Monte, Jørn Dohrmann, Pascal Durand, Stefan Eck, Eleonora Evi, John Flack, Jacqueline Foster, Eugen Freund, Arne Gericke, Michela Giuffrida, Karoline Graswander-Hainz, Jytte Guteland, Martin Häusling, Anja Hazekamp, Maria Heubach, John Howarth, Jude Kirton-Darling, Jeppe Kofod, Zdzisław Krasnodębski, Jean Lambert, Jo Leinen, Arne Lietz, Edouard Martin, Alex Mayer, Ana Miranda, Marlene Mizzi, Maria Noichl, Younous Omarjee, Massimo Paolucci, Sirpa Pietikäinen, Pavel Poc, Evelyn Regner, Pirkko Ruohonen-Lerner, Davor Škrlec, Bart Staes, Keith Taylor, Thomas Waitz und Josef Weidenholzer an die Kommission: Tierschutz, Einsatz von Antibiotika und die Auswirkungen der industriellen Masthähnchenzucht auf die Umwelt (O-000095/2018 - B8-0410/2018) (2018/2858(RSP)).

Pavel Poc, Autor. – Paní předsedající, vážená paní komisařko, současný průmyslový chov brojlerů představuje převládající model zásobování evropského trhu množstvím relativně levného masa. Tzv. profesionální farmy s více než 5 000 brojlerů dnes pokrývají 90 % celkové populace brojlerů v Evropě. Celosvětové rozšiřování intenzivního chovu drůbeže není ale jenom otázkou dobrých životních podmínek zvířat, je to otázka lidského zdraví.

Brojleři se typicky chovají po desítkách tisíců kusů v jednom prostoru bez přístupu denního světla, bez jakéhokoliv obohacení prostředí, bez jakékoli možnosti uspokojení normálních potřeb těch zvířat. Problémy pohybového aparátu, dermatitidy, deformace, bolest, stres, neschopnost, nemožnost projevit přirozené chování, to jsou jenom příklady problémů, se kterými se ta zvířata během života od transportu až po porážku potýkají. Je skutečně doslova otřesné, co jako obyvatelé vyspělých zemí 21. století tolerujeme jako běžnou hospodářskou praxi. Kdyby veřejnost věděla, jak na tom ta zvířata jsou, tak věřím tomu, že by to maso většina lidí vůbec nebyla ochotna jíst.

Za posledních 80 let se snížila doba života brojlerů na průměrných 49 dní a současně s tím jsme zvýšili jejich jatečnickou hmotnost o 100 %. Dovedete si to vůbec představit? Od vylhnutí na 2,7 kila za necelé dva měsíce? Jenže tyhle experimenty s přírodou se už výrobcům vymykají z rukou, a to by mělo zajímat i ty, které nezajímají dobré životní podmínky zvířat.

Špatný zdravotní stav brojlerů v průmyslových chovech si totiž vynucuje preventivní používání antibiotik, aby se zabránilo vzniku epidemií a šíření nákaz. Podle statistik se v EU zhruba 70 % všech antibiotik používá právě v zemědělské živočišné výrobě, zejména ve velkochovech, a většina z toho je použita na hromadnou medikaci krmiv nebo napájecí vody. Tento způsob používání antibiotik pak vede ke vzniku rezistentních a multirezistentních patogenních kmenů. Tu rezistenci nyní vykazují některé kmeny bakterií *Campylobacter*, *Salmonella* i *Escherichia* a přibývají další. Pokud tenhle globální problém nezačneme včas řešit, riskujeme potíže s naším vlastním zdravotnictvím. Za běžná antibiotika totiž nemáme žádnou dostatečně efektivní náhradu a ztráta tohoto nástroje by posunula naše zdravotnictví doslova o sto let zpátky. To, že drůbeží velkochovy jsou mimo jiné velkým zdrojem znečištění amoniakem, vypadá vedle problému s antibiotickou rezistencí jako pouhá lapálie.

Jsem přesvědčen, že bychom měli pečlivě vyhodnotit dopady velkovýroby a prosadit udržitelnější způsoby chovu, a v této souvislosti bychom byli rádi, kdyby Komise odpověděla na následující otázky:

Přijme Komise opatření ke zlepšení prosazování směrnice o brojlerch, zejména pokud jde o systematické a důsledné používání ukazatelů orientovaných na zvířata?

Jaká opatření hodlá Komise přijmout, aby podpořila alternativní systémy produkce kuřat – například takové, které volí vhodnější plemena, nižší intenzitu chovu, obohacené životní prostředí, přístup k dennímu světlu atd. – vzhledem k tomu, že takové systémy mohou pomoci snížení emise amoniaku a omezit potřebu nekritického používání antimikrobiálních látek a zlepšit životní podmínky zvířat?

Kdy zveřejní Komise zprávu o socioekonomických dopadech povinných metod označování?

Die Präsidentin. – Frau Bienkowska, wir sind ganz gespannt auf Ihre Antwort.

Elżbieta Bienkowska, Member of the Commission. – Madam President, I took this point on behalf of Commissioner Andriukaitis, but I have to tell you that I am personally very interested in the subject too. I am very concerned about animal welfare and so I am happy to be here with you.

The EU is a major global producer, as was said, of broilers. The poultry sector employs over a quarter of a million people in Europe, with 23 000 large broiler farms in Europe. But of course for us the most important thing for now is discussing animal welfare, and bird welfare.

Over the years, there has been good work in this House on that issue, and I thank you very much for this. The European Union has developed a range of legislation, which is leading the world on animal welfare. Our farmers, in each of the 28 Member States, put this legislation into force almost every day. We take animal welfare very seriously and remain fully committed to constant improvement through the life of the directive and other legislation.

We work closely with the Member States to ensure that the legislation is fully enforced. This includes the directive on the protection of broilers, the Broiler Directive. Since coming into force in 2010, the Broiler Directive has provided a legal framework to the Member States, which has considerably improved the management and housing of broilers. This in turn has improved the welfare of the birds.

The Broiler Directive was the first piece of EU legislation to introduce animal-based indicators as a way to monitor the welfare of animals. Current information and research shows that the use of these indicators, such as footpad dermatitis in poultry, has brought about the majority of improvements in farm welfare for chickens. Encouraged by this, we will continue to develop animal-based indicators as a way of continually improving conditions for animals.

We believe that there is still a lot of room for improvement in animal welfare, but the work already carried out by the European Union gives us hope that a lot has also been achieved so far. In 2019, the Commission, together with the Member States and stakeholders, will work to identify further animal-based indicators for broilers. We hope that these new indicators can be used by national authorities and also by the Commission to better target their action and thus improve the implementation of the directive.

Investment in the health and welfare of animals on farms, of course, brings additional benefits. As has just been mentioned, improvements in animal husbandry have reduced the need to use medication on farms, including antibiotics. This is very significant and provides a strong boost to our fight against antimicrobial resistance. Through the marketing standards for poultry meat regulation, we provide incentives and support for animal-welfare-friendly chicken production. We list certain specific terms, which can only be used for poultry meat produced in alternative production systems. These include terms such as 'extensive indoor', 'traditional free range' and 'total freedom free range', which are defined and limited to farms meeting specific criteria. Member States may additionally co-finance investment in animal-welfare-friendly production systems through the Rural Development Programmes. This funding can be used, for example, to upgrade, fit and improve housing where it goes beyond the minimum required standards.

As regards the question of mandatory labelling of poultry meat, the Commission carried out a feasibility study on animal welfare labelling, following extensive stakeholder consultation, and the outcome of this study was included in a report from the Commission to the European Parliament and the Council, adopted at the end of 2009. This study concluded that mandatory animal welfare labelling in respect of minimum EU standards would offer no added value.

Our work to improve animal welfare standards and implementation in the EU continues. In 2019, work will commence on the designation of the EU Reference Centre for Animal Welfare for poultry, rabbits and fur animals. This centre is expected to provide scientific and technical information, through which we will be able to support Member States in the implementation of animal welfare rules.

I look forward to the discussion and your views on this.

José Inácio Faria, em nome do Grupo PPE. – Senhora Presidente, Senhora Comissária, a 13 de setembro aprovamos o relatório também da colega Karin Kadenbach sobre a proposta da Comissão Europeia para o Plano de Ação europeu «Uma só saúde» contra a resistência aos agentes microbianos. Já na altura tive a oportunidade de aqui dizer o que agora repito: tornou-se inadiável travar a utilização desregulada de antibióticos introduzidos pela intensificação das práticas de criação animal.

Senhora Comissária, ainda que possamos aceitar que os antibióticos têm importância na garantia da segurança alimentar não podemos, no entanto, deixar que a evolução das tecnologias de criação que têm em vista a diminuição dos custos e a obtenção do máximo rendimento na produção animal se faça à custa do futuro da nossa saúde.

A verdade é que a criação de elevada densidade utiliza antibióticos de forma indevida e sistemática na exploração das aves de capoeira, muitas vezes em ambientes insalubres, para evitar a propagação de doenças decorrentes das condições de exiguidade, confinamento e stress em que os animais são mantidos. Estas condições têm ainda a agravante de inibirem o sistema imunitário natural dos animais, mas a utilização de antibióticos como a profilaxia e a metafilaxia em animais produtores de alimentos verá o seu ambicioso fim este ano ainda com a aprovação final do relatório sobre o regulamento relativo à utilização de medicamentos veterinários.

Neste regulamento ficará também bem claro que a doença deve ser evitada não pelo recurso rotineiro a antimicrobianos, mas por boas práticas ou técnicas de higiene de compartimentação e de boa gestão animal.

Entendo que proteger os consumidores e a saúde pública passa por utilizar animais reprodutores saudáveis, de boa qualidade, com diversidade genética adequada e que cresçam naturalmente, passa por assegurar condições de criação que respeitem as necessidades de comportamento das espécies como as interações sociais e as hierarquias e ainda por manter uma densidade animal que não aumente o risco transmissões de doenças.

Senhora Comissária, faço agora a pergunta que está implícita na pergunta oral dos meus colegas: podem os Estados-Membros contar com a aplicação das medidas necessárias para termos no mercado produtos alimentares de qualidade, sem antibióticos desnecessários que evitem o surgimento de resistência antimicrobiana e, termino Sra. Presidente, com a última pergunta: podem os cidadãos europeus consumir carne de aves de capoeira sem preocupações?

Maria Noichl, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Liebe Kommissarin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen heute über intensive Masthähnchenhaltung. Wenn man die Werbung über Hähnchenfleisch sieht, dann ist es die Werbung, die für eine neue Lebensart steht. Da geht es um leichte Küche, da geht es um moderne Küche, kalorienarme Küche. Da geht es auch darum, dass man das Gefühl hat, hier ein ehrliches Produkt zu erwerben. Aber nirgends klaffen die Realität und die Werbung so stark auseinander wie im Hähnchenbereich. Wenn Menschen wüssten, wie dieses angeblich leichte Produkte erzeugt wird, würden sie Abstand davon nehmen. Das heißt, die Werbung, die uns Hähnchenfleisch als leicht und modern in Europa verkauft, hat nichts mit der Realität zu tun.

Ich stelle Ihnen die Frage, Frau Kommissarin: Werden Sie alles in Ihrer Kraft stehende tun, diese beiden Dinge zusammenzuführen? Denn Gedanken, den Menschen im Kopf haben, wenn Sie an Hähnchenfleisch denken, und die Realität? Denn gesund ist Hähnchenfleisch, so wie es erzeugt wird, nicht – weder für die Hähnchen noch für die Menschen.

Das Thema Antibiotika wurde schon mehrfach angesprochen. Gesund, obwohl man es oft in den Zeitschriften liest, kann Hähnchenfleisch so in dieser Produktionsweise nicht sein. Kann es denn leicht sein? Vielleicht ist es leicht, Hähnchenfleisch einzukaufen, aber das Leben der Tiere ist nicht leicht. Das Leben der Tiere ist oft ohne ausreichend Platz, ohne Wasser, ohne Belüftung in einem Ammoniakgestank, in einer Ammoniakwolke, für die Menschen normalerweise eine Gasmasken aufsetzen müssen, weil sie diese Ammoniakwolke nicht wirklich ertragen. Also leicht ist es nicht!

Und das nächste: Ist es ehrlich? Wir stehen in Europa für ehrliche Transparenz, was die Kunden unbedingt im Kaufverhalten unterstützen sollten. Und es ist nicht ehrlich! Wir brauchen dringend eine bessere Kennzeichnung, die deutlich macht, welches Produkt der Einkäufer kauft, wenn er in ein Geschäft geht. Dafür brauchen wir die Kennzeichnung, dafür brauchen wir mehr Ehrlichkeit beim Transport, mehr Ehrlichkeit bei der Schlachtung, mehr Ehrlichkeit bei der Auswahl der Rassen – Zweigezogenen würde es schon lange geben oder langsamer wachsende Rassen, die ehrlich was mit dem Produkt zu tun hätten.

Sehr geehrte Frau Kommissarin, Sie tragen viel Verantwortung. Und in dem Wort Verantwortung steckt das Wort Antwort. Geben Sie mit Ihrer Kommission Antwort auf diese Fragen! Werden Sie endlich tätig, wenn es um die Hähnchenmast in Europa geht, denn die Hähnchenmast in Europa ist immer noch eine Schmutzdecke. Da müssen wir dringend aufklären.

Urszula Krupa, w imieniu grupy ECR. – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Pisanie dyrektywy jest chyba łatwiejsze niż egzekwowanie przepisów, chociaż największym problemem wydają się zautomatyzowane, podobne do fabryk, ogromne, kilkunastotysięczne fermy drobiarskie, gdzie trudno nie tylko zachować warunki dobrostanu ptaków, ale przede wszystkim zapewnić zdrowe mięso hodowanych kurczaków.

Najpierw ograniczono chów drobiu w małych stadach podobnych do naturalnego, następnie wyeliminowano chów na ściółce, zastępując go chowem w klatkach jednopoziomowych aż po ośmiopiętrowe w celu uzyskania wysokiej produkcji bez uwzględnienia naturalnych potrzeb ptaków. W tej chwili prawo europejskie dopuszcza limit zagęszczenia 33 kg/m², niekiedy nawet więcej, co oznacza, że na jednego kurczaka przypada powierzchnia mniejsza niż kartka A4. Dlatego nie tylko trzeba zapewnić mniejszą gęstość obsady, dostęp do światła naturalnego, lepszą jakość powietrza czy zmniejszenie emisji amoniaku. To wszystko powinno zmniejszyć potrzebę zastosowania środków przeciwdrobnoustrojowych.

Najważniejsze jednak byłyby działania zmniejszające negatywny wpływ konsumpcji mięsa drobiowego na zdrowie publiczne z ograniczeniem bioakumulacji substancji takich jak herbicydy, pestycydy i oczywiście antybiotyki. Także chodzi o minimalizację fetoru i hałasu z farm. Brakuje danych o pochodzeniu i standardzie paszy. Czy jest ona genetycznie modyfikowana, czy zawiera pestycydy? Ogromnym zagrożeniem – już tutaj było mówione – jest oczywiście biokumulacja antybiotyków w organizmach kurcząt i ewentualne dostawanie się do wody i ścieków. Brakuje także przepisów dotyczących hałasu i fetoru, co powoduje narażenie okolicznych mieszkańców na wdychanie odorów z narażeniem na choroby układu oddechowego. Nie ma także regulacji odprowadzania fekalii do wód podziemnych, co skutkuje podwyższoną zawartością azotanów, azotynów, które mają kancerogenny wpływ na przewód pokarmowy.

Tilly Metz, au nom du groupe Verts/ALE. – Voici trois arguments destinés à montrer pourquoi il faut agir de façon urgente. Premièrement, c'est un élevage tout à fait contraire au bien-être des poulets. En effet, les espaces sont surpeuplés et les poulets ne peuvent ni bouger suffisamment, ni picoter, ni sautiller sur des branches et même pas déployer de façon convenable leurs ailes. Ce traitement entraîne des souffrances énormes. Leurs os deviennent fragiles et leur comportement anormal.

Deuxièmement, il a des conséquences sur la santé des animaux et des êtres humains. La plupart des poulets dans l'Union européenne sont maintenus dans des systèmes d'élevage intensif qui contribuent à de mauvaises conditions de santé et nécessitent un traitement de masse aux antibiotiques pour prévenir ou contenir les épidémies. Cela développe l'émergence de la résistance aux antimicrobiens, qui est une menace pour la santé publique.

Troisièmement, il a des conséquences graves pour l'environnement. Les élevages intensifs sont aussi une source de pollution. Pour n'en nommer qu'une: l'ammoniac. L'ammoniac pollue l'air, l'eau et le sol et, au lieu de subventionner les pratiques plus respectueuses de l'environnement, des animaux et des êtres humains, nous finançons ces pratiques d'exploitation à grande échelle en les subventionnant avec la PAC.

Notre façon de traiter les animaux est un miroir de notre société européenne et je suis sûre que nous ne voulons pas une société où l'élevage industriel et la maltraitance animale continuent à être subventionnés. Nous pouvons changer cela et j'appelle la Commission à agir en ce sens, merci.

Anja Hazekamp, *namens de GUE/NGL-Fractie*. – Voorzitter, het is vandaag Werelddierendag en het is de eerste keer dat het Europees Parlement debatteert over het welzijn van kuikens in de vleesindustrie. Zo'n kip groeit in minder dan 6 weken van een klein kuikentje tot een kilonaller van ruim 2 kilo. Ze zakken door hun poten en ze groeien letterlijk dood. In Nederland noemen we deze kip een plofkip. Kuikens deden er 50 jaar geleden nog bijna een half jaar over om tot het gewicht van een volwassen dier te komen en nu slechts 42 dagen. Hun korte leven is een lange lijdensweg. Ze zijn kreupel, ze hebben last van voetzweren, ze hebben enorme gewrichtspijn en hartfalen. Om zoveel mogelijk kuikens te laten overleven wordt enorm veel antibiotica gebruikt en dat alleen maar omdat in de Europese Unie de productie en consumptie dwangmatig moeten groeien, ten koste van de volksgezondheid, ten koste van het milieu en zeker ten koste van de dieren. We moeten hier een einde aan maken door snelgroeiende kippenrassen zo snel mogelijk te verbieden. Daarnaast hebben kippen ruimte, frisse lucht, daglicht en een vrije uitloop nodig zodat ze dagelijks maar zeker ook bij een stalbrand naar buiten kunnen. In de afgelopen 11 jaar heeft de Europese Commissie stilgezeten. Haar rapport waaruit blijkt dat er grote welzijnsproblemen zijn bij de kippen kwam 6 jaar te laat en gaf ook nog eens geen enkele oplossing. Ik reken daarom op de steun van mijn collega's, maar vooral ook op de steun van de Europese Commissie om dit eindelijk aan te pakken en dieren de bescherming te geven die ze verdienen. En voorts ben ik van mening dat de Europese landbouwsubsidies moeten worden afgeschaft.

Eleonora Evi, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, Commissario, oggi nella Giornata mondiale degli animali, io sono contenta che in plenaria si possa discutere questa interrogazione orale, soprattutto perché puntiamo il faro su quegli animali che troppo spesso vengono dimenticati e che invece meritano tutta la nostra attenzione.

Il problema oggi è grave ed è giusto parlarne perché sono sempre più numerose, infatti, le indagini e le testimonianze che ci danno la misura di quanto gli allevamenti intensivi dei polli da carne siano un business del tutto insostenibile. Gli animali sono alimentati forzatamente e crescono strutturalmente deboli, al solo scopo di produrre carne di bassa qualità venduta a basso prezzo.

Animali tenuti in gran numero in spazi estremamente ridotti in condizioni terrificanti, dove malattie animali e zoonosi si diffondono con facilità estrema. Purtroppo le ricette che l'allevamento industriale utilizza in queste situazioni sono del tutto sbagliate. Agire sui polli per scongiurare l'insorgere di focolai di malattie tramite l'uso preventivo e sistematico di antibiotici non può essere una risposta adeguata, non lo può essere perché non fa altro che aggravare il fenomeno dell'antibiotico resistenza, tanto negli animali, quanto negli esseri umani. Un fenomeno che oggi costituisce l'emergenza più pressante per la salute pubblica in Europa.

Io vorrei sottolineare a questo proposito, come è stato ricordato, che il Parlamento si è espresso con una relazione, a settembre, della collega Kadenbach. Per questo ritengo che il settore debba essere richiamato alle proprie responsabilità e che la trasformazione dell'allevamento sia più che mai necessaria in Unione europea ed in Italia, in particolare. Il mio paese è il secondo per l'uso di antibiotici negli allevamenti, con oltre 1 300 tonnellate all'anno, una cifra impressionante, che tuttavia potrebbe essere drasticamente ridotta se decidessimo finalmente di far prevalere un altro modello di produzione e di consumo di carne, un modello basato sulle buone pratiche di allevamento e sull'applicazione di misure di biosicurezza rigorose.

Ma non solo, per ridurre l'uso dei medicinali e il notevole impatto ambientale dell'allevamento industriale di polli da carne – e l'abbiamo ricordato le emissioni di ammoniaca sono un problema enorme – può giocare un ruolo importante la scelta di abbandonare l'uso delle gabbie. Ed è per questo che io chiedo ai colleghi qui presenti di sottoscrivere l'ICE, l'iniziativa «End the Cage Age», e alla Commissione chiedo di prestare ascolto, di iniziare a mettersi in ascolto di quei tanti cittadini che si stanno già mobilitando a favore di questa grande battaglia di civiltà.

Dominique Bilde, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, entassés, blessés à répétition, incapables de se mouvoir ou d'entrapercevoir ne serait-ce qu'un seul instant la lumière du jour, combien sont-ils à travers l'Europe à subir ces conditions d'existence indignes pour remplir nos assiettes des quelque 13 millions de tonnes de viande de volaille produite annuellement en Europe?

Ce quotidien macabre n'est pas l'exception puisque le pourcentage d'élevages de plus de 5 000 têtes détient 93,5 % des poulets dans l'Union européenne. Ces animaux, d'ailleurs eux-mêmes sélectionnés pour leur croissance hors norme, quatre fois plus rapide que celle connue dans les années 50, attestent l'industrialisation extrême de notre production agricole.

Loin d'être l'apanage d'une horde de bobos vegans confite dans son confort matériel, comme il se dit dans les médias, la question du bien-être animal recèle en elle le devenir d'une population mondiale en explosion. En effet, à l'heure où la résistance aux antibiotiques menace de nous précipiter dans une crise sanitaire inédite, qui provoquerait jusqu'à 10 millions de morts par an vers 2050, l'impact sur l'homme de leur utilisation intensive pour pallier les infections qui pullulent dans ces élevages surpeuplés est désormais avéré.

Reste enfin la question éthique, puisque si le traitement réservé aux plus vulnérables témoigne du degré de civilisation d'une société humaine, on ne peut plus ignorer les souffrances abjectes infligées à tant d'êtres sensibles au nom d'un productivisme débridé. On n'a pas deux cœurs: un pour les animaux et un pour les humains, écrivait Alphonse de Lamartine. On a un cœur ou on n'en a pas.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, there may not be many MEPs here with our good Commissioner Bieńkowska, but we're pretty unanimous in our approach to this topic – not surprisingly so, because the welfare of Europe's animals is an extremely important issue and one that is often overlooked. The 2007 Directive lays down minimum standards for the protection of chickens kept for meat production. As always, it is key that enforcement of these directives is consistent across Member States and, up until this point, we have not seen that happen.

Some of the problems we were speaking about today allegedly include the fact that chickens which are bred purely for the purpose of meat are often reared in groups of tens of thousands in terrible conditions, without any possibility of expressing natural behaviours, such as perching, pecking or even experiencing natural sunlight. There are also several knock-on effects to humans from rearing chickens in this way, such as a threat to our health from antibiotics used on chickens. This is simply an issue we can no longer ignore.

Furthermore, it seems the pollution caused by industrial poultry production is ever-increasing and is now seen as a major contributor to ammonia pollution of air, soil and water. I believe the industry is currently taking steps to address some of these issues, but again it is imperative that a comprehensive approach is taken to ensure we tackle these problems in the most efficient way and spread awareness across all Member States of the extent and variety of the problem.

I support Karin Kadenbach and others' questions to the Commission and wonder what is going to be done to improve the welfare of broiler chickens. Are any steps being taken to address some of the issues? Are broiler chickens going to be afforded a better existence? Are there alternative methods of rearing chickens being looked into that can attempt to improve their quality of life, while also minimising the negative impact it has on humans and on the environment?

Finally, I would say that if we reared cattle and sheep in this way, I think the farms would be closed down overnight. Why do we treat poultry in such a terrible way? It's not acceptable any longer.

Thomas Waitz (Verts/ALE). – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Frau Kommissarin, ich weiß nicht, wer Ihre Rede geschrieben hat, aber Sie haben eingangs gesagt, Europa wäre ein globaler Player, ein globaler Exporteur von Hühnerfleisch. Glauben Sie wirklich, dass es sinnvoll ist, mit Gentechnik-Soja aus Brasilien, das auf Flächen angebaut wurde, wo Urwald abgeholzt wird, eine europäische Produktion aufrechtzuerhalten, damit wir den Weltmarkt mit Hühnerfleisch beliefern? Das Ammoniak bleibt hier, die Grundwasserverseuchung bleibt hier und die Massentierhaltung bleibt hier. Glauben Sie wirklich, dass das ein Zukunftsmodell für die europäische Landwirtschaft ist?

Sie haben mit Jobs argumentiert. Wissen Sie, tausende Betriebe sperren in Europa jedes Jahr zu, weil sie mit der Preisgestaltung der industriellen Landwirtschaft nicht mehr mithalten können. Meinen Sie nicht, dass es eine Menge mehr Jobs ergeben würde, diese Art von Agrarsystem zu beenden und in Zukunft europäische Bäuerinnen und Bauern darin zu unterstützen, eine artgerechte und umweltfreundliche Haltung von Hühnern hier in Europa zu betreiben?

Und wenn Sie denn dieses nicht wollen aufgrund des Tierschutzes, wenn Ihnen das egal ist, wie die Hühner leiden, dann tun Sie es bitte zumindest, um die Gesundheit der Europäerinnen und Europäer zu schützen. 25 000 Tote jedes Jahr aufgrund von multiresistenten Keimen – ich weiß nicht, welches Argument man noch braucht, um diese Art von Landwirtschaftspolitik zu überdenken! Ich bitte Sie, wirken Sie auch auf Ihren Kollegen Hogan ein, hier ein Fördermodell vorzuschlagen, das europäische Bäuerinnen und Bauern bevorzugt und die Förderung der Agrarindustrie beendet.

Stefan Eck (GUE/NGL). – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! In der Hühnermast werden immer noch riesige Mengen Antibiotika eingesetzt, und man wird auch in Zukunft viel Antibiotika einsetzen müssen, und zwar deshalb, weil die malträtierten Tiere in diesen nur auf den Profit ausgerichteten Fleischfabriken so krankheitsanfällig sind, weil die Haltungsbedingungen erbärmlich sind, sodass sie nur mit Antibiotika ihr Mastende erreichen. Neben Breitbandantibiotika werden verantwortungslos sogar Reserveantibiotika eingesetzt, die in der Humanmedizin als das allerletzte Mittel bei verschiedenen Erkrankungen Verwendung finden, weil es immer mehr Bakterienstämme gibt, die aufgrund der landwirtschaftlichen Praxis gegen Antibiotika resistent geworden sind. Die verwendeten Antibiotika kontaminieren nicht nur das Geflügelfleisch, sondern auch die Exkremente und die Schlachtabfälle, sie kontaminieren unser Trinkwasser und unsere Böden.

Ist Ihnen eigentlich klar, was gerade geschieht, was für ein Unheil angerichtet wird, dass die Kommission mit ihrer Politik die Hühnerbarone hofiert? Sie schaufelt doch damit quasi das Grab für zukünftige Generationen, die an diesen Krankheiten, an multiresistenten Krankheiten sterben werden. Vor zehn Jahren reichte noch die Gabe von drei Antibiotika-Einheiten aus, um eine Lungenentzündung innerhalb von ein paar Tagen zu kurieren, und heute sterben alte Menschen massenhaft in unseren Krankenhäusern an Pneumonia-Bakterien, weil nichts mehr hilft. Das haben Sie, meine Damen und Herren in der Kommission, zu verantworten. Dass die Kommission so zögerlich gehandelt hat und handelt, ist eine Schande, es ist ein abgrundtiefer Skandal. Deshalb sage ich Ihnen: Ich erwarte von der Kommission, dass sie jetzt handelt, sonst handeln die Tierrechtler!

France Jamet (ENF). – Madame la Présidente, mes chers collègues, s'agissant des poulets de chair et de l'utilisation d'antibiotiques pour favoriser la croissance des animaux, je tiens à rappeler ici, comme je l'ai maintes fois répété en commission INTA, que si leur usage est interdit dans 51 % de nos États membres, il demeure totalement et à 100 % légal et très largement répandu aux États-Unis, au Canada, dans tous les pays du Mercosur, en Australie et en Nouvelle-Zélande – autant de pays concernés par les accords de libre-échange négociés par M. Juncker et sa Commission.

Rendez-vous compte qu'en l'état actuel des choses, on estime que ces pratiques médicamenteuses ne sont pas loin de concurrencer, voire dépasser en volume, les prescriptions médicales destinées aux êtres humains. Il faut d'ores et déjà revenir sur les conditions de ces traités commerciaux, et il est impératif et vital de mettre en place un véritable système de traçabilité et d'étiquetage des produits importés pour le bien-être des animaux, bien sûr, et pour l'information et le choix du consommateur parce qu'il en va aussi de la santé de nos concitoyens.

Herbert Dorfmann (PPE). – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir greifen hier ein wichtiges Thema auf. Hühnerfleisch erfreut sich ja zunehmender Beliebtheit. Wenn man sich die Daten anschaut: Allein in den letzten zehn Jahren ist die Produktion in Europa von acht Millionen Tonnen auf dreizehn Millionen Tonnen gestiegen. Man könnte ja auch mal darüber diskutieren, ob es wirklich für unsere Ernährung sinnvoll ist, dass wir in Europa zum Beispiel im Jahr mehr Hühnerfleisch essen als wir Äpfel essen. Auch das sollte man vielleicht ein bisschen hinterfragen.

Aber man darf auch nicht alles über einen Kamm scheren. Es gibt in Europa durchaus auch Situationen, wo Hühnerfleisch ordentlich hergestellt wird. Es gibt zum Beispiel in Deutschland die Initiative Tierwohl. Ich war selbst mit dem Landwirtschaftsausschuss vor zwei Jahren in den Niederlanden. Dort hat man Ställe entwickelt gemeinsam mit der Universität von Wageningen, wo sehr wohl auf das Tierwohl geschaut wird.

Aber die Kommission ist nicht imstande – da gebe ich meinen Vorrednern durchaus Recht – die Richtlinie 43/2007 umzusetzen, das heißt, endlich dafür zu sorgen, dass die Regeln, die eigentlich da sind, auch umgesetzt werden. Dann sind halt jene, die es richtig machen, letztendlich die Gelackmeierten, denn wenn sie in Tierwohl investieren, sind sie letztendlich nicht mehr konkurrenzfähig, weil andere halt billiger produzieren. Wir haben das ja auch in der Eierproduktion erlebt. Dort war und ist es genau das Gleiche. Jene, die in bessere Stallungen investiert haben, waren letztendlich am Markt nicht mehr konkurrenzfähig, weil andere in Europa mit alten Ställen weitergearbeitet haben. Es passiert das Gleiche wie bei den Eiern auch. Die Ställe in Europa sind abgebaut worden und hinübergestellt worden in die Ukraine, und die Eier wurden dann importiert, und zwar zollfrei. Auch hier haben wir aufzupassen. Entweder jene, die importieren, haben die gleichen Regeln, oder sonst müssen Schutzzölle auf diese Produkte drauf. Alles andere ist für unsere Bauern nicht akzeptabel.

Die Präsidentin. – Ich war heute etwas großzügiger mit den Redezeiten, weil ich keine Wortmeldungen zum *Catch-the-eye*-Verfahren habe. Deswegen wollte ich Sie nicht alle unterbrechen, zumal – was selten genug ist – eine ziemlich einheitliche Meinung hier im Plenum zu finden ist.

Elżbieta Bieńkowska, Member of the Commission. – Madam President, I would like to thank the honourable Members who took the floor. This is an important topic. Thank you very much for this short discussion on the issue. I will of course pass all of your remarks, concerns and the whole message to Commissioner Andriukaitis, but let me just point to two things.

First, the Commission wants to move things forward and to really work on this subject. We will continue to work on the enforcement of the directive, but at the same time – and that is why your remarks were so valuable – we need to work closer together to reduce the impact of industrial farming as far as possible, both for the welfare of the chickens and for the environment and human health. We will take all of your concerns into consideration.

Let me also tell you, a little bit more personally, that I will do my best in my capacity to get a lot of interest in the Commission on this. This is what I can commit to you.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet während der Oktober-II-Tagung statt.

13. Petitionen: siehe Protokoll

14. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

15. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll

16. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll

17. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll

18. Schluss der Sitzung

(Die Sitzung wird um 15.38 Uhr geschlossen.)

19. Unterbrechung der Sitzungsperiode

Die Präsidentin. – Ich erkläre die Sitzungsperiode des Europäischen Parlaments für unterbrochen.

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 22. OKTOBER 2018

(C/2024/3522)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2018-2019

Sitzungen vom 22. bis 25. Oktober 2018

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode	3
2. Eröffnung der Sitzung	3
3. Erklärungen des Präsidenten	3
4. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung	3
5. Zusammensetzung der Fraktionen: siehe Protokoll	4
6. Prüfung von Mandaten: siehe Protokoll	4
7. Antrag auf Aufhebung der Immunität: siehe Protokoll	4
8. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll	4
9. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 69c GO)	4
10. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll	6
11. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	6
12. Arbeitsplan	6

Inhalt	Seite
13. Klimakonferenz der Vereinten Nationen 2018 in Kattowitz (Polen) (COP 24) - 14. Konferenz zum Übereinkommen über die biologische Vielfalt (COP 14) (Aussprache)	11
14. Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für 2019 — alle Einzelpläne (Aussprache)	27
15. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 78 GO): siehe Protokoll	45
16. Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (Aussprache)	45
17. Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt (Aussprache)	54
18. Beschäftigungs- und Sozialpolitik des Euro-Währungsgebiets (kurze Darstellung)	68
19. Rolle der Mitarbeiterbeteiligung bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt (kurze Darstellung)	71
20. Ausführungen von einer Minute zu wichtigen politischen Fragen	74
21. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	80
22. Schluss der Sitzung	80

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 22. OKTOBER 2018

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Presidente

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Presidente. – Dichiaro ripresa la sessione del Parlamento europeo interrotta giovedì 4 ottobre 2018.

2. Eröffnung der Sitzung

(La seduta è aperta alle 17.03)

3. Erklärungen des Präsidenten

Presidente. – Prima di dare avvio ai nostri lavori voglio esprimere il cordoglio del Parlamento alle famiglie delle vittime delle alluvioni che hanno colpito la Francia, la Spagna e l'Italia nelle ultime settimane.

Voglio anche esprimere, a nome del Parlamento, le condoglianze ai familiari delle vittime degli attacchi ai seggi elettorali, che hanno fatto decine di vittime e centinaia di feriti in Afghanistan. Siamo al fianco del popolo afghano, che ha risposto con coraggio a questi codardi recandosi al voto.

Voglio anche ricordare, a un anno dalla sua scomparsa, Daphne Caruana Galizia, la coraggiosa giornalista maltese uccisa per le sue inchieste. Questo Parlamento sarà sempre in prima linea per difendere la libertà di stampa e i giornalisti che ne sono espressione, ovunque nel mondo.

Per questo chiediamo con urgenza anche una rigorosa inchiesta internazionale per chiarire le circostanze della morte del giornalista e scrittore Jamal Khashoggi. Pretendiamo dalle autorità dell'Arabia Saudita che gli esecutori materiali e i mandanti di questo efferato delitto vengano trovati e puniti.

(Applausi)

4. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung

Presidente. – Il processo verbale della seduta del 4 ottobre 2018 e i testi approvati sono stati distribuiti.

Vi sono osservazioni?

Dichiaro approvato il processo verbale della seduta del 4 ottobre 2018.

* * *

Jean-François Jalkh (ENF). – Monsieur le Président, je voudrais faire un rappel au règlement fondé sur les articles 9 et 150 qui concernent les procédures de levée d'immunité d'un député.

Au niveau de la commission des affaires juridiques, rien n'est fait pour, premièrement, l'établissement d'un procès-verbal d'audition du député concerné; deuxièmement, l'établissement ou l'enregistrement d'une éventuelle note de plaidoirie ou de défense déposée par le député concerné ni des pièces éventuellement déposées devant la commission par ledit député; troisièmement, permettre au député concerné d'avoir connaissance, avant son audition, du projet de rapport sur la levée de son immunité puisque celui-ci est établi après; quatrièmement, permettre au député de modifier ledit projet de rapport une fois qu'il l'a reçu.

L'article 150 du règlement ne permet pas davantage au député concerné de se défendre devant ses pairs.

Cette semaine, notre collègue Nicolas Bay n'aura que deux minutes pour tenter d'exposer la défense de M. Briois en séance plénière, tout ceci en violation de la charte des droits fondamentaux, articles 41, 42, 47 et 48, et de la convention européenne des droits de l'homme, article 6, qui consacre le droit pour toute personne à être entendue. En effet, l'article 6, paragraphe 1, de la convention européenne des droits de l'homme, qui est consacré comme principe général du droit communautaire, est en effet applicable dès lors qu'est en jeu une contestation sur les droits et obligations de caractère civil ou une accusation en matière pénale.

Je vous demande donc – et c'est ma conclusion – de permettre à notre collègue, Steve Briois, de pouvoir se défendre personnellement devant notre assemblée lorsqu'interviendra le débat sollicité par le groupe ENL sur la demande de levée de son immunité parlementaire.

Presidente. – Le regole sono chiare e sono sempre state scrupolosamente seguite per tutti. I deputati sono ascoltati in commissione JURI per quanto riguarda le immunità.

Nicola Danti (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, vorrei portare alla Sua attenzione e all'attenzione di tutta l'Aula il fatto che venerdì scorso il presidente della televisione pubblica italiana, il signor Marcello Foa, ha dichiarato in un'intervista a un giornale israeliano la seguente frase, che «Soros ha finanziato un numero enorme di membri del Parlamento europeo, inclusa l'intera delegazione del Partito Democratico di centrosinistra italiano».

Per quanto ci riguarda, come deputati del Partito Democratico faremo i passi che dobbiamo fare verso l'autorità giudiziaria per portare in giudizio per queste affermazioni il presidente Foa. Tuttavia, Presidente, io penso che in queste affermazioni non si leda soltanto l'onorabilità e l'integrità di alcuni membri di quest'Aula, bensì la dignità e il ruolo di questo Parlamento e mi auguro che Lei, signor Presidente, vorrà difendere questa dignità e questo ruolo.

5. Zusammensetzung der Fraktionen: siehe Protokoll

6. Prüfung von Mandaten: siehe Protokoll

7. Antrag auf Aufhebung der Immunität: siehe Protokoll

8. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll

9. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 69c GO)

Presidente. – Diverse commissioni hanno deciso di avviare negoziati interistituzionali a norma dell'articolo 69 quater, paragrafo 1, del regolamento.

Le relazioni, che costituiscono i mandati per tali negoziati, sono disponibili sulla pagina web della plenaria e i loro titoli saranno pubblicati nel processo verbale della seduta.

Ai sensi dell'articolo 69 quater, paragrafo 2, un numero di deputati o uno o più gruppi politici pari almeno alla soglia media possono chiedere per iscritto, entro la mezzanotte di domani, martedì 23 ottobre 2018, di porre in votazione la decisione sull'avvio dei negoziati.

Qualora non sia stata presentata una richiesta di votazione in Aula in merito alla decisione sull'avvio dei negoziati entro il termine suddetto, le commissioni potranno iniziare i negoziati.

* * *

Terry Reintke (Verts/ALE). – Mr President, dear colleagues, one year ago an overwhelming majority of this House voted in favour of a resolution in order to fight against sexual harassment in the European Union and specifically also after cases of sexual harassment had come to the surface here in this House, and more than that, 130 000 citizens of the European Union signed a petition in order to implement this resolution. One year later, Mr President, this resolution has still not been fully implemented. The external audit as well as the review of the Committee Against Sexual Harassment have still not been finalised, and the mandatory trainings for MEPs have even been taken out of the Action Plan. I call on you, Mr Tajani: this is our common responsibility towards the people who work here in this Parliament, but also as a role model to all citizens in the European Union. Act on this. Make the European Union a front-runner in the fight against sexual harassment. The time is now.

(Applause)

Presidente. – On. Post, è per lo stesso argomento?

Soraya Post (S&D). – Mr President, yes, it is about the same problem. As you might know, last month the MeToo European Parliament movement launched a blog which collects and publishes anonymous testimonies of victims of sexual harassment and sexual assault within the European Parliament: 'MeTooEP.com'. The blog is intended to be a first port of call for victims, to provide solidarity and information, to raise awareness on what forms sexual harassment can take and to show victims that they are not alone.

We need to break the culture of silence around sexual harassment. We need to support this movement of workers who are bravely sharing their stories, so we must fully support and implement the European Parliament resolution on combating sexual harassment and abuse in the EU adopted by a vast majority more than one year ago. I stand strongly with the MeToo European Parliament movement. We have to take this seriously and stop this culture.

(Applause)

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL). – Señor presidente, señorías, este miércoles vamos a votar el proyecto de presupuesto general de la Unión Europea para 2019.

Las mujeres que trabajamos aquí pedimos su apoyo a las líneas presupuestarias 13 59 y 13 60, que es lo único que permitirá poner en marcha medidas concretas contra el acoso sexual, aprobadas ya por esta Cámara hace un año. De no ser aprobadas estas enmiendas, la Resolución no habrá servido de nada. El Parlamento Europeo debe ser vanguardia de esto. La sociedad nos está adelantando y nos señala el camino.

Así que recuerden —y ya termino—: apoyen las líneas 13 59 y 13 60. Tomemos en serio nuestros propios compromisos y acabemos ya de una vez con el acoso sexual en esta casa.

Compañeras, por todas vosotras, nunca más caminaremos solas.

Presidente. – Onorevoli colleghi, come sapete il Parlamento europeo è all'avanguardia per le azioni e le attività di propaganda in materia. Come avete visto, sono stati per mesi presentati una serie di spot, una serie di messaggi anche visivi dentro l'Istituzione per sollecitare l'attenzione di tutti i parlamentari e di tutti coloro che frequentano i nostri palazzi su un tema di così grande delicatezza.

L'Ufficio di presidenza ha lavorato in maniera intensa e il gruppo di lavoro presieduto dall'onorevole Morin-Chartier ha dato delle risposte concrete. Chiedo all'onorevole Morin-Chartier se vuole aggiungere qualcosa per spiegare brevemente ai nostri colleghi cosa è stato fatto.

Elisabeth Morin-Chartier (PPE). – Monsieur le Président, merci de me permettre de faire le point en ce début de session sur ce que nous avons mis en place depuis un an. Il y avait beaucoup de travail à faire et nous avons déjà fait en sorte qu'une formation soit mise en place pour les députés. Je vous invite, chers collègues, à suivre cette formation et à participer à son évolution. Si vous avez des recommandations, des conseils à donner, je ferai très attention à qui y participera et à qui fournira des conseils pour la faire évoluer.

Je voudrais aussi dire que nous avons établi un code de bonne conduite qui devra être signé par l'ensemble des députés. Cela n'existait pas, donc c'est également une nouveauté.

Nous avons modifié les règles de fonctionnement du comité pour avoir un deuxième assistant parlementaire. Je me réjouis d'ailleurs du travail de Carmela Scire, qui est venue travailler aux côtés d'Olivier Plumandon. Nous avons donc progressé. Nous avons même fait évoluer les sanctions contre les députés puisqu'aujourd'hui, un député qui sera reconnu harceleur par le Président, encourra non seulement une sanction conformément au règlement, mais il pourra aussi être obligé de payer sur son enveloppe parlementaire le salaire de l'assistant jusqu'à la fin du contrat de celui-ci.

Sachez donc que nous ne restons pas les bras croisés. Nous faisons très attention à être à l'écoute des plaintes. Nous avons mis en place depuis le mois de septembre, le 14 septembre je crois, un réseau de personnes de confiance.

Ce qui est très important, ce n'est pas d'étaler ce qui se passe et d'en faire des gorges chaudes, mais bien d'identifier les personnes, les victimes qu'il nous faut aider, et de sanctionner les coupables. C'est dans ce sens que nous travaillons, je vous remercie d'en prendre acte.

10. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll

11. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

12. Arbeitsplan

Presidente. – Il progetto definitivo di ordine del giorno, fissato dalla Conferenza dei presidenti, ai sensi dell'articolo 149 del regolamento, nella riunione di giovedì 18 ottobre 2018 è stato distribuito. Sono state presentate le seguenti proposte di modifica.

Lunedì:

Nessuna richiesta di modifica

Giovedì:

A seguito di consultazioni con i gruppi politici, desidero sottoporre all'Aula le seguenti proposte di modifica del progetto definitivo di ordine del giorno: l'interrogazione orale sul mercato equo per l'industria, prevista nel pomeriggio, sarà sostituita da una dichiarazione della Commissione con lo stesso titolo e alla stessa ora.

(Il Parlamento accoglie la richiesta)

Martedì:

Il gruppo ALDE ha chiesto che il titolo della dichiarazione del Vicepresidente della Commissione/Alto rappresentante dell'Unione per gli affari esteri e la politica di sicurezza sulla «Scomparsa del giornalista saudita Jamal Khashoggi» sia sostituito da «Uccisione del giornalista Jamal Khashoggi nel consolato saudita a Istanbul».

Marietje Schaake, on behalf of the ALDE Group. – Mr President, you mentioned in your opening remarks that the brutal murder of journalist Jamal Khashoggi deserves our full attention, and with every day, new, gruesome facts are coming to the surface. While we started off by entitling this resolution 'the disappearance of Mr Khashoggi', it is only appropriate that we speak of his killing or murder at this point in time, unfortunately, and I hope we will send a strong condemnation of this brutal murder of a journalist.

Philippe Lamberts, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, nous soutenons évidemment tout à fait cette demande.

Je voudrais que nous évitions, collectivement, de donner l'impression que nous nous intéressons au cas de l'Arabie Saoudite quand un journaliste se fait tuer de manière particulièrement brutale en oubliant évidemment tout le contexte, à savoir qu'il s'agit d'un pays qui soutient les groupes terroristes les plus violents et les plus fondamentalistes, un pays qui a décidé, contre toutes les règles du droit international, d'en mettre un autre – le Qatar – au ban de la société, et un pays qui mène une guerre tout à fait intolérable au Yémen.

J'espère donc que le débat mettra bien en perspective l'entière réalité de cette situation pour que nous ne donnions pas l'impression que, subitement, nous commençons à nous indigner quand une personne, aussi respectable soit-elle, est assassinée de manière tout à fait brutale.

L'Allemagne a indiqué récemment qu'elle allait tirer les conclusions de ce meurtre brutal. Je pense que d'autres pays de l'Union européenne et l'Union dans son ensemble seraient bien inspirés de suivre cet exemple, en particulier la France et la Belgique.

Udo Bullmann, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident! Ich möchte den Kollegen Recht geben, und wir haben ein großes Interesse an dieser Diskussion.

Es gibt einen Punkt, den ich hinzufügen möchte: Es ist eine Situation, in der die Europäische Union klar mit einer Stimme sprechen muss. Und dieses Haus sollte dazu auffordern, dass es nicht nur eine Frage eines einzelnen Mitgliedstaates ist, wie wir reagieren gegen ein Land, das offenkundig morden lässt, sondern dass die Europäische Union insgesamt in einer solchen Situation international auftritt. Das ist meiner Fraktion ganz besonders wichtig.

(Il Parlamento accoglie la richiesta)

Presidente. – Il gruppo GUE/NGL, con il sostegno dei gruppi S&D e Verts/ALE, ha chiesto di aggiungere come secondo punto all'ordine del giorno del pomeriggio le dichiarazioni del Consiglio e della Commissione sull'evasione fiscale multi-miliardaria da parte delle principali banche dell'Unione. La discussione dovrebbe concludersi con una risoluzione da porre ai voti giovedì.

Δημήτριος Παπαδημούλης, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL*. – Κύριε Πρόεδρε, πριν λίγες ημέρες τα διεθνή μέσα ενημέρωσης, στηριγμένα σε στοιχεία που εξασφάλισαν από whistleblowers, απεκάλυψαν μια γιγάντια φορολογική απάτη.

Σύμφωνα με μετριοπαθείς υπολογισμούς, τα δημόσια ταμεία 11 κρατών μελών έχουν υποστεί ζημιές πάνω από 55 δισεκατομμύρια ευρώ. Τράπεζες, δικηγορικά γραφεία και επιτηδείοι οργάνωσαν ένα δίκτυο γιγαντιαίας φοροκλοπής σε βάρος των δημόσιων ταμείων των εντίμων φορολογουμένων της κοινωνίας και του κοινωνικού κράτους.

Το Ευρωκοινοβούλιο, εμείς, εκπροσωπούμε πολίτες, που είναι τα θύματα αυτής της μεγάλης φορολογικής απάτης. Γι' αυτό οφείλουμε να συζητήσουμε το θέμα, για να σταματήσουν αυτές οι σκανδαλώδεις καταστάσεις. Η πρόταση που υποστηρίζουν από κοινού η ευρωομάδα της Αριστεράς, οι Σοσιαλιστές και οι Πράσινοι είναι να οργανώσουμε μια συζήτηση με τίτλο – το διαβάζω στα αγγλικά – «Council and Commission statements about the Cum Ex scandal: financial crime and the loopholes in the current legal framework».

Η πολιτική μου ομάδα υποστηρίζει επίσης ότι μετά τη συζήτηση θα πρέπει να υπάρξει και ψήφισμα.

Maria João Rodrigues, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, *(inaudible)* fully supports this proposal because it is a scandal that we have entities who find a way to be reimbursed by taxes they never paid. So we do need to have a debate on this. Nevertheless, we think that the resolution should not be prepared for this session because we believe that we need to go deeper in identifying the problem behind it, and we recommend this being discussed in TAX3 Committee. So we support the debate but we feel that the resolution should be discussed in another month.

Philippe Lamberts, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, je ne prendrai pas beaucoup de notre temps collectif. Je soutiens la proposition que vient de faire M^{me} Rodrigues.

Est-ce que je peux insister, Monsieur le Président, pour que vous demandiez aux représentants de la BCE (Banque centrale européenne), d'ESMA (Autorité européenne des marchés financiers) et d'EBA (Autorité bancaire européenne), les instances de supervision, au moins d'être présents au débat ? En effet, ils ont un rôle important à jouer si nous voulons apporter une solution aux problèmes posés par les révélations de CumEx.

Presidente. – On. Papadimoulis, il problema è: Lei è favorevole alla correzione proposta dal gruppo socialista, cioè avere la discussione e la risoluzione il mese successivo?

Δημήτριος Παπαδημούλης, εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL. – Κύριε Πρόεδρε, το ουσιώδες είναι να κάνουμε τη συζήτηση σε αυτή την ολομέλεια και ζητώ από όλες τις πολιτικές ομάδες να στηρίξουν τη συζήτηση. Αποδέχομαι ότι είναι αναγκαίο και η ειδική επιτροπή που ασχολείται με τα φορολογικά να ασχοληθεί με το θέμα και προτείνω σε μια επόμενη ολομέλεια, αφού προηγουμένως υπάρξει η προεργασία και τα στοιχεία από την tax committee, να έρθει είτε στην ολομέλεια του Νοεμβρίου είτε, το αργότερο, του Δεκεμβρίου, έτσι ώστε να έχουμε και ψήφισμα. Αυτή είναι η τελική μου πρόταση και νομίζω ότι μπορεί να μας καλύψει όλους.

Presidente. – Se siete d'accordo, metto ai voti la proposta del gruppo GUE/NGL, che ha il sostegno di altri gruppi, di aggiungere come punto all'ordine del giorno la discussione sull'evasione fiscale multimiliardaria da parte delle principali banche dell'Unione, con una risoluzione da votare o a novembre o a dicembre. Se ci riuscirò, perché il tempo è molto ridotto, posso anche invitare la BCE e l'ESMA, ma non c'è molto tempo, perché la discussione dovrebbe essere giovedì. Vediamo se ci riusciamo, senz'altro, io provo a invitarli.

(Il Parlamento accoglie la richiesta)

Il gruppo S&D ha chiesto di aggiungere come quinto punto all'ordine del giorno del pomeriggio le dichiarazioni del Consiglio e della Commissione sulla necessità di un meccanismo globale in materia di democrazia, Stato di diritto e diritti fondamentali. La discussione si concluderà con una risoluzione che sarà messa ai voti giovedì.

Maria João Rodrigues, on behalf of the S&D Group. – Mr President, the S&D Group proposed to include in this session a Commission and Council statement followed by a debate on a European mechanism on the rule of law, democracy and fundamental rights. We really see this as a major and central task of the European Parliament. We would like to clarify that our purpose with this debate is to focus on the instruments – not on particular cases but on instruments. We need really to provide the necessary instruments to deal with these issues wherever they take place. So this is the approach we are proposing, and we believe that we should have a clear majority of the Parliament, because this is a major task where we need to deliver by the end of this legislature.

Frank Engel, au nom du groupe PPE. – Monsieur le Président, je voulais dire qu'au fond, personne dans cette maison n'est opposé à ce que ce débat se tienne et à ce qu'une telle résolution soit adoptée. Nous travaillons dans cette perspective, ensemble, avec tous les autres groupes, et nous souhaitons, au PPE, que tout cela soit fait de façon digne, ordonnée et organisée en novembre. Cela signifie un report de trois semaines, pas de trois ans, mais de trois semaines.

Je connais parfaitement les motivations qui poussent certains d'entre nous à vouloir inclure ce point à l'ordre du jour de cette semaine, qui correspond à l'anniversaire formel de la résolution parlementaire précédemment adoptée.

Je voulais vous dire qu'il y avait de bonnes raisons pour ne pas le faire ce mois-ci, au-delà du fait que la Conférence des présidents n'a pas prévu de le faire ce mois-ci; il n'y aurait eu aucun problème de le faire le mois prochain, dans trois semaines.

Nous interférerons, entre autres, avec une élection qui est en cours dans l'un des pays visés par nos travaux sur l'état de droit et je ne trouve pas particulièrement intelligent de vouloir faire cela maintenant alors que nous aurions eu tout le loisir de le faire dans trois semaines et éviter ainsi une interférence avec ces élections, qui ne fait en aucun sens et qui risque de nuire à ceux qui veulent et qui insistent pour qu'il y ait un tel mécanisme, et dont je fais partie. Je ne souhaitais pas faire cet exercice cette semaine, mais dans trois semaines.

Le groupe PPE vous exhorte donc à être d'accord pour que cela se fasse en novembre, dans trois semaines, avec une bonne préparation et avec tout le temps nécessaire pour le faire.

Presidente. – On. Rodrigues, per il suo gruppo è accettabile la proposta dell'on. Engel, oppure vuole mantenere la proposta di questa tornata e votare?

Maria João Rodrigues, au nom du groupe S&D. – Monsieur le Président, c'est exactement le moment, je pense, où il serait intéressant d'écouter les autres groupes. De toute façon, j'ai bien dit que l'approche que nous préconisons sur ce thème est de s'assurer que nous ne discuterons pas de cas particuliers mais que nous allons plutôt axer notre discussion sur le besoin de doter l'Union européenne des instruments nécessaires pour assurer le respect de la loi et des droits fondamentaux. C'est vraiment cette approche que nous souhaiterions développer.

Le Président. – Si j'ai bien compris, ce n'est pas une question de contenu, c'est une question de date.

Sophia in 't Veld, on behalf of the ALDE Group. – Mr President, I think it would be wrong to say we're going to postpone because of elections in one country, precisely because the mechanism that we have all supported here – exactly two years ago to the week – wants to move away from the external debates about one single country or another, and by postponing it you would actually give the impression that this is about one country or another. It isn't about any particular country, it's exactly as Mrs Rodrigues said: it is about a mechanism that is supposed to monitor all the Member States on an objective basis, based on the same criteria. That's precisely the idea. So that is not linked to any particular country, and I don't think we will be discussing any particular country, we will be discussing the mechanism.

(Applause)

Presidente. – Quindi Lei è favorevole a conservare la discussione questa tornata, se ho ben capito.

On. Rodrigues, a Lei la parola, perché è Lei che deve decidere che cosa far mettere ai voti.

Maria João Rodrigues, on behalf of the S&D Group. – Mr President, we can go for this compromise, which means having the debate at this part-session and then preparing properly a resolution on the issue for the next part-session. This is indeed a solution we can accept.

Presidente. – Allora metto ai voti per appello nominale l'ultima proposta del gruppo socialista: dibattito questa tornata e voto su una risoluzione la prossima tornata.

(Il Parlamento accoglie la richiesta)

Mercoledì:

Nessuna richiesta di modifica

Giovedì:

Il gruppo S&D ha chiesto di aggiungere come primo punto all'ordine del giorno del mattino una dichiarazione della Commissione sul ruolo delle comunità locali nell'accoglienza e nell'integrazione dei migranti, riferendosi al caso di Riace.

Maria João Rodrigues, on behalf of the S&D Group. – Mr President, we are proposing a new point – a debate but without resolutions for next Thursday – because we think this is a good moment to highlight positive examples on municipalities providing reception and integration for refugees. This is happening in several regions in Europe, and we need to highlight this as a positive experience.

We consider that this case of Riace is in fact a paradox, because how can we explain that a mayor who was undertaking outstanding work to receive refugees is now forbidden to be in his own municipality? This is something we cannot accept. That's why we think that a debate is really useful to highlight that something wrong is happening in Riace, and by opposition, many positive things are happening in other municipalities where mayors do provide the very good work of reception and integration.

Mara Bizzotto, *a nome del gruppo ENF*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, vorrei semplicemente ricordare ai colleghi che il sindaco di Riace è sotto processo, c'è la magistratura italiana che sta indagando, quindi non vedo perché dobbiamo dibatterne qua. Lasciamo la magistratura italiana a indagare. Non credo che il caso di Riace si possa citare come un esempio positivo di accoglienza di immigrati, visto quello che sta succedendo. Quindi sono assolutamente contraria.

Presidente. – C'è un'inchiesta giudiziaria. On. Verhofstadt, c'è anche un'inchiesta giudiziaria nei confronti dell'on. Salvini per altre vicende, quindi lasciamo fare alla giustizia italiana che se ognuno commenta le decisioni... Prego, onorevole. È uno a favore e uno contro, non dobbiamo fare la discussione adesso.

Barbara Spinelli, *a nome del gruppo GUE/NGL*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il mio gruppo ha appoggiato questa proposta del gruppo S&D.

Cari colleghi, quello che vorrei ricordarvi è che il sindaco di Riace ha creato un esperimento che il mondo da anni studia con stupore e ammirazione, studiamolo anche noi: una cittadina spopolata è stata ripopolata, una scuola ha evitato la chiusura. Se non fosse così Mimmo Lucano non sarebbe annoverato tra i cinquanta uomini più influenti del mondo, Wim Wenders non avrebbe girato un film su di lui parlando di «utopia realizzata».

Vale la pena capire come mai questi esperimenti siano affossati e come mai il sindaco sia prima arrestato per irregolarità minori, poi ostracizzato da Riace come in Italia si fa solo con i boss della mafia.

Sophia in 't Veld, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, we would not support the proposal, but for a different reason, namely that at the last plenary we had a debate with almost exactly the same title, the role of local and regional authorities. However, the case of Riace is indeed an important case. I would therefore suggest that we don't debate it in plenary, but that we refer it back to the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs (LIBE) and have a debate in LIBE.

Presidente. – On. Rodrigues, ha sentito la proposta del gruppo ALDE. La respinge, la accetta, oppure mettiamo ai voti la sua proposta?

Maria João Rodrigues, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, we are keeping the proposal,

(Applause)

because in fact we could go back to LIBE, but what is happening now is considered a scandal everywhere. How can we explain that the mayor, who is providing a real good work to receive people and to integrate them, is first of all put in jail and now forbidden to go back to his municipality?

(Applause)

The Parliament needs to have a look at this. We need to understand what is going on – and this is now, this is not in a few weeks. This is now. So yes, we stand with this proposal and we expose this to the vote.

(Applause)

Presidente. – Vi ricordo sempre che è una decisione dell'autorità giudiziaria, quindi non è una decisione politica.

Raffaele Fitto (ECR). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, avrei voluto evitare di intervenire, però in questo Parlamento noi abbiamo ascoltato, per molti anni, dei giudizi assolutamente positivi sull'azione, a prescindere, della magistratura; oggi invece ci troviamo di fronte a un tentativo di mettere in discussione totalmente l'azione della magistratura. Io penso che ci sia un'ipocrisia grande quanto tutto il Parlamento e grande quanto tutta l'Europa su questa vicenda.

Presidente. – Bene, mi pare che l'on. Rodrigues chieda che venga messa ai voti la proposta del suo gruppo, quindi votiamo per appello nominale la proposta del gruppo socialista.

(Il Parlamento respinge la richiesta)

(L'ordine dei lavori è così fissato)

PREȘEDINȚIA: IOAN MIRCEA PAȘCU

Vicepreședinte

13. Klimakonferenz der Vereinten Nationen 2018 in Kattowitz (Polen) (COP 24) - 14. Konferenz zum Übereinkommen über die biologische Vielfalt (COP 14) (Aussprache)

Președintele. – Președintele. – Următorul punct de pe ordinea de zi este dezbaterea comună privind:

— întrebarea cu solicitare de răspuns oral referitoare la Conferința ONU din 2018 privind schimbările climatice de la Katowice, Polonia (COP24), adresată Consiliului de Adina-Ioana Vălean, Peter Liese, Jo Leinen, Jadwiga Wiśniewska, Gerben-Jan Gerbrandy, Bas Eickhout și Estefanía Torres Martínez în numele Comisiei pentru mediu, sănătate publică și siguranță alimentară (O-000089/2018 - B8-0411/2018) (2018/2598(RSP)),

— întrebarea cu solicitare de răspuns oral referitoare la Conferința ONU din 2018 privind schimbările climatice de la Katowice, Polonia (COP24), adresată Comisiei de Adina-Ioana Vălean, Peter Liese, Jo Leinen, Jadwiga Wiśniewska, Gerben-Jan Gerbrandy, Bas Eickhout și Estefanía Torres Martínez în numele Comisiei pentru mediu, sănătate publică și siguranță alimentară (O-000090/2018 - B8-0412/2018) (2018/2598(RSP)),

— întrebarea cu solicitare de răspuns oral referitoare la cea de-a 14-a reuniune a Convenției privind diversitatea biologică (COP 14), adresată Consiliului de Norbert Lins, Guillaume Balas, Jadwiga Wiśniewska, Gerben-Jan Gerbrandy, Benedek Jávor, Anja Hazekamp, Piernicola Pedicini și Jean-François Jalkh în numele Comisiei pentru mediu, sănătate publică și siguranță (O-000115/2018 - B8-0413/2018) (2018/2791(RSP)),

întrebarea cu solicitare de răspuns oral referitoare la cea de-a 14-a reuniune a Convenției privind diversitatea biologică (COP 14), adresată Comisiei de Norbert Lins, Guillaume Balas, Jadwiga Wiśniewska, Gerben-Jan Gerbrandy, Benedek Jávor, Anja Hazekamp, Piernicola Pedicini și Jean-François Jalkh în numele Comisiei pentru mediu, sănătate publică și siguranță (O-000116/2018 - B8-0414/2018) (2018/2791(RSP)).

Adina-Ioana Vălean, author. – Mr President, it is almost three years since we signed the Paris Agreement and almost two years since its entry into force on 4 November 2016. A total of 181 out of the 197 parties to the Convention have already deposited with the UN their instruments of ratification to what may be qualified as the most significant international agreement of the decade.

Undoubtedly climate change is one of the most important challenges facing humanity. The recently released report from the IPCC on global warming of 1.5°C indicates that climate risks are worse than we thought and that allowing global temperatures to rise by nearly 2°C is not safe. The Paris Agreement was a major step, but a lot more needs to be done to ensure that this agreement will deliver on its intentions. In this House we all know from our work on European legislation that if it's hard to agree on a common set of policies, it is even harder to implement them in a meaningful way.

We are five weeks away from the start of the 24th climate conference in Katowice and it is shaping up to be a race against time to prepare the so-called Paris 'rule book', which will govern how the climate agreement will actually be implemented. COP24 will be a key opportunity to take stock of progress made towards the agreement's mitigation goal, and to inform the preparation and revision by 2020 of the parties' nationally determined contributions for 2030. We will also learn from the Talanoa Dialogue, which took place throughout this year.

The European Union and its Member States are the largest provider of public climate finance, but the actual pledges by developed countries fall far short of the collective goal of USD 100 billion per year. The suspension of the US contributions to the Green Climate Fund will substantially widen up a hole we have all been working hard to fill in.

These are all pertinent questions. We look forward to the discussions today with both the Council and the Commission, who will be sitting on the negotiation table in Poland in five weeks' time. As every year, in line with our commitment to the international climate process, the European Parliament will attend the Katowice Conference and follow the discussion and decisions made there. On Thursday this week we will adopt our resolution on the topic, which sets out the vision, concerns, expectations and aspirations of our institution. My colleagues will shortly present many of these in their interventions.

But before I hand the floor to my colleagues, I would also like to raise the issue of biodiversity. Biodiversity decline is one of the biggest environmental challenges of our time. Unfortunately, the large majority of the 2020 Aichi Biodiversity Targets will not be met with the current trajectory of biodiversity loss. Given the intrinsic value of biodiversity and the essential contribution of ecosystem services to human wellbeing and economic prosperity, the protection of global biodiversity should receive the highest political attention. I would therefore urge the Commission and the Member States to commit to immediate, substantial and additional efforts on biodiversity conservation so as to meet the EU targets and halt the loss of biodiversity.

I will leave it at that and conclude by saying that I look forward to a fruitful exchange with you all this afternoon, as well as a smooth cooperation between our institutions on these issues and, more specifically, in the run-up and during the climate negotiations in December.

Hartwig Löger, *President-in-Office of the Council*. – Mr. President, dear Commissioner Cañete, honourable Members of the Parliament, thank you very much for the opportunity to participate in this debate regarding two very important upcoming conferences.

Allow me to first talk about the Katowice climate conference, before turning to the COP14 on Biological Diversity.

As you are aware, only recently the Intergovernmental Panel on Climate Change special report on the impacts of global warming of 1.0° above pre-industrial levels constituted yet another scientific finding on the negative impacts of climate change. The Council conclusions adopted on 9 October fully recognise the urgency of the global response to the threat. The European Union and its Member States can lead by example. We have more than two decades of experience in designing and implementing climate policies to drive the transition to a low-greenhouse-gas-emissions economy, and this transition is happening while boosting growth and jobs, thanks to the development of clean technologies and low or zero carbon energy. The European Union is forging ahead with the implementation of its nationally-determined contribution, and the European Parliament has played a leadership role in promoting the high level of European Union ambition.

In the recent periods, we have reached political agreement on the key legislative pillars of the 2030 climate and energy framework, including the emissions trading system, the effort sharing regulation, land use and forestry and also on targets for renewables, energy efficiency and governance of the energy union.

We are committed to continuing our efforts on climate action and agree with this House that a clear and comprehensive Paris rulebook is absolutely vital. Concluding our work at COP24 and making the Paris agreement operational is critical for its effective and comprehensive implementation by parties as well as for their credibility on the UNFCCC process.

The Talanoa dialogue taking place throughout 2018 is the first opportunity since Paris to look at our collective efforts to limit global warming and what we have done concretely in terms of delivering on the commitments made as well as opportunities to enhance ambition. The European Union and its Member States see this dialogue as one of the key processes this year. The European Union organised an 'EU for Talanoa' event in Brussels in June with broad participation of policymakers and stakeholders. Member States, including Austria, organised their Talanoa events throughout the year.

The European Union and its Member States are committed to continuing scaling up the mobilisation of international climate finance. The observed progression of EU climate finance over the past years is in line with the 2016 USD 100 billion roadmap. It represents a substantial contribution towards meeting this collective goal together with the other developed countries. Our public climate-specific finance has almost doubled in nominal terms over the last three years. The European Union and its Member States are collectively the largest provider of climate finance to developing countries, amounting to above EUR 20 billion in 2017. This figure includes contributions from public budgets and development finance institutions. It also includes 2.7 billion from the European Union budget and 1.9 billion from the European Investment Bank. The European Union is also a top contributor to multilateral funds and mechanisms.

The EU and its Member States are the largest contributors to the Green Climate Fund, with a total of USD 4.7 billion committed, accounting for almost half of the total pledges made during the initial resource mobilisation. We have strongly supported the 7th replenishment of the Global Environment Facility with a commitment of about EUR 1.9 billion, accounting for over 50% of the total contributions.

Let me also stress the importance of making global finance flows consistent with a pathway towards low greenhouse gas emissions and climate-resilient development. Climate finance is a contribution towards this necessary global transition. The European Union is taking steps with its action plan in financing sustainable growth.

As in the past, the Council counts on your sustained commitment. In this context I welcome also your resolution on the Katowice conference.

President, Commissioner, ladies and gentlemen, let me now turn to the COP14 on biological diversity.

The Council agrees with the Parliament that the protection of global biodiversity is an essential challenge. Like the Parliament, the Council is greatly concerned that the natural resource-base and ecosystem services on which humanity depends are at a high risk and that pressures driving biodiversity loss continue to increase. Increased efforts are thus necessary from all parties and stakeholders to fully implement the strategic plan for biodiversity 2011 to 2020 and achieve its Aichi Biodiversity Targets. The Council shares the Parliament's view that we need an ambitious follow-up to the strategic plan for biodiversity beyond 2020. It stresses that this should be an overarching biodiversity framework that places biodiversity and ecosystem services high on political agendas, strengthening the implementation of the Biodiversity Convention and its protocols and of other biodiversity related multilateral environmental agreements and relevant SDGs.

The new framework should pave the way towards the achievement of the 2050 vision on biodiversity. Another important element of the post-2020 Global Biodiversity Framework is resource mobilisation. It should include the mobilisation of resources from all sources, including from domestic resources and from the private sector, as well as the efficient and targeted use of available resources.

As regards financial support for biodiversity, the Council believes that the Global Environment Facility Trust Fund has proven to be an important financing instrument for addressing drivers of environmental degradation and biodiversity loss and has a strong track record in delivering overall good project performance.

The National Biodiversity strategies and action plans are and will remain the main instruments for implementing the Convention on Biodiversity and its protocols. Therefore it is crucial that Member States and all parties to the conventions increase their efforts to ensure their timely and effective implementation.

Additional measures to complement and support the national strategies and action plans will be discussed on COP14 in Egypt, in the context of the post-2020 Global Biodiversity Framework.

Miguel Arias Cañete, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members, thank you for the opportunity to have this important debate as we look ahead to the preparations for the upcoming COP24 (Conference of the Parties) – the United Nations Framework Convention on Climate Change in Katowice in Poland in December. The consequences of climate change are not a problem for others or for the future; impacts are already being felt – devastation by floods, wildfires, heatwaves and hurricanes, including on our continent.

Two weeks ago, the Special Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change on the impacts of global warming of 1.5°C above pre-industrial levels was released, and the report highlights the extreme urgency of climate action and the need to do more to reduce emissions in all sectors in order to limit global warming. Against this backdrop, the European Union envisages three broad deliverables for COP24, which are reflected also in the COP24 Council Conclusions adopted on 9 October and endorsed by the European Council last week.

Firstly, we must conclude the Paris Work Programme, which concerns the detailed governance rules for the implementation of the Paris Agreement. Securing this outcome is necessary to make the Paris Agreement operational. Secondly, at the political phase of the Talanoa Dialogue, Ministers will reflect on the adequacy of the current contributions and of international cooperation for climate action, and the insights from the recent IPCC 1.5° Special Report should be an important element in the discussion. The outcome of the Talanoa Dialogue should be a commitment of all parties to enhance their efforts to deliver the Paris commitments and to reflect on their level of ambition in view of informing the update or confirmation of the nationally-determined contributions by 2020 in line with the Paris Agreement.

Thirdly, the European Union attaches great importance to the other high-level events in Katowice. We are looking forward to the high-level ministerial dialogue on climate finance and the stocktake on pre-2020 implementation and ambition to showcase progress and identify opportunities for action.

We are contributing towards the developed countries' collective goal of mobilising USD 100-billion per year by 2020 to address the needs of developing countries. In 2017, the Commission and the European Investment Bank contributed approximately EUR 5.5 billion of climate finance to developing countries. That is encouraging, but we must continue to catalyse and accelerate action from all economic actors to reach the objectives of the Paris Agreement. We should all offer our strong support to the Polish COP24 Presidency with a view to a successful outcome in Katowice.

Karmenu Vella, *Member of the Commission*. – Mr President, I would like to thank, first and foremost, Parliament for its strong support for biodiversity policy.

Although less visible in the media, the global biodiversity crisis has social and economic implications known to be as serious as the climate crisis. Indeed, the two global challenges are intrinsically linked. This Commission has already done a lot to tackle the problem and the work to scale up efforts will continue right through to the end of our current mandate.

Let me mention, in particular, the Action Plan for nature, people and the economy, to accelerate implementation of the EU nature directives; the EU initiative to tackle the decline of pollinators; two guidance documents on integrating ecosystem services in decision-making and on EU-level green infrastructure, to be adopted soon; and ongoing work on a second update of the Union List of Invasive Alien Species of Union concern.

I would also highlight the important work we are doing to engage the private sector in this issue under the EU Business @ Biodiversity Platform and through the Natural Capital Financing Facility, which has strong synergies with the concrete proposals adopted by this Commission under the Sustainable Finance Package. Building on these instruments, coupled with efforts to tackle climate change, including through transforming development aid policy and increased investments in Africa, should in future help to leverage more effectively the resources and commitments needed to address global biodiversity decline. We are also tackling the problem at international level through other means, namely our Action Plan against Wildlife Trafficking and our work on Forest Law Enforcement, Governance and Trade (FLEGT).

Member States also have important responsibilities and the Commission will continue supporting their efforts whilst continuing to ensure compliance with EU nature legislation. For the period after 2020, the Commission has proposed an enhanced LIFE programme that will notably include a stronger focus on nature and biodiversity. Most importantly, given the crucial importance of sound agricultural policy to reverse biodiversity decline, as you know, the Commission has adopted a new legislative proposal on the common agricultural policy (CAP) post-2020, which includes higher climate and environmental ambitions. It will be of utmost importance that this House fully backs these ambitions.

With regard to the post-2020 global biodiversity framework, the Commission concurs with the Council's conclusions of 9 October that the framework should include targets that are, as far as possible, measurable and time-bound, an adequate monitoring framework and voluntary commitments from parties, citizens and the private sector, accompanied by a mechanism to review their implementation and to ensure accountability. This should be accompanied by an action agenda that mobilises non-state actors, communication campaigns and the political process at the highest levels. These elements should significantly strengthen global biodiversity policy.

Norbert Lins, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Kommissare, ein herzliches Grüßgott auch an den Rat! Biodiversität und Klimaschutz gehen Hand in Hand. Während in Katowice bei der COP 24 die Umsetzung von Paris besprochen wird, feiert die COP 14 dieses Jahr in Ägypten ihren 25. Geburtstag. Dies nehmen wir zum Anlass, um nochmals und verstärkt darauf hinzuweisen, wie wichtig es ist, unsere Biodiversität weltweit zu schützen. Gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen halten wir es deshalb für unbedingt geboten, die Bemühungen zu stärken und einen ambitionierten Strategieplan für die Zeit nach 2020 mit Blick auf 2050 auszuarbeiten. Deswegen fordern wir die Europäische Kommission sowie die Mitgliedstaaten in unserem Entschließungsantrag auf, beim Schutz der Artenvielfalt weiterhin federführend zu sein. Dafür ist es wichtig, die Bemühungen um die Verwirklichung der 2020-Ziele zu verstärken, einen stärkeren Durchführungsmechanismus ähnlich wie in Paris einzuführen und ausreichende Finanzierung sicherzustellen.

In der Entschließung gehen wir auf sechs Punkte ein, zwei möchte ich explizit nennen: unsere Forderung nach einem robusten internationalen Rahmen für die Zeit nach 2020 — wir sind für Leistungsindikatoren, auch das ist ein zentraler Punkt für die Wirksamkeit des 2050-Strategieplans – und auch insbesondere die Herausstellung der positiven Beiträge der Forst- und Landwirtschaft zur Biodiversität. Nur eine gut geführte Land- und Forstwirtschaft leistet einen großen Beitrag zur Vielfalt von Arten, Lebensräumen und Ökosystemen.

Kathleen Van Brempt, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, it has been mentioned before that the world's leading scientists warned us only two weeks ago that we dramatically have to step up our efforts worldwide and also in Europe. They also made very clear what the difference is between 1.5 and 2 degrees. Some will point out – rightly – that the coral reefs will disappear, but as a Social Democrat, I really want to outline what the effect will be on people and on our societies. We risk major humanitarian catastrophes and climate conflicts, triggering new waves of climate refugees, for instance, and we risk a rise in human suffering all over the world.

It is very important that we as Europe take up our responsibilities, and we need to step up our reduction targets for 2030, but, Commissioners – in the plural – we need also to ensure climate neutrality for 2050. That is why we as a group urge the Commission to come up with an updated 2050 strategy that is really Paris-proof.

Jadwiga Wiśniewska, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Szanowni Państwo! Jestem przedstawicielką regionu, który w tym roku będzie gospodarzem konferencji klimatycznej w Katowicach. Dumna jestem z tego, że pochodzę z Polski, z państwa, które uczyniło jedne z największych redukcji w swoich emisjach w ostatnich dekadach i które już po raz trzeci gościć będzie konferencję klimatyczną. Mam nadzieję, że przyjeżdżając do Katowic, będą państwo w stanie docenić wysiłki Polski, a w szczególności regionu śląskiego, który poczynił bardzo duże postępy, jeśli chodzi o obniżenie emisyjności gospodarki. Ale mam również nadzieję, Panie Komisarzy, że podejmą państwo trud zrozumienia skali wyzwań, przed jakimi stoją regiony górnicze w obliczu prowadzonej przez Unię Europejską polityki klimatycznej. Celem tegorocznej konferencji klimatycznej będzie głównie wypracowanie mechanizmów służących implementacji porozumienia paryskiego. Polska stanowczo popiera to porozumienie i poprawka, którą w imieniu EKR zgłoszę, pozostaje w duchu tego porozumienia. Precyzuje ona, że celem naszych działań ma być osiągnięcie równowagi między emisjami i zdolnością pochłaniania, tak jak to określa porozumienie paryskie. Usuwa też przyjęty przez komisję ENVI cel, który Komisja zaproponowała, mówiąc o natychmiastowym zwiększeniu poziomu redukcji emisji do 55 %. Z tym celem absolutnie nie możemy się zgodzić. A co do bioróżnorodności, Polska jest najlepszym przykładem porządnego i dobrze prowadzonego różnorodności.

Gesine Meissner, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – Herr Präsident! Die Herren Kommissare grüße ich genauso wie den Rat und natürlich meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Gerade eben haben wir etwas von Klimawandel und der Bergregion gehört. Ich möchte ins nasse Element gehen und davon sprechen, was der Klimawandel für die Ozeane bedeutet.

Die Ozeane sind enorm wichtig für uns. Jeder zweite Atemzug kommt aus dem Meer, denn dort wird Sauerstoff produziert, und es kann weniger produziert werden, wenn der Klimawandel weiter fortschreitet. Denn es ist auch so, dass CO₂ durch die Meere gebunden werden kann. Also auch da haben die Meere – gesunde Meere – eine wichtige Klimafunktion.

Nun ist es so, dass zum Beispiel durch das Schmelzen der Eiskappen am Pol – auch das Grönlandeis schmilzt ja – eben das Wasser sich verändert: Es wird weniger salzig. Dadurch sinkt es weniger schnell auf den Boden, und es gibt also einen veränderten Frischwasseraustausch. Das wiederum beeinflusst den Golfstrom, der auch unser Klima macht. Es wird über kurz oder lang, weil der Golfstrom schon langsamer geworden ist und sich auch in seiner Form verändert, etwas, was fast Jahrtausende so war – Jahrtausende nicht, aber lange so war – sich etwas verändern: In Europa könnte es kälter werden, an der Ostküste Nordamerikas wärmer. Und natürlich hat das auch Einflüsse auf die Biodiversität, die es jeweils in den Zonen gibt: auf Fischfang und auch vieles andere.

Noch etwas: Wir haben eben auch schon von den Korallenriffen gehört. Bei 1,5° sind schon viele Korallenriffe am Absterben, bei 2° werden sie absterben. Und nun kann man sagen: Naja, dann kann man beim Tauchen nicht mehr so schöne bunte Fische sehen. Aber das ist ja nicht der Punkt. Der Punkt ist wirklich, dass die Korallenriffe Kinderstube sind für ganz viele Arten, die im Meer leben und aufwachsen, und gleichzeitig auch ein Bollwerk gegen Naturkatastrophen wie Tsunamis oder anderes. Sie haben also auch eine Schutzfunktion für die jeweiligen Kontinente.

Das Letzte: Wenn der Meeresspiegel ansteigt, dann werden Inseln verschwinden. Man kann sagen: Gut, ein paar Inseln weniger. Aber natürlich, das hat die Kollegin Van Brempt schon angesprochen, gibt es dann Klimaflüchtlinge, und das hat eine große Auswirkung also auch darauf. Der Meeresspiegel steigt ja sehr unterschiedlich an, je nachdem, wo auf dem Globus man sich gerade befindet.

Also: Der Ozean ist sehr wichtig für die Menschen, und wir sollten auch deswegen darauf achten, dass wir den Klimawandel in den Griff bekommen.

Bas Eickhout, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, I think that it is very good that we are discussing climate and biodiversity at the same time, because we all know that we have global pledges on the table, but Europe is not on track in meeting those pledges. That should be discussed.

I will focus first on climate because I have only 45 seconds left, and maybe just to start with the Presidency. To be very honest, your Presidency conclusions on COP24 in Katowice are just a repetition of what we already promised in the Paris agreement: that we are going to look at our pledges on the table, that was the idea of the Paris agreement. The Council should take a step further and not just reiterate what we already promised in 2015.

That brings me to the Commission and a very plain question: I know that you have said that in your long-term strategy, Mr Cañete, you said that we are going to look at a zero-carbon for 2050 scenario. However, what does that mean for 2030? Are you also going to make sure that that scenario will include, as the scientists ask for, that Europe will move to -55% to -60% by 2030?

Lynn Boylan, *on behalf of the GUE/NGL Group*. – Mr President, last month I attended the Global Climate Action Summit in San Francisco and I was heartened by how some of the federal states are still committing to Paris targets, despite persistent climate change denial from the Trump administration. The EU needs this same determination at COP24, especially now that there is a leadership vacuum to fill following the US withdrawal from Paris.

Climate action isn't easy. It requires governments to make radical changes to their economies. My country, Ireland, especially must ensure that all of its policy areas are coherent with reaching our climate targets. On a global, EU and national scale, we are way off track. Parliament's resolution on COP24 stresses that the current nationally determined contributions would only curb global warming to 3.2°, nowhere close to the 2° commitment in Paris. On top of that, the UN climate body's recent report projected the disastrous effects of even 2° and how it is crucial to curb warming at 1.5° to prevent massive human and ecological losses. The EU has no other choice but to rise to the challenge of COP24 and not bow to the lobbyists.

Piernicola Pedicini, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, da quando siamo qui, siamo stati chiamati tante volte populistici e di solito si dice che i populistici sono quelli che sono contro la scienza.

Allora anch'io voglio fare riferimento alle conclusioni della relazione del Gruppo intergovernativo di esperti sui cambiamenti climatici, che è l'organismo credo più autorevole per esprimersi su questi temi.

Primo, dicono che bisogna dimezzare le emissioni di CO₂ entro il 2030; secondo, bisogna azzerare le emissioni nette entro il 2050; terzo, dobbiamo ridurre drasticamente la domanda di energia dell'industria, dei trasporti e degli edifici. Se non facciamo queste cose al più presto sarà catastrofe climatica già nei prossimi dieci o venti anni.

Quindi il pianeta sta andando a sbattere e in quest'Aula, purtroppo, si parla sempre dei populistici. Qui c'è bisogno di prendere decisioni coraggiose, c'è bisogno di prendere decisioni globali ed epocali per salvare il pianeta, e invece si sentono sempre le solite parole.

E siccome sono sicuro che la prossima COP 24 sarà la solita passerella di capi di Stato, che si concluderà con il solito nulla di fatto, io credo che il destino qui sarà che i populistici vi sostituiranno e, dal quel punto in poi, sarà compito nostro occuparci del pianeta.

Olaf Stuger, *namens de ENF-Fractie*. – Voorzitter, alle respect natuurlijk voor de collega's hier in de zaal die maatregelen treffen tegen de vermeende klimaatverandering. Dat is hun goed recht.

Er vallen mij wel twee dingen op. Die maatregelen kosten heel veel geld. Miljarden en miljarden euro's. En wie moet dat betalen? Dat is de belastingbetaler, dat zijn de Europese belastingbetalers. Vaak niet de mensen hier in deze zaal, want in grote meerderheid betalen die in hun eigen land niet eens belasting.

Het tweede punt, Voorzitter, is dat opgeheven vingertje, dat opgeheven vingertje naar de Europese burgers: "U mag niet meer vliegen want dat is heel slecht voor het milieu". Voorzitter, dit Parlement is kampioen vlieguren maken. Er is geen parlement in de hele wereld waar zoveel leden zoveel vlieguren maken. Daarom is mijn conclusie een hele eenvoudige: er is maar één woord voor en dat is hypocrisie.

Dobromir Sośnierz (NI). – Po pierwsze, chciałem zwrócić uwagę, że skoro już przy planach ograniczenia emisji o 40% wycofują się z tego porozumienia Stany Zjednoczone, to, jak myślicie Państwo, co się stanie – mówię do tych, którzy proponują podwyższone poprawki – kiedy zaproponujemy 50%, 55% lub 45%? Czy kolejne kraje będą się chętniej tego porozumienia czy raczej się będą z niego wycofywać. Więc naprawdę nie przesadzajmy. Po drugie, weźmy pod uwagę, ile dane społeczeństwo wyemitowało w ciągu swojej historii dwutlenku węgla, bo w czasach, kiedy w Anglii dymiły już kominy w ramach rewolucji przemysłowej, gdzie indziej dalej jeżdżono na osiołku po polu, więc nie jest niesprawiedliwe, żeby teraz wszyscy na trzy cztery w tym samym tempie te emisje redukowali. Po trzecie, ta redukcja może być osiągnięta tylko w taki sposób, że się sprawiedliwie obciąża wszystkich kosztami emisji, a nie wskazuje jakieś technologie, a tym bardziej wylicza stopnie, o ile ma się oziębłać klimat, bo tego nikt nie wie tak naprawdę. Są to tylko przypuszczenia. Nikt jeszcze nie oziębłał żadnych planet. Nie wiadomo dokładnie, czym się to skończy. Liczenie tego do drugiego miejsca po przecinku jest naprawdę śmieszne.

Jerzy Buzek (PPE). – Panie Przewodniczący! Zapraszam wszystkich Państwa do Katowic, stolicy Śląska, z którego do regionu jestem wybierany do Parlamentu Europejskiego, a więc czuję się współgospodarzem. Tam też jest Centrum Czystych Technologii Węglowych, właściwie jedyne takie w Europie, gdzie naprawdę są technologie szczególnie ważne dla ochrony klimatu. Jestem również autorem opinii komisji ITRE. Cieszy bardzo, że komisja ENVI uwzględniła przede wszystkim postulaty odnośnie do ochrony setek tysięcy miejsc pracy w unijnym przemyśle energochłonnym. Także uwzględniła pozytywny wpływ cyfryzacji czy programów kosmicznych, a przede wszystkim samych innowacji w energetyce. Chciałem również podkreślić, że naszym największym, najważniejszym celem w Katowicach jest pakiet katowicki, po to żeby naprawdę zaangażować resztę świata w realizację celów klimatycznych. A niekoniecznie w ramach

tego międzynarodowego spotkania my mamy ustalać nasze nowe cele jako Unia Europejska. To jest kontrproduktywne. Ale chciałem z drugiej strony podkreślić, że mamy w naszej Unii Europejskiej, w 12 krajach, 41 regionów górniczych. I warto zrobić to, co zrobiła komisja ITRE. Przeglądowała, że dla tych regionów potrzebujemy specjalny program, 5 mld euro po to, żeby ochronić obywateli, żeby tym dziesiątkom milionom ludzi pokazać, że jest program dla waszych regionów.

Gilles Pargneaux (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Représentant du Conseil, Messieurs les Commissaires, en tant que rapporteur du Parlement européen pour la COP 21, corédacteur pour la COP 23 et membre de la délégation du Parlement à la COP 24 en Pologne, j'estime que l'accès universel à l'énergie durable dans les pays en développement doit être l'une des priorités de cette COP 24.

L'accès à l'énergie de façon sûre et prévisible est l'enjeu de ce XXI^e siècle, en particulier pour le continent africain, qui comptera 4,5 milliards d'habitants à la fin de ce siècle contre 1,3 milliards actuellement, soit près de 40 % de la population mondiale.

Aujourd'hui, les deux tiers de la population africaine n'ont pas accès à l'électricité. Ces 860 millions de personnes ont par conséquent un accès très difficile à l'éducation, à la santé, au marché du travail et à tous les secteurs de la vie qui nécessitent de l'électricité.

Monsieur le Commissaire, à l'occasion de la deuxième édition du «One Planet Summit» organisé par le président de la République française, Emmanuel Macron, le 26 septembre dernier à New York, la Commission européenne s'est engagée à investir 44 milliards d'euros dans les projets d'énergies propres en Afrique. Pouvez-vous nous en dire plus ce soir?

Mark Demesmaeker (ECR). – Ja, klimaatverandering en biodiversiteitsverlies, het zijn twee globale crisissen die nauw met elkaar verstrengeld zijn. De manier waarop de mensheid deze nu zal aanpakken, zal bepalend zijn voor de gezondheid, voor het welzijn, voor de welvaart van de volgende generaties. Investeren in natuur en biodiversiteit moet centraal staan in een slim, in een duurzaam en een inclusief Europa. Bovenop de overweldigende intrinsieke waarde van natuur biedt biodiversiteit immers onbetaalbare socio-economische voordelen.

Het is ruim twee en een half jaar geleden dat we mijn verslag over biodiversiteit hier kamerbreed goedkeurden. Hoewel de Commissie een aantal initiatieven heeft genomen – en de commissaris heeft ernaar verwezen – is er nog altijd geen structurele vooruitgang. Zonder bijkomende inspanningen zullen we de 2020-doelstellingen missen. Bovendien blijft de Commissie onrustwekkend stil over een post-2020-strategie.

Inzake klimaatbeleid hebben de medewetgevers echter nog maar net een ambitieus wetgevend kader tegen 2030 afgesproken. En ambitie is nodig, maar wij koppelen dat ook graag aan realisme. Natuurlijk kan alles altijd beter, maar deze net gemaakte afspraken nu ontoereikend noemen, is niet ernstig en ook niet realistisch.

Linnéa Engström (Verts/ALE). – Herr talman! Det är dags att förbjuda fossila bränslen och klimatinvestera i de absolut mest utsatta regionerna och människorna. Övergången till en grön ekonomi måste ske inom de närmaste åren. FN:s klimatpanel är mycket tydlig: För varje grads global uppvärmning kommer konsekvenserna för mänskliga rättigheter att bli katastrofala och vi kommer att se miljontals klimatflyktingar. Det är därför det är så otroligt viktigt att begränsa utsläppen nu.

Klimataktion handlar inte bara om att begränsa utsläppen, det handlar också om anpassning till ett förändrat klimat, tekniköverföring till fattiga regioner, kapacitetsutveckling för de mest utsatta människorna och en rättvis övergång till en grön ekonomi. Det är grundstenarna. Om vi inte satsar på jämställdhet så kommer vi inte att klara klimatet. Vi behöver stärka kvinnors rättigheter. Vi gröna ser att en progressiv klimatpolitik som har kraft att förändra alltid går hand i hand med en rättvis utveckling, där vi säkerställer de mest utsatta människornas och regionernas rättigheter. Vi kommer att jobba stenhårt för att ingen lämnas efter.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL). – Señor presidente, dentro de este hemicycle podríamos organizar un concurso de bonitas palabras y declaraciones vacías. Cada vez que hablamos del cambio climático, la mayoría de los oradores y las oradoras (en particular los comisarios con familiares con cuentas en Suiza) dicen que Europa debe estar a la vanguardia y blablablá y blablablá.

Sin embargo, si nos fijamos en las propuestas y los votos, veremos que entre los discursos y la práctica existe un abismo. Ahí está también el Consejo, que siempre tumba las medidas más ambiciosas.

El informe del IPCC, que salió hace dos semanas, nos confirma que la Unión Europea no cumplirá con el objetivo de limitar el calentamiento global a 1,5 °C. La Unión Europea se limita a hacer algunas propuestas que de verde solo tienen la pintura que las decora.

No necesitamos más palabras, sino más acciones. Por suerte, hay gente que ya está haciendo cosas: los movimientos sociales por la justicia climática nos marcan la ambición alta que se requiere, y los ayuntamientos del cambio en España son quienes más medidas de adaptación y mitigación del cambio climático están aplicando ahora mismo. Solo con ese compromiso y esa acción se podrá luchar contra el cambio climático.

Zoltán Balczó (NI). – Tisztelt Elnök Úr! Az Európai Unió elkötelezett az iránt, hogy teljesítse a párizsi klímavédelmi megállapodásban vállaltakat, és továbbra is élen akar járni a globális felmelegedés elleni küzdelemben. Ez támogatható. Ugyanakkor a Parlament által elfogadott célszámok, amit legutóbb az ilyen tárgyú jelentésnek az előadója egyenesen becsvágyónak minősített, nem vesznek tekintetbe két fontos szempontot. Az egyik: ezeknek a túlzó vállalásoknak vannak olyan hátrányos gazdasági, társadalmi következményei, amelyeket a tagállamoknak kell viselniük. A másik: az EU a teljes szén-dioxid-kibocsátás 10 százalékáért felelős. Globális problémát nem lehet lokálisan megoldani, csak világméretű együttműködéssel. A legfontosabb terület a klímadiplomácia. El kell érni, hogy az Egyesült Államok visszatérjen a párizsi megállapodáshoz. Az csekély előrelépés, hogy most már Trump elnök is úgy érzi, hogy van klímaváltozás, és az nem csupán a kínaiak átverési kísérlete.

Francesc Gambús (PPE). – Señor presidente, señores comisarios, la preparación para la celebración de la COP24 que se celebrará en diciembre es un reto tanto para la Unión como para el resto de actores, las más de 180 partes que han ratificado ya el Acuerdo de París, conseguido durante la COP21. Tras la anterior COP23 en Bonn y el Diálogo de Tanaloa, debemos tener en cuenta que la COP24 en Katowice será probablemente la primera meta volante de París dos años después de su entrada en vigor.

Dos años que, de acuerdo con la Organización Meteorológica Mundial, han sido los años más cálidos jamás registrados. Y no solo eso: este verano, el Mediterráneo ha registrado episodios meteorológicos de características tropicales con fuertes tormentas y vientos que han impactado en la costa levantina de España; episodios que coinciden con los registros de la sequía más dura vivida en el centro de Europa con graves efectos en la agricultura.

Esto es el cambio climático. No es —como oímos por la calle— que este año el tiempo se ha vuelto loco. El cambio climático ya está aquí y es tarea nuestra poner y aplicar las medidas y objetivos para llegar al límite de un grado y medio de aumento de la temperatura a nivel mundial. Y es nuestra tarea también tomar medidas para que, cuando nos impaceten estos fenómenos extremos, estemos alerta y sea de la forma más atenuada posible. Y es también tarea de la Unión Europea seguir liderando al mundo con ambición y realismo en esta lucha.

Guillaume Balas (S&D). – Monsieur le Président, il y a un lien, évidemment, entre la question climatique et la question de la biodiversité, mais je vais me concentrer sur la question de la biodiversité, puisque c'est mon sujet.

On va le dire très tranquillement: on se demande si ces COP (Conférences des Parties) servent à quelque chose. Évidemment, nous pouvons être tentés de dire: «finalement, puisque nous n'atteignons pas les objectifs, nous devons les repousser». Il faut tenir le raisonnement inverse. Nous devons tenir les objectifs de la COP14, et pour cela nous devons nous demander pourquoi nous n'arrivons pas, aujourd'hui, à faire en sorte que ce que nous proclamons devienne réalité. La raison en est peut-être simple: nous ne nous en donnons pas les moyens.

Il y a peut-être une règle à suivre, la première, c'est qu'il faut des indicateurs. Des indicateurs pour savoir exactement où nous en sommes, notamment, dans le déroulement et la recherche de nos objectifs. Cela est essentiel: si nous n'avons pas d'outils, nous ne pouvons pas savoir pourquoi nous réussissons ou pourquoi nous échouons.

Le deuxième point – et j'insiste là-dessus – c'est que nous apercevrons bien vite qu'il n'est pas possible, aujourd'hui, de préserver la biodiversité si nous ne mettons pas en cause une des règles fondamentales que nous nous sommes données, malheureusement, c'est-à-dire la recherche du profit à tout prix. Il est impossible d'avoir une approche où les seules valeurs sont l'argent et le profit et en même temps protéger la biodiversité. C'est absolument impossible et il faudra que nous le comprenions.

Ulrike Trebesius (ECR). – Herr Präsident! Die EU hat sich in den letzten Jahren ambitionierte Klimaziele gesetzt. Bis 2030 – also in nur elf Jahren – soll die Emission von Kohlendioxid um 45 % gesenkt werden. Bisher deutet nichts darauf hin, dass das Ziel erreicht werden kann. In den letzten Jahren hat die EU ihren Ausstoß sogar leicht erhöht. Deutschland – mein Land – spielt hierbei eine unrühmliche Rolle. Während wir zwischen 1990 und 2009 zumindest kontinuierliche Fortschritte gemacht haben, haben wir in den letzten zehn Jahren stagniert und den guten Wert von 2009 nie wieder erreicht. Der unüberlegte Ausstieg aus der Atomenergie spielt dabei eine zentrale Rolle. Die Versorgungssicherheit einer Industrienation ist mit Wind- und Solarenergie nicht sicherzustellen, weswegen wir eben verstärkt auf Braunkohle zurückgreifen müssen.

Die grünen Träume scheitern oft an der Realität. Wer umweltschonende Politik machen möchte, muss auch mit Technikern, Ingenieuren und Wissenschaftlern sprechen, spricht sich von Machbarkeiten beeindrucken lassen. Wer vom Elektroauto träumt, aber weder Atomstrom noch Braunkohle verwenden möchte, stattdessen über Jahrhunderte gewachsene Wälder für Windräder abholzt, damit den Lebensraum von Tieren nachhaltig zerstört, der muss sich fragen, wie durchdacht seine Pläne sind.

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

Thomas Waitz (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Auf diese Geschichte muss ich kurz reagieren. Vor zehn, fünfzehn Jahren wurden wir noch als Illusionisten bezeichnet, als wir über den Klimawandel an sich gesprochen haben. Der hat mittlerweile, glaube ich, sogar Sie erreicht. Wälder werden abgeholzt in Hambach für die Braunkohle und nicht für Windräder – so ein Unsinn!

An die österreichische Ratspräsidentschaft: Österreich ist wirklich gut im Ankündigen. Wenn man sich allerdings ansieht, was dann in der Tat geschieht, dann schauen Sie einmal, was Ihre Ministerin gerade bei den Verhandlungen zum CO₂-Ausstoß von Kraftfahrzeugen gemacht hat. Sie hat 35 % Kompromiss als Erfolg verkauft. Es war kein Erfolg. Es wäre um die Stimme Österreichs gegangen, eine Mehrheit für 40 % zusammenzubekommen, und hier hat Österreich nicht geliefert. Machen Sie doch Ihre Ankündigungen wahr!

Ich möchte aber auch auf die Biodiversitätsfrage eingehen, denn die ist auch sehr entscheidend. Hier wiederum: tolle Ankündigungen der österreichischen Ratspräsidentschaft. Aber hat Österreich den Einsatz des obersten Biodiversitätskillers, Glyphosat, oder seiner Produkte – denn das läge in Ihrer Macht – für Österreich verboten? Nein, haben Sie nicht! Also wenn es um die Taten geht, dann sieht es auf einmal dünn aus.

Ich hoffe aber doch in einem Punkt noch auf Ihre Unterstützung. Wenn es darum geht, *gene drive*, die neue Genmanipulationstechnologie, zu verbieten und ein Moratorium dafür zu unterzeichnen, hoffe ich doch noch, dass Sie auf der richtigen Seite der Geschichte stehen.

Alojz Peterle (PPE). – Spoštovani gospod komisar, dragi kolegi. Rastlinske in živalske vrste ne berejo resolucij, pač pa pred našimi očmi izginjajo. In stanje je alarmantno, ogrožene so čebele, ogroženi so drugi opraševalci in zato je ogrožena tudi človekova vrsta. Delim ambicijo, da ustavimo izginjanje biotske raznovrstnosti do leta 2020, ampak ali se zavedamo, koliko časa nam je ostalo, da kaj storimo? Čas je potekel.

Vesel pa sem, da poročevalci z Norbertom Linsom na čelu v svojem poročilu povedo vse bistveno: da je potrebno takojšnje, konkretno in dodatno ukrepanje. Potrebna je evropska in globalna skupna akcija. Prepričan pa sem, da lahko klimo spremenimo samo, če spremenimo našo razvojno in gospodarsko paradigmo.

Miriam Dalli (S&D). – Fil-fatt reċentement laqatni kumment li smajt, ta' min jahseb li ghax irridu nnaqqsu t-niġġis ahna maqtughin mir-realtà. Ghalija, maqtugh mir-realtà min jahseb li nistghu nibqghu nniġsu kif ghamilna s'issa. Ghaliekk jekk mhux ser inbiddu r-rotta li qbadna, id-dinja taghna miexja lejn zieda fit-temperatura ta' tliet gradi Celcius.

Ghalhekk li llum, lejliet konferenza ohra dwar it-tibdil fil-klima, irridu niehdu t-twissijiet li saru bis-serjetà. U ahna l-Ewropej ghandna rwol importanti ghaliekk fin-nofs hemm il-futur taghna; ta' min bhali jghix hdejn il-bahar fuq gżira. Li joghla l-livell tal-bahar, ghalija mhijiex alternattiva li nista' nikkunsidra. Li l-pjan tal-ilma taghna jispiċċa mielah, ghalija u ghan-nies li nirrappreżenta jien, mhijiex esagerazzjoni remota. Hija possibbiltà! Possibbiltà kbira li tfigher li l-hajja tieghi u tan-nies tieghi tiġi affettwata. U ma fadalx żmien li noqoghdu niehdu ċans u nghidu għanda hamsin u hamsin fil-mija ċans li tiġina tajba. Irridu naghmlu hafna aktar jekk verament irridu naċċertaw ruhna li l-industrija u l-hajja taċ-ċittadini jimxu id f'id flimkien.

Peter Liese (PPE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Entschließung zur COP 24 in Katowice enthält viele wichtige Punkte, die wir sicher gemeinsam unterstützen. Wir brauchen ein klares Signal, dass der Prozess des Klimaschutzes weitergeht – egal, was Präsident Trump entscheidet. Ich fand es in Bonn im letzten Jahr sehr ermutigend, dass viele Vertreter der USA – aus der Wirtschaft, aus den Regionen, den Staaten – gesagt haben: Wir bleiben dabei, wir machen diesen Prozess mit, und wir sehen darin auch große Chancen für Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum.

Allerdings tue ich mich mit dieser Debatte sehr schwer. Wir müssen unsere Ziele jetzt –und zwar dramatisch – erhöhen. Ich habe in Bonn mit vielen Vertretern von Drittstaaten gesprochen, und teilweise haben die meine Frage überhaupt nicht verstanden. Wir wissen alle, dass die jetzigen Verpflichtungen nicht ausreichen; wir müssen unsere Anstrengungen erhöhen. Wir landen etwa bei 3 %, wenn alle ihre Verpflichtungen von Paris unterstützen, und das ist weit weg allein schon von 2 %. Deswegen, glaube ich, ist es nicht zielführend, wenn wir jetzt, wie in der Entschließung vorgesehen, 55 % in der EU beschließen und überhaupt nicht sehen, was im Rest der Welt passiert.

Ich unterstütze unseren Kommissar Miguel Arias Cañete. Wir können das europäische Klimaziel allein durch die Umsetzung der Gesetzgebung, die wir schon beschlossen haben, anheben, aber da nicht auf 55, sondern weniger. Wichtiger ist aber, dass wir einen internationalen Prozess mit China und anderen in die Wege leiten, dass wir nicht die einzigen sind, die die Ziele erhöhen.

Jytte Guteland (S&D). – Fru talman! 15-åriga Greta Thunberg från Sverige ställde sig framför det svenska parlamentet och skolstrejkade under 15 dagar. Som förälder kan jag givetvis inte uppmana alla skolungdomar att göra på samma sätt, men det var en modig handling att markera mot alla politiker i parlamenten att man inte gör tillräckligt och att hon – så ung som 15 år – ser vad världen behöver. Därför vill jag säga till alla de medborgare som i likhet med Greta undrar vad vi gör i de här husen att det finns allierade som vill kämpa för att Parisavtalet inte bara blir vackra ord, utan att de också tillämpas i lagar och i vår framtid framöver. Mitt budskap är: Ge inte upp!

FN:s klimatpanel redovisade förra veckan att det finns stor risk att vi inte kommer att nå Parisavtalet. Vi måste öka arbetet avsevärt om vi ska nå målet om 1,5 grader. Det går inte att vrida tillbaka klockan. Vi måste göra mycket mer. Jag kommer att stötta 55 % till 2030 och jag väntar mig att alla kolleger ställer upp bakom det, så att vi har ett gott budskap till klimatkonferensen i december.

Miapetra Kumpula-Natri (S&D). – Arvoisa puhemies, meille ei tullut yllätyksenä, että kansainvälinen ilmastopaneeli IPCC kertoi, että jo luvutut toimenpiteet ja tehdyt toimenpiteet eivät riitä estämään ilmaston lämpenemistä yli yhden ja puolen asteen.

Me sosiaalidemokraatit olemme tehneet töitä, että EU:n käytännön toimenpiteet vastaisivat puheita. ITRE-valiokunnan uusiutuvan energian, rakennusten energiatehokkuuden ja yleisen energiatehokkuuden direktiiveistä on jo saavutettu sopimus neuvoston kanssa. Suunta on oikea, mutta tahti on riittämätön. Aiemmin komissaari Cañete on arvioinut, että toimenpiteet tulevat johtamaan 45 prosentin päästövähennemään vuonna 2030. Me tarvitsemme enemmän, nopeammin, kuten hän äsken sanoin.

Minä tuen EU:n tavoitteiden kiristämistä. Tarvitsemme myös jäsenvaltioiden tiukan sitoutumisen. Odotan linjakasta, tärkeää, komission pitkän aikavälin päästövähennysstrategiaa ennen Katowiceä. Tarvitsemme päätökset myös päästökaupan kiristämisestä. Tarvitsemme puhtaan energian, teknologian ja kestäväan materiaalin ratkaisut. Poliittista johtajuutta tarvitaan maailmalla markkinoille selkeän suunnan ja kuluttajille mahdollisuuksien antamisen takia ja lapsien vuoksi tarvitsemme vastuunkantoa kestävästä maapallosta tulevaisuudessakin.

Jo Leinen (S&D). – Frau Präsidentin! Die Klimakonferenz dieses Jahr in Polen ist eine Bewährungsprobe für die Weltgemeinschaft. Der Bericht des Weltklimarats spricht Bände. Wir sind zu spät dran, wir machen zu wenig, und die Anstrengungen müssen verbessert werden. Vor allen Dingen brauchen wir natürlich das Regelbuch mit der Transparenz der Daten, damit wir auch wissen, was jeder macht, und hier nicht getäuscht werden kann, und wir die realen Fortschritte auch messen können.

Es ist auch eine Bewährungsprobe für Europa. Es ist eine Klimakonferenz wieder auf unserem Kontinent, in der Europäischen Union, und wir sollten mit gutem Beispiel vorangehen. Ich kann mich allen anschließen, die hier sagen, wir müssen der Weltgemeinschaft eine höhere Ambition der Europäischen Union anbieten. Und wir können das tun aufgrund der Gesetzgebung, die hinter uns liegt. Ich hoffe, der Umweltministerrat und andere Entscheidungsträger können sich bis Katowice dazu noch entschließen, unser Reduktionsziel von 40 % auch zu erhöhen.

Es ist richtig, wenn gesagt wird, Europa kann das Klima nicht alleine schützen; wir brauchen andere in der Welt. Da werden wir uns vielleicht in Zukunft auch noch Maßnahmen überlegen müssen an unseren Grenzen, weil wir dann die Kosten haben für unsere Firmen, aber andere nicht die Kosten für ihre Firmen haben. Da wird man nochmal über Grenzabgaben zugunsten des Klimaschutzes reden müssen. Aber wir brauchen auch die lange Perspektive nach vorne, den Langfristplan bis 2050. Ich hoffe, das wird ein Zukunftsplan für die EU.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Paul Rübig (PPE), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Recht herzlichen Dank an den Kollegen Leinen. Er hat von den anderen in der Welt gesprochen, die uns helfen sollten, hier das Klima dementsprechend zu verbessern. Ich habe jetzt in der Zeitung gelesen, dass Elon Musk den Vorsitz von Tesla de facto aufgegeben hat und Herr Murdoch jr. diesen Job übernommen hat. Wir wissen, dass Murdoch den Brexit in Großbritannien massiv betrieben hat. Kann es wahrscheinlich sein, dass jetzt der Diesel-Exit und das Bashing des Diesels auch aus diesen politischen Gründen betrieben werden?

Jo Leinen (S&D), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Herr Kollege Rübig! Die Produktion von Elektroautos und das Diesel-Bashing durch Herrn Murdoch – das ist ein echter Spagat. In der Tat sprechen Sie ein Thema an, das wir alle kennen, dass wir neue Antriebsformen brauchen, dass wir mit Sorge sehen, dass sie mehr außerhalb der EU produziert werden als innerhalb der EU – Tesla in den USA und die Chinesen dort in ihrem Land. Ich glaube, die Autoindustrie muss verstehen, dass die Uhr für sie dann auch abläuft, wenn sie nicht auf Modernisierung geht.

Catch-the-eye procedure

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, senhores comissários, não me canso de dizer que a luta contra as alterações climáticas tem que ter uma prioridade global. Mas, mais uma vez, vamos para uma COP para observar que o compromisso ratificado no Acordo de Paris não está a ser cumprido, e a realidade, caros colegas, é que, enquanto andamos para aqui a discutir, semana sim, semana não, que metas, se obrigatórias ou voluntárias, que reduções, que ambições e que empenho coletivo e individual teremos que tomar para que os impactos das alterações sejam mitigadas, no meu país, os efeitos são mais que visíveis, com fogos florestais que destroem recursos preciosos e matam pessoas.

Caros colegas, este é o momento de agir e, para tanto, é necessário que haja um compromisso claro por parte dos Estados-Membros, e isso tem que acontecer, como já aqui foi dito, antes de Katowice, sob pena de irmos à COP em vão.

O Painel Intergovernamental para as Alterações Climáticas já demonstrou que devemos apontar para um limite de 1,5 graus Celsius e não de 2, para que os impactos a que estaremos sujeitos sejam de menor gravidade. E, para tanto, entendo que a Europa tem de falar a uma só voz nos diversos fóruns internacionais. Temos de liderar pelo exemplo e deixar de lado os interesses nacionais, para podermos exigir a todos, à mesa das negociações, que deem a este compromisso pela defesa do ambiente a urgência de que necessita. Muito obrigado.

José Blanco López (S&D). – Señora presidenta, la lucha contra el cambio climático es una obligación y es más, si cabe, una obligación cuando observamos constantemente las sequías, los incendios, las inundaciones —como las que acaban de suceder en mi país, España—. Por lo tanto, tenemos que ser ambiciosos. Tenemos que mostrar, como Unión Europea, capacidad de liderazgo, capacidad de ambición y determinación. Para eso también hay que predicar con el ejemplo, y sería bueno que la Unión Europea marcara un objetivo más ambicioso de reducción de emisiones para el año 2030. Es posible —después de lo que hemos hecho con la Directiva de eficiencia energética y con la Directiva sobre las energías renovables— ir al menos a un objetivo de reducción de emisiones del 45 %.

Es necesario, por lo tanto, que en esta Cumbre del Clima mostremos esa determinación y esa ambición para dar pasos y para que la Unión Europea, una vez que los Estados Unidos nos han abandonado, mantenga ese pulso firme y determinado para combatir el cambio climático.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η Ευρωπαϊκή Ένωση επιχειρεί να ανταποκριθεί στις δεσμεύσεις των Παρισίων, όμως έχει αναθέσει τη διαδικασία αυτή στο σύστημα εμπορίας εκπομπών άνθρακα, το ETS, το οποίο στηρίζεται στις δυνάμεις της αγοράς και έτσι δεν είναι αποτελεσματικό.

Ταυτόχρονα, υπάρχει και μεγάλη κερδοσκοπία. Η ελληνική ΔΕΗ υποχρεώνεται κάθε χρόνο να πληρώσει 400 εκατομμύρια ευρώ για το ETS και τώρα θα φτάσει στα 600 εκατομμύρια ευρώ αυτή η επιβάρυνση, σε μια φάση που υπάρχει ακρίβεια στο ρεύμα, υπάρχει ενεργειακή φτώχεια και, ταυτόχρονα, πανάκριβο πετρέλαιο θέρμανσης.

Όμως, η Βουλγαρία και η Πολωνία εξαιρούνται από την αγορά δικαιωμάτων αερίων ρύπων. Το ερώτημα είναι για ποιον λόγο να μην υπάρξει αυτή η εξαίρεση και για την ελληνική ΔΕΗ, να έχει την ίδια μεταχείριση με τη βουλγαρική ΔΕΗ, προκειμένου να μπορέσει να ανταποκριθεί σε μια δύσκολη φάση για την ελληνική οικονομία και την ελληνική κοινωνία.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhor Presidente, há questões que não constam, mas que deviam constar, das perguntas que enquadram este debate. Em relação à Conferência sobre as Alterações Climáticas, a COP 24, esta é mais uma que decorre sem que se questione a perversidade e a ineficácia dos instrumentos de mercado, como o comércio do carbono.

Os objetivos ambientais sucumbem perante o negócio, mesmo aquele que se faz com a compra e venda de direitos de poluição. Em relação à conferência sobre a diversidade biológica, a COP 14, é curioso que aqui se fale em novos instrumentos financeiros para a biodiversidade, nada se dizendo sobre a inexistência, até hoje, já lá vão mais de vinte cinco anos, de um instrumento comunitário dedicado a financiar a gestão e a conservação da Rede Natura 2000.

Pelo contrário, há uma evidente desresponsabilização da União Europeia neste domínio, uma falha que nem a PAC nem o programa LIFE colmatam. Preferem, é verdade, canalizar recursos para a indústria do armamento e para a escalada militarista em curso. Escusam é de pintar a cara de verde.

Csaba Sógor (PPE). – Tisztelt Elnök Asszony! Az elmúlt években egyértelművé vált, hogy az éghajlatváltozás káros hatásainak megállítása érdekében sokkal több erőfeszítést kell tennünk az eddigieknél. Az is látszik, hogy az államok a szabályozási környezet változtatásával csak korlátozott hatást képesek elérni. A jövőben nem lesz elegendő, ha csak a közúti közlekedés károsanyag-kibocsátásának csökkentésére törekszünk, a mezőgazdaságban, iparban, energetikában, légi- és vízközlekedésben is előrelépést kell elérni. Társadalmaink teljes eddigi működését át kell állítanunk az új realitásra. Ebben a kérdésben a fejlett világ jó példával szolgálhat, de a fejlődő államoknak is modellváltásra van szükségük. Ha van ma globális kihívás, amelyhez mindannyiunk közös erőfeszítése és áldozatvállalása szükséges, akkor a klímaváltozás mindenképpen az. Mert az áldozathozatalra mindenképp szükség lesz, a kérdés, hogy mekkora lesz ez az áldozat és mikor fogadjuk el, hogy elkerülhetetlen.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, tutela della biodiversità e lotta al cambiamento climatico sono tra le priorità delle politiche ambientali europee.

La maggior parte degli obiettivi del 2020, tuttavia, non verrà raggiunta e anche la mobilitazione finanziaria per il clima, di cento miliardi di dollari all'anno entro il 2020, procede a forte rilento.

Occorre sostenere l'istituzione di nuovi strumenti di finanziamento a favore della biodiversità e proporre strumenti di rendicontabilità rafforzata, in particolare per le strategie e i piani d'azione nazionali sulla biodiversità, al fine di migliorare la *governance* e facilitare l'attuazione degli obiettivi post 2020.

Per il cambiamento climatico, invece, è necessario intensificare le relazioni dell'Unione europea con le autorità locali e regionali, rafforzare la cooperazione tra città, rafforzare modelli di sviluppo sostenibile e piani di riduzione delle emissioni in settori chiave, come energia, industria, tecnologia, agricoltura e trasporti, ad esempio con i programmi di gemellaggio, il programma di cooperazione urbana internazionale, il sostegno a piattaforme come il «Patto dei sindaci» e costruendo nuovi forum per lo scambio delle migliori pratiche.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Jestem zwolennikiem stawiania wysoko poprzeczki, ale w sporcie. Jeżeli chodzi o klimat, o ekologię, wolalbym, aby ta poprzeczka była stawiana przede wszystkim mądrze, precyzyjnie i z uwzględnieniem startu poszczególnych podmiotów gospodarczych czy po prostu państwa. Dodam – żeby nie było wątpliwości – jestem wielkim zwolennikiem ograniczania tych negatywnych skutków aktywności przemysłowej, aktywności gospodarczej dla klimatu. Natomiast uważam, że doświadczenia z tej perspektywy do 2020 r. są niestety negatywne, i uważam, że należałoby zdecydowanie bardziej uelastycznić zadania i dostosowywać do określonych celów i przede wszystkim możliwości, aby przede wszystkim nie doprowadzać do sytuacji, w której wszyscy będą przekonani, że te zadania zostały ułożone przede wszystkim po to, aby kogoś karać.

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhora Presidente, Senhor Comissário, as cimeiras internacionais que aqui debatemos, não podem ser apenas um grande evento global e mediático. Limitar o aquecimento global nos termos estabelecidos no Acordo de Paris pode significar a diferença entre a vida e a morte das pessoas e dos ecossistemas e é, também, determinante para a preservação da biodiversidade. É, por isso, necessário definir metas mais ambiciosas e canalizar mais financiamento para a conservação da biodiversidade. Já não basta comunicar com indicadores e gráficos, Senhor Comissário, é a sobrevivência da humanidade, tal como a conhecemos, que está em jogo.

Enquanto relator sombra do regulamento da governação de energia, que será votado no próximo plenário aqui em Estrasburgo, procurei assegurar que os objetivos climáticos da União da Energia para 2030 serão atingidos através de políticas coerentes e flexíveis. É preciso agir. Se a competição egoísta e antropocêntrica pelos recursos destruir os fundamentos de equilíbrios naturais, somos nós mesmos que nos destruímos e não o podemos permitir.

Julie Ward (S&D). – Madam President, the EU has a responsibility to all living things to lead efforts towards ambitious action against climate change. As climate sceptics, led by Donald Trump, imperil biodiversity it is crucial that we Europeans lead the way. Women and young people must play a central part in our climate change strategy. In fact, tackling climate change is an opportunity to foster positive change in broader areas of society. Women play a particularly significant role in crucial sectors in rural areas, and they must be at the forefront of our work.

Our climate policies must also go hand in hand with our human rights policies, for example we must stand up for indigenous people against land grabs and deforestation, particularly in the Amazon, which is the lungs of the world.

Climate change challenges the ways our societies have developed with the growing phenomenon of climate refugees fleeing unsustainable lives and we must therefore radically reshape the way we are living now, for the sake of future generations.

(End of catch-the-eye procedure)

Karmenu Vella, *Member of the Commission*. – Madam President, first of all I would like to thank you for the good debate and useful suggestions. Halting biodiversity loss, not only on land but also in our oceans, must become more than just a goal. I agree with those of you who said that to really make it happen, we need to shift up a gear by building on financial instruments and optimising policies such as development aid to put in place a solid process for voluntary commitments that can attract adequate resources, together with clear, quantifiable global targets.

Ongoing scientific work will help us better understand and quantify the biological and economic implications of living within planetary boundaries. This should put us in a better position to translate policy objectives into operational and effective measures. Of course, we will also need to mobilise adequate resources to achieve our goals. This is an investment that is necessary and urgent, considering that the cost of inaction is increasing exponentially.

Consequential social and economic costs are not simply an ambiguous concept. We know for a fact that biodiversity loss has direct links to human displacement, migration and global security concerns linked to food and water. The conservation and restoration of biodiversity can therefore be a powerful antidote to these challenges. We have started our preparatory work with the evaluation of the EU biodiversity strategy to 2020, including plans for stakeholder consultation. This will contribute to the discussions on the post-2020 Global Framework. We need to rise up to this opportunity and take a lead in encouraging global partners to act with us. I am confident that with your support and the support of EU citizens, we can make the COP 15 in Beijing in 2020 a game changer.

On the 2018 UN Climate Change Conference, strong and united European Union messaging will be instrumental to continue to deliver on our leadership during COP 24 in Katowice and beyond. The European Commission and the Council, under the leadership of the Austrian Presidency, will contribute to the conclusion of the negotiations on the Paris work programme, so as to enable the Paris agreement to be fully implemented and global progress on curbing emissions to be tracked transparently and regularly. After Katowice, our work must continue both domestically and internationally.

With our domestic experience and external policy instruments and dialogues, we are in a position to help our partners to advance their transition to a low-carbon, climate-resilient economy. We should also assume a leadership position in prompting our partners to develop their long-term strategies if possible already ahead of the climate summit, which is to be convened by UN Secretary General Guterres in September 2019, or in any case for 2020 as foreseen under the Paris agreement.

I would like to take you for the opportunity of having this debate. The Commission looks forward to continuing our dialogue in the future.

Hartwig Löger, *President-in-Office of the Council*. – Madam President, I would like to thank everyone for their cooperation. I am very much encouraged by our joint debate on COP14 and COP24 today. As on previous occasions, your support on outreach efforts to our international partners is very much appreciated.

The IPCC report shows that, collectively, the parties' nationally determined contributions fall short of what is required to achieve the long-term mitigation goal. All countries must contribute to accelerated short-term action and enhanced longer term ambition. As expressed by the Council, the EU is ready to communicate or update its nationally determined contribution by 2020, taking into account the collective further efforts needed and the actions undertaken by all parties to meet the objectives of the Paris agreement.

In the context of COP14, we welcome the initiative of Egypt to host a high-level segment in November 2018, just before COP14, to discuss mainstreaming biodiversity into energy and mining, infrastructure, manufacturing, processing and the health sectors. The Council also stresses the importance of convening a high-level biodiversity summit, at the level of heads of state and government in 2020, to strengthen the political visibility of biodiversity and its vital contribution to the 2030 Agenda for Sustainable Development. We very much appreciate the support of the European Parliament and its important contributions to our work in the run-up to COP14 and COP24.

I very much look forward to continuing this exchange and working closely together in the run-up to the conferences in Katowice and Sharm El Sheikh in order to achieve the best possible outcome.

President. – Motions for resolutions tabled in accordance with Rule 128(5)) will be announced later.

The joint debate is closed.

The vote will take place on Thursday, 25 October 2018.

Written statements (Rule 162)

Cristian-Silviu Buşoi (PPE), *in writing*. – I wish to welcome the work of the ENVI rapporteurs on the resolution on the 2018 UN Climate Change Conference in Poland, which will focus on the full implementation of the Paris Agreement. Unfortunately, we are witnessing a present with more and more extreme weather events and temperature records around the world, which are deeply worrying and demand for immediate global action. Irreversible impacts could be still avoided if all states which ratified the Paris Agreement prove their responsibility and do their utmost through well-defined individual contributions. In this context, I would like to stress the importance for third-country beneficiaries of the Green Fund to be effectively and continuously assisted and monitored by relevant EU bodies in order to ensure their progress and compliance. I strongly believe that setting binding climate-related targets for each beneficiary is crucial in order to assure that the Fund brings the desired outcomes and maximises European taxpayers' confidence in this mechanism's capability to deliver. Europe is, and needs to be, in the forefront of the world combat against climate change.

Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR), *kirjallinen*. – Ilmastomuutoksen aiheuttamat ongelmat eivät ole kaukana tulevaisuudessa vaan sen vaikutukset näkyvät ja tuntuvat jo nyt. Kasvihuonekaasut nousivat viime vuonna ennätyslukemiin, lämpötilat ovat keskimääräistä korkeammalla, arktinen jää sulaa ennätystahtia ja sään ääri-ilmiöt ovat yleistymässä. Maapallo on lämmennyt jo yhden asteen esiteolliseen aikaan verrattuna. Lisälämpeneminen uhkaa ihmisten lisäksi myös monia kasvi- ja eläinlajeja.

Hallitustenvälisen ilmastopaneelin IPCC:n lokakuussa julkistama raportti kuvaa, miten valtavan suuri ero 1,5 ja 2,0 asteen lämpenemisessä on. Jotta maapallon lämpeneminen onnistutaan pysäyttämään puoleentoista asteeseen, tarvitaan kunnianhimoisia toimenpiteitä, kuten esimerkiksi panostusta uusiin teknologioihin sekä päästövähennysten tuntuvia kiristyksiä. Nykyisissä päästösitoumuksissa pitäytyminen merkitsisi, että maapallo lämpenee kolmen asteen verran vuosisadan loppuun mennessä, millä olisi katastrofaalisia seurauksia.

Toivon, että Katowicen kokouksessa, jossa on tarkoitus päättää Pariisin ilmastopimuksen käytännön toteuttamisesta, kaikki osapuolet ymmärtävät tilanteen vakavuuden. Tiedemaailma on puhunut ja nyt on tekojen aika. Ilmastomuutos on sen kokoluokan haaste, jossa tarvitaan kaikkien maiden ja kansalaisten yhteistyötä ja yhteen hiileen puhaltamista.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Pozdravljam predlagano zakonodajo, saj ta zaostruje najvišjo dostopno mejno vrednost za določene onesnaževalce okolja, kot so svinec in ostale škodljive bakterije, ter hkrati uvaja nove zgornje meje za nekatere hormonske motilce.

Države članice bi morale sprejeti ukrepe za zagotovitev univerzalnega dostopa do čiste vode v EU. Prav tako pa bi morale tudi dejansko izboljšati dostop do pitne vode na javnih mestih, na primer s postavitvijo pitnikov, kjer je to smiselno in izvedljivo. V restavracijah in gostinskih lokalih bi morali spodbujati brezplačno oziroma cenovno dostopno uporabo vode iz pipe. V moji državi članici vse to že počnemo, na kar sem zelo ponosna.

14. Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für 2019 — alle Einzelpläne (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the report by Daniele Viotti and Paul Rübig, on behalf of the Committee on Budgets, on the General budget of the European Union for the financial year 2019 — all sections (11737/2018 — C8-0410/2018 – 2018/2046(BUD)) (A8-0313/2018).

Daniele Viotti, relatore. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, vi ringrazio per questo dibattito che possiamo affrontare oggi sul progetto di bilancio che voteremo mercoledì in quest'Aula.

Credo di poter dire, rappresentando i sentimenti delle colleghe e dei colleghi che hanno lavorato insieme a me in commissione Bilancio – che intendo ringraziare, naturalmente, anche e soprattutto i relatori ombra che hanno lavorato con me – credo di poter rappresentare il sentimento di tutti dicendo che abbiamo presentato una proposta di bilancio che è contemporaneamente ambiziosa ma anche sostenibile.

Sostenibile perché non chiediamo agli Stati membri degli sforzi aggiuntivi rispetto a quelli che già fanno nel sostenere il quadro finanziario e nel sostenere il bilancio della nostra Unione europea, e perché stiamo cercando di usare tutte le risorse a nostra disposizione, vogliamo usare tutte le risorse a nostra disposizione per restituirle ai cittadini europei.

Ambizioso perché cerchiamo di dare risposte a tutti i cittadini europei con le proposte che vogliamo fare, così come alle imprese, soprattutto quelle piccole e medie che sono in sofferenza, e soprattutto alle imprese più innovative; cerchiamo di dare delle risposte importanti alle nostre università, alle nostre amministrazioni locali (le regioni e i comuni), e cerchiamo di dare delle risposte ai nostri enti di ricerca.

Così come cerchiamo – attraverso il bilancio che abbiamo scritto e che voteremo, penso e spero con una larga maggioranza, mercoledì – di dare risposte alle grandi sfide che ci attendono e che attendono il nostro continente: la crescita, la solidarietà fra gli Stati ma anche la solidarietà con i cittadini, così come il grande tema delle migrazioni, che sembra non abbandonare più il dibattito dei nostri paesi e il dibattito dei cittadini europei.

Sulle migrazioni cerchiamo di dare non delle prime risposte, vede Presidente, ma cerchiamo di affrontare i problemi come devono essere affrontati, cioè punto per punto e settore per settore, cercando di dare delle risposte complessive o, come si usa dire in quest'Aula, una risposta olistica. Cerchiamo di dare una risposta che ricomprenda tutti i settori di questi fenomeni perché, soprattutto, noi cercheremo di dare delle risposte che siano delle risposte solidali ma che siano anche azioni preventive. Per questo ci siamo concentrati molto anche sulle azioni preventive.

Ci siamo concentrati molto – e i colleghi e le colleghe lo sanno – anche sul tema dell'eradicamento, cioè provare a togliere le ragioni delle migrazioni e quindi provare a togliere, a sconfiggere, a combattere la povertà, provare a sconfiggere la siccità, provare a sconfiggere le ragioni per cui ci sono delle migrazioni.

E poi la nostra sfida più grande, Presidente: le giovani generazioni. Un grande impegno nel nostro bilancio è sulle giovani generazioni, in particolare sul progetto Erasmus, che non è soltanto un progetto simbolo della nostra Europa ma deve diventare, dal prossimo anno così come negli anni ancora a venire, un progetto a cui possano aderire tutti i giovani e tutte le giovani del nostro continente. E poi la Garanzia giovani: perché la più grande preoccupazione di tutti noi non può che essere la disoccupazione, l'enorme disoccupazione giovanile che attraversa il nostro paese.

Non sono ingenuo naturalmente, Presidente, so che questo è un primo passo, so che inizia adesso un primo passo, e penso che gli altri li dovremmo compiere con la Commissione che ci accompagna, e ringrazio per questo il commissario Oettinger, e con il Consiglio, ringrazio dell'estrema attenzione che il ministro Loger sta mettendo nella formazione di questo bilancio.

La domanda che dobbiamo porci, signor ministro, che dobbiamo porci tutti noi nelle prossime settimane e nei prossimi mesi, prima di chiudere il bilancio, è che Europa e che immagine dell'Europa vogliamo restituire ai cittadini europei prima delle prossime elezioni: se un'Europa che guarda ancora gli «zero virgola», se un'Europa soltanto attenta alle misure che hanno delle percentuali vicine eccetera, oppure se un'Europa che guarda alle grandi sfide e al futuro.

Queste sono le domande a cui dovremo rispondere e se risponderemo insieme, secondo me, troveremo la risposta giusta da dare ai cittadini, che ritorni ai valori, alle tradizioni e alle scommesse che dobbiamo affrontare.

Paul Rübzig, Berichterstatter. – Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Bundesminister Löger, sehr geehrter Herr Kommissar Oettinger, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben ein wichtiges Jahr vor uns. Das Jahr 2019 wird das erste Jahr sein, in dem wir den mehrjährigen Finanzrahmen, den neuen Finanzrahmen, zu fixieren haben. Deshalb ist es ganz entscheidend, dass die Schwerpunkte, die der Kollege Viotti jetzt hier erwähnt hat, auch in den Verhandlungen dementsprechend berücksichtigt werden. Wir werden ja erst diese Woche darüber abstimmen, wie die Position des Europäischen Parlaments aussieht, aber die Fraktionen haben sich schon über viele Details unterhalten und wir sind uns schon ziemlich einig, dass wir einige Schwerpunkte für das nächste Jahr setzen wollen wie die Ausgestaltung des Horizont 2020, das COSME-Programm, Jugend, Migration, Forschung, *Connecting Europe Facility*, die Frage der Sicherheit – also es gibt viele Punkte, wo, glaube ich, auch mit dem Rat eine Einigung sinnvoll ist, weil hier natürlich auch der europäische Mehrwert für nächstes Jahr – nächstes Jahr werden wir Wahlen haben – den Bürgerinnen und Bürgern dementsprechend nahegebracht werden kann.

Und letztlich geht es auch darum, zu zeigen, was es uns kostet – nämlich die Bürger und die Steuerzahler –, wenn es Europa nicht macht. *The cost of non-Europe* ist ein ganz wichtiges Thema, das wir auch in der Öffentlichkeit mehr kommunizieren sollten, weil es darum geht, auch in der Subsidiarität zu zeigen, auf welcher Ebene welche Entscheidungen fallen sollen. Diese Entscheidungen sind für unsere Zukunft sehr wichtig, wenn wir bedenken, dass auch die Verteidigung der Demokratie einen Wert hat – Einheit in der Vielfalt – und deshalb auch das Erasmus-Programm für Gruppen gestaltet werden soll, die sich dafür einsetzen, die Demokratie in Europa zu verteidigen.

Damit komme ich aber zu meinem spezifischen Haushalt, das sind die *other sections*, wie das so schön heißt. Es sind die zehn Institutionen, die neben der Kommission Europa gestalten und Europa prägen. Vielleicht beginne ich mit dem Europäischen Parlament. Das ist das Haus, das die Bürger Europas vertritt, und für uns ist es wichtig, dass wir gegenüber den Regierungen auch zeigen, dass wir gemeinsame Ziele haben. Ich bin eigentlich sehr glücklich, dass das Europäische Parlament sich dafür entschieden hat, auch heute wieder die Rubrik V unter 20 % zu halten, was ja eigentlich unsere rote Linie ist. Wir haben jetzt eigentlich seit fünfzehn Jahren den geringsten Anteil an der Rubrik V, den es je gegeben hat, nämlich 18,53 %. Das ist der niedrigste Wert in den letzten fünfzehn Jahren. Ich glaube, dass das Parlament hier schon zeigt, dass wir auch bereit sind einzusparen.

Wir haben uns auch dafür entschieden, in verschiedenen Bereichen Kostenpauschalen für die Abgeordneten und für die Beamten des Hauses und für unsere Mitarbeiter dementsprechend zu haben. Auch durch die Kostenpauschale, die jetzt vom Europäischen Gerichtshof bestätigt wurde, können wir uns enorme Kosten ersparen, weil natürlich eine Belegabrechnung sehr viele neue Dienstposten brauchen würde und deshalb die Kostenpauschale eigentlich für uns der richtige Ansatz ist, auch in der Eigenverantwortung der Abgeordneten gegenüber der Öffentlichkeit. Wir haben einige Abgeordnete im Haus, die fordern immer mehr Transparenz in diesem Bereich. Ich kann die Kollegen nur bestärken: Seien Sie transparent, aber stellen Sie bei allen Pauschalen Ihre Rechnungen ins Internet. Sie haben die Möglichkeit, das auf der eigenen Homepage entsprechend zu präsentieren. Ich habe mir das diesen Sommer mal genauer angeschaut: Es gibt keinen einzigen Abgeordneten im Haus, der Belege veröffentlicht, und ich finde das auch richtig, weil natürlich die Pauschale es von den Kosten her rechtfertigt, sie in Zukunft weiter zu haben.

Ich bin auch dafür, dass wir uns den freiwilligen Pensionsfonds genauer ansehen. Ich fordere hier auch eine Studie des Rechnungshofs. Ich glaube, es muss eine Lösung gefunden werden, die das Abgeordnetenstatut respektiert.

Deshalb geht es auch darum, dass wir dem Europäischen Gerichtshof und dem Auswärtigen Dienst dementsprechend zusätzliche Mittel geben. Hier gibt es neue Herausforderungen. Und letztlich geht es darum, dass auch das Europäische Parlament die 5 %ige Kürzung der Dienstposten erfüllt hat. Das schlägt sich jetzt im Budget 2019 dementsprechend nieder. Ich kann auch sagen, dass wir durch das Wahljahr jetzt natürlich leicht erhöhte Kosten haben. Aber alles in allem bin ich sehr zufrieden mit der Ausgestaltung der derzeitigen Vorschläge des Rates, der Kommission und natürlich auch des Europäischen Parlaments.

Hartwig Löger, *amtierender Ratspräsident*. – Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete, Herr Kommissar Oettinger und meine Damen und Herren! Es ist mir eine Ehre, auch heute hier sein zu können, um der Debatte des Parlaments über den Haushaltsplan 2019 zu folgen.

Ich hatte selbst die Chance, vor einem Monat, Ihnen den Vorschlag der Kommission und des Rates in der Form des Rates zu kommentieren, in der Relation zum Vorschlag der Kommission, und ich kam damals zu dem Schluss, dass wir in den wesentlichen Punkten unserer Vorschläge – bei den Prioritäten, die wir für dieses Europa gemeinsam setzen wollen – eine gemeinsame Grundlage verfolgen. Wir haben in den Prioritäten gemeinsam eine wachsende, innovative und wettbewerbsfähige Wirtschaft, die wir als Priorität setzen, und wir wollen gleichzeitig auch besonders den jungen Menschen in Europa eine neue Chance geben, damit sie ihr Potenzial auch voll ausschöpfen können.

Die Mitgliedstaaten sind in ihrem Vorschlag den ich präsentiert habe, bereit, im Vergleich zu den Vorjahren auch eine erhebliche Erhöhung des Budgets zu finanzieren, um diese Herausforderungen auch zu bewältigen. Der Rat selbst schlägt vor, dem laufenden Budget eine Erhöhung des Haushalts um mehr als 2 % zu geben, was gegenüber den nationalen Budgets vieler Länder eine doch deutlich höhere Basis darstellt. Ich werde als Finanzminister – auch in meinem Land – jeden Tag damit konfrontiert, dass natürlich auch das Bewusstsein gegeben sein muss, dass Staatshaushalte von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern finanziert sind und dass wir damit auch die Verantwortung tragen bei den Entscheidungen, die wir hier in diesem Rahmen treffen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte, dass wir auch zur Kenntnis nehmen, dass besonders im Ratsvorschlag das Thema Wissenschaft einen ganz, ganz wichtigen Stellenplatz einnimmt und wir darin auch die Möglichkeit sehen, sozialen Frieden und die Sicherung von Arbeitsplätzen in Europa voranzubringen. Wir wollen auch sicherstellen, dass die Menschen in Europa einen schnelleren Weg finden – sowohl auf Ebene des Internets, aber auch in den traditionellen Verkehrswegen. Und wir wollen auch sicherstellen, dass die Migration, als eine der größten Herausforderungen Europas, eine entsprechende Unterstützung hat.

Um es zu konkretisieren: Wir haben in unserem Vorschlag daher eine 10%ige Erhöhung für das Programm Erasmus, eine auch deutliche Erhöhung im Bereich von Horizon 2020, 30 % mehr auch für Datennetze und Verkehrsnetze und eine deutliche Erhöhung der Mittel für das Thema Migration vorgesehen. Es muss uns aber auch klar sein, dass wir diese Prioritäten nur setzen können, wenn wir auch mit den anderen Bereichen der finanziellen Ressourcen Europas sorgfältig umgehen. Ich kann nur wiederholen: Dieser Haushalt 2019 muss auch effizient, modern und zweckmäßig gestaltet werden, um diesen Freiraum für Prioritäten zu schaffen.

Wir wollen damit auch ausreichende Margen vorsehen, um unvorhergesehenen Situationen begegnen zu können. Wir alle realisieren, dass nicht nur der Brexit innerhalb Europas, sondern auch globale Rahmenbedingungen große Herausforderungen stellen, und wir sollten auch in diesem Rahmen die Verantwortung übernehmen für die Bürgerinnen und Bürger in Europa, auch die finanziellen Mittel dafür vorzusehen.

Ich glaube, dass es besonders wichtig ist, in Zusammenhang auch mit der Diskussion dieses Budgets, die in der Vergangenheit getroffenen Entscheidungen zu respektieren. Wir haben einen mehrjährigen Finanzrahmen, wir haben die Halbzeitüberprüfung, wir haben aber auch im Zusammenhang mit Legislativvorschlägen finanzielle Regelungen getroffen. Ich appelliere auch in dem Zusammenhang an Sie, diese Vorgaben zu respektieren.

Ich selbst bin sicher, dass wir den Zeitplan, den wir uns gesetzt haben, der zwischen unseren Institutionen auch für die Haushaltsverhandlungen vereinbart wurde, auch halten können. Damit wollen wir auch gewährleisten, dass wir innerhalb der im Vertrag festgelegten Fristen eine Einigung erzielen können. Ich freue mich auf die weiteren Gespräche und Verhandlungen, die wir gemeinsam in den nächsten Wochen führen werden.

Günther Oettinger, *Mitglied der Kommission*. – Frau Präsidentin, verehrter Herr Ratspräsident, Minister Löger, Damen und Herren Abgeordnete, Damen und Herren! Ich will zunächst den Berichterstattern, Herrn Viotti und Herrn Rübig, meinen Respekt für eine hervorragende Vorarbeit bekunden hier in diesem Hohen Hause für eine Position, die in dieser Woche von Ihnen beraten und beschlossen wird. Rat, Parlament und Kommission – wir sind uns einig bei den Schwerpunkten, die wir mit Haushaltsmitteln erreichen wollen, verbessern wollen, stärken wollen. Es geht um wirtschaftliche Stärke und Wachstum, es geht um Arbeitsplätze und Beschäftigung, gerade auch für junge Menschen, es geht um sinnvolle Projekte im Bereich der Migration, es geht um äußere und innere Sicherheit.

Ich will auch Dank sagen an Sie, Herr Minister Löger, dass Sie durch Ihre Präsenz zeigen: Es ist Chefsache, diese Verhandlungen 2019 mit zu führen und – bei allem Respekt vor Ihren Beamten – auch selbst zu verantworten. Vielen Dank für die Stunden, die Sie hier sind und auch in den nächsten Wochen bereit sind, mit uns gemeinsam im Interesse einer geordneten Verabschiedung aktiv zu verbringen.

Bezüglich des Mittelbedarfs für die Programme, die wir gerade im Mittelpunkt sehen, besteht noch eine Differenz. Die Ausstattung der Mittel für die Schwerpunkte muss deswegen in den nächsten Wochen sachkundig und gründlich beraten werden. Ich begrüße aber den guten Willen und die Bereitschaft zur Einigung, zur Kooperation, die bisher von allen Haushaltsbehörden an den Tag gelegt worden ist. Der Zeitplan bis Mitte November ist klar, und ich sehe eine gute Chance auf eine Einigung in dieser Periode, die von uns gemeinsam durch Sitzungsfolgen festgelegt worden ist.

Was sind für die Konzertierung die wichtigsten Fragen? Erstens: Wettbewerbsfähigkeit. Das Parlament schlägt eine Aufstockung vor, die über den Entwurf der Kommission hinausgeht, wenn es um die Programme für KMU, junge Menschen, Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit geht. Der Rat will Programme wie Horizont 2020 oder Connecting Europe, wenn man sie mit 2018 vergleicht, erhöhen, wenn man den Kommissionsvorschlag nimmt, etwas kürzen. Wir werden dies in den nächsten Wochen entlang von Projekten, für die Mittel beantragt werden, und entlang von laufenden und neuen Forschungsprojekten vertieft beraten können. Ich glaube, dass Forschung und Innovation, dass die Förderung von KMU für die europäische Wettbewerbsfähigkeit entscheidend sind, sollte in diesem Hohen Hause und zwischen allen drei Institutionen unstrittig sein. Namentlich sehen wir bei Connecting Europe und bei Horizont 2020 Programme mit einem hohen europäischen Mehrwert, wo es Sinn macht, Mittel auf den europäischen Level zu bringen und dann gemeinsam zu investieren. Deswegen sind die Kürzungen des Rates in Höhe von 800 Millionen Euro nach unserer Überzeugung nicht wirklich nachvollziehbar und stehen im Widerspruch zu diesen gemeinsam erklärten Prioritäten. Uns allen muss klar sein: Wer Prioritäten erklärt, muss auch bereit sein zu sagen, wo man nicht priorisiert, wo man auch Kürzungen akzeptiert.

Die Beschäftigungslage für junge Menschen hat sich in Europa verbessert. Dies betrifft die meisten Regionen, aber nicht alle Regionen. Deswegen geht es bei den Programmen, die wir jetzt weiterfinanzieren, um Zielgenauigkeit und um die Frage: Was kann durch die Mitgliedstaaten und die Verwaltungsbehörden vor Ort auch tatsächlich umgesetzt werden? Der Mittelansatz macht nur Sinn, wenn er ehrgeizig, aber auch realistisch ist. Deswegen werden wir sowohl für die Jugend-Arbeitsinitiative wie für den Sozialfonds in den nächsten Wochen genau auflisten, welche Implementierungsgröße wir für realistisch ansehen. Bei Erasmus+ sollte eine Einigung leicht möglich sein. Hier aufzutocken macht Sinn und dient gerade in diesen Zeiten dazu, dass junge Menschen Europa kennenlernen und deswegen auch Europa unterstützen auf dem Weg ihres weiteren Lebens.

Der dritte Schwerpunkt sind die außenpolitischen Maßnahmen und Migration. Die Kommission hat im September ein neues Migrationspaket vorgelegt, mit dem wir erste Schritte zur Stärkung von Frontex, der Grenz- und Küstenwache, unternehmen wollen. Dass dies vom Parlament unterstützt wird, finden wir sehr wichtig.

Die Fazilität für Flüchtlinge in der Türkei. Im Rückblick darf ich Ihnen sagen: Ungeachtet einer EU-unfreundlichen Politik der Regierung in Ankara kommen die Mittel eins zu eins dort an, wo Flüchtlinge auf Zeit untergebracht sind. Wir finanzieren Menschenwürde für 1,2 Millionen Flüchtlinge. Die erste Tranche ist vergeben und aufgebraucht. Deswegen ist unser Anliegen als Kommission in der Frage, wer was finanziert, vor allem eines: Wir können uns keine Verzögerung erlauben, wir sollten Wort halten, wir brauchen weitere drei Milliarden Euro für die zweite Tranche, damit diese Finanzierung von Menschenwürde für die Zahl von Flüchtlingen ohne Unterbrechung weitergeht, zum Beispiel indem wir 8 000 Lehrer beschäftigen, damit für junge Menschen – 300 000 an der Zahl – Unterricht, grundständige Bildung auch weiter möglich bleibt. Wir sollten uns bei dem Thema gegenüber Ankara keine Blöße geben, Wort halten im Interesse der Menschen, die uns allen wichtig sind.

Bei der Heranführungshilfe für die Türkei, für die mein Kollege Hahn federführend ist und wo über die Kürzungen, die die Kommission vorgeschlagen hat, hinaus sowohl Rat als auch Parlament weitere Kürzungen vorschlagen, ist mein Gedanke folgender: Wir sollten nur, aber genau so viel, investieren, wie es in Projekte für Demokratie, für Rechtsstaatlichkeit, für die Bürgergesellschaft, für die Werteordnung, für NGO noch möglich ist. Das heißt, je mehr und je eher wir Projekte und Ansprechpartner haben, die in die richtige Richtung gehen – dafür Geld bereitzustellen, ist sinnvoll. Mehr brauchen wir nicht.

Wir haben Ihnen vor wenigen Tagen ein Berichtigungsschreiben zugeleitet. Da geht es um die im Herbst übliche Anpassung der Agrarausgaben, da geht es um Umwelt- und Klimaziele, da geht es um kleinere Veränderungen, die eher technischer Art sind.

Dann haben wir mit unserem Berichtigungsschreiben auch jüngst angenommene Gesetzgebungsvorschläge in Zahlen umgesetzt. Das neue Programm zur industriellen Entwicklung im Verteidigungssektor, das Europäische Solidaritätskorps, das Programm zur Unterstützung von Strukturreformen und auch drei neue Kommissionsvorschläge: Aufstockung von Frontex im nächsten Jahr um 750 Stellen, Stärkung der Europäischen Asylagentur und zehn Planstellen für die Arbeit unserer Parteien und Stiftungen sind in diesen Änderungsanträgen enthalten.

Ich freue mich auf gute Beratungen. Wir werden alles tun, dass der Zeitrahmen gehalten wird.

Kati Piri, *rapporteur for the opinion of the Committee on Foreign Affairs*. – Madam President, I am replacing here today my colleague Brando Benifei who is the AFET rapporteur on the 2019 budget. I would also like to express my gratitude to budget rapporteur Daniele Viotti. However, there is one negative element which will have far-reaching consequences for candidate country Turkey, as has already been mentioned by the Commissioner. We all agree that political developments in Turkey are not doing well and, therefore, the Commission's decision to cut 40% of the Instrument for Pre-accession Assistance (IPA II) envelope is extreme but justifiable.

However, on top of this and in contradiction with the vote in the Foreign Affairs Committee, the Committee on Budgets has decided to cut another EUR 147 million, this means that the very much-needed financial assistance for civil society and Syrian refugees in Turkey can no longer sufficiently be financed. I would, therefore, like to urge my colleagues to alter this budget line in such a way that the EU can continue its help for democracy and the rule of law in Turkey and if there is no modification in the budget, we will hurt those in Turkey who need us most.

Arne Lietz, *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Entwicklungsausschusses*. – Frau Präsidentin, sehr geehrter Kommissar! Ich unterstütze die Forderung des Entwicklungsausschusses, die öffentliche Entwicklungshilfe bis 2030 endlich auf 0,7 % des Bruttonationaleinkommens zu erhöhen. Das gilt sowohl für die Mitgliedstaaten als auch für die EU. Dabei sollten laut Zusage der EU insgesamt 0,2 % des Bruttonationaleinkommens für die am wenigsten entwickelten Länder ausgegeben werden. Der Entwicklungsausschuss forderte zudem erstmalig im diesjährigen Beschluss, dass die in den Geberländern anfallenden Kosten für die Aufnahme von Flüchtlingen nicht wie bislang in die Berechnung der öffentlichen Entwicklungshilfe einbezogen werden sollten.

Nur, wenn das Finanzierungsziel von 0,7 %, wie bereits in vielen Mitgliedstaaten in den kommenden Jahren auch durch die EU erreicht wird, hat die Agenda 2030 mit den Nachhaltigkeitszielen überhaupt eine Chance. Es fehlt in der EU leider bislang der Wille, über eine erkennbare strategische Haushaltspriorisierung, um die Ziele der Agenda für nachhaltige Entwicklung auch in Entwicklungszusammenarbeit umzusetzen.

William (The Earl of) Dartmouth, *rapporteur for the opinion of the Committee on International Trade*. – Madam President, the Commissioner addressed Turkey and I am very glad that he did. It was also addressed by the shadow rapporteur from the Committee on Foreign Affairs (AFET).

I am just going to focus on one budget item and that is the pre-accession funding for Turkey. A report has come out which says that the reality is that the funds spent under the IPA I objectives have barely addressed the independence and impartiality of justice, the fight against high-level corruption, and press freedom. As a matter of fact, there are more journalists in prison in Turkey than there are in Iran. These are quotes from the EU's own Court of Auditors. For the record, Turkey is scheduled to receive pre-accession funding of EUR 1 940 billion 2018-2020. You always hear 'European values' here and this is simply an outrage. I urge colleagues to vote against this tomorrow.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Paul Rübig, *Berichterstatter, Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Ich möchte mich für diese Stellungnahme herzlich bedanken, weil natürlich der internationale Handel eine wichtige Rolle spielt. Ich habe festgestellt, dass eine *preparatory action*, die wir vom Parlament uns gewünscht haben, nämlich die Stärkung der WTO in Richtung Administration, weil wir massive Beschwerden haben, dass dort die Richter ausscheiden werden, und – obwohl Amerika vor wenigen Tagen wieder einen neuen Fall auf den Tisch gelegt hat – keine Richter – Nachbestellung erfolgt. Glauben Sie, dass es wichtig wäre, hier die WTO stärker zu unterstützen, auch vonseiten der Europäischen Union, auch im finanziellen Bereich?

William (The Earl of) Dartmouth, *blue-card answer*. – I'm always charmed by Mr Rübig and especially on this occasion, and so I will just give a very short answer. I very much agree with you, and the WTO needs to be supported.

Joachim Zeller, *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Haushaltskontrollausschusses*. – Frau Präsidentin! Der Haushalt 2019 zeigt, wie neue Herausforderungen und Einrichtungen auf den Haushalt der EU zugekommen sind, die finanziert werden müssen, wie zum Beispiel das Europäische Solidaritätskorps, eine unionsweite Kapazitätsreserve für den Katastrophenschutz und andere – Kommissar Oettinger hatte sie erwähnt –, wobei gleichzeitig bestehende Bemühungen weitergeführt werden müssen.

Mit dem Haushaltsjahr 2019 geht der laufende mehrjährige Finanzrahmen in den Endspurt. Dabei stimmt besorglich, dass insbesondere die Programme in geteilter Mittelverwaltung noch große Verzögerung bei ihrer Umsetzung aufweisen. Aber ein lang gehegter Wunsch des Haushaltskontrollausschusses wird jetzt endlich Wirklichkeit: Die Europäische Staatsanwaltschaft wird gegründet. Die jüngsten Morde an Investigativjournalisten, die sich auch mit dem Missbrauch europäischer Mittel beschäftigten, zeigt, wie notwendig diese Einrichtung ist. Die vorgesehene Mittel- und Personalausstattung ist allerdings viel zu gering, damit diese Behörde arbeitsfähig beginnen kann. Auch sollten die Staaten, die der Europäischen Staatsanwaltschaft noch nicht beigetreten sind, dies endlich vollziehen.

VORSITZ: EVELYNE GEBHARDT

Vizepräsidentin

Luděk Niedermayer, *rapporteur for the opinion of the Committee on Economic and Monetary Affairs*. – Madam President, let me share with you just three points from the opinion of the Committee on Economic and Monetary Affairs (ECON) to the budget.

First of all, as we know, Member States are not very keen to have a large budget. This is the reality and, as a consequence, we must aim even more to use money in a highly efficient way in areas where it is required by EU citizens or where it creates high value-added.

Second, ISAs are very important for the good functioning and stability of the financial sector in Europe. Cooperation with national regulators is absolutely essential. That is why we believe that they should be provided with adequate financing that respects their current challenges, including relocation or assignation of the new tasks. At the same time, we must push for increased efficiency of ISAs.

Last but not least, ECON is also calling for adequate resources, for example for the coordination and surveillance of the macroeconomic policies of the Member States' fight against tax fraud and tax evasion and other areas.

Jens Geier (S&D), *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie*. – Frau Präsidentin! So, jetzt habe ich ein Mikrofon. Ich war noch mitten dabei, meine Notizen aufzuschreiben, deswegen erwischen Sie mich jetzt ein bisschen überraschend.

Erstmal vielen herzlichen Dank, Herr Löger, für Ihre Anwesenheit! Dass tatsächlich dann der Finanzminister, der die Ratsposition präsentiert, bei uns ist, ist eine Ehre. Das sind wir durchaus nicht gewöhnt. Ich bedanke mich noch mal ausdrücklich im Namen der Kolleginnen und Kollegen für Ihre Anwesenheit. Es zeigt, wie ernst Sie die Auseinandersetzung um den europäischen Haushalt nehmen. Dafür mein Dank – aber eine Auseinandersetzung wird es werden.

Ich höre Ihnen zu, und ich höre, dass Sie betonen, dass der Rat den Haushalt erhöht, weil Sie im Vergleich den letztjährigen Haushalt nehmen. Nun ist es aber so, dass die Kommission natürlich noch erheblichere Anstrengungen vorgeschlagen hat, die wir begrüßt haben, und die schneiden Sie zurück, und nicht etwa in inhaltlich nachvollziehbaren Bereichen, sondern in Bereichen, wo sonst betont wird, dass gerade der Innovationscharakter der Europäischen Union eine große Bedeutung hat – und da kürzen Sie um des Kürzens willen.

Deswegen hat der Industriausschuss diese ganzen Kürzungen wieder zurückgenommen. Gerade 300 Millionen zum Beispiel im europäischen Forschungsprogramm ist für uns nicht nachvollziehbar, schon gar nicht im Bereich der gesellschaftlichen Herausforderungen. Wir wollen die Haushaltszahlen wieder einrichten, die durch EFSI gekürzt worden sind, wir wollen die *sustainable development goals* der EU erreichen, und wir sind für eine klare Unterscheidung der Forschungsmittel im Bereich der zivilen und der militärischen Aufgaben. Deswegen ist es unser Ziel, für die militärische Forschung neue Zusatzmittel zu bekommen.

Jasenko Selimovic, *rapporteur for the opinion of the Committee on the Internal Market and Consumer Protection*. – Madam President, Europe is facing a lot of challenges – from the rise of populism, to the impact of new technologies, to the refugees that have to be integrated – and the budget is supposed to be our solution to these problems. That is why it is a bit surprising that we are not making bigger cuts, reprioritisation and relocation. Everything seems to be as important as last year, but it cannot be, because the world is rapidly changing, it has changed. But the good thing about this budget is its support to the Single Market. The Single Market is our biggest success. It is actually the core of this business – the possibility to move to another country, to work, to study, to export, import – that is what this Union is about. That is why I am supporting this budget and that is why the Committee on the Internal Market and Consumer Protection (IMCO) is very glad for the support it has been given.

Pavel Telička, *rapporteur for the opinion of the Committee on Transport and Tourism*. – Madam President, I very much agree especially with what the Commissioner has said, that we need to set the priorities, and we have set them to maintain them as priorities. In fact, should we ask the public – and we do have surveys – what they consider to be a priority, transport usually is ranked among the highest. There is where people see a real difference being made by the European Union.

In transport, with significant long-term projects, what matters is continuity and stability. By the way, in transport we have one of the biggest successes of the European Union: CEF, SESAR... these are issues which are widely recognised. We strongly support also what the Budget Committee has finalised and what has been voted, and we were looking at it primarily from the perspective that we should deliver on those legitimate priorities that we have set and the legislation which is in place and will be put in place in the course of these months.

One final remark: we would also support minor issues like passenger rights where there is very little awareness, this is insignificant money but just to say that sometimes it is also about small issues.

John Howarth, *rapporteur for the opinion of the Committee on Regional Development*. – Madam President, in the Committee on Budgets (BUDG), as my friend Daniele Viotti said, we talk of delivering European Union added value. In the Committee on Regional Development (REGI), on which I also sit, we talk about cohesion policy delivering European priorities and here the twains meet very productively. Every euro we invest in cohesion policy delivers a return on investment of 174%. Less investment in cohesion policy means lower growth and fewer jobs. That is why we believe in Regional Development that cohesion funds must remain the main investment priority of the European Union with an ambitious budget to match ambitious goals.

Secondly, after a period of under-implementation, the programmes have now reached cruising speed. So, while I note the 1.1% increase in payment appropriations, we wonder if this will be sufficient and raise a note of caution that we may need a higher level of payments to match the pace of the programmes.

Finally, we note with caution the proposal to increase the budget of the Structural Reform Support Programme by EUR 80 million over the next two budget years. We would firmly state that this needs to be achieved through the mobilisation of special instruments and not at the expense of cohesion policy.

Helga Trüpel, *rapporteur for the opinion of the Committee on Culture and Education*. – Madam President, I am replacing my colleague Morten Løkkegaard from ALDE because he could not be here tonight. The main plea of the Culture Committee is to budget up. We know there's a lot of scepticism toward elites in Europe and with our programmes for education, culture, media and inclusion via cultural and cultural diversity, we reach out to individuals. I think that is very important in the current situation. We have very good programmes and we want to budget up Erasmus in 2019 by even 15% because we can show that it is a very successful programme, a flagship programme, and the same with creative Europe, the culture programme.

I'm just back from the film festivals in Europe and we have to support our European films, not to leave it to Hollywood and Bollywood. And we know that media freedom and media plurality to a certain extent are endangered in the European Union, so we should do the utmost to foster them and to have really quality journalism all over the European Union.

Markus Pieper, *rapporteur for the opinion of the Committee on Constitutional Affairs*. – Madam President, I am speaking in my capacity as Vice-Chair of the Committee on Constitutional Affairs (AFCO). We would like to highlight two points in relation to the budget.

Firstly, 2019 is not only the year of the European elections but it could also be the first year after the withdrawal of a Member State. Therefore, it is of paramount importance to keep the communication with European citizens open. We have to increase our efforts to engage them and mobilise them to vote in these elections. We have to make sure that next year's budget contains the necessary resources to respond to citizens' expectations.

Secondly, it is very disappointing that the Council has once again made unnecessary cuts to the programmes in the area of citizenship. The Council did so despite these programmes' excellent implementation rates. In AFCO, we are now very happy to see that the Committee on Budgets has followed our recommendation and has restored all lines at least to the level of the draft budget.

João Pimenta Lopes, *relator de parecer da Comissão dos Direitos da Mulher e da Igualdade de Oportunidades*. – Senhora Presidente, substituo também a minha colega Maline Björk, autora do parecer. Sublinhamos algumas propostas da FEMM: o reforço dos fundos de coesão para salvaguardar os direitos económicos e sociais das mulheres, o combate à feminização da pobreza, o investimento em serviços públicos de prestação de cuidados de elevada qualidade, o reforço de políticas de educação sexual e serviços de saúde sexual e reprodutiva, o combate a todas as formas de violência contra as mulheres e as raparigas, o combate ao tráfico de seres humanos que afeta, principalmente, mulheres e raparigas em sórdidos negócios de exploração sexual.

Propostas que, na sua maioria, lamentavelmente, a Comissão dos Orçamentos chumbou, rejeitando a necessidade de um orçamento sensível às desigualdades entre homens e mulheres. Propostas que evidenciam as limitações da presente proposta de orçamento, replicando as opções do atual quadro financeiro plurianual e que poderão ser agravadas no próximo com a opção por mais cortes na coesão, aumentando as rubricas securitária e militarista com consequências que, inevitavelmente, têm particular impacto sobre as mulheres. Por essa razão, a nossa comissão apresentou todas as propostas chumbadas para as quais solicita apoio no voto. Obrigado.

José Manuel Fernandes, *em nome do Grupo PPE*. – Senhora Presidente, queria saudar o Senhor Comissário, também o Conselho, o relator Daniel Viotti e todos os *shadows*.

Há um bom clima, um bom ambiente. Espero que prossiga. Esperam-nos longas negociações e, portanto, a favor dos europeus que haja um bom acordo nas negociações que se avizinham.

O Parlamento, os moderados do Parlamento, os grupos a favor da integração da União Europeia, estão unidos e estão unidos também a favor dos cidadãos. Temos um orçamento pequeno, 1% do Produto Interno Bruto, mas um orçamento que tem um impacto enorme na vida dos cidadãos. Infelizmente, nem sempre é sentido e todos devíamos trabalhar para que ele fosse mais visível em termos do impacto e do efeito positivo que tem, um orçamento verdadeiramente de investimento.

Cerca de 94% do orçamento é para o investimento e apenas 6% é para as despesas correntes e um orçamento também para os jovens, para os agricultores, para as pequenas e médias empresas, para a investigação, para a inovação, para o crescimento económico.

São estas as nossas prioridades e, por isso, esperamos e estamos certos de que conseguiremos, dentro dos limites e daquele 1% do Rendimento Nacional Bruto da União Europeia, um bom acordo a favor dos cidadãos e dos desafios que temos pela frente. É isso que eles nos exigem.

Karine Gloanec Maurin, *au nom du groupe S&D*. – Madame la Présidente, Monsieur le Ministre, Monsieur le Commissaire, notre collègue Daniele Viotti présente aujourd'hui devant notre assemblée, le projet de rapport sur le budget de l'année 2019. Ce rapport défend l'ensemble de nos enveloppes prioritaires. Je m'associe pleinement au travail effectué par notre rapporteur et l'en félicite, encore une fois, chaleureusement.

Mais cela a été dit, nous discutons aujourd'hui du dernier budget annuel de cette mandature. Une procédure budgétaire est à chaque fois éminemment politique; celle-ci l'est encore plus particulièrement. Alors que, par rapport à la proposition de la Commission, Monsieur le Ministre, le Conseil propose encore des réductions d'un niveau jamais atteint auparavant, et que l'Union européenne n'a jamais fait face à tant de questionnements quant à son avenir, j'aurai le grand honneur de représenter notre Parlement durant la procédure de conciliation budgétaire qui s'ouvrira après ce vote.

Mon mandat sera très clair: donner à l'ensemble de la société européenne, aux jeunes, aux porteurs de projets, aux entreprises, aux chercheurs, aux agriculteurs, les moyens dont elle a besoin pour faire vivre notre Europe de manière digne, efficace, en phase avec les défis économiques et écologiques actuels. Cohésion territoriale, lutte contre le chômage des jeunes, accueil des réfugiés, aide à la transition énergétique, lutte contre le réchauffement climatique: le progrès a besoin d'un financement ambitieux.

Les citoyens européens l'ont exprimé de nombreuses fois: ils exigent de nous une attitude responsable. Ne les décevons pas.

Bernd Kölmel, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Kommissar Oettinger! Ihr Vorschlag für das Budget 2019 sah eine Erhöhung des Haushalts um rund 3 % gegenüber 2018 vor. Diese Summe wurde jetzt im Haushaltsausschuss noch mal um 700 Mio. Euro erhöht. Ich meine, es ist das falsche Signal, schlicht und ergreifend immer noch mehr Geld zu rufen, ohne ganz konkret auch mal die Prioritäten, die ja gesetzt werden, dann auch mit Leben zu füllen.

Es gibt gute Gründe, für einige Bereiche mehr Geld auszugeben. Die Bereiche Sicherheit, Migration, Energiepolitik aber auch Innovation und Forschung haben es verdient, dass man sie wirklich großzügig ausreichend finanziert. Das heißt aber nicht zwingend, dass man gleichzeitig insgesamt mehr Geld ausgeben muss. Denn es gibt selbstverständlich auch Möglichkeiten, durch Umschichtungen und Sparen Geld woanders freizumachen, damit man eben nicht mehr Geld braucht.

Es ist meines Erachtens ein Trugschluss, wenn gerade der Kollege Fernandes zum Beispiel gesagt hat: Es ist ein Schulterchluss, wenn wir für die Bürger da sind und mehr Geld ausgeben. Da muss man dazu sagen: Dieses Geld, das hier ausgegeben werden soll, wird den Bürgern vorher abgenommen – abgenommen durch Steuern. Dieses Geld fällt nicht vom Himmel. Deshalb bin ich überzeugt davon, die Bürger werden es uns danken, wenn wir mit diesem Geld sehr sparsam umgehen.

Das sollten wir machen, und wir sollten die Maßnahmen, die wir durchführen wollen, auch messbar definieren und dann hinterher den Mut haben, festzustellen: Haben denn diese Zwecke tatsächlich etwas bewirkt beziehungsweise wurden diese Zwecke überhaupt erreicht? Das ist doch ganz entscheidend. Wir können nicht einfach nur Maßnahmen definieren, die auf dem Papier schön aussehen.

Ich glaube, wir müssen endlich auch im Haushaltsbereich mehr für die Subsidiarität tun. Die EU sollte sich nicht für alles Mögliche zuständig erklären. Das führt im Ergebnis dazu, dass wir jede Menge Töpfe haben, und dadurch verlieren wir die Transparenz für diesen Haushalt und werden am Schluss nicht besser, sondern schlechter.

Gérard Deprez, *au nom du groupe ALDE*. – Madame la Présidente, Monsieur le Ministre, Monsieur le Commissaire, chers collègues, mon groupe soutient résolument les orientations et les priorités proposées par notre rapporteur général, M. Viotti.

Nous soutenons la priorité donnée à l'investissement, à la recherche, à l'innovation, et l'augmentation des crédits de soutien aux PME, en particulier le programme COSME.

Nous appuyons le renforcement des moyens en faveur des jeunes par l'octroi de crédits supplémentaires à Erasmus et la poursuite de l'initiative «Emploi des jeunes».

Nous souhaitons que beaucoup plus de moyens soient consacrés à la lutte contre le réchauffement climatique. Le GIEC vient de nous adresser une mise en garde solennelle: il y a urgence pour que notre planète reste habitable et gérable.

Nous voulons aussi, bien sûr, que des moyens supplémentaires soient prévus pour le contrôle des frontières, la gestion des flux migratoires, la coopération entre les forces de police et la lutte contre le terrorisme.

Pour conclure, je voudrais mettre l'accent sur trois points. Il faut, à mon avis, envoyer un avertissement très clair à M. Erdoğan au regard de sa frénésie autocratique. En conséquence, je soutiens la réduction des crédits de préadhésion pour la Turquie, sans toutefois contester les trois milliards demandés pour les réfugiés.

Il faut renforcer les moyens de l'UNRWA, l'agence de l'ONU pour les réfugiés palestiniens. Ce n'est pas en privant des centaines de milliers d'enfants palestiniens d'école que nous contribuerons à la réalisation de la paix.

M. Trump se trompe et il faut corriger ses erreurs.

Jordi Solé, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, I see with satisfaction that the Parliament's reading of next year's budget reverses almost all of the cuts proposed by the Council. Some of them being of an unprecedented scope and by no means justified by absorption capacity. Thus, programmes related to some of our priorities – youth employment, research, biodiversity and climate, development cooperation, neighbourhood – will be reinforced, bringing the budget closer to the priorities that were agreed here in our March resolution.

Moreover, the proposal contains excellent pilot projects and preparatory actions. I want to thank the rapporteur for his consensual approach on that. However, I regret that there is too strong a reference to defence spending, and a clear endorsement of defence programmes. Furthermore, the multiple references to migration do not speak to a coherent and humanist approach from the European Union. Despite this and other shortcomings, the Parliament's position to be adopted this week should be a good basis for the final negotiation with the Council.

Younous Omarjee, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Madame la Présidente, Monsieur le Ministre, Monsieur le Commissaire, cette année encore ce budget est un budget en crise et un budget contraint, mais le Brexit a un peu bon dos car la réalité, c'est que le budget de l'Union européenne est en crise perpétuelle.

Depuis toujours, vous le savez, les écarts entre les inscriptions budgétaires et la réalité ne cessent de se creuser et nous avons un devoir de sincérité envers les citoyens européens. Il faut leur dire que les centaines de milliards inscrits, les rêves européens vendus dans ce budget seront difficilement tous réalisés, car cela suppose des efforts supplémentaires des États, qui risquent de ne pas être au rendez-vous. Cette part de fiction budgétaire n'est pas éthique et n'aide pas à la clarté et si j'étais désagréable, je dirais que c'est une tromperie.

Pour le reste, ce budget est sans surprise: il fait la part belle à la défense et à la sécurité, il ne prévoit aucun moyen supplémentaire pour la lutte contre la pauvreté et il n'est pas non plus à la hauteur des nouvelles exigences pour la lutte contre le changement climatique et la perte de biodiversité.

Continuons ainsi, continuez ainsi, d'année en année et la défiance des peuples européens vis-à-vis de l'Union européenne n'ira qu'en grandissant.

Marco Valli, a nome del gruppo EFDD. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, condivido in gran parte le priorità che ha individuato il relatore, a partire dalla crescita sostenibile, alla lotta contro i cambiamenti climatici, all'azione per le piccole imprese e la ricerca, all'aiuto per l'Africa – per aiutare veramente là dove c'è un problema, ovvero quello dell'immigrazione, e bisogna utilizzare delle risorse, tutte le risorse disponibili – e, soprattutto, alla lotta contro la povertà, la povertà dei cittadini europei.

Il punto fondamentale è capire se si riuscirà a fare a meno di un contributo maggiore degli Stati membri – faccio un in bocca al lupo al relatore e a questo Parlamento per riuscire a farlo – e, siccome noi vogliamo dare un segnale proprio ai cittadini, chiediamo tutta una serie di *spending review* e di tagli, soprattutto alla spesa amministrativa, a partire dai privilegi dei deputati e dei commissari, dove dovremmo tagliare decine di milioni di EUR, fino ai contratti per le locazioni, dove possiamo individuare tagli per 300 milioni di EUR, fino ad arrivare ai contributi ai partiti e alle fondazioni, 70 milioni di EUR, che potremmo veicolare a queste voci e magari veicolare ancora di più di quanto chiede questo Parlamento.

Stanisław Żółtek, w imieniu grupy ENF. – Pani Przewodnicząca! Kiedyś ideą Unii było zwiększenie wolności gospodarczej i zmniejszenie podatków i obciążenia obywateli. Dzisiaj głównym celem tego Parlamentu jest zwiększenie budżetu Unii i zmuszenie krajów członkowskich do zwiększenia podatków i obciążeń. Im bliżej wyborów, tym bardziej popisujemy się wydawaniem cudzych pieniędzy. Zabierając pracowitym ludziom pieniądze po to, by walczyć z bezrobociem, wspomagać wybranych przedsiębiorców czy płacić stypendia wybranym studentom. Tak naprawdę tworzycie bezrobocie, niszczyć gospodarkę i wszelką aktywność ludzi. Przecież Korei Północnej nie przegonicie. Tam już 100 % dochodów zabiera się na te cele. Najwyżej dogonicie komunistyczne kraje. Osiągniecie ich standard rozwoju gospodarczego i braku bezrobocia. W końcu Europa zazna szczęścia emigracji zarobkowej do Chin czy Singapuru. Nie życzę powodzenia.

Siegfried Mureșan (PPE). – Madam President, I would also like to welcome Minister Löger to the European Parliament this evening.

This year we are sharing the priorities for the budget of the Union for next year, exactly as we shared them for this year. The Council and Parliament, together we say that the economy is important and competitiveness is important, we want more growth and more jobs, and research and innovation are important. But we go on two different paths. The Parliament, under the leadership of Daniele Viotti, will propose adequate, realistic increases where money is needed; while the Council, pretending that competitiveness, research and innovation is important, reduces the amounts foreseen for Horizon 2020 by EUR 300 million. This worsens competitiveness in Europe and endangers research and innovation. Minister Löger, this is why I would really call on you in the following negotiations to move closer to Parliament's position so that we can adequately finance these important areas, which we have jointly agreed are important. If we agree that something is important, we have to finance it adequately as well.

Secondly, I would like to draw colleagues' attention to one of the amendments which I have put forward. It foresees the allocation of EUR 50 million in the position of the Parliament in Heading 2 for combating swine fever in Europe, because in several Member States we are seeing this dangerous disease which affects farmers in Europe. I would like to call on the Commission and the Council to foresee the amounts needed. People and farmers are in need. We have to stand by their side if they are in need. The Union has to be by their side.

Vladimír Maňka (S&D). – Naše hlavné priority sú jasné: udržateľný rast, inovácie, konkurencieschopnosť, bezpečnosť, boj proti zmene klímy, prechod na energiu z obnoviteľných zdrojov, migrácia, ale aj osobitné zameranie na mladých ľudí.

Naše rozvojové stratégie nám majú pomôcť vytvoriť nové kvalitné pracovné miesta, zlepšiť kvalitu života, znížiť chudobu a sociálne vylúčenie. Paradoxné je, že na jednej strane vieme kadiaľ vedie cesta na dosiahnutie našich cieľov, na druhej strane Rada navrhuje škrt pri tých programoch, ktoré majú zvyšovať konkurencieschopnosť a inovatívnosť hospodárstva Únie. Čo sa týka platieb, členské štáty musia dodržiavať základné pravidlá pre hospodárske riadenie a rozpočtovú disciplínu a plniť to, k čomu sa zaviazali. Zároveň musíme občanom jasne ukázať, že ak ich krajina dá peniaze do spoločného rozpočtu, ušetrí vo verejných financiách. Pri rokovaní o rozpočte sa každý rok opakuje neochota Rady financovať priority, ktoré sama predtým schválila. Jediným riešením je zmeniť dnešný komplikovaný, pre ľudí neprehľadný a pre mnohé krajiny nespravodlivý systém financovania rozpočtu. Preto vznikla Montiho vysoká skupina pre nový systém vlastných zdrojov. Boli v nej zastúpení aj členovia Rady, aj členovia Komisie, aj členovia Európskeho parlamentu. Pracovali dlhé roky. Pripravili skvelý projekt a zhodli sa na jeho odporúčaniach.

Preto pri tvorbe nového viacročného finančného rámca a stratégie nových vlastných zdrojov by sa žiadna inštitúcia nemala vyhovárať, že nesúhlasí so závermi Montiho skupiny.

Zbigniew Kuźmiuk (ECR). – Pani Przewodnicząca, Panie Komisarzu! Zabierając głos w tej debacie, chcę podkreślić, że Komisja Budżetowa przegłosowała dużą większością ponad 1900 poprawek do stanowiska Rady, co spowodowało nie tylko cofnięcie wszystkich cięć Rady, ale także zwiększenie środków na zobowiązania o ponad 720 milionów euro. Najbardziej znaczące zwiększenia dotyczą przeznaczenia 350 milionów euro na inicjatywę zatrudnienia ludzi młodych i blisko 130 milionów euro środków na dział *Bezpieczeństwo i obywatelstwo*. Wydaje się jednak, że zwiększenie poziomu płatności tylko o 3,2% w stosunku do roku 2018 może okazać się niewystarczające, ponieważ 2019 rok jest przedostatnim rokiem obecnej perspektywy finansowej, a tym samym będą kumulować się płatności, zaległe rachunki znane już Komisji z lat poprzednich. Mimo to budżet w takim kształcie powinien pozwolić na rozwiązywanie problemów związanych z wewnętrznym i zewnętrznym wymiarem migracji, wzmocnienie ochrony granic zewnętrznych Unii, stymulowanie wzrostu gospodarczego, promowanie zatrudnienia i tworzenia nowych miejsc pracy, szczególnie dla ludzi młodych, oraz wzmacnianie faktycznej spójności Unii i unijnego rolnictwa.

Nedzhmi Ali (ALDE). – Madam President, in discussing next year's EU budget I would like to draw your attention to several topics.

Firstly, concerning the budget of the European Parliament. The overall figure is at a level of EUR 1.999 billion. Thus Parliament's share of Heading 5 will stay at the level of 18.5%, which is the lowest in the last 15 years.

Secondly, concerning the budgets of other institutions. Their importance for the implementation of the Union's policies is significant. If we want these institutions to function with the highest possible effectiveness they should be properly financed. We propose to restore the cuts to the budgets of the European Court of Justice, the Committee of the Regions, the Economic and Social Committee and the European External Action Service, with some upper adjustments.

Within Section III there are drastic cuts to the lines related to Turkey's IPA II funds. From the Commission's proposed draft budget of EUR 244.1 million for the 'Support for political reforms' line, the Council has cut almost 60% of the sum. There is an extra decrease of EUR 66.8 million on the other two lines, while EUR 50 million of them are linked to the Facility for Refugees in Turkey, which is against the interests of the Union. Our opinion is that these cuts would deprive the Commission of its leverage to properly manage relations between the EU and Turkey. It will ultimately have a negative effect on Brussels-Ankara relations.

Finally, excluding the excessive and unjustified cuts, we believe that the overall approach to next year's budget is correct and we expect our position to be maintained during the conciliation process.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL). – Señora presidenta, el presupuesto europeo será de 166 000 millones en créditos de compromiso. Pero no nos olvidemos de los compromisos reales con la sociedad europea.

El primero de ellos: la igualdad. Y es que la Comisión de Presupuestos rechazó las líneas presupuestarias que propuso la campaña #MeToo contra el acoso sexual en el Parlamento Europeo.

El segundo: la transparencia. La Comisión de Presupuestos también tumbó las enmiendas que pedían más transparencia en las partidas de los diputados, recortar escalas salariales —las más altas— en lugar de despedir gente, o recortar ciertas comodidades innecesarias. Y es que yo me pregunto: ¿acaso los culos de los diputados no pueden volar durante dos horas en clase turista?

La tercera prioridad: el empleo. Para la juventud es cada vez más difícil encontrar un futuro estable. Y es que hace falta inversión directa de Europa en transformación e impulso del tejido productivo y en la economía de los cuidados.

Hay más prioridades, por supuesto, pero la pregunta será ahora si abandonaremos la senda de la austeridad o seguirán por ese...

(La presidenta retira la palabra al orador)

Raymond Finch (EFDD). – Madam President, 2019 should have been the final year that the UK paid anything to the EU and yet somehow the EU budget is increasing, and could now be above EUR 164 billion for next year alone. You should be preparing for the UK's withdrawal, but you have your head in the sand and want to spend even more taxpayers' money. But I suppose there is good reason, isn't there? The Tories' surrender to the EU on every aspect of the Brexit negotiations has meant Theresa May agreeing to give the EU GBP 40 billion for nothing in return, which could take decades for the British taxpayers to pay off. Yet at home, the same Tory party says there is not enough money and makes damaging cuts to front-line public services.

The British negotiators need to remember that the UK is not legally obliged to pay the EU anything after we leave, yet the Conservatives are negotiating a never-ending transitional agreement, meaning the British people will continue having to make vast contributions but without any representation or democratic way to change your decisions.

The Tories are negotiating a Brexit that is even worse than if we'd remained a member, and now we discover that Mrs May, as part of her abject surrender to Mr Barnier, is going to commit us to spending an additional GBP 20 billion for the next framework. One pound is too much. There should not be one penny, one pfennig, one centime.

If we look at how the EU spends our money in the UK it's clear what's going on: EUR 300 000 to the European Alternatives Group; EUR 350 000 to the European Movement, and in 2017 the My Life My Say Group received EUR 15 000. The list goes on. All these groups oppose Brexit and are doing everything they can to overturn the referendum.

You often talk about foreign interference...

(The President cut off the speaker)

André Elissen (ENF). – Voorzitter, vandaag bespreken wij de begroting 2019, nu met het standpunt van de Raad erbij. Wederom wordt nagelaten om noodzakelijke, ingrijpende bezuinigingen door te voeren. Het vertrek van nettobetaler Verenigd Koninkrijk en de groeiende ontevredenheid van de Europese burgers over de geld verspillende EU interesseert de EU-elite totaal niet. Ik hoopte dat het Europees Parlement forse bezuinigingen op de begroting van – let wel – 164 miljard euro zou eisen, maar zelfs minimale bezuinigingen worden weggestemd door de Eurofielen onder ons. Wederom een gemiste kans om bijvoorbeeld flink te snijden in de riantе salarissen en vergoedingen van ambtenaren en parlementariërs. De EU hangt van fraudegevoelige subsidies aan elkaar, die de marktverhoudingen ernstig verstoren. De zogenaamde Europese waarden, die de Europeanen met al die subsidies worden opgedrongen, gaan ten koste van de portemonnee van de gewone man. In Oostenrijk en Italië heeft de kiezer al duidelijk gesproken. Wij zien de Europese verkiezingen volgend jaar met groot vertrouwen tegemoet.

Monika Hohlmeier (PPE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Zunächst einmal darf ich mich beim Hauptberichterstatteг Daniele Viotti und bei meinen Kolleginnen und Kollegen für die hervorragende Zusammenarbeit bedanken, die es uns erlaubt hat, gemeinsam wirklich gute und sinnvolle Kompromisse zu finden. Ich freue mich auch darüber, dass wir in den Schwerpunktsetzungen so stark und gemeinsam vorgehen können. Das bedeutet aus meiner Sicht vor allem, dass wir das Thema Innovation und Wettbewerb fest im Blick behalten müssen und dass es bei uns nach wie vor Programme im Wissenschaftsbereich gibt, wo hervorragende Projekte eingereicht werden, allerdings wegen einer Unterfinanzierung der Programme nicht genügend Finanzierungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen und die Ablehnungsquoten bei bis zu 95, 96 % stehen, obwohl es nicht an der Qualität der Wissenschaftsprojekte liegt, sondern am Mangel der Finanzierung.

Als zweiten Schwerpunkt halte ich es für sehr wichtig, dass wir das Thema Erasmus sowie das Thema Discover EU stärker in den Blick nehmen und uns im Klaren darüber sind, dass die Europäische Union auf einer jungen Generation aufbaut, die sich gegenseitig verstehen soll, die die EU kennenlernen soll, verschiedene Länder kennenlernen soll und entsprechend davon profitieren soll.

Letzter Punkt ist für mich nach wie vor das Thema Sicherheit und Migration, bei dem wir unsere Agenturen adäquat so ausstatten müssen, dass sie ihren Aufgaben nachkommen können.

Tiemo Wölken (S&D). – Frau Präsidentin! Als einer der jüngsten Abgeordneten hier im Haus muss ich noch einmal betonen, dass ich es weiterhin sehr richtig und wichtig finde, dass wir uns als Europäische Union die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit auf die Fahnen geschrieben haben und dieses Thema auch zu Recht zu einem Schwerpunkt gemacht haben.

Mit dem Erasmus+-Programm ermöglichen wir es Millionen von Europäerinnen und Europäern, ins Ausland zu fahren, andere Kulturen kennenzulernen, sich weiterzubilden, neue Berufserfahrung zu sammeln oder auch den Europäischen Freiwilligendienst zu leben. All diesen Menschen geben wir die Möglichkeit, in Vielfalt geeint zu sein. Daher ist es völlig zu Recht das Motto der Europäischen Union hier oder eine Priorität des Europäischen Parlaments, die junge Generation zu unterstützen. Mit der Beschäftigungsinitiative bringen wir junge Menschen zurück in Arbeit. Noch immer sind die Arbeitslosenquoten von jungen Menschen in der Europäischen Union viel zu hoch. Wenn Europas Jugend eine Zukunft haben soll, oder wenn Europa eine Zukunft haben soll, dann müssen wir Europas Jugend eine Zukunft geben, und das macht dieser Entwurf des Parlaments sehr, sehr deutlich.

Ich hoffe, dass wir mit der Aufstockung der Gelder für den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit um 350 Mio. und die Aufstockung des Erasmus+-Programms um 360 Mio. ein klares Zeichen an die Staats- und Regierungschefs senden.

Sander Loones (ECR). – Voorzitter, ik denk dat we op een belangrijk punt staan. Durven wij keuzes te maken? Durven wij te schrappen in de dingen die de Europese Unie beter niet meer zou doen? Schrappen in de dingen ook die ze niet goed doet, zodat we geld kunnen vrijmaken om te gaan investeren in nieuwe prioriteiten?

Wat stel ik vast voor de begroting van volgend jaar? De beste aanmoediging om zuinig te zijn, is ervoor te zorgen dat het Europese budget niet steeds groter wordt. Toch stelt het Europees Parlement voor om nog eens 721 miljoen extra bovenop het Commissievoorstel in die Europese begroting te stoppen. In de tweede plaats zouden we moeten luisteren naar de experts, de Europese Rekenkamer. Wat zeggen die? Dat we nood hebben aan echte doelstellingen op basis van Europese meerwaarde. Wat zien we? In deze begroting toch opnieuw een inflatie, een constante inflatie van steeds maar nieuwe doelstellingen.

Is het allemaal slecht nieuws? Neen. Er zitten ook goede zaken in deze ontwerpbegroting: meer investeringen in onderzoek, in Erasmus, in veiligheid, in Frontex. Zeer belangrijk, maar mag het alstublieft iets meer zijn met wat meer ambitie.

Jean Arthuis (ALDE). – Madame la Présidente, à la veille des élections européennes, nous devons délivrer un message clair et volontaire aux citoyens. Alors répondons à leur impatience en confortant une Europe qui leur parle parce qu'elle prépare leur avenir et parce qu'elle les protège.

Préparer l'avenir, c'est faire de la recherche une priorité, c'est investir dans l'éducation et la formation professionnelle grâce à Erasmus, c'est offrir à tous les jeunes la possibilité d'aller à la rencontre de la diversité européenne.

Protéger les Européens, c'est prendre la mesure des défis migratoires et disposer de crédits appropriés pour contrôler les frontières extérieures – Frontex et ASO –, c'est établir des relations constructives avec les pays africains, les Balkans, le Moyen-Orient, c'est préserver le climat.

Protéger les Européens, c'est donner corps à la coopération structurée en matière de défense et de sécurité, c'est mobiliser les moyens requis pour lutter contre les défis et les menaces que nous lance la mondialisation et que les États ne peuvent plus assumer seuls au plan national. Le budget 2019...

(La Présidente retire la parole à l'orateur)

Isabelle Thomas (S&D). – Madame la Présidente, chers collègues, je tiens à remercier tout d'abord, Messieurs Viotti et Rübig pour leur rapport sur le budget 2019 et à les féliciter.

Je salue tout d'abord l'engagement de M. Viotti pour la jeunesse, car face à l'accroissement spectaculaire des candidatures dans le cadre du programme Erasmus+, victime de son succès, la position du Conseil reste bien en deçà et est presque indécente face aux besoins.

De la même manière, le chômage des jeunes en Europe continue de culminer à 15 %. Les programmes de l'initiative «Emploi des jeunes» et le Fonds social européen sont désormais reconnus comme des outils performants. Dès lors, je me félicite de la proposition de mes collègues de consacrer 580 millions d'euros supplémentaires à l'initiative «Emploi des jeunes».

Même chose pour le développement rural, soumis à une diminution de plus de 310 millions d'euros d'engagements par rapport au projet de la Commission, qui déjà coupait drastiquement les fonds alloués à cette enveloppe. Pourtant les politiques agricoles peuvent être structurantes dans la lutte contre le changement climatique, alors que nous n'atteignons même pas les 20 % d'engagements pris avant même la signature de la conférence de Paris. Je salue donc la proposition des rapporteurs d'augmenter cette enveloppe de 20 millions d'euros.

De même, nous devons appuyer fortement leur proposition d'accélérer la mise en place des programmes de cohésion politique, qui sont consubstantielles de l'Union – je dirais même qui sont l'ADN de l'Union européenne – et qui forgent la solidarité de nos territoires et de nos citoyens.

Les propositions émises par la Commission et le Conseil ne sont ni à la hauteur des ambitions, ni à la hauteur des besoins auxquels l'Union européenne se doit de répondre en ces temps de crise de confiance.

Le budget conserve des carences qui ont pour cause principale, et je prêche un peu ici pour ma paroisse, un cadre financier pluriannuel inapproprié et sous-dimensionné. Il ne faudrait pas, à l'avenir, reproduire les mêmes erreurs.

Spontane Wortmeldungen

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, η Ευρώπη που επιδιώκουμε είναι μια ισχυρή Ευρώπη. Για να είναι ισχυρή η Ευρώπη, χρειάζεται ισχυρή κοινωνική και αναπτυξιακή Ευρώπη, η Ευρώπη των νέων. Γι' αυτό στηρίζουμε τα κονδύλια για την απασχόληση των νέων, για την καινοτομία, το Horizon 2020, το Erasmus, για τους μικρομεσαίους, μια Ευρώπη που θα ανταποκρίνεται στις προκλήσεις, μια Ευρώπη με ισχυρή άμυνα και ασφάλεια για να μπορεί ουσιαστικά να υπερασπίζεται την κυριαρχία των χωρών μελών.

Όπως ορθά είπε το Συμβούλιο, πρέπει να σεβόμαστε τα χρήματα των φορολογούμενων πολιτών γιατί αυτοί είναι που ενισχύουν τον προϋπολογισμό. Και ερωτώ: πόσο σεβόμαστε τα χρήματα των φορολογούμενων Ευρωπαίων, όταν η Ευρωπαϊκή Ένωση χρηματοδοτεί χώρες που παραβιάζουν αρχές και αξίες της Ευρωπαϊκής Ένωσης, που προκαλούν χώρες μέλη της Ευρωπαϊκής Ένωσης, που κατέχουν τμήμα χωρών μελών της Ευρωπαϊκής Ένωσης, όπως είναι η Τουρκία;

Πώς είναι δυνατόν να μιλούμε για μια αξιόπιστη, ισχυρή Ευρώπη, όταν εφαρμόζουμε δύο μέτρα και δύο σταθμά για κυρώσεις, όταν συνεχίζουμε να επιδεικνύουμε ανοχή σε αυτή τη χώρα;

Προτείνω πάγωμα των κονδυλίων για την Τουρκία μέχρι να σεβαστεί το διεθνές και ευρωπαϊκό δίκαιο.

Κώστας Μαυρίδης (S&D). – Κυρία Πρόεδρε, για να έχει μέλλον η Ευρωπαϊκή Ένωση θα πρέπει οι νέοι να έχουν μέλλον και να έχουν θέσεις εργασίας. Κι αν το εννοούμε όλοι μας, θα πρέπει να το στηρίζουμε όταν είναι μπροστά μας και όχι μόνο όταν μιλάμε δημόσια μέσα στο Ευρωκοινοβούλιο.

Όμως, θα περάσω σε ένα άλλο θέμα. Είναι πολύ περίεργο για μένα το γεγονός ότι η προεδρεύουσα χώρα της Ευρωπαϊκής Ένωσης έχει μια πολύ σωστή θέση: ότι η Τουρκία δεν έπρεπε καν να είναι σε ενταξιακό καθεστώς διότι δεν ικανοποιεί καν τα πολιτικά κριτήρια της Κοπεγχάγης. Δεύτερον, η Τουρκία έχει δεσμεύσεις απέναντι στην Ευρωπαϊκή Ένωση που αφορούν, μεταξύ άλλων, την αναγνώριση της Κυπριακής Δημοκρατίας. Όλοι μιλάμε για το κοινό μας σπίτι. Το κοινό μας σπίτι – και οι αρχές και αξίες μας – για το οποίο μιλάμε, έχει ένα δωμάτιο το οποίο κατέχει παράνομα ...

(Η Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή)

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε και κύριε εκπρόσωπε της Προεδρίας, είναι δεδομένο και το ακούσατε και προηγουμένως: δεν μπορεί η Ευρωπαϊκή Ένωση να χρηματοδοτεί την Τουρκία. Η Τουρκία κατέχει το 37% του εδάφους της Κυπριακής Δημοκρατίας, έχει καταλάβει ένα άλλο κράτος μέλος, απειλεί την Ελλάδα συνεχώς με casus belli, αν η Ελλάδα επεκτείνει τα χωρικά της ύδατα σε 12 μίλια, την απειλεί με πόλεμο, παραβιάζει τα ελληνικά χωρικά ύδατα, παραβιάζει τον ελληνικό εναέριο χώρο.

Είναι δυνατόν να χρηματοδοτεί η Ευρωπαϊκή Ένωση την Τουρκία;

Όχι. Προτείνουμε πάγωμα των κονδυλίων της Ευρωπαϊκής Ένωσης για την Τουρκία. Ταυτόχρονα, δίνετε κονδύλια στα δυτικά Βαλκάνια, στα Σκόπια, εκεί που γίνεται όργιο διαφθοράς. Πρόσφατα είχαμε διαδικασίες εκφοβισμού, απειλών και δωροδοκίες, προκειμένου να βρει ο κύριος Zaev 80 βουλευτές να περάσει ...

(Η Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή)

Indrek Tarand (Verts/ALE). – Madam President, almost at the end of a procedure in the Parliament I must say I do like this budget. I like it for its youth focus, for the targets set on migration and its future spending in research and defence, and that is why the rapporteur should be applauded. I heard carefully the Commissioner and I appreciate his sympathetic approach towards climate change. However, we need to translate words into money and therefore into action.

Finally, yet importantly, in the symbolism of our rapporteur being Italian, allow me to dare to say the realpolitik of an Italian budget should definitely not become the one of the EU budget, and contrary to Mr Salvini's hopes, we are not going to use this budget for electioneering but for the benefit of European citizens.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, firstly thanks to the rapporteur and also Commissioner Oettinger, who has been so dutiful and direct and clear in his portfolio in this regard, I complement him on that.

In the budget itself I think it is absolutely vital that everything we do has added value. That has to be the essential ingredient of the European Union and I'd particularly like to see emphasis being put on helping SMEs: I think due to the policies over the last number of years going back to Michel Barnier, when he was Regional Development Commissioner bringing in policies, SMEs are now in a position to develop and grow but many of them have difficulty in accessing funding. I hosted a seminar in my own county in Tralee in Kerry a few weeks ago on investEU, and that message came across and we need to make it simpler for them to do that.

I also agree with the Commissioner that we have to give leadership in climate change: a lot of research will be required and in Europe in particular we've got to do a lot of that, so the rest of the world will follow.

(Ende der spontanen Wortmeldungen)

Günther Oettinger, *Mitglied der Kommission*. – Frau Präsidentin, Herr Minister Löger, Damen und Herren Abgeordnete! In aller Kürze: Wir haben die Erwartungen, Sorgen, Prioritäten und die konkreten Anliegen der heutigen Aussprache notiert und werden sie in den nächsten Tagen gründlich auswerten.

Auf der Grundlage wollen wir dann nach der Abstimmung hier im Hohen Hause und vor dem Beginn des Vermittlungsverfahrens auf Ihre Anliegen reagieren und Ihnen durch schriftliche Mitteilungen aufzeigen, welche Auswirkungen die heute gemachten Erwartungen in Euro und Cent für welche Programme bedeuten. Wir werden auch die vom Parlament erbetenen Informationen über an Bedingungen geknüpfte Reserven übermitteln, um uns – so meine Hoffnung – auf einen Haushalt 2019 ohne Reserven verständigen zu können und damit weitere Umsetzungsschritte etwa zu vermeiden.

Wir glauben, dass die Differenzen – hier der Rat, hier die Kommission, hier das Parlament – überschaubar sind; es geht um etwa 2,5 Mrd. Euro, das sind also 1,6 % des gesamten Haushaltsvolumens. Bei gutem Willen, den ich hier Ihnen alle attestiere und auch für die Kommission reklamieren möchte, haben wir gute Chancen auf eine Einigung in der vom Vertrag vorgegebenen Frist. Das heißt, von heute an bis 19. November sollten alle darauf hinarbeiten.

Hartwig Löger, *amtierender Ratspräsident*. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Mitglieder des Europäischen Parlaments! Ich freue mich, dass ich die Chance hatte, heute eine sehr impulsive Debatte zu erleben und eine sehr breite Debatte über viele Erwartungen an dieses Budget des Jahres 2019 zu hören. Ich glaube, uns allen ist bewusst, dass auch die Arbeit der Berichtstatter eine sehr intensive ist, und ich möchte mich hier an dieser Stelle schon bedanken, dass wir die Chance haben, in einer professionellen und auch disziplinierten Form den Prozess für die weiteren Gespräche in der Form zu steuern.

Ich erkenne an, dass es natürlich eine Frage des Blickwinkels ist, ob Sie eine Erhöhung dieses Vorschlags des Rates erkennen wollen mit 2 %, oder ob Sie sozusagen dem Vorschlag der Kommission folgend da oder dort von Kürzungen sprechen. Ich glaube, es wird notwendig sein, diesen gemeinsamen Blickwinkel zu den einzelnen Themen zu finden. Und ich glaube auch, aus der Erfahrung sprechen zu können, dass es notwendig sein wird, über die eine Seite der Kosten und die andere Seite der Investitionen zu sprechen. Es wird uns allen die Aufgabe gestellt sein, dass wir eindeutig unterscheiden, wo wir bei den Kosten auch die Möglichkeit haben, zu sparen – in der Verantwortung den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber –, und wo wir gemeinsam in der Verantwortung stehen, Investitionen zu setzen, die auch einen Mehrwert für die Europäische Union und vor allem einen Mehrwert für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und damit alle Europäerinnen und Europäer in dieser Form darstellen.

Ich freue mich, wenn wir auch im Ausblick auf die politischen Rahmenbedingungen der EU-Wahl 2019 verantwortungsvoll und vernünftig in die Diskussion der nächsten Wochen gehen, und ich darf meinen heutigen Besuch hier im Parlament als positive Investition für mich wahrnehmen, weil ich darauf baue, dass diese vielen Beiträge auch in den nächsten Wochen eine gute Umsetzung erfahren. Vielen Dank dafür!

Daniele Viotti, *relatore*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, è difficile naturalmente racchiudere in due minuti le conclusioni di una discussione così lunga. Mi concentrerò su alcune questioni, dando per scontato – mi scuseranno se lo faccio in fretta – il ringraziamento al commissario Oettinger e al ministro Löger per il loro intervento e per il loro contributo, così come a tutte le colleghe e i colleghi che sono intervenuti.

Voglio fare due riflessioni molto molto veloci, non potendo entrare nel merito delle singole questioni.

Signor ministro, non glielo dico io, gliel'ha detto il commissario Oettinger e gliel'hanno detto gli altri colleghi: nel bilancio presentato da parte della Commissione ci sono dei tagli, non ci sono degli aumenti. Noi possiamo sempre fare il gioco del vedere il bicchiere mezzo pieno o mezzo vuoto: noi lo vediamo mezzo vuoto, Lei lo vede probabilmente mezzo pieno. È a metà, esattamente, dobbiamo decidere se quel bicchiere è mezzo pieno o mezzo vuoto, però glielo dice il commissario e glielo diciamo noi: questi fondi non bastano. C'è bisogno di un bilancio che risponda veramente alle esigenze che già oggi ci sono e che la Commissione ha messo in evidenza.

La ringrazio per il riferimento che ha voluto fare al rispetto degli accordi: io sostengo in pieno questa Sua proposta. Questo Parlamento ha sempre rispettato gli accordi e intende rispettarli ancora, da adesso in avanti. E a proposito di accordi ringrazio, in conclusione, il commissario Oettinger che ha voluto affrontare il tema dello strumento dei rifugiati per la Turchia, misura che noi sosteniamo in pieno e sulla quale, anche in questo caso, vogliamo riferirci e vogliamo rifarci agli accordi che sono già intercorsi tra le istituzioni, cioè nella prima versione proposta dalla Commissione.

Infine, sulla questione delle emergenze, signor ministro, le emergenze si affrontano con fondi di emergenza, non si affrontano accantonando dei soldi per delle emergenze che non si sa se ci saranno, sperando che mai ci siano.

E da ultimo, questo Parlamento, io per primo così come tutta la Commissione, userà fino all'ultimo minuto utile, vogliamo usare fino all'ultimo minuto utile per arrivare a un accordo e in questo troverà un alleato di sicuro.

Paul Rübig, Berichterstatter. – Frau Präsidentin! Zum Schluss möchte ich mich auch recht herzlich für die offene und ehrliche Debatte bedanken. Wir alle wissen, dass wir nächstes Jahr die Demokratie in Europa zu verteidigen haben, und da spielt das Budget natürlich auch eine wesentliche Rolle. Öffentlichkeitsarbeit und „Tue Gutes und rede davon“ muss im Mittelpunkt unserer Überlegungen stehen.

Ich hatte unlängst ein Gespräch mit Euronews, einem Fernsehsender, der den europäischen Medienraum dementsprechend intensiv gestaltet, und ich glaube, es ist unsere Aufgabe, den Bürgerinnen und Bürgern gute Ergebnisse zu liefern. In diesem Sinn bedanke ich mich für die wirklich fruchtbare Diskussion und hoffe, dass wir im Vermittlungsverfahren ein gutes Ergebnis für unsere Bürger erzielen.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Mittwoch, 24. Oktober 2018, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Pirmiausia norėčiau pabrėžti, kad negalima pasiekti modernaus, sutelkto ES biudžeto neįtraukiant į jį aiškaus ir visapusiško lyčių aspekto, kuris yra itin svarbus siekiant sudaryti galimybes priimti geresnius ir įrodymais labiau pagrįstus sprendimus, kuriais savo ruožtu padedama užtikrinti veiksmingą viešųjų lėšų naudojimą ir ES pridėtinę vertę visų ES veiksmų atvejais.

Be to, norėčiau paraginti didinti išteklius, pavyzdžiui, pagal Europos socialinį fondą, Europos regioninės plėtros fondą, Europos žemės ūkio fondą kaimo plėtrai ir ES sanglaudos fondą, kad būtų užtikrintos moterų ekonominės ir socialinės teisės, ypač įgyvendinant moterų užimtumo srities priemones ir investuojant į aukštos kokybės įperkamas viešąsias priežiūros paslaugas, ir sumažinta lyčių nelygybė, taip pat naudojant dabartines Sąjungos ir valstybių narių lygmens priemones ir skiriant šiam tikslui atskirą biudžeto eilutę. Dar labai svarbu skirti asignavimų moterų verslumui remti ir moterų galimybėms gauti paskolas ir nuosavo kapitalo finansavimą pagal Europos Sąjungos programas ir fondus, pavyzdžiui, COSME, „Horizontas 2020“ bei Europos socialinį fondą, užtikrinti ir skatinti. Taip pat labai svarbu vienodomis sąlygomis užtikrinti mergaičių ir jaunų moterų dalyvavimą Jaunimo užimtumo iniciatyvos priemonėse ir ypatingą dėmesį sutelkti į joms skirtus kokybiškus mokymo ir užimtumo pasiūlymus, taip pat ir skaitmeninės ekonomikos, IRT bei gamtos mokslų, technologijų, inžinerijos ir matematikos sektoriuose.

Pavel Poc (S&D), písemně. – Rozpočet Evropské unie je nástrojem výkonu evropských politik. Musí řešit priority evropských občanů a zabezpečit dosažení cílů, které si stanovíme. Vítám, že zpravodaj nepřistoupil na hru Rady a Komise, jejichž návrhy byly na nedostatečné úrovni, a navrhl rozpočet navýšit. Zasluhou mé frakce Evropský parlament půjde do vyjednávání s Radou s plánem, který počítá s navýšením prostředků pro programy Erasmus+, Nástroj na podporu zaměstnanosti mladých a Evropská dětská garance proti chudobě. Vítám také navýšení prostředků týkajících se změny klimatu. Evropská unie na tomto poli i po opakujících se výtkách vykazuje nedostatečné výsledky, a to již řadu let. Pokud budeme tolerovat neschopnost dostát svým vlastním závazkům, podkopeme si svůj obraz v očích občanů a promarníme čas, který nám zbývá k tomu, abychom přijali nutná adaptační a mitigační opatření. Naopak mě mrzí, že kolegové ve Výboru pro rozpočet nevyslechli mé žádosti a nenavýšili prostředky agentury EFSA. Agentura bude vyšší rozpočet objektivně potřebovat mimo jiné v souvislosti s její prací v oblasti pesticidů. Nezabezpečení dostatečné výše rozpočtu se v tomto případě rovná ohrožení přírody, ale i zdraví nás všech.

15. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 78 GO): siehe Protokoll

16. Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Tagesordnungspunkt folgt die Aussprache über den Bericht von Michel Dantin im Namen des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Verbraucherschutz über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (COM(2017)0753 – C8-0019/2018 – 2017/0332(COD)) (A8-0288/2018).

Michel Dantin, rapporteur. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, Mesdames et Messieurs les rapporteurs fictifs, Mesdames et Messieurs, chers collègues, permettez-moi dès à présent de remercier l'équipe de négociation de ce Parlement et les services de la Commission européenne pour les travaux que nous avons conduits ensemble.

Nous voterons demain le rapport sur la révision de la directive sur la qualité de l'eau potable en Europe. Cette directive a pour vocation de réviser les paramètres de qualité de l'eau potable et de proposer une nouvelle méthode d'évaluation des risques permettant de prévenir plus en amont les dangers et les risques de polluants.

Près de 20 ans après son entrée en vigueur, la révision de la directive «eau potable» est aujourd'hui nécessaire afin d'aligner les paramètres de qualité sur les progrès de la science et de prendre en compte des substances émergentes. Je considère que nous avons adopté en commission de l'environnement, de la santé publique et de la sécurité alimentaire un rapport cohérent qui défend les intérêts des citoyens européens, qui tient compte des fortes contraintes des fournisseurs, des États membres et des collectivités locales, mais qui soutient aussi fermement l'approche par les risques de la Commission européenne.

Nous sommes tous d'accord: l'accès à une eau de qualité est une nécessité pour l'Europe, une nécessité pour ses citoyens. Favoriser l'accès à une eau de qualité pour les citoyens européens à un coût abordable, en toute transparence vis-à-vis du consommateur européen, est aussi une exigence que nous pouvons partager. Ce rapport présente donc plusieurs enjeux de taille: l'accès à l'eau, la responsabilisation des publics et enfin les paramètres de qualité exigés par la directive révisée.

Concernant l'accès à l'eau, la mise à disposition d'une eau de qualité est, bien sûr, une priorité que nous partageons, mais je regrette que la Commission européenne ait intégré la question de l'accès à l'eau dans la révision de la directive «eau potable», brouillant ainsi le message premier sur la qualité de l'eau distribuée en Europe. Trop de concitoyens doutent encore injustement de la qualité de l'eau du robinet. Certes, nos États membres sont différents dans leur fonctionnement institutionnel et dans leur réalité physique, et nous devons tenir compte de cette diversité.

Le rapport du Parlement va d'ores et déjà au-delà des ambitions de la Commission européenne en matière d'accès à l'eau en proposant que les États membres promeuvent l'accès universel à l'eau, c'est-à-dire l'accès à l'eau pour tous dans l'Union européenne. Je me félicite d'être parvenu à intégrer cet équilibre qui respecte le principe de subsidiarité et que je saurai défendre lors des négociations en trilogue.

La commission de l'environnement, de la santé publique et de la sécurité alimentaire s'est prononcée pour un renforcement de la transparence et de l'information du public sur la qualité de l'eau distribuée. La qualité et le prix de l'eau sont des éléments qui doivent être portés à la connaissance du consommateur, tant pour préserver la ressource que pour favoriser la consommation d'une eau de robinet avant l'eau en bouteille.

Je souhaite cependant attirer l'attention de la Commission européenne et du Conseil sur le fait que l'objectif de transparence doit être au service de la qualité de l'eau et de l'éducation du consommateur et non de la divulgation d'informations sensibles, tant du point de vue économique que du point de vue stratégique, ce qui présente dans le contexte où nous vivons actuellement, un risque sur le plan de la sécurité.

Concernant les paramètres de qualité, je déplore, Mesdames et Messieurs, que l'Organisation mondiale de la santé, institution de référence en matière de polluants et de protection de la santé, n'ait pas eu plus d'échos dans la proposition initiale et dans les débats au sein du Parlement européen. Dans un contexte particulièrement sensible en termes de sécurité sanitaire, l'enjeu pour les institutions européennes, aujourd'hui, est d'évaluer au mieux les risques liés à chaque polluant. Je trouve pour le moins surprenant de voir que l'OMS, qui est souvent prise pour référence par notre institution pour obtenir plus de contraintes, soit aujourd'hui court-circuitée par ceux qui souhaitent amender le rapport afin de réduire la valeur de référence pour certaines des substances dangereuses, en particulier les composés chimiques tels que les perturbateurs endocriniens et les perfluorés.

En conclusion, Mesdames et Messieurs, je pense qu'il est plus que temps de réviser une directive qui a tant d'importance pour nos populations au bout de 20 ans – oui 20 ans. Mes chers collègues, l'idéal peut nous réunir, le pragmatisme et le réalisme nous diviseront peut-être; pour avancer, je me rallie à ce second camp.

Karmenu Vella, *Member of the Commission*. – Madam President, I would like to first warmly thank MEP Michel Dantin and all the shadow rapporteurs for the hard work done on the proposal for a revised Drinking Water Directive.

The Commission welcomes the European Parliament's work and the fact that the European Parliament's amendments are largely aligned with the main elements of our proposal. I would like to recall that the main objective of our proposal is to ensure the safety of drinking water in the European Union for the 21st century. We should be proud that today, most people living in the EU enjoy drinking water that is of the highest standards worldwide. This is the result of over thirty years of successful EU drinking water policies and rules.

The proposal builds on this success but recognises that change is necessary if we want to ensure that this remains the case for the next 20 years. Besides, it fulfils the Commission's response to the citizens' Right2Water initiative. It is very important that you get a mandate from the plenary tomorrow to start trilogues. In this respect, I can assure you that the Commission is doing its utmost to help the Austrian Presidency and Member States to reach a common ground so that negotiations can start as soon as possible.

Let me also underline that, in acting as an honest broker to facilitate an agreement between the co-legislators, the Commission would uphold the important objective of this proposal, which I believe we all share. I know that on some issues, political opinions differ, such as the question of how best to ensure access to water and the issue of the strictness of health standards. These questions are crucial for European citizens, and the solutions we propose will bring positive change to their daily life.

I have taken good note of the latest amendments tabled. Let me therefore once again call on the Parliament to support the Commission's ambition to protect even better the health of our citizens by proposing strict health standards. Let me also call on you to agree on rules on access to water – which are ambitious and workable at the same time – in order to ensure that our citizens across the EU truly have better access to this indispensable resource.

Peter Liese, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, es ist eine gute Idee, wenn die Bürgerinnen und Bürger in Zukunft überall in der Europäischen Union an öffentlichen Plätzen, in Restaurants kostenloses, qualitativ hochwertiges Trinkwasser bekommen. Aber eine gute Idee kann man auch dadurch kaputt machen, dass man sie zentralistisch aus Brüssel vorschreibt, ohne das nötige Geld mitzuliefern. Es stellen sich auch rechtliche Fragen, ob wir das wirklich vorschreiben können. Deswegen finde ich, finden wir in der EVP den Kommissionsvorschlag gut. Wir sollten die Kommunen und viele in der Europäischen Union unterstützen. Die Mitgliedstaaten sollten unterstützen, dass kostenloses Trinkwasser zur Verfügung gestellt wird, weil ich glaube, wir sollten und können das nicht vorschreiben.

Ich finde, Michel Dantin und der Umweltausschuss haben einen guten Bericht vorgelegt. Er findet ein Gleichgewicht zwischen den Kosten, die auf die Kommunen zukommen, und der dringenden Notwendigkeit, unser Wasser noch besser zu schützen. Es ist jetzt schon das sicherste und am meisten kontrollierte Lebensmittel in der Europäischen Union. Da soll man auch nicht übertreiben, das muss alles verhältnismäßig sein. Aber wir können das, was der Ausschuss vorgelegt hat, glaube ich, guten Gewissens unterstützen. Ich hoffe, dass wir morgen die weitgehenden Änderungsanträge von Sozialdemokraten und anderen ablehnen und mit großer Mehrheit dem Bericht von Michel Dantin zustimmen.

Rory Palmer, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, firstly can I thank the rapporteur, Mr Dantin, for all his work, and indeed the shadow rapporteurs from the other Groups, all our staff and the Commission officials as well, for all their work on this complex, wide-ranging report. I think most of us take it for granted that when we turn on the tap, the tap water in our glass will be clean, safe and high quality, so of course, protecting public health and the safety of the public must be the foremost objective of this Directive, and that's the leading priority for my Group.

On endocrine disruptors, the S&D Group pushed, as we have done for a number of years, for stronger protections by bringing those substances into the formal parametric values. On PFAS substances we have been clear that stronger action is needed, and we are determined to see controls of microplastics in water as well.

We must also take this opportunity, in my view, to not just criticise water suppliers for unacceptable leakage rates; we must also mandate action with targets to reduce leakage. Leakage is bad for customers. It sees bills going up – 2.4 billion litres of water is wasted in my own Member State every single day – so I applaud the GMB Trade Union's campaign to take back the tap, to get water in the UK back in public hands, working in the interests of people and not shareholder dividends.

Earlier I talked about the fact that we take it for granted that tap water coming out of our taps is safe – but what about those who have no taps? People in refugee camps in our cities, people who are homeless. I applaud the fact that the Commission takes this opportunity to respond to the Citizens' Initiative signed by 1.8 million people. It would be a missed opportunity if this Parliament did not match the ambition of the Commission on the right to water. In fact, my view is that this Parliament should be strengthening and adding to that ambition, not watering it down. We have to make the right to water a reality for all.

Pirkko Ruohonen-Lerner, *ECR-ryhmän puolesta*. – Arvoisa puhemies, kiitos kaikille jotka ovat osallistuneet tämän erittäin tärkeän mietinnön valmisteluun. Vesi on elämän perusedellytys. YK:n yleiskokous julisti puhtaan veden ihmisoikeudeksi vuonna 2010 ja EU:n kansalaisaloite aiheesta keräsi yli 1,8 miljoonaa allekirjoitusta. Tämän johdosta meidän on pyrittävä takaamaan korkealaatuisen veden saatavuus kaikille kansalaisille edulliseen hintaan.

Mietinnön tarkoituksena on päivittää vuoden 1998 juomavesidirektiivi vastaamaan nykypäivää. Päivitetyllä direktiivillä yhdenmukaistetaan juomaveden laatuvaatimuksia niin, että vaatimukset perustuvat uusimpaan tieteelliseen tietoon Maailman terveysjärjestön suositusten mukaisesti. Lainsäädäntöä mukautetaan myös siten, että se vastaa nykyistä paremmin ilmastonmuutoksen ja kiertotalouden haasteisiin.

Veden laatua koskevien tietojen tulisi olla kansalaisille avoimia ja helposti ymmärrettäviä. Tämä kannustaisi myös veden toimittajia ja kansallisia viranomaisia siihen, että ne tekevät kaikkensa saavuttaakseen direktiivin mukaiset veden laatuvaatimukset.

Ulrike Müller, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, liebe Kollegen! Wir haben in Europa einwandfreies Trinkwasser. In einer Prüfung der Daten von 15 Mitgliedstaaten im Jahr 2015 hat die Kommission festgestellt, dass die Erfüllungsquote der mikrobiologischen und chemischen Parameter bei 99 % liegt.

Mit unserem Bericht tragen wir wesentlich dazu bei, dass dies auch in den kommenden Jahren trotz neuer Herausforderungen wie Mikroplastik und Arzneimittelrückständen so bleibt. Ich begrüße es sehr, dass wir die Verbraucherinformationen deutlich ausweiten. Wir können stolz sein auf unser gutes Leitungswasser. Leider kam das bisher nicht immer bei den Verbrauchern an.

Mir ist allerdings auch wichtig, dass die Wasserversorger die Richtlinie in der Praxis umsetzen können. Die Wasserversorgung ist in den Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich organisiert. Das müssen wir berücksichtigen und dürfen bewährten Organisationsformen, wie beispielsweise der Wasserversorgung in kommunaler Hand, keine Steine in den Weg legen.

In diesem Sinne habe ich für die morgige Abstimmung noch einmal Änderungsanträge zu zwei Themen eingebracht. Erstens möchte ich vorschlagen, das bewährte System der Messhäufigkeit, den Anhang II Teil B, beizubehalten. Dies erlaubt im Sinne des Verhältnismäßigkeitsprinzips eine genaue Anpassung der Messhäufigkeiten an die Größe des Wasserversorgers. Die Änderungsvorschläge der Kommission und des Ausschusses würden hier für einige Wasserversorger zu erheblichen Kostensteigerungen führen, ohne dass letztendlich eine Verbesserung des Gesundheitsschutzes erreicht werden könnte.

Zweitens schlage ich vor, die zusätzlichen Informationspflichten für große Wasserversorger in Anhang IV auf Informationen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Wasserqualität zu beschränken. Informationen zu Energie und Kosteneffizienz sind in dieser Richtlinie am falschen Platz. Für Verbraucherschutz und den Schutz der in den Mitgliedstaaten bewährten Organisationsformen der Wasserversorgung, wie beispielsweise unsere kommunalen Wasserversorger, wäre ich sehr, sehr dankbar.

Michèle Rivasi, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Madame la Présidente, je voudrais d'abord féliciter la Commission pour sa proposition. Ce n'est pas fréquent, mais je trouve que c'est une proposition ambitieuse, parce qu'effectivement la révision de cette directive doit être ambitieuse pour garantir la protection des consommateurs. Je voudrais soulever trois points.

Premièrement, la qualité de l'eau: il faut absolument protéger la santé et prendre en compte tout ce qui est nitrate, résidus médicamenteux, pesticides, perturbateurs endocriniens, etc. Mais je voudrais qu'on inclue les perfluorés – les PFAS (polyfluoroalkyles et perfluoroalkyles) – dans leur ensemble, et pas que l'on distingue, comme vous le faites, Monsieur Dantin, chaînes longues et chaînes courtes. C'est global parce qu'il y a persistance et bioaccumulation.

Le deuxième point, c'est l'accès à l'eau, qui est pour moi un droit humain fondamental. Dans les propositions d'amendement, vous dites: «il faut encourager l'accès à l'eau gratuit dans les restaurants et dans les administrations». Plutôt que d'encourager, il faut assurer l'accès à l'eau, cela doit être un droit.

Et le troisième point se situe au niveau de la transparence. Il faut qu'il y ait de la transparence, il faut que les gens aient accès ...

(La Présidente retire la parole à l'oratrice)

Lynn Boylan, *on behalf of the GUE/NGL Group*. – Madam President, through the 2014 Right2Water European Citizens' Initiative (ECI) nearly two million people across Europe sent a clear message to the EU that access to water is a human right. We did not choose this directive to respond to the demands of this petition, it was the Commission that came forward with this mediocre response. But what is more disappointing is that the European Parliament, which supposedly represents the people across the EU, is utterly failing those who signed that petition. In a shameful process of negotiations, Parliament has significantly weakened the provisions on access to water in this directive and this is an affront to the Right2Water petition and the petition procedure itself, which is the only channel for the people to directly voice their concern to the EU.

I was the rapporteur of the Right to Water Report that was approved by this Parliament in 2015. We endorsed the demands of the Right2Water petition and called for this human right to be enshrined in EU law. The European Economic and Social Committee also endorsed the petition's commands. Now here we are, as the only directly elected EU institution, failing the nearly two million people who fought for this EU petition. You are treating ...

(The President cut off the speaker by mistake, then allowed Ms Boylan to continue)

There are two million people who want the human right to water to be enshrined in law and this speech is for them. I am elected by those people to represent their views. That is why other like-minded MEPs have submitted their alternative amendments and we will be bringing them tomorrow, and I hope that people will join the Right to Water outside Parliament at half nine in the morning as well.

Die Präsidentin. – Ich möchte mich noch einmal entschuldigen, dass ich diesen Fehler gemacht habe. Es war keine Böswilligkeit; bitte glauben Sie mir!

Eleonora Evi, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, il voto sulla direttiva *drinking water* ci offre un'opportunità unica per difendere il diritto all'acqua. L'accesso a un'acqua potabile che sia pulita e sicura per tutti va garantito senza distinzioni e non solo blandamente promosso come si sta tentando di fare con questa revisione del Parlamento europeo.

Noi del Movimento 5 Stelle abbiamo da sempre portato questa battaglia dentro le istituzioni, lo stiamo facendo anche in Italia per promuovere l'acqua pubblica come bene comune. Per questo abbiamo apprezzato la decisione della Commissione europea di rispondere finalmente all'iniziativa dei cittadini europei *Right2Water* e di farlo per la prima volta attraverso una proposta legislativa. Io vorrei che questo sia esattamente il percorso da intraprendere per tutte le prossime ICE.

Collegli, domani difendiamo la salute di tutti. Non dimentichiamoci e non dimenticatevi degli 85 000 veneti che sono sottoposti a sorveglianza sanitaria per via della contaminazione del secondo acquifero più grande d'Europa causata dagli PFAS, sostanze che sono tossiche e che non dovrebbero mai trovarsi nel sangue di nessuno e che domani possiamo regolamentare...

(La Presidente interrompe l'oratrice.)

Franz Obermayr, *im Namen der ENF-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Sauberes Trinkwasser ist ein Menschenrecht, und das ist richtig und gut so. Der Kommissionsvorschlag schießt allerdings über das Ziel hinaus. Ich möchte das wie folgt erläutern: In meinem Heimatland Österreich entspricht das Trinkwasser den höchsten Qualitätsstandards. Der nun geforderte Umfang an Proben, an Untersuchungen, würde für zwei Drittel der österreichischen Wasserversorger, vor allen Dingen für die kleinen Anbieter, das Siebzigfache der Kosten bedeuten. Laut einer Studie der Universität für Bodenkultur Wien würde der Kommissionsvorschlag zu einer durchschnittlichen Erhöhung der Kosten von derzeit 250 Euro auf 18 00 Euro führen.

Die Kommission wäre also gut beraten, sich an *Best-practice*-Beispielen zu orientieren, denn schließlich schaffen es österreichische Wasserversorger mit Durchschnittskosten von 250 Euro, höchste Qualitätsstandards anzubieten. Ich lehne daher den Kommissionsvorschlag in dieser Form ab. Er würde letztlich nur die kleinen Wassergenossenschaften bedrohen, den großen Wassergenossenschaften helfen und letztlich den Konsumenten nur höhere Preise bringen.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI). – Κυρία Πρόεδρε, τόσο η Επιτροπή όσο και ο Παγκόσμιος Οργανισμός Υγείας στις οδηγίες τους, τιμολογούν το νερό με βάση το κόστος και την αρχή «ο ρυπαίνων πληρώνει». Και ως φορείς ύδρευσης προβλέπονται ιδιώτες και τοπικές διοικήσεις, δηλαδή βούτυρο στο ψωμί στα σχέδια της κυβέρνησης ΣΥΡΙΖΑ-ΑΝΕΛ για ιδιωτικοποιήσεις ΕΥΔΑΠ και ΕΥΑΘ και την πλήρη εμπορευματοποίηση του νερού. Τα δε όρια των τιμών που προτείνονται κάθε φορά, οι εξαίρεσεις χημικών ουσιών, οι παρεκκλίσεις από τις λίστες επικινδυνότητας, οι μειώσεις σε βάθος δεκαετίας, συνδέονται με μεγάλα επιχειρηματικά συμφέροντα και ανταγωνισμούς.

Οι εργαζόμενοι θα πρέπει να παλέψουν ενάντια στη στρατηγική Ευρωπαϊκής Ένωσης και κυβερνήσεων, της εμπορευματοποίησης, της απελευθέρωσης, που στο όνομα της κερδοφορίας υποβαθμίζουν την ποιότητα του νερού, επιβαρύνοντας τη λαϊκή οικογένεια, ενισχύοντας την εκμετάλλευση των εργαζομένων στον κλάδο.

Απαιτούμε καμία μορφή άμεσης ή έμμεσης ιδιωτικοποίησης, νερό δημόσιο, δωρεάν φυσικό αγαθό, απαλλαγμένο από εμπορική χρήση που προϋποθέτει έναν ριζικά διαφορετικό δρόμο ανάπτυξης, νερό φθινό και ποιοτικό για όλο το λαό, καμία διακοπή νερού στα φτωχά λαϊκά στρώματα.

Pilar Ayuso (PPE). – Señora presidenta, hace dieciocho años aprobamos la Directiva Marco del agua y, desde entonces, los Estados miembros han aplicado las normas de la Unión Europea con bastante acierto.

En el caso de las aguas de consumo, necesitamos nuevos parámetros de calidad para actualizar y mejorar la legislación actual; además, los avances técnicos nos permiten mejores controles que conviene implantar en beneficio de la salud pública de los consumidores.

También pueden y deben mejorarse las condiciones de acceso por parte de los ciudadanos al suministro de agua, y hay que contribuir a la economía circular mediante la reducción de pérdidas en las instalaciones.

Quiero felicitar al ponente, mi colega, el señor Dantin, porque el trabajo realizado en este informe es complejo y, además, muy sensible.

En relación con el voto, es necesario hacer hincapié en la eficiencia de las medidas que han de tomarse: unas obligaciones redundantes o excesivas no harán sino aumentar el precio para los ciudadanos y complicar mucho la tarea a los suministradores pequeños, a los que suministran a las zonas aisladas y a los que tienen problemas específicos. El principio de integración de costes de la Directiva Marco del agua nos obliga a ser especialmente cuidadosos a la hora de establecer nuevos parámetros o frecuencias de muestreo.

Los ciudadanos nos agradecerán que seamos capaces de aunar las mejoras de la calidad del agua con la contención de las tarifas de suministro en un sector que ya funciona a nivel muy bueno.

Damiano Zoffoli (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la revisione della direttiva è nata dall'iniziativa di oltre un milione e 800 mila cittadini europei che hanno richiesto che sia garantito il diritto all'accesso universale all'acqua potabile: un diritto, un diritto umano da garantire, non solamente da promuovere.

Vogliamo inoltre difendere un primo ma importante risultato ottenuto relativamente ai PFAS, forte interferenti endocrini. Un gravissimo caso di inquinamento da queste sostanze ha avuto luogo nella regione Veneto: quasi 200 000 cittadini hanno ora un livello di queste sostanze nel sangue centinaia di volte superiore alla norma. La Commissione ha introdotto per la prima volta dei limiti a livello europeo, da noi ritenuti troppo alti. Grazie al compromesso da noi proposto in commissione ENVI il limite totale è stato ridotto del 40 %.

Ci auguriamo ora che anche il governo italiano in sede di Consiglio europeo si adoperi per migliorare quanto già ottenuto e arrivare a limiti quasi zero che io sostengo. La direttiva del resto prevede che i singoli Stati membri possono fissare limiti più bassi.

Eleonora Forenza (GUE/NGL). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, oggi discutiamo di accesso per tutte e per tutti all'acqua potabile, anche in virtù dell'iniziativa dei cittadini europei *Right2Water*.

Io mi auguro che il testo che va in votazione domani modifichi fortemente l'articolo 13, che non si limiti a semplici inviti ma stabilisca dei parametri di qualità per accesso e qualità dell'acqua.

Oggi siamo qui a sostenere anche le ragioni delle mamme «NO PFAS» della regione Veneto, mamme per cui l'acqua da fonte di vita si è trasformata in fonte di morte. Per questo chiediamo che venga settato a zero il livello di tolleranza per la presenza di tali sostanze nell'acqua. Non si può accettare la logica che pone la profittabilità economica sopra la salute delle persone. La normativa europea ci obbliga a far prevalere il principio di precauzione.

Queste sostanze e tutti i loro derivati devono essere vietati. Dato che non possono applaudire dalla platea, applaudo io loro da qui.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κυρία Πρόεδρε, το νερό είναι αδιαμφισβήτητο το πολυτιμότερο αγαθό στον πλανήτη. Χωρίς αυτό δεν υπάρχει ζωή. Η ποιότητα του νερού είναι όμως το ζητούμενο. Με τη μόλυνση του περιβάλλοντος από τη βιομηχανία και την ανεξέλεγκτη χρήση φυτοφαρμάκων, είναι γεγονός πως ο υδροφόρος ορίζοντας σε πολλές χώρες της Ένωσης έχει επιβαρυνθεί με ουσίες που καθιστούν το νερό επικίνδυνο.

Η πρόσβαση σε πόσιμο νερό καλής ποιότητας παραμένει σημαντικό θέμα για τους ευρωπαίους πολίτες, το οποίο επηρεάζει την καθημερινή τους ζωή, την υγεία και τις δραστηριότητές τους. Τα κράτη μέλη πρωτίστως είναι υπεύθυνα για την τήρηση των προτύπων ποιότητας του νερού, έτσι ώστε οι πολίτες να έχουν πρόσβαση σε πόσιμο νερό όχι απλά καλής αλλά υψηλής ποιότητας. Πρέπει να δοθεί ιδιαίτερη προσοχή στην τιμή του νερού και να αποφευχθεί η κερδοσκοπία. Δεν θεωρώ ότι η παρούσα αναθεώρηση έχει να προσφέρει τίποτα περισσότερο στα πρότυπα ποιότητας του νερού για ανθρώπινη κατανάλωση, εκτός από το ότι θα πρέπει να προσαρμόσει τις παραμετρικές τιμές που έχουν θεσπιστεί στα πιο πρόσφατα επιστημονικά δεδομένα. Καθαρό και υγιεινό νερό, λοιπόν, για όλους τους πολίτες, ενίσχυση της διαφάνειας και της πρόσβασης των καταναλωτών σε πληροφορίες και ενημέρωση σχετικά με την ποιότητα του νερού που καταναλώνουν.

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

Lukas Mandl (PPE). – Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zwei Millionen Unionsbürgerinnen und -bürger haben keinen Zugang zu sauberem Wasser. Das geht mir zu Herzen: Das sind Frauen, das sind Kinder, das sind Menschen in Haushalten, die diesen Zugang in Zukunft bekommen sollen. Ich finde es daher richtig, dass die Europäische Kommission die europäische Bürgerinitiative „Right to Water“ (Recht auf Wasser) aufgegriffen hat und einen Vorschlag gemacht hat. Im Detail war der Vorschlag aber aus meiner Sicht und aus unserer Sicht zu zentralistisch und zu bürokratisch und nicht Richtung Zielerreichung gerichtet.

Ich freue mich daher, dass mit harter Arbeit hier im Parlament, vor allem unter der Führung des Berichterstatters Michel Dantin, vieles gelungen ist. Das Parlament hat sich gewissermaßen wie eine Kläranlage für das, was aus der Kommission gekommen ist, betätigt. Das Gute ist weitergegangen, im Ausschuss konnten wir aber auch vieles verbessern, viel Gutes beimengen und vieles, das aus unserer Sicht nicht gut war, auch weglassen.

Ich danke daher dem Berichterstatter dafür, dass das so möglich war. In den parlamentarischen Prozess haben sich auch mehrere Landtage meines Heimatlandes und der Bundesrat des österreichischen Parlaments eingebracht.

Merci beaucoup, Monsieur le Rapporteur Michel Dantin.

Gleichzeitig muss ich aber sagen, was aus dem Ausschuss gekommen ist, ist noch nicht genug. Es gibt noch immer eine Verzweifachung – eine Verdoppelung – der Kosten für Qualitätskontrollen im Bericht, weshalb wir diesem Bericht so nicht zustimmen können.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D). – Señor presidente, señorías, mañana es un día importante en este Parlamento. Por primera vez, una iniciativa ciudadana llega en forma de propuesta legislativa por parte de la Comisión. Y viene a pedirnos que legislemos respecto a un bien básico como es el agua.

Nos pide que adaptemos la calidad de la misma a los conocimientos que hoy tenemos y que eliminemos los perturbadores endocrinos, entre otras sustancias perjudiciales para la salud. Nos pide que colaboremos en la mitigación del cambio climático y que hagamos un mayor uso de ella de forma directa y eliminemos plásticos innecesarios. Pero, sobre todo, nos pide que garanticemos el acceso universal a la salud. A día de hoy, el 11 % de la ciudadanía europea no tiene acceso a agua potable de calidad.

Lo pide la ciudadanía europea —más de dos millones de ciudadanos y ciudadanas—, lo piden de forma reiterada las Naciones Unidas en diferentes resoluciones, y mañana el Parlamento Europeo no puede estar por debajo de estas pretensiones ni dar la espalda a la ciudadanía europea. Y por ello tiene que aprobar las enmiendas que al respecto se presentarán mañana.

Por lo tanto, estemos a la altura de esta ambición básica que tiene la ciudadanía europea.

Giovanni La Via (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor commissario Vella, un primo ringraziamento va alla collega Dantin per il prezioso lavoro svolto dando seguito all'Iniziativa dei cittadini europei *Right2Water* con cui si è chiesto alla Commissione di garantire che un bene essenziale come l'acqua potesse sgorgare dai rubinetti e potesse essere di una qualità adeguata per tutti i consumatori e i cittadini europei.

Vogliamo rafforzare la fiducia dei consumatori e incoraggiare l'uso dell'acqua che esce dai nostri rubinetti, ma nel fissare i parametri che aumentino la qualità dell'acqua dobbiamo stare attenti a non esagerare e a non rendere il consumo della stessa impossibile in alcune aree europee.

Questa è una cosa che rischia di accadere nel territorio della mia regione, sotto il vulcano Etna, dove i terreni vulcanici sono ricchi di boro e il parametro del boro previsto dalla proposta della Commissione di un milligrammo per litro è un parametro molto basso. La stessa EFSA raccomanda un parametro più alto nei confronti delle categorie più suscettibili dei consumatori; l'Organizzazione mondiale della sanità ha un parametro di 2,4 volte più alto.

Per questo abbiamo presentato un emendamento che possa consentire l'utilizzo dell'acqua anche nelle nostre regioni e per questo vi invito a votare l'emendamento 180.

Concordo con l'idea di rendere più severi i controlli, di garantire i consumatori, ma non dobbiamo andare al di là di quello che anche il principio di precauzione ci richiede.

Der Präsident. – Wir haben doppelt so viele Wortmeldungen, wie wir vorgesehen haben, wie wir verarbeiten können. Deshalb gedenke ich nur diejenigen Redner zu nehmen, die heute bisher noch in keinem Verfahren der spontanen Wortmeldungen gesprochen haben.

Spontane Wortmeldungen

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já v rámci své jedné minuty bych chtěl pouze poukázat na některé důležité pojmy, které jsou spojeny s touto zprávou, s touto legislativou. Za prvé je to dostupnost – bude-li voda skutečně dostupná pro všechny občany –, a zabránit spekulacím s dostupností této vody. Za druhé je to kvalita, nejde pouze o čistou vodu, ale jde také samozřejmě o vodu, která je prostá např. endokrinních disruptorů. Nebo např. i otázka mikroplastů. Za další je to udržitelnost, schopnost dodávat tuto dostupnou vodu právě občanům, ale udržitelnost i celého systému. To znamená, aby ten systém byl schopen reagovat na nové technologie, a zároveň, aby dostupná voda dramaticky nezvyšovala náklady domácností. Za další je to transparentnost, tzn. předvídatelnost systému dodávek této vody a předvídatelnost kvality vody jako takové. Poslední pro mě je projekt partnerství, tzn. partnerství s obcemi a městy. Chtěl bych zároveň poukázat, že v České republice máme např. mnoho občanů, kteří ještě bohužel nemají dostupnou vodu. Patří k těm 11 % evropské populace.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedavajući, pitka voda kao ljudsko pravo doista zvuči odgovorno i plemenito. Ali, potrebni su nam značajni resursi i kvalitetan zakonodavni okvir kako bismo to osigurali. Cilj je ove Direktive zaštita zdravlja ljudi od negativnih učinaka zagađenja vode i poticanje univerzalnog pristupa vodi namijenjenoj ljudskoj potrošnji te je, u tom smislu, ona korak u pravom smjeru. Jamstvo univerzalnog pristupa zahtijeva da istovremeno budu ispunjeni uvjeti za distribucije kvalitetne vode.

Pozdravljam zalaganje za načelo supsidijarnosti i priznanje nadležnosti državama članicama u primjeni minimalnih zahtjeva kvalitete. Države članice ovim prijedlogom dobivaju veću slobodu, ali i odgovornost pri procjeni rizika za ljudsko zdravlje. Važno je da se sve članice drže dogovorenoga kako bi građani Europe doista imali osiguran pristup kvalitetnoj vodi.

Linnéa Engström (Verts/ALE). – Herr talman! I dag diskuterar vi allas rätt till rent vatten. Utan vatten inget liv. Men hur behandlar vi egentligen vår viktigaste tillgång, vårt dricksvatten? Riktig säkerhet handlar om tillgång till rent vatten, ren luft och mat fri från gifter. Ändå tillåter vi starka intressen att förgifta vårt dricksvatten. I norra Europas största dricksvattentäkt Vättern övar vårt försvar prickskytte. Det innebär att stora kvantiteter giftigt avfall i form av ammunition försvinner rakt ner i det vatten som faktiskt försörjer mer än en kvarts miljon människor med dricksvatten. Klimatförändringarna gör också att fler européer troligtvis kommer att vilja ta sitt vatten från denna dricksvattentäkt, Vättern.

Det är dags att prioritera dricksvatten som en av de viktigaste säkerhetsfrågorna. Vätterns vatten bör bli en riksangelägenhet. Under de närmaste åren måste vi investera stort i våra vattenreningsanläggningar så att läkemedelsrester, mikroplast och andra gifter och kemikalier renas bort.

Kateřina Konečná (GUE/NGL). – Pane předsedající, vážené kolegyně, vážení kolegové, právo na vodu a hygienu bylo před osmi lety na půdě OSN uznáno jako lidské právo. V této souvislosti nesmíme zapomenout na to, že členské státy jsou povinny zavést akční plány zaměřené na zajištění univerzálního a rovného přístupu k bezpečné a dostupné pitné vodě pro všechny do roku 2030. Jak to ovšem chceme dokázat, když jsme svědky nedostatečných investic do údržby a obnovy vodohospodářské infrastruktury? Jak chce stát zajistit, že přístup k čisté pitné vodě nebude omezen z důvodu cenové nedostupnosti, když vodohospodářství neustále hrozí privatizace a v řadě států už je zprivatizováno? Jak chceme občanům zajistit zdraví neškodnou vodu, pokud Komise nepředloží aktualizovanou strategii EU v oblasti endokrinních disruptorů? Pokud chceme občanům dokázat, že prioritou jsou pro nás jejich oblasti zájmu, musíme začít od základu. Ten základ je pro mě voda, tedy musíme začít u práva na pitnou vodu.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, οι ανάγκες προσβάσεως σε υψηλής ποιότητας πόσιμο νερό αποτελεί ζωτική ανάγκη και δικαίωμα κάθε ανθρώπου για να μπορέσει να επιβιώσει. Στη σημερινή εποχή, η ικανοποίηση αυτής της ανάγκης έχει ιδιαίτερη σημασία διότι πρέπει να αντιμετωπίσουμε τις συνέπειες της κλιματικής αλλαγής, αλλά παράλληλα και τη μόλυνση του υδροφόρου ορίζοντα και των πηγών του ύδατος από τα απόβλητα των βιομηχανιών.

Για να μπορέσουν να αντιμετωπιστούν όλα αυτά τα προβλήματα, θα πρέπει ο έλεγχος και η διαχείριση των πηγών ύδατος να γίνεται από τις αρμόδιες υπηρεσίες των κρατών, διότι αυτές έχουν τη δυνατότητα και να προστατεύουν τις πηγές αλλά και κυρίως να λάβουν μέτρα ούτως ώστε να μη μολύνονται αυτές. Επίσης, το κράτος έχει τη δυνατότητα να εξασφαλίσει φθινό νερό και πρόσβαση όλων των κοινωνικών τάξεων της χώρας σε αυτό και να μην αφήσει να ελέγχονται από τις ιδιωτικές εταιρείες.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Torej, evropsko državljansko pobudo Pravica do vode je podpisalo skoraj 1,9 milijona evropskih državljanov, ki so zahtevali, da se tudi v evropski zakonodaji prizna univerzalen dostop do vode.

Ampak ne kakršne koli vode, pač pa čiste vode, brez mikroplastike, brez hormonskih motilcev, brez drugih škodljivih snovi v vodi. Zato seveda je potreben tudi ustrezen monitoring.

Ampak ta predlog, ki ga bomo jutri obravnavali, v določenem delu ni dovolj ambiciozen in ne zagotavlja kot obveznost ta univerzalni dostop do čiste vode. Zato moramo jutri vztrajati na ohranitvi močnih določb.

Naj vam seveda bo za vzpodbudo tudi to, kar imamo v moji državi, Republiki Sloveniji, to pa je, da smo v našo ustavo vpisali pravico do čiste pitne vode kot človekovo pravico in to je lahko dober primer tudi za ta parlament.

(Ende der spontanen Wortmeldungen)

Karmenu Vella, Member of the Commission. – Mr President, I very much welcome the messages from the Parliament confirming that everybody agrees that the EU should respond and act in the interest of our citizens and that everybody supports the Sustainable Development Goal 6 and better access to water.

I am hoping to see this reflected in the results of the vote tomorrow so that Parliament comes to trilogues with an ambitious position when it comes to health protection and access to water. As you know, this proposal has been highlighted by President Juncker in his letter of intent to President Tajani and Chancellor Kurz as a key initiative for adoption before the European elections next year, contributing to the first priority of the agenda for jobs growth, fairness and democratic change agreed in July 2014.

I would like to reiterate that the Commission stands ready to help the co-legislators reach an agreement that will support the objectives we all share and will ensure that our citizens benefit from the highest health protection for decades to come.

I wish you success for the vote tomorrow and thank you once again for your commitment to this fight.

Michel Dantin, rapporteur. – Monsieur le Président, je voudrais remercier chacun de ceux qui sont intervenus dans ce débat et apporter quelques éléments de réflexion.

Je ne sais si nous représentons un million, deux millions ou 500 millions de nos concitoyens, mais ce dont je suis sûr, c'est que l'immense majorité des citoyens européens nous réclament un accès à l'eau pour tous, qui passe par une maîtrise des coûts, par une maîtrise des dépenses, pour permettre en effet à chacun de consommer autant d'eau, et d'eau de bonne qualité, qu'il le souhaite.

Bon nombre d'observations ont été faites sur les données chimiques. Je ne voudrais pas qu'on se lance dans une espèce de course à l'échalote. La science, c'est la science. Or, aujourd'hui, il n'y a pas de norme de mesure harmonisée concernant, par exemple, les microplastiques. La proposition qui vous est soumise l'introduit.

Nous savons que les perturbateurs endocriniens ont une influence dans l'environnement. L'OMS nous dit qu'aujourd'hui, elle n'est pas en mesure d'en mesurer l'impact exact sur la santé, raison pour laquelle nous avons proposé la mise en place d'un suivi fin, en attendant l'évolution de la connaissance.

Je pense que la santé de nos concitoyens n'appartient pas aux uns ou aux autres. La santé de nos concitoyens est notre responsabilité collective et elle ne mérite ni surenchère, ni rabais. C'est le sens de notre combat commun. La qualité de l'eau est un des premiers éléments de la santé publique en Europe. Avoir un excellent niveau de qualité de l'eau pour le plus grand nombre, et à l'horizon le plus court possible, pour tous, c'est l'assurance d'une bonne santé pour nos concitoyens.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Dienstag, 23. Oktober 2018, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162)

Nicola Caputo (S&D), per iscritto. – La direttiva sull'acqua potabile rappresenta uno dei pilastri normativi europei nel settore dell'acqua. Introdotta alla fine degli anni Ottanta, necessita – dopo oltre 20 anni – di una revisione finalizzata ad allineare gli standard di qualità dell'acqua potabile ai dati scientifici più aggiornati e ad adeguare il quadro legislativo per rispondere meglio alle nuove sfide, quali i cambiamenti climatici e la transizione verso un'economia circolare. È la prima volta che la legislazione europea si è fatta carico delle richieste di una iniziativa dei cittadini europei, che in realtà si spingevano anche al di là della posizione raggiunta in commissione ENVI. Per questo motivo, ho appoggiato la presentazione di alcuni emendamenti volti a sostenere l'obiettivo di fornire l'accesso universale all'acqua. Gli Stati Membri devono adottare tutti i provvedimenti indispensabili per assicurare l'accesso universale all'acqua, che io ritengo un diritto fondamentale. La revisione della Direttiva sull'Acqua Potabile è un'ottima occasione per inserire finalmente questo diritto nella legislazione e per dimostrare che l'Unione europea è in grado di incidere su temi concreti della vita quotidiana dei cittadini europei. Condivido e appoggio tutti gli emendamenti volti a ridurre o eliminare i livelli di PFAS nell'acqua potabile.

17. Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Frédérique Ries im Namen des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit über den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt (COM(2018)0340 – C8-0218/2018 – 2018/0172(COD)) (A8-0317/2018).

Frédérique Ries, rapporteure. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire Vella, chers collègues, cela commence comme une belle histoire. Au milieu des années 50, le plastique, inventé un siècle plus tôt, a été une révolution. Une invention qui a tout changé, il faut le dire, qui a changé les produits, qui a changé les quantités et qui a changé surtout nos comportements, avec l'avènement du tout-jetable.

Aujourd'hui, cette histoire est en train de tourner au cauchemar: 8 milliards de tonnes produites en moins de 65 ans pour 6 milliards de tonnes de déchets. Les chiffres donnent le tournis: plus de 400 000 tonnes par an pour l'Europe seulement.

Partout, les océans sont devenus notre ultime poubelle et ils en meurent. Les images tournent en boucle sur tous les médias: nos plages défigurées par les déchets, les cormorans étouffés par des sacs plastiques, les tortues de mer dont l'estomac est colonisé par des morceaux de plastique ... Ces images sont insupportables.

La Commission propose donc de couvrir les dix objets en plastique jetables que l'on trouve le plus souvent sur nos plages, plus le matériel de pêche, ce qui représente ensemble 70 % des déchets marins. Et les 51 députés de la commission de l'environnement, de la santé publique et de la sécurité alimentaire qui ont soutenu mon rapport lors du vote, visent un objectif réaliste – je tiens à le souligner – qui est d'interdire ce plastique à usage unique lorsqu'une alternative durable existe, comme le papier, le bambou, le verre, l'amidon de maïs, etc. Dans un même temps, cela permettra de stimuler l'innovation et de créer de l'emploi en Europe. La Commission va jusqu'à parler de 50 000 emplois. Il s'agit également de mettre en place une série de mesures progressives, une obligation, notamment pour les producteurs, de prendre leurs responsabilités, l'étiquetage de certains produits difficiles à recycler, des campagnes de sensibilisation et, bien sûr, des mesures ambitieuses de réduction de la consommation de certains articles.

En tant que rapporteure, j'ai souhaité, avec les rapporteurs fictifs, que je ne vais pas tous nommer ici mais que je tiens à remercier très sincèrement pour l'excellence de notre coopération, nous souhaitons donc relever le niveau d'ambition de la proposition de la Commission.

À cet effet, nous avons ajouté trois produits à la liste originale des interdictions – celle-ci est connue – les cotons tiges, les pailles, les assiettes, les couverts, les touillettes. Nous ajoutons, en l'occurrence, les emballages en polystyrène expansé, que l'on trouve notamment dans la restauration rapide, les sacs oxodégradables, qui se fragmentent sous l'effet de la lumière et participent donc à la pollution marine, ainsi que les sacs ultralégers, c'est-à-dire ces sacs de moins de 15 microns, tout en maintenant une dérogation essentiellement pour des raisons d'hygiène. Et je ferai une petite observation à ce sujet: je n'ai clairement pas la même ligne de lecture que certains collègues qui, à coup de suppressions, de dérogations, s'attaquent au cœur même de notre texte et tentent de sauver les assiettes ou les couverts fabriqués dans le sud de l'Italie, ou les ballons allemands. Je tiens à préciser que le texte ne prévoit en aucun cas d'interdire les ballons et de s'attaquer, comme je l'ai lu aujourd'hui encore, au plaisir des enfants. Ce type d'argument, c'est de l'eurosepticisme. Cela ne figure pas dans le texte et j'y reviens, à ce texte. Là où nous n'avons pas interdit, nous proposons un cadre juridique robuste, un calendrier pour réduire la consommation des récipients alimentaires et des gobelets; le PPE dépose ici un amendement de plénière pour réduire immédiatement de 25 % la consommation de ces deux produits, auquel je souscris pleinement. Le signal envoyé aux États membres est le bon.

Je suis opposée en revanche à l'amendement 122 qui exempte les PME complètement jusqu'en 2023 et ouvre la voie, c'est une évidence, à tous les abus et aux optimisations légales.

En ce qui concerne les bouteilles en plastique, nous ajoutons, à l'objectif de collecte séparée de 90 %, un objectif de collecte de contenus recyclés de 35 % pour 2025, certains champions du secteur y sont déjà. Pour les dispositifs de pêches, les filets, les cordes, etc., qui sont responsables de 27 % de la pollution marine, c'est une priorité. Je renforce le texte de la Commission en m'inspirant des meilleures pratiques qui nous viennent de Norvège et d'Islande, des experts, s'il en est.

La Commission de l'environnement, de la santé publique et de la sécurité alimentaire m'a également suivie dans ma volonté de tenir compte ici de la lutte contre les dégâts environnementaux du tabac. Je vise bien évidemment les filtres en plastique des cigarettes, c'est de l'acétate de cellulose. Un objectif de réduction ambitieux: moins 50 % d'ici 2025, moins 80 % d'ici 2030, et nous confirmons enfin la responsabilité des producteurs en vertu du principe pollueur-payeur.

Je conclus, Monsieur le Président, les citoyens attendent de nous que mercredi nous adoptions la législation la plus ambitieuse qui soit contre les plastiques à usage unique. C'est maintenant, chers collègues, et c'est à nous qu'il appartient de faire ce choix pour l'environnement, pour les générations qui nous suivent et aussi pour ces millions, ces dizaines de millions d'Européens qui sont mobilisés, qui nous observent et qui sont prêts à consommer autrement.

Karmenu Vella, *Member of the Commission*. – Mr President, I wish to thank the rapporteur, Ms Ries, and all the shadow rapporteurs for proceeding with this report very quickly and with a lot of ambition. Urgency and ambition are indeed necessary because we are facing a huge environmental challenge. Plastic parts are found in sea turtles, seals, birds, whales and fish. They enter the food chain, harm the environment and pose a threat to human health.

We have all heard the estimate that there will be more plastic than fish in the ocean by 2050. Every minute, the equivalent of one garbage truck filled with plastic is being dumped into the ocean. Due to the increase in consumption and production, this number is projected to rise substantially. Thankfully, although these quantities of plastic and their impact on the marine environment are shocking, just 10 single-use items, along with abandoned and lost fishing gear, represent a great majority of the source of the problem and that is about 70% in all.

That allowed the Commission, in the directive we tabled in May, to focus directly on the cause of the problem. In the plastics strategy, we made it clear that we do not demonise plastic – it is an adaptable and useful material – but we promised to table a proposal that would tackle marine litter effectively in response to mounting scientific evidence and mounting public outcry.

The directive aims at banning certain single-use plastic products where alternatives are readily available and affordable, as is the case for cotton bud sticks, balloon sticks, cutlery, plates, straws and stirrers. Where there is no real alternative material to plastic, the directive's goal is to significantly reduce the use. This will apply to cups and lids, food containers and very light carrier bags. The directive also proposes obligations for producers of tobacco product filters, drink bottles, crisp packets, wet wipes, drink cups and lids, food containers, balloons and very lightweight carrier bags to help cover the costs of waste management and clean-up.

We propose a 90% separate collection rate for single-use plastic bottles by 2025. This will positively influence the quality of collected material, making recycling more profitable and making cheaper and better quality recycled plastic available for new products. Clear and standardised labelling will be required on sanitary towels, wet wipes and balloons, as they get into our seas and oceans because people do not know how to dispose of them or they are unaware of the negative impact of the products.

Fishing gear represents around 27% of all beach litter. Here, producers will be required to cover the costs of fishing-gear-related waste collection from port reception facilities, its transport and treatment.

Some of the amendments tabled recently in this House could very significantly reduce the scope of the directive and jeopardise the achievement of its objective. This would not be to the benefit of our citizens. I hope that on Wednesday this Parliament will give a strong mandate to Ms Ries which will include no further derogations.

As highlighted by President Juncker in his State of the Union speech 'citizens have high expectations for this initiative and we, as European institutions, have to meet those expectations.' This is why I am looking forward to starting negotiations in order to ensure a first-reading agreement during the Austrian Presidency so that this legislation can make a real difference on the ground as soon as possible.

Bronis Ropė, *Žemės ūkio komiteto nuomonės referentas*. – Gerb. pirmininke, gerbiamas komisare, kolegos. Naudodamasis proga, noriu padėkoti Europos Komisijai pateikus gana ambicingą pasiūlymą. Mums reikia tvirto teisinio pagrindo imantis veiksmų dėl plastiko taršos mažinimo. Kaip Žemės ūkio ir kaimo plėtros komiteto atsakingas nuomonės pranešėjas noriu akcentuoti, kad, siekiant užtikrinti ženklesnį plastiko vartojimo sumažinimą, turime didesnę dėmesį skirti ir plastiko taršai žemės ūkyje, net jei šis taršos poveikis vandens aplinkai yra netiesioginis. Todėl direktyvoje turime nusibrėžti tikslus, susijusius su mikroplastiko taršos dirvožemyje mažinimu, turime imtis papildomų atsargumo priemonių dėl nuolaidų biologiškai skaidaus plastiko vartojimui. Taip pat privalome rūpintis, kad direktyvoje numatytų tikslų įgyvendinimas netaptų našta mūsų įmonėms, ūkininkams, vartotojams. Galiausiai, norėdami užtikrinti, kad mūsų siekiai netaptų tik deklaracijomis, turime pasiekti, kad visos valstybės narės užsibrėžtų konkrečius vienkartinio plastiko produktų vartojimo sumažinimo tikslus.

Ricardo Serrão Santos, *Relator da Comissão PECH*. – Senhor Presidente, caro Comissário e prezado amigo, o plástico é uma das grandes inovações do século XX com impactos relevantes na economia e na vida quotidiana de todos nós.

Em contrapartida, tem impactos desastrosos no meio ambiente, na biodiversidade, na saúde dos ecossistemas e, por absurdo e contraditório que possa parecer, na qualidade da vida quotidiana. É lamentável o ponto a que deixámos expandir os plásticos e só agora começamos, de facto, a produzir instrumentos de governação para corrigir os erros da gestão dos últimos setenta anos.

Que nos sirva de aviso para não descurar a guarda e a precaução para a gestão e a governação quanto a inovações tecnológicas atuais e futuras.

As pescas são responsáveis por 27% dos plásticos de utilização única que ocorrem no mar. Por isso, é muito importante harmonizar esta proposta com a diretiva de receção de resíduos em zonas portuárias. A diretiva dos plásticos só peca pela demora e espero que quarta-feira se obtenha um documento ambicioso.

Karl-Heinz Florenz, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident! Herr Kommissar Vella! Vielen Dank, dass Sie uns den Bericht vorgelegt haben. Wir haben zwar ein bisschen darauf gewartet, aber jetzt war er da. Danke auch Ihnen, Frau Berichterstatterin Ries, Sie haben sehr ordentlich und zügig an diesem Bericht gearbeitet. Ich kann bestätigen, dass das für uns alle eine Freude war. Wir haben gehört, wie viele Hunderttausende von Tonnen Abfälle in den Meeren liegen. Wir wissen, wie viele hundert Millionen Euro an Verlust den Volkswirtschaften da entgehen, und deswegen sind die zehn oder mittlerweile zwölf Punkte, die wir da aufgeführt haben, genau richtig. Ich unterstütze das ausdrücklich.

Ich möchte aber ganz gern auf einen Punkt zu sprechen kommen, der mir sehr wichtig ist, weil ich in diesem Hause schon seit gut 25 Jahren Abfallberichte mache und ich die dumme Eigenart habe, mir in den letzten Jahren immer anzusehen, was denn eigentlich mit diesen Berichten passiert. Und da schmeckt einem das Frühstück manchmal morgens nicht, wenn man sieht, wie wenige Erfolge wir gehabt haben. Das kann man bestreiten, aber ich würde dann dagegenhalten.

Ich sage Ihnen eines: Es ist ganz wichtig, dass wir in diesem Bericht eine Kooperation mit der Industrie, mit den Recyclern und den Verbrauchern bekommen. Wenn die Industrie nicht endlich versteht, dass sie Kontakt mit den Recyclern aufnehmen muss, wie man denn ein Produkt entwickelt, das man nachher auch wieder auseinandernehmen kann, wenn dieses Bewusstsein nicht langsam, aber sicher Platz greift, werden wir die Recycling-Ziele nicht erreichen. Wenn wir sie aufschreiben, das reicht nicht. Wir müssen da Motivation entwickeln, wir müssen den Mittelstand dazu bringen.

Mir geht es überhaupt nicht darum, Kunststoff zu diskreditieren, überhaupt nicht, ganz im Gegenteil! Aber ich möchte, dass das, was die Produzenten zusammenfügen, auch letztendlich durch andere Industriezweige wieder getrennt wird und dann wiederverwertet werden kann. Herr Präsident, wenn wir das nicht machen, werden Ihre Enkel und meine Enkel eines Tages richtige Probleme mit der Beschaffung von Rohstoffen bekommen. Herr Kommissar, dass Sie daran arbeiten, war richtig und gut, vielen Dank!

Massimo Paolucci, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'Europa deve muoversi anche sulla plastica con grande ambizione. Il nostro coraggio e la nostra determinazione sono stati fondamentali per raggiungere l'accordo di Parigi e possono esserlo anche per la plastica monouso.

Nei giorni scorsi il Giappone, che a luglio al G7 non aveva firmato la Carta per la plastica negli oceani, ha annunciato prime e coraggiose misure per la riduzione del consumo. Ecco perché abbiamo fatto bene in commissione ENVI a rendere più ambiziosa la direttiva, lo abbiamo fatto in modo sostenibile e ragionevole.

Con il voto in Aula a Strasburgo possiamo fare cinque importanti passi in avanti: adottare misure utili per i nostri oceani; fare un importante passo in avanti per arginare un'insostenibile cultura dello scarto e dell'usa e getta; sostenere l'innovazione e la ricerca scientifica per creare nuova occupazione, sviluppando produzioni ecosostenibili; rafforzare la responsabilità estesa del produttore secondo il principio di «chi inquina paga»; dare più informazioni ai nostri cittadini; fare più riciclo.

Mark Demesmaeker, *namens de ECR-Fractie*. – Voorzitter, plastic is een waardevol materiaal, maar we springen er toch zo bijzonder slordig mee om. Wegwerpplastic belandt massaal in de natuur en het milieu, hierbuiten, langs de straatkant, in de berm, in de sloten en rivieren en tenslotte in onze zeeën, met de bekende plasticsoep tot gevolg. Inderdaad, als er geen actie komt, commissaris, zwemt er tegen 2050 meer plastic in onze zeeën dan vis.

Het roer moet dus om. We moeten voluit inzetten op een duurzaam en verantwoord beheer van plastic door de hele waardeketen heen. Daarover waren we het vorige maand met elkaar al eens geworden, toen we hier met een overweldigende meerderheid mijn initiatiefverslag goedkeurden. Deze week hebben we de kans om de daad bij het woord te voegen en dit voorstel goed te keuren.

En voor mij zijn de volgende drie punten essentieel: Eén, er komt een aanpak op maat. Niet alle producten worden over dezelfde kam geschoren. Twee, de producenten moeten meebetalen voor het opruimen van plastic zwerfafval, inclusief sigarettenpeuken. Drie, plastic drankflessen voor eenmalig gebruik moeten tegen 2025 35 % gerecycleerd plastic bevatten en moeten voor 90 % apart worden ingezameld.

Ik begrijp dat men eerst focust op die producten die het meest op onze Europese stranden worden teruggevonden, maar voor mij blijft een algemene strategie voor wegwerpproducten een noodzakelijke volgende stap. Er rest mij alleen nog collega Ries en de collega's schaduwrapporteurs van harte te bedanken. Het compromis dat we bereikt hebben is evenwichtig en ik zal het maximaal steunen.

Nils Torvalds, *ALDE-ryhmän puolesta*. – Arvoisa puhemies, joudumme ensin kysymään, että mitä me itse asiassa haluamme. Haluamme päästä eroon mikro- ja nanomuoveista, haluamme päästä eroon muovilautoista, jotka vellovat maailman merillä, haluamme päästä eroon muoviroksista, jotka pilaavat rantojamme kaikkialla maailmassa.

Muistan hyvin elävästi, kuten esittelijä Rieskin jo huomautti tässä alkuvaiheessa, löytöretkemme lapsuudessani Suomen saaristossa. Silloin löytyi erilaisia jännittäviä aarteita rannoilta. Ne olivat yleensä puulaatikoita, joista mielikuvituksen avulla mietittiin, että ovatko ne jonkun Robert Louis Stevensonin merirosvon jälkeensä jättämiä. Ne olivat hyödyllisiä puisia esineitä, ainakin nuorelle miehelle. Tänä päivänä, jos lähdän löytöretkelle lapsenlapseni kanssa, tällaisia jännittäviä ja mielenkiintoisia löytöjä ei ole meidän rannoillamme. On erilaisia aika inhottavia muoviesineitä, jotka eivät auta lasten mielikuvitusta.

Mutta samaan aikaan, kun katsomme mielihyvällä sitä, että komissio on lähtenyt liikkeelle tässä asiassa, tarvitsemme kokonaiskartoitusta siitä, minkälaisia muoveja me käytämme, missä ne ovat hyödyllisiä, missä ne ovat korvattavissa, missä ne eivät ole korvattavissa, missä ne ovat vahingollisia. Jo pelkästään tällaisella kokonaiskartoituksella pystymme tarttumaan järkevällä tavalla näihin kaikkiin haasteisiin.

Margrete Auken, *for Verts/ALE-Gruppen*. – Hr. formand! Kampen mod plastikforurening både i havet og i naturen er blevet en folkesag, og derfor er det vigtigt, at vi nu leverer noget ordentligt, så befolkningen – vores borgere – kan se, at vi gør noget rigtigt her. Derfor tak til Kommissionen for et godt forslag, der går efter den strategi, vi også havde i min plastikposelov, nemlig forebyggelse. Det er det vigtigste af alt: forebyggelse!

Også tak til Frédérique Ries for en glimrende betænkning, som er blevet yderligere forbedret. Jeg håber, den bliver vedtaget nogenlunde uændret. Så en lille bemærkning til især mine italienske kolleger, som åbenbart tror, at det er vigtigere at redde italiensk industri end naturen, og som tror, at man kan erstatte plastik med bioplast: Bioplast er ligeså forurenende i naturen, det nedbrydes ikke i havet, og det skal bruges med ligeså stor forsigtighed, som man bruger almindelig plastik.

Lynn Boylan, *on behalf of the GUE/NGL Group*. – Mr President, we've all been horrified by the images of plastics in our ocean and we're becoming more aware of the consequences of our throw-away economy. We are now in a position as legislators to put in place aggressively ambitious rules to stop this plastics crisis and not just replace them with biodegradables.

What's great is that the people are behind us on this one. This is a crucially important vote, and people are interested and they want a strong response. We need to get this directive right from the very start and lay out a firm framework, but we are setting ourselves up for failure with the current definition of single-use plastic. It must be rock solid, with no loopholes for industry to exploit. Also, Member States need to be able to be more ambitious than this directive. If they wish to forge ahead with more ambitious ideas, this directive should not hold them back. The efficiency of the Single Market cannot be prioritised over the environment. This is our chance. Let's be ambitious on plastics.

John Stuart Agnew, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, this proposed directive typifies why we need a Brexit. Our UK Environment Agency has published a life cycle assessment, which demonstrates that oxo-biodegradable plastic is superior to bio-plastic. This was reinforced by the Intertek report of 2012.

The EU has instigated its own technical study but want to rush legislation through before the findings are published. This indicates that the European Union are trying very hard to airbrush oxo-biodegradable plastic out of the discussion entirely. Why? Because this is being developed by a British company, whilst the competitor technology is in the hands of the Italian company Novamont, who have received direct support from the Italian Government, who in turn have made it mandatory for retailers to use Novamont's product. The Italian product will not fully degrade in the open air, whilst the British product does so. The Italian product cannot be recycled, whilst the British product can be, if required. The Italian process produces far more CO₂, indicating that more energy is required to manufacture it.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Frédérique Ries (ALDE), *question «carton bleu»*. – Monsieur le Président, je ne suis plus sûre, j'ai 30 secondes c'est ça? J'y vais rapidement alors.

Concernant les plastiques biodégradables, j'ai ici un rapport des Nations unies, dont le titre est: «Les plastiques biodégradables, une fausse solution à la pollution marine» – c'est une étude de l'ONU.

Les plastiques labélisés comme biodégradables ne se dégradent pas facilement ni rapidement dans les océans, la plupart des plastiques labélisés comme bio ne se décomposeront qu'à partir d'une certaine température, 50 degrés au moins, qui ne sera jamais atteinte dans les profondeurs d'un océan ...

(Le Président retire la parole à l'oratrice).

Der Präsident. – Frau Kollegin Ries, Sie sind schon eine ganze Weile im Parlament. Sie sollten wissen, dass die blaue Karte nicht dafür da ist, ein weiteres Statement abzugeben. Das war keine Frage an den Kollegen Agnew.

Herr Kollege Agnew, ich will Ihnen trotzdem Gelegenheit geben, zu antworten, wenn Sie möchten.

John Stuart Agnew (EFDD), *blue-card answer*. – Mr President, as you said, it wasn't a question, but I noticed that the speaker didn't use the word 'oxo-biodegradable' plastic. This is different to 'bioplastic', and this is where a lot of confusion has arisen.

Christelle Lechevalier, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, depuis les années 50, huit milliards de tonnes de plastique ont été produites et moins de 10 % ont été recyclées. Avec des délais allant du siècle au millénaire pour se dégrader, et une utilisation exponentielle dans nos sociétés, ces déchets plastiques sont omniprésents, en particulier dans nos océans et dans notre atmosphère. Avec le deuxième espace maritime mondial, la France est particulièrement touchée.

Le recyclage est nécessaire mais insuffisant, puisque la production de plastique recyclé impose d'introduire du plastique neuf, participant à l'augmentation permanente des déchets.

De même, certains plastiques dits «biodégradables» ne disparaissent pas. Le plastique se décompose en microparticules ou en perturbateurs endocriniens que l'on retrouve absolument partout. Eau, nourriture, mais également atmosphère, jouets, sols, mobiliers, maquillage, tout y passe. En bref des conséquences dramatiques sur la santé et surtout lors des premières étapes de la vie, où nos hormones jouent un rôle aussi important que les gènes dans le développement physiologique. Ici, les impacts peuvent s'avérer irréversibles pour nos enfants.

La seule solution consiste à limiter ces produits plastiques partout où des substituts existent puis interdire leur mise sur le marché, et nous devons enfin envisager la réduction de la consommation pour les autres.

La France et l'Europe doivent être à la pointe de cette transition.

Peter Liese (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben ein Riesenproblem mit Plastik im Meer. Deswegen ist es gut, dass die Europäische Kommission den Vorschlag vorgelegt hat, und es ist auch gut, dass der Unterausschuss ihn noch ein Stück angeschärft hat. Ich würde die Kolleginnen und Kollegen darum bitten, einen Änderungsantrag der EVP zu unterstützen, wo wir es noch mal ein bisschen klarer machen. Nach der Kommissionsvorlage gibt es zwar Reduktionsziele für einige Produkte, aber es ist nicht klar, wie hoch die sein sollen. Im schlimmsten Fall könnte ein Mitgliedstaat sagen: ein oder zwei Prozent. Und das ist ja wohl nicht die Lösung für das Problem. Deswegen muss da eine Mindestzahl rein. Darüber ist alles herzlich willkommen.

Ich darf Sie aber auch bitten, liebe Kolleginnen und Kollegen, zwei Änderungsanträge der EVP zu unterstützen, die ein Produkt aus dem Rechtsrahmen rausnehmen, nämlich die Luftballons. Ich glaube, wir tun uns einen Bärendienst, wenn wir da jetzt anfangen, das zu regulieren. Es könnte ein Symbol für Überbürokratisierung sein. Nach Science haben wir acht Millionen Tonnen Meeresverschmutzung durch Plastik pro Jahr, fünf Kilo davon kommen durch Luftballons aus der Europäischen Union. Ich glaube, emotional werden wir das nicht durchhalten. Im Wahlkreis von Karl-Heinz Florenz – so stand es heute in den deutschen Medien – hat ein kleiner Junge einen Luftballon steigen lassen, um seinem verstorbenen Großvater ein Bild zu schicken. Wollen wir dem das wirklich vermiesen? Wollen wir da Aufkleber oder sonstige Kennzeichnungen haben? Ich glaube, das machen wir nicht. Wir packen das Problem an, übertreiben es aber nicht.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Margrete Auken (Verts/ALE), Blåt-kort-spørgsmål. – Hr. formand! Der er to kommuner i Danmark, der har prøvet at forbyde luftballoner, der kommer flyvende fra England, fordi de bliver brugt som reklamer. De bæres ind med vestenvinden. Jeg ved godt, at kystområder ikke er den store plage i Tyskland, men der har altså været store områder i Danmark, hvor de kommer blæsende ind, og der kan man selvfølgelig sige, at producentansvaret allerede er tydeligt, fordi man kan se, at de er brugt til reklame. Men det er faktisk en belastning på disse kyststrande, og jeg kan ...

Der Präsident. – Vielen Dank, Frau Kollegin Auken! Auch Sie sind lange genug im Geschäft, um zu wissen, dass das keine Frage war. Zumindest anstandshalber hätte man fragen können. Herr Kollege Liese ist Ihnen bekannt.

Und im Übrigen sollte bekannt sein, dass ich bei den blauen Karten, wo es strenge Redezeit – dreißig Sekunden – gibt, gar nicht erst groß klopfe, sondern sofort das Wort entziehe.

Herr Kollege Liese, obwohl das keine Frage war, will ich Ihnen trotzdem Gelegenheit geben, zu reagieren.

Peter Liese (PPE), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Das Beispiel von Margrete Auken zeigt, dass der Vorschlag der Kommission schlecht ist und die Änderungsanträge 125 und 126 unterstützt werden müssen. Denn die Kommission schlägt allen Ernstes vor, dass das Steigenlassen von Ballons und die gesamte Sache mit den Luftballons nur dann von der EU geregelt werden muss, wenn es Privatleute machen – bei Kindergeburtstagen und bei Hochzeiten. Wenn das zu kommerziellen Zwecken gemacht wird – von der Industrie, von der Werbewirtschaft –, ist es erlaubt. Das kann doch nicht wahr sein.

Miriam Dalli (S&D). – Immaġina xi tkun ir-reazzjoni kieku tisma' li kull minuta fl-istess post hemm trakk taż-żibel mimli plastik jisvojta l-iskart fl-ibhra taghna. Imma fir-realtà dak huwa li qiegħed jiġri bħalissa. Dan huwa l-mument li l-kuxjenza ambjentali fost iċ-ċittadini taghna dwar kif nistghu niddisponu ahjar mill-iskart tal-plastik qiegħda hemmhekk. L-ebda pajjiż wahdu ma jista' jagħmel id-differenza, imma magħqudin flimkien, b'policies komuni bejnietna, nistghu verament nibdew innaqsu l-plastiks li jintużaw darba u li għalihom hemm alternattivi oħra. Issa ppermettuli niffoka fuq il-Baħar Mediterranju wara li rapport mahruġ riċentament identifika l-Mediterran bħala il-baħar li fih livell rekord ta' tniġġis minn mikroplastiks li qegħdin jheddu l-ispeċi marittimi u anki s-saħħa tal-bniedem. Illum il-ġurnata, il-plastik jirrappreżenta ħamsa u diġhin fil-mija tal-iskart li hemm fil-wieċ tal-Mediterran u l-bajjiet li għandna. Fl-Ewropa niproduċu ammont kbir ta' skart tal-plastik li hafna minnu jispiċċa fil-miżblat u miljuni ta' tunnelli minn dan il-plastik qed jispiċċa proprju fil-Mediterran.

Ma nistghux inhallu li l-Mediterran ikompli jifga fil-plastik. Irridu naġixxu issa biex verament insalvaw l-ibhra taghna, huma fejn huma. Din il-ligi, illi se nivvutaw fuqha din il-gimgha, hija l-ewwel pass, però jien irrid nara ftehim legali internazzjonali li jwassal biex ma jibqax jintrema plastik fl-ibhra taghna. Irid ikollna targets b'sahhithom biex il-plastik kollu eventwalment jiġi rriciklat.

Marco Affronte (Verts/ALE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, è evidente che siamo di fronte a un problema enorme di cui non conosciamo nemmeno le dimensioni esatte e neanche le conseguenze: le stiamo scoprendo un po' alla volta con gli studi.

Sappiamo che le nanoplastiche entrano nel nostro organismo, sappiamo che le microplastiche entrano nella catena alimentare e stanno aumentando sempre di più, ogni giorno, il numero di specie in cui vengono rilevate queste microplastiche. È di pochi giorni fa lo studio che ha analizzato i campioni di sale marino, di sale da cucina che noi utilizziamo nelle nostre cucine: il 92 % di questo sale contiene microplastiche.

La Commissione ha fatto una proposta interessante e molto buona, la commissione ENVI ha avuto il merito di migliorarla ancora ma adesso abbiamo bisogno dell'industria dalla nostra parte, e non nel modo in cui viene rappresentata negli emendamenti di molti colleghi, in particolare italiani, cioè non l'industria che cerca deroghe, che cerca delle vie per aggirare il problema, ma l'industria che si mette con noi al tavolo e ci dice in che modo possiamo risolvere il problema, senza cercare deroghe e senza cercare scappatoie.

Questo è quello di cui abbiamo bisogno, perché i cittadini vogliono una risposta efficace e concreta.

Piernicola Pedicini (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, noi crediamo che non si possa votare no, che si debba per forza appoggiare questa direttiva perché comunque permetterà di ridurre sensibilmente la produzione di rifiuti di plastica, ci mancherebbe.

Tuttavia nell'Unione europea si producono ogni anno 46 miliardi di bottiglie di plastica e poiché ci vogliono circa quattrocento anni per smaltire questa plastica è facile calcolare che in venti anni si produrranno e si accumuleranno un miliardo di miliardi di bottiglie di plastica.

Sappiamo tutti che tutta questa plastica va a finire nella catena alimentare e quindi noi ogni giorno mangiamo e beviamo plastica. Di fronte a questo scandalo noi purtroppo non siamo stati in grado di imporre degli obiettivi vincolanti che riducano definitivamente le bottiglie di plastica.

Noi crediamo onestamente che per mancanza di coraggio oggi stiamo sprecando un'occasione unica, un'occasione storica per salvare il nostro pianeta.

Danilo Oscar Lancini (ENF). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, come fate a dire che qui si rappresenta l'Europa? È una vergogna. L'inquinamento da plastica nei mari proviene per il 95 % da Asia e Africa, il problema si risolve intervenendo lì.

La crisi economica è perdurante, ci obbligate a politiche di austerità, ma nessuno tocca il deficit francese o il surplus tedesco e la vostra priorità è il bando delle bacchette dei palloncini e dei piatti di plastica con la scusa di salvare l'ambiente?

Perché il vicepresidente Timmermans ha fatto così tante pressioni su questo dossier? Un tema così importante avrebbe richiesto un'analisi più approfondita. Questa è una porcheria, siete fuori dalla realtà!

La plastica va raccolta e riciclata, non vietata, e non è ancora possibile sostituirla. Avete giustamente ridotto l'uso della carta con l'obbligo del digitale, per obbligare poi all'uso della carta per piatti e bicchieri? Ma che senso ha? Lo fate per le vostre aziende del Nord Europa? Le uniche aziende che veramente verranno colpite sono quelle italiane, di cui voi non riuscite a battere la qualità, e allora ricorrete a questi mezzi. Questo è un attacco all'Italia nel momento in cui stiamo finalmente alzando la testa in Europa! Vicepresidente Timmermans, commissario Moscovici, guardati i dati! Voi non avete la minima...

(Il Presidente toglie la parola all'oratore)

Der Präsident. – Vielen Dank, Herr Kollege Lancini! Wenn ich mal sagen darf: Es empfiehlt sich sehr, wenn man gelegentlich den Dolmetschern zuhört, wenn Sie sehen, wie die Dolmetscher da kämpfen.

Sie haben halt von Ihrer Fraktion nicht mehr als eine Minute Redezeit bekommen. Es hilft nichts, wenn Sie sich das alles aufschreiben und eine Rede runterrattern. Das mag bei den Italienern von Interesse sein, aber dem restlichen Kontinent geht so ein Wortbeitrag verloren. Das ist sehr schade, Herr Kollege, auch wenn ich nicht unbedingt alles teile, was Sie da gesagt haben.

Ich gebe Ihnen nicht das Wort. Ich habe schon verschiedentlich versucht, einigen Kollegen beizubringen, dass sie in einem angemessenen Sprechtempo hier arbeiten. Es wäre gut, wenn es gelegentlich mal jemand befolgen würde.

Frau Kollegin Ries, es gehört zu meiner Politik hier, wenn ich im Vorsitz bin, dass ich Kollegen, denen ich das Wort entzogen habe – was ich beim Herrn Lancini getan habe, weil er nicht nur zu schnell, sondern auch zu lange gesprochen hat – nicht dadurch noch honoriere, dass ich eine blaue Karte zulasse.

Pilar Ayuso (PPE). – Señor presidente, el plástico se ha convertido en un material fundamental para nuestra vida humana. Probablemente hemos abusado de su uso y nos ha faltado una concienciación y gestión adecuadas por parte de productores, gestores y consumidores. El resultado es el vertido de residuos de plástico en alta mar con imágenes que todos hemos visto. Compartimos con la Comisión el objetivo de reducir los residuos de plástico en el mar, así como la preocupación por su descomposición en microplásticos.

Durante los últimos años ha habido considerables avances en la industria química y de materiales, de manera que tenemos nuevos tipos de plástico biodegradables y compostables que permiten aplicaciones y envasados más seguros que los anteriores, especialmente en el ámbito alimentario.

Eso nos permite contar con productos sustitutivos para pedir que las prohibiciones solo deben establecerse en el caso de falta de alternativas. En la mayoría de los casos, también pueden establecerse objetivos de reducción, requisitos de diseño, obligaciones de gestión o de información.

Quiero felicitar a la ponente, señora Ries, por su informe, aunque no estemos en mi Grupo totalmente de acuerdo con ella. Y me gustaría concluir diciendo que, si queremos proteger los mares, necesitamos abordar el problema a nivel internacional. Como en otros asuntos ambientales, la Unión Europea sola no puede solucionar el problema. Necesitamos además la educación medioambiental del consumidor y su colaboración.

Michela Giuffrida (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la riduzione dell'impatto delle plastiche sull'ambiente e nei mari rappresenta un'assoluta urgenza alla luce dei dati preoccupanti che riguardano questo argomento.

Da relatrice per il mio gruppo nella commissione AGRI ho avanzato, oltre alla volontà di considerare le plastiche che inquinano il suolo, la richiesta di puntuale valutazione di molte questioni rimaste in sospeso nella direttiva: le alternative da utilizzare, i tempi di sostituzione, l'impatto sui prezzi se parliamo di prodotti derivanti da coltivazioni in agricoltura, l'impatto che questi avranno sul fronte occupazionale in assenza di misure lungimiranti in questo senso.

La direttiva è purtroppo non sufficientemente incisiva, a volte generalizza dove invece bisogna distinguere e in altri casi è troppo timida, non considera i sistemi chiusi dove il riciclo è efficiente, non distingue le plastiche biodegradabili dalle altre, e sono solo alcuni esempi.

Dobbiamo quindi essere onesti. Maggiore coraggio da parte di alcuni gruppi avrebbe portato a correttivi e meglio saputo conciliare la sostenibilità economica con quella ambientale, entrambi benî condivisi e da difendere.

Bas Eickhout (Verts/ALE). – Mr President, first of all I would like to thank the Commission for this proposal, because it's quite a U-turn, isn't it? When, in 2014, this Commission started, it wanted to stop the regulation on reducing single-use plastic carrier bags, which our Green rapporteur, Ms Auken, has strengthened in order to get reduction targets. This Commission started, with better regulation against red tape, etc., to try to stop this proposal. But it's thanks to our Green rapporteur that we got this proposal on the table, and it's now a success of implementation.

So I think that the Commission has learned – and now finally also understood – that we can do more against plastic pollution to really go against single-use plastic: banning the plastic that is ending up on our beaches, making sure that we are reducing where possible, and also extending the producers' responsibility. This shows that we can have a Commission that delivers for people and the environment, and I do hope that this Commission will continue that and stop this nonsense about red tape.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, I was pleased to have the opportunity to work on this legislation as PPE shadow rapporteur in the Committee on Fisheries. This is hugely important from a fisheries point of view, not only because it will help to clean up the seas and coastal areas that are vital for our fishing communities, but also because it seeks to deal with the huge amount of waste from used fishing gear that is often discarded into the sea.

Global production of plastics has increased 20-fold since the 1960s and had reached 322 million tonnes worldwide by 2015. In the EU alone, around 26 million tonnes of plastic waste is generated every year and less than 30% of it is recycled. If you combine the production process of plastics and their incineration after use, the amount of carbon being put into the atmosphere globally as a result of plastics is around 400 million tonnes. This is enormous. If we want to have any chance of meeting our 2°C target, we need to vastly reduce emissions from sectors and sources where emissions are so avoidable.

I strongly welcome the work of my colleagues on this file. Of the litter found on our beaches in Europe, 84% is made up of plastic with 50% being single-use plastics. Unrecycled plastic takes hundreds of years to break down and much can't even be recycled. Our choice, therefore, is to follow what the Commission is saying and restrict single-use plastics.

Giovanni La Via (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, un ringraziamento alla relatrice per il difficile lavoro svolto per cercare un minimo comune denominatore.

Premetto che condivido gli obiettivi della proposta: il problema c'è ed è sotto gli occhi di tutti, ma dobbiamo avere un approccio equilibrato a tutela dell'ambiente, dei mari e degli oceani ma anche stando attenti ad avviare una transizione economica graduale e fattibile, sia per i produttori che per i nostri cittadini nella loro doppia veste di consumatori ma anche di lavoratori del settore.

La plastica è un materiale importante che non va demonizzato ma il cui uso va progressivamente e costantemente diminuito. Serve però equilibrio in questo provvedimento e una cosa che ho chiesto, e per questo ho presentato degli emendamenti correttivi, era di non allungare, in riferimento ai sacchetti di plastica ultraleggeri, l'elenco dei divieti e dei *ban* previsti dalla proposta.

Così come ricorderà la collega Auken, che era stata relatrice e io presidente di commissione, dopo un trilogio difficilissimo siamo riusciti nel 2015 a portare in porto la direttiva sui sacchetti di plastica. E ora pensare che abbiamo orientato le tecnologie in una direzione e dopo due anni da quella direttiva cambiamo strada con il divieto... mi sembra troppo presto, bisogna prevedere un'uscita graduale e *target* di riduzione, non il divieto. Non credo che sia questo il modo giusto di agire in Europa.

Christophe Hansen (PPE). – Mr President, I would like to thank Ms Ries and Commissioner Vella for their constructive work. In order to prevent Moby Dick from becoming Moby Sick, we have to act now. More than half of the plastics we find on our beaches are single-use plastics. Even the degraded plastics, or microplastics, are fatal to many marine species, which die after the worst possible sufferings.

87% of EU citizens are deeply concerned by the effects of plastics on our environment, and I have to tell you that they are right. But the simple banning of certain single-use plastics is not enough. In the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety, I tabled an amendment for a binding reduction target of 50% for single-use plastics in all Member States by 2025. Unfortunately, this was too ambitious for some Members of this Parliament. But we owe it to our citizens to stand strong, and that's why we have tabled another proposal for binding national targets in plenary. I note that the rapporteur supports this amendment, and I hope that others will find the courage to do so as well.

Der Präsident. – Vielen Dank, Herr Kollege Hansen! Ich habe zufällig mitbekommen, dass Sie vor Kurzem nachgerückt sind. Ich darf Ihnen zu Ihrer ersten Rede im Parlament sehr herzlich gratulieren.

Henna Virkkunen (PPE). – Arvoisa puhemies, Euroopan unionissa syntyy peräti 26 miljoonaa tonnia muovijätettä vuodessa. Se on valtavaa tuhlausta sekä ympäristön että talouden kannalta. On arvioitu, että menetämme vuodessa jopa sata miljardia euroa arvoa sen vuoksi, että muovit heitetään pois.

On aika radikaali ehdotus komissioltta, että tietyt kertakäyttömuovit kiellettäisiin kokonaan vuodesta 2021 alkaen. Mutta se on järkevä linja, koska näille esineille on olemassa jo kestävämmät korvaajat, joten niistä voidaan helposti luopua. Se myös nopeuttaa tuotekehitystä, jolla voimme saada kestäviä, parempia, ympäristöystävällisempiä tuotteita. Kannatan siis komission ehdotusta tiettyjen kertakäyttömuovien täyskiellosta.

Lisäksi on tärkeää, että pyrimme muutoin vähentämään turhaa muovijätettä. Muun muassa ehdotus siitä, että kaikkien jäsenmaiden pitäisi järjestää muovipulloille keräys, on kannatettava. Omassa kotimaassani Suomessa on jo vuosikymmeniä toiminut pullopanttijärjestelmä, jonka ansiosta yli 90 prosenttia muovipulloista palautetaan ja ne tulevat uudelleen kierrätykseen, eivätkä joudu rannoille. Tiedämme, että meressä muovipullon hajoaminen vie jopa 400 vuotta.

Mutta yksi virhe tuohon komission ehdotukseen on jäänyt ja se on se, että myös kertakäyttömukit, joissa on vähän muovia, voitaisiin kieltää tämän direktiivin perusteella. Tähän on tehtävä kyllä muutos, koska tiedämme, että pahviset muovikupit ovat hyvin ympäristöystävällisiä, mutta niissä tarvitaan pieni määrä muovia, jotta neste pysyisi niissä sisällä. Tämä meidän on korjattava täällä parlamentissa.

Spontane Wortmeldungen

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, falamos de poluição nos oceanos e a primeira coisa que nos vem à cabeça é plástico à deriva. Os plásticos são um problema visível que não podemos mais ignorar, sobretudo a acumulação nos nossos oceanos e nas nossas praias que é evitável.

A presença do descartável pela sua facilidade de uso levou ao uso desnecessário da utilização deste tipo de produtos. O consumo tem de ser mais sustentável e passa por uma maior consciência do consumidor, para a preferência por materiais reutilizáveis, para a forma correta de eliminar resíduos e para a necessidade extrema do uso de descartáveis que tenham opção por materiais biodegradáveis de forma segura no meio aquático.

Por isso, acredito que as medidas que iremos aprovar irão prevenir o agravamento da situação no futuro, mas não vão apagar num piscar de olhos o problema que temos, hoje, em todo o mundo.

Temos de encontrar soluções sustentáveis, nomeadamente investindo na limpeza dos oceanos através da recolha e do encaminhamento de resíduos. O lugar do plástico não é no ambiente, nem no aterro. Cumprir a circulação da economia e retirar o devido valor destes resíduos para diminuir a sua pegada ambiental é essencial. No fim, o resto do mundo seguirá o nosso exemplo.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, νομίζω ότι από τη συζήτηση αποδείχθηκε ότι πραγματικά τα πλαστικά απόβλητα είναι ένας τεράστιος κίνδυνος για το περιβάλλον. Δημιουργούν πρόβλημα στην ανθρώπινη υγεία, μολύνουν τις θάλασσες μας, οι οποίες πλέον είναι γεμάτες πλαστικά, υπονομεύουν όλο τον θαλάσσιο πλούτο κι αυτό, φυσικά, είναι κάτι που ανησυχεί όλους μας, και ιδιαίτερα εμάς, μια και στην Ελλάδα έχουμε καθαρές θάλασσες και θέλουμε να έχουμε καθαρές θάλασσες και στο μέλλον, μια και ο τουρισμός αποτελεί μια τεράστια βιομηχανία για την πατρίδα μας.

Λογικό είναι, λοιπόν, να τεθεί ως στόχος η απαγόρευση συγκεκριμένων πλαστικών μιας χρήσης με συγκεκριμένες ενέργειες, οι οποίες λαμβάνονται. Ιδίως δε θα πρέπει να προστατευθούν και οι αγρότες μας μια και υπάρχει μόλυνση του υδροφόρου ορίζοντα από τα πλαστικά.

Η μετάβαση, βεβαίως, πρέπει να είναι σταδιακή, να είναι σταθμισμένη, και να έχουμε ισορροπία στις παρεμβάσεις μας.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, δεν υπάρχει αμφιβολία ότι ζούμε στον αιώνα των πλαστικών. Αυτή τη στιγμή υπάρχουν 6 δισεκατομμύρια τόνοι πλαστικών αποβλήτων, τα οποία μολύνουν τις θάλασσες και τον υδροφόρο ορίζοντα. Εάν συνεχιστεί αυτή η μόλυνση των ωκεανών, μέχρι το 2050 θα υπάρχουν περισσότερα πλαστικά στις θάλασσες παρά ψάρια και θηλασικά.

Αυτή η εξέλιξη ανησυχεί ιδιαίτερα τα παράκτια κράτη, ένα από τα οποία είναι και η Ελλάδα, και επιπλέον πρέπει να προσανατολιστούμε στο γεγονός ότι έχουμε να αντιμετωπίσουμε μια δύσκολη κατάσταση. Θα πρέπει τα κράτη να εφεύρουν νέα υλικά, τα οποία θα είναι ανακυκλώσιμα και, σε περίπτωση κατά την οποία δεν υπάρχουν αυτά τα εναλλακτικά υλικά, θα πρέπει να περιοριστεί η χρησιμοποίηση των πλαστικών.

Πρέπει, επίσης, να επιβάλλονται αυστηρά πρόστιμα σε αυτούς οι οποίοι μολύνουν την ατμόσφαιρα με πλαστικά και να γίνεται ανακύκλωση, ούτως ώστε να αναπτυχθεί και η οικονομία.

Romana Tomc (PPE). – Tudi sama sem se kot poročevalka v senci na odboru ECON podrobneje ukvarjala s plastiko za enkratno uporabo in res je, kar pravijo kolegi: utapljamo se v plastiki, uporabljamo jo tudi tam, kjer njena uporaba nima nobenega smisla, nobenega vzdržnega razloga, razen tega da je trg ustvaril to potrebo.

Menim, da je pri tej direktivi premalo poudarka izobraževanju. Navade se da spremeniti, vendar ne čez noč in zato si želim, da bi bolj izpostavili ozaveščanje, učenje o škodi, ki jo povzročamo okolju.

Mogoče je danes nepredstavljivo, da bi večina populacije opustila nepotrebno plastično embalažo za enkratno uporabo, ampak naj vas spomnim, tudi včasih smo se v avtomobilih vozili neprijeti, pa je to danes drugače. Niso pomagale kazni, ampak obširne kampanje.

Kljub vsem pomanjkljivostim pa seveda direktivo podpiram in sem vesela, da bomo v sredo z glasom za naredili korak naprej.

Arne Gericke (ECR). – Herr Präsident! Kunststoffmüll kommt zum großen Teil aus Afrika und Asien. Es sind bis zu zehn Flüsse insgesamt beteiligt, die den Kunststoffmüll in die Meere spülen. Ich denke, dass aber auch der Müll aus irgendeiner Richtung kommt. Hier geht es auch um Verantwortung der Lieferanten, die diesen Müll produzieren und die dann auch daran beteiligt sein müssten, um entsprechend diesen Müll zu verhindern. Es könnte Hersteller geben, die mit Schiffen durch die am höchsten belasteten Meere fahren und die Kunststoffe zwecks Wiederverwertung einsammeln, Kunststoffe in Treibstoff verwandeln und als Treibstoff verwenden. Technisch ist es möglich. Insofern einerseits die Produkthaftung beim Hersteller, aber dann muss man auch schauen, inwieweit man die Plastikinseln, die schon da sind, die schon bald einen Kontinent im Pazifik ausmachen, dann auch wiederum rückverwandeln und abbauen kann.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, plast může být skvělým vynálezem, který se ovšem mění v čase v naši noční můru. Problematika spojená s dopadem plastových výrobků na životní prostředí je dle mého názoru stále nedostatečně řešena. V současnosti jsme doslova zaplaveni tunami plastů, které pak následně končí v mořích a oceánech, což je v rozporu s našimi snahami o zachování oceánů jako takových. Evropa vyprodukuje každý rok 150 tisíc tun plastového odpadu, který skončí následně v moři. Musíme přistoupit k razantním krokům vůči plastovým výrobkům, jinak zanedlouho už bude pozdě na řešení vzniklého problému. Pokud opravdu chceme zabránit negativním dopadům na životní prostředí, musíme nastavit přísnější legislativní rámec. Plně podporuji, aby byla tato politika zaměřena především na plasty na jedno použití. Jednorázovost zároveň vylučuje udržitelnost. Musíme se vypořádat s igelitovými taškami, brčky, plastovými přístroji atd. Na druhé straně musíme přijít s reálnými opatřeními, jak tyto prostředky současně nahradit. Pouze ekologicky šetrné produkty nám umožní zamezit zhoršení současné situace v oblasti plastového odpadu.

(Ende der spontanen Wortmeldungen)

Karmenu Vella, Member of the Commission. – Mr President, honourable Members, I am pleased with the enthusiasm with which you have come forward. I would also like to mention the support that we have in Council from all the Member States. In fact, some countries have already started to reduce the use of single-use plastic products by restricting or banning certain items such as straws. The EU must act now to ensure these diverse actions do not fragment the single market.

I would like to clarify the discussion on balloons. Actually the proposal will not ban balloons. It will ban balloon sticks, which are among the most-littered items found on beaches. There are alternatives available on the market, such as wood or cardboard. For balloons, the actions foreseen include information campaigns, voluntary action and labelling.

As Mr Florenz and Mr Affronte mentioned, we are working with the industry. We understand that businesses need a level playing field, with clarity and legal certainty and the possibility to develop economics of scale for new markets and alternative materials. The aim is to create market and innovation opportunities for alternative products that are multi-use, but also products made from other materials with less environmental impact. It will boost new business models and offer innovation potential. Tackling marine litter does, therefore, create economic opportunities for Europe.

The Commission is committed to leading by example in the creation of a more secular and sustainable plastics economy. I am convinced that together, we will leave a legacy that we can all be proud of. Once again, I would like to thank Ms Ries and the shadow rapporteurs for their ambitious effort.

Frédérique Ries, rapporteure. – Monsieur le Président, je voudrais une fois encore remercier le commissaire d'avoir confirmé cet engagement de la Commission, un engagement collégial et personnel aussi. On connaît celui de certains de ses membres, je pense à M. Vella qui est avec nous ce soir, mais aussi au vice-président M. Timmermans et à M. Katainen.

Je reviens sur un point seulement, celui de la biodégradabilité, qui a été évoquée à plusieurs reprises, la solution pour certains de mes collègues. Ce n'est évidemment pas la voie à suivre, le but n'étant pas de remplacer un plastique par un autre plastique. Par ailleurs, aucune norme fiable ni même officielle en milieu marin n'existe.

J'aimerais – je vais le dire comme cela – ne pas remercier le Président Wieland: je dois préciser qu'en 20 ans de présence ici, je n'ai jamais vu un président couper la parole à un rapporteur à la dernière seconde de son temps d'intervention. J'ai bien posé une question, le son en sera la preuve, j'ai bien posé une question à la fin de mon carton bleu, ainsi d'ailleurs que M^{me} Auken. Vous m'avez, de façon injuste, privée de la possibilité d'interroger ensuite mes collègues sur certains points précis. Cette attitude était injuste, Monsieur le Président, et partielle.

En conclusion – non, je ne peux plus conclure, mais ce n'est pas grave – je vous aurai dit ce que j'avais à dire sur votre façon de mener les débats.

Der Präsident. – Vielen Dank, Frau Kollegin Ries. Ich darf darauf hinweisen, dass ich da jeden ganz genau gleich behandle. Sie hatten fünf Minuten Redezeit, und ich gebe da immer ein bisschen zu, auch bei Berichterstattem, und ich habe Sie bei fünf Minuten und 25 Sekunden dann schließlich unterbrochen.

Es ist auch eine Frage der Kollegialität, dass man die Kollegen, die später noch auf der Tagesordnung sind, nicht allzu lange warten lässt.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Mittwoch, 24. Oktober 2018, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162)

Adam Gierek (S&D), na piśmie. – Problem jednorazowych opakowań plastikowych zanieczyszczających środowisko, zwłaszcza morskie, jest ważnym wyzwaniem ekologicznym. Uważam jednak, że do jego rozwiązania należy podejść systemowo, a nie na zasadzie zakazów. A co najważniejsze, przy zachowaniu zdrowego rozsądku. Przedstawiony projekt, moim zdaniem, zawiera niedociągnięcia i szkodliwe zapisy, często nieprecyzyjne i nieproporcjonalne do sytuacji, co jest powodem zgłoszonych przeze mnie 8 poprawek. Pominęto w nim zupełnie kwestię higieny żywności, która jest wielkim osiągnięciem stosowania SUP (single use plastics) w porównaniu do przeszłości. Niezrozumiałe jest także stosowanie różnych reguł w odniesieniu do SUP i do butelek plastikowych, opakowań foliowych i plastikowych stanowiących główne źródło długotrwałego zanieczyszczenia środowiska. Nie jest prawdą głoszona przez Komisję oraz część deputowanych teza, że proponowany projekt będzie neutralny dla zatrudnienia w Unii Europejskiej i obejmie wyłącznie produkty z Chin. W UE istnieje duża branża zatrudniająca licznych pracowników produkująca oprócz plastikowych, także przyjazne dla środowiska jednorazowe produkty papierowe, tekturowe czy zaawansowane – z domieszką tworzyw sztucznych, aluminium i woskowanego papieru. Branży tej nie wolno zlikwidować. W projekcie niedostateczne zajęto się problemem skutecznego recyklingu, który stworzyłby nowe miejsca pracy, zamiast je redukować. Proponowana dyrektywa powinna działać motywująco na międzynarodowe koncerny odpowiedzialne za to, jakie tworzywa wybierają na opakowania swoich produktów, aby zachęcić je do stosowania proekologicznych substytutów.

Barbara Kappel (ENF), schriftlich. – Durch die Richtlinie zur Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt soll die Umweltbelastung durch Einwegplastik reduziert und gleichzeitig der Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft mit innovativen und multifunktionalen Alternativen gefördert werden. In Europa landen jährlich rund 150.000 Tonnen Plastikmüll in den Meer, Tendenz steil nach oben, davon sind die Hälfte Einwegartikel und ein Viertel Fanggeräte. Plastikmüll wird immer mehr zur Bedrohung für Ökosysteme und Biodiversität, für die menschliche Gesundheit, für Tourismus, Fischerei und Schifffahrt. Das Müllproblem ist jedoch grenzüberschreitend, 18 der 20 größten Meeresverschmutzer sind Schwellenländer. Großangelegte Maßnahmen, um Müll aus den Weltmeeren zu filtern, sind kostspielig und derzeit noch wenig effektiv, deshalb sind Wege zu finden, damit Plastik gar nicht erst in die Meere gelangt. Das soll mit der vorliegenden Richtlinie erreicht werden. Den Unternehmen entstehen durch die Umsetzung der Richtlinie Compliance-Kosten von 2 Mrd. und der Abfallwirtschaft von 510 Mio. Euro. Keine Information liefert die Kommission über die Durchführungskosten der erweiterten Herstellerverantwortung, und deshalb ist hier ganz besonders auf das Prinzip der Proportionalität zu achten. Die überwiegende Mehrheit der Unternehmen der kunststoffverarbeitenden Industrie sind Klein- und Mittelbetriebe und diese brauchen Zeit für die Entwicklung und Einführung neuer Produkte.

Андрей Ковачев (PPE), в писмена форма. – Глобалното производство на пластмаси се е увеличило двадесетократно от 60-те години и се очаква да се удвои през следващите двадесет години. Според някои прогнози до 2050 година ще има повече пластмасови отпадъци, отколкото риба в океаните, ако не предприемем спешни мерки. Ограничаването на замърсяването с пластмаси е необходимо, за да се опазят плажовете и морето чисти, като същевременно се защити здравето на европейските граждани от отрицателното въздействие на морските отпадъци, които се разграждат във водата и попадат в крайна сметка на нашата трапеза. От друга страна това представлява и икономическа възможност – както за намаляването на загубата на ценни ресурси от еднократното използване на пластмасови материали, така и за подобряване на качеството на туристическите услуги. Затова аз подкрепям мерките за насърчаване на преминаването към по-чисти алтернативни продукти, които щадят природата и човешкото здраве, както и повишаване на рециклирането и оползотворяването на пластмасовите отпадъци. Цялата отговорност за замърсяването и превенцията обаче не може да бъде прехвърляна само върху производителите. Образованието, повишаване на осведомеността за отрицателните последици и промяната на обществените нагласи към изхвърлянето, както и подобряването на инфраструктурата играят не по-малка роля.

Carolina Punset (ALDE), por escrito. – Las propiedades del plástico han posibilitado importantes mejoras en la calidad de los alimentos, así como en el sector del transporte, la medicina o la construcción, pero al mismo tiempo están generando uno de los principales problemas a los que se enfrenta la humanidad junto con el cambio climático. La falta de políticas de gestión de residuos para su tratamiento separado y la falta de corresponsabilidad de los envasadores, nos ha llevado al punto actual en el que acaba en los océanos casi de media tonelada de basura plástica por segundo, cantidad que va en escalofriante aumento. Con la excusa de poner a disposición de los consumidores productos asequibles, nadie paga los costes ambientales que esta basura genera y que seguirá generando durante siglos, en forma de microplásticos. El problema es mayor cuando hablamos de plásticos de un sólo uso, diseñados para usar y tirar, creando hábitos de consumo insostenibles que deben ser atajados, máxime cuando existen alternativas biodegradables. La industria europea tiene una oportunidad para ser referente y líder en el abandono de los plásticos de un solo uso. Esta Directiva es el primero de muchos pasos que la UE debe dar para alcanzar una verdadera economía circular.

Michaela Šojdrová (PPE), písemně. – Plasty jsou odpovědné za 85 % odpadu v oceánech. Z Evropy skončí v oceánu každý rok 150 000 tun plastu. Děsivé jsou ale i statistiky, které se týkají dopadu jedné jednotky odpadu. Například jediný cigaretový filtr může znečistit 500 až 1 000 litrů vody. Podporuji zákaz výrobků, u kterých již nyní máme k dispozici šetrnější alternativy. U ostatních výrobků bude potřeba ještě investovat do vývoje alternativ, než se přistoupí k jejich zákazu. Zároveň se domnívám, že je při provádění opatření směrnice potřeba brát v potaz množství plastu, které výrobek obsahuje. Je nešťastné, že návrh směrnice i zpráva výboru rozdílly v množství obsaženého plastu nezohledňují. Po výrobcích sice můžeme chtít, aby investovali do alternativ a podíleli se na nákladech sběru odpadu, ale tyto povinnosti musí být přiměřené. Vítám proto zmírnění systému odpovědnosti a doplnění o povinnost Komise vypracovat pokyny, které budou členským státům nápomocny při aplikaci systému odpovědnosti výrobce a (snad) zabrání excesům.

18. Beschäftigungs- und Sozialpolitik des Euro-Währungsgebiets (kurze Darstellung)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die kurze Darstellung des Berichts von Krzysztof Hetman im Namen des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten über die Beschäftigungs- und Sozialpolitik des Euro-Währungsgebiets (2018/2034(INI)) (A8-0329/2018).

Krzysztof Hetman, Rapporteur. – Panie Przewodniczący! Szanowni Państwo! Przyglądając się najnowszym danym dotyczącym wzrostu gospodarki europejskiej, można być optymistą. Wyraźnie wskazują one, że nabraliśmy wiatru w żagle. Poprawa widoczna jest w takich obszarach jak finanse publiczne zatrudnienie czy inwestycje. Stopa bezrobocia w strefie euro na początku roku 2018 wynosiła 8,6% i jest ona najniższą od czasów kryzysu ekonomicznego. Optymizmem napawa też całkowity wskaźnik zatrudnienia w strefie euro, który w zeszłym roku wyniósł 71%, co pokazuje, że zbliżamy się do osiągnięcia celu 75% zatrudnienia określonego w ramach strategii „Europa 2020”.

Mimo tych pozytywnych sygnałów musimy jednak pamiętać, że w dalszym ciągu wiele jest obszarów, które wymagają od nas pilnej i sprawnej interwencji. Odsetek bezrobotnych osób młodych w strefie euro utrzymuje się na nieakceptowalnie wysokim poziomie blisko 17%. Bardzo wysoki jest też wskaźnik osób zagrożonych ubóstwem lub wykluczeniem społecznym, który w strefie euro wynosi obecnie nieco ponad 23%, czyli niemal 120 milionów osób, co oznacza, że jest nadal wyższy niż w roku 2009. Utrzymuje się też segmentacja i nierówności na rynku pracy. Powyższe dane oznaczają jedno: nasze działania na rzecz przeciwdziałania tym negatywnym zjawiskom muszą być zintensyfikowane. Naszym celem powinien być zintegrowany rynek pracy, który zapewnia zatrudnienie na wysokim poziomie dla wszystkich, włącznie z grupami nieuprzywilejowanymi.

Dlatego reformy w państwach członkowskich powinny promować odpowiedzialne umowy pracy i adekwatną ochronę społeczną, również dla pracowników z niestandardowymi oraz nowymi typami kontraktów. Dynamicznie zmieniające się formy zatrudnienia, jak również transformacja cyfrowa narzucają na nas konieczność odpowiedniej adaptacji. Na zmieniające się wymagania rynku pracy muszą też odpowiedzieć pracownicy, którzy powinni być wyposażeni w odpowiednie umiejętności. Dlatego należy w lepszy sposób powiązać nasze systemy edukacji z rynkiem pracy, jak również promować uczenie się przez całe życie. Musimy również ułatwiać mobilność zawodową i wejście oraz powrót na rynek pracy. Potrzebujemy także lepszej polityki równowagi między życiem zawodowym a prywatnym, tak aby pracownicy mogli dostosować się do oczekiwań pracodawców, nie poświęcając przy tym swojego życia osobistego. Aby to osiągnąć, należy wprowadzić elastyczne rozwiązania w miejscu pracy, korzystny urlop rodzicielski dla obojga rodziców, jak również inwestować w przystępną i dobrej jakości opiekę nad dziećmi. Niezbędna jest także intensyfikacja wysiłku w zakresie zwalczania ubóstwa i wykluczenia społecznego oraz nieuczciwych warunków pracy, które psują rynek i prowadzą do ubóstwa także wśród osób pracujących.

Uważam, że tegoroczne zalecenia Komisji dla poszczególnych krajów idą właśnie w tym kierunku, jednakże jestem zaniepokojony ich niekonsekwentną realizacją. Od początku wprowadzenia semestru europejskiego zaledwie 9% wszystkich rekomendacji wdrożono w całości, natomiast aż 30% zaleceń zostało zrealizowanych w sposób bardzo ograniczony lub też wcale. Tymczasem jestem przekonany, że lepsza implementacja zaleceń dla państw członkowskich w realny sposób przełożyłaby się na zwiększenie wzrostu gospodarczego i zatrudnienia.

Spontane Wortmeldungen

Romana Tomc (PPE). – Z več vidikov je bilo področje sociale in zaposlovanja dolgo časa zapostavljeno, zato me veseli, da tudi s tem, da imamo tokrat ločeno poročilo, temu področju namenjamo več pozornosti.

Čprav smo, kot je bilo že rečeno, lahko zadovoljni z zmanjšanjem brezposelnosti, predvsem mladih, na trgu dela še vedno ostaja en zelo velik izziv, in ta izziv je, kako uskladiti ponudbo in povpraševanje.

Tehnološki napredek, digitalizacija, globalizacija predstavljajo za nas popolnoma nova pričakovanja glede usposobljenosti zaposlenih in temu izobraževalni sistemi ne sledijo dovolj hitro. Sledenje razvoju pa pomeni poleg vsebine tudi drugačne pravno-formalne oblike delovnih razmerij in prilagoditev sistema socialne varnosti tem novim oblikam.

Κώστας Μαυρίδης (S&D). – Κύριε Πρόεδρε, συγχαίρω τον εισηγητή και τους σκιάδεις εισηγητές για την έκδοση της Επιτροπής Απασχόλησης και Κοινωνικών Υποθέσεων, η οποία εκπονεί για πρώτη φορά δική της ξεχωριστή έκδοση για την απασχόληση και τις κοινωνικές πολιτικές της ζώνης του ευρώ. Η έκδοση αυτή περιέχει σημαντικά στοιχεία που πρέπει να ληφθούν σοβαρά υπόψη από την Επιτροπή. Άλλωστε η απασχόληση και οι κοινωνικές πτυχές συνιστούν βασικό στοιχείο της οικονομικής και κοινωνικής συνοχής εντός της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Ωστόσο, αγαπητοί συνάδελφοι, θέλω να εκφράσω την απογοήτευσή μου διότι συγκεκριμένες πολιτικές δυνάμεις σε αυτό το Ευρωκοινοβούλιο θέτουν τις αγορές πάνω από τον ευρωπαίο πολίτη και μου είναι ακατανόητη η στάση τους. Το έζησα σε μία άλλη έκδοση γύρω από τις πολιτικές στην ευρωζώνη. Δεν επέμεναν να θέσουμε μακροοικονομικές προϋποθέσεις για πρόσβαση στα ταμεία συνοχής και πολλά άλλα πράγματα, τα οποία δεν βοηθούν στο ευρωπαϊκό εγχείρημα.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η βίαιη δημοσιονομική προσαρμογή και η λιτότητα, η οποία επιβλήθηκε τα τελευταία χρόνια στο πλαίσιο της ευρωζώνης, είχαν σαν αποτέλεσμα να έχουμε ύφεση, να έχουμε αυξημένη ανεργία και, φυσικά, αυτό να επηρεάσει πάρα πολύ σοβαρά τα συνταξιοδοτικά συστήματα σε όλα τα κράτη μέλη.

Ειδικότερα στην Ελλάδα, η τρόικα μετέτρεψε την πατρίδα μου σε ένα κοινωνικό νεκροταφείο, με πετσόκομμα των συντάξεων κατά 40%, με το εν τρίτον των συνταξιούχων να ζουν με κάτω από 600 ευρώ μεικτά το μήνα. Με το PSI, το οποίο διέλυσε τα ασφαλιστικά ταμεία, και ενώ είχε την ευκαιρία η κυβέρνηση να προχωρήσει σε ανακεφαλαιοποίηση των ασφαλιστικών ταμείων, δεν το έπραξε.

Τώρα, επιτίθενται στις συντάξεις και απειλεί το Eurogroup να μειώσει ξανά τις συντάξεις από 01/01/2019. Λέμε κάτω τα χέρια από τις συντάξεις. Οι Έλληνες συνταξιούχοι έχουν φτωχοποιηθεί. Δεν αντέχουν άλλες περικοπές.

Κωνσταντίνα Κούνεβα (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, μόνο σύντομη παρουσίαση μας δόθηκε να συζητήσουμε για την απασχόληση στην ευρωζώνη. Οι ευρωπαίοι πολίτες χρειάζονται ασφαλή δουλειά. Το αποδεικνύουν οι αριθμοί στην έκδοση Hetman. Χαίρομαι που με τη δική μου τροπολογία καταφέραμε να πούμε πως οι κοινωνικοί στόχοι πρέπει να έχουν την ίδια προτεραιότητα με τους οικονομικούς.

Όμως οι Συντηρητικοί δεν δέχτηκαν πραγματικές μεταρρυθμίσεις για την αντιμετώπιση της ανεργίας, δηλαδή ούτε ευρωπαϊκή ασφάλιση κατά της ανεργίας, ούτε μηχανισμό σταθεροποίησης μέσω επενδύσεων, ούτε καν μελέτη για τη σχέση απασχόλησης και ανάπτυξης.

Ευρωπαίοι πολίτες, εξετάστε προσεκτικά τις θέσεις των κομμάτων, γιατί και στο κρίσιμο θέμα της ανεργίας φαίνεται ότι αριστερά και δεξιά είναι δύο αντίθετοι πόλοι.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já bych chtěl poděkovat panu kolegovi Hetmanovi za velmi kvalitní návrh zprávy. Je sice povzbuzující, že současná ekonomika EU roste a dostáváme se na hodnoty před krizí. Ostatně připomínám, že na začátku roku 2018 byla dokonce naměřena nejnižší nezaměstnanost v eurozóně od roku 2008, a to konkrétně o 8,6 %. Rád bych ale poznamenal, že bychom se neměli soustředit pouze na pozitivní ukazatele, které možná trochu zkresleně dokazují, že jsme v mnoha ohledech naší ekonomickou výkonost opět nastartovali. Tyto ukazatele dle mého názoru dostatečně nereflektují všechny okolnosti. Nýbrž je pravdou, že nezaměstnanost se liší nejen stát od státu, ale je rozdílná, zejména pokud porovnáme i jednotlivé regiony členských států. Navíc EU má stále dostatek prostoru pro zlepšení v oblasti trhu nezaměstnanosti mladých lidí, žen nebo úspěšného zapojování, např. imigrantů do pracovního trhu. Reakce na globalizaci, digitalizaci je stále nedostatečná a řada pracovníků je skutečně zranitelná. Proto bych byl v těchto oblastech velice obezřetný. Úzce s tím souvisí i financování politiky soudržnosti, které pomáhá s růstem i těch nejzaostalejších regionů.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL). – Senhor Presidente, investindo numa retórica social, o relatório defende, e bem, o trabalho com direitos e o respeito da vida privada, o combate ao desemprego e à generalização de contratos a tempo parcial e temporários, a necessidade de proteção contra a pobreza e a exclusão social.

No entanto, discorrendo evoluções estatísticas positivas nalguns casos meramente marginais, omite qualquer crítica às políticas de precariedade e baixos salários que em Portugal, como um pouco por toda a Europa, têm aumentado, branqueia e omite o contributo do Semestre Europeu e das suas recomendações específicas por país na degradação das condições laborais e do aumento da exploração.

O cinismo e a hipocrisia do texto são expostos nas duras críticas que a Comissão Europeia teceu ao aumento do salário mínimo ou a uma dita dificuldade em despedir trabalhadores com contratos sem termo em Portugal.

E torna evidente a necessária rotura com os constrangimentos do euro e da União Europeia que impedem a efetiva valorização dos trabalhadores, dos seus salários e direitos.

(Ende der spontanen Wortmeldungen)

Karmenu Vella, *Member of the Commission*. – Mr President, after our hard labour in adopting and promoting the European Pillar of Social Rights, today the time has come to discuss the social and employment aspect of the euro area. A well-designed social market economy is essential for Europe, and in particular for a good functioning monetary union. I would therefore like to thank the rapporteur, Mr Hetman, for putting this aspect forward in the report we have discussed today. We share your analysis of recent socioeconomic developments. It is in line with our findings in the annual Employment and Social Developments in Europe review.

The economic conditions are favourable. With 239 million people in employment, employment is at its highest level ever. Unemployment in the euro area is now standing at 8.1%, the lowest since November 2008. We also share the opinion that there is still room for improvement. With the roadmap for deepening the EMU from December 2017 the Commission clearly set the objectives to address this. We stand for more jobs, growth, investment, social fairness and macroeconomic stability. We cannot have a robust economy without well-performing employment and social policies: both are two sides of the same coin, as we know.

These policies are at the heart of the European Pillar of Social Rights and their development should lead to a stronger European Monetary Union (EMU). Hence, improving economic resilience requires us to invest in people, invest in the skills of workers throughout their working life. That is why we have launched and are implementing the New Skills Agenda. We live in a fast-moving economy that requires us to adapt. We have to be skilled and re-skilled on a continuous basis. Lifelong learning is not just a buzzword. It is a necessity.

To ensure that workers get protection and the relevant information about their job: that is what our proposal on transparent and predictable working conditions for all workers calls upon.

To give everyone the possibility to combine their professional and personal lives: Our proposal on work-life balance calls for better working arrangements and compensated leave for parents and carers. As you know, these last two are legislative proposals still in negotiations between Parliament and the Council. We count on your support to reach an agreement soon. Legislation, however, is not the only instrument to have for stronger employment and social policies in the European Union and a more resilient EMU. The implementation of the European Pillar of Social Rights by Member States is crucial to reaching this objective and the instrument to have to monitor and gauge progress is the European Semester.

When zooming in on the euro area, the Pillar is already fully integrated into the dedicated recommendation adopted in November last year. It asks Member States to focus on reforms that promote job creation, equal opportunities, accessibility to labour market, fair working conditions and support social protections.

To conclude, let me stress that building a strong European economy and a resilient monetary union can only be sustainable through support and investment in our people. This requires well-functioning labour markets and social protection systems. In this light, we can only welcome and share the policy priorities indicated in your report.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Donnerstag, 25. Oktober 2018, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Monika Beňová (S&D), *písomne*. – Dôraz pri vytváraní týchto politík by mal byť kladený predovšetkým na solidaritu a odstraňovanie sociálnych a majetkových nerovností v spoločnosti. Hospodársku situáciu a zamestnanosť možno v súčasnom období vo väčšine krajín eurozóny hodnotiť pozitívne. Napriek tomu však mnohé výzvy a nerovnosti v tejto oblasti pretrvávajú. Tie sa napríklad týkajú rozdielov v mzdovom ohodnotení žien a mužov, výrazne rozdielnej mzdy za rovnakú prácu v jednotlivých členských štátoch, či nezamestnanosti mladých. Vyžaduje si to preto konkrétne riešenia, ktoré vzhľadom na neochotu podeliť sa o svoje kompetencie v sociálnej oblasti zostávajú v rukách predstaviteľov národných štátov. Samotná, relatívne nízka miera nezamestnanosti, ktorej sme dnes svedkami, je tak dôležitá, no

nemôže byť želaným výsledným cieľom. Je potrebné viac sa sústrediť na tvorbu udržateľných a kvalitných pracovných miest za primerané ohodnotenie či zabezpečiť plnohodnotné uplatnenie pre mnohé znevýhodnené skupiny vrátane hendikepovaných spoluobčanov. V rámci regulácie by tiež predovšetkým nadnárodné spoločnosti pôsobiace v Európskej únii mali byť motivované podieľať sa na rýchlejšom približovaní úrovne miezd naprieč členskými štátmi. Ich investície sú totiž obvyčajne sprevádzané rozsiahlymi vládnymi stimulmi. Princíp rovnakej mzdy za rovnakú prácu by mal byť ich podmienkou.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan.* – Izvješće o politici zapošljavanja i socijalnoj politici europodručja govori o stopi nezaposlenosti mladih, koja je i dalje neprihvatljivo visoka i viša od dvostrukog ukupnog prosjeka nezaposlenosti, s približno svakom trećom mladom osobom koja je nezaposlena u nekim zemljama.

Gospodarski oporavak i dalje nije jednakomjeran diljem europodručja te i dalje postoji znatan prostor za napredak u pogledu ekonomske konvergencije, borbe protiv nezaposlenosti mladih i dugotrajne nezaposlenosti, rodne neravnoteže, segmentacije tržišta rada i nejednakosti, posebno za ranjive skupine, kao i u pogledu smanjenja broja osoba koje rade ispod razine njihove kvalifikacije, smanjenja siromaštva općenito, a naročito siromaštva zaposlenih, iskorjenjivanja siromaštva djece i poticanja produktivnosti i rasta plaća.

Izvješće, za koje sam glasao, napominje da bi države članice trebale sprovesti reforme, kakve ih podupire Komisija, u okviru preporuka za pojedine zemlje, te bi ih posebice trebalo usmjeriti na politike kojima se povećava produktivnost i potencijal održivog rasta kako bi cijela EU zajedno išla ka stvaranju dostojnih radnih mjesta, pristupu socijalnoj zaštiti, bez obzira na radni odnos ili vrstu ugovora, i rastu plaća koji znatno utječu na smanjenje nejednakosti, rizik od siromaštva i socijalne isključenosti te pridonose poboljšanju životnog standarda i podupiru gospodarski oporavak.

Dominique Martin (ENF), *par écrit.* – Le débat du 22/10/2018 sur l'emploi et les politiques sociales de la zone euro au Parlement européen brosse un tableau optimiste et tronqué de l'emploi. Il oublie de rappeler que le chômage est deux fois plus élevé dans l'eurozone (8,3%) que dans les autres pays (4,2%). Il met en exergue l'Allemagne, mais peut-on croire ses statistiques du chômage (3,4%) en juin 2018 vu que seulement 5% des 1,2 millions de réfugiés arrivés en 2015-2016 travaillent à plein temps en 2017. Ce qui signifie que plus d'un million de personnes sont retirées des chiffres du chômage. Pendant ce temps, dans la zone euro 1 chômeur sur 2 est au chômage depuis plus d'un an et 10% des travailleurs sont pauvres. Comme solution, ce rapport exhorte à toujours plus de réformes structurelles et «d'inclusion». L'intégration au marché du travail des migrants et des réfugiés serait ainsi une des 3 solutions au maintien des systèmes de retraites. Pire, les partis de la majorité (PPE, ALDE, S&D) ont refusé nos amendements de priorité à l'emploi pour les citoyens et chômeurs européens. Ce qui confirme que Bruxelles ne veut pas construire une grande Europe mais un monde en petit.

19. Rolle der Mitarbeiterbeteiligung bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt (kurze Darstellung)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagespunkt folgt die kurze Darstellung des Berichts von Renate Weber im Namen des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten über die Rolle der Mitarbeiterbeteiligung bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt (2018/2053(INI) (A8-0293/2018).

Renate Weber, Rapporteur. – Mr President, first of all, I would like to thank all the shadows for our excellent cooperation on this file.

Employee financial participation (EFP) is one possible way to achieve our goal to reduce unemployment and ensure sustainable growth and jobs. It has been proved that the social performance of a company that has employee share ownership is 52% higher than in companies which have neither employee stock ownership plans (ESOPs) nor an employee saving plan. Currently, there are some 10 million employee shareholders in Europe and 20 Member States have some sort of EFP incentive regulation.

Nevertheless, the development of EFP is geographically unbalanced within the European Union with a lag of 30 to 40 years between the lead and the late European countries. The explanation resides in the existence or not of adequate legislation and frameworks. In spite of many recommendations that have been issued since 1991, not much has been done in terms of approaching the topic at EU level through legislation or comprehensive public policies.

Therefore this report aims at creating momentum again for EFP by, first of all, emphasising the potential of these schemes for both workers and their employers. Among the advantages of EFP schemes, I can mention more sustainable governance, better business continuity and access to capital for SMEs, better social dialogue and quality of work, more fidelity and motivation, less absenteeism and better skills development.

Secondly, the report stresses the risks and the loopholes which need to be tackled while developing EFP. We must provide guarantees to protect employees and companies alike. Each EFP scheme should offer a wide range of tools for the company to design the most relevant scheme according to their size or activity. At the same time, any EFP scheme must be developed with social partners, employees and relevant stakeholders. It must remain voluntary for employees and should be based on their informed consent, fully aware of their entitlements, obligations and risks. Training should be offered to the employees in this respect. The EFP should never replace salaries and no discrimination should ever be accepted relating to the employee's decision to join these schemes or not.

Thirdly, the report suggests a number of measures which could be taken at Union level. The Commission and Member States should design frameworks for the development of such schemes throughout Europe, they should promote financial education, raise awareness among companies and employees and look into developing fiscal incentives for companies which would like to expand transnationally. Synergies should be developed with programmes and for efforts carried out by the Commission whose aim is to improve access to capital, especially for SMEs. We mention the European Globalisation Adjustment Fund, COSME and the social economy, but also encourage different DGs to work together, like DG Employment, DG FISMA and DG GROW.

I hope that Parliament's vote will this time be followed by a proper action on behalf of the Commission.

Spontane Wortmeldungen

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η έκθεση αναφέρεται στη συμμετοχή των εργαζομένων στη διοίκηση και στα κέρδη των επιχειρήσεων ως τρόπο αύξησης των αμοιβών. Όμως τι γίνεται με τους μισθούς στα κράτη του ευρωπαϊκού Νότου;

Στην Ελλάδα με τα μνημόνια μειώθηκε ο κατώτατος μισθός, προβλέφθηκε μάλιστα υποκατώτατος μισθός, πιο χαμηλός δηλαδή για τους νέους κάτω των 25 ετών. Μισθοί, λοιπόν, πείνας είναι αυτοί που επικρατούν στην Ελλάδα και έχουν φτωχοποιήσει τον ελληνικό λαό. Πετσοκόπησαν, επίσης, οι μισθοί στον δημόσιο τομέα, και στον ιδιωτικό φυσικά, ενώ στον δημόσιο τομέα καταργήθηκαν τα δώρα.

Αντιλαμβάνεται κανείς ότι υπάρχει μια κατάσταση εργασιακής ζούγκλας σήμερα στην Ελλάδα, με επιχειρήσεις που αφήνουν χιλιάδες απλήρωτους εργαζόμενους, με επιχειρήσεις οι οποίες αρνούνται να ασφαλίσουν τους εργαζόμενους, με επιχειρήσεις οι οποίες δεν δίνουν τις αμοιβές, αλλά πολλές από αυτές αναγκάζουν τους εργαζόμενους να πληρωθούν σε είδος. Αίσχος! Πρέπει να σταματήσει η εργασιακή ζούγκλα, ο εργασιακός μεσαίωνας στην Ελλάδα.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, μετοχές σε εργαζομένους, συμμετοχή στα κέρδη, σύνδεση μισθού-παραγωγικότητας, ατομικές και ομαδικές συμφωνίες για πριμ παραγωγής, συνεργατικές επιχειρήσεις, αλληλέγγυα οικονομία, όλα αυτά είναι καρότο που γίνονται μαστίγιο για την κατάργηση των συλλογικών συμβάσεων εργασίας, των αυξήσεων μισθών, του απεργιακού και όλων των άλλων εργασιακών δικαιωμάτων.

Στην Ελλάδα η νεο-αριστερή κυβέρνηση ΣΥΡΙΖΑ ξαναπήφισε τον μνημονιακό νόμο κατάργησης των συλλογικών συμβάσεων, την εξάρτηση του μισθού από τα κέρδη. Οι καπιταλιστές, βέβαια, δεν αρκούνται σε αυτά, θέλουν να χειραγωγήσουν τους εργαζόμενους να τους κάνουν συμμετόχους στην ίδια την εκμετάλλευσή τους, με κοινωνικούς διαλόγους και την προδοσία του κυβερνητικού εργοδοτικού συνδικαλισμού να νεκρώσουν το κίνημά τους.

Αυτά σημαίνουν ατελείωτες ώρες απλήρωτης εργασίας, εξαντλητική εντατικοποίηση στο κυνήγι των στόχων, παραίτηση από αυξήσεις, συλλογική δράση και διεκδίκηση, απώλεια εργασίας ταμείων ασφάλισης σε περίπτωση πτώχευσης. Επιχειρηματικά κέρδη προϋποθέτουν βάρβαρη εκμετάλλευση των εργαζόμενων, δεν συμβαδίζουν με την ευημερία τους.

Μόνο η οργανωμένη ταξική πάλη, στοχεύοντας στην ανατροπή του εκμεταλλευτικού συστήματος, μπορεί να υπερασπίσει σήμερα και να κατοχυρώσει μόνιμα τα εργατικά δικαιώματα.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedavajući, radničko dioničarstvo u nekim se zapadnim zemljama pokazalo kao kvalitetan model koji radnike dodatno motivira i donosi im stabilnu zaradu pored plaće. Nažalost, u zemljama poput Hrvatske, takav se model pokazao u dobroj mjeri neuspješnim zato što radnici nisu navikli voditi računa o tvrtki kao o vlastitom vlasništvu. Najbolji je primjer brodogradilište Uljanik koje se nalazi pred slomom, a u kojem radnici imaju 47% dionica. Nakon što su postali vlasnici velikog dijela tvrtke nisu promijenili dotadašnji način funkcioniranja, nego su se prema tvrtki odnosili jednako kao i prije.

Da bi ovaj model bio uspješan u cijeloj Europskoj uniji, u zemljama koje su relativno nedavno usvojile tržišno gospodarstvo potrebna je promjena mentaliteta i jačanje neovisnosti pravosuđa. Tek onda možemo očekivati ujednačen razvoj radničkog dioničarstva u cijeloj Europi.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η συμμετοχή των εργαζομένων στη διοίκηση των επιχειρήσεων αλλά και στο εταιρικό κεφάλαιο των επιχειρήσεων είναι ένας από τους παράγοντες που μπορεί να συμβάλει στην ανάπτυξη της οικονομίας.

Όταν ένας εργαζόμενος έχει μερίδιο στο εταιρικό κεφάλαιο, έχει κίνητρο να εργαστεί περισσότερο αποδοτικά, να αξιοποιήσει τα προσόντα του και να συμβάλει στη βιωσιμότητα της επιχείρησης, την οποία θεωρεί ως οικογενειακή επιχείρηση. Άρα, λοιπόν, υπό την έννοια αυτή είναι θετικό, θεωρητικά τουλάχιστον, να συμμετέχει ένας εργαζόμενος στο εταιρικό κεφάλαιο μιας επιχείρησης, καθώς επίσης και στην διοίκηση της επιχείρησης.

Εκείνο το οποίο δημιουργεί αντίφαση είναι η εφαρμογή όλων αυτών των μέτρων στην πράξη. Δυστυχώς στην Ελλάδα έχει αποδειχθεί ότι τίποτε από όλα αυτά δεν ισχύει. Έχουν καταστραφεί όλες οι οικογενειακές επιχειρήσεις, και κυρίως οι μικρές επιχειρήσεις και δεν υπάρχει δυνατότητα να επιβιώσουν δυστυχώς και στη συνέχεια.

(Ende der spontanen Wortmeldungen)

Karmenu Vella, Member of the Commission. – Mr President, I would like to thank you for this constructive discussion and for your valuable remarks. I take note of your recommendations and of your commitment to the development and promotion of employee financial participation schemes in the European Union.

Research on the various forms of employee financial participation has pointed out the potential benefits, as well as the risks, associated with these schemes for both workers and companies. The studies carried out in previous years show how employee financial participation schemes can increase the competitiveness of companies. In particular, they can increase workers' income and their identification with the companies they are working at. As such, these schemes may improve the job satisfaction of employees and contribute to improving the relationship between the employer and the employees.

At the same time, employee financial participation schemes can increase the financial vulnerability of individual workers. It is therefore crucial to prevent unreasonable risks when designing and running these schemes. Sufficient information should be provided to employees about the details of the schemes and any risks involved. Importantly, employee financial participation schemes should be seen as complementing their fixed wage.

Employee financial participation may therefore be a subject of normal negotiations between social partners dealing with wage setting and working conditions without replacing them. Therefore I welcome the report's calls for engagement with social partners on this subject. Progress on workers' financial participation will not only depend on supportive legal framework conditions in the Member States but also on the appetite of social partners to engage further in this area.

The Commission promotes participatory forms of corporate governance in different ways, for instance as part of the actions under the Small Business Initiative and by means of the Employment and Social Innovation Programme. As regards employee financial participation in particular, the Commission encourages Member States to exchange best practices in order to spread the information about how to design efficient schemes.

This concerns in particular the design of taxation regimes in Member States, which your report rightly identifies as one of the principal challenges financial participation faces. Financial participation, and more specifically employee share ownership, is also important to revive equity culture in Europe. Individuals having access to a securities account through their employers-employee share ownership scheme can familiarise themselves with capital markets and foster retail investments in the EU, once the core areas of capital markets union. That is why, in the 2017 mid-term review of the Capital Markets Union Action Plan, the Commission proposed to develop and promote best practices for employee share ownership schemes to provide an opportunity for individuals to get familiar with capital markets, giving a first insight into equity investment.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Dienstag, 23. Oktober 2018, statt.

20. Ausführungen von einer Minute zu wichtigen politischen Fragen

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgen die Ausführungen von einer Minute zu wichtigen politischen Fragen (Artikel 163 GO).

Romana Tomc (PPE). – Od vseh medijev, posebej pa od tistih, ki so v javni lasti, bi pričakovali, da ljudem prinašajo objektivne in uravnotežene informacije.

Nesprejemljivo je, da se na javni televiziji pojavijo transparenti z grožnjami s smrtjo pripadnikom opozicijske stranke, da se z odkritimi političnimi pritiski skuša ukiniti oddaje, ki ljudem odkrivajo zgodovino, ki jo bivši komunistični režim zanika, da so novinarji, ki iščejo resnico, deležni groženj in sodnih pregonov. Vse to je v Sloveniji žal realnost.

Realnost je tudi, da je večina novinarjev ujetih v prekarne zaposlitve, mogoče tudi zato, da bi bili bolj poslušni. Najostreje zavračam tudi javne pozive k utišanju drugače mislečih in zlorabo javnih medijev v politične namene. Zato pozivam predsedstvo in kolege v Parlamentu, da odkrito in z enakimi kriteriji spregovorimo o medijski svobodi v vseh državah članicah.

Rory Palmer (S&D). – Mr President, sadly we seem to live in an era where too much casual prejudice and serious hatred finds its way into public discourse, particularly online. So I want to pay tribute today to organisations working with young people to help tackle that hate: organisations like Leicester's Federation of Muslim Organisations, who I recently joined for their Eid celebrations; the Holocaust Education Trust, this year marking 30 years of profoundly important work; and the National Holocaust Centre, which is based in my constituency. These organisations and many more do incredibly important and special work, because they are equipping young people with the tools, with the knowledge, to help tackle that hate. And young people have a unique role and unique potential to help us tackle that hate, and all of us in this Parliament have a responsibility to stand alongside those young people in confronting and tackling hatred in our society.

Ангел Джамбазки (ECR). – Г-н Председател, преди няколко дни в България се случи едно изключително тежко и ужасяващо криминално престъпление – една млада дама беше убита по изключително брутален начин. И тук, в тази институция, в залата на Европейския парламент, хората, които най-много говорят срещу фалшивите новини, започнаха да разпространяват и създават фалшиви новини. Председатели на парламентарни групи, комисари побързаха да свържат това убийство с работата на жертвата и да го обявят за убийство по причина на заниманието на жертвата, която е журналист.

След като се разкри, че убийството е извършено от криминален престъпник – български гражданин от цигански произход – не последва нито едно извинение, а трябваше да се случи. Вече три години си говорим за фалшиви новини, за това, че не трябва да бъдат допускани такива фалшиви новини и точно в тази зала хора, които претендират да се борят с тези фалшиви новини, ги разпространяват.

Държа всеки един от хората, който разпространи тази фалшива новина, да се извини за нея.

Jasenکو Selimovic (ALDE). – Gospodine predsjedavajući, moram priznati da ništa ne shvaćam oko izbora u Bosni i Hercegovini i komentara mojih kolega ovdje u Parlamentu što se tiče predsjednika Komšića. Što im smeta? Smeta im što je kandidat, kažu, izabran ne samo od Hrvata nego i od nekih drugih. Pa recimo da je tako. Pa, zar nije to ono što smo molili ljude 27 godina? Da se ponašaju ne kao etniciteti, ne kao nacionalisti, nego kao građani. I kad se jednom tako ponašaju onda je to kao problem. Što je drugo problem? Pa nije dovoljno Hrvat. Jeste on Hrvat, on nije nacionalist. To je ono što im smeta: što čovjek nije nacionalist. Ali, ja nigdje u Daytonskom sporazumu ne vidim da je mjesto predsjednika rezervirano za nacionaliste. I treće, kolege ne shvaćaju kad podržavaš nacionaliste onda dobiješ nacionaliste, a onda ćeš se poslije žaliti što su svi nacionalisti u Bosni i Hercegovini. Predsjednik Komšić mora biti podržan od europske zajednice i on je uvijek dobrodošao ovdje.

Josep-Maria Terricabras (Verts/ALE). – Señor presidente, Arabia Saudita es un Estado autoritario que ni me atrevo a llamar medieval, gobernado por una casta corrupta y cruel, donde se ejecuta en público, se protege y subvenciona el terrorismo, donde todos, particularmente las mujeres y los forasteros, sobreviven a merced del capricho de los gobernantes.

No es preciso insistir. La muerte atroz del periodista Jashogui ha disparado por fin algunas alarmas. Alemania ha anunciado la suspensión de venta de armas al Gobierno saudí, a la vez que invita a los demás países de la Unión a hacer lo mismo. España es un gran exportador de armas y, con la intervención muy interesada del rey de España, tiene en Arabia Saudita un gran cliente.

Desde aquí pido al Gobierno español que se una al Gobierno alemán y que suspenda sus ventas de armas a aquel país; que no adopte la actitud mercantil vergonzosa del presidente de los Estados Unidos y de todos aquellos para los que el negocio es más importante que la vida y la defensa de los derechos humanos. Seguir la trayectoria de Arabia Saudita y mantener la amistad con este país significa seguir en el camino de la indignidad, de la ignominia.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhor Presidente, os fundos estruturais não são, nunca foram, expressão de uma suposta solidariedade europeia. Eles são, sim, e sempre foram, uma compensação monetária pelo impacto assimétrico da integração. Se há quem ganhe com o mercado único, com o euro e com as políticas comuns, há também quem perca e há quem perca muito. Daí esta forma de compensação, uma compensação insuficiente e interesseira, e é à luz desta realidade que as propostas de regulamentos dos fundos estruturais apresentadas pela Comissão Europeia são extremamente preocupantes.

A não serem alteradas, estas propostas significam mais dificuldades na utilização do menor dinheiro disponível, significam que a aplicação destes fundos estará submetida não aos interesses e necessidades de cada Estado, em especial daqueles que enfrentam maiores dificuldades, mas submetida, sim, aos objetivos políticos fixados pelas principais potências na defesa dos seus próprios interesses, das suas multinacionais, incluindo na área da indústria de armamento.

É por isso que querem aprovar rapidamente estes regulamentos, sem envolvimento e discussões públicas. Também por isto são necessários a denúncia e o combate a esta intenção.

Dobromir Sośnierz (NI). – Panie Przewodniczący! Ja chciałem zwrócić państwa uwagę na działalność instytutu pod nazwą Transport and Environment finansowanego między innymi z pieniędzy europejskiego podatnika, z pieniędzy Komisji Europejskiej. Ten instytut produkuje takie bezsensowne raporty, w których na przykład opisuje z ubolewaniem, jak to Polacy importują samochody z silnikiem diesla z zachodniej Europy, upatrując w tym jakieś szkody dla środowiska. No ja nie rozumiem. Jeśli te samochody istnieją i jeżdżą w Niemczech, to jaka szkodliwość dla środowiska wynika z tego, że teraz będą jeździły w Polsce? Raport ubolewa też na przykład nad tym, że w ogóle biedniejsi Europejczycy ze wschodu kupują używane samochody. Jak kupują używane, to lepiej, bo na wyprodukowanie tych samochodów zużyto jakieś zasoby środowiska i zamiast się marnować, będą służyły biedniejszym. A obrażanie się na biedniejszych, że są biedni, jest naprawdę idiotyczne. Także tak się bawimy za pieniądze europejskiego podatnika, produkując takie bzdurne raporty.

Arne Gericke (ECR). – Herr Präsident, werde Kolleginnen und Kollegen! Millionen Menschen werden zurzeit in China in Lagern gefangen gehalten und systematisch getötet, auf Bestellung geschlachtet, denn die chinesische Regierung betreibt illegalen und menschenverachtenden Organraub. Und Europa schaut weg. Das China Organ Harvest Research Centre spricht in seiner jüngsten Studie von *organ transplant on demand* – Organe auf Abruf. Genauso ist es. In China warten Sie durchschnittlich nur zwei Wochen auf ein neues Organ, wenn Sie reich sind, noch kürzer. Zum Vergleich: In Deutschland sind es sechs bis acht Jahre.

Und auf wessen Kosten? Religiöse Minderheiten wie die Christen, hundertausende Falun Gong, ethnische Minderheiten wie die Tibetaner oder die Uiguren werden auch für Europäer zur Schlachtbank geführt. Tausende von ihnen verlieren jeden Monat ihr Leben auf Bestellung – Massenmord. Ich fordere dieses Haus, die Kommission, den Rat und die Außenbeauftragte Mogherini dazu auf, Leben zu retten. Europäische Werte erfordern Handeln! Hier sind Sanktionen gegen China dringend erforderlich.

Jordi Solé (Verts/ALE). – Señor presidente, el Estado español utiliza todas las vías imaginables para impedir a la ciudadanía catalana el ejercicio democrático a la libre determinación: represión policial y judicial, cloacas del Estado y ahora sabemos que también guerra económica. Un interesante trabajo del periódico *Ara* sacó a la luz cómo después del referéndum, que el Estado español intentó evitar a porrazos, administraciones del Estado y empresas públicas retiraron masivamente fondos de los dos grandes bancos catalanes como medida de presión para que movieran su sede fuera de Cataluña. Esta irresponsabilidad comportó la caída de las acciones de estos bancos y provocó un peligro de riesgo sistémico que podría haber afectado gravemente a la economía catalana, española y europea.

La Comisión Europea debería investigar estas maniobras políticas sobre instituciones financieras, maniobras que tenían como objetivo claro desestabilizar deliberadamente la economía de un país como castigo por haber osado votar y decidir.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL). – Señor presidente, la multinacional Alcoa ha anunciado de forma unilateral y sin ningún tipo de negociación el cierre de las fábricas de Avilés y A Coruña y, con ello, la destrucción de setecientos empleos directos y otros tantos indirectos.

Las plantas son productivas y tienen beneficios, como destacan los representantes sindicales. Por eso hay que exigir a la multinacional la retirada del expediente de cierre y abrir una mesa de negociación para encontrar fórmulas que garanticen el mantenimiento del empleo y su viabilidad futura. Pero el Gobierno de España también ha de tomar medidas, garantizando un modelo energético estable que impida los precios abusivos de la electricidad, fijados a través de subasta.

Son muchas las medidas que se pueden adoptar en materia energética, pero sin duda la más beneficiosa para el sector industrial y para la ciudadanía sería que este sector estratégico esté en manos de los poderes públicos. Es preciso recordar que sin industria no hay futuro ni empleos de calidad. ¡Alcoa no se cierra!

Željana Zovko (PPE). – Gospodine predsjedavajući, jako sam zabrinuta ishodom izbora u Bosni i Hercegovini i mogućim posljedicama na temelju prvih reakcija pojedinih izabranih dužnosnika u Sarajevu. Kao članica Europske unije, te kao jamac Daytonsko-pariškog mirovnog sporazuma, Hrvatska će nastaviti budno pratiti razvoj situacije u ovoj zemlji i njezin utjecaj na mir i stabilnost.

Ohrabrena izjavom Mogherini i Hana o poštivanju odluke Ustavnog suda Bosne i Hercegovine u slučaju Ljubić pri formiranju Doma naroda, smatram da je krajnje vrijeme da se donese izborni zakon, kako bi Bosna i Hercegovina izbjegla produbljene krize. Svako dalje nepromišljeno podržavanje aktera koji podupiru dva ekstrema, centralizaciju i separatizam, vodi u polarizaciju zemlje.

Pozivam na konačno razmatranje položaja treće konstitutivne zajednice, koja je kroz povijest uvijek birala sredinu između dva spomenuta ekstrema i predvodila zemlju u euroatlantskim integracijama. Jednom narodu su oduzeta prava koja mu pripadaju, uslijed cijelog niza promjena izbornog zakona u zadnja dva desetljeća. Smatram da Bosna i Hercegovina može prevladati postojeće probleme.

Giuseppe Ferrandino (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Moody's ha declassato il debito pubblico italiano a un gradino sopra il livello di spazzatura. Domani la Commissione probabilmente boccherà la manovra, come si mor-mora ormai da giorni.

Lo dico con sincerità: non sono preoccupato di quanto si sforzi il rapporto deficit/PIL, prima di noi lo hanno fatto già Francia e Germania. Quello che mi preoccupa sono gli obiettivi, i mancati investimenti e il rispetto delle regole europee.

L'Italia deve ridurre il debito pubblico, creare occupazione e crescita, ridurre i divari sociali. I segnali che arrivano in queste ore sono drammatici: spreco di risorse, minore occupazione, maggiori diseguaglianze. Un'intera generazione trascorrerà la propria vita con il peso del debito pubblico sulle spalle, tutto per le scelte di un governo che non sa andare oltre la propaganda. Ricchi sempre più ricchi, poveri sempre più poveri, in una nazione che ormai è isolata in Europa e nel mondo.

Il primo a condannare l'Italia oggi è Sebastian Kurz, alleato del governo pentastellato. Complimenti! Mi rivolgo ai colleghi deputati del Movimento 5 Stelle e della Lega: la storia vi ricorderà come la classe dirigente che ha distrutto il futuro dei nostri giovani. La politica si misura dai risultati, non dagli annunci roboanti a cui ormai ci avete abituato...

(Il Presidente toglie la parola all'oratore)

Branislav Škripek (ECR). – Na Slovensku ako aj v Českej republike práve oslavujeme dôležité výročie sto rokov od založenia spoločného štátu Čechov a Slovákov, teda Československa.

Považujem za významné pripomenúť si to aj tu v Európskom parlamente. Po prvej svetovej vojne povstal z ruín mnohonárodnostnej Habsburskej monarchie štát dvoch slovanských národov a Slováci tak mali svoj vlastný štát, v ktorom mohli bez obmedzenia používať materinský jazyk, rozvíjať kultúrne dedičstvo a slobodne rozhodovať o spoločenskom fungovaní na svojom území. Samozrejme, ani naše spolužitie nebolo bezproblémové, avšak za 70 rokov sme mnohokrát dokázali, že vieme svoje konflikty vyriešiť s pokojom a diskusiou. Za najväčší dôkaz tohto špeciálneho vzťahu možno považovať práve rozdelenie oboch našich štátov v mieri, ktoré prišlo na začiatku 90 rokov. Práve v tomto období sa ukázalo v iných častiach Európy, že nenávisť, extrémny nacionalizmus a násilie dokážu jednoducho nakaziť ľudské srdcia.

Myslím si, že aj dnes si môžeme z Československa brať príklad, lebo spolu čeliť mnohým problémom, či už spoza hraníc alebo z vnútra Únie sa dá a nemáme sa obviňovať a trestať.

Matt Carthy (GUE/NGL). – Mr President, what is it about the provision of rural broadband that it seems to attract repeated failures and controversies? This month in Ireland yet another Minister left the Department with responsibility for broadband, this time forced out due to unethical engagements with bidders for the billion-euro National Broadband tender. The Commission too has serious questions to answer as to why a Luxembourg-based corporation was selected without public procurement process to manage a multi-million euro EU fund while they were also bidding to take over an Irish company involved in the National Broadband bid.

The reason for the controversies and the repeated failures is that broadband provision has been seen by both the EU and the Irish Government as, rather than a public service, one which has instead been placed in the hands of private corporate interests whose first interest, at all stages, is their own profits. The losers in all of this are, of course, the people of those rural communities that do not have access to broadband. It's time for a public ownership model of telecommunications infrastructure to take precedence so that finally, everyone will have access to this essential infrastructure.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, chtěl bych navázat na svého ctěného kolegu pana Škripka. Já jsem rovněž chtěl připomenout stoleté výročí založení Československa. Chtěl bych upozornit, že právě na konci tohoto týdne si toto slovutné výročí u nás připomeneme za účasti francouzského prezidenta Emmanuela Macrona a také německé kancléřky Angely Merkelové.

Pro naši zemi jde o mimořádný okamžik, kdy si připomínáme roli prvního prezidenta svobodného a demokratického Československa, Tomáše Garrigua Masaryka, mužů 28. října. Jejich úžasná vize svobodného státu, cíl, za kterým šli s promyšleným plánem, jsou skutečně ukázkou jejich státnictví. Jejich dílo, které přes ohromující potíže překonalo veškeré pohromy 20. století, poskytuje i naší generaci tolik ceněné hodnoty svobody, demokracie, v níž i jedinec je důležitý a má své místo a nezastupitelnou hodnotu. Jejich vize se sice rozpadla, ale spoluprací i nadále pokračuje v soustátí EU. Musím zároveň připomenout, že muži 28. října se zcela vědomě propojili se západními demokraciemi. Bohužel následný dějinný vývoj po roce 1948 vyvrval Československo...

(předsedající řečníkovi odebral slovo)

Κώστας Μαυρίδης (S&D). – Κύριε Πρόεδρε, το 2018 είναι Ευρωπαϊκό Έτος Πολιτιστικής Κληρονομιάς. Ωστόσο, δυστυχώς, σε ένα μέρος της Ευρωπαϊκής Ένωσης, στο βόρειο κατεχόμενο μέρος της Κύπρου, από όπου κατάγομαι και εγώ και έγινα πρόσφυγας μετά την εισβολή της Τουρκίας το 1974, σε εκείνο το βόρειο μέρος ένας θησαυρός του ευρωπαϊκού μας πολιτισμού καταστρέφεται ακόμα και σήμερα. Εκατοντάδες εκκλησίες έχουν λεηλατηθεί, χιλιάδες βυζαντινές εικόνες έχουν κλαπεί. Το ευχάριστο, όμως, είναι ότι τις τελευταίες μέρες, κύριε Πρόεδρε, μάθαμε μετά εκπλήξεως στην Κύπρο ότι δύο χιλιάδες βυζαντινές εικόνες βρίσκονται αιχμάλωτες στο Κάστρο της Κερύνειας από όπου προέρχομαι και έχω γεννηθεί και εγώ. Σε εκείνο, λοιπόν, το κάστρο υπάρχει μέρος του ευρωπαϊκού μας πολιτισμού και αναμένουμε από την Ευρωπαϊκή Ένωση να πάρει τα κατάλληλα βήματα για να δοθούν πίσω στην Εκκλησία της Κύπρου.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL). – Señor presidente, estamos viendo estos últimos días imágenes verdaderamente dolorosas, imágenes de miles de personas, fundamentalmente hondureñas y hondureños, que huyen de la violencia en una de las regiones más peligrosas del mundo. Hay mujeres, niños, personas mayores, menores no acompañados, miles de personas que no tienen otro propósito que llegar a los Estados Unidos y pedir asilo —un derecho universal—.

Hace unos meses nos escandalizamos por la política migratoria estadounidense, con la detención y la separación de las familias. Ahora Trump amenaza con suspender las ayudas a los países de origen que no actúen como policías de fronteras y mandar al Ejército para parar esta caravana de inmigrantes. Ante todo esto, la Unión Europea no hace ni dice nada. La Unión Europea tiene que enviar una misión de observación y otorgar ayudas económicas para paliar la crisis humanitaria que estamos viendo. No podemos seguir mirando hacia otro lado.

Andrea Bocskor (PPE). – Tisztelt Elnök Úr! Aggodalmam szeretném kifejezni a kárpátaljai magyar közösséget mostanában ért atrocitások miatt. A kisebbségi jogszűkítések, az oktatási, majd a nyelvtörvény bizonytalanságot keltenek, amit tovább ront a biztonságérzet megrendülése. Egyesek tudatosan dolgoznak a nemzetiségek közötti béke megbontásán Kárpátalján. A médiában jó ideje negatívan mutatják be a magyarokat, alaptalanul szeparatizmussal vádolják őket. Egy szélsőséges weboldal megfélemlítésképpen a nép ellenségeiként listázni kezdte a kárpátaljaiakat, személyes adatokat tett közzé. Ezzel nemcsak Ukrajna hatályos jogszabályait sértik, hanem a nemzetközi normákat is, mégsem blokkolták ezt az oldalt. A Legfelsőbb Tanács honlapján van egy petíció, melyben a kárpátaljai magyarok deportálására gyűjtenek aláírásokat. Ez a közösség elleni uszítás, mégis beregisztrálták. Hétvégén ismeretlenek óriásplakátokat helyeztek ki „Állítsuk meg a szeparatistákat” felirattal, visszaélve a kárpátaljai magyar vezetők fényképével és nevével. Az ukrán hatóságok tétlensége és az Európai politikum közömbössége teret enged ezeknek az etnikai alapú provokációknak, destabilizációs kísérleteknek, és a politikai haszonszerzés érdekében történő feszültségkelt ...

(az elnök megvonja a szót a felszólalótól)

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il cambiamento climatico continua a causare ingenti danni. Ancora una volta ad essere colpito è il Sud Italia, in particolare la Calabria, che paga un prezzo altissimo, anche in termini di perdita di vite umane, per la mancata tutela del territorio e il dissesto idrogeologico.

Ero in Calabria, a Lamezia Terme, nelle ore in cui si sono abbattute le piogge torrenziali e ho constatato di persona i danni provocati nel settore agricolo, alle infrastrutture, alle strutture aziendali e rurali che devono essere ripristinate al più presto per non compromettere ulteriormente il fragile tessuto economico esistente.

L'Italia è ormai ciclicamente vittima di catastrofi ambientali e necessita urgentemente di un piano generale per la prevenzione e per la messa in sicurezza del territorio. I fondi diretti e indiretti previsti dall'Unione europea per la lotta al cambiamento climatico non possono bastare. Vanno incorporati dal computo deficit/PIL gli investimenti destinati alla messa in sicurezza dei territori colpiti dalla furia, non prevista fino a qualche tempo fa, delle calamità dovute al cambiamento climatico.

Anna Záborská (PPE). – Minulý týždeň si celý svet pripomenul 26. výročie vyhlásenia Medzinárodného dňa boja proti chudobe. V tomto parlamente hovoríme o chudobe často, predovšetkým vo vzťahu k tretím krajinám. Chudoba, ktorá ľudí odsúva na okraj spoločnosti a oberá ich o dôstojnosť, však existuje aj v Európskej únii a trpia ňou milióny našich rodín. Chudoba je často dedičná. Postihuje ženy viac než mužov, pretože rozpad rodiny je pre mnohé matky priťažkým bremenom. Zviazať nad chudobou znamená pochopiť, že rodinné väzby, predovšetkým prítomnosť otca a matky, sú dôležitými indikátormi blahobytu dieťaťa. Únia by preto mala podporovať tie politiky členských štátov, ktoré sa snažia posilniť inštitúciu manželstva a prirodzenú rodinu. Žiaľ, v posledných rokoch mám pocit, že robí presný opak.

Eric Andrieu (S&D). – Monsieur le Président, quelques jours seulement après la remise du rapport du Groupe d'experts intergouvernemental sur l'évolution du climat, le département de l'Aude, dans le sud-ouest de la France, vient de vivre des inondations sans précédent.

J'ai connu celles de 1992, j'ai connu les inondations de 1999 et je viens de vivre celles-ci et à chaque fois, il y a eu des morts. Cette fois-ci, il y a eu 14 morts, 16 000 familles sinistrées et plus de 200 millions de dégâts matériels.

Il y a urgence! Au moment où la conférence des Nations unies se réunit, aujourd'hui, à Katowice, pour la COP 24, il faut rappeler ici qu'il y a urgence d'agir, collectivement, pour le climat.

Je voudrais également dire avec force que nous devons revoir ensemble le Fonds de solidarité de l'Union européenne, et notamment le seuil de déclenchement de ce fonds, parce que plus nous avançons, plus ces incidents climatiques interviennent sur des zones limitées avec une intensité sans précédent. Ces inondations dans l'Aude sont historiques: jamais nous n'avions atteint de tels seuils en matière de dégâts matériels et humains.

Daniel Buda (PPE). – Domnule președinte, recentul Eurobarometru al Parlamentului European a constatat că încrederea românilor în apartenența la Uniunea Europeană a scăzut de la 59 % la 49 %. Fără discuție, aderarea la Uniunea Europeană a fost cel mai bun lucru care s-a întâmplat României după 2007 încoace. Astfel, cele peste treizeci de miliarde de euro nerambursabile de la Uniunea Europeană atrase în România au avut un impact pozitiv asupra românilor, crescând calitatea vieții sub toate aspectele.

Apreciez, însă, că scăderea încrederii în Uniunea Europeană se datorează exclusiv guvernării dezastruoase a PSD-ALDE. Modificarea legislației penale în folosul unui grup restrâns, lipsa atragerii fondurilor europene pentru proiecte vitale, acuzele aduse mereu de PSD-ALDE Uniunii Europene pentru a-și justifica propriile eșecuri au dus la această stare de lucruri. Atrag atenția acestei guvernări iresponsabile PSD-ALDE că recente observații din partea instituțiilor europene, fie că vorbim de Comisia Europeană, Parlamentul European sau Comisia de la Veneția, au fost făcute cu bună credință și pentru a atrage atenția asupra derapajelor legislative care încălcă valorile Uniunii Europene și nicidecum nu au fost împotriva românilor.

Jonás Fernández (S&D). – Señor presidente, la multinacional norteamericana Alcoa ha anunciado recientemente el cierre de sus plantas en Avilés y en A Coruña y el despido de todos sus trabajadores: 686 vidas rotas, 686 familias en la más absoluta incertidumbre por una compañía que sigue registrando beneficios en su cuenta de resultados.

Por eso exijo desde aquí, desde el Parlamento Europeo, que esa empresa abra una mesa de negociación con todos los agentes sociales, con los agentes públicos, para evitar su cierre. Y pido a la Unión también que no sea notaria de las intenciones de la compañía americana Alcoa y que se una al clamor de Asturias y de Galicia y de toda España para defender esas dos plantas en nuestro país.

Estaremos luchando, evitaremos ese cierre y el Parlamento estará unido a los trabajadores porque ¡Alcoa no se cierra!

Csaba Sógor (PPE). – Tisztelt Elnök Úr! Románia köztársasági elnöke lesz az Európai Parlament vendége a holnapi napon. Klaus Johannis az Európai Néppárt pártcsaládjához tartozó PNL támogatásával szerezte meg az elnöki tisztséget 2014-ben és a Romániában élő magyar kisebbségi közösség voksainak elsöprő többségét is begyűjtötte, azóta számos alkalommal okozott csalódást választóinak. A sajnálatosan megfogytakozott létszámú német kisebbség képviselőjéből lett román államfő számos alkalommal jelét adta érzéketlenségének, ami a nemzeti kisebbségek jogait illeti. Sőt, sajnos már meglévő kisebbségi jogokat is megpróbált visszavonni a közigazgatási törvény módosításának Alkotmánybíróságon való megóvása során. Klaus Johannis eddigi elnöki mandátuma nem a román kisebbségvédelmi rendszer példaértékűségének bizonyítéka, ellenkezőleg: egy újabb ürügy a nemzeti kisebbségek valós problémáiról való párbeszéd elutasításának. A román elnökválasztások előtt egy évvel kijelenthető, Johannis elnök nem szolgáltatott okot a romániai magyar kisebbségnek, hogy az újra bizalmat szavazzon neki.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D). – Domnule președinte, dragi colegi, consider că este momentul pentru o corectă informare. Să vă spun câteva lucruri despre performanțele pe care le-a obținut actualul guvern social-democrat și liberal, ceea ce face din România factor de stabilitate economică și socială în Uniunea Europeană. Astfel, economia românească a crescut cu 4 % în prima jumătate a acestui an față de aceeași perioadă din 2017, după ce în trimestrul doi al acestui an a înregistrat un avans cu 1,4 % în termeni reali față de trimestrul precedent.

În previziunile economice publicate la începutul lunii mai, Comisia Europeană a menționat estimările referitoare la creșterea economiei României în 2018 la 4,5 %, iar pentru 2019 se așteaptă la un avans de 3,9 %. Dacă la aceste performanțe adăugăm și faptul că guvernul Dăncilă pune un accent major pe programele sociale, respectiv mărirea absolut necesară a pensiilor și a salariilor, cred că putem concluziona că România este pe drumul cel bun și tinde să ocupe și din acest punct de vedere locul șapte ca poziție în rândul statelor europene, devenind un membru important al Uniunii Europene.

Michela Giuffrida (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, un violentissimo nubifragio si è abbattuto venerdì scorso nella Sicilia orientale e ha particolarmente colpito la provincia di Catania, con paesi che sono rimasti isolati per l'esondazione di quattro fiumi, case sommerse dall'acqua, famiglie evacuate e danni per centinaia di milioni di euro, colture di aranci, carciofi e ortaggi di ogni tipo completamente distrutte.

Di nuovo ieri una bomba d'acqua e un fiume di fango, massi e detriti si sono abbattuti su Enna, Gela e Catania, con crolli di abitazioni, auto travolte, aziende distrutte e danni ancora da stimare, provocati da oltre 50 centimetri di pioggia caduti in poche decine di minuti, cioè la metà di quella caduta in un anno.

Il cambiamento climatico in Sicilia è ancora più evidente che altrove e Coldiretti, un'organizzazione del settore dell'agricoltura, sostiene che questo 2018 sia stato l'anno più caldo dal 1800, con 1,8 gradi sopra la media del mese di settembre.

La richiesta dello stato di calamità, già avanzata delle autorità locali, non basta. Io chiedo alla Commissione che si faccia carico di valutare la situazione e intervenire anche con il Fondo di solidarietà UE.

Der Präsident. – Damit ist dieser Tagesordnungspunkt geschlossen.

21. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

22. Schluss der Sitzung

(Die Sitzung wird um 23.28 Uhr geschlossen.)

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



C/2024/3523

6.6.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 23. OKTOBER 2018

(C/2024/3523)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2018-2019

Sitzungen vom 22. bis 25. Oktober 2018

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	4
2. Berichtigung (Artikel 231 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll	4
3. Nutzung der Daten von Facebook-Nutzern durch Cambridge Analytica und Auswirkungen auf den Datenschutz (Aussprache)	4
4. Wiederaufnahme der Sitzung	21
5. Debatte mit dem rumänischen Präsidenten Klaus Iohannis über die Zukunft Europas (Aussprache)	21
6. Wiederaufnahme der Sitzung	43
7. Abstimmungsstunde	43
7.1. Anhörung zur Immunität von Alfonso Luigi Marra (A8-0325/2018 - Gilles Lebreton) (Abstimmung)	44
7.2. Antrag auf Aufhebung der Immunität von Manolis Kefalogiannis (A8-0333/2018 - Jean-Marie Cavada) (Abstimmung)	44
7.3. Elektronische Veröffentlichung des Amtsblatts der Europäischen Union (A8-0323/2018 - Pavel Svoboda) (Abstimmung)	44
7.4. Abkommen zwischen der EU und Bahamas über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte (A8-0304/2018 - Emilian Pavel) (Abstimmung)	44
7.5. Abkommen zwischen der EU und Mauritius über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte (A8-0303/2018 - Emilian Pavel) (Abstimmung)	44

Inhalt	Seite
7.6. Abkommen zwischen der EU und Antigua und Barbuda über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte (A8-0305/2018 - Emilian Pavel) (Abstimmung)	44
7.7. Abkommen zwischen der EU und der Föderation St. Kitts und Nevis über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte (A8-0306/2018 - Emilian Pavel) (Abstimmung)	44
7.8. Abkommen zwischen der EU und Barbados über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte (A8-0301/2018 - Emilian Pavel) (Abstimmung)	44
7.9. Abkommen zwischen der EU und den Seychellen über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte (A8-0302/2018 - Emilian Pavel) (Abstimmung)	44
7.10. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2018/002 PT/Norte – Centro – Lisboa/Bekleidung (A8-0311/2018 - José Manuel Fernandes) (Abstimmung)	44
7.11. Ernennung des geschäftsführenden Direktors des EFSI (A8-0314/2018 - Jean Arthuis, Roberto Gualtieri) (Abstimmung)	45
7.12. Ernennung der stellvertretenden geschäftsführenden Direktorin des EFSI (A8-0312/2018 - Jean Arthuis, Roberto Gualtieri) (Abstimmung)	45
7.13. Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (A8-0288/2018 - Michel Dantin) (Abstimmung)	45
7.14. Mittel für den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt und Mittel für das Ziel „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ (A8-0282/2018 - Iskra Mihaylova) (Abstimmung)	45
7.15. Angleichung der Berichterstattungspflichten im Bereich der Umweltpolitik (A8-0324/2018 - Adina-Ioana Vălean) (Abstimmung)	45
7.16. Rolle der Mitarbeiterbeteiligung bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt (A8-0293/2018 - Renate Weber) (Abstimmung)	45
8. Stimmerklärungen	45
8.1. Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (A8-0288/2018 - Michel Dantin)	45
8.2. Rolle der Mitarbeiterbeteiligung bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt (A8-0293/2018 - Renate Weber)	48
9. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	49
10. Wiederaufnahme der Sitzung	49
11. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	49
12. Arbeitsprogramm der Kommission für 2019 (Aussprache)	49
13. Der Cum-Ex-Skandal: Finanzkriminalität und die Schlupflöcher im geltenden Rechtsrahmen (Aussprache)	64
14. Die Tötung des Journalisten Jamal Khashoggi im saudi-arabischen Konsulat in Istanbul (Aussprache)	73
15. Lage im Asowschen Meer (Aussprache)	85

Inhalt	Seite
16. Lage in Venezuela (Aussprache)	93
17. Notwendigkeit eines umfassenden Mechanismus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Grundrechte (Aussprache)	103
18. Einrichtung, Betrieb und Nutzung des Schengener Informationssystems im Bereich der Grenzkontrollen – Einrichtung, Betrieb und Nutzung des Schengener Informationssystems im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit und der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen – Nutzung des Schengener Informationssystems für die Rückkehr illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger (Aussprache)	114
19. Entlastung 2016: Gesamthaushaltsplan der EU – Europäischer Rat und Rat (Aussprache)	130
20. Entlastung 2016: Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) (Aussprache)	135
21. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	140
22. Schluss der Sitzung	140

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 23. OKTOBER 2018

PRZEWODNICTWO: BOGUSŁAW LIBERADZKI

Wiceprzewodniczący

1. Eröffnung der Sitzung

(Posiedzenie zostało otwarte o godz. 9.00)

2. Berichtigung (Artikel 231 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll

3. Nutzung der Daten von Facebook-Nutzern durch Cambridge Analytica und Auswirkungen auf den Datenschutz (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dziennego jest oświadczenie Komisji: Wykorzystywanie danych użytkowników Facebooka przez Cambridge Analytica a ochrona danych (2018/2855(RSP)).

Věra Jourová, Member of the Commission. – Mr President, the Facebook Cambridge Analytica case was, in many ways, a wake-up call for all of us. We were reminded once again that in the digital world our personal data can be misused, abused and used against us. We were reminded again that cybersecurity and disinformation are a serious threat for free and democratic elections and that the digital arms race is not a thing of the future. It is happening right here and right now.

It was a clear warning sign that the election periods are particularly prone to disinformation and manipulation by private and foreign interests and that the European elections are not immune to this threat. We must strengthen our joint response to dangers to our democracy. The Facebook Cambridge Analytica scandal was not an isolated case as, since then, we have learned of new data breaches. Every such new case confirms the importance and the urgency of acting. Every such case confirms that the new EU data protection rules are not a privilege. They are a necessity, as you point out in the draft resolution.

The Commission shares many of your concerns concerning data protection and misuse of the research argument, and calls for algorithmic accountability. We also support wholeheartedly the call for the prompt adoption of the European political parties regulation by the co-legislators. We also take note of some new ideas for future regulatory action and electoral safeguards. The Commission has already been working to ensure fair and resilient elections or to deal with disinformation, which covers some of Parliament's ideas.

While we should not shy away from reinforcing our regulations where necessary, Europe is better equipped now than ever before with the powerful tools provided by the new data protection law, which were not in place at the time of the Cambridge Analytica breaches. It is important to enforce the existing rules at their full capacity.

I am in regular contact with the Chair of the European Data Protection Board and the Chair of the UK Data Protection Authority, who is leading the investigation into Facebook and Cambridge Analytica. We fully support the coordinated response of the EU data protection authorities.

I have also raised the US investigation into the matter with the Chair of the US Federal Trade Commission (FTC), Mr Simons, who was in Brussels last week for the second annual review of the Privacy Shield. He reassured me that this investigation is a key priority for the FTC and that it is ongoing. We have to wait for the final outcome of the investigation, but we will watch this very closely and stay in contact with the FTC.

But we also need to look beyond the case itself because it sent shock waves through the core of our democratic system. Our current election rules, practices and habits stem from our non-digital past. Campaign spending limits, strict rules on political advertising, including transparency on who is campaigning and who paid for it, the silence period, the role of the media in disinformation – all the offline rules – must be enforced online in the digital world. One thing is clear: the upcoming elections will not be business as usual and we cannot treat them as if they were. We cannot be naive and we have very little time to act.

The Commission therefore encourages Member States to establish and support a national elections network. The idea is that such a network would be able to quickly detect potential threats and swiftly enforce existing rules, including available financial sanctions. We have also stepped up our game against cyber-threats and to address disinformation. My colleague, Commissioner King, will tell you more about this in the concluding remarks, but I just want to stress that the Commission is not looking idly at those new developments.

We have brought in a package of measures to strengthen resilience against classical cybersecurity threats, like hacking in 2017. On disinformation, the Commission proposed a package of measures in the Communication on tackling online disinformation, based around transparency, traceability and accountability. We asked major IT platforms to commit to an EU-wide Code of Practice on Disinformation, which was presented last month. But we also have to recognise the fact that many companies, including Facebook, are trying to fix the mistakes they made and support us in the effort to make elections fairer and more transparent.

It goes without saying that the pressure you in this Chamber put on them brings positive results. I am counting on cross-party support for this package because it is ideologically neutral. The truth is that this is not, as such, about politicians. This is about the right of European people to make their choice as freely as possible, free from illegal manipulation, free from disinformation and free from foreign interference. Parliament's support for this package is crucial and your resolution is a great opportunity to send a clear message to the EU governments, but also to other relevant stakeholders. The European elections take place very soon. If we want to be prepared, we have to act now and we have to act fast.

I am encouraged by last week's European Council, which welcomed the Commission proposals, in the Communication called 'Securing free and fair European elections', on election cooperation networks, online transparency, protection against cybersecurity incidents, unlawful data manipulation, fighting disinformation campaigns and tightening the rules on European political party funding. It also called for a rapid examination and operational follow-up by the competent authorities. I therefore hope that together we can advance rapidly and shield ourselves better against manipulation, disinformation and abuse, also in light of the upcoming elections.

Paulo Rangel, em nome do Grupo PPE. – Senhor Presidente, Senhora Comissária, não há hoje dúvida alguma de que a interferência através das redes sociais (estamos aqui a ver o caso do Facebook, mas também de outras), a manipulação do ponto de vista político e de um ponto de vista mais geral são um perigo, um risco, uma ameaça.

O caso Cambridge Analytica mostrou claramente que é possível interferir num processo eleitoral. A nós não nos preocupa apenas a questão eleitoral; claro, como câmara política, essa preocupa-nos, mas a utilização de dados de cidadãos em qualquer matéria que não apenas a matéria política é também condenável, é um risco e é um perigo.

E por isso, com base neste caso que conhecemos, com base nas suspeitas fortes que temos no caso dos Estados Unidos, com base, por exemplo, no que está precisamente a acontecer agora no Brasil, onde se multiplicam de parte a parte as suspeitas de *fake news* e de manipulação de algoritmos para fazer campanha eleitoral, é fundamental que tomemos medidas, medidas para as eleições europeias porque essas são uma urgência, mas medidas que sejam de médio e longo prazo para todos os processos eleitorais.

Como digo, para nós, não é apenas a questão eleitoral que está em causa, é uma questão de cidadania geral para todas as matérias. Isto significa que não será apenas com uma interferência ou com uma legislação neste caso, mas pela compreensão de como podemos olhar para a sociedade democrática do futuro, sabendo que as redes sociais têm de ter aí um papel e que nós, assim como fomos capazes de regular o papel da comunicação social na sociedade passada, seremos capazes de regular o papel do novo mundo das redes sociais numa sociedade democrática moderna.

O desafio que está perante nós é um desafio constitucional muito mais ambicioso do que apenas este de impedir para já uma interferência de momento.

Udo Bullmann, on behalf of the S&D Group. – Mr President, the Cambridge Analytica scandal is the biggest manipulation of the democratic process so far in the digital age. This is not an isolated incident, Cambridge Analytica is the latest in a long series. A wave of massive data breaches has been rolling across Europe – there's been Yahoo, eBay, Uber and Facebook, to name just a few.

In the first half of 2018 alone, 2.2 billion people were affected by data breaches. A study from Oxford University, in cooperation with Lund University has shown that in Sweden, in the Swedish election, about 30% of online communication was fake news, and that a whole lot of all that fake news was imported from foreign countries.

That means, today, we are talking about trust in the election. We are talking about our free ability to vote. We are talking about political preferences being manipulated. We are talking about the selection of political leadership. We are talking about freedom and democracy.

According to the NATO Secretary-General, Jens Stoltenberg, 80% of disinformation comes from Russia.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das kann so nicht weitergehen! Unsere Demokratie ist eine Demokratie der Bürgerinnen und Bürger und nicht derjenigen, die Daten manipulieren oder Daten kaufen. Wenn Sie zehn Likes haben von jemandem, dann können Sie ihn so gut beschreiben wie ein Arbeitskollege. Mit 70 Likes wissen Sie mehr als der Mitbewohner, mit 150 Likes mehr als das Familienmitglied und mit 300 Likes soviel wie der jeweilige Ehepartner. Das bedeutet, wir laufen Gefahr, persönliche Souveränität zu verlieren, wir laufen Gefahr, mehr demokratische Souveränität zu verlieren. Das Selbstbestimmungsrecht des Volkes an der Wiege jeder demokratischen Bewegung ist in Gefahr. Und wir müssen sagen, dass die nächste Europawahl darüber entscheidet, ob wir dieses Gefecht für Freiheit und Demokratie gewinnen, oder ob wir es verlieren.

Wir haben mit der Datenschutzgrundverordnung angefangen. Das war ein richtiger Schritt. Aber wir müssen weitergehen – in der Gesetzgebung, in der Reform unserer nationalen Wahlgesetze und im Schutz der Privatsphäre im elektronischen Datensicherheitsbereich.

Ich danke der Frau Kommissarin, dass sie diese Diskussion mit uns führt. Es ist fünf Minuten vor zwölf. Und ich danke – ein ungewöhnlicher Schritt – unseren exzellenten Fotografinnen und Fotografen, dass sie uns heute Morgen begleiten. Wenn ich Sie bitten darf, einmal ein Bild von der Ratsbank zu machen heute Morgen, wäre das auch ein sehr eindrucksvolles Bild. Wo ist eigentlich der österreichische Ratsvorsitz in einer solchen Diskussion? Wenn Sie hinter den Kulissen *ePrivacy* blockieren, wenn Sie dafür sorgen, dass wir in der Gesetzgebung nicht weiterkommen und heute Morgen nicht einmal in diesem Plenum sind?

Was ist das für eine Grundhaltung des Rates, wenn es um Demokratie und Freiheit geht? Das kann ich nicht akzeptieren, und so können wir nicht arbeiten. Ich glaube, Herr Präsident, wir sollten dem Ratsvorsitz eine entsprechende Mitteilung machen, wie ernst die Debatte mittlerweile in Europa ist.

Przewodniczący. – Dziękuję bardzo Panu Przewodniczącemu Bullmannowi. Tak, stosownie zareagujemy.

Daniel Dalton, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, trust is vital in the digital era. With more of our lives taking place online and increasing consumer choice, people can, and do, get up and leave when that trust is damaged. What happened with Facebook and Cambridge Analytica was an unacceptable abuse on a vast scale. Everyone can agree that this must not happen again, and I have been supportive of the ongoing investigations.

The UK Information Commissioner's Office, which currently handles 30% of all European data protection board cases, is doing a thorough job of investigating. It has already issued a fine to Facebook. Cambridge Analytica is no more. It is clear that Facebook does not walk away from this scandal unscathed. Facebook knows it will need to rebuild its reputation in the eyes of its users, and as politicians it's not our role to dictate exactly how they do that. Nor is it our role to tell users how they should react. Most Europeans have not given up their Facebook account.

Clear legal limits and strict conditions on political profiling have been imposed by the new GDPR rules. Therefore, we should allow the GDPR time to bed in before we throw the baby out with the bathwater and start to chuck more legislation at the problem. And also let's try not to fool ourselves that Facebook manipulation was responsible for Brexit or Trump. People would have voted for them regardless of Facebook. It was already prevalent in our society.

The GDPR is not perfect, but at the speed at which technology moves and innovation moves, any new laws in this area need to keep up with the modern world. We should focus on addressing this, rather than trying to point-score by taking dangerous steps to suspend the privacy shield which is proposed in the resolution we will vote on later. This would deny our citizens the protections that it offers.

Sophia in 't Veld, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, although I might not agree with everything Mr Dalton says, I agree with one thing: that we shouldn't forget in this whole debate that the biggest threat to democracy is still offline and not online, in populist movements, governments, even in the European Union, who are trying to undermine democracy and the rule of law, and we should speak out.

On the GDPR, differently to Mr Dalton, I think that we should go faster. First of all, GDPR is the best privacy law in the world, but if it's not being implemented properly then it's useless. We should be looking at the means that the data protection authorities have in order to tackle the challenges on the table. For example, the Dutch Data Protection Authority has about 150 staff. They cannot fight Facebook. They don't have the same means.

Secondly, you say that the investigations are advancing. But are they advancing fast enough? You say Facebook is trying to fix its mistakes. I don't know, I'm not terribly convinced myself, to be honest, because they may have fixed some mistakes because they had to, but they're making new ones in the meantime – they're not mistakes, they're actually deliberately trying to circumvent the law. I hear that now Whatsapp is being used increasingly to spread all sorts of nonsense online.

That also brings me to new legislation. Contrary to Mr Dalton, I do believe that we need further legislation in the form of e-privacy, which is indeed being blocked by the Council, but the right-wing parties in this House have also voted against it. I really don't understand how you can stand here and say 'I'm terribly worried about what's happening to our democracy' and at the same time try to water down e-privacy. How can you do that? It's hypocrisy.

(Applause)

I think we also need to recognise that, in our very legitimate aim to strengthen security, we have very often very rapidly passed legislation that undermines the privacy and the legal protection of our citizens, and risks undermining the rule of law and democracy as well. We should have a proper evaluation before coming up with, yet again, new instruments for massive the collection and processing of personal data.

Finally, on a fake news and disinformation. I think we need a proper legal definition of fake news. What's fake news? I mean I may think that one of my colleagues in this House is spreading fake news, and they probably think that I am. Where do you draw the line between a political view and fake news? We need a proper legal definition before we take any measures against fake news, because otherwise it becomes arbitrary and then we are undermining our democracy for real.

Ska Keller, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, I hope that Mark Zuckerberg is actually listening to the debate today so that he will understand that we are not letting him off the hook and that we are not happy with just some minor tweaks to the privacy settings of Facebook.

The Facebook-Cambridge Analytica scandal is not simply a privacy scandal. It's a political scandal. It is a threat to our democracies. Facebook is illegally allowing some people to use the data for manipulating voters with psychological profiling, with fake news and with advertising profiling that makes it totally impossible to understand who is actually seeing what – the so-called 'dark ads'. The consequences are dramatic. This can even lead to voter manipulation, and there is a lot of evidence that shows that this is exactly what happened.

Facebook is a very powerful platform with huge influence on our private lives, but also on our political life. If we want to safeguard our democracy, we need clear and strict rules for such online platforms. Transparency is good, but it is just not enough.

We cannot leave it to companies like Facebook to decide who gets to see what political content just before the elections. We need to make sure that all voters have access to the same information, and we need to ban micro-targeting of political advertising. Member States need to do this very soon if we want to make sure that the European elections in May are undistorted by dubious dark ads and by political manipulation.

Cornelia Ernst, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich denke, dass wir bislang als Parlament unseren Job gemacht haben. Wir haben den Fall Cambridge Analytica thematisiert, wir haben Anhörungen gehabt, zu denen Facebook erwartungsgemäß PR-Personal geschickt hat. Ja, und wir haben auch die autokratischen Gebaren des EP-Präsidenten Tajani ausgehalten, dessen sogenannte Anhörung uns weltweit gewissermaßen zum Gespött gemacht hat.

Aber gut – wir haben eine Entschließung, wir haben Positionierungen, und wir haben ein vernünftiges Statement auch der Kommissarin. Jetzt wollen wir Konsequenzen haben, denn es geht um die Geschäftsgebaren von Facebook, die es zulassen, im großen Stil Daten für sogenannte Forschungszwecke zu benutzen – tatsächlich aber für politische Zwecke auszunutzen, zu missbrauchen.

Mit Cambridge Analytica wurde ja nicht nur schlechthin gegen Datenschutzrecht verstoßen, sondern gewissermaßen stabsmäßig Datenmissbrauch betrieben. Alles, was von Facebook zu hören ist, ist eine verbale Entschuldigung mit Engblick gewissermaßen, ohne Garantie, dass so etwas nicht noch mal passieren kann und dass sich im Geschäftsmodell etwas ändert. Eins will ich ganz klar sagen: Wenn Daten zu politischen Werbezwecken manipuliert werden, werden Wahlen manipuliert. Wenn Wahlen manipuliert werden, wirft uns das in eine vordemokratische Ära zurück und Wahlen werden zur Farce, und dann können wir auch – ehrlich gesagt – hier über sozialistische Einheitslisten abstimmen.

Deswegen muss gehandelt werden. Für Wahlwerbung muss es – wie im Offline-Bereich – Regulierungen geben. Wir brauchen Transparenz, wir brauchen Offenlegung der Finanzierungen; was wir nicht brauchen, ist *targeted advertising*. Das muss wenigstens in Wahlzeiten verboten sein und ansonsten strengen Vorschriften unterliegen.

Abgesehen davon, dass mich die Marktmacht von Facebook mittlerweile massiv stört, will ich noch eines sagen: Wenn wir im Fall Cambridge Analytica das Rennen verlieren, dann können wir die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger auch zu Grabe tragen.

An die Adresse des Rates: Im Übrigen bin ich der Meinung, dass die ePrivacy so schnell wie möglich beschlossen werden muss.

William (The Earl of) Dartmouth, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, Christmas is still weeks away, nevertheless, I can bring you joyous tidings from St Nicholas, as Sir Nicholas Clegg is also known.

Facebook has just appointed St Nicholas Clegg as head of global affairs. Many of us, many colleagues, have despaired at Facebook's predatory approach and worse, its blatant exploitation of the personal data of its users for commercial purposes. But, apparently, St Nicholas is going to put an end to all of this. St Nicholas is to be paid a pot of gold, worthy of ALDE Group leader, Guy Verhofstadt, on a slow day. Facebook has lost the confidence of millions of people, but St Nicholas Clegg understands this well because he went through exactly the same when he was leader of the Liberal Democrats. Also, St Nicholas Clegg is qualified. He speaks four languages fluently and can explain hypocrisy in all of them.

Nonetheless, Sir Nicholas will do well. He has written an entire book called 'How to Stop Brexit'. He will always be beloved as a lobbyist by the EU Commission and, for sure, the Commission is going to let Facebook off the hook.

Auke Zijlstra, *namens de ENF-Fractie*. – Voorzitter, ik heb bewust geen Facebookaccount. Toch volgt Facebook mij, en met mij dus miljoenen anderen. De Europese privacywet beschermt Facebook in dezen en mij niet. Facebook is een monopolist. Facebook heeft ook een politieke mening. In Duitsland bleek Facebook kritiek op de sociaaldemocratie te blokkeren, maar antisemitisme niet. De Europese Commissie vertelde mij op 4 augustus 2017 daarmee geen problemen te hebben. De Europese Commissie beschermt Facebook, maar niet de joodse gemeenschap.

Voorzitter, voor veel mensen is Facebook het internet, voor sociale contacten, maar ook voor het nieuws. Dat nieuws wordt door Facebook gefilterd. Alleen keurige – linkse neem ik aan – meningen komen door. Facebook beschermt zijn uitgangspunt, niet de vrije pers.

Voorzitter, de Europese Commissie heeft afspraken gemaakt met Facebook met het oog op de komende verkiezingen. Verhalen over nepnieuws en beïnvloeding van kiezers rechtvaardigen volgens de Commissie dat meningen goedgekeurd of verwijderd moeten worden van internet. De Europese Commissie heeft echter van Moskou niets te leren over beïnvloeding. De Commissie beschermt de Europese Unie, niet het democratisch proces. De Europese Commissie heeft een probleem met kritiek op de euro, kritiek op de Europese Unie, kritiek op migratie, kritiek op de islam. Die kritiek wordt samen populisme genoemd en moet bestreden worden, maar laat die kritiek nou net mijn mening zijn.

Ik denk dat de Europese Unie als zodanig een bedreiging voor de vrede en het welzijn van de lidstaten is, en dat is een mening die op Facebook geen plek heeft. Mijn kritiek had ook geen plek in de resolutie waarover we gaan stemmen, want al mijn amendementen werden weggestemd. Dat is ook geen wonder. Net als Facebook en de Europese Commissie beschermt ook dit Europees Parlement zijn eigen positie, niet die van de burgers.

Diane James (NI). – Mr President, if the European Union is actually serious about users' data and data protection, why not target Google and every other internet search engine whose algorithms ensure that anyone's search on absolutely anything is tracked, evaluated and fed back to the big corporates to influence and manipulate consumer opinion, choice and decision?

The concern that has been voiced in the Chamber this morning is about data-mining for political purposes and, of course, it is a key European Union issue because it knows the threat that exists in terms of anti-European Union sentiment there across Europe for next year's elections. But just let me remind you, both Twitter and Facebook have conducted the investigations. They have conducted those with the relevant political commissions, in relevant countries, and concluded, conducted, been approved, negligible impact.

Turning to Commissioner Jourová, I'm very pleased to see you this morning, Commissioner, and you stated 'free from foreign interference'. Well, can I ask you, will you take steps to stop billionaire George Soros from funding an anti-Brexit campaign with multimillion pound donations?

(The speaker declined to take a blue-card question from Molly Scott Cato)

Michał Boni (PPE). – W świecie cyfrowej rewolucji zaufanie jest jedną z najważniejszych wartości. Buduje zdrowe relacje między użytkownikami, twórcami i nadawcami treści oraz organizatorami komunikacji. Facebook to nie tylko kluczowa firma, ale i organizator komunikacji. Dlatego właśnie kwestia wiarygodności Facebooka jest tak ważna i symboliczna. Wyjaśnienie do końca wszystkich przyczyn i aspektów związków Facebooka i Cambridge Analytica i skandalicznego wycieku danych osobowych jest konieczne. Są przecież narzędzia prawne w postaci regulacji o ochronie danych osobowych już działającej od 25 maja tego roku, jest europejsko-amerykańska tarcza prywatności pilnująca spełniania wymogów ochrony prywatności, a Cambridge Analytica miał odpowiedni certyfikat. To, co prawnie wymagane, musi być respektowane bez żadnej taryfy ulgowej.

Od tamtego zdarzenia minęło już jednak trochę czasu. Są nowe wyzwania: reklama polityczna i niejasność źródeł jej finansowania – ważne w czasie wyborów, automatyzm algorytmów grożący zaburzeniem przejrzystości komunikacji, rozwój dezinformacji w każdej postaci, aż do *deepfake*. Ciemna strona internetu jest silniejsza niż korzyści, dlatego potrzebne są nowe strategie. Pracujemy nad nimi w Unii Europejskiej i dziękuję pani komisarz i panu komisarzowi za tę inicjatywę. Czego by nie powiedzieć o Facebooku, on też nad nimi pracuje – czy to opracowując flagowanie materiałów zakazanych, nienawistnych czy niepewnych co do prawdziwości, czy to eliminując boty i anonimowe konta służące walce w sieci, czy to ucząc nowego podejścia do prywatności, gdzie nasz realny wybór i zgoda będą kluczem do świadomego zachowywania się w internecie. Piętnując złe praktyki jak dziś, pokażmy też dobre przykłady. To oraz współpraca będzie bardziej użyteczne dla zdrowej przyszłości internetu.

Claude Moraes (S&D). – Mr President, at least one colleague has already said that entire elections, Brexit or any other individual election, are not wholly affected either by the Cambridge Analytica scandal or any other Facebook issue. This is an ultimate misunderstanding of what we are dealing with. What we are dealing with is individual groups of vulnerable voters being shifted around by the lack of integrity of what is happening on Facebook. If colleagues are not aware now of what is happening on these platforms, the scale of Facebook in 109 countries, then they're not paying attention.

We must take action now to restore trust, not just in online platforms, but in the integrity of our elections. That is now happening in the Commission and it is happening here in Parliament. This is absolutely critical, and we are defining the problem, but we must take action. In the hearings we said that there must now be an internal audit of Facebook. We urge Facebook now to work with the European Data Protection Board to carry out that full and independent audit, but we have to conform not just to GDPR but we said when the Council were absent here, to think about what the protections are within e-privacy. Not because e-privacy is some totemic, iconic thing that we are bandying around, but because we have a problem with the technology.

We have, colleagues, a whole issue now of further actions to protect our elections. In the United States, recent requirements have been introduced to verify the identity, location and sponsor of political ads that are a good response, and the same standards should be applied here. We have a whole range of issues that we have to fix here in the European Union: applying conventional offline electoral safeguards, such as rules and transparency and limits to spending, respect for silence periods, making it easy to recognise online political paid advertisements and banning profiling for electoral purposes. Social media platforms should label content shared by bots and speed up the process of removing fake accounts, and compulsory post-campaign audits should be conducted to ensure personal data are deleted. The Commission should look with us and updating competition rules and increasing algorithmic transparency.

We are here to deal with Facebook because Facebook is not a minor issue. This is a global issue dealing with elections all over the world and it has already affected our referenda and it has affected our elections. Colleagues, if anyone in this Chamber thinks that this is not a serious issue, they are not paying attention. This resolution sets out the path we need to protect our citizens' privacy and restore trust and confidence in our democratic systems.

Helga Stevens (ECR). – Voorzitter, beste collega's, ongeveer een half jaar geleden waren we allen verbaasd, boos of vol ongeloof over het enorme datalek bij Facebook. Dit was meteen de start van verschillende onderzoeken, ook in dit Parlement, die een duidelijk signaal gaven: zulke inbreuken op onze privacy zijn onaanvaardbaar. In september kwam er echter een nieuw datalek bij de techgigant aan het licht. Een softwareprobleem gaf hackers toegang tot miljoenen gebruikersaccounts, waaronder ook vijf miljoen Europese accounts.

Deze resolutie was een mooie kans om dit onrecht te veroordelen en op te roepen tot verdere actie. Helaas gaat de resolutie alle kanten uit. Zo roept zij op tot opschorting van het privacyschild tussen de EU en de VS zonder het bieden van een alternatief. Of men roept op tot aanpassing van de nationale kieswetten, wat duidelijk tot de bevoegdheden van de lidstaten behoort.

Het kernwoord dat deze resolutie in deze strijd nodig heeft is focus. Focus op het exacte probleem waarmee wij te maken hebben. Alleen zo kunnen we als wetgever het verschil maken.

Dita Charanzová (ALDE). – Mr President, the Facebook scandal has been a warning for all of us about what can happen when data is misused. Now, however, we have to focus on the lessons learned.

First, we need to be extremely cautious in protecting our data online. Internet literacy and staying safe on the internet must become a standard part of our education systems. Second, platforms need to better self-regulate. The days of community codes are over and now we need strict guidelines and rules. More importantly, platforms should act.

Lastly, fake news is a direct threat to our democracy with a potentially significant impact on the election results. Important decisions, such as whether to stay part of the EU or not, should not be decided based on targeted fake news. We should bear this in mind in the run-up to the forthcoming European elections. We want to keep the internet an open and free forum of discussion, but we need to know how to spot the fake.

Molly Scott Cato (Verts/ALE). – Mr President, I am able to take this time on behalf of Romeo Franz – I think there may have been a misunderstanding. Is that possible?

President. – Ms Scott Cato, right now Mr Romeo Franz is listed to speak, and according to the rules you may only be granted the floor during catch-the-eye procedure. There is no direct replacement, just catch-the-eye.

Interjection from Ms Scott Cato: 'I am on the screen now though, Mr President, I would just point out respectfully.'

Let us agree: ok, catch-the-eye, and you have one minute.

According to the rules, if I have a list of speakers – excuse me but I do believe that the person chairing the sitting is myself, not somebody behind, so a one-minute speech. It is a list. I asked Mr Romeo Franz to take the floor. We received information that Ms Scott Cato would like to replace Mr Franz, which is not possible. My proposal was that she be granted one minute in catch-the-eye, Ms Scott Cato accepted, so let us continue according to the list of speakers which has been prepared.

Νεοκλής Σουλκιώτης (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, αγαπητοί συνάδελφοι, το σκάνδαλο Cambridge Analytica του Facebook είναι πολιτικό σκάνδαλο και απέδειξε τους κινδύνους που υπάρχουν, όταν η εξουσία συγκεντρώνεται στα χέρια λίγων κερδοσκοπών που έχουν τα μέσα να φακελώνουν και να χειραγωγούν εκατομμύρια ανθρώπους. Πρόκειται για τη μαζική παραβίαση προσωπικών δεδομένων, η οποία έχει αποκαλυφθεί, είναι απειλή για τη δημοκρατία και είναι μόνο η κορυφή του παγόβουνου. Τα προσωπικά δεδομένα δεκάδων εκατομμυρίων Αμερικανών και 2,7 εκατομμυρίων Ευρωπαίων έχουν χρησιμοποιηθεί και, πριν λίγες μέρες, το Facebook ενημέρωσε πως χάκερ απέκτησε πρόσβαση σε σχεδόν 50 εκατομμύρια λογαριασμούς.

Οι ίδιοι οι εκπρόσωποι του Facebook, κατά τη διάρκεια των ακροάσεων στο Ευρωκοινοβούλιο, παραδέχτηκαν πως είχαν συμφωνία με προγραμματιστή εφαρμογών, ο οποίος έδινε τα προσωπικά δεδομένα σε τρίτους. Ωστόσο, δεν απάντησαν ποια μέτρα λαμβάνουν τώρα για να συμμορφωθούν πλήρως με τον νέο ευρωπαϊκό κανονισμό για την προστασία των προσωπικών δεδομένων. Έχουμε ευθύνη, εν όψει και των ευρωεκλογών, να διασφαλίσουμε την εφαρμογή της ευρωπαϊκής νομοθεσίας για τα προσωπικά δεδομένα από όλες τις πλατφόρμες κοινωνικής δικτύωσης, να υπάρξει έλεγχος μέσω νέων νομοθετικών ρυθμίσεων και απλοποίηση των διαδικασιών, ώστε οι χρήστες να διαχειρίζονται τα προσωπικά τους δεδομένα και να ρυθμίζουν ποιος θα έχει πρόσβαση σε αυτά. Όσοι δε έτυχαν εκμετάλλευσης πρέπει να αποζημιωθούν από το Facebook, όπως ορδή αξιώνουν οι τέσσερις οργανώσεις καταναλωτών του Βελγίου, της Ιταλίας, της Ισπανίας και της Πορτογαλίας, με την προσφυγή που έχουν καταθέσει στα δικαστήρια.

Isabella Adinolfi (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor commissario, la sottrazione dei dati a Facebook, poi usati dalla società di consulenza politica Cambridge Analytica, fa emergere interrogativi importanti sui mezzi di cui disponiamo per contrastare fenomeni di questo tipo.

A questi interrogativi dobbiamo dare una risposta, ce lo chiedono 500 milioni di cittadini europei che rappresentiamo qui. Sappiamo bene che il modello di business delle grandi multinazionali del web si basa sulla raccolta dei dati degli utenti, divenuti il nuovo oro nero, e sulla successiva monetizzazione degli stessi.

Le alternative al cosiddetto capitalismo di sorveglianza esistono, ma occorre la volontà politica di intraprendere nuove strade.

Dobbiamo ripartire dall'istruzione dei cittadini affinché non siano meri consumatori ma membri consapevoli della società.

Dobbiamo dotare i cittadini degli strumenti necessari che consentano loro di usare i nuovi media e le nuove tecnologie, mettendoli in guardia su che cosa significa vivere in un mondo dove siamo costantemente connessi.

Dobbiamo rendere consapevoli le nuove generazioni di quanto siano importanti il diritto alla privacy e la protezione dei dati personali e quali siano le sue applicazioni concrete.

Siamo ancora in tempo per voltare pagina ed evitare che si ripetano scandali come questo.

Dominique Bilde (ENF). – Monsieur le Président, chers collègues, le mois dernier, une faille de sécurité laissait filtrer les données personnelles de quelque 50 millions d'utilisateurs de Facebook prouvant qu'en dépit des excuses contrites, exprimées dans la foulée du scandale Cambridge Analytica, il y a décidément quelque chose de pourri au royaume de Mark Zuckerberg.

Quelle est la véritable nature de Facebook? C'est celle beaucoup plus crue des pannes dans un mémorandum confidentiel d'un des vice-présidents.

Nous connectons des gens, point. Peut-être que cela coûtera une vie en exposant quelqu'un à des harceleurs, peut-être que quelqu'un mourra dans une attaque terroriste coordonnée via nos outils. Hé oui, mesdames et messieurs, c'est exactement leur propre définition.

Encore Facebook n'est-il pas neutre. Épaulé par ses légions de modérateurs, sa censure s'exerce avec zèle contre une myriade de comptes conservateurs pendant que sur l'autre rive de la Méditerranée, en Libye, des milices armées communiquent en toute impunité.

Par sa mainmise sur les informations et communications de millions d'individus, Facebook s'est donc fait le bras armé d'une censure totalitaire à géométrie variable.

Pour s'y être compromises, nos démocraties s'en trouveront à jamais bouleversées et la prochaine élection sera tronquée par des gens sans foi ni loi.

Steven Woolfe (NI). – Mr President, it is quite extraordinary that this Parliament should be indignant about Cambridge Analytica's cack-handed attempt to impact democratic votes. After all, right now, just a few hundred yards from the Brussels Parliament, Herman Van Rompuy, the former President of the European Union, leads a think tank whose sole aim is undermining the UK's democratic referendum to leave the European Union. Scandalously, he published a paper whose aim – and I quote – was to change the political dynamics in the UK by getting the Prime Minister to agree to an extension of the transition period.

This is foreign intervention in domestic politics. This is manipulation of voters from the outside. This is worse than Cambridge Analytica. This is the anti-democratic interference which is the very essence, the soul, of the European Union, and it has worked as Theresa May is now offering such an extension. Scandalous, scandalous, scandalous!

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

(Interjection from Mr Woolfe: 'It is a pure joy to accept such blue cards from Mrs Scott Cato. Go ahead.')

Molly Scott Cato (Verts/ALE), blue-card question. – Dr Cato – but I appreciate Mr Woolfe taking the blue card and having the courage to do so.

Steven Woolfe sounds extremely indignant about this debate, so I wonder if he's critical about the theft of our citizens' data? I wonder if he minds about the use of illegal ads? Does he believe that the EU wants to steal our cuppa or cause polar bears to starve? And does he approve of the micro-targeting of ads at a vulnerable group of people, as Mr Moraes said, which undermines the public debate?

Steven Woolfe (NI), blue-card answer. – What I'm indignant about is the hypocrisy of this House. The hypocrisy that, on the one hand, says we do not like Cambridge Analytica yet we're quite willing to accept the money of Soros as he funds organisations in the UK that have tried to attempt to have a third referendum in the United Kingdom. Those who attempt to suggest that outside interference in the EU is perfectly acceptable: if you want democracy, treat it fairly on both sides, but don't accept the money from those who are trying to undermine our own Parliament.

Przewodniczący. – Panie i Panowie, są jeszcze dalsze zgłoszenia typu *blue card*, ale przyjmijmy zasadę: jeden mówca, jeden *blue card*. Chodzi o to, że musimy zakończyć o godz. 10.30.

Birgit Sippel (S&D). – Herr Präsident! Was macht Facebook, und was bringen parlamentarische Befragungen?

Machen wir uns nichts vor. Facebook hat die Untersuchung des Parlaments nicht ernst genommen. Facebook hat Vertrauen verspielt und EU-Recht gebrochen. Dagegen helfen keine schönen Worte oder freiwillige Verpflichtungen. Notwendig sind strenge Regeln, effektive Kontrollen und nötigenfalls Sanktionen.

Was bedeutet das? Erstens: Dank der Datenschutzgrundverordnung können wir Verstöße, wie im Falle Cambridge Analytica, mit bis zu 4 % des weltweiten Umsatzes bestrafen. Geben wir unseren Datenschutzbehörden die notwendigen Mittel zur effektiven Kontrolle!

Zweitens: Wir brauchen mehr Transparenz gerade bei politischer Werbung. Wer ist denn tatsächlich der Auftraggeber einer Botschaft und wer bezahlt?

Drittens: Wir brauchen die ePrivacy-Verordnung zum Schutz etwa vor *targeting*. ePrivacy sollte schon längst zusammen mit der Datenschutzverordnung wirken. Dass ePrivacy seit 1,5 Jahren von den Mitgliedstaaten blockiert wird, ist inakzeptabel!

Fazit: Wir sind den Praktiken der großen digitalen Unternehmen nicht hilflos ausgeliefert, aber wir müssen jetzt entschlossen und gemeinsam handeln, um unsere Bürger, um unsere Demokratie zu schützen.

Zdzisław Krasnodębski (ECR). – Panie Przewodniczący! Mówimy tutaj o dwóch problemach, powiązanych, ale przecież różnych – używaniu danych osobowych w celach komercyjnych oraz używaniu ich w celach politycznych. O ile pierwszy jest już nam znany od co najmniej paru lat, waga tego drugiego problemu dopiero dociera do naszej świadomości.

Słuszny jest postulat rezolucji, żeby platformy internetowe odróżniały polityczne zastosowania swoich internetowych produktów reklamowych od ich zastosowań komercyjnych oraz żeby przetwarzanie danych osobowych do celów reklamy politycznej miało inną podstawę prawną niż ta, która ma zastosowanie do reklamy komercyjnej. Tylko, że – o ile mi wiadomo – taka odpowiednia podstawa prawna do tej pory nie powstała i wielkim zadaniem na przyszłość jest jej wypracowanie.

W projekcie rezolucji czytamy także, że państwa członkowskie powinny w trybie pilnym prowadzić dochodzenie w sprawie domniemanego nadużycia internetowej przestrzeni politycznej przez obce mocarstwa. Ale przecież nadużycia internetowej przestrzeni politycznej zdarzają się także wewnątrz Unii, między różnymi państwami członkowskimi. I to także wymaga analizy.

Jasenکو Selimovic (ALDE). – Mr President, at the beginning of this year we saw the Facebook Cambridge Analytic scandal unfolding, an event of major proportions. We saw how our private data was harvested without our consent and subsequently used for political purposes – not a small one, but the biggest and most important one. The reaction was justifiably harsh. A common voice from all over this Parliament protested about the illegal use of private data. Mr Zuckerberg himself stood here and spoke about the change. He promised better security and assured us that something like this would never happen again. And why is it that, just a month ago, we saw another Facebook security breach aimed at our private data? How many more 'sorries' are we going to have from Mr Zuckerberg? I don't think there is any meaning in asking him anything anymore.

I therefore urge the Commission and this Parliament to respond appropriately and prevent this from happening again. We need stronger privacy rules and we need better enforcement of existing laws in order to have our personal data information secured.

Eva Joly (Verts/ALE). – Monsieur le Président, il ne doit plus être possible que des données personnelles soient utilisées à l'insu des utilisateurs.

Le scandale Cambridge Analytica a montré le pouvoir immense que nous avons laissé s'accumuler entre les mains d'entreprises qui disposent à leur guise de nos données personnelles. Il est temps de reprendre le contrôle de nos données pour garder le contrôle de nos vies. Ouvrons les yeux. Accepter que nos données soient exploitées à des fins de profilage et de ciblage politique ne serait pas seulement une défaite individuelle, mais une abdication collective. Laisser à Facebook et à ses algorithmes le soin de déterminer les messages politiques que nous recevons, c'est accepter une forme de servitude volontaire.

À l'heure où la vérité elle-même est menacée par la multiplication des infox, notre liberté d'opinion est liée à la connaissance claire que nous avons de qui s'adresse à nous et dans quel but. Souhaitons-nous que l'homo numericus reste un citoyen libre?

Alors tout contenu politique doit pouvoir être identifié comme tel et nous devons savoir qui en est à l'origine. C'est vraiment le minimum et c'est urgent.

Marisa Matias (GUE/NGL). – Senhor Presidente, em 2013, Snowden revelou-nos como as agências norte-americanas tinham colocado as maiores empresas do setor da Internet a vigiar os utilizadores. O mundo percebeu então quão frágil era a sua privacidade e a proteção dos seus dados. Cinco anos passaram e o escândalo da Cambridge Analytica veio mostrar-nos como à beira do precipício o que se decidiu fazer foi dar um passo em frente.

A privacidade e os nossos dados pessoais passaram a ser um dos mais valiosos ativos do capitalismo e hoje sabemos que os dados pessoais têm sido usados como armas de combate político. Se juntarmos a isto o crescimento das *fake news*, das mentiras e dos discursos de ódio, temos a receita perfeita para a manipulação em massa das eleições.

Plataformas como o Facebook e o WhatsApp não têm capacidade nem transparência para lidar com a informação que propõem e ainda menos para a proteger, como vemos aliás no Brasil.

Por isso, pergunto o que é preciso acontecer mais para continuarmos a defender as nossas democracias e para defender eleições democráticas.

Jörg Meuthen (EFDD). – Herr Präsident! Meine Partei ist eine konservative Partei, moderat, rechts der Mitte. In meinem Land verorten sich viele Journalisten jedoch überwiegend links der Mitte, viele von ihnen sogar sehr weit links. Manche Erhebungen kommen zu dem Schluss, dass mehr als 40 % der Journalisten grün wählen. Objektive Berichterstattung ist keine Selbstverständlichkeit, in diesen Zeiten schon gar nicht mehr. Also bin ich sehr dankbar dafür, dass es Facebook gibt. Mit Facebook haben wir einen Kanal zu unseren Wählern, den grünlinks indoktrinierende Journalisten uns nicht vermauern können.

Wir beobachten sehr genau, wie die linke Mehrheit in diesem Haus und bei uns zu Hause uns diesen Zugang nehmen will. Wir sehen, wie sie Facebook unter Druck setzen, wie sie konservativ-freiheitliche Meinungsäußerung in der Reichweite drosseln und sogar zensurieren wollen. So ist das eben mit den Linken: Erst fordern sie herrschaftsfreien Diskurs, und sind sie einmal an der Macht, dann interessiert sie nur noch diskursfreie Herrschaft.

Liebe Kollegen, wer nicht diskutieren will, der beweist nur eines: dass er keine Argumente hat. Und wer wie Sie keine Argumente hat, der hat die Debatte de facto bereits verloren. Das werden Sie noch merken.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, απέναντι στην ψευδαισθήση της ελευθερίας στο Διαδίκτυο υπάρχει η σκληρή πραγματικότητα. Κουμάντο και εδώ, όπως και όταν κλείνει η οθόνη, κάνουν οι επιχειρηματικοί όμιλοι που έχουν την ιδιοκτησία. Για τους υπόλοιπους, η εργασία, η ενημέρωση, η διασκέδαση σημαίνει, άθελα ή εν αγνοία τους, αυτοφακέλωμα. Τα προσωπικά δεδομένα τους, η πολιτική τους στάση και τα ενδιαφέροντά τους καταγράφονται, συγκεντρώνονται, επεξεργάζονται, γίνονται εμπόρευμα, αντικείμενο σκληρού ανταγωνισμού για το ποιος όμιλος, ποια μυστική υπηρεσία και αστικό κράτος θα τα ελέγξει θησαυρίζοντας, εκτοπίζοντας τους ανταγωνιστές του.

Η Ευρωπαϊκή Ένωση και οι κυβερνήσεις της υποδύονται τις ευαίσθητες για τα προσωπικά δεδομένα, στήνουν μηχανισμούς τύπου GDPR και επιβάλλουν κυρώσεις, υπηρετώντας τους ευρωπαϊκούς ομίλους στον ανταγωνισμό τους με τους αντίστοιχους αμερικανικούς για τον έλεγχο της αγοράς. Όμορφος κόσμος, αγγελικά πλασμένος ο καπιταλισμός, η αμφισβήτηση αυτού του συστήματος, η οποία σήμερα λογοκρίνεται και φιλτράρεται, θα βρει τον δρόμο της και, με την ανατροπή του, η επιστήμη, η τεχνολογία και οι εφαρμογές τους θα τεθούν στην υπηρεσία των λαϊκών αναγκών.

Jeroen Lenaers (PPE). – Voorzitter, onze boodschap hier een half jaar geleden was helder: het misbruik van gegevens van miljoenen Europese burgers is schandalig, Facebook moet veranderen en Mark Zuckerberg moet zich hier in dit Parlement komen verantwoorden.

Nou, die verantwoordings sessie kwam er, maar was – mede door de eisen van Zuckerberg zelf – een aanfluiting. Ook in de drie goede hoorzittingen die we in dit Parlement hebben georganiseerd, bleek Facebook op geen enkele wijze dit probleem serieus te nemen. In plaats van mensen met verstand van zaken of mensen die iets daadwerkelijk te vertellen hebben in het bedrijf, werd het *public policy*-team gestuurd, de lobbyisten van Facebook, dezelfde lobbyisten die hier eerder ingezet werden om hard te lobbyen tegen onze nieuwe privacyregels.

Dus hoewel we terecht met elkaar vaststellen dat Facebook verbeteringen doorgevoerd heeft, is het allesbehalve geruststellend. Anderhalf miljard gebruikers werd nog snel even buiten het bereik van de Europese regels gebracht. Andermaal een teken dat Facebook nog steeds niet gelooft in het belang van databescherming of de manier waarop we in Europa daarmee omgaan.

Dus het is onze taak om ze dat geloof bij te brengen. Goedschiks of kwaadschiks. Er moet een volledige audit komen van het bedrijf Facebook en de toezichthouders in heel Europa moeten aan de slag om echt te controleren of de huidige praktijken bij het bedrijf voldoen aan onze regels. Facebook plaatste in april nog paginagrote advertenties om de nieuwe Europese regels te verwelkomen. We doen Facebook dus waarschijnlijk een groot plezier om die regels ook vanaf dag één keihard te handhaven, allereerst bij Facebook zelf.

Mercedes Bresso (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io non ritorno sulla nostra risoluzione, che condivido; mi auguro che la Commissione in questo momento lavori per tutelare le elezioni europee da interferenze che, a seguito di queste audizioni, appaiono non solo possibili ma assolutamente prevedibili.

Volevo sollevare una questione che riguarda complessivamente il fatto che noi ci stiamo risvegliando da un mondo dove sembrava tutto gratuito e stiamo scoprendo che, in realtà, il prezzo che paghiamo a questo mondo di Internet tutto gratuito è l'utilizzo dei nostri dati a fini economici e a fini elettorali.

Credo quindi che il problema sia più complesso e vada affrontato: come in un futuro che userà sempre di più delle piattaforme di questo tipo si ricostruisce un rapporto corretto per cui si paga quello che si utilizza ma si è tutelati nella propria identità e nell'uso dei propri dati.

Credo ci sia un problema anche di piattaforme di tipo pubblico perché, come sempre, quando si creano i grandi monopoli può intervenire il pubblico sia a regolamentare i monopoli sia anche attraverso strumenti diversi di tipo pubblico.

Sajjad Karim (ECR). – Mr President, in my own country the relevant committee in my parliament is crying out for action to be taken. My colleague Damian Collins is not satisfied with the result, and the committee in question has carried out an inquiry and has directly said that there is manipulation and Russian interference in our election processes. That is at a nation-state level and look here today: the Council chairs are empty, that is the response that we are giving.

Governments are stalling, Facebook knows its power. But this weekend hundreds of thousands of people took to the streets of London and among their demands is a demand that we must protect our much-cherished democratic processes. Cambridge Analytica and Facebook were instrumental in swaying the EU referendum in the United Kingdom; swaying it using techniques beyond the expectations of an unsuspecting electorate and out-of-date election regulations.

Nick Clegg may hold the most senior public policy role in Facebook today ; let's hope he guides them well. But Cambridge Analytica has not gone, it lives on in other guises and will continue to show itself again.

Светослав Христов Малинов (PPE). – Колеги, наистина става дума за скандал, за криза на доверието и аз се радвам, че Европейската комисия няма да пропусне тази криза и няма да я остави неизползвана. Искам обаче да погледна към проблема от друг ъгъл.

Ние сами създаваме своята дигитална личност. В началото нейният живот наистина зависи от нашата воля и ние наистина контролираме нещата. Никой обаче не ни казва и вероятно никой не би могъл да ни каже от какъв момент нататък данните на нашето дигитално „аз“ се използват от други хора и организации за свои цели.

Ние не си даваме сметка, че нашето дигитално „аз“ съдържа информация, която в съчетание със стотици хиляди, милиони други такива дигитални личности, на практика представлява ценност, може да се купува и продава и се използва в така наречените „big data analyses“ и изготвянето на инфографики, с които пък можем ние индивидуално да бъдем манипулирани и насочвани като потребители и избиратели.

Разбира се, ние ще направим всичко възможно да създадем подходяща регулация, но аз винаги изпитвам съмнение, че нашите законодателни дейности ще бъдат изостанали в момента, в който се създадат. Ние винаги ще изоставяме от новите технологии. Затова бих искал да се обърнем към другата, същинската защита – здравия разум, съдържаността, дигиталната компетентност. Това трябва да възпитаваме особено у нашите млади хора, защото дигиталното пространство не насърчава тези качества. Разбира се, няма по-надеждна преграда пред манипулациите от отговорната демократична личност, въоръжена с подходящите регулации, изработването на които е наше задължение.

Csaba Sógor (PPE). – Mr President, the phrase ‘if you are not paying for the product, you are the product’ predates the internet era. Still, both regulators and internet users seem unprepared for the new reality in which data is the new oil. Unaware to whom they give away their data or how they can stop sharing it, most people until recently found being offered ads to buy things as something uncontroversial.

However, the Cambridge Analytica scandal revealed something more worrying: people's data can be improperly collected and shared, and they can be microtargeted by various entities who want to influence and manipulate their political view or voting behaviour. This threatens the very idea of democracy, according to which voters can decide for themselves and are not mere subjects of propaganda machines.

Users and, most importantly, regulators need to catch up with this new reality. We took the first step with the adoption of the General Data Protection Regulation (GDPR); now we should apply it and make sure third countries using our citizens' data apply it too.

Romeo Franz (Verts/ALE). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Haben wir dieser datenbasierten individuellen Manipulation wirklich den Brexit und Präsident Trump zu verdanken? Diese Frage ist extrem schwer zu beantworten, aber es ist die demokratische Kernfrage dieses Skandals.

Es gibt Erkenntnisse über die politische Wirkung von Facebook. Ein Team der Universität von Warwick hat sich die rechtsextremen Übergriffe in Deutschland in den letzten Jahren angesehen und nach möglichen Ursachen gesucht. Sie haben je nach Ortschaft geschaut, ob es einen Zusammenhang mit der Anzahl der dort lebenden Ausländer, mit der Arbeitslosigkeit, dem Bildungs- und Einkommensniveau und, und, und gibt. Die einzige Variable, wo sie einen signifikanten statistischen Zusammenhang zur Anzahl der Übergriffe feststellen konnten, war der Umfang der Nutzung von Facebook in der dortigen Bevölkerung.

Facebook ist ein Problem für unsere Demokratie – auch ohne Cambridge Analytica. Daher ist es gut, dass die Entschließung fordert, gezielte politische Werbung, die auf Profilen mit persönlichen Daten basiert, ganz zu verbieten. Der Verhaltenskodex, den die Kommission mit der Plattform erarbeitet hat, zielt leider nur auf Transparenz und Selbstregulierung ab. Wir brauchen aber klare Regeln, wenn uns unsere Demokratie wichtig ist.

Zgłoszenia z sali

Seán Kelly (PPE). – Mr President, as rapporteur on the General Data Protection Regulation (GDPR), I was very pleased with the overall outcome, and I think it will work well into the future. But, as Ms Sophia in 't Veld said, all the rules and laws in the world are no good unless they're applied, and I think it's quite obvious that there are problems in Facebook – we have seen that for some time.

The first one, I think, is the question that Manfred Weber, Leader of the European People's Party, put to Mark Zuckerberg when he came to Parliament. He said: 'Is Facebook just too big?' We had the phrase during the recession from his book about banks being too big to fail, but is Facebook just too big to operate? That's one question that has to be looked at.

I know Facebook does an awful lot of good work in terms of facilitating people to communicate, but the dark side has to be addressed, especially countries like Russia interfering in elections. That's undermining all of society and it needs to be monitored and monitored independently, as opposed to what's happening now.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'attacco a Facebook del 28 settembre ha messo in pericolo i dati personali di milioni di persone: dalle informazioni più semplici fino ai dati bancari collegati ai profili Facebook, tutto è stato oggetto dell'attacco.

Dopo *Cambridge Analytica* questo nuovo scandalo dimostra che Facebook non è ancora in grado di assicurare il pieno rispetto della normativa dell'Unione europea in materia di protezione dei dati, in particolare del regolamento generale sulla protezione dei dati e della direttiva *e-privacy*.

Dopo lo scandalo *Cambridge Analytica* Facebook aveva promesso un audit interno completo: se ciò è avvenuto, il Parlamento europeo non ne è ancora stato informato. Facebook deve permettere all'ENISA e al Comitato europeo per la protezione dei dati di effettuare un audit indipendente sulla sua piattaforma.

Facebook deve apportare modifiche sostanziali alla sua piattaforma, non solo per garantire la conformità al diritto dell'Unione europea in materia di protezione dei dati, ma anche per migliorare la sua trasparenza, per arginare il rischio di ulteriori manipolazioni politiche dei profili Facebook e per evitare che *fake news* inficino le prossime elezioni.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedavajući, razvoj informacijskih tehnologija i brojnih digitalnih usluga učinio je ljude umreženijima nego ikad prije. Poslovanje je bez interneta danas teško zamisliti, a *online* smo preselili i dobar dio privatnog života – od slanja poruka i pohrane obiteljskih fotografija do kupovine odjeće i naručivanja hrane.

Proizvodi i usluge lako su dostupni, novi komunikacijski kanali učinili su nas produktivnijima, ali sve to dolazi uz cijenu narušene privatnosti i sigurnosti.

Slučaj *Cambridge Analytica* samo je potvrdio važnost zaštite podataka građana na internetu. No jako je važno izbjeći nepotrebnu histeriju i građane informirati što predstavlja opasnost po njihovu privatnost, a što je benigno. Panično uskraćivanje svih podataka znatno bi usporilo razvoj digitalnih usluga, otežalo poslovanje brojnim tvrtkama i ugrozilo radna mjesta. To, vjerujem, nikome nije u cilju.

Molly Scott Cato (Verts/ALE). – Mr President, those of us involved in politics have been horrified by the way Facebook has been used to share disinformation that distorts democracy and divides societies. From the UK Brexit campaign to the Trump election and now the presidential election in Brazil, Facebook has shown itself to be an anti-social network that threatens democracy. The disinfectant of publicity has not ended this problem. *Cambridge Analytica* is morphing into a new form under the auspices of *Emerdata* that reunites the money of the Mercer family with the manipulative skills of Alexander Nix, and it's disappointing to hear that Nick Clegg will be joining Facebook as global ambassador and spin master. The resolution notes that we need less PR and more detailed answers from technical experts and changes to Facebook governance.

I'm pleased that the resolution notes the excellent work done by the UK's information commissioner, Elizabeth Denham, and that it seeks to prohibit political targeted advertising that undermines the public debate through microtargeting. We are witnessing democracy disrupted across the world. Protecting democracy against the psychological operations of the wealthy should be a priority for us all.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, το σκάνδαλο της Cambridge Analytica απέδειξε ότι τα στοιχεία των προσωπικών δεδομένων 50 περίπου εκατομμυρίων χρηστών που είχε κατορθώσει να εξασφαλίσει, φέρεται ότι τα χρησιμοποίησε για να ενισχύσει την εκστρατεία του προέδρου Τραμπ. Βεβαίως, αυτή η πρακτική δεν είναι άγνωστη στις Ηνωμένες Πολιτείες. Σύμφωνα με το Bloomberg, το 2012 κάτι ανάλογο είχε κάνει και ο Πρόεδρος Ομπάμα. Το βαθύτερο, όμως, ζήτημα το οποίο προκύπτει από το σκάνδαλο αυτό είναι η ασφάλεια των προσωπικών δεδομένων.

Κάθε άνθρωπος, χωρίς δυστυχώς να λαμβάνει υπόψη το θέμα του απορρήτου, παραχωρεί τα προσωπικά του δεδομένα στα μέσα κοινωνικής δικτύωσης, ελπίζοντας ότι αυτά δεν θα αναλυθούν. Δυστυχώς όμως, αυτό δεν συμβαίνει, διότι με τους αλγορίθμους που έχουν δημιουργήσει αυτά τα μέσα, αναλύουν τα προσωπικά δεδομένα για να εκτιμήσουν τις εμπορικές, κυρίως, προτιμήσεις αλλά και τις πολιτικές και να μπορούν να τις επηρεάσουν. Γι' αυτό τα κράτη πρέπει να λάβουν μέτρα ούτως ώστε να πάψει να γίνεται αυτό, χωρίς όμως να παραβιάζεται και το δικαίωμα της ελεύθερης έκφρασης του χρήστη.

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhor Presidente, o uso de dados pessoais cedidos, voluntária ou involuntariamente, pela rede social Facebook, ou por outras redes e plataformas, para manipular escolhas e opções políticas e comportamentos de massa, coloca uma questão civilizacional. Estão em causa valores como a privacidade, a transparência, a confiança e, em última análise, a liberdade de escolha dos cidadãos.

No momento em que nos preparamos para fazer o enorme investimento no programa digital da Europa, temos de definir um padrão ético e jurídico aplicável a todas as empresas que atuam no nosso território, ou que com ele interagem, e desenvolver ferramentas robustas de verificação e sanção de quem não o fizer.

Ao mesmo tempo, é importante desenvolver, de forma progressiva, um modelo de gestão das redes sociais mais próxima do modelo da Internet, mais *multi-stakeholder* e menos baseada nos grandes potentados empresariais hegemónicos.

É preciso devolver à sociedade o que é dela. É preciso colocar o desenvolvimento tecnológico ao serviço dos indivíduos e não de quem os quer manipular e distorcer a sua liberdade de escolha.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor presidente, señora comisaria de Justicia, cuando estalló el escándalo, Mark Zuckerberg fue llamado a comparecer ante el Senado de los Estados Unidos y fue la primera vez en que se puso corbata. Su posición física fue de subordinación ante el Senado de los Estados Unidos. Cuando compareció aquí, en el Parlamento Europeo, ni remotamente fue sometido a un interrogatorio de dureza pareja al que le sometió el Senado de los Estados Unidos.

Nos hallamos ante los gigantes de la red, que se consideran desvinculados por completo de cualquier ley y de cualquier jurisdicción y, sin embargo, ante ningún gigante la Unión Europea puede abdicar de su deber de proteger y asegurar los derechos fundamentales de los europeos; por tanto, es mucho lo que hay por hacer.

Para empezar, hay que exigir que se cumpla —también a los gigantes de la red— el Reglamento de protección de datos y, en su caso, poner en marcha la directiva que vincula a la policía, la judicatura y la fiscalía para investigar los delitos relacionados con las violaciones de derechos fundamentales en la red.

Pero también hay que invertir en educación de la privacidad, en ciberseguridad y en nuevas tecnologías, porque nuestra inversión en nuevas tecnologías nada tiene que ver con la de los Estados Unidos y, hasta que no tengamos una mejor inversión en seguridad y tecnologías, no tenemos nada que hacer ante los gigantes de la red.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, domnilor comisari, stimați colegi, astăzi dezbatem un lucru care ține de viitorul Europei, până la urmă, de viața cetățenilor și de democrație. Dar, iată, Consiliul nu este prezent, Comisia pare a fi mulțumită de pașii pe care i-a făcut, noi, Parlamentul, ne-am făcut treaba așa cum s-a spus și suntem în aceeași situație, domnilor comisari, pentru că, iată, în fiecare săptămână putem constata că apar conturi false, că ne sunt preluate datele.

Ce facem, de fapt? Doamna comisar spune că avem un instrument foarte puternic, dar cum îl folosim? Care sunt rezultatele? Să fim serioși, eu cred că Comisia trebuie să găsească mijloace comune pentru că Facebook ne-a ignorat. Eu am fost într-o delegație în iulie acolo. Nu a găsit nimic nou după ce a declarat că, atunci când a proiectat Facebook, nu s-a gândit la protecția datelor. Eu cred că nu avem nimic până acum și peste câteva luni intrăm în alegerile europene. Nu putem lăsa cetățenii, companiile să se apere cu mastodonți, să lupte cu mastodonți. Asta este datoria Comisiei și a Consiliului.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Julian King, Member of the Commission. – Mr President, thank you for this debate on what is a key resolution. As my colleague, Commissioner Jourová, underlined, the Cambridge Analytica case has thrust into the spotlight an array of threats to our elections: hacks, leaks, fake news, as well as the misuse of personal data, classical cyber-attacks that target our voting systems and cyber-enabled manipulation of voting behaviour.

To tackle the classic cybersecurity threats, the Commission brought forward a package of measures in September last year to build greater cyber-resilience, to protect systems and data and to strengthen deterrence against those who would seek to attack us. To tackle the challenge of cyber-manipulation, in April this year, the Commission proposed a package of measures in our communication on tackling online disinformation, based around transparency, traceability and accountability.

This set out our clear definition of disinformation. It sent a clear and strong message to all of the internet platforms – Facebook, Twitter, YouTube and others – who we strongly believe have a real responsibility to take action. We asked them to commit to an EU-wide Code of Practice on Disinformation, presented in fact last month. We set out clear objectives for this code and called for measurable results in a number of areas, not asking the platforms, or indeed public authorities, to judge whether something is true or false, right or wrong, but to shine a light on the provenance of the information that we are seeing.

I am encouraged that your resolution, as Claude Moraes underlined, identifies the need for urgent action in a number of these areas. We ask the platforms to restrict targeting options for political advertising, to ensure greater transparency around sponsored content, to step up their efforts to identify and delete fake accounts, and to establish clear rules around bots. There should also be greater clarity around algorithms and information on how they prioritise the content that is on display. This should be combined with tools enabling users more easily to discover content and access new sources representing alternative points of view, as well as to be able to report disinformation.

We want to see the code implemented effectively. We've said we'll analyse first results by the end of this year. We hope we can see sufficient progress by working on a voluntary basis, but we've been clear: we reserve the right to consider our options again if we do not make the progress that we need to see.

As mentioned by Commissioner Jourová earlier, last month President Juncker presented a set of measures specifically on election security, asking Member States to set up a national election cooperation network of all of the relevant authorities and to appoint a contact point to participate in a European-level election cooperation network. As part of this, the Commission will work closely with, and support, data protection authorities to make sure that all data breaches are effectively investigated.

Last week, we convened a high-level meeting which brought together, for the first time, public and private actors from the Member States in order to take stock of progress and to identify and share best practices for countering the threats to our democratic processes and our democratic values. This event highlighted again the key importance of engagement, both by the public authorities, but also by the key private-sector actors. With the European elections and numerous national elections on the horizon, it is imperative that we see sufficient commitment from the big online platforms.

The Commission very much welcomes your strong engagement on this urgent range of issues. Awareness is the first line of defence, but, as you set out in your resolution, we need to go further. We have a strong shared interest in protecting our democratic institutions, our democratic processes and our elections. The Commission is committed to working with you, with Member States and with the private sector to secure the foundations of our democracy.

Przewodniczący. – Pozwolą Państwo na taką drobną obserwację osobistą. Dobrze się złożyło, iż przypało mi przewodniczenie temu akurat punktowi naszej debaty, ponieważ w Parlamencie Europejskim jestem odpowiedzialny za bezpieczeństwo, w tym także to, o którym tutaj rozmawialiśmy.

Otrzymałem jeden projekt rezolucji zamykającej debatę.

Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się w czwartek 25 października 2018 r.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Ева Майдел (PPE), в писмена форма. – Злоупотребата с истината, фактите и доверието на хората и избирателите не е патент на цифровите платформи. Тя за съжаление съществуваше и ще продължава да съществува в аналоговия, цифровия и хартиения свят. Единственото, което се промени с новите платформи, е улесненият достъп до тях. Това, което трябва да направим, е да сложим ясни правила, така че платформите да поемат своята отговорност, като контролират средата за комуникация, която създадоха, и да следят много по-добре за вредното съдържание и злоупотребата с лични данни.

Ние обаче имаме и още една задача и тя е да наложим правила и санкции на тези, които искат да се възползват от липсата на ясни правила в дигиталните платформи. А това на първо място са политически партии и кандидати и присъдружните им организации. Нито Фейсбук, нито Гугъл или някой от останалите платформи могат да избягат от своята отговорност, но ние не трябва да забравяме, че основният интерес от тази злоупотреба е именно в политическите организации и кандидати. И те трябва да получат най-голямата строгост, на която сме способни за това, че искат да манипулират избора на гражданите, като подменят честното политическо състезание за доверието им със състезание от лъжи и манипулации.

Tibor Szanyi (S&D), írásban. – Az Európai Parlament szocialista frakciója ismerte fel elsőként, hogy az EP és az egész Unió legsajátabb és egyre sürgetőbb feladata, hogy élen járjon az állampolgárainkat, egész demokratikus politikai rendünket veszélyeztető olyan alattomos praktikákkal szembeni védekezésben, mint amelyet a Cambridge Analytica „lebukása” – több tízmillió Facebook-használó polgár személyes adataival való visszaélése – leleplezett.

A mostani határozatunkkal azonban még csak a – mégoly fontos – felismerésnél és az első védekező lépésnél tartunk, jól tudva, hogy a Cambridge Analytica esete csak a jéghegy csúcsa, hiszen számos más üzleti vállalkozás működik a világon a személyes adatkezelő algoritmusok révén információk manipulálása, árusítása körében.

Az EU és tagállamainak demokratikus működése szempontjából különösen veszélyesnek tartom az egyes politikai erők, sőt államok által szervezett „fake news” terjesztést, a politikai uszító kampányokat, valamint a választási eredmények befolyásolására irányuló manipulációt.

Tekintettel az Európa több országában küszöbön álló fontos választásokra, különösen a májusi EP-választásra, fontosnak tartom, hogy mostani állásfoglalásunknak legyen konkrét utóélete, és a tagállamok kormányai is határozott intézkedésekkel, célzott jogszabályokkal vessenek gátat ennek a modern támadásnak. Különösen elvárnám ezt az olyan tagállami politikai vezetéstől, mint saját hazámé, ahol sajnos az Orbán-kormány politikai céljai érdekében maga is használja a hamis hírek és a félelemkeltés ilyen eszközeit.

Claudia Țăpardel (S&D), în scris. – În contextul scandalului izbucnit în jurul companiilor Facebook – Cambridge Analytica, prin care datele a milioane de utilizatori Facebook au fost accesate ilegal de o companie de consultanță britanică în scop electoral, asistăm astăzi la o serie de discuții ample privind protejarea datelor personale pe care fiecare utilizator de internet le pune la dispoziția giganților rețelelor sociale. Consider că fenomenul este cu atât mai important cu cât poate duce la manipularea cetățenilor, mai ales în timpul procesului electoral, sau poate influența consumatorii în așa fel încât să se ajungă la distorsionarea pieței și a concurenței loiale. Scandalul Facebook-Cambridge Analytica ne-a arătat foarte clar că trebuie să depunem eforturi semnificative pentru a restabili încrederea cetățenilor noștri în procesul democratic și să asigurăm un nivel adecvat de transparență. În 2019, în România vom avea două rânduri de alegeri. În acest context, colectarea ilegală a datelor personale ale utilizatorilor reprezintă una dintre cele mai mari provocări cu care ne confruntăm în era tehnologiei digitale la nivel mondial. Așadar, este important ca statele membre să implemen-

teze cât mai eficient Regulamentul General de Protecția Datelor, iar Comisia să ia măsurile necesare pentru a monitoriza implementarea și aplicarea legislației cu scopul de a asigura protecția tuturor cetățenilor europeni.

Maria Gabriela Zoană (S&D), *în scris*. – Facebook este o platformă mondială de socializare care găzduiește, între altele, conturile a peste 370 de milioane de cetățeni europeni de toate vârstele, cetățeni pe care noi avem obligația să-i apărăm în fața abuzurilor de orice fel. În acest context, orice încălcare a Regulamentului european pentru protecția datelor cu caracter personal de către reprezentanții acestei platforme sau de către terții care au acces la exploatarea ei reprezintă de fapt o încălcare a intimității a 370 de milioane de cetățeni europeni. Este limpede pentru oricine că deținerea datelor a sute de milioane de persoane – aici incluzând nu numai datele de identificare personală, ci și datele privind preferințele politice, preferințele pentru anumite produse și servicii sau alte date sensibile, dar și accesul la discuțiile private – reprezintă o oportunitate uriașă pentru marile companii care operează aceste platforme de socializare. Este cazul și Whatsapp-ului sau a altor aplicații. Tocmai de aceea, pe cât de mare este oportunitatea, pe atât de mare trebuie să fie și răspunderea acestor operatori, iar eu susțin aplicarea unor sancțiuni drastice de către autoritățile europene sau naționale ori de câte ori se încalcă regulamentul european privind GDPR. Altfel, este afectată însăși democrația.

(Posiedzenie zostało chwilowo zawieszone)

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Presidente

4. Wiederaufnahme der Sitzung

(La seduta è ripresa alle 10.38)

5. Debatte mit dem rumänischen Präsidenten Klaus Iohannis über die Zukunft Europas (Aussprache)

Presidente. – Do il benvenuto, a nome del Parlamento, al Presidente della Repubblica di Romania, Klaus Iohannis, che sarà oggi protagonista della discussione sul futuro dell'Europa (2018/2732(RSP)).

Lo ringrazio per aver accettato il nostro invito a discutere con noi, in un vero dibattito, quali sono le proposte della Romania per il futuro dell'Europa, per preparare insieme – Parlamento europeo, Commissione e Stati membri – una strategia per rilanciare il sogno europeo, che nonostante le difficoltà che incontra rimane l'unica possibilità per i nostri concittadini. Ecco perché sono molto lieto di avere oggi con noi il Presidente della Romania, alla vigilia del semestre di Presidenza dell'Unione europea, e durante la Presidenza rumena si svolgeranno anche le elezioni. Quindi oggi avremo la possibilità di confrontarci con lui dopo averlo ascoltato.

Prima di dare la parola al Presidente Iohannis vi ricordo che è possibile richiedere il «catch the eye» usando il dispositivo per il voto elettronico.

President Iohannis, thank you very much for coming, and now you have the floor.

(Applause)

Klaus Iohannis, *President of Romania*. – Domnule Președinte, stimați membri ai Parlamentului European, doamnelor și domnilor, este o onoare și un privilegiu să mă aflu astăzi în Parlamentul European. Vă mulțumesc pentru invitația de a participa la dezbateră privind viitorul Uniunii Europene.

Uniunea a fost marcată de-a lungul timpului, dar mai ales în ultimul deceniu, de provocări multiple, care ne-au testat coeziunea și unitatea, de la criza financiară și economică, criza migrației, atacurile teroriste, până la ascensiunea mișcărilor populiste. A fost un deceniu în care Uniunea a trebuit să „învețe să se adapteze din mers”. Pe fondul acestor provocări, Uniunea a fost marcată de căutarea unei viziuni comune, definită prin nevoia unui echilibru „înțelept” între realitățile specifice din fiecare stat membru și dorința de a consolida împreună o Uniune veritabilă, o Uniune orientată spre viitor.

Principala constatare pozitivă a acestei perioade este că există un element care ne unește: identitatea europeană bazată pe principii, valori și interese comune. Iar aceste valori comune trebuie mereu redescoperite, reapreciate și repuse în valoare, pentru că universalitatea valorilor stă tocmai în caracterul lor regenerativ.

Parcurgem un nou capitol în devenirea și consolidarea proiectului european, în care avem nevoie de elaborarea unei noi viziuni cu privire la viitorul Uniunii. Din această perspectivă, pledez ferm pentru unitate, coeziune, solidaritate și pentru calea europeană comună în eforturile de consolidare a proiectului european. Cheia centrală a demersurilor noastre trebuie să rămână „unitatea”. Pentru România, acest principiu reprezintă însăși esența proiectului european, care i-a dat acestuia capacitatea de a face față provocărilor multiple cu care Uniunea s-a confruntat până în prezent.

Uniunea Europeană este un proiect evolutiv. Noile realități, atât la nivelul statelor membre, cât și din plan global, impun o dezvoltare și o consolidare a proiectului european și, în niciun caz, o repunere în discuție a principiilor fundamentale pe care proiectul european a fost clădit.

O Uniune puternică nu trebuie să fie realizată în detrimentul unității. Avem nevoie de o Uniune incluzivă, care nu lasă în urmă niciun stat și niciun cetățean european. Din acest punct de vedere, idei precum o Europă cu mai multe viteze sau o Uniune a cercurilor concentrice nu pot reprezenta o soluție, în măsura în care dorim menținerea caracterului unitar și indivizibil al Uniunii Europene, care îi conferă valoare și credibilitate în relația sa cu restul lumii.

Președintele Juncker spunea anul trecut că Europa trebuie să își regăsească suflul, să respire cu ambii plămâni, cel vestic și cel estic. Eu sper că viitorul nostru împreună ne va arăta, de asemenea, că Europa are o singură inimă. O inimă care bate prin noi toți, care ne unește, de la est la vest și de la nord la sud, care face ca cetățenii noștri să se identifice și să se definească în mod natural ca europeni. Trebuie să ne asumăm acest ideal comun și, dacă este necesar, să ne adaptăm și să recalibrăm instrumentele prin care putem să îl atingem.

Am încredere că în noua etapă în care va intra Uniunea Europeană începând cu anul 2019 și pe care România, în calitate sa de președinție rotativă a Consiliului Uniunii Europene, o va pregăti împreună cu celelalte state membre și cu instituțiile europene, va fi una fructuoasă. Sunt încrezător că Summitul de la Sibiu din 9 mai 2019 va reprezenta un reper în proiecția privind viitorul unei Uniuni mai puternice, mai unite, mai coezive și mai democratice. Depinde de puterea, înțelepciunea și voința noastră – state membre, instituții europene și cetățeni europeni – ca acest obiectiv să devină realitate.

Doamnelor și domnilor, Summitul de la Sibiu este un moment important pentru consolidarea fundației acestui viitor. Un viitor comun, un viitor democratic, un viitor optimist. Viitorul Uniunii Europene nu se poate edifica decât cu participarea și implicarea directă și activă a cetățenilor europeni. Îmi doresc ca Sibiu să fie un moment de sensibilizare pentru cetățenii europeni.

Cetățenii vor măsuri concrete și rezultate tangibile. Vor vesti pozitive despre pace, securitate și prosperitate. De asemenea, cetățenii trebuie să vadă că lucrăm pentru a proteja și consolida simbolurile majore ale Uniunii: moneda Euro, piața internă, spațiul Schengen și libertatea de circulație.

În același timp, cetățenii noștri au nevoie de mai multă coeziune. Iar coeziunea nu este doar ambiția noilor state membre, care au un nivel mai redus de convergență economică, ci este o necesitate pentru membrii mai vechi ai Uniunii. Coeziunea este unitate, este expresia acțiunii comune, concertate și coordonate la nivelul Uniunii. Trebuie să ne întoarcem la esența principiului coeziunii, așa cum este acesta reflectat în tratatele Uniunii – forța centripetă a unei comunități de viziune și acțiune, generatoare de plusvaloare pentru întreaga Uniune.

Uniunea Europeană se află astăzi într-un moment de redresare economică. Acest lucru nu ar fi fost posibil în absența unei viziuni și acțiuni comune în crearea și consolidarea unei uniuni economice și monetare. Siguranța economică este la fel de importantă ca cea a frontierelor, iar prosperitatea Uniunii depinde de capacitatea noastră de a asigura o uniune economică și monetară puternică, capabilă să răspundă așteptărilor cetățenilor, dar și să facă față unor noi provocări.

În vederea atingerii acestui obiectiv, avem nevoie de măsuri și decizii cuprinzătoare, care să garanteze participarea tuturor statelor membre la eforturile comune de realizare a unei zone euro mai puternice, mai stabile și mai competitive. Pentru România, aderarea la zona euro cât mai curând posibil, când toate condițiile vor fi îndeplinite, este un obiectiv național fundamental.

Anul acesta sărbătorim 25 de ani de piață internă. Am parcurs un drum lung în ceea ce privește libertățile și oportunitățile de a călători, de a studia și de a lucra în cadrul Uniunii Europene pentru cetățenii noștri. Nu putem să ne imaginăm Uniunea Europeană fără piața unică și fără cele patru libertăți fundamentale ale acesteia, libera circulație a mărfurilor, a persoanelor, a serviciilor și a capitalurilor. Avem nevoie de o piață internă funcțională, competitivă și incluzivă. O piață internă în care cetățenii resimt în viața de zi cu zi beneficiile acesteia.

În același timp, Europa este și trebuie să rămână un lider pe plan internațional în multiple domenii, cu precădere în ceea ce privește revoluția tehnologică și digitală. Europa are capacitatea și forța de a se transforma și de a fi lider în conectivitate. Creșterea și stabilitatea, competitivitatea, securitatea și îmbunătățirea calității vieții tuturor europenilor depind de cât de ambițioasă și hotărâtă este Europa în privința digitalizării, respectiv cercetării și inovării.

În același timp, trebuie să asigurăm o mai bună adaptare a forței noastre de muncă la nevoile, cerințele și evoluțiile pieței interne, pentru a garanta că progresul social și competitivitatea merg mână în mână.

Trebuie să fim, de asemenea, conștienți de faptul că transformarea digitală a societății nu va putea fi înfăptuită fără o investiție masivă în educație și în noile aptitudini necesare. Toți cetățenii – din orice regiune și orice grup social – trebuie angrenați în aceste evoluții. Acesta trebuie să fie angajamentul nostru, al celor ce conduc Europa, și în această diversitate și cuprindere va sta tăria continentului nostru în competiția globală ce va urma.

Vorbim și de un viitor în care Uniunea își va recâștiga propriii cetățeni, prin întărirea sentimentului lor de securitate, aici, acasă, în interiorul Uniunii. Provocările generate de migrație și securitate sunt aspecte de maxim interes pentru noi toți. Trebuie să acționăm astfel încât proiectul european să reclădească siguranța cetățenilor, să acordăm o atenție sporită combaterii terorismului și radicalizării.

Este necesar să acționăm astfel încât să devenim mai proactivi și să mărim capacitatea de prevenire a Uniunii. Răspunsul la crize cu măsuri contextuale nu constituie o modalitate eficientă și, în această cheie, avem nevoie de soluții durabile.

Uniunea Europeană trebuie să rămână un spațiu de liberă circulație, în care toți cetățenii noștri să se poată deplasa liber și să poată munci oriunde în spațiul comunitar, unde tinerii să poată călători, studia, beneficiind astfel pe deplin de unul dintre cele mai vizibile și ambițioase proiecte ale construcției europene – spațiul Schengen.

Pentru România, aderarea la spațiul Schengen reprezintă un obiectiv important. Acest demers va contribui semnificativ la consolidarea securității pentru întregul spațiu de liberă circulație din Uniune.

Corolarul unei Uniuni sigure și puternice ar trebui să fie o Uniune lărgită, pentru că mărimea conferă putere – o noțiune cât se poate de adevărată și relevantă într-un context global foarte competitiv. Iar politica de extindere a Uniunii și-a demonstrat în mod clar valoarea prin valurile succesive de primire de noi membri, contribuind, de o manieră incontestabilă, la prosperitatea și securitatea continentului.

Lărgirea Uniunii nu trebuie să rămână doar un deziderat pentru generațiile viitoare, ci continuă să fie o necesitate reală, în care statele candidate și potențialii candidați trebuie să își ancoreze eforturile de continuare a reformelor și de asumare autentică și consecventă a valorilor și principiilor europene.

Onorați parlamentari europeni, nu putem fi cu adevărat relevanți la nivel global dacă nu reușim să influențăm semnificativ mediul din vecinătatea noastră. Păstrarea statelor din vecinătatea sudică și estică ancorate ferm în valorile europene și menținerea angajamentului lor pentru reforme structurale ireversibile depind și de capacitatea noastră de a ne îndeplini angajamentele în raport cu ele.

Nu în ultimul rând, vorbim și de un viitor în care Uniunea va avea un rol de prim-plan pe scena internațională, un viitor în care statele membre vor sprijini, pe baza intereselor împărtășite și a solidarității reciproce, afirmarea Uniunii ca actor global, cu o contribuție decisivă la promovarea sistemului multilateral bazat pe reguli.

Implementarea Strategiei globale a Uniunii Europene a înlesnit deja evoluții importante atât în domeniul securității și apărării, cât și în ceea ce privește consolidarea legăturilor dintre politicile interne și externe ale Uniunii.

Este responsabilitatea noastră să ne asigurăm că, în anii care vin, Uniunea va dispune de instrumentele necesare pentru a răspunde noilor provocări. Continuarea inițiativelor din domeniul securității și apărării comune în condiții care să asigure cooperarea strânsă și evitarea paralelismelor cu NATO, consolidarea rezilienței Uniunii și a partenerilor săi, îmbunătățirea comunicării strategice sunt obiective care necesită o atenție sporită și acțiuni constante.

Consistența politicii Uniunii în vecinătatea sa, menținerea parteneriatului transatlantic solid, onorarea angajamentelor – de la continuarea politicii de extindere în parametrii agreeți, până la consolidarea relației instituționale cu ONU și susținerea fermă a multilateralismului și virtuților sale – sunt tot atâtea domenii în care Uniunea va fi chemată să demonstreze că poate să acționeze eficient.

Distinși membri ai Parlamentului European, în urmă cu 11 ani, când România s-a alăturat mării familii europene, mă simțeam deosebit de mândru, ca român, că trăiesc acest moment important pentru țara mea. Anul viitor, când România preia pentru prima dată Președinția Consiliului Uniunii Europene, Summitul de la Sibiu va reprezenta un moment de răscruce pentru familia noastră europeană.

Este datoria noastră, este responsabilitatea noastră să creionăm viitorul Europei. Alături de toți românii, mă simt mândru în calitate de cetățean român și, în egală măsură, de cetățean european. Pentru că mândria națională sau mândria europeană nu reprezintă concepte erodate și nici realități paralele. Este o stare asumată, care întreține și dă forță și conținut acestei identități. Pentru că Europa este parte din fibra noastră. O Europă care însumează din diversitatea noastră. O Europă clădită pe baza conceptului de unitate în diversitate. De aceea Europa este România și România este Europa.

2018 este anul Centenarului României Moderne, care înseamnă pentru noi nu atât analize retrospectiv-istorice, cât, mai ales, proiecții de viitor. În acești 100 de ani, am învățat unele lecții importante, trecând prin experiențe și perioade nefericite. Iar lecția democrației este una dintre cele mai importante. De aceea apreciem cu atât mai mult valorile familiei europene.

Din acest motiv, România este o țară profund atașată proiectului european. Avem o societate vibrantă și dinamică, în continuă evoluție. Suntem o democrație tânără, care are resursele pentru a se perfecționa. Românii sunt conectați activ la valorile civice. Au dovedit-o cât se poate de clar și și-au făcut auzită vocea atunci când a fost nevoie să apere statul de drept și democrația.

(Aplauze puternice)

Românii au voința și forța de a merge mai departe pe drumul european pe care și l-au asumat. Este ambiția de a depăși orice obstacol pentru a rămâne puternic ancorați în marea familie europeană din care facem parte în mod fundamental.

Tânăra generație crede în Europa și se implică în dezbateri privind viitorul nostru de o manieră pozitivă și, mai ales, optimistă. Din entuziasmul acestor tineri remarcabili se hrănește și optimismul nostru privind viitorul Europei. Totodată, entuziasmul lor ne obligă în mod deosebit la responsabilitate. Avantajul acestui val de entuziasm care vine dinspre România provine, în primul rând, din forța lui de a inspira și a retrezi reflexul apărării democrației, care nu este un dat, ci presupune o responsabilitate continuă de a o îngriji, apăra și promova.

România este în prezent o țară dinamică și orientată spre viitor, care a îmbrățișat rapid și a valorificat noile tendințe tehnologice și servicii digitale. Una dintre companiile românești este de câțiva ani lider mondial în soluții de apărare și securitate cibernetică. Pe de altă parte, o companie inițiată de doi tineri ingineri a devenit, în această primăvară, primul „unicorn” românesc. În numai șase luni, compania și-a triplat valoarea, ajungând la o evaluare de 3 miliarde de euro, a devenit unul dintre liderii globali în roboți software, automatizare și inteligență artificială.

Peste tot în România, de la Iași la Timișoara, de la Cluj la București, de la Craiova și Constanța, mii de ingineri români talentați – femei și bărbați – lucrează pentru a avansa tehnologiile digitale, fie că e vorba de mașini conectate și sisteme inteligente de transport, de telecomunicații 5G și internetul lucrurilor, de cercetare și inovare în *blockchain*, tehnologii spațiale sau agricultură digitală. Economia datelor este viitorul, iar sectoarele românești de IT&C și creativ au una dintre ponderile cele mai mari din PIB-ul național din întreaga Uniune. Nu trebuie, așadar, să mire pe nimeni că România își dorește și are capacitatea să contribuie la consolidarea rolului global al Uniunii în acest domeniu.

România susține activ o Uniune care investește în siguranța cetățenilor săi. Unitatea europeană este esențială când vorbim de consolidarea securității interne a Uniunii. Pentru România, în calitate de stat membru care gestionează una dintre cele mai mari frontiere externe ale Uniunii Europene, securitatea este un domeniu prioritar, în care am demonstrat deja că performăm în toate privințele. Suntem capabili, astăzi, să fim un furnizor de securitate, la cele mai înalte standarde, pentru întreaga Uniune, așa cum o facem deja în cadrul NATO. Ca stat membru al Uniunii, vom acorda o importanță specială continuării măsurilor menite să reducă fragmentarea spațiului european de securitate.

Avem datoria să protejăm toți cetățenii, indiferent dacă aceștia se află sau nu în statele din spațiul Schengen. Acest lucru este posibil doar printr-o aplicare integrală la frontiera externă a Uniunii, de către toate statele membre, a instrumentelor de securitate de ultimă generație.

Distinși membri ai Parlamentului European, Uniunea Europeană s-a clădit pe o dorință cât se poate de umană și profundă, aceea de pace pe continentul european. Această pace internă – cu toate ingredientele sale: cooperarea între statele membre, principiul statului de drept, drepturi și libertăți fundamentale, diversitate, prosperitate, standarde sociale, de muncă – a devenit un bun de export extrem de prețios.

A venit momentul să ne reîntoarcem cu acest model către interior și să arătăm cetățenilor noștri ce am reușit să creăm împreună. Să vedem cum protejăm, împreună, pacea și cum se traduce nevoia de pace astăzi, la nivelul intereselor cetățeanului.

Am mereu în minte cuvintele extrem de actuale ale lui Jean Monnet. Citez:

„... il n'y a pas pour les peuples d'Europe d'autre avenir que dans l'union”

Vă îndemn să păstrăm unitatea drept cuvânt de ordine al viitorului. O unitate însă care nu va veni de la sine. O unitate pe care trebuie să o protejăm și să o consolidăm în mod constant, îngrijindu-ne, în același timp, de diversitatea atât de caracteristică culturii europene.

Vă mulțumesc.

(Adunarea, în picioare, l-a aplaudat pe vorbitor)

Jean-Claude Juncker, *Président de la Commission*. – Monsieur le Président de la République, cher Klaus, Monsieur le Président du Parlement européen, c'est pour Madame Crețu, commissaire roumaine, et moi-même, un grand honneur d'avoir pu vous écouter, nous qui vous connaissons et vous aimons bien.

C'est pour le Parlement européen un grand moment, parce que c'est la première fois, si je ne m'abuse, qu'un président roumain en exercice s'exprime, à la veille de la présidence de son pays – la première présidence roumaine – devant les représentants du peuple européen.

Dragi români,

I'm not fluent in Romanian but I did understand.

Mon roumain imparfait veut dire «mes chers Roumains», puisqu'ils nous observent et nous regardent. C'est aussi pour moi aussi un moment de forte émotion, puisque j'ai avec la Roumanie et avec son Président exercice, une longue histoire. Elle est d'abord personnelle, entre nous deux, puisque nous nous connaissons depuis des siècles. Le Président roumain a été maire de Sibiu Hermannstadt, et il y a entre Hermannstadt et le Luxembourg, une vieille histoire. Parce que contrairement à ce que prétendent les historiens allemands, ceux qui ont peuplé la Transylvanie n'étaient pas les Saxons mais les Luxembourgeois. Ce qui fait que nous pouvons nous parler dans un luxembourgeois approximatif; enfin, il y a entre nous une union qui fait que l'histoire ancienne perdure dans les temps qui sont les nôtres et pour les décennies et siècles devant nous.

Il y a trop peu de Roumains dans cette salle.

En décembre 1997, j'ai présidé le Conseil européen à Luxembourg sous la présidence luxembourgeoise, et c'est alors que nous avons ouvert grandement les portes pour les pays qu'on appelait à l'époque «pays candidats», dont la Roumanie. Et, sous une autre présidence luxembourgeoise, en avril 2005, j'ai pu signer au nom de l'Union européenne, le traité d'adhésion de la Roumanie à l'Union européenne. Ce furent pour moi des moments inoubliables, parce que ce jour-là, la réconciliation entre l'histoire et la géographie européennes était définitivement accomplie et pour moi la Roumanie n'est donc pas un pays neutre, mais un pays vers lequel me portaient mes sentiments les plus profonds, les rares qualités de cœur que je peux avoir, et donc oui, bienvenue au Parlement et re-bienvenue en Europe, Monsieur le Président.

Je pense au peuple roumain, que j'aime bien puisque, à travers ses autorités, il m'a couvert de distinctions et d'honneurs auxquels j'ai été sensible, alors qu'en règle générale, on dit qu'on n'est pas sensible à ce genre de décorations et d'honneurs.

Je pense au peuple roumain qui, depuis le début, a su s'intégrer dans la sphère de solidarité et de complicité européenne comme si la Roumanie avait été un État membre fondateur. Et donc, oui, la Roumanie aujourd'hui et depuis longtemps – même avant son adhésion à l'Union européenne – a été et est devenue un fournisseur de stabilité et non pas un consommateur de stabilité dans une région tourmentée, difficile, dramatiquement éprouvée, à travers son histoire, jusqu'au sang, et donc oui, sans la Roumanie, l'Union européenne ne serait pas complète.

(Applaudissements)

La Roumanie, dès le premier jour de son adhésion, a su se placer à la tête de l'intégration européenne. Je sais que le Président n'aime pas trop l'Europe des cercles concentriques, une Europe d'avant-garde et une Europe qui serait à la traîne. Il n'aime pas cela du tout, tout comme moi je n'aime pas ces concepts. Mais la Roumanie a prouvé dans les faits qu'elle n'a rien à craindre d'un tel scénario qui, du reste, n'est pas le mien, parce qu'elle s'est toujours classée à la tête du mouvement. J'en prends pour exemple l'accord de la Roumanie sur la mise en place d'un parquet européen. D'autres, même des États membres fondateurs, n'ont pas le courage de faire cela. La Roumanie était parmi les premiers à dire oui à la mise en place d'un brevet européen, alors que d'autres n'avaient pas cette volonté d'avant-garde.

La Roumanie fêtera le 1^{er} décembre de l'année en cours son centenaire, le centenaire de la grande union, comme disent nos amis Roumains. Je voulais dire au Président que c'est bien sûr une fête romaine, mais c'est aussi une fête européenne, parce que tout ce qui concerne la Roumanie concerne l'Europe. Tout ce qui est propre à la Roumanie n'est pas étranger à l'Union européenne et donc ce jour-là nous fêtons ensemble un grand moment de l'histoire roumaine et un grand moment de l'histoire européenne.

Dès 2014, en me présentant devant ce Parlement, le 15 juillet — c'est une date que vous n'avez pas retenue mais moi oui –, j'ai dit que la Roumanie sous le mandat de la Commission qui est la mienne, devrait faire partie de la zone Schengen.

Seit Juli 2014 plädiere ich dafür, dass Rumänien Teil der Schengen-Zone wird, und ich hätte gerne, dass wir dies bewerkstelligen, bevor das Mandat dieser Kommission endet.

(Applaus)

Ich sage das aus allgemeinen Gründen, ich sage das aber auch aus Rumänien-spezifischen Gründen. Allerdings möchte ich darauf aufmerksam machen – und das ist eine Bemerkung, die ich nicht so sehr an die Adresse des Präsidenten richte, sondern eher an die Adresse der rumänischen Regierung und des rumänischen Parlaments: Man darf das nicht dadurch in Gefahr bringen, dass man von rechtsstaatlichen Prinzipien Abstand nimmt.

(Applaus)

Mein Herzenswunsch wäre es, dass man in Rumänien vor Eintritt in die Präsidentschaft der Europäischen Union einen nationalen Konsensus hinkriegt, was Rechtsstaatlichkeit und Kampf gegen die Korruption anbelangt. Dies ist absolut notwendig.

(Applaus)

Ansonsten wird es der Kommission schwerfallen, die zielgerichtete Empfehlung, was den Schengen-Raum anbelangt, einvernehmlich vorschlagen zu können.

And then we have the problem of the budget. I have had more than three talks with my friend the president, insisting on the need to put into place the negotiation boxes after the Austrian Presidency, which will achieve it. Concluding this chapter would be a major performance and much-needed achievement under the Romanian Presidency, in the light of the perspective of the summit in Sibiu.

This chapter on the financial perspective has to be concluded before the European elections because we would lose more than the momentum, we would lose several dimensions. It would be a major win for us if we were able to put the financial perspectives in place. I know that the Romanian president, my dear friend Klaus, is very committed to achieving this, together with his government. It will be no ordinary summit in Sibiu (Hermannstadt). It will be the moment when and where we have to deliver European perspectives, talking to those who called for the European elections in May 2019.

Ich bin sehr davon überzeugt, dass der Herr Präsident und die rumänische Regierung, das rumänische Parlament, alles in ihren Kräften Stehende tun werden, um Sibiu zu einem großen Moment europäischer Zukunftsgestaltung zu machen. Ich hatte letztes Jahr vorgeschlagen, dass wir diesen Gipfel in Hermannstadt/Sibiu haben sollten, weil ich der Auffassung bin, wenn es ein Land, das erst 2007 mit großer Verspätung im europäischen Geschichtsverlauf der Europäischen Union beigetreten ist, schaffen würde, die nächsten sieben Jahre rumänisch – sprich europäisch –, europäisch – sprich rumänisch – zu gestalten, trüge dies eine Symbolkraft in sich, die man nicht unterschätzen sollte.

(Beifall)

Manfred Weber, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, I would like to welcome the President of Romania. Mr President, it is good to have you here within the format of the Future of Europe discussions in the European Union.

The first lesson, I would say, that we can learn when we listen to you, as a representative of this great country, is optimism: Europe works, Europe delivers. I only want to mention one figure out of the last 20 years: the economic development of Romania, so the growth rate, increased by more than 490% on the GDP base, four times higher than Moldova, for example. So to be part of this Europe, to be part of the European Union, works – on the question of the economy, but also on the question of developing towards a modern society in Romania. Congratulations on this.

But, I must say that Europe is not yet really unified. We cannot talk today about an already really united European Union. Romania is a Member of the European Union but the living conditions inside of our Union differ a lot. The European People's Party (the PPE) does not want to accept this. We want to change this. We want to really have, in the future, a united Europe where people have an equal standard of living.

There is No Europe of east and west. There is No Europe of north and south. No Europe of poor and rich. There are only Europeans. And that is why, as the PPE, we want to continue our efforts under cohesion policy – you mentioned this – and we have to invest again in infrastructure, but I think new priorities are also needed. In research, for example. Let's build, for example, the next supercomputer of the European Union in some of the countries in the central and eastern European Member States, and not always in the traditional Western countries, and let's dream the dream that in the future an Austrian or a French student goes to Krakow or Bucharest to study and not to Oxford or Munich anymore. That is probably one of the dreams we should really dream.

Another element is that Romania is a Member of the European Union but also in terms of the conditions, not yet fully. That is why we welcome the engagement to join the euro, which is for us a crucial element for surviving as Europeans in a globalised world, and we fully support the enlargement process on the Schengen Area. Let's be engaged. We also fully support what President Jean-Claude Juncker said today, that we should get started; probably the first step is opening the airports already before the European elections in 2019. We have to move on these questions.

I want to show respect also towards the citizens of Romania, because I think it is clear that there is still a need of modernisation, of modernising the country in the direction of a country which fights strongly for fundamental principles and fights against corruption. I want to clarify that this is not only a Romanian problem, but it is also a Romanian problem, and people care about this, people care about the situation in the country. The government has to change the direction.

We discussed this a few weeks ago here in Strasbourg as well. For my political family, I have to underline that today's government already crossed some of the red lines which are defined in our common understanding about values and I want to thank you, as President, because you gave the people in Romania who demonstrated opposition, who demonstrated too their readiness to go forward for a modern Romania, a voice. You defended modernisation. You are the President of a modern Romania and that is good.

Herr Präsident, Sie werden in ein paar Monaten die Präsidentschaft übernehmen. Da gibt es noch ein paar Punkte, die uns wichtig sind. Das erste ist, dass wir bis dahin versuchen müssen, Antworten zu geben. In der Migrationsfrage, in der Fragestellung des Budgets für die Europäische Union müssen wir liefern, und wir müssen auch über die Erfolge, die wir haben, reden, den Menschen auch vermitteln, dass Europa in ihrem Alltag wirkmächtig und positiv ist.

Das Zweite, was aber auch wichtig ist, ist, dass in Ihrer Ratspräsidentschaft die Europawahlen stattfinden werden. Wir alle vertreten ein demokratisches Europa. Wir sind die Kammer der Bürger der Europäischen Union. Für ein demokratisches Europa braucht man Kandidaten und man braucht ein Programm, man braucht Inhalte, man braucht Ideen. Das werden wir praktizieren als Abgeordnete, als Parteien auf diesem Kontinent in den nächsten Jahren. 2014, bei der letzten Wahl, hatten wir beispielsweise zum ersten Mal Spitzenkandidaten nominiert, wie Jean-Claude Juncker, auch Guy Verhofstadt hat kandidiert, Ska Keller hat kandidiert, wir hatten verschiedene Kandidaten. Und wir wollen beim nächsten Mal noch mehr die Programmviefalt deutlich machen – dass ich für Ceta gestimmt habe und Ska Keller gegen Ceta gestimmt hat beispielsweise –, die Unterschiede deutlich machen.

Worum ich Sie bitte, ist, dass Sie im Anschluss Ihren Beitrag dazu leisten, dass dieses demokratische Europa, die Willensbildung der Bürger Europas dann auch nach den Europawahlen Ausdruck findet in einem gemeinsamen Programm für die Zukunft dieses Kontinents und in den Entscheidungen, die dann zu fällen sind.

Ich habe mit dem Verweis auf den Optimismus begonnen, den Sie praktizieren, und ich möchte damit auch schließen. Vor 28 Jahren, am Beginn der Neunziger, hat ein junger Mann in Sibiu vor der Entscheidung gestanden, sein Land entweder zu verlassen und in der Ferne seine Zukunft zu suchen, oder dazubleiben und aufzubauen. Er hat sich für das Letztere entschieden, fürs Anpacken. Er hat zunächst seine Stadt in die Zukunft geführt, die Arbeitslosigkeit reduziert und den Menschen einen guten Platz zum Leben geschaffen. Heute steht der gleiche Mann vor uns, nämlich der heutige Präsident Rumäniens, Klaus Iohannis. Und deswegen ist die Botschaft, die Sie mitbringen, Optimismus. Mit viel Arbeit, mit Seriosität, mit Willen und Ideen kann man sein Land und Europa in eine gute Zukunft führen. Danke für diese Botschaft!

(Beifall)

Josef Weidenholzer, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident! Willkommen im Europäischen Parlament, Herr Präsident! Es ist wichtig, dass Sie sich heute der Debatte über die Zukunft Europas stellen. Nicht nur, weil Ihr Land in wenigen Wochen von Österreich die Ratspräsidentschaft übernehmen wird, sondern auch wegen der Entwicklungen in Zentral- und Osteuropa.

Die Euphorie, die sich vor mehr als zehn Jahren breitgemacht hat, ist verflogen. Überwunden geglaubte Gräben tun sich auf und neue kommen dazu. Das hängt auch mit nicht eingehaltenen Zusagen zusammen, wie etwa mit dem immer wieder verschobenen Schengen-Beitritt Ihres Landes. Generell betrachtet gibt es vor allem im ökonomischen Bereich Schief lagen, die auf den gesamten Osten zutreffen. Auch die demografische Situation stellt eine Herausforderung dar. Die meisten osteuropäischen Staaten sind mit einem gewaltigen *brain drain* konfrontiert. Wir sollten diese Entwicklungen viel offener, direkter ansprechen, selbstkritisch. Auch um zu verhindern, dass der latente Unmut von Demagogen instrumentalisiert wird, um die europäische Wertegemeinschaft auszuhöhlen.

Oft wird – und auch Sie haben das heute getan – im Zusammenhang von Ost- und Westeuropa ein Bild zitiert, wonach Europa mit zwei Lungen atmen müsste. Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte, das sind die Luft, die wir zum atmen brauchen, und das verbindet uns.

Herr Präsident, es ist gut zu hören, dass auch Sie die europäischen Werte nicht infrage stellen und Ihr Handeln danach ausrichten wollen. Rumänien ist ein wichtiger Mitgliedstaat der Union – ein sehr wichtiger – mit großem Potenzial. Das Wirtschaftswachstum liegt weit über dem EU-Durchschnitt, vor allem auch dank eines starken Engagements im IT-Sektor. Auch die rumänische Diaspora trägt wesentlich zur wirtschaftlichen Entwicklung anderer Mitgliedstaaten bei.

Rumänien hat einen weiten Weg zurückgelegt. Die Ausgangssituation war schwieriger als in den anderen ehemals kommunistischen Ländern. Die erzielten Fortschritte waren vor allem auch deswegen möglich, weil das Land gemeinsam mit der Europäischen Kommission im Kooperations- und Kontrollmechanismus zusammenarbeitet. Die Bekämpfung der Korruption und die Unabhängigkeit des Justizwesens sind dabei prioritär. Nur wenn das gelingt, dann lässt sich die positive wirtschaftliche Entwicklung des Landes auch nachhaltig absichern. Nur wenn die Korruption beseitigt ist, kommt der wirtschaftliche Erfolg auch bei den einfachen Menschen an. In dieser Hinsicht ist noch viel zu tun.

Die S&D-Fraktion wird hier ein kritischer Begleiter sein. Für uns stehen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Zentrum. Diese Prinzipien sind universell und gelten für alle Mitgliedstaaten, egal ob im Osten oder im Westen.

Wenn Sie etwas mehr Disziplin hätten, dann würden Sie mich auch ausreden lassen.

Deshalb zählen wir auch darauf, dass Sie das Europäische Parlament dabei unterstützen, endlich den von uns vorgeschlagenen Rechtsstaats- und Grundrechtsmechanismus, über den wir heute Nachmittag diskutieren werden, umzusetzen.

Herr Präsident, mit Sorge beobachten wir die innenpolitische Situation in Ihrem Land, die sich immer wieder zuspitzt. Es steht uns nicht zu, uns in innenpolitische Vorgänge einzumischen, aber es ist nicht gut, wenn sich eine Gesellschaft immer mehr fragmentiert und sich unüberbrückbare Gegensätze verfestigen. Wir hoffen, dass Sie kraft Ihres Amtes und Ihrer Persönlichkeit zu deren Überwindung und zu mehr Gemeinsamkeit beitragen. Deswegen ersuchen wir Sie auch, die Rolle der Geheimdienste, des letzten Überbleibels der Ceaușescu-Jahre, zu überdenken. Bei ordentlichen Gerichtsverfahren sollten *secret protocols* keine Rolle spielen. Das wäre ein wichtiger Schritt in Richtung eines modernen, liberalen und europäischen Rumänien.

Monica Macovei, *în numele grupului ECR*. – Bun venit, domnule Președinte Iohannis! La 11 ani de la aderare, românii vor în Europa - 65 % la sută dintre noi vrem ca România să rămână în Uniune și peste 60 % din cetățenii statelor membre vor și ei în Uniune – un nivel record în ultimii 25 de ani.

Liderii politici europeni nu trebuie să piardă această încredere a oamenilor, ci trebuie să o consolideze. Românii își pun încrederea în Uniune în special acum, când trăiesc de luni de zile coșmarul unei guvernări netransparente, care atacă permanent justiția independentă și slăbește lupta anticorupție. Românii sunt însă un popor viu și nu ezită să iasă în stradă pentru a apăra justiția, dreptatea și democrația.

În acest timp, Parlamentul European a adoptat noi directive pentru combaterea spălării banilor, pentru confiscarea extinsă a averilor, dar ele nu sunt transpuse în România, nici la timp, nici corect, ci dimpotrivă, de multe ori invers decât prevăd directivele. Asta, de acest guvern PSD-ALDE.

Pentru a-și păstra valorile, Europa trebuie să sancționeze derapajele de la democrație. Președintele Iohannis a criticat și sancționat public derapajele guvernului PSD-ALDE, asaltul asupra justiției și modificarea legislației penale. Dar discursul PSD-ALDE, ca și discursurile altor politicieni populiști, încearcă să manipuleze opinia publică, insistând că România sau alte state membre își pierd identitatea. Nu spun însă nimic despre avantajele apartenenței la Uniune. Discursul extremist divizează societăți, în timp ce politicienii extremiști își văd de afacerile cu bani publici, urmând exemplul Kremlinului. Trebuie să învingem extremismul și populismul.

Înainte de preluarea președinției, guvernul trebuie să respecte toate recomandările Comisiei de la Veneția și avertismentele Comisiei Europene legate de modificarea codurilor și legilor justiției. Ar fi un semn de respect pentru români, pentru partenerii străini și pentru democrație.

În 2019 va fi prima dată de la aderare când România preia Președinția Consiliului Uniunii Europene. Primul summit al Uniunii, fără Marea Britanie, va avea loc la Sibiu în mai 2019.

Pentru a-și păstra valorile și Europa trebuie să sancționeze derapajele de la democrație, cum am spus. România are ocazia, preluând Președinția Consiliului European, de a fi în atenția întregii lumi în prima jumătate a anului 2019. Îmi doresc ca România să îndeplinească acest rol în mod responsabil și cu profesionalism.

Guy Verhofstadt, on behalf of the ALDE Group. – Mr President, the first time that I went to your country, President Iohannis, to Bucharest, was in December 1989 in one of those old Tarom airplanes. I have to tell you, it was torture. With no leg-room, it was a little bit like flying with Ryanair today. For me it was the first time that I went to a Communist country, because before the fall of the Berlin Wall, we liberals were not allowed to go. In Bucharest – I remember it very well – I met the historical leader of the Romanian liberals, Radu-Anton Câmpeanu, in an empty building, in an empty office with one table and one chair. He had just returned from exile in Paris in December 1989. When I came back here, what I did was immediately to send a truck full of office furniture and computers. A few months later these capitalist gifts were destroyed by a furious mob of miners, the henchmen of Iliescu. So I had to send a second truck to Romania to help Mr Câmpeanu build up his liberal and democratic movement. Not only did I send office furniture and computers, I also sent material for a radio station that became one of the first private radio stations in your country – Radio Contact – with the same name as a station in Belgium.

The reason why I'm telling you this story is very simple, because today, so many years later – nearly 30 years later – I am again worried about what is happening in Romania.

First of all, these dubious reforms were undermining the judiciary – I said that to your Prime Minister here a few weeks ago. The same applies to the weakening of the Criminal Code, undermining the fight against corruption. Then there was the discovery of secret protocols, which I have never heard about in any other country, between the secret service on the one hand and some parts of the judiciary on the other. My plea to the Prime Minister, but also to you – because you have to work together in this respect – is certainly not to follow that path in the near future and certainly not to follow the examples of countries like Poland and Hungary, which have embarked on illiberal paths, I should say, towards autocracy. I think that only good cooperation between you, as the President of the Romanian Republic, and the Prime Minister, the Government and the majority can avoid this. And I think there is huge support in this House to support you in this endeavour.

So what we need, I think, exactly 30 years after the Romanian revolution, at European level is exactly what is also at stake in Romania. There will be, in 2019, a fight between liberal democracy and the tendency in a number of countries – unfortunately mainly eastern European countries – to go the way of illiberal autocracy. It will be a fight between tolerance and racism, a fight of openness against protectionism, and a fight by all the – I should say – true Europeans against all the kinds of narrow-minded nationalists and populists that we have seen in the four corners of Europe. And I think that, just as it did in 1989, Romania will have an important role to play in winning the fight in 2019.

This also gives me the opportunity to come back to the debate on the future of the Union.

If there is one real reform to be made for the future of the European Union, Mr President, then it is to get rid of the unanimity rule in the European Union. Look again at the Khashoggi case that we have today. On Saturday all the Ministers of Foreign Affairs, together with Mogherini, produced what? A weak condemnation, a soft declaration instead of common action, which is impossible because of the unanimity rule in foreign affairs. What is needed is not a soft declaration or a weak condemnation; what is needed is a ban – a European ban – on exports of weapons to Saudi Arabia. That is what is needed and it can be achieved only...

(Applause)

... and this is what I want to hear in this debate about the future of Europe – if we get rid of the unanimity rule, if we can get rid – and Romania is ready to do so – of this veto power, this veto right that all Member States still cherish, but which is in fact the real obstacle to a re-foundation of the European Union.

And I'm pleased that Romania and the President will be on our side in this fight for that reform.

Ska Keller, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, I would like to thank President Juncker very much for joining this debate on the future of Europe. With the European elections getting close, it is even more important to discuss how that future should look – our common future.

That is the question that we need to ask ourselves, but not just those of us in this room. Every citizen of Europe needs to ask themselves what kind of Europe they want to live in. Do we want a Europe where we fight for our common values, where we defend democracy, civil liberties and freedom, or do we let Europe go down a slippery slope of nationalism and governments that hollow out the key foundations of our Union and of democracy?

Unfortunately, some governments seem to be going exactly in that way. How the situation looks in a Member State also defines what the European Union as such, and as a whole, looks like. Right now, when our common values are being trampled upon in many Member States, every voice that defends civil liberties and every voice that defends freedom and the rule of law counts, regardless of political affiliation.

Therefore, President Juncker, we count on you! The Romanian people count on you! The Romanian people showed in a referendum two weeks ago that they do not want an authoritarian state that discriminates and that tries to play people off against one another. They also protested in their thousands against corruption. They protested against a government that de facto legalises corruption and does not even shy away from weakening a judiciary system to make it easier for some politicians to put public money – the money of all Romanians – into their own pockets. But, instead of listening, the Romanian Government sent tear gas against those people protesting. And now the Government even wants to replace a strong anti-corruption chief prosecutor with somebody who has, let us say, not such a strong record of working against corruption. This is a slap in the face for Romanian citizens. Mr President, it now depends on you to stop that.

Mr President, we need you as a strong voice for democracy and the rule of law in Romania and throughout the European Union. Two weeks ago, the Constitutional Court of Romania declared over 60 articles of the new criminal procedure code unconstitutional. On Friday, the Venice Commission warned that the reform would jeopardise the fight against corruption and also against organised crime. Mr President, why don't you take the lead and call on all political parties to put the recommendations of the Venice Commission into practice? Romania needs to start a broad reassessment of the law reform with all stakeholders involved. Since Romania will take over the presidency in a couple of months, it would be even more important to have a role model at the head of the Presidency for good governance to show how it can be done.

Let us be courageous together and stand up for democracy and the rule of law, and let us not be intimidated by all of those who flagrantly undermine that very rule of law and our freedom.

Tania González Peñas, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor presidente, gracias, señor Iohannis por estar aquí para intercambiar impresiones con el Parlamento Europeo.

Rumanía se unió a la Unión Europea en el año 2007, y en aquel momento comenzaba un período de grandes esperanzas y de estrechamiento de lazos entre el pueblo rumano y el resto de países de la Unión Europea. Sin embargo, los últimos acontecimientos parecen mostrar que la dignidad del pueblo rumano está poniendo en jaque al Gobierno.

Hablamos del futuro de Europa. Yo querría echar la vista atrás y recordar aquella campaña presidencial de 2014. En aquel momento, señor Iohannis, su partido se centró en la lucha contra la corrupción y en mejorar el sistema judicial. Cualquiera que mirara por un retrovisor se asombraría con respecto a las decisiones que el Gobierno de su país está tomando en los últimos tiempos.

Usted tiene la prerrogativa de dirigirse a su Parlamento en cuestiones de interés nacional, así como de salvaguardar el cumplimiento de la Constitución y de los derechos fundamentales. Y en este sentido, debe ser firme y claro en la defensa de la democracia y de las libertades y no llegar a ser cómplice de la deriva de su Gobierno, que parece que está siguiendo la estela de otros, como el polaco o el húngaro.

Asistimos con sorpresa a algunas involuciones democráticas propias de otros tiempos. En concreto, voy a mencionar tres casos muy conocidos.

En primer lugar, el referéndum contra los matrimonios homosexuales, convocado por la extrema derecha y la iglesia ortodoxa, referéndum que apoyó el Gobierno rumano participando en una campaña de odio y homofobia que ha mostrado el lado más retrógrado de un gobierno socialdemócrata, que debería abochornar aquí al Grupo S&D. Afortunadamente los ciudadanos y las ciudadanas de Rumanía mostraron su dignidad de manera rotunda con una abstención tan alta que impidió siquiera que saliese adelante.

En segundo lugar, en agosto miles de sus compatriotas tomaron las calles en contra de la corrupción endémica actual del Gobierno. La ciudadanía rumana se resiste a los intentos de los gobernantes actuales de controlar el poder judicial para diluir el relativo éxito de la lucha contra la corrupción.

Y, en tercer lugar, las reformas de la ley que regula las ONG. La Conferencia de ONG Internacionales del Consejo de Europa señaló que existen claras deficiencias con respecto al cumplimiento de las normas y de las buenas prácticas internacionales.

Desde el Grupo GUE/NGL queremos preguntar también al Grupo S&D sobre estos tres elementos y su opinión, y queremos animarle, señor Iohannis, a ser firme; a ser firme en la defensa de la democracia y de las libertades y en la lucha contra la corrupción; a escuchar la voz de su pueblo antes que otras voces y a no continuar con esa confrontación con el sentido común que está llevando a cabo su Gobierno. Por suerte los hechos de los últimos meses dan cuenta de que los ciudadanos y las ciudadanas rumanas saben hacerse escuchar. Desde aquí lo celebramos. Le mostramos nuestro apoyo para defender los derechos y las libertades conquistadas con tanto sufrimiento.

Rosa D'Amato, a nome del gruppo EFDD. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Presidente Iohannis, quando penso alla Romania penso ai tanti rumeni che vivono in Italia, ai tanti che conosco e che ho incontrato. Nei loro racconti c'è l'immagine di un grande paese, ricco di bellezze e tradizioni, ma anche di un paese che deve fare i conti con annosi problemi, a partire da quello della corruzione. Lo abbiamo visto quest'estate con le proteste che hanno invaso le strade di Bucarest.

Non si allarmi, Presidente, qui nessuno vuole fare il maestrino, sappiamo tutti come la corruzione sia un fenomeno che riguarda tutta l'Europa, nessun paese escluso. Si stima che il suo costo per l'intera Unione sia di 120 miliardi l'anno. È evidente a tutti come la corruzione distrugga l'economia e la giustizia sociale, colpendo i cittadini e le imprese che operano onestamente, punendo chi merita e premiando chi è amico del potere. La corruzione è il furto più grave che si possa commettere in uno Stato perché ruba il futuro.

Li capisco bene, Presidente, perché anch'io vengo da una terra di emigrazione e di corruzione. Per decenni mi sono sentita dire che contro tutto questo c'è poco da fare, che bisogna accettarlo perché tutti i politici sono uguali, perché questa è la politica, e la pubblica amministrazione e lo Stato non cambieranno mai.

Ma non è così! La politica, quella buona, può e deve combattere la corruzione. Come? Con le leggi, come quella che abbiamo appena approvato in Italia, aumentando le pene per corrotti e corruttori, proteggendo chi denuncia e introducendo un principio chiaro: chi è condannato per corruzione non può avere nulla a che fare con la pubblica amministrazione, men che meno ricevere fondi pubblici. Si tratta di misure e principi che sarebbe bene applicare a livello europeo, come le misure sui *whistler blower*, che il Parlamento ha sollecitato un anno fa ma che sono lettera morta.

E a proposito di lettere morte, dato che il tema è il futuro dell'Europa, sarebbe bene che l'Unione europea cominciasse a pensare a garantire un futuro ai suoi cittadini, invece di arroccarsi sulla difesa di regole fallimentari. Mi riferisco a quanto sta avvenendo in queste ore con gli attacchi scomposti alla manovra economica proposta dal governo italiano: abbiamo assistito a commissari europei che hanno bocciato il testo prima ancora di leggerlo, invocando punizioni atroci da parte dei mercati. C'è stato persino un commissario che, appena dopo le elezioni, aveva già preannunciato che l'alta finanza avrebbe fatto cambiare idea agli italiani su chi votare.

La verità è che l'*austerità* e le sue regole hanno fallito. Ci è stato detto che per ridurre il debito pubblico bisognava tagliare la spesa sociale e gli investimenti. In Italia è stato fatto, ma il debito pubblico è rimasto pressoché invariato. Ci è stato detto che con i conti in ordine sarebbero ripartite la crescita e l'occupazione, ma la realtà è che l'economia è stagnante da anni, le famiglie stanno corrodendo i loro risparmi, le imprese falliscono e i giovani emigrano.

Il governo di cui fa parte il mio movimento, il Movimento 5 Stelle, ha detto basta. L'*austerità* sta uccidendo l'Unione europea e l'eurozona, se vuole sopravvivere, ha bisogno di nuove regole di bilancio, ma nell'attesa di cambiarle uno Stato non può impiccare se stesso e i suoi cittadini al rispetto di vincoli sbagliati.

Pensate, anche un istituto, l'Istituto tedesco per la ricerca economica, conferma la bontà della manovra del governo italiano. Il direttore dell'istituto dice che il problema dell'Italia non è il deficit di quest'anno ma la sua depressione economica.

L'Europa dovrebbe ammettere che una maggiore spesa pubblica e più deficit sono utili se concentrati su crescita e occupazione quali priorità assolute. Anche queste sono per caso parole di un pericoloso populista?

A chi sostiene che si violano le norme europee ricordo che il cambiamento dei parametri è perfettamente compatibile con le regole europee, in quanto l'Italia si trova ancora in una situazione eccezionale di cui tenere conto: 17 milioni e mezzo di persone a rischio di povertà ed esclusione sociale, 5 milioni di poveri assoluti sono o no una situazione di vera emergenza? Secondo gli economisti sì. Serve quindi un sostegno forte ai ceti più poveri per la stabilità sociale e per rilanciare i consumi. È quello che abbiamo fatto con il reddito di cittadinanza, una misura che questo Parlamento ha sostenuto soltanto un anno fa con un voto a grande maggioranza su una nostra risoluzione.

Gli ultimi sei mesi, Presidente, di questa legislatura saranno a Presidenza rumena: siate coraggiosi anche voi! Caro Presidente, cari colleghi, il cambiamento quindi è possibile. In Italia c'è un governo che lo sta promuovendo, lo hanno capito anche in Germania, lo capiscano anche a Bruxelles, una volta per tutte!

Nicolas Bay, au nom du groupe ENF. – Monsieur le Président, chers collègues, par son fonctionnement, ou plutôt ses dysfonctionnements, mais aussi et surtout par ses orientations politiques, l'Union européenne non seulement n'assure pas l'avenir des nations européennes – c'est le débat qui nous occupe aujourd'hui – mais elle devient en réalité, de plus en plus, une anti-Europe.

Quoiqu'ils s'en défendent, certains ne sont sans doute pas mécontents de cette évolution, puisqu'ils n'ont jamais cherché à assurer à l'échelle continentale, l'indépendance et la puissance. En réalité, ils conçoivent la construction européenne comme une simple étape vers un village global et vers une gouvernance mondiale.

Mais pour ma part, je suis convaincu qu'il est encore temps de sauver l'Europe des dérives actuelles de l'Union européenne. Avec nos alliés et les forces nationales qui progressent partout sur notre continent, nous voulons construire une Europe qui soit à la hauteur du génie de notre civilisation et qui permette à nouveau à nos nations de rayonner à travers le monde, d'être fortes et respectées sur la scène internationale, que ce soit individuellement ou collectivement.

Cette Europe ne passe pas par une Commission européenne qui décide de tout et de rien, à la fois toute-puissante et en même temps impotente. Incapable, par exemple, de protéger nos entreprises aussi bien contre le dumping chinois que contre l'extra-territorialité du droit américain. J'en profite d'ailleurs pour souligner que l'Union européenne est toujours pressée de donner des leçons d'état de droit à la Pologne, à la Hongrie ou, demain, à la Roumanie, de donner des leçons de droits de l'homme à la Russie, mais elle se montre d'un silence assourdissant s'agissant du meurtre barbare du journaliste Khashoggi sur ordre de Riyad dans le consulat d'Arabie Saoudite à Istanbul.

Alors oui, il faut mettre fin à cette bureaucratie hors sol et sans légitimité démocratique. La Commission, elle, se prétend transparente et indépendante dans les décisions qu'elle prend au quotidien et qui concernent plus de 500 millions d'Européens. Mais c'est dans l'opacité la plus totale qu'elle conclut des traités de libre-échange tous azimut. Ces traités organisent la concurrence déloyale, provoquant la désindustrialisation de nos pays et la ruine de notre agriculture, qu'il s'agisse du CETA, déjà en vigueur sans pourtant avoir été ratifié par les parlements nationaux, des projets actuellement en discussion avec le Mercosur ou avec les pays d'Océanie, ou encore de l'accord signé cet été par Jean-Claude Juncker en catimini avec le Japon et, pas plus tard que vendredi dernier, avec Singapour.

Soumise au marché, l'Europe de la Commission, c'est aussi l'Europe de la démission car ses dirigeants n'assument pas les fonctions et obéissent moins aux peuples qu'aux fonctionnaires non élus qui les entourent, ainsi qu'aux juges de la Cour européenne des droits de l'homme et de la Cour de justice de l'Union. On nous parle régulièrement de protectionnisme européen, mais en 1997 le traité d'Amsterdam a abrogé l'article 44, paragraphe 2, du traité de Rome, qui prévoyait le développement d'une préférence naturelle entre les États membres. Et la Cour de justice de l'Union européenne a retoqué quelques-unes des rares mesures anti-dumping prises par la Commission à l'époque. C'est ce que l'essayiste français Éric Zemmour a appelé «le coup d'État des juges». En effet, depuis les années 70, le pouvoir politique se laisse peu à peu déposséder de ses prérogatives par le pouvoir judiciaire, d'abord à l'échelon national et aujourd'hui à l'échelle européenne. Ainsi, au-delà de notre souveraineté, c'est bien la démocratie et ses fondements qui sont en péril.

On ne peut pas non plus prétendre à la solidarité européenne avec une Commission punitive qui cherche à sanctionner les États membres qui ne se soumettent pas à son idéologie, en particulier sur la migration, dont on voudrait désormais faire un nouveau droit de l'homme.

Nous avons besoin de véritables coopérations sur les grands défis comme la protection des frontières extérieures ou encore les enjeux énergétiques et environnementaux. Mais non! on ne peut pas prétendre vouloir préserver notre écosystème, tout en encourageant sans cesse un libre-échange transcontinental effréné, qui est par nature profondément anti-écologique.

Voilà pourquoi il est temps de refonder la construction européenne et de la réorienter, loin des utopies et des dogmes.

Cătălin Sorin Ivan (NI). – Domnule Președinte, într-un context atât de complicat pentru România, intern și extern, dar la fel de complicat și pentru Uniunea Europeană, mesajul dumneavoastră de astăzi este un mesaj optimist, un mesaj de stabilitate, o gură de oxigen, dacă vreți, pentru dezbateră europeană din aceste zile.

Sunt de acord că este nevoie de o recalibrare a proiectului european. După mai bine de zece ani de zile de tensiuni, de eșecuri, de crize una după alta, este nevoie să arătăm cetățenilor europeni că am învățat din aceste greșeli, că ne-am învățat lecțiile și că putem intra într-un nou capitol european mult mai hotărâți, mult mai bine pregătiți, mult mai adaptați realităților din fiecare țară membră.

Vreau să vă mulțumesc că ați amintit de cei peste o sută de mii de tineri excepționali din România care lucrează în industria IT, care dezvoltă proiecte pe *blockchain*, care folosesc tehnologiile moderne. Nu întâmplător, în aceste zile s-a lansat în România primul proiect politic pe *blockchain*, primul partid *blockchain* din Europa. Îmi pun mari speranțe într-o Europă digitalizată, pentru că prin digitalizare putem lupta împotriva corupției și împotriva sărăciei.

În final, vreau să vă mulțumesc că ați amintit nu doar de unitatea Uniunii Europene, nu doar de importanța acestei unități, ci mai mult, de „unitate în diversitate”. Faptul că v-ați reîntors la crezul primordial al Uniunii Europene, acela că uniți suntem mai puternici, dar uniți în diversitatea noastră, păstrând specificul național, păstrând valorile noastre naționale.

Presidente. – Ricordo a tutti i colleghi che la discussione di oggi è sul futuro dell'Europa, non è una discussione sulla situazione in Romania, visto che l'abbiamo avuta nella scorsa tornata.

Klaus Iohannis, President of Romania. – Domnule Președinte, onorați membri ai Parlamentului European, în primul rând, dați-mi voie să mulțumesc tuturor vorbitorilor, începând de la Președintele Comisiei, până la cei care au vorbit în numele grupurilor politice.

Ați atins mai multe subiecte, dintre care cel care mie îmi e cel mai drag – țara mea, România. În decembrie 1989, noi, românii, am decis că nu mai suportăm dictatura comunistă și am înlăturat-o. De atunci, construim o democrație pe care noi, românii, ne-o dorim bazată pe ceea ce se numește valorile democrației europene, valorile Uniunii Europene.

În acești aproape 30 de ani România s-a schimbat. România s-a schimbat profund. Suntem o țară din estul Europei care în continuare crede în democrația de tip european. România este o țară cu o economie în creștere. România este o țară care reprezintă un pol de stabilitate în regiunea geografică în care ne găsim. România este o țară care aspiră la statutul de lider în domenii precum cele pe care le-am menționat în prima parte a discursului meu. România este o țară apreciată și respectată pentru securitatea pe care o livrează și în regiune și în NATO și în altă parte. Noi am înțeles, noi, românii, am înțeles de mult că nu putem să rămânem receptori de ajutor și de securitate, ci trebuie să ne asumăm un rol mult mai greu, dar în care credem – cel de furnizor de securitate – și asta facem.

România este un stat de drept. România este un stat democratic. În România există o dezbatere politică și în România există ceea ce am denumit „o democrație foarte vie”. Nu vreau să intru în detalii ale dezbaterii interne din România, dar pot să vă asigur că eu sunt hotărât să rămân implicat pentru a garanta românilor păstrarea valorilor democratice, păstrarea regulilor și principiilor unui stat de drept și continuarea unei lupte foarte dure, grele, dar drepte, a luptei împotriva corupției.

(Aplauze puternice)

Cred că în Europa avem mai multe probleme. Una dintre ele este conexiunea între cetățean și politician. De multe ori, această conexiune este una slabă, cetățenii nu înțeleg ce fac politicienii și, din păcate, unii politicieni nu înțeleg ce vor cetățenii. În România cetățenii au spus clar ce vor, iar eu – care am fost ales de un număr semnificativ de români – am înțeles că ei doresc să continui acest mesaj cu care am început, pentru o Românie democratică, pentru o Românie europeană, o Românie integrată profund în Uniunea Europeană, o Românie care păstrează intact statul de drept și care luptă – și trebuie să spun, cu rezultate notabile – împotriva corupției. Că există controverse este adevărat, dar spuneți-mi ce democrație parlamentară ar fi aceea fără controverse? Iar eu sunt hotărât că din această luptă va câștiga România europeană, România democratică și mă voi implica pentru acest lucru.

Am vorbit în prima parte a întâlnirii noastre despre cum văd eu viitorul Uniunii Europene. Mai multe luări de poziții s-au referit mai degrabă la viitorul apropiat al Uniunii Europene și atunci dați-mi voie să spun câteva cuvinte și despre cum vedem noi în România, cum văd eu viitorul apropiat al Uniunii Europene și mă refer la prima parte a anului 2019, când România va deține Președinția Consiliului Uniunii Europene.

Ne așteaptă o perioadă extrem de dificilă. Avem dosare extrem de grele, pe care dorim să le tratăm într-un mod echitabil, dar și cu foarte multă determinare, spre un rezultat pozitiv sau optimist. Nu întotdeauna va fi posibil. Unul din dosare se numește Brexit și aici, cu siguranță, lucrurile sunt încă într-o fază care depinde foarte mult de negocierea care se poartă, însă noi ne dorim să ajungem la un acord cu Marea Britanie și dorim să avem acest acord foarte repede. România se va implica atât cât Președinția Consiliului poate să se implice în acest lucru. Și dați-mi voie să spun că aici avem, în ce privește negocierea Brexitului, o primă dovadă palpabilă, clară și transparentă a eficienței colaborării. Faptul că cei 27 au lucrat strict împreună, au acceptat o singură echipă de negociere, a adus rezultate notabile. Iată că unitatea nu este un concept al vișătorilor, ci unitatea este un concept al politicianilor cu viziune.

Avem un dosar pe care știu că l-ați discutat în Parlament și care vă este drag și ne este drag, este vorba de cadrul financiar multianual. Trebuie să ajungem la un progres pe acest dosar. Faptul că dumneavoastră, în Parlament, ne încurajați pe noi, din Consiliu, să mergem spre o creștere a bugetului este, în opinia României, un lucru bun, dar negocierea va trebui să continue practic – și aici România se va implica și sperăm să avem, dacă nu chiar finalizarea negocierilor, măcar progrese semnificative în zone sensibile pe acest buget.

Un dosar care a fost menționat și de mine și de unii vorbitori: migrația. Trebuie să ajungem cât se poate de repede la o abordare comună. Dacă nu reușim să definim o politică europeană în acest domeniu, atunci vom avea o problemă majoră. Și România se va implica pentru a progresa în aceste negocieri. La momentul acesta, știți foarte bine, în ce privește reforma Dublin, avem 28 de păreri din 28 de state, foarte diferite. Eu cred că putem să apropiem aceste opinii și să ajungem la primele concluzii comune care, pe urmă, ne permit un tratament pe mai multe paliere al acestui fenomen, un tratament care va diferi fundamental de felul cum am acționat până acum. Până acum am acționat în urma unei crize; noi trebuie să acționăm înaintea unei crize – asta am vrut să spun când am spus că Uniunea Europeană trebuie să acționeze preventiv. Noi știm cum funcționează lumea, dar trebuie să ne și pregătim, să facem față la efectele acestei funcțiuni.

Și în fine, în timpul Președinției României vor avea loc alegerile europene și în timpul campaniei pentru alegerile europene vom avea summitul de la Sibiu. Acest summit este extrem de important pentru România și pentru Uniunea Europeană și nu neapărat prin faptul că este orașul meu natal, ci prin faptul că acel summit are tema unică și clară – viitorul Uniunii Europene. Vom discuta și vom creiona o gândire despre Uniunea Europeană clară, limpede, de înțeles pentru cetățeanul european, nu numai pentru politicianul european.

Iar alegerile pentru Parlamentul European de anul viitor ne vor oferi o radiografie, ne vor arăta dacă noi toți am fost credibili, dacă am știut să generăm proiecte credibile, dacă știm să desenăm un viitor pentru Uniunea Europeană, sau dacă mai avem un pic de lucrat.

Vă mulțumesc.

(Aplauze)

Procedura «catch the eye»

Laima Liucija Andrikiienė (PPE). – Gerb. pirmininke, prezidente, sveikiname Jus Europos Parlamente. Kaip Jūs, kaip mes visi žinome, kitų metų pirmąjį pusmetį Rumunija pirmą kartą pirmininkaus Europos Sąjungos Tarybai. Darbotvarkė tikrai įtempta. Laukia įtempta darbotvarkė todėl, kad balandžio pabaigoje prasidės oficiali Europos Parlamento rinkimų kampanija. Todėl ypatingai svarbu iki jos pradžios padaryti sprendimus pasiekti susitarimus, nuo kurių priklausys visos Europos Sąjungos ateitis. Turiu galvoje ir naują finansinę perspektyvą. Iš Europos Parlamento labai gerai matoma, kas vyksta Rumunijoje. Mes matome šimtus tūkstančių Jūsų piliečių, išėjusių į gatves su labai aiškia žinia – stabdykite korupciją. Mūsų parama visiems, kurie kovoja už įstatymo viršenybę ir kurie pasisako prieš korupcijos legalizavimą. Nuo to, kas laimės šią kovą, priklausys ne tik tai Jūsų valstybės ateitis – mes visi esame susiję Europos Sąjungoje. Todėl Jūsų pozicija ypatingai svarbi. Linkiu Jums drąsos ir ištvermės šiame nelengvame kelyje. Ačiū.

Liliana Rodrigues (S&D). – Senhor Presidente, agradeço a presença do Presidente do Roménia aqui hoje conosco e queria fazer duas declarações de interesse: a primeira que só por mera desonestidade intelectual é que alguém pode comparar a situação da Roménia com a Hungria ou com a Polónia e a segunda é que tenho um sobrinho a estudar na Roménia.

A Roménia tem, de facto, um sistema semipresidencialista complexo, uma Constituição também ela complexa e tenho duas questões muito concretas para lhe fazer, Sr. Presidente.

Primeiro, que papel tem tido o Presidente na melhoria do sistema democrático e da separação dos poderes e de que forma isso será visível durante a Presidência romena, isto é, o respeito pelo Estado de Direito e o combate à corrupção, que não são apenas um desígnio do seu país, mas de toda a União Europeia.

A segunda questão diz respeito àquilo que já disse sobre o Quadro Financeiro Plurianual e, porque também temos aqui a Sra. Comissária do Desenvolvimento Regional, gostaria de lhe perguntar se a Roménia está preparada para, de facto, no primeiro semestre de 2019, ter um acordo sobre a regulamentação da política de coesão, ou seja, que estratégia política tem, está desenhada ou se está já desenhada e se poderemos saber em que é que incide.

Marek Jurek (ECR). – Panie Przewodniczący, Panie Prezydencie, Panie i Panowie Posłowie! Przede wszystkim chcę wyrazić wielkie uznanie dla Rumunii jako kraju, który ma kluczowe znaczenie dla naszego bezpieczeństwa w regionie tak wrażliwym jak basen Morza Czarnego. Pracujemy z wieloma kolegami, tutaj, na tej sali czy w komisjach, którzy wnoszą bardzo realny wkład w nasze wspólne stanowisko i w troskę o to, żebyśmy nawzajem umacniali niepodległość swoich państw. Pan powiedział bardzo cenne słowa o tym, że nie powinniśmy dublować struktur bezpieczeństwa Europy. Trzy czwarte naszych państw jest sprzymierzonych w przymierzu atlantyckim i wspólna polityka bezpieczeństwa powinna polegać przede wszystkim na solidarności na forum NATO, na prezentowaniu wspólnego stanowiska. Szkoda, że znowu wyszedł pan Verhofstadt. On tutaj mówił, że musimy odejść od traktatów europejskich, zlikwidować zasadę jednomyślności. Jeżeli tak kocha większość, to niech jego kraj przyłączy się do reakcji dyplomatycznych w sprawie Skripała. Bo Rumunia zademonstrowała solidarność; ojczyzna pana Verhofstadta – niestety nie.

Renate Weber (ALDE). – Domnule Președinte, ați vorbit frumos de Uniunea Europeană și mă bucur, pentru că sunt o mare susținătoare a proiectului european. Dar vorbind de responsabilitate, ați omis să menționați abuzurile săvârșite în timpul mandatului dumneavoastră în numele unei cauze corecte și care trebuie să continue – lupta anticorupție – dar care, din păcate, a fost folosită adesea pentru jocuri de putere.

În timpul mandatului dumneavoastră a fost semnat un nou protocol secret între Serviciul Român de Informații și Parchetul General, prin care procurorii devineau supușii Serviciului de Informații, fiind obligați să raporteze evoluțiile din anchetele lor. O consecință a acestor protocoale secrete a fost situația a zeci de procurori și judecători, inclusiv de la Curtea Constituțională, acuzați de fapte inexistente, hărțuiți ani de zile, fiind achitați în final. Așa a fost afectată independența magistraților.

Asumați-vă această responsabilitate, domnule Președinte, ca să fim siguri că abuzurile nu se vor mai repeta.

Terry Reintke (Verts/ALE). – Mr President, President Iohannis, you have said that all citizens should feel heard and welcome in the European Union and that they should enjoy freedom of movement, and I am sure that this also means that minorities should feel heard and at home inside the European Union. You also said that we should not have a Europe of several paces and that there should not be too big a difference between Member States. Romania is one of the few countries in the European Union where we still don't have any legislation on civil partnership or same-sex legislation. A couple of weeks ago there was even a referendum which sometimes consisted of homophobic rhetoric. My question now to you is: what can you do in order to push Romania to adopt legislation in this field, and what will the Romanian Presidency do in order to make sure that LGBTIs will also feel at home and heard inside the European Union?

Κωνσταντίνα Κούνεβα (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, η κυβέρνηση της Ρουμανίας, περίπου πριν από έναν χρόνο, αποφάσισε να καταργήσει τις εργοδοτικές εισφορές και να μεταφέρει το κόστος των εισφορών μόνο στους εργαζόμενους. Ως αντάλλαγμα, κάλεσε τις επιχειρήσεις να προχωρήσουν σε αυξήσεις μισθών. Κύριε Πρόεδρε της Ρουμανίας, θα σας παρακαλούσα να μας πείτε εάν αυτή η πρωτοφανής ασφαλιστική μεταρρύθμιση είχε το παραμικρό όφελος για τους εργαζόμενους, εάν τελικώς οι επιχειρήσεις έκαναν ανάλογες αυξήσεις ή μήπως οι εργαζόμενοι πτώχευσαν ακόμη περισσότεροι. Σας παρακαλώ να μου απαντήσετε, για να ξέρουμε ή εάν θα εργαστείτε υπέρ μιας Ευρώπης της κοινωνικής προστασίας και της δικαίης κατανομής των ασφαλιστικών βαρών.

Franz Obermayr (ENF). – Herr Präsident! Grüß Gott, Herr Präsident Iohannis, schön, dass Sie heute hier sind.

Schade, dass so wenige Kollegen anwesend sind. Es wäre wichtig gewesen, durch ihre Präsenz und ihr Interesse – gerade in der schwierigen demokratiepolitischen Situation – Aufmerksamkeit zu zeigen. In weiten Bereichen, Herr Präsident, konnte ich Ihren Ausführungen folgen, sie nachvollziehen, wenngleich Sie ein bisschen allgemein geblieben sind.

EU-Standards haben Sie bemüht: Konsolidierung, Kohäsion, die berühmten europäischen Werte. Doch es ist, glaube ich wichtig, auch ein bisschen ins Detail zu gehen und da vermisste ich doch Ihre klaren Aussagen zu Rechtsstaatlichkeit, unabhängigen Gerichten und vor allem korruptionsfreien Politik und Verwaltung, so wie Herr Juncker es ja auch angeschnitten hat.

Persönlich darf ich Ihnen als Alt-Österreicher für die Zukunft alles Gute wünschen und natürlich dem Mitgliedstaat Rumänien für die Herausforderung der ersten Ratspräsidentschaft eine rasche politische Konsolidierung.

Udo Voigt (NI). – Herr Präsident! Ich habe eine klare Frage an Sie. Ich habe in Ihren Ausführungen vermisst, dass Sie dazu Stellung nehmen, was auf Ihrem Boden stattgefunden hat, als amerikanische Geheimflugzeuge in Bukarest, in Rumänien gelandet sind. Es gab Folterungen, es gab Verhöre, es gab Ermordungen und Verschleppungen. Sie sprechen von einer Fortsetzung der transatlantischen Allianz. Ist es das, was Sie unter transatlantischer Allianz verstehen, dass Sie weiterhin billigen, dass eine raumfremde Macht wie die Vereinigten Staaten von Amerika auf europäischem Boden Folterknechte und Foltergefangnisse betreibt?

Ferner habe ich da noch eine Frage: Wie gedenken Sie, mit den bereits eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen, gegen Ungarn umzugehen? Und auch gegen Rumänien wird ja Ähnliches debattiert. Wenn wir über die Zukunft Europas sprechen, dann müssen wir natürlich auch über die Vielfalt der Völker in Europa sprechen; das haben Sie heute getan. Aber wir sprechen nicht über die Vielfalt einer multikulturellen, multirassischen Gesellschaft, sondern wir fördern den Kampf, den Wettbewerb der Völker untereinander und wollen nicht Millionen von Fremden nach Europa holen. Wie stehen Sie dazu?

Adina-Ioana Vălean (PPE). – Domnule președinte, domnule Președinte Iohannis, apreciez felul în care România, prin dumneavoastră, privește viitorul Europei. Vocea proeuropeană a Estului, pe care o reprezentați, este extrem de importantă în acest moment când încrederea în proiectul european trebuie reclădită.

Cred, ca și dumneavoastră, că Europa cu două viteze este extrem de periculoasă și poate crea falii în interiorul Uniunii care vor fi greu de reparat. Mai cred că succesul Uniunii Europene depinde de succesul fiecăruia dintre statele membre, iar România trebuie să facă mai mult și mai bine pentru a contribui la întărirea și viitorul proiectului european.

În acest context, cred că ar fi interesant pentru noi dacă ne-ați putea spune câteva dintre prioritățile interne pe care România le are pentru a recupera din decalajele față de celelalte state membre și a contribui, prin ea însăși, la viitorul Uniunii.

Andi Cristea (S&D). – Domnule Președinte, domnule Președinte Iohannis, bine ați venit în Parlamentul European! Nu ați vorbit rău – aici, înainte de a fi membrii unui partid politic, suntem cetățenii unei țări – și vă felicit pentru abordarea proeuropeană pe care dumneavoastră ați expus-o – toți românii sunt proeuropeni, sunt buni europeni – însă vreau să vă întreb următoarea chestiune. Eu știu că, pentru memoria instituțională a Bucureștiului, Republica Moldova este cel de al doilea stat românesc. Dumneavoastră ați vorbit despre prioritățile naționale, ați vorbit despre viitorul Europei și nu ați menționat Republica Moldova. Întrebarea mea – sper să nu sune dramatic, dar v-o adresez – ați abandonat cumva Republica Moldova? Pentru că în ultimii patru ani de mandat dumneavoastră ați fost o singură dată la Chișinău.

László Tőkés (PPE). – Elnök Úr, fogadja őszinte elismerésemet azért, hogy az EU múlt heti brüsszeli csúcstalálkozóján állást foglalt az illegális migrációval és az emberkereskedelemmel szemben, odahaza pedig határozottan fellépett a korrupció ellenében és a romániai jogállamiság védelmében. Európa jövője érdekében arra kérem, hogy Magyarországgal és a visegrádi négyekkel összefogva keljenek védelmére az európai értékeknek, európai keresztény identitásunknak, nemzeteink szuverenitásának. Erdélyi magyarként Önt mint német-szász honfitársamat arra kérem, hogy országunk centenáriumi időszakában ne csak a korrupcióval, hanem a nacionál-kommunista vétetésű magyarellenességgel szemben is védelmezze a jogállamiságot, nehogy mi is az elfogyatkozott erdélyi szászok sorsára jussunk, akiket a Ceausescu-diktatúra űzött el szülőföldjükről.

Maria Gabriela Zoană (S&D). – Domnule președinte, eu sunt hotărâtă să îmi apăr țara, sunt o mare susținătoare a proiectului european. Ați vorbit despre unitate și coeziune, v-ați inspirat din discursul Președintelui Juncker – Europa cu doi plămâni, estul și vestul Europei, o singură inimă – ați vorbit despre onoare. Onoare este că reprezentați o țară minunată ca România, domnule Președinte Iohannis, dar dumneavoastră aveți în țară un limbaj cu totul diferit, dumneavoastră instigați la dezbinare, limbajul dumneavoastră duplicitar a împărțit țara în două, instigă la ură între liberali și social-democrați, a creat o ruptură între generații, între românii cu opțiuni politice diferite. Aici, în plenul Parlamentului European, și acum câteva zile în Italia ați lăudat realizările guvernului României. De ce nu faceți același lucru și în România, atunci când ajungeți acasă? Unde este unitatea pentru România, domnule Președinte Iohannis, în contextul în care dumneavoastră dezbinați, destabilizați România?

Mirosław Piotrowski (ECR). – Prezydent Rumunii mówił dzisiaj, że Unia Europejska potrzebuje wizji w celu konsolidacji – jak stwierdził – prawdziwej unii, która patrzy w przyszłość. Pytanie brzmi jednak, czym jest prawdziwa unia. Wielu przywódców krajów europejskich kreśliło inne wizje od wizji Pana Prezydenta, a przed Panem również swoich kilka scenariuszy przedstawiał szef Komisji Europejskiej Jean-Claude Juncker, który przy okazji zachęcał, żeby były one dyskutowane w krajach członkowskich, w różnych środowiskach. Chcę powiedzieć, że takie obywatelskie dyskusje, inicjatywy już powstają w Polsce i na Litwie. Działa od dwóch lat ruch Europa Christi, który jasno precyzuje swoje oczekiwania co do przyszłego funkcjonowania Unii Europejskiej – prawdziwej unii, o której mówił pan prezydent. Po pierwsze, powrót do wartości podstawowych, czyli chrześcijaństwa, do którego odniesienie powinno być wpisane w bazowych dokumentach unijnych. Warunkiem *sine qua non* musi być ochrona ludzkiego życia od chwili poczęcia do naturalnej śmierci, także ochrona tradycyjnego modelu rodziny musi być zagwarantowana w dokumentach unijnych. Wdzięczny byłbym za wzięcie tego pod uwagę.

Stefan Eck (GUE/NGL). – Herr Präsident! Herzlich willkommen, Herr Präsident Iohannis! Ich war seit Herbst 2014 fünf Mal in Rumänien, um mit Tierschützern und Politikern, auch mit dem damaligen Premierminister Cioloș, über die grausamen Massentötungen von Streunerhunden und über die Hintergründe dafür zu sprechen. Die Bevölkerung wurde 2013 von Politikern und Medien manipuliert, um das Massaker an den Hunden zu rechtfertigen, das zu einem lukrativen Geschäft wurde, an dem bis heute korrupte Behörden und Politiker mitverdienen. Sie, Herr Präsident, sprachen sich vor Ihrer Wahl gegen die Massentötungen aus und bezeichneten sie als barbarisch. Viele Rumänen haben Sie deshalb gewählt. Aber immer noch werden Streunerhunde eingefangen und brutal getötet, jeden Tag.

Machen Sie endlich Ihren politischen Einfluss geltend für ein humanes und modernes Populationsmanagement, bei dem berücksichtigt wird, dass Tiere fühlende Wesen sind, so wie es im Vertrag von Lissabon unter Artikel 13 steht! Was in Rumänien trotz weltweiter Proteste mit den Streunerhunden geschah und geschieht, ist eine Schande und hat nichts mit unseren zivilisatorischen Werten in Europa zu tun. Herr Präsident, für Massentötungen von Streunerhunden ist in unserem Europa einfach kein Platz.

Also, wenn Rumänien die Ratspräsidentschaft übernommen hat, kann es zeigen, ob ihm alle Werte am Herzen liegen – und Tierschutz ist definitiv ein europäischer Wert.

Siegfried Mureșan (PPE). – Domnule Președinte, domnule Președinte Iohannis, bine ați venit aici, în plenul Parlamentului European. Vorbind despre viitorul Uniunii Europene, ați pus un accent deosebit pe securitate și prosperitate. Și eu cred că aceste două componente sunt foarte importante, deoarece în următorii ani noi, Uniunea Europeană, trebuie să livrăm exact ceea ce cetățenii așteaptă de la noi – și cred că oamenii așteaptă, în primul rând, siguranță și prosperitate.

Trebuie să fim conștienți că trăim într-o lume în schimbare, iar ritmul schimbării se va accelera în următorii ani. În următorii ani, cetățenii europeni vor consuma noi categorii de produse, de servicii, vor apărea noi meserii și multe din meseriile pe care le-am făcut până acum vor dispărea. De aceea, cred că următoarele patru elemente sunt esențiale pentru prosperitatea în Europa în viitor: educație, inovare, tineret și digitalizare. Trebuie să pregătim tinerii europeni să lucreze cot la cot – tineri români, alături de tineri portughezi, irlandezi, suedezi și estonieni – și trebuie să spunem tinerilor că în Europa, în viitor, izolarea nu este o soluție. Euroscepticismul, politicile antieuropene nu sunt o soluție, Europa este casa noastră. Construind Europa, construim viitorul nostru și Europa va aduce prosperitate.

Victor Boștinăru (S&D). – Domnule Președinte, se întâmplă rar în acest Parlament ca cele mai multe voci din România să exprime consensul în jurul unei idei centrale – aceea a locului și rolului țării noastre în Uniunea Europeană. De aceea, nu fac decât să salut contribuția dumneavoastră și să spun că ar fi bine ca această dezbatere să o continuăm acasă pentru că da, - și pentru colegii din Parlamentul European e cazul să spunem – România nu își vede locul în afara proiectului european și al alianței NATO și acesta este un fapt istoric, care este împărțit de elitele politice, de intelectualii țării, de elitele economice.

Am două întrebări pentru dumneavoastră, ambele vor avea deznodământul la summitul de la Sibiu. Brexitul – acolo se va accepta acordul. Cum vede însă țara dumneavoastră și țara mea viitoarele relații cu Marea Britanie? Și doi, despre viitorul uniunii apărării - *European defence* - cum ar trebui din perspectiva țării noastre să evolueze această nouă politică europeană în care țara noastră are interese enorme și care va fi viitorul uniunii pentru apărare cu alianța NATO?

Romeo Franz (Verts/ALE). – Herr Präsident! Danke schön, Herr Präsident Iohannis. Wir machen uns große Sorgen um die Situation der Roma in Rumänien: Ausgrenzung, Segregation, Ausbeutung. Gleichberechtigte Teilhabe ist für einen großen Teil Ihrer Bürger mit Roma-Hintergrund nicht gegeben, und hier werden auch die Menschenrechte massiv verletzt – auch die Kinderrechte. Die Situation dieser Menschen ist zum Teil entmenslicht. Was möchten Sie dagegen tun, und was möchten Sie für die Inklusion tun?

Ich fahre demnächst nach Tinca, das ist eine kleine Stadt in Ihrem Land. Da gibt es große Vorkommnisse mit diesen Menschenrechtsverletzungen. Ich würde Sie gern darüber informieren wollen.

Cristian Dan Preda (PPE). – Domnule Președinte, domnule Președinte Iohannis, e o bucurie să avem aici în Parlamentul European o voce din România care apără Uniunea și care se gândește la viitorul ei. Din păcate, acum trei săptămâni am avut o altă voce din România, cea a șefei guvernului, care a atacat instituțiile și care a arătat fâțiș că nu vrea să coopereze cu instituții europene.

Aveți dreptate când spuneți că Uniunea nu trebuie să lase în urmă vreun stat membru, dar cred că e la fel de adevărat să spunem că e nevoie ca și guvernele din statele membre să nu uite Europa, să nu o lase în urmă. Și, din păcate, ceea ce se întâmplă în România de doi ani încoace este tocmai acest lucru – Europa e uitată. Nu știu vreun guvern din numeroasele echipe propuse de PSD-ALDE care să fie apărât vreodată Uniunea Europeană, care să fi vorbit despre ce înseamnă Europa în mod concret. Niciunul, nu există un ministru care să fi făcut asta. Dumneavoastră spuneți că va fi o președinție fructuoasă. Eu mă tem că nu va fi. Cu cine să apărăm Europa, domnule Președinte? Cu Daea? Cu Andrușcă? Cu Olguța? Cu Tudorel Toader? Îi vedeți prezidând vreo reuniune a omologilor lor? *No way, Mister President.* Îmi pare rău că a plecat domnul Verhofstadt pentru că i-aș fi spus că în România securiștii corupți apără independența justiției vorbind despre servicii secrete. Asta e realitatea, nu e un punct de vedere liberal. Iar domnul Verhofstadt ne-a povestit că în 1990 a făcut cadou un radio în România – i l-a făcut lui Călin Popescu-Tăriceanu, a uitat să menționeze proprietarul. Și, până în ziua de astăzi, îl ține în brațe pe Tăriceanu, orice ar face. Rușine familiei liberale, rușine familiei socialiste, amândouă țin în brațe corupți!

José Blanco López (S&D). – Señor presidente, realmente este no es un debate para hablar de lo que ocurre en su país: es un debate para hablar del futuro de la Unión Europea. De eso le quiero hablar yo, señor presidente, porque en el próximo periodo ustedes la van a presidir y, al inicio de este mandato, nos habíamos fijado un objetivo, que es que el peso de la industria alcance el 20 % de nuestro producto interior bruto y, lamentablemente, estamos viendo cómo industrias —sobre todo de la siderurgia y del aluminio— están cerrando día sí y día también en el conjunto de la Unión Europea.

Nuestro peso industrial disminuye y, a pesar de algunas medidas que se han adoptado por parte de la Comisión, no alcanzan a poner coto a las prácticas comerciales desleales y al dumping de países como China.

Por eso yo le voy a invitar, señor presidente, a que, conjuntamente con los restantes presidentes de los Gobiernos, impulse una auténtica política industrial europea. Esto es el futuro de Europa: que tenga más peso, y evitar cierres como los que están ocurriendo en estos momentos en nuestro país en el sector del aluminio.

Csaba Sógor (PPE). – Tisztelt Elnök Úr! Olyan Európát szeretnénk, ahol – idézem Önt – „nu lasă în urmă niciun cetățean european”. România is tagja ennek az Európának, és a romániai kisebbségek is. Remélem, nem mondja, hogy a romániai kisebbségvédelem példaértékű, hiszen pont Ön volt az, aki megpróbálta visszavonni a meglévő kisebbségi jogokat a közigazgatási törvény alkotmánybírárságon való megóvása során. Európa, ahogy Ön mondta „unitar și indivizibil”, vagyis hogy – ezt otthon is sokat halljuk – az alkotmány is írja, de pont az ilyen próbálkozások, mint az Öné, osztják meg a román társadalmat, ahol a kisebbségeket másodrendű polgároknak tartják. Mindketten kisebbségek vagyunk, Ön német, én magyar. Európa és Románia talán leghűségesebb polgárai, hiszen a helyünkön maradtunk minden beolvasztási kísérlet ellenére. Tegyen meg mindent, hogy 2020-ban, amikor 100 éves lesz Románia, egyetlen polgára se érezze magát másodrendűnek. Tartsa és tartassa tiszteletben a kisebbségek jogait anyanyelvükhöz, szimbólumaikhoz, tulajdonukhoz, szülőföldjükhöz.

Claudia Țăpavel (S&D). – Domnule Președinte, în acest moment foarte important pentru viitorul Uniunii Europene și în care vorbim despre unitatea acesteia, vă solicit ca, în calitate de președinte al celui de al șaselea stat ca importanță și mărime din Uniunea Europeană după ieșirea Marii Britanii și a unui stat care are o creștere economică remarcabilă și care poate fi considerat un adevărat lider regional al Europei, să solicitați în mod ferm ca până la sfârșitul mandatului acestor instituții europene – ca până în mai 2019 — România să devină parte integrantă a spațiului Schengen. Sunt conștientă că ați menționat acest lucru în discursul dumneavoastră, dar vă solicit ca, în calitate de reprezentant al României în Consiliul European, să soluționați această nedreptate pentru România, pentru că acolo avem o situație de blocaj și de rea-voință.

De asemenea, domnule Președinte, democrația se asigură prin respectarea drepturilor și libertăților fundamentale, a prezumției de nevinovăție, a respectării deciziilor Curții Constituționale și fără ca cetățenii țării noastre să fie ascultați abuziv de către serviciile secrete prin intermediul protocoalelor. Ați avut un mesaj constructiv astăzi, dar haideți să aveți aceeași atitudine constructivă și în țara noastră. Haideți ca împreună să protejăm toți românii, iar aceștia să se bucure de aceleași drepturi și libertăți fundamentale ca și cetățenii europeni.

Mihai Țurcanu (PPE). – Domnule Președinte, dragi colegi, trebuie să rețineți că România așa arată, așa gândește, așa se poziționează la și față de Uniunea Europeană, așa cum a transmis astăzi domnul președinte Klaus Werner Iohannis. El este singurul om, singurul român mandatat de către cetățenii români să îi reprezinte, printr-un vot masiv și legitim de peste 50 % dat în 2014. Oricine altcineva în afară de Președintele României își arogă acest drept este un impostor și nu trebuie luat în serios, indiferent de cum se numește. Spre exemplu, cei care guvernează astăzi România au fost votați doar de 18 % din numărul total de cetățeni cu drept de vot și nu au moral acest drept.

Emilian Pavel (S&D). – Domnule Președinte, doamnă comisar, domnule Președinte Iohannis, trebuie să recunosc, și eu apreciez discursul dumneavoastră și vă mulțumesc pentru el și pot să spun că sunt de acord și cu colegii mei care spun că ne-am dori acasă acest discurs și vă citesc un articol din Constituția României, „Președintele României veghează la respectarea Constituției și la buna funcționare a autorităților publice. În acest scop, Președintele exercită funcția de mediere între puterile statului, precum și între stat și societate.” Vom gândi ce înseamnă acest articol când ne întoarcem acasă.

Legat de Uniunea Europeană, românii sunt discriminați în cel puțin trei rapoarte la care lucrez în Comisia pentru libertăți civile. Unul este Schengen și punctual așa vrea să ne spuneti în ce condiții ați accepta o intrare în două etape în Schengen pentru România, deși îndeplinim toate condițiile încă din 2011? Al doilea raport este MCV. Sunteți sau nu pentru eliminarea MCV? Al treilea raport se referă la vizele care încă sunt necesare pentru cetățenii români pentru a pleca în SUA. Suntem discriminați din acest punct de vedere, iar Comisia Europeană uită să acționeze, deci practic încălcă legislația europeană. Al patrulea dosar este din Comisia de muncă și afaceri sociale. Când vorbim de *social dumping* - și am avut un vot în Parlamentul European împotriva *social dumping* - trebuie să vorbim și despre *social dumping* cu privire la românii care lucrează în fabricile multinaționalelor în România și primesc undeva la 10 % din cât primesc muncitorii care fac aceeași muncă în țara de unde provin aceste multinaționale.

Michaela Šojdřová (PPE). – Pane předsedající, vážený pane prezidente, děkuji Vám za Vaše jasná slova o společné a jednotné evropské budoucnosti. Vy jste již zmínil, že očekáváte jednotný postup u brexitu, jednotný postup u víceletého finančního rámce. Zajímá mě, jak vidíte řešení v případě Vašeho předsednictví, pokud bude muset dokončit jednání o azylovém systému, a také Vás čeká dokončení jednání o balíčku mobility, který se týká sociálního zajištění u řidičů. To je téma, které se samozřejmě rumunských pracovníků a podnikatelů také velmi dotýká.

Já si velmi přeji, aby mladí lidé nemuseli odcházet z Východu na Západ, z Rumunska na Západ, z České republiky na Západ. Velmi si přeji, aby se cítili v našich zemích bezpečně, aby zde viděli svoji budoucnost. Vaše paní premiérka bohužel neuklidnila naše obavy o vývoj v Rumunsku a ve Vás vkládáme velkou naději.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Domnule Președinte, domnule Președinte al României, ați vorbit despre nevoia de unitate și de incluziune în Uniunea Europeană. În același timp, de cadrul financiar multianual. Cu toate acestea, dacă vă uitați la el, se prevăd scăderi de fonduri importante pentru politica de coeziune și pentru politica agricolă comună. Cum veți acționa dumneavoastră în așa fel încât nivelul de dezvoltare al României și nivelul de trai al cetățenilor români să se apropie de cel al vechilor membri ai Uniunii Europene?

În același timp, domnule Președinte, vreau să vă spun că noi, toți cetățenii români, așteptăm de 28 de ani un președinte al tuturor românilor, un președinte moderator, un președinte facilitator, un președinte echilibrat față de toți cetățenii, indiferent de opțiunea lor politică. În același timp, domnule Președinte, am văzut că în programul dumneavoastră de astăzi în Parlamentul European nu ați inclus și o întâlnire cu toți eurodeputații români. Domnule Președinte, noi suntem reprezentanții cetățenilor români în Parlamentul European, și o asemenea întâlnire ar fi fost benefică și pentru noi și pentru dumneavoastră.

(Fine della procedura «catch the eye»)

Klaus Iohannis, President of Romania. – Domnule Președinte, mulțumesc tuturor vorbitorilor pentru pozițiile exprimate. Au fost numeroase, mi-aș fi dorit să fi fost mai numeroase. Vă mulțumesc celor care ați găsit cuvinte de apreciere pentru România, vă mulțumesc și celor care au găsit cuvinte de critică constructivă, fiindcă altfel de critică nu îmi imaginez că se poate face în Parlamentul European.

„Unitate în diversitate”, acesta a fost conceptul cu care am încheiat prima mea prezentare și luările de poziție din această sală arată, într-adevăr, că aici trebuie să lucrăm. Abordări foarte diferite, dar, evident, fiecare cu greutatea și cu reprezentativitatea parlamentară a ei. Dați-mi voie să vă propun un demers prin care pot să interacționez cu dumneavoastră, cei care ați luat cuvântul și poate și cu alții care încă nu au făcut-o. Având în vedere diversitatea temelor – și vă asigur că toate sunt importante, mă interesează și avem poziții ferme pe toate – nu pot să intru în toate detaliile și în toate răspunsurile. Împreună cu kolegele și cu colegii mei, vom avea grijă ca fiecare vorbitor să primească un răspuns în scris și cred că în acest fel vom îmbunătăți net dialogul între noi. Încă o dată, mulțumesc pentru luările de poziție.

Dați-mi voie în încheiere, domnule Președinte, onorați membri ai Parlamentului European să revin la câteva cuvinte-cheie, fiindcă astăzi vorbim despre cum vom creiona viitorul Uniunii Europene – unitate și coeziune, apropiere față de cetățean, securitatea internă a Uniunii Europene, securitatea frontierelor Uniunii Europene, greutate în politica internațională a Uniunii Europene, abordări care respectă și cultivă diversitatea, dar permit o acționare unitară înspre exterior – iată temele care ne preocupă pe toți, teme care îi preocupă pe europeni. Cred că este obligația noastră să găsim nu numai răspunsuri, ci să găsim politici și să aplicăm practic ceea ce credem noi că este important pentru cetățenii noștri, dar în același fel și pentru Uniunea Europeană. Vă mulțumesc tuturor.

(Aplauze)

Presidente. – Grazie ancora, signor Presidente, per aver accettato il nostro invito e per aver partecipato a un dibattito serrato sul futuro dell'Europa, non rifiutando anche di ascoltare e di rispondere a domande che riguardano il Suo paese.

La discussione è chiusa.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Birgit Collin-Langen (PPE), schriftlich. – In meinen Augen ist es wichtig, dass wir Europa wieder als Ganzes verstehen und nicht gedanklich in Grüppchen aufteilen. Wir alle sind Europa. Ich bin froh darüber, dass Präsidenten Iohannis diesen Punkt hervorgehoben hat. Wir sind nicht West- oder Osteuropa, Visegrad oder Club Med-Länder, sondern ein Europa. Und als Europa ist es auch unsere Aufgabe, auf Missstände in unseren Mitgliedstaaten hinzuweisen und gegen diese vorzugehen. Rumänien hat seit seinem Beitritt zur EU viel Reformwillen gezeigt und viel erreicht. Jedoch gibt es noch zahlreiche Probleme, die bekämpft werden müssen. Rückschritte in der Rechtsstaatlichkeit sind nicht zu akzeptieren, wie die systematische Korruption. Ich wünsche Herrn Iohannis viel Kraft und Mut, diese Probleme zu bekämpfen.

Maria Grapini (S&D), în scris. – Astăzi ar fi trebuit să dezbatem o temă importantă -viitorul Europei. Din păcate am asistat la multe luări de cuvânt cu atacuri directe asupra României în prezența Președintelui României. Tema nu era România, chiar dacă este stat membru al Uniunii Europene. De aceea, eu doresc să-l întreb pe Președintele României dacă, în calitate de reprezentant al Consiliului va susține ca România și cetățenii săi să fie tratați egal prin renunțarea la Mecanismul de Cooperare și Verificare și instituirea unui mecanism de supraveghere al tuturor statelor, având în vedere că, iată, se constată că marea corupție este în alte state, așa cum arată recentul scandal de corupție din 9 state membre. De asemenea, aș dori să ne spună domnul Președinte Iohannis dacă va fi de acord cu noua condiționalitate pentru alocarea fondurilor europene și anume funcționarea statului de drept.

Nu în ultimul rând, pentru că vorbim de viitorul Europei, vă întreb, domnule Președinte, dacă susțineți o lege a răspunderii magistraților în România și în Uniune, având în vedere sumele imense plătite din bugetele naționale cetățenilor nedreptățiți de procurori, capitol la care România este campioană?

(La seduta è sospesa alle 12.54 in attesa del turno di votazioni)

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

6. Wiederaufnahme der Sitzung

(The sitting resumed at 13.00)

President. – I just want to make a small personal announcement. The gavel I am using was produced by the Men's Sheds in Ireland – they were one of the winners of the European Citizen's Prize. I thought it might be a nice touch for me to use this to call order today, and I in particular mention the Drogheda Men's Sheds in Ireland.

(Applause)

It's one of the privileges of this job, but let's see how the votes go!

7. Abstimmungsstunde

President. – The next item is the vote.

(For the results and other details of the vote; see Minutes)

- 7.1. **Anhörung zur Immunität von Alfonso Luigi Marra (A8-0325/2018 - Gilles Lebreton) (Abstimmung)**
- 7.2. **Antrag auf Aufhebung der Immunität von Manolis Kefalogiannis (A8-0333/2018 - Jean-Marie Cavada) (Abstimmung)**
- 7.3. **Elektronische Veröffentlichung des Amtsblatts der Europäischen Union (A8-0323/2018 - Pavel Svoboda) (Abstimmung)**
- 7.4. **Abkommen zwischen der EU und Bahamas über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte (A8-0304/2018 - Emilian Pavel) (Abstimmung)**

— *Before the vote:*

Emilian Pavel, Rapporteur. – Doamna președintă, o scurtă remarcă în legătură cu trei dintre aceste șase state – nu am uitat și vreau să spun acest lucru în fața tuturor colegilor – că Saint Kitts and Nevis, Bahamas și Mauritius sunt paradisuri fiscale, însă nu putem pedepsi cetățenii din aceste state. Va trebui să lucrăm împreună pentru a găsi alte metode de a împiedica scurgerea de bani care trebuie să rămână în Uniunea Europeană, în aceste state și vă invit să facem acest lucru împreună.
- 7.5. **Abkommen zwischen der EU und Mauritius über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte (A8-0303/2018 - Emilian Pavel) (Abstimmung)**
- 7.6. **Abkommen zwischen der EU und Antigua und Barbuda über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte (A8-0305/2018 - Emilian Pavel) (Abstimmung)**
- 7.7. **Abkommen zwischen der EU und der Föderation St. Kitts und Nevis über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte (A8-0306/2018 - Emilian Pavel) (Abstimmung)**
- 7.8. **Abkommen zwischen der EU und Barbados über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte (A8-0301/2018 - Emilian Pavel) (Abstimmung)**
- 7.9. **Abkommen zwischen der EU und den Seychellen über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte (A8-0302/2018 - Emilian Pavel) (Abstimmung)**
- 7.10. **Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2018/002 PT/Norte – Centro – Lisboa/Bekleidung (A8-0311/2018 - José Manuel Fernandes) (Abstimmung)**

7.11. Ernennung des geschäftsführenden Direktors des EFSI (A8-0314/2018 - Jean Arthuis, Roberto Gualtieri) (Abstimmung)

7.12. Ernennung der stellvertretenden geschäftsführenden Direktorin des EFSI (A8-0312/2018 - Jean Arthuis, Roberto Gualtieri) (Abstimmung)

7.13. Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (A8-0288/2018 - Michel Dantin) (Abstimmung)

— *After the vote:*

Michel Dantin, rapporteur. – Madame la Vice-présidente, conformément aux règles de notre assemblée, je demande officiellement que le rapport soit renvoyé en commission et qu'il soit à la base des négociations interinstitutionnelles.

(The request to refer the report back to committee was approved)

7.14. Mittel für den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt und Mittel für das Ziel „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ (A8-0282/2018 - Iskra Mihaylova) (Abstimmung)

7.15. Angleichung der Berichterstattungspflichten im Bereich der Umweltpolitik (A8-0324/2018 - Adina-Ioana Vălean) (Abstimmung)

— *After the vote:*

Peter Liese (PPE), in Vertretung der Berichterstatteerin. – Frau Präsidentin! Die Berichterstatteerin, Frau Vălean, kann nicht anwesend sein und hat mich gebeten, in ihrem Namen darum zu bitten, dass wir den Bericht in den Ausschuss zurückverweisen, damit wir mit dem Rat verhandeln können. Jetzt sagen einige Juristen, das müsste ich im Namen der Fraktion tun. Ich tue das auch gerne im Namen der Fraktion. Hauptsache, wir können mit dem Rat verhandeln.

(The request to refer the report back to committee was approved)

7.16. Rolle der Mitarbeiterbeteiligung bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt (A8-0293/2018 - Renate Weber) (Abstimmung)

President. – That concludes the vote.

8. Stimmerklärungen

8.1. Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (A8-0288/2018 - Michel Dantin)

Oral explanations of vote

Rory Palmer, on behalf of the S&D Group. – Madam President, I think when many of us turn on the taps in our homes or our workplaces we will take it for granted that the water in our glass will be clean, safe and of sufficient quality to drink, and Parliament has today gone some way to ensuring that remains the case. We've taken important steps on endocrine disruptors, on Per- and polyfluoroalkyl substances (PFAS) and on microplastics in our water. We are responding to the concerns of citizens on the safety and quality of our drinking water.

I want to turn though to those people who do not have a tap to turn on, those who are homeless, who live in the makeshift refugee camps we see in European cities. Parliament today could and should have gone much further on the right to water. We have missed an opportunity today to respond in full to those 1.8 million EU citizens who signed the European Citizens' Initiative on the right to water. Those in this House, who chose not to respond positively to that call from our citizens will have to answer to them next year in the elections.

Finally, I want to turn to the issue of water leakage. Leaking water from our pipes, from our networks is not just bad for the environment, it isn't just wasteful, it means water bills are higher for customers. I particularly want to mention the campaign by the GMB trade union in the UK, the Take Back the Tap campaign, which is seeking to get water back in public hands, and properly accountable to the public. 2.4 billion litres of water wasted every single day in the UK by the privatised water companies, 432 million litres a day leaking from the Severn Trent network in my region and at the same time, those companies in the last five years have paid out GBP 6.5 billion in shareholder dividends.

We all have a right to clean, safe drinking water and those water suppliers should be acting in the public interest, not in the interests of bonanza shareholder dividends.

José Inácio Faria (PPE). – Senhora Presidente, votei a favor desta resolução pela urgência na definição de parâmetros mínimos da qualidade da água na União e pela garantia de que todos os cidadãos do território europeu tenham acesso a este bem fundamental.

O acesso à água potável tem de ser considerado um direito humano fundamental.

Exatamente por ser essencial para a saúde humana, a água não pode ser escrava do negócio de distribuição. Enquanto bem público, defendo padrões de qualidade e prevenção de desperdício que só são alcançáveis através da exploração ética da água. São estes valores que devem ser promovidos quando falamos da eficiência dos sistemas de distribuição.

Reforço ainda que, em 2010, as Nações Unidas consagraram a água como um direito humano, a par do saneamento, e que, por isso, o acesso à água potável não deve estar condicionado pela falta de recursos económicos do utilizador final.

Foi por este motivo que votei a favor da disponibilização de pontos de água potável em locais públicos, de qualidade controlada, como já existem em muitos Estados-Membros de forma voluntária, no desejo de que se torne também regra para toda a União Europeia.

Alex Mayer (S&D). – Madam President, 1.2 million bathtubs' worth. That's how much water Anglian Water wastes every single day through leaks. Yet the privatised water company showered their shareholders with a total of GBP 320 million last year. It's another 1.2 million bathtubs' worth for Affinity Water, 453 000 for Essex and Suffolk Water and 93 000 for Cambridge Water. All wasted.

It's time for change. We need a water industry that works for everyone and England's water needs to be in the hands of the public. After all, water is vital for life and about as natural a monopoly as you can find. Where's the need for a market? When you run the bath, the choice is hot or cold, not Anglia Water or Thames Water. As this report rightly says, leakage rates need to fall, and that is why I am proud to back the GMB's campaign. It's time to take back the tap.

Petras Auštrevičius (ALDE). – Madam President, it is indeed remarkable how many EU citizens participated in the Right2Water initiative which gave birth to this European Parliament resolution. Therefore, I have strongly supported this proposal to revise the EU's Drinking Water Directive. Having access to high quality drinkable water is essential for people's health and the quality of their daily life. The proposal aims to adjust the Directive so we can better address new challenges such as climate change and adapt the rules to the new scientific environment and circular economy. In addition, with this proposal we aim at more ambitious water quality standards for human consumption.

I hope that as soon as such standards are set in place the Member States, including mine, Lithuania, will do their best to achieve them; for example, by providing more public drinking-water fountains and improving water infrastructure. We have to ensure safe, affordable and high quality water for our citizens.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, το νερό είναι κοινωνικό αγαθό, είναι απαραίτητο για τη ζωή και την υγεία. Γι' αυτό και η πρωτοβουλία των πολιτών για το νερό συγκέντρωσε πάνω από 2 εκατομμύρια υπογραφές. Όλοι απαιτούν ποιοτικό νερό, καθαρό νερό, νερό προσιτό σε όλους, καθολική πρόσβαση στο νερό. Αυτό σημαίνει, βεβαίως, ότι η τιμή του νερού πρέπει να είναι προσιτή σε όλους και να υπάρχουν ειδικά τιμολόγια για ευάλωτες κοινωνικές ομάδες, όπως είναι οι άνεργοι, να έχουμε μηδενικό φόρο προστιθέμενης αξίας στις υπηρεσίες παροχής κοινωνικής ωφέλειας για την ύδρευση, να απαγορεύεται η διακοπή της υδροδότησης σε περίπτωση οφειλών από ευαίσθητες κοινωνικές ομάδες, όπως είναι οι συνταξιούχοι, να έχουμε διαγραφή των ληξιπρόθεσμων χρεών των ανέργων. Παροχή, βεβαίως, του νερού να γίνεται από το Δημόσιο και όχι από ιδιωτικές δομές. Ταυτόχρονα, να μη γίνει ξεπούλημα της ΕΥΔΑΠ και της ΕΥΑΘ στην Ελλάδα, μια και έχουν ενταχθεί στο υπερταμείο.

Eleonora Forenza (GUE/NGL). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, ci saremmo aspettati un testo più coraggioso da quest'Aula e questo è il motivo della mia astensione su questo voto.

Ci saremmo aspettati più coraggio nel dare seguito all'iniziativa *Right2Water* e, in particolare, più coraggio nell'esprimere tolleranza zero verso le sostanze PFAS che avvelenano il sangue e la vita di migliaia di persone nella regione del Veneto.

Abbiamo ascoltato in questi giorni le mamme «NO PFAS» e le loro preoccupazioni, ma abbiamo ascoltato anche chi ci ha portato studi medici che testimoniano quanto queste sostanze bioaccumulabili, sia a catena corta che a catena lunga, abbiano il potere di avvelenare la salute delle persone.

In un'Unione europea in cui vige il principio di precauzione, ci saremmo aspettati coerentemente il divieto totale e la tolleranza zero verso le sostanze PFAS.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já jsem hlasoval pro tento návrh zprávy a chtěl bych se vyjádřit k tomuto tématu. Myslím, že si všichni uvědomujeme, jak je tato oblast zásadní pro budoucí vývoj evropského společenství. Jedná se skutečně o primární zdroj, voda je primární zdroj pro náš život, který je také důležitou součástí každodenního života každého z Evropanů. Obyvatelé Evropy zatím nepocítují, že by se jich osobně týkaly problémy s dostupností nebo kvalitou pitné vody. Dostupností myslím jak fyzickou dostupnost této komodity, tak samozřejmě i cenovou dostupnost. To ovšem neznamená, že bychom v této oblasti neměli podnikat nové kroky ke zlepšení současné situace. Přístup k pitné vodě a její kvalita jsou primárními zájmy EU, přesto si myslím, že bychom měli být velice opatrní při tvoření nových legislativních opatření. V této oblasti nesmíme zapomínat respektovat princip subsidiarity. Vodní zdroje by měly být primárně spravovány a ošetřovány jednotlivými členskými státy. Já jsem tuto zprávu podpořil, podpořil jsem také určitá opatření, která zvýrazňovala roli obcí a měst.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL). – Madam President, we need to be ambitious when it comes to our water quality and water supply. That's why I abstained on this because this report, this was not ambitious enough. The reason why I say it wasn't ambitious enough is because it went below the minimum standard.

The idea that it would be acceptable to people in here that you can go in and cut off the water supply to a house with children in it, if that's a minimum for you well I can't go along with that. But then again it can't be a surprise, because we have a Commissioner for Agriculture who is actually here because of what he said on this issue in Ireland. He said that if people didn't pay their water bills, no matter how much they needed it, their water would be cut down to a trickle.

His punishment was to be thrown out of Irish politics, but in the bizarre world of European politics his reward was to get that job here. But let there be a warning to people here: you need to be more ambitious than you were today. The idea that you can cut off someone's water supply when they need it for their bottle to feed them and to quench their thirst ... you cause major problems for them, and this is what you will do by voting for what you did today. That's not ambitious enough for me. Is it too much to ask?

Daniel Hannan (ECR). – Madam President, yet again I find myself asking, to what problem is this legislative proposal the solution? Clean water and its spread has been one of the miracles of our lifetime, not only in Europe but world-wide. One of the extraordinary and unreported wonders is the number of people who are no longer subject to water-borne diseases.

But it is not a problem in the European Union and if it were, there are ample national regulations and laws and legal remedies open for an individual who has been injured without needing additional regulation. Smuggled into this report is something quite different as well. The proposal that restaurants should all have to supply free water on demand.

Now again, I think this is based on a fundamental misunderstanding of how the private sector operates and what free contract is. Nobody has to eat in a restaurant, and if they choose to it's surely up to the restaurateur to offer whatever terms he wanted. You've got to ask, is there any crevice, is there any nook or cranny of national life so small that Brussels doesn't seek to thrust its stubby fingers into it?

Dubravka Šuica (PPE). – Gospođo predsjedavajuća, ovo je prva građanska inicijativa nakon Lisabonskog sporazuma koja je zaista uspjela, koja je prikupila više od 1 800 000 potpisa i koju smo kao Parlament ozbiljno uzeli u razmatranje.

Drago mi je da je danas Parlament velikom većinom glasao za pravo na vodu. Uvjerena sam da svaki građanin treba imati pravo na kvalitetnu vodu i ja vjerujem da će ovi pregovori završiti čim prije, da će se države članice usuglasiti i da će svaki građanin dobiti pravo na čistu, pitku i kvalitetnu vodu. Smatram da je to najmanji standard koji možemo našim građanima Europske unije priuštiti.

Kad je Hrvatska u pitanju, mi smo treća zemlja po bogatstvu voda u Europskoj uniji i sigurna sam da će moja država Hrvatska i njezine vlasti omogućiti našim građanima da imaju pristup na vodu, jer smatram da je to prije svega građansko pravo i slažem se s time što su Ujedinjeni narodi proglasili pravo na vodu građanskim, odnosno ljudskim pravom.

8.2. Rolle der Mitarbeiterbeteiligung bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt (A8-0293/2018 - Renate Weber)

Oral explanations of vote

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, θα πρέπει να διασφαλίσουμε τα βασικά εργασιακά δικαιώματα, διότι νομίζω ότι αυτό είναι το βασικό στοιχείο στη σύγχρονη εποχή, ιδίως στις χώρες του ευρωπαϊκού Νότου, ιδίως στην Ελλάδα, όπου πλέον δεν διασφαλίζεται καν η καταβολή του μισθού, διότι έχουμε πάρα πολλούς εργοδότες οι οποίοι δεν αμείβουν τους εργαζομένους τους. Ταυτόχρονα, οι εργοδότες αυτοί, πολλές φορές, τους αναγκάζουν να πληρωθούν σε είδος. Επιπλέον, οι εργοδότες αυτοί δεν πληρώνουν καν τις ασφαλιστικές εισφορές.

Αντλαμβάνεται κανείς ότι συνεχίζεται η εκμετάλλευση των εργαζομένων, ιδίως στην εποχή της κρίσης, με κινεζοποίηση των μισθών που έχει γίνει στην ελληνική οικονομία, με καθημερινές παρεμβάσεις στα συνδικαλιστικά τους δικαιώματα και, ταυτόχρονα, συνεχίζεται η μείωση των μισθών, καθώς έχουμε χιλιάδες παράνομους μετανάστες, οι οποίοι δρουν ως εφεδρικός στρατός για τη μείωση των αμοιβών των εργαζομένων. Άρα, λοιπόν, πρέπει να έχουμε συγκεκριμένα μέτρα για την προστασία των δικαιωμάτων των εργαζομένων.

Dobromir Sośnierz (NI). – Pani Przewodnicząca! To sprawozdanie to jest stek bzdur, pouczeń i jakiegoś takiego socjalistycznego marudzenia, wtrącania się w ogóle w nieswoje sprawy. Sama lista tych instytucji, które zostały powołane i które są wymieniane, robi wrażenie: strategia „Europa 2020”, Europejski Fundusz Społeczny, Europejski Fundusz Dostosowania do Globalizacji, Europejska Fundacja na rzecz Poprawy Warunków Życia i Pracy, Kreatywna Europa itd. Matko Boska! To, co my tutaj mamy, to jest już pełny komunizm w natarciu. Próbowemy zarządzać każdą dziedziną życia za pomocą stu tysięcy różnych agencji, nad którymi nikt już nie panuje i nikt już nie ma wiedzy na temat tego, czym która się zajmuje. Jest to zupełnie zbędne sprawozdanie napisane bełkotliwym językiem. Nikt go nie będzie czytał. Nikogo to nie interesuje i nie ma żadnego powodu, żebyśmy się tym zajmowali.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já jsem trochu překvapen, že pan kolega nezná všechny nástroje, které používá EU, ale to je možná takový pouze povzdech. Já si naopak myslím, že ta zpráva je poměrně zdrženlivá. Hovoří o řadě modelů finanční účasti zaměstnanců na vytváření pracovních míst a jejich motivaci. Bavíme se o modelech, kterými jsou finanční podíl na zisku, individuální zaměstnanecké podílnictví, vlastnictví pracovníků v rámci družstevních podílů a programy tzv. zaměstnaneckého podílnictví. Jsou to skutečně různorodé varianty motivace těchto pracovníků a já shledávám právě žádoucí motivovat zaměstnance k vytváření nových pracovních míst. Jsem také rád, že jak jsem řekl, ta zpráva je poměrně zdrženlivá, skutečně říká, že ta role je především na členských státech. A pro mě je pouze podstatné, aby ta pravidla daná především těmi vnitrostátními předpisy byla co nejvíce předvídatelná a transparentní. A protože všechno toto ta zpráva splňovala, tak jsem skutečně s radostí hlasoval pro.

9. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(The sitting was suspended at 13.49)

PRÉSIDENTE: SYLVIE GUILLAUME

Vice-présidente

10. Wiederaufnahme der Sitzung

(La séance est reprise à 15 h 02)

11. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

12. Arbeitsprogramm der Kommission für 2019 (Aussprache)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le débat sur la déclaration de la Commission sur le programme de travail de la Commission pour 2019 (2018/2850(RSP)).

Frans Timmermans, First Vice-President of the Commission. – Madam President, I have literally come running from the College meeting that has just ended to present to you the work programme for 2019 that we have just decided. I think we are all aware that the next six months will be crucial for our Union. For Europeans going to the polls next May it is not enough that the Commission has made proposals to make their lives better, they want to see results on the ground, concrete decisions.

Together we have a very short window of time in which to find agreement on the many proposals that are on the table and thus show that the European Union can deliver solutions to the challenges that cannot be addressed by any of our Member States acting alone.

Challenges such as ensuring that Europe's return to economic growth benefits all, and creating opportunity in the transition to the digital and low carbon economy. Challenges such as demographics and migration, climate change and the competition for resources, which require a shared push towards sustainability. Challenges to our values and democratic societies from terrorists, cyber-attackers and disinformation campaigns. In an increasingly volatile world, we have to show that Europe is able to deliver solutions to these biggest of questions.

Today's work programme reflects fully the ambition of Jean-Claude Juncker's State of the Union address last month and the accompanying letter of intent. It represents the Commission's commitment to work intensively with you, and the Council, to deliver what we promised under the 10 priorities on the basis of which this House approved the Commission's mandate, as well as, of course, to prepare the Union for the future.

Our work programme has been enriched by the fruitful exchanges we have had with Parliament, through the structured dialogue with the Conference of Committee Chairs and with the Conference of Presidents as well. We have also had a good exchange with the Council in line with the Interinstitutional Agreement on Better Law-Making.

So the first priority for our work in the coming year is all about delivery. With the initiatives presented alongside the State of the Union address, the Commission has tabled all of the legislative proposals needed to deliver on our common agenda for jobs, growth, fairness and democratic change. Together with this House, and the Council, we have found agreement on nearly half of these and a further 20% are well advanced in the legislative process. The priority must now be to turn the remaining proposals into legislation and then to implement it effectively.

The Joint Declaration on the EU's legislative priorities for 2018 and 2019, signed by the Presidents of the three institutions, has proved valuable in helping us to find shared priorities, and especially to stick to them. I know from our dialogue that this Parliament shares the commitment to maintain and further step up the momentum.

The Commission will be a constructive and energetic partner to you, as well as to the Council, in helping find the agreements needed to deliver what we promised on migration, on the reform of our common asylum system, on the digital single market, on a fairer and deeper economic monetary union, on the European Pillar of Social Rights and on internal security, to name but a few.

To keep strong focus on delivery on these shared priorities, we are only proposing a very limited number of new initiatives in our work programme. Some of these are policy initiatives which are needed to complete the 10 priorities in areas such as further boosting investment, addressing the challenges of artificial intelligence or tackling disinformation campaigns which threaten our democracy. Whilst continuing the significant efforts to ensure an agreement with the United Kingdom, we will bring forward the necessary measures to adapt the *acquis* ahead of Brexit.

We will also continue our better regulation work. To consolidate this as part of our collective DNA, we will present the results of our ongoing stocktaking this spring. Today we are announcing evaluation work and fitness checks to ensure our existing laws are fit for purpose and up to date, including in areas flagged in the opinions of the REFIT platform. We will also pay particular attention to ensuring the laws we already have are properly implemented and applied. In parallel with the work programme, we are also presenting a Communication which sets out how we propose to strengthen the role of subsidiarity and proportionality principles in our policymaking.

Finally, our work programme takes forward the roadmap to the Sibiu Summit on Europe Day next year. This will be a crucial moment for the EU of 27 to shape our collective future. The Commission will help prepare this discussion with contributions on delivering a sustainable European future to implement the sustainable development goals and surpass our Paris commitments.

We will advocate moving to more efficient decision-making in energy and climate, tax and social policies. We will also look at how to strengthen the international role of the euro and, as we will discuss further in the debate later this evening, at strengthening the rule of law framework. To build a strong foundation for our European future it is clearly essential that we find agreement before the Sibiu Summit on a future MFF – multiannual financial framework – which will enable us to deal effectively with the challenges ahead.

Honourable Members, this is the time to deliver; let's get to work.

József Szájer, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, I think we can all agree here that democracy is a good thing. There will be a new mandate from next year, both for the European Parliament and our connected institution – the Commission – which is very dependent on us next year. But this debate this year should take place at the same time for that very reason: about the future but also about how we complete our five years' work together. From that point of view these two elements are mixed here.

The first thing I would like to say is that our group is very keen to work on, and insists on the need to deliver on, the legislative proposals which are still pending. Parliament should complete its work and the Commission should table everything which is still missing from the table. From what we have seen so far, this is possible.

For the EPP Group, the most important element – and the number-one question we would like to see completed – is, obviously, the security and migration issue, where border protection – not just border management, but real protection of the European Union – should be achieved, as well as cooperation with Africa, keeping a vigilant eye within the continent on the Western Balkans. The Vice-President mentioned cybersecurity, especially concerning the possibilities of disinformation in the European Parliament election campaign. We also insist on implementation, not just on completing pending legislation, for instance in the area of PNR. This is a very important thing.

I would also like to use this opportunity to welcome – as we have discussed in this Parliament several times, parallel work is not something which we need to do concerning the Commission work programme – the withdrawal of the mandate from the migration compact, which is a decision that I think the Commission was right to take. It should be left to the Member States and we should find our own way to find our own possibilities at European level. All these aspects are very important to ensure the stability of the continent.

On solidarity, I would also like to draw your attention to the EU Civil Protection Mechanism, which is very important, and also to the fact that the Parliament will be ready – and this is a message to the Council rather than the Commission or ourselves – with the MFF proposals by the end of this year. With all due respect, some elements are still missing, but I think we can achieve it. From there on, it will basically be the Council's job. But we are delivering our results here.

Regarding trade policy and climate change, my colleagues will expand on my speech, but I would like to welcome the Commission's quick response to these issues. I wish for ourselves the successful completion of our work of five years, both for the Commission and for Parliament.

Maria João Rodrigues, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, I would like to say to the First Vice-President: yes, what is at stake is knowing what kind of European Union we can present to our citizens in the upcoming European elections. A Europe which can really deliver on solutions for their problems, or a Europe which is paralysed by the forces of the status quo? We, the S&D Group, are really striving for real European solutions, and we need to deliver them in the last months, for sure.

When it comes to tackling social inequalities, this means fully implementing the European Social Pillar. When it comes to climate change, this means having an ambitious strategy for a low-carbon economy. When it comes to the digital revolution, we need to frame it, to conduct it in such a way that we improve working conditions and we control the effects on our democracy. And when it comes to migration management and the refugee crisis, we need to make sure that Europe counts not only on the European border, but the real European Asylum System and a real partnership with Africa. Then we can ask: but do we have the means for this?

And we think we have, because if we fight tax evasion – tax avoidance – the means will be there. We need to turn these into a future Community framework and also a proper reform of the eurozone, overcoming the current differences. And then we can ask: can we decide on this? Yes, we can. In the European Parliament we decide by a majority, so let's see now how the different Groups promote these real European solutions. And yes, when it comes to the Council, these proposals coming now to extend qualified majority voting in the social area, taxation and foreign affairs – this makes sense – will support the Commission in this direction.

Let's make the best of the upcoming months. This is indeed the moment for us to strengthen European sovereignty as the main leverage to increase citizens' ownership of their own lives.

Anneleen Van Bossuyt, *namens de ECR-Fractie*. – Voorzitter, beste heer Timmermans, beste collega's, de tijd dringt. We zijn in volle vaart op weg naar het einde van de legislatuur.

“Een Unie die beter naar haar burgers luistert”. Niet meer dan wat mooie woorden waren het bij de start van deze Commissie, want achterkamerpolitiek vormde de rode draad doorheen het beleid van deze Commissie. Belastinggeld gaf u uit aan dure folietjes in de hoop zo zieltjes te winnen. Denk maar aan de gratis treintickets en de gratis wifi. Kostbare tijd verspilde u dan weer aan nutteloze voorstellen zoals transnationale lijsten. Geld en tijd die u beter kon besteden aan dat waar de burger écht van wakker ligt: het inperken van migratie, het verzekeren van onze veiligheid en het creëren van een jobvriendelijk klimaat.

Binnenkort start uw laatste beleidsjaar. Uw laatste kans om volop in te zetten op de echte prioriteiten: jobs, veiligheid en migratie. Bijkomende middelen voor Frontex en dus een betere versterking van onze buitengrenzen, dat zijn hoopvolle maatregelen. Wij zijn ook steeds vragende partij geweest – en zijn dat nog steeds – naar meer steun voor Erasmus+ en onderzoek, en naar meer samenwerking op vlak van klimaat en defensie.

Hopelijk zijn dat deze keer geen loze woorden en kan u nog enigszins bewijzen dat u de bezorgdheden van de burgers wel ter harte neemt.

Dita Charanzová, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, I believe that we should now focus a little bit less on the current Commission's legacy and try to make a real effort to deliver on our commitments. We need to prove to our citizens that we hear their concerns and we act upon them. In my view, the Commission needs to be realistic in what it wants to achieve before the end of its term and concentrate on a few key priorities, instead of opening a number of new issues. Sometimes less is more.

So what should the Commission do next year?

First and foremost is Brexit. In 2019 the EU will go through a major, unprecedented moment in its history. It is in our common interest that this happens as smoothly and peacefully as possible for citizens, for businesses, for the entire European Union. The Commission must do its best to finalise an agreement together with the UK. Beyond Brexit, we must continue our work on key issues, border security and the personal prosperity of EU citizens. We have passed through difficult periods in Europe recently and we need to make sure people understand that the EU is on their side and prevents effectively potential future crises.

I agree that one way to prevent external crises is to work better with our neighbouring regions, including Africa. On the other hand, I wonder if it's time now to come up at the end of the Commission's mandate with long-term proposals, such as the voting procedure within the Council, without having an in-depth political debate with this Parliament and the Member States. Let us focus on fixing the big problems we have right now instead of focusing on creating new ones.

Philippe Lamberts, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Madame la Présidente, Monsieur le Vice-président, merci pour votre exposé, qui fut, comme d'habitude, concis. On ne peut pas reprocher à la Commission de vouloir livrer des résultats, c'est tout à votre honneur.

La question que je vous pose est la suivante: vous assistez comme moi à une désaffection grandissante de beaucoup de nos concitoyens à l'égard de la construction européenne, alors que vous et moi savons qu'elle est un élément essentiel à l'exercice de notre souveraineté démocratique. Pensez-vous donc que c'est en continuant à travailler en faisant un peu plus de la même chose ou en travaillant de manière incrémentale que nous allons raviver l'enthousiasme européen celles et ceux de nos concitoyens qui l'ont perdu?

Je pense que ce qu'il nous faut, en réalité, c'est un changement de paradigme. Je suis d'accord avec vous pour dire que ce n'est pas à la veille d'une élection qu'on engage un changement de paradigme mais sur certains points – la Commission d'ailleurs a fait des propositions, je pense à l'Euro en particulier – qui, je pense, sont à la hauteur du défi; encore faut-il que le Conseil suive. Je pense cependant qu'il nous faut quelque chose de beaucoup plus solide. En réalité, notre lecture des choses est que nos sociétés sont menacées par deux bombes à retardement: d'une part des inégalités grandissantes et d'autre part, une empreinte écologique qui dépasse ce que notre planète peut supporter.

Donc, clairement, il nous faut un changement de paradigme, une réorientation des politiques de l'Union européenne, et au lieu de cela, je dois constater que les familles politiques traditionnelles, ici au Parlement européen et au Conseil, continuent pour l'essentiel dans la même direction. Je vous ai bien écouté, Monsieur Szájer, quand vous dites qu'il faut mettre le paquet sur la question de la sécurité et des migrations. Pour ma part, je constate que pour nos concitoyens, ces préoccupations, certes importantes, ne viennent pas en première place. Vous persistez dans une voie qui est aussi celle de vos amis bavarois, mais je constate que c'est par bataillons entiers que leurs électeurs les ont quittés, pour les extrêmes pour certains – parce qu'en fait, en les imitant vous les renforcez – et, pour ceux qui étaient dégoûtés par cette évolution, pour les Verts, et je pense que leur choix était le bon.

João Pimenta Lopes, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Senhora Presidente, Senhor Comissário, a sua intervenção não traz novidade, apenas a habitual retórica e propaganda que omite as consequências das políticas que a Comissão e a União Europeia têm imposto aos trabalhadores e aos povos.

Se as evidências faltassem, aí está a discussão do próximo Quadro Financeiro Plurianual que antecipa brutais cortes na coesão, aprofundando o desenvolvimento desigual, injusto e assimétrico, impondo a divergência entre os diferentes Estados-Membros como 30 anos de integração portuguesa o demonstram.

Ao mesmo tempo, engordam as rubricas que sustentam as vossas políticas repressivas, securitárias e militaristas. Um figurino que torna evidente que os fundos da União Europeia nunca foram a expressão de solidariedade ou sequer compensação pelas perdas de soberania, da destruição dos tecidos produtivos nacionais ou do impacto assimétrico do Mercado Único, do euro e das políticas comuns.

Nenhum povo está condenado a ficar amarrado aos constrangimentos da União Europeia. Será da sua vontade e luta que se construirá uma Europa de paz e de cooperação, de progresso e de justiça social, de Estados livres, soberanos e iguais em direitos.

Rolandas Paksas, *EFDD frakcijos vardu*. – Gerbiama Pirmininke, dažnai šioje salėje mums siūloma kalbėti apie žmogaus teisių pažeidimus Azijos, Afrikos, Lotynų Amerikos valstybėse. Priimamos grėsmingos rezoliucijos. Dažnai mojuojama taip vadinamu teisės viršenybės principu prieš Lenkiją ar Vengriją. Na taip, Komisijos darbotvarkė devynioliktiems metams pilna gražių žodžių. Joje yra visko, bet trūksta pagarbos savo piliečiams. Todėl aš klausiu: ką Europos Sąjungos Komisijos pirmininkas asmeniškai ir Komisija *in corpore* galėtų padaryti, kad ir Lietuvoje, Europos Sąjungos valstybėje, pradėtų galioti Žmogaus teisių konvencija, kad piliečiai atgautų savo pilietines teises, o prieš aštuonis metus priimtas Žmogaus Teisių Teismo sprendimas pagaliau įsigaliotų? Nes visi mes žinome, kad pavėluotas teisingumas – tai jokio teisingumo.

Olaf Stuger, *namens de ENF-Fractie*. – Voorzitter, ik kwam hier net de zaal binnenlopen en toen hoorde ik de commissaris spreken over *fairness*. Als ik *fairness* hoor, dan schiet me altijd de zaak Selmayr te binnen. Dan denk ik, hoe kan dat nou toch zijn dat ik deze zaal binnenloop en het eerste woord dat ik hoor is *fairness*. Selmayr, het schandaligste hoofdstuk in het boek van deze Commissie.

En dan heb ik het nog niet over een verslag van de Europese Rekenkamer over CCS. Dat is de opslag van CO₂ waarin 3,7 miljard euro is geïnvesteerd. We hebben dat bekeken en daarbij hebben we onderzocht waar het geld naartoe is gegaan. Daar is niks mee gebeurd. Het is weg. 3,7 miljard. Net zoals de 2 miljard die voor innovatieve technologie voor hernieuwbare energie gebruikt zou moeten worden. Ook weg. Daarom zeg ik, namens de Nederlandse belastingbetaler aan deze Commissie, dank u wel.

Zoltán Balczó (NI). – Tisztelt Elnök Asszony! 2019-ben az Európai Bizottság kiemelt feladata a hétéves költségvetés, a kompromisszum megtalálása a Tanáccsal és a Parlamenttel. A fő kihívás a centrum és a periféria országai közötti szakadéknak a csökkentése és az Unió szétesésének megakadályozása. Ennek érdekében az uniós források hatékony felhasználására van szükség, mindennek előtt közös fellépésre, szigorú fellépésre a korrupció ellen. Kiemelten kell támogatni a jelentős hozzáadott értéket teremtő kkv-kat, amelyek így képesek lesznek a bérek emelésére, megfizetve az Unión belüli egyirányú munkaerő-vándorlást, ami mindkét oldalon társadalmi feszültséget okoz. Mindezzel ellentétben a Bizottság javaslata, amelyik a kohéziós alapokat jelentősen csökkentené. A Parlament aggodalmát fejezte ki amiatt, hogy a Bizottság gyengíti az EU fő szolidaritási politikáját, és különösen ellenzi a Kohéziós Alap csökkentését. Bízom benne, hogy társjogalkotóként érvényesíteni tudjuk az elvárásainkat.

Cristian Dan Preda (PPE). – Madame la Présidente, comme pour la Commission, la priorité majeure pour nous l'année prochaine sera l'adoption du cadre financier pluriannuel.

Nos citoyens ont besoin de certitudes et nous avons besoin de stabilité financière pour faire face à tous les défis dans la sphère de l'action externe, domaine dont je m'occupe ici au Parlement.

En ce qui concerne le nouvel instrument financier externe NDICI (instrument de voisinage, de coopération au développement et de coopération internationale), nous avons été surpris que la proposition de la Commission n'ait absolument pas tenu compte de la position du Parlement, qui était de garder un instrument séparé pour le voisinage.

Il y a aussi beaucoup d'interrogations suscitées par la gouvernance de cet instrument global, y compris concernant la nouvelle architecture financière externe.

Ensuite, les Balkans de l'Ouest doivent rester au centre de notre attention. L'année 2018 a été pour les Balkans l'année de l'opportunité en termes d'intégration européenne; 2019 doit devenir l'année de la cohérence. Je pense qu'il faut poursuivre notre engagement dans cette zone et y exporter notre stabilité.

Enfin, je salue le projet de renforcement du mécanisme sur l'état de droit. Vous êtes familier, Monsieur le Vice-président, de la situation en Roumanie et je vous remercie pour votre engagement. J'espère qu'il sera le même d'ici les prochaines élections européennes.

Nous devons aussi être très fermes quand des dérives de l'état de droit se produisent dans notre voisinage. Je pense notamment à la Moldavie, où il faut en tirer toutes les conséquences, y compris au niveau budgétaire.

Eric Andrieu (S&D). – Madame la Présidente, Monsieur le Vice-président, je m'interroge: la Commission européenne veut-elle être le fossoyeur du projet européen? C'est la question que je vous pose.

Alors que Monsanto et Bayer viennent d'être condamnés en appel par la justice américaine ce matin, alors que 1,3 million de citoyens européens ont signé l'initiative «Stop glyphosate», alors que ce Parlement a mis en place une commission d'enquête sur les procédures d'autorisation des pesticides en Europe suite aux «Monsanto Papers» et au renouvellement pour le moins controversé du glyphosate, que faites-vous pour protéger la santé des 500 millions de citoyens européens?

Vous vous opposez à l'interdiction décrétée par la région de Bruxelles Capitale d'utiliser des produits à base de glyphosate au mépris des principes de précaution. Savez-vous, Monsieur le Vice-président, que la santé humaine est la préoccupation numéro deux des Européens au moment où je m'exprime? Pensez-vous qu'une décision de ce type soit opportune et qu'elle encourage les citoyens à se rendre aux urnes du 23 au 26 mai prochain? Je vous renvoie à l'article 191, paragraphe 2, du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne, qui prévoit que «la politique de l'Union dans le domaine de l'environnement vise un niveau de protection élevé [...] et est fondée sur les principes de précaution».

Je formule le vœu que la Commission européenne prévoie de proposer en 2019, une révision de la législation européenne sur les pesticides et réponde aux failles du système actuel et aux attentes des 500 millions d'Européens dans ce domaine.

Bernd Kölmel (ECR). – Frau Präsidentin, Herr Vizepräsident! In dem Arbeitsprogramm der Kommission sind Ausführungen über eine Vertiefung der Währungsunion enthalten. Darin wird gefordert, dass wir endlich einen funktionierenden, einen umfassenden Währungsfonds erhalten und dass wir die Bankenunion vollenden, damit das Risiko geteilt werden kann.

Das sind eindeutig die falschen Maßnahmen. Statt dass wir mehr Transfers brauchen, brauchen wir mehr Eigenverantwortung. Statt eines nicht passenden Korsetts für alle brauchen wir mehr Freiheit für alle. Der Euro ist in der jetzigen Form gescheitert. Er kann nicht in dieser Art und Weise fortgeführt werden, mit den gleichen Maßnahmen für alle. Stattdessen sollten wir im Arbeitsprogramm Maßnahmen vorsehen: Wie können wir Länder aus der Eurozone entlassen, und zwar in einer Art und Weise, dass die Wirtschaft – sowohl dieser Länder als auch der verbleibenden Länder – in der Eurozone möglichst wenig beschädigt wird.

Jetzt wäre die Möglichkeit, das Ganze so vorzubereiten, damit wir kein Chaos erleben, denn ansonsten werden wir sehen, dass die Märkte kollabieren, wenn wir nichts unternehmen und weiterhin Schuldenspiralen zulassen.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Philippe Lamberts (Verts/ALE), question «carton bleu». – L'Allemagne est unifiée depuis à peu près 150 ans et réunifiée depuis à peu près un quart de siècle. Malgré cette longue histoire, l'Allemagne reste un pays aujourd'hui économiquement inhomogène, de sorte que ce qui fait tenir l'Allemagne ensemble, ce sont des transferts financiers massifs entre les régions les plus riches du pays et les régions les moins riches du pays.

Ces transferts utilisent la voie de la fiscalité, du budget fédéral, la voie de la sécurité sociale fédérale et la voix du «Finanzausgleich». C'est cela qui fait tenir l'Allemagne ensemble. Expliquez-moi comment on pourrait se passer, au regard de l'unité européenne, de ces mécanismes qui sont indispensables à l'unité allemande? Je n'ai toujours pas compris.

Bernd Kölmel (ECR), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Herr Lamberts, vielen Dank für diese Frage! In der Tat haben wir da ein Modell, das funktioniert. Das funktioniert deshalb, weil man in Deutschland akzeptiert, dass es einen Ausgleich zwischen den ärmeren und den reicheren Regionen gibt. Und ich habe überhaupt nichts dagegen, wenn man einen solchen Ausgleich auch in der EU einführen will. Aber da müssen Sie mal die Bürger fragen, ob sie das wollen. Da sollten Sie nicht nur nach Deutschland schauen, da sollten Sie alle Bürger in der EU fragen, ob sie denn bereit sind, alle länger zu arbeiten, oder – anders gesagt – dass einige länger arbeiten und andere früher in Rente gehen und das über Finanztransfers finanziert wird.

Außerdem geht es doch gerade darum, dass man die Länder nicht bestraft durch eine nicht passende Währung. Ich möchte doch den Ländern die Freiheit zurückgeben, damit sie über Abwertungen wieder wettbewerbsfähig werden. Wir sollten nicht in Transfers denken, sondern in echter Solidarität und Fairness.

Δημήτριος Παπαδημούλης (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, κύριε Timmermans, η εμμονή στις νεοφιλελεύθερες συνταγές και στην ακινησία τρέφουν τον αντιευρωπαϊκό, ακροδεξιό λαϊκισμό που επιδιώκει τη διάλυση της ευρωπαϊκής ενοποίησης, τη συρρίκνωση της δημοκρατίας και μια μεγάλη κοινωνική οπισθοδρόμηση. Τους ακούτε και εδώ μέσα. Το ερώτημα είναι τι κάνετε – όχι στα λόγια, αλλά στην πράξη – για να αντιμετωπίσετε τις κρίσιμες αλλαγές που απαιτούν οι πολίτες: πραγματικό κοινωνικό πυλώνα και όχι απλώς μια ετικέτα στα λόγια, ένα πολυετές δημοσιονομικό πλαίσιο που θα εγκριθεί πριν από τις ευρωεκλογές και θα στηρίζει πολιτικές ανάπτυξης και συνοχής που να μειώνουν τις ανισότητες, μεταρρύθμιση της πολιτικής ασύλου για να μη φορτώνονται όλα τα βάρη η Ελλάδα και η Ιταλία στο προσφυγικό, ενίσχυση της διαφάνειας και της δημοκρατικής λογοδοσίας, πιο φιλόδοξοι στόχοι για την αντιμετώπιση της κλιματικής αλλαγής. Αυτά κρίνουν την εξέλιξη και σε αυτά θα κριθείτε. Όχι από τα λόγια, αλλά από τις πράξεις. Από το τι θα κάνετε «delivery» στο τέλος της ημέρας.

Patrick O'Flynn (EFDD). – Madam President, in the United States of America, where I believe they directly elect their presidents, a president who is in the last year of his term and is not standing again is described as a lame duck. On that basis, this is a lame duck Commission. Were it wise, it would reflect that modest status with modest targets. But no, right across the piece, the Juncker Commission is attempting new power grabs for Brussels, from permanent structured cooperation in defence to a common European asylum system, to beefing up the sanctions on Member States which displease it in what it euphemistically calls the rule-of-law agenda. That's the rule of Brussels law over national democracies, by the way.

But with its two federalist engines wheezing badly – Macron in France and Merkel in Germany – one can't help but notice that the Commission is on collision course with the two other heavyweights, with Italy in regard both to migration and economic sovereignty, and with the United Kingdom on its right to run its own affairs even after it's left the club. I had to laugh when Mr Juncker in his State of the Union package went to great pains to highlight one area where he felt subsidiarity could be enforced: changing the clocks. Countries are going to be allowed to set their own time. Big deal: given the rest of this federalist agenda, that just gives the nation the right to decide whether its sovereignty will be stolen at 4 o'clock or 5 o'clock on any given day.

Mr Juncker told us in September, and I quote, 'The time for European sovereignty has come'. No, it has not, at least not in the eyes of Italians, or Hungarians, or Austrians or Swedes, or German surging towards the AfD. Even at its fag end, this Commission continues the great eurocrat mistake of overreaching and seeking to govern without consent. Well, the British people have had enough. We're off. We will run our own country again one day, no matter what Mrs May connives to bind us into. If you don't change your ways, I predict we will be the first of many.

Mario Borghezio (ENF). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, mentre ogni elezione rinnova la condanna dei popoli alla politica di *austerità*, alle politiche sbagliate sull'immigrazione e alle politiche sociali inesistenti di questa Unione europea, il vasto programma con il quale ci si presenta alla conclusione della legislatura è una stanca ripetizione di tutte quelle promesse e di tutti quegli impegni vaghi dei quali nessuno in realtà è stato mai mantenuto. Con una novità: un grosso investimento per le campagne di disinformazione.

Mentre ci sono paesi come il mio, l'Italia, che hanno 5 milioni di poveri – e per fortuna c'è un governo che ha finalmente stanziato un contributo sociale, perché l'Europa non ci aveva pensato – io credo che sarebbe necessario riflettere sui risultati elettorali che si vanno ripetendo, riflettere sul problema della sfida dell'immigrazione, sulla quale non state dicendo niente, non c'è una parola sugli accordi di riammissione, non avete fatto assolutamente niente e non intendete fare niente per risolvere alla radice questi problemi.

Gli aiuti all'Africa, un piano Marshall per l'Africa, certo, non finanziando i soliti satrapi corrotti ma attraverso un sistema di investimenti delle nostre piccole e medie imprese. Bisogna portare il lavoro, bisogna ricreare le condizioni perché ci sia lavoro, qui da noi e nei paesi esportatori di immigrazione...

(La Presidente toglie la parola all'oratore.)

Kazimierz Michał Ujazdowski (NI). – Pani Przewodnicząca! Koleżanki i Koledzy! Przewodniczący Timmermans mówił o spełnieniu pragmatycznych oczekiwań obywateli. To była dobra formuła. Pytanie, jak rozumiemy pragmatyczne oczekiwania obywateli. Myślę, że dotyczą one przynajmniej trzech sfer: dbałości o bezpieczeństwo, i to dbałości o bezpieczeństwo w pełnym, całościowym wymiarze, nie tylko walki z terroryzmem, bezpieczeństwa południowej flanki Unii Europejskiej, ale także bezpieczeństwa na Wschodzie i wrażliwości na hegemonię ze strony Putina; po drugie, danie przykładu oszczędnej legislacji, z tym nie zawsze jest dobrze, danie wzoru przejrzystości w działaniu Komisji Europejskiej; i po trzecie, odrzucenie recept socjalistów. Unia Europejska potrzebuje zastrzyku wolności gospodarczej, konkurencyjności, walki z protekcjonizmem, równych reguł, które dadzą siłę gospodarczą całej Europie. Myślę, że tego oczekują obywatele, z pewnością bardzo wielu obywateli w Europie Środkowej.

Godelieve Quisthoudt-Rowohl (PPE). – Frau Präsidentin! Grundsätzlich begrüße ich die Vorhaben der Europäischen Kommission für das kommende Jahr. Wir sind am Ende der parlamentarischen Mandatsperiode, und da muss man natürlich versuchen, offene Dossiers so gut wie möglich abzuschließen.

Von großer wirtschaftlicher und symbolischer Bedeutung ist die schnelle Ratifizierung des Wirtschaftspartnerschaftsabkommens zwischen der EU und Japan. Es ist zurzeit das wichtigste Handelsabkommen in der europäischen Geschichte. Aber es hat auch eine symbolische Bedeutung auf globaler Ebene. Die EU steht für nachhaltigen Freihandel und gegen kurzfristigen Protektionismus. Wir müssen natürlich versuchen, das internationale Handelssystem zu fördern, und zwar regelbasiert. Dies bedeutet, dass wir die Reform der WTO vorantreiben müssen – wir arbeiten daran hier im Parlament –, und dass wir versuchen sollen, mit den USA eine gemeinsame Lösung zu finden. Sollte sich herausstellen, dass die USA, wie es sich abgezeichnet hat, wieder mit uns an einem gemeinsamen Handelsabkommen arbeiten wollen, dann hoffe ich sehr, dass die Kommission diese Chance auch aufgreift.

Aber was ich nun wirklich hoffe in diesen nächsten Monaten, das ist, dass die Kommission sich eine Kommunikationsstrategie zurechtlegt. Wir müssen alle miteinander so kommunizieren, dass unsere Bürger wissen: Wir wollen ein Europa, das schützt, aber nicht ein Europa, das geschlossen ist.

Kathleen Van Brempt (S&D). – Voorzitter, meneer de vicevoorzitter van de Commissie, laatste werkjaar. Je zou kunnen zeggen we doen nog een beetje voort of je zou kunnen zeggen neen, we gaan de bakens alvast uitzetten voor de komende legislatuur. Dat is een beetje mijn pleidooi vandaag. We weten dat we onze economie radicaal moeten hervormen. We weten dat we radicaal andere opties moeten nemen voor de toekomst. Het goede nieuws is dat het script daarvoor eigenlijk klaarligt. Dat hebben we niet in Europa geschreven. Dat hebben we geschreven op het niveau van de Verenigde Naties, met de zogenoemde doelstellingen voor duurzame ontwikkeling. Die omarmen wij als fractie totaal. Voor ons is dat bijna de bijbel geworden.

We gaan die moeten implementeren en dat betekent heel concrete dingen. Uit de steenkool stappen, niet meer investeren in fossiele energie, maar ook zorgen dat we de *race to the bottom* van de lonen en de arbeidsvoorwaarden van onze werknemers stoppen, dat we die omkeren en dat we op het sociale inzetten.

Maar – en dat is meteen mijn maar en ook mijn pleidooi vandaag – we weten wat we moeten doen, maar op het gebied van *governance* in de Europese Unie hebben we niet de middelen om dat te doen. We zitten nog altijd vast aan dat stabiliteits- en groeipact, aan dat Europese semester, gelinkt aan enge begrotingsdoelstellingen. Begrotingsdoelstellingen zijn zinvol als ze gelinkt zijn aan maatschappelijke doelstellingen. Vandaar zou het goed zijn als de Commissie komt met een voorstel om dat Europees semester radicaal om te zetten en daarin de doelstellingen voor duurzame ontwikkeling toe te passen. Dit betekent dat de begrotingsdoelstellingen niet belangrijker zijn dan sociale doelstellingen of milieudoelstellingen. Met name het samen benaderen en samen dwingende voorwaarden in onze *governance* stellen is een essentiële voorwaarde.

Anders Primdahl Vistisen (ECR). – Fru formand! Denne Kommissions periode har været præget af krisetilstand: fra eurokrise over brexit til migrationskrise og nu til en generel tillidskrise fra de europæiske befolkningers side. Derfor er det jo næsten tragikomisk at forestille sig, at det, der egentlig fylder mest i præsentationen af arbejdsprogrammet, er forbydelse af engangsplastik og balloner samt ideen om, at medlemsstaterne nu frit skal kunne vælge, hvorvidt de vil have sommertid eller ej, og hvilken tidszone de ønsker at tilhøre. Hvis Kommissionen virkelig havde ønsket at tage fat om nældens rod – i stedet for at tale om fremtidsprojekter med Europas forenede stater, om én fælles præsident, om en fælles udenrigspolitik, om et budget for eurozonen, osv., men i stedet for havde taget de helt konkrete bekymringer fra Europas befolkninger op vedrørende deres sikkerhed og den fuldstændig ukontrollerbare migration, og hvis den lod være med og blande sig i medlemsstaternes interne demokrati, så havde EU-projektet en langt bedre chance for at overleve på sigt efter brexit.

Jörg Meuthen (EFDD). – Frau Präsidentin, Herr Vizekommissionspräsident! Wirft man einen Blick auf die politischen Aktivitäten der noch amtierenden Kommission, so fällt die Bestandsaufnahme schlicht verheerend aus.

Die Kommission hat die durch illegale Migration verursachten Probleme über Jahre hinweg bis 2014 völlig verdrängt und verkennt seit 2015 den Ernst der entstandenen Lage komplett. Bis heute beschäftigen Sie sich lieber mit Placebo-Lösungen und zwangsweiser Migranten-Umverteilung, statt endlich die Außengrenzen zu schützen, wie es längst geboten wäre.

Auch bei Euro und Finanzen stehen Sie vor einem gigantischen Scherbenhaufen. Matteo Salvini lehrt Sie heute, dass Italien immer noch ein souveräner Staat ist. Als solcher entscheidet er über seine Steuer-, seine Wirtschafts- und seine Haushaltspolitik eigenverantwortlich, und die Kommission kann nichts dagegen tun. Das als verbindlich gepriesene Regelwerk der EU erweist sich ein weiteres Mal als komplett zahnloser Tiger.

Deshalb arbeiten wir für ein Europa der Vaterländer, in dem jeder Staat eigenverantwortlich entscheidet und dann freilich auch die Folgen seiner politischen Entscheidungen schultert. Nur so kann Europa funktionieren – anders nicht.

Bogdan Brunon Wenta (PPE). – Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzu! Program prac Komisji Europejskiej na przyszły rok, który dla nas wszystkich w Unii będzie rokiem decyzji, zmian, a także wyzwań w zakresie współpracy rozwojowej i pomocy humanitarnej. Z perspektywy Komisji Rozwoju (DEVE), którą reprezentuje, ale także innych komisji w Parlamencie, kluczowym, głównym tematem są oczywiście wieloletnie ramy finansowe na lata 2021-2027, a także związane z nimi negocjacje i dyskusje wokół propozycji Komisji w zakresie stworzenia nowego instrumentu sąsiedztwa oraz współpracy międzynarodowej i rozwojowej.

Orędzie przewodniczącego Junkera zawierało propozycje bardziej skutecznego modelu zarządzania oraz zintensyfikowania współpracy między wielostronnymi i krajowymi podmiotami działającymi na rzecz rozwoju. Osobiście uważam, że jest to dobry kierunek, który pozwoli stworzyć miejsca pracy oraz wykorzystać możliwości inwestycyjne na zasadach partnerstwa z Afryką i z krajami sąsiadującymi z Unią. Uważam, że musimy – jako Unia i państwa członkowskie – unikać tylko powielania działań, a bardziej wzmocnić ich skuteczność i komplementarność.

Chciałbym również wspomnieć o Agendzie 2030 i o celach zrównoważonego rozwoju ONZ, które zostały także zawarte w europejskim konsensusie na rzecz rozwoju. Mam nadzieję, że na podstawie analizy Komisji Europejskiej, która ma zostać opublikowana jeszcze w tym roku, uda się stworzyć kompleksową strategię wdrażania celów zrównoważonego rozwoju w 2019 r. oraz uwzględnić te cele także w przyszłej architekturze finansowania pomocy rozwojowej.

Silvia Costa (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, gentile vicepresidente, io apprezzo i risultati che Lei ha individuato, che la Commissione ha individuato, e anche che abbia aperto un orizzonte anche per le riforme istituzionali necessarie per salvare il progetto europeo. Credo che questa sia la prospettiva verso la quale dobbiamo andare se vogliamo far amare di nuovo l'Europa, e credo che per le imminenti elezioni sia giusto accelerare molto di più l'adozione del codice di condotta anche per i *social network* e per le piattaforme sociali contro la disinformazione organizzata che dà vita a molti populismi e nazionalismi.

Mi ha un po' stupito, però, che rispetto al richiamo che Lei ha fatto al *social pillar* e anche alla sostenibilità come grande prospettiva, non ne abbia indicato minimamente l'aspetto educativo e culturale. Senza un accesso alla cultura e all'educazione, un innalzamento della qualità dei sistemi educativi, una partecipazione dei cittadini alla produzione culturale e anche una partecipazione a programmi, come Erasmus e Europa creativa, che sono programmi di successo, ma sottofinanziati, non ci sarà futuro per il progetto europeo. Lei lo sa perché lo ha sempre detto, ma non lo si dice in questa relazione. La prego di tenere questi come alti obiettivi.

Bernd Lange (S&D). – Frau Präsidentin, Herr Timmermans! Ich greife aus dem Bereich Handel einen kleinen Satz heraus. Im Arbeitsprogramm steht, dass Sie den *deadlock* bei der Umsetzung der *Dual-use*-Exportkontrolle überwinden wollen. Ja, das müssen wir auch. Wir haben 2014 eine gemeinsame Erklärung zwischen Rat, Kommission und Parlament verabschiedet, wo wir gefordert haben, dass wir eine stärkere Kontrolle der Güter, die sowohl zur Verletzung von Menschenrechten, aber eben auch zivil genutzt werden können, endlich anpacken. 2014 — das ist nun vier Jahre her!

Und wir haben einen Vorschlag. Wir haben als Parlament eine Entscheidung dazu getroffen – mit über 500 Stimmen, also ein klares Signal –, und immer noch sind wir nicht in der Lage zu verhandeln, immer noch blockiert der Rat. Kann es denn sein, dass wirtschaftliche Interessen über dem Schutz der Menschenrechte stehen? Nein, ich glaube, wir müssen hier vorangehen. Wir können nicht zulassen, dass mit europäischer Software in anderen Ländern Oppositionelle kontrolliert und verfolgt werden. Wir brauchen hier ein strenges Exportregime.

Pervenche Berès (S&D). – Madame la Présidente, Monsieur le Vice-président, je vois votre programme de travail pour 2019, et j'ai envie de vous dire devant ce Parlement, concentrez-vous sur l'essentiel et faites en sorte que nous puissions aboutir à des résultats.

De ce point de vue-là et dans le cadre des responsabilités qui sont les miennes au Parlement européen, je voudrais insister sur quelques points.

D'abord, s'agissant de la supervision des banques et des marchés financiers, nous devons mettre en œuvre cette fameuse réforme des autorités de supervision, et pour cela nous avons besoin du soutien de la Commission.

Vous devez aussi convaincre le Conseil de bouger sur la garantie des dépôts, car sinon tout le système de l'union bancaire s'écroulera. Nous devons aussi convaincre le Conseil, avec votre soutien, quant aux fameuses CCP, ces chambres de compensation qui vont être secouées par le départ de nos amis britanniques.

En matière fiscale, peut-être ai-je mal lu votre programme de travail, mais je n'ai pas eu l'impression que vous mettiez assez d'insistance sur deux volets tout à fait essentiels: à la fois la fiscalité du numérique et cette fameuse assiette commune de l'impôt sur les sociétés.

Enfin, je partage totalement l'avis de ma collègue Kathleen Van Brempt, vous devez revoir la gouvernance économique au regard des objectifs du développement durable.

Jens Geier (S&D). – Frau Präsidentin, sehr verehrter Herr Vizepräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind überzeugt davon, dass die Menschen eine EU wollen, die ihnen Sorgen nimmt, und keine EU haben wollen, die ihre Sorgen vermehrt.

Mir ist klar: Die großen Bremser bei vielen Dingen, die wir uns gemeinsam für eine positive Weiterentwicklung der Europäischen Union wünschen, die sitzen im Rat der Europäischen Union. Aber ich möchte heute über die Initiativen der Kommission reden, vor allen Dingen in der sozialen Dimension. Wir freuen uns über den Erfolg bei der Entsenderichtlinie. Wir haben damit einen großen Beitrag geleistet, um ein dringendes soziales Problem innerhalb der Europäischen Union abzubauen. Aber wir sind besorgt über das Gesetzespaket zum Unternehmensrecht.

Herr Vizepräsident Timmermans, betriebliche Mitbestimmung – das können wir in Deutschland an jeder Ecke sehen –, das ist ein Erfolgsmodell. Aber dieses Gesetzespaket könnte dieses Erfolgsmodell beschädigen. Was wir zusätzlich dringend benötigen, das sind Initiativen, die die Lebensverhältnisse und die sozialen Sicherungssysteme in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union annähern. Der MFR leistet das vielleicht nur unzureichend, denn hier gehen die Kohäsionsleistungen zurück. Was wir uns wünschen, ist eine Richtlinie zur sozialen Anpassung nach oben.

Iratxe García Pérez (S&D). – Señora presidenta, podríamos dedicar el poco tiempo que nos queda en lamentarnos por los errores cometidos o podemos volcar nuestros esfuerzos en devolver el alma que le falta al proyecto de la Unión, con una Europa, con un pilar social fuerte que avance en los derechos sociales, en un marco de salarios mínimos, en pensiones dignas y en salarios dignos; una Europa líder en la lucha contra el cambio climático, como un asunto en el que perder un solo minuto sería ya una grave irresponsabilidad; una Europa igualitaria que no renuncie a erradicar la violencia contra las mujeres y que intente desbloquear iniciativas legislativas como el Women on Boards o, por ejemplo, la Directiva sobre la igualdad de trato.

Señor Timmermans, ustedes desde la Comisión Europea no pueden permitirse resignarse y nosotros desde la familia socialista arrimaremos el hombro para construir esa Europa.

Nicola Danti (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor vicepresidente, le scadenze elettorali fanno del 2019 sicuramente un anno particolare, un anno nel quale noi dobbiamo chiudere i tanti progetti che sono stati portati avanti ma anche tentare di proiettare l'Europa nel futuro.

Vorrei soffermarmi su due temi. Il primo: dobbiamo completare la costruzione del mercato unico digitale. In questa legislatura abbiamo fatto molte cose, ma è chiaro che ormai le piattaforme e l'intelligenza artificiale necessitano di regole nuove. Dobbiamo evitare, signor vicepresidente, che la rivoluzione digitale si affermi in maniera contraddittoria rispetto ai principi su cui si basa l'Unione europea.

Secondo punto: abbiamo celebrato quest'anno i venticinque anni del mercato unico, una storia di successo dell'Europa. Certo, per come lo abbiamo costruito in questi anni, il mercato unico, così com'è, non è più sufficiente. Abbiamo necessità di regole più stringenti per quanto riguarda la sorveglianza del mercato, i controlli sui prodotti e regole chiare su come si svolgono i servizi.

Io penso che questi siano i messaggi che dobbiamo mandare ai cittadini europei per le prossime elezioni.

Brando Benifei (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio il vicepresidente Timmermans.

Il programma di lavoro di cui discutiamo è più breve, data l'imminente scadenza elettorale, ma il lavoro da fare è ancora moltissimo, in particolare vediamo l'incapacità dei leader europei riuniti nel Consiglio di trovare soluzioni comuni, vediamo dossier bloccati, vediamo l'incapacità dell'Europa di far avanzare un'agenda politica e legislativa.

Abbiamo bisogno di sbloccare questa situazione, penso ai temi migratori, penso alla riforma del regolamento di Dublino ma penso anche all'attuazione del pilastro sociale europeo con un fondo sociale, fondi di coesione che siano in grado di dare risposte ai bambini europei, in modo che tutti abbiano le stesse opportunità, con la garanzia per i bambini, con strumenti innovativi di sostegno al lavoro e all'apprendimento lungo tutto l'arco della vita, per allineare l'azione dell'Unione agli obiettivi di sviluppo sostenibile delle Nazioni Unite.

Altrimenti continueremo a porre grandi obiettivi senza gli strumenti per raggiungerli e faremo solo crescere la rabbia dei nazionalisti e la retorica contro l'Europa.

Interventions à la demande

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Jeśli wszystko jest priorytetem, to nic tym priorytetem niestety nie jest. Ja troszeczkę współczuję panu komisarzowi, bo wysłuchałem blisko trzydziestu wystąpień i o tych priorytetach najważniejszych było tylko kilkanaście wystąpień. Reszta to raczej krytyka instytucji unijnych lub też życzenia dotyczące określonych priorytetów w długiej perspektywie.

Powiem, co dla mnie jest najistotniejsze. Po pierwsze, skończyć wszystkie kwestie te, które wymagają długiego czasu, czyli przede wszystkim kwestie budżetowe i finansowe, w tym wspomniany na przykład przyrzeczony program Erasmus+. Druga kwestia to jest oczywiście szeroko rozumiane bezpieczeństwo, czyli wszystko to, od czego zaczęliśmy tę kadencję Parlamentu, a kończymy w kompletnie zmienionych warunkach. I po trzecie, brexit. Rozwiązanie problemów umowy z Wielką Brytanią, jej odejściem, będzie kluczowe, jeżeli chodzi o całą następną perspektywę współpracy nie tylko z Wielką Brytanią, ale innymi państwami także.

José Blanco López (S&D). – Señora presidenta; lamentablemente, señor vicepresidente, la Comisión Europea, que se había fijado al principio de su mandato que el peso de la industria alcanzara el 20 % del PIB, asiste en silencio al cierre de industrias y de empresas y no presenta el plan industrial tantas veces reclamado por el Parlamento y por la Comisión.

En el sector de la siderurgia, el aluminio y el acero, es todavía mucho más grave. Acaban de anunciarse cierres en empresas en España por parte de Alcoa —en Avilés y A Coruña— o, hace pocos días, el de la empresa Vestas. Es necesario, por lo tanto, no quedarse de brazos cruzados y tomar medidas y tomar iniciativas; y las medidas que impulsó en su momento la Comisión no alcanzan a poner coto a las prácticas comerciales desleales y al dumping de países como China.

Le interpelo a usted directamente, señor Timmermans, para que haga frente a esta situación y nos ayude a mantener el empleo de sectores industriales estratégicos claves para nuestra Europa y para nuestro país.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospođo predsjedavajuća, jedinstveno tržište danas je najveća vrijednost europskih integracija. Donijelo je ekonomski prosperitet, veće mogućnosti zaposlenja, jaču konkurentnost, rast inovacija te bolje i jeftinije proizvode i usluge većem dijelu europskog kontinenta. Zato podržavam nastojanja da se ono produbi u području digitalne ekonomije, energetike i financijskih usluga. Svaki oblik protekcionizma put je u stagnaciju i zaostajanje za drugim globalnim divovima.

Smatram da je Komisija do referenduma o Brexitu imala solidno posložene prioritete, ali nakon toga previše se fokusirala na projekt daljnje političke integracije, osjetivši da odlaskom glavnog kočničara federalističkog modela dolazi povoljan trenutak.

Ogromna većina građana ne živi od plave zastave i žutih zvjezdica, nego od kruha koji zarađuju na tržištu. Zato do izbora moramo napraviti još više po pitanju ekonomske integracije, a političku, koja nema podršku građana, maknuti s dnevnog reda.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL). – Madam President, if one was to be getting divorced next March, no matter what else was happening in your life, whether you were getting a more energy-efficient car, whether you were insulating your house and no matter how deluded you'd want to be about what was important next year, what would be important next year would be the divorce. And you wouldn't put it number four on the list. It should be number one on the list, otherwise you would be in denial. We are talking about Brexit; we are talking about the second-biggest economy in Europe leaving the European Union. Like it or not, they're leaving. Billions of euros in trade, billions of connections in many other areas – family-wise, social-wise – in many different areas. That has to be the number one priority. If it isn't, there's something wrong here. In particular for Ireland, we need the endgame to be: no restrictions on trade, no restrictions on movement of people and no border. People talk about the Irish border – it's not an Irish border, it's a British border. If it was up to us it would not be there.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κυρία Πρόεδρε, ο κύριος Γιούνκερ και η Επιτροπή έχουν μια τελευταία ευκαιρία να διορθώσουν τις πολιτικές τους πριν γραφούν οριστικά με μελανά γράμματα στην ιστορία της Ευρώπης. Η αποχώρηση του Ηνωμένου Βασιλείου, η ανεξέλεγκτη λαθρομετανάστευση, η τρομοκρατία και η παρατεταμένη οικονομική λιτότητα στους ευρωπαίους πολίτες, ειδικά των χωρών του Νότου, δείχνουν ότι τα προγράμματά τους έχουν επιτύχει το σκοπό τους. Αλλοιώνουν, δηλαδή, εθνολογικά την Ευρώπη, επιβάλλουν το φόβο και επικυριαρχούν στις αδύναμες οικονομικά χώρες.

Όμως η Ευρώπη αλλάζει, οι πολίτες αφυπνίζονται και απαιτούν σεβασμό και αξιοπρέπεια. Η Επιτροπή οφείλει να σεβαστεί την απόφασή τους και να προχωρήσει άμεσα στον επαναπατρισμό των κυριαρχικών δικαιωμάτων των κρατών μελών στις αντίστοιχες κυβερνήσεις τους και να ασχοληθεί αποκλειστικά με την εξομάλυνση των οικονομικών ανισοτήτων που δημιούργησε με τις λανθασμένες πολιτικές της. Διαφορετικά, η Ένωση θα καταρρεύσει και η καταστροφή θα έχει ονοματεπώνυμο.

Patricija Šulin (PPE). – Pozdravljam delovni program Evropske komisije za leto 2019.

V Evropski uniji dosegamo zavidljive gospodarske rezultate. Potrebujemo dober dogovor glede večletnega finančnega okvira, ki nam bo omogočil soočanje z izzivi, ki so pred nami.

Migracije in varnost, izzivi svetovne digitalizacije, poglobljena monetarna Unija, pravičen notranji trg so le ena izmed pomembnih področij. Ne smemo si dovoliti, da bi zmanjšali sredstva za kmetijsko in kohezijsko politiko.

Poleg zaključka pogajanj na številnih področjih ter sprejetja odprtih predlogov, ki so še v obravnavi, ne smemo pozabiti tudi na dolgoročne cilje, kjer moramo nadaljevati z razpravo o prihodnosti Evropske unije, predvsem v luči morebitnih institucionalnih sprememb, ki bodo povezavo okrepili in jo bodo še bolj približali našim državljanom in državljanom.

Maria Grapini (S&D). – Doamna președintă, domnule comisar, dragi colegi, trebuie să fim realiști - 2019 este un an scurt și pentru Comisie și pentru noi. Eu cred că prioritățile trebuie să fie foarte clare și au și fost spuse aici, este vorba de Brexit. Trebuie să vedem cum va avea un impact foarte mare – eu sunt raportor pe uniunea vamală – va afecta și uniunea vamală și multe alte regulamente pe care le avem în lucru.

Dar, domnule comisar, eu cred că în fiecare zi trebuie să ne preocupe viitorul Europei și astăzi de dimineață am discutat acest lucru. Cred că este esențial să vedeți cum Comisia găsește alte mijloace, alte instrumente pentru a putea stabili acea încredere a cetățenilor și a statelor membre, să nu mai avem această percepție de state împărțite în două – cetățeni mâna întâia/mâna a doua. Cred că încrederea în viitorul Europei nu începe după 2019, chiar dacă 2019 este un an foarte greu.

Apoi, apărarea comercială. Eu de patru ani vorbesc aici că țările terțe – sigur, avem piață, intrarea produselor – dar nu există o bună verificare și este o concurență neloială, ne-am dezindustrializat.

Și, nu în ultimul rând, aș vrea să spun că este foarte important ce facem cu cadrul financiar multianual. Deci cum facem să fie cea mai bună împărțire?

Marek Jurek (ECR). – Pani Przewodnicząca! Panie i Panowie Posłowie! Panie Pierwszy Wiceprzewodniczący! Komisji Europejskiej w tej kadencji zostało kilka miesięcy pracy, a słyszał Pan, jak wielkie są oczekiwania. Tym bardziej więc trzeba zamykać sprawy niepotrzebne. Mam w pierwszym rzędzie na myśli ten wniosek, który Komisja Europejska złożyła przeciwko Polsce. Jak Pan widział, na ostatnim posiedzeniu Rady ds. Ogólnych wypowiadało się wiele państw, ale to nie jest większość potrzebna do stwierdzenia ryzyka, że w Polsce demokracja nie funkcjonuje. Zresztą mieliśmy niedawno wybory samorządowe. Sam mógł je Pan oglądać. Pora tę sprawę nareszcie zamknąć. Jeżeli wierzy Pan w rządy prawa, proszę pozostać w granicach swoich kompetencji. To wynika jasno z zasady podziału władz. Jeżeli wierzy Pan w demokrację, proszę jasno skonkludować, że nie ma większości – powtórzę jeszcze raz – większości wymaganej, bo nie każda większość stanowi większość wymaganą według prawa do tego, żeby tę procedurę kontynuować. I proszę podjąć te sprawy, o które dzisiaj prosiła Izba.

Javi López (S&D). – Señora presidenta, vicepresidente Timmermans, ahora que encaramos el final del mandato, es el momento de poder concretar en forma de normas, presupuesto e instrumentos de políticas públicas una de las mejores ideas que ha impulsado esta Comisión, que es el pilar europeo de derechos sociales.

Tenemos varias herramientas encima de la mesa para poder aprobar la Directiva sobre condiciones de trabajo transparentes y predecibles, para combatir la precariedad y regular las nuevas formas de trabajo; el paquete de conciliación laboral, que es una pieza fundamental para llevar la igualdad de género también al mercado laboral; o la Autoridad Laboral Europea, que tiene que ser un instrumento para combatir los abusos que viven muchos trabajadores europeos.

Estas son algunas de las ideas que hay encima de la mesa, pero también hay viejas ideas, como el seguro de desempleo europeo, que gobiernos nuevos, como el español, están comprometidos a impulsar. Ahora que acabamos el mandato, utilicemos estas herramientas para ganar legitimidad de cara a los ciudadanos europeos en el combate por una Europa social y justa.

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, οι ευρωπαίοι πολίτες απαιτούν αλλαγή πορείας: εγκατάλειψη της λιτότητας, εγκατάλειψη της βίαιης δημοσιονομικής προσαρμογής, έμφαση στην κοινωνική Ευρώπη, στην αλληλεγγύη, στην ενδυνάμωση της εδαφικής και κοινωνικής συνοχής και, ταυτόχρονα, στη λειτουργία των μηχανισμών μετεγκατάστασης σε σχέση με τους πρόσφυγες. Επιπλέον, πρέπει να διαμορφωθεί μια σύγχρονη ευρωπαϊκή βιομηχανική πολιτική. Σε σχέση με την ευρωζώνη, πρέπει να λειτουργήσει ο θεσμός πολύ πιο ευέλικτα, να καταργηθεί το Σύμφωνο Σταθερότητας, να έχουμε ανάκτηση και λειτουργία της δημοσιονομικής κυριαρχίας των κρατών μελών, να μπορούν να εφαρμόσουν αυτά τα οποία πιστεύουν και απαιτούν οι λαοί τους στα θέματα των προϋπολογισμών και, ταυτόχρονα, να εξεταστεί πλέον στο μέλλον η ανάκτηση νομισματικής κυριαρχίας εκ μέρους των κρατών μελών στο πλαίσιο της ευρωζώνης, ούτως ώστε οι δικές τους κεντρικές τράπεζες να ασκούν την κυριαρχία αυτή κατά το ποσοστό συμμετοχής τους στο κεφάλαιο της Ευρωπαϊκής Κεντρικής Τράπεζας. Με μια πιο ευέλικτη ευρωζώνη μπορούμε να έχουμε απαντήσεις στην οικονομική ανάπτυξη.

(Fin des interventions à la demande)

Frans Timmermans, First Vice-President of the Commission. – Madam President, so many subjects were raised by the Members that I can't go into all of them, and they will come back in the committee meetings and in the plenary during the course of the rest of our mandate. But there are a few remarks I would like to make.

First of all, there's no reason to be so gloomy! Look at the Eurobarometer. Our citizens, in a vast majority, believe the European Union is their home and their collective home, and a vast majority believe in the European project. They don't agree, very often, with proposals we make. They don't necessarily like the European Commission, or even the European Parliament, but they do understand that they share a destiny with other Europeans.

Sometimes that feels uncomfortable because we don't know whether we are really fully in control of that destiny. But the very fact, the very basis, that Europeans understand that it is better to solve our differences around a conference table, even if that takes time and it is tedious, rather than to go back to Europe's history of solving differences on the battlefield, is something that is shared by a vast majority of our citizens – even in countries where political forces do their best to rekindle age-old controversies based on nationalism, even in those countries the majority of the population is in favour of the European Union. So please, take some courage from that. That is a good starting position to be in.

And then yes, of course we need to take steps on issues that have been left alone too long. But if we look, for instance, at the migration issue, has that not been solved because European institutions have failed to act or has that not been solved because Member States, very often based on nationalism, did not come together and did not want to compromise? Answer that question! We have nothing to be ashamed of, neither the Commission nor the European Parliament, but put the onus where it belongs.

Do we really think that going back to nation states on their own is going to solve the problem of climate change, is going to find solutions for migration issues, is going to give us the force to negotiate fair trade agreements with big partners in the world like the United States and China? The leader of Mr Flynn, or the de facto leader of Mr Flynn, does not know whom he admires more – Putin or Trump. Are they going to help us decide the fate of Europe, Putin and Trump, or should we be masters of our own fate in Europe? I believe we should be masters of our own fate.

Somebody ridiculed the plastics strategy. I would say, go and watch what science comes up with now! Our oceans are suffocating in plastic. Every human being has microplastics in his/her body. Every single bought bottle of water has microplastics in it. Is it not urgent? Is this not something that more than 80% of Europeans want us to act upon? Is it not a good choice to interdict single plastic use, stuff that is made in a few seconds and stays in our environment for hundreds of years, and for which we have perfectly feasible alternatives that do not pollute our natural environment? Why ridicule that? It is a great change for our society. It is something our citizens want. This is something we need to do and we can do it now.

On the banking union – let's complete the banking union. In my political life, one of the most horrible moments I can remember is in 2008 when I was in national government, when we were told we need to save the banks because they are too big to fail. We could not hold the bankers accountable. We needed to pour billions of taxpayers' money into saving the banks. Do we still want that? No! We never want that to happen again. If that is not to happen again, if banks are to be held accountable themselves for their mistakes, we need a banking union and only the European Union can provide a banking union. There is not a 'concert de nations' that can provide for that.

The same goes for taxation. How fair is it that huge corporations can negotiate with individual Member States so that at the end of the day, they don't pay tax? Should the rule not be that you pay tax where you make profits? The only way we can achieve that, especially against the big tech corporations, is if we are united on this, as Europeans, and not divided. They will play off one Member State against the other.

Please make speed with the changes in company law, because it will help us on the one hand to especially allow small and medium-sized enterprises to act on a European scale, and at the same time we will protect the rights of workers in this so that you cannot use letterbox companies to avoid taking your responsibility towards your workers and towards your other social responsibilities. Let's act on that!

Of course, this is not always the big picture, but these are concrete measures that make the lives of European citizens better day by day.

With all the differences we have across the board here in Parliament, compromise is never a bad thing. Why did we bad-mouth compromise at some point? In a democracy, compromise is a thing of beauty because it brings together a majority to make positive change in this society. This is the force. This is where the force of the European Parliament lies and yes, the SDGs can be a good framework for that.

We can certainly mould Europe along this global picture. This is, I think, something we can do in the future, but for the year to come, let's try and finish a number of the subjects that are still on the table – on fiscal policy, on completing the economic and monetary union, which is urgent. Again, it is not complete. It needs to be completed. But again, solidarity and responsibility go hand in hand. Of course, you can ask solidarity of other Europeans, but then you also have the responsibility to act within the rules in the economic and monetary union. Otherwise, other Europeans will not want to share their destiny with you.

I think on all these subjects, we have so much to do. We have little time, but there is no need to be complacent. There is no need to be fatalistic. We can do this together. With all the political differences we have, the Commission is ready to work with you and the Council to get this done – also dual use, let me insist on that. We salute Parliament's position on that. Hey, Council, now get going! Make sure we can get this done soon.

La Présidente. – Le débat est clos.

13. Der Cum-Ex-Skandal: Finanzkriminalität und die Schlupflöcher im geltenden Rechtsrahmen (Aussprache)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le débat sur la déclaration du Conseil et de la Commission sur le scandale des «CumEx Files»: la criminalité financière et les lacunes du cadre juridique actuel (2018/2900(RSP)).

Karoline Edtstadler, *President-in-Office of the Council.* – Madam President, thank you very much for inviting the Presidency to participate in this debate. Recent emerging media reports have referred to ongoing investigations in relation to the so-called cum-ex trades that reportedly involve tens of billions of euros. At this stage it is our understanding that systematic investigations have been initiated and searches are being conducted at national levels in several Member States on suspicion of tax evasion.

As the Honourable Members are aware, the fight against tax avoidance and aggressive tax planning both at global and EU levels is a priority for the Council and one of the key focuses of its work. The Presidency therefore continues to follow closely all relevant information and developments. So far, we have no indications that there would be any direct link to, or breach of, current EU legislation or rules. No discussion on this issue has, therefore, taken place in the Council and its preparatory bodies at this stage. I will listen attentively to your debate and as I said, we will follow the developments closely.

Pierre Moscovici, *Membre de la Commission.* – Madame la Présidente, Mesdames et Messieurs les députés, merci d'avoir organisé ce débat si rapidement.

Encore une fois, grâce au travail des journalistes – que je veux saluer – un nouveau scandale fiscal est révélé qui vient montrer que pour réduire leurs impôts les contribuables les plus riches et les plus puissants ne manquent pas d'imagination et se moquent bien de la solidarité, de l'éthique et parfois de la légalité. Les schémas de fraudes qui ont été révélés sont choquants et même insupportables.

Ils sont choquants parce qu'ils impliquent certaines banques qui ont abusé des trésors publics au plus fort de la crise, alors que des sommes considérables d'argent public venaient d'être injectées pour sauver le secteur bancaire.

Insupportables, car ce sont des recettes en moins pour les États membres et donc aussi des investissements en moins et des impôts en plus pour les entreprises et les citoyens qui respectent les règles du jeu, donc ce n'est pas admissible, bien sûr.

Que nous dit ce nouveau scandale – un de plus? Que par le passé, les règles concernant l'échange d'informations auraient pu et dû être plus efficaces, mais surtout plus respectées. Il faut rappeler qu'au moment des faits, ces échanges étaient dits «spontanés», c'est-à-dire laissés à l'appréciation des États et ces règles n'ont pas permis – force est de le constater – d'empêcher des comportements frauduleux. Elles n'ont pas permis d'empêcher que ces flux se déplacent d'un État membre vers les autres.

Or, depuis 2014, cette Commission – et je suis fier d'y avoir contribué à ma place de commissaire à la fiscalité – a engagé ce que j'ai appelé «la révolution de la transparence», en suivant un principe extrêmement simple qui est de renforcer et même de systématiser la coopération et les échanges d'informations entre les États membres. L'échange d'informations, c'est vraiment le concept clé qui nous a fait changer, je crois, d'époque.

Ainsi, la directive sur la coopération administrative a été considérablement étendue. Elle inclut désormais l'échange automatique obligatoire d'informations dans de nombreux cas. C'est vrai que l'information détenue par certains États membres est indispensable à d'autres, par exemple sur les comptes financiers – c'est la fin du secret bancaire –, sur les décisions fiscales rendues par les États membres, sur les informations pays par pays – ce sont les fameuses décisions sur les *tax ruling* – ou sur le CBCR (Country-by-Country reporting), dont je continue de penser qu'il doit être public, et enfin, sur le partage d'informations entre les autorités fiscales nationales et les autorités anti-blanchiment.

Plus récemment, cette directive a été complétée par de nouvelles dispositions en matière de déclaration pour les intermédiaires fiscaux; vous l'avez votée et je vous en remercie. Son entrée en vigueur est prévue pour l'année prochaine. Elle va tout changer parce qu'elle obligera ces intermédiaires – des banquiers, des avocats, des conseillers juridiques ou fiscaux – à déclarer les montages fiscaux abusifs ou agressifs qu'ils vendent à leurs clients.

J'appelle les États membres à utiliser désormais ces outils qui sont à leur disposition pour coopérer, pour échanger des informations plus vite. La vitesse, précisément, est essentielle pour éviter que ce genre de schéma agressif ne se propage entre États membres.

Les révélations de la semaine dernière démontrent, une fois de plus, que ces questions de justice fiscale intéressent au plus haut point le grand public. Elles sont même maintenant tout en haut des priorités de nos opinions et c'est la raison pour laquelle j'invite le Parlement et le Conseil à adopter rapidement nos propositions sur les rapports pays par pays publics et sur la protection des lanceurs d'alerte.

Au-delà du renforcement de la coopération avec les administrations fiscales, cette Commission a systématiquement proposé aux États membres, comme vous le savez, une approche collective ambitieuse – et là, le Parlement et la Commission se sont toujours trouvés côte à côte – par la définition d'une assiette commune pour l'impôt sur les sociétés. Les progrès sur ce dossier sont réels et ils doivent aboutir, parce qu'une assiette harmonisée réduirait considérablement les possibilités de fraude fiscale par une meilleure prise en compte des activités numériques. Et je pense qu'une réponse européenne est seule à même d'entraîner le reste de la communauté internationale dans une réforme sérieuse du cadre légal, par l'adoption d'une liste commune de paradis fiscaux, qui nous a donné suffisamment de poids pour obtenir, je le crois, toute une série de réformes qui permettent de progresser dans la lutte contre les régimes fiscaux dommageables à travers le monde.

Nous avons aussi proposé aux États membres de négocier certains aspects des traités de prévention de double imposition au niveau européen lors des accords FATCA (Foreign Account Tax Compliance Act) avec les États-Unis. Certains États membres n'étaient pas «mûrs» pour une telle approche coordonnée et il est peut-être temps – ce n'est pas un testament, c'est une proposition – de relancer cette idée.

Voilà, Madame la Présidente, Mesdames et Messieurs les députés, tout n'est pas encore réglé, tout n'est pas encore mis en place, mais s'agissant précisément de ce qui est soulevé par ce scandale, il se trouve que des progrès significatifs ont été accomplis, même si je ne peux pas dire que tout ce que nous avons décidé ensemble est de nature à rendre impossible un tel scandale. Mais je peux dire avec beaucoup de confiance que ce serait beaucoup, beaucoup, beaucoup plus difficile si les administrations fiscales remplissent les dispositions légales auxquelles elles sont maintenant tenues. Lorsque toutes ces législations seront mises en œuvre, il sera, je crois, beaucoup plus compliqué de faire ce type d'optimisation et de fraude fiscales en Europe et vous pouvez compter sur ma détermination et sur celle de la Commission pour s'en assurer.

Je crois aussi, comme toujours, qu'il faut se tourner vers les États membres parce que c'est à eux de faire respecter ces dispositions davantage que ne l'avaient été celles qui portaient sur l'échange d'informations spontanées à l'époque. Maintenant le spontané est automatique et donc obligatoire. Je compte vraiment sur les États membres, c'est la moindre des choses, pour se conformer à leurs obligations.

Markus Ferber, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Cum-Ex-Betrugsgeschäfte verlaufen nach einem Muster, das uns eigentlich sehr bekannt vorkommen muss. Es wird ein Steuerschlupfloch identifiziert, das problematisch ist und das umso leichter zu nutzen ist, je schlechter Steuerbehörden kommunizieren. Deswegen brauchen wir auch für die Kapitalertragsteuer und die Quellensteuer einen automatischen Informationsaustausch, wie wir ihn bereits – der Kommissar hat es angedeutet – bei der Körperschaftsteuer haben.

Ich hatte der Kommission schon im Frühjahr dieses Jahres vorgeschlagen, den bestehenden Mechanismus auf die Kapitalertragsteuer beziehungsweise die Quellensteuer auszudehnen. In der Antwort, die ich von Ihnen, Herr Kommissar, in einem Schreiben vom 5. Oktober dieses Jahres bekommen habe – es ist noch nicht sehr lange her –, schreiben Sie mir: „Dennoch kann ich feststellen, dass die durchgeführte Analyse keine Erweiterung des Geltungsbereichs der Steuersysteme für den automatischen Informationsaustausch rechtfertigt.“ Keine drei Wochen ist es her, dass Sie mir das geschrieben haben. Ich weiß nicht, was Sie analysiert haben, aber der Cum-Ex-Skandal rechtfertigt definitiv eine Ausdehnung des automatischen Informationsaustausches. Sie haben es ja selber gesagt, dann machen Sie es bitte auch!

Was ich hier feststelle, ist ja nicht nur, dass Probleme nicht erkannt werden. Schlimmer ist es, wenn man sich weigert, an der Lösung des Problems mitzuarbeiten. Das ist aber genau das, was Sie mir geschrieben haben. Mit dieser Haltung wiederholt die Kommission die Fehler, die auch in der Vergangenheit dafür gesorgt haben, dass multinationale Konzerne jahrelang die Körperschaftsteuersysteme der Mitgliedstaaten gegeneinander ausspielen konnten. Die Lernkurve der Kommission ist sehr, sehr flach.

Pervenche Berès, *au nom du groupe S&D*. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, il s'agit d'un débat exceptionnel pour un scandale fiscal qui, malheureusement, n'est pas exceptionnel.

Après l'évasion dans les paradis fiscaux, nous voici confrontés à une fraude de banques réclamant au fisc le remboursement d'impôts jamais payés.

Derrière tout cela, il faut peut-être engager de nouvelles réformes structurelles qui permettraient de surveiller la façon dont, dans certains États membres, des crédits d'impôts sur les dividendes sont distribués et sont à la base de cette fraude. Et puis, pourquoi ne pas l'admettre, la véritable transaction financière sur les opérations de haute fréquence aurait sans doute permis d'aller de l'avant contre une telle fraude, contre la manipulation des droits du titre dont on voit bien, ici aussi, un des impacts.

L'échange d'informations entre les administrations fiscales nationales est essentiel, vous l'avez dit, mais nous disons aussi que ces fraudes sont opérées au niveau européen. Nous devons donc y apporter une solution européenne. Il appartient aussi aux autorités de supervision européennes de trouver, conformément à leur mandat, les moyens d'agir dans ce domaine. C'est dans cet esprit que ce Parlement est déterminé à agir d'ici la fin de son mandat.

Petr Ježek, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, here we are once again discussing another unacceptable tax evasion scandal affecting a large number of countries. Even more damning is the fact that the German authorities stopped cum-ex trading in 2012 only for it to have reared its head again in Germany and other Member States. The role of the banking industry in facilitating this large-scale tax fraud emphasises the need to hold tax administrations, banks and others responsible to account.

The question is, why are the authorities not doing more to prevent this form of illegal tax evasion? And how is it that, every time these scandals are uncovered, it is left to investigative journalists to do all the work?

In the TAX3 Committee, we will pay the utmost attention to these revelations and continue to work to find solutions to ensure effective legislation, efficient implementation and robust enforcement of rules across the EU. In this latest scandal, it is estimated that taxpayers were swindled out of EUR 55 billion. This has to stop. Hard-working people are seeing their money disappear into black holes due to a combination of unscrupulous individuals and, at times, the incompetence of enforcement authorities. Citizens deserve better.

Sven Giegold, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Skandal ist aus doppelter Sicht unerträglich. Er ist unerträglich, weil es hier um sehr, sehr hohe finanzielle Verluste geht – mindestens 55 Mrd. Euro für die europäischen Steuerzahler, vermutlich noch viel mehr, ein Teil davon Betrug, ein anderer Teil vermutlich Steuervermeidung – und auch unerträglich, weil die Akteure, die hier die Integrität der europäischen Finanzmärkte aufs Spiel setzen, die Gleichen sind, die mit milliardenschweren Summen gerettet wurden, die öffentlich immer wieder erklärt haben, sie hätten jetzt verstanden und würden auf der Basis von Ethik handeln.

Deshalb ist dieser Steuerskandal in dieser Kombination ein echter Angriff auf die soziale Marktwirtschaft. Lieber Herr Kommissar und liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bürgerinnen und Bürger werden dem nicht mehr lange zusehen. Die werden irgendwann in noch größerer Zahl in die Hände von Populisten laufen, wenn sie nicht das Gefühl haben, dass der Staat, die Europäische Union, in der Lage ist, solchen Machenschaften wirklich das Handwerk zu legen.

Deshalb – Herr Kommissar und auch an den Rat – bitte ich, dass wir jetzt wirklich alle Maßnahmen ergreifen, die wir haben. Die europäischen Finanzaufsichtsbehörden können von uns genauso wie von Ihnen, Herr Kommissar, aufgefordert werden, nach Artikel 22 der Verordnung der Aufsichtsbehörden eine europäische Sonderuntersuchung einzuleiten. Auf der Basis dieser Untersuchung muss festgestellt werden: Welche Institute waren beteiligt, mit welchen Summen haben die gearbeitet, auf der Basis welcher Lizenzen? Da muss es Konsequenzen geben.

Im Übrigen schließe ich mich ausdrücklich der Forderung des Kollegen Ferber an, dass der automatische Informationsaustausch ausgeweitet wird auf die Kapitalertragsteuer. Herr Moscovici, ich hoffe, Sie werden diese beiden Dinge machen. Legen Sie diese Vorschläge vor!

Im Übrigen wäre es gut, wenn wir dann entsprechend andere Antworten bekommen als bisher, nämlich dass die EU-Kommission im Schreiben an das Journalistenkonsortium gesagt hat, sie sei nicht zuständig, das sei nationale Aufgabe. Nein, das ist eine europäische Aufgabe, Herr Kommissar.

Δημήτριος Παπαδημούλης, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL*. – Κυρία Πρόεδρε, κύριοι του Συμβουλίου και της Κομισιόν, το σκάνδαλο Cum Ex είναι ο ορισμός του οικονομικού εγκλήματος. Τουλάχιστον 55 δισεκατομμύρια ευρώ εκλάπησαν από το δημόσιο ταμείο από 11 τουλάχιστον κράτη μέλη. Ζήτησα χθες να κάνουμε τη συζήτηση αυτή επειγόντως στην ολομέλεια, γιατί για μια ακόμη φορά, κύριε Μοσκοβισί, οι ευρωπαϊκοί εποπτικοί μηχανισμοί πιάστηκαν στον ύπνο. Μετά τα Panama Papers και τα Paradise Papers, ένα ακόμη σκάνδαλο αποκαλύπτεται, όχι από τους ευρωπαϊκούς ελεγκτικούς μηχανισμούς, όχι από τους αρμόδιους θεσμούς, αλλά από τους whistleblowers και αυτή η παταγώδης αποτυχία, αυτό το φιάσκο, αλλά και η ένοχη πολιτική σιωπή που το συνοδεύει – όσα μας είπε το Συμβούλιο ένα μνημείο υποκρισίας και ένοχης πολιτικής σιωπής – δηλητηριάζει τη δημοκρατία και επιβαρύνει όλους τους πολίτες. Τι μας είπε το Συμβούλιο: «δεν το έχουμε συζητήσει μέχρι τώρα, δεν έχουμε δει τίποτα παράνομο». Αλήθεια; Έτσι απαντάτε στους πολίτες όταν αποκαλύπτεται ότι εκλάπησαν 55 δισεκατομμύρια ευρώ; Και ποιοι τα πλήρωσαν αυτά; Οι έντιμοι φορολογούμενοι, το δημόσιο ταμείο, το κοινωνικό κράτος, οι μικρομεσαίες επιχειρήσεις. Χρειαζόμαστε, λοιπόν, κοινή ευρωπαϊκή απάντηση που να κλείνει όλες τις τρύπες της νομοθεσίας, αυτόματη ανταλλαγή πληροφοριών, ισχυρότερα εργαλεία και κυρώσεις. Ολοκληρώνω, κύριε Πρόεδρε, η πολιτική σιωπή και απραξία συνιστά συνενοχή, γιατί αυτή η κραυγαλέα αδικία δηλητηριάζει τη δημοκρατία.

PRZEWODNICTWO: ZDZISŁAW KRASNODEBSKI*Wiceprzewodniczący*

Marco Valli, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, siamo di fronte a un altro grandissimo scandalo, paragonabile quasi a quello di qualche anno fa relativo alla frode Euribor causata alla società da parte di grandissime banche d'affari, le famose *too big to fail*, che abbiamo salvato con tanto denaro pubblico, come hanno detto anche altri colleghi qui, e molto spesso sono loro, in virtù di questa loro grandezza, a dettare le regole.

Ecco, la politica e l'Europa soprattutto, l'Unione europea, devono reagire fortemente su questo tema partendo da una più dura legislazione sullo scambio di informazioni, perché è impossibile che queste banche continuino a fare delle pratiche sia fraudolente che pseudolegali nella gestione delle loro pratiche fiscali, e su questo bisogna fare chiarezza. Per fare chiarezza l'unico modo è quello di fare trasparenza e per fare trasparenza serve un maggiore scambio di informazioni.

Su questo tema il mio movimento, il mio governo e il mio paese sono d'accordo nel fare di più.

Dariusz Rosati (PPE). – Mr President, so here we are again with another tax scandal on the agenda. After Panama, Bahama, Paradise football leagues and other revelations, we have a cum-ex scam that cost EU Member States almost EUR 50 billion. A network of equity traders, tax advisers, bankers, lawyers and investors has conspired to remove – or should I say steal – this amount of money from Member States' tax coffers. The cum-ex scheme had only one purpose: to grab tax reimbursement from the state – but for tax that had never been paid. The modalities are now very well known. We are all shocked by the amount of this monumental theft.

Mr President, we should be grateful to the group of journalists from Panorama and *die Zeit* for uncovering this malpractice. But should I ask: what about the law enforcement institutions? Where have they been when these criminal activities were taking place, and why was this kind of swindle at all possible in the EU in the first place? I am calling on this Parliament and on the Commission to take immediate steps in order to eliminate these malpractices.

Jeppe Kofod (S&D). – Mr President, I have to say, this cum-ex scandal is a true scandal of how you can do a robbery against our population, against our state coffers. Taxes that people have paid out of their hard work were stolen by people working in the biggest banks in Europe – lawyers, accountants, advisors. To me, this shows that we need really to do much more in Europe.

I want to use an example from this scandal. Germany already discovered, in 2012, that there was a cum-ex scandal. They even started to arrest people. But they didn't warn the other Member States on the list that they found among these fraudsters. They didn't warn Denmark, France and the other countries that they were the next in line. And now we have a bill of at least more than EUR 50 billion stolen from the population.

So what we need in the EU is a 112 number – an emergency number you can call when you see fraud in your Member State and have tax authorities and the police working together in a coordinated fashion, assisting Member States and stopping these fraudsters once and for all.

Martin Schirdewan (GUE/NGL). – Herr Präsident! Die europäischen Bürger sind es leid, dass die Staaten von betrügerischen Bänkern ihrer Steuereinnahmen beraubt werden. Die europäischen Bürger sind es aber ebenso leid, dass die Politik anscheinend machtlos danebensteht.

Diesmal handelt es sich also um 55 Mrd. Euro, die durch betrügerische Geschäfte in elf europäischen Staaten aus den öffentlichen Steuereinkäufen geraubt wurden. Diese 55 Mrd. fehlen in Kindergärten, in Schulen, in der Forschung und Entwicklung, aber auch in den sozialen Sicherheitssystemen. Das nenne ich Diebstahl an der Gesellschaft.

Skandalös bei dem neuerlichen Cum-Ex-Skandal ist auch, dass die deutsche Bundesregierung von diesen Vorgängen seit 2002 wusste, ihre Partner aber erst 2015 informiert haben soll. Dem Steuerdiebstahl durch Banker jahrelang zuzusehen, gleichzeitig aber einen knallharten Spar- und Kürzungspolitikkurs in Europa durchzusetzen, das ist mal ein sehr dialektisches Verhältnis zur europäischen Partnerschaft.

Unterbinden wir diese kriminellen und unmoralischen Geschäfte ein für alle Mal! Unterbinden wir steuergetriebene Aktiengeschäfte und schützen wir die Staatshaushalte vor den Gangstern in Nadelstreifen! Das erwarten die europäischen Bürger von uns.

Luděk Niedermayer (PPE). – Mr President, the tax system we are now using is maybe well suited for the middle of the last century. Since then the world has changed. It is smaller, it is quicker and it is virtual to some extent. States even now are slow to react to this situation. At best we are filling the holes and sometimes creating new ones. The cum-ex scandal is about sophisticated greedy people, about the bankers and the lawyers, and about victory over tax authorities equipped only with the data and sometimes slow. It is a very sad story and billions were lost. I hope this will finally help us to team up together and start to trim the tax system so that it reflects the reality of the 21st century. If not, our economy will be harmed and public confidence will be lost.

Evelyn Regner (S&D). – Herr Präsident, sehr geehrte Frau Staatssekretärin, sehr geehrter Herr Kommissar! Wir brauchen ein europäisches FBI gegen Finanzkriminalität. Wir brauchen eine europäische Lösung. Mehr Transparenz, ja, aber wir brauchen auch eine nationale Antwort, nämlich mehr Prüfer, mehr Unternehmenssteuerprüfer national. Vielfach haben nämlich sehr viele Staaten begonnen, hier ein bisschen schleißig zu werden und lasch zu werden und hier Personal abzubauen, statt es zu verstärken. Also mehr Rechtsregeln, aber vor allem auch mehr Umsetzung.

Ich muss zugeben, ich bin wirklich schockiert. Wir sind ja schon einiges gewohnt nach dem Panama-Untersuchungsausschuss und nach all den anderen Ausschüssen. Aber das ist noch einmal mehr oder weniger besonders heftiger Tobak. Es ist ein regelrechter Steuerraubskandal, Kriminalität in Nadelstreifen. Ich möchte ein kurzes Zitat von einer Sitzung der Cum-Ex-Spezialisten vorlesen: „Wer sich nicht damit identifizieren kann, dass weniger Kindergärten gebaut werden, weil wir solche Geschäfte machen, der ist hier falsch.“ Also, das ist dermaßen krank, dass wir als Gesetzgeber, dass der Rat, dass die Kommission gefordert sind, hier wesentlich engagierter und weitsichtiger zu sein. Also, ein europäisches FBI wäre angebracht.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL). – Señor presidente, en la economía de casino hay un dicho que dice que «la banca siempre gana». Desgraciadamente, parece que sea este el lema actual de la Unión Europea. ¿Cuánto tiempo vamos a tardar en pararle los pies a los bancos? Estamos viendo un auténtico fraude a la democracia.

En España, el Tribunal Supremo ha suspendido su propia sentencia, que obligaba a pagar a los bancos el impuesto sobre las hipotecas, aduciendo las graves consecuencias económicas y sociales que esto podía generar. ¿Atienden los bancos a las consecuencias sociales cuando saquean miles de millones de euros de las arcas públicas? ¿Cuando organizan sus cuentas para no declarar beneficios y no pagar impuestos? ¿Cuando desalojan a las familias de sus casas?

No podemos seguir permitiéndolo, señorías. A quien defrauda sistemáticamente a los ciudadanos se les debe retirar la licencia bancaria. El crédito debe pasar a ser un servicio público, con una banca bajo control social. Es el momento de poner normas para que esta vez, de una vez, quien gane sea la gente.

Othmar Karas (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, Frau Ratspräsidentin, meine Damen und Herren! Ja, es ist ein Skandal – wir kommen gar nicht mehr nach, in jeder Parlamentsdebatte einen neuen Steuerbetrug zu überprüfen, neu zu klären, zu überlegen, welcher Ausschuss – zum Glück haben wir den TAX-Ausschuss – diese files wieder betrachten soll.

Es handelt sich zweifelsohne um den größten Steuerbetrugsfall in der Geschichte. Elf Länder sind involviert. Um über 55 Mrd. Euro an Steuerzahlergeld wurde betrogen, wurde wieder weiterüberwiesen. Wir fordern daher sehr klar, dass auf der Basis einer umfassenden unabhängigen und grenzüberschreitenden Untersuchung alle Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden, dass alle Lücken und Unklarheiten innerhalb der nationalen Systeme beseitigt werden und die Kontrolle verschärft wird, dass die bestehenden europäischen Regelungen zum Informationsaustausch endlich auf die Kapitalertragsteuer ausgeweitet werden und dass es scharfe, abschreckende Sanktionsmechanismen gibt.

Wir müssen handeln, konkret handeln, nicht nur untersuchen und den Steuerbetrügern nachlaufen.

Miguel Viegas (GUE/NGL). – Senhor Presidente, este escândalo do Cum Ex, mais um, é absolutamente intolerável. São 55 mil milhões de euros que foram sonegados à administração pública e aos Estados nacionais, ou seja, ao mesmo tempo que os Estados nacionais caíam impiedosamente sobre os contribuintes com uma gigantesca carga de impostos para recapitalizar a banca, esta mesma banca engendrou esquemas de evasão fiscal com esta técnica de compra e recompra de ações para fugir ao pagamento de impostos sobre dividendos.

Este escândalo revela, mais uma vez, que um sério combate à fraude e evasão fiscal implica questionar, pôr em causa, duas vacas sagradas desta União Europeia: a banca privada que tem de ser controlada publicamente e a total liberalização do trânsito de capitais que tem de ser controlada.

Zgłoszenia z sali

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Jestem członkiem Komisji ds. Terroryzmu i muszę powiedzieć, że kwestie finansowe zajmują nam najwięcej czasu. Kwestie związane przede wszystkim z finansowaniem różnego rodzaju działań niezgodnych z prawem, zagrażających bezpieczeństwu obywateli Europy. Wśród nich są różne elementy. Są elementy tych dużych nominalów euro – 500 euro – banknotów nazywanych popularnie bin Ladenami, ale także oszustwa podatkowe, te o których mówimy przy tej okazji. Uważam, że wrażliwość instytucji europejskich w tej materii jest absolutnie niewystarczająca. Że bez względu na to, czy mówimy o takiej aferze czy o Vacie czy mówimy o podatkach szczególnych czy wyprowadzaniu środków finansowych z państw, gdzie są wypracowywane określone dobra, na przykład na Cypr czy do rajów podatkowych, jesteśmy cały czas nieskuteczni i – podkreślam – spóźnieni wobec różnych grup przestępczych. To absolutnie musi ulec zmianie.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, domnule comisar, stimăți colegi, cred că trebuie să mulțumim presei, pentru că multe din nereguli le descoperă presa și nu instituțiile abilitate. Domnule comisar, fraudă de zeci de miliarde lipsește din bugetul statelor membre, din bugetul Uniunii Europene și de la cetățeni, până la urmă. Ce își propune Comisia? Pentru că, câteodată Comisia stă și numără anumite acte legislative dintr-un singur stat și nu se concentrează pe piața internă, pe a fotografia ce se întâmplă în întreaga piață internă, în întreaga Uniune Europeană, pentru că evaziunea fiscală este transfrontalieră, sunt mecanisme foarte bine puse la punct. Și, deși avem Europol și foarte multe alte agenții de securitate și de verificare, nu se întâmplă nimic. Eu aș vrea să înțeleg în răspunsul dumneavoastră, domnule comisar, ce vă propuneți concret acum, pe această situație concretă – evaziune de peste 50 de miliarde – și ce mecanisme veți folosi în viitor să nu mai apară, să prevenim aceste lucruri.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, μετά τα Panama Papers, άλλο ένα σκάνδαλο, το σκάνδαλο Cum Ex. Σκάνδαλο φοροδιαφυγής, φοροαποφυγής, κλοπή 55 δισεκατομμυρίων ευρώ από τα δημόσια ταμεία. Δεν πλήρωσαν φόρους εύποροι φορολογούμενοι, μεγαλοεπενδυτές, μεγάλες τράπεζες, τράπεζες οι οποίες διασώθηκαν με τα χρήματα των φορολογουμένων στους οποίους οι κυβερνήσεις επέβαλλαν φόρους προκειμένου να σώσουν τις τράπεζες. Είχαμε βραχυχρόνια μεταβίβαση τίτλων, προκειμένου να υπάρχουν φορολογικές ελαφρύνσεις επί των μερισμάτων. Τα μέτρα που απαιτούνται να ληφθούν είναι οπωσδήποτε διαφάνεια, ανταλλαγή στοιχείων σε ευρωπαϊκό επίπεδο, και κυρίως η θεσμοθέτηση μιας ευρωπαϊκής Glass-Steagall Act για τον διαχωρισμό των εμπορικών δραστηριοτήτων των τραπεζών από τις επενδυτικές δραστηριότητες, διότι μόνο με μια νέα ευρωπαϊκή Glass-Steagall Act μπορούμε να περιορίσουμε τις απάτες τέτοιου τύπου.

Ernest Urtasun (Verts/ALE). – Señor presidente, un escándalo más que se añade a los muchos que han salido. Este es gordo: de aproximadamente 55 000 millones de euros de fraude a los Ministerios de Hacienda. No puede ser considerado una cuestión de fraude exclusivamente nacional porque hay claramente elementos transfronterizos; y es especialmente escandaloso porque ese se produjo en plena época de austeridad en Europa y se siguieron produciendo otros incluso después de los grandes escándalos financieros de 2007 y 2008: bancos que reclamaban la devolución de impuestos que jamás habían pagado. Esto es totalmente intolerable.

Entonces, tenemos que ver cómo afrontamos eso a nivel europeo, porque uno de los grandes problemas es que los Ministerios de Hacienda nacionales no se coordinan lo suficiente para dar una respuesta a este fenómeno. Por lo tanto, el intercambio automático de información es imprescindible, la revisión de las Directivas sobre cooperación administrativa es imprescindible y —como señalaba mi colega Sven Giegold— se debe recurrir al artículo 22 del Reglamento relativo a la Autoridad Europea de Supervisión para así iniciar una investigación paneuropea sobre este crimen financiero.

Marek Jurek (ECR). – Panie Przewodniczący, Panie i Panowie Posłowie! Przed chwilą takie elegijne na temat ostatnich planów przemówienie wygłaszał przewodniczący Timmermans. A ja mam znowu *déjà vu*, jak słucham naszej dzisiejszej debaty. Przypomina mi się początek naszej kadencji – afera luksemburska, wtedy też mówiliśmy o tym, jak państwo państwom wyciąga pieniądze z budżetu. I naprawdę zastanówmy się wszyscy, czy nasza ówczesna tolerancja nie jest przyczyną tego, że dzisiaj o podobnym temacie musimy rozmawiać. To wcale nie jest temat nowy. To po pierwsze, dlatego, że o CumEx pisano już wiele, wiele miesięcy, a nawet więcej temu. Po drugie, to nie jest tylko sprawa skrzywdzonych ludzi, ograniczonych funkcji budżetowych państwa, ale to jest sprawa funkcjonowania samej demokracji. Dlatego, że instytut Lobby Control, prestiżowy instytut niemiecki, pisał o tym, w jaki sposób wyglądały zaniechania państwa niemieckiego w stosunku do walki z takimi rzeczami. Więc naprawdę – jak szukamy miejsc, gdzie źle funkcjonuje demokracja, to najlepiej zaczniemy od góry.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Pierre Moscovici, Membre de la Commission. – Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, vos échanges de cet après-midi montrent que nous partageons tous trois sentiments.

D'abord, une indignation légitime face à ces nouvelles révélations. Ce sont des pratiques – plusieurs l'ont dit – intolérables qui doivent absolument cesser.

Ensuite, une reconnaissance sincère et profonde envers les journalistes. C'est une preuve de plus que la presse d'investigation est un pilier essentiel d'une démocratie réelle et vivante et c'est le rappel que personne ne doit s'attaquer, en quoi que ce soit, à la liberté de la presse.

Enfin, notre détermination commune à agir, c'est aussi une manière de rendre hommage au travail de ces journalistes. À ce propos, permettez-moi de corriger ce qui peut apparaître comme une fausse impression: non, la répétition des scandales n'est pas le signe de notre impuissance. Il y a toujours un décalage temporel entre ce qui est révélé et l'état du droit. L'action commune que nous menons de façon continue ces dernières années n'est pas vaine, mais c'est la course perpétuelle. C'est une vieille histoire entre le gendarme et le voleur. Notre combat contre la fraude fiscale ne sera en vérité jamais fini car comme je l'ai dit, l'imagination des fraudeurs est sans limite et les possibilités offertes par la technologie doivent aussi être explorées.

Ces révélations montrent ainsi que les fraudeurs ont su parfaitement tirer profit des législations qui diffèrent entre les États, du manque d'information entre eux et des dispositions spécifiques des conventions bilatérales. À partir de ce moment-là, les enseignements que nous devons en tirer, nous les décideurs politiques publics, c'est qu'il faut tout simplement en finir avec les approches purement nationales, parcellaires, car cela ne fonctionne pas. Nous sommes face à des mécanismes internationaux, européens et la réponse doit être évidemment internationale et européenne.

Je tiens à préciser que nous avons maintenant en place des règles et des outils qui permettent aux États d'alerter leurs homologues en cas de fraude. Ce n'est d'ailleurs pas une question de moyens, c'est une question de volonté et d'attitude. Les États membres doivent comprendre que l'administration fiscale est un espace de plus en plus européenisé. Je veillerai à ce que ce message soit transmis aux chefs des administrations fiscales lors de leur prochaine réunion à Bruxelles. J'ai déjà eu souvent l'occasion de le dire dans cette enceinte: pour être réelle, la souveraineté fiscale doit être exercée en commun, au niveau européen, sinon nous sommes démunis face à ces phénomènes qui sont pour beaucoup des phénomènes transfrontaliers.

Je sais que ce changement de paradigme est difficile pour tous, à commencer par les États membres, surtout en matière de fiscalité car ils considèrent – on le sait – que c'est un des attributs essentiels de leur pouvoir régalien. Mais il ne s'agit pas de renoncer à cette souveraineté, il s'agit de l'exercer en commun au niveau européen pour œuvrer en faveur de l'intérêt général de l'Union européenne. Il s'agit de décider d'une approche collective qui est la seule qui soit à même d'offrir une réponse à la hauteur de l'ingéniosité, encore une fois très grande, des fraudeurs. Avec une politique fiscale coordonnée, finis les trous dans nos législations fiscales et finies, donc, les opportunités de fraude. C'est bien cette idée que je porterai quand je présenterai en début d'année prochaine des propositions pour le passage à la majorité qualifiée en matière fiscale. Il est plus que temps d'engager le débat avec les États membres.

Plusieurs questions m'ont été adressées sur la possibilité d'étendre l'échange d'informations automatique aux dividendes. Je pense en effet que c'est une perspective qui mérite d'être explorée. Reconnaissons toutefois qu'à ce stade où nous sommes de votre mandat au Parlement européen et du nôtre à la Commission, c'est quelque chose qui devra être creusé davantage dans le temps. Mais je veux vous dire que nous avons déjà beaucoup étendu cet échange d'informations, que beaucoup d'États membres n'utilisent pas les informations qu'ils reçoivent des autres États et qu'il est important, voire fondamental de mettre en place ce qui est déjà adopté. Je ne renie pas les responsabilités de la Commission, et à la fois le travail du Parlement, le travail des journalistes, le changement d'esprit sur la scène internationale, nous ont donné ensemble de formidables opportunités pour avancer. Mais tout de même, je le dis, notamment à M. Giegold, j'en appelle encore et toujours aux États membres. Leur responsabilité dans la mise en œuvre de ce que nous avons décidé, y compris dans l'achèvement de ce qui est déjà proposé – comme le projet ACCIS (assiette commune consolidée pour l'impôt des sociétés) ou la fiscalité du numérique – est absolument majeure. Majorité qualifiée ou pas, ils ont une responsabilité. À nous, institutions qui incarnons l'intérêt général, de le leur rappeler, et je le fais au Conseil. J'espère que sous la présidence autrichienne, qui est très active sur ces sujets, notamment sur l'ACCIS et sur la fiscalité du numérique, nous aurons de derniers résultats au cours de ce semestre, parce qu'ensuite il sera trop tard. Donc, j'encourage la présidence autrichienne à continuer ses efforts pour que nous puissions marquer ces progrès tant attendus par vous, Mesdames et Messieurs les parlementaires, mais en réalité, surtout par les citoyens européens.

Karoline Edtstadler, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, I have listened carefully to your comments and to the concerns raised. And yes, you are completely right. We are aware of the seriousness of the affair, its possible repercussions and the financial impacts for the institutions involved. I can only second what the Commissioner said and confirm that the Presidency stands ready to look further into the issue. And thank you, Commissioner, for the encouragement. We are really doing a lot and trying our utmost to reach good results under our Presidency on all points, not least in the matter that you have mentioned.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się podczas jednej z kolejnych sesji miesięcznych.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Miguel Viegas (GUE/NGL), por escrito. – Este escândalo do CumEx, mais um, é a todos os títulos intolerável. Foram 55 mil milhões de euros sonegados às administrações fiscais entre 2012 e 2015. Ou seja, ao mesmo que os governos da UE caíam de forma impiedosa sobre os contribuintes para recapitalizar a banca, esta mesma banca andava a criar esquemas de evasão fiscal com trocas de ações com não residentes, por forma a evitar a tributação dos dividendos. Este caso revela, mais uma vez, o que defendemos há muito. Um verdadeiro combate à fraude e evasão fiscal implica forçosamente questionar e mexer em duas vacas sagradas desta união Europeia: o sistema financeiro e a livre circulação de capitais. Neste sentido, o controlo público sobre a banca e controlo sobre os movimentos de capitais assume, hoje, plena atualidade.

14. Die Tötung des Journalisten Jamal Khashoggi im saudi-arabischen Konsulat in Istanbul (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dziennego jest oświadczenie wiceprzewodniczącej Komisji / wysokiego przedstawiciela Unii do spraw zagranicznych i polityki bezpieczeństwa w sprawie zabójstwa saudyjskiego dziennikarza Jamala Khashoggiego w konsulacie Arabii Saudyjskiej w Stambule (2018/2885(RSP)).

Federica Mogherini, Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Mr President, I would like to thank all the honourable Members for having decided to put this issue on the agenda of your plenary today. I think it is extremely important for Parliament to have its voice heard on this.

Let me start by saying something basic and very clear that I think we have to start from, namely that a crime against one journalist, wherever in the world, is a crime against freedom of speech and freedom of information. As such, I would say it is a crime against our societies everywhere in the world, our way of life, in particular in Europe, our principles and our values. It's a crime against all of us.

Three weeks after the disappearance of Jamal Khashoggi, we now know that he was killed in the Saudi Consulate in Istanbul. Saudi Arabia has now arrested a number of officials in connection with the case, yet too many details about what happened to the journalist are still missing. The confirmation of his death is a first step towards the truth and towards accountability, but the explanations offered so far by the Saudi authorities leave many doubts and many unanswered questions.

From day one, we have been asking Saudi Arabia to shed light on the events of 2 October through a full, credible, transparent and prompt investigation. We expect the Saudi institutions to provide all the information they have about the case and to ensure that those responsible are brought to justice. Last week, the Foreign Affairs Council – all 28 - Foreign Ministers of the EU Member States – agreed to demand, united, a credible and transparent investigation. Together with the Foreign Ministers of the countries of the G7, we have coordinated our approach, first asking for a credible investigation and, right now at this moment, working on further statements and steps to be taken together.

Just a few days ago, I expressed once again, on behalf of the whole European Union and of all our Member States, our expectation for clarity and full accountability. We have also asked Saudi Arabia for full collaboration with the Turkish authorities. We hope that everyone will work towards the goal of establishing the facts. This is the starting point. The investigation must be driven by the search for the truth, and not by geopolitics.

We will not merely wait for more clarity or ask for it: we will also continue to act, together with our partners, for achieving clarity. The European Union's reaction from now on will depend on the next steps taken by the Saudi authorities. We will continue, first of all, to coordinate among ourselves, with united European Union positions, but we will also continue to coordinate with our partners around the world and continue to follow the case and work to coordinate the appropriate reaction. As I said, this will have to be a united one at European level and together with our international partners.

The Saudi leadership has promised ambitious reforms for the country. The way this investigation is managed is a very important test in terms of free speech, human rights and the rule of law for all the people of Saudi Arabia. Just a few months ago, our staff at the External Action Service in Brussels welcomed Jamal Khashoggi for a conference on Saudi Arabia and on the situation in the region. We engaged with him on several occasions as a credible and authoritative voice in the debate about his country and the Middle East. In his last op-ed, which was published after his death, he asked for a free and independent platform for Arab voices. Through the years we, as the European Union, have worked precisely to support young and independent Arab voices. We have trained young Arab journalists, we have financed

independent media and we have engaged in policy dialogues through initiatives such as Young Mediterranean Voices.

Free speech lies at the core of our values and it will continue to be the basis for our foreign policy. We believe that national interest can never be a justification for curbing freedom of speech. On the contrary, when basic human rights are violated, our countries get weaker. I think this is the voice that needs to be heard at this point in history from the European Union and from this Parliament, united. It's a point of strength to respect and protect human rights, starting with freedom of speech. It's not a point of weakness. It's a point of strength of our societies.

(Applause)

When fundamental freedoms come under attack there can be no peace, no security and no human development. Repression makes states and societies weaker and not stronger. Jamal Khashoggi had always advocated not only free speech, but also greater tolerance and respect for diversity. Reading some of his words today is quite painful, thinking of the way in which the story ended, but the best way we have to honour his memory is to be firm and determined in asking for the truth and working for the truth – not only for the truth, but also for accountability, which is different both from scapegoating and from revenge.

It is important for us to say this now. We will not only ask for justice, but we will also keep working for justice, for free speech and human rights in Saudi Arabia, in the region – in the whole region of the Gulf – and everywhere in the world.

(Applause)

Tunne Kelam, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, one of the most influential Saudi journalists residing in the US has been killed, in all likelihood brutally murdered. It was a flagrant attack against independent journalism. A week ago the British Times newspaper concluded that it was worse than a murder, it was a mistake. After hiding two weeks behind lies and disinformation, the Saudi Foreign Minister finally admitted that yes, it was a tremendous mistake. While the whole truth has still to be fully revealed, at this moment it is practically impossible to believe that the Saudi Crown Prince was not informed of the murderers' plan. Stopping arms sales to this country, at least on a temporary basis, is absolutely needed.

The moral we cannot escape is the following: in autocratic systems, even under the so-called modern reformers, worse things can still happen. Real reforms can succeed only under democratic transparency and control. A critical Khashoggi could have been an integral part of credible reforms in Saudi Arabia. Instead, he has been brutally cast overboard. Therefore, the democratic world has to reject strongly and unconditionally such behaviour. Saudi Arabia must pay a high price for the tremendous mistake of its present leaders or middlemen.

Victor Boştinaru, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, I trust we all share today the dismay and outrage towards the killing of Jamal Khashoggi. 'Killing' – I don't know whether this is the most appropriate wording to define the crime committed in Istanbul and the horrific manner in which it appears the prominent journalist and opponent has been tortured, murdered and dismembered by agents close to the Saudi regime. This is an unprecedented crime and case in the history of the world, at least since the Second World War. Never, never have we seen such a case!

I also feel the need to emphasise that this is one of a long series of human rights violations and widespread crackdowns by the autocratic and discriminatory regime on prominent activists – journalists and writers, lawyers and human rights defenders – oppression that has intensified since 2017.

Finally, I would like to insist on what are probably the two most important points. First, the explanations given by Riyadh are insufficient and absolutely not credible. They are mostly a whitewash of an appalling and flagrant assassination and violation of human rights, and of diplomatic and consular law.

The second: these events ask for a collective, clear and loud response that goes beyond the short-lived international uproar. It is time to reconsider western relations with the Kingdom. Whereas I can only welcome the position of some Member States, as well as economic actors and international organisations, to boycott today's future investment initiative in Riyadh, what is key is to have real measures to target those responsible beyond the number of operatives which were acting in Istanbul. We will invite all EU Member States to reconsider the export of arms to Saudi Arabia.

Charles Tannock, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, High Representative, as ever more gruesome details emerge surrounding the brutal murder of the Saudi dissident and journalist Jamal Khashoggi, the more obvious become the inconsistencies and, basically, the cover-ups in the explanations given by the Saudi authorities. News sources are now reporting that dismembered body parts belonging to Khashoggi have been found, supporting the Turkish claims and their narrative of the events.

Clearly, there is more to come and an international investigation into the case is urgently needed, as called for by France, the UK and Germany. I also note the comments made by the British Foreign Secretary in which, pending the investigation, a UK arms embargo has not been excluded. I note also the temporary one already imposed by Germany, much to its credit.

We in the West had welcomed some of the recent reforms led by Crown Prince Mohammed bin Salman, in a country more often known for its internal social repression and global export of Wahhabi Salafism. However, we have also witnessed a young despot consolidating his power at home and intervening more widely and aggressively abroad, from the Saudi blockade of Qatar and the atrocious bombing campaign in Yemen to the support for jihadists in Syria.

The brazenness and the location of Khashoggi's murder are, however, without precedent, and the use of torture crosses the line which makes this an international crime under the Torture Convention of 1987.

Pragmatism, driven by commercial ties, has been the watchword for relations between Saudi Arabia and the West for many decades. It is time now for our common EU values and fundamental human rights also to reassert themselves.

Marietje Schaake, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, the revelations about the brutal murder of Saudi journalist Jamal Khashoggi demand European action so that perpetrators will be held to account. Additionally, a regime that lies and deceives the international community cannot be trusted to handle war weapons. I applaud Chancellor Merkel's expressions towards an embargo, but I wish it had been an EU initiative from the beginning. We've called for this in this House four times. Unfortunately, our friends in the EPP and the ECR have always been very reluctant to condemn the human rights violations in Saudi Arabia.

Some see the murder of Mr Khashoggi as a tipping point, but I see it as the cumulation of inaction when the human rights of the Saudi people were violated over and over again. Sakharov Prize winner Raif Badawi continues to suffer in prison and has been flogged for expressing himself. The 50 out of 1 000 lashes administered almost killed him already. Women's rights activists are facing life sentences, and the kind of intimidation that we see here cannot be masked by the long-awaited so-called freedom for women to drive cars. And many human rights defenders such as Manal al-Sharif have had to flee Saudi Arabia already. The kingdom decapitates people with swords on public squares as a common form of capital punishment – around 150 people a year. Homosexuality is punishable by the death sentence, and so is atheism.

We now need human rights sanctions, including a ban on the export of surveillance systems used to track and trace dissidents, and I hope this House will support a strongly-worded resolution.

While the Khashoggi case is a game-changer, it would be a mistake to limit the lessons learned only to this specific case. The Khashoggi case is not only a murder, but I fear it turns out to be a suicide.

Barbara Lochbihler, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident! Die Erklärungen der saudischen Regierung zur Tötung des Journalisten Khashoggi sind völlig unzureichend. Daher begrüße ich es, dass Sie, Frau Mogherini, umfassende und transparente Ermittlungen eingefordert haben. Bei Appellen alleine darf es aber nicht bleiben. Die Tötung Khashoggis ist ein Ergebnis der Zero-Toleranz-Politik des saudischen Herrscherhauses gegenüber seinen Kritikern. Der Sacharow-Preisträger Raif Badawi und zahlreiche andere gewaltlose politische Gefangene sitzen aufgrund von kritischen Meinungsäußerungen seit Jahren im Gefängnis. Sie müssen unverzüglich freigelassen werden.

Wir dürfen nach dem gewaltsamen Tod von Khashoggi nicht zur Tagesordnung übergehen. Das Europäische Parlament hat bereits mehrfach ein Waffenexportverbot gefordert. Wir müssen verhindern, dass Waffen aus Europa bei Kriegsverbrechen im Jemen zum Einsatz kommen. Alle EU-Mitgliedstaaten müssen endlich Konsequenzen ziehen und ein Waffenembargo gegen Saudi-Arabien nicht nur ankündigen, sondern auch durchsetzen.

Ángela Vallina, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor presidente, este brutal crimen ha hecho que a algunos se les haya caído la venda de los ojos. Pero no, no ha sido un error ni un caso aislado: ha sido un crimen planificado a sangre fría de los muchos que comete Arabia Saudí en sus fronteras.

Fustigaciones, amputaciones, decapitaciones, lapidación, sumisión de la mujer, menores condenados a muerte, por no hablar de las miles de muertes de civiles en Yemen. Arabia Saudí es un régimen feudal, criminal, que piensa que con su dinero puede comprar las voluntades de toda la comunidad internacional y, hasta ahora, la experiencia, desde luego, le da la razón.

Señora Mogherini, ante este despiadado asesinato, ante el genocidio del pueblo yemení, escuche de una vez a este Parlamento, que la ha instado varias veces al embargo de la venta de armas a Arabia Saudí. No finja que se cree las versiones contradictorias ni las múltiples mentiras de Arabia Saudí. Sea valiente, promueva de una vez el embargo europeo a la venta de armas. Dejen el doble rasero. Con hechos y no con palabras, aún podríamos pensar que esta Unión defiende y protege los derechos humanos; si no, ya lo dijo nuestro gran Quevedo: «Poderoso caballero es don Dinero».

Fabio Massimo Castaldo, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, gentile Alto rappresentante, l'episodio Khashoggi è una doccia gelata per tutti coloro che vedevano in Mohammad Bin Salman la speranza di una nuova Arabia Saudita, riformista e più rispettosa dei diritti umani, nonostante fosse già chiaro da tempo che il principe mirasse più a un *restyling* cosmetico che di sostanza.

Ricostruire cosa sia esattamente accaduto il 2 ottobre è difficile. L'unico fatto sicuro è che Khashoggi è entrato nel consolato saudita e non ne è mai uscito vivo, probabilmente ne è uscito piuttosto in pezzi, in una valigetta.

È iniziato subito il solito balletto delle dichiarazioni. L'ultima versione è che si è trattato di un'operazione «canaglia» condotta dai servizi segreti senza che, ovviamente, il principe Salman e i vertici dell'*intelligence* ne fossero al corrente. La verità, l'abbiamo intuita tutti fin dall'inizio.

Mai come oggi serve un segnale forte da parte nostra, perché in mezzo a tanti dubbi una sola cosa è chiara: Khashoggi è stato ucciso anche perché i responsabili credevano di poterlo fare impunemente. Schiacciare il dissenso interno funziona meglio quando è accompagnato dal silenzio assordante che viene dall'esterno, il che, nei fatti, rende complice chi non osa protestare.

Quello di Khashoggi non è infatti un caso isolato ma un vero e proprio *modus operandi* nei confronti dei dissidenti. Rapimenti, uccisioni extragiudiziali, sparizioni forzate e campagne di diffamazione feroci sono pratica tristemente comune.

Nonostante tutto questo l'Arabia Saudita siede inspiegabilmente nel Consiglio dei diritti umani dell'ONU. Anche in un mondo di maschere e di ipocrisia, come ormai è diventato il nostro – in altre circostanze farebbero sorridere i rimproveri turchi a Riyadh – deve esserci un limite. Il re, o meglio il principe, ormai è nudo. Nel regno saudita non cade foglia senza che lui ne sia pienamente informato.

Quale sarà la nostra risposta? Ci trincereremo ancora una volta dietro la falsa indignazione, un bisbiglio in una tempesta, salvo tornare in breve tempo al *business as usual*? Quanti altri Khashoggi, quanti altri Badawi ancora dovremo tollerare? Finché regnerà l'impunità, finché il *business* dei contratti multimilionari trionferà sui diritti avremo casi come quello di Khashoggi.

Tanti di voi si indignano solo oggi, ma noi lo diciamo da sempre: è ora di implementare un *ban* totale dell'export di armi europee. È ora di sanzioni adeguate per i responsabili. È ora di smettere di essere complici di questo regime.

Mario Borghezio, a nome del gruppo ENF. – (inizio del discorso senza microfono) ... un po' pelosa, un po' dubbia quando si pensa di fare di questo come un unicum, basti pensare al KGB, basti pensare a quello che succede agli oppositori in Cina, in Iran, e poi vedere – premesso che evidentemente anche noi condanniamo questo delitto – vedere da parte dell'Occidente, e dell'Europa in particolare, considerare il pubblico ministero delle democrazie europee quell'Erdogan che tiene in prigione oltre 300 giornalisti. La vostra amica Turchia è la capitale mondiale delle prigioni dei giornalisti: 5 condannati all'ergastolo, 3 000 privati del diritto di lavorare nella loro professione.

Allora cerchiamola questa verità, sono d'accordo con l'Alto rappresentante, ma cerchiamola in tutte le direzioni. Diciamo la verità completa, per esempio che questo giornalista non è il Regeni della situazione: era un uomo che, dal suo punto di vista legittimamente, sosteneva il Qatar, sosteneva i Fratelli musulmani, che non sono proprio un'organizzazione democratica.

E allora andiamo avanti, facciamo chiarezza e domandiamoci chi sia magari la vittima politica di questo attacco, magari quello che voleva riformare a suo modo la situazione interna dell'Arabia Saudita e magari gli interessi petroliferi molto concreti.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η Σαουδική Αραβία είναι μία χώρα η οποία παραβιάζει τα ανθρώπινα δικαιώματα και εκδικείται με σκληρό τρόπο τους υπερασπιστές τους, αλλά και όσους την επικρίνουν. Υπ' αυτή την προϋπόθεση, η δολοφονία του Κασόγκι θα μπορούσε να ενταχθεί σε αυτή την πραγματικότητα, εάν δεν υπήρχαν οι ειδικοί δεσμοί του ανθρώπου αυτού με τις Ηνωμένες Πολιτείες. Οπότε γίνονται τα εξής ερωτήματα: Γιατί διέταξε το σαουδικό κράτος τη δολοφονία του Κασόγκι; Ήταν ο Κασόγκι ένας απλός επικριτής της κυβέρνησεως της χώρας του ή ήξερε και άλλες πληροφορίες που υπήρχε το ενδεχόμενο να τις αποκαλύψει; Επίσης, οι μυστικές υπηρεσίες των Ηνωμένων Πολιτειών ήξεραν για τη δολοφονία του Κασόγκι και, αν ναι, γιατί δεν τον ειδοποιούσαν;

Εκείνο που έχει σημασία είναι ότι τα ερωτήματα αυτά δεν πρόκειται να απαντηθούν, διότι οι Ηνωμένες Πολιτείες με τη Σαουδική Αραβία έχουν ιδιαίτερους δεσμούς, και οικονομικούς και στρατιωτικούς. Πρόσφατα έχει υπογραφεί μια σύμβαση για αγορά στρατιωτικού υλικού αξίας 110 δισεκατομμυρίων δολαρίων. Άρα, λοιπόν, το πιθανότερο είναι η υπόθεση Κασόγκι να τοποθετηθεί στο αρχείο, διότι οι Ηνωμένες Πολιτείες χρησιμοποιούν τη Σαουδική Αραβία και εναντίον του Ιράν και εναντίον της τρομοκρατίας.

José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra (PPE). – Señor presidente, señora alta representante, señorías, sobre la base de los principios que profesamos, tenemos que expresar nuestra más enérgica condena por la muerte del periodista Yamal Jashogui y pedir, como ha hecho la alta representante, una investigación creíble que ponga a los responsables a disposición de la justicia.

Este crimen, por sus circunstancias, puede realmente comprometer la credibilidad del proceso reformista y tener consecuencias impredecibles en el orden internacional. Arabia Saudita es el principal productor de crudo del mundo, principal socio de los Estados Unidos, socio de la Unión en el marco del Consejo de Cooperación del Golfo, y un actor insoslayable en la ya muy inflamable situación que se vive en la región: las guerras de Siria y Yemen, la división en el Consejo de Cooperación del Golfo y, al mismo tiempo, la peor situación desde hace muchos años en el proceso de paz de Oriente Medio.

Debemos apoyar a la alta representante para dar una respuesta coordinada a la crisis de la región, sobre la base de nuestros principios, y evitar con inteligencia que Rusia, que vende 3 200 millones de dólares en armas, sea ya no solo el principal valedor de Siria e Irán, sino que se convierta en el socio o el actor hegemónico en la región.

Elena Valenciano (S&D). – Señor presidente, la verdad es que es muy duro hablar en esta casa de un crimen tan escabroso —según la policía, un asesinato autorizado; tal vez un crimen de Estado—, pero nuestra misión es política. Podríamos decir que Jashogui es una más de las víctimas de esa monarquía medieval saudí que persigue y ejecuta a los disidentes. La que aún no ha liberado a nuestro premio Sájarov.

Pero lo que pasa es que Jashogui se ha convertido en la víctima que ha puesto en evidencia que lo que tiene que cambiar es el juego de tronos y clanes entre Arabia Saudí y los países occidentales; por supuesto que las sanciones y dejar de vender a Arabia Saudí son siempre gestos políticos significativos, pero, por esa vía, no hemos conseguido parar la masacre en Yemen.

Sabemos que la respuesta verdaderamente eficaz consiste en restaurar la legitimidad y la fuerza del orden internacional frente a los abusos y las agresiones, vengan de donde vengan, y ese debería ser el esfuerzo de todas las potencias y de todos los países europeos: hacer un frente común —como ha dicho la alta representante— para mostrar firmeza ante los responsables de los crímenes contra la humanidad en Arabia Saudí, y en Yemen y en Siria y en Libia.

Debemos instar al secretario general de las Naciones Unidas a que lidere una investigación internacional rápida, independiente y eficaz. Los Estados Unidos también deberían participar en ese esfuerzo. Es una buena oportunidad para su propia política exterior, tan alejada en este momento de los valores universales. Toda la política de la Unión Europea debe dirigirse a reconstruir la fuerza del Derecho internacional. Apoyamos decididamente las gestiones de la alta representante.

Bas Belder (ECR). – Voorzitter, de scene is werkelijk grotesk. In een land waar de pers op allerlei wijze monddood wordt gemaakt, gebeurt dat gewelddadig met een Saoedische journalist. Echter wat weet de Turkse overheid precies over de volstrekt abjecte – laat er geen twijfel over bestaan – over de volstrekt abjecte moord op Khashoggi? Deze cruciale vraag heeft president Erdoğan ook vandaag weer niet beantwoord. Intussen struikelen media en politici in Europa al dagen over elkaar in het afroepen van strafsancities contra de dader, het regime in Riyad.

Een verantwoorde afweging van de geopolitieke en economische effecten van de Europese strafmaatregelen is hierbij dringend geboden. Verdergaande implosie van het Midden-Oosten dient te worden voorkomen. Dat wil ik onderstrepen. Dat gevaar, dat zag wijlen Jamal Khashoggi als overtuigd islamist en geestverwant van de Moslimbroeders – zie zijn schrijfsels, die ik heb bestudeerd – absoluut niet. Dat zag hij anders en met deze politieke agenda diende hij de *Washington Post* als columnist. Hoe was het mogelijk – vraag ik me af als oud-journalist – een boezemvriend van wijlen Osama bin Laden op je pagina's.

Bodil Valero (Verts/ALE). – Herr talman! Vad vi hittills fått veta om omständigheterna i fallet med den mördade saudiska journalisten Jamal Khashoggi är fruktansvärt – och det är mycket sällan jag håller med Turkiets president, som ju inte har ett gott rykte när det gäller mänskliga rättigheter. Men i detta fall vill jag också understryka att det inte är tillräckligt att lägga skulden på de säkerhetsmän som utförde mordet. Någon eller några planerade, någon beordrade. Det krävs en oberoende och rättvis utredning.

Mina tankar om Saudiarabiens respekt för medborgarnas mänskliga rättigheter har aldrig varit höga men nu har sauderna gått över alla gränser. Det är skrämmande att det är ett land som många EU-länder har nära band till, inte minst på grund av vapenexporten. Jag vill påstå att all försäljning till Saudi i det här läget strider mot våra gemensamma regler. Här i parlamentet har vi upprepade gånger begärt ett vapenembargo mot Saudiarabien. Det hedrar fru Merkel att hon vill stoppa tysk export, men det är dags för fler att ta efter. Och det är dags att förverkliga embargot, fru Mogherini. Allt annat vore faktiskt skamligt.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL). – Monsieur le Président, l'assassinat ignoble du journaliste Jamal Khashoggi devrait enfin permettre que l'on cesse de fermer les yeux sur la barbarie du régime de Riyad.

Quand on vous écoute Madame Mogherini, on a des doutes. Ne soyons pas dupes des intentions de la Turquie qui, soudain, devient défenseur de la liberté d'expression.

Il a fallu trois semaines pour que le régime saoudien avoue que le journaliste était bien mort dans les locaux de son ambassade – passons sur les différentes versions, évolutions et informations.

18 personnes auraient été arrêtées, plusieurs proches du prince héritier destitués pour une simple rixe qui a mal tourné. On va faire payer les lampistes ou plutôt ceux qui ont eu le tort de se faire prendre. Mais qui est le donneur d'ordre? L'Escadron du tigre est-il une réalité? À qui obéit-il?

Oui, il faut une enquête, mais indépendante, internationale, sous l'égide de l'ONU et il faut rompre les relations avec ce régime qui réprime, y compris dans le sang, ses opposants et finance le terrorisme international et, surtout, oui, il faut arrêter de leur vendre des armes au mépris du droit international.

Ignazio Corrao (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Alto rappresentante, la storia di Khashoggi potrebbe essere la trama di una *spy story*, oppure di una pellicola *pulp*: è una storia ambientata in un consolato, in cui il protagonista viene fatto a pezzi, in cui intervengono travestimenti di sosia, agenti segreti ed esperti di autopsia che vivisezionano con segaossa.

Purtroppo però non stiamo parlando di finzione hollywoodiana ma della tristissima realtà. Sì, perché in questa vicenda purtroppo reale è la vittima, reale è il dolore dei familiari, a cui rivolgiamo le nostre condoglianze, e reali sono i mandanti.

Fittizia è invece l'imbarazzante versione dei fatti fornita dai sauditi, i quali sostengono che Khashoggi sarebbe deceduto a seguito di una colluttazione. Certo, una colluttazione tra un sessantenne e quindici uomini venuti appositamente da Riyadh: è una tesi molto credibile!

Il principe, non potendo più negare la responsabilità saudita, richiede adesso, sotto pressione internazionale, un ulteriore mese di tempo per svolgere le indagini. Questo suggerisce due possibili scenari: o il principe saudita non ha più il controllo del proprio regno oppure, tesi più verosimile, è direttamente responsabile dei tragici fatti di Istanbul e vuole solo guadagnare tempo.

Cosa è accaduto è chiaro a tutti: sono stati trovati da poco i resti del corpo del povero Khashoggi ma nonostante ciò, ancora una volta, non ci saranno conseguenze. Ancora una volta permetteremo ai sauditi di prenderci in giro, di sbatterci in faccia tutta la loro brutale disumanità, lo permetteremo in nome di due divinità universalmente venerate: il dio denaro e il dio petrolio.

Collegli, questo caso si aggiunge a innumerevoli altre violazioni dei diritti umani da parte dell'Arabia Saudita, presenti e passate. Per tale motivo mi continuo a chiedere come sia possibile che l'Arabia Saudita occupi ancora un posto in seno al Consiglio per i diritti umani delle Nazioni Unite. È veramente uno scandalo, e abbiamo il dovere di chiedere all'Assemblea generale delle Nazioni Unite di prendere provvedimenti.

In questo grave contesto l'Europa dovrebbe imparare a parlare con una voce sola, chiara, inequivocabile e risoluta, evitando inaccettabili fughe in avanti da parte di singoli Stati.

Marie-Christine Arnautu (ENF). – Monsieur le Président, il aura donc fallu l'assassinat du journaliste Khashoggi pour que les gouvernements occidentaux fassent mine de découvrir le vrai visage de l'Arabie Saoudite, aux antipodes de la sympathique pétromonarchie qu'elle prétend être.

En février dernier, le ministre des affaires étrangères saoudien s'était livré, devant notre commission des affaires étrangères, à un exercice de «taqīya», vantant la politique réformatrice du prince héritier pour un islam, je cite: «ouvert, inclusif et tolérant». Les chancelleries occidentales ne demandaient pas mieux que de se laisser duper pour ne pas renoncer à leurs juteux contrats. Ainsi, quand l'Arabie Saoudite soutenait ouvertement les djihadistes en Syrie, les gouvernements occidentaux à ses côtés préféraient condamner la Russie en lutte contre les terroristes.

L'armée saoudienne bombarde les populations civiles du Yémen, nos gouvernements continuent de lui livrer des armes.

Son entrée au Conseil des droits de l'homme et à la Commission de la condition de la femme de l'ONU n'avait suscité que de molles protestations.

Sans cette hypocrisie occidentale et le sentiment d'impunité dont jouit l'Arabie Saoudite, ce journaliste serait peut-être encore vivant aujourd'hui.

Agustín Díaz de Mera García Consuegra (PPE). – Señor presidente, Yamal Jashogui fue brutalmente asesinado y descuartizado en el Consulado de su país en Estambul. Este asesinato en sede consular es una ejecución extrajudicial, es violencia de Estado ejecutada fuera de su territorio. Yamal molestaba y decidieron eliminarlo. Además, el asesinato es un ataque más a la libertad de opinión y expresión: Daphne Caruana, Jan Cusack, Martina Kusnirova, otro más.

El asesinato y la persecución de periodistas o de formadores de opinión es un golpe demoledor contra las libertades civiles. Pedimos una investigación rigurosa e independiente para esclarecer los hechos y castigar a los culpables. Las connotaciones internacionales del caso son enormes, mucho más allá de lo dicho por Erdoğan esta mañana en la Gran Asamblea.

En esta casa el artículo 19 Declaración Universal de los Derechos Humanos y el artículo 11 de nuestra propia Carta nos obligan y nos vinculan. Nuestra libertad depende y mucho de la prensa libre y sin fronteras.

Pier Antonio Panzeri (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signora Alto rappresentante, questa mattina Hatice Cengiz, fidanzata di Khashoggi, mi ha inviato una lettera che Le ho consegnato poco fa per conoscenza.

Quanto da lei scritto in questa lettera basta per capire quanto è avvenuto a Istanbul, che una commissione d'inchiesta potrà solo confermare. Parliamoci chiaro: è del tutto ridicolo sostenere che 15 uomini arrivati da Riyadh siano entrati nel consolato a Istanbul e abbiano torturato e ucciso un giornalista operando all'oscuro del principe ereditario.

Ciò che è successo non è solo un fatto di gravità inaudita ma dimostra, ancora una volta, che i cambiamenti annunciati da Bin Salman, con il suo tour nelle capitali mondiali, non sono stati altro che una copertura mentre il regime ha continuato a comportarsi in modo autoritario e repressivo.

Ora quanto è avvenuto impone all'Unione europea e agli Stati membri, compreso il mio –vero, onorevole Corrao – di chiudere una fase politica improntata al realismo e riconsiderare il quadro delle relazioni diplomatiche con Riyadh, prevedendo da un lato la sospensione del commercio delle armi e dall'altro sanzioni mirate nei confronti dell'attuale *leadership* saudita.

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento))

Paul Rübzig (PPE), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Ich möchte Herrn Panzeri Folgendes fragen: Es wird ja nicht reichen, einen Haftbefehl für die Mörder auszustellen, sondern ich glaube, wir brauchen auch personalisierte Sanktionen für alle, die an der Aktion beteiligt waren. Glauben Sie, dass das Einfrieren von Konten und Reisesperren, so wie wir es in anderen Ländern machen, mit personalisierten Sanktionen der richtige Ansatz wäre?

Pier Antonio Panzeri (S&D), risposta a una domanda «cartellino blu». – Parlo di sanzioni mirate verso la *leadership* saudita.

Io non ho la verità in tasca, ma da quanto è avvenuto mi pare di poter dire con tranquillità che c'è una responsabilità politica, c'è un mandante. Il mandante si trova a Riyadh e quindi in qualche modo è importante che si arrivi lì, si accerti la verità lì e si mettano in campo tutte le politiche sanzionatorie nei confronti di quella *leadership*, utilizzando tutti gli strumenti che l'Unione europea ha a disposizione.

Ангел Джамбазки (ECR). – Г-н Председател, държа да кажа, че не споделям фалшивия шок от бруталното убийство на саудитския журналист Джамал Хашоги. Ако някой се прави на изненадан, то той е лицемер. Не го споделям, защото няма как да бъдат изненада действията на тайните служби на една държава – брутално теократична ислямистка диктатура.

Саудитска арабия не веднъж е подкрепяла групировки, свързани с ислямския тероризъм, чиито методи не се различават от тези, използвани при убийството на журналиста. Нека си кажем истината – Саудитска арабия не е нищо повече от една ранна версия на Ислямска държава, която има своята международна легитимация. Саудитска арабия е родината на най-крайната радикална и варварска доктрина на исляма – лахабизма. Саудитска арабия разпространява този ислямизъм извън своите граници. Не веднъж в тази зала съм давал примери как саудитски фондации щедро спонсорират радикален ислям в Европа – от Балканите до Обединеното кралство.

Време е проблемът да бъде посочен ясно и категорично. Ислямизмът и радикалният ислям трябва да бъдат изкоренени от Европа. В противен случай нагли убийства като това на журналист в Истанбул ще стават все по-чести. Редно е, уважаеми, обаче всички тези държави тук, например президентът Макрон, ясно да заявят своето отношение и да спрат да продават оръжие и да спрат да печелят от кървавите петродолари на Ислямска държава.

Jordi Solé (Verts/ALE). – Mr President, when an authoritarian regime appears to be involved in the brutal murder of a citizen in one of its consulates, as seems to have happened with the journalist Mr Khashoggi, democratic governments have two possible reactions: putting human dignity above all or clinging to the economic interests that tie them to this regime. This afternoon, the Spanish Congress has shamefully chosen the latter. The status quo parties, aligned with the interests of the Crown, prefer to protect multi-million euro arms contracts instead of choosing dignity. This is nothing new. Member States have systematically been violating the common position on arms exports to countries such as Saudi Arabia, which use the war machine to violate human rights and prolong conflicts.

Ms Mogherini, the European Union and its Member States must opt for dignity. Before arms and business there is life and justice. We must put a ban on arms sales to Saudi Arabia.

Jacques Colombier (ENF). – Monsieur le Président, les autorités saoudiennes ne peuvent plus cacher l'atroce vérité: le journaliste Jamal Khashoggi a été découpé vivant et la disparition de son corps en dit long sur le sort atroce qu'il a subi, victime d'un meurtre planifié des jours à l'avance.

Le vrai visage de Mohamed Ben Salman, véritable enfant chéri des médias, des politiques et des lobbies en Europe, apparaît comme celui d'un sinistre tyran sanguinaire et brutal, vivant dans l'opulence des pétrodollars. Il a déjà montré dans la guerre atroce menée contre la population du Yémen, dans les répressions barbares contre les minorités chiites de son pays et dans la chasse lancée aux opposants, comme Raif Badawi, qu'il était sans aucun doute une des pires incarnations du pouvoir de ce véritable État voyou qu'est l'Arabie Saoudite.

L'Arabie Saoudite, qui encourage l'islam radical partout dans le monde et finance la construction de mosquées radicales et dont la responsabilité dans les attentats du 11 septembre 2001 est accablante. Alors au lieu de vous focaliser sur la Russie, mettez au ban des nations cet État voyou qui n'est rien d'autre qu'un Daech institutionnalisé.

Josef Weidenholzer (S&D). – Herr Präsident! Die Ermordung von Jamal Khashoggi ist ein Akt von unvorstellbarer Bestialität – wie aus einem Horrorfilm. Ein Beweis für die Rücksichtslosigkeit und Ignoranz, die das saudische Regime den Menschenrechten entgegenbringt. Das muss endlich Folgen haben!

Das Regime in Riad darf nicht länger hofiert werden, und vor allem müssen die Waffenlieferungen eingestellt werden. Das haben wir heute schon gehört. Allerdings sind Zweifel angebracht, und es ist zu befürchten, dass wir in den üblichen Modus zurückfallen: Erregung, scharfe Kritik, um dann wieder den Verlockungen des saudischen Geldes zu erliegen. So wird das nichts!

Wir brauchen keine PR-gesteuerte Revolution wie die des Kronprinzen, sondern echte Veränderung, und das hatte Khashoggi im Sinn. In seinem letzten, posthum veröffentlichten Beitrag für die Washington Post kündigte er die Gründung einer transnationalen arabischen Informationsplattform an, um den verhängnisvollen Kreislauf von Armut, Missmanagement und mangelnder Bildung zu beenden. Das war sein Vermächtnis. Deshalb dürfen wir den Glauben nicht aufgeben, dass es einmal auch eine arabische Demokratie geben wird.

Reinhard Bütikofer (Verts/ALE). – Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Arroganz, die rücksichtslose Brutalität und die höhnische Verachtung, mit der das saudische Königtum den Mord an Khashoggi organisiert hat, haben die Weltöffentlichkeit aufgeweckt. Dieses Parlament hat schon im Februar 2016 gefordert, dass gegenüber Saudi-Arabien ein Waffenembargo verhängt werden soll. Wir haben das seither mehrfach wiederholt. Denn so außerordentlich dieser eine Mord hervorsteht, so wenig steht er alleine. Man denke nur an den Krieg in Jemen, bei dem aktuell acht Millionen Menschen von Hunger bedroht sind, weil durch die Blockade nicht genug Lebensmittel zu ihnen kommen. Wir müssen handeln, Frau Hohe Vertreterin, Vizepräsidentin Mogherini! Jetzt muss Europa durch ein Waffenembargo zeigen, dass es eine Grenze zieht.

Eugen Freund (S&D). – Mr President, I have two points to make. It's terrible what the Saudis did to Jamal Khashoggi. There are no words for this savage killing of a journalist – and I say this as a fellow journalist. But we must not forget how gingerly we have been treating Saudi Arabia for years, and how they practically get – and got – away with anything and everything, regardless of the brutal atrocities they have been committing on their own soil, to their own people, and in Yemen and Qatar, and so on.

The second point: it's all too ironic (if it were not so sad) that we rely on Turkey, of all countries, and on President Erdoğan, of all people, when we discuss the brutal murder of Jamal Khashoggi. I just wonder what all the Turkish journalists may think of us – journalists who were dragged to jail more than two years ago by the same leader who is now our key witness in the Khashoggi case. It's only logical, therefore, to call for an independent, unbiased international investigation.

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, Senhora Alta Representante, as sinistras e macabras circunstâncias da morte de Jamal Khashoggi colocaram na agenda mediática de todo o mundo o que, desde há muito, aquele respeitado jornalista do Washington Post denunciava e o regime de Riade e os seus aliados tentavam branquear: a vaga de detenções, a repressão e as tentativas de humilhação pública de intelectuais e líderes religiosos discordantes do príncipe Mohammed bin Salman, líder de facto do país.

Senhora Alta Representante, a União Europeia tem de condenar este assassinato e instar as autoridades sauditas a revelarem o paradeiro do corpo de Jamal Khashoggi, a permitirem uma investigação credível e transparente para apurar o que se passou na sua missão diplomática em Istambul, numa chocante violação da Convenção de Viena sobre as relações consulares e das obrigações internacionais da Arábia Saudita como membro do Conselho das Nações Unidas para os Direitos Humanos.

Em memória de Jamal Khashoggi, devemos ainda, mais uma vez, exigir a libertação de todos os seus colegas, como o escritor Saleh al Shehi ou o blogger Raif Badawi, que pagam com penas de prisão as suas legítimas reivindicações pelos direitos políticos e liberdades cívicas naquele país. O embargo de armas à Arábia Saudita torna-se agora, mais do que nunca, um imperativo moral e de decência.

Przewodniczący. – Jeszcze wyjaśnię, że będę udzielał głosu tym głównie kolegom, którzy jeszcze nie mieli szansy zabrania głosu.

Arne Lietz (S&D). – Herr Präsident! Sehr geehrte Hohe Vertreterin, ganz herzlichen Dank für Ihren starken Vortrag für Pressefreiheit und für die Freiheit der Journalisten.

Das unterstützen wir.

Das Parlament hat Sie schon zweimal aufgefordert, auch mit den Mitgliedstaaten in Dialog zu gehen über die Rüstungsexporte. Saudi-Arabien sollte keine Rüstungsexporte mehr bekommen, das haben auch die Konservativen hier im Haus beschlossen. Es ist jetzt wichtig, dass wir dieses Thema aufrechterhalten. Selbst die deutsche Regierung erkennt an: Wenn ein Land nicht liefert, dürfen die anderen Länder auch nicht liefern.

Kohärente Außenpolitik heißt kohärente Rüstungsexportpolitik. Dementsprechend hoffe ich, dass wir das schaffen und dass Sie uns unterstützen in der Aufforderung, dass wir Saudi-Arabien hier gemeinsam europäisch die Antwort geben, keine Rüstung mehr in dieses Land zu geben, damit wir ein klares Zeichen setzen. Das ist auch eine Grundlinie für das Europäische Parlament, was wir auch über die Rüstungsexportkontrollberichte verfolgen.

Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie diese Botschaft mit aus dem Haus nehmen.

Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR). – Arvoisa puhemies, toimittajan työstä on tullut vaarallista. Toimittajien suojelukomitean mukaan 64 toimittajaa on saanut surmansa jo tämän vuoden aikana ympäri maailmaa. Yksi heistä on Khashoggi, joka murhattiin Saudi-Arabian konsulaatin tiloissa Istanbulissa. On äärimmäisen tärkeää, että Khashoggin kuolemasta suoritetaan pikaisella aikataululla avoin tutkinta, jotta tapahtumien kulkuun saadaan selvyys ja murhasta vastuulliset oikeuden eteen vastaamaan teostaan.

Ei ole millään lailla hyväksyttävää, että toimittajien työtä häiritään eri tavoin, äärimmäisissä tapauksissa jopa murhaamalla. Lehdistön vapaus on erittäin tärkeä arvo, jota tulee puolustaa. Toivon siksi, että parlamentti antaa voimakkaan ja selväsanaisen tukensa tämän ja kaikkien muidenkin toimittajien murhien tutkintaan.

Anneli Jäätteenmäki (ALDE). – Arvoisa puhemies, korkea edustaja Mogherini, vaaditte aivan oikein toimittaja Khashoggin murhan tutkimista, avointa tutkimista, mutta se ei nyt riitä. EU maiden täytyy sitoutua olemaan myymättä aseita Saudi-Arabiaan. Se on vähintään. Nyt on EU:n arvot puntarissa. Arvostammeko ihmisoikeuksia ja lehdistönvapautta? Vai onko kuitenkin tärkeintä se, että saadaan öljyä ja raha puhuu? Tämä murha on ollut julma. Me emme tiedä vielä kaikkia yksityiskohtia, mutta kaikki se, mitä me olemme kuulleet, on kyllä sellaista, jota ei voida jättää rankaisematta.

Ana Miranda (Verts/ALE). – Señor presidente, condenamos este terrible asesinato, condenamos los asesinatos de defensores de derechos humanos, de periodistas, de abogados, de personas, de hombres y de mujeres, de escritores. Condenamos la doble hipocresía de las fotos del rey de España, que se fotografía con el príncipe saudita; condenamos que haya Gobiernos y que haya Parlamentos que son capaces de mirar a otro lado cuando se ven estas tragedias, cuando se ven esas masacres sobre la población civil de Yemen.

Mientras unos se hacen fotos, mientras la señora Mogherini pide resoluciones comunes con las que nuestro Grupo está totalmente de acuerdo, mientras la señora Merkel rompe ya una lanza en esta batalla moviendo ficha, ¿qué hace España?, ¿qué hace el Reino Unido?, ¿qué hace Francia? Queremos saberlo, porque ellos son los Estados con mayor implicación.

Y, por eso, hacemos también un llamamiento para que la Unión Europea, en la próxima reunión de las Naciones Unidas, en la sesión del Consejo de Derechos Humanos de las Naciones Unidas, pueda presentar una Resolución sobre la situación de los defensores de los derechos humanos, que también establezca un régimen de sanciones precisamente contra estos abusos. Matar es delito, pero poner una venda en los ojos también.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL). – Señor presidente, el asesinato de Jashogui no es un asesinato cualquiera, es un asesinato de Estado. No es una casualidad y no es un caso aislado. Es uno de los muchos casos que demuestran la brutal dictadura que es Arabia Saudí; una brutal dictadura que es un socio preferente en la compra de armas europeas. ¿Y qué hacemos? Sacamos bonitas declaraciones. Hemos sacado declaraciones para que no se vendan armas a Arabia Saudí, que bombardea a la sociedad civil en Yemen. Pero ¿se cumplen? Seguimos vendiendo armas a Arabia Saudí. Hemos visto cómo el Gobierno español sigue vendiendo armas a Arabia Saudí.

Necesitamos una posición común para que no se vendan armas desde Europa a Arabia Saudí, para que se tomen medidas que verdaderamente puedan parar lo que estamos viendo, que es esta dictadura brutal. Hay que investigar también a los comisionistas, como el señor Borbón, que se dedican a hacer negocio en nombre de todos con esta dictadura. Hay que tomar partido de una vez por todas.

Jean-Luc Schaffhauser (ENF). – Monsieur le Président, ce meurtre est inadmissible. Mais qu'est ce qui est le plus inadmissible: la mort d'un journaliste, frère musulman, ou les millions de morts en Irak dans une guerre illégale que nous avons approuvée? La Turquie, qui élimine ses opposants politiques de manière plus discrète et que nous continuons à soutenir? Les morts silencieux dans l'entourage de M^{me} Clinton, dont personne ne parle mais qui ont bien été éliminés?

Chers collègues, il ne faut pas de condamnations à sens unique. Vous seriez plus crédibles si vos indignations s'adressaient à tout régime qui assassine ses opposants, et croyez-moi, les crimes d'État sont nombreux.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Federica Mogherini, Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Mr President, first of all I would like to thank Parliament for the quite strong and united voice that I've heard from different groups and different national backgrounds that send the same message. This very much supports and strengthens the work and the words that we've been doing and saying in recent weeks, namely that we want to know the truth, that we want justice, and that we will not settle for anything less.

We will continue to demand a full, credible and transparent investigation. As this Parliament was debating this murder, we released a common G7 statement going exactly in the same direction, which I think is a good message of unity and strength. We, as the European Union – and myself personally – have been very explicit so far, and we will continue to do so. We are also united.

As you know – and as some of you have said – individual Member States have either taken steps or indicated that they would be willing to take steps. Some have decided to withdraw their participation from events in Saudi Arabia and have announced other possible measures. Collectively, I believe that, as the European Union and in the Council in particular (so here I would have to cross the Chamber and sit on the other side), collectively we will have to monitor the situation as it continues to evolve in the coming days – hopefully not weeks – and decide on any measure to be taken collectively, as the European Union, based on, first and foremost, the steps that are taken by the Saudi authorities to establish the truth and to bring those responsible to justice. As I said, accountability, not revenge or any fig leaf that could hide real responsibilities.

I can also point to the fact that those of you who have taken the floor come from different political groups and different countries. Most of you come from parties that have a majority in the national governments. Maybe there is something you can also do when it comes to your national governments' positions. It's true that there are different attitudes among Member States at the moment on some of the measures. I notice that there are also different attitudes within government coalitions in single countries that are quite evident in this Chamber. So we can all work on more unity, and I think we have the duty to do so in the coming days: to react properly, rationally, united and in coordination with our international partners.

I also want to thank the Parliament for a second reason, and I will finish with that. This debate was important, but the constant focus that you help us to put on freedom of speech and the support we give – not only to journalists around the world, but also to human rights activists, civil society organisations, and to political opposition in some cases – is vital. This will remain at the core of our foreign policy, with one key element that some of you mentioned today and that to me is really vital, namely that this is done, and will continue to be done, in the case of the European Union, regardless of geopolitics. It's not because we like one country more than another; it's not because one country is more, or less, credible than another that we will stay more silent. We will continue to support civil society, human rights, journalists and activists everywhere in the world, and we will continue to denounce and to oppose all measures against a free, open society everywhere in the world. We will continue to engage in every situation where freedom and human rights are under attack, whoever the victim, wherever it takes place and whatever the country.

(Applause)

Przewodniczący. – Otrzymałem siedem projektów rezolucji złożonych zgodnie z art. 123 ust. 2 Regulaminu.

Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się w czwartek 25 października 2018 r.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Ana Gomes (S&D), por escrito. – É deplorável que a UE não tenha tido posição clara, unida e firme, mal houve notícia do desaparecimento do jornalista Jamal Khashoggi. O assassinato do jornalista Khashoggi resulta da perceção de total impunidade inculcada na ditadura saudita, desde logo pelos seus aliados americanos e europeus. Uma impunidade que continua, mesmo depois de o Príncipe Herdeiro Mohammed Bin Salman ter sequestrado o primeiro-ministro libanês, Saad Hariri, em 2017, e de ter sido necessária a intervenção do Presidente francês para o resgatar.

É mais do que hora de pôr fim ao encobrimento e ao conluio com o regime fora-da-lei saudita. Este Parlamento e toda a UE têm de exigir uma investigação independente, sob a alçada das Nações Unidas, que determine quem foram os responsáveis pelo assassinato de Jamal Khashoggi e que os obrigue a serem julgados por um tribunal internacional. Todos os esbirros já identificados como tendo estado envolvidos no assassinio, incluindo o de Mohammed Bin Salman, têm de constar da lista de sanções pessoais, incluindo congelamento de ativos e proibições de entrada na UE. Os governos europeus têm de pôr imediatamente cobro à venda de armas à Arábia Saudita, que viola escandalosamente a sua própria Posição Comum, vinculativa, sobre a exportação de armamentos.

Urmas Paet (ALDE), kirjalikult. – Istanbulis Saudi Araabia konsulaadis tapetud Saudi Araabia ajakirjaniku Jamal Khashoggi surma asjaolude selgitamiseks tuleb algatada sõltumatu ja läbipaistev rahvusvaheline uurimine ning juhtunule tuleb rahvusvaheliselt reageerida. Süüdlased tuleb välja selgitada ja tunnustatud, usaldusväärse, sõltumatu ja erapooletu kohtu ees vastutusele võtta. Kui Saudi Araabia võimude seotus ajakirjaniku kadumise ja tapmisega leiab üheselt tõestust, peavad EL ja liikmesriigid olema valmis kehtestama Saudi Araabiale sanktsioonid, nagu viisakeeld ja mõrva eest vastutavate isikute varade külmutamise. ELi nõukogul tuleb arutada ELi riikide relvamüügiembargot Saudi Araabiale. Ühtlasi tuleks kehtestada keeld järelevalvesüsteemide ja muude elanikkonna mahasurumiseks kasutatavate kahesuguse kasutusega kaupade ekspordile Saudi Araabiasse. EL peab pidama Saudi Araabiaga kõnelusi, võttes teemaks sealseid probleeme inimõiguste ja põhivabadustega ning Saudi Araabia murettekitava käitumise laiemas Lähis-Ida piirkonnas, sealhulgas Jeemenis. Khashoggi tapmisjuhtum on erakordselt jõhker, kuid paraku on Saudi Araabia võimude tagakiusamise ohvriks langenud veel palju inimõiguslasi, ajakirjanikke, juriste, blogijaid ja kirjanikke. Seda nii riigis sees kui ka mujal. Saudi Araabia peab kiirendama sotsiaalsete ja poliitiliste reformide läbiviimist ning austama inimõigusi. ELil tuleb jätkuvalt nõuda ka moratooriumi kehtestamist surmanuhtlusele.

Indrek Tarand (Verts/ALE), kirjalikult. – Me seisame silmitsi järjekordse riiklikult tellitud mõrvaga, sedapuhku on toimumispaik Istanbul. Mitte Bratislava, Valletta, või Sofia. Ning siin taustal on ka teatud seosed riiklikult tellitud mõrvadega Salisburys. Niisugused keskajas juurdunud valitsused ei tohiks nautida vabaduse, võrdsuse ja vendluse vundamendile rajatud ühiskondade toetust. Samas on maailm karm ning eks majanduskasvu mantra nõuab ka relvaekspordi. Seda nii geo-strateegilistest kaalutlustest lähtuvalt kui ka tööturu võimaluste avardamise pärast. Meenutan siiski, et nii Iraan, Venemaa kui ka Saudi Araabia, kes võtavad vabalt oma välismaal viibivaid kodanikke mõrvata, on eelkõige petro-dollaririigid. Ning sestap ei pea me alustama neile relvamüügi keelust, vaid Gazpromi ja Aramco keelust. Ning arvestades viimase jälestusväärse roima toimepanemise asjaolusid, peaksime hoopis kehtestama ekspordipiirangud saagidele – Husqvarna, Stihli ja Hilti saetootjad peaksid vaatama, kuhu nad oma kaupa müüvad....

Puhetta johti HEIDI HAUTALA*varapuhemies***15. Lage im Asowschen Meer (Aussprache)**

Puhemies. – Esityslistalla on seuraavana komission varapuheenjohtajan ja unionin ulkoasioiden ja turvallisuuspolitiikan korkean edustajan julkilausuma tilanteesta Asovanmerellä (2018/2870(RSP)).

Federica Mogherini, *Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Madam President, I would like to thank Parliament for keeping a strong focus on the security situation around the Black Sea after the illegal annexation of the Crimean Peninsula. We do not and we will not recognise the illegal annexation of the Crimean Peninsula to the Russian Federation.

It is first and foremost a matter of principles, values – principles and values that all European nations agreed in Helsinki in 1975. We all agreed to the basic principle that our frontiers cannot be changed by military force. And this is a principle, it is a value, on which our common living together is based, but it is also a fundamental interest of all Europeans, because this is the foundation of peace and security on our European continent.

When this principle is violated, as it has been, we are all less secure in our continent and the events in the Sea of Azov are a demonstration of this. When the basic rules of peaceful coexistence are disregarded, instability and tensions are bound to rise. The construction of the Kerch Bridge between the Crimean Peninsula and the Russian Federation took place without Ukraine's consent and it constitutes another violation of Ukraine's sovereignty and territorial integrity. On top of that, the bridge hinders the passage of vessels to Ukrainian ports, to the Azov Sea.

Six months ago, Russia started to apply a new inspection regime for cargo vessels coming from Ukrainian ports in the Azov Sea or heading towards them. These inspections lead to long delays, which have increased dramatically over the past months. This has direct consequences on shipping costs, not only for Ukrainian exporters but also for vessels flying a European Union Member State flag. So far, more than 200 vessels, under both Ukrainian and international flags, have been affected by these controls by Russia, which in some cases lasted several days.

Even more worrying, tougher controls on naval traffic in the strait have come in parallel with the militarisation of the Azov Sea. Russia has recently started deploying military vessels to the area in significant numbers and Ukraine has partially responded with an increased military presence.

Let me recall that the Azov Sea used to be almost fully demilitarised and that Ukraine and Russia have signed a cooperation agreement on the use of the Sea of Azov and the Kerch Strait. This agreement implies that disputes between the parties are to be resolved through consultations and negotiations. We appreciate that Ukraine is seeking justice in international courts, such as the ongoing case under the UN Convention on the Law of the Sea.

When international law is violated, when Ukraine's sovereignty and territorial integrity are violated, the European Union stands by the people of Ukraine. We immediately condemned the construction of the Kerch Bridge without Ukraine's consent, in July. The Council added six entities involved in the construction of the bridge to the list of those subject to restrictive measures over actions that undermine the sovereignty and territorial integrity of Ukraine.

A militarisation of the Azov Sea is in no one's interest and it can only destabilise the delicate security situation in the wider Black Sea region. And let me remind us all that the Black Sea is a European sea and we do not want to witness yet another military build-up in our immediate region. So we will continue to push for the respect of international law and conventions, and to support Ukraine in these challenging circumstances. I am sure I can count on the support of this Parliament in this work we are doing.

Sandra Kalniete, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, Madam Vice- President/High Representative, blatant violations of international law by the Russian Federation are nothing new. Since 2014, the EU has been able to unite itself in the response to them. But the creeping annexation of the Azov Sea and partial blockade of all the Ukrainian ports is one more serious challenge to our determination to uphold the European peace order. It is a direct concern of EU security and commercial interests, as the financial losses directly concern also EU merchants. But it is obviously more serious than a commercial and legal issue. The situation in Azov gradually turns into one more open conflict waiting to happen. The EU so far has not been up to this challenge, projecting weakness and disinterest rather than strength and determination.

At the very least, you, Madam Vice-President/High Representative, I thank you for the statement you made today and I expect you to join Ukraine in using all diplomatic action and international legal procedures to counter the hostile Russian actions in Oslo.

Victor Boştinaru, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, High Representative, the construction of the Kerch Bridge and the developments in the Sea of Azov are yet another offensive by Russia against the sovereignty, security and territorial integrity of Ukraine and are a clear violation of international law. It is beyond question that, after the illegal annexation of Crimea, after backing the separatists in Eastern Ukraine, after the suspension of gas supplies and after unlawful elections in the occupied territories and cyber-warfare, that this is an additional move by Russia to destabilise Ukraine from all corners.

The Socialists' and Democrats' Group once again stands by Ukraine and calls for EU unity and determination in managing this issue. The situation must be reversed and the governance of navigation in the Sea of Azov must return to the basics of international maritime law. The EU should act as a mediator between Kiev and Moscow and avoid further escalation. It is in the interests of the Member States to have free navigation in the Sea of Azov and to avoid further militarisation there, as has taken place in the Black Sea, placing NATO's entire eastern flank and the security of Member States, including the Baltic countries, Romania and Bulgaria, heavily at risk.

Anna Elżbieta Fotyga, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, during the Subcommittee on Security and Defence (SEDE) mission to, amongst other areas, the eastern part of Ukraine, including Mariupol and Talakivka, we were able to see with our own eyes the gravity of the situation in the Sea of Azov region. The draft joint resolution that we are able to present to Parliament describes precisely this situation. I would like to thank my colleagues for this.

The aggressive posture of the Russian Federation in the Azov Sea area turns our attention to yet another pattern that this country uses to deny access to territories. I am well aware of this. It happens in the Vistula Lagoon in Polish territorial waters. It has happened in many areas close to the Baltic Sea and I would also like to turn the attention of my colleagues to the denial, or partial denial, of access to seaports by Nord Stream 2. It is also an important factor added to this project.

Petras Auštrevičius, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, Madam High Representative, more than 10 000 lives have been lost in eastern Ukraine. Almost two million peaceful Ukrainians have had to flee their homes as refugees. As if that were not enough, Putin is continuing and has now moved his offensive to the Sea of Azov. With his personal approval ratings plummeting in Russia, it is only natural that the master of the Kremlin should be looking for more outside enemies. Throughout the ages, this pretext has been well tested by Russian tsars and comrades. Just as Stalin started his political career by robbing bourgeois on Russian trains, so is Putin now raiding Ukrainian and foreign ships, including the ones under EU flags.

If not properly countered in time, sooner or later such hostile practices will be treated by the Kremlin as a sort of approval to be used in other waters. The only response to this blatant violation of bilateral agreements and international law must be additional restrictive measures against an aggressive Kremlin.

The situation in which the illegal bridge is constructed with the participation of EU companies, thus undermining EU restrictive measures, is pathetic and unacceptable. The EU must come up with specific legal instruments to deal with this. We need to have an independent EU legal authority empowered to look into cases where EU companies – or persons or countries – have violated our own decisions in place. Those in the EU found to be in breach of the EU's sanctions must be penalised themselves.

To conclude, it is regrettable to see how Putin is able to turn everything upside down. Throughout the centuries, people across the globe have been proud of building bridges. And then along comes Putin, who transforms the 'bridge-building' narrative into another form of aggression against a neighbour.

Rebecca Harms, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Mogherini! Die Entwicklung im Asowschen Meer muss im Zusammenhang gesehen werden mit dem, was seit dem russischen Einmarsch und dem Beginn der Besetzung der Krim passiert ist. Russland hat die Krim zu einem großen militärischen Stützpunkt ausgebaut, und diese Entwicklung – die Militarisierung der Krim – ist ja noch lange nicht zu Ende. Deshalb muss das, was viele Kommentatoren als Kanonenbootpolitik Russlands im Asowschen Meer bezeichnen, von uns sehr ernst genommen werden. Ich teile ausdrücklich den Hinweis von Herrn Boştinaru auf unsere Probleme, unsere gemeinsamen Probleme an der östlichen Flanke.

Ich möchte sechs Punkte zur Prüfung vorschlagen: Meiner Meinung nach sollte das Mandat der OSZE auf die Beobachtung der Situation im Asowschen Meer ausgeweitet werden. Meiner Meinung nach muss die Europäische Union unbedingt die rechtliche Position der Ukraine in allen Instanzen – bei der UNO, bei der OSZE und auch vor internationalen Gerichtshöfen – stark und klar unterstützen. Die Europäische Union muss darauf achten, dass es zu keiner technischen und militärischen Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation kommt, die möglicherweise auch noch die Operationsfähigkeit der russischen Marine stärkt. Meiner Meinung nach sollte die EU unbedingt prüfen, wie sie mit Projekten die Häfen von Mariupol und Berdjansk stärken kann. Und die EU und die NATO müssen klären, ob sie durch Eskortten und Präsenz in der Region eine weitere Eskalation verhindern können. Neue Sanktionen sollten auf jeden Fall diskutiert werden.

Jaromír Kohlíček, *za skupinu GUE/NGL*. – Paní předsedající, Azovské moře je vlastně záliv Černého moře mezi Krymem a jihoruskou stepí. V jeho okolí se rozprostírá krásná černozem a při pohledu z letadla působí velmi idylicky. Zcela jiné dojmy má asi každý, kdo zná jméno jedné ze soukromých armád, batalionu Azov. Likvidace stožárů vysokého napětí přivádějící elektřinu na Krym a přehrazení kanálu přes Perekopskou šíji – to jsou jen dvě ukázky takzvané dobré práce odvedené touto či podobnými jednotkami.

Není mi jasné, které vlády zemí Evropské unie mají zájem na eskalaci napětí v této části světa. Zastavte prosím tyto pokusy o rozpoutání dalšího nesmyslného konfliktu a přispějte k znovunastolení míru v této části světa. Chápu, že pro některé kolegy je Azovské moře daleko, ale uvědomte si, že se jedná o součást Evropy, která je necelou hodinu letu od Rumunska či Bulharska, tedy od území EU. Proto vás žádám, nepřipusťte, aby se tak jako v nedávné minulosti v těchto místech opět tvrdě bojovalo.

Jean-Luc Schaffhauser, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, Madame la Haute représentante, la montée des tensions dans la mer d'Azov a une cause simple: la décision des États-Unis, annoncée fin août, d'augmenter leurs livraisons d'armes à l'Ukraine et notamment à sa marine.

L'Ukraine, ce gouvernement en faillite issu d'un coup d'État, voudrait que l'OTAN fasse des manœuvres dans la mer d'Azov, en infraction du traité russo-ukrainien de 2003. Ces décisions montrent que Washington, comme Kiev, cherche un affrontement avec la Russie, au mépris des accords de Minsk.

Une fois de plus, l'Union européenne est complice de cette montée aux extrêmes en soutenant l'OTAN et ses récents exercices militaires en Ukraine. Et nous avons, logiquement, d'une part, la dénonciation par les Ukrainiens de leur traité d'amitié avec la Russie de 1997 et, d'autre part, la dénonciation par les États-Unis du traité qui limite les euromissiles. Tout cela pour faire de l'Europe un nouveau champ d'affrontement nucléaire Est-Ouest.

L'Union européenne dit promouvoir la paix, mais encourage en fait la guerre en Europe.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, λίγες ημέρες μετά το NATO, η κατάσταση στη Θάλασσα του Αζόφ και τη Μαύρη Θάλασσα συζητείται και στο Ευρωκοινοβούλιο. Ήταν αναμενόμενο. Είναι περιοχή με πηγές και αγωγούς ενέργειας, αλλά και καθοριστικό ρόλο στη στρατιωτική περικύκλωση της Ρωσίας από Ευρωπαϊκή Ένωση και Ηνωμένες Πολιτείες, και με νατοϊκή βάση στα πλαίσια των ανταγωνισμών τους που κλιμακώνονται και με την απόσυρση των Ηνωμένων Πολιτειών από τη συμφωνία των πυρηνικών όπλων. Στη μεγάλη εικόνα, στην ίδια στρατηγική εντάσσεται η επέμβαση των ευρω-νατοϊκών στην Ουκρανία, με κυβέρνηση που στηρίζεται και από ναζιστές. Στα Βαλκάνια, με ενίσχυση της παρουσίας τους με την απαράδεκτη συμφωνία των Πρεσπών, ενώ συνεχίζεται η αλλαγή συνόρων, όπως στο Κόσοβο. Προσκαλείται ο νατοϊκός στόλος στο Αιγαίο, δημιουργούνται και άλλες στρατιωτικές βάσεις σε όλη την Ελλάδα από την κυβέρνηση ΣΥΡΙΖΑ-ΑΝΕΛ. Τα μαχαίρια βγήκαν, οι λαοί μπαίνουν σε άμεσους κινδύνους. Μοναδική λύση η αλληλεγγύη, ο κοινός αγώνας ενάντια στη λεηλασία των μονοπωλίων που μια σπίδα τους αρκεί για να ρίξουν τους λαούς και πάλι σε γενικευμένη σύρραξη.

Michael Gahler (PPE). – Frau Präsidentin! Ich stelle wieder einmal fest, dass bei der Moskauer Fraktion das Opfer an seiner Situation schuld ist. Ich glaube, das können wir so nicht durchgehen lassen.

Ich glaube, der Freundschaftsvertrag, der seinerzeit geschlossen worden ist, der ist durch die militärische Aggression Russlands schon obsolet gewesen. Wir sollten prüfen, ob das Abkommen von 2003, das das Asowsche Meer zu einer Art Binnensee zwischen der Ukraine und Russland erklärte, vielleicht die rechtliche Position der Ukraine schwächt und ob nicht UNCLOS, also die internationalen Regelungen, besser sind für die rechtliche Stellung der Ukraine.

Wir müssen gegenüber Moskau darauf bestehen, dass unsere Handelsschiffe dort nicht mehr als erforderlich kontrolliert werden und dass die Wartezeiten dort nicht mehr eintreten, denn Zeit ist Geld. Wir haben unsere Schiffe, die dort auf Reede liegen und warten, dass sie kontrolliert werden, zu unterstützen und fordern Russland auf, die bisherige Praxis zu beenden.

Knut Fleckenstein (S&D). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich den meisten Rednern hier im Hause nur anschließen. Ich glaube auch, dass wir eine ganz klare Haltung zu dem, was dort im Asowschen Meer passiert, zeigen müssen. Es geht nicht um irgendein bilaterales Problem, sondern es geht um internationales Recht. Es geht um unsere Solidarität mit den Menschen in der Ukraine. Es ist unser ureigenstes Interesse, dass die Schiffe unter EU-Flagge dort nicht über Gebühr gepiesackt werden. Deshalb ist es völlig richtig, dass wir die Hohe Vertreterin bitten, mit all ihren Möglichkeiten für eine Verbesserung der Situation dort einzutreten.

Nicht erschrecken, Rebecca Harms, ich würde die ersten vier der sechs Punkte sofort unterschreiben. Ich bin froh, dass wir nicht gleich wieder reflexhaft zu Sanktionen gegriffen haben. Aber die russische Seite muss wissen: Wir meinen es ernst. Wir wollen gerne reden, aber Recht bleibt Recht.

Charles Tannock (ECR). – Madam President, High Representative, the tensions in the Sea of Azov are yet another example of Russia's expansionist campaign to destabilise Ukraine politically and economically. Since Russia's illegal annexation of Crimea in the Black Sea in 2014, Ukraine's Azov ports, principally Mariupol, are now responsible for handling 80% of the country's maritime exports. Journeys that before could be made in a day are now taking up to a week, as the result of Russian restrictions. Russia seeks to defend many of these as being necessary for the security of the newly constructed Kerch Bridge linking mainland Russia to Crimea, the construction of which is, in itself, a violation of Ukraine's territorial integrity and sovereignty.

Therefore, I welcome the Council's decision to extend restrictive measures to entities involved in its construction. With ever-increasing militarisation of the Sea of Azov, we must ensure that this cannot become a flashpoint for further conflict in future. NATO recently highlighted the need to continue with the political support that the alliance is offering to Ukraine, helping to modernise the Ukrainian armed forces and security institutions.

Cristian Dan Preda (PPE). – Madame la Présidente, je crois que les intentions de la Russie sont claires: elle tente de détériorer la situation sociale et économique dans le sud-est de l'Ukraine et de créer des conditions propices à la mise en place d'un futur corridor terrestre menant à la Crimée.

En effet, je crois que le Kremlin ne se contente plus de l'intégration forcée de la péninsule, de son isolement de l'Ukraine; maintenant la Russie veut aussi obtenir le contrôle intégral de la mer d'Azov. Ce faisant, elle ne se gêne pas pour entraver, entre autres, le commerce international. Je pense par exemple aux inspections aléatoires des services de sécurité russes, lesquels causes des retards et coûtent des dizaines de milliers d'euros aux bateaux européens, notamment aux bateaux roumains et bulgares.

Dans ce contexte, je crois que nous devons être unis et aider les partenaires ukrainiens à utiliser tous les canaux diplomatiques et légaux pour faire face à ces pressions russes.

Neena Gill (S&D). – Madam President, Madam High Representative, not satisfied by annexing Crimea and supporting rebels in eastern Ukraine, Russia is now trying to choke Ukraine's economy. Russia's blockade is impeding civilian and maritime traffic, against international law. I fear military force will neither prevent a potential invasion nor de-escalate the situation, so therefore, High Representative, I urge you, if you have a moment to listen, to engage in mediating in this crisis and to revive a serious peace process.

With Ukraine's election campaign soon in full swing, time is of the essence. Both sides will soon expect more political gain from further escalation. So my questions to you, High Representative, are: are you considering a UN maritime peacekeeping operation to maintain freedom of maritime movement in the Sea of Azov? Maybe a neutral third country could be responsible or involved. Secondly, reducing tensions at sea could help restart a process for the political situation in Donbass.

Tunne Kelam (PPE). – Madam President, I would like to thank High Representative Mogherini for a very clear and strong statement based on principles, and this is an ideal point for Parliament to support this.

Systematically stopping merchant vessels in the Sea of Azov sea gives a signal that Russia is unilaterally expanding its control there. We can see it as a creeping attempt to annex the waters of Azov and turn the sea into a sort of Russian internal lake, and this in a situation where most of Ukraine's exports are passing through the Azov Sea ports.

Russia's overtures to expanding its control over Ukrainian territories and borders in this indirect but systematic way are most alarming. In this situation, the EU is once more called upon to demonstrate its strong, unanimous and unconditional support for Ukrainian sovereignty and territorial integrity.

Francisco Assis (S&D). – Senhora Presidente, Senhora Alta Comissária Federica Mogherini, com a sua atuação agressiva no mar de Azov, que atenta, uma vez mais, contra a soberania da Ucrânia e, em particular, com a construção de uma ponte no estreito de Kerch, que restringe a navegação nessas águas, a Rússia reincide no seu projeto de desestabilização geopolítica e de desafio às regras internacionais.

Temos consciência de que as sanções até agora aplicadas ainda não produziram os efeitos desejados. Apesar disso, não é possível reagir às ações disruptivas da Rússia apenas com declarações políticas, pelo que são pertinentes as medidas restritivas anunciadas pelo Conselho contra algumas entidades envolvidas na construção da ponte de Kerch.

A União Europeia deve apoiar e encorajar a via jurídica que Kiev está a explorar, nomeadamente, a queixa apresentada por este país no âmbito da Convenção da ONU sobre o Direito do Mar. Na mesma linha, faz todo o sentido a proposta de reforçar o mandato da missão especial de monitorização da OSCE, de modo a que esta cubra também as tensões no mar de Azov.

A União Europeia deve adotar, assim, uma postura enérgica, retaliando com medidas concretas, sempre com o cuidado de desencorajar decisões, de ambas as partes, que possam conduzir a uma escalada militar, mas sem hesitar no seu apoio àquela que é, indiscutivelmente, a parte mais fraca, a Ucrânia.

Dariusz Rosati (PPE). – Madam President, here we are again, speaking about the threat posed by Russia. The security of the Azov Sea is linked to the security of the Black Sea and EU security in general, not only Ukraine. The further militarisation of the Azov Sea area, the construction of the Kerch Bridge without the consent of Ukraine and the restrictions on maritime transport once more show that Russia wants to undermine the sovereignty of Ukraine and test how far it can go before the EU can react.

As President Putin does not seem to be really interested in dialogue, I urge the Member States and the EU to act. First, we need to extend the sanctions to include the companies that use this infamous Kerch Bridge as well. Such illegal actions cannot bring economic benefits to Russia. Secondly, the Mariupol region still needs more assistance from the EU, especially now while it is under even more military and economic pressure from Russia.

Othmar Karas (PPE). – Frau Präsidentin, Frau Vizepräsidentin der Kommission, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich begrüße es ausdrücklich, dass wir in diesem Fall auch Situationen diskutieren, die sich in der öffentlichen Wahrnehmung kaum wiederfinden, aber eine äußerst wichtige geopolitische Bedeutung haben. Das zunehmend aggressive und protektionistische Verhalten Russlands im Asowschen Meer ist eine solche und eine Weiterführung der Expansionspolitik, die wir in den letzten Jahren erlebt haben und die wir auf das Schärfste verurteilen.

Heute ist es bittere Realität, was wir am Beginn des Baus der Brücke über die Straße von Kertsch 2016 absehen konnten: Die flächendeckenden und gezielten Kontrollen von Schiffen auch unter europäischer Flagge führen zu kostspieligen Verzögerungen und sind einzig und allein dem langfristigen Ziel Russlands geschuldet, den internationalen Handel in den ukrainischen Häfen zum Erliegen zu bringen.

Wir müssen dafür Sorge tragen, dass die Destabilisierung der Region gestoppt wird. Russland muss sich an das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen halten, seinen Verpflichtungen unter internationalem Recht nachkommen und die Kontrollen aufheben, damit der freie Verkehr von Waren wiederhergestellt werden kann.

Eduard Kukan (PPE). – Madam President, the quiet escalation of the situation in the Sea of Azov over the past year requires our utmost attention. First of all, while ignoring international law on close and bilateral agreements between Ukraine and Russia, Russia proceeded with the construction of the Kerch Bridge. This constitutes yet another violation of Ukraine's territorial integrity and aims at limiting economic activity in Ukrainian ports. The recent concert of illegal activities might have a trade character, but it has the clear political objectives to endanger Ukrainian ports and solidify Russian economic and military presence in the Azov Sea, and by extension the Black Sea, and to transform the Azov Sea into an internal lake of the Russian Federation.

We have to be clear and vocal in our opposition to these activities. Our condemnation should concern also the overall intensification of the military presence in the Black Sea, otherwise we risk the opening of yet another front in our neighbourhood, this time with maritime dimensions. This should be prevented.

Jaromír Štětina (PPE). – Paní předsedající, dámy a pánové, jako výsledek ruských operací a blokad lodí došlo za poslední období k poklesu zisků ukrajinských azovských přístavů Mariupol a Berdiansk o 30 %. Po nelegální anexi Krymu je až 80 % ukrajinského exportu nyní vedeno přes tyto přístavy. Ruské akce na Azovském moři mají jednoznačný cíl. Dále ekonomicky a sociálně rozvrátit Ukrajinu. Vojenské cíle jsou však ještě závažnější. Dochází k budování pozic k možnému útoku na Ukrajinu. Ruská armáda buduje v Azovském moři na okupovaném území námořní základnu, která se jmenuje Obryv. Proti nezákonným operacím Ruska na Azovském moři je nutné důrazně zakročit. Dalšímu vyostření situace můžeme zamezit mezinárodní námořní operací pod vedením Spojených národů nebo EU či uvalením sankcí na ruské přístavy v Azovském moři. Ukrajina nemůže zůstat osamocena.

Laima Liucija Andrikiienė (PPE). – Gerbiama Pirmininke, tai, ką Rusija išdirbinėja Azovo jūroje, yra agresijos prieš Ukrainą tąsa. Dėl Rusijos veiksmų Kerčės sąsiauryje nuostolius patiria ne tik ES valstybių narių – Rumunijos, Bulgarijos ir kitų, bet ir Turkijos laivai. Tai Rusijos vykdoma jūrų blokada, kurios tikslas – sukelti dar didesnę įtampą regione, be to, ir dar didesnių ekonominių nuostolių Ukrainai. Mariupolio ir Berdiansko uostai – du pagrindiniai Ukrainos plieno ir grūdų eksporto uostai Azovo jūroje. Jų patiriamai nuostoliai yra milžiniški. Ukraina svarsto nutraukti nuo 2003-ųjų metų galiojantį dvišalį susitarimą su Rusija dėl Azovo jūros statuso ir naudojimo, nes šis susitarimas dėl mūsų svarstomų Rusijos veiksmų nebetenka prasmės. Tuomet galiotų tarptautinė jūrų teisė, o mes, Europos Sąjunga, turėtume užtikrinti jos reikalavimų laikymąsi. Jei ne – sankcijos Rusijai, dar griežtesnės negu iki šiol. Turėtume skirti daugiau dėmesio tam regionui ir Azovo jūros militarizavimui.

Gunnar Hökmark (PPE). – Madam President, the Russian activities in the Sea of Azov are, of course, illegal actions against Ukraine, they are part of the warfare against Ukraine. But they are more than that. This is a violation of the freedom of the seas: it violates international laws; it is a demonstration that Russia does not respect the order of the international community. It is an action against us all. It is an action against European sea vessels. And, of course, we need to react because if we can't demonstrate to Russia that it is not acceptable for it to break international laws in the Sea of Azov we are opening the way to further such action by Russia in other parts of the world and also directed at the European Union and its Member States.

Madam President, High Commissioner, we need to be firm regarding sanctions and firm in telling the Russians that we do not accept this – not in the Sea of Azov and not anywhere else.

Pyynnöstä myönnettävät puheenvuorot

José Inácio Faria (PPE). – Senhora Presidente, Senhora Alta Representante, uma vez mais nos encontramos aqui para falar de um país e de um povo caído na pior das misérias, a desintegração de uma nação inteira.

Desde a anexação ilegal da Crimeia em março de 2014, temos vindo a assistir a uma constante militarização de toda a zona e a um sem número de agressões russas que visam o estrangulamento económico da Crimeia e a desestabilização da Ucrânia. O que se passa no mar de Azov faz parte dessa estratégia. Depois de devastar o turismo e a agricultura, bases da economia da Crimeia, o senhor Putin pretende agora expandir o seu controlo sobre o comércio e a navegação do mar de Azov, bloqueando os navios comerciantes que tentam chegar aos portos de Mariupol e Berdyansk.

O que se passa no estreito de Kerch ameaça não apenas a segurança da Ucrânia, mas também a liberdade de circulação da NATO na zona da estabilidade política da região do Mar Negro onde, aliás, a Rússia realiza regularmente, e de forma provocatória, exercícios militares de larga escala.

Senhora Alta Representante, há necessidade de assegurar a efetiva implementação das medidas restritivas acordadas no Conselho Europeu, e a Ucrânia, mais do que nunca, neste momento, precisa de nós, europeus. Muito obrigado.

Mark Demesmaeker (ECR). – Voorzitter, vandaag lopen de Oost-Oekraïense havens leeg. Poetin heeft besloten om na de illegale annexatie van de Krim, ook de Zee van Azov te militariseren, *de facto* in te nemen.

De voorbije maanden zoekt Poetin opnieuw het conflict op met buurland Oekraïne om het verder te destabiliseren. Na de aanleg van de Krimbrug over de Straat van Kertsj vindt hij het dus tijd om zijn invloedssfeer op zee uit te breiden. En keer op keer lapt Rusland elke internationale regel aan zijn laars. Dat hij zo de Europese Unie tegen zich in het harnas jaagt, deert hem niet.

Mevrouw de hoge vertegenwoordiger, de spanningen stijgen aan de fragiele achterpoort van de Europese Unie. Het minste incident kan het vuur aan de lont steken. En de mogelijke gevolgen voor zowel Oekraïne als de Europese Unie zijn niet te overzien.

Ik vond het een interessant debat en ik steun de concrete voorstellen van onder andere collega Rebecca Harms, die zij hier heeft gedaan. En ik steun u, mevrouw de hoge vertegenwoordiger, bij de druk die u uitoefent op de Russische Federatie, bij elke diplomatieke druk die u daar uitoefent. Ik reken erop dat u dat met de nodige daadkracht en met de nodige duidelijkheid zult doen.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, για μια ακόμη φορά, υπάρχει ένταση στις σχέσεις της Ρωσίας με την Ουκρανία, λόγω των γεγονότων που συμβαίνουν στην Αζοφική Θάλασσα. Η Ουκρανία κατηγορεί τη Ρωσία ότι με ελέγχους παρεμποδίζει την πρόσβαση προς τους λιμένες της Αζοφικής Θάλασσας, τους ουκρανικούς λιμένες, των εμπορικών πλοίων που διέρχονται τα Στενά του Κέρτς. Βεβαίως και αυτή, από την δική της πλευρά, έχει κρατήσει ένα ρωσικό αλιευτικό και ένα δεξαμενόπλοιο. Παράλληλα, έχει αυξήσει τη ναυτική της παρουσία στην Αζοφική Θάλασσα με δύο κανονιοφόρους και μέχρι τέλος του έτους σχεδιάζει να δημιουργήσει και μια ναυτική βάση στην περιοχή.

Αυτή η ένταση μοιραίως εμπλέκει και τις Ηνωμένες Πολιτείες οι οποίες, θέλοντας να εξυπηρετήσουν τα στρατηγικά τους συμφέροντα, προσπαθούν να περιορίσουν τη Ρωσία και να μην της επιτρέψουν να τροφοδοτεί με ενέργεια και τις χώρες της Μέσης Ανατολής, αλλά και κάποιες χώρες της Ευρωπαϊκής Ενώσεως. Όλη αυτή η κατάσταση μπορεί να ξεφύγει εύκολα από τον έλεγχο, διότι ας μην ξεχνάμε ότι η Θάλασσα του Αζόφ αποτελεί τη μόνη ναυτική πρόσβαση της Ρωσίας προς τον Νότο.

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, já chci velmi uvítat tu dnešní debatu, která byla mimořádně zajímavá a je do určité míry odpovědí těm všem, kteří v Evropě zpochybňují sankce vůči Rusku a kteří tvrdí, že by se sankce měly zrušit. Sám v České republice, odkud jsem, cítím u některých extremistických politických sil, že bychom měli vůči Rusku vystupovat vstřícněji. Ta dnešní debata jasně ukazuje, že naopak EU musí být razantnější, musí být tvrdší a že situace v Azovském moři, která zde dnes byla popisována, je další formou agrese vůči Ukrajině. Tentokrát je to v zásadě určitá forma obchodní blokády, která výrazně omezuje formu vývozu ukrajinského zboží z ukrajinských přístavů. Tedy připouji se k těm, vážená paní vysoká představitelko, kteří Vás prosí o tvrdý přístup vůči Rusku. Není možné v této věci zaujímat kompromisy, které poškozují Ukrajinu a hodnoty a postoje EU.

József Nagy (PPE). – Tisztelt Elnök Asszony! Kedves Mogherini asszony! Köszönöm a kercsi híd építésével kialakult helyzetről szóló beszámolóját. Szerintem a Fekete-tenger egy európai tenger, az Azovi-tenger pedig a Fekete-tenger leválaszthatatlan része, amit Oroszország nem sajátíthat ki magának egyoldalúan, akár egy híd megépítése ürügyén sem.

Ez nemcsak Ukrajna, de a többi EU-s és nem EU-s országnak is sérti az érdekeit. Nagyon röviden csak azt szeretném elmondani, hogy támogatom a javaslatot, a helyzet megfigyelését, azt, hogy az Európai Bizottság küldjön ki szakértői csoportot, amely kiértékeli a konkrét gazdasági következményeket. Mérjék fel a közlekedés akadályozásának, az időhúzásnak, a kereskedelmi hajók molesztálásának a költségeit, és számolják ki azt is, hogy az ukrán kikötők forgalmának mennyi a csökkenése. Úgy gondolom, hogy ezek az adatok még jók lehetnek az Oroszországgal való tárgyalásainkban.

(Pyynnöstä myönnettävät puheenvuorot päättyvät)

Federica Mogherini, Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Madam President, I am here also for the next debate so I will continue. First of all, let me thank the Subcommittee on Security and Defence (SEDE) and all its members, and in particular Anna Elżbieta Fotyga, for the work done in this regard, the visits made and the previous exchange of views we had. That was not with me personally but with our services, on 11 October, and, it helped to prepare for this plenary and helped with the work we are constantly doing on this issue.

Keeping the focus on this is essential, for different reasons, and the speakers all mentioned them. First of all, for our principles and values; and then for Ukraine's sovereignty, and also for the economy – both that of Ukraine and that of the European Union, as the speakers have emphasised – and for our collective security. I think we have many good reasons for keeping a close eye on what is happening in the Sea of Azov and we will continue to react appropriately and in a united manner. For this, the support of Parliament will continue to be key.

Let me assure you, too, that part of the next EU-Ukraine Association Council that I will chair in a couple of months from now – together, I believe, with the Ukrainian Prime Minister – will also focus on to how to address this issue in the best possible manner, and what kind of support the European Union can give to Ukraine in this context. Among other issues on which we are supporting Ukraine, this is also extremely important.

I would like quickly to touch upon a couple of points that were raised, not probably all of them, but a couple of them. Some of you referred to the need to uphold international principles, including the international courts and legislation. As I said at the beginning, we appreciate that Ukraine is seeking justice in the international courts. You know that there is an ongoing case under the UN Convention on the Law of the Sea (UNCLOS). So we trust the international courts, and in this case UNCLOS, as we always do, upholding international jurisdictions.

The second point concerns the sanctions. As I mentioned before, we included new persons on our sanctions list in relation to the construction of the bridge. Some of you referred to the implementation of these sanctions. As you know very well, it is for the European Council, in unanimity, to adopt the sanctions and measures, but then it is for Member States to monitor their implementation and to take appropriate measures if needed. Obviously, as the Commission, we have our own say in pushing this monitoring of implementation by Member States, but it is very much an issue that lies in their hands.

We will continue to assess the situation and the developments in the Sea of Azov. We will continue to count on the support of this Parliament and all the relevant committees to continue to build a united effort and policy and to work with our Ukrainian friends to invest in their resilience as much as we can.

Puhemies. – Olen vastaanottanut viisi työjärjestyksen 123 artiklan 2 kohdan mukaisesti käsiteltäväksi jätettyä päätöslauselmaesitystä.

Keskustelu on päättynyt.

Äänestys toimitetaan torstaina 25.10.2018.

16. Lage in Venezuela (Aussprache)

Puhemies. – Esityslistalla on seuraavana komission varapuheenjohtajan ja unionin ulkoasioiden ja turvallisuuspolitiikan korkean edustajan julkilausuma Venezuelan tilanteesta (2018/2891(RSP)).

Federica Mogherini, *Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Madam President, we discuss the situation in Venezuela relatively often and I can start by saying that we are now seeing a further deterioration in the situation and further polarisation of the political scene. Tensions are continuing to rise, social and economic conditions are clearly worsening quite dramatically, and, against this background, over two million Venezuelans have decided to leave the country. We often refer to crises caused by migration to Europe. I would invite you to look at these numbers.

There are, as I said, two million Venezuelans fleeing to Colombia, Brazil, Ecuador, Peru and the Caribbean. Among those people, some are European citizens, so here we have an inverse situation: as you might know, nearly one million EU nationals have dual citizenship. There are also people of European descent who live in Venezuela, although many of them have already left the country. Even though an ocean geographically divides us, we Europeans cannot stand on the sidelines of this crisis. It concerns us simply because of the number of EU nationals who are also Venezuelans, not to mention the social, cultural and economic ties that exist between Europe and Venezuela.

Our response so far has been both humanitarian and political. On the humanitarian side, we are currently mobilising EUR 35 million in assistance to Venezuelans both within and outside the country. We are investing in health assistance, food and water sanitation. We are working to support the socio-economic inclusion of Venezuelans and to help the local economies of host communities in neighbouring countries. Half of this EUR 35 million package is already being implemented in near-record time and the remainder will be made operational by early next year. We are also exploring the possibility of further increasing the Commission's financial support beyond this already very significant contribution.

We have welcomed the appointment of Eduardo Stein as a UNHCR-IOM Joint Special Representative for Venezuelan refugees and migrants, and, with the Foreign Ministers of the 28 Member States, we had the opportunity to discuss the Venezuelan migration crisis last Monday in Luxembourg during the Foreign Affairs Council, expressing our support to both Mr Grandi and Mr Vitorino for this work, which we want to be joint work. On that occasion we had both Mr Grandi and Mr Vitorino with us. We didn't focus purely on issues relating to migration and Europe, and I believe that to be right. We stand ready to support any further coordinated action, both at regional and international level, to address this humanitarian crisis more effectively.

But the only possible solution is political. Last week – again with the Foreign Affairs Council, with the Foreign Ministers – we discussed what more the European Union can do to prevent a further deterioration in the situation or help change the course of these negative developments. Ministers from all 28 Member States have confirmed that, first of all, any sustainable political solution to the Venezuelan crisis has to be democratic and peaceful, and those are the two pillars that are guiding our action. External intervention or any use of force would simply be unacceptable to us and would make things much worse.

Our immediate request to the Government of Venezuela is that it takes unilateral confidence-building measures to ease tensions, first and foremost by restoring the full constitutional powers of the National Assembly and respecting the immunity of its members, releasing all political prisoners and taking concrete steps to restore political pluralism and guarantee respect for human rights and fundamental freedoms. We expect, in particular, a full, independent and impartial investigation into the circumstances of Councillor Albán's death. It is the duty of the State to ensure the safety and physical integrity of all people in its custody. Finally, we ask the Government to allow free, credible and transparent elections with full respect for the Constitution. On all these points, we have not changed our minds. You have heard them and have said as much yourselves several times. The requests from our side remain on the table and we don't intend to change our minds on these starting points: the people of Venezuela are simply asking for democracy, and this crisis will end only with a political process heading in that direction. This is very clear to us Europeans.

In response to the human rights violations in Venezuela and the ongoing attack on democratic institutions, we decided a year ago to impose targeted restrictive measures on a number of individuals who are responsible for the current situation. This is the first time that we are imposing these kinds of measures in Latin America and, as you can imagine, we didn't take the decision lightly. We took it not only because of the deteriorating situation, but also as a message for the authorities in Venezuela, with which we are keeping a channel of dialogue open, to commit themselves seriously to a negotiated political solution to the current crisis. Today, the situation has not improved at all. On the contrary. So we are sticking to our decision, and the restrictive measures will stay for as long as human rights are violated and democratic principles are disregarded. We do not intend to soften our position while there is no substantive progress on the ground.

At the Foreign Affairs Council last week, we started a discussion with the Ministers on what else we, as the European Union and as Member States, can do, in addition to these positions and the decision to continue the sanctions, to end the downward spiral and help start some kind of political process, as the absence of a political process might in itself lead to a further deterioration in the situation. So we will explore, first of all together with Latin American countries, the possibility of establishing a contact group with relevant and interested countries, not only from the region, and international players.

We don't think that, at this point in time, mediation or a dialogue would have any chance of succeeding. I want to be very clear on that point. It's not a question of buying time. No way. The conditions for either a dialogue or for mediation are not there, but an international initiative – a European initiative together with others – could, with plenty of question marks, help build the conditions that would eventually make it possible to relaunch a political process. For the moment, this is just a possibility that we are exploring. I don't want to raise expectations. We are simply worried about the lack of a political process and, personally, I don't want to be in a position, six months or a year from now, of looking back and asking whether we could have done more on the political side to prevent the situation from deteriorating even further.

So again, without raising expectations or launching an initiative today, the idea is simply to explore whether it might be possible to put something in place that could help create the conditions for something to happen in the future. I believe that we should try any peaceful option to end the current stalemate and prevent a violent escalation because, if the situation does not improve – and we do not see the situation improving – an escalation of violence cannot be ruled out, and that would mean even greater suffering for the people of Venezuela. This is an option that we have to avert and prevent.

We don't want to impose any outside outsourced solution. That is never the European approach. We believe in democracy, we believe in ownership, we believe in cooperation and we believe in respect. We believe that the future of Venezuela – and also the present of Venezuela – must be written by its people and no one else, without any external intervention. But we will do everything we can to help the Venezuelan people take the future and the present of the country back into their hands. I am looking forward to listening to your views.

José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra, *en nombre del Grupo PPE*. – Señora presidenta, señora alta representante, señorías, la democracia y los derechos humanos se encuentran en una situación crítica en Venezuela: 2 300 000 venezolanos, según las cifras oficiales de ACNUR, han tenido que abandonar el país —de hecho, las cifras reales son tres millones—. Tres millones, señora alta representante, es una cifra enorme: representa diez veces la población de la ciudad de Estrasburgo que nos acoge hoy.

Hay más de doscientos cincuenta presos políticos, según el Foro Penal Venezolano, y más de doce mil ciudadanos venezolanos han entrado y salido en este carrusel siniestro de puertas giratorias de las cárceles; unos han salido, como Lorent Saleh, torturados; otros no han salido, como el concejal Fernando Albán, al que usted se ha referido; y otros, como el diputado de la Asamblea Nacional Juan Requesens, están todavía en prisión.

La cara partida de Juan Requesens, señora alta representante, es una imagen viva de lo que es hoy la democracia en Venezuela: ensangrentada, golpeada, maltratada, pero todavía en pie.

Creo que en el debate de hoy tenemos que reflexionar seriamente sobre el mensaje que la Unión Europea tiene que trasladar a este atribulado pueblo de Venezuela, y ver si somos capaces de trasladarles un mensaje de esperanza. Este Parlamento ha concedido el Premio Sájarov a la oposición democrática. Nos ha hablado de los debates en el Consejo de Ministros; celebramos, señora alta representante, que el Consejo no haya cambiado su posición. Sabemos que hay Estados miembros que quieren suavizarla, pero no es el momento de contemporizar, no es el momento de aflojar.

Es el momento de abordar con determinación y con coraje nuestros principios y de apoyar soluciones, señora alta representante, con nuestros socios de la región —usted se refería muy bien al Grupo de Lima o a la OEA— para tratar de que el pueblo de Venezuela, con todas las garantías, pueda volver a tomar la palabra.

Ramón Jáuregui Atondo, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora presidenta, la pregunta, como bien decía la señora Mogherini, es: ¿qué más? Esta es la pregunta. Y este es el momento en que tenemos que responder, porque todo lo anterior ya está hecho: hemos condenado a Maduro y a su régimen cientos de veces; hemos producido resoluciones; proporcionamos ayuda humanitaria; hemos aplicado sanciones.

La pregunta es: ¿qué más, señorías? Y yo quisiera que hubiera un consenso en esta Cámara sobre «qué más». Y esta creo que es una reflexión que nos obliga a ser inteligentes y pragmáticos: inteligentes porque hay que encontrar en la región, en los agentes internacionales de la región, aliados para ayudar a Venezuela, y hacerlo como un país amigo de Venezuela, que es la Unión Europea; y pragmáticos, porque hay que encontrar salidas pacíficas y democráticas. Se ha dicho bien, pero salidas, inclusive a la dictadura, porque también las dictaduras necesitan salidas. Y yo creo que lo importante de hoy es mandar este mensaje, porque el acuerdo de la Cámara, además de las condenas, es que, en primer lugar, solo el pueblo venezolano decide.

En segundo lugar, que no cabe ninguna intervención ajena y mucho menos violenta, y creo que es oportuno recordarlo. Y en tercero, que precisamente por eso los ministros —y la señora Mogherini lo ha dicho bien— tienen que explorar si la Unión Europea puede jugar un papel mejor en la ayuda a una salida pacífica, democrática y dialogada.

Anna Elżbieta Fotyga, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, we stand by the people of Venezuela in their dramatic situation with the spillover effect of this drama to the whole region. Therefore, we have to increase pressure on the Maduro regime to stop violations of human rights, including the rights and immunities of our colleagues, the parliamentarians. We have to increase pressure also to introduce reforms in the country and to keep cooperation with other organisations such as the OAS and the UN.

Dita Charanzová, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señora presidenta, señora alta representante, esta es la cuarta Resolución sobre Venezuela este año y todos sabemos que la situación sigue empeorando en Venezuela. La Unión Europea no puede seguir esperando a que la situación de los derechos humanos se deteriore más y más.

¿Qué más necesitamos para convencernos? ¿Cuántos más abusos, más testimonios de tortura, más muertes de venezolanos inocentes debemos presenciar antes de que la Unión decida que la situación se ha deteriorado lo suficiente como para justificar un siguiente paso?

Primero, necesitamos acciones concretas y que tengan un impacto efectivo. Necesitamos más sanciones selectivas y que abarquen a familiares cercanos, así como a la compañía estatal de petróleo.

Segundo, debemos cooperar a nivel internacional. Por eso, pido a la Unión Europea y a sus Estados miembros que se unan a la petición de países como Argentina, Chile y Canadá para que la Corte Penal Internacional abra una investigación acerca de los crímenes cometidos por el régimen de Maduro, y de esa forma acabar de una vez por todas con la impunidad que impera en Venezuela desde hace ya mucho tiempo.

Es tarde, pero todavía queda un poco de tiempo para actuar de forma efectiva. No necesitamos más pruebas del sufrimiento a que se ve sometido el pueblo venezolano para dar este paso.

Molly Scott Cato, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, I must start by expressing our deep concern over the situation in Venezuela. As Greens, we abhor any human rights violations and threats to the rule of law and are seriously concerned about the deepening humanitarian and political crisis in Venezuela. I would like to acknowledge and support your efforts, Ms Mogherini, to establish a contact group in Venezuela that may facilitate political discussions between different parties. As Greens, we are always strong supporters of a political process as a means to bring about peaceful resolution. We recognise that targeted sanctions can bring some progress, but they cannot replace peaceful diplomacy, and they must not be allowed to harm the Venezuelan people further.

We have now had several debates in this House on Venezuela. We have them frequently, and it seems that there are some factions in the House who are unfailingly supporting the Venezuelan opposition. We are concerned that this may make the likelihood of civil conflict greater, and we see that as an increasing likelihood that we are very concerned about. I would urge my colleagues to support peace through diplomacy and negotiation, and not to stoke the fire with inflammatory rhetoric.

Javier Couso Permuay, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señora presidenta, otra Resolución sobre Venezuela, y ya pierdo la cuenta. Parece que buscan el récord Guinness de resoluciones sobre un país, y van por buen camino. Parece que no hay otro problema en América Latina. Pero ustedes no buscan solucionar los problemas de Venezuela, sino un cambio de gobierno.

Dos hechos en estas semanas dejan claro su doble rasero: Honduras, miles de migrantes huyendo de su país, del hambre y la violencia del país más violento del mundo. No les he escuchado hablar de emergencia humanitaria, ni de presión en las fronteras, ni de responsabilidad de un Gobierno heredero de un golpe de Estado, ni de pedir sanciones contra él.

Otro, el asesinato y descuartizamiento en vida del periodista Jashogui. ¿Dónde están las sanciones, señora Mogherini? ¿Dónde la denuncia del acuerdo con Arabia Saudí o el Consejo de Cooperación del Golfo? ¿Dónde los pronunciamientos contra la dictadura teocrática y asesina? No las hay porque esos son sus amiguitos.

El acoso furibundo de este Parlamento y de la Unión Europea solo persigue una agenda de cambios de gobierno; criminalizar y expulsar a un presidente que, con más de seis millones de votos, ganó las últimas elecciones. Pero la realidad es tozuda: ni golpes de Estado, ni terrorismo callejero, ni sanciones, ni guerra económica, ni intentos de magnicidio han conseguido torcer la voluntad venezolana expresada en las urnas. Es lo que les molesta: que Venezuela siga su camino soberano que solo van a decidir sus ciudadanos.

Mara Bizzotto, *a nome del gruppo ENF*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, in Venezuela Maduro è il capo di un'infame dittatura comunista che sta uccidendo il popolo venezuelano. In Venezuela i dissidenti politici vengono arrestati e uccisi dalla polizia di regime. In Venezuela i bambini e gli anziani muoiono di fame per mancanza di cure.

Li c'è una grande comunità di italo-venezuelani, 150 000 persone costrette ad abbandonare tutto e a scappare all'estero per fuggire dalle persecuzioni del regime di Maduro. I venezuelani sono veri profughi, profughi anticomunisti e cattolici che l'Europa, Lei, commissaria Mogherini, e il Vaticano fanno finta di non vedere.

È vergognoso il Suo silenzio, commissaria Mogherini, è vergognoso il silenzio della sinistra, che pensa solo ai falsi profughi africani e non dice una parola sui veri profughi anticomunisti del Venezuela.

Noi abbiamo il dovere di aiutare i nostri fratelli venezuelani, bisogna abbattere la dittatura comunista, spazzare via il dittatore Maduro e ridare la libertà al Venezuela. Libertà per il popolo venezuelano, libertà per i nostri fratelli italo-venezuelani.

McAllister, David (PPE). – Madam President, I would like to underline what has been said this evening. Venezuela is facing an unprecedented political, social, economic and humanitarian crisis. The devastating political actions of President Maduro have resulted in an increasing number of deaths, refugees and arbitrarily arrested people.

Three aspects should guide our actions with Venezuela, in my opinion. The first one is: the EU should continue to urge President Maduro to stop any human rights violations and to allow unhindered humanitarian aid to prevent the crisis from further deteriorating.

Secondly, I fully support the Foreign Affairs Council's calls for new presidential elections. If these elections do not take place in the near future, we must act swiftly and impose additional targeted, restrictive measures, and thirdly, the European Union must enhance its political outreach with the democratic opposition and the civil society. It is high time for friendly, meaningful and result-oriented negotiations towards peaceful solutions but most important also, in my opinion, is that the Venezuelan people deserve an end to this Communist nightmare.

Francisco Assis (S&D). – Senhora Presidente, na última semana de junho passado, integrando uma delegação do Parlamento Europeu, estive num dos Estados mais pobres do Brasil, Roraima, que faz fronteira com a Venezuela, e tive oportunidade, nessa altura, de visitar vários campos de refugiados venezuelanos. Não se trata de *fake news*, trata-se de contatos diretos que tive com pessoas que ali estavam, com quem pude falar, venezuelanos, a maioria, pobres, e que tinham fugido da Venezuela. Falei com eles e eles apontavam as mais diversas razões: a fome, a inexistência de medicamentos, alguns casos, um quadro de perseguição política.

Essa é a realidade. Muito mais do que dois milhões de cidadãos que deixaram a Venezuela nos últimos anos, devido ao regime ditatorial que ali impera. E nós, aqui, não podemos estabelecer nenhuma distinção entre ditaduras. Não há ditaduras de esquerda e ditaduras de direita, umas melhores e outras piores. Todas as ditaduras são deploráveis e os verdadeiros democratas têm a obrigação de as combater. E nós, que temos o privilégio de estar num Parlamento democrático, temos a obrigação de denunciar, de combater e de apoiar aqueles que lutam pela democracia na Venezuela, mesmo que não concordemos inteiramente com as suas orientações ideológicas e políticas.

Estou de acordo com a ideia de promover mais negociações, embora aquelas que se desenvolveram até agora tenham fracassado. Mas estou de acordo com essa ideia e penso que a União Europeia deve investir, até ao limite das suas capacidades, no esforço para promover essas negociações entre as diversas partes envolvidas no conflito na Venezuela. Mas isso não pode, em nenhuma circunstância, significar que a União Europeia vai retirar o que quer que seja de firmeza na sua relação com um regime ditatorial, como o regime atualmente existente na Venezuela.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE). – Señora presidenta, gracias, señora Mogherini por su claridad meridiana. Mientras algunos siguen llenándose la boca con la palabra «diálogo» respecto a Venezuela, la vida de la opositora María Corina Machado está en peligro. Tras intentar inculparla sin éxito en un descabellado plan de magnicidio, el régimen chavista parece estar planeando ahora un atentado contra ella que disfrazaría de accidente, exactamente del mismo modo que ha intentado disfrazar de suicidio la muerte del concejal Fernando Albán. «Diálogo», ¿de qué diálogo hablan? En esta brutal asimetría de opresores y oprimidos, lo único que se plantea es un chantaje.

La Unión Europea tiene dos obligaciones ineludibles. La primera, esforzarse al máximo en garantizar la seguridad física de quienes encarnan la oposición democrática de Venezuela. Y la segunda, mantener su posición hasta lograr las condiciones aprobadas por esta Cámara, que muy bien ha recordado la señora Mogherini: liberación de todos los presos políticos, apertura de un canal humanitario, restitución plena de la Constitución y de todas las instituciones legítimas, y convocatoria de unas elecciones transparentes e inclusivas, sin impunidad para los criminales, que tendrán que responder ante la justicia internacional.

Luis de Grandes Pascual (PPE). – Señora presidente, gracias, señora Mogherini por su presencia. La situación de Venezuela parecía difícil que empeorara, pero ha ocurrido en términos inaceptables. El presunto asesinato del concejal Fernando Albán, del partido Primero Justicia, por el burdo sistema de arrojarle por la ventana de la casa de las torturas, es algo ya que raya en lo que no se podría creer.

Dice la alta representante —y ha estado muy bien hoy— que no se abandonan las sanciones, pero que aboga por el diálogo. Y en esto vamos a discrepar. Esta es la tesis del señor Rodríguez Zapatero, expresidente del Gobierno de España, y que ya, más que mediador, empieza a ser un colaborador necesario de la dictadura.

Lamentablemente, el antiguo presidente del Parlamento Europeo, señor Borrell, y actual ministro de Asuntos Exteriores de España también está en esa línea. Es imposible plantear una situación de diálogo, y veo que la alta representante es también bastante escéptica. Pero he oído algo importante: hay que descartar por completo cualquier tipo de dilucidación sobre actuaciones violentas.

Las declaraciones de Trump, de Almagro y hasta de Ledezma son inaceptables. Las respuestas tienen que ser democráticas, impecablemente democráticas. Lo contrario provoca victimismo y produce razones que no tienen.

Julie Ward (S&D). – Madam President, I welcome High Representative Mogherini's stance on Venezuela. The grave human rights violations in the country must be condemned in the strongest possible terms, and the European Union must lead efforts to facilitate political dialogue in the country.

The situation in Venezuela has been blocked for several years, and there seems to be no end in sight. The EU should, as it often has done in the past, serve as a facilitator of dialogue in order for the Venezuelans to find a viable exit to the economic, social and political crisis they're facing. It's crucial to involve other countries from the region in order to ensure that peaceful talks can take place, whilst also joining efforts with them towards independent investigations into allegations of human rights violations and the prosecution of perpetrators.

While we discuss the diplomatic solutions to the crisis, sadly, people are starving on the ground, fleeing to neighbouring countries because they lack public services. With the current state of affairs, our priority should be to deliver urgent humanitarian aid to the country, as the short-term consequences of the crisis for the population are dire.

Nuno Melo (PPE). – Senhora Presidente, enquanto falamos, o ditador Nicolás Maduro critica Donald Trump por não abrir as fronteiras dos Estados Unidos a milhares de cidadãos das Honduras que querem entrar no país. Nicolás Maduro só não se questiona sobre as razões pelas quais estas pessoas escolhem como destino os Estados Unidos, e não a Venezuela. Porque é que preferem os braços de um país democrático, mesmo se tratado por Maduro como imperialista com pretensões a polícia do mundo, à Venezuela chavista e totalitária onde se aplicam as práticas marxistas mais ortodoxas em pleno século XXI?

E a resposta é fácil. Se procurassem a Venezuela, provavelmente teriam as fronteiras fechadas. Depois, se aí quisessem viver e trabalhar, o que é que encontrariam? Encontrariam miséria e fome, um povo à míngua, empresas encerradas, a violência das milícias do regime; se ficassem doentes não teriam medicamentos nos hospitais; se quisessem ser empresários, acabariam talvez presos arbitrariamente, como aconteceu a 34 gerentes de supermercados, 12 deles portugueses e luso-descendentes há pouco tempo; e se contestassem o Governo, talvez acabassem como Fernando Albán Salazar, vereador da cidade de Libertador, opositor preso às ordens da ditadura que talvez tenha tropeçado do décimo andar do prédio do serviço bolivariano de Inteligência Nacional em Caracas.

Senhora Presidente, este debate é sobre a situação na Venezuela. A situação na Venezuela, um dos países mais ricos do planeta, reduz-se a uma palavra, é uma tragédia.

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhora Presidente, uma profunda derrapagem democrática institucional gerou uma enorme crise humanitária na Venezuela.

Uma tragédia com a dimensão daquela que está a suceder é sempre fruto de um estrondoso falhanço político. As causas e os contextos são vários, mas o papel da União Europeia não deve ser o de alimentar rivalidades geoestratégicas ou extremar a caracterização dos bons ou dos maus.

O sofrimento do povo venezuelano não pode ser um instrumento de combate político e, por isso, quero saudar a estratégia definida pela União Europeia, e aqui reiterada pela Alta Representante Federica Mogherini. Essa estratégia deve ser apoiada por este Parlamento. As sanções direcionadas e a denúncia das violações dos direitos humanos que ocorrem sistematicamente são a base necessária para forçar uma solução política que salvguarde as bases do Estado de direito, ajude o povo e permita resolver a brutal crise humanitária que está a ocorrer na Venezuela.

Eduard Kukan (PPE). – Madam President, I would like to start by saying that it remains crucial that the EU support the International Criminal Court (ICC) in investigating repression and crimes in Venezuela. There can be no moving forward without seeking justice. In addition to the dire humanitarian situation in Venezuela, President Maduro's regime continues to harass and torture political opponents whilst creating an environment of impunity in his country. I deeply regret the orchestrated accusation against the 2017 Sakharov Prize laureates, which, inter alia, effectively excluded them from competing in future elections.

The EU needs to be firm in its rejection of the illegitimate Constituent National Assembly authorities. Once again, our resolution must reiterate that the 20 May elections are illegitimate and not internationally recognised. As a response to the stance by the Venezuelan regime, we have adopted additional and revocable sanctions but need to make it clear that further deterioration of democracy will provoke a much stronger reaction from our side.

Laima Liucija Andrikiienė (PPE). – Gerbiama Pirmininke, padėtis Venesueloje vis dar smarkiai blogėja, šalis susiduria su precedento neturinčia politine, socialine, ekonomine ir humanitarine krize – mes tai žinome.

Nuo tada, kai prezidentas Maduro perėmė valdžią, žmogaus teisių pažeidimai ir susidorojimai su pilietine visuomene tapo kasdienybe. Badas, vaistų stygius – situacija tokia beviltiška, kad ŽIV ir vėžiu sergantys pacientai nebegydomi, o tėvai savo alkanus vaikus yra priversti atiduoti į vaikų namus. Vietoje seniai laukiamų valdžios sprendimų – dar didesnės pastangos vaizduoti alternatyvią realybę.

Šiandien jau buvo minėta: pastaruoju metu daugiau nei 2,3 milijono pabėgėlių iš Venesuelos. Tai milžiniška humanitarinė krizė ir mes turime rasti galimybių atsakyti į ją.

Pirma, turime padėti savo partneriams regione susidoroti su pabėgėlių srautais iš Venesuelos. Antra, turime pasiekti, kad Venesuelos valdžios institucijos nedelsiant įsileistų humanitarinę pagalbą į šalį. Ir trečia, reikia tarptautinio tarpininkavimo ir kontaktų grupės, priimtinos abiem pusėms. Mums reikia to politinio krizės sprendimo ir vienintelio – taikiu būdu.

Agustín Díaz de Mera García Consuegra (PPE). – Señora presidenta, señora alta representante, la situación es crítica: desastre humanitario y gravísima violación de los derechos humanos. Nuestro rol es fundamental. La Unión, las Naciones Unidas y el mundo libre deben reforzar su firme compromiso con el pueblo venezolano y contra la dictadura y la tiranía de Maduro. Condenamos enérgicamente el brutal asesinato de Fernando Albán y pedimos una investigación independiente en el marco de las Naciones Unidas que identifique a los culpables y añada nuevos argumentos incriminatorios a la causa ante la Corte Penal Internacional.

El Helicoide es un centro ilegal de represión, de tortura y de muerte. Ya hemos comprobado en Cúcuta y en Boa Vista las trágicas consecuencias del éxodo masivo de venezolanos buscando la vida y la libertad. El impacto en los países vecinos supera su buena fe y sus posibilidades de acogida. La condena no es suficiente. Hace falta más solidaridad tangible. La Unión está ahí y el Parlamento tiene que seguir ahí, ayudando, presionando y denunciando. ¿Qué son 35 millones de euros ante esta tragedia?

Francisco José Millán Mon (PPE). – *(inicio de la intervención fuera de micrófono)* ...el asesinato del opositor Fernando Albán, que se ha querido cubrir como un suicidio, es un trágico ejemplo de este deterioro. Yo vengo defendiendo desde hace tiempo que la Unión Europea tiene que ser más activa frente a esta crisis que afecta gravemente a ciudadanos venezolanos y también a los vecinos Colombia, Perú, Brasil y Ecuador.

No me gustaron, señora Mogherini, los resultados que ha leído del Consejo de Asuntos Exteriores de la semana pasada. Yo no creo en modo alguno que se den las condiciones para un relanzamiento de un mecanismo de diálogo o mediación. El régimen venezolano, que todo lo controla, no tiene voluntad de ceder en nada, ni de llegar a compromisos. Los antecedentes son muy claros: fracaso en la República Dominicana, detención y asesinato, en algún caso, de opositores. En fin, las fórmulas de diálogo, como usted sabe muy bien, dan oxígeno al régimen, le permiten ganar tiempo.

¿Nosotros qué tenemos que hacer? Además de ayudar a la población, aumentar la presión sobre el régimen. Hacerle ver que su comportamiento no queda impune y obligarle a cambiar de rumbo, en coordinación con los países del Grupo de Lima. La situación es gravísima, el sufrimiento de los venezolanos es enorme. Tenemos que ayudarles y contribuir a que el régimen de Maduro deponga su actitud.

Teresa Jiménez-Becerril Barrio (PPE). – Señora presidenta, quiero prestar mi voz a las víctimas de la represión de Maduro, ya que ellas no pueden hablar porque, si lo hicieran, serían detenidas, torturadas y asesinadas.

Hablo en nombre de los padres que han visto morir a sus hijos por pedir libertad en Venezuela; en nombre de los millones de venezolanos que cruzan la frontera, víctimas de una crisis humanitaria sin precedentes; en nombre de los millones de exiliados por la crisis económica, política y social; de los jóvenes sin patria que no pueden volver a su país; de todas las familias destrozadas, separadas y que intentan sobrevivir en el exilio; en nombre de todos los que mueren porque no tienen ni alimentos ni medicamentos.

No se puede seguir negando la realidad. El diálogo ayuda a Maduro. Y me pregunto por qué España no se ha sumado a la denuncia ante la Corte Penal Internacional para que se investigue a Venezuela por crímenes de lesa humanidad como sí lo han hecho Francia y Alemania, por ejemplo. A Maduro le llegó su hora y debemos ayudar a los venezolanos a recuperar la esperanza, la libertad y la dignidad.

Tunne Kelam (PPE). – Madam President, the minimum wage in Venezuela was recently raised by 3 000%. That sounds like a wild dream for workers in a normal country, but in the meantime, inflation has skyrocketed by 83 000% this year. Prices doubled in 26 days, 80% of the population is affected by poverty. This represents a total failure by the present regime, which has lost the moral and political credentials to run the country, a regime that has caused the largest wave of migration in Latin America's recent history. There is a climate of violence and total impunity.

We need to take a decisive approach with clear conditions, namely: freeing all political prisoners; allowing humanitarian aid to enter the country unimpeded; and, lastly, the holding of free and credible elections. But I cannot agree more with your point, Ms Mogherini, that the people of Venezuela are simply asking for democracy, and the crisis will end with the restoration of a normal, open and pluralist society which guarantees the rights of every citizen. It is as simple as that.

Fernando Ruas (PPE). – Senhora Presidente, Senhora Alta Representante, mais uma vez para exprimir a nossa profunda preocupação pelo que se está a passar neste grande país da América Latina. A Venezuela, não tendo vivido nenhuma catástrofe natural, possui hoje cerca de 87% da sua população afetada pelo verdadeiro flagelo social e humano que é a pobreza, vivendo mais de 61% dos venezuelanos em situação de pobreza extrema, como evidencia a nossa resolução.

Esta situação não é tolerável e tem que ser invertida! O retrato social, humanitário, económico e político na Venezuela é bem conhecido. Este Parlamento, aliás, tem debatido intensamente a situação, tendo enviado uma missão às suas fronteiras em junho último e atribuindo mesmo o prémio Shakarov, no ano passado, à oposição venezuelana.

E é a mesma esta oposição que se vê alvo de perseguições e detenções arbitrárias, mandados de captura internacionais, expulsões do país ou exílios esforçados. Acresce a estes factos a morte do vereador Fernando Albán ocorrida há duas semanas em circunstâncias desconhecidas e enquanto estava sob custódia do Serviço de Inteligência Nacional. São, pois, situações intoleráveis que têm que ser imediatamente invertidas!

Termino, deixando o apelo para que a ajuda humanitária europeia e internacional seja reforçada no terreno e nos países limítrofes.

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID-MARIA SASSOLI

Vicepresidente

Procedura «catch the eye»

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem velmi pozorně poslouchal tuto debatu a chci pouze připomenout, že v posledních měsících jsme se zde situací ve Venezuele zabývali několikrát. Situace je čím dál horší, kolegové velmi přesně popisují ekonomickou a obrovskou tragédii, kterou dnes venezuelský lid prožívá, a je otázka na Vás, paní vysoká představitelko, jestli jsme schopni instrumenty mezinárodního práva, mezinárodní diplomacie donutit diktátora Madura, aby alespoň umožnil vstup jednotkám, které jsou schopny poskytnout humanitární pomoc, a těm mezinárodním organizacím, které chtějí poskytovat humanitární pomoc, do své země, čímž by se snížila obrovská katastrofa venezuelského lidu. Dokud Maduro nicméně bude diktátorem, pak je nutné vnímat, že takové tragédie, jako je zavraždění aktivisty, politika Albána, budou realitou a nikdo s tím nic neudělá. Takže je třeba podle mého názoru vyvinout mnohem větší tlak a pomoci alespoň lidem v té obrovské ekonomické tragédii.

Caterina Chinnici (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signora Alto rappresentante, lo abbiamo oggi ribadito: è sempre più preoccupante la situazione di protratto stallo politico in Venezuela, che ha determinato una crisi umanitaria, sociale ed economica che colpisce il paese e ha provocato un vero e proprio esodo di massa.

Più di due milioni di persone, e fra questi molti bambini, hanno lasciato il paese per sfuggire a situazioni di vita drammatiche e alla repressione di un governo sempre più autoritario.

È necessario, è vero, lo stanziamento di aiuti per supportare le nazioni vicine nel far fronte all'enorme sforzo umanitario per garantire una dignitosa accoglienza a tutti i rifugiati, ma occorre una soluzione pacifica di lungo periodo, e per questo sarà necessario che l'Europa incrementi lo sforzo di mediazione internazionale con il governo venezuelano per porre fine alla violazione dei diritti e per il ripristino della democrazia.

Signora Mogherini, condivido la Sua proposta di istituire un gruppo di contatto che verifichi se esistano le condizioni per un processo politico che porti a una soluzione democratica che coinvolga tutti gli attori regionali e internazionali.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señor presidente, Maduro y su Gobierno, con la represión que ejercen —documentada con miles de denuncias—, con el bloqueo de la ayuda que necesitan, con el éxodo forzado al que obligan a la ciudadanía de un país mal administrado y gobernado, con su oposición a la transparencia frente a la comunidad internacional, obligan a pasar de las palabras a los hechos. Porque estamos ante más que síntomas de la comisión de un crimen de lesa humanidad contra las y los venezolanos.

Por eso quiero solicitar que la Unión y todos sus Estados miembros se sumen a la solicitud que ha puesto en marcha una investigación preliminar de la Corte Penal Internacional sobre las actividades del régimen de Nicolás Maduro. No basta con eso. Apoyo también nuevas sanciones selectivas contra sus jerarcas y toda iniciativa que promocióne una solución dialogada, necesaria. Pero requiere una condición: la liberación de todos los presos políticos, el cese del acoso y la represión y la restauración de las legítimas instituciones usurpadas.

Nada más lejos de la noble liberación que promovió Simón Bolívar que la cruel dictadura de Nicolás Maduro.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL). – Senhor Presidente, esta Câmara omite sistematicamente sem condenação as ameaças de intervenção militar e as constantes ações de desestabilização promovidas pelos Estados Unidos contra a República Bolivariana da Venezuela e o povo venezuelano. Uma estratégia a que se associa a União Europeia e que tem como elemento central as sanções e o bloqueio económico e financeiro, atingindo a economia da Venezuela e as condições de vida do seu povo e também da esmagadora maioria da comunidade portuguesa.

Ações que se intensificam quando o Governo venezuelano procura concretizar medidas de combate a ações terroristas, a par de medidas económicas, nomeadamente, de combate ao açambarcamento e à especulação de preços, visando assegurar a melhoria das condições de vida dos venezuelanos e também da comunidade portuguesa.

As relações com a Venezuela e o seu legítimo Governo devem pautar-se pelo respeito da sua soberania e independência, pela Carta das Nações Unidas e o direito internacional, como pelo respeito pelo direito do povo venezuelano a decidir, sem ingerências externas, o seu futuro.

José Inácio Faria (PPE). – Senhora Alta Representante, peço imensa desculpa por lhe cortar a palavra, mas dou-lha já de seguida, muito obrigado. Senhor Presidente, Senhora Alta Representante, o colapso económico, o drama humanitário que se vive hoje na Venezuela tem origem num problema político que só por esta via deverá ser resolvido e, por isso, saúdo a senhora Mogherini pela intenção de, como disse há pouco, sem suavizar as medidas restritivas impostas pela União Europeia à Venezuela, criar um grupo de contacto encarregado de gerir a crise no país.

As recentes reviravoltas na política diplomática de alguns Estados-Membros, pretendendo substituir o regime de sanções individualizadas pelo diálogo, servem apenas para alimentar o engodo do governo do senhor Maduro que, nos últimos quatro anos, tem ludibriado chefes de Estado, o Vaticano, a União Europeia e o seu próprio povo, com simulacros de diálogo que apenas têm servido para ganhar tempo e tentar enfraquecer a pressão externa e desmobilizar a oposição.

Estas tentativas *ad hoc* de diálogo com o regime ilegítimo e ditatorial, que é parte do problema e não da solução, só servem para enfraquecer a posição conjunta da União e alimentar o balão de oxigénio de um governo que transformou uma nação democrática e próspera num narco-Estado que condena os seus próprios cidadãos à mais abjeta tirania e miséria.

Termino, senhora Mogherini, recordando Fernando Albán e pensando no seu assassinato e pensando também em Corina Machado que luta, neste momento, pela sua própria vida.

(Fine della procedura «catch the eye»)

Federica Mogherini, Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Mr President, let me start by saying that, luckily, I have seen in the Member States and in the Council more unity than in this Chamber. Sorry, I am being blunt, but I want to start from just describing the situation as I have seen it in the past four years and still saw it last week. There is No Member State asking for a review of our sanctions policy and there is No Member State arguing that we should currently engage in mediation. We have to start from a point of clarity and truth about this. We can be against something but if nobody else is proposing that something then it's a pure exercise of rhetoric. I think we need to discuss things as they are.

Things as they are currently are as I described them at the start – and maybe some of you joined the debate after my initial contribution – that we are keeping our position exactly as it has been in recent years, on the need for freeing the political prisoners, the need for elections, the need to have the constitution fully respected and applied, and so on and so forth. We are keeping our sanctions in place. As I said, that was quite something because it was the first time we had introduced targeted sanctions in Latin America, which was not a decision taken lightly by our Member States. They were united on that, and they continue to be united in that respect.

In the meantime, we are saying two things, and I think we can agree on these two things. One: that the solution has to be peaceful, and I would have liked to have heard that a bit more clearly in some of the speeches from around the Chamber, because the idea of some form of military pressure or intervention is floating around. I think that, as Europeans, we are fully united on the fact that, in Venezuela, any sort of military pressure or intervention could actually be counterproductive because we know the nature of Maduro's attitude. That is all he is waiting for. Come on! The negative outside effect could strengthen the fight against the outside.

And we are worried: not worried, or at least I am not worried, about having an ideological fight as to whether we support one kind of ideology or the other, but we are seriously concerned about the situation of a country that has millions of people in a difficult situation, among them one million European citizens. So we care: we care about finding a solution.

How can that solution be found? The European position – which I think has been reflected well in the great majority of your positions – is first that any solution can only be a political, peaceful solution; and second, and equally importantly, that it has to be a democratic outcome – a democratic outcome, involving all Venezuelans because, as I said earlier, we are not, and we will never be, in favour of an external imposed solution. It has to be a Venezuelan solution and it has to involve all Venezuelans. This is the difficulty of the simple exercise of looking for democracy.

This is the balanced, united position that the European Union has stressed in recent weeks. We will now try to explore whether the conditions exist for establishing the contact group. As I said, I would not want to raise expectations, because I think this is extremely complicated as an exercise. However, I think it's worth trying not to initiate a mediation process or a dialogue but to see if the conditions are in place to establish a contact group that could start working on establishing the conditions – which are currently not there – for re-launching this political process. I said this very clearly at the beginning, perhaps some of you were not there when I said it.

I want to say something else very clearly, even if I ought to be sitting on the Council side to say it, namely that I have seen no divisions among Member States on this position. I have seen a very clearly united stand behind this effort that we are now starting to explore.

One last point on the International Criminal Court (ICC) investigation. Some of you raised this. Currently, a preliminary examination is being conducted by the office of the ICC prosecutor and, as you know, the European Union is a strong supporter – probably the strongest supporter – of the ICC's role in bringing perpetrators to justice. So we now trust the ICC prosecutor's assessment on whether or not the Rome Statute requirements to initiate an investigation have been met in the case of Venezuela. We trust the ICC, as an institution, to carry out the preliminary examination that is currently being undertaken, and then we'll take it from there.

Presidente. – Le proposte di risoluzione, che dovranno essere presentate conformemente all'articolo 123, paragrafo 2 - (oppure all'articolo 128, paragrafo 5, a seconda dei casi), del regolamento saranno annunciate successivamente.

La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà giovedì 25 ottobre 2018.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

María Teresa Giménez Barbat (ALDE), por escrito. – Quiero empezar dando mis condolencias a la familia y amigos del Fernando Albán, concejal torturado y asesinado en la sede del SEBIN, aunque nos lo quieran vender como un suicidio. Fernando Albán había sido arrestado tras ser acusado de un supuesto atentado contra el presidente Maduro. Una acusación que parece extenderse a todo aquel que suponga una piedra en su camino dictatorial. El más reciente en recibir esta acusación es el Sr. Julio Borges, presidente de la Asamblea Nacional y galardonado con el premio Sájarov. En cualquier caso, no me corresponde a mí juzgar los hechos, por eso apoyo la necesidad de llevar a cabo una investigación independiente y transparente con expertos internacionales que permita clarificar los hechos y condenar a los culpables. La represión política en Venezuela ha llegado a índices escandalosos. El Foro Penal Venezolano nos informa de que actualmente hay 234 presos políticos. Un dato que la UE no puede ignorar. Por todo ello, es indispensable para alcanzar una solución política: a) la liberación inmediata de todos los presos políticos y el fin de la represión, b) establecer un nuevo Consejo Nacional Electoral independiente y c) organizar elecciones libres y justas de acuerdo con las normas internacionales y con la presencia de observadores internacionales.

17. Notwendigkeit eines umfassenden Mechanismus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Grundrechte (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione sulle dichiarazioni del Consiglio e della Commissione sulla necessità di un meccanismo globale in materia di democrazia, Stato di diritto e diritti fondamentali (2018/2886(RSP)).

Karoline Edtstadler, *President-in-Office of the Council*. – Thank you President, we appreciate that Parliament has given the Council the opportunity to participate in this debate. This Parliament has indeed always shown great dedication to protection of the rule of law, of democracy and of fundamental rights in our Union.

The protection and promotion of our core values as stated in Article 2 of the Treaty of the European Union is a constant challenge. This challenge requires unwavering attention and effort across all institutions and all policy areas. Democracy, freedom, equality, the rule of law and human rights are the cornerstones of the European Union. Each Member State must therefore respect, protect and promote them.

The Austrian Presidency, and indeed all of us, agree that protection of the rule of law, democracy and fundamental rights in our Union cannot be taken for granted. To address this challenge, the Council and a Member State established a meeting within the Council, the so-called ‘annual rule of law dialogue’. The last rule of law dialogue was organised by the Estonian Presidency in October 2017 on media pluralism and the rule of law in a digital age. The next rule of law dialogue will be organised in November by the Austrian Presidency. It will deal with the issue of trust in public institutions and rule of law.

From the beginning we were aware that the Council’s response to rule of law issues needed to be reviewed at a regular pace and if needed, improved or adapted to current challenges. The last evaluation in 2016 showed, among others, that the preparation of dialogues should be more systematic and include the organisation of other accompanying events. This would provide for the possibility to assemble broad input at expert level, including the involvement of other EU institutions or other institutional organisations.

The Estonian Presidency and now our Presidency have followed these recommendations and included experts in the preparation of the annual ministerial dialogue. By the end of 2019 the Council will conduct a re-evaluation of the rule of law dialogue and consider ways to further strengthen it. In the meantime, the Council must task it with conducting two Article 7 procedures, on Poland and Hungary. Since the procedure was triggered, every General Affairs Council meeting has discussed the situation in Poland and in Hungary.

Of course, the Council is not acting alone in these matters of fundamental importance. The Presidency notes with interest the commitment of this Parliament and its legislative initiative report on the establishment of an EU mechanism on democracy, rule of law and fundamental rights. In addition, the Commission plays a vital role in monitoring developments in this field across the Union.

We also wish to highlight the role played by the Council of Europe and the Venice Commission in these questions and I note that in its working programme 2019, the Commission indicated that it would come up with a further strengthening of the 2014 rule of law framework.

Let me conclude by stressing that safeguarding democracy, the rule of law and fundamental rights goes to the heart of our commitment to this Union. The success of this political project will be measured by its ability and determination to uphold these core values. We will play our part.

Frans Timmermans, *First Vice-President of the Commission*. – Mr President, when we discussed – I think it was exactly two years ago – the issue of stepping up our mechanism to strengthen democracy, the rule of law and fundamental rights, I said on behalf of the Commission that we fully support Parliament’s objectives underlying the resolution adopted in 2016. Like Parliament, the Commission is deeply committed to ensuring that our common European values, including in particular democracy and the rule of law, are respected. I believe the actions of the Commission over the past four years leave no grounds for any doubt on that matter. So we agree on the end, and the discussion between us is about identifying the best means.

The developments which have occurred over the past two years have only made the Commission more convinced of the importance of using the instruments we already have to uphold EU values in the most effective way. The diversity of challenges we are facing requires a diversity of responses at EU level. Among these developments, the deterioration of the situation with the rule of law in Poland led the Commission, in December 2017, to initiate the procedure set out in Article 7 of the Treaty on the European Union. Last month Parliament decided to initiate the same procedure as regards Hungary. These are unprecedented steps in the history of our Union.

The Commission has recently launched a number of values-related infringement proceedings, and with regard to the Polish Law on the Supreme Court we have also invited the Court of Justice to impose interim measures. In addition, we have used other instruments, including audits and investigations relating to the use of EU funds, as well as measures through the European Semester to monitor justice reforms in Member States.

The Commission has used its powers as initiator of legislation to propose, as a key component of our next Multiannual Financial Framework, a regulation on protecting the Union's budget in the event of generalised deficiencies as regards the rule of law in the Member States. The rules we propose would allow the Union to suspend, reduce or restrict access to EU funding when generalised deficiencies as regards the rule of law impair or threaten to impair sound financial management or the Union's financial interest.

These actions show the Commission's determination to use all of the instruments at its disposal to address value-related concerns. In each case the Commission uses the instruments that we consider can be most effective. However, this does not mean there is no need to improve the EU's capacity to promote and uphold our common values. On the contrary, we need to make better use of the enforcement toolbox at our disposal. Parliament's 2016 resolution contained a number of ideas that the Commission supports: for example, setting up an interparliamentary dialogue between the European Parliament and national parliaments. The national parliaments are involved in many of the problems related to the rule of law that we have witnessed recently in some Member States. Such interparliamentary dialogue could, as a first step, discuss the various options and the means currently on the table to ensure that our common values are respected and enforced. The Commission will be ready to contribute to such a dialogue.

The Commission also supports the aim of making the variety of existing data and reports more accessible and visible including a national level. The EU Agency for Fundamental Rights has a role to play in this respect.

There are other elements in the resolution which continue to raise questions. For example, the Commission maintains its strong doubts about the need for and the feasibility of an annual report and a policy cycle on democracy, the rule of law and fundamental rights, prepared by a committee of experts. The central role attributed to an independent expert panel raises serious questions of legality, institutional legitimacy and accountability. Furthermore, the recent developments show that the problem we have is not a lack of reporting mechanisms in Europe, but rather a lack of capacity to act and enforce the rule of law and uphold our values in an effective manner.

We know the facts. We need to act. For this reason, as was also announced in the letter of intent which accompanied Jean-Claude Juncker's State of the Union speech and which was just today confirmed by the Work Programme, the Commission intends to present an initiative on further strengthening the 2014 Rule of Law framework. The initiative will draw lessons from the experiences of recent years. It will also take due account of the work of the European Parliament, including your resolution on democracy, the rule of law and fundamental rights mechanism, and the discussion that has ensued.

To conclude, I can assure you that the Commission is ready to continue the discussion with you to determine how best the rule of law, democracy and fundamental rights can be promoted and upheld. This is an objective we share, and one which goes to the very heart of what our European Union is.

Frank Engel, *au nom du groupe PPE*. – Monsieur le Président, Madame la Secrétaire d'État, Monsieur le premier Vice-président, je vous félicite et vous remercie pour les progrès qui ont été accomplis en matière de sauvegarde des droits fondamentaux et de l'état de droit, mais je dois vous dire encore et toujours que cela n'est pas suffisant et vous le savez.

Nous ne sommes pas en désaccord sur les déficiences que nous constatons en la matière parce qu'elles sont nombreuses et elles deviennent de plus en plus envahissantes. Le nombre d'États qu'il faudrait maintenant énumérer si l'on dressait la liste des États dans lesquels l'état de droit n'est pas ce qu'il devrait être, ne cesse d'augmenter.

Au lieu de revenir à ce que nous avons exigé dans une résolution, il y a quelques années déjà, j'aimerais simplement rappeler le principal constat et le principal problème à mon sens. Nous ne sommes hélas pas d'accord en Europe sur la façon de gouverner. Et ce que nous devons entendre quand nous allons en Hongrie ou ailleurs, en Pologne, en Roumanie, à Malte, en Slovaquie – la liste s'allongera sans doute encore – ne correspond pas à ce à quoi nous pourrions nous attendre dans d'autres parties de l'Europe. Et je vous rappelle que le Parlement a fait ce constat en disant précisément, pour cette raison, qu'il faut que nous ayons une interaction permanente les uns avec les autres, représentants de l'ensemble des États membres, sur la façon dont on peut gouverner légitimement et sur ce que nous ne devons pas faire

en Europe si nous voulons nous réclamer des valeurs communes, des principes communs, d'une base de gouvernance commune.

Il faut poser cette base parce qu'elle n'est hélas pas là. Nous ne nous y attendions pas quand nous formulions les traités. Il serait temps de l'instaurer.

Josef Weidenholzer, im Namen der S&D-Fraktion. – Herr Präsident! Vor zwei Jahren hat dieses Haus mit großer Mehrheit die Kommission aufgefordert, einen niedrigschwelligen interinstitutionellen Mechanismus zur Garantie der Grundrechte einzurichten.

Die Kommission hat leider keinen besonderen Eifer gezeigt, diesen Vorschlag aufzugreifen, im Gegensatz zu manchen Mitgliedstaaten, wo eine sehr positive Rückmeldung gekommen ist. Ein solcher Mechanismus – auch DRF-Paket genannt – würde uns helfen, eine effektivere und nachhaltigere Sicherung der demokratischen Grundrechte sicherzustellen.

Der Ausgangspunkt ist einfach. Zwar gibt es mit den Kopenhagener Kriterien eine klare Hürde, Mitglied der Union zu werden. Ist diese einmal geschafft, dann sind kaum adäquate Mittel vorhanden, eine Nichtbeachtung oder willentliche Verletzung zu ahnden. Die bestehenden Instrumente sind oft zu heftig und zu wenig zielgerichtet, um bedrohliche Entwicklungen schon in einem frühen Stadium zu beeinflussen.

Wenn die Probleme einmal auf EU-Ebene thematisiert werden, dann wird Kritik von den betroffenen Mitgliedstaaten meist als Bedrohung von außen stilisiert und eine Problemlösung sehr schwer. Das haben wir in den letzten Jahren immer wieder feststellen müssen.

Der neue Mechanismus schlägt hingegen eine Verzahnung bereits vorhandener Instrumente vor, setzt in einem frühen Stadium an und stellt alle Mitgliedstaaten – die alten und die neuen – auf eine gleiche Grundlage.

Mit einem *democracy scoreboard* wird ähnlich der Venedig-Kommission ein Format entwickelt, das Vergleichsmöglichkeiten eröffnet und in einem frühen Stadium ansetzt. Die Schaffung eines derartigen Mechanismus – so glaube ich – würde neue Handlungsfähigkeit bringen und die Debattenkultur versachlichen.

Zdzisław Krasnodębski, w imieniu grupy ECR. – Panie Przewodniczący! W jednym zgadzam się z tymi, którzy proponują stały mechanizm sprawdzania demokracji praworządności i praw podstawowych, mianowicie w krytyce dotychczasowej praktyki instytucji unijnych w tym zakresie. Działania podejmowane przez Komisję oraz Parlament Europejski miały charakter wybiórczy, arbitralny i skrajnie upolityczniony. Na przykład nawet „najwięksi przyjaciele” (w cudzysłowie) mojego kraju przyznawali w kuluarach, że przedmiotem ich troski mogłoby być także inne państwo członkowskie.

I tak właśnie jest. I nie dotyczy to bynajmniej na przykład Malty tu wspomnianej przez kolegę. Otóż weźmy na przykład kraj, który uchodzi za wzór liberalnej demokracji. Mam na myśli Niemcy. Od dziesięcioleci środowiska sędziowskie w Niemczech domagają się przeprowadzenia reform urzędowości w pełni zasadę demokracji, trójpodziału władzy i niezależności sędziowskiej w niemieckim wymiarze sprawiedliwości. Apele o reformę sądownictwa były podnoszone przed wyborami do Bundestagu w 2017 r. Na przykład Neue Richtervereinigung wystosował tzw. apel berliński, w którym znalazło się następujące stwierdzenie, cytuję: „Republika Federalna Niemiec jako członek Unii może żądać w sposób wiarygodny przestrzegania podmiotowych zasad przez podmioty trzecie, jeżeli sama się w ten sposób organizuje. Dlatego domagamy się zaangażowania na rzecz tego, by niemiecki system sądownictwa odpowiadał zasadom podziału władzy, co należy od dawna do standardu europejskiego.” Te postulaty nie zostały jednak do dziś spełnione, a Deutscher Richterverbund 11 września 2018 r. opublikował swoje stanowisko w tej sprawie zatytułowane „Trzecia władza musi się rządzić sama”, w którym stwierdza między innymi, że sądownictwo oraz prokuratura w Niemieckiej Republice Federalnej są uzależnione od władzy wykonawczej, a wielu krajach związkowych o zatrudnieniu i awansie sędziów i prokuratorów decyduje samodzielnie minister sprawiedliwości. W związku z tym postuluje się podejmowanie decyzji personalnych w ramach samorządu sędziowskiego. To jest postulat sędziów.

Ostatnio, jak Państwo wiedzą, opinię publiczną w Niemczech bulwersuje sprawa obsadzania stanowisk sędziów w Trybunale Konstytucyjnym w Brandenburgii, gdzie, jak zwykle, poszczególne miejsca dzielone są między duże partie polityczne. Tym razem SPD postanowiła mianować między innymi zaangażowaną politycznie pisarkę bez doświadczenia sędziowskiego, która była na tyle rozsądna, że zapisała się do tej partii przed rokiem. Ja mógłbym mnożyć te przykłady. Podobnie jest w wielu innych krajach, gdzie sędziowie mogą być członkami partii politycznej. Wszędzie jest wpływ polityczny na wybór sędziów.

Wobec tego pytam się, zwracam się z do pana Timmermansa: dlaczego więc Komisja Europejska nie podjęła działań mających na celu przestrzeganie przez Niemiecką Republiką Federalną wartości wymienionych w art. 2 Traktatu o Unii Europejskiej. Można odpowiedzieć: bo Niemcy to są Niemcy, a Polska to jest Polska. Ale takie myślenie doprowadzi prędzej czy później do katastrofy Unii, a może i Europy.

Ale do tej katastrofy może doprowadzić także przekonanie, że to urzędnik Komisji Europejskiej lub Parlament Europejski miałby decydować o praworządności czy konstytucyjności w jakimś kraju. Nic zresztą nie byłoby większym pogwałceniem zasady konstytucyjności i praworządności, a proponowany mechanizm sprawdzania demokracji i praworządności byłby jej zaprzeczeniem.

Sophia in 't Veld, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, in today's EU, independent judges are being dismissed, journalists are threatened and even murdered, NGOs are harassed and intimidated. In the last two years alone, since we adopted the proposal for the DRF Pact, two Article 7 procedures have been launched: one by Parliament and one by the Commission. The Commission has also launched infringement cases and took a Member State to court. The Council organised hearings on the rule of law in that same Member State, and Parliament created the rule of law monitoring group for two other Member States, as well as a plenary debate on yet another Member State.

So a lot is being done – and I have to commend the Commissioner for his actions – but it is piecemeal and erratic. It is too little and, too often, too late. We need a pan-European mechanism for democracy, the rule of law and fundamental rights in the EU that is comprehensive and not fragmented; evidence based, not politicised; one that monitors all Member States annually and is not ad hoc or incident-driven.

Exactly two years ago in this House, we adopted such a proposal: the DRF Pact. We proposed a fully-fledged inter-institutional agreement that we could have agreed on today. So why have the Commission and the Council so far failed to act on our proposal? You work on the rule of law, but your refusal to agree the comprehensive DRF Pact means that forces that demolish our way of life are always ahead of us. So it's time to act because, Commissioner, I don't agree with you. The toolkit that we currently have at our disposal is visibly not enough. So, as the Commission and Member States drag their feet, Parliament should move ahead anyway. I propose that we start our own annual DRF cycle, including country reporting and a debate on the state of democracy, the rule of law and fundamental rights in Europe, in tandem with national parliaments, and we don't wait until the Council and Commission are ready.

Because in conclusion, democracy, the rule of law and fundamental rights cannot defend themselves. We have to stand up for them or they will perish.

Judith Sargentini, *namens de Verts/ALE-Fractie*. – Voorzitter, ik zie het pleidooi van collega Krasnodębski over Duitsland eigenlijk als een aanvulling, als een ondersteuning voor wat het Parlement vraagt, namelijk niet wachten tot het kalf verdronken is, niet acht jaar lang sleuren om dan eindelijk een tweederdemeerderheid te krijgen om een artikel 7-procedure te kunnen beginnen voor Hongarije, maar gestructureerd, jaarlijks, als een soort van visitatiecommissie, zoals dat bij universiteiten plaatsvindt, te kijken wat de staat van de rechtsstaat, de democratie en de grondrechten is in iedere lidstaat.

Het is leuk dat de Raad elk jaar een onderwerp pakt en dan besloten met elkaar gaat praten, maar het is typisch dat de Raad er nog steeds voor terugschrikt om gewoon het Europees Parlement uit te nodigen om het verslag over Hongarije te komen toelichten. Want meer is het niet. Zo lang wij ons voor het maken van verslagen, zoals het mijne over Hongarije, moeten richten op instellingen van buiten, namelijk de Raad van Europa, de VN, de OVSE, en ons eigen Bureau voor de grondrechten niet de ruimte geven om echte analyses per land te maken, blijven we dus eigenlijk wegstijven van de problemen in onze eigen regio.

Barbara Spinelli, *a nome del gruppo GUE/NGL*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, da qualche tempo il tema del *rule of law* è riemerso con forza nel dibattito europeo. Di per sé il fatto è positivo, visto che l'Unione poggia su un concetto di *rule of law* che non si riduce all'applicazione della legge ma include i diritti umani.

Condivido l'idea di istituire un meccanismo preventivo che funga da argine contro possibili violazioni e rappresenti in modo chiaro un contraltare obiettivo, neutrale e soprattutto non punitivo rispetto agli attuali strumenti.

Ciò a maggior ragione a fronte del rischio che la questione del *rule of law* si trasformi in un terreno di contesa elettorale o tra Stati, che venga chiamata in causa in maniera selettiva sulla base di considerazioni partitiche, conducendo di fatto a uno svuotamento dello stesso *rule of law*.

Non credo che l'agire di Frans Timmermans sia parziale. Proprio per questo penso che potrebbe apprezzare un meccanismo che è animato da un bisogno così grande, continuativo e profondo di *expertise* imparziali.

Gilles Lebreton, au nom du groupe ENF. – Monsieur le Président, une Europe authentiquement démocratique devrait respecter la souveraineté de chacune des nations européennes qui la composent, or l'Union européenne ne le fait pas. Elle s'immisce de façon scandaleuse dans les affaires intérieures de certains de ses États membres comme la Hongrie, la Pologne ou maintenant la Roumanie. Chose encore plus grave, le Parlement européen a imaginé, dans sa résolution du 25 octobre 2016, le vade-mecum de la mise sous tutelle politique des États membres. Il recommande de confier à un panel d'experts, élus par personne et sortis d'on ne sait où, le pouvoir de noter les États comme des enfants sur le respect de différents principes. La séparation des pouvoirs, la liberté d'expression ou encore l'indépendance de la justice.

En hommage involontaire au poète français, Jacques Prévert, qui en aurait bien ri, la résolution charge ce panel d'experts de donner des notes de couleur aux États. Vert aux gentils, orange aux suspects et rouge aux méchants. Pour les États qui obtiennent une note rouge, la sanction se veut terrible, c'est l'activation de l'article 7 du traité sur l'Union européenne qui débouche sur la suspension du droit de vote de l'État fautif au sein du Conseil. Tout cela n'est pas sérieux et je regrette qu'on ressorte ces vieilles lunes aujourd'hui.

Le Parlement européen gagnerait en crédibilité s'il écoutait un peu plus les aspirations des peuples au lieu de se poser en éternel donneur de leçons.

L'Europe des nations, que j'appelle de mes vœux, traitera les États européens avec respect et non avec la morgue de cette indigne résolution.

Roberta Metsola (PPE). – Mr President, if there is one thing that has been so violently exposed in the last year in Europe it is the need for a concrete mechanism that will monitor the state of the rule of law, democracy and fundamental rights in every Member State. It is clear that we need to close the gaps between the rights we demand as EU citizens and the tools that are currently available for their protection.

Having such a mechanism would be a huge step forward and would go some way in allaying the fears of so many citizens in Europe from different States who look to us when their rights are in danger, or when their institutions cannot be relied on or when the promise that is Europe is under threat.

This is not about going after any single state or government. It is about making the protection of the rights we have future-proof. Our focus must be on protection, about building up systems, about helping people and not about punishment.

Having this mechanism will mean that every Member State will be subjected to the same level of scrutiny. It will remove the politics from that equation and create equality among States. It will mean that governments who think that they have carte blanche to do as they please after winning an election will be in for a surprise. It will give Europe the tools to act.

We are not interested in going after one country. We want to change the entire system, and this could very well be the game changer that we need to address this generational challenge facing our Union.

Claude Moraes (S&D). – Mr President, it could well be a game changer to have the encapsulation of the 2016 resolution, which is a less crisis-driven, more systematic, rule of law mechanism and we have talked about it endlessly within our committee and it is something that we very much want.

I have two points that I want to make. One is that, in reaching this objective, we must not dismiss what we are currently doing, and not give an excuse to anyone to diminish the work that has been done, either by the Commission or by Members of Parliament here on these fundamental rights mechanisms under Article 7. To do so would be to diminish the key work that has been done and that will also happen when we have this other mechanism that is less crisis-driven, because what I mean by that is the capacity to act in case of a breach, the capacity to uphold the rule of law, and indeed human rights, will be difficult in this mechanism also. It will be difficult to monitor every Member State, and to act when there is something wrong there, so please, bear this in mind.

So, to ensure that we complete the work that we are doing currently, but then in the future we look at this mechanism, and yes, hopefully we fulfil the 2016 resolution. But don't throw the baby out with the bathwater. Ensure that we preserve the very tough work that we are currently undertaking and then get to this new fundamental rights mechanism.

Birgit Sippel (S&D). – Herr Präsident! Warum ein Rechtsstaatsmechanismus? Artikel 2 des Vertrags beschreibt die Werte, auf denen unsere Union gründet: Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Menschenrechte. Und mit ihrer Unterschrift haben sich alle Mitgliedstaaten verpflichtet, diese zu wahren und zu respektieren. Aber wenn Regierungen die Gewaltenteilung missachten, Obdachlose kriminalisiert werden oder regierungskritische Medien diskreditiert werden, dann bringt das Gefahren – für Einzelne und die Union insgesamt.

Wie können wir Vertrauen in Demokratie und Staat erwarten, wenn Regierungen Verträge, Gesetze und Gerichtsurteile nach Gutdünken auslegen oder gar schlicht ignorieren? Der Rechtsstaatsmechanismus ist notwendig, um Freiheit und Demokratie überall in Europa zu schützen.

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Zdzisław Krasnodębski (ECR), pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. – W nawiązaniu do swojej wypowiedzi, gdzie podawałem przykłady z Niemiec, chciałem się Panią spytać, czy Pani jest gotowa zastosować to, co Pani powiedziała, do swojego kraju i do swojej partii?

Birgit Sippel (S&D), blue-card answer. – I think it is very clear that this mechanism should be fit for all Member States and, from time to time, we will check everything in all the Member States. I think this has been clear from the very beginning.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, jako bývalý ministr spravedlnosti podporuji obhajobu principu právního státu a je dobře, že zde máme mechanismy v současné Lisabonské smlouvě. Ale musím říci, že můj postoj k případným změnám je zdrženlivý, stejně jako to vyjádřila Komise ve své zprávě z roku 2017. Zkrátka a dobře, pokud bychom nyní sáhli ke změně Lisabonské smlouvy a posílili kontrolní mechanismy i v podobě každoročních preventivních zpráv, tak já vnímám, že třeba v mé zemi, v České republice, by to vedlo k tomu, že by populisté takovéto změny zneužili k boji proti myšlenkám evropské integrace a zneužili by to proti Evropské unii jako takové. A to si myslím, že jako reální politici bychom také měli vnímat. Zkrátka posilovat pozici EU v této otázce, otázce ochrany právního státu, proti vůli občanů a proti vůli některých členských států se může otočit proti samotné myšlence evropské integrace. Byl bych tedy zdrženlivý.

Procedura «catch the eye»

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Domnule președinte, vreau să vă spun un lucru – Uniunea Europeană se află actualmente la o răscruce de drumuri și observăm o schimbare a regulilor în timpul jocului. Țările care au aderat la Uniunea Europeană trebuiau să îndeplinească niște condiții politice – criteriile de la Copenhaga. Trebuie să țineți cont, stimați colegi, de un fapt foarte important – instituțiile în diferite state membre sunt diferite. Fiecare țară ar trebui judecată în funcție de instituțiile pe care le are. Iar aici s-au spus niște lucruri foarte importante – că toate țările membre ale Uniunii Europene ar trebui judecate în același mod. Pentru asta însă trebuie să avem instituții comune, aceleași instituții care să facă aceleași lucruri pentru cetățenii europeni.

Sunt perfect de acord cu doamna in 't Veld de la ALDE, care spunea că un mecanism trebuie să se aplice tuturor țărilor într-un mod coerent, ținând cont de instituțiile pe care țările respective le au. Din păcate, constatăm că – și acest lucru s-a mai spus – s-au găsit probleme, în general în țările din Europa Centrală și de Est. Ținând cont de situația unde ne aflăm acum cu Uniunea Europeană, cred eu că ar fi o mare eroare să continuăm pe acest drum. Trebuie să avem o poziție echilibrată față de țările membre pentru că cetățenii noștri s-ar putea simți discriminați și discriminarea crește în Europa Centrală și de Est.

Julie Ward (S&D). – Mr President, in my country, the UK, racist and anti-democratic forces led a campaign for us to leave the European Union and won by breaking the electoral law and telling lies. In Poland and Hungary, governments are making serious attacks against the rule of law and preventing civil society from playing its crucial role, required for any functioning democracy. In several other EU countries, helping migrants and refugees is now criminalised.

Whilst I was relieved to see this Parliament take action against Orbán's Government recently, I remain worried that the EU is not doing enough to support democracy, human rights and the rule of law. The drifting situation in several Member States should call for much stronger reactions. It's our moral and historical responsibility. We must rise against fascism and fight against those who attack our common values. So I fully support Sophia in 't Veld's proposal for a comprehensive EU mechanism that would help us respond to the breaches. In the meantime, we must continue to use the tools at our disposal against illiberal governments.

Maria Gabriela Zoană (S&D). – Domnule preşedinte, domnule vicepreşedinte al Comisiei Europene, sunt avocat şi de peste 15 ani predau dreptul penal, criminalistica şi alte materii anexe studenţilor de la facultatea de drept. Personal, nu cred că există vreun cetăţean de bună-credinţă în Europa care să fie de acord cu corupţia. Spunem „nu” clar corupţiei.

Însă mă îngrijorează, în acelaşi timp, dublul limbaj de la nivelul instituţiilor europene. Dialogul sincer, cred eu, că este singura soluţie. De aceea, în contextul Brexitului şi a unui buget european viitor firav, mă tem, domnule preşedinte, că unele state puternice – şi vreau să mă asigur pe această cale – că acestea nu vor folosi abuziv nerespectarea statului de drept pentru a lua banii europeni de la statele mai puţin puternice, cum sunt cele din estul Europei. Juridic vorbind, nu există în prezent nicio definiţie clară a statului de drept şi nici criterii clare care să identifice încălcarea statului de drept. Singura autoritate în măsură să decidă asupra încălcării statului de drept este Curtea Europeană de Justiţie, nu Comisia, nu Consiliul şi nu Parlamentul European. În caz contrar, domnule preşedinte, riscăm aplicarea discreţionară a regulilor europene şi, desigur, în urma unor decizii exclusiv politice, pedepsirea anumitor state.

Maria Grapini (S&D). – Domnule preşedinte, domnule comisar şi stimaţi colegi, cred că în orice ţară dacă mergem pe stradă să întrebăm cetăţenii „vreţi să fie stat de drept la dumneavoastră? Vreţi să vi se respecte drepturile?”, evident că vor răspunde „da”. Problema care este şi care a fost atinsă de foarte mulţi colegi aici – cum definim statul de drept? Pentru că avem constituţii, avem constituţii – şi un coleg din Cehia spunea „voinţa poporului, democraţia, până la urmă, e voinţa poporului” - dacă constituţia este respectată, dacă Curtea Constituţională din acel stat aprobă, verifică şi atestă toată legislaţia care e votată în Parlament – o instituţie votată tot de popor – atunci este respectat statul de drept. Sigur că sunt de acord şi eu ca să fie verificate toate statele, nu aşa cum avem noi, România şi Bulgaria, MCV şi nu mai scăpăm de el.

Problema care se pune este să cunoaştem instrumentele, modul cum se măsoară şi nu poate totuşi Comisia, care este un organism numit, să facă tăiere de fonduri, de exemplu, pentru că e o condiţionalitate care nu este cuprinsă în tratat şi nu cred că modificăm tratatul.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor presidente, señor Timmermans, para recuperar en Europa la confianza mutua y en el futuro de la Unión Europea, es imprescindible reforzar el Estado de Derecho, sí, pero también luchar contra la corrupción y que desaparezcan del mapa esos referendos contrarios a los valores europeos y a la convergencia en derechos europeos, como los que pretenden decir no a las cuotas de refugiados o prohibir en la Constitución los matrimonios del mismo sexo.

Este Parlamento pidió hace años un mecanismo estructurado frente al actual paisaje fragmentario y errático donde florecen el nacionalpopulismo y la democracia iliberal que explotan el miedo al malestar, pero también el deterioro del imperio de la ley. Y es imprescindible que haya un mecanismo permanente de desarrollo del artículo 2 del Tratado de la Unión Europea y del artículo 7, para que no sea posible que una minoría de países pueda bloquear hasta hacer imposible la imposición del respeto al imperio de la ley.

Tenemos la última oportunidad para establecer ese mecanismo permanente y estructurado de respeto a la regla del Derecho, ¡no la desaprovechen! Vicepresidente Timmermans, Comisión, ¡háganlo!

Răzvan Popa (S&D). – Domnule președinte, stimați colegi, pe de o parte, evaluări ale respectării drepturilor fundamentale, a democrației și a statului de drept ar trebui să fie făcute periodic în toate statele membre ale Uniunii Europene și sunt chiar binevenite. Pe de altă parte, trebuie să fim foarte atenți cu astfel de evaluări bazate pe noțiuni și criterii uneori subiective și arbitrare, mai ales atunci când încercăm introducerea lor ca și condiționalități în acordarea fondurilor europene. Există o bază legală pentru introducerea unui astfel de mecanism? Știm în ce măsură încalcă sau interferează cu tratatele în vigoare? Sunt câteva întrebări la care trebuie să găsim răspunsuri clare și să discutăm despre noțiuni clare, nearbitrare și, doar mai apoi, să punem în discuție un astfel de mecanism, pe care cu toții ni-l dorim, dar, sigur, nimeni nu își dorește să fie un instrument politic.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D). – Domnule președinte, stimate domnule Timmermans, ați afirmat aici mai devreme că problema cu care se confruntă Comisia nu constă în a primi informațiile necesare, ci în modul de a acționa pe baza acestora. Permiteți-mi, cu tot respectul cuvenit, să vă contrazic. Din acest lanț ați omis etapa de mijloc, cea a analizării și a evaluării informațiilor primite și aceasta este adevărata problemă cu care ne confruntăm aici. Din lipsa unei analize corecte și aprofundate, uneori au existat poziții și declarații care nu au reflectat realitatea și care au dus la folosirea unui dublu standard în evaluarea unor situații-cheie.

Claudia Țapardel (S&D). – Domnule președinte, dragi colegi, am să mă adresez dumneavoastră astăzi nu în calitate de membru al Parlamentului European, ci în calitate de cetățean european și de susținător al tuturor principiilor ce stau la baza construcției europene: unitate, solidaritate, coeziune economică și socială, dezvoltare echilibrată a tuturor regiunilor europene. Și din această calitate, îmi exprim dezacordul total față de orice instrument sau mecanism care poate bloca dreptul statelor membre de a accesa fondurile europene. Nu uităm că statele membre au nevoie de aceste fonduri europene pentru a avea o dezvoltare echilibrată a tuturor regiunilor noastre.

Dragi colegi și domnule Timmermans, vă reamintesc că aici, la nivelul Uniunii Europene, toți avem aceleași drepturi și obligații. Și dacă avem totuși aceleași drepturi și obligații și vorbim de instaurarea unui astfel de mecanism, mă întreb de ce oare nu instaurați un mecanism de cooperare și verificare la nivelul tuturor statelor membre, și nu numai la nivelul României și al Bulgariei? Aveți grijă, pentru că vom instaura niște mecanisme care interferează cu tratatele europene și care vorbesc despre un dublu limbaj și despre un dublu standard la nivelul Uniunii Europene și acest lucru va afecta foarte grav unitatea și dezvoltarea viitoare a acestei construcții importante.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, ο μηχανισμός για τη δημοκρατία, το κράτος δικαίου και τα θεμελιώδη δικαιώματα είναι σημαντικός για τη λειτουργία της Ευρωπαϊκής Ένωσης και στηρίζεται βεβαίως στο άρθρο 7. Βασική όμως προϋπόθεση, κύριε Timmermans, για τη λειτουργία του άρθρου 7 είναι ότι ο μηχανισμός αυτός πρέπει να λειτουργεί εντός των αρμοδιοτήτων της Ευρωπαϊκής Ένωσης και όχι σαν μηχανισμός υπαρπαγής αρμοδιοτήτων των κρατών μελών. Γνωρίζουμε ότι βάση λειτουργίας της Ευρωπαϊκής Ένωσης είναι το άρθρο 5, δηλαδή η αρχή των δοτών εξουσιών, δηλαδή ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση και τα όργανά της έχουν τόσες αρμοδιότητες όσες της απονέμουν οι ίδιες οι Συνθήκες.

Επομένως, δεν μπορεί να αξιοποιείται ο μηχανισμός αυτός, προκειμένου να παρεμβαίνει σε θέματα που δεν άπτονται της αρμοδιότητας της Ευρωπαϊκής Ένωσης και το θέμα της συγκρότησης της ίδιας της λειτουργίας της δικαστικής εξουσίας ενός κράτους μέλους είναι αποκλειστική αρμοδιότητα. Διαφορετικά, εάν δεν τηρηθεί αυτή η αρχή, εάν δεν τηρηθεί η αρχή της διάκρισης των εξουσιών, τότε εύκολα πολλές πλευρές εδώ θα κατηγορούν την Κομισιόν ότι κάνει πολιτικό παιχνίδι. Μπορείτε να ενεργείτε και πρέπει να ενεργείτε όταν υπάρχει παραβίαση του κοινοτικού δικαίου και όταν έχετε αρμοδιότητα να παρέμβετε στο θέμα αυτό. Αν το πεδίο αρμοδιοτήτων σας είναι εκτός, τότε κινδυνεύετε να υποστείτε κριτική από αυτούς που δεν τηρούν τη δημοκρατία πολλές φορές, αλλά που θα πατούν στο γεγονός ότι ενεργείτε εκτός των αρμοδιοτήτων της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Σε κάθε περίπτωση, το Δικαστήριο της Ευρωπαϊκής Ένωσης μπορεί να κρίνει το πεδίο αρμοδιοτήτων και αν έχετε δίκιο.

Jordi Solé (Verts/ALE). – Señor presidente, coincido con la mayoría de ustedes en la necesidad de tener un mecanismo sistemático ambicioso y, sobre todo, más coherente para proteger la democracia, el Estado de Derecho y los derechos fundamentales en Europa. Pero permítanme una reflexión: el Estado de Derecho se puede desvirtuar de muchas formas, también a través del abuso del propio Estado de Derecho. Por lo tanto, este mecanismo también debería monitorizar los casos de abuso o, si ustedes prefieren, de uso arbitrario del Estado de Derecho, que también pueden llevar a situaciones de conculcación de derechos fundamentales.

Por ejemplo, solo desde esta perspectiva se puede analizar la dramática realidad de que hoy en el Estado español la expresidenta del Parlamento de Cataluña lleve meses en prisión preventiva por no haber prohibido en la Cámara catalana determinados debates y determinadas votaciones. Solo así se puede analizar la dramática realidad de tener a presos políticos acusados absurdamente de rebelión, cuando lo único que han hecho ha sido promover la democracia y el debate, nunca la violencia ni la subversión.

Señor Timmermans, el abuso del Estado de Derecho también pone en peligro la democracia y los derechos fundamentales y, por mucho que usted lo niegue, esto es lo que está pasando en el Estado español.

Ana Miranda (Verts/ALE). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, gostaria muito de saber por que não respondem às nossas perguntas parlamentares quando falamos da vulneração de direitos fundamentais no Estado espanhol e, em particular, gostaria muito de focar essas perguntas relativas à Fundação Franco. Sabe que a Fundação Franco faz a apologia do fascismo no Estado espanhol?

Temos uma oportunidade única neste Parlamento, hoje, e mulheres relatoras deste Parlamento, e olho para algumas presentes, conseguimos uma resolução conjunta para lutar contra o neofascismo na Europa, que terá o apoio de cinco grupos parlamentares.

Com base nesta resolução que se vai votar na quinta-feira, teremos também novos mecanismos para uma maior coordenação na defesa dos direitos fundamentais. Mas gostaria, Sr. Comissário, que respondesse às nossas perguntas. São perguntas para a defesa do Estado de Direito também e que esteja presente nessa votação que vai ser também uma porta aberta a essa luta contra a intransigência e contra o fascismo ainda presente em muitos Estados-Membros.

Victor Boştinaru (S&D). – Domnule preşedinte, domnule prim-vicepreşedinte, dintr-o perspectivă afirmativă, cred că acest instrument trebuie să fie, în primul rând, bazat pe un temei juridic foarte clar, care să prevină ambiguităţi şi conflicte cu alte instrumente sau prevederi ale altor mecanisme.

Al doilea rând, în privinţa garanţiei aplicabilităţii, acest mecanism trebuie să fie aplicabil în mod explicit tuturor statelor membre fără excepţie şi acest lucru trebuie stipulat *expressis verbis*, aşa cum evaluarea privind presupusele încălcări sistematice trebuie să fie rezultatul unui proces neutru şi obiectiv şi acceptat ca atare din momentul instituirii mecanismului.

Apoi, rolul Consiliului este esenţial, domnule prim-vicepreşedinte, Consiliul cu mecanismul de două treimi previne ceea ce Curtea de Conturi a Uniunii Europene spunea – arbitrarul şi discreţionarul potenţial în mâinile Comisiei, ca şi aprobarea de către Parlament a unei decizii astfel adoptate.

În sfârşit, adoptarea ar putea fi finalizată, dacă propunerea este echilibrată şi justă, cu ocazia viitoarei preşedinţii rotative, având însă garanţiile pe care le-au cerut şi alţi colegi aici în Parlament – neutralitatea, obiectivitatea, *no moving targets and no double standards*.

(*Fine della procedura «catch the eye»*)

Frans Timmermans, First Vice-President of the Commission. – Mr President, the most ridiculous thing I've seen today is a tweet just put on Twitter by Ms in 't Veld where she writes: 'EU Commission Vice President @TimmermansEU sees no need for a comprehensive mechanism for safeguarding the rule of law in Europe. Apparently everything is just fine'.

I can stand a bit of political rhetoric, but here you just make yourself ridiculous. Have you not seen what we've done over the last couple of years? Have you not had the time to look – even glance over – the Commission Work Programme, where we announced that we will take these measures, and still you come up with that tweet? Have you not had a debate with me on these issues so many times over the last couple of years, and still you come up with that tweet? How can I take that seriously? And by the way, do I really have to explain to this Chamber what the Cooperation and Verification Mechanism is, where that comes from?

Do I really have to explain that Article 2 is binding on every Member State and that, as a result of Article 2, the separation of powers is an essential element of the working of the rule of law in the Member States? Do I really have to explain that to you, Mr Marias, still, after all these years? I think not, frankly speaking. And do I still have to hear, every time a country is criticised: 'Oh, you shouldn't be criticising us – double standards – look somewhere else'. Is that the nature of this debate? I hope not.

I hope we can find a mechanism that is more structured. I hope we can improve the rule-of-law mechanism. But be very careful that you don't give an excuse to those who don't want to be under scrutiny, who want to have the freedom to do whatever they like with the rule of law, that they can say, you know: 'As long as there's no mechanism, don't look at us'. The Commission takes its responsibilities extremely seriously, and we have done that over the last four years. It's not always been easy, but we will continue to do that.

This is our responsibility. This is what we take seriously. Article 7 is a very concrete measure. The lists of infringement procedures are very concrete measures. Asking the European Court of Justice for interim measures to safeguard the independence of the Supreme Court in Poland is a very concrete measure, and the Court of Justice has acted on that request of the Commission in a very concrete way. This is what we are doing very concretely, and I would not want what we are doing concretely to be relativised by saying: but we need a more comprehensive mechanism. There could be very good arguments for a more comprehensive mechanism, but it's not an alternative for what we're doing; it's additional to what we're doing and it should not weaken what we're doing.

Finalement, une remarque, parce que j'ai entendu M. Lebreton citer Jacques Prévert, ce qui m'a un peu étonné étant donné l'orientation politique de Jacques Prévert et celle de M. Lebreton. Je voudrais donc le confronter avec quelques lignes de Jacques Prévert qui représentent pour moi aussi l'accomplissement de l'intégration européenne depuis la Seconde Guerre mondiale. C'est aussi une très belle réponse à ceux qui croient que le nationalisme proposerait un futur pour l'Union européenne. Et je cite Jacques Prévert: 'Soyez prévenus vieillards, soyez prévenus chefs de famille, le temps où vous donniez vos fils à la patrie comme on donne du pain aux pigeons, ce temps-là ne reviendra pas, prenez-en votre parti, c'est fini, le temps des cerises ne reviendra plus', Jacques Prévert.

Karoline Edtstadler, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, as background to this discussion, let me assure you once again that the Austrian Presidency and the Council as a whole attaches great importance to upholding democracy, the rule of law and fundamental rights. They are at the heart of our concerns, as has been mentioned a few times today. I agree with Commissioner Timmermans when he stated that we should seek a better use of the given instruments. Of course, this does not prevent us from constantly reviewing and improving these instruments.

However, let me say a word regarding the doubts about the efficiency of these instruments and, in particular, regarding the Article 7 procedure, which were raised, directly or indirectly, by several Members of the Parliament. I would not describe it only as piecemeal; on the contrary, it is a very important instrument, which has several stages to tackle the issue at stake in different ways, starting with the dialogue and hearings, peer reviews and recommendations, up to sanctioning. In any case, it would be premature at this stage to draw negative conclusions about this very complex procedure, which is being used, as you know, for the first time.

To conclude: we, the Council, will continue to follow this debate closely, and I can assure Members that I have paid particular attention to the views expressed here today during this debate.

Presidente. – La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà durante la prossima tornata.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Christine Revault d'Allonnes Bonnefoy (S&D), *par écrit*. – Notre débat est de la plus grande importance car il permet de remettre les pendules à l'heure. J'entends ceux qui dénoncent la prétendue impuissance du Parlement à répondre aux dérives autoritaires en Europe. Mais nous avons des solutions outre la procédure de l'article 7. En octobre 2016, il y a 2 ans, cette assemblée a voté un mécanisme pour l'État de droit, la démocratie et les droits fondamentaux. Nous avons exhorté la Commission à en faire une proposition législative mais notre demande est restée lettre morte. Pourtant, les violations graves n'ont fait que se multiplier ces deux dernières années. Ce mécanisme comporterait un tableau de bord indiquant en permanence la situation dans tous les États. Le Parlement et le Conseil débattront annuellement de recommandations par pays. C'est une surveillance systématique et complète, qui permet à l'Europe de réagir avant qu'il ne soit trop tard. Cette proposition existe déjà en ce qui concerne notre gouvernance économique. L'Union s'est dotée ici d'une

base législative solide pour scruter les règles économiques et fiscales. Nous demandons simplement la même intransigeance et fermeté quand il s'agit de nos valeurs fondamentales, quand il s'agit des droits fondamentaux de nos citoyens.

Alfred Sant (S&D), in writing. – Assessing whether democracy, the rule of law and fundamental rights are being breached systemically depends on analysis of the available facts, duly proven. It also frequently depends on subjective points of views adopted for political and other reasons that filter into the assessments being made. Unless this is recognized, there can be no worthwhile approach to spotlighting and correcting breaches. Mutual trust among Member States and their legal systems underpins what the EU stands for. Yet the ideological consensus that used to prevail among Member States seems to be breaking down. The risk has increased that allegations of breaches of our fundamental values get instrumentalised from within polities for partisan reasons. They are then promoted at European levels to foment criticism directed at the government of the day. I have seen this happening for my country Malta. And in this House. I cannot rule out that it might be happening for other Member States. We cannot allow procedures by which allegations of breaches in fundamental values are investigated to be politicised and made suspect. The urgency therefore is to construct a mechanism that can be accepted by all as objective, fair, transparent and deliberate in correcting any such breaches.

18. Einrichtung, Betrieb und Nutzung des Schengener Informationssystems im Bereich der Grenzkontrollen – Einrichtung, Betrieb und Nutzung des Schengener Informationssystems im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit und der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen – Nutzung des Schengener Informationssystems für die Rückkehr illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca, in discussione congiunta,

— la relazione di Carlos Coelho, a nome della commissione per le libertà civili, la giustizia e gli affari interni, sull'istituzione, l'esercizio e l'uso del sistema d'informazione Schengen nel settore delle verifiche di frontiera (COM(2016)0882 - C8-0533/2016 - 2016/0408(COD)) (A8-0347/2017),

— la relazione di Carlos Coelho, a nome della commissione per le libertà civili, la giustizia e gli affari interni, sull'istituzione, l'esercizio e l'uso del sistema d'informazione Schengen nel settore della cooperazione di polizia e della cooperazione giudiziaria in materia penale (COM(2016)0883 - C8-0530/2016 - 2016/0409(COD)) (A8-0349/2017), e

— la relazione di Jeroen Lenaers, a nome della commissione per le libertà civili, la giustizia e gli affari interni, sull'uso del sistema d'informazione Schengen per il rimpatrio di cittadini di paesi terzi il cui soggiorno è irregolare (COM(2016)0881 - C8-0532/2016 - 2016/0407(COD)) (A8-0348/2017).

Carlos Coelho, Relator. – Senhor Presidente, Senhor Comissário Avramopoulos e Senhor Comissário King, Senhor Ministro, Caros Colegas, todos nós queremos reforçar a segurança das nossas fronteiras, proteger melhor os nossos cidadãos e defender a livre circulação. Para tudo isto, precisamos de melhorar o Sistema de Informação de Schengen.

Demorámos cerca de seis meses nas negociações interinstitucionais sobre o SIS, metade do que tínhamos demorado na reforma anterior. Neste meio ano, lutámos por mais segurança, por mais liberdade, por mais Schengen em prol dos cidadãos europeus.

Com efeito, esta reforma do Sistema de Informação de Schengen adapta o sistema aos desafios colocados pela migração, responde às novas ameaças do terrorismo e da criminalidade organizada, tira proveito dos desenvolvimentos tecnológicos e reforça o respeito pelos direitos fundamentais, em particular a proteção de dados.

No momento em que a União Europeia é acusada de não responder atempadamente às necessidades dos cidadãos, a implementação desta reforma inicia-se já no início do próximo ano. Pela primeira vez, aliás, temos uma data limite para que esta reforma entre em funcionamento, assim como mecanismos que asseguram maior controlo e transparência sobre os custos. Medidas do mais elementar bom senso, dir-se-á, mas que encontraram desde sempre muita resistência, mas desta vez vai ser diferente. Estados-Membros e Comissão têm de cumprir prazos e orçamento. Dentro do calendário dos custos previstos, o novo SIS tem de estar em pleno funcionamento.

O impacto desta reforma é profundo. O novo Sistema de Informação de Schengen vai mudar a forma como as autoridades de polícia de fronteira partilham informação na Europa. Não precisamos de mais informação, precisamos de melhor informação. Vamos proteger melhor as nossas crianças, não apenas quando o pior já aconteceu e não sabemos o seu paradeiro, pelo contrário, através de novos alertas para crianças em risco. Vamos poder prevenir estes raptos ou realidades tão dramáticas como a mutilação genital, mas também vamos melhorar a segurança de todos através de uma monitorização mais estreita dos chamados *foreign fighters* e outros criminosos, através de novos meios de obtenção de informação, os *inquiry checks*, através de melhores dados biomédicos, como impressões digitais e imagens faciais. Será possível não apenas efetuar pesquisas com estes elementos, como procurar em toda a Europa autores de crimes desconhecidos, mas cuja impressão digital foi encontrada no local do crime.

Vamos melhorar os controlos nas nossas fronteiras externas. Levamos a cabo a maior revisão de sempre às proibições de entrada em Schengen. Será virtualmente impossível que alguém recusado por Portugal consiga entrar pela Alemanha, mas certos requisitos terão de ser cumpridos.

Melhoramos a capacidade de resposta do sistema, aumentamos a sua capacidade de processamento e reforçamos as suas defesas contra potenciais ataques, problemas de segurança ou simples falhas. E pedimos mais eficácia aos Estados-Membros. Os prazos de resposta dos Gabinetes Sirene foram encurtados e os pedidos de informação em casos relativos a crianças ou terrorismo requerem resposta imediata.

Por fim, mas nem por isso menos importante, colocamos o SIS no centro da ação europeia, providenciando o acesso à Frontex e à Europol, aumentando ainda mais o valor da sua ação.

Estou confiante, Sr. Presidente, em que, amanhã, esta Câmara irá aprovar sem reservas a terceira reforma do Sistema de Informação de Schengen. Acredito que mais Europa, que mais SIS permite melhor informação e melhor coordenação, permite mais segurança e mais liberdade.

Jeroen Lenaers, Rapporteur. – Voorzitter, laat me ook allereerst collega Carlos Coelho, commissarissen King en Avromopoulos en alle schaduwrapporteurs bedanken, die samen met ons aan dit resultaat gewerkt hebben, en natuurlijk de Raad, met name het Estse en het Bulgaarse Voorzitterschap. Ik denk dat we een heel goed resultaat bereikt hebben.

Het Schengeninformatiesysteem is een cruciaal onderdeel van ons veiligheidsbeleid. Het is een onderdeel dat eigenlijk heel goed functioneert, maar waarover we toch vaak weinig horen. Het is cruciaal dat nationale autoriteiten, politie, justitie via dit systeem toegang kunnen krijgen tot informatie over bijvoorbeeld gezochte personen, personen die discreet gevolgd moeten worden, die aangehouden moeten worden, vermiste personen en vermiste kinderen, maar ook bijvoorbeeld gestolen voorwerpen als auto's, paspoorten of wapens.

Laat me toch een aantal cijfers noemen om te vertellen wat er met dat systeem gebeurt. Het wordt vijf miljard keer per jaar geraadpleegd. We hebben meer dan 70 miljoen van dit soort signaleringen in dat systeem opgenomen. 450 keer per dag in de EU hebben we een hit op basis van dit systeem. We hebben 40 000 verdachten gearresteerd op basis van dit systeem, 150 000 mensen geweigerd aan de grens, 28 000 vermiste personen gevonden, 200 000 objecten teruggevonden. Dat zijn stuk voor stuk hele indrukwekkende cijfers, maar het kan altijd beter en het moet altijd beter, en daarom deze hervorming van het Schengeninformatiesysteem.

Carlos Coelho heeft al een aantal dingen gezegd, dus laat mij op één specifiek onderdeel wat dieper ingaan en dat is het opnemen van terugkeerbesluiten in het Schengeninformatiesysteem. Een belangrijke stap, want we weten allemaal dat we er tegenwoordig maar heel moeizaam in slagen om mensen die geen asiel hebben gekregen in Europa en die eigenlijk moeten terugkeren naar het land van herkomst, ook daadwerkelijk te laten terugkeren. Op dit moment lukt dat maar in 37 % van de gevallen. Dat betekent dat in bijna twee derde van de gevallen mensen die hier gekomen zijn, die geen asiel gekregen hebben, toch gewoon blijven. Dat getal, dat percentage moet absoluut omhoog, als wij het draagvlak onder het gemeenschappelijk asielbeleid willen behouden. Dat moet beter en het Schengeninformatiesysteem kan daarbij helpen.

Nu is het zo dat, wanneer een lidstaat besloten heeft om geen asiel te verlenen en dat een persoon terug moet naar het land van herkomst, we bij wijze van spreken een vrijwillige terugkeer aanbieden, een vinkje erachter zetten en maar geloven dat het goed is. Hier doen zich twee problemen voor. In de eerste plaats, weten we niet of die persoon daadwerkelijk vertrokken is. In de tweede plaats, mocht die persoon in een andere lidstaat opduiken, dan weten de autoriteiten daar vaak niet dat er in een ander land al een terugkeerbesluit genomen is en beginnen we weer van voren af aan.

Die twee problemen lossen wij vandaag op. Op het moment dat iemand ook daadwerkelijk de buitengrens van de EU overschreden heeft, wordt de originele lidstaat geïnformeerd en wordt dat gecorrigeerd, zodat we onze energie kunnen richten op de mensen die hier nog steeds zijn. Politiediensten kunnen voortaan in het systeem zien of iemand al gesignaleerd staat als persoon die terug moet naar het land van herkomst, zodat de samenwerking veel gemakkelijker is om dat ook op een efficiënte manier te laten gebeuren. Dit is een belangrijke stap om het terugkeerbeleid efficiënter te maken.

Tegelijkertijd moeten we daarom voorzichtig zijn. Het is juist daarom dat we vanuit het Europees Parlement ervoor gezorgd hebben dat de waarborgen dienaangaande, ook ernstig versterkt worden. Wanneer een terugkeerbesluit opgeschort wordt of uitgesteld, wordt het *alert* verwijderd. Het principe van non-refoulement en het Verdrag van Genève worden expliciet opgenomen. De waarborgen op het gebied van databescherming worden sterk verbeterd, zowel ten aanzien van het bewaren van data als van de samenwerking met derde landen op dat gebied.

Dus samengevat, Voorzitter, we zijn erin geslaagd om het terugkeerbeleid een stap dichterbij echte efficiëntie te brengen, terwijl we tegelijkertijd ervoor zorgen dat de waarborgen en de rechten van personen te allen tijde gerespecteerd worden. Dat is een heel mooi resultaat en daar mogen we trots op zijn.

Dimitris Avramopoulos, *Member of the Commission*. – Mr President, I am very pleased to be here with you tonight for the final debate on our three proposals for a reinforced Schengen Information System. I would like to thank wholeheartedly the rapporteurs, Mr Coelho and Mr Lenaers; the shadow rapporteurs, their teams and all those involved on this file for enabling us to have this debate tonight. This agreement was the result of intense work and I would like to congratulate them for it.

At the core, the Schengen Information System is about one thing: trust. The trust to share sensitive information with EU partners. The trust to follow up on alerts shared by EU partners. The trust to rely on the Schengen Information System when the security of our citizens is at stake.

The SIS today contains over 80 million alerts on wanted and missing persons and objects. Just last year it was accessed 5.2 billion times. Since 2013, when we first had SIS in its current form, it has led to 50 000 arrests and the tracking of 200 000 serious criminals. These numbers are clear testament to its value for our Member States. It is no exaggeration to say that it is the centrepiece of our security cooperation in Europe and our most important instrument for information exchange in the European Union.

It was against this background that we proposed – in December 2016, as you will remember – to further strengthen the system. But the question is: why change a system that performed so well? Because with the dramatic improvements in information-sharing during the past three years, a stronger SIS can open a new chapter in our cooperation on internal security and can contribute to the coherent application of the rules and principles governing the Schengen area.

The new rules will help with the effective enforcement of entry bans for third-country nationals at the external borders by making the entry of their data into the SIS compulsory. With the introduction of a new alert category for return decisions, the SIS will also provide an efficient tool for the implementation of EU policies on return. Member States will now be obliged to enter alerts where a person or an object is sought for a terrorist offence.

The role of Europol will be strengthened, as it will now have access to all alerts and supplementary information exchanges, while Member States will be obliged to inform Europol of any alerts related to terrorist offences. The operational teams of the European Border and Coast Guard Agency will also have their own access to SIS in order to carry out checks at the hotspots. The new SIS will make better use of biometric data, with the possibilities of using palm prints, facial images and DNA profiles in specific cases, when safeguards are met. This will build on the Automated Fingerprint Identification System we introduced to SIS earlier this year, which has already led to a 25% increase in the number of alerts containing fingerprints.

In parallel, the reinforcement of SIS will strengthen the protection of personal data by aligning the SIS provisions with the new data protection framework. There will also be important improvements for the work of law enforcement authorities and strong links to our work on interoperability, which Julian will tell you more about in a minute.

Interoperability, like our security initiatives on electronic evidence, explosives and terrorist content online, is vital for the security of our citizens, and it is essential that they advance rapidly to adoption before the May elections.

What I would like to leave you with is that, with this debate tonight and tomorrow's vote, Europe's most widely-used secure database will become even stronger. A strengthened SIS will provide police and border guards with the information they need to do their jobs and help keep Europeans safe. It is the most concrete example of all our work to change the culture on how we cooperate on security in the European Union: a Europe that protects; a genuine and effective Security Union to ensure the security of our citizens. With this in mind, I encourage you to support this important initiative when you vote tomorrow.

Julian King, *Member of the Commission*. – Mr President, the Schengen Information System (SIS) is the centrepiece of our network of information exchange and the main law enforcement database that we have. But its real strength lies in the fact that it is used. It is used every day. It has been integrated into the everyday work of over two million police officers and border guards across Europe, whose job it is to try and keep us safe. It is an undoubted success.

In addition to some of the figures that we've already heard, between 2013 and 2017 the SIS also contributed to over 28 000 missing persons being found; to the tracing of more than 180 000 persons needed to assist with a criminal judicial procedure; and to almost 200 000 cases concerning stolen objects – vehicles, identity, travel documents and firearms – being solved, all using the SIS.

I would like to join the speakers who have already thanked Mr Coelho, Mr Lenaers and all those who worked on reaching agreement on these proposals for improving the system. The improvements that we've agreed – that you've agreed – will make a real, positive contribution to the fight against terrorism and serious and organised crime. As we have heard, they will make the exchange of information more efficient. The new obligation to enter an alert in relation to a terrorist offence will be applicable immediately. Together with the provisions on information sharing in the directive on countering terrorism, this is an important step towards information sharing by default, which many of you in this House have argued for.

New alert categories, like the new inquiry check, will provide key investigative tools for law enforcement authorities. The proposed changes will also allow the SIS alerts to be used for unknown persons wanted in connection with a crime on the basis of fingerprints or palm prints discovered at the scene of the crime – for instance, when fingerprints are found on a weapon that has been used – all subject to certain safeguards. The new SIS will strengthen support for the prevention and investigation of theft and counterfeiting by providing for alerts to be issued on a wider range of stolen and falsified goods and documents. In parallel to these measures, we've also been working with the Member States to make the system more user friendly for frontline officers, and we have thus seen the number of checks made against the SIS increase by 40% in 2016, compared with the year before, and by a further 30% year-on-year in 2017.

Dimitris Avramopoulos has already mentioned the Automated Fingerprint Identification System (AFIS). To date, 12 - Member States are using AFIS to identify people at the external borders or on their territory. This has already led to a number of hits on people who would not have been identified otherwise, such as, to give one example, the man who claimed asylum on arrival at Schiphol without identity documents. After a fingerprint check on AFIS, it was found that there was a warrant out for his arrest in Germany. That's the kind of practical result that these new systems, incorporating biometrics, can deliver. We are now working with the other Member States to ensure that they too implement biometrics. Under the new proposals, the use of AFIS will be mandatory for all Member States by the end of 2020, which in itself will mark an important milestone in the fight against multiple or fraudulent identities. But, as Dimitris

Avramopoulos underlined, there's still more to do on this.

So, finally, let me briefly link the strengthening of the SIS with our wider work towards the interoperability of EU information systems for security, border and migration management. The reinforced SIS sits at the core of our proposals on interoperability, i.e. our work to ensure that national authorities have the information they need, when and where they need it, with all the safeguards offered by our fundamental rights framework. By closing down the gaps that terrorists and criminals can exploit, we can cut down on identity fraud and strengthen our external border security and our internal security.

I very much welcomed the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs (LIBE) Committee adopting its negotiating mandate on interoperability last week, and I look forward to the start of trilogues soon on this important subject. Thank you for your support.

PRESIDE: RAMÓN LUIS VALCÁRCEL SISO

Vicepresidente

Hilde Vautmans, *Rapporteur voor advies van de Commissie buitenlandse zaken*. – Meneer de Voorzitter, commissaris, we hebben het al gehoord, het Schengeninformatiesysteem vormt de kern van de veiligheidssamenwerking binnen de Europese Unie. De aanpassingen die we vandaag gaan voorstellen zijn eigenlijk broodnodig om onze veiligheid te vergroten in de strijd tegen terreur. Vandaar ook de gezichtsherkenning en het gebruik van vingerafdrukken. Het zijn allemaal noodzakelijke aanpassingen.

Maar vandaag ben ik vooral heel blij met hetgeen mijn collega Gérard Deprez mee heeft bewerkstelligd. De preventieve waarschuwingen voor kinderen die het gevaar lopen slachtoffer te worden van een ouderontvoering, van een kindhuwelijk of van genitale verminking. Die hervorming was broodnodig. Net zoals de hervorming die we doorvoeren voor de kinderen in migratie, voor de kinderen op de vlucht. Eindelijk zal het mogelijk zijn om DNA-profielen te gebruiken om hen sneller te identificeren en op te sporen. Collega's, deze derde hervorming van het Schengeninformatiesysteem zal onze veiligheid in Europa ongetwijfeld vergroten.

Kinga Gál, *a PPE képviselőcsoport nevében*. – Tisztelt Elnök Úr! A Schengeni Információs Rendszer, akárcsak a schengeni térség, maga az európai sikertörténet. Az európai polgároknak a legkézzelfoghatóbb vívmányát jelenti, a belső határnélküliséget, ugyanakkor nem veszélyeztetve biztonságukat. Hiszen csak 2015-ben az illetékes nemzeti hatóságok közel 2,9 milliárd alkalommal ellenőriztek személyeket és tárgyakat biztonsági céllal a SIS-ben tárolt adatok alapján. A holnap szavazásra kerülő új javaslat ezt a biztonsági elemét a schengeni rendszernek erősíti tovább, hogy az megfelelő választ tudjon adni az új migrációs és terrorizmus általi kihívásokra is. Üdvözlendő, hogy végre nagyobb figyelmet kap, gyorsabb és hatékonyabb lesz az eljárás az eltűnt gyermekek felkutatásában, amelynek sikere sokszor az első huszonnégy órán múlhat. Hatékonyabbá válik a kitoloncolásra váró vagy a beutazási tilalom alá eső illegális migránsok elleni eljárás. Az arcképek tárolásával könnyebben beazonosíthatóvá válnak bűnözők és terroristák. Az Európai Néppárt törekvéseivel egyezik a megújított rendszer, hiszen tükrözi valamennyi meggyőződését, hogy nincs szabadság biztonság nélkül. Ezen új generációs információs rendszer pedig épp biztonságunkat növeli majd. Ugyanakkor nem szabad felednünk, hogy belső határnélküliségünk csak addig fenntartható, ameddig külső határaink biztonságát garantálni tudjuk.

Miriam Dalli, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, let me first of all thank the rapporteurs, Mr Coelho and Mr Lenaers, with whom we worked closely and had a good working relationship. I can say that the Schengen Information System that we negotiated together is a valuable tool which can help build resilience against terrorist threats and can help keep our citizens secure and safe. The effectiveness and efficiency of the system can always be further strengthened, but I believe that what we have achieved is a good balance to ensure the safety of our citizens across the European Union.

As the S&D Group we have welcomed the revision of SIS. However, we wanted to strike the right balance between gathering data and the fundamental rights of our citizens. This is a system primarily designed for the purpose of police and border control, and with this in mind, it is crucial to establish a system that will not jeopardise the right to privacy, the right to the protection of personal data, and procedural rights in criminal cases.

On behalf of my Group, I have pushed for proper safeguards for the biometric data stored in the system. Our focus was to establish uniform rules for securely addressing and processing Schengen Information System data. We have given special attention to the safety of all civilians and included preventive alerts for vulnerable third-country nationals and victims of human trafficking, but also for missing children or children at high risk of parental abduction. For me, it was pivotal not only to address the fight against human trafficking and child abduction but also to ensure that their fundamental rights with regard to their personal data are protected.

Information exchange in the field of police and judicial cooperation in criminal matters and in the field of border checks is essential, particularly since the great majority of individuals involved in perpetrating terrorist attacks in Europe within the last decade have been EU citizens. Many were foreign fighters; most were already known to the European authorities.

Let me emphasise a final point about SIS II. SIS II is based on the principle of mutual trust and requires Schengen states to enforce each other's SIS alerts. It means that states have a duty to check an alert's lawfulness and proportionality, particularly if its enforcement would violate the fundamental rights of the person involved. Based on this principle, the relevant authorities should check first whether any action would violate the person's fundamental rights, because the improvement of the system should never come at the expense of the protection of the individual's fundamental rights. We have the tools to guarantee the safety of our citizens; now we need to make sure that Member States implement properly this regulation. Thanks a lot, and once again thank you to the rapporteurs.

Helga Stevens, namens de ECR-Fractie. – Voorzitter, collega's, ik ben zeer tevreden met het wetgevingspakket over het Schengeninformatiesysteem. Hiermee verhogen we de efficiëntie van de SIS-databank op het vlak van grensbewaking, het opvolgen van de terugkeer van illegalen en de politiesamenwerking. Deze databank is trouwens cruciaal voor onze veiligheid in het licht van het vrij verkeer van personen binnen het Schengengebied.

Een evaluatie bracht echter gebreken aan het licht, gaande van kwaliteitsproblemen, een gebrek aan opleiding bij politiemensen tot onvoldoende informatie over signalisering en vertragingen bij de opvolging van treffers. Deze voorstellen werken deze gebreken nu weg, maar het gaat verder dan puur cosmetische aanpassingen of technische verbeteringen. Nu kunnen personen enkel aan de hand van bijvoorbeeld hun naam of geboortedatum in de databank worden opgezocht. Maar in de toekomst kunnen criminelen worden opgespoord aan de hand van hun vingerafdrukken. Gedaan dus met identiteitsfraude. Ook van belang is dat vingerafdrukken, gevonden op de plaats van de misdaad, kunnen worden ingevoerd in het systeem. Hiermee verhogen we de pakkans van misdadigers die op de vlucht zijn.

Een efficiëntere en gebruiksvriendelijkere databank is absoluut nodig, zodat onze politiediensten en grenswachters hun werk naar behoren kunnen doen. Samen met de interoperabiliteit van databanken door allerlei gegevensbanken aan elkaar te koppelen, zetten we een nieuwe stap vooruit in de strijd tegen criminaliteit, mensensmokkel en terreur. Ik roep alle fracties dan ook op om voor deze zeer nodige aanpassingen te stemmen. Veiligheid is immers een zaak van ons allen.

Gérard Deprez, au nom du groupe ALDE. – Monsieur le Président, Messieurs les Commissaires, chers collègues, ils sont nombreux les citoyens européens – et j'en suis – à se réjouir et à profiter de la liberté de circulation dans l'espace européen.

Mais ce que les citoyens savent moins et que nos deux excellents rapporteurs Carlos Coelho et Jeroen Lenaers connaissent à la perfection – je tiens à les féliciter – c'est le rôle central que joue le système d'information Schengen (SIS) pour garantir cette liberté. Car le corollaire obligé de la liberté de circulation, c'est le contrôle efficace des frontières extérieures et une coopération accrue entre les forces de police à l'intérieur de l'espace commun européen.

Les commissaires Avramopoulos et King, ainsi que Jeroen Lenaers, ont rappelé des chiffres indiscutables sur l'efficacité actuelle du système d'information Schengen. Mais cette efficacité, pour grande qu'elle soit déjà, comportait encore trop de lacunes que nous avons dénoncées. Il était donc nécessaire de l'améliorer. C'est ce qui est proposé à notre assemblée dans ces trois rapports.

Premièrement, dorénavant les États membres devront introduire un signalement dans le SIS pour toute personne impliquée dans des infractions ou des crimes terroristes. Europol en sera instantanément averti, ce qui permettra le déclenchement rapide de la coopération entre les polices européennes.

Deuxièmement, dorénavant, les États membres devront introduire dans le SIS, un signalement pour toute personne frappée d'une interdiction de séjour sur le territoire européen. Ce n'est pas le cas actuellement et cela entrave considérablement l'exécution des décisions de quitter le territoire.

Troisièmement, dorénavant, les États membres pourront introduire dans le SIS un signalement pour les enfants disparus, les enfants menacés d'enlèvement, les jeunes filles menacées de mariage forcé ou de mutilations génitales.

Avec ces changements, chers collègues, le SIS ne sera plus seulement un outil répressif, ce qui reste nécessaire, mais deviendra aussi un moyen efficace de protection des personnes les plus fragiles, ce qui doit nous réjouir tous.

(L'orateur accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Dobromir Sośnierz (NI), *pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki*. – Chciałem spytać, skoro Pan martwi się o usprawnienie systemu informacji Schengen, to może zwróci się Pan do przewodniczącego Pana ugrupowania, pana Verhofstadta, który zaprosił do tego Parlamentu Ludmiłę Kozłowską, która dostała zakaz wjazdu na teren Unii Europejskiej od polskich służb specjalnych, co potem potwierdziły służby ukraińskie – potwierdziły, że jest to osoba niebezpieczna. Przewodniczący Pana ugrupowania obwozi ją jako jakiegoś rzekomego polskiego dysydenta i pokazuje w tym Parlamencie wbrew zakazowi wydanemu przez władze polskie. Jak Pan to skomentuje?

Gérard Deprez (ALDE), *réponse «carton bleu»*. – M. Verhofstadt a eu parfaitement raison de faire ce qu'il a fait, parce que dans le cas que vous avez mentionné, le signalement dans le système d'information Schengen par les autorités polonaises était un véritable détournement et c'est la raison pour laquelle nous ne l'avons pas accepté et que nous avons accordé un droit d'accès à cette personne.

Eva Joly, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, le système d'information Schengen est un outil indispensable pour garantir la liberté de circulation dans l'espace Schengen et la sécurité des citoyens.

Mon groupe soutient les propositions qui améliorent l'échange d'informations pertinentes entre États membres, un élément essentiel pour lutter efficacement contre le terrorisme, le crime organisé et l'enlèvement d'enfants. Mais l'extension de l'utilisation de ce fichier pour les décisions de retour contribuera à accroître la criminalisation de la migration.

Par ailleurs, les menaces à l'ordre public sont des notions trop vagues qui permettent à certains États membres d'en abuser en entrant des alertes dans le système sur des bases strictement politiques. C'est notamment le cas de la Pologne, qui interdit l'entrée dans l'espace Schengen à la défenseuse des droits humains ukrainienne, Lyudmyla Kozlovska via ce type d'alerte.

Des garanties sont donc indispensables pour que ces fichiers ne deviennent ni un instrument politique entre les mains d'États peu scrupuleux, ni un *Big Brother* avec toutes nos données biométriques.

Marie-Christine Vergiat, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Monsieur le Président, le SIS II sera-t-il le nouveau *Big Brother* européen?

Le système d'information Schengen créé en 1990 était le pendant de la suppression des contrôles aux frontières. Il concernait essentiellement les véhicules volés, les personnes disparues et les ressortissants de pays tiers interdits de séjour. Un simple outil de coopération policière.

Sa portée n'a cessé de s'élargir au regard des signalements inclus, des données collectées et du nombre de personnes y ayant accès. Plus de 5 milliards de consultations, 76 millions de signalements et plus de 2 millions d'utilisateurs. Moi, cela m'inquiète pour le droit des personnes signalées et qui n'avaient rien à se reprocher.

Le ratio n'est pas beau et on va encore en élargir le champ, en y intégrant notamment des personnes soupçonnées d'avoir l'intention de commettre une infraction. Le soupçon d'intention: voilà une nouvelle norme pénale qui est assez loin de la présomption d'innocence. On pourra intégrer dans un fichier de criminalité un peu n'importe qui – nous venons de l'entendre – sans que les intéressés même ne le sachent vraiment.

On va aussi ficher tous les ressortissants de pays tiers faisant l'objet d'une mesure de retour ou d'un refus d'entrée sur le territoire. C'est un cran supplémentaire dans la criminalisation des migrants en situation dite «irrégulière» qui sont, rappelons-le, dans leur immense majorité, des personnes en situation de détresse.

On augmente aussi les collectes de données alphanumériques, images faciales, données digitales ou palmaires, voire ADN dans certains cas.

Oui! nos citoyens ont droit à la sécurité, les nouvelles technologies peuvent y aider mais pas à n'importe quel prix, pas en développant un climat de suspicion généralisée au détriment des droits fondamentaux, surtout entre de mauvaises mains. Pour nous, c'est non!

Giancarlo Scottà, *a nome del gruppo ENF*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, perché continuare a voler mettere in secondo piano i cittadini europei?

La proposta della Commissione europea, seppur migliorabile, era già condivisibile. A fronte di ciò, invece, l'azione del Parlamento ha indebolito un testo che avrebbe potuto, date le ampie differenze tra Stati membri soprattutto in tema di magistratura, rafforzare la cooperazione tra le autorità competenti degli Stati per affrontare compatti l'immigrazione irregolare.

Ancora una volta, quindi, abbiamo perso un'opportunità. Il diritto alla richiesta d'asilo non è mai stato messo in discussione ma noi, come espressione diretta dei nostri cittadini, abbiamo il compito di garantire la sicurezza dei nostri territori.

Seppur in un quadro, quindi, di piena garanzia per ciò che riguarda la tutela dei diritti fondamentali delle persone e i principi sanciti dalla Carta dei diritti fondamentali dell'Unione europea, dobbiamo lavorare a una revisione e a un riordino della disciplina legata al tema dell'immigrazione irregolare guardando alla realtà dei fatti in modo più franco.

Steven Woolfe (NI). – Mr President, nothing illustrates the long-term aim of the European Union more clearly than the increasing weakening of the national borders by Schengen. The Commission brags that the Schengen Information System is the most important information exchange system in Europe. No doubt it is. The vast body of information kept on you, me and everyone else who has ever crossed a European border makes George Orwell's 1984 nightmare look kind, generous and liberal.

Schengen is supposed to keep those inside safe and control who comes in from outside. It does neither. Terrorist slaughter has taken place inside the Schengen Area, committed by evil men who go between Europe and the Middle East at ease and at will. Schengen stops none of it. Still, the Commission wants to hold more information on all of us. It is further to weaken powers of the nation states. Without control, borders dissolve. Without borders, nations dissolve. That is the long-term aim of the European Union.

Agustín Díaz de Mera García Consuegra (PPE). – Señor presidente, apoyo estas propuestas, naturalmente. Todo un universo en materia de seguridad resumido en un minuto. Esto demuestra la baja calidad de nuestro sistema parlamentario: tres informes, dos comisarios. Así es que, haciendo un esfuerzo de síntesis, diré cuatro palabras.

Felicidades a Carlos y a Jeroen y me quedo con estos cuatro *inputs*: entrevistas, huellas, imágenes faciales y perfiles ADN. Son determinantes para mejorar la seguridad de los europeos, son necesarios para utilizar adecuadamente la revisión del sistema y así se facilitará, comisario King, su empeño —que comparto— de la interoperabilidad en el ámbito del año 2020.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor presidente, comisarios, desde que se puso en marcha en 1995, Schengen equivale para los europeos a libre circulación de personas y, por tanto, es uno de los activos más preciados del acervo y de la construcción europea y hay que protegerlo. Y estamos dando un paso en esa dirección con estos tres Reglamentos en un debate conjunto: fronteras exteriores, cooperación policial y judicial, y también retorno.

Tres Reglamentos que se incardinan en el refuerzo de la seguridad en la gestión de las fronteras exteriores, también para controlar mejor los flujos migratorios, lo que se conecta con el sistema de entradas y salidas, con el sistema de información de visados, e incluso con Eurodac —registros biométricos, con todas las nuevas tecnologías—.

Pero hemos puesto el acento también en algunos elementos que son muy relevantes. El primero, que estamos poniendo a disposición de la interoperabilidad de las bases de datos elementos que afectan a los derechos fundamentales de las personas, y el objetivo garantista es irrenunciable para este Parlamento y no puede ser ignorado ni olvidado.

En segundo lugar, que Schengen está cuestionado porque las amenazas contra la seguridad han dado lugar a suspensiones temporales en un buen número de Estados miembros y es imprescindible que el objetivo irrenunciable sea la plena restauración de la libre circulación de personas y, por tanto, la preservación del activo Schengen.

En tercer lugar, que esta interoperabilidad de datos puede servir también para proteger mejor a las personas, particularmente a las más vulnerables, por ejemplo, a los niños, a los menores que atraviesan las fronteras de la Unión y no pueden desaparecer después, como ha puesto de manifiesto el terrible informe de Europol —nada menos que diez mil niños desaparecidos—.

Y, finalmente, que no se puede vincular enteramente el sistema de Schengen al retorno de los inmigrantes irregulares, porque, si es cierto que debemos reforzar la seguridad, también es cierto que no podemos renunciar a la visión que llamamos holística, comprensiva, general del fenómeno migratorio, del hecho migratorio, para darle el tratamiento adecuado que tantas veces ha reclamado en sus resoluciones este Parlamento Europeo.

Kristina Winberg (ECR). – Herr talman! Informationsutbyten är i grunden bra, särskilt när det gäller tredjelandsborgare. Vi behöver ha kontroll på vilka som rör sig inom EU:s gränser. Därför kommer jag att rösta ja på detta förslag. Men glöm inte bort de havererande inre gränskontrollerna. Sverige har i veckan fått kraftig kritik för sina bristande gränskontroller i en hemligstämplad rapport. Underkänd av EU på 95 punkter. Men exakt vad det gäller vet vi inte, och får inte veta det heller.

Men även fungerande gränskontroller löser inte alla problem. En asylprocess i Sverige ligger tidsmässigt på cirka 500 dagar. Många av dem som får avslag vägrar att acceptera beslutet. EU borde uppmana medlemsstater som Sverige att effektivisera återvändandet med kortare handlingsstider och fler förvarsplatser, vilket tyvärr behövs.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η ανεξέλεγκτη παράνομη μετανάστευση και η ανάγκη να καταπολεμηθεί η τρομοκρατία υποχρεώνει τα κράτη να αυξήσουν τους ελέγχους στα σύνορά τους. Αυτό είναι πολύ φυσιολογικό να συμβαίνει. Παράλληλα όμως, επιδιώκουν να βελτιώσουν και το Σύστημα Πληροφοριών Σένγκεν. Μία από τις βελτιώσεις είναι και η προσθήκη σε αυτό πληροφοριών που αναφέρονται σε βιομετρικά χαρακτηριστικά. Αυτά τα δεδομένα είναι ιδιαίτερα ευαίσθητα και δεν πρέπει να καταχωρίζονται στο σύστημα, εάν προηγούμενως δεν έχουν εξετασθεί και αναλυθεί με προσοχή.

Ιδιαίτερη προσοχή πρέπει να δίδεται στα βιομετρικά δεδομένα ευάλωτων ομάδων, όπως είναι τα μικρά παιδιά. Από την άλλη πλευρά, επιβάλλεται να υπάρξει και η ασφάλεια αυτών των δεδομένων, ούτως ώστε να μη χρησιμοποιούνται κατά τρόπο που προσβάλλει τα θεμελιώδη δικαιώματα. Επιπλέον, θα πρέπει να έχουμε υπόψη ότι ο σκοπός αυτού του συστήματος είναι η προστασία μας από την τρομοκρατία και το οργανωμένο έγκλημα και όχι η δημιουργία ενός «μεγάλου αδελφού».

Innocenzo Leontini (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, migliorare l'efficacia dei rimpatri è fondamentale per mantenere la fiducia dei cittadini nei confronti delle politiche dell'Unione europea in materia di immigrazione e asilo.

Grazie alla revisione del sistema d'informazione Schengen sarà possibile istituire per la prima volta un sistema per lo scambio di informazioni tra gli Stati membri relativo alle decisioni di rimpatrio. Tale sistema consentirà di verificare se i cittadini di paesi terzi abbiano effettivamente lasciato il territorio degli Stati membri.

Inoltre il nuovo SIS permetterà di contrastare più efficacemente anche il terrorismo e la criminalità organizzata, attraverso le segnalazioni obbligatorie delle persone legate ad attività terroristiche, la condivisione del DNA dei criminali ricercati e la maggiore collaborazione con Europol.

Per tutte queste ragioni sostengo pienamente l'eccellente lavoro svolto dai colleghi Lenaers e Coelho, volto a potenziare ulteriormente il SIS in ambito europeo e a colmare alcune lacune presenti fino a oggi a livello nazionale. Auspico, al fine di fornire alle forze di polizia e alla guardia costiera gli strumenti più adatti, che il nuovo quadro giuridico diventi applicabile il prima possibile.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, domnule comisar, stimați colegi, cred că eforturile din ultimii ani ai Uniunii Europene – pentru că au fost eforturi – ne-am confruntat de fapt cu lucruri noi, cu gestionarea migrației, cu gestionarea integrată a frontierelor, cu criminalitate transfrontalieră. Aveam un sistem SIS, modificarea pe care vrem acum să o facem dacă se va vota – și sper să se voteze acest nou regulament – este absolut pornită de la o constatare.

În 2016, Comisia a făcut o evaluare – și eu cred că trebuie să facem asemenea evaluări, pentru că lucrurile sunt în schimbare – și concluzia Comisiei a fost că trebuie să facem și a venit cu o propunere în fața Parlamentului de modificare a regulamentului SIS. Raportorii și noi toți am încercat să găsim o situație, au fost colegi care au criticat. Nu avem situații ideale – sigur că putem să ne gândim că vor fi persoane care vor fi suspectate fără să fie de vină sau se ia amprenta și nu convine unor persoane – dar important este să crească siguranța și securitatea cetățenilor în spațiul Uniunii Europene – vorbesc „spațiul”, nu numai în zona Schengen – și cred că raportul, prin propunerea Comisiei și amendamentele aduse, își atinge scopul. Evident că la un anumit interval putem să îmbunătățim, după o analiză, dar acum cred că scopul este de creștere a siguranței – și aici s-a spus în ce direcție merge raportul – și sper să fie votat, pentru că avem nevoie de creșterea siguranței. Criminalitatea transfrontalieră a crescut și avem nevoie de un sistem mai sigur.

Heinz K. Becker (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar King! Die Neuregelung des Schengener Informationssystems ist ein großer Schritt zur europäischen Sicherheitsunion, um an den Außengrenzen der EU sowie bei der täglichen Arbeit in Polizei und Justiz, Europol, Frontex und Eurojust die Schlagkraft gegen Terrorismus, Schwerstverbrechen, organisierte Kriminalität, illegale Migration – jawohl – und Asylmissbrauch massiv zu stärken. Der Einsatz von Gesichtserkennung, Biometrie, Finger- und Handabdrücken und DNA wird schon ab 2019 bis 2020 selbstverständlich werden. Das ist ein Erfolg Europas. Der nächste Schritt wird die Vernetzung aller EU-Datenbanken sein. Denn das ist unser Ziel: Jede Beamtin, jeder Beamte muss zu jeder Zeit augenblicklich gefährliche Personen erkennen und sofort amtshandeln können. Und das ist dann die verwirklichte Interoperabilität.

Gratulation an Kommission und an die Berichtersteller. Setzen wir diese effektive Arbeit konsequent fort, das sind wir den Menschen Europas schuldig!

Francisco Assis (S&D). – Senhor Presidente, queria começar por saudar os relatores e muito em particular o Senhor Deputado Carlos Coelho que, ao longo dos últimos anos aqui no Parlamento Europeu, tem contribuído de uma forma extraordinária para que se encontrem soluções equilibradas e justas num sector tão difícil como este.

Aqueles que pensam que é possível garantir a liberdade num contexto de insegurança estão rotundamente enganados. Não há melhor caldo de cultura para favorecer a emergência de soluções tirânicas do que um quadro de insegurança.

A insegurança é que gera muitas vezes o desejo de uma proteção excessiva que leva imediatamente à valorização das tiranias e, portanto, temos de ter a noção de que uma sociedade livre também tem de ser uma sociedade segura e temos de alcançar o equilíbrio entre estas duas dimensões, entre a dimensão da proteção da segurança dos cidadãos e a dimensão, naturalmente, do respeito pelos direitos fundamentais desses mesmos cidadãos.

Ora, o trabalho que aqui foi desenvolvido vai justamente neste sentido: a modernização de um instrumento essencial, o sistema SIS que é o instrumento fundamental para garantir o reforço da segurança, nomeadamente nas fronteiras externas, e, ao mesmo tempo, a salvaguarda dos direitos fundamentais dos cidadãos europeus.

Só temos razões para estar satisfeitos com este trabalho.

Dubravka Šuica (PPE). – Gospodine predsjedavajući, znamo da je Schengen jedna od velikih uspješnih europskih priča, ali, svakako, i ta priča treba doživjeti nadogradnju da bi naši građani bili mirni i mogli živjeti u potpunoj slobodi i koristiti tu slobodu kretanja.

Fascinantne su brojke koje ste spomenuli ovdje, i jedan i drugi povjerenik, o broju ulazaka u SIS1, u SIS 2, o broju otkrivenih slučajeva. Dakle, brojke su zaista fascinantne i taj SIS 1 i SIS 2 su sigurno dobri, međutim, definitivno ih treba nadograditi kako bismo spriječili sve moguće situacije koje se događaju na granicama. Međutim, želim napomenuti da unutarnja sigurnost građana Europske unije ne može biti dobra ukoliko nije osigurana vanjska granica.

Ja ne bih bila dosljedna ako i danas ne bih iskoristila prigodu u ovoj raspravi spomenuti Hrvatsku, koja ima najdužu vanjsku granicu u Europskoj uniji, od 1350 km, i koja još uvijek nije schengenska granica. Stoga još jedanput, znam da radimo na tome, znam da ispunjavamo kriterije, ali svakako očekujemo da, iako koristimo već i SIS 1 i SIS 2, konačno pristupimo toj slobodnoj schengenskoj zoni kako bismo i mi pomogli da Europska unije ne bude tvrđava, ali da znamo tko se nalazi na našem teritoriju, tko ulazi preko naših granica. Vjerujem da je to u interesu i svima vama iz ostalih zemalja Europske unije.

Michał Boni (PPE). – Mr President, firstly I would like to thank Carlos Coelho and Jeroen Lenaers, the rapporteurs, for the great job and balanced solution. These three regulations establish not only significant improvements for the Schengen Information System but create the new order. They open up the possibility to exchange more information among Member States' agencies and to improve the security of our borders against terrorists by real time checks and the sharing of information. They support the effectiveness of the prevention, detection and investigation of criminal offences. On the other hand, they also make it possible to speed up searches, with the help of an adequate alert system, for missing children.

These improvements strengthen trust and boost cooperation between Member States. Also, thanks to common technical standards, rules and semantic interoperability, they guarantee the efficiency of using the digital tools to collect the data – not more but better data – for a legitimate purpose and in an adequate way.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Róża Gräfin von Thun und Hohenstein (PPE), pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. – Panie Pośle! Pan mówił o *efficiency*, o sprawnym systemie. Ja chciałam zapytać, czy Pan, znający casus Ludmiły Kozłowskiej wydalonej z Polski, nie uważa, że jest pewna luka, że trzeba by dodać do SIS jakieś zabezpieczenia przed politycznym wykorzystaniem? Czy nie powinniśmy osobom wpisanym do systemu Schengen, na tę listę osób, które nie mogą wjeżdżać do krajów Schengen, stworzyć możliwości ewentualnego odwołania, żądania wyjaśnienia? Co Pan Poseł o tym sądzi?

Michał Boni (PPE), odpowiedź na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. – Dziękuję za pytanie. Systemu informacyjnego Schengen nie powinno używać się pod żadną presją polityczną ani wykorzystywać do celów politycznych. Tak jak powiedziałem na końcu swojego wystąpienia, musi być uzasadniony interes. Wtedy, kiedy używa się – tak jak w przypadku władz polskich – bezpieczeństwa kraju jako rzekomego powodu wstrzymania możliwości poruszania się Ludmiły Kozłowskiej, to uważam, że jest to naruszenie zasad Schengen, i zgadzam się, że możliwości odwoławcze istnieją – być może powinniśmy jeszcze o nich podyskutować.

Przy okazji tylko chcę powiedzieć koledze, który wcześniej już mówił o sprawie Ludmiły Kozłowskiej, że – po pierwsze – była zaproszona nie tylko przez pana Verhofstadta, ale także przez Zgromadzenie Narodowe Niemiec, przez wiele instytucji. A oprócz tego nawet na dzisiejszej konferencji prasowej pytany o tę sprawę minister spraw zagranicznych Ukrainy nie dał odpowiedzi mówiącej, że jest ona jakimkolwiek dla Ukrainy zagrożeniem i nigdy władze ukraińskie oficjalnie jasno tego nie powiedziały, a o sprawach związanych z Ludmiłą Kozłowską rozmawialiśmy w oficjalnej delegacji ukraińskiej w Kijowie miesiąc temu.

El presidente. – Señorías, ruego que se vayan ajustando a los tiempos, por favor. Señor, Soñierz, usted antes ya tomó la palabra levantando una tarjeta azul, veo ahora que en el turno de «catch de eye» va a intervenir otra vez. Habida cuenta de que este turno tiene numerosas peticiones, le pido que renuncie a la tarjeta azul y tome la palabra en su momento, en el turno que ahora, dentro de nada, va a comenzar.

Mihai Țurcanu (PPE). – Domnule președinte, securitatea frontierelor externe ale Uniunii Europene este fundamentală și statele membre au responsabilitatea de a-și proteja cetățenii. Pentru a îmbunătăți sistemele de informații Schengen, statele membre și Europol trebuie să aibă o colaborare mai strânsă și un schimb de informații consistent, iar acest sistem este soluția.

Sistemul comun de informații este în vigoare în toate cele 28 de state membre, inclusiv în România. Uniunea Europeană se poate bucura de rolul activ pe care îl are România, o țară care împărtășește informații prin aceste sisteme comune. România a căpătat dreptul de aderare la spațiul Schengen când a semnat Tratatul de aderare la Uniunea Europeană, iar acest lucru nu mai trebuie întârziat prin inventarea unor varii motive de alte state membre. Inclusiv în discursul său de astăzi, președintele Juncker a susținut că, până la finele mandatului său, România va face parte din spațiul Schengen. Și vreau să subliniez, domnule președinte Juncker, că mai aveți doar șase luni la dispoziție.

Željana Zovko (PPE). – Gospodine predsjedavajući, koncept Europe kao otvorenog prostora bez granica jedna je od temeljnih vrijednosti koja je spojila tisuće građana i potakla daljnju međusobnu integraciju. Od izazova migrantske krize 2015. godine do terorističkih prijetnji schengenski prostor postao je primarno sigurnosno političko pitanje. Gubitak povjerenja u sustav podigao je zidove tamo gdje su oni već desetljećima bili srušeni.

Republika Hrvatska ima za cilj ulazak u schengenski prostor do 2019. godine i brine o vanjskim granicama Europe prema zapadnom Balkanu te odgovorno ispunjava svoje zadaće na tom putu. Zato dobro razumijemo značaj kontinuiranog unaprjeđenja sustava između država članica, kako bi izbjegli propuste nastale za vrijeme i nakon migrantske krize.

Schengen će najbolje funkcionirati ako zajedno branimo europske granice, kako se ne bismo zatvarali u unutarnje. Hrvatska strana sigurno napreduje u tom smjeru uspješno implementirajući Schengenski informacijski sustav te ostale schengenske instrumente. Ohrabrena ovim napretkom, vjerujem kako će Hrvatska ostvariti svoj strateški cilj i pristupiti zajedničkom prostoru do 2019. godine te nastaviti štititi Europu od budućih ugroza.

Intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»)

Cristian-Silviu Bușoi (PPE). – Domnule președinte, felicitări domnului Coelho. Schengen este, fără îndoială, un sistem eficient în a apăra Uniunea Europeană, în a proteja frontierele împotriva terorismului și a crimei organizate. Este însă foarte important ca el să fie permanent îmbunătățit și toate statele participante să coopereze cât mai strâns. România este parte a SIS încă din anul 2010 și instituții ca Inspectoratul General al Poliției Române sau Inspectoratul Poliției de Frontieră se bucură de un deosebit respect colaborând într-o manieră eficientă în combaterea criminalității transfrontaliere.

România joacă, de altfel, un rol decisiv în securitatea întregii Uniuni Europene și acționează ca un stat Schengen *de facto* apărând cu profesionalism peste 2 000 de kilometri de frontieră. Din păcate, accesul României este restricționat la spațiul Schengen de 7 ani de o decizie politică cu dedesubturi economico-maritimo-protecționiste, mai ales din partea Olandei, și această opoziție alimentează cu succes fenomenul sceptic din România. Sper ca, în viitorul foarte apropiat, România să devină parte a spațiului Schengen, așa cum este drept și corect.

Maria Gabriela Zoană (S&D). – Domnule președinte, deși România și Bulgaria îndeplinesc criteriile de aderare la spațiul Schengen – România încă din 2011 — și, deși în plenul Parlamentului European a fost adoptată o rezoluție încă din luna mai pentru sprijinul aderării acestor două țări în spațiul Schengen, suntem în luna octombrie, iar perspectiva aderării nu pare să fie una apropiată.

Țin doar să atrag atenția, domnule președinte, asupra unei realități pe care, uneori, o ascundem sau o negăm. Lipsa încrederii europenilor în instituțiile europene provine și din astfel de situații, în care cetățenii Uniunii constată că, la acest nivel, încă mai vorbim despre birocrăție și interese politice care primează, se pare, în fața intereselor individului.

Aproape douăzeci de milioane de români sunt privați de un drept care le aparține, întrucât țara noastră a îndeplinit exigențele cerute. Pe lângă aceștia, discutăm de miile de operatori români care efectuează schimburi comerciale și care se văd nevoiți să aștepte zeci de ore la intrarea în spațiul Schengen în autovehicule pentru a fi controlați și verificați. Doresc să mulțumesc pentru rezoluția adoptată în acest plen în luna mai. Nu pot totuși să nu observ o lipsă de operativitate a celorlalte instituții europene în ceea ce privește transpunerea în practică a rezoluțiilor adoptate în plenul Parlamentului European, consecințele de imagine în ceea ce privește Uniunea Europeană în ansamblul ei fiind dintre cele mai serioase.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, κύριε King, σας άκουσα πριν, και εσάς και τον κύριο Αβραμόπουλο, και σκέφτηκα πραγματικά τι θα έλεγαν οι κάτοικοι των νησιών του Αιγαίου ακούγοντάς σας. Διότι αναφερθήκατε στο ότι θα περιορίσετε την παράνομη είσοδο στην Ευρωπαϊκή Ένωση, θα γίνεται έλεγχος, θα λαμβάνονται δακτυλικά αποτυπώματα. Πού; Στη Μόρια; Στο hotspot της Μόριας όπου υπάρχουν 10.000 άτομα; Τολμάει η αστυνομία να μπει μέσα να κάνει έλεγχο; Έχετε πάει να δείτε τι υπάρχει στη Μόρια; Δεν τολμάει άνθρωπος να περάσει. Οι καταστάσεις είναι ανεξέλεγκτες. Θα κάνετε έλεγχο στη Σούδα, δηλαδή στη Χίο, που δεν τολμά να μπει ούτε η ελληνική αστυνομία; Θα κάνετε έλεγχο στη Σάμο;

Ακούστε, για ποιο λόγο δεν έχουν επαναπροωθηθεί χιλιάδες παράνομοι μετανάστες που είναι αυτή τη στιγμή στα νησιά του Αιγαίου; Έτσι θα σας ρωτούσαν οι κάτοικοι των νησιών του Αιγαίου, αν είχαν τη δυνατότητα να παρακολουθήσουν τη συζήτηση. Θα σας ρωτούσαν οι κάτοικοι του Έβρου, γιατί τώρα οι παράνομοι μετανάστες περνάνε από Τουρκία σε Βουλγαρία και μετά στην Ελλάδα. Αυτούς θα σταματήσετε; Θα τους πάρετε δακτυλικά αποτυπώματα; Πρέπει να υπάρχει σοβαρότητα στη λειτουργία της Frontex. Δεν υπάρχει φύλαξη των συνόρων και εντάξει τα θαλάσσια σύνορα. Δεν υπάρχει φύλαξη της Frontex στον Έβρο, που είναι χερσαία τα σύνορα. Δεν υπάρχουν απαντήσεις σε αυτά τα θέματα.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señor presidente, aprovecho este debate sobre el funcionamiento del Sistema de Información Schengen para insistir en que un servicio europeo de seguridad eficiente obliga a acabar con los filtros que tienen su origen en el nacionalismo de los Estados que frena tantos proyectos europeos.

La Ertzaintza es la Policía integral responsable de la seguridad pública de Euskadi. Atesora un enorme conocimiento sobre delincuencia organizada y terrorismo. Actúa en un enclave geográfico estratégico para el tránsito de personas y bienes entre el norte y el sur de la Europa más occidental.

Por eso, una participación operativa directa en el SIS, sin intermediaciones ni dependencias ineficaces e ineficientes, es clave para aportar los recursos y el conocimiento de esta Policía en las políticas de seguridad de la Unión.

Atendiendo a la legislación del propio Estado miembro y la comunitaria, y desde la lógica operativa, la Ertzaintza debe tener representación propia en todos los foros y comisiones internacionales donde se deciden y coordinan las estrategias de seguridad; donde se establecen puntos de conexión directos entre Policías europeas y se propicia la continuidad de muchas investigaciones. Por eso, señor comisario, me gustaría conocer su opinión al respecto.

Florent Marcellesi (Verts/ALE). – Señor presidente, el muro de Trump está aquí, está con nosotros en Europa, en la frontera sur del espacio Schengen. Es una gran valla con cuchillas en Ceuta y Melilla. Es una valla que mata. Este mismo domingo dos personas han muerto al intentar cruzarla. Otras, sí, llegan, pero ¿cuál es a menudo la respuesta?: las devoluciones en caliente. Es decir, incumplir la legislación internacional y las sentencias del Tribunal Europeo de Derechos Humanos, sin importar que sean menores, demandantes de asilo o personas heridas que necesitan atención sanitaria.

España y la Unión Europea no pueden seguir pisoteando los derechos humanos ni seguir externalizando nuestras fronteras a países terceros no seguros. Porque la cuestión migratoria es clave para el futuro de Europa. Así que seamos responsables, terminemos con las devoluciones en caliente, respetemos los derechos humanos y abramos vías de entrada seguras y legales al espacio Schengen. Que nadie más tenga que morir por tener que migrar a Europa.

Dobromir Sośnierz (NI). – Panie Przewodniczący! Ja pytam, po co jest ten system, skoro każdy poseł do tego Parlamentu może podważać decyzje stosownych władz, stosownych służb i zapraszać wykluczone osoby, w blasku reflektorów obnosić się z nimi. Panie Pośle Boni! To jest Pana obrona praworządności? I na jakiej podstawie kwestionujecie decyzję władz polskich? Skoro wiecie lepiej od nich, to możemy sporo zaoszczędzić. Zamiast tych wszystkich służb granicznych, władz i służb specjalnych zatrudnijmy posła Boniego, posła Verhofstadta, posłankę Różę Thun, niech siadą przy stoliku i decydują za nas, to nie będziemy musieli wydawać na te wszystkie służby tych milionów euro.

Rozszczelnianie system w imię walki politycznej. Mówicie, że to jest decyzja polityczna? A w jakiej sprawie pan Verhofstadt zaprosił tutaj Ludmiłę Kozłowską? W imię interesów politycznych. W imię politycznej walki z polskim rządem wysadzacie w powietrze system, który ma nas chronić przed terrorystami i niebezpiecznymi osobami. Służby ukraińskie wydały – to Pan przegapił – oświadczenie na temat Kozłowskiej, że uważają ją za osobę niebezpieczną, która dążyła do zmiany granic Ukrainy. Jest to najprawdopodobniej osoba powiązana z rosyjskimi służbami specjalnymi. I w ten sposób Rosjanie jeszcze raz Wami tutaj sterowali.

Róża Gräfin von Thun und Hohenstein (PPE). – Panie Przewodniczący! Dziękuję bardzo, to się dobrze składa, bo skorzystam z okazji i odpowiem na te pomówienia, które przed chwileczką słyszeliśmy. To rzeczywiście jest pewna luka w systemie SIS, bo to jest rzeczywiście głośna sprawa z obywatelką Ukrainy, która mieszkała w Polsce, jest zamężna z Polakiem i – dla wyjaśnienia – obydwoje angażują się w fundacji Otwarty Dialog, która piętnuje łamanie praw człowieka w Europie Wschodniej.

Fundacja Otwarty Dialog ostatnio wzięła pod lupę również stan praworządności w Polsce. Za to Ludmiła Kozłowska natychmiast została wydalona z Polski i wpisana na listę SIS osób, którym nie wolno wjeżdżać do Schengen. Od razu pojawiły się też informacje – te które słyszymy też tutaj – że służby bezpieczeństwa Ukrainy uznały ją za osobę niebezpieczną. Ale służby bezpieczeństwa Ukrainy skierowały natychmiast do portalu, który to rozprzestrzenia, dementi, że nie ma w ogóle takiej procedury w sprawie pani Kozłowskiej. Te plotki powtarzają tylko ci, którzy czerpią informacje z putinowskich *fake news*.

Mam króciutkie pytanie do pana komisarza. Co Pan na to, Panie Komisarzu? Czy nie powinniśmy natychmiast stworzyć jakiegoś systemu zabezpieczenia dla takich osób? Gdzie one mogą się w szybkim tempie odwołać? Ta sprawa jest rzeczywiście bardzo paląca.

Julie Ward (S&D). – Mr President, when we discuss the Schengen Information System it is important to bear in mind that some Member States are ready to abuse it for their own anti-democratic agenda. Last month, Open Dialogue Foundation President Lyudmyla Kozlovska was deported out of Poland through the Schengen Information System because of her peaceful human rights activities. Although I knew that this excellent human rights organisation had been the target of intimidation and smear campaigns by several governments, I was shocked to learn about what happened to Lyudmyla.

The backlash against freedom of expression and rule of law in several Member States should be very concerning for all of us. I believe we should deeply question the way this system works and how it can be used by Member States that deliberately choose to overlook their human rights obligations and act like authoritarian regimes.

The case also says much about the way we approach our migration policies. Locking our borders at all costs has terrible consequences for human rights. I call on the EU to wake up and rethink its migration policy and come up with a more humane approach.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedavajući, dorada i jačanje Schengenskog informacijskog sustava prijeko su potrebni budući da pritisak na vanjske granice Unije ne jenjava, a s njime ni sigurnosne prijetnje za naše građane.

Rješenja predstavljena u izvješćima predstavljaju napredak u odnosu na dosadašnju praksu. Doista je zapanjujuće to da je Komisija učinila toliko malo da se usklade kriteriji za upozorenja u svrhu odbijanja ulaska u schengenski prostor. Predložene izmjene konačno ispravljaju očite pogreške, a posebno mi je drago što se i osobe osuđene za terorizam uvrstavaju među nepoželjne. Glavno je pitanje zašto to dosad nije učinjeno.

Hrvatska je napokon dobila pristup Schengenskom informacijskom sustavu, što će joj olakšati put prema članstvu u Schengenu. Ovim putem pozivam sve nadležne da se to dogodi što prije.

Rory Palmer (S&D). – Mr President, forgive me, Members, for looking at these reports through the context of what might happen next March and Brexit, but the UK is the third-heaviest user of data on a daily basis through the SIS systems. Having recently joined Lord Willy Bach, the Police Commissioner for Leicestershire, in a series of meetings in Brussels, including with the Commissioner (who was very generous with his time), with parliamentarians and other agencies concerned with law enforcement, it is clear to me that that data and those tools are as important to modern policing as handcuffs. So it is critical over these next few months that we ensure – the UK government and the negotiators here – that that close cooperation through these systems between the UK and our partners here in the EU can continue, to ensure that our citizens on both sides of the Channel can be kept safe long into the future.

(Fin de las intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»))

Julian King, Member of the Commission. – Mr President, I would like to thank honourable Members for this debate. Speaking for myself, I think we can rightly be proud of what we have achieved with Schengen and with the Schengen Information System (SIS). Today's debate and the vote tomorrow will further reinforce that information system, making Europe's most widely used security database even more effective and, at the same time, reinforcing data protection safeguards. That is what modernising the SIS means.

After the legislation enters into force and the necessary technical changes have been implemented, Member States' authorities, together with Europol, eu-LISA and the European Border and Coast Guard Agency, will be able to make better use of the system in the fight against terrorism and serious and organised crime. We will work with all Member States and all Member States' authorities and encourage them to use that system and to use it for the purposes it is intended for, in the full respect of our fundamental rights, the fundamental rights that underpin all our work in this area, the values that we are protecting. A strengthened SIS will provide the police, the border guards, those on the front line whose job it is to keep us safe, with the information they need to do their jobs.

Thanks again to the rapporteurs and to all who have been involved on these proposals. I encourage you to support this key file when you vote tomorrow.

Carlos Coelho, Relator. – Senhor Presidente, agradeço as referências simpáticas de várias colegas. Creio que no final deste debate é evidente que a grande maioria daqueles que usaram da palavra foi para defender a importância do Sistema de Informação de Schengen, para assegurar as liberdades de Schengen, para sublinhar que necessitamos de uma livre circulação com segurança e para recordar que os direitos dos cidadãos também se fazem reforçando a proteção de dados, e nós fazemos isto neste regulamento.

Estou confiante, como disse o Sr. Comissário King, que amanhã vamos aprovar a reforma do Sistema de Informação de Schengen. Quero sublinhar que este é o resultado do trabalho de uma equipa constituída por elementos de todas as instituições, que trabalharam de forma muito empenhada e muito célere para este resultado.

Quero agradecer a toda a equipa do nosso Parlamento, ao nosso secretariado em especial, pelo imenso esforço e dedicação que colocaram neste dossiê.

Agradeço ao Secretariado do Conselho, às equipas das Presidências da Estónia e da Bulgária, com que trabalhámos de forma leal e dedicada na busca do melhor resultado, e quero lamentar a ausência austríaca durante este debate sobre o SIS.

Um agradecimento à equipa negocial da Comissão Europeia, naturalmente aos Srs. Comissários King e Avramopoulos, que foram cruciais na elaboração dos compromissos que garantem o sucesso do Sistema de Informação de Schengen, aos meus colegas relatores-sombra agradeço naturalmente a colaboração e a abordagem muito construtivas em todo este processo, e termino com o meu colega Jeroen, meu parceiro neste desafio, de quem não poderia ter tido melhor cooperação, fomos uma boa equipa, a todos muito obrigado.

Jeroen Lenaers, Rapporteur. – Mr President, I would like to thank Carlos Coelho once again. I'm not sure that the term 'partners in crime' is the most appropriate when it comes to the Schengen Information System (SIS), but I do very much appreciate the sympathy. I would like to thank all my colleagues who have worked so hard in a good spirit and a very constructive way. It almost makes me sad to think that, after tomorrow, this work will actually be finished. I don't want to scare Commissioner King but, on the basis of this experience, I am already looking forward to the next SIS reform.

We have worked on this legislation in a diligent and efficient way. We have a result that we can be proud of, as Commissioner King said. SIS is crucial for the security of our citizens. It already works well and it will work even better in the future thanks to this reform, not only in the area of security but also in that of migration management. These are two issues that are very important for many European citizens, and the fact that we have this result also shows that the European Union can deliver on these key issues. I think that is very important.

I am very happy with the result and I hope we can get widespread support when the House votes on this tomorrow. Thank you very much to everybody concerned, especially my dear friend Carlos. We look forward to tomorrow's vote.

El presidente. – Se cierra el debate conjunto.

La votación tendrá lugar mañana.

Declaraciones por escrito (artículo 162 del Reglamento interno)

Barbara Kudrycka (PPE), na piśmie. – Panie Przewodniczący! Wszyscy wiemy, jak ważne jest sprawne funkcjonowanie strefy Schengen. To jeden z symboli wspólnej Europy i wielki sukces integracji – nasz sukces. Nie możemy tego zaprzepaścić i musimy pamiętać o ciągłym ulepszaniu tego systemu – przy jednoczesnym zapewnieniu nam bezpieczeństwa. Dlatego dzisiaj gratuluję posłom Coelho i Leanarsowi sprawozdań, które mają za zadanie wprowadzenie nowych systemów i zabezpieczeń do funkcjonującego już Systemu Informacyjnego Schengen. Dotychczasowe rozporządzenie SIS II jedynie zezwalało krajowym organom egzekwowania prawa, aby wprowadzały ostrzeżenia o odmowie wjazdu i pobytu do systemu. Nie był to jednak obowiązek, co stanowiło lukę w całym systemie, którą sprawozdanie posła Coelho eliminuje. Należy także zwrócić uwagę na zapewnienie możliwości wykorzystywania obrazów twarzy czy profilu DNA do łatwiejszej identyfikacji osób zaginionych – szczególnie w przypadkach, w których dane daktyloskopijne czy zdjęcia nie są dostępne bądź nie nadają się do identyfikacji. Zwiększa to nie tylko szanse na właściwą identyfikację, ale także nasze bezpieczeństwo. Z mojej perspektywy ogromnie ważne jest, by nowe rozwiązania usprawniały Schengen i zwiększały bezpieczeństwo Europejczyków, lecz nie zmuszały nas do rezygnacji z wartości i swobód, które stanowią istotę Unii, istotę bezpiecznej Europy, Europy bez granic. To udało się osiągnąć.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Návrh nariadenia EP a Rady o zriadení, prevádzke a používaní Schengenského informačného systému (SIS) v oblasti hraničných kontrol posilňuje vonkajšiu ochranu hraníc a vnútornú bezpečnosť Únie. Opatrenia sú zamerané na posilnenie systému tak, aby bol schopný absorbovať viac údajov o osobách (najmä biometrických), aj aby bol systém technicky a informačne bezpečný. Spresňujú sa podmienky prístupu do systému pre európske agentúry a zavádza sa postup konzultácií, ktorý by mal na základe spolupráce členských krajín zamedziť tomu, aby ten istý príslušník tretej krajiny mal v členských krajinách Únie odlišný status na pobyt. Opatrenia by mali prispieť k väčšej flexibilita a efektívite kontrolných orgánov na hraniciach Únie a tým aj k vyššej bezpečnosti.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Rastúci osjećaj nesigurnosti među europskim građanima očekivano je i opravdano utjecao na preslagivanje prioriteta Europske unije koja nastoji odgovoriti na potrebe država članica i njihovih građana. Imajući u vidu takve izmijenjene okolnosti, podržavam namjeru da se poveća sigurnost vanjskih granica Unije od kojih je 1351 kilometar u nadležnosti Republike Hrvatske.

Prilagođavanje Schengenskog informacijskog sustava II u cilju učinkovitijeg zajedničkog rješavanja sigurnosnih problema povezanih s graničnom kontrolom treba pozdraviti. Međutim, valja istaknuti da potrebe sigurnosti ne smiju poslužiti kao izlika za kršenje prihvaćenih standarda zaštite ljudskih prava ili osobnih podataka. Unaprijeđenje sustava nipošto ne bi trebalo dovesti do otežanog pristupa Uniji za one koji legalno traže ulazak i/ili izlazak. Suradnja je temelj uspješnosti Europske unije te je ključna za njezinu sigurnost, pri čemu Schengen ima važnu ulogu.

Uključivanje Rumunjske, Bugarske i Hrvatske, koja od svih članica ima najdužu vanjsku kopnenu granicu Europske unije, u šengenski prostor zato ima i važnu sigurnosnu komponentu. Hrvatska je u samo 4 mjeseca od pristupanja Schengenskom informacijskom sustavu obavila 75 milijuna kontrola i identificirala preko 4000 prekršaja. To dokazuje važnost Hrvatske kao partnera u osiguravanju vanjske granice Europske unije te opravdava njeno što skorije priključenje Schengenu

Theodor Dumitru Stolojan (PPE), *în scris*. – Discuțăm, din nou, despre sistemul Schengen, din care România încă nu face, pe nedrept, parte. Îndeplinim condițiile tehnice de securizare a frontierelor noastre externe, care sunt și frontierele Uniunii Europene. Există un număr mic de state membre ale Uniunii care se opun, în mod repetat, la intrarea României în spațiul Schengen. Este timpul ca aceste state membre să renunțe la această opoziție și ar fi bine să facă acest lucru în timpul Președinției României a Consiliului Uniunii Europene. Orice stat membru poate constata că România exercită controlul frontierelor sale în condiții foarte bune și își respectă pe deplin obligațiile în ceea ce privește schimbul de informații cu celelalte state membre în acest domeniu.

Janusz Zemke (S&D), *na piśmie*. – Schengen jest jednym z najważniejszych rozwiązań w ramach Unii Europejskiej, gdyż pozwala obywatelom UE na nieskrępowane przemieszczanie się po Europie. System Schengen musi jednak także sprzyjać bezpieczeństwu Europejczyków. Dlatego też jedną z najważniejszych spraw jest skuteczny powrót osób niebędących obywatelami UE, które znalazły się i przebywają nielegalnie w Europie. Niestety system ten nie jest w pełni skuteczny. Często osoby przebywające nielegalnie w jednym unijnym państwie otrzymują nakaz jego opuszczenia. Jednak ponieważ nie ma sprawnego przepływu informacji o tych nakazach, osoby takie w większości nie opuszczają Europy a jedynie przemieszczają się do innego państwa UE. Dane Eurostatu potwierdzają, że z UE wyjeżdża jedynie około 40% nielegalnych migrantów, od których zażądano jej opuszczenia. Z tego powodu chciałem zdecydowanie wesprzeć stworzenie skutecznego, ogólnounijnego systemu przekazywania informacji na temat decyzji nakazujących powrót. Rzecz w tym, by decyzje podjęte tylko w jednym unijnym państwie docierały jak najszybciej do wszystkich państw i były przez nie egzekwowane. Bez wątpienia poprawiłoby to bezpieczeństwo wewnętrzne UE i poprawiło stosunek Europejczyków do tych imigrantów, którzy przebywają w UE legalnie.

19. Entlastung 2016: Gesamthaushaltsplan der EU – Europäischer Rat und Rat (Aussprache)

El presidente. – El punto siguiente en el orden del día es el debate sobre el segundo informe de Marco Valli, en nombre de la Comisión de Control Presupuestario, sobre la aprobación de la gestión en la ejecución del presupuesto general de la Unión Europea para el ejercicio 2016, sección II – Consejo Europeo y Consejo (COM(2017)0365 - C8-0249/2017 - 2017/2138(DEC)) (A8-0300/2018).

Marco Valli, relatore. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, signora Ministro, vi ringrazio per essere venuti, aver riempito i banchi ed essere qua ad ascoltare le indicazioni che adesso darà questo Parlamento.

Per la seconda volta, quest'anno, ci troviamo a parlare del discarico del Consiglio. La gestione della spesa amministrativa è una questione di fondamentale importanza: le risorse dei contribuenti devono essere gestite in modo efficiente e il lavoro che siamo chiamati a fare e a svolgere in questo Parlamento deve andare senza dubbio in questa direzione.

Tuttavia sono purtroppo costretto a ricordare le difficoltà ripetutamente incontrate sino ad oggi e affermo quindi che la spesa del Consiglio dovrebbe essere controllata al pari di quella delle altre istituzioni. Tuttavia il Consiglio, seguendo la tendenza degli esercizi precedenti, non ha ancora fornito delle risposte alle osservazioni che abbiamo formulato nella risoluzione dello scorso 18 aprile.

In questa seconda relazione ho voluto quindi ribadire le questioni attualmente in sospeso. Siamo in attesa di ricevere, ad esempio, le informazioni relative ai progressi compiuti in seguito alla rielezione del Mediatore sulla trasparenza del processo legislativo del Consiglio, nonostante lo stesso Mediatore abbia chiesto un riscontro sulle proprie raccomandazioni entro lo scorso 9 maggio. Chiedo quindi al Consiglio di trasmettere le sue conclusioni quanto prima a questo Parlamento.

Accolgo senz'altro con favore i negoziati interistituzionali attualmente in corso per rafforzare il registro per la trasparenza, negoziati che però spero abbiano esito positivo e che portino all'adesione dello stesso Consiglio al registro.

In merito invece alla parte legata alla politica immobiliare, nonostante gli scambi occasionali di informazioni tra i servizi competenti per gli edifici delle due istituzioni, il Consiglio continua a non fornire le precisazioni che abbiamo richiesto al riguardo. Chiedo pertanto che tutti i dati e le relative spese siano pienamente accessibili al pubblico, in segno di trasparenza nei confronti dei cittadini che tutti rappresentiamo. Rinnovo dunque l'invito al Consiglio a presentare delle relazioni sullo stato d'avanzamento dei progetti immobiliari e a illustrare una ripartizione dettagliata delle spese sostenute fino ad adesso.

Il punto cardine resta quindi sempre lo stesso: il rispetto del ruolo del Parlamento nel quadro della procedura di discarico, così come è disciplinata dal trattato sul funzionamento dell'Unione europea e dal regolamento finanziario. È una questione di primaria importanza, così come il controllo della spesa di tutte le istituzioni. Sono pertanto molto lieto che il Consiglio ritenga necessario affrontare la procedura del discarico e il fatto che sia qui stasera presente ne è la dimostrazione.

Come sappiamo, attualmente sono in corso degli scambi informali tra il Parlamento e il Consiglio per discutere delle possibili soluzioni a questa *impasse* attuale. Sottolineo dunque l'importanza di negoziati bilaterali costruttivi che sfocino in una soluzione reciprocamente accettabile, pur sempre mantenendo la distinzione nella procedura di discarico tra il ruolo del Parlamento e il ruolo del Consiglio.

Concludo quindi auspicando che i negoziati procedano e che un accordo venga raggiunto al più presto, in modo che le risorse dei contribuenti siano garantite e rendicontate nella massima trasparenza.

Karoline Edtstadler, President-in-Office of the Council. – Mr President, I would like to thank the rapporteur and assure him that with regard to his words about feeling disappointed, I was told that they are all watching our debate on TV so there are more people watching than are here in the room.

Let's come to the subject of the debate. This issue has been controversial between Parliament and the Council for a long time. Let me first say something about the specific exercise of discharge for the 2016 budget and then comment on the state of play in general. In relation to the implementation of the 2016 budget, you know of course that the Court of Auditors, in its annual report, and I quote: 'did not identify any issue concerning the Council'. This will, most probably, not affect your vote this week, which is expected to be the same as in previous years, but it is worth underlining.

I would now like to share with you my assessment of where we are on this issue in more general terms. Since 2011, the Council has proposed a memorandum of understanding to Parliament in order to better organise the cooperation between our two institutions during the discharge procedure. For several years this initiative was not followed up by any concrete discussion between our two institutions. Finally, over the last 11 months, some new efforts have been made on both sides. The idea is to reach an understanding which allows a pragmatic cooperation, while preserving the position of principle of both institutions.

The Council has contributed to these efforts by revising its 2011 position and sent a new proposal to Parliament in May 2018. Following further contacts and exchanges, the competent preparatory bodies of the Council are currently examining the situation. I can assure you that the Austrian Presidency of the Council is ready to do its utmost to find a solution if there is sufficient political will on both sides to bridge the gap.

José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor presidente, señor comisario, señorías, quisiera simplemente agradecer el trabajo realizado por el ponente, señor Valli, en la preparación de este informe, que reproduce una vieja y larga polémica que venimos manteniendo con el Consejo de Ministros de la Unión.

El ponente nos ha recordado muy bien cuáles son las competencias que los Tratados asignan al Parlamento Europeo en lo que se refiere a la aprobación de la gestión, y desde el año 2009 este Parlamento ha venido rechazando sistemáticamente la aprobación de las cuentas anuales, cosa que se va a producir también en lo correspondiente al año 2016. No es un problema de equivalencias y de reciprocidad, señora presidenta en ejercicio del Consejo, es una cuestión de respeto a las competencias que asignan los Tratados y, en este sentido, el Parlamento Europeo no puede aceptar una equivalencia o una reciprocidad en el ámbito de las competencias respectivas.

Sí saludamos la buena disposición para encontrar un entendimiento que sea respetuoso de las competencias de ambas instituciones. Mientras tanto, el informe del ponente señala algunos aspectos que se tienen que mejorar. El Consejo no ha presentado cuentas separadas del Consejo Europeo y del Consejo de la Unión. Los gastos de personal tienen que ser separados por categorías, por sexo, por función, por grado y por competencia profesional.

Y es evidente también que tenemos que felicitarnos de los esfuerzos que se han realizado en el marco de consolidar el registro de transparencia de la Unión Europea, que afecta también al Consejo de Ministros de la Unión. Por lo tanto, señor presidente, es claro que esta situación debería ser superada, pero debería ser superada —como ha dicho la representante del Consejo— sobre la base de una movilización de voluntad política que pueda de alguna manera representar el respeto a las normas, el respeto a las instituciones, el respeto a los Tratados y a las normas derivadas, como el Reglamento financiero de la Unión.

Arndt Kohn, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Frau Staatssekretärin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum achten Mal in Folge verweigert das Europäische Parlament aller Voraussicht nach dem Europäischen Rat und dem Rat der Europäischen Union die Entlastung.

Warum ist das schon seit so vielen Jahren so? Warum weigert sich der Rat beständig, auf die Fragen des Europäischen Parlaments im Rahmen der Entlastung zu antworten? Wo ist der Rat, wenn wir bei der Aussprache im Haushaltskontrollausschuss über seine Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern sprechen? Umso mehr freue ich mich, dass Sie heute Abend hier sind, um ein Zeichen zu setzen – auch dahingehend, denke ich.

Bei der Entlastung geht es aber darum, dass alle EU-Institutionen vor der Bürgerschaft Rechenschaft ablegen, wie sie mit ihren Steuergeldern umgehen. Die Information über den Haushalt und die Tätigkeiten des Rats kann man in den jährlichen Berichten nachlesen. Das ist aber nicht genug. Die Zahlen müssen für die Bürgerschaft verständlich und nachvollziehbar sein. Wenn das im Jahresbericht nicht der Fall ist, dann muss im Rahmen der Entlastung für Klarheit gesorgt werden.

Was unterscheidet bitte den Rat von den anderen EU-Institutionen und deren Pflicht zur Transparenz bei der Mittelverwendung? Ich begrüße ausdrücklich die Gespräche zwischen Rat und Parlament und hoffe auf eine baldige Einigung, aber dabei muss das Prinzip, dass das Europäische Parlament als einzige direkt gewählte Kammer die Entlastungshoheit hat, schon Berücksichtigung finden. Aber ich würde mich sehr freuen, wenn ich als Berichterstatter für die Entlastung des Rats für das Haushaltsjahr 2017 auf einer neuen gemeinsamen Arbeitsgrundlage zum ersten Mal seit acht Jahren die Entlastung des Rats empfehlen könnte.

Ryszard Czarnecki, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! No mam poczucie takiego swego *déjà vu*, ponieważ w gruncie rzeczy mówimy o tym co roku i jest to, prawdę mówiąc, rzecz, która łączy wszystkie grupy polityczne w naszym Parlamencie, bo w praktyce mamy ten sam problem: brak niezbędnych informacji ze strony Rady, brak odpowiedzi na pytania pisemne, jednym słowem ilustracja starego polskiego przysłowia: gadał dziad do obrazu, a obraz doń ani razu.

Te odpowiedzi na nasze pytania, na które nie mamy odpowiedzi, mają zasadnicze znaczenie procedurze udzielania absolutorium. Potrzebujemy odpowiedzi na temat głównych niedociągnięć stwierdzonych przez Trybunał Obrachunkowy w Luksemburgu odnośnie wysokich przeniesionych kwot czy niejasnej polityki dotyczącej budownictwa. Rada wciąż nie przygotowała odpowiedzi na sprawozdanie strategiczne Europejskiego Rzecznika Praw Obywatelskich w sprawie przejrzystości procesu legislacyjnego Rady, mimo że pani rzecznik prosiła o udzielenie odpowiedzi na swoje zalecenia i propozycje usprawnień do dnia 9 maja 2018 r. To jest brak poszanowania także dla Europejskiej Rzecznik Praw Obywatelskich.

I kończąc, Panie Przewodniczący, nad sprawozdaniem rzecznik pracowała duża liczba pracowników. Skoro nie doprowadziło to ze strony Rady do odpowiedzi, taka bezsensowna praca jest marnowaniem pieniędzy podatników.

Wolf Klinz, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen!

Ich bedaure außerordentlich, dass wir dieses Jahr – genauso wie schon in den Vorjahren – wiederum feststellen müssen, dass wir dem Rat keine Entlastung zuteilwerden lassen.

Wir tun das nicht, weil wir dem Rat böse sind, oder weil wir hier auf Rechte bestehen, die uns nicht zustehen. Wir tun es, weil wir es für unsere Pflicht halten, tatsächlich für den Steuerzahler kritisch zu prüfen, wo seine Steuerzahlungen tatsächlich geblieben sind und ob sie sinnvoll ausgegeben worden sind. Der Rat beruft sich hier auf ein Gentlemen's Agreement aus dem Jahr 1970, in dem seinerzeit die beiden Institutionen festgelegt haben, dass sie die Zahlungen oder Ausgaben der jeweils anderen Seite ohne große kritische Prüfung akzeptieren.

Das mag vor 48 Jahren in Ordnung gewesen sein. Aber heute ist es meiner Meinung nach ein grober Regelverstoß, und wir sollten das nicht länger hinnehmen. Ich bin froh, dass die Vorsitzende des Rates auf das *memorandum of understanding* verwiesen hat und gesagt hat, dass sie auf der Basis jetzt weiterarbeiten und möglichst schnell zu einem Arrangement mit uns kommen möchte.

Es geht nicht an, dass der Rat seine Ausgaben wie ein Staatsgeheimnis behandelt und dem Bürger die Einsicht in diese Ausgaben und damit die Transparenz verwehrt, zu der er eigentlich verpflichtet ist. Der Rat muss sich genauso – meine Vorgänger haben es ja schon gesagt – an die Spielregeln halten wie alle anderen Institutionen auch.

Wir Liberalen legen Wert auf eine ordentliche Haushaltsführung, auf eine gute Verwaltung und auf Transparenz. Ob diese Ziele erreicht werden, können wir nur beurteilen, wenn wir eine angemessene Prüfung der Haushaltsmittel und ihrer Verwendung sicherstellen können. Das ist nicht der Fall. Deshalb müssen wir die Entlastung einmal mehr verweigern – sehr zu unserem Bedauern.

Ich muss noch hinzufügen: Im zuständigen Haushaltskontrollausschuss ist diese Entscheidung einstimmig – ohne Gegenstimme und ohne Enthaltung – getroffen worden.

Bart Staes, *namens de Verts/ALE-Fractie*. – Dank u, Voorzitter. Ik wil eerst en vooral de rapporteur danken, mijnheer Valli, voor het werk dat u in dit dossier gestoken hebt. Ik wil ook de Raad danken voor de aanwezigheid. Het is ooit anders geweest.

Ik wil meteen ingaan op wat de voorzitter van de Raad ons verteld heeft. Er is inderdaad een non-paper sinds 2011. Wij hebben dat als Parlement – we moeten dat ootmoedig erkennen – veel te lang laten liggen, niet concreet beantwoord. Toen ik de rapporteur was, vóór de heer Valli, heb ik mijn verantwoordelijkheid genomen en heb ik ervoor gezorgd dat wij een antwoord bezorgd hebben aan de Raad, unaniem gesteund door alle leden van de Commissie begrotingscontrole en goedgekeurd door de Conferentie van voorzitters.

Ondertussen zijn er tussen de voorzitter van de Raad en het Oostenrijks voorzitterschap, mevrouw Grässle als voorzitter van de Commissie begrotingscontrole en ikzelf als voormalig rapporteur, inderdaad gesprekken geweest. Ik denk dat we op een zuchtje van een oplossing zijn. Ik denk dat het document dat nu voorligt echt aanvaardbaar is. Ik moet alleen de collega's in het Europees Parlement oproepen om hun verantwoordelijkheid te nemen. Het zijn de Conferentie van voorzitters en de secretaris-generaal van dit Parlement die nu moeten ageren en die er moeten voor zorgen dat we nog onder dit Oostenrijks voorzitterschap tot een akkoord komen, zodat de heer Kohn straks, als hij de verantwoordelijkheid neemt als rapporteur, inderdaad op een eerlijke wijze deze kwijtingsoefening met de Raad kan doen.

Jonathan Bullock, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, so here we are once again, with the Council refusing to cooperate with the discharge procedure. This is probably one of the few issues I actually agree with the Parliament on: that there should be more transparency and oversight over the use of the EU Council budget. It of course begs the question: does the Council have something to hide? Well, let's take a look at some of their spending. The Council spent EUR 55 000 to hold a staff party for up to 1 200 people on their premises in early 2018. The party included butlers, cooks, bartenders, champagne, wine and beer and a bar open until 3am in the morning. All very nice, no doubt. The Council also spent another EUR 25 000 for the staff and their children to have a party at an adventure park in Belgium, and in the previous year, the Council put a tender out to purchase 4 000 bottles of champagne. It's no wonder the Council doesn't want parliamentary oversight of their budget.

The EU institutions are public entities, paid for with taxpayers' money. It's outrageous that, certainly, British taxpayers have to pay for such vain and frivolous events, while at home we have front-line public services cuts. Thank goodness Brexit will mean we no longer have to give vast contributions to Brussels. But because of the Tory betrayal we are having at the moment and the never-ending transitional period proposed, the UK will still be giving billions to Brussels for many years to come. But I urge all colleagues to reject granting the Council discharge.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Bart Staes (Verts/ALE), *“blauwe kaart”-vraag*. – Mijnheer Bullock, er is een Vlaams gezegde dat zegt: “De pot verwijt de ketel dat hij zwart ziet.” U bent lid van Ukip. Uw partij, uw Europese partij, heeft met gemeenschapsgeld ongelooflijk veel geld uitgegeven, waarbij dit eigenlijk op een frauduleuze manier gebeurd is. U hebt zelfs met uw partij Europees geld gebruikt om opiniepeilingen in het Verenigd Koninkrijk te financieren. Wat vindt u daarvan? Zou u daar ook eens niet handelen naar eigen inzicht en naar een eerlijk omgaan met Europees belastinggeld?

Jonathan Bullock (EFDD), *blue-card answer*. – I think the Member's talking about polls done in constituencies in the UK. What you may not know – I don't know how informed you are (obviously not) – is that our electoral Commission has looked into this and reported very recently – only a few weeks ago – that there was absolutely no impropriety whatsoever. That was our electoral Commission – not a body we always agree with – but it said no impropriety whatsoever. And let's just face it: we in UKIP have voted to get out of this organisation. We don't want the money. We want to be out of this. We've made it clear and we stand by what we say.

Intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»)

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, ξανά στο ίδιο έργο θεατές. Τα ίδια βλέπουμε και συζητούμε όλα αυτά τα χρόνια, με τη μόνη εξαίρεση ότι βλέπουμε αυτή τη φορά να είναι εδώ το Συμβούλιο. Είναι κι αυτό ένα βήμα. Να συγχαρώ κατ' αρχάς τον εισηγητή, τον κύριο Valli, για την τοποθέτησή του και να πω ότι όλα οφείλονται στην άποψη του Συμβουλίου ότι δεν είναι διήθεν υποχρεωμένο να έρθει να ζητήσει απαλλαγή δαπανών από το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο. Εμείς θεωρούμε ότι η Συνθήκη το επιβάλλει αυτό και είναι δικαίωμά μας να το κάνουμε και εσείς ως Συμβούλιο πρέπει επιτέλους να δείξετε διαφάνεια, να είσαστε ανοιχτοί στην κριτική και, φυσικά, να ακολουθήσετε τους ίδιους τους κανόνες της Συνθήκης.

Έχουμε πολλά ερωτήματα: τι γίνεται με τα κτίρια, πώς προχωρούν τα κατασκευαστικά έργα, τι γίνεται με τις διοικητικές δαπάνες. Και θα πρέπει επιτέλους να απαντήσετε και στην Ευρωπαϊά Διαμεσολαβήτρια, η οποία έχει βάλει θέμα λειτουργίας με διαφάνεια της ίδιας της νομοθετικής λειτουργίας του Συμβουλίου. Πρέπει να ακολουθήσει το Συμβούλιο αυτή την τακτική, διότι έχουμε ένα μέρος του Συμβουλίου, ένα άλλο όργανο που είναι το Eurogroup, στο οποίο συμμετέχουν πάλι υπουργοί, συμμετέχουν τα κράτη, και είναι ανεξέλεγκτο και ταυτόχρονα επιβάλλει και πολιτικές στα κράτη μέλη. Πρέπει, λοιπόν, ήρθε η ώρα, να έχετε και εσείς διαφάνεια για τον τρόπο με τον οποίο λειτουργείτε.

(Fin de las intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»))

Karoline Edtstadler, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, honourable Members, Commissioner, thank you very much for your remarks. I have taken good note of them.

The Council is not taking it personally, but I guess it is time to change the situation. There is a saying in German that 'wo ein Will ist, ist auch ein Weg', or in English 'where there's a will, there's a way', but my favourite translation is the French one, 'quand on veut, on peut'. We should bear in mind that the EU institutions can gain and keep the trust of the citizens of the Union only by working together. Let's change the situation.

Marco Valli, relatore. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio i colleghi e ringrazio il Consiglio per la buona volontà della Presidenza austriaca nel cercare di risolvere questa *impasse*.

I colleghi hanno giustamente – quasi tutti, me compreso – ripetuto il ruolo del Parlamento sancito all'interno del trattato, ed è un ruolo che è condiviso a stragrande maggioranza anche dai cittadini europei, che votano i membri di questo Parlamento e li votano anche per controllare i soldi che versano per il suo funzionamento.

Quindi su questo è auspicabile che si trovi una soluzione, e la proposta avanzata dal mio collega Staes è fondamentale perché anche questo Parlamento, come il Consiglio, deve fare qualche passo in avanti per riuscire a risolvere questa situazione.

Se riusciremo a risolverla allora potremo concedere, in un futuro, con le cifre in mano, un discarico. Ad oggi, purtroppo, non avendo in mano queste cifre, noi non possiamo fare delle valutazioni e, inevitabilmente, per l'ennesima volta, dovremo negare il discarico. Di questo ce ne rammarichiamo tutti, compresi i cittadini.

El presidente. – Se cierra el debate.

La votación tendrá lugar mañana.

20. Entlastung 2016: Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) (Aussprache)

El presidente. – El punto siguiente en el orden del día es el debate sobre el segundo informe de Bart Staes, en nombre de la Comisión de Control Presupuestario, sobre la aprobación de la gestión en la ejecución del presupuesto de la Oficina Europea de Apoyo al Asilo para el ejercicio 2016 (COM(2017)0365 - C8-0288/2017 - 2017/2177(DEC)) (A8-0299/2018).

Bart Staes, Rapporteur. – Dank u, Voorzitter. Collega's, commissaris, we hebben in april de kwijting voor EASO uitgesteld, en ik denk dat we daar goed aan deden. We hadden daar ook voldoende redenen voor. Er waren opmerkingen vanuit de Rekenkamer, er was een begin van een OLAF-onderzoek, er was klokkenluidersinformatie, en de toenmalige uitvoerend directeur van EASO minimaliseerde alle zaken. De houding van het Europees Parlement was verstandig, want de weigering tot kwijting leidde tot actie. Gedurende die hele tijd stond ik in nauw contact met de verantwoordelijken van DG Home en ik had ook een aantal gesprekken met commissaris Avramopoulos.

Ik durf hier eerlijk getuigen dat DG Home de zaak in handen nam. Er werd druk gezet op de toenmalige uitvoerend directeur: die nam in juni ontslag. De Commissie besliste tot een snelle aanstelling van een nieuwe directeur, een nieuwe uitvoerend directeur ad interim, Jamil Addou. Ik heb mijnheer Addou ontmoet begin juli. We hebben hem gehoord in een gesloten zitting in de Commissie begrotingscontrole en ik was onder de indruk van zijn snel en daadkrachtig optreden. Het is duidelijk dat de nieuwe leiding binnen EASO lessen heeft getrokken uit het verleden. Het is duidelijk dat DG Home de zaak nu op de voet volgt. Er worden lessen getrokken uit de fouten van het verleden. Het is duidelijk dat er binnen EASO te veel macht was in de handen van één persoon. Er waren onvoldoende checks-and-balances. De Commissie handelt nu preventief, want ze vaardigt in de bestaande beheerraad bij iedere vergadering een directeur-generaal of een adjunct-directeur-generaal van DG Home af om erop toe te zien dat preventief de zaken juist beslist worden. Er is een betere aansturing en op 17 september keurde de beheerraad een actieplan goed van 16 bladzijden. Er zijn nu logische beslissingsmechanismen, voorspelbare beslissingsmechanismen en voorspelbare beslissingslijnen. Dat is een positief politiek signaal, en het is net daarom dat ik voorstel kwijting te verlenen aan de nieuwe uitvoerend directeur ad interim.

Ik moet toegeven: de eindresultaten van het OLAF-verslag zijn nog niet beschikbaar. Daarom dring ik er ook bij OLAF op aan de werkzaamheden intensief voort te zetten en snel met conclusies en aanbevelingen te komen, zodat alle ongeregeldeheden op tafel liggen, dat er aanbevelingen zijn, dat er conclusies zijn, dat ook dát kan worden opgeruimd.

Ik wil hier vanavond een oproep doen aan alle collega's, zowel ter linker- als ter rechterzijde. Laten we in dit dossier geen partijpolitieke spelletjes spelen. Laten we niet discussiëren in het luchtledige. EASO is een belangrijk agentschap. EASO moet kunnen werken. EASO wordt straks omgevormd tot een nog krachtiger agentschap, met meer middelen, met meer personeel. Laat EASO werken met het huidige personeel dat nu vertrouwen heeft in de nieuwe uitvoerend directeur ad interim. Laten we erkennen dat het vertrouwen hersteld is. Laten we dat honoreren door kwijting te verlenen aan de nieuwe leiding. Aan de heer Sarvamaa wil ik zeggen dat het inderdaad niet zo is dat alles nu peis en vree is en dat alle ongeregeldeheden opgelost zijn, maar het politiek signaal is dat de Commissie, dat DG Home, dat de nieuwe directeur het heft in handen hebben genomen. Laten we dat honoreren. Laten we ervoor zorgen dat EASO inderdaad verder kan op de nieuwe weg die het is ingeslagen.

Dimitris Avramopoulos, *Member of the Commission*. – Mr President, I am glad that we have to discuss this important issue tonight, and my thanks to our rapporteur, Bart Staes. I am counting on an open and frank discussion because we share the same concerns and goals in dealing with this issue and making sure it will not be repeated.

The European Asylum Support Office (EASO) has a key role at the core of our migration policy. It has been supporting and continues to support Member State asylum systems in processing an increasing number of asylum applications and providing assistance to asylum seekers and refugees.

The EASO ensures an important part of the workload on the ground: it currently deploys more than 274 people directly to support the Greek and Italian asylum services. To ensure the convergence of the national asylum systems, EASO has developed standards for reception conditions, to be applied across Europe. All Member States can benefit from its expertise, for instance from its reports on the situation in countries of origin, in the assessment of asylum applications.

The Commission made a proposal, in 2016, to transform the EASO into a fully-fledged European Asylum Agency. To ensure that the EASO will be able to continue effectively facing the increasing migratory challenges and building on the agreement reached between the co-legislators last September, we have proposed that it be further strengthened to make sure it can provide Member States with all the technical support they may need.

Both proposals reinforce the governance of the agency. The importance of the work of this agency is one of the reasons why the Commission takes the matter of its governance, and the past issues, very seriously. We want to make sure that measures are implemented immediately to improve the agency's management and prevent something like this from happening again.

We want to leave this story behind and concentrate on reinforcing the agency and ensuring the efficiency of its work. That is why, when the first alleged irregularities were reported to the Commission, a number of mitigating and precautionary measures were immediately taken to improve oversight of the agency, including through reinforced and rigorous monitoring and control of the former Executive Director.

Several of these measures were initiated by the Commission itself, with support from the Chair of the Board. The rapporteur, Mr Staes, has rightly highlighted some points. But it should also be clear to everyone that the EASO is a decentralised and independent agency of the Union. It is governed by a Management Board composed of Member States' representatives. The Commission has only two members sitting on that board. The agency's Executive Director is appointed by the Management Board and is accountable for his actions to the Management Board, as well as to the European Parliament and the Council when his actions relate to the use of EU funds. It is therefore primarily the responsibility of the agency to remedy any shortcomings identified.

As I said, the Commission is closely and continuously following the situation in the EASO and it supports the ongoing efforts to improve the agency's governance and functioning. We are paying special attention to procedures in the areas of recruitment, procurement, budget and audits, and to the internal governance framework.

To this end, the Commission is closely following the implementation of the interim Executive Director's detailed Governance Action Plan that enumerates 53 detailed corrective measures to restore trust, reinforce the internal governance framework and rebuild the internal capacity of the agency.

I would like to express my thanks to Parliament for welcoming the actions implemented so far, in its second report on the 2016 EASO discharge, which we are discussing tonight. In addition, let me stress that the Commission takes equally seriously the 2017 Annual Report of the European Court of Auditors, as well as the recommendations of the Commission's Internal Audit Service and any upcoming report from OLAF.

We are monitoring the implementation by the EASO of these recommendations, and we will continue to do so. The Commission is counting, first and foremost, on the EASO management to take all the necessary measures to ensure the proper functioning of the agency, and it stands ready to provide its support and expertise.

Petri Sarvamaa, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, I have to say that, having dealt with the agency's discharge for several years now, this one is a really tricky one and I'll tell you why. Usually, I don't want to mix different discharge years with each other – we should be dealing only with the discharge year that we are dealing with – but, in this case, we have a situation which is a little complicated.

I respect the rapporteur's creativity to get us all off this unpleasant hook, but I have to say, quite honestly – and noting also what Commissioner Avramopoulos said – that the Commission had rather limited ways and chances of really knowing what was going on, but that means that Parliament's role in this one is exceptionally important and that is why we should not make a compromise. Most of the problems and irregular activities were related to the actions of the previous management and now some people are mixing up whether we are discharging the person or the institution, but even looking at it both ways, it is the same outcome.

We should not discharge an agency for actions that were taken in 2016 when, as a matter of fact, the European Court of Auditors is telling us that the situation got even worse after that in 2017. So how are we going to deal with the 2017 discharge if we give them discharge now? This is why I honestly think that, in this case, it is a little different. We should look at 2016 and 2017. Also we don't have the report from OLAF yet so we are blindfoldedly giving discharge if we give one tomorrow. That's why I am asking all of you to reconsider this once more.

Claude Moraes, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, my thanks to the Commissioner, and Mr Sarvamaa knows very well that I respect very much his position in the Committee on Budgetary Control and his work on these matters. For the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs (LIBE) however, you will not be surprised to hear that we very much agree with Mr Staes and I thank him for his report, because this was a very difficult situation.

Can I just say for the Commissioner, for the Commission and for Members like Mr Staes, that it is when we have difficulties with such sensitive and important agencies that we see Parliament acting at its best, when we have such tough situations. For the LIBE Committee, we have just had a very experienced delegation, very experienced, and an experienced rapporteur, Mr Niedermüller, coming back. These are people who are highly independently minded, who have investigated thoroughly for our Committee and taken their responsibilities seriously.

They believe the improvements Mr Staes has mentioned have indeed been made – sorry, Mr President, I am just over-running slightly, if you'll allow me – they believe these improvements have been made as the Commissioner has underlined how important EASO is at this very sensitive moment relating not just to its activities – Italy and Greece – but to other files and other important developments.

So I return to what Mr Staes has said. He is satisfied that the key improvements have been made. Mr Sarvamaa is right, there were improvements that needed to be made. For the LIBE Committee, we have spent some considerable time on this, and indeed with the new Executive Director, and for this reason, we believe that discharge should be made. This is our recommendation. I thank the Commission again and thank you to Mr Staes for an excellent report.

Νότης Μαριάς, εξ ονόματος της ομάδας ECR. – Κύριε Πρόεδρε, τα όσα συνέβησαν στην EASO τραυμάτισαν την αξιοπιστία αυτής της υπηρεσίας και δεν νομίζω ότι με την απομάκρυνση της προηγούμενης ηγεσίας, του προηγούμενου εκτελεστικού διευθυντή, ότι θεραπεύονται τα προβλήματα. Τα προβλήματα είναι βαθιά, γνωρίζετε πολύ καλά ότι η έρευνα της OLAF συνεχίζεται και δεν γνωρίζουμε ακριβώς τι θα προκύψει, όπως επίσης και οι παρατηρήσεις του Ελεγκτικού Συνεδρίου για τη δραστηριότητα του 2017, που παρατηρεί επίσης ιδιαίτερα προβλήματα. Προβλήματα στη νομιμότητα, στην κανονικότητα των πράξεων πάνω στις οποίες βασίζονται οι λογαριασμοί και οι αναθέσεις κονδυλίων. Άρα λοιπόν για μας το πρόβλημα είναι σοβαρό. Δεν συμφωνούμε με τον εισηγητή. Ως ECR δεν πρόκειται να χορηγήσουμε απαλλαγή στην EASO. Θεωρούμε ότι πρέπει να παραμείνουν τα ερωτήματα και η έρευνα. Καταλαβαίνουμε ότι κάποιοι κάνουν την ανάγκη φιλοτιμία, όπως η πλευρά των Σοσιαλιστών, αλλά αυτό δεν σημαίνει ότι πρέπει να απαλλάξουμε την EAS. Και επί της ουσίας όμως, κύριε Αβραμόπουλε, γνωρίζετε ότι δεν έχει κάνει πολύ σοβαρή δουλειά και στην Ελλάδα. Έχουμε χιλιάδες αιτήσεις οι οποίες παραμένουν, αιτήσεις ασύλου. Θα έπρεπε να είχε βοηθήσει πιο αποφασιστικά η EASO στο θέμα αυτό, παρότι βεβαίως αναγνωρίζουμε την ευθύνη των ελληνικών αρχών στο ζήτημα αυτό.

Πρέπει, λοιπόν, εκεί να υπάρξει μια παρέμβαση σοβαρή στα ουσιαστικά θέματα. Δεν μπορεί να έχουμε χιλιάδες οι οποίοι αναμένουν να εκδικαστεί η αίτηση ασύλου. Έρχονται οι πάντες στην Ελλάδα, κάνουν μία αίτηση μέσα σε δέκα μέρες και περιμένουν τρία χρόνια για να κριθεί η αίτησή τους, που αν κριθεί, στο μεγάλο μέρος των αιτήσεων θα απορριφθούν και θα επαναπροωθηθούν. Να δούμε, λοιπόν, και το ουσιαστικό μέρος, κύριε Αβραμόπουλε, πέραν βέβαια της ουσίας ότι εμείς δεν χορηγούμε απαλλαγή στις λειτουργίες της EASO.

(Ο ομιλητής δέχεται να απαντήσει σε ερώτηση με γαλάζια κάρτα (άρθρο 162 παράγραφος 8 του Κανονισμού))

Petri Sarvamaa (PPE), *blue-card question*. – Mr President, as we all know, a blue card is for a question, so therefore I will ask you a question. When the dust has settled, after tomorrow, I will ask you, and also the rest of the right side of the Chamber: how on earth can you mix the work that the Agency is doing and the role that the Directorate-General for Migration and Home Affairs (DG Home) and the Commission is playing with the irregularities of a couple of people back in 2016 and 2017? How can you mix those two things? How do you explain this to the citizens?

Νότης Μαριάς (ECR), *απάντηση σε ερώτηση με γαλάζια κάρτα*. – Κατ' αρχάς, είναι βέβαιο ότι οι ατασθαλίες που έχουν γίνει έχουν σχέση και με τη λειτουργία της ίδιας της υπηρεσίας και φυσικά τον ρόλο τον οποίο έχει παίξει. Διότι, εάν ο εκτελεστικός διευθυντής και τα στελέχη του ασχολούνταν πραγματικά με το πώς πρέπει να λειτουργήσει η υπηρεσία και όχι να κάνουν πάρτι με τις δαπάνες, τότε προφανώς θα ήταν πολύ πιο επικεντρωμένοι στη δουλειά που έπρεπε να παρέχουν και στη βοήθεια που έπρεπε να παρέχουν στην Ελλάδα. Άρα, λοιπόν, υπάρχει άμεση σχέση της κακοδιοίκησης η οποία απεδείχθη και της απομάκρυνσης που ορθώς έγινε με την ανικανότητα λειτουργίας και βοήθειας από πλευράς EASO στις ελληνικές αρχές. Αυτό, λοιπόν, είναι πάρα πολύ σημαντικό. Το ότι επισήμανα επίσης ότι πρέπει να βελτιωθεί η λειτουργία στο μέλλον είναι μία επισήμανση πολιτική η οποία πρέπει να γίνει, μια και είναι εδώ ο κύριος Αβραμόπουλος που είναι ο αρμόδιος επίτροπος. Εμείς πάντως δεν πρόκειται να χορηγήσουμε την απαλλαγή και θεωρώ ότι και εσείς πρέπει να σκεφτείτε τη στάση σας αύριο ως ΕΛΚ.

Nedzhmi Ali, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, the European Asylum Support Office (EASO) is supporting the Member States in preparing their policies in relation to the migration flows. EASO is delivering technical and operational support to those states whose asylum systems are subject to excessive refugee pressure by deploying expert teams. All of this necessitates the recovery of the full capacity of the EU agencies as soon as possible.

After Parliament's decision to postpone the granting of discharge to EASO for the year 2016, a number of developments occurred, answering our recommendations. A remedial action plan was produced, proposing a set of measurable objectives and deliverable aims to reinforce the internal governance of the office, rebuild internal capacity and restore trust. In addition, the office took some practical measures to overcome the mistakes made in the field of procurement. The former executive director was released from his duties and an interim director was designated.

The situation in the year 2016 was exceptional. It was the peak year of the refugee crisis. Many procedures were carried out in extreme circumstances with understaffed teams and in a situation where systems and procedures were still in the process of being adapted to cope with the new and rapidly-evolving scenario. Bearing in mind the overall picture during the voting on 27 September, with a slim majority the Committee on Budgetary Control (CONT) recommended granting discharge to EASO, carefully taking into account the ambitious remedial action plan of the office.

Jonathan Bullock, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, we are debating whether to approve the accounts for the European Asylum Support Office, based in Malta, which provides assistance for the arrival and processing of migrants. The agency has a budget of around EUR 70 million. However, OLAF, the anti-fraud body, is currently investigating several former and current members occupying middle or senior management positions, reportedly over a culture of irresponsibility and bullying. Indeed, as mentioned earlier, the executive director, was released from the position and an interim appointed.

Irregular payments made by the Asylum Office for 2016 are estimated at over EUR 1.5 million. The Courts of Auditors in 2017 found there was inadequate or total lack of internal control and governance, and recently the Asylum Office put out a tender, worth EUR 1.5 million, for branded promotional items, merchandise garments and apparels. This tender included Christmas cards, virtual reality glasses, car chargers, inflatable flight pillows, leather goods, crystal glassware, gold/silver goods, ponchos, luggage, even executive gifts for VIPs. This is an absolute waste of taxpayers' money, and the Asylum Office clearly has little internal control over its spending. Asylum policy should be decided by independent sovereign countries in compliance with the Geneva Convention, not dictated or operated by unaccountable EU institutions. I urge MEPs to reject discharge for the EU Asylum Support Office.

Inés Ayala Sender (S&D). – Señor presidente, gracias, señor Avramopoulos por la información, y quisiera dar las gracias también al señor Staes y reconocerle su buena voluntad a la hora de trabajar con la Agencia, al haber sido yo también ponente para las agencias y haber trabajado con algunas de ellas de manera intensa, puesto que a veces no merecían la aprobación de su gestión.

Nos encontramos en una situación actualmente compleja en relación con la EASO, porque hemos de admitir que se ha cambiado el director solamente el primero de junio y el plan tiene justo un mes.

La investigación, las investigaciones —porque no son solo una— de la OLAF están todavía bajo secreto; no hemos conseguido tener información, pero siguen y, sobre todo, en el informe sobre 2017 del Tribunal de Cuentas se nos dice que, después de 2016, también siguió habiendo problemas graves en la EASO.

Yo, como coordinadora del Grupo socialista, voy a plantear a mi Grupo una abstención porque no queremos votar en contra, puesto que vemos, con el señor Staes, que hay esfuerzos y reconocemos que la Comisión ha hecho esfuerzos para mejorar la situación de la EASO. Pero la percepción por la ciudadanía es que, en el ámbito del asilo, la Unión Europea no ha hecho todo lo necesario, y menos en esos años críticos de los que todavía quedan bastantes circunstancias muy, muy complicadas.

Por lo tanto, no queremos votar en contra, porque creemos que sí que ha habido avances y, sobre todo, interés; pero en cambio, creemos que, a día de hoy, en octubre de 2018, a un mes de la presentación del Plan de Acción, no podemos tampoco aprobar la gestión. Creo que la ciudadanía no lo entendería.

Dimitris Avramopoulos, *Member of the Commission*. – Mr President, I would first like to express my thanks for this debate. As I said at the beginning, it was very important to clarify where we stand. I know this is not easy. Our agents today are doing important work on the ground in order to support Member States and this work will continue because migration and security demand a coordinated European response.

I don't need, in particular, to repeat that the EASO plays a key role, and I am sure you agree that we should not undermine the important work done by our agencies. I have already highlighted the measures taken by these decentralised agencies and I will not repeat them. I hope that the OLAF report will also be available very soon. This, as you will understand, will allow us to have clarity and take further measures if necessary.

While taking all measures that are needed, we must be able to leave this story behind, focus on the real work and look to the future. Our agencies in the whole area of home affairs were established in a completely different context. Together with you, our common goal is to ensure that the agencies can effectively play the role they should, in order to face the challenges of today and of the future. You almost reached an agreement with the Council on our proposal to transform the EASO from a support office into a fully-fledged agency. The limited amendments we proposed in September will ensure that the mandate of the agency responds to this need.

Bart Staes, Rapporteur. – Dank u Voorzitter, collega's. Dank vooreerst aan eenieder die mij lovende woorden heeft toegezwaaid. Dat doet altijd deugd na het werk dat je in een dossier steekt.

Ik kan alleen maar herhalen: ik beveel aan, collega's, om de kwijting te verlenen. Niet omdat ik niet erken dat er onregelmatigheden zijn gebeurd. Die zijn er gebeurd, die liggen voor ons. Zowel de Commissie, DG Home als de raad van beheer van EASO hebben dat erkend. Ze hebben maatregelen genomen, er is druk gezet op de vorige directeur en die is opgestapt. Er is heel snel een nieuwe directeur aangeduid die een hele goede indruk maakt, die een stevige indruk maakt, die actie onderneemt, die ervoor zorgt dat er goede beslissingslijnen zijn. De specialisten in dit Parlement, aangevoerd door de heer Moraes in de LIBE-commissie, zijn het gaan bekijken en zijn ook onder de indruk van de nieuwe wind die waait binnen EASO.

Als we kwijting verlenen, collega's, betekent dat niet dat we van de feiten weggijken. Het betekent alleen dat we een politiek signaal geven. Dat we zeggen: kijk, er zijn belangrijke stappen gezet. Er is vooruitgang. De zaak is meer onder controle dan in april. Het is niet weggijken van de feiten, want we hebben aan ons verslag een heel stevige resolutie toegevoegd met een hele reeks zaken waarvan we zeggen: dit en dat moet beter. En dat dossier geven we in handen van de heer Sarvamaa, die de volgende rapporteur is en die mede met de feiten die er ondertussen zullen gebeuren, zoals het OLAF-verslag dat zal bekend zijn, nieuwe maatregelen zal kunnen afdwingen van DG HOME, van de commissaris, van de beheerraad en van de nieuwe directeur ad interim. Ik hoop dat ik alsnog een meerderheid in dit Parlement vind om die kwijting te verlenen.

El presidente. – Se cierra el debate.

La votación tendrá lugar mañana.

21. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

22. Schluss der Sitzung

(Se levanta la sesión a las 23.00 horas)

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



C/2024/3524

6.6.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 24. OKTOBER 2018

(C/2024/3524)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2018-2019

Sitzungen vom 22. bis 25. Oktober 2018

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	4
2. Berichtigung (Artikel 231 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll	4
3. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 69c GO) (Billigung): siehe Protokoll	4
4. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll	4
5. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll	4
6. Mittelübertragungen und Haushaltsbeschlüsse: siehe Protokoll	4
7. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	4
8. Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates am 17. und 18. Oktober 2018 (Aussprache)	4
9. Erklärungen des Präsidenten	41
10. Wiederaufnahme der Sitzung	42
11. Abstimmungsstunde	42
11.1. Antrag auf Aufhebung der Immunität von Steeve Briois (A8-0349/2018 - Tadeusz Zwiefka) (Abstimmung)	42

Inhalt	Seite
11.2. Antrag auf Aufhebung der Immunität von Sophie Montel (A8-0350/2018 - Tadeusz Zwiefka) (Abstimmung)	42
11.3. Antrag auf Aufhebung der Immunität von Georgios Kyrtos (A8-0351/2018 - Heidi Hautala) (Abstimmung)	42
11.4. Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für 2019 — alle Einzelpläne (Abstimmung)	42
11.5. Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für 2019 — alle Einzelpläne (A8-0313/2018 - Daniele Viotti, Paul Rübig) (Abstimmung)	43
11.6. Entlastung 2016: Gesamthaushaltsplan der EU – Europäischer Rat und Rat (A8-0300/2018 - Marco Valli) (Abstimmung)	43
11.7. Entlastung 2016: Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) (A8-0299/2018 - Bart Staes) (Abstimmung)	44
11.8. Unterstützung von Strukturreformen in den Mitgliedstaaten (A8-0316/2018 - Lambert van Nistelrooij, Constanze Krehl) (Abstimmung)	44
11.9. Aufnahme des automatisierten Austauschs daktyloskopischer Daten in Irland (A8-0344/2018 - Branislav Škripek) (Abstimmung)	44
11.10. Aufnahme des automatisierten Austauschs von DNA-Daten in Irland (A8-0343/2018 - Branislav Škripek) (Abstimmung)	44
11.11. Aufnahme des automatisierten Austauschs daktyloskopischer Daten mit Kroatien (A8-0345/2018 - Branislav Škripek) (Abstimmung)	44
11.12. Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt (A8-0317/2018 - Frédérique Ries) (Abstimmung)	44
11.13. Einrichtung, Betrieb und Nutzung des Schengener Informationssystems im Bereich der Grenzkontrollen (A8-0347/2017 - Carlos Coelho) (Abstimmung)	45
11.14. Einrichtung, Betrieb und Nutzung des Schengener Informationssystems im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit und der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen (A8-0349/2017 - Carlos Coelho) (Abstimmung)	45
11.15. Nutzung des Schengener Informationssystems für die Rückkehr illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger (A8-0348/2017 - Jeroen Lenaers) (Abstimmung)	45
11.16. Harmonisierung der Struktur der Verbrauchsteuern auf Alkohol und alkoholische Getränke (A8-0307/2018 - Miguel Viegas) (Abstimmung)	45
11.17. Einwand gemäß Artikel 106 der Geschäftsordnung: Erneuerung der Zulassung von genetisch verändertem Mais der Sorte NK603 × MON 810 (B8-0490/2018) (Abstimmung)	45
11.18. Einwand gemäß Artikel 106 der Geschäftsordnung: Zulassung von gentechnisch verändertem Mais der Sorte MON 87427 × MON 89034 × 1507 × MON 88017 × 59122 (B8-0491/2018) (Abstimmung)	45
12. Wiederaufnahme der Sitzung	45
13. Stimmerklärungen	45
13.1. Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für 2019 — alle Einzelpläne (A8-0313/2018 - Daniele Viotti, Paul Rübig)	45
13.2. Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt (A8-0317/2018 - Frédérique Ries)	48

Inhalt	Seite
13.3. Entlastung 2016: Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) (A8-0299/2018 - Bart Staes)	53
14. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	54
15. Wiederaufnahme der Sitzung	54
16. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	54
17. Bewertung des Vertrags von Lissabon (Aussprache über ein aktuelles Thema)	54
18. Vorstellung des Jahresberichts 2017 des Rechnungshofs (Aussprache)	66
19. Einfuhr von Kulturgütern (Aussprache)	79
20. Genehmigung und Überwachung von Human- und Tierarzneimitteln – Tierarzneimittel – Herstellung, Inverkehrbringen und Verwendung von Arzneifuttermitteln (Aussprache)	92
21. Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch schwere Nutzfahrzeuge (Aussprache)	108
22. Zusammensetzung der Delegationen: siehe Protokoll	120
23. Förderung sauberer und energieeffizienter Straßenfahrzeuge (Aussprache)	120
24. Förderung der automatischen gegenseitigen Anerkennung von Abschlüssen (Aussprache)	128
25. Schwerwiegende Mängel bei der Umsetzung der REACH-Verordnung der EU und Verwendung nicht getesteter Chemikalien in der EU (Aussprache)	135
26. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	140
27. Schluss der Sitzung	140

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 24. OKTOBER 2018

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Presidente

1. Eröffnung der Sitzung

(La seduta è aperta alle 9.10)

2. Berichtigung (Artikel 231 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll

3. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 69c GO) (Billigung): siehe Protokoll

4. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll

5. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll

6. Mittelübertragungen und Haushaltsbeschlüsse: siehe Protokoll

7. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

8. Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates am 17. und 18. Oktober 2018 (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione sulle dichiarazioni del Consiglio europeo e della Commissione sulle conclusioni del Consiglio europeo del 17 e 18 ottobre 2018 (2018/2772(RSP)).

Donald Tusk, President of the European Council. – Mr President, I will start my report from the European Council with Brexit. Last Wednesday evening, leaders listened to Prime Minister May's views on the negotiations. Afterwards, the EU27 met in the Article 50 format, with our chief negotiator Michel Barnier, to discuss the state of play. It was made clear by the UK that more time is needed to find a precise solution. Therefore, there is no other way but to continue the talks. Leaders expressed their full trust and support for Michel Barnier.

Since Prime Minister May mentioned the idea of extending the transition period, let me repeat that if the UK decided that such an extension would be helpful to reach a deal, I am sure that the leaders would be ready to consider it positively.

President Juncker also touched upon preparations for a no-deal scenario, an outcome which we hope never to see. And, of course, I stand ready to convene a European Council, if and when the Union negotiator reports that decisive progress has been made. The Brexit talks continue with the aim of reaching a deal.

Turning to migration: in the course of our regular discussions, on Thursday morning we had an exchange on our migration policy in all its aspects. The EU leaders want to strengthen external border control and deepen cooperation with third countries to stop illegal arrivals. The focus last week was also on increasing cooperation with countries in North Africa, and a tougher approach to people-smuggling networks.

Leaders noted the Union's achievement in stemming mass arrivals of irregular migrants over the past three years, even if more remains to be done. We thanked the Austrian Presidency for its efforts to reform the Common European Asylum System and agreed that work should continue with a view to finding an agreement as soon as possible.

The European Council also adopted a number of decisions on internal security. Some of them should be seen in the context of increased concerns and risks of hybrid, cyber, as well as chemical, biological, radiological and nuclear threats. One element of particular interest was the leaders' call to create a capacity to respond to, and deter, cyber-attacks through EU sanctions. Of course, this is especially important in light of the European elections next year and the active threat posed by malicious, outside interference in our democracies.

During the Euro Summit, the Eurogroup Chair, Mário Centeno, gave an update on the finance ministers' work on the ESM reform and the banking union while the European Central Bank President, Mario Draghi, informed leaders on the economic outlook. The objective of the meeting was to keep up the pressure for concrete results in December. EU finance ministers should speed up their work if we are to achieve our goal, which is strengthening the ESM and the banking union further.

Leaders also held a short debate on external relations, including on the fight against climate change ahead of COP24 in Katowice. We adopted conclusions on taking our relations with Africa to a new level – an issue of great importance – and in this context agreed to organise a summit with the League of Arab States on 24 and 25 February next year.

For many of the issues discussed at the European Council – from migration to security – as well as the need to scale up the Union's presence as a global actor in many fields, the EU's budget is key. At a technical level, there have been detailed discussions on the next multiannual financial framework, but, in general terms, we are far from reaching any sort of consensus. This is why I will propose a political discussion at the December European Council. I welcome the intention that the consolidated position of this Parliament is to be known by then.

Let me close with a word on the shocking killing of Saudi journalist Jamal Khashoggi in Turkey earlier this month. This was such a horrible crime that even the slightest trace of hypocrisy would bring shame on us. It is not my role to state who wants to protect whose interests here. But I know one thing: the only European interest is to reveal all the details of this case, regardless of who is behind it. Knowing your sensitivity and determination, I believe that you will not allow for Europe, the Member States or the institutions, to become involved in any ambiguous game.

Frans Timmermans, *First Vice-President of the Commission*. – Mr President, on behalf of Jean-Claude Juncker, I will not go into great detail on the October European Council, as President Tusk has already shared a full account of the results achieved.

Allow me to touch very briefly on the negotiations with the United Kingdom. As was clear after the European Council, the bottom line is that we do not yet have the decisive progress that we need. The goodwill and the determination to find an agreement as soon as possible are there, but it is also clear that we will not rush a deal through at the expense of our principles or our agreed commitments, most notably on the Irish border question. With all of this in mind, we must now continue negotiating with patience, calm and an open mind.

The Commission and our chief negotiator, Mr Michel Barnier, received the full backing of all leaders to do just that. It is time to deliver and we are getting on with the job. That is what we are focused on doing across all of the issues that matter the most for our future, as we discussed yesterday when we debated the Commission's work programme.

When we talk about our future, we must first talk about Africa. Our partnership with Africa has enormous potential for both sides. It must be fair and balanced, helping both partners to grow. This is why the Commission last month proposed a new Africa-Europe Alliance for Sustainable Investment and Jobs, to strengthen the economic partnership with our African friends. This is about concrete action, taking forward commitments made together with the African Union over the past years, notably in Abidjan. With your support and that of the Member States, the Alliance will help attract investment in Africa. It is expected to create 10 million jobs over the next five years and support youth employability through education and training.

The External Investment Plan is well in motion to serve the ambitious objective of jobs and growth creation. It is well advanced in order to mobilise over EUR 44 billion in both public and private investments. The project already in the pipeline will unlock EUR 24 billion. The potential is there. The framework is there. Now it is time to deliver results.

— Sehr geehrte Damen und Herren! Die Europäer messen uns nicht an der Zahl der Worte, sondern daran, ob wir diese umsetzen.

Ich appelliere daher an Sie und den Rat, die Vorschläge, die die Kommission bereits vorgelegt hat, zügig voranzubringen. Das gilt vor allem, wenn es um die zentralen Fragen unsere Zukunft geht, wie etwa die Wirtschafts- und Währungsunion sowie Migration und Sicherheit. So müssen wir unsere Wirtschafts- und Währungsunion vertiefen, so dass wir gerüstet sind, bevor neue Wolken in der Weltwirtschaft aufziehen.

Der Erfolg des Euro hängt davon ab, dass jeder einzelne Mitgliedstaat seine Hausaufgaben macht – genauso wie die Kommission ihre Hausaufgaben erledigt hat. Von den 40 Vorschlägen, die wir zur Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion auf den Elfmeterpunkt gelegt haben, wurden allerdings bis jetzt nur sechs angenommen. Das muss sich ändern!

Bis zum Eurogipfel im Dezember wollen wir, wie bereits im Juni vereinbart, die Bankenunion vollenden. Das heißt vor allem, dass wir den einheitlichen Stabilitätsmechanismus stärken, welcher die Letztsicherung (*back stop*) für den einheitlichen Abwicklungsfonds übernehmen soll. Außerdem müssen wir mit unserem Fahrplan hin zu einem einheitlichen europäischen Einlagensicherungssystem vorankommen. In allen diesen Fragen haben wir ebenso wie bei der Vertiefung der Kapitalmarktunion keine Zeit zu verlieren.

Das gilt gleichermaßen für die Vorschläge, die wir zur Migration vorgelegt haben. Wir müssen jetzt an umfassenden europäischen Lösungen arbeiten, die langfristig wirken. Die Kommission hat dazu eine Reihe von Vorschlägen vorgelegt, unter anderem zum Ausbau der europäischen Grenz- und Küstenwache, für wirksamere und faire Rückführungen und zur Reform des Dublin-Systems.

Es ist eine Frage europäischer Solidarität und Verantwortung, dass wir in all diesen Themen Fortschritte machen, und das erwarten die Europäer auch von uns. Ich setze daher weiterhin auf Ihre Unterstützung, sehr geehrte Abgeordnete, sodass wir bis zu den Wahlen greifbare Ergebnisse liefern.

— de même dans le domaine de la sécurité.

Cette commission a présenté depuis le début de son mandat de nombreuses propositions législatives, dont seulement une poignée ont déjà été adoptées.

Je rappellerai que nous avons l'obligation ardente de garantir la sécurité de nos concitoyens.

Je voudrais donc que la vingtaine de propositions qui restent sur la table des co-législateurs, y compris celles concernant l'interopérabilité, soient adoptées sans plus tarder. Il y a urgence à le faire, que ce soit en matière de cybersécurité ou en matière de lutte contre les contenus terroristes mis en ligne et contre la désinformation qui menacent nos processus démocratiques.

Nous devons garantir des élections libres, transparentes et équitables.

Je voudrais aussi ajouter que je me réjouis que le Conseil ait convenu qu'il faudrait adopter d'ici la fin de l'année notre proposition de mettre en place un nouveau système de lutte contre les catastrophes naturelles, le *RescUE*.

Nous ne pouvons pas accepter que plus de vies soit dévastées et d'économies réduites à néant parce que nous n'aurions pas su agir à temps avec toute la détermination et la solidarité voulues.

La semaine dernière fut aussi marquée par d'autres sommets, notamment avec nos amis d'Asie. Ces sommets ont été l'occasion de réaffirmer notre engagement commun à défendre le multilatéralisme et un ordre international fondé sur des règles, cet engagement venant d'un groupe – l'Europe et les pays d'Asie – qui, ensemble, représente 60 % de la population mondiale et 65 % du PIB (produit intérieur brut) mondial.

Nous avons aussi signé de nouveaux accords bilatéraux, notamment avec Singapour. Cet accord resserra nos liens économiques et politiques avec Singapour et ouvrira de nouvelles perspectives aux producteurs, travailleurs, agriculteurs et consommateurs européens, à l'instar de ce que l'Union a réalisé dans le monde entier avec d'autres partenaires.

Notre détermination commune à relever les défis mondiaux sera renforcée par un dialogue politique.

Les accords sur le commerce et les investissements seront maintenant transmis au Parlement européen pour approbation, de façon à ce que l'accord sur le commerce puisse entrer en vigueur avant la fin du mandat actuel de la Commission.

La Commission a aussi entamé la procédure visant la conclusion d'accords de commerce et d'investissement entre l'Union européenne et le Vietnam, et de nombreux autres accords sont en cours de négociation. Tous ces accords vont bien au-delà de la suppression classique des droits de douanes pour intégrer aussi les valeurs et engagements que nous partageons, notamment en matière de lutte contre le changement climatique.

En décembre, à Katowice en Pologne, nous devons tous être à la hauteur de l'extrême urgence des enjeux climatiques et de nos engagements dans le cadre de l'accord de Paris. À Katowice, la Commission présentera sa vision et sa stratégie pour le long terme.

Les scientifiques du Groupe d'experts intergouvernemental sur l'évolution du climat nous ont dit la vérité et nous n'avons plus de temps à perdre. Nous ne disposons plus de temps pour réfléchir pendant les prochaines décennies. Le moment est venu d'agir, maintenant. Nous devons travailler pour sauver notre planète et notre civilisation.

Au début de la semaine dernière, Jean-Claude Juncker a également participé au sommet social tripartite. Cette Commission a mis les priorités sociales au cœur de notre action, parce que trop longtemps la dimension sociale est restée le parent pauvre de la construction européenne et je vous rappellerai que depuis le début de notre mandat, nous avons présenté une trentaine de propositions législatives dans le domaine social, dont presque la moitié reste encore à adopter. Nous comptons donc sur la présidence autrichienne pour que d'ici la fin de l'année, nous parvenions à conclure tous ces sujets.

Décembre doit être un mois décisif pour l'Europe sociale et nous nous réjouissons qu'au cours de ce Conseil européen, aucun État membre n'ait dit que nous ne pourrions pas parvenir à un accord de principe sur le prochain budget de l'Union européenne avant mai 2019, un objectif que cette assemblée a déjà signalé comme étant primordial.

Nous nous réjouissons car il en va notamment de l'avenir de l'Europe sociale, avec en particulier notre proposition de doter le Fonds social européen plus d'un budget de plus de 100 milliards d'euros afin de soutenir la mise en œuvre des grands principes du socle européen des droits sociaux, qui est un véritable programme d'action dans un domaine où les États membres détiennent l'essentiel des compétences.

Il en va de notre crédibilité à tous, il en va de la confiance de nos concitoyens, de nos étudiants et de nos chercheurs dans une Europe qui est à l'écoute de leurs préoccupations et de leurs attentes et leurs apporte des solutions concrètes pour les protéger et leur offrir de meilleures perspectives pour l'avenir.

Presidente. – Prima di dare la parola ai rappresentanti dei gruppi politici, volevo informare l'Aula su ciò che ho detto durante il mio intervento di fronte al Consiglio europeo. Ho insistito su tre punti fondamentali per il Parlamento europeo.

Il primo punto è la riforma di Dublino, che il Consiglio dovrebbe approvare – e noi vogliamo che approvi – quanto prima, magari anche a maggioranza qualificata.

Il secondo punto è stato quello del quadro finanziario pluriennale. Noi chiediamo che il bilancio passi dall'1,1 % all'1,3 % anche attraverso lo strumento delle risorse proprie.

Il terzo punto è quello della Brexit, e ringrazio gli onorevoli Verhofstadt, Brok e Gualtieri, che erano negli uffici del Parlamento durante il Consiglio per sostenere l'azione del Parlamento. Abbiamo detto che per noi ci sono tre punti fondamentali: i diritti dei cittadini, la questione finanziaria e il *backstop*. Se non sarà presente uno di questi tre punti il Parlamento europeo non potrà votare a favore del trattato Brexit.

Françoise Grossetête, au nom du groupe PPE. – Monsieur le Président, Monsieur le Président du Conseil, Monsieur le Vice-président de la Commission, merci d'avoir recadré un petit peu la discussion que nous allons avoir ce matin sur le Conseil européen, parce que nous avons entendu un magnifique programme électoral de la part de M. Timmermans. Mais moi je vais me contenter de parler effectivement, comme vous, des conclusions de ce Conseil parce que de Salzbourg à Bruxelles, de dernière chance en dernière chance, les sommets passent mais les problèmes restent.

Donnons-nous encore un peu de temps, disent-ils, mais du temps, nous n'en avons plus, nous en avons déjà trop perdu! Nous sommes dans un moment d'extrême urgence, à quelques mois d'élections européennes qui s'annoncent périlleuses pour le futur de l'Europe. Or, nos dirigeants nationaux se réunissent mais ne décident pas. Chaque semaine, nous avons droit à la même litanie de promesses et de déclarations de bonnes intentions et, derrière, c'est le blocage.

Examinons un peu le menu de ce Conseil: en entrée, l'émigration et la sécurité intérieure. Nous connaissons les solutions. Si ce Conseil a permis effectivement, Monsieur le Vice-président, de faire émerger un consensus sur la dimension extérieure du problème et la coopération avec les pays d'origine, en ce qui concerne la dimension intérieure et l'organisation de la solidarité, aucune solution pérenne ne se dessine.

En plat de résistance: le Brexit. Malgré les efforts remarquables de Michel Barnier nous nous quittons encore sans accord. Au moins cela aura-t-il permis de rappeler l'unité des pays européens et de mettre le Royaume-Uni de Theresa May devant ses responsabilités. Chers amis britanniques, la balle est dans votre camp.

Enfin, la zone euro. Force est de constater que si nous avons demain une nouvelle crise de la dette – ce qui est un risque réel – rien ne permet de garantir que nous nous en sortirions mieux. Toutes les leçons du passé n'ont pas été tirées, tout juste parvenons-nous à nous accorder sur la nécessité, maintes fois ressassée, de renforcer l'union bancaire. Ce n'est pas suffisant pour rassurer. Le bilan n'est pas rose. La politique européenne d'asile: au point mort! La réforme de la zone euro: au point mort! La fiscalité des grandes entreprises du numérique, mesure de justice fiscale pourtant très attendue par nos concitoyens: au point mort! Le Brexit: au point mort! Quant au budget de l'Italie, qui pourrait faire basculer toute la zone euro dans une nouvelle crise, on fait comme si on ne voyait pas l'éléphant dans la salle.

Et le courage, où est passé le courage? L'Europe reste en équilibre, sur le fil du rasoir, comme tétanisée. Ce n'est pourtant ni de la faute de la Commission – qui n'a jamais été aussi volontaire qu'aujourd'hui – ni du Parlement, qui redouble d'efforts pour boucler dans les délais les nombreux textes qui arrivent actuellement sur la table, tout particulièrement en ce qui concerne le prochain cadre financier pluriannuel. Nous progressons, nous allons de l'avant, mais le président Tusk lui-même nous a dit qu'on était loin d'un accord. Certes, il n'est pas évident de s'entendre à 28, mais on l'a vu récemment encore en matière de défense, lorsque la volonté politique est là, aucun obstacle n'est insurmontable.

Que faut-il en conclure? Tout simplement qu'il y a un manque de volonté politique de la part de nos États membres. Certains sont moteurs, mais nombreux sont ceux qui sont debout sur la pédale de frein. À ce rythme-là, la sortie de route n'est pas loin.

(Applaudissements)

Udo Bullmann, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident! Herr Präsident des Europäischen Rates! Wir sind dabei, eine große Einigung in diesem Haus zu erzielen, wenn es darum geht, den letzten Gipfel zu bewerten. Das jedenfalls ist mein Eindruck. Es war ein verlorener Termin – ein Termin, der keine Antworten gegeben hat, ein Termin, wo die Staats- und Regierungschefs sich wieder einmal unfähig oder unwillig gezeigt haben, Europa voranzubringen, und wo sie unfähig waren, zu verstehen, dass wir nur gemeinsam stärker sind. Das ist ein schlechtes Bild, das Europa abgibt, vertreten durch die Mehrheit der Staats- und Regierungschefs. Es ist meine feste Überzeugung, dass wir uns das nicht leisten können, sieben Monate vor den europäischen Wahlen.

Herr Tusk, ich möchte Ihnen ein Kompliment machen. Sie sind sehr wohl in der Lage, eine diplomatische Sprache zu pflegen. Ich honoriere das, verstehe Sie auch. Aber wenn Sie die österreichische Ratspräsidentschaft dafür loben, dass sie in der Asylpolitik vorangekommen ist und Bemühungen unternommen hat – welche Bemühungen haben Sie da gemeint? Es kann ja sein, dass ich etwas verpasst habe. Aber bitte erläutern Sie uns, von welchen Bemühungen der österreichischen Ratspräsidentschaft Sie in dem Zusammenhang gesprochen haben.

Das Gegenteil ist wahr! Es wird ausgesessen, das Asylpaket wird blockiert. Das ist die Realität, und das entzweit Europa. Es bindet Europa nicht zusammen, es baut keine Brücke. Der Slogan dieser österreichischen Ratspräsidentschaft ist falsch. Die österreichische Ratspräsidentschaft entzweit Europa und gibt keine Antworten. Das ist die Wahrheit in dieser Situation, die wir nicht länger akzeptieren, die wir nicht länger tolerieren.

Es ist ein Skandal, was im Mittelmeer passiert. Wir haben das mehr als einmal gesagt. Wir brauchen dringend mehr Seenotrettung. Das ist der Grund, warum wir uns dafür einsetzen, dass diejenigen, die ihr Leben riskieren, dafür auch ausgezeichnet werden, die Würde erhalten, den Sacharow-Preis zu tragen. Aber wir wissen, dass wir grundsätzliche Lösungen brauchen – grundsätzliche Lösungen in Solidarität mit gesicherten Fluchtwegen, mit geregelter Arbeitsmigration und mit dem Asylpaket, das das Europäische Parlament verabschiedet hat.

Last weekend showed that when Europe is united, the consequences can be amazing. Last Saturday, we saw some 700 000 people marching in London to have a final say on a possible Brexit deal. We think the British people deserve – once they have seen the measures and the consequences of this divorce and once they have seen the lies of the Brexiters – to have a final say on their future. This is my firm belief and this is my understanding of democracy.

The next European elections are of outstanding importance for the future of our continent and for the future of democracy.

Sie haben gesehen, dass Rechtsradikalismus und Populismus sich verbinden, um die Europäische Union zu unterminieren, um die Europäische Union in Gefahr zu bringen. Fake News – wir haben das gestern diskutiert –, die systematische Form, demokratische Entscheidungen zu unterminieren, muss entschieden bekämpft werden, auch da haben wir die österreichische Ratspräsidentschaft vermisst.

Die Konservativen im Haus müssen sich entscheiden, ob sie weiterhin Demokratie und Europäische Union verteidigen wollen, oder ob sie diejenigen sind, die den Türöffner machen für die Rechtsradikalen. Das ist eine Entscheidung, werte Kolleginnen und Kollegen, die Sie treffen müssen, wenn Sie weiterhin verlässliche Partner in der Europäischen Union sein wollen. Und wir werden Sie daraufhin prüfen.

Unser Weg ist klar: Es gibt einen positiven Moment in diesen Entschlüssen. Ja, Pedro Sánchez ist es gelungen, die Nachhaltigkeit, die nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen auf die Tagesordnung zu setzen. Wir freuen uns auf den Beitrag der Kommission. Wir möchten entschieden vorangehen. Das ist der Weg, in dem wir Europa voranbringen können. Dafür steht meine Fraktion.

Syed Kamall, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, Mr Bullmann, I would remind you, when you talk about right-wing extremists, we have to remember that Nazis were National Socialists. It's a strain of socialism. So let's not pretend: it's a left-wing ideology; they want the same things as you. Let's be quite clear.

(Uproar)

So Mr President, despite all that – you don't like the truth, do you? – you don't like that. Come on, it's National Socialism.

(Interjection from the floor: 'Rubbish')

A lot happened – I'm saying – I'm telling you – it's a left-wing ideology, OK? Don't pretend.

A lot happened in Brussels last week, and it is sometimes easy to forget that some of the things that happened were positive. As leader of one of the most pro free-trade Groups in the European Parliament, we welcome the signature of the trade, investment and partnership agreements with Singapore, just as we welcome the progress on the EU-Japan trade deal and the adoption of the Vietnam trade agreement. We also welcome the US Government's push for agreements – the Trump administration's push for agreements – with Japan, the EU and the UK. These developments, we believe, are a signal of a more outward-looking EU, a re-engaged USA, and a global Britain.

However, it is difficult sometimes to convince the electorate when things are going in the right direction, when we had yet another summit with no clear outcome on migration or on Brexit – as you said, Ms Grossetête. Agreeing a withdrawal agreement may be complex, but many of us have been here long enough to know that there is no such thing as an impossible situation. We have seen time and time again the seemingly impossible become the possible, the inflexible become the flexible, the proverbial rabbit pulled out of the hat at the 11th hour for situations that have been described as 'all or nothing', such as a Danish opt-out, or Protocol 36 with the UK – legal experts managed to find unique solutions. In this case, either the seemingly impossible will become possible, or there will be no deal.

Mrs May's position on the backstop isn't a negotiating position or a bluff: it is quite simply a Prime Minister defending the constitutional sovereignty and geographical borders of a nation of a hard-won peace, born through generations of violence and diplomacy. It was clear that, as leaders sat on the Grande Place sharing a joke and a drink, instead of continuing into the early hours of the morning, there was no real sense of urgency around reaching a deal at this Council Summit. So the sooner we start building our shared future, rather than fighting about our shared past – our joint past – the better for everyone.

What we need to do is redouble our efforts to find compromises that address the concerns of both communities in Northern Ireland, not just the Nationalists and the Irish Government. Let us look again at indicative time limits, possible sunset clauses, declarations, protocols and technology away from borders that allows checks away from borders. Let's look to the future, not cry over the past. The ECR believes that one way of regaining the confidence of the voters is a clear and united policy on the handling of the migration crisis. We welcome the fact that many of the policies now being discussed within the Council were policies proposed by the ECR Group at the peak of the crisis, such as speeding up processing returns; increasing funds and powers for Frontex; seeking enhanced arrangements with third countries to stem the flow of migrants; and allowing countries to contribute in other ways apart from only relocation. If these common-sense policies had been adopted sooner and not dismissed as simply anti-European or populist at the time, then maybe the system might be in better shape now.

This is why the ECR Group doesn't wish to see another national or European election go by, where Brussels dismisses the results or the legitimate concerns of its electorate in favour of policies which actually have not yet reached a real result. Instead, we should be asking countries how they are willing to help. Some will take in genuine asylum seekers; some will help refugees closer to their homes; some will give money to help frontline countries. So whether it's Brexit or the migration crisis, the time for talking and posturing on both sides is nearing an end. It is time to focus on the future, not simply cry over the past.

Presidente. – Non credo che in quest'Aula ci siano nostalgici o eredi del nazismo o della dittatura comunista sovietica, due orribili e devastanti sistemi politici che hanno arrecato ferite profonde all'Europa. Grazie a Dio, queste due dittature sono scomparse grazie all'Unione europea.

(Risate)

C'è poco da ridere, c'è poco da ridere, c'è poco da ridere! Bisogna rispettare le idee degli altri, anche se non si è d'accordo. *Risus abundat in ore stultorum*. Imparate a rispettare gli altri se volete essere rispettati.

Onorevole Farage, impari a rispettare gli altri, perché questa è la democrazia. Lei evidentemente è un nostalgico di qualche dittatura se non rispetta le opinioni degli altri. Noi abbiamo sempre rispettato le Sue e Lei non ha alcuna autorizzazione a non rispettare quella degli altri. Rimanga in silenzio!

Guy Verhofstadt, on behalf of the ALDE Group. – Mr President, first of all I would like to address Mr Kamall. I want to tell you something. I think that what you did was not very wise, and that you have to apologise, in fact, because talking about Nazis as National Socialists and pointing a finger at the Socialist Group is an insult to all those Social Democrats who fought against Nazis,

(Applause)

and who died in concentration camps. I think that would be the best step from your side.

To Ms Grossetête, I say thank you very much for your comments. I think I agreed with you 100% – more even than when Manfred Weber takes the floor – and I think it is exactly the feeling of the House. Why was it necessary to have a European Council in October? Nothing has been decided – not on Brexit, that was expected; not on migration and the Dublin system, no progress; not on the eurozone governments, no progress.

First of all, on Brexit, you know, we are now in the battle of the figures. Prime Minister May says 95% has been agreed. Michel Barnier says 90% is being agreed. I know that Britain has always had difficulties with the metric system, but I have to tell you one thing: whether it is 90% or 95% or 99%, if there is no solution for the Irish border, then as far as our Parliament is concerned it is zero per cent that has been agreed for the moment. We need an agreement on this Irish border, and the Good Friday Agreement has to be protected.

Nevertheless, I continue to be optimistic. I think that a deal can be reached in the coming weeks, in the interest of the Union and in the interest of the UK, and my question to you, Mr Tusk, is this: can you also make a decisive last push on citizens' rights – that is, to offer unlimited onward movement for the British citizens who are living in the EU27, in exchange for a right of lifelong return to the UK for European citizens? I was in Downing Street, and they are ready to go for such a trade-off, and if you, with the Council, were to push for such a solution, it is a trade off that is possible. So do that at least, for our citizens, so that they have no negative fallout from this Brexit tragedy that we are living through today.

(Applause)

That brings me to the second point for the Council – namely migration. I will repeat, and I will say it not in French but in English, that I am very disappointed, as is Ms Grossetête. It is now four months since June when the Council promised that an enormous package would be delivered. The transformation, for example, of Frontex into a fully fledged European Border and Coast Guard with 10 000 new agents – no agreement in the Council on that. The reform of the Dublin system – it was two years ago that the Commission put the proposal on the table – again, no progress in the Council.

Finally, my third complaint is about the lack of reform of the eurozone, including the Banking Union. It's now more or less 10 years since the outbreak of the last financial crisis and we still have no governance system in place for the eurozone. Nevertheless, we all know that there could be a next crisis, and this time maybe not in tiny, sunny Greece but in the world's eighth biggest economy, namely Italy. We have not a single pension fund or investment company in the whole world today that does not hold Italian bonds or securities. So, let there be no misunderstanding, I think that the attitude of the Italian Government in not following the rules of the Stability and Growth Pact is completely irresponsible. But, at the same time, I'm also saying that a big share of the responsibility rests on our shoulders in relation to the strategy that is coming up. Where is the new governance of the Economic and Monetary Union to avoid the sort of free-riding behaviour that the new Italian Government wants to engage in now? Where is the new Minister of Finance for the Eurozone, who could stop such behaviour? Where is the euro budget?

Where are the euro securities and, more urgently – if, in the coming months or year, this sovereign debt crisis should become a banking crisis – where is the resolution fund? How are we going to avoid the next bankruptcy in the eurozone, not only of the Italian financial sector but also perhaps of the entire European financial sector?

I really think that the attitude of your colleagues in the Council today is dereliction of duty: sleepwalking to a new financial catastrophe that everybody can see before their eyes.

I have one ultimate question, Mr Tusk, it's not a question directly to you my dear Donald, but you are responsible for it, and it concerns method. Is this really the method that will deliver: the government leaders coming together four times a year for two days, and looking forward to getting back again quickly to their capitals? I think the method is wrong. You need to lock them in a meeting room – no new clothes, no new underwear ...

(Comment from Mr Lambert 'no food')

No food? No, that would be torture, that is something different, Mr Lambert. But it is necessary, Mr Tusk, that you change your method. I was with Jean Claude Juncker in Nice, and we worked for four days, and four nights until four o'clock in the morning, and we came out not with the best deal that we have ever done but at least having achieved something. Today we are in the middle of a migration crisis. We face a new financial tragedy in the eighth biggest economy of the world, in Italy, and our government leaders go home and say it was not possible to find an agreement on migration and on the Dublin system; it was not possible to put in place new governance for the eurozone. That has to change. It's not five minutes before midnight, Mr Tusk, it's five minutes after midnight.

Udo Bullmann (S&D). – Herr Präsident! Ich will mich zur Geschäftsordnung melden.

Herr Kamall hat in seinem Redebeitrag geäußert, die Nationalsozialisten – also die Faschisten – seien schließlich Sozialisten gewesen. Er hat die Faschisten, die diese Welt in Brand gesteckt haben, in die Nähe meiner politischen Familie gerückt. Ich halte das für eine so unsägliche Entgleisung!

Ich möchte daran erinnern, dass es die deutschen Sozialdemokraten waren, die geschlossen gegen das Ermächtigungsgesetz, gegen Hitler gestimmt haben – im Übrigen als einzige; andere waren zu dem Zeitpunkt bereits im Konzentrationslager. Es gibt Hunderttausende von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, von aufrechten Demokraten, von anständigen Menschen, die dem Naziterror zum Opfer gefallen sind, weil sie den aufrechten Gang gepflegt haben, weil sie die Demokratie und die Menschenwürde verteidigt haben.

Ich halte das für eine solche unsägliche Unverschämtheit von Herrn Kamall, eine solche Entgleisung dieses Parlamentes, in Europa unwürdig, dass ich Sie, Herr Präsident, auffordern möchte, Herrn Kamall zu bitten, sich unmittelbar zu entschuldigen.

Syed Kamall (ECR). – Mr President, I will explain to Mr Bullmann and then I will move on. I do get tired of people saying that Nazism is a right-wing ideology. We disagree on this. But what I would say is that I believe in freedom of speech. But if I have offended you – and clearly I have – I apologise unreservedly. I have apologised. If I offend – and clearly I have offended you – I apologise unreservedly. I do not believe in offending my political opponents or offending my friends, so I apologise. I hope you will accept that.

Presidente. – Io credo che l'onorevole Kamall abbia dato un segnale chiaro, si sia scusato con l'onorevole Bullmann e con il gruppo socialista. Evidentemente...

Mi faccia finire di parlare, poi parla Lei.

Credo che l'onorevole Bullmann abbia accettato le scuse dell'onorevole Kamall.

Udo Bullmann (S&D). – Mr President, Mr Kamall knows what he is talking about. Sorry.

Presidente. – L'onorevole Kamall si è formalmente scusato.

Il giudizio storico sul nazionalsocialismo, se fosse di destra o non di destra, non tocca a noi deciderlo.

Udo Bullmann (S&D). – Herr Präsident! Was der Kollege nicht versteht: Es geht nicht um unsere persönliche Beziehung. Es geht darum, dass jemand die Sozialdemokratie in die Nähe der Faschisten rückt. Darum geht es! Nicht darum, ob er freundlich zu mir ist oder nicht. Ich bestehe darauf, dass er das korrigiert.

Presidente. – L'onorevole Kamall si è scusato. Ha ribadito, nel suo intervento, che secondo lui il nazionalsocialismo – forse la terminologia è stata sbagliata – non era parte del socialismo, ma non era, sosteneva, un'ideologia di destra, era un'ideologia totalitaria, non di destra, perché per l'onorevole Kamal...

(Interruzione da parte dell'onorevole Bullmann)

Se mi fate spiegare, io cerco di interpretare e trovare una soluzione.

Era un'ideologia che non era né di destra né di sinistra, ma era un'ideologia dittatoriale. Se dobbiamo dire che cos'è la destra e che cos'è la sinistra non finiamo più. Però l'importante è che si sia scusato.

Udo Bullmann (S&D). – Herr Präsident! Sie sind dabei, das Thema zu verschlimmbessern. Niemand ist im Moment in der Lage, zu verstehen – weder Herr Kamall noch Sie –, was das für eine politische Schweinerei ist, die Sozialdemokraten in Europa in die Nähe der Faschisten zu rücken. Ich bestehe auf einer Klärung. Es geht nicht um meine persönliche, unsere persönliche Befindlichkeit. Es ist ein historischer Irrsinn, eine Demagogie der Rechten in diesem Haus. Sie demaskieren ihre Unfähigkeit, politische Prozesse geschichtlich und aktuell zu begreifen. Jetzt weiß ich genau, wes Geistes Kind sie sind. Und, Herr Präsident, Sie sollten sich bitte nicht damit identifizieren, denn Sie tun der Farbe, zu der Sie gehören, keine Ehre an.

Presidente. – Non ho capito quale approccio. Ora chiudiamo il dibattito.

L'onorevole Kamall si è scusato. Nessuno in quest'Aula, a cominciare dal Presidente, pensa che il nazionalsocialismo abbia a che fare qualcosa con la storia del Partito socialista in tutta Europa, né in Germania né negli altri paesi. Poi il dibattito ideologico e culturale è un'altra cosa.

L'onorevole Kamall si è scusato e ha spiegato, credo che abbia detto in maniera molto chiara che non voleva offendere il socialismo e non pensava che il nazionalsocialismo fosse accostato al socialismo. Questo è, questo io ho capito, almeno dalla traduzione.

Marek Jurek (ECR). – *(początek wystąpienia poza mikrofonem)* ... art. 11 ust. 3 Regulaminu: obowiązek wzajemnego szacunku w debacie Izby. Panie Przewodniczący, bardzo proszę, żeby pan poseł Bullmann przeprosił wszystkich posłów prawicy za kojarzenie prawicowości z jakimkolwiek ekstremizmem. Od Winstona Churchilla po polityków polskiej prawicy, którzy gnili w więzieniach nazistowskich i komunistycznych, my wypraszamy sobie taki język! My bez przerwy słyszymy dzielenie, segregowanie Europejczyków, traktowanie ludzi o prawicowych poglądach jako ludzi gorszego sortu, którym można przypisywać ekstremizm, radykalizm. I bardzo Pana proszę, Panie Przewodniczący, za każdym razem reagować na tę demagogię. Nam Polakom *politische Schweine* kojarzy się jak najgorzej i wypraszamy sobie ten język!

Presidente. – Onorevole, è chiaro a tutti: né il comunismo né il nazismo hanno a che fare con partiti che sono presenti in quest'Aula, né storicamente, né politicamente. Questo l'ho detto e questo è molto chiaro a tutti quanti.

Non credo che l'onorevole Bullmann voglia associare il nazismo alla destra liberale e non credo che l'onorevole Kamall pensi di associare il nazismo – se ha avuto espressioni sbagliate si è scusato – alla storia del Partito socialista, perché nessuno, a cominciare dal Presidente, crede che il nazionalsocialismo possa essere associato alla storia del socialismo in Europa, né che il nazionalsocialismo possa essere associato alla destra liberale, perché sia la destra liberale sia il socialismo si sono battuti entrambi insieme contro la dittatura nazista e contro la dittatura comunista.

Chiudiamo il dibattito, altrimenti facciamo un dibattito storico, e questo è chiaro!

Philippe Lamberts, au nom du groupe Verts/ALE. – Monsieur le Président, chers collègues, Monsieur le Président Tusk, enfin je ne sais pas si ça vous intéresse, mais enfin on peut toujours parler.

Le traité sur l'Union européenne fait du Conseil européen l'organe qui donne les impulsions nécessaires au développement de l'Union et en définit les priorités politiques générales. Les citoyennes et citoyens de l'Union sont donc en droit d'attendre des 28 chefs d'État et de gouvernement qui le composent un certain leadership politique.

Entre le dérèglement climatique et les inégalités qui se creusent, les conflits et les persécutions à nos frontières, la menace terroriste, l'impact de la révolution numérique ou encore le pouvoir exorbitant des multinationales, c'est peu dire que notre Union est confrontée à des défis existentiels dans un monde où ses amis se raréfient.

C'est pour cela sans doute que le Conseil européen s'est doté en octobre 2017 d'un programme de travail appelé, un peu pompeusement, «The Leaders' Agenda». Un an plus tard, où en sommes-nous? Nous nous réjouissons de l'adoption au printemps dernier de la déclaration sur le pilier européen de droits sociaux. Même s'il relève très largement de la déclaration d'intention, il a le mérite de rappeler que le bien-être humain ne se résume pas à la maximisation du profit de quelques-uns. Mais à part cela, on cherche encore le leadership du Conseil européen et sa réunion de la semaine dernière en a fourni, une fois encore, un triste exemple. Sur la question du Brexit, on ne peut tenir les 27 chefs d'État et de gouvernement pour responsables de l'échec, nous faisons face ici à un gouvernement britannique empêtré dans ses propres contradictions et à une Theresa May tiraillée entre les membres de sa majorité et de son parti. Tant qu'elle ne tranchera pas ce nœud gordien un accord ne pourra être trouvé.

Mais sur les autres dossiers, pas d'excuses pour les «leaders»! Prenons la question de l'asile et de l'immigration: ce sujet a beau être à l'ordre du jour de toutes les réunions du Conseil européen depuis plus de 3 ans – à une exception près –, les chefs d'État des États membres sont toujours incapables de s'accorder sur une approche commune pour accueillir dignement les demandeurs d'asile sur notre continent. Le seul terrain d'entente pour le moment est de se défaire de leurs responsabilités sur les États voisins de l'Union européenne.

Cela va faire un an que ce Parlement a su trouver, sur le même dossier, le courage politique et la créativité pour proposer des solutions communes conformes aux valeurs de l'Union européenne, preuve s'il en est qu'un accord politique sur cette question est bel et bien possible pour autant qu'il y ait une volonté politique.

Sur la question de l'union monétaire, les chefs d'État et de gouvernement n'ont pas avancé d'un iota. Combien de fois, devons-nous répéter qu'une union économique et monétaire n'est pas viable – je répète, pas viable – sans une union budgétaire et donc fiscale et sans une union sociale. Ici encore, alors que les tensions sont ravivées par les choix budgétaires du gouvernement italien, les «leaders» restent dans le déni de réalité. L'écologiste que je suis serait tenté d'ironiser sur les émissions de CO₂ et le blocage de Bruxelles causé par un énième sommet européen sans conséquence. Mais cette absence de leadership n'est en fait pas sans conséquences. Elle affaiblit chaque jour l'Union européenne dans sa capacité à répondre aux défis de notre temps et nuit à sa crédibilité. On a l'impression que les conservateurs, les chrétiens-démocrates, les sociaux-démocrates, les libéraux qui peuplent le Conseil se révèlent chaque jour un peu moins capables de comprendre ces défis et se réfugient dans une chorégraphie sans impact sur le réel.

Faut-il alors s'étonner qu'un nombre croissant de nos concitoyens choisissent de trouver ailleurs réponse à leurs interrogations? Bien sûr, auprès des nationalistes de tout poil, mais aussi, et je m'en réjouis, de plus en plus auprès des écologistes, comme l'ont prouvé les élections récentes en Bavière, en Belgique et au Luxembourg et, qui sait, peut-être dans quelques jours en Hesse.

Gabriele Zimmer, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – Herr Präsident! Sorry, meine Damen und Herren, aber ich werde in meinem Beitrag auf die Auseinandersetzung von eben zurückkommen.

Herr Kamall, ich würde Ihnen wirklich sehr empfehlen: Lesen Sie Klemperers Tagebücher, lesen Sie seine Abhandlung über die Sprache des Dritten Reiches, „LTI – *Lingua Tertii Imperii*“! Sie werden feststellen, dass das, was dort passierte, nämlich Begriffe zu missbrauchen, umzudeuten, nicht nur eine Frage der Vergangenheit ist und der offensichtlich mangelhaften Auseinandersetzung Ihrerseits mit der Geschichte Europas – weshalb eigentlich die Europäische Union ja nach dem verheerenden Krieg des letzten Jahrhunderts entstanden ist –, sondern dass es heute aktuell ist.

Warum meine sozialdemokratischen Kollegen so reagieren – zu Recht reagieren –, hat etwas damit zu tun, dass die Begrifflichkeit nationalsozialistisch/national wieder zusammengeführt wird, dass es das wieder gibt. Es gibt es in unseren Ländern. Es stehen Menschen auf der Straße, die Waffen sammeln, die Ausländer überfallen, die Linke überfallen, die morden – in Europa, in unserer EU.

Das müssten Sie doch nun langsam mal begriffen haben, so sehr können Sie sich doch nicht abgeschottet haben – auf Ihrer Insel – von der Geschichte Europas. Sie gehören doch dazu. Das ist das, was ich Ihnen unbedingt sagen musste. Es ist keine Leichtfertigkeit, mit diesen Begriffen umzugehen.

(Beifall)

Es ist keine Leichtfertigkeit, es ist ein politischer Eklat, den Sie sich hier geleistet haben. Ich möchte Ihnen sagen: Bitte lesen Sie, befassen Sie sich mit den Dingen, und vor allem, schauen Sie, was in unseren Mitgliedstaaten abläuft!

Ich komme jetzt zum Gipfel.

Es ist vieles zu der Art und Weise gesagt worden, wie der Gipfel ablief, was er gebracht hat. Aber letztendlich stehen wir nach wie vor vor einer der größten Herausforderungen, sowohl mit Blick auf den Brexit – da kann Theresa May zehnmal erzählen: Wir sind jetzt bei 90 %, wir sind bei 95 %, wir sind bei 97 %, oder bei 99,5 %. Die entscheidende Frage ist: Ist die britische Regierung bereit, eine Lösung innerhalb des *withdrawal agreement* zu finden – des Scheidungsabkommens –, die die Akzeptanz, den Respekt des Karfreitagsabkommens beinhaltet und die darin verbrieften Rechte für die Bürger und Bürgerinnen im Norden Irlands und gleichzeitig eine harte Grenze vermeidet? Ist sie bereit, endlich aufzuhören, dass mit den Ängsten von Menschen im UK, aber auch in der EU gespielt wird?

Das, was wir erleben, ist doch ein Drama. Ich habe den Eindruck, man zielt bewusst darauf, in der allerletzten Minute zu kommen. Das ist britische Verhandlungstaktik. Da kann ich gar nicht mehr erkennen, ob es jetzt der Druck von den Brexiteers ist oder von sonst wem irgendwo – aus der Regierung, aus dem Parlament, von der Straße oder sonst wo. Ich erkenne nur: Es gibt keine Bereitschaft, endlich was auf den Tisch zu legen. Es sind ja die Briten selbst, die sagen: Mischen Sie sich nicht ein! Wir sind verantwortlich dafür, dass es einen Lösungsvorschlag für Nordirland gibt. Sie legen ihn aber nicht vor, und das ist der Punkt. Es wird kein Abkommen geben – das sage ich hier nochmal –, wenn nicht die Frage zu Nordirland in dem Scheidungsabkommen geklärt ist.

Ich erkläre das gerne noch mal, wie störrischen Kindern.

Noch eine Bemerkung zu Ihnen, Herr Timmermans. Sie sprachen vorhin davon, dass man mit Blick auf den Haushalt seine Hausaufgaben machen müsse. Ich möchte dazu nur sagen: Aus meiner Sicht hängt der Erfolg nicht davon ab, ob alle ihre Hausaufgaben machen, wenn die Hausaufgaben falsch gestellt sind, wenn die Hausaufgaben selbst den willigsten Schülern – und davon kann man bei den Herrn Salvini und Di Matteo bestimmt nicht reden –; aber selbst die willigsten Schüler wären nicht in der Lage, das Klassenziel zu erreichen, solange die Hausaufgaben nicht mal anders formuliert werden.

Das heißt, Sie haben uns hier beispielsweise auch gerade mit der sozialen Säule wieder erklärt, wie toll alles ist, wie toll wir auf dem Weg sind, das endlich zusammen zu vereinbaren. Fakt ist: Wir haben eine Wirtschafts- und Währungsunion, wir haben eine Finanzunion; wir haben aber keine Sozialunion. Wir haben sie nicht. Also bitte erzählen Sie nicht etwas, was so in der Realität nicht stimmt und von den Menschen auch nicht wahrgenommen wird.

Wenn wir darüber reden, warum beispielsweise Populisten einen solchen Zulauf hatten, dann müssen wir genau das hinterfragen. Dann müssen wir hinterfragen, warum Menschen in Italien, in anderen Ländern bereit sind, eher nach Brüssel zu schauen als sich eine nicht populistische demokratische Regierung tatsächlich auch so zu wählen.

Ich fordere meine Freunde, die von *Five Stars* hier sind, auch auf, sich das von Herrn Salvini nicht länger bieten zu lassen, sich nicht in Mithaftung nehmen zu lassen für eine Politik, für die sie ja eigentlich überhaupt nicht stehen.

Nigel Farage, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, I think under Rule 164 of our revered procedures I am allowed to respond to the comments you made as President of Parliament, some of them personally insulting. Maybe you have a bit of a problem with your temper. I will ignore the personal comments you made about me, but I will say this: we do seem this morning to be struggling just a little bit with our history. To claim, Mr Tajani, that the European Union brought about the downfall of Nazism and Soviet Communism isn't only laughable, it is very ungracious and deeply insulting to the United States of America, which made massive sacrifices so that Europe could be free twice in the 20th century, and – to a slightly lesser extent – the United Kingdom, as 30 000 British dead in Italy will attest. So you can claim what you want for the European Union, but please do not rewrite history.

Mr Tusk, I want to thank you for confirming that it was Theresa May who asked for the one-year extension to the transition period. I also want to thank you for your recent offer, saying that if Britain wants a Canada Plus-style trade deal, you are open to it. Indeed, it's what I have campaigned for, for 25 years. I've always thought this was a better approach between our country and the EU than the one we currently have.

Now every proposal of course seems to founder on the question of the Irish border, but given the slight state of panic that German industry is now getting itself into – and maybe that's not surprising because a WTO deal would lead not just to tariffs on German cars, but a weaker pound and probably a more competitive UK economy – the time has come to look for answers. The funny thing is the answers are staring at us. Not so long ago, Mr Juncker in the Irish Parliament made it very clear that there were no circumstances under which the European Union would impose a border. Indeed, even Mr Varadkar, the Irish PM, who is not usually particularly helpful in the Brexit process, has said that under no circumstances will there be a hard border. This Parliament produced a study by one of its own committees, the Committee on Constitutional Affairs, entitled 'Avoiding a hard border on the island of Ireland for Customs control and the free movement of persons'.

The point is, there are solutions everywhere we look. The idea that somehow this border is an impediment is, frankly, a red herring. The problem, I'm afraid, is that there is a rogue element in these negotiations, a group of people who do not wish to see a solution, who put up an immovable brick wall to stop us from breaking free, and I regret to say that it isn't your chief negotiator, Monsieur Barnier, but actually the British Civil Service and Olly Robbins' team. They signed up years ago to the European dream. They've been happy to take their orders from Brussels. They are now out to sabotage Brexit. They are indeed the enemy within.

I think that unless the Conservative Party comes to its senses and gets rid of a leader who clearly is being led by the nose, then we will head to the December summit, we will head towards a humiliating sell-out, and we will head towards the United Kingdom being trapped in EU rules for many, many years to come.

(Applause from certain quarters)

Presidente. – Onorevole Farage, Le ricordo che il comunismo e l'Unione sovietica, la dittatura comunista ha finito la sua stagione quando molti paesi dell'Est Europa sono entrati a far parte dell'Unione europea.

(Applausi)

Mi faccia finire...

Adesso io credo che voi abbiate il dovere di rispettare le posizioni di tutti. Io rispetto tutti, io non mi sono mai messo a ridere quando voi parlate del Regno Unito perché io rispetto profondamente il Regno Unito e pretendo che voi rispettiate l'Unione europea. Si può essere contrari, si può uscire, ma bisogna rispettare le idee e i valori degli altri.

E Le ricordo, onorevole Farage, che fino alla prossima primavera il Regno Unito fa parte dell'Unione europea, perché il Regno Unito ha chiesto di entrare nell'Unione europea, non è stato obbligato ad entrare nell'Unione europea. Quindi se sono stati garantiti settant'anni di pace in Europa, dopo le due orribili dittature, questo lo si deve soprattutto all'Unione europea. Questa è la storia, forse Lei dovrebbe rileggerla in maniera un po' più attenta.

Nicolas Bay, au nom du groupe ENF. – Monsieur le Président, je voudrais en préambule, rappeler à Monsieur Bullmann et à un certain nombre de personnes qui se sont émues des propos de notre collègue Kamall qu'il ne se passe pas une séance plénière, pas une journée de séance plénière où, dans les rangs de la gauche ou des libéraux, nous n'entendions un torrent d'insultes et de propos agressifs et outranciers nous accusant d'extrémisme, en particulier à l'égard de tous ceux qui, à l'instar de notre groupe défendent simplement une autre conception de l'Europe. Nous sommes, nous, partisans de la liberté, et notamment la liberté d'expression. Vous, vous ne supportez pas, vous ne supportez pas qu'on puisse avoir une autre vision que la vôtre de la construction européenne.

Le Conseil européen de la semaine dernière a traité de trois sujets, intimement liés: migration, sécurité intérieure et relations extérieures. Dans son communiqué final, il est fait référence à la «directive retour» adoptée par notre Parlement en 2008.

Le problème, c'est que dès les premiers mois de sa mise en œuvre, deux arrêts de la Cour de Justice de Luxembourg en ont considérablement réduit la portée. Au paragraphe suivant, le texte des conclusions indique qu'il convient, je cite, «d'en faire davantage pour faciliter les retours effectifs». Le problème, c'est que, sans même parler des arrêts défavorables rendus aussi bien par la Cour de justice de l'Union européenne (CJUE) que par la Cour européenne des droits de l'homme (CEDH), les pays d'où sont originaires les immigrés clandestins refusent souvent de délivrer des laissez-passer consulaires.

Ainsi, alors que la France compte des centaines de milliers de clandestins sur son sol, son gouvernement se montre incapable de se faire respecter.

Il existe bien, c'est vrai, quelques accords bilatéraux, entre l'Espagne et le Maroc, par exemple, mais ils sont d'autant moins appliqués que l'Union européenne se refuse à conditionner ses aides financières à la maîtrise effective des flux migratoires.

Pire, en juillet dernier, la Commission a saisi la Cour de Luxembourg pour que la Hongrie abroge sa loi contre les associations de gauche qui aident à l'installation des clandestins.

Dès lors, quelle peut être votre crédibilité quand vous prétendez vouloir «faciliter les retours effectifs» des immigrés illégaux?

Le Président. – Il n'y a pas de question «carton bleu» parce que nous sommes en retard et on a des heures de vote aujourd'hui. Je m'excuse mais ce n'est pas possible.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, για μια ακόμα φορά άγριος αντικομμουνισμός στο Ευρωκοινοβούλιο. Ανταγωνίζεστε ποιος είναι πιο αντικομμουνιστής! Ανιστόρητα εξισώνετε τον κομμουνισμό με τον φασισμό και έτσι τροφοδοτείτε την ακροδεξιά και τον φασισμό που είναι η εφεδρεία του καπιταλισμού σας. Γιατί όλοι σας έχετε κοινό εχθρό: τους λαούς που τους τσακίζετε και με τις αποφάσεις του Συμβουλίων σας, όπως το τελευταίο, όπου μπορεί να εμφανίζονται τεράστιοι ανταγωνισμοί μεταξύ σας για το Brexit, για τον ιταλικό προϋπολογισμό, που απορρίφθηκε και που κυριολεκτικά κουρελιάζει τα ψέματα του ΣΥΡΙΖΑ στην Ελλάδα ότι μπορείς να φύγεις από τα μνημόνια και από την επιτροπεία εντός Ευρωπαϊκής Ένωσης και εξουσίας του κεφαλαίου. Αλλά συμφωνείτε στην αντιλαϊκή πολιτική, να τσακίσετε τους λαούς για να τα δώσετε στα μονοπώλια. Να τσακίσετε τους πρόσφυγες με την αντιπροσφυγική πολιτική σας, με την καταστολή στα σύνορα, με τον εγκλωβισμό στην πρώτη χώρα εισόδου, με hotspot στην Μόρια τα οποία είναι κολαστήρια, με την ένταση της καταστολής μέσα στις ευρωπαϊκές χώρες. Τελικά, το προεκλογικό δίλημμα που πλασάρετε, ποιος είναι προοδευτικός ή συντηρητικός, είναι πλαστό. Η εξουσία, δηλαδή η πραγματική δικτατορία του κεφαλαίου, κύριε Tajani, με οποιαδήποτε κυβέρνηση και Ευρωπαϊκή Ένωση δεν εξανθρωπίζονται. Οι λαοί πρέπει να τους απορρίψουν.

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

Elmar Brok (PPE). – Frau Präsidentin, Herr Vizepräsident, Herr Präsident des Europäischen Rates! Ich möchte mich beim Europäischen Rat und bei der Kommission, bei Michel Barnier, bedanken, dass sie es hinbekommen haben, dass wir in der Brexit-Geschichte nach wie vor eine einheitliche Auffassung haben. Ich glaube, das ist der beste Weg, hier etwas zu erreichen. Wir müssen das durchhalten. Der entscheidende Punkt ist, dass es in Großbritannien keine gemeinsame Position in der Regierung, in der Regierungsfraktion und im gesamten Parlament und innerhalb der Opposition gibt. Das ist unsere Grundschwierigkeit. Das heißt, wir haben einen Partner, mit dem man nicht ernsthaft verhandeln kann, weil bei diesem Partner keine Struktur vorhanden ist. Ich meine, dass das Europäische Parlament als Bedingung hat – Herr Tajani hat das zum Ausdruck gebracht: Wir müssen eine vernünftige Lösung für die Vermeidung der harten irischen Grenze bekommen, und wir müssen klarmachen, dass die Einheit des Binnenmarktes gewahrt bleiben muss.

Lassen Sie mich eine zweite Bemerkung machen. Der INF-Vertrag, Herr Ratspräsident, ist geschlossen worden, um in Europa die Mittelstreckenraketen unmöglich zu machen. Deswegen ist er wichtig, und er muss auch durchgesetzt werden. Ich finde es unerträglich, dass der amerikanische Präsident ohne Konsultation und Zusammenarbeit mit den Europäern ihn aufkündigt und dies jetzt mit China vermischt. Hier müssen wir gemeinsam aufstehen, um das zu retten, damit wir nicht neue Mittelstreckenraketen in Europa – egal von welcher Seite – bekommen. Auch wenn wir dann deutlich mit Russland reden müssen, dass sie das nun mal nicht machen dürfen.

Dritter Punkt, kurz: Populismus holt sich die Themen überall, die populistisch genutzt werden können. Ich habe manchmal auch den Eindruck, dass wir bei der Migration nicht vorankommen, weil manche die Migrationsfrage nicht lösen wollen, sondern sie als Thema brauchen, um ihre Positionen politisch durchzusetzen und sie populistisch zu nutzen. Aber ich möchte hier auch zum Ausdruck bringen, dass wir als Europäer diesen Frieden 70 Jahre gesichert haben, Herr Farage, dass dieses Europa in Zusammenarbeit mit Großbritannien und den USA aufgebaut worden ist, und dass die Niederlage des großen totalitären Regimes aus Moskau durch Europa mit erreicht worden ist.

Und ein letztes Wort: Deutsche Sozialdemokraten haben 1933 gegen den Nationalsozialismus gestimmt. Dies werde ich der SPD niemals vergessen, und das sollte man in einer solchen Situation auch mal zum Ausdruck bringen.

Maria João Rodrigues (S&D). – Madam President, I would like to say to President Tusk that we have indeed a serious situation when it comes to the European Council not being able to deliver real solutions to the problems we are confronted with. We do, of course, have many external challenges but something that we know for sure is that we need to strengthen internal cohesion among Europeans and the recipe for this is very clear. We need to address social inequalities by fully implementing the social pillar and we need to support investment into the future.

We still do not have all the necessary means. At the heart of this you have a historic task, which is to complete, reform and rebalance the economic and monetary union. We have all the proposals on the table. We need the political will to complete the banking union, to reform the European Stability Mechanism and to create a budget capacity in the euro area in order to support Member States to invest in the future.

Let me give you a concrete case. I come from Portugal, which is recognised today as a country which is making a real effort to go beyond blind austerity and to make a real recovery and a real effort to change. But now we are stuck. We cannot go forward unless the economic and monetary union is properly reformed. These kinds of cases must be supported because, if they are not supported, you will start having cases like Italy in other places in Europe. This is the choice that the European Council is confronted with. Either we support countries which want to move ahead with social cohesion and turn to the future or we will have a fragmentation of the European Union. The choice is there on the table of the next European Council in December.

Hans-Olaf Henkel (ECR). – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich schlage vor, dass wir mal mit dem Geschrei und Gebrülle hier aufhören. Ich muss sagen, man schämt sich manchmal, Mitglied dieses Parlaments zu sein.

Herr Präsident Tusk, Herr Vizepräsident Timmermans! Sie haben sicherlich auch mit Interesse und Sympathie die Demonstrationen in London vom letzten Wochenende wahrgenommen. Ich habe aber auch von einigen ehemaligen *Remainern* gehört, dass sie inzwischen zu *Brexiters* geworden sind, weil sie sich über die Art und Weise aufregen, wie die Europäische Kommission Großbritannien behandelt. Michel Barnier ist immer sehr flott dabei, die ökonomischen Auswirkungen des Brexit auf die Europäische Union zu erklären. Aber was das für die Industrie in der Europäischen Union bedeutet, für die Arbeitsplätze und das Wirtschaftswachstum in der Europäischen Union, das habe ich von der Kommission noch nicht gehört. Heute ist Großbritannien schon der größte Kunde der Europäischen Union, und in der Wirtschaft behandelt man Kunden in der Größe auch ordentlich. Ich glaube, es ist Zeit, dass die Kommission ein kundenfreundliches Angebot an Großbritannien macht.

Sophia in 't Veld (ALDE). – Madam President, today's debate is the monthly ritual dance with the Council and I think many of my colleagues have already explained how we feel about the total inability of the Council ever to reach any results. I am getting a little bit tired, Mr Tusk, of the monthly hollow words that we are hearing, of the bored look on your face when you are listening to the debate. You just seem to think, 'OK, I have to sit through this, but at least I can go for lunch afterwards.' Nobody seems to be feel responsible here. You are the co-legislator, but the Council has become a completely dysfunctional body. It's a bit like the Bermuda Triangle of politics: you put proposals in there and they disappear, never to be seen again. It is total paralysis.

You know what? It's not just that the Council is totally unable to solve any crisis at all; the Council has become the crisis. And I dare to say more: the Council, in its current paralysis, is a threat to the future of the European Union. You have to ask yourself, as President of the Council, Mr Tusk, 'Am I going to assume my responsibility for the European Union or am I just going to enjoy this job for as long as it lasts?' It is about time that the government leaders understood that they are also European politicians; they have a responsibility for this continent, for the European Union, and they cannot content themselves with travelling to Brussels or Salzburg or whatever, having a photo opportunity and then agreeing not to decide anything, because I don't think it's even an inability to decide anything – it's deliberate. The government leaders don't want to decide anything. They are quite happy keeping everything that they have. But what they don't seem to understand is that by not deciding anything, they cannot keep things as they are, because the world keeps turning – they cannot stop it.

Finally, on the asylum package: it is an absolute disgrace that after three years' deliberation, there is still no decision. Go back and do your homework, Mr Tusk. Skip lunch today.

Josep-Maria Terricabras (Verts/ALE). – Madam President, I would like to bring some quiet and peaceful words after the previous disgraceful dispute. I will concentrate on Northern Ireland, because that's an important point, and summarise the situation. The goal of including a protocol or not in Ireland in the withdrawal agreement is to protect the Good Friday Agreement by avoiding a hard border and by ensuring that there will be no diminution of rights for the citizens in the north. This protocol will be used as a backstop to protect the Good Friday Agreement in case the future relationship does not solve the issue.

We propose the participation of Northern Ireland in the Single Market and the Customs Union for goods through regulatory alignment. But this solution cannot be extended to the whole of the UK, as Westminster would like, precisely because the UK's government majority in Westminster – of which the Democratic Unionist Party is a key element – does not accept any differential solution for Northern Ireland, since this would create a border in the Irish Sea. The Commission remains open to discussing other proposals to secure a backstop solution for Northern Ireland in the withdrawal agreement, but at the moment the UK has not presented any alternatives.

Unfortunately, we didn't achieve any agreement at the political level. In any case, we support the position of the Commission on the need to include the backstop in the withdrawal agreement; on the proposal itself; on the fact that we are open to discussing other proposals if the UK comes up with something reasonable. The last Council meeting was not able to take steps forward on this extremely sensitive issue, which needs a prompt and clear solution.

Lynn Boylan (GUE/NGL). – Madam President, as we predicted, the British Government is trying to isolate and understate the issue of the border dividing Ireland. It is saying that we have 95% of the issues solved so therefore it is in the interests of the EU to abandon Ireland. They discovered the bottom line of the EU in December and have been trying to negotiate downwards ever since. The British Government has yet to understand that failure to agree the 5% – the backstop – means that there is no agreement on the 100%.

Time is running out for Theresa May to escape the poisonous embrace of the DUP. The DUP are a busted flush. They do not even represent the majority view of the North of Ireland. They speak out of both sides of their mouth on regulatory divergence from Britain – just ask the LGBT community and the women who travel to Britain every day for abortions. It is time that Theresa May restores trust in the negotiations and signs what she agreed in December.

Patrick O'Flynn (EFDD). – Madam President, this European Commission will go down in history as the one which saw the wheels fall off the federalist wagon. Mr Juncker and Mr Timmermans have been full of bonhomie in their personal style, but the content of their politics has brought the EU into constant conflict with democratically-elected national governments. The latest victim is Italy, whose governing coalition has been told its economic policies – for which it has a mandate – are unacceptable to the Brussels commissars. What was it that Mr Juncker famously said? 'There can be no democratic choice against the European Treaties'. So from the moment the Commission was chosen as the EU negotiator for Brexit, it's been determined not to agree a velvet divorce and continued friendship but to administer a public punishment to the British people for daring to vote for a future away from the constraints of European Union law. It's not been motivated by a desire to keep trading ties smooth with its largest customer. It's shown no understanding of the character of our island nation, inhabited by the proud descendants of those who saved the countries of continental Europe twice in the 20th century. And I'm sorry to say it's been aided in its mission by a weak and uninspiring British Prime Minister who neither supported nor even understood our desire for national independence.

But do not believe the bulletins brought to you by has-beens from the UK political class – the likes of Heseltine, Blair and Clegg – who tell you that by keeping the punishment up, you can bring Britain to heel. The ordinary patriotic British people are, in fact, appalled by your antics and will not buckle. Mr Juncker says Europe is the love of his life. The sad truth is that his Commission is behaving like an obsessive: smothering goodwill and suffocating affection for her. In the time this Commission has left, I urge him to steer a wiser course on Brexit and much else besides.

Harald Vilimsky (ENF). – Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Man kam manchmal seinen Ohren nicht trauen, wenn man hört, mit welchen Unfreundlichkeiten sich die einzelnen Mitgliedstaaten dieser Europäischen Union begegnen.

Das letzte Mal waren es die Ungarn und die Polen, heute sind es die Italiener, nur weil in diesen Staaten Ihnen die Regierungen offensichtlich nicht gefallen. Parallel haben wir die Verhandlungen über den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union. Auch hier kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass Sie mit einer Strafaktion hier die Briten schlecht machen wollen. Das wäre der absolut falsche Weg.

Was jetzt notwendig ist im Finale der Verhandlungen, ist, mit den Briten auf Augenhöhe einen Weg zu finden, bei dem beide Seiten nicht zu Verlierern zählen, sondern wie erwachsene Menschen diesen Trennungsprozess hier auch entsprechend erfolgreich vollziehen können. Das Schlimmste, was hier passieren kann, ist, dass man durch die Hintertür versucht, mit einem zweiten Referendum diese Entscheidung des britischen Volkes zu hintertreiben.

Das wäre der falsche Weg. Sie haben es schon einmal in Irland gemacht, mit dem Vertrag von Lissabon. Jetzt hier durch die Hintertür diesen Volksentscheid zu hintertreiben, wäre der absolut falsche Weg. Bitte schreiben Sie sich das in Ihr Stammbuch.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κυρία Πρόεδρε, τα συμπεράσματα της συνόδου του Ευρωπαϊκού Συμβουλίου είναι αποκαρδιωτικά για τους πολίτες, οικτρά ως προς το περιεχόμενό τους και απαξιωτικά για την καθημερινότητα κάθε Ευρωπαίου. Ενώ οι θεσμοί ανακοινώνουν για τη λαθρομετανάστευση ότι όλα βαίνουν καλώς στην Ελλάδα, εισέρχονται πάνω από 200 άτομα την ημέρα. Από αυτούς το μισό τοις εκατό νομίμως θα φύγει από τη χώρα, ενώ πρακτικά κανείς δεν θα επιστρέψει πίσω στην Τουρκία. Οι γερμανικές αρχές όμως επιστρέφουν 4.000 στην Ελλάδα, στη χώρα όπου επίσημως φιλοξενούνται πάνω από 100.000 δίχως νομιμοποιητικά έγγραφα ή να θέλουν προστασία μέσω της χορήγησης ασύλου. Παρόλα αυτά, ακούμε φιλήθρωπα λόγια από πολιτικούς που λατρεύουν τον ανθρωπισμό, αλλά όπως αποδεικνύεται αδιαφορούν για τους ανθρώπους. Το Συμβούλιο απαιτεί καλύτερη εφαρμογή της συμφωνίας με την Τουρκία ενώ στην ουσία υπηρετεί τους λαθροδιακινητές. Υπηρετεί τη διαιώνιση της ανομίας. Υπηρετεί τα συμφέροντα του Erdoğan. Απαιτούμε το ελάχιστο: την επαναφορά του αισθήματος ασφαλείας μεταξύ των πολιτών, επαναφορά του ελέγχου στα εσωτερικά και εξωτερικά σύνορα με αποκλειστική ευθύνη των κρατών απορρίπτοντας τις παράλληλες κοινωνίες εντός των συνόρων μας και, επιτέλους, απελαύνοντας κάθε παράνομα διαμένοντα λαθροδιακινητή.

Daniel Caspary (PPE). – Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Präsident Tusk! Ich finde es schon hervorragend und einen wirklichen Lichtblick in der europäischen Politik, dass bei der Frage Brexit die 27 Staats- und Regierungschefs sich bis heute nicht haben auseinanderdividieren lassen. Dazu leisten Sie einen sehr guten Beitrag, und dieses Verdienst möchte ich auch hervorheben.

Aber auf der anderen Seite haben wir Ihren Bericht erlebt. Und obwohl heute die Aussprache über die Ratssitzung ist, ging Ihr Bericht keine fünf Minuten. Das heißt, es gab nichts zu berichten. Darauf sind viele Vorrednerinnen und Vorredner auch schon eingegangen. Ich erinnere mich noch zurück an die Zeiten, als aus dem Europäischen Rat regelmäßig große Berichte kamen, als wir Europa weiterentwickelt haben, als wir nicht nur in Kommission und Parlament, sondern auch im Rat mit Tatkraft die Probleme und Herausforderungen angegangen sind.

Ich rufe Sie wirklich auf: Überlegen Sie sich etwas, ergreifen Sie die Initiative, damit Sie zum Ende dieser Wahlperiode des Europäischen Parlaments in die Geschichtsbücher eingehen als derjenige, der die Ratsblockade überwunden hat, der es geschafft hat, nochmal neuen Schwung reinzubringen und den Stau an Entscheidungen endlich aufzuheben! Das wäre wirklich ein großes Verdienst, den Sie der gesamten Europäischen Union erbringen können.

Was haben wir? Wir sehen viele Regierungen in Europa als Schwachpunkt. Wir haben hier oft über die unsägliche Situation in Polen gesprochen; der Europäische Gerichtshof hat hier ja ein Urteil gefällt. Die meisten von uns sehen mit Sorge, wie die rumänische Regierung die Korruptionsbekämpfung schleifen lässt und europäische Werte mit Füßen tritt. Wir sehen jetzt die unverantwortliche Regierung in Italien, die europäisches Recht brechen möchte und damit ihr ganzes Land in den Abgrund stürzt und die Zukunft ihres Volkes gefährdet.

Wenn hier zwei Vorredner darauf eingegangen sind, dass es hier um die Frage geht, ob uns eine Regierung gefällt oder nicht – darum geht es überhaupt nicht. Sondern es geht uns darum, dass, wenn immer mehr Regierungen Europas nicht mehr Verantwortlichkeit sehen, sondern nur noch sehen: Wie schafft man es, Stimmung im Volk zu machen, wie schafft man es, gute Wahlergebnisse zu erzielen auf Kosten der Bevölkerung in diesen Ländern, dann wünsche ich mir auch hier, dass im Rat endlich eine deutliche Debatte darüber geführt wird, wie man mit den Menschen und den Völkern in Europa umgehen kann und was Verantwortung in der Politik, auch in Staats- und Regierungszentralen, bedeutet.

Tanja Fajon (S&D). – Spoštovani predsednik Tusk, kako lahko rečete, da ste zavezani sprejetju ukrepov za upravljanje z migracijami? Vrh prejšnji teden je znova zgrešil priložnost. Nobenega napredka o nobenem od vprašanj, ki so bila na mizi.

Če govorimo o migracijah, to ni migrantska kriza, nikoli ni bila. To je kriza institucij, je kriza vlad, ki se ne uspejo dogovoriti prav nič drugega kot zgolj, kako ljudi zaustaviti pred vse bolj zatesnjenimi mejami Evrope.

Avstrijsko predsedstvo želi odpirati že sklenjene dogovore. V Evropskem parlamentu smo sprejeli celotno prenovo azilnega sistema in ta ostaja blokirana s strani članic. Kolikokrat ste si že zadali skrajne roke in obljubili preboj, pa ste vseeno prišli pred Parlament praznih rok? Kot danes.

Zaključki govorijo o okrepljenem sodelovanju z Afriko, boju proti tihotapcem z ljudi, povečanju mejne straže, hitrejšem vračanju ljudi, sprejetju varnostnega paketa, a niti besede ni o legalnih in pravnih poteh v Evropo. Prenova modre karte, edinega instrumenta za legalne migracije, ostaja blokirana.

Vaših praznih besed ne moremo, niti ne želimo predajati evropskim državljanom – ti namreč od nas pričakujejo zgolj učinkovito delovanje. In razprave, kot so danes, ko nekateri v tej dvorani širijo zelo nevarno sovražno retoriko, so močno neodgovorne, so politična podlost. Žal jih ni več v dvorani.

In volitve se nezadržno bližajo, mi pa bomo zaradi nesposobnosti dogovorov med vladami pred volivce pristopili tako kot vi danes – praznih rok.

In kako je mogoče, da se še vedno ne zavedate, da bodo vsi problemi še veliko večji, če bo prihodnja sestava Evropskega parlamenta še manj proevropska? Zato ukrepajte, še preden bo prepozno za neko bolj razumno politiko in za razumno Evropo.

Roberts Zīle (ECR). – Priekšsēdētājas kundze, godātais Padomes priekšsēdētāj! Padomes sēdē beidzot daži akcenti ir pareizi migrācijas politikas virzienā — kaut vai tas, kā migrantus ātrāk pārvietot, atgriežot tos (tos, kas nav bēgļi), un arī kriminālu organizāciju ietekmes samazināšana šai procesā. Tai pat laikā laikam jāsaņem tomēr tas, ka nav izdevies paspēt būtiskus soļus krasta apsardzes, robežapsardzes institūcijas izveidošanā. Lai arī joprojām turpinās pārvietošanas (relocation) shēmas dalībvalstīs, kas nestrādā, to mēs redzam no daudzu valstu pieredzes.

Bet man visbūtiskākais no Padomes sēdes bija jautājums par *Brexit* — un diez vai pilsoņus un biznesu Eiropas kontinentā un arī Lielbritānijā nomierina paziņojums, ka 90 % no kompromisa ir sasniegti, vai 95 %. Būtiskākais, iespējams, pilsoņiem un biznesam ir izbeigt šo scenāriju drāmai, kas beigsies ar nezināmu rezultātu pēc mēneša vai diviem, bet beidzot domāt par šo saturu, kas nodrošinās sadarbību un, galvenais, drošību Eiropas kontinentā, un nav tikai atrauta Eiropas Savienības drošība no Eiropas kontinenta drošības.

Cecilia Wikström (ALDE). – Madam President, unfortunately I could at this moment repeat the same conclusions from any of the past three years' Council meetings, because it's very obvious that the leaders are failing European citizens' expectations miserably and profoundly. We have delivered on climate change and security, but when it comes to migration, there is a complete failure. Council does not deliver.

This Parliament acted responsibly. After careful studies and consultations, we made difficult compromises and came up with a text on the reform of the Dublin Regulation that a two-thirds majority of this plenary – this House – could tolerate. Meanwhile, in the ivory tower far away from any contact with citizens and reality, Heads of State are throwing insults at each other and refusing any compromise. Frankly, I find this embarrassing for this Union. Council has not made one single step of progress. And I would just ask this: when can we foresee any kind of result from the Council?

Molly Scott Cato (Verts/ALE). – Madam President, do you remember ‘Brexit means Brexit’; ‘we’re going to make a success of it!’; and the promise of an EU trade deal that would be the easiest in human history? Well isn’t two years an exceptionally long time in politics. There is now parliamentary paralysis and the Conservative Party has descended into bitter in-fighting, unable to agree a way forward.

My country has been left ungoverned by the ungovernable. Chequers is dead, but neither is there enough support for alternative versions of Brexit being driven by a Brexit syndicate of far-right think tanks. Now the language has also become mafiosi, with talking of a killing zone and hot knives in the Prime Minister’s chest. This highly dangerous talk must be stopped right now.

It’s now clear that the only way out of this deadlock is to hand the process back to the people. Last Saturday I joined 700 000 others on the streets of London, marching in support of the people’s vote, demanding a choice between this Brexit shambles and staying in the EU. This was the second-largest demonstration in British history. I was delighted that it was young people who led this march and who spoke so passionately about our place in the European Union. They have a right to all the freedoms and opportunities that I’ve enjoyed during my life. The movement looks unstoppable.

British MPs are now being bombarded with letters and emails from their constituents demanding a people’s vote, and there is growing cross-party support for the idea. It’s time for the UK Parliament to let the people decide the best way forward for our country.

Malin Björk (GUE/NGL). – Fru talman! Jag vill fokusera på migrationsdelen av rådets arbete. Här i parlamentet har vi arbetat för att få till ett system för lagliga och säkra vägar, där vi delar på ansvaret för att ta emot människor på ett värdigt sätt. I rådet, herr Tusk, fokuserar ni uteslutande på repressiva åtgärder, samarbete med diktaturer och att skyffla över ansvaret på tredjeländer. Det är en farlig anpassning till Orbán, PiS, Österrike och extremhögern. De är besatta av att stänga vår kontinent. Det är inte framtiden. Det är en oacceptabel politik. Det är en återvändsgränd.

Det är dags att ta ansvar, att sätta ihop en koalition av villiga länder som vill dela på ansvaret att ta emot människor på flykt, som vill att Europa ska leva upp till respekten för internationell asylrätt. Det är dags att få till stånd ordentliga livräddningsinsatser i Medelhavet, inte att kriminalisera dem som gör någonting när medlemsstater och Europa lämnar folk i nöd. Så återigen: Ta ansvar, stoppa i papperstunnan detta förslag om 10 000 nya gränsvakter och om massavvisningar. Vi behöver respektera asylrätten och rädda folk i Medelhavet.

Rolandas Paksas (EFDD). – Gerbiama Pirmininke, manau, Europos Vadovų Taryba pagaliau suprato, kad migrantų antplūdis yra pražūtis Europai. Sveikinu siūlymus užkirsti kelią nelegaliai migracijai, stiprinti sienų apsaugą ir pareigūnų skaičių.

Tad, po tokio Europos Vadovų Tarybos supratimo gal ir kitos Europos institucijos pagaliau turėtų susiprasti ir atsisakyti išpuolių prieš Bendrijos valstybes, kurios kategoriškai pasisakė už migracijos apribojimą net ir vidaus sienomis. Negi manote, kad be jų kategoriško nusiteikimo ir tvirtos pozicijos nelegali migracija būtų sumažėjusi? Būtent grąžinimo direktyva, o ne migrantų paskirstymo kvotos po Europos Sąjungos valstybes, privalo būti tas esminis dokumentas, kuriuo nuo šiol privalome vadovautis.

Tačiau susitikime aš pasigedau Vadovų Tarybos požiūrio ir dėmesio socialinės atskirties problemoms. Būtent jos šiandien vis labiau aštrėja daugelyje Bendrijos valstybių. Galvodami tik apie kibernetinį saugumą, bet nemažindami socialinės atskirties visuomenėje, problemų Europos Sąjungoje neišspręsimė.

Mario Borghezio (ENF). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, le polemiche un po’ sgangherate succedute all’inter-vento del collega Kamall – verso cui ho piena solidarietà – dimostrano quanto sia ancora sensibile, quanto sia un *punctum dolens*, il nostro arretrato storico con cui dobbiamo fare i conti, specialmente quando ci arrischiamo a calunniare con l’accusa di fascismo o nazismo i nostri avversari politici. Bisognerebbe rispondere con la saggezza del presidente ebreo dell’Austria, con la risposta intelligente che dette a Simon Wiesenthal, quando questo gli propose di ripulire il partito dagli ex nazisti e disse «non vorrei rischiare che rimaniamo solo noi due».

Questo vertice non ha concluso proprio niente, se non con parole vuote per sottolineare l'importanza di prevenire l'immigrazione illegale e rafforzare la cooperazione con i paesi d'origine e di transito.

C'era un paese, l'Italia, che da anni chiedeva, anche in questo Parlamento, di essere assistita, che diceva che la via giusta era quella di bloccare le partenze. Ce l'ha fatta, ma ce l'ha fatta da sola, grazie al ministro Salvini che ha chiuso i porti!

Fare! E non continuare a fare il «bla bla» inutile della politica europea. Fare, fare, fare! Per salvare le vite e impedire drammi come quello dei minori che la Francia di Macron scarica come immondizia nei boschi di Claviere!

(La Presidente toglie la parola all'oratore.)

Kazimierz Michał Ujazdowski (NI). – Pani Przewodnicząca! Ja odebrałem wystąpienie pana przewodniczącego Donalda Tuska jako realistyczne i pragmatyczne i to, czego mi brakowało, to rozwinięcia jego przesłania w sposób szczegółowy przez przewodniczącego Timmermansa. Na pewno potrzebujemy racjonalnej i przyjaznej atmosfery w ostatnich tygodniach negocjacji brexitowych, bo – jak powiedział pan poseł Henkel – rozstrzygają się nie tylko interesy brytyjskie, ale także interesy europejskie.

Potrzebujemy bardziej rygorystycznej walki z przemytem ludzi. I tu oczekiwałbym na działania Komisji Europejskiej, także na działania w zakresie walki o bezpieczeństwo naszych wyborów zagrożone z zewnątrz (wyborów do Parlamentu Europejskiego).

I wreszcie było za dużo zawziętości kosztem odpowiedzialności. Pan poseł Bullmann atakował prezydencję austriacką, pani poseł in 't Veld poganiała Radę, zarzucając jej paraliż. To są złe przykłady redukowania zaufania w Unii Europejskiej. Potrzebujemy raczej ze strony Parlamentu Europejskiego przykładu zaufania do innych instytucji, bo to daje możliwość racjonalnego działania.

Janusz Lewandowski (PPE). – Pani Przewodnicząca! Pierwszy dzień ostatniego szczytu był dla mnie kolejnym świadectwem problemu, jaki suweren brytyjski zgotował dla własnego kraju, w dalszej kolejności dla Irlandii i dla całej Unii Europejskiej. Problem jest po stronie Zjednoczonego Królestwa, bo Unia Europejska jest w tej materii zjednoczona. Natomiast w drugim dniu pisemne konkluzje dotyczyły spraw, w których są różnice zdań pomiędzy krajami członkowskimi, czyli polityki migracyjnej, bezpieczeństwa wewnętrznego, stosunków z krajami trzecimi. To jest ciągle praca w toku i wyborcy w roku 2019 powiedzą nam wszystkim, czy te wysiłki na rzecz bezpieczeństwa są doceniane, bo to jest największy deficyt dzisiejszej Unii Europejskiej. Jest to równie ważne wyzwanie dla obecnego szefa Rady i szefa Komisji Europejskiej, jak wielki kryzys gospodarczy dla Hermana Van Rompuy'a czy Barroso w poprzednim rozdaniu.

Chciałbym jeszcze raz wrócić do swego rozczarowania sytuacją po stronie Zjednoczonego Królestwa w negocjacjach z Unią Europejską. Mam osobiste powody, dlatego że dla mojego środowiska, które było częścią wielkiego ruchu Solidarności – z tego środowiska wyrósł również Donald Tusk – parlamentaryzm brytyjski był pewnym wzorcem, był modelem i inspiracją godną naśladowania, z uwagi na swoją jakość, z uwagi na to, że prawda zwyciężała nieprawdę, a spór polityczny był sposobem edukowania ludzi w kwestiach najważniejszych dla danego kraju. Stąd ta inspiracja i stąd moje wielkie rozczarowanie, ale też oczywiście i życzenie, żeby to rozejście nastąpiło w sposób uporządkowany, również w interesie setek tysięcy moich rodaków, którzy na Wyspach Brytyjskich znaleźli lepsze życie i chciałbym, żeby szansę otrzymali również w przyszłości.

Elena Valenciano (S&D). – Señora presidenta, señor Tusk, con todo respeto —con todo respeto porque es usted el presidente del Consejo, institución a la que le debemos todo el respeto—, ha visto usted cuál es la posición de este Parlamento, mayoritaria, muy mayoritaria, y es una durísima crítica a la parálisis del Consejo.

Usted es un demócrata, nosotros representamos a los ciudadanos y ciudadanas de la Unión Europea. Supongo que en eso sí que cree. Por lo tanto, su obligación es escuchar lo que le está diciendo este Parlamento. Pero no escucharlo como si fuera una lluvia fina que tiene usted que soportar cada vez que hay un Consejo y viene usted a contar las conclusiones, sino tomárselo en serio, señor Tusk. Porque, ¿sabe qué pasa? Que la parálisis del Consejo, la falta de soluciones del Consejo alimenta esto que también ha escuchado aquí.

Se empieza poniendo un zapato encima de los papeles del comisario Moscovici, se sigue acusando a los socialistas de ser nazis o se tiene que soportar el discurso del señor Borghezio. Y eso tiene que ver con que no hay soluciones europeas a los problemas de los ciudadanos. Así que no es usted ajeno —el Consejo no es ajeno— al gran vacío que se está generando en esta Unión Europea.

Ya ha escuchado usted a los Grupos parlamentarios, de derecha a izquierda, decirle con todo respeto que tienen ustedes que escuchar a este Parlamento, que tienen ustedes que moverse, porque están ustedes contribuyendo al fracaso total de la política europea. Y los ciudadanos tienen que saber que son los Gobiernos —que no es la Comisión, que no es el Parlamento, que han hecho sus deberes—, que son los Gobiernos, la mayoría de Gobiernos conservadores los que están frenando las soluciones de la Unión Europea.

Se ha permitido usted incluso felicitar a la Presidencia austriaca por su gran compromiso con las políticas de migración. Es una broma, ¿no?, señor Tusk. Es una broma pesada. Porque es que Austria se está planteando salir del Pacto Mundial sobre Migración de las Naciones Unidas. Esa es la actitud de Austria.

Ustedes están consintiendo que los ciudadanos se alejen de todo lo que aquí nosotros representamos. Y eso es responsabilidad suya, señor Tusk, del Consejo, de los Gobiernos, de la mayoría conservadora que en este momento dirige la Unión Europea. Y nosotros tenemos que levantar la voz contra esa parálisis que alimenta los peores fantasmas en la Unión Europea.

Peter van Dalen (ECR). – Voorzitter, de opmerkingen van mijn fractievoorzitter Kamall deze morgen waren onverstandig en onjuist. De heer Kamall weet kennelijk niet dat Adolf Hitler het socialisme gedood heeft door het zogenaamd te omarmen, met als gevolg helaas dat vele socialisten hun leven hebben verloren in onder andere de concentratiekampen. Ik distantieer me met nadruk van zijn opmerkingen.

Voorzitter, de brexit is een onverantwoorde keuze. Aan beide zijden van het Kanaal zullen er verliezers zijn. Dat is jammer, want we hebben de Britten ook nodig om de Europese Unie te hervormen. De EU moet zich niet overal mee bemoeien, zoals de té politieke Commissie Juncker op dit moment doet. Het is jammer dat de Britten daarbij niet kunnen helpen.

Voorzitter, ik hoop, net als de honderdduizenden demonstranten afgelopen zaterdag, dat de brexit bijvoorbeeld door een tweede referendum niet doorgaat. Gebeurt dat toch, dat de brexit wel doorgaat, dan hoop ik dat het Verenigd Koninkrijk en de Europese Unie dicht bij elkaar kunnen blijven, want een *no deal* zou een ramp zijn.

Pavel Telička (ALDE). – Madam President, I would like to say to Present Tusk that he has heard a lot of sharp words here today and I must say, President Tusk, some of those were unfair and I would not share in them. In fact your task is not an easy one. I know that you have to cope with Prime Ministers, Presidents, and if I look at the Czech leadership, one of the most critical to the European Union in terms of the abilities to solve migration issues, then the same leadership is undermining issues or instruments such as Frontex. I must say that looking at you, I even envy our Polish friends that they have a politician like you.

But the fact is that Parliament is an ally for you. You can come and you can tell us something different from what we read in the media. You can come and you can consult ahead of the European Council, you can use us and the views that are practically unanimous, in the European Council. You can provide leadership and you can really deliver. At the moment, whether it's migration, whether it's governance, we are failing. The Council is failing.

One last remark: I am really ashamed that the Council and the High Representative are unable to say a strong word and a strong message and sanctions on the question of the Saudi Arabia issue. It is a shame.

Ernest Urtasun (Verts/ALE). – Señora presidenta, señor Tusk, ha hecho usted una breve mención al final de su intervención sobre el asunto de Arabia Saudí. El Consejo Europeo no puede quedarse en silencio en los próximos días. Necesitamos que adopten decisiones: este asesinato, brutal, tiene que suponer un antes y un después en nuestras relaciones. Lo primero que hay que hacer, aparte de condenar el asesinato, es condenar lo que supone una violación de la Convención de Relaciones Consulares de 1963 y el no respeto de la Convención contra la Tortura, de la cual también Arabia Saudí es signataria.

Aparte de todo esto, hay que tomar una decisión urgente: el embargo de toda la Unión Europea a la venta de armamento a Arabia Saudí, porque, además, es lo que establece nuestra Posición común, que, en nuestro criterio segundo, establece que no se pueden dar licencias de venta de armamento cuando el destino es un país que vulnera los derechos humanos y el Derecho internacional humanitario, como está ocurriendo en Yemen. Eso dice nuestra ley. Es la Posición común europea, que es de obligado cumplimiento desde el año 2008. Así que pido, por favor, que el Consejo actúe de una vez en este sentido.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL). – Señora presidenta, las amenazas para Europa no vienen en pateras, sino que vienen en yate. Las amenazas para Europa son esos multimillonarios y esas multinacionales que evaden, defraudan y saquean las cuentas públicas, como nos muestra una vez más el reciente caso de los «archivos cum-ex»: multinacionales que deslocalizan las empresas y se llevan el trabajo, organizando sus cuentas para minimizar sus contribuciones al fisco. Estos son los verdaderos peligros para las clases populares europeas. Pero parece que de esto el Consejo no quiere hablar.

En los últimos meses hemos visto cómo en mi país se amenazaba con la deslocalización y el cierre de Vestas en León, La Naval en Sestao, Alcoa en A Coruña o en Avilés, dejando a miles de personas en la calle, agudizando la desindustrialización del país. Son empresas con beneficios que han recibido ingentes ayudas públicas, algunas incluso fueron privatizadas no hace tanto tiempo.

Señorías, es urgente un plan de reindustrialización, un cambio de modelo productivo que recupere los sectores estratégicos para lo público y los ponga bajo control social, asegurando el trabajo y el futuro de las clases populares europeas.

President. – It's often better to make your key point first.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, passano i Consigli europei e i vertici, e tutto resta tragicomicamente com'è.

Se dovessimo darvi un voto, quanto dovremmo attribuirvi? Zero per la tragedia della crisi migratoria, con una riforma di Dublino che resta una chimera. Qualcuno si illude, proponendo qualche disgustosa manetta, di poter lasciare ancora sola l'Italia come in questi anni. Non ve lo permetteremo.

Zero sul superamento dell'austerità. Al posto di cospargervi il capo di cenere dopo i disastri sociali di questi anni imposti al Sud Europa, ritrovate l'unità solo osteggiando una manovra italiana, la manovra del riscatto per centinaia di migliaia di innocenti risparmiatori truffati dalle banche, per milioni di disoccupati che devono essere riqualificati per reinserirsi nel mercato del lavoro, per milioni di pensionati minimi costretti a rovistare nella spazzatura a fine mese.

Davanti a tutto ciò continuate a chiudere gli occhi, come li avete chiusi davanti ai miliardi regalati alle banche disoneste dai precedenti governi italiani, davanti alla nostra coraggiosa riforma contro la corruzione, e alcuni pensano persino di tifare per lo *spread*, sperando che i mercati facciano il lavoro sporco nel piegare un governo scomodo. Vergogna!

Avete battibeccato per mezz'ora sulle etichette dei totalitarismi senza capire che la vera minaccia dei nostri tempi è il totalitarismo antidemocratico della finanza speculativa. Vergogna! Il Movimento 5 Stelle non si arrenderà! Ormai non manca molto, le vere pagelle ve le consegneranno a maggio i cittadini.

Gerolf Annemans (ENF). – Waarde collega's, zelf ben ik een principiële tegenstander van de voogdij die het Europese niveau uitoefent over de sociale en economische politiek van de lidstaten. Ik denk dat het een van de grote remmende factoren is in Europa. Maar voor één ding wil ik u bedanken: dat u in het kader van die voogdij een vernietigend oordeel hebt uitgesproken over de sociaal-economische politiek van het Koninkrijk België.

Gelukkig voor de Belgische premier, die de beoordeling *fake news* noemde, heeft Jean-Claude Juncker de zaak helpen minimaliseren, maar de toestand is ernstig. Er is de nominale groei van de netto primaire uitgaven. De onaanvaardbare schuldgraad ligt inmiddels opnieuw stevig boven de 100 %, meer bepaald 103,6 %. De belastingen zijn inmiddels bij de hoogste van de OESO. Ondanks de besparingen in de sociale zekerheid en ondanks de pensioenen die tot de laagste behoren, het optrekken van de pensioenleeftijd en van de elektriciteitsprijzen, waterprijzen en brandstofprijzen, ondanks de energiepolitiek van een derdewereldland, presteert België ondermaats.

Wat is er mis met België? Ik zal het u zeggen: het is een land dat gespleten is, twee economieën en twee samenlevingen. Kunstmatig bijeenhouden wat niet bijeen hoort, is niet goed voor de burgers, zeker niet voor de Vlamingen.

Diane Dodds (NI). – Madam President, I want to thank President Tusk for the update and insight into the possible extension of the transition period. Like you, I hope for an agreement at the end of this process and an orderly withdrawal of the United Kingdom from the European Union.

The public debate has moved on from the October Council. We now know, from leaks of the text, that the EU will consider an all-UK customs arrangement for the backstop, but apparently not within the withdrawal treaty; I'm presuming wanting to leave the Northern Ireland-specific one in place. While this would be portrayed as a move forward from the EU, it is both a naive and negligent strategy. The insistence of a customs or regulatory border between Northern Ireland and Great Britain would damage Northern Ireland economically and constitutionally. It would ignore the principle of consent within the Belfast Agreement. It would leave a hugely controversial measure in a legally-enforceable treaty in exchange for a promise of further negotiation: not something that could be accepted.

Esteban González Pons (PPE). – Señora presidenta, llevo solo cuatro años en este Parlamento. Cuando llegué, Europa era la solución para casi todos. Ahora, solo cuatro años después, para muchos es el problema.

En solo cuatro años hemos visto una crisis migratoria que ha ahogado a quince mil personas en el mar; en solo cuatro años hemos visto que el terrorismo volvía a la Unión Europea; que el nacionalpopulismo intentaba romper mi país; que la Comisión, por primera vez, ha iniciado un proceso del artículo 7 contra Polonia; que el Parlamento, por primera vez, ha iniciado un proceso del artículo 7 contra Hungría; que la Comisión, por primera vez, ha devuelto los presupuestos a Italia; que la próxima Comisión tendrá como mínimo tres comisarios antieuropeos y que el próximo Parlamento tendrá como mínimo un tercio de parlamentarios antieuropeos.

Europa está atravesando una tormenta y no podemos ignorarlo más. Es la hora de la valentía y es la hora del idealismo. De cuanto está sucediendo lo peor es el *Brexit*, porque supone, como hemos visto esta mañana, que hemos olvidado todo lo que debimos aprender durante la Segunda Guerra Mundial.

Yo siempre creo que los políticos podemos hacer más. Y respecto al *Brexit*, estoy convencido de que pudimos hacer más. Nos dijeron: «No vayáis en campaña electoral», y no fuimos, y los europeístas perdimos. Este fin de semana, el sábado, los jóvenes británicos nos han vuelto a dar una lección saliendo a la calle y diciendo algo muy claro: *Brexit* blando o *Brexit* duro no son las únicas alternativas; también cabe un nuevo referéndum, también cabe no *Brexit*.

Esta vez no pienso quedarme callado y le pido a este Parlamento que, con respeto, le pida al Gobierno del Reino Unido —igual que puede hablarle al Gobierno de Polonia, al de Hungría o al de Italia— que haga un nuevo referéndum. Un referéndum definitivo como están pidiendo los jóvenes en la calle.

No pienso quedarme callado y le pido al Consejo que, si le reclama el Reino Unido que amplíe el plazo transitorio, lo hagamos poniendo como condición un nuevo referéndum. Ampliamos el plazo, pero con un nuevo referéndum, un referéndum definitivo. Nosotros, el Parlamento Europeo somos la fuerza de los europeístas en el Reino Unido. No volvamos a fallarles.

Josef Weidenholzer (S&D). – Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ratsgipfel verfolgen einer eigenen Logik. Der Themenwahl liegen häufig innenpolitische Überlegungen zugrunde, und das ist auch durchaus legitim. Problematisch wird es aber, wenn es sich vorrangig um symbolische Themen handelt. Man kann vielleicht zu Hause Wählerstimmen optimieren, die wirklichen Probleme löst man aber nicht. Da gäbe es viele, über die wir reden müssten: wie mit der Digitalisierung umgehen oder die Lohnunterschiede innerhalb der Union anzusprechen.

Wie immer konzentrierte sich letzte Woche alles um das Thema Nummer eins: die Abwehr von Flüchtlingen. Das Ergebnis war mager. Das war auch nicht anders zu erwarten, wenn der politische Anspruch sich darauf reduziert, die eigene Verantwortung so gering wie möglich zu halten. Dann findet man zwar sehr leicht Gleichgesinnte, aber auch der gemeinsame Nenner bleibt gering.

Man konnte sich wieder mal lediglich auf vage Absichtserklärungen festlegen. Zum wiederholten Male gelang es auch nicht, auf das Asylpaket des Parlaments einzugehen. Kein Wort über die unverzichtbare Reform von Dublin oder die Schaffung legaler Einreisemöglichkeiten. Diese wären wohl der wichtigste Beitrag zur Bekämpfung der Schlepperkriminalität.

Eigenartig ruhig waren die Staats- und Regierungschefs auch bei der Schaffung europäischer Kapazitäten zur Grenzsicherung, widerspricht das doch dem ausschließlich an nationalstaatlichen Interessen orientierten Politikmodell. Es ist auch sehr bedauerlich, dass es angesichts der brutalen Ermordung des saudischen Journalisten Khashoggi keine einheitliche Reaktion der EU gab. Ein vorübergehender Stopp der Waffenlieferungen an Saudi-Arabien wäre das Mindeste gewesen. Es hätte auch ein klares Signal dargestellt, dass man es mit der Bekämpfung der Fluchtursachen wirklich ernst meint.

Es reicht nicht aus, die Zusammenarbeit mit der Arabischen Liga zu begrüßen oder die Zusammenarbeit mit Afrika auf ein neues Niveau heben zu wollen, wie es in den Schlussfolgerungen heißt. Absichtserklärungen bringen uns nur dann weiter, wenn ihnen konkrete Taten folgen, und das ist leider schon lange nicht mehr der Fall.

Anna Elżbieta Fotyga (ECR). – Madam President, if the UK needs more time to reach agreement, it should be granted. In the spirit of the peaceful coexistence of countries, all of us should refrain from meddling in the political diversity of the UK, as well. I welcome the Council tackling hybrids, cyber, disinformation and CBRN. I also welcome the notion of restrictive measures, although I point to the huge challenge in the attribution of attacks.

Charles Goerens (ALDE). – Madame la Présidente, je voudrais saluer à mon tour la cohésion de l'Union européenne en matière de négociation sur le Brexit. On la doit à l'efficacité de la Commission, au talent de Michel Barnier et à l'attitude responsable de nos États membres. Peut-on, dès lors, nourrir l'espoir qu'au moins lorsque les crises deviennent existentielles, on arrive encore à mobiliser la masse critique autour d'un projet? Des doutes sont permis au regard des hésitations, des tergiversations, des discussions et reports interminables qui nous empêchent d'avancer sur les chantiers essentiels.

Pour des raisons d'actualité, je voudrais terminer cependant mon intervention en renouvelant mon respect pour la façon dont la social-démocratie allemande s'est opposée au nazisme dans les années 30. C'est aussi sur ces actes de résistance notamment que l'espoir d'un retour à la civilisation devint pensable. Quiconque se plaît encore à semer la confusion sur cet aspect de l'histoire des années 30 se disqualifie du débat politique responsable.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhora Presidente, mais um Conselho Europeu que evidencia um processo de integração esgotado, sem soluções para os problemas que o próprio criou e que alimenta. A cimeira do euro insiste em urdir uma teia de constrangimentos ainda mais férreos para impedir qualquer projeto de desenvolvimento soberano, sobretudo se fundado no progresso social. Depois, admiram-se com as consequências.

O expediente, o velho expediente de acenar com ameaças e inimigos externos, serve para justificar a escalada militarista, a corrida aos armamentos e a deriva securitária no plano interno. Queimam aqui o dinheiro que falta na coesão económica e social. Depois, admirem-se com as consequências.

A insistência numa abordagem seletiva, exploradora, racista e xenófoba da questão migratória demonstra a verdadeira face da União Europeia e revela a assimilação de práticas e de conceções próprias da extrema-direita.

Quanto às negociações para a saída do Reino Unido, reafirmamos aqui o direito de cada povo decidir, de forma soberana, o seu destino, incluindo no que se refere à saída da União Europeia.

E sublinhamos, mais uma vez, que em qualquer cenário devem ser respeitados os direitos dos trabalhadores migrantes no Reino Unido.

Marcus Pretzell (ENF). – Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir reden hier zum wiederholten Mal über den Brexit. Es ist allseits bekannt, dass beide Parteien es in diesen Verhandlungen darauf anlegen, bis zur letzten Minute die Verhandlungen hinauszuzögern und ihre Karten derzeit nicht offen auf den Tisch zu legen. Insofern nichts Neues an dieser Front. Dasselbe gilt für die Migrationskrise, für die ganzen Bemühungen rund um Frontex, die bislang nichts gebracht haben – keine Einigung in Sicht auch dort, nach drei Jahren.

Dass Sie allerdings hier ausgerechnet die österreichische Ratspräsidentschaft dafür beschimpfen, dass sie sich an der Stelle als einzige tatsächlich handlungswillig zeigt, ist schon eine besondere Form von Humor. Wenn Sie dann hier über Herrn Salvini herfallen wegen seines Haushalts, dann möchte ich doch auf eins hinweisen: Es ist richtig, dass Italien zu hohe Haushaltsdefizite hat. Aber Herr Salvini legt hier für die letzten 18 Jahre den Haushalt mit der drittgeringsten Verschuldung Italiens vor.

Und zum Schluss noch ein Zitat von Herbert Frahm: „Das sozialistische Element im Nationalsozialismus, im Denken seiner Gefolgsleute, das subjektiv Revolutionäre an der Basis, muss von uns erkannt werden.“ Der Mann hieß später Willy Brandt und war SPD-Parteivorsitzender.

László Tőkés (PPE). – Tisztelt Elnök Asszony! A múlt heti brüsszeli uniós csúcstalálkozó központi témája kétségkívül a tovább tartó migrációs válság volt. Elég tétellel állapíthatjuk meg, hogy Brüsszel és a migránspárti országok nem voltak képesek ráerőltetni akarataikat a migrációt ellenző tagországokra. A tanácskozás résztvevői kénytelen-kelletlen megerősítették, hogy céljuk továbbra is az illegális bevándorlás megállítás. Ezzel szemben az igazság az, hogy az Unióban továbbra is a bevándorlást pártoló és az azt ellenző erők, illetve országok harca folytatódik. Valóságos politikai háború zajlik azok között, akik az illegális migrációt megállítani, és azok között, akik azt menedzselni és legalizálni akarják. Ideológiai hadviselést folytatnak a balliberálisok Magyarország és Lengyelország ellen, Guy Verhofstadt Orbán Viktor, Emmanuel Macron és szövetségesei pedig Matteo Salvini Olaszországa ellen.

Mindazonáltal az osztrák elnökség, illetve Sebastian Kurz kötelező szolidaritásra vonatkozó javaslata kedvező irányba mutat. A vita a soron következő decemberi csúcstalálkozón folytatódik és remélhetőleg a jövő év májusi választások áttörést fognak hozni az Unió migrációpolitikájában. Remélhetőleg a megújuló és az európai választásokon megerősödő Európai Néppártnak döntő szerepe lesz a megoldás megtalálásában, a nemzetek Európájának és szuverenitásának, értékeinek, kultúrájának és identitásának a megvédelmezésében. Magyarország mindenesetre az október 23-án kiobbant '56-os forradalom szellemében áll ki szabadsága és függetlensége mellett.

President. – Colleagues, before I give the floor to the next speaker, I regret that we will not be able to take catch-the-eye because of the time constraints, and we do have a two-hour vote. So apologies to those who wished to use that.

Roberto Gualtieri (S&D). – Madam President, this European Council, as we have established, will not go down in history. On Brexit, the responsibility is clearly on the UK side. We fully back the assessment that negotiations have not achieved decisive progress and President Tusk's decision not to call for a European Council in November but to stand ready to do this if and when decisive progress is made. We are close to an agreement, but at the same time what is missing is a decisive and indispensable component of a deal.

We reiterate that without a backstop for the Irish border, the European Parliament will not give its consent to the withdrawal agreement. We are not demanding a border in the Irish Sea but a simple, decentralised, mostly immaterial fall-back mechanism which shall not pose any challenge to the integrity of the United Kingdom, and we stand open to consider solutions like a longer transition and a UK-wide customs union, which will make the likelihood of using such a backstop remote.

In this respect, we fully share the overall stance expressed by President Tusk and Michel Barnier. We are calm, open, constructive but very firm on principles, such as the right of citizens, the integrity of the Single Market, the protection of the Good Friday Agreement, and of course our arms are and will always be open if the UK changes its mind.

The lack of progress on the completion of economic and monetary union is a great responsibility of the Member States. Those who do not understand that we desperately need to complete the banking union, to establish a European unemployment benefits scheme, to make tech giants pay their fair share of taxes and to enhance our investment capacity are making a big mistake. A special mention has to go to the cynical irresponsibility of the Italian Government, which is challenging the very logic of any common rule and is doing this not to support growth and jobs but to pay with the money and the savings of Italian citizens for its electoral campaign, giving amnesty to tax evaders and paving the way for further austerity, making any battle for a better eurozone and more risk-sharing more difficult.

James Nicholson (ECR). – Madam President, I have listened this morning with a degree of trepidation to what I have heard. Let me make it very clear to the great and the good in this House – if you want to listen – that we cannot and will not, as Unionists in Northern Ireland, accept a customs or regulatory border between us and the rest of the United Kingdom. That's non-negotiable. On that we are united.

Now we have the backstop behind the backstop, and I'm just wondering where we're actually coming from, and who is involved here. Let me make my position very clear: I do not want to be in a position where we have no deal or a bad deal. I want – and the people I represent want – a deal that works, and above all that delivers. The backstop does not. It is a busted flush. It can't deliver.

So I have to say to you, Mr Tusk, why do you and Mr Barnier continue to go down this road? There are other ways. There are other solutions. Is it not time we looked at other ways, rather than trying to push something that is never, ever going to work?

Marisa Matias (GUE/NGL). – Senhora Presidente, Senhor Tusk, quando se fizer a história das conclusões do Conselho em matéria de migrações, haverá centros de detenção, haverá a perseguição a ONG, haverá força bruta contra quem foge da fome ou da morte, mas haverá zero de solidariedade. E tudo isto coincidirá com o mesmo período em que esquemas fiscais e vistos *gold* foram implementados, dando residência e vantagens fiscais a quem tem muito dinheiro, esquemas esses que já foram denunciados em sucessivos relatórios por abrirem a porta a lavagem de dinheiro e a corrupção.

A diferença é que se estende uma passadeira vermelha a quem tem dinheiro para comprar direitos e se deixa morrer no Mediterrâneo quem nada tem.

Sr. Tusk, no Conselho não faltam chefes de Estado que invocam os valores cristãos, mas parece que já não há nenhum bom samaritano.

Preferem o medo, a desumanidade e o eleitoralismo. O custo, Sr. Tusk, é muito caro: é o custo do próprio projeto europeu, é o custo da própria democracia.

Jean-Luc Schaffhauser (ENF). – Madame la Présidente, Messieurs de la Commission, Monsieur Timmermans, qui vous a fait roi?

L'Union européenne est la création de ses États membres, vous devez être à leur service, non pas leur maître!

Les États européens ont intérêt à signer un accord de libre-échange global avec le Royaume-Uni, il est le plus grand déficit commercial dans l'Union. Mais vous préférez punir cette grande démocratie pour protéger le système de Bruxelles. Vous agissez par idéologie et non pas dans l'intérêt des États.

Vous voulez humilier le Royaume-Uni pour empêcher les peuples de disposer de leur souveraineté.

Vous récidivez après les référendums de 1992 au Danemark, de 2001 et de 2008 en Irlande, de 2005 en France et aux Pays-Bas, de 2016 aux Pays-Bas. Vous continuez avec l'Italie, humiliée aussi.

Vous vous vantez de promouvoir la démocratie et l'état de droit? En vérité, l'Union européenne est un coup d'État permanent contre les peuples. C'est-à-dire une dictature.

Ce qu'il faut à l'Europe, c'est le Bruxit, sortir Bruxelles et sa Commission de l'Europe pour que puissent vivre l'Europe des nations et des peuples.

Андрей Ковачев (PPE). – Г-жо Председател, г-н Туск, г-н Тимерманс, само мога да се съглася с колегите, които казаха, че Съветът не постигна нищо. Говорим си от една страна „Съединението прави силата“, а ръководителите на страните членки са разединени даже по този изключително важен въпрос, какъвто е миграцията. Ние трябва да постигнем много бързо напредък по тези въпроси.

Едно изречение по историческата тема, която се разигра преди малко – дебата от ляво и от дясно. Националсоциализмът и комунизмът са две ужасяващи тоталитарни диктатури, които доведоха до милиони жертви и ние трябва да залепим и двете диктатури и да отдадем почит на всички, които са загинали.

Да се върна на Брексит. От Брексит губят и двете страни – както Великобритания, така и Европейският съюз. Виждам, че в последно време гражданският натиск във Великобритания за едно второ допитване до гражданите е все по-голям и се надявам това да се случи, за да бъде предотвратено това безумие, което е Брексит.

Какъвто и да е резултатът от преговорите, не бива да се допуска гражданите от двете страни на Ламанша да платят високата цена на развода между Европейския съюз и Великобритания. Със или без сделка, те трябва да бъдат сигурни, че ще могат да продължат да работят, да учат и да живеят, както досега. Преговарящите страни трябва да изпълнят вече обещаното и да гарантират и защитят правата на европейските граждани, живеещи във Великобритания, както и на британските граждани в Европейския съюз, дори и това да бъде единствената точка, по която се съгласят.

Уважаеми г-н Туск, имам и една друга тема, която искам да повдигна. Докога трябва да чакаме решението на Съвета по отношение на присъединяването на България и Румъния към Шенгенското пространство? На първи етап – с международните летища и морските граници.

Европа е по-сигурна, когато е обединена. България и Румъния ще направят Шенген по-сигурен и стабилен – това е оценката, около която се обединяват и Комисията, и Парламентът, и всички ангажирани експерти по сигурността. И двете страни изпълняват всички технически критерии от седем години, а приемането им се спира по изцяло политически причини. Не разбирам докога Съветът ще отлага присъединяването на България и Румъния с въздушни и морски граници. Призовавам Ви това да бъде поставено отново на дневен ред в Съвета.

Richard Corbett (S&D). – Madam President, there is deadlock on Brexit. The October deadline has been missed, the November European Council is uncertain, and all because of paralysis inside the UK Government, which seems incapable of reaching internal agreement as to what it wants. But already one thing is clear: Brexit will bear no resemblance whatsoever to what was promised by the Leave Campaign in the referendum. They said it would be easy; it's proving to be pretty difficult. They said it would save lots of money that would all go to the National Health Service; it's proving to be costly. They said there would be new trade deals ready on day one: what an illusion. In these circumstances it's not surprising that many people in Britain are asking to reconsider: 700 000 marching in London on Saturday; opinion polls shifting in the opposite direction of what people had expected: not rallying behind the referendum result but moving the other way.

'If a democracy cannot change its mind, it ceases to be a democracy', and that is what many in Britain hope will be available for them to do. And I know, Mr Tusk, I know, Frans Timmermans, you cannot intervene in that internal British debate, but please, do nothing to make that change of heart more difficult.

Laurențiu Rebega (ECR). – Domnule președinte Tusk, legat de lucrările Consiliului de săptămâna trecută, am câteva observații. Prima: despre negocierile privind Brexitul, s-a spus că este aproape 90 % încheiat. Acordul se pare că nu este gata și este evident că părțile sunt în impas. Asta este rău, pentru că disputa se да в final pe sensul noțiunii de suveranitate. A doua observație: despre propunerea ca distribuirea refugiaților să fie înlocuită cu o contribuție financiară. Deși, la prima vedere, pare un progres în relațiile din interiorul Uniunii, este tot un lucru rău.

Din punct de vedere al drepturilor omului, propunerea este pur și simplu imorală. Din punct de vedere al tratatelor, nu се може impune unui stat primirea unor populații străне, deci distribuirea е нулă și неavenită. Acesteа sunt doar două ехемпле pentru care actualul cadru legal și институционал ал Униunii nu poate furniza soluții principial corecte. Subliniez, nu putem merge в continuare аша, pentru că проблемете се amplifică експоненциал. Аvem nevoie, prin urmare, de o реформă а Униunii Europene urgentă și rapidă.

Othmar Karas (PPE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, Herr Ratspräsident, meine Damen und Herren! Dieser Gipfel war ein Gipfel der Vertröstung auf den nächsten Gipfel, der Übergabe der Pakete, die fertig vom Europäischen Parlament und der Kommission auf dem Tisch liegen.

Zum Brexit: Die Brexit-Debatte zeigt uns sehr deutlich und Gott sei Dank, dass die Europäische Union eine Rechts-, Werte- und Solidaritätsgemeinschaft ist und kein Spiel. Wir sind eine Verpflichtung, wir sind Verantwortung, wir sind eine Idee. Und keine einzige Forderung und kein einziges Versprechen der Brexit-Befürworter kann beim Austrittsvertrag umgesetzt werden, weil die Menschen belogen wurden.

Zum Zweiten: Was sagen Sie als Rat dazu – obwohl ich weiß, dass das einige sind –, dass von 40 Vorschlägen zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion erst sechs angenommen wurden, dass von 30 Vorschlägen zur Sozialunion erst 15 umgesetzt sind? Wer ist schuld daran, dass das Migrationspaket blockiert wird? Wer ist schuld daran, dass der Ausbau der Grenzschutzagentur blockiert ist? Wer ist schuld daran, dass die Europäische Union – Parlament und Kommission – immer öfter ein Rechtsstaatsverfahren nach Artikel 7 gegen Mitgliedstaaten einleiten muss? Bitte beenden Sie den Zustand der Blockade im Rat! Unser Geduldsfaden beginnt zu reißen.

Aufgrund der heutigen Debatte möchte ich schon auch sagen: Ich habe bei immer mehr Politikern im Rat, aber auch bei uns im Haus das Gefühl, dass sie beim Umgang mit der europäischen Verantwortung fahrlässig sind. Daher schlage ich vor, dass jeder neue Funktionsträger am Beginn seiner Tätigkeit einen Tag lang eine Führung im Haus der europäischen Geschichte erhält, eine Führung im Parlamentarium erhält, dass wir eine Gelöbnisformel erarbeiten und am Beginn der Parlaments- und einer Ratsfunktion ein Eid gesprochen wird, eine Angelobung auf das europäische Recht und die Grundrechte-Charta vorgenommen wird.

Patrizia Toia (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, devo dire che è un po' triste, per chi crede alle istituzioni europee e all'Europa, dover commentare il Consiglio europeo di ottobre, soprattutto se penso alla discussione che abbiamo fatto in quest'Aula in preparazione del Consiglio stesso.

Siamo andati molto indietro rispetto alle pur evanescenti e pallide decisioni di giugno e devo dire che è sparito ogni riferimento alla solidarietà, a una politica comune sull'immigrazione. Se si toglie la decisione sulla Brexit, credo che potremmo dire che è stato un Consiglio europeo del niente, della rinuncia a esercitare la propria responsabilità.

E mi chiedo veramente perché. Insomma, siamo alla fine di una legislatura, siamo alla fine anche di una «consigliatura», perché arrenderci così? Perché arrivare alla fine del nostro lavoro con una specie di rinuncia, di resa? Ci rendiamo conto che questo spalanca le porte ai nemici dell'Europa, che sono numerosi e crescenti?

Se penso a questa rinuncia a fare una politica seria, che è stata progressivamente distrutta e sbiadita da Consiglio a Consiglio, se penso che a questo ha contribuito anche il governo del mio paese in maniera determinante, sono veramente sconsolata!

E se abbino questo, voi dovete saperlo, a decisioni che all'interno della legislazione nazionale stanno distruggendo tutto quello che si è fatto per l'integrazione, io vi chiedo davvero di aprire gli occhi e di stare dalla parte di chi vuole ancora una politica europea sull'immigrazione.

Peter Lundgren (ECR). – Fru talman! Jag vill börja med att säga lite om diskussionen som var innan. Jag tycker att det är tråkigt när en diskussion urartar lite som den gjorde. Jag förstår att man har olika ståndpunkter och man måste kunna respektera varandra. Det finns många som jag inte delar mina åsikter med i den här kammaren, men jag skulle aldrig försöka stoppa er från att ha era åsikter. Jag tror djupt på demokratin, och jag tycker att det är tråkigt när sådana scener utspelar sig som det gjorde nyss.

I övrigt vill jag bara lite snabbt säga att jag är lite besviken på att man vid sista toppmötet åstadkom absolut ingenting vad gäller brexit. Man satt och drack öl på Grande Place under tidig kväll och det visar hur lite man ansträngt sig för att nå en sådan lösning. Vart tog nattmanglingarna vägen, undrar jag, i en sådan här viktig fråga? Har all vilja att nå en lösning på det här upphört? Nu är det alltså dags att bruka allvar från båda parter sida för att nå en lösning i brexit-frågan.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, so another Council meeting comes and goes without an agreement, the United Kingdom tries to backtrack on a backstop agreement that was agreed in writing, and 700 000 sensible people take to the streets of London to protest about this ongoing calamity. This past week truly was Brexit in a nutshell.

It was indeed disappointing that a deal could not be reached. However, Michel Barnier has the full confidence and support, and indeed gratitude, of Ireland and the rest of the EU27. Progress has been made and I am confident that a deal can be reached, including the protocol on Ireland and Northern Ireland, and the avoidance of a hard border on the island of Ireland. From my meetings this week with Michel Barnier and United Kingdom Permanent Representatives, I think this will be achieved at the 11th hour.

On the Irish backstop, let me be perfectly clear. Ireland will listen to all proposals that the United Kingdom brings forward, but any proposal, in order to be acceptable, has to be legally operative and ensure that we avoid a hard border between Northern Ireland and Ireland. It has to protect the integrity of the single market and the customs union, and it has to apply unless and until we have a new relationship that supersedes it. We cannot allow uncertainty about the border and its impact on the peace process to persist beyond the United Kingdom's withdrawal. This is something I would expect the hard Brexiteers to be conscious of, given the fact that they are part of the United Kingdom and Northern Ireland is in the United Kingdom.

A deal is essential. A no-deal scenario would have enormous impacts on us all and most of all on the United Kingdom. Research by Imperial College London has estimated that a two-minute check at the Eurotunnel would cause a 10-mile traffic queue, a three-minute check would cause 20 miles, and a four-minute check would cause 30 miles. This is the reality of a hard Brexit. Let us be very clear. We want an agreement. An agreement is essential. I thank all our colleagues here, Michel Barnier, Donald Tusk et al, for their support. We will continue working on this issue.

Sylvie Guillaume (S&D). – Madame la Présidente, Monsieur Tusk, quand je vous ai entendu il y a un peu plus de deux heures et demi maintenant, j'avoue, j'ai ri. Puis je me suis demandée si vous étiez venu ici pour vous moquer du Parlement ou bien si vous étiez venu pour nous provoquer, parce que vous savez très bien qu'aucune conclusion concrète sur le paquet «Asile» n'a été adoptée. Et comme cela vous a été demandé à plusieurs reprises, j'aimerais que vous m'expliquiez comment, depuis plus de deux ans, aucune position concrète n'a été prise sur ce sujet. Alors que, dans le même temps, il est assez simple de se pencher et de parvenir à un accord sur le renforcement des frontières, là ça va tout seul.

Parallèlement sur la directive «Retour», les États membres nous pressent pour avoir la réforme la plus rapide possible, qui plus est, en prenant à bord le modèle français, qui est le plus inefficace en la matière.

Alors voyez-vous, le Parlement n'est pas la chambre d'enregistrement des volontés du Conseil et nous n'entendons pas nous laisser prendre au piège de cette manipulation qui ne vise pas finalement à avoir une réforme efficace, mais simplement à satisfaire les populistes.

Gunnar Hökmark (PPE). – Madam President, first of all, banking legislation: in order to reach a compromise, the Council needs to understand there is a need for compromising, and then we can achieve a lot.

Africa: a continent of hope and despair. Countries in war but also countries with growth.

When China wants to increase Chinese power, we need to support African democracy. When the US makes itself smaller, we need to get taller. When China gets meaner, we need to be keener.

Regarding frameworks and agreements for trade, investments, modernisation, new infrastructure: doing what we can in order to have the best possible development in this continent of huge opportunities and one of our most important neighbours.

Brexit: let's hope for democracy. Let's hope that the millions of people wanting to stay can make their voices heard. But let's also ensure that we can get the best possible agreement if there is no change. Of course, the United Kingdom is an important part of Europe and an important country, and we need to safeguard the best possible relationship.

Russia: let's not underestimate what Russia is doing to the Europe of today. Cyber warfare, hacking, destabilisation, warfare (as in Ukraine), repression, corruption: let's be strong in standing together and do what we can regarding Africa, safeguard ourselves against Russia and ensure that we can have the best possible economic development. Then we will be strong in the world.

Κώστας Μαυρίδης (S&D). – Κυρία Πρόεδρε, θέλω και εγώ να εκφράσω τη μεγάλη μου απογοήτευση για το Brexit ειδικά σε σχέση με την Κύπρο. Ένα μεγάλο μέρος των κυπρίων ευρωπαίων πολιτών που διαμένουν εντός των αγγλικών βάσεων στην Κύπρο παραμένουν σε αβεβαιότητα για το μέλλον τους και αυτό έχει και μεγάλες προεκτάσεις οικονομικές αλλά και πολύ περισσότερο γύρω από τον σχεδιασμό της καθημερινότητας. Όμως θεωρώ ότι η παρούσα φάση μας δίνει τη δυνατότητα να συζητήσουμε και το κράτος δικαίου και τα ανθρώπινα δικαιώματα, τα οποία είναι πάντα στην επικαιρότητα και λυπάμαι που θα το πω ότι ενώ πρόσφατα αποφασίσαμε ότι η Τουρκία απέτυχε στους τομείς του κράτους δικαίου, της δημοκρατίας, της ελευθερίας του τύπου, ταυτοχρόνως, συνεχίζουν κάποιοι εδώ μέσα – και αναφέρομαι και στο Ευρωπαϊκό Συμβούλιο και στην Ευρωπαϊκή Επιτροπή – να θεωρούν το καθεστώς του Erdoğan ως δημοκρατία. Επιτέλους ας αποφασίσουμε είναι δημοκρατία ή είναι δικτατορία; Κάτι στο ενδιάμεσο δεν υπάρχει!

Laima Liucija Andrikienė (PPE). – Gerbiama Pirmininke, kaip ir daugelis prieš mane kalbėjusiųjų, apgailestauju, kad pastaroji Vadovų Taryba neatnešė laukėtų rezultatų dėl „Brexit’o“. Jungtinė Karalystė nori daugiau laiko susitarimui pasiekti, o susitarimo vis dar nėra, nes nėra problemų sprendimo. Svarbių problemų, kurias atneš „Brexit’as“, pirmiausia – sienos Airijoje klausimu. Antroji, kurios sprendimo laukia ir mano valstybė Lietuva, yra Europos Sąjungos valstybių narių piliečių padėtis Jungtinėje Karalystėje po „Brexit’o“. Mes nenorime skyrybų be susitarimo, bet kiekviena diena verčia galvoti, kad privalome būti pasirengę ir šiam scenarijui. Nėra sutarimo Jungtinės Karalystės viduje, nėra sutarimo su Europos Sąjunga – pralaimime mes visi.

Dėl migracijos. Visi suprantame šio klausimo svarbą, tačiau, vėlgi, laukėtų rezultatų Taryboje nebuvo pasiekta. Nelegali migracija vyksta, o mes, stipri Europos Sąjunga, metai po metų nepajėgiame rasti šios problemos sprendimo. Neveikia mūsų struktūros? Keiskime, reformuokime jas. Bet susitvarkyti privalome.

Dėl vidaus saugumo. Mūsų piliečiai įvardija saugumą kaip svarbiausią tarp prioritetų. Artėja Europos Parlamento rinkimai. Mums svarbu, kad mūsų piliečiai galėtų laisvai pareikšti savo valią, kad jų nuomone ir valia nebūtų manipuliuojama.

Europos Sąjungos biudžetas. Mums reikia susitarimo ir šiuo klausimu. Žinau ir suprantu, kad šis klausimas nėra lengvas, tačiau daugelio problemų sprendimas remiasi į finansavimo klausimus. Kviečiu ir prašau, kad Taryba rastų politinės valios šiam klausimui sutvarkyti iki Europos Parlamento rinkimų.

Pasakysiu atvirai: aš pasigendu Europos Vadovų Tarybos lyderystės. Mandatą turite, kur rezultatai, kur taip visų laukiami sprendimai? Mūsų neveiklumas turi savo kainą – jis stiprina mūsų oponentus, jis maitina populizmą ir ekstremizmą Europoje.

Elly Schlein (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, Presidente Tusk, al Consiglio europeo della settimana scorsa non c'è stato nessun accordo sulla solidarietà interna, né sulla Brexit, né sull'eurozona. Ma che cosa vi siete riuniti a fare?

Dalle conclusioni è sparita la riforma di Dublino e non c'è una sola riga sulle vie legali e sicure di accesso all'UE per chi fugge. Si parla solo di bloccare i flussi, aumentare i rimpatri, condizionare gli aiuti allo sviluppo a un maggior controllo delle frontiere africane. Una vergogna! È spuntato persino un vertice da fare nell'Egitto di Al Sisi, quando domani sono 33 mesi che chiediamo verità su chi ha torturato e ucciso Giulio Regeni, un ricercatore europeo.

La grande idea del cancelliere Kurz di una solidarietà obbligatoria, anche se non come ricollocamenti, non è altro che la solidarietà flessibile già proposta dalla Presidenza slovacca due anni fa. Avete discusso due anni per ritrovarvi allo stesso punto di prima?

Il presidente Macron invece chiede di riformare Dublino prima delle elezioni, ma intanto riporta, di nascosto, migranti nei boschi italiani. Spiegatele voi ai cittadini europei perché tenete bloccato il nostro lavoro di due anni e vi rendete responsabili dell'avanzata dei peggiori nazionalismi!

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, πιστεύω ακράδαντα ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση παρά τα προβλήματα και τις δυσκολίες θα βρει τον δρόμο της και σίγουρα ένα σημαντικό ζήτημα είναι το Brexit, το οποίο μας απασχολεί όλους, ιδιαίτερα εμάς, που είμαστε από τη μικρή πατρίδα μας την Κύπρο, όπου πραγματικά αισθανόμαστε ότι πρέπει να υπάρξει τέτοια συμφωνία που θα καταχωρούνται τα δικαιώματα των ευρωπαίων πολιτών για να μην δημιουργηθούν περαιτέρω προβλήματα. Παρά ταύτα, όμως, εμείς είμαστε περήφανοι γιατί είμαστε Ευρωπαίοι. Εμείς είμαστε περήφανοι γιατί ανήκουμε στη μεγάλη ευρωπαϊκή οικογένεια. Υπερασπιζόμαστε με σθένος αυτό το ευρωπαϊκό οικοδόμημα γιατί θέλουμε και διεκδικούμε μια Ευρώπη η οποία να είναι ισχυρή. Μια Ευρώπη που να μπορεί να αντιμετωπίζει τις προκλήσεις. Μια Ευρώπη η οποία θα μπορέσει να ανταποκριθεί για τα επόμενα χρόνια, για τις επόμενες δεκαετίες. Σήμερα θα μιλήσω ως ένας από τα πεντακόσια εκατομμύρια των ευρωπαίων πολιτών. Αγαπητέ φίλε, Πρόεδρε του Ευρωπαϊκού Συμβουλίου, κύριε Donald Tusk, εάν ρωτούσατε σήμερα τους ευρωπαίους

πολίτες «ποια Ευρώπη θέλουμε, ποια Ευρώπη διεκδικούμε» θα σας απαντούσαν με μια φωνή ότι διεκδικούμε την Ευρώπη της αλληλεγγύης, την ισχυρή Ευρώπη, η οποία είναι κυρίαρχη και διασφαλίζει και εξασφαλίζει την κυριαρχία των χωρών μελών της. Μια Ευρώπη η οποία πραγματικά θα ανταποκρίνεται στις προκλήσεις της νέας γενιάς. Μια Ευρώπη, κύριε Αντιπρόεδρε, που θα είναι κοινωνική και ανθρώπινη και πολύ ορθά αναφέρατε ότι η κοινωνική διάσταση της Ευρώπης είναι ο φτωχός συγγενής. Εμείς δεν θέλουμε αυτή την Ευρώπη. Θέλουμε την Ευρώπη που πραγματικά θα βρίσκεται δίπλα στον άνθρωπο, δίπλα στον κάθε ευρωπαίο πολίτη. Μια Ευρώπη ισχυρή με ενιαία αμυντική πολιτική, με ενιαία άμυνα και ασφάλεια. Μια Ευρώπη που δεν θα είναι η Ευρώπη των δύο μέτρων και των δύο σταθμών και, όταν επιβάλλει κυρώσεις σε χώρες μέλη της ή και σε τρίτες χώρες, οφείλει να επιβάλλει κυρώσεις και σε χώρες που παραβιάζουν ανθρώπινα δικαιώματα, που κατέχουν χώρα μέλος της Ευρωπαϊκής Ένωσης, όπως είναι η Κύπρος. Δεν είναι άλλη από την Τουρκία, η οποία βρίσκεται στο απυρόβλητο και υπό την ανοχή της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Είμαι περήφανος, είπα, για την Ευρωπαϊκή Ένωση, όμως δεν αισθάνομαι ιδιαίτερη περηφάνια ούτε εγώ ούτε και οι συμπατριώτες μου όταν αυτή τη στιγμή που μιλούμε βρίσκεται στην κυπριακή ΑΟΖ το τουρκικό πλοίο «Μπαρμπάρος» και τα τουρκικά πλοία χωρίς να τους παρενοχλεί κανένας.

Seb Dance (S&D). – Madam President, it's a strange quirk of parliamentary procedure that you have to wait so long to listen to sensible British voices in this Chamber, having heard the complete disgrace from Members opposite earlier this morning. I cannot believe what I am hearing from my own Government party – and, indeed, the disgrace that is Nigel Farage – criticising the civil service for not delivering their own fantasy.

The reality is that Brexit is failing and we are seeing people flailing around desperately, issuing insults in the name of the British Government. It is not a strategy to threaten a no deal, effectively standing there with a can of petrol and a lighter threatening self-immolation. This is people's jobs and people's livelihoods we are talking about. Nearly three quarters of a million people marched in London against the mess that is Brexit. These are ordinary, decent people, who are sick and tired of being insulted by their own Government. It is time now to stop this nonsense. Nothing that is happening now is anywhere near what was promised in the referendum. It is time for informed consent for the British people if they want this mess to go forward. Put it to the people, put it to a people's vote, and we need your help in giving us the time to allow that to happen.

(Applause)

Luděk Niedermayer (PPE). – Madam President, let me just cover three issues which have already been discussed here, first of all concerning Brexit. It is a pity that sufficient progress has not been reached but I still believe that in the weeks to come we will find a good agreement. It is essential that the EU27 keeps together as one and that we defend the clear interest of our members, especially of our Irish colleagues.

Secondly, let me talk a little bit on taxation, as I am coming just for negotiation of the report of the Committee on Financial crimes, tax evasion and tax avoidance (TAX3). This is an area in which the EU can bring enormous benefits for EU citizens. If we solve the outstanding issues in the tax regimes, this will bring better and fair competition to the market and we will gain the trust of our citizens and, at the same time, this will allow countries to reduce some taxes which are the most damaging for the economy. There are many very important files on the table, especially CCCTB, CCTB, VAT reform and digital tax. While the Council was able to reach some progress on some tax files, it seems to me that there is not sufficient progress on these dossiers and this is a great pity; it is a lost opportunity for Europe.

Last, but not least, let me talk about migration. The number of irregular migrants has gone down. Unfortunately, it seems to me that the efforts of the Member States to find agreement and make Europe more ready and better prepared for such a crisis in the future are also fading away and that is a very bad thing. We must get ready for future problems and we must solve the issues that we have been discussing for the last three years. So, also in this area, let me urge the Council to move forward.

Ana Gomes (S&D). – Senhora Presidente, à parte o Brexit, o Conselho mostrou os nossos governos bloqueados. Continua a alimentar o negócio de traficantes de seres humanos ao não abrir vias legais seguras, controladas, para migrantes e refugiados.

Deixam afogar no Mediterrâneo gente pobre enquanto 18 Estados-Membros vendem vistos *gold* a migrantes ricos, pondo em risco a segurança europeia, infiltrados, corrompidos e capturados por cleptocratas e máfias.

Sem cuidar da eurozona, o Conselho adia taxar os gigantes do digital, via CCTB, enquanto deixa grupos criminosos, incluindo terroristas, continuarem a financiar-se com a fraude carrossel sem reformar o IVA. Clamam por interoperabilidade, mas a maior parte dos governos não está sequer a operacionalizar o PNR, as listas de passageiros que dizem vitais contra os terroristas, mas de que excluíram os voos civis privados, como os que levaram a Istambul os assassinios de Khashoggi e que em muitos aeroportos europeus não seriam controlados.

O Presidente Tusk condenou hoje aqui esse brutal assassinato, mas o Conselho nada fez para parar a exportação de armas para a ditadura saudita. Não admira! Passou um ano sobre o assassinato da jornalista Daphne Anne Caruana Galizia. Os mandantes continuam à solta, impunes, e Joseph Muscat, principal responsável pela investigação que está parada em Malta, tem assento no Conselho Europeu. Todos os que lá se sentam deviam corar de vergonha.

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Presidente

Frans Timmermans, *First Vice-President of the Commission*. – Mr President, allow me to thank all those Members who took time from within their small amount of numbers to speak, to set the record straight from other political parties as to the historic role social democracy has played in fighting Nazism. Thank you.

What I would also like to say – because what was said this morning has really affected me emotionally – it's not so much the comparison that is made or the putting of social democracy in one group with Nazism. That's not new. This is what we've seen happening – just go on the Internet – for years on the extreme right, where they try and rid themselves from their own heritage by saying that Nazism belongs to the left or to social democracy. That's not new. What is new to me is that the leader in this House of the party of Churchill and Thatcher would appropriate that narrative. What has happened to the Conservative Party that not so long ago – in the last 10 years – was still a member of the European People's Party (EPP) in this Parliament? What has happened that they are now using the same narrative that Mr Farage and others have been using for many years, a narrative that they've always distanced themselves from? Has what Churchill predicted when he talked about appeasers happened – the only thing you get by feeding a crocodile is that the crocodile will eat you last? Has the Conservative Party finally been eaten by UKIP? I hope not.

(Interjection from the floor: 'I hope so')

I'm sure you hope so, yes, but I do hope not. I say this because I will make no secret of my deep admiration and affection for the United Kingdom and everything it has achieved during European history. I say this also because I don't want to hide my deep sadness regarding the decision taken by the British people in the referendum to leave the European Union. The European Union is not a market. The European Union is an instrument to help European people solve their differences around the negotiating table instead of at the battlefield. The European Union is the best guarantee that No British soldiers will have to be sent to battlefields in Europe again, as they have so valiantly done in our common history. The European Union is the best guarantor for peace in Europe for the ages to come, and for one of the biggest Member States to leave that European Union is an incredibly sad moment. I want to say that in this House, but, given that decision, we are all under an obligation to do as little harm as possible in the process. As a democrat, as a human being, who in this House has never ever changed their minds on anything? We'll leave that with the British people. That's not for us to judge. But I want us to be clear about our obligation as the Commission, European Parliament and Council: that we should do everything in our power to make sure we do as little harm as possible. That is the attitude with which the Commission should do this. This will not be helped by exaggerated political rhetoric, by appealing to the darkest angels of European history. Let's have a rational debate, let's understand that we build bridges – not walls – in this European Union. Let's be clear about that.

I want to end with a quote from one of my favourite writers, Primo Levi. I say this because of what was said this morning. I quote: 'Auschwitz is outside of us, but it is all around us, in the air. The plague has died away, but the infection still lingers and it would be foolish to deny it. Rejection of human solidarity, obtuse and cynical indifference to the suffering of others, abdication of the intellect and of moral sense to the principle of authority, and above all, at the root of everything, a sweeping tide of cowardice, a colossal cowardice which masks itself as warring virtue, love of country and faith in an idea.'

(Applause)

Donald Tusk, *President of the European Council*. – Mr President, thank you for your interesting interventions. I really appreciate your involvement, even if I don't agree with all your arguments and emotions. You may have noticed that I never try to take too much of your precious time, and today I will also stick to this rule. However, I cannot leave two interventions without a comment.

First, on migration. Almost all of you have expressed your disappointment with the lack of decisions on migration policy that you were expecting from the European Council. I understand your dissatisfaction, because I know that the will of the majority in this House was to establish mandatory quotas. In spite of what you are saying, the European Council is building the common European solution for migration policy. But in the centre of this approach is the strengthening of cooperation with third countries, a fight against human smugglers, external border protection – and not mandatory quotas.

The real progress in the European Council is that today, almost everybody understands that our priority should be stopping the inflow of irregular migrants and not their distribution.

On Brexit, we want to avoid a hard border in Ireland, but there is no guarantee that we can do it. And do you know why, Mr Farage? Because Brexit is de facto a political decision to re-establish the border between the Union and the UK. Brexit is a project to separate the UK from the EU. I don't know what is going to be the result of the negotiations, but I know that it is the Brexiteers who are 100% responsible for bringing back the problem of the Irish border.

Finally, I would like to share with you one remark. Listening to the debate here, I get the impression that some of you would like to see a Europe where there are No Member States and no governments. Please do not be surprised that I am not on the same line.

Presidente. – La discussione è chiusa.

Philippe Lamberts (Verts/ALE). – Monsieur le Président, cette question s'adresse directement à vous. J'ai lu dans la presse des déclarations selon lesquelles vous vous plaignez qu'un programme lancé par le gouvernement italien ne profiterait probablement pas à des Italiens, mais à des Roms, à des étrangers.

Ce genre de discours, s'il est avéré, s'apparente tout à fait au discours de la préférence nationale qu'on n'est pas habitué à entendre de la part du PPE. Que cela vienne du groupe ENL ou du groupe EFDD, je peux comprendre. Mais que cela vienne de vous, ça pose un problème grave, je pense, de respect tout simplement des valeurs européennes! Donc si vous avez prononcé ces paroles, je vous invite à les retirer, parce qu'elles ne sont pas dignes d'un président du Parlement.

(Applaudissements)

Le Président. – Vous ne connaissez pas, Monsieur Lamberts, la situation italienne. Moi j'ai écouté. Il faut toujours respecter les autres. Vous ne connaissez pas la situation italienne. J'ai dit qu'on ne peut pas puiser dans le budget italien pour donner de l'argent aux Italiens qui ne travaillent pas et aux citoyens qui ne sont pas italiens et qui ne travaillent pas. J'ai dit que peu d'Italiens auront de l'argent et que des étrangers aussi auront de l'argent. Donc ce n'est pas un bénéfice pour les Italiens. On va gaspiller de l'argent sans résoudre le problème du chômage. J'ai dit qu'il faut donner de l'argent aux entreprises capables de donner des postes de travail aux citoyens, soit italiens, soit étrangers. Donc, on ne pourrait pas s'exprimer comme ça? Mais c'est une opinion et on est libre d'avoir une opinion. Je n'ai pas dit qu'il ne faut pas respecter les traités, mais j'ai dit qu'à cause du traité, on ne peut pas donner à beaucoup d'Italiens, ce qu'a dit le gouvernement. Vous ne pouvez pas interpréter ma position, moi je dis ce que je pense. Je ne dois pas faire un débat sur ce sujet-là. J'ai répondu et ça suffit.

Tania González Peñas (GUE/NGL). – Señor presidente, señorías, permítanme que les robe unos segundos de su tiempo, pero es un asunto de máxima importancia. La multinacional Alcoa quiere cerrar sus dos plantas en España, en Avilés y en A Coruña, dejando a cientos de trabajadores en la calle. Esta empresa ha recibido más de 1 000 millones de euros en ayudas públicas y ha reconocido que el cierre se debe a que no ha invertido un solo euro en modernizar estas plantas.

Ayer, al comienzo de la negociación, Alcoa plantea que se niega a vender las fábricas, que quiere cerrar. ¿Por qué? Porque, casualmente, donde ha invertido el dinero es en una fábrica en Arabia Saudí y lo que no quiere es tener ningún tipo de competencia; porque, mientras recibía estas ayudas con el dinero del Estado español, lo invertía en Arabia Saudí.

Por ello, les voy a pedir dos cosas. En primer lugar, me da igual el Grupo político, me da igual el país al que pertenezcan, les pido el máximo apoyo para proteger la industria europea, a nuestros trabajadores y nuestras comunidades. Y, en segundo lugar, que impulsemos una política común para defender nuestra industria, para evitar que las empresas que reciben miles de millones en dinero público se vayan, deslocalicen y cierren sus fábricas y sus puertas sin más, dejando a cientos de trabajadores en la calle y dejando a comunidades enteras en la estacada.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), por escrito. – El Consejo Europeo ha escuchado a los grupos parlamentarios, de derecha a izquierda, decirle con todo respeto que sus líderes tienen que escuchar a este Parlamento, que tienen que abandonar la parálisis y la falta de soluciones, porque están contribuyendo al fracaso total de la política europea. Y los ciudadanos tienen que saber que son los Gobiernos —que no es la Comisión, que no es el Parlamento, que han hecho sus deberes—, que son los Gobiernos, la mayoría de Gobiernos conservadores los que están frenando las soluciones de la Unión Europea. El Sr. Tusk se ha permitido felicitar a la Presidencia austriaca por su gran compromiso con las políticas de migración. Es una broma pesada. Porque Austria se está planteando salir del Pacto Mundial para una Migración Segura, Ordenada y Regular de las Naciones Unidas. Esa es la actitud de Austria. Los dirigentes de la Unión Europea están consintiendo que los ciudadanos se alejen de todo lo que aquí nosotros representamos. Y eso es responsabilidad del Sr. Tusk, del Consejo, de los Gobiernos, de la mayoría conservadora que en este momento dirige la Unión Europea. Y nosotros tenemos que levantar la voz contra esa parálisis que alimenta los peores fantasmas en la Unión Europea.

José Blanco López (S&D), por escrito. – El Consejo Europeo ha escuchado a los grupos parlamentarios, de derecha a izquierda, decirle con todo respeto que sus líderes tienen que escuchar a este Parlamento, que tienen que abandonar la parálisis y la falta de soluciones, porque están contribuyendo al fracaso total de la política europea. Y los ciudadanos tienen que saber que son los Gobiernos —que no es la Comisión, que no es el Parlamento, que han hecho sus deberes—, que son los Gobiernos, la mayoría de Gobiernos conservadores los que están frenando las soluciones de la Unión Europea. El Sr. Tusk se ha permitido felicitar a la Presidencia austriaca por su gran compromiso con las políticas de migración. Es una broma pesada. Porque Austria se está planteando salir del Pacto Mundial para una Migración Segura, Ordenada y Regular de las Naciones Unidas. Esa es la actitud de Austria. Los dirigentes de la Unión Europea están consintiendo que los ciudadanos se alejen de todo lo que aquí nosotros representamos. Y eso es responsabilidad del

Sr. Tusk, del Consejo, de los Gobiernos, de la mayoría conservadora que en este momento dirige la Unión Europea. Y nosotros tenemos que levantar la voz contra esa parálisis que alimenta los peores fantasmas en la Unión Europea.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – El Consejo Europeo ha escuchado a los grupos parlamentarios, de derecha a izquierda, decirle con todo respeto que sus líderes tienen que escuchar a este Parlamento, que tienen que abandonar la parálisis y la falta de soluciones, porque están contribuyendo al fracaso total de la política europea. Y los ciudadanos tienen que saber que son los Gobiernos —que no es la Comisión, que no es el Parlamento, que han hecho sus deberes—, que son los Gobiernos, la mayoría de Gobiernos conservadores los que están frenando las soluciones de la Unión Europea. El Sr. Tusk se ha permitido felicitar a la Presidencia austriaca por su gran compromiso con las políticas de migración. Es una broma pesada. Porque Austria se está planteando salir del Pacto Mundial para una Migración Segura, Ordenada y Regular de las Naciones Unidas. Esa es la actitud de Austria. Los dirigentes de la Unión Europea están consintiendo que los ciudadanos se alejen de todo lo que aquí nosotros representamos. Y eso es responsabilidad del Sr. Tusk, del Consejo, de los Gobiernos, de la mayoría conservadora que en este momento dirige la Unión Europea. Y nosotros tenemos que levantar la voz contra esa parálisis que alimenta los peores fantasmas en la Unión Europea.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – El Consejo Europeo ha escuchado a los grupos parlamentarios, de derecha a izquierda, decirle con todo respeto que sus líderes tienen que escuchar a este Parlamento, que tienen que abandonar la parálisis y la falta de soluciones, porque están contribuyendo al fracaso total de la política europea. Y los ciudadanos tienen que saber que son los Gobiernos —que no es la Comisión, que no es el Parlamento, que han hecho sus deberes—, que son los Gobiernos, la mayoría de Gobiernos conservadores los que están frenando las soluciones de la Unión Europea.

El Sr. Tusk se ha permitido felicitar a la Presidencia austriaca por su gran compromiso con las políticas de migración. Es una broma pesada. Porque Austria se está planteando salir del Pacto Mundial para una Migración Segura, Ordenada y Regular de las Naciones Unidas. Esa es la actitud de Austria.

Los dirigentes de la Unión Europea están consintiendo que los ciudadanos se alejen de todo lo que aquí nosotros representamos. Y eso es responsabilidad del Sr. Tusk, del Consejo, de los Gobiernos, de la mayoría conservadora que en este momento dirige la Unión Europea. Y nosotros tenemos que levantar la voz contra esa parálisis que alimenta los peores fantasmas en la Unión Europea.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – El Consejo Europeo ha escuchado a los grupos parlamentarios, de derecha a izquierda, decirle con todo respeto que sus líderes tienen que escuchar a este Parlamento, que tienen que abandonar la parálisis y la falta de soluciones, porque están contribuyendo al fracaso total de la política europea. Y los ciudadanos tienen que saber que son los Gobiernos —que no es la Comisión, que no es el Parlamento, que han hecho sus deberes—, que son los Gobiernos, la mayoría de Gobiernos conservadores los que están frenando las soluciones de la Unión Europea. El Sr. Tusk se ha permitido felicitar a la Presidencia austriaca por su gran compromiso con las políticas de migración. Es una broma pesada. Porque Austria se está planteando salir del Pacto Mundial para una Migración Segura, Ordenada y Regular de las Naciones Unidas. Esa es la actitud de Austria. Los dirigentes de la Unión Europea están consintiendo que los ciudadanos se alejen de todo lo que aquí nosotros representamos. Y eso es responsabilidad del Sr. Tusk, del Consejo, de los Gobiernos, de la mayoría conservadora que en este momento dirige la Unión Europea. Y nosotros tenemos que levantar la voz contra esa parálisis que alimenta los peores fantasmas en la Unión Europea.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – El Consejo Europeo ha escuchado a los grupos parlamentarios, de derecha a izquierda, decirle con todo respeto que sus líderes tienen que escuchar a este Parlamento, que tienen que abandonar la parálisis y la falta de soluciones, porque están contribuyendo al fracaso total de la política europea. Y los ciudadanos tienen que saber que son los Gobiernos —que no es la Comisión, que no es el Parlamento, que han hecho sus deberes—, que son los Gobiernos, la mayoría de Gobiernos conservadores los que están frenando las soluciones de la Unión Europea. El Sr. Tusk se ha permitido felicitar a la Presidencia austriaca por su gran compromiso con las políticas de migración. Es una broma pesada. Porque Austria se está planteando salir del Pacto Mundial para una Migración Segura, Ordenada y Regular de las Naciones Unidas. Esa es la actitud de Austria. Los dirigentes de la Unión Europea están consintiendo que los ciudadanos se alejen de todo lo que aquí nosotros representamos. Y eso es responsabilidad del Sr. Tusk, del Consejo, de los Gobiernos, de la mayoría conservadora que en este momento dirige la Unión Europea. Y nosotros tenemos que levantar la voz contra esa parálisis que alimenta los peores fantasmas en la Unión Europea.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – El Consejo Europeo ha escuchado a los grupos parlamentarios, de derecha a izquierda, decirle con todo respeto que sus líderes tienen que escuchar a este Parlamento, que tienen que abandonar la parálisis y la falta de soluciones, porque están contribuyendo al fracaso total de la política europea. Y los ciudadanos tienen que saber que son los Gobiernos —que no es la Comisión, que no es el Parlamento, que han hecho sus deberes—, que son los Gobiernos, la mayoría de Gobiernos conservadores los que están frenando las soluciones de la Unión Europea. El Sr. Tusk se ha permitido felicitar a la Presidencia austriaca por su gran compromiso con las políticas de migración. Es una broma pesada. Porque Austria se está planteando salir del Pacto Mundial para una Migración Segura, Ordenada y Regular de las Naciones Unidas. Esa es la actitud de Austria. Los dirigentes de la Unión Europea están consintiendo que los ciudadanos se alejen de todo lo que aquí nosotros representamos. Y eso es responsabilidad del Sr. Tusk, del Consejo, de los Gobiernos, de la mayoría conservadora que en este momento dirige la Unión Europea. Y nosotros tenemos que levantar la voz contra esa parálisis que alimenta los peores fantasmas en la Unión Europea.

Evelyn Regner (S&D), *schriftlich*. – Ich möchte mich zum zweiten Tag des EU-Gipfels äußern: Migration und innere Sicherheit, Außengrenzen – das waren die wesentlichen Punkte auf der Tagesordnung des EU-Gipfels vom 18. Oktober 2018. Immens wichtige Themen, die rasch – humane – Lösungen erfordern! Unsere Lösungsvorschläge, der Beschluss des Europäischen Parlaments – das betonen wir seit drei Jahren nach jedem EU-Gipfel, der ohne Ergebnisse zu Ende geht – liegen längst auf dem Tisch. Doch die Regierungs- und Staatschefs sind immer noch nicht in der Lage, hier eine klare Antwort zu geben. Wie es auch meine KollegInnen klar zur Sprache gebracht haben, hier herrscht Konsens im Europäischen Parlament: Wir haben unter dem österreichischen Ratsvorsitz sehr viel Zeit verloren. Dies betrifft nicht nur das Asylpaket, sondern auch das soziale Europa und die wichtigen Reformen für die Wirtschafts- und Währungsunion – auch hier liegen die Vorschläge des Europäischen Parlaments am Tisch. Setzen Sie sich endlich für ein Europa ein, das wirklich sozial schützt!

Kathleen Van Brempt (S&D), *schriftelijk*. – Beste mijnheer Tusk, ik hoor u graag vertellen dat onze regeringsleiders zich gebogen hebben over een migratiebeleid “in AL zijn aspecten”. Ik heb de Raadsconclusies gelezen en ik zie daarin slechts drie elementen: samenwerking met Noord-Afrika tegen illegale migratie, aanpakken van mensensmokkel en terugkeer. Belangrijke zaken uiteraard, maar zijn dat nu ALLE aspecten van een migratiebeleid? Waar ging het over het aanpakken van de grondoorzaken van migratie? Korte asielprocedures? Spreiding? Hervestiging? En vooral: waar ging het over de dramatische situatie in de hotspots? Deze elementen kwamen in 2015 en 2016 wél nog aan bod, en het is niet omdat u erover zwijgt, dat de problemen zijn verdwenen.

Ik wil u ook graag wijzen op de brief van 10 oktober die de rapporteurs van het Parlement naar de heer Kurz verstuurd. Tweeënhalfjaar nadat de Commissie zeven hervormingsvoorstellen publiceerd, heeft de Raad nog over geen enkel een akkoord bereikt. Drie provisionele akkoorden met het Parlement werden zelfs teruggetrokken. Hoe kan het dat dit niet besproken werd op een bespreking waar, nogmaals, ALLE aspecten besproken werden? Binnenkort eindigt de legislatuur en zonder een akkoord over deze dossiers vervalt het harde werk van de voorbije jaren. Dat zijn de aspecten waarover het had moeten gaan.

Ελισάβετ Βόζεμπεργκ-Βρυονίδη (PPE), *γραφτως*. – Κυρίες και κύριοι συνάδελφοι, τον Μάιο του 2019 έχουμε ευρωεκλογές και το κορυφαίο θέμα της μετανάστευσης παραμένει προβληματικό. Παρατηρείται άδικη κατανομή βαρών μεταξύ των κρατών μελών και απουσία αλληλεγγύης. Τα μέτρα ενίσχυσης της FRONTEX και της Ενιαίας Ευρωπαϊκής Συνοριοφυλακής δεν επαρκούν, ενώ η αναθεώρηση του συστήματος του Δουβλίνου έχει προσκρούσει στην ακαμψία ορισμένων κρατών μελών. Παράλληλα, η Τουρκία που συστηματικά περιφρονεί το Διεθνές Δίκαιο, κλιμακώνοντας τις προκλήσεις της σε βάρος της χώρας μου της Ελλάδας, εφαρμόζει κατά το δοκούν τη Συμφωνία ΕΕ-Τουρκίας του 2016! Οι ροές προσφύγων και μεταναστών από τα τουρκικά παράλια στα νησιά του Βορειοανατολικού Αιγαίου έχουν αυξηθεί σημαντικά, ενώ παρατηρούνται και καθημερινές αφίξεις μεγάλου αριθμού αλλοδαπών στα χερσαία ελληνοτουρκικά σύνορα στον Έβρο. Συνάδελφοι, σε έξι μήνες θα ζητήσουμε την ψήφο των ευρωπαίων πολιτών. Είναι ανάγκη εδώ και τώρα να απαντήσουμε στις απαιτήσεις τους, περνώντας από τις γενικόλογες αναφορές σε συγκεκριμένες ενέργειες. Οφείλουμε να αποδείξουμε έμπρακτα ότι η ΕΕ έχει τη βούληση αλλά κυρίως τη δύναμη να επιβάλει την τήρηση των αποφάσεων της σε όλα ανεξαιρέτως τα κράτη μέλη.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE), *na piśmie*. – Chciałbym zwrócić szczególną uwagę na trzy aspekty dyskutowane podczas szczytu Rady Europejskiej, które wydają się kluczowe, zwłaszcza z punktu widzenia naszego bezpieczeństwa. Po pierwsze, ograniczenie nielegalnej migracji w porównaniu z październikiem 2015 roku o 95% jest bardzo dobrym wynikiem, ale potrzebujemy systemowego, a przede wszystkim skutecznego sposobu zapobiegania takim sytuacjom w przyszłości. Rada zwraca na to uwagę. Cieszy zwłaszcza fakt, że nasi liderzy zdają sobie sprawę z nadal istniejących niedociągnięć i wad obecnych uregulowań w tym zakresie i wzywają do pracy nad ich ulepszeniem.

Po drugie, cieszy mnie mocne podkreślenie wagi bezpieczeństwa w cyberprzestrzeni, oraz wezwanie do wprowadzenia możliwości nakładania sankcji na podmioty i osoby zaangażowane w ataki cybernetyczne na Europejczyków czy naszą infrastrukturę. Odpowiedź na tak rażące pogwałcenia naszego bezpieczeństwa w internecie musi być stanowcza. Należy także dalej pracować w szybkim tempie nad zdolnościami obronnymi w tym zakresie.

Ważnym krokiem jest także wezwanie do zaproponowania konkretnych działań mających na celu zwalczanie dezinformacji i możliwości manipulowania nastrojami społecznymi w Europie. Przed nami ciąg ważnych wyborów i niezwykle istotne jest, by instytucje publiczne, oraz sami obywatele mieli do swojej dyspozycji narzędzia, by móc oznaczać fałszywe i zmanipulowane informacje w sieci. Wezwanie Rady to krok w dobrym kierunku.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – O Conselho Europeu seguiu o padrão de outras cimeiras recentes. Os seus membros abordaram temas de grande impacto na vida quotidiana das pessoas e das empresas, mas a ausência de decisões capazes de transmitir confiança e clareza estratégica fez dele mais um momento que ficará para a História como exemplo da falta de ambição na resposta da União Europeia aos desafios com que se confronta.

Saliento os progressos feitos na negociação do Brexit, salvaguardando os princípios-base com que tem desenvolvido o processo, protegendo os direitos dos cidadãos europeus, pugnando por um modelo de fronteira que não enfraqueça a pertença plena da Irlanda e estabelecendo as linhas de força que poderão conduzir a futuras parcerias entre a União Europeia e o Reino Unido.

Registo ainda a intenção divulgada de chegar a um acordo, até ao final do ano, sobre a União Bancária e prosseguir os estudos técnicos para a necessária reforma da União Económica e Monetária.

O Conselho tomou também medidas relevantes em termos de segurança interna e de controlo de fluxos migratórios, mas continuou a ser notória a falta de uma visão integrada e humanista das ameaças e das oportunidades colocadas à União Europeia pelo novo enquadramento geoestratégico.

9. Erklärungen des Präsidenten

Presidente. – Denis Mukwege e Nadia Murad sono stati insigniti del premio Nobel per la pace. Nel 2014 e nel 2016 il Parlamento europeo aveva già attribuito rispettivamente al dott. Mukwege e a Nadia Murad il premio Sacharov per il loro straordinario impegno nel difendere i diritti umani.

Voglio anche ricordare il caso di Asia Bibi, donna della minoranza cristiana che rischia l'impiccagione nel suo paese. Asia Bibi ha scatenato la furia di alcune donne per aver bevuto da una fonte: secondo queste donne, il contatto con labbra cristiane avrebbe reso l'acqua impura. Dopo essere stata aggredita e denunciata per blasfemia, Asia Bibi rischia di essere impiccata. Chiedo alle autorità pakistane di garantire alla donna un processo equo e di evitare ogni forma di discriminazione o pregiudizio religioso.

(Applausi)

Mañana se votará una Resolución sobre la situación en Venezuela. Quisiera expresar la indignación del Parlamento Europeo tras la muerte del concejal Fernando Albán mientras estaba bajo custodia del Servicio Bolivariano de Inteligencia Nacional.

Reiteramos nuestro llamamiento para que el Gobierno de Venezuela respete los derechos humanos y libere a todos los presos políticos. La liberación del premio Sájarov 2017, Lorent Saleh, es una decisión correcta, pero lamentamos que el líder de la oposición venezolana, Leopoldo López, siga en arresto domiciliario.

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID-MARIA SASSOLI

Vicepresidente

10. Wiederaufnahme der Sitzung

(La seduta è ripresa alle 12.08)

11. Abstimmungsstunde

Presidente. – L'ordine del giorno reca il turno di votazioni.

(Per i risultati delle votazioni e altri dettagli che le riguardano: vedasi processo verbale)

11.1. Antrag auf Aufhebung der Immunität von Steeve Briois (A8-0349/2018 - Tadeusz Zwiefka) (Abstimmung)

Presidente. – On. Bay, se Lei intende intervenire sulla revoca dell'immunità, mi dispiace ma questo non è consentito perché le persone interessate sono state ascoltate dalla commissione giuridica e il gruppo ENF è intervenuto su questo caso lunedì scorso alle ore 17.00, per cui non c'è bisogno di intervenire un'altra volta.

Nicolas Bay (ENF). – Monsieur le Président, j'ai eu un accord du président Tajani pour intervenir sur ce point en Conférence des présidents.

Presidente. – E infatti siete intervenuti lunedì alle ore 17.00, quindi quell'intervento è esauriente per la questione.

11.2. Antrag auf Aufhebung der Immunität von Sophie Montel (A8-0350/2018 - Tadeusz Zwiefka) (Abstimmung)

11.3. Antrag auf Aufhebung der Immunität von Georgios Kyrtsos (A8-0351/2018 - Heidi Hautala) (Abstimmung)

11.4. Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für 2019 — alle Einzelpläne (Abstimmung)

— *Prima della votazione:*

Daniele Viotti, relatore. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, come già accaduto negli anni precedenti, a causa della complessità della procedura, si dovranno applicare i seguenti adeguamenti tecnici.

È quindi una comunicazione alle colleghe e colleghi.

Sulle cifre: alle linee elencate in seguito le cifre saranno adeguate in modo tale da corrispondere al risultato del voto della commissione BUDG.

Linea 19 02 01, emendamento 1689: gli impegni saranno portati a EUR 269 810 177.

Linea 13 08 02, emendamento 1658: gli impegni e i pagamenti saranno portati rispettivamente a EUR 48 653 000 ed EUR 25 888 246.

Linea 32 02 10, emendamento 1816: i pagamenti saranno portati a EUR 18 807 975.

Linea 33 04 77 06, emendamento 1753: gli impegni saranno portati a EUR 1 260 000.

Sui commenti:

alla linea 21 02 07 03, l'emendamento 1700 sarà corretto per far sì che il commento corrisponda al risultato del voto della commissione BUDG.

Infine la linea 15 02 77 23 (emendamento 1666) sarà spostata dalla rubrica 1a alla rubrica 3.

Sono adeguamenti tecnici e niente più.

— *Dopo la votazione:*

Karoline Edtstadler, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, I am sorry for being delayed. I was wrongly informed but, on the other hand, I am very happy to have a full plenary session here. I am happy to see that.

(Applause)

By the way, I was following the debate on TV so I saw that you have just adopted the amendments to the Council's position on the draft budget for the financial year 2019. I take note of the differences in the position of our two institutions concerning the draft budget for 2019 presented by the Commission. Consequently, in my capacity as President of the Council, I agree that the President of the European Parliament convenes the Conciliation Committee, as required in Article 314(4)(c) of the Treaty on the Functioning of the European Union.

Presidente. – Ringraziamo il Ministro per il suo intervento.

Paul Rübig, *Berichterstatter*. – Herr Präsident! Ich möchte nur betonen, dass in der letzten Abstimmung bei manchen Abstimmungen natürlich die qualifizierte Mehrheit notwendig war und dass wir bei Abstimmung 798 überprüfen müssen, ob die namentliche Abstimmung stattgefunden hat. 798, und es geht um die qualifizierte Mehrheit bei verschiedenen Abstimmungen. Danke!

Presidente. – On. Rübig, La ringrazio per questa precisazione, ma naturalmente c'era la maggioranza qualificata, quindi è tutto a posto.

Il 798 è stato votato per appello nominale ed è stato respinto.

Paul Rübig, *Rapporteur*. – Mr President, then that's ok; no problem.

11.5. Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für 2019 — alle Einzelpläne (A8-0313/2018 - Daniele Viotti, Paul Rübig) (Abstimmung)

11.6. Entlastung 2016: Gesamthaushaltsplan der EU – Europäischer Rat und Rat (A8-0300/2018 - Marco Valli) (Abstimmung)

11.7. Entlastung 2016: Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) (A8-0299/2018 - Bart Staes) (Abstimmung)

Presidente. – Alla luce della decisione di rifiutare il discarico, in accordo con la presidente della commissione CONT propongo la seguente modifica al paragrafo 4, necessaria per allineare il testo della risoluzione con il risultato della votazione. Il testo recita così:

«Le misure correttive finora adottate hanno risposto in maniera parziale anziché sufficiente alle riserve espresse dal Parlamento nella sua decisione del 18 aprile 2018 di rinvio del discarico.»

(Il Parlamento approva la proposta di modifica)

11.8. Unterstützung von Strukturreformen in den Mitgliedstaaten (A8-0316/2018 - Lambert van Nistelrooij, Constanze Krehl) (Abstimmung)**11.9. Aufnahme des automatisierten Austauschs daktyloskopischer Daten in Irland (A8-0344/2018 - Branislav Škripek) (Abstimmung)**

— *Prima della votazione:*

Branislav Škripek, Rapporteur. – Dnešné hlasovanie víta krok vpred, ktorý vykonali Írsko a Chorvátsko, aby vstúpili do Prümského systému na výmenu údajov. Ochrana vonkajšej hranice Európskej únie je urgentnou a životne dôležitou záležitosťou. Dnešné hlasovanie je správou pre všetkých obchodníkov s ľuďmi, pašerákov, členov kriminálnych gangov a teroristov, ktorí sa z nás snažia profitovať alebo nám škodiť správou o tom, že sieť na výmenu informácií medzi členskými štátmi je opäť o niečo širšia. A odkazujeme vám: chytíme vás a postihneme vás podľa našich zákonov. Nedovoľíme, aby sa vaše zlé zámery zničiť náš spôsob života založený na žido-kresťanských hodnotách stali skutočnosťou. A ja prosím Boha, otca nášho, pána Ježiša Krista, aby požehnal Európsku úniu a jej obyvateľov.

11.10. Aufnahme des automatisierten Austauschs von DNA-Daten in Irland (A8-0343/2018 - Branislav Škripek) (Abstimmung)**11.11. Aufnahme des automatisierten Austauschs daktyloskopischer Daten mit Kroatien (A8-0345/2018 - Branislav Škripek) (Abstimmung)****11.12. Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt (A8-0317/2018 - Frédérique Ries) (Abstimmung)**

— *Dopo la votazione:*

Frédérique Ries, rapporteure. – Monsieur le Président, je remercie la plénière pour son soutien massif à cette directive importante. Et maintenant, j'aimerais invoquer notre règlement, à savoir son article 59, paragraphe 4, sous-paragraphe 4, afin de demander le feu vert pour renvoyer le dossier en commission de l'environnement, de la santé publique et de la sécurité alimentaire et me permettre ensuite d'ouvrir, dès le début du mois de novembre, les négociations interinstitutionnelles.

(La richiesta di rinvio in commissione è approvata)

11.13. Einrichtung, Betrieb und Nutzung des Schengener Informationssystems im Bereich der Grenzkontrollen (A8-0347/2017 - Carlos Coelho) (Abstimmung)

11.14. Einrichtung, Betrieb und Nutzung des Schengener Informationssystems im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit und der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen (A8-0349/2017 - Carlos Coelho) (Abstimmung)

11.15. Nutzung des Schengener Informationssystems für die Rückkehr illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger (A8-0348/2017 - Jeroen Lenaers) (Abstimmung)

11.16. Harmonisierung der Struktur der Verbrauchsteuern auf Alkohol und alkoholische Getränke (A8-0307/2018 - Miguel Viegas) (Abstimmung)

11.17. Einwand gemäß Artikel 106 der Geschäftsordnung: Erneuerung der Zulassung von genetisch verändertem Mais der Sorte NK603 × MON 810 (B8-0490/2018) (Abstimmung)

11.18. Einwand gemäß Artikel 106 der Geschäftsordnung: Zulassung von gentechnisch verändertem Mais der Sorte MON 87427 × MON 89034 × 1507 × MON 88017 × 59122 (B8-0491/2018) (Abstimmung)

Presidente. – Con questo si conclude il turno di votazioni.

(La seduta è sospesa alle 13.39)

12. Wiederaufnahme der Sitzung

(La seduta è ripresa alle 13.41)

13. Stimmerklärungen

13.1. Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für 2019 — alle Einzelpläne (A8-0313/2018 - Daniele Viotti, Paul Rübig)

Dichiarazioni di voto orali

Tibor Szanyi (S&D). – Szavazatommal támogattam ezt a hatalmas munkával járó jelentést. Gratulálok Daniele Viotti úrnak, hogy sikeresen tudta irányítani a frakciók közötti tárgyalásokat. Annak ellenére sikeresen, hogy 2018 májusában az akkor bemutatott európai bizottsági éves költségvetési tervezet nem volt ambiciózusnak nevezhető. Továbbá annak ellenére is, hogy a bizottsági javaslat után a Tanács is további költségvetéscsökkentést javasolt. Örülök viszont annak, hogy az Európai Parlament költségvetési szakbizottsága jól tudta beazonosítani a 2019-es évre vonatkozó fontosságokat. Kifejezetten pozitívnak találok azt is, hogy a kísérleti projektek és az előkészítő akciók rendszerében, immáron emelkedő mértékben sikerül támogatni az okosfalvak koncepciót, amelyet 2015-ben egy kísérleti projektként indítottam és a Szocialisták és Demokraták egyik legfontosabb vidéket érintő koncepcióját alkotják.

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, mă bucur că secțiunea din bugetul general al Uniunii Europene a trecut, pentru că am depus un proiect pilot care se referă la protecția jurnaliștilor de investigație și, evident, a libertății presei în Uniune. Acest proiect pilot are două obiective foarte clare: bani pentru jurnalismul de investigație. Ei investighează crima organizată, spălarea de bani, corupția – în special când este vorba de politicieni – și au nevoie de sprijin financiar independent, evident, pentru că altfel nu ar mai putea investiga, fiindcă guvernele nu-i finanțează. Și al doilea obiectiv clar al acestui proiect este asistență judiciară pentru ei, pentru că sunt dați în judecată, sunt anchetați în multe țări tocmai pentru a-i opri din aceste investigații. Sper să treacă până la capăt.

De asemenea, aş vrea să mai spun că e necesar, la nivelul Uniunii, să avem – în afară de acest proiect pilot – un mecanism solid de protecție a jurnalismului de investigație. Sunt cei mai expuși astăzi din întreaga lume. Moneda de schimb pe acest câmp de bătălie cu crima organizată este moartea.

Μιλτιάδης Κύρκος (S&D). – Κύριε Πρόεδρε, 250 εκατομμύρια ευρώ έκοψε η Επιτροπή από την προενταξιακή βοήθεια για την Τουρκία, άλλα 150 εκατομμύρια ευρώ έκοψε το Συμβούλιο και σήμερα κόβουμε και εμείς άλλα 66 εκατομμύρια ευρώ. Αυτά τα χρήματα πηγαίνουν για την πολιτική μεταρρυθμίσεων και μπορεί να έχουμε δικαιολογημένες ενστάσεις για την κατάσταση του κράτους δικαίου όμως αυτά τα χρήματα πηγαίνουν και για τη διαχείριση των μεταναστευτικών ροών και για τη διαχείριση των συνόρων και για την ένταξη των ευάλωτων ομάδων και για την κοινωνία των πολιτών. Το αστραφτερό πρόσωπο της δυναμικής κοινωνίας των πολιτών, τα πρόσωπα της Τουρκίας, θα θαμπώσουν λόγω της δικής μας δυσκολίας να μπορούμε να αποφασίσουμε, λόγω της δικής μας κοντόθωρης απόφασης. Αλλά και τα τρία δισεκατομμύρια ευρώ που υπολείπονται από τη συμφωνία της Ευρωπαϊκής Ένωσης με την Τουρκία (τη δήλωση ΕΕ-Τουρκίας) αυτά γίνονται ένα παιχνίδι μεταξύ Κοινοβουλίου και κρατών μελών. Πρέπει να δηλώσουμε ξεκάθαρα πως αυτά δεν πρόκειται να κοπούν γιατί για να επαναλάβω τα πιο αρμόδια χείλη από την ελληνική κυβέρνηση ότι βρίσκεται μεταξύ ημών και της καταστροφής είναι η κοινή δήλωση με την Τουρκία.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, kolegyně a kolegové, já jsem podpořila rozpočet na rok 2019 a věřím, že se díky němu podaří zajistit garance, které našim občanům slibujeme. Jde především o bezpečnou Evropu, jde také o řešení hlavních příčin obrovského migračního tlaku, zejména z Blízkého východu a z Afriky. Chceme podpořit ekonomický růst, zvýšení konkurenceschopnosti a především podporu mladých lidí. Oceňuji tedy, zejména jako členka Výboru pro kulturu a vzdělávání, navýšení finančních prostředků na program Erasmus+ a Horizont 2020. Oba tyto programy se osvědčily a jsou efektivně využívány. Součástí je např. projekt DiscoverEU, který napomáhá zejména mladým lidem, aby lépe poznali členské státy EU. Jsem také ráda, že byl schválen pilotní projekt s názvem Jan Ámos Price, který je zaměřen na podporu učitelů, kteří vzdělávají o Evropské unii.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL). – Señor presidente, el pasado domingo se produjo un nuevo salto en la valla de Melilla, con 200 personas. Dos personas murieron, una de ellas en el lado español de la valla. España ha devuelto de manera exprés a 55 personas a Marruecos. En agosto fueron 116 personas a las que el Gobierno devolvió de forma exprés, en caliente, a Marruecos. El Tribunal Europeo de Derechos Humanos sentenció que las devoluciones en caliente practicadas por España en la frontera con Marruecos son ilegales, violan directivas europeas y el Convenio Europeo de Derechos Humanos.

Hoy hemos votado tres informes sobre el Sistema de Información de Schengen que aumentan el número de agentes, armamento y deportaciones a países no europeos. Es decir, más externalización de fronteras, algo criticado por organizaciones sociales y juristas. El proyecto de la extrema derecha se cristaliza, por desgracia, con la complicidad de populares, liberales y socialdemócratas, que siguen votando en esta Cámara a favor de reforzar la Europa fortaleza y en contra de los derechos humanos.

Andrejs Mamikins (S&D). – Mr President, the general budget is one of the most complex and crucial files that Parliament is adopting this year. I am happy to see that we have gone much further than the Commission and the Council in our commitments.

I am speaking about the enforcement of the Youth Employment Initiative, Horizon 2020, the Asylum, Migration and Integration Fund and other projects. The budget for next year must be tailor-made to address the needs of our citizens. Therefore I support the programmes that give the highest European added value.

As the shadow rapporteur for the opinion of the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs to this report, I did my best to contribute to the chapter on security and citizenship. I specifically underlined the role of EU agencies, which are practical tools in solving security problems. We cannot give them big mandates and little money. We cannot do more with less. In addition, I initiated and supported several pilot projects. One of those is the protection of investigative journalism and media freedom in the EU. In some EU countries like my country, Latvia, it is crucial.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Panie Przewodniczący! Z punktu widzenia Komisji Kultury 6 punktów przesądza o tym, że budżet można uznać za satysfakcjonujący. Po pierwsze, zwiększenie oczywiście programów Erasmus+, o co walczyliśmy od samego początku. Efekt jest więcej niż satysfakcjonujący: 5 milionów więcej na „Kreatywną Europę”. To bardzo istotne i bardzo ważne, bo tam mieliśmy największe niedoszacowanie. 3,9 mln euro więcej na instrument międzysektorowy „Kreatywna Europa” – bardzo dobra decyzja. I 3,3 mln więcej na działania multimedialne.

Z mojego punktu widzenia bardzo satysfakcjonujące jest zwłaszcza zakwalifikowanie blisko 20 projektów pilotażowych na 29 zgłoszonych. To najlepszy wynik w ostatnich latach. I milion na specjalne doroczne dodatkowe wydarzenia. Zawsze mieliśmy tutaj lukę, bardzo cieszę się z tego, że i ona została także uzupełniona.

Ivana Maletić (PPE). – Gospodine predsjedavajući, proračun mora adekvatno odgovarati na izazove pred kojima se nalazimo i odražavati naše ciljeve i politike. Zbog toga u potpunosti podržavam stav koji smo u Parlamentu iskazali, vezano uz potporu programima vezanima uz konkurentnost.

Dakle, poticanje novih tehnologija, inovacija, istraživanja i razvoja – to ne možemo usporavati i ne možemo se složiti s prijedlogom Komisije i Vijeća.

Isto tako, ulaganje u mlade, u Inicijativu za zapošljavanje mladih, moramo ubrzati. Ruralni krajevi su u našem prijedlogu posebno istaknuti. Njima prijete depopulacija, odumiranje i tome se moramo usprotiviti.

Naš prijedlog Europskog parlamenta zaista pokušava dotaknuti sve one ključne probleme koji muče ljude u Europskoj uniji i nadam se da će Vijeće u dijalogu s nama to prepoznati i da će se sredstva za ove programe povećati, posebno, naravno, migracije i sigurnost. Isto tako ne može ići smanjivanje za države u okruženju, posebno države nećlanice u jugoistočnoj Europi, koje kroz povećanje IPA-e moramo potaknuti na brže promjene.

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, ο προϋπολογισμός που ψηφίζουμε σήμερα είναι πράγματι πολύ σημαντικός γιατί η αποχώρηση του Ηνωμένου Βασιλείου θα περιορίσει τους πόρους μας και για άλλη μια φορά στην Ευρώπη θα κληθούμε να κάνουμε περισσότερα με λιγότερους πόρους. Όμως, η πραγματικότητα είναι ότι αυτό το κενό μπορεί να καλυφθεί από τους ευρωπαϊκούς πόρους, εκείνο το κενό που δεν μπορεί να καλυφθεί εύκολα είναι το κενό στην παγκόσμια ανταγωνιστικότητα. Για τον λόγο αυτό, πρωτοβουλίες όπως το σχέδιο Juncker το οποίο συνεχίζεται με τη μορφή του InvestEU είναι εκείνες που μπορούν πραγματικά στην Ευρώπη να δώσουν μεγάλη ώθηση, να δώσουν φτερά, αρκεί να απευθύνονται σε όλους. Στην Ελλάδα, για παράδειγμα, είχαμε πολλαπλάσια αποτελέσματα σε επενδύσεις μεταφορών και σε ευρυζωνικά δίκτυα, στην έρευνα και την καινοτομία. Δεν καταφέραμε όμως να έχουμε πόρους από το σχέδιο Juncker για τις μικρές και τις μεσαίες επιχειρήσεις. Χρειαζόμαστε, λοιπόν, ενθάρρυνση καινοτόμων επενδύσεων, όπως είναι αυτή που έγινε στη Λιθουανία για την παραγωγή ενέργειας από βιομάζα και στερεά απόβλητα ταυτόχρονα. Πρέπει να δούμε πώς επαναλαμβάνονται και πρέπει να υιοθετήσουμε τις καλές πρακτικές. Είναι ανάγκη να απαντήσουμε στη νέα εποχή δημιουργώντας βιώσιμες θέσεις εργασίας.

John Howarth (S&D). – Mr President, I am delighted to support some of the aspects of today's budget, particularly the propositions that put funding and resources behind the fine words that have been spoken in this Parliament to tackle the problems of sexual harassment. For too long we have had just words. After today, we will have what we need to address the problem, which is resources and people with the skills and the experience that we need to take that problem on, so I am delighted about that.

The overall cost of the European Union budget per week per citizen is about a pint of beer. The cost of this Parliament is about a cup of coffee a year, but it is very important that we seek to bring down that further and I am delighted to see that propositions for a single-seat Parliament are going through Parliament today. It's for far too long that we have neglected that issue and if the French are serious about it, and Mr Macron is serious about it, then he can take on this problem too, because it rests in his hands.

Jan Zahradil (ECR). – Pane předsedající, já jsem tento návrh rozpočtu nepodpořil, protože se bohužel domnívám, že vytváří špatný precedens v předvečer naší dohody o dalším rozpočtovém rámci, který nastane po roce 2020. Myslím, že pokud skutečně myslíme vážně ochranu vnějších hranic EU, tak by to mělo začít být zohledňováno i ještě v tomto finančním rámci, a měli bychom to ale udělat jinak než tím, že budeme vymýšlet další centralizované úřady a agentury řízené z Bruselu. Měli bychom pomoci, viditelně pomoci hraničním státům EU, které nesou největší tíhu odpovědnosti, ať už je to Bulharsko, Řecko, Malta, Itálie nebo Španělsko. Určitě by také stálo za to ukázat symbolicky, že umíme šetřit. O tom, že se stále nedaří zřídit jedno sídlo Evropského parlamentu v Bruselu, tady už byla řeč. Já si dovedu představit i škrtání např. v rozpočtu na Evropskou službu pro vnější činnost. Ale takto nastavený rozpočet jsem podpořit nemohl.

Daniel Hannan (ECR). – Mr President, this is the 20th time that I've sat here and spent two hours nodding through budget increases. In those 20 years, there's been just one fixed rule of every EU budget, and it's this: it only ever rises. We're way past the point where people are trying to match spending to specific need. The EU is now seen as an end in itself. There's a general mood in this Chamber – I think if you're honest, you'll all recognise it – that it is better for the EU to be doing something even if it does it badly, than for the nation states to be doing it more efficiently.

Now in fairness, this is an attitude common to almost every organisation. Any bureaucracy over time becomes primarily interested in its own aggrandisement. Its primary purpose becomes to spend more on itself and its notional stated purpose becomes secondary – if you're lucky. But you've just got to ask the question: is there any sum of money that is enough to sell a fundamentally flawed idea?

Lucy Anderson (S&D). – Mr President, in today's budget vote, it is highly regrettable that the shortfall in funding for the European Union Agency for Railways was not reversed, as proposed by the Committee on Transport and Tourism, in this Parliament. The agency must therefore be required to bear alone the recurring costs of a new information and communication coordination system, which is vital to railway safety.

To answer the previous speaker, this is a specific new responsibility. It is required by European Union law and it will apply across Europe. Although the budget resolution amendment did highlight that extra funding for agencies with additional responsibilities must now be found, this on its own is insufficient. I call upon the Commission and the Council to follow that up with concrete action and find the money for the European Union Agency for Railways.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor presidente, este Parlamento Europeo ha hecho su parte del trabajo aprobando e impulsando el presupuesto europeo para el próximo año 2019 y para que pueda haber un marco financiero plurianual.

¿No va siendo hora de que el Consejo sea capaz de dejar de actuar como el eslabón fallido y paralizante del proceso de decisión europeo?

¿No va siendo hora de que el Consejo haga caso al Parlamento Europeo e incremente el presupuesto hasta el 1,3 % con recursos propios, como la tasa de transacciones financieras, como le pide este Parlamento Europeo?

¿No va siendo hora de que el Consejo desbloquee el Reglamento de Dublín, la solidaridad necesaria para darle razón al asunto migratorio, y sobre todo de que lance un mensaje positivo a los europeístas británicos que se han manifestado por un segundo referéndum? ¡Ojalá hubiesen ido a votar cuando tuvieron el momento de haber evitado el Brexit (23 de junio de 2016)! Pero los europeístas van a poder tener una ocasión de apoyar Europa frente a la eurofobia y la anti-Europa en las elecciones de mayo de 2019.

13.2. Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt (A8-0317/2018 - Frédérique Ries)

Dichiarazioni di voto orali

Tibor Szanyi (S&D). – Szavazatommal támogattam ezt a jelentést, hiszen elfogadhatatlannak tartom, hogy bármilyen hulladékot a tengerekben helyezzünk el, de azt meg végképp, hogy ennek 70%-át az egyszer használatos műanyagok tegyék ki. Ezen arány tekintetében azonban sajnos hasonló eredményre jutnánk akkor, ha például Magyarországon hulladéklerakó telepeket vizsgálnánk meg. Magam is támogatom az egyszer használatos műanyagok forgalmazásának betiltását 2021-től. Mindezen termékekre a fém-, fa- vagy üvegalapú eszközök tökéletes alternatív megoldást jelenthetnek. A tiltás mellett továbbá olyan gyakorlati problémák megoldásán is dolgoznunk kell azonban, mint például a jelenleg az Európai Unióban alkalmazott különböző műanyag- és alternatív műanyag-újrahasznosítási kategóriák keveredésének problematikája.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL). – Señor presidente, el problema de la basura de plástico en el mar y en los océanos es un problema que todos y todas podemos ver en nuestro día a día. De hecho, la cantidad de plástico que vertemos al mar equivale a un camión entero de basura por minuto, más o menos lo que durará esta intervención.

Por fin, la Comisión Europea se ha preocupado por la contaminación producida por estos plásticos, pero el tiempo apremia ya. Y, para ser sinceros, esta propuesta podría haber sido mucho más estricta. Reducir drásticamente los envoltorios inútiles de alimentos o los vasos de plástico, fijar objetivos de recogida para botellas o incluir en la Directiva — como lo ha propuesto el Parlamento— los filtros de los cigarrillos son medidas muy positivas. Sin embargo, debemos ir más lejos.

Aunque la industria deberá empezar a pagar los costes de la recogida de plásticos, la Comisión nuevamente no ha querido tocar los beneficios de las grandes multinacionales. Inevitablemente, la lista de productos prohibidos deberá aumentarse en los próximos años. Todo ello, por supuesto, si no queremos terminar comiendo peces de plástico.

Younous Omarjee (GUE/NGL). – Monsieur le Président, je remercie chaleureusement la plénière d'avoir voté l'amendement que j'ai déposé pour un grand programme européen de dépollution des océans et des continents plastiques.

Je pense que c'est une avancée importante, mais cela ne sera pas suffisant car il faut un changement radical dans nos modes de production pour nous permettre d'éviter le pire et que demain notre planète ne soit renommée la «planète plastique».

Nous sommes en fait déjà dans une catastrophe écologique majeure, avec des milliards de tonnes de plastique qui s'accumulent dans la nature et dans nos océans et, ce qui est moins visible mais tout aussi nocif, ces microplastiques qui se retrouvent jusque dans l'air que nous respirons ou dans le sel que nous mangeons.

Voilà pourquoi il faut maintenant en finir définitivement avec les demi-mesures et interdire enfin les plastiques à usage unique.

Alex Mayer (S&D). – Mr President, I welcome this report on the reductions of plastics.

I recently had the pleasure of meeting Winnipeg, a sea lion with a passion for recycling, at Colchester Zoo in my constituency. Winnipeg is a bit of an environmentalist and enjoys hunting out plastic bottles and putting them into the recycling bin near her pool. It's a fun and splashy way of getting across a green message to youngsters. And the zoo are also taking practical steps in its cafés, like swapping plastic straws for paper and plastic ice cream spoons for wooden ones.

There is a real wave of anger about the 12.6 million tonnes of plastic being dumped into our seas every year. 62% of people who watched the BBC's Blue Planet programme who were surveyed said that they wanted to make changes to their daily lives to reduce their impact on the oceans. People want to dive in and make a difference.

It is time to help protect sea lions, whales, penguins and their pals from the devastation of plastic pollution, to clean up our seas and save wildlife that's hanging on by a whisker.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, dámy a pánové, já jsem podpořila návrh Evropského parlamentu na omezení používání a zákaz výroby plastových výrobků, které jsou na jedno použití. Zejména v těch případech, když máme k dispozici cenově dostupné alternativy – přístroje, talíře, brčka, tyčinky na míchání nápojů nebo na balónky – to vše jsou věci, které se bez plastů obejdou. Přestože se také další druhy plastů, jako jsou oxodegradovatelné jednorázové tašky, rozpadnou, přesto si myslím, že i zde je třeba nahradit a omezovat jejich používání. V případě lehkých plastových sáčků kvituji zachování výjimek pro hygienické potřeby a pro balení masa a podobných potravin. Oceňuji i to, že zpráva neopomíná problémy rybářských potřeb, které tvoří 27 % veškerého odpadu.

Urszula Krupa (ECR). – Panie Przewodniczący! Wszelchobecny plastik od lat zanieczyszcza środowisko, jednak wstrzymałam się od głosu nad sprawozdaniem dotyczącym ograniczenia wpływu niektórych produktów z tworzyw sztucznych. Sytuacja jest także skutkiem poprzednich strategii, jakie – prowadzone bez wyobraźni – doprowadziły do zanieczyszczenia na niewyobrażalną skalę. Tylko w Europie do morza wyrzucane jest co roku 15 ton plastiku, a w skali światowej 8 milionów ton do oceanów, gdzie problem dotyka wszystkich organizmów żyjących, nie tylko w morzach i oceanach, ale ptaków, które pochłaniają tworzywa sztuczne. Do tego zupełnie nieznany jest wpływ mikroplastików na ludzkie zdrowie. Dlatego istnieje konieczność ograniczenia katastrofy ekologicznej skutecznymi metodami.

Jednak jestem za pozostawieniem państwowym członkowskim decyzji o wyborze instrumentów mających zmniejszyć zużycie plastikowych przedmiotów jednorazowego użytku. Także chciałabym pozostawienia decyzji wprowadzenia przepisów dotyczących zbierania opakowań i recyklingu. Poza regulacjami prawnymi istnieje pilna potrzeba informowania, edukacji, zarówno producentów opakowań, jak i społeczeństwa na całym świecie, oraz zaangażowania naukowców w celu ograniczenia problemu zanieczyszczeń.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Na svetu se vsako minuto, pravzaprav, prodaja več kot milijon plastenk in tudi to je en dokaz, kako plastika postaja nek vsakdan našega življenja.

Seveda pa se ob zavedanju, da je plastika tudi ubijalec naše prihodnosti, moramo zavedati, da bo do leta 2050, če ne bomo spremenili nič, v morju več plastike, kot pa je rib, da ta plastika, pravzaprav, prodira povsod, je v hrani, uničuje in ubija živali, našli so jo tudi v človeku. Torej ta mikroplastika, ki je tudi posledica toliko odvržene plastike, resno ogroža naš planet.

In ob tem, seveda, se moramo zavedati, da obstajajo alternative in da pravzaprav je ta boj proti plastiki za enkratno uporabo tudi priložnost za gospodarstvo, za nova delovna mesta, samo zganiti se moramo pravočasno in sredstva vložiti tudi v raziskave, kako čim prej in učinkovito do tega cilja, torej da naredimo stop plastiki.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Panie Przewodniczący! Jestem zwolennikiem dbania o środowisko, o ekologię, zaczynając od siebie, od prostych zachowań we własnym gospodarstwie domowym. Muszę powiedzieć, że z tego też powodu nie miałem wątpliwości, jak reagować zarówno na poprawki, jak i na samo sprawozdanie – poparłem je. Natomiast uważam, że w tej materii powinno nas cechować więcej racjonalności, więcej konsekwencji, więcej determinacji. Z samego sprawozdania i z ustaleń z dzisiejszego dnia jestem usatysfakcjonowany, natomiast podkreślam, że nasze reakcje w tej materii są niestety nieco spóźnione. Na co zwracam uwagę przede wszystkim? Przede wszystkim zwracam uwagę na sam system produkcji. Powinno się nałożyć takie ograniczenia, aby w efekcie samej produkcji powstawało mniej tworzyw sztucznych. Drugi element – równie ważny – to jest właśnie selekcjonowanie, zwracanie uwagi także na to, co już na wysypiskach jest – i wtedy będziemy mieć pewien komplet działań w tej materii.

Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR). – Arvoisa puhemies, merten jätteistä jopa 85 prosenttia on muoviroskaa. Puolet tästä merissä vellovasta muoviroskasta koostuu tuotteista, jotka on suunniteltu heitettäväksi pois yhden ainoan käyttökerran jälkeen. Direktiiviehdotuksen tarkoituksena on kieltää tietyt kertakäyttöiset muovituotteet, kuten ruokailuvälineet, lautaset ja pillit, jotka voidaan jo nykyisellään tuottaa vaihtoehtoisista ja kestävimmistä materiaaleista.

Muovipullojen keräysaste pyritään nostamaan 90 prosenttiin vuoteen 2025 mennessä. Tämä tavoite voidaan saavuttaa esimerkiksi tehokkaalla pantiin perustuvalla pullonkeräysjärjestelmällä, jota voitaisiin entisestään tehostaa korottamalla pullopantin hinta esimerkiksi yhteen euroon.

Pidän positiivisena sitä, että tuotepakkauksiin merkitään tietoja roskaamisen haittavaikutuksista ja siitä, miten syntyvä jäte tulee lajitella. Kaikkien toimijoiden on tehtävä osansa, jotta jätteen määrää ja ympäristön kuormitusta voidaan olennaisesti vähentää. Lopputulos on selkeää edistysaskel ja oli todella helppoa äänestää hyvän mietinnön puolesta.

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, στην Ευρώπη μπορεί να μην είμαστε πρωταθλητές στη ρύπανση των πλαστικών αλλά παράγουμε εκατόν πενήντα χιλιάδες τόνους κάθε χρόνο και τους πετάμε στη θάλασσα και, αν δεν ληφθούν σημαντικές πρωτοβουλίες τόσο σε ευρωπαϊκό επίπεδο όσο και σε διεθνές επίπεδο, το 2050 θα έχουμε περισσότερα πλαστικά από ψάρια στις θάλασσες μας. Σήμερα, βεβαίως, υπάρχει ο στόχος της ανακύκλωσης των πλαστικών κατά 65% έως το 2025 σε ό,τι αφορά τις συσκευασίες και κατά 70% ως το 2030, όπως υπάρχουν και άλλοι επιμέρους στόχοι. Εκείνο, όμως, που έχει σημασία και επείγει είναι να προχωρήσουμε σε άμεσες εναλλακτικές λύσεις και να αντικαταστήσουμε τα συμβατικά πλαστικά μίας χρήσης με εκείνα που βιοαποδομούνται ή με εκείνα που μπορούν να γίνουν λιπάσματα. Οφείλουμε να αλλάξουμε και το μοντέλο του καταναλωτή. Για τον λόγο αυτό, έχω εγκαινιάσει με τις συναδέλφους Virkkunen και Ribeiro, και με την υποστήριξη του Αντιπροέδρου Katainen, την καμπάνια «Fish or Plastic». Πρέπει να αλλάξουν οι καταναλωτές. Κυρίως όμως πρέπει οι κυβερνήσεις να υιοθετήσουν και να εφαρμόσουν άμεσα σχέδια διαχείρισης των απορριμμάτων με στόχο την κυκλική οικονομία και, τελικά, την αντικατάσταση των πλαστικών είτε με ανακυκλώσιμα είτε βιοαποδομούμενα πλαστικά.

John Howarth (S&D). – Mr President, I am pleased today to support this ambitious report on single-use plastics. I believe that the European Union can – and should – lead the way in cleaning up the world's oceans. The scale of the problem is staggering, with eight million tons of plastic waste ending up in the oceans every year.

It's an ecological catastrophe, but with firm action we can solve the problem. A lot of the plastic that's in our seas from food and drink packaging can be replaced with something more sustainable. We can make sure that plastic bottles are recycled. Unless we act now with determination, the effect on our marine life will be drastic, and who knows where that will end. This report is a step in the right direction, but there is much more that we need to do. But we can do this.

Finally, as a British MEP, I am delighted and proud of the role that the BBC, and Sir David Attenborough in particular, have played in bringing this problem to the attention of the world.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL). – Mr President, in 1979, when my sister came home from a Girl Guides trip with a plastic spoon and a plastic fork, myself and my younger brother had a fight over who would get to keep it. The reason why we fought to keep it was because we had never seen one before. I won the fight. I got to keep this new lightweight, plastic, modern future for us. At the time we were worried; our main worry on this planet was a nuclear holocaust. Little did we realise that the plastic fork and spoon that I had in my hand was actually going to turn out to be more dangerous – and I say that now, even with who we have in the White House. By 2050 there will be more plastic in the oceans than there are fish by weight: 130 different marine species known to have ingested plastic.

This proposal focuses on the top ten single-use plastics: cotton bud sticks, cutlery, plates, stirrers and straws. It would not take a genius to replace the plastic in the cotton bud with wood. My mother was not a genius to use proper cups and plates at our birthday parties. It wouldn't take me to be a genius to use proper cups and plates at future birthday parties. More of this: this is what the Union should be about, not war and not about finance.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D). – Señor presidente, quería mostrar mi satisfacción con la aprobación de este informe del Parlamento sobre la Directiva relativa al plástico. Una propuesta legislativa que está inmersa en el Plan de Acción para la Economía Circular y en la Estrategia sobre el plástico. Contiene una serie de medidas que yo creo que ha mejorado este Parlamento. Por tanto, el trabajo que hemos realizado ha sido satisfactorio para eliminar aquellos plásticos de un solo uso.

Especialmente me gustaría destacar algunos de los aspectos más significativos, en mi opinión. Se toman medidas de prohibición cuando tengamos otras alternativas que sean mucho más sostenibles. Por tanto, esos que no sean sostenibles se prohibirán.

En segundo lugar, el etiquetado deberá indicar el impacto medioambiental negativo y la presencia de este plástico en el producto.

En tercer lugar, la obligación de los Estados miembros a recoger el 90 % de las botellas de bebidas de plástico y, en cuarto lugar, una cosa muy importante: si no nos sensibilizamos todos sobre la importancia de la reducción del plástico, no lo conseguiremos. Es algo que debemos eliminar de nuestro uso habitual.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE). – Mr President, this report is an important step to prevent the negative and harmful impact of plastics on the environment. Invented in the mid-19th century, plastic has been mass produced since the early 1950s, with an exponential rise in production in the last 15 years. Over eight billion tons in barely 65 years, resulting in more than six billion tons of waste. This is an alarming figure, and tackling the plastic problem is a must. This throwaway society is turning our oceans into one great garbage bin, with plastic responsible for 85% of our marine pollution. If we do not take action, by 2050 there will be more plastics than fish in our oceans. I fully support the proposals to introduce new rules on the use of plastics and a new strategy for plastic in the circular economy. I encourage the Commission to support businesses and technological innovations which aim to substitute the plastic used in certain products. The protection of our environment is our responsibility, and the EU should lead the world towards a cleaner and greener future.

Franco Bogovič (PPE). – Z velikim veseljem sem podprl poročilo, ki govori o smeri prepovedi zmanjševanja plastike, ki jo uporabljamo za enkratno uporabo. Vesel sem, da Evropska unija ostane tisti kontinent, ki naredi na tem področju največ. Nismo največji onesnaževalci morja, oceanov s plastiko, smo pa zagotovo tisti, ki imamo najbolj jasno vizijo, kako to preprečiti.

Po drugi strani imamo zelo jasne ukrepe na področju ravnanja z odpadki in smer, v katero moramo iti, se pravi, najprej čim manj uporabe plastike, po drugi strani pa tisto, kar jo imamo, proizvest na takšen način, da bo možna večkratna uporaba, predvsem pa da je na koncu življenjskega cikla možna reciklaža.

Zelo pomembno pri tem je dvojje: najprej, da ozvestimo ljudi, da se bomo spremenili v svojem obnašanju. Tu igrajo pomembno vlogo predvsem naši najmlajši, ki spreminjajo navade. Po drugi strani pa je pomembno, da vlagamo v razvoj novih tehnologij, s katerimi bomo izvedli materiale, ki bodo bistveno bolj trajnostni in bodo nadomestili te velike sovražnike našega kontinenta.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já jsem hlasoval pro tento návrh zprávy. Zákaz prodeje jednorázových plastových produktů je podle mě dobrým krokem, jelikož nízká cena a takřka neomezená dostupnost těchto zbytností v průběhu času udělala namísto šikovných pomocníků spíše problematický odpad, kterého se dnes efektivně nemůžeme zbavit. Tento objev skutečně se stal spíše noční můrou. Smutné však je, že tato revoluce se nám jaksi vymkla z rukou, je skutečně alarmující, jak velké množství plastů se v kombinaci s nedostatečnou recyklační morálkou zamořuje do našich moří, do našeho životního prostředí. Znečištění plasty nepochybně vyžaduje globální řešení vzhledem k jeho přeshraniční povaze. A je nepochybně třeba přijmout opatření nejen národní, ale i regionální a mezinárodní. Chápu námitky mnohých kritiků, že zákaz brček, nápojových míchátek či tyčinek balónků v EU nevyřeší problémy na druhém konci zeměkoule. Ovšem je důležité začít skutečně něco dělat, protože čas utíká.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem také hlasoval pro tuto zprávu a považuji ji za mimořádně důležitou. Zkrátka a dobře, všem kritikům, kteří si myslí, že není třeba nic dělat a nijak regulovat otázku užívání plastů, zvláště jednorázových plastů, vzkazuji, nechtě si prostudují zprávu o stavu životního prostředí, o stavu zamoření světových oceánů a moří. My jako odpovědní politici jsme nuceni se pokusit dělat něco s množstvím, s produkcí jednorázových plastů, a to zvláště v případě, kdy určité typy plastů mohou být nahrazeny jinými materiály, které buď mají přírodní charakter nebo se mnohem lépe recyklují. Já jsem proto tuto zprávu podpořil, samozřejmě ona nevyřeší problém plastového odpadu, ale je to jasná první vlaštovka, udává směr, kterým bychom do budoucna měli jít. Evropská unie je založena na hodnotách, jednou z těch hodnot je i ochrana životního prostředí, a proto si myslím, že jsme toto povinni přijmout pro budoucí generace.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, I was very pleased to vote in favour of this report. As the EPP negotiator for the Committee on Fisheries on single-use plastics, I am conscious of the wide-ranging effects of our excessive plastic production and pollution. We are creating unnecessary, harmful waste every day and an EU-wide approach to tackle this is long overdue.

We have to take advantage of the alternatives to single-use plastic. The EU should take leadership in this area and there is an economic opportunity available in producing innovative, reusable products. Studies show that up to 30 000 new local jobs could be created if the EU acts on this. Plastic pollution has a significant impact for citizens, marine life and the environment at large. In my own constituency, in Ireland South, the coast and seas surrounding the island of Ireland are our greatest resource and they need to be protected. I welcome the ambition to reduce the littering by more than half for the most common single-use plastics. The damage to the environment otherwise would be in the region of EUR 22 billion by 2030.

— Níl am le spáráil. Go raibh maith agat a Uachtaráin.

Момчил Неков (S&D). – Г-н Председател, пластмасите са сред най-големите замърсители в света. Начините, по които са направени, произведени и по които ги използваме, не са устойчиви и ефикасни. В допълнение към това, продукти, направени частично от пластмаса, почти никога не биват рециклирани.

Аз гласувах за амбициозното предложение за намаляване на употребата на пластмаси за еднократна употреба, защото смятам, че трябва да поставим амбициозни цели, за да имат младите европейци и бъдещите поколения по-чиста околна среда и води.

Опазването на околната среда е споделена отговорност в обществото. Смятам, че производителите трябва да бъдат приканени да произвеждат по-лесно разградим опаковъчен материал. Не е устойчиво да се увеличават разходите за сметосъбирание за сметка на гражданите или да се разчита на акции и дейности само на доброволци. Отговорност е и на държавните органи, и на местната власт да информират своите граждани, че пластмасите носят много рискове и опасности за човешкото здраве, след като попадат в почвата, водата, а оттам – и в нашата храна.

Dubravka Šuica (PPE). – Gospodine predsjedavajući, podržala sam, naravno, ovaj prijedlog Europske komisije, jer ga smatram jako dobrim za zaštitu našeg planeta, prije svega našeg mora. Smatram da je izvrstan prijedlog za jednokratnu uporabu plastike, ali naravno da trebamo naći alternativne načine proizvodnje kako bismo zamijenili ove proizvode o kojima ovdje govorimo.

Nikako mi ne bi bilo drago da Europa postane simbol za zabranjivanje dječjih balona, puštanje balona u zrak, ali istovremeno sam sigurna da Europa mora predvoditi u ovoj borbi. Nemoguć je podatak da tri četvrtine otpada u moru dolazi iz plastike, a još gori je drugi podatak: do 2050. godine, kada bismo nastavili ovim tempom, bilo bi u moru više plastike nego ribe, što nikako ne možemo dopustiti.

Meni je to naročito važno jer dolazim s Jadranskog mora, koje dijelimo zajedno s vašom Italijom i sigurna sam da ga moramo zaštititi, da ga moramo očuvati, i tko drugi nego mi u Uniji, a nadam se i da će države članice slijediti ovu direktivu i da će uvesti sve ove mjere koje danas predlažemo.

Jadwiga Wiśniewska (ECR). – Panie Przewodniczący! Ograniczenie plastiku jest wyzwaniem, ale jest też i koniecznością dla nas. Toniemy tak naprawdę w górze plastikowych śmieci. Te śmieci są wszędzie. To działanie zmierzające do ograniczenia plastiku jest absolutnie konieczne i absolutnie potrzebne. Tylko w Europie do morza wyrzucanych jest co roku piętnaście ton plastiku, a w skali światowej mówi się o ośmiu milionach ton śmieci, które trafiają do oceanów. Proszę zwrócić uwagę, że 70% wszystkich odpadów w morzach to odpady plastikowe. Niektóre produkty jednorazowego użytku z tworzyw sztucznych, dla których istnieją łatwo dostępne i tanie zamienniki powinny być po prostu z rynku wycofywane. Musimy zwracać uwagę na to, że jednak powinny być również podejmowane działania profilaktyczne, uświadamiające ludzi o szkodliwości plastiku. Oczywiście pochylam się również z wielką atencją nad tym, żeby ograniczyć ilość butelek plastikowych, które są codziennie zużywane w milionach jak nie w miliardach ton na świecie. Uważam, że to słuszny kierunek, choć uważam, że wątpliwości budzą cele określone niestety w sposób zbyt ogólny i trudny do realizacji. Tak więc powinniśmy doszczegółowić te cele, żebyśmy mogli być skuteczni.

13.3. Entlastung 2016: Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) (A8-0299/2018 - Bart Staes)

Dichiarazioni di voto orali

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, η συζήτηση για την Ευρωπαϊκή Υπηρεσία Υποστήριξης για το Άσυλο έρχεται σε μια στιγμή που βρίσκεται σε εξέλιξη έρευνα της OLAF σε ό,τι αφορά διάφορα πρώην και νυν μέλη της Ευρωπαϊκής Υπηρεσίας Υποστήριξης για το Άσυλο. Η λέξη κλειδί, λοιπόν, είναι η λέξη εμπιστοσύνη. Είναι απαραίτητο να αποκαταστήσουμε την εμπιστοσύνη με τους πολίτες μας. Είναι απαραίτητο να υπάρξει απόλυτη διαφάνεια. Για τον λόγο αυτό, επείγει να υπάρχει ένα σαφές σχέδιο δράσης σε ό,τι αφορά την ανάκτηση των παράτυπων πληρωμών, σε ό,τι αφορά τη χρηματοδότηση δραστηριοτήτων επιχειρησιακής υποστήριξης της Υπηρεσίας στα κέντρα υποδοχής και ταυτοποίησης παράτυπων μεταναστών ή και προσφύγων σε ορισμένα κράτη μέλη, όπως είναι και η Ελλάδα. Είναι απαραίτητο να τηρούνται ταυτόχρονα αυστηρά όλες οι διαγνωστικές διαδικασίες σε ό,τι αφορά την κοινοτική νομοθεσία περί δημοσίων συμβάσεων. Είναι απαραίτητο οι πολίτες να πιστέψουν ξανά ότι η Ευρωπαϊκή Υπηρεσία Υποστήριξης για το Άσυλο διαχειρίζεται τα χρήματά τους με απόλυτη αξιοπιστία και διαφάνεια.

Presidente. – Come abbiamo detto le dichiarazioni di voto che erano previste per oggi andranno a domani.

14. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(La seduta è sospesa alle 14.30)

PŘEDSEDNICTVÍ: PAN PAVEL TELIČKA

místopředseda

15. Wiederaufnahme der Sitzung

(The sitting resumed at 15.01)

16. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

17. Bewertung des Vertrags von Lissabon (Aussprache über ein aktuelles Thema)

President. – The next item is the topical debate (Rule 153a) on evaluation of the Lisbon Treaty (2018/2888(RSP)).

I should like to inform Members that for this debate there is no catch-the-eye procedure and there will be no blue cards, so no blue cards will be accepted.

Marco Zanni, autore. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, sono ormai passati dieci anni dall'entrata in vigore del trattato di Lisbona ed è necessario, quindi, fare un po' il punto della situazione attuale nell'UE.

I dati economici e sociali non mentono e ci dicono che oggi stiamo peggio di dieci anni fa, con la disoccupazione in aumento, la ricchezza diminuita e il rapporto tra debito e PIL che in dieci anni si è amplificato di oltre venti punti percentuali. Questa è la realtà dei numeri, ma al di là di questi macroindicatori chiari è la realtà della vita quotidiana che mostra come i cittadini siano sempre più in difficoltà e quanto siano acute anche le differenze e le diffidenze tra i paesi dell'Unione, facendo rinascere e rinsaldare sentimenti di timore e sfiducia reciproca che credevamo ormai sepolti da tempo.

È chiaro che il trattato e l'UE hanno fallito negli obiettivi che si erano proposti: non c'è benessere, non c'è coesione economica, non c'è coesione sociale o territoriale né la tanto sbandierata solidarietà tra paesi.

Del resto non c'è da stupirsi se tra gli obiettivi sanciti dal trattato vi sia l'avere un'economia sociale e di mercato fortemente competitiva. Come si è tradotto, io chiedo, questo principio nel concreto? Ecco, si è tradotto nel sacrificio di giovani, di lavoratori, di pensionati ad appannaggio di lesive politiche neoliberiste. Si sono avuti quindi disoccupazione giovanile, compressioni salariali e tagli alle pensioni – le uniche ricette che Bruxelles è stata in grado di imporre agli Stati membri.

In questi dieci anni il trattato e l'UE non sono stati in grado di dare una risposta concreta ai tre grandi problemi che oggi i cittadini europei affrontano: la crisi economica che perdura, la crisi della sicurezza interna e la protezione dei confini contro l'immigrazione clandestina. Non solo nulla è stato fatto, ma le ricette europee hanno addirittura peggiorato la situazione.

Io mi chiedo come l'Unione europea possa migliorare la situazione se un governo democraticamente eletto non può nemmeno stabilire le proprie misure economiche ma deve essere sempre sotto ricatto di questo o quel commissario UE, che dopo aver fallito a casa propria vuole ora decidere a casa nostra. Mi domando quale potere abbiano Junker, Dombrovskis o Moscovici per decidere il futuro e le speranze di milioni di giovani, di lavoratori, di pensionati e di disoccupati in Italia e altrove.

L'arroganza con cui volete proseguire su una visione di un'Unione accentratrice, con sempre più poteri e competenze sottratti ai governi nazionali, sta portando l'Europa al collasso. Forse è opportuno togliersi dalla testa il mantra del «più Europa» del «there is no alternative», che per voi rappresenta la soluzione a tutti i problemi ma che in realtà è stato solamente la sublimazione di un sistema antidemocratico a discapito delle libertà dei cittadini e dei popoli europei.

Io vi chiedo se vi siete mai domandati come mai, quando ai cittadini europei è stato consentito di pronunciarsi direttamente su questioni relative all'UE, spesso l'esito è stato ben diverso da quello che vi aspettavate. L'ultimo Eurobarometro dice che meno della metà degli italiani vede vantaggi nell'UE ma il 60 % sostiene questo governo che voi osteggiate. Cosa volete fare? Rispettare la democrazia e le libertà dei popoli o toglierle definitivamente?

Ormai per voi le lancette della storia scorrono inesorabili. Chi ha sostenuto quest'idea fallimentare di Europa verrà spazzato via dal voto popolare. Per lunghi anni in queste aule ci avete ostracizzato, deriso, ammutolito. A maggio ci prenderemo la nostra rivincita. Lo shock politico che vi cancellerà permetterà all'Europa, quella vera, di risorgere dal baratro in cui le vostre scelte scellerate l'hanno portata.

Karoline Edtstadler, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, thank you for inviting the Presidency to your monthly topical debate.

The Council has not yet discussed the evaluation of the Lisbon Treaty as such. The Council implements the Treaty with a view to achieving results. We believe our focus should be on delivering results for our citizens, in particular, right until the end of the present term. Be assured that the Austrian Presidency will be focused on this.

On this I would simply note that the ordinary legislative procedure, which is now generalised after Lisbon, works well – and I would like to thank the European Parliament for the good cooperation – and that the relations between the Council and Parliament on the whole have indeed improved.

Beyond this, there is certainly a debate about the evaluation of the Treaty and, more generally, about the future of the Union. We appreciate that Parliament has been working on several reports on certain aspects of the Treaty. I am sure that in today's debate a variety of views will be expressed, based on respective political perspectives.

That said, I will listen to your debate attentively. Thank you for this opportunity.

Frans Timmermans, *First Vice-President of The Commission*. – Mr President, frankly, I prepared for a debate about the Lisbon Treaty. I was waiting for Mr Zanni to go onto the Lisbon Treaty. He went onto many things, very interestingly, but not onto the Lisbon Treaty. I will stick to my brief anyway.

The Treaty is a reflection of what Member States collectively want and require from the EU. They have come together and pooled sovereignty because they see there are challenges that no one Member State can address acting alone. As Jean-Claude Juncker said in the State of the Union address this year, and I quote: 'European sovereignty is born of Member States' national sovereignty and does not replace it. Sharing sovereignty – when and where needed – makes each of our nation states stronger. End of quote.'

Too often the discussion on sovereignty is a pretext for the question of how we can stop things, but the real question we should ask is: how can we act effectively and legitimately in the face of challenges or crises? I also want to react to some of the things Mr Zanni said. There is no imposition. Every single Member State has signed and ratified the Treaty. You can't afterwards say, 'I've signed and ratified, but I will not apply the Treaty'. We are based on the rule of law and that means that this Union can only function if we can accept that those who sign and ratify the Treaty also apply the Treaty. If we have a problem with that, the Commission can intervene and at the end of the day, it's the Court of Justice that will rule on this. That is the essence of how we constructed the European Union after the Second World War. Creating the impression that this is an imposition from outside is, I think, fooling your own people and it is irresponsible. It can create a certain feeling of 'we're being dictated to from outside', but it is not a reflection of reality, and it is also hiding away your own responsibility. You have a responsibility vis-à-vis your colleagues in the Council, vis-à-vis the

European Parliament, vis-à-vis the Commission, but you certainly have a responsibility vis-à-vis your own signature, your own ratification, and I think we should be talking about that more.

I also believe that if you look at the number of Treaty changes we have seen over the years, you see that, given the complexity of the challenges and the complexity of working together and having to tackle issues No Member State can tackle on its own, the need for decision through qualified majority voting (QMV) has increased. I hope we can use the coming time to look into areas where QMV can be increased, especially in foreign policy. If you have to take decisions on international human rights, or if you have to take decisions on commercial issues, I think QMV could be a helpful instrument. Again, and I come from a country where the temptation of thinking that the veto was the best thing you had has sort of waned. People understand that a veto can only give you the instrument to stop something temporarily, but it doesn't give you the opportunity to act, to actually do something proactively, and so I think the discussion of QMV will have to move forward.

On issues such as taxation, there is no way we can muster enough strength against the huge corporations that can negotiate tax deals with individual Member States that de facto mean they don't pay any taxes if we don't do this at the European level. We need to do this at the European level, and for that I think QMV would be important as well.

I also want to mention briefly the task force on subsidiarity and proportionality that Jean-Claude Juncker created last year. Yesterday in the Commission work programme, we set out in broad terms how we believe the task force needs to respond to the questions that were put on the table by Member States, by national parliaments and by other stakeholders such as regional and local authorities. We will prepare this for the Bregenz conference that will take place soon. The core of the issue is that we need to make sure that all those who in the end have to work with legislation are also involved in preparing the legislation, helping us to evaluate the legislation, to make sure that we avoid duplication, to make sure that we avoid unnecessary complexity. It is now also my experience that the issue is not, in general, should competences be returned from the EU level to Member States? We've challenged everyone to give us some examples, and the examples are few and far between, but not really very concrete.

The real issue we need to tackle is: how do we legislate? How do we do this? Can we not do this in a way that is less complex, that will help local and regional authorities to have ownership of these processes? Where can we evaluate existing legislation to make sure that we take out what is no longer necessary etc.? We should get out of this logic that the only thing we could do is do less. We need to do things Europe needs to do, and we need to stop doing things that are nice to do. We only need to do what we need to do. I believe that if we start from that premise, we will understand that there is a tremendous amount we still need to do, and I couldn't end my intervention without referring to the momentous decision this Parliament took today to embrace the plastic strategy. It is now up to the Council to do something that a vast majority of Europeans want us to do, and they want us to do it now.

Danuta Maria Hübner, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, I will speak on the Lisbon Treaty as well. I believe that it has brought immense progress to the functioning of the EU in terms of efficiency, democracy and also transparency. But it maintained and enhanced the system of intergovernmental policy coordination, which was very different from the Community method, and for many of us this has been a disappointment. As a result, important policy decisions and actions are based on the voluntary commitment of Member States, with all its consequences. We saw during the time of 'polycrisis' that this working method does not work when key challenges are at stake.

The Committee on Constitutional Affairs has proposed – and the whole House accepted when voting through a series of reports last year – the logic to first explore fully the potential of the Lisbon Treaty and only then to reflect on the changes to the Treaty that would be necessary to attain desiderata the boundaries of the Treaty of Lisbon do not allow to be pursued.

But we all know that today unanimity makes Treaty revision virtually impossible. There is a long list of issues on which the Union has moved forward, building on the unexploited treaty potential – PESCO is a recent example here – but the list regarding unused Treaty potential remains even longer: the passerelle clause that has never been used; the European Parliament's right of inquiry and its right of legislative initiative; reinforcement of the rule of law framework; transparency of Council legislative decision-making; and accession to the ECHR.

Without doubt, within the Lisbon Treaty framework, we can move forward on completing reforms of the EMU. All we need is the political will. In this House we have called for the use of QMV in the Council, but also for the general use of the ordinary legislative procedure. Eventually all decisions, including on the MFF, should be taken by QMV, even if a very high one in some particular cases.

So yes, indeed, we can clearly use the existing unexploited potential of the Lisbon Treaty to improve the governance of the Union and its institutional set-up. I believe that this will make the Treaty of Lisbon more relevant to the challenges that our policy-making will face in the years to come.

Richard Corbett, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, I too thought Mr Zanni had turned up for the wrong debate, but then he moved very quickly onto the old clichés about the European Union becoming some sort of centralised superstate. We hear a lot about false news these days, but really, this is a false narrative. Just look at the facts: this Union, its central administration, the Commission, has fewer employees than the city of Leeds in my constituency. Its budget is scarcely 2% of public spending – 98% is national. No legislation can be adopted without the approval of both this elected Parliament and national ministers – members of national governments, accountable to national parliaments – meeting in the Council. It's not actually possible for this Union to act in areas that the Member States don't want it to act in. It's in those areas where we need joint action.

I was Parliament's rapporteur on the Lisbon Treaty. It was a series of reforms to make the Union work better and to improve its accountability, a series of reforms that needed the grand slam of ratification by every single Member State to get through, so again, a very high level of consensus about it. What did it do? Firstly, it made our Union work better. As Mr Timmermans has mentioned already, more majority voting, fewer vetoes, but a qualified majority still needs a very high threshold in the Council. It has allowed the European Council to choose who chairs its meetings, instead of having a Buggins' turn rotation with a new President every second meeting. It allowed us to have one external representative – the High Representative – instead of two as we used to. It rationalised our work, but it also made the Union more accountable. Prior scrutiny by national parliaments – every legislative proposal goes to them first. They have an eight-week period to look at it before we begin on it.

Election of the President of the Commission by this Parliament; the Council to meet in public when adopting legislation; the whole budget subject, and others which I can't list because of lack of time; many other democratic improvements.

This narrative is false.

Richard Sulík, *za skupinu ECR*. – Základným problémom Európskej únie je nedodržiavanie pravidiel a dohôd.

Schengen, Dublin, Maastricht, Lisabon – prakticky každá jedna zmluva bola niekým významným spôsobom porušená. Pripomínam článok 125 Lisabonskej zmluvy, podľa ktorého každá krajina ručí za svoje záväzky sama, v prípade Grécka to neplatilo; článok 123 Lisabonskej zmluvy, podľa ktorého Európska centrálna banka nesmie vykupovať verejný dlh, medziasom tak spravila za nepredstaviteľných 2500 miliárd eur. Pri nedodržovaní pravidiel je obľúbeným riešením Európskej komisie vymýšľať nové pravidlá, u ktorých rovnako nedbá na ich dodržiavanie. Pravidlá Paktu rastu a stability boli celkovo porušené vyše 150-krát. 150-krát a pán Juncker a jeho predchodca pán Barosso nepristúpili k sankciám jedinýkrát. Naopak, keď pán Juncker dostal pred dvomi rokmi otázku, že prečo Francúzsko po ikstýkrát nemusí dodržiavať tieto pravidlá, odpovedal: „Preto, lebo je to Francúzsko.“ To sa mu teraz vracia ako bumerang. Z Talianska prišiel návrh rozpočtu, ktorý je pre ostatné členské krajiny čistou provokáciou, spolu s komentárom, že pána Junckera už nikto neberie vážne.

Samozrejme, že správanie Talianska je výsmech všetkým ostatným členským krajinám, preto apelujem, v prvom rade, dodržiavajte, prosím vás, pravidlá, až potom vymýšľajte nové.

Dita Charanzová, za skupinu ALDE. – Pane predsedajúci, Lisabonská smlouva je právom považovaná za prelomový moment v rámci evropskej integrácie. Predevším preto, že umožnila fungovanie EU po historickom rozšírení o země bývalého východního bloku v roce 2004. Umožnila také nové formy spojení členských států, a to včetně posílené spolupráce v oblasti obrany. Dnes, téměř 10 let od její reálné účinnosti, si však musíme nastavit zrcadlo. Opravdu jsme přiblížili Unii blíže občanům? Jsme akceschopnější? Zapojujeme více národní parlamenty do rozhodování? Opravdu se striktně řídíme principy subsidiarity a proporcionality? Mně osobně z toho plyne jediný závěr – Evropa, která si nyní prošla několika krizovými momenty, potřebuje reflexi. Nemůžeme pokračovat, jakoby se nic nedělo, dávali bychom tím všanc celý evropský projekt. Byla bych velmi nerada, aby jediným reálným výsledkem Lisabonské smlouvy byl brexit.

Klaus Buchner, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Herr Präsident! Wir brauchen Europa. Aber wenn wir Europa erhalten wollen, müssen wir es dringend reformieren, wir müssen es demokratischer machen.

Das Parlament muss endlich die Rechte bekommen, die ein Parlament in einer echten Demokratie hat, z.B. ein Antragsrecht für neue Gesetze, z.B. die Möglichkeit, in der Außen- und Sicherheitspolitik Entscheidungen zu fällen. Schließlich sollte doch in einer Demokratie das Parlament das höchste Gremium sein.

Die Kommission muss eine gewählte Regierung werden, und der Europäische Gerichtshof muss sich darauf beschränken, die Einhaltung der bestehenden Verträge zu garantieren. Er muss nach den bestehenden Gesetzen urteilen und darf nicht die Gesetze verändern oder weiterentwickeln.

Dieses mangelhafte Demokratieverständnis war einer von mehreren Gründen für den Brexit, und auch viele überzeugte Europäer wünschen sich dringend Reformen in der EU. Wir brauchen Europa, aber wir brauchen ein demokratisches Europa.

Jiří Payne, za skupinu EFDD. – Pane predsedajúci, v Lisabonskej smluve nie je nastavená rovnováha moci, vzájomná kontrola inštitúcií, ktorou jinak běžně používáme na úrovni spolků, ústav států i mezinárodních organizací. Začneme od Komise: podle čl. 17 odst. 1 Lisabonské smlouvy „Komise podporuje obecný zájem Unie“. Všimněte si, v celé Lisabonské smlouvě není řečeno, že by Unie měla sloužit lidem, slouží sama sobě. Můžeme to doložit i dalšími citáty. V čl. 17 odst. 3 se píše, že „členové Komise jsou vybíráni tak, aby byli naprosto nezávislí“. Naprosto nezávislími na občanech členských států, na normálních lidech. Výslovně se tam píše: „Komise vykonává své funkce zcela nezávisle. Členové Komise nevyžadují ani nepřijímají pokyny od žádné vlády, orgánu, instituce ani jiného subjektu.“ To znamená, že Komise je zcela odříznutá od lidí. Politický systém, který nebere ohled na zájmy lidí, se považuje za autoritativní systém. Někteří argumentují, že přece členské státy rozhodují o tom, co Komise smí dělat.

Rada: v Lisabonské smlouvě v čl. 4 v odst. 3 stojí: „Členské státy usnadňují Unii plnění jejich úkolů a zdrží se všech opatření, jež by mohla ohrozit dosažení cílů Unie.“ Takže státy nesmějí prosazovat své vlastní zájmy a zájmy svých občanů v Unii. Na tomto místě budu citovat předsedu Evropské komise, pana Junckera. Ke shromáždění předsedů vlád řekl: „Přestaňte naslouchat svým voličům.“ Můžeme takhle pokračovat dál, dokázali bychom, že Lisabonská smlouva je totalitní systém obdobný těm v komunistických zemích.

Patrick Le Hyaric, au nom du groupe GUE/NGL. – Monsieur le Président, d'abord, le traité de Lisbonne est dès le départ entaché de violation de la souveraineté des peuples, dès lors que son frère jumeau le projet de constitution européenne a été rejeté par plusieurs peuples, dont celui de France, des Pays-Bas et d'Irlande.

Malgré cela, on applique un traité qui codifie des politiques économiques et sociales ultralibérales, on fait de la concurrence de tous contre tous le guide de tous les choix, quitte à creuser toujours plus les fractures sociales, territoriales, le chômage, la précarité et la pauvreté. On met les budgets nationaux à la diète mais ce n'est pas pour cela qu'on réduit les dettes.

L'urgence, donc, aujourd'hui, est de refonder cette construction européenne en y associant les peuples pour un nouveau traité social, démocratique et écologique pour faire face aux énormes défis qui sont devant nous: construire l'Europe du travail, combattre l'évasion fiscale, taxer les mastodontes qui ne participent pas au bien commun dans l'Union européenne, défendre et créer de nouveaux services publics, utiliser la création monétaire de la banque centrale pour le développement humain et la transition environnementale, être acteur de la coopération mondiale du désarmement et de la paix.

Auke Zijlstra, namens de ENF-Fractie. – Voorzitter, in juni 2005 heb ik tegengestemd in het Nederlandse referendum over de Europese grondwet, nu bekend als het Verdrag van Lissabon. En met mij was de grote meerderheid van de Nederlanders tegen. Ik was toen ambtenaar bij Binnenlandse Zaken en bij mijn collega-ambtenaren heerste onbegrip. Waarom vond de bevolking machtsuitbreiding van Brussel niet goed? De Tweede Kamer besloot dat de bevolking te dom was om een gefundeerde mening te hebben en de grote partijen, waaronder die van commissaris Timmermans, negeerden dan ook de uitkomst.

Nederland trad toe tot het Verdrag van Lissabon in een enkelvoudige stemming. Dat was illegaal, want in strijd met de Nederlandse grondwet, maar ja, alles voor de Goede Zaak, nietwaar?

Een decennium later blijkt de bevolking visionair geweest te zijn. De EU heeft alles naar zich toetrokken. Nederland gaat nergens meer over. Niet meer over grensbewaking, niet meer over migratie, niet over zijn eigen overheidsbudget, niet over vrije politieke discussies op internet. Ik zou zeggen dat – zeker met dat laatste – de Europese Unie trekken van de Sovjet-Unie begint te krijgen, maar ja, mijn juriste vertelde me dat belediging van de Unie strafbaar is. Onvoorstelbaar. Je kan dus niet tegen het Verdrag stemmen, maar je kan het dus wel beledigen. Je vraagt je dan af: word je dan veroordeeld door het Europese Hof, die andere tentakel van de Europese octopus? Had ik al 'visionair' gezegd?

Gelukkig blijkt het Verdrag zijn langste tijd gehad te hebben. Groot-Brittannië is er helemaal klaar mee. Hongarije, Polen, Tsjechië, Slowakije, Italië, allemaal hebben ze ruzie met de Europese Commissie. En daar komt straks Roemenië nog bij, Bulgarije. Spanje niet, ondanks het knuppelen van Catalaanse kiezers. Het bestrijden van de mening van de kiezer is namelijk wel oké. In Spanje, maar in Nederland dus ook. Wat dat betreft is er niet veel veranderd in het afgelopen decennium.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η Συνθήκη της Λισαβόνας δεν τιτλοφορείται ως Σύνταγμα, αλλά συγκαλυμμένα αποτελεί ένα οιονεί Σύνταγμα και οι ευρωπαϊκοί θεσμοί το μεταχειρίζονται ως τέτοιο. Με τις υιοθετημένες πολιτικές και τις σολομώντειες, δημιουργικές ερμηνείες της Συνθήκης, η υφιστάμενη μορφή της Ένωσης είναι ασύμβατη με τον θεωρητικά επιδιωκόμενο σκοπό. Δεν έχουμε μία Ένωση δημοκρατίας και ασφάλειας, αλλά μία θεσμική επιβολή και επιβουλή εναντίον των εθνικών αρχών με ελεγχόμενες διαδικασίες όπου το ενωσιακό δίκαιο υπερέχει της εθνικής νομοθεσίας. Η Συνθήκη χρησιμοποιήθηκε για την απώλεια της εθνικής ταυτότητας των κρατών μελών και των κυριαρχικών τους δικαιωμάτων. Συνετέλεσε στον εκφοβισμό της Ευρώπης και θα συνεισφέρει στη νομοτελειακά επερχόμενη παρακμή, αν δεν τροποποιηθεί. Απαιτείται άμεση αναθεώρηση της Συνθήκης και παύση του επεκτατισμού των αρμοδιοτήτων που αναλαμβάνει η Ένωση. Επαναπατρισμός αρμοδιοτήτων στις εθνικές πρωτεύουσες, σεβασμός των αποφάσεων των δημοκρατικά εκλεγμένων κυβερνήσεων των κρατών μελών, αναγνώριση πως η Ένωση, όπως λειτουργεί, δεν είναι Ευρωπαϊκή Ένωση και ούτε πρόκειται να γίνει.

Elmar Brok (PPE). – Herr Präsident, Herr Vizepräsident, Frau Ratspräsidentin, meine Damen und Herren! Die Europäische Union ist mit Lissabon demokratisch geworden. Alle Institutionen sind demokratisch legitimiert – durch die Wahl des Bürgers, durch die Wahl dieses Hauses oder durch die Wahl der nationalen Parlamente auf der Ratsseite. Das gilt auch insbesondere für die Kommission; daran gibt es nichts zu deuten. In manchen Bereichen haben wir mehr Rechte in diesen Fragen als einige nationale Parlamente, und das sollte man nicht wegdiskutieren.

Sie dient dem Menschen, sie nützt, sie schafft Arbeitsplätze, sie vermeidet Krisen, sie hilft, mit Problemen fertig zu werden. Wir haben die Finanzkrise von 2008 überwunden und niemand ist bankrott gegangen – mit solidarischer Hilfe. Wir müssen die Instrumente verbessern. Dafür brauchen wir höhere Entscheidungsfähigkeiten und mehr Mitentscheidungsfähigkeiten. Deswegen muss die Passerelle genutzt werden. Deswegen muss hier auch der Rat handeln. Ich halte das heutige Verhalten des Rates für vertragswidrig. Auch in den Bereichen, wo Mehrheitsentscheidung vorgesehen ist, einigt man sich auf das Konsensprinzip und nützt nicht die Mehrheitsentscheidung. Dies halte ich für vertragswidrig. Es wird die Stunde kommen, wo wir dagegen klagen müssen, dass der Vertrag nicht genutzt wird, um dadurch Handlungsfähigkeit zuwege zu bringen – eine Handlungsfähigkeit, die wir brauchen, damit wir die Probleme von heute – bei Migration, innerer und äußerer Sicherheit, Klimawandel und bei vielen anderen Fragen – lösen können, zur besseren Situation unserer Bürger.

Die Bürger erwarten von Europa mehr Handlungsfähigkeit. Das ist der Hauptgrund für die Kritik heute an Europa, dass wir nicht liefern. Dafür brauchen wir verbesserte Entscheidungsstrukturen, die im Vertrag von Lissabon möglich sind. Das sollten wir, glaube ich, in verstärkter Art und Weise nutzen.

Ich meine, wenn hier gesagt wird „dient nicht dem Menschen“, ist gemeint, dass die Kommission unabhängig ist von Weisungen, von Lobbyisten und anderen, das ist gemeint, nicht der Stuss, den Sie, Herr Pagne, da vorne erzählt haben. Und diese Europäische Union dient den Menschen – der erste Satz der Charta der Grundrechte heißt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Aber diese Würde des Menschen haben Sie mit Ihrer politischen Clique noch nie gewürdigt.

Maria João Rodrigues (S&D). – Mr President, I also know the Lisbon Treaty quite well because I was part of the team of the Portuguese Presidency in charge of completing the negotiation of this Treaty in Lisbon back in 2007.

Let me make a clear point. The problem we have is not with the Lisbon Treaty. The problem we have is with the kind of policies we need to implement in order to deliver better European solutions. Let's be fair: when we focus on the Treaty, the Treaty has involved important progress when it comes to democracy. First of all, the fact that this Parliament has extended co-decision in many, many new areas. This is really deepening European democracy. Second, the Lisbon Treaty could pool sovereignty where this is needed: when we address climate change; when we negotiate trade agreements; when we affirm our monetary sovereignty. In all these areas we need stronger European sovereignty. This does not go against national sovereignty. This is to strengthen our control of the situation.

I am now addressing the part of Parliament and those Members of the European Parliament who are taking a position against the European Union and the treaties of the European Union. You are wrong. This is not the problem, and the solution is not to withdraw from the treaties. The solution is to change policies in favour of more economic and social convergence and more tax fairness. That's for sure. So this is the way to go.

Ryszard Czarnecki (ECR). – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! No to jest tak, że staramy się mówić o traktacie lizbońskim praktycznie z dwóch skrajnych pozycji. Jedni mówią: traktat lizboński jest wspaniały, cacy, jedziemy dalej; inni mówią, że jest beznadziejny i należy go podrzeć i wyrzucić do kosza. Ja tak nie uważam.

Problem dzisiaj Unii Europejskiej polega na tym, że traktat lizboński często nie jest przestrzegany, i mam wrażenie, że realna władza w Unii zupełnie nijak się ma do ustaw traktatu lizbońskiego, że tak naprawdę dzisiaj główną pozycję w tworzeniu polityki europejskiej mają dwa główne państwa w Unii Europejskiej i nie jest to bynajmniej jakoś zakorzenione w traktacie lizbońskim.

Oczywiście ten traktat należy poprawiać, bo kompetencje między szefem Komisji Europejskiej a przewodniczącym Rady nie zostały sprecyzowane. Pamiętamy w tym Parlamencie wojny między panem Barroso a ówczesnym przewodniczącym Rady i to, że ich tutaj czasem nie było, bo się nawzajem bojkotowali. To trzeba zmienić.

António Marinho e Pinto (ALDE). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, em tempos de avaliação do Tratado de Lisboa, uma conclusão que se destaca: estamos muito longe das promessas e esperanças que ele consubstanciava. Citando um poeta português, falta cumprir a União Europeia.

Se na economia a integração avançou com o mercado único e na sua configuração política também, embora com hesitações e contradições, nos domínios da justiça e dos tribunais, que são o outro polo do binómio Estado de Direito democrático, nada se passou de relevante.

A justiça, sobretudo a justiça criminal, é um valor demasiado importante no processo de integração e coesão europeias para ser deixada ao cuidado exclusivo dos Estados-Membros. Um Estado só será Estado de Direito se for Estado democrático e só será democrático se for também Estado de Direito.

É, pois, urgente a transformação do Eurojust numa Procuradoria-Geral da União, a criação de um tribunal europeu com competência exclusiva para julgar um catálogo de crimes transfronteiriços na União Europeia.

Younous Omarjee (GUE/NGL). – Monsieur le Président, c'est une souffrance pour nous quand on parle du traité de Lisbonne car ce traité, c'est d'abord une violence, une violence faite à la démocratie, puisqu'il s'est assis sur le «non» au référendum français.

Ce traité, c'est aussi la mise en cause de la souveraineté budgétaire des États, c'est la préférence pour des règles absurdes – penser à Berlin, plutôt qu'au bonheur des gens – ; c'est la soumission à l'ordolibéralisme qui ferme la porte, partout en Europe, au progrès social. Et dans sa pratique ce traité aura organisé la mise en cause des services publics, la captation des biens communs, il aura organisé l'austérité sans fin et pris soin de faire de l'Union européenne, un paradis pour les lobbies et pour les évadés fiscaux.

Jean-Claude Juncker disait qu'il ne peut y avoir de choix démocratique contre les traités. Pour ma part, je dis qu'il ne peut y avoir de démocratie et de progrès dans ces traités européens.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, je velmi zajímavé poslouchat tuto rozpravu, protože zaznívají zde názory, snahy Lisabonskou smlouvu zrušit až po snahu výrazně jaksi posílit federativní charakter Evropy a tuto smlouvu novelizovat. Jako politický realista si myslím, že ta smlouva v zásadě funguje a domnívám se, že v tuto chvíli není příliš politické vůle k nějaké významné a výrazné změně. To znamená, za sebe říkám: „Pojďme se současným zněním Lisabonské smlouvy pracovat.“ Uvažovat o velkých změnách je podle mého názoru v tuto chvíli politicky nereálné, ale snažme se věci, které třeba dosud nebyly úplně využívány a jsou ve Smlouvě obsaženy, lépe využívat. Třeba konzultační role národních parlamentů při přijímání nové legislativy. To je oblast, kde máme velké mezery a kde by ta smlouva mohla být do budoucna lépe využívána. Já tam vidím samozřejmě věci, které podle mého názoru nejsou příliš dobré – posílení kvalifikované většiny. U hlasování v roce 2015, u kvót, se ukázalo, že to byla politická chyba. Ale jsou to drobné věci, které není nutné měnit.

Mercedes Bresso (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, onorevole Zanni, non tema: noi europei, noi proeuropei cogliamo la sfida anche delle prossime elezioni europee. Non ci sarà una maggioranza antieuropea in questo Parlamento.

Certo, anche noi vogliamo cambiare il trattato di Lisbona, ma in meglio. Occorre conferire sovranità all'Unione europea nei campi in cui gli Stati non sono più in grado di gestirla da soli e questi campi sono molti, dalla moneta, alla politica economica e al quadro delle politiche sociali, alla giustizia, alla difesa e alla politica estera, alla sicurezza, a cui voi tenete molto, e poi il mercato unico, naturalmente, l'ambiente, la protezione dalla globalizzazione.

In tutti questi campi noi pensiamo che il trattato di Lisbona permetta di andare avanti, di andare avanti applicandolo pienamente, ma pensiamo anche che siano possibili e necessarie modifiche ai trattati.

Molti hanno trattato il tema della democrazia. Per far funzionare bene la democrazia in Europa occorre che si arrivi pienamente alla codecisione. Qui mi rivolgo al Consiglio: la democrazia è voto a maggioranza, è capacità di prendere decisioni e di andare avanti, non di farsi bloccare dal voto all'unanimità. È anche quello, certo, dell'iniziativa legislativa del Parlamento europeo, è quello di un migliore rapporto con i parlamenti nazionali, che devono controllare l'applicazione delle norme europee da parte dei loro governi. È anche sicuramente quello di arrivare, attraverso l'uso della clausola passerella o le modifiche dei trattati, a un vero processo di codecisione.

E quindi io credo sia il momento, dieci anni dopo, di fare una riflessione, ma una riflessione seria, su quali siano le competenze proprie dell'Unione e su quali siano le competenze che devono restare agli Stati, anche restituendo ciò su cui si fosse eventualmente debordato.

Noi siamo certi che i proeuropei alle prossime elezioni vinceranno e, come dicevo, la sfida la cogliamo, la porteremo avanti e la vinceremo.

Joachim Starbatty (ECR). – Herr Präsident! Die Römer haben gesagt: Pacta sunt servanda – Verträge müssen eingehalten werden. Sie, Herr Kommissar, halten das Rechtsstaatsprinzip ja wie eine Gloriette vor sich hin; immer wieder nehmen Sie darauf Bezug. Aber wenn es in der Europäischen Union darauf ankommt, wird der Vertrag nicht eingehalten. In der Währungspolitik ist die No-Bail-Out-Klausel vom Tisch gewesen worden. Madame Lagarde hat gesagt: Wir mussten die Verträge brechen, um den Euro zu retten. In der Währungsunion wird nicht rechtsstaatlich gehandelt, sondern opportunistisch. Was müssen wir jeweils tun, um den Euro zu retten?

Wenn Sie auf die Politik von Herrn Draghi sehen, der auch gegen den Artikel 123 verstößt, indem er über Umwege Staatsanleihen ankauft – das wissen wir alles. Aber das ist keine Geldpolitik. Das ist der Versuch, die Eurozone mit falschen Mitteln zusammenzuhalten, und das sehen Sie immer wieder.

Heute Morgen haben Sie davon gesprochen, dass die Europäische Union vor großen Krisen steht. Ja, wir sind dabei, diese Krisen über diese Politik zu produzieren. Herr Timmermans, bleiben Sie beim Rechtsstaatsprinzip!

Evelyne Gebhardt (S&D). – Herr Präsident! Ich muss ehrlich sagen: Ich habe heute schon viel Absurdes und Abstruses gehört. Mir scheint fast, als wären die Verträge der Europäischen Union durch irgendwelche Marsmenschen gemacht und den Regierungen der Mitgliedstaaten aufgebürdet worden.

Das Gegenteil ist der Fall. Es sind die Regierungen, die diese Verträge so gemacht haben, wie sie heute sind. Wir als Parlament damals haben noch ganz andere Vorstellungen gehabt, wie wir das machen könnten. Deswegen: Das eigentliche Problem in der Europäischen Union sind nicht unsere Verträge; das sind diese Populisten, die Spaltung in die Gesellschaft hineinbringen wollen, das sind diese Regierungen, die unwillig sind, endlich mal eine Politik im Sinne der Europäischen Union zu gestalten, und die nur an sich selber denken und dabei nicht an ihre Bürger und Bürgerinnen, sondern wirklich nur an sich selber und nicht an das Fortkommen der Europäischen Union.

Es ist an der Zeit, dass das Verantwortungsbewusstsein aller Politiker und Politikerinnen geweckt wird und sie diese Gesellschaft wieder zusammenbringen und nicht immer nur mit Parolen, die leer sind, auseinanderdividieren, spalten, sodass wir am Ende gar keine Möglichkeit einer Zukunft mehr haben. Wir müssen unsere Politik ändern.

Branislav Škripek (ECR). – Ja som veľmi rád za túto dnešnú debatu. Podľa mňa sa musíme opýtať, či Lisabonská zmluva je skutočne Zmluva o fungovaní Európskej únie alebo prakticky takmer ústava, ktorá ale nebola právoplatne schválená občanmi Únie.

Všetci vidíme, že zámer stále užšej Únie, stále viac Únie – že táto myšlienka má trhliny.

Preto my v Európskom kresťanskom politickom hnutí, ktoré je stranou v Európskom parlamente, považujeme za kľúčové pozmeniť Lisabonskú zmluvu redefiníciou na silnú konfедераčnú štruktúru a miesto federácie. Veríme, že potrebujeme reformovať Európsku úniu tak, aby sa vrátila naspäť k svojim žido-kresťanským koreňom zameraním sa na základné a primárne úlohy. Nechceme viac Európy, ale lepšiu Európu. Princípy ako subsidiarita, solidarita a diverzita majú byť pretkané s hodnotami, ako je sloboda, správcovstvo, zodpovednosť a ľudská dôstojnosť.

Ale predovšetkým chcem zdôrazniť, dajme konečne v našej legislatíve aj miesto Bohu a pomenujme ho ako najvyššiu autoritu nášho Európskeho spoločenstva, lebo stanoví absolútne hodnoty dobra a zla.

Patrizia Toia (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io voglio ricordare ai colleghi che hanno promosso questo dibattito che più volte in quest'Aula e nelle commissioni ci siamo interrogati sul significato del trattato, sulla possibilità di utilizzarlo fino in fondo per le potenzialità che ha, su come cambiarlo – penso alle relazioni Brok, Bresso e Verhofstadt: sono certa che voi avete dato un grandissimo contributo a questo lavoro, perché non è nello spazio di un dibattito, ma in questo lavoro costruttivo che si porta il proprio contributo. Non mi pare di avere visto segni della vostra presenza in quel lavoro.

E per questo io penso che il dibattito di oggi sia del tutto strumentale. Colleghi, l'avrete imparato qual è il gioco per i populisti, gli antieuropei o gli euroscettici, di volta in volta: è quello di indicare sempre un nuovo bersaglio, oggi il bersaglio è il trattato, ieri era la Commissione, domani sarà l'euro, dopodomani Moscovici o Juncker o la BCE, nella quale ieri avremmo avuto la possibilità di inserire un nome italiano, a proposito del nostro paese.

Allora io penso che questa sia la strumentalità di un dibattito, si vuole dimostrare che in Europa, con il trattato di Lisbona, non c'è democrazia, non c'è prosperità, non c'è sovranità in politica estera. Io invece penso che ci sia, perché io non voglio un'Europa ancella di Putin e di Trump, voglio un'Europa sovrana a nome di tutti i suoi popoli nella politica estera.

Allora io penso che questo dibattito abbia un limite, che io voglio qui svelare, che è un tentativo, lo vedremo anche nei prossimi giorni, è l'Europa...

(Il Presidente toglie la parola all'oratrice.)

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedavajući, Lisabonski ugovor neprilagođen je političkoj realnosti Europske unije. Znamo kako je nastao i da je riječ o minimalno korigiranom europskom ustavu koji su narodi Europe odbili.

Ugovor je, kao takav, praktički okvir za europsku federaciju koja ne postoji i stvorio je pravno-politički vakuum u kojemu se institucije Unije međusobno sukobljavaju zbog moći i utjecaja. To se osjeti pred svake izbore, ali i nakon njih, kada se sastavlja Komisija i slažu njezini prioriteti. Nadmetanje za moć među EU institucijama na trenutke paralizira Uniju. To ne može biti dobro.

Treba nam jasni okvir, jednostavniji i učinkovitiji, ali da bismo se oko njega usuglasili, moramo prvo dogovoriti smjer Europske unije. Budući da mnogi i u ovome domu zagovaraju daljnju političku integraciju i, posljedično, europsku federaciju, a sve je više nas koji se tome odlučno opiremo, sumnjam da ćemo uskoro postići konsenzus.

Christine Revault d'Allonnes Bonnefoy (S&D). – Monsieur le Président, je suis convaincue d'une chose: les nationalistes menacent la construction européenne. Leurs mensonges, la politique du pire qu'ils mènent, leur emprise sur la société, font que de plus en plus d'Européens perdent confiance.

Ils corrodent nos esprits, fragmentent nos sociétés. Leurs mensonges et leurs arguments fallacieux ne produisent que de la peur, de la haine et de la violence.

Alors que faire, mes chers collègues? Pour les vaincre, nous devons d'abord les exposer à la lumière, tels des vampires, montrer leur vrai visage. Dans la délégation socialiste française nous scrutons leur vote: renforcer le contrôle des armes à feu pour lutter contre le terrorisme, ils votent contre; la protection sociale des chauffeurs routiers, le principe «à travail égal, salaire égal», ils votent contre; des mesures pour l'égalité entre les femmes et les hommes, ils votent contre; toutes les mesures pour lutter contre la pollution, y compris le plastique aujourd'hui, ils votent contre; le renforcement des frontières de l'Union européenne, ils votent contre, mes chers collègues!

Ils prétendent protéger, ils détruisent. Voilà leur vrai visage, regardez-les à chaque vote et vous verrez que l'extrême droite conduit à la ruine des Européens.

Un autre futur est possible, je ne parle pas du libéralisme, mais bien d'une troisième voie, celle du progrès social, de l'humanisme, de la solidarité et elle est incarnée par les socialistes.

Marek Jurek (ECR). – Panie Przewodniczący! Traktat lizboński ma swoją prehistorię. Ta prehistoria to odrzucenie Konstytucji dla Europy przez Francuzów, przez Holendrów – rodaków pana przewodniczącego Timmermansa. W historii traktatu lizbońskiego mieści się i to – to przede wszystkim Richardowi Corbettowi dedykuję – że Gordon Brown niestety zrezygnował, tak jak przywódcy innych państw europejskich z przeprowadzenia referendum. Gdyby wtedy odbyło się referendum brytyjskie, nie mielibyśmy dzisiaj brexitu. Ale ten traktat jest obowiązującym prawem. Niestety to prawo nie jest traktowane jak prawo przez tych, którzy mają je wykonywać. My dzisiaj słyszeliśmy pana przewodniczącego Timmermansa: kwalifikowana większość byłaby przydatna, my słyszymy jak pani Sophia in 't Veld pracuje nad mechanizmem nadzoru demokracji, my słyszymy, że art. 7 jest niewystarczający. Panie i Panowie Posłowie, w klasycznej koncepcji rządów prawa władza zadawała się tymi kompetencjami, jakie posiada, a nie myśli o tym, jak je powiększyć. Prawo to sposób regulacji, w wypadku traktatów, stosunków między państwami, a nie narzędzie do powiększania swojej władzy.

Alfred Sant (S&D). – Mr President, as a member of the Convention on a European Constitution, held 16 years ago, I well understand how the Lisbon Treaty was shaped to carry over the main conclusions of that failed constitution. Yet it had been intended to transform the EU from a top-down construct to one that directly related and responded to the concerns of European citizens.

The Lisbon Treaty aimed to strengthen the bottom-up dimension of the Union and make citizens feel it was really theirs, so the functions and powers of the European Parliament were increased. Today, the members of this parliament, mindful of their increased powers, try to make them stronger. Members of this parliament diligently work on new proposals and laws intended to promote the welfare of all citizens. Still, EU institutions, this parliament included, are even now seen by citizens as top-down arrangements.

Many in this parliament fear, as we have just heard, that in the next European elections abstentions will be numerous and so-called populist extremist parties will achieve a record success. We need a radical evaluation of how this state of affairs has developed – one that does not rely on the repetition of exhausted pro-European creeds and dogmas.

Pedro Silva Pereira (S&D). – Senhor Presidente, é preciso lembrar que o Tratado de Lisboa, aprovado durante a Presidência portuguesa de 2007, foi um passo importante na construção europeia, que superou vários anos de impasse institucional, permitiu valorizar a cidadania europeia e os direitos fundamentais, reforçar o Parlamento Europeu e a democracia e simplificar os processos de decisão das nossas instituições.

Tive a honra de participar no Conselho Europeu que aprovou o Tratado de Lisboa e na cerimónia de assinatura que teve lugar no Mosteiro dos Jerónimos. Não ficaram resolvidos todos os problemas mas também sei como difícil foi chegar àquele acordo político.

Por isso, dez anos depois, mais do que um novo complicado processo de reforma dos tratados, do que precisamos é de aproveitar todo o potencial por explorar do Tratado de Lisboa para melhorar o funcionamento das nossas instituições e reforçar o projeto europeu.

O Tratado de Lisboa não é o problema, continua a fazer parte da solução.

Ramón Jáuregui Atondo (S&D). – Señor presidente, quiero recordar que el Tratado de Lisboa fue una inteligente solución al fracaso de la Constitución, pero quiero recordar a mis colegas que el Tratado ha sido ratificado por el pueblo europeo, porque muchos países lo habían aprobado ya —la propia Constitución Europea—.

En ese sentido, quiero recordar que el Tratado de Lisboa representa en sí mismo una solución a lo que ha sido una tormenta perfecta de la Unión Europea. Europa ha pasado una tormenta perfecta en los últimos años, y el Tratado de Lisboa ha servido para navegar por esas aguas turbulentas de crisis económica, crisis migratoria, terrorismo, etcétera.

Es más, ha servido y sirve. Es más, tiene recorrido, porque todavía hay que profundizar en él. Y, es más, tiene que ser cambiado en algunas cosas que la experiencia nos está demostrando que reclama cambios. Para quienes creemos en Europa, para los que queremos Europa, para los que nos sentimos europeos, es un instrumento perfecto que queremos preservar.

Péter Niedermüller (S&D). – A lisszaboni szerződés egy olyan időszakban született, amikor az Európai Unió tagállamai az alapelveket illetően lényegében mindenben egyetértettek. Az első alelnök úr utalt arra, hogy ezt a kormányok kivétel nélkül elfogadták, ratifikálták. Ma azonban másfajta időket élünk, ma vannak olyan tagállamok, tagállami kormányok, amelyek a közös európai értékek helyett az illiberalizmust és a populizmust éltetik, és azt mondják, hogy az európai értékek és hagyományok most már nem fontosak számunkra, a Nyugat hanyatlik és hasonló badarságokkal gerjesztik, terjesztik az egyre erősödő Európa-ellenességet, Európai Unió-ellenességet. Azt gondolom, hogy ez képtelenség, hogy a Tanácsban tagállami miniszterelnökök saját önös érdekeik okán folyamatosan képesek megakadályozni olyan döntéseket és törvényjavaslatokat, amelyek egész Európa számára fontosak lennének. Azt gondolom, hogy ha komolyan vesszük a Lisszaboni Szerződés újragondolását, akkor ezen a ponton kell elkezdenünk a munkát. Világossá kell tennünk azt, hogy csak akkor van esélye Európának, ha minél nagyobb összefogásra, minél több területen, minél nagyobb összefogásra törekszünk és egyértelmű elutasítjuk a populizmust és az illiberalizmust.

Frans Timmermans, First Vice-President of the Commission. – Mr President, I already said this morning that the origins of European integration is the wish of the European people to negotiate their differences around the conference table rather than on the battlefield.

But if you look at Europe today, the challenges we face are global challenges and the one question you can ask your citizens – and I am sure of the answer you'll get – is, do you honestly think you can face the migration challenge on your own as a Member State? Do you honestly think nationalism is an answer to the challenges of economic change in the fourth industrial revolution? Do you honestly believe that being on your own will make you stronger in facing the challenges of President Putin or the challenges of a President Trump, who wants to change the international system? Do we honestly believe we will be stronger on our own? I don't think there is a constituency anywhere in a Member State that truly believes that, and I'm afraid the British people today are learning this the hard way.

I believe that if we take that as a starting point, the way we transform our rules, the way we apply the Treaty to face these challenges and to come up with real results for our citizens, is going to determine whether we'll get support for this. I think debates about abstract notions such as sovereignty are distracting people or they are causing alarm.

I do maintain that you can have a theoretical approach to sovereignty and to saying I want national sovereignty. Theoretically, technically, yes, national sovereignty, but I think it was Michael Heseltine who said that 'a man alone in the desert is sovereign [too]'. He dies of thirst but he's sovereign. Sovereignty should also be a material issue. Does it give you the power to act and to change things the way your citizens want things changed? Then the answer will be very clear: only if we act collectively can we shape the world according to the values we share in a world that is changing so fast. I wish that could be the starting point of our discussion about what we need in a treaty.

There are still ample opportunities in the existing Lisbon Treaty to move ahead. Let's try and use those opportunities first, and if they are exhausted we can talk about treaty change. But we haven't exhausted the possibilities that are on the table with the existing Lisbon Treaty. Let's do a great service to our citizens and use those opportunities to actually change the world in the direction they want.

President. – I regret that not all of us have utilised the time for evaluation of the Lisbon Treaty, which was the topic of this topical debate, but of course there is freedom to approach it in one's own way.

The debate is closed.

Written statements (Rule 162)

Marijana Petir (PPE), napisan. – Europska unija utemeljena je na ideji prema kojoj se odluke donose na razini što bližoj samim građanima, a što ujedno poštuje i nacionalne suverenitete njezinih država članica. Granice nadležnosti Unije određene su načelima supsidijarnosti i proporcionalnosti. Sve što se može ostvariti na središnjoj razini nacionalne države, njezinoj regionalnoj ili lokalnoj razini, treba se ostvariti tamo, kako je propisano ugovorima, a institucije Europske unije moraju osigurati da se to poštuje.

Nažalost, u posljednje vrijeme svjedočimo brojnim primjerima da se temeljna načela krše, nadležnost djelovanja Unije prekoračuje, a državni suvereniteti narušava. Osim što se tražilo aktiviranje članka 7. protiv nekih država članica bez valjanih argumenata, Parlament je u mnogobrojnim svojim rezolucijama i izvješćima zadirao u područja koja su u isključivoj nadležnosti država članica – kao što su to primjerice zdravstveni ili obrazovni sustav.

Takvim postupanjem dovodi se u pitanje opstojnost Unije jer se krši ugovor i ne poštuju se načela supsidijarnosti i proporcionalnosti.

Csaba Sógor (PPE), in writing. – The signing of the Lisbon Treaty took place at a time when members of national minorities in Central and Eastern European countries were still experiencing the positive effect pre-accession had on the respect for their rights. These citizens were also extremely enthusiastic about the prospect of the EU internalising the principles of the pre-accession when, for the first time in the history of the Union, the Lisbon treaty introduced national minorities as a protected ground in Article 21 of the Charter and also mentioned the respect for the rights of minorities among its founding values. The years that passed since then gave way to disillusionment in the heart of many citizens, as the EU not only restrained from adopting legal acts for their protection, but it also failed to sanction Member States when they started curtailing their already acquired rights. At a time when definite failures are daily experienced in the compliance with the founding values of our Union, it is time this glaring omission in the EU legal framework was set right. This is what more than 1 million citizens also requested using the novel ECI instrument of the same Lisbon Treaty.

18. Vorstellung des Jahresberichts 2017 des Rechnungshofs (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the Court of Auditors' annual report – 2017 (2018/2760(RSP)).

Klaus-Heiner Lehne, Präsident des Rechnungshofs. – Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Vorsitzende, Frau Berichterstatterin, meine Damen und Herren Abgeordnete, verehrtes Mitglied der Kommission, Herr Kommissar Oettinger! Als ehemaliger Abgeordneter dieses Hauses weiß ich nur zu gut, dass sich das Europäische Parlament gerade in einer sehr arbeitsintensiven Phase befindet. Das Parlament arbeitet derzeit auf Hochtouren, um zahlreiche andere Rechtsakte noch vor den Wahlen auf den Weg zu bringen. Umso mehr möchte ich Ihnen als Präsident des Europäischen Rechnungshofs für die Zeit danken, die Sie sich für die Aussprache zu unserem Jahresbericht hier im Plenum genommen haben.

Wir haben unseren Jahresbericht vorgelegt, um Ihnen unsere Einschätzung zur Lage des Finanzmanagements der Europäischen Union im Jahr 2017 zu geben. Damit wird nunmehr auch förmlich das Entlastungsverfahren eingeleitet, das letzte in dieser Legislaturperiode.

Für das Jahr 2017 gelangen wir, wie in den Vorjahren, zu der Schlussfolgerung, dass die EU-Jahresrechnung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Finanzlage der Europäischen Union vermittelt. Wie im letzten Jahr geben wir ein eingeschränktes und kein versagtes Prüfungsurteil zur Ordnungsmäßigkeit der Zahlungen ab, die der Jahresrechnung 2017 zugrunde liegen.

Mit anderen Worten: Ein bedeutender Teil der von uns untersuchten Ausgaben des Jahres 2017 weist keine wesentliche Fehlerquote auf. Hierbei beziehe ich mich auf Ausgaben, die auf Zahlungsansprüchen beruhen, d.h. Ausgaben für Programme, bei denen Begünstigte Zahlungen erhalten, wenn sie bestimmte Voraussetzungen erfüllen. Diese anspruchsbasierten Zahlungen machten 2017 mehr als die Hälfte aller Zahlungen aus dem EU-Haushalt aus.

Darüber hinaus sind auch die Unregelmäßigkeiten bei den Ausgaben der EU weiter zurückgegangen. Die geschätzte Fehlerquote bei den Zahlungen des Jahres 2017 betrug 2,4 %, nachdem sie sich 2016 noch auf 3,1 % und 2015 auf 3,8 % belaufen hatte. Daran zeigt sich, dass das Finanzmanagement der Europäischen Union sich eindeutig in die richtige Richtung entwickelt, was – und das darf ich hier einmal ganz deutlich aussprechen – den anhaltenden gemeinsamen Bemühungen der Kommission, des Europäischen Parlaments, der Mitgliedstaaten, aber auch des Rechnungshofs zu verdanken ist.

Lassen Sie mich als positives Beispiel die Direktzahlungen im Rahmen des Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft nennen, auf den ein sehr großer Teil der entsprechenden MFR-Rubrik entfällt. Für diese Direktzahlungen kamen wir zu dem Schluss, dass sie keine wesentliche Fehlerquote mehr aufweisen.

An dieser Stelle möchte ich aber auch darauf hinweisen, dass oftmals ausreichende Informationen zur Verfügung stehen bzw. gestanden haben, um einen erheblichen Teil der von uns aufgedeckten Fehler zu verhindern bzw. aufzudecken und zu berichtigen. Wären diese Informationen von der Kommission oder den nationalen Behörden genutzt worden, so hätte ein noch größerer Teil des europäischen Haushalts eine Fehlerquote verzeichnet, die unter der Wesentlichkeitsschwelle des Hofes und der der Kommission liegt. Kurzum: Das, was wir entdeckt haben, hätten andere auch entdecken können.

Meine Damen und Herren! Nun ist die Zeit gekommen, einen Schritt weiter zu gehen. Die Verwaltungs- und Kontrollsysteme haben sich verbessert – für uns als Rechnungshof ist dies jetzt die Gelegenheit, diese Verbesserungen für unsere Prüfungen nutzbar zu machen.

Für das Jahr 2017 haben wir im Kohäsionsbereich einen geänderten Ansatz erprobt. Die wichtigste Änderung bestand darin, dass wir Prüfungen und Kontrollen überprüften und nachvollzogen, die zuvor von den für die Ausgaben zuständigen Stellen durchgeführt worden waren. Mit diesem neuen Ansatz wollen wir Sie als Abgeordnete auf kostenwirksame Weise mit besseren geografischen und fondsspezifischen Erkenntnissen für die gesamte Europäische Union versorgen.

In den kommenden Jahren werden wir diesen Ansatz auch auf andere Ausgabenbereiche ausweiten, sofern – und das betone ich ausdrücklich – die notwendigen Voraussetzungen gegeben sind, d.h. die uns vorliegenden Daten auch eine ausreichende Zuverlässigkeit haben.

Herr Präsident! Mit großem Interesse habe ich die kürzlich von Ihnen veröffentlichten Umfrageergebnisse des Parlameter 2018 gelesen. Gewiss erfüllt es mich mit Optimismus für die Zukunft, zu sehen, dass die Mitgliedschaft in der EU und der Euro auf starke Unterstützung – unter der Mehrzahl der Bürger der Europäischen Union – stoßen. Gleichzeitig zeigen sich aber auch große Diskrepanzen in der Unterstützung – je nach Ländern.

Sowohl Jahreshaushalte als auch die langfristige Haushaltsplanung der Union sind Verteilungsinstrumente. Die diesbezüglichen Entscheidungen sind oftmals für die Mitgliedstaaten, die ihrer Meinung nach „schlecht weggekommen sind“, mit politischen Komplikationen verbunden. Wie auch immer politische Entscheidungen ausfallen – für uns beim Rechnungshof ist es wichtig sicherzustellen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger der Union – sei es in Bukarest, Helsinki, Lissabon, Berlin oder Paris – ein eigenes Bild davon machen und somit darauf vertrauen können, dass die EU-Mittel nicht nur ordnungsgemäß, sondern auch sinnvoll verwendet wurden.

Wir nennen diesen Prozess „Wirtschaftlichkeitsprüfung“ oder Performance-Prüfung, und ich kann Ihnen versichern, dass Sie in den kommenden Monaten und Jahren eine zunehmend steigende Zahl dieser Prüfungen sehen werden. Dies ist eine Richtung, die dem Hof in den zahlreichen Gesprächen, die ich in diesem Haus, aber auch in vielen nationalen Hauptstädten geführt habe, durchgehend gewiesen wurde, und ich denke, das ist eine sehr wichtige Aufgabe.

Meine Damen und Herren! Der Hof hat aufgezeigt, dass verschiedene Mitgliedstaaten Schwierigkeiten haben, die Mittel aus den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds gut und zeitgerecht zu nutzen. In dieser Hinsicht ist es zu begrüßen, dass die Kommission für den nächsten Finanzrahmen eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen hat, die zu einer besseren Ausschöpfung der Kohäsionsmittel beitragen dürften.

In den kommenden Tagen werden wir unsere detaillierte Stellungnahme zu den einschlägigen Rechtsvorschriften veröffentlichen. Gleichzeitig steht der europäische Haushalt angesichts der Höhe der Zahlungen, zu denen sich die EU in den kommenden Jahren verpflichtet hat, weiterhin stark unter Druck. Diese sogenannten noch abzuwickelnden Mittelbindungen oder RAL dürften bis Ende 2020 sogar noch weiter ansteigen. Auf diesem wachsenden Volumen an noch abzuwickelnden Mittelbindungen muss unseres Erachtens im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen unbedingt ein Hauptaugenmerk liegen.

Der Gesamthaushalt der Europäischen Union macht lediglich etwa 1 % des Bruttonationaleinkommens der gesamten Europäischen Union aus. Es ist wichtig, dass die Mittel des europäischen Haushalts wirksam verwendet werden. Gleichzeitig müssen wir jedoch realistisch einschätzen, was mit den uns anvertrauten Mitteln erreicht werden kann. Die Europäische Union kann

nur dann das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger gewinnen oder behalten, wenn sie die von ihr geweckten Erwartungen auch tatsächlich erfüllt.

Es gilt, unseren Bürgerinnen und Bürgern zu beweisen, dass die Europäische Union ihre Zusagen erfüllen kann und zwar effizient und in einer Art und Weise, mit der tatsächlich etwas bewirkt wird.

Günther Oettinger, Mitglied der Kommission. – Verehrter Herr Präsident, lieber Herr Präsident Lehne, verehrtes Mitglied des Hofes Lazarou, meine Damen und Herren Abgeordnete, meine Damen und Herren! Im Zuge der jährlichen Rechenschaftslegung durch die Kommission spielt beim Entlastungsverfahren der Jahresbericht des Europäischen Rechnungshofs eine bedeutende Rolle.

Wir sind dankbar für die sachkundige, objektive Bewertung, die der Hof für das Haushaltsjahr 2017 und die Rechnungslegung der Kommission uns gegenüber heute präsentiert. In der Tat glaube ich, dass wir beim Haushaltsvollzug und beim Rechnungsabschluss, bei der Verwendung von unseren Haushaltsmitteln dem Parlament, dem Rat und dem Hof gute Ergebnisse vorlegen können. Der Rechnungshof bestätigt deswegen auch Verbesserungen in der Haushaltsführung, und die von ihm geschätzte Fehlerquote ist niedriger denn je.

Ich will einen Beitrag leisten, dass wir auch weiterhin aus der Erfahrung und dem konstruktiven kritischen Ratschlag des Hofes und des Parlaments und des Rats lernen und so noch nicht am Ende einer guten Entwicklung in der Haushaltsführung stehen.

Der Jahresbericht zeigt, dass wir bei der Umsetzung des Haushalts transparent sind. Ein uneingeschränktes Prüfungsurteil des Hofes zur Zuverlässigkeit der Jahresrechnung wurde jetzt zum elften Mal in Folge erteilt. Der Hof erkennt an, dass der Haushalt ein wichtiges Instrument zur Verwirklichung von politischen Zielen Europas ist und dass er – der Haushalt – einen echten Mehrwert im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger erzielen hilft.

Wir haben im letzten Jahr – neben unseren traditionellen langjährigen Aufgaben wie der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik, wie der unverändert wichtigen Kohäsionspolitik – Schwerpunkte im Bereich der Infrastruktur und dem Ausbau einer leistungsfähigen grenzüberschreitenden Infrastruktur auf dem ganzen Kontinent gelegt. Wir haben in der Forschung mehr bedeutende Projekte als jemals zuvor finanziert, und wir haben die Migrationsaufgabe, die in den letzten drei Jahren ein Schwerpunkt geworden ist, nicht nur politisch, sondern auch finanziell zu bewältigen versucht.

Wir glauben, dass mit den europäischen Haushaltsmitteln konkrete und gute Ergebnisse für unsere Bürger erreichbar sind und im letzten Jahr auch erreicht worden sind. Die Kommission sieht auch weiter einen Schwerpunkt ihres Haushaltsvollzugs darin, das Fehllerrisiko unter Kontrolle zu halten und weiter zu reduzieren. Dabei geht es um Fehler in der Kommission und um Fehler vor Ort. Es ist unser Ziel, Fehler überhaupt vermeidbar zu machen, um sie erst gar nicht korrigieren zu müssen. Wir arbeiten deswegen mit den Mitgliedstaaten und mit Empfängern eng zusammen. Wir geben Hilfestellungen, wir bieten Schulungen an und richten Help Desks ein, um zu erreichen, dass gerade bei *shared management* – auch jenseits der europäischen Dienste vor Ort – die entsprechende Sachkunde beim Haushaltsvollzug gewährleistet ist.

Man kann nicht alle Fehler vermeiden. Deswegen brauchen wir solide Korrektursysteme, wenn etwas falsch gelaufen ist. Diese Korrekturen ergeben sich erst einige Zeit nach der Zahlung, was ja auch auf den mehrjährigen Charakter der europäischen Programme zurückzuführen ist.

Wir als Kommission wollen bei der Verwaltung unserer Haushaltsmittel gewährleisten, dass nach Durchführung eines Programms, nach Beendigung eines Programms und nach Durchführung aller Kontrollen die verbleibende Fehlerquote unter 2 % liegt. Wir haben im letzten Jahr das Ziel erreicht und schätzen die verbleibende Fehlerquote auf etwa 0,6 %, d. h. deutlich unter 1 %.

Ich will ergänzen: Fehler können auf Betrug, auf Verschwendung und auf Ineffizienz zurückgehen. Aber es kann auch Fehler geben, die fahrlässig entstehen, die mit betrügerischer Absicht, mit Korruption oder Untreue nichts zu tun haben und trotzdem korrigiert werden müssen.

Der Präsident des Rechnungshofes hat die noch abzuwickelnden Mittelbindungen erwähnt, und wir haben letzte Woche auch auf der interinstitutionellen Sitzung über die Zahlungen gesprochen. Wir überwachen die Lage – auch weil das Parlament dies erwartet – sehr genau. Wir legen mit voller Transparenz offen, welche Mittelbindungen noch abzuwickeln sind. Die Summe von rund 270 Mrd. Euro ist zum jetzigen Zeitpunkt eines mehrjährigen Haushaltsrahmens keine Überraschung, sondern erklärbar.

Die Finanzhilfen der EU, die zur Durchführung von Programmen vor Ort benötigt werden, werden an die Mitgliedstaaten und andere Empfänger ausgezahlt. Wir halten keine Gelder zurück. Aber es gilt zu beachten, dass sich die Laufzeit vieler Projekte von der ersten Planung bis zu Baubeginn, Realisierung und Rechnungsabschluss über mehrere Jahre erstreckt.

Das führt dazu, dass Mittelbindungen unter Umständen erst einem späteren Haushaltsjahr – sogar oftmals auch nach Abschluss des mehrjährigen Finanzrahmens – abgewickelt werden. Dieses Phänomen tritt auch bei nationalen Etats auf, dort aber in viel geringerem Ausmaß.

Der derzeitige Stand bei den noch abzuwickelnden Mittelbindungen ist nicht überraschend, und die Umsetzung der Projekte vor Ort hat Fahrt aufgenommen. Ich kann Ihnen mitteilen, dass die Mitgliedstaaten jetzt die Projektauswahl planmäßig durchführen, dass der Haushalt mittlerweile volle Geschwindigkeit erreicht hat, und dies gilt auch für die Ausführung des laufenden Etats 2018.

Meine Damen und Herren Abgeordneten! Sie und wir befinden uns derzeit mitten in den Verhandlungen für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027. Ich will dem Hohen Haus – dem Parlament – für seine Bemühungen, um eine rasche Festlegung eines Standpunkts danken, den Sie hier im Parlament im nächsten Monat treffen wollen.

Die Kommissionsvorschläge umfassen viele Elemente, die im Hinblick auf einige der vom Hof aufgezeigten Aspekte Verbesserungen bringen werden. Und zwar Erstens: Eine geringere Differenz zwischen der Höhe der Mittel für Verpflichtungen und der Mittel für Zahlungen, von Anfang an.

Zweitens: mehr Flexibilität.

Drittens: N+2 statt wie derzeit N+3, damit der Anreiz steigt, Verzögerungen zu vermeiden, und dann ein stärkerer Fokus auf Leistung und Ergebnissen. Dafür brauchen wir Ihre – die Unterstützung der Abgeordneten – für diese Punkte, und wir wollen auch die Stellungnahme des Hofes dazu einbeziehen.

Mein Dank gilt Herrn Präsident Lehne, Herrn Lazarou, Ihren Mitarbeitern für die Arbeit, die der Hof geleistet hat, um zu weiteren Verbesserungen bei der Verwaltung der europäischen Finanzen zu kommen. Es ist mein und unser übergeordnetes Ziel, einen Haushalt zu haben, der Ergebnisse und einen echten Mehrwert erzielt und der gut und korrekt verwaltet wird. Dabei ist Ihre konstruktive Mitwirkung notwendig. Für die anstehenden Beratungen über die Haushaltsentlastung 2017 freuen wir uns auf eine konstruktive Zusammenarbeit mit dem Parlament, mit dem Rat und mit dem Hof.

President. – We will now proceed with speakers on behalf of the political groups. I have to highlight that we are somewhat behind schedule – it's a long agenda this afternoon and this evening – so I will have to be strict on respecting the time slots.

Tomáš Zdechovský, za skupinu PPE. – Pane předsedající, vážený pane komisaři Oettingere, vážený pane předsedo Evropského účetního dvora Lehne. Letos se o tématu udělování absolutoria, jak už zmínil pan komisař, hovoří především v kontextu debaty příštího víceletého finančního rámce v letech 2021 až 2027. Proč je tato debata důležitá? Protože rozpočet EU je ten nejdůležitější nástroj, který EU v ruce má při vykonávání svých strategií a cílů. Pokud nebude rozpočet čerpán správně, efektivně a jeho užití nebude mít přidanou hodnotu, pak EU ztrácí smysl. Vnímám tedy nutnost zásadní rozpočtové a administrativní reformy. Nutnost zjednodušení byrokracie na prvním místě. Za druhé, snížení počtu institucí a orgánů. Za třetí, vylepšení komunikace s běžným občanem, nabídnutí větší transparentnosti. Občan EU by měl rozumět, chápat vnitřní procesy, které by měly být daleko jednodušší a čitelnější. Projekty musí být také lépe prezentovány, musí mít větší přidanou hodnotu, musí mít vizibilitu a musí mít, dámy a pánové, především udržitelnost.

Evropský účetní dvůr skrze pana předsedu správně varuje, že musíme s penězi nakládat realisticky, nestanovovat si nespílitelné cíle. Naopak musíme budovat důvěru občanů skrze úspěšné projekty a vycházet z nějaké výrazné, dlouholeté strategie. Od nové Evropské komise příští rok chceme jasnou vizi toho, kam směřujeme, co chceme a co jsme doposud postrádali. Tato vize by měla stmelit zbývajících členských států a vzít v úvahu plachet euroskeptiků. Klíčové pro exekuci tohoto mandátu, a to je poslední věta, pane předsedající, je, aby měly členské státy nezbytnou expertizu k naplnění evropských cílů.

President. – Once again, colleagues, I don't want to be impolite but I will have to come in when your time slot ends, so please try to avoid that situation.

Inés Ayala Sender, en nombre del Grupo S&D. – Señor presidente, deseo dar la bienvenida y agradecer las intervenciones tanto del señor Oettinger, en nombre de la Comisión, como del señor Lehne y también la presencia del señor Lazarou, por parte del Tribunal de Cuentas. Deseo también agradecer que nos den, en este momento, la posibilidad de que este debate se celebre en presencia de una gran parte de visitantes, ciudadanos de la Unión Europea que tienen acceso a este debate.

La foto anual del Tribunal de Cuentas sobre el presupuesto dinámico y plurianual de la Unión Europea se acerca hoy mucho más a la realidad de ese presupuesto que, para ambiciones cada vez mayores y más complejas, sigue siendo tan solo un 1 % del PIB de la Unión Europea y en relación con el cual nos preocupa que la flexibilidad y la ingeniería financiera empiecen a ser elementos de escapatoria. Y lo decimos a menos de nueve meses de las elecciones europeas, críticas, y en pleno debate del marco financiero plurianual.

Acogemos, de cara al debate sobre el futuro financiero, las dos recomendaciones más importantes. Primera, que la Unión Europea no debe prometer nada que no pueda cumplir, lo cual en clave política sería, mejor dicho, que la Unión Europea debe darse los medios suficientes para las promesas que hace a sus ciudadanos.

También recogemos el reto del desfase creciente entre compromisos crecientes y pagos escasos, que lleva precisamente a que los compromisos presupuestarios pendientes acaben en un nuevo máximo. Debemos, por lo tanto, hacer de este reequilibrio una prioridad en el próximo marco financiero.

Nos felicitamos —aunque sea con prudencia, como siempre en control presupuestario— por este segundo año consecutivo de una opinión con reservas, pero no desfavorable. El nivel de irregularidades ha seguido disminuyendo, y nos felicitamos por ello, pero también somos conscientes —Comisión y Consejo, recordamos— de que utilizando la información disponible hubiésemos estado incluso mejor. Y ahí tenemos que seguir mejorando, igual que en la resolución de los errores en la parte de reembolsos, sin pasarnos tampoco al tanto alzado para todo, y desde luego debemos mejorar nuestras predicciones.

Ryszard Czarnecki, w imieniu grupy ECR. – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Od 23 lat – od 24 lat w zasadzie już – kiedy Trybunał zaczął sporządzać poświadczenia wiarygodności dla sprawozdania rocznego, opinia była zawsze negatywna. Teraz drugi rok z rzędu Trybunał wydaje opinię z zastrzeżeniem na temat płatności, a więc jest postęp. Pamiętajmy jednak, że wciąż nie jest to opinia tzw. *clean*, czyli czysta odnośnie płatności. Taka mogła być udzielona, gdyby szacowany poziom błędu nie przekraczał progu 2%. Co warto podkreślić, moim zdaniem, to to, że coraz większy jest tutaj progres, bo w 2015 r. mieliśmy prawie 4% tego błędu w płatnościach (3,8%), w 2016 r. – 3,1%, no teraz – 2,4%, a więc wyraźnie jest lepiej.

Natomiast warto podkreślić, że problem największy jest odnośnie płatności na zasadzie zwrotu kosztów. Tutaj sytuacja jest znacznie gorsza, gdyż obejmuje to wydatki w obszarach o najwyższych poziomach błędów.

I wreszcie trzeba powiedzieć, że to sprawozdanie Trybunału jest solidne. Podziękowania dla Pana Prezesa i jego teamu i w imieniu grupy ECR deklarujemy współpracę przy dalszych sprawozdaniach rocznych.

(Mówca zgodził się odpowiedzieć na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki (art. 162 ust. 8 Regulaminu))

Paul Rübig (PPE), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Herr Präsident! Ich möchte den Kollegen gerne fragen – weil er die Senkung der Fehlerquote angesprochen hat –, ob eine Null-Fehlerquote heißt, dass der Rechnungshof nicht prüft oder dass keine Fehler gemacht werden. Es ist natürlich ein Erfolg des Rechnungshofs, wenn die Quote hoch wird. Natürlich ist, wenn keine Fehler passieren, in sich eigentlich klar, dass man eine hohe Fehlerquote auch mit intensiver Prüfung verbinden kann und null Fehler nicht nur damit, dass keine Fehler gemacht werden.

Ryszard Czarnecki (ECR), odpowiedź na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. – Eine gute Frage, dobre pytanie, Panie Pośle. No oczywiście wydaje mi się, że tutaj jest to bardziej rozważanie intelektualne niż praktyczne. Natomiast wydaje mi się, że trzeba dążyć do obniżenia tego progu, natomiast ja nie za bardzo wierzę w sytuacje idealne. To nie jest możliwe, choć wydaje mi się, że *step by step* trzeba pracować nad poprawą tych wyników, bo to zwiększa wiarygodność naszych instytucji europejskich, a wydaje mi się, że to jest ważne.

Martina Dlabajová, za skupinu ALDE. – Pane předsedající, vážený pane předsedo Lehne, vážený pane komisaři, vážené kolegyně a kolegové, výroční zpráva Evropského účetního dvora za rok 2017 je už druhou zprávou v řadě, která obsahuje výrok s výhradou o spolehlivosti uskutečněných operací namísto výroku záporného. Ba co více, odhadovaná míra chyb výdajů z evropského rozpočtu činí 2,4 % a za loňský rok se tak opět přiblížila prahu významnosti. To znamená, že více než 97,5 % evropských prostředků splnilo bezchybně svůj smysl a účel. Jednotlivé projekty prokázaly, že přinesly evropskou přidanou hodnotu a podílely se na společných politických a hospodářských cílech Evropské unie. Věřím, že další snižování administrativní zátěže a celkové zjednodušování bude i nadále přispívat ke snižování chybivosti a bude zvyšovat životní úroveň občanů Unie.

Na druhou stranu je však potřeba upozornit na skutečnost, že v rámci všech členských států byla úroveň celkové míry čerpání evropských prostředků z víceletého finančního rámce na úrovni 16 %, což je výrazně méně než v předchozím období, kdy čerpání bylo na úrovni 22 %. Došlo tak k navýšení zbývajících závazků na více než 267 miliard EUR. Domnívám se, že by bylo vhodné se více zaměřit na hospodárné, efektivní a účinné vynakládání těchto evropských prostředků, aby se nestaly pouhým statistickým ukazatelem schopnosti členských států čerpat přidělenou alokaci beze zbytku.

Mezi hlavní důvody nedostatečného čerpání prostředků patří zejména pozdní schvalování právních aktů a obtíže při zavádění nových požadavků souvisejících s novým víceletým finančním rámcem. Logicky z toho vyplývá, že si musíme vzít z této situace ponaučení a příští víceletý finanční rámec připravit s časovým předstihem. Protože pouze včasná a řádná příprava a dostatečná komunikace s příjemci může vést k efektivní, hospodárné a účelné investici z našich společných evropských prostředků.

Bart Staes, *namens de Verts/ALE-Fractie*. – Dank u, Voorzitter. Collega's, vooreerst dank ik de Rekenkamer – niet alleen de leden van de Rekenkamer, maar al hun medewerkers – voor het schitterende werk dat ze doen. De toestand gaat vooruit: foutenmarge 2,4 dit jaar. In 2014 was dat nog 4,4.

Maar tegelijkertijd, collega's, lees ik in het verslag van de Rekenkamer dat in een overgroot deel van de gevallen de lidstaten, de regionale autoriteiten, en zelfs de Europese Commissie als het gaat over het Europees Ontwikkelingsfonds, informatie hadden, voldoende informatie hadden, om ervoor te zorgen dat bepaalde betalingen niet hadden mogen gebeuren.

Dit is een debat over verantwoordelijkheid en ik vraag aan rapporteur Ayala Sender dat we dit in de kwijting opnemen en dat we naar een methode zoeken om die verantwoordelijkheid te gaan verplichten en eventueel te gaan bestraffen als hij niet wordt genomen.

Ik wijs ook op het feit dat er eind 2017 zowat 267 miljard aan betalingen openstond. Dit wordt een politiek probleem, omdat we tegen het einde van de meerjarenbegroting niet alle betalingen en niet alle beloften zullen kunnen inlossen. Ik vraag dat we daarover ook in deze kwijtingsoefening een ernstige gedachtewisseling houden.

ΠΡΟΕΔΡΙΑ: ΔΗΜΗΤΡΙΟΣ ΠΑΠΑΔΗΜΟΥΛΗΣ

Αντιπρόεδρος

Luke Ming Flanagan, *on behalf of the GUE/NGL Group*. – Mr President, in 2017, out of a budget of approximately EUR 140 billion, the EU spent 52.8 billion on agriculture and rural development. This equates to less than half of one per cent of Member States' GNI. As auditors, concerned where funds are spent, this represents outstanding value for money.

The fact that 500 million citizens of the EU have access to quality, affordable food is perhaps one of the greatest achievements of the EU. The error rate in direct payments (Pillar 1) is below 2%. With improvements in the control systems – both the Integrated Administration and Control System (IACS) and the Land Parcel Identification System (LPIS) – this is expected to improve further. The error rate in Pillar 2 is higher, and while we must be aware of this and work to improve it, it should come as no surprise. We should bear in mind that Pillar 2 schemes focusing more on environmental issues are inherently more error-prone and less easily quantifiable. We face huge challenges in this area and we must continue to set the bar high and assist our farmers as they take on new challenges in climate change mitigation. We must resist the urge to focus solely on error rates in this sector, which may have the unintended consequence of lowering ambition in order to comply with targets in this vital sector.

These things must be kept in mind in the upcoming CAP. With the Commission's proposed new delivery model, will it lead to the much-touted simplification at farmer level? How will fragmentation of one of our oldest policies under the banner of subsidiarity lead to better outcomes in an area where we must work together across the EU, namely climate change mitigation? And finally, from an auditor's perspective, there are hard questions to be asked of the direction of this CAP reform. Look at it closely. It's going to be a disaster.

Mario Borghezio, *a nome del gruppo ENF*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, è un fatto abbastanza preoccupante che circa i pagamenti relativi ai costi dell'Ufficio europeo di sostegno per l'asilo il giudizio di audit sia negativo.

In particolare questo giudizio riguarda gli appalti pubblici, le procedure di assunzione e i pagamenti effettuati – si legge nella vostra relazione molto seria, per la quale mi complimento – in maniera sistematica in violazione della normativa.

C'è da domandarsi, direbbe qualcuno dei nostri concittadini, se c'è qualcuno che controlla l'operatività di questo ente e in generale delle agenzie in corso d'opera, magari anche prima che avvengano queste distorsioni, in questo caso gravi, per la delicatezza dell'ente.

Per quanto riguarda l'operatività, i controlli circa un'altra importantissima agenzia, l'EMA, di cui è stato deciso con procedura tutta da rivedere e da riconsiderare lo spostamento ad Amsterdam, c'è qualcuno, mi permetto di indicare, che controlla come procedono i lavori di costruzione? A me risultano molto a rilento rispetto al programma, quasi fermi. Bisognerebbe verificare ex ante, per non dover poi fare dei pagamenti non dovuti e con danni che si riflettono sui cittadini europei, sulla sanità e sulla farmacia...

(Il Presidente toglie la parola all'oratore.)

Ingeborg Gräßle (PPE). – Herr Präsident, Herr Präsident des Rechnungshofs, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich lese den Bericht des Rechnungshofs und die Fehlerquote nicht so, dass die Verwaltungen besser werden. Ich lese den Bericht so, dass die Verwaltungen langsamer werden. Und dass wir natürlich zu viel Geld im System haben, das ist wohl wahr, denn wer dieses Geld nicht ausgibt – und das kann man dem Hofbericht entnehmen, dass dieses Geld im Moment gar nicht gebraucht wird, weil noch so viel altes Geld da ist. Das ist das eigentlich Besorgnis erregende daran. Und dass es so ist, daran haben wir auch eine Mitverantwortung.

Ich glaube, wenn wir in den Mittelpunkt stellen würden, was tatsächlich vor Ort gemacht wird, dann würden wir allen Beteiligten einen Gefallen tun. Wir müssen den Fokus auf die Realität legen, und die sieht so aus, dass Polen immer noch 27,3 Mrd. Euro nicht abgerufen hat – 27,3 Mrd. Euro in diesem Finanzrahmen –, Italien 15,6 Mrd. 15,6 Mrd. wären doch ein toller Betrag für Wachstum und Beschäftigung, wären ein toller Betrag für die italienische Industrie, die italienische Wirtschaft. Also ich schlage vor, dass man den Italienern, der italienischen Regierung doch sehr ans Herz legt, dieses Geld zu nutzen: Macht es halt!

Ich möchte auch sagen, dass der Bericht doch zeigt, dass wir alte Probleme haben, zum Beispiel in Tschechien. Tschechien zahlt einen hohen Preis für korrupte Strukturen, und ich kann nur sagen: Diese Strukturen müssen behoben werden, weil sonst die gesamte Bevölkerung ihren Preis dafür zahlt. Darum werden wir uns auch kümmern.

Ich habe ein bisschen Sorge, dass die jetzige Debatte um die Fehlerquotekennt, wie schöngerechnet diese Fehlerquote ist. Ja, Herr Präsident, ich sage es ganz offen, denn Vorauszahlungen, *budget support*, *financial engineering instruments* – all diese Dinge sind Parameter, mit denen man schaukeln und die man unterschiedlich einsetzen kann. Das heißt, die Fehlerquote wird dadurch heruntergerechnet, was aber wiederum nicht heißt, dass die Verwaltung tatsächlich besser wird.

Bogusław Liberadzki (S&D). – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Panie Prezesie! Oczywiście, tak jak Pan Prezes powiedział, my mówimy o jednym procencie naszego produktu krajowego czy dochodu narodowego, ale to jest ten jeden procent, który ma zmienić oblicze Unii Europejskiej. To są nasze publiczne pieniądze i to, że troszczycie się o to, żeby wydawane były legalnie, a oprócz tego efektywnie, czyli ten *performance orientation*, to bym zaliczył na plus.

Ja bym rozróżnił dwie różne rzeczy przy okazji tego sprawozdania rocznego. Mianowicie podziękowanie dla Trybunału Obrachunkowego, że po prostu wiecie, co się dzieje, i nam ten obraz prezentujecie. Po drugie, wnioski, które powinniśmy dla siebie wyciągnąć, czyli – o czym mówiła pani przewodnicząca Gräßle chociażby – przyspieszać, rytmicznie układać spłaty środków, które są przewidziane dla państw członkowskich. Ale to nie jest ani wina Komisji Europejskiej, ani Trybunału Obrachunkowego, że państwa członkowskie to tak układają. No i na koniec, krótko, dlatego że czas ucieka, chciałbym podkreślić wagę i znaczenie współpracy Europejskiego Trybunału Obrachunkowego z trybunałami narodowymi, bo to może nam wszystkim pomóc.

Richard Sulík (ECR). – Herr Präsident! Die sinkende Fehlerquote in den letzten Jahren ist ohne Frage eine gute Nachricht. Dafür gebührt der Kommission Anerkennung. Es bleibt zu hoffen, dass dieser Trend anhält. Dafür könnten zum Beispiel mehr Fälle beim OLAF eingereicht werden. Ich denke, 13 von über 700 sind entschieden zu wenig. Trotzdem ist auch die Arbeit der Auditoren grundsätzlich zu loben. Auch aus diesem Grund fordern wir, die Empfehlungen des Rechnungshofs zu realisieren.

Noch wichtiger wäre es, das Prinzip *value for money* anzuwenden, das heißt, die Projekte zu bevorzugen, die einen höheren Nutzwert haben. So wären zum Beispiel vom Geld der europäischen Steuerzahler keine Autobahnen in Griechenland entstanden, auf denen es heute nur minimalen Verkehr gibt. Es gibt mit Sicherheit viele andere Stellen, wo Autobahnen vom Geld des europäischen Steuerzahlers besser genutzt wären.

José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra (PPE). – Señor presidente, señor comisario, señor presidente del Tribunal de Cuentas, señorías, en primer lugar, quisiera agradecer al Tribunal de Cuentas la presentación de su informe sobre el ejercicio financiero 2017, así como los veintisiete informes especiales realizados también durante este periodo. Como han señalado el comisario y otros colegas, creo que tenemos que felicitarnos por esta reducción significativa del nivel de error global en los pagos.

Creo que es importante también subrayar la importancia que tiene que la revisión a medio plazo de las actuales perspectivas financieras haya introducido mayores dosis de flexibilidad en el presupuesto comunitario; no sé si suficientes para atender los retos que, de forma apremiante, pesan sobre los desafíos que tiene la Unión Europea, pero, en todo caso, creo que es una noticia positiva.

Sí quisiera compartir la preocupación que ha expresado la señora Grässle en relación con el nivel de pagos acumulados o diferidos, problemas que se irán también complicando con la perspectiva y la dimensión de complejización que supone también la negociación del *Brexit*.

Por lo que se refiere a todo lo relativo al cumplimiento de las observaciones del Tribunal de Cuentas, señor comisario, hay que decir con satisfacción que la Comisión ha cumplimentado setenta y cinco de las cien observaciones y solamente ha dejado seis sin cumplir de ninguna manera. Como ponente alternativo para las otras instituciones, quiero decir que seguiremos intentando mejorar las cosas en este procedimiento, intentando subsanar las insuficiencias y tratando de que los recursos del contribuyente sean utilizados de la mejor manera posible.

Arndt Kohn (S&D). – Herr Präsident, Herr Kommissar, Herr Präsident Lehne, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es jetzt mehrfach gehört: die Fehlerquote ist rückläufig – bis zuletzt auf 2,4 % im Jahr 2017.

Aber welche Schlussfolgerung kann man daraus ziehen? Eine Schlussfolgerung – das konnte man in vielen Zeitungen nachlesen – ist die, dass 2,4 % 3,3 Mrd. Euro entsprechen und die anscheinend komplett verschlampt wurden. Die Schlagzeile sowie die Berichterstattung suggerieren, dass die einfach achtlos in den Sand gesetzt oder zweckentfremdet wurden. Über 3 Mrd. Euro sind sicherlich keine Peanuts. Aber man muss klar sagen: Wo Menschen arbeiten, passieren auch Fehler, Fehler z.B. bei nicht förderfähigen Kosten oder nicht ausreichender Dokumentation.

Ich treffe mich regelmäßig mit Menschen aus meiner Heimat, die mir auch immer wieder sagen, wie kompliziert doch europäische Förderprogramme sind, und an der Vereinfachung dieser Förderprogramme arbeiten wir gerade. Pauschal von Schummelei oder Verschlamptung zu sprechen, greift definitiv zu kurz.

Eine andere Möglichkeit der Schlussfolgerung ist, zu sagen, dass der Jahresbericht des Rechnungshofs bestätigt, dass 97,6 % aller Fälle ohne Beanstandungen blieben. Das passt den EU-Kritikern natürlich nicht in den Plan. Aber es bedeutet, dass 97,6 % richtig verwendet wurden. Bei so vielen schlechten Nachrichten kann man sich darüber doch mal freuen.

Lambert van Nistelrooij (PPE). – Dank u wel, Voorzitter, commissaris, voorzitter van de Rekenkamer. Als coördinator voor het regionaal beleid, cohesie, wil ik graag een paar opmerkingen maken.

Op de eerste plaats: goed. Een geringer foutenpercentage dit jaar. De ommezwaai ook in de *budgetting*, de *performance budgetting* is gemaakt. Eerst ging het geld heel makkelijk naar de lidstaten, nu moet er vooraf een akkoord zijn en dan kijken we ook vooraf of er dat *commitment* ligt. Een nieuwe praktijk is daarmee ingevoerd.

Tweede punt: inderdaad een te late opstart. De lidstaten komen nu pas op stoom. En het gevolg is: er blijft geld in die Europese kas zitten en die vloeit terug naar de lidstaten. En het is onafwendbaar: over 2-3 jaar krijgen we weer die hele stapel met rekeningen. Goed dat u met suggesties komt om er iets aan te doen.

Ten derde: u zegt terecht dat er soms te weinig samenhang is tussen bijvoorbeeld het onderzoeksbeleid, Horizon 2020, en de regionale fondsen. Horizon 2020 lijkt een beetje op een prachtige Airbus die in de lucht hangt, maar geen zicht heeft op de landingsstrip. En daar kunnen we veel aan doen. U wijst daarop en ik vind het ook heel goed dat u zegt dat u binnen twee weken komt met verdere aanbevelingen. We zullen daarnaar kijken. Maar we zijn wel op goede weg en we hebben er gewoon een goede voorzitter aan. Dank je wel, Klaus-Heiner.

Georgi Pirinski (S&D). – Mr President, there is one central finding in the Court's report. In the fifth year of this period, we are twice as bad at properly appropriating funds in comparison to the previous programme period. I feel that the Commission is not paying sufficient attention and taking responsibility, its responsibility, for this totally unacceptable situation. The Commission takes the kind of attitude that it knows about this '*retard*' and is taking it into consideration and doing what is necessary. It is not enough! There should be a sense of real urgency that growing inequalities are the central threat to the very future of the Union. So there have to be extraordinary efforts, driven by the Commission, to overcome this totally unacceptable situation.

Richard Ashworth (PPE). – Mr President, this 2017 audit marks one of the largest year-on-year improvements, and I think for that we should give credit to the Commission and to Commissioner Oettinger. But especially I want us to give credit to former Commissioner Georgieva. She was the one who laid the foundations, and she, I think, deserves our special recognition.

As in previous years, the auditors have commented on the high number of instances where the Member States did have sufficient information with which to identify and intercept errors at a much earlier stage. As President Lehne said earlier, had the Member States done that, the overall result would have been significantly better. It's important that the public have confidence in the integrity of European expenditure, so audit reports do matter. Therefore I take this opportunity to call on the Member States and ask them to accept their responsibilities – but I also ask them to act on their responsibilities.

Finally, as ever, may I express my thanks to Mr Lehne, President of the Court of Auditors, and his team for a job well done.

Caterina Chinnici (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor commissario, io voglio ringraziare il Presidente della Corte dei conti, che ci ha fornito una fotografia precisa e attenta dell'impiego del bilancio dell'Unione nell'anno 2017.

Conforta sapere che c'è stato un costante miglioramento nel quadro generale, con un tasso di errore sui pagamenti in progressiva diminuzione negli ultimi tre anni.

Per parte mia, desidero sottolineare l'importanza dell'audit, per esempio nei settori della sicurezza e della cittadinanza che, pur rappresentando una parte relativamente piccola del bilancio dell'Unione (circa il 2 %), toccano però temi particolarmente sensibili e sentiti dai cittadini europei.

A tale riguardo, ma più in generale in tutti i settori di spesa, ritengo che le raccomandazioni presentate dalla Corte dei conti meritino attenta considerazione e richiedano una precisa valutazione della performance e del valore aggiunto europeo della spesa per garantire il più corretto utilizzo del bilancio dell'Unione.

Tamás Deutsch (PPE). – Engedjék meg, hogy lényegre törően három pontban foglaljam össze a mondandómat. Elsőként is engedjék meg, hogy elmondjam azt, hogy – egyetértve több kollégámmal – teljesen világos és egyértelmű, hogy vitán felül kiváló munkát végez az Európai Számvevőszék. A 2017-es uniós költségvetés zárszámadásáról szóló előterjesztés is ezt a megállapítást támasztja alá. Engedje meg Elnök úr, hogy Önnek, a Számvevőszék valamennyi tagjának és munkatársainak is az elismerésemet kifejezzem!

Másodikként engedjék meg, hogy azt mondjam, hogy habár politikusok vagyunk és jó hírből tudunk egy mondat végére rossz hírt csinálni, és néha rossz hírből is próbálunk egy mondat végére jó hírt csinálni, az semmiféleképpen nem hátrányos, hogy a megelőző esztendőkhöz képest csökkent az Európai Unió költségvetésében az Európai Számvevőszék vizsgálata alapján feltárt hibaarány. Jelen pillanatban ez 2,4%. További csökkenés lenne indokolt, de ez mindenféleképpen kedvező tendencia.

Végül, de nem utolsó sorban, ha van olyan terület, ahol az Európai Unió költségvetéséből hibás, szabálytalan vagy korrupt kifizetés elfogadhatatlan, akkor az a migráció területe. Az Európai Számvevőszék által elkészített jelentés komoly hiányosságokat tárt fel ezen a területen, így tehát azt tudom mondani, hogy közös felelősségünk, hogy a Számvevőszék jelentésének parlamenti vizsgálata során a migráció területén tapasztalható szabálytalan pénzfelhasználás ügyét külön vizsgáljuk.

Brian Hayes (PPE). – Mr President, I want to congratulate the Court of Auditors once again for a job well done. I think it is really significant that the error rate continues to fall and we need to welcome that as real progress that has been shown. The most important job of the job of auditors is to shine a light on public expenditure as it relates to European funds, and shining a light must lead to change, it must lead to new practices. As other colleagues have said, it must lead to less bureaucracy, not more bureaucracy. We have to do things differently, and in any new budget we have got to prioritise new areas of public expenditure.

As we go forward to the multiannual financial framework (MFF) for the next seven years, let us agree that earlier rather than later. Let us also ensure that we breach the 1% cap, which many Member States do not want to breach, because that will show real solidarity to the 27 Member States that remain within the European Union, and it will also show real determination to be ambitious on European projects that can lead to a better, stronger single market.

I also think it's important that we highlight in this debate the way in which we can change attitudes and change procedures through better public expenditure. A new MFF must be about new priorities; not just the same old systems but new priorities. That is the best way to respond to the concerns of EU taxpayers.

Διαδικασία «catch the eye»

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Panie Przewodniczący! Przy okazji tego sprawozdania skupię się na problematyce kultury. Miałem mieć głos jako reprezentant tej komisji i przedstawić króciutko opinię. Po pierwsze, zwracam uwagę na nowe programy, które się pojawiają. Cieszą one, np. rozpoczęcie fazy wdrażania Europejskiego Korpusu Solidarności. To jest, przypomnę, dwa i pół tysiąca staży – warto to odnotować i to odnotować z taką pozytywną opinią. Zaniepokojenie może budzić cały czas niski poziom absorpcji i niedostateczny zasięg geograficzny dwóch instrumentów, ale przede wszystkim gwarancje kredytów studenckich w ramach programu Erasmus+. Tu konieczne są korekty. Drugie zaniepokojenie to są cały czas niskie wskaźniki powodzenia projektów finansowanych w ramach programów „Europa dla obywateli” i podprogramu „Kultura kreatywna”. Przypomnę, że tam odpowiednio mamy dwadzieścia procent i piętnaście procent absorpcji wśród dobrych wniosków, czyli tych wniosków, które zostały pozytywnie zaopiniowane. Zwracam na to uwagę.

Zigmantas Balčytis (S&D). – Gerbiamas Pirmininke, gerbiamas Komisare, gerbiamas Audito Rūmų Pirmininke, iš tikrųjų šiandieną taip pat prisidedu prie visų sveikinimų su labai gera Jūsų ataskaitos įvertinimo procedūra. Ir taip pat noriu paminėti, kad manau, kad bendras darbas su Biudžeto kontrolės komitetu, jo principinga pozicija eilę metų, beveik dvi kadencijas, leido šiandieną iš tikrųjų pasigirti tais rezultatais, kurie čia buvo paminėti.

Tačiau aš manau, kad yra viena problema, kurią ateityje reikėtų spręsti, kuri tęsiasi nuo aštunto dešimtmečio – tai yra duomenų, gaunamų iš valstybės narių, patikimumas. Turbūt, Pirmininke, Jūs puikiai žinote apie ką kalbu, kad tie duomenys, kurie šiandieną yra gaunami, jie nėra patikimi, tačiau iš jų mes kartais darome tam tikras ataskaitas. Taip pat mūsų gyvenimas eina į priekį ir ateityje keisis tam tikri prioritetai: ypatingai, jeigu mes kalbame apie gynybos išlaidų finansavimą, irgi bus reikalinga ypatinga priežiūra, atominių elektrinių uždarymas, kuris yra labai komplikotas klausimas, norint kontroliuoti piniginių lėšų panaudojimą, ir, aišku, mūsų pagalbos ir paramos fondai. Todėl dar kartą sveikinu ir ačiū už pateiktą ataskaitą.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, ο ρόλος του Ελεγκτικού Συνεδρίου είναι πράγματι σημαντικός καθώς ελέγχει το πώς δαπανώνται τα κονδύλια της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Γι' αυτό είναι δεδομένο ότι πρέπει να διασφαλίζεται η διαφάνεια και να ελέγχουμε πώς κλείνουν οι λογαριασμοί. Θεωρούμε, βεβαίως, ότι το ποσοστό σφάλματος στο 2,4% είναι ακόμη υψηλό. Θέλουμε να πέσει κάτω από το 2% και γι' αυτό διατηρούμε επιφυλάξεις. Ταυτόχρονα, θεωρώ σημαντικό το γεγονός ότι το Ελεγκτικό Συνέδριο εξετάζει σοβαρά τις παρατυπίες οι οποίες έγιναν, και μάλιστα σοβαρές παρατυπίες, στο θέμα της λειτουργίας της EASO, της Ευρωπαϊκής Υπηρεσίας Υποστήριξης για το Άσυλο, και εκεί πρέπει να επιμείνετε. Όπως, επίσης, να επιμείνετε και στον έλεγχο πώς δαπανώνται τα κονδύλια από πλευράς ΜΚΟ, γιατί κάνουν πάρτι οι ΜΚΟ αυτή τη στιγμή. Έχουμε πάρα πολλές καταγγελίες στην Ελλάδα, έχει ήδη αναλάβει έρευνα ή OLAF και θέλουμε μια απάντηση στο θέμα αυτό, κύριε Lehne, μετά, όταν πάρετε τον λόγο ξανά. Επίσης, το θέμα της απορρόφησης πρέπει να μας απασχολήσει, αλλά αυτό αφορά κυρίως την Ιταλία και την Πολωνία.

Ivana Maletić (PPE). – Gospodine predsjedavajući, zahvaljujem Revizorskom sudu na dobro pripremljenom izvješću, vrlo detaljnom i iscrpnom, i drago mi je što se Revizorski sud sve više usmjerava na reviziju postignutih rezultata jer ključno je pitanje imaju li naši građani, naši poljoprivrednici, poduzetnici i mladi koristi od ulaganja ili je bolje pojedine programe mijenjati, ako treba, ukidati, odnosno zamijeniti drugim programima koji će bolje i više odgovarati na njihove potrebe.

Istaknuli ste da se sustavi upravljanja i kontrola poboljšavaju. Manje je nepravilnosti. To nas sve raduje, ali važno je sustav ubrzati, kolege su isto to istaknule, učiniti korisnijim i funkcionalnijim. Vi svojim izvješćima možete puno pomoći da se sustav poboljša, ne samo kroz zakonito, učinkovito i djelotvorno korištenje sredstava, nego i pravovremeno, to posebno podcrtavam, korištenje EU novca.

Možete, recimo, pomoći da tehničku pomoć u različitim programima koristimo za izgradnju administrativnih kapaciteta u područjima za koja je revizijama očito da nedostaju znanja potrebna za pametno, svrsishodno i pravovremeno trošenje javnog novca. Zato me raduju vaša tematska izvješća i novi pristup u radu.

(Λήξη της διαδικασίας «catch the eye»)

Günther Oettinger, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, Herr Präsident des Rechnungshofs, Damen und Herren Abgeordnete! Ich habe mit Aufmerksamkeit Ihre Wortmeldungen gehört. Wir werden sie auswerten und im Zuge des weiteren Entlastungsverfahrens auch darauf zurückkommen. Ich danke für die Anerkennung, die von vielen Abgeordneten meinen Mitarbeitern in den Dienststellen der Kommission für ihre ordnungsgemäße Haushaltsvollziehung gegeben wurde. Ich kann auch die Erwartungen von zahlreichen Abgeordneten hier akzeptieren und nehme sie auf, und auch einige kritische Bemerkungen sind, glaube ich, aller Überlegung wert. Besten Dank für die sachliche Aussprache!

Wenn wir auch 2018 noch immer sehen, dass die Programme zum Teil Verspätung hatten – was sind die Gründe, und was muss man daraus für den nächsten Haushaltsrahmen an Folgerungen ziehen? Zum Ersten: Da der jetzige Haushaltsrahmen erst Mitte Dezember von Rat und Parlament mit allen Ausführungsvorschriften verabschiedet wurde, war das erste Jahr und auch das zweite Jahr des Haushaltsrahmens, waren also die Jahre 2014 und weite Teile des Jahres 2015 eine verlorene Zeit. Erst 2017 haben alle Programme volle Fahrgeschwindigkeit aufgenommen. Das kann man für 2018 und den Haushaltsvollzug in diesem Jahr in besonderem Maße festhalten.

Zum Zweiten: Durch N+3 besteht gar kein großer Druck, rasch Rechnungen vorzulegen und Mittlererstattungen von uns anzufordern. Erst vor wenigen Monaten haben wir praktisch den Haushaltsrahmen 2007-2013 abgeschlossen. Erst jetzt haben die Behörden auch zum Teil den Arbeitsspielraum, um Mittel aus dem laufenden Haushaltsrahmen zu beantragen und bewilligt zu bekommen. Deswegen: N+2 statt N+3.

Und unsere gemeinsame Empfehlung – die des Parlaments und der Kommission – an den Rat, alles zu tun, damit auf der Wegstrecke bis zur nächsten Wahl der nächste Haushaltsrahmen noch verabschiedet werden kann. Damit sind die Vorbereitungen, um ab dem 1. Januar 2021 die Programme zu nutzen, möglich. Diese Lehre muss man aus den Beratungsabläufen des jetzigen Haushaltsrahmens, aus 2011, 2012 und 2013 ziehen.

Drittens: Vereinfachung der Regeln für unsere Programme. Wir haben mit unserem Vorschlag für den nächsten MFR deutlich eine Vereinfachung verbunden – Simplifikation.

Und letzter Punkt: Die Mitgliedstaaten müssten viel früher ihre zuständigen Behörden benennen. Zum Teil haben einige Mitgliedstaaten und Regionen erst Anfang letzten Jahres die Behörden benannt, die für den Vollzug und die Programmbwicklung verantwortlich sind.

Diese Lehren kann man aus dem jetzigen Haushaltsrahmen ziehen. Dann wird die Verspätung beim nächsten Mal mit Sicherheit deutlich geringer und der Nutzen von Haushaltsprogrammen der Kommission und der Union insgesamt deutlich früher und stärker beim Bürger, am Arbeitsmarkt und in der europäischen wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit ankommen.

Besten Dank für diese Beratung!

Klaus-Heiner Lehne, *Präsident des Rechnungshofes*. – Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich darf mich zunächst mal bei allen für die unterstützenden Worte für unsere Arbeit bedanken. Der Kollege Lazarou, der ja als Hauptberichterstatte im Hause die wesentliche Arbeit bei der Erstellung des Jahresberichts geleistet hat, und ich werden das gerne an alle Kolleginnen und Kollegen und Mitarbeiter des Hauses weitergeben.

Herr Czarnecki sprach das Thema an, dass wir seit jetzt 24 Jahren, seit Inkrafttreten des Maastrichter Vertrags, das sogenannte *statement of insurance* als Rechnungshof abzugeben haben. Davon haben wir 22 Jahre lang ein negatives Urteil und jetzt zwei Jahre lang ein eingeschränkt positives Urteil abgegeben.

Ich denke, das ist eine wirklich positive Entwicklung. Ich will das noch mal ausdrücklich hier betonen: Das ist nicht auf Fehlberechnung oder runterrechnen der Fehlerquote zurückzuführen, sondern das hat seine Ursache einfach darin, dass die Daten tatsächlich besser geworden sind.

Wir sind beim Thema Compliance innerhalb der Europäischen Union deutlich vorangekommen, wobei ich nicht ausschließen will, dass vielleicht im nächsten Jahr das Bild nicht mehr so gut aussieht. Das hängt auch mit der Tatsache zusammen, dass wir in diesem Jahr natürlich einen vergleichsweise geringen Anteil an Kohäsionsausgaben gehabt haben und Kohäsionsausgaben ohnehin dazu neigen, immer eine etwas höhere Fehlerquote zu haben. So ist deshalb nicht auszuschließen, dass vielleicht das Bild im kommenden Jahr nicht ganz so gut aussieht, wie das in diesem Jahr der Fall gewesen ist.

Ich will vielleicht zu der Fehlerquote noch eine weitere Anmerkung machen. Das ist – und das wird oft leider missverstanden – keine exakte Berechnung, das ist eine mathematisch-statistische Methode, die Sie als Politiker alle aus Meinungsumfragen kennen, wo eine Stichprobe genommen wird, und auf dieser Basis dann ausgerechnet wird, was die wahrscheinliche Fehlerquote ist. Aber das hat immer eine Variationsbreite von im Schnitt etwa $\pm 1\%$, und darum muss man auch in aller Klarheit sagen, wenn man ab einer gewissen Grenze, nämlich unterhalb der Materialitätsgrenze konkrete Aussagen zu konkreten Prozentsätzen macht, dann haben die einen relativ geringen tatsächlichen statistischen Wert.

Wir überlegen deshalb als Hof zunehmend – wir werden das im nächsten Jahr noch einmal überlegen – ob wir uns nicht alle Aussagen, die unterhalb der Materialitätsgrenze liegen, komplett sparen und die insgesamt streichen. Das ist eine Frage, die wir noch diskutieren werden, einfach um Missverständnisse in diesem Zusammenhang weiter zu vermeiden.

Das Thema RAL, der *rest à liquider*, hat natürlich eine große Rolle in der Debatte gespielt. Ich will noch mal ganz ausdrücklich sagen – um auch da wieder Missverständnisse zu vermeiden –, RAL sind normal, das hat Kommissar Oettinger völlig zu Recht gesagt. Was uns Sorge macht, ist die schiere Dimension, dass wir im Augenblick RAL in einer Größenordnung des Doppelten des nominalen Jahreshaushalts haben.

Natürlich ist das auch eine Folge der N+3-Regel. Die N+3-Regel ist im Jahr 2008 oder nach 2008 vor dem Hintergrund der Finanzkrise eingeführt worden, weil die Mitgliedstaaten Probleme mit der Kofinanzierung oder der Finanzierung von Planung, der Durchführung und der Vornahme von Projekten hatten. Aber die Finanzkrise ist zehn Jahre her. Deswegen wäre er vielleicht jetzt langsam auch an der Zeit zu überlegen, wieder auf normale Verhältnisse zurückzukommen und damit auch ein solches Anwachsen von Mittelbindungen in Zukunft zu vermeiden.

Ich denke, Herr Flanagan, Herr van Nistelrooij und Herr Hayes haben den Bezug zum MFR ohnehin hergestellt. Sie können davon ausgehen, dass in den nächsten Tagen von uns die Einzelmeinungen beschlossen werden, die *opinions* zu Fragen der Agrarpolitik, der Kohäsionspolitik. Weil der Wunsch aus Ihrem Hause besteht, machen wir das auch gerne zu Horizont und zu anderen Themen, die für Sie von Bedeutung sind.

Ich will auf die Fehlerquote eingehen, weil Herr Kohn das Thema mit Recht ansprach, und ich bin da sehr dankbar dafür. Wenn wir eine Fehlerquote von 2,4 % geschätzt feststellen, dann heißt das nicht, dass 3,3 Mrd. Euro der Europäischen Union aus Mitteln der EU verschwendet worden sind. Das heißt es nicht. Das heißt nur, dass wir im Zusammenhang mit der Ausgabe dieser Mittel Fehler festgestellt haben, und zwar entweder rechtliche, im Regelfall rechtliche oder rechnerische Mängel. Das sagt auch gar nichts über die Sinnhaftigkeit der Ausgaben aus. Diese Mittel, selbst wenn sie fehlerhaft gewesen sind, können absolut sinnvoll ausgegeben worden sein. Genauso gut ist es denkbar, dass Mittel, die rechtmäßig ausgegeben worden sind, absolut sinnlos ausgegeben worden sind. Das ist eine reine Compliance-Prüfung. Wir machen also nichts anderes als zu prüfen, ob rechtlich und rechnerisch die Dinge richtig sind.

Das andere Thema der Sinnhaftigkeit wird bei Performance geprüft, also bei Prüfungsberichten, die wir im Übrigen in einer großen Zahl – bis an die 50 pro Jahr – im Augenblick als Europäischer Rechnungshof auch schon erstellen. Der Performance-Anteil spielt natürlich auch im Jahresbericht eine gewisse Rolle. Wir überlegen gerade intern, wie wir das noch verbessern können, um Ihnen bessere Informationen dazu im Einzelnen geben zu können.

Das Thema *value for money* ist hier auch angesprochen worden; *European added value* ist auch ein Thema, das vorrangig bei der Frage der Performance eine Rolle spielt und nur sehr eingeschränkt bei der Frage der Compliance.

Herr Ashworth hat mit Recht darauf hingewiesen, dass ein Großteil der Verantwortung auch bei den Mitgliedstaaten liegt. Ich denke, das ist korrekt und das sollte auch nicht vergessen werden. Nicht an allem ist die Kommission schuld. Sie hat aber natürlich die Mitgliedstaaten anzuhalten und zu überwachen, dass sie die Dinge richtig machen. Insoweit ist sie immer im Geschäft, was die Verlässlichkeit der Daten angeht.

Dazu würde ich auch gern noch etwas sagen, weil das auch immer wieder angesprochen wird. Seien Sie versichert, dass wir nur solche Daten der Mitgliedstaaten und der Kommission für unsere Prüfungen verwenden, von denen wir persönlich davon überzeugt sind, dass sie verlässlich sind. Alle anderen Daten, bei denen wir Zweifel haben, werden eben nicht zurate gezogen, sondern es finden eigene Datenerhebungen von unserer Seite her selbst statt.

Herrn Marias kann ich sagen: Der Bericht zu den NGO ist in der finalen Phase, der wird bald kommen. Ich hoffe, dass Sie daraus Erkenntnisse ziehen können. Frau Maletić hat völlig zu Recht das Thema oftmals fehlender oder unzureichender technischer Unterstützung angesprochen. Wir haben ja vor einiger Zeit dazu einen Bericht zu den JASPERS-Programmen gemacht und haben da auch einige kritische Anmerkungen dazu gemacht, wie das verbessert werden kann. Sie sehen, der Rechnungshof ist bemüht, Sie alle *up to date* zu halten, damit wir insgesamt unsere Arbeit verbessern können.

Unsere Kritik dient eben nicht dazu etwas runterzumachen, sondern unsere Kritik dient dazu, die Situation zu verbessern, den Finger in die Wunde zu legen, aber im Sinne von heilen, nicht im Sinne von kaputtmachen.

Πρόεδρος. – Η συζήτηση έληξε.

Γραπτές δηλώσεις (άρθρο 162 του Κανονισμού)

Julia Pitera (PPE), na piśmie. – Sprawozdanie roczne Europejskiego Trybunału Obrachunkowego jest dobrą okazją, by przypomnieć, w jaki sposób Unia Europejska generuje swój budżet. W roku 2017 budżet Unii wyniósł 137,4 mld euro, z czego największa część, czyli 78,4 mld euro, wpłacona została przez państwa członkowskie wprost proporcjonalnie do swojego dochodu narodowego brutto. Dodatkowo z opłat celnych wpłynęło 20,3 mld euro, zaś z tytułu podatku VAT – 16,6 mld euro. Tak więc łączny budżet unijny stanowi nie więcej niż około 1% dochodu narodowego brutto całej UE.

Trzeba równocześnie pamiętać, że to właśnie wydatki budżetowe są istotnym narzędziem realizacji celów politycznych UE. Dlatego też bardzo niepokojący jest wysoki poziom zobowiązań budżetowych pozostających do zapłaty, które wzrosły do rekordowo wysokiego poziomu sięgającego 267,3 mld euro. Państwa członkowskie nie wykorzystują budżetu przyznanego im na realizację planowanych celów. Bardzo martwi mnie fakt, iż mój kraj, Polska, nie wykorzystał jeszcze 27 miliardów euro na inwestycje strukturalne. Te pieniądze na pewno przyczyniłyby się do lepszego rozwoju gospodarczego kraju. Dlatego też rządzący państwami członkowskimi powinni lepiej prognozować wydatki, a lepsze zarządzanie ryzykiem wystąpienia zaległości w płatnościach powinno stanowić priorytet w trakcie planowania przyszłych wieloletnich ram finansowych na lata 2020-2027.

Marco Valli (EFDD), *per iscritto*. – Vorrei innanzitutto ringraziare la Corte dei conti per il lavoro svolto. La relazione annuale stilata dalla Corte dei conti è infatti un documento di grande importanza per il Parlamento europeo, poiché facilita il nostro lavoro e fornisce molti elementi per valutare gli aspetti della spesa dell'Unione europea e individuare i problemi da risolvere.

Nella relazione annuale 2017 sono stati rilevati alcuni miglioramenti rispetto agli anni precedenti, *in primis* il fatto che, in ambito generale, il livello di errore stimato per i pagamenti effettuati sia in continua diminuzione. Questo rappresenta un passo verso la giusta direzione.

Esistono, tuttavia, alcuni punti critici: per la rubrica 3 (sicurezza e cittadinanza) e per la rubrica 4 (ruolo mondiale dell'Europa) non è stato ancora possibile rilevare il tasso di errore e ciò comporta una grave mancanza di trasparenza e controllo della spesa. In alcuni settori poi, come ad esempio lo sviluppo rurale, persistono tassi di errore rilevanti e problematiche risapute che vanno entrambi affrontati e risolti al più presto. Auspico, al fine di garantire ai cittadini che i loro contributi vengano spesi in maniera adeguata, che vengano prese misure volte a migliorare la situazione.

19. Einfuhr von Kulturgütern (Aussprache)

Πρόεδρος. – Το επόμενο σημείο στην ημερήσια διάταξη είναι η συζήτηση επί της εκδήσεως των Alessia Maria Mosca και Daniel Dalton, εξ ονόματος της Επιτροπής Εσωτερικής Αγοράς και Προστασίας των Καταναλωτών, σχετικά με την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου όσον αφορά την εισαγωγή πολιτιστικών αγαθών (COM(2017)0375 - C8-0227/2017 - 2017/0158(COD)) (A8-0308/2018)

Alessia Maria Mosca, *relatore*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, dopo lunghe trattative ci troviamo finalmente oggi a discutere dell'approvazione del regolamento sull'importazione di beni culturali. Vorrei anzitutto ringraziare tutte le colleghe e i colleghi per il duro lavoro fatto in questi mesi.

Alcuni studi indicano che il traffico illecito di opere d'arte è secondo solo a quello di armi e di stupefacenti. Le immagini delle distruzioni del sito di Palmira ad opera dell'Isis sono ancora vive nei nostri occhi, ma parlare di distruzione è impreciso. Si è trattato di uno smantellamento vero e proprio: i reperti più preziosi sono stati trafugati e venduti sulla piazza europea. Dopo aver privato il popolo siriano della propria storia e della propria cultura, gli acquirenti europei hanno contribuito al finanziamento diretto di un'organizzazione terroristica.

Il traffico illegale di opere d'arte è un crimine contro l'umanità perché ci priva del nostro comune patrimonio artistico e della nostra storia, ma esso minaccia anche la sicurezza dei cittadini europei, contribuendo al finanziamento di attività terroristiche. Non solo: favorendo evasione fiscale e riciclaggio, il commercio illegale di opere d'arte minaccia il nostro modello sociale.

Il nuovo regolamento contribuirà dunque a questa triplice battaglia, imponendo trasparenza e maggiori controlli. Non è stato un compito facile. Pur condividendo tutti l'urgenza di agire, abbiamo avuto difficoltà nell'identificare il giusto equilibrio fra la necessità di porre un freno a questi traffici illeciti e l'obiettivo di non caricare di inutili lungaggini burocratiche gli operatori privati e le dogane.

Abbiamo quindi introdotto agevolazioni per le piccole e medie imprese, un sistema di registrazione elettronico in grado di facilitare le procedure e soglie di valore che permetteranno un'applicazione più mirata, imponendo i controlli solo sulle merci più preziose.

In più, a partire dalla Convenzione UNESCO del 1970, il testo da noi proposto sarà più coerente con le convenzioni internazionali e i regolamenti dell'Unione. Applicando lo stesso allegato al regolamento per le esportazioni e sfruttando l'esperienza degli addetti doganali e dei mercati d'arte, l'implementazione sarà così più semplice.

Il testo finale è equilibrato e lo dimostra la larghissima maggioranza che lo ha sostenuto. L'Unione europea si doterà di uno strumento all'avanguardia, in grado di combattere il traffico illegale senza frenare il commercio lecito, fonte di lavoro e di crescita.

Dopo l'approvazione dovremo vigilare affinché l'applicazione sia il più uniforme possibile. Non possiamo permettere che la competizione interna tra i porti europei crei delle zone franche. Dobbiamo combattere le frodi interne come quella perpetrata, per esempio, dalle autorità britanniche al bilancio comunitario a partire dal 2011: è per questo che inseriremo un sistema di *due diligence*, ossia un elenco di documenti uguali per tutti che le autorità doganali saranno obbligate a richiedere.

Agli amici britannici spaventati per gli effetti che il regolamento sortirà sul mercato dell'arte londinese dopo la Brexit vorrei ricordare che non si può godere dei benefici di una comunità senza farne parte e se si vogliono evitare doppi controlli si deve far parte del mercato unico.

Ancora una volta la politica commerciale europea si propone come un'alternativa sia al protezionismo che al liberismo sfrenato. Una strategia che si fonda sui nostri valori: il commercio, infatti, non può essere svincolato dai diritti sociali, umani e ambientali.

Con il voto di domani aggiungeremo alla politica commerciale europea un ulteriore elemento di sostenibilità, un altro mattone per rendere la nostra casa comune più degna per gli uomini e le donne che la abitano, un ulteriore sforzo per rendere la globalizzazione un processo più equo e umano.

Questa è l'Europa che vogliamo, un'Europa che protegge senza chiudersi in se stessa.

Daniel Dalton, Rapporteur. – Mr President, we've had some tough negotiations over the last few months, that's fair to say, and the text we're voting on tomorrow is not perfect. But our discussion showed that we all share the same goal: workable legislation that targets the illicit importing of cultural goods for terrorist financing without overburdening customs authorities or small businesses.

For that reason – unlike the Commission – we recognise the need for value thresholds on most items. We already have value thresholds in the export regulation. For imports, clearly, higher-value items are of greater interest for terrorist financing. So for the Commission not to follow that precedent and to have no value thresholds on a regulation that applies to the whole world – low- as well as high-risk areas – made little sense. Customs authorities are already overwhelmed and unable to check most imports. So to work, this regulation needs to focus on higher-value, higher-risk goods. That is how we deal with customs issues throughout our legislation: risk-based, intelligence-led checks.

This proposal – let's not forget – was originally drawn up in light of Isis's control of large areas of Syria and the potential for them to traffic antiquities to fund their activities. Global strife, however, constantly evolves, so our work here needs to be better than just press-release politics, and legislation needs to be fit for changing risks. Importantly, in the Parliament text we also recognise that there are legitimate movements of goods for museums and art fairs that we shouldn't in any way hinder. Creating long delays to imports would have simply moved these fairs outside Europe, where there is often less oversight.

In the Parliament we agreed from the start on a digital-led approach. Cultural objects cross borders repeatedly, so information needs to be exchanged to allow previously-vetted goods to circulate freely. A fully-electronic system is therefore critical and, given these rules will not be applied until the early 2020s, continuing with a paper system, I think, would look ridiculous.

We also recognise that small businesses will need help in complying with this regulation. Many cultural goods, such as sub-genres of books or types of antiquities, are sold by highly-specialised companies, so micro- and family businesses are at the heart of the trade. The scope is fundamental to the potential burden of this regulation, but we have also proposed targeted measures to further help small companies meet the demands on them. Cooperation with third countries will also be vital to tackling illicit trade.

So I strongly support the provisions we introduced in this regulation to bolster efforts being made to improve the capacities of countries that are struggling to preserve their cultural heritage. By complementing those efforts with sensible import rules, we can act to resolve the whole supply chain for illicit goods rather than just isolating Europe from a global problem.

As I said at the start, although we've made significant improvements, this text is not perfect. For example, there is still some potential difficulty in cases where provenance is hard to determine – of which there will be many when dealing with ancient artefacts. This is particularly the case for low-value archaeological items, which fall under the scope of the final text, regardless of whether they are from high- or low-risk areas. It should be possible to import items which have been held legitimately for decades without the cooperation of source countries which lack documentation to judge the original export's legitimacy. Otherwise, we risk overburdening customs authorities and importers with an unachievable proof requirement that could clog up the system and fail to deliver on the regulation's aims.

I am optimistic, though, that, through constructive negotiations with the Council, using their first-hand knowledge of customs operations, we can streamline this proposal and emerge with a final law fit for purpose. We want to avoid a 'fortress Europe' approach and unworkable requirements that might prevent the profiteering of Isis but also devastate the responsible family businesses that make up the vast majority of the trade in Europe.

If I can just make one point in response to Ms Mosca's points: for the UK this is a classic case in point. If these rules are too overburdening for European producers and the UK is outside that market, I can guarantee you that the trade will move to the UK, and no one in Europe or the UK will be thankful for that. I won't. I want to see us working closely together, and this text is absolutely vital to make sure we get this right in order to do it.

Santiago Fisas Aixelà, *ponente CULT*. – Señor presidente, este Reglamento es una propuesta novedosa, ya que no existía legislación al respecto, solamente el Reglamento de exportación, que se refiere únicamente a bienes europeos. Y considero que es especialmente relevante al ser este año, 2018, el Año Europeo del Patrimonio Cultural.

En la Comisión de Cultura y Educación teníamos dos objetivos: por un lado, evitar que el terrorismo, el crimen organizado y el blanqueo de capitales se financiasen con la compraventa ilegal de bienes culturales de terceros países; y por otro, asegurar la preservación del patrimonio cultural de estos países. Además, debíamos compaginar estos objetivos fundamentales, para que el mercado de arte europeo no se viera perjudicado por una reglamentación demasiado estricta, lo que complicaría el mercado legal y habitual de los comerciantes, casas de subastas y museos europeos.

No ha sido una tarea fácil, ya que había muchos intereses contrapuestos, pero creo que hemos logrado consensuar un texto equilibrado, por lo que nos felicitamos de que los objetivos que señalaba antes se hayan cumplido.

Violeta Bulc, *Member of the Commission*. – Mr President, in recent years, the world has witnessed the destruction of priceless archaeological sites and monuments and the looting of cultural artefacts by warring factions and terrorist entities worldwide.

There is evidence that some of those artefacts are sold and brought into the Union, with their proceeds potentially used to finance terrorist activities. For instance, early in 2018, a Spanish antiques dealer was arrested in Barcelona for his alleged participation in a wide international network trafficking antiques. The investigation appears to show that these works of art were stolen from archaeological sites in Libya. They were looted by the terrorist organisation Islamic State and were especially intended for the financing of terrorism.

Another example is the seizure by French customs authorities two years ago at Charles de Gaulle Airport of looted cultural goods which probably came from the war region in Iraq and Syria. The Commission is very engaged on the issue of cultural goods trafficking.

The Commission is also fully engaged in the fight against terrorist financing and presented an action plan aiming to reduce the sources of revenue of terrorist organisations in February 2016. Within this context, the Commission made proposals to the Council and Parliament to strengthen customs controls in two areas, one on the control of cultural goods at import and another one on controls on cash entering and leaving the European Union.

The proposal on cash controls has led to the adoption of an amended regulation, soon to be published in the Official Journal. The Commission welcomes the successful effort of the co-legislators on that matter.

On cultural goods, the Commission adopted in July 2017 a proposal to prevent the import and storage, including in free zones, in the EU of cultural goods illicitly exported from third countries. The measure aspires to protect cultural heritage, to combat illicit trade in cultural goods, especially archaeological objects and parts of dismembered monuments, and to strengthen the fight against terrorist financing. At the same time, the right balance between safeguarding of common cultural heritage and avoiding undue burden on trade was fully taken into account.

At present, the EU applies common rules on the export of cultural goods and the return of cultural objects unlawfully removed from the territory of a Member State. However, with the exception of two specific measures prohibiting trade in cultural goods with Iraq and Syria, no common rules exist regarding the import of cultural goods into the EU customs territory.

The Commission's proposal came as a response to a call for action from the European Parliament and the Council, from international organisations and from governments of the Member States. Our proposal provides a common definition of cultural goods deriving from the 1970 Unesco Convention and the 1995 Unidroit Convention, listing categories of objects which are of importance for archaeology, prehistory, history, literature, art or science.

Furthermore, a minimum age threshold of 250 years for such objects is introduced. This allows focusing on cultural goods considered to be the most affected and vulnerable to illicit trade. It also minimises the impact on national authorities and the art market in terms of operational and compliance costs as they already have experience with these thresholds, which exist in US legislation. The proposed regulation establishes a system of import licences and import statements that are required, depending on the category of the cultural goods concerned. The import licence, which implies a higher level of scrutiny, would target the cultural goods most at risk.

Exceptions to this rule are introduced in the case of the temporary admission of an object for scientific or academic research purposes and cultural exchange, or for cultural goods at minimum risk of destruction sent to the Union for safekeeping by a third country's public authorities.

In order to improve the ability of customs officials to recognise suspicious shipments and to cooperate more efficiently with other law enforcement authorities in preventing illicit trade in cultural goods, the proposal also provides for the organisation of training and capacity-building activities for customs and other law enforcement authorities and awareness-raising campaigns aimed at potential buyers in the Union.

The brief summary I have set out focused on the main elements of the proposal. Let me recall that this is an essential piece of legislation to combat trafficking in cultural goods, deprive terrorists of a source of income and protect cultural heritage.

Before I conclude, please allow me to thank both rapporteurs, Ms Mosca and Mr Dalton, for their constructive cooperation. I am happy to give you the floor and I am looking forward to your interventions.

Jarosław Wałęsa, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, during our work on this file, our objective was to prevent the import into and storage in the EU of cultural goods illegally exported from third countries, but also to reduce trafficking and combat financing of terrorism and, obviously, to protect cultural heritage, especially archaeological objects in countries affected by armed conflict.

During our work the most important and, at the same time, the most challenging issue was the scope. Luckily, we managed to achieve a good compromise, covering all those goods that deserve special protection, but at the same time limiting the scope as much as possible to those cultural goods most affected by illegal trafficking. I believe that it is extremely important not to overburden market actors and disturb the licit trade of cultural goods in the EU, therefore, I am very happy that red tape for the art market will be avoided, in particular for SMEs. This will be possible through the establishment of an economic threshold in addition to the 250-year threshold, which means that not all goods with zero value will be covered by this regulation. To give you an example, without an economic threshold, books from the 18th century which are worth nothing would fall under the scope and administrative costs would probably be higher than the value of the book itself, and that would kill the market. We need common rules to ensure effective protection against the loss of cultural goods and the prevention of terrorist financing through the sale of looted cultural heritage to buyers in the EU. This is the first step towards well-balanced legislation which will protect cultural heritage while enabling the stakeholders concerned to keep trading without barriers.

Arndt Kohn, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident, liebe Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Morgen wird über das Trilogmandat für die Verordnung über die Einfuhr von Kulturgütern abgestimmt. Warum kümmert sich das Europäische Parlament um den Import von illegalen Kulturgütern aus Drittstaaten? Nach Drogen und Waffen gilt der illegale Handel mit Kulturgütern als eines der lukrativsten Geschäfte auf dem Schwarzmarkt, dient möglicherweise auch zur Terrorismusfinanzierung. Aber hier geht es doch hauptsächlich darum, dass jahrhundertealte Zeugnisse menschlicher Zivilisation möglicherweise für immer verloren gehen, auf dem Schwarzmarkt verkauft werden oder an Freihäfen oder in Kellern verschwinden. Wir spielen nicht die Weltpolizei, aber das Prinzip muss gelten: Kultur ist überall auf der Welt schützenswert. Wir dürfen daher nicht zulassen, dass schützenswerte Kulturgüter unrechtmäßig in der Europäischen Union auf den Markt gelangen. Bessere Zollbestimmungen helfen bei der Bekämpfung von organisierter Kriminalität, Geldwäsche und Steuerhinterziehung.

Der Text, wie er im Ausschuss abgestimmt wurde, ist meiner Meinung nach ausgewogen und berücksichtigt alle Interessen gleichermaßen. Der bürokratische Aufwand für den Kunsthandel wird relativ gering sein. Es wird nur für einen Bruchteil aller Importe eine Importlizenz vorgelegt werden müssen, denn es betrifft hauptsächlich archäologische Güter. Es gehört bewusst nicht jedes Familienerbstück dazu. Für alle anderen Kulturgüter gilt eine Alters- und Wertgrenze. Für diese müsste lediglich eine Selbsterklärung vorgelegt werden, mit der dann rechtssicher gehandelt werden kann. Und auch die Beamtinnen und Beamten beim Zoll müssen eine rechtssichere Handlungsgrundlage haben, um illegal importierte Kulturgüter aus dem Verkehr ziehen zu können. Dieses Dossier leistet gerade im Jahr 2018, dem Jahr des europäischen Kulturerbes, einen wertvollen Beitrag dazu.

David Campbell Bannerman, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, as Chair of the Delegation for relations with Iraq, I of course share the objective of tackling terrorist financing. However, I cannot share enthusiasm for this report. Its excessive scope captures too large a volume of cultural goods, with the potential to create disruption to legitimate trade, not to mention burdensome, even unworkable, customs procedures.

The original aim has been totally lost amid a desire to control the art market. This is of course of considerable concern to the UK with its prominence in the art world. Items that bear no relation to stemming terrorist finance, even for example a map of 1900s America, would be caught up in this regulation. It is a sledgehammer to crack a nut.

I had initially proposed to limit the scope of the proposal by recommending an age and value threshold. Instead, this requires an extensive list of documents to prove origin, otherwise they will be treated as illicit imports. Overall, I wish we had a more balanced approach that would help combat terrorist financing, but without creating such impractical red tape.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

David Coburn (EFDD), *blue-card question*. – Thank you, David, for taking my question. I liked what you said, a lot of what you said made sense. Would you agree with me that there is an enormous danger that ordinary people dealing in the art market in small ways – in ‘*déballages*’ in France, in small markets – are going to be crucified by this ludicrous law, again, this neurosis about terrorism. It is pure Orwell!

There are ways of doing this. At the moment if auction houses see something that should not be on the market, they will inform the authorities. Surely, do you not agree with me that there is enough legislation, we do not need more?

David Campbell Bannerman (ECR), *blue-card answer*. – Thank you, Mr Coburn, I know that you deal with antiques and are an expert in this area. Yes, I am worried. I have a wonderful grandfather clock. I have no idea how old it is, it is probably 17th century, and I could never prove where it has come from if I were to move it somewhere under these new laws. I also have some stuff from a prime minister, I am related to a former prime minister from before 1900.

So I feel that this is going too far and is impractical, it won't work and it really doesn't help. I'm all in favour of cracking down on terrorist financing. This does not help.

Marietje Schaake, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, let me begin by expressing my amusement at hearing two Brexiteer colleagues being worried about red tape. I guess they would prefer to roll out the red carpet for terrorists. That is something that we should not do.

We have to be very serious about the problem that the trade in illicitly obtained cultural goods presents. Over the last few years, we've seen that, for terrorist groups like Daesh in search of income, actually, there has been a prospering market of stolen cultural artefacts that links organised crime, money laundering and the financing of terrorist activities across the world. Europe and also the United Kingdom are not free of the risk of becoming a part of such schemes. That is why we had to take action. Only in 2016, for example, two Syrian freezers were seized at an airport in France. Daesh has emerged as one of the key players. It is also destroying, looting and trading cultural goods for profit, but let's not forget that they also do this to stamp out cultural identities as part of ethnic cleansing, which is among the most significant crimes that we know of.

We need to tackle the illicit trade in cultural goods with trade measures and by harmonising rules and building on what we already know without burdening galleries and museums. We have come to a common definition of what cultural goods are and identified those most at risk, and are making sure that we have checks on the origin licensing schemes without placing unnecessary burdens on sellers and SMEs. It's a success in the fight against terrorism.

Eleonora Forenza, *a nome del gruppo GUE/NGL*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, intervengo come relatore ombra della commissione INTA per il gruppo GUE/NGL.

Già nella fase del lavoro congiunto delle due commissioni INTA/IMCO ho accolto con favore la proposta della Commissione europea di regolare l'importazione da parte dell'Unione di beni culturali, con lo scopo di prevenire e bloccare lo scambio illecito di opere d'arte.

Ribadisco la necessità di una simile regolamentazione anche nell'occasione del voto in plenaria. Penso che il testo sia stato migliorato dall'elaborazione delle due commissioni: per esempio l'età minima di 250 anni per le opere d'arte proposto dalla Commissione è stato rimosso e ciò ci permette di avere un margine più ampio di controllo sulle opere d'arte figurative, ad esempio, che possono essere più recenti ma non per questo di minor valore.

Abbiamo convenuto anche sull'alleggerimento delle procedure, passando dalla procedura della doppia licenza a un'unica. Un sito internet verrà predisposto se la Commissione, come mi auguro, vorrà recepire la posizione del Parlamento perché le ricerche di informazioni diventino facilmente accessibili.

Vorrei soltanto aggiungere una valutazione di ordine politico e culturale. L'accesso alla fruizione di opere d'arte è una delle forme della costruzione della cittadinanza. Rendere questo accesso fruibile a tutti e a tutte e non lasciare che le arti diventino beni di contrabbando, soprattutto in quei paesi che soffrono di situazioni di conflitto, è un dovere di queste istituzioni, è un dovere delle istituzioni europee.

Tiziana Beghin, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'importazione di reperti, artefatti e opere d'arte in Europa è un processo molto delicato perché senza controlli si possono importare beni contraffatti, oggetti rubati o addirittura venduti per finanziare organizzazioni terroristiche.

Mentre prima ogni paese applicava regole diverse, con questo regolamento istituiremo un sistema standardizzato di identificazione, daremo adeguati strumenti alle autorità doganali per riconoscere e fermare le frodi e i prodotti illegali, chiedendo stessi controlli e stessa formazione in tutta l'Unione.

Vogliamo inoltre assicurare l'adeguata assistenza a quelle piccole imprese che operano nel mercato dell'arte perché possano continuare il loro lavoro onesto senza essere oberate dalla burocrazia.

Grazie a questo regolamento speriamo di fermare il mercato nero dell'arte. Per questo ringrazio i correlatori e assicuro il supporto mio e della mia delegazione.

France Jamet, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, mes chers collègues, vous voulez donc aujourd'hui protéger le patrimoine de la Syrie et de l'Irak. Cela pourrait presque prêter à rire si ce n'était pas aussi tragique. Si vous vouliez protéger le patrimoine culturel dix fois millénaire de ces régions, il ne fallait pas le jeter sous les bombes, ni le laisser à la merci de Daech et de barbares islamistes grimés pour l'occasion en rebelles.

D'autre part, il semble que la Commission ne se préoccupe même plus de contrôler l'entrée sur le territoire des personnes et des biens, mes chers collègues, cela relève de la compétence des États. C'est un navrant paradoxe! Vous qui encouragez chaque jour l'immigration clandestine et le libre-échange dogmatique, vous faites ici profession d'un «pre-sque» protectionnisme qui laisse rêveur.

Comment entendez-vous faire appliquer ces mesures parfaitement dérisoires?

Par l'abaissement des États-nations, vous avez réduit leurs administrations douanières à néant. Elles seules auraient pu agir, en vérité, seuls les États pourraient agir. Vous n'aurez pas les moyens de votre futile politique, vous ne vous en donnez pas les moyens, vous avancez au gré de vos pulsions ou de vœux pieux sans hommes ni moyens. Alors peut-on se contenter de noter, de relever ou d'apprécier cet acte ou ces efforts. Je ne crois pas.

Monsieur le Président, mes chers collègues, c'est effectivement l'année du patrimoine culturel, alors vous vous posez en défenseur du patrimoine culturel de l'humanité alors que vous bradez celui de l'Europe, vous bradez celui de mon pays et de ma France. Nos villages, nos clochers, notre histoire, nos monuments, nos arts et métiers sont pillés et vous les négligez, vous les bradez par aveuglement et souvent par mépris. Alors autant dire qu'il ne s'agit pas ici du... *(le Président retire la parole à l'oratrice)*

(L'oratrice accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Michaela Šojdrová (PPE), *question «carton bleu»*. – Madame Jamet, j'ai une question.

Pensez-vous qu'il ne faut rien faire, qu'il vaut mieux attendre et laisser le marché sans régulation, sans observer ce qui va servir au terrorisme? Croyez-vous que c'est mieux?

France Jamet (ENF), *réponse «carton bleu»*. – Bien sûr que non Madame, je pense que ce n'est pas suffisant. Je pense que charité bien ordonnée commence par soi-même et je pense également que l'écrivain a dit: «Dieu se rit des hommes qui déplorent les effets dont ils chérissent les causes».

Sabine Verheyen (PPE). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich mich für die gute und konstruktive Zusammenarbeit an diesem Dossier bedanken. Auch wenn wir alle im Grunde ein gemeinsames Ziel hatten, war es sicherlich nicht immer einfach, in diesem Dossier Kompromisse zu finden. Aber ich glaube, dass wir einen sehr ausbalancierten Text vorliegen haben – der nach ECR-Meinung sicherlich noch den ein oder anderen Mangel hat, aber ich glaube, dass wir hier insgesamt ein sehr gutes, konstruktives und ausgewogenes Ergebnis haben.

Mit der Importverordnung wollen wir eine Harmonisierung der Einfuhrregeln von Kulturgütern in der EU erreichen, deren Ursprung nicht in der EU liegt. Auch dies wurde in der Vergangenheit immer wieder falsch dargestellt. Wir müssen das hier nochmal besonders deutlich machen, dass es eben genau um Kulturgüter geht, die ihren Ursprung in einem Drittland und nicht in der EU haben, und da mag dann die Uhr des britischen Großonkels oder Großvaters vielleicht nicht darunterfallen.

Ziel ist es generell, die rechtswidrige Einfuhr von Kulturgütern aus einem Drittland sowie die Lagerung dieser Güter in der EU zu verhindern und den illegalen Handel mit Kulturgütern einzudämmen sowie die Finanzierung von Terrorismus zu bekämpfen und das kulturelle Erbe – nicht nur unser eigenes, sondern das der Menschheit insgesamt – auch zu schützen. Ich finde es richtig, dass wir den Anwendungsbereich soweit wie möglich auf die Kulturgüter beschränkt haben, die am stärksten von illegalem Handel betroffen sind und die auch besondere Bedeutung für das kulturelle Erbe haben. Dadurch wird unnötiger bürokratischer Aufwand für den Kunstmarkt, für kleine und mittelständische Unternehmen sowie für Zollbehörden und nationale Behörden verhindert. Wir haben ein Mindestalter eingeführt, wir haben finanzielle Schwellenwerte eingeführt, und es gelten zudem auch noch die Roten Listen des Internationalen Museumsrates ICOM als zusätzlicher Filter, um uns wirklich auf die schützenswerten Güter zu beschränken. Somit haben wir ein ausbalanciertes Ergebnis erzielt, mit dem sicherlich alle leben können. Ich hoffe, dass wir so schnell wie möglich mit dem Rat in Verhandlungen treten können, um hier zu einer schützenden und guten Gesetzgebung zu kommen.

Nicola Danti (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor commissario, voi sapete che il commercio illecito di beni culturali ha caratterizzato la storia di tutti i conflitti. Oggi più che in passato tale commercio è fonte di finanziamento di organizzazioni criminali, di terrorismo, di gruppi armati, come purtroppo ha dimostrato la guerra in Siria.

Questo provvedimento è un ulteriore tassello di una strategia che la Commissione e questo Parlamento hanno messo in atto in questa legislatura sulla tracciabilità dei beni che entrano nell'Unione europea, a partire dal provvedimento che abbiamo fatto sui minerali provenienti da zone di conflitto.

Solo tramite alcune procedure doganali specifiche e armonizzate a livello europeo e un coordinamento efficace tra le autorità competenti noi riusciremo a impedire l'entrata di beni culturali illeciti all'interno del nostro mercato unico e, cosa non meno importante, anche a tutelare il patrimonio culturale dei paesi terzi da cui questi provengono.

Infine permettetemi di ringraziare per il lavoro svolto la correlatrice Alessia Mosca e il relatore della mia commissione e del mio gruppo Kohn.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η πολιτιστική κληρονομιά συγκαταλέγεται μεταξύ των βασικών στοιχείων πολιτισμού. Συμβάλλει στη διατήρηση της ιστορικής μνήμης και των εθνικών παραδόσεων. Για τον λόγο αυτό, τα πολιτιστικά αγαθά πρέπει να προστατεύονται από την παράνομη ιδιοποίηση, από τη λεηλασία, από την παράνομη εξαγωγή τους, και αυτό ισχύει, κατά τη γνώμη μου, και πρέπει να αφορά όλα τα λεηλατηθέντα πολιτιστικά αγαθά, ανεξάρτητα από χρονικό περιορισμό, ακόμη κι αυτά που βρίσκονται στην Ευρωπαϊκή Ένωση. Γιατί μιλούμε για το Ιράκ, αλλά ξεχνάμε και κλείνουμε τα μάτια στο τι συμβαίνει εδώ, στην Ευρωπαϊκή Ένωση. Για άλλη μια φορά, θέτω το ζήτημα της επιστροφής των λεηλατηθέντων από τους Ναζί αρχαιολογικών θησαυρών της Ελλάδας κατά τη διάρκεια της γερμανικής κατοχής του 1941 έως 1944. Οι λεηλατηθέντες αυτοί θησαυροί βρίσκονται σε μουσεία στη Γερμανία. Ήδη από το 1946 το ελληνικό Υπουργείο Παιδείας έχει συντάξει αναλυτικό κατάλογο των αρχαιολογικών αυτών θησαυρών που εκλάπησαν από τους Ναζί. Βάσει της Σύμβασης UNESCO Unidroit 1970, αλλά και της οδηγίας 93/7/ΕΟΚ, πρέπει οι λεηλατηθέντες αυτοί αρχαιολογικοί θησαυροί να επιστρέψουν στην Ελλάδα. Σας ερωτώ, λοιπόν, κυρία Βιulc: τι πρόκειται να κάνει η Ευρωπαϊκή Επιτροπή προκειμένου να επιστραφούν στην Ελλάδα οι λεηλατηθέντες από τα γερμανικά στρατεύματα κατοχής ελληνικοί αρχαιολογικοί θησαυροί; Θέλω μια απάντηση στο θέμα αυτό. Να μη μιλούμε μόνο για το Ιράκ. Να δούμε τι γίνεται και εδώ στην Ευρώπη.

Jasenکو Selimovic (ALDE). – Mr President, the illicit trafficking of antiquities is estimated at USD 6 billion per year, of which part is certainly contributing to the financing of terrorism. We have rules to prohibit the trade of cultural goods with Iraq and Syria and we also have legislation that regulates the export of cultural goods, but no rules regulating the import of cultural goods into the EU. This gap obviously has to be filled.

Unfortunately, the text we have in front of us today is far from perfect. I would prefer a less detailed text that did not impose on the art importers the requirement to provide documents that sometimes they cannot have, and that lets customs authorities concentrate on the goods that can – and could – contribute to the financing of terrorism. I hope these flaws will be corrected in trilogue, introducing smooth dialogue and user-friendly procedures for art importers that will allow them to safely import cultural goods into the EU and, for the goods that run a higher risk of being exposed to illicit trade, setting up a more thorough procedure so that custom authorities have the power and means to properly check the goods in question.

Michaela Šojdová (PPE). – Pane předsedající, kolegyně a kolegové, já velmi podporuji přijetí tohoto nařízení, které je jasně zaměřené. Nemůže řešit situaci řeckých archeologických památek, ale považuji je za velmi důležitou součást opatření, teď, právě teď, kterými řešíme boj proti financování terorismu. Je třeba si uvědomit, že obrovské množství kulturních artefaktů pochází z oblasti Blízkého východu, což je kolébka také naší civilizace. A jak tedy řekla jedna kolegyně – je smutné sledovat utrpení lidí, kteří prchají z Blízkého východu, ale je také velmi smutné sledovat, jak mizí nenahraditelné kulturní hodnoty v těchto oblastech a jak jsou zneužívány na financování Islámského státu a jiných teroristických skupin. Bohužel právě v této oblasti je největší problém s teroristickými skupinami.

Letos máme Evropský rok kulturního dědictví a právě mnohé kulturní památky z antiky, z počátku křesťanství jsou předmětem nelegálního nakládání v zemích mimo EU, jako je Sýrie, Irák, a my je chápeme jako součást širšího kontextu kulturního dědictví Evropy. Nařízení ve verzi Evropského parlamentu velmi dobře definuje různé kategorie kulturních statků, zohledňuje doporučení UNESCO uplatnit jako časový limit pro starší památky 100 let právě pro ty nejohroženější statky. Tedy toto nařízení, myslím, že stojí za to, abychom je podpořili, a bude to jeden z možných nástrojů, jak omezit financování terorismu.

Dietmar Köster (S&D). – Herr Präsident! Der Gesetzesvorschlag der Kommission zum Schutz von Kulturgütern zielt vor allem darauf ab, die Finanzierung des Terrorismus zu unterbinden. Das ist ohne Frage eine ganz zentrale und wichtige Aufgabe. Aber wir müssen einen Schritt weiter gehen, denn der Raub und der Handel von historischen Kulturgütern führen zu irreparablen Schäden für die gesamte Menschheit und ihr kulturelles Gedächtnis. Solange es möglich ist, mit illegal erworbenen historischen Kulturgütern lukrativ zu handeln und ohne große Risiken Geld zu verdienen, werden Plünderungen auch in Zukunft fortgesetzt. Folglich setzt der Schutz von historischen Kulturgütern dort an, wo sie nachgefragt werden, also auf dem europäischen privaten Sammlermarkt.

Es geht vor allen Dingen darum, dass die Öffentlichkeit das Zugangsrecht zu Objekten hat, die für das kulturelle Erbe relevant sind. Diese Objekte müssen für Bildung und auch für die akademische Forschung genutzt werden können. Ich bin froh, dass die Forderung des LIBE-Ausschusses nach Restitution aufgenommen wurde. Die Rückgabe von illegal ausgegraben, entwendeten und gehandelten Objekten wäre damit gesichert.

Czesław Hoc (ECR). – Panie Przewodniczący! Delegacja polska popierała dotąd oryginalny tekst Komisji, ponieważ uznajemy, że rabowanie dzieł sztuki, zwłaszcza z terenów objętych konfliktami zbrojnymi, jest haniebnym procederem, który dodatkowo może służyć finansowaniu międzynarodowego terroryzmu. Ale w Parlamencie ten tekst Komisji został popsuty, m.in. nadmiernie rozszerzono zakres rozporządzenia o cały handel międzynarodowy, co może spowodować paraliż organów celnych. Nałożono też na Unię dodatkowe zobowiązania w postaci ochrony dziedzictwa kulturowego w państwach trzecich, co jest nieprecyzyjne i może na przykład implikować finansowanie podejrzaných projektów z budżetu Unii, co więcej bez odpowiedniego nadzoru nad nimi.

Dodatkowo, co podnosi zwłaszcza Polska, brak jest na przykład odpowiedniego systemu teletinformatycznego do rejestrowania i procedowania deklaracji importowych. Podsumowując, co do zasady popieramy walkę z nadużyciami i przestępstwami handlu artykułami stanowiącymi dobra kultury, ale należy wypracować rozwiązania realne, którym nasze instytucje będą w stanie sprostać. Stąd nasze wstrzymanie się od głosu nad tekstem Parlamentu.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, vážená paní komisařko, nelegální obchodování s kulturními statky je závažný problém v rámci EU, a to v globálním měřítku. Je důležité zintenzivnit boj proti tomuto nebezpečnému jevu mimo jiné i legislativními prostředky. Proto je dobře, že návrh mandátu Evropského parlamentu pro vyjednávání v triologu s Radou představuje rozšíření stávající právní ochrany kulturního dědictví v členských státech EU i na kulturní dědictví třetích zemí, neboť pravidla dovozu ze třetích zemí nejsou na úrovni EU harmonizována. Naproti tomu společná pravidla pro vývoz kulturních statků již existují ve formě nařízení EU. Pokud jde o dovoz kulturních statků, na úrovni EU jsou v platnosti pouze dvě konkrétní omezující opatření, a to ve vztahu k Sýrii či Iráku. Zdá se tedy, že skutečně všeobecná úprava chybí a dost silně.

Od předloženého návrhu si slibuji přetržení vazby mezi nelegálním obchodem s kulturními statky a organizovaným zločinem a financováním terorismu a současně právní jistotu legálnímu trhu s uměleckými díly. Potřeba koordinovaného a účinného postupu na úrovni EU je vyvolána i tím, že příslušné orgány třetích zemí nemají dostatek kapacit k boji proti nedovolenému a nezákonnému obchodu s kulturními statky a bývají také vystaveny často korupci nebo jiným formám nesprávného úředního postupu. Je třeba si uvědomit, že jsou-li kulturní statky vytrženy z daného prostředí, přichází místní obyvatelé o své zvyky a památky nebo památná a bohoslužebná místa. V zájmu účinného uplatňování společných pravidel je také vhodné, aby dovoz zvláště cenných kulturních statků podléhal při vstupu na celní území Unie jednotným kontrolám.

Luigi Morgano (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il patrimonio culturale di un paese, in particolare i suoi reperti archeologici, le sue opere d'arte così come i suoi oggetti più antichi, rappresentano le radici, la memoria storica, l'identità di un popolo.

Con l'adozione del regolamento relativo all'importazione dei beni culturali nell'UE il Parlamento europeo, facendo propria la linea espressa dalla commissione CULT, dà concretezza a queste parole.

L'Unione europea ha il dovere di contrapporsi all'importazione illegale di beni culturali e di dotarsi di norme armonizzate per tutelare e proteggere non solo i propri, ma anche i beni culturali provenienti da paesi terzi, in particolare quelli in conflitto.

Peraltro i beni culturali, non di rado, vengono trafugati e contrabbandati per finanziare il terrorismo ma anche a scopo di riciclaggio ed elusione.

Emendando sostanzialmente la proposta della Commissione, che proponeva una soglia minima di età di ben 250 anni per definire un bene culturale che rientrasse nel campo di applicazione di questo regolamento, abbiamo abbassato il limite a 100 anni, allineandoci così alle principali convenzioni internazionali (UNIDROIT, UNESCO, Convenzione dell'Aia) nonché al nostro regolamento vigente relativo all'esportazione di beni culturali.

Proprio perché i beni culturali non sono una merce qualsiasi, abbiamo introdotto la necessità di stabilire una procedura semplificata elettronica e una serie di regole e di documenti per dimostrare la liceità della loro importazione in Europa.

(Il Presidente toglie la parola all'oratore.)

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já zde zopakuji to, co říkali moji vzácní předřečníci, krásně to řekl pan kolega Polčák a paní kolegyně Šojdřová. Vítám a podporuji tento návrh nařízení, který při projednávání ve výborech, ve výboru IMCO, jehož jsem také členem, nabral ještě určitých podle mě pro praxi užitečných změn. Je zjevné a ty důvody zde byly řečeny, já to tedy pouze zopakuji, že potřebujeme jednotnou úpravu pro Evropskou unii ve chvíli, kdy máme jednotnou úpravu vývozu kulturního zboží, je třeba mít jedna pravidla pro dovoz takovýchto kulturních statků.

V posledních letech intenzita potřeby takovéto regulace narůstá. Není to totiž jen o tom, že se odněkud nelegálně vyvážejí kulturní statky a poškozuje se kulturní dědictví určitých zemí, zvláště zemí třetího světa, ale jak už zde bylo řečeno a zdůrazněno, obchod s kulturními statky se v posledních letech stává způsobem k financování různých teroristických a jiných nelegálních aktivit. A je tedy třeba mít přísnější úpravu, jasnější úpravu, úpravu, která bude aplikovaná ve všech částech EU stejně. K tomu je tedy třeba jednotného nařízení, které zde máme na stole. Jak už jsem řekl, vítám úpravu, kterou přinesla projednávání tohoto nařízení v příslušných výborech. Výbor IMCO přispěl k tomu, že určitá méněcenná díla nebo méně stará díla jsou z toho návrhu vyloučena, a to je podle mě určitě ku prospěchu věci.

Sergio Gaetano Cofferati (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signora commissario, come Lei ha sentito i due correlatori hanno definito con grande precisione e con grande efficacia le dimensioni di questo mercato, le sue caratteristiche e soprattutto i fenomeni distorsivi che dentro il mercato si sono realizzati in questo arco di tempo.

Vorrei per questo limitarmi a sottolineare tre aspetti, rapidamente. Il primo è che finalmente superiamo il paradosso per cui in Europa non esisteva e non esiste ancora (spero per brevissimo tempo) un assetto, un quadro europeo per regolare l'importazione dei beni culturali. Che non ci sia qui è davvero significativo, purtroppo.

Il secondo è che questa mancanza ha consentito attività illecite come quelle che sono state ricordate dai colleghi. Allora, assicurare per le importazioni le stesse condizioni che per le esportazioni ci serve a camminare nella giusta direzione.

La terza cosa, da non sottovalutare, è che un sistema legislativo come quello che stiamo discutendo consentirà anche su questo versante di combattere fenomeni di evasione ed elusione fiscale che tanto hanno penalizzato l'economia europea.

Διαδίκασια «catch the eye»

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Panie Przewodniczący! Wraz z Silvą Costą z grupy S&D byliśmy wnioskodawcami w 2017 r. programu pilotażowego, który zakładał zbudowanie takich modułów edukacyjnych, zwłaszcza dla policji, w zakresie poruszania się właśnie na tym rynku nielegalnego obrotu dziełami sztuki. Bardzo się cieszę, że ten program jest realizowany w 2018 r., ale warto go poszerzyć. Natomiast wracając do dzisiejszej debaty, podkreślę cztery elementy, które, według mojej oceny, są niezwykle wartościowe i zostały zawarte w dokumencie. Po pierwsze, ustanowienie wspólnej definicji dóbr kultury przy przewozie – to ważna sprawa. Zapewnienie, aby importerzy zachowywali staranność przy zakupach dóbr kultury pochodzących z państw trzecich. Trzeci element – określenie standardowych informacji na użytek poświadczenia legalnego pochodzenia dóbr kultury. I na końcu – wprowadzenie skutecznych środków odstraszających, przede wszystkim zniechęcających do nielegalnego handlu.

Julie Ward (S&D). – Mr President, it is the first time that you have adopted common rules aiming to halt the illegal import and trafficking of cultural goods from outside the EU, often linked to terrorist financing and other criminal activity. These new laws will make it harder for criminal elements to profit from the export of cultural goods from conflict areas, as has previously happened with treasures looted from Iraq and Syria. Cultural appropriation, modification or destruction as a result of occupation is never acceptable.

I wish to mention a specific example from occupied Crimea, where culture is a matter of great concern, especially regarding the conservation of Ukrainian cultural heritage, the illicit trafficking of cultural property and illicit archaeological excavations. The Russian occupying authorities have registered the illegal appropriation of the 32 historic buildings of Khan's Palace in Bakhchysarai, and launched large-scale restoration works in total defiance of international law, including UNESCO conventions. This threatens the integrity of the palace, which constitutes a site of national significance for Ukraine, as well as an integral part of the cultural heritage of the Crimean Tatar people.

Kateřina Konečná (GUE/NGL). – Pane předsedající, vážené kolegyně, vážení kolegové, je smutnou pravdou, že válka, kromě mnoha jiných hrůzných zločinů, které ji doprovází, vede i k drancování kulturního dědictví. Svou zkušenost s tím mají i české země, které dodnes musí nejmenovaný stát Evropské unie prosit, aby nám na dobu omezenou půjčil náš vlastní majetek.

Problém drancování kulturního dědictví má dnes však další a temnější rovinu, a tou je, že souvisí s financováním terorismu. Teroristům už nestačí obchodovat s drogami, zbraněmi, lidmi a obchodují nyní i se vzácnými artefakty, čímž okrádají budoucí generace. Na první pohled se to nemusí jevit příliš důležité, obchod s lidmi je samozřejmě mnohem závažnějším zločinem, ale památky jsou často symboly, které souvisí s naší identitou. Kulturní dědictví představuje jednu ze základních součástí civilizace a patří ke kulturní paměti lidstva. Teroristé nemají kulturu a nepatří k civilizaci, a proto by neměli na památkách jakkoliv profitovat a my jim v tom musíme jakýmkoliv způsobem zabránit.

David Coburn (EFDD). – Mr President, well I've listened to this and I cannot believe my ears. Everyone says, 'it's all about terrorism'. Pure George Orwell. The best way to prevent the theft of archaeological objects is to rely on auction houses and the antiques trade, and bringing in all these regulations will simply destroy the antiques trade. It won't help it. It won't help you get these things back. It's total nonsense. I don't really know what you think you're talking about. You really don't understand it. It's really about socialists terrified that people might pass their wealth on, through antiques, to their children. The gentleman up there mentioned that earlier. He was the only one that told the truth. That's what you are all worried about. You're terrified somebody might pass on something to their children, and that's why you're so worried.

But in the meantime, you're going to destroy a lot of pleasure for a lot of people. A lot of people like to go to flea markets at the weekend and buy things. Well, that's all going to be destroyed if, every time somebody sells a horse brass or a candlestick, they have to get 500 years' worth of provenance on it. It simply won't work. This shows no common sense, no understanding and there's utter paranoia about terrorism. If the terrorists want to make money, go short on the markets just before they commence an act of terror. That will make the money for them.

(The President cut off the speaker)

PRZEWODNICTWO: BOGUSŁAW LIBERADZKI

Wiceprzewodniczący

(Koniec zgłoszeń z sali)

Violeta Bulc, *Member of the Commission*. – Mr President, first let me thank again both rapporteurs and all of you for your active participation in this debate. Allow me to stress one more time that with the legislation we are discussing, we cover only antiques and valuable works of art from impoverished or war-torn countries and regions, which are often illegally acquired, sold and imported into the European Union. In addition to damaging or destroying the archaeological sites and the artefacts themselves, illicit trade in looted cultural goods has also been identified as a source of income for organised crime groups and terrorists.

Before I conclude today's discussion, please allow me to respond to some of your comments.

First, regarding old books. These are not, I repeat, not, placed under import licence requirements. Only a signed declaration or minimum information will be required.

On the topic of value thresholds, the proposed regulation does not provide for minimum value thresholds, but provides for a high age threshold of 250 years instead. Neither Unesco nor Unidroit nor the Hague Convention provide for minimum age limits. Parliament's proposal for shorter minimum age limits comes from the EU Regulation on the export of cultural goods and ranges from 50 up to 200 years. That being said, the Commission could consider minimum value limits as well.

Mr Campbell, you do not need to worry about the grandfather clock. The proposed regulation's scope does not include European cultural goods created or discarded in the territory of the Member States, so no worries about that.

Let me also stress that the proposed regulation does not concern the cultural heritage of Iraq and Syria. On those we have EU measures prohibiting trade – an embargo basically. The comment related to Iraq was, therefore, completely misplaced.

I would also like to stress again that there is already EU legislation about the return of EU cultural goods between Member States. However, the Directive in question does not have retroactive effect and could not be used for the return of looted art during the Second World War. In this particular case, this would be a matter of negotiation between two Member States and can take place anytime.

A common EU-level approach based on everything that we have heard so far is necessary to ensure that imports of cultural goods are subject to uniform controls along the EU's external borders. The Commission proposal is a follow-up to other EU initiatives aimed at strengthening the fight against terrorism financing, indeed precisely to prevent the import and storage in the EU of cultural goods that have been removed from a third country illegally and thereby combat trafficking in cultural goods, deprive criminals, terrorists and other warring factions of a source of income, and protect cultural heritage.

From what I have heard today in the debate, I can say that the Commission welcomes most elements of Parliament's position, which will be put to the vote in the plenary tomorrow.

Alessia Maria Mosca, relatore. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio tutti i colleghi per l'interessante discussione, che ha dimostrato il largo sostegno alla proposta avanzata.

Certamente tutto è migliorabile ma, come più volte è stato sottolineato dai colleghi nel dibattito, abbiamo cercato di introdurre uno strumento innovativo che inserisca modalità di raccolta e scambio delle informazioni, che potrà costituire una buona pratica, e questo senza gravare sulle piccole e medie imprese, garantendo invece un commercio giusto ma soprattutto garantendo la tutela del patrimonio culturale dei diversi popoli, che è la radice dell'identità e della coesione delle società.

Mi spiace che alcuni colleghi parlino di nevrosi del terrorismo, vorremmo fosse una nevrosi. Intanto noi riteniamo che limitare le forme di finanziamento sia un nostro dovere, prima di tutto, e una strada efficace per contrastare la diffusione di queste organizzazioni.

Siamo perciò fiduciosi che anche in Consiglio si possa raggiungere presto un testo di compromesso e che si possa a breve dotare l'Unione europea di questo importante strumento.

Daniel Dalton, Rapporteur. – Mr President, I would like to thank colleagues for all their statements. We all have the same goal here, namely to tighten rules to prevent the illicit import of cultural goods, and there is clearly consensus for that across the House. But that doesn't mean that we support all and every measure that is proposed, particularly those that could punish legitimate traders or keep European cultural heritage out of Europe. That's what a lot of this text does, and we've got to be very careful to make sure it doesn't do that.

The grandfather clock, for example: if that goes outside Europe, you may well not be able to bring it back in. Similarly with the point that Mr Marias was making: if those go out of Europe and you can't get the approval of the source country to get a licence to bring them back in, under these proposals you're going to struggle to get European goods back into Europe. No one wants that. I know no one in this House wants that. That's the point that I've been trying to make in these whole discussions, and that's the problem we still have with this file as it is now. Yes, we need to be very, very strong on terrorist financing and we need to make sure we clamp down on that illicit and serious organised crime route into Europe. But let's not punish legitimate arts traders, people that have got books – because some books are still covered by this – and a whole range of other European artefacts that we want to make sure can come back into Europe legitimately.

That's all I've asked throughout this process. We have a proposal on the table that I'm not 100% happy with. I'm not going to oppose it and I hope that, in the negotiations with the Council, we can come together to get a final agreement that does look along those lines: do what everyone in this room wants to make sure that we hammer down that potential loophole on terrorist financing but that we do not hurt legitimate traders and legitimate people that have legitimate European cultural heritage.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się w czwartek 25 października 2018 r.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Isabella Adinolfi (EFDD), per iscritto. – Il traffico di beni culturali – dagli scavi archeologici illeciti fino al trafugamento di opere in territori vittime di conflitti bellici – costituisce uno dei principali commerci criminali (nonché una fonte di finanziamento del terrorismo), ma anche una seria minaccia per il patrimonio culturale mondiale. Questo regolamento introduce finalmente una serie di misure volte a impedire l'importazione illecita in UE di beni culturali esportati illecitamente o trafugati da paesi terzi, rafforzando in primo luogo il controllo doganale alle frontiere e richiedendo poi agli importatori di comprovare la provenienza lecita dei beni culturali importati, ossia la legittimità dell'esportazione dal paese di origine o di esportazione. Molto importante inoltre la norma che prevede strumenti di assistenza tecnica e finanziaria alle PMI che operano nel mercato dell'arte per garantire l'effettiva attuazione del regolamento, nonché le misure di cooperazione telematica tra gli Stati membri e le loro dogane. Fermare il mercato nero dei beni culturali non significa soltanto contrastare un'attività illegale, ma soprattutto proteggere il patrimonio culturale dell'umanità, quindi la storia, le tradizioni e l'identità di tutti noi.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Comment oublier la mise à sac méthodique et savamment planifiée du musée de Bagdad, riche d'une Histoire millénaire? Les drames de cette ampleur ne sont hélas plus rares, notamment dans un Moyen-Orient déstabilisé par une ingérence occidentale systématique. Le dernier avatar étant le pillage par l'État islamique, qui aurait tiré environ 20 % de ses revenus du trafic d'œuvres d'art, notamment du site de Palmyre, élevé par l'UNESCO au patrimoine mondial de l'humanité.

Du reste, même le fameux «printemps arabe» a vu le musée du Caire dépouillé de cinquante-quatre objets inestimables. L'étendue et l'opacité des réseaux tentaculaires à l'œuvre dans ce trafic exigent de nous une réponse concertée, européenne, mais aussi internationale. Je pense notamment aux résolutions des Nations unies instaurant des moratoires sur les œuvres en provenance d'Irak, puis de Syrie, alors qu'aujourd'hui d'autres régions du monde traversent des tragédies similaires.

Je pense aussi aux conventions existantes, alors que la principale, celle de l'UNESCO de 1970, n'a été ratifiée à ce jour que par environ 120 États. Assurément, ce texte est un pas dans la bonne direction, et est équilibré et sans préjudice pour la filière de l'art et ses petites entreprises.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), *na piśmie*. – Bardzo znaczący jest fakt, że Parlament Europejski i Rada przyjęły Europejską agendę bezpieczeństwa na rzecz zwalczania nielegalnego handlu dobrami kultury. Inicjatywa ta ma na celu zapobieganie importowi i składowaniu w UE dóbr kultury nielegalnie wywiezionych z państw trzecich, co zapewne przyczyni się do ograniczania nielegalnego handlu tymi towarami oraz ochrony dziedzictwa kulturowego zwłaszcza w krajach dotkniętych konfliktami zbrojnymi.

W tym celu powyższe rozporządzenie proponuje ustanowienie wspólnej definicji dóbr kultury, określenie standardowych informacji potwierdzających legalne pochodzenie produktu, wprowadzenie skutecznych środków, które miałyby zniechęcać do nielegalnego handlu dobrami kultury, oraz propagowanie aktywnego zaangażowania zainteresowanych stron w ochronę dziedzictwa kulturowego.

Ponadto, co ważne, sformułowano zasadę, zgodnie z którą wprowadzenie dóbr kultury na obszar celny Unii jest dozwolone tylko w przypadku, gdy uzyskane zostało pozwolenie na ich przywóz lub złożone zostało oświadczenie od importera. W celu uniknięcia obchodzenia przepisów w przypadkach, kiedy kraj wywozu nie jest państwem, w którym przedmiot powstał, należy dokonać rozróżnienia, czy jest ono sygnatariuszem Konwencji UNESCO z 1970 r., w której istnieje zapis o zwalczaniu nielegalnego handlu dobrami kultury, czy też nie.

20. Genehmigung und Überwachung von Human- und Tierarzneimitteln – Tierarzneimittel – Herstellung, Inverkehrbringen und Verwendung von Arzneifuttermitteln (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dziennego jest wspólna debata nad:

— sprawozdaniem sporządzonym przez Claudiu Cipriana Tănăsescu w imieniu Komisji Ochrony Środowiska Naturalnego, Zdrowia Publicznego i Bezpieczeństwa Żywności w sprawie wydawania pozwoleń dla weterynaryjnych produktów leczniczych i nadzoru nad nimi (COM(2014)0557 - C8-0142/2014 - 2014/0256(COD)) (A8-0035/2016),

— sprawozdaniem sporządzonym przez Françoise Grossetête w imieniu Komisji Ochrony Środowiska Naturalnego, Zdrowia Publicznego i Bezpieczeństwa Żywności w sprawie weterynaryjnych produktów leczniczych (COM(2014)0558 - C8-0164/2014 - 2014/0257(COD)) (A8-0046/2016) oraz

— sprawozdanie w sprawie wniosku dotyczącego rozporządzenia Parlamentu Europejskiego i Rady dotyczącego wytwarzania, wprowadzania na rynek i stosowania paszy leczniczej oraz uchylającego dyrektywę Rady 90/167/EWG [COM(2014)0556 - C8-0143/2014— 2014/0255(COD)] - Komisja Rolnictwa i Rozwoju Wsi. Sprawozdawczyni: Clara Eugenia Aguilera García (A8-0075/2016)

Claudiu Ciprian Tănăsescu, *raportor*. – Domnule președinte, dragi colegi, astăzi vin în fața dumneavoastră mulțumit de munca depusă în ultimii ani în ceea ce privește Raportul de stabilire a procedurilor comunitare privind autorizarea și supravegherea medicamentelor de uz uman și veterinar și de instituire a unei Agenții Europene pentru Medicamente. Vă rog să-mi permiteți să fac o retrospectivă a muncii depuse împreună cu colegii mei și cu colaboratorii implicați în acest demers, mulțumindu-le totodată pentru consecvența și dăruirea de care au dat dovadă, dar și pentru spiritul de colaborare și de cooperare constructivă. Aceasta, deoarece rezultatul muncii noastre este unul spectaculos, cu implicații pozitive pentru autoritățile naționale, pacienți, medici umani și veterinari, fermieri și consumatori.

În septembrie 2014, Comisia a prezentat propunerea prin care autorizarea centralizată a introducerii pe piață pentru medicamentele de uz veterinar era decuplată de cea pentru medicamentele de uz uman, ceea ce a implicat modificarea Regulamentului CE nr. 726/2004 de stabilire a procedurilor comunitare privind autorizarea și supravegherea medicamentelor de uz uman și veterinar și de instituire a unei Agenții Europene pentru Medicamente.

Deși Parlamentul a adoptat poziția noastră la 10 martie 2016, negocierile interinstituționale au început de abia în ianuarie 2018. Acordul interinstituțional a fost încheiat la 21 februarie 2018 în ceea ce privește modificarea Regulamentului CE nr. 726/2004 și la 5 iunie 2018 pentru VMP. Textul final a fost aprobat de Coreper la 13 iunie 2018 iar la 20 iunie 2018, ca urmare a unui consens între principalele grupuri politice din cadrul comisiei ENVI, rezultatul trilogurilor a fost adoptat în unanimitate.

Acordul final rezultat din negocieri a inclus o serie de îmbunătățiri ale propunerii Comisiei referitoare, mai ales, la veniturile și sursele veniturilor agenției. În ceea ce privește stabilirea taxelor datorate Agenției Europene pentru Medicamente de către industrie, am convenit împreună cu Consiliul să se respecte practica actuală de codecizie.

De asemenea, am câștigat concesiuni din partea Consiliului cu privire la amendamentele Parlamentului European privind stabilirea surselor veniturilor agenției, frecvența de raportare a AMR-ului de către EMA, cercetarea metodelor inovatoare și a alternativelor la testarea pe animale și alinierea la regulamentul financiar. Agenția Europeană pentru Medicamente rămâne responsabilă sub procedura centralizată de autorizare atât pentru medicamentele de uz uman, cât și pentru cele veterinare.

Am încheiat un acord suplimentar cu Consiliul pentru a alinia dispozițiile privind modificările și sancțiunile din Directiva 2001/83 din Omnibus-ul de la Lisabona la dispozițiile convenite în regulamentul privind EMA. În calitatea mea de raportor alternativ în raportul Grossetête, aș dori să o felicit pe doamna raportor și pe colegi pentru o colaborare foarte bună și un rezultat pe măsura muncii depuse.

Noul regulament privind medicamentele de uz veterinar COM(2014)0558, rezultat al negocierilor interinstituționale, acoperă toate căile de acordare a autorizațiilor de introducere pe piață a medicamentelor de uz veterinar, asigurând protecția sănătății animalelor și, prin urmare, și a sănătății umane, lupta împotriva rezistenței la antibiotice și competitivitatea fermelor și a industriei de medicamente de uz veterinar.

De asemenea, prezentul acord interinstituțional facilitează circulația medicamentelor veterinare în întreaga Uniune Europeană prin proceduri mai bune de autorizare și prin reglementări clare și actualizate privind comerțul cu amănuntul. Principalele îmbunătățiri ale propunerii Comisiei rezultate în urma trilogurilor au fost cele referitoare la pachetul AMR, vânzările online, farmaco-vigilența, protecția datelor, proceduri specifice de autorizare a introducerii pe piață pentru speciile minore sau circumstanțe excepționale, protecția mediului, produsele homeopate. Desigur, acestea reprezintă doar o parte din succesul obținut pentru cele șase triloguri, 8 întâlniri ale raporturilor alternativi și cele 23 de întâlniri tehnice.

Françoise Grossetête, rapporteure. – Monsieur le Président, c'est avec la satisfaction du devoir accompli que je vois aujourd'hui se terminer ce vaste chantier. Quatre ans, cela fait quatre ans que nous travaillons sur cette refonte du règlement «médicaments vétérinaires» avec ce triple objectif de protection de la santé animale – donc de la santé humaine –, de la lutte contre l'antibiorésistance et de la compétitivité de nos élevages et de notre industrie du médicament vétérinaire.

Nous pouvons le dire sans rougir, le résultat est un grand pas en avant pour la santé publique. Je tiens à remercier mes collègues rapporteurs fictifs, le commissaire Andriukaitis et la présidence bulgare, qui ont tous permis d'obtenir cet excellent résultat. Car au-delà des agriculteurs ou des propriétaires d'animaux domestiques, l'utilisation des médicaments vétérinaires nous concerne tous. Elle a en effet un impact direct sur notre environnement et notre alimentation, bref: sur notre santé.

L'enjeu majeur de cette révision était ainsi la lutte contre la résistance aux antibiotiques, alors que l'Organisation mondiale de la santé ne cesse de dresser des constats alarmants. Selon l'OMS, la résistance des infections aux antibiotiques pourrait bientôt faire chaque année plus de morts que le cancer. Or, la lutte contre ce fléau doit commencer dans les élevages où l'on a longtemps eu recours aux antibiotiques à des fins purement préventives. Ainsi, en 2015, l'utilisation des antibiotiques en médecine vétérinaire était encore deux fois plus importante qu'en médecine humaine. Ce règlement doit permettre de changer durablement cet état de fait grâce à une surveillance plus fine, à un encadrement renforcé de l'utilisation des antibiotiques, à l'interdiction de l'usage vétérinaire des antimicrobiens d'importance critique pour la médecine humaine. Il faut aussi rappeler que la première des solutions, c'est la prévention grâce notamment aux mesures

de biosécurité. Les antibiotiques ne doivent être utilisés qu'en dernier recours et en aucun cas pour compenser le non-respect des bonnes pratiques d'élevage. Notre modèle agricole doit s'y adapter.

Ces nouvelles règles, je tiens à le souligner, ne visent pas à stigmatiser les éleveurs et les agriculteurs, dont nous connaissons les difficultés, mais au contraire à les aider à mieux soigner les troupeaux, et parce que l'antibiorésistance est un phénomène mondial, nous avons tenu à imposer dans le texte la réciprocité de nos normes en matière d'usage des antibiotiques. C'est un succès majeur. Il n'y aura plus d'importations de viande provenant de pays qui continuent, par exemple, à autoriser les antibiotiques comme facteurs de croissance. Finie l'hypocrisie consistant à imposer à nos éleveurs des normes que les autres ne respectent pas. L'Europe change les règles du jeu et elles seront dorénavant les mêmes pour tous.

Outre la question des antibiotiques, le texte comprend bien sûr d'autres avancées importantes. Grâce à des mesures incitatives ciblées et à la réduction du fardeau administratif, il permettra notamment de stimuler l'innovation sur le marché vétérinaire, qui est confronté à un vrai problème de disponibilité des traitements. C'est donc une approche globale, transversale, qui promet de transformer durablement et pour le meilleur, le monde de la santé animale. Ces changements profiteront à tous les acteurs du secteur au premier rang duquel on retrouve agriculteurs et vétérinaires, mais aussi à tous nos concitoyens qui ont à cœur de savoir ce qu'ils retrouvent dans leur assiette.

Surtout, forte de sa conception si particulière des enjeux sanitaires et environnementaux, l'Europe se place ainsi avec détermination à l'avant-garde de la lutte contre la résistance aux antibiotiques.

Clara Eugenia Aguilera García, ponente. – Señor presidente, satisfacción también por mi parte en relación con el informe del Reglamento relativo a la fabricación, la comercialización y el uso de piensos medicamentosos, y por el resultado obtenido junto a mis colegas, la señora Grossetête y el señor Tănăsescu. Creo que al final el resultado es bastante positivo. Después de cuatro años del lanzamiento por parte de la Comisión Europea de un paquete de propuestas para actualizar el marco legislativo de los medicamentos veterinarios, se han propuesto unas normas más estrictas con el fin de avanzar en la lucha contra la resistencia antimicrobiana y mejorar la disponibilidad y el uso correcto de los medicamentos veterinarios en la Unión Europea.

La propuesta sobre piensos medicamentosos forma parte de este paquete legislativo. Estos piensos —los piensos medicamentosos— son una vía de administración de medicamentos veterinarios, una herramienta eficaz para el tratamiento de animales en colectividades.

Como ya se ha indicado, la propuesta sobre piensos está conectada a la nueva legislación de medicamentos, a los tres Reglamentos. Esta propuesta persigue actualizar la Directiva del año 1990, obsoleta en muchas de sus disposiciones, y avanzar en el mercado interior de los piensos medicamentosos mediante una armonización legislativa que se establecerá ahora a través de reglamentos.

El nuevo texto regula la producción, la comercialización y el transporte de piensos medicamentosos, así como lo relativo a la correcta administración tanto en animales destinados al consumo humano como en mascotas. Les recuerdo a todos que, además de a las disposiciones específicas contenidas en este texto, los piensos medicamentosos también están sometidos a otra legislación general en materia de higiene y etiquetado de los piensos, de normas de comercialización y utilización de los mismos y de aditivos en la alimentación animal.

El acuerdo en primera lectura alinea el reglamento de piensos con el acuerdo sobre medicamentos veterinarios alcanzado por la señora Grossetête. Hemos insistido mucho en la coordinación, supeditando nuestras decisiones del trílogo a las decisiones y a los avances de los trilogos de los medicamentos veterinarios como instrumento principal. Todo lo relativo a la autorización y requisitos del medicamento veterinario que se aplique al pienso queda regulado en el texto general sobre medicamentos veterinarios.

Hemos prestado especial atención a la coherencia de las disposiciones designadas a incrementar medidas contra la resistencia antimicrobiana. En este sentido, se reitera la prohibición, que ya llevaba años en vigor, del uso de antibióticos como promotores del crecimiento.

Algunas disposiciones importantes: queda prohibido el uso preventivo de los piensos medicamentosos con antibióticos. La profilaxis queda prohibida en la Unión Europea. La metafilaxis se reduce a casos de alto riesgo para la salud animal y/o humana bajo estrecha vigilancia, y se hace referencia expresa a la dimensión internacional en la lucha contra la resistencia antimicrobiana, tal y como queda recogido en el artículo 118 del Reglamento sobre medicamentos.

En el contexto de la cooperación internacional, y en línea con las acciones y políticas de la Organización Mundial de la Salud y de la Organización Mundial de Sanidad Animal, los avances en la reducción del uso de piensos medicamentosos que contengan antibióticos deberían ser tenidos en cuenta a escala global para animales y productos de origen animal de terceros países exportados a la Unión Europea.

También la contaminación cruzada en el proceso de fabricación ha sido un tema muy importante, y quedará la propuesta de la EFSA en un plazo no superior a cuatro años.

Por último, y gracias a la coordinación general con los otros dos ponentes, hemos conseguido unos resultados —yo creo— más que óptimos. Creo que hemos conseguido un Reglamento ambicioso que dará más seguridad a los consumidores sobre los productos ganaderos de la Unión Europea y nos ayudará a conseguir un triunfo en nuestra lucha contra la resistencia antimicrobiana.

Violeta Bulc, *Member of the Commission*. – Mr President, today we are debating a package of proposals for new legislation on veterinary medicines. This includes the Commission's proposal for new rules on veterinary medical products and medicated feed and amendments to Regulation (EC) No 726/2004 on the authorisation and supervision of medicinal products and establishing a European Medicines Agency.

Four years, as mentioned before, of discussions between the co-legislators have made many improvements to the initial proposal put forward by the Commission in 2014. I believe the text before us today provides a legal framework that is modern, innovative and fit for purpose. The package contains very concrete measures to promote more prudent use of antimicrobials in animals and strengthen EU action against antimicrobial resistance. These measures are designed in line with the one-health approach, recognising that human health, animal health and the environment are interconnected. They follow the comprehensive EU Action Plan on Antimicrobial Resistance. You will remember that Commissioner Andriukaitis came to discuss it in this House several times, including last September in this plenary, when Ms Kadenbach's own-initiative report on antimicrobial resistance was adopted. I'm very grateful to the European Parliament for its valuable support and intensive work during the negotiations, particularly that of the three rapporteurs: Ms Grossetête, Ms Aguilera García and Mr Tănăsescu. Thank you.

A few words on the individual components. First, on the key elements of the proposal for veterinary medical products. The text lays down a vast array of measures to tackle antimicrobial resistance. They build on the one-health approach and include: first, a ban on the preventive use of antibiotics in groups of animals; second, restrictions on metaphylactic use; third, the possibility to reserve certain antimicrobials for human use only; fourth, a ban on using antimicrobials to promote animal growth, adding to the 2006 ban on antibiotics as feed additives; fifth, other measures aimed at the prudent and responsible use of antimicrobials.

In an ambitious move, the rules on growth promotion and antimicrobials reserved for human use in the EU also apply to non-EU operators exporting their animals or animal products to the EU. In addition, Member States will be required to collect and report data on the sales and use of antimicrobials in animals. This valuable data will support the design and implementation of targeted policies against antimicrobial resistance in the future.

The text also aims to stimulate innovation and improve availability. It provides for a simplified assessment procedure and a data protection period which may be extended by up to 18 years under certain conditions. This will facilitate the development of new antimicrobial veterinary medicines, both generally and those more specific to mirror real diseases in major species that may not be developed under current market conditions. These measures will be supported by: first, clear and fully-harmonised labelling requirements; second, a simpler system for variation decisions; and third, a risk-based approach for pharmacovigilance and controls.

The proposal for medical feed will also make an important contribution to the EU's work on antimicrobial resistance. It will ensure the economically-viable production of safe medicated feed adapted to the optimal local situation and support innovation in medical pet food. A new area it covers is chronically-diseased pets. The proposal creates the legal framework to enable pet owners to administer veterinary medicines via pet food. Once the new regulations are adopted, the Commission will begin urgent action to support its implementation, notably through delegated and implemented acts.

To accompany this package of proposals, the Commission will have two formal statements to make with regard to the reports of Ms Grossetête and Mr Tănăsescu. These have been provided to Parliament's services for inclusion in the record of this debate. The first one concerns veterinarian medical products. On this, the Commission acknowledges the substantial input in terms of resources required by the Member States to implement the new rules on the collection and reporting of data on the sales and use of antimicrobial use in animals. It also underlines its commitment to providing the necessary technical support to Member States to design and implement policies on antimicrobial resistance.

And the second concerns the proposed amendments to Regulation (EC) No 726/2004. On this, the Commission will clarify the transition arrangements and state its regret that the alignment of existing provisions with the Lisbon Treaty could not take place under a single legislative instrument.

Dear President, honourable Members, to summarise: the adoption of these new regulations on veterinary medicines will mark a major achievement in this field. They will help consolidate the EU's position as a world leader in acting against antimicrobial resistance and contribute to global progress in this critical area. They will also deliver a stable and harmonised marketplace for veterinary medicines and medicated feed in the EU that encourages innovation and competitiveness and contributes to greater animal health and welfare and food safety. Thank you again for all the dedicated work and I look forward to a positive outcome in tomorrow's vote.

Statements by the Commission

(in writing)

Regulation of the European Parliament and of

the Council on veterinary medicinal products

COM (2014)558 final – 2014/0257(COD)

The new EU Regulation on veterinary medicinal products requires Member States to collect and report data on sales and use of antimicrobials used in animals. The Commission considers this information essential to identify possible risk factors for development and spread of antimicrobial resistance (AMR), monitor trends in antimicrobial consumption, target relevant policy measures and assess their implementation. Although the implementation of this legal requirement is foreseen through a gradual (stepwise) approach, it may require substantial input in terms of administrative, human and financial resources.

The European One Health Action Plan against AMR recognises that in order to deliver long-lasting results and create the necessary impetus, it is important that the EU legislation related to AMR (including, inter alia, on the use of veterinary medicines) is adequately implemented. In this context, the Commission has committed in that Action Plan to engage in supporting Member States in the implementation of EU rules, including by providing technical support through the Structural Reform Support Service (SRSS) for designing and implementing policies against AMR.

Furthermore, the Commission will explore the possibilities for supporting this data collection in Member States in line with its proposals made in the context of the future EU Multiannual Financial Framework.

* * *

Proposal for a Regulation of the European Parliament and of

the Council amending Regulation (EC) No 726/2004 laying down Community procedures for the authorisation and supervision of medicinal products for human and veterinary use and establishing a European Medicines Agency

COM (2014)557 final – 2014/0256(COD)

The Commission recalls its position that when adapting existing Commission empowerments to Article 290 and 291 TFEU it is not an appropriate legislative technique to provide for transitional provisions that would state that Commission acts adopted previously under those empowerments will continue to apply unless and until repealed. In the Commission's view such provisions state the obvious and would not be coherent with other legislative acts and are liable to induce legal uncertainty at a broader level.

The Commission regrets that only part of the existing regulatory procedure with scrutiny empowerments in Directive 2001/83 and Regulation 1901/2006 will be aligned in this instrument, while the rest of the empowerments remain to be aligned in the context of the negotiations on the Omnibus alignment proposal (COM(2016) 799). In the Commission's view the full alignment should have taken place in one of the two instruments.

Stanislav Polčák, *zpravodaj Výboru pro zemědělství*. – Pane předsedající, paní komisařko, děkuji za Vaše instruktivní slova. Já jsem skutečně přesvědčen, že se Evropskému parlamentu podařilo prosadit několik důležitých bodů. Za prvé, je to oddělení registrace veterinárních léčivých přípravků od registrace humánních léčiv. A dále bych chtěl vyzdvihnout způsob úhrady poplatků, které platí farmaceutické firmy agentuře EMA za získání a udržení registrace Unie u veterinárních léčivých přípravků. Přitom byly zohledněny specifické potřeby malých a středních podniků, pro registraci veterinárních léčivých přípravků se zavádí samostatný postup oddělený od toho postupu k registraci humánních léčiv, jak jsem již řekl. A tento nový systém centralizované registrace by měl poskytovat vyšší záruku odbornosti a efektivnosti. Zajistili jsme tedy dostatečné finanční pokrytí činnosti agentury EMA a Evropský parlament také prosadil pravidelné podávání zpráv o antimikrobiální rezistenci a umožnění také alternativních metod testování. To vše jsou výhody, myslím si, že velmi zřetelné a já jsem velmi rád, že jsme se tohoto výsledku dobrali.

Elsi Katainen, *AGRI-valiokunnan lausunnon valmistelija* — Arvoisa puhemies, antibiooteille vastustuskykyiset bakteerit ovat merkittävä uhka kansanterveydelle. Kuten tiedämme, EU:n alueella noin 25 000 ihmistä menehtyy vuosittain superbakteerien aiheuttamiin sairauksiin. On hienoa, että tähän kehitykseen ollaan nyt saamassa muutoksia.

Se miten kohtelemme eläimiämme, kertoo paljon myös meistä itsestämme. Tuotantoeläinten hyvinvointi on myös tuottajan etu, sillä hyvinvoiva eläin tuottaa paremmin. Tärkein syy mikrobilääkeresistenssille on antibioottien liiakäyttö karjataloudessa ja myös terveydenhuollossa. Tällä asetuksella luodaan ensimmäistä kertaa yhteiset säännöt tarpeettomien mikrobilääkkeiden eläinkäytölle. Kiitos siitä mittavasta työstä, mitä esittelijät ovat tehneet jo vuosia.

Liiallisesta mikrobilääkkeiden käytöstä on todellakin luovuttava. Kun asetus astuu voimaan, on kiellettyä määrätä antibiootteja, ennen kuin eläin on tutkittu ja todettu myös sairaaksi. Meillä Suomessa tämä on ollut toimintatapa jo pitkään ja on tärkeää, että samat säännöt saadaan koko EU:n alueelle.

Norbert Lins, *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit*. – Herr Präsident, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Wohlbefinden von Tier und Mensch sind eng verknüpft. Die Gefahr von Antibiotikaresistenzen ist deshalb für beide problematisch. Umso wichtiger ist es, dass wir jetzt in der Tiermedizin Gegenmaßnahmen ergreifen, wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, dass Antibiotika vollkommen ihre Wirkung verlieren. Mit dem nun vorliegenden Paket werden die Weichen für eine noch bessere Tiergesundheit in der EU gestellt, und es schafft Sicherheit für die Menschen.

Drei Erfolge möchte ich hervorheben: Antibiotika dürfen auf keinen Fall schlechte Haltungsbedingungen der Tiere kompensieren. Das heißt, ein präventiver Einsatz ist verboten, eine Herdenbehandlung nur dann erlaubt, wenn es keine andere geeignete Alternative gibt. Eine gute und artgerechte Tierhaltung ist durch nichts zu ersetzen. Zweitens: Der Einsatz von Antibiotika aus der Humanmedizin wird in der Tiermedizin weiter beschränkt. Und drittens: Es soll die Vermischung von Arzneifuttermitteln und Nichtziel-Futtermitteln vermieden werden. So werden Antibiotika nur noch gezielt eingesetzt.

Herzlichen Dank an die Kolleginnen und Kollegen für die gute Zusammenarbeit!

Daniel Buda, în numele grupului PPE. – Domnule președinte, doamna comisar, doamnelor și domnilor colegi, în primul rând, aș dori să o felicit pe doamna raportor García pentru munca depusă și să-i mulțumesc pentru excelența colaborare în calitate de raportor din umbră.

Prin prezentul regulament s-a reușit o armonizare a modului de utilizare și comercializare a furajelor medicamentate la nivelul Uniunii Europene. Este extrem de important faptul că se subliniază încă o dată interdicerea utilizării antibioticelor în scop profilactic. Exploatațiile mici și izolate vor avea posibilitatea să-și optimizeze condițiile de creștere a animalelor doar dacă vor fi menținute sistemele de control consacrate. În același timp, este nevoie ca prescrierea, producția și utilizarea de furaje medicamentate să se efectueze conform instrucțiunilor și sub supravegherea unui medic veterinar. De reținut faptul că statele membre în cooperare cu operatorii sunt responsabile să dezvolte sisteme de colectare a furajelor medicamentoase expirate, astfel încât acestea să fie distruse în condiții de siguranță maximă după expirare.

Metoda de etichetare urmează să fie făcută de-o manieră simplă, pe înțelesul utilizatorilor finali și va cuprinde, în mod obligatoriu, un avertisment asupra posibilității de contaminare a persoanelor care se află în proximitatea animalelor tratate cu furaje medicamentate. În același timp, ne-am asigurat – așa cum este normal, de altfel – ca și produsele din statele terțe să fie acoperite de prezentul regulament. Aceste produse trebuie să țină cont de viitoarele norme ale Uniunii Europene privind furajele medicamentate. În caz contrar, sănătatea consumatorilor europeni era pusă în pericol, iar fermierii din Uniunea Europeană ar fi fost puși în situația unei profunde concurențe neloiale.

Karin Kadenbach, im Namen der S&D-Fraktion. – Herr Präsident! Herzlichen Dank, Frau Kommissarin! Wir haben vor einiger Zeit hier im Hohen Haus die Entschließung des Europäischen Parlaments zur Bekämpfung antimikrobieller Resistenzen im Rahmen des Konzepts „Eine Gesundheit“ mit großer Mehrheit beschlossen.

Ich glaube, das Paket, über das wir heute diskutieren, wird vielen der darin aufgestellten Forderungen und Vorschlägen gerecht. Einer davon ist der gezielte Einsatz von Antibiotika. Einer davon sind die Investitionen in Forschung und Entwicklung für die Zurverfügungstellung von flächendeckenden, modernen und guten Medikamenten für die Tiermedizin, für die Tierhaltung. Denn wir wissen: Selbst bei Einhaltung bester technischer Voraussetzungen und bei Einhaltung des Tierwohls, wird es nicht ohne Medikamente gehen. Es sollte aber in vielen Bereichen ohne Antibiotika gehen, und es sollte vor allem ohne den Einsatz von sogenannten Reserveantibiotika oder kritischen Antibiotika gehen.

Ich glaube, das ist einer der wesentlichen Punkte, die wir heute hier diskutieren, dass diese Antibiotika nur in ganz seltenen – genau beschriebenen – Fällen in Zukunft auch für die Tiermedizin eingesetzt werden dürfen. Wir denken und sprechen im *One Health approach*, das heißt, wir können hier auch nicht vergessen, dass die Frage der zukünftigen Agrarpolitik auch wesentlich dazu beitragen wird, wie unser Tierwohl aussieht, welchen Medikamenteneinsatz wir haben und wo wir in Zukunft auf Antibiotika, vor allem in der Metaphylaxe, verzichten können.

Ein weiterer wichtiger Punkt, der heute angesprochen wurde, werden unsere Handelsbeziehungen sein, denn es kann nicht sein, dass wir unserer Landwirtschaft hohe Hürden aufstellen und dann beim importierten Fleisch diese Hürden nicht sehen.

Bolesław G. Piecha, w imieniu grupy ECR. – Panie Przewodniczący! W pełni popieram to, co założyli nasi sprawozdawcy w sprawie weterynaryjnych produktów leczniczych. Cieszę się, że Komisja, a następnie Parlament Europejski podjął pracę nad tym istotnym tematem, a jeszcze bardziej na tym, że je zakończył. To wielki sukces.

Jestem lekarzem, więc uważam, że niezwykle istotne jest, że regulacje dotyczące leków weterynaryjnych zostały jednak w sposób jednoznaczny oddzielone od przepisów dotyczących produktów leczniczych stosowanych u ludzi. Uważam, że wynegocjowane rozporządzenia są dobre, ponieważ cechuje je odpowiednia równowaga pomiędzy potrzebą zwiększania wysiłku na rzecz zwalczania odporności na środki przeciwdrobnoustrojowe, a jednak jednocześnie unikaniem – co często się przecież zdarza – nadmiernych obciążeń administracyjnych.

Jestem pewny, że Parlament Europejski znalazł też równowagę pomiędzy stosowaniem odpowiednich zachęt nad badaniami i rozwojem leków innowacyjnych, a jednocześnie zagwarantował poprzez odpowiednie regulacje ochronne, patentowe swobodny dostęp do leków generycznych. To ma przecież ogromne znaczenie ekonomiczne dla rolnictwa chociażby.

W sprawozdaniu stosownie podkreślono rolę profilaktyki i metafilaktyki oraz wykazano odpowiednią kaskadę możliwego stosowania, zwłaszcza środków przeciwustrojowych u zwierząt. Określono również kwestię dotyczącą przeciwustrojowych produktów leczniczych, za które bierze się swego rodzaju odpowiedzialność poprzez gromadzenie danych, monitoring sprzedaży oraz uzasadnione stosowanie przy przepisie lekarza lub osób upoważnionych.

Gesine Meissner, im Namen der ALDE-Fraktion. – Herr Präsident, Frau Kommissarin! Auch danke schon mal vorweg an alle Berichtersteller. Wir haben ja heute sogar drei: zwei für die Legislative und eine für eine Entschließung.

Ich denke mal, das ist heute wirklich ein sehr guter Tag, um die antimikrobielle Resistenz zu bekämpfen. Wir feiern ja heute in gewisser Weise den Abschluss von Trilog-Verhandlungen, und ich finde das sehr gut, dass wir das geschafft haben. Wir haben zum einen tatsächlich jetzt eben die Tiermedizin und die Humanmedizin getrennt. Wir haben auch gesagt, es muss getrennte Produktlinien geben, die zur Verfügung stehen. Ich glaube, das war schon mal eine wichtige Voraussetzung, um das Problem in den Griff zu bekommen.

Wir brauchen Antibiotika. Wir brauchen sie beim Menschen und bei Tieren, aber wir wollen, dass sie auch wirken. Darum ist es halt wichtig, mit dem Einsatz sparsam umzugehen. Gerade speziell bei der Tierhaltung, das ist eben von meinen Kollegen schon angesprochen worden, war es eine Zeit lang wirklich üblich, dass man prophylaktisch/präventiv Antibiotika gegeben hat. Das ist natürlich weder für die Tiere noch für die Menschen, die eventuell das Fleisch hinterher essen, gut.

Das ist gut, dass diese Praxis schon längere Zeit abgestellt ist. Jetzt ist es ganz klar, dass wir das gesetzlich auch geregelt haben. Wir haben auch durch die Gesetze geregelt, wo ein Tierarzt einbezogen werden muss und wie er einbezogen werden muss. Natürlich sind Tierärzte immer dabei, wenn es um Medikamente geht. Wir haben auch geregelt, dass eben durchaus in einem Bestand Antibiotika schon dann gegeben werden können, wenn einige Tiere krank werden und die ganze Herde droht, krank zu werden.

Also vieles ist dadurch tatsächlich geregelt. Ich glaube, wenn wir dies alles so umsetzen, wie wir es beschlossen haben, wenn das später in den Mitgliedstaaten umgesetzt wird, dann haben wir gute Chancen, Antibiotikaresistenz auch wirklich zu bekämpfen.

Martin Häusling, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wir sind uns einig, dass wir einen großen Schritt vorangegangen sind bei einem der drängendsten Menschheitsprobleme, nämlich der Antibiotikaresistenz. Wir haben zwar in den letzten Jahren Erfolge erzielt, den Antibiotikaverbrauch in der Tierhaltung zu senken, aber er ist in manchen Ländern immer noch doppelt so hoch wie in der Humanmedizin. Das kann nicht so bleiben. Wir riskieren, dass wir verlieren, dass man in Zukunft mit Antibiotika behandelt werden kann, und dieses Problem gehen wir jetzt an.

Prophylaxe ist verboten, und das ist auch gut so. Und es wird jetzt noch stärker reguliert. Aber wir gehen auch an das Thema Metaphylaxe heran. Das finde ich auch wichtig, dass man nicht, wenn in einem Stall eines von 30 000 Hühnern krank ist, den ganzen Stall dann medikamentieren kann, sondern da müssen jetzt Maßnahmen ergriffen werden, um die Tiere auch trennen zu können. Es muss mehr Vorsorge geleistet werden. Das ist ein ganz wichtiger Schritt, denn ansonsten hätte die Metaphylaxe die Prophylaxe quasi ersetzt.

Wir brauchen eine ganz klare Datenerhebung, wie viel eingesetzt wird, damit wir verfolgen können, ob der Verbrauch nach unten geht. Und wir müssen uns auch klarmachen, dass vor einem Antibiotikaeinsatz in Zukunft ganz klar von einem Tierarzt geprüft werden muss, ob es wirklich nötig ist, diese Antibiotika einzusetzen.

Wir sind in vielen Bereichen wirklich einen großen Schritt nach vorne gekommen. Und ich betone auch noch einmal, dass es auch ein großer Erfolg ist, dass wir die Importe regeln. Das Gleiche gilt für die europäischen Bauern. Auch das ist wichtig, um diesen ambitionierten Ansatz auch bei den Bauern umzusetzen und da auf Verständnis zu stoßen.

Deshalb begrüßen wir das und hoffen, wir sind damit tatsächlich einen großen Schritt nach vorne gegangen.

Merja Kyllönen, *GUE/NGL-ryhmän puolesta*. – Arvoisa puhemies, hyvät kollegat, haluan lämpimästi osoittaa kiitokseni erinomaisen vahvalle neuvottelutiimille, joka jaksoi tehdä työtä energisesti loppuun asti tässä pitkässä prosessissa. Kansainvälisen terveysjärjestö WHO:n mukaan antibioottiresistenssi on yksi suurimmista maailmanlaajuisista terveysuhkista. Osa toimijoista vertaa antibioottiresistenssiä jo ilmastomuutoksen mittaiseksi ongelmaksi, koska se on globaali ja haastaa meidät kaikkialla.

Vuonna 2017 maailmassa kuoli yli 750 000 ihmistä bakteeritauteihin, joita ei enää voitu hoitaa antibiooteilla. Sen pitäisi viimeistään herättää meidät vieläkin aktiivisempaan toimintaan myös jokaisessa jäsenmaassa. Uusien antibioottien kehittäminen on myös todellinen haaste. Löytyykö meiltä riittävästi panoksia ja yhteistä tutkimustyötä sen eteen, että uusiakin antibiootteja maailmaan vielä syntyisi?

Kasvua kiihdyttäviä antibiootteja käytetään tuotantoeläinten ravinnossa vieläkin suuressa osassa maailmaa, erityisesti USA:ssa ja Brasiliassa. Myös Kiinan maatalous on ollut antibioottien kova käyttäjä, mikä on johtanut siihen, että Kiinan maatalouteen ehti syntyä kokonainen antibioottiresistenssihautomo. On tärkeää, että myöskin tuontituotteet ovat samalla viivalla eurooppalaisen elämänmenon kanssa. Kiitoksia vielä kerran kaikille.

Jacques Colombier, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, ce nouveau règlement réaffirme l'attachement des pays membres et de leurs citoyens à une utilisation raisonnable des antibiotiques et des médicaments vétérinaires en élevage.

Les collègues de la commission agriculture et développement rural, qui comme moi ont participé au voyage d'étude sur l'agriculture brésilienne, ont constaté que cette approche n'est pas du tout la même de l'autre côté de l'Atlantique; de même, le Canada et les États-Unis sont très laxistes en la matière, puisqu'ils laissent leurs éleveurs utiliser des antibiotiques comme vecteur de croissance ou bien ils pallient les terribles conditions sanitaires des élevages géants par une utilisation massive des médicaments à des fins de prophylaxie.

Afin de préserver la santé de nos compatriotes, l'Union européenne doit faire respecter ses normes en matière d'utilisation des médicaments vétérinaires et doit interdire clairement l'importation de produits issus d'animaux élevés dans des conditions qui ne satisfont pas à ces règles.

Comme pour le clonage et les hormones de croissance, il faut rester ferme et ne tolérer aucune faille dans ces dispositifs. Je terminerai en disant que dans un contexte très tendu pour nos éleveurs, il faut surtout informer nos concitoyens du soin qui est apporté à l'élevage dans nos pays européens avec des normes très strictes et protectrices pour la santé humaine.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, το ζήτημα των κτηνιατρικών φαρμάκων είναι εξόχως σημαντικό και επηρεάζει την υγεία των πολιτών με διάφορους άμεσους και έμμεσους τρόπους. Αρχικά, οφείλουμε να παραδεχτούμε πως στην κλίμακα στην οποία γίνεται η εκτροφή των ζώων στη σημερινή εποχή, οι κτηνοτρόφοι αντιμετωπίζουν τον κίνδυνο ταχείας μετάδοσης ασθενειών που συνεπάγεται τεράστια οικονομική ζημιά για εκείνους. Η απάντηση, όμως, σε αυτό τον κίνδυνο δεν θα πρέπει να είναι η αλόγιστη χρήση αντιβιοτικών, όπως γίνεται μέχρι τώρα, που χορηγούνται αντιβιοτικά στο νερό που πίνουν τα ζώα και στην τροφή τους. Δεδομένο είναι πως με τις πρακτικές αυτές ήδη οι μικροοργανισμοί έχουν αναπτύξει ανοχή στα αντιβιοτικά με πιθανώς καταστροφικές συνέπειες στο μέλλον. Εξάλλου, είναι γνωστό ότι μέσω της τροπικής αλυσίδας υπάρχει πιθανότητα να περάσουν ουσίες κτηνιατρικών φαρμάκων στον άνθρωπο, με ό,τι κινδύνους ενέχει αυτό. Θα πρέπει να υποστηριχθούν νέες μορφές κτηνοτροφίας, κυρίως βιολογικής, αλλά σε κάθε περίπτωση μακριά από τη λογική της συγκέντρωσης τεράστιου αριθμού ζώων στις μονάδες, γιατί δημιουργούνται ιδανικές συνθήκες για τη μετάδοση ασθενειών. Πρώτο και κύριο, όμως, είναι να συνειδητοποιήσουμε όλοι μας πόσο σοβαρή είναι ήδη η κατάσταση και ποιες θα είναι μελλοντικά οι συνέπειες, εάν δεν δράσουμε σήμερα για την ελαχιστοποίηση της χρήσης αντιβιοτικών.

Peter Liese (PPE). – Herr Präsident, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Stellen wir uns einmal vor, es würden jeden Monat sieben voll besetzte große Flugzeuge in Europa abstürzen – nicht irgendwo auf der Welt, sondern jeden Monat in der Europäischen Union. 25 000 Tote pro Jahr. Nicht nur Kommissarin Bulc, die für Verkehr zuständig ist und hoffentlich jetzt zuhört, wäre Tag und Nacht damit beschäftigt, dieses Problem zu lösen; die ganze Europäische Union, die europäischen Institutionen würden sich wahrscheinlich um nichts anderes kümmern als zu sagen: Da müssen wir was ändern. Aber so ist die Situation bei den Antibiotikaresistenzen: 25 000 Tote pro Jahr! Jeden Tag sterben irgendwo in Europa Menschen, weil Antibiotika ihre Wirkung verloren haben. Das heißt, wir müssen handeln. Das müssen wir auch in der Humanmedizin. Wir müssen mit Antibiotika sorgfältiger umgehen, wir brauchen bessere Hygiene, und wir brauchen Anreize für neue Antibiotika. Die ersten Punkte sind für die Mitgliedstaaten, aber das Letztere ist für die Europäische Kommission. Ich bin sehr enttäuscht, dass die Kommission bis heute trotz mehrfacher Aufforderung durch das Parlament keine entsprechenden Vorschläge vorgelegt hat.

Aber es gibt eben auch Handlungsbedarf in der Tiermedizin. Hier packen wir an. Françoise Grossetête hat einen sehr guten Bericht vorgelegt, und ich bin froh, wenn wir morgen mit großer Mehrheit das Ergebnis im Plenum unterstützen. Ich bitte die Journalisten, die zuhören, auch kräftig darüber zu berichten und nicht nur immer über die Probleme, die noch nicht gelöst sind. Hier haben wir wirklich was geschafft!

Soledad Cabezón Ruiz (S&D). – Señor presidente, ya se han dicho aquí, son muchas las bondades de este Reglamento, pero, precisamente, yo también quiero resaltar la más importante a mi entender: el haber sido capaz de introducir entre sus prioridades uno de los mayores retos que actualmente tiene la salud humana, a saber, combatir la resistencia antimicrobiana. Hay veinticinco mil muertes al año por no tener un antibiótico adecuado. Y en el año 2050, si esto continúa así, será mayor que el número de muertes por cáncer. Por lo tanto, se necesitan acciones en el ámbito humano y animal, pero este Reglamento ha permitido una visión claramente integral de acciones en el ámbito animal que son, como se ha dicho aquí, motivo de ejemplo y de alabanza.

Ha permitido que se haga una lista de uso restringido de aquellos antibióticos para uso humano; ha restringido el uso de la profilaxis a circunstancias excepcionales y justificadas, o de la metafilaxis, nunca en detrimento de la higiene o la limpieza; ha hecho que la prescripción por el veterinario sea imprescindible; ha prohibido, por supuesto, el uso para engorde o la venta en línea, y ha hecho que sea posible la recopilación de datos. En definitiva, como decía, una visión integral, un trabajo muy difícil, pero que creo que ha merecido la pena.

Mi enhorabuena a cada uno de los ponentes que lo han hecho posible. También me sumo a la petición a la Comisión de que ahora legisle y adopte una iniciativa sólida para que podamos combatir este problema desde el punto de vista de la salud humana y del uso en el ámbito humano.

James Nicholson (ECR). – Mr President, good animal health is absolutely vital for improving overall animal welfare, food production and, ultimately, human health and well-being. Like humans, animals do get sick. That's the reality. Sometimes it is necessary for antibiotics to be used, in a sensible manner. For instance, the use of antimicrobial products in livestock is important to restore full health as soon as possible and to stop the disease developing further in the animal or throughout the herd or flock.

While preventative use of these products may be necessary under certain conditions, they should never be used as a substitute for proper feed, good hygiene practices in an appropriate environment and animal welfare standards. Antimicrobial resistance (AMR) in both animals and human beings is a growing cause for concern. I find this agreement strikes a good balance between tackling AMR and also allowing safe and secure access to vital medicines.

In the UK we do things slightly differently – I suppose maybe that's part of the problem – than is the case in the rest of Europe. Veterinary medicines have to be prescribed and we also have a strong distribution system allowing medicines to be distributed by vets, suitably qualified persons and pharmacists, depending on the type of medicine. The system allows farmers and pet owners accessibility to a choice of essential medicines for their animals, but not antibiotics. I am relieved that this agreement allows us to continue with a system that has stood over the past decades. I congratulate all involved in this report.

Jan Huitema (ALDE). – Dank u wel, Voorzitter. Beste commissaris, iedereen is begaan met het milieu en met dierenwelzijn. Ik maak me zelf wel hele grote zorgen over de groeiende antibioticaresistentie. Maar het is ook belangrijk te vermelden dat in vele delen van de EU volop geïnvesteerd wordt in de veehouderijsector om te investeren in een beter milieu en een beter dierenwelzijn. In sommige Europese lidstaten bijvoorbeeld is het gebruik van antibioticum in de veehouderijsector met 70 % gedaald.

Mijn punt hier vandaag, wat ik absoluut niet wil, is dat de goeden lijden onder een nadelige concurrentiepositie voor diegenen die investeringen niet gemaakt hebben. Ik wil dus toe naar een geharmoniseerde aanpak op het gebied van milieu, dierenwelzijn en ook antibioticum. Ik ben ook blij om te zien dat er met deze wetgeving nu eindelijk een verbod is op het preventief voorschrijven van antibioticum in de veehouderijsector.

We moeten dus toe naar een gelijk speelveld op Europees niveau, maar niet alleen dat. Ik vind het ook belangrijk dat we gaan kijken naar een gelijk speelveld ten opzichte van producten die wij importeren uit landen buiten de Europese Unie. Want hoe kun je nou een boer in de Europese Unie uitleggen dat hij aan allerlei eisen moet gaan voldoen, maar dat zijn product naast een product staat dat van buiten de Europese Unie komt waarvoor die eisen niet gelden?

Molly Scott Cato (Verts/ALE). – Mr President, the Greens have been seeking to limit the use of antibiotics on farms for 10 years, and I'm delighted to say that the outcome of this regulation on medicated feed is a major advance for human and animal welfare. This regulation will introduce some important rules to reduce antibiotic use, including a total ban on the routine use of antibiotics in medicated feed as a preventative measure and better husbandry practices to be adopted instead.

Only vets will be able to prescribe antibiotics in medicated feed in future, and only when there are clear signs of disease in the animals. The length of time that animals can be treated with antibiotics will be limited.

For decades the routine use of antibiotics in livestock farming has propped up a system of factory farming where animals are packed into squalid conditions, only to be pumped full of antibiotics and other medicated feed to prevent the outbreak of disease. This has often been allowed even when an animal or group of animals has shown no sign of illness. This has encouraged appalling animal welfare standards and led to antimicrobial resistance, which has caused many deaths in our continent.

With 91% of European antibiotics administered to farm animals through the feed, these new rules are a significant step in the right direction. We're delighted to welcome this achievement and would like to celebrate this major advance to prevent the growth of antibiotic resistance that is such a threat to public health.

Miguel Viegas (GUE/NGL). – Senhor Presidente, o atual modelo produtivista, que foi imposto aos nossos agricultores e aos nossos produtores pecuários, coloca-nos perante uma situação de alarme sanitário permanente. São novas doenças que surgem ou velhas doenças contra as quais não há medicamentos eficazes.

O regulamento identifica o problema, mas omite, deliberadamente, o papel das multinacionais que aqui procuram sempre maximizar as suas rendas monopolistas, discriminando mercados ou atrasando deliberadamente a inovação. Nós concordamos com o princípio da autorização centralizada, porque vai limitar a possibilidade de discriminar mercados, mas entendemos que os apoios à inovação não se podem limitar a dar mais benesses às multinacionais, aumentando o período de vigência das patentes.

A investigação veterinária é determinante para o futuro da agricultura e isso exige maiores apoios ou centros públicos de investigação, para que a ciência esteja ao serviço da agricultura e não ao serviço de algumas empresas multinacionais.

John Stuart Agnew (EFDD). – Mr President, as well-intentioned as this legislation may be, it will be a complete own goal if it renders British livestock producers uncompetitive against meat products from third countries where these rules are not adhered to.

I have heard an EU official say: 'Well we are going to ban substandard imports and we're going to stand up to the WTO if it challenges us by insisting on reciprocal standards'. However, this is easier said than done, as it requires the Commission to undertake a formal human health risk assessment, which must follow a defined procedure. The Commission has not done this, with the potential consequence that large quantities of meat will arrive into the UK from farms that use antibiotics prophylactically, as a medicated feed. It is even possible that the antibiotics in this feed are of a type that the British livestock industry voluntarily does not use because of their extensive use for human patients.

I urge the Commission to delay implementing this legislation until either Brexit is safely achieved or they have squared it with the WTO. In any event, the legislation should use sound science when laying down prescriptive rules for medicated feed: for example, the threshold at which carryover in mills becomes a genuine issue.

British livestock vets are high-grade professionals who need flexibility in how they prescribe and use medicines. If this legislation becomes too restrictive, welfare problems may ensue, with culling as the only solution.

I hope that the future independent UK government will think outside the box as regards antimicrobial resistance, because big advances have been made in commercial genetics. Among our wild bird population we find genes that will tolerate a bacterial attack and shrug it off after a few days of lethargy. These genes could be transferred into our own poultry so that medicines are not required in the first place. I'm sure that Ms Molly Scott Cato won't like that, but it is a genuine solution.

Above all else, we must educate our consumers into taking antimicrobial resistance seriously enough to insist to the supermarkets they do not expect to see substandard products on the shelves.

Diane James (NI). – Mr President, I don't share the enthusiasm of some of my fellow MEPs, but I do echo what the previous speaker, Mr Agnew, a fellow UK MEP, stated: the risk to British farming is huge.

What I really, really am concerned about is the degree of increasing red tape that this proposed legislation will produce. The sheer scale of surveillance and veterinary resources required will merely see more cost to the consumer. Using trade deals as a control mechanism is equally unlikely to help, unless the European Union anticipates CCTV cameras in Chinese and Dutch pork farms and EU vets visiting USA-Argentinian cattle ranches, French-Vietnamese duck and UK poultry businesses.

This legislative framework runs the risk of driving antimicrobial sourcing under the radar, into the cyber-market and potentially into the black market, and we've got no assurance that some of the EU trade deals will actually adhere to it.

Michel Dantin (PPE). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, je pense que nous vivons ce soir un moment important car le paquet qui nous est proposé marque à la fois une étape et une réelle avancée.

Je voudrais donc remercier très sincèrement l'équipe de négociation de ce paquet, avec une mention particulière pour ma collègue Françoise Grossetête, qui a beaucoup donné sur ce dossier pendant de très nombreux mois.

Le paquet qui nous est proposé ce soir est un paquet équilibré pour enrayer la résistance aux antimicrobiens, qui est – cela a déjà été dit, je ne m'éterniserai pas – un fléau et un des enjeux de notre temps.

La proposition qui nous est soumise maintient la possibilité pour les vétérinaires de conseiller et de vendre des médicaments aux agriculteurs. Cet élément ne me paraît pas anecdotique: il est important pour maintenir la médecine vétérinaire en milieu rural, sans quoi nous risquons de voir partir les vétérinaires en milieu urbain, où la clientèle est d'une autre nature et où la rentabilité des cabinets est bien supérieure.

Ce rapport contient une avancée fondamentale sur la réciprocité des normes: il introduit ce principe que nous attendions depuis si longtemps en matière d'utilisation d'antibiotiques pour les denrées importées. Cela signifie que l'Union européenne n'importera plus de viande provenant d'un pays ayant utilisé des antibiotiques comme facteur de croissance et issus de la liste des antimicrobiens d'importance critique.

Bref, une Europe qui renforce la protection des consommateurs, une Europe qui sécurise l'alimentation, je pense que nous faisons là notre devoir, celui que nos concitoyens attendent.

Jytte Guteland (S&D). – Herr talman! Redan i dag är det livsfarligt med antibiotikaresistens om man är för tidigt född, om man är allvarligt sjuk eller om man genomgår en svår operation. Vi måste därför stoppa den slentrianmässiga användningen av antibiotika i djurhållningen, så att antibiotikan verkligen fungerar när man är sjuk. Jag är glad över att vi nu når framsteg och att vi vill förbjuda användandet av antibiotika i förebyggande syfte till friska grupper av djur. Men det finns fortfarande många exempel där vi behöver gå ännu längre för att verkligen skydda både utsatta grupper som redan i dag drabbas av antibiotikaresistens, men också djuren och djurhållningen. Jag vill därför se ännu striktare regler kring hur och när man får använda antibiotikan, för EU ska vara en stark röst för en ansvarsfull antibiotikapolitik

globalt. Det är en *win-win-win* att minska antibiotikan i djurhållningen. Det är *win-win* för djurvälståndet, för den som är sjuk i dag och för antibiotikaresistensen i världen.

Beata Gosiewska (ECR). – Panie Przewodniczący! Cieszy mnie fakt, iż w nowym rozporządzeniu Komisja Europejska gwarantuje szczegółową kontrolę wytwarzania pasz leczniczych i zakazuje profilaktycznego stosowania antybiotyków, określa wymogi dotyczące etykietowania, a także zajmie się zbadaniem zjawiska oporności na środki przeciwdrobnoustrojowe i ureguluje poziomy zanieczyszczeń krzyżowych tymi środkami. W pełni popieram rozszerzenie powyższych zapisów na zwierzęta hodowane w gospodarstwach domowych.

W mojej ocenie rozporządzenie to może stanowić jedynie rozwiązanie przejściowe, a celem powinno być opracowanie nowoczesnych zasad hodowli zwierząt karmionych paszami opartymi na składnikach naturalnych, niemodyfikowanych. Zapewnienie dobrostanu zwierząt i pełnowartościowych pasz organicznych przyczyni się do dobrej kondycji zwierząt, czyli produkcji zdrowej żywności, co ma nieoceniony wpływ na zdrowie ludzi. Szanowni Państwo, promujmy ideę odchodzenia od antybiotykoterapii w hodowli zwierząt przeznaczonych do produkcji żywności.

Dobromir Sośnierz (NI). – Panie Przewodniczący! W dyrektywie stwierdza się, że mechanizm ustalania cen w sektorze weterynaryjnym działa według całkowicie odmiennych zasad niż w przypadku ludzi. Otóż nie, mechanizm ustalania cen działa zawsze tak samo, tylko Państwo inaczej ingerujecie w oba rynki, w związku z tym rezultaty są odmienne. Zasady ustalania cen są zawsze i będą takie same w przyszłości. Idziemy w tym przypadku w kierunku upodabniania tych regulacji, do tych, które dotyczą ludzi, a więc w kierunku wzrostu cen. I należy się z tym liczyć, że niezależnie od intencji takie będą też skutki.

Druga rzecz, na którą chciałem zwrócić uwagę, to jest odwołanie się do art. 13 dyrektywy w sprawie ochrony zwierząt wykorzystywanych do celów naukowych. Chodzi o to w tym art. 13, że zwierzęta powinny być wykorzystywane do badań tylko w ostateczności. Ale badania dotyczące leków na zwierzętach, na czym mają być badane? Chyba w sposób niezamierzony wynika z tego, że leki dotyczące zwierząt powinny być testowane na ludziach. Domyślam się, że nie taki jest zamysł twórców, ale pośrednio doprowadzili z powodu nieprzemyślnych odwołań do takiego wniosku legislacyjnego.

Mihai Țurcanu (PPE). – Domnule președinte, doresc să felicit colegii pentru munca depusă și pentru rezultatul la care au ajuns. Antibioticele trebuie să producă efecte pentru a salva viața oamenilor care au infecții bacteriene, nu pentru a crește productivitatea fermelor agricole. Susțin utilizarea restrânsă a medicamentelor în efectivele de animale, astfel încât aceasta să poată avea efectul scontat atunci când se impune folosirea lor cu adevărat. Peste 70 % din antibioticele produse anual merg către industria animalelor și a păsărilor. Așa ajung aceste substanțe în farfuriile noastre și, fără să ne dăm seama, căpătăm rezistență la antibiotice și nu mai răspundem tratamentelor recomandate.

Acest raport precizează și condițiile în care personalul medical-veterinar este autorizat să prescrie și să vândă antibiotice și, mai ales, în calitate de medic veterinar, găsesc acest aspect esențial. În calitate de fost șef al serviciilor veterinare din țara mea, găsesc că este imperios necesar ca această legislație să se transpună în cel mai scurt timp în toate statele membre ale Uniunii Europene.

Vânzarea pe internet a antibioticelor și a medicamentelor de uz veterinar pentru care este necesară prescripție ar trebui să fie ferm interzisă. Articolul 108 nu este destul de ambițios. Trebuie să conștientizăm faptul că administrarea necorespunzătoare a antibioticelor de uz veterinar reprezintă un risc grav pentru sănătatea noastră, a copiilor noștri și a generațiilor viitoare.

Marc Tarabella (S&D). – Monsieur le Président, nous sommes tous concernés par l'utilisation des médicaments vétérinaires puisque cette dernière a un impact direct sur notre alimentation, sur l'environnement et sur notre santé.

Je me réjouis donc que nous nous prononcions en faveur d'une réduction de l'utilisation d'antibiotiques dans les exploitations agricoles pour limiter la présence de bactéries résistantes dans l'alimentation. À ce propos, il est primordial que les médicaments vétérinaires ne soient en aucun cas utilisés pour améliorer les performances des élevages et pour compenser le non-respect de bonnes pratiques d'élevage. L'administration préventive d'antibiotiques sans signe clinique d'infection doit être strictement limitée. Les propriétaires et les détenteurs d'animaux d'élevage devraient utiliser les animaux reproducteurs en respectant une diversité génétique appropriée dans des proportions qui n'augmentent pas le risque de transmission des maladies et isoler les animaux malades du reste du groupe.

Je suis enfin pleinement satisfait que soit dissociée l'autorisation centralisée de mise sur le marché pour les médicaments vétérinaires de celle pour les médicaments à usage humain.

John Flack (ECR). – Mr President, it's good that Parliament is today making the link between animal welfare and the use of veterinary medicines. It's no wonder so many drugs are needed when 300 million animals a year live their whole lives in cages in the EU, perhaps only feeling the sun on their backs for the first time on the brief journey to the slaughterhouse, many never feeling grass beneath their feet in their short, sad, exploited lives.

This sort of industrial farming is only sustained by ever-more use of antibiotics – unnatural for the animal victims, injurious to human health, the by-products polluting the land and the air. Any decent human being must know in their heart that this sort of exploitation is wrong.

We, as politicians, have a duty to lead and to make the hard decisions people are reluctant to make for themselves. It's about time we decide the endless cheap chase after cheap food and ever-higher yields must end. It's about time we stopped corporate greed exploiting animals. I support these proposals.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, kolegyně a kolegové, návrh zprávy Evropského parlamentu o nařízení o veterinárních přípravcích podporuji a děkuji paní kolegyni Françoise Grossetêtové za její práci na tomto kompromisu. Jde o zdraví zvířat, ale jde také o zdraví lidí. Jedno nemůžeme oddělit od druhého. Proto, pokud chceme účinně bojovat proti antibiotické rezistenci, pak se musí změnit používání antibiotik při chovu zvířat. Proto souhlasím s návrhem na možnost restrikce, omezení antibiotických přípravků pro veterinární účely. Toto omezení musí být doplněno jinými opatřeními, a to je především zlepšení podmínek chovu, podpora výzkumu, snížení byrokracie při zavádění nových přípravků. Důležitá je reciprocita. Považuji za zásadní to, že nebude povolen dovoz masa ze zemí, které nezajistí stejnou restrikci při používání antibiotik. V opačném případě by toto opatření pro Evropskou unii nebylo dostatečně účinné a bylo by diskriminační pro naše zemědělce. Doufám, že toto nařízení bude přijato a bude dobře aplikováno.

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhor Presidente, o conjunto de medidas que hoje aqui debatemos é de enorme importância. A crescente resistência aos antibióticos é uma enorme ameaça. As infeções dela decorrentes matam, pelo menos, cinquenta mil pessoas por ano na Europa e nos Estados Unidos e setecentas mil pessoas no mundo. Prevê-se que estes números aumentem drasticamente nos próximos trinta anos com previsão de dez milhões de mortos por ano até 2050.

Um número que será superior às mortes por cancro e diabetes, exceto se nós agirmos, e eu saúdo as relatorias, os relatores, pelo trabalho feito. A limitação do uso profilático de agentes microbianos em animais beneficiará do estabelecimento de procedimentos comunitários de autorização e fiscalização. A atribuição à Agência Europeia do Medicamento de competências específicas de autorização de produtos para uso veterinário através de um procedimento centralizado é também muito importante. O reforço do quadro regulamentar para o fabrico, a autorização e distribuição de medicamentos veterinários é determinante. É neste sentido que temos que continuar a trabalhar.

Ricardo Serrão Santos (S&D). – Senhor Presidente, Senhora Comissária, as resistências antimicrobianas e a consequente ineficácia dos tratamentos no combate de doenças são um dos maiores desafios da saúde pública que hoje enfrentamos.

Ao sector agrícola e produção animal cabe uma responsabilidade acrescida na batalha contra este desafio. Tal terá que passar pela prevenção e controlo das infeções e a redução da necessidade do uso de antibióticos através da aplicação de padrões elevados de bem estar animal.

Os antibióticos não poderão, em circunstância alguma, ser utilizados como substitutos destes padrões, mas o sucesso deste combate passa também por uma aposta na investigação e inovação, a fim de estimular o desenvolvimento de novos agentes antimicrobianos, terapias alternativas e diagnósticos que contribuam para reduzir o recurso a antibióticos. Os incentivos a esta investigação deverão estar bem presentes nas nossas prioridades. Por fim, não quero deixar de felicitar a nossa colega Clara Aguilera pelo relatório produzido.

Paolo De Castro (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor commissario, l'accordo raggiunto sul regolamento sui mangimi medicati, per il quale voglio ringraziare la collega Clara Eugenia Aguilera García per l'eccellente lavoro svolto, garantirà una maggiore competitività ed innovazione del settore agroalimentare, rafforzando la lotta dell'Unione europea contro la resistenza antimicrobica.

Si tratta di un passo in avanti decisivo, che porterà i nostri allevatori a porsi ancora più all'avanguardia in materia di sanità e benessere animale. Del resto una produzione animale sostenibile, con capi sani e curati in un ambiente consono, costituisce da sempre una priorità per l'agricoltura europea nell'interesse di 500 milioni di consumatori.

Collegli, gli elevati standard di tutela, protezione e vigilanza in materia di sicurezza alimentare sono tra i più ambiziosi a livello globale. Dobbiamo essere fieri dei risultati raggiunti in questi anni ma allo stesso tempo bisogna evitare che il rispetto di tali misure si trasformi in uno svantaggio competitivo a danno degli agricoltori e allevatori europei rispetto ai loro *competitor* mondiali.

Occorre, caro commissario, continuare a impegnarsi per pretendere la reciprocità e il rispetto dei nostri standard produttivi da parte di tutti i nostri partner commerciali.

Zgłoszenia z sali

Cristian-Silviu Buşoi (PPE). – Domnule preşedinte, aş începe prin a-i felicita pe raportorii noştri, doamna Grossetête, domnul Tănăsescu şi doamna Aguilera García. Activitatea mea în domeniul sănătăţii publice a avut rezistenţa antimicrobiană în centrul de interes şi doresc să subliniez că utilizarea incorectă şi excesivă a medicamentelor antimicrobiene de uz veterinar a fost şi este una dintre principalele cauze pentru care avem astăzi superbacterii care nu mai răspund la antibiotice. Am lucrat ca raportor alternativ pe raportul privind noul plan european de acţiune împotriva rezistenţei antimicrobiene şi pot să vă spun că estimările pentru 2050 ale efectelor acestei situaţii sunt sumbre.

Salut prevederile prin care utilizarea profilactică a antibioticelor va fi interzisă şi încurajez utilizarea corectă şi prudentă a medicamentelor de uz veterinar la recomandarea medicilor veterinari. Trebuie crescut şi gradul de conştientizare al cetăţenilor cât şi al celor implicaţi în sectorul agricol şi al profesioniştilor din medicina veterinară cu privire la riscul automedicaţiei sau administrării imprudente de antibiotice. Fără a combate cauza nu putem avea rezultate durabile pe efecte.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Panie Przewodniczący! Nie zajmuję się problemami medycznymi czy też weterynaryjnymi, zajmuję się problematyką bezpieczeństwa i patrząc z punktu widzenia tej problematyki tak bardzo, bardzo szeroko, chcę bardzo podziękować koleżance Grossetête, która wykonała kawał dobrej roboty, a podkreśliam to w szczególności, bo nie jest to problematyka ani łatwa, ani też dobrze odbierana, jeżeli chodzi o jej szczegóły.

Natomiast przy tej okazji chciałbym się upomnieć o elementy edukacyjne, o lepszą informację adresowaną nie tylko do tych, którzy zawodowo zajmują się tym, o czym dzisiaj rozmawiamy, ale także tych indywidualnych odbiorców rozmaitych usług w tym obszarze. Apel mój jest podyktowany obserwacją zachowań antyszczepionkowców, którzy wprowadzają bałagan w głowach ludzi, postulując odstąpienie od szczepień obowiązkowych w tych podstawowych elementach. Wydaje mi się, że to jest bardzo ważne.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Violeta Bulc, Member of the Commission. – Mr President, the Commission is very satisfied that the European Parliament has shown broad support for the one-health approach, where animal and human health are addressed together in the important fight against antimicrobial resistance.

The international dimension in the fight against resistance is equally important, as this problem does not stop at the border. For this, I would like to stress the importance of international dialogue to developing common rules through, for example, a dialogue at the G20.

On the topic of human health, our regulation provides for the development of a list of antimicrobials that are reserved for human use. This will increase the chance of preventing resistance.

With regard to human medicine, the Commission will complete the assessment of other actions which would be the most appropriate and effective.

Regarding effecting controls on third countries, the Commission will pay special attention to the way the measures are applied in third countries, including through controls.

Concerning possible red tape, we have taken into account for a long time now the special needs of SMEs. For example, we dedicated support from the European Medicines Agency to reducing the fees to be paid by SMEs.

I would like to thank one more time all three rapporteurs for their sense of priority and their focus, which led to a successful negotiation of this regulatory package.

Claudiu Ciprian Tănăsescu, *raportor*. – Domnule președinte, vreau să mulțumesc încă o dată tuturor și să vă asigur că îmi doresc o implementare cât mai rapidă a celor două regulamente care vor aduce beneficii tuturor părților implicate în procesul de autorizare și de supraveghere a medicamentelor de uz uman și veterinar, precum și beneficiarilor acestor procese și proceduri.

Astăzi pot afirma cu certitudine că avem regulamente care oferă un acces mai bun la medicamentele de uz uman și veterinar, prevăd măsuri viabile și moderne pentru combaterea rezistenței antimicrobiene, reduc povara administrativă și promovează inovarea și competitivitatea în aceste sectoare, ceea ce oferă Uniunii Europene o bază legislativă solidă în domeniu pentru mulți ani de acum încolo.

Françoise Grossetête, *rapporteuse*. – Monsieur le Président, je voudrais d'abord remercier tous nos collègues qui sont intervenus et qui ont apporté leur soutien. Remercier, une fois de plus d'ailleurs, les rapporteurs fictifs car ce travail d'équipe est tellement important et nous permet justement d'arriver et d'aboutir à un texte, à un règlement qui sera – je l'imagine – particulièrement efficace.

C'est un progrès – je l'ai dit – et à certains de nos collègues qui malheureusement ne sont plus là et qui se plaignaient d'une bureaucratie croissante, je répondrai qu'à travers ce règlement, nous avons mis sur pied un nouveau système de pharmacovigilance plus flexible, plus efficace et moins bureaucratique, avec des procédures accélérées qui doivent permettre une réaction rapide des laboratoires en cas d'épizootie, par exemple, sans pour autant compromettre nos normes en matière de qualité et de sécurité, qui sont parmi les plus élevées du monde.

Et puis je dirai aussi que nous nous sommes préoccupés de l'environnement. Il n'est pas oublié. Nous savons que nous retrouvons des résidus de produits vétérinaires. À ce titre, le texte prévoit de mieux évaluer l'impact de ces substances sur l'environnement.

Enfin, quand on me parle de surcoût, je pense que là, on oublie la valeur humaine et ce que nous voulons effectivement protéger, à savoir éviter que d'ici à 2050 – comme le prévoient les études – il y ait 10 millions de décès en Europe à cause de l'antibiorésistance.

Alors merci à tous et j'espère que nous serons nombreux à voter ce règlement.

Clara Eugenia Aguilera García, *ponente*. – Señor presidente, para finalizar este debate, yo quiero animar, como ya ha hecho algún colega, a los medios de comunicación a que divulguen el buen resultado que hemos obtenido entre todos: entre toda esta Cámara, la Comisión Europea y el Consejo. Es un grandísimo resultado y es bueno que se conozca, porque a veces solo se conocen las malas cosas y los malos resultados, y esta es de las cosas que nos deben llenar de una gran satisfacción.

Quiero dar las gracias a todos, a todos los ponentes alternativos de mi Comisión de Agricultura y Desarrollo Rural, a todos los diputados de la comisión, en la que hemos trabajado intensamente para conseguir un acuerdo, amplio, mayoritario, el que nos demandaba hoy la sociedad para ofrecer garantías en la lucha contra la resistencia antimicrobiana; quiero darles las gracias a todos ellos porque la disponibilidad que han tenido ha sido muy buena; también a mis dos colegas coponentes por la buena colaboración, porque no se hubiera entendido este resultado final sin una buena colaboración; y al comisario Andriukaitis, que lamento que no esté aquí presente —la señora Bulc lo ha reemplazado perfectamente—, pues también dio un gran impulso para que obtuviésemos este buen resultado; y a la Presidencia austriaca, que dio un impulso final para conseguirlo.

Quiero dignificar, por último, el buen trabajo de los ganaderos europeos, el esfuerzo que en la última década y en los últimos años están haciendo. Están adaptándose a las demandas de la sociedad. Están adaptándose a lo que requiere una sociedad con plena garantía de seguridad alimentaria. Ya solo nos falta que, cuando introduzcamos productos de terceros países, seamos tan exigentes como lo estamos siendo aquí.

Espero que sea una batalla que también ganemos pronto, como hemos ganado hoy. Espero que el resultado sea muy positivo por el interés general de todos los europeos.

Przewodniczący. – Pozwolą Państwo, że wyrażę swoją osobistą satysfakcję. To jest przyjemnie przewodniczyć debatom, które przebiegają w tak twórczej, sympatycznej, pełnej wzajemnego zrozumienia atmosferze, a także aplauzów, niezależnie od strony politycznej, która się wypowiada. I aplauzy są z całej sali.

Zamykam wspólną debatę.

Głosowanie w czwartek 25 października 2018 r.

21. Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch schwere Nutzfahrzeuge (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dziennego jest sprawozdanie sporządzone przez Christine Revault d'Allonnes Bonnefoy w imieniu Komisji Transportu i Turystyki w sprawie pobierania opłat za użytkowanie niektórych typów infrastruktury przez pojazdy ciężarowe (COM(2017)0275 - C8-0171/2017 - 2017/0114(COD)) (A8-0202/2018).

Christine Revault d'Allonnes Bonnefoy, rapporteure. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, chers collègues, la présentation de ce rapport aujourd'hui marque l'aboutissement d'un long cycle de travail de près de deux ans sur un texte fondamental pour l'avenir de la politique européenne des transports.

La révision de la directive européenne qui encadre les systèmes de tarification routière sur les plus de 136 000 km du réseau routier transeuropéen représente une occasion unique pour mieux prendre en compte l'impact des transports routiers sur notre société.

Si nous révisons ce texte, c'est parce que la directive «Euro-redevance», qui a permis de lutter contre les discriminations entre résidents et non-résidents, a atteint aujourd'hui ses limites pour ce qui est de contribuer pleinement aux objectifs du livre blanc des transports d'aller vers la pleine application des principes «utilisateur-payeur» et «pollueur-payeur».

Sans mesure forte et sans une vision à long terme de l'évolution de la tarification des transports routiers, qui représentent plus de 70 % des émissions du secteur des transports, nous n'atteindrons pas nos objectifs climatiques et nous ne répondrons pas à l'urgence de mieux lutter contre le fléau de la pollution de l'air qui frappe nos concitoyens.

Face à ces urgences, les mentalités évoluent et les usagers de la route sont de plus en plus conscients et sensibles à l'impact environnemental des transports routiers. Et c'est dans cette perspective que nous, décideurs politiques, devons faire preuve de courage et de volonté pour accompagner et accélérer cette prise de conscience et la transition vers une tarification des routes plus juste et plus environnementale

Et je profite de cette occasion pour saluer ici le courage politique de la Commissaire d'avoir mis sur la table un texte ambitieux.

L'élargissement du champ d'application à tous les véhicules lourds et aux véhicules légers, l'interdiction progressive des systèmes de vignette ou encore l'obligation de moduler les péages en fonction des émissions de CO₂, sont autant de mesures que je soutiens et qui se retrouvent dans le rapport qui sera présenté au vote demain.

Et le travail en commission parlementaire a permis d'améliorer la proposition de la Commission européenne.

Tout d'abord, concernant le principe de l'«utilisateur-payeur», la commission des transports a adopté mes propositions pour avancer la fin des vignettes à 2023 pour les véhicules lourds et à 2026 pour les véhicules légers, afin d'accélérer la transition vers une tarification plus juste fondée sur la distance parcourue.

Concernant le principe du «pollueur-payeur», la commission des transports a voté pour l'application de redevances spécifiques liées aux normes de pollution à partir de 2021 pour les véhicules lourds et à partir de 2026 pour les véhicules légers. C'est une proposition qui permettra de mieux prendre en compte les coûts environnementaux et sociaux dans la tarification des routes et qui permettra de garantir qu'environ 50 % du réseau routier transeuropéen sera couvert par le principe du «pollueur-payeur».

Parallèlement à l'application de ces deux grands principes, l'acceptabilité et la transparence des systèmes de péage se retrouvent au cœur de ce rapport.

Premièrement, tout au long de ces travaux, j'ai accordé une importance centrale aux dimensions territoriale et sociale des politiques de tarification des infrastructures routières. Et pour lutter contre la fracture territoriale, je propose d'introduire la possibilité de baisser le coût des péages pour les usagers fréquents, notamment en périphérie des agglomérations et dans les zones reculées. La directive actuelle ne donnait pas cette possibilité de différencier les tarifs des péages entre usagers fréquents et usagers occasionnels. C'est une avancée majeure que je propose pour garantir que les usagers qui n'ont d'autres choix que d'utiliser leur voiture quotidiennement pour se rendre au travail puissent bénéficier d'un tarif préférentiel par rapport aux usagers occasionnels.

Toujours en matière de cohésion territoriale, je propose également de donner plus de flexibilité aux États membres pour prendre en compte l'impact des péages sur les régions périphériques.

Deuxièmement, je suis convaincue que si l'on introduit un fléchage obligatoire des recettes des redevances pour lutter contre la dégradation des réseaux routiers et pour promouvoir la transition vers une mobilité durable, on renforcera l'acceptabilité des péages. L'incident tragique de l'effondrement du pont Morandi à Gênes nous rappelle le manque cruel d'investissements dans l'entretien et la sûreté des infrastructures routières en Europe. Les propositions de mon rapport qui établissent un fléchage obligatoire permettront de garantir que les recettes des péages serviront bien à assurer la sûreté des infrastructures routières.

Pour conclure, j'aimerais rappeler l'importance d'aborder mon rapport comme un tout cohérent. Les propositions en matière d'application des principes du «pollueur-payeur» et de l'«utilisateur-payeur» ne sauraient être analysées sans tenir compte de toutes les propositions qui visent à renforcer l'acceptabilité et la transparence des péages.

Enfin, je tiens à remercier toutes les personnes et toutes les organisations avec qui j'ai eu des échanges constructifs pour aboutir à ce rapport équilibré et ambitieux.

Violeta Bulc, Member of the Commission. – Mr President, I would like to thank the Committee on Transport and Tourism and particularly Ms Revault d'Allonnes Bonnefoy and the shadow rapporteurs for this ambitious report on the Commission's proposal to revise the current EU rules on road charging.

The Commission proposed a major step to put into practice the application of their polluter-pays and user-pays principle, and I am very glad to see that our level of ambition is shared by the European Parliament, which wishes to go even further in some cases.

The proposal presented by the Commission last year as part of the first mobility package aims to make sure that national charging schemes converge. The intention is to modernise charging for trucks and buses and, for the first time, to apply some common principles to cars and vans. To be very clear, we would leave it to Member States to decide whether or not to charge for any infrastructure, but if they decide to do so, they would have to conform to common principles.

As a contribution to forward-looking climate change policy, we propose to modulate tolls to reflect the level of CO₂ emissions. At the same time, we would simplify the application of external cost-charging to address also other forms of pollution. More regular and thorough reporting on the revenues generated by charges should ensure transparency and, importantly, improve access by users.

I very much welcome the wide support for the Commission's proposal behind the changes proposed by Ms Revault d'Allonnes Bonnefoy. I also know that many amendments in her report aim to go beyond the Commission's proposal. I believe that your position could ease the discussion later on with the Council. At the same time, in some cases we need to be cautious, as amendments might be difficult to implement.

Let me highlight just five key points. First, on the transition to distance-based tolls. I am happy to see that Parliament wants to speed up the transition from time-based user charges to modern and proportionate distance-based tolls. This could ensure fair and efficient road pricing, which is a key element of our policy aiming at the decarbonisation of transport.

On the second point – on external cost-charging – we consider that the simplification proposed should make external cost-charging more appealing to Member States. This should help them to tackle the problems of air pollution and noise generated by road transport. At the same time, one should be careful when setting minimum charges both for external costs and for congestion. As actual costs differ between Member States, the Commission favours reference value rather than minimum.

On markups, the Commission welcomes the simplification related to the application of markups. These measures can help Member States to finance transport infrastructure of critical importance and thus reduce congestion and environmental damage. Having said that, markups can represent a significant increase in the toll – up to 20% – and it is thus essential that they are applied in full transparency. The notification of such schemes to the Commission is there to ensure such necessary transparency.

On discounts counts for frequent users, the Commission is also open to consider appropriate discounts with respect to frequent users who might be most affected by tolls, and it is understood that this has to be done with sufficient safeguards to avoid discrimination against occasional and transit traffic, while following the same common principles.

Last but not least, on earmarking. Even though the Council might favour a different approach, I am convinced that the earmarking of toll revenues and the more detailed reporting you propose could contribute a great deal to acceptance of tolls by the users as well as, of course, ensure badly-needed financial means for maintenance of transport infrastructure.

I am very much looking forward to the debate tonight.

Georges Bach, im Namen der PPE-Fraktion. – Herr Präsident, Frau Kommissarin! Seit 20 Jahren haben wir versucht, ein einheitliches europäisches System auf die Beine zu stellen, ein System für die Erhebung von Gebühren auf unseren Straßen für Verkehrsträger von über 3,5 Tonnen. Die vergangenen Richtlinien haben dies aber nur sehr mangelhaft getan. Die Konsequenz ist, dass wir heute in Europa einen Flickenteppich aus teilweise nicht interoperablen Benutzungsgebühren, Maut oder Vignetten mit oder ohne angepasste externe Kosten haben. Dieses Durcheinander wird weder unseren heutigen Umweltbestrebungen noch denen eines integrierten Transportmarktes gerecht.

Um diesem Zustand Abhilfe zu schaffen, waren mir folgende Punkte besonders wichtig: Erstens die Einbeziehung von leichten Nutzfahrzeugen, die in direkter Konkurrenz zu den Lkw von über 3,5 Tonnen stehen. Allerdings keine Belastung für Handwerksbetriebe, sondern wir konzentrieren uns hier nur auf die professionellen Fahrer, die unter die Verordnung zu den Regeln für den Zugang zum Markt zu grenzüberschreitendem Güterverkehr – *access to the market* – fallen.

Zweitens eine einheitliche Anwendung von externen Kosten mit Anreizen zur Investition in saubere Fahrzeuge mit einem technologisch neutralen Ansatz. Drittens mehr Transparenz über den Gebrauch der erhobenen Gebühren. Dies ist mir ein besonders wichtiger Punkt, da wir unbedingt mehr Investitionen in unsere Infrastruktur brauchen. Sogar wirtschaftlich gut aufgestellte Mitgliedstaaten haben erheblichen Nachholbedarf.

Ich habe mich gegen ein europäisches Regelwerk für Staugebühren ausgesprochen. Ich bin der Meinung, dass dies das Problem der Überlastung unserer Straßen nicht lösen wird.

Die Richtlinie beschäftigt sich aber nicht nur mit Lkw, sondern auch mit Pkw. Die Frage, ob diese in den Anwendungsbereich dieser Richtlinie fallen sollen, beantworte ich klar mit ja. Warum ich der Meinung bin? Die Regeln bezüglich der Mobilität für unsere Bürger müssen einfach, effizient und nichtdiskriminierend sein. Es ist daher wichtig, dass jedes Land die gleichen Regeln respektiert. Darum unterstütze ich das *phasing out* von Vignetten, und ich bin der Auffassung, dass dies nicht gerecht ist und unseren heutigen politischen Bestrebungen nicht gerecht wird.

Dieser Bericht bietet auch eine Anzahl von Anreizen, in saubere Fahrzeuge zu investieren, und die Mitgliedstaaten behalten die Möglichkeit, in der Kompetenz eine Reihe von Ausnahmen zu gewähren.

Zum Schluss möchte ich der Berichterstatlerin und auch den Schattenberichterstatlern für ihre Arbeit danken.

Inés Ayala Sender, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, bienvenida, señora comisaria. Está claro que vamos cada vez más hacia el principio de «el usuario paga» y también al de «el que contamina paga», aunque creo que en el ámbito de esta propuesta debería tenerse en cuenta también que, cuando se habla de vehículos de emisión cero, si es cero, es cero. Y, por lo tanto, adornarlos con otras cosas tal vez sería complicado, y veo que para los Verdes, en algunos casos, ni siquiera los de emisión cero son aceptables.

En todo caso, en los países periféricos, como es el caso de España o el de Portugal, u otros, cada vez más nos vemos abocados a un pago por distancia que supone realmente una carga para muchos de nuestros productos de comercio, que son, a veces o a menudo, de bajo valor añadido. Por lo tanto, en todo caso, agradecemos a la ponente que haya tenido en cuenta de manera especial la dimensión territorial y social en relación tanto con las zonas periurbanas como con las zonas periféricas. Y, por lo tanto, rechazamos totalmente el intento de los Verdes de acabar con esas posibilidades, con esa capacidad, puesto que hay países que no solamente son periféricos, sino por los cuales no pasa el tren porque no hay manera de hacer pasar el tren por la frontera y, por lo tanto, al menos, es necesario que ese planteamiento sea posible.

Algunas reservas: identificar las motocicletas o intentar integrarlas en gran parte en las ciudades, sobre todo después de la gran crisis vivida, ha sido una buena alternativa, por una parte, para salvar la congestión, pero, sobre todo, también, para reducir los costes que soportan aquellos ciudadanos que no se pueden costear otro tipo de vehículo.

También encontramos que hay algún problema en la equiparación, no claramente distinta, entre vehículos pesados y vehículos comerciales ligeros, lo que puede llevar a un claro perjuicio para las pymes; por lo menos, querríamos que, en ese caso, se pudiese dejar más claro en la negociación posterior.

Y, por último, también en relación con las reservas: una cierta obligación unilateral de que solo aquellos que tengan un *on board unit* o un abono puedan hacer frente a ese paso. Y, desde luego, estoy de acuerdo con la aplicación al transporte; incluso desde España —donde hemos tenido siempre problemas con Hacienda— podríamos estar abiertos a que las tasas se apliquen a movilidad y transporte.

Kosma Złotowski, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Szanowna Pani Komisarz! Europa oczywiście potrzebuje nowoczesnej i bezpiecznej infrastruktury, a to wymaga znacznych inwestycji – to jest truizm. Rozumiemy potrzebę pozyskiwania nowych środków na ten cel i w pełni zgadzamy się z zasadą, że to użytkownicy, którzy najbardziej przyczyniają się do zużycia dróg, powinni ponosić w największym stopniu koszty ich konserwacji i budowy.

Niestety to sprawozdanie znacząco wykracza poza ten cel i obejmuje swoim zakresem także samochody osobowe indywidualnych użytkowników dróg. Jest to ogromne obciążenie dla obywateli państw członkowskich i znaczna bariera finansowa w dostępie do taniego, a w wielu regionach jedyne go powszechnego środka transportu, jakim jest własny samochód.

Mamy także poważne obawy, czy zamknięty katalog celów, na które środki pozyskiwane z opłat drogowych będą mogły być przeznaczone, w równym stopniu odpowiada na potrzeby inwestycyjne różnych państw członkowskich. W opinii grupy EKR tego rodzaju pomysły znacząco wykraczają poza ramy wniosku Komisji i dlatego w jutrzejszym głosowaniu tego sprawozdania poprzeć nie możemy.

PRESIDENZA DELL'ON. FABIO MASSIMO CASTALDO

Vicepresidente

Dominique Riquet, *au nom du groupe ALDE*. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, d'abord je remercie notre rapporteure pour la qualité de son travail. En fait, deux événements récents nous ont montré combien ce sujet était d'actualité. Le rapport du GIEC (Groupe d'experts intergouvernemental sur l'évolution du climat), qui a démontré une situation de plus en plus préoccupante sur le plan climatique, et on sait que le transport est malheureusement un élément qui n'est pas sous maîtrise, et le drame du pont Morandi, qui a montré que les infrastructures méritaient peut-être un peu plus d'attention de la part de nos États membres.

Le cadre européen de taxation des externalités et des usagers de la route doit rétablir deux buts: être juste et être efficace. Et quand on voit le paysage chaotique en Europe sur les taxes sur les usagers de la route, on peut se dire que le travail est considérable. Nous devons en fait revenir aux externalités de chacun: en fonction du type de véhicule mais pour tous les véhicules, en fonction des kilomètres parcourus, en prenant en compte les usages, les heures, le lieu, les concessions existantes, – c'est aussi un sujet important, puisqu'il y a déjà des périmètres concédés – et en encourageant également l'amélioration du parc avec une discrimination positive pour les véhicules qui sont les moins polluants. À chacun de décider si, oui ou non, il faut supprimer les mécanismes injustes et inefficaces, notamment les vignettes, et nous soutenons bien entendu cette proposition.

C'est aux États membres qu'il appartiendra de savoir si ce dispositif s'applique ou non, mais il mettra au moins fin à une situation totalement injuste et totalement inefficace. Bien sûr, la taxe n'est pas populaire, surtout quand elle touche tous les véhicules. Mais peut-on laisser la situation se détériorer, avec des émissions qui augmentent, des conséquences majeures sur la santé humaine en termes de particules et des infrastructures dégradées avec des problèmes de sécurité qui mettent en jeu la vie humaine?

Il est souhaitable que les États membres placent ce dispositif dans leur cadre national de charge sur le transport routier et fassent les ajustements nécessaires. Il est souhaitable qu'ils acceptent d'affecter leurs recettes à l'objet qui les génère. Tout cela demande des efforts de la part des États membres, de la part des citoyens et de la part de notre Parlement qui, à la suite de la proposition de la Commission, apportera sans doute sa contribution, demain, en votant à une vaste majorité, j'espère, en faveur de ce texte important.

Michael Cramer, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jede Lokomotive muss in der Europäischen Union auf jedem Streckenkilometer eine Maut bezahlen. Auf der Straße ist die Maut freiwillig. Das soll auch so bleiben und gilt in Deutschland zum Beispiel nur auf Autobahnen, einigen anderen Straßen und für Lkw ab 7,5 Tonnen. 100 % des Schienennetzes ist bemaute und 1 % des Straßennetzes. So wird die umweltfreundliche Schiene teuer und die klimaschädliche Straße billig gemacht durch die Politik. Das ist verrückt, aber traurige Realität, und das muss sich ändern.

Wir brauchen zumindest einen fairen Wettbewerb. Noch wird jeder Pkw in der EU vom Steuerzahler mit 1 600 Euro jedes Jahr subventioniert, weil Klima-, Unfall- und Lärmkosten nicht berücksichtigt werden.

Die Vignette ist nicht nur unökologisch, sondern auch unsozial. Für 10 000 Kilometer ist sie nämlich genauso teuer im Jahr wie für 200 000. Deshalb muss die Vignette abgeschafft werden und durch eine distanzbasierte Maut ersetzt werden. Dafür hatten wir im Ausschuss eine große Mehrheit, und ich hoffe, die kriegen wir auch hier im Parlament.

Für die Maut wollen wir einen Mindest- und keinen Höchstbetrag. Sie können in bergigen Regionen dann nämlich die realen Kosten veranschlagen. Und auch Vielfahrer müssen gleichgestellt werden. Auf der Schiene gibt es keine Flatrate; warum sollte es sie auf der Straße geben? Dann machen Sie es doch auch auf der Schiene, damit wir wenigstens einen fairen Wettbewerb haben!

Der Verkehr ist der einzige Sektor in Europa, in dem die Emissionen seit 1990 gestiegen sind, und zwar um 28 %! In der Industrie haben wir mit Milliarden unserer Steuergelder eine Senkung um 38 % erreicht, in den Haushalten um 24 %, nur im Verkehr sind sie gestiegen. Der Verkehr frisst also all das doppelt und dreifach auf, was in anderen Sektoren mit Milliarden unserer Steuergelder erreicht worden ist. Deshalb müssen wir die Mobilität verändern, um den Klimawandel zu stoppen und damit unsere Kinder und deren Kinder eine Perspektive haben, auf diesem Planeten auch zu leben.

Ich bedanke mich bei der Berichterstatterin und bei den Schattenberichterstatterinnen für die gute Zusammenarbeit.

Merja Kyllönen, GUE/NGL-ryhmän puolesta. – Arvoisa puhemies, hyvät kollegat, ensinnäkin haluan kiittää esittelijää ja rakkaita kollegoja hyvästä rakentavasta yhteistyöstä, jota ollaan lainsäädännön parissa tehty. Jos me haluamme, niin kuin toivon, että me haluamme, saavuttaa yhteiset ilmastotavoitteet taakanjaon mukaisesti tasapainossa, on myös liikennesektorilla tehtävä monenlaisia toimia päästöjen vähentämiseksi. Tänään käsitellyssä oleva lainsäädäntö on myös yksi osa tätä päästöjen vähentämistyötä. Ja niin, että me saisimme aikaan oikeudenmukaiset, käyttökelpoiset, kaikille toimivat, älykkäät ja vielä helppokäyttöiset järjestelmät, se takaisi ainakin sen mahdollisuuden, että paras hyväksyttävyys kansalaisten eli käyttäjien kesken olisi mahdollinen.

Olisin ollut itse valmis korvamerkitsemään myös rahoitusta ihan juuri sen takia, että meidän olemassa oleva liikenneverkkomme, meidän perusväylänpidonverkkomme koko Euroopassa on varsin heikossa kunnossa. Siitä kertovat tietysti monenlaiset onnettomuudet erittäin ikävine seurauksineen ja ihmishenkien menetyksineen. Eli korvamerkintään olisi tilausta. Joukkoliikenne tulisi huomioida niin, että me pystyisimme vähentämään yksittäisten ajoneuvojen suoritteita eurooppalaisilla teillä. Kiitoksia yhteistyöstä.

Jill Seymour, on behalf of the EFDD Group. – Mr President, again this Parliament and the Commission show that they are out of touch with the public opinion. The British public have many times rejected road tolling and road pricing and since your attempts to implement road charging on British cars have failed, you have now set your sights on HGV drivers. This report will only lead to increased costs for hauliers that, like all forms of hidden taxation, will pass on to the public. With the rising tide of Euroscepticism, how do you think the public will feel when their services and food become more expensive because you have increased transport costs? UK hauliers have already been hit hard in the pocket by paying for unnecessary training from the EU's Driver Certificate of Professional Competence. This was an insult to the common sense of long-standing hauliers. Not only did this cost far too much for the self-employed, it has actually caused a huge shortage of hauliers in the UK. So what is your answer to this problem? To make drivers pay even more to use the roads that they have already paid for through fuel duty, HGV road user levy and then VAT to top it off. This is just bonkers.

Hauliers already have far too much paperwork to do when dropping goods off in the UK and the last thing they need is more paperwork. If you carry on at this rate, each driver will need a personal assistant and a filing cabinet in their truck just to meet your demands.

In summary, this report will increase the cost of goods for our citizens, exacerbate the shortage in this industry and increase the bureaucratic burden on drivers across the UK. That is why I am calling on all of you to vote in favour of my rejection amendment tomorrow.

Georg Mayer, im Namen der ENF-Fraktion. – Herr Präsident! Was ist da denn in Sie gefahren? Das frage ich mich, und das fragen sich bestimmt auch viele Autofahrer in Europa, geschätzte Kollegen. Denn das, was wir hier vorliegen haben, macht aus einem ursprünglich guten Gedanken – und es steht ja auch so schön hier oben: *Charging of heavy goods vehicles*, ein ursprünglich guter Gedanke – nun passiert das. Was passiert daraus? Es geht auch völlig am Titel vorbei. Das, was hier passiert, ist doch eine völlige Themenverfehlung, und es ist zusätzlich auch noch eine Mogelpackung, geschätzte Kollegen, denn hier soll über die Hintertür eine kilometerabhängige Maut für Personenkraftwagen eingeführt werden.

Was passiert denn damit? Damit bestrafe ich Menschen, die viel Auto fahren müssen und die Betonung liegt auf müssen. Die wenigsten Menschen fahren ja zum Spaß auf unseren Straßen herum, weil sie einfach durch die Gegend fahren wollen. Diese Menschen müssen Auto fahren, weil sie ihre Arbeit erreichen müssen.

Eines sage ich Ihnen: Auch das darf nicht zum Luxus werden. Autofahren darf nicht zum Luxus werden. Wenn ich mir allein in Österreich anschau, wenn man da Berechnungen macht etwa von Graz nach Hartberg, entstehen da Mehrkosten durch diese kilometerabhängige Maut für Personenkraftwagen von 1 570 Euro im Jahr, wenn ich nur 5 Cent für die Berechnung für den gefahrenen Straßenkilometer annehme.

Ganz besonders delikant wird es dann, wenn man auch einen Bericht, über den morgen abgestimmt wird, noch dazu nimmt, nämlich die Förderung sauberer und energieeffizienter Straßenfahrzeuge. Da heißt es nämlich: Der Einsatz von E-Bussen soll gefördert werden. Jetzt haben aber inzwischen viele Verkehrsbetriebe schon auf neue Dieselbusse umgestellt. Das würde allein in Österreich Mehrkosten von 1,1 Mrd. Euro innerhalb von 20 Jahren verursachen. Aber was bedeutet das dann, geschätzte Kollegen?

Wollen Sie den Verkehr komplett zum Erliegen bringen, oder was ist Ihr Hintergedanke dabei? Ich kann Ihnen nur sagen, denjenigen, die das zumindest für eine unsinnige Veranstaltung halten: Stimmen Sie morgen meinen Änderungsanträgen zu! Ich glaube, es wäre notwendig im Sinne der arbeitenden Menschen in diesem Europa.

Andor Deli (PPE). – Úgy gondolom, hogy az autópályadíjak kapcsán a „felhasználó fizet” és a „szennyező fizet” elveket senki sem vitatja, viszont van még két elv, amit az Európai Bizottság és a jelentéstevő asszony is figyelmen kívül hagytak a javaslatokban. Ez a szubszidiaritás és a szociális méltányosság elve. A személyautók bevonásával az irányelv hatálya alá súlyosan sértik ezeket az alapelveket. Félreértés ne essék: az autópályadíjaknak kompenzálniuk kell az okozott környezeti hatást. De hogy ezt hogy érik el, milyen intézkedésekkel, pályadíjjal vagy üzemanyagra kirótt jövedéki adóval, járművekre fizetett illetékekkel? Ennek eldöntése tagállami hatáskör kell hogy maradjon, hiszen a tagállami szint a legmegfelelőbb arra, hogy megfelelő egyensúlyt teremtsenek a környezetvédelmi, gazdasági és szociális szempontok között!

Ha különböző plusz költségekkel, dugódíjjal, felárakkal drágítjuk az amúgy sem olcsó úti díjakat, ha betiltjuk az időalapú matricákat a személyautók esetében és kötelezővé tesszük a távolságalapú díjfizetést, attól még a környezetvédelmi gondok nem oldódnak meg. Sőt a magas pályadíj hatására megnövekszik a forgalom a másodlagos utakon, ami növeli a balesetveszélyt és ugyanígy károsítja a környezetet. Továbbá a kelet-európai tagállamokban a polgárok anyagi helyzete nem engedi meg új és drága környezetbarát autók tömeges beszerzését, ezért a regionális gazdasági különbségeket is figyelembe kell venni, mert csak így érvényesülhet a szociális méltányosság elve.

Karoline Graswander-Hainz (S&D). – Herr Präsident, wertere Kommissarin, wertere Kolleginnen und Kollegen! Die EU-Mautrichtlinie befasst sich mit der Frage, welche Abgaben der Verkehr auf Europas Straßen leisten muss. Kurz gesagt: Wer zahlt wieviel für die Straßenbenutzung? Das ist nicht nur ein drängendes Thema der Verkehrspolitik. Nein, das ist auch ein wichtiges Thema der Umweltpolitik. Als Tirolerin weiß ich genau, dass Lärm, Luftverschmutzung und Staus eine enorme Belastung für die Bevölkerung darstellen. Vor allem ist der Güterverkehr für einen Großteil der CO₂-Emissionen aus dem Verkehrssektor verantwortlich.

Bei der Verlagerung auf die Schiene kommen wir viel zu langsam voran. Deshalb braucht es eine Kostenwahrheit im gewerblichen Güterverkehr. Solange es aber für private Pkw kein europaweit einheitliches Mautsystem gibt, bin ich für die Beibehaltung unserer österreichischen Autobahnvignette. Ich werde mich also in der Abstimmung für einen sauberen Lkw-Verkehr und den Erhalt der österreichischen Vignette einsetzen.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señor presidente, señora comisaria, la implicación ciudadana es fundamental, junto con las políticas públicas, para conseguir los objetivos que se plantea el Libro Blanco del transporte. Una movilidad inteligente, más sostenible y que garantice la libre circulación de personas y mercancías en el mercado interior.

La racionalidad en el establecimiento de las tasas por el uso de infraestructuras y la transparencia en el uso de los recursos que se obtengan por esta vía son una pieza clave para conseguirla. Por eso apoyo las medidas que aquí se proponen para eliminar las discriminaciones entre usuarios, impedir que estas tasas distorsionen la competencia en el mercado interior y establecer compensaciones para los usuarios intensivos.

Además, apostamos por ponderar el nivel de emisiones de los vehículos al fijar los precios y, por supuesto, creo imprescindible —y así lo expresé en mis enmiendas— que los ingresos obtenidos por esta vía reviertan directamente en la mejora de las infraestructuras. Esta medida mejorará la seguridad vial, incidirá en el empleo y acelerará el desarrollo de las infraestructuras inteligentes y una movilidad más sostenible.

Karima Delli (Verts/ALE). – Monsieur le Président, chers collègues, tous les mots ont été utilisés.

On a dit: «il faut sauver le climat», «la maison brûle mais on regarde ailleurs», «on danse sur un volcan», «tous les indicateurs sont au rouge»!

Aujourd'hui, on a un levier d'action: une redevance sur les poids lourds et l'ensemble des véhicules, calculée sur les kilomètres parcourus et prenant en compte la pollution et le bruit. C'est près de 30 milliards d'euros par an! Pour faire quoi? Pour financer la mobilité du quotidien, des transports propres pour les citoyens, des infrastructures sécurisées, pour relancer le fret ferroviaire.

Pourtant, certains dans cet hémicycle refusent ce projet! De qui vous moquez-vous? Des citoyens qui n'arrivent plus à respirer à cause de la pollution de l'air, des citoyens qui voient leurs infrastructures s'effondrer, comme le pont de Gênes, des citoyens qui attendent pourtant de leurs élus qu'ils mettent en place le principe du «pollueur-payeur» pour sauver le climat, parce que c'est du bon sens. Le climat n'attend pas, ni notre responsabilité ni notre sécurité.

Alors, je vous invite tous demain à adopter cet excellent texte!

Rosa D'Amato (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il tema dei pedaggi stradali è particolarmente delicato per le ripercussioni sia in materia ambientale che di sicurezza delle infrastrutture.

Abbiamo sostenuto nel testo i principi per cui «chi usa paga» e «chi inquina paga», in quanto è giusto che i costi sostenuti dagli utenti dipendano dall'effettivo utilizzo di una determinata tratta stradale e che vi siano condizioni uniformi nei diversi paesi europei.

Allo stesso tempo, tuttavia, è importante che i pedaggi riscossi vengano reinvestiti nella manutenzione delle strade, delle gallerie, dei ponti e dei viadotti, soprattutto alla luce dei recenti tristi accadimenti occorsi in Italia.

Non dimentichiamo che l'obiettivo del pedaggio è quello di recuperare i costi degli investimenti effettuati e di sostenere quelli per la manutenzione, l'ammodernamento, l'innovazione, la sostenibilità e la gestione delle infrastrutture.

Noi sosteneremo l'obiettivo di maggiore tutela dell'ambiente e di riduzione della congestione stradale durante i futuri negoziati con il Consiglio. Ci batteremo per evitare che i pedaggi siano una fonte di arricchimento per i privati, e quindi per i concessionari, che perseguono la sola logica del profitto, dimenticando l'importanza della sicurezza degli utenti della strada e dell'ambiente, portando al paradosso di incrementare i costi in assenza di benefici concreti per i cittadini.

Christelle Lechevalier (ENF). – Monsieur le Président, nous partageons le constat de la dégradation, de l'insécurité et du sous-entretien des routes de certains États membres. Les réponses que vous apportez à cette problématique vont pourtant à l'encontre des intérêts de nos concitoyens.

La France, comme bon nombre d'États membres, est traversée quotidiennement par des milliers de poids lourds étrangers ne participant pas à l'entretien de nos routes par l'impôt. Votre proposition consiste à interdire le modèle de l'Eurovignette, qui a pourtant fait ses preuves en Suède ou au Danemark, et à imposer un principe d'Européage, dont la France a, elle, expérimenté l'échec cuisant, via les portiques écotaxe.

Aucune distinction n'est prévue pour les véhicules de nos États, qui devront payer plus encore pour le financement des routes de leur pays, auquel ils contribuent déjà largement par l'impôt. Pire encore: vous souhaitez taxer davantage les particuliers qui doivent utiliser quotidiennement leur véhicule pour leur vie personnelle et professionnelle. En France, les taxes sur les carburants ont progressé de 25 % en 10 ans et bondiront à nouveau en 2019.

Nous disons «non!» à votre volonté de frapper encore nos transporteurs et automobilistes au portefeuille et souhaitons des solutions nationales pour taxer les camions étrangers qui ne contribuent pas à l'entretien de nos routes.

Massimiliano Salini (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor commissario, abbiamo un'ennesima possibilità di discutere dell'argomento che, tra i tanti argomenti che impattano sullo sviluppo economico del nostro continente, ricopre un ruolo così importante e così trasversale da costringerci a delle posizioni politicamente sempre più solide e sempre più europee.

Senza trasporti efficaci ed efficienti non esiste la possibilità di uno sviluppo reale e di uno sviluppo sostenibile e non dimentichiamo che lo sviluppo, e quindi anche il trasporto, è sostenibile non solo se rispetta le regole del presidio ambientale, che noi vogliamo vengano rispettate, ma è sostenibile se tiene anche dal punto di vista economico e tiene nel tempo.

Allora, dal punto di vista della partita di cui oggi discutiamo, i criteri introdotti e mantenuti nella relazione, quindi «chi usa paga» e «chi inquina paga», sono criteri che noi condividiamo perfettamente. Io ritengo – e l'esperienza del mio paese, l'Italia, lo documenta chiaramente – che l'introduzione del criterio del pedaggio a distanza sia sufficientemente affidabile per rispettare questi pilastri.

È vero anche che vi sono tanti altri elementi che incidono positivamente sul rispetto e sulla tutela dell'ambiente, ma non devono andare ad aggiungersi a questo criterio della distanza, che è più che sufficiente. Diversamente, l'onere per chi utilizza il trasporto diventerebbe tale da trasformare il trasporto non più in una risorsa per lo sviluppo ma in un costo che, giustamente, i cittadini respingerebbero.

Isabella De Monte (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, innanzitutto ringrazio la commissaria, grazie anche alla relatrice per l'ottima proposta, che io ovviamente sostengo, perché penso che davvero si ponga l'accento sull'inquinamento, sulla congestione del traffico, su tutti gli elementi che purtroppo sono in grado, e lo fanno, di incidere sulla salute delle persone, se non addirittura sul decesso delle persone.

Quindi abbiamo finalmente una proposta concreta, passiamo al principio del «chi inquina paga» e del «chi usa paga» e quindi a un aspetto che è quello della distanza e non più del tempo.

Sono anche a favore del fatto che si abbia un rinvio per gli Stati membri al 2026 per le auto e sottolineo l'importanza di non danneggiare i pendolari, perché abbiamo già il pesante effetto dell'inurbamento delle città e quindi dobbiamo salvaguardare le zone più remote, come pure far sì che questa direttiva non sia inficiata per il fatto di consentire di andare sulle strade secondarie, quindi va bene anche la tassa sulla congestione del traffico.

Jakop Dalunde (Verts/ALE). – Herr talman! Transportsektorn är den enda sektor där utsläppen fortfarande har ökat sedan 1990. Om vi ska nå de mål som vi har slagit fast i Parisavtalet är det dags att vägtransporter börjar betala för sina miljökostnader. Avståndsbaserade avgifter för tunga fordon är ett steg i rätt riktning. Det gör godstransporter med fossildrivna lastbilar dyrare, men förstärker därmed konkurrenskraften för godstransporter på tåg och med båt och ger därmed också incitament för miljöeffektivisering av lastbilstransporter. Det är dock obegripligt hur konservativa grupper föreslår att intäkterna från kilometerskatten ska gå till nya parkeringsplatser eller motorvägar. Det är helt orimligt och undergräver den gröna omställningen till en hållbar transportsektor. Så det är dags att vi nu tar ansvar och röstar för offensiva styrmedel som ger incitament för grön omställning i transportsektorn.

Claudia Schmidt (PPE). – Herr Präsident, Frau Kommissarin! Bei dieser Richtlinie bin ich ein bisschen zwiegespalten. Ich begrüße sie im Hinblick auf Lkw und leichte Nutzfahrzeuge. Im grenzüberschreitenden Verkehr ist Europa gefordert, hier Richtlinien zu machen. Aus einem geplagten Land wie Österreich stammend – ich erinnere an die Brenner- und die Tauern-Autobahn –, kann ich das nur begrüßen.

Wofür ich allerdings überhaupt kein Verständnis habe, ist die Einbeziehung der Pkw in diese Richtlinie. Es wird hier mit vielem argumentiert. Aber was passiert wirklich? Wir erhöhen die Gebühr auf der Autobahn. Was machen die Autofahrer? Sie gehen aufs kleinrangige Straßennetz. Damit werden die Bürger gefährdet, und die Umwelt wird noch mehr gestört, als sie es jetzt schon ist. Außerdem ist das Unfallrisiko, wie wir alle wissen, auf dem kleinräumigen Straßennetz um 13,5 % höher als auf Autobahnen.

Das ist einmal das Erste. Das Zweite, was man wirklich auch sagen muss, ist: Wie kommt eigentlich Europa dazu, sich einzubilden, da Regulatorien für alle Staaten machen zu müssen? Ich in Österreich zahle Mineralölsteuer, das ist eine kilometerbasierte Gebühr und Abgabe. Ich zahle CO₂-Steuer über die Kfz-Steuer, und wir zahlen noch eine NoVA. Warum lässt man nicht dieses Wort „Subsidiarität“, das in aller Munde ist, doch einfach einmal wirklich wirken und berücksichtigt es auch, wenn man europäisch eine Richtlinie macht, die nicht für Mitgliedstaaten gelten darf?

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Michael Cramer (Verts/ALE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Frau Kollegin, weil Sie sich ja dagegen gewehrt haben, dass europaweit eine Regelung getroffen wird: Die gibt es aber auf der Schiene. Sind Sie dann dafür, dass die Schienenmaut für Personenschienenfahrzeuge abgeschafft wird, dass da auch diejenigen, die oft den öffentlichen Nahverkehr auf der Schiene benutzen, dann weniger bezahlen? Sind Sie da für fairen Wettbewerb, oder ist es Ihnen egal? Das ist ja die umweltfreundliche Schiene, die können wir teuer machen, aber die klimaschädliche Straße muss billig sein, auch in Zukunft.

Claudia Schmidt (PPE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Lieber Kollege Cramer! Ich bin nach wie vor per Du mit Dir. Natürlich unterstütze ich alles, was die Wettbewerbsfähigkeit der Schiene vergrößert. Nur kann es doch nicht sein, dass man die Autos mehr und mehr besteuert, ohne dass sich auf der Schiene irgendetwas tut. Selbstverständlich bin ich dafür, dass wir Güter auf die Schiene bringen, selbstverständlich bin ich dafür, dass wir Nahverkehr ausbauen. Aber was hat das bitte damit zu tun, dass ich eine europaweite Regelung für Pkw machen muss? Das ist nicht einzusehen. Und ich sage, es ist immer noch Kompetenz der Mitgliedstaaten, auch etwas zu tun in dieser Hinsicht. Und diese Kompetenz soll man dort lassen, wo sie hingehört: bei den Mitgliedstaaten, und nicht bei Europa.

Janusz Zemke (S&D). – Panie Przewodniczący! Bardzo chciałem podziękować. Ta dyskusja jest tutaj coraz żywsza, a ja sądzę, że to jest właśnie taki moment, że trzeba odpowiadać na pytania o pierwotnym charakterze. Jeżeli przyjrzymy się tej dyrektywie, to musimy odpowiedzieć na cztery pytania. Pytanie pierwsze: czy nowe rozwiązania prawne i finansowe przeciwdziałają degradacji sieci dróg w Europie? Ta degradacja to przecież fakt. Po drugie: czy dzięki propozycjom Parlamentu i Rady są szanse na szybsze przechodzenie na bardziej ekologiczne pojazdy? Po trzecie: czy poprawi się poziom, jeśli chodzi o bezpieczeństwo całego ruchu drogowego, ale także, co ważne, czy kierowcy mają szansę na lepsze warunki pracy? I po czwarte: czy powszechniejsze stanie się to, że także użytkownicy dróg będą brali udział w poprawie stanu środowiska naturalnego? Odpowiedź moja jest na te cztery pytania odpowiedzią pozytywną w sumie, dlatego też uważam, że nad tą dyrektywą powinniśmy aktywnie działać.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE). – Panie Przewodniczący! Zanieczyszczenie powietrza to olbrzymie koszty społeczne i środowiskowe. Zatrute powietrze to krótsze życie dla mieszkańców Unii Europejskiej. Myślę, że każdy, kto szanuje środowisko, szanuje drugiego człowieka, pochyli się nad tą dyrektywą. Cieszę się bardzo, że wprowadzamy zasadę „zanieczyszczający płaci”. Jednocześnie cieszę się, że odeszliśmy od tej zasady, że płaci się za czas podróży. To byłoby karanie tych, którzy nie ze swojej winy stoją w korkach. Cieszę się i popieram tę propozycję, że płaci się za dystans.

Natomiast przyłączam się do tych wątpliwości, które zgłaszała tutaj Claudia Schmidt, że tymi opłatami mieliby być objęci użytkownicy prywatnych samochodów. To leży w gestii państw członkowskich i tutaj tego ciężaru nie powinniśmy przerzucać na często niezbyt zasobnych prywatnych użytkowników dróg. Więc mam nadzieję, że poprawki, które zostały zgłoszone w toku prac nad tą dyrektywą, a dotyczące prywatnych użytkowników, znajdą większość w tej Izbie. Natomiast oczywiście przychylam się do tych wszystkich głosów, które mówią, że należy dbać o środowisko, walczyć zanim będzie za późno.

Herbert Dorfmann (PPE). – Herr Präsident, Frau Kommissarin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Verkehr ist es so ein bisschen wie mit dem Blut und den Adern in unserem Körper. Der Verkehr ist so wie das Blut und die Verkehrsinfrastruktur wie die Adern. Selbstverständlich braucht Wirtschaft Verkehr. Mobilität ist eine der ganz großen Errungenschaften unserer Zeit. Aber wie in unserem Körper auch kann es zu Bluthochdruck kommen, und letztendlich kann es auch zum Infarkt kommen.

Ich selbst lebe an einer Autobahn, die dem Infarkt ganz nahe ist, an der Brennerautobahn. Da donnern jedes Jahr 2,2 - Millionen Lkw über die Straße, und das noch dazu durch ein sehr sensibles Gebiet. Ein solcher Infarkt nutzt dann niemanden. Er nutzt weder der Straße noch den Verkehrsteilnehmern, die im Stau stecken, und erst recht nicht den Anrainern, die den ganzen Dreck dann erleiden müssen. Deswegen braucht es eine nachhaltige Verkehrspolitik.

Dieser Bericht geht in der Tat in die richtige Richtung. Er erkennt an, dass Verkehr auch geleitet werden muss, dass Verkehr Infrastrukturkosten verursacht und dass Verkehr externe Kosten verursacht. Diese externen Kosten sind besonders in sensiblen Gebieten wie Berggebieten hoch. Deswegen ist der Ansatz dieses Berichts richtig, dass die Einberechnung dieser externen Kosten in Berggebieten höher sein muss. Deswegen bin ich überzeugt, dass wir diesem Bericht zustimmen sollten. Ich werde das jedenfalls selbst mit großer Freude tun.

Innocenzo Leontini (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la direttiva 1999/62/CE (la cosiddetta direttiva eurovignette) fornisce un quadro giuridico dettagliato riguardo alla riscossione dei pedaggi che gravano sui veicoli commerciali pesanti che utilizzano determinate strade.

Pur condividendo ampiamente l'obiettivo di rendere i sistemi di pedaggio più trasparenti, intensificando il monitoraggio delle modalità di utilizzazione dei ricavi e supportando anche l'intento di promuovere l'armonizzazione graduale delle tasse sugli autoveicoli e l'istituzione di meccanismi equi per la tariffazione delle infrastrutture, vi sono alcuni aspetti sui quali vorrei richiamare l'attenzione.

In Italia la dimensione economica del trasporto merci su strada risulta essere estremamente rilevante e, pertanto, l'introduzione di forme di tassazione ha un impatto negativo sulla competitività del *made in Italy*. In particolare l'introduzione delle maggiorazioni sui valichi di montagna si applica in modo massiccio all'Italia, determinando distorsioni competitive nel contesto del mercato unico europeo.

Bisogna evitare che l'eurovignetta, pensata per generare risorse e per la protezione dell'ambiente, si trasformi in una pura e semplice entrata fiscale per i paesi dell'Europa centrale a danno dei paesi esportatori collocati nella periferia dell'Unione europea.

Io sostengo la proposta della relatrice relativa alla destinazione d'uso degli introiti per far fronte al fabbisogno di investimenti e per favorire la manutenzione e lo sviluppo tecnologico del settore stradale.

Infine esprimo la mia contrarietà alla tassa sulla congestione stradale.

Procedura «catch the eye»

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Panie Przewodniczący! Przyznam, że nie jestem zachwycony tym projektem. Ma on wiele wad, tworzy nowe obciążenia dla kierowców, dla właścicieli samochodów, kolejne. Muszę powiedzieć, że ostatni czas to jest systematyczne opodatkowanie i benzyny, i opłat, i parkowania et cetera, et cetera. Ale coś trzeba robić, nie możemy być obojętni na te wyzwania, które są związane z ochroną klimatu, z szacunkiem do tych, którzy nie posiadają środków transportu, a są negatywnymi beneficjentami rozwoju motoryzacji.

Natomiast zwrócę uwagę na jeden element, który z mojego punktu widzenia jest bardzo ważny, na klarowność polityki, na takie jej budowanie, aby ona była zrozumiała dla tych, którzy są jej adresatami. Dziś systemy opłat są niezwykle złożone, skomplikowane, nieklarowne i budują niestety wrogość także do takich aktów prawnych, o jakich dzisiaj mówimy, rozmawiamy.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, doamna comisar, stimați colegi, sigur că este un raport foarte greu atunci când vrei să armonizezi lucrurile, când avem subsidiaritate. Sigur, statele membre, spunea doamna comisar, pot să stabilească taxe și așa avem acum situația pe drumurile naționale, internaționale. Însă cred că trebuia făcut un pas, cred că avem nevoie să ținem cont de acest principiu: poluatorul plătește. Trebuie să vedem cum reușim, sigur, să nu afectăm transportul internațional, să ne gândim și la întreprinderile mici și mijlocii, dar trebuie să facem acest pas.

Am rezerve la anumite amendamente însă, per ansamblu, acest raport trebuie votat mâine, pentru că altfel nu văd cum putem să trecem gradual la a respecta acest principiu – poluatorul plătește – și a avea o simplificare a modalității de taxare, pentru că eu în vara asta am fost în patru țări și în fiecare țară era alt sistem de taxare. Practic, este complicat și, sigur, mai cred că e bine că s-a ajuns la niște compromisuri pentru a se ține cont de zonele depărtate, de țările mai îndepărtate și pentru a se ține cont și de faptul că statele membre pot diminua taxele atunci când există motive întemeiate sociale.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η επιβολή διοδίων έχει δημιουργήσει τεράστια προβλήματα και αντιδράσεις στην Ελλάδα για τον απλό λόγο ότι οι καίριες οδικές αρτηρίες φτιάχτηκαν με χρήματα της Ευρωπαϊκής Ένωσης και του ελληνικού Δημοσίου και ξαφνικά παραχωρήθηκαν σε ιδιώτες, χωρίς αυτοί να έχουν βάλει τίποτε, χωρίς να έχουν κάνει κάποια επένδυση. Και υπάρχουν υπερβολικά διόδια για τα οποία αντιδρούν οι πολίτες. Αντιδρούν πλέον για τα νέα διόδια που θα μπουν στην Εγνατία. Εκεί μπαίνουν διόδια και κάποιοι πολίτες, φερειπείν στην περιοχή της Καβάλας, δεν θα μπορούν καν να βγουν από την πόλη τους. Θα πρέπει να πληρώσουν διόδια. Αντίστοιχες αντιδράσεις είχαμε και στην περιοχή της Αττικής, διότι σε τοπικές μετακινήσεις πρέπει να πληρώνουν διόδια οι πολίτες. Αντιλαμβάνεται κανείς ότι η επιβολή διοδίων αυτή τη στιγμή στην Ελλάδα είναι μια άδικη διαδικασία, στηρίζει μόνο τις ιδιωτικές εταιρείες, και τα υπόλοιπα διόδια τα οποία εισπράττονται πηγαίνουν για την εξόφληση των δανειστών. Θεωρούμε ότι δεν πρέπει να υπάρχουν διόδια στις μετακινήσεις στην Ελλάδα. Οι υποδομές δημιουργήθηκαν με χρήματα της Ευρωπαϊκής Ένωσης και του ελληνικού Δημοσίου και ιδιώτες απλά εμφανίστηκαν για να εισπράξουν τα κέρδη.

Presidente. – On. Notis, Lei è il recordman olimpico dei «catch the eye».

(Fine della procedura «catch the eye»)

Violeta Bulc, Member of the Commission. – Mr President, thank you for this very concrete debate. I would like to thank again all of your Members who have contributed to this discussion. I am really encouraged by seeing that Parliament has confirmed its broad support for the Commission proposals. At the same time, I hear, of course, the concerns regarding the more controversial elements of the proposal, and let me briefly react to some of your concerns.

Some of you suggested that the EU should not regulate road charging for passenger cars. My answer is that we cannot ignore the impact of cars on infrastructure wear and tear and on the environment at local, regional and even at the global level. Cars are responsible for the lion's share of external costs – two-thirds of CO₂ emissions in road transport, which is 60% of all emissions in transport – so we cannot simply ignore that.

Next, we propose to extend the scope of the directive to high vehicles, including LDVs – where there was a comment that this is not the case. For zero-emission vehicles we propose incentives, and I'd like to be very clear on that – a special discount on infrastructure charges of 75% – so that is a very strong incentive.

Let me also insist one more time on the fact that the directive, tomorrow, just like today, will not force Member States to charge for infrastructure. Again, we are setting common rules. That is all we are doing. We are setting common rules, not imposing the level of charges. For example, if the UK imposes a charge on UK HGVs today, this is the result of a UK decision. This proposal does not change that fact.

Allow me also to stress that road charges are not a tax, as this is a way to pay for a service – access to the infrastructure – and for externalities. The Commission has actually proposed allowing Member States to have some additional vehicle tax incentives, if I can call them that, on HGVs in parallel with the introduction of tolls. So this can be already done, and this is part of the proposal.

The Commission receives also numerous complaints about discrimination against foreign motorists, especially from border areas, and recurring complaints against national charging schemes. I do believe that common principles, agreed at EU level, are needed and justified, and all the more so as Member States remain fully free to decide whether to charge or not, but if they do, there are certain rules they should respect – common rules. It is also worth mentioning that common principles are an important element of seamless mobility models that we are foreseeing in the forthcoming years.

As a final remark, let me express one more time my real appreciation for the work you have done. It was crucial to conclude the discussions in Parliament before the elections and I am confident that the position adopted in the European Parliament will serve as a solid base for the negotiations with the Council, so I really look forward to a positive vote tomorrow.

Christine Revault d'Allonnes Bonnefoy, rapporteure. – Monsieur le Président, chers collègues, merci beaucoup pour ce débat et pour les avis extrêmement tranchés, merci Madame la Commissaire pour votre engagement et vos propos.

Beaucoup d'inquiétudes qui ont été soulevées dans ce débat sont en réalité déjà couvertes par le rapport et notamment sur les questions liées aux sujets sociaux et au principe de subsidiarité.

Je vais toutefois revenir sur un point en particulier, celui qui laisserait penser qu'exclure les véhicules légers du champ d'application de ce texte reviendrait à «défendre» les usagers de la route. C'est tout le contraire car, en effet, exclure les véhicules légers c'est voter contre la réduction des péages de 75 % pour les véhicules zéro émission et c'est voter contre la réduction des péages pour les voitures qui émettent moins de CO₂.

Exclure les véhicules légers, c'est donc pénaliser les usagers qui vont de plus en plus s'orienter vers des véhicules propres et il ne faut pas avoir une vision à court terme de l'avenir de la tarification des infrastructures routières.

Exclure les véhicules légers, c'est aussi voter contre la réduction des péages pour les usagers fréquents qui doivent emprunter des routes soumises à péage pour se rendre au travail.

Mais ce n'est pas tout, exclure les voitures du champ d'application, c'est aussi donner la possibilité aux États d'introduire des systèmes de vignette plus discriminatoires entre résidents et non-résidents.

Ceux qui prétendent défendre les usagers de la route en voulant exclure les véhicules légers font en fait le contraire: ils s'opposent à une tarification routière plus juste pour les contribuables, qui paient aujourd'hui dans de nombreux pays l'entretien des routes, et pour les usagers qui ne bénéficieront pas des propositions de modernisation des péages incluses dans ce rapport.

Pour conclure j'aimerais donc appeler l'ensemble des collègues à ne pas revoir à la baisse le niveau d'ambition du texte pour arriver à une position du Parlement européen forte, notamment en vue des négociations avec les États membres.

Presidente. – La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà giovedì 25 ottobre 2018.

22. Zusammensetzung der Delegationen: siehe Protokoll

23. Förderung sauberer und energieeffizienter Straßenfahrzeuge (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la relazione di Andrzej Grzyb, a nome della commissione per l'ambiente, la sanità pubblica e la sicurezza alimentare, sulla proposta di direttiva del Parlamento europeo e del Consiglio che modifica la direttiva 2009/33/CE relativa alla promozione di veicoli puliti e a basso consumo energetico nel trasporto su strada (COM(2017)0653 - C8-0393/2017 - 2017/0291(COD)) (A8-0321/2018).

Andrzej Grzyb, sprawozdawca. – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Panie i Panowie Posłowie! Dzisiaj zajmujemy się zmianą dyrektywy o wspieraniu czystych pojazdów, której obecna wersja z wielu przyczyn – nie będę o nich wspominał – nie działa tak, jakbyśmy tego oczekiwali. Należało więc podjąć decyzję, czy w ogóle rezygnujemy z tej regulacji, czy też reformujemy system, który nie jest najbardziej doskonały. Komisja zdecydowała się na to drugie rozwiązanie, proponując system oparty na wiążących celach zakupu, leasingu, czy też usług w przetargach publicznych.

W pracach w Parlamencie Europejskim musieliśmy przede wszystkim odpowiedzieć sobie na pytanie, jak rozumiemy definicję czystego pojazdu. Większość uznała, że obok pojazdów zeroemisyjnych powinny być również pojazdy dające największe szanse redukcji zanieczyszczeń do powietrza, zarówno przez pyły, tlenki azotu, ale też inne zanieczyszczenia. Szukając odpowiedniego rozwiązania, postanowiliśmy oprzeć definicję czystego pojazdu na już istniejącym i uzgodnionym tekście, korzystając z listy paliw zawartej w dyrektywie o rozmieszczeniu infrastruktury paliw alternatywnych, z pewnymi ograniczeniami, które dotyczą biopaliw, w szczególności pierwszej generacji. Stworzyliśmy w ten sposób synergię pomiędzy nowym prawem a już istniejącym prawem. Pozwoli to na promocję czystego transportu, wesprze rozwój nowych technologii, takich jak samochody elektryczne lub napędzane paliwami alternatywnymi, a przez to również pozwoli osiągnąć poprawę jakości powietrza, pozwoli nam również na walkę ze smogiem, nowym trudnym zjawiskiem w wielu miastach, i dołoży cegiełkę do osiągnięcia celów klimatycznych uzgodnionych w porozumieniu paryskim.

Cele, które przyjęliśmy muszą być możliwe do spełnienia dla podmiotów publicznych, które będą realizowały tę dyrektywę. Te regulacje muszą też uwzględniać zasadę subsydiarności. Dlatego też musimy podkreślić konieczność zapewnienia finansowania tych celów na odpowiednim poziomie. W przeciwnym wypadku samorządy nie będą mogły, czy nie będą w stanie, kupować pojazdów, których cena obecnie w znacznym stopniu przewyższa cenę tradycyjnych pojazdów. Częstokroć jest dwukrotnie wyższa, na przykład w wypadku autobusów. W związku z czym będą wolniej wymieniać ten swój tabor, co może zagrozić rozwojowi transportu publicznego. Wiele samorządów też ma do wykonania zadania, które związane są z transportem publicznym na terenach pozamiejskich, w przestrzeni wiejskiej. Tam potrzeba zupełnie innej technologii, jeżeli chodzi o napęd do tych autobusów.

Jednym z celów dyrektywy jest wytworzenie zamówień na pojazdy niskoemisyjne w takiej skali, aby wesprzeć również innowacje i produkcję pojazdów opartych na nowych rozwiązaniach. Musimy jednak pamiętać również o europejskich producentach, tak by nie padli oni ofiarą nieuczciwej konkurencji. Dlatego jutro będziemy głosować nad poprawką, która ma przywrócić równe pole gry dla wszystkich producentów i zachęcić te kraje, które nie wpuszczają europejskich producentów na swoje rynki zamówień publicznych, aby to uczyniły. W przeciwnym razie pojazdy produkowane przez firmy pochodzące z takich krajów nie będą mogły być zaliczane w poczet celów wynikających z dyrektywy.

Chciałbym również zaapelować – chyba mogę to powiedzieć również w imieniu wszystkich kontrsprawozdawców, którym bardzo dziękuję za współpracę w pracach nad tą regulacją – do prezydencji, że Parlament Europejski od jutra będzie gotowy do rozpoczęcia negocjacji. Dlatego też prosimy o szybkie zakończenie prac w Radzie nad podejściem ogólnym, tak abyśmy mogli przyjąć dyrektywę jeszcze przed zakończeniem obecnej kadencji Parlamentu.

Violeta Bulc, Member of the Commission. – Mr President, the Commission welcomes the opportunity today to discuss Mr Grzyb's report on the revision of the Clean Vehicles Directive, which is an important part of the Clean Mobility Package. The Commission warmly welcomes the progress made in the European Parliament on this file and would like to thank Mr Grzyb and the shadow rapporteurs for their very ambitious work.

Let me recall the context of the proposal. The Paris (COP21) Agreement requires substantive emission reductions from all parts of our economy, including transport. The recent special report from the Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) on the impacts of climate change is yet another wake-up call in that respect. We must ensure that we are firmly on the path towards zero emission by mid-century. Among many other things, this means faster deployment of more efficient transport systems, low— and zero-emission vehicles and increased use of alternative energy sources. Public procurement has a special role to play here. This is particularly true in the bus sector, where public procurement represents around 70% of all new vehicle registrations. Public authorities are already today leading the way in the fight against climate change. I therefore welcome this general support in the Parliament's report for the objectives and the approach that the Commission proposes for the revision of the Clean Vehicles Directive. On some aspects the report goes even further than our initial ambition, by extending its scope to other services and vehicle categories.

Compared to the Commission's proposal, the report takes a different approach to the definition of clean vehicles. It includes all fuels under the Alternative Fuels Infrastructure Directive and introduces sub-targets for low-and zero-emission vehicles. As regards heavy-duty vehicles, as you know, we are not yet able to define emission thresholds. We're working on it. Including all fuels under the Alternative Fuels Infrastructure Directive could therefore be considered, provided that a sufficient level of ambition for zero-emission vehicles is maintained throughout the sub-targets.

For light-duty vehicles, however, we are able to use emission thresholds to define clean vehicles. In my view, this approach remains the best solution for light-duty vehicles, as it is technology-neutral and more future proof. The amended directive should provide a clear long-term market signal allowing public authorities, manufacturers and investors to plan the transition towards zero-emission mobility, based on the technologies and fuels that they deem most suitable.

I am pleased to know that work in the Council is also progressing fast and that a general approach is in reach. So let's therefore all work together to secure a trilogue agreement before the Parliament recess. A timely adoption would be an important step towards the de-carbonisation of mobility. We should not postpone this important piece of legislation. I stand, of course, ready to provide all my support in the upcoming negotiations. I welcome your ambition and I really look forward to your debate.

Andor Deli, *rapporteur for the opinion of the Committee on Transport and Tourism*. – Mr President, congratulations to the rapporteur for being able to achieve consensus around very difficult issues in this dossier. As a rapporteur for the opinion of the Committee on Transport and Tourism (TRAN) I can say that in TRAN we wanted to have an even more simplified directive, but nevertheless we welcome the fact that a couple of key elements have been taken on board from the TRAN opinion. Firstly, to link this dossier clearly to the Alternative Fuels Infrastructure Directive and to maintain a proper level of technical neutrality. Secondly, I am happy that the 'well-to-wheel' approach on vehicle emissions was taken on board and that there is a clear deadline for the Commission to propose a methodology for this by the end of 2022.

Finally, the most important thing is to make sure that by changing legislation, the obligations are not creating an additional financial burden for the Member States nor leading to a reduction in public transport services or to higher ticket prices that are passed on to passengers. The EU should give assistance in this regard, especially to the cohesion countries.

Henna Virkkunen, *PPE-ryhmän puolesta*. – Arvoisa puhemies, on ilman muuta perusteltua, että myös julkisissa hankinnoissa pyritään edistämään ympäristöystävällisyyttä ja puhtaita ajoneuvoja. On kuitenkin tärkeää, että tähän jätetään riittävä jousto ja liikkumavara jäsenvaltioiden tasolle, koska eri puolilla Eurooppaa olosuhteet vaihtelevat paljon ja jäsenmailla, kunnilla ja alueilla, on paras käsitys siitä, miten voidaan parhaiten edistää puhdasta liikennettä.

On todellakin puute, että tässä ei ole pystytty määrittelemään puhtaan liikenteen osalta raskasta kalustoa ja niiden biopolttoaineen käyttöä. Tiedämme, että biopolttoaineilla on merkittävä rooli puhtaan liikenteen osalta ja on ilman muuta puute, että sitä ei ole voitu tässä ottaa riittävällä tasolla huomioon. Muutoinkin laskentamenetelmä, missä katsotaan pelkästään pakoputken päästä tulevia päästöjä, ei riittävällä tavalla kata koko energiankulutusta ja ympäristövaikutuksia. Eli tässä suhteessa meidän pitäisi pystyä edistämään ja parantamaan laskentamenetelmää, minkä perusteella määritellään, mikä katsotaan puhtaaksi ajoneuvoksi.

Olen hyvin tyytyväinen siihen, että ympäristövaliokunta on kiinnittänyt huomiota akkuteollisuuteen ja sen kehittämistarpeisiin Euroopassa. Kun sähköinen liikenne etenee, on entistä tärkeämpää, että myös akkututanto on kestävällä pohjalla. Se tarkoittaa sitä, että meidän pitää saada merkittävästi akkuteollisuutta Eurooppaan ja meidän pitää saada raaka-aineita myös Euroopasta. Tällä hetkellä Eurooppa on aivan liian riippuvainen tuontiakuista, tuontitavarasta. Se ei ole kestävällä pohjalla tälläkään hetkellä eikä varsinkaan, kun tarve tulee merkittävästi kasvamaan.

Seb Dance, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, I would like to thank the rapporteur for his work on this and to the shadows as well. I think we have reached a good position.

The European Union, of course, is undergoing, like the rest of the world, a transition towards sustainable zero carbon mobility – a transition that is, of course, inevitable if we are to be serious about tackling climate change. The question that we are all grappling with is how soon we do it. Last month, this Parliament voted for ambitious new CO₂ standards for cars and vans and, together with the Clean Vehicles Directive revision, we can accelerate this transition towards much cleaner public procurement in Europe, as well, I think, as creating a renewed European market through the creation of, if you like, a premium market through public procurement.

Public procurement is 14% of the EU's GDP and 75% of new bus registrations, and it is essential that we use taxpayers' money effectively to procure clean vehicles. It is also important, of course, that public authorities set an example to the rest of the economy when it comes to the transition away from fossil fuels. But I have to be honest, I didn't support initially the alignment with the Directive on Alternative Fuels Infrastructure (DAFI) because I thought that it would weaken the targets but the inclusion of strong sub-targets are very important on this for zero-emission vehicles and I am pleased that we have managed to reach an agreement. I will, of course, be voting for the strongest and most ambitious targets.

It is crucial now that local authorities and governments put their money where their mouth is and ensure that local authorities are properly funded to remove the burden of compliance on local governments and make sure that air pollution targets can be met without penalising local authorities that are cash-strapped. Crucially, tomorrow's vote in Parliament will mean that we can get this file done under this Presidency, because progress is so important on this. The ball is now firmly in the Council's court and I hope that we can get sufficient progress quickly.

Jan Huitema, *namens de ALDE-Fractie*. – Dank u wel, Voorzitter. Beste commissaris, om echt iets aan klimaatverandering te doen, hebben we slim en kosteneffectief beleid nodig. Landen kunnen dit niet alleen oplossen. Ze kunnen de klimaatverandering niet in hun eentje oplossen. We moeten dit Europees en globaal aanpakken.

Daarom ben ik blij met deze wetgeving, die ervoor zorgt dat wanneer overheden nieuwe auto's of bussen moeten kopen, dat we zeggen dat dat schone auto's en bussen moeten zijn. Ik vind dat belangrijk, als je bedenkt dat, in tegenstelling tot de meeste andere sectoren, de CO₂-uitstoot van de transportsector nog altijd stijgt. Bovendien vind ik ook dat de overheid het goede voorbeeld moet geven in de aanschaf van nieuwe auto's, en vind ik ook dat als je belastinggeld uitgeeft voor nieuwe stadsbussen of andere auto's, dat je dat goed gaat besteden.

Maar het mooie van deze wetgeving vind ik eigenlijk, tot slot, dat het de vraag naar schone auto's stimuleert, en dat daarmee dus ook de ontwikkeling van schonere auto's vergroot wordt, dat ze goedkoper worden en daarmee ook voor meer mensen bereikbaar worden.

Karima Delli, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, chers collègues, le seul véhicule propre disponible aujourd'hui sur le marché, c'est le vélo: c'est zéro émission de CO₂ assurée. C'est la raison pour laquelle, Madame la Commissaire, j'espère que nous allons renforcer notre action pour que toutes les villes aient plus de vélos.

L'objectif pour la voiture de demain, c'est qu'elle soit, elle aussi, à zéro émission. Et la voie est ouverte avec ce texte sur les véhicules acquis par la commande publique, parce que le secteur des transports, c'est encore 23 % des émissions de CO₂ en Europe, parce que la majeure partie de ces 23 % est émise sur la route, parce que le rapport du GIEC (Groupe d'experts intergouvernemental sur l'évolution du climat) a dit récemment que nous nous approchons de la dernière limite pour sauver le climat et parce que la commande publique, c'est 14 % du PIB européen, un levier majeur pour la transition vers une mobilité durable.

Et face à cela, les conservateurs nous disent: la technologie n'est pas prête. Mais pourquoi la Chine et les États-Unis sont-ils déjà sur le point d'y arriver? On a la possibilité de définir ce que doit être un véhicule propre et vous les conservateurs, vous laissez la porte encore ouverte aux véhicules roulant au biocarburant. Mais est-ce bien raisonnable de regarder encore le passé, alors que nous, on vous emmène vers le XXI^e siècle? La maison brûle, nos poumons s'encrassent et vous préférez regarder ailleurs. Après moi le déluge. Moi, je crois qu'il faut être responsable, ouvrir les yeux et ce texte doit être ambitieux.

Kateřina Konečná, za skupinu GUE/NGL. – Pane předsedající, vážené kolegyně, vážení kolegové, v první řadě mi dovolu poděkovat panu zpravodaji za nelehkou práci, kterou na dokumentu odvedl. Z mého pohledu se jedná o absolutně klíčové opatření v přechodu na čistou mobilitu. Bez toho dokumentu nebudeme ani částečně schopni splnit přemrštěné cíle, jež jsme si zde odhlasovali minule v rámci zprávy kolegyně Dalliové. Proto mě extrémně mrzí přístup, jaký k projednávání směrnice zvolilo rakouské předsednictví, které na jeho uzavření vůbec nespěchá. Není tak vůbec jasné, zdali stihneme v tomto legislativním období dokument uzavřít, přitom bez masivní pomoci veřejného sektoru není možné trh s čistými vozidly včas a dostatečně široce otevřít.

Na přijatém textu rozhodně vítám rozumnou definici čistého vozidla. Co se mi však nelíbí, je přílišná fixace cílů do roku 2025 pouze na elektromobily. Výborem přijaté řešení nedostatečně zohledňuje miliardové investice vynaložené na infrastrukturu pro LPG a CNG vozy, které mají sice lehce vyšší CO₂ než přijatých 50g, ale výrazně nižší všechny ostatní polutanty než vozidla s konvenčním pohonem. Pokud členské státy v posledních několika letech do těchto technologií investovaly miliardy z veřejných prostředků, není možné je dnes za tuto aktivitu potrestat. Taktéž bych Vás ráda poprosila o odmítnutí iniciativy na zahrnutí stavebních strojů. Jedná se o tlak úzké skupiny lobbistů, jehož účelem není ulehčit životnímu prostředí, ale především naplnit kapsy jejich výrobcům.

Eleonora Evi, a nome del gruppo EFDD. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, è un fatto che gli appalti pubblici non abbiano stimolato la diffusione di veicoli puliti ed è proprio questo il motivo che ci ha spinto, ovviamente, che ha spinto la Commissione e ha spinto il Parlamento europeo a lavorare e ad aggiornare questa importante direttiva, che rappresentava un'opportunità per cambiare le cose.

Purtroppo, però, dal nostro punto di vista, per il Movimento 5 Stelle, la stiamo sprecando. Legare fino al 2030 la definizione di veicolo pulito a combustibili che sono sporchi, come il petrolio e il gas naturale, significa sbarrare la strada alla trasformazione del mercato dal lato della domanda, in particolare di autobus, che sono oggi alimentati prevalentemente dal diesel, di fatto anche disattendendo quelle che erano le raccomandazioni della commissione EMIS, la commissione che ha indagato proprio sullo scandalo del *dieselgate*, che sollecitava le autorità pubbliche ad acquistare veicoli ad emissioni zero.

Dal nostro punto di vista questo testo, così aggiornato, complica ancora di più le procedure di appalto per le autorità degli Stati membri che si troveranno a dover acquistare veicoli puliti. La definizione di veicolo pulito, così come è oggi presente in questo testo, di fatto non ci ha consentito di insistere anche su un'operazione, quella del *retrofitting*, che è un'operazione, dal nostro punto di vista, fondamentale per aggiornare, migliorare e avere davvero dei veicoli che siano puliti sulle strade. Abbiamo dovuto purtroppo togliere questo riferimento.

Dal nostro punto di vista abbiamo sottostimato l'esempio virtuoso di metropoli come Roma e Barcellona, che dal 2025 si doteranno esclusivamente di autobus elettrici, e abbiamo sottostimato il potenziale delle nostre imprese, che sono leader mondiali nella fornitura di componenti per l'elettrificazione.

Malgrado l'inclusione di sotto-obiettivi per i veicoli a zero emissioni, la direttiva modificata non aiuterà a colmare il divario tra l'Europa e la Cina, dove già oggi circolano 380 000 autobus elettrici, in confronto alle poche migliaia in Europa, e quindi avrà un ruolo limitato nella lotta all'inquinamento atmosferico che affligge le nostre città.

Tiemo Wölken (S&D). – Herr Präsident! Öffentlicher Personennahverkehr ist die Lösung vieler Probleme in den Städten, soweit er umweltfreundlich ist.

Das stellen wir mit dieser Richtlinie sicher. Wir machen es den Kommunen einfacher, die Ziele der Richtlinie zu erreichen, indem wir auch Hybride anerkennen. Hier sollten wir aber morgen noch mal klarstellen, dass wir nur von Plug-in-Hybriden sprechen.

Wichtig ist mir auch, dass die Kommunen Unterstützung bei der Flottenerneuerung erhalten. Diese Unterstützung wird von der Europäischen Union kommen, muss aber auch durch die Mitgliedstaaten ergänzt werden. Dabei geht es um finanzielle Beihilfen und den Ausbau der Ladeinfrastruktur.

In Richtung der konservativen Kolleginnen und Kollegen muss ich hier heute aber auch eines deutlich sagen: Mit Wirtschaftsprotektionismus, wie er in Änderungsantrag 82 vorgesehen ist, wird die Luft in europäischen Städten nicht sauberer. Mit dieser populistischen Trump-Politik schaden Sie den europäischen Bürgerinnen und Bürgern, die schlechte Luft atmen müssen. Mit diesem Änderungsantrag sorgen Sie dafür, dass später schmutzige Luft als saubere definiert werden muss, wie es zuletzt in Deutschland passiert ist. Da hat die Bundeskanzlerin Angela Merkel einen verzweifelten Versuch unternommen. Das darf nicht europäische Politik werden.

Pavel Telička (ALDE). – Mr President, first of all I would like to appreciate your generosity, because I was to replace you in the Chair a few minutes ago, and thanks very much for doing the overtime.

I think that, having been a shadow in the Committee for Transport and Tourism (TRAN) for the ALDE Group, I can subscribe to what Mr Deli has submitted on behalf of the TRAN Committee. But let me make maybe two or three somewhat different remarks, because I can subscribe to basically nearly all that has been said.

I think that we need to perceive this as an issue which still needs a mindset change. We still are working through legislation which is correct. We still need to sort of impose, we still need to motivate, but it's not yet genuine. And if we look at the policies, one policy, one regulation, one directive, one piece of legislation will not make a difference. I think that we need to basically harmonise the policies on the European level, on the national level and on the municipal level. That is something that requires a mindset and also stimulus and, let's say, motivation, not just thresholds. I'm sure that we can manage.

Florent Marcellesi (Verts/ALE). – Señor presidente, la mayoría de autobuses y coches de la administración son altamente contaminantes. Para compensar esta situación es de sentido común que sus nuevos vehículos sean de cero emisiones. Reconozco que no es lo más fácil, pero, créanme, es lo más responsable y lo más justo.

Los expertos de la ONU son muy claros. Para aprovechar las grandes oportunidades económicas, sociales y ecológicas del Acuerdo climático de París necesitamos medidas mucho más ambiciosas e implicar a toda la sociedad. Los cambios estéticos ya no sirven. Tratar de blanquear las energías sucias con etiquetas engañosas no ayuda a tomar medidas a la altura del gran reto climático.

Es una cuestión de visión política. La administración pública de ser un ejemplo para la sociedad, poner el listón bien alto e ir siempre un paso por delante. Es decir, liderar, como Barcelona, Madrid o Valencia, en España, por ejemplo, liderar la transición energética, la lucha por el clima y por un aire más limpio.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL). – Señor presidente, los objetivos de esta Directiva son claros: reducir la contaminación, eliminar los gases de efecto invernadero y el fomento del transporte por carretera, tanto público como privado, limpio y no contaminante. Pero sobre todo son objetivos urgentes.

Esto significa incrementar la eficiencia de los vehículos con el objetivo de alcanzar emisiones cero lo antes posible, pero también el compromiso medioambiental con el reciclado del material usado en la producción de los vehículos y la reutilización de los mismos. No son aceptables las excusas del sector de la automoción, como la distinta madurez del mercado de los vehículos, para sortear las exigencias medioambientales. La norma prevé tiempo suficiente de adaptación, y el valor añadido industrial está en la producción europea de baterías, entre otros.

Pero es también la contratación pública de vehículos destinados al transporte de viajeros la que debe jugar un papel esencial para garantizar que los objetivos se cumplan, y esto pasa sin duda por incrementar ayudas y recursos para las administraciones locales.

PŘEDSEDNICTVÍ: PAN PAVEL TELIČKA

místopředseda

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhor Presidente, promover o uso de veículos de transporte rodoviário não poluentes e energeticamente eficientes é uma prioridade, mas a prioridade exige que as autoridades públicas assumam uma responsabilidade acrescida. Têm de ser um exemplo e têm de ser motores de implementação de sistemas de mobilidade inteligente, limpa e inclusiva.

A meta de 75% para a percentagem mínima de veículos limpos, a incluir nos concursos públicos de aquisição até 2030, e os incentivos para o recurso de abrigos com emissões zero são muito importantes.

Em primeiro lugar, para melhorar a qualidade do ar das cidades, criando melhores condições de vida e ambientes mais saudáveis. Em segundo lugar, para reduzir as emissões de gases com efeitos de estufa, de acordo com as metas estabelecidas no Acordo de Paris, e, finalmente, para impulsionar a indústria europeia para a transição tecnológica, criando mais e melhores condições de trabalho.

Mas sejamos pragmáticos, Sra. Comissária, esta prioridade, para ser mesmo prioridade, tem de estar presente na afetação dos recursos financeiros associados aos diferentes programas de coesão, convergência e competitividade, que são fundamentais para apoiar a transição e para construir as infraestruturas necessárias.

Catch-the-eye procedure

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Panie Przewodniczący! Mamy dzisiaj bardzo proekologiczny dzień, ale od razu powiem, że prawdopodobnie też dość kosztowny dla indywidualnych użytkowników, dla producentów, dla podmiotów prawnych. Dlaczego to powiedziałem? Dlatego, że zawsze przy takich głosowaniach chciałbym być świadomy wszystkich konsekwencji i kosztów wprowadzonych zmian, po to aby można było oszacować skutki także dla tych, którzy są ubożsi, których na pewne rzeczy po prostu już dziś nie stać.

Nie oznacza to, że jestem przeciwko wprowadzaniu tych wszystkich zapisów poprawiających stan środowiska, wręcz walczę o to, aby to się rzeczywiście działo. Natomiast muszę przyznać, że ze zdziwieniem obserwuję od czasu do czasu wystąpienia na lewej stronie sceny politycznej, gdzie ta dbałość o ekologię i najuboższych niestety nie idzie w parze. Kto dziś jeździ samochodami najgorszymi, największymi trucicielami? Najubożsi. Jeżeli podwyższamy koszty produkcji samochodów, podwyższamy koszty ich użytkowania, niestety utrudniamy sytuację tym, którzy są gorzej sytuowani.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η κινητικότητα με μηδενικές εκπομπές οπωσδήποτε πρέπει να είναι κάτι που θα μας απασχολήσει και θα πρέπει να το έχουμε σαν στρατηγική, μια πράσινη ουσιαστικά κινητικότητα. Κι αυτό, όμως, θα πρέπει να γίνει σταδιακά, προσεκτικά, σταθμισμένα και ισορροπημένα. Βεβαίως, πρέπει να γίνουν οι αναγκαίες επενδύσεις και, για να γίνουν αυτές, θα μπορούσε να αξιοποιηθεί και ο δημόσιος τομέας. Οι δημόσιες αρχές στο βαθμό που προτίθενται να προμηθευτούν καινούργια λεωφορεία ή μέσα μεταφοράς θα πρέπει πραγματικά να συμβάλουν στο να έχουν επενδύσεις τέτοιες που να είναι συμβατές με το περιβάλλον. Από την άλλη, όμως, όσον αφορά τον ιδιωτικό τομέα, πρέπει να προσέξουμε τόσο για τους ιδιώτες όσο και για τις μικρομεσαίες επιχειρήσεις. Δεν μπορεί να επιβληθεί άπαξ και δια παντός η αλλαγή και το πέρασμα στις νέες τεχνολογίες, γιατί αυτό σημαίνει μεγάλο κόστος και είναι αδύνατο να αντεπεξέλθουν. Πρέπει να έχουν και αυτοί οικονομικά κίνητρα για να περάσουν σε αυτές τις αλλαγές.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η Ευρωπαϊκή Ένωση στα πλαίσια στη προστασίας του περιβάλλοντος λόγω της κλιματικής αλλαγής έχει αναλάβει την υποχρέωση να μειώσει, έως και να μηδενίσει, τις εκπομπές διοξειδίου του άνθρακα στον τομέα των μεταφορών. Για να υλοποιηθεί αυτή η δέσμευση, θα πρέπει να παραχθούν και να χρησιμοποιηθούν καθαρά οχήματα και ενεργειακά αποδοτικά. Αυτή η προσπάθεια πρέπει να συνδυαστεί και με τη δημιουργία των υποδομών για παραγωγή εναλλακτικών καυσίμων, δεδομένου ότι σήμερα το 95% των οχημάτων χρησιμοποιεί ορυκτά καύσιμα. Σημαντικό ρόλο παίζουν επίσης και οι δημόσιες συμβάσεις. Τα κράτη θα πρέπει να δώσουν τα κίνητρα εκείνα, κυρίως τα οικονομικά, ούτως ώστε τόσο οι ιδιώτες όσο και οι εταιρείες να προμηθευτούν καθαρά οχήματα. Τέλος, θα πρέπει να προστατευθούν οι κατασκευαστές των καθαρών οχημάτων από τον αθέμιτο ανταγωνισμό, ο οποίος δημιουργείται από την παραγωγή αυτών των οχημάτων στις τρίτες χώρες.

(End of catch-the-eye procedure)

Violeta Bulc, *Member of the Commission*. – Mr President, I would like to thank the honourable Members very much for this stimulating debate. I am happy to know that there is broad support in Parliament for these proposals and objectives.

Let me comment on some of your questions and comments. On the comment related to EU manufacturers, most EU manufacturers already have clean vehicles on the market and are investing to further expand their offer well before the date of application of this revised directive. Many EU cities, regions and transport authorities have also already taken strategic decisions to advance the introduction of clean vehicles.

The proposal will not penalise EU manufacturers. On the contrary, it will facilitate their investment planning and help them remain competitive in this market. This is particularly needed in light of the quickly accelerating global competition and increasing market share of non-EU manufacturers. In addition, the Commission is open to considering an alternative approach, based on alternative fuels, only if the proposed sub-targets for zero-emission vehicles are maintained at a necessary level of ambition.

Finally, let me stress again that I warmly welcome your ambition to conclude the negotiation before the parliamentary recess. There are of course certain aspects that will need to be clarified in cooperation with the Council, but I am confident that the right solution can be found and swift agreement can be reached between the co-legislators. Therefore, I look forward to the adoption of Mr Grzyb's report in plenary tomorrow.

Andrzej Grzyb, *sprawozdawca*. – Panie Przewodniczący! Bardzo serdecznie dziękuję za tę debatę. Mogę powiedzieć, że chociażby ten wskaźnik mówiący o tym, że siedemdziesiąt procent autobusów jest kupowanych w zamówieniach publicznych świadczy o tym, jak wielki wpływ mogą mieć zamówienia publiczne na wymianę taboru i na jego jakość, i na poziom emisji, który z tego taboru idzie.

Z drugiej strony też zdajemy sobie sprawę, że w transporcie publicznym wykorzystanie na przykład autobusów, to nie jest okres siedmiu, ośmiu lat, jak przy samochodach, na przykład osobowych. To jest okres częstokroć piętnastu lat i w związku z tym jest tu propozycja, która też była krytykowana, *retrofittingu*, czyli przebudowy jednostek napędowych w tychże autobusach. Uważamy, że to jest niezmiernie ważne, ponieważ wiele samorządów – na przykład jest mowa o Tallinie, o wielu innych miastach – w ramach konsultacji, kiedy spotykaliśmy się z przedstawicielami samorządów lokalnych i regionalnych – oni o tym mówili. My wykonaliśmy tę pracę. Co jest ważniejsze zakup jednego nowego autobusu elektrycznego czy wymiana na przykład dziesięciu autobusów o starych silnikach dieslowskich? Wydaje mi się, że tu uzyskujemy dużo większe efekty w krótszym okresie czasu. Każdy z tych elementów będzie wpływał na finalny efekt celu, który chcemy osiągnąć przy teście dyrektywie.

Druga sprawa to oczywiście biopaliwa. Jesteśmy przekonani, że przy celach, które nałożyliśmy sobie w ramach gospodarki recykulacyjnej i przy doświadczeniach, które pokazują nam samorządy, wprowadzenie biopaliw, w szczególności pochodzących na przykład z recyklingu odpadów organicznych, to jest też cel, który się realizuje już w wielu samorządach, w ramach tak zwanych klastrów energetycznych czy lokalnych społeczności energetycznych. To też powinniśmy uwzględnić.

Na koniec, chcę powiedzieć też, że wiele samorządów rozpoczęło również zmiany w swoim transporcie publicznym i usługach serwisowych w kierunku czystych pojazdów. Częstokroć odsetek tych pojazdów w krajach, które są nie najbogatsze jest dużo wyższy niż w krajach, które mają dużo większe PKB w przeliczeniu na jednego mieszkańca. Czyli samorządy zauważyły tę szansę poprawy jakości powietrza, bowiem transport jest odpowiedzialny od czterdziestu do sześćdziesięciu procent emisji. Myślę więc, że mamy tutaj sojuszników – nie tylko tych, którzy się bronią przed regulacją europejską, ale również tych, którzy chcą z tej regulacji korzystać. Pani Komisarz, bardzo serdecznie dziękuję za współpracę i za deklaracje również. Szybkiej pracy przy finale negocjacji.

President. – Mr Grzyb, I must say that at the end of your words I already started dreaming about clean vehicles and energy efficiency on railways and in aviation. I think we still have some things to do.

The debate is closed.

The vote will take place on Thursday, 25 October 2018.

Written statements (Rule 162)

Krzysztof Hetman (PPE), na piśmie. – Przyjęta dyrektywa to projekt bardzo ambitny, który będzie wiązał się z dużymi zmianami dla wielu lokalnych i regionalnych podmiotów objętych prawem o zamówieniach publicznych. Jestem jednak przekonany, że przykład musi iść z góry i promowanie pojazdów ekologicznych i energooszczędnych w instytucjach publicznych jest ważnym krokiem w kierunku poziomów emisji CO₂ w Unii Europejskiej. Uważam, że sprawozdawcy udało się wypracować propozycję, która w wyważony sposób godzi interes społeczny z wyzwaniem, przed jakim staną samorządy oraz producenci pojazdów. Zgadzam się, że instytucje i podmioty zamawiające będą potrzebowały wsparcia, w tym także finansowego, ze strony Unii, gdyż ekologiczna transformacja będzie się wiązała z kosztami, które mogą być trudne do udźwignięcia przez mniejsze jednostki. Za ważne uważam także przepisy mające na celu ochronę uniijnych producentów przed nieuczciwą konkurencją.

Czesław Hoc (ECR), na piśmie. – Czyste powietrze, ochrona środowiska naturalnego – to warunek pokoleniowej cywilizacji! Dziś szukamy sposobu na to, by zminimalizować szkodliwy wpływ transportu drogowego na środowisko. Powinniśmy ograniczyć ilość pojazdów spalinowych, szczególnie w naszych miastach. Sieć metra, tramwajów i trolejbusów może być doskonałą odpowiedzią na zakorkowane ulice współczesnych aglomeracji. Wykorzystywanie energii elektrycznej jako siły napędowej dla transportu to realna i sprawdzona alternatywa. Niezwykle istotne jest jednak to, by tę energię uzyskiwać w sposób ekologicznie czysty, efektywny i... tani! Polska może się poszczycić dużymi osiągnięciami na tym polu. Potrafimy przy wykorzystaniu najnowszych technologii uzyskiwać energię elektryczną w sposób niskiemisyjny, wydajny i tani. Takie możliwości dają nam nowoczesne elektrownie węglowe. Powinniśmy bowiem walczyć nie z polskim węglem, a ze światową emisją!

24. Förderung der automatischen gegenseitigen Anerkennung von Abschlüssen (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the oral question to the Commission on promoting automatic mutual recognition of diplomas, tabled by Petra Kammerevert, on behalf of the Committee on Culture and Education (O-000084/2018 – B8-0415/2018) – (2018/2838(RSP)).

Petra Kammerevert, Verfasserin. – Herr Präsident, sehr geehrte Abgeordnete! Es ist schon bemerkenswert: Ich glaube, es gibt keinen Regierungschef in der EU, der nicht möchte, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der EU insgesamt mobiler werden. Wir betonen, wo immer es geht, dass es am europäischen Arbeitsmarkt am Mobilitätswillen mangelt. Wenn wir mobile Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wollen, dann müssen wir sie auch endlich dazu befähigen, mobil zu sein. Das geht nur durch Bildung und Ausbildung, und es geht nur durch automatische Anerkennung von Lernzeiten im EU-Ausland.

Die Realität sieht aber anders aus: Die große Mehrheit der Schülerinnen und Schüler, die einen längerfristigen Lernaufenthalt im Ausland absolvieren, verlieren in ihrem Heimatland ein Schuljahr. 1997, also vor fast einem Vierteljahrhundert, wurde die Lissabon-Konvention verabschiedet. Grundsätzlich soll nach dieser Konvention eine im Vertragsstaat erteilte Hochschulzugangsberechtigung in allen Vertragsstaaten anerkannt werden, genauso Studienabschlüsse und Studienzeiten, und zwar unproblematisch. Die Nichteinhaltung dieses Grundsatzes ist jedoch Realität: Anerkennungsverfahren ziehen sich Monate hin, Verwaltungsverfahren zwischen den Mitgliedstaaten, selbst teilweise zwischen den Regionen innerhalb eines Mitgliedstaats, sind nicht aufeinander abgestimmt. Trotz europäischer Orientierungsrahmen unterscheiden sich vor Ort angewendete Bemessungsgrundlagen erheblich. Karriereplanung auf Grundlage des im Ausland erworbenen Bildungsabschlusses ist daher nach wie vor nahezu unmöglich. Die Betroffenen fühlen sich gegängelt und der Willkür ausgesetzt.

Seit 25 Jahren ist es uns im Europäischen Hochschulraum und erst recht im zu schaffenden Bildungsraum nicht gelungen, solche Hürden so abzubauen, dass es vor allem für Auszubildende attraktiv genug erscheint, Lernzeiten im Ausland zu absolvieren. Am besten geht es dabei noch unseren Studierenden, aber jeder von uns dürfte in seinem näheren Umfeld eine in Studium oder Ausbildung befindliche Person kennen, die sich mit jeweils unsinnig erscheinenden, langwierigen Verfahren herumschlägt. Das sorgt für viel Frustration. Arbeitnehmerfreizügigkeit bleibt so ein Recht, das faktisch nur auf dem Papier existiert. Oder machen Sie die Gegenprobe: Ist Ihnen in letzter Zeit irgendein junger Europäer begegnet, der gesagt hat: „Ich habe eine Ausbildungszeit im Ausland verbracht, meine Anerkennung verlief völlig problemlos, in zwei Wochen war alles erledigt, super!“? Mir nicht. Genau das, was seit 25 Jahren eigentlich Wirklichkeit sein sollte, klingt heute in unseren Ohren wie ein Witz. Das, meine Damen und Herren, ist der eigentliche Skandal!

Nun versucht die Kommission dankenswerterweise, einen Vorschlag zur Förderung von Anerkennungsautomatismen auf den Weg zu bringen. Noch im November erklärten auf dem Göteborg Summit alle Mitgliedstaaten, dass der Europäische Bildungsraum ein Riesenfortschritt sei und vor allen Dingen enorm wichtig. Sobald es dann aber um die konkrete Umsetzung der Idee geht, gewinnen leider wieder die Oberbedenkenträger: Ein Automatismus sei mit der Subsidiarität nicht vereinbar. Warum eigentlich nicht? Denn wenn es ganz in der Hand der Mitgliedstaaten liegt, binnen sieben Jahren einen solchen Automatismus zu gestalten, weiß ich nicht, wo da eine Verletzung der Subsidiarität vorliegen soll. Sofort wird unterstellt, die Kommission mische sich in Lerninhalte ein. Das steht aber an keiner Stelle des Vorschlags. Wer lesen kann, ist hier klar im Vorteil. Es kann doch wirklich nicht zu viel verlangt sein, sich innerhalb der kommenden sieben Jahre auf eine automatische Anerkennung von Lernzeiten zu verständigen, die separate Anerkennungsverfahren überflüssig macht, zumal sich alle EU-Mitgliedstaaten zur Lissabon-Konvention verpflichtet haben, und das seit nunmehr fast 20 Jahren.

Ich habe den Eindruck, der Weckruf, den die Kommission mit dem Göteborg Summit gestartet hat, war noch zu leise, um in dieser Deutlichkeit in den Mitgliedstaaten gehört und vor allen Dingen verstanden zu werden. Dass das Ziel des Europäischen Bildungsraumes bis 2025 nicht nur schön klingt, sondern mit Blick auf Fachkräftemangel, auf Defizite bei Sprachkenntnissen, Defizite im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich, Defizite bei Digitalkompetenzen sowie mit Blick auf die steigende Nachfrage nach mobileren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein immer dringender zu lösendes Problem darstellt, ist meines Erachtens von den Mitgliedstaaten nur völlig unzureichend verstanden worden. Anders lässt sich nicht erklären, warum sich einige so sehr gegen Automatismen in der gegenseitigen Anerkennung wehren.

Ich bin fest davon überzeugt, dass wir den Ideen zur Verwirklichung eines Europäischen Bildungsraumes bis 2025 sehr viel mehr Engagement entgegenbringen müssen. Es ist letztlich eine Frage von Gerechtigkeit und Wertschätzung: eben nicht nur gegenüber Studierenden, deren Mobilität durch den Europäischen Hochschulraum schon weit entwickelt ist. Diesen Vorteil müssen wir politisch sehr viel besser auch Auszubildenden und Schulabgängern anbieten.

Insofern hoffe ich, dass morgen, ähnlich wie im Kulturausschuss, die Entschließung des Parlaments eine breite Mehrheit findet und die Staats- und Regierungschefs endlich zum Nachdenken kommen.

Phil Hogan, Commission. – Mr President, I am taking this question on behalf of my colleague, Commissioner Navracsics, who unfortunately cannot be here this evening. On behalf of the Commission I would like to thank Ms Kammerevert for tabling this oral question at a time when the Commission and Council are discussing the Commission's proposal for a Council recommendation on promoting the automatic mutual recognition of higher education and upper secondary education diplomas, and the outcomes of learning periods abroad. The question is a strong sign of support for this important topic in the Parliament, and I would like to thank you for that. Indeed, automatic mutual recognition of diplomas and study periods abroad is key for ensuring the free movement of learners across Europe. It is a key element in creating a European education area, where learning, studying and carrying out research are unimpeded by borders.

Learning mobility fosters competences and experiences help people to participate more effectively in society and in the labour market. It fosters labour mobility, contributing to individual and economic resilience. The recent mid-term evaluation of the Erasmus+ programme demonstrates that mobility has a positive impact on learners' confidence, independence and transition to employment.

When compared to their non-mobile peers, Erasmus students are more entrepreneurial, have better language skills and are more likely to get a job. However, in order to make learning mobility a reality, it is crucial that learners have the confidence that their qualifications in another country would be recognised upon their return. I am therefore glad that from next month, Member States will make a political commitment to put in place by 2025 the steps that are needed for automatic recognition of higher education and upper secondary education qualifications, and the outcomes of learning periods abroad. This political commitment will be accompanied by actions to help Member States to build trust in each other's education systems, because without trust, automatic recognition will not work.

The Commission will be supporting Member States in this process through a series of concrete actions, such as exchanges of good practice, building synergies between EU transparency tools, and exploring the potential of digital technologies – in particular blockchain – to facilitate automatic recognition.

The Commission, through the Erasmus+ programme, also provides funding to the national academic recognition information centres to facilitate cooperation and recognition. This year alone, EUR 1 million was allocated to these projects, including digital exchange of student data, creating a digital database of school-leaving qualifications, and the recognition of qualifications held by refugees. Of course, we are not starting from scratch. Several Member States already have systems which allow for automatic recognition of diplomas, and we can learn from them. For example, there is the Benelux decision on the automatic recognition of higher education qualifications; the Nordic and Baltic agreements to recognise higher education and school leaving qualifications; bilateral agreements, such as the one between France and Italy on the recognition of school leaving qualifications; and the Nordic, Franco-German, Austrian and Italian arrangements to recognise mobility periods during secondary education.

The Commission is convinced that its vision for a European education area and the many initiatives that stem from it will enable Member States to make progress quickly while inspiring the non-EU Member States in wider European higher education. This impetus is important, because after 30 years of cooperation through both the Lisbon Recognition Convention and the Erasmus programme, learners still face avoidable problems with the recognition of their diplomas and study periods abroad. This is not acceptable.

In conclusion, let me underline that improving learning mobility and the exchange of ideas have a positive impact on education systems throughout Europe, and they contribute to the creation of a dynamic, innovative education community. There is no evidence that automatic recognition will cause a brain drain or weaken Member States' education systems. On the contrary, it will ensure that learners can study abroad with the confidence that their learning outcomes and their qualifications will be recognised. This will encourage – and should encourage – more learners to participate and return after their time abroad, and more academic and education institutes can support mobility and automatic recognition.

I wish to thank again Ms Kammerevert for raising this question, and I look forward to hearing the views of the Members.

Michaela Šojdrová, za skupinu PPE. – Pane předsedající, vážený pane komisaři, kolegyně a kolegové, myslím, že můžeme vyjádřit souhlas s potřebou automatického uznávání výsledků vysokoškolského studia v dalších členských státech. Cíle jsou v souladu s tím, co se odehrává v rámci Boloňského procesu, který má vazbu na vznikající evropský prostor vzdělávání, a ten by měl být dále posilován. Také podporujeme myšlenku, že by mělo dojít k automatickému uznávání kvalifikací na úrovni vyššího sekundárního vzdělávání pro potřeby dalšího studia v jiném členském státě. Je třeba, aby Evropská unie pro uznávání výsledků vzdělávání a uznávání kvalifikací měla lepší rámec než ten, který nabízí dnes Lisabonská úmluva. Komise by tedy měla osvětlit, jaké má přesné záměry. Její návrh doporučení Rady je určen členskými státy, ale Evropský parlament zde hraje důležitou roli a nemůže být vynechán.

Pokud jde o samotné doporučení Rady, pak považuji za důležité lépe definovat termín *learning agreement*, v některých částech textu se totiž vztahuje k terciálnímu a v některých jen k sekundárnímu vzdělávání. Naše ústní otázka tedy správně poukazuje na řadu dalších aspektů, např. na to, že by Komise měla mít přehled o tom, jaké jsou dvoustranné dohody o uznávání kvalifikací mezi jednotlivými členskými státy. Zkrátka, směřujeme k tomu, že by energie, kterou Evropská unie vkládá v rámci programu Erasmus+ a dalších, měla být využita smyslně.

Luigi Morgano, a nome del gruppo S&D. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'effettivo riconoscimento reciproco automatico dei diplomi secondari è una preconditione senza la quale non potremo arrivare a costruire una vera Europa dei cittadini e, più in particolare, un vero spazio europeo dell'istruzione entro il 2025.

Questa è una priorità politica per la commissione CULT e per l'intero Parlamento, che si fa portavoce delle richieste dei cittadini, e sulla quale mi auguro che il Consiglio «Istruzione, gioventù, cultura e sport» del 6 novembre prossimo prenda impegni concreti.

L'effettiva fruizione del principio di libera circolazione delle persone, che siano studenti o lavoratori, e di libertà di stabilimento passa anche dalla rimozione di tutti quegli ostacoli che, di fatto, non permettono ad oggi o non facilitano la possibilità di lavorare, soprattutto ai giovani, in uno Stato membro grazie al riconoscimento del titolo di studio acquisito in un altro Stato.

Tutte le inchieste confermano questa preoccupante realtà. Ad oggi circa il 65 % degli europei in possesso di un titolo di studio incontra difficoltà nel farselo riconoscere fuori dal proprio paese e il 59 % di quanti studiano per un periodo in un istituto di un paese UE diverso dal proprio hanno difficoltà nella convalida dei crediti una volta rientrati nel proprio paese.

Ad oggi passi avanti sono stati compiuti, ma solo attraverso accordi bilaterali tra alcuni Stati, passi peraltro che costituiscono importanti riferimenti per procedere al riconoscimento automatico dei diplomi in tutta l'UE.

Come Unione europea dobbiamo quindi aprire una rotta nuova affinché gli Stati membri, superando resistenze e reticenze, riconoscano reciprocamente il valore dei titoli di studio rilasciati da altri paesi membri dell'UE, se proprio del caso definendo integrazioni nei programmi di studio per acquisire livelli sostanzialmente omogenei di preparazione ai fini, ad esempio, delle dichiarazioni di comparabilità dei diplomi di scuola secondaria superiore.

Tutto ciò per dar vita, finalmente, a un reale spazio europeo dell'istruzione che consenta una forte mobilità a studenti, docenti e lavoratori, tenendo debitamente conto delle oggettive esigenze delle persone con disabilità o svantaggiate, rifugiati e migranti compresi.

María Teresa Giménez Barbat, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señor presidente, estimado comisario, estimados compañeros, la libertad de establecimiento, la libre prestación de servicios y la libre circulación de los estudiantes y trabajadores en la Unión son principios fundamentales de los Tratados, que están en la raíz de la construcción europea. Sin embargo, estas libertades en la práctica aún no están garantizadas y el proceso de reconocimiento mutuo de diplomas en educación secundaria y superior sigue sin estar bien desarrollado.

En los Estados miembros existen profesiones cuyo ejercicio se reserva a personas con determinadas cualificaciones profesionales y cuyo nivel y contenido son establecidos dentro de cada sistema nacional de enseñanza. En los pasados años hemos adoptado directivas para el reconocimiento mutuo de diplomas, certificados y otros títulos de formación académica y profesional.

Se han alcanzado progresos sustanciales relacionados con la educación superior, en particular a través de acuerdos entre Estados miembros, que pueden servir de inspiración para lograr el reconocimiento automático dentro del espacio europeo de educación. Entre las medidas que sugerimos quisiera destacar la emisión regular de declaraciones de comparabilidad de los diplomas de educación secundaria superior; el uso sistemático de la tabla de calificaciones y del sistema europeo de transferencia de créditos; la utilización de una tarjeta de estudiante europea con el objetivo de facilitar el reconocimiento mutuo de los diplomas y los periodos aprendizaje en el extranjero, al tiempo, reduciendo las cargas y los costes administrativos.

A través de esta Resolución que acompaña a la pregunta oral de nuestra Comisión de Cultura y Educación a la Comisión, pedimos que se acelere la cooperación en el ámbito educativo para el reconocimiento automático mutuo de diplomas. Una cooperación mejorada en la educación europea es un juego de suma positiva, más libertades para los ciudadanos y mayores beneficios para todos.

Νικόλαος Χουντής, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL*. – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε, η πρόταση της Επιτροπής για την αυτόματη κοινή αναγνώριση των πτυχίων της τριτοβάθμιας και δευτεροβάθμιας εκπαίδευσης αποτελεί ακόμα μια προσπάθεια να αφαιρεθεί το δικαίωμα που έχουν μέχρι τώρα τα κράτη μέλη να διαμορφώνουν τα εκπαιδευτικά τους συστήματα, το περιεχόμενο των τίτλων σπουδών, καθώς και τις διδακτικές μεθόδους. Η υλοποίηση της πρότασης βασίζεται και στην εργαλειακή θεώρηση της γνώσης και της εκπαίδευσης, την αγορά προσόντων και τα τεμάχια γνώσης που πιστοποιούνται και αναγνωρίζονται πανευρωπαϊκά. Αγαπητοί συνάδελφοι, οι συστάσεις της Επιτροπής προς το Συμβούλιο επιδιώκουν, μέσω της ομογενοποίησης, να ευθυγραμμίσουν τα εκπαιδευτικά συστήματα στα κράτη μέλη με τις πολιτικές προτεραιότητες της νεοφιλελεύθερης Ευρωπαϊκής Ένωσης. Έχουμε δει στην πράξη τα αποτελέσματα τώρα της διαδικασίας της Μπολόνια και των κατευθυντήριων γραμμών της Επιτροπής και της εκπαίδευσης, κύριε Επίτροπε. Οι πολιτικές προτεραιότητες της νεοφιλελεύθερης Ευρωπαϊκής Ένωσης στην εκπαίδευση είναι η υποβάθμιση του δημόσιου χαρακτήρα της παιδείας και η υποχρηματοδότηση αυτής, η μετατροπή των σπουδών σε εκπαιδευτικά προϊόντα, η εισαγωγή διδασκάλων στα πανεπιστήμια, η υποταγή των προγραμμάτων σπουδών στις επιταγές της αγοράς, πτυχία χωρίς πραγματικά δικαιώματα, η υποβάθμιση του ρόλου των φοιτητών και των καθηγητών στις διαδικασίες λήψης, η εκτίναξη του φαινομένου του «brain drain» που ωφελεί κυρίως τις ισχυρές χώρες σε βάρος των χωρών του Νότου. Δεν ξέρω αν για αυτή την κινητικότητα μιλάμε. Τριακόσιες χιλιάδες επιστήμονες έχουν φύγει στα χρόνια της κρίσης

από την Ελλάδα και έχουν πάει σε ισχυρότερες χώρες. Η δημιουργία, λοιπόν, ενός ευρωπαϊκού χώρου για την εκπαίδευση ολοκληρώνει αυτές τις μεταρρυθμίσεις. Στην Ελλάδα, το κίνημα για την παιδεία διεκδικεί εκπαιδευτικά ιδρύματα που θα προάγουν την καθολική γνώση, αύξηση των κρατικών δαπανών για την εκπαίδευση, αναβάθμιση του ρόλου των δασκάλων και των καθηγητών, δημόσια και δωρεάν παιδεία για όλους και, τέλος, ανατροπή των πολιτικών λιτότητας για την καταπολέμηση της ανεργίας.

Dominique Bilde, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, chers collègues, 11 000 euros, c'est le prix qu'ont été disposé à payer quelque 500 juristes italiens pour obtenir un précieux sésame: l'inscription au barreau madrilène, contournant ainsi l'écramage de l'habilitation italienne. Ridicule, scandaleux, ce fait divers n'est pourtant qu'un des avatars des nombreuses absurdités qui pullulent sur le terreau fertile de la reconnaissance des diplômes et des titres professionnels en Europe.

Les étudiants en médecine français partis vers des cieux roumains plus cléments, ne vous diront pas autre chose. Échappant au numerus clausus, ils s'assurent toutefois un poste à leur retour en France, pour le meilleur, mais surtout pour le pire. Surtout pour le pire: en 2016, un hôpital de la région parisienne excluait ainsi six internes formés en Roumanie pour insuffisance professionnelle.

À l'heure où les employeurs décrivent les pénuries de compétences, l'Union n'a donc rien trouvé de mieux que d'avancer à marche forcée vers la reconnaissance automatique de qualifications. À des années-lumière d'une Europe de l'excellence, il en résultera celle du moins-disant académique et surtout du nivellement par le bas.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Panie Przewodniczący! Jest bardzo późno, dochodzi 22, więc w dużym skrócie: trzeba przypomnieć źródło tej debaty. Źródłem tej debaty były pytania Komisji Kultury skierowane do Komisji o automatyczność – podkreślam automatyczność – uznawania dyplomów, bo dyplomy są bardzo często uznawane, natomiast problem polega właśnie na tej automatyczności, której nam brakuje. Pytanie było skierowane do Komisji, ale zadanie jest de facto państw, aby jednak podjęły wysiłek, wysiłek we własnych państwach, automatycznego uznawania dyplomów, które powstają w innych krajach.

Natomiast zwrócę uwagę na koniec tylko na dwa elementy. Po pierwsze, na ważność programu Erasmus+, który buduje i doświadczenia, i pewne wspólne mianowniki dla zdobywanego wykształcenia w poszczególnych państwach przez młodych ludzi z różnych państw Unii Europejskiej. I druga rzecz, o której warto przypomnieć, to pewna niepewność prawna, która się buduje w chwili obecnej na skutek potencjalnego brexitu. Zwracam na to uwagę, dlatego że młodzi ludzie bardzo chętnie studiują w Wielkiej Brytanii. Wiemy, że przez okres przejściowy będzie utrzymana ta zasada, która obowiązuje w chwili obecnej, ale potem może być kłopot. Zwracam na to uwagę już dziś.

Момчил Неков (S&D). – Г-н Председател, не за първи път обсъждаме в пленарна зала необходимостта от взаимно признаване на дипломи и квалификации в рамките на Европейския съюз. Бих искал да припомня, че това е една от основните цели на процеса от Болоня, който стартира през далечната 1998 година. Седемнадесет години по-късно в комуникето от Ереван от 2015 година министрите за пореден път поеха ангажимент за работа в посока автоматично признаване на квалификациите.

Ето, че вече сме в края на 2018 година, а все още няма видими резултати. През последните няколко години все по-често говорим за единния цифров пазар и колко е важно да го завършим. Колко често обаче чуваме да се говори за общо европейско пространство на образованието?

Истината е, че това просто не е политически приоритет. За съжаление от липсата на политическа воля страдат учениците и студентите. Те продължават да плащат за скъпи процедури за приравняване, а това невини гарантира признаване на успешно постигнатите резултати. Това продължаващо бездействие влияе пряко на професионалната реализация на младите хора. Вместо да им помагаме, ние пречим на бъдещето им.

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, com o processo de Bolonha e as reformas no ensino superior conseguimos um maior reconhecimento das qualificações entre Estados-Membros. O que tornava o nosso sistema frágil, que era a comparabilidade dos graus com os países terceiros, parece que ficou resolvido. No entanto, criámos um novo problema que se traduz no facto de alguns Estados-Membros não terem cumprido a transição e terem falhado na equiparação de formação entre o passado pré-Bolonha e o novo presente pós-Bolonha.

Não podemos ter Estados-Membros com concursos públicos que exigem formações de nível pós-Bolonha e que deixam de fora os cidadãos que concluíram o mesmo currículo de nível equiparado no quadro educativo pré-Bolonha e em alguns casos até com mais anos de estudos e mais ECT.

Falamos de um reconhecimento automático de diplomas entre os Estados-Membros, mas parece que nos esquecemos de conciliar o reconhecimento com o nosso passado recente.

Ao nível da cooperação transnacional, com recurso às tecnologias de informação e comunicação, o reconhecimento das qualificações de origem para o acesso às profissões regulamentadas faz-se através da plataforma *online* Sistema de Informação do mercado interno.

Não é preciso inventar a roda para fazer o mesmo transversalmente no sistema educativo. Não quero que se diga que preparar as gerações futuras passa pela harmonização da educação ao nível europeu. A diversidade dos currículos permite preparar cidadãos com maior adaptação aos desafios de cada Estado-Membro e dá-nos maior adaptabilidade para enfrentar o futuro.

O que é preciso, isso sim, é que os Estados-Membros acordem metas de cumprimento educativo com o reconhecimento mútuo da atribuição de um grau, sem que isso implique a ratificação do conteúdo.

Para se cumprir uma Europa com maior mobilidade interna, não se pense que o maior impedimento radica no reconhecimento mútuo. É o domínio das línguas nacionais que continua a ser o seu maior obstáculo.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já se chci připojit ke svým předřečníkům, kteří velmi významně akcentovali podporu automatického uznávání vysokoškolských diplomů. Je to velmi důležité, důvody zde padly. Bojujeme-li proti nezaměstnanosti mladých lidí, pak jim musíme umožnit, aby jejich vzdělání, jejich kvalifikace byla aplikovatelná v kterékoliv zemi EU, a to souvisí se samotným projektem Erasmus. Já se poslední dobou setkávám s českými studenty, kteří mi tvrdí, že bohužel atraktivita vzdělávání v Erasmu klesá, protože některé vysoké školy mají problém s tím započítat následně studium a praxi v rámci projektu Erasmus do samotného vzdělávání na domácí mateřské vysoké škole. To jsou problémy, které by se měly řešit a které bychom neměli v žádném případě nechávat ve vzduchu.

Na druhou stranu, jak podporuji vzájemné uznávání, je třeba si říci, že jsou určité obory, kde to vzájemné uznávání úplně není možné. Paní kolegyně tady jmenovala otázku právnického vzdělávání, že italská právníci se registrovali v madridské právnické komoře. Zkrátka a dobře, to je přesně typ vzdělávání, studium práva a právních věd, kdy každá země díky vlastnímu právnímu systému má vlastní vzdělávání. Je třeba tady k tomu přistupovat selektivně a rozčlenit obory, kdy je možná univerzální kvalita a kde je to ovlivněno národními specifiky, např. právním systémem dané země. Vzájemné uznávání by nemělo poškodit princip excelence a vést k nějakému srovnávání kvality vysokých škol v Evropě. Excelentní vzdělávání musíme zachovat.

Catch-the-eye procedure

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, είναι δεδομένο ότι, προκειμένου να υπάρξει κινητικότητα των ιδίων των φοιτητών αλλά και των καθηγητών και των επιστημόνων, θα πρέπει να υπάρξει η αναγνώριση των διπλωμάτων. Αυτό είναι κάτι πολύ σημαντικό και νομίζω κανείς δεν το αμφισβητεί. Το θέμα είναι, όμως, να μην χρησιμοποιείται ο μηχανισμός της αναγνώρισης των διπλωμάτων ως ένα σύστημα υποβάθμισης των ιδίων των σπουδών. Παραδείγματος χάρη, έχουμε το Bachelor στην Αγγλία που είναι τριών ετών σπουδές και αυτές θα μπορούσαν να αναγνωριστούν σε άλλα κράτη μέλη, όπως στην Ελλάδα, όπου όμως οι πανεπιστημιακές σπουδές τέσσερα χρόνια. Οπότε μπαίνει το ερώτημα: γιατί κανείς να σπουδάσει σε ένα ελληνικό πανεπιστήμιο που είναι τέσσερα χρόνια, αφού μπορεί να πάει σε ένα αγγλικό πανεπιστήμιο και να σπουδάσει τρία χρόνια και εν συνεχεία να έρθει στην Ελλάδα και να έχει τα ίδια δικαιώματα με αυτόν ο οποίος σπούδασε τέσσερα χρόνια; Καταλαβαίνετε, λοιπόν, ότι πρέπει να υπάρξει η αναγνώριση των διπλωμάτων, αλλά με τέτοιο τρόπο που να μην υποβαθμίζονται οι σπουδές και να μην αλλοιώνεται ο ίδιος ο χαρακτήρας του εκπαιδευτικού συστήματος. Είναι μία δύσκολη άσκηση, στην οποία όμως πρέπει να προχωρήσουμε.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η τεράστια οικονομική κρίση η οποία πλήττει τις χώρες της Ευρωπαϊκής Ενωσης, και κυρίως τις χώρες του Νότου, υποχρεώνει τους νέους υψηλής μόρφωσης αλλά και τους νέους επιστήμονες από τις χώρες αυτές να φύγουν και να πάνε σε άλλες χώρες ούτως, ώστε να βρουν εκεί καλύτερες συνθήκες εργασίας. Τραγικό θύμα αυτής της απαράδεκτης κατάστασης είναι η νεολαία της Ελλάδας, η οποία υποχρεούται να εγκαταλείψει τη χώρα. Ήδη τετρακόσιες χιλιάδες νέοι επιστήμονες και νέοι υψηλής μόρφωσης έχουν φύγει από την Ελλάδα για να βρουν διέξοδο σε κάποια άλλη χώρα. Η αναγνώριση, λοιπόν, των στοιχείων δεν είναι εκείνη η οποία θα λύσει το πρόβλημα για να εμποδίσουμε την φυγή των εγκεφάλων, διότι απλά θα τους δώσουμε τη δυνατότητα να μετακινούνται. Εκείνο το οποίο απαιτείται είναι να δημιουργηθούν οι κατάλληλες προϋποθέσεις, ούτως ώστε οι νέοι επιστήμονες να παραμείνουν, να εργάζονται και να ευδοκούν στη χώρα τους. Η κάθε χώρα έχει τις ανάγκες της, διαμορφώνει σύμφωνα με αυτές το εκπαιδευτικό της σύστημα και εκεί πρέπει να εντοπιστεί και να εστιαστεί όλη η προσπάθεια.

(End of catch-the-eye procedure)

Phil Hogan, *Member of the Commission*. – Mr President, thank you again for this discussion. Open debate and dialogue, of course, is the best way to build trust and the Commission will continue to support measures that will help to build that trust, which have been suggested by you here this evening.

Mutual trust in the quality of the education system of each single Member State is very important. This, along with the continuous focus on high quality education, is the basis of automatic mutual recognition of diplomas and learning periods abroad, so I want to assure Members that the Commission will continue to work with Member States in this direction. We have already achieved a lot, but much more still needs to be done, as has been explained here by many Members.

We need our young people to be able to live in a European education area, which does not hamper their free movement as learners, and we have received a strong push to do more from our Heads of State and Government in the Council conclusions last December. We are responding in a very concrete way to give effect to these concerns and this push. I'm sure I can count on the support of all members of this House to keep this momentum up.

President. – I have received one motion for a resolution tabled in accordance with Rule 128(5).

The debate is closed.

The vote will take place on Thursday, 25 October 2018.

Written statements (Rule 162)

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Üdvözlöm az Európai Parlament állásfoglalását az oklevelek kölcsönös automatikus elismerésének előmozdításáról. Az oktatáshoz való jog alapvető emberi jog, amelyet mindenki számára garantálni kell. A külföldi képesítések átlátható elismerése egyszerre a bolognai folyamat célkitűzése, egyben pedig egy nyitott, befogadó európai felsőoktatási térség alapját képező alapvető érték. Fontosnak tartom, hogy a felsőoktatási diplomákat végre kölcsönösen, az Európai Unió területén elismerjék, ill. az elismeréssel járó adminisztratív akadályokat végre felszámolják. Az állásfoglalás felhívja a tagállamokat, hogy tegyenek kötelezettségvállalást, és hozzanak létre a felsőoktatás és a felső középfokú oktatás, valamint a külföldi tanulmányi időszakok automatikus kölcsönös elismerésére irányuló mechanizmusokat, az európai oktatási térség célkitűzéseivel összhangban. Továbbá felhívja a Bizottságot, hogy támogassa e célkitűzés megvalósítását a kölcsönös tanulás és a bevált gyakorlatok megosztásának ösztönzése révén, például a felső középfokú végzettséget igazoló „összehasonlíthatósági nyilatkozatok” rendszeres közzététele és az európai kreditátviteli rendszer osztályozó táblázatának következetes használata révén. Felhívja a tagállamokat, hogy 2025-ig vezessenek be olyan mechanizmusokat, amelyek megkönnyítik a diplomák és a külföldi tanulmányi időszakok eredményeinek automatikus kölcsönös elismerését, az európai oktatási térség célkitűzéseivel összhangban és a meglévő keretekre építve.

Karol Karski (ECR), *na piśmie*. – Wdrożenie automatycznego uznawania dyplomów sprzyja mobilności edukacyjnej oraz zachęca do podejmowania kształcenia za granicą. Mobilność edukacyjna może przyczynić się do pozytywnych zmian w praktyce edukacyjnej, szybszego dostępu do kształcenia, rozwoju uczelni oraz sektora badawczego. Ponadto ułatwienia w uznawaniu dyplomów i okresów nauki mogą przyczynić się do aktywizacji rynku pracy, mobilności pracowników i do rozwoju gospodarki.

Niestety pojawiają się w tym zakresie przeszkody. Studenci często nie mają gwarancji, że ich dyplomy zdobyte w jednym państwie członkowskim zostaną uznane w innym. Popieram proponowane zalecenia KE, których konsekwencje umożliwią utworzenie zintegrowanej europejskiej przestrzeni edukacyjnej i funkcjonowanie otwartego europejskiego rynku pracy, z tym że powinny zostać wdrożone we wszystkich państwach członkowskich. Należy jednak zaznaczyć, że to poszczególne państwa ponoszą odpowiedzialność za swoje systemy kształcenia i szkolenia. Automatycznie uznawanie dyplomów powinno odbywać się bez uszczerbku dla prawa instytucji kształcenia i szkolenia do podjęcia decyzji w sprawie przyjęcia kandydata.

Ważnym aspektem projektu jest dobrowolność angażowania się w proponowane działania poszczególnych państw, z poszanowaniem ich kompetencji. Planowane działania powinny być uzupełnieniem działań krajowych. Obowiązujące przepisy w Polsce już realizują ideę automatycznego uznawania dyplomów szkół wyższych oraz świadectw ukończenia szkół średnich wydanych w państwie UE, EOG i OECD. Zachęcam wszystkie państwa członkowskie do podjęcia zobowiązania w tym zakresie.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), in writing. – The life of ordinary EU citizens, in particular young people, has been complicated by the lack of automatic mutual recognition of diplomas within the European Higher Education Area (EHEA). I strongly believe that the introduction of an automatic mechanism for diplomas within the EHEA will have a very positive impact on the life of EU citizens, the EU economy, education and every spectrum of social life. Therefore, I support the efforts of the Commission to encourage Member States to implement already agreed recognition mechanisms with the EHEA.

This should happen as soon as possible because nowadays the lack of mutual recognition of qualifications and study periods abroad is hampering mobility between EU Member States for the purposes of learning. I do believe that the EU should continue its efforts to encourage and support automatic mutual recognition of diplomas within the EHEA because this will facilitate mobility on the internal market and will improve the quality of the EU education system. Therefore, I warmly welcome and support the idea of automatic recognition of diplomas.

25. Schwerwiegende Mängel bei der Umsetzung der REACH-Verordnung der EU und Verwendung nicht getesteter Chemikalien in der EU (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the Council and Commission statements on the grave lack of implementation of the EU Reach Regulation and use of non-tested chemicals in the EU (2018/2887(RSP)).

Karoline Edtstadler, President-in-Office of the Council. – Mr President, on the issue at hand concerning the lack of implementation of the REACH Regulation and, as a consequence, the extensive use of non-tested chemicals in the EU, the Presidency and the Council as a whole acknowledged the sentiments expressed by certain Members of this House, as well as the commitment of the other institutions to addressing this issue.

The Presidency takes note of the report from the German Federal Institute for Risk Assessment, which has alerted us to the risks deriving from placing on the market potentially harmful chemicals without correctly assessing whether they are mutagenic, teratogenic or toxic. The Presidency thanks Members for drawing our attention to these risks and the magnitude of the problem. We also take note of the fact that the European Chemicals Agency (ECHA) agrees with the report's overall assessment, confirming that the quality of data on chemicals in registration dossiers still needs to improve. This view is also shared by the Presidency.

In the 10 years since REACH entered into force, safety in the EU has undoubtedly increased, but there is still much to do. Both industry and the authorities must increase their efforts to improve the quality of safety information on chemicals. It should be stressed though that the Council's role in this process has recently been very limited as no new legislation in the area of REACH has been proposed since the mid-term review in 2013. ECHA's Enforcement Forum is currently designing tailored enforcement actions, together with Member States, to increase compliance of the dossiers concerned. In instances such as these, it is to the Commission, in its role as guardian of the Treaties and as enforcer of Union level legislation, that we should turn for guidance and action that is appropriate and justified.

On that note, if you allow me, I would like to draw your attention to the second REACH review, which was discussed in the Council bodies earlier this year. This report showed that, in the 10 years since its entry into force, REACH has become fully operational and is delivering results towards achieving its stated objectives. We should not lose sight of the progress made.

The report, however, also identifies priorities and actions needed to further improve the application of the REACH Regulation. Among these, it was noted that Member States identified the quality of registration dossiers as the main issue that needs to be addressed in a timely manner. Member States expressed concerns about two things; firstly, that some registration dossiers do not comply with the information requirement that the REACH Regulation lays down, and, secondly, how updates to registration dossiers can be ensured.

As to time, in June of this year, the Commission expressed its intention to work with the European Chemicals Agency and the Member States to identify the reasons for the poor quality of dossiers' updates. The Commission also signalled that it would make the appropriate proposals for improvements to this system by the first quarter of 2019. The Presidency is launching discussions on this issue in the Council working groups concerned. Moreover, the Presidency is convening an international conference on the future chemicals policy in October in Vienna and another one on green chemistry in November. The Presidency will provide a progress report to the Competitiveness Council, as well as to the Environmental Council.

The Presidency would like to join the calls on the European Chemicals Agency, as well as on Member States, to show that they are serious about protecting human health and the environment. We call on both industry and the authorities to increase their efforts on improving the quality of registration dossiers and, of course, the Council also looks forward to any proposal that the Commission may present in the future.

I would like to conclude for now by expressing my gratitude for this opportunity to join in your discussion here today. I look forward to hearing your views and to conveying them back to my colleagues in the Council.

Phil Hogan, Member of the Commission. – Mr President, I am representing Commissioner Vella, who unfortunately cannot be here this evening. Reach is the most comprehensive chemical legislation in the world. It was designed to address the knowledge gap on the chemicals manufactured and used in Europe and to speed up risk reduction strategies for those substances that are harmful for health and harmful for the environment. The basic condition of Reach is no data, no market. This means that companies must register the chemicals they make or import. Without registration, the substance is not allowed on the market.

In these registration dossiers, the companies must detail the impact of the chemicals on human health and the environment, and how to manage those risks. Prior to registration, the European Chemicals Agency assesses all dossiers for completeness. The Chemicals Agency and the Member States' competent authorities also carry out targeted evaluations to check that the dossiers comply with the legal requirements. The Commission is aware of recent reports indicating that an estimated one-third of the registration dossiers are non-compliant.

The need to improve compliance of registration dossiers was one of the main findings of the second review carried out earlier this year, and specific actions are already being taken to address this issue. For example, we have asked and tasked the European Chemicals Agency to increase the efficiency of the evaluation procedures by 2019.

We would like to stress that already now when a dossier is found to be non-compliant, it must be remediated by the respective company and brought into compliance. The Reach Regulation requires the Chemicals Agency to check the compliance of at least 5% of all registration dossiers. The Agency does this by targeted compliance checks of the registration dossiers that matter most through its so-called integrated regulatory strategy. We are also looking at incentives to companies to regularly review the registration dossiers and update them when necessary.

We should not lose sight of the fact that the Reach review confirmed that, overall, Reach is functioning and meeting its objectives, notwithstanding what I have just said. By the last registration deadline in May this year, more than 21 000 substances in 90 000 registration dossiers were registered at the European Chemicals Agency. This is a large amount of information unique in the world and it represents much more and better information on substances that are on the EU market, in 10 years.

The Reach review also confirmed that Reach improved risk management of chemicals by companies as well as communication and safety along the supply chains.

Reach has also led to the listing of 191 substances of very high concern on the candidate list. This is in addition to the 68 entries on the restrictions list which represents hundreds of hazardous substances that are now banned.

Altogether, this means that hazardous chemicals are being replaced by safer alternatives.

The evaluation procedure will help identify more substances of concern, I have no doubt. Enforcement is, of course, of huge importance and this is the responsibility of Member States. Coordination of their activities through the enforcement forum is proving reasonably satisfactory at EU and national level.

Based on the findings of the Reach review, I strongly believe that Reach has already contributed to the protection of EU citizens' health and the environment, but there is much more work needed to be done to improve implementation. I am calling on the constructive cooperation of all parties involved to improve the effectiveness of our legislation.

José Inácio Faria, *em nome do Grupo PPE*. – Senhor Presidente, Senhor Comissário, é graças ao REACH que a Europa tem uma das mais extensas bases de dados químicos do mundo, mas o progresso dos últimos dez anos não tem sido rápido nem transparente o suficiente e os desafios que tínhamos em 2009 na avaliação dos dois anos da abertura da agência são os mesmos que temos hoje.

Veja-se, aliás, que das 40 mil submissões de registo apenas quatro terão sido rejeitadas, o que é muito menos do que as rejeições antes da implementação do REACH. É claro que temos de ter em que linha de conta que a ECHA só tem de fazer verificações de seguimento em cerca de 5% dos dossiês, sim, só em 5%.

A Comissão pensará que o procedimento REACH é um sucesso, porque impõe barreiras à entrada através dos requisitos de acesso ao mercado e daí que só haja quatro rejeições, mas não.

Da avaliação conduzida pelo Instituto Federal Alemão de Avaliação do Risco e pela Agência do Ambiente alemã, concluiu-se que o número de substâncias conformes nunca ultrapassou os 50% nos critérios de gradação biótica e abiótica de bioacumulação e de ecotoxicidade. Mais, a avaliação deste instituto considerou que os requisitos-padrão não estão bem aplicados nos dossiês por usarem dados experimentais ou dados paralelos, ou não apresentarem justificação cabal para a ausência de dados.

Os produtos químicos têm de ser levados mais a sério e cabe à ECHA maior responsabilização pela avaliação que faz. Um terço dos produtos químicos de grande volume, fabricados ou importados na União desde 2010, não cumprem as regras destinadas a proteger a saúde e o ambiente. Estamos a falar de substâncias mutagénicas com toxicidade ambiental que afetam a biodiversidade e com toxicidade humana que podem induzir problemas de saúde como doenças metabólicas, oncológicas e endócrinas.

A Comissão sabe, certamente, que há outros químicos perigosos que usamos regularmente com uma malha legal muito mais apertada, os medicamentos, mas aqui a colaboração entre os Estados-Membros é muito maior.

A regulação não tem de ser a mesma para produtos químicos e farmacêuticos, mas para defender a saúde pública. Precisamos de agências europeias que possam agir enquanto autoridades competentes e que sejam impermeáveis aos interesses da autorregulação do mercado.

Carlos Zorrinho, *em nome do Grupo S&D*. – Senhor Presidente, segundo um estudo recentemente publicado pela Agência Alemã do Ambiente, desde 2010 que um terço dos químicos produzidos ou importados para a União Europeia viola as normas europeias destinadas a proteger a saúde pública ou o meio ambiente.

Apenas 31% dos químicos investigados foram declarados como legalmente conformes. Muitas empresas estão, por isso, em incumprimento do REACH ao não informarem a Agência Europeia de Produtos Químicos se as substâncias que comercializam são cancerígenas ou nocivas. Milhões de toneladas dessas substâncias foram escoadas para a produção de todos os tipos de bens industriais e de consumo, desde pintura, embalagens, móveis a materiais de construção.

A exposição a muitos tipos de produtos químicos industriais, principalmente através da respiração da pele, constitui uma das principais causas das taxas crescentes de doenças metabólicas, cancro hormonal e doenças neurológicas.

O relator especial da ONU sobre substâncias perigosas e resíduos alertou para que a exposição incessante a substâncias tóxicas pode criar uma pandemia silenciosa de doenças.

É, por isso, urgente mudar este cenário. São necessárias ações concretas de verificação e reforço da implementação do REACH. Devemos pôr em prática o princípio «sem dados, sem mercado», isto é, pôr fim à concessão automática de registos não conformes ou insuficientes.

Temos regras de proteção da saúde e do meio ambiente adequadas e exemplares a nível mundial. Por isso, Sr. Comissário, temos de garantir a sua aplicação.

Bas Eickhout, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, I have to say I do get a bit of a 'dieselgate' feeling. When I hear the Council speaking, they are saying: well, it's the responsibility of the Commission and we are going to listen to what the Commission is going to do. And I hear the Commission speak: no, no the implementation is the responsibility of the Member States so they should do their work. We are pointing fingers again at this very serious matter. We are looking here at noncompliance of chemical companies putting chemicals on the market and they are non-compliant, not because of quality of data, but because the data is not there. It's incomplete data and we are also not talking about just random data missing, we are talking about data that is missing on the most important issues for human health. Companies are non-compliant with REACH – one third of them. The important data is not there, and we all know that REACH is based on one principle – and you said it, Mr Commissioner: no data, no market. And still we see it is on the market. So please, here is a big problem and it's nice that the Council is saying: 'we take note of the report', but that's not enough. Taking note – we do that every day, don't we? The question is, what are the Member States now finally going to do because the European Chemicals Agency (ECHA) has already been notifying Member States for years that companies are non-compliant so it's not new. We know it and Member States know it. What are the Member States going to do to those companies who are non-compliant? A very simple question you have to answer now. What are you going to do to those companies that are non-compliant?

And then to the Commission, please, we do know that ECHA do a 5% check, but they only revoked four files of the 40 000 since 2010. That's totally not in relation with what we hear now on the one third problem. So what is the Commission going to do to increase the inspections? And secondly on transparency – make clear which companies are non-compliant and what is the Commission going to do in order that they are compliant? That's your role.

Younous Omarjee, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Monsieur le Président, après les scandales du glyphosate, des perturbateurs endocriniens, du Dieselgate, voilà maintenant le scandale du contournement de Reach.

Les citoyens seront épouvantés d'apprendre qu'un tiers des substances chimiques utilisées en Europe sont mises sur le marché sans que leur dangerosité ne soit testée, alors même que le règlement Reach l'exige.

Cela signifie, pour parler clairement, que l'industrie chimique viole en toute impunité la loi en ne fournissant pas les informations qui sont pourtant exigées sur le caractère cancérigène, mutagène ou dangereux des substances qu'elle utilise notamment pour la production des emballages alimentaires, des vêtements ou encore des jouets, c'est-à-dire des produits de consommation de tous les jours.

Nous demandons de la transparence sur cette affaire et nous demandons que soit publiée la liste des noms des entreprises concernées tout comme nous demandons, Monsieur le Président, que les États soient rappelés à leurs obligations.

Martin Häusling (Verts/ALE). – Herr Präsident! Ja, ich denke auch, das ist das Diesel-Gate der Chemieindustrie. Das muss man auch so bezeichnen. Ich muss auch sagen: Ich bin entsetzt, dass man sich hier die Verantwortung hin und herschiebt. Der Rat ist nicht schuld, die Kommission weiß von nichts, und man wäscht sich die Hände in Unschuld. Ich kann nur sagen, dass das auch NGO an den Tag gebracht haben, ist ein weiteres Indiz dafür, dass es sich hier entweder um Kontrollversagen handelt, Arbeitsverweigerung, oder was noch? Ich weiß es nicht.

Aber man spielt mit der Gesundheit der Menschen. Es geht hier um mehr als 600 Chemikalien, die ungeprüft auf den europäischen Markt kommen. Mehr als 600, die Krebs auslösen können, die hormonelle Veränderungen herbeiführen können – und dann zuckt man mit den Schultern.

Wir haben ein gutes Gesetz mit REACH. Wenn man es nicht mit Leben erfüllt oder erfüllen will, machen wir uns unsere eigene gute Gesetzgebung am Ende des Tages kaputt. Das darf nicht passieren. Deshalb die Aufforderung auch an die Kommission, Ross und Reiter zu nennen. Wer liefert keine vernünftigen Unterlagen? Welche Chemiefirmen schlampfen? Das muss ans Tageslicht, damit wir auch diejenigen zur Verantwortung ziehen können, die sehr – ja, willentlich – europäische Gesetze missachten.

Catch-the-eye procedure

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η χημική βιομηχανία της Ευρωπαϊκής Ένωσης βρίσκεται σε σκληρό ανταγωνισμό με τρίτες χώρες, με την Κίνα, την Ινδία, τη Βραζιλία, τη Νότια Κορέα και την Τουρκία. Αυτό, βεβαίως, δεν σημαίνει ότι πρέπει να μην τηρεί τον κανονισμό REACH, που από τα αρχικά του σημαίνει registration (καταχώριση), evaluation (αξιολόγηση), authorisation (αδειοδότηση) των χημικών. Διότι, αν δεν υπάρχει έλεγχος, τα χημικά οδηγούν σε καρκινογόνες καταστάσεις, σε τερατογενέσεις και σε άλλα προβλήματα, σοβαρά για την υγεία. Αυτό, όμως, που καταγγέλλεται πλέον είναι ότι υπάρχουν 600 χημικές ουσίες που κυκλοφορούν στην Ευρωπαϊκή Ένωση χωρίς άδεια, ότι το ένα τρίτο των εταιρειών δεν τηρεί τις προδιαγραφές της οδηγίας, και επομένως είναι δεδομένο ότι υπάρχει τεράστιος κίνδυνος για την υγεία και το περιβάλλον. Έχουμε πλέον ένα νέο σκάνδαλο; Αυτή τη φορά σκάνδαλο της χημικής βιομηχανίας; Ποιος έχει την ευθύνη; Δεν μπορεί να έχουμε μια πολιτική από τον Άννα στον Καϊάφα, από το Συμβούλιο στην Κομισιόν και στα κράτη μέλη. Ποιος έχει την ευθύνη; Ποιος θα πάρει συγκεκριμένα μέτρα για την προστασία των πολιτών;

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, nařízení REACH vyžaduje, aby průmysl vyráběl, dovážel a používal chemické látky bezpečně. Aby se tak dělo, musí být k dispozici dostatečné informace o nebezpečných chemických látkách. Je skutečností, že mnoho chemických látek bylo uváděno na trh EU, někdy i ve velmi vysokých množstvích, bez dostatečných informací o nebezpečí, které představují pro lidské zdraví a životní prostředí. V dnešní době však již existuje široké spektrum používaných testovacích metod, přičemž snahou by mělo být vyhnout se testování na laboratorních zvířatech a upřednostňovány by měly být alternativní způsoby testování. V této souvislosti je třeba uvést, že provádění legislativy REACH včetně řádného testování chemických látek je v kompetenci a povinnosti členských států. Každý členský stát má povinnost nastavit kontrolní mechanismy včetně sankcí za porušení ustanovení nařízení REACH. Určitou roli zde sehrává také Evropská chemická agentura, která je v kontaktu s národními dohledovými orgány a upozorňuje je na případná zjištění nedostatků. Takto je celý systém nastaven a jsem přesvědčen, že je nastaven dobře, nevidím důvod k revolučním změnám. Správnou cestou je důsledné uplatňování stávajících pravidel. Chci zde vystoupit na obhajobu legislativy REACH, kterou považuji za nejvyšší a nekomplexnější právní předpis o chemických látkách na světě. Příkladem EU se ostatně inspirovalo mnoho dalších států světa. Průmysl EU nyní vyrábí chemické látky, jež jsou pro občany i životní prostředí bezpečnější. Naším úkolem je nyní spíše zajistit, aby výrobci v EU nebyli konkurenčně znevýhodněni oproti výrobcům ze zemí mimo EU.

(End of catch-the-eye procedure)

Phil Hogan, Member of the Commission. – Mr President, I would like to thank the speakers who have expressed concerns in relation to this issue, and to assure Mr Eickhout that we are not ping-ponging at all with the Council. We are just out setting out the facts of the situation, Mr Eickhout. The issue of non-compliance of registration of dossiers is not unexpected and was foreseen by the decision-makers with the compliance check process. This is the reason why the second review was carried out and, arising from that review, there were recommendations made and I just want to tell you about some of them that have been implemented. So it's not that there's nothing happening.

The European Chemicals Agency (ECHA), with the support of the Member States and the Commission, has been working on the effectiveness and the efficiency of the process. The Commission has requested ECHA to significantly increase the efficiency of the evaluation procedures by 2019 — that's not far away — by identifying reasons for non-compliance and developing the necessary remedies to improve the procedures and the work-sharing with the Member States.

This is not happening in the best possible way at the moment, but we want to ensure that the processes do work — and can work in parallel — and, importantly, to address the groups of substances where appropriate.

So concrete changes in decision-making are already taking place and a first 14 substance group compliance check decisions are in the final adoption stage in ECHA. The Commission has encouraged as well, of course, the updating of registration dossiers by the first quarter of 2019 to specify further the situations that trigger updates, as well as to set precise deadlines. We have an implementing regulation, supporting the implementation of REACH Article 22, being considered by the Commission and this work is ongoing.

Enhanced enforcement is very important and you and other speakers have raised this. So, by the first quarter in 2019, the Commission will consider further measures that are necessary in order to ensure that we have better enforcement. The objective of the action is wider, but we will also address the issue of registration dossier compliance.

The work of the German Institute is very welcome. I stress though that the German Institute's project was established to estimate the data quality. It was not the legal compliance of the dossiers that it was asked to do. This is a matter for ECHA. Nevertheless, it is a very valuable contribution towards bringing this issue up the agenda and ensuring that we all have to do better in order to make sure that the dossiers are registered and that there is full compliance with what was intended in relation to the REACH proposals in the past.

Karoline Edtstadler, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, thank you for giving me the floor again and I thank you for your valuable contribution to this discussion. Thank you, Commissioner, for pointing out that it has nothing to do with finger pointing at each other, but there are some rules of different institutions in the European Union and that is exactly what we are doing, and I think we shouldn't lose sight that this is a good legislation and that we did already make a good improvement, that we have a database, but however, this does not prevent us from improving the implementation and that is exactly what we have tried to do during our presidency and I pointed out that we are organising discussions and also international conferences to raise the awareness, and with the help of the Commission and with working together, I think we can improve the situation for all of us and for our health. I take this opportunity again to reaffirm that the Presidency is ready and willing to work with the other institutions towards implementing any course or action that will be ultimately recommended by the Commission. The Presidency remains available for exchanges on the subject as needed.

President. – The debate is closed.

26. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

27. Schluss der Sitzung

(The sitting closed at 22.14)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



C/2024/3525

6.6.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 25. OKTOBER 2018

(C/2024/3525)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2018-2019

Sitzungen vom 22. bis 25. Oktober 2018

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	5
2. Zunahme neofaschistischer Gewalttaten in Europa (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll . . .	5
3. Tierschutz, Einsatz von Antibiotika und die Auswirkungen der industriellen Masthähnchenzucht auf die Umwelt (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll	5
4. Die Tötung des Journalisten Jamal Khashoggi im saudi-arabischen Konsulat in Istanbul (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll	5
5. Lage im Asowschen Meer (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll	5
6. Lage in Venezuela (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll	5
7. Durchführung der Verordnungen über Medizinprodukte und über In-vitro-Diagnostika (Aussprache)	5
8. Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe in der EU: Zeit zu handeln! (kurze Darstellung)	17
9. Die Globalisierung meistern: handelsbezogene Aspekte (kurze Darstellung)	20
10. Schutz der finanziellen Interessen der EU – Einziehung von Finanzmitteln und Vermögenswerten von Drittstaaten in Betrugsfällen (kurze Darstellung)	24
11. Wiederaufnahme der Sitzung	27
12. Sacharow-Preis 2018 (Bekanntgabe des Preisträgers)	27

Inhalt	Seite
13. Abstimmungsstunde	28
13.1. Einfuhr von Kulturgütern (A8-0308/2018 - Alessia Maria Mosca, Daniel Dalton) (Abstimmung)	28
13.2. Schutz der finanziellen Interessen der EU – Einziehung von Finanzmitteln und Vermögenswerten von Drittstaaten in Betrugsfällen (A8-0298/2018 - Cătălin Sorin Ivan) (Abstimmung)	28
13.3. Unlautere Handelspraktiken zwischen Unternehmen in der Lebensmittelversorgungskette (A8-0309/2018 - Paolo De Castro) (Abstimmung)	28
13.4. Genehmigung und Überwachung von Human- und Tierarzneimitteln (A8-0035/2016 - Claudiu Ciprian Tănăsescu) (Abstimmung)	29
13.5. Tierarzneimittel (A8-0046/2016 - Françoise Grossetête) (Abstimmung)	29
13.6. Herstellung, Inverkehrbringen und Verwendung von Arzneifuttermitteln (A8-0075/2016 - Clara Eugenia Aguilera García) (Abstimmung)	29
13.7. Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch schwere Nutzfahrzeuge (A8-0202/2018 - Christine Revault d'Allonnes Bonnefoy) (Abstimmung)	29
13.8. Förderung sauberer und energieeffizienter Straßenfahrzeuge (A8-0321/2018 - Andrzej Grzyb) (Abstimmung)	29
13.9. Mehrjahresplan für die Fischbestände in den westlichen Gewässern und angrenzenden Gewässern und für Fischereien, die diese Bestände befischen (A8-0310/2018 - Alain Cadec) (Abstimmung)	29
13.10. Festlegung des Sitzes der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (A8-0153/2018 - Othmar Karas, Pervenche Berès) (Abstimmung)	30
13.11. Verlegung der Europäischen Arzneimittel-Agentur (A8-0063/2018 - Giovanni La Via) (Abstimmung)	30
13.12. Zunahme neofaschistischer Gewalttaten in Europa (RC-B8-0481/2018, B8-0481/2018, B8-0482/2018, B8-0483/2018, B8-0486/2018, B8-0488/2018) (Abstimmung)	30
13.13. Tierschutz, Einsatz von Antibiotika und die Auswirkungen der industriellen Masthähnchenzucht auf die Umwelt (B8-0484/2018, B8-0484/2018, B8-0485/2018, B8-0487/2018, B8-0489/2018) (Abstimmung)	31
13.14. Klimakonferenz der Vereinten Nationen 2018 in Kattowitz (Polen) (COP 24) (B8-0477/2018) (Abstimmung)	31
13.15. 14. Konferenz zum Übereinkommen über die biologische Vielfalt (COP 14) (B8-0478/2018) (Abstimmung)	31
13.16. Beschäftigungs- und Sozialpolitik des Euro-Währungsgebiets (A8-0329/2018 - Krzysztof Hetman) (Abstimmung)	31
13.17. Nutzung der Daten von Facebook-Nutzern durch Cambridge Analytica und Auswirkungen auf den Datenschutz (B8-0480/2018) (Abstimmung)	31
13.18. Die Tötung des Journalisten Jamal Khashoggi im saudi-arabischen Konsulat in Istanbul (RC-B8-0498/2018, B8-0498/2018, B8-0499/2018, B8-0500/2018, B8-0501/2018, B8-0503/2018, B8-0505/2018, B8-0508/2018) (Abstimmung)	32
13.19. Lage im Asowschen Meer (RC-B8-0493/2018, B8-0493/2018, B8-0494/2018, B8-0495/2018, B8-0496/2018, B8-0497/2018) (Abstimmung)	33
13.20. Lage in Venezuela (RC-B8-0351/2018, B8-0351/2018, B8-0502/2018, B8-0504/2018, B8-0506/2018, B8-0507/2018, B8-0509/2018) (Abstimmung)	33

Inhalt	Seite
13.21. Förderung der automatischen gegenseitigen Anerkennung von Abschlüssen (B8-0492/2018) (Abstimmung)	33
13.22. Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe in der EU: Zeit zu handeln! (A8-0297/2018 - Ismail Ertug) (Abstimmung)	33
13.23. Die Globalisierung meistern: handelsbezogene Aspekte (A8-0319/2018 - Joachim Schuster) (Abstimmung)	33
14. Stimmerklärungen	33
14.1. Einrichtung, Betrieb und Nutzung des Schengener Informationssystems im Bereich der Grenzkontrollen (A8-0347/2017 - Carlos Coelho)	33
14.2. Einrichtung, Betrieb und Nutzung des Schengener Informationssystems im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit und der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen (A8-0349/2017 - Carlos Coelho)	34
14.3. Einfuhr von Kulturgütern (A8-0308/2018 - Alessia Maria Mosca, Daniel Dalton)	34
14.4. Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch schwere Nutzfahrzeuge (A8-0202/2018 - Christine Revault d'Allonnes Bonnefoy)	35
14.5. Zunahme neofaschistischer Gewalttaten in Europa (RC-B8-0481/2018, B8-0481/2018, B8-0482/2018, B8-0483/2018, B8-0486/2018, B8-0488/2018)	35
14.6. Tierschutz, Einsatz von Antibiotika und die Auswirkungen der industriellen Masthähnchenzucht auf die Umwelt (B8-0484/2018, B8-0484/2018, B8-0485/2018, B8-0487/2018, B8-0489/2018)	36
14.7. Klimakonferenz der Vereinten Nationen 2018 in Kattowitz (Polen) (COP 24) (B8-0477/2018) ..	36
14.8. Nutzung der Daten von Facebook-Nutzern durch Cambridge Analytica und Auswirkungen auf den Datenschutz (B8-0480/2018)	37
14.9. Förderung der automatischen gegenseitigen Anerkennung von Abschlüssen (B8-0492/2018) ...	37
15. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	38
16. Wiederaufnahme der Sitzung	38
17. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	38
18. Fairer Markt für die Industrie (Aussprache)	38
19. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	45
20. Petitionen: siehe Protokoll	45
21. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll	45
22. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll	45

Inhalt	Seite
23. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll	45
24. Schluss der Sitzung	45
25. Unterbrechung der Sitzungsperiode	45

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 25. OKTOBER 2018

PRÉSIDENCE: SYLVIE GUILLAUME

Vice-présidente

1. Eröffnung der Sitzung

(La séance est ouverte à 9 h 01)

2. Zunahme neofaschistischer Gewalttaten in Europa (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll
3. Tierschutz, Einsatz von Antibiotika und die Auswirkungen der industriellen Masthähnchenzucht auf die Umwelt (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll
4. Die Tötung des Journalisten Jamal Khashoggi im saudi-arabischen Konsulat in Istanbul (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll
5. Lage im Asowschen Meer (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll
6. Lage in Venezuela (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll
7. Durchführung der Verordnungen über Medizinprodukte und über In-vitro-Diagnostika (Aussprache)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le débat sur la question avec demande de réponse orale à la Commission sur la mise en œuvre des règlements relatifs aux dispositifs médicaux et aux dispositifs médicaux de diagnostic in vitro posée par Mairead McGuinness, Biljana Borzan, Boleslaw G. Piecha, Gesine Meissner, Kateřina Konečná, Margrete Auken, Piernicola Pedicini, Joëlle Mélin, au nom de la commission de l'environnement, de la santé publique et de la sécurité alimentaire (O-000085/2018 – B8-0416/2018) (2018/2790(RSP)).

Mairead McGuinness, author. – Madam President, this is a really important debate. I think sometimes people might think we legislate and then forget, but actually this debate is about making sure that the legislation on medical devices is implemented in full, and on time. But the reason it has been tabled – and I thank the colleagues who have co-signed with me, we were all involved in this legislation – is that concerns are being raised about the timely implementation.

Let's reflect on why we had to modernise this law. It was because there were scandals in the medical devices sector, some of a criminal nature, and some identifying problems with how the industry is regulated, the 'fit-for-purpose' of notified bodies being one particular issue. So the reason we ask this question is because those concerns on implementation are being raised, but our focus is on patient safety and making sure that there is a supply of devices that are scrutinised fully so that there is no interruption in the medical care and attention that our patients receive.

Can I say that I have a friend going in next week for a knee operation. They are not worried about the gadget, or the knee, because they presume it is going to be safe and effective, and that they will come out skipping, and I hope they will. They are worried just about the operation. I think when patients go into hospital and have a procedure involving a medical device they presume that the medical device is certified and fit for purpose – and we have to give them that guarantee, and that's the purpose of our question to you this morning.

We are concerned about the Commission's coordination. There are three different, if you like, DGs of the Commission involved in this, so how is that working, and is it effective? And also, when we were debating this legislation, Brexit wasn't a reality. It now is, and we have to take account of the implications and consequences of Brexit on the medical device legislation and on the supply of devices that keep our patients safe.

One of the issues that has been raised with us is the expertise available both perhaps within the Commission itself, but also within Member States and within notified bodies, and of the notified bodies that currently operate. I would like the Commission to clarify how many have actually looked for re-designation, as is required under this legislation. I understand it takes 18 months to re-designate a notified body, and if many have not applied at this stage, then we need to know that they will immediately and that they will be certified in time to meet the strict requirements of this legislation.

Lastly, are Member States doing enough? Because they are the ones who are perhaps raising this issue with us as well as the industry, and what do they need to do to make sure that they get this in place in their Member State and on time? Thank you, Commissioner, for taking the question. I look forward to your responses.

Elżbieta Bieńkowska, *Member of the Commission*. – Madam President, thank you very much for this question as it allows me to update you on the state of play of the implementation of the two regulations on medical devices. I know this is an extremely important issue. We all want the continuous availability of safe and innovative medical devices and, of course, for this we need a smooth transition to the new system.

Let me underline, at the very beginning, that so far all relevant legal deadlines established by the regulations have been met. Work is advancing and progressing according to the plans. This was the case for the establishment of the governance structure; the launch of the designation code and procedure for notified bodies; and the delivery of the new plan for the implementation of the new medical devices database (EUDAMED).

We had already prepared for the future even before the regulations were adopted. We established effective cooperation with the national competent authorities for medical devices. Together with them, we have elaborated a roadmap of activities to be undertaken during the transitional period. Work is on track to implement the roadmap, again together with the expert groups. We are in continuous dialogue with the notified bodies, industry and all other relevant stakeholders.

As was said in the speech by Ms McGuinness, there are three directorates-general cooperating and sharing responsibilities. We are putting a lot of human resources on this file. But let me assure you, we have a very common understanding of the topic and of the issues between our Commission services. Also, Member States have mobilised their resources to contribute to the implementation process and Member States are fully committed, in the form of the competent authorities for medical devices, to preparing for the future.

We are aware that we need enough notified bodies by the end of the transition period. This is a key precondition for the smooth transition. The Commission has set up the entire legal and technical infrastructure to allow for the designation procedure to start as soon as possible. Again, I want to underline that we have been ready from the very first legal date, which was 27 December last year. The number of applications received so far shows that the designation procedure is overall on track.

So far, there have been no delays in assessing the applications of notified bodies. But of course we should not only look at the numbers. The top priority is patient safety. So we should remember that the lack of effective control of the notified bodies under the old system was one of the main reasons to review the medical devices framework. A large share of the responsibility now lies with the notified bodies themselves, as well as with the operators. It is also up to them to prepare and prove their fitness under the revised framework.

A few words on Brexit as it is an extremely important issue. As for all other sectors, this is also a challenge for the medical devices industry. So far, four notified bodies have been established in the UK. In its public notice of January this year, the Commission advised stakeholders to take all necessary measures because, as we all know, a certificate issued by UK notified bodies will no longer be valid as from 29 March next year.

Many other sectors, of course, face the same situation, but, as far as we know, the UK notified bodies and industry associations have been extremely active in preparing for Brexit ahead of time. Four notified bodies have already taken the initiative to adapt to the post-Brexit scenario. Again, we should not rest on our laurels, but for now, we see that they were very proactive and active.

So let me conclude by saying that we are on track. There are no deviations from the requirements and deadlines established by Parliament and the Council. So for now, there is no reason to ring the alarm bell. But of course there is still a lot of work ahead of us: first to ensure the transition to the new system but also the availability of devices over the next few years. Therefore, we in the Commission, together we will monitor the implementation process in very close and very constant cooperation with the national competent authorities, the Member States of course, and all other stakeholders.

Biljana Borzan, u ime kluba S&D. – Gospođo predsjedavajuća, svrha Regulative o medicinskim uređajima i *in vitro* dijagnostičkim uređajima je da europskim pacijentima omogućiti pristup sigurnim i učinkovitim uređajima, te povratu povjerenje u europsku proizvodnju nakon skandala s umjetnim kukovima i umecima za grudi. Komisija je inicijalni prijedlog objavila još 2012. godine, trijalozi su završeni 2016. godine. Regulative su stupile na snagu 2017., s tranzicijskim razdobljem od tri godine za medicinske uređaje i pet godina za *in vitro* dijagnostičke uređaje. Cijenjeni kolegice i kolege, trebamo imati na umu da se na ovim novim pravilima radilo čak šest godina.

Danas raspravljamo o problemima u implementaciji novih pravila, jer naime može se dogoditi da do početka primjene sustav ne bude spreman i da se obustavi opskrba medicinskim uređajima. Najveći problem je prilagodba imenovanih tijela, na kojima počiva cijeli sustav stavljanja uređaja na tržište. Ta tijela procjenjuju zadovoljavaju li medicinski i *in vitro* uređaji specifikacije i propise prije nego što uđu u prodaju i upotrebu. Proces njihovog ratificiranja teče mnogo sporije nego što bi trebao, prema podacima iz svibnja ove godine, od 59 postojećih imenovanih tijela, samo njih 30 je pokrenulo postupak recertifikacije, a taj postupak traje 18 mjeseci.

Ukoliko se nešto ne promijeni, moguće je da će u svibnju 2020., kada završava prijelazno razdoblje, postojati ozbiljan manjak certifikacijskih kapaciteta. Situaciju naravno dodatno komplicira Brexit, jer se u Velikoj Britaniji vrši znatan broj certifikacija za tržište Europske unije. No, to nije jedini problem – Komisija je od potrebnih 18 implementacijskih akata, u trenutku pisanja ovog usmenog pitanja, objavila njih samo nekoliko. Nadalje, nije jasno hoće li sustav EUDAMED, koji je ključan za funkcioniranje sustava, biti operativan na vrijeme.

Gospodo povjerenice, bilo mi je drago čuti danas vaše optimistične najave i iskreno se nadam da će sve ono što ste rekli i biti primijenjeno, međutim shvatite i našu zabrinutost. Moram reći da nisam sklona ponovnom otvaranju regulativa kako bi se produžili rokovi i prijelazno razdoblje. Trebamo imati na umu da je rad na ovim zakonima počeo još davne 2012., te da je Parlament trijalozima već pristao na produljenje rokova. Naši građani zaslužuju najkvalitetniju uslugu i zbog toga je vrlo teško objasniti zašto ovo sve toliko dugo traje i nadam se da će sve ono što je danas od strane Komisije izgovoreno biti provedeno u djelo.

Gesine Meissner, im Namen der ALDE-Fraktion. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist ja fast wie ein Familientreffen zu *medical devices* nach den ganz langen und zähen Verhandlungen, die wir durchlebt haben, um das Ganze auf den Weg zu bekommen. Es war ein sehr kompliziertes Verfahren mit ganz, ganz vielen Seiten – 700 Seiten, glaube ich, alleine an Unterlagen vom Rat. Also es war kompliziert. Auslöser war – das hat eben meine Kollegin McGuinness schon gesagt und meine andere Kollegin hat es auch erwähnt – der Skandal um die Brustimplantate. Es ging jetzt um Patientensicherheit. Darum finde ich es an sich schade, dass die Besuchertribünen noch so leer sind. Denn es wäre schön, wenn ganz viele Menschen hier sehen würden, was wir in Europa doch Gutes tun, um die Patientensicherheit zu gewährleisten.

Es war von vornherein klar, als wir fertig waren mit den sehr schwierigen Verhandlungen, dass die Kommission jetzt am Zuge ist und ganz viel damit zu tun hat, überhaupt die Grundlagen für die Umsetzung dieser Verordnung zu schaffen.

Worum geht es? Wir alle wissen das hier, aber es geht eben bei den Medizinprodukten um alle möglichen Dinge, vom Heftpflaster bis zum Skalpell, es geht um den OP-Tisch, das Krankenhausbett, die künstliche Hüfte und das Kniegelenk genauso wie den Herzschrittmacher. Und all dies wird halt in der EU dezentral zertifiziert über die sogenannten „benannten Stellen“. In Deutschland ist das – was viele verwundert – sogar der TÜV, der eigentlich für Straßenverkehr zuständig ist, aber halt auch diese Zertifizierungen vornimmt.

2013 hatten wir 87 benannte Stellen in der EU, 2018 nur noch 59. Das waren also weniger statt mehr, und sieben davon sind halt im Vereinigten Königreich. Deswegen macht uns das durchaus sehr große Sorgen. Diese benannten Stellen nehmen ja eine ganz wichtige Rolle ein. Sie müssen Medizinprodukte zertifizieren. 30 bis 45 % der Medizinprodukte am Markt werden dort zertifiziert, und aufgrund von Spezialisierung kann das sogar noch erheblich höher sein. Im Orthopädiebereich, bei Hüft- oder Kniegelenken, sind es sogar 70 %, die dort zertifiziert werden, also wirklich noch ein erheblich größerer Anteil. Wir brauchen ja vieles davon Und durch die sinkende Zahl der benannten Stellen und auch angesichts der steigenden Zahl der Medizinprodukte in der EU stoßen die existierenden benannten Stellen bereits heute an ihre Kapazitätsgrenzen – ich sage es nochmal: Es sind weniger geworden.

Außerdem kommen neue Probleme dazu. Da nenne ich jetzt mal vier Punkte. Das eine: Es gibt wirklich Herausforderungen durch den Brexit, denn mit dem Brexit – wenn er denn kommt, ich hoffe immer noch, er kommt nicht – fallen im März 2019 eben einige Stellen weg – sieben, ich habe es schon gesagt. Und dann ist damit zu rechnen, dass der Andrang auf die in den anderen Mitgliedstaaten liegenden benannten Stellen wesentlich größer wird. Das ist natürlich etwas, was dann deutlich Kapazitätsgrenzen aufweist. Außerdem würden die im Vereinigten Königreich ausgestellten Zertifikate ihre Gültigkeit verlieren – da gab es mal eine Notiz der Kommission –, und die Geräte müssten dann entweder in den anderen 27 Mitgliedstaaten neu zertifiziert werden, bei einer der ohnehin schon überlasteten Stellen, oder sie müssen eben re-zertifiziert werden, oder es müsste eine Stelle aus dem Vereinigten Königreich in die EU verlegt werden, was mit Sicherheit bis März 2019 kaum durchführbar ist.

Dann kommt als dritter Punkt dazu, dass alle im Markt befindlichen Medizinprodukte bis Mai 2020 nach der neu geltenden Verordnung zertifiziert sein müssen. Der Prozess der Benennung der benannten Stellen, der Audit, gestaltet sich aus unserer Sicht eben doch nicht schnell genug. Frau Kommissarin, Sie sagten, die Kommission ist voll im Zeitplan. Wir haben die Befürchtung, dass es vielleicht doch nicht ganz so sein könnte. Denn die Hersteller können ja erst dann mit der Zertifizierung ihrer Medizinprodukte beginnen, wenn die benannten Stellen nach der neuen Medizinprodukteverordnung designiert sind. Derzeit gibt es noch keine einzige benannte Stelle, die wirklich designiert worden ist.

Vierter Punkt: Zusätzlich wird mit dem Anwendungsdatum der neuen Medizinprodukteverordnung im Mai 2020 eine höhere Arbeitsbelastung der benannten Stellen einhergehen, da mehr Medizinprodukte – Skalpells, OP-Lampe und so weiter – als bisher ein Zertifikat benötigen, und andererseits eine Flut von Neuzertifizierungen zu erwarten ist. Es ist absehbar, dass mit dem Anwendungsdatum der Verordnung nicht alle Produkte, die derzeit verwendet werden, ein Zertifikat haben werden, und damit wären sie nicht einsetzbar, und die Patientenversorgung wäre tatsächlich in Gefahr. Damit laufen wir auch Gefahr, dass die Patientenversorgung nach Mai 2020 wirklich schwierig werden kann und dass wir das nicht mehr gewährleisten können. Hüftgelenke mit einem Zertifikat aus dem Vereinigten Königreich könnten zum Beispiel vielleicht nicht rechtzeitig für die EU 27 nach dem März 2019 zertifiziert sein, OP-Grundausstattung wie ein Skalpell oder eine OP-Lampe, die derzeit kein Zertifikat haben und eben ab Mai 2020 eines benötigen, könnten dann aufgrund mangelnder Kapazitäten vielleicht noch nicht zertifiziert sein und damit nicht zur Verfügung stehen. Und darum ist es so – ich habe gehört, Frau Kommissarin, was Sie gesagt haben. Aber glauben Sie nicht vielleicht wirklich – was auch meine Kollegin Borzan gerade gesagt hat –, dass es vielleicht doch schlau wäre, das Anwendungsdatum um ein oder zwei Jahre zu verlängern, damit man auf der ganz sicheren Seite ist und keine Engpässe in der Patientenversorgung riskiert?

Kateřina Konečná, za skupinu GUE/NGL. – Paní předsedající, vážené kolegyně, vážení kolegové, implementace nařízení o zdravotnických prostředcích a in vitro zdravotnických prostředcích má mnoho souvislostí. Jak na straně výrobců, oznámených subjektů i pacientů je ovšem bohužel nyní více otázek než odpovědí a já musím uznat, že mnohé jejich obavy jsou zcela na místě. Již nyní je jasné, že s sebou nová legislativa přináší nežádoucí snižování počtu oznámených subjektů. To bude znamenat zbrzdění vstupu nových technologií i omezení dostupnosti starších prostředků. Např. v České republice, ze které pocházím, nám zbyly již jen dva oznámené subjekty a nedávno jich bylo ještě pět. Takové Rakousko již nemá ani jeden. Zbylé oznámené subjekty se již teď topí v práci a v žádostech a nestačí je vyřizovat, natožpak brát nové klienty ze zemí, kde již neexistuje žádný oznámený subjekt, čímž začínají být výrobci zdravotnických prostředků z těchto zemí pomalu vytlačováni z trhu. Z implementovaných a delegovaných aktů byl přijat, pokud vím, jen jeden, a i kdyby mi nějaký náhodou utekl, tak v této fázi jde o absolutně skandální bilanci. Zvláště za situace, kdy první nařízení plně vstoupí v účinnosti již v květnu 2020.

Než je možné provést oznámení do databáze NANDO, je nezbytně nutné zveřejnit na webu notifikační proceduru jednotlivých členských států. Před létem tam nebyla zveřejněna ani jedna notifikační procedura. Celkově na evropské úrovni dochází ke zpomalení a přechodné období u nařízení o zdravotnických prostředcích se přestává zdát jako dostatečné. Pokud se situaci nepovede vyřešit, pocítí výsledky pacienti. A to vůbec ani nezmiňuji, že až 40 % současných evropských certifikátů je z Británie. Tamní notifikované osoby však EU dle vysvětlujících dokumentů z Evropské komise s brexitem zcela ztratí. Navíc se odhaduje, že kolem poloviny zplnomocněných zástupců v odvětví zdravotnických prostředků sídlí v Británii. Některé subjekty již oznámily, že přesunou svá sídla do EU, ale určitě to neudělají všechny. Vstup prostředků na trh se z těchto důvodů velmi zpomalí. Mám proto tři dílčí otázky:

Za prvé, nově zpřísněné požadavky nařízení o zdravotnických prostředcích jsou postaveny na *evidence based* principu a důkazech založených na vědecky správně interpretovaných faktech. Ráda bych proto slyšela od Evropské komise nějaké důkazy pro její současný klid. Domnívají se zástupci Evropské komise, že implementace obou nařízení probíhá úspěšně podle časového harmonogramu a na trhu tedy nedojde k zásadním problémům po květnu 2020? Může Evropská komise garantovat, že nedojde k přechodnému vyřazení většího množství zdravotnických prostředků z trhu v důsledku nedostatku oznámených subjektů a jejich kapacit? Má Evropská komise k tomuto závěru vypracované nějaké konkrétní studie či hlubší *assessments* a jaké jsou z nich konkrétní poznatky? Jakými statistikami může Evropská komise tyto závěry podpořit? Jsou tyto statistiky veřejně dostupné?

Za druhé, úzkým hrdlem pro vstup zdravotnických prostředků na trh je v současnosti kapacita oznámených subjektů. Je pravda to, co tady často slyšíme v kuloárech, že Evropská komise preferuje odstranění všech menších oznámených subjektů s cílem dosažení redukce jejich počtu na cca 10 a zaměření se na několik málo velkých? Můžete doložit budoucí kapacitní analýzy? Před létem bylo 59 oznámených subjektů podle staré legislativy, kolik je podle Evropské komise tedy optimální a dostatečný počet pro zajištění fungování trhu?

Za třetí, jedním ze základních stavebních kamenů nařízení o zdravotnických prostředcích jsou harmonizované normy a společné specifikace. Pokud jde o normy a jejich harmonizaci na nařízení o zdravotnických prostředcích, je již nyní plánováno značné zpoždění. Některé důležité normy, jako např. posouzení biokompatibility, budou harmonizovány až v květnu 2024, tedy 4 roky po účinnosti prvního nařízení. Proč k tomu došlo a jaký je plán k řešení tohoto zpoždění?

Pevně věřím, paní komisařko, že dnes máte jedinečnou příležitost vyvrátit nejen mé pochybnosti o Vaší nečinnosti, respektive o nečinnosti Komise, ale především pochybnosti lidí, kteří tento bod sledují, států, které se obávají o to, že nebudou mít dostatek kvalitních a registrovaných zdravotnických prostředků, a pacientů, kteří si zoufale stěžují na to, že neví, jak to dítě legislativy, kterou zde máme, bude fungovat po roce 2020.

La Présidente. – Madame Konečná et Madame Borzan, voulez-vous mettre vos écouteurs s'il-vous-plaît? Madame Borzan, vous avez vos écouteurs?

Il semblerait qu'il y ait eu un petit problème de traduction signalé par M^{me} Borzan et qui aurait fait réagir M^{me} Konečná donc, à titre exceptionnel, pour être sûr qu'il n'y a pas d'ambiguïté sur vos propos Madame, veuillez, M^{me} Borzan, prendre la parole 30 secondes sur ce problème d'interprétation que vous auriez repéré.

Vous avez 30 secondes Madame.

Biljana Borzan (S&D). – Poštovana predsjedavajuća, ja sam na kraju svoga izlaganja rekla da nisam sklona ponovnom otvaranju regulative. Nažalost, prevedeno je obrnuto. Kasnije se kolegica Meissner osvrnula da podržava mene. Međutim, tu imamo potpuno suprotna stajališta.

La Présidente. – Parfait, je pense que cela ne s'adressait donc pas à M^{me} Konečná mais à M^{me} Meissner, mais là je pense que les choses sont claires, en tout cas, et sans ambiguïté.

Joëlle Mélin, au nom du groupe ENF. – Madame la Présidente, avec cette question orale sur la mise en œuvre des deux règlements sur les dispositifs médicaux et de diagnostic in vitro, nous parlons d'un marché potentiel de 110 milliards d'euros.

Compte tenu de la gravité du sujet, à savoir la santé des Européens, aussi bien sur le versant préventif que curatif, cette considération financière ne devrait pas être au premier plan.

Et pourtant, le scandale des prothèses mammaires de l'entreprise PIP, en France, a révélé combien le rôle des organismes notifiés, c'est-à-dire ceux qui homologuent les dispositifs médicaux, est fondamental et gravissime lorsque ceux-ci sont défectueux.

Une réforme s'imposait donc; de nouveaux règlements ont été votés qui, 18 mois après, ne règlent rien, car compte tenu de la lourdeur de la machine européenne, comme d'habitude, les conséquences se font voir, à savoir que seuls 30 % des organismes notifiés existants auraient redemandé leur validation. Le fait est aussi que beaucoup étaient britanniques.

Les déficiences de ces organismes sont très inquiétantes, aussi bien pour ce qui est de leur nombre que de la qualité des experts qui les composent, mais aussi de la durée des processus d'homologation.

Il en va de la santé de tous les Européens, car les dispositifs médicaux vont du sparadrap à la circulation extracorporelle, des lunettes aux prothèses de hanche; quant aux dispositifs de diagnostic, ils sont fondamentaux dans la pratique quotidienne, mais aussi pour la prévention à moyen et long terme.

Ce retard pris pèse aussi lourdement sur de nombreuses start-ups ou des grandes entreprises innovantes, particulièrement en France où l'autocontrôle se développe très rapidement.

Madame la Commissaire, vous nous dites que tout se met en place, mais force est de constater qu'un retard sérieux s'installe. Ce qui, pour le moins, aggrave encore le climat de méfiance après les très nombreux scandales déjà anciens.

Doit-on craindre un monopole de quelques géants de la certification?

Il y a urgence, Madame, faute de quoi les États membres reprendront légitimement la main pour protéger la santé de leurs citoyens, vous le comprendrez.

Andreas Schwab, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal muss ich sagen, dass ich verspätet gekommen bin, weil die Notarztwägen hier in Straßburg eine Streikaktion durchführen. Das hängt im weiteren Sinn ja sicherlich auch mit der Medizinprodukteverordnung zusammen.

Aber ganz im Ernst: Ich glaube, dass das, was an Argumenten bereits vorgetragen wurde, Frau Kommissarin, von wirklich großer Bedeutung ist, denn es finden sich ja momentan in der Europäischen Union rund 500 000 Medizinprodukte auf dem Markt. Diese Produkte müssen den neuen Anforderungen für Patientensicherheit genügen. Aber sie müssen in jedem Falle für die Menschen, die darauf angewiesen sind, diese Produkte unmittelbar zu bekommen – auch jetzt und in den kommenden Monaten –, in hoher Sicherheit zur Verfügung stehen.

Deswegen ist die Tatsache, dass wir bei den genannten Stellen diese Verzögerung haben, für die Patientinnen und Patienten in der Europäischen Union, die heute auf ein Produkt warten, schlicht und ergreifend ein großes Problem. Vor diesem Hintergrund möchte ich Sie einfach ausdrücklich darum bitten, dass wir alles dafür tun, die Zahl der benannten Stellen in einem Rahmen zu vergrößern, der es uns erlaubt, möglichst schnell die neue Medizinprodukteverordnung anzuwenden. Frau Kollegin McGuinness, die ja an diesem Dossier erheblich mitgearbeitet hat, hat schon darauf hingewiesen.

Es fehlen immer noch die Durchführungsrechtsakte, die verbindlich für die Zertifizierung sind. Ich glaube, dass Sie alle verstehen, dass die Unternehmen, die diese Produkte herstellen, sich natürlich auf die neuen Vorschriften nur einstellen können, wenn sie mit einer entsprechenden Vorlaufzeit wissen, welche Anforderungen sie im Einzelnen zu erfüllen haben.

Jetzt ist mir natürlich klar, dass es durchaus auch so sein kann, dass die Mitgliedstaaten hier eine Mitverantwortung tragen. Das ist keine Frage. Aber es hilft am Ende den Unternehmen wenig, wenn wir als Politiker die Schuld zwischen den staatlichen Ebenen hin- und herschieben. Die Unternehmen brauchen Rechtssicherheit und sie wollen, nach meinem Kenntnisstand, auch die Vorgaben der neuen Medizinprodukteverordnung umsetzen.

Deswegen sollte die heutige Aussprache unbedingt dazu genutzt werden, mit der Europäischen Kommission nach Lösungen zu suchen, dass die Unternehmen, die in Europa für die Patientensicherheit – aber eben auch für die Patientengesundheit – lebenswichtige Produkte im Einzelnen herstellen, die Möglichkeit haben, das auch in den kommenden Monaten rechtssicher zu tun. Darum bitte ich alle Kollegen und insbesondere die Europäische Kommission.

Dobromir Sośnierz (NI). – Pani Przewodnicząca! To zapytanie to jest prawdziwy wehikuł czasu. Jak czytam te zatroskane pytania: jak to będzie, czy na pewno łańcuch dostaw artykułów medycznych przetrwa naszą kolejną regulację, to przypominają mi się jeszcze zebrania naszej partii komunistycznej, które pamiętam z dzieciństwa, jak to co roku mędrcy komunistyczni spotykali się, żeby zastanawiać się, jak w tym roku sprawnie przeprowadzić zbiory. A potem i tak wszystko wywalało się, dlatego że brakowało sznurka do snopowiązałki. Gdzie indziej, w innych krajach, jeszcze wtedy na normalnym w miarę Zachodzie, nie było mędrców obradujących nad sznurem do snopowiązałki i sznur do snopowiązałki zawsze był. A u nas nie było.

I teraz również, mieliśmy dostatek artykułów medycznych, nikomu ich nie brakowało, no to Unia Europejska postanowiła to uregulować i teraz będziemy się martwić, czy się z tym wszystkim wyrobimy, czy nam się wszystko nie pozawala, bo mamy trzy dyrekcje, które ze sobą nie wiadomo jak będą współpracować, więc może powołajmy czwartą, która będzie koordynować ich działanie, a potem piątą, która zajmie się ich unifikacją. Taką właśnie drogą idzie Unia Europejska. Tak że myślę, że nasz tekturowy Altiero Spinelli w holu budynku w Brukseli przeżył się z dumy, jak widzi, w jakim kierunku poszła ta organizacja, która była założona jako narzędzie do wolnego handlu i znoszenia regulacji, a stała się naprawdę kolejną Międzynarodówką Komunistyczną.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já pouze na konto toho, co jsme slyšeli, musím říci, že i moje maminka a rodiče velmi vzpomínají na dobu právě komunistickou, o které hovořil pan Sośnierz, kdy chyběly základní zdravotnické prostředky v Československu a dost pochybuji, že by nechyběly v Polsku, takže to je trochu vyjádření v souvislosti s tím, co řekl kolega Sośnierz.

Nicméně, nové předpisy o zdravotnických prostředcích a diagnostických zdravotnických prostředcích in vitro schválené v roce 2016 pomáhají zajistit, aby všechny zdravotnické prostředky byly bezpečné a dobře fungovaly. Týká se to kontaktních čoček, rentgenů, prsních implantátů, umělých kloubů atd. Za tímto účelem nová pravidla zlepšují dohled nad trhem a výsledovatelnost a zavádí přísnější kontroly zdravotnických prostředků. Jsem přesvědčen, ať už se jedná o zdravotnické prostředky, automobily nebo o jiné výrobky, je třeba zajistit skutečně dohled v zájmu našich občanů. A od těchto nových pravidel bychom si měli slibovat větší transparentnost, právní jistotu pro výrobce a dovozce, posílení mezinárodní konkurenceschopnosti a také nové inovace v tomto strategickém odvětví.

Nicméně, již v průběhu tříletého přechodného období, které končí v květnu 2020, se ukazuje, že uplatňování nařízení o zdravotnických prostředcích a diagnostických zdravotnických prostředcích in vitro se potýká s problémy a některé prvky nového systému se skutečně nedaří optimálně připravit. Bylo o tom zde již mnoho řečeno, týká se to např. problematického spuštění zmíněné databáze Eudamed, která by měla integrovat různé elektronické systémy. Řádné fungování právě této databáze je přitom velmi důležité, protože jejím cílem je zlepšit přístup k informacím pro veřejnost a také zdravotnické pracovníky, aby se např. zabránilo vícenásobným požadavkům na ohlašování a aby se také zefektivnil nebo usnadnil tok informací mezi hospodářskými subjekty.

Proto se chci Komise zeptat, vážená paní komisařko, zda Komise skutečně je přesvědčena, že tato databáze bude fungovat, zda k tomu vytvořila potřebné podmínky a zda tato databáze bude sloužit svému účelu, který jsem předestřel. To je zejména pro zdravotnické pracovníky, ale samozřejmě i pro občany, kteří musí vědět, jestli např. jejich konkrétní implantát bude slučitelný s průchodem skenerem na letišti.

Dalším problémem hodným zmínky je nedostatečný počet oznámených subjektů, které odpovídají za certifikaci zdravotnických prostředků. Komise by proto měla tuto situaci neprodleně začít řešit, aby se předešlo narušení dodávek důležitých zdravotnických prostředků na trh. Od Komise také očekávám, želepší koordinaci mezi třemi dotčenými generálními ředitelstvími, aby se novému systému dostalo potřebné administrativní podpory.

(Řečník odmítl otázku, kterou chtěl zvednutím modré karty položit Dobromir Sośnierz.)

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhora Presidente, a regulamentação do uso dos dispositivos médicos e dispositivos médicos de diagnóstico *in vitro*, baseado na definição de regras de conceção e fabrico, ensaios clínicos, autorização, comercialização e vigilância pós-comercialização, veio a revelar-se incapaz de impedir a circulação no nosso mercado de dispositivos de baixa qualidade, com graves consequências para os utilizadores, deixando a descoberto graves lacunas no sistema legislativo.

É, por isso, importante salientar o trabalho realizado no Parlamento Europeu sobre esta matéria, que deu origem a várias propostas para melhorar o funcionamento, a fiabilidade e a segurança destes dispositivos. É certo que alguns Estados-Membros têm reagido menos entusiasticamente à definição de quadros normativos partilhados porque, efetivamente, existe uma reserva legislativa em matéria de saúde.

No entanto, o trabalho empenhado da Comissão Europeia e do Parlamento Europeu em diálogo, que é sempre fundamental com os Estados-Membros, tem vindo a tornar possível dar passos significativos na cooperação em domínios de promoção da qualidade da saúde, que têm, como é este o caso, uma dimensão claramente transfronteiriça.

O reforço da regulação dos dispositivos médicos de diagnóstico *in vitro* para garantir testes tão importantes como os testes de gravidez ou os exames de sangue é preciso, tem de ser preciso e confiável e configura bem um exemplo onde essa cooperação entre os Estados-Membros é importante e tem de ser ainda mais reforçada.

O quadro normativo que entrou em vigor em 25 de maio de 2017, com prazo de transição de 3 e 5 anos respetivamente, garante uma boa qualidade desses dispositivos e a consequente proteção dos doentes. Contudo, neste período de transposição, têm sido identificadas dificuldades de implementação do sistema, designadamente na operacionalização da colaboração entre os Estados-Membros e as instâncias europeias.

A questão da certificação dos dispositivos médicos no Reino Unido é também relevante, já que, após a sua saída da União Europeia, todos os organismos notificados sediados neste país vão deixar de poder realizar avaliações de conformidade em consonância com a legislação europeia.

A promoção da saúde é legalmente uma competência intergovernamental, mas o superior interesse dos cidadãos exige parcerias e respostas concertadas. É por isso que, neste contexto, as questões que foram colocadas à Comissão são de enorme oportunidade e as respostas merecem toda a nossa atenção e todo o nosso acompanhamento.

Mairead McGuinness (PPE). – Madam President, the great thing about technical debates is that we are few in number in the debate so we get extra time to respond and I think it's hugely important. I think it's also true to say that, if there was a scandal tomorrow on the medical devices industry, this Chamber would be full, so we need to understand that. We've lived through a really bad experience and the reputable industry suffered, while the rogues perhaps were not penalised sufficiently. So let me just put that down as a marker.

I want to respond in particular to the answers you've given us, Commissioner. I applaud your optimism. I'm quoting my notes here – we're on track, there's no delay, there are no alarm bells – and, as Commissioner, you need to show that confidence. But that is not what we are hearing. I'm not raising an alarm bell, but I am raising concerns that I am hearing from regulators, from patient groups and from industry about whether we can implement in full and on time. Like others. I'm not calling for any delays in implementation. I think that would be a really bad signal to our citizens because it took us a long time to get to this place. But I want to make sure that we will actually do that: implement in full and on time. So, I do need you to come back to some of those questions and give me more assurances that we are on track and that there are no delays.

Some colleagues raised the issue of the reduction in the numbers of notified bodies. These are the regulators, if you like, that work with industry to make sure products are safe. Let's remind ourselves of the facts: Before we started on this process of updating our legislation, there were 80 notified bodies across the European Union. When we sent in the auditors, we found that many were not fit for purpose and that there are only 59 of that 80 still operating. That should be an alarm bell. We hope that those 59 are all fit for purpose, that they will apply for re-designation and that it happens on time.

Commissioner, I want to speak about Brexit because I think you need to give us more detail. For example, many would believe that, because we will hopefully have a withdrawal agreement, there will be a transition or implementation period and that nothing will change around the medical devices sector until the end of that period. But, as I heard from you, that is not the case, so please clarify when the change comes. Is it at the end of March or at the end of the transition?

The second question – and perhaps the more pertinent one – is that the UK is a major player in this industry and also has many notified bodies. More detail please on what those notified bodies, that are located in the United Kingdom, are doing so that they can continue their work because I fear, if they left the stage, then we do have an alarm bell and we will be ringing it.

Tiemo Wölken (S&D). – Frau Präsidentin! Die beiden neuen Verordnungen, wie es hier schon mehrmals im Raum gesagt wurde, sollen den Zugang von Patientinnen und Patienten in der Europäischen Union zu sicheren und wirksamen Medizinprodukten sicherstellen.

An diesem Ziel halten wir als Haus auch definitiv fest. Wie wichtig das ist, haben nicht zuletzt die Skandale der fehlerhaften Brustimplantate oder Hüftgelenke gezeigt. Nur wir auf europäischer Ebene können die gemeinsamen Standards setzen, weil Medizinprodukte eben auch im europäischen Binnenmarkt gehandelt werden und Grenzen überqueren. Das zeigt ja auch das Beispiel Brexit sehr deutlich,

Unsere Priorität war bei der gesamten Gesetzgebung, die sich ja leider sehr lange gezogen hat, immer die Patientensicherheit. Dieser Patientensicherheit tragen die beiden Texte Rechnung. Sie erhöhen die Anforderungen an die Hersteller medizinischer Produkte oder auch an Überwachungsvereine wie den TÜV oder die Dekra. Als Parlament haben wir in der neuen Verordnung unter anderem dafür gesorgt, dass die Hersteller medizinischer Produkte künftig eine angemessene Versicherung brauchen, sodass im Schadensfall die Patientinnen und Patienten zumindest finanziell abgesichert sind.

Aber es kann doch nicht sein, dass wir jetzt kurz vor dem Umsetzungsdatum feststellen müssen, dass wichtige Durchführungsrechtsakte noch nicht auf dem Tisch liegen und wichtige Maßnahmen, die zur Verbesserung der Patientensicherheit führen, dann tatsächlich nicht umgesetzt sind. Ich finde, es darf nicht sein, dass kurz vor Inkrafttreten der Verordnung auf einmal die erforderlichen Elemente des Systems nicht vorbereitet werden.

Insbesondere gibt es – und das haben meine Kolleginnen und Kollegen ja auch schon sehr richtig benannt – das Problem bei der fristgerechten Benennung der *notified bodies*, der benannten Stellen. Das ist das Kernelement der Verordnung. Für mich muss deswegen ganz deutlich hier gesagt werden, dass das definitiv umgesetzt werden muss. Es kann nicht die Lösung sein, dass das Anwendungsdatum dieser Verordnung, die wir so lange durchgefochten haben – auch mit dem Rat –, verschoben wird.

Es muss sichergestellt sein, dass im Mai 2020 der Anwendungszeitraum beginnt. Die Antwort der Kommissarin auf die *notified bodies* reicht mir nicht. Ich sehe nicht, dass die Patientensicherheit in der Europäischen Union wirklich gewährleistet ist, und würde mich daher noch mal über eine Präzisierung freuen und gehe, genauso wie die Kollegin McGuinness, noch mal mit der Bitte hier in die Runde, deutlich zu machen, was der Brexit bedeutet.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D). – Señora presidenta, ya se ha dicho aquí; recordamos todos los escándalos que hubo con las prótesis mamarias: cientos de miles de personas afectadas; recordamos todos el escándalo con las prótesis de cadera de la empresa Traiber: desde 2014, en el caso de España, setenta y cuatro personas reoperadas, y a una de ella le costó incluso la vida.

Por lo tanto, no estamos hablando de un tema baladí. Se trata de la seguridad de los pacientes. Yo puedo entender que la Comisión se enfrenta a un nuevo reto que necesita personal cualificado, que también nos encontramos ante la situación del *Brexit* y que, efectivamente, gran parte de estas evaluaciones y de estos expertos procedían del Reino Unido, pero, realmente, eso no puede ser una excusa para una moratoria ni para retrasar la implementación de un Reglamento que ya ha tardado mucho y que ha tenido moratoria suficiente.

Por lo tanto, pido que se tomen las medidas necesarias para que se implemente. Estamos hablando —como digo— de la seguridad de los pacientes. Un Reglamento, además, que parte con la seguridad como objetivo pero que, quizá, adolece de la falta de ambición necesaria. Sería necesario, incluso, que contemplase la eficacia, porque lo ideal sería que tuviésemos un sistema de autorización centralizado en la Unión Europea para este tipo de dispositivo, que asegurase la seguridad y la eficacia.

Hoy hablamos de seguridad como primer paso; tendremos que seguir hablando de eficacia. Pero le pido a la Comisión que se ponga las pilas porque, efectivamente, es uno de los grandes retos a los que se enfrentan los sistemas nacionales de salud y los pacientes hoy en día. Por lo tanto, le animo a que no demore más la introducción y la implementación de este de este tipo de reglamentación.

Y, por último, una cuestión en concreto. ¿Es todo un problema burocrático o también hay presiones por parte de algún sector interesado o por algún sector que considera que aún no está preparado para que esto se pueda implementar? Me gustaría saberlo, porque realmente creo que es una oportunidad incluso para la competitividad de la Unión Europea en términos de calidad. Soy consciente de que hay cierta resistencia y me gustaría saber si solamente se trata de un problema burocrático.

(La oradora acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento interno)).

Gesine Meissner (ALDE), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Ja, ich bin ja die Einzige, die bis jetzt gesagt hat: Notfalls müssen wir eben eine Verlängerung der Fristen nehmen. Das ist natürlich überhaupt nicht das, was ich gerne möchte. Klar wäre es am besten, wenn wir bis 2020 die Implementierung umgesetzt haben. Aber liebe Kollegin Soledad, glauben Sie nicht auch, dass es vielleicht schlauer wäre, über eine Verlängerung der Frist nachzudenken, wenn man dann wirklich sehen sollte, dass es nicht funktioniert, rechtzeitig fertig zu sein?

Wir haben ja alle die Befürchtung, es könnte sein, dass die Kommission nicht rechtzeitig mit der Designierung der benannten Stellen fertig wird. Das ist meine Sorge.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *respuesta de «tarjeta azul»*. – Soy consciente de que todos queremos que esta implementación se haga lo antes posible, pero yo quería preguntar a la Comisión si es solo, efectivamente, un problema burocrático, de medios, de personal, de cualificación. Si es así, tenemos que estudiarlo, aunque eso no implica que no tengamos que pedirle que, por favor, acelere y se comprometa con un tema de seguridad como este. Pero también he querido hacer ver o preguntar si, efectivamente, puede haber algún tipo de inseguridad o duda de que esto no pueda ir, digamos, todo lo rápido posible porque hay algún sector que considera que no está preparado para ello.

Creo que, si eso es así, tenemos que evitarlo, porque el Reglamento es más necesario que nunca. Yo creo que el sector sí está preparado y Europa necesita que entre a formar parte de este Reglamento.

Michèle Rivasi (Verts/ALE). – Madame la Présidente, pour moi ce sujet est très important et – j'anticipe – je pense qu'il va y avoir un scandale sanitaire sur ces dispositifs médicaux. Pourquoi? Parce que lorsque nous avons travaillé sur ce règlement, nous voulions faire un organisme centralisé, comme ce qui existe aux États-Unis, mais les libéraux et les conservateurs n'ont pas voulu en disant: on va faire confiance aux organismes de certification. Alors, j'ai regardé les organismes de certification et je sors un numéro de référence où il y a un extrait d'un rapport de synthèse de la DG «Santé et sécurité alimentaire». Que dit ce rapport interne? Que des évaluations conjointes – vous savez qu'il y avait 78 organismes de certification et maintenant on pense qu'il n'y en aura plus que 53 – montrent qu'il y a des problèmes récurrents et persistants en ce qui concerne la façon de travailler des organismes notifiés et leur capacité à satisfaire aux conditions de désignation prévues par les directives: manque d'indépendance, impartialité du personnel des organismes notifiés, insuffisance des éléments justifiant la qualification du personnel et leur affectation à des fonctions spécifiques d'évaluation de la conformité et une réalisation loin d'être optimale des évaluations de conformité portant sur les dispositifs médicaux.

Alors, c'est votre rapport interne qui montre que les organismes de certification sont des organismes privés et à partir du moment où ils sont privés, ils sont juges et parties, et en même temps ils n'ont pas la qualification au niveau des experts. C'est vous qui le dites! Alors lorsqu'on va avoir des implants – vous voyez, des choses qui sont à l'intérieur du corps – et s'il n'y a pas de bons épidémiologistes, s'il n'y a pas de personnel qualifié pour évaluer les études cliniques, pour analyser l'impact des métaux au niveau, par exemple, des os et du sang – ce qui s'est passé pour les prothèses de hanche –, alors nous allons au-devant de scandales sanitaires.

Pour ne citer qu'un exemple parmi d'autres: lors du scandale des prothèses PIP en France, l'organisme allemand TÜV est allé les contrôler et ils n'ont pas vu que les éléments constitutifs de ces prothèses n'étaient pas conformes. En ce qui concerne les prothèses de hanches ASR, elles ont été commercialisées par Johnson & Johnson de 2003 à 2010. 93 000 personnes dans le monde, dont plus d'une centaine en France, ont eu ces prothèses. Ce ne sont pas les organismes de notification qui ont signalé le problème: ce n'est que parce que les États-Unis les ont interdites, puis l'Australie, que la France a fini par les interdire aussi. Vous voyez bien que nous ne sommes pas à la hauteur des enjeux. Sur les pacemakers et le reste il y aura aussi des scandales parce que notre système ne fonctionne pas tel qu'il est.

On nous a dit: pas d'organisme centralisé, parce qu'il faut favoriser l'innovation. Mais l'innovation au détriment de la sécurité des patients, ce n'est pas acceptable. Il faut donc envisager un organisme centralisé sous l'égide de la Commission européenne qui analyse plus spécifiquement l'efficacité et la sécurité des dispositifs.

Interventions à la demande

Maria Grapini (S&D). – Doamna președintă, doamna comisar, stimați colegi, dezbateră de astăzi arată că avem încă multe de făcut în acest domeniu și trebuie să pornim de la siguranța și securitatea pacienților, așa cum s-a subliniat foarte mult aici. Au intrat în piață noi producători, avem companii care fac proteze, cabinete care fac implanturi însă rezultatele, doamna comisar, în multe state sunt negative. Sunt pacienți care rămân pe viață invalizi după intervenția cu anumite dispozitive. Și eu cred că aici trebuie să ne gândim nu neapărat să facem repede lucrul, ci să îl facem bine. Și mă bucur că au fost și alte asemenea voci aici.

Aș vrea să vă întreb dacă dumneavoastră considerați că acum, când suntem în faza de a implementa acest regulament într-un anumit termen, avem studii actualizate vizavi de efectul pe care îl au implanturile, efectul pe care îl au protezele, pentru că așa ați putea ajuta statele membre. Sănătatea este sub subsidiaritate, dar putem aici să avem, european, niște elemente care să ajute statele membre în implementarea regulamentului.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η τεχνολογία αξιοποιείται βεβαίως και στα θέματα της υγείας και πολύ σωστά γίνεται αυτό, διότι έτσι μπορούμε να έχουμε μία πρόοδο. Έχουμε, λοιπόν, πάρα πολλά ιατροτεχνολογικά προϊόντα. Έχουμε in vitro διαγνωστικά ιατροτεχνολογικά, άλλα προϊόντα, τα οποία, βεβαίως, δημιουργούν ένα κύκλο εργασιών μαζί με τις παρεμβάσεις στην υγεία εκατόν δέκα δισεκατομμύρια ευρώ. Είναι πάρα πολλά τα λεφτά, όπως λένε. Έχουμε, λοιπόν, προσθετικές, τις ακτίνες, τα τεστ αίματος, τεστ εγκυμοσύνης, τους βηματοδότες. Αντιλαμβάνεται κανείς ότι πρέπει να υπάρχουν προδιαγραφές και οι προδιαγραφές αυτές πρέπει να εγκρίνονται από πιστοποιημένους οργανισμούς, οι οποίοι πρέπει να έχουν ορισμένες προδιαγραφές επίσης. Να έχουν την αναγκαία τεχνολογία. Να μην υπάρχει σύγκρουση συμφερόντων. Να έχουν την εμπειρογνομοσύνη και, θα έλεγα, να έχουν και ένα δημόσιο χαρακτήρα. Γι' αυτό πιστεύω ότι σε μεγάλο βαθμό πρέπει να είναι δημόσιος χαρακτήρας των οργανισμών που πιστοποιούν και, αν έχουμε ιδιωτικούς φορείς, θα πρέπει να υπάρχει διασφάλιση για τη σύγκρουση συμφερόντων για να είμαστε βέβαιοι ότι γίνεται σωστά η δουλειά.

Julie Ward (S&D). – Madam President, I would like to use this opportunity to pay tribute to the important work of Dame Glenis Willmott, who until a year ago was the leader of the British Labour delegation here in the European Parliament. Glenys knew her subject because she had worked in the health sector as a trade union representative. Her work on the safety of medical devices was promoted by the scandal of leaking breast-implants; an issue that seriously threatened the health of women, and I am proud that we have real experts in our political group working for the benefit of all Europeans, and I have to say that my colleague Mrs McGuinness is correct: Brexit threatens the future health of people in the UK and Ireland. It also threatens research: ground-breaking research is what makes medicines and health innovations possible – and outside of the EU, the UK is taking a retrograde step in terms of its position on the world stage.

(Fin des interventions à la demande)

Elżbieta Bieńkowska, Member of the Commission. – Madam President, I would to thank the honourable Members for all their remarks. First, many of you said that I am optimistic and calm. I would rather put it in other words: I'm realistic and confident. It does not mean that we are not monitoring proactively everything that is going on, that we are not watching the process. But for now, we are in the timeline, we are on track and in the timeline, and this is the most important thing.

I would also like to underline that with this regulation, European citizens – EU citizens – will receive the most reliable, the most innovative and the safest healthcare in the world. This is the aim of this legislation. This is why we doing this, for the safety of our citizens.

Let me refer to a few points that you raised. First, on the number of notified bodies. For now, we have 60 of them and 34 applications, so more than half have been received by the Commission. There have been no delays so far in the assessment of notified bodies that have been submitted to us. According to our data, the first notified bodies might be available even before the end of this year, so a few months in advance of the timeline.

As for the transition period for this directive (not Brexit), in order to smooth the transition, the two regulations foresee a specific exemption mechanism – of course under certain conditions, namely the extension of the validity of the old certificates and the exemption of certain devices from the new, more strict clinical investigation requirements. Those exemptions and those applications may end even in May 2024, so we have some exemptions in the regulation.

Brexit: an extremely important topic. You mentioned the transition period, but of course the transition period for Brexit is much more general and much broader than only the medical devices industry. It applies to all of the industrial sectors, and of course if any transition period for general transition periods is agreed, then it will also apply for this industrial sector. But according to our information, the four UK notified bodies have already taken initiatives, as I said before, to adapt to the post-Brexit scenario. The largest UK-notified body, BSI, is in the process of new designation in the Netherlands; this is expected to be completed in November. Another – SGS – already has local offices in Finland and Belgium, which could inherit certificates transferred from the UK. The two other notified bodies – UL and LRQA – have approached the same national authorities for a possible application, according to our information. So this is what the UK-notified bodies are doing. But of course, if any additional transitional period is agreed, then perhaps we might have some more time beyond 29 March.

There was also a question on the database. Work has so far been advancing, and again – not optimistically but realistically – we are in the timeframe. According to our plans, a first release of the plan for the implementation of the functional specification was accomplished by the legal deadline foreseen of 26 May this year, and the draft functional specification I expect to be ready by the end of this month (in one week). Again, here also we are in the timeframe. But I want to assure you, as I said a few sentences ago, that we are proactively monitoring the situation. I know that in some Member States there are some problems with the notified bodies, and I also practically discuss it with ministers and the governments of those countries, but for now we are on track and we are doing our best to face this challenge, but also to implement the new legal framework in a successful and timely manner.

La Présidente. – Le débat est clos.

8. Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe in der EU: Zeit zu handeln! (kurze Darstellung)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle la brève présentation du rapport de Ismail Ertug sur la mise en place des infrastructures nécessaires à l'utilisation des carburants alternatifs dans l'Union européenne: l'heure est à l'action (2018/2023(INI)) (A8-0279/2018).

Ismail Ertug, Berichterstatter. – Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Kommissarin, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben zusammen nun eine große Aufgabe vor uns als Europäische Union, nämlich die Infrastrukturen für alternative Kraftstoffe aufzubauen.

Denn diese Infrastrukturen, das ist ein Kernelement für die Mobilitätswende, die wir alle angehen wollen, zusammen eben flankierend mit den Gesetzgebungen zu CO₂ und einer europäischen Batteriezellenproduktion. Die Bürgerinnen und Bürger in Europa, sie müssen sicher sein können, dass sie eben auch mit batteriebetriebenen Fahrzeugen oder mit wasserstoffbetriebenen Fahrzeugen sicher ans Ziel kommen – ähnlich sicher sein können, wie sie es heute bei ihrem Benzin- oder Dieselauto auch sind.

Die Europäische Kommission wollte ursprünglich bis zum Jahr 2025 800 000 Ladesäulen in ganz Europa aufbauen. Heute haben wir gerade einmal etwas mehr als 100 000, und Wasserstofftankstellen sind nicht einmal verpflichtend enthalten in der Richtlinie 2014/94, der alternativen Kraftstoffinfrastrukturrichtlinie.

Ich danke meinen Kolleginnen und Kollegen Schattenberichterstattern für die konstruktive Zusammenarbeit. Ich meine, wir haben einen sehr viel versprechenden Bericht aufgelegt. Darin fordern wir eine Kofinanzierung dieser Infrastruktur mit ungefähr 10 % Beteiligung der öffentlichen Hand und der restlichen Summe, die von den involvierten Industrien aufgebracht werden soll. Ferner fordern wir 2,5 Mrd. Euro eben für den Aufbau dieser Infrastruktur, und das muss unserer Meinung nach zur Verfügung gestellt werden. Das ist mehr als dreimal so viel wie das, was die Kommission vorsichtig mit ihren 800 Mio. angeraten hat.

Wir fordern außerdem, dass jeder Mitgliedstaat eigene Infrastrukturziele erfüllen muss. An dieser Stelle sei noch einmal erwähnt – auch eine Kritik in Richtung der Europäischen Kommission: Die *national framework plans*, die man hat eben vor fünf oder vier Jahren von der Industrie und von diversen Mitgliedstaaten sich aufreden lassen, die das unbedingt zerschließen wollten, haben sich als schwaches Instrument erwiesen. Sie haben nahezu nichts gebracht. Wir haben immer gesagt – auch als Parlament hier mit einer großen Mehrheit –, dass wir für Technologieneutralität sind. Wenn man Technologieneutralität beschwört, dann muss man auch – meiner Auffassung nach – den Ausbau nicht nur von Elektrolade-, sondern auch von Wasserstoffladesäulen und -tankstellen fördern. Das ist unerlässlich.

Unerlässlich ist ferner, dass wir die sogenannte Sektorenkopplung auch verbessern. Also sprich: das Ineinandergreifen des Energiesektors mit dem Mobilitätssektor. Die Mitgliedstaaten sind auch angehalten, klimafreundlichere Kraftstoffe, wie Strom oder grünen Wasserstoff, steuerlich besserzustellen als Diesel oder Benzin.

Außerdem fordern wir auch eine verstärkte Dekarbonisierung des Schiffssektors. Das ist uns, glaube ich, allen schon mal widerfahren, dass die Bürgerinnen und Bürger uns in Bezug auf diese Debatte mit den Fahrverboten und Ähnlichem sofort fragen, warum man sich so sehr auf das Auto fokussiert, während eben diese großen Schiffe in der Welt ziemlich dreckig unterwegs sind. Da muss ich denjenigen Recht geben, die uns darauf ansprechen, und die Kommission auffordern, endlich auch hier eine Regelung einzuführen, dass z. B. ankernde Schiffe von Land aus mit Strom versorgt werden und mit den schmutzigen Dieselmotoren nicht in Häfen einfahren dürfen.

Das ist in Kürze das Papier, das wir hier im Europäischen Parlament erarbeitet haben. Ich danke noch mal allen meinen Kolleginnen und Kollegen, die daran mitgewirkt haben.

Interventions à la demande

Maria Grapini (S&D). – Doamna președintă, doamna comisar, domnule Ertug, este o dezbatere pe care o facem nu numai cu ocazia acestui raport, o discutăm de foarte mult timp, avem nevoie de decarbonizare. Eu cred, doamna comisar, că este nevoie și de un sistem de stimulente pentru producătorii din domeniul automobilelor pentru a putea să facă inovare, investiții în tehnologie modernă.

Mai cred, de asemenea, că trebuie să se pună accent pe mobilitatea urbană și mobilitatea în aeroporturi. Primii care ar putea să decarbonizeze, să meargă pe autoturisme electrice alternative la cele pe care le avem acum pe combustibil – autoritățile locale.

Cred foarte mult însă că este nevoie – și s-a subliniat aici – de un buget mai mare pentru a crea infrastructura, pentru că sunt state care nu au deloc infrastructură pentru alimentare electrică și atunci degeaba cineva ar dori să își cumpere un autoturism sau industria produce asemenea autoturisme. Eu cred că trebuie să existe o politică a Comisiei care să fie aplicată după aceea și în statele membre.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, οι υποδομές των εναλλακτικών καυσίμων πραγματικά είναι κάτι πάρα πολύ σοβαρό. Θα σας φέρω ένα παράδειγμα. Υπάρχει ενδιαφέρον στην Ελλάδα για αγορά ηλεκτρικών αυτοκινήτων. Μόνο που σήμερα τα ηλεκτρικά αυτοκίνητα έχουν μια αυτόνομη λειτουργία μέχρι διακόσια χιλιόμετρα και από κει και πέρα πρέπει κανείς να βρει ένα χώρο για την επαναφόρτιση. Κι αν ήθελε να φύγει κανείς από την Αθήνα στη Θεσσαλονίκη, που είναι περίπου πεντακόσια χιλιόμετρα, πρέπει να είναι σίγουρος ότι θα βρει κάπου να επαναφορτίσει την μπαταρία του αυτοκινήτου, διαφορετικά θα μείνει και θα κάνει οτο στοπ. Αντιλαμβάνεστε, λοιπόν, ότι είναι πολύ σωστό να προχωρήσουμε στις νέες τεχνολογίες, αλλά αυτό προϋποθέτει υποδομές. Και για να γίνουν υποδομές πρέπει να γίνουν επενδύσεις. Και για να περάσουμε σε αυτή τη διαδικασία χρειάζονται, βεβαίως, κονδύλια τα οποία πρέπει να αντληθούν σε επίπεδο Ευρωπαϊκής Ένωσης αλλά και κρατών μελών. Έχουμε, λοιπόν, και πρέπει να περάσουμε στις νέες τεχνολογίες, αλλά αυτό χρειάζεται υπομονή και δεν μπορούμε με μία κίνηση να πετάξουμε στον κάλαθο των αχρήστων όλα τα συμβατικά αυτοκίνητα. Είναι προβλήματα που πρέπει να αντιμετωπιστούν.

Gesine Meissner (ALDE). – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Ich möchte mich ganz herzlich bei Ismail Ertug bedanken. Wir haben beide schon zusammengearbeitet, als es um die Gesetzgebung für alternative Kraftstoffe ging, und schon damals war das Parlament eigentlich viel ambitionierter – leider – als die Mitgliedstaaten, denn die Mitgliedstaaten haben die Umsetzungsphase nochmal nach hinten verhandelt.

Wir haben jetzt wirklich ein Henne-Ei-Problem. Es gibt teilweise zum Beispiel schon Schiffe, die rein mit LNG fahren, aber es gibt nicht genug Häfen, wo man das tanken kann sozusagen. Es sind schon verschiedene Fahrzeuge mit alternativen Antrieben in Produktion, aber es ist noch nicht sicher, ob die Infrastruktur dafür da ist. Und solange das nicht gewährleistet ist, werden die dann auch nicht gekauft und eingesetzt.

Wir wollen Technologieneutralität – das hat Ismail Ertrug unterstrichen – nicht nur e-Mobilität, sondern alles. Aber um das richtig umzusetzen, um die Produkte nachher auch auf die Straße, auf die Schiene, aufs Wasser zu bekommen, brauchen wir tatsächlich die Infrastruktur. Deswegen ist es höchste Zeit. Leider ist es nicht möglich, während einer Umsetzungsphase das Ganze zu beschleunigen und zu sagen: „Wir wollen andere *deadlines*.“ Das hätten wir im Verkehrsausschuss am liebsten gemacht, aber das geht leider nicht. Darum ein Appell an die Mitgliedstaaten, bitte möglichst schnell die Infrastruktur herzustellen.

(Fin des interventions à la demande)

Elżbieta Bieńkowska, Member of the Commission. – Madam President, firstly, I want to thank you for this report as it is really important in our efforts to establish in Europe low carbon emissions and an energy-efficient green economy and the Commission fully agrees with both the rapporteur and also the Committee on Transport that decisive and swift action is needed on the deployment of the infrastructure for alternative fuels.

We welcome the constant support of this House to make this happen. Our action plan adopted in November last year gives a very clear picture of the investment gap as well as of the need for improved coordination both in the public and private sector in this respect. As regards the report's call for quickly reviewing the directive, for now, the Commission is preparing to launch a formal ex-post evaluation of the directive. In that context, we will also consider the need for legislative follow-up action on issues that are important for alternative fuels infrastructure but which are not regulated under this directive. For example, recharging related services – such as location information, payment, vehicles to greet services – are very important to make recharging alternative fuel as easy as with conventional ones. We think that with reviewing the directive before the evaluation is concluded would be premature now. The directive itself foresees a possible review of the legislative framework in place by the end of 2020 at the earliest. Moreover, the directive has just been transposed into the legal systems and national laws in the Member States. The Commission has been – and we are still – closely following the implementation, and we are taking the necessary legal action through enforcement, through infringements, of course. In parallel to this evaluation process, we will continue supporting and facilitating the process of better collaboration and good practice sharing. While we see, of course, that national policy frameworks have their shortcomings, we also see on the other hand that they have acted in many Member States as a catalyst of development in this field. The Commission also agrees with the report's conclusion – and some of you also mentioned that – that we need to mobilise additional finance, particularly from the private sector. We had a very good response to our current approach to blending grants with loans under the Connecting Europe Facility (CEF), especially for projects in the area of alternative fuels. The Commission is therefore in the process of establishing a blending facility under the Connecting Europe facility. It will make EU financing accessible on a flexible first-come, first-assessed basis. When the project reaches sufficient maturity, the assessment of the project will always take place according, of course, to the legal basis of their respective funding programmes, whether it is the Connecting Europe Facility, FCO, Future Invest EU. It is in our best interests to have a full pipeline of mature projects with a real market impact but of course without market distortions.

Finally, the Commission very much welcomes the positive reception of the European battery alliance that we proposed and the joint undertaking on fuel cells and hydrogen. It is clear that we need a level playing field where all alternative fuels can compete to the best effect that we want to achieve. Thank you very much.

La Présidente. – Le débat est clos.

Le vote aura lieu aujourd'hui, à midi.

Déclarations écrites (article 162)

Andor Deli (PPE), írásban. – A közlekedés az egyetlen olyan nagy gazdasági ágazat az Unióban, ahol 1990 óta növekedett az üvegházhatásúgáz-kibocsátás (ÜHG). Ez nagy részben a hagyományos üzemanyagok használatának a következménye. A hagyományos üzemanyagok mellett többet kellene alternatív üzemanyagokhoz nyúlnunk. Ennek érdekében arra van szükség, hogy ezen üzemanyagok infrastruktúrája kiépüljön, valamint a már meglévő állomásokat tartsák karban. Elsősorban a tagállamok feladata az alternatív üzemanyagok megfelelő infrastruktúrájának kiépítése, azonban sajnos megfigyelhető, hogy a tagállamok úgy ambíciók, mint anyagi fedezet terén eltéréseket mutatnak. Az Európai Bizottságnak nagyobb szerepet kell vállalnia annak érdekében, hogy az összes tagállam fejlődjön e téren.

A tagállamokat személyre szabottan kell segíteni, ezért tartom fontosnak, hogy az illetékesek technológiasemleges megoldásokkal álljanak elő és rugalmasan viszonyuljanak minden egyes állam helyzetéhez, legyenek nyíltak annak érdekében, hogy mindenhol a lehetőségekhez mérten valósuljanak meg a célkitűzések. Emellett fontosnak tartom kiemelni, hogy különösen oda kell figyelni a 2004-ben és később csatlakozott, főleg keleti tagállamokra. Nem szabad megengedni, hogy ezen országok e téren meglévő lemaradása megmaradjon a régebben csatlakozott, fejlettebb államokkal szemben.

Rolandas Paksas (EFDD), raštu. – Europoje daug ir dažnai kalbama apie būtinumą pereiti prie švarios energijos. Tačiau labai svarbu įsivertinti, kokia yra padėtis kiekvienoje valstybėje: kiek reiktų investuoti į naujosios infrastruktūros diegimą, kokia yra padaryta pažanga valstybėse šioje sferoje. Svarbiausia, kad per greitas ar netinkamai suplanuotas tikslų įgyvendinimas netaptų nepakeliamu našta valstybei. Reikia, kad Sąjunga kruopščiai apskaičiuotų valstybėms teikiamos paramos dydžius, atsižvelgiant į galimas neplanuotas išlaidas. Nepakanka vien skatinti elektromobilių pirkimą ir naudojimą. Juk reikia pasirūpinti ir naudojimui skirta įranga. Taip pat pakankamu šios įrangos skaičiumi keliuose.

Aš visiškai palaikau švarų judumą ir remiu alternatyviųjų biodegalų naudojimą. Remiu mokslo ir technologijų pažangą. Todėl labai svarbu, kad nuolat būtų skatinamos investicijos technologijoms švaraus judumo tikslams pasiekti visose ES valstybėse bei didinami technologijų pajėgumai, kad būtų užtikrinta vartojimo kokybė.

9. Die Globalisierung meistern: handelsbezogene Aspekte (kurze Darstellung)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle la brève présentation du rapport de Joachim Schuster «Maîtriser la mondialisation: aspects commerciaux» (2018/2005(INI)) (A8-0319/2018).

Joachim Schuster, Berichterstatter. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Weltwirtschaft ist in Unordnung geraten. Die USA demontieren gerade die Ordnung, die sie selbst nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebaut haben, und geht es nach Trump, soll zukünftig das Recht des Stärkeren gelten.

Trump ist aber nicht der einzige Faktor in der Weltwirtschaft. Wir haben es mit mehreren grundlegenden Trends zu tun. In der Vergangenheit hat sich erstens die Qualität der internationalen Wirtschaftsbeziehungen gewandelt: Nicht mehr der Handel mit Fertigprodukten dominiert, sondern der Handel in internationalen Wertschöpfungsketten.

Zweitens führt die Globalisierung nicht nur zu mehr Wohlstand insgesamt, sondern auf der anderen Seite auch zu Verlierern – regional, sektoral und auch bezogen auf einzelne Personengruppen. Dieser Fakt ist übrigens auch eine, aber keineswegs die alleinige Ursache für den erstarkenden Nationalismus etwa in den USA und in der EU.

Drittens verschieben sich die Gewichte der einzelnen Staaten gravierend. China ist die aufsteigende Kraft, und ohne Zweifel verschiebt sich das weltwirtschaftliche Zentrum in den ostasiatischen Raum. Spiegelbildlich nimmt das relative Gewicht der USA und der EU ab. Es zeichnet sich ab, dass China die USA in den nächsten Jahrzehnten als dominante Wirtschaftsmacht ablösen wird. Dies wird einhergehen mit dem Versuch Chinas, auch die grundlegenden Regeln der Weltwirtschaft ihren Interessen entsprechend neu zu ordnen.

Viertens ist die bisherige multilaterale Weltordnung immer mehr unter Druck. Die WTO ist aktuell nicht in der Lage, den Welthandel zu strukturieren.

Darüber hinaus gibt es auch weitere politische Veränderungen. Gleichzeitig spitzen sich nämlich weitere globale Problemlagen zu. Ich nenne hier nur stichwortartig den Klimawandel, die Zunahme militärischer Konflikte, die Zunahme von Migration weltweit, Armut und Mangelernährung von mehreren hundert Millionen Menschen.

Deswegen muss wirtschaftliche Globalisierung im 21. Jahrhundert auch dazu beitragen, die Nachhaltigkeitsziele der UN zu erreichen. Es reicht nicht, wenn die EU als Antwort auf Trump eine Strategie entwickelt, die lediglich versucht, durch bilaterale Abkommen mit möglichst vielen Partnern den regelgebundenen Welthandel abzusichern. Wir brauchen eine vielschichtigere Antwort, bei der das Eintreten für die regelgebundene Weltwirtschaft zwar ein wichtiges, aber eben nur ein Element ist.

Nach innen gilt es zunächst, den eigenen Binnenmarkt zu stärken und Nationalismus entgegenzutreten. Die EU muss die europäischen Regionen und Menschen im globalen Strukturwandel unterstützen. Stichworte sind hier umfassende Reform und Verstärkung des *Globalisation Adjustment Fund*, Nutzung der Strukturpolitiken zur Stärkung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit – wobei hier ein besonderes Augenmerk auf kleine und mittlere Unternehmen zu legen ist –, Unterstützung von Beschäftigung durch Weiterbildung, der Ausbau von Handelsschutzinstrumenten oder eben auch ein zielgerichtetes Investitions-Screening.

Nach außen sollten wir verstärkte Anstrengungen darauf richten, auch neue potente Bündnispartner zu finden bzw. zu helfen, diese zu entwickeln. Damit meine ich vor allem die wirtschaftlichen Beziehungen zu den afrikanischen Ländern, aber auch zu den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion inklusive Russlands.

Unsere Außenwirtschaftspolitik muss aber auch Ernst machen mit dem Postulat eines wertebasierten Handels. Handel dient nicht nur der Steigerung wirtschaftlicher Gewinnmöglichkeiten, Handel muss gleichzeitig dazu beitragen, Arbeitsbedingungen zu verbessern. Hier sind die Ratifizierung und die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnorm Mindestbedingungen und müssen dazu beitragen, die nachhaltigen Entwicklungsziele zu erreichen. Sozial-, Arbeits- und Umweltdumping darf kein Mittel sein, um internationale Wettbewerbsvorteile zu erzielen. Das untergräbt nicht nur die Akzeptanz in der Bevölkerung, sondern zerstört schlicht unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Das ist der Grund, weswegen wir Sozialdemokraten immer wieder darauf beharren, dass Handelsabkommen umfassende und auch durchsetzbare Nachhaltigkeitskapitel enthalten. Die Weigerung der Kommission und mancher Mitgliedstaaten, dieses Thema ernst zu nehmen, ist aus meiner Sicht Ausdruck von Zukunftsunfähigkeit.

Eine moderne globale Wirtschaftsstrategie muss mehr sein als das Festhalten an regelgebundenem Welthandel. Wir brauchen zusätzliche Antworten auf die machtpolitischen Herausforderungen und müssen Welthandel immer auch als Instrument zur Durchsetzung von Nachhaltigkeit begreifen.

Interventions à la demande

Laima Liucija Andrikienė (PPE). – Madam President, first I want to congratulate our rapporteur for his work on this report. I think the Committee on International Trade (INTA) has adopted a very well-balanced report on the trade aspects of harnessing globalisation.

However, there is an amendment tabled for the plenary, which has been rejected in the INTA Committee, on a sanctions-based enforcement mechanism in the EU's TSD chapters. This would oblige the EU to find ways to determine how a breach of social or environmental standards can be transformed into economic compensation and this narrows down the scope of the TSD chapter. We cannot agree with this. Such an approach does not fit with the EU's model. The Commission already has a 15-point plan to make the EU TSD chapters more effective.

Colleagues, I call on you to vote against this amendment, as its adoption would mean a significant setback for our trade policy and send the wrong message to our trading partners and the Commission.

Julie Ward (S&D). – Madam President, this report is very important as our trade policy has implications across many other areas. As a socialist, I am proud to be part of a parliament that takes the initiative to reflect on the need to fight inequalities created by globalisation. European companies are responsible for many inequalities and human rights violations in the world and it's our responsibility to put in place legal safeguards to prevent them from harming populations in third countries.

Regarding foreign policy, trade is a powerful tool for the EU to promote international law, particularly human rights. But to do that we must step up and improve the way we engage with partners in the trade area. Free trade agreements should be designed so they don't undermine national and international laws and should include strong mechanisms, including the sustainable development chapters, to be respected by all parties.

Commissioner, regarding the impact of globalisation and robotisation on the future of work, I wish to remind you of our conversation about occupational literacy at the recent EIF debate.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η Ευρωπαϊκή Ένωση έχει τις ρίζες της στην παλιά ΕΟΚ και βασική αρχή της ΕΟΚ ήταν η αρχή της κοινοτικής προτίμησης. Μια αρχή η οποία στήριζε τα ίδια τα προϊόντα των κρατών μελών της τότε ΕΟΚ και μάλιστα αυτό είχε μια έντονη διάσταση στην Κοινή Αγροτική Πολιτική. Ήταν ένα σύστημα ήπιου προστατευτισμού προκειμένου να αντιμετωπιστεί ο διεθνής ανταγωνισμός. Στην πορεία, βεβαίως, η ΕΟΚ μαζί με τις Ηνωμένες Πολιτείες πέτυχαν το άνοιγμα των αγορών. Αλλά άνοιγμα των αγορών σημαίνει, βεβαίως, και ελεύθερο εμπόριο και εντός της Ευρωπαϊκής Ένωσης, από χώρες οι οποίες παράγουν φτηνά, από ευρωπαϊκές εταιρείες που επένδυσαν στον αναπτυσσόμενο κόσμο, γιατί εκεί τα μεροκάματα ήταν φτηνά. Με αποτέλεσμα να έχουμε διάλυση της οικονομίας της ίδιας της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Τώρα ξαφνικά θυμηθήκαμε τον ήπιο προστατευτισμό, τον οποίο ονομάζουμε προστασία των πολιτών. Από την πρώτη στιγμή που είμαι εδώ μιλώ για την επαναφορά της αρχής της κοινοτικής προτίμησης. Εύχομαι να μην είναι αργά.

Bill Etheridge (EFDD). – Madam President, trade and the markets are organic, they are almost a living organism, they're made up of individuality and people's wants and desires. If you try to stand in the way of the flow of trade in the free market and of enterprise, all you're doing is being a modern-day King Canute and you will get washed away.

The important thing is to bring down trade barriers, to bring down protection, to bring down tariffs, to trade freely with the world, to make our people wealthier and better off. If you allow this to happen, what happens then is that, when people are wealthier and better off, they start to make their choices. They will then choose if they wish to buy from morally and ethically correct companies because they will then have decisions that they can take. It's about people. Employing and putting and imposing rules on – they're all about politics and good intentions. All it does is make trade and the economy in European countries weaker and the citizens poorer.

Maria Grapini (S&D). – Doamna președintă, doamna comisar, globalizarea trebuie să vedem cum o valorificăm. Din punctul meu de vedere – vorbesc aici de patru ani de piața internă, știți bine că fac parte din Comisia IMCO - și de multe ori am ridicat această problemă: cum fructificăm globalizarea? Cum facem să avem un comerț liber, cum spunea colegul, dar trebuie să fie etic și echitabil. Trebuie să avem o protecție consumatorilor, nu putem să lăsăm să intre de-a valma produse în piața internă fără a avea siguranța produselor. Ori aici cred că avem foarte multe lucruri de rezolvat din punct de vedere al acordurilor comerciale, al standardelor de produs, al condițiilor pe care le punem în calitatea produselor și al extinderii acordurilor comerciale și cu alte state.

Este o perioadă de criză globală, recunoaștem acest lucru, dar trebuie să plecăm de la aceste lucruri: comerț etic și echitabil, protecția consumatorului, siguranța consumatorului și, de ce nu, să ne gândim cum facem ca IMM-urile din piața internă a Uniunii Europene să reziste și să se dezvolte – pentru că știm bine că este o problemă acum din punct de vedere al capitalizării IMM-urilor.

Jude Kirton-Darling (S&D). – Madam President, I would like to say to the Commissioner that the EU talks the talk about harnessing globalisation but talking isn't enough. While globalisation has lifted many out of extreme poverty globally, it has increased the inequalities in our societies to breaking point. That's largely because trade policies focused almost exclusively on trade liberalisation and market opening without any real consideration of the negative impacts on some sectors, regions and parts of society.

Just as the emerging EU single market needed a social dimension, so too does our trade policy. Both need strengthening. Our trade and sustainable development chapters need teeth as well as incentives for good behaviour. The Commission's opposition to trade sanctions for labour and environmental roles means serial violators fear no economic cost of human rights abuses. Harnessing globalisation means setting clear rules, rules for business, and ensuring rights for people.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, il commercio internazionale non solo riveste un ruolo determinante ai fini dello sviluppo economico e della cooperazione tra paesi, ma ha anche un'influenza fondamentale sulla pace, la crescita sostenibile, l'occupazione, l'eliminazione della povertà e i diritti umani.

Tuttavia i vantaggi della globalizzazione non sono equamente distribuiti tra le regioni e all'interno della società. L'ordine economico multilaterale mondiale, con al centro l'OMC, stenta a integrare i profondi cambiamenti degli ultimi decenni, dal nuovo ruolo della Cina e degli Stati Uniti all'automazione e digitalizzazione dell'economia.

Occorre garantire condizioni più eque per le PMI. Condivido la richiesta di una strategia commerciale dell'Unione europea per le PMI, al fine di integrarle nelle catene di valore internazionali e superare gli ostacoli specifici del commercio, quali le barriere non tariffarie. Sono necessari strumenti di difesa commerciale e protezione dei consumatori efficaci.

Invito pertanto la Commissione a continuare a sviluppare metodi sicuri per tenere pienamente conto di tali dimensioni, anche per quanto concerne le norme sociali e ambientali applicabili nei paesi esportatori.

(Fin des interventions à la demande)

Elżbieta Bieńkowska, *Member of the Commission*. – Madam President, I want to thank the rapporteur, the Committee on International Trade (INTA) and the whole Parliament for this report, as it's extremely important. As you have pointed out in the report, globalisation is profoundly changing the world economic order, and we have a duty to harness this phenomenon. This is necessary to ensure that globalisation is used as a force for progress in favour of more sustainable and more inclusive growth.

This report is also timely and the vote today is timely. The rules and values-based international trading order is facing the deepest crisis since the end of the Second World War. The rules at the core of the international trading system are increasingly being challenged by some – even major – global players. The Commission totally subscribes to the report's recommendation that we should avoid resorting to protectionism. Protectionism is an easy answer to common fears, as we all know, but it has always come with often catastrophic consequences in the longer term.

The Commission also concurs that it's vitally important to preserve the multilateral world economic order, to ensure that it remains rule- and value-based. This is why the EU is a leading advocate of the rule- and value-based international trade system – of course, with the World Trade Organization at its centre – while acknowledging that these rules need to be updated.

This report also rightly underlines the importance of promoting sustainable development with our trade policy. This is what the EU does with the chapters on trade and sustainable development in our free trade agreements. These chapters are designed to make sure that trade policy goes hand in hand with high labour and environmental standards and with the promotion of corporate social responsibility (CSR) and other trade and investment practices supporting sustainable development. As announced by my colleague, Commissioner Malmström, in her 15-point action plan to make the EU trade and sustainable development chapter more effective, the Commission's aims are to ensure that countries comply with the commitments to more assertive enforcement; to facilitate the monitoring role of social partners and civil society; and to make EU resources available to support implementation of the sustainable development chapters in trade agreements.

Let me now turn your attention to two countries that I think are extremely important in this respect: Cambodia and Myanmar. Both of those countries benefit from the Everything But Arms arrangement, which guarantees completely tariff-free access to the European market for all export goods except for weapons and ammunition. However, this access is not without conditions, and in the case of Myanmar, the Commission will soon send a high-level EU mission there to assess the situation on the ground. This mission has to be seen within the framework of the possible withdrawal of those preferences. With Cambodia, we are even a step further in the process. Without clear and evident improvements on the ground, the process will result in the suspension of the trade preferences that Cambodia currently enjoys.

The Commission also has other concrete trade measures in place that support sustainable development: the Conflict Minerals Regulation; the Fair and Ethical Trade Award; and EU support for responsible business conduct. EU values are, furthermore, promoted through an updated regulation preventing the export of goods that could be used for capital punishment or torture.

So let me conclude by saying that the Commission will, of course, take your valuable recommendations into consideration for our future work on trade policy. In line with your request, the Commission will continue to work to make sure that globalisation helps bring more sustainable, more inclusive growth while at the same time defending the rules and values that the international trading order is based on.

PRZEWODNICTWO: BOGUSŁAW LIBERADZKI*Wiceprzewodniczący***Przewodniczący.** – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się po zakończeniu debat.

Agnes Jongerius (S&D), *schriftelijk.* – Globalisering brengt nieuwe uitdagingen met zich mee, maar ook onzekerheden. De Europese Unie moet wat mij betreft met een eerlijk antwoord komen, waarin sociale arbeidsstandaarden en milieunormen de boventoon voeren. Wij mogen onze normen en waarden namelijk niet uit het oog verliezen, ook niet wanneer productie plaatsvindt aan de andere kant van de wereld.

Europa kan, en moet, de leiding nemen bij het uitdragen en stimuleren van sociale, arbeids- en mensenrechten. In ieder nieuw of hernieuwd handelsverdrag moeten deze zaken expliciet worden opgenomen, zoals de IAO-verdragen en de Overeenkomst van Parijs. Echter, het gaat niet alleen om het opnemen van standaarden, maar ook om het naleven daarvan. Het maatschappelijk middenveld van onze handelspartners moet daarin een belangrijke rol krijgen. Op overtreding van standaarden moeten dan ook sancties staan.

Globalisering treft ons op een ongelijke manier. We moeten het verlies door globalisering zoveel mogelijk beperken. Het antwoord op globalisering kan ook simpel zijn: nee, wij knippen geen oogje meer dicht als dat bijvoorbeeld de levens van miljoenen arbeiders op het spel zet.

10. Schutz der finanziellen Interessen der EU – Einziehung von Finanzmitteln und Vermögenswerten von Drittstaaten in Betrugsfällen (kurze Darstellung)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dziennego jest krótka prezentacja sprawozdania sporządzonego przez Cătălina Sorina Ivana w sprawie ochrony interesów finansowych UE – Odzyskiwanie środków pieniężnych i aktywów od państw trzecich w przypadkach nadużyć finansowych 2018/2006(INI) (A8-0298/2018).

Cătălin Sorin Ivan, Rapporteur. – Domnule președinte, doamna comisar, acest raport trebuie văzut din trei perspective. În primul rând, o perspectivă socială – aproape 70 % din cetățenii Uniunii Europene spun că țările lor sunt afectate grav și foarte grav de corupție. Apoi, dintr-o perspectivă economică – pentru că între 700 și 1 800 de miliarde de euro reprezintă valoarea banilor spălați la nivel mondial. Din păcate, nu avem o cifră la nivelul Uniunii Europene. Între 2 și 5 % din produsul global brut reprezintă bani spălați. Și trei, dintr-o perspectivă politică – pentru că la nivel european, în acest moment, nu există voință politică în niciun stat membru al Uniunii Europene ca problema recuperării averilor ilegale scoase în afara Uniunii Europene să fie soluționată.

Nu există această voință politică și este foarte ușor de înțeles, pentru că în multe state membre foarte mulți politicieni și-au construit cariera politică prin bani proveniți din afaceri ilegale, au ajuns în funcții foarte importante în statele respective și au spălat această proveniență a banilor, câștigând niște alegeri prin mecanismele democratice pe care le știm, iar acum controlează guverne, controlează parlamente, dau legi care protejează corupția în state membre ale Uniunii Europene. În acest context, întrebarea pe care cei aproape 70 % dintre cetățenii Uniunii Europene ne-o pun este: Uniunea Europeană luptă cu corupția? Uniunea Europeană are politici reale, eficiente, concrete pentru a stopa acest fenomen al corupției?

În acest raport noi venim în completarea unor pași deja făcuți de Uniunea Europeană și propunem câteva lucruri concrete. În primul rând, propunem ca la nivelul Uniunii Europene să existe o hartă de risc a legislațiilor statelor membre a acelor „scăpări” din legislațiile naționale – spun „scăpări” între ghilimele pentru ele sunt gândite bine de multe ori – prin care banii sunt scoși în afara Uniunii Europene în diferite țări.

În al doilea rând, cerem o bază de date sau baze de date interconectate cu date colectate într-un mod standardizat, o comunicare reală între statele membre ale Uniunii Europene, astfel încât să știm în timp real informații din toate aceste state membre. Avem state în Uniunea Europeană unde există două sau trei oficii de recuperare a banilor și a bunurilor ilegale, dar aceste oficii nu comunică între ele. Dacă ele nu comunică între ele la nivel de stat membru, cum o să comunice la nivel european?

În al treilea rând, cerem ca Uniunea Europeană să vorbească pe o singură voce cu statele terțe atunci când vine vorba de recuperarea acestor averi ilegale. În acest moment, Uniunea Europeană are doar patru parteneriate semnate: cu Japonia, cu Statele Unite, cu Norvegia și cu Liechtenstein. Este foarte, foarte puțin. Cerem, de asemenea, ca acest mecanism european pe care vrem să îl construim, pe care trebuie să îl construim ca să vorbim pe o singură voce, să aibă în centrul său Parchetul European.

Și, nu în ultimul rând – nu este prevăzut în raport, dar eu cred că este un pas important în viitor, pentru că dacă vrem să stopăm corupția, atunci trebuie să recuperăm acești bani – este ca la nivel european să luăm o dată pentru totdeauna decizia ca faptele de corupție să nu se prescrie niciodată și peste 10 și peste 15 și peste 20 de ani, dacă aflăm de fapte de corupție, să recuperăm averile provenite din aceste fapte de corupție, indiferent că le-am aflat la a doua sau la a treia generație. Cei care fură din bani publici să știe că nu vor scăpa niciodată de ochiul vigilent al legii.

Zgłoszenia z sali

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, doamna comisar, stimați colegi, păcat că la așa o dezbatere suntem atât de puțini, pentru că ne întorcem în statele noastre și reclamăm că există foarte multă fraudă, foarte multă evaziune. Se încearcă acum – eu spun timid – de la nivel de Uniune Europeană să găsim o soluție. Soluția este foarte clară.

Pe de o parte, ar trebui să existe în toate parlamentele naționale, în toate statele o lege foarte clară de confiscare a averilor, nu să umplem pușcării, nu să construim din buget noi închisori, ci să recuperăm banii de la cei care fac fraudă. Pentru asta trebuie să avem un sistem informațional foarte bine pus la punct între state, pentru că, din nefericire, nu funcționează acest sistem informațional, deși avem o groază de agenții, instituții și Europol și altele.

Pe de altă parte, nu avem stabilit un cadru foarte clar la nivel de Uniune Europeană în relația cu statele terțe și atunci există un refugiu al banilor în aceste state terțe. Cred că aici trebuie să acționeze Comisia Europeană cu propuneri de reglementări foarte serioase la nivel european pentru a avea mecanisme prin care să supraveghem, să fotografiem toată piața internă din punct de vedere al evaziunii fiscale, al criminalității economice, nu să avem un mecanism MCV la două state și cu asta nu am rezolvat nimic.

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η διαφθορά βρίσκεται στην ημερήσια διάταξη σε πάρα πολλά κράτη μέλη της Ευρωπαϊκής Ένωσης και, βεβαίως, πρέπει να παταχθεί. Πρέπει να χτυπηθεί στη ρίζα της. Αυτό σημαίνει ότι πρέπει να κλείσουν οι διάφοροι τρόποι και δρόμοι για μεταφορά των προϊόντων εγκλήματος σε τρίτες χώρες. Στη βάση αυτή, πρέπει να αναπτυχθεί μια συγκεκριμένη πολιτική διότι έχουν αφείλει τα πράγματα στην τύχη τους. Το γεγονός, βέβαια, ότι σε επίπεδο Ευρωπαϊκής Ένωσης έχουμε μόνο τέσσερις διεθνείς συμφωνίες αμοιβαίας συνδρομής δείχνει ότι βρισκόμαστε πάρα πολύ πίσω, μόνο με Ιαπωνία Ηνωμένες Πολιτείες Νορβηγία και Λιχτενστάιν. Τι γίνεται με την Ελβετία, όπου εκεί μεταφέρονται τα παράνομα κτηθέντα χρήματα; Πρέπει, λοιπόν, να υπάρξει μία ρήτρα, ούτως ώστε καμία εμπορική συμφωνία της Ευρωπαϊκής Ένωσης να μη γίνεται, εάν δεν υπάρχει η ρήτρα συνδρομής για την καταπολέμηση της απάτης. Με αυτό τον τρόπο μόνο, μπορούμε πρακτικά να περιορίσουμε τη διαφθορά και να χτυπήσουμε αποτελεσματικά όσους προχωρούν με προϊόντα εγκλήματος τα οποία μεταφέρουν στο εξωτερικό.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, είναι γεγονός ότι επί σειρά ετών εταιρείες, ευρωπαϊκές και μη, αλλά και μεμονωμένοι ιδιώτες, μεταφέρουν περιουσιακά στοιχεία και χρήματα προς τρίτες χώρες. Τα περισσότερα από αυτά τα χρήματα είναι προϊόντα απάτης. Η όλη διακίνηση γίνεται με τη συνδρομή χρηματοπιστωτικών φορέων, οι οποίοι δρουν πολλές φορές με δόλιο και αδιαφανή τρόπο. Βεβαίως, γίνεται και το αντίθετο. Πολλά χρήματα από τρίτες χώρες έρχονται με δόλιο τρόπο στην Ευρωπαϊκή Ένωση. Όταν, μάλιστα, αυτή η διακίνηση χρημάτων συνδυάζεται με τις δραστηριότητες της διεθνούς τρομοκρατίας, αντιλαμβάνεστε ότι οι κίνδυνοι για την Ευρωπαϊκή Ένωση είναι πολύ μεγαλύτεροι από τους κινδύνους μιας απλής απάτης. Για

να αντιμετωπιστεί αυτή η κατάσταση, τα κράτη δεν πρέπει να επαφένται μόνο στις διμερείς σχέσεις που συνάπτουν με τις τρίτες χώρες. Πρέπει να παρέμβει και η Ευρωπαϊκή Ένωση για να αντιμετωπίσει τη διαφθορά, να συνάψει και αυτή διάφορες συμφωνίες με τις τρίτες χώρες, μέσω των οποίων θα μπορούν να δεσμεύονται χρήματα και περιουσιακά στοιχεία, τα οποία είναι προϊόντα απάτης, και να επιστρέφονται στη χώρα από την οποία κινήθηκαν προς τις τρίτες χώρες.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Elżbieta Bieńkowska, *Member of the Commission*. – Mr President, I would like to thank Mr Ivan for his report. It is again timely. As we all know, it is our shared duty to protect the financial interests of the European Union. We need to ensure that misused funds and assets are recovered in the most efficient and most effective way, including, of course, from third countries.

I am convinced, like you, Mr Ivan, that the European Public Prosecutor's Office (EPPO) which is currently being set up, will be a game changer in our fight against criminals and fraudsters. The EPPO will not only change the way Member States cooperate inside the EU, but will also have a major impact on the way the EU and Member States cooperate with partners in third countries.

The Commission agrees that this is essential to strengthen the effectiveness of international cooperation in asset recovery and supports the development of CARIN, a network of operational law enforcement and judicial contact points on asset recovery, which covers more than 150 countries and jurisdictions. There is a strong complementarity between the Commission's anti-corruption work and that of the Council of Europe Group of States Against Corruption (GRECO). The Commission continues the discussion with the EU Council on the choice of the appropriate legal framework for the EU accession to GRECO and we truly welcome very much the pragmatic approach of the GRECO plenary.

Finally, EU level mutual legal assistance agreements can be good vehicles for judicial cooperation in criminal matters and they can also complement the existing agreements Member States have in place. At the same time, EU level mutual legal assistance agreements, as we all know, are lengthy to negotiate and to enter into force. They also require a high degree of trust in judicial systems. This means that standards in third countries, third states, as regards, for example, the rule of law, independence of the judiciary, fundamental rights, the fight against corruption, fair trial – the judiciary should first be compatible with EU standards before the EU engages in negotiations on such agreements.

Eurojust also plays an important role here. It has just concluded various agreements with third countries such as Ukraine, Montenegro, and most recently Albania. This facilitates close and swift judicial cooperation in relation to third countries and ensures that the financial interests of the Union are protected and misused funds can be recovered in a proper way.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się po zakończeniu debat.

(Posiedzenie zostało zawieszone o godz. 10.45 w oczekiwaniu na głosowanie)

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Nessuno degli strumenti previsti in seno all'UE per la tutela degli interessi finanziari può applicarsi ai paesi terzi, per questo è necessario trovare un modo efficace per tutelare i soldi dei cittadini europei. La risoluzione tenta quindi di introdurre elementi atti a trovare un rimedio alla situazione. Importantissimi sono ovviamente gli accordi con i paesi terzi in merito, e l'inclusione di clausole specifiche negli accordi internazionali che possono esserne toccati. Altrettanto importante però è lo scambio di dati e informazioni, al fine di individuare il trasferimento di attività fraudolente nei paesi terzi. L'obiettivo in questo senso deve essere anche la creazione di una banca dati centrale che raccolga lo storico e tracci le vie più utilizzate dai frodatori.

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Presidente

11. Wiederaufnahme der Sitzung

(La seduta è ripresa alle 12.02)

12. Sacharow-Preis 2018 (Bekanntgabe des Preisträgers)

Presidente. – Ho l'onore di annunciare che la Conferenza dei presidenti dei gruppi politici ha appena deciso di attribuire il premio Sacharov 2018 a Oleg Sentsov.

(Applausi)

Il premio gli è stato assegnato per il suo coraggio e per la sua determinazione. Il cineasta ucraino Oleg Sentsov è diventato un simbolo della lotta per la liberazione dei prigionieri politici in Russia e nel mondo. Nell'assegnargli il premio, il Parlamento europeo esprime la sua solidarietà a lui e alla sua causa. Chiediamo che Oleg Sentsov, arrestato nel 2014 e condannato a venti anni di prigione, sia immediatamente liberato.

(Applausi)

La sua liberazione è altresì urgente per le gravi condizioni di salute in cui versa a seguito di un lungo sciopero della fame. La sua battaglia, condotta mettendo a rischio la sua stessa vita, ci ricorda che è nostro dovere difendere il rispetto dei diritti umani ovunque nel mondo e in qualsiasi circostanza.

Il premio Sacharov rappresenta uno dei momenti più simbolici della funzione del nostro Parlamento: essere sempre in prima linea per difendere e promuovere la libertà, la democrazia e i diritti umani, dentro e fuori i nostri confini.

Naturalmente saranno invitati alla cerimonia anche gli altri due candidati finalisti della *shortlist* che hanno raccolto consensi all'interno della Conferenza dei presidenti.

PRZEWODNICTWO: ZDZISŁAW KRASNODEBSKI

Wiceprzewodniczący

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, stimați colegi, doar 30 de secunde. Vreau să spun că în țara mea astăzi este o zi importantă, este Ziua Armatei Române și vreau să salut și să îmi permiteți să le urăm „la mulți ani” și tuturor armatelor din statele dumneavoastră, pentru că eu cred că armata este un reper de siguranță și stabilitate. La mulți ani armatei române și, desigur, și armatei din țările dumneavoastră.

Przewodniczący. – Przyłączamy się do tych życzeń.

13. Abstimmungsstunde

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dziennego jest głosowanie.

(Wyniki i inne szczegóły dotyczące głosowania: patrz protokół posiedzenia)

13.1. Einfuhr von Kulturgütern (A8-0308/2018 - Alessia Maria Mosca, Daniel Dalton) (Abstimmung)

— Po zakończeniu głosowania:

Daniel Dalton, Rapporteur. – Mr President, I'll be very quick, colleagues, but I have to do this. On behalf of the Committee on Internal Market and Consumer Protection (IMCO) and the Committee on International Trade (INTER) I'd ask that we postpone conclusion of first reading and proceed with the mandate approved for the negotiations with the Council.

(Wniosek o odesłanie do komisji został przyjęty)

13.2. Schutz der finanziellen Interessen der EU – Einziehung von Finanzmitteln und Vermögenswerten von Drittstaaten in Betrugsfällen (A8-0298/2018 - Cătălin Sorin Ivan) (Abstimmung)

13.3. Unlautere Handelspraktiken zwischen Unternehmen in der Lebensmittelversorgungskette (A8-0309/2018 - Paolo De Castro) (Abstimmung)

— Przed rozpoczęciem głosowania:

Paolo De Castro, relatore. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, è ora di prendere una decisione e di votare sì al mandato per avviare i triloghi di questo importante fascicolo.

Sono oltre dieci anni che ne discutiamo e già due anni fa questo Parlamento ha approvato la risoluzione di Mairead McGuinness che chiedeva alla Commissione esattamente questa proposta legislativa: ricordate, colleghi, votammo con oltre il 90 % dei voti a favore.

Ma oggi, ancora una volta, ci troviamo di fronte all'ennesima richiesta di rinvio da parte di coloro che non vogliono questa direttiva. Quindi non facciamoci prendere in giro, colleghi: un eventuale rinvio alla prossima plenaria azzererebbe qualsiasi possibilità di approvarla entro questa legislatura.

Oggi possiamo dimostrare che l'Unione europea può davvero rispondere alle domande dei nostri agricoltori, delle nostre cooperative, delle nostre ONG ma soprattutto di 500 milioni di consumatori europei.

Non cadiamo nella trappola delle lobby che vogliono solo bloccare i lavori. Noi vogliamo bloccare e dobbiamo bloccare le pratiche sleali. Ricordate, colleghi, il meglio è spesso nemico del bene. Il momento è adesso, votiamo sì!

Daniel Caspary (PPE). – Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es gibt zweifelsohne ein Ungleichgewicht zwischen den großen Konzernen, internationalen Zusammenschlüssen auf der einen Seite und kleinen Produzenten und Landwirten auf der anderen Seite. Deswegen ist es gut, dass der Landwirtschaftsausschuss diesen Beschluss gefasst hat. Es ist gut, dass wir endlich mit Gesetzgebung versuchen, dieses Thema zu adressieren.

Aber bei allen berechtigten Forderungen – ich denke schon, wenn man die Forderungen im Detail durchliest, ist der Landwirtschaftsausschuss bei einigen Forderungen etwas über das Ziel hinausgeschossen. Die Kollegen haben ja auch schon zugegeben, dass einige der Formulierungen etwas ungenau sind.

Zum Zweiten: Die Stellungnahme des IMCO-Ausschusses wurde kaum berücksichtigt. Unser Wirtschaftsausschuss, der eigentlich für Wettbewerbsfragen zuständig ist, war – meiner Kenntnis nach – überhaupt nicht befasst. Deswegen wäre es gut, wenn wir das Plenum damit befassen könnten. Wir könnten dann in wenigen Wochen noch mal darüber abstimmen.

Wir könnten dann immer noch die Zeit bis zum Jahresende nutzen, gemeinsam mit der österreichischen Ratspräsidentschaft eine Lösung zu finden, denn auch alle, die hier unterschrieben haben, wollen das Problem adressieren, nicht das Projekt torpedieren. Aber wir sollten ausgewogen als Gesamtparlament über dieses Thema vorher abstimmen.

(Beifall)

13.4. Genehmigung und Überwachung von Human- und Tierarzneimitteln (A8-0035/2016 - Claudiu Ciprian Tănăsescu) (Abstimmung)

13.5. Tierarzneimittel (A8-0046/2016 - Françoise Grossetête) (Abstimmung)

13.6. Herstellung, Inverkehrbringen und Verwendung von Arzneifuttermitteln (A8-0075/2016 - Clara Eugenia Aguilera García) (Abstimmung)

13.7. Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch schwere Nutzfahrzeuge (A8-0202/2018 - Christine Revault d'Allonnes Bonnefoy) (Abstimmung)

13.8. Förderung sauberer und energieeffizienter Straßenfahrzeuge (A8-0321/2018 - Andrzej Grzyb) (Abstimmung)

— Po głosowaniu nad wnioskiem Komisji:

Andrzej Grzyb, sprawozdawca. – Panie Przewodniczący! Zgodnie z art. 59 ust. 4 Regulaminu Parlamentu Europejskiego składam wniosek o odesłanie projektu dyrektywy do komisji przedmiotowo właściwej w celu przeprowadzenia negocjacji międzyrządowych.

(Wniosek o odesłanie do komisji został przyjęty)

13.9. Mehrjahresplan für die Fischbestände in den westlichen Gewässern und angrenzenden Gewässern und für Fischereien, die diese Bestände befischen (A8-0310/2018 - Alain Cadec) (Abstimmung)

— Po głosowaniu nad wnioskiem Komisji:

Alain Cadec, rapporteur. – Monsieur le Président, conformément au règlement du Parlement européen, je souhaite que mon rapport soit renvoyé en commission afin de commencer les négociations interinstitutionnelles.

(Wniosek o odesłanie do komisji został przyjęty)

13.10. Festlegung des Sitzes der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (A8-0153/2018 - Othmar Karas, Pervenche Berès) (Abstimmung)

13.11. Verlegung der Europäischen Arzneimittel-Agentur (A8-0063/2018 - Giovanni La Via) (Abstimmung)

13.12. Zunahme neofaschistischer Gewalttaten in Europa (RC-B8-0481/2018, B8-0481/2018, B8-0482/2018, B8-0483/2018, B8-0486/2018, B8-0488/2018) (Abstimmung)

— *Przed rozpoczęciem głosowania:*

Kristina Winberg (ECR). – Mr President, this House should know that my Group, the ECR Group, was blocked from signing this joint text because of the childish political games of the Socialist, Greens and the GUE Groups. Despite having worked together to try and agree on a resolution that would condemn violence by both communist or Nazi extremists, those groups were more concerned with childish political games than having a statement that this Parliament ensures free speech but does not tolerate provocation to violence. Shame on them.

— *Po zakończeniu głosowania nad poprawką 1:*

Cecilia Wikström (ALDE). – Mr President, could we possibly have a block vote on the remaining amendments and speed up the process?

(Applause)

Przewodniczący. – Niestety, nie możemy tego zrobić, bo to są głosowania imienne. Bardzo mi przykro, rozumiem, że Państwo się spieszą.

— *Przed rozpoczęciem głosowania nad poprawką 14:*

Marcus Pretzell (ENF). – Mr President, as Ms Winberg has already pointed out, this is a very sensitive issue. This brilliant amendment from the left of this House points out the true roots of neo-fascism, and I want to emphasise this by adding the following words: 'this affiliation between the political and societal class struggle was acknowledged by Willy Brandt in 1932'.

(Murmurs of dissent)

(Interjection from the President)

I quote the President of International Socialism:

(Prolonged noise)

The socialist element in National Socialism ...

(Protests)

(Interjection from the President)

... and the belief of their followers that subjective revolutionary basis must be acknowledged by us'. Special thanks to Mr Bullmann.

Jens Geier (S&D). – Herr Präsident! Es ist zutreffend, dass die NS-Bewegung einen proletarischen Anteil hatte, vor allem in der sogenannten Sturmabteilung, der SA.

(Tumult im Saal)

Es gab dort einen antikapitalistischen Impuls, aber dieser war antisemitisch und rassistisch, weil er sich vor allem gegen Unternehmer jüdischen Glaubens gerichtet hat. Mit diesem antikapitalistischen Element im Nationalsozialismus war es spätestens im Frühjahr 1933 vorbei, als Ernst Röhm, der Führer der SA, ermordet und seine Organisation entmachtet wurde. Zu diesem Zeitpunkt war der nationalsozialistische Terror gegen Kommunisten, Sozialdemokraten, Liberale und Politiker des christdemokratischen Zentrums bereits in vollem Gange. Das alles hat Willy Brandt 1932 natürlich noch nicht wissen können. Deshalb ist dieses Zitat in dem Zusammenhang, den wir heute diskutieren, sinnentstellend.

(Beifall)

Przewodniczący. – Być może potrzebna będzie kiedyś debata na ten temat.

(Poprawka ustna nie została dopuszczona)

13.13. Tierschutz, Einsatz von Antibiotika und die Auswirkungen der industriellen Masthähnchenzucht auf die Umwelt (B8-0484/2018, B8-0484/2018, B8-0485/2018, B8-0487/2018, B8-0489/2018) (Abstimmung)

13.14. Klimakonferenz der Vereinten Nationen 2018 in Kattowitz (Polen) (COP 24) (B8-0477/2018) (Abstimmung)

13.15. 14. Konferenz zum Übereinkommen über die biologische Vielfalt (COP 14) (B8-0478/2018) (Abstimmung)

13.16. Beschäftigungs- und Sozialpolitik des Euro-Währungsgebiets (A8-0329/2018 - Krzysztof Hetman) (Abstimmung)

13.17. Nutzung der Daten von Facebook-Nutzern durch Cambridge Analytica und Auswirkungen auf den Datenschutz (B8-0480/2018) (Abstimmung)

— Przed rozpoczęciem głosowania nad poprawką 4:

Frank Engel (PPE). – Mr President, I just noticed that we have fallen to 372 voting numbers. I consider that under those circumstances it simply makes no sense to continue this vote and I suggest that we discontinue the vote and that we recap with a vote on this text at the next session, because this cannot continue.

(Applause)

Przewodniczący. – O ile wiem, to musimy zapytać w tej kwestii frakcje. Musi być co najmniej 38 posłów, którzy zgłoszą ten sam wniosek. 38 członków Parlamentu musi wystąpić o przerwanie.

Esteban González Pons (PPE). – Señor presidente, estamos todos en la misma situación, pero este Parlamento no puede permitirse no votar hoy la Resolución sobre Jashogui. No puede permitírselo.

(Aplausos)

Przewodniczący. – Drogi kolego! Został sformułowany wniosek, znalazła się odpowiednia większość popierająca ten wniosek, więc muszę poddać ten wniosek pod głosowanie. Jeżeli większość Państwa zadecyduje, że kontynuujemy głosowanie, będziemy je kontynuować. Ja jestem gotowy do jego kontynuowania. Bardzo przepraszam, ale tak wygląda procedura.

Guy Verhofstadt (ALDE). – Mr President, I think it is the plenary that would decide on what is happening. No? It is the plenary. So my proposal is that all these points go to the next part-session. Only the resolution on Khashoggi has to be voted on now as urgent.

(Applause)

Udo Bullmann (S&D). – Herr Präsident! Ich möchte Sie Folgendes fragen, ganz seriös und ganz ernsthaft: Wir sind in einer laufenden Abstimmung zu einer EntschlieÙung. Sind Sie ganz sicher, dass Sie eine Geschäftsordnungsdebatte über den Abbruch der Abstimmung zulassen können, währenddem wir in einer Abstimmung zu einer EntschlieÙung sind?

Meines Erachtens hätten Sie das am Ende aufrufen dürfen, aber nicht während einer Abstimmung. Deswegen bitte ich Sie, jetzt in ein geregeltes Verfahren einzutreten. Wir führen diese Abstimmung jetzt zu Ende, so wie wir sie begonnen haben, und danach können Sie in das Verfahren eintreten und das Haus fragen, was es denkt.

Aber diese Abstimmung wird nicht einfach deswegen unterbrochen, weil jemand aufsteht und eine Idee hat. So geht das nicht in diesem Haus.

Der Präsident. – Lieber Herr Kollege Bullmann! Bitte lesen Sie Artikel 190! Zu jeder Zeit ist es möglich, das zu beantragen.

Pan Kolega zgłosił to, znalazł poparcie i ja to muszę poddać pod głosowanie, na tym polegają zasady demokracji, a Państwo mogą zagłosować, żeby dalej kontynuować. Ja jestem gotowy prowadzić to głosowanie nawet do dnia jutrzejszego. Dziękuję bardzo.

Daniel Caspary (PPE). – Sehr geehrter Herr Präsident! Ich bitte Sie – vielleicht ist das ein Problem der Sprachfassungen in der Geschäftsordnung. Ich stimme Ihnen zu, dass in dem Artikel 190 steht, dass man eine Abstimmung abbrechen lassen kann und der Kollege Bullmann leider nicht Recht hat.

Aber da geht es um eine einzelne Abstimmung und nicht darum, insgesamt die Tagesordnung in der Art und Weise zu ändern, dass wir danach überhaupt nicht mehr abstimmen, sondern das muss vorher geschehen.

Deswegen bitte ich, dass wir uns da wirklich an die Geschäftsordnung halten. Man kann so nicht einfach die Abstimmung abbrechen.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señor presidente, por favor, creo que estamos dando una imagen que la ciudadanía europea no se merece, y vamos a empezar por la autocrítica. Y, en segundo lugar, llevamos ocho minutos discutiendo sobre el procedimiento. Podíamos haber avanzado. Yo lo que le pido es, por favor, que lo haga rápido y acabemos hoy con las votaciones.

Przewodniczący. – Zgadzam się z Koleżanką, jeżeli chodzi o nasz wizerunek. Tylko proszę się zastanowić, kto ten wizerunek psuje.

(Wniosek o odroczenie głosowania został odrzucony)

— Po zakończeniu głosowania nad ust. 20:

Claude Moraes (S&D). – Mr President, Mr Weidenholzer has gone for his flight. The text of the oral amendment is in the voting lists, it is presented by the S&D and PPE. I propose that we go ahead and vote on it. The text is there, it's very long. I propose that we vote on it.

(Poprawka ustna została dopuszczona)

13.18. Die Tötung des Journalisten Jamal Khashoggi im saudi-arabischen Konsulat in Istanbul (RC-B8-0498/2018, B8-0498/2018, B8-0499/2018, B8-0500/2018, B8-0501/2018, B8-0503/2018, B8-0505/2018, B8-0508/2018) (Abstimmung)

13.19. Lage im Asowschen Meer (RC-B8-0493/2018, B8-0493/2018, B8-0494/2018, B8-0495/2018, B8-0496/2018, B8-0497/2018) (Abstimmung)

13.20. Lage in Venezuela (RC-B8-0351/2018, B8-0351/2018, B8-0502/2018, B8-0504/2018, B8-0506/2018, B8-0507/2018, B8-0509/2018) (Abstimmung)

— Przed rozpoczęciem głosowania nad motywem M:

José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra (PPE). – Señor presidente, estaba pidiendo la palabra y no he podido participar en la votación; quiero que conste mi voto en acta. Y, simplemente, quería recordar a la Cámara que tenemos serios indicios de que la vida de la dirigente opositora María Corina Machado corre peligro. Ayer fue víctima de un grave ataque, antes había sido víctima de una brutal agresión. Le pido, señor presidente, que, en nombre de la Cámara, transmita nuestra preocupación a las autoridades venezolanas. Esto justifica la Resolución que vamos a votar, y les pedimos que se hagan responsables de la seguridad y de la integridad física de esta mujer dirigente que demuestra un gran coraje.

13.21. Förderung der automatischen gegenseitigen Anerkennung von Abschlüssen (B8-0492/2018) (Abstimmung)

13.22. Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe in der EU: Zeit zu handeln! (A8-0297/2018 - Ismail Ertug) (Abstimmung)

13.23. Die Globalisierung meistern: handelsbezogene Aspekte (A8-0319/2018 - Joachim Schuster) (Abstimmung)

Przewodniczący. – Niniejszym zamykam głosowanie.

14. Stimmerklärungen

Przewodniczący. – Przechodzimy do wyjaśnień dotyczących głosowania. Zaczniemy od wyjaśnień dotyczących głosowania, które nie mogły być przedstawione wczoraj, następnie przejdziemy do wyjaśnień dotyczących głosowania punktów, nad którymi głosowaliśmy dzisiaj.

Muszę poinformować Państwa, że otrzymaliśmy wiele wniosków w sprawie ustnych wyjaśnień dotyczących głosowania. Możemy kontynuować to posiedzenie najpóźniej do 14.45, aby umożliwić właściwym służbom przygotowanie wznowienia posiedzenia o godz. 15.00. Wszelkie pozostałe wyjaśnienia dotyczące głosowania można składać na piśmie.

14.1. Einrichtung, Betrieb und Nutzung des Schengener Informationssystems im Bereich der Grenzkontrollen (A8-0347/2017 - Carlos Coelho)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, am întărit Sistemul de Informații Schengen făcând mai eficient schimbul de informații între statele membre și autoritățile competente de punere în aplicare a legii. De exemplu, când un cetățean non-UE aflat pe teritoriul unui stat membru al Uniunii comite o infracțiune care se pedepsește cu cel puțin un an de închisoare, conform dreptului statului pe teritoriul căruia se află, statul respectiv introduce în Sistemul de Informații Schengen o alertă care se transmite mai departe, pentru a refuza dreptul de ședere al acelei persoane în continuare în Uniunea Europeană și, de asemenea, de a reîntra în Uniune dacă aceasta iese din Uniune.

Prin urmare, acest sistem de alertă pe care îl emite sistemul Schengen este foarte util pentru a avertiza toate statele membre cu privire la o persoană care comite o infracțiune și care trebuie să plece din Uniune.

Daniel Hannan (ECR). – Mr President, there are broadly three ways in which you can operate an immigration policy. You can have a points-based system where people arrive on merit and arrive with a commensurate sense of patriotism and pride, having, as it were, beaten off other applicants for their place. That was broadly the experience of the US, Canada, Australia and New Zealand historically.

You can do what a lot of Europe did in the post-war era, which is to ship people en masse from overseas and put them to work for the government, that creates delays with integration, it creates regional and linguistic blocs. Or you can just allow people to sneak in and then give them citizenship if they manage to stay long enough. And that, by default, is the approach that most western countries are now taking.

Now I just pose the question, what's likely to be the attitude of a settler who has come by cheating the authorities and whose every interaction with the forces of the state in which he is settling have taught him to despise it? Isn't there a way of ordering the need for legal immigration so that we disempower the people-smugglers and allow those who have done the right thing and applied properly to take priority?

14.2. Einrichtung, Betrieb und Nutzung des Schengener Informationssystems im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit und der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen (A8-0349/2017 - Carlos Coelho)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, Sistemul de Informații Schengen poate asigura securitatea Uniunii numai dacă statele membre introduc rapid, corect și complet informațiile care permit identificarea unor persoane care comit infracțiuni sau care încalcă regulile Uniunii și care, astfel, ajută autoritățile să acționeze imediat. Europol poate furniza non-stop informații prompte și de calitate statelor membre tocmai pentru a preveni actele de terorism. Sistemul poate proteja inclusiv persoanele aflate în situații de risc, cum ar fi copiii neînsoțiți care trec frontierele Uniunii și care pot cădea victime traficului de persoane și al altor forme de exploatare. Conform Europol, 10 000 dintre acești copii au dispărut fără urmă. Este îngrozitor! Pentru a preveni și identifica terorismul și apăra victimele, avem nevoie de răspunsuri urgente, deci aceste lucruri trebuie reparate.

14.3. Einfuhr von Kulturgütern (A8-0308/2018 - Alessia Maria Mosca, Daniel Dalton)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Andrejs Mamikins (S&D). – Mr President, dear colleague, I welcome the adoption of this report and I'm glad that I could contribute also to the drafting of the LIBE Committee opinion on it. It seems unacceptable that so far there has been no common rule regarding the import of cultural goods from third countries, except some specific provisions for Iraq and Syria. Looting on archaeological sites has happened at all times but has now reached an industrial scale. The economic and artistic value of the cultural heritage creates a strong demand on the international market, including the shadow economy. The illegal export is managed by terrorists or other criminal organisations, especially from the regions affected by armed conflict. I would like to remind you that the cultural heritage constitutes an element of personal identity together with language, religion, territory and the sense of belonging. That is why I voted in favour.

Eleonora Forenza (GUE/NGL). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, esprimo una dichiarazione di voto a favore della relazione sui *cultural goods*.

Consideriamo un passo assolutamente positivo che ci sia una misura, voluta dal Parlamento europeo, per combattere il traffico illecito di beni culturali. Consideriamo inoltre un positivo passo in avanti anche la rimozione del limite dei 250 anni e il fatto che il sistema delle licenze sia informatizzato e gestito attraverso un sito web.

Pensiamo che sia ora giunto il momento di fare un ulteriore passo in avanti: occorre non solo contrastare il traffico illecito dei beni culturali, ma anche garantire la piena fruizione dei beni culturali per le cittadine e i cittadini europei.

Da questo punto di vista da sempre ci battiamo per una politica di investimenti, di tutela del patrimonio culturale, di preservazione del patrimonio culturale che ne garantisca la piena fruibilità.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, kolegyně a kolegové, já vítám přijatou dohodu, která umožňuje větší kontrolu nad dováženyými kulturními statky. Evropský parlament přispěl k výsledné podobě tohoto nařízení, a to např. úpravami jednotlivých kategorií podle doporučení UNESCO u těch nejhodnotnějších kulturních statků, kde je vyžadována licenční doložka původu již u statků starších 100 let. Cílem tohoto nařízení je tedy omezení financování terorismu, zejména tedy z oblastí, kde tedy panuje válečný konflikt. Evropský parlament také snížil jistou byrokratickou zátěž, nejde tedy o omezení obchodu, ale o omezování nelegálního dovozu kulturních památek pro účely financování terorismu.

14.4. Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch schwere Nutzfahrzeuge (A8-0202/2018 - Christine Revault d'Allonnes Bonnefoy)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Jan Zahradil (ECR). – Pane předsedající, já to stihnu za polovinu toho času. Chtěl jsem pouze říci, že jsem nehlasoval pro tento tisk, protože si skutečně myslím, jakkoliv to může vypadat ušlechtilé, že ty vybrané peníze by se měly používat na zlepšení infrastruktury. Takové výběry, taková finanční zátěž a to, zda bude nebo nebude zavedena, by měly opravdu být ponechány v rukou národních států a je to přesně to pole, přesně ta problematika, do které by se Evropská unie pouštět neměla. Takže nevidím žádný důvod, proč jsme vlastně my tady o tom hlasovali, a proto jsem samozřejmě pro to nehlasoval.

14.5. Zunahme neofaschistischer Gewalttaten in Europa (RC-B8-0481/2018, B8-0481/2018, B8-0482/2018, B8-0483/2018, B8-0486/2018, B8-0488/2018)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Andrejs Mamikins (S&D). – Mr President, I welcome the adoption of the motion of this fourth resolution. The European Parliament has finally decided to speak openly that there is a xenophobic surge in Europe. But the resolution is not enough. We need our national parliaments and governments to start speaking about it and to explain to the people that it is not refugees, not minority groups and not human rights defenders who pose a threat. The real threat to our societies comes from neo-fascist groups and right-wing extremists.

I'm very sad that some of my colleagues from my country, Latvia, voted against this text. I'm sure any one of us could cite a recent example from his own history, even if only nine countries are mentioned in the report. Just take the example of the recent parliamentary election in Latvia – hate speech and violence have become almost normal for some political forces to attract the attention of voters. This is unacceptable.

Dobromir Sośnierz (NI). – Panie Przewodniczący! Ta rezolucja w sprawie przemocy neofaszystowskiej to jest sarta śmieci, to jest bezwartościowa makulatura, kiepska publicystyka napisana przez ludzi bez żadnego talentu literackiego nawet. Gdzie są dane, które uzasadniają te wszystkie bzdury? Przecież jest tysiące ofiar przemocy neofaszystowskiej. Skąd wiecie, że jest tysiące ofiar? Skąd wiecie, że ta przemoc jest motywowana przez ideologię neofaszystowską? Jakim prawem nazywacie ideologię neofaszystowską prawicową, skoro to byli socjaliści? To przyznajcie się do swojego dziedzictwa socjalistycznego lewicowego, a nie wciskajcie niewygodnych sojuszników prawicy. Więc jest to nie do pomyślenia, żeby w ogóle wciągając w to wątki niezwiązane, z jakąś radiofonią i telewizją... To jest absolutnie niedopuszczalne, żeby Parlament zamieniał się w jakąś lewicową redakcję komentującą na bieżąco wydarzenia według uznania posłów, a nie tworzącą prawo. Głosowałem przeciwko.

Jan Zahradil (ECR). – Pane předsedající, moje země prošla nacistickou diktaturou i komunistickou diktaturou, takže oba extremismy, levicový i pravicový, známe velmi dobře. Pokud se chceme bavit o extremismu, tak bych byl velmi rád, abychom viděli obě strany mince, tedy i ten levicový extremismus. Kromě toho máme i extremismy jiného druhu, které se objevují v Evropě. Je tady nový antisemitismus, a když se podíváte, odkud se napájí a kým je krmen, tak se třeba můžete podívat na *Labour Party* do Velké Británie, tradiční levicovou stranu, a na jejího předsedu Jeremyho Corbyna. Takže to je také zapotřebí odsoudit a konečně tady máme islámský radikalismus, který vede k teroristickým činům, a tyto teroristické činy pozabíjely v posledních letech v Evropě vůbec nejvíc lidí. Všechny teroristické činy, které jsme tady viděli, byly spáchány islámskými radikály v posledních letech. Takže chceme-li se zabývat extremismem, prosím, zabývejme se jím v celé komplexnosti a nevybírejte z toho jednotlivé části. Já jsem o této zprávě proto nehlasoval.

Eleonora Forenza (GUE/NGL). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ovviamente ho votato a favore di questa risoluzione, che ho fortemente voluto e proposto al Parlamento europeo.

Saluto l'approvazione della risoluzione stessa non senza emozione. Credo che sia un dato rilevante che le voci che hanno contribuito alla stesura di questo testo siano voci di donne. Ringrazio le due colleghe con cui ho scritto la prima versione della proposta di risoluzione comune, tre femministe che hanno preso la parola contro il fascismo, a testimoniare il fatto che il femminismo è l'antidoto più forte contro ogni forma di fascismo, di patriarcato e di razzismo.

Penso che oggi il Parlamento europeo possa cantare «Bella ciao». È una bella mattina per il Parlamento europeo e spero che possa essere una sveglia per l'Europa, una sveglia per il governo italiano in cui ci sono forze politiche che invece vanno a cena con Casa Pound e altri che considerano l'antifascismo qualcosa di superato.

Dedico l'approvazione di questa risoluzione a tutti i compagni e le compagne che sono stati vittime della violenza fascista, a Bari e in tutta Italia.

14.6. Tierschutz, Einsatz von Antibiotika und die Auswirkungen der industriellen Masthähnchenzucht auf die Umwelt (B8-0484/2018, B8-0484/2018, B8-0485/2018, B8-0487/2018, B8-0489/2018)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Urszula Krupa (ECR). – Panie Przewodniczący! Poparłam rezolucję w sprawie dobrostanu zwierząt, stosowania środków przeciwdrobnoustrojowych i wpływu przemysłowego chowu brojlerów na środowisko i poparłabym każdą regulację, jaka poprawiłaby bezpieczeństwo żywności. Ogromnym problemem we współczesnych hodowlach, i to nie tylko kurcząt, wydają się zautomatyzowane, ogromne, podobne do fabryk, kilkunastotysięczne hodowle, gdzie trudno nie tylko zachować warunki dobrostanu zwierząt, w tym ptaków, ale przede wszystkim zapewnić zdrowe mięso hodowanych zwierząt, w tym kurczaków.

Prawo europejskie dopuszcza limit zagęszczenia 33 kg na m², niekiedy nawet więcej, co oznacza, że na jednego kurczaka przypada powierzchnia mniejsza niż kartka A4. Dlatego nie tylko trzeba zapewnić mniejszą gęstość obsady, ale dostęp do światła naturalnego, lepszą jakość powietrza, najlepiej naturalne pożywienie bez hormonów, antybiotykowych czynników wzrostu, herbicydów, pestycydów, genetycznie modyfikowanej paszy, jak i zmniejszenie emisji amoniaku, co razem powinno zmniejszyć potrzeby zastosowania środków przeciwdrobnoustrojowych. Ważna byłaby także ochrona środowiska z minimalizacją fetoru i hałasu.

14.7. Klimakonferenz der Vereinten Nationen 2018 in Kattowitz (Polen) (COP 24) (B8-0477/2018)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Seán Kelly (PPE). – Mr President, firstly an observation. We spent eight minutes today arguing whether we should continue with the vote or not and then when we decided to continue with it, it took us, I think, 12 minutes. So I think it's not your fault but it is something I think the Presidency needs to look at, so it doesn't happen again.

A Uachtaráin, maidir leis an ábhar seo, tá áthas an domhain orm glacadh leis na moltaí anseo agus caithfimid ár ndícheall a dhéanamh chun troid i gcoinne athrú aeráide agus beidh mé ag dul go Katowice sa Pholainn ar son na Parlaiminte, mar a rinne mé i bPáras agus in Marrakech do COP21 agus COP22, an t-aon Fheisire ó mo thír féin a bhí ann agus pribhléid mhór ab ea é.

Ach anois, caithfimid gach iarracht a dhéanamh chun ár bpláinéad a ghlanadh suas agus tá dualgais ar chuile thír, mo thír féin san áireamh, chun ár ngeallúintí a chomhlíonadh agus má dhéanann gach duine é sin, tabharfaimid pláinéad níos fearr don ghlúin atá romhainn.

Dobromir Sośnierz (NI). – Panie Przewodniczący! Jeszcze do tak pustej sali nie udało mi się mówić. Zostało nas tu czterech, jak dobrze liczę, poza prezydium, ale każdy rekord jest do pobicia, także patrzymy śmiało w przyszłość.

Jeśli chodzi o szczyt w Katowicach, mam nadzieję, że będą tam poruszone takie kwestie, jak na przykład bezsensowny program Erasmus, który skłania ludzi do jeżdżenia bez sensu po całej Europie zamiast studiować na miejscu, i to na koszt innych, emitując po drodze różne dwutlenki węgla i inne gazy cieplarniane; jak na przykład papierologia, którą generuje również ten Parlament, jak te wszystkie tony papieru, które zadrukowuje swoimi rezolucjami, tak bezsensownymi, jak ta o przemocy neofaszystowskiej. Może temat dwóch siedzib Parlamentu, który emituje dwutlenek węgla, wożąc dokumenty z jednego miejsca na drugie, kierowców, asystentów itd. Może temat hotelu poselskiego, który można by wybudować przy siedzibie Parlamentu, zamiast wozić posłów w kółko, emitując dwutlenek węgla po Brukseli i zwiększając tam korki; może temat energii atomowej, której nie wiadomo dlaczego wiele osób się tutaj sprzeciwia, a która jest energią czystą. Mam nadzieję, że takie tematy nie zostaną tutaj zapomniane.

14.8. Nutzung der Daten von Facebook-Nutzern durch Cambridge Analytica und Auswirkungen auf den Datenschutz (B8-0480/2018)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Seán Kelly (PPE). – Mr President, having previously led negotiations on the General Data Protection Regulation for Parliament's ITRE Committee, I know how important it is that citizens' data is respected and used appropriately. The misuse of personal data is without question not to be tolerated and the recent Cambridge Analytica scandal completely undermined the privacy of European citizens. Not only was this data breach an abuse of such personal data, but the use of improperly obtained data to build voter profiles with a view to influencing elections was a complete manipulation of the electorate. In 2016, a special Eurobarometer on online platforms reported that over half of EU citizens are concerned about their personal data on the Internet and no doubt this figure is now much higher. It is essential that Facebook takes the necessary measures to prevent further breaches of data and makes changes to its platform to comply with EU data protection law and provide sufficient protection to European citizens' data.

14.9. Förderung der automatischen gegenseitigen Anerkennung von Abschlüssen (B8-0492/2018)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Jeroen Lenaers (PPE). – Dank u, Voorzitter. Wederzijdse erkenning van diploma's is cruciaal voor onze grensoverschrijdende arbeidsmarkt. We hebben daar in de afgelopen jaren al de nodige stappen in gezet, onder andere met het Europees kwalificatieraamwerk. Het is goed dat dat hier vandaag positief belicht wordt.

Maar er zijn meer stappen nodig. Die stappen hoeven niet altijd per se op Europees niveau genomen te worden. Ik ben bijvoorbeeld heel blij met een project dat de provincie Limburg gestart is samen met Duitsland en de Benelux om juist op regionaal niveau zoveel mogelijk belemmeringen in verband met het erkennen van kwalificaties weg te nemen. Want juist in een grensprovincie als mijn eigen mooie Limburg is het absoluut belangrijk dat werkzoekenden ook kansen aan de andere kant van de grens kunnen benutten. Daar is allereerst een erkenning van hun diploma voor nodig.

Het is belangrijk dat we juist dit soort regionale initiatieven, die ervoor zorgen dat mensen in de praktijk echt kunnen profiteren van de goede effecten van grensoverschrijdende kansen, dat we dit soort initiatieven vanuit dit Parlement daarom ook van harte en heel warm ondersteunen.

15. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(Posiedzenie zostało zawieszona o godz. 14.16)

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

16. Wiederaufnahme der Sitzung

(Die Sitzung wird um 15.00 Uhr wieder aufgenommen.)

17. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

18. Fairer Markt für die Industrie (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung der Kommission zum Thema „Fairer Markt für die Industrie“ (2018/2683(RSP)).

Margrethe Vestager, Member of the Commission. – Mr President, thank you and thank you very much for having this debate. It's a very important debate to have about the environment for our industry, to grow, to create jobs, but also to innovate, and I think the important thing in this debate is that Europe has a good and strong starting point.

If you want to take a look at the statistics. Europe has a very large deficit when it comes to raw materials, in particular energy. But the thing is that we have a very large trade surplus in manufactured goods, like cars, machines, chemicals. In other words, Europe's part is in a value chain where the jobs are and where the value is created, and this is how we have brought it so far. And if you don't want to look at the statistics, look at the magnificent European companies as you see them and as you see their products every day.

So, we have a solid industrial base thanks to European innovation, thanks to European productivity and thanks to our internal market which rests on fair competition and openness.

But we can do more. We can do more to level the global playing field and to create opportunities for a fair and open internal market. There's plenty of work ahead of us to remain competitive and to shape globalisation so that it serves our citizens and builds on a level playing field, in particular when it concerns subsidies, reciprocity in public procurement and screening of foreign direct investment.

A rule-based system which is fair, where open markets is the rule, that's our interest. But it's being challenged by some of our partners questioning the global rule-based system and cooperation. The Commission is working to enforce the existing rules, so that when we trade with Japan and with the US, well, we don't only trade, we also discuss how to strengthen the World Trade Organisation's rules on industrial subsidies.

In relation to my portfolio as Commissioner for Competition, we also have started a dialogue with China about subsidies and fair competition.

As to procurement, we already have rules in place which allow a buyer to reject an offer which is unrealistically cheap, but also here we can do more. Foreign bidders take part in public tenders all across Europe, yet European bidders, they often find 'buy local restrictions' when they bid in foreign countries with European goods, and this is why the Commission has proposed an international procurement instrument. Once adopted, it will ensure reciprocity and not only that, it will also strengthen our leverage in trade negotiations with third countries to open their markets for fair procurement processes.

And we also have proposed a framework to screen foreign direct investment that affects our security and public order. We continue to work with the Parliament and the Council to make progress on these proposals. But we also need to make good use of the tools that we have already. For instance, to apply modern trade defence mechanisms to maintain fair competition worldwide.

And when we think about the challenges ahead of us, in particular those that relate to digitalisation, it's important that we factor in how competition helps us to make our industries competitive. Companies have to compete and when they do, well, they are encouraged to make the products that consumers want, to develop new business ideas and attract even more businesses. And that's good for consumers and for companies.

When a company is a consumer champion in Europe, well it can conquer consumers in all corners of the world, provided of course that it has open and fair market access.

All companies, big as well as small, should have a fair chance to achieve this also when they are faced with large multinationals, and that is why we stop dominant companies from shutting down competition from new competitors, and this is also why we have to review mergers, at least the large ones.

Well, we approve almost all mergers that are notified to us. Over the last 10 years more than 3 000 mergers were looked at but only seven were prohibited, were blocked, and in only slightly more than 5% of cases companies proposed solutions to our concerns, for example to sell a factory to a competitor to preserve competition in Europe.

Many of the mergers that we have approved, well they have strengthened European companies like Peugeot and Opel, like InBev and SABMiller, like Siemens and Gamesa, world-wide known competitors.

But we should not confuse the size of the individual company with the strength of our economy. These are not necessarily the same thing. For every company that wants a merger to happen there are often many European companies that are affected customers. Steel is a good example of that. It makes the steel that goes into our dishwashers, cars, machinery, and these are businesses that boost our exports. Steel users, well they employ over 30 million people in Europe. So in our merger cases, we ensure that steel companies continue to compete, so that prices stay competitive for all the many, many businesses that need steel in their production.

And just to finalise, a few words on the state aid rules, because companies cannot get state aid simply to shut down a factory and move it to another European country. It is prohibited in a fair single market that taxpayers pay for jobs moving from one country to another. But we do approve state aid that creates jobs in Europe, if they do that without distorting competition. Just last month we authorised Slovakia to support Jaguar and bring new jobs to the disadvantaged Nitra region, jobs that may otherwise have been created outside of Europe.

The Commission also simplified the rule book for state aid that doesn't harm competition. So, now that 97% of state aid measures go ahead without needing Commission approval, Member States decide for themselves on the basis of a common rule book.

We proposed an investEU fund to support EUR 650 billion of investment. A new research and innovation programme, Horizon Europe, with EUR 100 billion to invest. Both programmes would let national funds be combined with European funds, and we want to make that as easy as possible, because industry is at the heart of our European economy and we want an industry that's competitive and creates jobs and wealth in Europe. But first of all, we want it to serve our citizens and that's why we defend open and fair markets in Europe as well as in the rest of the world.

Seán Kelly, *thar ceann an Ghrúpa PPE*. – A Uachtarán, a Choimisinéir, comhghairdeas as d'óráid. Aontaím leis an méid a dúirt tú agus cuireann sé bród orm labhairt ar son mo ghrúpa, PPE, ar an ábhar tábhachtach seo. Go háirithe, ós rud é go bhfuilim i mo chomhalta den Choiste um Thionsclaíocht, um Thaighde agus um Fhuinneamh chomh maith. Mar a dúirt an Coimisinéir, is iad na tionscail a chruthaíonn jabanna agus saibhreas san Aontas.

Therefore, it is vital that the EU prioritises the needs of the industrial sector and provides sufficient support for its growth in the coming years. I was recently appointed as EPP-ITRE rapporteur on the new investEU programme which the Commissioner referred to, which will use a budgetary guaranteed to mobilise investment into sustainable infrastructure, research and innovation, SMEs and social investment and skills. This 650 billion fund provides an excellent opportunity to promote competition in the industry sector across all the Member States. As one of the flagship programmes of the new EU budget, it will constitute a significant part of our long-term strategy for industry in Europe. With a view to building a strong, sustainable industry sector, SMEs and start-ups should be prioritised. I believe it would also be important to have advisory hubs in each Member State to inform stakeholders on access to EU funding. We must facilitate the industry sectors' growth, not only with funds, but also with information and above all, ease of access to those funds, which has not been the case sometimes in the past. In this way, we can accelerate digitalisation and innovation, encourage an entrepreneurial culture and increase competition in the industry sector. Earlier this year my colleague Heinz Lehmann's Committee of the Regions draft opinion on a European strategy for industry pointed to the importance of cities and regions in supporting innovation in industry and in promoting industrial adaptation to the digital advances. Local and regional authorities have a lot of influence in areas such as infrastructure, export support, research and innovation, education and skills, SMEs and regulation, all of which are crucial for a globally competitive industry. Technologies are developing at an ever-increasing pace. We should see this as an opportunity, particularly in prioritising industrial growth which is environmentally friendly. Energy is key in determining the competitiveness of the European economy and in particular of industry. A sustainable supply of energy at a reasonable cost to households and businesses, in particular industrial consumers, is crucial.

And finally, labour mobility across Europe is an important aspect of industry competitiveness. We need to promote the importance of digital and linguistic skills in order to support employability of workers abroad. We must also increase efforts to encourage participation of women in the labour market with a particular focus on female entrepreneurship, and I'm quite sure, Commissioner, you agree with that.

Edouard Martin, *au nom du groupe S&D*. – Monsieur le Président, merci Madame la Commissaire de venir débattre ici d'un sujet qui nous tient tous à cœur. Vous avez parlé de marchés, d'investissements, de produits, de compétitivité, etc., ce sont évidemment des thèmes importants.

Je voudrais axer mon intervention sur les travailleurs et les citoyens, parce qu'une entreprise, une industrie, ce n'est pas uniquement un endroit où l'on produit un bien de consommation, c'est beaucoup plus que ça. Une industrie, c'est aussi ce qui crée du lien, c'est ce qui crée des richesses, pas uniquement pour les actionnaires, mais pour un territoire, un bassin d'emploi et c'est grâce à cela que nous avons notamment des crèches, des écoles, des hôpitaux, des routes, etc. Or, le jour où ces industries disparaissent, c'est toute la société qui disparaît et la facture est présentée à la société.

Je vais vous parler de deux cas: Alcoa en Espagne et Vallourec en France. Voilà deux multinationales qui ont bénéficié de subsides à coups de dizaines de milliards d'euros d'aides publiques pour aller s'implanter dans des zones du monde où les contraintes sont moindres. La question est de savoir ce que vous allez faire, Madame la Commissaire, lorsque ces productions qui seront faites ailleurs vont revenir sur le marché européen. Quelles sont les contraintes qu'on impose à ces industries-là? Pourquoi est-ce que je dis cela? Parce qu'effectivement, si le point de vue de l'Union européenne – et je sais que ce n'est pas le vôtre, mais il faut aller plus loin que ça – est que le multilatéralisme crée des richesses, il faut se demander pour qui? Le multilatéralisme c'est surtout le laisser-faire: le laisser-faire fiscal, le laisser-faire financier, le laisser-faire économique, c'est surtout la loi du prix. C'est le prix le plus bas qui emporte le marché. Or, nous savons très bien que le prix le plus bas, c'est forcément des conditions moins-disantes: moins-disantes sur le plan social, économique et environnemental.

C'est quand même absurde – pour ne pas dire autre chose – que ce soit Trump qui dénonce cela. Alors, il le fait d'une manière détestable, évidemment, mais en réalité – et si ce n'était pas aussi grave, on en rirait – ce sont justement les inventeurs de l'ultralibéralisme qui pointent aujourd'hui les défauts du système et des règles de l'OMC. On ne peut pas continuer à jouer alors que nous n'avons pas tous les mêmes règles. Lorsque la Commission européenne s'apprêtait à reconnaître le statut d'économie de marché à la Chine, nous mettions, vous mettiez en danger l'industrie et tout le monde l'a dit! On pouvait perdre quatre millions d'emplois industriels en quelques mois. Et pourtant ça a été une proposition de la Commission européenne! Quels étaient les enjeux? Quelles étaient les pressions politiques? Où est le citoyen? Où est le travailleur?

Donc, j'ai simplement ce message à nous faire passer collectivement, et je sais que vous êtes sensible à cela: si vous voulez que les citoyens européens se rapprochent un peu plus de l'Union européenne, il faut qu'on change les règles du marché et de l'OMC. Je vous invite à rebondir sur la proposition du premier ministre canadien, M. Trudeau, qui dit «chiche, allons-y, remettons les règles de l'OMC à plat parce que sinon c'est la loi du plus fort» et vous savez très bien que les Chinois, à coups de centaines de milliards de dollars de subventions, vont tous nous tuer économiquement; si le mot d'ordre c'est d'être moins cher que moins cher, on ne fera jamais le poids, nous autres Européens. C'est notre modèle social, c'est notre modèle sociétal qui est en jeu, c'est plus que de la compétitivité, de l'innovation ou de gagner des marchés, c'est le modèle social européen, le modèle de liberté, de démocratie qui est en jeu derrière ces industries. Et je vous en parle, parce que je viens d'une région qui a été fortement industrialisée et qui est aujourd'hui fortement désindustrialisée. On fait le nid de tous les populistes, on fait le nid de tous les nationalistes, parce que quand une usine disparaît, vous vous retournez, il n'y a plus rien, c'est le désert. Et nous autres Européens, nous n'avons pas de réponse à apporter. Donc, je voudrais qu'on fasse du maintien de l'emploi et des industries, une raison objective du marché juste, parce que le marché ne sera juste que s'il est social et s'il est durable en respectant la planète et l'environnement.

Urszula Krupa, w imieniu grupy ECR. – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Moim zdaniem zasadne jest pytanie, czy w ogóle może istnieć uczciwy rynek dla przemysłu w sytuacji liberalizacji i globalizacji, jaką charakteryzuje wiele negatywnych zjawisk z globalnym terroryzmem, narastaniem nierówności społecznych wskutek nierównomiernej dystrybucji towarów i usług, katastrofalnymi rozmiarami zagrożenia środowiskowego, szerzeniem demoralizacji, ubezwłasnowolnieniem narodów, niszczeniem religii, tradycji, z dominacją społeczeństwa konsumpcyjnego nad twórczym.

Co prawda Unia Europejska dysponuje rygorystycznymi przepisami, które mają zapobiegać nadużywaniu przez przedsiębiorstwa ich dominacji rynkowej, jednak w praktyce, zwłaszcza w krajach Europy Środkowo-Wschodniej, rynek wewnętrzny jest zdominowany przez ogromne koncerny, dodatkowo handlujące tanimi towarami z Azji, eliminując małe i średnie przedsiębiorstwa.

Dlatego zasadne moim zdaniem są dodatkowe pytania. W jaki sposób Komisja Europejska inicjuje i aktywizuje w państwach członkowskich małe i średnie przedsiębiorstwa z ochroną miejsc pracy, zwłaszcza podczas spadku czy załamania koniunktury? Jakiej Komisja podejmuje narzędzia fiskalne? Jakie są bariery celne, aby nie dochodziło do zalania rynku tanimi produktami spoza Unii, doprowadzając do recesji części gałęzi przemysłowych? Czy wypracowano plan działania dotyczący rozwoju przemysłu w średniej- i długoterminowej perspektywie, zwłaszcza gałęzi strategicznych jak przemysł paliwowo-energetyczny, aby udział przemysłu europejskiego w unijnym budżecie był na poziomie powyżej 20%? W jaki sposób Komisja ingeruje w umowy bilateralne dotyczące sektora przemysłowego, a zwłaszcza paliwowo-energetycznego pomiędzy państwami członkowskimi a krajem trzecim spoza Unii, mające wpływ na zachwianą konkurencję w sektorze gospodarczym? Przykładem jest Nord Stream.

Ivan Jakovčić, u ime kluba ALDE. – Poštovani predsjedavajući, poštovana gospodo povjerenice, želim odmah na početku podržati Vaše izlaganje jer je ono razumno, logično i s ciljem očuvanja naše industrijske konkurentnosti. Želim također s Vama podijeliti i neka razmišljanja. Naime, uvjeren sam da se svijet kakav je bio, ili kakvog smo poznavali prije 10, 15 ili 20 godina, definitivno mijenja.

Imamo situaciju u kojoj danas u Sjevernoj Americi netko više *America first*. Imamo situaciju u kojoj na istoku Kina grabi sve jače i jače i nema nikakve dileme da se svijet promijenio, a da mi u Europskoj uniji još uvijek, na neki način, igramo po nekim starim pravilima ili želimo, na neki način, stvoriti svijet u kojemu će biti više pravde, poštenja, jednakosti, konkurentnosti i demokracije.

Međutim, vidimo i slijeva i zdesna, i sa zapada i s istoka Europe, da se stvari mijenjaju i da to baš nije tako. Tu želim izraziti svoju zabrinutost i podijeliti s vama razmišljanje gdje bi, kao Europska komisija i Europski parlament, trebali i mi napraviti našu alternativu onome za što smo se do sada stalno zalagali. I zato kažem, i rekao sam Vama već jednom ovdje, ako ovaj kaže *America first*, hajmo početi razmišljati treba li i nama možda *Europe first*, jer mi moramo čuvati naša radna mjesta, mi smo odgovorni našim građanima i sugrađanima, a ako nastavimo s ovakvom, ja dolazim iz liberala, kao i Vi, ali ako nastavimo s pretjeranom liberalnom politikom gdje neće biti pomoći industrijama, gdje neće biti previše socijalne osjetljivosti, ja mislim da neće biti dobro. Onda će zaista populistu u Europi pronalaziti prostora kako napadati našu dobronamjernu politiku. Zato mislim da je vrlo važno da razgovaramo otvoreno o tome i da vidimo koliko globalizacija u ovom trenutku može pomoći, ali može i odmoći.

Ne mogu a ne, naravno, spomenuti i ono što mi je na srcu i što znate da mi je na srcu, a to je brodograđevna industrija, koja je praktički u mnogim zemljama Europske unije nestala. Ima šanse da se to dogodi možda, nažalost, i u mojoj zemlji, u Hrvatskoj. Zbog vlastitih slabosti brodograđevne industrije u Hrvatskoj, ali želim upozoriti na jednu činjenicu koja se dogodila u Europskom parlamentu. Imali smo konferenciju zajedno sa *Sea Europe* i mnogim drugim brodograđilištima Europe iz raznih država i svi su zabrinuti. Ali, gospođo povjerenice, svi su zabrinuti sa zaključkom da ćemo za deset godina izgubiti brodograđevnu industriju u Europi ako nešto ne promijenimo. Vi poznajete *leadership* program, poznajete razne programe, i ja Vas molim da krajnje ozbiljno shvatimo ovu situaciju jer bez brodograđevne industrije znamo da gubimo mnoga, mnoga indirektna radna mjesta.

Klaus Buchner, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Herr Präsident! Ich möchte heute nur zu einem sehr speziellen Punkt beim Wettbewerbsrecht Stellung nehmen. Es ist gut, dass es in Europa Regeln gibt, die den Wettbewerb erhalten wollen und deshalb den Zusammenschluss von Marktführern verbieten. Aber es wäre auch wichtig, die Größe von Firmen grundsätzlich zu beschränken – was leider nicht der Fall ist – und deren Einfluss und Dominanz in der Politik und in der Wirtschaft einzuschränken. Aber wir müssen bedenken – und das ist ja jetzt schon ein paar Mal gesagt worden: Europa steht nicht alleine da. Das heißt, wir müssen die Lage in der Welt berücksichtigen. Das geschieht ja laufend durch unsere Freihandelsabkommen, durch unsere Zollabkommen.

Deswegen ist es ein Anachronismus, wenn wir sagen: Wir betrachten beim Wettbewerb von Firmen nur den europäischen Raum. Denken wir daran, dass es eine ganze Reihe von Produkten gibt, wo es überall auf der Welt nur ein oder zwei, maximal drei Firmen gibt, die sich überhaupt lohnen. Nehmen wir als Beispiel Hochgeschwindigkeitszüge, nehmen wir Prozessoren von Rechnern, oder früher auch Festplatten. Es gab am Schluss eine einzige Firma in der Welt, die noch vernünftige Festplatten gebaut hat, die man hier am besten verwenden konnte.

Bleiben wir bei dem Beispiel mit den Zügen. Es ist so, dass jetzt ja Siemens gedrängt worden ist, Alstom zu übernehmen. Aber selbst der Zusammenschluss dieser beiden großen Firmen, die Hochgeschwindigkeitszüge bauen, wird nicht genügen, um die Produktion auszulasten, um die Investitionen für eine neue Generation von solchen Zügen überhaupt rentabel zu machen. Das muss man weltweit betrachten. Das heißt, hier muss man einfach einen Schritt weitergehen.

Kurz: Ich bitte einfach darum, dass man bei den Wettbewerbsregeln die neue Situation betrachtet, die mit – aber nicht nur – durch die Freihandelsabkommen geschaffen worden ist, die durch die ganze Weltsituation, die Spezialisierung auf einzelne Techniken passiert ist. Wir müssen das machen; alles andere wäre meiner Meinung nach widersinnig.

Jean-Luc Schaffhauser, au nom du groupe ENF. – Monsieur le Président, juste une remarque préliminaire, je ne voudrais pas qu'elle soit prise sur mon temps. Quand je vais à Bruxelles et que je ne reste que six heures, je n'ai que la moitié de mes indemnités. Je suis le seul citoyen de Strasbourg membre de ce Parlement. Je constate qu'il y a très peu de mes collègues; on devrait appliquer le même principe que Bruxelles également, c'est-à-dire que si quelqu'un reste moins de six heures sur place, il ne perçoit que la moitié de ses indemnités pour la journée. Donc je voudrais – je m'excuse, je sais que je suis hors sujet –, mais je voudrais qu'il y ait réciprocité.

Je vais maintenant intervenir, je vais faire mon intervention à trois niveaux: ce qui concerne la zone Euro, ce qui concerne la zone hors-euro et ce qui concerne les nouvelles données du marché.

Au sein de la zone euro, il faut bien distinguer les choses: nous avons une monnaie unique et un marché unique. Quel est l'avantage comparatif? On a voulu un marché unique justement pour avoir un avantage comparatif. Le plus fort devient plus fort et le plus faible devient plus faible. Regardez ce qui se passe pour un pays comme le mien, la France: elle a une fiscalité des entreprises deux fois plus élevée qu'en Allemagne. Elle ne peut pas dévaluer, sinon – elle est dans la zone Euro –, elle doit faire une dévaluation interne. Si elle fait une dévaluation interne pour retrouver de la compétitivité, elle risque le sort de l'Espagne, qui a mis huit ans après sa dévaluation interne pour retrouver le niveau de croissance et de PIB qu'elle avait auparavant. Donc vous voyez, nous sommes dans un jeu de réforme absolument impossible, qui est très grave, au sein de la zone euro.

J'avais proposé une agence d'investissement pour promouvoir, au sud, l'industrie, mais la réalité est actuellement que l'Allemagne s'industrialise de plus en plus ou maintient son industrie et tout les autres pays réduisent leur industrie. À quoi cela conduit-il? À l'endettement et à la crise financière, qui va d'ailleurs être la fin du système, parce que nous approchons de la fin du système, il y aura un effondrement financier.

Donc, vous voyez, vous devez comprendre ce mécanisme interne aux institutions de l'Union européenne qui conduit à cet effondrement financier, car sinon vous rentrez dans deux autres logiques: des transferts du budget de la zone euro – mais avec ces transferts, vous faites des assistés – ou, et c'est ce que vous faites, vous développez l'endettement.

Ceci est la première remarque. La deuxième remarque est hors de la zone euro. Il est évident – et nous, les populistes, avons été les premiers à dénoncer ce problème – qu'il faut garantir la réciprocité. Il n'est pas possible que la Chine mette des droits ... (*Le Président retire la parole à l'orateur*)

Monika Smolková (S&D). – Pane předsedající, európske hospodárstvo je v súčasnosti pod silným tlakom. Nachádzame sa uprostred ekonomického súperenia medzi Amerikou a Čínou.

Globálna situácia je ťažko predvídateľná a mnohé priemyselné podniky sa oprávnené pýtajú, ako ich môže Európa pred takýmito vonkajšími faktormi ochrániť. Uznávam, že globalizácia prispela k prepojeniu svetového hospodárstva, otvorila nové príležitosti a mnohých ľudí vymanila z chudoby. Na druhej strane je nevyhnutné, aby sa aj na globálnej úrovni dodržiavali férové pravidlá a princípy spravodlivého obchodu, preto by mala Komisia zvážiť všetky možnosti, ako chrániť naše priemyselné odvetvia a pracovné miesta, najmä v oblastiach, kde dochádza k dumpingovým a nespravodlivo subvencovaným dovozom. Zároveň je náš priemysel vystavený našim vlastným vnútorným pravidlám, ktoré ho v globálnej konkurencii zväzujú. Európske pravidlá hospodárskej súťaže by preto nemali byť nastavené tak, aby naše podniky na svetovej úrovni znevýhodňovali.

Z týchto dôvodov by mala Komisia urýchlene vypracovať účinnú priemyselnú stratégiu, aby sme znížili zraniteľnosť našich podnikov.

Spontane Wortmeldungen

José Blanco López (S&D). – Señor presidente, en el momento en que estamos haciendo este debate, en mi país — España—, Alcoa acaba de anunciar el cierre de dos fábricas del sector del aluminio. Esto nos tiene que llevar a reflexionar sobre el papel que tiene que tener la industria europea y sobre la necesidad de que la Comisión presente ya ese plan industrial que tenga como objetivo fortalecer a nuestras empresas; que tenga como objetivo establecer criterios justos para que haya una competencia en igualdad de condiciones; ese plan industrial que tiene que ver cómo toma medidas en contra del dumping que se está produciendo y que es una competencia desleal que nos está abocando a un fracaso como Europa.

Por lo tanto, no podemos quedarnos de brazos cruzados, sobre todo en sectores como la siderurgia y el aluminio, que están sufriendo ese mazazo, que se están debilitando y que están cerrando y en los que estamos perdiendo empleo. Es necesario actuar sin contemplaciones y no quedarse de brazos cruzados.

(Ende der spontanen Wortmeldungen)

Margrethe Vestager, *Member of the Commission*. – Mr President, thank you very much for your remarks. I find this is very inspiring because we obviously share the same starting point: that fair competition, a level playing field – this is what we want. We don't want harmful subsidies to be sort of smuggled in via trade. We don't want prices to be dumped on us – that's unfair for European industries.

One thing I think is important in having this discussion, and it is that Europe is the largest economy in the world. Europe is an amazing place to do business. Although growth is slow, it is still the highest GDP per capita, with 500 million Europeans. It's the world's largest trading bloc, the largest trader in the world of manufactured goods and services, and we rank first in both inbound and outbound international investments. We are the top trading partner for 80 countries. Just to compare, that figure is only 20 when it comes to the US.

Those facts shouldn't lead to any kind of leaning back, or being self-absorbed, or think that everything is solved – on the contrary, because I completely agree that we are in times of change. But the important thing is to see what we have achieved in the European way, in strong societies with social benefits, with a tight fabric that allows people to have jobs where they can provide for their families. I think that it's important that we take all this achievement and put that in our fight for change, for making the market, the industry and globalisation serve citizens. This is why the strategy is so manifold, because I completely agree with what is said by Ms Smolková and Mr Blanco López: that of course we need to work strategically at this. This is why it's not just a matter of a fair level playing field within the European Union. This is a global effort to make this happen.

I also completely agree with Mr Martin, who says: well, we have to figure out how to enable change so that people feel that they are the masters. Because if we just abandon areas that used to be the home for important industries and workplaces and leave it at that, of course, everyone gets frustrated, because you don't see your sons and your daughters having a fair chance. And this is why, with the combined efforts of the Commission, the Parliament and the Council, things can be put into effect. But it is not just to change, it's also to maintain and develop our industries. And this is why we do our best to enable Member States to work together on important projects of European interest. Take micro-electronics, take the Battery Alliance being built as we speak, because this shows the strength of coming together in Europe when we do things together.

Ms Krupa rightly mentioned all our small and medium-sized businesses. Because when we talk about industry, it's important not just to think about the giants, but also to think about the many smaller businesses – who are either the customers of giants or the suppliers to giants – to enable the network of European industry to work well. This is why it has been so important in the Juncker investment plan to provide capital for small and medium-sized businesses, because this is one of the most under-debated issues, that you need capital in order to grow. You need access to financing, otherwise, how could you create the jobs. I think that's a very important point in our discussion that we don't focus on just the big ones or just the small ones, but see the network that they create and that they have the need for one another. So thank you very much also for mentioning that.

Mr Jakovčić also rightly points to these chains that we're in. Obviously it's very important that Europe master the different crafts and that is why it is important when, for instance, shipbuilders come together to figure out how to make sure that we have a competitive shipbuilding industry in Europe to deliver state of the art. There are a number of specific discussions but there are also a number of discussions that are European-wide.

Mr Buchner talks also about trade and I'm very happy to support the work of my colleague, Cecilia Malmström, because what she has done over the last couple of years is basically to retire the old concept of free trade and replace that with a concept of trade agreement, where you actually have tools to say, well, I will not import despicable working conditions or animal welfare that we will not accept here. We want trade also in that to be on an eye-to-eye basis and that is the modern way to proceed. Not just to say trade is just about lowering tariffs. No, trade is also about actually having reciprocity in the way things are done. That is important for us, as the Commission, to enable this environment for European industry to thrive; not just the big ones – and we have big impressive industry in Europe – but also all the smaller ones who are part and parcel of the creation of this Europe that we live in, in which – at this point where we speak – more people than ever have a job. And with all that achievement – and with your engagement and our agreement on a level playing field and fair competition – I am certain that we have what it takes to meet this challenge and to make this change happen for the benefit of citizens and not counter it, because in that I think Mr Martin has the exact point; that this is now where change should be inclusive and not over people's head, so thank you very much for this.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

19. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

20. Petitionen: siehe Protokoll

21. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll

22. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll

23. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll

24. Schluss der Sitzung

(Die Sitzung wird um 15.41 Uhr geschlossen.)

25. Unterbrechung der Sitzungsperiode

Der Präsident. – Ich erkläre die Sitzungsperiode des Europäischen Parlaments für unterbrochen.

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



Bekanntmachung des bevorstehenden Außerkrafttretens bestimmter Antidumpingmaßnahmen

(C/2024/3539)

1. Nach Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2016/1036 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Union gehörenden Ländern ⁽¹⁾ gibt die Kommission bekannt, dass die unten genannten Antidumpingmaßnahmen zu dem in der nachstehenden Tabelle angegebenen Zeitpunkt auslaufen, sofern keine Überprüfung nach dem folgenden Verfahren eingeleitet wird.

2. Verfahren

Die Unionshersteller können einen schriftlichen Antrag auf Überprüfung stellen. Dieser Antrag muss ausreichende Beweise dafür enthalten, dass das Dumping und die Schädigung im Falle des Auslaufens der Maßnahmen wahrscheinlich anhalten oder erneut auftreten würden. Sollte die Kommission eine Überprüfung der betreffenden Maßnahmen beschließen, erhalten die Einführer, die Ausführer, die Vertreter des Ausfuhrlandes und die Unionshersteller Gelegenheit, die im Überprüfungsantrag dargelegten Sachverhalte zu ergänzen, zu widerlegen oder zu kommentieren.

3. Frist

Die Unionshersteller können nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung auf der genannten Grundlage einen schriftlichen Antrag auf Überprüfung stellen; dieser muss der Europäischen Kommission (Generaldirektion Handel, Referat G-1, CHAR 4/39, 1049 Brüssel, Belgien) ⁽²⁾ spätestens drei Monate vor dem in nachstehender Tabelle angegebenen Zeitpunkt vorliegen.

4. Diese Bekanntmachung wird nach Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2016/1036 veröffentlicht.

Ware	Ursprungs- oder Ausfuhrländer	Maßnahmen	Rechtsgrundlage	Tag des Auslaufens ⁽¹⁾
Stahlräder	Volksrepublik China	Antidumpingzoll	DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2020/353 DER KOMMISSION vom 3. März 2020 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls und zur endgültigen Vereinnahmung des vorläufigen Zolls auf die Einfuhren von Stahlrädern mit Ursprung in der Volksrepublik China (ABl. L 65 vom 4.3.2020, S. 9)	5.3.2025

⁽¹⁾ Die Maßnahme läuft an dem in dieser Spalte angeführten Tag um Mitternacht (00.00 Uhr) aus.

⁽¹⁾ ABl. L 176 vom 30.6.2016, S. 21.

⁽²⁾ TRADE-Defence-Complaints@ec.europa.eu



C/2024/3552

6.6.2024

**Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die
Arbeitsweise der Europäischen Union**

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.112221

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/3552)

Datum der Annahme der Entscheidung	6.5.2024	
Nummer der Beihilfe	SA.112221	
Mitgliedstaat	Estland	
Region		
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	TCTF: Support for connection to the transmission and distribution networks of renewable electricity generating installations in industrial sites	
Rechtsgrundlage	Regulation of November 28, 2022, No. 98 „Conditions and procedures for granting support to accelerate the deployment of renewable electricity production equipment in industrial areas“; Foreign Relations Act; Government of the Republic Regulation of November 29, 2021, No. 108 “Organization of implementation of recovery and resilience plan and provision of support general conditions	
Art der Beihilfe	Regelung	
Ziel	Behebung einer beträchtlichen Störung im Wirtschaftsleben eines Mitgliedstaats	
Form der Beihilfe	Zuschuss	
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 9 100 000 EUR Jährliche Mittel: 9 100 000 EUR	
Beihilfehöchstintensität	100,0 %	
Laufzeit	bis zum 30.6.2024	
Wirtschaftssektoren	VERARBEITENDES GEWERBE/HERSTELLUNG VON WAREN	
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Keskkonnainvesteeringute Keskus (Environmental Investment Centre) Narva mnt 7A, Tallinn	
Sonstige Angaben		

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



C/2024/3553

6.6.2024

**Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die
Arbeitsweise der Europäischen Union**

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.111602

(C/2024/3553)

Datum der Annahme der Entscheidung	9.4.2024	
Nummer der Beihilfe	SA.111602	
Mitgliedstaat	Deutschland	
Region	Niedersachsen	
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Niedersachsen: Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Gelege- und Kükenschutzes von Wiesenvögeln auf Grünlandflächen in Niedersachsen (Richtlinie „Wiesenvogelogschutz Grünland – WieVoSch“) (NI)	
Rechtsgrundlage	Niedersachsen: Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Gelege- und Kükenschutzes von Wiesenvögeln auf Grünlandflächen in Niedersachsen (Richtlinie „Wiesenvogelogschutz Grünland – WieVoSch“)	
Art der Beihilfe	Regelung	
Ziel	Landwirtschaft, Forstwirtschaft, ländliche Gebiete, Beihilfen für Agrarumwelt- und Klimaverpflichtungen	
Form der Beihilfe	Zuschuss	
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 43 000 000 EUR Jährliche Mittel: 8 600 000 EUR	
Beihilfehöchstintensität	100,0 %	
Laufzeit	bis zum 31.12.2028	
Wirtschaftssektoren	LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT, FISCHEREI	
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Landwirtschaftskammer Niedersachsen - Geschäftsbereich Förderung Wunstorfer Landstraße 9, D-30453 Hannover	
Sonstige Angaben		

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



C/2024/3632

6.6.2024

**Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses
(Sache M.11562 — TASARU / BENTELER / HOLON)
Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall**

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/3632)

1. Am 28. Mai 2024 ist die Anmeldung eines Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

- Benteler International AG („Benteler“, Österreich), gemeinsam kontrolliert von der CAB II GmbH, der CAB Holding GmbH und der Dr. Ing. E.h. Helmut Benteler GmbH,
- National Automotive and Mobility Investment Company (TASARU Mobility Investment) („TASARU“, Königreich Saudi-Arabien), kontrolliert vom Public Investment Fund („PIF“, Saudi-Arabien),
- HOLON GmbH („Holon“, Deutschland), derzeit indirekt vollständig im Eigentum von Benteler.

Benteler und der PIF werden im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 4 der Fusionskontrollverordnung die gemeinsame Kontrolle über Holon erwerben.

Der Zusammenschluss erfolgt durch Erwerb von Anteilen.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- Benteler ist ein weltweit tätiges Unternehmen, das in der Entwicklung, der Herstellung und dem Vertrieb von Produkten, Systemen und Dienstleistungen für die Branchen Automobil, Energie und Maschinenbau tätig ist,
- TASARU ist eine Investmentgesellschaft im Automobil- und Mobilitätssektor, die vom saudi-arabischen Staatsfonds PIF kontrolliert wird. TASARU investiert direkt und indirekt in mehreren Sektoren in ganz Saudi-Arabien und weltweit, u. a. in den Bereichen Lebensmittel und Landwirtschaft, Energie, Finanzen, verarbeitendes Gewerbe, Immobilien, Logistik und Digitales.

3. Holon ist in der Entwicklung elektrischer autonomer Fahrzeuge aktiv.

4. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über die vereinfachte Behandlung bestimmter Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽²⁾ über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen infrage.

5. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

M.11562 — TASARU / BENTELER / HOLON

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).

⁽²⁾ ABl. C 160 vom 5.5.2023, S. 1.

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

Postanschrift:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË



C/2024/3638

6.6.2024

**Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses
(Sache M.11591 — TDR CAPITAL / BUBBLES BIDCO)
Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall**

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/3638)

1. Am 30. Mai 2024 ist die Anmeldung eines geplanten Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

- TDR Capital LLP („TDR Capital“, Vereinigtes Königreich),
- Bubbles BidCo S.p.A („Bubbles“, Italien), kontrolliert von H.I.G Capital LLC („HIG“, Vereinigte Staaten).

TDR Capital wird im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b der Fusionskontrollverordnung die alleinige Kontrolle über die Gesamtheit von Bubbles erwerben.

Der Zusammenschluss erfolgt durch Erwerb von Anteilen.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- TDR Capital ist eine Private-Equity-Gesellschaft, die weltweit in einer Vielzahl von Sektoren investiert, darunter Kraftstoffe, Einzelhandel, Fitnessstudios, Pubs und Restaurants, Kauf von Schuldtiteln, Rückführung von Transportpaletten, Lebensversicherung und britische Altersvorsorgeprodukte,
- Bubbles ist in erster Linie im Einzelhandel mit Gesundheits-, Schönheits- und Haushaltsmassenprodukten (wie Seifen, Wasch- und Reinigungsmittel) in Italien tätig, hauptsächlich unter der Marke Acqua & Sapone.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über die vereinfachte Behandlung bestimmter Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen ⁽²⁾ infrage.

4. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

M.11591 — TDR CAPITAL / BUBBLES BIDCO

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).

⁽²⁾ ABl. C 160 vom 5.5.2023, S. 1.

Postanschrift:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË



C/2024/3639

6.6.2024

Klage der EFTA-Überwachungsbehörde gegen Island vom 25. April 2024

(Rechtssache E-10/24)

(C/2024/3639)

Die EFTA-Überwachungsbehörde, vertreten durch Hildur Hjörvar, Sigrún Ingibjörg Gísladóttir und Melpo-Menie Joséphides als Bevollmächtigte der EFTA-Überwachungsbehörde, Avenue des Arts 19H, 1000 Brüssel, Belgien, hat am 25. April 2024 beim EFTA-Gerichtshof Klage gegen Island erhoben.

Die EFTA-Überwachungsbehörde ersucht den EFTA-Gerichtshof, Folgendes festzustellen:

1. Island hat seine Pflichten aus Artikel 7 des EWR-Abkommens verletzt, indem Island es versäumt hat, den Rechtsakt, auf den in Anhang IX Nummer 14i des EWR-Abkommens Bezug genommen wird (*Delegierte Verordnung (EU) 2021/923 der Kommission vom 25. März 2021 zur Ergänzung der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung der Kriterien für die Definition der Managementverantwortung, der Kontrollaufgaben, der wesentlichen Geschäftsbereiche und einer erheblichen Auswirkung auf das Risikoprofil eines wesentlichen Geschäftsbereichs sowie zur Festlegung der Kriterien für die Ermittlung der Mitarbeiter oder Mitarbeiterkategorien, deren berufliche Tätigkeiten vergleichsweise ebenso wesentliche Auswirkungen auf das Risikoprofil des Instituts haben wie diejenigen der in Artikel 92 Absatz 3 der genannten Richtlinie aufgeführten Mitarbeiter oder Mitarbeiterkategorien*), in der durch Protokoll 1 zum EWR-Abkommen angepassten Fassung in sein innerstaatliches Recht zu übernehmen.
2. Die Kosten des Verfahrens werden Island auferlegt.

Sachverhalt und rechtliche Begründung:

- Mit der vorliegenden Klage ersucht die EFTA-Überwachungsbehörde („Überwachungsbehörde“) den Gerichtshof um die Feststellung, dass Island es versäumt hat, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um den Rechtsakt, auf den in Anhang IX Nummer 14i des EWR-Abkommens Bezug genommen wird, in der durch Protokoll 1 zu dem genannten Abkommen angepassten Fassung nach Artikel 7 des EWR-Abkommens in sein innerstaatliches Recht zu übernehmen.
- Island erklärte in seiner Antwort vom 10. August 2023 auf das Aufforderungsschreiben der Überwachungsbehörde vom 21. Juli 2023, noch nicht die für die Übernahme des Rechtsakts erforderlichen Maßnahmen getroffen zu haben.
- Am 24. Januar 2024 gab die Überwachungsbehörde eine mit Gründen versehene Stellungnahme ab, in der sie an ihrem Standpunkt festhielt, dass der Rechtsakt von Island nicht in sein innerstaatliches Recht übernommen worden war.
- Als die Frist, innerhalb deren Island der mit Gründen versehenen Stellungnahme nachzukommen hatte, am 24. März 2024 ablief, hatte Island der Überwachungsbehörde weder Maßnahmen mitgeteilt, die es getroffen hatte, um den Rechtsakt in sein innerstaatliches Recht zu übernehmen, noch lagen der Überwachungsbehörde andere Informationen vor, die darauf hindeuteten, dass der Rechtsakt von Island in sein innerstaatliches Recht übernommen worden war.
- Die Überwachungsbehörde stellt fest, dass Island zum Zeitpunkt der Einreichung der vorliegenden Klage weder den Rechtsakt in sein innerstaatliches Recht übernommen noch die Überwachungsbehörde davon in Kenntnis gesetzt hatte.



C/2024/3640

6.6.2024

URTEIL DES GERICHTSHOFS

vom 25. Januar 2024

in der Rechtssache E-2/23

A Ltd gegen Finanzmarktaufsicht

(Richtlinie 2009/138/EG – Verordnung (EU) Nr. 1094/2010 – Zuständigkeit des Gerichts – Leitlinien der Europäischen Aufsichtsbehörden – Zuverlässigkeit des interessierten Erwerbers – Finanzielle Solidität des interessierten Erwerbers – Aufsichtsrechtliche Beurteilung – Vernünftige Gründe)

(C/2024/3640)

In der Rechtssache E-2/23, A Ltd gegen Finanzmarktaufsicht – ERSUCHEN der Beschwerdekommision der Finanzmarktaufsicht an den Gerichtshof nach Artikel 34 des Abkommens zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs auf Auslegung der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (Solvabilität II) und der Verordnung (EU) Nr. 1094/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 zur Errichtung einer Europäischen Aufsichtsbehörde (Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung) erließ der Gerichtshof, bestehend aus dem Präsidenten Páll Hreinsson (Berichterstatte) sowie den Richtern Bernd Hammermann und Michael Reiersen, am 25. Januar 2024 ein Urteil mit folgendem Tenor:

1. Der Begriff „Zuverlässigkeit“ in Artikel 59 Absatz 1 Buchstabe a der Richtlinie 2009/138/EG betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (Solvabilität II) ist dahin auszulegen, dass er sich sowohl auf die Integrität als auch auf die fachliche Eignung eines interessierten Erwerbers bezieht.
2. Artikel 59 Absatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG ist dahin auszulegen, dass er es einer nationalen Aufsichtsbehörde nicht verwehrt, bei ihrer Beurteilung im Hinblick auf das in Buchstabe c festgelegte Kriterium die allenfalls notwendige Zuführung von finanziellen Mitteln von einem interessierten Erwerber an ein Versicherungsunternehmen durch Beistellung einer Bankgarantie oder Zurverfügungstellung von Mitteln auf einem Treuhandkonto zur jederzeitigen Abrufbarkeit durch das Versicherungsunternehmen zu berücksichtigen.
3. Der Begriff „vernünftige Gründe“ in Artikel 59 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG ist dahin auszulegen, dass er keine Gewissheit über die Nichterfüllung der in Artikel 59 Absatz 1 der Richtlinie genannten Kriterien verlangt.
4. Eine Erklärung einer zuständigen Behörde nach Artikel 16 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 1094/2010 zur Errichtung einer Europäischen Aufsichtsbehörde (Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung), alle erforderlichen Anstrengungen zu unternehmen, um Leitlinien nachzukommen, hat keine Bindungswirkung gegenüber den Gerichten eines EWR-Staates. Die Gerichte eines EWR-Staates müssen solche Leitlinien jedoch bei der Entscheidung der bei ihnen anhängigen Rechtsstreitigkeiten berücksichtigen, insbesondere dann, wenn sie verbindliche Vorschriften des EWR-Rechts ergänzen sollen.



C/2024/3641

6.6.2024

Klage der EFTA-Überwachungsbehörde gegen Island vom 25. April 2024

(Rechtssache E-9/24)

(C/2024/3641)

Die EFTA-Überwachungsbehörde, vertreten durch Hildur Hjörvar, Sigrún Ingibjörg Gísladóttir und Melpo-Menie Joséphides als Bevollmächtigte der EFTA-Überwachungsbehörde, Avenue des Arts 19H, 1000 Brüssel, Belgien, hat am 25. April 2024 beim EFTA-Gerichtshof Klage gegen Island erhoben.

Die EFTA-Überwachungsbehörde ersucht den EFTA-Gerichtshof, Folgendes festzustellen:

1. Island hat seine Pflichten aus dem in Anhang VII Kapitel A Nummer 1c des EWR-Abkommens genannten Rechtsakt (*Richtlinie (EU) 2018/958 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Juni 2018 über eine Verhältnismäßigkeitsprüfung vor Erlass neuer Berufsreglementierungen*) in der durch das Protokoll 1 zum EWR-Abkommen angepassten Fassung und aus Artikel 7 des EWR-Abkommens verletzt, indem Island es versäumt hat, fristgerecht die für die Umsetzung des Rechtsakts erforderlichen Maßnahmen zu treffen oder der EFTA-Überwachungsbehörde mitzuteilen.
2. Die Kosten des Verfahrens werden Island auferlegt.

Sachverhalt und rechtliche Begründung:

- Mit der vorliegenden Klage ersucht die EFTA-Überwachungsbehörde („Überwachungsbehörde“) den Gerichtshof um die Feststellung, dass Island seine Pflichten aus dem in Anhang VII Kapitel A Nummer 1c des EWR-Abkommens genannten Rechtsakt in der durch Protokoll 1 zu diesem Abkommen angepassten Fassung und aus Artikel 7 des EWR-Abkommens verletzt hat, indem Island es versäumt hat, fristgerecht die für die Umsetzung des Rechtsakts erforderlichen Maßnahmen zu treffen oder der EFTA-Überwachungsbehörde mitzuteilen.
- In seiner Antwort vom 25. Januar 2024 auf die mit Gründen versehene Stellungnahme der Überwachungsbehörde vom 6. Dezember 2023 erklärte Island, dass die Komplexität des in Rede stehenden Problems und unvorhergesehene Umstände die Umsetzung verzögert hätten.
- Als die Frist, innerhalb deren Island der mit Gründen versehenen Stellungnahme nachzukommen hatte, am 31. Januar 2024 ablief, hatte die Überwachungsbehörde keine Mitteilung erhalten, dass Island den Rechtsakt umgesetzt hätte. Der Überwachungsbehörde lagen auch keine anderen Informationen vor, die darauf hindeuteten, dass der Rechtsakt von Island in sein innerstaatliches Recht übernommen worden war.
- Die Überwachungsbehörde stellt fest, dass ihr zum Zeitpunkt der Einreichung der vorliegenden Klage nicht mitgeteilt worden war und sie über keine anderen Informationen verfügte, die darauf schließen lassen, dass Island den Rechtsakt in nationales Recht umgesetzt hatte.